

**Land Niedersachsen**

**Vorbericht**

zum

**Haushaltsplan**

für das

**Haushaltsjahr 2005**

## Inhaltsverzeichnis

### Erster Teil: Das Haushaltsgesetz

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2005 (Haushaltsgesetz 2005 – HG 2005 –)	Seite	3
Gesamtplan		
a) Haushaltsübersicht	Seite	8
b) Finanzierungsübersicht	Seite	10
c) Kreditfinanzierungsplan	Seite	11
Allgemeine Bestimmungen zu den Persönlichen Verwaltungsausgaben für das Haushaltsjahr 2005 (Allgemeine Bestimmungen 2005)	Seite	12
Begründung		
a) zum Haushaltsgesetz 2005	Seite	17
b) zu den Allgemeinen Bestimmungen 2005	Seite	19
Allgemeine Bemerkungen zur Veranschlagung der Personalausgaben	Seite	20

### Zweiter Teil: Anlagen zum Haushaltsplan

1. a) Gruppierungsübersicht	Seite	21
b) Funktionenübersicht	Seite	32
c) Zuordnungsverzeichnis zum Haushaltsquerschnitt Haushaltsquerschnitt	Seite	50 Seite 52
2. Übersicht über die den Haushalt in Einnahmen und Ausgaben durchlaufenden Posten	Seite	80

### Dritter Teil: Weitere Übersichten

1. Zahlungen des Landes an den kommunalen Bereich	Seite	82
2. Übersicht über die Planstellen und die anderen Stellen (ohne Titelgruppen)	Seite	85
3. Übersicht über die Sonderabgaben des Landes	Seite	103
4. Darstellung der Erfolgs- und Finanzpläne der Landesbetriebe	Seite	104

**G e s e t z**  
**über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2005**  
**(Haushaltsgesetz 2005 - HG 2005 -)**

**Vom 20. Dezember 2004**  
(Nds. GVBl. S. 669)

§ 1

<sup>1</sup>Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005 (Gesamtplan - **Anlage 1** -) wird in Einnahme und Ausgabe auf 21 659 903 000 Euro festgestellt. <sup>2</sup>Die Summe der im Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005 ausgebrachten Ermächtigungen, über das Haushaltsjahr 2005 hinaus Verpflichtungen zulasten des Landes einzugehen, wird auf 1 592 976 000 Euro festgestellt.

§ 2

<sup>1</sup>Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für Zuwendungen im Sinne des § 23 der Niedersächsischen Landshaushaltsordnung (LHO) zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben einer Stelle außerhalb der Landesverwaltung (institutionelle Förderung) sind gesperrt, solange die Übersichten nach § 26 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 LHO nicht von dem zuständigen Ministerium und dem Finanzministerium gebilligt sind. <sup>2</sup>Ausnahmen kann das Finanzministerium zulassen.

§ 3

(1) <sup>1</sup>Das Finanzministerium ist ermächtigt, im Haushaltsjahr 2005 zur Deckung von Ausgaben Kredite vom Kreditmarkt bis zur Höhe von 2 150 000 000 Euro aufzunehmen.

(2) <sup>1</sup>Das Finanzministerium ist ferner ermächtigt, zweckgebundene Darlehen, insbesondere aus Mitteln des Bundes, die vor allem zur Förderung des Wohnungsbaus gewährt werden, bis zur Höhe von 2 332 000 Euro aufzunehmen. <sup>2</sup>Diese Kreditermächtigung erhöht sich insoweit, als die zur Verfügung gestellten zweckgebundenen Darlehen die im Haushaltsplan veranschlagten Beträge überschreiten.

§ 4

(1) Das Finanzministerium ist ermächtigt, Garantien und Bürgschaften zulasten des Landes bis zur Höhe von 1 900 000 000 Euro zu übernehmen.

(2) <sup>1</sup>Zur Übernahme solcher Garantien und Bürgschaften ist die Einwilligung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Landtages erforderlich. <sup>2</sup>Ausgenommen sind Bürgschaften und Garantien, die

1. nach den Allgemeinen Bürgschaftsrichtlinien des Landes Niedersachsen sowie den Grundsätzen bei der Übernahme von Bürgschaften für Schiffbaukredite,
2. nach den Richtlinien für Garantien des Landes Niedersachsen für Beteiligungen in Staaten, die sich im demokratischen und marktwirtschaftlichen Reformprozess befinden,
3. nach den Bürgschaftsrichtlinien des Landes Niedersachsen für den Wohnungsbau einschließlich des Erwerbs vorhandener Wohnungen durch kinderreiche Familien und der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen,
4. zugunsten der Hannoverschen Beteiligungsgesellschaft mbH für Finanzierungen innerhalb des beschlossenen Wirtschaftsplans und für Refinanzierungen,
5. zugunsten landwirtschaftlicher Betriebe in dem in Artikel 1 Abs. 1 des Staatsvertrages zwischen den Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen über die Umgliederung der Gemeinden im ehemaligen Amt Neuhaus und anderer Gebiete nach Niedersachsen vom 2./9. März 1993 (Nds. GVBl. S. 124) bezeichneten Gebiet,
6. zugunsten der Niedersächsischen Landestreuhandstelle für das Wohnungswesen,
7. gegenüber der EU-Kommission im Rahmen ihres Programms INTERREG III für Haushaltsjahre bis einschließlich 2008 und bis zur Höhe von höchstens 15 339 000 Euro,
8. nach der Richtlinie des Landes Niedersachsen für Garantien von Beteiligungen an kleinen und mittleren Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft,

9. als Rückbürgschaften gegenüber der Bürgschaftsbank für Sozialwirtschaft GmbH (BBfS), Köln, mit höchstens 50 vom Hundert des Risikos der BBfS,
  10. zur Erfüllung der Verpflichtungen des Landes aus § 17 Abs. 2 und § 56 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes in der Fassung vom 6. Juni 1983 (BGBl. I S. 645, 1680), zuletzt geändert durch Artikel 10 Nr. 3 des Gesetzes vom 30. Juli 2004 (BGBl. I S. 1950),
  11. als Rückbürgschaften und Rückgarantien gegenüber der Niedersächsischen Bürgschaftsbank GmbH, Hannover, gegen komplementäre Erklärungen des Bundes
- übernommen werden.

(3) Das Finanzministerium ist in den Fällen des Absatzes 2 Satz 2 Nr. 3 ermächtigt, die Übernahme von Bürgschaften und Gewährleistungen und die Vollziehung der entsprechenden Urkunden auf die mit den Förderprogrammen befassten Stellen außerhalb der Landesverwaltung zu übertragen.

## § 5

(1) <sup>1</sup>Das Finanzministerium kann auf Antrag einer obersten Landesbehörde für bestimmte Bereiche der Verwaltung, die zur Durchführung von Modellversuchen geeignet sind, mit Zustimmung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Landtages zulassen, dass veranschlagte Ausgaben

1. übertragbar sind,
2. gegenseitig oder einseitig deckungsfähig sind oder
3. bis zur tatsächlichen Höhe damit zusammenhängender Einnahmen überschritten werden dürfen,

soweit erwartet werden kann, dass dadurch die Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit der Verwaltung verbessert wird. <sup>2</sup>Im Bereich der Kapitel 07 07 bis 07 22 können zum Zweck der Versorgung der Schülerinnen und Schüler mit Lernmitteln auch Ausnahmen von den Vorschriften über Zahlungen, Buchführung und Rechnungslegung (§§ 70 bis 72, 75 bis 80 LHO) zugelassen werden. <sup>3</sup>Ein Modellversuch nach Satz 1 soll in der Regel so ausgestattet werden, dass die für den Bereich des Modellversuchs veranschlagten Ausgaben in Höhe eines vom Finanzministerium zu bestimmenden Vomhundertsatzes nicht in Anspruch genommen werden.

(2) <sup>1</sup>Soll ein Modellversuch über ein Haushaltsjahr hinaus fortgeführt werden, so ist er in den Entwurf des Haushaltsplans für das nächste Haushaltsjahr aufzunehmen. <sup>2</sup>Regelungen nach Absatz 1 Satz 1 sind mit dem In-Kraft-Treten des nächsten Haushaltsgesetzes aufgehoben; § 15 gilt entsprechend.

## § 6

Der nach § 37 Abs. 1 Satz 4 Nr. 3 LHO zu bestimmende Betrag wird auf 5 100 000 Euro festgesetzt.

## § 7

(1) Die gesetzlichen Vorschriften über die Veranschlagung und Bewirtschaftung von persönlichen Verwaltungsausgaben werden durch die nachstehenden Allgemeinen Bestimmungen zu den persönlichen Verwaltungsausgaben für das Haushaltsjahr 2005 (Allgemeine Bestimmungen 2005) - **Anlage 2** - ergänzt.

(2) <sup>1</sup>In Kapiteln mit Personalkostenbudgetierung wird jeweils in einer Erläuterung des Kapitels ein Beschäftigungsvolumen als Richtwert festgelegt. <sup>2</sup>Es wird gebildet durch Umrechnung der Zahl der jahresdurchschnittlich mit Bezügen Beschäftigten in Vollzeiteinheiten pro Jahr. <sup>3</sup>Das Finanzministerium ist ermächtigt, das Beschäftigungsvolumen infolge von neuen Stellen, Stellenumsetzungen, Vollzug von kw-Vermerken sowie zulässigen kapitelübergreifenden Verwendungen von Planstellen und Stellen zu verändern.

(3) <sup>1</sup>Die zur Finanzierung des Beschäftigungsvolumens erforderlichen Mittel werden kapitelweise in einem Personalkostenbudget zusammengefasst. <sup>2</sup>Soweit Mittel im Personalkostenbudget zur Verfügung stehen, können das Beschäftigungsvolumen sowie die Stellen für Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter überschritten werden, sofern unbeschadet des vorrangigen Personalabbaus durch die Verwaltungsmodernisierung sichergestellt ist, dass Ausgaben in Folgejahren nicht entstehen. <sup>3</sup>Das Finanzministerium ist ermächtigt, die Personalkostenbudgets aufgrund von wesentlichen Veränderungen der Rahmenbedingungen, insbesondere bei Besoldungs- und Tarifierhöhungen, bis zur Höhe der in Kapitel 13 02 Titel 461 11 veranschlagten Mittel anzupassen; dies gilt auch für die nach § 17 a LHO budgetierten Verwaltungsbereiche.

(4) <sup>1</sup>Überschreitungen des Personalkostenbudgets vermindern das Personalkostenbudget im Folgejahr sowie in entsprechendem Umfang das Beschäftigungsvolumen. <sup>2</sup>Satz 1 gilt nicht, wenn das Beschäftigungsvolumen sowie die Stellen für Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter eingehalten wurden; Erhöhungen des Beschäftigungsvolumens nach Nummer 6 Abs. 1 Satz 9 der Allgemeinen Bestimmungen bleiben unberücksichtigt. <sup>3</sup>Satz 1 gilt auch nicht für die nach § 17 a LHO budgetierten Verwaltungsbereiche.

(5) <sup>1</sup>Die Absätze 2 bis 4 gelten ausschließlich für Kapitel mit Personalkostenbudgetierung. <sup>2</sup>Das Personalkostenbudget umfasst die Titel 422 01, 422 10, 422 11, 422 19, 425 01, 425 02, 425 03, 425 05, 425 10, 425 11, 425 13, 425 26, 425 27, 426 01, 426 03, 426 10, soweit sie in den jeweiligen Kapiteln ausgebracht sind, sowie in den Kapiteln 03 14 und 03 18 den Titel 429 10. <sup>3</sup>Abweichend von § 20 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a LHO bilden diese Titel innerhalb eines Kapitels sowie innerhalb der Kapitel 07 10 bis 07 20 einen eigenen Deckungskreis. <sup>4</sup>Sonstige Vorschriften über die Bewirtschaftung von Personalausgaben und Stellen bleiben unberührt.

## § 8

<sup>1</sup>Das Finanzministerium ist ermächtigt, die Stellen, die bis zur Verkündung dieses Gesetzes im Wege der Abweichung von den Stellenübersichten und Bedarfsnachweisen des Haushaltsjahres 2004 zu den für beamtete und richterliche Hilfskräfte, Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst in Betracht kommenden Titeln genehmigt wurden, in den entsprechenden Stellenübersichten und Bedarfsnachweisen darzustellen, soweit sie im Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005 noch nicht enthalten sind. <sup>2</sup>Entsprechendes gilt

1. für Änderungen in den Stellenplänen aufgrund der Nummern 1 und 3 der Allgemeinen Bestimmungen 2004,
2. für die im Haushaltsjahr 2004 nach den Haushaltsvermerken zu den Stellenplänen der Kapitel 06 13 bis 06 19, 06 22, 06 23 und 06 34 bis 06 39 in Auswirkung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes vom 24. Juni 2002 (Nds. GVBl. S. 286), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 16. September 2004 (Nds. GVBl. S. 352), vorgenommenen Stellenumwandlungen.

## § 9

(1) <sup>1</sup>Werden Maßnahmen vom Land Niedersachsen und der Europäischen Gemeinschaft gemeinsam finanziert, bei denen nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaft ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht, so kann das Finanzministerium Mehrausgaben ohne Ausgleich durch Einsparungen bei anderen Ausgaben in Höhe von zweckgebundenen Mehreinnahmen über den im Haushaltsplan veranschlagten entsprechenden Landesanteil hinaus zulassen. <sup>2</sup>§ 37 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2 LHO ist nicht anzuwenden.

(2) <sup>1</sup>Mehrausgaben bei den Titeln der Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ und „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, durch welche die jeweils für die Gemeinschaftsaufgabe veranschlagten Landesmittel überschritten werden, dürfen nur mit Einwilligung des Finanzministeriums geleistet werden und müssen durch Einsparungen an anderer Stelle innerhalb des die jeweilige Gemeinschaftsaufgabe betreffenden Einzelplans 08, 09 oder 15 oder durch für diesen Zweck bereitgestellte Mittel öffentlich rechtlicher Körperschaften, Anstalten und Stiftungen gedeckt sein. <sup>2</sup>Stellt der Bund zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen bereit, so darf das zuständige Fachministerium mit Einwilligung des Finanzministeriums zusätzliche Verpflichtungen unter Berücksichtigung des Mitleistungsverhältnisses eingehen.

(3) Das Finanzministerium ist ermächtigt, zur Deckung ressortspezifischer Mehrausgaben im Zusammenhang mit dem Verkauf landeseigener Liegenschaften Mittel des Sondervermögens „Landesliegenschaftsfonds Niedersachsen“ in Anspruch zu nehmen.

## § 10

Im Bereich des Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit wird folgende Bewirtschaftung der Ausgaben zugelassen:

1. Innerhalb der Kapitel 05 22 und 05 23 dürfen für Planstellen und Stellen (Titel 422 01 und 425 01), die nicht gesperrt sind, die nicht in Anspruch genommenen Personalausgaben zur Zahlung von Vergütungen an voll-, teil- oder stundenweise beschäftigte Vertretungs- und Aushilfslehrkräfte (Titel 427 01) verwendet werden.
2. Bei der Ermittlung der nicht in Anspruch genommenen Personalausgaben ist die Tabelle der Durchschnittssätze anzuwenden, die der Veranschlagung für Stellenveränderungen im Entwurf des Haushaltsplans für das laufende Haushaltsjahr zugrunde gelegen hat. Sonderzuwendungen und Urlaubsgeld bleiben dabei unberücksichtigt.

## § 11

(1) Aufwandsentschädigungen betreffende Erläuterungen sind für die Bewirtschaftung verbindlich.

(2) Das Finanzministerium kann Ausnahmen zulassen.

## § 12

(1) Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen:

1. Beträge, die aus Anlass der Mitbenutzung landeseigener oder vom Land angemieteter Einrichtungen erstattet werden, wenn die Erstattungsbeträge und die Gesamtkosten in demselben Haushaltsjahr anfallen und auf der gleichen Berechnungsgrundlage beruhen;
2. Erstattungen von Persönlichen Verwaltungsausgaben (Hauptgruppe 4), soweit es sich nicht um durchlaufende Mittel Dritter (beispielsweise Bundesmittel) handelt sowie Zahlungen von Eingliederungszuschüssen durch die Bundesanstalt für Arbeit;
3. Erstattungen bei folgenden Titeln - einschließlich der entsprechenden Titel in Titelgruppen -:
  - a) Titel 511 01 und 518 02 - aus der Anfertigung von Fotokopien für Dritte -,
  - b) Titel 511 01 - aus der privaten Inanspruchnahme dienstlicher Fernmeldeanlagen -,
  - c) Titel 514 01 - aus der privaten Nutzung von Dienstkraftfahrzeugen -,
  - d) Titel 517 01 - aus Erstattungen Dritter -,
  - e) Titel 527 01 - aus Erstattungen aus dem öffentlichen Bereich -;
4. Schadensersatz, den Dritte im Rahmen der Durchführung der im Einzelplan 20 sowie in den Kapiteln 06 03 und 06 04 einzeln veranschlagten Hochbaumaßnahmen leisten, solange die jeweilige Maßnahme im Haushaltsplan aufgeführt ist;
5. Einnahmen aus Vereinbarungen nach § 34 b LHO.

(2) Werden Gebührenanteile im Rahmen einer Kostenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 des Niedersächsischen Verwaltungskostengesetzes (NVwKostG) vom 7. Mai 1962 (Nds. GVBl. S. 43), zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 5. November 2004 (Nds. GVBl. S. 394), an Behörden anderer Körperschaften abgeführt oder vom Kostenschuldner geleistete Erstattungen von Auslagen gemäß § 13 NVwKostG an andere Behörden weitergeleitet, so sind die Ausgaben abweichend von § 35 Abs. 1 LHO von der Einnahme abzusetzen.

(3) Das Nähere bestimmt das Finanzministerium.

## § 13

(1) Das Land kann unbeschadet der sachlichen Zuständigkeit des örtlichen Trägers nach § 85 Abs. 1 des Achten Buchs des Sozialgesetzbuchs den Trägern der freien und öffentlichen Jugendhilfe Zuwendungen nach Maßgabe des Haushalts für Vorhaben der Jugendsozialarbeit, des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes und zur Förderung der Erziehung in der Familie gewähren.

(2) <sup>1</sup>Für das Haushaltsjahr 2005 wird abweichend von § 25 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 des Niedersächsischen Brandschutzgesetzes (NBrandSchG) vom 8. März 1978 (Nds. GVBl. S. 233), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 16. September 2004 (Nds. GVBl. S. 362), der den Landkreisen und Gemeinden zustehende Anteil am Aufkommen der Feuerschutzsteuer auf 75 vom Hundert, der dem Land verbleibende Anteil auf 25 vom Hundert festgesetzt. <sup>2</sup>Die in § 25 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 NBrandSchG festgesetzten Zweckbindungen bleiben unberührt.

(3) § 4 Abs. 1 des Gesetzes über ein Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen vom 8. November 1977 (Nds. GVBl. S. 589), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23. Januar 2003 (Nds. GVBl. S. 21), ist für das Haushaltsjahr 2005 mit der Maßgabe anzuwenden, dass die Zahl „50 000 000“ durch die Zahl „39 300 000“ ersetzt wird.

## § 14

Aufgrund des § 2 der Verordnung über die Erhebung von Gewerbesteuer im Gebiet des niedersächsischen Küstengewässers und des daran anschließenden Festlandsockels vom 21. Juli 1981 (Nds. GVBl. S. 203) wird der Hebesatz für das Haushaltsjahr 2005 auf 381 vom Hundert festgesetzt.

§ 15

Die Vorschriften und Ermächtigungen der §§ 4, 7, 10, 12 und 13 gelten bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 2006 weiter.

§ 16

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2005 in Kraft.

Hannover, den 20. Dezember 2004

**Der Präsident des Niedersächsischen Landtages**

In Vertretung

Ulrich B i e l  
Vizepräsident

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

**Der Niedersächsische Ministerpräsident**

Christian W u l f f

## A. Haushalts

Epl.	Bezeichnung	Einnahmen					Gesamteinnahmen	4 Personalausgaben	5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	1 Verwaltungseinnahmen Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
01	Landtag	—	85	—	—	85	33.684	2.898	
02	Staatskanzlei	—	667	124	—	791	20.292	4.649	
03	Ministerium für Inneres und Sport	—	73.722	24.630	737	99.089	1.030.012	191.352	
04	Finanzministerium	—	77.372	150.746	5	228.123	570.638	157.705	
05	Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit	—	23.918	229.413	104.248	357.579	110.183	34.599	
06	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	—	35.431	139.534	105.984	280.949	79.034	13.633	
07	Kultusministerium	—	10.312	2.525	91.217	104.054	3.616.877	32.597	
08	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	—	399.213	796.399	237.367	1.432.979	188.432	335.192	
09	Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	4.688	23.719	121.559	36.719	186.685	93.116	26.375	
11	Justizministerium	—	377.876	6.699	—	384.575	629.130	304.540	
12	Staatsgerichtshof	—	—	—	—	—	161	48	
13	Allgemeine Finanzverwaltung	14.239.500	1.087.812	587.243	2.444.310	18.358.865	1.939.421	2.539.147	
14	Landesrechnungshof	—	3	—	483	486	11.163	777	
15	Umweltministerium	82.900	31.683	17.262	80.722	212.567	55.153	40.869	
20	Hochbauten	—	3.718	150	9.208	13.076	—	18.426	
	Summe 2005	14.327.088	2.145.531	2.076.284	3.111.000	21.659.903	8.377.296	3.702.807	
	Summe 2004	14.044.108	2.488.212	2.746.188	3.790.848	23.069.356	8.703.215	3.742.563	
	2005 mehr(+)/weniger(-)	+282.980	-342.681	-669.904	-679.848	-1.409.453	-325.919	-39.756	

## übersicht

Ausgaben					2005 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 - Sp. 14)	Verpflichtungs- ermächtigungen	Epl.
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsför- dermaßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben			
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	
10	11	12	13	14	15	16	17
7.684	—	384	—	44.650	-44.565	—	01
2.514	—	438	2.809	30.702	-29.911	30	02
248.545	301	67.305	44.150	1.581.665	-1.482.576	11.150	03
358	—	20.696	17.348	766.745	-538.622	1.965	04
2.119.110	—	148.621	-22.927	2.389.586	-2.032.007	209.814	05
1.969.560	—	157.122	-5.227	2.214.122	-1.933.173	151.960	06
434.911	—	94.545	-9.458	4.169.472	-4.065.418	183.683	07
426.007	36.747	443.668	-7.284	1.422.762	10.217	650.346	08
185.269	3.256	63.321	95.137	466.474	-279.789	111.926	09
17.379	—	12.811	41.462	1.005.322	-620.747	2.311	11
—	—	—	—	209	-209	—	12
2.126.204	—	270.103	237.128	7.112.003	11.246.862	195.675	13
—	—	97	197	12.234	-11.748	—	14
106.553	21.942	72.751	37.066	334.334	-121.767	72.256	15
78	81.979	9.140	—	109.623	-96.547	1.860	20
7.644.172	144.225	1.361.002	430.401	21.659.903	—	1.592.976	
7.613.237	220.977	2.441.245	348.119	23.069.356		1.775.711	
+30.935	-76.752	-1.080.243	+82.282	-1.409.453		-182.735	

Anlage 1  
(Haushaltsjahr 2005)

## B. Finanzierungsübersicht

**2005**

in Mio. EUR

I. Ermittlung des Finanzierungssaldos			
1. Ausgaben			
Ausgaben nach § 1 HG 2005	21.659,9		
(ohne Schuldentilgung an den Kreditmarkt für Allgemeine Deckungskredite)			
davon ab: Schuldentilgung für zweckgebundene Kredite an den Kreditmarkt (siehe Abschnitt II Nr. 1.2.2)	0,6		
Zuführungen an Rücklagen (siehe Abschnitt II Nr. 3.2)	4,5		
Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen (siehe Abschnitt II Nr. 2.2)	353,8	21.301,0	
<hr/>			
2. Einnahmen			
Einnahmen nach § 1 HG 2005	21.659,9		
davon ab: Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt			
a) Allgemeine Deckungsmittel (siehe Abschnitt II Nr. 1.1.3)	2 150,0		
b) andere (zweckgebundene) Kredite (siehe Abschnitt II Nr. 1.2.1)	-,-		
Entnahmen aus Rücklagen (siehe Abschnitt II Nr. 3.1)	110,2		
Einnahmen aus Überschüssen	-,-	19.399,7	
<hr/>			
3. Finanzierungssaldo			-1.901,3
<hr/> <hr/>			
II. Zusammensetzung des Finanzierungssaldos			
1. Netto-Neuverschuldung/Netto-Tilgung am Kreditmarkt			
1.1 Allgemeine Deckungsmittel			
1.1.1 Einnahmen aus Kreditmarktmitteln (Kapitel 13 25 Titel 325 61)		8.497,9	
Ausgaben zur Schuldentilgung für Kreditmarktmittel (Kapitel 13 25 Titel 325 62 und 326 62)		6.347,9	
<hr/>			
1.1.3 Saldo (Nettokreditermächtigung nach § 3 Abs. 1 HG 2005)			-2 150,0
1.2 Andere (zweckgebundene) Kredite			
1.2.1 Einnahmen aus zweckgebundenen Krediten der Obergruppe 32		-,-	
1.2.2 Ausgaben zur Schuldentilgung für zweckgebundene Kredite am Kreditmarkt (Obergruppe 59 - einschließlich Ausgleichsforderungen)	0,6	0,6	
<hr/>			
Saldo (Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt)			-2 149,4
2. Abwicklung der Rechnungsergebnisse aus Vorjahren			
2.1 Einnahmen aus Überschüssen		-,-	
2.2 Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen	353,8	353,8	
<hr/>			
3. Rücklagenbewegung			
3.1 Entnahmen aus Rücklagen	110,2		
3.2 Zuführungen an Rücklagen	4,5	-105,7	
<hr/>			
4. Finanzierungssaldo (Summe Nummern 1 bis 3)			-1.901,3
<hr/> <hr/>			

## C. Kreditfinanzierungsplan

**2005**

in Mio. EUR

I. Einnahmen aus Krediten (brutto)	
1. aus Kreditmarktmitteln (Kapitel 13 25 Titel 325 61 )	8.497,9
2. aus anderen Krediten der Obergruppen 31 und 32	2,3
Summe I	<u>8.500,2</u>
II. Tilgungsausgaben für Kredite	
1. für Kreditmarktmittel (Kapitel 13 25 Titel 325 62 und 326 62)	6.347,9
2. für andere Kredite (Obergruppen 58 und 59) .....	26,7
Summe II	<u>6.374,6</u>
III. Einnahmen aus Krediten (netto)	
1. aus Kreditmarktmitteln (Abschnitt I Nr. 1 ./ Abschnitt II Nr. 1) .....	2 150,0
2. aus anderen Krediten (Abschnitt I Nr. 2 ./ Abschnitt II Nr. 2)	-24,4
Summe III (Summe I ./ Summe II)	<u><u>2 125,6</u></u>

**Allgemeine Bestimmungen**  
**zu den persönlichen Verwaltungsausgaben für das Haushaltsjahr 2005**  
**(Allgemeine Bestimmungen 2005)**

**1. Stellenveranschlagungen sowie Bindung an Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise**

(1) <sup>1</sup>Das Finanzministerium ist ermächtigt, neue Stellen in der jeweils erforderlichen Besoldungsgruppe auszubringen für

1. von ihren dienstlichen Tätigkeiten zu mindestens 50 vom Hundert freigestellte Vertrauensleute der Schwerbehinderten,
2. Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter, die für die Dauer von mehr als einem Jahr nach § 123 a des Beamtenrechtsrahmengesetzes in der Fassung vom 31. März 1999 (BGBl. I S. 654), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 21. August 2002 (BGBl. I S. 3322), zugewiesen werden, sofern für das Land hierdurch keine zusätzlichen finanziellen Belastungen entstehen.
3. Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter, die für die Dauer von mehr als einem Jahr als nationale Sachverständige bei Einrichtungen der Europäischen Union eingesetzt und zu diesem Zweck zugewiesen oder unter Fortzahlung der Bezüge beurlaubt werden,
4. Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter, die für die Dauer von mehr als einem Jahr für Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Erweiterung der Europäischen Union zu anderen Dienstherren oder öffentlichen Einrichtungen abgeordnet, zugewiesen oder unter Fortzahlung der Bezüge beurlaubt werden, sofern die Dienstbezüge in voller Höhe erstattet werden,
5. Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter, die für die Dauer von mehr als einem Jahr zu Hilfeleistungen bei öffentlichen Einrichtungen in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt oder Thüringen abgeordnet oder beurlaubt werden. In Fällen, in denen eine Wahrnehmung der Aufgaben der abgeordneten oder beurlaubten Beamtinnen und Beamten oder Richterinnen und Richter durch nichtbeamtete Ersatzkräfte gesetzlich ausgeschlossen ist, sowie bei Abordnungen mit dem Ziele der Versetzung kann bei einem unabweisbaren Bedarf eine Stelle auch bei Abordnungen oder Beurlaubungen von einem Jahr und weniger ausgebracht werden,
6. die zur Bekämpfung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität nach Berlin für die Dauer von mehr als einem Jahr abgeordneten Beamtinnen und Beamten der Kriminalpolizei, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, Richterinnen und Richter.

<sup>2</sup>Die Stellen erhalten den Vermerk „künftig wegfallend nach Fortfall der Freistellungs-, Abordnungs-, Beurlaubungsvoraussetzungen“. <sup>3</sup>Entfallen diese Voraussetzungen, so sind die Beamtinnen und Beamten oder Richterinnen und Richter in eine freie oder die nächste frei werdende Planstelle ihrer Besoldungsgruppe bei ihrer Verwaltung oder ihrem Gericht einzuweisen. <sup>4</sup>Mit der Einweisung entfällt die als „künftig wegfallend“ ausgebrachte Planstelle. <sup>5</sup>Sofern durch die Ausbringung der Stellen die Gesamtzahl der besetzbaren Stellen und die Summe der Personalausgaben im jeweiligen Einzelplan nicht erhöht werden, gelten die Stellen bei Eintritt der Voraussetzungen nach Satz 1 Nrn. 1 bis 5 als ausgebracht.

(2) <sup>1</sup>Für von ihren dienstlichen Tätigkeiten nach dem Niedersächsischen Personalvertretungsgesetz freigestellte Personalratsmitglieder können Planstellen und Stellen durch Ausbringung von Haushaltsvermerken bereitgestellt werden. <sup>2</sup>Für zu mindestens 50 vom Hundert freizustellende Personalratsmitglieder gelten neue Stellen mit entsprechendem Haushaltsvermerk als ausgebracht, wenn sich dadurch die Gesamtzahl der besetzbaren Planstellen und Stellen und die Summe der Personalausgaben im jeweiligen Einzelplan nicht erhöhen. <sup>3</sup>Die personalbewirtschaftenden Dienststellen sind ermächtigt, bei einem Wechsel der Person des freigestellten Personalratsmitglieds die ausgebrachte Planstelle oder Stelle auch dann mit dem neu freigestellten Personalratsmitglied zu besetzen, wenn dieses einer anderen Besoldungs-, Vergütungs- oder Lohngruppe angehört; im nächsten Haushaltsplan ist die Planstelle oder Stelle wieder in der jeweils erforderlichen Besoldungs-, Vergütungs- oder Lohngruppe auszubringen.

(3) <sup>1</sup>Steht bei der Anstellung von Beamtinnen und Beamten oder Richterinnen und Richtern eine entsprechende Planstelle nicht zur Verfügung, so kann die stellenbewirtschaftende Dienststelle vorübergehend die bislang in Anspruch genommene Stelle für beamtete oder richterliche Hilfskräfte in eine Planstelle umwandeln. <sup>2</sup>Die Beamtinnen und Beamten oder Richterinnen und Richter sind in die nächste frei werdende Planstelle ihrer Besoldungsgruppe einzuweisen. <sup>3</sup>Damit entfällt die umgewandelte Planstelle und steht zum gleichen Zeitpunkt wieder als Stelle für beamtete und richterliche Hilfskräfte zur Verfügung. <sup>4</sup>Änderungen der Stellenpläne und Stellenübersichten unterbleiben.

(4) <sup>1</sup>Aus den veranschlagten Stellen für Angestellte können die Vergütungen der nächsthöheren Vergütungsgruppe dann gezahlt werden, wenn diese den Stelleninhaberinnen oder Stelleninhabern aufgrund eines Zeit- oder Bewährungsaufstiegs zustehen. <sup>2</sup>Satz 1 gilt entsprechend für Planstellen und Stellen für beamtete und richterliche Hilfskräfte, wenn diese nach Nummer 2 Abs. 2 Nr. 1 Buchst. a und b vorübergehend mit Angestellten besetzt sind.

## 2. Ausnahmen zu den §§ 17 und 49 LHO sowie Nummer 1 dieser Bestimmungen

(1) <sup>1</sup>Stellen, die in die Eingangsgruppe der nächsthöheren Laufbahn gehoben werden oder worden sind, dürfen in Abweichung von § 49 Abs. 3 LHO übergangsweise auch mit Beamtinnen und Beamten einer niedrigeren Laufbahn besetzt werden, sofern diese den dazugehörigen Dienstposten schon vor der Stellenhebung innegehabt haben. <sup>2</sup>§ 49 Abs. 3 Satz 2 LHO gilt entsprechend für Beamtinnen und Beamte, die sich nach erfolgreicher Beendigung der Einführungszeit in der Laufbahn zu bewähren haben.

(2) Im Bedarfsfall dürfen innerhalb der einzelnen Kapitel verwendet werden

### 1. nicht besetzte Stellen

- a) der planmäßigen Beamtinnen und Beamten oder Richterinnen und Richter vorübergehend für beamtete und richterliche Hilfskräfte, Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst und nichtbeamtete Kräfte,
- b) der beamteten und richterlichen Hilfskräfte vorübergehend für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst und nichtbeamtete Kräfte,
- c) der Angestellten vorübergehend für Lohnempfängerinnen und Lohnempfänger,

### 2. Stellen, deren Inhaber Grundwehrdienst oder dem Grundwehrdienst gleichgestellten Dienst leisten und Bezüge aus dem Landeshaushalt nicht erhalten,

- a) soweit es sich um planmäßige Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter handelt, für beamtete und richterliche Hilfskräfte, Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst und nichtbeamtete Kräfte,
- b) soweit es sich um beamtete und richterliche Hilfskräfte handelt, für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst und nichtbeamtete Kräfte,

### 3. Planstellen und Stellen, aus denen vorübergehend Bezüge nicht zu zahlen sind, bis zur Höhe der nicht in Anspruch genommenen Ausgaben für entsprechende nichtbeamtete Kräfte (Angestellte sowie Arbeiterinnen und Arbeiter); die Buchung der Ausgaben erfolgt bei den entsprechenden Titeln der Gruppen 425 und 426,

### 4. Planstellen für die Besetzung mit Beamtinnen und Beamten im Eingangsamt einer niedrigeren Laufbahngruppe.

(3) <sup>1</sup>Eine Kraft (Voll- oder Teilzeitkraft) darf anteilig auf mehreren Stellen geführt werden. <sup>2</sup>Jede Planstelle und jede andere Stelle dürfen mit einer beliebigen Anzahl von Teilzeitkräften sowie Besetzungsanteilen von Vollzeitkräften besetzt werden, soweit die sich aus den Besetzungsanteilen ergebende regelmäßige durchschnittliche Gesamtarbeitszeit die regelmäßige durchschnittliche Arbeitszeit einer vollbeschäftigten Kraft nicht übersteigt. <sup>3</sup>Sofern die Besetzung laufbahngruppenübergreifend erfolgt, darf sie nur in der niedrigsten Laufbahngruppe erfolgen, aus der ein Stellenanteil herangezogen wird.

(4) <sup>1</sup>Begrenzt dienstfähige Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter werden bei gemäß § 54 a des Niedersächsischen Beamtengesetzes (NBG) in der Fassung vom 19. Februar 2001 (Nds. GVBl. S. 33), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. September 2004 (Nds. GVBl. S. 362), herabgesetzter Arbeitszeit nach dem Umfang der verbleibenden Arbeitszeit auf einer entsprechenden Planstelle geführt. <sup>2</sup>Von § 6 des Bundesbesoldungsgesetzes (BBesG) in der Fassung vom 6. August 2002 (BGBl. I S. 3020), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 30. Juli 2004 (BGBl. I S. 2027), abweichende Besoldungszahlungen gemäß § 72 a Abs. 1 und 2 BBesG bleiben bei der Berechnung der Inanspruchnahme der Planstelle unberücksichtigt. <sup>3</sup>Nach den Sätzen 1 und 2 freie Planstellenanteile können anderweitig besetzt werden.

(5) <sup>1</sup>Abweichend von § 49 Abs. 3 LHO dürfen Planstellen vorübergehend auch mit Beamtinnen und Beamten einer niedrigeren Besoldungsgruppe einer niedrigeren Laufbahngruppe besetzt werden. <sup>2</sup>Die Planstellen sind für den nächsten Haushaltsplan zur Umwandlung in die niedrigere Besoldungsgruppe der niedrigeren Laufbahngruppe anzumelden. <sup>3</sup>Entsprechendes gilt für die Besetzung von Planstellen mit nichtbeamteten Kräften sowie für die Besetzung von Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

(6) <sup>1</sup>Die Besetzung der in Absatz 2 Nrn. 1 und 2 genannten Stellen richtet sich nach § 49 Abs. 3 Satz 1 LHO sowie nach Absatz 4 dieser Bestimmungen. <sup>2</sup>Entsprechendes gilt für die Besetzung von Stellen mit nichtbeamteten Kräften; als vergleichbare Gruppen im Sinne dieser Vorschrift gelten die in Nummer 6 der Vorbemerkungen zu allen Vergütungsgruppen der Anlage 1 a zum Bundes-Angestelltentarifvertrag (BAT) als vergleichbar bezeichneten Vergütungs- und Besoldungsgruppen. <sup>3</sup>Die Besetzung der Stelle von Angestellten mit Ersatzkräften richtet sich nach den gleichen Grundsätzen. <sup>4</sup>Dies gilt nicht für Stellen im Bereich der staatlichen Hochschulen, soweit sie Lehre und Forschung dienen und für Kräfte in Lehre und Forschung in Anspruch genommen werden.

(7) <sup>1</sup>Die stellenbewirtschaftenden Dienststellen dürfen für Angestellte ausgewiesene Stellen abweichend von den Stellenübersichten nach Maßgabe der tariflichen Bewertung in eine andere Vergütungsgruppe einstufen. <sup>2</sup>Dabei muss der finanzielle Mehrbedarf, der sich aus der Einstufung von Stellen in eine höhere als der veranschlagten Vergütungsgruppe ergibt, durch eine niedrigere Einstufung anderer Stellen ausgeglichen werden. <sup>3</sup>Die Ermittlung der finanziellen Auswirkungen ist anhand der Tabelle der Durchschnittssätze vorzunehmen, die für das laufende Haushaltsjahr zugrunde gelegt ist. <sup>4</sup>Die anderweitige Einstufung der Stellen ist im nächsten Haushaltsplan darzustellen.

(8) Für die Bereiche des Kultusministeriums und des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur gilt Folgendes:

1. Das Kultusministerium wird ermächtigt, die in den Bereichen des allgemein bildenden und des berufsbildenden Schulwesens bei den Kapiteln 07 10 bis 07 20 veranschlagten Stellen für Lehrkräfte bei Bedarf abweichend von § 50 Abs. 2 LHO innerhalb dieser Kapitel umzusetzen. Soweit es sich um nicht nur vorübergehende Stellenumsetzungen handelt, sind diese in den Stellenplänen oder Stellenübersichten des Haushaltsplans des nächsten Jahres darzustellen.
2. Das Ministerium für Wissenschaft und Kultur kann die bei den Kapiteln 06 13 bis 06 19, 06 22 und 06 23 veranschlagten Planstellen in Fächern, die an der Lehrerausbildung beteiligt sind, sowie Planstellen zur Förderung des hoch qualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchses (Fiebiger-Plan) in das Kapitel einer anderen staatlichen Hochschule umsetzen.
3. Das Ministerium für Wissenschaft und Kultur wird ermächtigt, soweit dieses nach dem Hochschuloptimierungskonzept geboten ist, die bei den Kapiteln 06 13 bis 06 19, 06 22, 06 23 und 06 34 bis 06 39 veranschlagten Planstellen einschließlich der erforderlichen Mittel in das Kapitel einer anderen staatlichen Hochschule umzusetzen.
4. Das Ministerium für Wissenschaft und Kultur unterrichtet den Landtag zum 1. Oktober eines jeden Jahres über die Denomination der Professorenstellen in den Kapiteln der staatlichen Hochschulen sowie über wesentliche strukturelle Änderungen in einzelnen staatlichen Hochschulen.

(9) Für die Wahrnehmung der Aufgaben der Landesbediensteten, die während der Zeit der Mutterschutzfrist nicht beschäftigt werden dürfen, können entsprechende nichtbeamtete Ersatzkräfte eingestellt werden.

### **3. Ausbringung von Leerstellen und Stellen für ehemalige Abgeordnete, Gewährleistungsscheidungen**

(1) <sup>1</sup>Sind planmäßige Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter des Landes länger als ein Jahr unter Wegfall der Bezüge beurlaubt und besteht ein unabweisbares Bedürfnis, diese Planstelle neu zu besetzen, so kann die stellenbewirtschaftende Dienststelle für diese Bediensteten im Kapitel der jeweiligen Dienststelle eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ ausbringen. <sup>2</sup>Entsprechendes gilt, wenn

1. planmäßige Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter des Landes in die Landesregierung berufen werden,
2. planmäßige Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter zu Präsidentinnen oder Präsidenten von staatlichen Hochschulen ernannt werden.

<sup>3</sup>Bei Beurlaubungen nach § 87 a Abs. 1 NBG, § 4 a Abs. 1 des Niedersächsischen Richtergesetzes vom 14. Dezember 1962 (Nds. GVBl. S. 265), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 31. Oktober 2003 (Nds. GVBl. S. 372), sowie bei Elternzeit - im Bereich der allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen auch bei Beurlaubungen nach § 80 d Abs. 1 NBG - gilt Satz 1 mit der Maßgabe, dass eine Leerstelle auch bei kürzerer Beurlaubungsdauer ausgebracht werden kann. <sup>4</sup>Im Bereich der allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen können die Leerstellen bei Beurlaubungen nach § 80 d Abs. 1 und § 87 a Abs. 1 NBG sowie bei Elternzeit ohne den Vermerk „künftig wegfallend“ ausgebracht werden.

(2) <sup>1</sup>Werden Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter nach dem Ende der Beurlaubung wieder mit Dienstbezügen oder entsprechend den ihnen auf Dauer übertragenen Ämtern verwendet, so sind sie in eine freie oder in die nächste frei werdende Planstelle ihrer Besoldungsgruppe bei ihrer Verwaltung - Richterinnen und Richter bei ihrem Gericht - einzuweisen; mit der Einweisung fällt die Leerstelle weg. <sup>2</sup>Bis zur Einweisung in eine freie Planstelle sind sie auf Leerstellen zu führen. <sup>3</sup>Solange sie auf der Leerstelle mangels freier Planstelle geführt werden müssen, dürfen die hierdurch entstehenden Mehrausgaben abweichend von § 37 Abs. 1 LHO ohne besondere Einwilligung des Finanzministeriums überplanmäßig geleistet werden. <sup>4</sup>Soweit es im Einzelfall erforderlich ist, nach Rückkehr der Leerstelleneinhaberinnen oder -inhaber die Bezüge vorübergehend aus der Leerstelle zu zahlen, sind die hierdurch entstehenden Mehrausgaben im Rahmen der Personalausgaben der Hauptgruppe 4 (außerhalb von Ansätzen in Titelgruppen) einzusparen. <sup>5</sup>Die Einsparauflage gilt nicht für Leerstellen, die im Haushaltsplan für die Durchführung gemeinsamer Berufungsverfahren der staatlichen Hochschulen ausgewiesen sind.

(3) <sup>1</sup>Soweit für die Wiederverwendung von Beamtinnen und Beamten oder Richterinnen und Richtern des Landes, deren Rechte und Pflichten aus dem Dienstverhältnis aufgrund ihrer Wahl in den Landtag, in den Deutschen Bundestag oder in das Europäische Parlament nach § 106 NBG oder nach § 5 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes (AbgG) in der Fassung vom 21. Februar 1996 (BGBl. I S. 326), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25. März 2004 (BGBl. I S. 459), ruhen und die nach § 107 Abs. 2 NBG oder § 6 AbgG wieder in das Beamten- oder Richterverhältnis zu übernehmen sind, eine freie Planstelle ihrer früheren Besoldungsgruppe nicht zur Verfügung steht, kann das Finanzministerium im Kapitel der jeweiligen Dienstbehörde die hierfür erforderliche Stelle mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ ausbringen. <sup>2</sup>Satz 1 gilt entsprechend für Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter des Landes, deren Rechte

und Pflichten aus dem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit oder aus dem Richterverhältnis auf Lebenszeit nach § 194 a Abs. 4 NBG ruhen, soweit ein solches Beamtenverhältnis oder Richterverhältnis nach Beendigung eines Beamtenverhältnisses auf Zeit nach § 194 a Abs. 1 NBG wieder auflebt.<sup>3</sup>Die in diesen Stellen wieder verwendeten Beamtinnen und Beamten oder Richterinnen und Richter sind in die nächste frei werdende Planstelle ihrer Besoldungsgruppe bei ihrer Verwaltung oder bei ihrem Gericht einzuweisen.<sup>4</sup>Mit der Einweisung fällt die als „künftig wegfallend“ ausgebrachte Stelle weg.<sup>5</sup>Absatz 2 Satz 3 gilt entsprechend.

(4) Die Ausbringung der Stellen ist im nächsten Haushaltsplan darzustellen.

(5) Die Absätze 1 bis 4 finden für beamtete und richterliche Hilfskräfte, Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst sowie für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entsprechende Anwendung.

(6)<sup>1</sup>Werden Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter unter Wegfall ihrer Bezüge zur Ausübung einer Beschäftigung in einem anderen Rechtsverhältnis bei einem anderen Dienstherrn oder Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes oder einem privaten Arbeitgeber beurlaubt, so werden die obersten Dienstbehörden ermächtigt, für die Beurlaubungszeit einen förmlichen Gewährleistungsbescheid nach § 5 Abs. 1 Satz 1 des Sechsten Buchs des Sozialgesetzbuchs zu erteilen.<sup>2</sup>Diese Ermächtigung umfasst auch allgemeine Gewährleistungsentscheidungen für bestimmte Fallgruppen und Gewährleistungsentscheidungen für eine Zweitbeschäftigung bei einem anderen Arbeitgeber.

#### **4. Wiederbesetzung freier Stellen**

(1) Aus Gründen des § 35 NBG oder des Abschnitts XII BAT freie oder frei werdende Planstellen der Besoldungsgruppe A 15 und höher sowie Angestelltenstellen der Vergütungsgruppe I b BAT und höher dürfen erst nach Unterrichtung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Landtages wieder besetzt werden, soweit dieser nicht darauf verzichtet hat oder verzichtet.

(2) Für den Bereich des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur dürfen freie oder frei werdende Planstellen und Stellen für wissenschaftliches Personal in Fächern, die überwiegend an der Lehrerausbildung beteiligt sind, nur mit vorheriger Zustimmung des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur wieder besetzt werden.

#### **5. Umwandlung der Stellen für Schulleiterinnen und Schulleiter oder deren Vertreterinnen und Vertreter bei sinkenden Schülerzahlen**

<sup>1</sup>Sind oder werden im Bereich des Einzelplans 07 Stellen der Schulleiterinnen und Schulleiter oder ihrer Vertreterinnen oder Vertreter frei und ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler an dieser Schule so weit zurückgegangen, dass das der bisherigen Stelleninhaberin oder dem bisherigen Stelleninhaber übertragen gewesene Amt zu hoch eingestuft war, so sind sie in Stellen umzuwandeln, die dem Amt entsprechen, das den künftigen Stelleninhaberinnen oder Stelleninhabern nach den besoldungsrechtlich maßgebenden Schülerzahlen zu übertragen ist.<sup>2</sup>Satz 1 ist nicht anzuwenden, wenn begründete Aussicht besteht, dass die Schülerzahl an der Schule den Schwellenwert innerhalb von drei Jahren voraussichtlich wieder übersteigen wird.<sup>3</sup>In Fällen, in denen die Schülerzahl so weit gesunken ist, dass die Funktion der Stellvertreterin oder des Stellvertreters einer Schulleiterin oder eines Schulleiters besoldungsrechtlich kein herausgehobenes Amt mehr trägt, ist die frei werdende Stelle in eine dem Eingangsamts der Laufbahn entsprechende Stelle umzuwandeln; Satz 2 ist entsprechend anzuwenden.

#### **6. Umsetzung der Altersteilzeit**

(1)<sup>1</sup>Planstellen für Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter, die nach § 80 b NBG oder § 4 f des Niedersächsischen Richtergesetzes Altersteilzeit in Anspruch nehmen, gelten für die gesamte Dauer der Altersteilzeit mit einem Stellenanteil von 50 vom Hundert als besetzt; das gilt auch für das Beschäftigungsvolumen.<sup>2</sup>Bei Teilzeitbeschäftigten ist der als besetzt geltende Anteil der Planstellen oder des Beschäftigungsvolumens entsprechend der festgelegten durchschnittlichen Arbeitszeit zu verringern.<sup>3</sup>Der nach der Altersteilzeitzuschlagsverordnung in der Fassung vom 23. August 2001 (BGBl. I S. 2239), zuletzt geändert durch Artikel 9 und 16 des Gesetzes vom 10. September 2003 (BGBl. I S. 1798), zu gewährende Altersteilzeitzuschlag ist aus Titel 422 19 zu zahlen.<sup>4</sup>Die Mehrausgaben nach Satz 3 sind durch personalwirtschaftliche Maßnahmen (z. B. verzögerte Wiederbesetzungen/Beförderungen) oder Einsparungen, die sich aus einer ErsatzEinstellung (z. B. geringere Bezüge wegen jüngeren Lebensalters, unterwertige Beschäftigung) ergeben, auszugleichen.<sup>5</sup>Satz 4 gilt auch in Bereichen ohne Personalkostenbudgets; in diesen Fällen ist der Ausgleich gegenüber dem Finanzministerium nachzuweisen.<sup>6</sup>Wird die Altersteilzeit in eine Arbeits- und Freizeitphase aufgeteilt (Blockmodell), so sind während der Arbeitsphase 50 vom Hundert der Planstelle, des Beschäftigungsvolumens und ein entsprechender Anteil des Personalkostenbudgets gesperrt.<sup>7</sup>Die gesperrten Budgetanteile sind nach den vom Finanzministerium hierfür festgelegten Durchschnittssätzen zu berechnen.<sup>8</sup>Bei Teilzeitkräften ist der Vomhundertsatz entsprechend der festgelegten durchschnittlichen Arbeitszeit zu verringern.<sup>9</sup>Die während der Arbeitsphase gesperrten Anteile werden den zur Verfügung stehenden Anteilen der Planstelle, des Beschäftigungsvolumens sowie des Personalkostenbudgets in der Freizeitphase hinzugerechnet.<sup>10</sup>Die erforderlichen Haushaltsmittel gelten insoweit als zugewiesen.

(2) <sup>1</sup>Bei nach dem 31. Dezember 2003 beginnender und nach dem 22. Juli 2003 bewilligter Altersteilzeit gilt - ausgenommen Beamtinnen und Beamte im Schuldienst - Folgendes: <sup>2</sup>Wird die Altersteilzeit im Blockmodell gewährt, so sind auch für die Dauer der Freistellungsphase 50 vom Hundert der Planstelle, des Beschäftigungsvolumens und ein entsprechender Anteil des Personalkostenbudgets sowie die Zurechnungen nach Absatz 1 Satz 9 gesperrt. <sup>3</sup>Eine Wiederbesetzung ist zulässig, wenn zeitgleich eine entsprechende andere Stelle einschließlich Beschäftigungsvolumen und entsprechendem Budgetanteil eingespart wird. <sup>4</sup>Ab diesem Zeitpunkt ist die Sperre nach Satz 2 aufgehoben. <sup>5</sup>Als entsprechende andere Stelle gilt auch eine bis zu zwei Besoldungsgruppen niedrigere Planstelle oder vergleichbare Angestelltenstelle. <sup>6</sup>Wird die Planstelle bis zur Beendigung der Altersteilzeit nicht wiederbesetzt, so ist sie zu diesem Zeitpunkt in Abgang zu stellen sowie das Beschäftigungsvolumen einschließlich des entsprechenden Budgetanteils zu mindern. <sup>7</sup>Wird die Altersteilzeit als durchgehende Teilzeitbeschäftigung gewährt, so sind die frei werdenden Anteile der Planstelle sowie die entsprechenden Anteile am Beschäftigungsvolumen und dem Budget für die gesamte Dauer der Altersteilzeit gesperrt. <sup>8</sup>Nach Beendigung der Altersteilzeit ist die Planstelle oder eine entsprechende andere Stelle (bei Teilzeitkräften der Stellenanteil) in Abgang zu stellen sowie das Beschäftigungsvolumen einschließlich des entsprechenden Budgetanteils zu mindern. <sup>9</sup>Satz 5 gilt entsprechend.

(3) <sup>1</sup>Stellen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, deren regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit aufgrund des Tarifvertrags zur Regelung der Altersteilzeit (TV-ATZ) vom 5. Mai 1998, zuletzt geändert durch Änderungstarifvertrag Nr. 2 vom 30. Juni 2000, auf die Hälfte ihrer bisherigen wöchentlichen Arbeitszeit vermindert wird, gelten bei Vollbeschäftigten mit einem Stellenanteil in Höhe von 70 vom Hundert als besetzt; dies gilt auch für das Beschäftigungsvolumen. <sup>2</sup>Der verbleibende Anteil von 30 vom Hundert steht für Ersatzeinstellungen zur Verfügung. <sup>3</sup>Bei Teilzeitbeschäftigten verändern sich die vorgenannten Stellenanteile und das Beschäftigungsvolumen entsprechend der Reduzierung der Arbeitszeit. <sup>4</sup>Werden mehrere Stellenanteile für die Ersatzeinstellung einer oder eines Angestellten genutzt, so darf diese nur in der niedrigsten Vergütungsgruppe erfolgen, aus der ein Stellenanteil herangezogen wird. <sup>5</sup>Sofern die Bundesagentur für Arbeit Leistungen nach § 4 Abs. 1 des Altersteilzeitgesetzes (AltTZG) vom 23. Juli 1996 (BGBl. I S. 1078), zuletzt geändert durch Artikel 14 des Gesetzes vom 23. Juli 2004 (BGBl. I S. 1842), gewährt, erhöht sich für diesen Zeitraum der besetzbare Anteil um 20 vom Hundert der Stelle. <sup>6</sup>Wird die Altersteilzeit in eine Arbeits- und eine Freizeitphase aufgeteilt (Blockmodell), so ist der besetzbare Stellenanteil von 30 vom Hundert während der Arbeitsphase gesperrt. <sup>7</sup>Dieser Stellenanteil wird dem besetzbaren Stellenanteil in der Freizeitphase hinzugerechnet, sodass dann ein besetzbarer Stellenanteil von insgesamt 60 vom Hundert für Ersatzeinstellungen zur Verfügung steht. <sup>8</sup>Die erforderlichen Haushaltsmittel gelten insoweit als zugewiesen. <sup>9</sup>Für den Zeitraum der Gewährung von Leistungen nach § 4 Abs. 1 AltTZG erhöht sich der besetzbare Anteil um 40 vom Hundert der Stelle. <sup>10</sup>Bei Änderung des Erstattungsverfahrens der Bundesagentur für Arbeit ändert sich der Vomhundertsatz entsprechend. <sup>11</sup>Besetzbare Stellenanteile können für Vollzeitbeschäftigungen zusammengefasst werden. <sup>12</sup>Die vorstehenden Regelungen gelten entsprechend für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die nicht auf Stellen geführt werden, mit der Maßgabe, dass die hierdurch nicht in Anspruch genommenen Mittel gesperrt sind. <sup>13</sup>Diese Mittel sind übertragbar. <sup>14</sup>Das Nähere bestimmt das Finanzministerium.

## 7. Wegfall- und Umwandlungsvermerke

Ausnahmen von § 47 LHO bedürfen der Einwilligung des Finanzministeriums.

## Begründung

### a) zum Haushaltsgesetz 2005

§ 6, § 9 sowie § 15 Abs. 2 des Haushaltsgesetzes 2004 sind entfallen. Die bisherigen §§ 7 und 8 werden §§ 6 und 7; die bisherigen §§ 10 bis 18 werden §§ 8 bis 16.

Die Vorschriften entsprechen im Übrigen denen des Vorjahres, sofern Änderungen im Folgenden nicht besonders begründet sind.

#### Zu § 3:

##### (Absatz 1)

Nach den Haushaltsjahren 2002, 2003 und 2004 ist auch zum Ausgleich des Haushaltsplanentwurfes 2005 in Einnahme und Ausgabe eine Nettokreditaufnahme oberhalb der Summe der eigenfinanzierten Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen erforderlich. Trotz Ausschöpfung aller Einnahmequellen übersteigt die Nettokreditaufnahme die Summe der eigenfinanzierten Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen um 1 260,8 Mio. EUR.

Ursache hierfür ist die sich von Jahr zu Jahr verschärfende, dramatisch negative Einnahmeentwicklung. Bereits mit den Entscheidungen zum Haushaltsplan 2004 und zur Mittelfristigen Planung 2003 – 2007 hat das Land strukturelle Eingriffe auf der Ausgabeseite mit dem Ziel beschlossen, die Ausgaben auf ein finanzierbares Maß zurückzuführen. Mit den Entscheidungen zum Haushaltsplan 2005 und zur Mittelfristigen Planung 2004 – 2008 verschärft das Land diesen bereits im Vorjahr eingeschlagenen Weg deutlich. Die aus diesen Beschlüssen erwarteten haushaltsentlastenden Wirkungen treten jedoch insbesondere aufgrund der sich durch rechtliche Bindungen aus Gesetzen oder Verträgen ergebenden Limitierungen, beispielsweise im Personalkostenbereich, häufig erst mit zeitlicher Verzögerung ein. Eine Haushaltskonsolidierung in der für die Einhaltung der verfassungsmäßigen Grenzen der Neuverschuldung notwendigen Größenordnung von mindestens fünf Prozent des Haushaltsvolumens kann daher, wie in der Mittelfristigen Planung der Landesregierung auch geplant, nur mittelfristig angelegt werden.

Trotz umfangreicher Vermögensaktivierungen und Umsetzung der im Rahmen der Entscheidungskompetenz der Landesregierung und des Landtages liegenden haushaltsentlastenden Beschlüsse ist deshalb zum Haushaltsausgleich 2005 die Veranschlagung von Krediten oberhalb der von Artikel 71 der Niedersächsischen Verfassung (im Folgenden: NV) gezogenen Grenze erforderlich. Die kurzfristig zur Verfügung stehenden Handlungsoptionen führen zwar zu einem Absinken des Ausgabe Volumens des Haushaltsplanentwurfes 2005 um 3% gegenüber 2004, sie sind damit aber auch ausgeschöpft: Im Bereich der Personalkosten werden durch einen Einstellungsstopp, durch Streichung von Sonderzahlungen an Beamtinnen und Beamte sowie neu eingestellte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, durch vollständigen Fortfall der Wahlleistungen der beamtenrechtlichen Beihilfe und durch Anhebung der Eigenbeteiligung bei der polizeilichen Heilfürsorge, durch Kündigung von Tarifverträgen und der Vereinbarung nach § 81 des Niedersächsischen Personalvertretungsgesetzes über die Gestaltung der Staatsmodernisierung sowie durch umfängliche Nutzung des § 109 des Niedersächsischen Beamtengesetzes die kurzfristig erreichbaren Handlungsmöglichkeiten genutzt. Eingriffe in die administrative Infrastruktur des Landes sind mit einer umfassenden Verwaltungsmodernisierung eingeleitet, werden aufgrund der rechtlichen Restriktionen im Personalbereich ihre Wirkung aber erst mittelfristig entfalten. Sonstige, Eingriffen der Landesregierung oder des Landtages zugängliche Leistungen des Landes, insbesondere landesgesetzlich begründete Ausgaben, rechtlich ungebundene freiwillige Leistungen und ungebundene Investitionsmittel wurden als im Grundsatz heranziehbares Konsolidierungspotenzial erfasst und einer ressortweise differenzierten Bewertung unterzogen. Zu berücksichtigen ist dabei, dass die Kompetenzen der Landesregierung und des Landtages zur Anpassung der Ausgaben an das geringere Einnahmenniveau dort an ihre Grenze stoßen, wo bei deren Überschreiten eine ernsthafte Gefährdung der durch höherrangiges Recht vorgegebenen Aufgabenerfüllung eintreten würde. Landesregierung und Landtag haben bei ihren Entscheidungen über die Haushaltsplangestaltung neben Artikel 71 NV (Begrenzung der Kreditaufnahme) auch die bundesgesetzlichen Vorgaben sowie die Artikel 57 und 58 NV (angemessene Finanzausstattung der Gemeinden und Landkreise), die Gewährleistungsaufträge aus Artikel 2 Abs. 2 NV i. V. m. Artikel 20 Abs. 1 des Grundgesetzes (Sozialstaatsprinzip), Artikel 4 NV (Recht auf Bildung, Schulwesen), Artikel 5 NV (Wissenschaft, Hochschulen), Artikel 6 NV (Kunst, Kultur und Sport) und Artikel 6 a NV (Arbeit, Wohnen) zu berücksichtigen. Eine Priorität zugunsten der Einhaltung der Vorgaben des Artikels 71 NV ist vom Verfassungsgeber nicht vorgesehen.

Da es nach dem Zahlenwerk des Haushaltsplanentwurfes 2005 objektiv unmöglich ist, alle genannten verfassungsrechtlichen Bestimmungen einzuhalten, sind Landesregierung und Landtag aufgerufen, eine Abwägungsentscheidung herbeizuführen. Diese erfordert in weiten Bereichen einen Meinungsbildungsprozess, der mehr Zeit benötigt, als im Rahmen eines Haushaltsaufstellungsverfahrens zur Verfügung steht. Haushaltskonsolidierung muss deshalb mittelfristig angelegt werden, wie es die Landesregierung mit ihrer Mittelfristigen Planung 2004 bis 2008 auch angekündigt hat.

Mit dieser Planung wird eine nachhaltige Perspektive für die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Haushalte aus eigener Kraft, d.h. ohne Inanspruchnahme von Bundeshilfen, bis zum Jahr 2008 eröffnet. Die für 2005 rechtlich und derzeit politisch als möglich eingestuften Eingriffe werden durchgeführt. Mit den im Haushaltsplanentwurf 2005 veranschlagten Ausgaben werden die durch höherrangiges Recht begründeten Leistungen des Landes auf einen nach heutiger Einschätzung bundesrechtlich oder verfassungsrechtlich gebotenen Grundstandard zurückgeführt. Weitere Eingriffe müssen Folgehaushalten vorbehalten bleiben. Eine stärkere Rückführung der Nettokreditaufnahme ist daher ohne Verletzung von Bundesrecht und den Gewährleistungsaufträgen der Niedersächsischen Verfassung nicht möglich.

**Zu § 4:**

**(Absatz 1)**

Die Ermächtigungssumme ist insbesondere vorgesehen zur Übernahme von Bürgschaften in folgenden Bereichen:

	Mio. EUR
Bürgschaften nach der Allgemeinen Bürgschaftsrichtlinie vom 6. April 2001 (Nds. MBl. S. 854) zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft, sozialer und kultureller Einrichtungen sowie freier Berufe	420
Bürgschaften zugunsten der niedersächsischen Landwirtschaft	5
Bürgschaften zugunsten der Hannoverschen Beteiligungsgesellschaft mbH	700
Bürgschaften zur Förderung des Wohnungswesens	425
Garantien des Landes für Beteiligungen im Ausland	50
Bürgschaften im Zusammenhang mit der Finanzierung von Stadt-sanierungsmaßnahmen und Krankenhausinvestitionen	200
Gewährleistungen gegenüber der EU-Kommission im Zusammenhang mit dem Programm INTERREG III	15
Verbürgung von Kapitalmarktmitteln für die Erfüllung der Verpflichtungen des Landes aus § 17 Abs. 2 und § 56 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes	30
Garantien von Beteiligungen an kleinen und mittleren Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft	50
Rückbürgschaften gegenüber der Bürgschaftsbank für Sozialwirtschaft GmbH, Köln	5
<b>Insgesamt</b>	<b>1 900</b>

**(Absatz 3)**

Mit der Durchführung des Förderprogramms ist die Landestreuhandstelle für das Wohnungswesen, Hannover, beauftragt. Die Ermächtigung des § 4 Abs. 4 des Gesetzes über das Schuldenwesen des Landes Niedersachsen vom 12. Dezember 2003 (Nds. GVBl. S. 446), nach der das Finanzministerium in besonderen Fällen die Übernahme von Bürgschaften und Gewährleistungen und die entsprechende Vollziehung der Urkunden auf andere Dienststellen übertragen kann, wird hiermit auch für das Haushaltsjahr 2005 auf die genannte Einrichtung ausgedehnt.

**Zu § 7:**

**(Absatz 3 Satz 3)**

Die bisherige Formulierung beschränkte die unterjährigen Eingriffsmöglichkeiten des Finanzministeriums auf die Verstärkung der Personalkostenbudgets aufgrund von Auswirkungen von Besoldungs- und Tarifierhöhungen. In der Praxis hat sich gezeigt, dass es weitere wesentliche Veränderungen von Rahmenbedingungen geben kann, die eine Anpassung der Budgets erforderlich machen können. Hierzu gehören beispielsweise Anpassungen aufgrund von Veränderungen des durchschnittlichen Beitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung oder die Verschiebung von Zahlungsverpflichtungen an Sozialversicherungsträger. Die Neufassung ermöglicht dem Finanzministerium, aufgrund von wesentlichen Veränderungen regelnd einzugreifen, beschränkt dies aber auf die im Kapitel 13 02 Titel 461 11 veranschlagten Mittel.

**(Absatz 5)**

Die Regelung wird um die nicht mehr benötigten Titel 425 14 und 425 23 bereinigt.

**Zu § 9:**

**(Absatz 2)**

Die Änderung in Satz 1 dient der Definition und Begrenzung der von außerhalb des Landeshaushaltes zur Verfügung gestellten Mittel auf öffentlich rechtliche Körperschaften, Anstalten und Stiftungen.

**(Absatz 3)**

Die Ermächtigung dient dem Ziel einer beschleunigten Realisierung von Grundstücksveräußerungen zur Haushaltsdeckung. Es wird sichergestellt, dass bei ressortspezifischen Mehrausgaben im Zusammenhang mit dem Verkauf landeseigener Liegenschaften (Neuanmietungen, Umzugskosten etc.) auch Mittel des „Landesliegenschaftsfonds Niedersachsen“ als Einsparung herangezogen werden können.

**Zu § 12:**

**(Absatz 1)**

Die Regelung wird in Nummer 3 Buchst. d um den nicht mehr benötigten Titel 517 59 bereinigt.

**Zu § 13:**

**(Absätze 2 und 3)**

Gemäß § 4 Abs. 1 des Gesetzes über ein Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung beträgt die gesetzliche Mindestzuführung an den Wirtschaftsförderfonds 50 Mio. Euro jährlich. Für das Haushaltsjahr 2005 wird die Mindestzuführung unterschritten. Mit dem Absatz 3 - neu - erfolgt eine entsprechende Klarstellung. Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 2.

## **b) zu den Allgemeinen Bestimmungen 2005 (Anlage 2)**

Nummer 2 Abs. 10 sowie Nummer 8 der Allgemeinen Bestimmungen 2004 sind entfallen.

Die Vorschriften entsprechen im Übrigen denen des Vorjahres, sofern Änderungen im Folgenden nicht besonders begründet sind.

### **Zu Nummer 2: (Absatz 8)**

Die Ermächtigung für das Ministerium für Wissenschaft und Kultur wird um die Umsetzung der erforderlichen Mittel ergänzt.

## **Allgemeine Bemerkungen zur Veranschlagung der Personalausgaben**

Grundlage für die Berechnung der Personalkostenbudgets ist eine Personalkostenhochrechnung, die auf der Basis des für das Haushaltsjahr 2005 festgelegten Beschäftigungsvolumens durchgeführt wurde. In der Personalkostenhochrechnung sind alle budgetrelevanten Veränderungen im Stellenbereich enthalten. Einbezogen wurden dabei ausschließlich die sog. PKB-Titel (siehe Auflistung in § 7 Abs. 5 des Haushaltsgesetzes). Das Personalkostenbudget ist in den jeweiligen Kapiteln in der Regel beim Titel 422 01 veranschlagt. Für die Kapitel 0710 bis 0720 ist das Budget bei Kapitel 0710 zusammengefasst. Die weiteren PKB-Titel sind – soweit im jeweiligen Kapitel erforderlich – als Leertitel ausgebracht.

In Kapiteln ohne Personalkostenbudgetierung und bei den Titeln, die nicht der Personalkostenbudgetierung unterliegen, ist Ausgangsbasis für die Veranschlagung der Personalausgaben grundsätzlich das jeweilige Jahres-Ist 2003.

Beträge für **Nachversicherungen** ausscheidender Bediensteter werden zentral bei Kapitel 1302 Titel 422 12 veranschlagt.

Den Ansätzen für **Beihilfen** (Titel 441.. und 446 01) liegt die jeweilige Ist-Ausgabe des Jahres 2003, hochgerechnet auf 2005, zugrunde. Die Mittel hierfür werden grundsätzlich für den jeweiligen Einzelplan zentral im Ministerialkapitel ..01 veranschlagt.

Den Ansätzen für **Unterstützungen** (Titel 443 02) und **Fürsorgemaßnahmen** (Titel 443 01) liegt die jeweilige Ist-Ausgabe des Jahres 2003 unter Berücksichtigung von Mehr- und Minderausgaben aufgrund von Stellenveränderungen zugrunde. Die Mittel hierfür werden grundsätzlich für den jeweiligen Einzelplan zentral im Ministerialkapitel ..01 veranschlagt.

Mittel für die Zuführungen an das Sondervermögen Niedersächsische Versorgungsrücklage (§ 6 des Niedersächsischen Versorgungsrücklagengesetzes) werden zentral im Einzelplan 13 bei Kapitel 1302 Titel 424 11 und Kapitel 1350 Titel 434 11 veranschlagt.

Soweit sich aufgrund dieser Veranschlagungsmethoden bei den oben erwähnten Titeln Ansatzveränderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben, werden sie zur Vermeidung eines unnötigen Verwaltungsaufwandes nicht im Einzelnen begründet.

<b>Gruppierungsübersicht</b>					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen					
Grp. Nr.	Einnahmen	<b>H a u s h a l t s p l a n</b>			
		Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR	2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
0	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel				
01	Gemeinschaftssteuern und Gewerbesteuerumlage				
011	Lohnsteuer			4.490.000	4.734.500
012	Veranlagte Einkommensteuer			63.000	96.900
013	Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (ohne Zinsabschlag)			444.500	362.500
014	Körperschaftsteuer			916.500	689.000
015	Umsatzsteuer			5.921.900	5.512.000
016	Einfuhrumsatzsteuer			–	–
017	Gewerbesteuerumlage			352.000	462.000
018	Zinsabschlagsteuer			266.000	279.000
	01 Insgesamt			12.453.900	12.135.900
05	Landessteuern (05/06)				
051	Vermögensteuer			6.000	14.000
052	Erbschaftsteuer			232.000	224.000
053	Grunderwerbsteuer			389.000	400.000
054	Kraftfahrzeugsteuer			826.000	810.000
055	Totalisatorsteuer			1.000	1.000
056	Andere Rennwettsteuern			100	100
057	Lotteriesteuer			188.000	189.000
059	Feuerschutzsteuer			37.000	35.000
061	Biersteuer			35.000	39.000
062	Gewerbesteuer im nds. Küstengewässer/Festlandsockel (abzüglich Gewerbesteuerumlage)			–	–
069	Sonstige			–	–
	05/06 Insgesamt			1.714.100	1.712.100
09	Steuerähnliche Abgaben				
093	Abgaben von Spielbanken			71.500	108.500
099	Sonstige			87.588	87.608
	09 Insgesamt			159.088	196.108
	<b>0 Insgesamt</b>			<b>14.327.088</b>	<b>14.044.108</b>
1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				
11	Verwaltungseinnahmen				
111	Gebühren, sonstige Entgelte			68.233	75.744
112	Geldstrafen und Geldbußen (einschl. der damit zusammenhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)			384.777	368.329
119	Sonstige			188.541	193.031
	11 Insgesamt			641.551	637.104
12	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen (ohne Zinsen)				
121	Gewinne aus Unternehmen und Beteiligungen			45.754	56.692
122	Konzessionsabgaben			558.258	557.524
123	Einnahmen aus Lotterie, Lotto, Toto			4.658	4.819
124	Mieten und Pachten			150.491	165.606
125	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen und Diensten aus wirtschaftlicher Tätigkeit			4.924	79.097
129	Sonstige			10.110	81.943
	12 Insgesamt			774.195	945.681

<b>Gruppierungsübersicht</b>					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen					
Grp. Nr.	Einnahmen	<b>H a u s h a l t s p l a n</b>			
		Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR	2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
13	Erlöse aus der Veräußerung von Gegenständen, Kapitalrückzahlungen				
131	Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen			–	–
132	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen			1.855	1.818
133	Erlöse aus der Veräußerung von Beteiligungen und sonstigem Kapitalvermögen			630.000	–
134	Kapitalrückzahlungen			16.691	107
	13 Insgesamt			648.546	1.925
14	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen				
141	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen aus dem Inland			563	563
146	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen aus dem Ausland			–	–
	14 Insgesamt			563	563
15	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich				
151	Zinseinnahmen vom Bund			–	–
152	Zinseinnahmen von Ländern			–	–
153	Zinseinnahmen von Gemeinden und Gemeindeverbänden			24	332
154	Zinseinnahmen von Sondervermögen			–	–
156	Zinseinnahmen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit			–	–
157	Zinseinnahmen von Zweckverbänden			7	47
	15 Insgesamt			31	379
16	Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen				
161	Zinseinnahmen von öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen			2.860	802.860
162	Sonstige Zinseinnahmen aus dem Inland			16.666	15.890
166	Zinseinnahmen aus dem Ausland			–	–
	16 Insgesamt			19.526	818.750
17	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich				
171	Darlehensrückflüsse vom Bund			–	–
172	Darlehensrückflüsse von Ländern			–	–
173	Darlehensrückflüsse von Gemeinden und Gemeindeverbänden			680	3.844
174	Darlehensrückflüsse von Sondervermögen			–	–
176	Darlehensrückflüsse von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit			–	–
177	Darlehensrückflüsse von Zweckverbänden			194	2.570
	17 Insgesamt			874	6.414
18	Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen				
181	Darlehensrückflüsse von öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen			–	15.053
182	Sonstige Darlehensrückflüsse aus dem Inland			60.245	62.343
186	Darlehensrückflüsse aus dem Ausland			–	–
	18 Insgesamt			60.245	77.396
	<b>1 Insgesamt</b>			<b>2.145.531</b>	<b>2.488.212</b>
2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				
21	Allgemeine (nicht zweckgebundene) Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich				
211	Allgemeine Zuweisungen vom Bund			150.000	674.000
212	Allgemeine Zuweisungen von Ländern			283.000	430.000
213	Allgemeine Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden			25.000	30.000

<b>Gruppierungsübersicht</b>					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen					
Grp. Nr.	Einnahmen	<b>H a u s h a l t s p l a n</b>			
		Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR	2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
214	Allgemeine Zuweisungen von Sondervermögen			–	–
216	Allgemeine Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit			–	–
217	Allgemeine Zuweisungen von Zweckverbänden			–	–
	21 Insgesamt			458.000	1.134.000
22	Schuldendiensthilfen aus dem öffentlichen Bereich				
221	Schuldendiensthilfen vom Bund			–	–
222	Schuldendiensthilfen von Ländern			–	–
223	Schuldendiensthilfen von Gemeinden und Gemeindeverbänden			–	–
224	Schuldendiensthilfen von Sondervermögen			–	–
226	Schuldendiensthilfen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit			–	–
227	Schuldendiensthilfen von Zweckverbänden			–	–
	22 Insgesamt			–	–
23	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich				
231	Sonstige Zuweisungen vom Bund			1.090.115	1.170.178
232	Sonstige Zuweisungen von Ländern			12.408	10.861
233	Sonstige Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden			34.974	34.294
234	Sonstige Zuweisungen von Sondervermögen			15	15
235	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung			242	522
236	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit			1.885	1.884
237	Sonstige Zuweisungen und Erstattungen von Zweckverbänden			77	77
	23 Insgesamt			1.139.716	1.217.831
26	Schuldendiensthilfen von Verwaltungsausgaben aus sonstigen Bereichen				
261	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus dem Inland			157.201	105.528
266	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus dem Ausland			–	–
	26 Insgesamt			157.201	105.528
27	Zuschüsse von der EU				
271	Erstattungen von der EU			19.142	16.832
272	Sonstige Zuschüsse von der EU			176.596	145.042
	27 Insgesamt			195.738	161.874
28	Sonstige Zuschüsse aus sonstigen Bereichen				
281	Sonstige Erstattungen aus dem Inland			120.128	121.091
282	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland			3.601	3.964
286	Sonstige Erstattungen aus dem Ausland (soweit nicht von der EU)			1.900	1.900
287	Sonstige Zuschüsse aus dem Ausland (soweit nicht von der EU)			–	–
	28 Insgesamt			125.629	126.955
29	Vermögensübertragungen, soweit nicht für Investitionen				
291	Vermögensübertragungen vom Bund, soweit nicht Investitionszuweisungen			–	–
292	Vermögensübertragungen von Ländern, soweit nicht Investitionszuweisungen			–	–
293	Vermögensübertragungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden, soweit nicht Investitionszuweisungen			–	–

<b>Gruppierungsübersicht</b>					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen					
Grp. Nr.	Einnahmen	<b>H a u s h a l t s p l a n</b>			
		Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR	2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
297	Vermögensübertragungen von Unternehmen, soweit nicht Investitionszuschüsse			–	–
298	Vermögensübertragungen von Sonstigen aus dem Inland, soweit nicht Investitionszuschüsse			–	–
299	Vermögensübertragungen aus dem Ausland, soweit nicht Investitionszuschüsse			–	–
	29 Insgesamt			–	–
	<b>2 Insgesamt</b>			<b>2.076.284</b>	<b>2.746.188</b>
3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				
31	Schuldenaufnahmen bei Gebietskörperschaften, Sondervermög. u. gebietskörperschaftl. Zusammenschlüssen				
311	Schuldenaufnahmen beim Bund			2.332	4.737
312	Schuldenaufnahmen bei Ländern			–	–
313	Schuldenaufnahmen bei Gemeinden und Gemeindeverbänden			–	–
314	Schuldenaufnahmen bei Sondervermögen			–	–
317	Schuldenaufnahmen bei Zweckverbänden			–	–
	31 Insgesamt			2.332	4.737
32	Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt				
321	Schuldenaufnahmen bei öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen			–	–
322	Schuldenaufnahmen bei Sozialversicherungsträgern und bei der Bundesagentur für Arbeit			–	–
325	Schuldenaufnahmen auf dem sonstigen inländischen Kreditmarkt			2.565.400	2.592.100
326	Schuldenaufnahmen im Ausland			-415.400	-92.100
	32 Insgesamt			2.150.000	2.500.000
33	Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich				
331	Zuweisungen für Investitionen vom Bund			541.799	618.511
332	Zuweisungen für Investitionen von Ländern			600	716
333	Zuweisungen für Investitionen von Gemeinden und Gemeindeverbänden			62.928	63.261
334	Zuweisungen für Investitionen von Sondervermögen			–	–
336	Zuweisungen für Investitionen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit			–	–
337	Zuweisungen für Investitionen von Zweckverbänden			–	–
	33 Insgesamt			605.327	682.488
34	Beiträge und sonstige Zuschüsse für Investitionen				
341	Beiträge			715	731
342	Sonstige Zuschüsse für Investitionen aus dem Inland			29.800	30.800
346	Zuschüsse für Investitionen von der EU			4.600	4.600
347	Sonstige Zuschüsse für Investitionen aus dem Ausland (soweit nicht von der EU)			–	–
	34 Insgesamt			35.115	36.131
35	Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken				
351	Entnahmen aus der Ausgleichsrücklage			–	–
352	Entnahmen aus der Betriebsmittelrücklage			–	–
353	Entnahmen aus der Schuldendienstrücklage			–	–
354	Entnahmen aus der Bürgschaftssicherungsrücklage			–	–
355	Entnahmen aus der Konjunkturausgleichsrücklage			–	–
356	Entnahmen aus Fonds und Stöcken			103.454	195.527
359	Sonstige			6.773	132.990
	35 Insgesamt			110.227	328.517

<b>Gruppierungsübersicht</b>					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen					
Grp. Nr.	Einnahmen	<b>H a u s h a l t s p l a n</b>			
		Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR	2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
36	Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre				
361	Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre			–	–
	36 Insgesamt			–	–
37	Globale Mehr- und Mindereinnahmen				
371	Globale Mehreinnahmen			–	–
372	Globale Mindereinnahmen			–	–
	37 Insgesamt			–	–
38	Haushaltstechnische Verrechnungen				
381	Verrechnungen zwischen Kapiteln			198.355	230.239
382	Durchlaufende Posten			9.644	8.736
389	Sonstige			–	–
	38 Insgesamt			207.999	238.975
	<b>3 Insgesamt</b>			<b>3.111.000</b>	<b>3.790.848</b>
	<b>0 - 3 Gesamteinnahmen</b>			<b>21.659.903</b>	<b>23.069.356</b>

<b>Gruppierungsübersicht</b>					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen					
Grp. Nr.	Ausgaben	<b>H a u s h a l t s p l a n</b>			
		Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR	2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
4	Personalausgaben				
41	Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige				
411	Aufwendungen für Abgeordnete	–	–	25.692	26.561
412	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	–	215	3.811	3.364
	41 Insgesamt	–	215	29.503	29.925
42	Bezüge und Nebenleistungen				
421	Bezüge der Ministerpräsidentin, des Ministerpräsidenten, der Ministerinnen und Minister	–	–	1.618	1.891
422	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	–	–	5.778.906	5.790.772
424	Zuführung an die Versorgungsrücklage	–	–	26.226	26.244
425	Vergütungen der Angestellten	–	3.587	142.678	164.327
426	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	–	–	55.881	88.862
427	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	–	–	43.817	49.765
429	Nicht aufteilbare Personalausgaben - nur in Titelgruppen	320	372.284	111.999	144.321
	42 Insgesamt	320	375.871	6.161.125	6.266.182
43	Versorgungsbezüge und dgl.				
431	Versorgungsbezüge Ministerpräsidentin/Ministerpräsidenten, Ministerinnen/Minister und d. Hinterbliebenen	–	–	2.400	2.400
432	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen, Richter und deren Hinterbliebenen	–	–	1.850.897	1.836.015
434	Zuführung an die Versorgungsrücklage	–	–	21.253	19.306
435	Versorgungsbezüge der Angestellten und deren Hinterbliebenen	–	–	–	–
436	Versorgungsbezüge der Arbeiterinnen, Arbeiter und deren Hinterbliebenen	–	–	81	81
437	Versorgungsbezüge nach dem G 131	–	–	–	–
439	Sonstige	–	–	15.535	15.926
	43 Insgesamt	–	–	1.890.166	1.873.728
44	Beihilfen, Unterstützungen und dgl.				
441	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, und dgl.	–	–	224.778	246.963
443	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	900	435	26.288	26.344
446	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen, Versorgungsempfänger und dgl.	–	–	247.617	261.897
	44 Insgesamt	900	435	498.683	535.204
45	Sonstige personalbezogene Ausgaben				
451	Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung u. zu Gemeinschaftsveranstaltungen sowie f. soziale Einrichtungen	–	–	–	–
452	Personalbezogene Zahlungen an die Sozialversicherungsträger (soweit nicht Obergruppen 41 bis 44)	–	–	–	–
453	Trennungentschädigung, Umzugskostenvergütung	–	–	6.045	5.121
459	Sonstige	–	–	26.959	27.032
	45 Insgesamt	–	–	33.004	32.153
46	Globale Mehr- und Minderausgaben f. Personalausgaben				
461	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	–	–	-233.038	-29.864
462	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	–	–	-2.147	-4.113
	46 Insgesamt	–	–	-235.185	-33.977
	<b>4 Insgesamt</b>	<b>1.220</b>	<b>376.521</b>	<b>8.377.296</b>	<b>8.703.215</b>

<b>Gruppierungsübersicht</b>					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen					
Grp. Nr.	Ausgaben	<b>H a u s h a l t s p l a n</b>			
		Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR	2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst				
51	Sächliche Verwaltungsausgaben				
511	Geschäftsbedarf und Kommunikation, Geräte, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenst., sonst. Gebrauchsggst.	–	2.821	110.018	92.154
514	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	–	1.500	46.081	52.270
517	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	–	–	82.022	68.570
518	Mieten und Pachten	6.540	19.552	55.391	47.121
519	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	–	–	24.288	37.800
521	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	–	–	10.494	10.496
523	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	–	–	2.172	2.247
525	Aus- und Fortbildung	–	–	23.301	18.550
526	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	–	–	29.183	30.347
527	Dienstreisen	1.100	1.100	21.597	14.344
529	Verfügungsmittel	–	–	613	1.047
531	Ausgaben für Veröffentlichungen und Dokumentationen	500	550	4.555	5.606
532	Auslagen in Rechtssachen	–	–	206.854	175.995
534	Ausgaben für die Pflege von Auslandsbeziehungen und Förderung der politischen Zusammenarbeit	–	–	–	–
536	Ausgaben für Polizei, öffentliche Sicherheit und Ordnung	–	–	1.463	1.363
537	Landes- und Ortsplanung sowie sonstige Planungen (auch Gutachten)	11.000	11.400	22.887	26.240
538	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	2.900	600	93.317	102.247
539	Ausgaben für Schulwesen, Erziehung, Wissenschaft, Sport, kulturelle Angelegenheiten	–	–	51	53
541	Ausgaben für Veranstaltungen und dgl.	–	–	261	868
542	Ausgleichsabgaben	–	–	2.000	3.910
546	Sonstige	–	50	36.355	34.134
547	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	256.804	394.709	420.800	521.201
548	Globale Mehrausgaben für sächl. Verwaltungsausgaben	–	–	–	–
549	Globale Minderausgaben f. sächl. Verwaltungsausgaben	–	–	–	-9.743
	51-54 Insgesamt	278.844	432.282	1.193.703	1.236.820
56	Zinsausgaben an Gebietskörperschaften, Sondervermögen und gebietskörperschaftliche Zusammenschlüsse				
561	Zinsausgaben an Bund	–	–	15.170	15.259
562	Zinsausgaben an Länder	–	–	–	–
563	Zinsausgaben an Gemeinden und Gemeindeverbände	–	–	–	–
564	Zinsausgaben an Sondervermögen	–	–	–	–
567	Zinsausgaben an Zweckverbände	–	–	–	–
	56 Insgesamt	–	–	15.170	15.259
57	Zinsausgaben an Kreditmarkt				
571	Zinsausgaben an öffentliche Unternehmen und Einrichtungen	–	–	–	–
572	Zinsausgaben an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit	–	–	88	110
573	Zinsausgaben für Ausgleichsforderungen	–	–	–	–
575	Zinsausgaben an sonstigen inländischen Kreditmarkt	–	–	2.360.580	2.366.969
576	Zinsausgaben an Ausland	–	–	106.540	86.000
	57 Insgesamt	–	–	2.467.208	2.453.079

<b>Gruppierungsübersicht</b>					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen					
Grp. Nr.	Ausgaben	<b>H a u s h a l t s p l a n</b>			
		Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR	2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
58	Tilgungsausgaben an Gebietskörperschaften, Sondervermögen u. gebietskörperschaftl. Zusammenschlüsse				
581	Tilgungsausgaben an Bund	—	—	26.114	36.642
582	Tilgungsausgaben an Länder	—	—	—	—
583	Tilgungsausgaben an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—
584	Tilgungsausgaben an Sondervermögen	—	—	—	—
587	Tilgungsausgaben an Zweckverbände	—	—	—	—
	58 Insgesamt	—	—	26.114	36.642
59	Tilgungsausgaben an Kreditmarkt				
591	Tilgungsausgaben an öffentliche Unternehmen und Einrichtungen	—	—	—	—
592	Tilgungsausgaben an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit	—	—	567	719
593	Tilgungsausgaben für Ausgleichsforderungen	—	—	—	—
595	Tilgungsausgaben an sonstigen inländischen Kreditmarkt	—	—	45	44
596	Tilgungsausgaben an Ausland	—	—	—	—
	59 Insgesamt	—	—	612	763
	<b>5 Insgesamt</b>	<b>278.844</b>	<b>432.282</b>	<b>3.702.807</b>	<b>3.742.563</b>
6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				
61	Allgemeine (nicht zweckgebundene) Zuweisungen an öffentlichen Bereich				
611	Allgemeine Zuweisungen an Bund	—	—	—	—
612	Allgemeine Zuweisungen an Länder	—	—	—	—
613	Allgemeine Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	2.186.437	2.290.369
614	Allgemeine Zuweisungen an Sondervermögen	—	—	—	—
616	Allgemeine Zuweisungen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit	—	—	—	—
617	Allgemeine Zuweisungen an Zweckverbände	—	—	—	—
	61 Insgesamt	—	—	2.186.437	2.290.369
62	Schuldendiensthilfen an öffentlichen Bereich				
621	Schuldendiensthilfen an Bund	—	—	—	—
622	Schuldendiensthilfen an Länder	—	—	—	—
623	Schuldendiensthilfen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—
624	Schuldendiensthilfen an Sondervermögen	—	—	—	—
626	Schuldendiensthilfen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit	—	—	—	—
627	Schuldendiensthilfen an Zweckverbände	—	—	—	—
	62 Insgesamt	—	—	—	—
63	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen an öffentlichen Bereich				
631	Sonstige Zuweisungen an Bund	—	—	25.507	24.981
632	Sonstige Zuweisungen und Erstattungen an Länder	—	1.170	25.899	25.210
633	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	24.947	33.017	1.990.630	1.951.042
634	Sonstige Zuweisungen an Sondervermögen	—	—	5.074	2.865
636	Sonstige Zuweisungen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit	—	—	15.322	16.614
637	Sonstige Zuweisungen an Zweckverbände	31.000	26.341	163.283	137.101
	63 Insgesamt	55.947	60.528	2.225.715	2.157.813

<b>Gruppierungsübersicht</b>					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen					
Grp. Nr.	Ausgaben	<b>H a u s h a l t s p l a n</b>			
		Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR	2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
66	Schuldendiensthilfen an sonstige Bereiche				
661	Schuldendiensthilfen an öffentliche Unternehmen	178.484	265.332	48.050	34.735
662	Schuldendiensthilfen an private Unternehmen	15.000	22.500	18.384	21.534
663	Schuldendiensthilfen an Sonstige im Inland	–	–	3.048	25.360
664	Schuldendiensthilfen an öffentliche Einrichtungen	–	–	–	–
666	Schuldendiensthilfen an Ausland	–	–	–	–
	<b>66 Insgesamt</b>	<b>193.484</b>	<b>287.832</b>	<b>69.482</b>	<b>81.629</b>
67	Erstattungen an sonstige Bereiche				
671	Erstattungen an Inland	170.175	175	126.846	127.752
676	Erstattungen an Ausland	–	–	36	36
	<b>67 Insgesamt</b>	<b>170.175</b>	<b>175</b>	<b>126.882</b>	<b>127.788</b>
68	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Bereiche				
681	Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	4.209	1.407	258.328	285.977
682	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	40.914	37.399	1.395.282	1.317.370
683	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	48.571	22.192	64.506	62.815
684	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (ohne öffentl. Einrichtungen)	3.421	6.286	500.780	487.217
685	Zuschüsse für laufende Zwecke an öff. Einrichtungen	15.163	21.648	727.651	724.410
686	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	13.185	3.645	72.070	60.735
687	Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland (soweit nicht an die EU)	–	–	16.944	17.014
688	Abführung der Eigenmittel an die EU	–	–	–	–
	<b>68 Insgesamt</b>	<b>125.463</b>	<b>92.577</b>	<b>3.035.561</b>	<b>2.955.538</b>
69	Vermögensübertragung, soweit nicht für Investitionen				
691	Vermögensübertragungen an Bund, soweit nicht Investitionszuweisungen	–	–	–	–
692	Vermögensübertragungen an Länder, soweit nicht Investitionszuweisungen	–	–	–	–
693	Vermögensübertragungen an Gemeinden und Gemeindeverbände, soweit nicht Investitionszuweisungen	–	–	–	–
697	Vermögensübertragungen an Unternehmen, soweit nicht Investitionszuschüsse	–	–	–	–
698	Vermögensübertragungen an Sonstige im Inland, soweit nicht Investitionszuschüsse	–	–	95	100
699	Vermögensübertragungen an Ausland, soweit nicht Investitionszuschüsse	–	–	–	–
	<b>69 Insgesamt</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>95</b>	<b>100</b>
	<b>6 Insgesamt</b>	<b>545.069</b>	<b>441.112</b>	<b>7.644.172</b>	<b>7.613.237</b>
7	Baumaßnahmen				
711	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	500	500	12.553	33.483
712	Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten Hochbaumaßnahmen (712 - 729)	1.860	120.000	71.210	103.390
731	Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten Straßenbaumaßnahmen (731 - 739)	10.000	22.550	31.247	46.223
741	Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten Hafenaumaßnahmen (741 - 759)	–	12.000	5.500	16.169
761	Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten Sonstige Tiefbaumaßnahmen (761 - 779)	26.132	51.883	23.715	21.712
	<b>7 Insgesamt</b>	<b>38.492</b>	<b>206.933</b>	<b>144.225</b>	<b>220.977</b>

<b>Gruppierungsübersicht</b>					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen					
Grp. Nr.	Ausgaben	<b>H a u s h a l t s p l a n</b>			
		Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR	2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen				
81	Erwerb von beweglichen Sachen				
811	Erwerb von Fahrzeugen	4.500	6.260	13.353	7.947
812	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	5.336	2.825	75.667	97.627
	81 Insgesamt	9.836	9.085	89.020	105.574
82	Erwerb von unbeweglichen Sachen				
821	Grunderwerb	500	100	2.149	10.470
822	Erwerb privat vorfinanzierter unbeweglicher Sachen	–	–	–	–
	82 Insgesamt	500	100	2.149	10.470
83	Erwerb von Beteiligungen und dgl.				
831	Erwerb von Beteiligungen und dgl. im Inland	–	–	13.540	802.005
836	Erwerb von Beteiligungen und dgl. im Ausland	–	–	–	–
	83 Insgesamt	–	–	13.540	802.005
85	Darlehen an öffentlichen Bereich				
851	Darlehen an Bund	–	–	–	–
852	Darlehen an Länder	–	–	–	–
853	Darlehen an Gemeinden und Gemeindeverbände	–	–	–	–
854	Darlehen an Sondervermögen	–	–	–	–
856	Darlehen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit	–	–	–	–
857	Darlehen an Zweckverbände	–	–	–	–
	85 Insgesamt	–	–	–	–
86	Darlehen an sonstige Bereiche				
861	Darlehen an öffentliche Unternehmen und Einrichtungen	–	–	–	–
862	Darlehen an private Unternehmen	–	–	–	–
863	Darlehen an Sonstige im Inland	–	–	2.358	4.763
866	Darlehen an Ausland	–	–	–	–
	86 Insgesamt	–	–	2.358	4.763
870	Inanspruchnahme aus Gewährleistungen	–	–	40.000	25.000
	87 Insgesamt	–	–	40.000	25.000
88	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich				
881	Zuweisungen für Investitionen an Bund	–	–	28.996	33.848
882	Zuweisungen für Investitionen an Länder	1.000	1.368	1.473	1.473
883	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	216.456	176.300	514.404	575.700
884	Zuweisungen für Investitionen an Sondervermögen	–	–	39.523	50.828
886	Zuweisungen für Investitionen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit	–	–	–	–
887	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	–	–	1.000	8.005
	88 Insgesamt	217.456	177.668	585.396	669.854
89	Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche				
891	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	288.663	67.780	196.816	274.912
892	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	79.674	16.750	110.540	133.856
893	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	65.362	42.758	240.348	344.223
894	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	67.860	4.722	80.835	70.588
896	Zuschüsse für Investitionen an Ausland	–	–	–	–
	89 Insgesamt	501.559	132.010	628.539	823.579
	<b>8 Insgesamt</b>	<b>729.351</b>	<b>318.863</b>	<b>1.361.002</b>	<b>2.441.245</b>

<b>Gruppierungsübersicht</b>					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen					
Grp. Nr.	Ausgaben	<b>H a u s h a l t s p l a n</b>			
		Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR	2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
9	Besondere Finanzierungsausgaben				
91	Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke				
911	Zuführungen an Ausgleichsrücklage	–	–	–	–
912	Zuführungen an Betriebsmittelrücklage	–	–	–	–
913	Zuführungen an Schuldendienstrücklage	–	–	–	–
914	Zuführungen an Bürgschaftssicherungsrücklage	–	–	–	–
915	Zuführungen an Konjunkturausgleichsrücklage	–	–	–	–
916	Zuführungen an Fonds und Stöcke	–	–	3.896	3.641
919	Sonstige	–	–	649	15.390
	91 Insgesamt	–	–	4.545	19.031
960	Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	–	–	353.780	232.973
	96 Insgesamt	–	–	353.780	232.973
97	Globale Mehr- und Minderausgaben				
971	Globale Mehrausgaben	–	–	95.890	94.566
972	Globale Minderausgaben	–	–	-231.813	-237.426
	97 Insgesamt	–	–	-135.923	-142.860
98	Haushaltstechnische Verrechnungen				
981	Verrechnungen zwischen Kapiteln	–	–	198.355	230.239
982	Durchlaufende Posten	–	–	9.644	8.736
989	Sonstige	–	–	–	–
	98 Insgesamt	–	–	207.999	238.975
	<b>9 Insgesamt</b>	–	–	<b>430.401</b>	<b>348.119</b>
	<b>4 - 9 Gesamtausgaben</b>	<b>1.592.976</b>	<b>1.775.711</b>	<b>21.659.903</b>	<b>23.069.356</b>

<b>Funktionenübersicht</b>					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen / Aufgabenbereichen					
Fkt. Nr.	Einnahmen	<b>H a u s h a l t s p l a n</b>			
		Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR	2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
0	Allgemeine Dienste				
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung				
011	Politische Führung			8.683	10.475
012	Innere Verwaltung			9.365	17.614
013	Informationswesen			–	–
014	Statistischer Dienst			257	288
015	Zivildienst			–	668
016	Hochbauverwaltung			118.477	110.083
018	Versorgung einschl. Beihilfen für Versorgungsempfänger/-innen			137.245	149.245
019	sonstige Allgemeine Staatsaufgaben			1.000	167
	01 Insgesamt			275.027	288.540
02	Auswärtige Angelegenheiten				
021	Auslandsvertretungen			–	–
022	Internationale Organisationen			–	–
023	Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung			–	–
024	Auslandsschulwesen u. kulturelle Angelegenheiten im Ausland			–	–
029	Sonstiges			–	–
	02 Insgesamt			–	–
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung				
042	Polizei			22.247	19.974
044	Brandschutz			1.419	1.442
045	Katastrophenschutz			540	540
048	Versorgung einschl. Beihilfen Öffntl. Sicherheit und Ordnung			–	–
049	Sonstiges			4.897	4.897
	04 Insgesamt			29.103	26.853
05	Rechtsschutz				
051	Verfassungsgerichte			–	–
052	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften			365.699	352.227
053	Verwaltungsgerichte			3.249	2.949
054	Arbeits- und Sozialgerichte			5.616	4.769
055	Finanzgerichte			1.689	1.067
056	Justizvollzugsanstalten			7.351	6.721
058	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Rechtsschutz)			–	–
059	Sonstige Rechtsschutzaufgaben			–	–
	05 Insgesamt			383.604	367.733
06	Finanzverwaltung				
061	Steuer- und Zollverwaltung, Vermögensverwaltung			245.951	257.712
062	Schuldenverwaltung und sonstige Finanzverwaltung			3.920	4.369
068	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Finanzverwltg.)			–	–
	06 Insgesamt			249.871	262.081
	<b>0 Insgesamt</b>			<b>937.605</b>	<b>945.207</b>

<b>Funktionenübersicht</b>					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen / Aufgabenbereichen					
Fkt. Nr.	Einnahmen	<b>H a u s h a l t s p l a n</b>			
		Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR	2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kult. Angelegenheiten				
11	Allgemeinbildende und berufliche Schulen (11/12)				
111	Unterrichtsverwaltung			518	150
112	Grundschulen			808	–
113	Hauptschulen			–	–
114	Kombinierte Grund- und Hauptschulen			–	958
115	Kombinierte Haupt- und Realschulen			–	–
116	Realschulen			55	136
117	Gymnasien, Kollegs			2.314	2.429
118	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Schulen)			–	–
119	Gesamtschulen (integrierte und additive)			79	143
121	Schulformunabhängige Orientierungsstufe			–	–
123	Freie Waldorfschulen			–	–
124	Sonderschulen			14.956	14.926
127	Berufliche Schulen			7.149	7.149
129	Sonstige schulische Aufgaben			90.976	100.624
	11/12 Insgesamt			116.855	126.515
13	Hochschulen				
131	Universitäten			94.480	105.735
132	Hochschulkliniken			821	1.496
133	Verwaltungsfachhochschulen			678	978
135	Kunsthochschulen			458	1.493
136	Fachhochschulen			7.218	10.124
137	Deutsche Forschungsgemeinschaft			–	–
138	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Hochschulen)			–	–
139	Sonstige Hochschulaufgaben			34.717	33.717
	13 Insgesamt			138.372	153.543
14	Förderung von Schüler(-innen), Student(-innen) und dgl.				
141	Fördermaßnahmen für Schülerinnen und Schüler			34.349	34.047
142	Fördermaßnahmen für Studierende			51.325	50.569
143	Fördermaßnahmen für den wissenschaftlichen Nachwuchs			–	–
145	Schülerinnen- und Schülerbeförderung			–	–
146	Studentenwohnraumförderung			–	–
	14 Insgesamt			85.674	84.616
15	Sonstiges Bildungswesen				
151	Förderung der Weiterbildung			–	48
152	Volkshochschulen			–	–
153	Andere Einrichtungen der Weiterbildung			1.761	472
154	Einrichtungen der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung			28	11
155	Einrichtungen der Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung			46	79
156	Berufsakademien			–	–
	15 Insgesamt			1.835	610

<b>Funktionenübersicht</b>					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen / Aufgabenbereichen					
Fkt. Nr.	Einnahmen	<b>H a u s h a l t s p l a n</b>			
		Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR	2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
16	Wissensch.,Forschung, Entwickl. außerh. d. Hochschulen (16/17)				
162	Wissenschaftliche Bibliotheken, Archive,Fachinformationszentren			2.596	2.599
163	Wissenschaftliche Museen			–	–
164	Gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern			22.699	22.401
165	Andere Einrichtungen für Wissenschaft und Forschung			442	472
167	Zusch. an intern. wiss. Org. u. zwischenstaatl. Forschungseinr.			–	–
168	Forsch. u. experim. Entw. zur Weltr.-Erk. u. -nutz.(Einzel.)			–	–
169	Forsch./experim. Entw. zur industr. Produk./Techn.(Einzel.)			–	–
171	Forsch./experim. Entw. z. Erz./ Vert./Nutz. d. Energ.(Einzel.)			–	–
172	Forsch./experim. Entw. z. Sch./ Förd. d. Gesundheit (Einzel.)			–	–
173	Forschung/experimentelle Entw. zum Umweltschutz (Einzel.)			–	–
174	Forsch./exper. Entw. z. landw. Produk. u. Technolog.(Einzel.)			193	193
175	Forsch./exper. Entw. z. gesell. Strukt. u. Beziehung.(Einzel.)			–	–
176	Forsch./exper. Entw. z. Infrastrukt./Raumgesamtpl.(Einzel.)			–	–
177	Forsch./exper. Entw. z. Erk./ Nutz. d. ird. Umwelt (Einzel.)			4.367	4.043
178	Nicht zielor. Forsch./s. Maßn. z. Förd. d. Wiss./ziv. Forsch.			797	969
	16/17 Insgesamt			31.094	30.677
18	Kultureinrichtungen (einschl. Kulturverwaltung)				
181	Theater			14.758	14.844
182	Einrichtungen der Musikpflege			–	–
183	Museen, Sammlungen, Ausstellungen			503	503
184	Zoologische und botanische Gärten			–	–
185	Musikschulen			–	–
186	Nicht wissenschaftliche Bibliotheken			–	–
187	Sonstige Kultureinrichtungen			5.624	3.989
188	Verwaltung für kulturelle Angelegenheiten			461	463
	18 Insgesamt			21.346	19.799
19	Kulturförderung, Denkmalschutz, Kirchliche Angelegenheiten				
191	Einzelmaßnahmen im Bereich Theater und Musikpflege			–	–
192	Einzelmaßnahmen im Bereich Museen und Ausstellungen			–	–
193	Andere Einzelmaßnahmen der Kulturpflege			–	–
195	Denkmalschutz und -pflege			–	–
199	Kirchliche Angelegenheiten			–	–
	19 Insgesamt			–	–
	<b>1 Insgesamt</b>			<b>395.176</b>	<b>415.760</b>

<b>Funktionenübersicht</b>					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen / Aufgabenbereichen					
Fkt. Nr.	Einnahmen	<b>H a u s h a l t s p l a n</b>			
		Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR	2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
2	Soz. Sicherung, soz. Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung				
21	Verwaltung				
211	Versicherungsbehörden			–	–
212	Sozialamt, Sozialhilfeverband, Landeswohlfahrtsverband			1.221	714
213	Jugendämter			3	–
214	Versorgungsämter			62	–
215	Lastenausgleichsverwaltung			–	–
216	Wiedergutmachungsbehörden			–	–
219	Sonstige Behörden			–	–
	21 Insgesamt			1.286	714
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung				
223	Unfallversicherung			2.799	2.282
224	Krankenversicherung			–	–
227	Pflegeversicherung			–	–
229	Sonstige Sozialversicherungen			–	–
	22 Insgesamt			2.799	2.282
23	Familien- und Sozialhilfe, Förder. der Wohlfahrtspflege u.ä.				
231	Kindergeld			–	–
232	Erziehungsgeld, Mutterschutz			–	–
233	Wohngeld			144.418	274.418
234	Leistungen nach dem Bundessozialhilfe- / Asylbewerbergesetz			2.788	2.270
235	Soziale Einrichtungen			13.216	17.351
236	Förderung der Wohlfahrtspflege			1	1
237	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz			32.563	29.500
	23 Insgesamt			192.986	323.540
24	Soz. Leistungen für Folgen von Krieg und polit. Ereignissen				
242	Einrichtungen der Kriegsopferversorgung			–	–
243	Lastenausgleich			–	–
244	Wiedergutmachung			295	293
246	Vertriebene und Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler			289	87
247	Kriegsopferfürsorge			39.955	30.505
249	Sonstiges			2.196	2.228
	24 Insgesamt			42.735	33.113
25	Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz				
252	Hilfe für Berufsausbildung, Fortbildung und Umschulung			9.100	9.100
253	Sonstige Anpassungsmaßnahmen u. produktive Arbeitsförderung			90.206	65.906
254	Arbeitsschutz			8.964	5.622
	25 Insgesamt			108.270	80.628
26	Jugendhilfe nach SGB VIII				
261	Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit			183	138
262	Jugendsozialarbeit und erz. Kinder- und Jugendschutz			–	–
263	Förderung der Erziehung in der Familie			–	–

<b>Funktionenübersicht</b>					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen / Aufgabenbereichen					
Fkt. Nr.	Einnahmen	<b>H a u s h a l t s p l a n</b>			
		Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR	2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
264	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespfl.			–	–
265	Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfe			–	–
266	Andere Aufgaben der Jugendhilfe			2	22
	26 Insgesamt			185	160
27	Einrichtungen der Jugendhilfe				
271	Einrichtungen der Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit			–	–
272	Einrichtungen der Jugendsozialarbeit			83	83
273	Einrichtungen der Familienförderung			–	–
274	Tageseinrichtungen für Kinder			–	–
275	Einrichtungen für Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfen			–	–
276	Einrichtungen für andere Aufgaben der Jugendhilfe			100	71
	27 Insgesamt			183	154
280	Förderung der Vermögensbildung			–	–
290	Sonstige soziale Angelegenheiten			7.675	7.316
	<b>2 Insgesamt</b>			<b>356.119</b>	<b>447.907</b>
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung				
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens				
311	Gesundheitsbehörden			121	127
312	Krankenhäuser und Heilstätten			66.325	66.635
314	Maßnahmen d. Gesundheitswesens			2.600	2.744
319	Sonstiges			–	–
	31 Insgesamt			69.046	69.506
32	Sport und Erholung				
321	Park- und Gartenanlagen			–	–
322	Badeanstalten			–	–
323	Sportstätten			50	92
324	Förderung des Sports			5	5
329	Sonstiges			–	–
	32 Insgesamt			55	97
33	Umwelt- und Naturschutz				
331	Umwelt und Naturschutzbehörden			–	3.793
332	Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes			16.078	17.458
	33 Insgesamt			16.078	21.251
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz				
341	Behörden für Reaktorsicherheit und Strahlenschutz			–	–
342	Maßnahmen der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes			21.719	22.984
	34 Insgesamt			21.719	22.984
	<b>3 Insgesamt</b>			<b>106.898</b>	<b>113.838</b>

<b>Funktionenübersicht</b>					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen / Aufgabenbereichen					
Fkt. Nr.	Einnahmen	<b>H a u s h a l t s p l a n</b>			
		Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR	2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung, komm. Gemeinschaftsd.				
41	Wohnungswesen				
411	Förderung des Wohnungsbaues			71.472	75.447
419	Sonstiges			–	–
	41 Insgesamt			71.472	75.447
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen				
421	Kataster- und Vermessungsverwaltung			47.400	55.800
422	Raumordnung und Landesplanung			600	716
	42 Insgesamt			48.000	56.516
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste				
431	Straßenbeleuchtung			–	–
432	Ortsentwässerung			–	–
433	Müllbeseitigung u. -verwertung			268	931
434	Straßenreinigung			–	–
439	Sonstiges			–	–
	43 Insgesamt			268	931
440	Städtebauförderung			17.493	17.845
	<b>4 Insgesamt</b>			<b>137.233</b>	<b>150.739</b>
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten				
51	Verwaltung (ohne Betriebsverwaltung)				
511	Ernährung und Landwirtschaft			14.380	14.122
512	Forsten			–	381
	51 Insgesamt			14.380	14.503
52	Verbesserung der Agrarstruktur				
521	Verbesserung der Agrarstruktur (Gemeinschaftsaufgabe)			54.180	54.102
528	EU-Ausrichtungsfonds			10.251	1.000
529	Sonstiges			486	792
	52 Insgesamt			64.917	55.894
53	Einkommenstabilisierende Maßnahmen				
531	EU-Garantiefonds			81.000	79.400
532	Marktordnungen (einschl. EU)			3.000	3.000
533	Gasölverbilligung			–	–
539	Sonstiges			–	–
	53 Insgesamt			84.000	82.400
54	Sonstige Bereiche				
541	Versuchsgüter und -felder			–	–
542	Fischerei			4.610	4.610
549	Sonstiges			7.813	7.685
	54 Insgesamt			12.423	12.295
	<b>5 Insgesamt</b>			<b>175.720</b>	<b>165.092</b>

<b>Funktionenübersicht</b>					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen / Aufgabenbereichen					
Fkt. Nr.	Einnahmen	<b>H a u s h a l t s p l a n</b>			
		Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR	2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen				
610	Verwaltung			2.148	1.887
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau				
621	Kernenergie			–	–
622	Sonstige Energieformen			–	–
623	Wasserwirtschaft und Kulturbau			112.551	101.353
624	Talsperren, Hochwasserrückhaltebecken			–	–
625	Küstenschutz			32.026	32.026
626	Erdölversorgung			–	–
627	Sonstige Energieversorgung			–	–
629	Sonstiges			–	–
	<b>62 Insgesamt</b>			<b>144.577</b>	<b>133.379</b>
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Bau- gewerbe				
631	Kohlenbergbau			–	–
632	Sonstiger Bergbau			385.080	385.080
634	Verarbeitende Industrie			–	–
635	Handwerk und Kleingewerbe			–	–
638	Baugewerbe			–	–
639	Sonstiges verarbeitendes Gewerbe			–	–
	<b>63 Insgesamt</b>			<b>385.080</b>	<b>385.080</b>
64	Handel				
641	Handel (allgemein)			–	–
642	Exportförderung, Auslandsmessen			–	–
643	Märkte und Inlandsmessen			–	–
649	Sonstiges			–	–
	<b>64 Insgesamt</b>			<b>–</b>	<b>–</b>
650	Fremdenverkehr			–	–
660	Geld- und Versicherungswesen			–	–
680	Sonstige Bereiche			415	160
69	Regionale Förderungsmaßnahmen				
691	Betriebliche Investitionen			–	–
692	Verbesserung der Infrastruktur			26.022	41.356
699	Sonstiges			92.107	93.607
	<b>69 Insgesamt</b>			<b>118.129</b>	<b>134.963</b>
	<b>6 Insgesamt</b>			<b>650.349</b>	<b>655.469</b>
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen				
71	Verwaltung				
711	Straßen- und Brückenbau			141.428	149.037
712	Wasserstraßen und Häfen			1.000	4.000
719	Sonstiges			–	–
	<b>71 Insgesamt</b>			<b>142.428</b>	<b>153.037</b>

<b>Funktionenübersicht</b>					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen / Aufgabenbereichen					
Fkt. Nr.	Einnahmen	<b>H a u s h a l t s p l a n</b>			
		Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR	2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
72	Straßen				
721	Bundesautobahnen			–	–
722	Bundesstraßen			–	–
723	Landesstraßen			–	–
724	Kreisstraßen			–	–
725	Gemeindestraßen			–	–
729	Sonstiges			–	–
	72 Insgesamt			–	–
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt				
731	Wasserstraßen und Häfen			2.050	30.086
732	Förderung der Schifffahrt			–	–
	73 Insgesamt			2.050	30.086
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr				
741	Maßnahmen für den öffentlichen Personennahverkehr			674.718	685.751
749	Sonstiges			–	–
	74 Insgesamt			674.718	685.751
75	Luftfahrt				
751	Flugsicherung			170	145
759	Sonstiges			–	–
	75 Insgesamt			170	145
760	Wetterdienst			–	–
77	Nachrichtenwesen				
771	Post- und Telekommunikation			–	–
772	Rundfunkanstalten und Fernsehen			–	–
	77 Insgesamt			–	–
790	Sonstige Bereiche			–	–
	<b>7 Insgesamt</b>			<b>819.366</b>	<b>869.019</b>
8	Wirtsch.-untern., Allg. Grund- u. Kapitalverm., Sondervermögen				
81	Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen				
811	Landwirtschaftliche Unternehmen			7.513	7.928
812	Forstwirtschaftliche Unternehmen			–	86.615
	81 Insgesamt			7.513	94.543
82	Versorgungsunternehmen				
821	Elektrizitätsunternehmen			–	–
822	Gasunternehmen			–	–
823	Wasserunternehmen			–	–
824	Kombinierte Versorgungsunternehmen			–	–
829	Sonstiges			–	–
	82 Insgesamt			–	–

<b>Funktionenübersicht</b>					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen / Aufgabenbereichen					
Fkt. Nr.	Einnahmen	<b>H a u s h a l t s p l a n</b>			
		Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR	2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
83	Verkehrsunternehmen				
831	Straßenverkehrsunternehmen			–	–
832	Eisenbahnen			–	–
834	Häfen und Umschlag			–	–
835	Flughäfen und Luftverkehr			–	–
839	Sonstiges			–	–
	83 Insgesamt			–	–
85	Sonstige Wirtschaftsunternehmen				
851	Bergbau			–	–
852	Industrielle Unternehmen			–	–
853	Banken und Kreditinstitute			13.900	14.827
854	Wohnungsbauunternehmen			–	–
856	Lotterie, Lotto, Toto			177.836	177.263
859	Sonstiges			530.846	1.146
	85 Insgesamt			722.582	193.236
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen				
871	Allgemeines Grundvermögen			12.892	1.470
872	Allgemeines Kapitalvermögen			153.447	854.009
873	Sondervermögen			–	–
	87 Insgesamt			166.339	855.479
	<b>8 Insgesamt</b>			<b>896.434</b>	<b>1.143.258</b>
9	Allgemeine Finanzwirtschaft				
910	Steuern und allgemeine Finanzausgaben			14.713.500	15.090.500
920	Schulden			2.152.460	2.504.865
940	Beihilfen, Unterstützungen u.ä.			817	210
950	Rücklagen			110.227	328.517
960	Sonstiges			–	–
970	Abwicklung der Vorjahre			–	–
98	Globalposten				
981	Verstärkungsmittel für Personalausgaben			–	–
988	Globale Mehrausgaben / Globale Minderein- nahmen			–	–
989	Globale Minderausgaben / Globale Mehrein- nahmen			–	–
	98 Insgesamt			–	–
990	Haushaltstechnische Verrechnungen			207.999	238.975
	<b>9 Insgesamt</b>			<b>17.185.003</b>	<b>18.163.067</b>
	<b>0 - 9 Gesamteinnahmen</b>			<b>21.659.903</b>	<b>23.069.356</b>

<b>Funktionenübersicht</b>					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen / Aufgabenbereichen					
Fkt. Nr.	Ausgaben	<b>H a u s h a l t s p l a n</b>			
		Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR	2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
0	Allgemeine Dienste				
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung				
011	Politische Führung	530	1.065	239.377	226.145
012	Innere Verwaltung	665	600	59.736	182.203
013	Informationswesen	–	–	1.172	1.643
014	Statistischer Dienst	–	–	23.020	24.535
015	Zivildienst	–	–	7	9
016	Hochbauverwaltung	–	–	129.893	118.500
018	Versorgung einschl. Beihilfen für Versorgungsempfänger/-innen	–	–	553.241	2.178.405
019	sonstige Allgemeine Staatsaufgaben	–	–	4.683	14.086
	01 Insgesamt	1.195	1.665	1.011.129	2.745.526
02	Auswärtige Angelegenheiten				
021	Auslandsvertretungen	–	–	–	–
022	Internationale Organisationen	–	–	–	–
023	Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	1.000	950	820	1.210
024	Auslandsschulwesen u. kulturelle Angelegenheiten im Ausland	–	–	241	241
029	Sonstiges	–	–	6	6
	02 Insgesamt	1.000	950	1.067	1.457
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung				
042	Polizei	9.750	40.152	958.452	951.634
044	Brandschutz	–	1.310	36.246	35.261
045	Katastrophenschutz	–	–	1.352	1.501
048	Versorgung einschl. Beihilfen Öffntl. Sicherheit und Ordnung	–	–	277.365	–
049	Sonstiges	–	–	23.837	22.842
	04 Insgesamt	9.750	41.462	1.297.252	1.011.238
05	Rechtsschutz				
051	Verfassungsgerichte	–	–	209	196
052	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften	1.302	778	677.658	642.987
053	Verwaltungsgerichte	–	–	22.734	22.499
054	Arbeits- und Sozialgerichte	–	–	44.080	41.003
055	Finanzgerichte	–	–	7.329	6.960
056	Justizvollzugsanstalten	1.009	3.092	179.351	210.853
058	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Rechtsschutz)	–	–	110.946	–
059	Sonstige Rechtsschutzaufgaben	–	–	3	3
	05 Insgesamt	2.311	3.870	1.042.310	924.501
06	Finanzverwaltung				
061	Steuer- und Zollverwaltung, Vermögensverwaltung	7.750	5.000	536.852	539.490
062	Schuldenverwaltung und sonstige Finanzverwaltung	–	–	3.179	4.015
068	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Finanzverwltg.)	–	–	110.946	–
	06 Insgesamt	7.750	5.000	650.977	543.505
	<b>0 Insgesamt</b>	<b>22.006</b>	<b>52.947</b>	<b>4.002.735</b>	<b>5.226.227</b>

<b>Funktionenübersicht</b>					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen / Aufgabenbereichen					
Fkt. Nr.	Ausgaben	<b>H a u s h a l t s p l a n</b>			
		Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR	2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kult. Angelegenheiten				
11	Allgemeinbildende und berufliche Schulen (11/12)				
111	Unterrichtsverwaltung	–	–	42.819	18.901
112	Grundschulen	–	–	3.196.502	531
113	Hauptschulen	–	15.000	8.082	5.000
114	Kombinierte Grund- und Hauptschulen	–	–	4.977	3.164.689
115	Kombinierte Haupt- und Realschulen	–	–	17.327	16.626
116	Realschulen	–	–	684	685
117	Gymnasien, Kollegs	–	–	81.353	75.724
118	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Schulen)	–	–	1.017.003	–
119	Gesamtschulen (integrierte und additive)	–	–	752	754
121	Schulformunabhängige Orientierungsstufe	–	–	–	–
123	Freie Waldorfschulen	–	–	25.758	22.586
124	Sonderschulen	–	–	71.048	66.042
127	Berufliche Schulen	–	–	139.230	136.580
129	Sonstige schulische Aufgaben	168.931	1.100	152.329	153.725
	11/12 Insgesamt	168.931	16.100	4.757.864	3.661.843
13	Hochschulen				
131	Universitäten	104.331	70.329	1.031.875	1.032.476
132	Hochschulkliniken	3.750	4.000	297.391	321.581
133	Verwaltungsfachhochschulen	–	–	13.732	12.001
135	Kunsthochschulen	10	10	30.467	30.934
136	Fachhochschulen	14.389	6.579	236.254	251.669
137	Deutsche Forschungsgemeinschaft	–	–	50.827	55.326
138	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Hochschulen)	–	–	106.355	13.900
139	Sonstige Hochschulaufgaben	25.000	29.587	49.300	47.724
	13 Insgesamt	147.480	110.505	1.816.201	1.765.611
14	Förderung von Schüler(-innen), Student(-innen) und dgl.				
141	Fördermaßnahmen für Schülerinnen und Schüler	–	–	53.069	52.498
142	Fördermaßnahmen für Studierende	–	–	107.602	101.830
143	Fördermaßnahmen für den wissenschaftlichen Nachwuchs	–	–	1.329	1.329
145	Schülerinnen- und Schülerbeförderung	–	–	–	–
146	Studentenwohnraumförderung	–	–	548	553
	14 Insgesamt	–	–	162.548	156.210
15	Sonstiges Bildungswesen				
151	Förderung der Weiterbildung	–	–	6.310	6.713
152	Volkshochschulen	–	–	28.995	28.995
153	Andere Einrichtungen der Weiterbildung	22.352	14.752	26.253	27.876
154	Einrichtungen der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung	–	–	67.837	88.873
155	Einrichtungen der Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung	–	–	5.150	3.094
156	Berufsakademien	–	–	17.614	18.808
	15 Insgesamt	22.352	14.752	152.159	174.359

<b>Funktionenübersicht</b>					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen / Aufgabenbereichen					
Fkt. Nr.	Ausgaben	<b>H a u s h a l t s p l a n</b>			
		Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR	2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
16	Wissensch.,Forschung, Entwickl. außerh. d. Hochschulen (16/17)				
162	Wissenschaftliche Bibliotheken, Archive,Fachinformationszentren	—	—	31.805	31.367
163	Wissenschaftliche Museen	—	—	—	—
164	Gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	—	4.722	104.643	100.594
165	Andere Einrichtungen für Wissenschaft und Forschung	2.980	3.500	54.318	65.261
167	Zusch. an intern. wiss. Org. u. zwischenstaatl. Forschungseinr.	—	—	—	—
168	Forsch. u. experim. Entw. zur Weltr.-Erk. u. -nutz.(Einzelm.)	—	—	—	—
169	Forsch./experim. Entw. zur industr. Produk./Techn.(Einzelm.)	800	900	800	800
171	Forsch./experim. Entw. z. Erz./ Vert./Nutz. d. Energ.(Einzelm.)	—	—	1.941	2.042
172	Forsch./experim. Entw. z. Sch./ Förd. d. Gesundheit (Einzelm.)	—	—	—	—
173	Forschung/experimentelle Entw. zum Umweltschutz (Einzelm.)	—	—	—	—
174	Forsch./exper. Entw. z. landw. Produk. u. Technolog.(Einzelm.)	—	—	4.937	5.070
175	Forsch./exper. Entw. z. gesell. Strukt. u. Beziehung.(Einzelm.)	—	—	388	364
176	Forsch./exper. Entw. z. Infrastrukt./Raumgesamtpl.(Einzelm.)	—	—	144	332
177	Forsch./exper. Entw. z. Erk./ Nutz. d. ird. Umwelt (Einzelm.)	155	—	18.439	17.669
178	Nicht zielor. Forsch./s. Maßn. z. Förd. d. Wiss./ziv. Forsch.	—	—	166	166
	16/17 Insgesamt	3.935	9.122	217.581	223.665
18	Kultureinrichtungen (einschl. Kulturverwaltung)				
181	Theater	—	512	112.862	116.812
182	Einrichtungen der Musikpflege	—	—	1.211	1.187
183	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	—	—	19.889	21.124
184	Zoologische und botanische Gärten	—	—	—	355
185	Musikschulen	—	—	1.113	1.483
186	Nicht wissenschaftliche Bibliotheken	—	—	1.017	1.017
187	Sonstige Kultureinrichtungen	—	—	19.788	22.802
188	Verwaltung für kulturelle Angelegenheiten	—	—	7.491	7.699
	18 Insgesamt	—	512	163.371	172.479
19	Kulturförderung, Denkmalschutz, Kirchliche Angelegenheiten				
191	Einzelmaßnahmen im Bereich Theater und Musikpflege	—	—	1.634	2.329
192	Einzelmaßnahmen im Bereich Museen und Ausstellungen	—	—	746	1.397
193	Andere Einzelmaßnahmen der Kulturpflege	—	—	3.762	4.575
195	Denkmalschutz und -pflege	1.500	1.500	3.877	4.159
199	Kirchliche Angelegenheiten	—	—	40.947	38.748
	19 Insgesamt	1.500	1.500	50.966	51.208
	<b>1 Insgesamt</b>	<b>344.198</b>	<b>152.491</b>	<b>7.320.690</b>	<b>6.205.375</b>

<b>Funktionenübersicht</b>					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen / Aufgabenbereichen					
Fkt. Nr.	Ausgaben	<b>H a u s h a l t s p l a n</b>			
		Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR	2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
2	Soz. Sicherung, soz. Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung				
21	Verwaltung				
211	Versicherungsbehörden	–	–	–	–
212	Sozialamt, Sozialhilfeverband, Landeswohlfahrtsverband	–	–	207.235	212.152
213	Jugendämter	–	–	2.641	2.897
214	Versorgungsämter	–	–	176	57
215	Lastenausgleichsverwaltung	–	–	2.800	3.200
216	Wiedergutmachungsbehörden	–	–	95	95
219	Sonstige Behörden	–	–	–	–
	21 Insgesamt	–	–	212.947	218.401
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung				
223	Unfallversicherung	–	–	4.603	15.676
224	Krankenversicherung	–	–	–	–
227	Pflegeversicherung	–	–	339	283
229	Sonstige Sozialversicherungen	–	–	–	–
	22 Insgesamt	–	–	4.942	15.959
23	Familien- und Sozialhilfe, Förder. der Wohlfahrtspflege u.ä.				
231	Kindergeld	–	–	–	–
232	Erziehungsgeld, Mutterschutz	–	–	–	–
233	Wohngeld	–	–	200.000	460.000
234	Leistungen nach dem Bundessozialhilfe- / Asylbewerbergesetz	–	–	1.355.707	1.152.362
235	Soziale Einrichtungen	–	–	25.280	15.407
236	Förderung der Wohlfahrtspflege	3.793	8.044	29.839	36.959
237	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	–	–	70.450	63.100
	23 Insgesamt	3.793	8.044	1.681.276	1.727.828
24	Soz. Leistungen für Folgen von Krieg und polit. Ereignissen				
242	Einrichtungen der Kriegsopferversorgung	–	–	26	26
243	Lastenausgleich	–	–	2.700	2.865
244	Wiedergutmachung	–	–	37.444	37.449
246	Vertriebene und Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler	–	–	11.074	17.034
247	Kriegsopferfürsorge	–	–	47.545	35.683
249	Sonstiges	–	–	2.258	109.002
	24 Insgesamt	–	–	101.047	202.059
25	Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz				
252	Hilfe für Berufsausbildung, Fortbildung und Umschulung	–	–	12.747	12.747
253	Sonstige Anpassungsmaßnahmen u. produktive Arbeitsförderung	37.292	31.816	100.612	79.751
254	Arbeitsschutz	1.100	260	40.677	28.150
	25 Insgesamt	38.392	32.076	154.036	120.648
26	Jugendhilfe nach SGB VIII				
261	Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit	–	–	173	128
262	Jugendsozialarbeit und erz. Kinder- und Jugendschutz	–	–	–	–
263	Förderung der Erziehung in der Familie	–	–	–	550

<b>Funktionenübersicht</b>					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen / Aufgabenbereichen					
Fkt. Nr.	Ausgaben	<b>H a u s h a l t s p l a n</b>			
		Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR	2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
264	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespfl.	3.500	3.500	167.059	169.036
265	Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfe	–	–	–	–
266	Andere Aufgaben der Jugendhilfe	–	–	13.349	12.429
	26 Insgesamt	3.500	3.500	180.581	182.143
27	Einrichtungen der Jugendhilfe				
271	Einrichtungen der Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit	–	–	12.246	14.076
272	Einrichtungen der Jugendsozialarbeit	–	–	1.648	1.631
273	Einrichtungen der Familienförderung	–	–	1.470	920
274	Tageseinrichtungen für Kinder	–	–	–	–
275	Einrichtungen für Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfen	–	–	–	1.064
276	Einrichtungen für andere Aufgaben der Jugendhilfe	–	–	227	77
	27 Insgesamt	–	–	15.591	17.768
280	Förderung der Vermögensbildung	–	–	–	–
290	Sonstige soziale Angelegenheiten	767	767	84.903	187.575
	<b>2 Insgesamt</b>	<b>46.452</b>	<b>44.387</b>	<b>2.435.323</b>	<b>2.672.381</b>
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung				
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens				
311	Gesundheitsbehörden	–	–	1.532	1.855
312	Krankenhäuser und Heilstätten	153.615	153.615	199.172	197.225
314	Maßnahmen d. Gesundheitswesens	–	–	29.425	29.275
319	Sonstiges	–	–	122	122
	31 Insgesamt	153.615	153.615	230.251	228.477
32	Sport und Erholung				
321	Park- und Gartenanlagen	–	–	–	–
322	Badeanstalten	–	–	–	–
323	Sportstätten	–	–	4.820	6.995
324	Förderung des Sports	–	–	25.712	27.354
329	Sonstiges	–	–	–	–
	32 Insgesamt	–	–	30.532	34.349
33	Umwelt- und Naturschutz				
331	Umwelt und Naturschutzbehörden	–	–	–	30.868
332	Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes	8.032	13.166	23.712	26.933
	33 Insgesamt	8.032	13.166	23.712	57.801
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz				
341	Behörden für Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	–	–	–	–
342	Maßnahmen der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes	–	–	19.531	21.009
	34 Insgesamt	–	–	19.531	21.009
	<b>3 Insgesamt</b>	<b>161.647</b>	<b>166.781</b>	<b>304.026</b>	<b>341.636</b>

<b>Funktionenübersicht</b>					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen / Aufgabenbereichen					
Fkt. Nr.	Ausgaben	<b>H a u s h a l t s p l a n</b>			
		Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR	2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung, komm. Gemeinschaftsd.				
41	Wohnungswesen				
411	Förderung des Wohnungsbaues	14.770	23.244	38.476	68.812
419	Sonstiges	–	–	–	–
	41 Insgesamt	14.770	23.244	38.476	68.812
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen				
421	Kataster- und Vermessungsverwaltung	–	–	135.861	141.757
422	Raumordnung und Landesplanung	1.300	1.775	4.196	3.430
	42 Insgesamt	1.300	1.775	140.057	145.187
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste				
431	Straßenbeleuchtung	–	–	–	–
432	Ortsentwässerung	–	–	–	–
433	Müllbeseitigung u. -verwertung	3.709	5.316	818	808
434	Straßenreinigung	–	–	–	–
439	Sonstiges	–	–	–	–
	43 Insgesamt	3.709	5.316	818	808
440	Städtebauförderung	24.869	24.931	21.409	20.067
	<b>4 Insgesamt</b>	<b>44.648</b>	<b>55.266</b>	<b>200.760</b>	<b>234.874</b>
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten				
51	Verwaltung (ohne Betriebsverwaltung)				
511	Ernährung und Landwirtschaft	–	3.453	86.422	96.916
512	Forsten	–	–	42.453	11.338
	51 Insgesamt	–	3.453	128.875	108.254
52	Verbesserung der Agrarstruktur				
521	Verbesserung der Agrarstruktur (Gemeinschaftsaufgabe)	76.350	82.250	90.088	91.014
528	EU-Ausrichtungsfonds	30.000	–	5.700	50
529	Sonstiges	–	3.000	5.949	4.427
	52 Insgesamt	106.350	85.250	101.737	95.491
53	Einkommenstabilisierende Maßnahmen				
531	EU-Garantiefonds	–	–	–	–
532	Marktordnungen (einschl. EU)	–	–	3.000	3.000
533	Gasölverbilligung	–	–	–	–
539	Sonstiges	200	300	1.630	1.790
	53 Insgesamt	200	300	4.630	4.790
54	Sonstige Bereiche				
541	Versuchsgüter und -felder	–	–	–	–
542	Fischerei	–	–	4.756	4.756
549	Sonstiges	2.265	2.347	94.333	81.340
	54 Insgesamt	2.265	2.347	99.089	86.096
	<b>5 Insgesamt</b>	<b>108.815</b>	<b>91.350</b>	<b>334.331</b>	<b>294.631</b>

<b>Funktionenübersicht</b>					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen / Aufgabenbereichen					
Fkt. Nr.	Ausgaben	<b>H a u s h a l t s p l a n</b>			
		Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR	2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen				
610	Verwaltung	–	–	5.015	15.814
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau				
621	Kernenergie	–	–	10	15
622	Sonstige Energieformen	–	–	–	–
623	Wasserwirtschaft und Kulturbau	20.171	20.078	147.048	109.429
624	Talsperren, Hochwasserrückhaltebecken	–	–	–	–
625	Küstenschutz	40.144	37.700	46.709	46.756
626	Erdölversorgung	–	–	–	–
627	Sonstige Energieversorgung	–	–	–	–
629	Sonstiges	–	–	–	–
	62 Insgesamt	60.315	57.778	193.767	156.200
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe				
631	Kohlenbergbau	–	–	–	–
632	Sonstiger Bergbau	–	–	–	–
634	Verarbeitende Industrie	–	–	–	–
635	Handwerk und Kleingewerbe	–	–	–	–
638	Baugewerbe	–	–	–	–
639	Sonstiges verarbeitendes Gewerbe	–	–	–	–
	63 Insgesamt	–	–	–	–
64	Handel				
641	Handel (allgemein)	–	–	–	–
642	Exportförderung, Auslandsmessen	–	–	–	–
643	Märkte und Inlandsmessen	–	–	–	–
649	Sonstiges	–	–	1.340	1.523
	64 Insgesamt	–	–	1.340	1.523
650	Fremdenverkehr	–	–	–	–
660	Geld- und Versicherungswesen	–	–	–	–
680	Sonstige Bereiche	–	–	42.603	28.729
69	Regionale Förderungsmaßnahmen				
691	Betriebliche Investitionen	60.074	–	21.550	52.218
692	Verbesserung der Infrastruktur	3.568	79.912	76.462	85.880
699	Sonstiges	267	3.868	96.879	95.956
	69 Insgesamt	63.909	83.780	194.891	234.054
	<b>6 Insgesamt</b>	<b>124.224</b>	<b>141.558</b>	<b>437.616</b>	<b>436.320</b>
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen				
71	Verwaltung				
711	Straßen- und Brückenbau	22.390	33.190	334.356	355.111
712	Wasserstraßen und Häfen	–	–	17.863	52.083
719	Sonstiges	–	–	–	–
	71 Insgesamt	22.390	33.190	352.219	407.194

<b>Funktionenübersicht</b>					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen / Aufgabenbereichen					
Fkt. Nr.	Ausgaben	<b>H a u s h a l t s p l a n</b>			
		Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR	2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
72	Straßen				
721	Bundesautobahnen	–	–	–	–
722	Bundesstraßen	–	–	–	–
723	Landesstraßen	–	–	–	–
724	Kreisstraßen	–	–	–	–
725	Gemeindestraßen	–	–	–	–
729	Sonstiges	–	–	400	421
	72 Insgesamt	–	–	400	421
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt				
731	Wasserstraßen und Häfen	–	366.730	30.911	30.312
732	Förderung der Schifffahrt	–	–	–	–
	73 Insgesamt	–	366.730	30.911	30.312
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr				
741	Maßnahmen für den öffentlichen Personennahverkehr	525.600	548.500	678.118	728.301
749	Sonstiges	500	1.500	8.443	8.908
	74 Insgesamt	526.100	550.000	686.561	737.209
75	Luftfahrt				
751	Flugsicherung	–	–	1.094	951
759	Sonstiges	–	–	–	–
	75 Insgesamt	–	–	1.094	951
760	Wetterdienst	–	–	–	–
77	Nachrichtenwesen				
771	Post- und Telekommunikation	–	–	–	–
772	Rundfunkanstalten und Fernsehen	–	–	–	–
	77 Insgesamt	–	–	–	–
790	Sonstige Bereiche	–	–	–	–
	<b>7 Insgesamt</b>	<b>548.490</b>	<b>949.920</b>	<b>1.071.185</b>	<b>1.176.087</b>
8	Wirtsch.-untern., Allg. Grund- u. Kapitalverm., Sondervermögen				
81	Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen				
811	Landwirtschaftliche Unternehmen	1.011	1.011	8.415	8.316
812	Forstwirtschaftliche Unternehmen	–	–	–	114.466
	81 Insgesamt	1.011	1.011	8.415	122.782
82	Versorgungsunternehmen				
821	Elektrizitätsunternehmen	–	–	–	–
822	Gasunternehmen	–	–	–	–
823	Wasserunternehmen	–	–	–	–
824	Kombinierte Versorgungsunternehmen	–	–	–	–
829	Sonstiges	–	–	–	–
	82 Insgesamt	–	–	–	–

<b>Funktionenübersicht</b>					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen / Aufgabenbereichen					
Fkt. Nr.	Ausgaben	<b>H a u s h a l t s p l a n</b>			
		Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR	2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
83	Verkehrsunternehmen				
831	Straßenverkehrsunternehmen	–	–	–	–
832	Eisenbahnen	–	–	–	–
834	Häfen und Umschlag	–	–	–	–
835	Flughäfen und Luftverkehr	–	–	260	212
839	Sonstiges	–	–	–	–
	83 Insgesamt	–	–	260	212
85	Sonstige Wirtschaftsunternehmen				
851	Bergbau	–	–	–	–
852	Industrielle Unternehmen	170.000	–	–	–
853	Banken und Kreditinstitute	–	–	–	800.000
854	Wohnungsbauunternehmen	–	–	–	–
856	Lotterie, Lotto, Toto	–	–	390	520
859	Sonstiges	19.225	–	16.405	21.272
	85 Insgesamt	189.225	–	16.795	821.792
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen				
871	Allgemeines Grundvermögen	1.860	120.000	87.777	59.406
872	Allgemeines Kapitalvermögen	–	–	601	205
873	Sondervermögen	–	–	–	–
	87 Insgesamt	1.860	120.000	88.378	59.611
	<b>8 Insgesamt</b>	<b>192.096</b>	<b>121.011</b>	<b>113.848</b>	<b>1.004.397</b>
9	Allgemeine Finanzwirtschaft				
910	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	–	–	2.438.281	2.412.526
920	Schulden	–	–	2.509.104	2.505.743
940	Beihilfen, Unterstützungen u.ä.	–	–	238.639	234.848
950	Rücklagen	–	–	4.545	19.031
960	Sonstiges	400	–	72.749	38.727
970	Abwicklung der Vorjahre	–	–	353.780	232.973
98	Globalposten				
981	Verstärkungsmittel für Personalausgaben	–	–	-249.785	-52.792
988	Globale Mehrausgaben / Globale Minderein- nahmen	–	–	95.890	94.566
989	Globale Minderausgaben / Globale Mehrein- nahmen	–	–	-231.813	-247.169
	98 Insgesamt	–	–	-385.708	-205.395
990	Haushaltstechnische Verrechnungen	–	–	207.999	238.975
	<b>9 Insgesamt</b>	<b>400</b>	<b>–</b>	<b>5.439.389</b>	<b>5.477.428</b>
	<b>0 - 9 Gesamtausgaben</b>	<b>1.592.976</b>	<b>1.775.711</b>	<b>21.659.903</b>	<b>23.069.356</b>

## Zuordnung der Gruppierungen zu den einzelnen Spalten des Haushaltsquerschnitts (horizontale Gliederung)

Spalte	Bezeichnung	Gruppierungen
<b>A. Einnahmen</b>		
3	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	0
4	Verwaltungseinnahmen	11
5	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen (ohne Zinsen)	12
6	Erlöse aus der Veräußerung von Gegenständen, Kapitalrückzahlungen	13
7	Zinseinnahmen vom Bund, von Ländern und Sondervermögen	151, 152, 154
8	Zinseinnahmen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	153
9	Zinseinnahmen von Sozialversicherungsträgern, der Bundesanstalt für Arbeit und von Zweckverbänden	156, 157
10	Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen	16
11	Darlehensrückflüsse vom Bund und von Sondervermögen	171, 174
12	Darlehensrückflüsse von Ländern	172
13	Darlehensrückflüsse von Gemeinden und Gemeindeverbänden	173
14	Darlehensrückflüsse von Sozialversicherungsträgern, der Bundesanstalt für Arbeit und von Zweckverbänden	176, 177
15	Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen	18
16	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen vom Bund und von Sondervermögen	211, 214, 221, 224, 231, 234, 291
17	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen von Ländern	212, 222, 232, 292
18	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	213, 223, 233, 293
19	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen von Sozialversicherungsträgern, der Bundesanstalt für Arbeit und von Zweckverbänden	216, 217, 226, 227, 235, 236, 237
20	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen aus sonstigen Bereichen	26, 27, 28, 297, 298, 299
21	Schuldenaufnahmen bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen und gebietskörperschaftlichen Zusammenschlüssen	31
22	Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt	32
23	Zuweisungen für Investitionen vom Bund und von Sondervermögen	331, 334,
24	Zuweisungen für Investitionen von Ländern	332
25	Zuweisungen für Investitionen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	333
26	Zuweisungen für Investitionen von Sozialversicherungsträgern, der Bundesanstalt für Arbeit und von Zweckverbänden	336, 337
27	Beiträge und sonstige Zuschüsse für Investitionen	34
28	Sonstige Einnahmen	35, 36, 37, 38

**Zuordnungsverzeichnis zum Haushaltsquerschnitt**

Spalte	Bezeichnung	Gruppierungen
<b>B. Ausgaben</b>		
3	Personalausgaben	4
4	Sächliche Verwaltungsaufgaben	51, 52, 53, 54
5	Zinsausgaben	56,57
6	Tilgungsausgaben	58, 59
7	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen an Bund und Sondervermögen	611, 614, 624, 631, 634, 691
8	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen an Länder	612, 632, 692
9	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	613, 633, 693
10	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen an Sozialversicherungsträger, an die Bundesanstalt für Arbeit und an Zweckverbände	616, 617, 636, 637
11	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen: Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	681
12	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen an Unternehmen	682, 683, 697
13	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen an sonstige Bereiche	67, 684, 685, 686, 687, 688, 698, 699
14	Schuldendiensthilfen an Gemeinden und Gemeindeverbände	623
15	Schuldendiensthilfen an Bund, Länder, Sondervermögen, Sozialversicherungsträger, an die Bundesanstalt für Arbeit und an Zweckverbände	621, 622, 624, 626, 627
16	Schuldendiensthilfen an sonstige Bereiche	66
17	Baumaßnahmen	7
18	Erwerb von beweglichen Sachen	81
19	Erwerb von unbeweglichen Sachen	82
20	Erwerb von Beteiligungen und dgl.	83
21	Darlehen an Gemeinden und Gemeindeverbände	853
22	Darlehen an Bund, Länder, Sondervermögen, Sozialversicherungsträger, an die Bundesanstalt für Arbeit und an Zweckverbände	851, 852, 854, 856, 857
23	Darlehen an sonstige Bereiche, Inanspruchnahme aus Gewährleistungen	86, 87
24	Zuweisungen für Investitionen an Länder	882
25	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	883
26	Zuweisungen für Investitionen an Bund, Sondervermögen, Sozialversicherungsträger, an die Bundesanstalt für Arbeit und an Zweckverbände	881, 884, 886, 887
27	Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche	89
28	Besondere Finanzierungsausgaben	9



schnitt  
Funktionen und Einnahmegruppen  
EUR

aus sonstigen Bereichen	Zuweis. und Zusch. mit Ausn. f. Invest. aus dem öffentlichen Bereich					Schuldenaufnahmen		Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich				Bei- träge und sonstige Zusch. f. Invest.	sonstige Ein- nahmen (Ober- gruppen 35 - 38)	Einnahmen insgesamt	Fkt
	Bund, SdV	Länder	Gemein- den, GV	BfA, ZVb	aus sonstigen Bereichen	bei Gebiets- körper- schaften, SdV, gk. Zus.schl.	am Kredit- markt	Bund, SdV	Länder	Gemein- den, GV	BfA, ZVb				
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
															0
															01
15	21	1	—	—	1.393	—	—	—	—	—	—	—	—	8.683	011
—	—	—	—	1.492	7.495	—	—	—	—	—	—	—	—	9.365	012
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	013
—	—	—	—	—	75	—	—	—	—	—	—	—	—	257	014
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	015
—	—	—	—	—	118.286	—	—	—	—	—	—	—	—	118.477	016
—	35.700	767	70	179	98.524	—	—	—	—	—	—	—	—	137.245	018
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.000	019
15	35.721	768	70	1.671	225.773	—	—	—	—	—	—	—	—	275.027	02
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	021
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	022
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	023
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	024
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	029
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	04
—	60	260	—	50	600	—	—	—	—	—	—	—	—	22.247	042
—	1.103	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.419	044
—	—	—	—	—	540	—	—	—	—	—	—	—	—	540	045
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	048
—	4.665	26	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.897	049
—	5.828	286	—	50	1.140	—	—	—	—	—	—	—	—	29.103	05
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	051
—	—	—	—	—	10	—	—	—	—	—	—	—	—	365.699	052
—	—	320	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.249	053
—	—	299	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5.616	054
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.689	055
—	150	220	—	218	5.481	—	—	—	—	—	—	—	—	7.351	056
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	058
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	059
—	150	839	—	218	5.491	—	—	—	—	—	—	—	—	383.604	06
—	—	—	—	20	27.580	—	—	—	—	—	—	—	—	245.951	061
—	852	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.920	062
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	068
—	852	—	—	20	27.580	—	—	—	—	—	—	—	—	249.871	1
15	42.551	1.893	70	1.959	259.984	—	—	—	—	—	—	—	—	937.605	11
—	—	—	—	—	134	—	—	—	—	—	—	—	—	518	111
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	808	112
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	113
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	114
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	115
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	55	116
—	—	—	875	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.314	117
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	118
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	79	119
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	121
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	123
—	200	—	—	25	907	—	—	—	—	—	—	—	—	14.956	124
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7.149	127
—	260	—	1.016	—	—	—	—	89.700	—	—	—	—	—	90.976	129
—	460	—	1.891	25	1.041	—	—	89.700	—	—	—	—	—	116.855	



schnitt  
Funktionen und Einnahmegruppen  
EUR

aus sonstigen Bereichen	Zuweis. und Zusch. mit Ausn. f. Invest. aus dem öffentlichen Bereich					Schuldenaufnahmen		Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich				Bei- träge und sonstige Zusch. f. Invest.	sonstige Ein- nahmen (Ober- gruppen 35 - 38)	Einnahmen insgesamt	Fkt
	Bund, SdV	Länder	Gemein- den, GV	BfA, ZVb	aus sonstigen Bereichen	bei Gebiets- körper- schaften, SdV, gk. Zus.schl.	am Kredit- markt	Bund, SdV	Länder	Gemein- den, GV	BfA, ZVb				
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
-	-	-	-	-	-	-	-	72.979	-	-	-	-	-	94.480	13
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	821	132
-	-	-	-	-	650	-	-	-	-	-	-	-	-	678	133
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	458	135
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7.218	136
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	137
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	138
-	4.909	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	29.800	-	34.717	139
-	4.909	-	-	-	650	-	-	72.979	-	-	-	29.800	-	138.372	14
-	34.299	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	34.349	141
-	50.442	340	-	-	423	-	-	-	-	-	-	-	-	51.325	142
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	143
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	145
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	146
-	84.741	340	-	-	423	-	-	-	-	-	-	-	-	85.674	15
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	151
-	-	-	-	-	-	-	-	1.350	-	-	-	-	-	1.761	152
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	28	153
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	46	154
-	-	-	-	40	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	155
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	156
-	-	-	-	40	-	-	-	1.350	-	-	-	-	-	1.835	16
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2.596	162
-	13.400	6.219	-	-	-	-	-	3.080	-	-	-	-	-	22.699	163
-	6	-	-	-	206	-	-	-	-	-	-	-	-	442	164
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	165
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	167
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	168
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	169
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	171
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	172
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	173
-	-	-	-	-	147	-	-	-	-	-	-	-	-	193	174
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	175
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	176
-	2.491	289	-	-	915	-	-	248	-	-	-	-	-	4.367	177
-	-	797	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	797	178
-	15.897	7.305	-	-	1.268	-	-	3.328	-	-	-	-	-	31.094	18
-	-	-	12.488	-	5	-	-	-	-	-	-	-	-	14.758	181
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	182
-	-	-	128	-	307	-	-	-	-	-	-	-	-	503	183
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	184
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	185
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	186
-	-	-	-	-	5.624	-	-	-	-	-	-	-	-	5.624	187
-	-	-	165	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	461	188
-	-	-	12.781	-	5.936	-	-	-	-	-	-	-	-	21.346	







schnitt  
Funktionen und Einnahmegruppen  
EUR

aus sonstigen Bereichen	Zuweis. und Zusch. mit Ausn. f. Invest. aus dem öffentlichen Bereich					Schuldenaufnahmen		Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich				Beiträge und sonstige Zusch. f. Invest.	sonstige Einnahmen (Obergruppen 35 - 38)	Einnahmen insgesamt	Fkt
	Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	BfA, ZVb	sonstigen Bereichen	bei Gebietskörperschaften, SdV, gk. Zus.schl.	am Kreditmarkt	Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	BfA, ZVb				
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	27
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	271
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	83	272
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	273
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	274
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	275
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	100	276
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	183
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	280
-	3.743	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7.675	290
431	231.938	337	12.035	178	92.717	-	-	-	-	100	-	-	-	356.119	3
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	31
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	121	311
-	-	-	3.497	-	-	-	-	-	-	62.828	-	-	-	66.325	312
-	150	267	-	-	115	-	-	-	-	-	-	-	-	2.600	314
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	319
-	150	267	3.497	-	115	-	-	-	-	62.828	-	-	-	69.046	32
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	321
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	322
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	50	323
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5	324
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	329
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	55	33
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	331
-	774	330	-	2	14.496	-	-	-	-	-	-	-	-	16.078	332
-	774	330	-	2	14.496	-	-	-	-	-	-	-	-	16.078	34
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	341
-	40	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	21.719	342
-	40	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	21.719	41
-	964	597	3.497	2	14.611	-	-	-	-	62.828	-	-	-	106.898	411
33.712	-	-	-	-	-	-	-	21.457	-	-	-	-	-	71.472	419
33.712	-	-	-	-	-	-	-	21.457	-	-	-	-	-	71.472	42
-	-	300	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	47.400	421
-	-	-	-	-	-	-	-	-	600	-	-	-	-	600	422
-	-	300	-	-	-	-	-	-	600	-	-	-	-	48.000	43
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	431
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	432
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	268	433
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	434
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	439
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	268	440
33.712	-	300	-	-	-	-	-	17.493	-	-	-	-	-	17.493	440
-	-	-	-	-	-	-	-	38.950	600	-	-	-	-	137.233	5
-	174	135	-	-	4.406	-	-	-	-	-	-	-	-	14.380	51
-	174	135	-	-	4.406	-	-	-	-	-	-	-	-	14.380	512









Haushaltsquer  
 A. Gliederung der Einnahmen nach  
 in 1.000

Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Steuer- einnahmen, steuerähn- liche Abga- ben, EU- Eigenmittel	Ver- waltungs- einnahmen	Einnahmen aus wirt- schaftl. Tätigkeit und aus Vermögen (o. Zins.)	Erlöse (nur Ober- gr. 13) Kapital- rück- zahlungen	Zinseinnahmen				Darlehensrückflüsse			
						aus dem öffentlichen Bereich				aus dem öffentlichen Bereich			
						Bund, Länder, SDV	Gemein- den, GV	Soz. VT, BfA, ZVb	sonstigen Bereichen	Bund, SdV	Länder	Gemein- den, GV	Soz. VT, BfA, ZVb
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
98	Globalposten												
981	Verstärkungsmittel für Personalausgaben	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
988	Globale Mehrausgaben / Globale Mindereinnahmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
989	Globale Minderausgaben / Globale Mehreinnahmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	98 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
990	Haushaltstechnische Verrechnungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	9 insgesamt	14.239.500	16.000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	0 - 9 Gesamteinnahmen	14.327.088	641.551	774.195	648.546	—	24	7	19.526	—	—	680	194

schnitt  
Funktionen und Einnahmegruppen  
EUR

aus sonstigen Bereichen	Zuweis. und Zusch. mit Ausn. f. Invest. aus dem öffentlichen Bereich				aus sonstigen Bereichen	Schuldenaufnahmen		Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich				Bei- träge und sonstige Zusch. f. Invest.	sonstige Ein- nahmen (Ober- gruppen 35 - 38)	Einnahmen insgesamt	Fkt
	Bund, SdV	Länder	Gemein- den, GV	BfA, ZVb		bei Gebiets- körper- schaften, SdV, gk. Zus.schl.	am Kredit- markt	Bund, SdV	Länder	Gemein- den, GV	BfA, ZVb				
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	98
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	981
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	988
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	989
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	207.999	207.999	990
–	150.000	283.000	25.000	–	945	2.332	2.150.000	–	–	–	–	–	318.226	17.185.003	
60.808	1.240.130	295.408	59.974	2.204	478.568	2.332	2.150.000	541.799	600	62.928	–	35.115	318.226	21.659.903	

		Haushaltsquer B. Gliederung der Ausgaben nach in 1.000										
Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Personal- ausgaben	Säch- liche Ver- waltungs- ausgaben	Zins- ausgaben	Tilgungs- ausgaben	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
						an öffentlichen Bereich			an sonstige Bereiche			
1	2	3	4	5	6	Bund, SdV	Länder	Gemein- den, GV	Soz. VT, BfA, ZVb	an natürliche Personen	Unter- nehmen	Sonstige
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
0	Allgemeine Dienste											
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung											
011	Politische Führung	201.661	25.430	—	—	—	2.017	—	—	73	—	7.709
012	Innere Verwaltung	41.004	18.172	—	—	—	15	—	—	—	472	—
013	Informationswesen	—	425	—	—	—	—	—	—	—	308	302
014	Statistischer Dienst	19.524	3.359	—	—	—	—	—	—	1	—	136
015	Zivildienst	7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
016	Hochbauverwaltung	79.158	49.353	—	—	—	—	1	—	12	—	—
018	Versorgung einschl. Beihilfen für Versorgungsempfänger/- innen	542.999	14	—	—	3.068	5.000	767	114	—	50	1.229
019	sonstige Allgemeine Staatsaufgaben	—	895	—	—	—	—	—	—	—	1.788	2.000
	01 insgesamt	884.353	97.648	—	—	3.068	7.032	768	114	86	2.618	11.376
02	Auswärtige Angelegenheiten											
021	Auslandsvertretungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
022	Internationale Organisationen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
023	Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	—	705	—	—	—	—	—	—	—	—	90
024	Auslandsschulwesen u. kulturelle Angelegenheiten im Ausland	—	31	—	—	—	—	—	—	—	—	210
029	Sonstiges	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3
	02 insgesamt	3	736	—	—	—	—	—	—	—	—	303
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung											
042	Polizei	818.706	106.284	—	—	968	2.691	—	—	695	—	—
044	Brandschutz	3.125	2.206	—	—	—	67	1.935	—	1	—	226
045	Katastrophenschutz	540	60	—	—	—	168	—	—	—	—	420
048	Versorgung einschl. Beihilfen Öffntl. Sicherheit und Ordnung	277.365	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
049	Sonstiges	12.638	9.557	—	—	100	—	—	—	8	—	32
	04 insgesamt	1.112.374	118.107	—	—	1.068	2.926	1.935	—	704	—	678
05	Rechtsschutz											
051	Verfassungsgerichte	161	48	—	—	—	—	—	—	—	—	—
052	Ordentliche Gerichte und Staatsan- waltschaften	415.654	245.212	—	—	—	657	—	—	3.678	—	1.181
053	Verwaltungsgerichte	19.810	2.924	—	—	—	—	—	—	—	—	—
054	Arbeits- und Sozialgerichte	25.798	18.233	—	—	—	—	—	—	1	—	1
055	Finanzgerichte	6.276	873	—	—	—	180	—	—	—	—	—
056	Justizvollzugsanstalten	129.900	36.321	—	—	—	154	—	5.900	3.385	—	2.203
058	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Rechtsschutz)	110.946	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
059	Sonstige Rechtsschutzaufgaben	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3
	05 insgesamt	708.545	303.611	—	—	—	991	—	5.900	7.064	—	3.388
06	Finanzverwaltung											
061	Steuer- und Zollverwaltung, Vermögensverwaltung	419.213	100.130	—	—	—	—	—	—	49	200	—
062	Schuldenverwaltung und sonstige Finanzverwaltung	—	553	—	—	—	—	50	—	—	—	2.576
068	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Finanzverwltg.)	110.946	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	06 insgesamt	530.159	100.683	—	—	—	—	50	—	49	200	2.576
	0 insgesamt	3.235.434	620.785	—	—	4.136	10.949	2.753	6.014	7.903	2.818	18.321
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung,kult. Angelegenheiten											
11	Allgemeinbildende und berufliche Schulen (11/12)											
111	Unterrichtsverwaltung	39.248	3.485	—	—	—	86	—	—	—	—	—
112	Grundschulen	3.195.357	653	—	—	—	—	—	—	—	—	492
113	Hauptschulen	2.354	235	—	—	—	—	5.441	—	—	—	52
114	Kombinierte Grund- und Haup- tschulen	997	72	—	—	—	—	—	—	—	—	3.908
115	Kombinierte Haupt- und Real- schulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	17.327
116	Realschulen	586	98	—	—	—	—	—	—	—	—	—
117	Gymnasien, Kollegs	4.202	1.467	—	—	—	—	—	—	—	—	75.528
118	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Schulen)	1.017.003	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
119	Gesamtschulen (integrierte und additive)	646	91	—	—	—	—	—	—	—	—	15
121	Schulformunabhängige Orien- tierungsstufe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
123	Freie Waldorfschulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25.758
124	Sonderschulen	28.861	3.900	—	—	—	—	135	—	621	—	36.765
127	Berufliche Schulen	95.693	2.696	—	—	—	340	2.989	—	14	—	37.406
129	Sonstige schulische Aufgaben	35.898	10.928	—	—	—	7.821	6.074	—	27	—	1.871
	11/12 insgesamt	4.420.845	23.625	—	—	—	8.247	14.639	—	662	—	199.122

schnitt Funktionen und Ausgabegruppen EUR																
Schuldendiensthilfen an			Baumaß- nahmen	Erwerb von			Darlehen an			Zuweisungen für Investitionen an				Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Ausgaben insgesamt	Fkt
öffentlichen Bereich		sonstige		beweg- lichen Sachen	unbeweg- lichen Sachen	Beteili- gungen und dgl.	öffentlichen Bereich		sonstige	öffentlichen Bereich			sonstige			
Gemein- den, GV	Bund, Länder, Soz. VT., BfA, ZVb	Bereiche				Gemein- den, GV	Bund, Ld. SvT, BfA, ZVb	Bereiche, Inanspruch- nahme aus Gewähl.	Länder	Gemein- den, GV	Bund, SdV, Soz. VT., BfA, ZVb	Bereiche				
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
-	-	-	-	2.461	-	-	-	-	26	-	-	-	-	-	239.377	0
-	-	-	-	73	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	59.736	01
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	137	-	1.172	011
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	23.020	012
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7	013
-	-	-	-	1.369	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	129.893	014
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	553.241	015
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4.683	016
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	018
-	-	-	-	3.903	-	-	-	-	26	-	-	-	137	-	1.011.129	019
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	02
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	021
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	25	-	820	022
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	241	023
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6	024
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	029
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	25	-	1.067	04
-	-	-	-	29.108	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	958.452	042
-	-	-	301	635	-	-	-	-	-	-	27.750	-	-	-	36.246	044
-	-	-	-	77	-	-	-	-	-	-	-	-	87	-	1.352	045
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	277.365	048
-	-	-	-	1.502	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	23.837	049
-	-	-	301	31.322	-	-	-	-	-	-	27.750	-	87	-	1.297.252	05
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	209	051
-	-	-	-	11.276	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	677.658	052
-	-	-	-	47	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	22.734	053
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	44.080	054
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7.329	055
-	-	-	-	1.488	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	179.351	056
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	110.946	058
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	059
-	-	-	-	12.811	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.042.310	06
-	-	-	-	17.260	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	536.852	061
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3.179	062
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	110.946	068
-	-	-	-	17.260	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	650.977	
-	-	-	301	65.296	-	-	-	-	26	-	27.750	-	249	-	4.002.735	1
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	42.819	111
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3.196.502	112
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8.082	113
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4.977	114
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	17.327	115
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	684	116
-	-	-	-	156	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	81.353	117
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.017.003	118
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	752	119
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	121
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	25.758	123
-	-	-	-	766	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	71.048	124
-	-	-	-	92	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	139.230	127
-	-	-	-	10	-	-	-	-	-	-	89.700	-	-	-	152.329	129
-	-	-	-	1.024	-	-	-	-	-	-	89.700	-	-	-	4.757.864	

		Haushaltsquer B. Gliederung der Ausgaben nach in 1.000										
Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Personal- ausgaben	Säch- liche Ver- waltungs- ausgaben	Zins- ausgaben	Tilgungs- ausgaben	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
						an öffentlichen Bereich				an sonstige Bereiche		
						Bund, SdV	Länder	Gemein- den, GV	Soz. VT, BfA, ZVb	an natürliche Personen	Unter- nehmen	Sonstige
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
13	Hochschulen											
131	Universitäten	417	480	—	—	—	172	—	2.333	90	616.544	288.838
132	Hochschulkliniken	—	—	—	—	—	—	—	—	—	155.954	115.051
133	Verwaltungsfachhochschulen	11.795	1.804	—	—	—	—	—	—	1	—	2
135	Kunsthochschulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30.184	—
136	Fachhochschulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	178.349	46.246
137	Deutsche Forschungsgemeinschaft	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50.827
138	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Hochschulen)	106.355	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
139	Sonstige Hochschulaufgaben	4.734	229	—	—	—	712	—	—	—	41.013	533
	13 insgesamt	123.301	2.513	—	—	—	884	—	2.333	91	1.022.044	501.497
14	Förderung von Schüler(-innen), Student(-innen) und dgl.											
141	Fördermaßnahmen für Schülerinnen und Schüler	—	287	—	—	—	—	—	—	52.767	—	15
142	Fördermaßnahmen für Studierende	—	46	—	—	—	1.500	275	—	77.604	—	22.760
143	Fördermaßnahmen für den wissen- schaftlichen Nachwuchs	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.329	—
145	Schülerinnen- und Schülerbe- förderung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
146	Studentenwohnraumförderung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	14 insgesamt	—	333	—	—	—	1.500	275	—	130.371	1.329	22.775
15	Sonstiges Bildungswesen											
151	Förderung der Weiterbildung	483	4.076	—	—	—	575	—	—	—	—	1.176
152	Volkshochschulen	—	—	—	—	—	—	21.777	—	—	—	7.218
153	Andere Einrichtungen der Weiter- bildung	253	50	—	—	—	—	10.396	800	—	—	10.354
154	Einrichtungen der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung	63.289	4.433	—	—	—	—	28	—	—	—	—
155	Einrichtungen der Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung	4.250	875	—	—	—	—	—	—	—	—	—
156	Berufsakademien	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	17.614
	15 insgesamt	68.275	9.434	—	—	—	575	32.201	800	—	—	36.362
16	Wissensch. Forschung, Entwickl. außerh. d. Hochschulen (16/ 17)											
162	Wissenschaftliche Bibliotheken, Archive,Fachinformationszentren	18.382	6.306	—	—	—	—	—	—	—	2.947	3.757
163	Wissenschaftliche Museen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
164	Gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	350	20	—	—	—	—	—	—	—	16.174	79.397
165	Andere Einrichtungen für Wissen- schaft und Forschung	2.151	435	—	—	—	—	—	—	—	—	51.732
167	Zusch. an intern. wiss. Org. u. zwischenstaatl. Forschungseinr.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
168	Forsch. u. experim. Entw. zur Weltr.- Erk. u. -nutz.(Einzel.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
169	Forsch./experim. Entw. zur industr. Produkt./Techn.(Einzel.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	800	—
171	Forsch./experim. Entw. z. Erz./ Vert./Nutz. d. Energ.(Einzel.)	—	1.591	—	—	—	—	—	—	—	—	350
172	Forsch./experim. Entw. z. Sch./ Förd. d. Gesundheit (Einzel.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
173	Forschung/experimentelle Entw. zum Umweltschutz (Einzel.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
174	Forsch./exper. Entw. z. landw. Produkt. u. Technolog.(Einzel.)	3.855	832	—	—	—	—	—	—	—	—	19
175	Forsch./exper. Entw. z. gesell. Strukt. u. Beziehung.(Einzel.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	388
176	Forsch./exper. Entw. z. Infra- struktm./Raumgesamtpl.(Einzel.)	—	15	—	—	—	—	—	—	—	—	129
177	Forsch./exper. Entw. z. Erk./ Nutz. d. ird. Umwelt (Einzel.)	10.772	1.855	—	—	591	—	—	—	—	—	4.332
178	Nicht zielor. Forsch./s. Maßn. z. Förd. d. Wiss./ziv. Forsch.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	166
	16/17 insgesamt	35.510	11.054	—	—	591	—	—	—	—	19.921	140.270
18	Kultureinrichtungen (einschl. Kulturverwaltung)											
181	Theater	17.641	1.718	—	—	—	—	—	5.659	—	86.548	912
182	Einrichtungen der Musikpflege	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.211
183	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	8.900	3.577	—	—	—	136	2.063	—	—	—	3.818
184	Zoologische und botanische Gärten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
185	Musikschulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.113
186	Nicht wissenschaftliche Bibliotheken	—	—	—	—	—	193	—	—	—	—	824
187	Sonstige Kultureinrichtungen	5.227	122	—	—	—	—	10	—	—	—	12.814
188	Verwaltung für kulturelle Ange- legenheiten	6.884	473	—	—	—	—	—	—	—	—	9
	18 insgesamt	38.652	5.890	—	—	—	329	2.073	5.659	—	86.548	20.701

schnitt Funktionen und Ausgabegruppen EUR																
Schuldendiensthilfen an			Baumaßnahmen	Erwerb von			Darlehen an			Zuweisungen für Investitionen an				Besondere Finanzierungs- ausgaben	Ausgaben insgesamt	Fkt
öffentlichen Bereich		sonstige		beweglichen	unbeweglichen	Beteiligungen	öffentlichen Bereich		sonstige	öffentlichen Bereich						
Gemeinden, GV	Bund, Länder, Soz. VT., BfA, ZVb	Bereiche	Sachen	Sachen	und dgl.	Gemeinden, GV	Bund, Ld. SvT, BfA, ZVb	Bereiche, Inanspruchnahme aus Gewährl.	Länder	Gemeinden, GV	Bund, SdV, Soz. VT., BfA, ZVb	Bereiche				
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
-	-	-	18.236	1.125	-	-	-	-	-	-	-	-	103.640	-	1.031.875	13
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	26.386	-	297.391	131
-	-	-	-	130	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	13.732	132
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	283	-	30.467	133
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	11.659	-	236.254	135
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	50.827	136
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	106.355	137
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	138
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2.079	-	49.300	139
-	-	-	18.236	1.255	-	-	-	-	-	-	-	-	144.047	-	1.816.201	14
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	53.069	141
-	-	5.417	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	107.602	142
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.329	143
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	145
-	-	548	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	548	146
-	-	5.965	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	162.548	15
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6.310	151
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	28.995	152
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4.400	-	26.253	153
-	-	-	-	87	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	67.837	154
-	-	-	-	25	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5.150	155
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	17.614	156
-	-	-	-	112	-	-	-	-	-	-	-	-	4.400	-	152.159	16
-	-	-	-	196	-	-	-	-	-	-	-	-	217	-	31.805	162
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	163
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8.702	-	104.643	164
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	54.318	165
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	167
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	800	168
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.941	169
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	171
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	172
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	173
-	-	-	-	231	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4.937	174
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	388	175
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	144	176
-	-	-	-	393	-	-	-	-	-	-	-	-	496	-	18.439	177
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	166	178
-	-	-	-	820	-	-	-	-	-	-	-	-	9.415	-	217.581	18
-	-	-	-	153	-	-	-	-	-	-	-	-	231	-	112.862	181
-	-	-	-	354	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.211	182
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	202	-	-	839	-	19.889	183
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	184
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.113	185
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.017	186
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	81	-	-	1.534	-	19.788	187
-	-	-	-	125	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7.491	188
-	-	-	-	632	-	-	-	-	-	-	283	-	2.604	-	163.371	

		Haushaltsquer B. Gliederung der Ausgaben nach in 1.000										
Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Personal- ausgaben	Säch- liche Ver- waltungs- ausgaben	Zins- ausgaben	Tilgungs- ausgaben	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
						an öffentlichen Bereich				an sonstige Bereiche		
						Bund, SdV	Länder	Gemein- den, GV	Soz. VT, BfA, ZVb	an natürliche Personen	Unter- nehmen	Sonstige
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
19	Kulturförderung, Denkmalschutz, Kirchliche Angelegenheiten											
191	Einzelmaßnahmen im Bereich Theater und Musikpflege	—	73	—	—	—	—	173	—	—	—	1.388
192	Einzelmaßnahmen im Bereich Museen und Ausstellungen	—	79	—	—	—	—	—	—	—	—	515
193	Andere Einzelmaßnahmen der Kulturpflege	—	20	—	—	—	—	—	—	—	1.781	1.889
195	Denkmalschutz und -pflege	202	535	—	—	—	—	118	—	—	—	169
199	Kirchliche Angelegenheiten	—	39	—	—	—	—	—	—	—	—	40.908
	19 insgesamt	202	746	—	—	—	—	291	—	—	1.781	44.869
	1 insgesamt	4.686.785	53.595	—	—	591	11.535	49.479	8.792	131.124	1.131.623	965.596
2	Soz. Sicherung, soz. Kriegsfolgeauf- gaben, Wiedergutmachung											
21	Verwaltung											
211	Versicherungsbehörden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
212	Sozialamt, Sozialhilfeverband, Landeswohlfahrtsverband	45.532	17.262	—	—	—	—	142.100	1.276	113	—	23
213	Jugendämter	2.609	32	—	—	—	—	—	—	—	—	—
214	Versorgungämter	—	176	—	—	—	—	—	—	—	—	—
215	Lastenausgleichsverwaltung	—	—	—	—	—	—	2.800	—	—	—	—
216	Wiedergutmachungsbehörden	—	78	—	—	—	—	6	—	1	—	10
219	Sonstige Behörden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	21 insgesamt	48.141	17.548	—	—	—	—	6	144.900	1.277	113	33
22	Sozialversicherung einschl. Arbeit- losenversicherung											
223	Unfallversicherung	—	—	—	—	—	—	—	4.603	—	—	—
224	Krankenversicherung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
227	Pflegeversicherung	339	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
229	Sonstige Sozialversicherungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	22 insgesamt	339	—	—	—	—	—	—	4.603	—	—	—
23	Familien- und Sozialhilfe, Förder- der Wohlfahrtspflege u.ä.											
231	Kindergeld	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
232	Erziehungsgeld, Mutterschutz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
233	Wohngeld	—	—	—	—	—	—	135.000	—	65.000	—	—
234	Leistungen nach dem Bundessozial- hilfe- / Asylbewerbergesetz	—	—	—	—	157	—	1.340.164	—	3.046	—	12.340
235	Soziale Einrichtungen	13.739	9.350	—	—	—	—	—	—	2.003	—	100
236	Förderung der Wohlfahrtspflege	—	—	—	—	—	—	—	150	—	—	26.706
237	Leistungen nach dem Unterhaltsvor- schussgesetz	—	—	—	—	5.500	—	64.950	—	—	—	—
	23 insgesamt	13.739	9.350	—	—	5.657	—	1.540.114	150	70.049	—	39.146
24	Soz. Leistungen für Folgen von Krieg und polit. Ereignissen											
242	Einrichtungen der Kriegsopferver- sorgung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26
243	Lastenausgleich	—	—	—	—	2.700	—	—	—	—	—	—
244	Wiedergutmachung	—	—	—	—	8.900	—	64	—	11.270	—	17.210
246	Vertriebene und Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler	5.439	4.327	—	—	—	—	—	—	1.001	—	127
247	Kriegsopferfürsorge	—	—	—	—	4.266	—	43.222	—	—	—	—
249	Sonstiges	—	6	—	—	—	142	2.110	—	—	—	—
	24 insgesamt	5.439	4.333	—	—	15.866	142	45.396	—	12.271	—	17.363
25	Arbeitsmarktpolitik und Ar- beitsschutz											
252	Hilfe für Berufsausbildung, Fort- bildung und Umschulung	—	24	—	—	—	—	—	—	11.700	—	1.023
253	Sonstige Anpassungsmaßnahmen u. produktive Arbeitsförderung	—	332	—	—	—	—	—	89.806	—	—	10.474
254	Arbeitsschutz	32.992	6.485	—	—	—	65	—	—	—	—	—
	25 insgesamt	32.992	6.841	—	—	—	65	—	89.806	11.700	—	11.497
26	Jugendhilfe nach SGB VIII											
261	Jugendarbeit und Jugendverband- arbeit	—	2	—	—	—	—	57	—	—	—	114
262	Jugendsozialarbeit und erz. Kinder- und Jugendschutz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
263	Förderung der Erziehung in der Familie	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
264	Förderung von Kindern in Tagesein- richtungen und in Tagespfl.	—	22	—	—	—	—	56.025	—	—	—	111.012
265	Hilfen zur Erziehung und Ein- gliederungshilfe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
266	Andere Aufgaben der Jugendhilfe	—	—	—	—	—	349	13.000	—	—	—	—
	26 insgesamt	—	24	—	—	—	349	69.082	—	—	—	111.126

schnitt Funktionen und Ausgabegruppen EUR																
Schuldendiensthilfen an öffentlichen Bereich			Baumaßnahmen	Erwerb von			Darlehen an			Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich				Besondere Finanzierungsausgaben	Ausgaben insgesamt	Fkt
Gemeinden, GV	Bund, Länder, Soz. VT., BfA, ZVb	sonstige Bereiche		beweglichen Sachen	unbeweglichen Sachen	Beteiligungen und dgl.	öffentlichen Bereich	sonstige Bereiche, Inanspruchnahme aus Gewährl.	Länder	Gemeinden, GV	Bund, SdV, Soz. VT., BfA, ZVb	sonstige Bereiche				
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.634	19
-	-	-	-	114	-	-	-	-	-	-	38	-	-	-	746	191
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	26	-	46	-	3.762	192
-	-	-	-	49	-	-	-	-	-	-	1.010	-	1.794	-	3.877	193
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	40.947	195
-	-	-	-	163	-	-	-	-	-	-	1.074	-	1.840	-	50.966	199
-	-	5.965	18.236	4.006	-	-	-	-	-	-	91.057	-	162.306	-	7.320.690	2
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	21
-	-	-	-	929	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	207.235	211
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2.641	212
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	176	213
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2.800	214
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	95	215
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	216
-	-	-	-	929	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	212.947	219
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	22
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4.603	223
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	224
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	339	227
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	229
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4.942	23
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	231
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	232
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	200.000	233
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.355.707	234
-	-	-	-	88	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	25.280	235
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2.983	-	29.839	236
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	70.450	237
-	-	-	-	88	-	-	-	-	-	-	-	-	2.983	-	1.681.276	24
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	26	242
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2.700	243
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	37.444	244
-	-	-	-	180	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	11.074	246
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	57	-	-	-	47.545	247
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2.258	249
-	-	-	-	180	-	-	-	-	-	-	57	-	-	-	101.047	25
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	12.747	252
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	100.612	253
-	-	-	-	1.135	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	40.677	254
-	-	-	-	1.135	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	154.036	26
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	173	261
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	262
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	263
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	167.059	264
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	265
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	13.349	266
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	180.581	

Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Personal- ausgaben	Säch- liche Ver- waltungs- ausgaben	Zins- ausgaben	Tilgungs- ausgaben	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen							
						an öffentlichen Bereich				an sonstige Bereiche			
						Bund, SdV	Länder	Gemein- den, GV	Soz. VT, BfA, ZVb	an natürliche Personen	Unter- nehmen	Sonstige	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
27	Einrichtungen der Jugendhilfe												
271	Einrichtungen der Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit	—	66	—	—	—	—	760	—	—	—	—	10.290
272	Einrichtungen der Jugendsozialar- beit	—	—	—	—	—	63	—	—	—	—	—	1.585
273	Einrichtungen der Familien- förderung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.470
274	Tageseinrichtungen für Kinder	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
275	Einrichtungen für Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
276	Einrichtungen für andere Aufgaben der Jugendhilfe	—	201	—	—	—	—	26	—	—	—	—	—
	27 insgesamt	—	267	—	—	—	63	786	—	—	—	—	13.345
280	Förderung der Vermögensbildung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
290	Sonstige soziale Angelegenheiten	—	2.500	—	—	1.045	20	—	—	13.905	21.282	—	8.695
	2 insgesamt	100.650	40.863	—	—	22.568	645	1.800.278	95.836	108.038	21.282	—	201.205
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung												
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens												
311	Gesundheitsbehörden	952	70	—	—	—	—	510	—	—	—	—	—
312	Krankenhäuser und Heilstätten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	22.568	—	86.830
314	Maßnahmen d. Gesundheitswesens	7.173	6.422	—	—	—	684	—	—	1	629	—	14.056
319	Sonstiges	108	14	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	31 insgesamt	8.233	6.506	—	—	—	684	510	—	1	23.197	—	100.886
32	Sport und Erholung												
321	Park- und Gartenanlagen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
322	Badeanstalten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
323	Sportstätten	—	50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
324	Förderung des Sports	—	13	—	—	—	—	—	—	—	—	—	24.491
329	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	32 insgesamt	—	63	—	—	—	—	—	—	—	—	—	24.491
33	Umwelt- und Naturschutz												
331	Umwelt und Naturschutzbehörden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
332	Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes	4.379	4.887	—	—	41	1.872	1.507	—	—	4.791	—	2.886
	33 insgesamt	4.379	4.887	—	—	41	1.872	1.507	—	—	4.791	—	2.886
34	Reaktorsicherheit und Strahlen- schutz												
341	Behörden für Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
342	Maßnahmen der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes	—	19.048	—	—	483	—	—	—	—	—	—	—
	34 insgesamt	—	19.048	—	—	483	—	—	—	—	—	—	—
	3 insgesamt	12.612	30.504	—	—	524	2.556	2.017	—	1	27.988	—	128.263
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung, komm. Gemein- schaftsd.												
41	Wohnungswesen												
411	Förderung des Wohnungsbaues	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	56
419	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	41 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	56
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen												
421	Kataster- und Vermessungsverwal- tung	98.581	16.217	—	—	—	—	—	—	10	19.651	—	5
422	Raumordnung und Landesplanung	1.413	842	—	—	—	51	—	—	—	—	—	190
	42 insgesamt	99.994	17.059	—	—	—	51	—	—	10	19.651	—	195
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste												
431	Straßenbeleuchtung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
432	Ortsentwässerung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
433	Müllbeseitigung u. -verwertung	—	50	—	—	—	—	256	—	—	—	—	174
434	Straßenreinigung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
439	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	43 insgesamt	—	50	—	—	—	—	256	—	—	—	—	174
440	Städtebauförderung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	4 insgesamt	99.994	17.109	—	—	—	51	256	—	10	19.651	—	425
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten												
51	Verwaltung (ohne Betriebsverwal- tung)												
511	Ernährung und Landwirtschaft	65.583	15.358	—	—	—	—	900	—	—	—	—	—
512	Forsten	893	80	—	—	—	—	—	—	—	41.480	—	—
	51 insgesamt	66.476	15.438	—	—	—	—	900	—	—	41.480	—	—

schnitt Funktionen und Ausgabegruppen EUR																
Schuldendiensthilfen an			Baumaßnahmen	Erwerb von			Darlehen an			Zuweisungen für Investitionen an				Besondere Finanzierungs- ausgaben	Ausgaben insgesamt	Fkt
öffentlichen Bereich	sonstige	Bereiche		beweglichen Sachen	unbeweglichen Sachen	Beteiligungen und dgl.	öffentlichen Bereich	sonstige	Bereiche, Inanspruchnahme aus Gewähl.	öffentlichen Bereich		sonstige	Bereiche			
Gemeinden, GV	Bund, Länder, Soz. VT., BfA, ZVb					Gemeinden, GV	Bund, Ld. SvT, BfA, ZVb		Länder	Gemeinden, GV	Bund, SdV, Soz. VT., BfA, ZVb					
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	518	-	612	-	12.246	27
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.648	271
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.470	272
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	274
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	275
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	227	276
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	518	-	612	-	15.591	280
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	290
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	37.456	-	-	84.903	3
-	-	-	-	2.332	-	-	-	-	-	-	575	-	41.051	-	2.435.323	31
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.532	311
-	-	26.946	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	62.828	-	199.172	312
-	-	-	-	460	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	29.425	314
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	122	319
-	-	26.946	-	460	-	-	-	-	-	-	-	-	62.828	-	230.251	32
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	321
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	322
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4.770	-	-	-	4.820	323
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.208	-	25.712	324
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	329
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4.770	-	1.208	-	30.532	33
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	331
-	-	-	34	46	550	-	-	-	-	1.473	1.090	-	156	-	23.712	332
-	-	-	34	46	550	-	-	-	-	1.473	1.090	-	156	-	23.712	34
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	341
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	19.531	342
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	19.531	4
-	-	26.946	34	506	550	-	-	-	-	1.473	5.860	-	64.192	-	304.026	41
-	-	14.628	-	-	-	-	-	-	2.332	-	-	-	21.460	-	38.476	411
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	419
-	-	14.628	-	-	-	-	-	-	2.332	-	-	-	21.460	-	38.476	42
-	-	-	-	1.078	-	-	-	-	-	-	-	-	319	-	135.861	421
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.700	-	-	-	4.196	422
-	-	-	-	1.078	-	-	-	-	-	-	1.700	-	319	-	140.057	43
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	431
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	432
-	-	-	338	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	818	433
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	434
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	439
-	-	-	338	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	818	440
-	-	3.559	-	-	-	-	-	-	-	-	787	-	17.063	-	21.409	5
-	-	18.187	338	1.078	-	-	-	-	2.332	-	2.487	-	38.842	-	200.760	51
-	-	-	-	4.581	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	86.422	511
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	42.453	512
-	-	-	-	4.581	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	128.875	



schnitt Funktionen und Ausgabegruppen EUR																
Schuldendiensthilfen an öffentlichen Bereich			Baumaßnahmen	Erwerb von			Darlehen an			Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich				Besondere Finanzierungsausgaben	Ausgaben insgesamt	Fkt
Gemeinden, GV	Bund, Länder, Soz. VT., BfA, ZVb	sonstige Bereiche		beweglichen Sachen	unbeweglichen Sachen	Beteiligungen und dgl.	Gemeinden, GV	Bund, Ld. SvT, BfA, ZVb	sonstige Bereiche, Inanspruchnahme aus Gewährl.	Länder	Gemeinden, GV	Bund, SdV, Soz. VT., BfA, ZVb	sonstige Bereiche			
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
-	-	18.350	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	47.583	-	90.088	52
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5.700	528
-	-	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2.500	-	5.949	529
-	-	18.353	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	50.083	-	101.737	53
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	531
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3.000	532
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	533
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.630	539
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4.630	54
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	541
-	-	31	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4.660	-	4.756	542
-	-	-	-	767	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	94.333	549
-	-	31	-	767	-	-	-	-	-	-	-	-	4.660	-	99.089	549
-	-	18.384	-	5.348	-	-	-	-	-	-	-	-	54.743	-	334.331	6
-	-	-	-	18	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5.015	610
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	10	621
-	-	-	4.440	-	1.062	-	-	-	-	3.812	1.000	33.484	-	-	147.048	622
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	623
-	-	-	17.130	-	-	-	-	-	-	-	-	-	28.607	-	46.709	624
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	625
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	626
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	627
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	629
-	-	-	21.570	-	1.062	-	-	-	-	3.812	1.000	62.091	-	-	193.767	63
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	631
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	632
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	634
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	635
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	638
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	639
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	64
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	641
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	642
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	643
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.340	649
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.340	650
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	660
-	-	-	-	-	-	-	-	40.000	-	-	-	-	852	-	42.603	680
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	21.550	-	21.550	69
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	28.653	39.523	7.274	-	-	76.462	691
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	28.000	-	50.489	-	-	96.879	692
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	56.653	39.523	79.313	-	-	194.891	699
-	-	-	21.570	18	1.062	-	-	40.000	-	60.465	40.523	142.256	-	-	437.616	7
-	-	-	31.247	3.302	-	-	-	-	-	68.242	20.165	-	-	-	334.356	71
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	17.863	711
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	719
-	-	-	31.247	3.302	-	-	-	-	-	68.242	20.165	-	-	-	352.219	72
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	721
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	722
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	723
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	724
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	725
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	400	729
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	400	729



schnitt Funktionen und Ausgabegruppen																
EUR																
Schuldendiensthilfen an			Baumaßnahmen	Erwerb von			Darlehen an			Zuweisungen für Investitionen an				Besondere Finanzierungsausgaben	Ausgaben insgesamt	Fkt
öffentlichen Bereich		sonstige Bereiche		beweglichen Sachen	unbeweglichen Sachen	Beteiligungen und dgl.	öffentlichen Bereich		sonstige Bereiche	öffentlichen Bereich		sonstige Bereiche				
Gemeinden, GV	Bund, Länder, Soz. VT., BfA, ZVb					Gemeinden, GV	Bund, Ld. SvT, BfA, ZVb	Bereiche, Inanspruchnahme aus Gewährl.	Länder	Gemeinden, GV	Bund, SdV, Soz. VT., BfA, ZVb					
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
																73
			5.500			13.390						8.283	2.938		30.911	731
																732
			5.500			13.390						8.283	2.938		30.911	74
											29.765		118.028		678.118	741
													2.900		8.443	749
											29.765		120.928		686.561	75
															1.094	751
																759
															1.094	760
																77
																771
																772
																790
			36.747	3.302		13.390					98.007	28.448	123.866		1.071.185	8
																81
			3.256	214											8.415	811
																812
			3.256	214											8.415	82
																821
																822
																823
																824
																829
																83
																831
																832
																834
															260	835
																839
															260	85
																851
																852
																853
																854
															390	856
						150					200		1.034		16.405	859
						150					200		1.034		16.795	87
			63.743	4.445	537							548			87.777	871
															601	872
																873
			63.743	4.445	537							548			88.378	
			66.999	4.659	537	150					200	548	1.034		113.848	9
											228.003				2.438.281	910
															2.509.104	920
															238.639	940
														4.545	4.545	950
				2.475											72.749	960
														353.780	353.780	970

Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Personal- ausgaben	Säch- liche Ver- waltungs- ausgaben	Zins- ausgaben	Tilgungs- ausgaben	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen							
						an öffentlichen Bereich			an sonstige Bereiche				
						Bund, SdV	Länder	Gemein- den, GV	Soz. VT, BfA, ZVb	an natürliche Personen	Unter- nehmen	Sonstige	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
98	Globalposten												
981	Verstärkungsmittel für Personalausgaben	-249.185	—	—	—	—	—	—	—	—	-600	—	
988	Globale Mehrausgaben / Globale Mindereinnahmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
989	Globale Minderausgaben / Globale Mehreinnahmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
	98 insgesamt	-249.185	—	—	—	—	—	—	—	—	-600	—	
990	Haushaltstechnische Verrechnungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
	9 insgesamt	8.454	51.274	2.482.378	26.726	—	—	2.210.260	—	—	-600	18	
	0 - 9 Gesamtausgaben	8.377.296	1.193.703	2.482.378	26.726	30.581	25.899	4.177.067	178.605	258.328	1.459.788	1.444.422	

schnitt Funktionen und Ausgabegruppen EUR																
Schuldendiensthilfen an öffentlichen Bereich			Baumaßnahmen	Erwerb von			Darlehen an			Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich				Besondere Finanzierungsausgaben	Ausgaben insgesamt	Fkt
Gemeinden, GV	Bund, Länder, Soz. VT., BfA, ZVb	sonstige Bereiche		beweglichen Sachen	unbeweglichen Sachen	Beteiligungen und dgl.	Gemeinden, GV	Bund, Ld. SvT, BfA, ZVb	sonstige Bereiche, Inanspruchnahme aus Gewährl.	Länder	Gemeinden, GV	Bund, SdV, Soz. VT., BfA, ZVb	sonstige Bereiche			
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–249.785	98
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	95.890	95.890	988
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	-231.813	-231.813	989
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	-135.923	-385.708	
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	207.999	207.999	990
–	–	–	–	2.475	–	–	–	–	–	–	228.003	–	–	430.401	5.439.389	
–	–	69.482	144.225	89.020	2.149	13.540	–	–	42.358	1.473	514.404	69.519	628.539	430.401	21.659.903	

**Übersicht**  
über die den Haushalt 2005 in Einnahmen und Ausgaben durchlaufenden Posten

Kap.	Titel	Zweckbestimmung	Einnahmen		Ausgaben	
			Ansatz		Ansatz	
			2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR	2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
	Epl. 03	Ministerium für Inneres und Sport				
03 31	382 10	Durchlaufende Gelder	—	—		
	982 10	Durchlaufende Gelder			—	—
		Summe Epl. 03	—	—	—	—
	Epl. 07	Kultusministerium				
07 84	382 10	Zuweisungen des Bundes für die Gedenkstättenarbeit	—	—		
		Summe Epl. 07	—	—	—	—
	Epl. 08	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr				
08 03	382 10	Bundesmittel f. d. Unterhaltung und den Betrieb höhengleicher Kreuzungen von Bundesstrassen mit nichtbundeseig. Eisenbahnen	170	170		
	982 10	Bundesmittel zur Unterhaltung u. zum Betrieb höhengleicher Kreuzungen von Bundesstrassen mit nichtbundeseigenen Eisenbahnen			170	170
08 20	982 01	Zahlungen an private Unternehmen der Tiefbauwirtschaft			—	—
		Summe Epl. 08	170	170	170	170
	Epl. 09	Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz				
09 02	382 10	Durchlaufende Gelder für Tollwutimpfungen von Füchsen	—	—		
	TGr. 75	EU-Mittel zur Förderung der Entwicklung im ländlichen Raum (LEADER+ 2000 bis 2006)				
	382 75	Durchlaufende Gelder aus dem EAGFL	—	—		
	982 10	Durchlaufende Gelder für Tollwutimpfungen von Füchsen			—	—
09 02	TGr. 75	EU-Mittel zur Förderung der Entwicklung im ländlichen Raum (LEADER + 2000 bis 2006)				
	982 75	Durchlaufende Gelder für die kommunalen Gebietskörperschaften			—	—
		Summe Epl. 09	—	—	—	—
	Epl. 13	Allgemeine Finanzverwaltung				
13 20	382 11	Bundesanteile an den Darlehen Siedlung und Landarbeiterwohnungen GemAgrG -Zinsen-	32	33		
	382 12	Wie 382 11 -Tilgungen-	461	514		
	382 13	Bundesanteile an den Darlehen einzelbetriebliche Förderung GemAgrG -Zinsen-	1.000	1.023		
	382 14	Wie 382 13 -Tilgungen-	7.900	6.903		
	382 15	Bundesanteile an den Darlehen Flurbereinigung GemAgrG -Zinsen-	—	—		

<b>Übersicht</b>						
über die den Haushalt 2005 in Einnahmen und Ausgaben durchlaufenden Posten						
Kap.	Titel	Zweckbestimmung	Einnahmen		Ausgaben	
			Ansatz		Ansatz	
			2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR	2005 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
	382 16	Wie 382 15 -Tilgungen-	81	93		
	982 11	Ablieferung des Bundesanteils an den Zinsen und Tilgungen für Darlehen einzelbetriebliche Förderung GemAgrG			8.900	7.926
	982 12	Ablieferung des Bundesanteils an den Zinsen und Tilgungen für Darlehen Flurbereinigung GemAgrG			81	93
	982 13	Ablieferung des Bundesanteils an den Zinsen und Tilgungen für Darlehen Siedlung und Landarbeiterwohnungen GemAgrG			493	547
		Summe Epl. 13	9.474	8.566	9.474	8.566
		Gesamtsumme	9.644	8.736	9.644	8.736

# Zahlungen des Landes an den kommunalen Bereich für 2005

Als Zahlungen im Sinne dieser Aufstellung sind anzusehen: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke und sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen. Der kommunale Bereich umfasst Gemeinden, Gemeindeverbände, Zweckverbände und kommunale Sondervermögen.

## 1. Zuweisungen innerhalb des Steuerverbundes

	Ansatz 2005 EUR
1.1 Allgemeine Schlüsselzuweisungen	1.618.549.000
1.2 Zuweisungen für Aufgaben des Übertragenen Wirkungskreises	389.981.000
1.3 Bedarfzuweisungen	36.350.000
1.4 Finanzhilfen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	227.003.000

Zuweisungsmasse	2.271.883.000
1.5 Finanzausgleichsumlage	25.000.000

Kapitel 13 12 Titelgruppe 81 bis 84	2.296.883.000
-------------------------------------	---------------

2. Finanzausgleichsumlage	-25.000.000
---------------------------	-------------

## 3. Zahlungen außerhalb des Steuerverbundes

1	2	Ansatz für 2005 EUR	darin enthaltene Mittel Dritter EUR	Ansatz für 2004 EUR	darin enthaltene Mittel Dritter EUR	Ist für 2003 EUR
1	2	3	4	5	6	7
<b>Zusammenstellung</b>						
	Einzelplan 03	181.465.000	2.054.000	197.504.000	7.711.000	632.853.580
	04	—	—	105.000	—	92.683
	05	1.760.330.000	67.930.000	1.763.352.000	180.737.000	1.719.369.509
	06	31.432.000	—	31.770.000	—	30.883.009
	07	155.392.000	89.700.000	175.309.000	98.700.000	20.626.198
	08	416.442.000	404.482.000	393.079.000	375.958.000	319.673.294
	09	2.600.000	716.000	13.723.000	4.916.000	87.802.966
	13	-791.000	—	-120.455.000	—	16.739.530
	15	13.401.000	259.000	13.976.000	232.000	19.674.596
	Summe für weggef. Einzelpläne zusammen	2.560.271.000	565.141.000	2.468.363.000	668.254.000	2.849.674.117
	<b>Bindung durch Bundesgesetze</b>					
	Gemeinschaftsaufgaben	28.126.000	14.106.000	38.831.000	18.279.000	54.063.865
	Sozialleistungen	1.689.636.000	69.984.000	1.543.876.000	182.823.000	1.894.551.004
	Auftragsverwaltung	—	—	5.730.000	5.625.000	3.304.332
	Verwaltungsvereinbarungen	134.636.000	89.700.000	249.825.000	98.700.000	403.735
	Sonstige	73.893.000	66.231.000	73.321.000	66.813.000	176.131.414
	Summe Bundesgesetze	1.926.291.000	240.021.000	1.911.583.000	372.240.000	2.128.454.349
	<b>Landesgesetze</b>	436.178.000	166.041.000	354.372.000	138.315.000	244.729.343
	<b>Verträge u. ä.</b>	182.008.000	158.479.000	185.805.000	157.699.000	127.973.526
	zusammen	2.544.477.000	564.541.000	2.451.760.000	668.254.000	2.501.157.218
	weitere Zahlungen	15.794.000	600.000	16.603.000	—	348.516.899
	insgesamt	2.560.271.000	565.141.000	2.468.363.000	668.254.000	2.849.674.117

Anmerkungen:  
Mittel Dritter: Beträge sind teilweise geschätzt

**4. Zusammenstellung nach Gruppierungen**

Grupp. Nr.	Ausgaben	Ansatz für 2005 EUR	darin enthaltene Mittel Dritter EUR	Ansatz für 2004 EUR	darin enthaltene Mittel Dritter EUR	Ist für 2003 EUR
1	2	3	4	5	6	7
6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen					
61	Allgemeine (nicht zweckgebundene) Zuweisungen an öffentlichen Bereich					
613	Allgemeine Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	2.186.437.000	—	2.290.369.000	—	2.074.168.999
63	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen an öffentlichen Bereich					
633	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	1.990.630.000	176.051.000	1.951.042.000	270.100.000	2.253.301.537
637	Sonstige Zuweisungen an Zweckverbände	163.283.000	154.968.000	137.101.000	128.850.000	123.293.200
68	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Bereiche					
682	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	1.400.000	—	1.504.000	—	1.448.716
8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen					
85	Darlehen an öffentlichen Bereich					
853	Darlehen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
88	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich					
883	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	514.404.000	234.122.000	575.700.000	263.004.000	522.035.399
887	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	1.000.000	—	8.005.000	6.300.000	42.547.881
89	Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche					
891	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	83.444.650
	Summe insgesamt	4.857.154.000	565.141.000	4.963.721.000	668.254.000	5.100.240.381

Anmerkungen:

Mittel Dritter: Beträge sind teilweise geschätzt;

Gruppen 682 und 891: Hier nur Zahlungen an kommunale Unternehmen



**2.) Übersicht über die Planstellen  
der Beamten/-innen und die anderen Stellen (ohne Titelgruppen)**

**Zergliederung**  
der  
**Stellenpläne usw.**  
nach Besoldungs-, Vergütungs- und Lohngruppen  
für das Haushaltsjahr 2005

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2005)

Einzelplan	Bezeichnung	PLANMÄSSIGE BEAMTE/- INNEN					
		Außerhalb der Besoldungsordnung		Besoldungsgruppe:			
		Ministerpräsident	Minister/-in	10	9	8	7
1	2	3	4	5	6	7	8
01	Landtag	0	0	0	1	0	0
02	Staatskanzlei	1	0	0	2	0	0
03	Ministerium für Inneres und Sport	0	1	1	1	0	0
04	Finanzministerium	0	1	0	1	0	1
05	Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit	0	1	0	1	0	0
06	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	0	1	0	1	0	0
07	Kultusministerium	0	1	0	1	0	0
08	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	0	1	0	1	0	0
09	Min. f. d. ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	0	1	0	1	0	1
10	desgl. - Landesforstverwaltung -	0	0	0	0	0	0
11	Justizministerium	0	1	0	1	0	0
12	Staatsgerichtshof	0	0	0	0	0	0
13	Allgemeine Finanzverwaltung	0	0	0	0	0	0
14	Landesrechnungshof	0	0	0	1	0	1
15	Umweltministerium	0	1	0	1	0	0
<b>Stellen insgesamt</b>		1	9	1	13	0	3

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2005)

UND RICHTER/-INNEN

ordnung B					Besoldungsordnung A						
6	5	4	3	2	Besoldungsgruppe:						
					16	15	14	13 höherer Dienst	13 gehob. Dienst	12	
9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	
0	4	0	3	3	5	9	5	0	14	6	
4	0	0	3	14	20	18	18	5	39	19	
6	1	4	19	28	85	179	253	106	531	1.095	
4	0	0	9	22	69	154	174	61	538	972	
6	0	1	8	19	48	135	218	211	82	102	
3	2	1	4	14	36	174	351	234	65	102	
4	0	0	5	22	515	3.332	8.586	11.810	15.525	23.316	
5	0	1	7	21	44	98	103	47	111	182	
3	0	1	5	14	44	68	118	168	54	102	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
3	0	0	4	11	24	48	81	49	207	396	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
5	0	0	0	5	8	13	11	3	48	55	
4	0	2	5	18	43	105	129	85	80	162	
47	7	10	72	191	941	4.333	10.047	12.779	17.294	26.509	

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2005)

Einzelplan	Bezeichnung	PLANMÄSSIGE BEAMTE/-INNEN						
		Besoldungsordnung A						
		Besoldungsgruppe:						
		11	10	9 gehob. Dienst	9 mittl. Dienst	8	7	6 mittl. Dienst
1	2	20	21	22	23	24	25	26
01	Landtag	4	2	0	1	0	0	0
02	Staatskanzlei	11	8	9	8	0	3	2
03	Innenministerium	2.381	4.992	8.665	390	439	173	21
04	Finanzministerium	1.696	1.084	896	1.743	1.320	688	399
05	Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit	162	133	54	311	233	153	7
06	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	104	155	79	9	23	31	33
07	Kultusministerium	195	1.511	1.060	80	19	31	11
08	Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	216	96	27	18	31	18	1
09	Min. für Ernährg., Landwirtsch. und Forsten - Ernährung und Landwirtschaft -	133	98	519	26	37	32	10
10	desgl. - Landesforstverwaltung -	0	0	0	0	0	0	0
11	Justizministerium	655	698	274	1.391	1.629	1.903	320
12	Staatsgerichtshof	0	0	0	0	0	0	0
13	Allgemeine Finanzverwaltung	0	0	0	0	0	0	0
14	Landesrechnungshof	44	0	0	0	0	0	0
15	Umweltministerium	192	81	6	54	52	24	0
	<b>Stellen insgesamt</b>	5.793	8.858	11.589	4.031	3.783	3.056	804

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2005)

UND RICHTER/-INNEN				Besoldungsordnung W			Besoldungsordnung C			
6 einf. Dienst	5 einf. Dienst	4	3	Besoldungsgruppe:			Besoldungsgruppe:			
				W 3	W 2	W 1	C4	C3	C2	C1
27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37
4	12	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3	11	1	0	0	0	0	0	0	0	0
2	4	0	0	0	0	0	0	36	22	0
14	11	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0
2	0	0	0	758	1.765	80	0	0	133	374
0	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0
12	42	6	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
143	432	67	27	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
181	517	76	27	758	1.765	80	0	36	155	374

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2005)

Einzelplan	Bezeichnung	PLANMÄSSIGE BEAMTE/- INNEN					
		Besoldungsordnung R für Richter/-innen und Staatsanwälte/-innen					
		Besoldungsgruppe:					
		8	7	6	5	4	3
1	2	38	39	40	41	42	43
01	Landtag	0	0	0	0	0	0
02	Staatskanzlei	0	0	0	0	0	0
03	Innenministerium	0	0	0	0	0	0
04	Finanzministerium	0	0	0	0	0	0
05	Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit	0	0	0	0	0	0
06	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	0	0	0	0	0	0
07	Kultusministerium	0	0	0	0	0	0
08	Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	0	0	0	0	0	0
09	Min. für Ernährg., Landwirtsch. und Forsten - Ernährung und Landwirtschaft -	0	0	0	0	0	0
10	desgl. - Landesforstverwaltung -	0	0	0	0	0	0
11	Justizministerium	5	0	4	9	13	113
12	Staatsgerichtshof	0	0	0	0	0	0
13	Allgemeine Finanzverwaltung	0	0	0	0	0	0
14	Landesrechnungshof	0	0	0	0	0	0
15	Umweltministerium	0	0	0	0	0	0
	<b>Stellen insgesamt</b>	5	0	4	9	13	113

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2005)

UND RICHTER/-INNEN					BEAMTETE UND RICHTERLICHE HILFSKRÄFTE				
Besoldungsgruppe:		Planmäßige Beamte/-innen und Richter/-innen			Besoldungsgruppe:				
2	1	insgesamt (Spalte 5 bis 45)			14	13 höherer Dienst	13 gehob. Dienst	12	11
44	45	2005	2004	2003	49	50	51	52	53
0	0	73	73	73	0	0	0	0	0
0	0	198	186	200	0	0	0	0	0
0	2	19.436	20.278	20.255	0	36	0	0	0
0	0	9.856	9.791	9.945	0	0	0	0	0
0	0	1.887	1.810	1.920	0	0	0	2	0
0	0	4.533	4.611	6.774	0	0	0	0	0
0	0	66.026	65.793	65.809	0	0	1	0	0
0	0	1.029	874	870	0	1	0	0	0
0	0	1.494	847	816	2	0	0	0	0
0	0	0	735	766	0	0	0	0	0
675	1.405	10.587	10.554	10.524	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	37	8	0	0	0	0	0
0	0	194	195	200	0	0	0	0	0
0	0	1.043	944	956	0	0	0	0	0
675	1.407	116.356	116.728	119.116	2	37	1	2	0

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2005)

Einzelplan	Bezeichnung	BEAMTETE UND RICHTERLICHE HILFSKRÄFTE					
		Besoldungsordnung A					
		Besoldungsgruppe:					
		10	9 gehob. Dienst	9 mittl. Dienst	8	7	6
1	2	54	55	56	57	58	59
01	Landtag	0	0	0	0	0	0
02	Staatskanzlei	0	1	0	0	0	0
03	Innenministerium	0	345	0	0	0	0
04	Finanzministerium	0	39	0	0	0	278
05	Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit	0	11	0	0	0	0
06	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	0	0	0	0	0	0
07	Kultusministerium	0	7	0	0	0	0
08	Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	0	4	0	0	0	0
09	Min. für Ernährg., Landwirtsch. und Forsten - Ernährung und Landwirtschaft -	5	1	5	0	0	5
10	desgl. - Landesforstverwaltung -	0	0	0	0	0	0
11	Justizministerium	0	53	0	0	0	38
12	Staatsgerichtshof	0	0	0	0	0	0
13	Allgemeine Finanzverwaltung	0	0	0	0	0	0
14	Landesrechnungshof	0	0	0	0	0	0
15	Umweltministerium	6	5	0	0	0	1
	<b>Stellen insgesamt</b>	11	466	5	0	0	322

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2005)

5 einf. Dienst	4	3	2	Beamtete wissen- schaftl. Hilfskräfte H 2 A 14 A 13	Besoldungsordnung R Richter/-innen und Staatsanwälte/-innen		Beamtete, richterliche und wissenschaftliche Hilfskräfte insgesamt (Spalte 49 bis 66)			
					2	1	2005	2004	2003	
60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	381	427	427
0	0	0	0	17	0	0	0	334	334	334
0	0	0	0	0	0	0	0	13	2	2
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	8	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	5	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	18	15	15
0	0	0	0	0	0	0	0	0	8	8
0	0	0	0	0	0	0	116	207	187	182
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	12	7	8
0	0	0	0	17	0	116	979	980	976	

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2005)

Einzelplan	Bezeichnung	BEAMTE/-INNEN IM VORBEREITUNGSDIENST					Praktikanten/-innen und Dienst-anfänger/-innen in einem ö.-r. Ausbildungs-verhältnis
		Vorbereitungsdienst					
		für Eingangs-Bes.-Gr. A:					
		13	12	9 - 11	6 - 8	1 - 4	
1	2	70	71	72	73	74	75
01	Landtag	0	0	0	0	0	0
02	Staatskanzlei	2	0	3	0	0	0
03	Innenministerium	6	0	2.395	42	0	0
04	Finanzministerium	22	0	673	177	0	0
05	Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit	10	0	25	8	0	0
06	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	15	0	3	0	0	0
07	Kultusministerium	2.505	1.735	0	0	0	0
08	Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	33	0	34	3	0	0
09	Min. für Ernährg., Landwirtsch. und Forsten - Ernährung und Landwirtschaft -	22	0	16	0	0	0
10	desgl. - Landesforstverwaltung -	0	0	0	0	0	0
11	Justizministerium	1.425	0	215	445	11	0
12	Staatsgerichtshof	0	0	0	0	0	0
13	Allgemeine Finanzverwaltung	0	0	0	0	0	0
14	Landesrechnungshof	0	0	0	0	0	0
15	Umweltministerium	0	0	5	5	0	0
	<b>Stellen insgesamt</b>	4.040	1.735	3.369	680	11	0

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2005)

			NICHTBEAMTETE KRÄFTE												
i n s g e s a m t (Spalte 70 bis 75)			A n g e s t e l l t e												
			Vergütungsgruppe BAT:												
2005	2004	2003	außer- tarifver- traglich	Son- der- tarife	I	Ia	Ib	IIa	IIb	III	IVa	IVb	Va	Vb	Vc
76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91
0	0	0	0	0	0	2	0	3	0	4	9	0	0	7	25
5	6	5	7	0	7	3	0	0	0	2	3	8	0	22	36
2.443	2.743	2.506	1	0	2	3	1	29	0	96	276	249	6	111	1.183
872	922	972	2	0	1	4	9	110	0	331	470	160	2	187	1.517
43	43	32	1	5	5	1	4	25	0	43	74	33	0	186	361
18	34	58	4	0	5	4	19	105	0	17	29	26	0	84	54
4.240	4.420	4.581	1	0	0	1	4	396	66	416	240	517	0	835	1.460
70	70	70	5	0	5	13	44	114	0	178	153	54	0	226	234
38	58	52	0	0	2	5	10	23	0	22	131	85	0	93	477
0	85	85	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2.096	2.135	2.148	0	0	0	0	6	2	0	0	18	61	0	25	389
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	3	0	14	2	0	0	2	0
10	39	39	1	0	3	8	9	31	0	25	41	23	0	23	38
9.835	10.555	10.548	22	5	30	44	106	841	66	1.148	1.446	1.216	8	1.801	5.774

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2005)

Einzelplan	Bezeichnung	NICHTBEAMTETE KRÄFTE								
		noch: Angestellte								
		Vergütungsgruppe BAT:								
		Vla	VIb	VII	VIII	IXb	IX a	IXb-VII	VIII/VII Fallgr. 4	X
1	2	92	93	94	95	96	97	98	99	100
01	Landtag	0	8	3	5	0	0	9	0	0
02	Staatskanzlei	0	28	27	29	0	0	15	0	0
03	Innenministerium	0	430	1.550	266	26	0	468	0	7
04	Finanzministerium	0	581	524	59	67	3	203	0	88
05	Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit	0	110	213	33	11	0	72	0	0
06	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	0	55	56	44	3	0	48	0	0
07	Kultusministerium	0	1.157	319	16	1	0	93	0	1
08	Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	0	179	50	19	1	0	110	0	0
09	Min. für Ernährg., Landwirtsch. und Forsten - Ernährung und Landwirtschaft -	0	160	106	36	0	0	34	28	0
10	desgl. - Landesforstverwaltung -	0	0	0	0	0	0	0	0	0
11	Justizministerium	0	1.935	527	35	4	0	282	0	0
12	Staatsgerichtshof	0	0	1	0	0	0	0	0	0
13	Allgemeine Finanzverwaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
14	Landesrechnungshof	0	7	6	0	0	0	3	0	0
15	Umweltministerium	0	39	37	13	0	0	72	0	0
	<b>Stellen insgesamt</b>	0	4.689	3.419	555	113	3	1.409	28	96

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2005)

NICHTBEAMTETE KRÄFTE

noch: Angestellte  
Krankenpflegepersonal

Vergütungsgruppe Kr.:

außer- tarifver- traglich	XIII	XII	XI	X	IX	VIII	VII	VI	Va	V	IV	III	II	I
101	102	103	104	105	106	107	108	109	110	111	112	113	112	115
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	1	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	3	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	5	0	0	1	0

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2005)

Einzelplan	Bezeichnung	NICHTBEAMTETE KRÄFTE							
		Angestellte insgesamt (Spalte 79 bis 115)			Arbeiter/-innen Vollbeschäftigte				
		2005	2004	2003	Lohngruppe: Gesamt- pauschal- lohn (Krafft.)	9	8/8a	7/7a	6/6a
1	2	116	117	118	119	120	121	122	123
01	Landtag	75	75	76	5	0	0	0	0
02	Staatskanzlei	187	174	167	0	0	0	0	1
03	Innenministerium	4.707	5.430	5.581	0	4	145	21	73
04	Finanzministerium	4.318	4.573	3.891	20	0	12	0	2
05	Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit	1.180	1.124	1.354	9	0	0	0	2
06	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	553	542	665	8	0	1	0	3
07	Kultusministerium	5.523	5.216	5.219	0	0	1	0	0
08	Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	1.385	1.345	986	49	0	883	0	0
09	Min. für Ernährg., Landwirtsch. und Forsten - Ernährung und Landwirtschaft -	1.212	1.073	1.032	30	0	6	0	3
10	desgl. - Landesforstverwaltung -	0	268	278	0	0	0	0	0
11	Justizministerium	3.286	3.331	3.250	30	0	0	0	5
12	Staatsgerichtshof	1	1	1	0	0	0	0	0
13	Allgemeine Finanzverwaltung	0	8	0	0	0	0	0	0
14	Landesrechnungshof	37	40	45	0	0	0	0	0
15	Umweltministerium	363	679	715	5	0	0	1	1
	<b>Stellen insgesamt</b>	<b>22.827</b>	<b>23.879</b>	<b>23.260</b>	<b>156</b>	<b>4</b>	<b>1.048</b>	<b>22</b>	<b>90</b>

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2005)

noch: Arbeiter/-innen Vollbeschäftigte						Arbeiter/-innen insgesamt (Spalte 119 bis 129)			L a n d e s b e d i e n s t e t e insgesamt (Spalte 45/47, 67/70,76/78,116/118,130/132)		
5/5a	4/4a	3/3a	2/2a	1/1a	MTW	2005	2004	2003	2005	2004	2003
124	125	126	127	128	129	130	131	132	133	134	135
4	4	0	0	0	0	13	14	15	161	162	164
0	10	5	19	1	0	36	36	38	427	402	410
191	515	110	306	94	0	1.459	1.589	1.674	28.426	30.467	30.443
14	71	54	94	2	0	269	282	285	15.649	15.902	15.427
9	48	20	89	16	0	193	160	181	3.316	3.139	3.489
18	18	32	32	19	0	131	130	138	5.235	5.317	7.635
5	22	5	12	8	0	53	31	32	75.850	75.460	75.641
0	5	8	0	0	0	945	945	105	3.434	3.234	2.031
924	27	14	43	1	9	1.057	133	134	3.819	2.126	2.049
0	0	0	0	0	0	0	909	954	0	2.005	2.091
20	14	100	9	13	0	191	195	195	16.367	16.402	16.299
0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	1
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	45	8
0	2	0	0	0	0	2	2	2	233	237	247
2	7	6	1	1	0	24	31	36	1.452	1.700	1.754
1.187	743	354	605	155	9	4.373	4.457	3.789	154.370	156.599	157.689

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Leerstellen – Haushaltsjahr 2005)

Einzelplan	Bezeichnung	PLANMÄSSIGE BEAMTE/- INNEN UND RICHTER/-INNEN			Beamtete, richterliche und wissenschaftliche Hilfskräfte		
		2005	2004	2003	2005	2004	2003
1	2	3	4	5	6	7	8
01	Landtag	1	2	2	0	0	0
02	Staatskanzlei	9	9	11	0	0	0
03	Ministerium für Inneres und Sport	221	338	350	1	3	4
04	Finanzministerium	550	586	635	27	27	27
05	Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit	72	48	49	0	0	0
06	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	83	81	96	0	0	0
07	Kultusministerium	3.239	3.214	3.066	0	0	0
08	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	27	15	15	0	0	0
09	Min. f. d. ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	25	23	24	0	0	0
10	desgl. - Landesforstverwaltung -	0	5	5	0	0	0
11	Justizministerium	450	451	469	55	37	30
12	Staatsgerichtshof	0	0	0	0	0	0
13	Allgemeine Finanzverwaltung	0	0	0	0	0	0
14	Landesrechnungshof	0	1	2	0	0	0
15	Umweltministerium	26	23	36	0	0	0
<b>Leerstellen insgesamt</b>		<b>4.703</b>	<b>4.796</b>	<b>4.760</b>	<b>83</b>	<b>67</b>	<b>61</b>

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Leerstellen – Haushaltsjahr 2005)

Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst			Angestellte			Arbeiter / -innen insgesamt			Landesbedienstete insgesamt		
2005	2004	2003	2005	2004	2003	2005	2004	2003	2005	2004	2003
9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
0	0	0	1	1	2	0	0	0	2	3	4
0	0	0	8	8	14	0	0	0	17	17	25
0	0	0	220	289	306	7	10	9	449	640	669
40	40	40	183	202	230	0	1	1	800	856	933
0	0	0	68	79	37	0	0	0	140	127	86
0	0	0	22	17	18	1	1	1	106	99	115
160	160	160	105	81	81	0	0	0	3.504	3.455	3.307
0	0	0	17	11	11	0	0	0	44	26	26
0	0	0	65	64	66	0	0	0	90	87	90
0	0	0	0	6	8	0	0	0	0	11	13
0	0	0	397	398	470	2	2	4	904	888	973
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	2
0	0	0	15	28	41	0	0	0	41	51	77
200	200	200	1.101	1.184	1.284	10	14	15	6.097	6.261	6.320

Zergliederung der Stellenpläne usw. (zu den Titeln 422 31, 425 31 und 426 31 – Haushaltsjahr 2005)

Einzelplan	Bezeichnung	Planmäßige Beamte/-innen und Richter/-innen		
		2005	2004	2003
1	2	3	4	5
01	Landtag	0	0	0
02	Staatskanzlei	0	0	2
03	Ministerium für Inneres und Sport	0	53	59
04	Finanzministerium	0	19	32
05	Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit	0	16	22
06	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	1	12	31
07	Kultusministerium	0	23	50
08	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	0	16	25
09	Min. f. d. ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	0	9	15
10	desgl. - Landesforstverwaltung -	0	9	18
11	Justizministerium	0	4	10
12	Staatsgerichtshof	0	0	0
13	Allgemeine Finanzverwaltung	0	0	0
14	Landesrechnungshof	0	4	8
15	Umweltministerium	0	11	26
<b>Stellen insgesamt</b>		<b>1</b>	<b>176</b>	<b>298</b>

### Sonderabgaben des Landes

Bezeichnung der Sonderabgabe	Rechtsgrundlagen	Abgabevolumen in Mio. EUR			Abgabezweck	Verpflichtete	Begünstigte
		2003 Ist	2004 Soll	2005 Soll			
<b>Epl. 09</b> Umlage nach § 22 Milch- und Fettgesetz	Milch- und Fettgesetz i. d. F. v. 10. 12. 1952 (BGBl. I S. 811), zuletzt geändert durch Art. 156 d. VO vom 25. 1. 2003 (BGBl. I S. 2304, 2322) i. V. m. der VO über die Erhebung einer Umlage auf dem Gebiet der Milchwirtschaft vom 22. 5. 1973 (Nds. GVBl. S. 179), zuletzt geändert durch Art. 4 der VO v. 31. 10. 2001 (Nds. GVBl. S. 697)	3,20	3,00	3,00	Förderung der Milchwirtschaft veranschlagt im Kapitel 09 03 TGr. 81.	Molkereien und Milchsammelstellen.	Landesvereinigung der Milchwirtschaft Niedersachsen e.V. sowie Dritte, die Aufgaben gem. § 22 Abs. 2 Milch- und Fettgesetz wahrnehmen.
Jagdabgabe	Niedersächsisches Jagdgesetz v. 16. 03. 2001 § 22 (2)	1,30	1,74	1,74	Förderung jagdlicher Zwecke. Veranschlagt im Kapitel 09 03 – 099 91 bzw. TGr. 91.	Personen, die einen Jagdschein lösen.	Jagdwesen in Niedersachsen.
	Summe Epl. 09	4,50	4,74	4,74			
<b>Epl. 15</b> Abwasserabgabe	Abwasserabgabengesetz (Bundesgesetz)	34,44	26,00	26,00	Abgabe für das Einleiten von Abwässer in ein Gewässer.	Einleiter und Körperschaften des öffentl. Rechts.	Verschiedene Empfänger, die im Sinne des Verwendungszwecks Maßnahmen zur Reinhaltung der Gewässer realisieren.
Wasserentnahmegebühr	Nieders. Wassergesetz	58,88	56,90	56,90	Abgabe für das Entnehmen und das Ableiten von Wasser aus/in Gewässer(n) oder aus dem/in das Grundwasser.	Jeder Benutzer des Gewässers.	Verschiedene Empfänger, die im Sinne des Verwendungszwecks nach § 47 h NWG Maßnahmen realisieren bzw. einen Anspruch auf Ausgleichsleistung haben.
	Summe Epl. 15	93,32	82,90	82,90			

## Übersicht über die Erfolgs- und Finanzpläne der Landesbetriebe 2005

Kapitel	Landesbetrieb	Erfolgspläne					Finanzpläne		Zuführungen aus dem Landeshaushalt gesamt (Sp.7 + Sp.9)	Summe Erfolgsplan und Investitionen (Sp.3 + Sp.8)
		Summe Erfolgsplan	Aufwendungen			Erträge	Ausgaben für Investitionen	In den Deckungsmitteln enthaltene Zuführungen aus dem Landeshaushalt		
			In den Aufwendungen sind enthalten			In den Erträgen enthaltene Zuführungen aus dem Landeshaushalt				
			Personal-aufwand	Sachaufwand	Ablieferungen an den Landeshaushalt					
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
03 16	Informatikzentrum Niedersachsen (IZN)	81.304	22.167	56.369	2.768	—	12.046	—	—	93.350
03 17	Landesvermessung und Geobasisinformation Niedersachsen (LGN)	25.332	16.240	7.867	1.039	19.651	505	319	19.970	25.837
03 21	Logistik Zentrum Niedersachsen (LZN)	10.350	1.211	8.974	—	—	129	—	—	10.479
05 21	Landeskrankenhaus Brauel	9.305	7.268	2.037	—	—	163	—	—	9.468
05 21	Landeskrankenhaus Göttingen	35.169	27.573	7.596	—	1.943	650	606	2.549	35.819
05 21	Landeskrankenhaus Hildesheim	40.625	32.952	7.673	—	1.476	820	686	2.162	41.445
05 21	Landeskrankenhaus Königslutter	47.837	36.392	11.445	—	1.785	1.429	902	2.687	49.266
05 21	Landeskrankenhaus Lüneburg	48.512	36.573	11.939	—	3.114	782	705	3.819	49.294
05 21	Landeskrankenhaus Moringen	29.008	22.623	6.385	—	847	653	0	847	29.661
05 21	Landeskrankenhaus Osnabrück	37.122	28.766	8.356	—	2.094	850	680	2.774	37.972
05 21	Landeskrankenhaus Tiefenbrunn	11.946	9.871	2.075	—	604	290	296	900	12.236
05 21	Landeskrankenhaus Wehnen	39.290	29.919	9.371	—	1.626	1.043	753	2.379	40.333
05 21	Landeskrankenhaus Wunstorf	48.774	38.537	10.237	—	2.859	900	741	3.600	49.674
06 06	Verbundzentrale des Gemeinsamen Bibliotheksverbundes (GBV)	6.016	3.278	2.738	—	1.785	1.451	217	2.002	7.467
06 13	Universität Oldenburg	106.023	82.412	23.611	—	88.720	2.607	653	89.373	108.630
06 14	Universität Osnabrück	93.006	69.396	23.610	1.823	81.383	1.674	1.124	82.507	94.680
06 15	Technische Universität Braunschweig	191.108	138.625	52.483	—	154.273	2.951	1.110	155.383	194.059
06 16	Technische Universität Clausthal	74.475	53.518	20.957	—	56.604	5.332	231	56.835	79.807
06 17	Universität Hannover	299.684	209.259	90.425	—	209.301	9.657	2.437	211.738	309.341
06 18	Hochschule Vechta	16.565	12.863	3.702	390	15.469	197	197	15.666	16.762
06 19	Medizinische Hochschule Hannover	441.963	270.811	170.415	537	146.960	15.613	11.445	158.405	457.576
06 22	Hochschule für Bildende Künste Braunschweig	13.567	10.074	3.493	—	12.941	264	74	13.015	13.831

### Übersicht über die Erfolgs- und Finanzpläne der Landesbetriebe 2005

Kapitel	Landesbetrieb	Erfolgspläne					Finanzpläne		Zuführungen aus dem Landeshaushalt gesamt (Sp.7 + Sp.9)	Summe Erfolgsplan und Investitionen (Sp.3 + Sp.8)
		Summe Erfolgsplan	Aufwendungen			Erträge	Ausgaben für Investitionen	In den Deckungsmitteln enthaltene Zuführungen aus dem Landeshaushalt		
			In den Aufwendungen sind enthalten			In den Erträgen enthaltene Zuführungen aus dem Landeshaushalt				
			Personal- aufwand	Sachaufwand	Ablieferungen an den Landeshaushalt					
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
06 23	Hochschule für Musik und Theater Hannover	17.243	14.291	2.952	—	17.243	209	209	17.452	17.452
06 34	Fachhochschule Hildesheim/Holzminden/Göttingen	34.481	26.396	8.085	—	33.404	319	319	33.723	34.800
06 36	Fachhochschule Nordostniedersachsen	25.634	19.649	5.985	—	21.582	963	123	21.705	26.597
06 37	Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel	37.792	29.583	8.254	—	31.292	312	312	31.604	38.104
06 38	Fachhochschule Hannover	41.560	31.596	9.964	—	38.536	826	326	38.862	42.386
06 39	Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven	58.700	46.823	11.877	—	53.535	1.594	494	54.029	60.294
06 51	Technische Informationsbibliothek	19.588	6.923	12.665	—	15.657	1.204	1.204	16.861	20.792
06 60	Staatstheater Braunschweig	30.427	23.453	6.974	—	25.155	205	205	25.360	30.632
08 11	Mess- und Eichwesen Niedersachsen	9.365	7.161	2.204	—	653	417	413	1.066	9.782
08 13	Materialprüfanstalten	13.457	9.440	4.022	216	484	1.190	439	923	14.647
09 30	Domäne Derneburg	453	105	256	92	—	97	—	—	550
09 30	Domäne Hollanderhof	205	88	117	—	—	70	20	20	275
09 30	Domäne St. Ludgeri	984	241	538	205	—	124	—	—	1.108
09 50	Hengstaufzuchtgestüt Hunnesrück	1.231	300	778	152	—	95	—	—	1.326
09 50	Hengstparade Celle	737	103	420	214	—	—	—	—	737
11 05	Justizvollzugsarbeitsverwaltung des Ld. Nds. (JVAV)	35.295	15.992	10.628	6.700	357	1.974	—	357	37.269
15 55	Nds. Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Natur- und Küstenschutz	-433	71.306	57.500	—	70.791	31.524	25.636	96.427	31.091
	<b>Gesamt</b>	<b>2.033.700</b>	<b>1.463.778</b>	<b>684.977</b>	<b>14.136</b>	<b>1.112.124</b>	<b>101.129</b>	<b>52.876</b>	<b>1.165.000</b>	<b>2.134.829</b>



**Haushaltsplan**  
für das  
**Haushaltsjahr 2005**  
**Einzelplan 01**  
**Landtag**

---



# Vorwort zum Einzelplan 01

Dem am 02. Februar 2003 gewählten Landtag der 15. Wahlperiode gehören 183 Abgeordnete an. Die Fraktion der CDU hat 91, die der SPD 63, die der FDP 15 und die von Bündnis 90/Die Grünen 14 Mitglieder. Die Abgeordneten sind auf fünf Jahre gewählt.

Der Einzelplan 01 enthält die Einnahmen und Ausgaben des Landtages und seiner Verwaltung.

Die Verwaltung des Landtages ist eine oberste Landesbehörde.

**Epl. 01****Übersicht über die Einnahmen, Aus**

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen					Gesamteinnahmen	4 Personalausgaben	5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
0101	Landtag	—	85	—	—	85	33.684	2.898	
	Summe 2005	—	85	—	—	85	33.684	2.898	
	Summe 2004	—	82	—	—	82	34.489	2.962	
	2005 mehr(+)/weniger(-)	—	+3	—	—	+3	-805	-64	

**gaben und Verpflichtungsermächtigungen**

**Epl. 01**

Ausgaben					2005 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 - Sp. 14)	2004 Überschuss Zuschuss (-)	2005 Verbesserung Verschlechterung (-) (Sp. 15 - Sp. 16)	Verpflichtungs- ermächtigungen
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsför- dermaßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben				
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
7.684	—	384	—	44.650	-44.565	-45.716	1.151	—
7.684	—	384	—	44.650	-44.565	-45.716	1.151	—
8.076	—	271	—	45.798				—
-392	—	+113	—	-1.148				—

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-1	011	Vermischte Einnahmen		4	4	—	9
119 02-0	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen <i>*** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen, Gesetzesmaterialien, Drucksachen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt bzw. unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.</i>		8	10	-2	11
119 04-6	011	Einnahmen aus dem Verkauf des Firmentikets von Verkehrsunternehmen an Landesbedienstete <i>Vgl. K-Vermerk zu 546 04.</i>		—	—	—	—
119 10-0	011	Einnahmen aus dem Verkauf von Gegenständen und Veröffentlichungen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit <i>Vgl. K-Vermerk zu 531 10.</i>		—	—	—	0
124 01-5	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung <i>*** Nach § 63 Abs. 5 i. V. m. § 63 Abs. 3 LHO wird zugelassen, daß die Landespressekonferenz unentgeltlich ein Büro und bei Bedarf den Vortragsraum 2 nutzt. Die Reinigung und Heizung der Räume sowie die Lieferung von Strom und Wasser erfolgt ebenfalls unentgeltlich. Außerdem wird zugelassen, dass den öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk- und Fernseh Anbietern der für ihre Berichterstattung aus dem Landtag und für ihre Beteiligung an Veranstaltungen des Landtages erforderliche Strom unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird.</i>		68	68	—	68
132 01-8	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		5	—	+5	—
132 10-7	011	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge <i>Vgl. K-Vermerk zu 811 10.</i>		—	—	—	61
<b>AUSGABEN</b>							
411 10-3	011	Aufwendungen für Abgeordnete <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 411 10, 411 11 und 411 12. *** Der Präsident hat freie Amtswohnung mit Ausstattung. Die Abgeordneten erhalten bei Benutzung von Kraftwagen einschließlich Taxen und Mietwagen zwischen Wohngemeinde und Ort der Veranstaltung eine Entschädigung von 0,30 EUR je km.</i>	—	15.381	15.574	-193	14.925
411 11-1	011	Aufwendungen für frühere Abgeordnete und deren Hinterbliebene <i>Vgl. D-Vermerk zu 411 10.</i>	—	6.811	7.387	-576	8.414
411 12-0	011	Aufwendungen für die Beschäftigung von Schreib- und Bürokräften nach § 7 Abs. 2 NAbgG <i>Vgl. D-Vermerk zu 411 10.</i>	—	3.500	3.600	-100	3.226
412 10-0	011	Entschädigung an Vorsitzende der Einigungsstellen gem. § 71 Abs. 7 Nds. PersVG und § 48 Abs. 3 Nds. Richtergesetz	—	—	—	—	—
422 01-6	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	7.599	7.487	+112	2.869

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 411 10**

	Tsd. EUR
1. Grundentschädigung	10 996
2. Aufwandsentschädigung	
a) gem. § 7 NAbgG	2 245
b) Reisekosten (auch für gewählte Personen in der Zeit bis zum Beginn der Wahlperiode)	1 600
3. Leistungen für Krankheits- und Pflegefälle	500
4. Unterstützungen in Notfällen an Abgeordnete Die Unterstützungen werden nach den Richtlinien des Präsidiums gewährt.	20
5. Ersatz von Schäden	20
Zusammen	15 381

**Noch zu 422 01**

In dem Personalkostenbudget sind enthalten:  
120 800 EUR für 4 ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiterinnen –  
sämtlich im Reinigungsdienst –, deren durchschnittliche Arbeits-  
zeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

**Zu 411 11**

	Tsd. EUR
1. Übergangsgelder, Altersrenten/Altersentschädi- gungen, Witwenrenten/Witwenentschädigungen, Waisenentschädigungen und Sterbegelder	6 451
2. Leistungen für Krankheits- und Pflegefälle	250
3. Versorgungsabfindungen	90
4. Unterstützungen an frühere Abgeordnete und Hinterbliebene, wenn ein besonderer Notfall vorliegt oder wenn ein angemessenes Einkommen fehlt. Die Unterstützungen werden nach den Richtlinien des Präsidiums gewährt.	20
Zusammen	6 811

**Zu 411 12**

Als Aufwandsentschädigungen gem. § 7 NAbgG:  
Vergütungen der Schreib- und Bürokräfte der Abgeordneten.

**Zu 412 10**

Die/der Vorsitzende einer Einigungsstelle – § 71 Abs. 7 Nieder-  
sächsisches Personalvertretungsgesetz – erhält für jeden bearbei-  
teten Einzelfall eine Vergütung von 200 EUR, in jedem Jahr der  
Wahlperiode der Personalräte jedoch nicht mehr als 1 000 EUR.

**Zu 422 01**

Das Beschäftigungsvolumen in Vollzeitinheiten (VZE):

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
161,71	162,54	164,71

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
7 599	7 487	6 681

**Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen**

<b>Zugänge:</b>	
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	–
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	–
– Sonstige Veränderungen	–
Summe Zugänge	–
<b>Abgänge:</b>	
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	0,83
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	0,17
– Sonstige Veränderungen	–
Summe Abgänge	1
Bleibt Abgang	1

**Einzelplan 01 Landtag**  
**Kapitel 0101 Landtag**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
			2005				
			2004				
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
422 04-0	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—	—	1	-1	—
422 06-7	011	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	1	-1	—
422 09-1	011	Leistungsprämien	—	—	—	—	—
422 19-9	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	17
425 01-5	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	3.171
425 04-0	011	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	15	13	+2	12
425 06-6	011	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	1	-1	0
426 01-1	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	624
426 06-2	011	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	2	-2	0
427 01-8	011	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	200	214	-14	144
441 01-0	940	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	—	171	200	-29	163
441 02-9	940	Beihilfen für Angestellte	—	1	1	—	0
441 03-7	940	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1	1	—	0
441 10-0	227	Pflegebeihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	—	—	1	-1	2
443 01-3	940	Fürsorgeleistungen	—	1	2	-1	0
443 02-1	940	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	—	—	—	—
453 01-9	011	Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	4	4	—	6
511 01-9	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 511 01, 514 01, 517 01, 518 01, 518 02, 519 01, 519 10, 523 10, 525 01, 526 01, 526 02, 527 01, 527 02, 541 10, 541 11, 546 01, 546 02, 547 10 und 547 11.</i>	—	375	400	-25	370
514 01-8	011	Haltung von Dienstfahrzeugen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	43	36	+7	36
517 01-7	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	1.070	840	+230	793
518 01-3	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	52	52	—	8
518 02-1	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	147	147	—	107
519 01-0	011	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	111	88	+23	95
519 10-9	011	Unterhaltung des Denkmals auf dem Platz der Göttinger Sieben <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	2	2	—	—
523 10-6	011	Bibliotheken, Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	110	110	—	103

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 422 06**

Insbesondere für Beamte des einfachen Dienstes im Sitzungsdienst.

**Zu 426 06**

Überstundenlöhne insbesondere für Hausmeister und Heizer.

**Zu 427 01**

		Tsd. EUR
Für Hilfs- und Aushilfskräfte		
1.	Stenographen	100
2.	Plenar-/Besucherdienst	88
3.	Sonstige	12
Zusammen		200

**Zu 511 01**

		Tsd. EUR
1.	Geschäftsbedarf	160
2.	Bücher und Zeitschriften	38
3.	Post-/Fernmeldegebühren	105
4.	Unterhaltung der Geräte	25
5.	Ersatz und Ergänzung der Geräte	44
6.	Dienstkleidung	3
Zusammen		375

**Zu 514 01**

**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1.1.2004	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Pkw	6	6	5

**Zu 517 01**

		Tsd. EUR
1.	Unterhaltung der Grundstücke	470
2.	Reinigungskosten	300
3.	Heizung, Strom	300
Zusammen		1 070

**Zu 518 02**

**Belastung (2005)**

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	135	–	–	135
2006	79	–	–	79
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	214	–	–	214

**Zu 519 01**

		Tsd. EUR
1.	Unterhaltungsarbeiten	64
2.	Betriebliche Einbauten	25
3.	Vor-/Ziergärten, Grünanlagen	22
Zusammen		111

**Einzelplan 01 Landtag**  
**Kapitel 0101 Landtag**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
523 11-4	011	Erwerb und Unterhaltung von Kunstwerken für das Landtagsgebäude <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 523 11 und 812 11.</i>	—	3	3	—	1
525 01-0	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	25	47	-22	10
526 01-6	011	Sachverständige <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i> <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die Erläuterungen zu Nr. 3 und 4 verbindlich</i>	—	25	25	—	25
526 02-4	011	Gerichts- und ähnliche Kosten <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	1	1	—	5
527 01-2	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	25	30	-5	10
527 02-0	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenan- gelegenheiten <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	—	—	—	—
529 10-4	011	Verfüungsmittel	—	46	46	—	36
531 10-9	019	Öffentlichkeitsarbeit und Einführung von Gruppen in die Arbeit des Parlaments <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 10.</i> <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 531 10 und 531 11.</i>	—	310	430	-120	363
531 11-7	011	Veranstaltungen des Landtages <i>Vgl. D-Vermerk zu 531 10.</i>	—	106	113	-7	59
541 10-4	011	Ausgaben für die Durchführung von Landtagsausschusssitzungen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	12	12	—	5
541 11-2	011	Nicht aufteilbarer Aufwand im Rahmen des "Hanse Passage-Programms" <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	5	—	+5	—
546 01-7	011	Vermischte Ausgaben <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	—	—	—	0
546 02-5	011	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	1	1	—	3
546 04-1	011	Ausgaben für den Kauf des Firmentickets von Verkehrsunternehmen <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 04.</i>	—	—	—	—	—
547 10-2	011	Dienstleistungen Außenstehender - dpa - <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	87	87	—	78
547 11-0	011	Dienstleistungen Außenstehender <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	28	83	-55	35
632 10-0	011	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder	—	18	18	—	21
681 10-0	011	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	20	—	+20	—
684 10-0	019	Staatliche Mittel für Parteien und Einzelbewerber <i>Übertragbar.</i>	—	2.000	2.250	-250	1.697
684 11-8	011	Zahlungen an die Fraktionen des Landtages <i>*** Die Fraktionen erhalten neben den Zuschüssen zur Deckung ihres allgemeinen Bedarfs in dem bisherigen Rahmen unentgeltlich folgende Sach- und Dienstleistungen:</i> <i>1. Die Bereitstellung und Unterhaltung von</i>	—	5.630	5.800	-170	5.646

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 526 01**

Gemäß Haushaltsvermerk sind die Erläuterungen zu Nr. 3 und 4 verbindlich.

	Tsd. EUR
1. (Amts)ärztliche und Röntgenschirmbilduntersuchungen	2
2. Sachverständigenentschädigungen, Schätzgebühren und Übersetzungskosten für Verwaltungszwecke	1
3. Kontrollkommission nach Art. 10 GG	
a) Aufwandsentschädigungen	14
b) Reisekosten	1
c) Kosten der Geschäftsstelle	1
4. Kosten der Kommission gem. § 25 Abs. 2 NAbgG	1
5. Arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Betreuung	5
Zusammen	25

Zu 3.:

Die Mitglieder der Kommission gemäß § 3 NAufG zu Art. 10 GG und deren Vertreter erhalten für ihre ehrenamtliche Tätigkeit eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 205 EUR monatlich.

Zu 4.:

Mitglieder der Kommission gem. § 25 Abs. 2 NAbgG können zur Abgeltung ihrer Unkosten eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 77 EUR je Sitzung und Reisekosten nach dem Bundesreisekostengesetz mit der Maßgabe erhalten, dass bei Benutzung des eigenen Pkw 0,30 EUR je km erstattet werden.

**Zu 529 10**

Außergewöhnlicher Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen. Es stehen dem Präsidenten 33 500 EUR, jedem der vier Vizepräsidenten 2 700 EUR und der Verwaltung 1 700 EUR zur Verfügung.

**Zu 531 10**

Allgemeine Kosten der Öffentlichkeitsarbeit, u. a. Fahrtkosten für Besuchergruppen, Internetpräsentation, Abgeltung urheberrechtlicher Ansprüche, Veranstaltungen (z. B. zur Landesgeschichte) und Ausstellungen im Landtag sowie Broschüren und Begleitmaterial.

**Zu 531 11**

Der Ansatz schließt die Kosten für Repräsentationsgeschenke, soweit diese nicht aus Tit. 529 10 zu beschaffen sind, und die Kosten der Kontakte zum Kosovo und der Hilfevermittlung ein. Kulturelle Veranstaltungen werden bei 531 10 nachgewiesen. Mitveranschlagt sind Reisekosten für Fachpersonal und Pressevertreter, die das Präsidium auf Reisen begleiten.

**Zu 541 10**

	Tsd. EUR
1. Ausländerkommission	4
2. Anhörungen, Enquete-Kommission	5
3. Parlament. UntersuchungsA	3
Zusammen	12

**Zu 547 11**

U. a. Kosten für Dienstleistungen Dritter im Rahmen des Sitzungsdienstes (insbesondere Garderobendienst und des hannoverschen Bibliotheksverbundes TIB).

**Zu 632 10**

Anteilmäßige Kostenerstattung an die Verwaltung des Landtages Nordrhein-Westfalen, die im Einvernehmen mit den anderen Landtagsverwaltungen die Herausgabe des Parlamentsspiegels bearbeitet.

**Zu 684 10**

Zahlungen aufgrund des Parteiengesetzes und des Niedersächsischen Landeswahlgesetzes.

**Zu 684 11**

Die Berechnung richtet sich nach §§ 30 bis 33 d des Niedersächsischen Abgeordnetengesetzes.

**Einzelplan 01 Landtag**  
**Kapitel 0101 Landtag**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch 684 11-8		<i>Büro- und Sitzungsräumen einschließlich Mikrofonanlagen in den Räumen 117 und 122 sowie einer grundsätzlich einheitlichen Ausstattung an Tischen, Stühlen und Schränken, 2. die Bereitstellung von Projektionsgeräten der Landtagsverwaltung (z.B. Beamer, Tageslichtschreiber und Leinwand), soweit die Geräte im Einzelfall zur Erfüllung der Aufgaben der Landtagsverwaltung nicht benötigt werden, 3. die Reinigung und Heizung der Räume, die Lieferung von Strom und Wasser, 4. die Bereitstellung der Telekommunikationsanlage des Landtages, des EDV-Netzes und eingerichteter zentraler Informations- und Kommunikationseinrichtungen einschließlich der für den jeweiligen Anschluss erforderlichen Kopplungselemente, aber mit Ausnahme der anfallenden Nutzungs- und Übertragungsgebühren, die von den Fraktionen zu tragen sind, 5. die Weiterleitung der Postsendungen und die Durchführung von Umzügen. Über das Nähere entscheidet der Präsident.</i>					
686 10-2	011	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	6	3	+3	3
811 01-2	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	27	—	+27	—
811 10-1	011	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 10.</i>	—	—	—	—	61
812 10-8	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	43	31	+12	196
812 11-6	011	Erwerb von Kunstwerken für das Landtagsgebäude <i>Vgl. D-Vermerk zu 523 11.</i>	—	8	8	—	10
		<b>Titelgruppe(n)</b>					
<b>TGr. 98/99</b>		<b>Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik</b>	(—)	(630)	(646)	(-16)	(652)
511 99-0	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	169	335	-166	181
518 98-6	011	Mieten und Pachten für Software	—	10	10	—	15
518 99-4	011	Mieten und Pachten für Hardware	—	—	—	—	—
525 98-2	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten IZN	—	5	2	+3	1
525 99-0	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	15	18	-3	10
538 98-7	011	Dienstleistungen des IZN	—	1	10	-9	0
538 99-5	011	Dienstleistungen Außenstehender	—	114	34	+80	40
671 99-7	011	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme von Fremddatenbanken	—	10	5	+5	3
812 99-0	011	Erwerb von Geräten und Programmen	—	306	232	+74	401

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 686 10**

Zuschuss zu den Kosten der Geschäftsführung sowie zum Geschäftsbedarf für die Vereinigung aktiver und ehemaliger Mitglieder des Niedersächsischen Landtages e.V. in Höhe von 4 000 EUR. Für weitere Mitgliedschaften bei Vereinigungen u.a., an denen ein dienstliches Interesse besteht, stehen 2 000 EUR zur Verfügung.

**Zu 812 10**

	Tsd. EUR
1. Fernmeldeanlagen	-
2. Geräte u. a.	43
Zusammen	43

**Zu 812 11**

Für die Ausstattung des Landtagsgebäudes.

**Zu 511 99**

	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf	29
2. Bücher und Zeitschriften	1
3. Post-/Fernmeldegebühren	2
4. Unterhaltung der Geräte	137
Zusammen	169

**Zu 671 99**

U. a. Benutzergebühren insbesondere für JURIS.

**Zu 812 99**

Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen von Geräten, Programmen und Ausstattungsgegenständen.

**Einzelplan 01 Landtag**  
**Kapitel 0101 Landtag**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 0101</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		85	82	+3	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		85	82	+3	
		4 Personalausgaben	—	33.684	34.489	-805	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	2.898	2.962	-64	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	7.684	8.076	-392	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	384	271	+113	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	44.650	45.798	-1.148	
		<b>Zuschuss</b>		44.565	45.716	-1.151	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

Einzelplan 01 Landtag

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Gesamtabschluss Einzelplan 01</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		85	82	+3	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		–	–	–	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		85	82	+3	
		4 Personalausgaben	–	33.684	34.489	-805	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	–	2.898	2.962	-64	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	–	7.684	8.076	-392	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	–	384	271	+113	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	–	44.650	45.798	-1.148	
		<b>Zuschuss</b>		44.565	45.716	-1.151	

# **Einzelplan 01**

**Landtag**

---

## **Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise**

**für das**

**Haushaltsjahr 2005**

Einzelplan 01 Niedersächsischer Landtag  
 Kapitel 01 01 Niedersächsischer Landtag

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke	
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2005	2004		
<b>Planmäßige Beamte/-innen</b>			<b>Allgemeiner Haushaltsvermerk für den Epl. 01:</b> Abweichend von § 49 Abs. 3 LHO und Nr. 2 der Allgemeinen Bestimmungen zu den Stellenplänen und Stellenübersichten dürfen Planstellen des höheren und gehobenen Dienstes und vergleichbare Stellen für Angestellte auch mit Angestellten einer vergleichbar niedrigeren Laufbahngruppe besetzt werden, soweit sie sich in einer Ausbildung als Nachwuchsstenograph befinden oder eine für den Erwerb der Befähigung für die Laufbahn des höheren Stenographischen Dienstes in der Landtagsverwaltung erforderliche hauptberufliche Tätigkeit ausüben.  1) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zu Bes.-Gr. B 9 LBesO. 2) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO. 3) 1 Stelle ku nach Bes.-Gr. A 15 mit dem Ausscheiden des Stelleninhabers (Stellen-Nr. 5). 4) 3 Stellen können wahlweise mit Richtern/-innen der Bes.-Gr. R 1 und/oder R 2 besetzt werden. 7) kw. 8) 1 Stelle darf (in Höhe von 50 v.H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden. 10) 1 Planstelle steht ausschließlich zur befristeten Verwendung einer persönlichen Referentin/eines persönlichen Referenten der jeweiligen Landtagspräsidentin/des jeweiligen Landtagspräsidenten zur Verfügung.	
<b>Feste Gehälter:</b>				
B 9 <sup>1)</sup>	1	1		Direktor/-in beim Niedersächsischen Landtag
B 5	2	2		Ministerialdirigent/-in
B 5	2	2		Parlamentsrat/-rätin
B 3	1	1		Leitende(r) Ministerialrat/-rätin
B 3	2	2		Ministerialrat/-rätin
B 2	3	3		Ministerialrat/-rätin
<b>Aufsteigende Gehälter:</b>				
A 16 <sup>3)</sup>	5	5		Ministerialrat/-rätin
A 15	9	9		Direktor/-in
A 14 <sup>4)</sup> 10)	5	5		Oberrat/-rätin
A 13 <sup>8)</sup>	14	14		Oberamtsrat/-rätin
A 12	6	6		Amtsrat/-rätin
A 11	4	4		Amtmann/-männin/-frau
A 10	2	2		Oberinspektor/-in
A 9 <sup>2)</sup>	1	1		Amtsinspektor/-in
A 6	4	4		Oberamtsmeister/-in
A 5	12	12		Oberamtsmeister/-in
	73	73		Zusammen
<b>Leerstellen:</b>				
A 11 <sup>7)</sup>	—	1	Amtmann/-männin/-frau	
A 10 <sup>7)</sup>	1	1	Oberinspektor/-in	
	1	2	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Leerstellen:		
Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 11	1	infolge Vollzugs des kw-Vermerks
Zusammen	1	

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte</b>			
I a	2	2	
II a	3	3	
III	4	4	
IV a <sup>1)</sup>	9	9	
V b <sup>1)</sup>	7	7	
V c <sup>6)</sup>	25	25	
VI b	8	8	
VII	3	3	
VIII	5	5	
IX b-VII <sup>3)</sup>	9	9	
	75	75	Zusammen
			Leerstellen:
IX b-VII <sup>5)</sup>	1	1	
	1	1	Zusammen

**Allgemeiner Haushaltsvermerk für den Epl. 01:**

Abweichend von § 49 Abs. 3 LHO und Nr. 2 der Allgemeinen Bestimmungen zu den Stellenplänen und Stellenübersichten dürfen Planstellen des höheren und gehobenen Dienstes und vergleichbare Stellen für Angestellte auch mit Angestellten einer vergleichbar niedrigeren Laufbahngruppe besetzt werden, soweit sie sich in einer Ausbildung als Nachwuchsstenograph befinden oder eine für den Erwerb der Befähigung für die Laufbahn des höheren Stenographischen Dienstes in der Landtagsverwaltung erforderliche hauptberufliche Tätigkeit ausüben.

<sup>1)</sup> Die erste Sekretärin des/der Landtagspräsidenten/-in ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. IV a BAT eingruppiert.

Die zweite Sekretärin des/der Landtagspräsidenten/-in und die Sekretärin des/der Direktors/-in beim Niedersächsischen Landtag sind für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Vergütungsgruppe Vb BAT eingruppiert.

Die Beschränkung „für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft“ entfällt nach fünfjähriger Bewährung in dieser Tätigkeit.

Die zweite Sekretärin des/der Landtagspräsidenten/-in und die Sekretärin des/der Direktors/-in beim Niedersächsischen Landtag erhalten eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Vergütungen der Verg.-Gr. V b BAT und Verg.-Gr. IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung sind sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt.

Die Sekretärinnen der Vizepräsidenten/-innen sind für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Vergütungsgruppe Vb BAT eingruppiert.

Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

<sup>3)</sup> Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

<sup>5)</sup> kw.

<sup>6)</sup> Eine Stelle im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit ist zu 50 v.H. gesperrt.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Angestellte**

Sonstige Veränderungen:  
 Der Haushaltsvermerk Nr. 5 zu Verg.-Gr. V c (kw) wurde vollzogen.

Einzelplan 01 Niedersächsischer Landtag  
 Kapitel 0101 Niedersächsischer Landtag

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Arbeiter/-innen</b>			
PaLohn 4	5	6	
KF			
5/5 a	4	4	
4/4 a	4	4	
	13	14	Zusammen

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Abgang:	Stellen	
PaLohn 4	1	infolge Vollzugs des kw-Vermerks
Zusammen	1	

Sonstige Veränderungen:  
 Der Haushaltsvermerk Nr. 2 zu PaLohn 4 (1 (-) kw zum 31. 10. 2004)  
 wurde vollzogen.

**Haushaltsplan**

für das

**Haushaltsjahr 2005**

**Einzelplan 02**

**Staatskanzlei**

---



# Vorwort zum Einzelplan 02

## A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Einzelplan 02 enthält die Einnahmen und Ausgaben des Geschäftsbereichs der Staatskanzlei, und zwar

- der Staatskanzlei (Kapitel 0201 einschl. Vertretungen des Landes Niedersachsen beim Bund - TGr. 64/65 - und bei der Europäischen Union - TGr. 70/71 -),
- der Allgemeinen Bewilligungen (Kap. 0202),
- des Landesarchivs - budgetierter Verwaltungsbereich nach § 17a LHO (Kapitel 0206),
- der Fachaufgaben der Regierungsvertretungen (Kapitel 0291).

## B. Wesentliche organisatorische Änderungen

1. Durch Gesetz zur Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung im Geschäftsbereich der Staatskanzlei vom 05.11.2004 (Nds. GVBl. S. 402) werden mit Wirkung vom 01.01.2005 das Hauptstaatsarchiv in Hannover sowie die Staatsarchive in Aurich, Bückeburg, Oldenburg, Osnabrück, Stade und Wolfenbüttel aufgelöst und ein Niedersächsisches Landesarchiv gebildet.
2. Durch Beschluss der Landesregierung vom 07.09.2004 werden mit Wirkung vom 01.01.2005 die derzeit vom MW wahrgenommene Aufgabe „Teledienstegesetz“ sowie die derzeit vom MI wahrgenommene Aufgabe „Vollzug des Mediendienste-Staatsvertrages“ auf die StK verlagert.
3. Durch Beschluss der Landesregierung vom 14.09.2004 wird mit Wirkung vom 01.01.2005 die Aufgabe „Betreuung der zum 31.12.2004 geschlossenen Aktenbestände der Bezirksregierungen (Altregistrator)“ von den Bezirksregierungen auf das zum gleichen Zeitpunkt neu zu errichtende Landesarchiv verlagert, soweit sie nicht von der Landesschulbehörde und der Polizeiverwaltung übernommen wird.
4. Durch Beschluss der Landesregierung vom 30.11.2004 wird mit Wirkung vom 01.01.2005 die Aufgabe „Betrieb des Internetauftritts des Landes“ von der StK zum MI verlagert.
5. Durch Beschluss der Landesregierung vom 07.09.2004 werden mit Wirkung vom 01.01.2005 vier Regierungsvertretungen als Referate des MI eingerichtet, in denen Aufgaben des MI und anderer Ressorts wahrgenommen werden. Für die in den Regierungsvertretungen zu erledigenden Fachaufgaben der StK ist im Einzelplan 02 zu diesem Zweck das Kapitel 0291 eingerichtet worden (s.o.). Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten wird auf das Vorwort zum Einzelplan 03 (MI) verwiesen.

## C. Sonstige Veränderungen

1. Infolge der Änderung gem. Buchst. B Nr. 4 erfolgt die Verlagerung der Mittel für den Betrieb des Internets von Kapitel 0201 TGr. 90/91 (Internetauftritt) in das Kapitel 0302 TGr. 87 (Ressortübergreifende Anwendungen der Informations- und Kommunikationstechnik).
2. Soweit mit den organisatorischen Änderungen (vgl. Buchstabe B) Stellen sowie Personal- und allgemeine Sachmittel verbunden sind, erfolgt die Verlagerung in Abstimmung mit den berührten Ressorts.

## D. Hochbaumaßnahmen

Hochbaumaßnahmen für den Geschäftsbereich der Staatskanzlei sind im Kapitel 2011 des Einzelplans 20 – Hochbauten – ausgewiesen.

- E. Hinsichtlich der persönlichen Verwaltungsausgaben für 2005 wird auf die „Allgemeinen Bemerkungen zur Veranschlagung der Personalausgaben“ im Vorbericht der Begründungen zu den „Allgemeinen Bestimmungen“ verwiesen.

**Epl. 02****Übersicht über die Einnahmen, Aus**

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen					Gesamteinnahmen	4 Personalausgaben	5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	6 Tsd. EUR			
1	2	3 Tsd. EUR	4 Tsd. EUR	5 Tsd. EUR	6 Tsd. EUR	7 Tsd. EUR	8 Tsd. EUR	9 Tsd. EUR	
0201	Staatskanzlei	—	288	76	—	364	13.139	2.393	
0202	Allgemeine Bewilligungen	—	15	48	—	63	3	691	
0206	Landesarchiv	—	364	—	—	364	6.947	1.565	
0291	Fachaufgaben der Regierungsvertretungen	—	—	—	—	—	203	—	
	Summe 2005	—	667	124	—	791	20.292	4.649	
	Summe 2004	—	319	332	—	651	19.538	4.989	
	2005 mehr(+)/weniger(-)	—	+348	-208	—	+140	+754	-340	

**gaben und Verpflichtungsermächtigungen**

**Epl. 02**

Ausgaben					2005 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 - Sp. 14)	2004 Überschuss Zuschuss (-)	2005 Verbesserung Verschlechte- rung (-) (Sp. 15 - Sp. 16)	Verpflichtungs- ermächtigungen
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsför- dermaßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben				
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
30	—	237	1.016	16.815	-16.451	-17.185	734	30
2.484	—	71	—	3.249	-3.186	-4.582	1.396	—
—	—	130	1.793	10.435	-10.071	-9.415	-656	—
—	—	—	—	203	-203	—	-203	—
2.514	—	438	2.809	30.702	-29.911	-31.182	1.271	30
4.023	—	589	2.694	31.833				30
-1.509	—	-151	+115	-1.131				—

**Einzelplan 02 Staatskanzlei**  
**Kapitel 0201 Staatskanzlei**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005 2004	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-3	011	Vermischte Einnahmen		30	20	+10	55
119 02-1	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen <i>*** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.</i>		26	26	—	28
119 03-0	011	Einnahmen aus Nebentätigkeiten		130	15	+115	151
119 30-7	011	Abwicklung offer Posten aus dem Vorjahr		—	—	—	—
119 41-2	011	Rückzahlung von Überzahlungen		1	1	—	—
119 46-3	011	Ersatzleistungen		6	6	—	—
124 01-7	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		7	7	—	5
125 61-7	859	Erlöse der Gastehäuser, sonstige Dienstleistungen <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 61.</i>		46	46	—	47
132 01-0	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen <i>Vgl. K-Vermerk zu 531 11 und 531 13.</i>		1	1	—	0
132 10-9	011	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen <i>Vgl. K-Vermerk zu 811 01.</i>		—	—	—	—
132 11-7	011	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge <i>Vgl. K-Vermerk zu 811 11.</i>		—	—	—	75
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 64</b>		<b>Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund</b>		(77)	(77)	(—)	(179)
124 64-5	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		1	1	—	—
132 64-8	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		—	—	—	—
231 64-6	011	Zuweisungen d.Presse- und Informationsamtes d.Bundesregierung zu d.staatsbürgerlichen Bildungsveranstaltungen d.Landesvertretung <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 64/65.</i>		15	15	—	18
232 64-2	011	Erstattungen des Landes Schleswig-Holstein für die gemeinsame Nutzung der Landesvertretung in Berlin <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 64/65.</i>		1	—	+1	—
281 64-3	011	Kostenerstattungen Dritter für Veranstaltungen in der Landesvertretung <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 64/65.</i>		59	61	-2	161
282 64-0	011	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 64/65.</i>		1	—	+1	—
<b>TGr. 70</b>		<b>Vertretung des Landes Niedersachsen bei der Europäischen Union</b>		(40)	(40)	(—)	(—)
124 70-0	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		40	40	—	—
281 70-8	011	Kostenerstattungen Dritter für Veranstaltungen in der Landesvertretung <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 70/71.</i>		—	—	—	—
282 70-4	011	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 70/71.</i>		—	—	—	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 119 02**

Abgabe kann bei Bedarf unentgeltlich an öffentliche Dienststellen und Institutionen zu wissenschaftlichen und zu Austausch Zwecken erfolgen.

**Zu 119 03**

	2005 1000 EUR
Abführung aufgrund des § 5 Abs. 3 des Ministergesetzes in der jeweils geltenden Fassung	130
Abführung aufgrund des § 75 a Abs. 2 NBG	
Zusammen	130

**Zu 124 01**

	2005 1000 EUR
1. Amts- und Dienstwohnungen	7
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	
5. Sonstige Mieten und Pachten	
Zusammen	7

**Zu 125 61**

Einnahmen aus der Bewirtschaftung des Hauses der Landesregierung in Hannover, Lüerstr. 5.  
Vgl. TGr. 61.

**Zu 231 64**

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung gewährt Zuweisungen zu staatsbürgerlichen Bildungsveranstaltungen.

**Einzelplan 02 Staatskanzlei**  
**Kapitel 0201 Staatskanzlei**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
			2005	2005	2004		
			2004				
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
<b>AUSGABEN</b>							
412 10-1	011	Vergütung der Vorsitzenden der Einigungsstellen gem. § 71 Abs. 7 NPersVG	—	1	1	—	—
421 01-1	011	Bezüge der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten	—	163	171	-8	217
421 02-0	011	Bezüge der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten, der Ministerin oder des Ministers - Übergangsgeld -	—	36	154	-118	150
422 01-8	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	12.202	12.019	+183	6.683
422 10-7	011	Leistungsprämien	—	—	—	—	—
422 19-0	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	50
422 31-0	011	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	34
425 01-7	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	5.231
425 04-1	011	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	29	24	+5	8
425 06-8	011	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	3	3	—	4
425 10-6	011	Vergütung der stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 31-9	011	Leistungen aufgrund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern	—	—	—	—	—
426 01-3	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	853
426 04-8	011	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	11	10	+1	10
426 06-4	011	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	5	5	—	2
426 10-2	011	Löhne der stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 01-0	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	5	10	-5	—
427 39-7	011	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	5	5	—	1
441 01-2	940	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	—	379	350	+29	358
441 02-0	940	Beihilfen für Angestellte	—	3	40	-37	2
441 03-9	940	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1	4	-3	0
441 04-7	940	Beihilfen für Sonstige	—	6	6	—	—
441 10-1	227	Pflegebeihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	—	7	7	—	—
443 01-5	940	Fürsorgeleistungen	—	1	7	-6	1
453 01-0	011	Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	77	77	—	157
462 10-9	981	Globale Minderausgabe für Personalausgaben	—	—	—	—	—
511 01-0	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 511 01, 514 01, 517 01, 518 01, 518 02,</i>	—	247	273	-26	181

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeitereinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
223,50	225,84	232,19

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
12 202	12 019	13 036

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	2,76
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	-
- Sonstige Veränderungen	-
	—
Summe Zugänge	2,76

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	2,50
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	-
- Sonstige Veränderungen	2,60
	—
Summe Abgänge	5,10

Bleibt Abgang 2,34

In dem Personalkostenbudget sind enthalten:

69 000 EUR für 3 (3) ständig nicht vollbeschäftigte Kräfte im Haus der Landesregierung im Haus- und Küchendienst, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt. Sie erhalten für die Dauer der Tätigkeit im Haus der Landesregierung eine übertarifliche Zulage von je 115,04 EUR monatlich.

**Zu 422 31**

Dienstbezüge für gemäß § 15 SonderUrlVO dienstlich freigestellte lebensältere Beamtinnen und Beamte.

**Zu 425 04**

Veranschlagt sind 29 000 EUR für 3 (2) in der StK beschäftigte Auszubildende (Kauffrau/Kaufmann für Bürokommunikation, Fachinformatiker/-in)

**Zu 425 31**

Leistungen gemäß Vereinbarungen zu § 81 NPersVG über Personalabbau durch Auflösungsverträge mit älteren Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern.

**Zu 426 04**

Veranschlagt sind 11 000 EUR für 1 (1) bei der Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund beschäftigten Auszubildenden (Fachgehilfe im Gastgewerbe).

**Einzelplan 02 Staatskanzlei**  
**Kapitel 0201 Staatskanzlei**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung 2005 2004	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch 511 01-0		519 01, 519 02, 525 01, 526 01, 526 02, 527 01, 527 02, 539 10, 539 11, 546 01, 546 02, 546 03, 546 05 und 546 10.					
514 01-0	011	Haltung von Dienstfahrzeugen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	–	70	70	–	53
517 01-9	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	–	262	262	–	222
517 59-0	011	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	–	–	–	–	77
518 01-5	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Ge- bäude und Räume <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	–	16	16	–	21
518 02-3	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	–	52	52	–	60
519 01-1	011	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	–	3	3	–	3
519 02-0	011	Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	–	–	–	–	–
525 01-1	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	–	36	39	-3	16
526 01-8	011	Sachverständige <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	–	13	13	–	10
526 02-6	011	Gerichts- und ähnliche Kosten <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	–	–	–	–	0
527 01-4	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	–	105	110	-5	83
527 02-2	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Perso- nalvertretungs- und Schwerbehindertenan- gelegenheiten <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	–	1	1	–	0
529 10-6	011	Zur Verfügung der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten	–	25	25	–	11
531 11-9	013	Zur Information über das Land Niedersach- sen und die Tätigkeit der Landesregierung - Veröffentlichungen- <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die</i> <i>Mehr- oder Mindereinnahmen bei 132 01.</i> <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungs-</i> <i>fähig: 531 11 und 531 13.</i> <i>*** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4</i> <i>LHO dürfen im Rahmen der Öffentlichkeitsar-</i> <i>beit Gegenstände/ Veröffentlichungen auch un-</i> <i>entgeltlich abgegeben werden.</i>	–	51	51	–	0
531 12-7	013	Zur Information über das Land Niedersach- sen und die Tätigkeit der Landesregierung - Auftritt im Internet -	–	–	–	–	486
531 13-5	013	Zur Information über das Land Niedersach- sen und die Tätigkeit der Landesregierung - Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit- <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die</i> <i>Mehr- oder Mindereinnahmen bei 132 01.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 531 11.</i> <i>*** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4</i> <i>LHO dürfen im Rahmen der</i>	–	369	369	–	257

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 514 01**

**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1.1.2004	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Pkw	7	7	7

**Zu 531 11 und 531 13**

Kosten der Öffentlichkeitsarbeit der Presse- und Informationsstelle der Landesregierung, u. a. Aufwendungen für Broschüren, Informationsmaterial und kleine Werbegeschenke, Veröffentlichungen, eigene Informationsdienste, Pressekonferenzen und Pressefahrten, Informationsveranstaltungen, Bewirtungskosten im Zusammenhang mit der Presse-, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit; Bezugsgebühren für Nachrichtendienste.

**Einzelplan 02 Staatskanzlei**  
**Kapitel 0201 Staatskanzlei**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
noch 531 13-5		<i>Öffentlichkeitsarbeit Gegenstände/ Veröffentlichungen auch unentgeltlich abgegeben werden.</i>					
539 10-1	011	Ehrenzeichen und sonstige Auszeichnungen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	5	5	—	4
539 11-0	011	Niedersächsischer Staatspreis <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	43	43	—	43
546 01-9	011	Vermischte Ausgaben <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	1	1	—	0
546 02-7	011	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	3	3	—	—
546 03-5	011	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	2	2	—	5
546 05-1	011	Sächliche Verwaltungsausgaben zur Regulierung von Schäden des Landes, die nicht versichert sind <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	—	—	—	0
546 10-8	011	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	1	1	—	—
546 30-2	011	Abwicklung offener Posten aus dem Vorjahr	—	—	—	—	—
547 10-4	011	Dienstleistungen Außenstehender <i>Übertragbar.</i> <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 547 10 und Ausgabeteilgruppe 62.</i>	—	25	70	-45	20
549 01-8	989	Globale Minderausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	-73	+73	—
681 10-2	011	Schadensersatzleistungen und Unfallschädigungen	—	—	—	—	—
811 01-4	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 10.</i>	—	—	—	—	23
811 11-1	011	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.</i>	—	—	—	—	75
812 13-4	011	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	—
812 15-0	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
972 05-0	989	Globale Minderausgabe - Straffung der Förderpolitik	—	—	—	—	—
972 11-5	989	Globale Minderausgabe <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.</i>	—	-174	-199	+25	—
981 01-7	990	Abführung an 1321-38102	—	1.190	1.122	+68	1.186
		<b>Titelgruppe(n)</b>					
<b>TGr. 61</b>		<b>Bewirtschaftung des Hauses der Landesregierung in Hannover, Luerstraße 5</b> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 125 61.</i>	(—)	(106)	(106)	(—)	(100)
427 61-3	011	Beschäftigungsentgelte für Aushilfskräfte	—	14	14	—	7

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 539 10**

Orden und Ehrenzeichen einschl. Urkunden, insbesondere Nieders. Verdienstorden und Verdienstmedaille für vorbildliche Verdienste um den Nächsten.

**Zu 539 11**

„Niedersächsischer Staatspreis“ für Persönlichkeiten, die sich in den Bereichen Kultur, Frauen, Soziales, Wissenschaft, Umwelt oder Wirtschaft um das Land verdient gemacht haben (Beschlüsse der Landesregierung vom 12. 6. 2001, Nds. MBl. S. 684, 24. 9. 2002) einschl. Reisekosten der Jury-Mitglieder, Kosten der Preisverleihung, sonstiger Nebenkosten.

**Zu 546 10**

Mitgliedschaften des Ministerpräsidenten.

**Zu 972 11**

Zum Ausgleich des Haushalts. Der Beitrag zum Haushaltsausgleich kann auch durch Mehreinnahmen erbracht werden, soweit diesen keine entsprechenden Mehrausgaben gegenüber stehen.

**Zu 981 01**

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

**Einzelplan 02 Staatskanzlei**  
**Kapitel 0201 Staatskanzlei**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
511 61-4	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	10	10	—	6
514 61-3	011	Verbrauchsmittel	—	32	32	—	33
517 61-2	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	32	32	—	39
547 61-9	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	8	8	—	14
812 61-4	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	10	10	—	—
<b>TGr. 62</b>		<b>Planungsaufgaben</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 547 10.</i>	(—)	(40)	(48)	(-8)	(1)
412 62-4	011	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	—	16	16	—	—
526 62-0	011	Sachverständige	—	11	11	—	—
531 62-3	011	Veröffentlichungen	—	6	14	-8	1
547 62-7	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	7	7	—	—
<b>TGr. 63</b>		<b>Ehrung der ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger durch die Nds. Landesregierung</b>	(—)	(20)	(20)	(—)	(21)
547 63-5	019	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	20	20	—	21
685 63-9	019	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
<b>TGr. 64/65</b>		<b>Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund</b> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 231 64, 232 64, 281 64 und 282 64.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(—)	(492)	(497)	(-5)	(770)
511 64-9	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	75	75	—	108
514 64-8	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	13	13	—	9
517 64-7	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	251	256	-5	186
517 65-5	011	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	—	149
518 64-3	011	Mieten und Pachten	—	6	6	—	14
519 64-0	011	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	35	35	—	12
525 64-0	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	3	3	—	1
526 64-6	011	Sachverständige	—	1	1	—	0
526 65-4	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 64-2	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	10	10	—	18
527 65-0	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenanlagen	—	1	1	—	—
529 64-5	011	Kosten für außergewöhnlichen Aufwand in Berlin aus dienstlicher Veranlassung	—	—	92	-92	267
531 64-0	011	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	—	4	4	—	6

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 812 61**

Beschaffung von Einrichtungsgegenständen p. p. 10 000 EUR

**Zu Titelgruppe 62**

Veranschlagt sind hier die Ausgaben im Zusammenhang mit der politischen Planung in Aufgabenfeldern, die unter dem Gesichtspunkt der Richtlinienkompetenz des Ministerpräsidenten besondere Bedeutung haben.

**Zu Titelgruppe 63**

Veranschlagt sind die Kosten für den jährlichen Empfang der Landesregierung zur Ehrung ehrenamtlich tätiger Bürgerinnen und Bürger.

**Zu Titelgruppe 64/65**

Veranschlagt sind die Kosten der Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund in Berlin, In den Ministergärten 10.

**Zu 514 64**

**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1.1.2004	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Pkw	2	2	2

**Einzelplan 02 Staatskanzlei**  
**Kapitel 0201 Staatskanzlei**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004		
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
541 64-5	011	Ausgaben für Veranstaltungen und dergleichen	—	92	—	+92	—
546 64-7	011	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	—	—	—	—
547 64-3	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1	1	—	0
812 64-9	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 70/71</b>		<b>Vertretung des Landes Niedersachsen bei der Europäischen Union</b> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 281 70 und 282 70.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(—)	(410)	(430)	(-20)	(331)
427 70-2	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	2	2	—	—
429 70-5	011	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	171	181	-10	125
459 70-1	011	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	2	2	—	1
511 70-3	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	33	43	-10	26
514 70-2	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	5	5	—	4
517 70-1	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	125	125	—	112
518 70-8	011	Mieten und Pachten	—	8	8	—	6
519 70-4	011	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	—	—
527 70-7	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	12	12	—	10
529 70-0	011	Kosten für außergewöhnlichen Aufwand der Vertretung in Brüssel aus dienstlicher Veranlassung	—	—	10	-10	8
531 70-4	011	Veröffentlichungen	—	3	3	—	0
531 71-2	011	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	—	36	36	—	34
541 70-0	011	Ausgaben für Veranstaltungen und dergleichen	—	10	—	+10	—
546 70-1	011	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	—	—	—	0
547 70-8	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	3	3	—	5
812 70-3	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Titelgruppe 70/71**

Veranschlagt sind die Kosten der Vertretung des Landes Niedersachsen bei der Europäischen Union in Brüssel, Rue Montoyer 61.

**Zu 429 70**

Aus den veranschlagten Mitteln wird Vergütung nach belgischem Tarifrecht für vier in der Vertretung in Brüssel beschäftigte Ortskräfte gezahlt.

**Zu 514 70**

**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1.1.2004	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Pkw	1	1	1

**Zu 531 71**

Die Durchführung von Veranstaltungen sowie Kontaktpflege und Besucherbetreuung gehören zu den zentralen Aufgaben der Vertretung in Brüssel. Mit ihrer Hilfe sollen vor allem der Kommunikationsprozess und die Lobbyfunktion der Vertretung gestärkt werden.

Veranschlagt sind die in diesem Zusammenhang anfallenden sächlichen Verwaltungsausgaben.

**Einzelplan 02 Staatskanzlei**  
**Kapitel 0201 Staatskanzlei**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
			2005	2005	2004		
			2004				
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
<b>TGr. 72</b>		<b>Bürgerschaftliches Engagement</b> <i>Übertragbar.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(30) (30)	(55)	(73)	(-18)	(-)
511 72-0	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	— 30	8	10	-2	—
526 72-7	011	Sachverständige	—	5	10	-5	—
527 72-3	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	—	—	—
531 72-0	013	Ausgaben für Veröffentlichungen und der Dokumentation	—	5	10	-5	—
547 72-4	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	7	13	-6	—
686 72-4	011	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	30 —	30	30	—	—
<b>TGr. 96</b>		<b>Reformdividende</b>	(-)	(-)	(-)	(-)	(153)
429 96-9	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 96-1	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	110
711 96-6	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 96-7	960	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	43
<b>TGr. 98/99</b>		<b>Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik</b> <i>Übertragbar.</i>	(-)	(412)	(67)	(+345)	(45)
427 99-0	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
511 99-1	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	92	—	+92	—
514 99-0	011	Verbrauchsmittel	—	21	—	+21	—
518 98-8	011	Kosten für die Anmietung von Software	—	—	—	—	—
518 99-6	011	Kosten für die Anmietung von Hardware	—	—	—	—	—
525 98-4	019	Kosten für Aus- und Fortbildung beim IZN	—	2	2	—	3
525 99-2	019	Kosten für Aus- und Fortbildung durch andere Dienstleister	—	8	8	—	9
538 98-9	019	Kosten der Dienstleistungen des IZN	—	22	22	—	1
538 99-7	019	Kosten der Dienstleistungen Anderer	—	35	35	—	32
547 99-6	019	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	5	—	+5	—
812 99-1	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	227	—	+227	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		1.031	-1.031	

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Titelgruppe 72**

Die Mittel sind bestimmt für Maßnahmen, Initiativen und Projekte zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements/der Bürgergesellschaft (u.a. Mitfinanzierung eines landesweiten Preises zur Förderung der Anerkennungskultur) einschließlich der notwendigen gesellschaftlichen Diskussion über eine neue Aufgabenverteilung zwischen Staat und Gesellschaft.

Die veranschlagte VE gilt für die gesamte Titelgruppe.

**Zu 511 72**

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	30	–	30
2006	–	–	–	–
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	30	–	30

**Zu 686 72**

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	–	–	–
2006	–	–	30	30
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	–	30	30

**Zu Titelgruppe 98/99**

Veranschlagt sind die Kosten zur Beschaffung von Hard- und Software für die Bürokommunikation in den Liegenschaften der Staatskanzlei einschl. der Vertretungen des Landes Niedersachsen beim Bund in Berlin und bei der Europäischen Union in Brüssel sowie für Ersatz und Ergänzung nicht mehr einsatzbereiter oder überalterter Hard- und Softwarekomponenten.

**Einzelplan 02 Staatskanzlei**  
**Kapitel 0201 Staatskanzlei**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 0201</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		288	163	+125	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		76	76	—	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		364	239	+125	
		4 Personalausgaben	—	13.139	13.108	+31	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	2.393	3.156	-763	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	30	30	30	—	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	237	207	+30	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1.016	923	+93	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	30 30	16.815	17.424	-609	
		<b>Zuschuss</b>		16.451	17.185	-734	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 02 Staatskanzlei**  
**Kapitel 0202 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-7	011	Vermischte Einnahmen		10	–	+10	–
119 41-6	011	Rückzahlung von Überzahlungen		5	–	+5	6
119 66-1	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen *** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.		–	–	–	–
282 71-6	011	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 71.		–	–	–	10
297 82-9	193	Entnahme aus dem Vermögen der Nord/LB Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 82.		–	–	–	–
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 70</b>	<b>Europäisches Informations-Zentrum (EIZ)</b>			(40)	(40)	(–)	(116)
119 70-0	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 70.		–	–	–	–
272 70-2	011	Zuschüsse der EU-Kommission zum Euro- päischen Informations-Zentrum ( EIZ )		40	40	–	40
282 70-8	011	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 70.		–	–	–	33
287 70-0	011	Zuschüsse aus dem Ausland Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 70.		–	–	–	43
<b>TGr. 73</b>	<b>Interregionale Beziehungen</b>			(8)	(8)	(–)	(6)
281 73-6	011	Erstattungen im Rahmen der Neuen Hanse Interregio		8	8	–	–
286 73-8	011	Beteiligung der NHI-Partner an Maßnahmen und Vorhaben des NHI-Sekretariates Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 73/97.		–	–	–	6
<b>TGr. 81</b>	<b>Interregionale Maßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG III C</b> Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 81.			(–)	(–)	(–)	(–)
271 81-1	011	Erstattungen von der EU im Rahmen des Projekts "Hanse Passage"		–	–	–	–
281 81-7	011	Erstattungen aus dem Inland im Rahmen des Projekts "Hanse Passage"		–	–	–	–
286 81-9	011	Erstattungen aus dem Ausland im Rahmen des Projekts "Hanse Passage"		–	–	–	–
<b>AUSGABEN</b>							
632 04-0	011	Erstattung von Verwaltungsausgaben an das Land Baden-Württemberg	–	51	51	–	43
683 10-9	193	Finanzhilfe an die nordmedia Fonds GmbH gem. § 7 Abs. 1 NLottG aus Konzessions- abgabemitteln *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landes- haushalts Mittel für denselben Zweck veran- schlagt sind. Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an der Konzessionsabgabe geleistet wer- den.	–	1.781	2.761	-980	3.068
684 10-5	011	Zuschuss an den Verein Global Partnership e.V. Übertragbar.	–	–	–	–	90
981 01-0	990	Abführung an 1321-38102	–	–	–	–	–

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 297 82**

Rückflüsse aus Zinsen, Tilgungen u. a. des Film-/Medienförderprogramms des Landes, bei dem die Landestreuhandstelle für Wirtschaftsförderung – Bereich Filmförderung – als Bewilligungsstelle tätig wurde.

**Zu 272 70**

Veranschlagt ist der Betriebskostenzuschuss der EU-Kommission für das EIZ.

**Zu 286 73**

Kostenbeteiligung bei Maßnahmen des Neuen Hanse Interregio (NHI)-Sekretariates in Oldenburg durch die NHI-Partner.

**Zu Titelgruppe 81**

Einnahmen aus Erstattungen und Beteiligungen der EU sowie der Projektpartner im Rahmen des Projekts „Hanse Passage“.

**Zu 632 04**

Nach dem Abkommen über den Beobachter der Länder bei den Europäischen Gemeinschaften vom 24. 10. 1996 ist ein Beobachter der Länder bei der EU in Brüssel bestellt worden, der den Bundesrat bei der Wahrnehmung seiner Rechte in Angelegenheiten der EU unterstützt und die Länder über für sie bedeutsame Vorgänge im Bereich der EU informiert ( insbesondere durch die laufende Berichterstattung über die Sitzungen des Rates ). Die vom Land Baden-Württemberg getragenen Kosten für den Länderbeobachter werden nach dem vorl. Königsteiner Schlüssel auf die Länder verteilt. Veranschlagt ist der voraussichtlich auf das Land Niedersachsen entfallende Anteil.

**Zu 683 10**

Die nordmedia Fonds GmbH erhält gem. § 7 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 NLottG vom 21. 6. 1997 (Nds. GVBl. S. 289) in der z.Z. geltenden Fassung aus den Konzessionsabgaben eine Finanzhilfe in Höhe von 1.781.000 EUR zur zweckgebundenen Verwendung nach Maßgabe des § 9 a NLottG.

**Zu 981 01**

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

**Einzelplan 02 Staatskanzlei**  
**Kapitel 0202 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 66</b>		<b>Staatsmodernisierung</b> <i>Übertragbar.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(–)	(–)	(–)	(–)	(308)
429 66-0	011	Nicht aufteilbare Personalausgaben	–	–	–	–	214
459 66-7	011	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	–	–	–	–	–
511 66-9	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	–	–	–	–	33
525 66-0	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	–	–	–	–	3
526 66-6	011	Sachverständige	–	–	–	–	1
527 66-2	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	–	–	–	–	–
531 66-0	011	Ausgaben für Veröffentlichungen und der Dokumentation	–	–	–	–	–
547 66-3	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	–	–	–	–	58
682 66-8	011	Zuschüsse an Landesbetriebe zur Förderung von Projekten	–	–	–	–	–
812 66-9	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	–	–	–	–	–
<b>TGr. 70</b>		<b>Europäisches Informations-Zentrum (EIZ)</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 70, 282 70 und 287 70.</i> <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: Ausgabeteilgruppe 70 und Ausgabeteilgruppe 71.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(–)	(65)	(65)	(–)	(151)
529 70-3	011	Kosten für außergewöhnlichen Aufwand	–	–	10	-10	0
531 70-8	011	Ausgaben für Veröffentlichungen und der Dokumentation <i>*** Abweichend von § 63 LHO dürfen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit Gegenstände/Veröffentlichungen auch unentgeltlich abgegeben werden.</i>	–	10	10	–	10
541 70-3	011	Ausgaben für Veranstaltungen und dergleichen	–	10	–	+10	–
547 70-1	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	–	45	45	–	140
<b>TGr. 71</b>		<b>Unterstützung der europäischen Integration</b> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 71.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 70.</i>	(–)	(86)	(100)	(-14)	(110)
531 71-6	011	Ausgaben für Veröffentlichungen und der Dokumentation	–	13	25	-12	7

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Titelgruppe 70**

Die Mittel sind vorgesehen für Sachausgaben der Informations- und Aufklärungsarbeit des Europäischen Informations-Zentrums (EIZ) Niedersachsen in Hannover.

**Zu Titelgruppe 71**

Die Mittel sind veranschlagt für projektorientierte Zuschüsse an Organisationen und Verbände, die der Förderung der europäischen Integration dienen. Weiterhin sind Mittel für die Informations- und Aufklärungsarbeit der Landesregierung zu europäischen Fragen vorgesehen.

**Einzelplan 02 Staatskanzlei**  
**Kapitel 0202 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
547 71-0	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben <i>Übertragbar.</i>	—	34	36	-2	32
682 71-4	011	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
684 71-7	011	Zuschüsse an Verbände und Organisationen <i>Übertragbar.</i> *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	—	39	39	—	70
<b>TGr. 72</b>		<b>Kosten der Entsendung von Landesbediensteten an Einrichtungen der EU</b>	(—)	(3)	(3)	(—)	(—)
422 72-0	029	Auslandszuschläge u. ä. für Beamte	—	1	1	—	—
425 72-0	029	Auslandszuschläge u. ä. für Angestellte	—	1	1	—	—
453 72-3	029	Auslandstrennungsgeld	—	1	1	—	—
527 72-7	029	Auslandsreisekosten	—	—	—	—	—
682 72-2	011	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 73/97</b>		<b>Interregionale Beziehungen</b> <i>Übertragbar.</i> Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 286 73.	(—)	(100)	(115)	(-15)	(196)
547 73-6	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	40	40	—	57
547 97-3	011	Maßnahmen und Vorhaben des NHI-Sekretariates in Oldenburg	—	25	25	—	24
682 73-0	011	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
684 73-3	011	Zuschüsse an Verbände und Organisationen	—	21	36	-15	51
687 73-2	011	Zuschüsse und Beiträge an interregionale Institutionen	—	14	14	—	64
<b>TGr. 74</b>		<b>Internationale Beziehungen</b> <i>Übertragbar.</i> Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: Ausgabeteilgruppe 74 und Ausgabeteilgruppe 78. *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	(—)	(489)	(589)	(-100)	(601)
429 74-1	023	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 74-4	023	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	121	149	-28	174
682 74-9	011	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
684 74-1	011	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	—	39	80	-41	87
686 74-4	011	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	174	174	—	189
687 74-0	011	Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland	—	130	140	-10	111
893 74-0	023	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	—	25	46	-21	40

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Titelgruppe 72**

Zur Wahrnehmung der Interessen des Landes bei der EU ist beabsichtigt, jährlich 5 bis 7 Landesbedienstete als Sachverständige unter Beurlaubung und gleichzeitiger Fortzahlung der Bezüge/Verfügungen an Institutionen der EU sowie an die dortigen Einrichtungen des Bundes und der Länder bzw. zur Teilnahme an Austauschprogrammen der EU zu entsenden.

Die hierfür evtl. zusätzlich erforderlichen Mittel sind an dieser Stelle zentral veranschlagt.

**Zu Titelgruppe 73/97**

Die veranschlagten Mittel sind vorgesehen für die Pflege von interregionalen Beziehungen.

**Zu 547 73**

Die veranschlagten Mittel dienen der Finanzierung der Landesanteile für die Kooperationsaktivitäten im interregionalen Bereich; z. B. im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG für Kleinprojekte der NHI.

**Zu 547 97**

Veranschlagt sind die Ausgaben für Maßnahmen des NHI-Sekretariates in Oldenburg, die von Dritten durchgeführt werden.

**Zu Titelgruppe 74**

Die Mittel sind vorgesehen für die Zusammenarbeit im Rahmen bestehender Partnerschaften des Landes mit den Regionen Perm und Tjumen in Russland, den Wojewodschaften Großpolen und Niederschlesien in Polen, den Partnerregionen in der VR China sowie zur Intensivierung internationaler Kontakte. Sie werden, soweit fachliche Gründe dies erfordern, an die Ressorts zur Förderung u.a. wissenschaftlich-kultureller, schulischer, wirtschaftlicher, justizieller und sozialer Maßnahmen weitergegeben.

**Einzelplan 02 Staatskanzlei**  
**Kapitel 0202 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung 2005 2004	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
896 74-9	023	Zuschüsse für Investitionen an Ausland	—	—	—	—	—
<b>TGr. 78</b>		<b>Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe in Entwicklungsländern</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 74.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(—)	(167)	(250)	(-83)	(164)
429 78-4	011	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 78-7	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	5	8	-3	5
682 78-1	011	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
684 78-4	011	Zuschüsse zur Umsetzung der Agenda 21 im kommunalen Bereich	—	—	—	—	2
685 78-0	011	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	16
686 78-7	011	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	40	75	-35	78
687 78-3	011	Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland <i>*** Davon 62.900 EUR zur Unterstützung der Partnerprovinz Eastern Cape bei Aids-Prävention und Aids-Behandlung.</i>	—	122	167	-45	64
893 78-2	011	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	—	—	—	—	—
896 78-1	011	Zuschüsse für Investitionen an Ausland	—	—	—	—	—
<b>TGr. 81</b>		<b>Interregionale Maßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG III C</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 81.</i> <i>*** Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben im Rahmen der genehmigten EU-Programme sind als Vorgriff gemäß § 37 LHO nachzuweisen.</i>	(—)	(84)	(84)	(—)	(—)
547 81-7	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	34	34	—	—
676 81-1	011	Erstattungen an das Ausland	—	20	20	—	—
685 81-0	011	Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	—	—	—	—
686 81-7	011	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	20	20	—	—
687 81-3	011	Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland	—	10	10	—	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Titelgruppe 78**

Die Mittel sind vorgesehen für Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe in Entwicklungsländern sowie für die Förderung der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit in Zusammenarbeit mit Initiativen und Nicht-Regierungsorganisationen in Niedersachsen.

**Zu 684 78, 685 78, 686 78 und 687 78**

Die veranschlagten Haushaltsmittel sollen für Maßnahmen der Zusammenarbeit mit Partnern in Entwicklungsländern (hauptsächlich in der Provinz Ostkap, Südafrika) und zur entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit in Niedersachsen eingesetzt werden. Wichtigster hiesiger Träger ist der Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen (VEN) als Dachverband der entwicklungspolitischen Nicht-Regierungs-Organisationen.

Gefördert werden sollen auch über den lokalen Rahmen hinausgehende Projekte der Bildungsarbeit zur Struktur des Nord-Süd-Verhältnisses und zu dessen zukunftsfähiger Gestaltung im Rahmen der globalen Interdependenzen.

Des Weiteren dient der Ansatz der Förderung von Projekten der Zusammenarbeit mit Partnern in Entwicklungsländern sowie zur Beteiligung an und Finanzierung von Maßnahmen der humanitären Hilfe für dortige bedürftige Bevölkerungsgruppen.

**Zu Titelgruppe 81**

Die veranschlagten Mittel sind vorgesehen für interregionale Maßnahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG IIIc.

**Zu 547 81**

Die veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen gelten für die gesamte Titelgruppe ( u.a. für die Kofinanzierung der „Technischen Hilfe“ für das INTERREG IIIc-Sekretariat des Programms Nord in Rostock ).

Belastungen, die aus bei Titel 0202-547 97 in Vorjahren in Anspruch genommenen / ausgebrachten Verpflichtungen entstehen:

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2002 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	59	25	—	84
2006	84	—	—	84
2007	84	—	—	84
2008	84	—	—	84
Summe	311	25	—	336

**Zu 676 81, 685 81, 686 81 und 687 81**

Die veranschlagten Mittel sind vorgesehen für die Finanzierung der Beteiligungen an dem mehrjährigen Projekt „Hanse Passage“ und für die damit verbundenen Erstattungen bzw. Zahlungen an in- und ausländische Projektbeteiligte.

**Einzelplan 02 Staatskanzlei**  
**Kapitel 0202 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>TGr. 82</b>		<b>Förderung von Maßnahmen zur Stärkung des Medienstandortes Niedersachsen</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 297 82.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(-)	(69)	(612)	(-543)	(747)
547 82-5	193	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben <i>*** Die veranschlagte VE gilt für die gesamte Titelgruppe.</i>	-	-	-	-	377
682 82-0	193	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	-	-	-	-	-
686 82-5	193	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	-	23	406	-383	369
893 82-0	193	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	-	46	206	-160	-
981 82-7	990	Verrechnung mit 50 81 - 381 68	-	-	-	-	-
<b>TGr. 86</b>		<b>Multimedia-Initiativen</b> <i>Übertragbar.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(-)	(-)	(-)	(-)	(2.176)
547 86-8	023	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	-	-	-	916
682 86-2	013	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	-	-	-	-	385
683 86-9	013	Zuschüsse an private Unternehmen	-	-	-	-	406
686 86-8	013	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	-	-	-	-	469
892 86-7	013	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	-	-	-	-	-
893 86-3	013	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	-	-	-	-	-
<b>TGr. 98/99</b>		<b>Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik</b> <i>Übertragbar.</i>	(-)	(354)	(-)	(+354)	(-)
511 99-5	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	-	20	-	+20	-
538 98-2	019	Kosten der Dienstleistungen des IZN	-	234	-	+234	-
538 99-0	019	Kosten der Dienstleistungen Anderer	-	70	-	+70	-
547 99-0	019	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	30	-	+30	-
812 99-5	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	-	-	-	-	-

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Titelgruppe 82**

Die Mittel sind vorgesehen für zusätzliche Maßnahmen zur Stärkung des Medienstandortes Niedersachsen (z.B. Förderung von Projekten, die nicht von der nordmedia übernommen werden können, weil es daran ein ausschließlich niedersächsisches Interesse gibt). Ferner dienen die Mittel zur Abwicklung von auslaufenden Maßnahmen.

Im Übrigen sind Mittel für entsprechende Zwecke als Finanzhilfe für die Gesellschaft zur Förderung der Medienentwicklung (nordmedia Fonds GmbH) bei Kapitel 02 02 Titel 683 10 veranschlagt.

**Zu Titelgruppe 98/99**

Veranschlagt sind die Kosten für die Pflege und inhaltliche Fortentwicklung des

- Internetauftritts aller Landesbehörden  
unter „www.niedersachsen.de“ 299.000 EUR
- Vorschrifteninformationssysteme Nieder-  
sachsen -VORIS- der Landesverwaltung 55.000 EUR

Die Kosten für den technischen Betrieb der beiden landesweiten Systeme sind bei Kapitel 0302 TGr. 87 veranschlagt ( Beschluss der Landesregierung vom 30.11.2004 ).

**Einzelplan 02 Staatskanzlei**  
**Kapitel 0202 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 0202</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		15	—	+15	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		48	48	—	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		63	48	+15	
		4 Personalausgaben	—	3	3	—	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	691	382	+309	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	2.484	3.993	-1.509	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	71	252	-181	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	3.249	4.630	-1.381	
		<b>Zuschuss</b>		3.186	4.582	-1.396	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---



## **Allgemeine Vorbemerkungen zum Kapitel 0206**

### **Für das budgetierte Kapitel 0206 gelten folgende haushaltsrechtliche Vermerke:**

1. 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10 und 547 10 sind gegenseitig deckungsfähig.
2. 519 10 und 812 10 sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10 und 547 10.
3. 812 10 ist einseitig deckungsfähig zu Lasten 519 10.
4. 981 10 ist einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10 und 547 10.
5. Die Ausgabe bei 812 10 erhöht sich um die Mehreinnahmen bei 111 10, 119 10, 129 10 und 235 10.
6. Die Ausgaben bei 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 547 10 und 981 10 erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 111 10, 119 10, 129 10 und 235 10.
7. Soweit die zusätzlichen Ausgabeermächtigungen zur Leistung von Personalausgaben in Anspruch genommen werden, darf in entsprechendem Umfang von der Stellenübersicht und dem Bedarfsnachweis sowie vom Beschäftigungsvolumen abgewichen werden. Verpflichtungen, die zu Ausgaben in künftigen Jahren führen können, dürfen nur eingegangen werden, soweit auch in diesen Jahren Mehreinnahmen zu deren Finanzierung sichergestellt sind. Soweit eine Einsparung bei den Personalausgaben umgesetzt wird, dürfen Planstellen und andere Stellen sowie das Beschäftigungsvolumen in entsprechender Höhe nicht in Anspruch genommen werden, das Finanzministerium darf im Fall eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses auf Antrag Ausnahmen zulassen.
8. Unter der Voraussetzung, dass die Staatskanzlei - hinsichtlich Art, Menge sowie Kosten/Erlöse im Einvernehmen mit dem Finanzministerium - die Erfüllung des Leistungsplanes festgestellt hat, dürfen Ausgabereste in Höhe von zwei Dritteln der nicht in Anspruch genommenen Ausgabeermächtigungen nach Abzug gegebenenfalls noch offener Budgetüberschreitungen aus Vorjahren gebildet werden, die für das Budget über das Haushaltsjahr hinaus bis zum Ende des auf die Schlussbewilligung folgenden zweitnächsten Haushaltsjahres verfügbar bleiben und in Anspruch genommen werden dürfen.

**Einzelplan 02 Staatskanzlei**  
**Kapitel 0206 Landesarchiv**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
111 10-0	162	Gebühren, sonstige Entgelte		331	123	+208	—
119 10-0	162	Sonstige Verwaltungseinnahmen <i>*** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.</i>		3	3	—	—
129 10-6	162	Sonstige Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und Vermögen		30	—	+30	—
235 10-0	162	Zuweisungen Dritter		—	208	-208	792
		Summe für inzwischen weggefallene Titel			30	-30	
<b>AUSGABEN</b>							
422 10-5	162	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtin- nen, Beamten	—	6.725	6.400	+325	2.263
425 10-4	162	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	—
426 10-0	162	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	62
427 10-7	162	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	13	13	—	—
459 10-6	162	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	209	14	+195	—
511 10-8	162	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsge- genstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	240	187	+53	—
514 10-7	162	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dergleichen	—	180	141	+39	—
517 10-6	162	Bewirtschaftung der Grunstücke, Gebäude und Räume	—	336	174	+162	—
518 10-2	162	Mieten und Pachten	—	150	103	+47	—
519 10-9	162	Unterhaltung der Grundstücke und bauli- chen Anlagen	—	85	79	+6	—
547 10-2	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben	—	574	767	-193	—
812 10-8	162	Erwerb von Geräten und sonstigen bewegli- chen Sachen	—	130	130	—	—
981 10-4	990	Abführungan Epl. 1321 - 381 02	—	1.793	1.771	+22	—
<b>Abschluss Kapitel 0206</b>							
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		364	156	+208	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zu- schüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	208	-208	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		364	364	—	
		4 Personalausgaben	—	6.947	6.427	+520	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Aus- gaben für den Schuldendienst	—	1.565	1.451	+114	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	130	130	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1.793	1.771	+22	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	10.435	9.779	+656	
		<b>Zuschuss</b>		10.071	9.415	+656	

---

**ERLÄUTERUNGEN**


---

**Zu Kapitel 0206****Erläuterungen (Allgemeiner Erläuterungsteil)****Rechts- und Organisationsgrundlagen**

Insbesondere:

- Niedersächsisches Archivgesetz vom 25.05.1993 (Nds. GVBl. S. 129); zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung im Geschäftsbereich der Staatskanzlei vom 05.11.2004 ( Nds. GVBl. S. 402 )
- Übernahme von Schriftgut der Landesverwaltung durch die Staatsarchive (Übernahmeordnung), RdErl.d.StK v.18.12.1995, Nds.MBl. 1996 S. 292;
- Geschäftsordnung für das Niedersächsische Landesarchiv (RdErl. d. StK v. 23.12.2004, n.v.);
- Benutzungsordnung für die Staatsarchive (Bek. d. StK v. 1.8.2003; Nds. MBl. S. 558);
- Verordnung über die Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen und Leistungen (Allgemeine Gebührenordnung –AllGO –) in der Fassung vom 25.6.2002 (Nds. GVBl. S. 201); Kostentarif-Nr. 81;
- Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahnen des höheren Archivdienstes im Land Niedersachsen vom 22.9.1998 (Nds. GVBl. S. 630);
- Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahnen des gehobenen Archivdienstes im Land Niedersachsen vom 16.11.2004 (Nds. GVBl. S. 462);
- Gesetz zur Änderung des Gesetzes zu der Konvention vom 14.5.1954 zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten vom 10.8.1971 (BGBl. II S. 1025);

jeweils in der aktuellen Fassung.

**Verwaltungsaufbau und Budgetplan**

Budgetiert wird der Verwaltungsbereich "Landesarchiv". Er besteht aus der zentralen Archivverwaltung und den Staatsarchiven in Aurich, Bückeburg, Oldenburg, Osnabrück, Stade und Wolfenbüttel sowie dem Hauptstaatsarchiv Hannover.

Die Stammpersonalstärke des Verwaltungsbereichs beträgt rd. 170 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Übernahme und die Erschließung des Archivgutes, seine Pflege und dauerhafte Verwahrung sowie die Nutzung erfolgt an den genannten Standorten. Die Instandsetzung der Archivalien obliegt der zentralen Werkstatt in Bückeburg und –für Vor-Ort-Aufgaben– den Werkstätten der übrigen Staatsarchive. Die im Auftrage des Bundes durchzuführende Sicherungsverfilmung wird ausschließlich durch die zentrale Werkstatt in Bückeburg erledigt. Für bestimmte Restaurierungsaufgaben (Entsäuerung der Akten) werden Fachfirmen in Anspruch genommen.

Die Produkte werden gemeinschaftlich an den sieben Standorten des Landesarchivs unter Steuerung durch die Leitung des Verwaltungsbereichs erstellt. Innerhalb des Verwaltungsbereichs erfolgt keine interne Budgetierung gem. § 17a LHO.

**Zielsetzung**

Die Hauptaufgabe des Landesarchivs besteht darin, die schriftliche Überlieferung von bleibendem Wert (Archivgut), die beim Land und seinen Rechtsvorgängern entsteht bzw. entstanden ist, auf Dauer zu sichern und zu verwalten. Damit wird für Staat und Bürger die langfristig notwendige Rechtssicherheit gewahrt sowie Rechts- und Verwaltungskontinuität sichergestellt. Daneben schafft der Verwaltungsbereich mit dem Archivgut ein vielfältiges Wissenspotenzial, das für Zwecke der Gesetzgebung, der Rechtspflege und Verwaltung sowie für die historisch-landeskundliche Forschung, an der der Verwaltungsbereich im Rahmen seiner Möglichkeiten teilnimmt, genutzt werden kann. Das Archivgut ist allgemein zugänglich.

Archivgut (derzeitiger Bestand rd. 90 Regalkilometer, verteilt auf die genannten Standorte) ist regelmäßig aus dem Schriftgut der Landesverwaltung und der sonstigen Stellen des Landes durch Bewertung zu ermitteln, zu übernehmen, zu erschließen und nutzbar zu machen. Für seine dauerhafte Erhaltung ist es fachgerecht einzulagern und instand zu setzen sowie zu verfilmen, soweit es besonders schutzwürdig und in seiner Existenz gefährdet ist. Der Verwaltungsbereich hat für zeitgemäße Nutzungsmöglichkeiten des Archivgutes zu sorgen und die Informationsvermittlung daraus zu fördern. Die archivspezifische berufliche Fachkompetenz (teilweise für externe Stellen, z.B. Kommunen) ist durch Ausbildung zu sichern.

Neben der Notwendigkeit, bei allen anstehenden Aussonderungen stets kurzfristig fachgerechte Schriftgutbewertungen vornehmen zu müssen, um die archivistische Überlieferung gegenwartsnah und trotz größter Verdichtung aussagekräftig fortzuführen – eine Aufgabe, die als Folge der beginnenden Verwaltungsmodernisierung in den nächsten Jahren überproportional anwachsen und daher bis auf weiteres ein besonderes Gewicht haben wird –, sind bei der Archivgutbildung mittel- und langfristig die laufenden Archivgutzuwächse jeweils möglichst zeitnah zu erschließen und damit nutzbar zu machen, die Zahl der digitalen und daher im Internet verfügbaren Findmittel nachhaltig zu erhöhen und die Erschließung der älteren Archivbestände sukzessive deutlich zu verbessern.

Im Bereich der Archivgutpflege hat die Beseitigung von teilweise größeren Schimmelpilzkontaminationen, Spätfolge der in vielen Behörden sehr schlechten Unterbringung der älteren Registraturteile, höchste Priorität.

Über die originär archivischen Aufgaben hinaus übernehmen die Staatsarchive wegen ihrer besonderen Kompetenz außerdem als Folge der Verwaltungsmodernisierung als archivfremde Aufgabe die Betreuung der Altregistaturen der aufgelösten Bezirksregierungen (Umfang insgesamt ca. 27 Regalkilometer). Diese nichtarchivische Serviceleistung gewährt den Nachfolgebehörden einen schnellen und zuverlässigen Zugriff auf die Altakten und dient somit der Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit dieser Registraturen. Gleichzeitig wird eine endgültige archivfachliche Bewertung des dort verwahrten Schriftgutes erleichtert, um den Kostenaufwand für die erforderliche Zwischenarchiv-Lösung möglichst gering zu halten.

**Erläuterungen zum Produkthaushalt nach §17a LHO****Budgetierungsmodell**

Der Verwaltungsbereich erstellt die Produkte „Archivgutbildung“, „Archivgutpflege“, „Sicherungsverfilmung“, „Benutzung und Auswertung“ sowie „Ausbildung“. § 1 Absatz 1 des Niedersächsischen Archivgesetzes (NArchG) weist hierzu für die ersten vier Produkte

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0206**

eine in der Natur der Sache liegende Prioritätensetzung in der dort genannten Reihenfolge aus, die auf den Personal-, Sachmittel- und Finanzmitteleinsatz wirkt. Unterjährige Ressourcenverschiebungen werden daher immer wieder nötig sein.

Das zu bearbeitende Schrift- und Archivgut ist nach Art (Akten, Karten, Urkunden), Zustand und Nachfrage klassifiziert; daraus ergeben sich die Bearbeitungsbedarfe. Diese Einteilung liegt den Produktkalkulationen zugrunde. Die in den nachstehenden Tabellen ausgewiesenen Gesamtzielkosten errechnen sich aus Leistungsmenge (Soll) x Zielkosten pro Stück. Dabei ergeben sich die produktbezogenen Zielkosten pro Stück aus einer Mischkalkulation, die Art, Zustand und Nachfrage berücksichtigt. Bei hohen Stückzahlen wirken sich bereits kleine Stückkostenschwankungen hinsichtlich des Landeszuschusses zum Produkt z.T. erheblich aus, so dass in der Darstellung des Finanzierungsbedarfs einige „Zielkosten pro Stück“ mit mehr als zwei Nachkommastellen angegeben werden. Insbesondere innerhalb der Produkte „Archivgutbildung“ und „Archivgutpflege“ stellt sich die Art der Leistungsmenge aufgrund der vielschichtigen und unterschiedlichen Produktleistungen sehr heterogen dar, so dass für diese Produkte im „Finanzierungsbedarf“ und im „Leistungsplan“ die jeweils prägende Leistungsmenge abgebildet wurde. Weitere Leistungsmengen können dem Abschnitt „Produktbezogene Kennzahlen“ entnommen werden. Die Höhe der veranschlagten Leistungsmenge (Soll) beruht noch überwiegend auf langjährigen Erfahrungswerten und spiegelt Durchschnittswerte wider. Der Verwaltungsbereich ist beim Ressourceneinsatz jedoch hinsichtlich

- der Menge des zur Bewertung und ggf. Übernahme angebotenen Schriftguts vom Angebot der abgebenden Stellen,
  - der Menge und Qualität des den Nutzern anzubietenden Archivguts von der konkreten Nachfrage und
  - des konkreten Aufwands der Archivgutpflege von den Veränderungen des Archivgutzustandes
- abhängig. All dieses ist für den Verwaltungsbereich grundsätzlich nur bedingt vorhersehbar und entscheidet sich i. d. R. erst im laufenden Bewirtschaftungsjahr. Insbesondere der Sachzwang, dass zur Aussonderung anstehendes Schriftgut stets unikater Natur ist und daher unwiderruflich verloren geht, wenn es nicht rechtzeitig bewertet und in seinen archivwürdigen Teilen übernommen wird, führt dazu, dass dem Produkt "Archivgutbildung" Vorrang einzuräumen ist, auch wenn dadurch Ressourcen beansprucht werden, die ursprünglich für die Erstellung anderer Produkte vorgesehen waren.

Die Nutzung des Archivguts durch Außenstehende ist zwar die von der Öffentlichkeit im allgemeinen allein wahrgenommene Tätigkeit des Landesarchivs, macht tatsächlich aber nur einen sehr kleinen Teil des archivischen Aufgabenfeldes aus. Aus diesem Grunde können die aus der privaten Nutzung zu erzielenden Einnahmen keinen nennenswerten Beitrag zur Gesamtkostendeckung leisten. Die Archivgutsnutzung zu wissenschaftlichen Forschungszwecken, insbesondere durch Universitäten oder vergleichbare Einrichtungen, ist gebührenfrei.

Die Durchführung der Sicherungsverfilmung in Erfüllung des Kulturgutschutzgesetzes erfolgt im Auftrage des Bundes, der hierzu auch die einzuhaltenden Qualitätsstandards festlegt. Der Bund erstattet die dem Land entstehenden Kosten bis zur Höhe der durch die Sicherungsverfilmung unmittelbar verursachten Personalausgaben; die unmittelbaren Sachmittelausgaben (z.B. Verbrauchsmittel) werden direkt aus dem Bundeshaushalt geleistet.

Die Betreuung der Altregistraturen der aufgelösten Bezirksregierungen gehört nicht zu den originären Aufgaben des Verwaltungsbereichs. Die Kosten für diese Aufgabe sind daher im Leistungsplan gesondert als sonstige Ausgaben ausgewiesen.

Zum Verwaltungsbereich zählen auch acht Dienstwohnungen. Die aus der Vermietung vereinnahmten Beträge sind in der Darstellung "Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag" als sonstige Eigenerlöse ausgewiesen, die den Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt mindern.

Während im Haushaltsplan 2004 in den Darstellungen "Zielkosten der Produkte und des Verwaltungsbereichs" und "Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag" die Produkte aggregiert als Produktbereich "Archivische Information" ausgewiesen wurden, sind - aus Gründen der Transparenz- für das Haushaltsjahr 2005 die Angaben für die einzelnen Produkte des Verwaltungsbereichs aufgeführt. Zum Vergleich die Angaben für den im Haushaltsplan 2004 ausgewiesenen Produktbereich:

Produkte	Leistungsmenge	Zielkosten	Gesamtzielkosten
	-Stück-(Soll) 2004	-EUR-(Soll) 2004	-Tsd. Euro-(Soll) 2004
Produktbereich <b>Archivische Information</b> [Stück Datensatz]	146.000	73,32	10.705

Die in den Abschnitten "Zielkosten der Produkte und des Verwaltungsbereichs" und "Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag", Spalten "Gesamtzielkosten, "Eigenerlöse" und "Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt" ausgewiesenen Beträge sind in Tsd. Euro angegeben, um eine Korrespondenz zu den Angaben des kameraleen Haushaltsteils zu erreichen.

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0206  
Zielkosten der Produkte und des Verwaltungsbereichs

Produkte	Leistungsmenge	Zielkosten	Gesamtzielkosten	Leistungsmenge	Zielkosten	Leistungsmenge	Zielkosten
	-Stück-(Soll) 2005	-EUR-(Soll) 2005	-Tsd. EUR-(Soll) 2005	-Stück-(Soll) 2004	-EUR-(Soll) 2004	-Stück-(Ist) 2003	-EUR-(Ist) 2003
Produkt 1 Archivgutbildung [Stück Datensatz]	100.000	15,13	1.513	-	-	-	-
Produkt 2 Archivgutpflege [Stück Archivgut]	150.000	34,57	5.186	-	-	-	-
Produkt 3 Sicherungsverfilmung [Anzahl Aufnahme]	2.000.000	0,398	796	-	-	-	-
Produkt 4 Benutzung und Auswertung [Stunden]	50.000	56,08	2.804	-	-	-	-
Produkt 5 Ausbildung [Anzahl Auszub.]	17	13.882,35	236	-	-	-	-
<b>Gesamtsumme</b>			<b>10.535</b>				

Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag

	Gesamtzielkosten	Eigenerlöse	Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalts
	-Tsd. EUR-(Soll) 2005	-Tsd. EUR-(Soll) 2005	-Tsd. EUR-(Soll) 2005
Archivgutbildung	1.513	0	1.513
Archivgutpflege	5.186	0	5.186
Sicherungsverfilmung	796	208	588
Benutzung und Auswertung	2.804	126	2.678
Ausbildung	236	0	236
<b>Zwischensumme</b>	<b>10.535</b>	<b>334</b>	<b>10.201</b>
Sonstige Aufgaben			
Altregistraturen der früheren Bezirksregierungen	694		694
Amtshilfe	0	0	0
landesweite Projektarbeit	0	0	0
Bewirtschaftung von Transfermitteln	0	0	0
Sonstige Eigenerlöse		30	- 30
<b>Produktsumme</b>	<b>11.229</b>	<b>364</b>	<b>10.865</b>
Haushaltsausgleich	0		0
<b>Gesamtsumme</b>	<b>11.229</b>	<b>364</b>	<b>10.865</b>

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0206

Überleitungsrechnung Bereichshaushalt (Produkte)		Tsd. EUR	Einnahmen (0-3)					Ausgaben (4-9)					HH- Abgl.	
			0	1	2	3	4	5	6	7	8	9		
+	Verwaltungserträge	126	0	126	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
+	Erträge aus Erstattungen	208	0	208	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
+/-	Bestandsveränderungen	0												
+	sonstige betriebliche Erträge	30	0	30	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
=	<b>Erträge</b>	<b>364</b>												
-	Aufwendungen für Dienstbezüge von Beamten, Angestellten und Arbeitern	6.735	0	0	0	0	6.735	0	0	0	0	0	0	0
-	Versorgung, Beihilfe, ATZ-Kosten	1.022												1.022
-	sonstige Personalaufwendungen	212	0	0	0	0	212	0	0	0	0	0	0	0
=	<b>Personalaufwendungen</b>	<b>7.969</b>												
-	Büro- und Verwaltungsaufwendungen, Aus- und Weiterbildung	117	0	0	0	0	0	117	0	0	0	0	0	0
-	Aufwendungen Kommunikation und Reisen	99	0	0	0	0	0	99	0	0	0	0	0	0
-	Aufwendungen für Mieten, Material sowie für Betriebs- und Instandhaltung	2.512	0	0	0	0	0	719	0	0	0	1.793	0	0
-	Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter	517	0	0	0	0	0	517	0	0	0	0	0	0
-	Erstattungen u. sonstige Aufwendungen	15	0	0	0	0	0	15	0	0	0	0	0	0
-	Abschreibungen	0												0
=	<b>Sachaufwendungen</b>	<b>3.260</b>												
=	<b>Aufwendungen</b>	<b>11.229</b>												
=	<b>Ergebnis nach eigenen Erträgen</b>	<b>10.865</b>												
+	Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt	10.865												10.865
=	<b>Ergebnis nach Landeszuschuss</b>	<b>0</b>												5
+	Erträge aus Beteiligungen, Zinsen und ähnlichen Erträgen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
+	Aufwendungen aus Zinsen und ähnlichen Aufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
=	<b>Finanzergebnis</b>	<b>0</b>												
+	außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
-	außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
+/-	Haushaltsausgleich	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
=	<b>außerordentliches Ergebnis</b>	<b>0</b>												
=	<b>neutrales Ergebnis</b>	<b>0</b>												
=	<b>Gesamtergebnis</b>	<b>0</b>												
-	Investitionen der Hauptgruppe 5	98	0	0	0	0	0	98	0	0	0	0	0	0
-	Investitionen der Hauptgruppe 8	130	0	0	0	0	0	0	0	0	130	0	0	0
=	<b>Einnahmen und Ausgaben des Budgets</b>		0	364	0	0	6.947	1.565	0	0	130	1.793		0
+/-	Einnahmen und Ausgaben außerhalb des Budgets		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		0
=	<b>Kapitelsumme</b>		0	364	0	0	6.947	1.565	0	0	130	1.793		0

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0206

Erläuterungen zu Titeln, Produkten und Bewirtschaftungsregeln

Zu HGr. 4

Beschäftigungsvolumen (in VZE):

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
170,90	155,43	133,97

Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen

**Produkt Archivgutbildung** Bei der Archivgutbildung werden aus dem Schriftgut der Landesverwaltung und der sonstigen Einrichtungen des Landes diejenigen Teile ermittelt, die für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben, für die Sicherung berechtigter privater Belange oder für die Forschung von bleibendem Wert sind, und als Archivgut übernommen, erschlossen und nutzbar gemacht. Die inhaltliche Erschließung des Archivguts in der archivspezifischen ADV ist dabei der letzte Arbeitsgang, so dass die Anzahl der neu hinzugekommenen Datensätze/Jahr - die der o.a. Darstellung "Finanzierungsbedarf zum Produkthaushalt" zugrunde liegende prägende Leistungsmenge - den nutzbaren Archivgutzuwachs widerspiegelt.

**Produkt Archivgutpflege** Im Rahmen der Archivgutpflege wird vorhandenes Archivgut für die dauernde Erhaltung und Verwahrung aufbereitet und bei Bedarf instand gesetzt. Die dieses Produkt prägende Leistungsmenge wird zur Messung der endgültigen Magazinierung verwendet. Darunter ist das Entmetallisieren und Einschlagen des Archivguts in säurefreie Schutzumschläge, das Signieren, das Verpacken in Kartons und die Einlagerung in Magazinregale zu verstehen.

**Produkt Sicherungsverfilmung** Dieses Produkt wird im Auftrage und nach Vorgabe des Bundes erstellt und dient der Sicherung und Erhaltung der Information für den Fall des Verlustes von Archivalien im Katastrophenfall.

**Produkt Benutzung und Auswertung** Das Produkt umfasst die Dienstleistungen des Verwaltungsbereichs für Kunden (Beratung und Unterstützung von Benutzern, Auskunftserteilung, Anfertigung von Reproduktionen etc.) und für seine Teilnahme an der landesgeschichtlichen Forschung (z.B. durch Veröffentlichungen).

**Produkt Ausbildung** Die Ausbildung im Verwaltungsbereich erfolgt in verschiedenen Berufen. Dazu zählt die Ausbildung archivischen Fachpersonals sowie die Ausbildung im Buchbinderhandwerk und der Papierrestaurierung.

Produkt	Kennzahlbezeichnung	Soll-Wert 2005
Archivgutbildung		
▪ Archivgutübernahme	(lfd Meter)	1.000
▪ Verzeichnung	(Anzahl Datensätze)	100.000
Archivgutpflege		
▪ Magazinierung	(Anzahl magazinierte Archivguteinheiten)	150.000
▪ Papierrestaurierung	(Anzahl/Blatt Papier)	140.000
▪ Kartenrestaurierung	(Anzahl/Stück Karten)	4.000
▪ Urkundenrestaurierung	(Anzahl/Stück Urkunden)	350
▪ Sonderrestaurierungsmaßnahmen	(Stunden)	2.500
▪ Schutzverfilmung	(Anzahl Aufnahmen)	2.000.000
Sicherungsverfilmung	(Anzahl Aufnahmen)	2.000.000
Benutzung und Auswertung	(Stunden)	50.000
Ausbildung		
▪ Referendare	(Anzahl)	2
▪ Anwärter -geh. Dienst-	(Anzahl)	3
▪ Auszubildende	(Anzahl)	12

Zu 514 10

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2004	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Kastentransportwagen	1	1	1



---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 812 10**

	<b>Tsd. EUR</b>
<b>Ergänzungsbeschaffung:</b>	
Dampfsterilisator einschließlich Zubehör für die zentrale Restaurierungswerkstatt beim Staatsarchiv in Bückeberg	24
Planschränke für die liegende Aufbewahrung von Karten beim Staatsarchiv in Bückeberg	20
<b>Ersatzbeschaffung:</b>	
Hardware für die IuK-Netze der Staatsarchive	66
Ausstellungsvitrinen für das Staatsarchiv in Bückeberg	10
Aktenvernichter für das Hauptstaatsarchiv in Hannover	10
<b>Zusammen</b>	<b>130</b>

**Einzelplan 02 Staatskanzlei**  
**Kapitel 0291 Fachaufgaben der Regierungsvertretungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>EINNAHMEN</b>					
119 01-8	011	Vermischte Einnahmen		–	–	–	–
		<b>AUSGABEN</b>					
422 01-2	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	–	203	–	+203	–
511 01-5	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	–	–	–	–	–
527 01-9	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	–	–	–	–	–
546 01-3	011	Vermischte Ausgaben	–	–	–	–	–
		<b>Abschluss Kapitel 0291</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		–	–	–	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		–	–	–	
		4 Personalausgaben	–	203	–	+203	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	–	–	–	–	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	–	203	–	+203	
		<b>Zuschuss</b>		203		+203	

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeitereinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
5,53	-	-

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
203	-	-

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

-	Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	5,53
-	Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	-
-	Sonstige Veränderungen	-
		—
	Summe Zugänge	5,53

Abgänge

-	Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	-
-	Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	-
-	Sonstige Veränderungen	-
		—
	Summe Abgänge	-
	Bleibt Zugang	5,53

Einzelplan 02 Staatskanzlei

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Gesamtabschluss Einzelplan 02</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		667	319	+348	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		124	332	-208	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		791	651	+140	
		4 Personalausgaben	—	20.292	19.538	+754	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	4.649	4.989	-340	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	30	2.514	4.023	-1.509	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	438	589	-151	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	2.809	2.694	+115	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	30 30	30.702	31.833	-1.131	
		<b>Zuschuss</b>		29.911	31.182	-1.271	

# **Einzelplan 02**

Staatskanzlei

---

## **Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise**

für das

**Haushaltsjahr 2005**

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamte/-innen</b>			
Feste Gehälter:			
B 9 <sup>1)</sup>	2	2	Staatssekretär/-in
B 6	4	5	Ministerialdirigent/-in
B 3	3	3	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin
B 2	13	13	Ministerialrat/-rätin
Aufsteigende Gehälter:			
A 16	17	17	Ministerialrat/-rätin
A 15 <sup>7)</sup>	10	11	Direktor/-in
A 14 <sup>4)6)</sup>	6	4	Oberrat/-rätin
A 13 h. D.	1	1	Rat/Rätin
A 13	36	36	Oberamtsrat/-rätin
A 12 <sup>5)</sup>	16	16	Amtsrat/-rätin
A 11 <sup>4)</sup>	4	3	Amtmann/-männin/-frau
A 10	1	1	Oberinspektor/-in
A 9 <sup>2)</sup>	1	1	Amtsinspektor/-in
A 9	6	6	Amtsinspektor/-in
A 7	1	1	Obersekretär/-in
	<u>121</u>	<u>120</u>	Zusammen
Leerstellen:			
B 9 <sup>3)</sup>	1	1	Staatssekretär/-in
B 2 <sup>3)</sup>	1	—	Ministerialrat/-rätin
A 16 <sup>3)</sup>	1	—	Ministerialrat/-rätin
A 15 <sup>3)</sup>	—	1	Direktor/-in
A 13 <sup>3)</sup>	—	2	Oberamtsrat/-rätin
A 12 <sup>3)</sup>	1	1	Amtsrat/-rätin
A 9 <sup>3)</sup>	1	1	Amtsinspektor/-in
	<u>5</u>	<u>6</u>	Zusammen

- 1) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 1 zur Bes.-Gr. B 9 NBesO.  
 2) Der/die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.  
 3) kw.  
 4) 1 Stelle kw infolge ZV II.  
 5) 1 Stelle kw ab 1. 1. 2002 am Dienort Hannover infolge ZV I bis 2003.  
 6) Eine Stelle darf von einem/einer Richter/-in bzw. Staatsanwalt/-wältin (Bes.-Gr. R 1 und R 2) verwaltet werden.  
 7) 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 12. 2005 infolge ZV I bis 2003.

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

Zugang:	Stellen
Bes.-Gr. B 2 (Ministerialrat/-rätin)	1 infolge Senkung von Bes.-Gr. B 6 – Ministerialdirigent/-in –
Bes.-Gr. A 14 (Oberrat/-rätin)	2 davon 1 infolge Verlagerung von Kapitel 02 06 1 infolge Verlagerung von Kapitel 03 05
Bes.-Gr. A 11 (Amtmann/-männin/-frau)	1 infolge Verlagerung von Kapitel 03 05
Zusammen	<u>4</u>
Abgang:	Stellen
Bes.-Gr. B 6 (Ministerialdirigent/-in)	1 infolge Senkung nach Bes.-Gr. B 2 – Ministerialrat/-rätin –
Bes.-Gr. B 2 (Ministerialrat/-rätin)	1 infolge Verlagerung nach Kapitel 05 20
Bes.-Gr. A 15 (Direktor/-in)	1 infolge Verlagerung nach Kapitel 02 06
Zusammen	<u>3</u>
Bleibt Zugang	1

**Leerstellen:**

Zugang:	Stellen
Bes.-Gr. B 2 (Ministerialrat/-rätin)	1 neu
Bes.-Gr. A 16 (Ministerialrat/-rätin)	1 neu
Zusammen	<u>2</u>
Abgang:	Stellen
Bes.-Gr. A 15 (Direktor/-in)	1 infolge Wirksamwerden des kw-Vermerks
Bes.-Gr. A 13 (Oberamtsrat/-rätin)	2 infolge Wirksamwerden des kw-Vermerks
Zusammen	<u>3</u>
Bleibt Abgang	1

**Sonstige Veränderungen:**

Die Haushaltsvermerke Nrn. 5 und 7 wurden ergänzt.  
Der Haushaltsvermerk Nr. 4 wurde neu ausgebracht.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte</b>			
Außer- tariflich (B 8) <sup>10)</sup>	1	1	
Außer- tariflich (B 3)	2	2	
Außer- tariflich (B 2)	4	4	
I <sup>1)</sup> <sup>14)</sup>	7	7	
I a	3	3	
III	2	2	
IV a <sup>2)</sup>	3	3	
IV b <sup>9)</sup> <sup>12)</sup>	5	6	
V b <sup>3)</sup>	11	9	
V c <sup>7)</sup> <sup>8)</sup> <sup>11)</sup> <sup>25)</sup>	24	23	
VI b <sup>3)</sup> <sup>13)</sup>	16	19	
VII	5	5	
VIII	1	1	
IX b–VII <sup>2)</sup> <sup>4)</sup> <sup>5)</sup>	13	12	
	<b>97</b>	<b>97</b>	Zusammen
<b>Leerstellen:</b>			
I <sup>23)</sup>	1	1	
III <sup>23)</sup>	1	1	
V c <sup>23)</sup>	1	1	
IX b–VII <sup>23)</sup>	3	4	
	<b>6</b>	<b>7</b>	Zusammen

1) 1 Stelle kw nach Fortfall der Zuweisungsvoraussetzungen.

2) 1 Stelle darf nur mit einer/einem nicht voll beschäftigten Angestellten besetzt werden, deren/dessen durchschnittliche Arbeitszeit nicht mehr als die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

3) Die zweiten Vorzimmerkräfte des Ministerpräsidenten, die erste Vorzimmerkraft des Staatssekretärs/der Staatssekretärin, die Vorzimmerkraft der Leiterin/des Leiters der Presse- und Informationsstelle der Landesregierung (soweit die Leiterin/der Leiter mindestens der Bes.-Gr. B 9 angehört) und die Vorzimmerkraft der Leiterin/des Leiters der Landesvertretung und Bevollmächtigten des Landes sind für die Dauer ihrer Vorzimmer-tätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert. Sie erhalten eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Vergütungen der Verg.-Grn. V b und IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung werden sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt gleichzeitig.

Die zweite Vorzimmerkraft der Staatssekretärin/des Staatssekretärs, der Leiterin/des Leiters der Presse- und Informationsstelle der Landesregierung (soweit die Leiterin/der Leiter mindestens der Bes.-Gr. B 9 angehört), die jeweiligen Sekretärinnen der Abteilungsleiter/-innen, der Referatsgruppenleiter/-innen sind für die Dauer ihrer Vorzimmer-tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhalten sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe.

Nach sechsjähriger Bewährung bleibt die übertarifliche Eingruppierung in Verg.-Gr. VI b auch nach dem Ausscheiden aus dem Vorzimmerdienst erhalten.

Die vorstehend genannten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der tariflichen Zulage gewährt.

Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

Die bis zum 31. 8. 1994 eingesetzte zweite Vorzimmerkraft des Ministers im ehemaligen MB – Hannover – wird nach dem durch die Auflösung des MB bedingten Ausscheiden aus der Vorzimmerfunktion weiterhin wie bisher nach dem Haushaltsvermerk Nr. 1 zu Kapitel 12 01 des Haushaltsplans 1994 (Haushaltsgesetz 1994 vom 20. 12. 1993) eingruppiert und vergütet.

4) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

5) 1 Stelle kw infolge ZV II.

7) 2 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2005 infolge ZV I bis 2003.

8) 1 Stelleninhaber/-in erhält für die Dauer der Tätigkeit im Hause der Landesregierung eine übertarifliche Zulage in Höhe von 135,49 EUR monatlich.

9) 1 Stelleninhaber/-in erhält für die Dauer der Tätigkeit im Hause der Landesregierung eine übertarifliche Zulage von 153,39 EUR monatlich.

10) 1 Stelleninhaber erhält für die Dauer der Verwendung als Leiter der Presse- und Informationsstelle der Landesregierung eine Zulage von 275 EUR monatlich.

11) 1 (1) übertariflich.

12) 1 (1) übertariflich.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			<sup>13)</sup> 1 (1) Stelleninhaber der Verg.-Gr. VI b erhält eine persönliche aufzehrbare Besitzstandszulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem letzten Pauschalloon als Chefkraftfahrer zzgl. aller sonstigen Lohnzulagen und Lohnzuschläge und der tariflichen Vergütung einschl. aller Zulagen und Zuschläge. Die Zulage verringert sich um jeweils die Hälfte des Betrages, um den sich die Bezüge auf Grund einer allgemeinen linearen Erhöhung verbessern; sie verringert sich ferner um jede sonstige Erhöhung der Bezüge. <sup>14)</sup> 1 Stelle kw nach Ausscheiden der/des Stelleninhabers/-in. <sup>23)</sup> kw. <sup>25)</sup> 2 (2) Stellen dürfen nur mit einer/einem nicht voll beschäftigten Angestellten besetzt werden, deren/dessen durchschnittliche Arbeitszeit nicht mehr als die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Angestellte**

Zugang: Verg.-Gr. V b	Stellen 2	davon 1 infolge Herabstufung von einer Stelle der Verg.-Gr. IV b 1 infolge Höherstufung von einer Stelle der Verg.-Gr. VI b	Leerstellen: Abgang: Verg.-Gr. IX b-VII	Stellen 1	infolge Wirksamwerden des kw-Vermerks
Verg.-Gr. V c	1	infolge Höherstufung von einer Stelle der Verg.-Gr. VI b	Zusammen	1	
Verg.-Gr. IX b-VII	2	davon 1 neu 1 infolge Verlagerung von Kapitel 03 05	Sonstige Veränderungen: Die Haushaltsvermerke Nrn. 7, 12, 13 und 25 wurden geändert. Der Haushaltsvermerk Nr. 2 wurde an der Verg.-Gr. IX b-VII ausgebracht. Der Haushaltsvermerk Nr. 5 wurde neu ausgebracht.		
Zusammen	5				
Abgang: Verg.-Gr. IV b	Stellen 1	infolge Herabstufung in eine Stelle der Verg.-Gr. V b			
Verg.-Gr. VI b	3	davon 1 infolge Höherstufung in eine Stelle der Verg.-Gr. V b 1 infolge Höherstufung in eine Stelle der Verg.-Gr. V c 1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 02 06			
Verg.-Gr. IX b-VII	1	infolge Verlagerung nach Kapitel 02 06			
Zusammen	5				

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			<sup>3)</sup> 2 (2) Stelleninhaber/-innen erhalten für die Dauer der Tätigkeit im Hause der Landesregierung eine übertarifliche Zulage von 115,04 EUR monatlich.
	<b>Arbeiter/-innen</b>		
6/6 a	1	1	
4/4 a <sup>3)</sup>	9	9	
3/3 a	3	3	
2/2 a <sup>3)</sup>	7	7	
1/1 a	1	1	
	21	21	Zusammen

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

**Arbeiter/-innen**

Sonstige Veränderungen:  
An der Lohn-Gr. 3/3a wurde der Haushaltsvermerk Nr. 3 gestrichen.  
An der Lohn-Gr. 4/4a wurde der Haushaltsvermerk Nr. 3 ausgebracht.  
Der Haushaltsvermerk Nr. 3 wurde geändert.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamte/-innen</b>			
B 2	1	1	Feste Gehälter: Präsidentin/Präsident des Landesarchivs
A 16 <sup>9)</sup>	3	3	Aufsteigende Gehälter: Leitende(r) Direktor/-in
A 15	8	7	Direktor/-in
A 14	12	13	Oberrat/-rätin
A 13	4	4	Rat/-rätin
A 13	2	2	Oberamtsrat/-rätin
A 12	3	3	Amtsrat/-rätin
A 11	7	7	Amtmann/-frau
A 10	6	6	Oberinspektor/-in
A 9 <sup>10)</sup>	6	4	Inspektor/-in
A 9	1	1	Amtsinspektor/-in
A 7 <sup>11)</sup>	2	—	Obersekretär/-in
A 6 <sup>12)</sup>	2	—	Sekretär/-in
A 6	3	3	Betriebsassistent/-in
A 5 <sup>1)2)8)</sup>	11	11	Betriebsassistent/-in
A 4 <sup>5)</sup>	1	1	Hauptaufseher/-in
	<b>72</b>	<b>66</b>	<b>Zusammen</b>
			Leerstellen:
A 14 <sup>6)</sup>	1	1	Oberrat/-rätin
A 13 <sup>7)</sup>	1	1	Rat/-rätin
A 10	1	—	Oberinspektor/-in
A 9 <sup>7)</sup>	1	1	Amtsinspektor/-in
	<b>4</b>	<b>3</b>	<b>Zusammen</b>

- 1) 8 (8) DW.  
 2) 2 (2) Stelleninhaber/-innen erhalten eine Hausdienstvergütung nach Lohngruppe 2a.  
 5) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 2 zur Bes.-Gr. A 4 BBesO.  
 6) 1 (1) Stelle für die Zuweisung einer Beamtin/eines Beamten an das Historische Institut in Rom.  
 7) kw.  
 8) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage nach Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 5 BBesO.  
 9) 1 (1) Leitende(r) Archivdirektor/-in – als Leiter/-in des Hauptstaatsarchivs in Hannover. Er/Sie erhält eine Amtszulage nach Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 16 LBesO.  
 10) 2 (–) kw mit Ablauf des 31. 12. 2009 infolge ZV II (Fünftelung).  
 11) 1 (–) kw mit Ablauf des 31. 12. 2009.  
 12) 1 (–) kw mit Ablauf des 31. 12. 2009 infolge ZV II (Fünftelung).

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	1	infolge Verlagerung von Kapitel 02 01
Bes.-Gr. A 9	2	} infolge Verlagerung von Kapitel 03 05
Bes.-Gr. A 7	2	
Bes.-Gr. A 6	2	
Zusammen	<u>7</u>	
Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	1	infolge Verlagerung nach Kapitel 02 01
Zusammen	<u>1</u>	
Bleibt Zugang	6	

Leerstellen:	
Zugang:	Stellen
Bes.-Gr. A 10	1
	infolge Elternzeit
Zusammen	<u>1</u>

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 10, 11 und 12 sind neu ausgebracht worden.  
 Änderung der Stellenbezeichnung von „Ministerialrat/-rätin“ in „Präsidentin/Präsident“ des Landesarchivs.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Beamtete Hilfskräfte</b>			
A 9 <sup>21)</sup>	1	—	Inspektor/-in z. A.
	1	—	Zusammen
<b>Angestellte</b>			
IV b	3	3	
V b	11	11	
V c <sup>1)</sup> <sup>17)</sup>	12	11	
VI b <sup>8)</sup>	12	9	
VII <sup>4)</sup> <sup>5)</sup> <sup>9)</sup> <sup>13)</sup> <sup>18)</sup> <sup>19)</sup>	22	16	
VIII <sup>6)</sup> <sup>11)</sup> <sup>12)</sup> <sup>16)</sup> <sup>20)</sup>	28	27	
IX b–VII <sup>14)</sup> <sup>15)</sup>	1	—	
	89	77	Zusammen
			Leerstellen:
VII <sup>22)</sup>	2	1	
	2	1	Zusammen

- <sup>1)</sup> 6 (6) der Angestellten sind für die Dauer ihrer Tätigkeit im Archivdienst übertariflich in die Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert.
- <sup>4)</sup> 1 (1) kw.
- <sup>5)</sup> 1 (1) kw nach Ausscheiden des/der Stelleninhabers/-in (Staatsarchiv Oldenburg).
- <sup>8)</sup> 1 (1) Stelle der Verg.-Gr. VI b und 1 (1) Stelle der Verg.-Gr. VIII darf nur mit einem Bediensteten/einer Bediensteten mit höchstens 50 v. H. der regelmäßigen Wochenarbeitszeit eines/einer Vollbeschäftigten besetzt werden.
- <sup>9)</sup> 1 (-) kw zum 31. 12. 2009 (Sondermaßnahme „Beseitigung von Schimmelpilzbefall an Archivalien“).
- <sup>11)</sup> 6 (-) kw zum 31. 12. 2009 (Sondermaßnahme „Beseitigung von Schimmelpilzbefall an Archivalien“).
- <sup>12)</sup> 1 (-) kw zum 30. 06. 2005 infolge ZV II.
- <sup>13)</sup> 1 (-) kw zum 31. 12. 2013.
- <sup>14)</sup> Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S 829) nachgewiesen.
- <sup>15)</sup> 1 (-) Stelle der Verg.-Gr. IX b–VII darf nur mit einer/einem Bediensteten mit höchstens 50 v. H. der regelmäßigen Wochenarbeitszeit einer/eines Vollbeschäftigten besetzt werden.
- <sup>16)</sup> 4 (-) kw mit Ablauf des 31. 12. 2009 infolge ZV II (Fünftelung).
- <sup>17)</sup> 1 (-) kw mit Ablauf des 31. 12. 2009 infolge ZV II (Fünftelung).
- <sup>18)</sup> 1 (-) kw mit Ablauf des 31. 12. 2009.
- <sup>19)</sup> 1 (-) kw mit Ablauf des 31. 12. 2009 infolge ZV II (Fünftelung).
- <sup>20)</sup> 1 (-) kw mit Ablauf des 31. 12. 2009.
- <sup>21)</sup> 1 (-) kw mit Ablauf des 31. 12. 2009 infolge ZV II (Fünftelung).
- <sup>22)</sup> 1 (-) kw.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Beamtete Hilfskräfte**

Zugang:	Stellen
Bes.-Gr. A 9	1 infolge Verlagerung von Kapitel 03 05
Zusammen	1

**Angestellte**

Zugang:	Stellen
Verg.-Gr. V c	1 infolge Verlagerung von Kapitel 03 05
Verg.-Gr. VI b	3 davon 1 infolge Verlagerung von Kapitel 02 01 2 infolge Verlagerung von Kapitel 03 05
Verg.-Gr. VII	6 davon 1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kapitel 04 20 5 infolge Verlagerung von Kapitel 03 05
Verg.-Gr. VIII	1 infolge Verlagerung von Kapitel 03 05
Verg.-Gr. IX b–VII	1 infolge Verlagerung von Kapitel 02 01
Zusammen	12
Leerstellen:	Stellen
Zugang:	1 infolge Verlagerung von Kapitel 03 05
Verg.-Gr. VII	
Zusammen	1

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21 und 22 sind neu ausgebracht worden.

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			<sup>3)</sup> 1 (1) kw nach Ausscheiden des/der Stelleninhabers/-in (Staatsarchiv Stade).
			<sup>5)</sup> kw.
			<sup>6)</sup> Davon 1 (1) kw nach Beendigung der Ausbildung.
<b>Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst</b>			
A 13 <sup>6)</sup>	2	3	Referendar/-in
A 9 <sup>6)</sup>	3	3	Inspektor/-Anwärter/-in
	5	6	Zusammen
<b>Arbeiter/-innen</b>			
2 a	1	1	
2/2 a	11	11	
3/3 a <sup>3)</sup>	2	2	
4 <sup>5)</sup>	1	1	
	15	15	Zusammen
Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen			

**Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst**

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13	1	infolge Beendigung des höheren Ausbildungsbedarfs
Zusammen	1	

Einzelplan 02 Staatskanzlei  
 Kapitel 02 91 Fachaufgaben der Regierungsvertretungen

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<sup>1)</sup> 1 kw nach Ausscheiden des Stelleninhabers.			
<b>Planmäßige Beamte/-innen</b>			
A 13 <sup>1)</sup>	1	—	Oberamtsrat/-rätin
A 10	1	—	Oberinspektor/-in
A 9	3	—	Inspektor/-in
	<u>5</u>	—	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

Zugang:	Stellen
Bes.-Gr. A 13 (Oberamtsrat/-rätin)	1 infolge Verlagerung von Kapitel 03 05
Bes.-Gr. A 10 (Oberinspektor/-in)	1 infolge Verlagerung von Kapitel 03 05
Bes.-Gr. A 9 (Inspektor/-in)	3 infolge Verlagerung von Kapitel 03 05
Zusammen	<u>5</u>

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<sup>1)</sup> Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S 829) nachgewiesen.			
<b>Angestellte</b>			
IX b-VII <sup>1)</sup>	1	—	
	<u>1</u>	—	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Angestellte**

Zugang:	Stellen
Verg.-Gr. IX b-VII	1 infolge Verlagerung von Kapitel 03 05
Zusammen	<u>1</u>

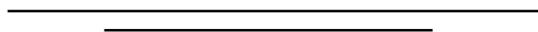
**Haushaltsplan**

für das

**Haushaltsjahr 2005**

**Einzelplan 03**

**Ministerium für Inneres und Sport**





# Vorwort zum Einzelplan 03

## A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Einzelplan 03 enthält die Einnahmen und Ausgaben des Geschäftsbereichs des Ministeriums für Inneres und Sport, im Einzelnen:

- I. des Ministeriums für Inneres und Sport (Kapitel 03 01),
- II. der Allgemeinen Bewilligungen (Kapitel 03 02),
- III. des Ministeriums für Inneres und Sport – Regierungsvertretungen – (Kapitel 03 03),
- IV. der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege, budgetiert nach §17a LHO (Kapitel 03 04),
- V. des Brandschutzes (Kapitel 03 07) mit den Landesfeuerwehrschulen Celle und Loy,
- VI. des Landesamtes für Statistik, budgetiert nach §17a LHO (Kapitel 03 09),
- VII. der Kampfmittelbeseitigung (Kapitel 03 11),
- VIII. des Notrufs 110 (Kapitel 03 12),
- IX. des Präventionsprogramms Polizei/Sozialarbeiter (Kapitel 03 13),
- X. des Studieninstituts des Landes Niedersachsen, budgetiert nach §17a LHO (Kapitel 03 14),
- XI. der Wiedergutmachung (Kapitel 03 15),
- XII. des Landesbetriebes "Informatikzentrum Niedersachsen" -IZN- (Kapitel 03 16),
- XIII. des Landesbetriebes "Landesvermessung und Geobasisinformation Niedersachsen" -LGN- (Kapitel 03 17),
- XIV. 14 Vermessungs- und Katasterbehörden als Teil der Behörden für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften - GLL - , budgetiert nach § 17a LHO (Kapitel 03 18),
- XV. der Landespolizei (Kapitel 03 20) mit den Polizeibehörden
  - a) Polizeidirektionen Braunschweig, Göttingen, Hannover, Lüneburg, Oldenburg und Osnabrück, - hierzu zählen auch die unselbstständigen Dienststellen, die den Polizeibehörden nachgeordnet sind-,
  - b) Polizeibehörde für zentrale Aufgaben -Zentrale Polizeidirektion- (ZPD) - hierzu gehören die Polizeidienststellen
    - a) Landesbereitschaftspolizei (LBPN) mit ihren drei Abteilungen,
    - b) Polizeiamt für Technik und Beschaffung (PATB NI),
    - c) Wasserschutzpolizeiamt Niedersachsen
    - d) Polizeihubschrauberstaffel
  - c) Landeskriminalamt Niedersachsen in Hannover und der polizeilichen Einrichtung Bildungsinstitut der Polizei (BIP NI),
- XVI. des Landesbetriebes "Logistikzentrum Niedersachsen" -LZN- (Kapitel 03 21),
- XVII. des Grenzdurchgangslagers Friedland (03 24),
- XVIII. der Asylbewerber, Kontingent- und sonstigen ausländischen Flüchtlingen; Zentrale Aufnahme- und Ausländerbehörden (Kapitel 03 26),
- XIX. der Sportförderung (Kapitel 03 31),
- XX. des Landesbeauftragten für den Datenschutz, budgetiert nach § 17a LHO (Kapitel 03 80),
- XXI. des Landesamtes für Verfassungsschutz (Kapitel 03 90).

## B. Organisatorische Veränderungen

Durch Beschluss der Landesregierung wird mit Wirkung vom 1.1.2005 die Aufgabe „Betrieb des Internet-Auftritts des Landes“ von der StK zum MI verlagert.

Entsprechende Mittelumsetzungen sind von Kapitel 0202 nach Kapitel 03 02 vorgenommen worden.

Durch Beschluss der Landesregierung vom 07.09.2004 werden mit Wirkung vom 01.01.2005 vier Regierungsvertretungen als Referate des MI eingerichtet, in denen Aufgaben des MI und anderer Ministerien wahrgenommen werden.

Die Aufgaben sind folgenden Bereichen zugeordnet:

Unterstützung der regionalen Entwicklung, Verwaltungsaufgaben mit regionalem Bezug und Service- und Unterstützungsaufgaben.

Entsprechende Stellen- und Mittelumsetzungen sind von Kapitel 03 05 nach Kapitel 03 03 vorgenommen worden.

Durch das „Gesetz zur Modernisierung der Verwaltung in Niedersachsen“ vom 5.11.2004 werden mit Ablauf des 31.12.2004 die Bezirksregierungen aufgelöst und mit Wirkung vom 1.1.2005 folgende Aufgaben auf das MI verlagert:

Fachaufsicht über die kommunalen Einbürgerungsbehörden und die Behörden der unteren Standesamtsaufsicht;

Stiftungsaufsicht, Aufsicht über wirtschaftliche Vereine; Enteignungen;

Dienst- und Fachaufsicht über die Aufnahmeeinrichtungen; Aufgaben nach Aufnahme und nach Asylbewerberleistungsgesetz;

Kommunalaufsicht über die Landkreise, Landeshauptstadt Hannover, Stadt Göttingen, kreisfreien Städte, großen selbständigen Städte und die Region Hannover,

Dienst- und Fachaufsicht über die Dienststellen der Vermessungs- und Katasterverwaltung in der Ortsinstanz und die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure (ÖbVI) sowie die Fachaufsicht über die sonstigen Vermessungsstellen,  
Aus- und Fortbildung des Rettungspersonals, Prüfungsabnahmen, Anerkennung von Schulen und Weiterbildungsstätten, Verkehrsmedizin, Luftrettung  
sowie die Geschäftsführung für den Prüfungsausschuss „Vorschlagswesen in der Landesverwaltung“.

Die bisher in den Informations- und Kommunikationsdezernaten der Bezirksregierungen gebündelten IT-Dienstleistungen werden mit Wirkung vom 1.1.2005 zum IZN verlagert. Die bisher bei den Bezirksregierungen angesiedelten Aufgaben als Sparkassenaufsichtsbehörde und der Spielbankenaufsicht sowie die Fiskuserbschaften gehen mit Wirkung vom 1.1.2005 in den Geschäftsbereich des MF.

Die anderen bis zum 31.12.2004 in den Bezirksregierungen ausgeführten Aufgaben, die zu den Geschäftsbereichen anderer Ressorts gehören, werden durch die „Modernisierungsgesetze“ bzw. mit Beschluss der Landesregierung zu den „Feinkonzepten“ der jeweiligen Ressorts in die Ressortbereiche verlagert.

Entsprechende Stellen- und Mittelverlagerungen sind wie folgt vorgenommen worden:

- von Kapitel 03 05 nach Kapitel 02 01
- von Kapitel 03 05 nach Kapitel 03 01
- von Kapitel 03 05 nach Kapitel 03 02
- von Kapitel 03 05 nach Kapitel 03 03
- von Kapitel 03 05 nach Kapitel 03 04
- von Kapitel 03 05 nach Kapitel 03 07
- von Kapitel 03 05 nach Kapitel 03 14
- von Kapitel 03 05 nach Kapitel 03 18
- von Kapitel 03 05 nach Kapitel 03 20
- von Kapitel 03 05 nach Kapitel 03 26
- von Kapitel 03 05 nach Kapitel 03 90
- von Kapitel 03 05 nach Einzelplan 02
- von Kapitel 03 05 nach Einzelplan 04
- von Kapitel 03 05 nach Einzelplan 05
- von Kapitel 03 05 nach Einzelplan 06
- von Kapitel 03 05 nach Einzelplan 07
- von Kapitel 03 05 nach Einzelplan 08
- von Kapitel 03 05 nach Einzelplan 09
- von Kapitel 03 05 nach Einzelplan 11
- von Kapitel 03 05 nach Einzelplan 15
- von Kapitel 03 20 nach Kapitel 04 01

Durch Beschluss der Landesregierung vom 13.7.2004 werden mit Wirkung vom 1.1.2005 aus den bisherigen Vermessungs- und Katasterbehörden der Ortsstufe, den Ämtern für Agrarstruktur, den Domänenämtern und der Staatlichen Moorverwaltung 14 Behörden für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften (GLL) gebildet. Die entsprechenden Stellen und Haushaltsmittel werden getrennt in den bisherigen Kapiteln 03 18, 09 10, 09 30 und 09 31 veranschlagt und bewirtschaftet.

Infolge der Auflösung der Bezirksregierungen werden mit Wirkung vom 1.1.2005 die Aufgaben der Dezernate 207 ins MI, in die Behörden für GLL und in den Landesbetrieb LGN verlagert. Entsprechende Stellen- und Mittelumsetzungen sind wie folgt vorgenommen worden:

- von Kapitel 03 05 nach Kapitel 03 01, 03 17 und 03 18 sowie
- von Kapitel 03 18 nach Kapitel 03 01 und 03 17.

Durch das „Gesetz zur Umorganisation der Polizei und zur Änderung dienst- und personalrechtlichen Bestimmungen“ vom 16.9.2004 sind mit Wirkung vom 1.11.2004 die Aufgaben Brandschutz und Katastrophenschutz innerhalb des Geschäftsbereichs MI von den Bezirksregierungen auf die Polizeidirektionen verlagert worden.

Entsprechende Stellen- und Mittelumsetzungen sind von Kapitel 03 05 nach Kapitel 03 20 vorgenommen worden.

Durch Beschluss der Landesregierung vom 16.3.2004 (Nds. MBl. S. 215) ist mit Wirkung vom 1.4.2004 die Aufgabe „Kampfmittelbeseitigung“ vom MU zum MI verlagert worden.

Entsprechende Stellen- und Mittelumsetzungen sind von Kapitel 15 42 nach Kapitel 03 11 vorgenommen worden.

Aufgrund des Beschlusses der Landesregierung vom 13.7.2004 i.V.m. dem Beschluss der Landesregierung vom 8.6.2004 wird mit Wirkung vom 1.1.2005 je eine Zentrale Aufnahme- und Ausländerbehörde in Braunschweig (ZAAB Braunschweig) und in Oldenburg (ZAAB Oldenburg) eingerichtet. Die ZAAB Braunschweig hat Außenstellen in Langenhagen, Lüneburg und Goslar. Die Landesaufnahmestelle Bramsche wird der Zentralen Aufnahme- und Ausländerbehörde Oldenburg als Außenstelle angegliedert.

Die Zentralen Aufnahme- und Ausländerbehörden nehmen folgende Aufgaben wahr:

- Aufnahmeeinrichtungen und angegliederte Gemeinschaftsunterkünfte nach dem Asylverfahrensgesetz
- Aufnahme- und Verteilbehörden nach dem Aufenthaltsgesetz
- Aufgaben der Zentralen Ausländerbehörden.

Entsprechende Stellen- und Mittelumsetzungen sind wie folgt vorgenommen worden:

- von Kapitel 03 23 nach Kapitel 03 26 und von Kapitel 03 05 nach Kapitel 03 26.

**C. Hochbaumaßnahmen**

Die Hochbaumaßnahmen für den Geschäftsbereich des MI sind im Kapitel 20 11 des Einzelplanes 20 -Hochbaumaßnahmen- ausgewiesen.

**D. Persönlichen Verwaltungsausgaben**

Hinsichtlich der persönlichen Verwaltungsausgaben für 2005 wird auf die "Allgemeinen Bemerkungen zur Veranschlagung der Personalausgaben" im Vorbericht hinter der Begründung zu den "Allgemeinen Bestimmungen" verwiesen.

**E. Allgemeiner Haushaltsvermerk**

Gegenseitig deckungsfähig sind innerhalb des Einzelplans 03 die in den Kapiteln 0301, 0302, 0303, 0313, 0320, 0324, 0326 und 0390 veranschlagten Ausgaben außerhalb von Titelgruppen der Obergruppen 51 bis 54 mit Ausnahme der Titel 514 13, 529 10, 532 11 und 547 11 soweit sie

1. nicht übertragbar sind,
2. nicht mit Ausgaben außerhalb des Deckungskreises deckungsfähig sind und
3. nicht mit Einnahmen korrespondieren.

## Epl. 03

## Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen					Gesamteinnahmen	Personalausgaben	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst
		0	1	2	3				
		Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
0301	Ministerium für Inneres und Sport	—	122	482	345	949	36.892	1.768	
0302	Allgemeine Bewilligungen	—	252	2.936	—	3.188	760	34.144	
0303	Ministerium für Inneres und Sport (Regierungsvertretungen)	—	106	235	—	341	6.472	960	
0304	Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege	—	28	650	—	678	11.795	1.804	
0307	Brandschutz	—	316	1.103	—	1.419	3.125	2.206	
0309	Landesamt für Statistik	—	182	75	—	257	19.524	3.359	
0311	Kampfmittelbeseitigung	—	151	4.691	—	4.842	2.172	6.137	
0312	Notruf 110	—	16	—	—	16	—	1.045	
0313	Präventionsprogramm Polizei/ Sozialarbeiter	—	—	—	—	—	373	16	
0314	Studieninstitut des Landes Niedersachsen - budgetiert -	—	41	2.635	—	2.676	1.415	1.303	
0315	Wiedergutmachung	—	8	50	—	58	—	—	
0316	Informatikzentrum Niedersachsen (IZN)	—	1.000	—	—	1.000	—	—	
0317	Landesvermessung und Geobasisinformation Niedersachsen	—	—	300	—	300	—	300	
0318	Vermessungs- und Katasterverwaltung - budgetiert -	—	47.100	—	—	47.100	98.581	15.917	
0320	Landespolizei	—	21.277	970	392	22.639	818.333	106.268	
0321	Logistik Zentrum Niedersachsen	—	—	—	—	—	—	—	
0323	Landesaufnahmestelle Bramsche	—	—	—	—	—	—	—	
0324	Grenzdurchgangslager Friedland	—	289	10.021	—	10.310	5.439	4.298	
0326	Asylbewerber, Kontingent- und sonst. ausländ. Flüchtlinge; Zentrale Aufnahme- und Ausländerbehörden	—	2.713	482	—	3.195	13.739	9.355	
0331	Sportförderung	—	55	—	—	55	—	63	
0380	Landesbeauftragter für den Datenschutz	—	27	—	—	27	926	209	

**gaben und Verpflichtungsermächtigungen**

**Epl. 03**

Ausgaben					2005 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 - Sp. 14)	2004 Überschuss Zuschuss (-)	2005 Verbesserung Verschlechterung (-) (Sp. 15 - Sp. 16)	Verpflichtungs- ermächtigungen
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsför- dermaßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben				
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
15	—	323	-7.963	31.035	-30.086	-24.892	-5.194	—
19.587	—	601	175	55.267	-52.079	-51.913	-166	1.400
59	—	—	6.750	14.241	-13.900	—	-13.900	—
3	—	130	1.704	15.436	-14.758	-12.653	-2.105	—
2.229	301	28.385	2.556	38.802	-37.383	-34.960	-2.423	—
137	—	—	—	23.020	-22.763	-24.247	1.484	—
—	—	85	—	8.394	-3.552	—	-3.552	—
—	—	700	—	1.745	-1.729	-1.245	-484	—
—	—	—	—	389	-389	-410	21	—
—	—	—	168	2.886	-210	5	-215	—
28.272	—	—	—	28.272	-28.214	-28.478	264	—
1.788	—	—	—	1.788	-788	-9.132	8.344	—
19.651	—	319	—	20.270	-19.970	-19.056	-914	—
15	—	1.078	7.122	122.713	-75.613	-71.313	-4.300	—
4.354	—	29.108	31.463	989.526	-966.887	-957.233	-9.654	9.750
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	-5.341	5.341	—
1.206	—	180	923	12.046	-1.736	-1.401	-335	—
146.633	—	88	1.252	171.067	-167.872	-166.556	-1.316	—
24.488	—	5.978	—	30.529	-30.474	-34.249	3.775	—
—	—	44	—	1.179	-1.152	-1.237	85	—

**Epl. 03****Übersicht über die Einnahmen, Aus**

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen					Gesamteinnahmen	4 Personalausgaben	5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	6 Tsd. EUR			
1	2	3 Tsd. EUR	4 Tsd. EUR	5 Tsd. EUR	6 Tsd. EUR	7 Tsd. EUR	8 Tsd. EUR	9 Tsd. EUR	
0390	Landesamt für Verfassungsschutz	—	39	—	—	39	10.466	2.200	
	Weggefallene Kapitel								
	Summe 2005	—	73.722	24.630	737	99.089	1.030.012	191.352	
	Summe 2004	—	90.815	26.891	993	118.699	1.077.542	197.812	
	2005 mehr(+)/weniger(-)	—	-17.093	-2.261	-256	-19.610	-47.530	-6.460	

**gaben und Verpflichtungsermächtigungen**

**Epl. 03**

Ausgaben					2005 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 - Sp. 14)	2004 Überschuss Zuschuss (-)	2005 Verbesserung Verschlechterung (-) (Sp. 15 - Sp. 16)	Verpflichtungs- ermächtigungen
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsför- dermaßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben				
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
108	—	286	—	13.060	-13.021	-11.964	-1.057	—
						-97.020	97.020	
248.545	301	67.305	44.150	1.581.665	-1.482.576	-1.553.295	70.719	11.150
269.400	3.615	79.853	43.772	1.671.994				42.412
-20.855	-3.314	-12.548	+378	-90.329				-31.262

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0301 Ministerium für Inneres und Sport**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
111 01-4	011	Gebühren und tarifliche Entgelte		33	87	-54	412
119 01-5	011	Vermischte Einnahmen		69	30	+39	20
119 04-0	011	Einnahmen aus dem Verkauf des Firmentik- kets von Verkehrsunternehmen an Landes- bedienstete <i>Vgl. K-Vermerk zu 546 04.</i>		—	—	—	111
119 30-9	960	Vermischte Einnahmen		—	—	—	—
124 01-9	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		4	4	—	3
132 01-1	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		1	1	—	1
132 11-9	011	Erlöse aus der Veräußerung personenbezo- gener Dienstkraftfahrzeuge <i>Vgl. K-Vermerk zu 811 11.</i>		—	—	—	—
182 10-8	011	Rückflüsse aus Darlehen an Landesbedien- stete für Rechtsschutz		15	15	—	6
235 01-5	011	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbe- schaffung		—	—	—	3
281 10-6	011	Erstattungen und Zuweisungen		52	—	+52	—
281 17-3	011	Erstattungen von Beihilfepauschalen durch Landesbetriebe		430	532	-102	—
381 10-0	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Lan- deshaushalts		345	331	+14	296
<b>AUSGABEN</b>							
412 10-3	011	Entschädigung an Vorsitzende der Eini- gungsstellen gem. § 73 b Abs. 4 Nds. PersVG. und § 48 Abs. 3 Nds. Richtergesetz	—	1	1	—	0
421 01-3	011	Bezüge der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten, der Ministerin oder des Ministers	—	143	150	-7	231
421 02-1	011	Bezüge der Ministerin oder des Ministers - Übergangsgeld -	—	18	—	+18	—
422 01-0	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtin- nen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbud- gets <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zula- sten 0302-685 12.</i>	—	20.806	16.525	+4.281	11.922
422 06-0	011	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
422 10-9	960	Leistungsprämien	—	—	—	—	—
422 19-2	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	267
422 31-1	011	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Frei- stellung bei Personalüberhang	—	—	98	-98	367
425 01-9	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	3.735
425 04-3	011	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	35	34	+1	13
425 06-0	011	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1	1	—	0
426 01-5	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	511
426 03-1	011	Löhne der ständigen, nur stundenweise be- schäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 0301**

**Allgemeiner Vermerk:**

Sonderkosten für Polizeivollzugs- und Verwaltungsbeamte/-innen, die dem Niedersächsischen Innenministerium angehören, sind im Haushalt der Landespolizei – 03 20 – mit veranschlagt.

Dazu gehören:

- a) Kosten für das Fernsprechnetz der Polizei 511 01 u. TGr. 69/70
  - b) Haltung von Dienstkraftfahrzeugen (nur für den/die Landespolizeidirektor/-in) 514 01
  - c) Bewegungsgelder für Polizeivollzugsbeamte/-innen im Kriminaldienst 527 10
  - d) Kosten für Sportzwecke 511 01 u.a.
  - e) Heilfürsorge Titelgruppe 64
  - f) Bekleidungszuschuss für Polizeivollzugsbeamte/-innen im Kriminaldienst Titelgruppe 65
  - g) Unterhaltung sowie Ersatz von Bekleidung und Ausrüstung Titelgruppe 65
  - h) Kosten für Aus- und Fortbildung Titelgruppe 67
  - i) Kosten für Waffen und Munition Titelgruppe 68
- Vgl. Allgemeinen Vermerk zu Kapitel 03 20.

**Zu 111 01**

Verwaltungskosten (Gebühren und Auslagen) nach dem Nds. Verwaltungskostengesetz – Nds. Verw.KostG. – i. d. F. vom 2. 12. 1974 (Nieders. GVBl. S. 531) sowie Einnahmen aufgrund der VO über die Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen und Leistungen (Allg. GebO) vom 5. 6. 1997 (Nieders. GVBl. S. 171) in der jeweils geltenden Fassung.

**Zu 132 11**

Nach den Kfz-Richtlinien dürfen personenbezogene Dienstkraftfahrzeuge durch neue Fahrzeuge ersetzt werden, wenn in Höhe der jeweils zu erwartenden Verwertungserlöse mindestens gleichwertige Ersatzbeschaffungen vorgenommen werden können.

**Zu 281 17**

Erstattungen von	
	2005 Tsd. EUR
03 16 (IZN)	193
03 17 (LGN)	229
03 20 (LZN)	8
Zusammen	430

**Zu 381 10**

Erstattung der auf die Fachaufsicht über das Grenzdurchgangslager Friedland entfallenden persönlichen Verwaltungsausgaben (vgl. 03 24 – 981 02) sowie Zuführung von 03 07 – 981 10 für die Personal- und Sachkosten der mit Aufgaben des Brandschutzes befassten Bediensteten des Ministeriums für Inneres und Sport.

Zuführung von

	2005 Tsd. EUR
03 07 – 981 10	324
03 24 – 981 02	21
Zusammen	345

**Zu 412 10**

Der/Die Vorsitzende einer Einigungsstelle – § 73 b Abs. 4 Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz und § 48 Abs. 3 Niedersächsisches Richterergesetz – erhält für jeden bearbeiteten Einzelfall eine Vergütung von 102,26 EUR, in jedem Jahr der Wahlperiode der Personalräte jedoch nicht mehr als 511,29 EUR.

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
434,13	329,31	321,46

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
20 806	16 525	16 383

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig) 114,22
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)
- Sonstige Veränderungen

Summe Zugänge 114,22

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig) 6,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)
- Sonstige Veränderungen 3,40

Summe Abgänge 9,40

Bleibt Zugang 104,82

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0301 Ministerium für Inneres und Sport**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
			2005				
			2004				
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
426 04-0	011	Löhne der auszubildenden Kräfte	—	—	—	—	—
426 06-6	011	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1	1	—	33
427 01-1	011	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	10	10	—	—
427 39-9	011	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
441 01-4	940	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	—	15.512	17.542	-2.030	16.136
441 02-2	940	Beihilfen für Angestellte	—	114	119	-5	108
441 03-0	940	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	23	19	+4	22
441 04-9	940	Beihilfen für Sonstige	—	—	—	—	—
441 10-3	940	Pflegebeihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	—	30	40	-10	21
443 01-7	940	Fürsorgeleistungen	—	160	246	-86	160
443 02-5	940	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	—	—	—	—
453 01-2	011	Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	38	15	+23	49
453 11-0	011	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	—	—	—
459 10-0	011	Vergütungen für Arbeitnehmererfindungen	—	—	—	—	—
511 01-2	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände *** Der im Vorwort unter Buchstabe E aufgeführte allgemeine Haushaltsvermerk ist für die Bewirtschaftung verbindlich.	—	397	299	+98	253
514 01-1	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	40	45	-5	33
517 01-0	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	490	460	+30	490
518 01-7	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	53	53	—	53
518 02-5	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	40	40	—	23
519 01-3	011	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	40	40	—	94
519 02-1	011	Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	20	30	-10	12
525 01-3	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	58	58	—	22
526 01-0	011	Sachverständige	—	32	32	—	8
526 02-8	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	10	10	—	1
526 10-9	011	Kosten des Landespersonalausschusses	—	2	2	—	0
527 01-6	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	140	150	-10	93
527 02-4	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenanlagen	—	50	50	—	41
529 10-8	011	Zur Verfügung des Ministers oder der Ministerin	—	5	5	—	2
531 10-2	011	Veröffentlichungen und sonstige Öffentlichkeitsarbeit *** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4	—	50	50	—	26

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 441 01**

Weniger wegen Verlagerung in andere Einzelpläne im Zusammenhang mit der Auflösung der Bezirksregierungen.

**Zu 511 01**

Gegenseitig deckungsfähig sind innerhalb des Einzelplans 03 die in den Kapiteln 0301, 0302, 0303, 0320, 0324, 0326 und 0390 veranschlagten Ausgaben außerhalb von Titelgruppen der Obergruppen 51 bis 54 - mit Ausnahme der Titel 514 13, 529 10, 532 11 und 547 11 soweit sie

1. nicht übertragbar sind,
2. nicht mit Ausgaben außerhalb des Deckungskreises deckungsfähig sind und
3. nicht mit Einnahmen korrespondieren.

**Zu 514 01**

**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen (2005)**

	Ist 1. 1. 2004	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Pkw	6	6	6
Kleintraktoren	1	1	1

**Zu 519 02**

Insbesondere Kosten technischer Einrichtungen zur Überwachung der Dienstgebäude.

**Zu 526 10**

Aufgrund der §§ 116 ff. des Niedersächsischen Beamtengesetzes (NBG) in der jeweils geltenden Fassung ist ein Landespersonalaus-schuss gebildet worden, für den beim Ministerium für Inneres und Sport eine Geschäftsstelle eingerichtet worden ist.

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0301 Ministerium für Inneres und Sport**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
noch 531 10-2		<i>LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.</i>					
546 01-0	011	Vermischte Ausgaben	—	4	4	—	3
546 03-7	011	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	3	3	—	2
546 04-5	011	Ausgaben für den Kauf des Firmentickets von Verkehrsunternehmen <i>Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 04.</i>	—	—	—	—	103
546 30-4	960	Abwicklung offener Posten aus dem Vorjahr	—	—	—	—	—
547 10-6	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	20	25	-5	15
549 01-0	989	Globale Minderausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	-2.548	+2.548	—
632 10-3	011	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder	—	13	23	-10	10
681 10-4	011	Schadensersatzleistungen und Unfallschädigungen	—	2	2	—	2
682 09-7	011	Zuführungen an Landesbetriebe für Ausgaben zum Ausgleich bei Inanspruchnahme in Schadensfällen	—	—	—	—	—
811 01-6	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
811 11-3	011	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.</i>	—	—	—	—	—
812 15-2	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	117	18	+99	6
812 59-4	011	Globalansatz für den Erwerb beweglicher Sachen	—	—	—	—	—
863 10-5	011	Darlehen an Landesbedienstete für Kosten ihrer Rechtsverteidigung	—	26	26	—	27
972 11-7	989	Globale Minderausgaben <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.</i>	—	-8.961	-9.223	+262	—
981 03-5	990	Abführung an 13 21 - 381 03	—	998	998	—	998
		<b>Titelgruppe(n)</b>					
<b>TGr. 96</b>		<b>Reformdividende</b>	(—)	(—)	(—)	(—)	(479)
429 96-0	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	144
547 96-3	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	224
711 96-8	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	70
812 96-9	960	Sonstige Ausgaben für Investitionen	—	—	—	—	40
<b>TGr. 98/99</b>		<b>Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik</b>	(—)	(494)	(439)	(+55)	(343)
511 99-3	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	174	139	+35	92
514 99-2	011	Verbrauchsmittel	—	55	55	—	53
525 98-6	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten (IZN)	—	25	25	—	14

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 632 10**

Anteil des Landes Niedersachsen an den Kosten der ständigen Geschäftsstelle der IMK.

**Zu 811 11**

Es handelt sich um Dienstkraftfahrzeuge für die Ministerin/den Minister, die Staatssekretärin/den Staatssekretär.

**Zu 812 15**

	2005 Tsd. EUR
Ersatz- und Ergänzungsbeschaffung:	
Ergänzungsausstattung Bücherei	32
Sicherungsanlage	85
Dienstgebäude Lavesallee 6	
Zusammen	117

**Zu 972 11**

Zum Ausgleich des Haushalts. Der Betrag zum Haushaltsausgleich kann auch durch Mehreinnahmen erbracht werden, soweit diesen keine entsprechenden Mehrausgaben gegenüber stehen.

**Zu 981 03**

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

**Zu Titelgruppe 98/99**

Hier sind die Ausgaben für die Beschaffung und Unterhaltung von Datenverarbeitungsverfahren und Datenverarbeitungsanlagen sowie für die damit verbundenen Einrichtungen zusammengefasst.

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0301 Ministerium für Inneres und Sport**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
525 99-4	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten (andere Dienstleister)	—	20	20	—	15
538 98-0	011	Ausgaben für Datenverarbeitung (IZN)	—	20	20	—	2
538 99-9	011	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	20	20	—	15
547 99-8	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
812 99-3	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	180	160	+20	151
<b>Abschluss Kapitel 0301</b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				122	137	-15	
2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				482	532	-50	
3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				345	331	+14	
<b>Summe der Einnahmen</b>				949	1.000	-51	
4 Personalausgaben			—	36.892	34.801	+2.091	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst			—	1.768	-913	+2.681	
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			—	15	25	-10	
7 Baumaßnahmen			—	—	—	—	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen			—	323	204	+119	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	-7.963	-8.225	+262	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>			—	31.035	25.892	+5.143	
<b>Zuschuss</b>				30.086	24.892	+5.194	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 812 99**

	2005
	Tsd. EUR
Ersatzbeschaffungen:	
Arbeitsplatzcomputer	100
ausfallsichere clusterbasierende Serverein- heit	80
Zusammen	<hr/> 180

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0302 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-9	011	Vermischte Einnahmen		250	250	—	170
119 02-7	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen		2	2	—	1
119 70-1	193	Einnahmen aus Sponsoring (Tag der Niedersachsen) <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 70.</i>		—	—	—	44
119 76-0	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 76/97.</i> <b>*** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.</b>		—	—	—	1
119 78-7	960	Vermischte Einnahmen <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 77/78.</i>		—	—	—	—
119 80-9	960	Vermischte Einnahmen <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 80.</i>		—	—	—	—
119 87-6	960	Vermischte Einnahmen <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 87.</i>		—	—	—	—
119 90-6	011	Sonstige Einnahmen aus Veröffentlichungen <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 90/91/92.</i> <b>*** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.</b>		—	—	—	—
231 10-2	249	Erstattung für die Erhaltung von Gräbern auf Grund des Gräbergesetzes vom Bund <b>*** Vgl. K-Vermerke zu 633 10 und 981 01.</b>		2.092	2.092	—	2.112
231 11-0	244	Erstattung des Bundesanteils zu den Kosten der Betreuung jüdischer Friedhöfe <i>Vgl. K-Vermerk zu 685 11.</i>		199	198	+1	196
231 12-9	249	Sonstige Zuweisungen vom Bund		104	136	-32	78
231 61-7	011	Erstattung von Wahlkosten <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61/67.</i>		1	5.625	-5.624	4.196
261 65-6	045	Erstattung von Personalkosten für der DLRG zur Verfügung gestellte Bedienstete <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.</i>		540	540	—	574
282 81-5	290	Sonstige Zuschüsse für Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit und für interkulturelle Verständigung <i>Vgl. K-Vermerk zu 684 84.</i>		—	—	—	—
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 73/79</b>		<b>Hochwasserhilfe</b>		(—)	(—)	(—)	(4.267)
234 73-0	045	Zuweisungen des Bundes aus dem Fonds "Aufbauhilfe" nach dem Aufbauhilfefondsge- setz <i>Vgl. K-Vermerk zu 633 73 und 681 73.</i>		—	—	—	—
272 79-8	045	Zuweisungen aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union zur Finanzierung von Nothilfemaßnahmen <i>Vgl. K-Vermerk zu 633 79.</i>		—	—	—	4.267
<b>AUSGABEN</b>							
511 01-6	012	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsge- genstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	377	-377	368
525 01-7	012	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	1.188	1.188	—	43

---

ERLÄUTERUNGEN

---

**Zu 119 01**

Rückzahlungen des Bundes aufgrund von Leistungen des Landes gem. § 6 (4) LAG, Überzahlungen und sonstige vermischte Einnahmen.

Vgl. 634 10.

**Zu 119 76**

Abgabe kann bei Bedarf an öffentliche Dienststellen und Institutionen erfolgen.

Vgl. Ausgabe-Titelgruppe 76/97.

**Zu 119 90**

Die aus Kapitel 0302 Titel 511 90 beschafften Druckschriften, Bücher etc. dürfen an Institutionen und Personen, die bei der Erfüllung von Aufgaben gem. § 96 BVFG beteiligt sind, abgegeben werden.

Vgl. Ausgabe-Titelgruppe 90 bis 92.

**Zu 231 10**

Kostenerstattung des Bundes für Pflege und Instandsetzung von Gräbern nach dem Gräbergesetz vom 29. 1. 1993 – BGBl. I S. 178 –.

Vgl. 633 10 und 981 01.

**Zu 231 11**

Der Bund zahlt einen Pauschbetrag je qm Friedhofsfläche für die Sicherung und Betreuung der pflegeverwaisten jüdischen Friedhöfe unter der Voraussetzung, dass das Land Aufwendungen in gleicher Höhe übernimmt. Der veranschlagte Betrag entspricht der zu betreuenden Friedhofsfläche.

Vgl. 685 11.

**Zu 231 12**

Der Bund erstattet den Ländern nach § 20 des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (StrRehaG) 65 v. H. der Aufwendungen für die Kapitalentschädigung, die Berechtigte aufgrund des SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes i. d. F. vom 22.12.2003 (BGBl. 2003 Teil I S. 2834) erhalten.

Vgl. 633 12.

**Zu 231 61**

Erstattung von Wahlkosten durch den Bund.

Vgl. Ausgabe-Titelgruppe 61/67.

**Zu 261 65**

Kostenerstattung der DLRG für die Bediensteten der ehemaligen KatS-Schule.

Vgl. Ausgabe-Titelgruppe 65.

**Zu 511 01**

Verlagerung nach Titel 538 10.

**Zu 525 01**

Kosten für die landesweite Ausbildung der Bediensteten.

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0302 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
538 10-0	012	Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (IZN)	—	597	—	+597	—
541 10-1	019	Öffentlichkeitsarbeit	—	9	9	—	8
541 11-0	249	Zentrale Gedenkveranstaltungen zum Volkstrauertag	—	6	6	—	5
546 01-4	012	Vermischte Ausgaben	—	1	1	—	0
547 10-0	012	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	25	25	—	60
632 10-7	131	Zuweisungen des Landes für die Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer	—	172	169	+3	159
633 10-3	249	Erstattung der Kosten aus Bundesmitteln auf Grund des Gräbergesetzes <i>Übertragbar.</i> <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 633 10 und 981 01.</i> <i>*** Ausgaben bei 633 10 und 981 01 dürfen insgesamt nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 10.</i>	—	1.950	1.950	—	1.860
633 11-1	215	Zuweisungen zu den Verwaltungskosten der Ausgleichsbehörden bei den Landkreisen und kreisfreien Städten	—	2.800	3.200	-400	3.180
633 12-0	249	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	160	210	-50	132
633 13-8	049	Zuweisungen an durch die Konversion besonders betroffenen Gemeinden und Gemeindeverbände <i>Übertragbar.</i>	—	—	100	-100	204
634 10-0	243	Finanzzuweisungen an den Lastenausgleichsfonds	—	2.700	2.865	-165	2.615
681 10-8	011	Ehrengaben	—	10	65	-55	271
684 10-7	246	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen <i>Übertragbar.</i>	—	—	—	—	49
684 11-5	165	Zuschuss an die Deutsche Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften in Bonn	—	1	1	—	1
685 11-1	244	Zuschüsse zur Betreuung jüdischer Friedhöfe <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 200 v.H. der Isteinnahmen bei 231 11.</i> <i>*** Der Ansatz darf jedoch nur nach Maßgabe des § 37 LHO überschritten werden.</i>	—	398	396	+2	392
685 12-0	011	Landeszuschuss für die Kommunalprüfungsanstalt <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0301-422 01.</i>	—	1.310	—	+1.310	—
685 52-9	187	Finanzhilfe an die Stiftung Niedersachsen gem. § 7 Abs. 2 NLottG <i>Übertragbar.</i> <i>*** Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an der Konzessionsabgabe geleistet werden.</i>	—	1.073	1.430	-357	1.555
685 54-5	187	Finanzhilfe an die Niedersächsische Lotto-stiftung gem. § 7 Abs. 2 NLottG <i>Übertragbar.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck</i>	—	5.499	4.030	+1.469	4.381

## ERLÄUTERUNGEN

**Zu 538 10**

Kosten der zentralen Beschaffung von Vordrucken.  
Verlagerung von Titel 511 01 und Kapitel 0305 Titel 422 10 und 547 11.

**Zu 541 10**

Veranschlagt sind im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit die Ausgaben für die Organisation und Durchführung nieders. Beiträge zu den zentralen Festveranstaltungen aus Anlass des Nationalfeiertages „Tag der Deutschen Einheit“ jeweils am 3. 10. d. J.

**Zu 541 11**

Die Gedenkfeier zum Volkstrauertag wird gemeinsam vom Land Niedersachsen und dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. gestaltet.

**Zu 547 10**

1. Gewährung von Belohnungen für Rettungstaten und Kosten der Beschaffung von Rettungsmedaillen.
2. Kosten des Verwaltungsvolontariats und der FKS-Veranstaltungen in Niedersachsen.
3. Bewerberinnen und Bewerber für eine Laufbahn des gehobenen und mittleren Dienstes sind vor ihrer Einstellung als Anwärterinnen und Anwärter oder als Fachoberschulpraktikantinnen und Fachoberschulpraktikanten in einem Auswahlverfahren zu begutachten (§ 8 Abs. 1 APVO geh. Dienst, § 4 Abs. 2 APVO geh. Landesplanungsdienst und § 7 APVO mittl. Dienst). Das Gleiche gilt für Bewerberinnen und Bewerber, die den Vorbereitungsdienst der Laufbahn des höheren allgemeinen Verwaltungsdienstes mit einem abgeschlossenen Studium der Wirtschafts- oder Sozialwissenschaften (§ 2 Abs. 3 APVO höherer allgemeiner Verwaltungsdienst), der Laufbahn des höheren Landesplanungsdienstes (§ 4 APVO höherer Landesplanungsdienst) und als Verwaltungsfachangestellte eingestellt werden sollen. Volljuristen, die in den höheren allgemeinen Verwaltungsdienst eingestellt werden sollen, werden ebenfalls in einem Vorstellungsverfahren ausgewählt.

**Zu 632 10**

Beitragsanteil des Landes zu den Kosten der Unterhaltung der Hochschule.

**Zu 633 10**

Aufwendungen für die im Gräbergesetz vom 29. 1. 1993 (BGBl. I S. 178) genannten Gräber mit Ausnahme der Gedenkstätte Bergen-Belsen.  
Vgl. 231 10 und 981 01.

**Zu 633 11**

Nach Wegfall der Verwaltungskostenerstattung durch den Bund trägt das Land seit 1974 die Verwaltungskosten der Ausgleichsbehörden bei den Landkreisen und kreisfreien Städten zu 50 v. H.  
Weniger infolge geringeren Bedarfs.

**Zu 633 12**

Nach § 20 des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (StrRehaG) haben die Länder 35 v. H. der Aufwendungen für die Kapitalentschädigung, die Berechtigte aufgrund des SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes i. d. F. vom 22.12.2003 (BGBl. 2003 Teil I S. 2834) erhalten, zu tragen. Veranschlagt sind die Bundes- und Landesmittel.

Weniger infolge einer geringeren Anzahl von Anträgen auf Entschädigungszahlungen.

Vgl. 231 12.

**Zu 634 10**

Bund und Länder leisten an den Ausgleichsfonds einen jährlichen Zuschuss von 50 v. H. des Jahresaufwandes des Ausgleichsfonds für die Unterhaltshilfe, höchstens 332,3 Mio. EUR. Die Länder erbringen  $\frac{2}{3}$  nach dem Verhältnis ihrer Steueraufkommen im jeweils vorhergehenden Haushaltsjahr (§ 6 Abs. 4 LAG).

Der Ansatz ist nach dem Verhältnis des nieders. Steueraufkommens zum Gesamtsteueraufkommen aller Länder geschätzt.

**Noch zu 634 10**

Weniger infolge Verringerung des Landeszuschusses nach § 6 Abs. 4 LAG.

Vgl. 119 01.

**Zu 681 10**

Weniger infolge Verringerung der Aufwendungen der Landesregierung für die Ehrung von Ehe- und Altersjubiläen.

**Zu 684 11**

Das Land und die Bundesländer fördern die Deutsche Sektion des internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften in Bonn institutionell, um Informationen über die von Wissenschaftlern und Praktikern entwickelten Lösungen bei Verwaltungsproblemen zu erhalten.

**Zu 685 11**

Vereinbarung zwischen Bund, Ländern und jüdischen Gemeinden vom 21. 06. 1957 über die Sicherung und Betreuung der pflegeverwaisten jüdischen Friedhöfe. Zuwendungsvertrag des Landes mit dem Landesverband der jüdischen Gemeinden von Niedersachsen (KdöR) vom 22. 12. 2000/29. 01. 2001.

Die Kosten der Betreuung dieser Friedhöfe werden vom Bund und von den Ländern je zur Hälfte getragen.

Veranschlagt sind Bundes- und Landesmittel.

Vgl. 231 11.

**Zu 685 12**

Der Kommunalprüfungsanstalt obliegt die überörtliche Prüfung der kreisfreien Städte, großen selbstständigen Städte und Landkreise sowie deren Anstalten und Zweckverbände.  
Verlagerung von Kapitel 0305.

**Zu 685 52**

Weniger infolge Änderung des NLottG.

**Zu 685 54**

Gemäß § 7 Abs. 2 Satz 1 Nr. 6 NLottG erhält die Niedersächsische Lottostiftung eine Finanzhilfe in Höhe von 5 498 600 EUR, zusätzlich 60 vom Hundert der den Betrag von 7,0 Mio. EUR übersteigenden Einnahmen aus der Konzessionsabgabe der Lotterie „BINGO“ sowie die den Betrag von 7,0 Mio. EUR übersteigenden Einnahmen aus der Konzessionsabgabe der Lotterie „KENO“.  
Verlagerung (4,0 Mio. EUR) von Kapitel 0302 Titel 685 55.  
Weniger infolge Änderung des NLottG.

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0302 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
noch 685 54-5		<i>veranschlagt sind. Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an der Konzessionsabgabe geleistet wer- den.</i>					
698 10-8	244	Hilfen an Verfolgte des DDR-Regimes in besonderen Notlagen <i>Übertragbar.</i>	—	50	—	+50	—
919 01-5	950	Abführung an 50 81 - 381 68	—	7	—	+7	—
981 01-2	990	Abführung an 0784 - 381 10 <i>Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 633 10. *** Vgl. K-Vermerke zu 231 10 und 633 10.</i>	—	142	142	—	167
981 03-9	990	Abführung an 13 21 - 381 03	—	1	1	—	0
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61/67</b>		<b>Zur Durchführung öffentlicher Wahlen und Volksabstimmungen</b> <i>Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschrit- ten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 231 61.</i>	(—)	(61)	(5.932)	(-5.871)	(7.418)
547 61-4	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben	—	61	307	-246	39
633 61-8	011	Erstattungen an Gemeinden (GV)	—	—	5.625	-5.625	7.208
671 61-7	011	Erstattungen für die Beförderung von Wahl- briefen anlässlich von Landtagswahlen	—	—	—	—	170
671 67-6	011	Erstattungen an Sonstige	—	—	—	—	—
<b>TGr. 63</b>		<b>Förderung des Rettungsdienstes</b>	(—)	(32)	(46)	(-14)	(—)
633 63-4	049	Zuweisungen an kommunale Träger für lau- fende Zwecke	—	—	—	—	—
684 63-8	049	Zuschüsse an freie gemeinnützige Träger für laufende Zwecke	—	31	45	-14	—
687 63-7	049	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	1	1	—	—
883 63-0	049	Zuweisungen an kommunale Träger für In- vestitionen	—	—	—	—	—
893 63-6	049	Zuschüsse an freie gemeinnützige Träger für Investitionen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 64</b>		<b>Katastrophenschutz und zivile Verteidigung</b> <i>Übertragbar.</i>	(—)	(795)	(886)	(-91)	(1.133)
511 64-4	045	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsge- genstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	26	26	—	10
547 64-9	045	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben	—	17	17	—	4
632 64-6	045	Sonstige Zuweisungen und Erstattungen an Länder	—	168	168	—	67
684 64-6	045	Zuschüsse an die im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen	—	420	511	-91	411
812 64-4	045	Erwerb von Geräten und sonstigen bewegli- chen Sachen	—	77	77	—	—
883 64-9	045	Zuweisungen für Investitionen an Gemein- den und Gemeindeverbände	—	—	—	—	600

---

ERLÄUTERUNGEN

---

**Zu 919 01**

Abführung an den Einzelplan 08, Kapitel 50 81 (Wirtschaftsförderfonds) zur anteiligen Finanzierung der Gesellschafterleistungen an die NBank.

**Zu 981 01**

Abführung der auf den Friedhof Bergen-Belsen entfallenden pauschalen Bundesmittel für die Pflege und Instandsetzung der Gräber nach dem Gräbergesetz.

Vgl. 231 10 und 633 10.

**Zu 981 03**

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

**Zu Titelgruppe 61/67**

Kosten für die Durchführung öffentlicher Wahlen und Volksabstimmungen.

Vgl. 231 61.

**Zu 684 63**

Zuschuss an den DLRG-Landesverband Niedersachsen für die Errichtung und Unterhaltung von Rettungsstationen und -wachen sowie für die Ausbildung von Rettungsschwimmerinnen und Rettungsschwimmern.

**Zu 687 63**

Anteiliger Förderbeitrag für das technische Komitee CEN „Rettungssystem“ (Europäische DIN-Behörde in Brüssel).

**Zu Titelgruppe 64**

Aufgrund des Niedersächsischen Katastrophenschutzgesetzes (NKatSG) i. d. F. vom 14.02.2002 und der beiden Förderrichtlinien vom 28.07.2003 erhalten die im Katastrophenschutz (KatS) mitwirkenden Hilfsorganisationen Zuschüsse für die Ausstattung und Ausbildung von KatS-Einheiten (Titel 684 64) sowie für die Beschaffung von KatS-Fahrzeugen und Spezialgeräten (Titel 893 64).

Ferner sind Ausgaben für den KatS nach Landesrecht sowie sächliche Verwaltungskosten für den Bereich der zivilen Verteidigung veranschlagt, die nach Art. 104 a Abs. 5 GG vom Land zu tragen sind.

**Zu 511 64**

Laufende Kosten für Fernmeldeanlagen des KatS, für technisches Gerät und Führungsmittel sowie sonstige mit der Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Behörden im Katastrophen- und Verteidigungsfall in Zusammenhang stehende Kosten.

**Zu 547 64**

Kosten für die Teilnahme an Übungen, für die Ausbildung von Führungskräften des Katastrophenschutzes und der zivilen Verteidigung, Planungskosten u.a. mehr.

**Zu 632 64**

Anteilige Kosten des Landes nach § 10 der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Küstenländern über die Errichtung eines Havariekommandos vom 04.06.2002.

**Zu 684 64**

Zuschüsse für die Aufstellung und Ausbildung von Einheiten des KatS sowie für die Beschaffung und Instandhaltung der KatS-Ausstattung erhalten DRK – Landesverbände Niedersachsen und Oldenburg -, Arbeiter-Samariter-Bund, Johanniter-Unfall-Hilfe, Malteser-Hilfsdienst und Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft nach Maßgabe der entsprechenden Förderrichtlinien des Landes. Den genannten Hilfsorganisationen obliegen durch ihre Mitwirkung im Katastrophenschutz wichtige Aufgaben, die sie nur mit Hilfe des Landes erfüllen können.

Weniger infolge Konsolidierung des Landeshaushalts.

**Zu 812 64**

Herstellung und Erhaltung der im überörtlichen Sprechfunknetz des Katastrophenschutzes eingesetzten Funkanlagen (§§ 20, 23, 27 NKatSG).

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0302 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
893 64-4	045	Zuschüsse für Investitionen an die im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen	—	87	87	—	40
<b>TGr. 65</b>		<b>Personalkosten des erweiterten Katastrophenschutzes</b> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 261 65.</i>	(—)	(540)	(540)	(—)	(509)
425 65-9	045	Vergütungen der Angestellten	—	400	400	—	373
426 65-5	045	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	140	140	—	136
<b>TGr. 70</b>		<b>Förderung des Tages der Niedersachsen</b> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 70.</i>	(—)	(139)	(169)	(-30)	(219)
547 70-3	193	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	20	25	-5	25
633 70-7	193	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
685 70-7	193	Zuschüsse an Verbände und Organisationen	—	119	144	-25	194
<b>TGr. 71/72</b>		<b>Ressortübergreifende Maßnahmen zur Verbesserung der Verwaltungsorganisation</b>	(—)	(20)	(20)	(—)	(13)
459 71-5	012	Prämien im Rahmen des Vorschlagwesens für Landesbedienstete und Versorgungsempfänger, deren Bezüge durch das NLBV gezahlt werden	—	20	20	—	13
459 72-3	012	Prämien im Rahmen des Vorschlagwesens, soweit nicht Titel 459 71	—	—	—	—	1
<b>TGr. 73/79</b>		<b>Hochwasserhilfe</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Abweichend von § 20 Abs. 1 LHO sind nur gegenseitig deckungsfähig 633 73 und 681 73.</i>	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
633 73-1	045	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände aus dem Fonds "Aufbauhilfe" nach dem Aufbauhilfefondsgesetz für die Kosten des Katastrophenschutzes <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 234 73.</i>	—	—	—	—	—
633 79-0	045	Zuschüsse aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union zur Finanzierung von Nothilfemaßnahmen für die Kosten des Katastrophenschutzes <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 272 79.</i>	—	—	—	—	—
681 73-6	045	Zuschüsse aus dem Fonds "Aufbauhilfe" nach dem Aufbauhilfefondsgesetz an Geschädigte als Übergangshilfe für soziale Notlagen <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 234 73.</i>	—	—	—	—	—
<b>TGr. 75</b>		<b>Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung</b> <i>Übertragbar.</i>	(—)	(780)	(—)	(+780)	(—)
453 75-0	012	Trennungschädigung und Umzugskostenvergütung	—	200	—	+200	—
525 75-0	012	Reformbedingte Fortbildung	—	400	—	+400	—
546 75-8	012	Umzugskosten von Behörden	—	180	—	+180	—
547 75-4	012	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 893 64**

Zuschüsse an private Träger von Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes für Beschaffung von Ausstattung im investiven Bereich (KatS-Fahrzeuge und Spezialgeräte).

**Zu Titelgruppe 65**

Personalkosten der Bediensteten der ehemaligen KatS-Schule.

Die Mittel werden von der DLRG erstattet.

Vgl. 261 65.

**Zu Titelgruppe 70**

Aufgrund des Grundsatzbeschlusses der Landesregierung vom 22.7.1980 erhalten die Kommunen, Verbände und sonstigen Organisationen, die den „Tag der Niedersachsen“ ausrichten, entsprechende Zuschüsse (Projektförderung).

**Zu 547 70**

Verpflegungs- und Unterbringungskosten sowie Kosten für technische Hilfsmittel, Werbung, Verbreitung von Plakaten und Programmheften.

**Zu 685 70**

Zuschüsse an die für die Durchführung des Programmteils der im Kuratorium „Tag der Niedersachsen“ zusammengeschlossenen Verbände und Organisationen bzw. an soziale oder ähnliche Einrichtungen.

**Zu Titelgruppe 75**

Durch die im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung vorgesehene Abschaffung der Bezirksregierungen zum 01.01.2005 werden Aufgaben nach Sachzusammenhängen neu gegliedert und zusammengefügt. Nach den beschlossenen personalwirtschaftlichen Grundsätzen (Kabinettsentscheidung vom 23.03.2004) wechseln mit den Aufgaben – zum Erhalt der vorhandenen Kompetenz – grundsätzlich die bisher eingesetzten Personen (und Stellen) mit entsprechendem BV/Budget zu den aufnehmenden Behörden. Soweit im Zuge der Aufgabenverlagerungen Kosten für Trennungsgeld/Umzugskosten sowie Fortbildung des Personals oder Umzüge von Behörden entstehen, werden diese Ausgaben in der Titelgruppe veranschlagt.

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0302 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>TGr. 76/97</b>		<b>Ressortübergreifende und ressortbezogene Maßnahmen der Verwaltungsmodernisierung Übertragbar.</b> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 76.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(-)	(1.175)	(1.225)	(-50)	(1.643)
443 76-2	012	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	-	-	-	-	-
459 76-6	012	Sonstige personalbezogene Ausgaben	-	-	-	-	-
511 76-8	012	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	-	191	191	-	33
519 76-9	012	Kleine Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	-	-	-	-	-
525 76-9	012	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	-	101	301	-200	1.116
526 76-5	012	Sachverständige	-	17	17	-	-
527 76-1	012	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	-	34	34	-	18
531 76-9	012	Ausgaben für Veröffentlichungen und der Dokumentation	-	237	287	-50	43
538 97-6	012	Dienstleistungen Außenstehender	-	-	-	-	-
547 76-2	012	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	288	88	+200	273
682 76-7	012	Zuschüsse an Landesbetriebe	-	307	307	-	159
812 76-8	012	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	-	-	-	-	-
812 97-0	012	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	-	-	-	-	-
<b>TGr. 77/78</b>		<b>Zentrales IT-Management, Landesweite Infrastruktur Übertragbar.</b> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 78.</i> <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: Ausgabeteilgruppe 77/78, Ausgabeteilgruppe 86 und Ausgabeteilgruppe 96.</i>	(-)	(25.402)	(25.713)	(-311)	(25.061)
525 78-5	960	Aus- und Fortbildung	-	33	33	-	19
538 77-1	960	Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (IZN)	-	23.596	22.582	+1.014	21.424
538 78-0	960	Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (IZN) und anderer Dienstleister	-	1.757	3.082	-1.325	1.664
547 77-0	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	-	-	-	-
547 78-9	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	16	16	-	15
812 77-6	960	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen (Netzbereich)	-	-	-	-	-
812 78-4	960	Erwerb von Geräten, Programmen und Lizenzen	-	-	-	-	1.939
<b>TGr. 80</b>		<b>Ressortübergreifende IT-Betreuung in Behördenstandorten Übertragbar.</b>	(-)	(3.491)	(-)	(+3.491)	(-)

---

**ERLÄUTERUNGEN**


---

**Zu Titelgruppe 76/97**

Mit der Einrichtung der Stabsstelle Verwaltungsmodernisierung, infolge der mit Kab.-Beschluss vom 12.03.2003 erfolgten Organisations- und Aufgabenverlagerungen, geht eine ressortübergreifende Bündelung der in diesem Zusammenhang stehenden Aufgaben einher.

Der Stabsstelle Verwaltungsmodernisierung obliegt die fach- und ressortübergreifende Steuerung der Modernisierung der niedersächsischen Verwaltung, insbesondere durch eine konsequente Aufgabenkritik, den Abbau von Regelungen, die Einführung einer ergebnisorientierten Planung und Steuerung und die Optimierung von Verwaltungsstrukturen und -abläufen. Personal- und Organisationsentwicklung als unverzichtbare Bestandteile dieser Strategie sowie die Beteiligung der und die Zusammenarbeit mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Kommunen, der Wirtschaft und anderen gesellschaftlichen Gruppen werden fortgesetzt.

Sie ist darüber hinaus zuständig für die Zusammenarbeit in allgemeinen und übergreifenden Fragen der Verwaltungsmodernisierung mit Bund, Ländern und Kommunen sowie mit einzelnen Ländern bei der Erledigung von ressortübergreifenden Aufgaben.

Mit den Mitteln sollen ressortübergreifende und ressortbezogene Maßnahmen der Verwaltungsmodernisierung unterstützt werden.

Durch die Auflösung der Bezirksregierungen, die Umorganisation in den Ressorts, ganzen Fachverwaltungen und verschiedenen Behörden sowie letztlich die Umstrukturierung und Neuorientierung der gesamten Landesverwaltung ergeben sich eine Vielzahl von organisatorischen und personalwirksamen Veränderungen. Über die Einsparvorgaben, Projektergebnisse und Kabinettsbeschlüsse hinaus besteht ein hoher Bedarf an Geschäftsprozessoptimierung und zusätzlichen Organisations- und Wirtschaftlichkeitsüberprüfungen in einzelnen Bereichen. Weitere Aktivitäten sind zur Unterstützung und Beschleunigung des Personalabbaus insbesondere durch die Job-Börse notwendig.

**Zu 525 76**

Durchführung von Vortrags- und Schulungsveranstaltungen, Kosten für Unterbringung, Verpflegung und Fahrtkosten, Honorare für externe Referenten.

**Zu 682 76**

Zuschüsse an Landesbetriebe, bei denen Maßnahmen der Verwaltungsmodernisierung umgesetzt werden.

**Zu Titelgruppe 77/78**

Das zentrale IT- Management ist zuständig für die ressortübergreifende Steuerung und Koordinierung des Einsatzes der Informations- und Kommunikationstechnik in der gesamten Landesverwaltung. In dieser Titelgruppe sind die Haushaltsmittel hierfür zusammengefasst. Sie lassen sich in zwei große Teilbereiche gliedern:

1. Netzbetrieb und Netzdienste
2. Zentrales IT- Management

**Zu 1: Netzbetrieb und Netzdienste**

Hier sind die Mittel für den zentralen Netzbetrieb (IZNNet) und die zentralen Netzdienste (z.B. Zentraler E-mail-Server mit Virenschanner, Verzeichnisdienste, Zugang zum Internet) veranschlagt. Das IZNNet stellt die zentrale Infrastruktur im Bereich der Daten- und Informationsübertragung dar und ist damit die Grundlage für die Nutzung der zentralen Netzdienste, aber auch weiterer übergreifender Dienste und Verfahren wie z.B. des Haushaltswirtschaftssystems HWS oder des Vorschrifteninformationssystems VORIS. Es ist auch die Basis für viele Fachverfahren der Ressorts.

**Zu 2: Zentrales IT- Management**

Hier sind die Mittel für ressortübergreifende Projekte und Aufgaben veranschlagt. Es handelt sich vorrangig um Mittel für ressort

**Noch zu Titelgruppe 77/78**

übergreifende technische Infrastrukturmaßnahmen, Querschnittsprojekte und Beratungsleistungen, die z.B. bei der Erstellung von IT- Konzepten und –Richtlinien in Anspruch genommen werden.

**Zu Titelgruppe 80**

Die bisher in den Informations- und Kommunikationsdezernaten (IuK- Dezernate) der Bezirksregierungen gebündelten IT- Dienstleistungen werden gemäß Kabinettsentscheidung vom 13.07.2004 ab 01.01.2005 zum Informatikzentrum Niedersachsen (IZN) verlagert. Die an den Standorten aufgebaute Fachkompetenz soll in den neu entstandenen Behördenhäusern einen reibungslosen technischen Ablauf und den Betrieb der Bürokommunikation auf den Arbeitsplatzcomputern gewährleisten. Eine Zersplitterung und Aufteilung der bisher gebündelten Aufgaben auf die aufnehmenden Dienststellen würde zu unwirtschaftlichen Parallelaktivitäten führen und die notwendige Standardisierung von IT- Managementprozessen und IT- Ausstattung behindern. Die Verlagerung der IT- Dienstleistungen zum IZN trägt zum Erreichen des Ziels bei, ein leistungsfähiges Systemhaus für die gesamte Landesverwaltung bereitzustellen.

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0302 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
noch <b>TGr. 80</b>		<i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 80. *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>					
538 80-1	960	Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (IZN) und anderer Dienstleister	—	2.431	—	+2.431	—
547 80-0	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	800	—	+800	—
812 80-6	960	Erwerb von Geräten, Programmen, Lizenzen und sonstigen beweglichen Sachen	—	260	—	+260	—
<b>TGr. 81 bis 85</b>		<b>Integration und Betreuung von Ausländern Übertragbar.</b> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(—)	(1.221)	(2.221)	(-1.000)	(2.210)
531 81-5	290	Veröffentlichungen <i>*** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.</i>	—	—	—	—	48
547 81-9	290	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	1
632 81-6	290	Sonstige Zuweisungen für wissenschaftliche Einrichtungen	—	20	50	-30	64
633 81-2	290	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
684 81-6	290	Zuschüsse zur Integration von ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familien	—	—	571	-571	556
684 82-4	290	Zuschüsse zur Integration sonstiger Ausländerinnen und Ausländer und Deutscher ausländischer Herkunft an Verbände	—	1.100	1.454	-354	1.426
684 83-2	290	Sondermaßnahmen	—	80	100	-20	27
684 84-0	290	Verwendung der Zuschüsse für Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit und für interkulturelle Verständigung <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 81.</i>	—	—	—	—	—
684 85-9	290	Koordinierungsmaßnahmen	—	21	46	-25	88
<b>TGr. 86</b>		<b>Multimedia-Initiativen Übertragbar.</b> <i>Vgl. D-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 77/78. *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(1.000) (950)	(1.175)	(1.086)	(+89)	(—)
547 86-0	023	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	1.000 950	444	655	-211	—
682 86-4	013	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	—	105	105	—	—
683 86-0	013	Zuschüsse an private Unternehmen	—	203	—	+203	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Titelgruppe 81 bis 85**

Veranschlagt sind die Aufwendungen für Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Ausländern in Niedersachsen, insbesondere zur Integration von Ausländerinnen und Ausländern sowie von Deutschen ausländischer Herkunft im Rahmen des Interventionsprogramms des Landes (Kooperative Migrationsarbeit, Bekanntmachung des MFAS v. 9. 11. 2000 – Nds. MBl. 2001 S. 212 -). Weniger infolge Konsolidierung des Landeshaushalts.

**Zu 632 81**

Zuschüsse für die Wahrnehmung der Koordinierung der Aufgaben im Rahmen der Kooperativen Migrationsarbeit und der Regionalverbände in Niedersachsen durch die Universität Oldenburg.

**Zu 684 82**

Gewährt werden Personal- und Sachkostenzuschüsse nach der Richtlinie Integration vom 27.09.2001 (Nds. MBl. S. 869).

**Zu 684 83**

Zuschüsse für Integrationsmaßnahmen zugunsten von Ausländern sowie Maßnahmen zur Verbesserung von Toleranz und Akzeptanz zwischen Ausländern und Deutschen.

**Zu 684 85**

Zuschüsse zu den Aufwendungen der Vertretung von Ausländerinnen und Ausländern.

**Zu Titelgruppe 86**

Mit den veranschlagten Mitteln soll die Nutzung moderner Multi-mediatechnologien in den priorisierten Landesbereichen „Bildung, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung“ gefördert werden. Besondere Handlungsschwerpunkte sind dabei der Einsatz der Digitalen Signatur an der Schnittstelle zwischen Verwaltung und Wirtschaft sowie der Einsatz elektronischer Lernformen (eLearning) in den oben genannten priorisierten Bereichen.

Die Mittel werden überwiegend zur Realisierung von bedarfsgerechten Pilotprojekten verwendet, deren Ergebnisse eine Übertragung auf andere Anwendungsbereiche erlauben. Hierdurch sollen weitere Synergien geschaffen werden.

Im übrigen sollen die Mittel auch für in diesem Zusammenhang notwendige Dienstleistungen Dritter verwendet werden.

**Zu 547 86**

Belastungen, die aus bei Titel 0202 – 547 86 in Vorjahren in Anspruch genommenen / ausgebrachten Verpflichtungen entstehen:

Belastungen

der Haushaltsjahre	durch die bis 2002 in Anspruch genommenen VE	durch die 2003 ausgebrachte VE	Gesamtbelastung
	in 1000 EUR	in 1000 EUR	
2005	-	400	400
2006	-	350	350
Summe	-	750	750

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE	durch die 2004 ausgebrachte VE	durch die 2005 ausgebrachte VE	Gesamtbelastung
	in 1000 EUR	in 1000 EUR	in 1000 EUR	
2005	—	600	—	600
2006	—	350	400	750
2007	—	—	600	600
2008	—	—	—	—
2009 ff.	—	—	—	—
Summe	—	950	1.000	1.950

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0302 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
686 86-0	013	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	286	189	+97	—
892 86-9	013	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	137	137	—	—
893 86-5	013	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	—	—	—	—	—
<b>TGr. 87</b>		<b>Ressortübergreifende Anwendungen der Informations- und Kommunikationstechnik Übertragbar.</b> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 87.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(—)	(960)	(—)	(+960)	(—)
538 87-9	960	Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (IZN) und anderer Dienstleister	—	920	—	+920	—
547 87-8	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
812 87-3	960	Erwerb von Geräten, Programmen und Lizenzen	—	40	—	+40	—
<b>TGr. 90 bis 92</b>		<b>Förderung kultureller Aufgaben nach § 96 BVFG und von Maßnahmen zur Integration von Spätaussiedlern Übertragbar.</b> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 90.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(—)	(652)	(653)	(-1)	(501)
511 90-3	246	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	4	4	—	1
547 90-8	246	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	15	44	-29	59
547 91-6	246	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben für die/den Landesbeauftragte/n für Heimatvertriebene und Spätaussiedler	—	5	5	—	—
632 90-5	246	Sonstige Zuweisungen	—	—	—	—	—
684 90-5	246	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	—	127	128	-1	63
684 92-1	151	Zuschüsse für Maßnahmen zur Integration von Spätaussiedlern und jüdischen Emigranten	—	476	447	+29	378
686 90-8	246	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	—
981 90-0	990	Abführung an 0714 - 381 01	—	25	25	—	—
<b>TGr. 96</b>		<b>E-Government - Maßnahmen zur elektronischen Abwicklung von Regierungs- und Verwaltungsprozessen - Übertragbar.</b> <i>Vgl. D-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 77/78.</i>	(400) (—)	(725)	(2.100)	(-1.375)	(—)
538 96-8	960	Ausgaben für Datenverarbeitung	400 —	725	2.100	-1.375	—

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Titelgruppe 87**

Veranschlagt sind die Aufwendungen für Anwendungen der Informations- und Kommunikationstechnik, die bei zentraler Betreuung und Weiterentwicklung für alle Ressorts zur Verfügung gestellt werden.

Hierunter fallen derzeit zwei Anwendungen:

1. Der Internetauftritt der Landesregierung
2. Das Vorschrifteninformationssystem VORIS

Zu 1.

Der zentrale Internetauftritt der Landesregierung ermöglicht es den Dienststellen der Landesverwaltung, bei einheitlicher Benutzeroberfläche und unter einheitlichem Layout, sich der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Zu 2.

VORIS ist das Volltext-Vorschrifteninformationssystem des Landes Niedersachsen. Es beinhaltet:

- eine Auswahl des wichtigsten EU-Rechts,
- alle für die Praxis wichtigen Rechtsvorschriften des Bundes,
- alle niedersächsischen Rechtsvorschriften,
- alle seit dem 01.01.2001 neu erlassenen oder geänderten, veröffentlichten Verwaltungsvorschriften des Landes Niedersachsen,
- Beschlüsse der Landesregierung

**Zu Titelgruppe 90 bis 92**

Veranschlagt sind die Aufwendungen für die Förderung von kulturellen Aufgaben sowie Kunst- und Forschungsförderung nach § 96 BVFG, von grenzüberschreitenden Maßnahmen und Maßnahmen in den Aussiedlungsgebieten sowie für Maßnahmen zur Integration von Spätaussiedlern.

**Zu 547 90**

Veranschlagt sind die im Zusammenhang mit der Verleihung des Kulturpreises Schlesien des Landes Niedersachsen entstehenden Kosten.

**Zu 547 91**

Mittel für die Landesbeauftragte bzw. den Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler.  
Verlagerung von 0302 - 547 11.

**Zu 684 90**

Gefördert werden nach § 96 BVFG Einrichtungen und Organisationen (z. B. Nordost-Institut und Stiftung Schlesien), die entsprechende Aufgaben im Kunst- und Forschungsbereich wahrnehmen sowie inländische und grenzüberschreitende Maßnahmen im kulturellen Bereich.

**Zu 684 92**

1. Gem. § 7 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) werden Integrationsmaßnahmen für Spätaussiedler gefördert.
2. Aufgrund des Beschlusses der Kultusministerkonferenz vom 15. 4. 1994 über die „Eingliederung von Berechtigten nach dem BVFG in Schule und Berufsausbildung“ werden vom Göttinger Institut Sonderlehrgänge zum Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung für junge Spätaussiedler als Daueraufgabe ohne Rechtsverpflichtung durchgeführt.

Verlagerung von 0302-684 12.

Die Erstattung anteiliger Dienstbezüge für Lehrkräfte ist bei Titel 981 90 veranschlagt.

**Noch zu 684 92**

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Göttinger Instituts – Sonderlehrgänge für Spätaussiedler e. V. Göttingen

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
<b>Ausgaben</b>		
1. Personalausgaben	371,0	327,2
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	38,0	36,6
3. Schuldendienst	–	–
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	–	–
5. Ausgaben für Investitionen	–	–
6. Besondere Finanzierungsausgaben	–	–
Zusammen	409,0	363,8
<b>Einnahmen</b>		
Eigene Einnahmen	–	–
einchl. Vorsteuererstattungen	–	–
Abschreibungen	–	–
Mithin Fehlbetrag	409,0	363,8

Der Fehlbetrag soll vom Land mit 409.000 EUR gedeckt werden.

**Zu 981 90**

Abführung anteiliger Dienstbezüge von Lehrkräften des Göttinger Instituts – Sonderlehrgänge für Spätaussiedler e. V.

Verlagerung von 981 02.

Vgl. 684 92.

**Zu Titelgruppe 96**

Nach Maßgabe der Kabinettsentscheidung vom 15.05.2001 ist die niedersächsische Verwaltung zu einem leistungsfähigen Electronic-Government (E-Government) fortzuentwickeln.

Die technische Entwicklung ermöglicht es, auf der Grundlage standardisierter Produkte Transaktionen ohne Medienbrüche, also durchgängig elektronisch und zugleich rechtssicher, über alle in Kommunikationsbeziehungen stehende Instanzen abzuwickeln. Dadurch soll die niedersächsische Verwaltung insgesamt kunden- und bürgernäher ausgerichtet, die Wirtschaftlichkeit der Verwaltung weiter erhöht und der Multimedia-Standort Niedersachsen gestärkt werden.

**Zu 538 96**

Belastung (2005)

der Haus-halts-jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	–	–	–
2006	–	–	400	400
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	–	400	400

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0302 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004 1000 EUR	Ansatz 2005 1000 EUR	Ansatz 2004 1000 EUR	+ = mehr - = weniger 1000 EUR	Ist 2003 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
547 96-7	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
812 96-2	960	Erwerb von Geräten, Programmen, Lizenzen und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		4.000	-4.000	
		<b>Abschluss Kapitel 0302</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		252	252	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		2.936	8.591	-5.655	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		3.188	8.843	-5.655	
		4 Personalausgaben	—	760	560	+200	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.400 950	34.144	31.420	+2.724	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	19.587	28.307	-8.720	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	601	301	+300	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	175	168	+7	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	1.400 950	55.267	60.756	-5.489	
		<b>Zuschuss</b>		52.079	51.913	+166	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0303 Ministerium für Inneres und Sport (Regierungsvertretungen)**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-2	011	Vermischte Einnahmen		106	–	+106	–
271 10-8	011	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch Dritte <i>Vgl. K-Vermerk zu 546 10.</i>		200	–	+200	–
281 10-3	011	Erstattungen und Zuweisungen		35	–	+35	–
<b>AUSGABEN</b>							
422 01-7	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	–	6.458	–	+6.458	–
422 19-0	011	Altersteilzeitzuschläge	–	–	–	–	–
425 01-6	011	Vergütungen der Angestellten	–	–	–	–	–
426 01-2	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	–	–	–	–	–
427 01-9	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	–	–	–	–	–
453 01-0	011	Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung	–	14	–	+14	–
511 01-0	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	–	269	–	+269	–
514 01-9	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	–	–	–	–	–
517 01-8	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	–	–	–	–	–
518 01-4	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	–	124	–	+124	–
518 02-2	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	–	–	–	–	–
519 01-0	011	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	–	11	–	+11	–
527 01-3	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	–	146	–	+146	–
546 10-7	011	Vermischte drittfinanzierte Verwaltungsausgaben <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 271 10.</i>	–	200	–	+200	–
547 10-3	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	–	60	–	+60	–
547 11-1	011	Vergabekammer	–	29	–	+29	–
681 10-1	011	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	–	–	–	–	–
686 10-3	011	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	–	59	–	+59	–
812 10-9	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	–	–	–	–	–
981 03-2	990	Abführungen an 13 21-381 03	–	6.750	–	+6.750	–
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 99</b>		<b>Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik</b>	(–)	(121)	(–)	(+121)	(–)
511 99-0	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	–	121	–	+121	–

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 0303**

Die Regierungsvertretungen für die Regionen Braunschweig, Hannover, Lüneburg und Weser/Ems werden als Referate des MI eingerichtet. Wegen ihrer besonderen Stellung in der Region, die eine unmittelbare Präsenz der Ministerien in der Fläche ermöglicht, und aus Gründen der Transparenz werden die Stellen und Mittel der Regierungsvertretungen in gesonderten Haushaltskapiteln veranschlagt.

Die Stellen und Mittel für den Geschäftsbereich des MI werden in Kapitel 0303 veranschlagt. Aus verfahrensökonomischen Gründen und um eine einfache und zweckmäßige Mittelbewirtschaftung zu ermöglichen, sind hier auch die stellenbezogenen Sachmittel für die Stellen der jeweils fachlich zuständigen Ministerien mit veranschlagt.

**Zu 271 10**

Vgl. 546 10.

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteneinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
140,16	0	0

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
6 458	0	0

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	140,36
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
	140,36

Summe Zugänge

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	0,20
	0,20

Summe Abgänge

Bleibt Zugang

140,16

**Zu 517 01, 518 01, 519 01 und 981 03**

Im Hinblick auf die temporäre Zuständigkeit der Regierungsvertretungen für die Abwicklung der Liegenschaften der Bezirksregierungen sind hier die Ausgaben für Mieten, Nutzungsentgelte und Bewirtschaftung der bisherigen Dienstgebäude der Bezirksregierungen veranschlagt.

**Zu 546 10**

Zweckgebundene Zuwendungen Dritter zur Umsetzung der Regionalen Innovationsstrategie Weser-Ems (RIS); ein Modellprojekt der EU im Rahmen des Art. 10 des Europäischen Fonds für Regionalentwicklung.

**Zu 981 03**

Abführung der für die ehemaligen Bezirksregierungen ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0303 Ministerium für Inneres und Sport (Regierungsvertretungen)**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
547 99-5	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
812 99-0	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
<b>Abschluss Kapitel 0303</b>							
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		106	—	+106	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		235	—	+235	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		341	—	+341	
		4 Personalausgaben	—	6.472	—	+6.472	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	960	—	+960	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	59	—	+59	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	—	—	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	6.750	—	+6.750	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	14.241	—	+14.241	
		<b>Zuschuss</b>		13.900		+13.900	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---



## Allgemeine Vorbemerkungen zu Kapitel 0304

### Für das budgetierte Kapitel 0304 gelten folgende haushaltsrechtliche Vermerke:

1. 412 10, 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 525 10, 538 10, 547 10 und 686 10 sind gegenseitig deckungsfähig.
2. 519 10 und 812 10 sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 412 10, 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 459 10, 511 10, 517 10, 518 10, 525 10, 538 10, 547 10 und 686 10.
3. 812 10 ist einseitig deckungsfähig zu Lasten 519 10.
4. Mehreinnahmen bei 111 10, 119 10 und 281 10 erhöhen die Ausgabe bei 412 10, 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 459 10, 511 10, 517 10, 518 10, 519 10, 525 10, 538 10, 547 10, 686 10 und 812 10.
5. Mindereinnahmen bei 111 10, 119 10 und 281 10 vermindern die Ausgabe bei 412 10, 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 459 10, 511 10, 517 10, 518 10, 519 10, 525 10, 538 10, 547 10, 686 10 und 812 10.
6. Soweit die zusätzlichen Ausgabeermächtigungen zur Leistung von Personalausgaben in Anspruch genommen werden, darf in entsprechendem Umfang von der Stellenübersicht und dem Bedarfsnachweis sowie vom Beschäftigungsvolumen abgewichen werden. Verpflichtungen, die zu Ausgaben in künftigen Jahren führen können, dürfen nur eingegangen werden, soweit auch in diesen Jahren Mehreinnahmen zu deren Finanzierung sichergestellt sind. Soweit eine Einsparung bei den Personalausgaben umgesetzt wird, dürfen Planstellen und andere Stellen sowie das Beschäftigungsvolumen in entsprechender Höhe nicht in Anspruch genommen werden, das Finanzministerium darf im Fall eines unvorhergesehenen und unabwendbaren Bedürfnisses auf Antrag Ausnahmen zulassen.
7. Unter der Voraussetzung, dass das Ministerium für Inneres und Sport- hinsichtlich Art, Menge sowie Kosten/Erlöse im Einvernehmen mit dem Finanzministerium - die Erfüllung des Leistungsplans festgestellt hat, dürfen Ausgabereste in Höhe von zwei Dritteln der nicht in Anspruch genommenen Ausgabeermächtigungen nach Abzug gegebenenfalls noch offener Budgetüberschreitungen aus Vorjahren gebildet werden, die für das Budget über das Haushaltsjahr hinaus bis zum Ende des auf die Schlussbewilligung folgenden zweitnächsten Haushaltsjahres verfügbar bleiben und in Anspruch genommen werden dürfen.

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0304 Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
111 10-4	133	Gebühren und tarifliche Entgelte		1	1	—	0
119 10-5	133	Sonstige Verwaltungseinnahmen *** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.		27	27	—	—
125 10-5	133	Einnahmen für die Verpflegung		—	300	-300	172
281 10-7	133	Erstattung von Lehrgangskosten und Zuweisungen *** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO sind die Einnahmen von der Bundesagentur für Arbeit oder eines anderen Trägers durch Absetzung zu verausgaben.		650	650	—	139
<b>AUSGABEN</b>							
412 10-4	133	Entschädigungen gem. § 52 Niedersächsisches Hochschulgesetz (NHG)	—	3	3	—	—
422 10-0	133	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	9.091	8.722	+369	6.250
425 10-9	133	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	1.472
426 10-5	133	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	383
427 10-1	133	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige *** Die Ausgaben dürfen überschritten werden bei der Beschäftigung von Ersatzkräften während der Zeit des Mutterschutzes von Landesbediensteten. Diese Überschreitungen sind nicht innerhalb des Budgets auszugleichen.	—	512	527	-15	3
429 10-4	133	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	7	-7	—
429 11-2	133	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—	1.300	—	+1.300	—
459 10-0	133	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	889	884	+5	755
511 10-2	133	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände *** Von der Ausgabe sind Erstattungen für privat geführte Telefongespräche abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzung zu vereinnahmen.	—	198	206	-8	171
514 10-1	133	Verpflegungskosten für Lehrgangsteilnehmer *** Zur Selbstbewirtschaftung gemäß § 15 Abs. 2 LHO.	—	—	129	-129	98
517 10-0	133	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume *** Von den Ausgaben sind Erstattungen Dritter abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzung zu vereinnahmen.	—	325	335	-10	279
518 10-7	133	Mieten und Pachten *** Von den Ausgaben sind Erstattungen für privat gefertigte Kopien abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzung zu vereinnahmen.	—	488	478	+10	343
519 10-3	133	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	16	16	—	1
525 10-3	133	Aus- und Fortbildung	—	603	476	+127	—
529 10-9	133	Verfügungsmittel	—	—	—	—	0

---

**ERLÄUTERUNGEN**


---

**Zu Kapitel 0304****Erläuterungen (Allgemeiner Erläuterungsteil)****Rechts- und Organisationsgrundlagen**

Niedersächsisches Hochschulgesetz in der Fassung vom 22.01.2004, Verordnung über die Niedersächsische Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege vom 27.01.2003, Verordnung über die Lehrverpflichtung an der Niedersächsischen Fachhochschule für Verwaltung vom 07.02.2003, Grundordnung der Niedersächsischen Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege vom 27.03.2003.

**Verwaltungsaufbau und Budgetplan**

Die Niedersächsische Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege (FHVR) besteht aus dem Präsidium und den vier Fakultäten Allgemeine Verwaltung, Polizei, Rechtspflege und Steuerverwaltung. Am Standort der Hochschule in Hildesheim sind das Präsidium, die Fakultäten Allgemeine Verwaltung und Rechtspflege und die Fakultät Polizei mit einem Studienort in vier unterschiedlichen Liegenschaften untergebracht. Die Fakultät Polizei hat weiterhin jeweils einen Studienort in Hann. Münden und Oldenburg. Die Fakultät Steuerverwaltung ist am Standort Rinteln untergebracht. An den unterschiedlichen Studienorten stehen insgesamt 7 Plenumshörsäle, 117 Hörsäle, 13 DV-Hörsäle, 31 AG-Räume und 6 Teilbibliotheken für Studienzwecke zur Verfügung.

Das Produktbudget wird grundsätzlich zentral durch die Beauftragte für den Haushalt verwaltet. Interne Budgets sind für Literatur, Lehr- und Lernmittel, Büromaterial, Praxisbedarf der Polizei, Fortbildung der Mitarbeiter und Bauunterhaltung gebildet und den Fakultäten zugewiesen. Die Dekaninnen / Dekane sind die jeweils Budgetverantwortlichen.

**Zielsetzung**

Die Niedersächsische Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege dient der Ausbildung für den öffentlichen Dienst, insbesondere für die Laufbahnen des gehobenen nichttechnischen Dienstes und des gehobenen Polizeivollzugsdienstes. Für die Dauer des Studiums erfolgt eine Einstellung in den Vorbereitungsdienst im Beamtenverhältnis auf Widerruf.

Den Studierenden werden wissenschaftliche Erkenntnisse und Methoden sowie berufspraktische Fähigkeiten und Kenntnisse vermittelt, die für die Wahrnehmung von Aufgaben des gehobenen Dienstes erforderlich sind. Das Studium dauert drei Jahre und schließt mit einer Laufbahnprüfung bzw. Diplomprüfung ab. Es besteht aus einer wechselnden Abfolge von Fachstudien an der Niedersächsischen Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege und berufspraktischen Studienzeiten bei den jeweiligen Ausbildungsbehörden. Gemäß Kabinettsbeschluss vom 09.05.2000 befindet sich die Niedersächsische Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege in einer Phase der Weiterentwicklung und Angleichung von Studienabläufen und Studienstrukturen an die Strukturen des allgemeinen Hochschulsystems.

**Erläuterungen zum Produkthaushalt nach §17a LHO****Budgetierungsmodell**

Die Niedersächsische Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege gehört zur Staffel 2 der LoHN-Einführungsplanung und stellt für dieses Haushaltsjahr einen inputorientierten Budgethaushalt auf. Seit dem Jahr 2003 hat die Niedersächsische Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege für alle Fakultäten eine Kosten- und Leistungsrechnung und ein gemeinsames Liegenschaftsmanagement eingeführt.

Die Produktstruktur des Verwaltungsbereiches der Niedersächsischen Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege orientiert sich an den Laufbahnen für die ausgebildet wird.

Im Einzelnen sind dies folgende Laufbahnen:

**Fakultät Allgemeine Verwaltung in Hildesheim**

Gehobener allgemeiner Verwaltungsdienst des Landes  
 Gehobener allgemeiner Verwaltungsdienst der Gemeinden und Landkreise  
 Gehobener Polizeiverwaltungsdienst  
 Gehobener Verwaltungsdienst der Nds. Agrarstrukturverwaltung  
 Gehobener Archivdienst  
 Gehobener Verwaltungsdienst der ev.-luth. Landeskirche Hannovers

**Fakultät Polizei in Hildesheim, Hann. Münden und Oldenburg**

Gehobener Polizeivollzugsdienst

**Fakultät Rechtspflege in Hildesheim**

Gehobener Justizdienst (Rechtspfleger/-in),  
 auch für die Bundesländer Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein

**Fakultät Steuerverwaltung in Rinteln**

Gehobener Dienst in der Nds. Steuerverwaltung

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0304**

Sonderkosten für Polizeivollzugs- und Verwaltungsbeamte/innen, die der Niedersächsischen Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege angehören, sind weiterhin im Haushalt der Landespolizei -Kapitel 03 20- mit veranschlagt.

Dazu gehören insbesondere:

- a) Kosten für das Fernsprechnetz und Datennetz der Polizei (TGr. 69/70 und 98/99)
- b) Kosten für die Haltung und das Betreiben von Dienstkraftfahrzeugen (Titel 514 10)
- c) Kosten der Heilfürsorge und für die medizinische Betreuung für die Polizeivollzugsbeamten, einschließlich des Arbeitsschutzes für die Polizeikommissaranwärterinnen und -anwärter (TGr. 64)
- d) Bekleidungszuschuss f. Polizeivollzugsbeamte/-innen der Kriminalpolizei (TGr. 65)
- e) Unterhaltung sowie Ersatz von Bekleidung und Ausrüstung (TGr. 65)
- f) Kosten für Waffen und Munition (TGr. 68)
- g) Kosten für die Durchführung von Sportveranstaltungen für die Polizei (TGr. 62)
- h) Kosten der unentgeltlichen Verpflegung für die Standorte Hann. Münden und Oldenburg (Titel 514 10)
- i) Bewirtschaftungskosten der Grundstücke, Gebäude und Räume für die Standorte Hann. Münden und Oldenburg (Titel 517 10 bis 519 10)
- j) Kosten für Sondereinsätze der Polizei (TGr. 85)

Diese Vereinbarung gilt auch für budgetierte Dienststellen der Polizei.

Für die Produkte der FHVR werden die Plankosten grundsätzlich ermittelt, in dem die (gewogene) Anzahl der Studierenden je Fakultät (Planmenge) mit den Plankosten je Studierendem je Fakultät (Planstückkosten) multipliziert werden.

Für die Bestimmung der Planmenge ist zu beachten:

Im Laufe eines Haushaltsjahres absolviert jeweils ein kompletter Studiengang je Fakultät das Studium (jedes der 6 Semester und alle Prüfungsbestandteile werden einmal, bzw. bei der Polizei durch die bisherigen zwei Einstellungstermine zweimal durchgeführt). Die Studierenden der einzelnen Semester resultieren allerdings aus unterschiedlichen Einstellungsjahrgängen. Da in diesen Jahrgängen die Anzahl der Studierenden unterschiedlich ist, wird die Anzahl der Studierenden entsprechend des zeitlichen Anteils des Studienabschnitts gewichtet, was zur „gewogenen Anzahl der Studierenden“ je Fakultät führt (s. Berechnungsbeispiel unter produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen).

Die so ermittelte Anzahl der (gewogenen) Studierenden je Fakultät entspricht der kalkulatorischen Anzahl der Studierenden, die in dem Haushaltsjahr ein komplettes Studium an dieser Fakultät durchlaufen. Für diese Zahl Studierender fallen die Plankosten für ein komplettes Studium an.

Die Planstückkosten werden zukünftig ermittelt, in dem auf der Basis einer analytischen Kostenauflösung der IST-Kosten des Jahres 2003 zunächst die Fixkosten und die variablen Kosten je Fakultät näherungsweise bestimmt werden. Die sich ergebenden variablen Kosten je Studierendem (variable Kosten : Studierende 2003) werden unter Berücksichtigung notwendiger Korrekturen für das Planjahr 2005 fortgeschrieben.

Die zu erwartenden fixen Gesamtkosten (näherungsweise bestimmte Fixkosten des Jahres 2003 zuzüglich/abzüglich erforderlicher Korrekturen) sind durch die Planmenge der Studierenden zu dividieren.

Im Ergebnis ergibt dies die Planstückkosten je Fakultät. Diese multipliziert mit der Anzahl der gewogenen Studierenden je Fakultät ergeben die gesamten Plankosten der Fakultät. Die Summe der Kosten der Fakultäten ergibt den Mittelbedarf der FHVR für 2005. Die in der Überleitungsrechnung deutlich werdende Differenz zwischen diesem Mittelbedarf (Finanzierungsbeitrag des Produkthaushaltes) und dem im Kapitel 0304 ausgewiesenen Zuschussbedarf ist entstanden durch Fremdpersonalkosten zuzüglich kalkulatorischer Personalkosten und Abschreibungen abzüglich der Investitionen der HGr. 5 und 8.

**Zielkosten der Produkte und des Verwaltungsbereichs**

Produkte	Leistungsmenge	Zielkosten	Gesamtzielkosten	Leistungsmenge	Zielkosten	Leistungsmenge	Ist-Kosten
	-Stück-(Soll) 2005	-EUR-(Soll) 2005	-EUR-(Soll) 2005	-Stück-(Soll) 2004	-EUR-(Soll) 2004	-Stück-(Ist) 2003	-EUR-(Ist) 2003
Ausbildung Allg. Verwaltung	244	16.337,66	3.986.390	260	13.447,81	155	17.116,79
Ausbildung Polizei	735	17.412,80	12.798.410	809	14.989,91	698	15.171,29
Ausbildung Rechtspflege	98	17.127,35	1.678.480	121	16.549,89	112	16.051,79
Ausbildung Steuerverwaltung	152	16.563,95	2.517.720	189	15.960,82	211	12.175,76
<b>Gesamtsumme</b>			20.981.000				

**ERLÄUTERUNGEN**

Noch zu Kapitel 0304

Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag

	<b>Gesamtzielkosten</b>	<b>Eigenerlöse</b>	<b>Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalts</b>
	<b>-EUR- (Soll) 2005</b>	<b>-EUR- (Soll) 2005</b>	<b>-EUR- (Soll) 2005</b>
Ausbildung Allg. Verwaltung	3.989.240	200.000,00	3.789.430
Ausbildung Polizei	12.807.560	0	12808.170
Ausbildung Rechtspflege	1.679.680	450.000,00	1.229.760
Ausbildung Steuerverwaltung	2.519.520	0	2.519.640
davon Amtshilfe	0	0	0
davon landesweite Projektarbeit	0	0	0
davon Bewirtschaftung von Transfermitteln	0	0	0
Sonstige Eigenerlöse		28.000	
<b>Produktsumme</b>	<b>20.981.000</b>	<b>678.000</b>	<b>20.303.000</b>
Haushaltsausgleich		0	
<b>Gesamtsumme</b>	<b>20.981.000</b>	<b>678.000</b>	<b>20.303.000</b>

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0304

Überleitungsrechnung		Einnahmen (0-3)						Ausgaben (4-9)					HH- Abgl.
Bereichshaushalt (Produkte)	Tsd. EUR	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9		
+	Verwaltungserträge	-26	-26									0	
+	Erträge aus Erstattungen	-650		-650								0	
+/-	Bestandsveränderungen	0										0	
+	sonstige betriebliche Erträge	0										0	
=	<b>Erträge</b>	-676											
-	Aufwendungen für Dienstbezüge von Beamten, Angestellten und Arbeitern	12.582				9.094						3.488	
-	Versorgung, Beihilfe, ATZ-Kosten	3.484										3.484	
-	sonstige Personalaufwendungen	1.401				1.401						0	
=	<b>Personalaufwendungen</b>	17.467											
-	Büro- und Verwaltungsaufwendungen, Aus- und Weiterbildung	701					701					0	
-	Aufwendungen Kommunikation und Reisen	162					162					0	
-	Aufwendungen für Mieten, Material sowie für Betriebs- und Instandhaltung	2.533					829			1.704		0	
-	Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter	12					12					0	
-	Erstattungen u. sonstige Aufwendungen	2						2				0	
-	Abschreibungen	104										104	
=	<b>Sachaufwendungen</b>	3.514											
=	<b>Aufwendungen</b>	20.981											
=	<b>Ergebnis nach eigenen Erträgen</b>	20.305											
+	Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt	0										0	
=	<b>Ergebnis nach Landeszuschuss</b>	20.305											
+	Erträge aus Beteiligungen, Zinsen und ähnlichen Erträgen	0										0	
+	Aufwendungen aus Zinsen und ähnlichen Aufwendungen	0										0	
=	<b>Finanzergebnis</b>	20.305											
	außerordentliche Erträge	-2	-2									0	
-	außerordentliche Aufwendungen	0										0	
+/-	Haushaltsausgleich	0										0	
=	<b>außerordentliches Ergebnis</b>	20.303											
=	<b>neutrales Ergebnis</b>												
=	<b>Gesamtergebnis</b>	20.303											
-	Investitionen der Hauptgruppe 5	100					100					0	
-	Investitionen der Hauptgruppe 8	130								130		0	
=	<b>Einnahmen und Ausgaben des Budgets</b>	0	-28	-650	0	10.495	1.804	2	0	130	1.704		
+/-	Einnahmen und Ausgaben außerhalb des Budgets					1.300		1				0	
=	<b>Kapitelsumme</b>	0	-28	-650	0	11.795	1.804	3	0	130	1.704		

**ERLÄUTERUNGEN**

Noch zu Kapitel 0304

**Erläuterungen zu Titeln, Produkten und Bewirtschaftungsregeln**

Zu HGr. 4

**Beschäftigungsvolumen (in VZE):**

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
182,04	186,04	170,60

**Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen**

**Berechnungsbeispiel gewogene Anzahl Studierende:**

Verwaltungswirte / Verwaltungsbetriebswirte

Jahrgang	Abschnitt	%-Anteile	Studierende	Gew. Anzahl
SG 02	HS	12,65%	262	33,14
SG 03	HS	31,90%	260	82,94
SG 04	HS	10,45	232	24,24
SG 04	GS	31,50%	235	74,03
SG 05	GS	13,50%	213	28,75
		<b>100,00%</b>		<b>243,10</b>
		gew. Menge	Studierende	<b>244</b>

**Studierende an der FHVR (monatliche Belegungsstärke)**

	I.	II.	III.	IV.
<b>Allg. Verwaltung</b>				
2003	144	120	398	528
2004	516	525	509	504
2005	504	520	486	490
<b>Polizei</b>				
2003	1204	1328	1328	1510
2004	1510	1665	1665	1468
2005	1350	1465	1465	1301
<b>Rechtspflege</b>				
2003	219	318	143	210
2004	251	343	135	186
2005	199	315	183	123
<b>Steuerverwaltung</b>				
2003	329	217	403	460
2004	452	301	302	311
2005	447	307	150	180
<b>FHVR Gesamt</b>				
2003	1.896	1.983	2.272	2.708
2004	2.729	2.834	2.611	2.469
2005	2.500	2.607	2.284	2.094

**Studienanfänger 2005**

Fakultät Allgem. Verwaltung	213
Fakultät Polizei	620
Fakultät Rechtspflege	79
Fakultät Steuerverwaltung	90
FHVR gesamt	1.002

**Durchschnittliche Lehrsaalstärke 2003:**

Fakultät Allgem. Verwaltung	18
Fakultät Polizei	22
Fakultät Rechtspflege	22
Fakultät Steuerverwaltung	26
Ziel FHVR	22

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0304**

**Bestandene Prüfungen 2003 in Prozent:**

	Zwischenprüfung	Laufbahnprüfung
Fakultät Allgem. Verwaltung	88	99
Fakultät Polizei	80	92
Fakultät Rechtspflege	94	94
Fakultät Steuerverwaltung	93	91
FHVR gesamt	92	91

<b>Anteil der weiblichen Studierenden und des weiblichen wissenschaftlichen Personals an der Nds. FHVR</b>				
<b>Stand:01.07.2003</b>	<b>Gesamt</b>	<b>Männer</b>	<b>Frauen</b>	<b>Frauen-anteil in %</b>
<b>Studierende</b>	3575	1888	1687	47,2
<b>Professorinnen</b>	41	29	12	29,3
<b>Dozentinnen</b>	149	124	25	16,8
<b>Lehrbeauftragte (nebenamtl.)</b>	116	86	30	25,9
<b>Lehrkr. für besondere Aufgaben (Polizei)</b>	42	33	9	21,4

**Bewirtschaftungsregeln**

**Zu Liegenschafts-, Bau- und Gebäudemanagement**

An den Standorten in Hann.-Münden und Oldenburg wurden der FHVR mehrere Dienstgebäude mittels Überlassungsvereinbarung zur Nutzung zugewiesen. Alle diese Gebäude werden von den Liegenschaftsverwaltungen der örtlichen Polizeieinrichtungen verwaltet.

**Zu Titel 125 10 :**

Mit Schließung der Küche im Jahr 2004 ist dieser Ansatz auf Null gesetzt worden.

**Zu Titel 412 10**

Mit Inkrafttreten des neuen Hochschulgesetzes und der VO-FHVR wurde an der FHVR ein Hochschulrat und für die Fakultät Allgemeine Verwaltung ein Beirat eingerichtet. Hier sind die Aufwandsentschädigungen für ehrenamtlich Tätige veranschlagt.

**Zu Titel 429 11**

Im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Verwaltungsmodernisierung wird die Zuständigkeit für die Nachwuchskräfte des gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienstes und die Koordination deren berufspraktischer Studienzeiten mit Wirkung vom 01.01.2005 auf die FHVR übertragen. Es sind die erforderlichen Ausbildungsvergütungen für insgesamt 130 Stellen von Kapitel 0305 verlagert worden. Die Zuweisung erfolgt außerhalb des Budgets.

**Zu Titel 514 10 :**

Mit Schließung der Küche im Jahr 2004 ist dieser Ansatz auf Null gesetzt worden.

**Zu Titel 538 10:**

In Folge des Kabinettsbeschluss vom 09.05.2000 über die Weiterentwicklung und den Vorgaben des Nds. Hochschulgesetzes wurde damit begonnen, die FHVR an die Verbundzentrale des Gemeinsamen Bibliotheksverbundes mehrerer Bundesländer anzuschließen. Für 2005 sind jährliche Einrichtungs- und Leitungsgebühren in Höhe von 12.000 Euro eingeplant.

**Zu Titel 681 10**

Zuweisung außerhalb des Budgets

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 529 10**

Die Mittel sind ab 2002 im EPl. 13 veranschlagt.

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0304 Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
538 10-8	133	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	12	—	+12	—
547 10-7	133	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben *** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.	—	162	159	+3	—
681 10-5	133	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	1	—	+1	—
686 10-7	133	sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	2	2	—	—
812 10-2	133	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	130	57	+73	202
981 01-0	990	Abführung an 13 50 - 381 03	—	—	—	—	—
981 03-6	990	Abführung an 13 21 - 381 03	—	1.704	1.630	+74	1.629
<b>Abschluss Kapitel 0304</b>							
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		28	328	-300	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		650	650	—	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		678	978	-300	
		4 Personalausgaben	—	11.795	10.143	+1.652	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	1.804	1.799	+5	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	3	2	+1	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	130	57	+73	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1.704	1.630	+74	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	15.436	13.631	+1.805	
		<b>Zuschuss</b>		14.758	12.653	+2.105	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 812 10**

	2005
	Tsd. EUR

Ersatz- und Ergänzungsbeschaffung:

DV-Ausstattung und Netzwerkkomponenten

130

**Zu 981 01**

Abführung des Versorgungszuschlags an Kapitel 13 50 – 381 03.

**Zu 981 03**

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0307 Brandschutz**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
111 62-8	044	Einnahmen aus der Tätigkeit der "Prüfstelle für Feuerlöschschläuche" <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.</i>		25	25	—	5
119 01-7	044	Vermischte Einnahmen		7	6	+1	41
119 02-5	044	Einnahmen aus Veröffentlichungen *** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.		3	3	—	4
119 10-6	044	Einnahmen der Beschulung von Bediensteten der Berufsfeuerwehren anderer Bundesländer und der Werksfeuerwehren		190	150	+40	188
124 01-0	044	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		40	35	+5	40
125 10-6	044	Einnahmen aus der Verpflegung <i>Vgl. K-Vermerk zu 514 61.</i>		24	17	+7	24
132 01-3	044	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		27	28	-1	113
231 10-0	044	Erstattungen von Verwaltungsausgaben vom Bund		260	260	—	290
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 67</b>		<b>Brandschutz in Häfen und auf Bundeswasserstraßen</b> <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 67.</i>		(843)	(918)	(-75)	(857)
231 67-4	044	Sonstige Zuweisungen vom Bund		843	918	-75	857
232 67-0	044	Sonstige Zuweisungen von Ländern		—	—	—	—
233 67-7	044	Sonstige Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbände		—	—	—	—
<b>AUSGABEN</b>							
422 01-1	044	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	2.812	2.685	+127	1.273
422 04-6	044	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—	117	117	—	75
422 19-4	044	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	14
425 01-0	044	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	607
425 04-5	044	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	—	—	—	—
425 06-1	044	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1	1	—	—
426 01-7	044	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	675
426 04-1	044	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 06-8	044	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1	1	—	0
427 01-3	044	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	20	23	-3	9
427 39-0	044	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
441 01-6	044	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	—	44	49	-5	37

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 0307**

**Allgemeiner Vermerk:**

Das Land Niedersachsen ist nach dem „Gesetz über den Brandschutz und die Hilfeleistungen der Feuerwehren (NBrandSchG)“ vom 8. 3. 1978 – Nieders. GVBl. S. 233 in der jeweils geltenden Fassung – Träger der zentralen Aufgaben des Brandschutzes und der Hilfeleistung.

Gem. § 25 Abs. 2 und 3 NBrandSchG ist das Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer für Brandschutzaufgaben zu verwenden.

Das Land erhält gem. § 25 NBrandSchG einen Anteil aus dem Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer zur Deckung seiner Aufwendungen für Aufgaben des Brandschutzes.

Die Ausgaben für die im Geschäftsbereich des MI ressortierenden Brandschutzaufgaben – u. a. Aufwendungen für die Landesfeuerweherschulen Celle und Loy, für die Brandbekämpfung aus der Luft, für den Brandschutz in Häfen und auf Bundeswasserstraßen, für die Regierungsbrandmeister/-innen und für sonstige zentralen Aufgaben des Brandschutzes – sind in den Kapiteln 0307 und 2011 veranschlagt.

Das Feuerschutzsteueraufkommen wird abzüglich des Landesanteils gem. § 25 NBrandSchG an Landkreise und Gemeinden ausschließlich für Zwecke des Brandschutzes verteilt.

Für 2005 wird ein Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer in Höhe von rd. 37 Mio. EUR geschätzt.

Vgl. Kapitel 1301 Titel 059 11.

Für Brandschutzaufgaben des Landes sind folgende Mittel veranschlagt:

	2005 Mio. EUR
a) Laufende Aufwendungen der Landesfeuerweherschulen Celle und Loy	4,017
b) Sonstige Sachausgaben	0,100
c) Zuweisungen an die Länder	0,070
d) Zuschüsse	0,140
e) Ausgaben für Regierungsbrandmeister/-innen	0,125
f) Brandbekämpfung aus der Luft	0,160
g) Brandschutz in Häfen und auf Bundeswasserstraßen	2,438
h) Abführungen von Personal- und Sachkosten	2,200
Zusammen	9,250

**Zu 111 62**

Prüfgebühren gemäß der VO über die Gebühren für die Prüfung von Feuerlöschschläuchen vom 19. 9. 2003 (Nieders. GVBl. S. 354) in der jeweils geltenden Fassung.

Vgl. Ausgabetitelgruppe 62.

**Zu 119 10**

Lehrgangskosten für Angehörige nieders. Werksfeuerwehren und für Angehörige von Feuerwehren anderer Länder zuzügl. Verpflegungskosten.

Vgl. Ausgabetitelgruppe 61.

**Zu 125 10**

Teilnahme von Schulbediensteten sowie von anderen Personen – außer Lehrgangsteilnehmerinnen und -teilnehmern – an der Schulküchenverpflegung.

Vgl. 514 61.

**Zu Titelgruppe 67**

Vgl. Ausgabetitelgruppe 67.

**Zu 231 67**

Veranschlagung der Erstattungen des Bundes für vom Land veranschlagte Kosten (des Bundes und des Landes) aufgrund der mit den Hafenstädten geschlossenen Vereinbarungen.

Weniger infolge Anpassung an die Ist-Entwicklung.

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeitinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
74,80	73,00	68,35

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
2 812	2 685	2 424

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig) 1,80
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)
- Sonstige Veränderungen

Summe Zugänge 1,80

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)
- Sonstige Veränderungen

Summe Abgänge 0

Bleibt Zugang 1,80

**Zu 427 01**

Für die zeitweilige Beschäftigung von Aushilfs- und Vertretungskräften.

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0307 Brandschutz**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004		2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
441 02-4	044	Beihilfen für Angestellte	—	—	—	—	—
441 03-2	044	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1	1	—	0
443 01-9	044	Fürsorgeleistungen	—	1	1	—	—
453 01-4	044	Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	8	8	—	11
453 11-1	044	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	4	4	—	11
511 01-4	044	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 511 01, 511 11, 514 01, 514 10, 517 01, 518 02, 519 01, 525 01, 525 10, 526 01, 526 02, 527 01, 527 02, 531 10, 546 01, 547 10, 547 11, 547 12, 547 13 und 547 14.</i>	—	77	82	-5	58
511 11-1	044	Unterkunftsgeräte und Spinnstoffe <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	27	27	—	38
514 01-3	044	Haltung von Dienstfahrzeugen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	43	41	+2	37
514 10-2	044	Rohstoffe für Werkstätten <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	17	17	—	16
517 01-2	044	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	419	419	—	403
518 02-7	044	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	14	14	—	16
519 01-5	044	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	125	125	—	132
525 01-5	044	Aus- und Fortbildung der Bediensteten <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	34	34	—	38
525 10-4	044	Lehr- und Lernmittel <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	15	15	—	10
526 01-1	044	Sachverständige <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	2	2	—	2
526 02-0	044	Gerichts- und ähnliche Kosten <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	1	1	—	—
527 01-8	044	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	2	2	—	3
527 02-6	044	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- u. Schwerbehindertenangelegenheiten <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	1	1	—	0
531 10-4	044	Veröffentlichungen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	93	93	—	52
546 01-2	044	Vermischte Ausgaben <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	3	3	—	0
547 10-8	044	Fahrtkosten und Kostenbeiträge für Lehrgangsteilnehmer <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	301	297	+4	280
547 11-6	044	Geräte für Fachaufgaben <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	58	56	+2	53
547 12-4	044	Dienstleistungen Außenstehender <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	—	—	—	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 453 11**

Für das Lehr- und Ausbildungspersonal sowie für Auszubildende.

**Zu 514 01**

Betriebsstoffe, Instandsetzungen, Unterhaltung und feuerwehrtechnische Ausrüstung gemäß Beladeplan. Im Rahmen der Zweckbestimmung ist die Ausrüstung der Feuerwehrfahrzeuge regelmäßig zu ergänzen und zu erneuern.

**Bestand an Dienstkraft- und Feuerwehrfahrzeugen (2005):**

	Soll 2004		Ist 1. 1. 2004		Für 2005 erforderlich	
	Celle	Loy	Celle	Loy	Celle	Loy
Löschfahrzeug (LF 8)	3	3	3	3	3	2
Löschfahrzeug (LF 10/6)	0	1	0	1	0	2
Löschfahrzeug (LF 16/12)	4	1	4	1	4	1
Tanklöschfahrzeug (TLF 16/25)	1	1	1	1	1	1
Tanklöschfahrzeug (TLF 8/18)	1	1	1	1	1	1
Gerätewagen Atemschutz/Strahlenschutz (GW-A/S)	0	0	1	0	0	0
Gerätewagen Gefahrgut GW-G	1	1	1	1	1	1
Gerätewagen (GW-Öl)	1	0	1	0	1	0
Gerätewagen GW-Z	0	0	0	0	0	0
Drehleiter (DLK 23-12)	1	0	1	0	1	0
Drehleiter (DL 16-4)	0	1	0	1	0	1
Schlauchwagen (SW 2000)	1	0	1	0	1	0
Rüstwagen (RW 2)	1	1	1	1	1	1
Mehrzweckfahrzeug MZF (LKW)	1	1	1	1	1	1
Kommandowagen (KdoW), nach DIN 14507	1	1	1	1	1	1
Kommandowagen KdoW, nach TW Nr.4	0	1	0	1	0	1
Einsatzleitwagen (ELW 2)	1	0	1	0	1	0
Tragkraftspritzenfahrzeug (TSF)	3	1	3	1	3	1
Mannschaftstransportwagen (MTW)	1	1	1	1	1	1
Abrollbehälter Atemschutz/Strahlenschutz AB-A/S	1	0	1	0	1	0
Wechselladerfahrzeug (WLF)	1	0	1	0	1	1
Anhänger für Löschwasserbehälter	1	0	1	0	1	0
Feuerwehranhänger für Sondergerät	0	1	0	1	0	1
Pulveranhänger P 250	0	1	0	1	0	1
Dienstkraftfahrzeug (PKW)	0	0	0	0	1	1
Kleintraktor m. Zubehör	1	1	1	1	1	1
Anhänger f. Kleintraktor	0	1	0	1	0	1
Gabelstapler m. Zubehör	1	1	1	0	1	1
Kehrsaugmaschine mit Zubehör	0	1	0	1	0	1
<b>Zusammen</b>	<b>26</b>	<b>21</b>	<b>27</b>	<b>21</b>	<b>27</b>	<b>23</b>

**Noch zu 525 01**

Schulbediensteten an feuerwehrtechnischen Lehrgängen, Seminaren und Arbeitstagen sowie Veranstaltungen der Freiwilligen Feuerwehren entstehen.

**Zu 531 10**

Überarbeitung der Waldbrandeinsatzkarte (WB EK).

**Zu 547 10**

Fahrtkosten und Kostenbeiträge (2,60 EUR je Person/Tag) für Lehrgangsteilnehmer/-innen aus nieders. Freiwilligen Feuerwehren.

**Zu 547 11**

Kosten der Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der Geräte für Lehr- und Übungszwecke.

**Zu 525 01**

Hierin enthalten sind die Reisekosten, die durch die Teilnahme der

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0307 Brandschutz**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004		
			2004				
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
547 13-2	044	Feuerwehrenzeichen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	16	20	-4	15
547 14-0	044	Durchführung von Leistungswettbewerben der Feuerwehren <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	17	16	+1	15
632 10-5	044	Zuweisungen an die Länder <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 632 10, 685 51 und 686 52.</i>	—	67	67	—	58
681 10-6	044	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	1	1	—	—
685 51-9	044	Sonstige Zuschüsse <i>Vgl. D-Vermerk zu 632 10.</i>	—	44	44	—	14
686 52-3	044	Zuschuß an den Landesfeuerwehrverband Niedersachsen e. V. <i>Vgl. D-Vermerk zu 632 10.</i>	—	137	130	+7	79
711 01-3	044	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	301	260	+41	190
811 01-8	044	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	446	—	+446	899
812 10-3	044	Erwerb von größeren Prüf- und Übungsgeräten	—	9	129	-120	—
812 11-1	044	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	—
812 12-0	044	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	24	10	+14	—
812 13-8	044	Erwerb von besonderen Betriebseinrichtungen	—	25	—	+25	—
883 10-8	044	Zuweisungen an Landkreise und Gemeinden <i>*** Ausgaben dürfen nur geleistet werden in Höhe des in § 25 Abs. 2 Nds. BrandSchG in der jeweils geltenden Fassung festgelegten Anteils am Feuerschutzsteueraufkommen. Nicht in Anspruch genommene Mittel des Landesanteils gem. § 25 Abs. 3 Nds. BrandSchG in der jeweils geltenden Fassung zuzüglich der nicht zur Ausgabendeckung verbrauchten Ist-Einnahmen dieses Kapitels wachsen dem Landesanteil für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende Mehrausgaben bei Titel 981 11 dürfen geleistet werden.</i>	—	27.750	26.250	+1.500	25.445
883 11-6	044	Zuweisungen an Landkreise und Gemeinden für besondere Zwecke	—	—	—	—	2
981 03-7	990	Abführung an 13 21 - 381 03	—	1.032	1.032	—	1.031
981 10-0	990	Abführung an 03 01 - 381 10	—	324	716	-392	1.256
981 11-8	990	Abführung an 2011 - 381 01 <i>*** Vgl. Haushaltsvermerk zu 883 10.</i>	—	208	—	+208	—
981 12-6	990	Abführung an 13 50 - 381 03	—	600	600	—	—
981 13-4	990	Abführung an 03 20 - 381 10	—	392	—	+392	—
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61</b>		<b>Kosten für die Abhaltung von Lehrgängen und die Verpflegung der Lehrgangsteilnehmer</b>	(—)	(243)	(225)	(+18)	(223)
427 61-7	044	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte zur Ausbildung, Fortbildung und Prüfung Außenstehender	—	17	14	+3	17

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 547 13**

Das Feuerwehrhorenzeichen wird für Verdienste im Feuerlöschwesen gem. RdErl. des MI vom 17. 7. 1975 (Nds. MBl. S. 1107) in der z. Zt. geltenden Fassung verliehen.

**Zu 547 14**

Mittel für die Durchführung von Leistungswettbewerben der nds. Feuerwehren auf Bezirks- und Landesebene.

**Zu 632 10**

Landesanteile für die Brandschutzforschungsstelle in Karlsruhe und das Institut der Feuerwehr in Heyrothsberge (Sachsen-Anhalt).

**Zu 685 51**

In diesem Titel sind zwei Förderbereiche enthalten:

A) Normenausschuss Feuerwehrwesen (FNFW)

- 1) Zentrale Aufgaben des Brandschutzes – § 5 NBrandSchG –
- 2) Beteiligung im Länderverbund an den Kosten der Normungsarbeit im Normenausschuss Feuerwehrwesen (FNFW).
- 3) Daueraufgabe.

B) Wettkämpfe/Sonstige Maßnahmen

- 1) Zentrale Aufgaben des Brandschutzes – § 5 NBrandSchG –
- 2) Förderung des Feuerwehrwesens in Einzelfällen; z. B. Sportwettkämpfe, Wertungsspiele der Feuerwehrmusik,
- 3) Einzelmaßnahmen ohne Rechtsverpflichtung.

**Zu 686 52**

1. Zentrale Aufgabe des Brandschutzes – § 5 NBrandSchG –,
2. Förderung des Landesfeuerwehrverbandes Niedersachsen e. V. im Rahmen der Projektförderung (z. B. Jugendarbeit, Öffentlichkeitsarbeit, Musikwesen, Wettbewerbe, Mitgliederbetreuung),
3. Einzelmaßnahmen ohne Rechtsverpflichtung.

**Zu 711 01**

	2005 Tsd.EUR
LFS Celle:	
Sanierung Regenwasserkanäle	200
LFS Loy:	
Sanierung Warmwasserleitung	60
Befestigung Parkplatz	41
zusammen	301

**Zu 811 01**

	2005 Tsd. EUR
LFS Celle:	
Ersatzbeschaffung:	
Kommandowagen (KdoW)	30
Tragkraftspritzenfahrzeug (TSF-W)	100
Ergänzungsbeschaffung:	
Pkw	18
LFS Loy:	
Ergänzungsbeschaffung:	
Wechseladerfahrzeug mit	200
Kran und Winde (WLF)	
Abrollbehälter A/S (AB-S)	80
Pkw	18
Zusammen	446

**Zu 812 10**

	2005 Tsd. EUR
LFS Celle:	
Ersatzbeschaffung:	
1 Schnelleinsatzzelt	9
Zusammen	9

**Zu 812 12**

	2005 Tsd. EUR
LFS Celle:	
1 Aufsitzmäher	9
LFS Loy:	
Tische und Bestuhlung	15
Zusammen	24

**Zu 812 13**

	2005 Tsd.EUR
LFS Loy:	
1 Prüfplatz (VDE)	10
Ersatzbeschaffung:	
1 Fettabscheider	15
zusammen	25

**Zu 883 10**

Vgl. Allgemeinen Vermerk.

Die bei diesem Titel tatsächlich verfügbaren Mittel werden über die Polizeidirektionen den Landkreisen, kreisfreien Städten und kreisangehörigen Gemeinden mit Berufsfeuerwehren auf der Grundlage

- a) der Zahl der Brandschaubereiche für die Durchführung der hauptamtlichen Brandschau,
- b) der Zahl der Ortsfeuerwehren,
- c) der Zahl der Einwohner und
- d) der Fläche

zugewiesen und sind von diesen gemäß den vom Ministerium für Inneres und Sport herausgegebenen Richtlinien für die Förderung des Brandschutzes zu verwenden.



**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu 883 10**

Der Ansatz entspricht 75 % des jeweiligen Jahresaufkommens aus der Feuerschutzsteuer.

**Zu 981 03**

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

**Zu 981 10**

Abführung für die Personal- und Sachkosten der mit Aufgaben des Brandschutzes befassten Bediensteten des Ministeriums für Inneres und Sport.

Verlagerung nach Titel 981 13.

**Zu 981 12**

Abführung für die Personal- und Sachkosten der mit Aufgaben des Brandschutzes befassten Bediensteten der Landesfeuerwehrschulen Celle und Loy.

**Zu 981 13**

Abführung für die Personal- und Sachkosten der mit Aufgaben des Brandschutzes befassten Bediensteten der Polizeidirektionen.

Verlagerung von Titel 981 10.

**Zu 427 61**

	2005 Tsd.EUR
1. Lehrvergütungen für nebenamtliche Lehrkräfte	12,5
2. Vergütungen für Gastlehrer/-innen (aus privaten Spezialinstituten, Industriebetrieben usw.)	—
3. Prüfungsvergütungen	4,5
Zusammen	17,0

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte/-innen, Richter/-innen und Angestellte des Landes richtet sich nach den aufgrund des RdErl. d. MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664), in der jeweils geltenden Fassung, erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Zu 3.:

Die Höhe der veranschlagten Entschädigungen für Mitglieder in Prüfungsausschüssen richtet sich nach den aufgrund des RdErl. d. MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 666), in der jeweils geltenden Fassung, erlassenen Vorschriften.

25 v. H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0307 Brandschutz**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004	2004	2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
511 61-8	044	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	—
514 61-7	044	Lebensmittel und Zutaten zur Selbstbewirtschaftung <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 125 10.</i> <i>*** Zur Selbstbewirtschaftung gemäß § 15 Abs. 2 LHO.</i>	—	212	195	+17	193
547 61-2	044	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	14	16	-2	12
633 61-6	044	Erstattungen an Gemeinden	—	—	—	—	—
812 61-8	044	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 62</b>		<b>Ausgabe der "Prüfstelle für Feuerlöschschläuche"</b> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 111 62.</i>	(—)	(40)	(51)	(-11)	(40)
511 62-6	044	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	2	2	—	0
527 62-0	044	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	1	1	—	1
547 62-0	044	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	7	8	-1	3
812 62-6	044	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	30	40	-10	35
<b>TGr. 64</b>		<b>Durchführung von Fachausstellungen, Fachtagungen usw.</b>	(—)	(55)	(10)	(+45)	(—)
531 64-3	044	Öffentlichkeitsarbeit	—	—	8	-8	—
547 64-7	044	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	55	2	+53	—
<b>TGr. 65</b>		<b>Ausgaben für Regierungsbrandmeisterinnen und Regierungsbrandmeister</b>	(—)	(125)	(123)	(+2)	(75)
412 65-2	044	Entschädigungen	—	99	97	+2	64
511 65-0	044	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	10	10	—	1
547 65-5	044	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	16	16	—	11
812 65-0	044	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 66</b>		<b>Brandbekämpfung/Waldbrandbeobachtung aus der Luft</b>	(—)	(160)	(231)	(-71)	(114)
518 66-3	044	Mieten und Pachten	—	8	8	—	6
547 66-3	044	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	76	97	-21	65
633 66-7	044	Erstattungen an Gemeinden (GV)	—	31	31	—	—
686 66-3	044	Zuschuß an den Feuerwehrflugdienst des Landesfeuerwehrverbandes Niedersachsen e.V.	—	45	44	+1	43
812 66-9	044	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	51	-51	—

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 514 61**

Verpflegungskosten (Tagesverpflegungssatz zu 4,30 EUR). Die Verpflegung der Lehrgangsteilnehmer/-innen in den Landesfeuerwehrschulen Celle und Loy wird als „Selbstbewirtschaftung“ nach § 15 Abs. 2 LHO durchgeführt.

**Zu 547 61**

Kosten der Lehrgänge und Arbeitstagungen für Berufs-, Frei- und Werkfeuerwehren sowie für Brandschutzprüfer/-innen und andere kommunale Fachkräfte, die hauptberuflich im abwehrenden und im vorbeugenden Brandschutz der Landkreise und Gemeinden tätig sind, soweit nicht entsprechende Mittel bei anderen Titeln veranschlagt sind.

**Zu 633 61**

Für abgeordnetes Vertretungs- und Aushilfspersonal im Lehr- und Ausbildungsbereich.

**Zu Titelgruppe 62**

Die Ausgaben sind von der Zahl der Prüfaufträge abhängig und werden, soweit es sich um Arbeiten für Schlauchwebereien u. ä. Privatbetriebe handelt, durch Gebühren gemäß VO vom 19. 9. 2003 (Nds. GVBl. S. 354) in der jeweils geltenden Fassung gedeckt. Vgl. 111 62.

**Zu 547 62**

Ausgaben für die Beschaffung und Unterhaltung von Datenverarbeitungsverfahren und Datenverarbeitungsanlagen sowie für die damit verbundenen Einrichtungen in Zusammenhang mit der „Prüfstelle für Feuerlöschschläuche“.

**Zu 812 62**

	2005
	Tsd. EUR

LFS Celle	
Prüfgeräte für Schlauchprüfungen	30

**Zu 412 65**

Es sind für die 9 Regierungsbrandmeisterinnen und Regierungsbrandmeister veranschlagt:

1. pauschaler Auslagenersatz – mtl. (2005) 596,50 EUR,
  2. Verdienstausfallentschädigung für Selbstständige (bis zu 39 EUR/Std. bei 8 Std./Tag),
  3. Erstattung des fortgezählten Arbeitsentgelts.
- Vgl. § 12 NBrandSchG.

**Zu 547 65**

Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der technischen Ausrüstung, Funkgebühren, Reisekosten für Dienstreisen außerhalb des Aufsichtsbereichs sowie zu den im Aufsichtsbereich gelegenen Polizeidirektionen.

**Zu 518 66**

Anmietung von Lagerraum für Löschwasseraußenlastbehälter.

**Zu 547 66**

Flugstunden für Ausbildungs- und Übungsdienst, Wartung und Reparatur der Löschwasseraußenlastbehälter und der Transportanhänger, Kosten der Waldbrandbeobachtung aus der Luft (Flugkosten) sowie Kosten für Bodenpersonal/Kleingeräte und Verbrauchsmaterial.

**Zu 633 66**

Erstattung von Sach- und Personalkosten an Landkreise und Gemeinden (GV).

**Zu 686 66**

1. Zentrale Aufgabe des Brandschutzes – § 5 NBrandSchG –.

**Noch zu 686 66**

2. Grundfinanzierung des Feuerwehrflugdienstes des Landesfeuerwehrverbandes Niedersachsen e. V.  
Das Land bedient sich des vom LFV Niedersachsen e. V. ehrenamtlich betriebenen Feuerwehrflugdienstes zur Waldbrandüberwachung.
3. Daueraufgabe.

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0307 Brandschutz**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004	2004	2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
<b>TGr. 67</b>		<b>Brandschutz in Häfen und auf Bundeswasserstraßen</b> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 67.</i>	(–) (1.310)	(2.438)	(2.284)	(+154)	(2.150)
511 67-7	044	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	–	26	29	-3	9
547 67-1	044	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	–	487	279	+208	229
631 67-2	044	Sonstige Zuweisungen an den Bund	–	–	–	–	–
632 67-9	044	Erstattungen an Länder	–	–	–	–	–
633 67-5	044	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	–	1.904	1.905	-1	1.883
711 67-6	044	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	–	–	–	–	–
811 67-0	044	Erwerb von Wasserfahrzeugen	–	–	–	–	–
			1.310				
812 67-7	044	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	–	21	71	-50	30
<b>TGr. 98/99</b>		<b>Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik</b>	(–)	(107)	(84)	(+23)	(20)
511 99-5	044	IuK Geschäftsbedarf und Kommunikation, Geräte und Gegenstände	–	13	10	+3	17
514 99-4	044	Verbrauchsmittel	–	5	5	–	2
525 98-8	044	Kosten der Aus- und Fortbildung der Bediensteten (IZN)	–	5	5	–	2
525 99-6	044	Kosten der Aus- und Fortbildung der Bediensteten (andere Dienstleister)	–	1	1	–	–
538 98-2	044	Ausgaben für Datenverarbeitung (IZN)	–	1	1	–	–
538 99-0	044	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	–	2	2	–	0
547 98-1	044	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	–	–	–	–	–
812 99-5	044	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	–	80	60	+20	–

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Titelgruppe 67**

Die Verhandlungen mit dem Bund, den Ländern und Gemeinden (GV) über die Aufgabenwahrnehmung und Kostenerstattung sind noch nicht vollständig abgeschlossen. Die zur Erstattung veranschlagten Haushaltsmittel können daher teilweise nur geschätzt werden.

**Zu 511 67**

Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung von landeseigenen Ausrüstungsgegenständen.

**Zu 547 67**

Unterhaltung des Feuerlöschboots FLB II, der Hafenerfeuerwache in Emden und der sonstigen feuerwehrtechnischen Ausrüstung in landeseigenen Häfen. Anmietung von Feuerlöschschleppern. Zur Durchführung von Übungen.

Mehr infolge höherer Anmietungskosten für Feuerlöschschlepper.

**Zu 633 67**

Erstattung von Personal- und Sachkosten aufgrund der mit Gemeinden (GV) geschlossenen Vereinbarungen über den Brandschutz und Hilfeleistungen.

**Zu 812 67**

Vervollständigung der feuerwehrtechnischen Ausrüstung der mit Brandschutzaufgaben des Landes beauftragten Gebietskörperschaften.

	2005 Tsd. EUR
--	------------------

Ergänzungsbeschaffung:

Feuerwehrtechnische Ausrüstung 21

**Zu Titelgruppe 98/99**

Hier sind die Ausgaben für die Beschaffung und Unterhaltung von Datenverarbeitungsverfahren und Datenverarbeitungsanlagen sowie für die damit verbundenen Einrichtungen zusammengefasst.

**Zu 812 99**

	2005 Tsd. EUR
--	------------------

LFS Celle:

Ersatzbeschaffung:

Aktive Netzwerkkomponente 57

LFS Loy:

Ersatzbeschaffung:

Daten- und Mail-Server 23

Zusammen 80

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0307 Brandschutz**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 0307</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		316	264	+52	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		1.103	1.178	-75	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		1.419	1.442	-23	
		4 Personalausgaben	—	3.125	3.001	+124	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	2.206	1.960	+246	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	2.229	2.222	+7	
		7 Baumaßnahmen	—	301	260	+41	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	1.310	28.385	26.611	+1.774	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	2.556	2.348	+208	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	— 1.310	38.802	36.402	+2.400	
		<b>Zuschuss</b>		37.383	34.960	+2.423	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---



## Allgemeine Vorbemerkungen zu Kapitel 0309

### Für das budgetierte Kapitel 0309 gelten folgende haushaltsrechtliche Vermerke:

1. 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 538 10, 547 10 und 686 10 sind gegenseitig deckungsfähig.
2. 519 10 und 812 10 sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 538 10, 547 10 und 686 10.
3. 812 10 ist einseitig deckungsfähig zu Lasten 519 10.
4. Mehreinnahmen bei 111 10 und 119 10 erhöhen die Ausgabe bei 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 538 10, 547 10, 686 10 und 812 10.
5. Mindereinnahmen bei 111 10 und 119 10 vermindern die Ausgabe bei 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 538 10, 547 10 und 686 10.
6. Soweit die zusätzlichen Ausgabeermächtigungen zur Leistung von Personalausgaben in Anspruch genommen werden, darf in entsprechendem Umfang von der Stellenübersicht und dem Bedarfsnachweis sowie vom Beschäftigungsvolumen abgewichen werden. Verpflichtungen, die zu Ausgaben in künftigen Jahren führen können, dürfen nur eingegangen werden, soweit auch in diesen Jahren Mehreinnahmen zu deren Finanzierung sichergestellt sind. Soweit eine Einsparung bei den Personalausgaben umgesetzt wird, dürfen Planstellen und andere Stellen sowie das Beschäftigungsvolumen in entsprechender Höhe nicht in Anspruch genommen werden, das Finanzministerium darf im Fall eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses auf Antrag Ausnahmen zulassen.
7. Unter der Voraussetzung, dass das Nds. Ministerium für Inneres und Sport - hinsichtlich Art, Menge sowie Kosten/Erlöse im Einvernehmen mit dem Finanzministerium - die Erfüllung des Leistungsplans festgestellt hat, dürfen Ausgabereste in Höhe von zwei Dritteln der nicht in Anspruch genommenen Ausgabeermächtigungen nach Abzug gegebenenfalls noch offener Budgetüberschreitungen aus Vorjahren gebildet werden, die für das Budget über das Haushaltsjahr hinaus bis zum Ende des auf die Schlussbewilligung folgenden zweitnächsten Haushaltsjahres verfügbar bleiben und in Anspruch genommen werden dürfen.

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0309 Landesamt für Statistik**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
111 10-2	014	Gebühren, sonstige Entgelte		32	32	—	33
119 10-3	014	Sonstige Verwaltungseinnahmen *** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.		150	205	-55	9
281 11-3	014	Sonstige Erstattungen (Aufträge Dritter) *** Vgl. K-Vermerke zu 427 11 und 511 11.		75	51	+24	4
<b>AUSGABEN</b>							
422 10-8	014	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	18.494	18.507	-13	1.895
425 10-7	014	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	15.664
426 10-3	014	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	68
427 10-0	014	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige Die Ausgabe (Maßnahme) darf in Höhe von 300.000 EUR nur mit Einwilligung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des LT geleistet werden. *** Die Ausgaben dürfen überschritten werden bei der Beschäftigung von Ersatzkräften während der Zeit des Mutterschutzes von Landesbediensteten. Diese Überschreitungen sind nicht innerhalb des Budgets auszugleichen.	—	989	801	+188	—
427 11-8	014	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige (Aufträge Dritter) Übertragbar. Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 427 11 und 511 11. *** Ausgaben bei 427 11 und 511 11 dürfen insgesamt nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 281 11.	—	40	—	+40	—
459 10-9	014	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	1	17	-16	52
511 10-0	014	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände *** Von den Ausgaben sind Erstattungen für privat geführte Telefongespräche abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzung zu vereinnahmen.	—	600	787	-187	309
511 11-9	014	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände (Aufträge Dritter) Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 427 11. *** Vgl. K-Vermerke zu 281 11 und 427 11.	—	35	51	-16	—
514 10-0	014	Verbrauchsmittel, Haltung von Kraftfahrzeugen und dergleichen	—	58	58	—	1
517 10-9	014	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume *** Von den Ausgaben sind Erstattungen Dritter abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzung zu vereinnahmen.	—	—	330	-330	285
518 10-5	014	Mieten und Pachten *** Von den Ausgaben sind Erstattungen für privat gefertigte Kopien abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzung zu vereinnahmen.	—	109	996	-887	734

---

**ERLÄUTERUNGEN**


---

**Zu Kapitel 0309****Erläuterungen (Allgemeiner Erläuterungsteil)****Rechts- und Organisationsgrundlagen**

Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (BStatG) v. 22.1.1987,

Niedersächsisches Statistikgesetz (NStatG) v. 27.6.1988,

Statistische Ordnung in der Neufassung v. 11.6.2002,

Verordnung zur Durchführung von Statistiken v. 1.5.1999,

Einzelstatistische Gesetze,

Beschluss über die Errichtung eines Niedersächsischen Landesamtes für Statistik (NLS) v. 18.6.1991 und Geschäftsordnung für das Niedersächsische Landesamt für Statistik v. 1.7.2001.

**Verwaltungsaufbau und Budgetplan**

Das NLS ist eine Mittelbehörde, deren Fachaufsicht beim Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport angesiedelt ist. Es besteht aus 4 Abteilungen mit jeweils 5 bis 6 Referaten.

Der Präsident des NLS ist in Personalunion zugleich Landeswahlleiter.

**Zielsetzung**

Allgemeine Zielsetzung:

Aufgabe des NLS ist die Durchführung von 162 verschiedenen Statistiken mit dem Ziel, Entwicklungen und Strukturen u.a. in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen transparent zu machen. Die Aufgabenerledigung, die überwiegend mit einer Befragung von Wirtschaftsunternehmen, Institutionen und privaten Haushalten verbunden ist, erfolgt auf detaillierter bundesgesetzlicher und zunehmend auch europarechtlicher Basis. Die Ergebnisse der amtlichen Statistik dienen den staatlichen und kommunalen Stellen genauso wie der Gesellschaft, Wissenschaft und Forschung. Ohne die Leistungen der amtlichen Statistik wäre ein rationales Entscheiden und Handeln weder im staatlichen noch im privaten Bereich möglich.

Bestands- und Entwicklungsziele, Kosteneinsparung:

Zur Kosteneinsparung wird der Personalbestand durch erhöhten IuK-Einsatz und Änderung der Ablauforganisation bis zum 31.12.2007 um 47 Stellen reduziert. Entsprechende kw-Vermerke sind unterteilt nach Vergütungsgruppen und Haushaltsjahren in den Stellenübersichten ausgebracht (Fußnoten 16-23).

Eine weitere Einsparung von 65 Stellen soll ab 2008 erwirtschaftet werden, die jedoch nur unter folgenden Voraussetzungen möglich ist:

- 6 kw-Stellen.  
Voraussetzung: Ausweitung der Verbundprogrammierung mit einer aufgabenbezogenen Konzentration der IT-Produktion im Rahmen des Projekts „optimierte Kooperation“ und Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel durch das Land in Höhe von 50.000 EUR zur Finanzierung des niedersächsischen Anteils an den Entwicklungskosten.
- 20 kw-Stellen.  
Voraussetzung: Datenlieferung zu 50 % über das Internet bei 50 Statistiken und Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel in Höhe von 140.000 EUR zur Finanzierung des niedersächsischen Anteils an den Umstellungskosten.
- 7 kw-Stellen.  
Voraussetzung: Ersatz der Datenerhebung im Handwerk, Handel, Gastgewerbe und Dienstleistung durch Nutzung von Verwaltungsdaten der Finanzbehörden und der Bundesagentur für Arbeit.
- 32 kw-Stellen.  
Voraussetzung: Umfassende Kooperation mit dem Statistischen Landesamt Bremen.

Die Einsparung der 65 Stellen basiert auf den derzeitigen Produkten des NLS. Sollten dem NLS weitere Aufgaben übertragen werden, kann der Stellenabbau nicht in dem genannten Umfang vollzogen werden.

**Erläuterungen zum Produkthaushalt nach §17a LHO****Budgetierungsmodell**

Das Verwaltungsbereichsbudget des NLS setzt sich aus dem Produkten "Statistiken" (162 Einzelstatistiken bzw. Statistikgruppen, die alle einzeln kalkuliert werden), "Kommunaler Finanzausgleich" und "Landeswahlleiter" zusammen. Die mit der Produkterstellung anfallenden Kosten werden soweit wie möglich den Produkten direkt zugeordnet. Anfallende Gemeinkosten werden von den Vorkostenstellen über die Endkostenstellen anteilig auf alle Produkte verrechnet.

Die Ausweisung von mehr als einem „Statistik-Produkt“ bringt keine zusätzlichen Informationen hinsichtlich des erforderlichen Erstellungsaufwandes und der damit verbundenen Kosten. Zu berücksichtigen ist hierbei auch die Tatsache, dass wegen unterschiedlicher gesetzlich vorgeschriebener Periodizitäten nicht alle Einzelstatistiken in jedem Jahr denselben Erstellungsaufwand besitzen. Auch eine Differenzierung nach der Rechtslage erscheint nicht sinnvoll, da über 90% aller Statistiken auf Bundes- bzw. EU-Recht basieren. Eine detaillierte Aufgliederung ist z.Z. technisch nicht möglich, da die entsprechenden Aggregationsebenen nicht vorhanden sind. Aus diesem Grund handelt es sich bei den ausgewiesenen „Statistik-Zielkosten“ um einen rein rechnerischen Durchschnittsbetrag.

In der Haushaltsüberleitung werden z.Z. keine Abschreibungen ausgewiesen, da wegen der ungeklärten Zukunft des NLS als „eigenständige Landesbehörde“ eine Anlagenbuchhaltung bisher nicht durchgeführt wird.

Die in der Überleitungsrechnung ausgewiesenen Personalaufwendungen der Hauptgruppe 4 ergeben sich aus dem vom NLS errechneten PKB (Titel 422 10), den sonstigen Beschäftigungsentgelten (Titel 427 10), den sonstigen Beschäftigungsentgelten – Aufträge Dritter (Titel 427 11) sowie den sonstigen personalbezogenen Ausgaben (Titel 459 10).

In der Überleitungsrechnung sind in der Zeile „Aufwendungen für Mieten, Material, Verbrauchsmittel“ 1.340.000 EUR in der Spalte „HH-Abgl.“ ausgewiesen, da die Gebäudemiete und die Bewirtschaftungskosten nicht mehr aus dem Kapitel 0309 sondern aus dem MF-Kapitel 1321 (Behördenhäuser) zahlbar gemacht werden. In der Kosten- und Leistungsrechnung ist die Summe jedoch als Bestandteil der Produktkosten nachzuweisen.

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0309  
Zielkosten der Produkte und des Verwaltungsbereichs**

Produkte	Leistungsmenge	Zielkosten	Gesamtzielkosten	Leistungsmenge	Zielkosten	Leistungsmenge	Ist-Kosten
	-Stück-(Soll) 2005	-EUR-(Soll) 2005	-EUR-(Soll) 2005	-Stück-(Soll) 2004	-EUR-(Soll) 2004	-Stück-(Ist) 2003	-EUR-(Ist) 2003
Statistiken	162	152.062	24.634.000	162	154.000	162	157.000
Komm. Finanzausgleich	1	294.000	294.000	1	299.000	1	326.000
Landeswahlleiter	1	301.000	301.000	1	307.000	1	299.000
<b>Gesamtsumme</b>			25.229.000				

**Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag**

	Gesamtzielkosten	Eigenerlöse	Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalts
	-EUR-(Soll) 2005	-EUR-(Soll) 2005	-EUR-(Soll) 2005
Statistiken	24.634.000	240.000	
Kommunaler Finanzausgleich	294.000	0	
Landeswahlleiter	301.000	0	
davon Amtshilfe			
davon landesweite Projektarbeit			
davon Bewirtschaftung von Transfermitteln			
Sonstige Eigenerlöse		16.000	
<b>Produktsumme</b>	25.229.000	256.000	24.973.000
Haushaltsausgleich	0	0	0
<b>Gesamtsumme</b>	25.229.000	256.000	24.973.000

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0309

Überleitungsrechnung		Einnahmen (0-3)					Ausgaben (4-9)					HH- Abgl.	
Bereichshaushalt (Produkte)	Tsd. EUR	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9		
+	Verwaltungserträge	240	0	165	75	0	0	0	0	0	0	0	0
+	Erträge aus Erstattungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
+/-	Bestandsveränderungen	0											0
+	sonstige betriebliche Erträge	16	0	16	0	0	0	0	0	0	0	0	0
=	<b>Erträge</b>	<b>256</b>											0
-	Aufwendungen für Dienstbezüge von Beamten, Angestellten und Arbeitern	19.520		0	0	0	19.519	0	0	0	0	0	1
-	Versorgung, Beihilfe, ATZ-Kosten	951											951
-	sonstige Personalaufwendungen	5	0	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0
=	<b>Personalaufwendungen</b>	<b>20.476</b>											0
-	Büro- und Verwaltungsaufwendungen, Aus- und Weiterbildung	351	0	0	0	0	0	351	0	0	0	0	0
-	Aufwendungen Kommunikation und Reisen	511	0	0	0	0	0	511	0	0	0	0	0
-	Aufwendungen für Mieten, Material sowie für Betriebs- und Instandhaltung	1.522	0	0	0	0	0	182	0	0	0	0	1.340
-	Aufwendungen für Dienstleistungen	1.369	0	0	0	0	0	1.369	0	0	0	0	0
-	Erstattungen u. sonstige Aufwendungen	1.000	0	0	0	0	0	864	136	0	0	0	0
-	Abschreibungen	0											0
=	<b>Sachaufwendungen</b>	<b>4.753</b>											
=	<b>Aufwendungen</b>	<b>25.229</b>											
=	<b>Ergebnis nach eigenen Erträgen</b>	<b>24.973</b>											
+	Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt	0											0
=	<b>Ergebnis nach Landeszuschuss</b>	<b>24.973</b>											
+	Erträge aus Beteiligungen, Zinsen und ähnlichen Erträgen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
+	Aufwendungen aus Zinsen und ähnlichen Aufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
=	<b>Finanzergebnis</b>	<b>0</b>											
+	außerordentliche Erträge	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
-	außerordentliche Aufwendungen	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0
+/-	Haushaltsausgleich	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
=	<b>außerordentliches Ergebnis</b>	<b>0</b>											
=	<b>neutrales Ergebnis</b>	<b>0</b>											
=	<b>Gesamtergebnis</b>	<b>24.973</b>											
-	Investitionen der Hauptgruppe 5		0	0	0	0	0	82	0	0	0	0	0
-	Investitionen der Hauptgruppe 8		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
=	<b>Einnahmen und Ausgaben des Budgets</b>		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
+/-	Einnahmen und Ausgaben außerhalb des Budgets		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
=	<b>Kapitelsumme</b>		0	182	75	0	19.524	3.359	137	0	0	0	

**ERLÄUTERUNGEN**

Noch zu Kapitel 0309

**Erläuterungen zu Titeln, Produkten und Bewirtschaftungsregeln**

Zu HGr. 4

**Beschäftigungsvolumen (in VZE):**

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
416,17	431,17	395

Zu 422 10

Aus dem Haushaltsansatz dürfen auch Altersteilzeitzuschläge geleistet werden.

Zu 427 10

Aus dem Haushaltsansatz dürfen Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte, Versicherungsbeiträge für Praktikantinnen und Praktikanten, Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung, Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz und Beschäftigungsentgelte – Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige (IZN und andere Dienstleister) gezahlt werden.

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte/-innen, Richter/-innen und Angestellte des Landes richtet sich nach den aufgrund des RdErl. d. MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664), in der jeweils geltenden Fassung, erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Zu 459 10

Aus dem Haushaltsansatz dürfen auch Ausgaben für Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhängen, Überstundenvergütungen für Angestellte, Fürsorgeleistungen, Trennungsentchädigungen und Umzugsvergütungen geleistet werden.

**Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen**

	2003	2004	2005
	(Ist)	(Soll)	(Soll)
Zugriffe NLS-Homepage	5.500.000	5.600.000	5.700.000
Abgerufene Datenbank-Tabellen	144.000	150.000	160.000
Anzahl der Presseveröffentlichungen	111	mind. 100	mind. 100
Auflage Statistik-CD	650	550	450

Da die Nutzer der statistischen Ergebnisse immer mehr dazu übergehen, die von ihnen benötigten Daten direkt über das Internet zu beziehen, sinkt die Auflage der vom NLS herausgegebenen Statistik-CD.

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 514 10**

**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1.1.2004	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Kleinbus	1	1	1

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0309 Landesamt für Statistik**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004	2004	2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
519 10-1	014	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	3	3	—	6
529 10-7	014	Verfüungsmittel	—	—	—	—	0
538 10-6	014	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	154	79	+75	214
547 10-5	014	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben *** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.	—	2.400	2.408	-8	225
681 10-3	014	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	1	1	—	0
686 10-5	014	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	136	133	+3	133
812 10-0	014	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	364	-364	—
<b>Abschluss Kapitel 0309</b>							
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		182	237	-55	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		75	51	+24	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		257	288	-31	
		4 Personalausgaben	—	19.524	19.325	+199	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	3.359	4.712	-1.353	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	137	134	+3	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	—	364	-364	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	23.020	24.535	-1.515	
		<b>Zuschuss</b>		22.763	24.247	-1.484	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 529 10**

Zentrale Veranschlagung im Epl. 13.

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0311 Kampfmittelbeseitigung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004 1000 EUR	Ansatz 2005 1000 EUR	Ansatz 2004 1000 EUR	+ = mehr - = weniger 1000 EUR	Ist 2003 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
<b>EINNAHMEN</b>							
231 10-1	049	Erstattung von Bergungskosten vom Bund <i>Vgl. K-Vermerk zu 547 10.</i>		4.000	4.000	—	1.862
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61</b>		<b>Kampfmittelbeseitigung</b>		(842)	(842)	(—)	(797)
111 61-0	049	Gebühren und tarifliche Entgelte		150	150	—	135
119 61-1	049	Vermischte Einnahmen		—	—	—	45
132 61-8	049	Erlöse aus dem Verkauf von Munitions- schrott		1	1	—	1
231 61-6	049	Erstattungen von Kriegsfolgehilfeleistungen vom Bund <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.</i>		665	665	—	616
232 61-2	049	Erstattungen von Ländern für die Muniti- onsvernichtung		26	26	—	—
<b>AUSGABEN</b>							
547 10-9	049	Dienstleistungen Außenstehender für Ber- gungsmaßnahmen <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur</i> <i>Höhe der Isteinnahmen bei 231 10.</i> <i>*** Die nicht durch Einnahmen im laufenden</i> <i>Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind als</i> <i>Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.</i>	—	4.000	4.000	—	2.077
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61</b>		<b>Kosten der Kampfmittelbeseitigung</b> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschrit-</i> <i>ten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei</i> <i>231 61.</i>	(—)	(4.394)	(4.734)	(-340)	(4.463)
425 61-5	049	Vergütungen der Angestellten <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläute-</i> <i>rung verbindlich.</i>	—	1.078	1.281	-203	1.241
426 61-1	049	Löhne der Arbeiter <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläute-</i> <i>rung verbindlich.</i>	—	1.093	1.087	+6	1.063
459 61-7	049	Sonstige personalbezogene Ausgaben <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläute-</i> <i>rung verbindlich.</i>	—	1	1	—	1
511 61-9	049	Geräte für Fachaufgaben, sonstige Ge- brauchsgegenstände	—	60	30	+30	73
514 61-8	049	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	—	114	121	-7	99
517 61-7	049	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	20	20	—	16
518 61-3	049	Mieten und Pachten für Grundstücke, Ge- bäude und Räume	—	6	6	—	75
519 61-0	049	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	13	13	—	3
525 61-0	049	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	26	26	—	6
527 61-2	049	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	98	128	-30	91
546 61-7	049	Sächliche Verwaltungsausgaben zur Regulie- rung von Schäden des Landes, die nicht ver- sichert sind	—	7	7	—	4

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Kapitel 0311**

Im Kapitel 0311 sind die Haushaltsmittel für die Aufgaben der Kampfmittelbeseitigung einschließlich der systematischen Luftbildauswertung veranschlagt.

Die personenbezogenen Sachausgaben der Beschäftigten des Kampfmittelbeseitigungsdienstes sind im Kapitel 0320 bei den Titeln 511 01 bis 547 10 veranschlagt.

**Zu 231 10**

Erstattungen vom Bund für Flächenräumungs-, Vermessungs- und Bergungsarbeiten von ehemals Reichsmunition auf nicht bundeseigenen Flächen, die an Firmen vergeben werden.

Vgl. 547 10.

**Zu Titelgruppe 61**

Die Titelgruppe enthält die für die Aufgabe "Kampfmittelbeseitigung" zu erwartenden Einnahmen, soweit es sich nicht um Erstattungen des Bundes handelt, die beim Titel 231 10 veranschlagt sind.

**Zu 111 61**

Einnahmen auf Grund der auf Antrag vorgenommenen Luftbildauswertung zur Suche nach Bombenblindgängern. Die Gebühren werden auf der Basis vom MF festgelegten "Pauschsätze für den Verwaltungsaufwand bei der Gebührenbemessung im staatlichen Bereich" zuzüglich eines Aufschlags für die besondere technische Ausstattung festgelegt.

**Zu 231 61**

Erstattungen von Landesaufwendungen (insbesondere Personalkosten) vom Bund für Flächenräumungs-, Vermessungs- und Bergungsarbeiten von ehem. Reichsmunition auf nicht bundeseigenen Flächen.

Der K-Vermerk ermöglicht, Mehreinnahmen für Mehrausgaben bei Titelgruppe 61 zu verwenden und trägt damit zur Flexibilisierung der Mittelbewirtschaftung bei.

**Zu 547 10**

Für Flächenräumungs-, Vermessungs- und Bergungsarbeiten von ehem. Reichsmunition auf nicht bundeseigenen Flächen, die an Firmen vergeben werden. Der Bund erstattet als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches die angefallenen Kosten (s. Erläuterungen zu Titel 231 10).

Durch den \*\*\*Haushaltsvermerk können abweichend von dem Grundsatz der Jährlichkeit die notwendigen Ausgaben geleistet werden, sofern sichergestellt ist, dass eine spätere Einnahme die geleistete Ausgabe deckt.

**Zu Titelgruppe 61**

Die Titelgruppe enthält die für die Kampfmittelbeseitigung erforderlichen Ausgaben, soweit die Mittel nicht bei Titel 547 10 veranschlagt sind.

**Zu 425 61**

Für 21 (26) beschäftigte Angestellte, und zwar:

- 1 Verg.-Gr. III TV-KBD
- 1 Verg.-Gr. IV b TV-KBD
- 1 Verg.-Gr. V b BAT<sup>1)</sup>
- 6 Verg.-Gr. V a TV-KBD<sup>2)</sup>
- 6 Verg.-Gr. V c BAT<sup>3)</sup>
- 3 Verg.-Gr. V c TD BAT<sup>4)</sup>
- 2 Verg.-Gr. VI b TD BAT<sup>5)</sup>
- 1 Verg.-Gr. VII BAT

<sup>1)</sup> kw

<sup>2)</sup> 3 (4) kw

<sup>3)</sup> 4 (7) kw

<sup>4)</sup> kw mit Wegfall der Aufgaben

<sup>5)</sup> kw, davon 1 mit Wegfall der Aufgaben

Abgänge:

Abgang von je 1 Stelle der Verg.-Gr. Va TV-KBD und Vb BAT sowie 3 Stellen der Verg.-Gr. Vc BAT durch Vollzug von kw-Vermerken.

**Zu 426 61**

Für 21 (21) beschäftigte Arbeiter/-innen, und zwar:

- 4 Lohn-Gr. 5 TV-Mun. Nds.
- 13 Lohn-Gr. 3/4 TV-Mun. Nds.
- 4 Lohn-Gr. 5 MTArb

**Zu 459 61**

Ausgaben im Sinne des Haushaltsvermerks zu diesem Titel sind ohne besondere Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe des tatsächlichen Bedarfs zu buchen. Die Mittel werden am Jahresabschluss überplanmäßig bereitgestellt.

Veranschlagt sind Mittel für die Bewilligung von Beihilfen, Unterstützungen und Trennungsgeld.

**Zu 514 61**

**Bestand an  
Dienstkraft-  
fahrzeugen**

	Ist 1.1.2004	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Pkw	5	5	5
Lkw	6	6	6
Sonderfahrzeuge	8*	7	7
Anhänger	4	4	4
Wasserfahrzeuge	1	1	1
	24	23	23

\*Anmerkung zum Bestand der Sonderfahrzeuge am 01.01.2004:

Vorübergehende Bestandserhöhung, da ein Bagger bereits Ende 2003 in den Bestand aufgenommen wurde, das Altfahrzeug aber erst 2004 ausgesondert wurde.

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0311 Kampfmittelbeseitigung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
547 61-3	049	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben <i>Übertragbar.</i>	—	1.793	1.828	-35	1.584
681 61-1	049	Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	—	—	—	—	—
811 61-2	049	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	60	50	+10	—
812 61-9	049	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	25	136	-111	207
<b>Abschluss Kapitel 0311</b>							
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		151	—	+151	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		4.691	—	+4.691	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		4.842	—	+4.842	
		4 Personalausgaben	—	2.172	—	+2.172	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	6.137	—	+6.137	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	85	—	+85	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	8.394	—	+8.394	
		<b>Zuschuss</b>		3.552		+3.552	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 547 61**

Für Flächenräumungs-, Vermessungs- und Bergungsarbeiten von alliierten Kampfmitteln auf nicht bundeseigenen Flächen, die an Firmen vergeben werden. Sofern bei der Räumung von alliierten Kampfmitteln gleichzeitig Reichsmunition aufgefunden wird, werden die angefallenen Kosten (insbesondere Personal-, Sach- und Räumkosten) vom Bund anteilig erstattet (s. Erläuterung zu Titel 231 61).

Für die nach § 7 NGefAG Verantwortlichen trägt das Land aus Billigkeitsgründen die mit der Beseitigung im Zusammenhang stehenden Kosten.

**Zu 681 61**

Für Sprengschäden bei Kampfmittelbeseitigungsmaßnahmen und sonstige Schäden (z. B. Kfz).

**Zu 811 61**

	2005 Tsd. EUR
--	------------------

Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen:

2 Lastkraftwagen (Ersatz) 60

einschließlich der erforderlichen Sonderausstattungen für die polizeispezifische Ausrüstung.

**Zu 812 61**

	2005 Tsd. EUR
--	------------------

Ersatzbeschaffungen:

Geräte zur Luftbildauswertung 25

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0312 Notruf 110**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
		<b>EINNAHMEN</b>					
119 61-5	049	Sonstige Verwaltungseinnahmen		16	16	–	7
		<b>AUSGABEN</b>					
		<b>Titelgruppe(n)</b>					
<b>TGr. 61</b>		<b>Für die Einrichtung des Notrufs 110</b>	(–)	(1.745)	(1.261)	(+484)	(1.342)
511 61-2	049	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände <i>Übertragbar.</i>	–	1.045	1.061	-16	1.163
812 61-2	049	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	–	700	200	+500	179
		<b>Abschluss Kapitel 0312</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		16	16	–	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		16	16	–	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	–	1.045	1.061	-16	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	–	700	200	+500	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	–	1.745	1.261	+484	
		<b>Zuschuss</b>		1.729	1.245	+484	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 119 61**

Erstattung von Einrichtungskosten und Gebühren für den Anschluss an das Notrufsystem.

**Zu 511 61**

Gebühren an die Telekom für die Einrichtung und laufende Gebühren für den Betrieb des Notrufsystems der Landespolizei (z. B. Notrufanschlüsse, Notrufabfrageeinrichtungen, Notruftelefone, Notrufmelder, besondere Festverbindungen). Lfd. Wartung und Unterhaltung (Materialkosten) der Notrufabfrageeinrichtungen und der Stromversorgungsanlagen, die mit eigenem Fachpersonal durchgeführt werden.

**Zu 812 61**

Die analogen Notrufabfrageeinrichtungen werden seit 1999 im Rahmen eines mehrjährigen Programms durch EURO-ISDN-Anlagen ersetzt.

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0313 Präventionsprogramm Polizei/Sozialarbeiter**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
282 10-2	042	Zweckgebundene Geldspenden <i>Vgl. K-Vermerk zu 546 10.</i>		-	-	-	-
<b>AUSGABEN</b>							
422 01-0	042	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung; Personalkostenbudgets	-	369	390	-21	-
422 06-0	042	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	-	1	1	-	-
422 19-2	042	Altersteilzeitzuschläge	-	-	-	-	-
425 01-9	042	Vergütungen der Angestellten	-	-	-	-	426
425 06-0	042	Überstundenvergütungen für Angestellte	-	1	1	-	3
427 01-1	042	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	-	2	2	-	-
427 10-0	042	Beschäftigungsentgelte für Rechts- und andere Praktikanten/Praktikantinnen	-	-	-	-	-
427 39-9	042	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	-	-	-	-	-
511 01-2	042	Geschäftsbedarf	-	7	7	-	5
517 01-0	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	-	2	2	-	-
518 01-7	042	Mieten und Pachten	-	5	5	-	9
525 01-3	042	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	-	1	1	-	0
526 01-0	042	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	-	-	-	-	-
527 01-6	042	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	-	1	1	-	1
546 10-0	042	Verwendung zweckgebundener Geldspenden <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 10.</i>	-	-	-	-	-
<b>Abschluss Kapitel 0313</b>							
2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				-	-	-	
<b>Summe der Einnahmen</b>					-	-	
4 Personalausgaben				-	373	394	-21
5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst				-	16	16	-
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>				-	389	410	-21
<b>Zuschuss</b>					389	410	-21

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 0313**

**Allgemeiner Vermerk:**

Im Präventionsprogramm Polizei/Sozialarbeiter wird in den Dienst-  
räumen von Polizeidienststellen die Zusammenarbeit von Polizei  
und Sozialdienst gefördert. Grundgedanke ist es, Hilfsmaßnahmen  
an den Ort der Entstehung kriminalitätsträchtiger Konflikte so weit  
vorzuverlagern, dass sich Notsituationen nicht in Straftaten verla-  
gern, sondern rechtzeitig kanalisiert werden.

**Zu 282 10**

Leertitel für die Vereinnahmung etwaiger zweckgebundener Ein-  
nahmen (Spenden u. ä.) für das Präventionsprogramm.

Vgl. 546 01.

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
7,0	7,45	7,93

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
369	390	426

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich  
(ggf. anteilig)
- Veränderungen im Stellenbereich  
aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)
- Sonstige Veränderungen 0,55

Summe Zugänge 0,55

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich 1  
(ggf. anteilig)
- Veränderungen im Stellenbereich  
aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)
- Sonstige Veränderungen

Summe Abgänge 1

Bleibt Abgang 0,45

**Zu 422 06**

Für unabweisbar notwendige Überstunden, insbesondere im nächt-  
lichen Schichtdienst.

**Zu 546 10**

Leertitel für die Verausgabung etwaiger zweckgebundener Einnah-  
men (Spenden u. ä.) für das Präventionsprogramm.

Vgl. 282 10.



## **Allgemeine Vorbemerkungen zu Kapitel 0314**

### **Für das budgetierte Kapitel 0314 gelten folgende haushaltsrechtliche Vermerke:**

1. 427 31, 429 10 und 547 10 sind gegenseitig deckungsfähig.
2. 711 10 und 812 10 sind gegenseitig deckungsfähig.
3. 711 10 und 812 10 sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 427 31, 429 10 und 547 10.
4. Mehreinnahmen bei 119 01, 281 10 und 282 11 erhöhen die Ausgabe bei 427 31, 429 10 und 547 10.
5. Mindereinnahmen bei 119 01, 281 10 und 282 11 vermindern die Ausgabe bei 427 31, 429 10 und 547 10.
6. Soweit die zusätzlichen Ausgabeermächtigungen zur Leistung von Personalausgaben in Anspruch genommen werden, darf in entsprechendem Umfang von der Stellenübersicht und dem Bedarfsnachweis sowie vom Beschäftigungsvolumen abgewichen werden. Verpflichtungen, die zu Ausgaben in künftigen Jahren führen können, dürfen nur eingegangen werden, soweit auch in diesen Jahren Mehreinnahmen zu deren Finanzierung sichergestellt sind. Soweit eine Einsparung bei den Personalausgaben umgesetzt wird, dürfen Planstellen und andere Stellen sowie das Beschäftigungsvolumen in entsprechender Höhe nicht in Anspruch genommen werden, das Finanzministerium darf im Fall eines unvorhergesehenen und unabwendbaren Bedürfnisses auf Antrag Ausnahmen zulassen.
7. Unter der Voraussetzung, dass das Ministerium für Inneres und Sport hinsichtlich Art, Menge sowie Kosten/Erlöse im Einvernehmen mit dem Finanzministerium - die Erfüllung des Leistungsplans festgestellt hat, dürfen Ausgabereste in Höhe von zwei Dritteln der nicht in Anspruch genommenen Ausgabeermächtigungen nach Abzug gegebenenfalls noch offener Budgetüberschreitungen aus Vorjahren gebildet werden, die für das Budget über das Haushaltsjahr hinaus bis zum Ende des auf die Schlussbewilligung folgenden zweitnächsten Haushaltsjahres verfügbar bleiben und in Anspruch genommen werden dürfen.

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0314 Studieninstitut des Landes Niedersachsen - budgetiert -**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-9	012	Vermischte Einnahmen		41	41	—	58
231 10-2	012	Zuweisungen vom Bund für die Vergabe von Stipendien <i>Vgl. K-Vermerk zu 681 52.</i>		—	—	—	1
282 10-6	012	Erstattung von Lehrgangskosten (Ausbildung)		1.390	1.140	+250	178
282 11-4	012	Erstattungen von Seminarkosten (Fortbildung)		1.245	1.573	-328	196
381 10-4	990	Zuführung von 0402 - 981 66		—	—	—	243
<b>AUSGABEN</b>							
427 31-7	012	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	129	129	—	106
429 10-7	012	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	1.122	1.094	+28	1.055
429 11-5	012	Bezüge und Nebenleistungen für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst sowie Ausbildungsvergütung <i>Übertragbar.</i>	—	164	—	+164	—
547 10-0	012	Nicht aufteilbare Sachausgaben	—	1.293	1.358	-65	1.439
547 11-8	012	Sachausgaben für Ausbildung der Anwärter und Auszubildenden <i>Übertragbar.</i>	—	10	—	+10	—
681 52-3	012	Stipendien an begabte Absolventen/ Absolventinnen einer anerkannten Berufsausbildung nach den Richtlinien des Bundes <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 10.</i>	—	—	—	—	1
711 01-5	012	Kleine Neu-,Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 10-5	012	Investitionen	—	—	—	—	—
981 03-9	990	Abführung an 1321 - 381 03	—	168	168	—	167
<b>Abschluss Kapitel 0314</b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				41	41	—	
2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				2.635	2.713	-78	
3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				—	—	—	
<b>Summe der Einnahmen</b>					2.676	2.754	-78
4 Personalausgaben				—	1.415	+192	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst				—	1.303	-55	
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				—	—	—	
7 Baumaßnahmen				—	—	—	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen				—	—	—	
9 Besondere Finanzierungsausgaben				—	168	—	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>				—	2.886	2.749	+137
<b>Zuschuss</b>					210	+215	
<b>Überschuss</b>						5	

---

**ERLÄUTERUNGEN**


---

**Zu Kapitel 0314****Erläuterungen (Allgemeiner Erläuterungsteil)****Rechts- und Organisationsgrundlagen**

Das SiN ist eine zentrale Einrichtung für Aus- und Fortbildung des Landes Niedersachsen. Ihm obliegt seit 01.07.1997 (Kab.Beschluss v. 25.03.1997) neben der Ausbildung auch die Aufgabe der fachübergreifenden dienstlichen Fortbildung für Landesbedienstete aller Ressorts.

**Verwaltungsaufbau und Budgetplan**

Das SiN mit seinen Produktionsbereichen Ausbildung und Fortbildung ist unmittelbar dem Nds. Ministerium für Inneres und Sport nachgeordnet und hat seinen Sitz in Bad Münden. Hier stehen neben 12 Seminarräumen, einer Bibliothek und Gruppenarbeitsbereichen auch ein 1999/2000 saniertes Gästehaus mit 49 Einzelzimmern für Fortbildungsteilnehmer und eine Cafeteria zur Verfügung. Für den Fortbildungsbereich wird das SiN von der ressortübergreifenden "Arbeitsgruppe Fortbildung" unterstützt. Die Ausbildungsteilnehmer werden in Privatunterkünften in Bad Münden untergebracht. Die Mittags- und Abendverpflegung erfolgt für alle Teilnehmer in örtlichen Restaurants. Insgesamt stellt das SiN damit einen nicht unerheblichen Wirtschaftsfaktor in der Stadt Bad Münden dar. Außerhalb der Einrichtung in Bad Münden führt das SiN auch in Heimvolkshochschulen und sonstigen Einrichtungen einschließlich verschiedener Landesdienststellen in besonderen Fällen Fortbildungsveranstaltungen durch.

**Zielsetzung**

Durch die Zusammenführung der Aufgaben Aus- und Fortbildung in einer zentralen Einrichtung wird eine Rückkopplung von Aus- und Fortbildungsinhalten sowie die Bündelung von Sachverstand beider Bereiche ermöglicht. Das SiN entwickelt als zentraler Dienstleister seine Leistung bedarfs- und kundenorientiert kontinuierlich weiter. Kunden sind alle niedersächsischen Behörden und Einrichtungen mit ihren Bediensteten. Das SiN kooperiert mit anderen Aus- und Fortbildungseinrichtungen, insbesondere den drei kommunalen Studieninstituten, dem Bildungsinstitut der Polizei Niedersachsen sowie dem Senator der Finanzen Bremen.

Standardprodukte im Produktionsbereich Ausbildung sind folgende Lehrgänge, zu deren Durchführung das SiN aufgrund zahlreicher Ausbildungs- und Prüfungsordnungen verpflichtet ist: Verwaltungslehrgänge für den gehobenen technischen Verwaltungsdienst einschl. Fachunterricht für die verschiedenen Laufbahnen, Grund- und Aufbaulehrgänge für Referendare von Sonderverwaltungen, Fachlehrgang für Vermessungsreferendare, Verwaltungslehrgang für Forstreferendare, Verwaltungslehrgang für den gehobenen Forstdienst, Einführungs-, Zwischen- und Abschlusslehrgang für Auszubildende zu Verwaltungsfachangestellten. Daneben werden nach Bedarf Grundlehrgänge für Beamtenanwärter mittlerer Dienst sowie Angestelltenlehrgänge I und II jeweils mit Grund- und Abschlusslehrgang durchgeführt.

Standardprodukte im Produktionsbereich Fortbildung sind Fortbildungsveranstaltungen in den Themenkreisen Führungskompetenz; Personalentwicklung; Kommunikation; Präsentations- und Arbeitstechniken; Personalbetreuung; Ausbildung, Didaktik, Pädagogik; Betriebswirtschaftliche Entwicklung/Steuerung; Organisations- und Strukturveränderungen; Europa; Fach- und Funktionsfortbildung.

**Erläuterungen zum Produkthaushalt nach §17a LHO****Budgetierungsmodell**

Das SiN ist LoHN-Pilotbehörde Staffel I. Für 2004 wurde erstmals ein leistungsorientierter Haushalt eingeführt. Diese Veränderung diente zugleich dem Ziel, die Kosten bzw. zumindest die Ausgaben des SiN durch produktbezogene Einnahmen zu decken. Das SiN erhebt seitdem Entgelte von den Dienststellen, die Mitarbeiter zu den Aus- und Fortbildungsveranstaltungen anmelden. Zahlende Kunden können aber auch oberste Landesbehörden sein, die ein Interesse an bestimmten Qualifizierungsmaßnahmen haben.

Das SiN erprobt seit 2004 im Rahmen des LoHN-Projekts die interne Budgetierung. Hier erfolgt die definierte Zuordnung von Budgetverantwortung auf die Bereiche Ausbildung, Fortbildung und Verwaltung innerhalb des SiN.

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0314**

**Zielkosten der Produkte und des Verwaltungsbereichs**

Produkte	Leistungsmenge	Zielkosten	Gesamtzielkosten	Leistungsmenge	Zielkosten	Leistungsmenge	Ist-Kosten
	-Stück-(Soll) 2005	-EUR-(Soll) 2005	-EUR-(Soll) 2005	-Stück-(Soll) 2004	-EUR-(Soll) 2004	-Stück-(Ist) 2003	-EUR-(Ist) 2003
Ausbildung (UNT)	6.036	230	1.390.000	5.502	211	6.572	171
Fortbildung (TNT)	10.000	153	1.529.000	13.000	142	13.852	121
<b>Gesamtsumme</b>			2.919.000				

**Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag**

	Gesamtzielkosten	Eigenerlöse	Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalts
	-EUR-(Soll) 2005	-EUR-(Soll) 2005	-EUR-(Soll) 2005
Ausbildung (UNT)	1.390.000	1.390.000	0
Fortbildung (TNT)	1.529.000	1.529.000	0
davon Amtshilfe			
davon landesweite Projektarbeit			
davon Bewirtschaftung von Transfermitteln			
Sonstige Eigenerlöse			
<b>Produktsumme</b>	2.919.000	2.919.000	
Haushaltsausgleich	0	0	
<b>Gesamtsumme</b>	2.919.000	2.919.000	

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0314

Überleitungsrechnung		Einnahmen (0-3)					Ausgaben (4-9)					HH- Abgl.
Bereichshaushalt (Produkte)	Tsd. EUR	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	
+	Verwaltungserträge	41	41									
+	Erträge aus Erstattungen	2.878		2.635								243
+/-	Bestandsveränderungen											
+	sonstige betriebliche Erträge											
=	<b>Erträge</b>	2.919										
-	Aufwendungen für Dienstbezüge von Beamten, Angestellten und Arbeitern	1.110				1.088						22
-	Versorgung, Beihilfe, ATZ-Kosten	221										221
-	sonstige Personalaufwendungen											
=	<b>Personalaufwendungen</b>	1.331										
-	Büro- und Verwaltungsaufwendungen, Aus- und Weiterbildung	17					17					
-	Aufwendungen Kommunikation und Reisen	30					30					
-	Aufwendungen für Mieten, Material sowie für Betriebs- und Instandhaltung	280						112			168	
-	Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter	1.186				129	1.057					
-	Erstattungen u. sonstige Aufwendungen	16					16					
-	Abschreibungen	59										59
=	<b>Sachaufwendungen</b>	1.588										
=	<b>Aufwendungen</b>	2.919										
=	<b>Ergebnis nach eigenen Erträgen</b>	0										
+	Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt	0										
=	<b>Ergebnis nach Landeszuschuss</b>	0										
+	Erträge aus Beteiligungen, Zinsen und ähnlichen Erträgen											
+	Aufwendungen aus Zinsen und ähnlichen Aufwendungen											
=	<b>Finanzergebnis</b>	0										
+	außerordentliche Erträge											
-	außerordentliche Aufwendungen											
+/-	Haushaltsausgleich											
=	<b>außerordentliches Ergebnis</b>	0										
=	<b>neutrales Ergebnis</b>	0										
=	<b>Gesamtergebnis</b>	0										
-	Investitionen der Hauptgruppe 5						59					-59
-	Investitionen der Hauptgruppe 8											
=	<b>Einnahmen und Ausgaben des Budgets</b>	0	41	2.635	0	1.217	1.291	0	0	0	168	
+/-	Einnahmen und Ausgaben außerhalb des Budgets					164	10					
=	<b>Kapitelsumme</b>	0	41	2.635	0	1.381	1.301	0	0	0	168	



**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0314**

**Erläuterungen zu Titeln, Produkten und Bewirtschaftungsregeln**

Zu HGr. 4

**Beschäftigungsvolumen (in VZE):**

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
26,60	25,60	24,92

**Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen**

In der Ausbildung wird die Leistungsmenge in Unterrichtsstunden (UNT) gemessen. Diese Maßeinheit bezeichnet eine Unterrichtsstunde in einer Lerngruppe unabhängig von der Zahl ihrer Mitglieder. Die Wahl dieser Einheit bietet den Vorteil, dass die Menge des geplanten bzw. durchgeführten Unterrichts erfasst und wiedergegeben wird, ohne dass die vom SiN nicht planbare Zahl der Anmeldungen in der Ausbildung die Betrachtung beeinflusst.

In der Fortbildung werden Teilnehmertage gezählt, so dass die Teilnahme eines Teilnehmers an einem Seminartag die Maßeinheit bildet. Dauer der Veranstaltung und Zahl der Teilnehmer einer Lerngruppe fließen daher in die Erfassung der Produktionsmenge ein.

Die angegebenen Kosten für Aus- und Fortbildung enthalten neben reinen Seminarkosten auch Ausga-ben für die Unterbringung und Verpflegung der Teilnehmenden.

zu 427 31

- 1. Lehrvergütungen für nebenamtliche Lehrkräfte: 118.000 EUR
- 2. Prüfungsvergütungen für die Mitglieder der Prüfungsausschüsse: 11.000 EUR

zu 1.:

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte/-innen, Richter/-innen und Angestellte des Landes richtet sich nach den aufgrund des RdErl. d. MF vom 25.03.1998 (Nds. MBl. S. 664), in der jeweils geltenden Fassung, erlassenen Vorschriften. Es handelt sich um Aufwandsentschädigungen i.S. der Nrn. 12 und 26 des § 3 EStG.

zu 2.:

Die Höhe der veranschlagten Entschädigungen für Mitglieder in Prüfungsausschüssen richtet sich nach den aufgrund des RdErl. d. MF vom 07.05.1991 (Nds. MBl. S. 751), in der jeweils geltenden Fassung, erlassenen Vorschriften. Es handelt sich um Aufwandsentschädigungen i.S. der Nrn. 12 und 26 des § 3 EStG.

zu 429 10

Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten, Vergütungen der Angestellten, Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter.

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 1 088 000 EUR.

Es sind veranschlagt:

Lehrzulagen\*)

- a) für 1 Lehrkraft mtl. 63,91 EUR
- b) für 6 Lehrkräfte mtl. 47,93 EUR

\*) Die Lehrzulagen für hauptamtliche Lehrkräfte gelten gem. Abschn. I Nr 4 des RdErl. d. MF vom 25.03.1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils geltenden Fassung als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

Im Personalkostenbudget sind Haushaltsmittel für 6 stundenweise beschäftigte Kräfte im Reinigungsdienst veranschlagt.

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0315 Wiedergutmachung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004		
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
<b>EINNAHMEN</b>							
119 42-0	244	Einnahmen, die mit Entschädigungsaufwendungen zusammenhängen		8	8	—	5
119 43-8	244	Einnahmen, die mit dem Härtefonds zusammenhängen <i>Vgl. K-Vermerk zu 698 10.</i>		—	1	-1	2
231 10-6	244	Erstattungen vom Bund nach § 172 BEG vom 29.6.1956 (BGBl. I S.562)		50	50	—	42
<b>AUSGABEN</b>							
631 10-4	244	Erstattungen an den Bund nach § 172 BEG <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 631 10, 681 31, 681 41, 687 31 und 687 41.</i>	—	8.900	9.000	-100	8.372
681 31-4	244	Renten und sonstige fortdauernde Leistungen nach dem BEG und dem Nds. SHG an Berechtigte im Inland <i>Vgl. D-Vermerk zu 631 10.</i> <i>*** Gemäß § 15 Abs. 1 S. 3 LHO dürfen zurückzuzahlende Renten und sonstige fortdauernde Leistungen nach dem BEG und dem Nds. SHG auch nach Schluß des Haushaltsjahres durch Absetzen von der Ausgabe bei 681 31, 681 32, 687 31 und 687 41 vereinnahmt werden.</i>	—	2.500	2.566	-66	2.124
681 32-2	244	Laufende Zuschüsse aus dem Härteausgleich nach § 171 BEG an Personen im Inland <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 681 32 und 687 32.</i> <i>*** Vgl. Vermerk zu 681 31.</i>	—	20	20	—	12
681 41-1	244	Kapitalentschädigungen und sonstige einmalige Leistungen nach dem BEG und dem Nds. SHG an Berechtigte im Inland <i>Vgl. D-Vermerk zu 631 10.</i>	—	150	179	-29	24
687 31-2	244	Renten und sonstige fortdauernde Leistungen nach dem BEG und dem Nds. SHG an Berechtigte im Ausland <i>Vgl. D-Vermerk zu 631 10.</i> <i>*** Vgl. Vermerk zu 681 31</i>	—	16.000	16.000	—	18.365
687 32-0	244	Laufende Zuschüsse aus dem Härteausgleich nach § 171 BEG an Personen im Ausland <i>Vgl. D-Vermerk zu 681 32.</i> <i>*** Vgl. Vermerk zu 681 31</i>	—	7	7	—	6
687 41-0	244	Kapitalentschädigungen u. sonst. einmalige Leistungen nach dem BEG an Berechtigte im Ausland <i>Vgl. D-Vermerk zu 631 10.</i>	—	650	665	-15	551
698 10-1	244	Hilfen an Verfolgte des NS-Regimes in besonderen Notlagen <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 43.</i>	—	45	100	-55	56

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 0315**

**Zu 03 15 allgemein:**

Entschädigungsbehörde (§§ 173, 184 BEG) ist das Nds. Landesamt für Bezüge und Versorgung (NLBV). Oberste Landesbehörde ist das Ministerium für Inneres und Sport.

Nach § 172 BEG werden die Entschädigungsaufwendungen ab 1. 4. 1956 je zur Hälfte vom Bund und von der Gesamtheit der Länder getragen. Die Länder bringen ihren Anteil nach dem Verhältnis ihrer Einwohnerzahl auf. Dazu tragen die Länder 25 % der vom Land Berlin zu leistenden Entschädigungsaufwendungen.

Dieselbe Verteilung erfolgt bei den Aufwendungen nach Artikel V BEG-Schlussgesetz (BEG-SG) für die überregionalen Verfolgten-gruppen.

Entschädigungsleistungen, die über die Bundesregelung hinaus aufgrund günstigerer niedersächsischer Regelung gewährt werden, müssen vom Land zu 100 % getragen werden.

Der Lastenausgleich erfolgt durch den Bund.

**Zu 119 42**

Rückflüsse aus Leistungen aufgrund des Niedersächsischen Sonderhilfegesetzes, des Niedersächsischen Haftentschädigungsgesetzes, des Bundesergänzungsgesetzes und des Bundesentschädigungsgesetzes.

**Zu 231 10**

Hier sind Erstattungen des Bundes zu vereinnahmen, wenn die von Niedersachsen erbrachten Entschädigungsleistungen den gem. § 172 BEG auf das Land entfallenden Anteil übersteigen.

**Zu 631 10**

Abführungsbeträge an den Bund, wenn die von Niedersachsen erbrachten Entschädigungsleistungen niedriger sind als der nach § 172 BEG auf das Land entfallende Lastenanteil.

**Zu 681 31**

Hier sind auch die gemäß § 59 Abs. 3 Pflegeversicherungsgesetz zu zahlenden Beiträge zur Pflegeversicherung nachzuweisen.

**Zu 698 10**

Weniger im Hinblick auf die Konsolidierung des Landeshaushalts. Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	35	—	—	35
2006	35	—	—	35
2007	35	—	—	35
2008	35	—	—	35
2009 ff.	315	—	—	315
Summe	455	—	—	455

**Einzelplan 03    Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel    0315 Wiedergutmachung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 0315</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		8	9	-1	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		50	50	—	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		58	59	-1	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	28.272	28.537	-265	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	28.272	28.537	-265	
		<b>Zuschuss</b>		28.214	28.478	-264	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0316 Informatikzentrum Niedersachsen (IZN)**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004 1000 EUR	Ansatz 2005 1000 EUR	Ansatz 2004 1000 EUR	+ = mehr - = weniger 1000 EUR	Ist 2003 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
<b>EINNAHMEN</b>							
121 01-0	019	Ablieferungen des Landesbetriebes <i>Vgl. K-Vermerk zu 891 01.</i>		1.000	167	+833	—
381 01-2	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	—
<b>AUSGABEN</b>							
682 03-9	019	Zuschüsse an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen u. baulichen Anlagen, Abführung an 1321-124 03 <i>Übertragbar.</i>	—	837	1.008	-171	811
682 04-7	019	Zuschüsse an den Landesbetrieb für die Versorgung von Beamten; Abführung an 1350-281 16	—	951	1.204	-253	1.301
682 38-1	019	Zuschüsse an den Landesbetrieb für die Ausbildung in Kammerberufen	—	—	12	-12	32
891 01-0	019	Zuschüsse für Investitionen an den Landesbetrieb <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 121 01.</i>	—	—	7.075	-7.075	8.336
<b>Abschluss Kapitel 0316</b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				1.000	167	+833	
3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				—	—	—	
<b>Summe der Einnahmen</b>					1.000	167	+833
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				—	1.788	2.224	-436
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen				—	—	7.075	-7.075
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>				—	1.788	9.299	-7.511
<b>Zuschuss</b>					788	9.132	-8.344

---

**ERLÄUTERUNGEN**


---

**Zu Kapitel 0316****Erläuterungen (Allgemeiner Erläuterungsteil)****Rechts- und Organisationsgrundlagen**

- Beschluss der Niedersächsischen Landesregierung vom 15.04.97 zur Errichtung eines Landesbetriebs „Informatikzentrum Niedersachsen“ (IZN) gemäß § 26 LHO
- Betriebssatzung für das IZN: Gem RdErl. d MF, d. StK u. d. übr. Min. v. 19.12.97 (Nds. MBl. 1998 S. 265) i. d. F. d. RdErl. MF v. 6.1.2000 (Nds. MBl. S. 312)
- Benutzungsordnung für das IZN vom 18.01.99: Bek. d. MF v. 09.02.99 (Nds. MBl. S. 168)
- Leistungskatalog und Entgeltverzeichnis des IZN
- Abschnitt 2 Buchst. h des Beschlusses der Niedersächsischen Landesregierung vom 12.3.03 (Nds. MBl. S. 219)

**Verwaltungsaufbau und Budgetplan**

- Ministerium für Inneres und Sport – Referat 11 (Informations- und Kommunikationstechnik, Organisation im Geschäftsbereich, Angelegenheiten der Bezirksregierungen (LoHN) in Zusammenarbeit mit Referat VM 5 (Zentrales IT- Management in der Landesverwaltung)
- Landesbetrieb IZN mit
  - Stabsstelle,
  - 6 Abteilungen,
  - 20 Bereichen und
  - nachgeordneten Arbeitsteams
  - sowie einem quer zur Hierarchie angesiedelten Kunden- und Produktmanagement.

Der Landesbetrieb IZN stellt entsprechend § 26 LHO und den dazugehörigen Verwaltungsvorschriften einen Wirtschaftsplan auf der Grundlage einer Kosten- und Leistungsrechnung auf. Das IZN finanziert sich weitgehend durch Umsatzerlöse aus eigenen und bezogenen Leistungen. Die Zuschüsse für laufende Aufwendungen in Höhe von 1.788 000 Euro werden in der Gewinn- und Verlustrechnung als außerordentliche Erträge ausgewiesen.

**Zielsetzung**

Das IZN unterstützt gemäß § 2 der Betriebssatzung die Landesverwaltung bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben durch Einsatz der IuK-Technik.

Zur Erfüllung dieser Aufgabe bietet es folgende Dienstleistungen als Pflichtaufgabe an:

1. Beratung der Dienststellen des Landes in Fragen der IuK-Technik,
2. Unterstützung des Koordinierungsausschusses Informationstechnologie (KA-IT) und des Zentralen IT- Managements im MI,
3. Erledigung von IuK- Technik-Aufgaben oder Teilaufgaben, die eine Rechenzentrumsinfrastruktur benötigen,
4. Koordinierung, Planung und Betrieb des gemeinsam genutzten landesweiten Telekommunikationsnetzes (iznNet) als Wide Area Network (WAN) des Telekommunikationsnetzes der LReg (iznNet Hannover) als Metropolitan Area Network (MAN) und ggf. weiterer MAN in Niedersachsen,
5. Koordination von landesweiten Telekommunikationsdiensten sowie Planung und Betrieb der zentralen Telekommunikationsdienste,
6. Erarbeitung von Normen, Standards und Empfehlungen im Bereich der IuK-Technik.

Im Auftrag der Landesdienststellen kann das IZN als zentrale Beschaffungsstelle für IuK-Technik tätig werden. Es ist berechtigt, in Abstimmung mit dem KA-IT oder dem Zentralen IT- Management im MI für die Landesverwaltung Rahmenverträge abzuschließen.

Darüber hinaus kann es weitere IuK- Dienstleistungen anbieten, insbesondere:

1. Unterstützung bei Planung, Aufbau und Betrieb dezentraler Systeme, von Netzen und Netzdiensten der Dienststellen,
2. Verfahrensentwicklung und -pflege und
3. Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der IuK-Technik.

Das IZN kann auch Arbeiten für Dritte, insbesondere für öffentlich-rechtliche Bedarfsträger außerhalb der Landesverwaltung übernehmen, soweit hierdurch die Erfüllung der mit Stellen der Landesverwaltung vereinbarten Dienstleistungen nicht beeinträchtigt wird.

**Budgetierungsmodell**

Das IZN erhebt für seine Leistungen Benutzungsentgelte nach dem Entgeltverzeichnis. Die Tätigkeit des IZN ist insgesamt nicht auf Gewinnerzielung gerichtet; sie ist nach kaufmännischer Bewertung kostendeckungsorientiert. Zuschüsse für laufende Aufwendungen sind grundsätzlich nicht vorgesehen, werden zur Zeit aber für die an den Landeshaushalt abzuführenden Entgelte für die vom IZN genutzte Liegenschaft und die Versorgung von Beamten gewährt.

Die Wirtschaftsführung des IZN erfolgt nach kaufmännischen Grundsätzen. Das IZN hat gemäß § 26 LHO eine Finanzbuchführung nach den Regeln der kaufmännischen doppelten Buchführung sowie eine Kosten- und Leistungsrechnung eingerichtet. Das IZN stellt einen Jahresabschluss sowie einen Lagebericht entsprechend § 264 Abs. 1 des Handelsgesetzbuches auf. Es lässt den Jahresabschluss durch einen Abschlussprüfer prüfen und legt ihn mit dem Bericht des Abschlussprüfers der Dienst- und Fachaufsichtsbehörde zur Genehmigung vor. Der Leistungsplan des IZN schlüsselt die im Erfolgsplan für die LoHN- Produkte ausgewiesenen Umsatzerlöse nach den produzierenden Bereichen auf.



**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0316**

**Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag**

	<b>Gesamtzielkosten</b>	<b>Mengen</b>	<b>Einheit</b>
	<b>-EUR- (Soll) 2005</b>		
Geschäftsführung, Verwaltung, Controlling, Rechnungswesen	0		
Recht, Vertragsmanagement, Ein- kauf	15.107.000	15.107.000	EURO
Zentrale Aufgaben Rechenzentrum	1.500.000	135.870	RZ-Stunden
BS 2000 Service-Center	4.995.500	452.491	RZ-Stunden
OS/390-Service-Center	4.258.500	385.734	RZ-Stunden
Unix-Service-Center	4.937.000	447.192	RZ-Stunden
Leitstand	0		
Service-Center Client-Service- Systeme	2.126.000	90.580 14.816	RZ-Stunden Stunden Anwenderunterstützung
Systems Management System	364.000	4.789	Stunden Anwenderunterstützung
Baan-Competence-Center	810.000	10.658	Stunden Anwenderunterstützung
Call-Center / Benutzerservice	441.000	5.803	Stunden Anwenderunterstützung
Output-Center	4.491.000	406.793	RZ-Stunden
Telekommunikationsstrategie	1.174.000	1.174.000	EURO
Telekommunikationsnetze	19.866.000	19.866.000	EURO
Telekommunikationsdienste	3.583.000	3.583.000	EURO
Beratung	548.000	7.211	Stunden Beratung/Entwicklung
Anwendungsentwicklung	2.784.000	36.632	Stunden Beratung/Entwicklung
Weiterbildung	1.174.000	15.447	Stunden Beratung/Entwicklung
<b>Produktsumme</b>	<b>68.159.000</b>		

**Zu 682 03**

Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes zur Abführung an den Einzelplan 13 – Kapitel 13 21 – 124 04.

**Zu 682 04**

Pauschale für die Versorgung der Beamten zur Abführung an den Einzelplan 13 – Kapitel 13 50 – 281 16

**Zu 682 38**

Zuschüsse für Ausbildungsplätze, die im Rahmen der Ausbildungsplatzinitiative des Landes Niedersachsen für die Ausbildung in Kammerberufen eingerichtet wurden.

**Zu 891 01**

Ersatz und Ergänzung des Anlagevermögens über eine Zuführung für Investitionen.



**Wirtschaftsplan für das  
Informatikzentrum Niedersachsen (IZN)**  
(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)  
**für das Geschäftsjahr 2005**  
(Stand: Dezember 2004)

**Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005**

KGzr.	Aufwendungen	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	13 488 000	16 198 000	13 185 247
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	9 660 000	11 267 000	7 584 576
62	Löhne	28 000	27 000	27 726
63	Dienstbezüge und Gehälter	16 576 000	16 239 000	13 385 417
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	4 775 000	5 413 000	4 454 828
65	Abschreibungen	8 161 000	8 091 000	6 409 443
66	Sonstige Personalaufwendungen	788 000	1 895 000	677 397
67	Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	19 832 000	19 980 000	18 915 457
68	Aufwendungen für Kommunikation (Dokumentation, Information, Reisen, Werbung)	571 000	589 000	447 419
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	1 176 000	1 591 000	1 732 288
70	Betriebliche Steuern	6 249 000	7 132 000	5 594 684
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	21 000	214 593
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	2 443 498
<b>Gesamtsumme:</b>		<b>81 304 000</b>	<b>88 443 000</b>	<b>75 072 573</b>

KGzr.	Erträge	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
50	Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse und andere eigene Leistungen	55 618 000	58 695 000	54 457 176
51	Umsatzerlöse für Waren und sonstige Umsatzerlöse	15 100 000	20 341 000	16 962 600
54	Sonstige betriebliche Erträge	7 733 000	7 175 000	6 824 999
57	Zinsen und sonstige Erträge	5 000	8 000	10 646
58	Außerordentliche Erträge	2 848 000	2 224 000	5 335 783
<b>Gesamtsumme:</b>		<b>81 304 000</b>	<b>88 443 000</b>	<b>83 591 204</b>

**Finanzplan für das Geschäftsjahr 2005**

Finanzbedarf	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>Investitionsmittel</b>			
Softwarelizenzen	187 100	617 200	1 074 540
Grundstücke und Bauten	355 000	230 000	58 659
Technische Anlagen und Maschinen	10 605 800	5 164 700	4 661 951
Betriebs- und Geschäftsausstattung	767 800	1 171 400	266 853
Sonstige Investitionen	129 900	73 700	512 549
<b>Sonstiger Finanzbedarf</b>			
Im Vorjahr nicht gedeckter Finanzbedarf	—	—	—
Geldabfluß ohne Gewinnminderung (Abnahme der Verbindlichkeiten)	1 911 326	2 058 323	1 147 731
Ablieferung an den Landeshaushalt	1 000 000	—	—
verfügbare Finanzmittel	10 877 653	25 424 579	26 079 802
<b>Gesamtsumme:</b>	<b>25 834 579</b>	<b>34 739 902</b>	<b>33 802 085</b>

Deckungsmittel	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	—	—	8 518 632
Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (Abnahme der Forderungen)	—	—	4 084 526
Zuweisungen für Investitionen	—	7 075 000	5 988 869
Kredite des Landes	—	—	—
Sonstige Deckungsmittel	—	—	—
im Vorjahr nicht verbrauchte Finanzmittel	25 424 579	26 079 802	11 433 964
nicht gedeckter Finanzbedarf	—	—	—
negativer Überleitungsbetrag	410 000	1 585 100	3 776 094
<b>Gesamtsumme:</b>	<b>25 834 579</b>	<b>34 739 902</b>	<b>33 802 085</b>

**Anlage zum Wirtschaftsplan  
(Übersicht über die Stellen für vollbeschäftigte Angestellte und Arbeiter/-innen)**

Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2005	2004		
<b>Angestellte</b>				
I	1	1		<b>Allgemeiner Haushaltsvermerk:</b> Das IZN darf Stellen nur im Zusammenhang mit Einnahmen aufgrund der Auftragslage besetzen oder wieder besetzen. Insgesamt 74 (-) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für beamtete Hilfskräfte, Angestellte und Arbeiter/-innen sind kw infolge ZV II, davon sind 34 bis 31. 12. 2007 abzubauen. <hr/> 1) 1 Stelle ku nach IV b nach Ausscheiden des Stelleninhabers. 2) 1 Stelle zum Ausgleich von Personalratstätigkeit. 3) Stellen dürfen nur im Zusammenhang mit der Verlagerung von Aufgaben im Bereich zentrale/dezentrale Systembetreuung unter im Einzelfall zu prüfenden Bedingungen genutzt werden. <u>Verg.-Gr. Stellen</u> IVa 10 4) 1 Stelle kw mit Ablauf der ATZ (ab 1. 4. 2006) infolge ZV II. 5) 1 Stelle kw mit Ablauf der ATZ (ab 1. 4. 2007) infolge ZV II. 6) 1 Stelle kw mit Ablauf der ATZ (ab 1. 4. 2007) infolge ZV II. 7) 3 Stellen kw mit Ablauf der ATZ (2 ab 1. 3. 2005, 1 ab 1. 8. 2005) infolge ZV II. 8) 3 Stellen kw mit Ablauf der ATZ (2 ab 1. 11. 2006, 1 ab 1. 10. 2007) infolge ZV II. 9) 2 Stellen kw (1 ab 1. 3. 2005, 1 ab 1. 5. 2005) infolge ZV II. 10) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.
I a	4	4		
I b	4	4		
II a <sup>4)</sup>	7	7		
III	16	16		
IV a <sup>1)2)3)5)</sup>	188	177		
IV b <sup>6)</sup>	13	13		
V b <sup>7)</sup>	50	44		
V c	30	24		
VI b <sup>8)</sup>	28	29		
VII	7	7		
VIII <sup>9)</sup>	10	10		
IX b-VII <sup>10)</sup>	2	—		
	<u>360</u>	<u>336</u>	Zusammen	

Erläuterungen zu den Übersichten der vollbeschäftigten Angestellten

<b>Zugang:</b>	<b>Stellen</b>	
Verg.-Gr. IV a	12	infolge Verlagerung von Kapitel 03 05
Verg.-Gr. V b	7	infolge Verlagerung von Kapitel 03 05
Verg.-Gr. V c	6	infolge Verlagerung von Kapitel 03 05
Verg.-Gr. VII	1	infolge Verlagerung von Kapitel 03 05
Verg.-Gr. IX b-VII	2	infolge Verlagerung von Kapitel 03 05
<b>Zusammen</b>	<u>28</u>	
<b>Abgang:</b>	<b>Stellen</b>	
Verg.-Gr. IV a	1	Stelleneinsparung infolge ZV II
Verg.-Gr. V b	1	Stelleneinsparung infolge ZV II
Verg.-Gr. VI b	1	Stelleneinsparung infolge ZV II
Verg.-Gr. VII	1	Stelleneinsparung infolge ZV II
<b>Zusammen</b>	<u>4</u>	
<b>Bleibt Zugang</b>	<b>24</b>	

## Erläuterungen zum Erfolgsplan

## Zu Kontenklasse 5: Erträge

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>Zu Kontengruppe</b>				
<b>50</b>	<b>Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse und andere eigene Leistungen</b>	<b>55 618 000</b>	<b>58 695 000</b>	<b>54 457 176</b>
5050	Rechenzentrumsleistungen	23 748 000	26 709 000	28 471 523
5050	TK-Netze, Datennetze und -dienste	24 623 000	23 710 000	19 012 070
5050	Dezentrale Systeme und Anwenderunterstützung	2 741 000	3 544 000	2 463 504
5050	Beratung, Entwicklung und Weiterbildung	4 506 000	4 732 000	4 510 079
<b>Zu Kontengruppe</b>				
<b>51</b>	<b>Umsatzerlöse für Waren und sonstige Umsatzerlöse</b>	<b>15 100 000</b>	<b>20 341 000</b>	<b>16 962 600</b>
5110	Zentrale Beschaffung von Waren und Leistungen	15 100 000	20 341 000	16 962 600
<b>Zu Kontengruppe</b>				
<b>52</b>	<b>Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen und fertigen Erzeugnissen</b>	—	—	—
5210	Bestandsveränderungen an nicht abgerechneten Leistungen	—	—	—
<b>Zu Kontengruppe</b>				
<b>54</b>	<b>Sonstige betriebliche Erträge</b>	<b>7 733 000</b>	<b>7 175 000</b>	<b>6 824 999</b>
5410	Sonstige Erlöse	1 000	5 000	—
5420	Erträge aus Anzeigen in IZN-mail	25 000	—	19 922
5425	Mieterträge	—	—	—
5430	Andere sonstige betriebliche Erträge	162 000	179 000	523 019
5440	Erträge aus Werterhöhung von Gegenständen des Anlagevermögens	—	—	—
5460	Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	—
5470	Herabsetzung von Sonderposten	7 545 000	6 991 000	5 340 393
5480	Erträge aus der Herabsetzung von Rückstellungen	—	—	713 000
5490	Periodenfremde Erträge	—	—	228 665
<b>Zu Kontengruppe</b>				
<b>57</b>	<b>Zinsen und sonstige Erträge</b>	<b>5 000</b>	<b>8 000</b>	<b>10 646</b>
5710	Zinserträge	—	—	—
5720	Erhaltene Skonti	5 000	8 000	10 646
<b>Zu Kontengruppe</b>				
<b>58</b>	<b>Außerordentliche Erträge</b>	<b>2 848 000</b>	<b>2 224 000</b>	<b>5 335 783</b>
5810	Erträge aus Zuführungen des Landes	2 848 000	2 224 000	5 335 783

## Erläuterungen zum Erfolgsplan

## Zu Kontenklassen 6 und 7: Aufwendungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>Zu Kontengruppe</b>				
<b>60</b>	<b>Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren</b>	<b>13 488 000</b>	<b>16 198 000</b>	<b>13 185 247</b>
6010	Papier, Vordrucke, Etiketten	165 000	166 000	165 808
6015	Datenträger	—	—	429
6020	Drucktücher, -bänder, Toner	6 000	11 000	5 317
6030	Sonstiges RZ-Material	14 000	6 000	4 837
6035	Treibstoff	4 000	5 000	4 089
6040	Heizung	141 000	38 000	34 497
6045	Strom	439 000	390 000	440 266
6060	Reparaturmaterial	—	—	—
6070	Sonstiges Material	—	—	—
6080	Bezogene Waren	12 719 000	15 262 000	12 530 003
6082	EMS-Lizenzen	—	320 000	—
<b>Zu Kontengruppe</b>				
<b>61</b>	<b>Aufwendungen für bezogene Leistungen</b>	<b>9 660 000</b>	<b>11 267 000</b>	<b>7 584 576</b>
6105	Datenerfassung	46 000	100 000	27 217
6110	Beratung und Unterstützung	2 188 000	2 846 000	947 670
6115	Lehrvergütung für externe Lehrkräfte	333 000	381 000	373 351
6120	Lehrvergütung für eigene Mitarbeiter	1 000	7 000	4 370
6125	Lehrgangsunterlagen	61 000	85 000	47 490
6140	Porto Kuvertieranlage	4 257 000	3 805 000	3 278 385
6165	Instandhaltung Hardware	1 795 000	2 675 000	1 963 165
6166	Instandhaltung TK-Netze	—	—	—
6170	Softwarepflege	669 000	1 124 000	844 366
6175	Update Softwarelizenzen	55 000	91 000	19 002
6190	Transportkosten	24 000	36 000	31 943
6195	Sonstige Aufwendungen	231 000	117 000	47 615

## Erläuterungen zum Erfolgsplan

## Zu Kontenklassen 6 und 7: Aufwendungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>62</b>	<b>Löhne</b>	<b>28 000</b>	<b>27 000</b>	<b>27 726</b>
6210	Löhne und Zulagen	26 000	25 000	25 637
6220	Urlaubs- und Weihnachtsgeld	2 000	2 000	2 090

## Zu Kontengruppe

<b>63</b>	<b>Dienstbezüge und Gehälter</b>	<b>16 576 000</b>	<b>16 239 000</b>	<b>13 385 417</b>
6310	Dienstbezüge und Zulagen für Beamte	4 197 000	3 717 000	2 912 743
6320	Urlaubs- und Weihnachtsgeld für Beamte	120 000	295 000	178 156
6330	Vergütungen und Zulagen für Angestellte	11 559 000	11 387 000	9 572 019
6340	Urlaubs- und Weihnachtsgeld für Angestellte	700 000	840 000	722 499

In diesem Ansatz sind neben dem Stellenaufkommen für die Planstellen sowie für die Stellen der beamteten Hilfskräfte und der ständig vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter enthalten:

1	Dienstaufwandsentschädigungen	—	—	—
2	a) Zuschüsse nach Nr. 1 der Vorbemerkung zur BBesO C	—	—	—
	b) Zuschüsse nach Nr. 2 der Vorbemerkung zur BBesO C	—	—	—
3	Ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte	—	—	—
4	Ständige stundenweise beschäftigte Angestellte	—	—	—
5	Auszubildende für Angestelltenberufe	—	—	—
6	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—
7	Ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiterinnen/Arbeiter	—	—	—
8	Ständige stundenweise beschäftigte Arbeiterinnen/Arbeiter	—	—	—
9	Auszubildende für Arbeiterberufe	—	—	—
10	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiter	—	—	—
11	Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	—	—	—
12	Vertretungs- und Aushilfskräfte (Arbeiter)	—	—	—
13	Wissenschaftliche Hilfskräfte	—	—	—
14	Vergütungen für studentische Hilfskräfte	—	—	—
15	Vergütungen für sonstige wissenschaftliche Beschäftigte	—	—	—
16	Vergütungen für sonstige Beschäftigte	—	—	—
17	Lehraufträge	—	—	—
18	Emeritierte Professoren	—	—	—
19	VBL-Versteuerung	—	—	—

## Zu Kontengruppe

<b>64</b>	<b>Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung</b>	<b>4 775 000</b>	<b>5 413 000</b>	<b>4 454 828</b>
6410	Sozialversicherung (Lohnbereich)	6 000	6 000	5 940
6420	Sozialversicherung (Gehaltsbereich)	2 605 000	2 505 000	2 173 129
6430	Beihilfen und Unterstützungen	127 000	281 000	121 145
6440	Versorgungsbezüge	—	—	—
6450	Aufwendungen für Pensionsrückstellungen (Versorgungszuschlag)	951 000	1 204 000	1 301 000
6455	Aufwendungen für die Versorgungsrücklage	22 000	64 000	7 603
6460	VBL (Lohnbereich)	2 000	3 000	2 274
6470	VBL (Gehaltsbereich)	1 062 000	1 350 000	843 735

## Zu Kontengruppe

<b>65</b>	<b>Abschreibungen</b>	<b>8 161 000</b>	<b>8 091 000</b>	<b>—</b>
6510	Softwarelizenzen	739 000	119 000	478 161
6520	Verwaltungsgebäude	—	—	792
6530	Gebäudeeinrichtungen/Klimaanlage	159 000	—	12 923
6535	RZ-Hardware	2 253 000	2 934 000	1 091 310
6540	TK-Hardware	3 985 000	3 973 000	3 727 193
6545	Unterbrechungsfreie Stromversorgung	40 000	—	40 284
6550	Fuhrpark	—	—	—
6555	Telekommunikationsanlage	18 000	44 000	31 133
6560	Arbeitsplatzrechner	816 000	824 000	812 928
6570	Büromöbel und sonstige Geschäftsausstattung	139 000	160 000	164 950
6580	Geringwertige Wirtschaftsgüter	12 000	37 000	49 770

## Erläuterungen zum Erfolgsplan

## Zu Kontenklassen 6 und 7: Aufwendungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>Zu Kontengruppe</b>				
<b>66</b>	<b>Sonstige Personalaufwendungen</b>	<b>788 000</b>	<b>1 895 000</b>	<b>677 397</b>
6610	Personaleinstellungen	53 000	26 000	4 083
6620	Heimfahrten, Trennungsgeld, Umzugskosten	—	—	1 787
6630	Aus- und Fortbildung	592 000	607 000	339 648
6635	Reisekosten für Aus- und Fortbildung	93 000	90 000	46 821
6640	Rückstellungen für Jubiläums-Zuwendungen	—	1 000	400
6641	Rückstellungen für Mehrarbeit	—	—	51 000
6643	Rückstellungen für Urlaub	—	—	37 000
6645	Rückstellungen für Altersteilzeit LuG	—	924 000	237 000
6646	Rückstellungen für Altersteilzeit s. A.	—	179 000	38 000
6650	Übrige sonstige Personalaufwendungen	—	1 000	—
6690	Übrige sonstige Personalaufwendungen	50 000	67 000	24 991
<b>Zu Kontengruppe</b>				
<b>67</b>	<b>Inanspruchnahme von Rechten und Diensten</b>	<b>19 832 000</b>	<b>19 980 000</b>	<b>18 915 457</b>
6710	Miete für Gebäude	1 805 000	1 512 000	1 378 458
6715	Miete für Dienstkraftwagen	—	14 000	2 452
6720	Miete, Leasing RZ – Hardware	441 000	1 659 000	1 762 459
6730	Miete, Leasing RZ – Software	3 810 000	3 434 000	3 499 720
6740	Gebühren für Netzinfrastruktur	12 674 000	12 350 000	11 750 580
6750	Gebühren für Datendienste	681 000	567 000	193 359
6760	Gebühren für Fernsprechdienste	335 000	377 000	262 456
6780	Kosten des Geldverkehrs	—	7 000	—
6790	Rechts- und Beratungskosten	86 000	60 000	65 973
<b>Zu Kontengruppe</b>				
<b>68</b>	<b>Aufwendungen für Kommunikation (Dokumentation, Information, Reisen, Werbung)</b>	<b>571 000</b>	<b>589 000</b>	<b>447 419</b>
6810	Büromaterial	77 000	109 000	60 985
6820	Fotokopien	—	—	—
6830	Zeitungen und Fachliteratur	23 000	30 000	24 384
6835	Onlinedienste	—	1 000	102
6840	Gebühren für Post, Telekom	296 000	210 000	215 641
6860	Reisekosten allgemein	55 000	91 000	28 289
6870	Bewirtung und Präsentation	4 000	4 000	1 258
6880	Werbung und Öffentlichkeitsarbeit	116 000	144 000	116 760
<b>Zu Kontengruppe</b>				
<b>69</b>	<b>Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges</b>	<b>1 176 000</b>	<b>1 591 000</b>	<b>1 732 288</b>
6910	Versicherungsbeiträge	—	—	—
6920	Instandhaltung Gebäude	513 000	883 000	498 372
6925	Gebäudereinigung	118 000	128 000	115 729
6930	Müllabfuhr, Straßenreinigung	15 000	15 000	11 664
6935	Wasser-, Kanalgebühren	51 000	43 000	38 365
6940	Instandhaltung Geschäftsausstattung	125 000	119 000	69 938
6945	Entsorgung, Vernichtung von Abfall	17 000	24 000	15 597
6950	Gebäude-, Betriebssicherung	282 000	316 000	229 892
6960	Verluste aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	—
6970	Abschreibungen auf Forderungen	1 000	18 000	3 656
6980	Sonstige Aufwendungen	21 000	45 000	670 571
6990	Periodenfremde Aufwendungen	33 000	—	78 503
<b>Zu Kontengruppe</b>				
<b>70</b>	<b>Betriebliche Steuern</b>	<b>6 249 000</b>	<b>7 132 000</b>	<b>5 594 684</b>
7007	Nicht abziehbare Vorsteuer (7 %)	5 000	—	4 860
7016	Nicht abziehbare Vorsteuer (16 %)	6 243 000	7 131 000	5 588 964
7030	Kraftfahrzeugsteuer	1 000	1 000	860
<b>Zu Kontengruppe</b>				
<b>75</b>	<b>Zinsen und ähnliche Aufwendungen</b>	<b>—</b>	<b>21 000</b>	<b>214 593</b>
7510	Zinsen für kurzfristige Kredite	—	—	194 091
7520	Zinsen für langfristige Kredite	—	21 000	20 503
7530	Gewährte Skonti	—	—	—
7540	Zinskostenerstattung an das Land	—	—	—
<b>Zu Kontengruppe</b>				
<b>76</b>	<b>Außerordentliche Aufwendungen</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>2 443 498</b>
7610	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	2 443 498

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0317 Landesvermessung und Geobasisinformation Niedersachsen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
121 10-3	421	Ablieferungen des Landesbetriebs		–	–	–	–
232 10-0	421	Zuweisung zur Erledigung der Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder (AdV) <i>Vgl. K-Vermerk zu 547 11.</i>		300	300	–	–
<b>AUSGABEN</b>							
422 31-6	421	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	–	–	50	-50	–
547 11-9	421	Ausgaben in Verbindung mit der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder (AdV) <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 232 10.</i>	–	300	300	–	–
682 10-5	421	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebs <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 891 10.</i> <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.</i>	–	19.651	18.886	+765	17.968
682 11-3	421	Zuschuss an Landesbetriebe für die Beschäftigung von Ersatzkräften im Mutterschutz	–	–	–	–	–
891 10-3	421	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zula- sten 682 10.</i> <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaft- ungsvermerke verbindlich.</i>	–	319	120	+199	375
<b>Abschluss Kapitel 0317</b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				–	–	–	
2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				300	300	–	
<b>Summe der Einnahmen</b>				300	300	–	
4 Personalausgaben			–	–	50	-50	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst			–	300	300	–	
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			–	19.651	18.886	+765	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen			–	319	120	+199	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>			–	20.270	19.356	+914	
<b>Zuschuss</b>				19.970	19.056	+914	

## E R L Ä U T E R U N G E N

### Zu Kapitel 0317

### Erläuterungen (Allgemeiner Erläuterungsteil)

#### Rechts- und Organisationsgrundlagen

- Niedersächsisches Gesetz über das amtliche Vermessungswesen ( NVerMG ) vom 12.12.2002
- Beschluss der Landesregierung vom 14.1.1997 zur Einrichtung eines Landesbetriebes „Landesvermessung und Geobasisinformation Niedersachsen“ ( LGN ) gemäß § 26 LHO
- Gem. RdErl. d. MI u. d. MF vom 7.7.1997 zur Errichtung des Landesbetriebes LGN
- Betriebssatzung für den Landesbetrieb LGN
- Geschäftsordnung des Landesbetriebes LGN

#### Verwaltungsaufbau und Haushaltsplan

- Ministerium für Inneres und Sport – Referat 34 (Vermessungs- und Katasterwesen)
- Landesbetrieb LGN mit
  - Stabsstelle,
  - 5 Abteilungen,
  - 17 Aufgabenbereichen,
  - der Zentralen Stelle SAPOS,
  - einer Zuständigen Stelle nach dem Berufsbildungsgesetz sowie
  - der Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland ( AdV ).

Der Landesbetrieb LGN entwirft entsprechend § 26 LHO und den dazugehörigen Verwaltungsvorschriften einen Wirtschaftsplan auf der Grundlage einer Kostenleistungsrechnung. Nach Verabschiedung des Haushaltsgesetzes weist MI die Zuführungen bei den Titeln 682 10, 682 11, und 891 10 zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung zu.

Die Einnahmen der Geschäftsstelle der AdV werden bei 232 10, die Ausgaben bei 547 11 veranschlagt und ebenfalls zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung zugewiesen.

#### Zielsetzung

Die Aufgaben des Landesbetriebes LGN sind gemäß § 2 der Betriebssatzung:

- Führung eines Landesbezugssystems
- Führung eines Amtlich Topografisch – Kartografischen Informationssystems
- Ressortübergreifende Geoinformationssystem ( GIS ) – Koordinierung
- Zentrale Verfahrensentwicklung und IuK – Koordinierung für die Vermessungs- und Katasterverwaltung
- Mitwirkung bei Aufgaben der Vermessungs- und Katasterbehörden der Ortsstufe
- Bereitstellung von Geobasisdaten
- Geodaten- und Grafik - Serviceleistungen

Die Aufgaben sind nahezu ausschließlich hoheitliche Tätigkeiten auf der Grundlage des Niedersächsischen Gesetzes über das amtliche Vermessungswesen.

Der Landesbetrieb LGN wirkt im Rahmen der AdV mit bei der derzeitigen Entwicklung eines modernen alle Geobasisdaten umfassenden digitalen Erhebungs- und Nachweissystems AFIS-ALKIS-ATKIS (AFIS: *Amtliches Festpunkt-Informationssystem*, ALKIS: *Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem*, ATKIS: *Amtliches Topografisch-Kartografisches-Informationssystem*).

Auf Grund einer Verwaltungsvereinbarung mit allen Bundesländern ist die Zentralstelle für die Bereitstellung von Satellitenpositionierungsdaten ( Zentrale Stelle SAPOS ) im Landesbetrieb LGN eingerichtet. Sie soll SAPOS - Daten der Länder technisch zusammenführen, diese deutschlandweit bereit stellen und autorisierte Ansprech- und Verhandlungspartnerin für alle bundesweiten Nutzer sein. Die Kosten der Zentralen Stelle SAPOS werden anteilig von den Ländern getragen.

Infolge der Auflösung der Bezirksregierungen wird die Zuständige Stelle nach dem Berufsbildungsgesetz für die Ausbildungsberufe „Vermessungstechnik“ und „Kartografie“ zum 1.1.2005 von der Bezirksregierung Hannover in den Landesbetrieb LGN verlagert.

#### Wirtschaftsführung

Die Landesvermessung und Geobasisinformation Niedersachsen ( LGN ) ist ein Landesbetrieb mit doppelter Buchführung. Die Zuführung des Landes an den Landesbetrieb LGN deckt den Aufwand ab, der nicht durch Einnahmen finanziert ist.

Der Leistungsplan des Landesbetriebes LGN enthält drei grundsätzliche Produktarten:

1. Amtsleistungen ( Ziffern 1 – 6 )  
 Amtsleistungen werden als Infrastrukturmaßnahmen des Landes erbracht; sie haben nicht das Ziel, Erlöse zu erwirtschaften.
2. Markt – Amtsleistungen ( Ziffer 7 )  
 Die als Infrastrukturmaßnahme des Landes durch Amtsleistungen erstellten Produkte ( Ziffern 1, 2 und 6 ) werden an Kunden abgegeben. Neben dem Bereitstellungsaufwand soll bei Abgabe an Private eine Refinanzierung der Amtsleistungen erzielt werden; deshalb ist der Deckungsgrad hier > 1,00.
3. Markt – Serviceleistungen ( Ziffer 8 )  
 Diese Auftragsarbeiten für Dritte werden kostendeckend erledigt.

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0317**

Die Zahlenangaben zu den einzelnen Produkten basieren auf den Ergebnissen der Kostenleistungsrechnung 2003 und den Planzahlen des Wirtschaftsplans 2004. Die in den Plan- und Istkosten 2003 - 2005 enthaltenen Personalkosten sind auf der Basis der Durchschnittssätze berechnet, Beihilfen und Pensionsrückstellungen sind darin ebenfalls enthalten.

**Leistungsplan**

Produkte	Kosten	Erlöse	Deckungsgrad	Kosten	Erlöse	Deckungsgrad	Kosten	Erlöse	Deckungsgrad
	-Tsd.EUR- (Soll) 2005	--Tsd.EUR- (Soll) 2005	- Tsd.EUR- (Soll) 2005	-Tsd.EUR- (Soll) 2004	- Tsd.EUR- (Soll) 2004	- Tsd.EUR - (Ist) 2004	- Tsd.EUR- (Ist) 2003	- Tsd.EUR- (Ist) 2003	- Tsd.EUR - (Ist) 2003
1. Führung eines Landesbezugs-system	3.308	8	0,0	3.365	10	0,0	3.151	11	0,0
2. Nachweis eines ATKIS	8.140	63	0,0	8.270	75	0,0	7.589	71	0,0
3. Mitwirkung bei GIS - Koordinierung	367	0	0	363	0	0	215	0	0
4. Verfahrensentwickl. und Mitw. bei IuK - Koordinierung	4.951	372	0,1	5.035	445	0,1	4.835	430	0,1
5. Mitwirkung bei Aufgaben der VKB	1.721	523	0,30	1.758	626	0,36	1.747	604	0,35
6. Geodaten- und Graphikservice	3.500	535	0,15	3.513	641	0,18	2.656	620	0,23
7. Markt – Amtsleistungen	1.428	1.819	1,27	1.440	2.178	1,51	1.165	2.100	1,80
8. Markt –Serviceleistungen	861	861	1,00	918	1.031	1,12	1.248	997	0,80
<b>Gesamtsumme</b>	<b>24.276</b>	<b>4.181</b>	<b>0,17</b>	<b>24.662</b>	<b>5.006</b>	<b>0,20</b>	<b>22.606</b>	<b>4.833</b>	<b>0,21</b>

**Zu 232 10**

Die Ansätze korrespondieren nicht mit den übrigen Mitteln des Landesbetriebes LGN.

**Zu 547 11**

Die Ansätze korrespondieren nicht mit den übrigen Mitteln des Landesbetriebes LGN.

**Zu 682 10**

**Bewirtschaftungsvermerke:**

**Personalaufwendungen**

1. Mehreinnahmen dürfen nicht für Dauerverpflichtungen verwendet werden.

**Sonstiges**

1. Aufträge von Landesverwaltungen, die von der Druckerei des Landesbetriebes gegen Erstattung der sächlichen Verwaltungsausgaben (Material, Maschinenkosten) erledigt worden sind, werden bis auf Weiteres im bisherigen Umfang ohne Personalkostenanteile abgerechnet.
2. Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden. Dies gilt nicht für Veröffentlichungen im Marktleistungsbereich.
3. Aus dem Ansatz für Personalaufwand (Erfolgsplan Nr. II/2.) dürfen, ohne das Stellen ausgewiesen sind, auch ständige, nicht vollbeschäftigte Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter bezahlt werden.

Mehr auf Grund von Aufgabenverlagerungen infolge Auflösung der Bezirksregierungen.

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu 682 10**

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	1.779	–	–	1.779
2006	1.549	–	–	1.549
2007	1.382	–	–	1.382
2008	1.382	–	–	1.382
2009 ff.	5.216	–	–	5.216
Summe	11.308	–	–	11.308

**Zu 891 10**

**Bewirtschaftungsvermerke:**

**Personalaufwendungen**

1. Mehreinnahmen dürfen nicht für Dauerverpflichtungen verwendet werden.

**Sonstiges**

1. Aufträge von Landesverwaltungen, die von der Druckerei des Landesbetriebes gegen Erstattung der sächlichen Verwaltungsausgaben (Material, Maschinenkosten) erledigt worden sind, werden bis auf Weiteres im bisherigen Umfang ohne Personalkostenanteile abgerechnet.
2. Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden. Dies gilt nicht für Veröffentlichungen im Marktleistungsbereich.
3. Aus dem Ansatz für Personalaufwand (Erfolgsplan Nr. II/2.) dürfen, ohne das Stellen ausgewiesen sind, auch ständige, nicht vollbeschäftigte Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter bezahlt werden.

	2005 Tsd. EUR
--	------------------

Ersatzbeschaffungen:

3 Referenzstationen für das Satelliten- Positionierungs-System (SAPOS)	90
Betriebs- und Geschäftsausstattung für das Projekt AFIS / ALKIS / ATKIS	229

## Wirtschaftsplan Landesvermessung und Geobasisinformation Niedersachsen

### A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Finanzbedarf</b>			
1. Investitionen gemäß VV-HNds:			
1.1 Bebaute Grundstücke	—	—	—
1.2 Unbebaute Grundstücke	—	—	—
1.3 Gebäude	—	—	—
1.4 Maschinen und Anlagen	90 000	120 000	—
1.5 Fahrzeuge	—	—	23 600
1.6 Betriebs- und Geschäftsausstattung	229 000	—	351 280
<b>Summe 1.:</b>	<b>319 000</b>	<b>120 000</b>	<b>374 880</b>
2. Sonstige Investitionen:			
2.1 Gebäude	—	—	—
2.2 Maschinen und Anlagen	—	—	—
2.3 Fahrzeuge	—	—	—
2.4 Betriebs- und Geschäftsausstattung	186 000	730 000	563 094
<b>Summe 2.:</b>	<b>186 000</b>	<b>730 000</b>	<b>563 094</b>
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
3.1 Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	—	—	—
3.2 Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)	—	—	564 285
3.3 Ablieferung an den Landeshaushalt	—	—	—
3.4 Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)	—	—	—
3.5 Aktive Rechnungsabgrenzung	—	—	43 643
<b>Summe 3.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>607 928</b>
4. Positiver Überleitungsbetrag (Anlage 4):	—	—	—
<b>Summe I.:</b>	<b>505 000</b>	<b>850 000</b>	<b>1 545 902</b>
<b>II. Deckungsmittel</b>			
1. Deckungsmittel:			
1.1 Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	186 000	730 000	33 788
1.2 Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z. B. eingehende Zahlungen für Forderungen)	—	—	142 982
1.3 noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren	—	—	1 178 960
1.4 Zuschuss aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	—	—	—
1.5 Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen	319 000	120 000	374 880
1.6 Zahlungen passive Rechnungsabgrenzung	—	—	34 619
<b>Summe 1.:</b>	<b>505 000</b>	<b>850 000</b>	<b>1 765 229</b>
2. Negativer Überleitungsbetrag (Anlage 4):	—	—	1 212 251
<b>Summe II.:</b>	<b>505 000</b>	<b>850 000</b>	<b>2 977 480</b>

### Erläuterungen zum Finanzplan

#### Zu Kontengruppe

1.4 SAPOS-Referenzstationen	90 000 EUR
1.6 Projekt AFIS/ALKIS/ATKIS	229 000 EUR
2.4 Betriebs- und Geschäftsausstattung	186 000 EUR
Zusammen	505 000 EUR

## Wirtschaftsplan Landesvermessung und Geobasisinformation Niedersachsen

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Erträge</b>			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:	19 651 000	18 886 000	17 968 120
1.1 Zuweisungen anderer Bundesländer für die Pflege von Software	275 000	198 000	383 000
<b>Summe 1.:</b>	<b>19 926 000</b>	<b>19 084 000</b>	<b>18 351 120</b>
2. Umsatzerlöse:	3 800 000	4 504 000	3 927 292
3. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	—	—	-8 167
4. Andere aktivierte Eigenleistungen:	—	—	—
5. Sonstige betriebliche Erträge:			
5.1 Mieterträge	—	—	—
5.2 Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	6 000	4 000	8 122
5.3 Erträge aus der Herabsetzung von Wertberichtigungen und Rückstellungen	—	—	69 058
5.4 Periodenfremde Erträge	—	—	9 158
5.5 Erträge aus dem Verkauf von DV-Material an die Vermessungs- und Katasterbehörden (s. Aufwendungen Nr. 4.4.5)	100 000	300 000	135 631
5.6 Auflösung Sonderposten für Investitionszuschüsse	1 500 000	1 500 000	1 528 692
5.7 Sonstige Erträge (Schadensersatz, Erstattungen)	—	—	83 117
<b>Summe 5.:</b>	<b>1 606 000</b>	<b>1 804 000</b>	<b>1 833 778</b>
6. Zinserträge und ähnliche Erträge:	—	—	—
<b>Summe I.:</b>	<b>25 332 000</b>	<b>25 392 000</b>	<b>24 104 023</b>
<b>II. Aufwendungen</b>			
1. Materialaufwand:			
1.1 Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	520 000	1 102 000	415 474
1.2 Aufwand für bezogene Leistungen	2 050 000	1 802 000	2 154 634
1.3 Abführungen an Vermessungs- und Katasterbehörden für den Verkauf von VKV-Produkten im Rahmen der Vertriebspartnerschaft	200 000	300 000	107 000
<b>Summe 1.:</b>	<b>2 770 000</b>	<b>3 204 000</b>	<b>2 677 108</b>
2. Personalaufwand:			
2.1 Löhne und Gehälter			
2.1.1 Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	3 782 000	2 978 000	3 294 534
2.1.2 Vergütungen der Angestellten	7 830 000	7 288 000	7 517 122
2.1.3 Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	1 580 000	1 436 000	1 597 855
2.1.4 Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter (z. B. Überstunden)	20 000	29 000	304 493
<b>Summe 2.1.:</b>	<b>13 212 000</b>	<b>11 731 000</b>	<b>12 714 004</b>
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
2.2.1 Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Angestellte	1 584 000	1 550 000	2 215 035
2.2.2 Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter	352 000	331 000	503 205
2.2.3 Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	1 009 000	960 000	150 560
2.2.4 Abführungen an das Sondervermögen „Nds. Versorgungsrücklage“	30 000	30 000	19 177
2.2.5 Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarung	617 000	670 000	in 2.2.1 enth.
2.2.6 Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	135 000	137 000	in 2.2.2 enth.
2.2.7 Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	21 000	—	in 2.2 enth.
2.2.8 Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	155 000	168 000	170 027
2.2.9 Beihilfen für Angestellte	74 000	75 000	in 2.2.8 enth.
2.2.10 Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	in 2.2.8 enth.
2.2.11 Pauschalversteuerung VBL	61 000	—	62 124
2.2.12 Fürsorgeleistungen, Beiträge Unfallversicherung	29 000	36 000	15 100
<b>Summe 2.2.:</b>	<b>4 067 000</b>	<b>3 957 000</b>	<b>3 135 228</b>
<b>Summe 2.:</b>	<b>17 279 000</b>	<b>15 688 000</b>	<b>15 849 232</b>
3. Abschreibungen:			
3.1 Abschreibungen auf unbewegliches Anlagevermögen	—	—	—
3.2 Abschreibungen auf bewegliches Anlagevermögen	1 500 000	1 500 000	1 507 692
3.3 Abschreibungen auf geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	20 000	50 000	21 000
<b>Summe 3.:</b>	<b>1 520 000</b>	<b>1 550 000</b>	<b>1 528 692</b>

## Wirtschaftsplan Landesvermessung und Geobasisinformation Niedersachsen

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung, Versorgung und Instandhaltung			
4.1.1 Mieten	1 256 000	1 262 000	1 255 630
4.1.2 Unterhaltung von Gebäuden	5 000	5 000	325 921
4.1.3 Unterhaltung von Anlagen	500 000	440 000	472 411
4.1.4 Energie	340 000	110 000	in 4.1.2 enth.
4.1.5 Bewirtschaftungskosten, Nebenkosten Gebäude	130 000	417 000	120 840
4.1.6 Unterhaltung von Kfz (ohne Kfz-Steuer)	60 000	120 000	59 994
4.1.7 Leasingkosten und Gerätemieten	300 000	620 000	289 799
<b>Summe 4.1.:</b>	<b>2 591 000</b>	<b>2 974 000</b>	<b>2 524 595</b>
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
4.2.1 Geschäftsbedarf, Büromaterial	255 000	220 000	125 044
4.2.2 Post- und Fernmeldegebühren	100 000	260 000	214 999
4.2.3 Versicherungen	3 000	15 000	2 692
4.2.4 Öffentlichkeitsarbeit	10 000	20 000	9 582
4.2.5 Anwalts- und Gerichtskosten, Wirtschaftsprüfer	20 000	25 000	47 664
<b>Summe 4.2.:</b>	<b>388 000</b>	<b>540 000</b>	<b>399 981</b>
4.3. Sonstige personalbezogene Aufwendungen			
4.3.1 Reisekosten	240 000	250 000	230 636
4.3.2 Aus- und Fortbildung	170 000	140 000	117 482
4.3.3 Leistungserstattung an das NLBV	73 000	—	—
<b>Summe 4.3.:</b>	<b>483 000</b>	<b>390 000</b>	<b>348 118</b>
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
4.4.1 Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	—	—	5 552
4.4.2 Schadenersatzleistungen	5 000	4 000	964
4.4.3 Abschreibungen auf Forderungen	—	—	—
4.4.4 Periodenfremde Aufwendungen	—	—	6 814
4.4.5 Aufwendungen für den Kauf von DV-Material für die Vermessungs- und Katasterbehörden	100 000	300 000	135 631
4.4.6 Lizenzgebühren	—	—	37 549
<b>Summe 4.4.:</b>	<b>105 000</b>	<b>304 000</b>	<b>186 510</b>
<b>Summe 4.:</b>	<b>3 567 000</b>	<b>4 208 000</b>	<b>3 459 204</b>
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:			
5.1 Umsatzsteuer	—	—	-15 290
<b>Summe II.:</b>	<b>25 136 000</b>	<b>24 650 000</b>	<b>23 498 946</b>
<b>III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b> (Summe I. abzügl. Summe II.)	<b>196 000</b>	<b>742 000</b>	<b>605 077</b>
<b>IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen</b>			
1. Außerordentliche Erträge:	—	—	—
2. Außerordentliche Aufwendungen:	—	—	593 094
<b>V. Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>593 094</b>
<b>VI. Steuern</b>			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:	—	—	—
2. Sonstige Steuern:			
2.1 Kraftfahrzeugsteuer	10 000	12 000	8 195
<b>VII. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b> (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit und Außerordentliches Ergebnis abzügl. Steuern)	<b>186 000</b>	<b>730 000</b>	<b>33 788</b>

---

**Bewirtschaftungsvermerke:**

---

**Personalaufwendungen**

1. Mehreinnahmen dürfen nicht für Dauerverpflichtungen verwendet werden.

**Sonstiges**

1. Aufträge von Landesverwaltungen, die von der Druckerei des Landesbetriebs gegen Erstattung der sächlichen Verwaltungsausgaben (Material, Maschinenkosten) erledigt worden sind, werden bis auf Weiteres im bisherigen Umfang ohne Personalkostenanteile abgerechnet.
2. Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden. Dies gilt nicht für Veröffentlichungen im Marktleistungsbereich.
3. Aus dem Ansatz für Personalaufwand (Erfolgsplan Nr. II/2.) dürfen, ohne das Stellen ausgewiesen sind, auch ständige, nicht vollbeschäftigte Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter bezahlt werden.

**Anlage zum Wirtschaftsplan  
(Übersicht über die Stellen für Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter)**

Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2005	2004		
<b>Angestellte<sup>7)8)9)10)11)12)13)14)15)</sup></b>				5) kw.
II a	4	4		7) Bei Bedarf können nicht besetzte Stellen bei Kap. 03 17 und Kap. 03 18 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden. 8) Siehe HV Nr. 14 zum Stellenplan Kapitel 03 17. 9) Siehe HV Nr. 15 zum Stellenplan Kapitel 03 17. 10) Siehe HV Nr. 16 zum Stellenplan Kapitel 03 17. 11) Siehe HV Nr. 17 zum Stellenplan Kapitel 03 17. 12) Siehe HV Nr. 18 zum Stellenplan Kapitel 03 17. 13) Siehe HV Nr. 19 zum Stellenplan Kapitel 03 17. 14) Siehe HV Nr. 20 zum Stellenplan Kapitel 03 17. 15) Siehe HV Nr. 21 zum Stellenplan Kapitel 03 17.
III	31	29		
IV a	48	45		
IV b	16	16		
V b	9	9		
V c	74	72		
VI b	11	11		
VII	13	13		
	206	199	Zusammen	
				Leerstellen:
III <sup>5)</sup>	1	1		
IV a <sup>5)</sup>	—	1		
V b	—	1		
V c <sup>5)</sup>	9	8		
VII <sup>5)</sup>	1	1		
	11	12	Zusammen	

**Bemerkungen**

Zugang: Verg.-Gr. III Verg.-Gr. IV a Verg.-Gr. V c	Stellen 2 3 2	infolge Verlagerung von Kapitel 03 18 aufgrund der Auflösung der Bezirksregierungen	Leerstellen: Zugang: Verg.-Gr. V c	Stellen 1 neu
Zusammen	7		Abgang: Verg.-Gr. IV a Verg.-Gr. V b	1 1
			Zusammen	2
			Bleibt Abgang	1
Sonstige Veränderungen: Die Haushaltsvermerke 8 bis 15 sind neu ausgebracht worden.				

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2005	2004		
<b>Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst</b>				1) Siehe HV Nr. 14 zum Stellenplan Kapitel 03 17.
A 13	48	—	Referendar/-in	2) Siehe HV Nr. 15 zum Stellenplan Kapitel 03 17.
A 10	8	—	Oberinspektor/-in	3) Siehe HV Nr. 16 zum Stellenplan Kapitel 03 17.
A 6	10	—	Sekretäranwärter/-in	4) Siehe HV Nr. 17 zum Stellenplan Kapitel 03 17.
	66	—	Zusammen	5) Siehe HV Nr. 18 zum Stellenplan Kapitel 03 17.
				6) Siehe HV Nr. 19 zum Stellenplan Kapitel 03 17.
<b>Arbeiter/-innen<sup>1)2)3)4)5)6)7)8)</sup></b>				7) Siehe HV Nr. 20 zum Stellenplan Kapitel 03 17.
8/8 a	10	10		8) Siehe HV Nr. 21 zum Stellenplan Kapitel 03 17.
6/6 a	7	7		
5/5 a	11	11		
4/4 a	8	8		
3/3 a	1	1		
2/2 a	4	4		
	41	41	Zusammen	

**Bemerkungen**

**Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst**

Zugang	Stellen	
Bes.-Gr. A 13	48	infolge Verlagerung von Kapitel 03 18 auf Grund der Auflösung der Bezirksregierungen
Bes.-Gr. A 10	8	
Bes.-Gr. A 6	10	
Zusammen	66	

Sonstige Veränderungen:  
Die Haushaltsvermerke 1 bis 8 sind neu ausgebracht worden.

## Allgemeine Vorbemerkungen zu Kapitel 0318

**Für das budgetierte Kapitel 0318 gelten folgende haushaltsrechtliche Vermerke:**

1. 429 10, 429 11, 546 01, und 686 10 sind gegenseitig deckungsfähig.
2. 812 10 ist einseitig deckungsfähig zu Lasten 429 10, 429 11, 546 01 und 686 10.
3. 981 10 ist einseitig deckungsfähig zu Lasten 429 10, 429 11, 546 01 und 686 10.
4. Mehreinnahmen bei 119 10 erhöhen die Ausgabe bei 429 10, 429 11, 546 01, 812 10 und 981 10.
5. Mindereinnahmen bei 119 10 vermindern die Ausgabe bei 429 10, 429 11, 546 01, 686 10 und 981 10.
6. Soweit die zusätzlichen Ausgabeermächtigungen zur Leistung von Personalausgaben in Anspruch genommen werden, darf in entsprechendem Umfang von der Stellenübersicht und dem Bedarfsnachweis sowie vom Beschäftigungsvolumen abgewichen werden. Verpflichtungen, die zu Ausgaben in künftigen Jahren führen können, dürfen nur eingegangen werden, soweit auch in diesen Jahren Mehreinnahmen zu deren Finanzierung sichergestellt sind. Soweit eine Einsparung bei den Personalausgaben umgesetzt wird, dürfen Planstellen und andere Stellen sowie das Beschäftigungsvolumen in entsprechender Höhe nicht in Anspruch genommen werden, das Finanzministerium darf im Fall eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses auf Antrag Ausnahmen zulassen.
7. Unter der Voraussetzung, dass das Ministerium für Inneres und Sport - hinsichtlich Art, Menge sowie Kosten/Erlöse im Einvernehmen mit dem Finanzministerium - die Erfüllung des Leistungsplans festgestellt hat, dürfen nicht verbrauchte Mehreinnahmen bei Titel 119 10 und Ausgabereste bei den Titeln 429 10, 429 11, 546 01 und 686 10 in Höhe von zwei Dritteln der nicht in Anspruch genommenen Ausgabeermächtigungen nach Abzug gegebenenfalls noch offener Budgetüberschreitungen aus Vorjahren gebildet werden, die für das Budget über das Haushaltsjahr hinaus bis zum Ende des auf die Schlussbewilligung folgenden zweitnächsten Haushaltsjahres verfügbar bleiben und in Anspruch genommen werden dürfen..

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0318 Vermessungs- und Katasterverwaltung - budgetiert -**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
111 10-1	421	Einnahmen aus der Herstellung der digital geführten Liegenschaftskarte		-	-	-	580
119 04-8	421	Einnahmen aus dem Verkauf des Firmentickets von Verkehrsunternehmen an Landesbedienstete <i>Vgl. K-Vermerk zu 546 04.</i>		-	-	-	47
119 10-2	421	Sonstige Einnahmen *** <i>Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.</i> <i>Abweichend von §35 Abs.1 LHO sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben:</i> <i>1. Beträge, die im Rahmen der Vertriebspartnerschaft dem Landesbetrieb LGN von den Vermessungs- und Kataster behörden (VKB) für gemeinsam hergestellte Produkte erstattet werden müssen, weil die Gesamtkosten im Kapitel 0318 vereinnahmt worden sind.</i> <i>2. Beträge für Rechnerleistungen, die aus Anlass von Auszügen aus den Nachweisen des Liegenschaftskatasters und der Landesvermessung zu zahlen sind.</i> <i>3. An das Finanzamt abzuführende vereinnahmte Umsatzsteuer.</i> <i>4. Erstattung der Kosten für Bauwerkseinmessungen an öffentlich bestellte Vermessungsingenieure bis zu 85 v.H. der entsprechenden Isteinnahmen bei diesem Titel.</i>		47.100	55.500	-8.400	58.760
236 10-9	421	Zuweisungen		-	-	-	90
<b>AUSGABEN</b>							
422 31-0	421	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	-	-	200	-200	-
429 10-1	421	Dienstbezüge, Vergütungen, Löhne	-	95.893	98.455	-2.562	98.948
429 11-0	421	Sonstige persönliche Verwaltungsausgaben	-	2.688	3.277	-589	3.155
546 01-9	421	Vermischte Ausgaben *** <i>Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO sind Erstattungen für die Mitbenutzung von Fortbildungsveranstaltungen, für privat geführte Telefongespräche und privat gefertigte Kopien durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.</i>	-	15.917	15.981	-64	17.805
546 04-3	421	Ausgaben für den Kauf des Firmentickets von Verkehrsunternehmen <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 04.</i>	-	-	-	-	48
681 10-2	421	Schadenersatzleistungen	-	10	10	-	24
686 10-4	421	Sonstige Zuschüsse	-	5	5	-	5
812 10-0	421	Investitionen	-	1.078	1.118	-40	1.631
981 03-3	990	Abführungen an 13 21 - 381 03	-	3.825	3.882	-57	3.872
981 10-6	990	Abführungen an 13 50 - 381 03 *** <i>Ausgaben dürfen geleistet werden bis zur Höhe der bei 03 18 - 119 10 enthaltenen Versorgungszuschläge für Beamte/-innen</i>	-	3.297	3.885	-588	-

## ERLÄUTERUNGEN

### Zu Kapitel 0318

### Erläuterungen (Allgemeiner Erläuterungsteil)

#### Rechts- und Organisationsgrundlagen

- Niedersächsisches Gesetz über das amtliche Vermessungswesen ( NVermG ) vom 12.12.2002
- Baugesetzbuch ( BauGB ) – Stand 23.7.2002
- Nds. Verordnung zur Durchführung des Baugesetzbuchs ( DVO - BauGB ) – Stand 3.11.2003
- Nds. Gesetz über Öffentlich bestellte Vermessungsingenieurinnen und Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure ( NÖbVIngG ) – Stand 12.12.2002
- Kabinettsbeschluss vom 13.7.2004 über die Bildung der Behörden für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften ( GLL )
- Vorläufige Geschäftsordnung der Behörden für GLL ( zurzeit in Bearbeitung )

#### Verwaltungsaufbau und Budgetplan

- Ministerium für Inneres und Sport – Referat 34 (Vermessungs- und Katasterwesen)
- 14 Behörden für GLL mit insgesamt
- 53 Katasterämtern und
- 47 ( geplant 14 ) Gutachterausschüssen mit Geschäftsstellen

Zu den 14 Behörden für GLL gehören auch elf Ämter für Landentwicklung, die Domänenverwaltung und die Moorverwaltung. Für diese Behördenteile wird die Aufsicht vom ML wahrgenommen, die entsprechenden Haushaltsmittel und Stellen sind in den Kapiteln 09 01, 09 10, 0930 und 09 31 veranschlagt.

Das Gesamtbudget des Kapitels 03 18 wird im MI auf der Grundlage der Kostenleistungsrechnung in vierzehn Unterbudgets für die Behörden für GLL aufgeteilt und zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung zugewiesen.

#### Zielsetzung

Aufgabe der Vermessungs- und Katasterverwaltung ( VKV ) ist es, landesweit einen Kernbestand von Angaben zum Grund und Boden (Basisinformationen) für Aufgaben der öffentlichen Verwaltung und der Privatwirtschaft sowie für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger zuverlässig und aktuell vorzuhalten (Führung des Liegenschaftskatasters). Dafür werden flächendeckend alle Flurstücke und alle wesentlichen Gebäude grafisch, beschreibend und durch Vermessungszahlen erfasst und nachgewiesen.

Die Flurstücke beschreiben die Grundstücke im Grundbuch und dienen damit der Eigentumssicherung; mit den Gebäuden werden wesentliche Bestandteile der Grundstücke als für den Grundstücksrechtsverkehr wertbeeinflussende, bauplanungsrechtlich bedeutsame Rechtsobjekte nachgewiesen. Darüber hinaus werden weitere, für den Rechtsverkehr wesentliche Merkmale des Grund und Bodens geführt. Dazu zählen Hinweise auf öffentlich-rechtliche Festlegungen (z. B. Naturschutzgebiete und die Ergebnisse der amtlichen Bodenschätzung), die tatsächliche Nutzung der Flurstücke und deren Flächengröße.

Die Angaben sind in raumbezogenen Informationssystemen auf der Grundlage eines einheitlich geodätischen Bezugssystems zu führen. Damit wird sichergestellt, dass die Angaben zum Grund und Boden für die Nutzer bedarfsorientiert abrufbar sind und auch überregional mit anderen Sachdaten verknüpft werden können. Dies ist besonders für die öffentlichen Aufgaben der Bauleitplanung, der Ver- und -entsorgung sowie für den Katastrophenschutz bedeutsam. Vor allem für diese Zwecke sind die Nachweise kontinuierlich und zeitnah zu aktualisieren.

Aus den Anforderungen im Rechtsverkehr und als Basisinformation für die zuvor genannten öffentlichen Aufgaben werden zur Erfassung von Veränderungen Liegenschaftsvermessungen durchgeführt, insbesondere anlässlich beabsichtigter Grundstücksteilungen, für Grenzfeststellungen oder aufgrund geänderter Bebauung. Außerdem sind die Ergebnisse von Liegenschaftsvermessungen anderer Stellen, vor allem von Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen und -ingenieuren (ÖbVI) in die amtlichen Nachweise zu übernehmen. Weiterhin sind wechselseitig Daten mit anderen Behörden, insbesondere mit den Grundbuchämtern und den Finanzämtern zur Erhaltung der Übereinstimmung dieser amtlichen Nachweise auszutauschen. Soweit dabei Rechte Betroffener (z. B. Eigentümer) berührt werden, sind die Verfahren nach den üblichen verfahrensrechtlichen Vorschriften durchzuführen.

Neben der inhaltlichen Aktualisierung sind die historisch seit über 100 Jahren geführten amtlichen Nachweise fortwährend den technischen Entwicklungen anzupassen; z.Z. wird der Gesamtdatenbestand vereinheitlicht und in einem bundesweiten digitalen Erhebungs- und Nachweissystem AFIS-ALKIS-ATKIS zusammengeführt (AFIS: *Amtliches Festpunkt-Informationssystem*, ALKIS: *Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem*, ATKIS: *Amtliches Topografisch-Kartografisches-Informationssystem*).

Die Behörden für GLL sind fachlich auch eingebunden in die gesetzlichen Aufgaben der Landesvermessung, die vom Landesbetrieb Landesvermessung und Geobasisinformation Niedersachsen (LGN) wahrgenommen werden. Vgl. hierzu Kapitel 03 17.

Ferner nehmen die Behörden für GLL aufgrund bundesrechtlicher Vorschriften (BauBG) i.V. mit einer Landesverordnung (DVO-BauGB) umfangreiche Arbeiten der Grundstückswertermittlung und Bodenordnung wahr.

Als Geschäftsstelle der Gutachterausschüsse führen die Behörden für GLL die Kaufpreissammlung und bereiten die Wertermittlungen (Verkehrswertgutachten, Bodenrichtwerte, Grundstücksmarktberichte) vor. Die Arbeitsergebnisse tragen wesentlich zur Marktpreistransparenz bei und dienen vielen Stellen aus Wirtschaft und Verwaltung sowie den freiberuflich tätigen Sachverständigen als Grundlage ihrer Aufgabenerfüllung. Die Finanzverwaltung benötigt die Bodenrichtwerte als Grundlage ihrer Einheitsbewertung und der steuerlichen Bedarfswertung für die Erbschafts- und Schenkungssteuer.

Auf Antrag der Kommunen übernehmen die Behörden für GLL die Geschäftsstellenfunktion der kommunalen Umlegungsausschüsse und bereiten deren Entscheidungen vor. Die Bodenordnungsmaßnahmen (Umlegung, Grenzregelung) dienen insbesondere der beschleunigten Bereitstellung von Bauland.

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Noch zu Kapitel 0318****Erläuterungen zum Produkthaushalt nach §17a LHO****Budgetierungsmodell**

Die VKV hat 1999 als erster Verwaltungsbereich in Nds. - zusammen mit der Alfred Töpfer Akademie - die Budgetierung auf der Grundlage einer 1997 landesweit eingerichteten Kostenleistungsrechnung ( KOLEIKAT ) eingeführt. Im Projekt LoHN wurde die VKV der Staffel 1 zugeordnet. An die für LoHN entwickelten Formalitäten werden die Erläuterungen zum Haushaltsplan erstmalig für 2005 angepasst, inhaltlich bleibt das erfolgreich praktizierte Budgetierungsmodell weitestgehend unverändert.

Das Gesamtbudget der VKV enthält folgende fünf Produktbereiche:

1. Liegenschaftskataster
2. Bodenordnung
3. Wertermittlung
4. Festpunktfelder, DGK 5
5. Infrastrukturleistungen, Lenken / Leiten

Die Zahlenangaben zu den einzelnen Produkten basieren auf den Ergebnissen von KOLEIKAT, für die voraussichtliche Entwicklung im Haushaltsjahr 2005 wurden die Ergebnisse von 2003 zu Grunde gelegt. Hinsichtlich der Marktleistungen wird mit einem konjunkturbedingten Auftragsrückgang um 15% gerechnet. Der Einfluss der Verlagerung von Aufgaben auf andere Träger wird sich voraussichtlich erst ab 2006 auswirken.

Die Budgetansätze enthalten Einnahmen und Ausgaben, bei den nachfolgenden Erläuterungen zu den Produkten handelt es sich um Kosten und Erlöse. Diese enthalten auch haushaltsmäßig nicht gebuchte Ansätze wie beispielsweise Mieten für landeseigene Gebäude und Leistungen mit Gebührenbefreiung. Die Kosten und Erlöse geben somit die wirtschaftliche Leistungsbilanz der VKV umfassend wieder.

KOLEIKAT ist vom Grundsatz her eine Vollkostenrechnung. Zurzeit werden jedoch einige Kostenanteile ( z. b. Entwicklungskosten IuK, Risikokosten, überbehördliche Leistungsverrechnungen des Ministeriums ) nicht auf die Produkte umgelegt. Deshalb geht die Planung von einem Deckungsgrad über 1,00 als Ziel aus.

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0318  
Zielkosten der Produkte und des Verwaltungsbereichs

Produkte	Leistungsmenge	Zielkosten	Gesamtzielkosten	Leistungsmenge	Gesamtzielkosten	Leistungsmenge	Gesamtkosten
	-Stück-(Soll) 2005	-EUR je Stück-(Soll) 2005	-Mio. EUR-(Soll) 2005	-Stück-(Soll) 2004	-Mio. EUR-(Soll) 2004	-Stück-(Ist) 2003	-Mio. EUR-(Ist) 2003
<b>1. Liegenschaftskataster</b>							
1.1 Unterlagen für Liegenschaftsvermessungen 1)	18.500	124	2,3		5,7	21.656	2,6
1.2 Unterlagen für Gebäude, Lagepläne u.a. 1)	93.500	36	3,3			109.966	3,9
1.3 Liegenschaftsvermessungen 2)	80.500	137	11,1		23,6	94.514	12,7
1.4 Gebäudevermessungen 3)	46.000	225	10,3			53.820	11,9
1.5 Übernahme Liegenschaftsvermessungen 2)	167.000	40	6,7		12,4	196.781	7,8
1.6 Übernahme Gebäudevermessungen 3)	63.000	94	5,9			74.109	6,9
1.7 Mitteilungen anderer Stellen 4)	221.000	43	9,4		7,1	220.911	9,3
1.8 Aktualisierung, Qualitätssicherung 4)	918.000	48	43,7		40,9	943.471	44,1
1.9 Beratung und Auskünfte 4)	142.000	48	6,8			145.360	6,9
1.10 Standardpräsentationen 1)	88.500	29	2,5		14,5	104.057	2,9
1.11 Lagepläne, Planunterlagen 4)	67.000	43	2,9			79.057	3,3
<b>2. Bodenordnung 4)</b>	41.000	48	2,0		2,7	47.921	2,3
<b>3. Wertermittlung</b>							
3.1 Kaufpreissammlung 5)	118.000	38	4,5		6,3	117.634	4,4
3.2 Bodenrichtwerte 6)	22.000	102	2,2			21.873	2,2
3.3 Verkehrswertgutachten 1)	5.000	1.083	5,4		7,7	5.897	6,3
3.4 Auskünfte 1)	19.500	42	0,8			22.869	0,9
<b>4. Festpunktfelder, DGK 5 4)</b>	168.000	50	8,4		9,3	168.058	8,2
<b>5. Produkte der Dezer-nate 207 der Bezirksreg. 4)</b>					6,1		
<b>Gesamtsumme</b>			<b>128,3</b>				<b>136,5</b>

1) = Aufträge 2) = Grenzpunkte 3) = Gebäude 4) = Stunden 5) = Kauffälle 6) = Anzahl der Werte

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0318

Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag

	Gesamtzielkosten	Eigenerlöse (Einnahmen)	Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalts *
	-Mio. EUR- (Soll) 2005	-Mio. EUR- (Soll) 2005	-Mio. EUR- (Soll) 2005
<b>1. Liegenschaftskataster</b>			
1.1 Unterlagen für Liegenschafts- vermessungen	2,3	1,7	0,6
1.2 Unterlagen für Gebäude, Lage- pläne u.a.	3,3	3,7	-0,4
1.3 Liegenschaftsvermessungen	11,1	10,9	0,2
1.4 Gebäudevermessungen	10,3	9,2	1,1
1.5 Übernahme Liegenschaftsver- messungen	6,7	5,7	1,0
1.6 Übernahme Gebäudevermes- sungen	5,9	3,6	2,3
1.7 Mitteilungen anderer Stellen	9,4	-	9,4
1.8 Aktualisierung, Qualitätssiche- rung	43,7	-	43,7
1.9 Beratung und Auskünfte	6,8	0,2	6,6
1.10 Standardpräsentationen	2,5	3,2	-0,7
1.11 Lagepläne, Planunterlagen	2,9	3,0	-0,1
<b>2. Bodenordnung</b>	2,0	1,5	0,5
<b>3. Wertermittlung</b>			
3.1 Kaufpreissammlung	4,5	-	4,5
3.2 Bodenrichtwerte	2,2	-	2,2
3.3 Verkehrswertgutachten	5,4	4,0	1,3
3.4 Auskünfte	0,8	0,4	0,4
<b>4. Festpunktfelder, DGK 5</b>	8,4	-	8,4
davon Amtshilfe	-	-	-
davon landesweite Projektarbeit	-	-	-
davon Bewirtschaftung von Transfermitteln	-	-	-
Sonstige Eigenerlöse	-	-	-
<b>Produktsumme</b>	128,3	47,1	81,2
Haushaltsausgleich	-	-	-
<b>Gesamtsumme</b>	128,3	47,1	81,2

\* Entsteht bei gebührenpflichtigen Produkten durch gesetzliche Gebührenbefreiung und Kostenunterdeckung des Produktes.

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0318

Überleitungsrechnung Bereichshaushalt (Produkte)		Tsd. EUR	Einnahmen (0-3)					Ausgaben (4-9)					HH- Abgl.	
			0	1	2	3	4	5	6	7	8	9		
+	Verwaltungserträge	50.640	47.100										3.540	
+	Erträge aus Erstattungen	0												
+/-	Bestandsveränderungen	0												0
+	sonstige betriebliche Erträge	-3.540												-3.540
=	<b>Erträge</b>	<b>47.100</b>												
-	Aufwendungen für Dienstbezüge von Beamten, Angestellten und Arbeitern	95.893						95.893						
-	Versorgung, Beihilfe, ATZ-Kosten	9.403												9.403
-	sonstige Personalaufwendungen	2.688						2.688					3.297	
=	<b>Personalaufwendungen</b>	<b>107.984</b>												
-	Büro- und Verwaltungsaufwendungen, Aus- und Weiterbildung	)											)	
-	Aufwendungen Kommunikation und Reisen	)											)	
-	Aufwendungen für Mieten, Material sowie für Betriebs- und Instandhaltung	15.917						15.917					)	
-	Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter	)											)	
-	Erstattungen u. sonstige Aufwendungen	15						15					)	
-	Abschreibungen	4.503												4.503
=	<b>Sachaufwendungen</b>	<b>20.435</b>												
=	<b>Aufwendungen</b>	<b>128.419</b>												
=	<b>Ergebnis nach eigenen Erträgen</b>	<b>-81.319</b>												
+	Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt	81.319												-81.300
=	<b>Ergebnis nach Landeszuschuss</b>	<b>0</b>												
+	Erträge aus Beteiligungen, Zinsen und ähnlichen Erträgen	0												
+	Aufwendungen aus Zinsen und ähnlichen Aufwendungen	0												
=	<b>Finanzergebnis</b>	<b>0</b>												
+	außerordentliche Erträge	0												
-	außerordentliche Aufwendungen	0												
+/-	Haushaltsausgleich	0												0
=	<b>außerordentliches Ergebnis</b>	<b>0</b>												
=	<b>neutrales Ergebnis</b>	<b>0</b>												
=	<b>Gesamtergebnis</b>	<b>0</b>												
-	Investitionen der Hauptgruppe 5													
-	Investitionen der Hauptgruppe 8												1.078	
=	<b>Einnahmen und Ausgaben des Budgets</b>		47.100					98.581		15.932			1.078	7.122
+/-	Einnahmen und Ausgaben außerhalb des Budgets													
=	<b>Kapitelsumme</b>		47.100					98.581		15.932			1.078	7.122

**ERLÄUTERUNGEN**

Noch zu Kapitel 0318

**Erläuterungen zu Titeln, Produkten und Bewirtschaftungsregeln**

Zu HGr. 4

**Beschäftigungsvolumen (in VZE):**

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
2.210,76	2.271,56	2.395,55

**Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen**

Die Plandaten für 2004 wurden nach einer anderen Systematik ermittelt. In den Gesamtzielkosten für 2004 ist die Umsatzsteuer enthalten. Die Gesamtzielkosten des Produktes 5 wurden für die Jahre 2003 und 2005 auf die übrigen Produkte umgelegt. In den Tabellen sind mathematische Abweichungen durch Rundung der Werte möglich.

Kostendeckungsgrad	2005	2004	2003	2002	2001
<b>1. Liegenschaftskataster</b>					
1.1 Unterlagen für Liegenschaftsvermessungen	0,79	1,19	0,78	1,13	1,25
1.2 Unterlagen für Gebäude, Lagepläne u.a.	1,20		1,19		
1.3 Liegenschaftsvermessungen	1,01	1,16	0,93	1,09	1,18
1.4 Gebäudevermessungen	0,99		0,98		
1.5 Übernahme Liegenschaftsvermessungen	0,88	0,89	0,87	0,85	1,06
1.6 Übernahme Gebäudevermessungen	0,65		0,65		
1.7 Mitteilungen anderer Stellen	-	-	-	-	-
1.8 Aktualisierung, Qualitätssicherung	-	-	-	-	-
1.9 Beratung und Auskünfte	-	0,83	-	0,79	1,13
1.10 Standardpräsentationen	1,45		1,73		
1.11 Lagepläne, Planunterlagen	1,06		1,15		
<b>2. Bodenordnung</b>	0,76	0,93	0,75	0,88	0,99
<b>3. Wertermittlung</b>					
3.1 Kaufpreissammlung	-	-	-	-	-
3.2 Bodenrichtwerte	-		-		
3.3 Verkehrswertgutachten	0,87	0,81	0,80	0,77	0,83
3.4 Auskünfte	0,68		0,67		
<b>4. Festpunktfelder, DGK 5</b>	-	-	-	-	-
<b>5. Infrastrukturleistungen, Lenken / Leiten</b>	-	-	-	-	-

**Zu 119 10**

Einschließlich Einnahmen für von ÖbVI eingemessenen Bauwerken.

In den Gebühren und Entgelten, die die Vermessungs- und Katasterverwaltung (VKV) für Leistungen erhebt, sind auch Versorgungszuschläge für Beamtinnen/Beamte enthalten. Der bei 03 18 – 981 10 abzuführende Anteil aus diesen Einnahmen beträgt 7 v.H.

**Zu 429 10**

Weniger auf Grund von Aufgabenverlagerungen infolge Auflösung der Bezirksregierungen.

Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten, Vergütungen der Angestellten, Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter.

Aus dem Haushaltsansatz dürfen, ohne dass dafür Stellen ausgewiesen sind, auch ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte,

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Noch zu 429 10**

Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Hausmeisterentschädigungen an Bedienstete, die über die reguläre Arbeitszeit hinaus stundenweise Hausmeistertätigkeiten in Katasterämtern ohne Hausmeister ausüben, bezahlt werden.

Der Haushaltsansatz kann bei Besoldungs- und Tariferhöhungen aus im Epl. 13 zentral veranschlagten Personalverstärkungsmitteln erhöht werden.

**Zu 429 11**

In dem Haushaltsansatz sind Vergütungen für 206 (206) Auszubildende des technischen Dienstes enthalten.

Weniger infolge Verlagerung der Organisation der Beamtenausbildung in den Landesbetrieb LGN (Kapitel 03 17).

**Zu 546 01**

In dem Haushaltsansatz sind Mittel für IuK-Technik in Höhe von 8 Mio. Euro enthalten.

**Zu 546 01 und 812 10**

Die Sach- und Investitionskosten der Behörden für GLL bleiben gegenüber den Vorjahren im Wesentlichen noch unverändert. Im Zusammenhang mit dem geplanten weiteren Personalabbau und den vorgesehenen Aufgabenverlagerungen wird in den Folgejahren mit einem Rückgang dieser Kosten gerechnet.

In den Kosten sind die Ansätze der Titel 546 01 und 812 10, an anderer Stelle im Haushalt veranschlagte Ausgaben sowie haushaltsmäßig nicht gebuchte Ansätze (z. B. kalkulatorische Mietkosten für landeseigene Gebäude) enthalten.

**Zu 686 10**

Die Mittel sind bestimmt für die Mitarbeit Niedersachsens im Bereich der Normung:

1. Vereinbarung zwischen dem Land Niedersachsen – MI – und dem Deutschen Institut für Normung (DIN) vom August / Dezember 1994.
2. Beteiligung im Länderverbund an den Kosten der Normungsarbeit im Normenausschuss Bauwesen (NABAU) für den Fachbereich 03 „Vermessungswesen, Geoinformation“.

Es handelt sich um Daueraufgaben. Die Vereinbarungen können im Verbund mit allen Ländern der Bundesrepublik Deutschland zum Ende jeden Jahres gekündigt werden.

**Zu 812 10**

Im Ansatz sind Mittel für IuK-Technik in Höhe von 240.000 Euro enthalten. Die übrigen Ersatzbeschaffungen sind in folgenden Bereichen vorgesehen:

- Dienstkraftfahrzeuge
- Elektronische Tachymeter
- Satellitenmess- und Empfangseinrichtungen
- Telefonanlagen
- Archivanlage

**Zu 981 03**

Abführung an den Einzelplan 13 der für dieses Kapitel vom Landesliegenschaftsfond ermittelten Nutzungsentgelte.

**Zu 981 10**

In den Gebühren und Entgelten, die die VKV für Leistungen erhebt, sind auch Versorgungszuschläge für Beamtinnen und Beamte enthalten. Der abzuführende Anteil aus den bei 03 18–119 10 erzielten Einnahmen beträgt 7 v. H.

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0318 Vermessungs- und Katasterverwaltung - budgetiert -**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 0318</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		47.100	55.500	-8.400	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		47.100	55.500	-8.400	
		4 Personalausgaben	—	98.581	101.932	-3.351	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	15.917	15.981	-64	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	15	15	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	1.078	1.118	-40	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	7.122	7.767	-645	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	122.713	126.813	-4.100	
		<b>Zuschuss</b>		75.613	71.313	+4.300	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0320 Landespolizei**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
111 01-6	042	Gebühren und tarifliche Entgelte		4.340	3.700	+640	4.221
112 01-2	042	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		4.600	4.985	-385	4.099
119 01-7	042	Vermischte Einnahmen		981	772	+209	942
119 02-5	042	Einnahmen aus Veröffentlichungen *** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.		—	—	—	—
119 25-4	042	Einnahmen für die Verpflegung zur Selbst- bewirtschaftung Vgl. K-Vermerk zu 514 13. *** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO dürfen Erstattungen auch nach Schluß des Hj. durch Absetzen von der Einnahme verausgabt werden.		500	500	—	442
119 46-7	042	Ersatzleistungen Vgl. K-Vermerk zu 811 01.		1.380	1.380	—	1.165
119 64-5	042	Einnahmen aus der Eigenbeteiligung an der Heilfürsorge		7.820	6.116	+1.704	6.420
124 01-0	042	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		800	800	—	812
124 10-0	042	Pachten für Polizeikantinen Vgl. K-Vermerk zu 514 13.		10	10	—	4
132 01-3	042	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		346	346	—	93
132 10-2	042	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen *** Vgl. K-Vermerk zu 81101		500	500	—	343
132 11-0	042	Erlöse aus der Veräußerung gebraucht er- worbener Kraftfahrzeuge Vgl. K-Vermerk zu 811 12.		—	—	—	3
132 65-0	042	Verkaufserlöse aus dem Bekleidungswesen		—	—	—	0
231 10-0	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben vom Bund		60	20	+40	10
232 10-7	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Ländern		150	205	-55	141
232 11-5	042	Erstattung der Ausgaben für die gemeinsame WSP-Leitstelle von anderen Ländern Vgl. K-Vermerk zu 547 11.		—	—	—	8
233 10-3	042	Zuweisungen von Gemeinden Vgl. K-Vermerk zu 427 10.		—	—	—	59
235 10-6	042	Sonstige Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit für Aushilfskräfte		—	—	—	58
235 11-4	042	Sonstige Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit für Schwerbehinderte		50	50	—	11
272 13-3	042	Zuschüsse der EU für AGIS Vgl. K-Vermerk zu 547 13.		—	—	—	—
282 11-2	042	Zuschüsse der Hauptfürsorgestelle Vgl. K-Vermerk zu 427 02.		—	—	—	—
282 68-6	042	Zweckgebundene Spenden Vgl. K-Vermerk zu 546 68.		—	—	—	9
282 74-0	042	Zweckgebundene Mittel Dritter Vgl. K-Vermerk zu Ausgabebetitelgruppe 74.		—	—	—	—
381 10-2	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Lan- deshaushalts		392	—	+392	—

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Kapitel 0320**

**Allgemeiner Vermerk:**

Zur Landespolizei gehören:

- a) Der Polizeiverwaltungsdienst,
- b) die Schutzpolizei,
- c) die Kriminalpolizei.

Die Landespolizei hat folgende Polizeibehörden und polizeiliche Einrichtungen:

**I. Polizeibehörden**

- a) Die Polizeidirektionen Braunschweig, Göttingen, Hannover, Lüneburg, Oldenburg und Osnabrück mit den ihnen nachgeordneten unselbständigen Dienststellen,
- b) die Polizeibehörde für zentrale Aufgaben mit den ihr nachgeordneten unselbständigen Dienststellen,
- c) das Landeskriminalamt Niedersachsen in Hannover.

**II. Polizeiliche Einrichtungen**

- a) Das Bildungsinstitut der Polizei,
- b) als unselbständige Einrichtung den Landesbetrieb Logistik Zentrum Niedersachsen (Kapitel 03 21).

**Für 03 20 allgemein:**

In den Haushaltsansätzen bei den Titeln 514 01, 527 10 und bei den Titelgruppen 64, 65, 67 und 68 sind auch die Sonderkosten für Polizeibeamte/-innen enthalten, die dem Innenministerium und dem Niedersächsischen Landesamt für Verfassungsschutz angehören (vgl. allgemeine Vermerke zu den Kapiteln 03 01 und 03 90).

In den Haushaltsansätzen bei den Titeln 514 01 und bei den Titelgruppen 64, 65 und 68 sind auch die Sonderkosten für Polizeibeamte/-innen enthalten, die dem Fachbereich Polizei der Niedersächsischen Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege angehören (vgl. allgemeinen Vermerk zu dem Kapitel 03 04).

Dies gilt auch für Titel 511 01 und TGr. 69/70, soweit Polizei- und Verwaltungsbeamte/-innen an das FeSo-Netz der Polizei angeschlossen sind.

Bei den Titeln 511 01 bis 547 10 sind auch die personenbezogenen Sachausgaben für die Beschäftigten des Kampfmittelbeseitigungsdienstes –Kap. 03 11– veranschlagt (vgl. allgemeinen Vermerk zu dem Kapitel 03 11).

Die Mittel und Stellen für das Logistik Zentrum Niedersachsen (LZN) sind nach Kapitel 03 21 verlagert.

**Zu 112 01**

	2005 Tsd. EUR
1. Verwarnungsgelder	4 590
2. Geldstrafen und -bußen	10
Zusammen	4 600

**Zu 119 25**

Erhebung von Verpflegungskosten von Teilnehmern/-innen an der Gemeinschaftsverpflegung.

**Zu 119 46**

	2005 Tsd. EUR
1. Schadenersatzleistungen aus dem Kraftfahrbetrieb	1 120
2. Einnahmen aus Schadenersatzansprüchen bei Verlusten und Beschädigungen an Dienstkleidung und Ausrüstung	10
3. Sonstige Schadenersatzleistungen	250
Zusammen	1 380

Vgl. 811 01.

**Zu 124 01**

	2005 Tsd. EUR
1. Amts- und Dienstwohnungen	320
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	450
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	–
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	–
5. Sonstige Mieten und Pachten	30
Zusammen	800

**Zu 124 10**

Vgl. 514 13.

**Zu 132 10**

Vgl. 811 01.

**Zu 132 11**

Vgl. 811 12.

**Zu 231 10**

Anteilige Kosten für die Mitbenutzung der Datenverarbeitungsanlagen und Übertragungswege.

**Zu 232 10**

Erstattung von Einsatzkosten u. a.

**Zu 233 10**

Für Beschäftigungsförderungsmaßnahmen von Kommunen.  
Vgl. 427 10.

**Zu 235 10**

Für Arbeitsentgeltzuschüsse von Arbeitsämtern.

**Zu 282 74**

Vgl. Ausgabeteilgruppe 74.

**Zu 381 10**

	2005 Tsd. EUR
Erstattung von Personal- und Sachausgaben: Zuführung von 03 07 – 981 10	392

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0320 Landespolizei**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 67</b>		<b>Aus- und Fortbildung / Nachwuchsgewinnung</b> <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 67.</i>		(-)	(-)	(-)	(28)
119 67-0	042	Einnahmen aus Fortbildungsveranstaltungen		-	-	-	-
272 67-2	042	Erstattung durch die EU für fachbezogene grenzüberschreitende Aus- und Fortbildung		-	-	-	28
<b>TGr. 72</b>		<b>Bekämpfung der Organisierten und Politisch Motivierten Kriminalität</b> <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 72.</i>		(-)	(-)	(-)	(52)
119 72-6	042	Vermischte Einnahmen		-	-	-	44
132 72-2	042	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		-	-	-	9
232 72-7	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Ländern		-	-	-	-
272 72-9	042	Zuschüsse der EU für ein länderübergreifendes Kooperationsprojekt		-	-	-	-
<b>TGr. 75</b>		<b>Gefangenenwesen</b>		(710)	(590)	(+120)	(881)
232 75-1	042	Erstattungen v. Ländern für die Abschiebung von Ausländern		110	110	-	121
281 75-2	042	Sonstige Erstattungen für die Abschiebung von Ausländern		600	480	+120	760
<b>TGr. 87</b>		<b>Einnahmen der Polizeidirektion Braunschweig</b> <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 87.</i>		(-)	(-)	(-)	(7)
119 87-4	042	Sonstige Verwaltungseinnahmen		-	-	-	1
132 87-0	042	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		-	-	-	6
<b>TGr. 89</b>		<b>Einnahmen der Polizeiinspektion Cloppenburg</b> <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 89.</i>		(-)	(-)	(-)	(-)
119 89-0	042	Sonstige Verwaltungseinnahmen		-	-	-	-
132 89-7	042	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		-	-	-	-
<b>TGr. 90</b>		<b>Einnahmen der Polizeiinspektion Celle</b> <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 90.</i>		(-)	(-)	(-)	(1)
119 90-4	042	Sonstige Verwaltungseinnahmen		-	-	-	1
132 90-0	042	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		-	-	-	0
<b>TGr. 94</b>		<b>Budgetierte Dienststellen im Bereich der PD Oldenburg</b> <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 94.</i>		(-)	(-)	(-)	(3)
119 94-7	042	Sonstige Verwaltungseinnahmen		-	-	-	3
132 94-3	042	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		-	-	-	0
<b>TGr. 95</b>		<b>Budgetierte Dienststellen im Bereich der PD Braunschweig</b> <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 95.</i>		(-)	(-)	(-)	(4)
119 95-5	042	Sonstige Verwaltungseinnahmen		-	-	-	2
132 95-1	042	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		-	-	-	2

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 119 67**

Einnahmen aus speziellen Fortbildungsveranstaltungen des LKA.

**Zu Titelgruppe 72**

Vgl. Ausgabetitelgruppe 72.

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0320 Landespolizei**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>TGr. 96</b>		<b>Budgetierte Dienststellen im Bereich der PD Göttingen</b> <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 96.</i>		(–)	(–)	(–)	(3)
119 96-3	042	Sonstige Verwaltungseinnahmen		–	–	–	3
132 96-0	042	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		–	–	–	–
<b>TGr. 97</b>		<b>Expo 2000</b> <i>*** Vgl. K-Vermerk bei Ausgabetitelgruppe 97</i>		(–)	(–)	(–)	(2)
111 97-0	042	Verwaltungsgebühren		–	–	–	2
119 97-1	042	Sonstige Verwaltungseinnahmen		–	–	–	–
<b>AUSGABEN</b>							
422 01-1	042	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	–	769.326	746.460	+22.866	642.507
422 04-6	042	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	–	23.198	25.785	-2.587	21.229
422 06-2	042	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	–	599	599	–	507
422 19-4	042	Altersteilzeitzuschläge	–	–	–	–	2.652
425 01-0	042	Vergütungen der Angestellten	–	–	–	–	99.594
425 04-5	042	Vergütung der auszubildenden Kräfte	–	120	53	+67	114
425 06-1	042	Überstundenvergütungen für Angestellte	–	97	97	–	101
425 10-0	042	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	–	–	–	–	–
426 01-7	042	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	–	–	–	–	32.034
426 04-1	042	Löhne der auszubildenden Kräfte	–	150	150	–	99
426 06-8	042	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	–	25	25	–	33
426 10-6	042	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	–	–	–	–	514
427 01-3	042	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	–	120	163	-43	119
427 02-1	042	Beschäftigungsentgelte für Aushilfskräfte im Rahmen der begleitenden Hilfe im Arbeitsleben durch die Hauptfürsorgestelle <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 11.</i>	–	–	–	–	–
427 10-2	042	Beschäftigungsentgelte für Aushilfskräfte im Rahmen kommunaler Arbeitsförderungsprogramme <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 233 10.</i>	–	–	–	–	36
427 39-0	042	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	–	123	163	-40	123
453 01-4	042	Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung	–	1.565	511	+1.054	810
511 01-4	042	Geschäftsbedarf	–	5.152	4.972	+180	5.051
514 01-3	042	Haltung von Dienstfahrzeugen <i>*** Erstattungen dürfen auch nach Schluß des Haushaltsjahres durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.</i>	–	6.920	9.470	-2.550	10.509

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteneinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
20 636,10**)	20 502,0*)	20 553,0*)

\*) 382 VZE waren in 2003 und 2004 gesperrt,  
\*\*) 265 VZE sind in 2005 gesperrt.

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
769 326	746 460	777 303

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	154,96
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
	-----

Summe Zugänge 154,96

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	18,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	2,85
	-----

Summe Abgänge 20,85

Bleibt Zugang 134,11

Es sind veranschlagt:

Aufwandsentschädigungen:

Lehrzulagen\*)

a) für 3 (3) Stelleninhaber/-innen		
- je 768 EUR -	mtl. 64 EUR	2 304 EUR
b) für 297 (297) Stelleninhaber/-innen		
- je 576 EUR -	mtl. 48 EUR	171 072 EUR
c) für 13 (13) Stelleninhaber/-innen		
- je 192 EUR -	mtl. 16 EUR	2 496 EUR
	Zusammen	175 872 EUR
	gerundet	176 000 EUR

\*) Die Lehrzulagen für hauptamtliche Lehrkräfte gelten gem. Abschn. I Nr. 4 der LehrzRL v. 25. 3. 1998 – VORIS 20444 00 00 00 002 – in der jeweils geltenden Fassung als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

Besondere Zulagen:

1. Stellenzulagen:

a) Polizeizulage*)	30 266 000 EUR
b) Zulage für fliegendes Personal**)	144 000 EUR
c) Zulage für Nachprüfer von Luftfahrtgerät***)	4 000 EUR
d) Zulage für den Marinebereich****)	15 000 EUR

\*) gem. Nr. 9 der Anl. I zum BBesG in der jeweils geltenden Fassung.  
\*\*) gem. Nr. 6 der Anl. I zum BBesG in der jeweils geltenden Fassung.  
\*\*\*) gem. Nr. 6a der Anl. I zum BBesG in der jeweils geltenden Fassung.  
\*\*\*\*) gem. Nr. 9a der Anl. I zum BBesG in der jeweils geltenden Fassung.

**Noch zu 422 01**

2. Erschwerniszulagen:

a) Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten einschließlich der Gewährung der Zulagen nach nach § 4 MuSchV*)	10.000.000 EUR
b) Zulage für besondere polizeiliche Einsätze**)	646.000 EUR
c) Taucherzulage***)	1.000 EUR
d) EDV-Zulage****)	13.000 EUR
e) Wechselschicht- und Schichtzulagen*****)	4.090.000
f) Zulage für fliegendes Personal*****)	103.000 EUR

\*) gem. §§ 3 bis 6 EZulV in der jeweils geltenden Fassung.  
\*\*) gem. § 22 EZulV in der jeweils geltenden Fassung.  
\*\*\*) gem. §§ 7 bis 9 EZulV in der jeweils geltenden Fassung.  
\*\*\*\*) gem. § 4 ZulTVe in der jeweils geltenden Fassung.  
\*\*\*\*\*) gem. § 20 EZulV in der jeweils geltenden Fassung.  
\*\*\*\*\*) gem. § 22a EZulV in der jeweils geltenden Fassung.

**Zu 425 04**

Für Auszubildende 11 (5)

**Zu 426 04**

Für Auszubildende 18 (18)



**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 514 01**

Die Kosten der Herrichtung – Aus- und Umbauten sowie Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände – von handelsüblich bezogenen Neufahrzeugen in Grundauführung zu Spezialfahrzeugen sind, wenn die Arbeiten in polizeieigenen Werkstätten durchgeführt werden, wie folgt nachzuweisen:

- a) bei 811 01 die Beschaffungskosten für das Kfz in Grundauführung sowie alle Kosten für Gegenstände, die handelsüblich bezogen werden können,
- b) bei 514 01 die Sachkosten für Gegenstände, die durch handwerkliche Arbeit in den Polizeiwerkstätten erstellt werden.

**Dienstkraftfahrzeugsoll für das Haushaltsjahr 2005**

Typ	Polizeilicher Einzel-dienst	PK BAB	LBPN		LKA	BIP NI	FHS	Gesamt 2005	Gesamt 2004	Mehr/ Weniger (-) als 2004
			Land	Bund						
Pkw gebraucht	40	0	0	0	0	0	0	40	40	0
FuStw	1 683	165	23	108	142	11	3	2 135	2 136	-1
VU-Kfz	144	0	0	0	0	0	0	144	144	0
Verk.-Überw.-Kfz	2	14	0	0	0	0	0	16	16	0
Gefangenen-Kfz	9	0	2	0	0	0	0	11	11	0
Kranken-Kfz	3	0	2	6	0	0	0	11	11	0
Fm-Instands.-Kfz	21	0	0	3	0	0	0	24	24	0
Tatort-Kfz	13	0	0	0	2	0	0	15	15	0
leichte Lkw	27	0	0	18	1	2	0	48	48	0
mittlere Lkw	24	0	5	28	0	1	0	58	58	0
MKW (Kombi)	269	13	0	24	2	5	2	315	315	0
mittlere Busse	35	0	5	89	0	8	0	137	137	0
schwere Busse	2	0	0	12	0	4	1	19	19	0
Küchen-Kraftwagen	2	0	0	12	0	0	0	14	14	0
Wasserwerfer	0	0	6	9	0	0	0	15	15	0
Sonder-Kfz	10	0	20	64	13	0	0	107	107	0
Sonderanhänger	54	0	6	12	2	0	0	74	74	0
Küchenanhänger	5	0	0	0	0	0	0	5	5	0
Krafträder	87	34	0	58	2	0	0	181	181	0
<b>Summe</b>	<b>2 430</b>	<b>226</b>	<b>69</b>	<b>443</b>	<b>164</b>	<b>31</b>	<b>6</b>	<b>3 369</b>	<b>3 370</b>	<b>-1</b>

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0320 Landespolizei**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
514 10-2	042	Haltung von Wasserfahrzeugen	—	329	329	—	348
514 11-0	042	Haltung von Luftfahrzeugen	—	1.241	1.041	+200	1.293
514 12-9	042	Kosten der unentgeltlichen Verpflegung *** Zur Selbstbewirtschaftung gemäß § 15 Abs. 2 LHO. Dies gilt nur, soweit die Ausgaben Bekö- stigungsfonds zugeführt werden. Das Verpflegungsgeld ist nach der tatsächlichen Verpflegungsstärke und dem festgesetzten Ta- gesverpflegungssatz zu berechnen.	—	588	550	+38	624
514 13-7	042	Kosten der entgeltlichen Verpflegung Übertragbar. Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 119 25 und 124 10. *** Zur Selbstbewirtschaftung gemäß § 15 Abs. 2 LHO. Das Verpflegungsgeld ist nach der tat- sächlichen Verpflegungsstärke und dem festge- setzten Tagesverpflegungssatz zu berechnen.	—	510	510	—	430
517 01-2	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	16.221	13.578	+2.643	13.980
518 01-9	042	Mieten und Pachten für Grundstücke, Ge- bäude und Räume	— 17.552	16.104	14.061	+2.043	11.935
518 02-7	042	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	— 2.000	1.092	1.092	—	640
519 01-5	042	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	837	836	+1	919
526 01-1	042	Sachverständige	—	3.619	3.619	—	3.235
526 02-0	042	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	48
527 01-8	042	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	661	661	—	649
527 02-6	042	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Perso- nalvertretungsangelegenheiten u. in Vertret- ung der Interessen der Schwerbehinderten	—	14	14	—	20
527 10-7	042	Reisekostenpauschbeträge; Bewegungsgelder für Polizeivollzugsbeamte und Fahndungs- kosten	—	329	329	—	160
529 10-0	042	Verfügungsmittel	—	—	—	—	1
531 10-4	042	Veröffentlichungen	—	36	36	—	46
532 11-9	042	Zeugenentschädigungen	—	57	57	—	246
536 10-6	042	Auslobungen und Belohnungen	—	5	5	—	0
546 01-2	042	Vermischte Ausgaben	—	2	2	—	16
546 02-0	042	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	—	—	—	6
546 03-9	042	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	53	53	—	93
547 10-8	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben	—	1.493	481	+1.012	1.058
547 11-6	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben für die gemeinsame WSP-Leitstelle Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 232 11.	—	3	3	—	1
547 13-2	042	Ausgaben zur Durchführung von Projekten aus dem Rahmenprogramm AGIS Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 272 13.	—	—	—	—	—
631 10-9	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Bund	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 514 10**

**Bestand an Wasserfahrzeugen**

	Ist 1.1.2004	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Küstenboote	5	5	5
Streckenboote	11	11	11
Hafenboote	8	8	8
Hilfsboote	15	15	15
Zusammen	39	39	39

**Zu 514 11**

Für Grund- und Industrieüberholungen der Hubschrauber sowie Kosten für Ersatzteile, Kraft- und Schmierstoffe zur Aufrechterhaltung des Flugdienstes.

Im Falle der Inanspruchnahme von Hubschraubern durch den in Nr. 2.2, 3. Spiegelstrich des RdErl. des MI vom 31.05.1995 - VORIS 21021000030082 in der jeweils geltenden Fassung- genannten Personenkreis findet ein Aufwändersatz nicht statt.

**Bestand an Luftfahrzeugen**

	Ist 1.1.2004	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Hubschrauber	5	6	6

**Zu 514 12**

Der Tagesverpflegungssatz richtet sich nach den bis auf weiteres geltenden vorläufigen Regelungen zur Verpflegungswirtschaft der Landespolizei.

**Zu 514 13**

Kosten der Verpflegung für Beamte/-innen der LBPN, des BIP sowie für Lehrgangsteilnehmer/-innen ohne Trennungsgeld, die verpflichtet oder berechtigt sind, gegen Bezahlung an der Verpflegung teilzunehmen.

Verpflegungskosten für an der Gemeinschaftsverpflegung gegen Bezahlung teilnehmende Mittagsköstler und Küchenbedienstete.

Die anfallenden Beträge sind dem Beköstigungsfonds (Selbstbewirtschaftung) zuzuführen.

Vgl. 119 25 und 124 10.

**Zu 518 01**

Teile der VE 2004 sind überplanmäßig bewilligt worden

**Belastung (2005)**

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	6.827	2.131	—	8.958
2006	6.827	2.347	—	9.174
2007	6.827	2.347	—	9.174
2008	6.827	2.347	—	9.174
2009 ff.	21.049	17.280	—	38.329
Summe	48.357	26.452	—	74.809

**Zu 518 02**

**Belastung (2005)**

	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	—	1.000	—	1.000
2006	—	1.000	—	1.000
2007	—	—	—	—
2008	—	—	—	—
2009 ff.	—	—	—	—
Summe	—	2.000	—	2.000

**Zu 527 10**

a) Bewegungsgeld für Polizeivollzugsbeamte

Die Anspruchsvoraussetzungen regelt der RdErl. des MI vom 10. 9. 1999 – 22.2 – 03590 – VORIS 20 444 00 00 03 007 in der jeweils geltenden Fassung.

b) Pauschvergütung für Bedienstete der Landespolizei bei Leichenöffnungen.

Die Anspruchsvoraussetzungen regelt der RdErl. des MI vom 20. 8. 1998 – VORIS 20441 00 00 03 018.

Ausgenommen sind die bei TGr. 72 veranschlagten besonderen Fahndungskosten für Maßnahmen zur Bekämpfung der Organisierten und Politisch Motivierten Kriminalität.

**Zu 532 11**

Entschädigung von Personen, die von der Polizei als Zeugen/-innen herangezogen werden.

**Zu 536 10**

Belohnung für die Mitwirkung bei der Aufklärung von Straftaten oder bei der Fahndung nach Straftätern/Straftäterinnen.

**Zu 547 10**

u. a. Abschleppkosten für sichergestellte Fahrzeuge.

**Zu 631 10**

Anteilige Kosten für den Druck und Versand von Vorschriftenentwürfen sowie Beteiligung an den Aufwendungen für die Instandsetzung von Schießplätzen.

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0320 Landespolizei**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
632 10-5	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder <i>Übertragbar.</i>	—	2.340	2.340	—	2.256
681 10-6	042	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen <i>*** Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind bis zur Höhe von 8000 EUR zulässig.</i>	—	695	695	—	929
811 01-8	042	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen <i>Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um 25 v.H. der Mehr- oder Mindereinnahmen bei 119 46.</i> <i>*** Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Erlöse bei 132 10 aus dem Verkauf von nicht den Aussonderungskriterien unterliegenden Fahrzeugen.</i>	4.500 4.500	7.252	3.050	+4.202	9.248
811 10-7	042	Erwerb von Wasserfahrzeugen	—	1.665	1.150	+515	46
811 11-5	042	Erwerb von Luftfahrzeugen	—	440	350	+90	215
811 12-3	042	Erwerb von gebrauchten Kraftfahrzeugen für den Dienstgebrauch <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.</i>	—	25	20	+5	9
812 15-4	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	294	350	-56	331
812 59-6	042	Globalansatz für den Erwerb beweglicher Sachen	—	—	—	—	—
821 10-2	042	Erwerb von Grundstücken	—	—	—	—	211
893 01-4	042	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	—	—	100	-100	—
981 02-9	990	Abführung an 13 21 - 381 22 zur Refinanzierung des Sondervermögens Landesliegenschaftsfonds Niedersachsen	—	560	300	+260	276
981 03-7	990	Abführung an 13 21 - 381 03	—	30.903	30.821	+82	30.556
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61</b>		<b>Kriminaltechnisches Gerät und Dienstkraftfahrzeuge</b>	(—)	(3.678)	(3.113)	(+565)	(3.085)
511 61-8	042	Geräte für Fachaufgaben	—	354	354	—	420
514 61-7	042	Verbrauchsmittel	—	989	1.044	-55	900
811 61-1	042	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen für die Spezialeinheiten	—	675	615	+60	535
812 61-8	042	Erwerb von kriminaltechnischem Gerät	—	1.660	1.100	+560	1.229
<b>TGr. 64</b>		<b>Heilfürsorge und Arbeitsschutz</b> <i>Abweichend von § 20 Abs. 1 LHO sind nur gegenseitig deckungsfähig 511 64, 514 64 und 812 64.</i>	(—)	(22.046)	(22.187)	(-141)	(25.352)
443 64-7	042	Heilbehandlungs-, Krankenhaus-, Zahnbehandlungs- und Kurkosten	—	21.767	21.979	-212	25.201
511 64-2	042	Geräte für Fachaufgaben	—	89	89	—	49
514 64-1	042	Arzneimittel, Heilmittel u. ä. sowie Kleingeräte	—	67	77	-10	79
812 64-2	042	Erwerb von ärztlichen Instrumenten	—	123	42	+81	23

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 632 10**

	2005 Tsd. EUR
1. Polizei-Führungsakademie Münster	673
2. Wasserschutzpolizeischule Hamburg	257
3. Anteilige Kosten für die wasserschutzpolizeiliche Überwachung auf der Elbe	1 404
4. Sonstige anteilige Kosten	1
5. Kosten für die polizeiliche Aufgabenwahrnehmung Mecklenburg-Vorpommerns im Umgliederungsgebiet Neuhaus	5
Zusammen	2 340

Die Anteile des Landes Niedersachsen sind nach den Verwaltungsabkommen zu tragen und werden nach den Jahresabschlüssen endgültig verrechnet.

**Zu 811 01**

2005 entfallen auf:

Kfz-Typ	Listenpreis einschl. MwSt. EUR	Sonderausstattung		Gesamtpreis EUR
		EUR		
Ersatzbeschaffungen:				
200 Funkstreifenwagen mit Spezialeinbauten bis zu je 2 000 ccm Hubraum	15 800	5 400	(1.1, 2.1, 3.1)	4 240 000
25 Funkstreifenwagen bis zu je 2 500 ccm Hubraum	17 900	6 200	(1.1, 2.1, 3.3)	602 500
4 Police-Pilot-Kraftwagen bis zu je 3 000 ccm Hubraum	19 500	4 200	(1.1, 2.1, 3.5)	94 800
32 Mannschaftswagen bis zu je 2 500 ccm Hubraum	21 700	7 500	(1.2, 2.2, 3.2)	934 400
31 Verkehrsunfallwagen bis zu je 2 500 ccm Hubraum	21 700	7 500	(1.2, 2.2, 3.2)	905 200
31 Motorräder bis zu je 850 ccm Hubraum	8 900	3 100	(1.3, 2.3, 3.4)	372 000
- Mannschaftskraftwagen bis zu 50 Sitzplätze	210 900	17 600	(1.4, 2.4, 3.8)	—
1 Mannschaftskraftwagen bis zu je 22 Sitzplätze	51 900	17 600	(1.4, 2.4, 3.8)	69 500
- Lastkraftwagen bis zu je 10 t Nutzlast	74 600	12 000	(1.4, 2.4, 3.6)	—
1 Lastkraftwagen bis zu je 4 t Nutzlast (einschl. Kripotatorwagen)	26 100	7 500	(1.4, 2.4, 3.2)	33 600
- Anhänger bzw. Einsatzcontainer	4 900	2 600	(2.3, 3.7)	—
357	Summe			7 252 000

Sonderausstattungen:

1. Funkvorbereitung		2. Sicherheitsausstattung		3. Einsatzausstattung	
1.1	1 200 EUR	2.1	1 000 EUR	3.1	3 200 EUR
1.2	1 000 EUR	2.2	1 600 EUR	3.2	4 900 EUR
1.3	800 EUR	2.3	400 EUR	3.3	4 000 EUR
1.4	600 EUR	2.4	2 000 EUR	3.4	1 900 EUR
				3.5	2 000 EUR
				3.6	9 400 EUR
				3.7	2 200 EUR
				3.8	15 000 EUR

Die auszusondernden Kraftfahrzeuge werden 2005 voraussichtlich folgende Fahrleistungen erbracht haben:

200 Funkstreifenwagen bis zu je 2000 ccm Hubraum	250 000 bis 330 000 km
25 Funkstreifenwagen bis zu je 2600 ccm Hubraum	290 000 bis 450 000 km
4 Police-Pilot-Kraftwagen	280 000 bis 340 000 km
23 leichte Mannschaftswagen	210 000 bis 280 000 km
31 Verkehrsunfallkraftwagen	210 000 bis 280 000 km
31 Motorräder	70 000 bis 90 000 km
1 leichte Lastkraftwagen bis zu je 4 t Nutzlast	160 000 bis 220 000 km
4 Mannschaftskraftwagen bis zu 22 Sitzplätze	120 000 bis 220 000 km
- schwere Mannschaftskraftwagen	

Aufgrund der taktischen Änderung des LEO-LEINE-Konzeptes auf Kleingruppenverlastung werden 3 ausgesonderte mittlere Mannschaftswagen (MMKW) durch 9 leichte Mannschaftswagen

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu 811 01**  
(GRFUSTW) ersetzt

Teil-VE i.H.v. 150.000 EUR der für 2004 ausgebrachten VE wurden in den EPL 20 umgesetzt, i.H.v. 1.300.000 EUR für 811 10 eingespart, i.H.v. 600.000 EUR für 812 99 eingespart, i.H.v. 836.000 EUR für Kap. 03 05 Titel 518 10 eingespart, i.H.v. 1.614.000 EUR für 812 69 eingespart.

**Belastung (2005)**

der Haus-halts-jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	–	–	–
2006	–	–	4.500	4.500
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	–	4.500	4.500

**Zu 811 10**

	2005 Tsd. EUR
Ersatzbeschaffungen:	
1 elektr. Seekarte	26
1 Außenbordmotor	7
1 Hilfsstreifenboot	82
1 Hafenboot	250
1 Streckenboot	1.300
Zusammen	1.665

Die VE 2004 ist überplanmäßig bewilligt worden.

**Belastung (2005)**

der Haus-halts-jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	1.300	–	1.300
2006	–	–	–	–
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	1.300	–	1.300

**Zu 811 11**

	2005 Tsd. EUR
Ersatzbeschaffungen:	
Hauptersatzteile für Hubschrauber	440
Zusammen	440

**Zu 811 12**

Mittel für den Erwerb von gebrauchten Kraftfahrzeugen für den Dienstgebrauch.

Vgl. 132 11.

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 812 15**

	2005 Tsd.EUR
Ersatzbeschaffungen:	
1 Mehrzweckmaschine	38
1 Geschirrspülmaschine	10
1 Fahrzeugdiagnosegerät	17
1 Portalwaschanlage	46
1 Radauswuchtmaschine	9
1 Reifenmontiergerät	8
1 Einachsschlepper	6
1 Satz Stühle – Aula- Ausstattung Wohneinheit	30 20
Ergänzungsbeschaffungen:	
1 Überwachungsanlage	15
9 Sicherungsanlagen Waffenkammern	45
1 Notstromaggregat	50
Zusammen	294

**Zu 981 02**

Abführung an Kapitel 13 21 Titel 381 22 zur Refinanzierung des Grundstocks für den Ankauf von bebauten Grundstücken (1997 bis einschl. 2011, 2004 bis einschl. 2015, 2005 bis einschl. 2018) sowie (seit 1997 bis einschl. 2005) für den Erwerb von Teilflächen der Ohnacker-Kaserne.

**Belastung**

der Haus- halts- jahre	Tsd. EUR
2005	560
2006	504
2007	504
2008 ff.	504
	3 412

**Zu 981 03**

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

**Zu 811 61**

2005 entfallen auf:

Kfz-Typ	Listenpreis einschl. MwSt. EUR	Sonderausstattung EUR	Gesamtpreis EUR
Ersatzbeschaffungen:			
20 Pkw bis zu je 3 500 ccm Hubraum	23 800	8 300 (1.1, 2.1, 3.1)	642 000
3 Motorräder	8.900	2 100 (1.2, 2.2, 3.2)	33 000
23	Summe		675 000
Sonderausstattungen:			
<b>1. Funkvorbereitung</b>	<b>2. Sicherheitsausstattung</b>	<b>3. Einsatzausstattung</b>	
1.1	2 600 EUR	2.1	1 000 EUR
1.2	1 000 EUR	2.2	700 EUR
		3.1	4 700 EUR
		3.2	400 EUR

Die auszusondernden Kraftfahrzeuge werden 2005 voraussichtlich folgende Fahrleistungen erbracht haben:

20 Pkw bis 3 500 ccm	260 000 bis 370 000 km
3 Motorräder	70 000 bis 90 000 km



**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 812 61**

	2005
	Tsd. EUR
Ersatzbeschaffungen:	
1 Analytisches Beweissicherungsgerät	30
1 Elektronenrastermikroskop	850
Ausstattung Erkennungsdienstlabore	100
Ergänzungsbeschaffungen:	
10 Bildnahmestationen	70
1 Genetic Analyser für DNA-Analyse	250
6 Kriminaltechnische Labor Ausstattungen	360
Zusammen	1 660

**Zu 812 64**

	2005
	Tsd. EUR
Einführung elektronische Gesundheitskarte	100
2 Ergometrieplätze	23
Zusammen	123

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0320 Landespolizei**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>TGr. 65</b>		<b>Bekleidung</b>	(-)	(5.134)	(5.368)	(-234)	(6.672)
511 65-0	042	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände, Bekleidungszuschüsse, sonstige Entschädigungen, Einkleidungsbeihilfen <i>Übertragbar.</i>	-	5.134	134	+5.000	460
514 65-0	042	Verbrauchsmittel	-	-	-	-	0
547 65-5	042	Dienstleistungen Außenstehender	-	-	-	-	2
812 65-0	042	Erwerb von landeseigener Dienst- und Schutzkleidung	-	-	5.234	-5.234	6.209
<b>TGr. 66</b>		<b>Dienstpferde und Diensthunde</b>	(-)	(336)	(329)	(+7)	(322)
547 66-3	042	Unterhaltungskosten für Dienstpferde und -hunde, Aufwandsentschädigung für die Pflege von Dienstpferden und -hunden	-	311	311	-	306
812 66-9	042	Ankauf von Dienstpferden	-	25	18	+7	16
<b>TGr. 67</b>		<b>Aus- und Fortbildung / Nachwuchsgewinnung</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 67.</i>	(-)	(2.249)	(2.449)	(-200)	(2.504)
427 67-6	042	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	-	167	167	-	28
453 67-7	042	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	-	722	922	-200	317
525 67-8	042	Sachaufwand der Bediensteten einschl. Reisekostenvergütungen	-	590	590	-	760
547 67-1	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	520	520	-	1.306
631 67-2	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Bund	-	159	159	-	13
632 67-9	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder	-	67	67	-	47
812 67-7	042	Erwerb von Lehr- und Ausbildungsgeräten	-	24	24	-	33
<b>TGr. 68</b>		<b>Waffen, Munition und technisches Gerät</b>	(-)	(4.955)	(4.470)	(+485)	(4.703)
511 68-5	042	Geräte für Fachaufgaben	-	494	534	-40	339
514 68-4	042	Munition und Verbrauchsmaterial	-	680	680	-	833
518 68-0	042	Mieten und Pachten	-	-	-	-	0
546 68-3	042	Verwendung zweckgebundener Spenden <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 68.</i>	-	-	-	-	4
547 68-0	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	-	-	-	5
812 68-5	042	Erwerb von Waffen und technischem Gerät	-	3.781	3.256	+525	3.522
<b>TGr. 69/70</b>		<b>Fernmeldewesen</b>	(4.000) (2.500)	(9.807)	(7.814)	(+1.993)	(8.947)
511 69-3	042	Unterhaltung der Geräte für Fachaufgaben	-	780	780	-	601
511 70-7	042	Ersatz, Ergänzung und Erstbeschaffung der Fernmeldeanlagen <i>Übertragbar.</i>	-	370	370	-	357
514 69-2	042	Verbrauchsmittel	-	243	303	-60	343

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 511 65**

	2005 Tsd. EUR
1. Beschaffung von Dienst- und Schutzkleidung	5 133
2. Einkleidungsbeihilfen für im Personenschutz verwendete Polizeivollzugsbeamte/innen je 256 EUR	1
Zusammen	5 134

Zu 1.:

- a. Gem. § 224 Abs. 1 NBG erhalten Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte die Bekleidung und Ausrüstung, die die besondere Art ihres Dienstes erfordern. Der Umfang der Erstausrüstung mit Dienstkleidung für den allgemeinen Polizeivollzugsdienst einschließlich der Erfordernisse dienstlicher Verwendung und der Ersatz sowie deren Ergänzung regeln die Bestimmungen der „Dienstkleidung für den Polizeivollzugsdienst (DKIV Pol.)“, RdErl. d. MI v. 29.04.2002 -22.2-02431-, VORIS 21022, Nds. MBl. Nr. 21/2002, S. 444.
- b. Einer Beamtin/ einem Beamten, die/der zur wirtschaftlichen, technischen oder ärztlichen Betreuung von Polizeieinheiten bei Übungen oder besonderen Einsätzen herangezogen wird, wird für die Dauer der Heranziehung gem. § 224 a NBG Schutzbekleidung zur Verfügung gestellt.
- c. Angestellten sowie Arbeiterinnen und Arbeitern ist aufgrund § 66 BAT bzw. § 70 MTArb, soweit das Tragen von Schutzkleidung gesetzlich vorgeschrieben oder vom Arbeitgeber angeordnet ist, diese unentgeltlich zu liefern.

Zu 2.:

Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte, die voraussichtlich für einen längeren Zeitraum im Personenschutz verwendet werden, erhalten nach Ablauf von 3 Monaten seit dem Beginn dieser Verwendung, auf Antrag einen Bekleidungszuschuss in Höhe von 256 EUR als steuerfreie Einkleidungshilfe für die Beschaffung von Gesellschaftskleidung (RdErl. d. MI v. 16.02.2004-22.2-03590-, VORIS 20444, Nds. MBl. Nr. 7/2004, S. 127).

**Zu 547 66**

Bei Vorliegen der Voraussetzungen werden Aufwandsentschädigungen für die Pflege oder Haltung gewährt

- a) eines Dienstpferdes mtl. 13 EUR
- b) eines Diensthundes mtl. 66 EUR
- c) eines ausgemusterten Diensthundes mtl. 51 EUR

gem. RdErl. des MI vom 20. 8. 1998 – VORIS 20441 00 00 03 018 – in der jeweils geltenden Fassung.

**Zu 812 66**

	2005 Tsd. EUR
Für den Ankauf von Dienstpferden als Ersatz für auszumusternde Dienstpferde	25

**Zu 427 67**

	2005 Tsd. EUR
1. Lehrvergütungen	156
2. Prüfungsvergütungen	5
3. Beschäftigungsentgelte	6
Zusammen	167

Zu 1.:

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte/-innen, Richter/-innen und Angestellte des Landes richtet sich nach den aufgrund des RdErl. d. MF vom 25. 3. 1998 – VORIS 20444 00 00 002 –, in der jeweils geltenden Fassung, erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. voraussichtlich 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

**Noch zu 427 67**

Zu 2.:

25 v. H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die Höhe der veranschlagten Entschädigungen für Mitglieder in Prüfungsausschüssen richtet sich nach den aufgrund des RdErl. d. MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 666), in der jeweils geltenden Fassung, erlassenen Vorschriften.

Zu 1./2.:

Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigung geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

**Zu 547 67**

Die Aufstiegsbewerber/-innen für den gehobenen und höheren Polizeivollzugsdienst werden einem standardisierten Personalauswahlverfahren unterzogen.

**Zu 631 67**

Kosten der Verpflegung und Schulgeld für Lehrgangsteilnehmer/-innen an Lehranstalten und Ausbildungsstätten des Bundes.

**Zu 632 67**

Kosten der Verpflegung und Schulgeld für Lehrgangsteilnehmer/-innen an Lehranstalten und Ausbildungsstätten der anderen Länder.

**Zu 812 67**

	2005 Tsd. EUR
Multimediale Lehrsaalausstattung einschl. EDV-Ausstattung	24

**Zu 518 68**

Die VE 2004 ist überplanmäßig bewilligt worden Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	59	–	59
2006	–	78	–	78
2007	–	78	–	78
2008	–	78	–	78
2009 ff.	–	1.268	–	1.268
Summe	–	1.561	–	1.561



ERLÄUTERUNGEN

**Zu 812 68**

	2005 Tsd. EUR
Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen:	
1. Einsatzmittel/Schutzausstattung	1 040
2. Technisches Gerät	347
3. Gerät für die Verkehrsüberwachung	360
4. Polizeipistolen	1 534
5. Ballistische Schutzwesten	500
Zusammen	3 781

**Belastung (2005)**

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	1.534	–	–	1.534
2006	1.534	–	–	1.534
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	3.068	–	–	3.068

**Zu 511 69**

Unterhaltung des polizeieigenen Fernsprechnetzes und der Funkanlagen.

**Zu 514 69**

Für die Beschaffung von Fernschreib-, Fernkopierer-, Telebildpapier sowie Farb- und Magnetbändern u. a.

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0320 Landespolizei**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
547 69-8	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	690	633	+57	1.159
631 69-9	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Bund	—	750	—	+750	—
812 69-3	042	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	4.000 2.500	6.974	5.728	+1.246	6.488
<b>TGr. 72</b>		<b>Bekämpfung der Organisierten und Politisch Motivierten Kriminalität</b> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 72.</i>	(—)	(954)	(1.004)	(-50)	(920)
511 72-3	042	Geräte für Fachaufgaben	—	92	142	-50	21
547 72-8	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	862	862	—	900
632 72-5	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder	—	—	—	—	—
811 72-7	042	Erwerb von Kraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 72-3	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 74</b>		<b>Vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung, Verkehrsprävention, Verkehrsaufklärung</b> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 74.</i>	(—)	(180)	(155)	(+25)	(145)
427 74-9	042	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	1	1	—	—
519 74-0	042	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	1	1	—	—
531 74-0	042	Veröffentlichungen	—	2	7	-5	0
547 74-4	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	61	31	+30	37
632 74-1	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder	—	115	115	—	108
<b>TGr. 75</b>		<b>Gefangenenwesen</b>	(—)	(1.365)	(1.265)	(+100)	(1.366)
514 75-7	042	Verpflegung	—	18	18	—	7
536 75-0	042	Gefangenenvorführungs- und ähnliche Beförderungskosten	—	1.183	1.083	+100	1.171
547 75-2	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1	1	—	1
632 75-0	042	Erstattungen an die Länder für die Abschiebung von Ausländern	—	163	163	—	187
<b>TGr. 76</b>		<b>Einrichtung und Ausstattung von Spezialdienststellen</b>	(—)	(595)	(—)	(+595)	(227)
511 76-6	042	Geräte für Fachaufgaben	—	—	—	—	—
547 76-0	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
811 76-0	042	Erwerb von Kraftfahrzeugen	—	30	—	+30	115
812 76-6	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	565	—	+565	112
<b>TGr. 80</b>		<b>Feststellung von Alkohol im Blut und der Einnahme von Rauschgiften</b>	(—)	(2.877)	(2.805)	(+72)	(3.101)
514 80-3	042	Verbrauchsmittel	—	170	98	+72	172

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 547 69**

Wartung und Instandsetzung durch Dritte.

**Zu 631 69**

Für die Finanzierung der Bund-Länder-Projektgruppe „netzwerk-BOS“.

**Zu 812 69**

	2005 Tsd. EUR
Fernsprechanlagen	1 175
Intercomsysteme	150
Mess- und Prüfmittel	20
Telekommunikationsbetriebstische	270
Antennenanlagen	75
Mobiles Datenfunksystem	15
Sprechfunkgeräte	100
Funkzubringeranlagen	25
Sprechfunkversorgung/-netze	0
Einsatzleitreechner incl. FMS und FVS	20
Videoanlagen	25
Dokumentationsanlagen	60
IT – Sicherheit	100
Telekommunikationsüberwachung	900
Spezialüberwachungstechnik	40
Digitale Richtfunkstrecken	50
Peil- und Ortungssysteme incl. GPS	40
EPOST 810	100
Einführung Digitalfunk	1 479
Weitverkehrkommunikationssystem WSP	330
Anpassung Funknetz/-infrastruktur Umorg.	2 000
Zusammen	6 974

Teil-VE i. H. v. 130.000 EUR der für 2004 ausgebrachten VE wurde in den EPL 20 umgesetzt. Die Teil-VE 2004 i.H.v. 2.250.000 EUR ist überplanmäßig bewilligt worden (Belastung 2005 1.750.000 EUR, 2006 500.000 EUR).  
Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	—	4.120	—	4.120
2006	—	500	4.000	4.500
2007	—	—	—	—
2008	—	—	—	—
2009 ff.	—	—	—	—
Summe	—	4.620	4.000	8.620

**Zu Titelgruppe 72**

Mittel für operative Maßnahmen zur Intensivierung der Bekämpfung der Organisierten und Politisch Motivierten Kriminalität.

**Zu 511 72**

Beschaffung einsatztaktisch notwendiger Geräte für Fachaufgaben.

**Zu 547 72**

U. a. besondere Fahndungskosten für operative Maßnahmen und verdeckte Zeugenschutzmaßnahmen.  
Im übrigen vgl. 527 10.

**Zu 811 72**

Beschaffung einsatztaktisch notwendiger neuer und gebrauchter Kraftfahrzeuge.

**Zu 812 72**

Beschaffung von einsatztaktisch notwendigen Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen.

**Zu Titelgruppe 74**

- Durchführung von kriminalpolizeilichen Vorbeugungsprogrammen. Durch gezielte, auf den gleichen Tatbestand abgestimmte Maßnahmen aller Bundesländer zum gleichen Zeitpunkt soll eine größere Wirksamkeit erreicht werden.
- Maßnahmen im Rahmen der Verkehrsprävention.

**Zu 632 74**

Für die Finanzierung des „Programms Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes“.

**Zu Titelgruppe 76**

Mittel zur Ausstattung von Spezialdienststellen/-einrichtungen für die Bekämpfung der Organisierten und Politisch Motivierten Kriminalität.

**Zu 811 76**

	2005 Tsd. EUR
Basisfahrzeug für IMSI-Catcher	30

**Zu 812 76**

Ersatz- und Ergänzungsbeschaffung von Geräten, Ausrüstungs- und Ausstattungsgegenständen.

	2005 Tsd. EUR
1. IMSI-Catcher einschl.Zubehör	285
2. Mobiles Peilgerät	30
3. Peilzusatztechnik	250
Zusammen	565

**Zu Titelgruppe 80**

Anfallende Einnahmen – Erstattung entstandener Kosten bei Strafverfahren – werden im Falle der Verurteilung bei 1104 – 112 01 nachgewiesen.

**Zu 514 80**

Kosten für Verbrauchsmittel bei Feststellung von Alkohol im Blut und der Einnahme von Rauschgiften.

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0320 Landespolizei**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004	2004	2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
547 80-9	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	2.707	2.707	—	2.929
631 80-0	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Bund	—	—	—	—	—
632 80-6	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder	—	—	—	—	—
<b>TGr. 85</b>		<b>Kosten für Sondereinsätze der Polizei</b> <i>*** Erstattungen der Kosten für Einsätze außerhalb Niedersachsens sind im laufenden Haushaltsjahr durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen</i>	(—)	(14.140)	(17.240)	(-3.100)	(28.909)
429 85-7	042	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	5.338
459 85-3	042	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
547 85-0	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	14.140	17.240	-3.100	23.571
812 85-5	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 87</b>		<b>Ausgaben der Polizeidirektion Braunschweig</b> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 87.</i> <i>*** 80 v.H. der nicht verbrauchten Ausgaben wachsen den Ausgaben für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden.</i>	(—)	(—)	(2.348)	(-2.348)	(2.344)
422 87-9	042	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	13	-13	12
425 87-8	042	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	2	-2	12
426 87-4	042	Mehrarbeits- bzw. Überstundenentgelte für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	2	-2	0
427 87-0	042	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	10	-10	—
453 87-1	042	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfe für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	81	-81	16
511 87-1	042	Geräte für Fachaufgaben	—	—	700	-700	371
514 87-0	042	Verbrauchsmittel	—	—	337	-337	695
547 87-6	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	1.200	-1.200	1.239
631 87-7	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an den Bund	—	—	1	-1	—
632 87-3	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder	—	—	2	-2	0
811 87-5	042	Erwerb von Kraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 87-1	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 547 80**

Für Kosten der Entnahmen und Untersuchungen.

**Zu 547 85**

Hier sind Angaben, die durch Sondereinsätze der Polizei entstehen, zu buchen.

Die VE 2004 ist überplanmäßig bewilligt worden.

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	1.700	1.571	—	3.271
2006	1.700	1.571	—	3.271
2007	—	1.571	—	1.571
2008	—	—	—	—
2009 ff.	—	—	—	—
Summe	3.400	4.713	—	8.113

**Zu Titelgruppe 87**

**Zu den Titelgruppen 87, 89, 90, 94 bis 96**

In Umsetzung des Kabinettsbeschlusses vom 12. 11. 1996 ist seit Beginn des Jahres 1997 bei der PI Salzgitter und bei der PD Braunschweig (alt), seit Beginn des Jahres 1999 bei den PI'en Delmenhorst, Cloppenburg, Celle, Goslar, Hameln und Holzminden und seit Beginn des Jahres 2001 bei den PI'en Hildesheim, Schaumburg, Peine und Oldenburg-Stadt die Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) als Pilotvorhaben für die Landespolizei in der Erprobung, um eine fundierte Entscheidung über die Ausgestaltung einer flächendeckenden Einführung in der gesamten Polizei zu ermöglichen.

Seit Beginn des Jahres 2003 wird im Rahmen des „Wirkungsorientierten Polizei-Managements (WPM)“ auf Basis des landesweiten Projekts LoHN erprobt, ob die KLR zur Budgetaufstellung für den Verwaltungsbereich Polizei und zur Betrachtung des Ressourcenverbrauchs geeignet ist, ob die Balanced Scorecard (BSC) ein geeignetes Instrument ist, die Führung und Steuerung der Polizei mit dem Ziel der Optimierung maßgeblich und nachhaltig zu unterstützen und ob die Instrumente BSC und KLR zu einem wirkungsorientierten Polizei-Management-System verknüpft werden können.

Durch die weitgehende Übertragung der Sachkostenverantwortung auf die Polizeidienststellen sollen diese in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben noch effektiver zu erledigen. Die hierfür erforderlichen Globalhaushalte, die in je fünf Einnahme- und Ausgabtiteln dokumentiert werden, ermöglichen die Zusammenführung der Fach- und Ressourcenverantwortung und fördern das Kostenbewusstsein sowie die Motivation der Bediensteten.

Innerhalb der einzelnen Kontingente besteht die Möglichkeit, losgelöst vom Haushaltsgrundsatz der Jährlichkeit, 80 % der erwirtschafteten und nicht verausgabten Haushaltsmittel dem nächsten Haushaltsjahr zuzuführen, um so die zweckmäßigste und damit wirtschaftlichste Lösung zum richtigen Zeitpunkt treffen zu können.

Ab dem Haushaltsjahr 2005 haben die Titelgruppen für die am WPM-Projekt beteiligten Polizeidienststellen mit folgender Maßgabe Bestand:

- Aufgrund der Neuorganisation der Polizei werden die bisher in den Titelgruppen 87 veranschlagten Haushaltsmittel (PD Braunschweig -alt-) in der Titelgruppe 95 mitveranschlagt.
- Die bisher in der Titelgruppe 94 veranschlagten Haushaltsmittel der PI Cloppenburg sind in der neu eingerichteten Titelgruppe 89 separat veranschlagt.
- Die Haushaltsmittel der Dienststellen, die aufgrund der Neuorganisation der Polizei eine WPM-Pilotdienststelle aufnehmen bzw. von einer solchen aufgenommen werden, sind nicht in den Titelgruppen veranschlagt und nicht darüber zu bewirtschaften.



ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Titelgruppe 87

Dienstkraftfahrzeugsoll für das Haushaltsjahr 2005

Typ	PI Cloppen- burg TGr. 89	PI Celle TGr. 90	PD Oldenburg TGr. 94	PD Braun- schweig TGr. 95	PD Hannover TGr. 96	Gesamt 2005	Gesamt 2004	Mehr/ Weniger (-) als 2004
Pkw gebraucht	0	0	0	5	0	5	5	—
FuStw	34	45	79	220	169	547	546	1
VU-Kfz	2	8	4	14	22	50	50	—
Verk.-Überw.-Kfz	3	2	4	7	9	25	25	—
Gefangenen-Kfz	0	0	1	3	1	5	5	—
Kranken-Kfz	0	0	0	2	0	2	2	—
Fm-Instands.-Kfz	0	1	3	3	2	9	9	—
Tatort-Kfz	0	1	2	4	2	9	9	—
leichte Lkw	0	1	2	3	3	9	9	—
mittlere Lkw	0	1	0	4	2	7	7	—
MKW (Kombi)	3	2	10	19	13	47	47	—
mittlere Busse	1	1	1	5	6	14	14	—
schwere Busse	0	0	0	0	0	0	0	—
Küchen-Kraftwagen	0	0	0	1	0	1	1	—
Wasserwerfer	0	0	0	0	0	0	0	—
Sonder-Kfz	0	5	7	8	4	24	24	—
Sonderanhänger	1	3	2	7	3	16	16	—
Küchenanhänger	0	0	0	0	1	1	1	—
Krafträder	4	2	9	16	13	44	44	—
Summe	48	72	124	321	250	815	814	1

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0320 Landespolizei**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung 2005 2004	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
4	5	6	7	8			
<b>TGr. 89</b>		<b>Ausgaben der Polizeiinspektion Cloppenburg</b> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 89.</i> <i>*** 80 v.H. der nicht verbrauchten Ausgaben wachsen den Ausgaben für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden.</i>	(-)	(612)	(-)	(+612)	(-)
422 89-5	042	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	-	7	-	+7	-
425 89-4	042	Überstundenvergütungen für Angestellte	-	1	-	+1	-
426 89-0	042	Mehrarbeits- bzw. Überstundenentgelte für Arbeiterinnen und Arbeiter	-	1	-	+1	-
427 89-7	042	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	-	2	-	+2	-
453 89-8	042	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfe für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	-	4	-	+4	-
511 89-8	042	Geräte für Fachaufgaben	-	44	-	+44	-
514 89-7	042	Verbrauchsmittel	-	156	-	+156	-
547 89-2	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	397	-	+397	-
631 89-3	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an den Bund	-	-	-	-	-
632 89-0	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder	-	-	-	-	-
811 89-1	042	Erwerb von Kraftfahrzeugen	-	-	-	-	-
812 89-8	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	-	-	-	-	-
<b>TGr. 90</b>		<b>Ausgaben der Polizeiinspektion Celle</b> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 90.</i> <i>*** 80 v.H. der nicht verbrauchten Ausgaben wachsen den Ausgaben für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden.</i>	(-)	(1.076)	(1.336)	(-260)	(1.329)
422 90-9	042	Mehrarbeitsvergütung für Beamtinnen und Beamte	-	18	18	-	3
425 90-8	042	Überstundenvergütung für Angestellte	-	3	3	-	-
426 90-4	042	Mehrarbeits- bzw. Überstundenentgelte für Arbeiterinnen und Arbeiter	-	1	1	-	-
427 90-0	042	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	-	3	3	-	-
453 90-1	042	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	-	20	20	-	1
511 90-1	042	Geräte für Fachaufgaben	-	50	50	-	191
514 90-0	042	Verbrauchsmittel	-	308	308	-	291
547 90-6	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	673	933	-260	845
631 90-7	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Bund	-	-	-	-	-
632 90-3	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder	-	-	-	-	-
811 90-5	042	Erwerb von Kraftfahrzeugen	-	-	-	-	-

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0320 Landespolizei**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
812 90-1	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 94</b>		<b>Budgetierte Dienststellen im Bereich der PD Oldenburg</b> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 94.</i> <i>*** 80 v.H. der nicht verbrauchten Ausgaben wachsen den Ausgaben für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden.</i>	(—)	(2.331)	(2.943)	(-612)	(2.975)
422 94-1	042	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	22	28	-6	1
425 94-0	042	Überstundenvergütung für Angestellte	—	3	4	-1	8
426 94-7	042	Mehrarbeits- bzw. Überstundenentgelte für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1	1	—	—
427 94-3	042	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	6	8	-2	8
453 94-4	042	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	12	15	-3	3
511 94-4	042	Geräte für Fachaufgaben	—	130	171	-41	448
514 94-3	042	Verbrauchsmittel	—	975	1.157	-182	694
547 94-9	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.182	1.559	-377	1.814
631 94-0	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Bund	—	—	—	—	—
632 94-6	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder	—	—	—	—	—
811 94-8	042	Erwerb von Kraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 94-4	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 95</b>		<b>Budgetierte Dienststellen im Bereich der PD Braunschweig</b> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 95.</i> <i>*** 80 v.H. der nicht verbrauchten Ausgaben wachsen den Ausgaben für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden.</i>	(—)	(5.151)	(2.803)	(+2.348)	(2.769)
422 95-0	042	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	47	34	+13	1
425 95-9	042	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	7	5	+2	7
426 95-5	042	Mehrarbeits bzw. Überstundenentgelte für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	5	3	+2	4
427 95-1	042	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	22	12	+10	—
453 95-2	042	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	122	41	+81	26
511 95-2	042	Geräte für Fachaufgaben	—	968	268	+700	309
514 95-1	042	Verbrauchsmittel	—	1.317	980	+337	700
547 95-7	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	2.653	1.453	+1.200	1.720

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0320 Landespolizei**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
631 95-8	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Bund	—	4	3	+1	0
632 95-4	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder	—	6	4	+2	1
811 95-6	042	Erwerb von Kraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 95-2	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 96</b>		<b>Budgetierte Dienststellen im Bereich der PD Göttingen</b> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 96.</i> <i>*** 80 v.H. der nicht verbrauchten Ausgaben wachsen den Ausgaben für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden.</i>	(—)	(3.718)	(3.718)	(—)	(3.722)
422 96-8	042	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	32	32	—	1
425 96-7	042	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	5	5	—	8
426 96-3	042	Mehrarbeits bzw. Überstundenentgelte für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1	1	—	2
427 96-0	042	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	8	8	—	2
453 96-0	042	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	—	—	41
511 96-0	042	Geräte für Fachaufgaben	—	143	143	—	557
514 96-0	042	Verbrauchsmittel	—	1.229	1.229	—	898
547 96-5	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	2.300	2.300	—	2.212
631 96-6	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Bund	—	—	—	—	—
632 96-2	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder	—	—	—	—	0
811 96-4	042	Erwerb von Kraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 96-0	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 97</b>		<b>EXPO 2000</b> <i>*** Die nicht verbrauchten Ausgaben wachsen den Ausgaben für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahme der Einnahmetitelgruppe 97.</i>	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
547 97-3	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
711 97-8	042	Bauausgaben	—	—	—	—	—
<b>TGr. 98/99</b>		<b>Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik</b> <i>Übertragbar.</i>	(1.250) (—)	(13.559)	(30.979)	(-17.420)	(22.123)
511 99-5	042	Geräte und Gebrauchsgegenstände	—	450	450	—	536
514 99-4	042	Verbrauchsmittel	—	750	870	-120	834
518 98-1	042	Kosten der Anmietung von Software	—	—	—	—	1
518 99-0	042	Kosten der Anmietung von Hardware	—	76	76	—	53

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 547 96**

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE	durch die 2004 ausgebrachte VE	durch die 2005 ausgebrachte VE	Gesamt belastung
	in 1000 EUR	in 1000 EUR	in 1000 EUR	
2005	76	–	–	76
2006	76	–	–	76
2007	76	–	–	76
2008	76	–	–	76
2009 ff.	646	–	–	646
Summe	950	–	–	950

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0320 Landespolizei**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004	2004	2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
525 98-8	042	Kosten der Aus- und Fortbildungsmaßnahmen beim IZN	—	365	365	—	276
525 99-6	042	Kosten der Aus- und Fortbildungsmaßnahmen durch andere	—	—	—	—	88
538 98-2	042	Ausgaben für Datenverarbeitung (IZN)	—	3.200	2.000	+1.200	2.976
538 99-0	042	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	3.088	11.383	-8.295	8.960
631 99-0	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Bund	—	55	55	—	—
711 99-4	421	Bauausgaben	—	—	3.355	-3.355	3.519
812 99-5	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	1.250	5.575	12.425	-6.850	4.879
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	13.600		—	—	
		<b>Abschluss Kapitel 0320</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		21.277	19.109	+2.168	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		970	865	+105	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		392	—	+392	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		22.639	19.974	+2.665	
		4 Personalausgaben	—	818.333	797.425	+20.908	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	19.552	106.268	108.240	-1.972	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	4.354	3.604	+750	
		7 Baumaßnahmen	—	—	3.355	-3.355	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	9.750	29.108	33.462	-4.354	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	20.600	31.463	31.121	+342	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	9.750	989.526	977.207	+12.319	
		<b>Zuschuss</b>	40.152	966.887	957.233	+9.654	

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 711 99**

Infrastrukturmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Projekt MIKADO-neu.

**Zu 812 99**

	2005 Tsd. EUR
Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen:	
PC für Sachbearbeitung und dezentrale DV-Systeme	1 865
Server	450
Mess- und Prüfmittel	50
Kriminaltechnische Untersuchung	75
IT-Sicherheit	300
Systemintegration Digitalfunk	35
DV-Ausstattung Funkstreifenwagen	50
DV-Systeme Führung und Einsatz	1 050
DV-Ermittlungsgruppen	300
Elektronisches Vergabesystem	100
DV-Ausstattung RDVG durch Umorganisation	1 300
Zusammen	5 575

Die VE 2004 ist überplanmäßig bewilligt worden.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	5.000	600	–	5.600
2006	–	–	1.250	1.250
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	5.000	600	1.250	6.850

**Einzelplan 03    Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel    0321    Logistik Zentrum Niedersachsen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>EINNAHMEN</b>					
121 10-4	042	Ablieferungen des Landesbetriebes LZN		–	–	–	–
		<b>AUSGABEN</b>					
682 10-6	042	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes	–	–	–	–	–
891 10-4	042	Zuführung für Investitionen des Landesbetriebes LZN	– 13.600	–	–	–	–
		<b>Abschluss Kapitel 0321</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		–	–	–	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		–	–	–	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	–	–	–	–	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	–	–	–	–	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	–	–	–	–	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Kapitel 0321**

**Erläuterungen (Allgemeiner Erläuterungsteil)**

**Rechts- und Organisationsgrundlagen**

Durch Beschluss der Landesregierung vom 18.12.2001 ist mit Wirkung vom 01.01.2002 das Logistik Zentrum Niedersachsen (LZN) als Landesbetrieb nach § 26 LHO errichtet worden. Das LZN hat seinen Sitz in Hann. Münden, ihm obliegt die Aufgabe des Einkaufs und der Versorgung der Polizei Niedersachsen mit Dienstkleidung.

Rechtsform, Aufgaben und Befugnisse des Landesbetrieb LZN sind im RdErl. d. MI v. 28.02.2002 – Nds. MBl. Nr. 12/2002, S. 245 –, die weiteren Grundsätze sowie die Organisation in der Geschäftsordnung des Landesbetriebes LZN geregelt.

**Verwaltungsaufbau und Haushaltsplan**

Der Landesbetrieb LZN untersteht, als unselbständige polizeiliche Einrichtung, der Dienst- und Fachaufsicht des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport – Landespolizeipräsidium –.

Der Landesbetrieb LZN erstellt entsprechend § 26 LHO und den dazugehörigen Verwaltungsvorschriften einen Wirtschaftsplan. Nach Verabschiedung des Haushaltsgesetzes und Verteilung der Haushaltsmittel, Planstellen und anderen Stellen wirtschaftet der Landesbetrieb nach Maßgabe des Wirtschaftsplans.

Die Tätigkeit des LZN ist insgesamt nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet. Sie ist nach kaufmännischer Bewertung kostendeckungsorientiert. Zuführungen des Landes sind nicht vorgesehen.

**Zielsetzung**

Die Aufgaben des Landesbetriebes LZN sind gemäß § 2 und § 3 der Betriebsanweisung:

- Einkauf und Belieferung der Bediensteten sowie der Dienststellen der niedersächsischen Landespolizei nach Vorgabe des MI mit Dienstkleidung, Schutzkleidung und Sonderausstattung (Kernaufgabe).
- Betreiben von Produktentwicklung, Produktweiterentwicklung und Maßnahmen zur Qualitätskontrolle und Qualitätssicherung im Rahmen seiner Aufgaben.
- Darüber hinaus, mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde, der Einkauf und die Belieferung mit Dienstkleidung für öffentlich-rechtliche Bedarfsträger außerhalb der niedersächsischen Landesverwaltung.

**Wirtschaftsführung**

Das Logistik Zentrum Niedersachsen ( LZN ) führt als Landesbetrieb eine Finanzbuchführung nach den Regeln der kaufmännischen doppelten Buchführung. Eine Kosten- und Leistungsrechnung als Vollkostenrechnung auf Istkostenbasis, ergänzt um eine Plankostenrechnung, befindet sich im Aufbau. Allen Aufwendungen stehen Erträge entgegen. Zuschüsse des Landes sind nicht vorgesehen.

Die Dienstkleidung wird vom Landesbetrieb LZN nach Art eines Versandhandelshauses vertrieben und führt über die ausgegebene Erstattung sowie die Ersatzstücke Buch in Form von personenbezogenen Konten.

Der Ersatz und die Ergänzung von Dienstkleidungsstücken werden durch ein auf das Kalenderjahr bezogenes Bekleidungsbudget ermöglicht. Das Bekleidungsbudget legt das MI fest, der Grundbetrag beträgt derzeit 200,- Euro pro Polizeivollzugsbeamtin/beamten. Den Polizeivollzugsbeamtinnen/beamten steht dieser Betrag für die eigenverantwortliche Beschaffung ihrer Dienstkleidung beim LZN, nach Vorgabe des MI, zur Verfügung.



**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0321  
Leistungsplan**

	<b>Kosten</b> -Tsd. EUR- (Soll) 2005 1)	<b>Erlöse</b> - Tsd. EUR- (Soll) 2005 1)	<b>Deckungs- grad</b> (Soll) 2005 1)	<b>Kosten</b> -Tsd. EUR- (Soll) 2004	<b>Erlöse</b> -Tsd. EUR- (Soll) 2004	<b>Deckungs- grad</b> (Soll) 2004	<b>Kosten</b> -Tsd. EUR- (Ist) 2003	<b>Erlöse</b> -Tsd. EUR - (Ist) 2003	<b>Deckungs- grad</b> (Ist) 2003
Versorgung der Landespolizei in Niedersachsen	5.634.000	5.634.000	1,0	5.408.220	5.408.220	1,0			
Dienstleistung für Bundesamt für Güterverkehr	25.000	45.000	1,8	25.000	45.000	1,8			
Versorgung der Polizeien der Länder Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern	5.550.000	5.550.000	1,0	5.303.585	5.569.604	1,0			
<b>Gesamtsumme</b>	<b>11.209.000</b>	<b>11.229.000</b>	<b>1,0</b>	<b>10.736.805</b>	<b>11.022.824</b>	<b>1,0</b>			

1) Die Angaben beruhen auf einer Schätzung, da hinreichend verlässliche Zahlen der Beitrittsländer des Verwaltungsabkommens über die Kooperation bei der Beschaffung von Dienstkleidung der norddeutschen Länder vom 08.07.2004 gegenwärtig noch nicht zur Verfügung stehen.

**Erläuterungen zu Titeln**

**Zu 121 10**

In den Entgelten, die der Landesbetrieb für Lieferungen und Leistungen erhebt, sind auch Versorgungszuschläge für Beamtinnen und Beamte enthalten, die an das Land abzuführen sind.

**Zu 891 10**

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	6.800	–	6.800
2006	–	6.800	–	6.800
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	13.600	–	13.600



**Wirtschaftsplan Logistik Zentrum Niedersachsen**  
für das Geschäftsjahr 2005

## Wirtschaftsplan Logistik Zentrum Niedersachsen

## A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Finanzbedarf</b>			
1. Investitionen gemäß VV-HNds:			
– Bebaute Grundstücke	—	—	—
– Unbebaute Grundstücke	—	—	—
– Gebäude	—	—	—
– Maschinen und Anlagen	—	—	—
– Fahrzeuge	—	—	—
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—	—
Summe 1.:	—	—	—
2. Sonstige Investitionen:			
– Gebäude	—	30 000	—
– Maschinen und Anlagen	—	—	—
– Fahrzeuge	—	—	—
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	129 450	116 850	—
Summe 2.:	129 450	146 850	—
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
– Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	—	—	—
– Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)	—	—	—
– Ablieferung an den Landeshaushalt	—	—	—
– Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)	35 901	—	—
Summe 3.:	—	—	—
4. Positiver Überleitungsbetrag (Anlage 4):	—	—	—
<b>Summe I.:</b>	<b>165 351</b>	<b>146 850</b>	<b>—</b>
<b>II. Deckungsmittel</b>			
1. Deckungsmittel:			
– Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	165 351	286 019	—
– Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z. B. eingehende Zahlungen für Forderungen)	—	—	—
– noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren	—	—	—
– Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	—	—	—
– Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen	—	—	—
Summe 1.:	165 351	286 019	—
2. Negativer Überleitungsbetrag (Anlage 4):	—	—	—
<b>Summe II.:</b>	<b>165 351</b>	<b>286 019</b>	<b>—</b>

## Wirtschaftsplan Logistik Zentrum Niedersachsen

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Erträge:</b>			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:	—	—	—
Summe 1.:	—	—	—
2. Umsatzerlöse:			
81100 Niedersachsen	4 600 000	5 408 220	—
82100 mit Dritten	5 750 000	5 614 604	—
Summe 2.:	10 350 000	11 022 824	—
3. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	—	661 500	—
Summe 3.:	—	661 500	—
4. Andere aktivierte Eigenleistungen:	—	—	—
Summe 4.:	—	—	—
5. Sonstige betriebliche Erträge:			
– Mieterträge	—	—	—
– Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	—	—	—
– Erträge aus der Herabsetzung von Wertberichtigungen und Rückstellungen	—	—	—
– Periodenfremde Erträge	—	—	—
Summe 5.:	—	—	—
6. Zinserträge und ähnliche Erträge:	—	—	—
Summe 6.:	—	—	—
<b>Summe I.:</b>	<b>10 350 000</b>	<b>11 684 324</b>	<b>—</b>

## Wirtschaftsplan Logistik Zentrum Niedersachsen

## B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>II. Aufwendungen</b>			
1. Materialaufwand:			
– Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	8 000 000	8 986 896	—
– Aufwendungen für bezogene Leistungen	—	—	—
Summe 1.:	8 000 000	8 986 896	—
2. Personalaufwand:			
2.1. Löhne und Gehälter			
– Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	155 975	—	—
– Vergütungen der Angestellten	770 016	—	—
– Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	228 863	—	—
– Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter	—	—	—
Summe 2.1.:	1 154 854	1 254 000	—
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Angestellte	—	—	—
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—
– Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	45 873	58 966	—
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	—	—	—
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	—	—	—
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	—	—	—
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	—	—	—
– Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	5 670	5 742	—
– Beihilfen für Angestellte	1 890	1 914	—
– Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—
– Unterstützungen	—	—	—
– Fürsorgeleistungen	—	—	—
– Unfallversicherung	2 549	2 265	—
Summe 2.2.:	55 982	68 887	—
Summe 2.:	1 210 836	1 322 887	—
3. Abschreibungen:			
– Abschreibungen auf unbewegliches Anlagevermögen	—	—	—
49600 – Abschreibungen auf bewegliches Anlagevermögen	90 000	122 000	—
Summe 3.:	90 000	122 000	—
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung, Versorgung und Instandhaltung			
41100 – Mieten	69 775	145 260	—
– Unterhaltung von Gebäuden	—	—	—
– Energie	6 770	—	—
– Wasser	666	—	—
– Heizung	5 712	—	—
41400 – Reinigung	7 140	7 140	—
41420 – Müll	650	600	—
Summe 4.1.:	90 713	153 000	—
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
45010 – Telefon	24 000	13 600	—
45000 – Postgebühren	7 200	13 400	—
47260 – Fachliteratur	1 500	1 500	—
47720 – Fotokopien	4 000	—	—
44710 – Bürobedarf/Druckkosten	5 800	7 700	—
44700 – Drucksachen	9 300	11 500	—
44500 – Wartung/Reparatur Geschäftsausstattung	3 000	2 000	—
49160 – Leasing Betriebs- und Geschäftsausstattung	8 200	8 200	—
43000 – Versandkosten	400 000	523 269	—
43010 – Verpackung	50 000	74 753	—
41430 – Entsorgung Pappe	2 500	4 000	—
46010 – Werbung/Katalog	50 000	55 000	—
46710 – EDV/Wartung	40 000	19 000	—
46760 – EDV/Beratung	40 000	40 000	—
46800 – EDV/Verbrauchsmaterial	2 000	4 000	—
47000 – Rechts- und Beratungskosten	13 500	10 000	—
47500 – Kosten Geldverkehr	2 000	1 500	—
49400 – Sonstige Kosten	2 000	4 100	—
Summe 4.2.:	665 000	793 522	—

## Wirtschaftsplan Logistik Zentrum Niedersachsen

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>noch II. Aufwendungen</b>			
4.3. Sonstige personalbezogene Aufwendungen:			
48900 – Reisekosten	4 000	5 200	—
48450 – Spesen	500	800	—
48400 – km-Geld	1 600	1 600	—
47250 – Aus- und Fortbildung	10 000	10 000	—
47210 – Personaleinstellung	2 000	2 000	—
47290 – Leistungsverrechnung NLBV/ Sonstige personalbezogene Sachkosten	5 000	—	—
Summe 4.3.:	23 100	19 600	—
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen Abschreibungen auf Forderungen	—	—	—
Summe 4.4.:	—	—	—
Summe 4.:	868 813	966 122	—
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	105 000	—	—
Summe 5.:	105 000	—	—
<b>Summe II.:</b>	<b>10 184 649</b>	<b>11 398 305</b>	<b>—</b>
<b>III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b> (Summe I. ./ Summe II.)	<b>165 351</b>	<b>286 019</b>	<b>—</b>
<b>IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen</b>			
1. Außerordentliche Erträge:	—	—	—
Summe 1.:	—	—	—
2. Außerordentliche Aufwendungen:	—	—	—
Summe 2.:	—	—	—
<b>V. Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>VI. Steuern</b>			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
Summe 1.:	—	—	—
2. Sonstige Steuern:			
Summe 2.:	—	—	—
<b>VII. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b>	<b>165 351</b>	<b>286 019</b>	<b>—</b>

#### Erläuterungen zum Erfolgsplan

Die nach Buchst. B., Ziffer II, Nr. 2.1, ausgebrachten sonstigen Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter sind u. a. auch für die Beschäftigung ständig nicht vollbeschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für die eine Stelle nach § 17 Abs. 6 und 7 LHO nicht zwingend erforderlich ist, vorgesehen.

## Wirtschaftsplan Logistik Zentrum Niedersachsen

### C. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Erhöhung der Zuführung/Minderung der Ablieferung</b>			
Gewinnerhöhung ohne Geldfluss, z.B.:			
- Erhöhung des Bestandes an unfertigen und fertigen Erzeugnissen	—	661 500	—
- Erhöhung des Forderungsbestandes	—	—	—
- Minderung von Rückstellungen	—	—	—
- Minderung von Wertberichtigungen	—	—	—
<b>Summe I.:</b>	—	661 500	—
<b>II. Minderung der Zuführung/Erhöhung der Ablieferung</b>			
Gewinnminderung ohne Geldfluss, z.B.:			
- Minderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	—	—	—
- Abschreibung für Abnutzung (ohne Abschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter nach §§ 6 Abs. 2 EStG)	—	122 400	—
- Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	—	—	—
- Abschreibungen auf Forderungen	—	—	—
- Erhöhung von Rückstellungen	—	—	—
- Erhöhung von Wertberichtigungen	—	166 956	—
<b>Summe II.:</b>	—	289 356	—
<b>III. Überleitungsbetrag</b> (Summe I. ./ Summe II.)	—	372 144	—

**Anlage zum Wirtschaftsplan  
(Übersicht über die Stellen für Angestellte und Arbeiter/-innen)**

Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2005	2004		

**Planmäßige Beamte/-innen (nachrichtlich)**

A 15	1	1	
A 13 g. D.	1	1	
A 11	1	1	
	<u>3</u>	<u>3</u>	Zusammen

Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2005	2004		

**Angestellte**

IV a	2	2	
IV b	3	3	
V b	3	3	
VI b	6	6	
VII	4	4	
	<u>18</u>	<u>18</u>	Zusammen

Bemerkungen

Zugang:	Stellen	} infolge Verlagerung aus den Übersichten über die Stellen für Angestellte und Arbeiter/-innen (Anlage zum Wirtschaftsplan des LZN im Kapitel 03 20)
Verg.-Gr. IV a	2	
Verg.-Gr. IV b	3	
Verg.-Gr. V b	3	
Verg.-Gr. VI b	6	
Verg.-Gr. VII	4	
Zusammen	<u>18</u>	

Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2005	2004		

**Arbeiter/-innen**

4/4 a	7	7	
	<u>7</u>	<u>7</u>	Zusammen

Bemerkungen

Lohn.-Gr. 4/4 a	7	infolge Verlagerung aus den Übersichten über die Stellen für Angestellte und Arbeiter/-innen (Anlage zum Wirtschaftsplan des LZN im Kapitel 03 20)
-----------------	---	--

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0323 Landesaufnahmestelle Bramsche**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-8	246	Vermischte Einnahmen		—	30	-30	85
124 01-1	246	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung *** Abweichend von § 63 Abs. 3 LHO dürfen im GDL Osnabrück-Bramsche und seinen Nebenstellen an die hier tätigen Stellen zur Betreuung der Spätaussiedler sowie den Dienststellen des Bundes, der Bundesländer und der Kommunen die notwendigen Räumlichkeiten mietfrei überlassen sowie Heizung, Beleuchtung und Wasser unentgeltlich abgegeben werden.		—	1	-1	—
132 01-4	246	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		—	5	-5	2
231 10-1	235	Sonstige Zuweisungen vom Bund		—	330	-330	317
233 10-4	235	Sonstige Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden		—	—	—	—
281 10-9	246	Sonstige Erstattungen aus dem Inland		—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel			5	-5	
<b>AUSGABEN</b>							
422 01-2	246	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	—	3.559	-3.559	68
422 19-5	246	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	8
425 01-1	246	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	2.220
425 06-2	246	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	2	-2	1
426 01-8	246	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	1.346
426 06-9	246	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	3	-3	0
427 01-4	246	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	26	-26	4
427 39-1	246	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-5	246	Trennungsschädigung und Umzugskostenvergütung	—	—	5	-5	—
511 01-5	246	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	80	-80	56
514 01-4	246	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	—	25	-25	23
514 10-3	246	Verbrauchsmittel	—	—	—	—	—
517 01-3	246	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	750	-750	681
518 01-0	246	Mieten und Pachten	—	—	1	-1	—
518 02-8	246	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	—	16	-16	13
519 01-6	246	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	150	-150	103
521 10-0	246	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	—	—	—	—	—
525 01-6	246	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	2	-2	2
526 01-2	246	Sachverständige	—	—	17	-17	3
526 02-0	246	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	1	-1	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Allgemeine Erläuterung zu Kapitel 03 23:**

Die Landesaufnahmestelle (LAsT) Bramsche -bisher Kapitel 0323 - hat nur noch die Funktion einer Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerberinnen und Asylbewerber. Daneben nutzt der Bund mehrere Gebäude für die Verwaltungsaufgaben und das Archiv. Mit Wirkung vom 01.01.2005 wird die LAsT Bramsche als Außenstelle in die ZAAB Oldenburg integriert. Die Ansätze des bisherigen Kapitels 0323 sind daher nach Kapitel 0326 verlagert worden.

HGr	verlagert
1	16.000
2	335.000
<b>Su Einnahmen</b>	<b>351.000</b>
4	3.399.000
5	2.413.000
6	1.000
8	42.000
9	0
<b>Su Ausgaben</b>	<b>5.855.000</b>

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteneinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
0	94,69	88,21

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
0	3 559	3 634

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)
- Sonstige Veränderungen

Summe Zugänge 0

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig) 94,36
- Kürzung Drittelungsregelung ZV I 0,33
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)
- Sonstige Veränderungen

Summe Abgänge 94,69

Bleibt Abgang 94,69

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0323 Landesaufnahmestelle Bramsche**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004		
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
527 01-9	246	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	2	-2	2
527 02-7	246	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenan- gelegenheiten	—	—	1	-1	0
546 01-3	246	Vermischte Ausgaben	—	—	1	-1	1
547 10-9	246	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben	—	—	1.041	-1.041	686
681 10-7	246	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	—	1	-1	—
681 11-5	246	Unterstützungen und sonstige Geldleistun- gen an Spätaussiedler	—	—	—	—	—
811 01-9	246	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 10-4	246	Erwerb von Geräten und sonstigen bewegli- chen Sachen	—	—	—	—	—
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr.</b>		<b>Kosten der Informations- und Kommunika- tionstechnik</b>	(—)	(—)	(18)	(-18)	(30)
511 99-6	246	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsge- genstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	9	-9	25
514 99-5	246	Verbrauchsmittel	—	—	2	-2	3
538 98-3	246	Ausgaben für Datenverarbeitung (IZN)	—	—	4	-4	1
538 99-1	246	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	—	—	—	—
547 99-0	246	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben	—	—	3	-3	1
812 99-6	246	Erwerb von Geräten und sonstigen bewegli- chen Sachen	—	—	—	—	—
Summe für inzwischen weggefallene Titel			—	—	11	-11	
<b>Abschluss Kapitel 0323</b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.			—	—	36	-36	
2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zu- schüssen mit Ausnahme für Investitionen			—	—	335	-335	
<b>Summe der Einnahmen</b>				—	371	-371	
4 Personalausgaben			—	—	3.595	-3.595	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Aus- gaben für den Schuldendienst			—	—	2.110	-2.110	
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			—	—	7	-7	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen			—	—	—	—	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	—	—	—	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>			—	—	5.712	-5.712	
<b>Zuschuss</b>					5.341		

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0324 Grenzdurchgangslager Friedland**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-1	246	Vermischte Einnahmen		256	23	+233	37
119 53-4	246	Einnahmen aus Nachlässen <i>Vgl. K-Vermerk zu 681 16.</i>		—	—	—	—
124 01-5	246	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung <i>*** Abweichend von § 63 Abs. 3 LHO dürfen im GDL Friedland an die hier tätigen Stellen zur Betreuung der im GDL untergebrachten Perso- nen sowie den Dienststellen des Bundes, der Bundesländer und der Kommunen die notwen- digen Räumlichkeiten mietfrei überlassen sowie Heizung, Beleuchtung und Wasser unentgeltlich abgegeben werden.</i>		26	26	—	25
132 01-8	246	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		7	2	+5	3
231 10-5	235	Sonstige Zuweisungen vom Bund		9.944	10.740	-796	8.439
233 10-8	235	Sonstige Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden		77	77	—	79
235 10-0	235	Sonstige Zuweisungen von Sozialversiche- rungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit		—	—	—	—
<b>AUSGABEN</b>							
422 01-6	246	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtin- nen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbud- gets	—	5.394	5.423	-29	74
422 19-9	246	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	8
425 01-5	246	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	2.392
425 06-6	246	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1	3	-2	—
426 01-1	246	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	2.831
426 06-2	246	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	8	11	-3	5
427 01-8	246	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	36	46	-10	23
427 39-5	246	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
443 01-3	246	Fürsorgeleistungen	—	—	—	—	—
453 01-9	246	Trennungsschädigung und Umzugsko- stenvergütung	—	—	—	—	—
511 01-9	246	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsge- genstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	448	448	—	310
514 01-8	246	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	41	41	—	35
514 10-7	246	Verbrauchsmittel	—	892	1.131	-239	326
517 01-7	246	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	785	785	—	489
518 01-3	246	Mieten und Pachten für Grundstücke, Ge- bäude und Räume	—	59	59	—	48
518 02-1	246	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	2	2	—	2
519 01-0	246	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	235	235	—	256

**ERLÄUTERUNGEN**

**Allgemeine Erläuterungen zu Kap. 03 24:**

Bei der Veranschlagung der Haushaltsmittel ist von einer täglichen Lagerbelegung von bis zu 2 600 Personen im GDL Friedland ausgegangen worden.

**Zu 119 01**

Kostenbeteiligung der Gemeinden an der Unterbringung der Spätaussiedler im Landeswohnheim sowie Einnahmen aus der Verpflegung des Lagerpersonals.

**Zu 231 10**

Vereinbarungsgemäß erstattet der Bund dem Land die für die Erstaufnahme von Spätaussiedlern und deren Familienangehörigen entstehenden Kosten im GDL Friedland für 2.400 Betten, 200 Betten nutzt das Land Niedersachsen als Landeswohnheim sowie für jüdische Emigranten; Erstattung für die Beschäftigung von 9 (9) Zivildienstleistenden.

**Zu 233 10**

1. Vertrag zwischen dem Land Niedersachsen (Grenzdurchgangslager Friedland) und der Gemeinde Friedland vom 12. 2. 1997.
2. Melderechtliche Erfassung der Daten der untergebrachten Personen durch Bedienstete des Grenzdurchgangslagers für die Gemeinde Friedland (Personalkostenerstattung).
3. Daueraufgabe.

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteneinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
137,27	141,27	141,27

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
5 394	5 423	5 243

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	1,50
	—
Summe Zugänge	1,50

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	1,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	4,50
	—
Summe Abgänge	5,50
Bleibt Abgang	4,00

**Zu 514 01**

**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen ( 2005)**

	Ist 1.1.2004	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Pkw	1	1	1
Lkw	1	1	1
Kleinbus	3	3	3
Allzweckfahrzeug-Kleinschlepper	2	2	2
Tanklöschfahrzeug	1	1	1
Einachsanhänger	1	1	1
Zusammen	9	9	9

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0324 Grenzdurchgangslager Friedland**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
521 10-3	246	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	—	21	21	—	4
525 01-0	246	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	5	5	—	0
526 01-6	246	Sachverständige	—	1	1	—	0
526 02-4	246	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	1	1	—	—
527 01-2	246	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	5	5	—	5
527 02-0	246	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenan- gelegenheiten	—	1	1	—	0
546 01-7	246	Vermischte Ausgaben	—	1.415	1.451	-36	1.124
547 10-2	246	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben	—	360	360	—	341
681 10-0	246	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	1	1	—	—
681 11-9	246	Unterstützungen und sonstige Geldleistun- gen an Spätaussiedler	—	1.000	1.000	—	790
681 16-0	246	Nachlaßangelegenheiten <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur</i> <i>Höhe der Isteinnahmen bei 119 53.</i>	—	—	—	—	7
684 10-0	236	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	—	205	205	—	200
811 01-2	246	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	140	—	+140	29
812 15-9	246	Erwerb von Geräten und sonstigen bewegli- chen Sachen	—	25	55	-30	46
981 01-5	990	Abführung an 13 50 - 381 03	—	31	31	—	20
981 02-3	990	Abführung an 0301 - 381 10	—	21	21	—	21
981 03-1	990	Abführung an 1321 - 381 03	—	871	871	—	871
		<b>Titelgruppe(n)</b>					
<b>TGr.</b>		<b>Kosten der Informations- und Kommunika- tionstechnik</b>	(—)	(42)	(56)	(-14)	(27)
511 99-0	246	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsge- genstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	20	20	—	16
518 98-6	246	Mieten und Pachten (IuK-Software)	—	—	—	—	—
518 99-4	246	Mieten und Pachten (IuK-Hardware)	—	—	—	—	—
525 98-2	246	Aus- und Fortbildung für Bedienstete (IZN)	—	2	5	-3	—
525 99-0	246	Aus- und Fortbildung für Bedienstete (ande- re Dienstleister)	—	2	5	-3	—
538 98-7	246	Ausgaben für Datenverarbeitung (IZN)	—	—	—	—	1
538 99-5	246	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	—	—	—	4
547 99-4	246	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben	—	3	5	-2	0
812 99-0	246	Erwerb von Geräten und sonstigen bewegli- chen Sachen	—	15	21	-6	5

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 547 10**

Erstattung der Kosten für den Betrieb der Kranken- und Pflegestation sowie die Vergabe von sonstigen Dienstleistungen und Werkverträgen.

**Zu 684 10**

1. Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Niedersachsen vom 15./20. 9. 2000.
2. Erstattung von Personal- und Sachkosten an die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege für die Betreuung der Spätaussiedler im Grenzdurchgangslager Friedland. Die Zuwendungen werden vom Bund erstattet.
3. Daueraufgabe.

**Zu 811 01**

	2005 Tsd. EUR
Ersatzbeschaffung:	
TLF 8	102
LKW-Wirtschaftsfahrzeug	38
Zusammen	<u>140</u>

Zur Aussonderung gelangen folgende Fahrzeuge:  
 1 LKW-Wirtschaftsfahrzeug mit ca. 90.000 km und 1 TLF 8 mit ca. 30.000 km Fahrleistung zum Zeitpunkt der Aussonderung

**Zu 812 15**

	2005 Tsd. EUR
Ersatzbeschaffung:	
2 Kippbratpfannen	25
Zusammen	<u>25</u>

**Zu 981 01**

Abführung des Versorgungszuschlags an 13 50 – 381 03.

**Zu 981 02**

Erstattungen der auf die Fachaufsicht entfallenden persönlichen Verwaltungsausgaben im Ministerium (vgl. Zuführung bei Kapitel 03 01 – 381 10).

**Zu 981 03**

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

**Zu 812 99**

Ersatz-/Ergänzungsbedarf für vorhandene IuK-Ausstattung

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0324 Grenzdurchgangslager Friedland**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 0324</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		289	51	+238	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		10.021	10.817	-796	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		10.310	10.868	-558	
		4 Personalausgaben	–	5.439	5.483	-44	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	–	4.298	4.581	-283	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	–	1.206	1.206	–	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	–	180	76	+104	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	–	923	923	–	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	–	12.046	12.269	-223	
		<b>Zuschuss</b>		1.736	1.401	+335	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**

**Kapitel 0326 Asylbewerber, Kontingent- und sonst. ausländ.Flüchtlinge; Zentrale Aufnahme- und Ausländerbehörden**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-9	235	Vermischte Einnahmen		2.596	6.027	-3.431	2.749
124 01-2	235	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung <i>*** Abweichend von § 63 Abs. 3 LHO dürfen in der ZAAB Oldenburg, Außenstelle Bramsche, an die hier tätigen Dienststellen des Bundes die notwendigen Räumlichkeiten mietfrei überlassen sowie Heizung, Beleuchtung und Wasser unentgeltlich abgegeben werden.</i>		106	105	+1	109
132 01-5	235	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		11	1	+10	0
231 10-2	235	Sonstige Zuweisungen vom Bund		345	15	+330	—
233 10-5	235	Sonstige Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden		5	5	—	6
236 10-4	235	Erstattungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit		131	50	+81	115
282 10-6	235	Spenden für Asylbewerber <i>Vgl. K-Vermerk zu 681 14.</i>		1	1	—	0
<b>AUSGABEN</b>							
422 01-3	235	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	13.548	5.282	+8.266	192
422 19-6	235	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-2	235	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	3.159
425 06-3	235	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	5	5	—	—
426 01-9	235	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	1.771
426 06-0	235	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	5	5	—	—
427 01-5	235	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	157	150	+7	163
427 39-2	235	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	5	-5	—
453 01-6	235	Trennungsschädigung und Umzugskostenvergütung	—	21	6	+15	4
459 10-3	235	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	3	7	-4	—
511 01-6	235	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	443	175	+268	92
511 10-5	235	Unterkunftsgeräte und Spinnstoffe	—	77	77	—	63
514 01-5	235	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	51	26	+25	20
514 10-4	235	Lebensmittel, Zutaten	—	647	780	-133	556
514 11-2	235	Kleingeräte	—	30	30	—	16
514 12-0	246	Verbrauchsmittel	—	3	3	—	3
517 01-4	235	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	3.096	2.116	+980	2.200
518 01-0	235	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	601	590	+11	556
518 02-9	235	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	51	50	+1	10

**ERLÄUTERUNGEN**

**Allgemeine Erläuterung zu Kapitel 03 26:**

Veranschlagt sind die Kosten, die dem Land unmittelbar durch die Aufnahme von Asylbewerbern, Kontingentflüchtlingen und anderen ausländischen Flüchtlingen entstehen. Hierbei handelt es sich um die Kosten der Zentralen Aufnahme- und Ausländerbehörden Braunschweig und Oldenburg einschließlich der Außenstellen Goslar und Bramsche mit insgesamt 1.950 Plätzen. Ferner sind veranschlagt die Mittel für die Erstattung der Kosten, die den Gemeinden (GV) und anderen Trägern durch die Aufnahme dieser Personen entstehen.

Die Ansätze des Kapitels 0326 sind aufgrund Aufgabenzuwachses durch entsprechende Ansätze der Kapitel 03 23 und Kapitel 03 05 verstärkt worden (siehe Tabelle):

HGr	Von 03 23	Von 03 05	insgesamt
1	16.000	263.000	279.000
2	335.000	81.000	416.000
<b>Su Einnahmen</b>	<b>351.000</b>	<b>344.000</b>	<b>695.000</b>
4	3.399.000	4.922.000	8.321.000
5	2.413.000	394.000	2.807.000
6	1.000	0	1.000
8	42.000	0	42.000
9	0	21.000	21.000
<b>Su Ausgaben</b>	<b>5.855.000</b>	<b>5.337.000</b>	<b>11.192.000</b>

**Zu 119 01**

Veranschlagt sind insbesondere die Rückzahlung zuviel gezahlter Kostenerstattungen an die Gemeinden (GV).

**Zu 231 10**

Der Bund erstattet dem Land die notwendigen Kosten für die von ihm in der ZAAB Oldenburg, Außenstelle Bramsche genutzten Räumlichkeiten. Außerdem sind veranschlagt Erstattungen des Bundesamtes für Zivildienst für 5 (5) Zivildienstleistende.

**Zu 233 10**

Die Kommunen erstatten dem Land die für die Wahrnehmung mel-derechtlicher Aufgaben anfallenden Personalkosten.

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
337,74	135,19	125,26

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
13 381	5 282	5 121

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	213,85
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	_____
Summe Zugänge	213,85

**Noch zu 422 01**

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	1,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	10,30
	_____
Summe Abgänge	11,30
Bleibt Zugang	202,55

**Zu 427 01**

Bei Bedarf werden sonstige Aushilfskräfte befristet in Anlehnung an den BAT beschäftigt.

**Zu 514 01**

**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen (2005)**

	Ist 1.1.2004	Soll 2004	Für 2005 erforderlich*)
Pkw	0	0	1
Kleinbusse	3	3	5
16-Sitzer-Bus	0	0	1
Allzweckfahrzeug/Kleinschlep.	0	0	2
Compactschlepper	2	2	2
Zusammen	5	5	11

\*)mehr durch Zusammenlegung mit der ehemaligen Landesaufnahmestelle Bramsche (Kapitel 0323)

**Zu 514 10**

Tagesverpflegung für durchschnittlich 500 Personen à 3,55 EUR in der ZAAB Braunschweig.

**Zu 517 01**

Veranschlagt sind die Bewirtschaftungskosten der Gebäude und Grundstücke der zwei Einrichtungen. Mehr infolge höherer Auslastung und Anpassung an die Ist-Entwicklung.

**Zu 518 01**

Veranschlagt sind insbesondere die Mietkosten für die ZAAB Oldenburg.

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**

**Kapitel 0326 Asylbewerber, Kontingent- und sonst. ausländ.Flüchtlinge; Zentrale Aufnahme- und Ausländerbehörden**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
519 01-7	235	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	454	200	+254	190
525 01-7	235	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	22	18	+4	13
526 01-3	235	Sachverständige	—	4	2	+2	0
526 02-1	235	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	4	3	+1	1
527 01-0	235	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	7	6	+1	2
527 02-8	235	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenan- gelegenheiten	—	3	4	-1	0
546 01-4	235	Vermischte Ausgaben	—	7	8	-1	5
546 10-3	235	Kosten des Transports von Asylbewerbern und ausländischen Flüchtlingen	—	230	307	-77	133
546 11-1	235	Kosten der Rückführung und Weiterwande- rung von ausländischen Flüchtlingen	—	800	844	-44	388
547 10-0	235	Dienstleistungen Außenstehender	—	2.712	1.350	+1.362	1.125
633 10-3	212	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Gemeinden (GV) <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungs- fähig: 633 10, 671 10, 681 15, 681 16 und 681 17.</i>	—	142.100	153.473	-11.373	144.284
671 10-2	235	Erstattungen an Wohlfahrts- und sonstige Verbände und Träger von Gemeinschafts- unterkünften <i>Vgl. D-Vermerk zu 633 10.</i>	—	100	1.045	-945	150
681 10-8	235	Schadenersatzleistungen und Unfallentschä- digungen	—	2	4	-2	—
681 11-6	246	Unterstützungen und sonstige Geldleistun- gen an Spätaussiedler	—	—	1	-1	3
681 12-4	246	Unterstützungen und sonstige Geldleistun- gen an ausländische Flüchtlinge	—	—	5	-5	—
681 14-0	235	Verwendung der Spenden für Asylbewerber <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 10.</i>	—	1	1	—	0
681 15-9	235	Sozialleistungen in den ZASTen <i>Vgl. D-Vermerk zu 633 10.</i>	—	2.000	2.200	-200	1.525
681 16-7	234	Erstattungen von Krankenhilfeleistungen an die KVN u.a. <i>Vgl. D-Vermerk zu 633 10.</i>	—	2.300	2.500	-200	2.083
681 17-5	234	Erstattungen von zahnärztlichen Leistungen <i>Vgl. D-Vermerk zu 633 10.</i>	—	130	150	-20	114
685 51-0	235	Zuwendungen an Hilfsorg. zur Finanzierung v. Projekten z. Förderung d. freiw. Rückk.	—	—	—	—	—
811 01-0	235	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	42	—	+42	—
812 10-5	235	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	26	26	—	—
981 03-9	990	Abführung an 13 21 - 381 22 zur Refinanzie- rung des Sondervermögens Landesliegen- schaftsfonds Niedersachsen	—	285	264	+21	264
981 04-7	990	Abführung an 13 21 - 381 03	—	967	961	+6	961
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 98/99</b>		<b>Kosten der Informations- und Kommunika- tionstechnik</b>	(—)	(133)	(87)	(+46)	(52)
427 99-6	235	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 519 01**

Bauunterhaltung aufgrund außergewöhnlicher Beanspruchung der Liegenschaften durch schnellen Wechsel im Rahmen der Belegung mit ausländischen Flüchtlingen.

**Zu 546 11**

Der Bund und die Länder fördern die freiwillige Rückkehr bzw. Weiterwanderung von ausländischen Flüchtlingen und Angehörigen weiterer Personengruppen im Rahmen des REAG/GARP-Programms durch Übernahme der Beförderungskosten und Gewährung von Reisebeihilfen und Starthilfen. Veranschlagt ist der Anteil des Landes Niedersachsen sowie vom Land im Einzelfall gewährte Rückkehrhilfen.

**Zu 547 10**

Veranschlagt sind u. a. die Aufwendungen für die Lieferung von Verpflegung in der ZAAB Oldenburg und der Außenstelle Bramsche, die Kosten der Sanitäts- und Pflegestation sowie der Kinderbetreuung in Bramsche und die Kosten für Sprachmittler.

**Zu 633 10**

Erstattung der den Kommunen entstehenden Verwaltungskosten für die in den Zentralen Aufnahme- und Ausländerbehörden betriebenen Außenstellen der Gesundheitsämter sowie Erstattung der den Landkreisen und kreisfreien Städten durch die Aufnahme ausländischer Flüchtlinge entstehenden Kosten nach dem Aufnahmegesetz.

**Zu 671 10**

Veranschlagt sind die Kosten für die Erstattung der Aufwendungen an kommunale und private Träger von Gemeinschaftsunterkünften sowie Erstattungen an Wohlfahrts- und sonstige Verbände.

Weniger aufgrund Abbaus der Wohnheimplätze bzw. der Gemeinschaftsunterkünfte.

**Zu 685 51**

Zuwendungen an Hilfsorganisationen zur Finanzierung von Projekten zur Förderung der freiwilligen Rückkehr.

**Zu 811 01**

	2005 Tsd. EUR
Ersatzbeschaffung:	
Ein 16-Sitzer-Bus	42

**Zu 812 10**

	2005 Tsd. EUR
Ersatzbeschaffungen:	
Erneuerung der Einrichtung in den Anlaufstellen	26

**Zu 981 03**

Abführungen an 13 21 – 381 22 zur Refinanzierung des Grundstocks - Kaufpreises für ein bebautes Grundstück - wegen Nutzung der ehem. Husarenkaserne in Braunschweig- bis 2011 – sowie der Cambridge-Dragoner-Kaserne in Celle bis 2008.

**Zu 981 04**

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**

**Kapitel 0326 Asylbewerber, Kontingent- und sonst. ausländ.Flüchtlinge; Zentrale Aufnahme- und Ausländerbehörden**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
511 99-7	235	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgeräte	—	47	18	+29	14
514 99-6	235	Verbrauchsmittel	—	12	10	+2	7
518 98-3	246	Mieten und Pachten (IuK-Software)	—	1	1	—	—
518 99-1	246	Mieten und Pachten (IuK-Hardware)	—	1	1	—	—
525 98-0	235	Kosten der Aus- und Fortbildung der Bediensteten (IZN)	—	7	7	—	1
538 98-4	235	Ausgaben für Datenverarbeitung (IZN)	—	27	20	+7	23
538 99-2	235	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	10	15	-5	—
547 99-1	235	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	8	5	+3	0
812 99-7	235	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	20	10	+10	7
<b>Abschluss Kapitel 0326</b>							
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		2.713	6.133	-3.420	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		482	66	+416	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		3.195	6.199	-3.004	
		4 Personalausgaben	—	13.739	5.460	+8.279	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	9.355	6.661	+2.694	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	146.633	159.373	-12.740	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	88	36	+52	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1.252	1.225	+27	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	171.067	172.755	-1.688	
		<b>Zuschuss</b>		167.872	166.556	+1.316	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 812 99**

	2005 Tsd. EUR
Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen: Arbeitsplatzcomputer, Monitore, Drucker	20

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0331 Sportförderung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004	2004	2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-3	324	Vermischte Einnahmen		5	5	—	114
119 42-0	323	Rückflüsse aus nicht in Anspruch genommenen oder nicht zweckentsprechend verwendeten Zuweisungen des Bundes (einschl. Zinsen) <i>Vgl. K-Vermerk zu 547 10.</i>		50	92	-42	31
331 63-2	323	Zuweisungen vom Bund zur Spitzenfinanzierung des Baues von Turn- und Sportstätten <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabebetitelgruppe 63.</i>		—	—	—	115
382 10-5	990	Durchlaufende Gelder <i>Vgl. K-Vermerk zu 982 10.</i>		—	—	—	—
<b>AUSGABEN</b>							
547 10-4	323	Rückzahlungen an den Bund aus nicht in Anspruch genommenen oder nicht zweckentsprechend verwend. Bundeszuw. (einschl. Zinsen) <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 42.</i>	—	50	92	-42	—
684 10-1	324	Zuschüsse aus Konzessionsabgaben an den Deutschen Fußball-Bund <i>Übertragbar.</i> <i>*** Ausgaben dürfen geleistet werden aufgrund der Verpflichtungen aus dem Staatsvertrag vom 13.06.2002.</i>	—	1.535	493	+1.042	379
982 10-2	990	Durchlaufende Gelder <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 382 10.</i>	—	—	—	—	—
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61</b>		<b>Allgemeine Förderung des außerschulischen Sports</b> <i>Übertragbar.</i>	(—)	(4.783)	(6.916)	(-2.133)	(14.483)
547 61-9	324	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	13	13	—	3
684 61-6	324	Zuschüsse für lfd. Zwecke an Sonstige	—	—	—	—	455
685 61-2	324	Zuschüsse für lfd. Zwecke an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	973
883 61-9	323	Zuweisungen für die Errichtung und Sanierung von Sportanlagen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	4.770	4.760	+10	9.216
893 61-4	323	Zuschüsse für die Errichtung und Sanierung von Sportanlagen an Sonstige	—	—	2.143	-2.143	3.836
<b>TGr. 62</b>		<b>Finanzhilfe an den Landessportbund Niedersachsen e.V. gem. § 7 Abs. 2 NLottG</b> <i>Übertragbar.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i> <i>Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an der Konzessionsabgabe geleistet werden.</i>	(—)	(24.161)	(26.845)	(-2.684)	(26.427)
684 62-4	324	Finanzhilfe für lfd. Zwecke	—	22.953	24.171	-1.218	23.711
893 62-2	324	Finanzhilfe für Investitionen	—	1.208	2.674	-1.466	2.716

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 0331**

**Zu 03 31 allgemein**

Allgemeine Förderung des außerschulischen Sports und Förderung des Landessportbundes Niedersachsen gem. Niedersächsisches Gesetz über das Lotterie- und Wettwesen (NLottG) vom 21.06.1997 (Nieders. GVBl. S. 289), zuletzt geändert durch das Haushaltsbegleitgesetz 2005, und VO-Sport vom 01.03.2004 (Nieders. GVBl. S. 95).

In diesem Kapitel sind insbesondere ausgebracht

- Mittel zur Förderung des Sports in Vereinen und Verbänden, Mittel für internationale Sportbegegnungen und Ehrenpreise sowie Betriebskostenzuschüsse für Sportschulen durch den Landessportbund Niedersachsen e. V. (TGr. 62),
- Mittel zur Förderung des Sportstättenbaues (Titel 883 61, 893 61, TGr. 63),
- Zuschüsse an den DFB im Zusammenhang mit der Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland (Titel 684 10).

Die dem Land aufgrund § 6 Abs. 1 NLottG zustehende Konzessionsabgabe beim Zahlenlotto, bei Sportwetten, bei Lotterien und Ausspielungen ist gem. § 7 Abs. 1 bis 3 NLottG in Höhe von 60,5 Mio. EUR zweckgebunden zu verwenden. Der Landessportbund Niedersachsen e. V. erhält davon 24 160 500 EUR als Finanzhilfe zur Förderung des Sports in anerkannten niedersächsischen Sportverbänden und -vereinen und für die allgemeine Förderung des außerschulischen Sports ( TGr. 62).

In TGr. 61 sind originäre Landesmittel in Höhe von 4 783 000 EUR veranschlagt.

**Zu 684 10**

Aufgrund des Gesetzes zum Staatsvertrag vom 13.06.2002 über die Bereitstellung von Mitteln aus den Oddset-Sportwetten für gemeinnützige Zwecke erhält der Deutsche Fußball-Bund im Zusammenhang mit der Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland Zuwendungen insbesondere für Talentförderung, Familiensporttage, kulturelle Rahmenprogramme und für Vorhaben im Bereich des Breiten-, Jugend- und Behindertensports.

**Zu 547 61**

Ausgaben u. a. für Ehrenpreise.

**Zu 883 61**

Veranschlagt sind Zuwendungen zur Sanierung und Förderung des Baues von Sportstätten einschl. innovativer Sportanlagen.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	4.600	–	–	4.600
2006	–	–	–	–
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	4.600	–	–	4.600

**Zu 893 61**

Weniger infolge Änderung der Sportförderung. Der Landessportbund Niedersachsen erhält als neuer Destinatär die Mehrerträge aus der Lotterie GlücksSpirale direkt.

**Zu 684 62**

Verlagerung von Titel 893 62.  
Weniger infolge Änderung des NLottG.

**Zu 893 62**

Verlagerung nach Titel 684 62.  
Weniger infolge Änderung des NLottG.

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0331 Sportförderung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>TGr. 63</b>		<b>Zuweisungen vom Bund zur Spitzenfinanzierung des Baues von Turn- und Sportstätten</b> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 331 63.</i>	(–)	(–)	(–)	(–)	(115)
883 63-5	323	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	–	–	–	–	115
893 63-0	323	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	–	–	–	–	–
<b>Abschluss Kapitel 0331</b>							
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		55	97	-42	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		–	–	–	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		55	97	-42	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	–	63	105	-42	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	–	24.488	24.664	-176	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	–	5.978	9.577	-3.599	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	–	–	–	–	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	–	30.529	34.346	-3.817	
		<b>Zuschuss</b>		30.474	34.249	-3.775	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---



## **Allgemeine Vorbemerkungen zu Kapitel 03 80**

**Für das budgetierte Kapitel 03 80 gelten folgende haushaltsrechtliche Vermerke:**

1. 422 10, 425 10, 426 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 538 10 und 547 10 sind gegenseitig deckungsfähig.
2. 812 10 sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 10, 425 10, 426 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 538 10 und 547 10.
3. Mehreinnahmen bei 111 10 und 119 10 erhöhen die Ausgabe bei 422 10, 425 10, 426 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 538 10, 547 10 und 812 10.
4. Mindereinnahmen bei 111 10 und 119 10 vermindern die Ausgabe bei 422 10, 425 10, 426 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 538 10 und 547 10.
5. Soweit die zusätzlichen Ausgabeermächtigungen zur Leistung von Personalausgaben in Anspruch genommen werden, darf in entsprechendem Umfang von der Stellenübersicht und dem Bedarfsnachweis sowie vom Beschäftigungsvolumen abgewichen werden. Verpflichtungen, die zu Ausgaben in künftigen Jahren führen können, dürfen nur eingegangen werden, soweit auch in diesen Jahren Mehreinnahmen zu deren Finanzierung sichergestellt sind. Soweit eine Einsparung bei den Personalausgaben umgesetzt wird, dürfen Planstellen und andere Stellen sowie das Beschäftigungsvolumen in entsprechender Höhe nicht in Anspruch genommen werden, das Finanzministerium darf im Fall eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses auf Antrag Ausnahmen zulassen.
6. Unter der Voraussetzung, dass das Ministerium für Inneres und Sport - hinsichtlich Art, Menge sowie Kosten/Erlöse im Einvernehmen mit dem Finanzministerium - die Erfüllung des Leistungsplans festgestellt hat, dürfen Ausgabereste in Höhe von zwei Dritteln der nicht in Anspruch genommenen Ausgabeermächtigungen nach Abzug gegebenenfalls noch offener Budgetüberschreitungen aus Vorjahren gebildet werden, die für das Budget über das Haushaltsjahr hinaus bis zum Ende des auf die Schlussbewilligung folgenden zweitnächsten Haushaltsjahres verfügbar bleiben und in Anspruch genommen werden dürfen.

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0380 Landesbeauftragter für den Datenschutz**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
111 10-1	011	Gebühren, sonstige Entgelte		25	4	+21	—
119 10-2	011	Sonstige Verwaltungseinnahmen		2	2	—	—
<b>AUSGABEN</b>							
422 10-7	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	925	933	-8	682
425 10-6	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	112
426 10-2	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	—
459 10-8	011	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	1	1	—	0
511 10-0	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände <i>*** Von den Ausgaben sind Erstattungen für privat geführte Telefongespräche abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzung zu vereinnahmen.</i>	—	24	29	-5	12
514 10-9	011	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dergleichen	—	7	7	—	2
517 10-8	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume <i>*** Von den Ausgaben sind Erstattungen Dritter abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzung zu vereinnahmen.</i>	—	36	36	—	31
518 10-4	011	Mieten und Pachten <i>*** Von den Ausgaben sind Erstattungen für privat gefertigte Kopien abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzung zu vereinnahmen.</i>	—	52	52	—	51
529 10-6	011	Verfügungsmittel	—	—	—	—	1
538 10-5	011	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	40	78	-38	16
547 10-4	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben <i>*** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.</i>	—	50	63	-13	0
681 10-2	011	Schadensersatzleistungen und Unfallschädigungen	—	—	—	—	—
812 10-0	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	44	44	—	—
<b>Abschluss Kapitel 0380</b>							
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		27	6	+21	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		27	6	+21	
		4 Personalausgaben	—	926	934	-8	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	209	265	-56	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	44	44	—	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	1.179	1.243	-64	
		<b>Zuschuss</b>		1.152	1.237	-85	

---

**ERLÄUTERUNGEN**


---

**Zu Kapitel 0380****Erläuterungen (Allgemeiner Erläuterungsteil)****Rechts- und Organisationsgrundlagen**

Die/Der LfD ist unabhängig und nur an Gesetz und Recht gebunden und kontrolliert gemäß § 22 Abs. 1 des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes (NDSG) die Einhaltung datenschutzrechtlicher Vorschriften im öffentlichen Bereich. Seit 1992 sind der/dem LfD darüber hinaus die Aufgaben der Aufsichtsbehörde für die Datenverarbeitung im nicht-öffentlichen Bereich übertragen worden; nach § 22, Abs. 6 NDSG besteht insoweit eine Fachaufsicht des MI.

**Verwaltungsaufbau und Budgetplan**

Nach § 21 Abs. 3 NDSG ist die Geschäftsstelle des Landesbeauftragten für den Datenschutz dem Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport zugeordnet. Die Geschäftsstelle ist in drei Arbeitsgebiete

„Datenschutz im öffentlichen Bereich“ (AG 10),  
 „Datenschutz im nicht-öffentlichen Bereich“ (AG 20) und  
 „Technisch-organisatorischer Datenschutz“ (AG 30)

unterteilt und wird von einer zentralen Steuerungsstelle (Stabsstelle 01) in der Aufgabenerledigung unterstützt. Zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrages aus § 22 Abs. 1 und 3 ist ein Schulungszentrum (Datenschutzinstitut Niedersachsen - DiN) eingerichtet worden.

**Zielsetzung**

Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung ist Teil der Würde und Persönlichkeit des Menschen und zugleich elementare Funktionsbedingung eines freiheitlich-demokratischen Gemeinwesens. Es sichert das Recht des Einzelnen, grundsätzlich selbst zu entscheiden, wann und innerhalb welcher Grenzen er seine persönlichen Lebensumstände offenbart und zu welchen Zwecken seine personenbezogenen Informationen genutzt werden dürfen. Auftrag des Landesbeauftragten ist es, die informationelle Selbstbestimmung und ihre Beachtung durch öffentliche Stellen und Unternehmen der Wirtschaft einzufordern.

Unser Leitbild:

- Wir engagieren uns für Grundrechtsschutz.
- Wir beraten und informieren.
- Wir fördern datenschutzfreundliche Technologien.
- Wir stellen uns technischem und gesellschaftlichem Wandel.
- Wir arbeiten kompetent, bürgernah und serviceorientiert.

**Erläuterungen zum Produkthaushalt nach §17a LHO****Budgetierungsmodell**

Zu den Aufgaben des LfD gehört neben der datenschutzrechtlichen Kontrolle die vorsorgende Aufklärung und Beratung von Verwaltungen, von Wirtschaftsunternehmen und Verbänden sowie von Bürgerinnen und Bürgern in allen Fragen von Datenschutz und Datensicherheit. Darüber hinaus begleitet der LfD Automatisierungs- und Rechtsetzungsvorhaben und unterrichtet den Landtag und die Öffentlichkeit über wesentliche Entwicklungen des Datenschutzes.

Bei der Erstellung der jeweiligen Produkte (siehe produktbezogenen Erläuterungen) werden Arbeitsergebnisse unterschiedlicher Qualität und Ausführung erzielt. So erfordert z.B. eine Kontrolle im öffentlichen Bereich in derselben Prüfungsmittlung unterschiedliche Bearbeitungstiefen und Bearbeitungsaufwände bei der Bewertung datenschutzrechtlicher, organisatorischer, verfahrensmäßiger oder der auf die Anforderungen der Datensicherheit bezogener Fragen; umso weniger ergeben sich gleichartige Aufwände und Qualitäten über die einzelne Kontrolle hinaus. Das gilt für die anderen Produkte entsprechend. Insofern werden von jedem Produkt immer jeweils nur Einzelstücke erstellt, so dass als Leistungsmenge die Zahl der Produkte nicht sinnvoll zugrunde gelegt werden kann. Um jedoch eine vergleichbare Aussage bei den Mengen zu erreichen, werden bei der Leistungsmenge die tatsächlich erbrachten Arbeitsstunden für das jeweilige Produkt zu Grunde gelegt. Anders verhält es sich im Datenschutzinstitut Niedersachsen (Schulungszentrum für Verwaltung, Wirtschaft und Bürgerinnen und Bürger). Hier bildet die Anzahl der Schulungstage die jeweilige Leistungsmenge. Da das Projekt LoHN erst zum Haushalt 2004 im Echtbetrieb gestartet ist, sind Angaben zum Jahr 2003 nicht möglich. Bei den Werten für das Jahr 2004 handelt es sich um die Planwerte.

Die folgenden Ziele bilden die Grundlage der Aufgabenerfüllung und gelten als Qualitätsmaßstab der unten aufgeführten Produkte:

**Wirkungsziele:**

- Datenschutzrechtliche Bewertung von Rechtsetzungs- und Automatisierungsvorhaben.
- Begleitung der technologischen Entwicklung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien aus Datenschutzsicht und Aufklärung der Nutzer sowie der Bürgerinnen und Bürger über Gefahrenpotentiale und Sicherheitsvorkehrungen.
- Entwicklung und Erprobung datenschutzfreundlicher und praxisnaher Lösungen, Verbreitung der Ergebnisse im Internetangebot des LfD sowie durch Herausgabe von Checklisten und Handlungsanleitungen.
- Ausbau und Pflege der Verbindungen zu Verwaltung, Wirtschaft und Verbänden sowie Entwicklung gemeinsamer Konzepte zu datenschutzrechtlichen Problemstellungen.
- Vertretung der Arbeitsergebnisse und Konzepte gegenüber den Ausschüssen des Landtages sowie gegenüber den Verbänden, den Medien und der Öffentlichkeit.
- Entwicklung und Durchführung von datenschutzrechtlichen Fortbildungsmaßnahmen sowie von Vorträgen.

**Ökonomische Ziele:**

- Weitere Steigerung der Wirtschaftlichkeit durch Kostensenkungen und Einnahmeerhöhung.
- Hohe Beschäftigung durch umfassende Auslastung.

**Interne Ziele:**

- Festlegung mittel- und langfristiger Arbeitsziele und -schwerpunkte mit Zielvereinbarungen.
- Dezentrale Zusammenführung von Fach- und Ressourcenverantwortung (Delegation der Fach- und Ressourcenverantwortung bis auf die Ebene der Arbeitsgebiete, interne Budgetierung).

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Noch zu Kapitel 0380**

**Externe Ziele:**

- Offensive und bürgernahe Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere durch den Ausbau des Internetangebotes, das Öffnen neuer Kommunikationskanäle (z. B. Tag der offenen Tür, Bürgersprechstunde) sowie eine Verbreiterung des Schulungsangebotes im DiN.
- Verstärkung der Zusammenarbeit mit den Verbänden der Wirtschaft, insbesondere durch gemeinsame Projekte, regelmäßige Erörterungen aktueller Problemstellungen, Schulung von Verbandsvertretern (Multiplikatorenschulung).
- Intensivierung der Unterstützung für die Arbeit der behördlichen und betrieblichen Datenschutzbeauftragten, insbesondere durch die Vitalisierung der vorhandenen digitalen und analogen Netzwerke.

**Abordnungen aus anderen Geschäftsbereichen:**

Eine personelle Verstärkung der Geschäftsstelle ist dadurch erreicht worden, dass Bedienstete aus anderen Geschäftsbereichen (Finanzen, Polizei, Gesundheit) für eine befristete Zeit an die Geschäftsstelle abgeordnet werden. Die Abordnungen haben das Ziel, einerseits der Geschäftsstelle für die Bearbeitung von datenschutzrechtlichen Fragestellungen spezifisches Fach- und Praxiswissen zur Verfügung zu stellen, andererseits die betreffenden Mitarbeiter/innen durch die Tätigkeit in der Geschäftsstelle mit den Inhalten und Zielen des Datenschutzes so vertraut zu machen, dass sie nach Ende ihrer Abordnungszeit in ihren Fachbereichen als Multiplikatoren mit dazu beitragen, dass den Gesichtspunkten des Datenschutzes bei der Facharbeit mehr Gewicht gegeben wird.

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0380**

**Zielkosten der Produkte und des Verwaltungsbereichs**

Produkte	Leistungsmenge	Zielkosten	Gesamtzielkosten	Leistungsmenge	Zielkosten	Leistungsmenge	Ist-Kosten
	-Stück-(Soll) 2005	-EUR-(Soll) 2005	-EUR-(Soll) 2005	-Stück-(Soll) 2004	-EUR-(Soll) 2004	-Stück-(Ist) 2003	-EUR-(Ist) 2003
Datenschutz im öffentlichen Bereich	12.301,80 Stunden	76,99 pro Stunde	947.166,93	10.678 Stunden	81,23 pro Stunde		
Datenschutz im nicht-öffentlichen Bereich	6.448,08 Stunden	63,22 pro Stunde	407.667,06	4.876 Stunden	83,41 pro Stunde		
Technisch-organisatorischer Datenschutz	3.463,20 Stunden	77,92 pro Stunde	269.859,76	4.388 Stunden	90,47 pro Stunde		
Schulungen im Datenschutzinstitut Niedersachsen	30 Tage	1.916,71 pro Tag	57.501,16	25 Tage	4.657,00 pro Tag		
<b>Gesamtsumme</b>			1.682.194,91				

**Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag**

	Gesamtzielkosten	Eigenerlöse	Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalts
	-EUR-(Soll) 2005	-EUR-(Soll) 2005	-EUR-(Soll) 2005
Datenschutz im öffentlichen Bereich	947.166,93	0	947.166,93
Datenschutz im nicht-öffentlichen Bereich	407.667,06	4.750	402.917,06
Technisch-organisatorischer Datenschutz	269.859,76	1.250	268.609,76
Schulungen im Datenschutzinstitut Niedersachsen	57.501,16	21.000	36.501,16
Summe	1.682.194,91	27.000	1.655.194,91
davon empfangene Abgeordnete aus anderen Geschäftsbereichen	171.786,94		171.786,94
Sonstige Eigenerlöse			
<b>Produktsumme</b>	<b>1.510.407,97</b>	<b>27.000</b>	<b>1.483.407,97</b>
Haushaltsausgleich	0		
<b>Gesamtsumme</b>	<b>1.510.407,97</b>	<b>27.000</b>	<b>1.483.407,97</b>

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0380

Überleitungsrechnung Bereichshaushalt (Produkte)		Tsd. EUR	Einnahmen (0-3)					Ausgaben (4-9)					HH- Abgl.	
			0	1	2	3	4	5	6	7	8	9		
+	Verwaltungserträge	27		27										
+	Erträge aus Erstattungen													
+/-	Bestandsveränderungen													
+	sonstige betriebliche Erträge													
=	<b>Erträge</b>	27												
-	Aufwendungen für Dienstbezüge von Beamten, Angestellten und Arbeitern	998					925							73
-	Versorgung, Beihilfe, ATZ-Kosten	309												309
-	sonstige Personalaufwendungen	1					1							
=	<b>Personalaufwendungen</b>	1.308												
-	Büro- und Verwaltungsaufwendungen, Aus- und Weiterbildung	7						7						
-	Aufwendungen Kommunikation und Reisen	19						19						
-	Aufwendungen für Mieten, Material sowie für Betriebs- und Instandhaltung	124						124						
-	Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter	46						46						
-	Erstattungen u. sonstige Aufwendungen	6						6						
-	Abschreibungen													
=	<b>Sachaufwendungen</b>	202												
=	<b>Aufwendungen</b>	1.510												
=	<b>Ergebnis nach eigenen Erträgen</b>	1.483												
+	Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt													
=	<b>Ergebnis nach Landeszuschuss</b>	1.483												
+	Erträge aus Beteiligungen, Zinsen und ähnlichen Erträgen	0												
+	Aufwendungen aus Zinsen und ähnlichen Aufwendungen	0												
=	<b>Finanzergebnis</b>	0												
+	außerordentliche Erträge	0												
-	außerordentliche Aufwendungen	0												
+/-	Haushaltsausgleich	0												
=	<b>außerordentliches Ergebnis</b>	0												
=	<b>neutrales Ergebnis</b>	0												
=	<b>Gesamtergebnis</b>	1.483												
-	Investitionen der Hauptgruppe 5							7						-7
-	Investitionen der Hauptgruppe 8									44				-44
=	<b>Einnahmen und Ausgaben des Budgets</b>		27				926	209						
+/-	Einnahmen und Ausgaben außerhalb des Budgets	73												-73
=	<b>Kapitelsumme</b>	0	27	0	0	926	209	0	0	44	0			

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0380**

Die Aufwendungen für Dienstbezüge enthalten einen Betrag von 73.333 Euro für Altersteilzeitbedienstete, die sich in der Freistellungsphase befinden. Der erhöhte Mehrbedarf wird gedeckt durch Entnahmen aus dem Virtuellen Sparbuch.

**Erläuterungen zu Titeln, Produkten und Bewirtschaftungsregeln**

Zu HGr. 4

**Beschäftigungsvolumen (in VZE):**

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
17,19	17,19	17,19

**Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen**

Angesichts der Vielfalt der wahrzunehmenden Aufgaben und der begrenzten Stellenausstattung der Geschäftsstelle ist es erforderlich, einen Großteil der Kapazitäten durch Schwerpunktsetzung und Prioritätenbildung auf die Bereiche zu konzentrieren, die für die weitere Entwicklung aus Datenschutzsicht von besonderer Bedeutung sind. Für das Jahr schlägt sich dies in den gegenüber dem Jahr 2004 veränderten Kennzahlen sowie in den unten geführten Projekten nieder.

**Produktbezogene Kennzahlen**

Produkte	2005	2004	+-% Veränderungen zu 2004	Bemerkungen
<b>Produktgruppe: Datenschutz im öffentlichen Bereich (Prozentuale Verteilung der Personalressourcen)</b>				
Rechtsetzungsvorhaben	12 %	24 %	- 50 %	
Kontrolle	16 %	16 %	=	
Beratung, Bearbeitung von Einzelfällen	55 %	47 %	+ 17 %	insbesondere im Aufgabefeld Beratung
Information für die Öffentlichkeit	17 %	13 %	+ 30 %	
<b>Produktgruppe: Datenschutz im nicht-öffentlichen Bereich (Prozentuale Verteilung der Personalressourcen)</b>				
Rechtsetzungsvorhaben	12 %	15 %	- 67 %	
Kontrolle	12 %	24 %	- 50 %	
Beratung, Bearbeitung von Einzelfällen	58 %	44 %	+ 31 %	insbesondere im Aufgabefeld Beratung
Information für die Öffentlichkeit	25 %	17 %	+ 47 %	
<b>Produktgruppe: Technisch-organisatorischer Datenschutz (Prozentuale Verteilung der Personalressourcen)</b>				
Rechtsetzungsvorhaben	4 %	4 %	=	
Kontrolle	25 %	19 %	+ 30 %	
Beratung, Bearbeitung von Einzelfällen	45 %	58 %	- 23 %	
Information für die Öffentlichkeit	26 %	19 %	+ 37 %	
<b>Produktgruppe: Schulungen im Datenschutzinstitut Niedersachsen (Prozentuale Verteilung der Personalressourcen)</b>				
Entgeltpflichtige Veranstaltungen	23	21	+ 10 %	
Entgeltfreie Veranstaltungen	4	2	+ 100 %	
Inhouse-Schulungen	3	1	+ 200 %	
Fremdnutzung	0	0	=	

**Folgende Projekte sind für das Jahr 2005 u.a. vorgesehen:**

- Datenschutz in Schulen
- Datenschutzgerechtes eGovernment
- Automatisierte Ratsinformationssysteme
- Datenschutz in Arztpraxen und Krankenhäusern
- Selbstdatenschutz
- CRM-Kundenkarte
- Scoring-Datenschutzrechtliche Standards

**Zu 529 10**

Die Mittel sind ab 2002 im Epl. 13 veranschlagt.



---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 812 10**

	2005 Tsd. EUR
Ersatzbeschaffungen:	
Dienste-Server	12
Farb-Laser-Drucker	9
3 Notebooks einschl. Netzkarten	6
Um- und Ausbau LAN-Netz	17
Zusammen	44

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0390 Landesamt für Verfassungsschutz**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-6	049	Vermischte Einnahmen		26	26	—	19
132 01-2	049	Erlöse aus der Veräußerung beweglicher Sachen		13	13	—	2
<b>AUSGABEN</b>							
422 01-0	049	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	10.438	9.577	+861	5.957
422 06-1	049	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
422 19-3	049	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	25
422 31-2	049	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	62	-62	159
425 01-0	049	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	2.756
425 06-0	049	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1	1	—	—
426 01-6	049	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter *** Hier sind auch Betriebspersonalkosten für zwei Küchenkräfte mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von zusammen 30 Std. zu verausgaben.	—	—	—	—	762
426 06-7	049	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	20	20	—	32
453 01-3	049	Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	5	3	+2	1
453 11-0	049	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	2	2	—	—
511 01-3	049	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	60	60	—	55
514 01-2	049	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	135	135	—	148
517 01-1	049	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	246	206	+40	230
518 01-8	049	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	692	692	—	691
518 02-6	049	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	6	6	—	17
519 01-4	049	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	4	4	—	2
526 01-0	049	Sachverständige	—	5	5	—	6
526 02-9	049	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	1	1	—	1
527 02-5	049	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	1	1	—	0
529 10-9	049	Verfügungsmittel	—	—	—	—	1
531 10-3	049	Veröffentlichungen und sonstige Öffentlichkeitsarbeit *** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.	—	2	2	—	1
536 10-5	049	Geheimhaltungsaufklärung und -erziehung	—	1	1	—	—
546 59-3	049	Sonstige Verwaltungsausgaben *** Vgl. Allgem. Vermerk zu Kapitel 0390.	—	986	865	+121	831

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 0390**

**Allgemeiner Vermerk:**

Einnahmen und Ausgaben, die im Einzelnen der Geheimhaltung unterliegen, werden nicht erläutert. Hierüber ist der Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zusammen mit dem/der Vorsitzenden und dem/der stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zu unterrichten.

Die Prüfung der hier nachgewiesenen Ausgaben und der damit im Zusammenhang stehenden Einnahmen erfolgt gemeinsam durch den Präsidenten/die Präsidentin und zwei weitere durch den Senat zu bestimmende Mitglieder des LRH (§ 89 Abs. 3 LHO).

Sonderkosten für Polizeivollzugsbeamte/-beamtinnen, die dem Landesamt für Verfassungsschutz angehören, sind in dem Haushalt der Landespolizei – Kap. 03 20 – mitveranschlagt.

Dazu gehören:

- a) Kosten für Heilfürsorge – Titelgr. 64 –
- b) Kosten für Sportbekleidung – Titelgr. 65 –
- c) Kosten für Aus- und Fortbildung (Laufbahnlehrgänge) – Titelgr. 67 –
- d) Kosten für das Fernschreib- oder Fernsprechsondernetz der Polizei – Titelgr. 69/70.

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
233,84	215,24	210,37

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
10 438	9 577	9 526

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig) 20,60
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)
- Sonstige Veränderungen

Summe Zugänge 20,60

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig) 2,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)
- Sonstige Veränderungen

Summe Abgänge 2,00

Bleibt Zugang 18,60

**Zu 517 01**

In den Ansätzen sind auch die Aufwendungen berücksichtigt, die durch die Mitbenutzung des Dienstgebäudes durch andere Dienststellen entstehen.

**Zu 529 10**

Mittel sind ab 2002 im Epl. 13 veranschlagt.

**Zu 546 59**

Für besondere Zwecke des Verfassungsschutzes.

**Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport**  
**Kapitel 0390 Landesamt für Verfassungsschutz**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
631 01-9	049	Erstattung von Verwaltungsausgaben an den Bund <i>Übertragbar.</i>	—	100	95	+5	92
681 10-5	049	Schadenersatzleistungen <i>*** Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind bis zur Höhe von 3.000 EUR zulässig</i>	—	8	8	—	24
812 01-3	049	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen <i>*** Vergl. Allgem. Vermerk zu Kapitel 0390.</i>	—	228	168	+60	211
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 98/99</b>		<b>Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik</b>	(—)	(119)	(89)	(+30)	(89)
511 99-4	049	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	—	50	50	—	72
525 98-7	049	Aus- und Fortbildung IZN	—	5	5	—	—
525 99-5	049	Aus- und Fortbildung durch Außenstehende	—	1	1	—	2
538 98-1	049	Ausgaben für Datenverarbeitung (IZN)	—	3	3	—	—
538 99-0	049	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	2	2	—	—
812 99-4	049	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	58	28	+30	15
<b>Abschluss Kapitel 0390</b>							
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		39	39	—	
<b>Summe der Einnahmen</b>				39	39	—	
		4 Personalausgaben	—	10.466	9.665	+801	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	2.200	2.039	+161	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	108	103	+5	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	286	196	+90	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>			—	13.060	12.003	+1.057	
<b>Zuschuss</b>				13.021	11.964	+1.057	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 812 99**

	2005
	Tsd. EUR
Ergänzungsbeschaffungen:	
Ersatz von Teilen des	
VS-Intranet des NLFV und Erweiterung	46
Erweiterung offenes Netzwerk	12
Zusammen	58

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Gesamtabschluss Einzelplan 03</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		73.722	90.815	-17.093	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		24.630	26.891	-2.261	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		737	993	-256	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		99.089	118.699	-19.610	
		4 Personalausgaben	—	1.030.012	1.077.542	-47.530	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.400 20.502	191.352	197.812	-6.460	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	248.545	269.400	-20.855	
		7 Baumaßnahmen	—	301	3.615	-3.314	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	9.750 21.910	67.305	79.853	-12.548	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	44.150	43.772	+378	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	11.150 42.412	1.581.665	1.671.994	-90.329	
		<b>Zuschuss</b>		1.482.576	1.553.295	-70.719	
		Summe für inzwischen weggefallene Kapitel					
		Einnahmen			9.798	-9.798	
		Ausgaben	—		106.818	-106.818	

**Einzelplan 03**  
**Ministerium für Inneres und Sport**

---

**Stellenpläne,  
Stellenübersichten und Bedarfsnachweise**  
für das  
**Haushaltsjahr 2005**

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			4) 1 (1) Planstelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden. 6) Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 03 01 und 03 80 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden. 13) Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. B 9 LBesO. 16) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zu Bes.-Gr. A 13 BBesO. 18) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO. 21) kw. 22) Bei Bedarf können Stellen bei Kapitel 03 01 und 03 14 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden. 23) 1 (1) kw mit Ablauf des 31. 12. 2005. 24) Insgesamt 63 (-) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen und Angestellte des Kapitels 03 01 kw ab 1. 1. 2005 infolge ZV II. 25) 1 (-) Stelle ku. 26) 1 (-) kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV I.
			<b>Planmäßige Beamte/-innen<sup>6)22)24)</sup></b>
B 10	1	1	Feste Gehälter: Staatssekretär/-in – als Leiterin oder Leiter der Stabsstelle Verwaltungsmodernisierung –
B 9 <sup>13)</sup>	1	1	Staatssekretär/-in
B 6	1	—	Landespolizeipräsident/-in
B 6	4	5	Ministerialdirigent/-in
B 4	2	1	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin
B 3	9	6	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin
B 3	—	1	Landespolizeidirektor/-in
B 3	1	—	Landespolizeivizepräsident/-in
B 2	2	1	Direktor/-in der Polizei – im Ministerium für Inneres und Sport–
B 2	16	13	Ministerialrat/-rätin
			<b>Aufsteigende Gehälter:</b>
A 16	33	26	Ministerialrat/-rätin, Leitende(r) Direktor/-in
A 15	25	19	Direktor/-in
A 14	18	10	Oberrat/-rätin
A 13	3	—	Rat/Rätin
A 13 <sup>16)</sup>	5	3	Oberamtsrat/-rätin
A 13 <sup>14)25)</sup>	72	63	Oberamtsrat/-rätin, Erste(r) Hauptkommissar/-in
A 12	85	60	Amtsrat/-rätin, Hauptkommissar/-in
A 11	37	16	Amtmann/-männin/-frau, Hauptkommissar/-in
A 10 <sup>23)</sup>	18	11	Oberkommissar/-in, Oberinspektor/-in
A 9	3	—	Inspektor/-in
A 9 <sup>18)</sup>	10	8	Amtsinspektor/-in, Hauptmeister/-in
A 9 <sup>26)</sup>	8	7	Amtsinspektor/-in, Hauptmeister/-in
A 8	3	2	Hauptsekretär/-in, Obermeister/-in
A 7	1	1	Obersekretär/-in
A 6	1	—	Sekretär/-in
	<b>359</b>	<b>255</b>	<b>Zusammen</b>
			<b>Stellen zu Titel 422 31:</b>
A 16	—	2	Ministerialrat/-rätin
A 15	—	1	Direktor/-in
A 13	—	1	Oberamtsrat/-rätin
	<b>—</b>	<b>4</b>	<b>Zusammen</b>
			<b>Leerstellen:</b>
B 2 <sup>21)</sup>	1	1	Ministerialrat/-rätin
A 16 <sup>21)</sup>	1	1	Ministerialrat/-rätin
A 13 <sup>21)</sup>	1	1	Oberamtsrat/-rätin
A 12 <sup>21)</sup>	3	2	Amtsrat/-rätin
A 11 <sup>21)</sup>	—	2	Amtmann/-männin/-frau
A 10 <sup>21)</sup>	—	1	Oberinspektor/-in
A 9 <sup>21)</sup>	—	1	Amtsinspektor/-in
	<b>6</b>	<b>9</b>	<b>Zusammen</b>

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

Zugang:	Stellen		Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 4	2	infolge Verlagerung von Kapitel 03 05 (Regierungsvizepräsident/-in)	Bes.-Gr. A 16	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO nach Kapitel 03 90
Bes.-Gr. B 3	2	infolge Verlagerung von Kapitel 03 05 (Regierungsvizepräsident/-in)	Bes.-Gr. A 15	1	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 04 01
Bes.-Gr. B 2 (Direktor/-in der Polizei)	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 03 90	Bes.-Gr. A 12	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO nach Kapitel 03 14
Bes.-Gr. B 2 (Ministerialrat/-rätin)	3	infolge Verlagerung von Kapitel 03 05 (Abteilungsdirektor/-in)	Bes.-Gr. A 11	2	davon 1 infolge Verlagerung nach Kapitel 03 80
Bes.-Gr. A 16	8	davon 6 infolge Verlagerung von Kapitel 03 05 1 infolge Verlagerung von Kapitel 05 40 1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kapitel 04 01	Bes.-Gr. A 10	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO nach Kapitel 05 01
Bes.-Gr. A 15	7	davon 5 infolge Verlagerung von Kapitel 03 05 1 infolge Verlagerung von Kapitel 03 18 1 infolge Verlagerung von Kapitel 07 05	Zusammen	6	
Bes.-Gr. A 14	8	davon 2 infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 03 20 1 infolge Verlagerung von Kapitel 03 20 5 infolge Verlagerung von Kapitel 03 05	Bleibt Zugang	104	
Bes.-Gr. A 13 h.D.	3	davon 1 infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 03 20 1 infolge Verlagerung von Kapitel 03 20 1 infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 03 05	Stellenumwandlungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 m.Z.	2	infolge Verlagerung von Kapitel 03 18	Bes.-Gr. B 6 (Landespolizei-präsident/-in)	1	von Bes.-Gr. B 6 (Ministerialdirigent/-in)
Bes.-Gr. A 13 g.D.	9	davon 1 infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 03 14 7 infolge Verlagerung von Kapitel 03 05 1 infolge Verlagerung von Kapitel 03 18	Bes.-Gr. B 3 (Landespolizei-vizepräsident/-in)	1	von Bes.-Gr. B 3 (Landespolizeidirektor/-in)
Bes.-Gr. A 12	26	davon 1 infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 03 20 23 infolge Verlagerung von Kapitel 03 05 2 infolge Verlagerung von Kapitel 03 18	Stellensenkung:	Stellen	
Bes.-Gr. A 11	23	davon 5 infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 03 20 6 infolge Verlagerung von Kapitel 03 20 12 infolge Verlagerung von Kapitel 03 05	Bes.-Gr. B 3	1	von Bes.-Gr. B 4 gem. Artikel I HBeGleitG 2003
Bes.-Gr. A 10	8	infolge Verlagerung von Kapitel 03 05	Stellen zu 422 31:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9 g.D.	3	infolge Verlagerung von Kapitel 03 05	Abgang:	2	} infolge Versetzung in den Ruhestand
Bes.-Gr. A 9 m.Z.	2	infolge Verlagerung von Kapitel 03 18	Bes.-Gr. A 16	1	
Bes.-Gr. A 9 m.D.	1	} infolge Verlagerung von Kapitel 03 05	Bes.-Gr. A 15	1	
Bes.-Gr. A 8	1		Bes.-Gr. A 13 g.D.	1	
Bes.-Gr. A 6	1		Zusammen	4	
Zusammen	110		Leerstellen:		
			Zugang:	1	neu
			Bes.-Gr. A 12		
			Abgang:	2	} infolge Vollzugs des kw-Vermerks
			Bes.-Gr. A 11	1	
			Bes.-Gr. A 10	1	
			Bes.-Gr. A 9 m.D.	1	
			Zusammen	4	
			Bleibt Abgang	3	
			Sonstige Veränderungen:		
			Die Haushaltsvermerke Nrn. 24, 25 und 26 wurden neu ausgebracht.		

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Beamtete Hilfskräfte</b>			
A 9	1	—	Inspektor/-in z. A.
	1	—	Zusammen
<b>Angestellte<sup>9)17)19)</sup></b>			
<b>Außertariflich</b>			
B 2	1	1	
I <sup>4)</sup>	2	2	
I a	1	1	
III	1	—	
IV a <sup>18)</sup>	6	4	
IV b	5	3	
V b <sup>2)</sup>	9	6	
V c	16	14	
VI b <sup>2)</sup>	20	19	
VII <sup>6)</sup>	6	7	
VIII	1	2	
IX b–VII <sup>5)</sup>	23	22	
	91	81	Zusammen
<b>Leerstellen:</b>			
IV a <sup>7)</sup>	1	1	
V b <sup>7)</sup>	1	1	
V c <sup>7)</sup>	1	1	
VI b <sup>7)</sup>	5	5	
IX b–VII <sup>7)</sup>	2	3	
	10	11	Zusammen

<sup>2)</sup> Die erste Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers und die ersten Vorzimmerkräfte der Staatssekretärinnen/der Staatssekretäre sind für die Dauer ihrer Vorzimmerertätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert. Sie erhalten eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Vergütungen der Verg.-Grn. V b und IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung werden sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt gleichzeitig.

Die zweite Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers, der Staatssekretärinnen/der Staatssekretäre und die jeweiligen Sekretärinnen der Abteilungsleiter/-innen sind für die Dauer ihrer Vorzimmerertätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhalten sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Grn. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe.

Die vorstehend genannten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1a zum BAT. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der tariflichen Zulage gewährt.

Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

<sup>4)</sup> 1 (1) ku nach Verg.-Gr. Ia (VD).

<sup>5)</sup> Hier sind Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

<sup>6)</sup> Angestellte im Fernschreibdienst, die mit mindestens einem Drittel der regelmäßigen Arbeitszeit Textverarbeitungsautomaten bedienen und hierbei vollwertige Leistungen erbringen, erhalten eine außertarifliche Funktionszulage. Die Zulage wird in Höhe der entsprechenden tariflichen Zulagen gewährt.

<sup>7)</sup> kw.

<sup>9)</sup> Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 03 01 und 03 80 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

<sup>17)</sup> Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 03 01 und 03 14 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

<sup>18)</sup> 2 (1) Stellen dürfen nur bis zu 50% besetzt werden.

<sup>19)</sup> Siehe Haushaltsvermerk Nr. 24 zum Stellenplan des Kapitels 03 01.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Beamtete Hilfskräfte**

Zugang: Stellen  
 Bes.-Gr. A 9 1 infolge Verlagerung von Kapitel 03 05

Abgang: Stellen  
 Verg.-Gr. VII 1 } infolge Umsetzung gem.  
 Verg.-Gr. VIII 1 } § 50 Abs. 2 LHO nach Kapitel 03 05

Zusammen 2  
 Bleibt Zugang 10

**Angestellte**

Zugang: Stellen  
 Verg.-Gr. III 1 } infolge Verlagerung von  
 Verg.-Gr. IV a 2 } Kapitel 03 05  
 Verg.-Gr. IV b 2 }  
 Verg.-Gr. V b 3 davon  
 2 infolge Umsetzung gem.  
 § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 03 05  
 1 infolge Verlagerung von  
 Kapitel 03 05

Verg.-Gr. V c 2 } infolge Verlagerung von  
 Verg.-Gr. VI b 1 } Kapitel 03 05  
 Verg.-Gr. IX b–VII 1 }

Zusammen 12

Leerstellen:  
 Abgang: Stellen  
 Verg.-Gr. IX b–VII 1 infolge Vollzugs des kw-Vermerks

Sonstige Veränderungen:  
 Der Haushaltsvermerk Nr. 19 wurde neu ausgebracht.  
 Der Haushaltsvermerk Nr. 18 ist geändert worden.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport  
 Kapitel 03 01 Ministerium für Inneres und Sport

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Arbeiter/-innen<sup>3)</sup></b>			
5	4	3	
4 <sup>2)</sup>	7	4	
2/2 a	6	8	
1	1	2	
	18	17	Zusammen
			Leerstellen:
4	—	1	
	—	1	Zusammen

<sup>2)</sup> 1 (-) Stelle kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.  
<sup>3)</sup> Siehe Haushaltsvermerk Nr. 24 zum Stellenplan des Kapitels 03 01.

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

**Arbeiter/-innen**

Zugang: Stellen  
 Lohn-Gr. 4 1 infolge Umsetzung gem.  
 § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 03 05

Anderweitige Einstufungen:  
 Stellen  
 Lohn-Gr. 5 1 von Lohn-Gr. 2/2 a  
 Lohn-Gr. 4 2 davon  
 1 von Lohn-Gr. 2/2 a  
 1 von Lohn-Gr. 1

Zusammen 3

Leerstellen:  
 Abgang: Stellen  
 Lohn-Gr. 4 1 infolge Vollzugs  
 des Haushaltsvermerks Nr. 1

Sonstige Veränderungen:  
 Die Haushaltsvermerke Nrn. 2 und 3 wurden neu ausgebracht.  
 Der Haushaltsvermerk Nr. 1 (kw) ist weggefallen.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport  
 Kapitel 03 03 Ministerium für Inneres und Sport (Regierungsvertretungen)

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamte/-innen<sup>1)</sup></b>			
B 2	4	—	Feste Gehälter: Ministerialrat/-rätin
A 16	2	—	Aufsteigende Gehälter: Leitende(r) Direktor/-in
A 15	4	—	Direktor/-in
A 14	13	—	Oberrat/-rätin
A 13	1	—	Rat/Rätin
A 13 <sup>4)</sup>	7	—	Oberamtsrat/-rätin
A 12 <sup>5)</sup>	5	—	Amtsrat/-rätin
A 11 <sup>2)</sup>	18	—	Amtmann/-männin/-frau
A 10	17	—	Oberinspektor/-in
A 9	5	—	Inspektor/-in
A 9 <sup>6)</sup>	3	—	Amtsinspektor/-in
A 9	5	—	Amtsinspektor/-in
A 8	1	—	Hauptsekretär/-in
A 7	3	—	Obersekretär/-in
	<b>88</b>	—	<b>Zusammen</b>
			Leerstellen:
A 13 <sup>3)</sup>	1	—	Rat/Rätin
A 10 <sup>3)</sup>	1	—	Oberinspektor/-in
A 9 <sup>3)</sup>	1	—	Inspektor/-in
A 7 <sup>3)</sup>	1	—	Obersekretär/-in
	<b>4</b>	—	<b>Zusammen</b>

- <sup>1)</sup> Insgesamt 31 (-) Stellen für planmäßige Beamte/-innen und Stellen für Angestellte des Kapitels 03 03 kw ab 1. 1. 2005 infolge ZV II.  
<sup>2)</sup> 1 (-) Planstelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.  
<sup>3)</sup> kw.  
<sup>4)</sup> 1 (-) Planstelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.  
<sup>5)</sup> 1 (-) Planstelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.  
<sup>6)</sup> Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 2	4	} infolge Verlagerung von Kapitel 03 05
Bes.-Gr. A 16	2	
Bes.-Gr. A 15	4	
Bes.-Gr. A 14	13	
Bes.-Gr. A 13 h.D.	1	
Bes.-Gr. A 13 g.D.	7	
Bes.-Gr. A 12	5	
Bes.-Gr. A 11	18	
Bes.-Gr. A 10	17	
Bes.-Gr. A 9 g.D.	5	
Bes.-Gr. A 9 m.Z.	3	
Bes.-Gr. A 9	5	
Bes.-Gr. A 8	1	
Bes.-Gr. A 7	3	
Zusammen	<b>88</b>	

Leerstellen:		
Bes.-Gr. A 13 h.D.	1	} infolge Verlagerung von Kapitel 03 05
Bes.-Gr. A 10	1	
Bes.-Gr. A 9 g.D.	1	
Bes.-Gr. A 7	1	
Zusammen	<b>4</b>	

Sonstige Veränderungen:  
 Die Haushaltsvermerke Nrn. 1 bis 6 sind neu ausgebracht.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport  
 Kapitel 03 03 Ministerium für Inneres und Sport (Regierungsvertretungen)

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			1) Bei Bedarf können davon 4 Stellen im Einzelplan 07 3 Stellen im Einzelplan 08 2 Stellen im Einzelplan 09 2 Stellen im Einzelplan 15 1 Stelle im Einzelplan 05 in Anspruch genommen werden.
			2) Siehe Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan des Kapitels 03 03.
			3) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.
			4) kw.
<b>Beamtete Hilfskräfte<sup>1)</sup></b>			
A 13	36	—	Assessor/-in
A 9	1	—	Inspektor/-in z. A.
	<u>37</u>	—	Zusammen
Leerstellen			
A 13 <sup>4)</sup>	1	—	Assessor/-in
<b>Angestellte<sup>2)</sup></b>			
I a	1	—	
II a	1	—	
IV a	2	—	
IV b	1	—	
V c	7	—	
VI b	6	—	
VII	3	—	
IX b-VII <sup>3)</sup>	9	—	
	<u>30</u>	—	Zusammen
Leerstellen			
IX b-VII <sup>4)</sup>	1	—	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Beamtete Hilfskräfte**

Zugang: Stellen  
 Bes.-Gr. A 13 h.D. 36 }  
 Bes.-Gr. A 9 g.D. 1 } infolge Verlagerung von Kapitel 03 05  
 Zusammen 37

Leerstellen:  
 Zugang: Stellen  
 Bes.-Gr. A 13 h.D. 1 infolge Verlagerung von Kapitel 03 05

**Angestellte**

Zugang: Stellen  
 Verg.-Gr. I a 1 }  
 Verg.-Gr. II a 1 }  
 Verg.-Gr. IV a 2 }  
 Verg.-Gr. IV b 1 }  
 Verg.-Gr. V c 7 } infolge Verlagerung von Kapitel 03 05  
 Verg.-Gr. VI b 6 }  
 Verg.-Gr. VII 3 }  
 Verg.-Gr. IX b-VII 9 }  
 Zusammen 30

Leerstellen:  
 Zugang: Stellen  
 Verg.-Gr. IX b-VII 1 infolge Verlagerung von Kapitel 03 05

Sonstige Veränderungen:  
 Die Haushaltsvermerke Nrn. 1 bis 4 sind neu ausgebracht worden.

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst</b>			
A 13	5	—	Referendar/-in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
	<u>5</u>	—	Zusammen

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

**Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst**

Zugang: Stellen  
 Bes.-Gr. A 13 h.D. 5 infolge Verlagerung von Kapitel 03 05

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamte/-innen<sup>6)7)11)</sup></b>			
B 3	1	1	Feste Gehälter: Präsident/-in der Niedersächsischen Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege
			Aufsteigende Gehälter: Verwaltung
A 15	1	1	Direktor/-in
A 13 <sup>4)</sup>	3	3	Oberamtsrat/-rätin
A 12	1	1	Amtsrat/-rätin
A 11	5	4	Amtmann/-männin/-frau
A 10 <sup>20)</sup>	1	1	Oberinspektor/-in
A 9 <sup>21)</sup>	1	—	Inspektor/-in
A 9 <sup>2)13)</sup>	2	2	Amtsinspektor/-in
A 9 <sup>14)</sup>	1	1	Amtsinspektor/-in
A 8	1	1	Hauptsekretär/-in
C 3	36	36	Lehre, Praxisausbildung Professor/-in
C 2	22	22	Professor/-in
R 1 <sup>12)15)</sup>	2	2	Richter/-in am Landgericht, Richter/-in am Amtsgericht, Staatsanwalt/-wältin
A 15 <sup>9)</sup>	5	5	Direktor/-in
A 14 <sup>16)</sup>	7	7	Oberrat/-rätin
A 13 <sup>17)</sup>	7	7	Rat/Rätin
A 13	14	14	Oberamtsrat/-rätin, Erste(r) Polizeihauptkommissar/-in
A 12	10	10	Amtsrat/-rätin, Hauptkommissar/-in
A 11 <sup>19)</sup>	6	8	Amtmann/-männin/-frau, Hauptkommissar/-in
A 10	7	7	Oberkommissar/-in
A 9	13	13	Kommissar/-in
	146	146	Zusammen
			Leerstellen:
A 10 <sup>5)</sup>	1	1	Polizeioberkommissar/-in
A 9 <sup>5)</sup>	1	—	Polizeikommissar/-in
A 8 <sup>5)</sup>	1	1	Hauptsekretär/-in
	3	2	Zusammen

- <sup>2)</sup> Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.  
<sup>4)</sup> 2 (2) ku nach Bes.-Gr. A 11.  
<sup>5)</sup> kw.  
<sup>6)</sup> Die Planstellen für Professorinnen und Professoren (Bes.-Gr. C 2 und C 3) dürfen mit Laufbahnbeamtinnen und -beamten (BesO A und B) sowie mit Richterinnen und Richtern oder Staatsanwältinnen und Staatsanwälten besetzt werden.  
<sup>7)</sup> Bei Bedarf können Planstellen bei 03 01 und 03 04 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.  
<sup>9)</sup> 4 (6) ku nach Bes.-Gr. C 3 ab 1. 7. 2003.  
<sup>11)</sup> Bei Bedarf können Planstellen bei 03 04 und 03 20 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.  
<sup>12)</sup> Vgl. 11 04 – Leerstellen.  
<sup>13)</sup> 1 (1) ku nach Bes.-Gr. A 11.  
<sup>14)</sup> 1 (1) ku nach Bes.-Gr. A 11.  
<sup>15)</sup> 2 (2) ku nach Bes.-Gr. C 3 ab 1. 7. 2003.  
<sup>16)</sup> 7 (7) ku nach Bes.-Gr. C 2 ab 1. 7. 2003.  
<sup>17)</sup> 7 (7) ku nach Bes.-Gr. C 2 ab 1. 7. 2003.  
<sup>19)</sup> 2 (2) ab 1. 8. 2005 Kap. 04 06.  
<sup>20)</sup> 1 (–) kw ab 1. 1. 2005 infolge ZV II.  
<sup>21)</sup> 1 (–) kw ab 1. 1. 2005 infolge ZV II.

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 11	1	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kapitel 14 03
Bes.-Gr. A 10	1	} infolge Verlagerung von Kapitel 03 05
Bes.-Gr. A 9 g.D.	1	
Zusammen	3	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 11	2	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 18
Zusammen	2	
Bleibt Zugang	1	

Stellenumwandlung:

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 10	1	nach Verg.-Gr. IV b gem. Nr. 2 Abs. 5 der Allgemeinen Bestimmungen 2004
Leerstellen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9 g.D.	1	neu

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 18 ist vollzogen worden (2 ab 1. 8. 2004 Kapitel 04 06.).  
 Der Haushaltsvermerk Nr. 1 ist weggefallen (Bei Bedarf können Planstellen bei 03 04 und 03 05 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.).  
 Die Haushaltsvermerke Nrn. 20 und 21 sind neu ausgebracht worden.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte<sup>2)</sup></b>			1) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen. 2) Bei Bedarf können Stellen bei 03 01 und 03 04 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden. 5) 5 (5) ku nach Verg.-Gr. VII. 6) 1 (2) ku nach Verg.-Gr. VIII. 7) 1 (3) kw nach Vollzug der Haushaltsvermerke Nr. 5 und 6.
II a	1	1	
IV b	5	4	
V b	1	1	
V c	5	5	
VI b	5	5	
VII	4	4	
VIII	3	2	
IX b–VII <sup>1)5)6)7)</sup>	7	10	
X	1	1	
	32	33	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Angestellte**

Sonstige Veränderungen:

Abgang: Stellen  
 Verg.-Gr. IX b–VII 2 infolge teilweisen Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 7

Die Haushaltsvermerke Nr. 6 und 7 sind teilweise vollzogen worden.

Stellenumwandlungen:

Stellen  
 Verg.-Gr. IV b 1 von Bes.-Gr. A 10 gem. Nr. 2 Abs. 5 der Allgemeinen Bestimmungen 2004  
 Verg.-Gr. VIII 1 von Verg.-Gr. IX b–VII infolge teilweisen Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 6  
 Zusammen 2

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst</b>			
A 9	130	—	Inspektoranzwärter/-in
<b>Arbeiter/-innen</b>			
4	3	4	
3	1	1	
2/2 a	3	4	
	7	9	Zusammen

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

**Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst**

Zugang: Stellen  
 Bes.-Gr. A 9 130 infolge Verlagerung von Kapitel 03 05

**Arbeiter/-innen**

Abgang: Stellen  
 Lohn-Gr. 4 1 infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO nach Kapitel 03 20  
 Lohn-Gr. 2/2 a 1 Einsparung – Stelle gem. ZV II –  
 Zusammen 2

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	

<sup>2)</sup> Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

Planmäßige Beamte/-innen			
Aufsteigende Gehälter:			
Verwaltungsdienst			
A 15	1	1	Direktor/-in
A 14	2	2	Oberrat/-rätin
A 13	—	1	Rat/Rätin
A 13	1	—	Oberamtsrat/-rätin
A 12	8	8	Amtsrat/-rätin
A 11	12	11	Amtmann/-männin/-frau
A 9 <sup>2)</sup>	3	3	Hauptbrandmeister/-in
A 9	8	8	Hauptbrandmeister/-in
A 8	7	7	Oberbrandmeister/-in, Hauptsekretär/-in
	42	41	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

Zugang: Stellen  
 Bes.-Gr. A 11 1 infolge Verlagerung von Kapitel 03 05

Umwandlungen: Stellen  
 Bes.-Gr. A 13 g. D. 1 von Bes.-Gr. A 13 h. D. infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 3

Die Stellen verteilen sich wie folgt auf die Landesfeuerweherschulen:

Bes.-Gruppe	Celle*)	Loy
A 15	1 Branddirektor/-in	—
A 14	1 Brandoberrat/-rätin	1 Brandoberrat/-rätin
A 13 g. D.	1 Brandoberamtsrat/-rätin	—
A 12	1 Regierungsamtsrat/-rätin	—
	6 Brandamtsrat/-rätin	1 Brandamtsrat/-rätin
A 11	6 Brandamtmann/-männin/-frau	4 Brandamtmann/-männin/-frau 2 Regierungsamtmann/-männin/-frau
A 9 m. Z.	2 Hauptbrandmeister/-in	1 Hauptbrandmeister/-in
A 9	5 Hauptbrandmeister/-in	3 Hauptbrandmeister/-in
A 8	3 Oberbrandmeister/-in 1 Regierungshauptsekretär/-in	3 Oberbrandmeister/-in —
Insgesamt	27 Stellen	15 Stellen

\*) Zugleich „Prüfstelle für Feuerlöschschläuche“ und „Normenprüfstelle für kommunale Feuerwehrfahrzeuge“.

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 3 ist vollzogen worden (1 (-) ku nach Bes.-Gr. A 13 g. D. zum 1. 6. 2004.).

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte</b>			
V c	2	2	
VI b	2	2	
VII	4	4	
VIII	4	4	
IX b	1	1	
	13	13	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Angestellte**

Die Stellen verteilen sich wie folgt auf die Landesfeuerweherschulen:

	Celle*)	Loy
Verg.-Gr. V c	—	2
Verg.-Gr. VI b	2	—
Verg.-Gr. VII	3	1
Verg.-Gr. VIII	3	1
Verg.-Gr. IX b	—	1
Insgesamt	8	5

\*) Zugleich „Prüfstelle für Feuerlöschschläuche“ und „Normenprüfstelle für kommunale Feuerwehrfahrzeuge“.

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
2) 2 (-) kw infolge ZV II.			
<b>Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst</b>			
A 13	1	—	Brandreferendar/-in
A 9	4	—	Inspektor-Anwärter/-in
A 6	4	—	Sekretär-Anwärter/-in
	9	—	Zusammen
<b>Arbeiter/-innen<sup>2)</sup></b>			
6/6 a	3	3	
5/5 a	5	5	
4/4 a	4	3	
2/2 a	8	8	
	20	19	Zusammen

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

**Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst**

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13	1	} infolge Verlagerung von Kapitel 03 05
Bes.-Gr. A 9	4	
Bes.-Gr. A 6	4	
Zusammen	9	

**Arbeiter/-innen**

Zugang:	Stellen	
Lohn-Gr.4/4 a	1	infolge Verlagerung von Kapitel 03 05

Die Stellen verteilen sich wie folgt auf die Landesfeuerweherschulen:

	Celle*)	Loy
	12	8

\*) Zugleich „Prüfstelle für Feuerlöschschläuche“ und „Normenprüfstelle für kommunale Feuerwehrfahrzeuge“.

Sonstige Veränderungen:  
 Der Haushaltsvermerk Nr. 1 ist im Zuge der Auflösung des Kapitels 03 05 weggefallen (4 Stellen des mittleren Dienstes und 5 Stellen des gehobenen Dienstes im Vorbereitungsdienst können bei Bedarf zu Lasten des Kapitels 03 05 in Anspruch genommen werden.).  
 Der Haushaltsvermerk Nr. 2 ist neu ausgebracht worden.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			1) Die allein den Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 5 Abs. 6 Satz 3 BBesG vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.
			2) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
			3) Soweit zugleich Landeswahlleiter/-in, sonst B 3, gemäß Artikel 1 § 1 des Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. 10. 2001 (Nds. GVBl. S. 668).
			4) kw.
<b>Planmäßige Beamte/-innen<sup>1)</sup></b>			
Feste Gehälter:			
B 4 <sup>3)</sup>	1	1	Präsident/-in des Landesamtes für Statistik
B 2	1	1	Abteilungsleiter/-in
Aufsteigende Gehälter: <sup>1)</sup>			
A 16	3	3	Leitende(r) Direktor/-in
A 15	6	6	Direktor/-in
A 14	9	9	Oberrat/-rätin
A 13	5	5	Rat/Rätin
A 13	2	2	Oberamtsrat/-rätin
A 12	2	2	Amtsrat/-rätin
A 11	8	8	Amtmann/-männin/-frau
A 10	4	4	Oberinspektor/-in
A 9	2	2	Inspektor/-in
A 9 <sup>2)</sup>	1	1	Amtsinspektor/-in
A 8	5	5	Hauptsekretär/-in
	49	49	Zusammen
A 16	—	1	Stellen zu Titel 459 10 (alt: 422 31): Leitende(r) Direktor/-in
A 11 <sup>4)</sup>	2	2	Leerstellen: Amtmann/-männin/-frau

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I Seite 1597 ff.):

Stellen zu Titel 422 31:

Abgang: Stellen  
 Bes.-Gr. A 16 1 infolge Versetzung in den Ruhestand

**Gehobener Dienst**

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 2 a) der VO
A 11	2
Insgesamt geh. Dienst	2

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte<sup>24)</sup></b>			
I b	1	1	
II a <sup>20)23)</sup>	4	4	
III	5	5	
IV a <sup>6)</sup>	39	39	
IV b	36	36	
V b <sup>17)19)22)</sup>	12	12	
V c	77	77	
VI b <sup>9)</sup>	28	28	
VII <sup>11)16)18)21)</sup>	187	200	
VIII	—	2	
	389	404	Zusammen
			Leerstellen:
VII <sup>2)</sup>	1	1	
	1	1	Zusammen

<sup>2)</sup> kw.  
<sup>6)</sup> 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.  
<sup>9)</sup> Die jeweilige Sekretärin des Präsidenten/der Präsidentin des Landesamtes für Statistik ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.  
 Die vorstehend genannte Vorzimmerkraft erhält eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung bzw. der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.  
<sup>11)</sup> 1 (1) Stelle darf nur bis zu 50% besetzt werden.  
<sup>16)</sup> 9 (-) kw zum 31. 12. 2005 infolge ZV II.  
<sup>17)</sup> 1 (-) kw zum 31. 12. 2005 infolge ZV II.  
<sup>18)</sup> 13 (-) kw zum 31. 12. 2006 infolge ZV II.  
<sup>19)</sup> 2 (-) kw zum 31. 12. 2006 infolge ZV II.  
<sup>20)</sup> 1 (-) kw zum 31. 12. 2006 infolge ZV II.  
<sup>21)</sup> 8 (-) kw zum 31. 12. 2007 infolge ZV II.  
<sup>22)</sup> 2 (-) kw zum 31. 12. 2007 infolge ZV II.  
<sup>23)</sup> 1 (-) kw zum 31. 12. 2007 infolge ZV II.  
<sup>24)</sup> 65 (-) kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Angestellte**

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. VII	13	davon
		5 infolge Vollzugs
		des Haushaltsvermerks Nr. 15
Verg.-Gr. VIII	2	8 Einsparung – Stellen gem. ZV II –
		Einsparung – Stellen gem. ZV II –
Zusammen	15	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 15 ist vollzogen worden (5 (-) kw zum 31. 12. 2004.).  
 Die Haushaltsvermerke Nrn. 16 bis 24 sind neu ausgebracht worden.

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Arbeiter/-innen</b>			
5	1	1	
4	1	1	
	2	2	Zusammen

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport  
 Kapitel 03 13 Präventionsprogramm Polizei/Sozialarbeiter

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	

<sup>1)</sup> 1 (-) kw zum 31. 12. 2005.

**Planmäßige Beamte/-innen**

A 10 <sup>1)</sup>	1	1	Sozialoberinspektor/-in
	1	1	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Sonstige Veränderungen:  
 Der Haushaltsvermerk Nr. 1 wurde neu ausgebracht.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	

<sup>1)</sup> 1 (-) kw zum 31. 12. 2005.

<sup>2)</sup> 5 (-) kw zum 31. 12. 2005.

**Angestellte**

IV a <sup>1)</sup>	1	1	Zusammen
IV b <sup>2)</sup>	5	6	
	6	7	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Angestellte**

Abgang: Stellen  
 Verg.-Gr. IV b 1 infolge Einsparung

Sonstige Veränderungen:  
 Die Haushaltsvermerke Nr. 1 und 2 wurden neu ausgebracht.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamte/-innen<sup>2)</sup></b>			2) Bei Bedarf können Planstellen bei 03 01 und 03 14 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.
			3) Davon 1 (-) kw ab 1. 1. 2005 infolge ZV II.
A 16	1	1	Aufsteigende Gehälter:
A 15	2	2	Leitende(r) Direktor/-in
A 14	1	1	Direktor/-in
A 13	1	1	Oberrat/-rätin
A 13	1	2	Rat/Rätin
A 12	4	3	Oberamtsrat/-rätin
A 11	4	4	Amtsrat/-rätin
A 9	1	1	Amtmann/-männin/-frau
A 9 <sup>3)</sup>	2	1	Inspektor/-in
	17	16	Amtsinspektor/-in
			Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 12	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kap. 03 01
Bes.-Gr. A 9 m.D.	1	infolge Verlagerung von Kap. 03 05
Zusammen	2	
Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 g.D.	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO nach Kap. 03 01
Bleibt Zugang	1	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 ist im Zuge der Auflösung des Kapitels 03 05 weggefallen (Bei Bedarf können Planstellen bei 03 05 und 03 14 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.). Der Haushaltsvermerk Nr. 3 wurde neu ausgebracht.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte<sup>4)</sup></b>			1) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.
V c	1	1	4) Bei Bedarf können Stellen bei 03 01 und 03 14 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.
VI b	2	2	5) 1 (1) Stelle darf nur bis zu 50% besetzt werden.
VII	1	1	6) 1 (1) Stelle darf nur bis zu 50% besetzt werden.
VIII <sup>5)</sup>	2	2	
IX b-VII <sup>1)6)</sup>	1	1	
	7	7	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Angestellte**

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 3 ist im Zuge der Auflösung des Kapitels 03 05 weggefallen (Bei Bedarf können Stellen bei 03 05 und 03 14 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.).

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst</b>			
A 6	30	—	Sekretärinwärtler/-in
<b>Arbeiter/-innen</b>			
1	1	1	
2/2 a	1	1	
	2	2	Zusammen

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

**Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst**

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 6	30	infolge Verlagerung von Kapitel 03 05

**Arbeiter/-innen**

Sonstige Veränderungen:  
 Der Haushaltsvermerk Nr. 1 ist im Zuge der Auflösung des Kapitels 03 05 weggefallen (Bei Bedarf können Stellen vorübergehend aus Kapitel 03 01 und Kapitel 03 05 in Anspruch genommen werden.).

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			<b>Allgemeine Haushaltsvermerke:</b>
			A) Das MI ist ermächtigt, für das IZN im Bedarfsfall bis zu 20 Planstellen in einem Haushaltsjahr gegen Einsparung entsprechender Angestelltenstellen im Wirtschaftsplan auszubringen.
			B) Das IZN darf Stellen nur im Zusammenhang mit Einnahmen aufgrund der Auftragslage besetzen oder wieder besetzen.
			C) Insgesamt 74 (-) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für beamtete Hilfskräfte, Angestellte und Arbeiter/-innen sind kw infolge ZV II, davon sind 34 bis 31. 12. 2007 abzubauen.
			1) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
			2) Die allein den Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I S. 1597) in der jeweiligen Fassung vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.
			3) 2 Stellen ku nach Bes.-Gr. A 11, jeweils nach Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers.
			4) Stellen dürfen nur im Zusammenhang mit der Verlagerung von Aufgaben im Bereich zentrale/dezentrale Systembetreuung unter im Einzelfall zu prüfenden Bedingungen genutzt werden.
			<b>Bes.-Gr. Stellen</b>
			A 12 5
			A 11 6
			A 10 10
			21
B 3	—	1	<b>Planmäßige Beamte/-innen<sup>2)</sup> (Titel 422 01)</b>
B 3	1	—	
B 2	—	1	
			Feste Gehälter:
			Geschäftsführer/-in
			Geschäftsführer/-in und Kaufmännischer Leiter
			Geschäftsführer/-in und Kaufmännischer Leiter/-in
			Aufsteigende Gehälter:
A 16	2	1	Leitende(r) Direktor/-in
A 15	5	5	Direktor/-in
A 14	1	1	Oberrat/-rätin
A 13	11	8	Oberamtsrat/-rätin
A 12 <sup>3)</sup>	26	22	Amtsrat/-rätin
A 12	1	1	Polizeihauptkommissar/-in
A 11 <sup>4)</sup>	54	45	Amtmann-/männin/-frau
A 11	2	2	Polizeihauptkommissar/-in
A 10 <sup>4)</sup>	31	26	Oberinspektor/-in
A 9	3	—	Inspektor/-in
A 9 <sup>1)</sup>	4	3	Amtsinspektor/-in m. Z.
A 9	9	6	Amtsinspektor/-in
A 8	2	—	Hauptsekretär/-in
A 7	4	—	Obersekretär/-in
A 6	1	1	Oberamtsmeister/-in
A 5	1	1	Oberamtsmeister/-in
	158	124	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I S. 1597) in der jeweils geltenden Fassung.

**Gehobener Dienst**

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 2 der VO 2005
A 13	8
A 12	16
A 11	48
A 10	16
A 9	3
Insgesamt	91

**Mittlerer Dienst**

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 2 der VO 2005
A 9 <sup>1)</sup>	2
A 9	3
A 8	2
A 7	4
Insgesamt	11

**Planmäßige Beamte/-innen (Titel 422 01)**

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 g. D.	3	} infolge Verlagerung von Kapitel 03 05
Bes.-Gr. A 12	5	
Bes.-Gr. A 11	8	
Bes.-Gr. A 10	6	
Bes.-Gr. A 9 g. D.	3	
Bes.-Gr. A 9 m. Z.	1	
Bes.-Gr. A 9 m. D.	3	
Bes.-Gr. A 8	2	
Bes.-Gr. A 7	4	
Zusammen	35	
Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 10 (Oberinspektor/-in)	1	Stelleneinsparung infolge ZV II
Zusammen	1	
Bleibt Zugang	34	
Hebungen:	Stellen	
Bes.-Gr. B 3 (Geschäftsführer/-in und Kaufmännische(r) Direktor/-in)	1	von Bes.-Gr. B 2 (Nachvollziehen der Vergütungs- anhebung des Geschäftsführers und Kaufmännischen Direktors)
Zusammen	1	
Senkungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16	1	von Bes.-Gr. B 3 (Neubewertung des Dienstpostens der/des stellvertretenden Geschäfts- führerin/Geschäftsführers)
Bes.-Gr. A 11	1	von Bes.-Gr. A 12 (Vollzug des Haushaltsvermerks Nr. 3)
Zusammen	2	

Sonstige Veränderungen:

Der neue Allgemeine Haushaltsvermerk C wurde eingefügt.

Der Haushaltsvermerk Nr. 3 zu Bes.-Gr. A 12 (3 Stellen ku nach Bes.-Gr. A 11 (davon 2 Stellen der Bes.-Gr. A 12 aus dem DV-Bereich), jeweils nach Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers.) wurde angepasst.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamte/-innen</b>			
B 2	1	1	Feste Gehälter: Direktor/-in des Landesbetriebes Landesvermessung und Geobasisinformation Niedersachsen
A 16	1	1	Aufsteigende Gehälter: <sup>2)13)14)15)16)17)18)19)20)21)</sup> Leitende(r) Direktor/-in
A 15	8	8	Direktor/-in
A 14	8	7	Oberrat/-rätin
A 13	4	4	Rat/Rätin
A 13 <sup>9)</sup>	2	2	Oberamtsrat/-rätin
A 13	4	3	Oberamtsrat/-rätin
A 12	16	14	Amtsrat/-rätin
A 11	14	14	Amtmann/-männin/-frau
A 10	4	4	Oberinspektor/-in
A 9 <sup>4)</sup>	3	3	Amtsinspektor/-in
A 9	6	5	Amtsinspektor/-in
A 8	11	11	Hauptsekretär/-in
A 7	4	4	Obersekretär/-in
A 5	1	1	Oberamtsmeister/-in
	87	82	Zusammen
A 12	—	2	Stellen zu Titel 422 31: Amtsrat/-rätin
			Leerstellen:
A 11 <sup>3)</sup>	1	1	Amtmann/-männin/-frau
A 8 <sup>3)</sup>	1	1	Hauptsekretär/-in
	2	2	Zusammen

- <sup>2)</sup> Die Zuordnung zu Funktionsgruppen im Sinne des § 26 BBesG ergibt sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.
- <sup>3)</sup> kw.
- <sup>4)</sup> Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
- <sup>9)</sup> Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zu Bes.-Gr. A 13 BBesO.
- <sup>13)</sup> Bei Bedarf können nicht besetzte Stellen bei Kap. 03 17 und Kap. 03 18 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.
- <sup>14)</sup> Insgesamt 7 (-) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 17 kw zum 31. 12. 2005 infolge ZV II.
- <sup>15)</sup> Insgesamt 7 (-) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 17 kw zum 31. 12. 2006 infolge ZV II.
- <sup>16)</sup> Insgesamt 6 (-) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 17 kw zum 31. 12. 2007 infolge ZV II.
- <sup>17)</sup> Insgesamt 7 (-) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 17 kw zum 31. 12. 2008 infolge ZV II.
- <sup>18)</sup> Insgesamt 7 (-) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 17 kw zum 31. 12. 2009 infolge ZV II.
- <sup>19)</sup> Insgesamt 9 (-) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 17 kw zum 31. 12. 2010 infolge ZV II.
- <sup>20)</sup> Insgesamt 9 (-) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 17 kw zum 31. 12. 2011 infolge ZV II.
- <sup>21)</sup> Insgesamt 15 (-) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 17 kw zum 31. 12. 2012 infolge ZV II.

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

Die Planstellen verteilen sich auf

- den Allgemeinen Verwaltungsdienst nach § 26 Abs. 1 BBesG
- die Sachbearbeitung nach § 3 Nr. 4 der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I Seite 1597 ff.)
- den Technischen Dienst nach § 1 Nr. 6, 9 und 12 der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I Seite 1596)

wie folgt:

Bes.-Gr.	Allgemeiner Verwaltungsdienst	Sachbearbeitung	Technischer Dienst	Zusammen
B 2	—	—	1	1
A 16	—	—	1	1
A 15	—	—	8	8
A 14	—	—	8	8
A 13 h. D.	—	—	4	4
A 13 m.Z.	—	—	2	2
A 13 g.D.	—	—	4	4
A 12	1	—	15	16
A 11	—	—	14	14
A 10	1	—	3	4
A 9 m.Z.	—	3	—	3
A 9	—	5	1	6
A 8	1	6	4	11
A 7	1	—	3	4
A 5	1	—	—	1
<b>Insgesamt</b>	<b>5</b>	<b>14</b>	<b>68</b>	<b>87</b>

Zugang: Stellen  
 Bes.-Gr. A 14 1 }  
 Bes.-Gr. A 13 g.D. 1 } infolge Verlagerung von Kapitel 03 18  
 Bes.-Gr. A 12 2 } aufgrund der Auflösung der  
 Bes.-Gr. A 9 m.D. 1 } Bezirksregierungen

Zusammen 5

Stellen zu Titel 422 31:  
 Abgang: Stellen  
 Bes.-Gr. A 12 2 infolge Versetzung in den Ruhestand

Sonstige Veränderungen:  
 Die Haushaltsvermerke Nr. 14 bis 21 sind neu ausgebracht worden.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamte/-innen<sup>2)13)16)17)18)19)20)21)22)23)</sup></b>			
A 16 <sup>10)</sup>	2	2	Aufsteigende Gehälter:
A 16	9	9	Leitende(r) Direktor/-in
A 15	26	27	Leitende(r) Direktor/-in
A 14	38	40	Direktor/-in
A 13	13	13	Oberrat/-rätin
A 13 <sup>9)</sup>	6	7	Rat/Rätin
A 13 <sup>6)</sup>	31	33	Oberamtsrat/-rätin
A 12	86	90	Amtsrat/-rätin
A 11	105	105	Amtmann/-männin/-frau
A 10	56	57	Oberinspektor/-in
A 9 <sup>4)</sup>	44	46	Amtsinspektor/-in
A 9	87	88	Amtsinspektor/-in
A 8 <sup>5)14)</sup>	155	155	Hauptsekretär/-in
A 7	95	97	Obersekretär/-in
A 6	8	25	Sekretär/-in
	<b>761</b>	<b>794</b>	<b>Zusammen</b>
			Leerstellen:
A 13 <sup>3)</sup>	1	1	Rat/Rätin
A 12 <sup>3)</sup>	1	1	Amtsrat/-rätin
A 11 <sup>3)</sup>	—	1	Amtmann/-männin/-frau
A 10 <sup>3)</sup>	—	1	Oberinspektor/-in
A 7 <sup>3)</sup>	6	7	Obersekretär/-in
	<b>8</b>	<b>11</b>	<b>Zusammen</b>
			Stellen zu Titel 422 31:
A 15	—	1	Direktor/-in
A 13 m. Z.	—	1	Oberamtsrat/-rätin
A 13	—	1	Oberamtsrat/-rätin
A 12	—	3	Amtsrat/-rätin
A 11	—	1	Amtmann/-männin/-frau
A 9 m. Z.	—	2	Amtsinspektor/-in
A 9	—	1	Amtsinspektor/-in
	—	<b>10</b>	<b>Zusammen</b>

- 2) Die Zuordnung zu Funktionsgruppen im Sinne des § 26 BBesG ergibt sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.
- 3) kw.
- 4) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
- 5) 1 (1) kw (Landesplanungshauptsekretär/-in).
- 6) 1 (1) kw nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen. Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
- 9) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zu Bes.-Gr. A 13 BBesO.
- 10) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Vorbemerkungen Nr. 21 zur BBesO. A und B.
- 13) Bei Bedarf können nicht besetzte Stellen bei Kap. 03 17 und Kap. 03 18 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.
- 14) 1 (1) Stelle darf nur zu 50 v.H. besetzt und nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
- 16) Insgesamt 48 (-) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 18 kw zum 31. 12. 2005 infolge ZV II.
- 17) Insgesamt 48 (-) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 18 kw zum 31. 12. 2006 infolge ZV II.
- 18) Insgesamt 40 (-) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 18 kw zum 31. 12. 2007 infolge ZV II.
- 19) Insgesamt 43 (-) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 18 kw zum 31. 12. 2008 infolge ZV II.
- 20) Insgesamt 48 (-) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 18 kw zum 31. 12. 2009 infolge ZV II.
- 21) Insgesamt 56 (-) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 18 kw zum 31. 12. 2010 infolge ZV II.
- 22) Insgesamt 56 (-) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 18 kw zum 31. 12. 2011 infolge ZV II.
- 23) Insgesamt 95 (-) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 18 kw zum 31. 12. 2012 infolge ZV II.

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

Die Planstellen verteilen sich auf

- die Sachbearbeitung nach § 3 Nr. 4 der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I Seite 1597ff.)
- den Technischen Dienst nach § 1 Nr. 6, 9 und 12 der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I Seite 1596)

wie folgt:

Bes.-Gr.	Sachbearbeitung	Technischer Dienst	Zusammen
A 16 m. Z.	—	2	2
A 16	—	9	9
A 15	—	26	26
A 14	—	38	38
A 13 h. D.	—	13	13
A 13 m. Z.	—	6	6
A 13 g. D.	—	31	31
A 12	—	86	86
A 11	—	105	105
A 10	—	56	56
A 9 m. Z.	37	7	44
A 9 m. D.	69	18	87
A 8	90	65	155
A 7	34	61	95
A 6	—	8	8
<b>Insgesamt</b>	<b>230</b>	<b>531</b>	<b>761</b>

Alle Planstellen sind in Behörden für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften (GLL).

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	1	infolge Verlagerung nach Kapitel 03 01 aufgrund der Auflösung der Bezirksregierungen
Bes.-Gr. A 14	1	infolge Verlagerung nach Kapitel 03 17 aufgrund der Auflösung der Bezirksregierungen
Bes.-Gr. A 13 m. Z.	2	infolge Verlagerung nach Kapitel 03 01 aufgrund der Auflösung der Bezirksregierungen
Bes.-Gr. A 13 g. D.	2	infolge Verlagerung je einer Planstelle nach Kapitel 03 01 und 03 17 aufgrund der Auflösung der Bezirksregierungen
Bes.-Gr. A 12	4	infolge Verlagerung von je zwei Planstellen nach Kapitel 03 01 und 03 17 aufgrund der Auflösung der Bezirksregierungen
Bes.-Gr. A 10	1	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 15 – Stelle gem. ZV I –
Bes.-Gr. A 9 m. Z.	2	infolge Verlagerung nach Kapitel 03 01 aufgrund der Auflösung der Bezirksregierungen
Bes.-Gr. A 9 m. D.	1	infolge Verlagerung nach Kapitel 03 17 aufgrund der Auflösung der Bezirksregierungen
Bes.-Gr. A 6	6	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 15 – Stellen gem. ZV I –
<b>Zusammen</b>	<b>20</b>	

Stellenumwandlungen:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 m. Z.	1	von Bes.-Gr. A 14 gem. Nr. 2 Abs. 5 der Allgemeinen Bestimmungen 2004
Bes.-Gr. A 7	2	davon 1 nach Verg.-Gr. Vc 1 nach Verg.-Gr. VI b gem. Nr. 2 Abs. 5 der Allgemeinen Bestimmungen 2004
Bes.-Gr. A 6	11	davon 6 nach Verg.-Gr. VI b 4 nach Verg.-Gr. VII 1 nach Verg.-Gr.-Gr. VIII gem. Nr. 2 Abs. 5 der Allgemeinen Bestimmungen 2004
<b>Zusammen</b>	<b>14</b>	

Stellen zu Titel 422 31:

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	1	} infolge Versetzung in den Ruhestand
Bes.-Gr. A 13 m. Z.	1	
Bes.-Gr. A 13 g. D.	1	
Bes.-Gr. A 12	3	
Bes.-Gr. A 11	1	
Bes.-Gr. A 9 m. Z.	2	
Bes.-Gr. A 9	1	
<b>Zusammen</b>	<b>10</b>	

Leerstellen:

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 11	1	} infolge Vollzugs des kw-Vermerks
Bes.-Gr. A 10	1	
Bes.-Gr. A 7	1	
<b>Zusammen</b>	<b>3</b>	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 15 ist vollzogen worden. (Insgesamt 80 (80) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 18 kw spätestens mit Ablauf des 31. 12. 2004 infolge ZV bis 2003.). Die Haushaltsvermerke Nr. 16 bis 23 sind neu ausgebracht worden.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke	
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2005	2004		
<b>Angestellte<sup>8)10)11)12)14)15)16)17)18)</sup></b>				
II a <sup>2)</sup>	3	3	1) 1 (1) kw nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen. Die Stelle darf nur mit einer Bediensteten/einem Bediensteten mit höchstens 70% der regelmäßigen durchschnittlichen Wochenarbeitszeit einer Vollbeschäftigten/eines Vollbeschäftigten besetzt und nur für Personalratstätigkeit verwendet werden. 2) 2 (2) Stellen entfallen auf Personen, die gem. § 3 des NÖbVingG vom 16. 12. 1993 (Nds. GVBl. S. 707), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. 12. 2002 (Nds. GVBl. 2003 S. 5), ihre praktische Tätigkeit im Landesdienst ableisten. 4) 2 (2) kw nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen. Die Stellen dürfen nur für Personalratstätigkeit und den Hauptvertrauensmann der Schwerbehinderten verwendet werden. 5) kw. 8) Bei Bedarf können nicht besetzte Stellen bei Kap. 03 17 und Kap. 03 18 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden. 9) 1 (1) kw. 10) Siehe HV Nr. 16 zum Stellenplan Kapitel 03 18. 11) Siehe HV Nr. 17 zum Stellenplan Kapitel 03 18. 12) Siehe HV Nr. 18 zum Stellenplan Kapitel 03 18. 14) Siehe HV Nr. 19 zum Stellenplan Kapitel 03 18. 15) Siehe HV Nr. 20 zum Stellenplan Kapitel 03 18. 16) Siehe HV Nr. 21 zum Stellenplan Kapitel 03 18. 17) Siehe HV Nr. 22 zum Stellenplan Kapitel 03 18. 18) Siehe HV Nr. 23 zum Stellenplan Kapitel 03 18. 19) Insgesamt 2 (-) Stellen für Angestellte des Schreibdienstes kw ab 1.1. 2005 infolge ZV II. 20) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.	
III	80	81		
IV a	162	165		
IV b <sup>4)9)</sup>	149	147		
V b	1	2		
V c <sup>1)</sup>	483	486		
VI b	178	172		
VII	317	342		
VIII	—	5		
IX b–VII <sup>19)20)</sup>	2	—		
	<b>1 375</b>	<b>1 403</b>		Zusammen
Leerstellen:				
IV b <sup>5)</sup>	4	5		
V c <sup>3)</sup>	14	14		
VI b <sup>2)</sup>	8	9		
VII <sup>5)</sup>	17	16		
	<b>43</b>	<b>44</b>	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Angestellte**

Alle Stellen sind in Behörden für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften (GLL).

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. III	1	infolge Verlagerung aufgrund der Auflösung der Bezirksregierungen von Kapitel 05 40
Verg.-Gr. IX b–VII	2	von Kapitel 03 05
Zusammen	<u>3</u>	
Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. III	2	infolge Verlagerung nach Kapitel 03 17 aufgrund der Auflösung der Bezirksregierungen
Verg.-Gr. IV a	3	
Verg.-Gr. V c	2	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 13 – Stellen gem. ZV I –
Verg.-Gr. V b	1	
Verg.-Gr. VI b	30	
Verg.-Gr. VII	5	
Verg.-Gr. VIII	5	
Zusammen	<u>44</u>	
Bleibt Abgang	41	

Stellenumwandlungen:

	Stellen	
Verg.-Gr. IV b	2	von Verg.-Gr. V c
		davon
		1 gem. Nr. 1 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen 2004
		1 infolge Abweichung von den Stellenübersichten gem. § 49 Abs. 7 LHO
Verg.-Gr. V c	1	von Bes.-Gr. A 7
		gem. Nr. 2 Abs. 5 der Allgemeinen Bestimmungen 2004
Verg.-Gr. VI b	7	davon
		6 von Bes.-Gr. A 6
		1 von Bes.-Gr. A 7
		gem. Nr. 2 Abs. 5 der Allgemeinen Bestimmungen 2004
Verg.-Gr. VII	5	davon
		4 von Bes.-Gr. A 6
		gem. Nr. 2 Abs. 5 der Allgemeinen Bestimmungen 2004
		1 von Lohn-Gr. 4
Verg.-Gr. VIII	2	davon
		1 von Bes.-Gr. A 6
		gem. Nr. 2 Abs. 5 der Allgemeinen Bestimmungen 2004
		1 nach Lohn-Gr. 1/1 a
Zusammen	<u>17</u>	
Leerstellen:		
Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. VII	1	neu
Abgang:		
Verg.-Gr. IV b	1	infolge Vollzugs des kw-Vermerks
Verg.-Gr. VI b	1	
Zusammen	<u>2</u>	
Bleibt Abgang	1	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 13 ist vollzogen worden (Siehe HV Nr. 15 zum Stellenplan Kapitel 03 18).  
 Der Haushaltsvermerk Nr. 4 ist von Verg.-Gr. V c nach Verg.-Gr. IV b verlagert worden.  
 Die Haushaltsvermerke Nr. 10 bis 12 und 14 bis 20 sind neu ausgebracht worden.

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			1) 1 (1) Stelle darf nur zu 50% besetzt werden.
			2) Siehe HV Nr. 16 zum Stellenplan Kapitel 03 18.
			3) Siehe HV Nr. 17 zum Stellenplan Kapitel 03 18.
			4) Siehe HV Nr. 18 zum Stellenplan Kapitel 03 18.
			5) Siehe HV Nr. 19 zum Stellenplan Kapitel 03 18.
			6) Siehe HV Nr. 20 zum Stellenplan Kapitel 03 18.
			7) Siehe HV Nr. 21 zum Stellenplan Kapitel 03 18.
			8) Siehe HV Nr. 22 zum Stellenplan Kapitel 03 18.
			9) Siehe HV Nr. 23 zum Stellenplan Kapitel 03 18.
<b>Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst</b>			
A 13	—	75	Referendar/-in
A 10	—	20	Oberinspektor/-in-Anwärter/-in
A 6	—	10	Sekretäranwärter/-in
	—	105	Zusammen
<b>Arbeiter/-innen<sup>2)3)4)5)6)7)8)9)</sup></b>			
5/5 a	105	123	
4/4 a	76	94	
1/1 a <sup>1)</sup>	2	2	
	183	219	Zusammen

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

**Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst**

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13	75	davon
		27 infolge Einsparung
		48 infolge Verlagerung nach
		Kapitel 03 17 aufgrund der
		Auflösung der Bezirksregierungen
Bes.-Gr. A 10	20	davon
		12 infolge Einsparung
		8 infolge Verlagerung nach
		Kapitel 03 17 aufgrund der
		Auflösung der Bezirksregierungen
Bes.-Gr. A 6	10	infolge Verlagerung nach
		Kapitel 03 17 aufgrund der
		Auflösung der Bezirksregierungen
Zusammen	105	

**Arbeiter/-innen**

Alle Stellen sind in Behörden für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften (GLL).

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 5/5 a	18	} infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 5 – Stellen gem. ZV I –
Lohn-Gr. 4/4 a	17	
Lohn-Gr. 1/1 a	1	
Zusammen	36	

Stellenumwandlungen:

	Stellen	
Lohn-Gr. 4/4 a	1	nach Verg.-Gr. VII
Lohn-Gr. 1/1 a	1	von Verg.-Gr. VIII
Zusammen	2	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 5 (Siehe HV Nr. 15 zum Stellenplan Kapitel 03 18.) ist vollzogen worden.  
 Der Haushaltsvermerk Nr. 4 (kw.) ist weggefallen.  
 Die Haushaltsvermerke Nr. 2 bis 9 sind neu ausgebracht worden.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			1) 1 (1) kw zum 31. 12. 2005 infolge ZV I.
			2) In Abweichung vom Stellenplan dürfen nicht in Anspruch genommene Ausgaben bei Titel 422 01 durch nicht besetzte Planstellen für 1 (1) Direktor/-in, 3 (3) Oberräte/-innen und 2 (2) Räte/-innen für Beschäftigungsentgelte von 6 (6) zusätzlichen Vertragsärzten/-innen bei Titel 427 64 verwendet werden.
			3) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
			4) Bei Bedarf können Planstellen bei 03 04 und 03 20 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.
			5) kw.
			6) 1 (-) kw infolge ZV I.
			8) 3 (3) kw.
			9) 3 (3) kw.
			10) 1 (1) kw.
			11) Siehe HV Nr. 4 zu den Stellenübersichten im Kapitel 03 20.
			12) Die Planstellen der Abschnitte a) bis c) des Kapitels 03 20 können auch mit Beamten/-innen einer anderen Laufbahn derselben Laufbahngruppe besetzt werden, sofern das verliehene Amt nicht mit einem höheren Endgrundgehalt ausgestattet ist, und die für die jeweiligen Laufbahnen und Laufbahngruppen bundesrechtlich vorgeschriebenen Obergrenzen dadurch nicht überschritten werden.
			14) Siehe HV Nr. 17 zu den Stellenübersichten im Kapitel 03 20.
			15) Siehe HV Nr. 18 zu den Stellenübersichten im Kapitel 03 20.
			16) 1 (-) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
B 4	1	—	
B 3	6	—	
B 3	—	1	
B 2	—	1	
			<b>a) Polizei-Verwaltungsbeamte/-innen<sup>4)11)12)14)15)</sup></b>
			<b>Planmäßige Beamte/-innen</b>
			<b>Feste Gehälter:</b>
			Polizeipräsident/-in in Hannover
			Polizeipräsident/-in
			Polizeipräsident/-in in Hannover
			Polizeipräsident/-in in Braunschweig
			<b>Aufsteigende Gehälter:</b>
			Leitende(r) Direktor/-in
A 16	7	2	
A 15 <sup>2)</sup>	17	11	
A 15	1	1	
			Studiendirektor/-in
			– zur Koordinierung fort- und ausbildungsspezifischer Aufgaben beim Bildungsinstitut der Polizei Niedersachsen –
A 14 <sup>2)</sup>	31	26	
A 14	4	4	
			Oberrat/-rätin
			Oberstudienrat/-rätin
			– mit der Befähigung für das Lehramt an Gymnasien oder an beruflichen Schulen bei einer der jeweiligen Befähigung entsprechenden Verwendung –
A 13 <sup>2)</sup>	6	5	
A 13 <sup>16)</sup>	10	10	
A 13	1	1	
A 12	28	26	
A 11	55	48	
A 10 <sup>1)10)</sup>	58	46	
A 9	38	34	
A 9 <sup>3)</sup>	11	10	
A 9 <sup>6)8)</sup>	20	15	
A 8 <sup>9)</sup>	60	53	
A 7	66	65	
A 6	11	11	
A 6	1	—	
A 5	2	—	
	434	370	Zusammen Abschnitt a)
			<b>Leerstellen:</b>
			Oberrat/-rätin
			Rat/Rätin
			Amtmann/-männin/-frau
			Oberinspektor/-in
			Inspektor/-in
			Hauptsekretär/-in
			Obersekretär/-in
	32	27	Zusammen

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			2) Bis zu 5 (5) Planstellen dürfen nur für Teilnehmer an der L III-Ausbildung und während der Dauer der Lehrgänge an der Polizei-Führungsakademie in Münster in Anspruch genommen werden. 4) 8 (8) DW für Beamte/-innen der Bes.-Gr. A 12, A 11, A 10, A 9, A 8 und A 7. 6) 6 (3) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden. 7) Bei Bedarf können Planstellen bei 03 04 und 03 20 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden. 8) kw. 11) Siehe HV Nr. 4 zu den Stellenübersichten im Kapitel 03 20. 12) Siehe HV Nr. 18 zu den Stellenübersichten im Kapitel 03 20. 14) Siehe HV Nr. 17 zu den Stellenübersichten im Kapitel 03 20. 21) 4 (5) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden. 22) 6 (7) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden. 30) Die Planstellen der Abschnitte a) bis c) des Kapitels 03 20 können auch mit Beamten/-innen einer anderen Laufbahn derselben Laufbahngruppe besetzt werden, sofern das verliehene Amt nicht mit einem höheren Endgrundgehalt ausgestattet ist, und die für die jeweiligen Laufbahnen und Laufbahngruppen bundesrechtlich vorgeschriebenen Obergrenzen dadurch nicht überschritten werden. 33) 1 (1) kw nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen.
			<b>b) Schutzpolizei (uniformiert)<sup>7)11)12)14)30)</sup></b>
			<b>Planmäßige Beamte/-innen</b>
B 2	1	1	Feste Gehälter: Direktor/-in der Landesbereitschaftspolizei
A 16	—	4	Aufsteigende Gehälter: Direktor/Direktorin der Polizei bei einer Bezirksregierung oder einer Polizeidirektion
A 16	13	13	Leitende(r) Polizeidirektor/-in
A 15	37	37	Polizeidirektor/-in
A 14	77	80	Polizeioberkommissar/-in
A 13	40	41	Polizeirat/-rätin
A 13	202	202	Erste(r) Polizeihauptkommissar/-in
A 12 <sup>2)4)6)</sup>	455	452	Polizeihauptkommissar/-in
A 11 <sup>4)22)33)</sup>	1 416	1 424	Polizeihauptkommissar/-in
A 10 <sup>4)21)</sup>	3 633	3 634	Polizeioberkommissar/-in
A 9 <sup>4)</sup>	7 627	7 497	Polizeikommissar/-in
A 9 <sup>4)</sup>	32	33	Polizeihauptmeister/-in
A 8 <sup>4)</sup>	157	252	Polizeiobermeister/-in
A 7 <sup>4)</sup>	—	36	Polizeimeister/-in
	13 690	13 706	Zusammen Abschnitt b)
			Leerstellen:
A 11 <sup>8)</sup>	5	2	Polizeihauptkommissar/-in
A 10 <sup>8)</sup>	9	6	Polizeioberkommissar/-in
A 9 <sup>8)</sup>	32	21	Polizeikommissar/-in
A 9 <sup>8)</sup>	45	6	Polizeihauptmeister/-in
A 8 <sup>8)</sup>	34	64	Polizeiobermeister/-in
A 7 <sup>8)</sup>	1	28	Polizeimeister/-in
	126	127	Zusammen

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			1) 1 (-) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden. 2) Bis zu 5 (5) Planstellen dürfen nur für Teilnehmer an der L III-Ausbildung und während der Dauer der Lehrgänge an der Polizei-Führungsakademie in Münster in Anspruch genommen werden. 4) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO. 5) Bei Bedarf können Planstellen bei 03 04 und 03 20 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden. 6) kw. 8) Die Planstellen der Abschnitte a) bis c) des Kapitels 03 20 können auch mit Beamten/-innen einer anderen Laufbahn derselben Laufbahngruppe besetzt werden, sofern das verliehene Amt nicht mit einem höheren Endgrundgehalt ausgestattet ist, und die für die jeweiligen Laufbahnen und Laufbahngruppen bundesrechtlich vorgeschriebenen Obergrenzen dadurch nicht überschritten werden. 11) Siehe HV Nr. 4 zu den Stellenübersichten im Kapitel 03 20. 12) Siehe HV Nr. 18 zu den Stellenübersichten im Kapitel 03 20. 14) Siehe HV Nr. 17 zu den Stellenübersichten im Kapitel 03 20. 17) 1 (1) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
			<b>c) Kriminalpolizei<sup>5)</sup>8)11)12)14)</b>
			<b>Planmäßige Beamte/-innen</b>
			Feste Gehälter:
B 3	1	1	Direktor/-in des Landeskriminalamtes
			Aufsteigende Gehälter:
A 16	2	2	Direktor/Direktorin der Polizei bei einer Bezirksregierung oder einer Polizeidirektion
A 16	6	6	Leitende(r) Kriminaldirektor/-in
A 15	30	30	Kriminaldirektor/-in
A 14	40	40	Kriminaloberrat/-rätin
A 13	25	26	Kriminalrat/-rätin
A 13	139	139	Erste(r) Kriminalhauptkommissar/-in
A 12 <sup>1)</sup> 2)	318	318	Kriminalhauptkommissar/-in
A 11 <sup>17)</sup>	603	607	Kriminalhauptkommissar/-in
A 10	1 087	1 088	Kriminaloberkommissar/-in
A 9	966	966	Kriminalkommissar/-in
A 9 <sup>4)</sup>	5	5	Kriminalhauptmeister/-in
A 9	87	87	Kriminalhauptmeister/-in
A 8	23	23	Kriminalobermeister/-in
	<b>3 332</b>	<b>3 338</b>	<b>Zusammen Abschnitt c)</b>
			Leerstellen:
A 11 <sup>6)</sup>	6	7	Kriminalhauptkommissar/-in
A 10 <sup>6)</sup>	9	10	Kriminaloberkommissar/-in
A 9 <sup>6)</sup>	3	2	Kriminalkommissar/-in
A 9 <sup>6)</sup>	5	8	Kriminalhauptmeister/-in
A 8 <sup>6)</sup>	3	6	Kriminalobermeister/-in
	<b>26</b>	<b>33</b>	<b>Zusammen</b>
	<b>17 456</b>	<b>17 414</b>	<b>Zusammen Abschnitte a)–c) (ohne Leerstellen)</b>

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

a) Polizei-Verwaltungsbeamte/-innen		
Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 2		
(Abteilungs-	1	} infolge Verlagerung von Kapitel 03 05
direktor/-in)		
Bes.-Gr. A 16		
(Leitende(r)	5	
Direktor/-in)		
Bes.-Gr. A 15	7	
(Direktor/-in)		
Bes.-Gr. A 14	5	
(Oberrat/-rätin)		
Bes.-Gr. A 13 h.D.	1	} infolge Verlagerung von Kapitel 06 76
(Rat/Rätin)		
Bes.-Gr. A 13 g.D.		
(Oberamtsrat/-rätin)	1	
Bes.-Gr. A 12	2	
(Amtsrat/-rätin)		
Bes.-Gr. A 11	9	} infolge Verlagerung von Kapitel 03 05
(Amtmann/-männin/-		
frau)		
Bes.-Gr. A 10	12	
(Oberinspektor/-in)		
Bes.-Gr. A 9 g.D.	4	
(Inspektor/-in)		
Bes.-Gr. A 9 m.Z.	1	
(Amtsinspektor/-in)		
Bes.-Gr. A 9 m.D.	5	davon
(Amtsinspektor/-in)		1 infolge Umwandlung
		von Bes.-Gr. A 9 m.D.
		(Polizeihauptmeister/-in)
		4 infolge Verlagerung
		von Kapitel 03 05
Bes.-Gr. A 8	7	} infolge Verlagerung von Kapitel 03 05
(Hauptsekretär/-in)		
Bes.-Gr. A 7	1	
(Obersekretär/-in)		
Bes.-Gr. A 6	1	
(Oberamtsmeister/-in)		
Bes.-Gr. A 5	2	
(Oberamtsmeister/-in)		
Zusammen	64	

Abgang:		
Bes.-Gr. A 15	1	} infolge Verlagerung
(Direktor/-in)		
Bes.-Gr. A 13 g. D.	1	nach Kapitel 03 21
(Oberamtsrat/-rätin)		
Bes.-Gr. A 11	2	davon
(Amtmann/-männin/-		1 infolge Verlagerung
frau)		nach Kapitel 03 21
		1 infolge Verlagerung
		nach Kapitel 04 01
Zusammen	4	
Bleibt Zugang	60	

Stellenhebungen:	Stellen	
Bes.-Gr. B 4	1	von Bes.-Gr. B 3
(Polizeipräsident/-in		(Polizeipräsident/-in in Hannover)
in Hannover)		gem. Art. 4 des Gesetzes zur
		Umorganisation der Polizei und zur
		Änderung dienst- und besoldungs-
		rechtlicher Bestimmungen vom
		16. 9. 2004 (GVBl. S. 362)
Bes.-Gr. B 3	2	davon
(Polizeipräsident/-in)		1 von Bes.-Gr. B 2
		(Polizeipräsident/-in
		in Braunschweig)
		1 von Bes.-Gr. B 2
		(Abteilungsdirektor/-in)
Zusammen	3	

Stellenumwandlungen:	Stellen	
Bes.-Gr. B 3	4	von Bes.-Gr. A 16
(Polizeipräsident/-in)		(Direktor/-in der Polizei bei
		einer Bezirksregierung)

Leerstellen:		
Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 h.D.	1	} infolge Verlagerung von Kapitel 03 05
Bes.-Gr. A 10	2	
Bes.-Gr. A 9 g.D.	2	
Zusammen	5	

Sonstige Veränderungen:  
Der Haushaltsvermerk Nr. 1 ist geändert worden. (1 kw zum 31. 12. 2005 infolge ZV).  
Der Haushaltsvermerk Nr. 13 ist weggefallen wegen Verlagerung der Planstellen nach Kapitel 03 21 (Jeweils 1 Planstelle zur Ver-wendung beim Logistikzentrum Niedersachsen (LZN)).  
Die Haushaltsvermerke Nrn. 6, 11, 14, 15 und 16 sind neu ausge-bracht.

b) Schutzpolizei (uniformiert)		
Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	3	davon
(Polizeiober-		1 infolge Verlagerung
rätin)		nach Kap. 03 01
		2 infolge Umsetzung gem.
		§ 50 Abs. 2 LHO nach Kap. 03 01
Bes.-Gr. A 13 h.D.	1	infolge Verlagerung
(Polizeirat/-rätin)		nach Kap. 03 01
		(Oberamtsrat/-rätin)
Bes.-Gr. A 11	7	davon
(Polizeihaupt-		6 infolge Verlagerung
kommissar/-in)		nach Kap. 03 01
		1 infolge Umsetzung gem.
		§ 50 Abs. 2 LHO nach Kap. 03 01
Bes.-Gr. A 9 m.D.	1	infolge Umwandlung
(Polizeihaupt-		nach Bes.-Gr. A 9 m.D.
meister/-in)		(Amtsinspektor/-in)
Zusammen	12	

Stellenumwandlungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16	4	nach Bes.-Gr. B 3
(Direktor/-in der		(Polizeipräsident/-in)
Polizei bei einer		
Bezirksregierung)		
Bes.-Gr. A 9 g.D.	131	mit Wirkung vom 1. 7. 2005
(Polizei-		davon
kommissar/-in)		36 von Bes.-Gr. A 7
		(Polizeimeister/-in)
		95 von Bes.-Gr. A 8
		(Polizeiobermeister/-in)
Zusammen	135	

Gemäß Nr. 1 Abs. 2 Allgemeine Bestimmungen 2004 durchgeführte		
Veränderungen in dem Stellenplan:		
	Stellen	
Bes.-Gr. A 12	3	von Bes.-Gr. A 11
(Polizeihaupt-		(Polizeihauptkommissar/-in)
kommissar/-in)		
Bes.-Gr. A 11	2	von Bes.-Gr. A 10
(Polizeihaupt-		(Polizeioberkommissar/-in)
kommissar/-in)		
Bes.-Gr. A 10	1	von Bes.-Gr. A 9 g.D.
(Polizeiober-		(Polizeikommissar/-in)
kommissar/-in)		
Zusammen	6	

Erläuterungen zum Stellenplan

Leerstellen:		
Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 11 (Polizeihauptkommissar/-in)	3	} neu
Bes.-Gr. A 10 (Polizeioberkommissar/-in)	3	
Bes.-Gr. A 9 g.D. (Polizeikommissar/-in)	11	
Bes.-Gr. A 9 m.D. (Polizeihauptmeister/-in)	39	
Zusammen	<u>56</u>	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 8 (Polizeiobermeister/-in)	30	} infolge Vollzugs des kw-Vermerks
Bes.-Gr. A 7 (Polizeimeister/-in)	27	
Zusammen	<u>57</u>	
Bleibt Abgang	1	

Sonstige Veränderungen:  
 Die Haushaltsvermerke Nr. 6, 21 und 22 sind geändert worden.  
<sup>(6)</sup> 3 (1) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.  
<sup>(21)</sup> 5 (7) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.  
<sup>(22)</sup> 7 (6) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.  
 Der Haushaltsvermerk Nr. 15 ist weggefallen.  
<sup>(15)</sup> 1 (1) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.  
 Die Haushaltsvermerke Nrn. 11, 12 und 14 sind neu ausgebracht.

c) Kriminalpolizei

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 h.D. (Kriminalrat/-rätin)	1	} infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO nach Kap. 03 01
Bes.-Gr. A 12 (Kriminalhauptkommissar/-in)	1	
Bes.-Gr. A 11 (Kriminalhauptkommissar/-in)	4	
Zusammen	<u>6</u>	

Gemäß Nr. 1 Abs. 2 Allgemeine Bestimmungen 2004 durchgeführte Veränderungen in dem Stellenplan:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 12 (Kriminalhauptkommissar/-in)	1	von Bes.-Gr. A 11 (Kriminalhauptkommissar/-in)
Bes.-Gr. A 11 (Kriminalhauptkommissar/-in)	1	von Bes.-Gr. A 10 (Kriminaloberkommissar/-in)
Zusammen	<u>2</u>	

Leerstellen:		
Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9 g.D. (Kriminalkommissar/-in)	1	neu
Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 11 (Kriminalhauptkommissar/-in)	1	} infolge Vollzugs des kw-Vermerks
Bes.-Gr. A 10 (Kriminaloberkommissar/-in)	1	
Bes.-Gr. A 9 m.D. (Kriminalhauptmeister/-in)	3	
Bes.-Gr. A 8 (Kriminalobermeister/-in)	3	
Zusammen	<u>8</u>	
Bleibt Abgang	7	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nrn. 1, 11, 12 und 14 wurden neu ausgebracht.  
 Der Haushaltsvermerk Nr. 18 ist weggefallen.  
 (1 (1) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.)

<b>STELLENÜBERSICHTEN</b>			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Beamtete Hilfskräfte</b>			
A 9	3	—	a) Polizei-Verwaltungsbeamte/-innen Inspektor/-in z. A.
	336	336	b) Schutzpolizei (uniformiert) Polizeikommissar/-in z. A.
	339	336	Zusammen
<b>Angestellte<sup>4)17)18)</sup></b>			
I a	1	1	
II a <sup>23)</sup>	17	17	
III <sup>13)</sup>	8	7	
IV a <sup>12)</sup>	57	47	
IV b	10	11	
V a <sup>1)</sup>	6	6	
V b <sup>8)11)</sup>	67	64	
V c <sup>6)19)20)22)24)</sup>	522	511	
VI b <sup>2)5)7)</sup>	145	158	
VII <sup>14)16)21)25)</sup>	918	897	
VIII	249	249	
IX b–VII <sup>3)10)</sup>	400	380	
IX b	23	16	
X	6	4	
	2 429	2 368	Zusammen
Leerstellen:			
IV a <sup>9)</sup>	1	1	
IV b <sup>9)</sup>	1	1	
V b <sup>9)</sup>	3	3	
V c <sup>9)</sup>	14	13	
VI b <sup>9)</sup>	10	10	
VII <sup>9)</sup>	74	73	
VIII <sup>9)</sup>	13	12	
IX b–VII <sup>9)</sup>	41	38	
	157	151	Zusammen

1) 6 (6) Angestellte erhalten für ihre Tätigkeit als Sprengstoffsachbearbeiter/-in beim Landeskriminalamt Niedersachsen eine Gefahrenzulage und Versicherungsschutz nach der Berechnungsgrundlage, wie sie sich aus dem Tarifvertrag für die Bediensteten des Kampfmittelbeseitigungsdienstes ergibt.

2) Die jeweilige Sekretärin des/der Direktors/-in des Landeskriminalamts Niedersachsen ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

3) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

4) Insgesamt 200 (–) Stellen für planmäßige Beamte/-innen, Angestellte und/oder Arbeiter/-innen kw infolge ZV II in den Servicebereichen wegen Privatisierung, davon 20 kw ab 1. 1. 2006, 20 kw ab 1. 1. 2007, 160 kw ab 1. 1. 2008.

5) 1 (1) kw.

6) 1 (1) Angestellte beim LKA Niedersachsen ist für die Dauer ihrer Tätigkeit im Bibliotheksdienst übertariflich in die Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert.

7) Der Angestellte ist als Hausmeister beim BIPNI übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.

8) 9 (9) kw nach Verg.-Gr. VI b BAT, 1 (1) kw nach Verg.-Gr. V c BAT.

9) kw.

10) 1 (1) kw bei Vorliegen der Voraussetzungen gem. Nr. 6 der Allgemeinen Bestimmungen 1993.

11) 1 (1) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

12) 1 (1) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

13) 3 (3) kw nach Verg.-Gr. IV a BAT.

14) 1 (1) kw bei der Polizeidirektion Braunschweig.

16) 2 (–) kw infolge ZV I.

17) 83 (–) Stellen für planmäßige Beamte/-innen, Angestellte und/oder Arbeiter/-innen kw ab 1. 1. 2005 infolge ZV II.

18) 15 (–) Stellen für Beamte/-innen, Angestellte und/oder Arbeiter/-innen kw infolge ZV II in den Servicebereichen wegen Privatisierung ab 1. 1. 2006.

19) 1 (1) kw nach Verg.-Gr. VI b bei Ausscheiden des Stelleninhabers.

20) 2 (–) Angestellte sind für die Dauer ihrer Tätigkeit im Bibliotheksdienst übertariflich in die Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert.

21) Angestellte im Fernschreibdienst, die mit mindestens einem Drittel der regelmäßigen Arbeitszeit Textverarbeitungsautomaten bedienen und hierbei vollwertige Leistungen erbringen, erhalten eine außertarifliche Funktionszulage. Die Zulage wird in Höhe der entsprechenden tariflichen Zulagen gewährt.

22) 1 (1) übertariflich.

23) 1 (1) für Sozialwissenschaftlicher Dienst.

24) 1 (1) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

25) 1 (1) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

**Beamtete Hilfskräfte**

a) Polizeiverwaltungsbeamte/-innen		
Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9 g.D. (Inspektor/-in z.A.)	3	infolge Verlagerung von Kapitel 03 05
Zusammen	3	

**Angestellte**

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. III	1	infolge Verlagerung von Kapitel 03 05
Verg.-Gr. IV a	9	davon
	8	infolge Verlagerung von Kapitel 03 05
	1	infolge Verlagerung von Kapitel 09 01
Verg.-Gr. V b	2	} infolge Verlagerung von Kapitel 03 05
Verg.-Gr. V c	4	
Verg.-Gr. VI b	3	
Verg.-Gr. VII	13	
Verg.-Gr. VIII	4	
Verg.-Gr. IX b	7	
Verg.-Gr. IX b-VII	24	
Zusammen	67	
Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. VII	2	} infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 15
Verg.-Gr. VIII	3	
Verg.-Gr. IX b	1	
Zusammen	6	
Bleibt Zugang	61	

Gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 2004 durchgeführte anderweitige Einstufungen in den Stellenübersichten:

Höhergruppierungen:

	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	1	von Verg.-Gr. IV b
Verg.-Gr. V b	1	von Verg.-Gr. V c
Verg.-Gr. V c	9	davon
	6	von Verg.-Gr. VI b
	3	von Verg.-Gr. VII
Verg.-Gr. VI b	1	von Verg.-Gr. VII
Verg.-Gr. VII	5	davon
	2	von Verg.-Gr. VIII
	3	von Verg.-Gr. IX b-VII
Zusammen	17	

Herabgruppierungen:

	Stellen	
Verg.-Gr. VII	10	davon
	1	von Verg.-Gr. V c
	9	von Verg.-Gr. VI b
Verg.-Gr. VIII	3	davon
	1	von Verg.-Gr. VI b
	1	von Verg.-Gr. VII
	1	von Verg.-Gr. IX b-VII
Verg.-Gr. IX b	1	von Verg.-Gr. VI b
Verg.-Gr. X	2	von Verg.-Gr. VIII
Zusammen	16	

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. V c	1	} infolge Verlagerung von Kapitel 03 05
Verg.-Gr. VII	1	
Verg.-Gr. VIII	1	
Verg.-Gr. IX b-VII	3	
Zusammen	6	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 15 wurde vollzogen.  
(Insgesamt 28 (70) Stellen für Angestellte und/oder Arbeiter/-innen  
kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003 in den Bereichen „Werkstätten“, „Küchen“, „Bekleidung“ und „Heilfürsorge“.)  
Die Haushaltsvermerke Nrn. 4, 16, 17, 18 und 20 wurden neu aus-  
gebracht.

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke	
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2005	2004		
<b>Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst</b>			2) 2 (2) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden. 3) 732 (732) kw, davon 78 kw zum 31. 3. 2005, 234 kw zum 30. 9. 2005, 70 kw zum 31. 3. 2006, 100 kw zum 30. 9. 2006, 100 kw zum 31. 3. 2007 und 150 kw zum 30. 9. 2007. 4) kw. 5) Siehe Haushaltsvermerk Nr. 4 zu den Stellenübersichten im Kapitel 03 20. 6) Siehe Haushaltsvermerk Nr. 17 zu den Stellenübersichten im Kapitel 03 20. 7) 1 (-) kw ab 1. 1. 2005 infolge ZV II. 8) Siehe Haushaltsvermerk Nr. 18 zu den Stellenübersichten im Kapitel 03 20.	
a) Polizei-Verwaltungsbeamte/-innen				
A 9	19	19		Inspektor/-in-Anwärter/-in
A 6	8	8		Sekretär/-in-Anwärter/-in
	27	27		Zusammen Abschnitt a)
b) Schutzpolizei (uniformiert)				
A 9 <sup>3)</sup>	2 202	2 202		Polizeikommissar/-in-Anwärter/-in
c) Kriminalpolizei				
A 9	40	40		Kriminalkommissar/-in-Anwärter/-in
	2 269	2 269		Zusammen Abschnitte a)–c)
<b>Arbeiter/-innen<sup>5)6)8)</sup></b>				
9	4	4		
8	145	145		
7	21	21		
6/6 a	64	62		
5	71	71		
4/4 a <sup>2)7)</sup>	395	377		
3	97	100		
2/2 a	147	133		
1	76	87		
	1 020	1 000	Zusammen	
			Leerstellen:	
5 <sup>4)</sup>	1	1		
4 <sup>4)</sup>	1	1		
3 a <sup>4)</sup>	1	1		
2/2 a <sup>4)</sup>	3	3		
1 <sup>4)</sup>	1	1		
	7	7	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

**Arbeiter/-innen**

Zugang:	Stellen	
Lohn-Gr. 6/6 a	2	infolge Verlagerung von Kapitel 03 05
Lohn-Gr. 4/4 a	18	davon
		1 infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kap. 03 04
		17 infolge Verlagerung von Kapitel 03 05
Lohn-Gr. 3	1	} infolge Verlagerung von Kapitel 03 05
Lohn-Gr. 2/2 a	18	
Lohn-Gr. 1	3	
Zusammen	42	
Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 3	4	} infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 1 – Stellen gem. ZV I –
Lohn-Gr. 2/2 a	4	
Lohn-Gr. 1	14	
Zusammen	22	
Bleibt Zugang	20	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 ist vollzogen worden.  
 (Siehe Haushaltsvermerk Nr. 15 zu den Stellenübersichten des Kapitels 03 20.)  
 Die Haushaltsvermerke Nrn. 5, 6, 7 und 8 wurden neu ausgebracht.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport  
 Kapitel 03 21 Logistik Zentrum Niedersachsen

**STELLENPLAN**

Haushaltsvermerke

Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamte/-innen</b>			
A 15	1	—	Aufsteigende Gehälter:
A 13	1	—	Direktor/-in
A 11	1	—	Oberamtsrat/-rätin
			Amtmann/-männin/-frau
	3	—	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

Zugang:	Stellen	}	infolge Verlagerung von Kapitel 03 20
Bes.-Gr. A 15	1		
Bes.-Gr. A 13 g.D.	1		
Bes.-Gr. A 11	1		
Zusammen	3		

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamte/-innen</b>			
A 13	—	1	Aufsteigende Gehälter:
A 11	—	1	Oberamtsrat/-rätin
A 9	—	1	Amtmann/-männin/-frau
A 9	—	1	Amtsinspektor/-in
	—	4	Amtsinspektor/-in
	—	4	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 g.D.	1	} infolge Verlagerung nach Kap. 03 26
Bes.-Gr. A 11	1	
Bes.-Gr. A 9 m.Z.	1	
Bes.-Gr. A 9 m.D.	1	
Zusammen	4	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 ist mit der entsprechenden Planstelle nach Kapitel 03 26 verlagert worden (Der Stelleninhaber/die Stelleninhaberin erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.).

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte</b>			
IV a	—	1	
IV b	—	5	
V b	—	4	
V c	—	16	
VI b	—	9	
VII	—	14	
IX b-VII	—	2	
	—	51	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Angestellte**

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	1	} infolge Verlagerung nach Kap. 03 26
Verg.-Gr. IV b	5	
Verg.-Gr. V b	4	
	davon	
	3	infolge Verlagerung nach Kap. 03 26
	1	infolge teilweisen Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 2 – Stelle gemäß ZV I –
Verg.-Gr. V c	16	} infolge Verlagerung nach Kap. 03 26
Verg.-Gr. VI b	9	
Verg.-Gr. VII	14	
	davon	
	13	infolge Verlagerung nach Kap. 03 26
	1	infolge teilweisen Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 2 – Stelle gemäß ZV I –
Verg.-Gr. IX b-VII	2	davon
	1	infolge Verlagerung nach Kap. 03 26
	1	infolge teilweisen Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 2 – Stelle gemäß ZV I –
Zusammen	51	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 ist mit der entsprechenden Stelle nach Kapitel 03 26 verlagert worden (Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.).

Der Haushaltsvermerk Nr. 2

(2 (5) Verg.-Gr. V b kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003.  
 1 (1) Verg.-Gr. V c kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003.  
 4 (10) Verg.-Gr. VI b kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003.  
 2 (7) Verg.-Gr. VII kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003.  
 1 (5) Verg.-Gr. IX b-VII kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003.)  
 ist teilweise vollzogen, geändert und mit den entsprechenden Stellen nach Kapitel 03 26 verlagert worden.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport  
 Kapitel 03 23 Landesaufnahmestelle Bramsche

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Arbeiter/-innen</b>			
6	—	3	
4	—	9	
2 a	—	30	
	—	42	Zusammen

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

**Arbeiter/-innen**

Abgang:	Stellen		
Lohn-Gr. 6		3	} infolge Verlagerung nach Kap. 03 26
Lohn-Gr. 4		9	
Lohn-Gr. 2 a		30	
Zusammen		42	

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport  
 Kapitel 03 24 Grenzdurchgangslager Friedland

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke	
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2005	2004		
<b>Planmäßige Beamte/-innen<sup>1)</sup></b>			1) Insgesamt 37 (-) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 24 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II wegen Privatisierung.	
A 13	1	1		Aufsteigende Gehälter:
A 12	1	1		Oberamtsrat/-rätin
				Amtsrat/-rätin
	2	2		Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Sonstige Veränderungen:  
 Der Haushaltsvermerk Nr. 1 ist neu ausgebracht worden.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte<sup>2)</sup></b>			1) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen. 2) Siehe Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan des Kapitels 03 24.
II a	1	1	
IV a	2	2	
IV b	2	2	
V b	9	9	
V c	13	13	
VI b	8	8	
VII	21	21	
VIII	3	3	
IX b-VII <sup>1)</sup>	7	7	
	66	66	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Sonstige Veränderungen:  
 Der Haushaltsvermerk Nr. 2 ist neu ausgebracht worden.

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Arbeiter/-innen<sup>1)</sup></b>			1) Siehe Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan des Kapitels 03 24. 2) 1 (-) kw mit Ablauf des 31. 12. 2006 infolge ZV II. 3) 1 (-) kw mit Ablauf des 31. 12. 2006 infolge ZV II.
6	1	1	
5	5	5	
4	7	8	
3 <sup>2)</sup>	2	2	
2/2 a <sup>3)</sup>	68	68	
1	3	3	
	86	87	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

**Arbeiter/-innen**

Abgang: Stellen  
 Lohn-Gr. 4 1 Einsparung infolge ZV II

Sonstige Veränderungen:  
 Die Haushaltsvermerke Nrn. 1, 2 und 3 sind neu ausgebracht worden.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport  
 Kapitel 03 26 Asylbewerber, Kontingent- und sonstige ausländische Flüchtlinge; Zentrale Aufnahme- und Ausländerbehörden

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamte/-innen<sup>4)</sup></b>			
A 15	2	—	Direktor/-in
A 13	1	—	Rat/Rätin
A 13	3	2	Oberamtsrat/-rätin
A 12 <sup>3)</sup>	9	—	Amtsrat/-rätin
A 11 <sup>3)</sup>	11	2	Amtmann/-männin/-frau
A 10 <sup>3)</sup>	16	3	Oberinspektor/-in
A 9 <sup>3)</sup>	6	—	Inspektor/-in
A 9 <sup>1)</sup>	1	—	Amtsinspektor/-in
A 9 <sup>3)</sup>	6	1	Amtsinspektor/-in
A 8 <sup>3)5)</sup>	10	—	Hauptsekretär/-in
A 6	1	—	Sekretär/-in
	<b>66</b>	<b>8</b>	<b>Zusammen</b>
Leerstellen:			
A 13 <sup>2)</sup>	1	—	Rat/Rätin
A 12 <sup>2)</sup>	1	—	Amtsrat/-rätin
A 11 <sup>2)</sup>	2	—	Amtmann/-männin/-frau
A 10 <sup>2)</sup>	2	—	Oberinspektor/-in
	<b>6</b>	<b>—</b>	<b>Zusammen</b>

1) Der Stelleninhaber/die Stelleninhaberin erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.  
 2) kw.  
 3) 4 (-) A 12\*)  
 4 (-) A 11  
 7 (-) A 10  
 2 (-) A 9 (g.D.)  
 4 (-) A 9 (m.D.)  
 9 (-) A 8  
 } kw mit Wegfall der Aufgaben bei Abschiebungen nach § 63 Abs. 1 AuslG und bei den ausländerrechtlichen Maßnahmen gegenüber Ausländern, die in Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber wohnen und zu wohnen verpflichtet sind.  
 \*) davon 1 ku nach A 11 (Weser-Ems/Bramsche).  
 4) Insgesamt 115 (-) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen kw ab 1. 1. 2005 infolge ZV II, davon 33 Stellen wegen Privatisierung.  
 5) 1 (-) kw infolge ZV I.

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 g.D.	1	} infolge Verlagerung von Kapitel 03 23
Bes.-Gr. A 11	1	
Bes.-Gr. A 9 m.Z.	1	
Bes.-Gr. A 9 m.D.	1	
Bes.-Gr. A 15	2	} infolge Verlagerung von Kapitel 03 05
Bes.-Gr. A 13 h.D.	1	
Bes.-Gr. A 12	9	
Bes.-Gr. A 11	8	
Bes.-Gr. A 10	13	
Bes.-Gr. A 9 g.D.	6	
Bes.-Gr. A 9 m.D.	4	
Bes.-Gr. A 8	10	} aufgrund des Aufgabenübergangs im Zuge der Auflösung der Bezirksregierungen
Bes.-Gr. A 6	1	
<b>Zusammen</b>	<b>58</b>	

Leerstellen:	Stellen	
Zugang:		
Bes.-Gr. A 13 h.D.	1	} infolge Verlagerung von Kapitel 03 05
Bes.-Gr. A 12	1	
Bes.-Gr. A 11	2	} aufgrund des Aufgabenübergangs im Zuge der Auflösung der Bezirksregierungen
Bes.-Gr. A 10	2	
<b>Zusammen</b>	<b>6</b>	

Sonstige Veränderungen:  
 Die Haushaltsvermerke Nrn. 1, 2, 3, 4 und 5 sind neu ausgebracht worden.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Beamtete Hilfskräfte</b>			
A 9	4	—	Inspektor/-in z. A.
	4	—	Zusammen
<b>Angestellte<sup>7)</sup></b>			
IV a	3	2	
IV b <sup>5)</sup>	35	25	
V b <sup>4)5)</sup>	12	4	
V c <sup>4)5)</sup>	51	21	
VI b <sup>4)</sup>	19	6	
VII <sup>4)5)6)</sup>	86	25	
VII <sup>1)</sup>	3	3	Wirtschaftsdienst
VIII <sup>3)</sup>	4	3	
IX b	2	2	
IX b–VII <sup>2)3)</sup>	7	3	
Kr. V	2	2	
Kr. II	1	1	
	225	97	Zusammen
Leerstellen:			
IV b <sup>3)</sup>	3	3	
V b <sup>3)</sup>	1	1	
V c <sup>3)</sup>	1	—	
VII <sup>3)</sup>	2	—	
IX b–VII <sup>3)</sup>	1	—	
	8	4	Zusammen

1) Die Stelleninhaber/-innen erhalten übertariflich Vergütung nach VII BAT; nach einer Bewährungszeit von 1 Jahr und 6 Monaten übertariflich Vergütung nach VI b BAT.  
 2) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b bis VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.  
 3) kw.  
 4) 1 (-) Stelle Verg.-Gr. V b  
 1 (-) Stelle Verg.-Gr. V c  
 4 (-) Stelle Verg.-Gr. VI b  
 1 (-) Stelle Verg.-Gr. VII  
 kw infolge ZV I.  
 5) 4 (-) IV b  
 5 (-) V b  
 12 (-) V c  
 2 (-) VII  
 1 (-) VIII  
 2 (-) IX b–VII } kw mit Wegfall der Aufgaben bei Abschiebung nach § 63 Abs. 1 AuslG und bei den ausländerrechtlichen Maßnahmen gegenüber Ausländern, die in Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber wohnen und zu wohnen verpflichtet sind.  
 6) 2 (-) Stellen kw zum 31.12. 2005 infolge ZV II.  
 7) Siehe Haushaltsvermerk Nr. 4 zum Stellenplan des Kapitels 03 26.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Beamtete Hilfskräfte**

Zugang: Stellen  
 Bes.-Gr. A 9 g.D. 4 infolge Verlagerung von Kapitel 03 05

**Angestellte**

Zugang: Stellen  
 Verg.-Gr. IV a 1  
 Verg.-Gr. IV b 5  
 Verg.-Gr. V b 3  
 Verg.-Gr. V c 16 } infolge Verlagerung von Kapitel 03 23  
 Verg.-Gr. VI b 9  
 Verg.-Gr. VII 13  
 Verg.-Gr. IX b–VII 1  
 Verg.-Gr. IV b 5  
 Verg.-Gr. V b 5 } infolge Verlagerung von Kapitel 03 05  
 Verg.-Gr. V c 14  
 Verg.-Gr. VI b 4 } aufgrund des Aufgabenübergangs  
 Verg.-Gr. VII 48 im Zuge der Auflösung der  
 Verg.-Gr. VIII 1 Bezirksregierungen  
 Verg.-Gr. IX b–VII 3  
 Zusammen 128

Leerstellen: Stellen  
 Verg.-Gr. V c 1 } infolge Verlagerung von Kapitel 03 05  
 Verg.-Gr. VII 2 } aufgrund des Aufgabenübergangs  
 Verg.-Gr. IX b–VII 1 im Zuge der Auflösung der  
 Bezirksregierungen  
 Zusammen 4

Sonstige Veränderungen:  
 Die Haushaltsvermerke Nrn. 4, 5, 6 und 7 sind neu ausgebracht worden.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport  
 Kapitel 03 26 Asylbewerber, Kontingent- und sonstige ausländische Flüchtlinge; Zentrale Aufnahme- und Ausländerbehörden

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Arbeiter/-innen<sup>1)</sup></b>			
6	5	2	
4	18	10	
2 a	57	27	
2	13	13	
1	8	8	
	101	60	Zusammen

<sup>1)</sup> Siehe Haushaltsvermerk Nr. 4 zum Stellenplan des Kapitels 03 26.

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

**Arbeiter/-innen**

Zugang:	Stellen	
Lohn-Gr. 6	3	} infolge Verlagerung von Kapitel 03 23
Lohn-Gr. 4	9	
Lohn-Gr. 2 a	30	
Zusammen	42	

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 4	1	infolge Einsparung – Stelle gem. ZV II –
Zusammen	1	
Bleibt Zugang	41	

Sonstige Veränderungen:  
 Der Haushaltsvermerk Nr. 1 ist neu ausgebracht worden.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport  
 Kapitel 03 80 Landesbeauftragter für den Datenschutz

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			1) 1 Planstelle kann wahlweise mit einem(r) Richter/-in der Bes.-Gr. R 1 besetzt werden.
			2) Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 03 80 und 03 01 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.
			3) kw.
<b>Planmäßige Beamte/-innen<sup>2)</sup></b>			
Feste Gehälter:			
B 6	1	1	Landesbeauftragte(r) für den Datenschutz
B 2	1	1	Ministerialrat/-rätin
Aufsteigende Gehälter:			
A 16	2	2	Ministerialrat/-rätin
A 15	1	1	Direktor/-in
A 14 <sup>1)</sup>	2	2	Rat/Rätin
A 13	3	3	Oberamtsrat/-rätin
A 12	5	5	Amtsrat/-rätin
A 11	1	—	Amtmann/-männin/-frau
	<u>16</u>	<u>15</u>	Zusammen
Leerstellen:			
A 11 <sup>3)</sup>	1	—	Amtmann/-männin/-frau

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

Sonstige Veränderungen:  
 Der Haushaltsvermerk Nr. 3 ist neu ausgebracht.

Zugang: Stellen  
 Bes.-Gr. A 11 1 infolge Verlagerung  
 von Kapitel 03 01

Leerstellen: Stellen  
 Zugang: Stellen  
 Bes.-Gr. A 11 1 neu

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			1) Die jeweilige Sekretärin des(r) Landesbeauftragten für den Datenschutz ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhält sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensalterstufe.
			Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierte Vorzimmerkraft erhält eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.
			2) Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 03 80 und 03 01 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.
			3) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.
<b>Angestellte<sup>2)</sup></b>			
V c	1	1	
VI b <sup>1)</sup>	1	1	
IX b–VII <sup>3)</sup>	1	1	
	<u>3</u>	<u>3</u>	Zusammen

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			2) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
			3) kw.
			4) Insgesamt 4 (-) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 90 kw ab 1. 1. 2005 infolge ZV II.
<b>Planmäßige Beamte/-innen<sup>4)</sup></b>			
Feste Gehälter:			
B 5	1	1	Präsident/-in des Landesamts für Verfassungsschutz
B 2	1	1	Vizepräsident/-in des Landesamts für Verfassungsschutz
B 2	1	2	Abteilungsdirektor/-in
Aufsteigende Gehälter:			
A 16	2	1	Ltd. Direktor/-in
A 15	7	7	Direktor/-in
A 14	2	2	Oberrat/-rätin
A 13	12	12	Oberamtsrat/-rätin/ Erste(r) Hauptkommissar/-in
A 12	35	35	Amtsrat/-rätin/ Hauptkommissar/-in
A 11	29	25	Amtmann/-männin/-frau/ Hauptkommissar/-in
A 10	59	53	Oberinspektor/-in/Oberkommissar/-in
A 9 <sup>2)</sup>	8	7	Amtsinspektor/-in/Hauptmeister/-in
A 9	24	22	Amtsinspektor/-in/Hauptmeister/-in
A 8	4	4	Hauptsekretär/-in/Obermeister/-in
	185	172	Zusammen
Stellen zu Titel 422 31:			
B 2	—	1	Abteilungsdirektor/-in
A 13	—	2	Oberamtsrat/-rätin/Erste(r) Hauptkommissar/in
A 9 m. Z.	—	1	Amtsinspektor/-in/Hauptmeister/-in
	—	4	Zusammen
Leerstellen:			
A 11 <sup>3)</sup>	1	1	Amtmann/-männin/-frau/Hauptkommissar/-in
A 10 <sup>3)</sup>	1	—	Oberinspektor/-in/Oberkommissar/-in
A 9 <sup>3)</sup>	3	2	Amtsinspektor/-in/Hauptmeister/-in
	5	3	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 03 01
Bes.-Gr. A 12	1	infolge Verlagerung von Kapitel 03 05
Bes.-Gr. A 11	4	
Bes.-Gr. A 10	6	
Bes.-Gr. A 9 m. Z.	1	
Bes.-Gr. A 9 m. D.	2	
Zusammen	15	
Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 2 (Abteilungs- direktor/-in)	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO nach Kapitel 03 01
Bes.-Gr. A 12	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO nach Kapitel 03 05
Zusammen	2	
Bleibt Zugang	13	

**Stellen zu Titel 422 31:**

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 2	1	infolge Versetzung in den Ruhestand
Bes.-Gr. A 13 g. D.	2	
Bes.-Gr. A 9 m. Z.	1	
Zusammen	4	
Leerstellen:	Stellen	
Zugang:		
Bes.-Gr. A 10	1	neu
Bes.-Gr. A 9 m. D.	1	
Zusammen	2	

**Sonstige Veränderungen:**

Der Haushaltsvermerk Nr. 4 ist neu ausgebracht worden.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte<sup>5)</sup></b>			
II a	2	2	2) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen. 3) Die jeweilige Sekretärin des/der Präsidenten/-in des Landesamts für Verfassungsschutz ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Die vorstehend genannte Vorzimmerkraft erhält eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung bzw. der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten. 4) 1 (1) ku nach Verg.-Gr. V b. 5) Siehe Haushaltsvermerk Nr. 4 zum Stellenplan des Kapitels 03 90.
III	2	2	
IV a	4	3	
IV b <sup>4)</sup>	1	1	
V c	5	3	
VI b <sup>3)</sup>	16	14	
IX b-VII <sup>2)</sup>	11	10	
	41	35	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Angestellte**

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 03 05
Verg.-Gr. V c	2	infolge Verlagerung von Kapitel 03 05
Verg.-Gr. VI b	2	
Verg.-Gr. IX b-VII	1	
Zusammen	6	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 5 ist neu ausgebracht worden.

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Arbeiter/-innen<sup>1)</sup></b>			
4	4	4	1) Siehe Haushaltsvermerk Nr. 4 zum Stellenplan des Kapitels 03 90.
3	10	10	
2/2 a	3	3	
1	3	3	
	20	20	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 ist neu ausgebracht worden.



**Haushaltsplan**

für das

**Haushaltsjahr 2005**

**Einzelplan 04**

**Finanzministerium**

---



# Vorwort zum Einzelplan 04

## A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Einzelplan 04 enthält die Einnahmen und Ausgaben des Geschäftsbereichs des Finanzministeriums, im Einzelnen:

- I. Ministerium (Kap. 04 01)
- II. Allgemeine Bewilligungen (Kap. 04 02)
- III. Steuerverwaltung (Kap. 04 06)
- IV. Staatliches Baumanagement Niedersachsen (Kap. 04 10)
- V. Landesamt für Bezüge und Versorgung (Kap. 04 20)
- VI. Landesliegenschaftsfonds Niedersachsen - Fondsverwaltung - (Kap. 04 40)

## B. Hochbaumaßnahmen

Die Hochbaumaßnahmen für den Geschäftsbereich Finanzministerium sind im Kapitel 20 11 des Einzelplans 20 - Hochbauten - ausgewiesen.

## C. Wesentliche Veränderungen gegenüber HP 2004

Im Rahmen der Maßnahmen zur Verwaltungsmodernisierung (Auflösung der Bezirksregierungen) werden die bislang in den Bezirksregierungen angesiedelten Aufgaben als Sparkassenaufsichtsbehörde und der Spielbankenaufsicht, die Fiskuserbschaften sowie der Lastenausgleich mit Wirkung vom 01.01.2005 in den Geschäftsbereich des Finanzministeriums verlagert.

Entsprechende Stellen und Mittelumsetzungen sind wie folgt vorgenommen worden:

- von Kapitel 03 05 nach Kapitel 04 01
- von Kapitel 03 20 nach Kapitel 04 01
- von Kapitel 03 05 nach Kapitel 04 20
- von Kapitel 03 05 nach Kapitel 04 40

Die bislang im Epl. 13 veranschlagten Einnahmen und Ausgaben des Landesliegenschaftsfonds Niedersachsen sind in das Kapitel 04 40 überführt und somit in den Ressorthaushalt des Finanzministeriums eingegliedert worden.

Im Kapitel 04 02 TGr. 65 wurde gemäß Beschluss der Landesregierung vom 29./30.07.2004 das Projekt „Flottenmanagement“ etatisiert.

Den im Rahmen des Projektes „Leistungsorientierte Haushaltswirtschaft Niedersachsen“ gebildeten Verwaltungsbereichen Staatliches Baumanagement Niedersachsen (Kapitel 04 10) und Landesamt für Bezüge und Versorgung (Kapitel 04 20) ist ein leistungsorientierter Produkthaushalt gem. § 17 a LHO zugewiesen worden.

## Epl. 04

## Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen					Gesamteinnahmen	4 Personalausgaben	5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	6 Tsd. EUR			
1	2	3 Tsd. EUR	4 Tsd. EUR	5 Tsd. EUR	6 Tsd. EUR	7 Tsd. EUR	8 Tsd. EUR	9 Tsd. EUR	
0401	Ministerium	—	505	—	—	505	35.740	2.528	
0402	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—	—	31	19.854	
0406	Steuerverwaltung	—	76.489	27.600	—	104.089	415.066	74.022	
0410	Staatliches Baumanagement Niedersachsen	—	191	118.286	—	118.477	79.158	49.353	
0420	Landesamt für Bezüge und Versorgung	—	168	4.860	5	5.033	38.372	11.311	
0440	Landesliegenschaftsfonds Niedersachsen - Fondsverwaltung -	—	19	—	—	19	2.271	637	
	Summe 2005	—	77.372	150.746	5	228.123	570.638	157.705	
	Summe 2004	—	124.705	99.714	5.657	230.076	574.102	136.689	
	2005 mehr(+)/weniger(-)	—	-47.333	+51.032	-5.652	-1.953	-3.464	+21.016	

**gaben und Verpflichtungsermächtigungen**

**Epl. 04**

Ausgaben					2005 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 - Sp. 14)	2004 Überschuss Zuschuss (-)	2005 Verbesserung Verschlech- terung (-) (Sp. 15 - Sp. 16)	Verpflichtungs- ermächtigungen
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsför- dermaßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben				
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
80	—	104	-2.433	36.019	-35.514	-35.417	-97	—
200	—	2.789	-8.000	14.874	-14.874	-24.704	9.830	1.900
49	—	16.204	21.083	526.424	-422.335	-418.769	-3.566	—
12	—	1.369	5.410	135.302	-16.825	-8.742	-8.083	—
17	—	73	1.288	51.061	-46.028	-47.914	1.886	65
—	—	157	—	3.065	-3.046	—	-3.046	—
358	—	20.696	17.348	766.745	-538.622	-535.546	-3.076	1.965
471	—	28.198	26.162	765.622				5.000
-113	—	-7.502	-8.814	+1.123				-3.035

**Einzelplan 04 Finanzministerium**  
**Kapitel 0401 Ministerium**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
111 45-8	011	Gebühren nach dem Steuerberatungsgesetz *** Vgl. K- Vermerk zu 42732.		230	200	+30	237
119 10-6	011	Sonstige Verwaltungseinnahmen *** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.		164	100	+64	—
124 10-0	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung Vgl. K-Vermerk zu 511 10. Vgl. K-Vermerk zu 514 10. Vgl. K-Vermerk zu 517 10. Vgl. K-Vermerk zu 518 10. Vgl. K-Vermerk zu 519 10. Vgl. K-Vermerk zu 525 10. Vgl. K-Vermerk zu 526 10. Vgl. K-Vermerk zu 527 10. Vgl. K-Vermerk zu 538 10. Vgl. K-Vermerk zu 547 10. Vgl. K-Vermerk zu 632 10. Vgl. K-Vermerk zu 812 10.		8	9	-1	10
125 10-6	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen und Diensten aus wirtschaftlicher Tätigkeit Vgl. K-Vermerk zu 511 10. Vgl. K-Vermerk zu 514 10. Vgl. K-Vermerk zu 517 10. Vgl. K-Vermerk zu 518 10. Vgl. K-Vermerk zu 519 10. Vgl. K-Vermerk zu 525 10. Vgl. K-Vermerk zu 526 10. Vgl. K-Vermerk zu 527 10. Vgl. K-Vermerk zu 538 10. Vgl. K-Vermerk zu 547 10. Vgl. K-Vermerk zu 632 10. Vgl. K-Vermerk zu 812 10.		—	—	—	—
129 10-1	011	Sonstige Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen		—	35	-35	49
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 73</b>		<b>Parkraumbewirtschaftung und Jobticket beim Nds. Finanzministerium</b> Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 73.		(103)	(103)	(—)	(—)
119 73-4	011	Verkauf von Fahrausweisen		103	103	—	—
124 73-8	011	Vermietung von Behördenparkplätzen		—	—	—	—
<b>AUSGABEN</b>							
421 01-5	011	Bezüge der Ministerin oder des Ministers	—	143	150	-7	149
421 02-3	011	Bezüge der Ministerin oder des Ministers -Übergangsgeld-	—	17	68	-51	80
422 10-0	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtin- nen, Beamten, Richterinnen und Richter	—	14.388	13.898	+490	—
422 31-3	011	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Frei- stellung bei Personalüberhang	—	—	619	-619	572
425 10-0	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	3.717
425 31-2	011	Leistungen aufgrund von Auflösungsverträ- gen mit älteren Arbeitnehmerin- nen/Arbeitnehmern	—	—	—	—	—
426 10-6	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	350

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 111 45**

Gebühren für das Prüfungsverfahren aufgrund des § 39 Abs. 2 des Steuerberatungsgesetzes.

**Zu 422 10**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeitinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
293,15	286,92	291,04

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
14.388	13.898	14.525

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	7,43
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	---
- Sonstige Veränderungen	---

---

Summe Zugänge 7,43

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	1,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	0,20

---

Summe Abgänge 1,20

Bleibt Zugang 6,23

**Einzelplan 04 Finanzministerium**  
**Kapitel 0401 Ministerium**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004		
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
426 31-9	011	Leistungen aufgrund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern	—	—	—	—	—
427 10-2	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	15	15	—	8
427 32-3	011	Prüfungsvergütungen <i>Übertragbar.</i> <i>*** Ausgaben dürfen geleistet werden bis zu 80,0 v.H. der Isteinnahmen des Vorjahres bei 111 45.</i>	—	180	180	—	122
441 01-6	940	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	—	20.655	21.623	-968	19.649
441 02-4	940	Beihilfen für Angestellte	—	78	71	+7	68
441 03-2	940	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	4	4	—	3
441 04-0	940	Beihilfen für Sonstige	—	—	2	-2	—
441 06-7	227	Pflegebeihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	—	41	—	+41	38
443 01-9	940	Fürsorgeleistungen	—	210	166	+44	210
443 02-7	940	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	—	1	-1	—
459 10-1	011	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	9	8	+1	—
511 10-3	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 125 10.</i> <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 124 10.</i> <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 525 10, 526 10, 527 10, 538 10, 547 10, 632 10 und 812 10.</i>	—	693	689	+4	242
514 10-2	011	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dergleichen <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 125 10.</i> <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 124 10.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 10.</i>	—	35	36	-1	32
517 10-1	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 125 10.</i> <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 124 10.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 10.</i>	—	371	378	-7	354
518 10-8	011	Mieten und Pachten <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 125 10.</i> <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 124 10.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 10.</i>	—	184	234	-50	126
519 10-4	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 125 10.</i> <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 124 10.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 10.</i>	—	60	58	+2	47
525 10-4	011	Aus- und Fortbildung <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur</i>	—	184	179	+5	30

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 514 10**

**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1.1.2004	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Pkw	4	4	4

**Zu 525 10**

	2005 1000 EUR
1. Europaqualifikation	53
2. Aus- und Fortbildung durch das Studieninstitut des Landes Nds. (SiN)	45
3. Sonstige Aus- und Fortbildung	86
Zusammen	184

**Einzelplan 04 Finanzministerium**  
**Kapitel 0401 Ministerium**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004		
			2004	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			1000 EUR				
noch 525 10-4		<i>Höhe der Isteinnahmen bei 125 10. Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 124 10. Vgl. D-Vermerk zu 511 10.</i>					
526 10-0	011	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 125 10. Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 124 10. Vgl. D-Vermerk zu 511 10.</i>	–	10	20	-10	10
527 10-7	011	Dienstreisen <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 125 10. Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 124 10. Vgl. D-Vermerk zu 511 10.</i>	–	268	268	–	25
529 10-0	011	Verfügungsmittel	–	5	5	–	3
538 10-9	011	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte) <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 125 10. Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 124 10. Vgl. D-Vermerk zu 511 10.</i>	–	522	460	+62	–
547 10-8	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 125 10. Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 124 10. Vgl. D-Vermerk zu 511 10.</i>	–	93	109	-16	–
549 01-1	989	Globale Minderausgaben für sächliche Ver- waltungsausgaben	–	–	-1.738	+1.738	–
632 10-5	011	Erstattung von Verwaltungsausgaben an andere Bundesländer <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 125 10. Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 124 10. Vgl. D-Vermerk zu 511 10.</i>	–	80	88	-8	56
812 10-3	011	Erwerb von Geräten und sonstigen bewegli- chen Sachen <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 125 10. Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 124 10. Vgl. D-Vermerk zu 511 10.</i>	–	104	126	-22	–
972 11-9	989	Globale Minderausgabe <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläute- rung verbindlich.</i>	–	-3.162	-2.685	-477	–
981 10-0	990	Abführung an 13 21 - 381 04	–	729	729	–	728
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 73</b>		<b>Parkraumbewirtschaftung und Jobticket im Nds. Finanzministerium</b> <i>Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Ein- nahmetitelgruppe 73.</i>	(–)	(103)	(103)	(–)	(–)
546 73-0	011	Erwerb von Fahrausweisen	–	103	103	–	–

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 527 10**

	2005 1000 EUR
1. Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	170
2. Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	54
3. Fahrtkosten der Prüfungsausschüsse und Sachmittel im Rahmen der Steuerberaterprüfung	44
Zusammen	268

**Zu 538 10**

	2005 1000 EUR
1. IuK-Betreuung aufgrund der Nutzungsvereinbarung mit dem izn	250
2. Programmierung eines Schuldenverwaltungsprogramms (Länderkooperation)	162
3. Anmietung des Wirtschaftsdienstes Reuters	110
Zusammen	522

**Zu 547 10**

	2005 1000 EUR
1. Öffentlichkeitsarbeit	25
2. Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	10
3. Kosten für den Zahlungsverkehr des Landes Niedersachsen	50
4. Entschädigungen und sonstige Ausgaben	8
Zusammen	93

**Zu 632 10**

	2005 1000 EUR
Anteilige Erstattung der Kosten	
1. der zentralen Datenstelle der Landesfinanzminister	65
2. der Informationsstelle Wirtschaftliches Bauen (IWB) in Freiburg	15
Zusammen	80

Veranschlagt ist jeweils der nach dem „Königsteiner Schlüssel“ auf das Land Niedersachsen entfallende Kostenanteil.

**Zu 812 10**

	2005 1000 EUR
1. Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	--
2. Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	--
3. Erwerb von besonderen Betriebseinrichtungen	6
4. Ersatz und Ergänzung von aktiven Netzkomponenten und Servern sowie Implementierung neuer Anwendungen und Verfahren	98
Zusammen	104

**Zu 972 11**

Zum Ausgleich des Haushalts. Der Beitrag zum Haushaltsausgleich kann auch durch Mehreinnahmen erbracht werden, soweit diesen keine entsprechenden Mehrausgaben gegenüber stehen.

**Zu 981 10**

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

**Einzelplan 04 Finanzministerium**  
**Kapitel 0401 Ministerium**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
547 73-6	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
<b>TGr. 96</b>		<b>Reformdividende</b>	(—)	(—)	(—)	(—)	(1.390)
429 96-2	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	1
547 96-5	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	331
711 96-0	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 96-0	960	Sonstige Ausgaben für Investitionen	—	—	—	—	1.058
		<b>Abschluss Kapitel 0401</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		505	447	+58	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		505	447	+58	
		4 Personalausgaben	—	35.740	36.805	-1.065	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	2.528	801	+1.727	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	80	88	-8	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	104	126	-22	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	-2.433	-1.956	-477	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	36.019	35.864	+155	
		<b>Zuschuss</b>		35.514	35.417	+97	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 04 Finanzministerium**  
**Kapitel 0402 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
132 65-3	960	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		-	-	-	-
271 02-5	061	Tagungsgebühren für den überregionalen Erfahrungsaustausch "Verwaltungsreform - Kosten- und Leistungsrechnung" <i>Vgl. K-Vermerk zu 525 66.</i>		-	-	-	-
<b>AUSGABEN</b>							
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 65</b>		<b>Flottenmanagement (Pilotprojekt)</b>	(-)	(-5.000)	(-)	(-5.000)	(-)
514 65-3	960	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	-	-	-	-	-
518 65-9	960	Mieten und Pachten	-	2.000	-	+2.000	-
547 65-9	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	-	-	-	-
811 65-8	960	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	-	1.000	-	+1.000	-
972 65-1	989	Globale Minderausgabe	-	-8.000	-	-8.000	-
<b>TGr. 66</b>		<b>Kosten für landesweite Maßnahmen im Bereich der Neuen Steuerungsinstrumente und der Personalkostenbudgetierung</b> <i>Übertragbar.</i>	(-) (5.000)	(2.900)	(5.738)	(-2.838)	(6.913)
429 66-4	061	Nicht aufteilbare Personalausgaben für den Gesamthaushalt	-	31	31	-	31
459 66-0	061	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	-	-	-	-	0
511 66-2	061	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	-	200	200	-	-
518 66-7	061	Mieten und Pachten	-	70	70	-	2
525 66-3	061	Aus- und Fortbildung der Bediensteten <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 271 02.</i>	-	1.750	1.750	-	430
538 66-8	061	Dienstleistungen Außenstehender	-	634	3.472	-2.838	6.201
547 66-7	061	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	15	15	-	6
682 66-1	061	Zuschüsse an Landesbetriebe zur Förderung von Projekten	-	200	200	-	-
812 66-2	061	Erwerb von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Software	-	-	-	-	-
981 66-9	990	Abführung an 0314 - 381 10	-	-	-	-	243
<b>TGr. 96</b>		<b>Personalmanagementverfahren</b> <i>Übertragbar.</i>	(-)	(2.283)	(3.044)	(-761)	(2.673)
525 96-5	960	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	-	38	500	-462	2
538 96-0	960	Ausgaben für Datenverarbeitung	-	1.050	815	+235	2.144
547 96-9	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	20	20	-	86
812 96-4	960	Erwerb von Geräten, Programmen und Lizenzen zur Informationstechnik	-	1.175	1.709	-534	442

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 132 65**

Im Rahmen eines Outsourcing des Flottenmanagements sollen Fuhrparkbestand und –bewirtschaftung einiger Verwaltungsbereiche fremdvergeben werden.

**Zu Titelgruppe 65**

Innerhalb des Pilotprojektes „Flottenmanagement“ soll eine alternative Fuhrparkbewirtschaftung für Dienstkraftfahrzeuge des Landes entwickelt werden. Ziel soll es sein, durch den Einsatz von Managementinstrumenten die Effizienz des Dienstkraftfahrzeugbereichs des Landes zu steigern. Zur Durchführung dieses Modellversuchs werden alternative Kauf- und Leasingmodelle angewandt.

**Zu 972 65**

Veranschlagt sind erwartete Kfz-Beschaffungsansätze sowie Verkaufserlöse.

**Zu Titelgruppe 66**

Im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung wird durch das Projekt ‚Leistungsorientierte Haushaltswirtschaft Niedersachsen – LoHN‘ ein verbindliches Konzept zur Kosten- und Leistungsrechnung entwickelt.

**Zu 429 66**

Für die Implementierung der erforderlichen Software, für den Erwerb von Lizenzen und Schulungs- und Beratungsmaßnahmen durch Dritte wurden Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht:

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	2.200	–	2.200
2006	–	–	–	–
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	2.200	–	2.200

**Zu 511 66**

Ergänzungsbeschaffungen bezüglich weiterer Hardware im Rahmen der Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung

**Zu 518 66**

Mieten für Server, Leitungen und Räume für Schulungszwecke.

**Zu 525 66**

Durchführung von Vortrags- und Schulungsveranstaltungen für Bedienstete der Landesverwaltung.

**Zu 538 66**

Beratung und Unterstützung bei der zentralen Einführung und Steuerung des Projekts ‚Leistungsorientierte Haushaltswirtschaft Niedersachsen – LoHN‘ sowie für Einzelprojekte.

**Zu 682 66**

Zuschüsse an Landesbetriebe für Softwareimplementierungen

**Zu Titelgruppe 96**

In dieser Titelgruppe sind die Projektkosten für die Einführung eines zentralen Managementverfahrens für Personaldaten (Personalmanagementverfahren, PMV) zusammengefasst. Ziel des Projektes ist die Ablösung der über 20 verschiedenen Verfahren, die sich derzeit in Niedersachsen im Einsatz befinden, durch ein einheitliches EDV-Verfahren mit entsprechenden Schnittstellen zur zentralen Bezügeabrechnung.

**Zu 525 96**

Kosten der Aus- und Fortbildung der PMV- Anwenderinnen und Anwender.

**Zu 538 96**

Kosten für Wartung und Pflege der Hard- und Software.

**Zu 547 96**

Reisekosten im Rahmen der Projektarbeit.

**Zu 812 96**

Beschaffung und Erweiterung von zentraler Hardware im Zusammenhang mit Betrieb und Weiterentwicklung des Verfahrens sowie Kosten für Softwarebeschaffungen.

**Einzelplan 04 Finanzministerium**  
**Kapitel 0402 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>TGr. 98/99</b>		<b>Kosten der Informations- und Kommunikationstechniken (Haushaltsvollzugssystem)</b> <i>Übertragbar.</i>	(1.900) (-)	(14.691)	(15.922)	(-1.231)	(12.904)
511 99-9	981	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	-	-	-	-	-
525 98-1	061	Ausgaben für die Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch das Informatikzentrum Niedersachsen (izn)	-	211	211	-	266
525 99-0	960	Ausgaben für die Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch andere Dienstleister	-	164	307	-143	-
538 98-6	061	Ausgaben für Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (izn)	1.900 -	9.340	10.373	-1.033	5.384
538 99-4	960	Ausgaben für Dienstleistungen Anderer	-	4.362	4.369	-7	6.205
547 99-3	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	-	48	-48	-
712 99-4	960	Große Neu-,Um-und Erweiterungsbauten	-	-	-	-	499
812 98-0	061	Erwerb von Geräten, Programmen und Lizenzen zur Informationstechnik	-	614	614	-	551
<b>Abschluss Kapitel 0402</b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				-	-	-	
2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				-	-	-	
<b>Summe der Einnahmen</b>				-	-	-	
4 Personalausgaben			-	31	31	-	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst			5.000 1.900 -	19.854	22.150	-2.296	
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			-	200	200	-	
7 Baumaßnahmen			-	-	-	-	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen			-	2.789	2.323	+466	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			-	-8.000	-	-8.000	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>			1.900 5.000	14.874	24.704	-9.830	
<b>Zuschuss</b>				14.874	24.704	-9.830	

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Titelgruppe 98/99**

Der "Aufbau eines neuen integrierten Haushaltswirtschaftssystems" im Rahmen des Projektes P 53 ist abgeschlossen. Neben der Weiterentwicklung der eingesetzten Software beinhalten die Ansätze überwiegend Kosten für den laufenden Betrieb des Verfahrens.

**Zu 525 98**

Kosten der Aus- und Fortbildung der mit Haushaltsvollzugsaufgaben betrauten Bediensteten (IT-Grund- und Fachschulungen, Nachschulungen, Workshops) durch das IZN insbesondere im Zusammenhang mit Arbeitsplatzwechsel (Neueinstellungen, Fluktuation).

**Zu 525 99**

Kosten der Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch Dritte insbesondere im Zusammenhang mit der Einführung des Archivsystems.

**Zu 538 98**

Kosten des laufenden Betriebes für – durch das IZN erbrachte – Leistungen insbesondere Betrieb von Call-, Competence-, UNIX-Service- und Output-Center. Ferner Kosten für IZN-Infrastruktur (Standplatz im Rechenzentrum, Bunker ...) sowie für Datensicherung und Archivierung.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	–	–	–
2006	–	–	1.900	1.900
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	–	1.900	1.900

**Zu 538 99**

Kosten für Pflege- und Wartungsverträge (Hardware, Software und Datenbank) und Aufwendungen für die digitale Signatur sowie Verfahrensanpassungen.

**Zu 812 98**

Erweiterungs- und Ersatzbeschaffungen von zentraler Hardware (Server, Platten, Speicher) im Zusammenhang mit Betrieb und Weiterentwicklung des Verfahrens.

**Einzelplan 04 Finanzministerium**  
**Kapitel 0406 Steuerverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
111 01-4	061	Gebühren und tarifliche Entgelte		2.850	2.850	—	2.776
111 45-6	061	Gebühren nach dem Steuerberatungsgesetz		40	40	—	46
112 01-0	061	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		8.103	8.103	—	7.531
119 01-5	061	Vermischte Einnahmen		1.100	1.511	-411	897
119 02-3	061	Einnahmen aus Veröffentlichungen *** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.		—	—	—	—
119 03-1	061	Einnahmen aus Nebentätigkeiten		—	—	—	1
119 05-8	061	Stundungszinsen, Verzugszinsen, Säumnis- zuschläge und Verspätungszuschläge		64.000	67.000	-3.000	61.377
119 41-4	061	Rückzahlung von Überzahlungen		10	10	—	7
119 46-5	061	Ersatzleistungen		150	132	+18	200
121 01-0	859	Ablieferungen aus behördeneigenen Küchen- und Kantinenbetrieben		—	—	—	—
124 01-9	061	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		86	76	+10	78
132 01-1	061	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		25	29	-4	33
232 01-6	061	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch das Land Sachsen-Anhalt		—	—	—	14
236 01-1	061	Erstattungen von Sozialversicherungsträ- gern sowie von der Bundesagentur für Arbeit		20	28	-8	19
261 01-6	061	Erstattung der Kosten für die Verwaltung der Kirchensteuer		26.400	28.700	-2.300	27.966
261 02-4	061	Erstattung der Kosten für die Verwaltung der Landwirtschaftskammerbeiträge		1.150	1.150	—	1.154
261 03-2	061	Erstattung sonstiger Verwaltungskosten		30	123	-93	151
381 11-9	990	Zuführung von 13 99-981 11		—	5.652	-5.652	5.079
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 75</b>		<b>Einnahmen der Finanzämter und der Lan- desfinanzschule Niedersachsen (eigenverantwortliche Bewirtschaftung)</b>		(125)	(125)	(—)	(44)
119 75-9	061	Einnahmen für Unterkunft und Verpflegung in der Landesfinanzschule Vgl. K-Vermerk zu 511 75, 514 75, 517 75, 518 75, 526 75, 527 75 und 547 75.		125	125	—	44
132 75-5	061	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen Vgl. K-Vermerk zu 511 75, 514 75, 517 75, 518 75, 526 75, 527 75 und 547 75.		—	—	—	—
<b>AUSGABEN</b>							
422 01-0	061	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtin- nen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbud- gets	—	406.403	404.318	+2.085	301.236
422 04-4	061	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtin- nen und Beamten auf Widerruf im Vorbe- reitungsdienst	—	7.500	9.536	-2.036	9.486
422 19-2	061	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	2.074
425 01-9	061	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	84.289

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Kapitel 0406**

Es sind vorhanden: Oberfinanzdirektion Hannover mit den Besitz- und Verkehrssteuerabteilungen Hannover und Oldenburg als Mittelinstanz für 57 Veranlagungsfinanzämter, 7 Finanzämter für Großbetriebsprüfung, 4 Finanzämter für Fahndung und Strafsachen sowie die Landesfinanzschule Niedersachsen.

Ab dem Haushaltsjahr 2004 werden die bisher in den Kapiteln 04 05, 04 06 und 04 07 getrennt nachgewiesenen Einnahmen und Ausgaben zu einem gemeinsamen Kapitel 04 06 zusammengeführt.

Ausgaben für frauenrelevante Maßnahmen werden insbesondere in der Titelgruppe 61 nachgewiesen.

Nach Abschluss des Pilotvorhabens bei 4 Finanzämtern wird in der Steuerverwaltung vom Haushaltsjahr 2004 an nunmehr flächendeckend für alle 68 Finanzämter und für die Landesfinanzschule Niedersachsen die Titelgruppe 75 fortgeführt. Durch die weitgehende Übertragung der Eigenverantwortung in der Bewirtschaftung von Sachausgaben auf die nachgeordneten Dienststellen sollen diese in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben noch effektiver zu erledigen und damit ihre Leistungsfähigkeit zu verbessern. Dies dient dem Ziel, die Möglichkeiten einer Effizienzsteigerung bei der Haushaltswirtschaft (sparsame Verwendung von Haushaltsmitteln) durch

- die Zulassung größerer Flexibilität bei der Haushaltsführung und
- die Übertragung von Eigenverantwortung für ein Haushaltsbudget (Bewirtschaftung der verfügbaren Haushaltsmittel unter wirtschaftlicheren und bedarfsorientierteren Gesichtspunkten)

im Vorgriff auf eine spätere Voll-Sachkostenbudgetierung auszu-schöpfen.

Für die Bewirtschaftung der Titelgruppe 75 gilt:

- a) Die Ausgabeansätze der Titel der Hauptgruppen 5 und 8 sind innerhalb der Titelgruppe 75 gegenseitig deckungsfähig.
- b) Der Ausgabeansatz des Titels 427 75 ist einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Titel der Hauptgruppen 5 und 8 der Titelgruppe 75.
- c) Bei Titel 812 75 wird zugelassen, dass von den Erläuterungen abgewichen werden kann.
- d) Mehreinnahmen bei Titel 119 75 sind innerhalb der Titelgruppe 75 einseitig deckungsfähig mit Mehrausgaben der Hauptgruppen 5 und 8. Die Ausgaben der Hauptgruppen 5 und 8 innerhalb der Titelgruppe 75 dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Titel 132 75.
- e) Für nicht verausgabte Haushaltsmittel der Titelgruppe 75 dürfen Ausgabereste gebildet werden, die grundsätzlich in das Folgejahr übertragen und ohne Anrechnung auf die Ausgabeansätze des Folgejahres in Anspruch genommen werden dürfen. Die Deckungsfähigkeit gilt auch, soweit die Ausgaben übertragbar sind.

**Zu 111 01**

	2005 1000 EUR
Vollstreckung usw.	2.800
Sonstige Gebühren und Auslagen	50
Zusammen	2.850

**Zu 112 01**

	2005 1000 EUR
Erstattung von Prozesskosten	663
Zwangsgelder wegen Nichtbefolgung steuerrechtlicher Anordnungen	3.720
Bußgelder nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz	3.720
Zusammen	8.103

**Zu 119 01**

Es handelt sich im Wesentlichen um Steuererstattungen, die den Empfängern wegen unbekanntem Aufenthalts nicht zugestellt werden können.

**Zu 119 05**

	2005 1000 EUR
Säumniszuschläge	44.800
Verspätungszuschläge	19.200
Zusammen	64.000

**Zu 119 46**

Schadenersatzleistungen, insbesondere von Versicherungsunternehmen.

**Zu 124 01**

	2005 1000 EUR
Miete für Wohnungen	63
Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	23
Sonstige Mieten und Pachten	---
Zusammen	86

**Zu 261 01**

Veranschlagt sind 4 v. H. des Aufkommens an Kirchensteuer.

**Zu 261 02**

Veranschlagt sind 4,5 v. H. des Aufkommens an Landwirtschaftskammerbeiträgen.

**Zu 261 03**

	2005 1000 EUR
Verwaltungskostenerstattung für die Mitteilung der Gewerbesteuermessbeträge an die Industrie- und Handelskammern, Datenabgleich	30
Zusammen	30

**Zu 381 11**

Erstattung der Personal- und Sachausgaben für den Spielbankenaufsichtsdienst.  
Zur Höhe der Erstattung vgl. \*\*\*-Haushaltsvermerk bei 13 99-093 11

**Zu 119 75**

Einnahmen der Landesfinanzschule aus der entgeltlichen Bereitstellung von Unterkünften und Verpflegung für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst und für Aufstiegsbeamte während der Einführungszeit sowie für sonstige Personen.

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollezeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
11.183,77	11.181,94	11.292,52

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
406.403	404.318	415.612

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig) 34,50
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)
- Sonstige Veränderungen

Summe Zugänge 34,50

Abgänge



**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu 422 01**

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	1,00
- Sonstige Veränderungen	31,67
Summe Abgänge	<u>32,67</u>
 Bleibt Zugang	 1,83

In dem Personalkostenbudget sind enthalten:

Lehrzulagen

Der Leiter der Arbeitsgemeinschaft der Regierungsassessoren erhält eine Lehrzulage von monatl. voraussichtlich 31,96 EUR bis voraussichtlich 63,90 EUR gem. RdErl. des MF v. 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils geltenden Fassung.

Lehrzulagen für den Ausbildungsleiter für Regierungsassessoren im Betriebsprüfungsdienst sowie die Ausbildungsleiter für Anwärter des gehobenen und des mittleren Dienstes. Sie erhalten eine Lehrzulage von monatl. voraussichtlich 15,98 EUR bis voraussichtlich 63,90 EUR gem. RdErl. des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils geltenden Fassung.

Die Lehrzulagen gelten bis zur Höhe von mtl. 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die Leiterin/der Leiter der Landesfinanzschule Niedersachsen erhält eine Lehrzulage in Höhe von jährlich 800,- EUR gem. RdErl. d. MF vom 25.03.1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils geltenden Fassung.

Die hauptamtlich Lehrenden an der Landesfinanzschule Niedersachsen erhalten eine Lehrzulage in Höhe von jährlich 575,20 EUR gem. Abschn. I Nr. 4 der LehrzRL v. 25.03.1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils geltenden Fassung als steuerfreie Aufwandsentschädigung i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

Die bei den öffentlichen Spielbanken im Aufsichtsdienst eingesetzten Bediensteten der niedersächsischen Steuerverwaltung erhalten eine steuerfreie Aufwandsentschädigung in Höhe von monatlich 76,70 EUR.

Der Oberfinanzpräsident ist zugleich Bundes- und Landesbeamter. Seine Planstelle ist sowohl im Bundes- als auch im Landeshaushalt ausgebracht. Er wird jedoch nach den besoldungsrechtlichen Vorschriften des Bundes besoldet. Die Bezüge des Oberfinanzpräsidenten werden vom Bund und vom Land je zur Hälfte getragen.

Das Ist 2003 im Beschäftigungsvolumen und im Personalkostenbudget setzt sich zusammen aus den Ist-Beträgen der früheren Kapitel 04 05, 04 06 und 04 07.

**Einzelplan 04 Finanzministerium**  
**Kapitel 0406 Steuerverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
			2005				
			2004				
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
425 03-5	061	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 04-3	061	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	—	—	—	—
425 06-0	061	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
426 01-5	061	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	5.237
426 03-1	061	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	75
426 04-0	061	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 06-6	061	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	5	5	—	—
427 01-1	061	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	0
427 31-3	061	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	3	3	—	—
427 39-9	061	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	190	150	+40	146
453 01-2	061	Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	290	234	+56	258
453 11-0	061	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	75	75	—	73
459 04-5	061	Vergütungen für Beamte im Vollstreckungsdienst	—	250	280	-30	242
511 01-2	061	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 511 01, 514 01, 517 01, 518 01, 518 02, 519 01, 519 02, 519 03, 519 04, 526 01, 526 02, 526 03, 527 01, 527 02, 527 04, 531 03, 532 01, 546 01, 546 02, 546 03, 546 05 und 547 02.</i>	—	3.468	3.710	-242	16.151
514 01-1	061	Haltung von Dienstfahrzeugen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	140	150	-10	9
517 01-0	061	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	497	525	-28	5.721
518 01-7	061	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	—	—	—	3.513
518 02-5	061	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	135	147	-12	252
519 01-3	061	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	480	388	+92	192
519 02-1	061	Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	—	—	—	—
519 03-0	061	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	4	4	—	47
519 04-8	061	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	—	—	—	7

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 426 06**

Für unabweisbar notwendig werdende Mehrarbeit im Bereich des Ressorts, insbesondere im Hausmeisterdienst.

**Zu 427 01**

Vergütung für die Betreuung von Kindern, wenn Bedienstete mit Familienaufgaben an Fortbildungsveranstaltungen in der LFS teilnehmen.

**Zu 427 31**

a) zu Lehrvergütungen

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte, Richter und Angestellte des Landes richtet sich nach den aufgrund des Runderlasses des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils geltenden Fassung erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

b) zu Prüfungsvergütungen

Die Höhe der Prüfungsvergütung bemisst sich nach den vom MF erlassenen Richtlinien über die Vergütung von Prüfungstätigkeiten im Bereich der nieders. Landesverwaltung vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 666) in der jeweils geltenden Fassung.

25 v.H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

**Zu 453 11**

Umzugskostenvergütungen und Trennungsgeld für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst und für Aufstiegsbeamte während der Einführungszeit.

**Zu 511 01**

	2005 1000 EUR
Allgemeiner Geschäftsbedarf	624
Fachbücher, Zeitschriften, Gesetzblätter	827
Vordrucke	1.103
Post- und Fernmeldegebühren	88
Unterhaltung Telefonanlagen	70
Erwerb von Geräten/Ausstattungsgegenständen	725
Unterhaltung von beweglichen Sachen	12
Schutzkleidung, Sehhilfen, Sonstige Ausgaben	19
Zusammen	3.468

**Zu 514 01**

**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen (der OFD)**

	Ist 1.1.2004	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Pkw	24	24	24

**Zu 517 01**

	2005 1000 EUR
Wassergeld	22
Grundbesitzabgaben	20
Bewachungskosten, Pflege der Außenanlagen	58
Wartungskosten, sonstige Hauswirtschaftskosten	10
Reinigungskosten	149
Energiekosten (Heizung, Strom)	222
Verbrauchsmaterial	16
Zusammen	497

**Einzelplan 04 Finanzministerium**  
**Kapitel 0406 Steuerverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004		
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
526 01-0	061	Sachverständige <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	7	16	-9	102
526 02-8	061	Gerichts- und ähnliche Kosten <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	46	45	+1	1.055
526 03-6	061	Entschädigungen für die ehrenamtlichen Mitglieder des Gutachterausschusses und der Schätzungsausschüsse <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	165	165	—	143
527 01-6	061	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	277	330	-53	5.176
527 02-4	061	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	30	30	—	8
527 04-0	061	Reisekostenpauschbeträge; Bewegungsgelder <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	10	9	+1	693
529 10-8	061	Zur Verfügung des Oberfinanzpräsidenten	—	—	—	—	1
531 03-0	061	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	8	8	—	6
532 01-0	061	Zeugenentschädigungen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	—	—	—	4
546 01-0	061	Vermischte Ausgaben <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	—	—	—	428
546 02-9	061	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	2	2	—	1
546 03-7	061	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	80	188	-108	11
546 05-3	061	Sächliche Verwaltungsausgaben zur Regulierung von Schäden des Landes, die nicht versichert sind <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	30	30	—	—
547 02-5	061	Dienstleistungen Außenstehender <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	414	561	-147	491
633 01-0	061	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Gemeinden	—	—	105	-105	93
681 01-5	061	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen <i>*** Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig.</i>	—	49	49	—	8
811 01-6	061	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	105	111	-6	—
812 05-5	061	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen zur Regulierung von Schäden des Landes, die nicht versichert sind	—	6	6	—	—
812 13-6	061	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	800	800	—	402
812 15-2	061	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	400	400	—	172
812 16-0	061	Erwerb von Maschinen und Einrichtungen zur Rationalisierung und Vereinfachung des Geschäftsbetriebes bei den Finanzämtern	—	400	400	—	—
981 02-7	990	Abführung an 13 21-381 22 zur Refinanzierung des Sondervermögens Landesliegenschaftsfonds Niedersachsen	—	1.879	1.879	—	1.920
981 04-3	990	Abführung an 13 21-381 04	—	19.204	19.236	-32	16.310

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 529 10**

Vgl. Erläuterung zu 13 02 - 529 14.  
Die Mittel sind bei Kapitel 13 02 Titel 529 14 zentral veranschlagt.

**Zu 531 03**

Die Mittel sind für Veranstaltungen vorgesehen, die das Ziel haben, die Bevölkerung über Aufgaben und Arbeitsweise der nieders. Steuerverwaltung zu unterrichten.

**Zu 811 01**

	2005 1000 EUR
<u>Ersatzbeschaffungen:</u>	
1. 3 Kombi-Fahrzeuge bis 2.400 ccm Hubraum für Fahrbereitschaften der OFD	
Listenpreis	72
Sonderausstattungen	15
2. 1 Pkw bis 2.400 ccm Hubraum für 1 Finanzamt	
Listenpreis	17
Sonderausstattungen	1
Zusammen	105

**Zu 812 13**

	2005 1000 EUR
<u>Ersatzbeschaffungen:</u>	
8 Telefonanlagen für Finanzämter	495
Erweiterung / Teilerneuerung von Telefonanlagen	50
Leitungs-/Netzarbeiten bei Ersatzbeschaffungen	255
Zusammen	800

**Zu 812 15**

	2005 1000 EUR
<u>Ersatzbeschaffungen:</u>	
Ausstattung Schulungs-/Besprechungsräume	---
Dienstzimmerausstattungen	106
Standregale	14
Elektronische Zeiterfassung	100
Zusammen	220
<u>Ergänzungsbeschaffungen:</u>	
Ausstattung Schulungs-/Besprechungsräume	28
Dienstzimmerausstattungen	123
Standregale	29
Elektronische Zeiterfassung	---
Zusammen	180
Gesamt	400

**Zu 812 16**

	2005 1000 EUR
<u>Ersatzbeschaffungen:</u>	
IuK-gerechte Büroausstattung	156
Rollregalanlagen	132
Ausstattung Dienstzimmer/Arbeitsplätze	77
Zusammen	365
<u>Ergänzungsbeschaffungen:</u>	
IuK-gerechte Büroausstattung	---
Rollregalanlagen	35
Ausstattung Dienstzimmer/Arbeitsplätze	---
Zusammen	35
Gesamt	400

**Zu 981 02**

Zuführung eingesparter Mieten zur Refinanzierung des Sondervermögens für den Erwerb von Dienstgebäuden:  
Finanzamt Northeim – 1996/2008,  
Finanzamt Rotenburg (Wümme) – 1998/2012,  
Finanzamt Göttingen – 1999/2013,  
Finanzamt Lingen (Ems) – 2001/2014 und  
Finanzamt Westerstede – 2002/2013.

**Belastung**

der Haushalts- jahre	durch Kauf eines Dienst- gebäudes in 2003 und früher in 1000 EUR	in 2004 in 1000 EUR	in 2005 in 1000 EUR	Gesamt belastung in 1000 EUR
2005	1.879			1.879
2006	1.879			1.879
2007	1.879			1.879
2008	1.804			1.804
2009-2014	9.349			9.349
Summe	16.790	--	--	16.790

**Zu 981 04**

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13 – Kapitel 13 21 Titel 381 04.

**Einzelplan 04 Finanzministerium**  
**Kapitel 0406 Steuerverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61</b>		<b>Aus- und Fortbildung</b>	(–)	(1.100)	(1.543)	(-443)	(1.264)
427 61-5	061	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte zur Ausbildung, Fortbildung und Prüfung <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zula- sten 525 98 und 525 99.</i>	–	210	200	+10	209
453 61-6	061	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Aus- und Fortbildungslehrgängen <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zula- sten 525 98 und 525 99.</i>	–	140	140	–	111
525 61-7	061	Aus- und Fortbildung der Bediensteten <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zula- sten 525 98 und 525 99.</i>	–	750	1.203	-453	943
<b>TGr. 70</b>		<b>Personelle Verwaltungshilfe für das Land Sachsen-Anhalt</b>	(–)	(–)	(–)	(–)	(6)
453 70-5	061	Trennungsgeld für entsandte Bedienstete	–	–	–	–	–
459 70-3	061	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	–	–	–	–	–
527 70-9	061	Reisekostenvergütungen	–	–	–	–	6
<b>TGr. 71</b>		<b>Projekt Finanzamt 2003 Übertragbar.</b>	(–)	(2.000)	(2.000)	(–)	(705)
511 71-3	061	Geschäftsbedarf und Kommunikation	–	–	–	–	7
525 71-4	061	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	–	–	–	–	21
547 71-8	061	Dienstleistungen Außenstehender	–	–	–	–	92
812 71-3	061	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	–	2.000	2.000	–	585
<b>TGr. 75</b>		<b>Ausgaben der Finanzämter und der Landesfinanzschule Niedersachsen (eigenverantwortliche Bewirtschaftung) Übertragbar.</b> <i>*** 80 v.H. der nicht verbrauchten Ausgaben wachsen den Ausgaben für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden. Der Titel 427 75 ist nur einseitig deckungsfähig zugunsten der übrigen Titel der Titelgruppe. Beim Titel 812 75 wird zugelassen, daß von den Erläuterungen abgewichen werden kann.</i>	(–)	(38.676)	(38.625)	(+51)	(1.686)
427 75-5	061	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	–	–	–	–	11
511 75-6	061	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 75. Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 75.</i>	–	15.998	–	+15.998	613
514 75-5	061	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dergleichen <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 75. Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 75. *** Zur Selbstbewirtschaftung gemäß § 15 Abs. 2 LHO. Das Verpflegungsgeld ist nach der tatsächlichen Verpflegungsstärke und dem festgesetzten Tagesverpflegungssatz zu berechnen.</i>	–	170	–	+170	2

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Titelgruppe 61**

In dieser Titelgruppe sind die Kosten für die Aus- und Fortbildungslehrgänge veranschlagt.

**Zu 427 61**

a) zu Lehrvergütungen:

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte, Richter und Angestellte des Landes richtet sich nach den aufgrund des Runderlasses des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils geltenden Fassung erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

b) zu Prüfungsvergütungen:

Die Höhe der Prüfungsvergütung bemisst sich nach den vom MF erlassenen Richtlinien über die Vergütung von Prüfungstätigkeiten im Bereich der nieders. Landesverwaltung vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 666) in der jeweils geltenden Fassung.

25 v.H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

**Zu Titelgruppe 71**

In dieser Titelgruppe werden die Ausgaben der niedersächsischen Steuerverwaltung für das Projekt "Finanzamt 2003" veranschlagt.

Mit dem Projekt soll eine neue Gesamtkonzeption für die Steuerverwaltung in Niedersachsen erarbeitet werden, um auch mittelfristig dem hohen Anspruch an eine moderne Steuerverwaltung zu genügen.

Ziele des Projekts sind:

- Die Optimierung des Dienstleistungsangebots für die Bürgerinnen und Bürger,
- die Erhöhung der Effektivität und der Wirtschaftlichkeit der Aufgabenerfüllung,
- die Verbesserung der schwierigen Arbeits- und Personallage in den Finanzämtern,
- die Erhöhung der Mitarbeiterzufriedenheit und Motivation.

Zu den einzelnen Themenbereichen sollen unabhängig von anschließenden Modellversuchen die optimalsten Lösungsvarianten erarbeitet werden bis hin zur modellhaften Erprobung sämtlicher Arbeitsergebnisse in neu zu konzipierenden Finanzämtern der Zukunft.

**Zu 812 71**

	2005 1000 EUR
Ergänzungsbeschaffungen:	
Einheitliche IuK-Ausstattung zum Projekt	2.000

**Zu Titelgruppe 75**

Aufgrund der Erfahrungen mit dem zum 31.12.2003 beendeten Modellversuch "Sachkostenbudgetierung" bei nur vier Pilot-Finanzämtern wird die Titelgruppe 75 seit dem Haushaltsjahr 2004 nunmehr für alle 68 Finanzämtern und für die Landesfinanzschule Niedersachsen flächendeckend fortgeführt. Die Sachmittelsätze für diese 69 Dienststellen werden in der Titelgruppe 75 zusammengefasst veranschlagt.

Durch die weitgehende Übertragung der Eigenverantwortung in der Bewirtschaftung von Sachausgaben auf die nachgeordneten Dienststellen sollen diese in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben noch effektiver zu erledigen.

Losgelöst vom Haushaltsgrundsatz der Jährlichkeit besteht für jede Dienststelle die Möglichkeit, 80 v.H. der erwirtschafteten und nicht verausgabten Haushaltsmittel dem nächsten Haushaltsjahr zuzuführen, um so die zweckmäßigste und damit wirtschaftlichste Lösung zum richtigen Zeitpunkt treffen zu können. Hierdurch soll auch das Kostenbewusstsein und die Motivation der Bediensteten gefördert werden.

**Zu 511 75**

	2005 1000 EUR
Allgemeiner Geschäftsbedarf	844
Fachbücher, Zeitschriften, Gesetzblätter	483
Postgebühren	12.988
Fernmeldegebühren	605
Unterhaltung Telefonanlagen	186
Erwerb von Geräten/Ausstattungsgegenständen	619
Unterhaltung von beweglichen Sachen; Schutzkleidung, Sonstige Ausgaben	273
Zusammen	15.998

**Zu 514 75**

**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen (der Finanzämter)**

	Ist 1.1.2004	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Pkw	6	6	6

**Landesfinanzschule Niedersachsen:**

Verpflegungskosten werden mit 4,20 EUR je Verpflegungsteilnehmer pro Tag veranschlagt.

Die Einnahmen aus der Verpflegung für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst und für Aufstiegsbeamte während der Einführungszeit sind bei 119 75 veranschlagt.

Die Einnahmen aus der Verpflegung sonstiger Verpflegungsteilnehmer in Höhe des Selbstkostentagesatzes von z. Z. 11,34 EUR sind bei 119 75 veranschlagt.

**Einzelplan 04 Finanzministerium**  
**Kapitel 0406 Steuerverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
517 75-4	061	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 75. Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 75.</i>	—	7.204	—	+7.204	412
518 75-0	061	Mieten und Pachten <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 75. Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 75.</i>	—	5.080	—	+5.080	80
526 75-3	061	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 75. Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 75.</i>	—	1.590	—	+1.590	181
527 75-0	061	Reisekostenvergütungen; Reisekostenpauschbeträge; Bewegungsgelder <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 75. Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 75.</i>	—	6.685	—	+6.685	301
547 75-0	061	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 75. Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 75.</i>	—	1.156	38.525	-37.369	32
812 75-6	061	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen; Ergänzung landeseigener Fernmeldeanlagen	—	793	100	+693	55
<b>TGr. 94</b>		<b>Reformdividende aus dem Pilotprojekt Energiekosteneinsparung (LENI)</b>	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
429 94-4	061	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 94-7	061	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
711 94-1	061	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 94-2	061	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 96/97</b>		<b>Weiterer Ausbau der IuK-Technik in der nds. Steuerverwaltung /(FISCUS)</b> <i>Übertragbar.</i>	(—)	(20.595)	(28.600)	(-8.005)	(14.025)
518 96-3	061	Ausgaben für die Anmietung von Software <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 518 96, 518 97, 538 96, 538 97, 812 97, 511 99, 518 98, 518 99, 525 98, 525 99, 538 98, 538 99 und 812 99.</i>	—	3.997	3.050	+947	1.252
518 97-1	061	Ausgaben für die Anmietung von Hardware <i>Vgl. D-Vermerk zu 518 96.</i>	—	—	—	—	—
538 96-4	061	Ausgaben für Software <i>Vgl. D-Vermerk zu 518 96.</i>	—	200	230	-30	6
538 97-2	061	Ausgaben für Dienstleistungen Anderer <i>Vgl. D-Vermerk zu 518 96.</i>	—	7.226	7.379	-153	9.031
812 97-7	061	Erwerb von Geräten, Programmen und Lizenzen zur Informationstechnik <i>Vgl. D-Vermerk zu 518 96.</i>	—	9.172	17.941	-8.769	3.736

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 517 75**

	2005 1000 EUR
Wassergeld	280
Grundbesitzabgaben	495
Bewachungskosten, Pflege der Außenanlagen	165
Wartungskosten, sonstige Hauswirtschaftskosten	479
Reinigungskosten	2.495
Energiekosten (Heizung, Strom)	3.035
Verbrauchsmaterial	255
Zusammen	7.204

**Zu 518 75**

	2005 1000 EUR
Für die Miete von Finanzamtsdienstgebäuden sind Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht:	
Finanzämter Goslar	6.921
Finanzamt Nordenham	6.841
Finanzamt Osnabrück-Land	1.029
Finanzamt Stade	704
Finanzamt Wilhelmshaven	2.162

**Belastung**

der Haushalts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamt belastung in 1000 EUR
2005	970			970
2006	624			624
2007	624			624
2008	624			624
2009 bis 2021	4.242			4.242
Summe	7.084	--	--	7.084

**Zu 526 75**

	2005 1000 EUR
Augenuntersuchungen; ärztliche Untersuchungen	204
Gerichts-, Anwalts-, Prozesskosten	1.386
Zusammen	1.590

**Zu 527 75**

	2005 1000 EUR
Tagegeld, Fahrkosten (Bedienstete im Aussendienst)	1.210
Tagegeld, Fahrkosten (Bedienstete im Innendienst)	230
Wegstreckenentschädigung für anerkannte private Kfz.	4.400
Reisekostenpauschbeträge, Bewegungsgelder	790
Reisekosten in Personalvertretungsangelegenheiten	15
Sonstige Kosten	40
Zusammen	6.685

**Zu 547 75**

	2005 1000 EUR
Bankgebühren; Rückscheckkosten	450
Kosten für Schecktransporte	82
Kosten der Entsorgung	178
Zeugenentschädigung; Auslagenersatz, Gebühren für Auskunftersuchen	284
Kosten in Vollstreckungsverfahren	56
Betriebsärzte; Sonstige Kosten	106
Zusammen	1.156

**Zu 812 75**

	2005 1000 EUR
Ersatzbeschaffungen:	
Frankiermaschinen	81
Deckenleuchten	174
Dienstzimmerausstattungen	---
Schulungs-/Besprechungsräume	21
Standregale	9
Blendschutz	9
Beschilderung	27
Schneeräum- und Kehrgeräte	97
Küchen-/Kochgeräte/Kantinenausstattung	122
Fernmeldeanlagen	20
Zusammen	560
Ergänzungsbeschaffungen:	
Frankiermaschinen	---
Deckenleuchten	172
Dienstzimmerausstattungen	31
Beschilderung	30
Zusammen	233
Gesamt	793

**Zu Titelgruppe 94**

An dem Pilotprojekt Energiekosteneinsparung (Leni) ist das Finanzamt Hannover-Mitte beteiligt.

**Zu Titelgruppe 96/97**

In dieser Titelgruppe werden die IuK-Kosten veranschlagt, die durch das Bund/Länder-Projekt FISCUS einschließlich der Vergabe von Aufträgen an die vom Bund und den Ländern im März 2001 gegründete FISCUS-GmbH verursacht werden.

FISCUS (Föderales Integriertes Standardisiertes Computer Unterstütztes Steuersystem) ist ein Gemeinschaftsprojekt auf der Basis eines Verwaltungsabkommens von 15 deutschen Länder und des Bundes mit dem Ziel, arbeitsteilig eine Neukonzeption und Neuentwicklung der Automationsunterstützung in der Steuerverwaltung durchzuführen.

Die Automationsunterstützung umfasst die den Steuerverwaltungen der Länder gesetzlich zugewiesenen Aufgaben, insbesondere alle Vorgänge des Besteuerungsverfahrens einschließlich der steuerlichen Nebenleistungen und des Strafsachen- und Bußgeldverfahrens in den Finanzämtern, Oberfinanzdirektionen und Obersten Finanzbehörden (ohne Haushalts- und Personalwesen).

**Zu 812 97**

	2005 1000 EUR
Geräte und Maschinen	9.172

**Einzelplan 04 Finanzministerium**  
**Kapitel 0406 Steuerverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>TGr. 98/99</b>		<b>Kosten der Informations- und Kommunikationstechniken</b> <i>Übertragbar.</i>	(-)	(20.701)	(19.635)	(+1.066)	(16.966)
511 99-3	061	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände <i>Vgl. D-Vermerk zu 518 96.</i>	-	5.365	4.557	+808	4.850
518 98-0	061	Ausgaben für die Anmietung von Software <i>Vgl. D-Vermerk zu 518 96.</i>	-	1.641	1.596	+45	1.334
518 99-8	061	Ausgaben für die Anmietung von Hardware <i>Vgl. D-Vermerk zu 518 96.</i>	-	-	-	-	-
525 98-6	061	Ausgaben für die Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch das Informatikzentrum Niedersachsen (izn) <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 427 61,453 61 und 525 61. Vgl. D-Vermerk zu 518 96.</i>	-	40	62	-22	54
525 99-4	061	Ausgaben für die Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch andere Dienstleister <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 427 61,453 61 und 525 61. Vgl. D-Vermerk zu 518 96.</i>	-	861	815	+46	508
538 98-0	061	Ausgaben für die Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (izn) <i>Vgl. D-Vermerk zu 518 96.</i>	-	9.264	9.865	-601	7.547
538 99-9	061	Ausgaben für die Dienstleistungen Anderer <i>Vgl. D-Vermerk zu 518 96.</i>	-	1.002	703	+299	695
812 99-3	061	Erwerb von Geräten, Programmen und Lizenzen zur Informationstechnik <i>Vgl. D-Vermerk zu 518 96.</i>	-	2.528	2.037	+491	1.977
<b>Abschluss Kapitel 0406</b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				76.489	79.876	-3.387	
2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				27.600	30.001	-2.401	
3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				-	5.652	-5.652	
<b>Summe der Einnahmen</b>				104.089	115.529	-11.440	
4 Personalausgaben			-	415.066	414.941	+125	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst			-	74.022	74.293	-271	
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			-	49	154	-105	
7 Baumaßnahmen			-	-	-	-	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen			-	16.204	23.795	-7.591	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			-	21.083	21.115	-32	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>			-	526.424	534.298	-7.874	
<b>Zuschuss</b>				422.335	418.769	+3.566	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Titelgruppe 98/99**

In dieser Titelgruppe – hinsichtlich des Projekts FISCUS in der TGr. 96/97 – werden die Ausgaben für die automatisierte Datenverarbeitung in der niedersächsischen Steuerverwaltung zusammengefasst.

Dazu zählen insbesondere  
die Kosten für die Produktionsstätte Hannover,  
die Kosten für das Print-Zentrum in Hannover und Lüneburg,  
die Kosten für den Betrieb und die Unterhaltung der ADV-Anlagen und Geräte in den Finanzämtern sowie in den Fachreferaten der Oberfinanzdirektion,  
die Kosten für die Leistungen des IZN,  
die Kosten für die Verbrauchsmaterialien, die im Rahmen der automatisierten Verfahren benötigt werden und  
die Kosten, die für IuK-Aus- und Fortbildung der Bediensteten entstehen.

Mit Hilfe der Datenverarbeitung werden die Finanzämter von den automatisierten Arbeiten auf den Gebieten der Steuerfestsetzung und der Steuererhebung im Interesse eines rationelleren Personaleinsatzes entlastet. Aus dem Bereich der Steuerfestsetzung werden die meisten Aufgaben im automatisierten Verfahren durchgeführt. Das Steuererhebungsverfahren, das ein ständiges Verbundnetz von Datenfernübertragungsleitungen zwischen Finanzämtern und dem Großrechner beim IZN voraussetzt, wird für sämtliche Finanzämter automatisiert durchgeführt.

Mittels eines Datenerfassungs- und Dialogsystems (VDV II-System) wird Computerleistung direkt am Arbeitsplatz verfügbar gemacht und die Auskunftsbereitschaft der Finanzämter verbessert.

**Zu 812 99**

	2005
	1000 EUR
Maschine und Geräte	2.528



## Allgemeine Vorbemerkungen zu Kapitel 0410

**Für das budgetierte Kapitel 0410 gelten folgende haushaltsrechtliche Vermerke:**

1. 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 429 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 525 10, 526 10, 527 10, 538 10 und 547 10 sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Die Ausgabe bei 422 10 erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 261 10.
3. 811 10 und 812 10 sind gegenseitig deckungsfähig.
4. 519 10, 811 10 und 812 10 sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 429 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 527 10, 538 10 und 547 10.
5. 811 10 und 812 10 sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 519 10.
6. Soweit die zusätzlichen Ausgabeermächtigungen zur Leistung von Personalausgaben in Anspruch genommen werden, darf in entsprechendem Umfang von der Stellenübersicht und dem Bedarfsnachweis sowie vom Beschäftigungsvolumen abgewichen werden. Verpflichtungen, die zu Ausgaben in künftigen Jahren führen können, dürfen nur eingegangen werden, soweit auch in diesen Jahren Mehreinnahmen zu deren Finanzierung sichergestellt sind. Soweit eine Einsparung bei den Personalausgaben umgesetzt wird, dürfen Planstellen und andere Stellen sowie das Beschäftigungsvolumen in entsprechender Höhe nicht in Anspruch genommen werden, das Finanzministerium darf im Fall eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses auf Antrag Ausnahmen zulassen.
7. Unter der Voraussetzung, dass das Finanzministerium - hinsichtlich Art, Menge sowie Kosten/Erlöse - die Erfüllung des Leistungsplans festgestellt hat, dürfen Ausgabereste in Höhe von zwei Dritteln der nicht in Anspruch genommenen Ausgabeermächtigungen nach Abzug gegebenenfalls noch offener Budgetüberschreitungen aus Vorjahren gebildet werden, die für das Budget über das Haushaltsjahr hinaus bis zum Ende des auf die Schlussbewilligung folgenden zweitnächsten Haushaltsjahres verfügbar bleiben und in Anspruch genommen werden dürfen.

**Einzelplan 04 Finanzministerium**  
**Kapitel 0410 Staatliches Baumanagement Niedersachsen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 10-5	016	Sonstige Verwaltungseinnahmen		151	151	—	—
124 10-9	016	Einnahmen aus Mieten und Pachten		20	20	—	—
129 10-0	016	Sonstige Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen		—	44.023	-44.023	—
132 10-1	016	Erlöse aus Veräußerung von beweglichen Sachen		20	20	—	—
261 10-6	016	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts und von Baunebenkosten durch den Bund, Dritte des Bundes, für Landesbauten und Dritte des Landes		118.286	65.869	+52.417	—
<b>AUSGABEN</b>							
422 10-0	016	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	—	78.547	81.884	-3.337	—
425 10-9	016	Vergütung der Angestellten	—	—	—	—	—
426 10-5	016	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 10-1	016	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	27	27	—	—
429 10-4	016	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	486	917	-431	—
459 10-0	016	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	98	104	-6	—
511 10-2	016	Geschäftsbedarf und Kommunikation, sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	1.872	852	+1.020	—
514 10-1	016	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dergleichen	—	348	56	+292	—
517 10-0	016	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	1.161	377	+784	—
518 10-7	016	Mieten und Pachten	—	751	150	+601	—
519 10-3	016	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	20	19	+1	—
525 10-3	016	Aus- und Fortbildung	—	252	157	+95	—
526 10-0	016	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	156	52	+104	—
527 10-6	016	Dienstreisen	—	737	179	+558	—
538 10-8	016	Ausgaben für Datenverarbeitung - Sonderfachleute -	—	653	669	-16	—
547 10-7	016	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	43.403	26.320	+17.083	—
681 10-5	016	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	12	12	—	—
811 10-6	016	Erwerb von Fahrzeugen	—	186	186	—	—
812 10-2	016	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	1.183	1.228	-45	—
981 10-9	990	Abführung an 1350 - 381 04 (Versorgung)	—	1.892	5.636	-3.744	—
981 11-7	990	Abführung an 1321 - 381 19 (Behördenhäuser)	—	422	—	+422	—
981 12-5	990	Abführung an 1401 - 381 10 (Verw.Kosten an LRH)	—	483	—	+483	—
981 13-3	990	Abführung an 1321 - 38104 (Nutzungsentgelt)	—	2.613	—	+2.613	—

---

**ERLÄUTERUNGEN**


---

**Zu Kapitel 0410****Erläuterungen (Allgemeiner Erläuterungsteil)****Rechts- und Organisationsgrundlagen**

Das Staatliche Baumanagement Niedersachsen (SBN) ist zuständig für die Hochbauaufgaben von Land und Bund. Die Bauausgaben sind in den Haushaltsplänen von Land und Bund bzw. in den Wirtschaftsplänen von Betrieben, Stiftungen oder ähnlichen Einrichtungen veranschlagt. Die Übertragung der Bauaufgaben des Bundes beruht auf dem Gesetz über die Finanzverwaltung (FVG) in der Fassung des Finanzanpassungsgesetzes (FAnpG) vom 30. August 1971 (BGBl S. 1426) zuletzt geändert durch Art. 15 des Gesetzes vom 22. April 2002 (BGBl.I S. 1310) in Verbindung mit dem Verwaltungsabkommen über die Erledigung von Bauaufgaben des Bundes vom 10.12./21.12.1993. Die Erstattung der Verwaltungsausgaben erfolgt gem. der Vereinbarung zwischen dem Bund und dem Land Niedersachsen vom 16.2./8.3.2001. Soweit darüber hinaus Baumaßnahmen Dritter aufgrund von Verpflichtungen des Bundes bzw. Landes wahrzunehmen sind, werden die dabei entstehenden Kosten dem Land erstattet.

**Verwaltungsaufbau und Budgetplan**

Das SBN umfasst die Oberfinanzdirektion Hannover (Landesbauabteilung) sowie 18 Bauämter. Dies sind folgende Dienststellen: Braunschweig I, Braunschweig II, Bückeburg, Celle, Elbe-Weser, Emden, Göttingen, Hannover I, Hannover II, Harz, Hildesheim, Lingen, Lüneburg, Mittelweser, Munster, Oldenburg, Osnabrück und Wilhelmshaven. Im Zuge einer Strukturreform ist vorgesehen, die v. g. Dienststellen bis 2007 auf 8 Bereiche zu reduzieren.

**Zielsetzung**

Ziel ist die Entwicklung zu einem modernen öffentlichen Dienstleister für die kompetente fachliche Betreuung bebauter und zu bebauender staatlicher Liegenschaften mit dem Anspruch der Vorbildfunktion des öffentlichen Bauherrn in baukultureller, ökonomischer und ökologischer Hinsicht.

**Erläuterungen zum Produkthaushalt nach §17a LHO****Budgetierungsmodell**

Die Budgetierung umfasst die Personal- und Sachkosten des SBN und erfolgt auf Grundlage der seit 1998 eingeführten Kosten-/Leistungsrechnung, der Personalbedarfsplanung sowie des operativen Controllings. Für das SBN wurden die nachstehenden Produktbereiche gebildet. Auf diese Produktbereiche werden die Leistungen der Beschäftigten verrechnet. Die Stückdefinition zu den Produkten ist wie folgt (100.000 EUR = 10 Stück, 1.000.000 EUR = 100 Stück):

- |   |   |
|---|---|
| 1. Gebäudemanagement:                             | Neubauwerteinheiten (Neubauwert/ 10.000 EUR)    |
| 2. Bauunterhaltung:                               | 1 Stück (10.000 EUR)                            |
| 3. Bauverwaltung:                                 | Gutachten, Zuwendungsprüfungen in Fällen        |
| 4. Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbaumaßnahmen: | 1 Stück (10.000 EUR)                            |
| 5. Große Neu-, Um- und Erweiterungsbaumaßnahmen:  | 1 Stück (10.000 EUR)                            |
| 6. Sonderaufgaben:                                | keine Stückzahl, Darstellung in tausend Stunden |

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0410  
Zielkosten der Produkte und des Verwaltungsbereichs

Produkte	Leistungsmenge	Zielkosten	Gesamtzielkosten	Leistungsmenge	Zielkosten	Leistungsmenge	Ist-Kosten
	-Stück-(Soll) 2005	-EUR-(Soll) 2005	-EUR-(Soll) 2005	-Stück-(Soll) 2004	-EUR-(Soll) 2004	-Stück-(Ist) 2003	-EUR-(Ist) 2003
Gebäudemanagement (in NBW-Einheiten)	202.792	42,02	8.520.336	202.424	40,00	-	-
Bauunterhaltung (in Stück)	16.597	2.221,14	36.863.745	17.211	2.010,00	-	-
Bauverwaltung (in Fällen)	1.600	1.283,07	2.052.904	1.818	1.150,00	-	-
Kleine NUE (in Stück)	8.903	3.723,88	33.153.677	12.581	1.940,00	-	-
Große NUE (in Stück)	20.659	2.305,30	47.624.049	25.095	2.010,00	-	-
Sonderaufgaben (in Tsd. Stunden)	133	57,45	7.658.289	250	29,90	-	-
<b>Gesamtsumme</b>			<b>135.873.000</b>				

Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag

	Gesamtzielkosten	Eigenerlöse		Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalts
	-EUR-(Soll) 2005	-EUR-(Soll) 2005		-EUR-(Soll) 2005
		BUND	LAND	
Gebäudemanagement (in NBW-Einheiten)	8.520.336	5.400.000	-	3.120.336
Bauunterhaltung (in Stück)	36.863.745	16.400.000	6.477.000	13.986.745
Bauverwaltung (in Fällen)	2.052.904	2.000.000	-	52.904
Kleine NUE (in Stück)	33.153.677	21.000.000	12.000.000	153.677
Große NUE (in Stück)	47.624.049	27.600.000	20.000.000	24.049
Sonderaufgaben (in Tsd. Stunden)	7.658.289	7.600.000	-	58.289
<b>Produktsumme</b>	<b>135.873.000</b>	<b>118.477.000</b>		<b>17.396.000</b>
Haushaltsausgleich				
<b>Gesamtsumme</b>	<b>135.873.000</b>	<b>118.477.000</b>		<b>17.396.000</b>

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0410

Überleitungsrechnung Bereichshaushalt (Produkte)		Tsd. EUR	Einnahmen (0-3)					Ausgaben (4-9)					HH- Abgl.	
			0	1	2	3	4	5	6	7	8	9		
+	Verwaltungserträge	118.326		40	118.286									
+	Erträge aus Erstattungen													
+/-	Bestandsveränderungen													
+	sonstige betriebliche Erträge	151		151										
=	<b>Erträge</b>	118.477												
-	Aufwendungen für Dienstbezüge von Beamten, Angestellten und Arbeitern	80.952						79.060					1.892	
-	Versorgung, Beihilfe, ATZ-Kosten													
-	sonstige Personalaufwendungen	98						98						
=	<b>Personalaufwendungen</b>	81.050												
-	Büro- und Verwaltungsaufwendungen, Aus- und Weiterbildung	600						600						
-	Aufwendungen Kommunikation und Reisen	737						737						
-	Aufwendungen für Mieten, Material sowie für Betriebs- und Instandhaltung	6.839						3.804					3.035	
-	Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter	44.695						44.212					483	
-	Erstattungen u. sonstige Aufwendungen	12								12				
-	Abschreibungen	571												
=	<b>Sachaufwendungen</b>	53.454												
=	<b>Aufwendungen</b>	134.504												
=	<b>Ergebnis nach eigenen Erträgen</b>	16.027												
+	Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt	17.396												
=	<b>Ergebnis nach Landeszuschuss</b>	1.369												
+	Erträge aus Beteiligungen, Zinsen und ähnlichen Erträgen													
+	Aufwendungen aus Zinsen und ähnlichen Aufwendungen													
=	<b>Finanzergebnis</b>													
+	außerordentliche Erträge													
-	außerordentliche Aufwendungen													
+/-	Haushaltsausgleich													
=	<b>außerordentliches Ergebnis</b>													
=	<b>neutrales Ergebnis</b>													
=	<b>Gesamtergebnis</b>	1.369												
-	Investitionen der Hauptgruppe 5													
-	Investitionen der Hauptgruppe 8	1.369											1.369	
=	<b>Einnahmen und Ausgaben des Budgets</b>													
+/-	Einnahmen und Ausgaben außerhalb des Budgets													
=	<b>Kapitelsumme</b>		191	118.286	0	79.158	49.353	12	0	1.369	5.410			

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0410**

**Erläuterungen zu Titeln, Produkten und Bewirtschaftungsregeln**

Zu HGr. 4

**Beschäftigungsvolumen (in VZE):**

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
1520,25	1598,88	745,54

**Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen**

Anteil des Produktbereiches an den Gesamtkosten in %	Personalbestand in Vollzeitkräften (VZ)		Bauausgaben in Mio. EUR	
	2003		2003	
Gebäudemanagement	8,4	2002	1.575,64	532,7
Bauunterhaltung	29,9	2003	1.452,60	523,2
Bauverwaltung	2,5			
Kleine NUE	20,5			
Große NUE	29,9			
Sonderaufgaben	8,8			

**Zu 124 10**

	2005 1000 EUR
Amts- und Dienstwohnungen	7
Mietwohnungen und Einzelwohnräume	3
Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	1
Sonstige Mieten und Pachten	9
Zusammen	20

**Zu 132 10**

Veranschlagt sind die Erlöse aus dem Verkauf auszusondernder Kraftfahrzeuge (s. Tit. 811 10).

**Zu 261 10**

	2005 1000 EUR
Erstattung von Verwaltungskosten vom Bund gemäß Vereinbarung vom 16.2./8.3.2001	80.000
Braunschweigischer Vereinigter Kloster- und Studienfonds gem. der Vereinbarung vom 21.1./31.5.1976	50
Baunebenkosten für Hochbauten an den BAB und Bundesfernstraßen	70
Unterhaltungsbetreuung für Bauten von Landesbetrieben	5.000
Baunebenkosten durch Dritte	1.166
Baunebenkosten für kleine und große NUE des Landes	32.000
Zusammen	118.286

**Zu 422 10**

Beschäftigungsvolumen in Vollezeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
1520,25	1598,88	745,54

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
78.547	81.884	43.223

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

ERLÄUTERUNGEN

**Noch zu 422 10**

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	-
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	-
- Sonstige Veränderungen	-

Summe Zugänge -

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	1
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	-
- Sonstige Veränderungen	77,63

Summe Abgänge 78,63

Bleibt Abgang 78,63

**Zu 427 10**

	2005 1000 EUR
Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aus- hilfskräfte	19
Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	8
Zusammen	27

a) zu Lehrvergütungen:

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte, Richter und Angestellte des Landes richtet sich nach den auf Grund des Runderlasses des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils geltenden Fassung erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

b) zu Prüfungsvergütungen:

Die Höhe der Prüfungsvergütung bemisst sich nach den vom MF erlassenen Richtlinien über die Vergütung von Prüfungstätigkeiten im Bereich der nieders. Landesverwaltung vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 666) in der jeweils geltenden Fassung.

25 v.H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

**Zu 459 10**

Sonstige personalbezogene Ausgaben, insbesondere Trennungsent-  
schädigungen und Umzugskostenvergütungen.

**Zu 511 10**

	2005 1000 EUR
Allgemein – Büro- und Kanzleibedarf	1.284
Bücher und Zeitschriften	186
Post- und Fernmeldegebühren	229
Büromaschinen, Wartungsgebühren usw.	115
EDV-Anlagen - allgemein	58
Zusammen	1.872

**Zu 514 10**

**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1.1.2004	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Dienstkraftfahr- zeuge	86	86	85

**Zu 517 10**

	2005 1000 EUR
Wassergeld	106
Grundbesitzabgaben	60
Sonstige Hauswirtschaftskosten	36
Reinigungskosten	541
Heizung, Beleuchtung u. elektrische Kraft	418
Zusammen	1.161

**Zu 518 10**

	2005 1000 EUR
Diensträume und Gebäude	571
Maschinen, Geräte u. Fahrzeuge	180
Zusammen	751

**Zu 525 10**

	2005 1000 EUR
Ausbildungslehrgänge, Laufbahnprüfungen	7
Fortbildungsveranstaltungen	131
Fachtagungen u. -veranstaltungen	61
Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Kräfte; Um- schulung von Hilfskräften	1
EDV-Schulungen über das IZN	52
Zusammen	252

**Zu 526 10**

	2005 1000 EUR
Sachverständige	6
(Amts-)ärztl. u. Röntgenschirmbilduntersuchungen	9
Gerichts- u. sonstige Kosten	138
Kosten des Rechtsschutzes	3
Zusammen	156

**Zu 527 10**

	2005 1000 EUR
Reisekosten allgemein	627
Wegstreckenentschädigungen	52
Reisekostenvergütungen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	58
Zusammen	737

**Zu 547 10**

	2005 1000 EUR
Vergabekammer	8
Ausgaben für Datenverarbeitung –allgemein-	657
Freiberuflich Tätige bei kleinen u. großen NUE des Bundes	24.413
Freiberuflich Tätige bei kleinen und großen NUE des Landes	12.000
Freiberuflich Tätige bei Dritten des Landes und des Bundes	1.475
Freiberuflich Tätige bei Bauunterhaltung Bund und Land	4.850
Zusammen	43.403



**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 811 10**

	2005 1000 EUR
Ersatzbeschaffungen:	
11 Pkw	186

An Sonderausstattung ist vorgesehen:

Radio, Fahrersitz mit Lordosstütze, Nebelscheinwerfer, Automatikgetriebe, Klimaanlage, Standheizung, Handyvorbereitung mit Freisprechanlage, Zentralverriegelung mit Funkfernbedienung, elektrische Fensterheber, Diebstahlalarmanlage

**Zu 812 10**

	2005 1000 EUR
Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	123
Erwerb von EDV-Anlagen (über IZN)	700
Erwerb von EDV-Anlagen	360
Zusammen	1.183

**Einzelplan 04 Finanzministerium**  
**Kapitel 0410 Staatliches Baumanagement Niedersachsen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 0410</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		191	44.214	-44.023	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		118.286	65.869	+52.417	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		118.477	110.083	+8.394	
		4 Personalausgaben	—	79.158	82.932	-3.774	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	49.353	28.831	+20.522	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	12	12	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	1.369	1.414	-45	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	5.410	5.636	-226	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	135.302	118.825	+16.477	
		<b>Zuschuss</b>		16.825	8.742	+8.083	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---



## Allgemeine Vorbemerkungen zu Kapitel 0420

### Für das budgetierte Kapitel 0420 gelten folgende haushaltsrechtliche Vermerke:

1. 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 429 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 526 10, 532 10, 538 10, 547 10, 632 10, 636 10 und 676 10 sind gegenseitig deckungsfähig.
2. 811 10 und 812 10 sind gegenseitig deckungsfähig.
3. 519 10, 811 10 und 812 10 sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 429 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 526 10, 529 10, 532 10, 538 10, 547 10, 632 10, 636 10, und 676 10.
4. 811 10 und 812 10 sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 519 10.
5. 981 10 ist einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 429 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 526 10, 529 10, 532 10, 538 10, 547 10, 632 10, 636 10, und 676 10.
6. Die Ausgaben bei 811 10 und 812 10 erhöhen sich um die Mehreinnahmen bei 111 10, 119 10, 261 10 und 261 11.
7. Die Ausgaben bei 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 429 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 526 10, 529 10, 532 10, 538 10, 547 10, 632 10, 636 10, 676 10 und 981 10 erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen 111 10, 119 10, 261 10 und 261 11.
8. Soweit die zusätzlichen Ausgabeermächtigungen zur Leistung von Personalausgaben in Anspruch genommen werden, darf in entsprechendem Umfang von der Stellenübersicht und dem Bedarfsnachweis sowie vom Beschäftigungsvolumen abgewichen werden. Verpflichtungen, die zu Ausgaben in künftigen Jahren führen können, dürfen nur eingegangen werden, soweit auch in diesen Jahren Mehreinnahmen zu deren Finanzierung sichergestellt sind. Soweit eine Einsparung bei den Personalausgaben umgesetzt wird, dürfen Planstellen und andere Stellen sowie das Beschäftigungsvolumen in entsprechender Höhe nicht in Anspruch genommen werden, das Finanzministerium darf im Fall eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses auf Antrag Ausnahmen zulassen.
9. Unter der Voraussetzung, dass das Finanzministerium - hinsichtlich Art, Menge sowie Kosten/Erlöse im Einvernehmen mit dem Finanzministerium die Erfüllung des Leistungsplans festgestellt hat, dürfen Ausgabereste in Höhe von zwei Dritteln der nicht in Anspruch genommenen Ausgabeermächtigungen nach Abzug gegebenenfalls noch offener Budgetüberschreitungen aus Vorjahren gebildet werden, die für das Budget über das Haushaltsjahr hinaus bis zum Ende des auf die Schlussbewilligung folgenden zweitnächsten Haushaltsjahres verfügbar bleiben und in Anspruch genommen werden dürfen.

**Einzelplan 04 Finanzministerium**  
**Kapitel 0420 Landesamt für Bezüge und Versorgung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
111 10-7	012	Gebühren und sonstige Entgelte		1	1	—	-16
119 10-8	012	Sonstige Verwaltungseinnahmen		65	160	-95	147
129 10-3	012	Einnahmen außerhalb der laufenden Geschäfte		102	7	+95	5
261 10-9	012	Erstattungen aus dem öffentlichen Bereich		3.937	3.843	+94	—
261 11-7	012	Erstattungen aus dem öffentlichen Bereich von Neukunden		923	1	+922	—
381 10-4	990	Zuführung von 0512-981 12		5	5	—	—
<b>AUSGABEN</b>							
422 10-2	012	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets <i>Übertragbar.</i>	—	37.946	38.821	-875	12.553
425 10-1	012	Vergütungen der Angestellten <i>Übertragbar.</i>	—	—	—	—	27.687
426 10-8	012	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter <i>Übertragbar.</i>	—	—	—	—	724
427 10-4	012	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige <i>Übertragbar.</i>	—	—	—	—	1
429 10-7	012	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	426	572	-146	—
459 10-3	012	Sonstige personalbezogene Ausgaben <i>Übertragbar.</i>	—	—	—	—	—
511 10-5	012	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände <i>Übertragbar.</i>	—	2.454	2.441	+13	1.631
514 10-4	012	Haltung von Dienstfahrzeugen <i>Übertragbar.</i>	—	13	13	—	47
517 10-3	012	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Übertragbar.</i>	—	510	510	—	502
518 10-0	012	Mieten und Pachten <i>Übertragbar.</i>	—	900	1.603	-703	816
519 10-6	012	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen <i>Übertragbar.</i>	—	21	21	—	43
526 10-2	012	Sachverständige: Gerichts- und ähnliche Kosten <i>Übertragbar.</i>	—	125	125	—	42
529 10-1	012	Verfügungsmittel <i>Übertragbar.</i>	—	—	—	—	1
532 10-2	216	Verfahrenskosten <i>Übertragbar.</i>	—	78	78	—	52
538 10-0	012	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte) <i>Übertragbar.</i>	—	7.011	5.614	+1.397	4.885
547 10-0	012	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben <i>Übertragbar.</i>	—	199	209	-10	48
632 10-7	216	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an andere Länder <i>Übertragbar.</i>	—	6	6	—	5

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Kapitel 0420****Erläuterungen (Allgemeiner Erläuterungsteil)****Rechts- und Organisationsgrundlagen**

Erlass über die Organisation des Niedersächsischen Landesamtes für Bezüge und Versorgung (NLBV), Leitbild des NLBV, Erlasse zur Übertragung der Vollstreckungsaufgaben und die Bearbeitung der Heilfürsorge.

**Verwaltungsaufbau und Budgetplan**

Das NLBV ist eine selbständige obere Landesbehörde mit dezentralen Standorten in Aurich, Braunschweig, Hannover und Lüneburg. Die Berechnung und Auszahlung der Bezüge und des Kindergeldes für die niedersächsische Landesverwaltung folgt grundsätzlich dem Regionalprinzip und wird in entsprechenden Dezernaten der Standorte wahrgenommen. Die Versorgung, Beihilfen für Versorgungsempfänger, die Heilfürsorge und die Wiedergutmachung nach dem Bundesentschädigungsgesetz werden zentral am Standort Hannover bearbeitet. Beihilfeleistungen und die Vollstreckung sind am Standort Aurich konzentriert.

**Zielsetzung**

Das NLBV versteht sich als moderner Dienstleister für die niedersächsische Landesverwaltung und zunehmend auch für Kunden, die nicht der unmittelbaren Landesverwaltung angehören. Diesem Selbstverständnis wird u.a. durch den Einsatz neuester Technik, durch Team- und Projektarbeit und durch den Abschluss von Zielvereinbarungen entsprochen. Vorrangiges Ziel ist die stetige Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und der Kundenorientierung, um sich als attraktiver Partner für die Dienstleistungsnehmer zu empfehlen. Hierzu gehört u.a. den begonnenen Veränderungsprozess zielstrebig fortzusetzen, das NLBV weiter zu einer ziel- und ergebnisorientierten Verwaltung auszubauen, die strategischen Ziele weiterzuentwickeln und die begonnene Neukundengewinnung voranzutreiben.

**Erläuterungen zum Produkthaushalt nach §17a LHO****Budgetierungsmodell**

Für das Bereichsbudget wird jedes Produkt separat kalkuliert. Für den Finanzierungsbeitrag der Produkte Bezüge, Versorgung und Wiedergutmachung wird ein jährlicher Durchschnittspreis je Zahlfall zu Grunde gelegt. Das Produkt Bezüge beinhaltet die Berechnung und Zahlbarmachung der Besoldung, der Vergütung, der Löhne und des Kindergeldes einschl. Trennungsgeld und Umzugskosten. Für die Produkte Fürsorgeleistungen und Vollstreckung liegen dem Finanzierungsbeitrag die durchschnittlichen Kosten der Bearbeitung eines Antrages bzw. eines Vollstreckungsauftrages zu Grunde. Darüber obliegt dem NLBV als "Sonstige Aufgabe" federführend die Einführung eines landeseinheitlichen Personalmanagementverfahrens.

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0420**

**Zielkosten der Produkte und des Verwaltungsbereichs**

Produkte	Leistungsmenge	Zielkosten	Gesamtzielkosten	Leistungsmenge	Zielkosten	Leistungsmenge	Ist-Kosten
	-Stück-(Soll) 2005	-EUR-(Soll) 2005	-EUR-(Soll) 2005	-Stück-(Soll) 2004	-EUR-(Soll) 2004	-Stück-(Ist) 2003	-EUR-(Ist) 2003
Bezüge	236.043	128	30.142.818	236.043	133	236.043	132
Versorgung	74.625	122	9.115.282	74.625	127	74.625	127
Fürsorgeleistungen	650.265	20	12.911.716	650.265	21	650.265	21
Vollstreckung	60.000	47	2.796.740	60.000	49	60.000	45
Wiedergutmachung	3.490	296	1.034.123	3.490	309	3.490	270
Sonstige Aufgabe: PMV	1	677.787	677.787	1	710.990	1	2.450.105
<b>Gesamtsumme</b>			56.678.466				

**Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag**

	Gesamtzielkosten	Eigenerlöse	Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalts
	-EUR-(Soll) 2005	-EUR-(Soll) 2005	-EUR-(Soll) 2005
Bezüge	30.142.818	4.425.000	25.717.818
Versorgung	9.115.282	53.000	9.062.282
Fürsorgeleistungen	12.911.716	382.000	12.529.716
Vollstreckung	2.796.740		2.796.740
Wiedergutmachung	1.034.123		1.034.123
Sonstige Aufgaben			
davon Amtshilfe			
davon landesweite Projektarbeit: PMV	677.787		677.787
davon Bewirtschaftung von Transfermitteln			
Sonstige Eigenerlöse		173.000	
<b>Produktsumme</b>	<b>56.678.466</b>	<b>5.033.000</b>	<b>51.645.466</b>
Haushaltsausgleich			
<b>Gesamtsumme</b>	<b>56.678.466</b>	<b>5.033.000</b>	<b>51.645.466</b>

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0420

Überleitungsrechnung		Einnahmen (0-3)					Ausgaben (4-9)					HH- Abgl.
Bereichshaushalt (Produkte)	Tsd. EUR	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	
+	Verwaltungserträge	168	168									
+	Erträge aus Erstattungen	4.865		4.860	5							
+/-	Bestandsveränderungen											
+	sonstige betriebliche Erträge											
=	<b>Erträge</b>	<b>5.033</b>										
-	Aufwendungen für Dienstbezüge von Beamten, Angestellten und Arbeitern	38.084				38.084						
-	Versorgung, Beihilfe, ATZ-Kosten	4.535										4.535
-	sonstige Personalaufwendungen											
=	<b>Personalaufwendungen</b>	<b>42.619</b>										
-	Büro- und Verwaltungsaufwendungen, Aus- und Weiterbildung	648					648					
-	Aufwendungen Kommunikation und Reisen	1.333					1.333					
-	Aufwendungen für Mieten, Material sowie für Betriebs- und Instandhaltung	2.405					1.117			1.288		
-	Aufwendungen für Dienstleistungen	7.496					7.496					
-	Erstattungen u. sonstige Aufwendungen	792					193	17				582
-	Abschreibungen	1.385										1.385
=	<b>Sachaufwendungen</b>	<b>14.059</b>										
=	<b>Aufwendungen</b>	<b>56.678</b>										
=	<b>Ergebnis nach eigenen Erträgen</b>	<b>51.645</b>										
+	Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt	51.645										
=	<b>Ergebnis nach Landeszuschuss</b>	<b>0</b>										
+	Erträge aus Beteiligungen, Zinsen und ähnlichen Erträgen	0										
+	Aufwendungen aus Zinsen und ähnlichen Aufwendungen	0										
=	<b>Finanzergebnis</b>	<b>0</b>										
+	außerordentliche Erträge	0										
-	außerordentliche Aufwendungen	0										
+/-	Haushaltsausgleich	0										
=	<b>außerordentliches Ergebnis</b>	<b>0</b>										
=	<b>neutrales Ergebnis</b>	<b>0</b>										
=	<b>Gesamtergebnis</b>	<b>0</b>										
-	Investitionen der Hauptgruppe 5						496					
-	Investitionen der Hauptgruppe 8									73		
=	<b>Einnahmen und Ausgaben des Budgets</b>	<b>0</b>	<b>168</b>	<b>4.860</b>	<b>5</b>	<b>38.084</b>	<b>11.283</b>	<b>17</b>	<b>0</b>	<b>73</b>	<b>1.288</b>	
+/-	Einnahmen und Ausgaben außerhalb des Budgets						15					15
=	<b>Kapitelsumme</b>	<b>0</b>	<b>168</b>	<b>4.860</b>	<b>5</b>	<b>38.084</b>	<b>11.298</b>	<b>17</b>	<b>0</b>	<b>73</b>	<b>1.288</b>	



**ERLÄUTERUNGEN**

Noch zu Kapitel 0420

**Erläuterungen zu Titeln, Produkten und Bewirtschaftungsregeln**

Zu HGr. 4

**Beschäftigungsvolumen (in VZE):**

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
927,31	973,57	991,29

**Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen**

Die im Zuge der Verwaltungsmodernisierung übertragene Aufgabe Lastenausgleich ist nicht in der Überleitungsrechnung aufgeführt und somit auch nicht über die Produktkosten und den Leistungsplan nachgewiesen, sondern lediglich beim Gesamtansatz berücksichtigt worden.

Das NLBV verfügt über ein Kennzahlensystem, mit dem für die Produkte Bezüge, Versorgung, Fürsorgeleistungen und Wiedergutmachung die Fallzahlen spezifiziert und die Kosten pro Produkt ausgewiesen werden.

Beispiel für verwendete Kennzahlen (Zahlen anhand der Fürsorgeleistungen aus der Tabelle "Zielkosten der Produkte und des Verwaltungsbereichs"):

Gesamtzielkosten je Produkt ./ Gesamtfallzahl bzw. Gesamtantragsaufkommen = Stückkosten je Produkt

Produkt Fürsorgeleistungen mit Gesamtzielkosten von 12.911.716 ./ Leistungsmenge 650.265 Anträge = 20 Euro Zielkosten

Beispiel für weitere Kennzahlen: eingesetzte MitarbeiterIn je Produkt; Stückzahl je MitarbeiterIn

**Zu 422 10**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
927,31	973,57	991,29

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
37.946	38.821	41.065

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	13,07
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	--
- Sonstige Veränderungen	--
Summe Zugänge	13,07

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich	1,33
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	--
- Sonstige Veränderungen	58
Summe Abgänge	59,33

Bleibt Abgang 46,26

**Zu 429 10**

Der Titelsatz bei 429 10 enthält Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst in Höhe von 102.000 EUR, Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten in Höhe von 200.000 EUR, Mehrarbeitsvergütungen und Überstundenvergütungen in Höhe von 29.000 EUR, Beschäftigungsentgelte für Aushilfs- und Vertretungskräfte in Höhe von 77.000 EUR und Trennungsgeld- und Umzugskostenvergütungen in Höhe von 18.000 EUR.

**Einzelplan 04 Finanzministerium**  
**Kapitel 0420 Landesamt für Bezüge und Versorgung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004		
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
636 10-2	216	Erstattung von Verwaltungsausgaben an die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung nach § 227 b Abs. 1 BEG <i>Übertragbar.</i>	—	1	1	—	0
676 10-4	216	Erstattung von Verwaltungsausgaben an ausländische Dienststellen, die bei der Wiedergutmachung mitwirken <i>Übertragbar.</i>	—	10	10	—	4
811 10-9	012	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	23	23	—	19
812 10-5	012	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	65	50	517	-467	10
981 10-1	990	Abführung an 13 21 - 381 04 <i>Übertragbar.</i>	—	1.288	1.367	-79	1.342
<b>Abschluss Kapitel 0420</b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				168	168	—	
2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				4.860	3.844	+1.016	
3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				5	5	—	
<b>Summe der Einnahmen</b>				5.033	4.017	+1.016	
4 Personalausgaben			—	38.372	39.393	-1.021	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst			—	11.311	10.614	+697	
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			—	17	17	—	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen			65	73	540	-467	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	1.288	1.367	-79	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>			65	51.061	51.931	-870	
<b>Zuschuss</b>			—	46.028	47.914	-1.886	

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 811 10**

	2005 1000 EUR
Ersatzbeschaffung: 1 LT mit geregelter Katalysator	23

An Sonderausstattungen sind vorgesehen:  
Radio, Fahrer-/Beifahrerairbag, Trennwand, Rahmen-  
Kopfstützen vorn, Innenleuchten für den Laderaum

**Zu 812 10**

	2005 1000 EUR
GUI-Application-Server (KIDICAP)	50

**Serverersatzbeschaffungen (allgemeine EDV):**

**Belastung (2005)**

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamt belastung in 1000 EUR
2005	–	–	–	–
2006	–	–	65	65
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	–	65	65

**Einzelplan 04 Finanzministerium**  
**Kapitel 0440 Landesliegenschaftsfonds Niedersachsen – Fondsverwaltung –**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
111 01-3	061	Gebühren und tarifliche Entgelte		–	1	-1	0
119 01-4	061	Vermischte Einnahmen		18	1	+17	12
119 41-3	061	Rückzahlung von Überzahlungen		1	1	–	5
<b>AUSGABEN</b>							
422 01-9	061	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	–	2.167	1.853	+314	1.363
425 01-8	061	Vergütungen der Angestellten	–	–	–	–	616
426 01-4	061	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	–	–	–	–	–
441 01-3	061	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	–	98	96	+2	–
441 02-1	061	Beihilfen für Angestellte	–	6	6	–	–
453 01-1	061	Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung	–	–	–	–	–
511 01-1	061	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 511 01, 517 01, 518 01, 519 01, 525 01, 526 01, 526 02, 527 01, 531 10, 531 11, 541 10, 546 01, 546 03 und 547 01.</i>	–	49	43	+6	–
517 01-0	061	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	–	–	6	-6	–
518 01-6	061	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	–	–	–	–	–
519 01-2	061	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	–	4	14	-10	1
525 01-2	061	Aus- und Fortbildung der Bediensteten <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	–	66	73	-7	12
526 01-9	061	Sachverständige <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	–	2	–	+2	–
526 02-7	061	Gerichts- und ähnliche Kosten <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	–	–	–	–	–
527 01-5	061	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	–	25	20	+5	–
531 10-1	061	Ausgaben für Veröffentlichungen und Dokumentationen <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i> <i>*** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.</i>	–	71	71	–	–
531 11-0	061	Ausgaben für die Veröffentlichung des jährlichen Landesliegenschaftsberichtes <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i> <i>*** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.</i>	–	10	10	–	–
541 10-7	061	Ausgaben für Ausstellungen und Messen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	–	–	35	-35	–

**ERLÄUTERUNGEN**

**Allgemeine Erläuterung zum Kapitel 04 40**

Der Niedersächsische Landtag hat am 22. 6. 2000 mit der Novellierung der LHO auch § 64 LHO geändert und die Errichtung des Sondervermögens "Liegenschaftsfonds Niedersachsen" (LFN) beschlossen. Die Änderungen sind zum 1. 1. 2001 in Kraft getreten. Die Verwaltung des LFN obliegt gemäß § 64 LHO dem MF. Die Wahrnehmung der Aufgaben erfolgt durch eine dezentral organisierte Verwaltungseinheit "Landesliegenschaftsfonds Niedersachsen – Fondsverwaltung" mit Standorten in Hannover (einschl. Querschnittsaufgaben der Fondsverwaltung), Braunschweig, Göttingen, Lüneburg, Oldenburg bzw. Osnabrück.

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteneinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
46,10	45,75	41,36

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
2.167	1.853	1.933

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	5,68
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	-
- Sonstige Veränderungen	-
	-----
Summe Zugänge	5,68

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	-
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	-
- Sonstige Veränderungen	5,33
	-----
Summe Abgänge	5,33

Bleibt Zugang 0,35

**Zu 525 01**

	2005 1000 EUR
1. Ausbildungslehrgänge	--
2. Fortbildungsveranstaltungen	60
3. Fachtagungen u.ä. Veranstaltungen	6
Zusammen	66

**Einzelplan 04 Finanzministerium**  
**Kapitel 0440 Landesliegenschaftsfonds Niedersachsen – Fondsverwaltung –**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004		
			2004	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			1000 EUR				
546 01-0	061	Vermischte Ausgaben <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	—	—	—	—
546 03-6	061	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	—	16	-16	—
547 01-6	061	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	13	3	+10	8
812 01-1	061	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	4	10	-6	68
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 98/99</b>		<b>Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik</b> <i>Übertragbar.</i>	(—)	(550)	(322)	(+228)	(318)
511 99-2	061	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	36	1	+35	10
518 98-9	061	Ausgaben für die Anmietung von Software	—	12	—	+12	—
525 98-5	061	Aus- und Fortbildung durch das IZN	—	11	—	+11	—
525 99-3	061	Aus- und Fortbildung durch andere Dienstleister	—	8	3	+5	24
538 98-0	061	Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (IZN)	—	86	—	+86	38
538 99-8	061	Dienstleistungen Anderer	—	244	98	+146	246
812 98-4	061	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	153	220	-67	—
<b>Abschluss Kapitel 0440</b>							
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		19	—	+19	
<b>Summe der Einnahmen</b>				19	—	+19	
		4 Personalausgaben	—	2.271	—	+2.271	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	637	—	+637	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	157	—	+157	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>			—	3.065	—	+3.065	
<b>Zuschuss</b>				3.046		+3.046	

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 812 01**

	2005 1000 EUR
Erstbeschaffungen:	
1. Ausstattung Besprechungsraum	2
2. Ausstattung Bücherei	2
Zusammen	4

**Zu Titelgruppe 98/99**

Zusammenfassung der Ausgaben für Informations- und Kommunikationstechnik im Zusammenhang mit der Verwaltung des Sondervermögens Landesliegenschaftsfonds (LFN).

**Zu 538 98**

Kosten des laufenden Betriebes für - durch das IZN erbrachte - Leistungen; insbesondere Betreuung der Hard- und Software und Nutzung des Call-, Competence-, Unix-Service- und Outputcenters. Ferner unterstützende Leistungen im Zusammenhang mit der Auswahl bzw. Weiterentwicklung liegenschaftsbezogener Spezialsoftware.

**Zu 538 99**

Kosten für Pflege- und Wartungsverträge (Software und Datenbanken) und Aufwendungen für Verfahrensanpassungen insbesondere für das Management- und Auskunftssystem für Gebäude und Liegenschaften des Landes Niedersachsen (MAGELLAN). Ferner unterstützende Leistungen im Zusammenhang mit der Auswahl bzw. Weiterentwicklung liegenschaftsbezogener Spezialsoftware.

**Zu 812 98**

Ergänzungsbeschaffungen von Hardware u.a. im Zusammenhang mit der Teilnahme an den Projekten SOLUM STAR (elektronisches Grundbuch) bzw. INTER ASL (Abruf von digitalen Karten und Plänen der Katasterverwaltung) sowie von Standard- und Spezialsoftware für den laufenden Betrieb. Programmierungskosten für die Weiterentwicklung von MAGELLAN bzw. Kauf zusätzlicher Spezialsoftware für neue Aufgaben der Liegenschaftsverwaltung.

Einzelplan 04 Finanzministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Gesamtabschluss Einzelplan 04</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		77.372	124.705	-47.333	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		150.746	99.714	+51.032	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		5	5.657	-5.652	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		228.123	230.076	-1.953	
		4 Personalausgaben	— 5.000	570.638	574.102	-3.464	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.900	157.705	136.689	+21.016	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	358	471	-113	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	65	20.696	28.198	-7.502	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	17.348	26.162	-8.814	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	1.965 5.000	766.745	765.622	+1.123	
		<b>Zuschuss</b>		538.622	535.546	+3.076	

# **Einzelplan 04**

**Finanzministerium**

---

## **Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise**

**für das**

**Haushaltsjahr 2005**

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke	
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2005	2004		
<b>Planmäßige Beamte/-innen<sup>13)</sup></b>			*) Allgemeiner Haushaltsvermerk: 3 Stellen kw bei verschiedenen Besoldungs-, Vergütungs- und Lohngruppen ab dem 1. 1. 2009 infolge ZV II. 1) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO. 2) kw. 3) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zu Bes.-Gr. B 9 LBesO. 4) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO. 6) Davon 1 kw nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen. 11) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2006 infolge ZV I. 12) Davon darf 1 Planstelle (in Höhe von 100 v.H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden. 13) Bei Bedarf können die Planstellen bei Kapitel 04 01, 04 06, 04 10 und 04 20 mit vorheriger Zustimmung des Ressorts MF vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden. Dies darf nicht zu einer kapitelübergreifenden Inanspruchnahme von Beschäftigungsvolumen und Personalkostenbudget führen.	
Feste Gehälter:				
B 9 <sup>3)</sup>	1	1		Staatssekretär/-in
B 6	4	4		Ministerialdirigent/-in
B 3	5	5		Leitende(r) Ministerialrat/-rätin
B 2 <sup>6)</sup>	15	15		Ministerialrat/-rätin
Aufsteigende Gehälter:				
A 16 <sup>12)</sup>	13	14		Ministerialrat/-rätin
A 15	21	20		Direktor/-in
A 14	10	10		Oberrat/-rätin
A 13	1	1		Rat/Rätin
A 13	59	59		Oberamtsrat/-rätin
A 12	45	43		Amtsrat/-rätin
A 11 <sup>11)</sup>	27	24		Amtmann/-männin/-frau
A 10	1	—		Oberinspektor/-in
A 9 <sup>4)</sup>	15	13		Amtsinspektor/-in
A 9	3	3		Amtsinspektor/-in
A 8	3	3		Hauptsekretär/-in
A 6	1	1		Oberamtsmeister/-in
	<u>224</u>	<u>216</u>		Zusammen
Leerstellen:				
B 2 <sup>2)</sup>	1	2	Ministerialrat/-rätin	
A 16 <sup>2)</sup>	1	1	Ministerialrat/-rätin	
A 15 <sup>2)</sup>	2	1	Direktor/-in	
A 12 <sup>2)</sup>	2	2	Amtsrat/-rätin	
A 9 <sup>2)4)</sup>	2	2	Amtsinspektor/-in	
	<u>8</u>	<u>8</u>	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	1	Verlagerung von Kap. 03 01
Bes.-Gr. A 12	2	davon
	1	Verlagerung von Kap. 04 06
Bes.-Gr. A 11	3	davon
	2	Verlagerung von Kap. 03 05
	1	Verlagerung von Kap. 03 20
Bes.-Gr. A 10	1	Verlagerung von Kap. 03 05
Bes.-Gr. A 9 <sup>4)</sup>	2	Verlagerung von Kap. 03 05
Zusammen	<u>9</u>	
Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16	1	Verlagerung nach Kap. 03 01
Zusammen	<u>1</u>	
Bleibt Zugang	8	
Titel 422 31:		
Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 6	1	} Ausscheiden der Stelleninhaber
Bes.-Gr. B 2	2	
Bes.-Gr. A 13 <sup>1)</sup>	1	
Bes.-Gr. A 13	3	
Zusammen	<u>7</u>	

Leerstellen:	Stellen
Zugang:	1
Bes.-Gr. A 15	neu gem. Nr. 3 Abs. 1 der Allgemeinen Bestimmungen
Zusammen	<u>1</u>

Abgang:	Stellen
Bes.-Gr. B 2	1
	infolge teilweisen Vollzugs des HV Nr. 2
Zusammen	<u>1</u>

Sonstige Veränderungen:

Der Allgemeine Haushaltsvermerk wurde neu ausgebracht. Die Haushaltsvermerke Nr. 9 (Davon 1 besetzbar ab 1. 1. 2004) und 10 (Davon 2 besetzbar ab 1. 1. 2004) wurden vollzogen und gestrichen. Der Haushaltsvermerk Nr. 11 wurde redaktionell angepasst.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte</b>			
Außer- tariflich (B 2) <sup>8)</sup>	2	2	
I	1	1	
II a	2	2	
III	6	6	
IV a <sup>9)</sup>	1	1	
IV b <sup>8)</sup>	2	2	
V b <sup>3)</sup>	7	8	
V c	28	28	
VI b <sup>3)</sup>	20	20	
VII	3	3	
IX b–VII <sup>5)</sup> <sup>9)</sup>	15	15	
	87	88	Zusammen
Leerstellen:			
IV a <sup>7)</sup>	1	1	
V c <sup>7)</sup>	1	2	
IX b–VII <sup>7)</sup>	1	2	
	3	5	Zusammen

\*) Hinweis auf den Allgemeinen Haushaltsvermerk zum Stellenplan.  
<sup>3)</sup> Die erste Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers und die erste Vorzimmerkraft der Staatssekretärin/des Staatssekretärs sind für die Dauer ihrer Vorzimmer Tätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert. Sie erhalten eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Vergütungen der Verg.-Gr. V b und IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung werden sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt gleichzeitig.  
Die zweite Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers, der Staatssekretärin/des Staatssekretärs und die jeweiligen Sekretärinnen der Abteilungsleiter/-innen sind für die Dauer ihrer Vorzimmer Tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhalten sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe.  
Die vorstehend genannten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der tariflichen Zulage gewährt.  
<sup>5)</sup> Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.  
<sup>7)</sup> kw.  
<sup>8)</sup> Davon 1 kw bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-in.  
<sup>9)</sup> Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2006 infolge ZV I.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

<b>Angestellte</b>		Sonstige Veränderungen:
Abgang: Verg.-Gr. V b	Stellen 1	Der Haushaltsvermerk Nr. 8 zu Verg.-Gr. V b wurde vollzogen und gestrichen. Die Haushaltsvermerke Nr. 9 (Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2006 infolge ZV bis 2003) und 10 (Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2006) wurden inhaltlich zum Haushaltsvermerk Nr. 9 (neu) zusammengefasst.
Leerstellen: Abgang: Verg.-Gr. V c Ver.-Gr. IX b–VII	Stellen 1 1	teilweiser Vollzug des HV Nr. 7 teilweiser Vollzug des HV Nr. 7
Zusammen	2	

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Arbeiter/-innen</b>			
4	4	4	Kraftfahrdienst
2 a	5	5	Sonstige Dienste
	9	9	Zusammen

\*) Hinweis auf den Allgemeinen Haushaltsvermerk zum Stellenplan.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			<b>Allgemeiner Haushaltsvermerk</b>
			Bei Vorliegen eines unabweisbaren Bedarfs dürfen mit Zustimmung des MF vorübergehend bis zu jeweils 25 Planstellen der Bes.-Gr. A 6 (Sekretär/-in) und der Bes.-Gr. A 9 (Inspektor/-in) gegen Einsparung entsprechender Stellen im Tarifbereich in Abweichung vom Stellenplan ausgebracht werden.
			*) 288 Stellen bei verschiedenen Besoldungs-, Vergütungs- und Lohngruppen ab dem 1. 1. 2008 infolge ZV II.
			<b>Planmäßige Beamte/-innen<sup>1)2)3)4)*)</sup></b>
			<b>Feste Gehälter:</b>
B 7	1	1	Oberfinanzpräsident/-in
B 3	2	2	Finanzpräsident/-in
B 2	4	4	Abteilungsdirektor/-in
			<b>Aufsteigende Gehälter:</b>
A 16 <sup>5)</sup>	6	6	Leitende(r) Direktor/-in
A 16	32	32	Leitende(r) Direktor/-in
A 15	92	92	Direktor/-in
A 14 <sup>12)</sup>	127	128	Oberrat/-rätin
A 13	48	47	Rat/Rätin
A 13	432	434	Oberamtsrat/-rätin/
A 12 <sup>8)</sup>	840	841	Amtsrat/-rätin
A 11 <sup>7)</sup>	1 547	1 547	Amtmann/-männin/-frau
A 10 <sup>13)</sup>	998	991	Oberinspektor/-in
A 9 <sup>14)15)</sup>	895	852	Inspektor/-in
A 9 <sup>6)8)</sup>	471	471	Amtsinspektor/-in
A 9 <sup>7)8)</sup>	1 158	1 158	Amtsinspektor/-in
A 8	1 201	1 196	Hauptsekretär/-in
A 7	685	683	Obersekretär/-in
A 6 <sup>16)</sup>	397	404	Sekretär/-in
A 6	14	14	Oberamtsmeister/-in
A 5	11	11	Oberamtsmeister/-in
	<b>8 961</b>	<b>8 914</b>	<b>Zusammen</b>
			<b>Leerstellen:</b>
A 14 <sup>10)</sup>	5	5	Oberrat/-rätin, soweit sie am Nieders. Finanzgericht in freien Planstellen der Bes.-Gr. R 2 geführt werden (vgl. Kap. 11 08 – Planmäßige Richter/-innen und Beamte/-innen –)
A 14 <sup>11)</sup>	2	3	Oberrat/-rätin
A 13 <sup>11)</sup>	2	2	Rat/Rätin
A 13 <sup>11)</sup>	1	1	Oberamtsrat/-rätin
A 12 <sup>11)</sup>	7	4	Amtsrat/-rätin
A 11 <sup>11)</sup>	57	56	Amtmann/-männin/-frau
A 10 <sup>11)</sup>	106	104	Oberinspektor/-in
A 9 <sup>11)</sup>	90	90	Inspektor/-in
A 9 <sup>6)11)</sup>	8	9	Amtsinspektor/-in
A 9 <sup>11)</sup>	15	16	Amtsinspektor/-in
A 8 <sup>11)</sup>	46	56	Hauptsekretär/-in
A 7 <sup>11)</sup>	117	142	Obersekretär/-in
A 6 <sup>11)</sup>	53	41	Sekretär/-in
A 6 <sup>11)</sup>	1	1	Oberamtsmeister/-in
A 5 <sup>11)</sup>	—	1	Oberamtsmeister/-in
	<b>510</b>	<b>531</b>	<b>Zusammen</b>
			<sup>1)</sup> Beamte/-innen des mittleren Dienstes, die im Vollstreckungsdienst der Steuerverwaltung tätig sind (Vollziehungsbeamte/-innen), erhalten eine Vergütung nach der Vollstreckungsvergütungsverordnung vom 8. 7. 1976 (BGBl. I S. 1783) in der jeweils geltenden Fassung.
			<sup>2)</sup> Bei Bedarf können die Planstellen bei 04 01, 04 06, 04 10 und 04 20 mit vorheriger Zustimmung des Ressorts MF vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden. Dies darf nicht zu einer kapitelübergreifenden Inanspruchnahme von Beschäftigungsvolumen und Personalkostenbudget führen.
			<sup>3)</sup> Beamte/-innen, die im Aufsichtsdienst über die öffentlichen Spielbanken im Land Niedersachsen eingesetzt sind, erhalten eine steuerfreie Aufwandsentschädigung in Höhe von 76,70 EUR monatlich.
			<sup>4)</sup> Die allein den Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I S. 1595) und § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I S. 1597) in der jeweils geltenden Fassung vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.
			<sup>5)</sup> Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Vorbemerkung Nr. 21 zur BBesO. A und B.
			<sup>6)</sup> Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
			<sup>7)</sup> Davon darf je 1 Planstelle (in Höhe von 100 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
			<sup>8)</sup> Davon darf je 1 Planstelle (in Höhe von 100 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
			<sup>10)</sup> Bezüge werden aus diesen Stellen nicht gezahlt.
			<sup>11)</sup> kw.
			<sup>12)</sup> Davon 7 Planstellen ku nach Bes.-Gr. A 13 Rat/Rätin nach Ausscheiden des Stelleninhabers/der Stelleninhaberin.
			<sup>13)</sup> Davon 75 besetzbar für Verwendungsaufsteiger/-innen.
			<sup>14)</sup> Davon 50 besetzbar ab 1. 3. 2005.
			<sup>15)</sup> Davon 50 kw zum 31. 12. 2006 infolge ZV II.
			<sup>16)</sup> Davon 50 kw zum 31. 12. 2006 infolge ZV II.

Erläuterungen zum Stellenplan

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I S. 1597) in der jeweils geltenden Fassung.

**Gehobener Dienst**

Bes.-Gr.	§ 2 Nr. 1a) der VO 2005	§ 2 Nr. 1a) der VO 2004	§ 2 Nr. 1b) der VO 2005	§ 2 Nr. 1b) der VO 2004
A 13	172 *)	172 *)	—	—
A 12	241	241	144 **)	144 **)
A 11	62	112	303	303
A 10	—	—	30	30
<b>Insgesamt</b>	<b>475</b>	<b>525</b>	<b>477</b>	<b>477</b>

**Gehobener Dienst**

Bes.-Gr.	§ 2 Nr. 1c) der VO 2005	§ 2 Nr. 1c) der VO 2004	§ 2 Nr. 1e) der VO 2005	§ 2 Nr. 1e) der VO 2004
A 13	—	—	82	82
A 12	—	—	44	44
A 11	520	520	—	—
A 10	432	432	—	—
A 9	60	60	—	—
<b>Insgesamt</b>	<b>1 012</b>	<b>1 012</b>	<b>126</b>	<b>126</b>

\*) Höchstens 50 v.H. von 445 Planstellen.

\*\*) Höchstens 40 v.H. von 354 Planstellen. Gem. Art. 2 der ÄnderungsVO vom 3. 7. 1986 (BGBl. I S. 993).

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I S. 1597) in der jeweils geltenden Fassung.

**Gehobener Dienst**

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 2a) der VO 2005	§ 3 Nr. 2a) der VO 2004
A 13	8	8
A 12	16	16
A 11	59 (7)**)	59 (7)**)
A 10	10	10
A 9	2	2
<b>Insgesamt</b>	<b>95</b>	<b>95</b>

\*\*) Die in Klammern genannte Stellenzahl ist auf die Obergrenzen nach § 1 Nr. 11 der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 BBesG angerechnet worden.

Von den Planstellen entfallen auf den Bereich der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I S. 1595) in der jeweils geltenden Fassung.

Bes.-Gr.	§ 1 Nr. 11 der VO 2005	§ 1 Nr. 11 der VO 2004
A 13	170	172
A 12	395	396
A 11	603	553
A 10	526	519
A 9	833	790
<b>Insgesamt</b>	<b>2 527</b>	<b>2 430</b>

**Mittlerer Dienst**

Bes.-Gr.	§ 2 Nr. 1d) der VO 2005	§ 2 Nr. 1d) der VO 2004	§ 3 Nr. 2b) der VO 2005	§ 3 Nr. 2b) der VO 2004	§ 3 Nr. 4) der VO 2005	§ 3 Nr. 4) der VO 2004
A 9 <sup>6)</sup>	78	78	8	8	385	385
A 9	185	185	8	8	853	853
A 8	176	176	9	9	501	501
A 7	—	—	—	—	113	113
A 6	—	—	—	—	10	10
<b>Insgesamt</b>	<b>439</b>	<b>439</b>	<b>25</b>	<b>25</b>	<b>1 862</b>	<b>1 862</b>

Aufsichtsdienst bei den öffentlichen Spielbanken

Bes.-Gr.	Aufsichtsdienst 2005	Aufsichtsdienst 2004
A 12	3	—
A 11	3	6
A 10	1	1
A 9 <sup>6)</sup>	5	2
A 9	—	—
Amtsinspektor/-in	13	17
A 8	5	1
A 7	2	3
	<b>32</b>	<b>30</b>

Die ausgebrachten Planstellen für Planmäßige Beamte/-innen (Titel 422 01) verteilen sich auf die

Bes.-Gr.	Mittelinanz		Ortsinstanz		Zusammen	
	2005	2004	2005	2004	2005	2004
B 7	1	1	—	—	1	1
B 3	2	2	—	—	2	2
B 2	4	4	—	—	4	4
A 16 <sup>5)</sup>	—	—	6	6	6	6
A 16	8	8	24	24	32	32
A 15	27	27	65	65	92	92
A 14	9	9	118	119	127	128
A 13 h.D.	—	—	48	47	48	47
A 13 g. D.	55	55	377	379	432	434
A 12	74	74	766	767	840	841
A 11	89	89	1 458	1 458	1 547	1 547
A 10	16	16	982	975	998	991
A 9 g.D.	4	4	891	848	895	852
A 9 <sup>6)</sup>	19	19	452	452	471	471
A 9 m.D.	31	31	1 127	1 127	1 158	1 158
A 8	10	10	1 191	1 186	1 201	1 196
A 7	—	—	685	683	685	683
A 6 m.D.	—	—	397	404	397	404
A 6 e.D.	—	—	14	14	14	14
A 5	—	—	11	11	11	11
<b>Insgesamt</b>	<b>349</b>	<b>349</b>	<b>8 612</b>	<b>8 565</b>	<b>8 961</b>	<b>8 914</b>

**Zugang: Stellen**

Bes.-Gr. A 13 (Rat/Rätin) 1 Umwandlung von Bes.-Gr. A 14 (Oberrat/-rätin)

Bes.-Gr. A 10 (Oberinspektor/-in) 7 Verlagerung von Kap. 04 20

Bes.-Gr. A 9 (Inspektor/-in) 50 Umwandlung von Bes.-Gr. A 9 (Finanzanwärter/-in)

Bes.-Gr. A 8 (Hauptsekretär/-in) 5 Verlagerung von Kap. 04 20

Bes.-Gr. A 7 (Obersekretär/-in) 2 Verlagerung von Kap. 04 20

**Zusammen 65**

**Abgang: Stellen**

Bes.-Gr. A 14 (Oberrat/-rätin) 1 Umwandlung nach Bes.-Gr. A 13 (Rat/Rätin)

Bes.-Gr. A 13 (Oberamtsrat/-rätin) 2 infolge Vollzugs des kw-Vermerks (HV Nr. 23)

Bes.-Gr. A 12 (Amtsrat/-rätin) 1 Verlagerung nach Kap. 04 01

Bes.-Gr. A 9 (Inspektor/-in) 7 Verlagerung nach Kap. 04 20

Bes.-Gr. A 6 (Sekretär/-in) 7 Verlagerung nach Kap. 04 20

**Zusammen 18**  
**Bleibt Zugang 47**

Erläuterungen zum Stellenplan

Leerstellen:		
Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 12 (Amtsrat/-rätin)	3	} neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 11 (Amtmann/ -männin/-frau)	1	
Bes.-Gr. A 10 (Oberinspektor/-in)	2	
Bes.-Gr. A 6 (Sekretär/-in)	12	
Zusammen	18	

Sonstige Veränderungen:  
 Der bisherige Haushaltsvermerk Nr. 14 (Davon 8 Planstellen ku nach Bes.-Gr. A 13 Rat/Rätin nach Ausscheiden des Stelleninhabers/der Stelleninhaberin.) wurde teilweise vollzogen.  
 Die bisherigen Haushaltsvermerke Nr. 14 und Nr. 25 erhalten die lfd. Nr. 12 und Nr. 13.  
 Der bisherige Haushaltsvermerk Nr. 25 (neu Nr. 13) wurde geändert.  
 Die Haushaltsvermerke Nr. 23 und Nr. 26 wurden gestrichen.  
 Die Haushaltsvermerke Nr. 14, Nr. 15 und Nr. 16 wurden neu ausgebracht.

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14 (Oberrat/-rätin)	1	} weniger entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 9 <sup>b</sup> (Amtsinspektor/-in)	1	
Bes.-Gr. A 9 (Amtsinspektor/-in)	1	
Bes.-Gr. A 8 (Hauptsekretär/-in)	10	
Bes.-Gr. A 7 (Obersekretär/-in)	25	
Bes.-Gr. A 6 (Oberamts- meister/-in)	1	
Zusammen	39	
Bleibt Abgang	21	

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Beamtete Hilfskräfte</b>			
A 13	17	17	Assessor/-in
A 9	39	39	Inspektor/-in z. A.
A 6	278	278	Sekretär/-in z. A.
	<b>334</b>	<b>334</b>	<b>Zusammen</b>
A 9 <sup>5)</sup>	12	12	Leerstellen: Inspektor/-in z. A.
A 6 <sup>5)</sup>	15	15	Sekretär/-in z. A.
	<b>27</b>	<b>27</b>	<b>Zusammen</b>
<b>Angestellte<sup>1)</sup>*)</b>			
II a	21	22	
III	21	19	
IV a	103	104	
IV b	23	25	
V b	3	4	
V c <sup>6)</sup>	964	966	
VI b <sup>7)</sup>	410	246	
VII <sup>2)</sup>	422	754	
VIII	38	48	
IX b	63	100	
IX b-VII <sup>3)</sup> 4)	111	166	
X <sup>8)</sup> 9)	88	—	
	<b>2267</b>	<b>2454</b>	<b>Zusammen</b>
IV a <sup>5)</sup>	4	6	Leerstellen
V c <sup>5)</sup>	24	18	
VI b <sup>5)</sup>	27	27	
VII <sup>5)</sup>	57	59	
VIII <sup>5)</sup>	8	7	
IX b-VII <sup>5)</sup>	18	25	
IX b	1	—	
	<b>139</b>	<b>142</b>	<b>Zusammen</b>

\*) Allgemeiner Haushaltsvermerk  
63 Stellen der Verg.-Gr. VII bis X sowie die Verg.-Gr. IX b-VII kw ab 1. 1. 2006 in den Aufgabenbereichen Bürobetriebsdienst, Datenerfassung und Schreibdienst infolge ZV I.  
Hinweis auf den Allgemeinen Haushaltsvermerk zum Stellenplan (ZV II)

1) Angestellte, die im Aufsichtsdienst über die öffentlichen Spielbanken im Land Niedersachsen eingesetzt sind, erhalten eine steuerfreie Aufwandsentschädigung in Höhe von 76,70 EUR monatlich.

2) Die am 31. 12. 1983 als Bedienungskräfte von Datenerfassungsgeräten des Typs Nixdorf 720 tätigen Kräfte erhalten für die Bedienung des Nixdorf-Systems 8860 für ihre Person eine jederzeit widerrufliche außertarifliche Stellenzulage in Höhe von 8 v. H. der Anfangsvergütung der jeweiligen Vergütungsgruppe. Bei Besetzung einer Stelle mit zwei Halbtagskräften gilt dies entsprechend.

3) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

5) kw.

6) Davon dürfen 2 Stellen (in Höhe von 100 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

7) Die 1. Sekretärin des/der Oberfinanzpräsidenten/-in ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Vergütungsgruppe VI b BAT eingruppiert.

Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

8) Davon 32 kw zum 31. 12. 2005 infolge ZV I.

9) Davon 25 kw zum 31. 12. 2006 infolge ZV II.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Angestellte**

Aufsichtsdienst bei den öffentlichen Spielbanken

Verg.-Gr.	Aufsichtsdienst 2005	Aufsichtsdienst 2004
IV a	1	1
V c	55	55
VI b	2	2
VII	1	1
VIII	2	2
<b>Zusammen</b>	<b>61</b>	<b>61</b>

Leerstellen:

Zugang:	Stellen
Verg.-Gr. V c	6
Verg.-Gr. VIII	1
Verg.-Gr. IX b	1
<b>Zusammen</b>	<b>8</b>

neue entsprechend dem Bedarf

Abgang:	Stellen
Verg.-Gr. IV a	2
Verg.-Gr. VII	2
Verg.-Gr. IX b-VII	7
<b>Zusammen</b>	<b>11</b>

weniger entsprechend dem Bedarf

<b>Bleibt Abgang</b>	<b>3</b>
----------------------	----------

**Angestellte**

Zugang:	Stellen
Verg.-Gr. III	2
Verg.-Gr. VI b	164
Verg.-Gr. VII	2
Verg.-Gr. X	88
<b>Zusammen</b>	<b>256</b>

Abgang:	Stellen
Verg.-Gr. II a	1
Verg.-Gr. IV a	1
Verg.-Gr. IV b	2
Verg.-Gr. V b	1
Verg.-Gr. V c	2
Verg.-Gr. VII	334
	164
	88
	82

Verg.-Gr. VIII	10
Verg.-Gr. IX b-VII	55
Verg.-Gr. IX b	37
<b>Zusammen</b>	<b>443</b>
<b>Bleibt Abgang</b>	<b>187</b>

Sonstige Veränderungen:

Der Allgemeine Haushaltsvermerk (95 Stellen der Verg.-Gr. VII bis X sowie die Verg.-Gr. IX b-VII kw ab 1. 1. 2005 in den Aufgabenbereichen Bürobetriebsdienst, Datenerfassung und Schreibdienst.) wurde geändert bzw. ergänzt.

Die bisherigen Haushaltsvermerke Nr. 10 und Nr. 11 erhalten die lfd. Nr. 6 und Nr. 7.

Die Haushaltsvermerke Nr. 8 und Nr. 9 wurden neu ausgebracht.

Einzelplan 04 Finanzministerium  
 Kapitel 04 06 Steuerverwaltung

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			*) Allgemeiner Haushaltsvermerk Hinweis auf den Allgemeinen Haushaltsvermerk zum Stellenplan (ZV II)
<b>Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst</b>			
A 9 <sup>1)</sup>	650	700	Finanzanwärter/-in
A 6	171	171	Steueranwärter/-in
	821	871	Zusammen
A 9 <sup>5)</sup>	40	40	Leerstellen: Finanzanwärter/-in
<b>Arbeiter/-innen*)</b>			
5	14	14	
4	71	71	
3	51	52	
2 a	77	77	
1	1	1	
	214	215	Zusammen

<sup>1)</sup> Davon 50 kw zum 1. 8. 2005.

<sup>5)</sup> kw.

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

**Lohnempfänger/-innen**

Abgang: Stellen  
 Lohn-Gr. 3/3a 1 Einsparung

Sonstige Veränderungen:

Der Allgemeine Haushaltsvermerk wurde neu ausgebracht.  
 Der Haushaltsvermerk Nr. 1 wurde neu ausgebracht.  
 Der Haushaltsvermerk Nr. 7 (davon 50 ku ab 1. 8. 2003) wurde voll-  
 zogen.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			*) Allgemeiner Haushaltsvermerk zum Stellenplan des Kap. 04 10: 96 Stellen (davon 48 Stellen kw zum 31. 12. 2005 und 48 Stellen kw ab 1. 1. 2006) in versch. Bes.-Gr.'en, Verg.-Gr.'en und LGr'en infolge ZV I in den Aufgabenbereichen, in denen nach dem Beschluss der Landesregierung, zuletzt vom 3. 4. 2001, Personal abzubauen und Stellen einzusparen sind. 614 Stellen in in versch. Bes.-Gr.'en, Verg.-Gr.'en und LGr'en kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II
<b>Planmäßige Beamte/-innen*)<sup>9)</sup></b> <b>(Titel 422 10)</b>			
B 3	1	1	Feste Gehälter: Finanzpräsident/-in
B 2	1	1	Abteilungsleiter/-in
Aufsteigende Gehälter: Leitende(r) Direktor/-in Leitende(r) Direktor/-in Direktor/-in Oberrat/-rätin Rat/Rätin Oberamtsrat/-rätin Oberamtsrat/-rätin Amtsrat/-rätin Amtmann/-männin/-frau Oberinspektor/-in Amtsinspektor/-in Amtsinspektor/-in Hauptsekretär/-in			3) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO. 4) kw. 5) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Vorbemerkung Nr. 21 zur BBesO A und B. 6) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO. 9) Bei Bedarf können Planstellen bei 04 01, 04 06, 04 10 und 04 20 mit vorheriger Zustimmung des Ressorts MF vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden. Dies darf nicht zu einer kapitelübergreifenden Inanspruchnahme von Beschäftigungsvolumen und Personalkostenbudget führen.
A 16 <sup>5)</sup>	4	4	
A 16	11	11	
A 15	28	28	
A 14	31	31	
A 13	10	20	
A 13 <sup>3)</sup>	5	5	
A 13	18	18	
A 12	56	56	
A 11	49	49	
A 10	12	14	
A 9 <sup>6)</sup>	1	2	
A 9	1	—	
A 8	—	1	
	228	241	Zusammen
<b>Planmäßige Beamte/-innen</b> <b>(ehemals Titel 422 31)</b>			
Aufsteigende Gehälter: Oberrat/-rätin Oberamtsrat/-rätin Amtsrat/-rätin			
A 14 <sup>4)</sup>	—	3	
A 13 <sup>4)</sup>	—	1	
A 12 <sup>4)</sup>	—	1	
	—	5	Zusammen
Leerstellen: Leitende(r) Direktor/-in Oberrat/-rätin Rat/Rätin Amtsrat/-rätin Amtmann/-männin/-frau Oberinspektor/-in			
A 16 <sup>4)</sup>	1	1	
A 14 <sup>4)</sup>	1	—	
A 13 <sup>4)</sup>	1	—	
A 12 <sup>4)</sup>	1	1	
A 11 <sup>4)</sup>	1	1	
A 10 <sup>4)</sup>	1	1	
	6	4	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen (Titel 422 10)**

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9 (Amtsinspektor/-in)	1	infolge Vollzug HV Nr. 8
Zusammen	1	
Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 (Rat/Rätin)	10	davon 9 infolge ZV II 1 infolge ZV I Vollzug HV Nr. 1
Bes.-Gr. A 10 Bes.-Gr. A 9 <sup>b)</sup> (Amtsinspektor/-in)	2	infolge ZV II
Bes.-Gr. A 8	1	infolge Vollzug HV Nr. 8
Bes.-Gr. A 8	1	infolge ZV I Vollzug HV Nr. 1
Zusammen	14	
Bleibt Abgang	13	
Leerstellen:	Stellen	
Zugang:	1	neu gem. Nr. 3 Abs. 1 der Allgemeinen Bestimmungen
Bes.-Gr. A 14 Bes.-Gr. A 13 (Rat/Rätin)	1	
Zusammen	2	

**Planmäßige Beamte/-innen (ehemals Titel 422 31)**

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14 Bes.-Gr. A 13 (Oberamtsrat/-rätin)	3	
Bes.-Gr. A 12	1	
Zusammen	5	
Sonstige Veränderungen:		
Der Haushaltsvermerk Nr. 1 wurde vollzogen.		
Der Haushaltsvermerk Nr. 8 (ku) wurde vollzogen.		

Von den ausgebrachten Planstellen für planmäßige Beamte/-innen (Titel 422 10) entfallen auf Ämter nach der Verordnung zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 BBesG:

Bes.-Gr.	§ 1 Nr. 9 der VO (geh. techn. Dienst)		§ 1 Nr. 12 der VO (höh. techn. Dienst)	
	2005	2004	2005	2004
B 2	—	—	1	1
A 16 <sup>5)</sup>	—	—	4	4
A 16	—	—	11	11
A 15	—	—	25	25
A 14	—	—	31	31
A 13 (h.D.)	—	—	9	19
A 13 <sup>3)</sup>	5	5	—	—
A 13 (g.D.)	16	16	—	—
A 12	53	53	—	—
A 11	46	46	—	—
A 10	9	11	—	—
<b>Insgesamt</b>	<b>129</b>	<b>131</b>	<b>81</b>	<b>91</b>

Die ausgebrachten Planstellen verteilen sich auf die:

Bes.-Gr.	OFD Landes- bauabteilung-		SBN		Zusammen	
	2005	2004	2005	2004	2005	2004
B 3	1	1	—	—	1	1
B 2	1	1	—	—	1	1
A 16 <sup>5)</sup>	—	—	4	4	4	4
A 16	2	2	9	9	11	11
A 15	10	10	18	18	28	28
A 14	4	5	27	26	31	31
A 13 (h.D.)	3	3	7	17	10	20
A 13 <sup>3)</sup>	1	1	4	4	5	5
A 13 (g.D.)	4	4	14	14	18	18
A 12	10	10	46	46	56	56
A 11	4	4	45	45	49	49
A 10	1	1	11	13	12	14
A 9 (m.D.) <sup>6)</sup>	1	1	—	1	1	2
A 9 (m.D.)	—	—	1	—	1	—
A 8	—	—	—	1	—	1
<b>Insgesamt</b>	<b>42</b>	<b>43</b>	<b>186</b>	<b>198</b>	<b>228</b>	<b>241</b>

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte (Titel 425 10)*</b>			
I a	4	4	
I b	9	9	
II a	86	90	
III <sup>6)</sup>	297	312	
IV a	319	324	
IV b	121	121	
V a)	2	2	
V b <sup>6)</sup>	135	135	
V c	45	45	
VI b	136	151	
VII	71	73	
VIII	15	16	
IX b – VII	72	83	
IX a	3	5	
IX b	—	1	
	<u>1 315</u>	<u>1 371</u>	Zusammen
Leerstellen			
II a <sup>7)</sup>	1	—	
III <sup>7)</sup>	1	1	
IV a <sup>7)</sup>	1	—	
IV b <sup>7)</sup>	1	—	
V c <sup>7)</sup>	1	—	
VI b <sup>7)</sup>	1	1	
IX b – VII <sup>7)</sup>	—	2	
	<u>6</u>	<u>4</u>	Zusammen

\*) Allgemeiner Haushaltsvermerk zu den Stellenübersichten des Kap. 04 10:  
Hinweis auf den allgemeinen Haushaltsvermerk zum Stellenplan des Kapitels 04 10.

<sup>6)</sup> Davon darf eine Stelle (in Höhe von 100 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

<sup>7)</sup> kw.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Angestellte (Titel 425 10)**

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. II a	4	infolge ZV II
Verg.-Gr. III	15	davon
		3 infolge ZV I Vollzug HV 2
		12 infolge ZV II
Verg.-Gr. IV a	5	davon
		4 infolge ZV II
		1 infolge Verlagerung nach
		Kapitel 04 40 (13 21)
		Vollzug ZV I (Allg. HV)
Verg.-Gr. VI b	15	infolge ZV I Vollzug Allg. HV
Verg.-Gr. VII	2	infolge ZV I Vollzug Allg. HV
Verg.-Gr. VIII	1	infolge ZV I Vollzug HV 1
Verg.-Gr. IX b–VII	11	infolge ZV I Vollzug Allg. HV
Verg.-Gr. IX a	2	infolge ZV I Vollzug Allg. HV
Verg.-Gr. IX b	1	infolge ZV I Vollzug Allg. HV
Zusammen	<u>56</u>	
Leerstellen:	Stellen	
Zugang:		
Verg.-Gr. II a	1	} neu gem. Nr. 3 Abs. 5 der Allgemeinen Bestimmungen
Verg.-Gr. IV a	1	
Verg.-Gr. IV b	1	
Verg.-Gr. V c	1	
Zusammen	<u>4</u>	
Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. IX b – VII	2	infolge teilweisen Vollzugs des kw-Vermerks Nr. 7
Zusammen	<u>2</u>	
Bleibt Zugang	2	

Die ausgebrachten Stellen für Angestellte (Titel 425 10) verteilen sich auf die:

Bes.-Gr.	OFD-Landesbauabteilung-		SBN		Zusammen	
	2005	2004	2005	2004	2005	2004
I a	3	3	1	1	4	4
I b	4	4	5	5	9	9
II a	31	31	55	59	86	90
III	47	47	250	265	297	312
IV a	5	5	314	319	319	324
IV b	3	3	118	118	121	121
V a	—	—	2	2	2	2
V b	1	1	134	134	135	135
V c	6	6	39	39	45	45
VI b	4	4	132	147	136	151
VII	3	5	68	68	71	73
VIII	1	1	14	15	15	16
IX b–VII	6	7	66	76	72	83
IX a	—	—	3	5	3	5
IX b	—	—	—	1	—	1
Insgesamt	<u>114</u>	<u>117</u>	<u>1 201</u>	<u>1 254</u>	<u>1 315</u>	<u>1 371</u>

Sonstige Veränderungen:

Der Allgemeine Haushaltsvermerk wurde verändert.  
Die Haushaltsvermerke Nr. 1 und 2 wurden vollzogen.

Einzelplan 04 Finanzministerium  
 Kapitel 04 10 Staatliches Baumanagement Niedersachsen

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	*) Allgemeiner Haushaltsvermerk zu den Bedarfsnachweisen des Kap. 04 10: Hinweis auf den Allgemeinen Haushaltsvermerk zum Stellenplan des Kapitels 04 10.
	2005	2004		
<b>Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst (Titel 422 10)</b>				
A 13	22	22	Referendar/-in	
A 9	17	17	Inspektoranwärter/-in	
	39	39	Zusammen	
<b>Arbeiter/-innen (Titel 426 10)*</b>				
4	11	18	Kraftfahrdienst	
1-8	12	15	Sonstige Dienste	
	23	33	Zusammen	
Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen				

**Arbeiter/-innen (Titel 426 10)**

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 4	2	infolge ZV I Vollzug HV 1
Lohn-Gr. 4	1	infolge ZV I Vollzug Allg. HV 1
Lohn-Gr. 4	4	infolge ZV II
Lohn-Gr. 1-8	1	infolge ZV II
Lohn-Gr. 1-8	2	infolge ZV I Vollzug HV 1
Zusammen	10	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 wurde vollzogen.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			Allgemeiner Haushaltsvermerk
			190 Stellen (davon 5 Stellen kw zum 31. 12. 2005 und 185 kw ab 1. 1. 2006) infolge ZV I in den Arbeitsbereichen Besoldung, Vergütung sowie im Bereich des Schreibdienstes. Dabei handelt es sich um Planstellen/Stellen der Besoldungsgruppen bzw. Vergütungsgruppen A 10, A 9 (g.D.), A 9 (m. D.), A 8, V b, V c sowie IX b–VII. Darin sind 16 Stellen für Bedienstete enthalten, die vorübergehend in den Geschäftsbereichen des ML und des MJ eingesetzt sind.
			162 Stellen in verschiedenen Bes.-Gr.'en, Verg.-Gr.'en und LGr.'en kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.
<b>Planmäßige Beamte/-innen<sup>10)</sup> (Titel 422 10)</b>			
B 3	1	1	Feste Gehälter: Präsident/-in des Landesamtes für Bezüge und Versorgung
B 2	1	1	Abteilungsleiter/-in
Aufsteigende Gehälter <sup>1)</sup> :			
A 16	2	2	Leitende(r) Direktor/-in
A 15	8	8	Direktor/-in
A 14	4	4	Oberrat/-rätin
A 13	19	18	Oberamtsrat/-rätin
A 12 <sup>4)</sup>	25	25	Amtsrat/-rätin
A 11	65	64	Amtmann/-männin/-frau
A 10	67	74	Oberinspektor/-in
A 9	—	8	Inspektor/-in
A 9 <sup>2)4)</sup>	25	24	Amtsinspektor/-in
A 9	68	68	Amtsinspektor/-in
A 8	114	120	Hauptsekretär/-in
A 7	2	3	Obersekretär/-in
	401	420	Zusammen
<b>Planmäßige Beamte/-innen (Vorruhestand)</b>			
B 2 <sup>5)</sup>	—	1	Abteilungsleiter/-in
A 15 <sup>5)</sup>	—	3	Direktor/-in
A 10 <sup>5)</sup>	—	1	Oberinspektor/-in
A 9 <sup>5)</sup>	—	1	Amtsinspektor/-in
	—	6	Zusammen
Leerstellen:			
A 12 <sup>5)</sup>	—	1	Amtsrat/-rätin
A 11 <sup>5)</sup>	1	3	Amtmann/-männin/-frau
A 10 <sup>5)</sup>	10	14	Oberinspektor/-in
A 9 <sup>5)</sup>	—	1	Inspektor/-in
A 9 <sup>2)5)</sup>	1	1	Amtsinspektor/-in
A 9 <sup>5)</sup>	2	2	Amtsinspektor/-in
A 8 <sup>5)</sup>	9	20	Hauptsekretär/-in
A 7 <sup>5)</sup>	1	1	Obersekretär/-in
	24	43	Zusammen

<sup>1)</sup> Die allein den Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.

<sup>2)</sup> Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

<sup>4)</sup> 1 Planstelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

<sup>5)</sup> kw.

<sup>10)</sup> Bei Bedarf können Planstellen bei 04 01, 04 06, 04 10 und 04 20 mit vorheriger Zustimmung des Ressorts MF vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden. Dies darf nicht zu einer kapitelübergreifenden Inanspruchnahme von Beschäftigungsvolumen und Personalkostenbudget führen.

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen (Titel 422 10)**

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I Seite 1597ff.).

**Mittlerer Dienst**

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 4 der VO 2005
A 9 mit Amtszulage	25
A 9	68
A 8	114
<b>Insgesamt</b>	<b>207</b>

Zugang:	Stellen
Bes.-Gr. A 13 (Oberamtsrat/-rätin)	1 infolge Verlagerung von Kap. 03 05
Bes.-Gr. A 11	1 infolge Verlagerung von Kap. 03 05
Bes.-Gr. A 9 (Inspektor/-in)	7 infolge Verlagerung von Kap. 04 06
Bes.-Gr. A 9 <sup>2</sup> (Amtsinspektor/-in)	1 infolge Verlagerung von Kap. 03 05
Bes.-Gr. A 7	1 infolge Verlagerung von Kap. 13 21
Bes.-Gr. A 6 (Sekretär/-in)	7 infolge Verlagerung von Kap. 04 06
<b>Zusammen</b>	<b>18</b>

Abgang:	Stellen
Bes.-Gr. A 10	7 infolge Verlagerung nach Kap. 04 06
Bes.-Gr. A 9 (Inspektor/-in)	15 infolge ZV II
Bes.-Gr. A 8	6 davon 1 infolge Verlagerung nach Kap. 04 40 (13 21) 5 infolge Verlagerung nach Kap. 04 06
Bes.-Gr. A 7	2 Verlagerung nach Kap. 04 06
Bes.-Gr. A 6 (Sekretär/-in)	7 davon 4 infolge ZV I (Allg. HV) 3 infolge ZV II
<b>Zusammen</b>	<b>37</b>
<b>Bleibt Abgang</b>	<b>19</b>

Leerstellen:

Abgang:	Stellen
Bes.-Gr. A 12	1
Bes.-Gr. A 11	2
Bes.-Gr. A 10	4
Bes.-Gr. A 9 (Inspektor/-in)	1
Bes.-Gr. A 8	11
<b>Zusammen</b>	<b>19</b>

infolge teilweisen Vollzugs  
des kw-Vermerks Nr. 5

**Planmäßige Beamte/-innen (Titel 422 31)**

Abgang:	Stellen
Bes.-Gr. B 2	1 infolge Ausscheidens des Stelleninhabers
Bes.-Gr. A 15	3 infolge Ausscheidens des Stelleninhabers
Bes.-Gr. A 10	1 infolge Ausscheidens des Stelleninhabers
Bes.-Gr. A 9 (Amtsinspektor/-in)	1 infolge Ausscheidens des Stelleninhabers
<b>Zusammen</b>	<b>6</b>

Sonstige Veränderungen:

Der Allgemeine Haushaltsvermerk wurde hinsichtlich der Stellenzahl und der Jahresangabe angepasst.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke	
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2005	2004		
<b>Angestellte (Titel 425 10)*</b>			Allgemeiner Haushaltsvermerk: *) Allgemeiner Haushaltsvermerk zu den Stellenübersichten des Kapitels 04 20 Hinweis auf den Allgemeinen Haushaltsvermerk zum Stellenplan des Kapitels 04 20. <hr/> 1) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i.d.F. des Tarifvertrages v. 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen. 2) Die jeweilige Sekretärin des Präsidenten des Landesamtes für Bezüge und Versorgung ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Die vorstehend genannte Vorzimmerkraft erhält eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung bzw. der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten. 3) 1 Angestellte ist für die Dauer ihrer Tätigkeit im Bibliotheksdienst übertariflich in die Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert. 4) Davon dürfen 2 Stellen (in Höhe von 100 v.H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden. 5) kw. 8) Die bis zum 31. 8. 1994 eingesetzte Vorzimmerkraft des Staatssekretärs wird nach dem durch die Auflösung des MB bedingten Ausscheiden aus der Vorzimmerfunktion weiterhin wie bisher nach dem Haushaltsvermerk Nr. 1 in Kapitel 12 01 des Haushaltsplans 1994 (Haushaltsgesetz 1994 vom 20. 12. 1993) eingruppiert und vergütet. Die vorstehend genannte Vorzimmerkraft erhält eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der tariflichen Zulage gewährt. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten (Hannover). 9) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.	
II a	1	1		
III	4	3		
IV a	45	45		
IV b <sup>9)</sup>	14	14		
V b <sup>8)</sup>	40	39		
V c <sup>3)4)</sup>	479	484		
VI b <sup>2)</sup>	14	15		
VII	28	35		
VIII	6	9		
IX b	4	5		
IX b-VII <sup>1)</sup>	5	10		
	640	660		Zusammen
				Leerstellen:
IV a <sup>5)</sup>	—	1		
V b <sup>5)</sup>	—	2		
V c <sup>5)</sup>	30	38		
VI b <sup>5)</sup>	1	2		
VII <sup>5)</sup>	2	5		
IX b-VII <sup>5)</sup>	2	3		
	35	51	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Angestellte (Titel 425 10)**

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. III	1	} infolge Verlagerung von Kap. 03 05
Verg.-Gr. V b	2	
Verg.-Gr. V c	4	
Verg.-Gr. VI b	1	
Verg.-Gr. IX b-VII	1	
Zusammen	9	

Leerstellen:	Stellen	
Abgang:	1	} infolge teilweisen Vollzugs des kw-Vermerks Nr. 5
Verg.-Gr. IV a	2	
Verg.-Gr. V b	8	
Verg.-Gr. V c	1	
Verg.-Gr. VI b	3	
Verg.-Gr. IX b	1	
Zusammen	16	

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. V b	1	infolge ZV II
Verg.-Gr. V c	9	davon
	5	infolge ZV II
	4	infolge ZV I (Vollzug Allg. HV)
Verg.-Gr. VI b	2	infolge ZV II
Verg.-Gr. VII	7	davon
	6	infolge ZV II
	1	infolge Umsetzung nach Kap. 02 06 Anrechnung ZV I (Vollzug Allg. HV)
Verg.-Gr. VIII	3	infolge ZV II
Verg.-Gr. IX b	1	infolge ZV II
Verg.-Gr. IX b-VII	6	infolge ZV II
Zusammen	29	
Bleibt Abgang	20	

Sonstige Veränderungen:  
Der Allgemeine Haushaltsvermerk wurde angepasst.  
Die Haushaltsvermerke Nr. 8 wurde aus Kapitel 03 05 übernommen.

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst (Titel 429 10)</b>			
A 9	6	6	Inspektoranzwärter/-in
A 6	6	6	Sekretäranwärter/-in
	12	12	Zusammen
<b>Arbeiter/-innen (Titel 426 10)</b>			
6	2	2	
4	5	5	
3/3 a	3	2	
2/2 a	12	15	
1	1	1	
	23	25	Zusammen

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

**Arbeiter/-innen (Titel 426 10)**

Zugang:	Stellen	
Lohn.-Gr. 3/3 a	1	} infolge Verlagerung von Kap. 03 05
Lohn.-Gr. 2/2 a	1	
Zusammen	2	
Abgang:	Stellen	
Lohn.-Gr. 2/2 a	4	infolge ZV II
Zusammen	4	
Bleibt Abgang	2	

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			Allgemeiner Haushaltsvermerk: 16 Planstellen für planmäßige Beamte/Beamtinnen und Stellen für Angestellte des Kapitels 0440 kw mit Ablauf des 31. 12. 2006, davon 15 kw infolge ZV I. 1 Planstelle kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II. 1) kw.
<b>Planmäßige Beamte/-innen</b>			
B 2	1	—	Feste Gehälter: Ministerialrat/-rätin
A 16	1	—	Aufsteigende Gehälter: Leitende(r) Direktor/-in
A 15	5	—	Direktor/-in
A 14	2	—	Oberrat/-rätin
A 13	2	—	Rat/Rätin
A 13	5	—	Oberamtsrat/-rätin
A 12	6	—	Amtsrat/-rätin
A 11	8	—	Amtmann/-männin/-frau
A 10	6	—	Oberinspektor/-in
A 9	1	—	Inspektor/-in
A 9	1	—	Amtsinspektor/-in
A 8	2	—	Hauptsekretär/-in
A 7	1	—	Obersekretär/-in
A 6	1	—	Sekretär/-in
	42	—	Zusammen
<b>Leerstellen:</b>			
A 11 <sup>1)</sup>	1	—	Amtmann/-männin/-frau
A 9 <sup>1)</sup>	1	—	Inspektor/-in
	2	—	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 2	1	infolge Verlagerung von Kap. 13 21
Bes.-Gr. A 16	1	infolge Verlagerung von Kap. 13 21
Bes.-Gr. A 15	5	infolge Verlagerung von Kap. 13 21
Bes.-Gr. A 14	2	davon
		1 infolge Verlagerung von Kap. 03 05
		1 infolge Verlagerung von Kap. 13 21
Bes.-Gr. A 13 (Rat/Rätin)	2	davon
		1 infolge Verlagerung von Kap. 03 05
		1 infolge Verlagerung von Kap. 13 21
Bes.-Gr. A 13 (Oberamtsrat/-rätin)	5	infolge Verlagerung von Kap. 13 21
Bes.-Gr. A 12	6	infolge Verlagerung von Kap. 13 21
Bes.-Gr. A 11	8	davon
		2 infolge Verlagerung von Kap. 03 05
		6 infolge Verlagerung von Kap. 13 21
Bes.-Gr. A 10	6	davon
		1 infolge Verlagerung von Kap. 03 05
		5 infolge Verlagerung von Kap. 13 21
Bes.-Gr. A 9 (Inspektor/-in)	1	infolge Verlagerung von Kap. 13 21
Bes.-Gr. A 9 (Amtsinspektor/-in)	1	infolge Verlagerung von Kap. 13 21
Bes.-Gr. A 8	2	davon
		1 infolge Verlagerung von Kap. 04 20
		1 infolge Verlagerung von Kap. 13 21
Bes.-Gr. A 7	2	infolge Verlagerung von Kap. 13 21
Bes.-Gr. A 6 (Sekretär/-in)	1	infolge Verlagerung von Kap. 13 21
Zusammen	43	
Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 7	1	infolge Verlagerung nach Kap. 04 20
Zusammen	1	
Bleibt Zugang	42	

**Leerstellen:**

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 11	1	neu gem. Nr. 3 (1) der Allgemeinen Bestimmungen
Bes.-Gr. A 9	1	Verlagerung von Kap. 03 05
Zusammen	2	

**Sonstige Veränderungen:**

Der Allgemeine Haushaltsvermerk wurde angepasst.

Einzelplan 04 Finanzministerium  
 Kapitel 04 40 Landesliegenschaftsfonds Niedersachsen „Fondsverwaltung“

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte</b>			
III	3	—	
IV a	2	—	
V b	2	—	
V c	1	—	
VI b	1	—	
	9	—	Zusammen

Allgemeiner Haushaltsvermerk:  
 \*) siehe Haushaltsvermerk zum Stellenplan des Kapitels 04 40.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Angestellte**

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. III	3	infolge Verlagerung von Kap. 13 21
Verg.-Gr. IV a	2	davon
	1	infolge Verlagerung von Kap. 04 10
	1	infolge Verlagerung von Kap. 13 21
Verg.-Gr. V b	2	} infolge Verlagerung von Kap. 13 21
Verg.-Gr. V c	1	
Verg.-Gr. VI b	1	
Zusammen	9	

Sonstige Veränderungen:  
 Der Allgemeine Haushaltsvermerk wurde angepasst.

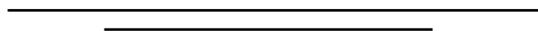
**Haushaltsplan**

für das

**Haushaltsjahr 2005**

**Einzelplan 05**

**Ministerium für Soziales, Frauen, Familie  
und Gesundheit**



# Vorwort zum Einzelplan 05

## A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen.

Der Einzelplan 05 enthält die Einnahmen und Ausgaben des Geschäftsbereiches des Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit (MS):

- des Ministeriums (Kap. 05 01)
- der Allgemeinen Bewilligungen (Kap. 05 02)
- der Bauaufsicht und des Städtebaus (Kap. 05 04)
- des Wohnungs- und Siedlungswesens (Kap. 05 05)
- der Wohnungsbauprogramme (Kap. 05 07)
- der Städtebauförderung und Stadterneuerung (Kap. 05 08)
- der Frauen (Kap. 05 11)
- des Landesprüfungsamtes für die Sozialversicherung (Kap. 05 12)
- der Zentralen Sozialen Aufgaben mit dem Niedersächsischen Landesamt für Soziales, Jugend und Familie (Kap. 05 20)
- der Landeskrankenhäuser Brauel, Göttingen, Hildesheim, Königslutter, Lüneburg, Moringen, Osna-brück, Tiefenbrunn, Wehnen und Wunstorf (Kap. 05 21)
- der Landesbildungszentren für Hörgeschädigte (Kap. 05 22)
- des Landesbildungszentrums für Blinde (Kap. 05 23)
- der Sozialhilfe (Kap. 05 30)
- der Sonstigen sozialen Leistungen (Kap. 05 36)
- der Kriegsopferfürsorge nach dem BVG und entsprechende Leistungen (Kap. 05 38)
- der Gesundheitsverwaltung (Kap. 05 40)
- des Landesgesundheitsamtes (Kap. 05 42)
- der Jugendhilfe, Nieders. Landesjugendamt (Kap. 05 71)
- der Mädchenförderung, des Kinder- und Jugendschutzes und der Hilfen zur Erziehung (Kap. 05 72)
- der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, des Ehrenamtes und der Bürgergesellschaft (Kap. 05 73)
- der Familie (Kap. 05 74)
- der Fachaufgaben der Regierungsvertretungen (Kap. 0591)
- des Sondervermögens „Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertenrecht - Neuntes Sozialgesetz-buch (SGB IX) – (Kap. 50 51)

## B. Allgemeiner Haushaltsvermerk.

Gegenseitig deckungsfähig sind innerhalb des Einzelplans 05 die veranschlagten Ausgaben außerhalb von Titelgruppen der Obergruppen 51 bis 54 – mit Ausnahme der Titel 529 .., 532 11 bis 532 20 und 546 06 –, soweit sie

1. nicht übertragbar sind,
2. nicht mit Ausgaben außerhalb des Deckungskreises deckungsfähig sind,
3. nicht mit Einnahmen korrespondieren und
4. nicht budgetiert sind.

## C. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr.

Gemäß Beschluss der Landesregierung vom 13.07.2004 zur Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung sind mit Wirkung vom 01.01.2005 organisatorische Veränderungen vorgenommen worden.

Im Einzelnen:

- a) die Versorgungsämter sind aufgelöst. Soweit die Aufgaben der Versorgungsämter nicht weggefallen, kommunalisiert oder privatisiert sind, werden sie im Niedersächsischen Landesamt für Soziales, Jugend und Familie (Landessozialamt - LS) wahrgenommen,
- b) die nichtweggefallenen, kommunalisierten oder privatisierten jugend-, sozial- und gesundheitspoliti-schen Aufgaben der Bezirksregierungen sind in die Landessozialverwaltung verlagert worden,
- c) die nichtweggefallenen, kommunalisierten oder privatisierten städte- oder wohnungsbaupolitischen Aufgaben der Bezirksregierungen sind zum MS verlagert worden,
- d) die Fachaufsichten über kommunale Vollzugsbehörden sind zum MS verlagert worden.
- e) Durch Beschluss der Landesregierung vom 07.09.2004 werden mit Wirkung vom 01.01.2005 vier Regie-rungsvertretungen als Referate des Ministeriums für Inneres und Sport (MI) eingerichtet, in denen Aufgaben des MI und anderer Ministerien wahrgenommen werden. Im Einzelplan 05 ist zu diesem Zweck das Kapitel 05 91 eingerichtet worden (s. oben).

**D. Sonstige Veränderungen.**

Aufgrund der Aufgabenverlagerungen haben sich weiterhin folgende Veränderungen ergeben:

- f) Die bisher bei Kapitel 0305 veranschlagten Stellen des Personals der Dezernate 107 (Soziales, Frauenförderung) der Bezirksregierungen sind - soweit sie nicht anderen Ressorts zugeordnet wurden – nach Kapitel 0520 (Zentrale Soziale Aufgaben) umgesetzt worden.
- g) Die bisher bei Kapitel 0305 veranschlagten Stellen des Verwaltungspersonals der Dezernate 204 (Städtebau, Bauaufsicht) der Bezirksregierungen sind mit Ausnahme des bei den Regierungsvertretungen tätigen Personals nach Kapitel 0504 (Bauaufsicht und Städtebau) umgesetzt worden. Die Ausgaben für das bei den Regierungsvertretungen tätigen Personals sind in dem neu eingerichteten Kapitel 0591 veranschlagt.
- h) Die bisher bei Kapitel 0305 veranschlagten Stellen des Verwaltungspersonals der Dezernate 108 (Gesundheit) der Bezirksregierungen sind – wieder soweit sie nicht anderen Ressorts zugeordnet wurden – nach Kapitel 0540 (Gesundheitsverwaltung u. Gesundheitswesen) umgesetzt worden.
- i) Die bisher bei Kapitel 0305 veranschlagten Stellen des Verwaltungspersonals des Dezernates 407 (Nieders. Landesjugendamt) der Bezirksregierung Hannover sind – soweit sie nicht dem Geschäftsbereich des MK zugeordnet wurden – nach Kapitel 0571 (Jugendhilfe, Nds. Landesjugendamt) umgesetzt worden.
- j) Die bisher bei Kapitel 0540 veranschlagten Haushaltsstellen des Fachpersonals der Dezernate 108 (Gesundheit) der Bezirksregierungen sind, soweit sie anderen Ressorts zugeordnet sind, nach dorthin verlagert worden.
- k) Die bisher bei Kapitel 0571 (Nieders. Landesjugendamt) veranschlagten Stellen des Fachpersonals des Dezernates 407 (Nieders. LJA) der Bezirksregierung Hannover sind, soweit sie dem Aufgabenbereich „Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder“ zugeordnet sind, in den Einzelplan 07 (MK) verlagert worden.
- l) Die im Zusammenhang mit den Aufgaben- und Personalverlagerungen erforderlichen Umsetzungen von Personal- und Sachmitteln wurden entsprechend der Ressortabstimmungen bei der Veranschlagung der Haushaltsansätze der Kapitel 0501, 0504, 0520, 0540, 0571 und 0591 berücksichtigt.

**E. Kurzer Hinweis auf Hochbaumaßnahmen.**

Sämtliche Hochbaumaßnahmen des MS sind im Kapitel 20 11 des Einzelplans 20 – Hochbauten – ausgewiesen.

## Epl. 05

## Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen					Gesamteinnahmen	Personalausgaben	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst
		0	1	2	3				
		Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
0501	Ministerium	—	778	423	8	1.209	20.457	2.894	
0502	Allgemeine Bewilligungen	—	11	—	—	11	—	885	
0504	Bauaufsicht und Städtebau	—	209	—	—	209	3.103	—	
0505	Wohnungs- und Siedlungswesen	—	327	144.418	—	144.745	—	15	
0507	Wohnungsbauprogramme	—	—	—	23.789	23.789	—	—	
0508	Städtebauförderung und Stadterneuerung	—	—	—	17.493	17.493	—	—	
0511	Frauen	—	53	—	—	53	—	—	
0512	Landesprüfungsamt für die Sozialversicherung	—	3	1.492	30	1.525	997	279	
0520	Zentrale Soziale Aufgaben	—	1.474	4.152	—	5.626	45.639	19.951	
0521	Landeskrankenhäuser	—	—	—	—	—	—	—	
0522	Landesbildungszentren für Hörgeschädigte	—	8.499	652	—	9.151	18.953	2.607	
0523	Landesbildungszentrum für Blinde	—	5.239	280	—	5.519	9.062	1.124	
0530	Sozialgesetzbuch (SGB) Zwölftes Buch (XII) - Sozialhilfe	—	421	1.351	—	1.772	—	—	
0536	Sonstige soziale Leistungen	—	4.333	54	—	4.387	—	—	
0538	Kriegsopferfürsorge nach dem BVG und entsprechende Leistungen	—	31	39.824	100	39.955	—	—	
0540	Gesundheitsverwaltung und Gesundheitswesen	—	136	3.824	62.828	66.788	953	3.252	
0542	Landesgesundheitsamt	—	2.053	205	—	2.258	7.173	3.241	
0571	Jugendhilfe, Nds. Landesjugendamt	—	33	2	—	35	2.609	36	
0572	Mädchenförderung, Kinder- und Jugendschutz, Hilfen zur Erziehung	—	32	—	—	32	—	—	
0573	Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Ehrenamt und Bürgergesellschaft	—	235	173	—	408	—	315	
0574	Familie	—	51	32.563	—	32.614	—	—	
0591	Fachaufgaben der Regierungsvertretungen	—	—	—	—	—	1.237	—	
	Summe 2005	—	23.918	229.413	104.248	357.579	110.183	34.599	
	Summe 2004	20	22.834	345.833	111.550	480.237	106.569	29.459	
	2005 mehr(+)/weniger(-)	-20	+1.084	-116.420	-7.302	-122.658	+3.614	+5.140	

**gaben und Verpflichtungsermächtigungen**

**Epl. 05**

Ausgaben					2005 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 - Sp. 14)	2004 Überschuss Zuschuss (-)	2005 Verbesserung Verschlechterung (-) (Sp. 15 - Sp. 16)	Verpflichtungs- ermächtigungen
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsför- dermaßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben				
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
59	—	370	-29.936	-6.156	7.365	19.968	-12.603	—
553	—	—	—	1.438	-1.427	-2.362	935	—
—	—	—	—	3.103	-2.894	-4.022	1.128	—
305.681	—	—	—	305.696	-160.951	-186.284	25.333	—
14.628	—	23.792	—	38.420	-14.631	-38.301	23.670	14.770
3.559	—	17.850	—	21.409	-3.916	-2.222	-1.694	24.869
14.309	—	—	—	14.309	-14.256	-13.032	-1.224	767
15	—	—	234	1.525	—	—	—	—
15.878	—	929	2.784	85.181	-79.555	-70.835	-8.720	—
16.348	—	—	—	16.348	-16.348	-16.027	-321	—
455	—	556	2.457	25.028	-15.877	-16.094	217	—
170	—	210	1.173	11.739	-6.220	-5.915	-305	—
1.389.419	—	—	—	1.389.419	-1.387.647	-1.099.792	-287.855	—
138.428	—	40.439	—	178.867	-174.480	-477.981	303.501	3.793
47.488	—	57	—	47.545	-7.590	-5.178	-2.412	—
55.170	—	62.828	—	122.203	-55.415	-47.521	-7.894	153.615
6	—	460	361	11.241	-8.983	-8.276	-707	—
13.362	—	—	—	16.007	-15.972	-15.310	-662	—
1.648	—	—	—	1.648	-1.616	-2.663	1.047	—
28.871	—	1.130	—	30.316	-29.908	-31.549	1.641	12.000
73.063	—	—	—	73.063	-40.449	-36.422	-4.027	—
—	—	—	—	1.237	-1.237	—	-1.237	—
2.119.110	—	148.621	-22.927	2.389.586	-2.032.007	-2.059.818	27.811	209.814
2.177.883	—	260.275	-34.131	2.540.055				220.245
-58.773	—	-111.654	+11.204	-150.469				-10.431

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0501 Ministerium**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
111 01-8	011	Gebühren und tarifliche Entgelte		676	50	+626	167
119 01-9	011	Vermischte Einnahmen		4	4	—	138
119 02-7	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen		—	—	—	—
119 03-5	011	Einnahmen aus Nebentätigkeiten		5	5	—	—
119 10-8	011	Einnahmen für den Kauf des Firmentickets von Verkehrsunternehmen <i>Vgl. K-Vermerk zu 546 04.</i>		—	—	—	91
119 11-6	011	Sonstige Verwaltungseinnahmen		68	—	+68	—
119 30-2	011	Folgetitel für gelöschte Titel im Einzelplan 05		—	—	—	—
119 41-8	011	Rückzahlung von Überzahlungen		1	1	—	—
119 46-9	011	Ersatzleistungen		3	3	—	0
124 01-2	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		20	10	+10	20
132 01-5	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		1	1	—	1
132 11-2	011	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge <i>Vgl. K-Vermerk zu 811 11.</i>		—	—	—	—
235 01-9	011	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	3
261 10-9	011	Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch kaufmännisch geführte landeseigene Krankenhäuser		400	370	+30	464
281 10-0	011	Erstattungen und Zuweisungen		23	—	+23	—
381 11-2	990	Zuführung von 05 12 - 981 13		8	9	-1	7
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61</b>		<b>Der Landesbeauftragte für Behinderte</b>		(—)	(—)	(—)	(0)
119 61-2	011	Einnahmen im Zusammenhang mit den Tätigkeiten des Behindertenbeauftragten <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 61.</i>		—	—	—	—
282 61-0	011	Einnahmen aus Spenden <i>Vgl. K-Vermerk zu 546 61.</i>		—	—	—	0
<b>AUSGABEN</b>							
412 10-7	011	Kosten verschiedener Ausschüsse und Arbeitskreise	—	18	31	-13	24
412 11-5	011	Entschädigung an Vorsitzende der Einigungsstellen gem. § 71 Nds. PersVG. und § 48 Abs. 3 Nds. Richtergesetz	—	1	1	—	—
421 01-7	011	Bezüge der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten, der Ministerin oder des Ministers	—	143	150	-7	220
421 02-5	011	Bezüge der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten, der Ministerin oder des Ministers	—	—	—	—	—
422 01-3	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	17.962	16.107	+1.855	8.371
422 10-2	011	Leistungsprämien	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Kapitel 0501**

Hinsichtlich der organisatorischen Veränderungen durch die Verwaltungsmodernisierung wird auf das Vorwort zum Epl. 05 verwiesen.

**Zu 111 01**

Gebühren u.a. für Verwaltungsmaßnahmen der Bauaufsicht und der Gewerbeaufsicht.

Mehr infolge Umsetzungen aus Kap. 03 05 (Auflösung der Bezirksregierungen).

**Zu 119 03**

	Tsd. EUR
1. Abführung aufgrund des § 5 Abs. 3 des Ministergesetzes in der jeweils geltenden Fassung	5
2. Abführung aufgrund des § 75 a Abs. 2 NBG	—
Zusammen	5

**Zu 119 11**

Mehr infolge Umsetzungen aus Kap. 03 05 (Auflösung der Bezirksregierungen).

**Zu 124 01**

	Tsd. EUR
1. Amts- und Dienstwohnungen	5
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume Wagenhallen	5
3. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	—
4. Sonstige Mieten und Pachten	10
Zusammen	20

**Zu 132 01**

	Tsd. EUR
1. Geräte	1
2. Maschinen	—
3. Ausstattungsgegenstände	—
4. Akten, Drucksachen und dgl.	—
Zusammen	1

**Zu 261 10**

Erstattungen der Kosten für zentrale Dienstleistungen durch die Landeskrankenhäuser.

**Zu 281 10**

Mehr infolge Umsetzungen aus Kap. 03 05 (Auflösung der Bezirksregierungen).

**Zu 381 11**

Erstattung der Kosten für zentrale Dienstleistungen durch das Landesprüfungsamt für die Sozialversicherung.

**Zu Titelgruppe 61**

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabe TGr. 61.

**Zu 412 10**

	Tsd. EUR
1. Entschädigungen, die den Laienmitgliedern der aufgrund des Kontrollratsgesetzes Nr. 35 vom 20. 8. 1946 gebildeten Schiedsausschüsse zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu zahlen sind, und die Kosten für die Tarifausschüsse.	0,5
2. Nach § 4 des Heimarbeitsgesetzes vom 14. 3. 1951 (BGBl. I S. 191) i. d. F. des Heimarbeitsänderungsgesetzes vom 29. 10. 1974 (BGBl. I S. 2879) hat die zuständige Arbeitsbehörde Heimarbeitsausschüsse für Gewerbebezweige und Beschäftigungsarten zu errichten, in denen Heimarbeit in nennenswertem Umfang geleistet wird. Die Kosten der auf Landesebene errichteten Ausschüsse trägt das betreffende Land. Die Kosten eines für mehrere Länder errichteten Ausschusses trägt das Land, in dem der Ausschuss errichtet ist. Die Entschädigung der Mitglieder nach den für ehrenamtliche Richter geltenden Vorschriften haben die Länder zu tragen, die die Mitglieder entsenden. Veranschlagt sind: Reisekosten sowie Entschädigungen für Zeitversäumnis und Verdienstaussfall der Beisitzer nach den für die ehrenamtlichen Richter geltenden Vorschriften.	0,5
3. Nach § 55 des Jugendarbeitsschutzgesetzes vom 12. 4. 1976, zuletzt geändert durch Art. 13 des 1. Rechtsbereinigungsgesetzes vom 24. April 1986 (BGBl. I S. 560) sind bei der obersten Landesbehörde ein Landesausschuss für Jugendarbeitsschutz und ggf. Unterausschüsse zu bilden; daneben sind Ausschüsse bei den Aufsichtsbehörden zu bilden. Veranschlagt sind Tagegelder und Bundesbahnfahrkosten der 1. Klasse nach dem Bundesreisekostengesetz sowie Entschädigung bei nachgewiesenem Verdienstaussfall nach § 2 Abs. 2 des Gesetzes über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen vom 1. 10. 1969 (BGBl. I S. 1757), zuletzt geändert durch § 6 des Gesetzes zur Änderung von Kostengesetzen vom 9. 12. 1986 (BGBl. I S. 2326).	2
4. Kosten des Beirats für Kriegsofferrecht und soziale Fürsorge einschl. Reisekosten	0,5



**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu 412 10**

	Tsd. EUR
5. Um die Bestrebungen nach einer Verbesserung des Arbeitsschutzes zu verstärken, sollen in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern, den Berufsgenossenschaften und der staatlichen Gewerbeaufsicht geeignete Maßnahmen, insbesondere eine jährliche Arbeitssicherheitskonferenz, durchgeführt werden.	6
6. Aufgabe des beim MS bestehenden Landesarbeitskreises für Arbeitssicherheit und der bezirklichen Arbeitskreise ist es, durch Koordinierung geeigneter Maßnahmen sowie durch Sicherheits-Werbewochen und sonstige Öffentlichkeitsarbeit auf eine Senkung der Anzahl der Unfälle in allen Bereichen hinzuwirken. Veranschlagt sind: Vortragshonorare, Durchführung von Sicherheitsveranstaltungen, Aufwandsentschädigungen und Reisekosten für die Beiräte sowie Sachkosten (Porto, Telefon, Druckkosten pp.)	8
7. Aufgabe des beim MS bestehenden Beirates für Arbeitsschutz ist es, das MS in allen Angelegenheiten des Arbeitsschutzes und der Sicherheitstechnik zu beraten. Veranschlagt sind: Reisekosten sowie Entschädigungen für Zeitversäumnis und Verdienstausfall der Mitglieder nach den für die ehrenamtlichen Richter geltenden Vorschriften.	0,5
Zusammen	18

**Zu 421 01**

	Tsd. EUR
1. Amtsgehalt	137
2. Dienstaufwandsentschädigung	6
3. Entschädigung bei getrennter Haushaltsführung	0
Zusammen	143

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteneinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
337,58	306,58	279,21

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
17 962	16 107	15 230

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	33,50
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	1,00
- Sonstige Veränderungen	-
Summe Zugänge	34,50

**Noch zu 422 01**

<u>Abgänge</u>	
- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	2,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	1,50
- Sonstige Veränderungen	-
Summe Abgänge	3,50
Bleibt Zugang	31,00

Die den Beamten/Beamtinnen gem. § 75 Abs. 3 NBG belassenen Beträge sind Aufwandsentschädigungen im Sinne den EStG.

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0501 Ministerium**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
422 19-6	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	156
422 31-5	011	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	45	-45	221
425 01-2	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	6.283
425 06-3	011	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1	1	—	—
425 31-4	011	Leistungen auf Grund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern	—	—	—	—	—
426 01-9	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	451
426 03-5	011	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 06-0	011	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	12	18	-6	6
426 31-0	011	Leistungen auf Grund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern	—	—	—	—	—
427 01-5	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	5	12	-7	3
427 02-3	011	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	—
427 31-7	011	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	1	1	—	—
427 39-2	011	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	—
441 01-8	940	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	—	2.252	2.407	-155	1.924
441 02-6	940	Beihilfen für Angestellte	—	29	33	-4	27
441 03-4	940	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	3	1	+2	3
441 04-2	940	Beihilfen für Sonstige	—	—	1	-1	—
441 10-7	940	Pflegebeihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	—	3	6	-3	2
443 01-0	940	Fürsorgeleistungen	—	13	3	+10	13
443 02-9	940	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	—	1	-1	0
453 01-6	011	Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	13	5	+8	6
453 11-3	011	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer/Teilnehmerinnen an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	1	1	—	—
511 01-6	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände *** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist Abschnitt B des Vorworts zum Einzelplan 05 verbindlich	—	466	359	+107	401
514 01-5	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	34	34	—	39
517 01-4	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume *** Ausgaben, die hier zunächst für andere Landesdienststellen geleistet werden, sind durch Absetzung von der Ausgabe zu vereinnahmen.	—	679	679	—	759
518 01-0	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	250	277	-27	241

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 441 01**

Mitveranschlagt sind Beihilfemittel für umzusetzende Querschnittsstellen von Kap. 03 05 in den Einzelplan 05 im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung.

**Zu 453 01**

Mehr infolge Umsetzungen aus Kap. 03 05 (Auflösung der Bezirksregierungen).

**Zu 511 01**

Hinweis auf Abschnitt B des Vorworts zum Einzelplan 05

	Tsd. EUR
1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	20
2. Büro- und Kanzleibedarf	46
3. Bekanntmachungen	10
4. Bücher und Zeitschriften	78
5. Post- und Fernmeldegebühren	213
6. Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	22
7. Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	74
8. Ausrüstungsgegenstände für den Behördenselbstschutz	–
9. Dienst- und Schutzkleidung	3
Zusammen	466

Mehr infolge Umsetzungen aus Kap. 03 05 und 05 04(Auflösung der Bezirksregierungen).

**Zu 514 01**

**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1. 1. 2004	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Pkw	5	5	5
Sonstige	1	1	1

**Zu 517 01**

	Tsd. EUR
1. Wassergeld	25
2. Grundbesitzabgaben	35
3. Bewachung	120
4. Sonstige Hauswirtschaftskosten	33
5. Reinigungskosten	261
6. Heizung	120
7. Beleuchtung und elektrische Kraft	85
Zusammen	679

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0501 Ministerium**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004		
			2004				
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
518 02-9	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	127	127	—	99
519 01-7	011	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	3	3	—	10
521 10-0	011	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	1	1	—	6
525 01-7	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	159	59	+100	19
526 01-3	011	Sachverständige	—	223	269	-46	28
526 02-1	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	16	16	—	6
527 01-0	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	114	114	—	109
527 02-8	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	9	9	—	9
529 10-1	011	Zur Verfügung der Ministerin oder des Ministers	—	5	5	—	5
531 10-6	011	Veröffentlichungen *** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.	—	307	307	—	187
541 10-1	011	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	—	31	31	—	32
546 01-4	011	Vermischte Ausgaben	—	1	1	—	—
546 02-2	011	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	—	—	—	—
546 03-0	011	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	10	10	—	20
546 04-9	011	Ausgaben für den Kauf des Firmentickets von Verkehrsunternehmen <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 10.</i>	—	—	—	—	90
546 30-8	011	Folgetitel für gelöschte Titel im Einzelplan 05	—	—	—	—	—
547 10-0	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	73	73	—	60
549 01-3	989	Globale Minderausgaben für sächliche Verwaltungsaufgaben	—	—	-358	+358	—
681 10-8	011	Schadensersatzleistungen und Unfallschädigungen	—	41	137	-96	137
684 10-7	011	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	18	18	—	21
685 01-4	011	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	—	—	—	—
811 01-0	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	18	-18	—
811 11-7	011	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.</i>	—	—	—	—	1
812 15-6	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	185	167	+18	69
972 01-3	989	Globale Minderausgabe zum Haushaltsausgleich	—	—	—	—	—
972 05-6	989	Globale Minderausgabe für nicht erbrachte Einsparauflage	—	-1.286	—	-1.286	—
972 11-0	989	Globale Minderausgabe *** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.	—	-29.147	-41.634	+12.487	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 525 01**

Mehr infolge Umsetzung von bisher bei Kap. 05 04-511 01 veranschlagten Kosten für berufspflichtige Aus- und Fortbildungsmaßnahmen in Berlin für 13 Baureferendare/-anwärter.

**Zu 547 10**

Kosten der Fachkommission, der Prüfung von Rechenzentren nach § 88 SGB IV und für arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutz gem. § 16 Arbeitssicherheitsgesetz und andere Verträge für Dienstleistungen Außenstehender.

**Zu 681 10**

Schadensersatzleistungen für Haftungsfälle der ehem. Landesfrauenklinik Hannover.

**Zu 684 10**

	Tsd. EUR
1. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Frankfurt (Main)	15
2. Bundesarbeitsgemeinschaft für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit, Düsseldorf	2
3. Bundesarbeitsgemeinschaft der Träger psychiatrischer Krankenhäuser, Köln	1
Zusammen	18

**Zu 812 15**

Ersatzbeschaffungen:

	Tsd. EUR
1. Einbau eines Aktenaufzuges	30
2. Büroeinrichtungs- und -ausstattungsgegenstände	110
3. Regalwände für die Altregistratur	20
4. Ausstattung der Büroräume nach Umbau der bisherigen Hausmeisterwohnung	25
Zusammen	185

**Zu 972 11**

Zum Ausgleich des Haushalts.

Der Betrag zum Haushaltsausgleich kann auch durch Mehreinnahmen erbracht werden, soweit diesen keine entsprechenden Mehrausgaben gegenüber stehen.

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0501 Ministerium**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
981 10-1	990	Abführung an 13 21 - 381 05	—	467	467	—	467
981 11-0	990	Abführung an 05 12 - 381 10	—	30	—	+30	41
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61</b>		<b>Der Landesbeauftragte für Behinderte Übertragbar.</b> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61.</i>	(—)	(38)	(38)	(—)	(33)
427 61-9	011	Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	—	—	—	—
527 61-3	011	Reisekostenvergütungen	—	3	3	—	2
529 61-6	011	Zur Verfügung des Behindertenbeauftragten des Landes Niedersachsen *** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.	—	—	—	—	0
531 61-0	011	Veröffentlichungen	—	15	15	—	12
538 61-5	011	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	—
546 61-8	011	Zur Verwendung von Spenden <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 61.</i>	—	—	—	—	3
547 61-4	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	20	20	—	16
684 61-1	011	Sonstige Zuschüsse	—	—	—	—	—
812 61-0	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 67</b>		<b>Durchführung von Fachminister/-innen-Konferenzen</b>	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
429 67-0	011	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 67-3	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
812 67-9	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 96</b>		<b>Reformdividende</b>	(—)	(—)	(—)	(—)	(356)
429 96-4	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	27
547 96-7	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	36
711 96-1	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	269
812 96-2	960	Sonstige Ausgaben für Investitionen	—	—	—	—	23
<b>TGr. 98/99</b>		<b>Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik</b>	(—)	(533)	(434)	(+99)	(449)
511 99-7	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	218	119	+99	127
518 98-3	011	Kosten für die Anmietung von Software	—	75	75	—	19
518 99-1	011	Kosten für die Anmietung von Hardware	—	5	25	-20	—
525 98-0	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch das Informatikzentrum Niedersachsen (IZN)	—	7	7	—	1
525 99-8	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch Andere	—	10	10	—	2
527 99-0	011	Reisekosten	—	5	5	—	7

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 981 10**

Überlassungsentgelte für Gebäude und Grundstücke.

**Zu 981 11**

Erstattung der Kosten für Aufsichtsprüfungen durch Prüfer des Landesprüfungsamtes für die Sozialversicherung, die nicht von den Sozialleistungsträgern erstattet werden.

**Zu Titelgruppe 61**

Veranschlagt sind die Kosten für Maßnahmen zur Förderung der Eingliederung behinderter Menschen in Beruf und Gesellschaft.

**Zu 529 61**

Es wird zugelassen, dass bis zu 200 EUR im Rahmen der Deckungsfähigkeit der TGr. zur Bestreitung von Aufwendungen für dienstliche Besucherinnen und Besucher aus besonderem Anlass verwendet werden.

**Zu Titelgruppe 98/99**

Neben den Kosten der IuK-Technik des MS sind auch die Kosten für das kaufm. Rechnungswesen (kfm. Buchführung, KostenLeistungsrechnung sowie Controlling) in den landeseigenen Krankenhäusern veranschlagt, soweit sie zentral verausgabt werden. Diese Kosten werden von den Krankenhäusern erstattet und bei Titel 261 10 vereinnahmt.

**Zu 511 99**

	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf	20
2. Post- und Fernmeldegebühren	7
3. Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	149
4. Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der besonderen Betriebseinrichtungen	19
5. Verbrauchsmittel	23
Zusammen	218

Mehr infolge Umsetzungen aus Kap. 03 05 (Auflösung der Bezirksregierungen).

**Zu 518 98**

Veranschlagt sind folgende Kosten:

1. Wartungsverträge für Software, Pressespiegel und Datenbankprogramme.
2. Lizenzgebühren für Microsoft-Programme.
3. Citrix MetaFrame Programmpflege.

**Zu 518 99**

Wartungskosten für die lokalen Netzwerke in drei Liegenschaften.

**Zu 525 98**

Veranschlagt sind die Kosten der Aus- und Fortbildung von Bediensteten des MS durch das IZN.

**Zu 525 99**

Veranschlagt sind die Kosten der Aus- und Fortbildung von Bediensteten des MS, die nicht durch das IZN, sondern durch Andere durchgeführt werden.

**Zu 527 99**

Die einzelnen Verfahren im Rahmen der kaufm. Buchführung erfordern Anwesenheiten der mit den Aufgaben betrauten Bediensteten in den Landeskrankenhäusern sowie die Schulung des Personals.

Teilnahme an Sitzungen im Zusammenhang mit I. u. K. außerhalb des Dienstortes.

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0501 Ministerium**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
538 98-4	011	Kosten für Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (IZN)	—	5	5	—	1
538 99-2	011	Kosten für Dienstleistungen Anderer	—	23	3	+20	36
812 99-7	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgeräten sowie von sonstigen beweglichen Sachen	—	185	185	—	257
<b>Abschluss Kapitel 0501</b>							
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		778	74	+704	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		423	370	+53	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		8	9	-1	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		1.209	453	+756	
		4 Personalausgaben	—	20.457	18.824	+1.633	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	2.894	2.303	+591	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	59	155	-96	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	370	370	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	-29.936	-41.167	+11.231	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	-6.156	-19.515	+13.359	
		<b>Überschuss</b>		7.365	19.968	-12.603	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 538 98**

Fortentwicklung des Intranets, Kosten für Einrichtung und Betrieb eines VPN (Virtuell Private Networks), Kosten für Bandbreitenerweiterungen als Zugang zum IZNnet, allgemeine technische Unterstützungsleistungen.

**Zu 538 99**

Ausbau und Fortentwicklung der Citrix MetaFrame Server Farm, Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Einsatz des Dokumentenmanagementsystems VIS-compact.

**Zu 812 99**

	Tsd. EUR
100 Drucker	35
40 Monitore	30
50 Arbeitsplatzrechner	50
Ausbau der Server-Landschaft (Storage-, DMS-, Mail- und Terminal- Server)	50
Ausbau der Netzwerk-Infrastruktur	20
Zusammen	185

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0502 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-2	011	Vermischte Einnahmen		1	1	—	2
119 02-0	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen <i>*** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.</i>		—	—	—	—
119 41-1	011	Rückzahlung von Überzahlungen		10	36	-26	3
<b>AUSGABEN</b>							
636 10-6	223	Unfallversicherung für Schüler usw.	—	100	95	+5	99
636 11-4	223	Zuschüsse der Küstenländer zur Unfallversicherung der Küstenfischer gem. § 163 Abs. 1 SGB VII	—	250	243	+7	258
684 11-9	236	Zuschüsse an Kontakt- und Informationsberatungsstellen für Selbsthilfegruppen -KIB-	—	—	804	-804	804
684 12-7	236	Zuschüsse an Selbsthilfegruppen für Homosexuelle	—	47	52	-5	48
684 13-5	290	Psychosoziale und medizinische Beratung von Flüchtlingen und Ausländern	—	69	123	-54	153
684 14-3	680	Zuschuss an das Deutsche Kuratorium für Sicherheit in Heim und Freizeit e.V.	—	—	5	-5	—
685 22-0	680	Anteil d.Landes Niedersachsen am Zuschussbedarf der Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik u.Akkreditierung	—	20	25	-5	6
685 24-7	680	Anteil des Landes Nds.am Zuschussbedarf der Zentralstelle d.Länder f.Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln u. Medizinprodukten (ZLG)	—	60	59	+1	39
687 10-0	680	Anteil des Landes Nds. am Netzwerk Gesunde Regionen der Weltgesundheitsorganisationen (WHO)	—	7	7	—	5
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 62</b>		<b>Maßnahmen zur Herstellung der Gleichberechtigung</b>	(—)	(25)	(25)	(—)	(—)
526 62-9	011	Sachverständigenhonorare	—	—	—	—	—
547 62-6	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben <i>Übertragbar.</i>	—	25	25	—	—
<b>TGr. 80</b>		<b>Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz</b>	(—)	(860)	(961)	(-101)	(798)
526 80-7	254	Kosten der ärztlichen Untersuchungen	—	850	946	-96	795
531 80-0	254	Veröffentlichungen	—	10	15	-5	3

---

ERLÄUTERUNGEN

---

**Zu 636 10**

Veranschlagt sind die voraussichtlichen Beiträge für Schüler und Studenten sowie Kinder in Kindergärten im Zuständigkeitsbereich des MS.

**Zu 636 11**

Nach § 163 Abs. 1 SGB VII haben die Länder mit Küstenbezirken Zuschüsse zu den Beiträgen für Unternehmen der Küstenfischerei zu leisten. Veranschlagt sind die für Niedersachsen hierzu voraussichtlich entstehenden Kosten.

**Zu 684 11**

Verlagert nach 0573 – 684 72.

**Zu 684 12**

Nach den „Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Aktivitäten für den Abbau von Diskriminierungen homosexueller Männer“ (RdErl. d. MS v. 15. 6. 1993, Nds. MBl. S. 700, geä. durch RdErl. d. MS v. 18. 2. 1998, Nds. MBl. S. 499) werden insbesondere Qualifizierungsmaßnahmen zur Förderung des Ehrenamtes und der Hilfe zur Selbsthilfe sowie Schulungen von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren gefördert.

Reduzierung des Ansatzes zur Haushaltskonsolidierung.

**Zu 684 13**

Gefördert werden durch Zuwendungen als Zuschüsse Maßnahmen des Ethno-Medizinischen Zentrums Hannover, die der sozialen Integration und der Verbesserung der medizinischen Versorgung von ausländischen Mitbürgern und Flüchtlingen dienen.

**Zu 684 14**

Einstellung der Förderung zur Haushaltskonsolidierung.

**Zu 685 22**

Anteil des Landes aufgrund des Beschlusses der Ministerpräsidentenkonferenz vom 21. 12. 1989 und des Gesetzes zu dem Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS) und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechtes (AKMP) vom 12. 5. 2000 (Nds. GVBl. S. 110).

**Zu 685 24**

Anteil des Landes am nicht gedeckten Finanzbedarf der Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten (ZLG) aufgrund des Beschlusses der Ministerpräsidentenkonferenz v. 30. 6. 1994 und des Gesetzes zum Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Medizinprodukten vom 12. 5. 1999 (Nds. GVBl. S. 108).

Die ZLG übernimmt Vollzugsaufgaben der Länder im Rahmen der Durchführung des Medizinproduktgesetzes (MPG) für den Bereich der nicht energetisch betriebenen Medizinprodukte, soweit sie die Akkreditierung und Überwachung von Prüflaboratorien und Zertifizierungsstellen betreffen.

**Zu 687 10**

Durch die Anbindung an das „Netzwerk Gesunde Regionen“ (RHN) werden effektive Wege des Austausches gesundheitspolitisch relevanter Informationen mit anderen Ländern und der Weltgesundheitsorganisation hergestellt. Vordringlich werden überregional entwickelte Strategien der Gesundheitsförderung und Prävention (WHO-Programme „Gesundheit für alle bis zum Jahr 2000“) und die damit gewonnenen Erfahrungen ausgetauscht und weiter entwickelt.

**Zu Titelgruppe 62**

Veranschlagt sind u. a. Mittel für Beratungsleistungen zur Unterstützung der Umsetzung des Gender Mainstreaming in Niedersachsen (z. B. Entwicklung von Controlling-Kriterien, Evaluationskonzept).

**Zu Titelgruppe 80**

Gemäß § 32 ff. des Jugendarbeitsschutzgesetzes vom 12. 4. 1976 (BGBl. I S. 965), zuletzt geändert am 21.12.2000 (BGBl. I S. 1983), sind die Jugendlichen vor Beginn und während einer Berufstätigkeit ärztlich zu untersuchen. Die Kosten hat das Land zu tragen.

Weniger nach der Istentwicklung der Vorjahre.

**Zu 531 80**

Veröffentlichungen zur Information der Schulabgänger.

**Einzelplan 05**    **Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0502**   **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 0502</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		11	37	-26	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		11	37	-26	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	885	986	-101	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	553	1.413	-860	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	1.438	2.399	-961	
		<b>Zuschuss</b>		1.427	2.362	-935	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0504 Bauaufsicht und Städtebau**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
111 01-9	011	Gebühren und tarifliche Entgelte		209	190	+19	209
119 01-0	011	Vermischte Einnahmen		—	—	—	—
235 10-9	011	Sonstige Zuweisungen von der Bundes- agentur für Arbeit (für Aushilfskräfte)		—	—	—	—
<b>AUSGABEN</b>							
422 01-4	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtin- nen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbud- gets	—	2.921	3.895	-974	1.460
422 04-9	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtin- nen und Beamten auf Widerruf im Vorbe- reitungsdienst	—	181	181	—	119
422 06-5	011	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
422 19-7	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	54
422 31-6	011	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Frei- stellung bei Personalüberhang	—	—	127	-127	88
425 01-3	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	2.136
425 06-4	011	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
425 31-5	011	Leistungen auf Grund von Auflösungsver- trägen mit älteren Arbeitnehmerinnen/ Ar- beitnehmern	—	—	—	—	—
427 01-6	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
427 31-8	011	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	1	1	—	0
427 39-3	011	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
511 01-7	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsge- genstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	8	-8	1
812 35-1	011	Erwerb von Geräten und sonstigen bewegli- chen Sachen für Fachaufgaben	—	—	—	—	—
<b>Abschluss Kapitel 0504</b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				209	190	+19	
2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zu- schüssen mit Ausnahme für Investitionen				—	—	—	
<b>Summe der Einnahmen</b>					209	190	+19
4 Personalausgaben				—	3.103	-1.101	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Aus- gaben für den Schuldendienst				—	—	-8	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen				—	—	—	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>				—	3.103	-1.109	
<b>Zuschuss</b>					2.894	-1.128	

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 0504**

**Allgemeine Erläuterungen**

Hinsichtlich der Veränderungen im Zuge der Auflösung der Bezirksregierungen wird auf das Vorwort zum Einzelplan 05 verwiesen.

Die Ausgaben für das bei den Regierungsvertretungen tätige Personal sind bei Kapitel 0591 (neu) veranschlagt.

**Zu 511 01**

Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen zur landeseinheitlichen Umstellung des Städtebaukatasters (Fortsetzungsmaßnahme).

Umgesetzt nach Kap. 05 01.

**Zu 111 01**

Verwaltungsgebühren für Baudispense und Widerspruchsentscheide.

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteneinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
56,53	69,13	62,53

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
2.921	3.895	3.466

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	33,20
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	--
- Sonstige Veränderungen	--
	-----

Summe Zugänge 33,20

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	35,90
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	1,00
- Sonstige Veränderungen	8,90
	-----

Summe Abgänge 45,80

Bleibt Abgang 12,60

Beamte, die als Ausbildungsleiter tätig sind, erhalten eine Lehrzulage. Die Lehrzulagen gelten bis zur Höhe von mtl. 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

**Zu 427 31**

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte/-innen, Richter/-innen und Angestellte des Landes richtet sich nach den aufgrund des RdErl. d. MF vom 25.3.1998 (Nds. MBl. S. 664) bzw. für Prüfungsvergütungen für Mitglieder in Prüfungsausschüssen nach den aufgrund des RdErl. d. MF vom 25.3.1998 (Nds. MBl. S. 666) in der jeweils geltenden Fassung erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu monatlich 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0505 Wohnungs- und Siedlungswesen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>E I N N A H M E N</b>							
099 10-1	411	Ausgleichszahlungen nach dem Gesetz über den Abbau von Fehlsubventionierungen im Wohnungswesen (AFWoG) <i>Vgl. K-Vermerk zu 893 10.</i>		–	20	-20	311
111 01-2	411	Gebühren und tarifliche Entgelte		324	250	+74	324
119 01-3	411	Vermischte Einnahmen		3	3	–	–
231 10-7	233	Erstattungen des Bundes für Zuschüsse nach dem Gesetz zur Gewährung eines einmaligen Heizkostenzuschusses		–	–	–	-4.049
231 62-0	233	Erstattung des Bundesanteils an den Aufwendungen für Miet- und Lastenzuschüsse nach dem Wohngeldgesetz		100.000	230.000	-130.000	259.879
231 63-8	233	Erstattungen des Bundes gem. § 34 Abs. 2 WoGG zum Ausgleich für Grundsicherungsleistungen nach dem SGB XII <i>Vgl. K-Vermerk zu 0530-633 28.</i>		44.418	44.418	–	44.417
231 66-2	233	Erstattung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft und Heizung gemäß § 46 Abs. 5, 6, 10 SGB II <i>Vgl. K-Vermerk zu 633 66.</i>		–	–	–	–
359 01-4	950	Entnahme aus dem Vermögen der Landestreuhandstelle für den Härteausgleich <i>Vgl. K-Vermerk zu 681 12.</i>		–	150	-150	275
<b>A U S G A B E N</b>							
537 10-9	176	Planungsarbeiten, Wettbewerbe und Preisverleihungen sowie Gutachtertätigkeiten auf dem Gebiet des Städtebaues <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 537 10, 547 10 und 686 51.</i>	–	15	74	-59	49
547 10-4	176	Maßnahmen zur Ausbildung, Aufklärung und Beratung auf dem Gebiet des Städtebaues und des Wohnungswesens <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 537 10.</i>	–	–	–	–	–
632 10-1	011	Bauministerkonferenz	–	25	27	-2	26
633 01-9	016	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Gemeinden (GV) für Hauszinssteuer- und ähnliche Darlehen <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 633 01 und 671 01.</i>	–	1	1	–	0
671 01-8	016	Erstattung von Verwaltungsausgaben an die Bremer Landesbank für Hauszinssteuer- und ähnliche Darlehen <i>Vgl. D-Vermerk zu 633 01.</i>	–	–	–	–	0
681 12-9	411	Zuwendungen zur Verminderung von Mieterhöhungen im Sozialwohnungsbestand (Härteausgleich) <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 359 01.</i>	–	–	150	-150	275
684 10-1	176	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	–	7	6	+1	6
685 21-3	680	Anteil des Landes Niedersachsen an dem Zuschussbedarf des Instituts für Bautechnik <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 685 21 und 685 22.</i>	–	440	511	-71	472

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 099 10**

Die Fehlbelegungsabgabe wird in Niedersachsen seit dem 1.1.2004 nicht mehr erhoben.

**Zu 111 01**

Überwiegend Leistungen gem. § 7 und § 25 des Wohnungsbindungsgesetzes in der Fassung v. 13. 9. 2001 (BGBl. I S. 2404).

**Zu 231 62**

Nach § 34 Abs. 1 des Wohngeldgesetzes in der Fassung vom 23. 1. 2002 (BGBl. I S. 474), zuletzt geändert durch Art. 3 des Zweiten Gesetzes zur Änderung wohnungsrechtlicher Vorschriften vom 15.12.2004 (BGBl. I S. 3450) erstattet der Bund dem Land die Hälfte des gezahlten Wohngeldes.

Durch Artikel 25 des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 24.12.2003 ist das Wohngeldgesetz geändert worden (BGBl. I S. 2954, 2985). Danach sind ab dem 1. Januar 2005 alle Empfänger von Transferleistungen, bei deren Berechnung Kosten der Unterkunft berücksichtigt worden sind, vom Wohngeld ausgeschlossen. Dadurch verringert sich die Anzahl der Wohngeld empfangenden Haushalte und damit auch der Aufwand für die Wohngeldausgaben erheblich. Die Haushaltsansätze berücksichtigen die zu erwartenden Minderausgaben beim Wohngeld.

Vgl. Ausgabe-Titelgruppe 62/63.

**Zu 231 63**

Das zum 1.1.2003 in Kraft getretene Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung – GSIG – wurde gemäß Art. 68 des Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch vom 27.12.2003 (BGBl. I S. 3022, 3070) zuletzt geändert durch Art. 2 des Zweiten Gesetzes zur Änderung wohnungsrechtlicher Vorschriften vom 15.12.2004 (BGBl. I S. 3450) mit Wirkung zum 1.1.2005 aufgehoben. Auf Grund von Art. 1 des o.g. Gesetzes vom 27.12.2003 sind die Regelungen des GSIG inhaltlich unter Änderungen in das Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch – Sozialhilfe – übernommen worden.

Der Bund trägt gemäß § 34 Abs. 2 Satz 1 Wohngeldgesetz in der Fassung vom 23.1.2002 (BGBl. I S. 474) zuletzt geändert durch Art. 3 des Zweiten Gesetzes zur Änderung wohnungsrechtlicher Vorschriften vom 15.12.2004 (BGBl. I S. 3450) von den Grundsicherungsleistungen jährlich einen Festbetrag in Höhe von derzeit 409 Mio. EUR.

Der auf Niedersachsen entfallende Anteil in Höhe von rd. 44,4 Mio. EUR wird bei Kapitel 0530 Titel 633 28 verausgabt.

**Zu 359 01**

Vgl. Erläuterungen zu Titel 681 12.

**Zu 537 10**

Durchführung des niedersächsischen Staatspreises für Architektur.

Der Staatspreis für Architektur wird durch Entschließung des Niedersächsischen Landtages vom 17. 5. 1995 – Drs. 13/1086 – alle zwei Jahre für hervorragende und beispielhafte Arbeiten vergeben. Die zur Ausrichtung erforderlichen Leistungen, wie Vorarbeiten, Ausschreibung, Bereisung durch die Jury, Bewertung, Verleihung und Dokumentation werden zeitlich über zwei Jahre versetzt erbracht und entsprechend mit zwei unterschiedlichen Jahresbeträgen veranschlagt.

Weniger infolge Haushaltskonsolidierung.

**Zu 547 10**

Verträge und andere Maßnahmen zur Durchführung von Veranstaltungen und zur Entwicklung von Planungshilfen mit dem Ziel, Wohnungsbau-, Siedlungs- und Stadtentwicklungspolitik in der Öffentlichkeit und in Fachkreisen zu verbreiten. Eingespart infolge Konsolidierung.

**Zu 632 10**

Anteilige Kosten der Geschäftsstelle der Bauministerkonferenz (ARGEBAU) gemäß Verwaltungsvereinbarung der für das Bauwesen zuständigen Minister und Senatoren der Länder vom 1. 7. 1991. Die anteiligen Verpflichtungen der Länder richten sich nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahl.

**Zu 633 01**

Veranschlagt sind die Kosten für die Verwaltung der staatlichen und gemeindlichen Hauszinssteuerhypothen sowie verschiedener von der Bremer Landesbank verwalteten Wohnungsbaudarlehen.

**Zu 681 12**

Auf Grund verbesserter Wohngeldleistungen ist die Härteausgleichsförderung ab 2004 nicht mehr fortgesetzt worden.

**Zu 684 10**

	EUR
1. Institut für Bauforschung e. V.	1 850
2. Deutsches Volksheimstättenwerk e. V. Hannover	1 850
3. Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung	2 500
Zusammen	6 200

**Zu 685 21**

Das Deutsche Institut für Bautechnik dient der einheitlichen Erfüllung bautechnischer Aufgaben auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts.

Es wird aufgrund eines Abkommens zwischen Bund und Ländern als überwiegend regional finanzierte Einrichtung (rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts) des Landes Berlin geführt. Die Finanzierung erfolgt – soweit sie nicht durch eigene Einnahmen gedeckt ist – durch die am Abkommen Beteiligten.

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0505 Wohnungs- und Siedlungswesen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
685 22-1	176	Zuschüsse zu den Kosten für Untersuchungen, Planungen und Erprobungen auf dem Gebiet der Bauaufsicht <i>Vgl. D-Vermerk zu 685 21.</i>	—	122	119	+3	121
686 23-6	680	Anteil des Landes Nds. an den Kosten des Deutschen Instituts für Normung e. V. (DIN)	—	86	84	+2	86
686 51-1	176	Zuschüsse zur Ausbildung, Aufklärung und Beratung auf dem Gebiet des Städtebaues und des Wohnungswesens <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 537 10.</i>	—	—	51	-51	—
686 52-0	176	Zuschüsse an das Institut für Bauforschung e.V. Hannover <i>Übertragbar.</i>	—	—	82	-82	82
893 10-0	411	Zuschüsse zur Förderung von Wohnungen i.S. des § 45 WoFG (Wohnungsfürsorgemittel) <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 099 10.</i>	—	—	20	-20	—
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 62/63</b>		<b>Wohngeld</b>	(—)	(200.000)	(460.000)	(-260.000)	(518.671)
633 62-0	233	Erstattung an Gemeinden (GV) für Miet- und Lastenzuschüsse nach dem Wohngeldgesetz <i>*** Zurückgezahlte Zuschüsse sind hier durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen</i>	—	130.000	165.000	-35.000	194.506
633 63-9	233	Erstattungen an Gemeinden ( GV ) für Mietzuschüsse nach dem 5. Teil des Wohngeldgesetzes <i>*** Zurückgezahlte Zuschüsse sind hier durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen</i>	—	5.000	195.000	-190.000	217.593
681 62-5	233	Leistungen an Empfänger von Miet- und Lastenzuschüssen nach dem Wohngeldgesetz <i>*** Zurückgezahlte Zuschüsse sind hier durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen</i>	—	65.000	100.000	-35.000	106.572
<b>TGr. 64/65</b>		<b>Leistungen nach dem Gesetz zur Zahlung eines einmaligen Heizkostenzuschusses</b> <i>*** Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe des gesetzlichen Erstattungsanspruches des Landes gegen den Bund.</i>	(—)	(—)	(—)	(—)	(-52)
633 64-7	233	Erstattungen an Gemeinden (GV) und sonstige Stellen für Zuschüsse nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 des Gesetzes an Wohngeldempfänger	—	—	—	—	-119
633 65-5	233	Erstattungen an Gemeinden (GV) und sonstige Stellen für Zuschüsse nach § 2 Abs. 2 Nr. 2 des Gesetzes an sonstige Berechtigte	—	—	—	—	67
681 64-1	233	Zuschüsse nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes an Wohngeldempfänger	—	—	—	—	—
681 65-0	233	Zuschüsse nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 des Gesetzes an sonstige Berechtigte	—	—	—	—	—
<b>TGr. 66</b>		<b>Finanzzuweisungen an die kommunalen Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)</b>	(—)	(105.000)	(—)	(+105.000)	(—)
613 66-2	910	Zuweisungen an die kommunalen Träger nach § 5 Nds. AG SGB II (Landeszuschuss)	—	105.000	—	+105.000	—

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 685 22**

Aufwendungen für technische und bauaufsichtliche Untersuchungen sowie für Maßnahmen der Typisierung und Rationalisierung auf dem Gebiet des Bauwesens durch das Deutsche Institut für Bautechnik in Berlin.

Durch Ländervereinbarung wurde beim Deutschen Institut für Bautechnik ein gemeinsamer Forschungsfonds geschaffen, aus dem entsprechende Forschungsvorhaben gefördert werden. Die anteiligen Verpflichtungen der Länder richten sich nach dem Königsteiner Schlüssel.

Die Forschungsplanung wird vom Deutschen Institut für Bautechnik aufgestellt und nach Beratung in der Fachkommission Bautechnik vom Allgemeinen Ausschuss der ARGEBAU gebilligt.

**Zu 686 23**

Die Zuwendungen an den Normenausschuss Bauwesen im Deutschen Institut für Normung (DIN) beruhen auf einem zwischen dem Land Nds. und dem DIN erstmals 1978 geschlossenen Vertrag.

Der Normenausschuss Bauwesen im DIN erarbeitet Normen mit sicherheitstechnischer Relevanz, die als technische Baubestimmungen im bauaufsichtlichen Bereich eingeführt werden. Er erhält dafür von den Ländern einen angemessenen Kostenbeitrag, der nach dem Königsteiner Schlüssel auf die einzelnen Länder verteilt wird.

**Zu 686 51**

Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen und zur Durchführung von Veranstaltungen mit dem Ziel, Wohnungsbau-, Siedlungs- und Stadtentwicklungspolitik in der Öffentlichkeit zu verbreiten.

Eingespart infolge Haushaltskonsolidierung.

**Zu 686 52**

Die Förderung des Instituts für Bauforschung e. V. in Hannover wird 2005 eingestellt.

Eingespart infolge Haushaltskonsolidierung.

**Zu 893 10**

Vgl. Erläuterungen zu 099 10.

**Zu Titelgruppe 62/63**

Vgl. Erläuterungen zu 231 62.

**Zu Titelgruppe 66**

Veranschlagt ist der Landeszuschuss nach § 5 Nds. AG SGB II ab 1.1.2005 (Tit. 613 66) sowie die Zuweisung des Bundesanteils an den Kosten der kommunalen Träger für Unterkunft und Heizung nach § 46 Abs. 5, 6, 10 SGB II und § 4 Nds. AG SGB II ab 1.1.2005 (Tit. 633 66).

**Einzelplan 05** Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit  
**Kapitel 0505** Wohnungs- und Siedlungswesen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
633 66-3	233	Zuweisungen des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft und Heizung an die kommunalen Träger nach § 46 Abs. 5, 6, 10 SGB II und § 4 Nds. AG SGB II <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 66.</i>	—	—	—	—	—
<b>Abschluss Kapitel 0505</b>							
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel		—	20	-20	
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		327	253	+74	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		144.418	274.418	-130.000	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	150	-150	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		144.745	274.841	-130.096	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	15	80	-65	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	305.681	461.025	-155.344	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	—	20	-20	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	305.696	461.125	-155.429	
		<b>Zuschuss</b>		160.951	186.284	-25.333	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0507 Wohnungsbauprogramme**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-0	411	Vermischte Einnahmen		-	-	-	-
221 10-9	411	Einnahmen vom Bund für Aufwendungszuschüsse im Wohnungsbau <i>Vgl. K-Vermerk zu 663 10.</i>		-	-	-	-
234 10-3	045	Zuweisungen des Bundes aus dem Fonds "Aufbauhilfe" nach dem Aufbauhilfengesetz		-	-	-	-
311 10-8	920	Einnahmen vom Bund für Baudarlehen im Wohnungsbau <i>Vgl. K-Vermerk zu 863 10.</i> <i>*** Die Beschaffung und Bewirtschaftung aller Kredite obliegt dem MF. Zuviel gebuchte Einnahmen aus Kreditaufnahmen können durch Absetzen von der Einnahme verausgabt werden. Die Jahreskreditermächtigung wird davon nicht berührt.</i>		-	1.357	-1.357	3.885
311 11-6	920	Einnahmen vom Bund für Aufwendungsdarlehen im Wohnungsbau <i>Vgl. K-Vermerk zu 863 10.</i> <i>*** Die Beschaffung und Bewirtschaftung aller Kredite obliegt dem MF. Zuviel gebuchte Einnahmen aus Kreditaufnahmen können durch Absetzen von der Einnahme verausgabt werden. Die Jahreskreditermächtigung wird davon nicht berührt.</i>		2.332	3.380	-1.048	3.830
331 10-9	411	Einnahmen vom Bund für Zuschüsse im Wohnungsbau <i>Vgl. K-Vermerk zu 893 10.</i>		21.457	25.548	-4.091	32.853
<b>AUSGABEN</b>							
661 11-7	411	Zuweisung von Finanzierungskosten im Wohnungsbau an die Landestreuhandstelle <i>Übertragbar.</i>	-	14.628	15.965	-1.337	21.192
663 10-1	411	Zuweisungen für Aufwendungszuschüsse an die Landestreuhandstelle <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 221 10.</i> <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 663 10, 863 10 und 893 10.</i>	6.786	-	22.307	-22.307	11.301
681 10-0	045	Zuschüsse aus dem Fonds "Aufbauhilfe" nach dem Aufbauhilfengesetz an Geschädigte zur Behebung von Wasserschäden an Wohngebäuden <i>Übertragbar.</i>	-	-	-	-	-
863 10-0	411	Zuschüsse für Darlehen im Wohnungsbau an die Landestreuhandstelle <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 311 10.</i> <i>Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 311 11.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 663 10.</i>	-	2.332	4.737	-2.405	7.215
893 10-7	411	Zuschüsse für Investitionen im Wohnungsbau an die Landestreuhandstelle <i>Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 331 10.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 663 10.</i> <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist Abs. 2 der Erläuterung verbindlich.</i>	14.770 16.458	21.460	25.577	-4.117	14.702

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 05 07

1. Im Kapitel 0507 sind die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt, die zur Abwicklung der Wohnungsbauprogramme erforderlich sind, soweit sie nicht aus Rückflussmitteln oder im Rahmen des Bankenmodells finanziert werden.
2. Die Finanzierung der Wohnungsbauförderung ist nach dem Beschluss der Landesregierung vom 14. 2. 1995 ab dem Haushaltsjahr 1995 auf das Bankenmodell umgestellt worden. Dazu ist mit der Nord/LB am 4. 5. 1995 eine Vereinbarung über die Finanzierung der Wohnungsbauförderung durch die LTS geschlossen worden. Nach dieser Vereinbarung erstellt die LTS jährlich vor der Aufstellung des Haushaltsplans des Landes einen besonderen Wirtschaftsplan für die Finanzierung des Wohnungsbaus. Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2005 ist diesem Kapitel als Anlage beigefügt.
3. Neues Wohnungsbauprogramm 2005: Im Rahmen der jährlich zwischen dem Bund und den Ländern abzuschließenden Verwaltungsvereinbarung über die Förderung des Wohnungswesens stellt der Bund dem Land Niedersachsen im Jahre 2005 voraussichtlich rund 17 377 000 EUR an Bundesfinanzhilfen zur Verfügung, die in Tranchen über einen Zeitraum von **fünf Jahren** ausgezahlt werden. Die Bundesfinanzhilfen werden entsprechend dem Barwert vom Land voll gegenfinanziert. Entsprechend dem Barwert ergibt sich eine Gegenfinanzierung in Höhe von insgesamt rund 21 786 000 EUR. Das Wohnungsbauprogramm 2005 hat somit ein Gesamtvolumen in Höhe von rund 39 163 000 EUR. Das Programm wird vom Land in Tranchen über einen Zeitraum von **vier Jahren** abgewickelt.

Wohnungsbauprogramm 2005 (Abwicklung von 2005 bis 2008)

Förderungsweg	geplantes Programm-volumen	geplanter Einsatz von		
		Bundesfinanz-hilfen (1. bis 4. Jahresrate)	Rückflussmitteln (Landesanteil)	Finanzierungs-mitteln aus Bankenmodell: Kredite der LTS
Baudarlehen 3. Förderungsweg/ vereinbarte Förderung	39 163 000	13 902 000	25 261 000	-
Summe	39 163 000	13 902 000	25 261 000	-

Die Vorfinanzierung der 5. Jahresrate der Bundesfinanzhilfen in Höhe von 3.475 000 EUR in 2005 durch das Land erfordert den Einsatz entsprechend höherer Rückflüsse im vierjährigen Abwicklungszeitraum (siehe Tabelle oben). Der Ausgleich erfolgt durch die Vereinnahmung der Bundesfinanzhilfen im Haushaltsjahr 2009 (vgl. Wirtschaftsplan der LTS, Ziffer 5.4, Einnahmen).

4. Alte und neue Wohnungsbauprogramme: Durch die Haushaltsansätze wird gewährleistet, dass für die **alten und neuen** Wohnungsbauprogramme
  - die jeweils zur Verfügung gestellten Bundesfinanzhilfen entsprechend dem Barwert voll gegenfinanziert,
  - die Bundesfinanzhilfen eingesetzt,
  - die Verpflichtungsermächtigungen für die alten Wohnungsbauprogramme bedient und
  - die Finanzierungskosten im Rahmen des Bankenmodells abgedeckt werden.

Die Programmstrukturen ergeben sich im einzelnen aus dem Wirtschaftsplan der Niedersächsischen Landestreuhandstelle für das Wohnungswesen (LTS), der diesem Kapitel als Anlage beigefügt ist. Es ergibt sich für die Wohnungsbauförderung (aufgeteilt auf die Förderungswegen Baudarlehen, Aufwendungsdarlehen und Aufwendungszuschüsse) ein Gesamtbedarf im Jahre 2005 in Höhe von 93 917 000 EUR. Die Finanzierung des Gesamtbedarfs wird durch den Einsatz der Bundesfinanzhilfen, Landesmittel und Rückflüsse sichergestellt; eine Refinanzierung durch die LTS im Rahmen des Bankenmodells ist im Haushaltsjahr 2005 nicht erforderlich.

Finanzierung der alten und neuen Wohnungsbauprogramme im Haushaltsjahr 2005

Förderungsweg	Bedarf	Deckung			Rückflussmittel (Landesanteil)	Finanzierungs-mitteln aus Bankenmodell: Kredite der LTS
		Titel 663 10	Titel 863 10	Titel 893 10		
Baudarlehen 1. Förderungsweg/ vereinbarte Förderung	36 963 000	-	-	13 143 000	23 820 000	-
Aufwendungsdarlehen	5 492 000	-	2 332 000	3 000	3 157 000	-
Aufwendungszuschüsse	51 462 000	-	-	-	51 462 000	-
Summe	93 917 000	-	2 332 000	13 146 000	78 439 000	-
davon Bundesmittel	-	-	2 332 000	13 143 000	-	-
davon Landesmittel	-	-	-	3 000	-	-

Bei Titel 893 10 sind außerdem 8.314.000 EUR für die außerordentliche Tilgung aufgenommener Kapitalmarktdarlehen veranschlagt.

Zu 661 11

Die LTS wird die auszahlenden Wohnungsbaumittel – soweit sie nicht aus dem jährlichen Aufkommen aus Rückflussmitteln und Bundesfinanzhilfen gedeckt sind – im Rahmen des Bankenmodells refinanzieren. Das Land trägt den Schuldendienst dieser Refinanzierung entsprechend dem Wirtschaftsplan der LTS. Finanzierungskosten fallen für das Wohnungsbauprogramm 2005 nicht an (siehe Allgemeine Erläuterungen zu Kap. 0507).

Der Haushaltsansatz für 2005 in Höhe von 14.628.000 EUR enthält die notwendigen Mittel zur Bedienung der Finanzierungskosten für alte Verpflichtungen (vgl. Ablaufgitter).

Die Höhe der notwendigen Bedienungsmittel für die Altverpflich-



## ERLÄUTERUNGEN

**Noch zu 661 11**

tungen sind einem laufenden Änderungsprozess unterworfen. Ursache dafür ist, dass der Einsatz der Finanzierungsquellen zur Deckung des Gesamtbedarfs aller laufenden Wohnungsbauprogramme im Rahmen der Vereinbarungen so gesteuert wird, dass eine Minimierung der Finanzierungskosten erreicht werden kann.

## Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	14.086	542	—	14.628
2006	12.741	678	—	13.419
2007	11.752	700	—	12.452
2008	11.168	700	—	11.868
2009 ff.	110.186	4.166	—	114.352
Summe	159.933	6.786	—	166.719

**Zu 663 10**

Die Belastung durch in Anspruch genommene VE wird durch die Inanspruchnahme des Aufkommens an Rückflussmitteln frühestens ab dem Haushaltsjahr 2009 eintreten.

## Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	—	—	—	—
2006	—	—	—	—
2007	—	—	—	—
2008	—	—	—	—
2009 ff.	117.540	—	—	117.540
Summe	117.540	—	—	117.540

**Zu 863 10**

Zuschüsse für Darlehen zur Finanzierung alter Wohnungsbauprogramme gem. dem Wirtschaftsplan der LTS bis 2002.

## Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	2.332	—	—	2.332
2006	1.788	—	—	1.788
2007	1.294	—	—	1.294
2008	878	—	—	878
2009 ff.	932	—	—	932
Summe	7.224	—	—	7.224

**Zu 893 10**

Zuschüsse für Darlehen der vereinbarten Förderung und Aufwendungsdarlehen zur Finanzierung alter und neuer Wohnungsbauprogramme gemäß dem Wirtschaftsplan der LTS, soweit diese in den vermögens- und schuldenwirksamen Nachweisungen des Landes nicht zu berücksichtigen sind, sowie Mittel für die außerordentliche Tilgung aufgenommener Kapitalmarktdarlehen.

Für den Fall, dass der Verpflichtungsrahmen des Wohnungsbauprogramms 2005 bis zum 31. 12. 2005 nicht voll belegt werden konnte, werden bis zu 60 v. H. der ursprünglichen Verpflichtungsermächtigung als „Reserve-VE“ im folgenden Jahr erneut veranschlagt. Hierdurch wird die Haushaltsbelastung der Ursprungs-VE nicht ausgeweitet. Durch die Inanspruchnahme der „Reserve-VE“ darf der ursprüngliche Bewilligungsrahmen des jeweiligen Programms nicht

**Noch zu 893 10**

überschritten werden.

## Verpflichtungsermächtigungen

Für das Wohnungsbauprogramm 2005 werden Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 14.770.000 EUR benötigt. Die Verpflichtungsermächtigungen enthalten die Summe der in den folgenden Jahren benötigten Haushaltsmittel zur Bedienung der Wohnungsbauprogramme, soweit nicht Rückflussmittel und aufzunehmende Kredite durch die LTS zur Finanzierung der Wohnungsbauprogramme vorgesehen sind. Im Jahr der Ausbringung der Verpflichtungsermächtigung sind für das Programm bereits Barmittel in Höhe von 2.607.000 EUR ausgebracht. Es verbleibt somit ein Haushaltsmittelbedarf für die zukünftigen Jahre in Höhe von 14.770.000 EUR. Für den Fall, dass der Verpflichtungsrahmen des Wohnungsbauprogramms bis zum 31. 12. des Jahres nicht voll belegt werden kann, werden bis zu 60 v. H. der ursprünglichen Verpflichtungsermächtigung als „Reserve-VE“ im folgenden Jahr erneut veranschlagt.

Die 2004 veranschlagte Verpflichtungsermächtigung von 16.458.000 EUR wird nur in Höhe der im Ablaufgitter angegebenen Höhe von 8.028.000 EUR in Anspruch genommen.

## Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	16.492	2.361	—	18.853
2006	10.078	1.889	4.345	16.312
2007	8.061	1.889	3.475	13.425
2008	1.245	1.889	3.475	6.609
2009 ff.	674	—	3.475	4.149
Summe	36.550	8.028	14.770	59.348

**Einzelplan 05**    **Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0507**   **Wohnungsbauprogramme**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 0507</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		-	-	-	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		-	-	-	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		23.789	30.285	-6.496	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		23.789	30.285	-6.496	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	-	14.628	38.272	-23.644	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	14.770 16.458	23.792	30.314	-6.522	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	14.770 23.244	38.420	68.586	-30.166	
		<b>Zuschuss</b>		14.631	38.301	-23.670	

**Wirtschaftsplan 2005  
der Niedersächsischen Landestreuhandstelle  
für das Wohnungswesen (LTS)  
für die Finanzierung des Wohnungsbaues**

## Wirtschaftsplan 2005 für die Finanzierung der Wohnungsbauprogramme bis einschließlich 2008

	SOLL 2003		IST 2003	SOLL 2004		Ansatz 2005		Planung		2009ff. 1)		Gesamt 2005ff. 1) EUR
	EUR	EUR		EUR	EUR	EUR	EUR	2006 EUR	2007 EUR	2008 EUR	2009ff. 1) EUR	
<b>Einnahmen</b>												
1. Übertrag liquider Mittel aus Vorjahr			12 905 112,06									
1.1 noch nicht eingesetzte Rückflüsse			11 705 216,59									
1.2 noch nicht weitergeleitete Mittel			1 109 682,53									
1.3 noch nicht zur Rückführung von Kapitalmarktmitteln eingesetzt												
1.4 den Erstattungsansprüchen gegenzurechnende Zinserträge aus refinanzierten Darlehen			90 212,94									
2. Rückflüsse												
2.1 Zinsen	138 049 000		209 769 205,99	154 600 000	154 900 000	143 700 000	138 100 000	138 200 000	138 200 000		35 569 000	
2.2 Tilgungen			36 142 280,90									
			173 626 925,09									
3. Sonstige Zinserträge			823 757,56									
4. Zuweisungen des Landes für Investitionen im Wohnungsbau	33 174 000		33 217 800,00	17 986 000	15 478 000	15 432 000	13 611 000	14 780 000	14 780 000		140 865 000	200 166 000
5. Zuweisungen des Landes für Tilgungen ausgenommener Kapitalmarktdarlehen gem. § 10 der Vereinbarung vom 4./9. 5. 95												
5.1 Programme bis 2002	(6 954 000)	(6 954 000,00)	(6 954 000,00)	(13 074 000)	(8 314 000)	(5 275 000)	(8 060 000)	(3 134 000)	(3 134 000)		(13 900 000)	(38 683 000)
5.2 Programm 2003	6 954 000	6 954 000,00	6 954 000,00	13 074 000	8 314 000	5 275 000	3 259 000	1 245 000	1 245 000		18 093 000	18 093 000
5.3 Programm 2004							4 801 000		1 889 000		4 801 000	4 801 000
5.4 Programm 2005											3 475 000	3 475 000
5.5 Programm ab 2006											10 425 000	10 425 000
6. Zuweisungen des Landes für Finanzierungskosten im Wohnungsbau	(14 734 000)	(14 238 454,97)	(14 238 454,97)	(15 003 000)	(14 529 000)	(13 741 000)	(12 742 000)	(12 148 000)	(12 148 000)		(118 895 000)	(172 055 000)
6.1 für Kredite bis 2002	14 602 000	14 238 454,97	14 238 454,97	14 965 000	14 005 000	12 660 000	11 671 000	11 087 000	11 087 000		109 154 000	158 577 000
6.2 für Kredite im Jahr 2003	132 000			38 000	81 000	81 000	81 000	81 000	81 000		1 032 000	1 356 000
6.3 für Kredite im Jahr 2004					443 000	1 000 000	990 000	980 000	980 000		8 709 000	12 122 000
7. Rückflüssaufkommen außerhalb der Rückflussbindung	(5 796 000)	(6 352 136,65)	(6 352 136,65)	(5 983 000)	(6 086 000)	(6 183 000)	(6 278 000)	(5 159 000)	(5 159 000)		(11 790 000)	(35 496 000)
7.1 planmäßige Zinsaufkommen gem. § 5 der Vereinbarung v. 4./9. 5. 95	271 000	381 997,29	381 997,29	373 000	468 000	565 000	660 000	755 000	755 000		4 670 000	7 118 000
7.1.1 Auszahlungen bis 2002												
7.1.2 Auszahlungen im Jahr 2003												
7.1.3 Auszahlungen im Jahr 2004												
7.2 planmäßige Tilgungen aus Eigentumsmaßnahmen (3. FW)	5 525 000	5 793 782,74	5 793 782,74	5 525 000	5 525 000	5 525 000	5 525 000	5 525 000	5 525 000		6 335 000	27 221 000
7.2.1 Auszahlungen bis 2002												
7.2.2 Auszahlungen im Jahr 2003				85 000	85 000	85 000	85 000	85 000	85 000		283 000	623 000
7.2.3 Auszahlungen im Jahr 2004					8 000	8 000	8 000	8 000	8 000		36 000	68 000
7.3 außerplanmäßiges Tilgungsaufkommen außerhalb der Rückflussbindung		172 120,07	172 120,07									
7.4 außerplanmäßiges Zinsaufkommen außerhalb der Rückflussbindung		4 236,55	4 236,55									
8. Kredit- und Darlehensaufnahmen	(23 695 000)	(-22 550 145,19)	(-22 550 145,19)	(15 019 000)								
8.1 Programme bis 2002	12 217 000	291 521 634,14	291 521 634,14	14 950 000								
8.2 Programm 2003	11 478 000			69 000								
8.3 Programm 2004												
8.4 Rückführungen am Geld- und Kapitalmarkt			-314 071 779,33									
Summe der Einnahmen	222 402 000	261 710 322,04	261 710 322,04	221 665 000	199 307 000	184 331 000	178 791 000	173 421 000	173 421 000			

1) jeweils bis zum Ende des Förderzeitraumes.

2) dargestellt sind die zur Finanzierung der Wohnungsbauprogramme bis einschließlich 2008 erforderlichen Anteile an dem Gesamtaufkommen der Rückflüsse.

## Wirtschaftsplan 2005 für die Finanzierung der Wohnungsbauprogramme bis einschließlich 2008

	SOLL 2003 EUR	IST 2003 EUR	SOLL 2004 EUR	Ansatz 2005 EUR	Planung			Gesamt 2005ff. <sup>1)</sup> EUR
					2006 EUR	2007 EUR	2008 EUR	
<b>Ausgaben</b>								
1. Abführung von Rückflüssen an das Land (Bundesanteil)	55 220 000	87 560 768,70	66 500 000	68 900 000	66 100 000	65 600 000	67 700 000	
2. nicht eingesetzte Rückflüsse Rückflüsse für weitere Programme				7 561 000 7 561 000	10 168 000 10 168 000	3 997 000 3 997 000	7 012 000 7 012 000	
3. Auszahlungen	(139 698 000)	(132 800 450,12)	(121 105 000)	(93 917 000)	(82 864 000)	(82 114 000)	(78 268 000)	(513 597 000)
3.1 Baudarlehen	60 046 000	56 583 758,52	54 454 000	36 963 000	32 758 000	37 981 000	39 517 000	204 508 000
3.2 Aufwendungsdarlehen	10 698 000	9 663 194,79	8 240 000	5 492 000	4 013 000	2 753 000	1 726 000	15 589 000
3.3 Zuschüsse	68 954 000	66 553 496,81	58 411 000	51 462 000	46 093 000	41 380 000	37 023 000	293 500 000
4. Kapitaldienst	(20 530 000)	(11 849 256,98)	(20 986 000)	(20 615 000)	(19 924 000)	(19 020 000)	(17 307 000)	(207 551 000)
4.1 Zinsen								
4.1.1 für Kredite bis 2002	12 295 000	11 751 386,38	12 760 000	11 895 000	10 647 000	9 753 000	9 264 000	131 246 000
4.1.2 für Kredite im Jahr 2003				409 000	963 000	953 000	943 000	8 803 000
4.1.3 für Kredite im Jahr 2004								
4.2 Tilgungen gem. § 8 der Vereinbarung v. 4./9. 5. 95 Tilgungen aus Eigentumsmaßnahmen (3. FW)/Tilgungen KfW	8 103 000	97 870,60	8 103 000	8 103 000	8 103 000	8 103 000	6 889 000	61 670 000
4.2.1 für Kredite bis 2002	132 000		123 000	166 000	166 000	166 000	166 000	1 979 000
4.2.2 für Kredite im Jahr 2003				42 000	45 000	45 000	45 000	585 000
4.2.3 für Kredite im Jahr 2004								
5. Tilgung aufgenommener Kapitalmarktdarlehen gem. § 10 der Vereinbarung vom 4./9. 5. 95	(6 954 000)	(6 954 000,00)	(13 074 000)	(8 314 000)	(5 275 000)	(8 060 000)	(3 134 000)	(38 683 000)
5.1 für Kredite bis 2002	6 954 000	6 954 000,00	13 074 000	8 314 000	5 275 000	3 259 000	1 245 000	18 093 000
5.2 für Kredite in 2003								
5.3 für Kredite in 2004								
5.4 mögliche Rückführungen von Kreditaufnahmen						4 801 000	1 889 000	1 889 000
6. nicht verausgabte Mittel zum Ende des laufenden Haushaltsjahres		(22 545 846,24)						
6.1 noch nicht eingesetzte Rückflüsse		20 834 144,37						
6.2 noch nicht weitergeleitete Mittel		1 557 819,16						
6.3 noch nicht zur Rückführung von Kapitalmarktmitteln eingesetzt		153 882,71						
Summe der Ausgaben	222 402 000	261 710 322,04	221 665 000	199 307 000	184 331 000	178 791 000	173 421 000	

<sup>1)</sup> jeweils bis zum Ende des Förderzeitraumes

**Auszahlungen von Baudarlehen bis 2008ff.**

	SOLL 2003 EUR	IST 2003 EUR	Ansatz 2004 EUR	Ansatz 2005 EUR	2006 EUR	Planung 2007 EUR	2008ff. EUR	Gesamt 2005ff. EUR
<b>I. Baudarlehen 1. FW</b>								
1. 1. Förderungsweg								
1993								
1994								
1995								
1996								
1997								
1998		8 947,61						
1999		4 429,09						
2000	879 000	542 736,75						
2001	3 191 000	3 093 133,00	1 357 000					
<b>Zwischensumme 1. FW</b>	<b>4 070 000</b>	<b>3 649 246,45</b>	<b>1 357 000</b>					
<b>II. Baudarlehen 3. FW</b>								
1. Eigentumsmaßnahmen 3. FW								
1997		4 345,98	41 000					
1998	117 000	23 519,41	55 000	38 000				38 000
1999	200 000	118 620,63	45 000	36 000				36 000
2000	1 499 000	928 937,12	80 000	50 000	20 000			70 000
2001	1 474 000	1 390 165,92	210 000	60 000	40 000	23 000		123 000
2002	15 718 000	24 385 043,70	5 740 000	780 000	200 000	120 000	74 000	1 174 000
2003	4 076 000	6 512 587,00	25 121 000	11 573 000	3 697 000	250 000	180 000	15 700 000
2004			3 193 000	8 514 000	6 384 000	3 193 000		18 091 000
2005				4 500 000	12 000 000	9 000 000	4 500 000	30 000 000
2006					4 500 000	12 000 000	13 500 000	30 000 000
2007						4 500 000	25 500 000	30 000 000
2008							30 000 000	30 000 000
2. Vereinbarte Förderung								
1992 § 25								
1992 § 25+60%								
1993 § 25			100 000	30 000				30 000
1993 § 25+60%								
1994 § 25		12 475,53	200 000	135 000				135 000
1994 § 25+60%		818,06						
1995 § 25	339 000	25 308,95	100 000	39 000				39 000
1995 § 25+60%								
1996 § 25	586 000		300 000	286 000				286 000
EXPO Start 1996								
1997 § 25	2 000 000	38 377,57	17 000					
EXPO Start 1997								
EXPO Vornutzer § 25	264 000	263 473,81	1 000					
EXPO Vornutzer § 25+60%	127 000	121 145,49	6 000					
1998 § 25	1 200 000	565 311,03	800 000	145 000				145 000
1999 § 25	5 106 000	3 268 788,67	1 970 000	110 000	74 000			184 000
2000 § 25	1 458 000	1 076 443,32	272 000	42 000	25 000	17 000		84 000
2001 § 25	5 843 000	6 516 735,88	865 000	730 000	100 000	55 000		885 000
2002 § 25	6 066 000	7 133 260,00	7 890 000	2 594 000	155 000			2 749 000
2003 § 25	3 323 000	355 004,00	5 956 000	5 927 000	1 440 000	576 000	144 000	8 087 000
2004 § 25								
2005 § 25				1 374 000	2 749 000	4 124 000	916 000	9 163 000
2006 § 25					1 374 000	2 749 000	5 040 000	9 163 000
2007 § 25						1 374 000	7 789 000	9 163 000
2008 § 25							9 163 000	9 163 000
3. Modern.-Darlehen KfW								
2000								
2001	56 000							
2002	24 000	133 300,00	66 000					
2003	6 500 000	60 850,00	69 000					
2004								
<b>Zwischensumme 3. FW</b>	<b>55 976 000</b>	<b>52 934 512,07</b>	<b>53 097 000</b>	<b>36 963 000</b>	<b>32 758 000</b>	<b>37 981 000</b>	<b>96 806 000</b>	<b>204 508 000</b>

**Auszahlungen von AWD bis 2008ff.**

	SOLL 2003 EUR	IST 2003 EUR	Ansatz 2004 EUR	Ansatz 2005 EUR	2006 EUR	Planung 2007 EUR	2008ff. EUR	Gesamt 2005ff. EUR
<b>III. Aufwendungsdarlehen</b>								
Eigentumsprogramme 1983–1986/ 2. Fw 1987/88	94 000	88 199,36	20 000	1 000				1 000
1. Förderungsweg 1987/88	91 000	74 283,83	22 000	3 000	2 000	1 000		6 000
1. Förderungsweg 1989/90	352 000	283 574,32	225 000	96 000	37 000	9 000	2 000	144 000
2. Förderungsweg 1989/90	698 000	603 004,38	470 000	216 000	83 000	12 000	1 000	312 000
1. u. 2. Förderungsweg 1989 – Aufst. –	448 000	418 668,97	264 000	90 000	13 000	1 000		104 000
1. Förderungsweg 1991	494 000	454 576,07	343 000	246 000	156 000	70 000	21 000	493 000
2. Förderungsweg 1991	565 000	547 156,77	413 000	280 000	166 000	56 000	8 000	510 000
1. Förderungsweg 1992	269 000	265 285,79	215 000	161 000	117 000	75 000	47 000	400 000
2. Förderungsweg 1992	1 053 000	1 033 591,50	808 000	580 000	392 000	207 000	70 000	1 249 000
1. Förderungsweg 1993	267 000	238 954,75	223 000	151 000	118 000	88 000	102 000	459 000
2. Förderungsweg 1993	1 759 000	1 484 176,11	1 440 000	830 000	603 000	407 000	278 000	2 118 000
1. Förderungsweg 1994	335 000	294 327,94	281 000	201 000	165 000	129 000	180 000	675 000
2. Förderungsweg 1994	2 252 000	2 053 902,24	1 826 000	1 366 000	1 083 000	811 000	891 000	4 151 000
1. Förderungsweg 1995	128 000	127 041,79	105 000	89 000	76 000	62 000	113 000	340 000
2. Förderungsweg 1995	1 059 000	994 660,50	891 000	698 000	586 000	475 000	822 000	2 581 000
2. Förderungsweg 1996	700 000	570 963,69	579 000	384 000	327 000	272 000	562 000	1 545 000
Eigentumsmaßnahmen „EXPO 2000“	134 000	130 826,78	115 000	100 000	89 000	78 000	234 000	501 000
<b>Zwischensumme Aufwendungsdarlehen</b>	<b>10 698 000</b>	<b>9 663 194,79</b>	<b>8 240 000</b>	<b>5 492 000</b>	<b>4 013 000</b>	<b>2 753 000</b>	<b>3 331 000</b>	<b>15 589 000</b>

**Auszahlungen von AZ bis 2008ff.**

	SOLL 2003 EUR	IST 2003 EUR	Ansatz 2004 EUR	Ansatz 2005 EUR	2006 EUR	Planung 2007 EUR	2008ff. EUR	Gesamt 2005ff. EUR
<b>IV. Zuschüsse</b>								
Mietwohnungsbau 1989 – Aufst. –	266 000	246 604,79	50 000	9 000	4 000	1 000		14 000
Mietwohnungsbau 1990	6 219 000	5 783 494,93	1 447 000	355 000	116 000	33 000	12 000	516 000
Dachausbau (AZ 12) – DM 5,10	1 931 000	1 860 233,49	1 475 000	469 000	94 000	15 000	10 000	588 000
1. Förderungsweg 1991	2 274 000	2 054 523,31	2 123 000	2 128 000	2 115 000	2 087 000	8 960 000	15 290 000
Mietwohnungen für Schwerbeh. 1991	28 742 000	28 900 366,41	28 077 000	26 764 000	25 424 000	24 049 000	111 802 000	188 039 000
Mietwohnungsbau 1992 „§ 25“	5 651 000	5 421 456,74	4 818 000	4 102 000	3 428 000	2 751 000	4 501 000	14 782 000
Mietwohnungsbau 1993 „§ 25“	8 377 000	7 216 468,86	6 648 000	5 672 000	4 869 000	4 048 000	8 900 000	23 489 000
Mietwohnungsbau 1994 „§ 25“	7 812 000	7 608 485,48	6 982 000	6 230 000	5 433 000	4 619 000	11 823 000	28 105 000
Freimacher von Mietwohnungen 1992	1 000							
Mietwohnungsbau 1992 „§ 88“ (DM 5,10)	1 105 000	1 049 530,27	960 000	670 000	238 000	99 000	11 000	1 018 000
Mietwohnungsbau 1992 „§ 25 + 60 %“	2 260 000	2 221 957,99	1 978 000	1 723 000	1 461 000	1 198 000	2 385 000	6 767 000
Mietwohnungsbau 1993 „§ 25 + 60 %“	2 050 000	1 922 483,23	1 807 000	1 521 000	1 315 000	1 108 000	2 514 000	6 458 000
Mietwohnungsbau 1994 „§ 25 + 60 %“	2 266 000	2 267 891,31	2 046 000	1 819 000	1 596 000	1 372 000	3 647 000	8 434 000
<b>Zwischensumme Zuschüsse</b>	<b>68 954 000</b>	<b>66 553 496,81</b>	<b>58 411 000</b>	<b>51 462 000</b>	<b>46 093 000</b>	<b>41 380 000</b>	<b>154 565 000</b>	<b>293 500 000</b>

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0508 Städtebauförderung und Stadterneuerung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>E I N N A H M E N</b>							
119 01-4	440	Vermischte Einnahmen		—	—	—	—
119 42-1	440	Rückzahlung von Überzahlungen aus sonstigen Programmen <i>Vgl. K-Vermerk zu 546 01.</i> <i>*** Der in den Rückzahlungen enthaltene Anteil an Bundesmitteln ist durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.</i>		—	—	—	5
331 11-0	440	Zuweisungen für Investitionen vom Bund (Allgemeine Städtebauförderung) <i>Vgl. K-Vermerk zu 893 63.</i>		10.133	9.756	+377	7.676
331 12-9	440	Zuweisungen für Investitionen vom Bund (Modellvorhaben zur Erneuerung von Städten und Dörfern) <i>Vgl. K-Vermerk zu 883 71.</i>		430	737	-307	437
331 13-7	440	Zuweisungen für Investitionen vom Bund (Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt -) <i>Vgl. K-Vermerk zu 893 68.</i>		6.930	7.352	-422	4.009
334 10-1	045	Zuweisungen des Bundes für Investitionen aus dem Fonds "Aufbauhilfe" nach dem Aufbauhilfefondsgesetz <i>Vgl. K-Vermerk zu 883 12.</i>		—	—	—	—
<b>A U S G A B E N</b>							
546 01-0	440	Vermischte Ausgaben <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 42.</i>	—	—	—	—	—
883 10-5	440	Zuweisungen an Gemeinden für die Modernisierung von Wohnungen in Problemgebieten <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 883 10 und 883 70.</i>	—	—	—	—	113
883 11-3	440	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden für Maßnahmen nach dem Strukturhilfefesetz	—	—	—	—	-46
883 12-1	045	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände aus dem Fonds "Aufbauhilfe" nach dem Aufbauhilfefondsgesetz <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 334 10.</i>	—	—	—	—	—
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61/63 67/68</b>		<b>Förderung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen</b> <i>Übertragbar.</i> <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist Nr. 2 der Erläuterung verbindlich.</i>	(24.869) (24.931)	(20.622)	(18.890)	(+1.732)	(—)
661 61-7	440	Zuschüsse für Finanzierungskosten an die Landestreuhandstelle für das Wohnungswesen (Allgemeine Städtebauförderung)	15.203 14.677	2.135	1.049	+1.086	—
661 67-6	440	Zuschüsse für Finanzierungskosten an die Landestreuhandstelle zur Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt -	9.666 10.254	1.424	733	+691	—
893 63-1	440	Zuschüsse an die Landestreuhandstelle für das Wohnungswesen aus Bundesmitteln (Allgemeine Städtebauförderung) <i>Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 331 11.</i>	—	10.133	9.756	+377	—

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Kapitel 0508**

**Allgemeine Erläuterungen:**

Im Kapitel 05 08 sind die Einnahmen und Ausgaben nachzuweisen, die erforderlich sind zur Förderung  
- städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen und  
- von Modellvorhaben zur Erneuerung von Städten und Dörfern.

**Zu 334 10**

Der Bund beteiligt sich gemäß Art. 104a Abs. 4 des Grundgesetzes und auf der Grundlage des Aufbauhilfefondsgesetzes vom 19.9.2002 (BGBl. I S. 3651), geändert durch Artikel 1a des Gesetzes vom 17.6.2003 (BGBl. I S. 862) und der Aufbauhilfefondsverordnung vom 24.6.2003 (BGBl. I S. 962) mit Bundesfinanzhilfen an Maßnahmen zur Wiederherstellung der vom August-Hochwasser 2002 der Elbe geschädigten Infrastruktur in den niedersächsischen Gemeinden.

Der Finanzierungsanteil des Landes wird aus dem durch das Flutopfersolidaritätsgesetz vom 19.9.2002 (BGBl. I S. 3651), geändert durch Artikel 10 Abs. 3 des Gesetzes vom 19.9.2002 (BGBl. I S. 3651) errichteten „Fonds Aufbauhilfe“ zur Verfügung gestellt.

Leertitel zur Abwicklung des Programms.

**Zu 883 12**

Vgl. Erläuterungen zu Titel 334 10.

**Zu Titelgruppe 61/63/67/68**

1. Der Bund stellt Mittel zur Förderung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen aufgrund von Verwaltungsvereinbarungen über Finanzhilfen gem. Art. 104a Abs. 4 GG zur Verfügung.

Förderungsgegenstand sind städtebauliche Sanierungsmaßnahmen im Sinne von §§ 136 ff. BauGB als Gesamtmaßnahmen. Die §§ 136 ff. BauGB bestimmen auch die materiell-rechtlichen Voraussetzungen für die Förderung; ergänzend finden die VV-BauGB Anwendung. Daneben sind die Städtebauförderungsrichtlinien (R-StBauF) maßgebend.

Veränderungen im Vergleich der Haushaltsjahre können sich durch geänderte Programmvolumen, Verteilerschlüssel oder Kassenmittelraten ergeben.

Einnahmen durch Rückzahlungen und Zinsen werden programmgebunden den einzelnen Programmen kreditmindernd wieder zugeführt.

2. Für das Programmjahr 2005 werden keine Mittel veranschlagt. Damit die Sanierungsträger Bundesmittel erhalten können, ist der Abschluss der Verwaltungsvereinbarung des Bundes mit den Ländern und die Übernahme des Landesanteils durch die Zuwendungsempfänger erforderlich.

Veranschlagt sind die Haushaltsmittel zur Abwicklung der Rechtsverpflichtungen aus vorherigen Programmjahren.

Programmkomponente „Allgemeine Städtebauförderung“ (allg. StB)	Verpflichtungsrahmen (VR) 2006 ff. EUR	Ausgabemittel 2005 EUR
---	--	------------------------------

Vorgesehen sind:

**I. Landesmittel**

1.) Für Alt-Programme Zuweisungen zur Bedienung der VE bzw. des VR aus Vorjahren	-	10.900.000
2.) Für Programm 2005 Zuweisungen aus Landesmitteln	-	-

Landesmittel insgesamt - 10.900.000

**Noch zu Titelgruppe 61/63/67/68**

**II. Bundesmittel**

1.) Für Alt-Programme bei 893 63 Zuweisungen zur Bedienung der VE bzw. des VR aus Vorjahren	-	10.133.000
2.) Für Programm 2005 bei 893 63 Zuweisungen aus Bundesmitteln	-	-
<b>Bundesmittel insgesamt</b>	-	10.133.000

Für das Programm 2005 sind vorgesehen:

**Bundesmittel**

Barmittel	- EUR
Verpflichtungsrahmen 2006 - 2009	- EUR

**Landesmittel**

Barmittel	- EUR
Verpflichtungsrahmen 2006 - 2009	- EUR
	- EUR

Programmkomponente „Soziale Stadt“ (soz. St)	Verpflichtungsrahmen (VR) 2006 ff. EUR	Ausgabemittel 2005 EUR
---	--	------------------------------

Veranschlagt sind:

**III. Landesmittel**

1.) Für Alt-Programme Zuweisungen zur Bedienung der VE bzw. des VR aus Vorjahren	-	6.930.000
2.) Für Programm 2005 Zuweisungen aus Landesmitteln	-	-
<b>Landesmittel insgesamt</b>	-	6.930.000

**IV. Bundesmittel**

1.) Für Alt-Programme bei 893 68 Zuweisungen zur Bedienung der VE bzw. des VR aus Vorjahren	-	6.930.000
2.) Für Programm 2005 bei 893 68 Zuweisungen aus Bundesmitteln	-	-
<b>Bundesmittel insgesamt</b>	-	6.930.000

Für das Programm 2005 sind vorgesehen:

**Bundesmittel**

Barmittel	- EUR
Verpflichtungsrahmen 2006 - 2009	- EUR

**Landesmittel**

Barmittel	- EUR
Verpflichtungsrahmen 2006 - 2009	- EUR
	- EUR

3. Die Finanzierung der Stadtsanierungsprogramme ist nach dem Beschluss der Landesregierung vom 07./08.07.2003 ab dem Haushaltsjahr 2004 auf die Niedersächsische Landestreuhandstelle für das Wohnungswesen (LTS) übertragen worden.

Die LTS ist ermächtigt, die für das Jahr 2005 für die o.g. Aufgaben eingeplanten Landesmittel von insgesamt 17.830.000 EUR (allg. StB: 10.900.000 EUR, soz. St: 6.930.000 EUR) über eine Laufzeit von 15 Jahren zu finanzieren. Die veranschlagten Bundesmittel i.H.v. 17.063.000 EUR (allg. StB: 10.133.000 EUR, soz. St: 6.930.000 EUR) werden an die LTS durchgeleitet (s. Titel 893 63 und 893 68).



**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Titelgruppe 61/63/67/68**

Das Land verpflichtet sich, der LTS die erforderlichen Finanzierungskosten zu erstatten. Hierzu wird für die allgemeine Städtebauförderung bei Titel 661 61 ein Baransatz i.H.v. 2.135.000 EUR und eine VE zu Lasten 2006 ff. i.H.v. 15.203.000 EUR sowie für die Programmkomponente – die soziale Stadt – bei Titel 661 67 ein Baransatz i.H.v. 1.424.000 EUR und eine VE zu Lasten 2006 ff. i.H.v. 9.666.000 EUR ausgebracht.

**Zu 661 61**

Es sind veranschlagt:

- a) 1. Jahresrate der 15-jährigen Aufwendungszuschüsse für die allgemeine Städtebauförderung an die LTS (Finanzierungskosten) als Baransatz.
- b) Verpflichtungsermächtigung zu Lasten der Haushaltsjahre ab 2006.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	1.049	–	1.049
2006	–	1.049	1.086	2.135
2007	–	1.049	1.086	2.135
2008	–	1.049	1.086	2.135
2009 ff.	–	10.481	11.945	22.426
Summe	–	14.677	15.203	29.880

**Zu 661 67**

Es sind veranschlagt:

- a) 1. Jahresrate der 15-jährigen Aufwendungszuschüsse für die Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt – an die LTS (Finanzierungskosten) als Baransatz.
- b) Verpflichtungsermächtigung zu Lasten der Haushaltsjahre ab 2006.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	733	–	733
2006	–	733	691	1.424
2007	–	733	691	1.424
2008	–	733	691	1.424
2009 ff.	–	7.322	7.593	14.915
Summe	–	10.254	9.666	19.920

**Zu 893 63**

Durchleitung der Bundesmittel für die allgemeine Städtebauförderung (vgl. Titel 331 11) an die LTS.

Belastungen (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch den Verpflichtungsrahmen 2004 in 1000 EUR	durch den Verpflichtungsrahmen 2005 in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	7.459	2.674	–	10.133
2006	3.731	3.742	–	7.473
2007	1.604	2.138	–	3.742
2008	–	1.604	–	1.604
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	12.794	10.158	–	22.952

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0508 Städtebauförderung und Stadterneuerung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
893 68-2	440	Zuschüsse an die Landestreuhandstelle aus Bundesmitteln zur Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt - <i>Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 331 13.</i>	—	6.930	7.352	-422	—
<b>TGr. 70/71</b>		<b>Modellvorhaben zur Erneuerung von Städten und Dörfern</b> <i>*** Ausgaben dieser Titelgruppe dürfen nur entsprechend dem zwischen Bund und Land vereinbarten Beteiligungsverhältnis geleistet werden.</i>	(—)	(787)	(1.177)	(-390)	(750)
883 70-9	440	Zuweisungen an Gemeinden aus Landesmitteln <i>Vgl. D-Vermerk zu 883 10.</i>	—	357	440	-83	313
883 71-7	440	Zuweisungen an Gemeinden aus Bundesmitteln <i>Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 331 12.</i>	—	430	737	-307	437
<b>Abschluss Kapitel 0508</b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				—	—	—	
3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				17.493	17.845	-352	
<b>Summe der Einnahmen</b>				17.493	17.845	-352	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst			—	—	—	—	
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			24.869	3.559	1.782	+1.777	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen			24.931	—	—	—	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>			24.869	21.409	20.067	+1.342	
<b>Zuschuss</b>			24.931	3.916	2.222	+1.694	

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 893 68**

Durchleitung der Bundesmittel für die Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt - (vgl. Titel 331 13) an die LTS.

Belastungen (2005)

der Haushalts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch den Verpflich- tungsrahmen 2004  in 1000 EUR	durch den Verpflich- tungsrahmen 2005  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	5.069	1.861	-	6.930
2006	2.535	2.605	-	5.140
2007	1.117	1.488	-	2.605
2008	-	1.117	-	1.117
2009 ff.	-	-	-	-
Summe	8.721	7.071	-	15.792

**Zu Titelgruppe 70/71**

Im Rahmen eines besonderen Programms werden vom Bund und vom Land zu Forschungszwecken ausgewählte Maßnahmen als Modellvorhaben zur Erneuerung von Städten und Dörfern in einzelnen Gemeinden gefördert. Hierfür gewährt der Bund dem Land Darlehen und Zuschüsse. Nach den „Richtlinien des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau für Forschungsvorhaben zur Weiterentwicklung des Wohnungs- und Städtebaus (Experimenteller Wohnungs- und Städtebau)“ vom 2. 11. 1987 (BBauBl. 1988, S. 293) übernimmt der Bund bei Modellvorhaben nur den forschungsbedingten Anteil der förderungsfähigen Kosten. Die Höhe dieses Anteils wird fallbezogen ermittelt. Die Durchführungskosten der Modellvorhaben sind vom Land und der jeweiligen Gemeinde in dem im Einzelfall festgelegten Beteiligungsverhältnis zu übernehmen.

Die zweckgebundene Verwendung der erwarteten Bundesmittel ist durch Haushaltsvermerk bei dem Ausgabe-Titel 883 71 geregelt.

Veranschlagt ist der Bedarf für Maßnahmen in den Städten Salzgitter und Wilhelmshaven.

**Zu 883 70**

Belastung (2005)

der Haushalts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	215	-	-	215
2006	115	-	-	115
2007	40	-	-	40
2008	-	-	-	-
2009 ff.	-	-	-	-
Summe	370	-	-	370

**Zu 883 71**

Belastung (2005)

der Haushalts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	430	-	-	430
2006	230	-	-	230
2007	80	-	-	80
2008	-	-	-	-
2009 ff.	-	-	-	-
Summe	740	-	-	740

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0511 Frauen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-1	011	Vermischte Einnahmen		8	8	—	3
119 41-0	011	Rückzahlung von Überzahlungen		45	85	-40	44
<b>AUSGABEN</b>							
684 10-0	290	Zuschüsse zur Förderung von Betreuungseinrichtungen und Schutzwohnungen für von Frauenhandel Betroffene <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 684 10, 684 13, Ausgabeteilgruppe 63, Ausgabeteilgruppe 65/66/67, Ausgabeteilgruppe 69 und Ausgabeteilgruppe 71.</i>	—	355	278	+77	274
684 13-4	312	Zuschüsse an Beratungs- und Interventionsstellen sowie Projekte bei häuslicher Gewalt <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 684 10.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	—	80	430	-350	527
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61</b>		<b>Verwendung der Konzessionsabgaben gem. § 7 Abs. 3 NLOttG, Anteil für die Förderung von frauenbezogenen Maßnahmen</b> <i>Übertragbar.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i> <i>Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an der Konzessionsabgabe geleistet werden.</i>	(—)	(390)	(520)	(-130)	(597)
547 61-7	856	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
684 61-4	856	Zuschüsse für laufende Zwecke	—	390	520	-130	597
893 61-2	856	Zuschüsse für Investitionen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 63</b>		<b>Maßnahmen zur Integration von Frauen in das Arbeitsleben</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 684 10.</i>	(767) (767)	(2.524)	(2.676)	(-152)	(2.023)
547 63-3	290	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	4
685 63-7	290	Zuschüsse für laufende Zwecke	767 767	2.524	2.676	-152	2.019
<b>TGr. 65 bis 67</b>		<b>Maßnahmen zur Beratung und zum Schutze von Mädchen und Frauen in Problemsituationen</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 684 10.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(—)	(3.013)	(3.063)	(-50)	(3.052)
547 65-0	290	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Kapitel 0511**

**Allgemeine Erläuterungen:**

Frauenpolitik zielt weiterhin darauf ab, Frauen und Mädchen ein selbstbestimmtes und eigenständiges Leben zu ermöglichen. Um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, ist es notwendig, der Gewalt gegen Frauen und Mädchen entgegenzuwirken und deren materielle Unabhängigkeit zu erreichen.

**Zu 684 10**

Gefördert werden Beratungs- und Schutzeinrichtungen für Opfer von Frauenhandel.

**Zu 684 13**

Zur Unterstützung der Umsetzung des neuen Gewaltschutzgesetzes (Gesetz zur Verbesserung des zivilgerichtlichen Schutzes bei Gewalttaten und Nachstellung sowie zur Erleichterung der Überlassung der Ehewohnung bei Trennung) ist die Förderung von 6 Beratungs- und Interventionsstellen – BISS gegen häusliche Gewalt – vorgesehen.

**Zu Titelgruppe 61**

Der gem. § 7 Abs. 3 Nr. 5 NLottG festgelegte Anteil (2,5 v. H.) für familien- und frauenbezogene Maßnahmen sowie Maßnahmen des Kinder- und Jugendschutzes beträgt 1 219 000 EUR für 2005.

Konzessionsabgabemittel sind für den Kinder- und Jugendschutz bei Kap. 05 73 TGr. 93 i. H. v. 49 000 EUR und für familienbezogene Maßnahmen bei Kap. 05 74 TGr. 61 i. H. v. 780 000 EUR für 2005 ausgebracht.

Aus den hier veranschlagten Mitteln für frauenbezogene Maßnahmen sollen gefördert werden:

	1000 EUR
1. Institutionen der Frauenpolitik	136
2. Gewalt gegen Frauen	254
Zusammen	390

Weniger infolge Haushaltskonsolidierung.

**Zu Titelgruppe 63**

1. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Koordinierungsstellen zur beruflichen und betrieblichen Förderung von Frauen mit Mitteln des Landes und des Europäischen Sozialfonds (RdErl. d. MFAS v. 16. 06. 2000, Nds. MBl. S. 517).
2. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt (RdErl. d. MFAS v. 24. 08. 2000, Nds. MBl. S. 633).

Es werden Zuschüsse für arbeitsmarkt- und strukturpolitische Maßnahmen zur Erleichterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur Verbesserung der Beschäftigungssituation von Frauen gewährt, dabei u. a. auch für Veranstaltungen, Maßnahmen zur Förderung einer familienfreundlichen Arbeitswelt und zur Beratung und Vernetzung von Existenzgründerinnen und Unternehmerinnen.

Die Projekte dienen der Einwerbung von Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF), die bei Kap. 08 04 Tit. 272 10 / 637 10 veranschlagt sind.

**Zu 685 63**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	325	767	—	1.092
2006	67	—	767	834
2007	—	—	—	—
2008	—	—	—	—
2009 ff.	—	—	—	—
Summe	392	767	767	1.926

**Zu Titelgruppe 65 bis 67**

Nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Zufluchtstätten für misshandelte Frauen und ihre Kinder (RdErl. d. MFAS. v. 15. 1. 2002, Nds. MBl. S. 111) werden Zuwendungen an Frauenhäuser gewährt.

Nach den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Gewaltberatungseinrichtungen für Mädchen und Frauen (RdErl. d. MFAS. v. 10. 12. 2002, Nds. MBl. 2003 S 89) werden Kontakt- und Informationsstellen zur Betreuung der von Gewalt betroffenen Mädchen, Frauenberatungsstellen und Notruf-einrichtungen gefördert.

Weiterhin sind Zuwendungen für die drei Mädchenhäuser in Hannover, Oldenburg und Osnabrück veranschlagt.

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0511 Frauen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
633 65-3	290	Zuweisungen für Frauenhäuser an Gemein- den und Gemeindeverbände	—	—	—	—	107
633 66-1	290	Zuweisungen für Beratungsstellen für von Gewalt betroffene Mädchen und Frauen u.ä. an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	36
684 65-7	290	Zuschüsse für Frauenhäuser	—	2.196	2.196	—	2.094
684 66-5	290	Zuschüsse für Beratungsstellen f. v. Gewalt betroffene Mädchen u. Frauen, Notrufein- richtungen und sonstige zentrale Maßnah- men	—	637	637	—	586
684 67-3	290	Förderung von Mädchenhausinitiativen	—	180	230	-50	230
893 65-5	290	Zuschüsse für Investitionen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 68</b>		<b>Förderung von Schwangeren- und Schwan- gerschaftskonfliktberatungsstellen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz</b> <i>Übertragbar.</i>	(—)	(4.200)	(2.403)	(+1.797)	(2.279)
531 68-0	314	Veröffentlichungen	—	—	—	—	—
547 68-4	314	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben	—	—	—	—	—
633 68-8	314	Zuweisung an Gemeinden und Gemeinde- verbände	—	—	—	—	111
684 68-1	314	Förderung von Schwangeren- und Schwan- gerschaftskonfliktberatungsstellen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz	—	4.200	2.403	+1.797	2.168
<b>TGr. 69</b>		<b>Maßnahmen zur Förderung von Frauen- gruppen und Frauenselbsthilfegruppen, Frauenprojekten und kulturellen Maßnah- men</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 684 10.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendung- zwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(—)	(—)	(250)	(-250)	(329)
547 69-2	290	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben	—	—	—	—	—
633 69-6	290	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	3
684 69-0	290	Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	250	-250	326
893 69-8	290	Zuschüsse für Investitionen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 71</b>		<b>Akzente der Frauenpolitik</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 684 10.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendung- zwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(—)	(337)	(153)	(+184)	(153)
547 71-4	290	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben	—	—	—	—	—
633 71-8	290	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeinde- verbänden	—	—	—	—	—
684 71-1	290	Zuschüsse für laufende Zwecke	—	337	153	+184	153
893 71-0	290	Zuschüsse für Investitionen	—	—	—	—	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Titelgruppe 68**

Das Land fördert nach Maßgabe des § 4 Abs. 2 des Gesetzes zur Vermeidung und Bewältigung von Schwangerschaftskonflikten (Schwangerschaftskonfliktgesetz – SchKG) vom 21.08.1995 (BGBl. I S. 1050) und nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuschüssen zur Förderung von Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen (RdErl. d. MS v. 27.05.2004, Nds. MBl. S. 469) den Betrieb von Beratungsstellen, die Beratungen nach § 219 StGB i.V.m. § 2 und zugleich §§ 5 und 6 SchKG durchführen.

Empfänger der Förderung sind gemeinnützige oder kirchliche Träger von Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen, deren Landesverbände/-organisationen oder deren Beauftragte sowie kommunale Träger von Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und Ärztinnen und Ärzte.

**Zu Titelgruppe 69**

Haushaltsmittel umgesetzt nach TGr. 71

**Zu Titelgruppe 71**

Die Mittel sind veranschlagt für:

	Tsd. EUR
1. Maßnahmen zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie (Haushaltsmittel umgesetzt von TGr. 69)	250
2. Förderung der Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten (Vernetzungsstelle)	87
Zusammen	337

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0511 Frauen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>TGr. 73</b>		<b>Hilfe für Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen</b> <i>Übertragbar.</i>	(-)	(3.410)	(3.352)	(+58)	(5.528)
636 73-3	236	Erstattung von Verwaltungskosten	—	150	165	-15	323
684 73-8	236	Ärztliche Kosten	—	3.260	3.187	+73	5.204
		<b>Abschluss Kapitel 0511</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		53	93	-40	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		53	93	-40	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	—	—	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	767	14.309	13.125	+1.184	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	767	—	—	—	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	767	14.309	13.125	+1.184	
		<b>Zuschuss</b>	767	14.256	13.032	+1.224	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Titelgruppe 73**

Veranschlagt sind die Ausgaben, die das Land nach dem Gesetz zur Hilfe für Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen vom 21. 8. 1995 (BGBl. I S. 1054) zu tragen hat. Neben den Kosten für ambulante und stationäre Schwangerschaftsabbrüche erstattet das Land den gesetzlichen Krankenkassen für den dortigen Verwaltungsaufwand eine Verwaltungskostenpauschale.

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0512 Landesprüfungsamt für die Sozialversicherung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
111 01-4	012	Gebühren und tarifliche Entgelte		2	2	—	2
119 01-5	012	Vermischte Einnahmen		1	1	—	0
236 10-0	012	Erstattung von Verwaltungsausgaben von Sozialversicherungsträgern <i>*** Rückzahlungen vereinnehmter Beträge aus Vorjahren dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.</i>		1.492	1.543	-51	1.692
236 11-9	012	Erstattung von Verwaltungsausgaben von Sozialversicherungsträgern-für Vorjahre -		—	—	—	14
381 10-0	990	Zuführung von 05 01 - 981 11		30	—	+30	41
<b>AUSGABEN</b>							
422 01-0	012	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	920	899	+21	743
422 19-2	012	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-1	012	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	40
425 01-9	012	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	81
425 31-0	012	Leistungen auf Grund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	—	—	—	—	—
441 01-4	012	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	—	76	77	-1	—
441 02-2	012	Beihilfen für Angestellte	—	1	1	—	—
443 01-7	012	Fürsorgeleistungen	—	—	—	—	—
511 01-2	012	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	25	30	-5	17
517 01-0	012	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	25	25	—	15
518 01-7	012	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	35	40	-5	30
518 02-5	012	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	1	1	—	0
525 01-3	012	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	20	30	-10	14
526 01-0	012	Sachverständige	—	1	1	—	0
526 10-9	012	Kosten des Landeswahlausschusses für die Wahlen zu den Organen der Sozialversicherungsträger	—	1	1	—	—
527 01-6	012	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	85	80	+5	78
546 01-0	012	Vermischte Ausgaben	—	1	1	—	0
546 02-9	012	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	5	5	—	1
546 10-0	012	Rückzahlung vereinnehmter Beträge nach Schluß des Haushaltsjahres	—	—	—	—	0
547 10-6	012	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	20	20	—	—
981 10-8	990	Abführung an 13 50 - 381 05	—	220	240	-20	224
981 11-6	990	Abführung an 13 99 - 381 63	—	1	1	—	0
981 12-4	990	Abführung an 04 20 - 381 10	—	5	5	—	4

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 0512**

**Allgemeine Erläuterungen**

Die Prüfungen nach § 274 Abs. 1 SGB V, § 46 Abs. 6 SGB XI und § 281 Abs. 3 i. V. m. § 274 SGB V sind dem Landesprüfungsamt für die Sozialversicherung beim MS zugeordnet (Rd. Erl. d. MFAS v. 11. 10. 2001, Nds. MBl. S. 809). Das Landesprüfungsamt für die Sozialversicherung ist bei der Durchführung der Prüfungen unabhängig. Der Haushalt des Prüfdienstes ist in diesem Kapitel ausgewiesen.

Die für die Wahrnehmung der Sozialversicherungsaufsicht notwendigen Personal- und Sachausgaben sind im Kapitel 05 01 mitveranschlagt.

Der Prüfdienst hat im Einzelnen die Aufgabe, mindestens alle fünf Jahre die Geschäfts-, Rechnungs- und Betriebsführung der landesunmittelbaren Krankenkassen und der Landesverbände sowie der Kassenärztlichen und der Kassenzahnärztlichen Vereinigung (KVN und KZVN) zu prüfen. Dieser Prüfung unterliegen auch der Medizinische Dienst der Krankenversicherung (MDKN) und die Pflegekassen. Die Personal- und Sachkosten des Prüfdienstes tragen in vollem Umfange die zu prüfenden Institutionen (Drittmittel).

**Zu 111 01**

Einnahmen von Gebühren für Prüfungen nach § 31 SVHV, der KVN, der KZVN und des MDKN.

**Zu 236 10**

Kostendeckende Vorschüsse der Krankenkassen und Landesverbände nach § 274 SGBV für den Prüfdienst.

**Zu 236 11**

Nachzahlungen der Kostenträger aus Abrechnungen für Vorjahre.

**Zu 381 10**

Kostenausgleich für die Tätigkeit der Prüfgruppe nach § 274 SGB V bei Aufsichtsprüfungen gem. § 88 SGB IV.

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeitereinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
18,72	18,72	17,07

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
920	899	824

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	--
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	--
- Sonstige Veränderungen	--
	<hr/>
Summe Zugänge	--

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	--
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	--
- Sonstige Veränderungen	--
	<hr/>
Summe Abgänge	--

**Noch zu 422 01**

Bleibt Zugang /// Abgang --

**Zu 546 10**

Rückzahlungen überzahlter Vorschüsse an Kostenträger des Prüfdienstes aus Abrechnungen für Vorjahre.

**Zu 547 10**

Zur Prüfung von Rechenzentren durch externe Prüfer.

**Zu 981 10**

	Tsd. EUR
1. Abführung von Versorgungslastenanteilen an Kapitel 13 50. Veranschlagt sind 30 v. H. der Dienstbezüge der Beamten	208
2. Erstattung der Kosten für die Versorgungsempfänger, die gem. § 274 i. V. m. Art. 74 Abs. 4 SGB V von den Landesversicherungsanstalten Braunschweig, Hannover und Oldenburg/Bremen übernommen wurden	12
Zusammen	220

**Zu 981 11**

Erstattung von Ausgaben für die Angestellten des Prüfdienstes an die Landesunfallkasse.

**Zu 981 12**

Erstattung der Verwaltungskosten für die Zahlbarmachung der Beamtenbesoldung und der Angestelltenvergütungen des Prüfdienstes an das NLBV.

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0512 Landesprüfungsamt für die Sozialversicherung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004	2004	2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
981 13-2	990	Abführung an 05 01 - 381 11	—	8	9	-1	7
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr.</b>		<b>Kosten der Informations- und Kommunika-</b>	(—)	(75)	(80)	(-5)	(19)
<b>98/99</b>		<b>tionstechnik</b>					
511 99-3	012	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	45	50	-5	9
519 99-4	012	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der besonderen Betriebseinrichtungen	—	—	—	—	—
525 98-6	012	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch das IZN	—	5	5	—	—
525 99-4	012	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch Andere	—	5	5	—	3
538 98-0	012	Dienstleistungen des IZN	—	5	5	—	—
538 99-9	012	Dienstleistungen Anderer	—	—	—	—	0
632 99-5	012	Erstattung von Verwaltungsausgaben für die IuK-Geschäftsstelle der Prüfdienste des Bundes und der Länder	—	15	15	—	6
<b>Abschluss Kapitel 0512</b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				3	3	—	
2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				1.492	1.543	-51	
3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				30	—	+30	
<b>Summe der Einnahmen</b>				1.525	1.546	-21	
4 Personalausgaben			—	997	977	+20	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst			—	279	299	-20	
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			—	15	15	—	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	234	255	-21	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>			—	1.525	1.546	-21	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 981 13**

Erstattung der Kosten für zentrale Dienstleistungen des MS für den Prüfdienst.

**Zu Titelgruppe 98/99**

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Beschaffung und Unterhaltung von Datenverarbeitungsverfahren und Datenverarbeitungsanlagen sowie die damit verbundenen Einrichtungen und Schulungen der Bediensteten des Prüfdienstes.

**Zu 632 99**

Lizenzgebühren für den Einsatz des IuK-Systems der Prüfdienste des Bundes und der Länder.

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0520 Zentrale Soziale Aufgaben**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
111 01-0	212	Gebühren und tarifliche Entgelte		637	205	+432	239
112 01-6	212	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		3	3	—	1
119 01-0	212	Vermischte Einnahmen		50	40	+10	79
119 02-9	212	Einnahmen aus Veröffentlichungen		—	—	—	—
119 03-7	212	Einnahmen aus Nebentätigkeit		5	5	—	7
119 04-5	214	Einnahmen aus dem Verkauf des Firmentik- kets von Verkehrsunternehmen an Landes- bedienstete <i>Vgl. K-Vermerk zu 546 04.</i>		62	—	+62	62
119 11-8	212	Sonstige Verwaltungseinnahmen		56	—	+56	—
119 41-0	212	Rückzahlung von Überzahlungen		10	10	—	116
119 46-0	212	Ersatzleistungen		30	30	—	16
124 01-4	212	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		20	20	—	17
132 01-7	212	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		1	3	-2	0
132 02-5	212	Erlöse aus der Veräußerung sonstiger be- weglicher Sachen		—	—	—	—
231 11-2	212	Zuweisungen vom Bund <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 63.</i>		6	5	+1	7
232 10-0	212	Erstattung von Verwaltungsausgaben von Ländern		210	210	—	202
235 01-0	212	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbe- schaffung		7	7	—	8
236 10-6	212	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch Sozialversicherungsträger sowie die Bundes- agentur für Arbeit		31	31	—	27
236 11-4	212	Sonstige Zuweisungen von der Bundes- agentur für Arbeit (Leistungen zur berufli- chen Eingliederung von behinderten Men- schen)		9	30	-21	33
281 10-1	212	Erstattungen und Zuweisungen		19	—	+19	—
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 65</b>		<b>Leistungen nach dem OEG</b>		(4.280)	(3.910)	(+370)	(3.679)
119 65-7	290	Ersatzleistungen <i>Vgl. K-Vermerk zu 631 65.</i>		600	650	-50	490
231 65-1	290	Erstattungen vom Bund gem. § 4 Abs. 2 OEG		3.680	3.260	+420	3.189
<b>TGr. 68/70</b>		<b>Leistungen nach dem Verwaltungsrechtli- chen (VwRehaG) und Strafrechtlichen (StrRehaG) Rehabilitierungsgesetz</b>		(63)	(6)	(+57)	(4)
231 68-6	290	Erstattungen des Bundes nach § 17 VwRe- haG		6	6	—	4
231 70-8	290	Erstattungen des Bundes nach § 20 StrRe- haG		57	—	+57	—
<b>TGr. 99</b>		<b>Einnahmen der Informations- und Kommu- nikationstechnik</b>		(127)	(114)	(+13)	(168)
119 99-1	212	Einnahmen aus Aufträgen Dritter		—	—	—	0
232 99-2	212	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch Länder		127	114	+13	168
Summe für inzwischen weggefallene Titel					1	-1	

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Kapitel 0520**

**Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 05 20**

A. Hinsichtlich der organisatorischen Veränderungen durch die Verwaltungsmodernisierung wird auf das Vorwort zum Epl. 05 verwiesen.

B. Es sind vorhanden:

Nds. Landesamt für Soziales, Jugend und Familie (LS) in Hildesheim mit den Außenstellen Braunschweig, Hannover, Lüneburg, Oldenburg, Osnabrück und Verden.

C. Nach § 9 der Approbationsordnung für Ärzte in der Neufassung vom 27.06.2002 (BGBl. I S. 2405) und § 5 der Approbationsordnung für Apotheker vom 19. 7. 1989 (BGBl. I S. 1489), zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 27.04.2002 (BGBl. I S.1467), sind Prüfungen der Studierenden vor der nach Landesrecht zuständigen Stelle (Nds. Landesamt für Soziales, Jugend und Familie) abzulegen.

Das Nds. Landesamt für Soziales, Jugend und Familie bedient sich bei der Festlegung der Prüfungsfragen des durch Länderabkommen vom 14. 10. 1970 (Nds. MBl. 1971 S. 1042), geändert durch Abkommen vom 20.12.2001 (Nds. MBl. 9/2003 S. 209ff.), errichteten Instituts für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen in Mainz.

D. Die Mittel der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch – Neuntes Buch – SGB IX – sind zum 1. 1. 2001 in ein Sondervermögen überführt worden. Das Sondervermögen wird vom Integrationsamt beim LS verwaltet.

Die Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Sondervermögens ist Anlage zum Einzelplan 05.

E. Das Nds. Landesjugendamt (NLJA) als Teil des LS ist im Kapitel 05 71 veranschlagt, soweit es die Fachaufgaben betrifft.

**Zu 111 01**

Einnahmen aus gebührenpflichtigen Tatbeständen nach dem Heimgesetz i. d. F. vom 05.11.2001 (BGBl. I S. 2970), zuletzt geändert durch Art. 52 der Verordnung vom 25.11.2003 (BGBl. I S. 2304) , berichtigt S. 1069 – i. V. mit dem Beschluss des LM über zuständige Behörden nach dem Heimgesetz vom 11. 10. 1994 (Nds. MBl. S. 1344).

Einnahmen aufgrund des Kostentarifs zur Allgemeinen Gebührenordnung in der Fassung vom 05.06.1997 (Nds. GVBl. S. 171), zuletzt geändert durch Verordnung vom 19.03.2003 (Nds. GVBl. S. 156) bzw. der Berichtigung vom 07.08.2003 (Nds. GVBl. S. 312):

Gebühren für Schiedsstellenverfahren nach § 80 SGB XII.

Mehr infolge Umsetzungen aus Kap. 03 05 (Auflösung der Bezirksregierungen).

**Zu 112 01**

Einnahmen aus vom Landesamt für Zentrale Soziale Aufgaben festgesetzten Geldbußen im Rahmen der Heimaufsicht.

**Zu 119 01**

	Tsd. EUR
1. Erstattung von Prozesskosten	40
2. Sonstige Einnahmen	10
Zusammen	50

**Zu 119 03**

Versorgungsärzte/-innen üben – insbesondere nach Dienstschluss – in den Diensträumen genehmigte Nebentätigkeiten aus.

**Zu 119 11**

Mehr infolge Umsetzungen aus Kap. 03 05 (Auflösung der Bezirksregierungen).

**Zu 119 46**

Ersatzleistungen von Bediensteten im Erstattungsverfahren oder sonstigen Rückgriffen von haftenden Versicherungsunternehmen z. B. bei Kraftfahrzeugunfällen.

**Zu 124 01**

	Tsd. EUR
1. Amts- und Dienstwohnungen	13
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	–
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	–
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	–
5. Sonstige Mieten und Pachten	7
Zusammen	20

**Zu 132 01**

	Tsd. EUR
1. Geräte	1
2. Maschinen	–
3. Ausstattungsgegenstände	–
4. Akten, Drucksachen und dgl.	–
Zusammen	1

**Zu 231 11**

Beitrag des Bundes zu den Kosten für die Fortbildung des Verwaltungspersonals sowie der Ärzte/-innen, Zahnärzte/-innen, Apotheker/-innen und des ärztlichen Hilfspersonals.

**Zu 232 10**

Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Ländern für die Inanspruchnahme des Prüf- und Beschaffungsamtes für Heil- und Hilfsmittel (PBHH) beim LS- Außenstelle Hannover.

**Zu 235 01**

Vgl. Erl. zu 427 01.

**Zu 236 10**

Erstattungen von Verwaltungsausgaben für ärztliche Untersuchungen und Begutachtungen für Berufsgenossenschaften, Krankenkassen u. a.

**Zu 281 10**

Mehr infolge Umsetzungen aus Kap. 03 05 (Auflösung der Bezirksregierungen).

**Zu 119 65**

Einnahmen aus Schadenersatzansprüchen in Fällen nach § 4 Abs. 1 Satz 1 i. V. mit § 5 Abs. 1 OEG.

**Zu 231 65**

Erstattungen vom Bund gem. § 4 Abs. 2 OEG.  
Vergleiche Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppen 65/66.

**Zu Titelgruppe 68/70**

Erstattungen des Bundes gem. § 17 Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz – VwRehaG – vom 01.07.1997 (BGBl. I S. 1670 ff., zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 22.12.2003 (BGBl. I S. 2834), und § 20 Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz – StrRehaG – i. d. F. vom 17.12.1999 (BGBl. I S. 2664), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 22.12.2003 (BGBl. I S. 2834).

Vgl. Ausgabetitelgruppe 68/69/70/71.

**Zu 231 68**

Erstattungen vom Bund gem. § 17 Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz – VwRehaG – vom 1. 7. 1997 (BGBl. I S. 1670ff.)

Vgl. Ausgabetitelgruppe 68/69.

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0520 Zentrale Soziale Aufgaben**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>A U S G A B E N</b>							
412 10-9	212	Kosten für Mitglieder von Ausschüssen, Fachbeiräten und Kommissionen beim NLZSA	—	60	45	+15	44
422 01-5	212	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	45.121	43.270	+1.851	11.627
422 04-0	212	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—	125	125	—	124
422 06-6	212	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
422 19-8	212	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	161
422 31-7	212	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	43	-43	133
425 01-4	212	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	30.849
425 04-9	212	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	159	159	—	144
425 06-5	212	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	2	2	—	—
425 10-3	212	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	9
425 31-6	212	Leistungen auf Grund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	—	—	—	—	—
426 01-0	212	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	1.376
426 04-5	212	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 06-1	212	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 10-0	212	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 31-2	212	Leistungen auf Grund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	—	—	—	—	—
427 01-7	212	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
427 02-5	212	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitbeschaffung	—	—	—	—	—
427 11-4	212	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	—	—	—	—
427 39-4	212	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	—
443 02-0	212	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	—	—	—	—
453 01-8	212	Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	44	40	+4	16
453 10-7	212	Trennungsgeld und Ausbildungshilfen für Teilnehmer/Teilnehmerinnen an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	4	4	—	0
511 01-8	212	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	1.891	1.705	+186	1.873
514 01-7	212	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	53	66	-13	58

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 412 10**

Entschädigung für Zeitversäumnisse, Fahrkosten und Fußwegstrecken sowie Aufwand nach dem Gesetz über die Vergütung von Sachverständigen, Dolmetscher/-innen und Übersetzer/-innen sowie die Entschädigung von ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern, Zeuginnen, Zeugen und Dritten (JVEG) in der jeweils gültigen Fassung, das für die Abfindung sinngemäß angewendet wird.

Beim Landesamt sind folgende Ausschüsse und Beiräte gebildet worden:

- 1. Widerspruchsausschuss gemäß § 119 SGB IX
- 2. Beratender Ausschuss gemäß § 103 SGB IX
- 3. Beirat in der Kriegsopferfürsorge gemäß RdErl. MS vom 16. 3. 1966 (Nds. MBl. S. 236) i. V. mit §§ 6 und 9 der VO über die soziale Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge vom 8. 2. 1919 (RGl. S. 187)
- 4. Beteiligung sozial erfahrener Personen gemäß § 116 SGB XII
- 5. Ausschuss und Besuchskommissionen gemäß § 24 Nds. MVollzG und § 30 NPsychKG

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteneinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
1044,95	1.001,73	987,70

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
45.121	43.270	44.021

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	124,48
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	-
- Sonstige Veränderungen	-
Summe Zugänge	124,48

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	5,26
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	-
- Sonstige Veränderungen	76,00
Summe Abgänge	81,26

Bleibt Zugang 43,22

**Zu 453 01**

Die Umsetzungen aus Kap. 03 05 infolge der Auflösung der Bezirksregierungen sind beim Ansatz berücksichtigt.

**Zu 511 01**

	Tsd. EUR
1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	6
2. Büro- und Kanzleibedarf	350
3. Bekanntmachungen	2
4. Sonstiger Geschäftsbedarf	6
5. Verpackungs- und Versandkosten für orthopädische Hilfsmittel	1
6. Bücher und Zeitschriften	93
7. Post- und Fernmeldegebühren	1.290
8. Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	52
9. Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	86
10. Dienst- und Schutzkleidung	2
11. Labor-, Röntgen- und Fotobedarf	1
12. Unterhaltung der Geräte für Fachaufgaben	1
13. Ersatz und Ergänzung der Geräte für Fachaufgaben	1
Zusammen	1.891

Mehr infolge Umsetzungen aus Kap. 03 05 (Auflösung der Bezirksregierungen).

**Zu 514 01**

	Tsd. EUR
1. Betriebsstoffe	40
2. Unterhaltung und Instandsetzung	9
3. Kraftfahrzeugsteuer	4
4. Sonstiges	-
Zusammen	53

**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1. 1. 2004	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Pkw	14	13	13

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0520 Zentrale Soziale Aufgaben**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004		
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
514 10-6	212	Arzneien, Stärkungsmittel, Verbands- und Impfstoffe	—	1	1	—	2
517 01-6	212	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	859	871	-12	834
518 01-2	212	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	441	467	-26	418
518 02-0	214	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	70	13	+57	64
519 01-9	214	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	44	44	—	47
519 10-8	212	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	1	1	—	0
526 01-5	212	Sachverständige	—	110	165	-55	95
526 02-3	212	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	635	580	+55	493
527 01-1	212	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	225	225	—	253
527 02-0	212	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenanlagen	—	13	13	—	10
529 10-3	212	Zur Verfügung des Präsidenten/der Präsidentin des Niedersächsischen Landesamtes für Zentrale Soziale Aufgaben	—	—	—	—	1
532 10-4	290	Kosten für Beratungshilfen nach dem Nieders. Gesetz zur Ausführung der Insolvenzordnung <i>Übertragbar.</i>	—	2.500	1.350	+1.150	1.837
546 01-6	212	Vermischte Ausgaben	—	1	1	—	2
546 03-2	212	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	1	1	—	—
546 04-0	214	Ausgaben für den Kauf des Firmentickets von Verkehrsunternehmen <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 04.</i>	—	62	—	+62	61
546 10-5	214	Rückzahlung vereinnahmter Beträge nach Schluß des Haushaltsjahres	—	—	—	—	—
547 10-1	212	Dienstleistungen Außenstehender <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 547 10 und 681 11.</i>	—	10.950	6.300	+4.650	6.201
636 10-4	212	Ersatz an Krankenkassen nach § 20 Bundesversorgungsgesetz und an andere öffentlich-rechtliche Leistungsträger <i>Übertragbar.</i>	—	780	880	-100	840
636 11-2	212	Ersatz an Krankenkassen nach § 11 Abs. 6 Bundesvertriebenengesetz	—	496	365	+131	535
671 10-4	212	Erstattung an sonstige Stellen	—	20	20	—	13
671 11-2	242	Erstattung von Verwaltungskosten an Verehrtenverbände	—	26	26	—	26
681 10-0	212	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	8	8	—	6
681 11-8	212	Entschädigung der zur ärztlichen Untersuchung Vorgeladenen <i>Vgl. D-Vermerk zu 547 10.</i>	—	105	95	+10	99
684 10-9	212	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	1	1	—	0
685 10-5	112	Zuschuss an das Institut für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen in Mainz	—	492	531	-39	533

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 517 01**

	Tsd. EUR
1. Wassergeld	3
2. Grundbesitzabgaben	60
3. Bewachungskosten	120
4. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	49
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	8
6. Reinigungskosten	218
7. Heizung	309
8. Beleuchtung und elektrische Kraft	92
Zusammen	859

**Zu 518 01**

Veranschlagt sind die Mietkosten für Diensträume und –gebäude.

**Zu 518 02**

	Tsd. EUR
Leasingkosten für Kfz	20
Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	50
Zusammen	70

**Zu 519 01**

Veranschlagt sind die Ausgaben für kleinere Bauunterhaltungsmaßnahmen, die ab 2002 erstmals in den Kapiteln ausgewiesen werden. Der Ansatz ist vom MF zentral ermittelt worden.

**Zu 526 01**

	Tsd. EUR
1. (Amts)ärztliche und Röntgenschirmbilduntersuchungen	15
2. Sachverständigenentschädigungen, Schätzgebühren und Übersetzungskosten für Verwaltungszwecke	45
3. Entschädigungen der Landesärzte	50
Zusammen	110

Zu 2.: Unter anderem auch für Untersuchungen nach dem Arbeitssicherheitsgesetz.

Zu 3.: Landesärztlicher Dienst für behinderte Menschen (10 Ärzte).

**Zu 526 02**

Gerichts-, Anwalts-, Vollstreckungs- u. a. Parteikosten des Fiskus.

**Zu 527 01**

	Tsd. EUR
1. Reisekosten allgemein	70
2. Wegstreckenentschädigung für anerkannte private und für privateigene Kraftfahrzeuge	155
Zusammen	225

**Bestand an anerkannten privaten Kraftfahrzeugen**

	Ist 1. 1. 2004	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Pkw	49	49	49

**Zu 529 10**

Ausgaben sind seit 2002 bei Kapitel 13 02 Titel 529 14 veranschlagt.

**Zu 532 10**

Veranschlagt sind die Aufwendungen für die Beratungsvergütung der geeigneten Stellen im Sinne der §§ 2 Abs. 1 Nr. 1 und 3 Abs. 1 Satz 1 Nds. Ausführungsgesetz zur Insolvenzordnung (Nds. AG InsO, Nds. GVBl. 31/1998, S. 710ff.) nach Maßgabe des § 5 Abs. 2 Nds. AG InsO sowie die Gebühren der Rechtsanwälte nach dem

**Noch zu 532 10**

Beratungshilfegesetz für die Wahrnehmung der Beratungstätigkeit im Bereich der außergerichtlichen Insolvenzberatung gem. § 305 Abs. 1 Nr. 1 Insolvenzordnung (InsO).

**Zu 547 10**

a) Gutachten, Befundberichte und Stellungnahmen nach dem BVG und dem SGB IX.

b) Durchführung der orthopädischen Sprechtage durch außenstehende Fachärzte/-innen.

**Zu 636 10**

Den Krankenkassen sind für die Erbringung von Leistungen nach § 18 c BVG Verwaltungskosten i. H. v. 3,25 v. H. zu erstatten. Basis ist die nach §§ 19, 20 Abs. 1 BVG jährlich festgesetzte pauschale Erstattung.

**Zu 636 11**

Als Ersatz für Verwaltungskosten erhalten die Krankenkassen 8 v. H. ihres Aufwands für Leistungen bei Krankheit an Heimkehrer p. p.

**Zu 671 10**

	Tsd. EUR
Beiträge zu den Verwaltungskosten der Arbeitsgemeinschaften	
1. der Hauptfürsorgestellen	1
2. der überörtlichen Träger der Sozialhilfe	10
3. der Bundesarbeitsgemeinschaft für Nichtsesshaftenfürsorge	5
4. Beitrag zu den Verwaltungskosten der Zentralstelle Schweiz beim Landeswohlfahrtsverband Baden (Sozialhilfe für Deutsche im Ausland)	4
Zusammen	20

**Zu 671 11**

Erstattung von Verwaltungskosten für die Durchführung von Versehrteneibesübungen an die Versehrtensportverbände gemäß § 11 a Bundesversorgungsgesetz.

**Zu 681 10**

	Tsd. EUR
a) Schadensersatzleistungen für 3 ehemalige Bedienstete bzw. deren Hinterbliebene des früheren BFW in Bad Pyrmont rd. =	4
b) Andere Schadensersatzleistungen an Bedienstete (z. B. Kfz-Schäden) rd. =	4
Zusammen	8

**Zu 681 11**

Zur Abgeltung der entstandenen Reisekosten und des entstandenen Verdienstaustausfalls der zur ärztlichen Untersuchung vorgeladenen Personen.

**Zu 684 10**

	Tsd. EUR
Vereinigung für die Rehabilitation Behinderter Dt. Sozialrechtsverband e. V. }	1
Zusammen	1



**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 685 10**

Die anderweitig nicht gedeckten Kosten der Einrichtung und der Unterhaltung des Instituts für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen tragen nach Art. 11 des Länderabkommens vom 14. 10. 1970 i. d. F. vom 20.12.2002(siehe allgemeine Erläuterungen) die Länder. Der Fehlbetrag des Instituts wird für 2005 auf 5.401.500 EUR geschätzt. In dieser Höhe benötigt das Institut Länderzuweisungen. Das Land Niedersachsen hat nach dem „Königsteiner Schlüssel“ für 2004 rd. 9,13 % = rd. 492.000 EUR zu übernehmen.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben  
des Instituts f. medizinische u. pharmazeutische Prüfungsfragen

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
<b>Ausgaben</b>	6.015	5.868	5.628
<b>Einnahmen</b>	613	337	567
<b>Fehlbetrag</b>	5.402	5.531	5061

	Tsd. EUR
--	----------

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	-
b) das Land mit	492
c) den Bund mit	-
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	4.910
e) Private	-
Zusammen	5.402

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0520 Zentrale Soziale Aufgaben**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
811 01-1	212	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 10-7	212	Erwerb von Geräten,Ausstattungs- und Aus- rüstungsgegenständen sowie von sonstigen beweglichen Sachen	—	230	376	-146	266
981 10-3	990	Abführung an 13 21 - 381 05	—	2.784	2.784	—	2.784
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61</b>		<b>Ärztliche, zahnärztliche,pharmazeutische und lebensmittelrechtliche Prüfungen</b>	(—)	(120)	(120)	(—)	(91)
427 61-0	319	Prüfungsvergütungen	—	107	107	—	82
527 61-5	319	Reisekosten	—	3	3	—	2
547 61-6	319	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben	—	10	10	—	7
<b>TGr. 63</b>		<b>Aus- und Fortbildung der Bediensteten</b> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschrit- ten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 231 11.</i>	(—)	(225)	(276)	(-51)	(198)
427 63-7	212	Entschädigungen an nebenamtliche Lehr- kräfte	—	17	37	-20	13
453 63-8	212	Trennungsgeld für Lehrgangsteilnehmer	—	—	—	—	—
525 63-9	212	Lehr- und Lernmittel,Kosten von Eignungs- prüfungen für Laufbahnbewerber	—	14	14	—	1
527 63-1	212	Reisekosten für Lehrkräfte und Lehr- gangsteilnehmer	—	43	43	—	33
547 63-2	212	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben sowie Dienstleistungen Außenstehen- der	—	151	182	-31	150
<b>TGr. 65/66</b>		<b>Leistungen nach dem OEG</b> <i>*** Überzahlungen aus Vorjahren sind abwei- chend von § 35 LHO durch Absetzung von der Ausgabe zu vereinnahmen.</i>	(—)	(13.845)	(11.899)	(+1.946)	(12.337)
631 65-0	290	Erstattungen gem. § 5 Abs. 2 an den Bund <i>Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 7,5 v.H. der Isteinnahmen bei 119 65.</i>	—	45	49	-4	45
631 66-8	290	Erstattung von Beiträgen gem. § 22 BVG (Landesanteil) an den Bund	—	—	—	—	—
681 65-7	290	Geldleistungen	—	9.200	8.150	+1.050	8.048
681 66-5	290	Sachleistungen	—	4.600	3.700	+900	4.243
<b>TGr. 68 bis 71</b>		<b>Leistungen nach dem Verwaltungsrechtli- chen (VwRehaG) und Strafrechtlichen (StrRehaG)Rehabilitierungsgesetz</b>	(—)	(105)	(20)	(+85)	(9)
681 68-1	290	Geldleistungen nach dem VwRehaG	—	11	10	+1	9
681 69-0	290	Sachleistungen nach dem VwRehaG	—	5	10	-5	—
681 70-3	290	Geldleistungen nach dem StrRehaG	—	69	—	+69	—
681 71-1	290	Sachleistungen nach dem StrRehaG	—	20	—	+20	—
<b>TGr. 98/99</b>		<b>Kosten der Informations- und Kommunika- tionstechnik</b>	(—)	(2.572)	(2.573)	(-1)	(2.183)
511 99-9	212	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte,Ausstattungs- und Ausrüstungsge- genstände,sonstige Gebrauchsgegenstände	—	962	853	+109	939
518 98-5	212	Kosten für die Anmietung von Software	—	—	—	—	—
518 99-3	212	Kosten für die Anmietung von Hardware	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 812 10**

	Tsd. EUR
Aktenhängeregal (VA Oldenburg)	6
Telefongebührenerfassung (Ast. Osnabrück)	8
Aktenkleiderschränke	34
Aktenschränke	41
Beistellschränke	26
Ausstattung (Ersatz) Schulungsraum und Personalratzimmer (VA Braunschweig und Verden)	16
Ausstattung (Ersatz) Teeküchen (Ast. Osnabrück)	12
Dienstzimmerausstattung (Ast. Osnabrück)	7
Jalousetten (NLZSA)	37
Kühltresen (Kantine NLZSA)	9
IuK-Arbeitstische (NLZSA und VA Hannover)	26
Wiegesystem (Poststelle VA Hannover)	8
Zusammen	230

**Zu 981 10**

Veranschlagt sind die Überlassungsentgelte für die Nutzung landeseigener Liegenschaften gem. § 4 LHO.

**Zu Titelgruppe 61**

Prüfungsvergütungen, die den Mitgliedern und Sekretären/-innen der Prüfungsausschüsse nach Maßgabe der jeweiligen Prüfungsordnung zustehen, und mit den Prüfungen verbundene sächliche Verwaltungsausgaben.

Außerdem werden den bei den schriftlichen Prüfungen tätigen Aufsichtspersonen Vergütungen gewährt.

Entwicklung der Zahl der Prüfungsteilnehmer:

Jahr		Teilnehmer				zus.
		1)	2)	3)	4)	
2001	Ist	3.398	511	151	-	4.060
2002	Ist	3.488	527	148	-	4.163
2003	Ist	3.581	480	540	35	4.636
2004	ca.	3 600	500	540	40	4.680
2005	ca.	3 600	500	540	50	4.690

1) = Humanmedizin

2) = Pharmazie

3) = Zahnmedizin

4) = Psychotherapie

**Zu Titelgruppe 63**

Hier sind die Kosten für die Aus- und Fortbildung des Verwaltungspersonals sowie für die Fortbildung der Ärzte/-innen pp. veranschlagt.

**Zu Titelgruppe 65/66**

Leistungen nach dem Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten i. d. F. vom 07.01.1985 (BGBl. I S. 1), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 06.12.2000 (BGBl. I S. 1671).

Der Bund trägt gemäß § 4 des Gesetzes 40 v. H. der Geldleistungen.

Vgl. Tit. 231 65.

**Zu 631 65**

Einnahmen aus Schadenersatzansprüchen (vgl. Titel 119 65) werden gem. § 5 Abs. 2 OEG zu 7,5 v. H. an den Bund abgeführt.

**Zu 681 65**

Geldleistungen in Fällen des § 4 Abs. 1 Satz 1 OEG.

**Zu 681 66**

Leistungen in Fällen des § 4 Abs. 1 Satz 1 OEG, die nicht Geldleistungen sind.

**Zu Titelgruppe 68 bis 71**

Leistungen nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz – VwRehaG – vom 01.07.1997 (BGBl. I S. 1670 ff.), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 22.12.2003 (BGBl. I S. 2834), und dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz – StrRehaG – i. d. F. vom 17.12.1999 (BGBl. I S. 2664), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 22.12.2003 (BGBl. I S. 2834).

**Zu 681 68**

Geldleistungen in Fällen des § 3 Abs. 1 S. 1 VwRehaG.

Der Bund trägt gem. § 17 VwRehaG 60 v. H. der Geldleistungen (vgl. Einnahmetitel 231 68).

**Zu 681 69**

Leistungen in Fällen des § 3 Abs. 1 S. 1 VwRehaG, die nicht Geldleistungen sind.

**Zu 681 70**

Geldleistungen in Fällen des § 21 Abs. 1 StrRehaG.

Der Bund trägt gem. § 20 StrRehaG 65 v. H. der Geldleistungen (vgl. Titel 231 70).

**Zu 681 71**

Leistungen in Fällen des § 21 Abs. 1 StrRehaG, die nicht Geldleistungen sind.

Der Bund trägt gem. § 20 StrRehaG 65 v. H. der Sachleistungen (vgl. Titel 231 70).

**Zu Titelgruppe 98/99**

Mit Hilfe von Anlagen Informations- und Kommunikationstechnik beim LS und den Außenstellen werden insbesondere folgende Aufgaben ausgeführt:

- a) Dokumentation und Auswertung von Haushaltsdaten für Heime und Einrichtungen der Sozialhilfe, Pflegesatzermittlung.
- b) Erstellung von Grundanerkennnissen im Rahmen der Heranziehungs-Verordnungen SGB XII und KOF.
- c) Dokumentation und Auswertung von Daten im Rahmen der Heranziehungsverordnungen BSHG und KOF oder von Verwaltungsvereinbarungen mit den herangezogenen Gebietskörperschaften.
- d) Haushaltsmittelbewirtschaftung
- e) für den Bereich des Schwerbehindertenrechtes:
  - Kündigung und Kündigungsschutzstatistik
  - Verwendung der Ausgleichsabgabe einschließlich Statistik
  - Schulung nach dem SGB IX einschließlich Statistik
  - Psychosoziale Dienste einschließlich Statistik
  - begleitende Hilfen einschließlich Statistik
  - Dokumentation technischer Hilfsmittel
  - § 131 SGB IX (REHA-Statistik)
  - Bearbeitung der Anträge nach dem SGB IX und Pflege des Datenbestandes
- f) Sachbearbeitung des BVG sowie der Anhangsgesetze zum BVG mit PROSID,
- g) Abwicklung der Beschaffungen des PBHH bei der Außenstelle Hannover für die bundesweite orthopädische Versorgung (einschl. Rechnungsstellung),
- h) Abwicklung der Prüfungen im Rahmen der Zuständigkeiten des Versorgungsamtes Hannover (vgl. Allgemeine Erläuterungen zu Kap. 05 20 Buchst. C).

**Zu 511 99**

	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf	97
2. Bücher und Zeitschriften	3
3. Geräte und Gebrauchsgegenstände	367
4. Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der besonderen Betriebseinrichtungen	430
5. Verbrauchsmaterial	65
Zusammen	962

Mehr infolge Umsetzungen aus Kap. 03 05 (Auflösung der Bezirksregierungen).

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0520 Zentrale Soziale Aufgaben**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
519 99-0	212	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der besonderen Betriebseinrichtungen	—	—	—	—	—
525 98-1	212	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch das Informatikzentrum Niedersachsen (IZN)	—	45	45	—	31
525 99-0	212	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch Andere	—	160	160	—	63
527 99-2	212	Reisekostenvergütungen	—	5	5	—	5
538 98-6	212	Kosten für Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (IZN)	—	375	435	-60	169
538 99-4	212	Kosten für Dienstleistungen Anderer	—	326	376	-50	201
812 99-9	212	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausstattungsgegenständen sowie von sonstigen beweglichen Sachen	—	699	699	—	774
<b>Abschluss Kapitel 0520</b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				1.474	966	+508	
2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				4.152	3.664	+488	
<b>Summe der Einnahmen</b>				5.626	4.630	+996	
4 Personalausgaben			—	45.639	43.832	+1.807	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst			—	19.951	13.929	+6.022	
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			—	15.878	13.845	+2.033	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen			—	929	1.075	-146	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	2.784	2.784	—	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>			—	85.181	75.465	+9.716	
<b>Zuschuss</b>				79.555	70.835	+8.720	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 525 98**

Veranschlagt sind die Kosten der Aus- und Fortbildung von Bediensteten durch das IZN.

**Zu 525 99**

Veranschlagt sind die Kosten der Aus- und Fortbildung von Bediensteten, die nicht durch das IZN, sondern von Anderen durchgeführt werden.

**Zu 538 98**

Erwerb und Weiterentwicklung von Programmen, Verfahrens- und Programmpflege, Inanspruchnahme von Leistungen des IZN.

**Zu 538 99**

Erwerb und Weiterentwicklung von Programmen, Verfahrens- und Programmpflege, Inanspruchnahme von Dienstleistungen Anderer (ohne IZN).

**Zu 812 99**

	Tsd. EUR
90 Arbeitsplatz-PC und 15 Drucker	143
2 Laserdrucksysteme	80
7 Datenbankserver (SDS-Verfahren)	200
20 Notebooks	38
Fax - Software	52
Secure-NT Managementsoftware	60
10 Farblaserdrucker	36
Netzwerkerweiterung VA Hannover	90
Zusammen	699

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0521 Landeskrankenhäuser**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-4	312	Vermischte Einnahmen		-	-	-	-
119 41-3	312	Rückzahlung von Überzahlungen		-	-	-	-
121 10-8	312	Ablieferungen der kaufmännisch geführten landeseigenen Krankenhäuser		-	-	-	7.973
<b>AUSGABEN</b>							
422 01-9	312	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	-	-	-	-	-
422 19-1	312	Altersteilzeitzuschläge	-	-	-	-	-
425 01-8	312	Vergütungen der Angestellten	-	-	-	-	-
426 01-4	312	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	-	-	-	-	-
682 10-0	312	Zuführungen an die Landeskrankenhäuser für laufende Zwecke	-	16.348	16.027	+321	16.267
682 39-8	312	Zuschüsse an Landesbetriebe für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	-	-	-	-	-
891 10-8	312	Zuführungen an die Landeskrankenhäuser für Investitionen	-	-	-	-	-
981 10-7	990	Abführung an 2042 - 381 01	-	-	-	-	7.973
<b>Abschluss Kapitel 0521</b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				-	-	-	
<b>Summe der Einnahmen</b>					-	-	
4 Personalausgaben				-	-	-	
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				-	16.348	16.027	+321
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen				-	-	-	
9 Besondere Finanzierungsausgaben				-	-	-	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>				-	16.348	16.027	+321
<b>Zuschuss</b>					16.348	16.027	+321

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Kapitel 0521**

**Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 05 21**

Es sind folgende Landeskrankenhäuser vorhanden:

– Psychiatrische Krankenhäuser in Göttingen, Hildesheim, Königslutter, Lüneburg, Moringen, Osnabrück, Wehnen und Wunstorf

– Fachklinik für straffällige drogenabhängige Frauen und Männer als Entziehungsanstalt gem. §§ 7, 93 a des Jugendgerichtsgesetzes und § 64 des Strafgesetzbuches in Brauel.

– Krankenhaus für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatische Medizin Tiefenbrunn in Rosdorf.

Die Kostendeckung der Landeskrankenhäuser wird nach den Regeln der kaufmännischen Buchführung überwacht. Zuführungen sind bei 682 10 und 891 10 nachzuweisen. Wirtschaftspläne mit den Übersichten über die Stellen der Angestellten und Arbeiter sind diesem Kapitel als Anlagen 1 bis 10 beigefügt.

Die Pflegesätze (§ 13 BPfLV) werden auf der Grundlage des Budgets (§ 12 BPfLV) für jedes Landeskrankenhaus ermittelt. Die Entgelte für die Forensik sowie für Heim- und Pflegebereiche werden nach den dafür geltenden Grundsätzen festgelegt.

Wahlleistungen nach § 22 BPfLV werden angeboten.

Krankenhausbetten – insgesamt –

Krankenhausbetten in	2005	2004*)
Brauel	96	96
Göttingen	438	438
Hildesheim	468	448
Königslutter	562	562
Lüneburg	480	480
Moringen	312	312
Osnabrück	470	450
Tiefenbrunn	176	176
Wehnen	525	505
Wunstorf	577	577
<b>Summe</b>	<b>4 104</b>	<b>4 044</b>

davon KHG-Betten

KHG-Betten in	2005	2004*)
Brauel	–	–
Göttingen	360	360
Hildesheim	407	407
Königslutter	510	510
Lüneburg	389	389
Moringen	–	–
Osnabrück	404	404
Tiefenbrunn	176	176
Wehnen	437	437
Wunstorf	440	440
<b>Summe</b>	<b>3 123</b>	<b>3 123</b>

\*) Stand 1. 1. 2004.

davon Maßregelvollzugsbetten

Maßregelvollzugsbetten in	2005	2004
Brauel	96 (105)	96 ( 96)
Göttingen	78 ( 94)	78 (102)
Hildesheim	61 ( 76)	41 ( 69)
Königslutter	52 ( 83)	52 ( 76)
Lüneburg	91 (113)	91 (115)
Moringen	312 (337)	312 (337)
Osnabrück	66 ( 77)	46 ( 70)
Tiefenbrunn	– ( –)	– ( –)
Wehnen	88 (106)	68 ( 92)
Wunstorf	137 (168)	137 (183)
<b>Summe</b>	<b>981 (1159)</b>	<b>921 (1140)</b>

Insgesamt werden in den LKH im Jahre 2005 = 1.159 forensische Patienten behandelt (davon 60 einstweilig untergebrachte Patienten). Die jeweilige Patientenzahl ist in Klammern angegeben.

**Noch zu Kapitel 0521**

**Zusätzliche Plätze in Heimbereichen u. ä.**

Krankenhaus	2005	2004
Lüneburg	133	133
Osnabrück	40	40
<b>Summe</b>	<b>173</b>	<b>173</b>

**Zu 682 10**

Zum Ausgleich nicht gedeckter Betriebskosten auch aus vorangegangenen Geschäftsjahren. Die LKH werden als rechtlich unselbstständige abgesonderte Teile der Landesverwaltung nach § 26 LHO geführt.

Mitveranschlagt sind Zuschüsse für nicht gedeckte Kosten

	2005	2004
	Tsd. EUR	
1. der Kindertagesstätten in den LKH Göttingen und Königslutter	41	41
2. für Überlassungsentgelte für Gebäude und Grundstücke	16 307	15 986
<b>Zusammen</b>	<b>16 348</b>	<b>16 027</b>



**Wirtschaftsplan für das  
Landeskrankenhaus Brauel**  
(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)  
**für das Geschäftsjahr 2005**

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der Betriebsanweisung für die als Landesbetriebe geführten Landeskrankenhäuser im Geschäftsbereich des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit.

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Niedersächsisches Landeskrankenhaus Brauel

### A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 Tsd. EUR	Plan 2004 Tsd. EUR	Ist 2003 Tsd. EUR
<b>I. Finanzbedarf</b>			
1. Investitionen gemäß VV-HNds (ZR-GPI):			
– Bebaute Grundstücke	—	—	—
– Unbebaute Grundstücke	—	—	—
– Gebäude	—	—	—
– Maschinen und Anlagen	42	42	46
– Fahrzeuge	48	48	—
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	73	73	90
<b>Summe 1.:</b>	<b>163</b>	<b>163</b>	<b>136</b>
2. Sonstige Investitionen:			
– Gebäude	—	—	—
– Maschinen und Anlagen	—	—	—
– Fahrzeuge	—	—	—
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
– Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	—	—	—
– Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben, z. B. Zahlungen von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)	—	—	—
– Mieten	—	—	—
– Deckungsmittelvortrag auf Folgejahr			
– Fördermittel	—	—	—
– Abschreibungen	—	—	—
– Ablieferung an den Landeshaushalt	—	—	—
– Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)	—	—	—
<b>Summe 3.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
4. Positiver Überleitungsbetrag:	—	—	—
<b>Summe I.:</b>	<b>163</b>	<b>163</b>	<b>136</b>
<b>II. Deckungsmittel</b>			
1. Deckungsmittel:			
– Jahresüberschuss laut Erfolgsplan			
– Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z. B. eingehende Zahlungen für Forderungen)	—	—	—
– noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren			
– Fördermittel	—	—	—
– Abschreibungen	—	—	—
– Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	—	—	—
– Zuführung aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
– Fördermittel nach § 9 Abs. 2 Nr. 1 KHG	—	—	—
– Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG	—	—	—
– Abschreibungen	163	163	136
– Überschussverwendung	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>163</b>	<b>163</b>	<b>136</b>
2. Negativer Überleitungsbetrag:	—	—	—
<b>Summe II.:</b>	<b>163</b>	<b>163</b>	<b>136</b>

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Niedersächsisches Landeskrankenhaus Brauel****B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005**

Positionsbezeichnung	Soll 2005 Tsd. EUR	Plan 2004 Tsd. EUR	Ist 2003 Tsd. EUR
<b>I. Erträge</b>			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:	—	—	—
Summe 1.:	—	—	—
2. Umsatzerlöse:			
– Erlöse aus Krankenhausleistungen	9 195	7 735	7 391
– Erlöse aus Wahlleistungen	—	—	—
– Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	—	—	—
– Nutzungsentgelt der Ärzte	—	—	—
Summe 2.:	9 195	7 735	7 391
3. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	—	—	—
Summe 3.:	—	—	—
4. Andere aktivierte Eigenleistungen:	—	—	—
Summe 4.:	—	—	—
5. Sonstige betriebliche Erträge:			
– Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	90	90	80
– Sonstige ordentliche Erträge	10	10	47
– Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	—	—	—
– Übrige betriebliche Erträge	10	9	57
Summe 5.:	110	109	184
6. Zinserträge und ähnliche Erträge:			
– Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
Summe 6.:	—	—	—
<b>Summe I.:</b>	<b>9 305</b>	<b>7 844</b>	<b>7 575</b>
<b>II. Aufwendungen</b>			
1. Materialaufwand:			
– Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	768	702	732
– Aufwendungen für bezogene Leistungen	7	6	6
Summe 1.:	775	708	738
2. Personalaufwand:			
2.1. Löhne und Gehälter			
– Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	—	99	47
– Vergütungen der Angestellten	4 669	3 922	3 586
– Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	889	811	592
– Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter	73	—	96
Summe 2.1.:	5 631	4 832	4 225
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung			
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Angestellte	955	828	736
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter	182	171	130
– Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	—	34	—
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarung	402	253	310
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarung	77	52	54
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund betrieblicher Vereinbarung	—	—	—
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund betrieblicher Vereinbarung	—	—	—
– Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	—	15	17
– Beihilfen für Angestellte	6	5	1
– Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	3	3	—
– Unterstützungen	—	—	—
– Fürsorgeleistungen	—	—	—
– Nicht zurechenbare Personalkosten	12	—	—
Summe 2.2.:	1 637	1 361	1 344
<b>Summe 2.:</b>	<b>7 268</b>	<b>6 193</b>	<b>5 569</b>
3. Abschreibungen:			
– Abschreibungen auf unbewegliches Anlagevermögen	33	33	20
– Abschreibungen auf bewegliches Anlagevermögen	130	130	172
Summe 3.:	163	163	192

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Niedersächsisches Landeskrankenhaus Brauel****B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005**

Positionsbezeichnung	Soll 2005 Tsd. EUR	Plan 2004 Tsd. EUR	Ist 2003 Tsd. EUR
<b>noch II. Aufwendungen</b>			
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung			
– Mieten und Überlassungsentgelte	133	122	126
– Unterhaltung von Gebäuden	172	50	146
– Unterhaltung von Anlagen	152	36	187
– Energie	116	106	100
– Wasser	28	26	22
– Bewirtschaftungskosten	32	29	41
– Unterhaltung von Kfz	22	20	19
– Abgaben	3	3	4
<b>Summe 4.1.:</b>	<b>658</b>	<b>392</b>	<b>645</b>
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
– Geschäftsbedarf, Büromaterial	25	23	17
– Post- und Fernmeldegebühren	9	8	14
– Versicherungen	30	11	18
– Öffentlichkeitsarbeit	—	—	—
– Anwalts- und Gerichtskosten	6	6	—
– Versicherungen	—	—	—
– Zentrale Dienstleistungen	48	44	45
– sonst. Verwaltungbedarf	7	6	5
<b>Summe 4.2.:</b>	<b>125</b>	<b>98</b>	<b>99</b>
4.3. Sonstige personalbezogene Aufwendungen			
– Reisekosten	22	20	20
– Fahrgelder	—	—	—
– Aus- und Fortbildung	13	12	16
– Personalbeschaffungskosten	—	—	6
– Sonstiges	111	102	2
<b>Summe 4.3.:</b>	<b>146</b>	<b>134</b>	<b>44</b>
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
– Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	—	—	—
– Schadensersatzleistungen	—	—	—
– Abschreibungen auf Forderungen	3	3	1
– Periodenfremde Aufwendungen	11	11	74
– Sonstige ordentliche Aufwendungen	77	70	77
<b>Summe 4.4.:</b>	<b>91</b>	<b>84</b>	<b>152</b>
<b>Summe 4.:</b>	<b>1 020</b>	<b>708</b>	<b>940</b>
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	—	—	—
<b>Summe 5.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>Summe II.:</b>	<b>9 226</b>	<b>7 772</b>	<b>7 439</b>
<b>III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b> (Summe I. ./ Summe II.)	<b>79</b>	<b>72</b>	<b>136</b>
<b>IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen</b>			
1. Außerordentliche Erträge:			
– Taschengeld etc.	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
2. Außerordentliche Aufwendungen:			
– Taschengeld etc.	77	70	77
			7
<b>Summe 2.:</b>	<b>77</b>	<b>70</b>	<b>84</b>
<b>V. Außerordentliches Ergebnis</b> (Außerordentliche Erträge ./ Außerordentliche Aufwendungen)	<b>-77</b>	<b>-70</b>	<b>-84</b>
<b>VI. Steuern</b>			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
– Körperschaftsteuer	—	—	—
– Gewerbeertragsteuer	—	—	—
– Kapitalertragsteuer	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
2. Sonstige Steuern:			
– Kraftfahrzeugsteuer	2	2	2
– Grundsteuer	—	—	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>2</b>	<b>2</b>	<b>2</b>
<b>VII. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b> (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./ Steuern)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>50</b>

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Niedersächsisches Landeskrankenhaus Brauel****C. Überleitungsrechnung für das Geschäftsjahr 2005**

Positionsbezeichnung	Soll 2005 Tsd. EUR	Plan 2004 Tsd. EUR	Ist 2003 Tsd. EUR
<b>I. Erhöhung der Zuführung/Minderung der Ablieferung</b>			
Gewinnerhöhung ohne Geldfluss:			
- Erhöhung des Bestandes an unfertigen und fertigen Erzeugnissen	—	—	—
- Erhöhung des Forderungsbestandes	—	—	—
- Minderung von Rückstellungen	—	—	—
- Minderung von Wertberichtigungen	—	—	—
<b>Summe I.:</b>	—	—	—
<b>II. Minderung der Zuführung/Erhöhung der Ablieferung</b>			
Gewinnminderung ohne Geldfluss:			
- Abschreibungen für Abnutzung (ohne Abschreibungen für geringwertige Wirtschaftsgüter nach § 6 Abs. 2 EStG)	—	—	—
- Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	—	—	—
- Abschreibungen auf Forderungen	—	—	—
- Erhöhung von Rückstellungen	—	—	—
- Erhöhung von Wertberichtigungen	—	—	—
<b>Summe II.:</b>	—	—	—
<b>III. Überleitungsbetrag</b> (Summe I. ./ Summe II.)	—	—	—

**Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Wirtschaftsplans  
des Landeskrankenhauses Brauel für das Geschäftsjahr 2005**

---

**A. Finanzplan**

Folgende Investitionen übersteigen 25 000 EUR im Einzelfall: —

**B. Erfolgsplan**

**I. Erträge**

**Forensik**

Regelbehandlung nach § 64 StGB wegen Betäubungsmittelabhängigkeit (incl. Urlauber)			
9 490	Berechnungstage	× 303,49 EUR	= 2 880 120 EUR
28 835	Berechnungstage	× 219,02 EUR	= 6 315 441 EUR
			Summe Forensik 9 195 561 EUR
			Summe Erlöse aus Krankenhausleistungen 9 195 561 EUR
			rd. 9 195 000 EUR

**II. Aufwendungen**

**1. Materialaufwand**

Die Aufwendungen sind aus dem Wirtschaftsplan 2004 abgeleitet worden. Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt.

**2. Personalaufwand**

Das Ist-Ergebnis 2003 ist auf das Geschäftsjahr 2005 hochgerechnet worden. Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt.

**3. Abschreibungen**

Veranschlagt sind Abschreibungen für den nicht geförderten Bereich.

**4. Sonstige betriebliche Aufwendungen**

Die Aufwendungen sind aus dem Wirtschaftsplan 2004 abgeleitet worden. Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt.

**Anlage zu den Erläuterungen zu B. II. 2 des Wirtschaftsplans 2005 des Landeskrankenhauses Brauel  
(Übersicht über die Stellen der Angestellten und Arbeiter)**

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Haushaltsvermerke
	2005	2004		
<b>Angestellte<sup>2)</sup></b>				
I b	4	4		2) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf deren Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
II a	9	9		
III	1	1		
IV a	2	2		
IV b	11	11		
V b	1	1		
V c	27	27		
VI b	1	1		
VII	6	6		
VIII	5	5		
IX b-VII	2	2		
Sondervergütungen*)	1	1		
Kr. VI	7	7		
Kr. V	27	23		
Kr. IV	2	2		
	106	102	Zusammen	

\*) 1 Praktikant/-in für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes  
- TV über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt) vom 22. 3. 1991 (Nds. MBl. S. 570) in der jeweils gültigen Fassung.

Erläuterungen zu den Angestellten

Zugänge: Stellen  
Verg.-Gr. Kr. V 4 Krankenpflagedienst

Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2005	2004		
<b>Arbeiter/-innen<sup>1)</sup></b>				
5	3	3		1) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf deren Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
4	11	11		
3	3	3		
2	6	6		
	23	23	Zusammen	

Erläuterungen zu den Arbeitern/Arbeiterinnen

	Auszubildende	
	2005	2004
Auszubildende im Verwaltungsdienst	1	1
Auszubildende im Hauswirtschaftlichen und Sonstigen Dienst	1	1
Zusammen	2	2



**Wirtschaftsplan für das  
Landeskrankenhaus Göttingen**  
(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)  
**für das Geschäftsjahr 2005**

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der Betriebsanweisung für die als Landesbetriebe geführten Landeskrankenhäuser im Geschäftsbereich des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit.

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Niedersächsisches Landeskrankenhaus Göttingen

### A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 Tsd. EUR	Plan 2004 Tsd. EUR	Ist 2003 Tsd. EUR
<b>I. Finanzbedarf</b>			
1. Investitionen gemäß VV-HNds (ZR-GPI):			
– Bebaute Grundstücke	—	—	8
– Unbebaute Grundstücke	—	—	—
– Gebäude	60	70	19
– Maschinen und Anlagen	—	—	—
– Fahrzeuge	—	—	—
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	250	250	186
<b>Summe 1.:</b>	<b>310</b>	<b>320</b>	<b>213</b>
2. Sonstige Investitionen:			
– Gebäude	—	—	—
– Maschinen und Anlagen	—	—	—
– Fahrzeuge	—	—	—
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	340	350	263
<b>Summe 2.:</b>	<b>340</b>	<b>350</b>	<b>263</b>
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
– Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	—	—	—
– Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben, z. B. Zahlungen von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)	—	—	—
– Mieten	16	16	8
– Deckungsmittelvortrag auf Folgejahr			
– Fördermittel	14	24	24
– Abschreibungen	132	113	124
– Ablieferung an den Landeshaushalt	—	—	—
– Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)	—	—	—
<b>Summe 3.:</b>	<b>162</b>	<b>153</b>	<b>156</b>
4. Positiver Überleitungsbetrag:	—	—	—
<b>Summe I.:</b>	<b>812</b>	<b>823</b>	<b>632</b>
<b>II. Deckungsmittel</b>			
1. Deckungsmittel:			
– Jahresüberschuss laut Erfolgsplan			
– Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z. B. eingehende Zahlungen für Forderungen)	—	—	—
– noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren			
– Fördermittel	24	24	1
– Abschreibungen	113	124	51
– Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	—	—	—
– Zuführung aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
– Fördermittel nach § 9 Abs. 2 Nr. 1 KHG	—	—	—
– Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG	606	606	580
– Abschreibungen aus dem laufenden Haushaltsjahr	69	69	—
– Überschussverwendung	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>812</b>	<b>823</b>	<b>632</b>
2. Negativer Überleitungsbetrag:	—	—	—
<b>Summe II.:</b>	<b>812</b>	<b>823</b>	<b>632</b>

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Niedersächsisches Landeskrankenhaus Göttingen****B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005**

Positionsbezeichnung	Soll 2005 Tsd. EUR	Plan 2004 Tsd. EUR	Ist 2003 Tsd. EUR
<b>I. Erträge</b>			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:	1 943	1 906	1 932
Summe 1.:	1 943	1 906	1 932
2. Umsatzerlöse:			
– Erlöse aus Krankenhausleistungen	31 778	31 347	31 310
– Erlöse aus Wahlleistungen	—	—	—
– Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	628	628	648
– Nutzungsentgelt der Ärzte	33	3	33
Summe 2.:	32 439	31 978	31 991
3. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	—	—	—
Summe 3.:	—	—	—
4. Andere aktivierte Eigenleistungen:	30	—	79
Summe 4.:	30	—	79
5. Sonstige betriebliche Erträge:			
– Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	112	98	116
– Sonstige ordentliche Erträge	550	550	502
– Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	—	—	2
– Übrige betriebliche Erträge	—	30	20
Summe 5.:	662	678	640
6. Zinserträge und ähnliche Erträge:			
– Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	3	4
Summe 6.:	3	3	4
<b>Summe I.:</b>	<b>35 077</b>	<b>34 565</b>	<b>34 646</b>
<b>II. Aufwendungen</b>			
1. Materialaufwand:			
– Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1 969	1 969	1 788
– Aufwendungen für bezogene Leistungen	1 259	1 259	1 387
Summe 1.:	3 228	3 228	3 175
2. Personalaufwand:			
2.1. Löhne und Gehälter			
– Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	872	928	847
– Vergütungen der Angestellten	18 369	18 087	17 510
– Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	1 787	1 709	1 515
– Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter	48	66	46
Summe 2.1.:	21 076	20 790	19 918
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung			
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Angestellte	3 840	3 682	3 633
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter	405	376	329
– Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	276	331	268
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarung	1 633	1 601	1 566
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarung	164	154	139
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund betrieblicher Vereinbarung	—	—	—
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund betrieblicher Vereinbarung	—	—	—
– Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	50	49	50
– Beihilfen für Angestellte	3	6	3
– Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	1	1	1
– Unterstützungen	—	—	—
– Fürsorgeleistungen	—	—	—
– Nicht zurechenbare Personalkosten	125	96	44
Summe 2.2.:	6 497	6 296	6 023
<b>Summe 2.:</b>	<b>27 573</b>	<b>27 086</b>	<b>25 941</b>
3. Abschreibungen:			
– Abschreibungen auf unbewegliches Anlagevermögen	—	—	—
– Abschreibungen auf bewegliches Anlagevermögen	69	69	87
Summe 3.:	69	69	87

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Niedersächsisches Landeskrankenhaus Göttingen****noch B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005**

Positionsbezeichnung	Soll 2005 Tsd. EUR	Plan 2004 Tsd. EUR	Ist 2003 Tsd. EUR
<b>noch II. Aufwendungen</b>			
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung			
– Mieten und Überlassungsentgelte	1 918	1 906	1 917
– Unterhaltung von Gebäuden	549	536	1 084
– Unterhaltung von Anlagen	153	153	516
– Energie	724	724	640
– Wasser	216	216	226
– Bewirtschaftungskosten	—	—	—
– Unterhaltung von Kfz	7	7	16
– Abgaben	47	47	43
<b>Summe 4.1:</b>	<b>3 614</b>	<b>3 589</b>	<b>4 442</b>
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
– Geschäftsbedarf, Büromaterial	25	25	52
– Post- und Fernmeldegebühren	45	45	83
– Versicherungen	—	—	—
– Öffentlichkeitsarbeit	—	—	—
– Anwalts- und Gerichtskosten	20	20	6
– Versicherungen	48	48	76
– Zentrale Dienstleistungen	100	100	48
– sonst. Verwaltungsbedarf	118	118	215
<b>Summe 4.2:</b>	<b>356</b>	<b>356</b>	<b>480</b>
4.3. Sonstige personalbezogene Aufwendungen			
– Reisekosten	16	16	28
– Fahrgelder	—	—	—
– Aus- und Fortbildung	86	86	112
– Personalbeschaffungskosten	3	3	3
– Sonstiges	—	—	—
<b>Summe 4.3:</b>	<b>105</b>	<b>105</b>	<b>143</b>
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
– Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	—	—	—
– Schadensersatzleistungen	—	—	—
– Abschreibungen auf Forderungen	8	8	5
– Periodenfremde Aufwendungen	65	65	93
– Sonstige ordentliche Aufwendungen	118	118	141
<b>Summe 4.4.:</b>	<b>191</b>	<b>191</b>	<b>239</b>
<b>Summe 4.:</b>	<b>4 266</b>	<b>4 241</b>	<b>5 304</b>
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	—	—	—
<b>Summe 5.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>Summe II.:</b>	<b>35 136</b>	<b>34 624</b>	<b>34 507</b>
<b>III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b> (Summe I. ./ Summe II.)	<b>– 59</b>	<b>– 59</b>	<b>139</b>
<b>IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen</b>			
1. Außerordentliche Erträge:			
– Taschengeld etc.	92	92	1
<b>Summe 1.</b>	<b>92</b>	<b>92</b>	<b>1</b>
2. Außerordentliche Aufwendungen:			
– Taschengeld etc.	30	30	26
<b>Summe 2.:</b>	<b>30</b>	<b>30</b>	<b>26</b>
<b>V. Außerordentliches Ergebnis</b> (Außerordentliche Erträge ./ Außerordentliche Aufwendungen)	<b>62</b>	<b>62</b>	<b>– 25</b>
<b>VI. Steuern</b>			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
– Körperschaftsteuer	—	—	—
– Gewerbeertragsteuer	—	—	—
– Kapitalertragsteuer	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
2. Sonstige Steuern:			
– Kraftfahrzeugsteuer	1	1	1
– Grundsteuer	2	2	1
<b>Summe 2.:</b>	<b>3</b>	<b>3</b>	<b>2</b>
<b>VII. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b> (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./ Steuern)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>112</b>

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Niedersächsisches Landeskrankenhaus Göttingen****C. Überleitungsrechnung für das Geschäftsjahr 2005**

Positionsbezeichnung	Soll 2005 Tsd. EUR	Plan 2004 Tsd. EUR	Ist 2003 Tsd. EUR
<b>I. Erhöhung der Zuführung/Minderung der Ablieferung</b>			
Gewinnerhöhung ohne Geldfluss:			
- Erhöhung des Bestandes an unfertigen und fertigen Erzeugnissen	—	—	—
- Erhöhung des Forderungsbestandes	—	—	—
- Minderung von Rückstellungen	—	—	—
- Minderung von Wertberichtigungen	—	—	—
<b>Summe I.:</b>	—	—	—
<b>II. Minderung der Zuführung/Erhöhung der Ablieferung</b>			
Gewinnminderung ohne Geldfluss:			
- Abschreibungen für Abnutzung (ohne Abschreibungen für geringwertige Wirtschaftsgüter nach § 6 Abs. 2 EStG)	—	—	—
- Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	—	—	—
- Abschreibungen auf Forderungen	—	—	—
- Erhöhung von Rückstellungen	—	—	—
- Erhöhung von Wertberichtigungen	—	—	—
<b>Summe II.:</b>	—	—	—
<b>III. Überleitungsbetrag</b> (Summe I. ./ Summe II.)	—	—	—

**Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Wirtschaftsplans  
des Landeskrankenhauses Göttingen für das Geschäftsjahr 2005**

---

**A. Finanzplan**

Folgende Investitionen übersteigen 25 000 EUR im Einzelfall:

<b>1. Kurzfristige Anlagegüter</b>	
Teilerneuerung der Telefonanlage	150 000 EUR
Intranet	50 000 EUR
<b>2. Kleine bauliche Maßnahmen</b>	
Einbau von Sanitärzellen	30 000 EUR
Überdachung der Absauganlage Tischlerei	30 000 EUR

**B. Erfolgsplan****I. Erträge****1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke**

Erstattung Überlassungsentgelte	1 918 000 EUR
Erstattung für Kindertagesstätte	25 000 EUR
Summe Zuführung aus dem Landeshaushalt für lfd. Zwecke	1 943 000 EUR

**2. Umsatzerlöse****Erlöse aus Krankenhausleistungen****KHG-Bereich**

Basispflegesatz vollstationär				
105 120	Berechnungstage	×	61,40 EUR	= 6 454 368 EUR
Basispflegesatz teilstationär				
9 000	Berechnungstage	×	29,60 EUR	= 266 400 EUR
Abteilungspflegesatz Psych. vollstat.				
105 120	Berechnungstage	×	151,50 EUR	= 15 925 680 EUR
Abteilungspflegesatz Psych. teilstat.				
9 000	Berechnungstage	×	66,00 EUR	= 594 000 EUR
Summe Budgetbereich				23 240 448 EUR

**Forensik**

Aufnahme/Intensivbehandlung im MRV				
12 410	Berechnungstage	×	304,07 EUR	= 3 773 509 EUR
Regelbehandlung gem. § 63 StGB				
17 155	Berechnungstage	×	205,10 EUR	= 3 518 491 EUR
Offener MRV				
2 555	Berechnungstage	×	150,44 EUR	= 384 374 EUR
Allgemeinpsychiatrische Behandlung gem. § 63 StGB				
3 285	Berechnungstage	×	212,90 EUR	= 699 377 EUR
Regelbehandlung gem. § 63 StGB (andere Bundesländer)				
730	Berechnungstage	×	221,70 EUR	= 161 841 EUR
Summe Forensik				8 537 591 EUR
Summe Erlöse aus Krankenhausleistungen				31 778 039 EUR
				rd. 31 778 000 EUR

**Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses**

2 500	Psychiatrie-Fälle	×	251,43 EUR	= 628 575 EUR
<b>Summe Erlöse aus ambulanten Leistungen</b>				628 575 EUR
				rd. 628 000 EUR

**Nutzungsentgelt der Ärzte**

ambulanter Bereich	30 000 EUR
Gutachtertätigkeit	3 800 EUR
<b>Summe Nutzungsentgelt der Ärzte</b>	33 800 EUR
	rd. 33 000 EUR

**II. Aufwendungen****1. Materialaufwand**

Die Aufwendungen sind aus dem Wirtschaftsplan 2004 abgeleitet worden. Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt.

**2. Personalaufwand**

Das Ist-Ergebnis 2003 ist auf das Geschäftsjahr 2005 hochgerechnet worden. Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt.

In den Löhnen für Arbeiter/Arbeiterinnen sind 447 000 EUR für 22 ständige, nicht vollbeschäftigte Kräfte veranschlagt, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

**3. Abschreibungen**

Veranschlagt sind Abschreibungen für den nicht geförderten Bereich.

**4. Sonstige betriebliche Aufwendungen**

Die Aufwendungen sind aus dem Wirtschaftsplan 2004 abgeleitet worden. Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt.

**Anlage zu den Erläuterungen zu B. II. 2 des Wirtschaftsplans 2005 des Landeskrankenhauses Göttingen  
(Übersicht über die Stellen der Angestellten und Arbeiter)**

Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2005	2004		
<b>Angestellte<sup>10)</sup></b>				
I a	2	2		1) 10% der Stellen dürfen mit Beschäftigten der Verg.-Gr. Kr. I oder Kr. II besetzt werden. 2) Für je 7 fehlende Schüler/-innen in der Krankenpflege kann bei Bedarf 1 Pflegekraft im Krankenpflegedienst nach Verg.-Gr. Kr. V oder einer niedrigeren Verg.-Gr. zusätzlich beschäftigt werden. 3) 3 (3) Stellen können bei Bedarf mit je 2,5 Ärzten/-innen im Praktikum besetzt werden. 4) 2 Stellen kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen. 5) 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden. 6) 34 (31) kw. 7) 1 Stelleninhaber ist für die Dauer seiner Tätigkeit als Sporttherapeut und Sportpädagoge übertariflich in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert. 8) 5% der Stellen dürfen für Erzieherinnen/Erzieher in Anspruch genommen werden. 10) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf denen Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
I b <sup>4)</sup>	19	19		
II a <sup>3)</sup>	26	26		
IV a	5	5		
IV b	19	19		
V b	3	1		
V c <sup>7)</sup>	43	43		
VI b	8	8		
VII	5	6		
VIII	6	7		
IX b-VII	7	7		
Sondervergütungen*)	4	4		
Kr. VIII	2	2		
Kr. VII	13	13		
Kr. VI <sup>5)</sup>	17	17		
Kr. V <sup>1)2)8)</sup>	250	250		
	<b>429</b>	<b>429</b>	Zusammen	
			Leerstellen <sup>6)</sup> : Angestellte	
I b	2	2		
II a	5	7		
IV b	2	—		
V c	4	2		
VI b	1	2		
VII	1	—		
Kr. V	19	18		
	<b>34</b>	<b>31</b>	Zusammen	

\*) 4 Prakt. für med. Hilfsberufe und Prakt. für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes  
– TV über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt) vom 22. 3. 1991 (Nds. MBl. S. 570) in der jeweils gültigen Fassung.

Erläuterungen zu den Angestellten

Höhergruppierungen:  
Stellen  
Verg.-Gr. V b                    2    je 1 Stelle von Verg.-Gr. VIII und VII

Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2005	2004		
<b>Arbeiter/-innen<sup>2)</sup></b>				
6	3	3		2) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf denen Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
5	18	18		
4	5	5		
3	17	17		
2 a	6	6		
2	13	15		
	<b>62</b>	<b>64</b>	Zusammen	

Erläuterungen zu den Arbeitern/Arbeiterinnen

Abgang:  
Lohn-Gr. 2                    2    verlagert nach Kapitel 05 42

	Auszubildende	
	2005	2004
Schülerinnen/Schüler in der Krankenpflege	80	80
Auszubildende im Verwaltungsdienst	2	2
Auszubildende im Hauswirtschaftlichen und Sonstigen Dienst	11	13
Zusammen	<b>93</b>	<b>95</b>



**Wirtschaftsplan für das  
Landeskrankenhaus Hildesheim**  
(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)  
**für das Geschäftsjahr 2005**

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der Betriebsanweisung für die als Landesbetriebe geführten Landeskrankenhäuser im Geschäftsbereich des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit.

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Niedersächsisches Landeskrankenhaus Hildesheim

### A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 Tsd. EUR	Plan 2004 Tsd. EUR	Ist 2003 Tsd. EUR
<b>I. Finanzbedarf</b>			
1. Investitionen gemäß VV-HNds (ZR-GPI):			
– Bebaute Grundstücke	—	—	—
– Unbebaute Grundstücke	—	—	—
– Gebäude	140	80	64
– Maschinen und Anlagen	25	20	24
– Fahrzeuge	38	30	—
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	267	300	228
<b>Summe 1.:</b>	<b>470</b>	<b>430</b>	<b>316</b>
2. Sonstige Investitionen:			
– Gebäude	—	—	—
– Maschinen und Anlagen	—	—	—
– Fahrzeuge	—	—	—
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	350	420	328
<b>Summe 2.:</b>	<b>350</b>	<b>420</b>	<b>328</b>
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
– Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	—	—	—
– Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben, z. B. Zahlungen von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)	—	—	—
– Mieten	35	30	32
– Deckungsmittelvortrag auf Folgejahr			
– Fördermittel	12	9	221
– Abschreibungen	—	—	5
– Ablieferung an den Landeshaushalt	—	—	—
– Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)	—	—	—
<b>Summe 3.:</b>	<b>47</b>	<b>39</b>	<b>258</b>
4. Positiver Überleitungsbetrag:	—	—	—
<b>Summe I.:</b>	<b>867</b>	<b>889</b>	<b>902</b>
<b>II. Deckungsmittel</b>			
1. Deckungsmittel:			
– Jahresüberschuss laut Erfolgsplan			
– Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z. B. eingehende Zahlungen für Forderungen)	—	—	—
– noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren			
– Fördermittel	106	124	130
– Abschreibungen	—	5	—
– Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	—	—	—
– Zuführung aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
– Fördermittel nach § 9 Abs. 2 Nr. 1 KHG	—	—	—
– Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG	686	685	656
– Abschreibungen aus dem laufenden Haushaltsjahr	75	75	116
– Überschussverwendung	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>867</b>	<b>889</b>	<b>902</b>
2. Negativer Überleitungsbetrag:	—	—	—
<b>Summe II.:</b>	<b>867</b>	<b>889</b>	<b>902</b>

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Niedersächsisches Landeskrankenhaus Hildesheim****B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005**

Positionsbezeichnung	Soll 2005 Tsd. EUR	Plan 2004 Tsd. EUR	Ist 2003 Tsd. EUR
<b>I. Erträge</b>			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:	1 476	1 476	1 475
Summe 1.:	1 476	1 476	1 475
2. Umsatzerlöse:			
– Erlöse aus Krankenhausleistungen	37 220	35 928	35 362
– Erlöse aus Wahlleistungen	21	25	25
– Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	1 253	1 066	1 235
– Nutzungsentgelt der Ärzte	48	48	59
Summe 2.:	38 542	37 067	36 681
3. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	—	—	—
Summe 3.:	—	—	—
4. Andere aktivierte Eigenleistungen:	—	—	—
Summe 4.:	—	—	—
5. Sonstige betriebliche Erträge:			
– Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	230	212	228
– Sonstige ordentliche Erträge	210	361	173
– Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	—	—	—
– Übrige betriebliche Erträge	159	292	101
Summe 5.:	599	865	502
6. Zinserträge und ähnliche Erträge:			
– Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8	8	2
Summe 6.:	8	8	2
<b>Summe I.:</b>	<b>40 625</b>	<b>39 416</b>	<b>38 660</b>
<b>II. Aufwendungen</b>			
1. Materialaufwand:			
– Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	2 470	2 470	1 656
– Aufwendungen für bezogene Leistungen	900	900	1 509
Summe 1.:	3 370	3 370	3 165
2. Personalaufwand:			
2.1. Löhne und Gehälter			
– Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	701	744	681
– Vergütungen der Angestellten	22 650	21 672	21 536
– Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	1 668	1 605	1 620
– Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter	66	54	64
Summe 2.1.:	25 085	24 075	23 901
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung			
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Angestellte	4 649	4 407	4 418
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter	391	337	379
– Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	223	275	238
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarung	1 884	1 904	1 884
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarung	164	150	164
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund betrieblicher Vereinbarung	—	—	—
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund betrieblicher Vereinbarung	—	—	—
– Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	30	30	24
– Beihilfen für Angestellte	11	11	6
– Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—
– Unterstützungen	—	—	—
– Fürsorgeleistungen	—	—	—
– Nicht zurechenbare Personalkosten	515	544	474
Summe 2.2.:	7 867	7 658	7 587
Summe 2.:	32 952	31 733	31 489
3. Abschreibungen:			
– Abschreibungen auf unbewegliches Anlagevermögen	—	—	—
– Abschreibungen auf bewegliches Anlagevermögen	75	85	116
Summe 3.:	75	85	116

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Niedersächsisches Landeskrankenhaus Hildesheim****noch B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005**

Positionsbezeichnung	Soll 2005 Tsd. EUR	Plan 2004 Tsd. EUR	Ist 2003 Tsd. EUR
<b>noch II. Aufwendungen</b>			
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen			
4.1. Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung			
– Mieten und Überlassungsentgelte	1 476	1 476	1 475
– Unterhaltung von Gebäuden	440	440	624
– Unterhaltung von Anlagen	291	291	290
– Energie	600	600	571
– Wasser	200	200	225
– Bewirtschaftungskosten	—	—	—
– Unterhaltung von Kfz	13	13	11
– Abgaben	70	70	41
<b>Summe 4.1.:</b>	<b>3 090</b>	<b>3 090</b>	<b>3 237</b>
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
– Geschäftsbedarf, Büromaterial	113	113	100
– Post- und Fernmeldegebühren	64	64	76
– Versicherungen	—	—	—
– Öffentlichkeitsarbeit	—	—	—
– Anwalts- und Gerichtskosten	57	57	47
– Versicherungen	80	80	85
– Zentrale Dienstleistungen	166	166	210
– sonst. Verwaltungbedarf	183	183	195
<b>Summe 4.2.:</b>	<b>663</b>	<b>663</b>	<b>713</b>
4.3. Sonstige personalbezogene Aufwendungen			
– Reisekosten	18	18	20
– Fahrgelder	—	—	—
– Aus- und Fortbildung	122	122	177
– Personalbeschaffungskosten	27	27	45
– Sonstiges	—	—	—
<b>Summe 4.3.:</b>	<b>167</b>	<b>167</b>	<b>242</b>
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
– Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	—	—	—
– Schadensersatzleistungen	—	—	—
– Abschreibungen auf Forderungen	—	—	40
– Periodenfremde Aufwendungen	—	—	43
– Sonstige ordentliche Aufwendungen	292	292	90
<b>Summe 4.4.:</b>	<b>292</b>	<b>292</b>	<b>173</b>
<b>Summe 4.:</b>	<b>4 212</b>	<b>4 212</b>	<b>4 365</b>
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	—	—	—
<b>Summe 5.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>Summe II.:</b>	<b>40 609</b>	<b>39 401</b>	<b>39 135</b>
<b>III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b> (Summe I. ./ Summe II.)	<b>16</b>	<b>15</b>	<b>– 475</b>
<b>IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen</b>			
1. Außerordentliche Erträge:			
– Taschengeld etc.	—	—	404
<b>Summe 1.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>404</b>
2. Außerordentliche Aufwendungen:			
– Taschengeld etc.	—	—	69
<b>Summe 2.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>69</b>
<b>V. Außerordentliches Ergebnis</b> (Außerordentliche Erträge ./ Außerordentliche Aufwendungen)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>335</b>
<b>VI. Steuern</b>			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
– Körperschaftsteuer	—	—	—
– Gewerbeertragsteuer	—	—	—
– Kapitalertragsteuer	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
2. Sonstige Steuern:			
– Kraftfahrzeugsteuer	3	3	2
– Grundsteuer	13	12	10
<b>Summe 2.:</b>	<b>16</b>	<b>15</b>	<b>12</b>
<b>VII. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b> (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./ Steuern)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>– 152</b>

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Niedersächsisches Landeskrankenhaus Hildesheim****C. Überleitungsrechnung für das Geschäftsjahr 2005**

Positionsbezeichnung	Soll 2005 Tsd. EUR	Plan 2004 Tsd. EUR	Ist 2003 Tsd. EUR
<b>I. Erhöhung der Zuführung/Minderung der Ablieferung</b>			
Gewinnerhöhung ohne Geldfluss:			
- Erhöhung des Bestandes an unfertigen und fertigen Erzeugnissen	—	—	—
- Erhöhung des Forderungsbestandes	—	—	—
- Minderung von Rückstellungen	—	—	—
- Minderung von Wertberichtigungen	—	—	—
<b>Summe I.:</b>	—	—	—
<b>II. Minderung der Zuführung/Erhöhung der Ablieferung</b>			
Gewinnminderung ohne Geldfluss:			
- Abschreibungen für Abnutzung (ohne Abschreibungen für geringwertige Wirtschaftsgüter nach § 6 Abs. 2 EStG)	—	—	—
- Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	—	—	—
- Abschreibungen auf Forderungen	—	—	—
- Erhöhung von Rückstellungen	—	—	—
- Erhöhung von Wertberichtigungen	—	—	—
<b>Summe II.:</b>	—	—	—
<b>III. Überleitungsbetrag</b> (Summe I. ./ Summe II.)	—	—	—

**Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Wirtschaftsplans  
des Landeskrankenhauses Hildesheim für das Geschäftsjahr 2005**

**A. Finanzplan**

Folgende Investitionen übersteigen 25 000 EUR im Einzelfall

**Fahrzeuge**

1 PKW-Kombi 38 000 EUR

**B. Erfolgsplan****I. Erträge****1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke**

Erstattung Überlassungsentgelte 1 476 000 EUR

**2. Umsatzerlöse****Erlöse aus Krankenhausleistungen****KHG-Bereich**

Basispflegesatz vollstationär			
111 033	Berechnungstage	× 70,21 EUR	= 7 795 627 EUR
Basispflegesatz teilstationär			
15 525	Berechnungstage	× 66,02 EUR	= 1 024 961 EUR
Abteilungspflegesatz Psych. vollstat.			
87 381	Berechnungstage	× 161,66 EUR	= 14 126 012 EUR
Abteilungspflegesatz Psych. teilstat.			
12 825	Berechnungstage	× 99,27 EUR	= 1 273 138 EUR
Abteilungspflegesatz KJP vollstat.			
23 652	Berechnungstage	× 276,80 EUR	= 6 546 874 EUR
Abteilungspflegesatz KJP teilstat.			
2 700	Berechnungstage	× 174,00 EUR	= 469 800 EUR
<b>Summe Budgetbereich</b>			<b>31 236 411 EUR</b>

**Forensik**

Regelbehandlung nach § 63 StGB			
16 425	Berechnungstage	× 205,10 EUR	= 3 368 768 EUR
Allg. Psychiatrie nach § 63 StGB			
1 825	Berechnungstage	× 231,87 EUR	= 423 163 EUR
Behandlung von Jugendlichen nach § 63 StGB			
730	Berechnungstage	× 347,01 EUR	= 253 317 EUR
Regelbehandlung nach. § 64 StGB wegen Betäubungsmittelabhängigkeit			
6 570	Berechnungstage	× 198,50 EUR	= 1 304 145 EUR
Sonstige Forensische Unterbringung Allg. Psych.			
2 190	Berechnungstage	× 231,87 EUR	= 507 795 EUR
Sonstige Forensische Unterbringung KJP			
365	Berechnungstage	× 347,01 EUR	= 126 659 EUR
<b>Summe Forensik</b>			<b>5 983 847 EUR</b>

**Summe Erlöse aus Krankenhausleistungen** 37 220 258 EUR  
**rd.** 37 220 000 EUR

**Erlöse aus Walleistungen**

Zuschlag für 1-Bettzimmer  
350 Berechnungstage × 60,00 EUR = 21 000 EUR

**Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses**

2 600	Psychiatrie-Fälle	× 256,45 EUR	= 666 770 EUR
1 300	KJP-Fälle	× 343,33 EUR	= 446 329 EUR
Sonstige Erlöse – ambulante Therapie			= 140 000 EUR

**Summe Erlöse aus ambulanten Leistungen** 1 253 099 EUR  
**rd.** 1 253 000 EUR

**Nutzungsentgelt der Ärzte**

Stationärer Bereich	43 000 EUR
Gutachtertätigkeit	5 000 EUR

**Summe Nutzungsentgelt der Ärzte** 48 000 EUR

**Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Wirtschaftsplans  
des Landeskrankenhauses Hildesheim für das Geschäftsjahr 2005**

---

**II. Aufwendungen**

**1. Materialaufwand**

Die Aufwendungen sind aus dem Wirtschaftsplan 2004 abgeleitet worden. Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt.

**2. Personalaufwand**

Das Ist-Ergebnis 2003 ist auf das Geschäftsjahr 2005 hochgerechnet worden. Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt.

Mitveranschlagt sind 8 000 EUR für Leistungsprämien nach der Leistungsprämien- und -zulagenverordnung vom 5. 10. 1999 (Nds. GVBl. S 359).

In den Löhnen für Arbeiter/Arbeiterinnen sind 110 000 EUR für 6 ständige, nicht vollbeschäftigte Kräfte veranschlagt, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

**3. Abschreibungen**

Veranschlagt sind Abschreibungen für den nicht geförderten Bereich.

**4. Sonstige betriebliche Aufwendungen**

Die Aufwendungen sind aus dem Wirtschaftsplan 2004 abgeleitet worden. Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt.

Anlage zu den Erläuterungen zu B. II. 2 des Wirtschaftsplans 2005 des Landeskrankenhauses Hildesheim  
(Übersicht über die Stellen der Angestellten und Arbeiter)

Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2005	2004		
<b>Angestellte<sup>7)</sup></b>				
I	1	—		1) 1 (1) Stelle im Sozial- und Erziehungsdienst ku nach Verg.-Gr. V c nach Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen.
I a	2	3		
I b	12	12		2) 10% der Stellen dürfen mit Beschäftigten der Verg.-Gr. Kr. I oder Kr. II besetzt werden.
II a <sup>4)</sup>	41	41		
IV a	2	2		3) Für je 7 fehlende Schüler/-innen in der Krankenpflege kann bei Bedarf 1 Pflegekraft im Krankenpflagedienst nach Verg.-Gr. Kr. V oder einer niedrigeren Verg.-Gr. zusätzlich beschäftigt werden.
IV b	26	26		
V b <sup>1)</sup>	13	11		
V c	68	68		
VI b	8	8		4) 3 (3) Stellen können bei Bedarf mit je 2,5 Ärzten/-innen im Praktikum besetzt werden.
VII	19	19		
VIII	11	11		
IX b-VII Sondervergütungen*)	12	12		5) 5% der Stellen dürfen für Erzieherinnen/Erzieher in Anspruch genommen werden.
Kr. IX	1	1		7) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf denen Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
Kr. VIII	2	2		
Kr. VII	16	16		
Kr. VI	33	33		
Kr. V <sup>2)3)5)</sup>	281	281		
	552	550	Zusammen	

\*) 4 Prakt. für med. Hilfsberufe und Prakt. für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes  
- TV über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt) vom 22. 3. 1991 (Nds. MBl.

Erläuterungen zu den Angestellten

Zugang: Verg.-Gr. V b      Stellen 2      2004 umgesetzt von Kap. 05 01 gem. § 50 (2) LHO      Höhergruppierung: Verg.-Gr. I      Stellen 1      von Verg.-Gr. I a

Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2005	2004		
<b>Arbeiter/-innen<sup>1)</sup></b>				
6	11	11		1) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf deren Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
5	9	9		
4	8	8		
3	15	15		
2 a	11	11		
2	14	14		
1	3	3		
	71	71	Zusammen	

Erläuterungen zu den Arbeitern/Arbeiterinnen

	Auszubildende	
	2005	2004
Schülerinnen/Schüler in der Krankenpflege	80	80
Auszubildende im Verwaltungsdienst	1	1
Auszubildende im Hauswirtschaftlichen und Sonstigen Dienst	8	8
Zusammen	89	89

**Wirtschaftsplan für das  
Landeskrankenhaus Königslutter**  
(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)  
**für das Geschäftsjahr 2005**

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der Betriebsanweisung für die als Landesbetriebe geführten Landeskrankenhäuser im Geschäftsbereich des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit.

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Niedersächsisches Landeskrankenhaus Königslutter****A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2005**

Positionsbezeichnung	Soll 2005 Tsd. EUR	Plan 2004 Tsd. EUR	Ist 2003 Tsd. EUR
<b>I. Finanzbedarf</b>			
1. Investitionen gemäß VV-HNds (ZR-GPI):			
– Bebaute Grundstücke	—	—	—
– Unbebaute Grundstücke	—	—	—
– Gebäude	570	243	390
– Maschinen und Anlagen	—	—	—
– Fahrzeuge	—	120	38
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	85	250	818
<b>Summe 1.:</b>	<b>655</b>	<b>613</b>	<b>1 246</b>
2. Sonstige Investitionen:			
– Gebäude	—	—	—
– Maschinen und Anlagen	—	—	—
– Fahrzeuge	—	—	—
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	774	400	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>774</b>	<b>400</b>	<b>—</b>
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
– Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	—	—	—
– Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben, z. B. Zahlungen von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)	—	—	—
– Mieten	43	43	42
– Deckungsmittelvortrag auf Folgejahr			
– Fördermittel	—	—	3
– Abschreibungen	—	—	1
– Ablieferung an den Landeshaushalt	—	—	—
– Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)	—	—	—
<b>Summe 3.:</b>	<b>43</b>	<b>43</b>	<b>46</b>
4. Positiver Überleitungsbetrag:	—	—	—
<b>Summe I.:</b>	<b>1 472</b>	<b>1 056</b>	<b>1 292</b>
<b>II. Deckungsmittel</b>			
1. Deckungsmittel:			
– Jahresüberschuss laut Erfolgsplan			
– Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z. B. eingehende Zahlungen für Forderungen)	—	—	—
– noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren			
– Fördermittel	—	3	—
– Abschreibungen	—	1	4
– Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	—	—	—
– Zuführung aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
– Fördermittel nach § 9 Abs. 2 Nr. 1 KHG	43	43	39
– Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG	859	859	859
– Abschreibungen	170	150	49
– Überschussverwendung	400	—	341
<b>Summe 1.:</b>	<b>1 472</b>	<b>1 056</b>	<b>1 292</b>
2. Negativer Überleitungsbetrag:	—	—	—
<b>Summe II.:</b>	<b>1 472</b>	<b>1 056</b>	<b>1 292</b>

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Niedersächsisches Landeskrankenhaus Königsutter****B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005**

Positionsbezeichnung	Soll 2005 Tsd. EUR	Plan 2004 Tsd. EUR	Ist 2003 Tsd. EUR
<b>I. Erträge</b>			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:	1 785	1 785	1 838
Summe 1.:	1 785	1 785	1 838
2. Umsatzerlöse:			
– Erlöse aus Krankenhausleistungen	45 072	43 615	38 109
– Erlöse aus Wahlleistungen	—	86	200
– Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	—	—	—
– Nutzungsentgelt der Ärzte	157	164	54
Summe 2.:	45 229	43 865	38 363
3. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	—	—	—
Summe 3.:	—	—	—
4. Andere aktivierte Eigenleistungen:	—	—	—
Summe 4.:	—	—	—
5. Sonstige betriebliche Erträge:			
– Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	310	310	127
– Sonstige ordentliche Erträge	483	482	330
– Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	—	—	—
– Übrige betriebliche Erträge	—	—	—
Summe 5.:	793	792	457
6. Zinserträge und ähnliche Erträge:			
– Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	2
Summe 6.:	—	—	2
<b>Summe I.:</b>	<b>47 807</b>	<b>46 442</b>	<b>40 660</b>
<b>II. Aufwendungen</b>			
1. Materialaufwand:			
– Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	2 721	2 680	2 512
– Aufwendungen für bezogene Leistungen	1 340	1 320	1 197
Summe 1.:	4 061	4 000	3 709
2. Personalaufwand:			
2.1. Löhne und Gehälter			
– Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	1 498	1 454	1 367
– Vergütungen der Angestellten	22 895	21 981	20 668
– Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	3 436	3 354	3 154
– Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter	90	89	83
Summe 2.1.:	27 919	26 878	25 272
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung			
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Angestellte	4 779	4 585	4 050
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter	732	728	644
– Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	403	515	391
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarung	1 998	1 937	1 470
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarung	300	296	225
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund betrieblicher Vereinbarung	—	—	—
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund betrieblicher Vereinbarung	—	—	—
– Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	106	104	87
– Beihilfen für Angestellte	4	4	3
– Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	3	2	2
– Unterstützungen	—	—	—
– Fürsorgeleistungen	—	—	—
– Nicht zurechenbare Personalkosten	148	142	118
Summe 2.2.:	8 473	8 313	6 990
Summe 2.:	36 392	35 191	32 262
3. Abschreibungen:			
– Abschreibungen auf unbewegliches Anlagevermögen	—	—	—
– Abschreibungen auf bewegliches Anlagevermögen	170	150	74
Summe 3.:	170	150	74

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Niedersächsisches Landeskrankenhaus Königslutter****noch B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005**

Positionsbezeichnung	Soll 2005 Tsd. EUR	Plan 2004 Tsd. EUR	Ist 2003 Tsd. EUR
<b>noch II. Aufwendungen</b>			
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung			
– Mieten und Überlassungsentgelte	1 769	1 793	1 762
– Unterhaltung von Gebäuden	1 500	1 500	399
– Unterhaltung von Anlagen	1 015	1 000	346
– Energie	747	736	683
– Wasser	273	269	269
– Bewirtschaftungskosten	—	—	—
– Unterhaltung von Kfz	31	30	17
– Abgaben	126	124	124
<b>Summe 4.1.:</b>	<b>5 461</b>	<b>5 452</b>	<b>3 600</b>
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
– Geschäftsbedarf, Büromaterial	205	202	100
– Post- und Fernmeldegebühren	121	119	100
– Öffentlichkeitsarbeit	23	23	—
– Anwalts- und Gerichtskosten	40	39	10
– Versicherungen	140	90	90
– Zentrale Dienstleistungen	477	470	267
– sonst. Verwaltungbedarf	120	118	53
<b>Summe 4.2.:</b>	<b>1 126</b>	<b>1 061</b>	<b>620</b>
4.3. Sonstige personalbezogene Aufwendungen			
– Reisekosten	20	19	15
– Fahrgelder	—	—	—
– Aus- und Fortbildung	342	337	196
– Personalbeschaffungskosten	18	18	15
– Sonstiges	—	—	—
<b>Summe 4.3.:</b>	<b>380</b>	<b>374</b>	<b>226</b>
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
– Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	—	—	—
– Schadensersatzleistungen	—	—	—
– Abschreibungen auf Forderungen	26	26	—
– Periodenfremde Aufwendungen	102	100	164
– Sonstige ordentliche Aufwendungen	81	80	—
<b>Summe 4.4.:</b>	<b>209</b>	<b>206</b>	<b>164</b>
<b>Summe 4.:</b>	<b>7 176</b>	<b>7 093</b>	<b>4 610</b>
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	—	—	—
<b>Summe 5.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>Summe II.:</b>	<b>47 799</b>	<b>46 434</b>	<b>40 655</b>
<b>III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b> (Summe I. ./ Summe II.)	<b>8</b>	<b>8</b>	<b>5</b>
<b>IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen</b>			
1. Außerordentliche Erträge:			
– Taschengeld etc.	30	30	52
<b>Summe 1.:</b>	<b>30</b>	<b>30</b>	<b>52</b>
2. Außerordentliche Aufwendungen:			
– Taschengeld etc.	30	30	52
<b>Summe 2.:</b>	<b>30</b>	<b>30</b>	<b>52</b>
<b>V. Außerordentliches Ergebnis</b> (Außerordentliche Erträge ./ Außerordentliche Aufwendungen)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>VI. Steuern</b>			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
– Körperschaftsteuer	—	—	—
– Gewerbeertragsteuer	—	—	—
– Kapitalertragsteuer	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
2. Sonstige Steuern:			
– Kraftfahrzeugsteuer	5	5	5
– Grundsteuer	3	3	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>8</b>	<b>8</b>	<b>5</b>
<b>VII. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b> (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./ Steuern)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Niedersächsisches Landeskrankenhaus Königslutter****C. Überleitungsrechnung für das Geschäftsjahr 2005**

Positionsbezeichnung	Soll 2005 Tsd. EUR	Plan 2004 Tsd. EUR	Ist 2003 Tsd. EUR
<b>I. Erhöhung der Zuführung/Minderung der Ablieferung</b>			
Gewinnerhöhung ohne Geldfluss:			
- Erhöhung des Bestandes an unfertigen und fertigen Erzeugnissen	—	—	—
- Erhöhung des Forderungsbestandes	—	—	—
- Minderung von Rückstellungen	—	—	—
- Minderung von Wertberichtigungen	—	—	—
<b>Summe I.:</b>	—	—	—
<b>II. Minderung der Zuführung/Erhöhung der Ablieferung</b>			
Gewinnminderung ohne Geldfluss:			
- Abschreibungen für Abnutzung (ohne Abschreibungen für geringwertige Wirtschaftsgüter nach § 6 Abs. 2 EStG)	—	—	—
- Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	—	—	—
- Abschreibungen auf Forderungen	—	—	—
- Erhöhung von Rückstellungen	—	—	—
- Erhöhung von Wertberichtigungen	—	—	—
<b>Summe II.:</b>	—	—	—
<b>III. Überleitungsbetrag</b> (Summe I. ./ Summe II.)	—	—	—

**Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Wirtschaftsplans  
des Landeskrankenhauses Königslutter für das Geschäftsjahr 2005**

---

**A. Finanzplan**

Folgende Investitionen übersteigen 25 000 EUR im Einzelfall

**Gebäude**

Raumlifttechnik Klinik A (Stufe 2)	350 000 EUR
Ver- und Entsorgungsleitungen Klinik A (Stufe 2)	220 000 EUR

**Einrichtung und Ausstattung**

DV-Vernetzung von Stationen	85 000 EUR
-----------------------------	------------

**B. Erfolgsplan****I. Erträge****1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke**

Erstattung Überlassungsentgelte	1 769 000 EUR
Erstattung für Kindertagesstätte	16 000 EUR
<b>Summe Zuführung aus dem Landeshaushalt für lfd. Zwecke</b>	<b>1 785 000 EUR</b>

**2. Umsatzerlöse****Erlöse aus Krankenhausleistungen****KHG-Bereich**

Basispflegesatz vollstationär				
154 395	Berechnungstage	×	71,01 EUR	= 10 963 588 EUR
Basispflegesatz teilstationär				
9 000	Berechnungstage	×	63,91 EUR	= 575 190 EUR
Abteilungspflegesatz Psych. vollstat.				
141 255	Berechnungstage	×	157,32 EUR	= 22 222 236 EUR
Abteilungspflegesatz Psych. teilstat.				
7 875	Berechnungstage	×	119,85 EUR	= 943 818 EUR
Abteilungspflegesatz KJP vollstat.				
13 140	Berechnungstage	×	279,91 EUR	= 3 678 017 EUR
Abteilungspflegesatz KJP teilstat.				
1 125	Berechnungstage	×	231,89 EUR	= 260 876 EUR
				<b>Summe Budgetbereich</b>
				<b>38 643 725 EUR</b>

**Forensik**

Regelbehandlung nach § 63 StGB				
21 170	Berechnungstage	×	205,10 EUR	= 4 341 967 EUR
Allgemeinpsychiatrische Behandlung nach § 63 StGB				
1 825	Berechnungstage	×	228,33 EUR	= 416 702 EUR
Regelbehandlung nach § 64 StGB wegen sonst. Suchtstoffkrankungen				
5 475	Berechnungstage	×	198,50 EUR	= 1 086 787 EUR
Sonstige Forensische Unterbringung Allg. Psych.				
2 555	Berechnungstage	×	228,33 EUR	= 583 383 EUR
				<b>Summe Forensik</b>
				<b>6 428 839 EUR</b>

<b>Summe Erlöse aus Krankenhausleistungen</b>	<b>45 072 564 EUR</b>
<b>rd.</b>	<b>45 072 000 EUR</b>

**Nutzungsentgelt der Ärzte**

Stationärer Bereich	120 000 EUR
Ambulanter Bereich	30 000 EUR
Gutachtertätigkeit	7 000 EUR

<b>Summe Nutzungsentgelt der Ärzte</b>	<b>157 000 EUR</b>
--	--------------------

**II. Aufwendungen****1. Materialaufwand**

Die Aufwendungen sind aus dem Wirtschaftsplan 2004 abgeleitet worden. Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt.

**2. Personalaufwand**

Das Ist-Ergebnis 2003 ist auf das Geschäftsjahr 2005 hochgerechnet worden. Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt.

**3. Abschreibungen**

Veranschlagt sind Abschreibungen für den nicht geförderten Bereich.

**4. Sonstige betriebliche Aufwendungen**

Die Aufwendungen sind aus dem Wirtschaftsplan 2004 abgeleitet worden. Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt.

**Anlage zu den Erläuterungen zu B. II. 2 des Wirtschaftsplans 2005 des Landeskrankenhauses Königslutter  
(Übersicht über die Stellen der Angestellten und Arbeiter)**

Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2005	2004		
<b>Angestellte<sup>6)</sup></b>				
I a	1	1		1) 1 (1) Stelle im Sozial- und Erziehungsdienst ku nach Verg.-Gr. V c nach Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen. 2) 1 Stelle kw; die Stelle darf nur mit einer Halbtagskraft besetzt werden. 3) 10% der Stellen dürfen mit Beschäftigten der Verg.-Gr. Kr. I oder Kr. II besetzt werden. 4) Für je 7 fehlende Schüler/-innen in der Krankenpflege kann bei Bedarf 1 Pflegekraft im Krankenpflegedienst nach Verg.-Gr. Kr. V oder einer niedrigeren Verg.-Gr. zusätzlich beschäftigt werden. 5) 3 (3) Stellen können bei Bedarf mit je 2,5 Ärzten/-innen im Praktikum besetzt werden. 6) 5% der Stellen dürfen für Erzieherinnen/Erzieher in Anspruch genommen werden. 8) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf denen Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
I b	12	10		
II a <sup>5)</sup>	52	52		
III	1	1		
IV a	4	4		
IV b	23	23		
V b <sup>1)</sup>	11	11		
V c <sup>2)</sup>	67	66		
VI b	9	9		
VII	3	3		
VIII	11	11		
IX b-VII	14	14		
Sondervergütungen*)	7	7		
Kr. VII	27	27		
Kr. VI	47	46		
Kr. V <sup>3)4)6)</sup>	240	238		
	529	523	Zusammen	

\*) 7 Prakt. für med. Hilfsberufe und Prakt. für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes  
– TV über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt) vom 22. 3. 1991 (Nds. MBl. S. 570) in der jeweils gültigen Fassung.

Erläuterungen zu den Angestellten

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. I b	2	Fachärzte/-innen
Verg.-Gr. V c	1	Ergotherapie
Verg.-Gr. Kr. VI	1	Krankenpflegedienst
Verg.-Gr. Kr. V	2	Krankenpflegedienst
Zusammen	6	

Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2005	2004		
<b>Arbeiter/-innen<sup>1)</sup></b>				
8	3	3		1) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf deren Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
6	13	13		
5	6	6		
4	13	13		
3	7	7		
2 a	1	1		
2	42	42		
1	10	10		
	95	95	Zusammen	

Erläuterungen zu den Arbeitern/Arbeiterinnen

	Auszubildende	
	2005	2004
Schülerinnen/Schüler in der Krankenpflege	88	88
Auszubildende im Verwaltungsdienst	8	8
Auszubildende im Hauswirtschaftlichen und Sonstigen Dienst	24	24
Zusammen	120	120



**Wirtschaftsplan für das  
Landeskrankenhaus Lüneburg**  
(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)  
**für das Geschäftsjahr 2005**

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der Betriebsanweisung für die als Landesbetriebe geführten Landeskrankenhäuser im Geschäftsbereich des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit.

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Niedersächsisches Landeskrankenhaus Lüneburg****A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2005**

Positionsbezeichnung	Soll 2005 Tsd. EUR	Plan 2004 Tsd. EUR	Ist 2003 Tsd. EUR
<b>I. Finanzbedarf</b>			
1. Investitionen gemäß VV-HNds (ZR-GPI):			
– Bebaute Grundstücke	—	—	—
– Unbebaute Grundstücke	—	—	—
– Gebäude	—	—	—
– Maschinen und Anlagen	50	55	9
– Fahrzeuge	28	26	44
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	141	143	382
<b>Summe 1.:</b>	<b>219</b>	<b>224</b>	<b>435</b>
2. Sonstige Investitionen:			
– Gebäude	—	—	—
– Maschinen und Anlagen	78	55	—
– Fahrzeuge	—	—	—
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	485	495	668
<b>Summe 2.:</b>	<b>563</b>	<b>550</b>	<b>668</b>
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
– Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	—	—	—
– Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben, z. B. Zahlungen von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)	—	—	—
– Mieten	76	80	62
– Deckungsmittelvortrag auf Folgejahr			
– Fördermittel	56	—	56
– Abschreibungen	—	—	—
– Ablieferung an den Landeshaushalt	—	—	—
– Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)	—	—	—
<b>Summe 3.:</b>	<b>132</b>	<b>80</b>	<b>118</b>
4. Positiver Überleitungsbetrag:	—	—	—
<b>Summe I.:</b>	<b>914</b>	<b>854</b>	<b>1 221</b>
<b>II. Deckungsmittel</b>			
1. Deckungsmittel:			
– Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	—	—	—
– Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z. B. eingehende Zahlungen für Forderungen)	—	—	—
– noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren			
– Fördermittel	56	—	193
– Abschreibungen	—	—	—
– Zuschüsse aus Drittmitteln	—	—	—
(soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)			
– Zuführung aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
– Fördermittel nach § 9 Abs. 2 Nr. 1 KHG	50	54	24
– Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG	655	655	627
– Abschreibungen	153	145	174
– Überschussverwendung	—	—	203
<b>Summe 1.:</b>	<b>914</b>	<b>854</b>	<b>1 221</b>
2. Negativer Überleitungsbetrag:	—	—	—
<b>Summe II.:</b>	<b>914</b>	<b>854</b>	<b>1 221</b>

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Niedersächsisches Landeskrankenhaus Lüneburg

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 Tsd. EUR	Plan 2004 Tsd. EUR	Ist 2003 Tsd. EUR
<b>I. Erträge</b>			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:	3 114	2 822	3 095
Summe 1.:	3 114	2 822	3 095
2. Umsatzerlöse:			
– Erlöse aus Krankenhausleistungen	39 197	39 407	33 320
– Erlöse aus Heimbereichen	4 236	4 247	4 917
– Erlöse aus Wahlleistungen	—	20	14
– Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	1 342	1 297	1 103
– Nutzungsentgelt der Ärzte	83	122	64
Summe 2.:	44 858	45 093	39 418
3. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	—	—	—
Summe 3.:	—	—	—
4. Andere aktivierte Eigenleistungen:	—	—	—
Summe 4.:	—	—	—
5. Sonstige betriebliche Erträge:			
– Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	300	300	91
– Sonstige ordentliche Erträge	200	200	796
– Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen	—	—	2
– Übrige betriebliche Erträge	40	40	30
Summe 5.:	540	540	919
6. Zinserträge und ähnliche Erträge:			
– Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	11
Summe 6.:	—	—	11
<b>Summe I.:</b>	<b>48 512</b>	<b>48 455</b>	<b>43 443</b>
<b>II. Aufwendungen</b>			
1. Materialaufwand:			
– Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	2 259	2 259	2 229
– Aufwendungen für bezogene Leistungen	2 240	2 240	2 248
Summe 1.:	4 499	4 499	4 477
2. Personalaufwand:			
2.1. Löhne und Gehälter			
– Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	1 061	1 097	606
– Vergütungen der Angestellten	24 582	24 926	20 406
– Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	2 340	2 413	2 024
– Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter	310	309	274
Summe 2.1.:	28 293	28 745	23 310
2.2 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung			
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Angestellte	5 098	4 819	4 299
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter	488	465	433
– Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	197	390	222
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarung	2 108	2 106	2 063
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarung	245	212	238
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund betrieblicher Vereinbarung	—	—	—
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund betrieblicher Vereinbarung	—	—	—
– Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	15	20	14
– Beihilfen für Angestellte	6	6	6
– Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	1	1	1
– Unterstützungen	—	—	—
– Fürsorgeleistungen	50	57	49
– Nicht zurechenbare Personalkosten	72	35	34
Summe 2.2.:	8 280	8 111	7 359
Summe 2.:	36 573	36 856	30 669
3. Abschreibungen:			
– Abschreibungen auf unbewegliches Anlagevermögen	—	—	—
– Abschreibungen auf bewegliches Anlagevermögen	153	153	174
Summe 3.:	153	153	174

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Niedersächsisches Landeskrankenhaus Lüneburg****noch B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005**

Positionsbezeichnung	Soll 2005 Tsd. EUR	Plan 2004 Tsd. EUR	Ist 2003 Tsd. EUR
<b>noch II. Aufwendungen</b>			
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung			
– Mieten und Überlassungsentgelte	3 162	2 822	3 327
– Unterhaltung von Gebäuden	1 654	1 654	1 757
– Unterhaltung von Anlagen	255	255	603
– Energie	908	908	910
– Wasser	193	193	150
– Bewirtschaftungskosten	—	—	—
– Unterhaltung von Kfz	10	10	5
– Abgaben	22	22	45
<b>Summe 4.1.:</b>	<b>6 204</b>	<b>5 864</b>	<b>6 797</b>
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
– Geschäftsbedarf, Büromaterial	72	72	135
– Post- und Fernmeldegebühren	39	39	74
– Öffentlichkeitsarbeit	—	—	9
– Anwalts- und Gerichtskosten	18	18	7
– Versicherungen	75	75	90
– Zentrale Dienstleistungen	193	193	200
– sonst. Verwaltungbedarf	100	100	181
<b>Summe 4.2.:</b>	<b>497</b>	<b>497</b>	<b>696</b>
4.3. Sonstige personalbezogene Aufwendungen			
– Reisekosten	23	23	40
– Fahrgelder	—	—	—
– Aus- und Fortbildung	121	121	174
– Personalbeschaffungskosten	28	28	52
– Sonstiges	40	40	—
<b>Summe 4.3.:</b>	<b>212</b>	<b>212</b>	<b>266</b>
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
– Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	—	—	1
– Schadensersatzleistungen	70	70	2
– Abschreibungen auf Forderungen	100	100	120
– Periodenfremde Aufwendungen	70	70	80
– Sonstige ordentliche Aufwendungen	129	129	118
<b>Summe 4.4.:</b>	<b>369</b>	<b>369</b>	<b>321</b>
<b>Summe 4.:</b>	<b>7 282</b>	<b>6 942</b>	<b>8 079</b>
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	—	—	—
<b>Summe 5.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>Summe II.:</b>	<b>48 507</b>	<b>48 450</b>	<b>43 399</b>
<b>III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b> (Summe I. ./ Summe II.)	<b>5</b>	<b>5</b>	<b>44</b>
<b>IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen</b>			
1. Außerordentliche Erträge:			
– Taschengeld etc.	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
2. Außerordentliche Aufwendungen:			
– Taschengeld etc.	—	—	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>V. Außerordentliches Ergebnis</b> (Außerordentliche Erträge ./ Außerordentliche Aufwendungen)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>VI. Steuern</b>			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			
– Körperschaftsteuer	—	—	—
– Gewerbeertragsteuer	—	—	—
– Kapitalertragsteuer	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
2. Sonstige Steuern:			
– Kraftfahrzeugsteuer	5	5	6
– Grundsteuer	—	—	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>5</b>	<b>5</b>	<b>6</b>
<b>VII. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b> (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./ Steuern)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>38</b>

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Niedersächsisches Landeskrankenhaus Lüneburg****C. Überleitungsrechnung für das Geschäftsjahr 2005**

Positionsbezeichnung	Soll 2005 Tsd. EUR	Plan 2004 Tsd. EUR	Ist 2003 Tsd. EUR
<b>I. Erhöhung der Zuführung/Minderung der Ablieferung</b>			
Gewinnerhöhung ohne Geldfluss:			
- Erhöhung des Bestandes an unfertigen und fertiger Erzeugnissen	—	—	—
- Erhöhung des Forderungsbestandes	—	—	—
- Minderung von Rückstellungen	—	—	—
- Minderung von Wertberichtigungen	—	—	—
<b>Summe I.:</b>	—	—	—
<b>II. Minderung der Zuführung/Erhöhung der Ablieferung</b>			
Gewinnminderung ohne Geldfluss:			
- Abschreibungen für Abnutzung (ohne Abschreibungen für geringwertige Wirtschaftsgüter nach § 6 Abs. 2 EStG)	—	—	—
- Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	—	—	—
- Abschreibungen auf Forderungen	—	—	—
- Erhöhung von Rückstellungen	—	—	—
- Erhöhung von Wertberichtigungen	—	—	—
<b>Summe II.:</b>	—	—	—
<b>III. Überleitungsbetrag</b> (Summe I. ./ Summe II.)	—	—	—

**Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Wirtschaftsplans  
des Landeskrankenhauses Lüneburg für das Geschäftsjahr 2005**

---

**A. Finanzplan**

Folgende Investitionen übersteigen 25 000 EUR im Einzelfall: —

**B. Erfolgsplan****I. Erträge****1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke**

Erstattung Überlassungsentgelte	3 114 000 EUR
<b>Summe Zuführung aus dem Landeshaushalt für lfd. Zwecke</b>	<b>3 114 000 EUR</b>

**2. Umsatzerlöse****Erlöse aus Krankenhausleistungen****KHG-Bereich**

Basispflegesatz vollstationär			
106 412 Berechnungstage × 75,46 EUR	=		8 029 850 EUR
Basispflegesatz teilstationär			
10 750 Berechnungstage × 67,82 EUR	=		729 065 EUR
Abteilungspflegesatz Psych. vollstat.			
91 973 Berechnungstage × 176,91 EUR	=		16 270 943 EUR
Abteilungspflegesatz Psych. teilstat.			
10 750 Berechnungstage × 105,77 EUR	=		1 137 028 EUR
Abteilungspflegesatz KJP, vollstat.			
14 439 Berechnungstage × 287,55 EUR	=		4 151 934 EUR
<b>Summe Budgetbereich</b>			<b>30 318 820 EUR</b>

**Forensik**

Regelbehandlung nach § 63 StGB			
29 200 Berechnungstage × 205,10 EUR	=		5 988 920 EUR
Allgemeinpsychiatrische Behandlung nach § 63 StGB			
1 825 Berechnungstage × 252,37 EUR	=		460 575 EUR
Behandlung von Jugendlichen nach § 63 StGB			
365 Berechnungstage × 363,01 EUR	=		132 499 EUR
Regelbehandlung nach § 64 StGB			
wegen Betäubungsmittelabhängigkeit			
6 570 Berechnungstage × 217,26 EUR	=		1 427 398 EUR
Sonstige forensische Unterbringung			
2 920 Berechnungstage × 252,37 EUR	=		736 920 EUR
365 Berechnungstage × 363,01 EUR	=		132 499 EUR
<b>Summe Forensik</b>			<b>8 878 811 EUR</b>

<b>Summe Erlöse aus Krankenhausleistungen</b>	<b>39 197 631 EUR</b>
<b>rd.</b>	<b>39 197 000 EUR</b>

**Heimbereich**

Pflegeheim Ebstorf			
25 404 Berechnungstage × 75,00 EUR	=		1 905 300 EUR
Heilpädagogisches Zentrum			
16 830 Berechnungstage × 138,50 EUR	=		2 330 955 EUR
<b>Summe Erlöse aus Heimbereichen</b>			<b>4 236 255 EUR</b>
<b>rd.</b>			<b>4 236 000 EUR</b>

**Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses**

4 000 Psychiatrie-Fälle × 251,43 EUR			
=			1 005 720 EUR
1 000 Kinder- und Jugend- psychiatrie-Fälle × 336,60 EUR	=		336 600 EUR
<b>Summe Erlöse aus ambulanten Leistungen</b>			<b>1 342 320 EUR</b>
<b>rd.</b>			<b>1 342 000 EUR</b>

**Nutzungsentgelt der Ärzte**

Stationärer Bereich			
			35 000 EUR
ambulanter Bereich			40 000 EUR
Gutachtertätigkeit			8 000 EUR
<b>Summe Nutzungsentgelt der Ärzte</b>			<b>83 000 EUR</b>

**Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Wirtschaftsplans  
des Landeskrankenhauses Lüneburg für das Geschäftsjahr 2005**

---

**II. Aufwendungen**

**1. Materialaufwand**

Die Aufwendungen sind aus dem Wirtschaftsplan 2004 abgeleitet worden. Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt.

**2. Personalaufwand**

Das Ist-Ergebnis 2003 ist auf das Geschäftsjahr 2005 hochgerechnet worden. Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt.

**3. Abschreibungen**

Veranschlagt sind Abschreibungen für den nicht geförderten Bereich.

**4. Sonstige betriebliche Aufwendungen**

Die Aufwendungen sind aus dem Wirtschaftsplan 2004 abgeleitet worden. Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt.

Anlage zu den Erläuterungen zu B. II. 2 des Wirtschaftsplans 2005 des Landeskrankenhauses Lüneburg  
(Übersicht über die Stellen der Angestellten und Arbeiter)

Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2005	2004		
<b>Angestellte<sup>10)</sup></b>				
I a	1	1		<sup>1)</sup> 1 (1) Stellen ku nach Verg.-Gr. VII mit dem Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen. <sup>2)</sup> 4 (4) Stellen im Sozial- und Erziehungsdienst ku nach Verg.-Gr. V c nach Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen. <sup>3)</sup> 10% der Stellen dürfen mit Beschäftigten der Verg.-Gr. Kr. I oder Kr. II besetzt werden. <sup>5)</sup> Für je 7 fehlende Schüler/-innen in der Krankenpflege kann bei Bedarf 1 Pflegekraft im Krankenpflagedienst nach Verg.-Gr. Kr. V oder einer niedrigeren Verg.-Gr. zusätzlich beschäftigt werden. <sup>6)</sup> 4 (4) Stellen können bei Bedarf mit je 2,5 Ärzten/-innen im Praktikum besetzt werden. <sup>7)</sup> 45 (42) kw. <sup>8)</sup> 5% der Stellen dürfen für Erzieherinnen/Erzieher in Anspruch genommen werden. <sup>10)</sup> Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf denen Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
I b	16	16		
II a <sup>6)</sup>	43	44		
IV a	1	1		
IV b	24	24		
V b <sup>2)</sup>	6	6		
V c	60	64		
VI b <sup>1)</sup>	11	11		
VII	12	12		
VIII	8	8		
IX b–VII	14	14		
Sondervergütungen*)	7	7		
Kr. VII	9	9		
Kr. VI	45	45		
Kr. V <sup>3)</sup> <sup>5)</sup> <sup>8)</sup>	337	337		
	<b>594</b>	<b>599</b>	Zusammen	
Leerstellen <sup>7)</sup> :				
I b	2	2		
II a	6	5		
IV b	4	4		
V c	5	4		
VI b	2	2		
VII	1	1		
Kr. VI	2	2		
Kr. V	23	22		
	<b>45</b>	<b>42</b>	Zusammen	

\*) 7 Prakt. für med. Hilfsberufe und Prakt. für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes  
– TV über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt) vom 22. 3. 1991 (Nds. MBl. S. 570) in der jeweils gültigen Fassung.

Erläuterungen zu den Angestellten

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. II a	1	} Verlagert nach Kapitel 05 42
Verg.-Gr. V c	4	
Zusammen	<u>5</u>	

Anlage zu den Erläuterungen zu B. II. 2 des Wirtschaftsplans 2005 des Landeskrankenhauses Lüneburg  
(Übersicht über die Stellen der Angestellten und Arbeiter)

Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2005	2004		
<b>Arbeiter/-innen<sup>1)</sup></b>				
6	8	8		1) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf deren Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
5	14	14		
4	18	18		
3	5	5		
2 a	15	15		
2	25	25		
1	10	10		
	95	95	Zusammen	

Erläuterungen zu den Arbeitern/Arbeiterinnen

	<b>Auszubildende</b>	
	2005	2004
Schülerinnen/Schüler in der Krankenpflege	104	104
Auszubildende im Verwaltungsdienst	1	1
Auszubildende im Hauswirtschaftlichen und Sonstigen Dienst	9	9
Zusammen	114	114



**Wirtschaftsplan für das  
Landeskrankenhaus Moringen**  
(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)  
**für das Geschäftsjahr 2005**

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der Betriebsanweisung für die als Landesbetriebe geführten Landeskrankenhäuser im Geschäftsbereich des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit.

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Niedersächsisches Landeskrankenhaus Moringen

### A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 Tsd. EUR	Plan 2004 Tsd. EUR	Ist 2003 Tsd. EUR
<b>I. Finanzbedarf</b>			
1. Investitionen gemäß VV-HNds (ZR-GPI):			
– Bebaute Grundstücke	—	—	—
– Unbebaute Grundstücke	—	—	—
– Gebäude	—	—	—
– Maschinen und Anlagen	225	—	12
– Fahrzeuge	28	30	—
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	125	75	116
<b>Summe 1.:</b>	<b>378</b>	<b>105</b>	<b>128</b>
2. Sonstige Investitionen:			
– Gebäude	—	—	—
– Maschinen und Anlagen	—	—	3
– Fahrzeuge	—	—	—
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	275	285	435
<b>Summe 2.:</b>	<b>275</b>	<b>285</b>	<b>438</b>
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
– Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	—	—	—
– Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben, z. B. Zahlungen von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)	—	—	—
– Mieten	—	—	—
– Deckungsmittelvortrag auf Folgejahr			
– Fördermittel	—	—	—
– Abschreibungen	139	276	191
– Ablieferung an den Landeshaushalt	—	—	—
– Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)	—	—	—
<b>Summe 3.:</b>	<b>139</b>	<b>276</b>	<b>191</b>
4. Positiver Überleitungsbetrag:	—	—	—
<b>Summe I.:</b>	<b>792</b>	<b>666</b>	<b>757</b>
<b>II. Deckungsmittel</b>			
1. Deckungsmittel:			
– Jahresüberschuss laut Erfolgsplan			
– Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z. B. eingehende Zahlungen für Forderungen noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren)	—	—	—
– Fördermittel	—	—	—
– Abschreibungen	291	176	176
– Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	—	—	—
– Zuführung aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
– Fördermittel nach § 9 Abs. 2 Nr. 1 KHG	—	—	—
– Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG	—	—	—
– Abschreibungen	501	490	581
– Überschussverwendung	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>792</b>	<b>666</b>	<b>757</b>
2. Negativer Überleitungsbetrag:	—	—	—
<b>Summe II.:</b>	<b>792</b>	<b>666</b>	<b>757</b>

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Niedersächsisches Landeskrankenhaus Moringen

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 Tsd. EUR	Plan 2004 Tsd. EUR	Ist 2003 Tsd. EUR
<b>I. Erträge</b>			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:	847	863	1 159
Summe 1.:	847	863	1 159
2. Umsatzerlöse:			
– Erlöse aus Krankenhausleistungen	27 653	26 305	25 971
– Erlöse aus Wahlleistungen	—	—	—
– Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	262	262	—
– Nutzungsentgelt der Ärzte	—	—	—
Summe 2.:	27 915	26 567	25 971
3. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	—	—	—
Summe 3.:	—	—	—
4. Andere aktivierte Eigenleistungen:	28	37	22
Summe 4.:	28	37	22
5. Sonstige betriebliche Erträge:			
– Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	78	78	78
– Sonstige ordentliche Erträge	100	372	61
– Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen	—	—	13
– Übrige betriebliche Erträge	39	39	324
Summe 5.:	217	489	475
6. Zinserträge und ähnliche Erträge:			
– Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	1
Summe 6.:	1	1	1
<b>Summe I.:</b>	<b>29 008</b>	<b>27 957</b>	<b>27 628</b>
<b>II. Aufwendungen</b>			
1. Materialaufwand:			
– Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1 400	1 400	1 599
– Aufwendungen für bezogene Leistungen	705	705	774
Summe 1.:	2 105	2 105	2 373
2. Personalaufwand:			
2.1. Löhne und Gehälter			
– Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	346	399	378
– Vergütungen der Angestellten	15 724	14 731	14 223
– Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	1 172	1 148	1 138
– Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter	31	29	30
Summe 2.1.:	17 272	16 307	15 769
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung			
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Angestellte	4 709	4 310	4 175
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter	379	344	369
– Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	121	145	132
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarung	—	—	—
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarung	—	—	—
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund betrieblicher Vereinbarung	—	—	—
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund betrieblicher Vereinbarung	—	—	—
– Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	14	21	13
– Beihilfen für Angestellte	28	37	26
– Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1	—
– Unterstützungen	—	—	—
– Fürsorgeleistungen	—	—	—
– Nicht zurechenbare Personalkosten	100	300	77
Summe 2.2.:	5 351	5 158	4 792
<b>Summe 2.:</b>	<b>22 623</b>	<b>21 465</b>	<b>20 562</b>
3. Abschreibungen:			
– Abschreibungen auf unbewegliches Anlagevermögen	—	—	—
– Abschreibungen auf bewegliches Anlagevermögen	501	490	581
Summe 3.:	501	490	581

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Niedersächsisches Landeskrankenhaus Moringen****noch B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005**

Positionsbezeichnung	Soll 2005 Tsd. EUR	Plan 2004 Tsd. EUR	Ist 2003 Tsd. EUR
<b>noch II. Aufwendungen</b>			
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung			
– Mieten und Überlassungsentgelte	1 020	1 092	1 005
– Unterhaltung von Gebäuden	189	189	530
– Unterhaltung von Anlagen	201	201	269
– Energie	303	302	351
– Wasser	160	160	132
– Bewirtschaftungskosten	—	—	—
– Unterhaltung von Kfz	32	29	23
– Abgaben	44	44	34
<b>Summe 4.1.:</b>	<b>1 950</b>	<b>2 017</b>	<b>2 345</b>
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
– Geschäftsbedarf, Büromaterial	24	24	29
– Post- und Fernmeldegebühren	25	24	43
– Versicherungen	31	30	53
– Öffentlichkeitsarbeit	—	—	—
– Anwalts- und Gerichtskosten	25	25	25
– Zentrale Dienstleistungen	103	90	150
– sonst. Verwaltungbedarf	227	225	264
<b>Summe 4.2.:</b>	<b>435</b>	<b>418</b>	<b>565</b>
4.3. Sonstige personalbezogene Aufwendungen			
– Reisekosten	26	26	30
– Fahrgelder	—	—	—
– Aus- und Fortbildung	104	172	80
– Personalbeschaffungskosten	12	12	8
– Sonstiges	—	—	—
<b>Summe 4.3.:</b>	<b>142</b>	<b>210</b>	<b>118</b>
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
– Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	—	—	19
– Schadensersatzleistungen	—	—	1
– Abschreibungen auf Forderungen	—	—	—
– Periodenfremde Aufwendungen	—	—	61
– Sonstige ordentliche Aufwendungen	1 250	1 250	1 246
<b>Summe 4.4.:</b>	<b>1 250</b>	<b>1 250</b>	<b>1 326</b>
<b>Summe 4.:</b>	<b>3 777</b>	<b>3 895</b>	<b>4 354</b>
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	—	—	—
<b>Summe 5.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>Summe II.:</b>	<b>29 006</b>	<b>27 955</b>	<b>27 869</b>
<b>III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b> (Summe I. ./ Summe II.)	<b>2</b>	<b>2</b>	<b>- 241</b>
<b>IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen</b>			
1. Außerordentliche Erträge:			
– Taschengeld etc.	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
2. Außerordentliche Aufwendungen:			
– Taschengeld etc.	—	—	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>V. Außerordentliches Ergebnis</b> (Außerordentliche Erträge ./ Außerordentliche Aufwendungen)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>VI. Steuern</b>			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
– Körperschaftsteuer	—	—	—
– Gewerbeertragsteuer	—	—	—
– Kapitalertragsteuer	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
2. Sonstige Steuern:			
– Kraftfahrzeugsteuer	1	1	1
– Grundsteuer	1	1	1
<b>Summe 2.:</b>	<b>2</b>	<b>2</b>	<b>2</b>
<b>VII. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b> (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./ Steuern)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>- 243</b>

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Niedersächsisches Landeskrankenhaus Moringen****C. Überleitungsrechnung für das Geschäftsjahr 2005**

Positionsbezeichnung	Soll 2005 Tsd. EUR	Plan 2004 Tsd. EUR	Ist 2003 Tsd. EUR
<b>I. Erhöhung der Zuführung/Minderung der Ablieferung</b>			
Gewinnerhöhung ohne Geldfluss:			
- Erhöhung des Bestandes an unfertigen und fertigen Erzeugnissen	—	—	—
- Erhöhung des Forderungsbestandes	—	—	—
- Minderung von Rückstellungen	—	—	—
- Minderung von Wertberichtigungen	—	—	—
<b>Summe I.:</b>	—	—	—
<b>II. Minderung der Zuführung/Erhöhung der Ablieferung</b>			
Gewinnminderung ohne Geldfluss:			
- Abschreibungen für Abnutzung (ohne Abschreibungen für geringwertige Wirtschaftsgüter nach § 6 Abs. 2 EStG)	—	—	—
- Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	—	—	—
- Abschreibungen auf Forderungen	—	—	—
- Erhöhung von Rückstellungen	—	—	—
- Erhöhung von Wertberichtigungen	—	—	—
<b>Summe II.:</b>	—	—	—
<b>III. Überleitungsbetrag</b> (Summe I. ./ Summe II.)	—	—	—

**Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Wirtschaftsplans  
des Landeskrankenhauses Moringen für das Geschäftsjahr 2005**

---

**A. Finanzplan**

Folgende Investitionen übersteigen 25 000 EUR im Einzelfall:

**Fahrzeuge**

1 PKW 28 000 EUR

**Einrichtung und Ausstattung**

1 Schließsystem 125 000 EUR

1 Telekommunikationsanlage 225 000 EUR

**B. Erfolgsplan****I. Erträge****1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke**

Erstattung Überlassungsentgelte 847 000 EUR

**2. Umsatzerlöse****Erlöse aus Krankenhausleistungen****Forensik**

Aufnahme/Intensivbehandlung Maßregelvollzug  
35 774 Berechnungstage × 304,07 EUR = 10 877 800 EUR

Regelbehandlung nach § 63 StGB  
66 127 Berechnungstage × 205,10 EUR = 13 562 648 EUR

Offener Maßregelvollzug  
4 745 Berechnungstage × 150,44 EUR = 713 838 EUR

Regelbehandlung nach § 64 StGB  
wegen Betäubungsmittelabhängigkeit  
5 782 Berechnungstage × 217,26 EUR = 1 256 197 EUR

Regelbehandlung nach § 64 StGB  
wegen sonst. Suchtstoffkrankungen  
3 650 Berechnungstage × 198,50 EUR = 724 525 EUR

Sonstige forensische Unterbringung  
730 Berechnungstage × 304,07 EUR = 221 971 EUR

1 445 Berechnungstage × 205,10 EUR = 296 370 EUR

Summe Forensik 27 653 349 EUR

**Summe Erlöse aus Krankenhausleistungen rd. 27 653 000 EUR**

**Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses**

Forensische Spezialambulanz als zentrale Nachsorgeeinrichtung  
2 725 Tagessätze × 96,15 EUR = 262 009 EUR

**Summe Erlöse aus ambulanten Leistungen rd. 262 009 EUR**  
**rd. 262 000 EUR**

**II. Aufwendungen****1. Materialaufwand**

Die Aufwendungen sind aus dem Wirtschaftsplan 2004 abgeleitet worden. Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt.

**2. Personalaufwand**

Das Ist-Ergebnis 2003 ist auf das Geschäftsjahr 2005 hochgerechnet worden. Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt.

**3. Abschreibungen**

Veranschlagt sind Abschreibungen für den nicht geförderten Bereich.

**4. Sonstige betriebliche Aufwendungen**

Die Aufwendungen sind aus dem Wirtschaftsplan 2004 abgeleitet worden. Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt.

Anlage zu den Erläuterungen zu B. II. 2 des Wirtschaftsplans 2005 des Landeskrankenhauses Moringen  
(Übersicht über die Stellen der Angestellten und Arbeiter)

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2005	2004		
<b>Angestellte<sup>8)</sup></b>				
I a	1	1		1) 10% der Stellen dürfen mit Beschäftigten der Verg.-Gr. Kr. I oder Kr. II besetzt werden. 2) Für je 7 fehlende Schüler/-innen in der Krankenpflege kann bei Bedarf 1 Pflegekraft im Krankenpflegedienst nach Verg.-Gr. Kr. V oder einer niedrigeren Verg.-Gr. zusätzlich beschäftigt werden. 3) 1 (1) Stelle kann bei Bedarf mit je 2,5 Ärzten/-innen im Praktikum besetzt werden. 4) 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden. 5) 12 (9) kw. 6) 5% der Stellen dürfen für Erzieherinnen/Erzieher in Anspruch genommen werden. 8) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf denen Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
I b	10	10		
II a <sup>3)</sup>	29	29		
IV a	6	6		
IV b	15	15		
V b	4	4		
V c	39	39		
VI b	6	6		
VII	7	7		
VIII	7	7		
IX b–VII	7	7		
Sondervergütungen*)	2	2		
Kr. VII	3	3		
Kr. VI <sup>4)</sup>	26	26		
Kr. V <sup>1)2)6)</sup>	183	183		
	<b>345</b>	<b>345</b>	Zusammen	
Leerstellen <sup>5)</sup> :				
II a	5	4		
IV b	1	—		
V b	1	2		
V c	1	—		
VII	1	1		
Kr. VI	1	1		
Kr. V	2	1		
	<b>12</b>	<b>9</b>	Zusammen	

\*) 2 Prakt. für med. Hilfsberufe und Prakt. für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes  
 – TV über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt) vom 22. 3. 1991 (Nds. MBl. S. 570) in der jeweils gültigen Fassung.

Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen	
	2005	2004			
<b>Arbeiter/-innen<sup>2)</sup></b>					
6	2	2		1) 1 (1) kw. 2) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf deren Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.	
5	13	13			
4	2	2			
3	3	3			
2 a	1	1			
2	10	10			
1	2	2			
	<b>33</b>	<b>33</b>	Zusammen		
Leerstellen <sup>1)</sup> :					
4	1	1			
	<b>1</b>	<b>1</b>	Zusammen		

Erläuterungen zu den Arbeitern/Arbeiterinnen

	Auszubildende	
	2005	2004
Schülerinnen/Schüler in der Krankenpflege	45	45
Auszubildende im Verwaltungsdienst	2	2
Auszubildende im Hauswirtschaftlichen und Sonstigen Dienst	13	13
Zusammen	<b>60</b>	<b>60</b>



**Wirtschaftsplan für das  
Landeskrankenhaus Osnabrück**  
(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)  
**für das Geschäftsjahr 2005**

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der Betriebsanweisung für die als Landesbetriebe geführten Landeskrankenhäuser im Geschäftsbereich des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit.

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Niedersächsisches Landeskrankenhaus Osnabrück

### A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 Tsd. EUR	Plan 2004 Tsd. EUR	Ist 2003 Tsd. EUR
<b>I. Finanzbedarf</b>			
1. Investitionen gemäß VV-HNds (ZR-GPI):			
– Bebaute Grundstücke	—	—	—
– Unbebaute Grundstücke	—	—	—
– Gebäude	—	—	—
– Maschinen und Anlagen	—	—	—
– Fahrzeuge	—	—	—
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	250	200	299
<b>Summe 1.:</b>	<b>250</b>	<b>200</b>	<b>299</b>
2. Sonstige Investitionen:			
– Gebäude	—	—	—
– Maschinen und Anlagen	—	—	—
– Fahrzeuge	—	—	—
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	600	610	687
<b>Summe 2.:</b>	<b>600</b>	<b>610</b>	<b>687</b>
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
– Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	—	—	—
– Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben, z. B. Zahlungen von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)	—	—	—
– Mieten	—	—	—
– Deckungsmittelvortrag auf Folgejahr			
– Fördermittel	—	80	– 704
– Abschreibungen	23	—	127
– Ablieferung an den Landeshaushalt	—	—	—
– Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)	—	—	—
<b>Summe 3.:</b>	<b>23</b>	<b>80</b>	<b>– 577</b>
4. Positiver Überleitungsbetrag:	—	—	—
<b>Summe I.:</b>	<b>873</b>	<b>890</b>	<b>409</b>
<b>II. Deckungsmittel</b>			
1. Deckungsmittel:			
– Jahresüberschuss laut Erfolgsplan			
– Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z. B. eingehende Zahlungen für Forderungen)	—	—	—
– noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren			
– Fördermittel	– 674	50	– 517
– Abschreibungen	95	32	178
– Zuschüsse aus Drittmitteln			
(soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)			
– Zuführung aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
– Fördermittel nach § 9 Abs. 2 Nr. 1 KHG	—	—	—
– Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG	680	680	651
– Abschreibungen	128	128	97
– Überschussverwendung	644	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>873</b>	<b>890</b>	<b>409</b>
2. Negativer Überleitungsbetrag:	—	—	—
<b>Summe II.:</b>	<b>873</b>	<b>890</b>	<b>409</b>

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Niedersächsisches Landeskrankenhaus Osnabrück****B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005**

Positionsbezeichnung	Soll 2005 Tsd. EUR	Plan 2004 Tsd. EUR	Ist 2003 Tsd. EUR
<b>I. Erträge</b>			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:	2 094	2 094	2 100
Summe 1.:	2 094	2 094	2 100
2. Umsatzerlöse:			
– Erlöse aus Krankenhausleistungen	33 415	33 292	31 964
– Erlöse aus Wahlleistungen	—	—	—
– Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	754	754	731
– Nutzungsentgelt der Ärzte	55	55	59
Summe 2.:	34 224	34 101	32 754
3. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	—	—	—
Summe 3.:	—	—	—
4. Andere aktivierte Eigenleistungen:	205	205	403
Summe 4.:	205	205	403
5. Sonstige betriebliche Erträge:			
– Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	150	150	155
– Sonstige ordentliche Erträge	376	376	528
– Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	—	—	—
– Übrige betriebliche Erträge	—	—	43
Summe 5.:	526	526	726
6. Zinserträge und ähnliche Erträge:			
– Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	3	2
Summe 6.:	3	3	2
<b>Summe I.:</b>	<b>37 052</b>	<b>36 929</b>	<b>35 985</b>
<b>II. Aufwendungen</b>			
1. Materialaufwand:			
– Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1 970	1 970	1 902
– Aufwendungen für bezogene Leistungen	1 530	1 530	1 512
Summe 1.:	3 500	3 500	3 414
2. Personalaufwand:			
2.1. Löhne und Gehälter			
– Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	1 278	1 314	1 241
– Vergütungen der Angestellten	18 084	18 037	16 837
– Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	2 499	2 479	2 427
– Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter	179	249	173
Summe 2.1.:	22 040	22 079	20 678
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung			
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Angestellte	3 765	3 644	3 503
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter	524	510	509
– Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	401	467	444
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarung	1 620	1 561	1 477
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarung	253	231	227
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund betrieblicher Vereinbarung	—	—	—
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund betrieblicher Vereinbarung	—	—	—
– Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	58	43	56
– Beihilfen für Angestellte	6	9	5
– Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	4	6	3
– Unterstützungen	—	—	—
– Fürsorgeleistungen	—	—	—
– Nicht zurechenbare Personalkosten	95	93	91
Summe 2.2.:	6 726	6 564	6 315
<b>Summe 2.:</b>	<b>28 766</b>	<b>28 643</b>	<b>26 993</b>
3. Abschreibungen:			
– Abschreibungen auf unbewegliches Anlagevermögen	—	—	—
– Abschreibungen auf bewegliches Anlagevermögen	132	132	104
Summe 3.:	132	132	104

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Niedersächsisches Landeskrankenhaus Osnabrück****noch B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005**

Positionsbezeichnung	Soll 2005 Tsd. EUR	Plan 2004 Tsd. EUR	Ist 2003 Tsd. EUR
<b>noch II. Aufwendungen</b>			
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung			
– Mieten und Überlassungsentgelte	2 094	2 094	2 094
– Unterhaltung von Gebäuden	622	622	1 157
– Unterhaltung von Anlagen	270	270	239
– Energie	544	544	622
– Wasser	145	145	143
– Bewirtschaftungskosten	—	—	—
– Unterhaltung von Kfz	25	25	24
– Abgaben	39	39	34
<b>Summe 4.1.:</b>	<b>3 739</b>	<b>3 739</b>	<b>4 313</b>
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
– Geschäftsbedarf, Büromaterial	120	120	142
– Post- und Fernmeldegebühren	60	60	54
– Versicherungen	—	—	—
– Öffentlichkeitsarbeit	—	—	—
– Anwalts- und Gerichtskosten	20	20	67
– Versicherungen	80	80	84
– Zentrale Dienstleistungen	144	144	133
– sonst. Verwaltungbedarf	93	93	175
<b>Summe 4.2.:</b>	<b>517</b>	<b>517</b>	<b>655</b>
4.3. Sonstige personalbezogene Aufwendungen			
– Reisekosten	40	40	48
– Fahrgelder	—	—	—
– Aus- und Fortbildung	82	82	165
– Personalbeschaffungskosten	10	10	12
– Sonstiges	—	—	—
<b>Summe 4.3.:</b>	<b>132</b>	<b>132</b>	<b>225</b>
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
– Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	—	—	—
– Schadensersatzleistungen	—	—	—
– Abschreibungen auf Forderungen	—	—	12
– Periodenfremde Aufwendungen	—	—	49
– Sonstige ordentliche Aufwendungen	261	261	200
<b>Summe 4.4.:</b>	<b>261</b>	<b>261</b>	<b>261</b>
<b>Summe 4.:</b>	<b>4 649</b>	<b>4 649</b>	<b>5 454</b>
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	—	—	—
<b>Summe 5.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>Summe II.:</b>	<b>37 047</b>	<b>36 924</b>	<b>35 965</b>
<b>III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b> (Summe I. ./ Summe II.)	<b>5</b>	<b>5</b>	<b>20</b>
<b>IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen</b>			
1. Außerordentliche Erträge:			
– Taschengeld etc.	70	70	55
<b>Summe 1.:</b>	<b>70</b>	<b>70</b>	<b>55</b>
2. Außerordentliche Aufwendungen:			
– Taschengeld etc.	70	70	55
<b>Summe 2.:</b>	<b>70</b>	<b>70</b>	<b>55</b>
<b>V. Außerordentliches Ergebnis</b> (Außerordentliche Erträge ./ Außerordentliche Aufwendungen)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>VI. Steuern</b>			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
– Körperschaftsteuer	—	—	—
– Gewerbeertragsteuer	—	—	—
– Kapitalertragsteuer	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
2. Sonstige Steuern:			
– Kraftfahrzeugsteuer	5	5	4
– Grundsteuer	—	—	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>5</b>	<b>5</b>	<b>4</b>
<b>VII. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b> (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./ Steuern)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>16</b>

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Niedersächsisches Landeskrankenhaus Osnabrück****C. Überleitungsrechnung für das Geschäftsjahr 2005**

Positionsbezeichnung	Soll 2005 Tsd. EUR	Plan 2004 Tsd. EUR	Ist 2003 Tsd. EUR
<b>I. Erhöhung der Zuführung/Minderung der Ablieferung</b>			
Gewinnerhöhung ohne Geldfluss:			
- Erhöhung des Bestandes an unfertigen und fertigen Erzeugnissen	—	—	—
- Erhöhung des Forderungsbestandes	—	—	—
- Minderung von Rückstellungen	—	—	—
- Minderung von Wertberichtigungen	—	—	—
<b>Summe I.:</b>	—	—	—
<b>II. Minderung der Zuführung/Erhöhung der Ablieferung</b>			
Gewinnminderung ohne Geldfluss:			
- Abschreibungen für Abnutzung (ohne Abschreibungen für geringwertige Wirtschaftsgüter nach § 6 Abs. 2 EStG)	—	—	—
- Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	—	—	—
- Abschreibungen auf Forderungen	—	—	—
- Erhöhung von Rückstellungen	—	—	—
- Erhöhung von Wertberichtigungen	—	—	—
<b>Summe II.:</b>	—	—	—
<b>III. Überleitungsbetrag</b> (Summe I. ./ Summe II.)	—	—	—

**Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Wirtschaftsplans  
des Landeskrankenhauses Osnabrück für das Geschäftsjahr 2005**

**A. Finanzplan**

Folgende Investitionen übersteigen 25 000 EUR im Einzelfall —

**B. Erfolgsplan****I. Erträge****1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke**

Erstattung Überlassungsentgelte 2 094 000 EUR

**2. Umsatzerlöse****Erlöse aus Krankenhausleistungen****KHG-Bereich**

Basispflegesatz vollstationär					
120 231	Berechnungstage	×	62,55 EUR	=	7 520 449 EUR
Basispflegesatz teilstationär					
8 550	Berechnungstage	×	43,80 EUR	=	374 490 EUR
Abteilungspflegesatz Psych. vollstat.					
120 231	Berechnungstage	×	145,95 EUR	=	17 547 714 EUR
Abteilungspflegesatz Psych. teilstat.					
8 550	Berechnungstage	×	102,20 EUR	=	873 810 EUR
					26 316 464 EUR
	Summe KHG Bereich				

**Forensik**

Regelbehandlung nach § 63 StGB					
23 725	Berechnungstage	×	206,81 EUR	=	4 906 567 EUR
Sonstige forensische Unterbringung					
2 555	Berechnungstage	×	206,81 EUR	=	528 400 EUR
					5 434 967 EUR
	Summe Forensik				

**Heimbereich**

Pflegefälle					
14 600	Berechnungstage	×	98,75 EUR	=	1 441 750 EUR

**Tagesstätte**

390 Fälle					
		×	569,00 EUR	=	221 910 EUR

<b>Summe Erlöse aus Krankenhausleistungen</b>					33 415 090 EUR
					33 415 000 EUR

**Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses**

3 000 Psychiatrie-Fälle					
		×	251,45 EUR	=	754 350 EUR

<b>Summe Erlöse aus ambulanten Leistungen</b>					754 350 EUR
					754 000 EUR

**Nutzungsentgelt der Ärzte**

Stationärer Bereich					13 000 EUR
ambulanter Bereich					30 000 EUR
Gutachtertätigkeit					12 000 EUR

<b>Summe Nutzungsentgelt der Ärzte</b>					55 000 EUR
--	--	--	--	--	------------

**II. Aufwendungen****1. Materialaufwand**

Die Aufwendungen sind aus dem Wirtschaftsplan 2004 abgeleitet worden. Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt.

**2. Personalaufwand**

Das Ist-Ergebnis 2003 ist auf das Geschäftsjahr 2005 hochgerechnet worden. Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt. Mitveranschlagt sind 15 000 EUR für Leistungsprämien nach der Leistungsprämien- und -zulagenverordnung vom 5. 10. 1999 (Nds. GVBl. S. 359). In den Löhnen für Arbeiter/Arbeiterinnen sind 260 000 EUR für 16 ständige, nicht vollbeschäftigte Kräfte veranschlagt, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

**3. Abschreibungen**

Veranschlagt sind Abschreibungen für den nicht geförderten Bereich.

**4. Sonstige betriebliche Aufwendungen**

Die Aufwendungen sind aus dem Wirtschaftsplan 2004 abgeleitet worden. Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt.

**Anlage zu den Erläuterungen zu B. II 2 des Wirtschaftsplans 2005 des Landeskrankenhauses Osnabrück  
(Übersicht über die Stellen der Angestellten und Arbeiter)**

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2005	2004		
<b>Angestellte<sup>8)</sup></b>				
I a	2	2		1) 1 Stelle ku nach Verg.-Gr. V c bei Ausscheiden der Stelleninhaberin (Verwaltungsdienst). 2) 10% der Stellen dürfen mit Beschäftigten der Verg.-Gr. Kr. I oder Kr. II besetzt werden. 3) Für je 7 fehlende Schüler/-innen in der Krankenpflege kann bei Bedarf 1 Pflegekraft im Krankenpflagedienst nach Verg.-Gr. Kr. V oder einer niedrigeren Verg.-Gr. zusätzlich beschäftigt werden. 4) 3 (3) Stellen können bei Bedarf mit je 2,5 Ärzten/-innen im Praktikum besetzt werden. 5) 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden. 6) 5% der Stellen dürfen für Erzieherinnen/Erzieher in Anspruch genommen werden. 8) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf denen Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
I b	6	6		
II a <sup>4)</sup>	45	45		
IV a <sup>1)</sup>	5	5		
IV b	24	24		
V b	2	2		
V c	48	48		
VI b	8	8		
VII	9	9		
VIII	9	9		
IX b	1	1		
IX b-VII Sondervergütungen*)	10	10		
	7	7		
Kr. VIII	1	1		
Kr. VII	2	2		
Kr. VI <sup>5)</sup>	23	23		
Kr. V <sup>2)3)6)</sup>	235	235		
	437	437	Zusammen	

\*) 7 Prakt. für med. Hilfsberufe und Prakt. für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes  
 – TV über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt) vom 22. 3. 1991 (Nds. MBl. S. 570) in der jeweils gültigen Fassung.

Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2005	2004		
<b>Arbeiter/-innen<sup>1)</sup></b>				
6	4	4		1) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf deren Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
5	10	10		
4	6	6		
3	13	13		
2 a	17	17		
2	23	23		
1	6	6		
	79	79	Zusammen	

Erläuterungen zu den Arbeitern/Arbeiterinnen

	Auszubildende	
	2005	2004
Schülerinnen/Schüler in der Krankenpflege	75	75
Auszubildende im Verwaltungsdienst	2	2
Auszubildende im Hauswirtschaftlichen und Sonstigen Dienst	14	14
Zusammen	91	91



**Wirtschaftsplan für das  
Landeskrankenhaus Tiefenbrunn**  
(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)  
**für das Geschäftsjahr 2005**

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der Betriebsanweisung für die als Landesbetriebe geführten Landeskrankenhäuser im Geschäftsbereich des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit.

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Niedersächsisches Landeskrankenhaus Tiefenbrunn****A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2005**

Positionsbezeichnung	Soll 2005 Tsd. EUR	Plan 2004 Tsd. EUR	Ist 2003 Tsd. EUR
<b>I. Finanzbedarf</b>			
1. Investitionen gemäß VV-HNds (ZR-GPI):			
– Bebaute Grundstücke	—	—	—
– Unbebaute Grundstücke	—	—	—
– Gebäude	—	—	—
– Maschinen und Anlagen	—	—	15
– Fahrzeuge	—	—	—
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	50	50	34
<b>Summe 1.:</b>	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>49</b>
2. Sonstige Investitionen:			
– Gebäude	—	—	—
– Maschinen und Anlagen	50	40	39
– Fahrzeuge	—	—	—
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	190	200	209
<b>Summe 2.:</b>	<b>240</b>	<b>240</b>	<b>248</b>
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
– Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	—	—	—
– Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlungen von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)	—	—	—
– Mieten	—	—	—
– Deckungsmittelvortrag auf Folgejahr			
– Fördermittel	109	6	97
– Abschreibungen	130	128	126
– Ablieferung an den Landeshaushalt	—	—	—
– Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)	—	—	—
<b>Summe 3.:</b>	<b>239</b>	<b>134</b>	<b>223</b>
4. Positiver Überleitungsbetrag:	—	—	—
<b>Summe I.:</b>	<b>529</b>	<b>424</b>	<b>520</b>
<b>II. Deckungsmittel</b>			
1. Deckungsmittel:			
– Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	—	—	—
– Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z. B. eingehende Zahlungen für Forderungen)	—	—	—
– noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren			
– Fördermittel	103	—	110
– Abschreibungen	128	126	124
– Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	—	—	—
– Zuführung aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
– Fördermittel nach § 9 Abs. 2 Nr. 1 KHG	—	—	—
– Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG	296	296	284
– Abschreibungen	2	2	2
– Überschussverwendung	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>529</b>	<b>424</b>	<b>520</b>
2. Negativer Überleitungsbetrag:	—	—	—
<b>Summe II.:</b>	<b>529</b>	<b>424</b>	<b>520</b>

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Niedersächsisches Landeskrankenhaus Tiefenbrunn****B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005**

Positionsbezeichnung	Soll 2005 Tsd. EUR	Plan 2004 Tsd. EUR	Ist 2003 Tsd. EUR
<b>I. Erträge</b>			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:	604	428	619
Summe 1.:	604	428	619
2. Umsatzerlöse:			
– Erlöse aus Krankenhausleistungen	10 951	10 693	10 031
– Erlöse aus Wahlleistungen	—	—	—
– Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	148	149	187
– Nutzungsentgelt der Ärzte	58	56	46
Summe 2.:	11 157	10 898	10 265
3. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	2	2	—
Summe 3.:	2	2	—
4. Andere aktivierte Eigenleistungen:	—	—	—
Summe 4.:	—	—	—
5. Sonstige betriebliche Erträge:			
– Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	32	32	40
– Sonstige ordentliche Erträge	134	134	131
– Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen	—	—	—
– Übrige betriebliche Erträge	—	—	—
Summe 5.:	166	166	171
6. Zinserträge und ähnliche Erträge:			
– Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	1
Summe 6.:	1	1	1
<b>Summe I.:</b>	<b>11 930</b>	<b>11 495</b>	<b>11 056</b>
<b>II. Aufwendungen</b>			
1. Materialaufwand:			
– Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	426	426	476
– Aufwendungen für bezogene Leistungen	235	235	212
Summe 1.:	661	661	689
2. Personalaufwand:			
2.1. Löhne und Gehälter			
– Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	164	169	159
– Vergütungen der Angestellten	6 221	6 017	5 752
– Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	1 162	1 168	993
– Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter	33	46	32
Summe 2.1.:	7 580	7 400	6 936
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung			
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Angestellte	1 240	1 206	1 143
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter	282	235	245
– Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	51	60	58
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarung	549	534	515
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarung	103	102	91
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund betrieblicher Vereinbarung	—	—	—
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund betrieblicher Vereinbarung	—	—	—
– Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	6	21	6
– Beihilfen für Angestellte	2	2	2
– Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1	—
– Unterstützungen	—	—	—
– Fürsorgeleistungen	—	—	—
– Nicht zurechenbare Personalkosten	59	50	89
Summe 2.2.:	2 292	2 211	2 149
Summe 2.:	9 871	9 611	9 086
3. Abschreibungen:			
– Abschreibungen auf unbewegliches Anlagevermögen	—	—	—
– Abschreibungen auf bewegliches Anlagevermögen	12	12	11
Summe 3.:	12	12	11

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Niedersächsisches Landeskrankenhaus Tiefenbrunn****noch B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005**

Positionsbezeichnung	Soll 2005 Tsd. EUR	Plan 2004 Tsd. EUR	Ist 2003 Tsd. EUR
<b>noch II. Aufwendungen</b>			
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung			
– Mieten und Überlassungsentgelte	604	428	619
– Unterhaltung von Gebäuden	120	120	40
– Unterhaltung von Anlagen	146	146	102
– Energie	160	160	188
– Wasser	89	89	52
– Bewirtschaftungskosten	—	—	—
– Unterhaltung von Kfz	4	4	4
– Abgaben	30	30	20
<b>Summe 4.1.:</b>	<b>1 153</b>	<b>977</b>	<b>1 024</b>
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
– Geschäftsbedarf, Büromaterial	35	35	36
– Post- und Fernmeldegebühren	36	36	28
– Öffentlichkeitsarbeit	—	—	4
– Anwalts- und Gerichtskosten	10	10	13
– Versicherungen	21	21	27
– Zentrale Dienstleistungen	34	34	21
– sonst. Verwaltungbedarf	50	50	67
<b>Summe 4.2.:</b>	<b>186</b>	<b>186</b>	<b>195</b>
4.3. Sonstige personalbezogene Aufwendungen			
– Reisekosten	14	14	10
– Fahrgelder	—	—	—
– Aus- und Fortbildung	20	20	51
– Personalbeschaffungskosten	3	3	7
– Sonstiges	—	—	—
<b>Summe 4.3.:</b>	<b>37</b>	<b>37</b>	<b>68</b>
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
– Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	—	—	—
– Schadensersatzleistungen	—	—	—
– Abschreibungen auf Forderungen	—	—	—
– Periodenfremde Aufwendungen	—	—	—
– Sonstige ordentliche Aufwendungen	—	—	—
<b>Summe 4.4.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>Summe 4.:</b>	<b>1 376</b>	<b>1 200</b>	<b>1 288</b>
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	1	2	—
<b>Summe 5.:</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>—</b>
<b>Summe II.:</b>	<b>11 921</b>	<b>11 486</b>	<b>11 073</b>
<b>III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b> (Summe I. ./ Summe II.)	<b>9</b>	<b>9</b>	<b>—</b>
<b>IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen</b>			
1. Außerordentliche Erträge:			
– Taschengeld etc.	16	16	7
<b>Summe 1.:</b>	<b>16</b>	<b>16</b>	<b>7</b>
2. Außerordentliche Aufwendungen:			
– Taschengeld etc.	22	22	2
<b>Summe 2.:</b>	<b>22</b>	<b>22</b>	<b>2</b>
<b>V. Außerordentliches Ergebnis</b> (Außerordentliche Erträge ./ Außerordentliche Aufwendungen)	<b>– 6</b>	<b>– 6</b>	<b>5</b>
<b>VI. Steuern</b>			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
– Körperschaftsteuer	—	—	—
– Gewerbeertragsteuer	—	—	—
– Kapitalertragsteuer	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
2. Sonstige Steuern:			
– Kraftfahrzeugsteuer	1	1	—
– Grundsteuer	2	2	2
<b>Summe 2.:</b>	<b>3</b>	<b>3</b>	<b>2</b>
<b>VII. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b> (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./ Steuern)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>– 15</b>

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Niedersächsisches Landeskrankenhaus Tiefenbrunn****C. Überleitungsrechnung für das Geschäftsjahr 2005**

Positionsbezeichnung	Soll 2005 Tsd. EUR	Plan 2004 Tsd. EUR	Ist 2003 Tsd. EUR
<b>I. Erhöhung der Zuführung/Minderung der Ablieferung</b>			
Gewinnerhöhung ohne Geldfluss:			
- Erhöhung des Bestandes an unfertigen und fertigen Erzeugnissen	—	—	—
- Erhöhung des Forderungsbestandes	—	—	—
- Minderung von Rückstellungen	—	—	—
- Minderung von Wertberichtigungen	—	—	—
<b>Summe I.:</b>	—	—	—
<b>II. Minderung der Zuführung/Erhöhung der Ablieferung</b>			
Gewinnminderung ohne Geldfluss:			
- Abschreibungen für Abnutzung (ohne Abschreibungen für geringwertige Wirtschaftsgüter nach § 6 Abs. 2 EStG)	—	—	—
- Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	—	—	—
- Abschreibungen auf Forderungen	—	—	—
- Erhöhung von Rückstellungen	—	—	—
- Erhöhung von Wertberichtigungen	—	—	—
<b>Summe II.:</b>	—	—	—
<b>III. Überleitungsbetrag</b> (Summe I. ./ Summe II.)	—	—	—

**Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Wirtschaftsplans  
des Landeskrankenhauses Tiefenbrunn für das Geschäftsjahr 2005**

---

**A. Finanzplan**

Folgende Investitionen übersteigen 25 000 EUR im Einzelfall —

**B. Erfolgsplan****I. Erträge****1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke**

Erstattung Überlassungsentgelte 604 000 EUR

**2 Umsatzerlöse****Erlöse aus Krankenhausleistungen****KHG-Bereich**

Basispflegesatz vollstationär			
57 816 Berechnungstage	×	59,90 EUR	= 3 463 178 EUR
Abteilungspflegesatz Allgem. Psychiatrie			
36 792 Berechnungstage	×	97,00 EUR	= 3 568 824 EUR
Abteilungspflegesatz Psychotherapeutische Medizin			
8 541 Berechnungstage	×	96,50 EUR	= 824 207 EUR
Abteilungspflegesatz Kinder- und Jugendpsychiatrie			
12 483 Berechnungstage	×	248,00 EUR	= 3 095 784 EUR
			Summe Budgetbereich 10 951 993 EUR

**Summe Erlöse aus Krankenhausleistungen** 10 951 993 EUR  
**rd.** 10 951 000 EUR

**Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses**

350 Psychiatrie-Fälle	×	251,43 EUR	= 88 001 EUR
180 Kinder- und Jugend- psychiatrie-Fälle	×	336,60 EUR	= 60 558 EUR
			Summe Erlöse aus ambulanten Leistungen 148 589 EUR
			<b>rd.</b> 148 000 EUR

**Nutzungsentgelt der Ärzte**

Stationärer Bereich	50 000 EUR
ambulanter Bereich	6 000 EUR
Gutachtertätigkeit	2 000 EUR
	Summe Nutzungsentgelt der Ärzte 58 000 EUR

**II. Aufwendungen****1. Materialaufwand**

Die Aufwendungen sind aus dem Wirtschaftsplan 2004 abgeleitet worden. Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt.

**2. Personalaufwand**

Das Ist-Ergebnis 2003 ist auf das Geschäftsjahr 2005 hochgerechnet worden.

Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt.

In den Löhnen für Arbeiter/Arbeiterinnen sind 111 000 EUR für 8 ständige, nicht vollbeschäftigte Kräfte veranschlagt, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

**3. Abschreibungen**

Veranschlagt sind Abschreibungen für den nicht geförderten Bereich.

**4. Sonstige betriebliche Aufwendungen**

Die Aufwendungen sind aus dem Wirtschaftsplan 2004 abgeleitet worden. Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt.

Anlage zu den Erläuterungen zu B. II. 2 des Wirtschaftsplans 2005 des Landeskrankenhauses Tiefenbrunn  
(Übersicht über die Stellen der Angestellten und Arbeiter)

Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2005	2004		
<b>Angestellte<sup>6)</sup></b>				
I b	11	11		1) 7 Stellen im Sozial- und Erziehungsdienst ku nach Verg.-Gr. V c nach Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen. 2) 12 (17) kw. 3) 3 (3) Stellen können bei Bedarf mit je 2,5 Ärztinnen/Ärzten im Praktikum besetzt werden. 4) 10% der Stellen dürfen mit Beschäftigten der Verg.-Gr. Kr. I oder Kr. II besetzt werden. 5) 10% der Stellen dürfen für Erzieherinnen/Erzieher in Anspruch genommen werden. 6) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf denen Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
II a <sup>3)</sup>	13	13		
III	3	3		
IV a	2	2		
IV b	6	6		
V b <sup>1)</sup>	9	9		
V c	28	28		
VI b	10	10		
VII	2	2		
VIII	4	4		
IX b	1	1		
IX b-VII	7	7		
Sondervergütungen*)	2	2		
Kr. VIII	1	1		
Kr. VI	22	22		
Kr. V a	9	9		
Kr. V <sup>4)</sup> 5)	27	27		
	157	157	Zusammen	
Leerstellen <sup>2)</sup> :				
I b	1	2		
II a	1	1		
IV b	1	1		
V c	2	4		
VI b	—	1		
Kr. VI	4	4		
Kr. V a	1	1		
Kr. V	2	3		
	12	17	Zusammen	

\*) 2 Prakt. für med. Hilfsberufe und Prakt. für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes  
 – TV über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt) vom 22. 3. 1991 (Nds. MBl. S. 570) in der jeweils gültigen Fassung.

Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2005	2004		
<b>Arbeiter/-innen<sup>1)</sup></b>				
6	1	1		1) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf denen Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
5	10	10		
4	3	3		
3	7	7		
2 a	1	1		
1	27	27		
	49	49	Zusammen	

Erläuterungen zu den Arbeitern/Arbeiterinnen

	Auszubildende	
	2005	2004
Auszubildende im Verwaltungsdienst (inklusive DV-Berufe)	1	1
Auszubildende im Hauswirtschaftlichen und Sonstigen Dienst	2	—
Zusammen	3	1



**Wirtschaftsplan für das  
Landeskrankenhaus Wehnen**  
(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)  
**für das Geschäftsjahr 2005**

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der Betriebsanweisung für die als Landesbetriebe geführten Landeskrankenhäuser im Geschäftsbereich des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit.

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Niedersächsisches Landeskrankenhaus Wehnen****A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2005**

Positionsbezeichnung	Soll 2005 Tsd. EUR	Plan 2004 Tsd. EUR	Ist 2003 Tsd. EUR
<b>I. Finanzbedarf</b>			
1. Investitionen gemäß VV-HNds (ZR-GPI):			
– Bebaute Grundstücke	—	—	—
– Unbebaute Grundstücke	—	—	—
– Gebäude	—	—	—
– Maschinen und Anlagen	—	—	—
– Fahrzeuge	65	38	40
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	498	1 092	399
<b>Summe 1.:</b>	<b>563</b>	<b>1 130</b>	<b>439</b>
2. Sonstige Investitionen:			
– Gebäude	—	—	—
– Maschinen und Anlagen	—	—	—
– Fahrzeuge	—	—	—
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	480	480	301
<b>Summe 2.:</b>	<b>480</b>	<b>480</b>	<b>301</b>
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
– Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	—	—	—
– Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben, z. B. Zahlungen von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)	—	—	—
– Mieten	17	17	17
– Deckungsmittelvortrag auf Folgejahr			
– Fördermittel	—	—	—
– Abschreibungen	—	31	80
– Ablieferung an den Landeshaushalt	—	—	—
– Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)	—	—	—
<b>Summe 3.:</b>	<b>17</b>	<b>48</b>	<b>97</b>
4. Positiver Überleitungsbetrag:	—	—	—
<b>Summe I.:</b>	<b>1 060</b>	<b>1 658</b>	<b>837</b>
<b>II. Deckungsmittel</b>			
1. Deckungsmittel:			
– Jahresüberschuss laut Erfolgsplan			
– Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z. B. eingehende Zahlungen für Forderungen)	—	—	—
– noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren			
– Fördermittel	—	—	—
– Abschreibungen	39	72	81
– Zuschüsse aus Drittmitteln			
(soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)			
– Zuführung aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
– Fördermittel nach § 9 Abs. 2 Nr. 1 KHG	17	17	17
– Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG	736	736	704
– Abschreibungen	130	130	35
– Überschussverwendung	138	703	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>1 060</b>	<b>1 658</b>	<b>837</b>
2. Negativer Überleitungsbetrag:	—	—	—
<b>Summe II.:</b>	<b>1 060</b>	<b>1 658</b>	<b>837</b>

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Niedersächsisches Landeskrankenhaus Wehnen****B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005**

Positionsbezeichnung	Soll 2005 Tsd. EUR	Plan 2004 Tsd. EUR	Ist 2003 Tsd. EUR
<b>I. Erträge</b>			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:	1 626	1 604	1 604
Summe 1.:	1 626	1 604	1 604
2. Umsatzerlöse:			
– Erlöse aus Krankenhausleistungen	36 768	35 652	34 986
– Erlöse aus Wahlleistungen	—	26	25
– Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	486	445	486
– Nutzungsentgelt der Ärzte	21	16	21
Summe 2.:	37 275	36 139	35 518
3. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	—	—	—
Summe 3.:	—	—	—
4. Andere aktivierte Eigenleistungen:	—	—	—
Summe 4.:	—	—	—
5. Sonstige betriebliche Erträge:			
– Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	112	104	112
– Sonstige ordentliche Erträge	215	248	215
– Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen	—	—	—
– Übrige betriebliche Erträge	24	21	24
Summe 5.:	351	373	351
6. Zinserträge und ähnliche Erträge:			
– Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	2	1
Summe 6.:	2	2	1
<b>Summe I.:</b>	<b>39 254</b>	<b>38 118</b>	<b>37 474</b>
<b>II. Aufwendungen</b>			
1. Materialaufwand:			
– Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	3 051	2 636	2 877
– Aufwendungen für bezogene Leistungen	1 402	1 341	1 322
Summe 1.:	4 453	3 977	4 199
2. Personalaufwand:			
2.1. Löhne und Gehälter			
– Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	625	698	607
– Vergütungen der Angestellten	19 680	19 392	18 669
– Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	2 734	2 750	2 576
– Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter	78	93	75
Summe 2.1.:	23 117	22 933	21 927
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung			
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Angestellte	4 013	3 809	3 804
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter	553	557	520
– Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	187	255	206
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarung	1 717	1 657	1 630
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarung	239	239	226
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund betrieblicher Vereinbarung	—	—	—
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund betrieblicher Vereinbarung	—	—	—
– Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	24	21	24
– Beihilfen für Angestellte	4	3	4
– Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	1	1	1
– Unterstützungen	—	—	—
– Fürsorgeleistungen	—	—	—
– Nicht zurechenbare Personalkosten	64	43	58
Summe 2.2.:	6 802	6 585	6 473
Summe 2.:	29 919	29 518	28 400
3. Abschreibungen:			
– Abschreibungen auf unbewegliches Anlagevermögen	—	—	—
– Abschreibungen auf bewegliches Anlagevermögen	135	135	39
Summe 3.:	135	135	39

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Niedersächsisches Landeskrankenhaus Wehnen****noch B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005**

Positionsbezeichnung	Soll 2005 Tsd. EUR	Plan 2004 Tsd. EUR	Ist 2003 Tsd. EUR
<b>noch II. Aufwendungen</b>			
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung			
– Mieten und Überlassungsentgelte	1 626	1 604	1 604
– Unterhaltung von Gebäuden	746	746	666
– Unterhaltung von Anlagen	273	273	266
– Energie	537	453	537
– Wasser	89	89	85
– Bewirtschaftungskosten	—	—	—
– Unterhaltung von Kfz	18	16	18
– Abgaben	70	68	70
<b>Summe 4.1.:</b>	<b>3 359</b>	<b>3 249</b>	<b>3 246</b>
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
– Geschäftsbedarf, Büromaterial	183	159	173
– Post- und Fernmeldegebühren	82	76	77
– Öffentlichkeitsarbeit	—	—	—
– Anwalts- und Gerichtskosten	50	22	47
– Versicherungen	68	53	64
– Zentrale Dienstleistungen	185	185	165
– sonst. Verwaltungbedarf	136	114	128
<b>Summe 4.2.:</b>	<b>704</b>	<b>609</b>	<b>654</b>
4.3. Sonstige personalbezogene Aufwendungen			
– Reisekosten	33	24	31
– Fahrgelder	—	—	—
– Aus- und Fortbildung	222	183	209
– Personalbeschaffungskosten	48	48	24
– Sonstiges	—	—	—
<b>Summe 4.3.:</b>	<b>303</b>	<b>255</b>	<b>264</b>
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
– Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	—	—	—
– Schadensersatzleistungen	—	—	—
– Abschreibungen auf Forderungen	47	33	47
– Periodenfremde Aufwendungen	—	—	43
– Sonstige ordentliche Aufwendungen	331	339	336
<b>Summe 4.4.:</b>	<b>378</b>	<b>372</b>	<b>426</b>
<b>Summe 4.:</b>	<b>4 744</b>	<b>4 485</b>	<b>4 590</b>
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	—	—	—
<b>Summe 5.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>Summe II.:</b>	<b>39 251</b>	<b>38 115</b>	<b>37 228</b>
<b>III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b> (Summe I. ./ Summe II.)	<b>– 3</b>	<b>3</b>	<b>246</b>
<b>IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen</b>			
1. Außerordentliche Erträge:			
– Taschengeld etc.	36	36	29
<b>Summe 1.:</b>	<b>36</b>	<b>36</b>	<b>29</b>
2. Außerordentliche Aufwendungen:			
– Taschengeld etc.	36	36	29
<b>Summe 2.:</b>	<b>36</b>	<b>36</b>	<b>29</b>
<b>V. Außerordentliches Ergebnis</b> (Außerordentliche Erträge ./ Außerordentliche Aufwendungen)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>VI. Steuern</b>			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
– Körperschaftsteuer	—	—	—
– Gewerbeertragsteuer	—	—	—
– Kapitalertragsteuer	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
2. Sonstige Steuern:			
– Kraftfahrzeugsteuer	2	2	2
– Grundsteuer	1	1	1
<b>Summe 2.:</b>	<b>3</b>	<b>3</b>	<b>3</b>
<b>VII. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b> (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./ Steuern)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>243</b>

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Niedersächsisches Landeskrankenhaus Wehnen****C. Überleitungsrechnung für das Geschäftsjahr 2005**

Positionsbezeichnung	Soll 2005 Tsd. EUR	Plan 2004 Tsd. EUR	Ist 2003 Tsd. EUR
<b>I. Erhöhung der Zuführung/Minderung der Ablieferung</b>			
Gewinnerhöhung ohne Geldfluss:			
- Erhöhung des Bestandes an unfertigen und fertigen Erzeugnissen	—	—	—
- Erhöhung des Forderungsbestandes	—	—	—
- Minderung von Rückstellungen	—	—	—
- Minderung von Wertberichtigungen	—	—	—
<b>Summe I.:</b>	—	—	—
<b>II. Minderung der Zuführung/Erhöhung der Ablieferung</b>			
Gewinnminderung ohne Geldfluss:			
- Abschreibungen für Abnutzung (ohne Abschreibungen für geringwertige Wirtschaftsgüter nach § 6 Abs. 2 EStG)	—	—	—
- Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	—	—	—
- Abschreibungen auf Forderungen	—	—	—
- Erhöhung von Rückstellungen	—	—	—
- Erhöhung von Wertberichtigungen	—	—	—
<b>Summe II.:</b>	—	—	—
<b>III. Überleitungsbetrag</b> (Summe I. ./ Summe II.)	—	—	—

**Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Wirtschaftsplans  
des Landeskrankenhauses Wehen für das Geschäftsjahr 2005**

---

**A. Finanzplan**

Folgende Investitionen übersteigen 25 000 EUR im Einzelfall:

**Fahrzeuge**

1 Elektrofahrzeug für die Versorgung der Stationen	40 000 EUR
1 PKW-Kombi	25 000 EUR

**Einrichtung und Ausstattung**

1 Klinisch-Chemischer Analyseautomat	100 000 EUR
1 Einrichtung und Ausstattungsgegenstände für eine sanierte Station	30 000 EUR

**B. Erfolgsplan****I. Erträge****1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke**

Erstattung Überlassungsentgelte	1 626 000 EUR
---------------------------------	---------------

**2. Umsatzerlöse****Erlöse aus Krankenhausleistungen****KHG-Bereich**

Basispflegesatz vollstationär			
128 444	Berechnungstage ×	63,67 EUR	= 8 178 029 EUR
Basispflegesatz teilstationär			
10 350	Berechnungstage ×	57,31 EUR	= 593 159 EUR
Abteilungspflegesatz Psychiatrie vollstat.			
128 444	Berechnungstage ×	150,02 EUR	= 19 269 094 EUR
Abteilungspflegesatz Psychiatrie teilstat.			
10 350	Berechnungstage ×	81,74 EUR	= 846 009 EUR
			Summe Budgetbereich 28 886 290 EUR

**Forensik**

Regelbehandlung nach § 63 StGB			
29 200	Berechnungstage ×	205,10 EUR	= 5 988 920 EUR
Offener Maßregelvollzug			
5 840	Berechnungstage ×	150,44 EUR	= 878 570 EUR
Allgemeinpsychiatrische Behandlung nach § 63 StGB			
1 825	Berechnungstage ×	213,84 EUR	= 390 258 EUR
Sonstige forensische Unterbringung			
2 920	Berechnungstage ×	213,84 EUR	= 624 413 EUR
			Summe Forensik 7 882 160 EUR

**Summe Erlöse aus Krankenhausleistungen** 36 768 450 EUR

rd. 36 768 000 EUR

**Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses**

1 934 Psychiatrie-Fälle	×	251,43 EUR	= 486 266 EUR
-------------------------	---	------------	---------------

**Summe Erlöse aus ambulanten Leistungen** 486 266 EUR

rd. 486 000 EUR

**Nutzungsentgelt der Ärzte**

Stationärer Bereich	17 297 EUR
ambulanter Bereich	1 512 EUR
Gutachtertätigkeit	2 248 EUR

**Summe Nutzungsentgelt der Ärzte** 21 057 EUR

rd. 21 000 EUR

**II. Aufwendungen****1. Materialaufwand**

Die Aufwendungen sind aus dem Wirtschaftsplan 2004 abgeleitet worden. Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt.

**2. Personalaufwand**

Das Ist-Ergebnis 2003 ist auf das Geschäftsjahr 2005 hochgerechnet worden. Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt.

**3. Abschreibungen**

Veranschlagt sind Abschreibungen für den nicht geförderten Bereich.

**4. Sonstige betriebliche Aufwendungen**

Die Aufwendungen sind aus dem Wirtschaftsplan 2004 abgeleitet worden. Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt.

Anlage zu den Erläuterungen zu B. II. 2 des Wirtschaftsplans 2005 des Landeskrankenhauses Wehnen  
(Übersicht über die Stellen der Angestellten und Arbeiter)

Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2005	2004		
<b>Angestellte<sup>8)</sup></b>				
I a <sup>7)</sup>	2	2		1) 1 Stelle ku nach Verg.-Gr. V b mit dem Ausscheiden des Stelleninhabers (- Wirtschaftsdienst -).
I b	17	15		2) 10% der Stellen dürfen mit Beschäftigten der Verg.-Gr. Kr. I oder Kr. II besetzt werden.
II a <sup>4)</sup>	36	36		3) Für je 7 fehlende Schüler/-innen in der Krankenpflege kann bei Bedarf 1 Pflegekraft im Krankenpflagedienst nach Verg.-Gr. Kr. V oder einer niedrigeren Verg.-Gr. zusätzlich beschäftigt werden.
IV a	5	4		4) 3 (3) Stellen können bei Bedarf mit je 2,5 Ärzten/-innen im Praktikum besetzt werden.
IV b <sup>1)</sup>	27	27		5) 31 (31) kw.
V b	5	6		6) 5% der Stellen dürfen für Erzieherinnen/Erzieher in Anspruch genommen werden.
V c	62	62		7) 1 Stelleninhaber erhält eine persönliche Zulage entsprechend dem Unterschiedsbetrag zwischen Verg.-Gr. I a BAT und Verg.-Gr. I BAT.
VI b	2	2		8) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf denen Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
VII	9	9		
VIII	9	9		
IX b-VII	10	10		
Sondervergütungen*)	4	4		
Kr. VIII	3	3		
Kr. VII	13	13		
Kr. VI	36	36		
Kr. V a	6	6		
Kr. V <sup>2)3)6)</sup>	265	259		
	511	503	Zusammen	
<b>Leerstellen<sup>5)</sup>:</b>				
II a	4	5		
IV b	1	1		
V c	1	1		
VII	1	—		
IX b - VII	1	2		
Kr. VIII	1	1		
Kr. V	22	21		
	31	31	Zusammen	

\*) 4 Prakt. für med. Hilfsberufe und Prakt. für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes  
- TV über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt) vom 22. 3. 1991 (Nds. MBl. S. 570) in der jeweils gültigen Fassung.

Erläuterungen zu den Angestellten

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. I b	2	Ärztlicher Dienst
Verg.-Gr. Kr. V	6	Krankenpflagedienst
Zusammen	8	
Höhergruppierungen:		
Verg.-Gr. IV a	1	von Verg.-Gr. V b
Sonstige Veränderungen:		
Ausbringung eines	HV Nr. 7	bei Verg.-Gr. I a.

**Anlage zu den Erläuterungen zu B. II. 2 des Wirtschaftsplans 2005 des Landeskrankenhauses Wehnen  
(Übersicht über die Stellen Angestellten und Arbeiter)**

Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2005	2004		
<b>Arbeiter/-innen<sup>1)</sup></b>				
6	28	28		1) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf denen Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
5	4	4		
4	2	2		
3	29	29		
2 a	4	4		
2	9	9		
1	33	33		
	109	109	Zusammen	2) 3 (-) kw.
			Leerstellen <sup>2)</sup> :	
1	3	—		
	3	—	Zusammen	

Erläuterungen zu den Arbeitern/Arbeiterinnen

	<b>Auszubildende</b>	
	2005	2004
Schülerinnen/Schüler in der Krankenpflege	70	70
Auszubildende im Verwaltungsdienst	—	—
Auszubildende im Hauswirtschaftlichen und Sonstigen Dienst	1	1
Zusammen	71	71

**Wirtschaftsplan für das  
Landeskrankenhaus Wunstorf**  
(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)  
**für das Geschäftsjahr 2005**

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der Betriebsanweisung für die als Landesbetriebe geführten Landeskrankenhäuser im Geschäftsbereich des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit.

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Niedersächsisches Landeskrankenhaus Wunstorf

### A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 Tsd. EUR	Plan 2004 Tsd. EUR	Ist 2003 Tsd. EUR
<b>I. Finanzbedarf</b>			
1. Investitionen gemäß VV-HNds (ZR-GPI):			
– Bebaute Grundstücke	—	—	—
– Unbebaute Grundstücke	—	—	—
– Gebäude	—	—	—
– Maschinen und Anlagen	—	—	—
– Fahrzeuge	—	—	—
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
2. Sonstige Investitionen:			
– Gebäude	—	—	—
– Maschinen und Anlagen	—	—	—
– Fahrzeuge	—	—	—
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	900	900	887
<b>Summe 2.:</b>	<b>900</b>	<b>900</b>	<b>887</b>
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
– Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	—	—	—
– Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben, z. B. Zahlungen von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)	—	—	—
– Mieten	191	211	191
– Deckungsmittelvortrag auf Folgejahr			
– Fördermittel	—	—	—
– Abschreibungen	33	—	—
– Ablieferung an den Landeshaushalt	—	—	—
– Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)	—	—	—
<b>Summe 3.:</b>	<b>224</b>	<b>211</b>	<b>191</b>
4. Positiver Überleitungsbetrag:	—	—	—
<b>Summe I.:</b>	<b>1 124</b>	<b>1 111</b>	<b>1 078</b>
<b>II. Deckungsmittel</b>			
1. Deckungsmittel:			
– Jahresüberschuss laut Erfolgsplan			
– Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z. B. eingehende Zahlungen für Forderungen)	—	—	—
– noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren			
– Fördermittel	—	—	13
– Abschreibungen	33	—	33
– Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	—	—	—
– Zuführung aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
– Fördermittel nach § 9 Abs. 2 Nr. 1 KHG	—	—	—
– Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG	741	741	750
– Abschreibungen	150	170	282
– Überschussverwendung	200	200	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>1 124</b>	<b>1 111</b>	<b>1 078</b>
2. Negativer Überleitungsbetrag:	—	—	—
<b>Summe II.:</b>	<b>1 124</b>	<b>1 111</b>	<b>1 078</b>

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Niedersächsisches Landeskrankenhaus Wunstorf

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 Tsd. EUR	Plan 2004 Tsd. EUR	Ist 2003 Tsd. EUR
<b>I. Erträge</b>			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:	2 859	2 857	2 823
Summe 1.:	2 859	2 857	2 823
2. Umsatzerlöse:			
– Erlöse aus Krankenhausleistungen	43 472	43 059	41 899
– Erlöse aus Wahlleistungen	—	—	—
– Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	1 593	1 409	1 545
– Nutzungsentgelt der Ärzte	15	14	27
Summe 2.:	45 080	44 482	43 471
3. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	—	—	—
Summe 3.:	—	—	—
4. Andere aktivierte Eigenleistungen:	—	—	—
Summe 4.:	—	—	—
5. Sonstige betriebliche Erträge:			
– Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	81	81	144
– Sonstige ordentliche Erträge	410	410	687
– Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	—	—	—
– Übrige betriebliche Erträge	292	292	73
Summe 5.:	783	783	905
6. Zinserträge und ähnliche Erträge:			
– Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	2
Summe 6.:	—	—	2
<b>Summe I.:</b>	<b>48 722</b>	<b>48 122</b>	<b>47 200</b>
<b>II. Aufwendungen</b>			
1. Materialaufwand:			
– Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	2 127	2 127	2 509
– Aufwendungen für bezogene Leistungen	1 425	1 425	1 255
Summe 1.:	3 552	3 552	3 764
2. Personalaufwand:			
2.1. Löhne und Gehälter			
– Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	378	390	368
– Vergütungen der Angestellten	26 766	26 227	24 612
– Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	2 933	3 042	2 461
– Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter	—	—	—
Summe 2.1.:	30 076	29 659	27 441
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung			
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Angestellte	4 908	4 789	4 351
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter	649	670	517
– Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	118	137	129
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarung	2 323	2 231	2 131
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarung	266	270	224
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund betrieblicher Vereinbarung	—	—	—
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund betrieblicher Vereinbarung	—	—	—
– Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	31	31	15
– Beihilfen für Angestellte	19	19	6
– Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	10	10	6
– Unterstützungen	—	—	—
– Fürsorgeleistungen	—	—	—
– Nicht zurechenbare Personalkosten	137	123	190
Summe 2.2.:	8 461	8 280	7 569
Summe 2.:	38 537	37 939	35 010
3. Abschreibungen:			
– Abschreibungen auf unbewegliches Anlagevermögen	—	—	—
– Abschreibungen auf bewegliches Anlagevermögen	220	220	3
Summe 3.:	220	220	3

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Niedersächsisches Landeskrankenhaus Wunstorf****noch B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005**

Positionsbezeichnung	Soll 2005 Tsd. EUR	Plan 2004 Tsd. EUR	Ist 2003 Tsd. EUR
<b>noch II. Aufwendungen</b>			
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung			
– Mieten und Überlassungsentgelte	2 859	2 857	2 823
– Unterhaltung von Gebäuden	810	810	1 990
– Unterhaltung von Anlagen	480	480	1 243
– Energie	825	825	732
– Wasser	165	165	154
– Bewirtschaftungskosten	—	—	—
– Unterhaltung von Kfz	35	35	43
– Abgaben	100	100	112
Summe 4.1.:	5 274	5 272	7 097
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
– Geschäftsbedarf, Büromaterial	123	123	187
– Post- und Fernmeldegebühren	75	75	229
– Versicherungen	—	—	—
– Öffentlichkeitsarbeit	—	—	—
– Anwalts- und Gerichtskosten	65	65	115
– Versicherungen	121	121	115
– Zentrale Dienstleistungen	151	151	210
– sonst. Verwaltungsbedarf	75	75	1 687
Summe 4.2.:	610	610	2 544
4.3. Sonstige personalbezogene Aufwendungen			
– Reisekosten	20	20	46
– Fahrgelder	—	—	—
– Aus- und Fortbildung	74	74	196
– Personalbeschaffungskosten	10	10	22
– Sonstiges	122	122	195
Summe 4.3.:	226	226	460
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
– Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	—	—	—
– Schadensersatzleistungen	—	—	—
– Abschreibungen auf Forderungen	50	50	15
– Periodenfremde Aufwendungen	50	50	50
– Sonstige ordentliche Aufwendungen	137	137	570
– andere sonstige ordentliche Aufwendungen	55	55	33
Summe 4.4.:	292	292	669
Summe 4.:	6 402	6 400	10 770
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	—	—	—
Summe 5.:	—	—	—
<b>Summe II.:</b>	<b>48 711</b>	<b>48 111</b>	<b>49 548</b>
<b>III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b> (Summe I. ./ Summe II.)	<b>11</b>	<b>11</b>	<b>– 2 348</b>
<b>IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen</b>			
1. Außerordentliche Erträge:			
– Taschengeld etc.	52	52	21
Summe 1.	52	52	21
2. Außerordentliche Aufwendungen:			
– Taschengeld etc.	52	52	21
Summe 2.:	52	52	21
<b>V. Außerordentliches Ergebnis</b> (Außerordentliche Erträge ./ Außerordentliche Aufwendungen)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>VI. Steuern</b>			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
– Körperschaftssteuer	—	—	—
– Gewerbeertragsteuer	—	—	—
– Kapitalertragsteuer	—	—	—
Summe 1.:	—	—	—
2. Sonstige Steuern:			
– Kraftfahrzeugsteuer	11	11	—
– Grundsteuer	—	—	—
Summe 2.:	11	11	—
<b>VII. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b> (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./ Steuern)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>– 2 348</b>

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Niedersächsisches Landeskrankenhaus Wunstorf****C. Überleitungsrechnung für das Geschäftsjahr 2005**

Positionsbezeichnung	Soll 2005 Tsd. EUR	Plan 2004 Tsd. EUR	Ist 2003 Tsd. EUR
<b>I. Erhöhung der Zuführung/Minderung der Ablieferung</b>			
Gewinnerhöhung ohne Geldfluss:			
- Erhöhung des Bestandes an unfertigen und fertigen Erzeugnissen	—	—	—
- Erhöhung des Forderungsbestandes	—	—	—
- Minderung von Rückstellungen	—	—	—
- Minderung von Wertberichtigungen	—	—	—
<b>Summe I.:</b>	—	—	—
<b>II. Minderung der Zuführung/Erhöhung der Ablieferung</b>			
Gewinnminderung ohne Geldfluss:			
- Abschreibungen für Abnutzung (ohne Abschreibungen für geringwertige Wirtschaftsgüter nach § 6 Abs. 2 EStG)	—	—	—
- Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	—	—	—
- Abschreibungen auf Forderungen	—	—	—
- Erhöhung von Rückstellungen	—	—	—
- Erhöhung von Wertberichtigungen	—	—	—
<b>Summe II.:</b>	—	—	—
<b>III. Überleitungsbetrag</b> (Summe I. ./ Summe II.)	—	—	—

**Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Wirtschaftsplans  
des Landeskrankenhauses Wunstorf für das Geschäftsjahr 2005**

---

**A. Finanzplan**

Folgende Investitionen übersteigen 25 000 EUR im Einzelfall: —

**B. Erfolgsplan****I. Erträge****1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke**

Erstattung Überlassungsentgelte 2 859 000 EUR

**2. Umsatzerlöse****Erlöse aus Krankenhausleistungen****KHG-Bereich**

Basispflegesatz vollstationär					
135 671	Berechnungstage	×	63,30 EUR	=	8 587 974 EUR
Basispflegesatz teilstationär					
8 778	Berechnungstage	×	56,98 EUR	=	500 170 EUR
Abteilungspflegesatz Psych. vollstat.					
125 597	Berechnungstage	×	144,14 EUR	=	18 103 552 EUR
Abteilungspflegesatz Psych. teilstat.					
6 938	Berechnungstage	×	108,04 EUR	=	749 582 EUR
Abteilungspflegesatz KJP vollstat.					
10 074	Berechnungstage	×	253,18 EUR	=	2 550 535 EUR
Abteilungspflegesatz KJP teilstat.					
1 840	Berechnungstage	×	189,90 EUR	=	349 416 EUR
					30 841 229 EUR
	Summe Budgetbereich				

**Forensik**

Regelbehandlung nach § 63 StGB					
28 105	Berechnungstage	×	205,10 EUR	=	5 764 336 EUR
Allgemeinpsychiatrische Behandlung nach § 63 StGB					
1 825	Berechnungstage	×	207,44 EUR	=	378 578 EUR
Regelbehandlung nach. § 64 StGB wegen sonst. Suchtstoffkrankungen					
29 200	Berechnungstage	×	198,50 EUR	=	5 796 200 EUR
Sonstige forensische Unterbringung					
2 920	Berechnungstage	×	205,10 EUR	=	598 892 EUR
					12 538 006 EUR
	Summe Forensik				

**Heimbereich**

Pflegefälle					
1 095	Berechnungstage	×	85,50 EUR	=	93 623 EUR
					43 472 857 EUR
	<b>Summe Erlöse aus Krankenhausleistungen</b>				
	<b>rd.</b>				<b>43 472 000 EUR</b>

**Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses**

Psychiatriefälle					
5 000	Fälle	×	251,43 EUR	=	1 257 150 EUR
Kinder- und Jugendpsychiatriefälle					
1 000	Fälle	×	336,60 EUR	=	336 600 EUR
					1 593 750 EUR
	<b>Summe Erlöse aus ambulanten Leistungen</b>				
	<b>rd.</b>				<b>1 593 000 EUR</b>

**Nutzungsentgelt der Ärzte**

Gutachtertätigkeit 15 000 EUR

**II. Aufwendungen****1. Materialaufwand**

Die Aufwendungen sind aus dem Wirtschaftsplan 2004 abgeleitet worden. Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt.

**2. Personalaufwand**

Das Ist-Ergebnis 2003 ist auf das Geschäftsjahr 2005 hochgerechnet worden. Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt.

In den Löhnen für Arbeiter/Arbeiterinnen sind 65 000 EUR für 6 stündige, nicht vollbeschäftigte Kräfte veranschlagt, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

**3. Abschreibungen**

Veranschlagt sind Abschreibungen für den nicht geförderten Bereich.

**4. Sonstige betriebliche Aufwendungen**

Die Aufwendungen sind aus dem Wirtschaftsplan 2004 abgeleitet worden. Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt.

**Anlage zu den Erläuterungen zu B. II. 2 des Wirtschaftsplans 2005 des Landeskrankenhauses Wunstorf  
(Übersicht über die Stellen der Angestellten und Arbeiter)**

Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2005	2004		
<b>Angestellte<sup>9)</sup></b>				
I a <sup>1)</sup>	1	1		1) 1 Stelleninhaber erhält eine persönliche Zulage entsprechend dem Unterschiedsbetrag zwischen Verg.-Gr. I a BAT und Verg.-Gr. I BAT. 2) 10% der Stellen dürfen mit Beschäftigten der Verg.-Gr. Kr. I oder Kr. II besetzt werden. 3) Für je 7 fehlende Schüler/-innen in der Krankenpflege kann bei Bedarf 1 Pflegekraft im Krankenpflagedienst nach Verg.-Gr. Kr. V oder einer niedrigeren Verg.-Gr. zusätzlich beschäftigt werden. 4) 4 (4) Stellen können bei Bedarf mit je 2,5 Ärzten/-innen im Praktikum besetzt werden. 5) 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden. 6) 23 (23) kw. 7) 5% der Stellen dürfen für Erzieherinnen/Erzieher in Anspruch genommen werden. 9) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf denen Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
I b	20	18		
II a <sup>4)</sup>	59	58		
IV a	7	6		
IV b	34	34		
V b	5	5		
V c	81	81		
VI b	8	8		
VII	14	14		
VIII	15	15		
IX b–VII Sondervergütungen*)	7	7		
Kr. VIII	2	2		
Kr. VII	6	6		
Kr. VI <sup>9)</sup>	56	54		
Kr. V <sup>2)3)7)</sup>	333	329		
	<u>659</u>	<u>649</u>	Zusammen	
Leerstellen <sup>6)</sup> :				
II a	3	3		
IV b	1	1		
V c	5	5		
VII	2	2		
Kr. V	12	12		
	<u>23</u>	<u>23</u>	Zusammen	

\*) 7 Prakt. für med. Hilfsberufe und Prakt. für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes  
– TV über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt) vom 22. 3. 1991 (Nds. MBl. S. 570) in der jeweils gültigen Fassung.

Erläuterungen zu den Angestellten

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. I b	2	Ärztlicher Dienst
Verg.-Gr. II a	1	Ärztlicher Dienst
Verg.-Gr. IV a	1	Sozialdienst
Verg.-Gr. Kr. VI	2	Krankenpflagedienst
Verg.-Gr. Kr. V	4	Krankenpflagedienst
Zusammen	<u>10</u>	

Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen	
	2005	2004			
<b>Arbeiter/-innen</b>					
6	9	9		1) 3 (3) kw. 2) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf denen Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.	
5	15	15			
4	17	17			
3	4	4			
2 a	7	7			
2	20	20			
1	27	27			
	<u>99</u>	<u>99</u>	Zusammen		
Leerstellen <sup>1)</sup> :					
2 a	2	2			
4	1	1			
	<u>3</u>	<u>3</u>	Zusammen		

Erläuterungen zu den Arbeitern/Arbeiterinnen

	<b>Auszubildende</b>	
	2005	2004
Schülerinnen/Schüler in der Krankenpflege	69	69
Auszubildende im Verwaltungsdienst	4	4
Auszubildende im Hauswirtschaftlichen und Sonstigen Dienst	11	11
Zusammen	<u>84</u>	<u>84</u>

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0522 Landesbildungszentren für Hörgeschädigte**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
<b>EINNAHMEN</b>							
111 61-0	124	Elternentgelte <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 61.</i>		–	–	–	–
119 01-8	124	Vermischte Einnahmen		1	1	–	15
119 21-2	124	Einnahmen aus der Teilnahme des Personals und Sonstiger an der Verpflegung		80	70	+10	83
119 24-7	124	Einnahmen für Unterkunft, Verpflegung und Ausbildung		8.300	8.200	+100	9.282
119 41-7	124	Rückzahlung von Überzahlungen		–	–	–	19
119 46-8	124	Ersatzleistungen		1	1	–	0
124 01-1	124	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		110	107	+3	114
125 10-7	124	Erlöse der Werkstätten, technischen Betriebe und Gärtnerei		6	5	+1	2
132 01-4	124	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		1	5	-4	12
231 10-1	124	Erstattung des Bundes für Beschäftigungs- entgelte an Zivildienstleistende <i>Vgl. K-Vermerk zu 427 10.</i>		–	–	–	46
235 01-8	124	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbe- schaffung		–	–	–	4
281 10-9	124	Erstattung besonderer Auslagen <i>*** Vergl.K-Vermerk zu 547 11,681 11,681 12 und 681 13.</i>		652	652	–	590
282 10-5	124	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland <i>Vgl. K-Vermerk zu 511 15.</i>		–	–	–	3
		Summe für inzwischen weggefallene Titel			1	-1	
<b>AUSGABEN</b>							
422 01-2	124	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtin- nen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbud- gets	–	18.774	18.828	-54	251
422 06-3	124	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	–	–	–	–	–
422 11-0	124	Dienstbezüge der beamteten Lehrkräfte -lfd. Zahlungen-	–	–	–	–	8.499
422 19-5	124	Altersteilzeitzuschläge	–	–	–	–	64
425 01-1	124	Vergütungen der Angestellten	–	–	–	–	5.967
425 03-8	124	Vergütungen der ständigen, nur stundenwei- se beschäftigten Angestellten	–	–	–	–	38
425 04-6	124	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	–	–	–	–	–
425 06-2	124	Überstundenvergütungen für Angestellte	–	–	–	–	–
425 11-9	124	Vergütungen der nichtbeamte- ten,vollbeschäftigten Lehrkräfte	–	–	–	–	2.242
426 01-8	124	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	–	–	–	–	1.685
426 03-4	124	Löhne der ständigen, nur stundenweise be- schäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	–	–	–	–	–
426 04-2	124	Löhne der in Ausbildung befindlichen Ar- beiterinnen und Arbeiter	–	–	–	–	–

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 0522**

Die Landesbildungszentren für Hörgeschädigte (LBZH) sind un- selbstständige Anstalten des öffentlichen Rechts in der Trägerschaft des Landes Niedersachsen.

Gemäß dem gemeinsamen Organisationserlass des MS/MK (in der jeweils gültigen Fassung) sind die Landesbildungszentren für Hörgeschädigte soziale Einrichtungen mit Schulen im Sinne des Nds. Schulgesetzes.

Die Landesbildungszentren für Hörgeschädigte nehmen ganzheit- lich soziale (Eingliederungshilfe nach dem SGB XII), schulische (Nds. Schulgesetz) und berufsbildende (Berufsbildungsgesetz) Förderaufgaben wahr und decken als Kompetenzzentren den hör- geschädigten spezifischen Förderbedarf für gehörlose, schwerhöri- ge und zentral-auditiv wahrnehmungsgestörte Menschen vom ersten frühkindlichen Stadium bis zum Eintritt in das Erwerbsle- ben ab.

Es sind vorhanden:

Landesbildungs- zentren für Hör- geschädigte in	Schüler/ -innen / Berufsschü- ler/-innen	Auszu- bildende	Kindergar- tenkinder
Braunschweig	210 (220)	- (-)	20 (22)
Hildesheim	300 (300)	73 (73)	30 (20)
Oldenburg	241 (225)	- (-)	42 (32)
Osnabrück	336 (373)	11 (12)	18 (16)
Zusammen	1.087 (1.118)	84 (85)	110 (104)

In Klammern ist die Anzahl aus dem Vorjahr angegeben.

**Zu 119 24**

	Tsd. EUR
190 Schüler/Schülerinnen	3.862
46 Auszubildende (stationär)	1.462
24 Auszubildende (ambulant)	364
110 Kindergartenkinder (teilstationär)	2.612
Zusammen	8.300

**Zu 124 01**

	Tsd. EUR
1. Amts- und Dienstwohnungen	21
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	20
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	–
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	–
5. Sonstige Mieten und Pachten	69
Zusammen	110

**Zu 132 01**

	Tsd. EUR
1. Geräte	1
2. Maschinen	-
3. Ausstattungsgegenstände	-
4. Akten, Drucksachen und dgl.	-
Zusammen	1

**Zu 281 10**

Erstattung der Aufwendungen für stationäre und ambulante Krankenbehandlung außerhalb des Hauses. Fahrgelder, Ferienrei- sekosten, Bekleidung, Barbeträge, Weihnachtsbeihilfen und dgl. (vgl. Erl. zu 547 11, 681 11, 681 12 und 681 13).

**Zu 282 10**

Von Dritten werden hin und wieder Zuschüsse gegeben, die über Titel 511 15 ihrem Verwendungszweck zugeführt werden.

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
393,39	399,39	390,56

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
18.774	18.828	18.746

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	--
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	--
- Sonstige Veränderungen	--
Summe Zugänge	--

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	--
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	--
- Sonstige Veränderungen	6,00
Summe Abgänge	6,00
Bleibt Abgang	6,00

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0522 Landesbildungszentren für Hörgeschädigte**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004		
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
426 06-9	124	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	0
427 01-4	124	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	10	20	-10	1
427 02-2	124	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	—
427 10-3	124	Beschäftigungsentgelte für Zivildienstleistende <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 10.</i>	—	87	87	—	89
427 11-1	124	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	12	12	—	13
427 21-9	124	Entschädigungen für nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte	—	68	68	—	58
427 39-1	124	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	—
443 02-8	124	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	—	—	—	—
453 01-5	124	Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	2	2	—	—
453 11-2	124	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer/Teilnehmerinnen an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	—	—	—
511 01-5	124	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	135	144	-9	113
511 10-4	124	Beschaffung, Instandhaltung und Reinigung der Wäsche	—	12	12	—	9
511 11-2	124	Reinigung und Instandhaltung der Bekleidung für Schülerinnen/Schüler, Auszubildende und Kinder	—	—	—	—	—
511 12-0	124	Betriebstechn. Anlagen, Geräte und Ausstattungsgegenstände in den Wohn-, Schul- und Wirtschaftsräumen	—	180	193	-13	97
511 14-7	124	Maschinen und Geräte für Gärtnerei- und Werkstättenbetriebe	—	24	20	+4	10
511 15-5	124	Beschaffung aus Zuschüssen Dritter <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 10.</i>	—	—	—	—	—
514 01-4	124	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	40	40	—	32
514 10-3	124	Beköstigung	—	300	300	—	288
514 11-1	124	Arznei- und Stärkungsmittel, sowie Verbands- und Impfstoffe	—	2	2	—	1
514 12-0	124	Reinigungs- und Entwesungsmittel	—	12	12	—	8
514 13-8	124	Sachaufwand für Beschäftigung, Unterhaltung u.pers. Bedarf d. Kinder, Schüler u. Auszubildenden sowie f. bes. Schulungsmaßnahmen	—	66	126	-60	61
514 15-4	124	Verbrauchsmittel für Gärtnerei- und Werkstättenbetriebe	—	42	50	-8	32
517 01-3	124	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	1.120	1.050	+70	1.054
518 01-0	124	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	20	6	+14	1

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 427 11**

Für stundenweise beschäftigte Ärzte/Ärztinnen und Seelsorger/Seelsorgerinnen.

**Zu 511 01**

	Tsd. EUR
1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	5
2. Büro- und Kanzleibedarf	5
3. Bekanntmachungen	2
4. Sonstiger Geschäftsbedarf	–
5. Bücher und Zeitschriften	10
6. Post- und Fernmeldegebühren	51
7. Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	21
8. Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	39
9. Dienst- und Schutzkleidung	2
Zusammen	135

**Zu 511 15**

Vgl. Erläuterung zu 282 10.

**Zu 514 01**

**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1. 1. 2003	Soll 2003	Für 2004 erforderlich
Kombiwagen	9	9	9
Neunsitzer	3	3	3

**Zu 517 01**

Veranschlagt sind insbesondere Mittel für intensive Reinigungsarbeiten in den Schulen und Internaten entsprechend des Infektionsschutzgesetzes vom 20. 07. 2000 (BGBl. Teil I Nr. 33, S. 1045).

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0522 Landesbildungszentren für Hörgeschädigte**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
518 02-8	124	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	29	29	—	21
519 01-6	124	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	44	30	+14	30
521 10-0	124	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	10	10	—	7
525 01-6	124	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	40	47	-7	21
525 10-5	124	Lehr- und Lernmittel	—	96	150	-54	98
526 01-2	124	Sachverständige	—	2	2	—	3
526 02-0	124	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	1	1	—	4
527 01-9	124	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	75	75	—	69
527 02-7	124	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenanlagen	—	2	2	—	2
527 10-8	124	Kostenerstattungen an Eltern und Elternvertreter	—	5	5	—	6
546 01-3	124	Vermischte Ausgaben	—	1	—	+1	10
546 02-1	124	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	1	1	—	2
546 03-0	124	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	—	—	—	—
547 10-9	124	Kosten der Externatsunterbringung für Schüler und Lehrlinge	—	—	—	—	—
547 11-7	124	Sonstige Dienstleistungen Außenstehender im Auftrag oder für Rechnung der Kostenträger außerhalb des Pflegesatzes <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 547 11, 681 11, 681 12 und 681 13. *** Die Ausgaben bei 547 11, 681 11, 681 12 und 681 13 dürfen überschritten werden bis zur Höhe d. Mehreinnahmen bei 281 10.</i>	—	200	200	—	171
547 12-5	124	Kosten für Schullandheimaufenthalte und betriebspraktische Aufenthalte	—	38	38	—	31
547 14-1	124	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	16	15	+1	14
681 11-5	124	Kosten der Familienheimfahrten <i>Vgl. D-Vermerk zu 547 11. *** Die Ausgaben bei 547 11, 681 11, 681 12 und 681 13 dürfen überschritten werden bis zur Höhe d. Mehreinnahmen bei 281 10.</i>	—	368	368	—	339
681 12-3	124	Barbeträge an Schüler/Schülerinnen <i>Vgl. D-Vermerk zu 547 11. *** Die Ausgaben bei 547 11, 681 11, 681 12 und 681 13 dürfen überschritten werden bis zur Höhe d. Mehreinnahmen bei 281 10.</i>	—	75	75	—	63
681 13-1	124	Weihnachtsbeihilfen an Schüler/Schülerinnen <i>Vgl. D-Vermerk zu 547 11. *** Die Ausgaben bei 547 11, 681 11, 681 12 und 681 13 dürfen überschritten werden bis zur Höhe d. Mehreinnahmen bei 281 10.</i>	—	9	9	—	6
685 10-2	124	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	3	3	—	2
811 01-9	124	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	54	-54	25
812 15-5	124	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von sonstigen beweglichen Sachen	—	460	420	+40	150

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 519 01**

Veranschlagt sind die Ausgaben für kleinere Bauunterhaltungsmaßnahmen, die ab 2002 erstmals in den Kapiteln ausgewiesen werden. Der Ansatz ist vom MF zentral ermittelt worden.

**Zu 525 10**

	Tsd. EUR
1. Lehrbücher	52
2. Gerätschaften	30
3. Verbrauchsstoffe	14
Zusammen	96

Veranschlagt ist u.a. auch die Ausstattung der integrativ beschul-ten Schülerinnen und Schüler mit Lernmitteln.

**Zu 527 01**

**Bestand an anerkannten privaten Kraftfahrzeugen**

	Ist 1. 1. 2004	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Pkw	17	17	17

**Zu 527 10**

Veranschlagt sind gem. § 100 Abs. 3 NSchG die Reisekosten für die Teilnahme an einer Gesamtelternversammlung und zwei Ver-sammlungen der Klassenelternschaft in jedem Schuljahr.

**Zu 546 01**

Veranschlagt sind die Beiträge zur Unfallversicherung der Inter-natskinder.

**Zu 547 11**

Auslagen für die Schüler/Schülerinnen (vgl. Erläuterungen zu 281 10).

**Zu 681 11**

Familienheimfahrten werden gewährt als Teil der Eingliederungs-hilfe gem. § 54 Abs. 1 Nr. 1-3 SGB XII.  
(Vgl. Erl. zu 281 10).

**Zu 681 12**

Zahlungen im Auftrage der Träger der Sozialhilfe nach Maßgabe der Richtlinien nach den jeweils geltenden Richtlinien des MS.  
Vgl. Erl. zu 281 10.

**Zu 681 13**

Zahlungen im Auftrage der Träger der Sozialhilfe nach den jeweils geltenden Richtlinien des MS.  
Vgl. Erl. zu 281 10.

**Zu 811 01**

Kfz-Typ	Listenpreis einschl. MwSt. EUR
Ersatzbeschaffungen: (einschl. Sonderausstattung)	--

**Zu 812 15**

	Tsd. EUR
1. Frequenz-Modulations Höranlagen	78
2. Möblierung Speiseraum	23
3. Einbruchmeldeanlage	12
4. Aulabestuhlung	41
5. Geschirrspülmaschine	7
6. Bettenausstattung im Internat	10
7. IuK-Möbel für die Schule	10
8. Infrarot-Gegensprechanlage	16
9. Drehmaschine	67
10. Mobiliar für Fachräume	9
11. Mobiliar für die Internatsbereiche	11
12. Steuerungssystem Heizungsanlage	20
13. Kleintraktor	30
14. Lehrküche	91
15. Zimmerausstattungen der Therapeuten	7
16. Stelltrafo	6
17. Tageslicht-/Overheadprojektor	6
18. Sportausstattung	7
19. Kantenschleifmaschine	9
Zusammen	460

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0522 Landesbildungszentren für Hörgeschädigte**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
981 10-0	990	Abführung an 13 21 - 381 05	—	2.457	2.438	+19	2.437
		<b>Titelgruppe(n)</b>					
<b>TGr. 61</b>		<b>Kosten der Lernmittel in besonderen Fällen Übertragbar.</b> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 111 61.</i>	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
525 61-0	124	Beschaffung von Lernmittel durch Schulen	—	—	—	—	—
547 61-3	124	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
<b>TGr. 98/99</b>		<b>Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik</b>	(—)	(190)	(165)	(+25)	(205)
511 99-6	124	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	60	65	-5	33
519 99-7	124	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung von besonderen Betriebseinrichtungen	—	—	—	—	1
525 98-9	124	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch das IZN	—	2	2	—	1
525 99-7	124	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch Andere	—	15	25	-10	5
538 99-1	124	Dienstleistungen Anderer	—	17	17	—	10
812 99-6	124	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	96	56	+40	155
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		27	-27	
		<b>Abschluss Kapitel 0522</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		8.499	8.390	+109	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		652	652	—	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		9.151	9.042	+109	
		4 Personalausgaben	—	18.953	19.017	-64	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	2.607	2.696	-89	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	455	455	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	556	530	+26	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	2.457	2.438	+19	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	25.028	25.136	-108	
		<b>Zuschuss</b>		15.877	16.094	-217	

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 981 10**

Veranschlagt sind die Überlassungsentgelte für die Nutzung landeseigener Liegenschaften gem. § 64 LHO, die an den Einzelplan 13 abzuführen sind.

**Zu Titelgruppe 98/99**

Veranschlagt sind die Ausgaben für Beschaffung und Unterhaltung von Datenverarbeitungsverfahren und Datenverarbeitungsanlagen sowie die damit verbundenen Einrichtungen und Schulungen der Bediensteten.

**Zu 511 99**

	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf	2
2. Post- und Fernmeldegebühren	10
3. Geräte und Gebrauchsgegenstände	15
4. Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung von besonderen Betriebseinrichtungen	23
5. Verbrauchsmaterial	5
6. PC-Beschaffungen für Lehrwerkstätten und -klassen	5
Zusammen	60

**Zu 538 99**

Erwerb und Weiterentwicklung von Programmen, Verfahrens- und Programmpflege.

Für die Abrechnung der Pflegekosten mit den einzelnen Kostenträgern wird eine private EDV-Anlage in Anspruch genommen.

**Zu 812 99**

	Tsd. EUR
1. PC für die Verwaltung	20
2. IuK-Aussattung Computerraum	24
3. Beamer	15
4. IuK-Ausstattung Klassenraum	25
5. Mobile Medieneinheit	12
Zusammen	96

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0523 Landesbildungszentrum für Blinde**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
111 61-4	124	Elternentgelte <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 61.</i>		—	—	—	—
119 01-1	124	Vermischte Einnahmen		3	3	—	1
119 21-6	124	Einnahmen aus der Teilnahme des Personals und sonstiger an der Verpflegung		22	22	—	18
119 24-0	124	Einnahmen für Unterkunft und Verpflegung sowie für die Ausbildung der Umschü- ler/Umschülerinnen und Auszubildenden		5.122	5.173	-51	4.923
119 41-0	124	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	—	—
119 46-1	124	Ersatzleistungen		—	—	—	—
124 01-5	124	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		70	80	-10	62
125 10-0	124	Erlöse der Werkstätten u. a. technischer Betriebe		22	22	—	20
132 01-8	124	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		—	—	—	2
231 10-5	124	Erstattung des Bundes für Beschäftigungs- entgelte an Ersatzdienstleistende <i>Vgl. K-Vermerk zu 427 10.</i>		—	—	—	46
235 01-1	124	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbe- schaffung		25	38	-13	13
281 10-2	124	Erstattung besonderer Auslagen <i>*** vergl. K-Vermerk zu 547 11,681 11,681 12 und 681 13.</i>		255	255	—	265
282 10-9	124	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland <i>Vgl. K-Vermerk zu 511 15.</i>		—	—	—	28
<b>AUSGABEN</b>							
422 01-6	124	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtin- nen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbud- gets	—	8.876	8.630	+246	148
422 06-7	124	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
422 11-3	124	Dienstbezüge der beamteten Lehrkräfte -lfd. Zahlungen-	—	—	—	—	2.329
422 19-9	124	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	34
425 01-5	124	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	4.434
425 03-1	124	Vergütungen der ständigen, nur stundenwei- se beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	11
425 04-0	124	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	—	—	—	—
425 06-6	124	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1	1	—	—
425 11-2	124	Vergütungen der nichtbeamteten, vollbe- schäftigten Lehrkräfte	—	—	—	—	1.109
426 01-1	124	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	784
426 03-8	124	Löhne der ständigen, nur stundenweise be- schäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 04-6	124	Löhne der in Ausbildung befindlichen Ar- beiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 06-2	124	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 0523**

**Allgemeine Erläuterungen**

Das Landesbildungszentrum für Blinde (LBZB) ist eine unselbständige Anstalt des öffentlichen Rechts in der Trägerschaft des Landes Niedersachsen. Gemäß gemeinsamen Organisationserlass des MFAS/MK (in der jeweils gültigen Fassung) ist das Landesbildungszentrum für Blinde eine soziale Einrichtung mit Schulen i.S. des Nds. Schulgesetzes.

Das LBZB nimmt als Fördereinrichtung ganzheitlich soziale (Eingliederungshilfe nach dem BSHG), schulische (Nds. Schulgesetz) und berufsbildende (Berufsbildungsgesetz) Förderaufgaben wahr und deckt als Kompetenzzentrum den spezifischen Förderbedarf blinder und hochgradig sehgeschädigter Menschen vom ersten frühkindlichen Stadium bis zum Eintritt in das Erwerbsleben durch interne und externe Leistungsangebote ab und hält daneben besondere Förderangebote zur Unterstützung der Teilhabe am Arbeitsleben spät erblindeter und spät sehgeschädigter Menschen vor.

Sitz des Landesbildungszentrums für Blinde: Hannover.

**Zu 119 24**

	Tsd. EUR
1. 72 (72) Schüler/Schülerinnen	3.461
2. 33 (33) Auszubildende und Umschüler/ Umschülerinnen - stationär -	870
3. 45 (45) Auszubildende und Umschüler/ Umschülerinnen - ambulant -	791
Zusammen	5.122

In Klammern ist die Anzahl aus dem Vorjahr angegeben.

**Zu 124 01**

	Tsd. EUR
1. Amts- und Dienstwohnungen	4
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	63
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	1
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	–
5. Sonstige Mieten und Pachten	2
Zusammen	70

**Zu 125 10**

Betriebseinnahmen der Lehrwerkstätten.

**Zu 281 10**

Erstattung der Aufwendungen für stationäre und ambulante Krankenbehandlung außerhalb des Hauses, Fahrgelder, Ferienreisekosten, Bekleidung, Barbeträge, Weihnachtsbeihilfen und dgl. (vgl. Erl. zu 547 11, 681 11, 681 12 und 681 13).

**Zu 282 10**

Von Dritten werden hin und wieder Zuschüsse gegeben, die über Tit. 511 15 ihrem Verwendungszweck zugeführt werden.

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteneinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
193,00	193,00	189,74

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
8.876	8.630	8.850

**Noch zu 422 01**

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	--
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	--
- Sonstige Veränderungen	--
Summe Zugänge	--

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	--
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	--
- Sonstige Veränderungen	--
Summe Abgänge	--

Bleibt Zugang /// Abgang --

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0523 Landesbildungszentrum für Blinde**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004		
			2004				
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
427 01-8	124	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	54	54	—	32
427 02-6	124	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	—
427 10-7	124	Beschäftigungsentgelte für Zivildienstleistende <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 10.</i>	—	90	90	—	128
427 11-5	124	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	2	2	—	0
427 21-2	124	Entschädigungen für nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte	—	35	35	—	4
427 39-5	124	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	—
443 02-1	124	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	—	—	—	—
453 01-9	124	Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	4	4	—	—
453 11-6	124	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer/Teilnehmerinnen an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	—	—	—
511 01-9	124	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	44	48	-4	40
511 10-8	124	Beschaffung, Instandhaltung und Reinigung der Wäsche	—	12	16	-4	11
511 11-6	124	Reinigung und Instandhaltung der Bekleidung für Schülerinnen/Schüler, Auszubildende und Kinder	—	1	1	—	0
511 13-2	124	Betriebstechnische Anlagen, Geräte u. Ausstattungsgegenstände in den Wohn-, Schul- und Wirtschaftsräumen	—	67	67	—	71
511 14-0	124	Maschinen und Gerät für die Lehrwerkstatt	—	5	5	—	3
511 15-9	124	Beschaffung aus Zuschüssen Dritter <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 10.</i>	—	—	—	—	65
514 01-8	124	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	21	21	—	24
514 10-7	124	Beköstigung	—	110	115	-5	105
514 11-5	124	Arznei- und Stärkungsmittel sowie Verbands- und Impfstoffe	—	2	2	—	1
514 12-3	124	Reinigungs- und Entwesungsmittel	—	14	2	+12	14
514 13-1	124	Sachaufwand für Beschäftigung, Unterhaltung und persönlichen Bedarf der Schüler/innen sowie für besondere Schulungsmaßnahmen	—	5	10	-5	4
514 14-0	124	Rohstoffe für Werkstätten	—	8	8	—	6
517 01-7	124	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	460	415	+45	476
518 01-3	124	Mieten und Pachten	—	10	10	—	10
518 02-1	124	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	4	4	—	4
519 01-0	124	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	10	14	-4	7

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 427 01**

Vergütungen oder Löhne der nur vorübergehend zu Urlaubs- oder Krankheitsvertretungen oder zur Personalverstärkung aushilfsweise Tätigen.

**Zu 427 11**

Vergütungen für stundenweise beschäftigte Seelsorger/Seelsorgerinnen, Vertragsärzte/Vertragsärztinnen und Organisten/Organistinnen.

**Zu 427 21**

Für nebenamtliche Erteilung des Berufsschulunterrichts.  
Vgl. RdErl. MS vom 9. 10. 1992 (Nds. MBl. S. 1382).

**Zu 511 01**

	Tsd. EUR
1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	2
2. Büro- und Kanzleibedarf	5
3. Bekanntmachungen	1
4. Sonstiger Geschäftsbedarf	2
5. Bücher und Zeitschriften	3
6. Post- und Fernmeldegebühren	22
7. Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	3
8. Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	5
9. Dienst- und Schutzkleidungen	1
Zusammen	44

**Zu 511 15**

Vgl. Erläuterungen zu 282 10.

**Zu 514 01**

**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1. 1. 2004	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Kombi	–	–	–
Pkw	6	6	6
Sonderfahrz.	1	1	1

**Zu 517 01**

Veranschlagt sind insbesondere Mittel für die intensiven Reinigungsarbeiten in den Schulen und Internaten entsprechend des Infektionsschutzgesetzes vom 20. 07. 2000 (BGBl. Teil I Nr. 33, S. 1 045).

**Zu 519 01**

Veranschlagt sind die Ausgaben für kleinere Bauunterhaltungsmaßnahmen, die ab 2002 erstmals in den Kapiteln ausgewiesen werden. Der Ansatz ist vom MF zentral ermittelt worden.

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0523 Landesbildungszentrum für Blinde**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004		
			2004				
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
519 02-8	124	Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	5	-5	—
521 10-3	124	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	5	7	-2	3
525 01-0	124	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	18	18	—	14
525 10-9	124	Lehr- und Lernmittel	—	150	210	-60	103
526 01-6	124	Sachverständige	—	1	1	—	12
526 02-4	124	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	1	1	—	—
527 01-2	124	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	40	40	—	41
527 02-0	124	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenan- gelegenheiten	—	1	1	—	0
527 10-1	124	Kostenerstattung an Eltern und Elternver- treter	—	2	2	—	1
546 01-7	124	Vermischte Ausgaben	—	1	1	—	0
546 02-5	124	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	2	2	—	0
546 10-6	124	Beiträge zur Unfallversicherung für die In- ternatskinder	—	1	1	—	0
547 10-2	124	Kosten für die externe Unterbringung von Auszubildenden	—	1	1	—	3
547 11-0	124	Sonstige Dienstleistungen Außenstehender im Auftrag oder für Rechnung der Kosten- träger außerhalb des Pflegesatzes <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungs- fähig: 547 11, 681 11, 681 12 und 681 13.</i> <i>*** Die Ausgaben bei 538 02,681 11,681 12 und 681 13 dürfen überschritten werden bis zur Höhe d.Mehreinnahmen bei 281 10.</i>	—	86	86	—	79
547 12-9	124	Kosten für Schullandheimaufenthalte und Betriebspraktika	—	9	9	—	11
547 13-7	124	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben	—	10	10	—	11
681 11-9	124	Kosten der Familienheimfahrten der Schü- ler/ Schülerinnen <i>Vgl. D-Vermerk zu 547 11.</i> <i>*** Die Ausgaben bei 547 11,681 11,681 12 und 681 13 dürfen überschritten werden bis zur Höhe d.Mehreinnahmen bei 281 10.</i>	—	155	155	—	173
681 12-7	124	Barbeträge an Schüler/Schülerinnen <i>Vgl. D-Vermerk zu 547 11.</i> <i>*** Die Ausgaben bei 547 11,681 11,681 12 und 681 13 dürfen überschritten werden bis zur Höhe d.Mehreinnahmen bei 281 10.</i>	—	11	11	—	8
681 13-5	124	Weihnachtsbeihilfen an Schü- ler/Schülerinnen <i>Vgl. D-Vermerk zu 547 11.</i> <i>*** Die Ausgaben bei 547 11,681 11,681 12 und 681 13 dürfen überschritten werden bis zur Höhe d.Mehreinnahmen bei 281 10.</i>	—	3	3	—	3
684 10-0	124	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	1	1	—	0
811 01-2	124	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	30
812 15-9	124	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von sonsti- gen beweglichen Sachen	—	154	154	—	109
981 10-4	990	Abführung an 13 21 - 381 05	—	1.173	1.198	-25	1.172

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 525 10**

	Tsd. EUR
1. Lehrbücher	140
2. Gerätschaften	4
3. Verbrauchsstoffe	6
Zusammen	150

Mehr für die Ausstattung der integrativ beschulten Schülerinnen und Schüler mit Lernmitteln infolge Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

**Zu 527 01**

**Bestand an anerkannten privaten Kraftfahrzeugen**

	Ist 1. 1. 2004	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Pkw	9	9	8

**Zu 527 10**

Veranschlagt sind gem. § 81 NSchG die Reisekosten für die Teilnahme an einer Gesamtelternversammlung und zwei Versammlungen der Klassenelternschaft in jedem Schuljahr.

**Zu 547 11**

Auslagen für die Schüler/Schülerinnen (vgl. Erl. zu 281 10).  
U. a. werden auch die Kosten für die Bekleidung der Schüler/Schülerinnen abgerechnet.

**Zu 547 13**

Mit der Ausführung des Arbeitssicherheitsgesetzes (ASiG) und der Unfallverhütungsvorschrift des GuV Hannover ist eine Fremdfirma beauftragt.

**Zu 681 11**

Familienheimfahrten werden gewährt als Teil der Eingliederungshilfe gem. § 54 Abs. 1 Nr. 1-3 SGB XII.  
Vgl. auch 281 10.

**Zu 681 12**

Zahlungen im Auftrage der Träger der Sozialhilfe aufgrund der Richtlinien des MS und des MK vom 21. 9. 1977 (Nds. MBl. S. 1353).  
Vgl. auch 281 10.

**Zu 681 13**

Zahlungen im Auftrage der Träger der Sozialhilfe nach den jeweils geltenden Richtlinien des MS.  
Vgl. auch 281 10.

**Zu 812 15**

	Tsd. EUR
1. Braillezeilen	45
2. Wasserbett	6
3. Fernsehlesegeräte	18
4. Möbel für 2 Klassenräume	15
5. Rollstuhlraupe	5
6. Möbel für 2 Internatsgruppen	20
Zusammen	154

**Zu 981 10**

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0523 Landesbildungszentrum für Blinde**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61</b>		<b>Kosten der Lernmittel in besonderen Fällen Übertragbar.</b>	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)
		<i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 111 61.</i>					
525 61-3	124	Beschaffung von Lernmittel durch Schulen	-	-	-	-	-
547 61-7	124	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	-	-	-	-
<b>TGr. 98/99</b>		<b>Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik</b>	(-)	(79)	(37)	(+42)	(112)
511 99-0	124	Geschäftsbedarf	-	18	18	-	22
519 99-0	124	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung von besonderen Betriebseinrichtungen	-	-	-	-	-
525 98-2	124	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch das IZN	-	1	1	-	-
525 99-0	124	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch Andere	-	3	3	-	-
538 99-5	124	Dienstleistungen Anderer	-	1	1	-	-
547 99-4	124	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	-	-	-	-
812 99-0	124	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	-	56	14	+42	90
<b>Abschluss Kapitel 0523</b>							
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		5.239	5.300	-61	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		280	293	-13	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		5.519	5.593	-74	
		4 Personalausgaben	-	9.062	8.816	+246	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	-	1.124	1.156	-32	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	-	170	170	-	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	-	210	168	+42	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	-	1.173	1.198	-25	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	-	11.739	11.508	+231	
		<b>Zuschuss</b>		6.220	5.915	+305	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Titelgruppe 98/99**

Veranschlagt sind die Ausgaben für Beschaffung und Unterhaltung von Datenverarbeitungsverfahren und Datenverarbeitungsanlagen sowie die damit verbundenen Einrichtungen und Schulungen der Bediensteten.

**Zu 511 99**

	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf	2
2. Post- und Fernmeldegebühren	7
3. Geräte und Gebrauchsgegenstände	4
4. Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung von besonderen Betriebseinrichtungen	4
5. Verbrauchsmittel	1
Zusammen	18

**Zu 812 99**

	Tsd. EUR
1. PC-Anlagen	42
2. Software	14
Zusammen	56

**Einzelplan 05**    **Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0530**   **Sozialgesetzbuch (SGB) Zwölftes Buch (XII) - Sozialhilfe**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
<b>EINNAHMEN</b>							
119 10-2	234	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	—	189
119 11-0	234	Sonstige Einnahmen im Rahmen der TBC-Hilfe		1	1	—	1
162 10-5	234	Einnahmen aus Darlehn, die im Rahmen der Sozialhilfe und TBC-Hilfe gewährt worden sind - Zinseinnahmen -		20	6	+14	23
182 10-6	234	Wie 162 10 - Darlehnsrückflüsse		400	400	—	367
231 10-7	234	Erstattungen des Bundes zu den Kosten der Sozialhilfe für Deutsche im Ausland		100	173	-73	81
232 10-3	234	Kostenerstattung - von staatlichen überörtlichen Trägern der Sozialhilfe -		—	—	—	16.540
233 10-0	234	Wie 232 10 - von kommunalen überörtlichen Trägern der Sozialhilfe -		—	—	—	6.302
233 11-8	234	Erstattungen von den örtl. Trägern für Hilfe zum Lebensunterhalt - außerhalb von Einrichtungen - lfd. u. einm. Leistungen		—	—	—	54.735
233 12-6	234	wie 233 11 - in Einrichtungen -		—	—	—	901
233 13-4	234	Erstattungen von den örtl. Trägern für Hilfe zur Pflege - außerhalb von Einrichtungen -		—	—	—	372
233 14-2	234	wie 233 13 - in Einrichtungen -		—	—	—	10.172
233 15-0	234	Erstattungen von den örtl. Trägern für Eingliederungshilfe - außerhalb von Einrichtungen -		—	—	—	691
233 16-9	234	wie 233 15 - in Einrichtungen -		—	—	—	57.489
233 17-7	234	Erstattungen von den örtl. Trägern für Krankenhilfe - außerhalb von Einrichtungen -		—	—	—	636
233 18-5	234	wie 233 17 - in Einrichtungen -		—	—	—	1.711
233 19-3	234	Erstattungen von den örtl. Trägern für sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen - außerhalb von Einrichtungen -		250	150	+100	339
233 20-7	234	wie 233 19 - in Einrichtungen -		1.000	500	+500	1.055
233 21-5	234	Erstattung der Überschüsse im Rahmen der Hilfe zur Arbeit nach § 72 BSHG		1	1	—	—
<b>AUSGABEN</b>							
546 10-8	234	Rückzahlung vereinnahmter Beträge nach Schluß des Haushaltsjahres	—	—	—	—	—
631 10-5	234	Erstattungen an den Bund für Aufwendungen in der Tbc-Hilfe <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 631 10, 633 10, 633 11, 633 24, 633 25, 671 10, 671 12, 671 13 und 681 10.</i>	—	157	154	+3	97
633 10-8	234	Kostenerstattung - an überörtl. und örtl. Träger der Sozialhilfe - gem. § 108 SGB XII <i>Vgl. D-Vermerk zu 631 10. *** Überzahlungen aus Vorjahren bei den Titeln 633 10 bis 681 10 sind abweichend von §35 Abs.1 LHO durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.</i>	—	2.600	1.000	+1.600	18.595
633 11-6	234	Zuweisungen an Gemeinden im Quotalen System (Erstattungen an die örtl. Träger) <i>Vgl. D-Vermerk zu 631 10. *** Der gemäß § 12 Abs. 3 Satz 2 Nds. AG SGB XII maßgebliche Betrag für das HH-Jahr 2005 wird auf 21 Mio. EURO festgesetzt.</i>	—	1.206.730	1.062.863	+143.867	483.365

## ERLÄUTERUNGEN

**Zu Kapitel 0530****Allgemeine Vorbemerkungen**

Das Bundessozialhilfegesetz (BSHG) i.d.F. vom 23. März 1994 (BGBl. I S. 646), zuletzt geändert durch Artikel 25 des Gesetzes vom 23. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2848) wird durch das Gesetz zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch vom 27. Dezember 2003 (BGBl. S. 3022 ff.) mit Wirkung zum 1. Januar 2005 aufgehoben und durch das Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) ersetzt. Die Regelungen über die sachliche Zuständigkeit des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe in § 100 BSHG treten erst zum 01.01.2007 außer Kraft. Als Folge wird das Niedersächsische Gesetz zur Ausführung des Bundessozialhilfegesetzes (Nds. AG BSHG) i.d.F. vom 20. März 1997, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. November 2000 (Nds. GVBl. S. 294) ebenfalls zum 01. Januar 2005 aufgehoben und durch das Niedersächsische Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs (Nds. AG SGB XII) vom 16. Dezember 2004 ersetzt.

Das Nds. AG SGB XII wird folgende Eckpunkte der schon nach dem AG BSHG bestehenden Rechtslage fortführen :

1. Aus § 2 Nds. AG SGB XII ergibt sich, dass das Land überörtlicher Träger der Sozialhilfe ist. Die sachliche Zuständigkeit des überörtlichen Trägers ergibt sich aus § 6 Abs. 2 bis 5 AG SGB XII.
2. Mit dem Gesetz zur Änderung des Nds. AG BSHG vom 21. 11. 2000 (Nds. GVBl. S. 294) wurde zum 1. 1. 2001 das „Quotale System“ zur Finanzierung der Sozialhilfe eingeführt. Danach beteiligen sich das Land – als überörtlicher Träger der Sozialhilfe – sowie die Landkreise und kreisfreien Städte – als örtliche Träger der Sozialhilfe – jeweils gegenseitig mit bestimmten, vorher festgelegten Anteilen an den Pflichtaufwendungen des Anderen, indem die Sozialhilfeaufwendungen gem. § 12 Abs. 1 Nds. AG SGB XII zwischen dem überörtlichen Träger der Sozialhilfe und den örtlichen Trägern der Sozialhilfe nach Quotenklassen verteilt werden. Gem. § 12 Abs. 3 Nds. AG SGB XII erstreckt sich das Quotale System u. a. nicht auf Leistungen gem. §§ 24, 67 bis 69 SGB XII sowie die Kostenerstattungen nach §§ 108 und 115 SGB XII.
3. Gem. § 13 Abs. 1 Nds. AG SGB XII zahlt das Land für die voraussichtlich nach seiner Quote zu tragenden Aufwendungen mtl. Abschläge an die örtlichen Träger der Sozialhilfe. Gem. § 13 Abs. 2 Nds. AG SGB XII werden die jährlich entstehenden Aufwendungen nach § 12 Abs. 2 Nds. AG SGB XII einmal jährlich abgerechnet und etwaige Ausgleichsbeträge festgestellt. Einnahmen und Ausgaben werden im Rahmen der Abrechnung verrechnet. Es erfolgt nur noch eine Buchung auf der Ausgabe Seite. Dieses Nettoprinzip des Quotalen Systems wird nunmehr auch bei der Veranschlagung der Ausgaben berücksichtigt; der gesamte Aufwand des überörtlichen Trägers ist beim Titel 633 11 veranschlagt.

Informationen über die einzelnen Hilfearten werden im Rahmen der Abrechnung erhoben ( AbrechnungsVO für Sozialhilfe – AbrSozHVO – vom 04.10.2001, Nds.GVBl. S. 648).

4. Mit Inkrafttreten des SGB XII wird auch das Gesetz über die bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSiG) vom 26. Juni 2001 (BGBl. I S. 1310, 1335), geändert durch Artikel 1a des Gesetzes vom 27. April 2002 (BGBl. I S. 1462) aufgehoben werden. Die bisher nach diesem Gesetz erbrachten Leistungen werden in das 4. Kapitel des SGB XII überführt. Die Aufgaben gehen auf die örtlichen Träger der Sozialhilfe und z. T. auch auf den überörtlichen Träger der Sozialhilfe über. Die Finanzierung der Leistungen nach dem GSiG war bisher im Niedersächsischen Gesetz zur Ausführung des Gesetzes über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Nds. AG GSiG) vom 20. November 2002 (Nds. GVBl. S. 728) festgelegt und sah vor, dass der auf Niedersachsen entfallende Anteil des vom Bund nach § 34 Abs. 2 WoGG erstatteten Festbetrages (Kap. 0505 Titel 231 63) an die Grundsicherungsträger in vollem Umfang nach einem Verteilschlüssel weitergeleitet (Titel 633 28) wird. Die Regelungen des Nds. AG GSiG werden ebenfalls zum 01. Januar 2005 aufgehoben und durch das Nds. AG SGB XII fortgeführt. § 12 Abs. 4 Nds. AG SGB XII stellt dabei sicher, dass die nach § 34 Abs. 2 WoGG erstatteten Beträge unter Beachtung der oben dargestellten Grundsätze an die örtlichen Träger der Sozialhilfe weitergeleitet werden.

**Zu 119 11, 162 10 und 182 10**

Durch Artikel 26 des 2. Rechtsbereinigungsgesetzes vom 16. 12. 1986 (BGBl. I S. 2441) sind die Vorschriften über die Tuberkulosehilfe und die Tuberkulosebekämpfung außerhalb der Sozialhilfe mit Wirkung vom 1. 1. 1987 aufgehoben worden. Es sind jedoch noch Einnahmen im Zusammenhang mit früheren Darlehensbewilligungen sowie sonstige Einnahmen wie z. B. Rückzahlungen von Überzahlungen aus Vorjahren und Schadensersatzleistungen abzuwickeln (119 11, 162 10 und 182 10). Der auf die Einnahmen entfallende Bundesanteil ist bei Titel 631 10 veranschlagt.

**Zu 182 10**

Voraussichtliches Aufkommen nach den vertraglich vereinbarten Tilgungsleistungen für Darlehen, die im Rahmen der Sozialhilfe und Tuberkulosehilfe gewährt worden sind.

**Zu 231 10**

Erstattung des Bundes gemäß § 24 SGB XII i. V. mit dem Rundschreiben des BMI vom 24. 7. 1962 (GMBL. S. 329).

Vgl. Erläuterung zu 681 10.

**Zu 232 10 bis 233 20**

Vgl. allgemeine Vorbemerkungen zu Kap. 05 30.

**Zu 631 10**

Vgl. Erl. zu 119 11, 162 10 und 182 10.

**Zu Titel 633 10 und 671 10**

Kostenerstattungen bei Aufenthalt in einer Anstalt und bei Übertritt aus dem Ausland (§§ 106 und 108 SGB XII).

**Zu 633 11**

Veranschlagt sind die Nettoaufwendungen des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe.

Vgl. allgemeine Vorbemerkungen zu Kap. 05 30.

Die Ansatzserhöhungen erfolgten insbesondere wegen Überführung der Grundsicherung in das SGB XII (die bisher bei Kap. 05 36 Titel 633 95 veranschlagten Zuweisungen an die Grundsicherungsträger werden aufgrund der o. a. Gesetzesänderung wieder im Quotalen System veranschlagt) und den Auswirkungen der Reduzierung des Landesblindengeldes (Kap. 05 36 Titel 633 10)

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0530 Sozialgesetzbuch (SGB) Zwölftes Buch (XII) - Sozialhilfe**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004	2004	2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
noch 633 11-6		<i>Vgl. Vermerk zu Titel 633 10</i> <i>Soweit die Ausgaben für die Blindenhilfe gem. SGB XII den Betrag i. H. v. 21 Mio. Euro unterschreiten, dürfen diese Minderausgaben in voller Höhe als Ausgaberesult gebildet und nach Kapitel 0536 Titel 63313 (Mobilitätsfonds) übertragen werden.</i>					
633 24-8	234	Sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen - außerhalb von Einrichtungen - (Erstattungen an die örtl. Träger) <i>Vgl. D-Vermerk zu 631 10.</i> <i>*** Vgl. Vermerk zu Titel 633 10</i>	—	5.000	3.193	+1.807	6.234
633 25-6	234	Sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen - in Einrichtungen - (Erstattungen an die örtl. Träger) <i>Vgl. D-Vermerk zu 631 10.</i> <i>*** Vgl. Vermerk zu Titel 633 10</i>	—	24.000	23.000	+1.000	21.273
633 27-2	234	Hilfe zur Pflege in vollstationären Pflegeeinrichtungen (Erstattung an die örtlichen Träger)	—	95.700	—	+95.700	—
633 28-0	910	Allgemeine Zuweisung an Grundsicherungsträger gem. 34 Abs. 2 WoGG <i>Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 0505-231 63.</i>	—	44.418	44.418	—	44.417
671 10-7	234	Kostenerstattung an sonstige (Einrichtungs-) Träger gem § 108 SGB XII <i>Vgl. D-Vermerk zu 631 10.</i> <i>*** Vgl. Vermerk zu Titel 633 10</i>	—	750	1.179	-429	626
671 12-3	234	Eingliederungshilfe für behinderte Menschen - in Einrichtungen - <i>Vgl. D-Vermerk zu 631 10.</i> <i>*** Vgl. Vermerk zu Titel 633 10</i>	—	557	471	+86	542
671 13-1	234	Sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen - außerhalb von Einrichtungen <i>Vgl. D-Vermerk zu 631 10.</i> <i>*** Vgl. Vermerk zu Titel 633 10</i>	—	8.891	8.559	+332	8.617
681 10-2	234	Sozialhilfe für Deutsche im Ausland <i>Vgl. D-Vermerk zu 631 10.</i> <i>*** Vgl. Vermerk zu Titel 633 10</i>	—	616	604	+12	621
<b>Abschluss Kapitel 0530</b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				421	407	+14	
2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				1.351	824	+527	
<b>Summe der Einnahmen</b>				1.772	1.231	+541	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst			—	—	—	—	
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			—	1.389.419	1.101.023	+288.396	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>			—	1.389.419	1.101.023	+288.396	
<b>Zuschuss</b>				1.387.647	1.099.792	+287.855	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 633 24**

Hilfe gem. §§ 67 bis 69 SGB XII i. V. mit § 6 Abs. 2 Nr. 4 b Nds. AG SGB XII in der Form der Hilfe zum Lebensunterhalt, laufende und einmalige Leistungen sowie durch Tagesaufenthalte.

**Zu 633 25**

Hilfe gemäß §§ 67 bis 69 SGB XII in stationären Einrichtungen für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten und teilstationäre Hilfen an Hilfeempfänger.

**Zu 633 27**

Investitionsfolgeaufwendungen vollstationärer Einrichtungen der Dauerpflege, die bis zum Jahr 2003 Gegenstand der Förderung nach § 13 des Niedersächsischen Pflegegesetzes (NPflegeG) a. F. waren, sind seit dem 1. Januar 2004 durch die örtlichen Träger der Sozialhilfe mit den Trägern der stationären Pflegeeinrichtungen nach den §§ 75 ff. des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) zu verhandeln und zu vereinbaren. Diese Leistungen erhalten daher, soweit im Einzelfall Leistungen der Sozialhilfe erforderlich sind, den Rechtscharakter der Hilfe zur Pflege in vollstationären Einrichtungen. Durch die Verlagerung der bis 31. Dezember 2003 bei Kapitel 05 36 in der Titelgruppe 87 – 89 etatisierten Mittel für die Investitionskostenförderung nach § 13 NPflegeG a. F. soll die im Zusammenhang mit der Aufgabe der Förderung verbundene Mehrbelastung der örtlichen Träger der Sozialhilfe vermieden werden. Die Rechtsgrundlage bildet Artikel 12 des Haushaltsbegleitgesetzes 2005.

**Zu 633 28**

Auf die allgemeinen Vorbemerkungen zu Kap. 05 30, Ziff. 4, wird verwiesen. Die Ausgaben waren bisher bei Kap. 05 36 Titel 613 95 veranschlagt.

**Zu 671 12**

Eingliederungshilfe in sachlicher Zuständigkeit des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe (§ 6 Abs. 2 Nr. 1 Nds. AG SGB XII).

**Zu 671 13**

Vgl. Erläuterung zu 633 24.

Hilfe gem. §§ 67 bis 69 SGB XII i. V. mit § 6 Abs. 2 Nr. 4 b Nds. AG SGB XII durch ambulante flächenorientierte Hilfe und ambulante Nachsorge.

**Zu 681 10**

Hilfen gemäß §§ 24 und 100 SGB XII, insbesondere Hilfe zum Lebensunterhalt, Krankenhilfe und Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen, für Deutsche im Ausland.

Der Bundesanteil ist bei Tit. 231 10 veranschlagt.

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0536 Sonstige soziale Leistungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004		
			2004				
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
<b>EINNAHMEN</b>							
111 10-3	290	Eigenbeteiligung an den Aufwendungen für die unentgeltl. Beförderung schwerbehinderter Menschen im öffentl. Personenverkehr <i>*** Zu erstattende Eigenbeteiligungsbeträge sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben. (Vgl. Vermerk zu 631 10)</i>		3.332	3.400	-68	2.909
119 01-5	249	Vermischte Einnahmen		—	—	—	—
119 41-4	234	Rückzahlung von Überzahlungen		1.000	1.023	-23	949
182 10-8	236	Rückflüsse aus Darlehen aus Mitteln der Spielbankabgabe		1	1	—	—
231 10-9	244	Erstattungen des Bundes für Leistungen nach Art.2 2.SED-UnBerG (BerRehaG)		38	36	+2	19
233 10-1	234	Beteiligung der Unterhaltshilfeempf. an der Krankenvers. nach § 276 LAG (Erstattung von den örtlichen Trägern)		1	1	—	1
234 10-8	234	Erstattungen des Ausgleichsfonds zu der Krankenversorgung nach § 276 LAG		15	15	—	21
<b>AUSGABEN</b>							
546 10-0	234	Rückzahlung vereinnahmter Beträge nach Schluß des Haushaltsjahres	—	—	—	—	—
631 10-7	290	Abführung von Eigenbeteiligungsbeträgen an den Bund <i>*** Ausgaben dürfen geleistet werden bis zur Höhe der gesetzlich abzuführenden Einnahmen bei 05 36 - 111 10.</i>	—	1.000	1.251	-251	952
633 10-0	234	Landesblindengeld (Erstattungen an die örtlichen Träger)	—	3.054	46.560	-43.506	56.472
633 11-8	234	Krankenversorgung gem. § 276 LAG (Erstattungen an die örtlichen Träger) <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 633 11 und 671 14.</i>	—	80	50	+30	74
633 12-6	244	Ausgleichsleistungen nach Art.2 2.SED-UnBerG (BerRehaG) - Erstattungen an die örtlichen Träger	—	64	56	+8	61
633 13-4	234	Mobilitätsfonds für blinde Menschen (Erstattungen an die örtlichen Träger) <i>*** Billigkeitsleistung nach § 53 LHO</i>	—	3.000	—	+3.000	—
671 10-9	290	Zuweisung an die Umlagestelle nach §§ 8,9 APBG zur Herstellung der Liquidität	—	—	450	-450	241
671 11-7	290	Erstattung an die Umlagestelle nach §§ 8,9 APBG <i>Übertragbar.</i>	—	33	194	-161	192
671 12-5	312	Kosten des Vollzugs der Maßregeln der Besserung und Sicherung nach dem Nds. Maßregelvollzugsgesetz	—	85.470	86.178	-708	68.817
671 13-3	234	Kosten der Untersuchung, Behandlung und Heimunterbringung von Geschlechtskranken	—	—	—	—	—
671 14-1	234	Krankenversorgung gemäß § 276 Lastenausgleichsgesetz <i>Vgl. D-Vermerk zu 633 11.</i>	—	1	2	-1	0
682 10-0	290	Erstattung von Fahrgeldausfällen an die Verkehrsträger <i>Übertragbar.</i>	—	21.282	23.211	-1.929	20.057

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Kapitel 0536**

**Allgemeine Vorbemerkungen**

Die für das Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSiG) veranschlagten Ausgaben wurden infolge Inkrafttretens des SGB XII nach Kapitel 05 30 Titel 633 11 und 633 28 umgesetzt. Auf die allgemeinen Vorbemerkungen zu Kap. 05 30 sowie die Titelerläuterungen wird verwiesen.

**Zu 111 10**

Gemäß § 145 SGB IX vom 19. 6. 2001 (BGBl. I S. 1045 ff.) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23.04.2003 (BGBl. I S. 606) haben sich bestimmte Personengruppen schwerbehinderter Menschen an den Kosten für die unentgeltliche Beförderung mit einem Betrag von 60 EUR jährlich oder 30 EUR halbjährlich zu beteiligen. Der schwerbehinderte Mensch hat die Freifahrtberechtigung durch den Schwerbehindertenausweis und eine entsprechende Wertmarke nachzuweisen. Gem. § 152 SGB IX ist von den Einnahmen aus der Abgabe von Wertmarken ein bestimmter Anteil an den Bund abzuführen (vgl. Tit. 631 10).

**Zu 231 10**

Erstattungen des Bundes nach § 29 BerRehaG für Aufwendungen gem. Art. 2, 3. Abschnitt, § 8 2. SED-UnBerG (BerRehaG) vom 23. 6. 1994 (BGBl. I S. 1311), zuletzt geändert durch Art. 28 des Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch vom 27.12.2003 (BGBl. I S. 3022)

Vgl. Erläuterungen zu Titel 633 12.

**Zu 234 10**

Die Krankenversorgung für Empfänger von Unterhaltshilfe obliegt dem Träger der Sozialhilfe. Der Ausgleichsfonds hat gemäß § 276 Abs. 3 LAG 25 v. H. der Kosten bei Tit. 633 11 und 671 14 zu erstatten.

**Zu 631 10**

Vgl. Erl. zu Tit. 111 10.

**Zu 633 10**

Gemäß §§ 1 und 9 des Gesetzes über das Landesblindengeld für Zivilblinde i. d. F. vom 18. 1. 1993 (Nieders. GVBl. S. 25), zuletzt geändert durch Art. 13 des Haushaltsbegleitgesetzes 2005 vom 17.12.2004 (Nds. GVBl. S. 664) ist Landesblindengeld durch den überörtlichen Träger der Sozialhilfe bis zum vollendeten 27. Lebensjahr zu gewähren. Der monatliche Satz gemäß § 2 Abs. 1 des Landesblindengeldgesetzes beträgt 300 EUR ab 01.01.2005. Das Landesblindengeld geht der Blindenhilfe nach § 72 SGB XII vor.

Gemäß § 9 wird das Gesetz von den herangezogenen Gebietskörperschaften ausgeführt.

**Zu 633 11**

Empfänger von Unterhaltshilfe erhalten als zusätzliche Leistung im Falle der Krankheit Krankenversorgung (einschließlich Erstattung freiwilliger Krankenversicherungsbeiträge), die gem. § 276 Abs. 3 und 4 LAG den Trägern der Sozialhilfe obliegt, die auch die Kosten der Krankenversorgung tragen (vgl. Tit. 233 10 und 234 10).

	Tsd. Euro
Hilfeempfänger in stationärer Behandlung	52
Hilfeempfänger in ambulanter Behandlung	
Zusammen	52

davon bei 633 11 = 50 000 EUR  
671 14 = 2 000 EUR

Der Ausgleichsfonds erstattet gemäß § 276 Abs. 3 LAG 25 v. H. der Aufwendungen (vgl. Erl. zu Tit. 234 10).

**Zu 633 12**

Ausgleichsleistungen gem. § 8 BerRehaG (3. Abschnitt). Der Bund erstattet gem. § 29 BerRehaG 60 v. H. der Aufwendungen der Länder (vgl. Erl. zu Titel 231 79).

**Zu 633 13**

Durch Art. 13 des Haushaltsbegleitgesetzes 2005 vom 17.12.2004 (Nds. GVBl. S. 664) ist die Bezugsdauer des Landesblindengeldes nach dem Gesetz über das Landesblindengeld für Zivilblinde i. d. F. 18.01.1993 (Nds. GVBl. S. 25) auf das vollendete 27. Lebensjahr begrenzt.

Soweit der Wegfall des Landesblindengeldes für über 27-jährige Personen ab dem 01.01.2005 zu besonderen Härten im Einzelfall führt, stehen zu deren Abmilderung Unterstützungsleistungen aus dem Blindenhilfefond zur Verfügung.

Regelungen zur Durchführung sind in Vorbereitung.

**Zu 671 11**

Verwaltungskosten für die Abwicklung des mit dem Umlagejahr 2002/2003 ausgelaufenen Umlageverfahrens zur Finanzierung der Ausbildungsvergütungen in der Altenpflege. Die Abwicklung erfolgt durch die Nord/LB, die das Umlageverfahren durchgeführt hatte.

**Zu 671 12**

Kosten der Unterbringung aufgrund einer strafrichterlichen Entscheidung in psychiatrischen Krankenhäusern oder in Entziehungsanstalten.

	Patienten
LKH Brauel	100
LKH Göttingen	86
LKH Hildesheim	69
LKH Königslutter	76
LKH Lüneburg	104
LKH Moringen	320
LKH Osnabrück	70
LKH Wehnen	98
LKH Wunstorf	160
Einrichtungen anderer Bundesländer	16

**Insgesamt 1.099**

Mit enthalten sind Kosten der forensischen Spezialambulanz des LKH Moringen als zentrale Nachsorgeeinrichtung (vgl. Anlage 6 zu Kap. 0521, S. 69/49).

**Zu 671 14**

Vgl. Erl. zu Tit. 633 11.

**Zu 682 10**

Nach § 151 (1) Satz 2 d. SGB IX vom 19. 6. 2001 (BGBl. I S. 1045 ff.) tragen die Länder die Aufwendungen für die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter und der mitgeführten Gegenstände im Sinne des § 145 (2) Nr. 2 des Gesetzes, soweit nicht gemäß § 151 (1) Satz 1 der Bund zur Kostentragung verpflichtet ist. Das Land erstattet den Verkehrsträgern die Fahrgeldausfälle im Nahverkehr nach einem durchschnittlichen (§ 148 (4) SGB IX) bzw. einem im Einzelfall ermittelten (§ 148 (5) SGB IX) Prozentsatz der von den Unternehmern nachgewiesenen Fahrgeldeinnahmen.

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0536 Sonstige soziale Leistungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
684 10-3	236	Förderung der Qualifizierung u. Beschäftigung von Nichtsesshaften d. sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse <i>Übertragbar.</i>	— 3.681	387	3.681	-3.294	2.192
684 11-1	236	Zuschuss zu den laufenden Kosten des Vereins zur Förderung der Blindenbildung e.V. Hannover <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 684 11, 684 12, 684 13, 684 14, 684 15, 684 16, 684 17, 684 19, 684 22, 684 23, 684 24, Ausgabeteilgruppe 90, Ausgabeteilgruppe 91/92 und Ausgabeteilgruppe 94.</i>	—	—	80	-80	82
684 12-0	236	Zuschüsse zu den Kosten der Betreuung von seelisch und geistig behinderten Menschen in Wohngemeinschaften <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 684 11.</i>	110 130	130	470	-340	438
684 13-8	236	Zuschüsse zur Förderung der Zentralen Beratungsstellen für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten <i>Vgl. D-Vermerk zu 684 11.</i>	—	460	460	—	446
684 14-6	236	Zuschuss zur Förderung d. Niedersächsischen Beratungsstelle für Sinti und Roma <i>Vgl. D-Vermerk zu 684 11.</i>	—	220	240	-20	240
684 15-4	234	Zuschüsse zu Maßnahmen der Früherkennung behinderter oder von einer Behinderung bedrohter Kinder <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 684 11.</i>	—	223	159	+64	115
684 16-2	234	Zuschüsse an Selbsthilfegruppen und Träger von Initiativen zur Aktivierung der Selbsthilfe in sozialen Brennpunkten <i>Vgl. D-Vermerk zu 684 11.</i>	—	289	289	—	256
684 17-0	234	Zuschüsse an Träger von Schuldnerberatungsstellen <i>Vgl. D-Vermerk zu 684 11.</i>	—	576	576	—	342
684 18-9	234	Zuschüsse zur Förderung von Betreuungsvereinen nach dem Betreuungsgesetz	—	1.053	1.053	—	788
684 19-7	411	Zuschüsse für soziale Wohnraumhilfe <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 684 11.</i>	—	56	56	—	56
684 22-7	236	Zuschüsse zu den Kosten der Betreuung von seelisch Behinderten in Nachsorgeeinrichtungen für Drogenabhängige <i>Vgl. D-Vermerk zu 684 11.</i>	—	—	—	—	428
684 23-5	290	Zuschüsse an Träger von Heilerziehungspflege- und Heilerziehungshilfesschulen <i>Vgl. D-Vermerk zu 684 11.</i>	—	—	—	—	456
684 24-3	236	Zuschüsse an Familienentlastende Dienste <i>Vgl. D-Vermerk zu 684 11.</i>	—	410	308	+102	251
684 25-1	252	Qualifizierung von Gebärdendolmetschern <i>Übertragbar.</i>	—	—	—	—	68
684 51-0	236	Finanzhilfe gem. § 7 Abs. 2 NLottG, Anteil für Aufgaben der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege <i>Übertragbar.</i> <i>*** Die Ausgaben dürfen die gesetzlich festgelegte Höhe nicht überschreiten.</i> <i>Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des</i>	—	18.253	20.280	-2.027	22.046

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 684 10**

Die Förderung wird zum Haushaltsausgleich eingestellt. Der veranschlagte Betrag dient der Abwicklung.

**Zu 684 11**

Einstellung der Förderung zum Haushaltsausgleich.

**Zu 684 12**

Veranschlagt ist der voraussichtlich notwendige Förderbedarf (gem. LT-Entschließung vom 20. 5. 1983 – LT-Drs. 10/1178).

Die Wohngemeinschaften für seelisch und geistig behinderte Menschen sind von rd. 360 Plätzen im Jahre 1990 auf nunmehr rd. 600 Plätze erweitert worden. Durch die Einrichtung solcher Plätze verringern sich die Kosten für die sonst notwendige stationäre Betreuung dieses Personenkreises.

Geringerer Mittelbedarf, da das Programm sukzessive ausläuft.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	130	–	130
2006	–	–	110	110
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	130	110	240

**Zu 684 13**

Grundlage der Förderung bildet der Gem. RdErl. d. MS u. d. MK vom 20. 9. 1982 (Nds. MBl. S. 1845), zuletzt geändert durch RdErl. d. MS vom 30. 9. 1996 (Nds. MBl. S. 1676).

Veranschlagt sind Zuschüsse zu den Aufwendungen, die das Land den Trägern der Zentralen Beratungsstellen für die Durchführung von Landesaufgaben gewährt.

Gefördert werden die Zentralen Beratungsstellen für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten in Braunschweig, Hannover, Lüneburg, Oldenburg und Osnabrück.

**Zu 684 14**

Sinti und Roma gehören zu den Personen, bei denen besondere Lebensverhältnisse auch wegen des ausgrenzenden Verhaltens Dritter häufig mit sozialen Schwierigkeiten i. S. des § 1 der VO zur Durchführung der Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (i. d. F. vom 24. 1. 2001, BGBl. I S. 179, zuletzt geändert durch Art. 14 des Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch vom 27.12.2003, BGBl. I, S. 3060) verbunden sind. Es liegt im besonderen Interesse des Landes, eine adäquate Beratung dieses Personenkreises sicherzustellen.

**Zu 684 15**

Grundlage der Förderung bilden die Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Finanzierung von Leistungen im Bereich der Frühförderung von behinderten und von Behinderung bedrohten Kindern durch das Land Niedersachsen (RdErl. MS v. 2. 2. 1996 – Nds. MBl. S. 205, zuletzt geändert durch RdErl. MS v. 11.11.2004 – Nds. MBl. S. 805).

Zuwendungen an bestehende oder aufzubauende Einrichtungen für Personal-, Sach- und Investitionskosten.

Ein flächendeckendes Netz für Niedersachsen wird angestrebt.

**Zu 684 16**

Die Förderung erfolgt nach Richtlinien des MFAS vom 25.10.2001 (Nds. MBl. S. 1035).

Zur Stärkung der Selbsthilfekräfte der in den sozialen Brennpunkten lebenden Personen werden Zuschüsse (Personal- und Sachkostenzuschüsse) an Selbsthilfegruppen, Träger von Projekten der Gemeinwesenarbeit zur Aktivierung der Selbsthilfe gewährt.

Außerdem ist die Landeszuwendung zur Förderung des

**Noch zu 684 16**

landesweiten Zusammenschlusses der Initiativen und Projekte (Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V.) veranschlagt. Die Zuwendung dient der Sicherstellung der Aufgabenerfüllung der LAG Soziale Brennpunkte e.V. in Form von fachlicher Beratung, Koordination und Aktivierung von Initiativen in den sozialen Brennpunkten Niedersachsens sowie für die Beratung des MS und des LS als aktive Unterstützung bei der Programmentwicklung nach Maßgabe der vorgenannten Richtlinien.

**Zu 684 17**

Die Zuwendung dient der Erhaltung und Förderung des flächendeckenden Netzes der Schuldnerberatungsstellen in Niedersachsen, die auch Insolvenzberatung i. S. d. § 305 Abs. 1 Nr. 1 Insolvenzordnung (InsO) anbieten.

Veranschlagt ist die Landeszuwendung zur Förderung der allgemeinen, sozialen Schuldnerberatung nach Maßgabe der Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen an Träger von Schuldnerberatungsstellen (Erlass des MS vom . .2005, Nds. MBl. S. ).

**Zu 684 18**

Das Land fördert nach den Richtlinien des MS vom 10.02.2004 (Nds. MBl. Nr. 12/2004, S. 229) auf der Grundlage des Gesetzes zur Reform des Rechts der Vormundschaft und Pflegschaft für Volljährige (Betreuungsgesetz) vom 12. 9. 1990 anteilig Personal- und Sachausgaben der von den anerkannten Betreuungsvereinen nach § 1908 f BGB wahrzunehmenden sogen. Querschnittsaufgaben, vor allem Gewinnung ehrenamtlicher Betreuerinnen und Betreuer, ihre Einführung in die Aufgaben, Fortbildung und Beratung sowie die Information über Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen. Ab 01.01.2004 ist die Beschränkung der Förderung auf eine bestimmte Anzahl an Betreuungsvereinen pro Gebietskörperschaft entfallen. Allen anerkannten Betreuungsvereinen wird von diesem Zeitpunkt an die Möglichkeit gegeben, diese Förderung in Anspruch zu nehmen. Es wird erwartet, dass die Ausgaben des Landes für Betreuungssachen insgesamt – vor allem jedoch die Vergütungen für die im Vergleich zu den ehrenamtlichen Betreuern erheblich kostenintensiveren Berufsbetreuern – dauerhaft reduziert werden.

**Zu 684 19**

Zur Förderung von Wohnungsbaumaßnahmen an die Soziale Wohnraumhilfe gGmbH. Ziel der sozialen Wohnraumhilfe ist die Integration von alleinstehenden wohnungslosen Menschen, denen aufgrund ihrer schwierigen sozialen Situation der Wohnungsmarkt praktisch versperrt ist. Das Land finanziert anteilig Personal- und Sachkosten für die Beschaffung und Verwaltung von Wohnraum sowie die Vermittlung sozialer Betreuung im Rahmen des Projekts soziale Wohnraumhilfe.

**Zu 684 24**

Die Förderung erfolgt nach den Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen zur Finanzierung von Familienentlastenden Diensten (FED) durch das Land Niedersachsen vom 8. 3. 1999 (Nds. MBl. S. 217), zuletzt geändert durch RdErl. des MS vom 11.11.2004 (Nds. MBl. S. 805).

Veranschlagt sind die Finanzierungshilfen zur Förderung Familienentlastender Dienste (FED).

Ein flächendeckendes Netz für Niedersachsen wird angestrebt.

**Zu 684 51**

Veranschlagt sind die in § 7 Abs. Nr. 2 NLottG (Nds. GVBl. Nr. 12/97, S. 289 ff.), zuletzt geändert durch Art. 10 HHBgeleitG 2005 (Nds. GVBl. S. 664), festgelegten Anteile für Aufgaben der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege.

Weniger zur Haushaltskonsolidierung.

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0536 Sonstige soziale Leistungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch 684 51-0		<i>Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>					
		<b>Titelgruppe(n)</b>					
<b>TGr. 65</b>		<b>Verwendung der Konzessionsabgabe gem. § 7 Abs. 3 NLOttG für die allgem. Förderung wohlfahrtspflegerischer Aufgaben</b> <i>Übertragbar.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i> <i>Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an der Konzessionsabgabe geleistet werden.</i>	(1.637) (1.637)	(1.707)	(2.275)	(-568)	(2.090)
547 65-3	236	Dienstleistungen Außenstehender	— 1.637	—	—	—	139
684 65-0	236	Zuschüsse zur Durchführung von Einzelmaßnahmen in besonderen Fällen	637 —	670	887	-217	1.306
893 65-9	236	Zuschüsse zu den Kosten von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie der Ausstattung von Heimen und sonstigen Einrichtungen <i>*** Die Ausgaben dürfen die gesetzlich festgelegte Höhe in einem Anteil von 1.036.250 EUR nicht überschreiten.</i>	1.000 —	1.037	1.388	-351	645
<b>TGr. 66</b>		<b>Zusch. aus Konzessionsabgabe gem. Art. 10 Abs.3 Haushaltsbegleitges.1997, Anteil für wohlfahrtspfleg. Einzelmaßnahmen durch MS</b> <i>Übertragbar.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i> <i>Die Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an den Ist-Einnahmen bei Kap.1302 Tit.112 15 geleistet werden</i>	(—)	(—)	(—)	(—)	(145)
547 66-1	236	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	16
684 66-9	236	Zuschüsse zur Durchführung von Einzelmaßnahmen in besonderen Fällen	—	—	—	—	30
893 66-7	236	Zuschüsse zu den Kosten von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie der Ausstattung von Heimen und sonstigen Einrichtungen	—	—	—	—	99
<b>TGr. 78</b>		<b>Enthospitalisierung</b> <i>Übertragbar.</i>	(—)	(—)	(—)	(—)	(343)
547 78-5	235	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	—
633 78-9	235	Sonstige Erstattungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
671 78-8	235	Ambulante Hilfe für behinderte Menschen	—	—	—	—	139
893 78-0	235	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	205
<b>TGr. 81</b>		<b>Verwendung des Landesanteils am Aufkommen der Spielbankabgabe für außergewöhnliche Maßnahmen im sozialen Bereich</b> <i>Übertragbar.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(2.046) (2.046)	(2.062)	(2.749)	(-687)	(4.819)

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Titelgruppe 65**

Veranschlagt sind die in § 7 Abs. 3 Nr. 3 NLottG (Nds. GVBl. Nr. 12/97, S. 289 ff.), zuletzt geändert durch Art. 10 HHBegleitG 2005 (Nds. GVBl. S. 664) festgelegten Anteile für die Förderung allgemeiner wohlfahrtspflegerischer Aufgaben durch das MS entsprechend der hierfür geltenden Richtlinie (RdErl. MS v. 30. 8. 2004, Nds. MBl. S. 54).

Weniger zur Haushaltskonsolidierung.

**Zu 684 65**

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	637	–	637
2006	–	–	637	637
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	637	637	1.274

**Zu 893 65**

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	1.000	–	1.000
2006	–	–	1.000	1.000
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	1.000	1.000	2.000

**Zu Titelgruppe 78**

Vereinbarung zwischen dem Land Niedersachsen und den Landkreisen Hannover und Celle sowie der Landeshauptstadt Hannover vom 25. 6. 1996.

Der Langzeitbereich des Klinikum Wahrenndorff GmbH umfasst z. Z. rd. 700 Bewohner/-innen. Dies entspricht nicht dem heutigen Stand der Sozialpsychiatrie. In einem auf drei Jahre angelegten Programm soll unter fachlicher Begleitung des Landesfachbeirats „Psychiatrie“ und auf der Grundlage einer Vereinbarung mit den Landkreisen Celle und Hannover sowie der Landeshauptstadt Hannover eine Infrastruktur von Angeboten geschaffen, die es wesentlich seelisch behinderten Menschen ermöglicht, ambulante und teilstationäre Hilfen in Anspruch nehmen zu können und somit stationäre Hilfen zu vermeiden. Außerdem werden neue Verfahren bei der Prüfung des Hilfebedarfs eingeführt und erprobt.

**Zu Titelgruppe 81**

Zuwendungen gemäß Richtlinie des MS vom 30. 8. 2004 (Nds. MBl. S. 544).

Zur Verwendung des Landesanteils an dem Aufkommen der Spielbankabgabe gem. § 4 Abs. 1 des Nieders. Spielbankgesetzes – NSpielbG – vom 16.12.2004 (Nds. GVBl. S. 605 ff).

Aus Mitteln der Spielbankabgabe stehen für das Haushaltsjahr 2005 9.504.000 EUR zur Verfügung.

Veranschlagt ist der Anteil für den Geschäftsbereich des MS zur Durchführung von außergewöhnlichen Maßnahmen im sozialen Bereich entsprechend der Landtagsentschließung vom 5. 7. 1973 – LT-Drucksache 7/2077 –.

Weniger zur Haushaltskonsolidierung.

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0536 Sonstige soziale Leistungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
547 81-5	236	Dienstleistungen Außenstehender	— 2.046	—	—	—	133
684 81-2	236	Zuschüsse an Verbände der Freien Wohlfahrtspflege <i>*** Die Ausgaben dürfen die gesetzlich festgelegte Höhe in einem Anteil von 15.750 EUR nicht überschreiten.</i>	—	16	26	-10	46
686 81-5	236	Zuschüsse an Sonstige	100 —	100	256	-156	1.183
893 81-0	236	Zuschüsse an Verbände der Freien Wohlfahrtspflege und andere gemeinn.Träger sowie an Sonstige	1.946 —	1.946	2.467	-521	3.456
<b>TGr. 86 bis 88</b>		<b>Förderung der Investitionsfolgekosten nach §§ 9 und 10 Nieders. Pflegegesetz (NPflegeG)</b>	(—)	(36.075)	(30.630)	(+5.445)	(31.152)
883 86-6	290	Zuweisungen an Gemeinden nach § 9 NPflegeG	—	—	—	—	64
883 87-4	290	Zuweisungen an Gemeinden für teilstationäre Pflegeplätze (§ 10 NPflegeG)	—	—	—	—	0
883 88-2	290	Zuweisungen an Gemeinden für Kurzzeitpflegeplätze (§ 10 NPflegeG)	—	—	—	—	268
893 86-1	290	Zuschüsse an Sonstige nach § 9 NPflegeG	—	22.500	20.500	+2.000	20.014
893 87-0	290	Zuschüsse an Sonstige für teilstationäre Pflegeplätze (§ 10 NPflegeG)	—	1.561	1.530	+31	1.617
893 88-8	290	Zuschüsse an Sonstige für Kurzzeitpflegeplätze (§ 10 NPflegeG)	—	12.014	8.600	+3.414	9.189
<b>TGr. 89</b>		<b>Förderung der Investitionsfolgekosten nach § 13 Nieders. Pflegegesetz (NPflegeG) a. F.</b>	(—)	(—)	(107.100)	(-107.100)	(106.957)
883 89-0	290	Zuweisungen an Gemeinden	—	—	—	—	3.866
893 89-6	290	Zuschüsse an Sonstige	—	—	107.100	-107.100	103.091
<b>TGr. 90</b>		<b>Förderung der Investitionsfolgekosten nach § 12 Nieders. Pflegegesetz (NPflegeG) a. F. Vgl. D-Vermerk zu 684 11.</b>	(—)	(1.381)	(1.381)	(—)	(1.412)
883 90-4	290	Zuweisungen an Gemeinden	—	—	—	—	—
893 90-0	290	Zuschüsse an Sonstige	—	1.381	1.381	—	1.412
<b>TGr. 91/92</b>		<b>Förderung nach §§13 und 14 NPflegeG Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 684 11.</b>	(—)	(1.000)	(1.000)	(—)	(156)
547 91-2	290	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	—
633 91-6	290	Zuschüsse gem § 13 NPflegeG an Gemeinden	—	—	—	—	—
633 92-4	290	Zuschüsse gem. § 14 NPflegeG an Gemeinden	—	—	—	—	—
684 91-0	290	Zuschüsse gem.§ 13 NPflegeG an Sonstige	—	100	200	-100	74
684 92-8	290	Zuschüsse gem. § 14 NPflegeG an Sonstige	—	900	800	+100	82
<b>TGr. 94</b>		<b>Betreuung und Versorgung schwerstkranker Kinder Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 684 11.</b>	(—) (550)	(601)	(600)	(+1)	(887)
547 94-7	236	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	2
633 94-0	236	Zuschüsse an Gemeinden	—	—	—	—	—
684 94-4	236	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	— 550	601	600	+1	168
686 94-7	236	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 686 81**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	100	–	100
2006	–	–	100	100
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	100	100	200

**Zu 893 81**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	1.946	–	1.946
2006	–	–	1.946	1.946
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	1.946	1.946	3.892

**Zu Titelgruppe 86 bis 88**

Die im SGB XI (Soziale Pflegeversicherung) getroffenen Regelungen und Vorgaben bedürfen der Ausführung und Umsetzung durch den Landesgesetzgeber. Das Land Niedersachsen ist den Vorgaben durch das Nds. Pflegegesetz (NPflegeG) vom 22.05.1996 (Nds. GVBl. 10/1996, S. 245 ff.), in der Fassung vom 26.05.2004 (Nds. GVBl. 15/2004, S.157), sowie der Durchführungsverordnung zum Nds. Pflegegesetz (DVO-NPpflegeG) in der Fassung vom 28.07.2000 (Nds. GVBl. S. 604), zuletzt geändert durch die VO zur Änderung der VO zur Durchführung des NPflegeG vom 02.01.2004 (Nds. GVBl. 01/2004, S. 4), nachgekommen.

**Zu Titel 883 86 und 893 86**

Das Land fördert die Investitionsfolgekosten ambulanter Pflegeeinrichtungen nach Maßgabe des § 9 NPflegeG n. F..

**Zu Titel 883 87, 883 88, 893 87 und 893 88**

Gemäß § 10 NPflegeG n. F. i. V. mit § 1 und §§ 3 ff. DVO-NPpflegeG erhalten Träger von teilstationären Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Kurzzeitpflege Investitionsfolgekostenzuschüsse. Gefördert werden der Bestand sowie neue Plätze, soweit diese durch Pflegebedürftige im Sinne des SGB XI belegt sind (leistungsfolgende Förderung). Gefördert werden auch Einrichtungen der vollstationären Dauerpflege, soweit sie für Kurzeitaufenthalte genutzt werden (so genannte eingestreute Kurzzeitpflege).

**Zu Titelgruppe 89**

Die Titelgruppe ist ausgebracht zur Abwicklung des § 13 NPflegeG in der bis 31.12.2003 geltenden Fassung vom 25.04.2002 (Nds. GVBl. 14/2002, S. 145).

**Zu Titelgruppe 90**

Gemäß § 12 Abs. 1 NPflegeG in der bis 31.12.2003 geltenden Fassung (Nds. GVBl. 14/2002, S. 145) erhielten Träger von vollstationären Einrichtungen der Dauerpflege für Maßnahmen zur Umstrukturierung, Modernisierung oder zum Ersatz einer Einrichtung oder wesentlicher Teile einer Einrichtung, die die Qualität der Pflege oder Unterkunft verbessern, eine Förderung in Höhe der Zinskosten gem. § 5 Abs. 3 DVO-NPpflegeG für das zur Durchführung der Maßnahmen eingesetzte Fremdkapital. Die Förderung

**Noch zu Titelgruppe 90**

erfolgt leistungsfolgend nur für belegte Plätze. Die Maßnahmen werden durch ein jährliches Förderprogramm nach Maßgabe des Haushaltsplans aufgestellt und von der Landesregierung beschlossen (§ 12 Abs. 2 NPflegeG a. F.).

Belastungen, die bei Titelgruppe 90 durch in Vorjahren in Anspruch genommenen / ausgebrachten Verpflichtungen entstehen:

Belastungen

der Haushaltsjahre	durch die 1996 außerplanm. VE in 1000 EUR	durch die 1997 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 1998 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	345	105	931	1.381
2006	345	105	931	1.381
2007	345	105	931	1.381
2008	345	105	931	1.381
2009 ff.	3.089	811	12.809	16.709
Summe	4.469	1.231	16.533	22.233

**Zu Titelgruppe 91/92**

In Ausführung der Vorschriften von § 13 des Niedersächsischen Pflegegesetzes (NPflegeG) n. F. – Förderung neuartiger Maßnahmen – (Nds. GVBl. 15/2004, S. 157) und § 14 NPflegeG n. F.– Förderung vorpflegerischer Maßnahmen – sollen gefördert werden:

- die Entwicklung und Erprobung neuartiger Formen der Pflege, Maßnahmen zur Vermeidung von Pflege und Verbindungen von Pflegeangeboten oder -einrichtungen mit gesundheits- oder sozialpflegerischen Angeboten oder Einrichtungen,
- niedrigschwellige Betreuungsangebote sowie Modellvorhaben zur Verbesserung der Versorgung von Personen mit eingeschränkter Alltagskompetenz (insbes. Altersdemenz) als Kofinanzierung zu Mitteln aus der Pflegeversicherung nach dem Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetz vom 14. 12. 2001 (BGBl. I S. 3728 ff.) nach Maßgabe der Richtlinie des MS vom 06.09.2004 (Nds. MBl. S. 545).

**Zu Titelgruppe 94**

Grundlage der Förderung ist die einstimmige Entschließung des Nds. Landtages „Flächendeckende Versorgung und Betreuung schwerstkranker Kinder sicherstellen“ (Lt. Drs. 14/2567) vom 13. 6. 2001.

Insbesondere werden gefördert

- Einrichtungen und Modellprojekte zur Verbesserung der Versorgung schwerstkranker Kinder,
- die Vernetzung von Angeboten (Ermöglichung oder Verstärkung der Zusammenarbeit unter den Beteiligten, Koordination von Hilfen),
- eine qualifizierte Fortbildung von ambulanten Krankenpflegediensten in Fragen der Versorgung schwerstkranker Kinder.



**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 684 94**

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	—	255	—	255
2006	—	220	—	220
2007	—	50	—	50
2008	—	25	—	25
2009 ff.	—	—	—	—
Summe	—	550	—	550

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0536 Sonstige soziale Leistungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung 2005 2004	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
883 94-7	236	Zuweisungen für Investitionen an Gemein- den (GV)	-	-	-	-	-
892 94-6	236	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	-	-	-	-	-
893 94-2	236	Zuschüsse für Investitionen bei sozialen oder ähnlichen Einrichtungen	-	-	-	-	717
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	-		151.118	-151.118	
		<b>Abschluss Kapitel 0536</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		4.333	4.424	-91	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zu- schüssen mit Ausnahme für Investitionen		54	52	+2	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		4.387	4.476	-89	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Aus- gaben für den Schuldendienst	3.683	-	-	-	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	847 4.361	138.428	339.491	-201.063	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	2.946 -	40.439	142.966	-102.527	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	3.793 8.044	178.867	482.457	-303.590	
		<b>Zuschuss</b>		174.480	477.981	-303.501	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0538 Kriegsofopferfürsorge nach dem BVG und entsprechende Leistungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
162 10-4	247	Darlehenszinsen - Altdarlehen - <i>Vgl. K-Vermerk zu 631 10.</i>	-	1	1	-	-
182 10-5	247	Darlehensrückflüsse -Altdarlehen - <i>Vgl. K-Vermerk zu 631 10.</i>		30	40	-10	49
231 10-6	247	Erstattungen durch den Bund für Aufwen- dungen in der Kriegsofopferfürsorge		34.623	25.063	+9.560	26.375
233 10-9	247	Ersatzl. v. Anspruchsber., Unterhaltsverpfl., sonst.Dritten sowie Erst. v. zu Unrecht erh. Leistg. (Erst. v.d.örtl.Trägern) <i>Vgl. K-Vermerk zu 631 11.</i>		5.200	5.300	-100	5.382
233 11-7	247	Sonstige Erstattungen von Gemeinden (GV) - Darlehenszinsen- <i>Vgl. K-Vermerk zu 631 10.</i>		1	1	-	0
281 10-3	247	Ersatzl. v. Anspruchsberechtigten, Un- terhaltsverpfl., sonst. Dritten sowie Erstat- tung von zu Unrecht erhaltenen Leistungen <i>Vgl. K-Vermerk zu 631 11.</i>		-	-	-	-
333 10-3	247	Zuweisungen für Investitionen von Gemein- den (GV) - Darlehensrückflüsse - <i>Vgl. K-Vermerk zu 631 10.</i>		100	100	-	167
<b>AUSGABEN</b>							
631 10-4	247	Abführung von Darlehensrückflüssen an den Bund <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 80</i> <i>v.H. der Isteinnahmen bei 162 10, 182 10, 233 11</i> <i>und 333 10.</i>	-	106	114	-8	173
631 11-2	247	Abführung der sonstigen Einnahmen im Rahmen der KOF an den Bund <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 80</i> <i>v.H. der Isteinnahmen bei 233 10 und 281 10.</i>	-	4.160	4.240	-80	4.266
633 11-5	247	Hilfen z. berufl. Rehabilitat. -Beih. an Be- schäd. u. Witw. o. Kfz-Beih., Übergangsgeld u. Unterh.Beih.- (Erst. a. d. ö. Tr.) <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungs-</i> <i>fähig: 633 11, 633 12, 633 13, 633 14, 633 15,</i> <i>633 16, 633 17, 633 18, 633 19, 633 21, 633 22,</i> <i>633 23, 633 24, 633 25, 633 26, 633 27, 633 28</i> <i>und 633 29.</i> <i>*** Überzahlungen aus den Vorjahren bei den</i> <i>Titeln 633 11 bis 633 29 sind abweichend von §</i> <i>35 Abs.1 LHO durch Absetzen von der Ausgabe</i> <i>zu vereinnahmen.</i>	-	20	40	-20	16
633 12-3	247	wie 633 11 -Beih. a. Beschäd. z.Beschaffg., z. Betrieb, z. Unterh., z. Unterstell. u.z. Ab- stellen eines Kfz.- (Erst. a.d.ö. Träger) <i>Vgl. D-Vermerk zu 633 11.</i>	-	40	40	-	46
633 13-1	247	wie 633 11 -Übergangsgeld u. Unterhaltsbei- hilfe an Beschädigte(Erstattungen an die örtlichen Träger) <i>Vgl. D-Vermerk zu 633 11.</i>	-	10	10	-	10
633 14-0	247	wie 633 11 -Leistungen an Arbeitge- ber(Erstattungen an die örtlichen Träger) <i>Vgl. D-Vermerk zu 633 11.</i>	-	1	1	-	-
633 15-8	247	Krankenhilfe -Beihilfen(Erstattungen an die örtlichen Träger) <i>Vgl. D-Vermerk zu 633 11.</i>	-	20	20	-	5

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Kapitel 0538**

**Allgemeine Vorbemerkung zum Kapitel:**

Leistungen der Kriegsopferfürsorge (KOF) erhalten Beschädigte und Hinterbliebene zur Ergänzung der übrigen Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) vom 27.06.1960 (BGBl. I S. 453), i.d.F.v. 22.01.1982 (BGBl. I S. 21), als besondere Hilfen im Einzelfall. Die KOF hilft, bei Beschädigten die Folgen der erlittenen Schädigung oder bei Hinterbliebenen die Folgen des Verlustes des Ernährers in allen Lebenslagen nach Möglichkeit zu überwinden oder zu mildern.

**Allgemeine Vorbemerkungen zu den Ausgaben:**

Der überörtliche Träger der KOF hat zur Durchführung seiner Aufgaben die örtlichen Träger herangezogen (VO über die Heranziehung örtl. Träger der KOF zur Durchführung von Aufgaben der KOF vom 25.03.1981, Nds. GVBl. S. 47). Die Titel sind daher mit dem Zusatz „Erstattungen an die örtlichen Träger“ versehen.

**Zu Titel 162 10 und 182 10**

Zur Abwicklung der bis 1987 aus Tit. 863 01 bis 863 11 vom Nds. Landesamt für Zentrale Soziale Aufgaben unmittelbar bewilligten und ausgezahlten Darlehen.

Vgl. Erläuterungen zu Tit. 231 10, 631 10, 631 11 und 883 10 bis 883 14.

**Zu 231 10**

	2005
	1000 EUR
Der Bund trägt die Aufwendungen für die Kriegsopferfürsorge nach den §§ 25 bis 27 j des Bundesversorgungsgesetzes ab 1.1.1964 zu 80 v.H. Die Höhe der Erstattung ist wie folgt errechnet: Ausgaben bei Tit. 633 11 bis 633 29 Und Tit. 883 10 bis 883 14 hiervon 80 v.H.	43.279 34.623

**Zu 233 10**

Rückerstattungen gemäß § 50 Sozialgesetzbuch (SGB) – Zehntes Buch (X) – vom 18. 8. 1980 (BGBl. I S. 1469) und Einnahmen aus dem Übergang von Ansprüchen (§ 115 SGB X, § 27 g BVG und § 81 a BVG), Erstattungsansprüchen (§ 104 SGB X) und Auslagenersatz (§ 109 SGB X) für Aufwendungen der KOF aus Tit. 633 11 bis 633 29).

**Zu Titel 233 11 und 333 10**

Zur Vereinnahmung von Darlehensrückflüssen (Zinsen und Tilgung) aus von den örtlichen Trägern der KOF bewilligten und ausgezahlten Darlehen (vgl. Erl. zu Tit. 883 10 bis 883 14).

**Zu 631 10**

	2005
	1000 EUR
Abführung des Bundesanteils (80 v.H.) an den Darlehensrückflüssen im Rahmen des KOF. Der Ansatz errechnet sich danach wie folgt: Voraussichtliches Zinsaufkommen Titel 162 10 und 233 11 Voraussichtliches Tilgungsaufkommen Titel 182 10 und 333 10 Zusammen hiervon 80 v. H.	2 <u>130</u> 132 106

**Zu 631 11**

	2005
	1000 EUR
Abführung des Bundesanteils (80 v.H.) an den übrigen Einnahmen im Rahmen der KOF. Der Ansatz errechnet sich wie folgt: Voraussichtliche Einnahmen bei Titel 233 10 hiervon 80 v.H.	<u>5 200</u> 4 160

Vgl. Erläuterung zu 231 10.

**Zu Titel 633 11, 633 12, 633 13 und 633 14**

Gewährung von Beihilfen nach §§ 26 und 26 a BVG.

**Zu 633 15**

Gewährung von Beihilfen nach § 26 b BVG.

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0538 Kriegsofopferfürsorge nach dem BVG und entsprechende Leistungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
			2005	2005	2004		
			2004				
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
633 16-6	247	Hilfe zur Pflege -Beihilfen an Beschädigte für häusliche Pflege einschl. Pflegegeld(Erstattungen an die örtlichen Träger) <i>Vgl. D-Vermerk zu 633 11.</i>	—	100	65	+35	109
633 17-4	247	wie 633 16 -Sonstige Hilfen zur Pflege an Beschädigte(Erstattungen an die örtlichen Träger) <i>Vgl. D-Vermerk zu 633 11.</i>	—	700	750	-50	648
633 18-2	247	wie 633 16 -Beihilfen an Hinterbliebene für häusliche Pflege einschl. Pflegegeld(Erstattungen an die örtlichen Träger) <i>Vgl. D-Vermerk zu 633 11.</i>	—	—	—	—	—
633 19-0	247	wie 633 16 -Sonstige Hilfe zur Pflege an Hinterbliebene(Erstattungen an die örtlichen Träger) <i>Vgl. D-Vermerk zu 633 11.</i>	—	24.800	15.000	+9.800	15.384
633 21-2	247	Hilfe zur Weiterführung des Haushalts - Beihilfen an Beschädigte(Erstattungen an die örtlichen Träger) <i>Vgl. D-Vermerk zu 633 11.</i>	—	26	26	—	23
633 22-0	247	Altenhilfe -Beihilfen an Beschädigte(Erstattungen an die örtlichen Träger) <i>Vgl. D-Vermerk zu 633 11.</i>	—	15	8	+7	17
633 23-9	247	Erziehungsbeihilfe (Erstattungen an die örtlichen Träger) <i>Vgl. D-Vermerk zu 633 11.</i>	—	30	50	-20	32
633 24-7	247	Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt - Beihilfen an Beschädigte(Erstattungen an die örtlichen Träger) <i>Vgl. D-Vermerk zu 633 11.</i>	—	160	210	-50	137
633 25-5	247	Erholungshilfe -Beihilfen an Beschädigte (Erstattungen an die örtlichen Träger) <i>Vgl. D-Vermerk zu 633 11.</i>	—	90	125	-35	99
633 26-3	247	Wohnungshilfe -Beihilfen(Erstattungen an die örtlichen Träger) <i>Vgl. D-Vermerk zu 633 11.</i>	—	110	90	+20	157
633 27-1	247	Hilfen in besonderen Lebenslagen -Beihilfen an Beschädigte ohne Kfz-Beihilfen(Erstattungen an die örtlichen Träger) <i>Vgl. D-Vermerk zu 633 11.</i>	—	700	800	-100	648
633 28-0	247	wie 633 27 -Beih. a. Beschäd. z.Beschaffg., z. Betrieb, z. Unterh., z. Unterst. u.z. Abstellen eines Kfz.- (Erst.a.d.ö.Träger) <i>Vgl. D-Vermerk zu 633 11.</i>	—	400	512	-112	350
633 29-8	247	wie 633 27 -Beihilfen an Hinterbliebene(Erstattungen an die örtlichen Träger) <i>Vgl. D-Vermerk zu 633 11.</i>	—	16.000	13.500	+2.500	15.299
881 10-0	247	Investitionszuschuss an den Bund gem. Art. 52 Pflegeversicherungsgesetz	—	—	—	—	—
883 10-3	247	Hilfen z.berufl.Rehabilitation -Darlehen an Beschädigte zur Beschaffung, zum Unterstellen u. zum Abstellen eines Kfz- <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 883 10, 883 11, 883 12, 883 13 und 883 14.</i>	—	10	10	—	—
883 11-1	247	Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt - Darlehen- <i>Vgl. D-Vermerk zu 883 10.</i>	—	1	1	—	0
883 12-0	247	Wohnungshilfe -Darlehen- <i>Vgl. D-Vermerk zu 883 10.</i>	—	15	20	-5	12

---

ERLÄUTERUNGEN

---

**Zu 633 16**

Gewährung von Beihilfen nach § 26 c BVG.

**Zu Titel 633 17 und 633 19**

Gewährung von Beihilfen nach § 26 c BVG.

**Zu 633 21**

Gewährung von Beihilfen nach § 26 d BVG.

**Zu 633 22**

Gewährung von Beihilfen nach § 26 e BVG.

**Zu 633 23**

Gewährung von Beihilfen nach § 27 BVG.

**Zu 633 24**

Gewährung von Beihilfen nach § 27 a BVG.

**Zu 633 25**

Gewährung von Beihilfen nach § 27 b BVG.

**Zu 633 26**

Gewährung von Beihilfen nach § 27 c BVG.

**Zu Titel 633 27, 633 28 und 633 29**

Gewährung von Beihilfen nach § 27 d BVG i. V. mit Abschnitt 3 des BSHG.

**Zu 881 10**

Nach Art. 52 Abs. 3 Nr. 2 Pflegeversicherungsgesetz haben die alten Länder nach Inkrafttreten der 2. Stufe der Pflegeversicherung (stationäre Pflege) zur Finanzierung der Investitionen in Pflegeeinrichtungen in den neuen Bundesländern beizutragen. Eine Verwaltungsvereinbarung gem. Art. 52 Abs. 3 Nr. 2 PflegeVG zwischen den Bundesländern wurde geschlossen. Der Bund kürzt die Erstattungen an die alten Bundesländer in den Jahren 1997 bis 2001 um 800 Millionen EUR und im Jahre 2002 um 720 Millionen EUR. Der auf das Land Niedersachsen nach dem Einwohner-schlüssel entfallende Anteil ist bei Titel 881 10 ausgebracht.

**Zu Titel 883 10 bis 883 14 allgemein:**

Nach § 25 b Abs. 4 BVG werden Geldleistungen als Beihilfen oder Darlehen gewährt. Darlehen können gegeben werden, wenn diese Art der Hilfe zur Erreichung des Leistungszwecks ausreichend oder zweckmäßiger ist. Zinseinnahmen und Tilgungen werden bei den Titeln 233 11 und 333 10 nachgewiesen (vgl. Erl. zu Tit. 631 10).

**Zu Titel 883 10**

Gewährung von Darlehen nach § 26 BVG.

**Zu 883 12**

Gewährung von Darlehen nach § 27 c BVG.

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0538 Kriegsopferversorge nach dem BVG und entsprechende Leistungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung 2005 2004	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
883 13-8	247	Hilfen in besonderen Lebenslagen - Darlehen- <i>Vgl. D-Vermerk zu 883 10.</i>	-	30	50	-20	26
883 14-6	247	Erziehungsbeihilfe -Darlehen- <i>Vgl. D-Vermerk zu 883 10.</i>	-	1	1	-	-
<b>Abschluss Kapitel 0538</b>							
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		31	41	-10	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		39.824	30.364	+9.460	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		100	100	-	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		39.955	30.505	+9.450	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	-	47.488	35.601	+11.887	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	-	57	82	-25	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	-	47.545	35.683	+11.862	
		<b>Zuschuss</b>		7.590	5.178	+2.412	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 883 13**

Gewährung von Darlehen nach § 27 d BVG i. V. mit Abschnitt 3 des BSHG.

**Zu 883 14**

Gewährung von Darlehen nach § 27 BVG.

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0540 Gesundheitsverwaltung und Gesundheitswesen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
111 01-5	314	Gebühren und tarifliche Entgelte <i>*** Vgl. Vermerk zu 631 10, 632 10, 637 10 und 671 10.</i>		15	15	—	4
119 01-6	311	Vermischte Einnahmen		1	1	—	—
119 41-5	311	Rückzahlung von Überzahlungen		100	100	—	481
119 46-6	311	Ersatzleistungen		20	26	-6	—
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 68/72</b>		<b>Krankenhausfinanzierung</b>		(34.289)	(34.651)	(-362)	(35.690)
233 68-4	312	Beiträge der Landkreise und kreisfreien Städte zur Förderung von Krankenhäusern nach § 9 (2) 1,2 und 3 KHG		2.500	2.529	-29	2.495
333 72-7	312	Beiträge der Landkreise und kreisfreien Städte zur Förderung von Krankenhäusern nach § 9 (2) 5 und 6 sowie (3) KHG		31.789	32.122	-333	33.195
<b>TGr. 74</b>		<b>Förderung von Krankenhäusern nach § 9 Abs. 1 KHG</b>		(32.036)	(31.984)	(+52)	(28.863)
233 74-9	312	Beiträge der Landkreise und kreisfreien Städte - Schuldendiensthilfen -		997	945	+52	895
333 74-3	312	Beiträge der Landkreise und kreisfreien Städte		31.039	31.039	—	27.968
<b>TGr. 90</b>		<b>Kooperation der norddeutschen Länder durch gemeinsame Aufgabenwahrnehmung auf verschiedenen Gebieten des Gesundheitswesens</b>		(327)	(317)	(+10)	(332)
232 90-4	314	Erstattungen der norddeutschen Länder aufgrund d. gemeins. Aufgabenwahrnehmung auf versch. Gebieten des Gesundheitswesens <i>Vgl. K-Vermerk zu 682 90.</i>		267	267	—	267
261 90-4	314	Erstattung von Kosten für Arzneimitteluntersuchungen und andere Dienstleistungen der AMI-Nord GmbH <i>Vgl. K-Vermerk zu 632 90.</i>		60	50	+10	65
<b>AUSGABEN</b>							
412 10-4	311	Entschädigung für ehrenamtliche Pharmazierate	—	50	55	-5	44
422 01-0	311	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	902	1.215	-313	1.113
422 19-3	311	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	34
422 31-2	311	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-0	311	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	106
427 01-2	311	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
427 31-4	311	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	—	—	—	—
427 39-0	311	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Kapitel 0540**

Allgemeine Erläuterung:  
Hinsichtlich der Veränderungen im Zuge der Auflösungen der Bezirksregierungen wird auf das Vorwort zum Einzelplan 05 verwiesen.

**Zu 111 01**

Im Rahmen der Überwachung der Herstellung und des Verkehrs mit Arzneimitteln nach § 64 Arzneimittelgesetz haben die pharmazeutischen Überwachungskräfte Betriebsbesichtigungen in besonderen Fällen unter Beteiligung von Sachverständigen anderer Bundesländer, des Bundes oder öffentlicher Institutionen vorzunehmen. Die für die Beteiligung externer Sachverständiger zu erhebenden Verwaltungsgebühren sind hier zu vereinnahmen, soweit die Forderungen im Jahr 2004 entstanden sind. Ebenso werden Überwachungskräfte in Niedersachsen zu Betriebsbesichtigungen in anderen Ländern hinzugezogen, die Erstattungen der anteiligen Kosten sind ebenfalls hier zu vereinnahmen, soweit die Forderungen im Jahr 2004 entstanden sind.

**Zu Titel 233 68 und 333 72**

Nach dem Nds. KHG vom 12. 7. 1973 (Nieders. GVBl. S. 231) in der Fassung vom 12. 11. 1986 (Nieders. GVBl. S. 343) haben von den Aufwendungen nach § 9 (2) 1, 2, 3, 5 und 6 und (3) KHG (s. Ausgabe-TGrn. 67/68–73/76) das Land zwei Drittel und die Landkreise und kreisfreien Städte ein Drittel zu tragen.

**Zu 233 74**

Tilgungsanteil der kommunalen Gebietskörperschaften i.R. der gewährten Schuldendiensthilfen (vgl. 661 74 und 662 74)

**Zu 333 74**

Die Aufwendungen nach § 9 (1) KHG für den Krankenhausbau (s. Ausgabe-TGr. 74/75) übernehmen nach dem Nds. KHG vom 12. 7. 1973 (Nieders. GVBl. S. 231) in der Fassung vom 12. 11. 1986 (Nieders. GVBl. S. 343) das Land zu 60 v. H. und die Landkreise und kreisfreien Städte zu 40 v. H.

**Zu 232 90**

Zur Vereinnahmung der Anteile der Länder Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein am gemeinsam in Niedersachsen betriebenen Giftinformationszentrum für Norddeutschland – GIZ-Nord – (vgl. Titel 682 90).

**Zu 261 90**

Es handelt sich um Einnahmen von Verwaltungsgebühren nach ALLGO für Untersuchungsleistungen der AMI-Nord i. R. der Durchführung des Arzneimittelgesetzes.

**Zu 412 10**

Die Apothekenüberwachung wird von den ehrenamtlichen Pharmazierätinnen und –räten durchgeführt, die dafür zu entschädigen sind (§ 6 des Gesetzes über das Apothekenwesen i.d.F. vom 15.10.1980 (BGBl. I S. 1933) mit Änderungen i.V.m. der Richtlinie für die amtliche Besichtigung von Apotheken (RdErl. D. MS vom 14.07.2000 – Nds. MBl. S. 570 - ).  
Der Entschädigungssatz für die Inanspruchnahme bei Besichtigung von Apotheken wurde zuletzt durch den RdErl. D. MS vom 05.04.2000 (Nds. MBl. S. 284) erhöht.  
Es handelt sich bei diesem Ansatz um Entschädigungszahlungen, die für Besichtigungen im Jahr 2004 zu leisten sind.

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteneinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
22,54	22,61	22,74

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
902	1 215	1 113

**Noch zu 422 01**

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	25,79
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	-
- Sonstige Veränderungen	-
	-----
Summe Zugänge	25,79

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	25,86
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	-
- Sonstige Veränderungen	-
	-----
Summe Abgänge	25,86

Bleibt Abgang 0,07

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0540 Gesundheitsverwaltung und Gesundheitswesen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005 2004	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
511 10-2	314	Anteil d. Landes Nds. a. d. Kosten der Nutzung der AMIS- Datenbanken des DIMDI im Rahmen der Arzneimittelüberwachung	—	12	12	—	12
514 10-1	314	Bekämpfung von Seuchen, einschließlich Geschlechtskrankheiten	—	6	1.046	-1.040	6.254
525 01-4	311	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	10	10	—	4
526 01-0	314	Sachverständige	—	—	—	—	—
526 02-9	314	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
526 10-0	311	Kosten verschiedener Ausschüsse sowie Kostenerstattungen an die Ärztekammer/Zahnärztekammer Nds.	—	60	65	-5	51
547 10-7	314	Überwachung und Untersuchungen zur Umwelthygiene <i>Übertragbar.</i>	—	115	225	-110	371
631 10-8	314	Erstattung anteiliger Verwaltungsgebühren an den Bund <i>*** Ausgaben bei den Titeln 631 10, 632 10, 637 10 und 671 10 dürfen insgesamt nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 111 01.</i>	—	—	—	—	—
632 10-4	314	Erstattung anteiliger Verwaltungsgebühren an andere Länder <i>*** Vgl. Vermerk zu 631 10.</i>	—	—	—	—	—
633 10-0	311	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Gemeinden (GV) für die Wahrnehmung des hafenerärztlichen Dienstes	—	510	510	—	513
637 10-6	314	Erstattungen an die Zentrale Koordinierungsstelle der Länder im Arzneimittelbereich <i>*** Vgl. Vermerk zu 631 10.</i>	—	—	—	—	—
671 10-0	314	Erstattungen an die AMI-Nord GmbH <i>*** Vgl. Vermerk zu 631 10.</i>	—	—	—	—	—
671 11-8	212	Kosten der Unterbringung gem. § 37 Abs. 2 Nds. PsychKG	—	2	1	+1	4
671 12-6	314	Erstattung der Kosten der Unterrichtsveranstaltungen für Apothekeranwärter	—	30	30	—	27
685 10-0	314	Zuschüsse an die Akademie für Sozialmedizin in Hannover <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 685 10, 685 11, 685 12, 685 14, Ausgabeteilgruppe 79/80, Ausgabeteilgruppe 85 und Ausgabeteilgruppe 88.</i>	—	48	48	—	48
685 11-9	314	Zuschüsse für gesundheitliche Aufklärung <i>Vgl. D-Vermerk zu 685 10.</i>	—	332	332	—	332
685 12-7	314	Gesundheitsfördernde Projekte " Gesundheit 2000 " <i>Vgl. D-Vermerk zu 685 10.</i>	—	104	176	-72	424
685 14-3	314	Hebammenfortbildung <i>Vgl. D-Vermerk zu 685 10.</i>	—	40	41	-1	38
685 15-1	175	Zuschuss an die Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf	—	388	364	+24	342
685 16-0	314	Anteil des Landes Niedersachsen zur Weiterführung der Stiftung "Humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen"	—	255	248	+7	—
685 17-8	244	Erstattungen nach dem Anti-D-Hilfegesetz (AntiDHG)	—	60	60	—	58

## ERLÄUTERUNGEN

**Zu 511 10**

Die Datenbanken des Arzneimittelinformationssystems (AMIS) und des Informationssystems für Medizinprodukte beim Deutschen Institut für Dokumentation und Information (DIMDI) werden vom Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) unterhalten und stehen den Ländern im Rahmen der Überwachung dieser Rechtsbereiche zur Verfügung. In Niedersachsen nutzen die pharmazeutischen Überwachungskräfte die Datenbanken z.B. bei der Ausstellung von Exportzertifikaten. Im Rahmen der Medizinprodukte-Überwachung, insbesondere der Anzeigepflicht und des Risiko-Managements besteht für die mit der Durchführung betrauten Behörden eine Verpflichtung zur Nutzung.

Die Kosten dieser Datenbanken werden von den Ländern nach dem „Königsteiner Schlüssel“ getragen.

**Zu 514 10**

- a) Überführungskosten zum Sektionsort der verdachtsweise an der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit Verstorbenen,
- b) Vorsorgemittel zur Prävention bzw. für den Fall des Ausbruchs eines besonderen Seuchengeschehens (z. B. Seuchenalarmplanung, Informationsmittel, sonstige Sachkosten),
- c) Umsetzung des Infektionsschutzgesetzes (z. B. Fachtagungen; Beteiligung Dritter) im Bereich des ÖGD

**Zu 525 01**

Die Mittel werden veranschlagt, um eine qualifizierte Fortbildung der hauptamtlichen pharmazeutischen Überwachungskräfte und jener für den Medizinproduktebereich zu ermöglichen, damit diese dem mit hoher Verantwortung (Sicherstellung des Verbraucherschutzes durch Gewährleistung eines Höchstmaßes an Arzneimittelsicherheit) verbundenen Überwachungsauftrag nachkommen können.

Die Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von GMP-Inspektionen zwischen der EU, USA, Kanada, Australien, Neuseeland und Japan verlangen ein Qualitätssicherungssystem, das nur mit einem Mindestmaß an qualifizierter und damit entsprechend kostenaufwendiger Fortbildung zu gewährleisten ist.

Für die Fortbildung der pharmazeutischen Inspektorinnen/Inspektoren sind 10 Tage fachliche Fortbildung pro Jahr vorgeschrieben. In Niedersachsen sind 10 Inspektorinnen/Inspektoren tätig. Es müssen damit 100 Tage fachliche Fortbildung durchgeführt werden.

**Zu 526 10**

- a) Mitglieder der Gutachterausschüsse für Heilpraktiker erhalten Entschädigung nach dem RdErl. d. MS vom 22. 2. 1995 (Nds. MBl. S. 375).
- b) Gutachterausschuss für das Fachgespräch nach § 2 der VO zur Durchführung des Gesetzes über die Berufsbezeichnung der Medizinischen Sprachheilpädagoginnen und -pädagogen vom 17. 5. 2001 (Nds. GBl. S. 308).
- c) Den Kammern werden die Aufwendungen im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Prüfungsausschüsse (Feststellung der Gleichwertigkeit der ärztlichen/zahnärztlichen Ausbildung) erstattet.

Die Aufwendungen werden im Wege des Auslagenersatzes erstattet und bei 05 20 – 111 01 vereinnahmt.

**Zu 547 10**

Veranschlagt sind Ausgaben für epidemiologische und humanmedizinische Untersuchungen über Auswirkungen schädlicher Umweltbelastungen.

Reduzierung des Ansatzes zur Haushaltskonsolidierung.

**Zu 631 10**

Soweit Sachverständige der Bundesoberbehörden bei Betriebsbesichtigungen in Niedersachsen zu beteiligen sind, stehen dem Bund die anteiligen Verwaltungsgebühren hierfür zu. Ausgaben sind dann in der Höhe zu leisten, wie anteilige Verwaltungsgebühren vereinnahmt worden sind.

**Zu 632 10**

Vergleiche Erläuterung zu 631 10.

Die anteiligen Verwaltungsgebühren stehen insoweit den anderen Ländern zu, als deren Überwachungskräfte bei Besichtigungen in Niedersachsen beteiligt worden sind.

**Zu 633 10**

Die Aufgaben der Schiffshygiene (**Hafenärztlicher Dienst**) sind Pflichtaufgaben des Bundes nach Artikel 1 i. V. mit Artikel 14–17 der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) vom 25. 7. 1969 (BGBl. II S. 865) i. d. F. vom 10. 4. 1975 (BGBl. II S. 456) zuletzt geändert durch VO vom 17. 3. 1982 (BGBl. II S. 286), deren Ausführung den Ländern obliegt.

Nach Artikel 14 Abs. 1 IGV hat die Gesundheitsverwaltung – dies ist entsprechend den Definitionen nach Artikel 1 IGV das Land – sicherzustellen, dass die Häfen und Flughäfen in ihrem Hoheitsgebiet über eine Organisation und Ausrüstung verfügen, die für die Durchführung der in diesen Vorschriften vorgesehenen Maßnahmen angemessen sind. Die Aufgaben betreffen die internationale Schifffahrt und dienen der Verhütung von Infektionskrankheiten durch die Einschleppung per Schiff. Daneben sind Aufgaben der Prüfung der Medizinkenntnisse der Schiffsoffiziere, -apparate und des Apothekenstandards an Bord der unter Bundesflagge fahrenden Seeschiffe als Bundes- und EU-Recht u. ä. auszuführen. Das Land bedient sich hierfür der kommunalen Gesundheitsämter in den Kommunen mit Schiffsverkehr und hat die angemessenen Personal- und Sachkosten für mdst. 10 Stellen der Spitzenämter des mittleren Dienstes (Hafengesundheitsaufseher) sowie der Hafenärzte zu tragen.

**Zu 637 10**

Vergleiche Erläuterungen zu 631 10.

Die anteiligen Verwaltungsgebühren stehen insoweit der zentralen Koordinierungsstelle zu, als deren Sachverständige bei Besichtigungen in Niedersachsen beteiligt worden sind.

**Zu 671 10**

Vergleiche Erläuterungen zu 631 10.

Die anteiligen Verwaltungsgebühren stehen der AMI-Nord GmbH insoweit zu, als deren Beschäftigte außerhalb des vom Rahmenabkommen abgedeckten Auftrags als Sachverständige bei Besichtigungen in Niedersachsen beteiligt worden sind.

**Zu 671 11**

Die Kosten einer vorläufigen Unterbringungsmaßnahme sind vom Land zu tragen, wenn

1. der Antrag auf Anordnung einer Unterbringung abgelehnt oder zurückgenommen wird oder aus anderen Gründen seine Erledigung findet oder
2. die Anordnung einer Unterbringung vom Beschwerdegericht aufgehoben wird und die Voraussetzungen für die Unterbringung von Anfang an nicht vorgelegen haben.

**Zu 671 12**

Nach § 4 Abs. 4 der Approbationsordnung für Apotheker vom 19. 7. 1989 (BGBl. I S. 1489) sind die Länder verpflichtet, begleitende Unterrichtsveranstaltungen durchzuführen, an denen die Auszubildenden im Rahmen der praktischen Ausbildung teilnehmen müssen. Durch Beschluss des Landesministeriums vom 17. 12. 1973 (Nds. MBl. S. 1713) wurde die Aufgabe der Apothekerkammer Niedersachsen übertragen (Erstattung an die Apothekerkammer).

**Zu 685 10**

Gefördert werden als satzungsgemäße Aufgaben der Akademie landesweite Fortbildungsveranstaltungen für Ärztinnen und Ärzte, medizinisches Personal und interessierte Gruppen auf dem Gebiet der Sozialmedizin. Die Akademie organisiert u. a. Veranstaltungen zu den Themenfeldern AIDS, Sucht, öffentliches Gesundheitswesen, übertragbare Krankheiten, Ernährung, Alter, soziale Faktoren und Gesundheit.



ERLÄUTERUNGEN

**Zu 685 11**

Es handelt sich um die institutionelle Förderung der Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e. V. in Höhe von 297 000 EUR und 35 000 EUR für die Landesarbeitsgemeinschaft Jugendzahnpflege e. V. Die Förderung wird nach den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für gesundheitliche Aufklärung zur Unterstützung gesundheitsfördernder Aktivitäten und Selbsthilfegruppen (RdErl. d. MS vom 27. 5. 1987 – Nds. MBl. S. 725) gewährt.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e. V.

	Betrag für 2005 EUR	Betrag für 2004 EUR	Ist-Ergebnis für 2003 EUR
<b>Ausgaben</b>	910 000	865 000	903 779
<b>Einnahmen</b>	71 000	68 000	67 002

Mithin  
Fehlbetrag 839 000 797 000 836 777

Der Fehlbetrag 2005 soll gedeckt werden durch:

- a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers – EUR
  - b) das Land mit 297 000 EUR
  - c) den Bund und EU-Mittel – EUR
  - d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand 260 000 EUR
  - e) andere Mittel 282 000 EUR
- Zusammen 839 000 EUR

**Zu 685 12**

Förderung der freien Träger der Gesundheitsförderung, der Prävention, der Rehabilitation und der gesundheitlichen Selbsthilfe, gem. RdErl. des MS v. 27. 05. 1987, Nds. MBl. S. 725.

Reduzierung des Ansatzes zur Haushaltskonsolidierung.

**Zu 685 14**

Die kontinuierliche Fortbildung der Angehörigen des Hebammenberufs wird durch nieders. Berufsrecht (6. DVO zum HebG vom 21. 12. 1938 – Nds. GVBl. Sb. II S. 262), Berufsordnung für Hebammen und Entbindungspfleger – RdErl. MS v. 16. 02. 1995, Nds. MBl. S. 467) vorgeschrieben. Zur Sicherstellung der Fortbildungspflicht gewährt das Land dem Berufsverband Zuwendungen.

**Zu 685 15**

Der anderweitig nicht gedeckte Finanzbedarf für die Einrichtung und die Unterhaltung der Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf ist nach Artikel 7 (1) des Länderabkommens vom 9. 2. 1971 (Nds. MBl. S. 885) von den Ländern zu tragen. Der auf die Länder entfallende Anteil bemisst sich nach Art. 7 (2) je zur Hälfte nach dem Verhältnis ihrer Einwohner und nach der Zahl der aus ihnen kommenden Lehrgangsteilnehmer.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf

	Betrag für 2005 EUR	Betrag für 2004 EUR	Ist-Ergebnis für 2003 EUR
<b>Ausgaben</b>	2 027 000	2 017 000	2 067 318
<b>Einnahmen</b>	227 000	204 600	326 562
Mithin Fehlbetrag	1 800 000	1 812 400	1 740 756

**Noch zu 685 15**

Der Fehlbetrag 2004 soll gedeckt werden durch: EUR

- a) eigene Mittel der Akademie(Überschuss aus Vorjahr) –
  - b) das Land mit 388 000
  - c) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit den Ländern: Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein 1 412 000
  - d) Private –
- Zusammen 1 800 000

**Zu 685 16**

Nach dem GMK-Beschluss vom 21.06.2001 stellen die Länder zur Weiterführung der Stiftung ab dem Jahre 2004 über 4 Jahre insgesamt 10,88 Mio. EUR bereit. Der Anteil Niedersachsens beträgt nach dem Königsteiner Schlüssel jährlich rd. 255.000 EUR.

**Zu 685 17**

Das Gesetz über die Hilfe für durch Anti-D-Immunprophylaxe mit dem Hepatitis-C-Virus infizierte Personen (Anti-D-Hilfegesetz, AntiDHG) vom 2. 8. 2000 (BGBl. I S. 1270) sieht eine Kostenbeteiligung der alten Bundesländer in Höhe von 12,4 v. H. an den neben dem im Gesetz vorgesehenen Einmalzahlungen (Kostenträger Bund) entstehenden Kosten vor (§ 10 Abs. 3). Die veranschlagten Beträge sind ausgehend von den für das Haushaltsjahr 2004 erwarteten Gesamtkosten ermittelt worden.

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0540 Gesundheitsverwaltung und Gesundheitswesen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004	2005	2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
685 18-6	314	Zuschüsse an das zentrale Substitutionsregister im Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM)	—	21	21	—	20
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 62</b>		<b>Leistungen nach dem Infektionsschutzgesetz</b>	(—)	(10.400)	(10.400)	(—)	(10.318)
429 62-7	314	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
538 62-0	314	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	—
547 62-0	314	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.800	2.000	-200	1.641
681 62-8	244	Entschädigungen *** Überzahlungen aus Vorjahren aus Leistungen nach dem IfSG i. V. mit dem BVG sind abweichend von §35 LHO durch Absetzung von der Ausgabe zu vereinnahmen.	—	8.600	8.400	+200	8.677
<b>TGr. 67/68</b>		<b>Förderung von Krankenhäusern nach § 9 (2) 1 KHG</b> *** Überzahlungen aus Vorjahren bei den Titelgruppen 67/68 und 69 sowie 72 und 73/76 sind abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.	(—)	(2.500)	(2.494)	(+6)	(2.459)
682 67-5	312	Zuführungen an kaufmännisch geführte landeseigene Krankenhäuser Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 682 67, 682 68, 683 67, 684 67, 682 69, 683 69, 684 69, 682 72, 683 72, 684 72, 891 72, 892 72 und 893 72.	—	80	96	-16	80
682 68-3	312	Zuschüsse für laufende Zwecke an kommunale Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen Vgl. D-Vermerk zu 682 67.	—	270	266	+4	—
683 67-1	312	Zuschüsse für private Krankenanstalten Vgl. D-Vermerk zu 682 67.	—	2.070	2.055	+15	2.292
684 67-8	312	Zuschüsse für freie gemeinnützige Krankenhäuser Vgl. D-Vermerk zu 682 67.	—	80	77	+3	87
<b>TGr. 69</b>		<b>Förderung von Krankenhäusern nach § 9 (2) 3 KHG</b> *** Vgl. Vermerk zu Titelgruppe 67.	(—)	(5.000)	(5.093)	(-93)	(5.216)
682 69-1	312	Zuschüsse für lfd. Zwecke an kommunale Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen Vgl. D-Vermerk zu 682 67.	—	1.400	1.504	-104	1.449
683 69-8	312	Zuschüsse für private Krankenanstalten Vgl. D-Vermerk zu 682 67.	—	2.400	2.368	+32	2.587
684 69-4	312	Zuschüsse für freie gemeinnützige Krankenhäuser Vgl. D-Vermerk zu 682 67.	—	1.200	1.221	-21	1.180
<b>TGr. 72</b>		<b>Förderung von Krankenhäusern nach § 9 (2) 5 u. 6 KHG</b> *** Vgl. Vermerk zu Titelgruppe 67.	(—)	(—)	(1.000)	(-1.000)	(—)
682 72-1	312	Zuschüsse für lfd. Zwecke an kommunale Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen Vgl. D-Vermerk zu 682 67.	—	—	—	—	—
683 72-8	312	Zuschüsse für private Krankenanstalten Vgl. D-Vermerk zu 682 67.	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 685 18**

Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) soll auf der Grundlage des § 13 Abs. 3 Betäubungsmittelgesetz (BtMG) i. V. mit § 5 a Betäubungsmittel-Verschreibungsverordnung (BtMVV) ein Register mit Daten über das Verschreiben von Substitutionsmitteln errichten und führen. Dies schließt die laufende fachliche und technische Verwaltung des Registers ein. Aufgrund einer Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Ländern erstatten diese sämtliche durch die Errichtung, Führung und Verwaltung des Registers entstehenden Personal- und Sachkosten des BfArM einschließlich der notwendigen Auslagen nach dem Königsteiner Schlüssel.

**Zu 547 62**

Nach § 36 Abs. 4 des am 01. 01. 2001 in Kraft getretenen Infektionsschutzgesetzes (IfSG) vom 20. 07. 2000 (BGBl. I S. 1 045) haben Personen, die in eine Erstaufnahmeeinrichtung des Bundes für Spätaussiedler oder eine Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge aufgenommen werden sollen, vor oder unverzüglich nach ihrer Aufnahme der Leitung der Einrichtung ein ärztliches Zeugnis darüber vorzulegen, dass bei ihnen keine Anhaltspunkte für das Vorliegen einer ansteckungsfähigen Lungentuberkulose vorhanden sind. Bei Personen, die das 15. Lebensjahr vollendet haben, muss sich das Zeugnis auf eine im Geltungsbereich des IfSG erstellte Röntgenaufnahme der Lunge stützen. Bei Schwangeren ist von einer Röntgenaufnahme abzusehen; statt dessen ist ein ärztliches Zeugnis vorzulegen, dass nach sonstigen Befunden eine ansteckungsfähige Lungentuberkulose nicht zu befürchten ist.

Die Kosten für die Röntgenuntersuchungen nach § 36 Abs. 4 Satz 2 IfSG sind nach § 69 Abs. 1 IfSG aus öffentlichen Mitteln zu bestreiten, soweit nicht aufgrund anderweitiger gesetzlicher Vorschriften oder aufgrund Vertrages Dritte zur Kostentragung verpflichtet sind.

Die Vorschrift erfasst die im Grenzdurchgangslager Friedland aufzunehmenden Spätaussiedler (jährlich ca. 75 000 Personen) aus dem Zuwanderungsbereich der ehemaligen Sowjetunion.

Da Dritte nicht zur Kostentragung verpflichtet sind und die übrigen Untersuchungskosten sowie die Zeugniskosten nicht von den mittellosen Spätaussiedlern getragen werden können, steht das Land – ressortzuständig das MS – in der Kostenverpflichtung sowie in der Verpflichtung, die erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung der gesetzlichen Erfordernisse zu treffen. Zur Umsetzung der Untersuchungspflichten werden Dienstleistungen Dritter (Vergabe der Untersuchungsleistungen einschl. Zeugniserteilung an ein geeignetes medizinisches Dienstleistungsunternehmen) in Anspruch genommen.

**Zu 681 62**

Entschädigungen gem. §§ 56, 58, 60 und 62, i. V. mit § 64 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) vom 20. 07. 2000 (BGBl. I S. 1 045).

Aus dem Ansatz werden im Wesentlichen laufende Rentenzahlungen, Heilbehandlungskosten, Beiträge zur Pflegeversicherung u. ä. Leistungen in Impfschadensfällen in analoger Anwendung des Bundesversorgungsgesetzes getragen.

**Zu Titelgruppen 67/68 bis 74/75**

Tsd. EUR

Die Fördermittel nach dem KHG in Verbindung mit den Nds. KHG werden vom Land, den Landkreisen und kreisfreien Städten getragen (vgl. Erl. zu den Einnahme-Titelgruppen 68/72 und 74). Insgesamt sind bei den Ausgabe-Titelgruppen 67/68 bis 74/75 folgende Fördermittel vorgesehen 182 958

Davon werden aufgebracht:  
 a) von den Landkreisen und kreisfreien Städten (Titel 233 68, 333 72, 233 74 und 333 74) 66 325  
 b) vom Land 116 633

Im Einzelnen sind dies:

- 1. – Förderung aufgrund eines Rechtsanspruchs nach dem KHG –**
- 1.1 Übernahme von Entgelten für die Nutzung von Anlagegütern (Miete, Pacht u.s.w.) nach § 9 (2) 1 KHG (TGr. 67/68). 2 500
- 1.2 Übernahme von Lasten für förderungsfähige Investitionen, für die auf dem Kapitalmarkt Darlehen nach § 9 (2) 3 KHG aufgenommen wurden – Alte Last – (TGr. 69). 5 000
- 1.3 Fördermittel zur Erleichterung der Schließung und zur Umstellung von Krankenhäusern auf andere Aufgaben nach § 9 (2) 5 u. 6 KHG i.V.m. § 7 Nds. KHG. Der Bedarf orientiert sich an den geplanten Umstellungsmaßnahmen (TGr. 72). -
- 1.4 Förderung der Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter nach § 9 (3) KHG (vgl. Erl. zu TGr. 73/76). 95 367  
 Tz. 1 zusammen 102 867
- 2. – Investitionsprogramme –**
- 2.1 Kapitalanteil aus darlehensfinanzierten Teil des KIP 2002 2 493
- 2.2 Aus Investitionsprogrammen bis 2003 Vgl. Erl. zu TGr. 74/75 77 598  
 Tz. 2 zusammen 80 091  
 Tz. 1 und 2 insgesamt 182 958

**Einzelplan 05**    **Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0540**   **Gesundheitsverwaltung und Gesundheitswesen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung 2005 2004	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
4	5	6	7	8			
684 72-4	312	Zuschüsse für freie gemeinnützige Krankenhäuser <i>Vgl. D-Vermerk zu 682 67.</i>	—	—	—	—	—
891 72-0	312	Zuschüsse für kommunale Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen <i>Vgl. D-Vermerk zu 682 67.</i>	—	—	—	—	—
892 72-6	312	Zuschüsse für private Krankenanstalten <i>Vgl. D-Vermerk zu 682 67.</i>	—	—	500	-500	—
893 72-2	312	Zuschüsse für freie gemeinnützige Krankenhäuser <i>Vgl. D-Vermerk zu 682 67.</i>	—	—	500	-500	—
<b>TGr. 73/76</b>		<b>Förderung von Krankenhäusern nach § 9 (3) KHG</b> <i>Übertragbar. *** Vgl. Vermerk zu Titelgruppe 67.</i>	(88.676) (88.676)	(44.457)	(38.123)	(+6.334)	(92.300)
661 73-2	312	Zuschüsse für Finanzierungskosten an die Landestreuhandstelle für das Wohnungswesen	88.676 88.676	12.668	6.334	+6.334	—
891 73-8	312	Zuschüsse für Investitionen an kaufmännisch geführte landeseigene Krankenhäuser	—	—	—	—	5.034
891 76-2	312	Zuschüsse für Investitionen an kommunale Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen	—	—	—	—	44.388
892 73-4	312	Zuschüsse für private Krankenanstalten	—	—	—	—	7.927
893 73-0	312	Zuschüsse für freie gemeinnützige Krankenhäuser	—	—	—	—	34.951
893 76-5	312	Zuschüsse für Investitionen an die Landestreuhandstelle für das Wohnungswesen (Durchleitung der Kommunalanteile)	—	31.789	31.789	—	—
<b>TGr. 74/75</b>		<b>Förderung von Krankenhäusern nach § 9 (1) KHG</b> <i>Übertragbar. *** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist Textziffer 2 der Erläuterung verbindlich.</i>	(64.939) (64.939)	(45.317)	(40.678)	(+4.639)	(81.079)
661 74-0	312	Zuschüsse für Investitionen an kommunale Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen - Schuldendiensthilfen -	—	2.500	2.500	—	782
661 75-9	312	Zuschüsse für Finanzierungskosten an die Landestreuhandstelle für das Wohnungswesen	64.939 64.939	9.278	4.639	+4.639	—
662 74-7	312	Zuschüsse für Investitionen an private Krankenanstalten - Schuldendiensthilfen -	—	—	—	—	—
663 74-3	312	Zuschüsse für freie gemeinnützige Krankenhäuser - Schuldendiensthilfen -	—	2.500	2.500	—	2.701
891 74-6	312	Zuschüsse für Investitionen an kaufmännisch geführte landeseigene Krankenhäuser	—	—	—	—	—
891 75-4	312	Zuschüsse für Investitionen an kommunale Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen	—	—	—	—	39.056
892 74-2	312	Zuschüsse für private Krankenanstalten	—	—	—	—	—
893 74-9	312	Zuschüsse für freie gemeinnützige Krankenhäuser	—	—	—	—	38.539
893 75-7	312	Zuschüsse für Investitionen an die Landestreuhandstelle für das Wohnungswesen (Durchleitung der Kommunalanteile)	—	31.039	31.039	—	—

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Titelgruppe 73/76**

1. Förderung der Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter nach § 9 (3) KHG. Der Ansatz beinhaltet Fördermittel auf der Grundlage der nach dem Krankenhausplan vorhandenen Betten und des geltenden Pauschalbetrages nach § 9 (3) KHG i.V. mit § 6 Abs. 2 Nds. KHG.  
Die Aufwendungen nach § 9 (3) KHG i.H.v. 95.367.000 EUR übernehmen nach § 2 Nds. KHG das Land zu zwei Dritteln und die Landkreise und kreisfreien Städte zu einem Drittel.
2. Die Finanzierung der Förderung der Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter ist nach dem Beschluss der Landesregierung vom 07./08.07.2003 ab dem Haushaltsjahr 2004 auf die Landestreuhandstelle für das Wohnungswesen (LTS) übertragen worden.  
Die LTS wird ermächtigt, die für das Jahr 2005 für die o.g. Aufgabe eingeplanten Landesmittel von 63.578.000 EUR über eine Laufzeit von 15 Jahren zu finanzieren. Die veranschlagten Kommunalanteile i.H.v. 31.789.000 EUR werden an die LTS durchgeleitet (s. Titel 893 76).  
Das Land verpflichtet sich, der LTS den erforderlichen Schuldendienst sowie den angemessenen Verwaltungsaufwand zu erstatten. Hierzu wird bei Titel 661 73 ein Baransatz i.H.v. 12.668.000 EUR und eine Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2006 ff. über 88.676.000 EUR ausgebracht.

**Zu 661 73**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	—	6.334	—	6.334
2006	—	6.334	6.334	12.668
2007	—	6.334	6.334	12.668
2008	—	6.334	6.334	12.668
2009 ff.	—	63.340	69.674	133.014
Summe	—	88.676	88.676	177.352

**Zu 893 76**

Durchleitung des Kommunalanteils (1/3) an den Kosten der Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter (vgl. Titel 333 72) an die LTS.

**Zu Titelgruppe 74/75**

- Investitionsprogramme -

Förderung der Errichtung von Krankenhäusern einschl. der Erstausrüstung mit Anlagegütern nach § 9 (1) 1 KHG und Wiederbeschaffung von Anlagegütern (soweit sie nicht von § 9 (3) KHG erfasst werden - s. TGr. 73/76) nach § 9 (1) 2 KHG aufgrund der jeweiligen Nieders. Krankenhaus-Investitionsprogramme (KIP).  
Die Aufwendungen nach § 9 (1) KHG für den Krankenhausbau übernehmen nach § 2 Nds. KHG das Land zu 60 v.H. und die Landkreise und kreisfreien Städte zu 40 v.H..

**Noch zu Titelgruppe 74/75**

Aus den Krankenhaus-Investitionsprogrammen bis 2003 ist folgender Finanzierungsbedarf entstanden:

Haushaltsjahre	durch die bis 2002 in Anspruch genommenen VE Tsd. EUR	durch die 2003 in Anspruch genommenen VE Tsd. EUR	für den Verpflichtungsrahmen 2004 Tsd. EUR	Gesamtbelastung Tsd. EUR	davon Landesanteil 60 v.H. Tsd. EUR	davon Kommunalanteil 40 v.H. Tsd. EUR
2005	77 598	-	-	77 598	46 559	31 039
2006	69 566	10 000	-	79 566	47 740	31 826
2007	41 016	35 010	20 000	96 026	57 616	38 410
2008	-	20 452	65 000	85 452	51 271	34 181
2009 ff.	-	31 232	395 000	426 232	255 739	170 493
	188 180	96 694	480 000	764 874	458 925	305 949

2. Für die Krankenhaus-Investitionsprogramme 2004 bis 2007 steht ein Verpflichtungsrahmen von 480.000.000 EUR zur Verfügung.  
Der Verpflichtungsrahmen darf, soweit er im laufenden Haushaltsjahr nicht belegt worden ist, auch in den folgenden Haushaltsjahren bis 2007 in Anspruch genommen werden.
3. Die Finanzierung der Krankenhaus-Investitionsprogramme ist nach dem Beschluss der Landesregierung vom 07./08.07.2003 ab dem Haushaltsjahr 2004 auf die Landestreuhandstelle für das Wohnungswesen (LTS) übertragen worden.  
Die LTS wird ermächtigt, die für das Jahr 2005 für die o.g. Aufgabe eingeplanten Landesmittel von 46.559.000 EUR über eine Laufzeit von 15 Jahren zu finanzieren. Die veranschlagten Kommunalanteile i.H.v. 31.039.000 EUR werden an die LTS durchgeleitet (s. Titel 893 75). Das Land verpflichtet sich, der LTS den erforderlichen Schuldendienst sowie den angemessenen Verwaltungsaufwand zu erstatten. Hierzu wird bei Titel 661 75 ein Baransatz i.H.v. 4.639.000 EUR und eine VE zu Lasten 2006 ff. i.H.v. 64.939.000 EUR ausgebracht.
4. Die Abwicklung der VE für den darlehensfinanzierten Teil des KIP 2002 nach § 5 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 Nds. KHG mit einem Investitionsvolumen von 50.000.000 EUR wird fortgeführt. Für entsprechende Annuitätendarlehen werden 15-jährige Aufwendungszuschüsse gewährt.

**Zu Titel 661 74 und 663 74**

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die 2002 in Anspruch genommene VE in Tsd. EUR
2005	5 000
2006	5 000
2007	5 000
2008 ff.	50 000
Summe	65 000

Der Kapital-(Tilgungs-)Anteil 2005 beträgt rd. 2.493.000 EUR.

**Zu 661 75**

Es sind veranschlagt:

- a) 1. Jahresrate der 15-jährigen Aufwendungszuschüsse für Krankenhausinvestitionen an die LTS (Finanzierungskosten) als Baransatz.
- b) Verpflichtungsermächtigung zu Lasten der Haushaltsjahre ab 2005



**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu 661 75**

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	4.639	–	4.639
2006	–	4.639	4.639	9.278
2007	–	4.639	4.639	9.278
2008	–	4.639	4.639	9.278
2009 ff.	–	46.383	51.022	97.405
Summe	–	64.939	64.939	129.878

**Zu 893 75**

Durchleitung des 40 %igen Kommunalanteils an den Krankenhaus-Investitionen (vgl. Titel 333 74) an die LTS.

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0540 Gesundheitsverwaltung und Gesundheitswesen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>TGr. 78</b>		<b>Aufbau und Betrieb eines Krebsregisters</b>	(–)	(1.200)	(1.258)	(–58)	(980)
547 78-6	314	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	–	1.200	1.258	–58	980
812 78-1	314	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	–	–	–	–	–
<b>TGr. 79/80</b>		<b>Ambul. Versorgung u. Nachsorge im Bereich gemeindenaher Psychiatrie sowie Förderg. von Aktivitäten psychisch Kranker u. gerontopsychiatrischer Zentren Übertragbar.</b> <i>Vgl. D-Vermerk zu 685 10.</i>	(–)	(673)	(683)	(–10)	(284)
547 79-4	314	Nicht aufteilbare sächl. Verwaltungsausgaben	–	48	48	–	38
683 79-5	314	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Träger	–	–	10	–10	–
684 79-1	314	Zuschüsse an Vereine oder Verbände der Freien Wohlfahrtspflege und andere gemeinnützige Träger	–	300	600	–300	236
684 80-5	314	Zuschüsse zur Förderung gerontopsychiatrischer Zentren	–	300	–	+300	–
685 79-8	314	Zuschüsse zur Förderung von Aktivitäten psychisch Kranker	–	25	25	–	11
<b>TGr. 85</b>		<b>Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von AIDS aus Landesmitteln</b> <i>Vgl. D-Vermerk zu 685 10.</i>	(–)	(1.383)	(1.383)	(–)	(1.292)
547 85-9	314	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	–	–	–	–	–
685 85-2	314	Zuschüsse an Verbände, Vereine u.ä.	–	1.383	1.383	–	1.292
<b>TGr. 87</b>		<b>Laufbahnprüfung für den mittleren Gesundheitsdienst</b>	(–)	(2)	(2)	(–)	(1)
427 87-0	319	Prüfungsvergütungen	–	1	1	–	1
547 87-5	319	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	–	1	1	–	0
<b>TGr. 88</b>		<b>Maßnahmen zur Suchtbekämpfung</b> <i>Vgl. D-Vermerk zu 685 10.</i>	(–)	(7.013)	(7.729)	(–716)	(7.401)
547 88-3	314	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	–	–	–	–	–
685 88-7	314	Zuschüsse für Maßnahmen zur Suchtbekämpfung	–	7.013	7.729	–716	7.374
893 88-9	314	Zuschüsse für Investitionen	–	–	–	–	27
<b>TGr. 90 bis 92</b>		<b>Kooperation der norddeutschen Länder durch gemeinsame Aufgabenwahrnehmung auf verschiedenen Gebieten des Gesundheitswesens</b>	(–)	(1.313)	(1.313)	(–)	(1.311)
632 90-2	314	Zuweisungen des Landes Niedersachsen an das Arzneimitteluntersuchungsinstitut der norddeutschen Länder <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 261 90.</i>	–	506	506	–	506
632 91-0	314	Zuweisungen des Landes Niedersachsen an das Norddeutsche Zentrum zur Sicherstellung der Pflege	–	73	73	–	73
632 92-9	314	Zuweisungen des Landes Niedersachsen an die Einr. f. Forschung u. Beratung a. d. Gebiet d. Schifffahrtsmedizin der nordd. Länder	–	105	105	–	104

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Titelgruppe 78**

Am 1. 1. 2000 ist das Gesetz über das Epidemiologische Krebsregister Niedersachsen (GEKN) vom 16. 11. 1999 (Nds. GVBl. S. 390) in Kraft getreten.

Ab Januar 2000 sind in der ersten Ausbaustufe (unter Beibehaltung der bereits während der Erprobungsphase funktionierenden Meldewege) alle innerhalb des Regierungsbezirks Weser-Ems gemeldeten Krebserkrankungen (einschließlich ihrer Frühformen) vom EKN dokumentiert worden. Ab Januar 2001 wurde der Regierungsbezirk Lüneburg, ab 2002 der Regierungsbezirk Braunschweig und ab 2003 der Regierungsbezirk Hannover einbezogen.

Hier sind insbesondere die Personal- und Sachkosten der Registerstelle veranschlagt.

Die Kosten der Vertrauensstelle sind bei Kapitel 05 42 und die Kosten der Fachaufsicht bei Kapitel 05 01 mit veranschlagt.

**Zu Titelgruppe 79/80**

Die Förderung erfolgt nach Richtlinien des MS vom 11. 9. 1991 über die Gewährung von Zuwendungen für Zwecke der ambulanten Versorgung und Nachsorge im Bereich gemeindenahe Psychiatrie (Nds. MBl. S. 1256) sowie nach den Richtlinien zur Förderung von Aktivitäten psychisch Kranker (RdErl. MS vom 18. 06. 1991 – 406.1–41580/90.6).

Die Mittel sollen insbesondere verwendet werden für gemeindenahe Psychiatrie, Sozial- und Psychotherapie sowie für die ambulante Behandlung ehemals forensischer Patientinnen und Patienten, die ambulante Versorgung auf dem Gebiet der Gerontopsychiatrie, die Forschung im Bereich der „Kinder- und Jugendpsychiatrie“ sowie die gemeindenahe Versorgung psychisch kranker Mütter und Kinder. Des weiteren sollen Selbsthilfegruppen von Kranken und deren Angehörigen in den Bereichen der psychisch Kranken, der an Erkrankungen des Zentralnervensystems leidenden Menschen sowie der an Autismus leidenden Kinder gefördert werden.

Zielgruppe der Förderung sind Vereine und Verbände, die Hilfen für psychisch Kranke anbieten sowie die an Selbsthilfe interessierte Bevölkerung.

Beabsichtigt ist weiterhin eine infrastrukturelle Förderung der o.g. Bereiche und der Öffentlichkeitsarbeit, Zusammenarbeit und Vernetzung vor Ort.

In Niedersachsen hat sich die Zahl der Selbsthilfegruppen und Aktivitätenangebote für psychisch Kranke seit Beginn der Förderung im Jahre 1991 kontinuierlich erhöht und gefestigt.

Es ist inzwischen eine Angebotsstruktur entstanden, die ohne die Fördermittel nicht aufrecht erhalten werden kann.

Die Angebote der Vereine und Selbsthilfegruppen haben sich als das wesentliche Element der Hilfe für psychisch kranke Menschen und deren Angehörige in Niedersachsen herausgestellt.

Für die Förderung Ambulanter Gerontopsychiatrischer Zentren besteht ein erhebliches Interesse des Landes. In Anbetracht der demographischen Entwicklung ist die ambulante Versorgung psychisch kranker Menschen zu unterstützen.

Hierzu ist neben der ambulanten gerontopsychiatrischen Pflege insbesondere der Transfer des Fachwissens, z.B. im Rahmen von Informationsveranstaltungen, Schulungen, Supervisionen, Beratungen von Angehörigen und Einrichtungen, von bisher regional tätigen Ambulanten Gerontopsychiatrischen Zentren in das Land zu begrüßen.

**Zu Titelgruppe 85**

Die epidemiologische Entwicklung der Infektionskrankheit AIDS erfordert weiterhin wirksame Maßnahmen zur Verhinderung einer schnellen Ausbreitung bei den Beroffenengruppen, zur Verhütung eines Übergreifens auf die Allgemeinbevölkerung (ganzheitliche Prävention) und zur geeigneten Beratung und Hilfe zur Selbsthilfe und Betreuung Betroffener.

Begünstigte sind freie Träger im Bereich der lokalen und landesweiten AIDS-Aktivitäten gemäß der Förderrichtlinie (RdErl. d. MFAS v. 16.06.1997 – Nds. MBl. S. 1101 i.d.F.v. 11.12.2002 – Nds. MBl. S.1055). Mittelbar werden durch die durchgeführten Maßnahmen alle Bevölkerungsgruppen erreicht mit Schwerpunkten bei Aufklärungsmaßnahmen in Schulen und in der Hauptbetroffenengruppen. Daneben werden auch Aktivitäten unterstützt, die der Stabilisierung von Menschen mit HIV und AIDS im Sinne der Sekundärprävention dienen.

**Noch zu Titelgruppe 85**

Bei Titel 685 85 sind Mittel für Zuwendungen in folgenden Bereichen veranschlagt:

	<u>Tsd. EUR</u>
1. Frauen- und Kinderrelevante AIDS-Prävention und Sexualaufklärung	178
2. AIDS-Hilfen und andere freie Träger der AIDS-Bekämpfung zur Unterstützung der Beratungs- und Betreuungstätigkeit, betreutes Wohnen	1 005
3. Sonderprojekte (Fortbildung von Multiplikatoren, ambulante Hilfen und Präventionsprojekte)	<u>200</u>
Zusammen	1.383

**Zu Titelgruppe 87**

Zur Zahlung von Prüfungs- und Reisekostenvergütungen an die Mitglieder des Prüfungsausschusses nach § 10 der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn des mittleren Gesundheitsdienstes (APVO mittl. GesD) vom 8. 3. 1985 (Nieders. GVBl. S. 69) i. V. m. dem RdErl. d. MF vom 7. 5. 1991 (Nds. MBl. S. 751), geändert durch RdErl. MF vom 9. 8. 2000 (Nds. MBl. S. 569). Außerdem sind die mit den Prüfungen verbundenen Sachkosten zu übernehmen.

**Zu Titelgruppe 88**

Titel 685 88

Es sind Zuwendungen für folgende Bereiche vorgesehen:

	<u>Tsd. EUR</u>
1. Fachstellen für Sucht und Suchtprävention	4 112
2. Präventionsmaßnahmen	460
3. Psychosoziale Betreuungsmaßnahmen Substituierter	2 046
4. Unterstützung von Selbsthilfeaktivitäten	63
6. Landesstelle für Suchtfragen	325
7. Nieders. Suchtkonferenz	<u>7</u>
Zusammen	7 013

Nach den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen an Fachstellen für Sucht und Suchtprävention (RdErl. MFAS v. 09.09.2002 – Nds. MBl. S. 712) werden Trägern solcher Einrichtungen Zuwendungen zur institutionellen Förderung bewilligt. Ausgewählte Fachstellen für Sucht und Suchtprävention erhalten zusätzliche Zuwendungen für Prävention und psychosoziale Begleitung Substituierter. Die Landesstelle für Suchtfragen, die u.a. die Koordination und die Weiterentwicklung von Hilfen für Suchtkranke und den effektiven Einsatz der hierfür bereitgestellten Mittel sicherstellt, erhält für die Wahrnehmung dieser Aufgaben ebenfalls eine Landeszuwendung als institutionelle Förderung.

**Zu Titelgruppe 90 bis 92**

Die norddeutschen Länder Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen nehmen auf verschiedenen Gebieten des Gesundheitswesens ihre Aufgabe gemeinsam wahr.

Die Ratifizierung des Rahmenabkommens erfolgte durch Gesetz vom 2. 10. 1995, die Ratifizierung des zweiten Änderungsabkommens hierzu durch Gesetz vom 14.02.2002.

**Zu 632 90**

	<u>Tsd. EUR</u>
Veranschlagt sind Zuweisungen an das gemeinsame Arzneimitteluntersuchungsinstitut in Bremen	<u>506</u>

Die Einnahmen des Landes Niedersachsen für Dienstleistungen der AMI-Nord werden bei 261 90 vereinnahmt.

**Zu 632 91**

	<u>Tsd. EUR</u>
Norddeutsches Zentrum zur Weiterentwicklung der Pflege in Schleswig Holstein	73



---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 632 92**

	<u>Tsd. EUR</u>
Veranschlagt sind Zuweisungen an die gemeinsame Einrichtung für Forschung und Beratung auf dem Gebiet der Schifffahrtsmedizin in Hamburg	105

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0540 Gesundheitsverwaltung und Gesundheitswesen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
682 90-0	314	Zuführungen an die Kliniken der Universität Göttingen für den Betrieb eines Giftinformationszentrums für Norddeutschland <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 232 90.</i>	—	629	629	—	629
		<b>Abschluss Kapitel 0540</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		136	142	-6	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		3.824	3.791	+33	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		62.828	63.161	-333	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		66.788	67.094	-306	
		4 Personalausgaben	—	953	1.271	-318	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	3.252	4.665	-1.413	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	153.615	55.170	44.851	+10.319	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	153.615	62.828	63.828	-1.000	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	153.615	122.203	114.615	+7.588	
		<b>Zuschuss</b>	153.615	55.415	47.521	+7.894	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 682 90**

Tsd. EUR

Veranschlagt sind Zuschüsse für das in Nieder-  
sachsen betriebene gemeinsame Informations-  
zentrum für Vergiftung (GIZ-Nord). 629

Die Anteile der Länder Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein  
werden bei 232 90 vereinnahmt.

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0542 Landesgesundheitsamt**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
111 01-2	314	Gebühren und tarifliche Entgelte <i>Vgl. K-Vermerk zu 514 11.</i>		2.000	2.147	-147	1.964
119 01-3	314	Vermischte Einnahmen		1	1	—	6
119 03-0	314	Einnahmen aus Nebentätigkeit		20	20	—	22
119 41-2	314	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	—	0
119 67-6	314	Erstattung für Aus- und Fortbildung <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 67.</i>		31	31	—	93
124 01-7	314	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		—	—	—	0
132 01-0	314	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		1	1	—	0
231 10-7	314	Erstattungen des Bundes für Beschäfti- gungsentgelte an Ersatzdienstleistende <i>Vgl. K-Vermerk zu 427 10.</i>		—	—	—	—
231 66-2	314	Zuweisungen des Bundes für das For- schungs- und Entwicklungsvorhaben "Poli- oeradikation in Europa " <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 66.</i>		130	—	+130	77
231 70-0	314	Zuweisungen des Bundes im Rahmen des infektionsepidemiologischen Forschungs- netzwerks des BMBF, 2. Förderphase <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 70.</i>		20	66	-46	—
235 01-3	314	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbe- schaffung		—	—	—	—
282 64-0	314	Zuweisung des Bundes für Nationales Refe- renzzentrum für Influenzaüberwachung <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 64.</i>		55	55	—	53
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 63</b>		<b>Kostenerstattungen für Projekte im Auftrage Dritter</b> <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 63.</i>		(—)	(91)	(-91)	(—)
231 63-8	314	Zuweisungen des Bundes		—	10	-10	—
282 63-1	314	Zuschüsse Dritter		—	81	-81	—
<b>AUSGABEN</b>							
422 01-8	314	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtin- nen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbud- gets	—	6.948	6.609	+339	400
422 19-0	314	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-0	314	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Frei- stellung bei Personalüberhang	—	—	40	-40	—
425 01-7	314	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	5.901
425 04-1	314	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	41	41	—	54
425 06-8	314	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	5	5	—	21
425 10-6	314	Vergütungen der ständigen, nur stundenwei- se beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
426 01-3	314	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	429
426 04-8	314	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeit- erinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 0542**

**Allgemeine Erläuterung**

Sitz des Niedersächsischen Landesgesundheitsamtes: Hannover mit Außenstelle in Aurich.

Organisationsgrundlagen des NLGA:

- RdErl. über die Organisation des NLGA vom 26.06.1995,
- RdErl. zu den Aufgaben des NLGA vom 29.07.1997.

Hauptsächliche Rechtsgrundlagen des NLGA:

- Entscheidung des Europ. Parlaments und des Rates über die Schaffung eines Netzes für die epid. Überwachung und die Kontrolle übertragbarer Krankheiten in der Gemeinschaft,
- Entscheidung der Kommission vom 22.12.1999 über ein Frühwarn- und Reaktionssystem für die Überwachung und die Kontrolle übertragbarer Krankheiten,
- EU-Richtlinie über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (80778/EWG),
- EU-Richtlinie vom 08.12.1975 über die Qualität der Badegewässer,
- Infektionsschutzgesetz,
- Krebsregistergesetze des Bundes und des Landes,
- Trinkwasserverordnung,
- Durchführungsverordnungen über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens.

Aufbau des NLGA:

Das NLGA ist unmittelbar dem MS nachgeordnet. Die Bereitstellung von Laborleistungen zur Unterstützung von Seuchenabwehrmaßnahmen leitet sich aus § 7 Abs. 3 der 2. DVO zum Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens ab.

Es hat deshalb intensive Kooperationsbeziehungen zu den kommunalen Gesundheitsämtern und anderen Einrichtungen des ÖGD ( MS, übrige Ressorts und Fachbehörden ), die das NLGA als zentrale Kompetenzbehörde für bevölkerungsmedizinische Problemstellungen und Serviceleistungen zur Erfüllung ihrer eigenen öffentlichen Aufgaben hinzuziehen.

Die Aufgaben des NLGA liegen in

- der Bereitstellung qualitätsgesicherter Laborleistungen für die Seuchenabwehrmaßnahmen der kommunalen Gesundheitsämter und des übrigen öffentlichen Gesundheitsdienstes,
- der Erkennung, Verhütung und Bekämpfung übertragbarer, nicht übertragbarer und umweltbedingter Krankheiten auf der Basis von Untersuchungsergebnissen eines eigenen qualitätsgesicherten Laborbetriebs,
- der Bündelung eines breiten epidemiologischen Sachverstands und einer hohen Beratungs- und Unterstützungskompetenz für den ÖGD,
- der Aufbereitung eigener und fremder Ergebnisse und Daten über gesundheitliche Belastungen in Form von problem- und handlungsorientierten Auswertungen,
- der Sicherstellung der modernen „Public Health“ - Aufgaben (z. B. Gesundheitsberichterstattung),
- der ständigen Beratung und Unterstützung der Kooperationspartner des NLGA durch den Einsatz moderner epidemiologischer Verfahren und Datensysteme,
- der Gewährleistung einer kompetenten und handlungsorientiert ausgerichteten Infrastruktur für Präventionsaufgaben und zur Abwehr epidemiologischer Krisenfälle – „Task Force“- ( Teil der "Seuchenfeuerwehr" des Landes ).

Zur Erlangung eigener epidemiologischer Erkenntnisse werden für die bevölkerungsmedizinisch relevanten Aufgabengebiete Untersuchungslabors betrieben, in denen Proben im Auftrag der Gesundheitsämter und einer Reihe von Krankenhäusern und anderen Auftraggebern untersucht werden. Die Ergebnisse werden zusammen mit Daten anderer Quellen epidemiologisch aufbereitet und bilden die fachliche Basis der Beratung und Unterstützung des ÖGD und anderer Kooperationspartner sowie der Durchführung von Schulungs- und Fortbildungsveranstaltungen für Fachkräfte und weiteren Informationsmaßnahmen ( z. B. über das Internet ).

Darüber hinaus führt das NLGA epidemiologische Sonderuntersuchungen und - z. T. drittmittelfinanzierte - Projekte durch.

**Zu 111 01**

Gebühren und Auslagen werden für bakteriologische, serologische und virologische Untersuchungen erhoben.

Die Untersuchungen werden nach der Gebührenordnung für das Niedersächsische Landesgesundheitsamt vom 6.12.2001 (Nds. GVBl. S. 736) in der jeweils gültigen Fassung berechnet.

**Zu 119 03**

Für die Inanspruchnahme von Einrichtungen oder Material des Landes oder der Arbeitskraft anderer Landesbediensteter in Ausübung einer Nebentätigkeit ist ein Entgelt nach dem RdErl. d. MFAS vom 1. 12. 2000 (Nds. MBl. 2001 S. 14) i. V. mit dem RdErl. d. MS vom 29. 7. 1997 (Nds. MBl. S. 1582) an das Land abzuführen.

**Zu Titel 231 66, 231 70, 282 62, 282 64, 282 68 und TGr. 63**

Zur Vereinnahmung von durchlaufenden Bundesmitteln und Zuschüssen Dritter. Vgl. Ausgabe-Titelgruppen 62, 63, 64, 66, 68 und 70.

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
148,73	145,06	148,73

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
6.948	6.609	6.840

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	8
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	-
- Sonstige Veränderungen	-
<b>Summe Zugänge</b>	<b>8</b>

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	1
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	-
- Sonstige Veränderungen	3,33
<b>Summe Abgänge</b>	<b>4,33</b>
<b>Bleibt Zugang</b>	<b>3,67</b>

**Zu 425 04**

Für 7 Auszubildende im Labor- und Verwaltungsdienst.

**Zu 425 06**

Für Zeitzuschläge und Überstundenvergütungen aus Anlass des regelmäßigen Sonn- und Feiertagsdienstes.

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0542 Landesgesundheitsamt**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
426 06-4	314	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1	1	—	12
426 10-2	314	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 01-0	314	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	2	2	—	—
427 10-9	314	Beschäftigungsentgelte für Zivildienstleistende <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 10. *** Zur Zahlung der Entgelte dürfen Ersparnisse aus nicht besetzten oder unterbesetzten Stellen für Angestellte und Arbeiter/Arbeiterinnen bei Kapitel 05 42 Titel 425 01 und 426 01 zusätzlich verwendet werden.</i>	—	—	—	—	—
427 11-7	314	Entschädigung für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	—	—	—	—
427 39-7	314	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-0	314	Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	3	3	—	0
453 11-8	314	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer/Teilnehmerinnen an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	1	1	—	—
511 01-0	314	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	536	546	-10	542
514 01-0	314	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	13	13	—	19
514 10-9	314	Impfstoffe, Verbandsstoffe, Arznei- und Heilmittel u.ä.	—	24	32	-8	14
514 11-7	314	Laborbedarf, Röntgen- und Photobedarf <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zu 50 v.H. der Mehreinnahmen bei 111 01.</i>	—	1.180	1.180	—	1.178
514 12-5	314	Versuchstierhaltung	—	—	—	—	—
517 01-9	314	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	204	204	—	259
518 01-5	314	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	47	47	—	51
518 02-3	314	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	—	—	—	—
519 01-1	314	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	7	7	—	14
519 02-0	314	Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	20	20	—	34
519 10-0	314	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	1	1	—	1
525 01-1	314	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	11	11	—	19
526 01-8	314	Sachverständige	—	16	16	—	0
526 02-6	314	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 01-4	314	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	33	40	-7	26
527 02-2	314	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	1	1	—	—
529 10-6	212	Zur Verfügung der Präsidentin/des Präsidenten des Niedersächsischen Landesgesundheitsamtes	—	—	—	—	0

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 453 11**

Für die Erstattung von Fahrkosten an Auszubildende, die eine auswärtige Berufsschule besuchen, nach § 10 (1) des Manteltarifvertrages für Auszubildende vom 6. 12. 1974 (Nds. MBl. 1975 S. 269) in der jeweils gültigen Fassung.

**Zu 527 01**

Die Reisekostenvergütungen für Dienstreisen zur Durchführung gebührenpflichtiger Untersuchungen werden neben den Gebühren wieder eingezogen und bei 111 01 vereinnahmt.

**Zu 511 01**

	1000 EUR
1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	12
2. Büro- und Kanzleibedarf	84
3. Bekanntmachungen	10
4. Bücher und Zeitschriften	28
5. Post- und Fernmeldegebühren	170
6. Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	10
7. Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	27
8. Dienst- und Schutzkleidung	1
9. Dienst- und Schutzkleidung für das Fachpersonal	20
10. Unterhaltung der Geräte für den Untersuchungsbetrieb mit den dazugehörigen Einrichtungen	74
11. Ersatz und Ergänzung der Geräte für den Untersuchungsbetrieb mit den dazugehörigen Einrichtungen	100
Zusammen	536

**Zu 529 10**

Ausgaben sind seit 2002 bei Kapitel 13 02 Titel 529 14 veranschlagt.

**Zu 514 01**

	1000 EUR
1. Betriebsstoffe	5
2. Unterhaltung und Instandsetzung	7
3. Kraftfahrzeugsteuer	1
Zusammen	13

**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1. 1. 2004	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Kombi-Fahrzeuge	5	5	5

**Zu 517 01**

	1000 EUR
1. Wassergeld	40
2. Grundbesitzabgaben	6
3. Vertragliche Wartungskostenbetriebstechnischer Anlagen	2
4. Reinigungskosten	58
5. Heizung	50
6. Licht- und Kraftstrom	48
Zusammen	204

**Zu 518 01**

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Anmietung von Diensträumen für die Unterbringung der Vertrauensstelle des Epidemiologischen Krebsregisters Niedersachsen.

**Zu 518 02**

Leasingkosten für Dienst - Kfz.

**Zu 526 01**

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Akkreditierung im Bereich Qualitätsmanagement der Labore und die dazugehörigen Audits (externe Kontrolle durch Sachverständige).

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0542 Landesgesundheitsamt**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
546 01-9	314	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	6	6	—	1
546 05-1	314	Sächliche Verwaltungsausgaben zur Regulie- rung von Schäden, die nicht versichert sind	—	—	—	—	—
547 10-4	314	Umweltmedizin	—	57	77	-20	91
547 11-2	314	Dienstleistungen Außenstehender	—	25	448	-423	380
547 12-0	314	Meldehonorare nach dem GEKN <i>Übertragbar.</i>	—	769	—	+769	—
681 10-2	314	Schadensersatzleistungen und Unfallent- schädigungen	—	1	1	—	—
684 10-1	314	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	5	5	—	4
811 01-4	314	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 10-0	314	Erwerb von Geräten,Ausstattungs- und Aus- rüstungsgegenständen sowie von sonstigen beweglichen Sachen	—	360	400	-40	361
981 10-6	990	Abführung an 1321-381 05	—	361	361	—	360
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 63</b>		<b>Projekte im Auftrage Dritter</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet</i> <i>werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Ein-</i> <i>nahmetitelgruppe 63.</i>	(—)	(—)	(91)	(-91)	(—)
429 63-2	314	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 63-5	314	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben	—	—	91	-91	—
<b>TGr. 64</b>		<b>Unterhaltung des Nationalen Referenzzent- rums für Influenzüberwachung aus Bun-</b> <b>desmitteln</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet</i> <i>werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei</i> <i>282 64.</i>	(—)	(55)	(55)	(—)	(104)
429 64-0	314	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	35	35	—	38
547 64-3	314	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben	—	20	20	—	67
<b>TGr. 66</b>		<b>Durchführung des Forschungs- und Ent- wicklungsvorhabens "Polioeradikation in</b> <b>Europa" aus Bundesmitteln</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet</i> <i>werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei</i> <i>231 66.</i>	(—)	(130)	(—)	(+130)	(103)
429 66-7	314	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	120	—	+120	88
547 66-0	314	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben	—	10	—	+10	15
<b>TGr. 67</b>		<b>Aus- und Fortbildung im Gesundheitsdienst</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschrit-</i> <i>ten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei</i> <i>119 67.</i>	(—)	(25)	(25)	(—)	(70)
427 67-2	314	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	10	10	—	10
525 67-4	314	Fortbildung von Fachkräften des Gesund- heitsdienstes	—	15	15	—	60

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 547 10**

Veranschlagt sind Ausgaben für die Überwachung und Untersuchungen zur Umwelthygiene und Toxikologie.

**Zu 547 11**

Kosten für arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutz.

	1000 EUR
1. Betriebsarzt	10
2. Sicherheitsingenieur	15
Zusammen	25

Weniger infolge Veranschlagung der Meldehonorare nach dem GEKN ab 2005 im Titel 547 12.

**Zu 547 12**

Meldehonorare nach dem Gesetz über das epidemiologische Krebsregister Nds. (GEKN) vom 16.11.1999 (GVBl. S. 390).

Die Kosten der Registerstelle sind bei Kap. 05 40 und die Kosten der Fachaufsicht bei Kap. 05 01 veranschlagt.

**Zu 684 10**

	1000 EUR
1. Deutscher Verein für Tropenmedizin und Internationale Gesundheit e. V.	1
2. Deutscher Verein zur Bekämpfung der Viruskrankheiten e. V.	4
Zusammen	5

**Zu 812 10**

	1000 EUR
1. Arbeitsplatzausstattungen	45
2. autom. Inoculator	11
3. Quecksilber-Messplatz	27
4. Analysenwaage incl. Zubehör	8,5
5. Kühlbrutschrank (20°) > 700 Liter	11
6. Hycon Partikelzähler APC P 3610	15
7. Gefriereinrichtung ~ -80°C	12
8. ICP-OES	75
9. DNA-Probenaufarbeitungsautomat	28
10. Molekularbiologische Analyseeinheit	80
11. Fluorescens Spektral Plattenfotometer	40
12. Fotoeinrichtung für Fluorescensmikroskop	7,5
Zusammen	360

Weniger infolge Haushaltskonsolidierung.

**Zu 981 10**

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

**Zu Titelgruppe 63**

Für die Durchführung von zeitlich begrenzten Projekten, die von Dritten finanziert werden.

**Zu Titelgruppe 64**

Für das beim NLGA eingerichtete Nationale Referenzzentrum für Influenzüberwachung. Die Ausgaben erstattet der Bund bei 282 64.

**Zu Titelgruppe 66**

Für die Durchführung des Projektes „Entwicklung und Aufbau eines Alternativsystems zur AFP-Surveillance in Deutschland im Rahmen des WHO-Projekts Polioeradikation“. Die Ausgaben erstattet der Bund bei 231 66.

**Zu 427 67**

	1000 EUR
Honorar für Gastdozenten bei Fortbildungsveranstaltungen	10
Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. d. § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.	

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0542 Landesgesundheitsamt**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>TGr. 70</b>		<b>Durchführung des Forschungsprojektes "Lebensmittelbedingte Infektionen in Deutschland"; Verlauf von EHEC - Infektionen Übertragbar.</b>	(-)	(20)	(66)	(-46)	(-)
		<i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 70.</i>					
429 70-5	314	Nicht aufteilbare Personalausgaben	-	7	23	-16	-
547 70-8	314	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	13	43	-30	-
<b>TGr. 98/99</b>		<b>Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik</b>	(-)	(333)	(333)	(-)	(370)
511 99-1	314	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	-	44	44	-	127
518 99-6	314	Mieten und Pachten	-	-	-	-	-
525 99-2	314	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	-	10	10	-	4
527 99-5	314	Reisekostenvergütungen	-	1	1	-	-
538 98-9	314	Dienstleistungen des IZN	-	88	88	-	7
538 99-7	314	Dienstleistungen Außenstehender	-	90	90	-	108
812 99-1	314	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	-	100	100	-	124
		<b>Abschluss Kapitel 0542</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		2.053	2.200	-147	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		205	212	-7	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		-	-	-	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		<b>2.258</b>	<b>2.412</b>	<b>-154</b>	
		4 Personalausgaben	-	7.173	6.770	+403	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	-	3.241	3.051	+190	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	-	6	6	-	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	-	460	500	-40	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	-	361	361	-	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	-	<b>11.241</b>	<b>10.688</b>	<b>+553</b>	
		<b>Zuschuss</b>		<b>8.983</b>	<b>8.276</b>	<b>+707</b>	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Titelgruppe 70**

Die Ausgaben erstattet der Bund bei 231 70.

**Zu Titelgruppe 98/99**

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Beschaffung und Unterhaltung von Datenverarbeitungsverfahren und –anlagen sowie die damit verbundenen Einrichtungen und Schulungen der Bediensteten.

**Zu 511 99**

	1000 EUR
1. Geschäftsbedarf	6
2. Bücher und Zeitschriften	1
3. Post- und Fernmeldegebühren	3
4. Geräte- und Gebrauchsgegenstände	21
5. Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der besonderen Betriebseinrichtungen	3
6. Verbrauchsmaterial	10
Zusammen	44

**Zu 538 98**

Kosten für die Lieferung und den Austausch von Komponenten sowie die DV-Systembetreuung durch das IZN.

**Zu 538 99**

Erwerb und Weiterentwicklung von Programmen, Verfahrens- und Programmpflege. Inanspruchnahme von Dienstleistungen Außenstehender (ohne IZN) z.B. für das LIMS.

**Zu 812 99**

Erwerb von Arbeitsplatzendgeräten sowie Servern mit dazugehöriger Netzanbindung.

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0571 Jugendhilfe, Nds. Landesjugendamt**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-8	276	Vermischte Einnahmen		10	10	—	1
119 41-7	276	Rückzahlung von Überzahlungen bei Erstattungen an örtliche Jugendhilfeträger		20	1	+19	—
119 62-0	213	Einnahmen aus Teilnehmerbeiträgen <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabebetitelgruppe 62.</i>		—	—	—	104
119 63-8	213	Einnahmen nach der Nds. Verordnung über die Schiedsstelle nach § 78 g SGB VIII - KJHG - <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabebetitelgruppe 63.</i>		3	—	+3	2
233 01-5	266	Erstattung (Kostenbeiträge) zu den abgeschlossenen Hilfen für Minderjährige durch örtliche Träger der Jugendhilfe		—	20	-20	12
235 01-8	213	Sonstige Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
281 10-9	266	Kostenbeiträge zu den Kosten ehemaliger Fürsorgeerziehung und freiwilliger Erziehungshilfe		2	2	—	1
<b>AUSGABEN</b>							
422 01-2	213	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	2.579	2.788	-209	1.255
422 06-3	213	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
422 19-5	213	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	27
422 31-4	213	Dienstbezüge auf Grund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	24
425 01-1	213	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	1.367
427 01-4	213	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
427 10-3	213	Beschäftigungsentgelte für Praktikanten/ Praktikantinnen	—	9	26	-17	13
511 01-5	213	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	2	4	-2	2
526 01-2	213	Sachverständige	—	2	4	-2	3
526 02-0	213	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
531 10-5	213	Veröffentlichungen *** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.	—	5	10	-5	8
541 10-0	266	Präsentation des Landes Niedersachsen anlässlich des 12. Deutschen Jugendhilfetages 2004 in Osnabrück	—	—	80	-80	—
546 01-3	271	Vermischte Ausgaben	—	1	1	—	—
547 10-9	271	Kosten des Landesbeirats für Jugendarbeit und seiner Mitglieder	—	3	3	—	0
632 10-6	266	Erstattung von Verwaltungsausgaben an das Land Hamburg für die gemeinsame zentrale Adoptionsstelle	—	349	349	—	320
633 11-0	266	Erstattung aufgewendeter Kosten der Kinder- und Jugendhilfe	—	13.000	12.000	+1.000	11.833

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 0571**

Allgemeine Erläuterung:

Das dem Niedersächsischen Landesamt für Soziales, Jugend und Familie angehörende Nds. Landesjugendamt (NLJA) nimmt die Aufgaben des überörtlichen Trägers der Jugendhilfe wahr (§§ 69 ff. SGB VIII).

Für das Personal sind hier nur die

- a) Ausgaben für Dienstbezüge und dgl. (Obergruppe 42)
- b) Ausgaben für die eigentlichen Fachaufgaben sowie die
- c) Einnahmen, die mit den Ausgaben zu a) und b) im ursächlichen Zusammenhang stehen veranschlagt.

Alle übrigen Verwaltungseinnahmen und -ausgaben sind bei Kapitel 05 20 ausgebracht (vgl. allgemeine Erläuterung zu Kap. 05 20).

**Zu 233 01**

Rückflüsse werden bei 119 41 vereinnahmt.

**Zu 281 10**

Kostenbeiträge und übergeleitete Ansprüche zu den Kosten ehem. Fürsorgeerziehung und Freiwilliger Erziehungshilfen.

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteneinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
52,70	53,08	48,71

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
2.579	2.788	2.652

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	31,32
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	-
- Sonstige Veränderungen	-
	-----
Summe Zugänge	31,32

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	30,3
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	-
- Sonstige Veränderungen	1,4
	-----
Summe Abgänge	31,7

Bleibt Abgang 0,38

**Zu 427 10**

Umsetzung von 9.000 EUR in das Kap. 07 05 – 427 10 wegen Aufgabenübergangs „Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder“ zum MK.

**Zu 511 01**

Umsetzung von 1.000 EUR in das Kap. 07 05 – 511 01 wegen Aufgabenübergangs „Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder“ zum MK.

**Zu 526 01**

Ersatz der Auslagen und des Verdienstausfalls der Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses.

Umsetzung von 2.000 EUR in das Kap. 07 05 – 526 01 wegen Aufgabenübergangs „Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder“ zum MK.

**Zu 531 10**

Umsetzung von 5.000 EUR in das Kap. 07 05 – 531 01 wegen Aufgabenübergangs „Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder“ zum MK.

**Zu 546 01**

Ehrenpreise, die vom Land für Veranstaltungen und Wettbewerbe u.a. der Jugendorganisationen gestiftet werden.

**Zu 547 10**

Veranschlagt sind Ausgaben gem. §§ 15 und 16 Jugendförderungsgesetz zu den Kosten des Landesbeirats für Jugendarbeit.

**Zu 632 10**

Erstattungen von Verwaltungsausgaben an das Land Hamburg zur Unterhaltung der gemeinsamen zentralen Adoptionsstelle der vier norddeutschen Länder in Hamburg gem. Art. 5 des Abkommens v. Mai 1979 (MBl. 1980 S. 366).

**Zu 633 11**

Kostenerstattung bei Gewährung von Jugendhilfe nach den §§ 89 bis 89 e SGB VIII (insbesondere gem. § 89 d Abs. 3 SGB VIII – minderjährige unbegleitete Flüchtlinge).

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0571 Jugendhilfe, Nds. Landesjugendamt**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
681 10-7	213	Schadensersatzleistungen und Unfallent- schädigungen	—	—	—	—	—
685 10-2	271	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	13	13	—	12
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 62</b>		<b>Aus- und Fortbildung von Fachkräften der Jugendhilfe</b> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschrit- ten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 62.</i>	(—)	(41)	(65)	(-24)	(142)
427 62-6	213	Entschädigungen an nebenamtlich und ne- benberuflich Tätige	—	20	44	-24	106
527 62-0	213	Reisekostenvergütungen	—	14	14	—	20
547 62-1	213	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben	—	7	7	—	16
<b>TGr. 63</b>		<b>Kosten der Schiedsstelle gem. Nds. Verord- nung nach § 78 g SGB VIII - KJHG - Übertragbar.</b> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 63.</i>	(—)	(3)	(—)	(+3)	(1)
412 63-7	213	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	—	1	—	+1	1
526 63-2	213	Kosten für Sachverständige u.ä.	—	—	—	—	—
527 63-9	213	Reisekosten	—	1	—	+1	0
546 63-3	213	Rückzahlungen	—	—	—	—	—
547 63-0	213	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben	—	1	—	+1	0
<b>Abschluss Kapitel 0571</b>							
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		33	11	+22	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zu- schüssen mit Ausnahme für Investitionen		2	22	-20	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		35	33	+2	
		4 Personalausgaben	—	2.609	2.858	-249	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Aus- gaben für den Schuldendienst	—	36	123	-87	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	13.362	12.362	+1.000	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	16.007	15.343	+664	
		<b>Zuschuss</b>		15.972	15.310	+662	

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 685 10**

	EUR
1. Vereinsbeitrag für das Deutsche Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V. in Heidelberg	1.400
2. Beitrag des Landes Niedersachsen für die BAG der Landesjugendämter und überörtlichen Erziehungsbehörden	1.100
3. Mitgliedsbeitrag für die AG für Erziehungshilfe (AFET) in Hannover	4.100
4. Beitrag für den Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge in Frankfurt	100
5. Beitrag für den „Deutschen Jugendhilfepreis“ – (Hermine-Albers-Preis)	950
6. Beitrag für die AG der Jugendhilfe (AGJ)	3.800
7. Beitrag für die AG der Jugendämter Niedersachsen/Bremen	1.100
Zusammen	<u>12.550</u>
rd.	13.000

**Zu Titelgruppe 62**

Sachaufwand für die Aus- und Fortbildung sowie Prüfung Außenstehender. Zusätzlich zu den veranschlagten Ausgaben dürfen die bei Tit. 119 62 vereinnahmten Teilnehmerbeiträge verausgabt werden.

**Zu 427 62**

Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 38,55 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen, bei Prüfungsvergütungen höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigung i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

Umsetzung von 24.000 EUR in das Kap. 07 05 – 427 62 wegen Aufgabenübergangs „Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder“ zum MK.

**Zu Titelgruppe 63**

Das Land Niedersachsen hat die Geschäftsführung für die Schiedsstelle gem. Nds. Verordnung nach § 78 g SGB VIII vom 22. 3. 2000, GVBl. S. 54 (Leistungen und Entgelte in Einrichtungen der Jugendhilfe) übernommen. Die Geschäftsstelle ist beim NLJA eingerichtet worden. Die mit der Führung der Geschäftsstelle entstehenden Personal- und Sachkosten werden vollständig aus Gebühreneinnahmen (vgl. Titel 119 63) gedeckt.

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0572 Mädchenförderung, Kinder- und Jugendschutz, Hilfen zur Erziehung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-1	272	Vermischte Einnahmen		2	2	—	2
119 41-0	272	Rückzahlung von Überzahlungen		30	30	—	9
<b>AUSGABEN</b>							
632 10-0	272	Erstattung von Verwaltungsausgaben an länderübergreifende Kontrollinstitutionen des Jugendmedienschutzes	—	63	46	+17	35
671 10-5	272	Erstattung von Verwaltungsausgaben an die Landesstelle Jugendschutz	—	311	311	—	305
684 10-0	272	Zuschüsse an die Landesgeschäftsstelle des Kinderschutzbundes <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 684 10, Ausgabeteilgruppe 64, Ausgabeteilgruppe 75, Ausgabeteilgruppe 77, 0573-684 13, 0573 Ausgabeteilgruppe 61, 0573 Ausgabeteilgruppe 71/72, 0573 Ausgabeteilgruppe 75, 0573 Ausgabeteilgruppe 76, 0573 Ausgabeteilgruppe 79, 0573 Ausgabeteilgruppe 80, 0573 Ausgabeteilgruppe 84, 0574-684 11, 0574 Ausgabeteilgruppe 63 und 0574 Ausgabeteilgruppe 64.</i>	—	94	94	—	94
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 64</b>		<b>Förderung von Maßnahmen des Kinder- und Jugendschutzes</b> <i>Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 684 10.</i>	(—)	(1.062)	(1.062)	(—)	(799)
429 64-9	272	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 64-1	272	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	42
684 64-9	272	Zuschüsse für präventive Maßnahmen	—	320	320	—	97
685 64-5	272	Zuschüsse für Kinderschutzzentren und Beratungsstellen	—	742	742	—	660
893 64-7	272	Zuschüsse für Investitionen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 75</b>		<b>Förderung der Gleichberechtigung von Mädchen in der Jugendhilfe</b> <i>Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 684 10. *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(—)	(118)	(118)	(—)	(98)
547 75-7	272	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
633 75-0	272	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
684 75-4	272	Zuschüsse an Sonstige	—	118	77	+41	78
685 75-0	272	Zuschüsse für laufende Zwecke zentraler Maßnahmen	—	—	41	-41	20
893 75-2	272	Zuschüsse für Investitionen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 77</b>		<b>Maßnahmen gegen die wachsende Kinderdelinquenz</b> <i>Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 684 10.</i>	(—)	(—)	(1.064)	(-1.064)	(—)
547 77-3	275	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 0572**

**Allgemeine Erläuterung**

In diesem Kapitel sind insbesondere ausgebracht:

- a) Förderung von Maßnahmen des Kinder- und Jugendschutzes,
- b) Maßnahmen der Mädchenförderung,
- c) Maßnahmen gegen die wachsende Kinderdelinquenz.

**Zu 632 10**

Anteile des Landes Niedersachsen für:

- den ständigen Vertreter der obersten Landesjugendbehörden bei der freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK); Ländervereinbarung vom 01.08.1988
- Wahrung des Jugendschutzes in den elektronischen Informations- und Kommunikationsdiensten durch die länderübergreifende Stelle „jugendschutz.net“; Ländervereinbarung vom 01.01.2000
- Unterhaltungssoftwareselbstkontrolle (USK); Verwaltungsvereinbarung vom 01.04.2003

	1000 EUR
1. FSK	27,2
2. jugendschutz.net	20,6
3. USK	15,0
Zusammen	62,8

**Zu 671 10**

Die Landesstelle Jugendschutz ist eine Einrichtung der freien Wohlfahrtspflege. Sie nimmt Landesaufgaben i. S. des § 14 SGB VIII wahr. Aufgrund des abgeschlossenen öffentlich-rechtlichen Vertrages vom 14. 10. 1994 werden die Verwaltungsausgaben erstattet.

**Zu 684 10**

Veranschlagt sind die Mittel für die Landesgeschäftsstelle des Kinderschutzbundes.

**Zu Titelgruppe 64**

1. Gefördert werden die Kinderschutzzentren in Hannover und Oldenburg
2. Das Land gewährt Zuwendungen für Beratungsstellen, die schwerpunktmäßig im Bereich Gewalt gegen Kinder arbeiten. Zum Bereich Gewalt gegen Kinder gehören sexueller Missbrauch an Mädchen und Jungen, Kindesmisshandlung und Kindesvernachlässigung.
3. Ferner sind hier Mittel zur Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes gem. § 14 SGB VIII veranschlagt, u. a. für Präventionsmaßnahmen mit den Themenschwerpunkten Suchtprävention, Gewalt und Aggression, Jugendmedienschutz. Hiermit soll entsprechend § 82 SGB VIII die Tätigkeit der Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe angeregt und gefördert und ein Beitrag zur fachlichen Weiterentwicklung des Kinder- und Jugendschutzes geleistet werden.

Gefördert werden soll unter anderem:

- "Faustlos" Fortbildungsveranstaltungen für Kindergärtnerinnen zur Vermittlung von alters- und entwicklungsadäquaten prosozialen Kenntnissen und Fähigkeiten in den Bereichen Empathie, Impulskontrolle und Umgang mit Ärger und Wut bei Kindern einschl. Unterrichtsmaterial. Beginn des Projektes 2003, geplante Laufzeit 3 Jahre.
- "Familienhebammen" Modellprojekt zur Unterstützung hilfsbedürftiger junger Mütter und ihrer Kinder mit allen an der gesundheitlichen, sozialen, psychischen und materiellen Versorgung der Familie interessierten und zuständigen Einrichtungen, um durch Koordination und Vernetzung der sozialen Dienste die Risiken zu minimieren, dass Mütter/Familien an ihren individuellen und sozialen Lebensumständen scheitern und dass Säuglinge, Kleinkinder und Schulkinder vermeidbare Gefahren für ihre körperliche, geistige und seelische Entwicklung ausgesetzt sind. Das ursprünglich für die Jahre 2002 bis 2004 geplante Projekt wird um zwei Jahre bis 2006 verlängert.

**Zu Titelgruppe 75**

Veranschlagt sind Mittel zur besonderen Förderung von Mädchen für Maßnahmen der freien und öffentlichen Träger der Jugendhilfe, die Mädchen aller Altersgruppen bei der Entwicklung von eigenständiger Lebensperspektive und aktiver Lebensgestaltung unterstützen gem. den nicht veröffentlichten Fördergrundsätzen vom 07.06.2002.

Zusätzliche Förderungen erfolgen aus Kapitel 05 73 – TGr. 61 (Förderung von Trägern der Jugendarbeit nach dem Jugendförderungsgesetz) und TGr. 93 (Konzessionsabgabe).

**Zu 685 75**

Der Ansatz wurde auf 0 gesetzt. Der Ansatz bei Titel 684 75 wurde entsprechend erhöht.

**Zu Titelgruppe 77**

Einstellung der Förderung zur Haushaltskonsolidierung.

**Einzelplan 05**    **Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0572**   **Mädchenförderung, Kinder- und Jugendschutz, Hilfen zur Erziehung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung 2005 2004	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
633 77-7	275	Zuweisungen an Gemeinden	—	—	—	—	—
684 77-0	275	Zuschüsse an Sonstige	—	—	1.064	-1.064	—
883 77-3	275	Zuweisungen für Investitionen an Gemein- den (GV)	—	—	—	—	—
893 77-9	275	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
<b>Abschluss Kapitel 0572</b>							
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		32	32	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zu- schüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		32	32	—	
		4 Personalausgaben	—	—	—	—	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Aus- gaben für den Schuldendienst	—	—	—	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	1.648	2.695	-1.047	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	—	—	—	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	1.648	2.695	-1.047	
		<b>Zuschuss</b>		1.616	2.663	-1.047	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0573 Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Ehrenamt und Bürgergesellschaft**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004		
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-5	261	Vermischte Einnahmen		10	10	—	79
119 41-4	276	Rückzahlung von Überzahlungen		70	60	+10	87
119 42-2	271	Rückflüsse aus nicht in Anspruch genommenen oder nicht zweckentspr. verwendeten Zuweisungen d. Bundes u. Dritter (einschl. Zinsen) <i>Vgl. K-Vermerk zu 546 10.</i>		—	—	—	—
119 61-9	271	Einnahmen aus Teilnehmerbeiträgen <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 61.</i>		—	—	—	—
119 75-9	153	Rückflüsse aus nicht in Anspruch genommenen oder nicht zweckentspr. verwendeten Zuwendungen des Landes (einschl. Zinsen) <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 75.</i>		100	100	—	162
119 79-1	153	Rückflüsse aus nicht in Anspruch genommenen oder nicht zweckentspr. verwendeten Zuwendungen des Landes (einschl. Zinsen) <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 79.</i>		50	50	—	83
119 80-5	153	Rückflüsse aus nicht in in Anspruch genommenen oder nicht zweckentspr. verwendeten Zuwendungen des Landes (einschl. Zinsen) <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 80.</i>		5	—	+5	—
231 95-8	261	Bundeszweisungen für die Förderung des Deutsch-Israelischen Jugendaustausches <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 95.</i>		58	58	—	—
231 96-6	261	Bundeszweisungen für die Förderung des Deutsch-Tschechischen Jugendaustausches <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 96.</i>		25	—	+25	—
282 91-9	261	Zuschüsse des deutsch-französischen Jugendwerkes zur Förderung des Austausches und der Begegnung von Jugendlichen <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 91.</i>		45	45	—	50
282 92-7	261	Zuschüsse des deutsch-polnischen Jugendwerkes zur Förderung des Austauschs von Jugendlichen <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 92.</i>		45	25	+20	43
331 10-3	271	Zuweisungen vom Bund für Jugendherbergen <i>Vgl. K-Vermerk zu 893 10.</i>		—	—	—	—
<b>AUSGABEN</b>							
546 10-0	271	Rückzahlungen aus nicht in Anspruch genommenen oder nicht zweckentsprechend verwend. Zuweis. d. Bundes u. Dritter (einschl. Zinsen) <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 42.</i>	—	—	—	—	—
684 10-3	271	Zuschüsse gem. §§ 6 und 7 des Jugendförderungsgesetz an anerkannte Träger der Jugendarbeit <i>Übertragbar.</i>	—	5.027	5.027	—	4.993
684 11-1	271	Zuschüsse für das DJI	—	23	23	—	23
684 13-8	271	Verwaltungskosten der anerkannten Träger der Jugendarbeit gem. § 7 Abs. 4 JFG <i>Vgl. D-Vermerk zu 0572-684 10.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	—	256	256	—	256

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 0573**

**Allgemeine Erläuterung**

In diesem Kapitel sind insbesondere ausgebracht:

- a) Zuschüsse und Zuwendungen nach dem Gesetz zur Förderung der Jugendarbeit (JFG),
- b) Förderprogramme zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und sonstige Maßnahmen der Jugendsozialarbeit,
- c) Förderung von Projekten zur Gewaltprävention,
- d) Förderung ehrenamtlicher Tätigkeiten unter besonderer Berücksichtigung auch älterer Menschen.

**Zu 684 10**

Gemäß § 6 Abs. 1 des Jugendförderungsgesetzes sind Zuschüsse zu den Personalkosten der hauptberuflichen Jugendbildungsreferenten/-innen sowie Zuschüsse zu den Aufwendungen für den notwendigen Personal- und Sachbedarf der anerkannten Träger der Jugendarbeit gem. § 7 JFG veranschlagt.

Zuschüsse werden für 57 Jugendbildungsreferenten/-innen gewährt.

**Zu 684 11**

Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) erarbeitet die empirischen und theoretischen Grundlagen für die Durchführung von Entscheidungen im Bereich der Familien- und Jugendpolitik. Die Finanzierung erfolgt überwiegend durch den Bund. Die Länderanteile werden nach dem Königsteiner Schlüssel ermittelt.

**Zu 684 13**

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Landesjugendringes Niedersachsen e.V.

	Betrag für 2005 EUR	Betrag für 2004 EUR	Istergebnis 2003 EUR
<b>Ausgaben</b>	509.793	506.163	529.392
<b>Einnahmen</b>	22.635	22.635	22.635
<b>Fehlbetrag</b>	487.158	483.528	506.757
			EUR

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch

- a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers –
  - b) das Land mit
    - Zuwendungen nach § 7 Abs. 4 JFG (Titel 684 13 und TGr. 93) 276.000
    - Zuschuss nach § 6 Abs. 1 i.V.m. § 9 Abs. 2 JFG (Titel 684 10) 50.547
    - Zuwendungen „Lebensweltbezogene Mädchenarbeit“ (TGr. 61 und 93, Kap. 05 72 TGr.75) 88.203
    - Zuwendungen Jugendserver ( TGr. 71 und 93) 70.000
  - c) den Bund mit 2.408
  - d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit –
  - e) Private –
- Zusammen 487.158

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0573 Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Ehrenamt und Bürgergesellschaft**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
893 10-1	271	Verwendung der Zuweisungen vom Bund für Investitionen in Jugendherbergen <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 331 10.</i>	—	—	—	—	—
<b>TGr. 61</b>		<b>Förderung von Trägern der Jugendarbeit nach dem Jugendförderungsgesetz</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 0572-684 10.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(—)	(648)	(1.178)	(-530)	(2.210)
429 61-8	271	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 61-0	271	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	12	12	—	28
633 61-4	271	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	153	153	—	145
684 61-8	271	Zuschüsse an Sonstige	—	483	1.013	-530	2.038
883 61-0	276	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden	—	—	—	—	—
893 61-6	271	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
<b>TGr. 67</b>		<b>Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Kinder- und Jugendplanes</b> <i>Übertragbar.</i>	(—)	(—)	(—)	(—)	(1.761)
547 67-0	276	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
633 67-3	271	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	452
684 67-7	271	Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	1.309
<b>TGr. 71/72</b>		<b>Förderung ehrenamtlicher Tätigkeiten und Bürgergesellschaft</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 0572-684 10.</i>	(—)	(1.551)	(747)	(+804)	(334)
547 71-8	271	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	104
633 71-1	271	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
684 71-5	271	Sonstige Zuschüsse	—	747	747	—	230
684 72-3	236	Zuschüsse an Kontakt- und Informationsberatungsstellen für Selbsthilfegruppen -KIB-	—	804	—	+804	—
<b>TGr. 75</b>		<b>Förderung von Jugendwerkstätten</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 75.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 0572-684 10.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i> <i>Zur Schulpflichterfüllung in Jugendwerkstätten dürfen Verpflichtungen für den im nächsten Haushaltsjahr liegenden Zeitraum des lfd.</i>	(—)	(4.338)	(4.338)	(—)	(4.449)

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Titelgruppe 61**

	1000 EUR
Vorgesehen sind Zuwendungen zur Förderung von auf Landesebene tätigen Trägern der Jugendarbeit gem. §§ 10, 12 und 13 Jugendförderungsgesetz (JFG), insbesondere	
- zu den Kosten von Bildungsveranstaltungen (RdErl. v. 12. 07. 1999 – Nds. MBl. S. 441,geä. d. RdErl. v. 11.10.2001 – Nds. MBl. S. 817)	
- für die Entwicklung neuer Inhalte und Methoden der Kinder- und Jugendarbeit	
- für besondere Einzelvorhaben	
- für den Verband Niedersächsischer Jugendredakteure e. V.	
- für die Förderung der Ehrenamtlichkeit;	289
für internationale Begegnungen gem. §§ 12 und 13 JFG;	60
für regionale und örtliche Träger der Jugendarbeit gem. §§ 12 und 13 JFG.	
Veranschlagt sind insbesondere Zuwendungen für	
- Modellvorhaben und innovative Konzepte	
- Maßnahmen der „lebensweltbezogenen Mädchenarbeit“ (05 72 TGr. 75)	
- Aus- und Fortbildung von Jugendleitern (RdErl. v. 23.1.2002 – Nds. MBl. S. 84)	299
Zusammen	648

Zusätzliche Förderungen erfolgen aus den Titelgruppen 90 (Spielbankabgabe) und 93 (Konzessionsabgaben).  
Weniger infolge Haushaltskonsolidierung.

**Zu Titelgruppe 67**

Förderprogramm ausgelaufen.

**Zu Titelgruppe 71/72**

Die Landesregierung unterstützt Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement durch Information, Beratung und Vernetzung, Qualifizierung und Entwicklung einer Kultur der Anerkennung. Dazu gehören unter anderem Informationskampagnen, das landesweite Internetportal „Freiwilligenserver.de“, „Niedersächsische Landesagentur Generationendialog – Freiwilliges Engagement für Alt und Jung in Niedersachsen“, der subsidiäre Versicherungsschutz im Unfall- und Haftpflichtbereich, Projekte zur Förderung ehrenamtlichen Engagements (unter Berücksichtigung von intergenerativen und Gender-Aspekten), die Förderung von Qualifizierung und Weiterbildung sowie das Multiplikatorenprogramm „Erfahrungswissen für Initiativen“ (EFI) mit der Ausbildung zur seniorTrainee-rin / zum seniorTrainer. Empfänge und Auszeichnungen würdigen den oft nicht sichtbaren Einsatz von freiwillig Engagierten.

Gem. Beschl. d. LReg. v. 15.07.2003 wurde mit Wirkung vom 01.08.2003 der Aufgabenbereich „Zivilgesellschaft“ (neu „Bürgergesellschaft“) vom MJ auf das MS übertragen.

Die Förderung des Aufgabenbereiches „Bürgergesellschaft“ erfolgt gem. AV d. MJ v. 17.7.2002 (Nds. MBl. S. 903) geä. d. RdErl. MS v. \_\_\_\_.2004 (Nds. MBl. S. \_\_\_\_).

**Zu 684 72**

Gefördert werden Kontakt- und Beratungsstellen für Selbsthilfegruppen zum Ausbau der Selbsthilfe im sozialen und gesundheitlichen Bereich.

Verlagert von Kap. 05 02 – 684 11.

**Zu Titelgruppe 75**

Veranschlagt sind Zuwendungen zur Förderung von Jugendwerkstätten und qualifizierenden Beschäftigungsprojekten im Rahmen des Gesamtprogramms der Jugendsozialarbeit in Niedersachsen gem. Richtlinie vom 9. 5. 2001 (Nds. MBl. S. 448) und zur Schulpflichterfüllung in Jugendwerkstätten (§ 67 Abs. 5 NSchG). Mittel für dieses Programm sind auch ausgewiesen bei Kap. 08 04 Titel 637 10. In 100 Jugendwerkstätten werden landesweit bis zu 4 500 junge Menschen gefördert.

Die Mittel dienen der Einwerbung von Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF), die bei Kapitel 08 04 Titel 272 10 veranschlagt sind.

**Zu 633 75**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	4.143	–	–	4.143
2006	4.143	–	–	4.143
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	8.286	–	–	8.286

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0573 Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Ehrenamt und Bürgergesellschaft**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004		
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
noch <b>TGr. 75</b>		<i>Schuljahres bis zur Höhe von 7/12 der für diesen Zweck vorgesehenen Mittel eingegangen werden.</i>					
633 75-4	153	Zuweisungen an Gemeinden	–	1.397	1.397	–	1.352
684 75-8	153	Zuschüsse an Sonstige	–	2.941	2.941	–	3.097
<b>TGr. 76</b>		<b>Förderung von Projekten zur Gewaltprävention</b> <i>Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 0572-684 10. *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(–)	(1.855)	(1.855)	(–)	(2.192)
527 76-8	153	Reisekosten	–	10	10	–	48
531 76-5	153	Veröffentlichungen <i>*** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.</i>	–	10	10	–	–
547 76-9	153	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	–	30	30	–	261
633 76-2	153	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	–	890	890	–	1.253
684 76-6	153	Zuweisungen an Sonstige	–	915	915	–	630
<b>TGr. 79</b>		<b>Regionale Arbeitsstellen zur beruflichen Eingliederung junger Menschen in Niedersachsen (RAN)</b> <i>Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 79. Vgl. D-Vermerk zu 0572-684 10. *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(–)	(2.202)	(2.202)	(–)	(2.083)
633 79-7	153	Zuweisungen an Gemeinden	–	921	921	–	927
684 79-0	153	Zuschüsse an Sonstige	–	1.281	1.281	–	1.156
<b>TGr. 80</b>		<b>Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit</b> <i>Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 80. Vgl. D-Vermerk zu 0572-684 10. *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(12.000) (9.644)	(8.638)	(9.238)	(-600)	(–)
547 80-7	276	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	–	150	–	+150	–
633 80-0	153	Zuweisungen an Gemeinden	12.000 9.644	7.188	6.838	+350	–
636 80-0	153	Sonstige Zuweisungen an die Agenturen für Arbeit	–	800	1.900	-1.100	–
684 80-4	153	Zuschüsse an Sonstige	–	500	500	–	–

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 684 75**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	195	–	–	195
2006	195	–	–	195
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	390	–	–	390

**Zu Titelgruppe 76**

Veranschlagt sind Zuwendungen zur Förderung von präventiven Angeboten im Bereich der Jugendsozialarbeit (Gewaltprävention) gem. Richtlinie vom 28. 11. 2000 (Nds. MBl. S. 761) und Richtlinie vom 20.12.2001 (Nds. MBl. 2002 S. 72).

Der Ansatz ist Teil des Projektes „Integration von jugendlichen Ausländern und jugendlichen Deutschen ausländischer Herkunft“, in dem Haushaltsmittel des MI, MS und des MK zusammengefasst sind.

Es stehen zusätzlich Mittel der Spielbankabgabe (TGr. 90) in Höhe von 154.000 EUR zur Verfügung. Mittel sind auch ausgewiesen bei Kap. 08 04 Titel 637 10.

Die Mittel dienen der Einwerbung von Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF), die bei Kap. 08 04 Titel 272 10 veranschlagt sind.

**Zu 527 76**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	1.855	–	–	1.855
2006	1.855	–	–	1.855
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	3.710	–	–	3.710

**Zu Titelgruppe 79**

Gefördert werden im Rahmen des Gesamtprogramms der Jugendsozialarbeit die Regionalen Arbeitsstellen zur beruflichen Eingliederung junger Menschen in Niedersachsen (RAN) gem. Richtlinie vom 12. 9. 2000 (Nds. MBl. S. 634). In 29 RAN-Projekten werden landesweit bis zu 5000 junge Menschen gefördert. Mittel für dieses Programm sind auch bei Kap. 08 04 Titel 637 10 veranschlagt.

Die Mittel dienen der Einwerbung von Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF), die bei Kapitel 08 04 Titel 272 10 veranschlagt sind.

**Zu 633 79**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	2.202	–	–	2.202
2006	2.202	–	–	2.202
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	4.404	–	–	4.404

**Zu Titelgruppe 80**

Pro-Aktiv-Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Förderung kommunaler Pro-Aktiv-Centren und Maßnahmen zur Eingliederung in Ausbildung und Arbeit sowie sozialen Integration für individuell beeinträchtigte und sozial benachteiligte Jugendliche gem. Richtlinie vom 13.8.2004 (Nds. MBl. S. 542).

Zusätzlich zu den hier veranschlagten Mitteln für Zuwendungen stehen weitere Mittel in Höhe von 15.700 EUR aus Mitteln der Spielbankabgabe (TGr. 90) zur Verfügung.

Die Mittel dienen der Einwerbung von Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF), die bei Kapitel 08 04 Titel 272 10 veranschlagt sind.

**Zu 633 80**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	6.368	–	6.368
2006	–	–	6.000	6.000
2007	–	–	6.000	6.000
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	6.368	12.000	18.368

**Zu 636 80**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	950	–	–	950
2006	460	–	–	460
2007	14	–	–	14
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	1.424	–	–	1.424

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0573 Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Ehrenamt und Bürgergesellschaft**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>TGr. 84</b>		<b>Förderung von Maßnahmen zur sozialpädagogischen Betreuung jugendlicher Straftäter</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 0572-684 10.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(–)	(1.789)	(1.789)	(–)	(1.467)
633 84-3	271	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	–	511	511	–	437
684 84-7	271	Zuschüsse an Sonstige	–	1.278	1.278	–	1.030
<b>TGr. 90</b>		<b>Verwendung des Landesanteils an dem Aufkommen der Spielbankabgabe</b> <i>Übertragbar.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i> <i>Abweichend v. §61 Abs.1 u. §63 Abs.3 LHO dürfen Fach-Veröffentlichungen f. Zwecke der Jugendhilfe unentgeltlich abgegeben werden.</i>	(–)	(793)	(1.086)	(-293)	(837)
429 90-1	276	Nicht aufteilbare Personalausgaben	–	–	–	–	–
547 90-4	276	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	–	51	51	–	89
633 90-8	276	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	–	26	26	–	309
684 90-1	271	Zuschüsse an Sonstige <i>*** Die Ausgaben dürfen die gesetzlich festgelegte Höhe in einem Anteil von 626.750 EUR nicht überschreiten</i>	–	627	920	-293	440
883 90-4	276	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	–	–	–	–	–
893 90-0	271	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	–	89	89	–	–
<b>TGr. 91</b>		<b>Verwendung der Zuschüsse des DFJW zur Förderung der Begegnung von Jugendlichen</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 91.</i>	(–)	(45)	(45)	(–)	(50)
547 91-2	261	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	–	–	–	–	–
633 91-6	261	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	–	7	7	–	22
684 91-0	261	Zuschüsse an andere Träger	–	38	38	–	28
<b>TGr. 92</b>		<b>Verwendung der Zuschüsse des deutsch-polnischen Jugendwerks zur Förderung des Austauschs von Jugendlichen</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 92.</i>	(–)	(45)	(25)	(+20)	(43)
547 92-0	261	Rückzahlung nicht zweckentsprechend verwendeter Zuschüsse an das DPJW	–	2	–	+2	2
633 92-4	261	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	–	23	15	+8	23
684 92-8	261	Zuschüsse an Sonstige	–	20	10	+10	18
<b>TGr. 93</b>		<b>Zuschüsse aus Konzessionsabgaben für Zwecke der Jugendarbeit und des Kinder- u. Jugendschutzes</b> <i>Übertragbar.</i>	(–)	(3.023)	(4.030)	(-1.007)	(5.128)

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Titelgruppe 84**

Veranschlagt sind Mittel zur Gewährung von Zuwendungen des Landes zu den Personalkosten von pädagogischen Fachkräften bei ambulanten sozialpädagogischen Angeboten der Jugendhilfe für junge Straffällige (RdErl. v. 13.01. 2005 – Nds. MBl. S. \_\_\_\_).

Zusätzlich zu den hier veranschlagten Mitteln für Zuwendungen stehen weitere Mittel in Höhe von 212.500 EUR aus Mitteln der Spielbankabgabe (TGr. 90) zur Verfügung.

**Zu Titelgruppe 90**

Zur Verwendung des zweckgebundenen Anteils an dem Aufkommen der Spielbankabgabe gem. § 4 Abs. 1 des Niedersächsischen Spielbankengesetzes (NSpielbG) vom 16. 12. 2004 (Nds. GVBl. S. 605) zugunsten der Kinder- und Jugendhilfe.

Für das Haushaltsjahr 2005 stehen aus Mitteln der Spielbankabgabe 9.504.000 EUR zur Verfügung. Auf den Bereich Kinder- und Jugendhilfe entfällt hiervon ein Anteil von 814.500 EUR. Davon wird ein Betrag in Höhe von 21.750 EUR (rd. 22.000 EUR ) ab dem Haushaltsjahr 2005 bei Kapitel 07 74 TGr. 90 für pädagogische Sondermaßnahmen in Kindertagesstätten ausgebracht. Zuwendungen sind vorgesehen u. a. zur Förderung

	1000 EUR
- von präventiven Angeboten im Bereich der Jugendsozialarbeit (Gewaltprävention – TGr. 76)	154
- von Maßnahmen im Bereich „Gewalt“ einschl. FAN-Projekte – Umsetzung des „Nationalen Konzeptes Sport und Sicherheit“ – (TGr. 76)	30,7
- von Fortbildung sozialpädagogischer Fachkräfte und von Sondermaßnahmen der Jugendhilfe	4
- von Maßnahmen im Bereich der Kinderpolitik	65
- von Landesverbänden (Landesarbeitsgemeinschaft für Erziehungsberatung und Landesverband der Pflege- und Adoptiveltern)	14
- von besonderen Maßnahmen im Bereich der familienunterstützenden Hilfen zur Erziehung	24,5
- der sozialpädagogischen Betreuung jugendlicher Straftäter (TGr. 84)	212,5
- Förderung von Trägern der Jugendarbeit nach dem Jugendförderungsgesetz (Verstärkung der TGr. 61)	100
- von Mehrgenerationenhäusern (Kap. 05 74 TGr.64)	170
- Förderung von familienbezogenen Maßnahmen (Kap. 05 74 TGr. 61)	18,05
Zusammen	792,75

Weniger infolge Haushaltskonsolidierung.

**Zu Titelgruppe 91**

Zur Verausgabung der bei Titel 282 91 zu erwartenden zweckgebundenen Zuweisungen des Deutsch-Französischen Jugendwerkes.

Das Deutsch-Französische Jugendwerk gewährt aus dem Gemeinschaftsfonds der Organisation Zuschüsse für die in Art. 2 des Abkommens über die Errichtung eines Deutsch-Französischen Jugendwerkes vom 5. 7. 1963 (BGBl. II S. 1613) aufgeführten Maßnahmen, insbesondere für die Begegnung und den Austausch von Jugendlichen beider Länder.

Nicht in Anspruch genommene oder nicht zweckentsprechende verwendete Zuschüsse, die von den Trägern an das Deutsch-Französische Jugendwerk zurückgezahlt werden müssen, sind nach Vereinnahmung wieder zu verwenden.

Die Zuschüsse zur Förderung des Austauschs von Schülerinnen und Schüler beider Länder sind bei Kap. 07 07 TGr. 80 veranschlagt.

**Zu Titelgruppe 92**

Zur Verausgabung der bei Titel 282 92 zu erwartenden zweckgebundenen Zuweisungen des Deutsch-Polnischen Jugendwerkes.

Ausgehend von dem Vorbild des Deutsch-Französischen Jugendwerkes wurde mit der Gründung des DPJW 1991 eine Organisation ins Leben gerufen, die ein Modell für die Zusammenarbeit und Versöhnung zwischen Deutschland und Polen sein und ein Zeichen für die neuen vertrauensvollen Beziehungen zwischen beiden Ländern setzen soll.

**Noch zu Titelgruppe 92**

Vorrangige Aufgabe des DPJW ist „das gegenseitige Kennenlernen, das gegenseitige Verstehen und das enge Zusammenwirken der Jugend Deutschlands und Polens in jeder Weise zu fördern“ (Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen vom 17. 6. 1991).

**Zu Titelgruppe 93**

Der gem. § 7 Abs. 3 Nr. 1 NLottG festgelegte Anteil für Zwecke der Jugendarbeit und des Schulsports beträgt 3.363.750 EUR für 2005. Konzessionsabgabemittel sind für den Schulsport bei Kap. 07 02 TGr. 81 i. H. v. 390.000 EUR veranschlagt. Der Anteil für Zwecke der Jugendarbeit beträgt 2.973.750 EUR.

Der gem. § 7 Abs. 3 Nr. 5 NLottG festgelegte Anteil für familien- und frauenbezogene Maßnahmen sowie Maßnahmen des Kinder- und Jugendschutzes beträgt 1.219.000 EUR für 2005. Konzessionsabgabemittel sind für familienbezogene Maßnahmen bei Kapitel 05 74 TGr. 61 i. H. v. 780.000 EUR und für frauenbezogene Maßnahmen bei Kap. 05 11 TGr. 61 i. H. v. 390.000 EUR ausgebracht. Der Anteil für Maßnahmen des Kinder- und Jugendschutzes beläuft sich auf 49.000 EUR.

Aus den hier veranschlagten Mitteln für Zwecke der Jugendarbeit sowie Maßnahmen des Kinder- und Jugendschutzes sollen gefördert werden:

	1000 EUR
- Verwaltungskosten der anerkannten Träger der Jugendarbeit gem. § 7 Abs. 4 JFG (Titel 684 13)	20
- auf Landesebene tätige Träger der Jugendarbeit gem. §§ 10, 12 und 13 JFG (TGr. 61)	1.464,8
- verbändliche Bildungsstätten anerkannter Träger der Jugendarbeit gem. § 11 JFG	50
- internationale Begegnungen gem. §§ 12 und 13 JFG (TGr. 61)	35
- regionale und örtliche Träger der Jugendarbeit gem. §§ 12 und 13 JFG (TGr. 61)	353
- Jugendherbergen gem. §§ 12 und 13 JFG	179,85
- Neu-, Um- und Erweiterungsbau von Freizeit- und zentralen Tagungsstätten gem. §§ 12 und 13 JFG einschließlich entsprechend genutzter Schullandheime	76,15
- Vorhaben der politischen Jugendbildung	180
- Maßnahmen des Kinder- und Jugendschutzes (Kap. 05 72 TGr. 64)	50
- Fachkräfteportal	5
- Förderung von familienbezogenen Maßnahmen (Kap. 05 74 TGr. 61)	236,95
- sonstige jugendpolitische Maßnahmen	372
Zusammen	3.022,75

Weniger infolge Haushaltskonsolidierung.

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0573 Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Ehrenamt und Bürgergesellschaft**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
noch <b>TGr. 93</b>		<i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an der Konzessionsabgabe geleistet werden.</i>					
429 93-6	271	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 93-9	271	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	50	50	—	101
633 93-2	271	Zuweisungen für lfd. Zwecke an Gemeinden	—	96	96	—	118
684 93-6	271	Zuschüsse für lfd. Zwecke an Sonstige	—	1.836	1.836	—	2.286
883 93-9	271	Zuweisungen an Gemeinden	—	518	518	—	527
893 93-4	271	Zuschüsse an Sonstige <i>*** Die Ausgaben dürfen die gesetzlich festgelegte Höhe in einem Anteil von 522.750 EUR nicht überschreiten.</i>	—	523	1.530	-1.007	2.097
<b>TGr. 95</b>		<b>Förderung des Deutsch-Israelischen Jugendaustausches</b> <i>Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 95.</i>	(—)	(58)	(58)	(—)	(—)
633 95-9	261	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	19	19	—	—
684 95-2	261	Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige	—	39	39	—	—
<b>TGr. 96</b>		<b>Förderung des Deutsch-Tschechischen Jugendaustausches</b> <i>Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 96.</i>	(—)	(25)	(—)	(+25)	(—)
633 96-7	261	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	8	—	+8	—
684 96-0	261	Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige	—	17	—	+17	—
		<b>Abschluss Kapitel 0573</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		235	220	+15	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		173	128	+45	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		408	348	+60	
		4 Personalausgaben	—	—	—	—	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	315	163	+152	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	12.000 9.644	28.871	29.597	-726	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	1.130	2.137	-1.007	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	12.000 9.644	30.316	31.897	-1.581	
		<b>Zuschuss</b>		29.908	31.549	-1.641	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Titelgruppe 95**

Zur Verausgabung der bei Titel 231 95 zu erwartenden zweckgebundenen Zuweisungen des "Koordinierungszentrum Deutsch-Israelischer Jugendaustausch" (ConAct).

Das Koordinierungszentrum Deutsch-Israelischer Jugendaustausch gewährt Zuschüsse aus Bundesmitteln gemäß Nr. III 3.4.1 des Kinder- und Jugendplanes des Bundes.

Nicht in Anspruch genommene oder nicht zweckentsprechend verwandte Zuschüsse, die von den Trägern an das Koordinierungszentrum Deutsch-Israelischer Jugendaustausch zurückgezahlt werden müssen, sind nach Vereinnahmung wieder zu verwenden bzw. an das Koordinierungszentrum Deutsch-Israelischer Jugendaustausch zurück zu überweisen.

**Zu Titelgruppe 96**

Zur Verausgabung der bei Titel 231 96 zu erwartenden zweckgebundenen Zuweisungen der Koordinierungsstelle TANDEM in Bayern.

Die Koordinierungsstelle TANDEM gewährt Zuschüsse aus Bundesmitteln für den Deutsch-Tschechischen Jugendaustausch gemäß Nr. III 3.4.1 des Kinder- und Jugendplanes des Bundes.

Nicht in Anspruch genommene oder nicht zweckentsprechend verwandte Zuschüsse, die von den Trägern an die Koordinierungsstelle TANDEM zurückgezahlt werden müssen, sind nach Vereinnahmung wieder zu verwenden bzw. an die Koordinierungsstelle TANDEM zurück zu überweisen.

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0574 Familie**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-9	272	Vermischte Einnahmen		1	1	—	1
119 41-8	272	Rückzahlung von Überzahlungen		50	50	—	50
282 64-5	263	Sonstige Zuschüsse Dritter für den "Niedersächsischen Familienpreis" <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.</i>		—	—	—	—
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 72</b>		<b>Unterhaltsvorschüsse und -ausfälle</b>		(32.563)	(29.500)	(+3.063)	(32.832)
231 72-2	237	Erstattungen durch den Bund für Leistungen an die Berechtigten		27.063	24.000	+3.063	27.046
233 72-5	237	Erstattungen von Kommunen aus Rückzahlungen von Unterhaltspflichtigen <i>Vgl. K-Vermerk zu 631 72.</i>		5.500	5.500	—	5.786
<b>AUSGABEN</b>							
684 11-5	273	Zuschüsse zur Förderung von Familienbildungsstätten durch das Land <i>Vgl. D-Vermerk zu 0572-684 10.</i>	—	920	920	—	892
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61</b>		<b>Verwendung der Konzessionsabgaben gem. § 7 Abs 3. NLottG, Anteil für die Förderung von familienbezogenen Maßnahmen</b> <i>Übertragbar.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i> <i>Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an der Konzessionsabgabe geleistet werden.</i>	(—)	(780)	(1.040)	(-260)	(1.024)
547 61-4	236	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	0
684 61-1	236	Zuschüsse für laufende Zwecke	—	780	1.040	-260	896
893 61-0	236	Zuschüsse für Investitionen	—	—	—	—	128
<b>TGr. 63</b>		<b>Förderung von familienbezogenen Maßnahmen</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 0572-684 10.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(—)	(363)	(363)	(—)	(345)
547 63-0	236	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
633 63-4	236	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
684 63-8	236	Zuschüsse zu den Kosten von Familienerholungsaufenthalten	—	363	363	—	345
893 63-6	236	Zuschüsse für Investitionen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 64</b>		<b>Familienpolitik/Mehrgenerationenhäuser</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Einnahmen bei</i>	(—)	(550)	(550)	(—)	(674)

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Kapitel 0574**

**Allgemeine Erläuterung**

Mit gezielten Maßnahmen wird auf die speziellen Bedürfnisse von Familien präventiv eingegangen. Es sollen damit Familien in besonderen Lebenslagen, insbesondere auch in schwieriger Einkommenssituation, entlastet, das Selbsthilfepotential aktiviert und die Erziehungsfähigkeit von Familien gestärkt werden.

**Zu 231 72**

Veranschlagt sind bei einem geschätzten Gesamtbedarf von rd. 81 Mio. EUR jährlich die zu erwartenden Erstattungen des Bundes von rd. 27 Mio. EUR jährlich. Die Rückflüsse werden bei 233 72 vereinnahmt.

**Zu 233 72**

Veranschlagt ist der Bundesanteil an den zu erwartenden Rückflüssen aufgrund der Einziehung von den zum Unterhalt Verpflichteten. Vgl. auch Erläuterungen zu Ausgabeteilgruppe 72.

**Zu 684 11**

Das Land gewährt Zuwendungen für Familienbildungsstätten, die Aufgaben besonderer öffentlicher Verantwortung für die Erziehung in Familien i. S. von § 16 SGB VIII erfüllen.

Die Förderung der Familienbildungsstätten erfolgt gem. Richtlinie vom 9.8.2004 (Nds. MBl. S. 531).

**Zu Titelgruppe 61**

Der gem. § 7 Abs. 3 Nr. 5 NLottG festgelegte Anteil für familien- und frauenbezogene Maßnahmen sowie Maßnahmen des Kinder- und Jugendschutzes beträgt 1.219.000 EUR für 2005. Konzessionsabgabemittel sind für den Kinder- und Jugendschutz bei Kapitel 05 73 TGr. 93 i. H. v. 49.000 EUR und für frauenbezogene Maßnahmen bei Kap. 05 11 TGr. 61 i. H. v. 390.000 EUR für 2005 ausgebracht.

Im Rahmen der familienbezogenen Maßnahmen sollen gefördert werden:

	1000 EUR
a) Mütterzentren nach Maßgabe der Richtlinien vom 15.03.1994 (Nds. MBl. S. 499) in der Fassung vom 28.12.2001 (Nds. MBl. S. 111)	312
b) Familienfreizeiten gem. RL v. ___2005 (Nds. MBl. S. ___)	297
c) Familienerholungsaufenthalte (Verstärkung der TGr. 63)	219
d) Investitionen Familienerholung (Verstärkung der TGr. 63)	80
e) Familienverbände	118
f) Netzwerk für örtliche und regionale Familienpolitik	6
g) Sonstige familienpolitische Maßnahmen	3
Zusammen	1.035

Der den Ansatz von 780.000 EUR übersteigende Betrag von 255.000 EUR wird aus Kap. 05 73 TGr. 90 (18.050 EUR) und Kap. 05 73 TGr. 93 (236.950 EUR) finanziert.

Weniger infolge Haushaltskonsolidierung.

**Zu Titelgruppe 63**

Die Förderung von Familienerholungsmaßnahmen erfolgt nach der Richtlinie vom \_\_\_2005 (Nds. MBl. S. \_\_\_).

Die zu gewährenden Zuschüsse sollen Familien, insbesondere Familien mit einem behinderten Kind und Eineltern-Familien mit geringeren Einkommen eine gemeinsame Erholung ermöglichen.

Außerdem können Zuschüsse insbesondere zu den Kosten der Erneuerung und Einrichtung von gemeinnützigen Erholungseinrichtungen gewährt werden.

**Zu Titelgruppe 64**

Aus den hier veranschlagten Mitteln sollen gefördert werden:

	1000 EUR
a) Mehrgenerationenhäuser	528
b) Nds. Familienpreis	22
Zusammen	550

Zusätzlich zu den hier veranschlagten Mitteln für Zuwendungen stehen weitere Mittel in Höhe von 170.000 EUR aus Kap. 05 73 TGr. 90 (Spielbankabgabe) zur Verfügung.

Gewährt werden Zuschüsse an Mehrgenerationenhäuser, um die Begegnung und gegenseitige Unterstützung aller Generationen auf der Grundlage von freiwilligem Engagement und Selbsthilfe zu ermöglichen. Mehrgenerationenhäuser sollen die örtlich vorhandenen Angebote bedarfsgerecht ergänzen. Die Förderung der Mehrgenerationenhäuser erfolgt gem. Richtlinie vom \_\_\_2005 (Nds. MBl. S. \_\_\_).

Die Kosten für den Nds. Familienpreis werden ergänzend aus Mitteln Dritter gezahlt.

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0574 Familie**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch <b>TGr. 64</b>		282 64. Vgl. D-Vermerk zu 0572-684 10. *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.					
547 64-9	263	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	498
633 64-2	273	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	49
684 64-6	273	Zuschüsse für laufende Zwecke	—	550	550	—	128
883 64-9	273	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
893 64-4	273	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
<b>TGr. 72</b>		<b>Unterhaltungsvorschüsse und -ausfälle</b> <i>Übertragbar.</i>	(—)	(70.450)	(63.100)	(+7.350)	(70.728)
631 72-0	237	Erstattungen an den Bund aus Rückzahlungen von Unterhaltspflichtigen <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 233 72.</i>	—	5.500	5.500	—	5.778
633 72-3	237	Erstattungen an Kommunen für Leistungen an die Berechtigten *** Ausgaben dürfen bis zu der Höhe geleistet werden, die zur Erfüllung der sich aus § 8 Abs.1 Satz 1 UVG ergebenden Verpflichtungen notwendig sind.	—	64.950	57.600	+7.350	64.950
		<b>Abschluss Kapitel 0574</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		51	51	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		32.563	29.500	+3.063	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		32.614	29.551	+3.063	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	—	—	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	73.063	65.973	+7.090	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	—	—	—	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	73.063	65.973	+7.090	
		<b>Zuschuss</b>		40.449	36.422	+4.027	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Titelgruppe 72**

Veranschlagt ist der Landesanteil an den Kosten des Bundesgesetzes zur Sicherung des Unterhalts von Kindern alleinstehender Mütter und Väter durch Unterhaltsvorschüsse oder -ausfalleistungen (Unterhaltsvorschussgesetz).

Nach dem Unterhaltsvorschussgesetz geht der Anspruch in Höhe der geleisteten Zahlung auf das Land über.

Vgl. auch Erklärungen zu 231 72 und 233 72.

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 0591 Fachaufgaben der Regierungsvertretungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
111 01-2	011	Gebühren und tarifliche Entgelte		-	-	-	-
119 01-3	011	Vermischte Einnahmen		-	-	-	-
<b>AUSGABEN</b>							
422 01-8	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	-	1.237	-	+1.237	-
422 19-0	011	Altersteilzeitzuschläge	-	-	-	-	-
425 01-7	011	Vergütungen der Angestellten	-	-	-	-	-
427 01-0	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	-	-	-	-	-
511 01-0	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	-	-	-	-	-
527 01-4	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	-	-	-	-	-
546 01-9	011	Vermischte Ausgaben	-	-	-	-	-
<b><u>Abschluss Kapitel 0591</u></b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				-	-	-	
<b>Summe der Einnahmen</b>				-	-	-	
4 Personalausgaben			-	1.237	-	+1.237	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst			-	-	-	-	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>			-	1.237	-	+1.237	
<b>Zuschuss</b>				1.237		+1.237	

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 0591**

**Allgemeine Erläuterungen**

Für das bei den Regierungsvertretungen tätige Personal sind hier nur die

- a) Ausgaben der Obergruppe 42 (Dienstbezüge und dergl.)
- b) Ausgaben für die eigentlichen Fachaufgaben (insbesondere Ausgaben der Gruppe 511 und des Titels 812 35) sowie die
- c) Einnahmen, die mit den Ausgaben zu a) und b) im ursächlichen Zusammenhang stehen,

veranschlagt.

Alle übrigen Haushaltseinnahmen und -ausgaben sind bei Kap. 03 03 ausgebracht (vgl. allgemeine Erläuterungen zu Kap. 03 03).

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeitinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
22,39	-	-

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
1.237	-	-

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig) 22,39
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt) --
- Sonstige Veränderungen --

Summe Zugänge 22,39

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig) --
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt) --
- Sonstige Veränderungen --

Summe Abgänge --

Bleibt Zugang 22,39

**Einzelplan 05    Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005 2004	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
		<b>Gesamtabschluss Einzelplan 05</b>					
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmitteln		-	20	-20	
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		23.918	22.834	+1.084	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		229.413	345.833	-116.420	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		104.248	111.550	-7.302	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		357.579	480.237	-122.658	
		4 Personalausgaben		-	110.183	106.569	+3.614
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst		-	34.599	29.459	+5.140
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	3.683	192.098	2.119.110	2.177.883	-58.773
		7 Baumaßnahmen	200.104				
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	-	17.716	148.621	260.275	-111.654
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	16.458	-	-22.927	-34.131	+11.204
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	209.814	2.389.586	2.540.055	-150.469	
		<b>Zuschuss</b>	220.245	2.032.007	2.059.818	-27.811	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---



# Übersicht

über die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen  
des Sondervermögens „Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertenrecht  
- Neuntes Buch Sozialgesetzbuch - (SGB IX)  
- Kapitel 50 51 - gemäß § 26 Abs. 2 LHO

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 5051 Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertenrecht**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
111 10-6		Ausgleichsabgabe von privaten Arbeitgebern <i>Vgl. K-Vermerk zu 632 10.</i> <i>Vgl. K-Vermerk zu 634 10.</i>		40.000	40.000	—	41.595
111 11-4		Ausgleichsabgabe von Arbeitgebern der öffentlichen Hand außer vom Land <i>Vgl. K-Vermerk zu 632 10.</i> <i>Vgl. K-Vermerk zu 634 10.</i>		2.400	2.400	—	1.557
112 01-3		Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten <i>Vgl. K-Vermerk zu 632 10.</i>		140	140	—	285
119 10-7		Rückzahlung widerrufener Leistungen; Erstattung von Vorsteuern; Erstattung von anderen Trägern <i>Vgl. K-Vermerk zu 632 10.</i>		1.600	400	+1.200	1.656
162 10-0		Zinsen für Darlehen nach §§ 15, 20, 21, 22 und 26 SchwbAV <i>Vgl. K-Vermerk zu 632 10.</i>		60	60	—	60
162 11-8		Zinsen für Darlehen nach § 30 SchwbAV <i>Vgl. K-Vermerk zu 632 10.</i>		1.100	1.100	—	1.164
162 12-6		Zinsen für Geldanlagen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch-Neuntes Buch (SGB IX) <i>Vgl. K-Vermerk zu 632 10.</i>		1.200	1.200	—	1.142
182 10-0		Rückflüsse aus Darlehen nach §§ 15, 20, 21, 22 und 26 SchwbAV <i>Vgl. K-Vermerk zu 632 10.</i>		1.000	1.000	—	1.239
182 11-9		Rückflüsse aus Darlehen nach § 30 SchwbAV <i>Vgl. K-Vermerk zu 632 10.</i>		1.900	1.900	—	1.870
232 10-8		Ausgleichsleistungen von anderen Integrationsämtern <i>Vgl. K-Vermerk zu 632 10.</i>		3.000	3.000	—	4.006
233 10-4		Zinsen für Darlehen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe nach dem SGB IX (Erstattungen von örtlichen Trägern) <i>Vgl. K-Vermerk zu 632 10.</i>		—	—	—	—
333 10-9		Rückflüsse aus Darlehen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe nach dem SGB IX (Erstattungen von örtlichen Trägern) <i>Vgl. K-Vermerk zu 632 10.</i>		—	—	—	—
361 01-3		Bestand aus Vorjahr <i>Vgl. K-Vermerk zu 632 10.</i>		—	—	—	32.465
381 10-3		Zuweisung Ausgleichsabgabe Land <i>Vgl. K-Vermerk zu 632 10.</i> <i>Vgl. K-Vermerk zu 634 10.</i>		1.400	1.400	—	1.483
381 11-1		Sonstige Zuweisungen aus dem Einzelplan 13 <i>Vgl. K-Vermerk zu 632 10.</i>		—	—	—	—
<b>AUSGABEN</b>							
632 10-6		Ausgleichsleistungen an andere Integrationsämter <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 112 01, 119 10, 162 10, 162 11, 162 12, 182 10, 182 11, 232 10, 233 10, 333 10, 361 01 und 381 11 sowie bis zu 70 v.H. der Isteinnahmen bei 111 10, 111 11 und 381 10.</i>	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Kapitel 5051**

**Allgemeine Erläuterungen**

Mit Wirkung vom 1.1.2001 sind die Mittel der Ausgleichsabgabe in ein Sondervermögen „Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertenrecht“ überführt worden (Art. I Haushaltsbegleitgesetz 2001, Nds. GVBl. 25/2000, S. 387 ff).

Das Sondervermögen wird vom Integrationsamt beim Nds. Landesamt für Soziales, Jugend und Familie (LS) verwaltet (s. auch allgem. Erläuterungen zu Kap. 05 20, Buchst. D).

**Zu 111 10, 111 11 und 381 10**

Gemäß § 71 Abs. 1 und 2 in Verb. mit § 77 Abs. 1 und 2 Sozialgesetzbuch – Neuntes Buch – (SGB IX vom 19.06.2001, BGBl. I S. 1046, zuletzt geändert durch das Gesetz zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen vom 23.04.2004 (BGBl. I S. 606) haben private Arbeitgeber und Arbeitgeber der öffentlichen Hand, solange sie die vorgeschriebene Zahl schwerbehinderter Menschen nicht beschäftigen, für jeden unbesetzten Pflichtplatz mtl. eine Ausgleichsabgabe zu entrichten. Die Höhe der Ausgleichsabgabe ist ab 2001 abhängig von der durchschnittlichen Beschäftigungsquote gestaffelt. Für die Verpflichtung, je Monat und unbesetzten Pflichtplatz Ausgleichsabgabe zu entrichten, gilt das Land als Arbeitgeber (§ 77 Abs. 8 SGB IX).

**Zu 112 01**

Säumniszuschläge nach § 77 Abs. 4 und Geldbußen gem. § 156 Abs. 1, 2 und 5 SGB IX.

**Zu 119 10, 162 10, 162 11, 162 12, 182 10, 232 10, 233 10 und 333 10**

Die Rückflüsse der aus den Mitteln der Ausgleichsabgabe gewährten Darlehen sind ebenso wie die beim Integrationsamt verbleibenden Mittel der Ausgleichsabgabe aufgrund des SGB IX gesondert zu verwalten (§ 77 Abs. 7 SGB IX). Die Zinseinnahmen und Tilgungen aus diesen Darlehen sowie Zinseinnahmen für Geldanlagen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe nach dem SGB IX werden ebenfalls der zweckgebundenen Verwendung wieder zugeführt. Voraussichtliches Aufkommen nach den Zins- und Tilgungsplänen. Zwischen den Integrationsämtern wird nach Maßgabe des § 77 Abs. 6 SGB IX ggf. ein Ausgleich durchgeführt.

**Zu 361 01**

Der Bestand zum 31.12.2003 betrug 38.819.468,50 EUR.

**Zu 632 10, 682 10 bis 893 10**

	2005 Tsd. EUR
Der dem Lande gem. § 77 Abs. 6 SGB IX verbleibende Anteil der Ausgleichsabgabe = 70 v.H. von 43.800.000 EUR	= 30.660
wird zusammen mit dem voraussichtlichen Aufkommen an Zinsen und Tilgungen von Darlehen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe bei Tit. 162 10, 162 11, 182 10, 182 11, 233 10, 333 10 und Einnahmen bei 119 10 in Höhe von voraussichtlich	= 5.660
sowie den Zinseinnahmen aus der Anlage von Mitteln der Ausg.-Abgabe bei 162 12 = und ggf. Ausgleichsleistungen von anderen Integrationsämtern bei Tit. 232 10 sowie Säumniszuschläge und Geldbußen bei Tit. 112 01	= 1.200
	= 3.140
	<u>40.660</u>

zweckgebunden verwendet.

**Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 5051 Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertenrecht**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch 632 10-6		<i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungs- fähig: 632 10, 634 10, 682 10, 684 10, 684 11, 863 10, 863 11, 883 10, 893 10 und 982 01.</i>					
634 10-9		Abführung an den Ausgleichsfonds für über- regional finanzierte Maßnahmen zur Ein- gliederung schwerbehinderter Menschen beim BMA <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 30</i> <i>v.H. der Isteinnahmen bei 111 10, 111 11 und</i> <i>381 10.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 632 10.</i>	–	13.140	19.710	-6.570	20.024
682 10-3		Zuschüsse nach §§ 27 SchwbAV an Betriebe <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 632 10.</i> <i>Folgende Verpflichtungsermächtigungen sind</i> <i>gegenseitig deckungsfähig: 682 10, 684 10,</i> <i>684 11, 863 10, 863 11, 883 10 und 893 10.</i> <i>*** Vgl. K-Vermerk zu 632 10</i>	7.500 7.500	5.500	5.500	–	4.848
684 10-6		Zuschüsse nach §28 SchwbAV an soziale und ähnliche Einrichtungen <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 632 10.</i> <i>Vgl. VE D-Vermerk zu 682 10.</i> <i>*** Vgl. K-Vermerk zu 632 10</i>	–	5.200	2.200	+3.000	2.464
684 11-4		Zuschüsse nach §§ 14 Abs. 1 Nr.4, 15, 16 und 19 bis 26 und 29 SchwbAV <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 632 10.</i> <i>Vgl. VE D-Vermerk zu 682 10.</i> <i>*** Vgl. K-Vermerk zu 632 10</i>	–	21.820	20.590	+1.230	17.013
863 10-8		Darlehen nach §§ 15, 20 bis 22 und 26 SchwbAV <i>Vgl. D-Vermerk zu 632 10.</i> <i>Vgl. VE D-Vermerk zu 682 10.</i> <i>*** Vgl. K-Vermerk zu 632 10</i>	–	100	100	–	14
863 11-6		Darlehen nach § 30 SchwbAV <i>Vgl. D-Vermerk zu 632 10.</i> <i>Vgl. VE D-Vermerk zu 682 10.</i> <i>*** Vgl. K-Vermerk zu 632 10</i>	–	5.360	3.000	+2.360	2.733
883 10-9		Darlehen im Rahmen der nachgehenden Hilfe im Arbeitsleben (Zuweisung an die örtlichen Träger) <i>Vgl. D-Vermerk zu 632 10.</i> <i>Vgl. VE D-Vermerk zu 682 10.</i> <i>*** Vgl. K-Vermerk zu 632 10</i>	–	–	–	–	–
893 10-4		Zuschüsse nach § 30 SchwbAV <i>Vgl. D-Vermerk zu 632 10.</i> <i>Vgl. VE D-Vermerk zu 682 10.</i> <i>*** Vgl. K-Vermerk zu 632 10</i>	–	2.680	1.500	+1.180	2.605
982 01-8		Übertrag des Bestandes in das Folgejahr <i>Vgl. D-Vermerk zu 632 10.</i>	–	–	–	–	38.819

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 634 10**

Gem. §§ 77 Abs. 6 und 78 SGB IX sind 30 v.H. des Aufkommens an Ausgleichsabgabe an den „Ausgleichsfonds für überregionale Maßnahmen zur Eingliederung schwerbehinderter Menschen in Arbeit, Beruf und Gesellschaft“ beim Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung weiterzuleiten.

30 v.H. der geschätzten Einnahmen bei den Titeln 111 10, 111 11 und 381 10 in Höhe von 43.800.000 EUR ergeben 13.140.000 EUR

**Zu 682 10**

Leistungen an Arbeitgeber für besondere Belastungen bei Beschäftigung schwerbehinderter Menschen.

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	3.800	–	3.800
2006	–	1.500	5.000	6.500
2007	–	–	2.500	2.500
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	5.300	7.500	12.800

**Zu 684 10**

Leistungen an freie gemeinnützige Träger berufsbegleitender/psychosozialer Dienste und an Träger von Integrationsfachdiensten.

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	1.200	–	1.200
2006	–	1.000	–	1.000
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	2.200	–	2.200

**Zu 684 11 und 863 10**

1. Geldleistungen an schwerbehinderte Menschen.
2. Geldleistungen an Arbeitgeber. Hierunter fallen auch Leistungen an Arbeitgeber für die Einstellung schwerbehinderter jugendlicher Arbeitsloser.

Nach der SchwbAV werden Zuschüsse und Darlehen gewährt.

**Zu 863 11 und 893 10**

Gefördert werden sollen insbesondere Werkstätten für behinderte Menschen und sonstige berufliche Rehabilitationseinrichtungen sowie sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in Werkstätten für behinderte Menschen.

**Zu 883 10**

Die örtlichen Träger und anderen Gebietskörperschaften haben in dem Umfang, in dem sie zu Aufgaben des überörtlichen Trägers herangezogen sind, auch Darlehen im Rahmen der nachgehenden Hilfe im Arbeitsleben nach dem SGB IX zu gewähren sowie die darauf entfallenden Zins- und Tilgungsbeträge zu erheben und mit dem Land abzurechnen (vgl. Erl. zu Tit. 233 10 und 333 10).

**Einzelplan 05**    **Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**  
**Kapitel 5051**   **Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertenrecht**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 5051</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		49.400	48.200	+1.200	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		3.000	3.000	—	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		1.400	1.400	—	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		53.800	52.600	+1.200	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7.500	45.660	48.000	-2.340	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	7.500	8.140	4.600	+3.540	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	7.500	53.800	52.600	+1.200	
			7.500				

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---



# **Einzelplan 05**

**Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**

---

## **Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise**

**für das**

**Haushaltsjahr 2005**

**Allgemeine Haushaltsvermerke zu den Kapiteln 05 01 bis 05 71:**

– (37) Stellen kw ab 1. 1. 2005 infolge ZV bis 2003.

Erläuterung:

Verlagerung des HV in das Kapitel 05 20 ab 1. 1. 2005.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			1) Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zu Bes.-Gr. B 9 LBesO.
			2) 1 (1) kw nach dem 31. 12. 2004.
			3) 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2005 infolge ZV II.
			5) 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
			6) 1 (1) kw nach dem 31. 12. 2004.
			8) 5 (8) kw.
			14) 1,2 Stellen dürfen für die Geschäftsführung der Stiftung „Familie in Not“ in Anspruch genommen werden.
			16) 1 (1) kw nach dem 31. 12. 2002.
<b>Planmäßige Beamte/-innen<sup>14)</sup></b>			
Feste Gehälter:			
B 9 <sup>1)</sup>	1	1	Staatssekretär/-in
B 6	6	6	Ministerialdirigent/-in
B 3	7	7	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin
B 2 <sup>2)</sup>	15	15	Ministerialrat/-rätin
Aufsteigende Gehälter:			
A 16 <sup>6)</sup>	20	18	Ministerialrat/-rätin
A 15	23	19	Direktor/-in
A 14 <sup>3)</sup>	22	20	Oberrat/-rätin
A 13	1	1	Rat/Rätin
A 13 <sup>5)</sup>	48	47	Oberamtsrat/-rätin
A 12	43	40	Amtsrat/-rätin
A 11	29	20	Amtmann/-männin/-frau
A 10	11	4	Oberinspektor/-in
A 9	4	—	Inspektor/-in
A 9	1	1	Amtsinspektor/-in
A 7 <sup>16)</sup>	1	1	Obersekretär/-in
A 6	1	1	Oberamtsmeister/-in
	<b>233</b>	<b>201</b>	<b>Zusammen</b>
Stellen zu Titel 422 31:			
A 13	—	4	Oberamtsrat/-rätin
A 9	—	1	Amtsinspektor/-in
	<b>—</b>	<b>5</b>	<b>Zusammen</b>
Leerstellen: <sup>8)</sup>			
A 13	1	1	Oberamtsrat/-rätin
A 12	1	2	Amtsrat/-rätin
A 11	3	5	Amtmann/-männin/-frau
	<b>5</b>	<b>8</b>	<b>Zusammen</b>

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugänge:	Stellen	Abgänge:
Bes.-Gr. A 16 Ministerialrat/-rätin	2 verlagert von Kapitel 05 04 (1) und Kapitel 05 40 (1) im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung	Bes.-Gr. A 13 Rat/Rätin
Bes.-Gr. A 15 Direktor/-in	4 verlagert von Kapitel 05 04 (1) im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung und 2004 umgesetzt gem. § 50 (2) LHO von Kap. 05 20 (1) und 05 40 (2)	2 2004 umgesetzt gem. § 50 (2) LHO nach Kapitel 05 40
Bes.-Gr. A 14 Oberrat/-rätin	2 verlagert von Kapitel 05 04 (1) und Kapitel 05 40 (1) im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung	Bes.-Gr. A 10 Oberinspektor/-in
Bes.-Gr. A 13 Rat/Rätin	2 2004 umgesetzt gem. § 50 (2) LHO von Kapitel 05 21	2 2004 umgesetzt gem. § 50 (2) LHO nach Kapitel 05 21
Bes.-Gr. A 13 Oberamtsrat/-rätin	1 verlagert von Kapitel 05 71 im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung	<b>Zusammen</b>
Bes.-Gr. A 12 Amtsrat/-rätin	3 verlagert im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung von Kapitel 03 05 (1) und 05 04 (2)	<b>4</b>
Bes.-Gr. A 11 Amtmann/-männin/-frau	7 verlagert im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung von Kapitel 03 05 (1), 05 04 (1) und 05 71 (3) sowie gem. § 50 (1) LHO von Kapitel 03 01 (1) und gem. § 50 (2) LHO von Kapitel 05 04 (1)	<b>Bleibt Zugänge</b>
Bes.-Gr. A 10 Oberinspektor/-in	11 verlagert im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung von Kapitel 05 20 (5), 05 40 (1) und 05 71 (3) sowie 2004 gem. § 50 (2) LHO von Kapitel 05 21 (2)	<b>32</b>
Bes.-Gr. A 9 Inspektor/-in	4 verlagert im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung von Kapitel 05 04 (2), 05 20 (1) und 05 40 (1)	Hebungen nach Maßgabe der Dienstpostenbewertung
<b>Zusammen</b>	<b>36</b>	Bes.-Gr. A 11 Amtmann/-männin/-frau
		2 von Bes.-Gr. A 10 Oberinspektor/-in gegen Einsparung
		Sonstige Veränderungen:
		Der HV Nr. 3 „1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2005 infolge ZV II“ ist neu ausgebracht worden.
		Stellen zu Titel 422 31: Wegfall des HV Nr. 7 „Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zu Bes.-Gr. A 9 BBesO“.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke	
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2005	2004		
<b>Angestellte<sup>8)</sup></b>				
Außer- tariflich (B 2) (A 16)	1	1	<p><sup>2)</sup> 1 (1) Ein derzeitiger Stelleninhaber erhält eine Besitzstandszulage in Höhe des Differenzbetrages zwischen der Vergütungsgruppe und seinen ehemaligen Bezügen als pers. Ministerfahrer gem. Erlaß v. 18. 4. 1986 – 4540 80/1 N.</p> <p><sup>3)</sup> 1 (2) kw nach dem 31. 12. 2002.</p> <p><sup>4)</sup> 1 (1) ku nach Verg.-Gr. IV a nach Ausscheiden des Stelleninhabers.</p> <p><sup>5)</sup> Die erste Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers und die erste Vorzimmerkraft der Staatssekretärin/des Staatssekretärs sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert. Sie erhalten eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. V b und IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung werden sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt gleichzeitig.</p> <p>Die zweite Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers, der Staatssekretärin/des Staatssekretärs und die jeweiligen Sekretärinnen der Abteilungsleiter/-innen und der selbstständigen dem/der Staatssekretär/-in unmittelbar unterstellten Referatsgruppenleiter/-in sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhalten sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe.</p> <p>Die vorstehend genannten Vorzimmerkräfte, die Textverarbeitungsautomaten bedienen, erhalten eine übertarifliche Zulage. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der tariflichen Zulage gewährt.</p> <p>Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.</p> <p><sup>6)</sup> 1 (-) Stelle darf nur zur Hälfte besetzt werden.</p> <p><sup>7)</sup> Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.</p> <p><sup>8)</sup> 2 Stellen dürfen für die Geschäftsführung der Stiftung „Familie in Not“ in Anspruch genommen werden.</p> <p><sup>9)</sup> 4 (7) kw.</p> <p><sup>10)</sup> 1 kw infolge ZV II.</p> <p><sup>11)</sup> 1 kw infolge ZV II.</p> <p><sup>14)</sup> 1 (1) Stelle darf nur für PR-Tätigkeit verwendet werden und nur zur Hälfte besetzt werden.</p> <p><sup>15)</sup> – (1) Stelle kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV.</p>	
I	5	4		
I b	3	1		
II a <sup>4)</sup>	4	3		
III	12	11		
IV a <sup>14)</sup>	5	5		
IV b	1	1		
V b <sup>5)</sup>	4	6		
V c <sup>3)</sup>	10	11		
VI b <sup>2)5)10)</sup>	25	24		
VII	1	1		
VIII	1	1		
IX b–VII <sup>5)6)7)11)15)</sup>	20	22		
	<b>92</b>	<b>92</b>		Zusammen
<b>Leerstellen:<sup>9)</sup></b>				
II a	1	1		
IV a	1	1		
V b	1	2		
V c	1	1		
VI b	—	1		
IX b–VII	—	1		
	<b>4</b>	<b>7</b>	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Zugänge:	Stellen	Abgänge:	Stellen
Verg.-Gr. II a	1 verlagert im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung von Kapitel 05 04	Verg.-Gr. V b	3 umgesetzt gem. § 50 (2) LHO nach Kap. 05 04 (1) und 05 21 (2)
Verg.-Gr. III	3 verlagert im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung von Kapitel 05 04	Verg.-Gr. V c	1 Teilverzug des HV Nr. 3
Verg.-Gr. V b	1 verlagert im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung von Kapitel 05 20	Verg.-Gr. IX b–VII	3 umgesetzt gem. § 50 (2) LHO nach Kap. 05 20 (1), Einsparungen (1) und Vollzug des HV Nr. 15 (1)
Verg.-Gr. VI b	1 verlagert im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung von Kapitel 03 05	Zusammen	7
Verg.-Gr. IX b–VII	1 verlagert im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung von Kapitel 03 05	Sonstige Veränderungen: Ausbringung des HV Nr. 6 für Einsparungen. Ausbringung der HV Nr. 10 und 11 „1 kw infolge ZV II“.	
Zusammen	7	Höhergruppierungen	
		Verg.-Gr. I	1 von Verg.-Gr. A 16 – außertariflich – gegen Einsparung
		Verg.-Gr. I b	2 von Verg.-Gr. III gegen Einsparung

Einzelplan 05    Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit  
 Kapitel    05 01    Ministerium

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			<b>Arbeiter/-innen</b>
TV für Personen- kraft- fahrer/ -innen	4	4	
5	1	1	
4	2	2	
3	2	2	
2 a	7	7	
	16	16	Zusammen

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
1) 5 (-) kw. 2) 69 (-) kw (Kapitel 05 04 Stellenplan und Stellenübersichten) ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.			
<b>Planmäßige Beamte/-innen<sup>2)</sup></b>			
Aufsteigende Gehälter:			
A 16	2	3	Leitende(r) Direktor/-in
A 15	6	7	Direktor/-in
A 14	6	9	Oberrat/-rätin
A 13	1	1	Rat/Rätin
A 13	—	2	Oberamtsrat/-rätin
A 12	7	7	Amtsrat/-rätin
A 11	8	8	Amtmann/-männin/-frau
A 10	12	1	Oberinspektor/-in
A 9	—	—	Inspektor/-in
A 9	1	—	Amtsinspektor/-in
	<u>43</u>	<u>38</u>	Zusammen
Stellen zu Titel 422 31:			
A 14	—	1	Oberrat/-rätin
A 13	—	1	Oberamtsrat/-rätin
A 12	—	1	Amtsrat/-rätin
	<u>—</u>	<u>3</u>	Zusammen
Leerstellen: <sup>1)</sup>			
A 13	1	—	Rat/Rätin
A 11	1	—	Amtmann/-männin/-frau
A 10	2	—	Oberinspektor/-in
A 9	1	—	Inspektor/-in
	<u>5</u>	<u>—</u>	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

– Planmäßige Beamte/-innen –

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	3	} Stellenverlagerungen von Kap. 03 05 infolge Aufgabenübergangs im Zuge der Auflösung der Bezirksregierungen
Bes.-Gr. A 14	1	
Bes.-Gr. A 13 h.D.	1	
Bes.-Gr. A 12	3	
Bes.-Gr. A 11	3	
Bes.-Gr. A 10	12	
Bes.-Gr. A 9 g.D.	2	
Bes.-Gr. A 9 m.D.	1	
Zwischensumme	<u>26</u>	

Bes.-Gr. A 12	1	infolge Umsetzung gem. § 50 (2) LHO von Kap. 08 20
Zusammen	<u>27</u>	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16	1	} Stellenverlagerungen nach Kap. 05 01 infolge Aufgabenübergangs im Zuge der Auflösung der Bezirksregierungen
Bes.-Gr. A 15	1	
Bes.-Gr. A 14	1	
Bes.-Gr. A 12	2	
Bes.-Gr. A 11	1	
Bes.-Gr. A 9 g.D.	2	
Zwischensumme	<u>8</u>	

Bes.-Gr. A 15	3	} Stellenverlagerungen nach Kap. 05 91 infolge Aufgabenübergangs im Zuge der Auflösung der Bezirksregierungen
Bes.-Gr. A 14	3	
Bes.-Gr. A 13 h.D.	1	
Bes.-Gr. A 13 g.D.	1	
Bes.-Gr. A 12	2	
Bes.-Gr. A 11	1	
Bes.-Gr. A 10	1	
Zwischensumme	<u>12</u>	

Bes.-Gr. A 13 g.D.	1	Umsetzung gem. § 50 (2) LHO nach Kapitel 08 20
Bes.-Gr. A 11	1	infolge Umsetzung gem. § 50 (2) LHO nach Kap. 05 01
Zwischensumme	<u>2</u>	

Zusammen	<u>22</u>	
Bleibt Zugang	5	

Stellen zu Titel 422 31:

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	1	} infolge Ausscheidens der Stelleninhaber
Bes.-Gr. A 13	1	
Bes.-Gr. A 12	1	
Zusammen	<u>3</u>	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 1 und Nr. 2 sind neu ausgebracht.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			2) 2 (2) kw. 3) Siehe Haushaltsvermerk Nr. 2 zum Stellenplan bei Kapitel 05 04.
<b>Beamtete Hilfskräfte<sup>3)</sup></b>			
A 9	4	—	Inspektor/-in z. A.
	4	—	Zusammen
<b>Angestellte<sup>3)</sup></b>			
II a	1	5	
III	11	24	
IV a	1	—	
IV b	1	—	
V b	2	—	
V c	1	—	
VI b	5	4	
	22	33	Zusammen
III	2	2	Leerstellen: <sup>2)</sup>

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**- Beamtete Hilfskräfte -**

Zugang: Stellen  
 Bes.-Gr. A 9 4 Stellenverlagerungen von Kap. 03 05 infolge Aufgabenübergangs im Zuge der Auflösung der Bezirksregierungen

**Sonstige Veränderungen:**

Der Haushaltsvermerk Nr. 3 ist neu ausgebracht. Wegfall des HV Nr. 1 mit folgendem Wortlaut:  
 1) Eine Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden. infolge Auflösung der Bezirksregierungen.

**- Angestellte -**

Zugang: Stellen  
 Verg.-Gr. II a 1  
 Verg.-Gr. IV a 1  
 Verg.-Gr. IV b 1  
 Verg.-Gr. V b 1  
 Verg.-Gr. V c 1  
 Verg.-Gr. VI b 1  
 Stellenverlagerungen von Kap. 03 05 infolge Aufgabenübergangs im Zuge der Auflösung der Bezirksregierungen

Zwischensumme 10

Verg.-Gr. V b 1 infolge Umsetzung gem. § 50 (2) LHO von Kap. 05 01

Zusammen 11

Abgang: Stellen  
 Verg.-Gr. II a 5 davon 1 nach Kap. 05 01  
 Verg.-Gr. III 13 davon 4 nach Kap. 05 91  
 3 nach Kap. 05 01  
 8 nach Kap. 05 91  
 Stellenverlagerungen infolge Aufgabenübergangs im Zuge der Auflösung der Bezirksreg.

Zusammen 18

Bleibt Abgang 7

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst</b>			
A 13	10	10	Baureferendar/-in
A 9	3	3	Bauinspektoranwärter/-in
	13	13	Zusammen

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit  
 Kapitel 05 12 Landesprüfungsamt für die Sozialversicherung

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamte/-innen</b>			
B 2	1	1	Feste Gehälter: Ministerialrat/-rätin
A 15	2	2	Aufsteigende Gehälter: Direktor/-in
A 13	7	7	Oberamtsrat/-rätin
A 12	7	7	Amtsrat/-rätin
	17	17	Zusammen

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte</b>			
V c	1	1	
VII	2	2	
	3	3	Zusammen

<sup>1)</sup> Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			1) 36 (21) kw.
			3) 8 Stelleninhaber erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
			4) 1 (1) kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers.
			5) 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
			6) 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
			8) 4 Stellen dürfen für die Amtsgeschäfte der Stiftung „Familie in Not“ in Anspruch genommen werden. Die Geschäftsführung für die Stiftung „Familie in Not“ liegt im MS.
			9) 1 (1) kw beim LS infolge Auflösung des Mehrzweckrechenzentrums.
			10) 1 (1) kw nach Ausscheiden des Stelleninhabers. Bei Ausscheiden des Stelleninhabers kann mit Zustimmung des MF eine Stelle mit geringerer Bewertung innerhalb der betreffenden Laufbahngruppe wegfallen.
			11) 1 (1) kw nach Ausscheiden des Stelleninhabers.
			22) 1 (1) kw nach Beendigung der Abordnung.
			23) 5 (5) kw nach Beendigung der Abordnungen.
			24) 3 (3) kw nach Beendigung der Abordnungen.
			25) 1 (1) kw nach Beendigung der Abordnung.
			26) 1 (1) kw nach Beendigung der Abordnung.
			27) – (1) kw mit Ablauf des 30. 9. 2004 infolge ZV beim NLZSA.
			28) – (1) kw mit Ablauf des 31. 10. 2004 infolge ZV I beim NLZSA.
			29) 1 (1) kw mit Ablauf des 31. 1. 2005 infolge ZV I.
			30) 1 (1) kw mit Ablauf des 30. 4. 2006 infolge ZV I.
			31) 1 (1) kw mit Ablauf des 31. 10. 2006 infolge ZV I.
			32) 1 (1) kw mit Ablauf des 30. 11. 2006 infolge ZV I.
			33) – (42) kw ab 1. 1. 2005 infolge ZV I.
			34) 1 (–) kw mit Ablauf des 31. 1. 2007 infolge ZV I.
			35) 2 (–) kw mit Ablauf des 31. 1. 2007 infolge ZV I.
			36) 1 (–) kw mit Ablauf des 30. 4. 2007 infolge ZV I.
			37) 1 (–) kw mit Ablauf des 31. 5. 2007 infolge ZV I.
			38) 1 (–) kw mit Ablauf des 31. 5. 2007 infolge ZV I.
			39) 1 (–) kw mit Ablauf des 30. 6. 2007 infolge ZV I.
			40) 1 (–) kw mit Ablauf des 31. 10. 2007 infolge ZV I.
			41) 1 (–) kw mit Ablauf des 31. 10. 2007 infolge ZV I.
			42) 1 (–) kw mit Ablauf des 30. 6. 2008 infolge ZV I.
			43) 1 (–) kw mit Ablauf des 30. 6. 2008 infolge ZV I.
			44) 1 (–) kw mit Ablauf des 31. 8. 2008 infolge ZV I.
			45) 1 (–) kw mit Ablauf des 31. 10. 2008 infolge ZV I.
			46) 1 (–) kw mit Ablauf des 31. 10. 2008 infolge ZV I.
			47) 1 (–) kw mit Ablauf des 30. 11. 2008 infolge ZV I.
			48) 1 (–) kw mit Ablauf des 30. 11. 2008 infolge ZV I.
			49) 1 (–) kw mit Ablauf des 28. 2. 2009 infolge ZV I.
			50) 1 (–) kw mit Ablauf des 31. 3. 2009 infolge ZV I.
			51) 1 (–) kw mit Ablauf des 30. 4. 2009 infolge ZV I.
			52) 1 (–) kw mit Ablauf des 31. 5. 2009 infolge ZV I.
			53) 1 (–) kw mit Ablauf des 31. 7. 2009 infolge ZV I.
			54) 1 (–) kw mit Ablauf des 31. 3. 2010 infolge ZV I.
			55) 1 (–) kw mit Ablauf des 31. 7. 2010 infolge ZV I.
			56) 1 (–) kw mit Ablauf des 28. 2. 2011 infolge ZV I.
			57) 1 (–) kw mit Ablauf des 30. 4. 2011 infolge ZV I.
			58) 226 (–) kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II (Kapitel 05 20 insgesamt).
			59) 1 (–) kw mit Ablauf des 31. 12. 2008 infolge ZV I.
B 4	1	1	
B 2	3	2	
			<b>Planmäßige Beamte/-innen<sup>8)33)58)</sup></b>
			Feste Gehälter:
			Präsident/-in
			Abteilungsleiter/-in
			Aufsteigende Gehälter:
			Leitende(r) Direktor/-in
A 16	8	8	
A 15 <sup>5)10)36)39)41)42)57)</sup>	41	41	Direktor/-in
A 14 <sup>11)29)45)56)</sup>	15	14	Oberrat/-rätin
A 13 <sup>22)</sup>	2	1	Rat/Rätin
A 13 <sup>6)</sup>	13	13	Oberamtsrat/-rätin
A 12	31	31	Amtsrat/-rätin
A 11 <sup>23)43)48)</sup>	97	88	Amtmann/-männin/-frau
A 10 <sup>24)32)34)37)52)54)55)</sup>	76	66	Oberinspektor/-in
A 9 <sup>25)27)28)30)31)35)38)44)46)47)49)50)51)53)</sup>	41	41	Inspektor/-in
A 9 <sup>3)4)9)</sup>	23	17	Amtsinspektor/-in
A 8	29	26	Hauptsekretär/-in
A 7 <sup>26)59)</sup>	30	23	Obersekretär/-in
A 6 <sup>40)</sup>	7	7	Sekretär/-in
A 4	2	—	Amtsmeister/-in
	419	379	Zusammen
			Leerstellen: <sup>1)</sup>
A 14	1	1	Oberrat/-rätin
A 10	18	13	Oberinspektor/-in
A 9	5	2	Inspektor/-in
A 9	1	—	Amtsinspektor/-in
A 8	2	1	Hauptsekretär/-in
A 7	6	2	Obersekretär/-in
A 6	3	2	Sekretär/-in
	36	21	Zusammen
			Stellen zu 422 31:
A 13	—	1	Oberamtsrat/-rätin
A 7	—	1	Obersekretär/-in
	—	2	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang:	Stellen	Leerstellen:
Bes.-Gr. A 15	1	Für 36 (21) gem. §§ 80 a bzw. 87 a NBG beurlaubte Beamte/-innen.
Direktor/-in	1	
Bes.-Gr. A 14	1	Sonstige Veränderungen:
Oberrat/-rätin	1	Abgang bei Titel 422 31
Bes.-Gr. A 13	1	Stellen
Rat/Rätin	1	Bes.-Gr. A 13 1 Oberamtsrat/-rätin
Bes.-Gr. A 11	8	Bes.-Gr. A 7 1 Obersekretär/-in
Amtmann/ -männin/-frau	8	Die Haushaltsvermerke Nr. 18 bis 21 wurden gestrichen.
Bes.-Gr. A 10	15	Die Haushaltsvermerke Nr. 34 bis 57 und 59 wurden neu ausge- bracht (zum Vollzug des HV Nr. 33 und des Allgemeinen Haushalts- vermerks zu den Kapiteln 05 01 bis 05 71 gem. ZV I).
Oberinspektor/-in	3	Der Haushaltsvermerk Nr. 58 wurde infolge ZV II neu ausgebracht.
Bes.-Gr. A 9	3	
Inspektor/-in	6	
Bes.-Gr. A 9	6	
Amtsinspektor/-in	4	
Bes.-Gr. A 8	4	
Hauptsekretär/-in	7	
Bes.-Gr. A 7	7	
Obersekretär/-in	2	
Bes.-Gr. A 4	2	
Amtsmeister/-in	2	
Bes.-Gr. B 2	1	
Abteilungsdirektor/-in	1	
Bes.-Gr. A 11	1	
Amtmann/ -männin/-frau	1	infolge Umsetzung gem. § 50 (1) LHO von Kap. 11 01 (die Stelle war befristet bis zum 31. 12. 2004 umgesetzt)
Zusammen	<u>50</u>	
Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	1	infolge Umsetzung gem. § 50 (2) LHO nach Kap. 05 01 in 2004
Direktor/-in	1	
Bes.-Gr. A 10	5	Stellenverlagerung nach Kap. 05 01
Oberinspektor/-in	5	
Bes.-Gr. A 9	3	davon
Inspektor/-in	3	2 gem. ZV I (Vollzug HV Nr. 27 und 28)
Bes.-Gr. A 8	1	1 Stellenverlagerung nach Kap. 05 01
Hauptsekretär/-in	1	Stellenverlagerung nach Kap. 03 05
Zusammen	<u>10</u>	
Verbleiben Zugang	40	

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Beamtete Hilfskräfte</b>			
A 9	4	—	Inspektor/-in z. A.
	4	—	Zusammen
<b>Angestellte<sup>11)49)</sup></b>			
I b <sup>53)</sup>	1	1	
II a <sup>8)</sup>	3	2	
III	10	11	
IV a <sup>9)19)</sup>	54	54	
IV b	8	6	
V b <sup>20)65)73)79)</sup>			
81)83)88)	88	70	
V c <sup>3)10)21)</sup>	206	201	
VI b <sup>1)2)66)</sup>	36	47	
VII <sup>6)7)22)23)24)25)</sup>			
27)28)30)31)33)34)35)			
36)37)40)42)44)45)47)			
50)52)54)55)56)57)58)			
59)60)62)63)67)70)71)			
72)74)76)78)80)82)84)			
85)86)	164	167	
VIII <sup>4)32)38)43)46)51)</sup>			
69)75)77)	27	20	
IX b <sup>61)</sup>	11	2	
IX b-VII <sup>26)29)39)</sup>			
41)47)48)64)69)87)	42	31	
	650	612	Zusammen
<b>Leerstellen<sup>5)</sup>:</b>			
V b	2	3	
V c	9	7	
VI b	5	3	
VII	24	27	
VIII	2	3	
IX b-VII	13	11	
IX a	1	—	
IX b	1	—	
	57	54	Zusammen

1) Die Sekretärin des Präsidenten des Landesamtes ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.

2) Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

3) 1 (1) Der/die Stelleninhaber/-in ist übertariflich in Verg.-Gr. V c eingruppiert.

4) 1 (1) kw gem. Nr. 5 Abs. 5 der Allgem. Bestimmungen 1980.

5) 57 (54) kw.

6) Hier sind auch die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b -VII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppe 4) der Anlage 1 a zum BAT i. d. Fassung des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

7) Die am 31. Dezember 1983 als Bedienungskräfte des Datenerfassungs- und Terminalsystems Nixdorf 8820 tätigen Kräfte erhalten für die Bedienung des Nixdorf-Systems 8850 und Nachfolgesysteme für ihre Person eine jederzeit widerrufliche Stellenzulage in Höhe von 8 v.H. der Anfangsgrundvergütung der jeweiligen Vergütungsgruppe. Bei Besetzung einer Stelle mit 2 Halbtagskräften gilt dies entsprechend.

8) 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

9) 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

10) 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

11) 6 Stellen dürfen für die Amtsgeschäfte der Stiftung „Familie in Not“ in Anspruch genommen werden. Die Geschäftsführung für die Stiftung „Familie in Not“ liegt im MS.

19) 3 (3) kw nach Beendigung der Abordnungen.

20) 10 (10) kw nach Beendigung der Abordnungen.

21) 2 (2) kw nach Beendigung der Abordnungen.

22) 20 (20) kw nach Beendigung der Abordnungen.

23) – (4) kw mit Ablauf des 31. 1. 2004 infolge ZV I (2 Stellen beim VA Oldenburg Außenstelle Osnabrück, 1 Stelle beim VA Braunschweig und 1 Stelle beim VA Verden).

24) – (1) kw mit Ablauf des 29. 2. 2004 infolge ZV I beim NLZSA.

25) – (2) kw mit Ablauf des 30. 6. 2004 infolge ZV I (1 Stelle beim VA Braunschweig, 1 Stelle beim VA Hannover).

26) – (2) kw mit Ablauf des 30. 6. 2004 infolge ZV I (1 Stelle beim VA Oldenburg, 1 Stelle beim VA Verden).

27) – (1) kw mit Ablauf des 30. 9. 2004 infolge ZV I beim VA Oldenburg.

28) – (1) kw mit Ablauf des 31. 10. 2004 infolge ZV I beim VA Oldenburg.

29) – (1) kw mit Ablauf des 31. 10. 2004 infolge ZV I beim VA Oldenburg Außenstelle Osnabrück.

30) – (1) kw mit Ablauf des 31. 12. 2004 infolge ZV I beim VA Verden.

31) 2 (2) kw mit Ablauf des 30. 4. 2005 infolge ZV I.

32) 1 (1) kw mit Ablauf des 31. 5. 2005 infolge ZV I.

33) 1 (1) kw mit Ablauf des 30. 6. 2005 infolge ZV I.

34) 2 (2) kw mit Ablauf des 31. 7. 2005 infolge ZV I.

35) 2 (2) kw mit Ablauf des 31. 8. 2005 infolge ZV I.

36) 1 (1) kw mit Ablauf des 30. 9. 2005 infolge ZV I.

37) 1 (1) kw mit Ablauf des 31. 10. 2005 infolge ZV I.

38) 1 (1) kw mit Ablauf des 28. 2. 2006 infolge ZV I.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			<sup>39)</sup> 1 (1) kw mit Ablauf des 30. 4. 2006 infolge ZV I.
			<sup>40)</sup> 2 (2) kw mit Ablauf des 30. 4. 2006 infolge ZV I.
			<sup>41)</sup> 1 (1) kw mit Ablauf des 30. 6. 2006 infolge ZV I.
			<sup>42)</sup> 3 (3) kw mit Ablauf des 30. 6. 2006 infolge ZV I.
			<sup>43)</sup> 1 (1) kw mit Ablauf des 30. 6. 2006 infolge ZV I.
			<sup>44)</sup> 1 (1) kw mit Ablauf des 31. 8. 2006 infolge ZV I.
			<sup>45)</sup> 1 (1) kw mit Ablauf des 31. 8. 2006 infolge ZV I.
			<sup>46)</sup> 1 (1) kw mit Ablauf des 30. 9. 2006 infolge ZV I.
			<sup>47)</sup> 1 (1) kw mit Ablauf des 31. 10. 2006 infolge ZV I.
			<sup>48)</sup> 1 (1) kw mit Ablauf des 30. 11. 2006 infolge ZV I.
			<sup>49)</sup> Siehe HV Nr. 33 Stellenplan Kapitel 05 20.
			<sup>50)</sup> 2 (-) kw mit Ablauf des 31. 1. 2007 infolge ZV I.
			<sup>51)</sup> 1 (-) kw mit Ablauf des 28. 2. 2007 infolge ZV I.
			<sup>52)</sup> 1 (-) kw mit Ablauf des 31. 3. 2007 infolge ZV I.
			<sup>53)</sup> 1 (-) kw mit Ablauf des 31. 3. 2007 infolge ZV I.
			<sup>54)</sup> 2 (-) kw mit Ablauf des 31. 3. 2007 infolge ZV I.
			<sup>55)</sup> 1 (-) kw mit Ablauf des 30. 4. 2007 infolge ZV I.
			<sup>56)</sup> 1 (-) kw mit Ablauf des 30. 6. 2007 infolge ZV I.
			<sup>57)</sup> 1 (-) kw mit Ablauf des 31. 7. 2007 infolge ZV I.
			<sup>58)</sup> 2 (-) kw mit Ablauf des 31. 10. 2007 infolge ZV I.
			<sup>59)</sup> 1 (-) kw mit Ablauf des 30. 11. 2007 infolge ZV I.
			<sup>60)</sup> 1 (-) kw mit Ablauf des 31. 12. 2007 infolge ZV I.
			<sup>61)</sup> 1 (-) kw mit Ablauf des 31. 1. 2008 infolge ZV I.
			<sup>62)</sup> 1 (-) kw mit Ablauf des 29. 2. 2008 infolge ZV I.
			<sup>63)</sup> 1 (-) kw mit Ablauf des 30. 4. 2008 infolge ZV I.
			<sup>64)</sup> 1 (-) kw mit Ablauf des 30. 11. 2008 infolge ZV I.
			<sup>65)</sup> 2 (-) kw mit Ablauf des 31. 12. 2008 infolge ZV I.
			<sup>66)</sup> 1 (-) kw mit Ablauf des 31. 12. 2008 infolge ZV I.
			<sup>67)</sup> 2 (-) kw mit Ablauf des 31. 12. 2008 infolge ZV I.
			<sup>68)</sup> 1 (-) kw mit Ablauf des 31. 3. 2009 infolge ZV I.
			<sup>69)</sup> 1 (-) kw mit Ablauf des 31. 7. 2009 infolge ZV I.
			<sup>70)</sup> 1 (-) kw mit Ablauf des 31. 8. 2009 infolge ZV I.
			<sup>71)</sup> 1 (-) kw mit Ablauf des 30. 11. 2009 infolge ZV I.
			<sup>72)</sup> 1 (-) kw mit Ablauf des 31. 12. 2009 infolge ZV I.
			<sup>73)</sup> 1 (-) kw mit Ablauf des 31. 1. 2010 infolge ZV I.
			<sup>74)</sup> 2 (-) kw mit Ablauf des 28. 2. 2010 infolge ZV I.
			<sup>75)</sup> 1 (-) kw mit Ablauf des 28. 2. 2010 infolge ZV I.
			<sup>76)</sup> 1 (-) kw mit Ablauf des 31. 3. 2010 infolge ZV I.
			<sup>77)</sup> 1 (-) kw mit Ablauf des 31. 3. 2010 infolge ZV I.
			<sup>78)</sup> 1 (-) kw mit Ablauf des 30. 4. 2010 infolge ZV I.
			<sup>79)</sup> 2 (-) kw mit Ablauf des 31. 7. 2010 infolge ZV I.
			<sup>80)</sup> 3 (-) kw mit Ablauf des 31. 8. 2010 infolge ZV I.
			<sup>81)</sup> 2 (-) kw mit Ablauf des 30. 9. 2010 infolge ZV I.
			<sup>82)</sup> 1 (-) kw mit Ablauf des 30. 9. 2010 infolge ZV I.
			<sup>83)</sup> 2 (-) kw mit Ablauf des 31. 10. 2010 infolge ZV I.
			<sup>84)</sup> 1 (-) kw mit Ablauf des 31. 10. 2010 infolge ZV I.
			<sup>85)</sup> 1 (-) kw mit Ablauf des 30. 11. 2010 infolge ZV I.
			<sup>86)</sup> 1 (-) kw mit Ablauf des 31. 5. 2011 infolge ZV I.
			<sup>87)</sup> 1 (-) kw mit Ablauf des 31. 5. 2011 infolge ZV I.
			<sup>88)</sup> 2 (-) kw bei Wegfall der Erstattung der Personalkosten aus dem Fördermittelprogramm der europäischen Gemeinschaftsinitiative EQUAL, spätestens zum 30. 9. 2005, davon darf 1 Stelle nur bis zu 50 v. H. besetzt werden (Braunschweig, Hannover).
			<sup>89)</sup> Siehe HV Nr. 58 Stellenplan Kapitel 05 20.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Beamtete Hilfskräfte**

Zugang: Bes.-Gr. A 9 Inspektor/-in	Stellen 4	davon 2 Stellenverlagerung von Kap. 03 05 infolge Aufgabenübergangs im Zuge der Auflösung der Bezirksregierungen 2 Stellenverlagerung von Kap. 05 01	Abgang: Verg.-Gr. III  Verg.-Gr. V b Verg.-Gr. VII  Verg.-Gr. IX b-VII	Stellen 1  1 10  3	Einsparung für die nach Nr. 1 (2) Allgemeine Bestimmungen 2004 ausgebrachte neue Stelle (Verg.-Gr. II a) für ein freigestelltes Personalratsmitglied Stellenverlagerung nach Kap. 05 01 infolge ZV I (Vollzug der HV Nr. 23, 24, 25, 27, 28 und 30) infolge ZV I (Vollzug der HV Nr. 26 und 29)
Zusammen	4				

**Angestellte**

Zugang: Verg.-Gr. IV a Verg.-Gr. IV b Verg.-Gr. V b Verg.-Gr. V c Verg.-Gr. VI b Verg.-Gr. VII Verg.-Gr. VIII Verg.-Gr. IX b Verg.-Gr. IX b-VII Verg.-Gr. II a	Stellen 1 2 12 5 1 4 5 9 12 1	Stellenverlagerung von Kap. 03 05 infolge Aufgabenübergangs im Zuge der Auflösung der Bezirksregierungen  gem. Nr. 1 (2) Allg. Bestimmungen 2004 für ein voll freigestelltes Personalratsmitglied infolge Umsetzung gem. § 50 (2) LHO von Kap. 05 01 in 2004	Zusammen verbleiben Zugang	15 38	Leerstellen: Für 57 (54) nach § 50 Abs. 2 BAT beurlaubte Angestellte.
Verg.-Gr. IX b-VII Zusammen	1 53		Sonstige Veränderungen: Anderweitige Einstufungen gem. Nr. 2 (7) Allgem. Bestimmungen 2004: Hebungen: Verg.-Gr. VI b  Senkungen: Verg.-Gr. IV a Verg.-Gr. VI b Verg.-Gr. VI b Verg.-Gr. VII Verg.-Gr. VII	Stellen 6	nach Verg.-Gr. V b  nach Verg.-Gr. V b nach Verg.-Gr. VII nach Verg.-Gr. VIII nach Verg.-Gr. IX b-VII nach Verg.-Gr. VIII

Die Haushaltsvermerke Nr. 14 bis 18 wurden gestrichen.

Die Haushaltsvermerke Nr. 50 bis 87 wurden neu ausgebracht (zum Vollzug des HV Nr. 49 gem. ZV I).

Die Haushaltsvermerke Nr. 88 und 89 wurden infolge ZV II neu ausgebracht.

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke	
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2005   2004		Stellenbezeichnung	
			<b>Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst</b>	
A 9	22	22	Inspektor/-in-Anwärter/-in	1) 1 (-) kw.
A 5	8	8	Assistent/-in-Anwärter/-in	4) 1 (-) kw mit Ablauf des 30. 9. 2006 infolge ZV I bis 2003.
	30	30	Zusammen	5) Siehe HV Nr. 33 Stellenplan Kapitel 05 20.
			<b>Arbeiter/-innen<sup>5)10)</sup></b>	6) 1 (-) kw mit Ablauf des 30. 11. 2008 infolge ZV I.
6	1	—		7) 1 (-) kw mit Ablauf des 30. 4. 2009 infolge ZV I.
5	2	2		8) 2 (-) kw mit Ablauf des 30. 6. 2009 infolge ZV I.
4	19	15		9) 1 (-) kw mit Ablauf des 28. 2. 2010 infolge ZV I.
4 (Kraftfahrer)	5	—		10) Siehe HV Nr. 58 Stellenplan Kapitel 05 20.
3	8	7		
2/2 a <sup>4)6)7)8)9)</sup>	35	17		
1	2	—		
	72	41	Zusammen	
			Leerstellen <sup>1)</sup>	
2 a	1	—		
	1	—	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

**Arbeiter/-innen**

Zugang: Lohn-Gr. 6 Lohn-Gr. 4 Lohn-Gr. 4 (Kraftfahrer) Lohn-Gr. 3 Lohn-Gr. 2/2 a Lohn-Gr. 6	Stellen 1 4 5 1 18 2	Zusammen	31	Sonstige Veränderungen: Die Haushaltsvermerke Nr. 2 und 3 wurden gestrichen. Die Haushaltsvermerke Nr. 6 bis 9 wurden neu ausgebracht (zum Vollzug des HV Nr. 5 gem. ZV I). Der Haushaltsvermerk Nr. 10 wurde infolge ZV II neu ausgebracht.
--	--	----------	----	---

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			1) 1 Stelle darf nur mit Zustimmung des MF besetzt werden (LKH Göttingen).
			2) Die Stelleninhaber/-innen erhalten Amtszulagen gem. Fußnoten 6 und 7 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
			3) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
			4) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 7 BBesO.
			6) 10 (7) kw.
			7) 4 Stelleninhaber/-innen erhalten eine Stellenzulage nach Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 11 LBesO.
			8) 1 Stelleninhaber/-in erhält eine Stellenzulage nach Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 10 LBesO.
<b>Planmäßige Beamte/-innen</b>			
Aufsteigende Gehälter:			
A 16	11	11	Leitende(r) Direktor/-in
A 15 <sup>1)</sup>	33	33	Direktor/-in
A 14	65	65	Oberrat/-rätin/
A 13	40	42	Rat/Rätin
A 13	8	8	Oberamtsrat/-rätin
A 12	3	3	Amtsrat/-rätin
A 11 <sup>7)</sup>	11	10	Amtmann/-männin/-frau, Erste Oberin, Erster Pflegevorsteher
A 10 <sup>8)</sup>	12	12	Oberinspektor/-in, Erste Oberin, Erster Pflegevorsteher
A 9	2	2	Inspektor/-in
A 9 <sup>2)</sup>	3	3	Pflegevorsteher/Oberin
A 9 <sup>3)</sup>	47	47	Pflegevorsteher/Oberin
A 9	232	232	Oberpfleger/-schwester, Betriebsinspektor/-in
A 8	201	201	Abteilungspfleger/-schwester, Hauptwerkmeister/-in, Hauptsekretär/-in
A 7 <sup>4)</sup>	72	72	Stationspfleger/-schwester
A 7	47	47	Krankenpfleger/-schwester, Obersekretär/-in, Oberwerkmeister/-in
	<b>787</b>	<b>788</b>	<b>Zusammen</b>
Leerstellen: <sup>6)</sup>			
A 15	1	1	Direktor/-in
A 14	1	1	Oberrat/-rätin
A 13	1	—	Rat/Rätin
A 9	1	1	Pflegevorsteher/Oberin
A 9	2	1	Oberpfleger/-schwester, Betriebsinspektor/-in
A 8	2	2	Abteilungspfleger/-schwester, Hauptwerkmeister/-in
A 7	2	1	Stationspfleger/-schwester
	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>Zusammen</b>

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang: Stellen  
 Bes.-Gr. A 11  
 Amtmann/-männin/  
 -frau 1 Sozialdienst LKH Königslutter

Abgang: Stellen  
 Bes.-Gr. A 13  
 Rat/Rätin 2 2004 nach Kap. 05 01 umgesetzt  
 gem. § 50 (2) LHO  
 vom LKH Hildesheim

Die ausgebrachten Planstellen verteilen sich auf:

Bes.-Gr.	Stellenbezeichnung	LKH Brauel	LKH Göttingen	LKH Hildesheim	LKH Königslutter	LKH Lüneburg	LKH Moringen	LKH Osna-brück	LKH Tiefen-brunn	LKH Weh-nen	LKH Wuns-torf	Zu-sammen
A 16	Leitende(r) Direktor/-in	1	1	1	1	2	1	1	1	1	1	11
A 15	Direktor/-in	1	4	4	4	3	4	2	2	5	4	33
A 14	Oberrat/-rätin/	—	8	5	8	10	3	5	4	10	12	65
A 13	Rat/Rätin	2	2	12	2	6	3	5	3	2	3	40
A 13	Oberamtsrat/-rätin	1	1	1	1	1	1	—	—	1	1	8
A 12	Amtsrat/-rätin	—	—	—	1	—	—	1	1	—	—	3
A 11	Amtmann/-männin/-frau, Erste Oberin/Erster Pflegevorsteher	1	2	2	3	2	—	—	—	1	—	11
A 10	Oberinspektor/-in, Erste Oberin/ Erster Pflegevorsteher	—	—	1	1	2	2	1	1	—	4	12
A 9	Inspektor/-in	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1	2
A 9	Pflegevorsteher/Oberin mit Amtszulagen (Fußnoten 6 und 7)	—	—	1	—	—	—	1	—	—	1	3
A 9	Pflegevorsteher/Oberin mit Amtszulage (Fußnote 6)	—	6	3	8	8	5	9	—	4	4	47
A 9	Oberpfleger/-schwester, Betriebsinspektor/-in	1	30	24	28	30	26	38	—	21	34	232
A 8	Abteilungspfleger/ -schwester, Hauptwerkmeister/-in, Hauptsekretär/-in	—	35	16	23	33	29	26	1	14	24	201
A 7	Stationspfleger/-schwester	—	3	12	16	11	6	16	—	1	7	72
A 7	Krankenpfleger/-schwester, Obersekretär/-in, Oberwerkmeister/-in	—	5	9	3	5	5	5	—	3	12	47
Insgesamt		7	91	91	100	113	85	110	13	63	108	787

Leerstellen:

Für 10 (7) gem. §§ 80 a bzw. 87 a NBG beurlaubte Beamte/-innen.

Von den Planstellen des mittleren Dienstes entfallen auf

Bes.-Gr.	Werkdienst bei den LKH – mittlerer technischer Dienst – (§ 1 Nr. 6 der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 BBesG)	Krankenpflegedienst (Sonderlaufbahn nach § 24 BBesG)	Zusammen
A 9 (mit Amtszulagen nach Fußnoten 6 u. 7 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO)	—	3	3
A 9 (mit Amtszulage nach Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO)	—	47	47
A 9	1	231	232
A 8	21	179	200
A 7 (mit Amtszulage nach Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 7 BBesO)	—	72	72
A 7	5	40	45
Zusammen	27	572	599

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamte/-innen<sup>1)</sup></b>			
A 16	4	4	Aufsteigende Gehälter: Oberstudiendirektor/-in – als Leiter/-in eines Landesbildungszentrums für Hörgeschädigte mit einer Schülerzahl von mehr als 150 –
A 15 <sup>2)</sup>	13	13	Studiendirektor/-in
A 14 <sup>6)</sup>	68	68	Oberstudienrat/-rätin
A 13 <sup>3)</sup>	117	117	Studienrat/-rätin
A 13	2	2	Oberamtsrat/-rätin
A 12 <sup>7)</sup>	2	2	Lehrer/-in – bei einer Schule für Gehörlose und Schwerhörige –
A 12	2	2	Amtsrat/-rätin
A 10 <sup>10)</sup>	10	10	Lehrer/-in für Fachpraxis
A 9 <sup>11)</sup>	2	2	Amtsinspektor/-in
A 8	2	2	Hauptsekretär/-in
A 7	1	1	Obersekretär/-in
	<u>223</u>	<u>223</u>	Zusammen
A 13 <sup>8)</sup>	1	1	Leerstellen: Studienrat/-rätin

- <sup>1)</sup> Die ausgebrachten Planstellen dürfen im Bedarfsfalle in dem Umfange mit mehreren Beamten, deren Arbeitszeit gem. § 80 a Abs. 1 Nr. 1 oder § 87 a Abs. 1 Nr. 1 NBG ermäßigt worden ist, besetzt werden, als sie durch die Teilzeitbeschäftigung der Beamten nicht in voller Höhe der regelmäßigen Arbeitszeit in Anspruch genommen werden. Bei Bedarf kann auch eine Lehrkraft, deren Arbeitszeit gem. § 80 a Abs. 1 Nr. 1 oder § 87 a Abs. 1 Nr. 1 NBG ermäßigt worden ist, auf zwei oder mehreren Stellen geführt werden.
- <sup>2)</sup> 4 Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 15 LBesO.
- <sup>3)</sup> 20 (20) Stellen dürfen gem. § 49 Abs. 3 Satz 2 LHO mit Lehrkräften des gehobenen Dienstes besetzt werden.
- <sup>6)</sup> 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
- <sup>7)</sup> 2 (2) Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 2 zur Bes.-Gr. A 12 LBesO.
- <sup>8)</sup> 1 (1) kw.
- <sup>10)</sup> Für die Dauer der Wahrnehmung der Aufgaben eines(r) Lehrers/-in für Fachpraxis erhalten die Stelleninhaber/-innen als Angestellte eine Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen der Endgrundvergütung der Verg.-Gr. BAT V b (zuzüglich des Ortszuschlages und etwaiger Amts- oder Stellenzulagen) und dem Endgrundgehalt (zuzüglich des Ortszuschlages und etwaiger Amts- oder Stellenzulagen) eines Beamten der Bes.-Gr. A 10 LBesO.
- <sup>11)</sup> 1 (1) kw nicht vor dem 31. 12. 2000 beim LBZH Hildesheim.

Erläuterungen zum Stellenplan

Folgende Lehrkräfte an der staatlich anerkannten privaten Sonderschule für zusätzlich behinderte gehörlose Kinder und Jugendliche im Karl-Luhmann-Heim in Osnabrück sind hier veranschlagt:

	Stellen 2005	Stellen 2004
Bes.-Gr. A 15 Studiendirektor/-in	—	—
Bes.-Gr. A 14 Oberstudienrat/- rätin	2	2

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte</b>			
II a	1	1	
III	1	1	
IV b <sup>2)</sup>	9	9	
V b <sup>3)</sup>	48	48	
V c	59	59	
VI b	1	1	
VII <sup>3)</sup>	23	23	
VIII	2	2	
IX b–VII <sup>6)</sup>	4	4	
Sondervergütung*)	4	4	
	<u>152</u>	<u>152</u>	Zusammen

- <sup>2)</sup> 1 (1) Stelle darf nur zu  $\frac{3}{4}$  besetzt werden.
- <sup>3)</sup> 1 (1) kw beim LBZH Oldenburg ab 1. 1. 2004 infolge ZV I.
- <sup>5)</sup> 40 (40) kw nach Verg.-Gr. V c BAT nach Ausscheiden der Stelleninhaberinnen im Sozial- und Erziehungsdienst.
- <sup>6)</sup> 1 (1) kw nicht vor dem 31. 12. 2000 beim LBZH Hildesheim.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

\*) Praktikanten/-innen des Sozial- und Erziehungsdienstes – TV über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt.) vom 23. 3. 1991.

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit  
 Kapitel 05 22 Landesbildungszentren für Hörgeschädigte

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			2) 2 (2) kw beim LBZH Braunschweig ab 1. 1. 2004 infolge ZV I.
<b>Arbeiter/-innen</b>			
6	1	1	
5	5	5	
4	9	9	
3 <sup>2)</sup>	7	7	
2 a	9	9	
2	21	21	
1	3	3	
	55	55	Zusammen

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamte/-innen<sup>1)</sup></b>			
A 16	1	1	Aufsteigende Gehälter: Oberstudiendirektor/-in – als Leiter/-in eines Landesbildungszentrums für Blinde mit einer Schülerzahl von mehr als 150 –
A 15 <sup>2)</sup>	7	7	Studiendirektor/-in
A 15	1	1	Direktor/-in
A 14 <sup>3)</sup>	20	20	Oberstudienrat/-rätin
A 13 <sup>4)10)</sup>	41	41	Studienrat/-rätin
A 12 <sup>5)7)</sup>	1	1	Technische(r) Lehrer/-in mit der Prüfung für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen bei einer Blindenschule –
A 10	2	2	Jugendleiterin
A 10	1	1	Oberinspektor/-in
A 8	1	1	Abteilungsschwester
A 7	1	1	Obersekretär/-in
	76	76	Zusammen

- 1) Die ausgebrachten Planstellen dürfen im Bedarfs-  
falle in dem Umfang mit mehreren Beamten, deren  
Arbeitszeit gem. § 80 a Abs. 1 Nr. 1 oder § 87 a Abs.  
1 Nr. 1 NBG ermäßigt worden ist, besetzt werden,  
als sie durch die Teilzeitbeschäftigung der Beam-  
ten nicht in voller Höhe der regelmäßigen Arbeits-  
zeit in Anspruch genommen werden. Bei Bedarf  
kann auch eine Lehrkraft, deren Arbeitszeit gem.  
§ 80 a Abs. 1 Nr. 1 oder § 87 a Abs. 1 Nr. 1 NBG  
ermäßigt worden ist, auf zwei oder mehreren Stel-  
len geführt werden.
- 2) 2 Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage  
gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 15 LBesO.
- 3) 8 Stelleninhaber/-innen erhalten als Taubblinden-  
lehrer/-innen eine ruhegehaltfähige Stellenzulage  
gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 14 LBesO.
- 4) 8 Stellen dürfen gemäß § 49 Abs. 3 Satz 2 LHO mit  
Lehrkräften des gehobenen Dienstes besetzt wer-  
den.
- 5) Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem.  
Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 12 Anh. LBesO.
- 7) 1 (1) ku in Lehrer/-in – bei einer Schule für Blin-  
de –.
- 10) 8 (8) Stelleninhaber/-innen erhalten als Taubblin-  
denlehrer/-innen eine ruhegehaltfähige Stellenzu-  
lage gem. Fußnote 8 zur Bes.-Gr. A 13 LBesO.

Erläuterungen zum Stellenplan

Folgende Lehrkräfte an der staatlich anerkannten privaten Schule  
für Taubblinde (Sonderschule) im Deutschen Taubblindenwerk  
sind hier veranschlagt:

Sonstige Veränderungen:  
Vollzug des HV Nr. 8.

	Stellen 2005	Stellen 2004
Bes.-Gr. A 15 Studiendirektor/-in	3	3
Bes.-Gr. A 14 Oberstudienrat/-rätin	8	8
Bes.-Gr. A 13 Studienrat/-rätin	8	8
Bes.-Gr. A 12 Technische(r) Lehrer/-in	1	1
Bes.-Gr. A 10 Jugendleiterinnen	2	2
Zusammen	22	22

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Beamtete Hilfskräfte</b>			
A 12	2	2	
<b>Angestellte</b>			
II a	2	2	
IV b	11	11	
Kr. V	3	3	
V b <sup>1)</sup>	23	23	
V c	42	42	
VI b	3	3	
VII	12	12	
Sonder- vergütung*)	1	1	
VIII	3	3	
IX b–VII	1	1	
	101	101	Zusammen

- 1) 18 (18) ku nach Verg.-Gr. V c BAT bei Ausscheiden  
des/der Stelleninhabers/Stelleninhaberin im Soz-  
ial- und Erziehungsdienst.

\*) Praktikanten/-innen des Sozial- und Erziehungsdienstes – TV über die Regelung  
der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt) vom 23. 3.  
1991.

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit  
 Kapitel 05 23 Landesbildungszentrum für Blinde

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Arbeiter/-innen</b>			
5	1	1	
4	5	5	
3	1	1	
2 a	4	4	
2	10	10	
1	11	11	
	32	32	Zusammen

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			<sup>1)</sup> 9 (1) kw.
			<sup>2)</sup> 1 (-) kw infolge ZV I.
			<sup>3)</sup> 17 (-) kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II (Kapitel 05 40 insgesamt).
<b>Planmäßige Beamte/-innen<sup>3)</sup></b>			
A 16	—	2	Aufsteigende Gehälter:
A 15	1	9	Leitende(r) Direktor/-in
A 14	1	7	Direktor/-in
A 13	2	—	Oberrat/-rätin
A 13	—	—	Rat/Rätin
A 11	3	5	Oberamtsrat/-rätin
A 10	3	—	Amtmann/-männin/-frau
A 9 <sup>2)</sup>	4	—	Oberinspektor/-in
A 9	1	—	Inspektor/-in
A 7	1	—	Amtsinspektor/-in
A 6	—	—	Obersekretär/-in
			Sekretär/-in
	16	23	Zusammen
A 15	—	1	Leerstellen: <sup>1)</sup>
A 14	1	—	Direktor/-in
A 11	2	—	
A 10	4	—	
A 6	2	—	
	9	1	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang:	Stellen	Abgang:	Stellen
Bes.-Gr. A 13 Rat/Rätin	2	Bes.-Gr. A 15 Direktor/-in	2
	infolge Umsetzung gem. § 50 (2) LHO von Kap. 05 01 in 2004		infolge Umsetzung gem. § 50 (2) LHO nach Kap. 05 01 in 2004
Bes.-Gr. A 13 Oberamtsrat/-rätin	1	Bes.-Gr. A 16 Leitende(r) Direktor/-in	1
Bes.-Gr. A 11 Amtmann/-männin/ -frau	4	Bes.-Gr. A 14 Oberrat/-rätin	1
Bes.-Gr. A 10 Oberinspektor/-in	6	Bes.-Gr. A 10 Oberinspektor/-in	1
Bes.-Gr. A 9 Inspektor/-in	5	Bes.-Gr. A 9 Inspektor/-in	1
Bes.-Gr. A 9 Amtsinspektor/-in	1	Bes.-Gr. A 16 Leitende(r) Direktor/-in	1
Bes.-Gr. A 7 Obersekretär/-in	1	Bes.-Gr. A 15 Direktor/-in	2
Bes.-Gr. A 6 Sekretär/-in	1		4
Zusammen	21	Bes.-Gr. A 14 Oberrat/-rätin	1
		Bes.-Gr. A 13 Oberamtsrat/-rätin	4
		Bes.-Gr. A 11 Amtmann/-männin/ -frau	1
		Bes.-Gr. A 10 Oberinspektor/-in	1
		Bes.-Gr. A 6 Sekretär/-in	5
		Zusammen	28
		Bleibt Abgang	7

Stellenverlagerungen von Kapitel 05 01 infolge Aufgabenübergangs im Zuge der Auflösung der Bezirksregierungen

Stellenverlagerungen von Kapitel 05 40 in andere Einzelpläne infolge Aufgabenübergangs im Zuge der Auflösung der Bezirksregierungen

nach Einzelplan 03

nach Einzelplan 07

nach Einzelplan 15

nach Einzelplan 08

nach Einzelplan 03

nach Einzelplan 15

nach Einzelplan 03

nach Einzelplan 03

Sonstige Veränderungen:  
 Der Haushaltsvermerk Nr. 3 ist neu ausgebracht worden.

Einzelplan 05    Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit  
 Kapitel 05 40    Gesundheitsverwaltung und Gesundheitswesen

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Beamtete Hilfskräfte</b>			
A 9	2	—	Inspektor/-in z. A.
	2	—	Zusammen
<b>Angestellte<sup>2)</sup></b>			
V b	1	—	
V c	3	—	
VI b	2	—	
VII	1	—	
	7	—	Zusammen
			Leerstellen: <sup>1)</sup>
VII	2	—	
	2	—	Zusammen

1) 2 (-) kw.

2) Siehe HV Nr. 3 zum Stellenplan zu Kapitel 05 40.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Beamtete Hilfskräfte**

Zugang:  
 Bes.-Gr. A 9                  Stellen  
 Inspektor/-in z. A.             2    Stellenverlagerungen von Kap. 03 05  
   infolge Aufgabenübergangs  
   im Zuge der Auflösung der  
   Bezirksregierungen

**Angestellte**

Zugang:  
 Verg.-Gr. V b                     1  
 Verg.-Gr. V c                     3  
 Verg.-Gr. VI b                    2  
 Verg.-Gr. VII                     1  
 Zusammen                         7  
   } Stellenverlagerungen von  
   } Kap. 03 05 infolge Aufgaben-  
   } übergangs im Zuge der Auflösung  
   } der Bezirksregierungen

Leerstelle:  
 Für 2 (-) nach § 50 BAT beurlaubte Angestellte.

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit  
 Kapitel 05 42 Landesgesundheitsamt

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
1) Der Stelleninhaber erhält für seine Person Bezüge nach Bes.-Gr. B 6.			
<b>Planmäßige Beamte/-innen</b>			
B 3 <sup>1)</sup>	1	1	Feste Gehälter: Präsident/-in des Landesgesundheitsamtes
Aufsteigende Gehälter:			
A 16	1	1	Ltd. Direktor/-in
A 15	4	4	Direktor/-in
A 14	11	11	Oberrat/-rätin
A 13	6	6	Rat/Rätin
A 13	1	1	Oberamtsrat/-rätin
A 11	1	1	Amtmann/-männin/-frau
A 10	3	3	Oberinspektor/-in
	28	28	Zusammen
Stellen zu Titel 422 31:			
A 14	—	1	Oberrat/-rätin
	—	1	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Stellen zu Titel 422 31:  
 Abgang: Stellen  
 Bes.-Gr. A 14 1 infolge Ausscheidens  
 des Stelleninhabers

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte</b>			
I a	1	1	
II a <sup>2)</sup>	10	9	
III	1	1	
IV a	1	1	
IV b	3	3	
V b	17	17	
V c	36	32	
VI b	38	38	
VII <sup>3)</sup> 4)5)	9	9	
	116	111	Zusammen

- 1) 1 (1) Stelle darf nur mit einer/einem nicht vollbeschäftigten Angestellten besetzt werden, deren/dessen durchschnittliche Arbeitszeit nicht mehr als die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.
- 2) 4 (4) Stellen können bei Bedarf mit je 2,5 Ärztinnen/Ärzten im Praktikum besetzt werden.
- 3) – (5) kw mit Ablauf des 31. 12. 2006 infolge ZV bis 2003.
- 4) 3 (-) kw ab 1. 1. 2005 infolge ZV bis 2003.
- 5) 1 (-) kw mit Ablauf des 31. 12. 2005 infolge ZV bis 2003.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Abgang: Stellen  
 Verg.-Gr. II a 1 umgesetzt gem. § 50 (1) LHO  
 nach Kap. 09 40  
 (Teilvollzug HV Nr. 3)

Sonstige Veränderungen:  
 Die Haushaltsvermerke Nr. 4 und 5 sind neu ausgebracht worden  
 (zum Vollzug des HV Nr. 3).

Zugang: Stellen  
 Verg.-Gr. II a 2 umgesetzt gem. § 50 (2) LHO  
 von Kap. 05 21  
 Verg.-Gr. V c 4 umgesetzt gem. § 50 (2) LHO  
 von Kap. 05 21

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit  
 Kapitel 05 42 Landesgesundheitsamt

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Arbeiter/-innen</b>			<sup>1)</sup> 5 (-) kw ab 1. 1 2005 infolge ZV bis 2003. <sup>2)</sup> 1 (-) kw mit Ablauf des 31. 12. 2005 infolge ZV bis 2003.
4 <sup>1)</sup> 2)	13	13	
3	2	2	
2	3	1	
	18	16	Zusammen
Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen			

Zugang: Stellen  
 Lohn-Gr. 2 2 umgesetzt gem. § 50 (2) LHO  
 von Kap. 05 21

Sonstige Veränderungen:  
 Der Haushaltsvermerk Nr. 1 (6 (-) kw mit Ablauf des 31. 12. 2006  
 infolge ZV bis 2003.) ist verändert worden.  
 Der Haushaltsvermerk Nr. 2 ist neu ausgebracht worden.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			1) 6 (1) kw. 3) 14 (-) kw (Kapitel 05 71 insgesamt) ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.
<b>Planmäßige Beamte/-innen<sup>3)</sup></b>			
Aufsteigende Gehälter:			
A 16	1	1	Ltd. Direktor/-in
A 15	1	2	Direktor/-in
A 14	7	6	Oberrat/-rätin
A 13	2	1	Oberamtsrat/-rätin
A 12	4	5	Amtsrat/-rätin
A 11	12	19	Amtmann/-männin/-frau
A 10	2	3	Oberinspektor/-in
A 9	3	—	Inspektor/-in
A 9	1	—	Amtsinspektor/-in
	<u>33</u>	<u>37</u>	Zusammen
Leerstellen <sup>1)</sup> :			
A 12	1	—	Amtsrat/-rätin
A 11	—	1	Amtmann/-männin/-frau
A 10	4	—	Oberinspektor/-in
A 9	1	—	Inspektor/-in
	<u>6</u>	<u>1</u>	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang:	Stellen		Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	2	} Stellenverlagerungen von Kap. 03 05 infolge Aufgabenübergangs im Zuge der Auflösung der Bezirksregierungen	Bes.-Gr. A 15	1	} Stellenverlagerungen nach Kap. 07 05 infolge Aufgabenübergangs „Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder“
Bes.-Gr. A 13	2		Bes.-Gr. A 14	1	
Bes.-Gr. A 12	2		Bes.-Gr. A 12	3	
Bes.-Gr. A 11	7		Bes.-Gr. A 11	11	
Bes.-Gr. A 10	4		Bes.-Gr. A 10	2	
Bes.-Gr. A 9 g.D.	3		Bes.-Gr. A 13	1	} Stellenverlagerungen nach Kap. 05 01 infolge Aufgabenübergangs im Zuge der Bezirksregierungen
Bes.-Gr. A 9 m.D.	1	Bes.-Gr. A 11	3		
		Bes.-Gr. A 10	3		
Zusammen	<u>21</u>		Zusammen	<u>25</u>	

Sonstige Veränderungen:  
 Der Haushaltsvermerk Nr. 3 ist neu ausgebracht worden.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			1) 3 (1) kw.
			2) – (2) kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.
			3) Siehe Haushaltsvermerk Nr. 3 zum Stellenplan bei Kapitel 05 71.
<b>Beamtete Hilfskräfte</b>			
A 9	1	—	Inspektor/-in z. A.
	1	—	Zusammen
<b>Angestellte<sup>3)</sup></b>			
IV a <sup>2)</sup>	13	20	
V b	3	—	
V c	3	—	
VII	1	—	
IX b–VII	5	—	
	25	20	Zusammen
Leerstellen: <sup>1)</sup>			
IV b	1	1	
V c	2	—	
	3		

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Zugang:	Stellen	Abgang:	Stellen
Bes.-Gr. A 9	1	Verg.-Gr. IV a	7
Verg.-Gr. V b	3		davon
Verg.-Gr. V c	3		1 gem. ZV bis 2003
Verg.-Gr. VII	1		(Teilvollzug HV Nr. 2)
Verg.-Gr. IX b–VII	5		6 Stellenverlagerungen nach
Zusammen	13		Kap. 07 05 infolge Aufgaben-
			übergangs „Tageseinrichtungen
			und Tagespflege für Kinder“
			(Teilvollzug HV Nr. 2)
		Zusammen	7

Sonstige Veränderungen:  
 Der Haushaltsvermerk Nr. 3 ist neu ausgebracht worden.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
1) 14 (-) kw (Kapitel 05 91 Stellenplan und Stellenübersichten) ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.			
<b>Planmäßige Beamte/-innen<sup>1)</sup></b>			
			Aufsteigende Gehälter:
A 15	3	—	Direktor/-in
A 14	3	—	Oberrat/-rätin
A 13	1	—	Rat/Rätin
A 13	1	—	Oberamtsrat/-rätin
A 12	2	—	Amtsrat/-rätin
A 11	1	—	Amtmann/-männin/-frau
A 10	1	—	Oberinspektor/-in
	12	—	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

**- Planmäßige Beamte/-innen -**

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	3	} Stellenverlagerungen von Kap. 05 04 infolge Aufgabenübergangs im Zuge der Auflösung der Bezirksregierungen
Bes.-Gr. A 14	3	
Bes.-Gr. A 13 h.D.	1	
Bes.-Gr. A 13 g.D.	1	
Bes.-Gr. A 12	2	
Bes.-Gr. A 11	1	
Bes.-Gr. A 10	1	
Zusammen	12	

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
1) Siehe Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan bei Kapitel 05 91.			
<b>Angestellte<sup>1)</sup></b>			
II a	4	—	
III	8	—	
	12	—	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**- Angestellte -**

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. II a	4	} Stellenverlagerungen von Kap. 05 04 infolge Aufgabenübergangs im Zuge der Auflösung der Bezirksregierungen
Verg.-Gr. III	8	
Zusammen	12	

**Haushaltsplan**

für das

**Haushaltsjahr 2005**

**Einzelplan 06**

**Ministerium für Wissenschaft und Kultur**

---

# Vorwort zum Einzelplan 06

## A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Einzelplan 06 enthält die Einnahmen und Ausgaben des Geschäftsbereichs des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur (MWK):

Ministerium (Kap. 06 01)

Allgemeine Bewilligungen (Kap. 06 02)

Baumaßnahmen für Fachhochschulen und künstl.-wissenschaftl. Hochschulen (Kap. 06 03)

Baumaßnahmen für Universitäten und wissenschaftl. Hochschulen, sonstige Investitionen nach dem HBFVG (Kap. 06 04)

Ausbildungsförderung, sonstige Förderung von Studierenden (Kap. 06 05)

Verbundzentrale des Gemeinsamen Bibliotheksverbundes (Kap. 06 06)

Förderung von Einrichtungen der wissenschaftlichen Forschung (Kap. 06 07)

Förderung der Wissenschaft allgemein (Kap. 06 08)

Zusätzliche Förderung von Wissenschaft und Technik in Forschung und Lehre (Kap. 06 09)

Stiftung Georg-August-Universität Göttingen (Kap. 06 10)

Stiftung Georg-August-Universität Göttingen – Bereich Humanmedizin – (Kap. 06 12)

Universität Oldenburg (Kap. 06 13)

Universität Osnabrück (Kap. 06 14)

Technische Universität Braunschweig (Kap. 06 15)

Technische Universität Clausthal (Kap. 06 16)

Universität Hannover (Kap. 06 17)

Hochschule Vechta (Kap. 06 18)

Medizinische Hochschule Hannover (Kap. 06 19)

Stiftung Tierärztliche Hochschule Hannover (Kap. 06 21)

Hochschule für Bildende Künste Braunschweig (Kap. 06 22)

Hochschule für Musik und Theater Hannover (Kap. 06 23)

Stiftung Universität Hildesheim (Kap. 06 29)

Stiftung Universität Lüneburg (Kap. 06 30)

Stiftung Fachhochschule Osnabrück (Kap. 06 33)

Fachhochschule Hildesheim/Holz Minden/Göttingen (Kap. 06 34)

Fachhochschule Nordostniedersachsen (Kap. 06 36)

Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel (Kap. 06 37)

Fachhochschule Hannover (Kap. 06 38)

Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven (Kap. 06 39)

Baumaßnahmen und Beschaffungen nach dem HBFVG für als Stiftungen geführte Hochschulen (Kap. 06 43)

Landesbibliothek Hannover (Kap. 06 45)

Landesbibliothek Oldenburg (Kap. 06 46)

Herzog-August-Bibliothek Wolfenbüttel (Kap. 06 47)

Institut für Vogelforschung – Vogelwarte Helgoland – in Wilhelmshaven-Rüstersiel (Kap. 06 49)

Institut für historische Küstenforschung (Kap. 06 50)

Technische Informationsbibliothek an der Universität Hannover (Kap. 06 51)

Staatstheater Braunschweig (Kap. 06 60)

Oldenburgisches Staatstheater (Kap. 06 61)

Museen (Kap. 06 65)

Förderung der nichtstaatlichen Theater sowie der Sozio-Kultur und der kulturellen Jugendbildung (Kap. 06 74)

Förderung der Kunst, Kultur- und Heimatpflege allgemein (Kap. 06 75)

Denkmalpflege (Kap. 06 76)

Öffentliche Gärten (Kap. 06 77)

Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz (Kap. 06 78)

Klosterkammer Hannover (Kap. 06 79 – nur persönliche Verwaltungsausgaben sowie Stellenplan, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise –)

Erwachsenenbildung (Kap. 06 80)

Sondervermögen Darlehen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz – BAföG – (Kap. 50 61).

## **B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr**

### **I. Fusion Lüneburg**

Die Stiftung Universität Lüneburg und die Fachhochschule Nordostniedersachsen mit den Standorten Lüneburg und Suderburg werden zum 01.01.2005 unter dem Dach der Stiftung zu einer Universität zusammengeschlossen. Zur Umsetzung der haushaltstechnischen Notwendigkeiten wird auf die haushaltsrechtliche Ermächtigung in den Allgemeinen Vorbemerkungen hingewiesen.

### **II. Auswirkungen der Verwaltungsreform**

Mit Auflösung der Bezirksregierungen zum 31.12.2004 werden mit Wirkung vom 01.01.2005 folgende Aufgaben an das Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) verlagert:

Fachaufsicht über die Ämter für Ausbildungsförderung,  
Forschungsförderung/Technologietransfer,  
kulturelle Zusammenarbeit mit dem Ausland und den Partnerregionen Niedersachsens,  
Fachaufsicht über die Staatstheater,  
Fachaufsicht über die Landesmuseen,  
Fördermaßnahmen für alle Kulturbereiche,  
Fachaufsicht in der Denkmalpflege.

Zudem wird mit Wirkung vom 01.01.2005 die Aufgabe „Personalbearbeitung für die staatlichen Museen“ auf die sechs Landesmuseen verlagert.

Die Stellen- und Mittelumsetzungen in die Kapitel 06 01 und 06 76 sind auf der Grundlage der in den Fachkapiteln des Epl. 03 vorhandenen Stellen, Beschäftigungsvolumen und Mitteln vorgenommen worden.

Durch die Auflösung der Bezirksregierungen sind im Geschäftsbereich des MWK insbesondere die Bereiche Denkmalpflege und Kulturförderung betroffen. Beide Bereiche werden umfassend neu geordnet. Hierzu wird auf den Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung im Geschäftsbereich des MWK (LT-Drs. 15/1127) verwiesen. Soweit Stellen und Mittel noch nicht konkret zugeordnet werden konnten, sind die entsprechenden Zugänge aus dem Epl. 03 im Kapitel 06 01 nachgewiesen (Übergang auf die Landschaften und die „Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz“).

## **C. Hochbaumaßnahmen**

Die Hochbaumaßnahmen für den Geschäftsbereich des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur sind in den Kapiteln 06 03, 06 04 und 06 43 veranschlagt.

Weitere Hochschulbaumaßnahmen sind im Kapitel 20 11 des Einzelplans 20 – Hochbauten – ausgewiesen.

Darüber hinaus werden Hochschulbaumaßnahmen auch aus dem Kapitel 06 09 (VW-Vorab) finanziert.

Eine Darstellung der für den Hochschulbau veranschlagten Mittel (ohne VW-Vorab) ist in den allgemeinen Erläuterungen zu Kap. 06 03 ausgebracht.

## Epl. 06

## Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen					Gesamteinnahmen	Personalausgaben	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst
		0	1	2	3				
		Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
0601	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	—	54	9.776	—	9.830	21.105	1.195	
0602	Allgemeine Bewilligungen	—	173	—	—	173	960	923	
0603	Baumaßnahmen für als Landesbetriebe geführte Fachhochschulen und künstl.-wissenschaftl. Hochschulen	—	1.053	—	—	1.053	—	—	
0604	Baumaßn./Beschaffungen nach dem HBFG für als Landesbetriebe geführte Univers./wissensch. Hochsch.	—	278	—	67.779	68.057	—	—	
0605	Ausbildungsförderung, sonstige Förderung von Studierenden	—	170	85.504	—	85.674	—	46	
0606	Verbundzentrale des Gemeinsamen Bibliotheksverbundes (VZG)	—	—	—	—	—	—	—	
0607	Förderung von Einrichtungen der wissenschaftlichen Forschung	—	1.950	15.719	2.719	20.388	350	20	
0608	Förderung der Wissenschaft allgemein	—	387	4.909	125	5.421	4.453	480	
0609	Zusätzliche Förderung von Wissenschaft und Technik in Forschung und Lehre	—	—	—	35.000	35.000	—	—	
0610	Stiftung Georg-August-Universität Göttingen	—	97	—	—	97	—	—	
0612	Georg-August-Universität Göttingen - Bereich Humanmedizin - Stiftung des öffentlichen Rechts	—	284	—	—	284	—	—	
0613	Universität Oldenburg	—	2.055	—	—	2.055	—	—	
0614	Universität Osnabrück	—	1.823	—	—	1.823	—	—	
0615	Technische Universität Braunschweig	—	2.729	—	—	2.729	—	—	
0616	Technische Universität Clausthal	—	634	—	—	634	—	—	
0617	Universität Hannover	—	4.206	—	—	4.206	—	—	
0618	Hochschule Vechta	—	390	—	—	390	—	—	
0619	Medizinische Hochschule Hannover	—	537	—	—	537	—	—	
0621	Stiftung Tierärztliche Hochschule Hannover	—	18	—	—	18	—	—	
0622	Hochschule für Bildende Künste Braunschweig	—	204	—	—	204	—	—	
0623	Hochschule für Musik und Theater Hannover	—	199	—	—	199	—	—	

**gaben und Verpflichtungsermächtigungen**

**Epl. 06**

Ausgaben					2005 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 - Sp. 14)	2004 Überschuss Zuschuss (-)	2005 Verbesserung Verschlechterung (-) (Sp. 15 - Sp. 16)	Verpflichtungs- ermächtigungen
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsför- dermaßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben				
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
—	—	25	-11.857	10.468	-638	7.576	-8.214	—
7.082	—	—	—	8.965	-8.792	-9.085	293	—
—	—	3.793	247	4.040	-2.987	-4.561	1.574	3.686
—	—	53.064	—	53.064	14.993	16.014	-1.021	41.477
162.200	—	—	—	162.246	-76.572	-71.421	-5.151	—
1.785	—	217	—	2.002	-2.002	-1.835	-167	—
145.949	—	7.498	—	153.817	-133.429	-131.570	-1.859	—
45.040	—	3.204	125	53.302	-47.881	-49.592	1.711	13.050
35.000	—	—	—	35.000	—	—	—	20.000
190.399	—	1.693	—	192.092	-191.995	-193.493	1.498	1.871
114.601	—	9.050	—	123.651	-123.367	-122.854	-513	—
88.720	—	653	—	89.373	-87.318	-89.549	2.231	307
75.883	—	674	—	76.557	-74.734	-74.951	217	292
154.273	—	1.110	—	155.383	-152.654	-154.639	1.985	3.988
56.604	—	231	—	56.835	-56.201	-57.366	1.165	1.411
209.301	—	2.437	—	211.738	-207.532	-209.472	1.940	5.036
15.269	—	197	—	15.466	-15.076	-16.118	1.042	—
150.369	—	5.623	—	155.992	-155.455	-153.743	-1.712	—
49.365	—	449	—	49.814	-49.796	-50.554	758	435
12.941	—	74	—	13.015	-12.811	-12.830	19	10
17.243	—	209	—	17.452	-17.253	-17.743	490	—

## Epl. 06

## Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen					Gesamteinnahmen	4 Personalausgaben	5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	6 Tsd. EUR			
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
0629	Stiftung Universität Hildesheim	—	26	—	—	26	—	—	
0630	Stiftung Universität Lüneburg	—	14	—	—	14	—	—	
0633	Stiftung Fachhochschule Osnabrück	—	66	—	—	66	—	—	
0634	Fachhochschule Hildesheim/ Holzminden/Göttingen	—	1.066	—	—	1.066	—	—	
0636	Fachhochschule Nordostniedersachsen	—	739	—	—	739	—	—	
0637	Fachhochschule Braunschweig/ Wolfenbüttel	—	1.451	—	—	1.451	—	—	
0638	Fachhochschule Hannover	—	1.248	—	—	1.248	—	—	
0639	Fachhochschule Oldenburg/ Ostfriesland/Wilhelmshaven	—	1.595	—	—	1.595	—	—	
0643	Baumaßnahmen und Beschaffungen nach dem HBBG für als Stiftungen geführte Hochschulen	—	6.949	—	—	6.949	—	—	
0645	Niedersächsische Landesbibliothek Hannover	—	780	—	—	780	4.824	1.413	
0646	Landesbibliothek Oldenburg	—	28	—	—	28	1.605	526	
0647	Herzog-August-Bibliothek Wolfen- büttel	—	1.424	—	—	1.424	4.744	2.108	
0649	Institut f. Vogelforschung - Vogel- warte Helgoland- in Wilhelmsha- ven-Rüstersiel	—	13	108	—	121	1.169	207	
0650	Institut für historische Küstenfor- schung	—	6	104	—	110	970	111	
0651	Technische Informationsbibliothek an der Universität Hannover	—	—	4.697	361	5.058	—	—	
0660	Staatstheater Braunschweig	—	—	8.104	—	8.104	—	—	
0661	Oldenburgisches Staatstheater	—	2.265	4.389	—	6.654	17.641	1.718	
0665	Museen	—	68	435	—	503	8.900	3.577	
0674	Förderung der nichtstaatl. Theater sowie der Soziokultur und der kulturellen Jugendbildung	—	105	—	—	105	—	—	
0675	Förderung der Kunst, Kultur- und Heimatspflege allgemein	—	139	—	—	139	51	285	
0676	Denkmalpflege	—	36	—	—	36	6.585	950	
0677	Öffentliche Gärten	—	16	165	—	181	501	58	

**gaben und Verpflichtungsermächtigungen**

**Epl. 06**

Ausgaben					2005 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 - Sp. 14)	2004 Überschuss Zuschuss (-)	2005 Verbesserung Verschlechterung (-) (Sp. 15 - Sp. 16)	Verpflichtungs- ermächtigungen
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsför- dermaßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben				
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
22.392	—	188	—	22.580	-22.554	-21.114	-1.440	87
25.283	—	338	—	25.621	-25.607	-24.720	-887	62
35.579	—	392	—	35.971	-35.905	-37.288	1.383	123
33.404	—	319	—	33.723	-32.657	-31.911	-746	16
21.582	—	123	—	21.705	-20.966	-24.415	3.449	13
31.292	—	312	—	31.604	-30.153	-31.465	1.312	41
38.536	—	326	—	38.862	-37.614	-38.377	763	11
53.535	—	494	—	54.029	-52.434	-55.210	2.776	39
—	—	56.609	—	56.609	-49.660	-40.840	-8.820	58.505
97	—	28	641	7.003	-6.223	-6.161	-62	—
2	—	18	252	2.403	-2.375	-2.403	28	—
159	—	20	758	7.789	-6.365	-6.554	189	—
—	—	—	151	1.527	-1.406	-1.419	13	—
—	—	—	136	1.217	-1.107	-1.056	-51	—
16.174	—	1.204	—	17.378	-12.320	-11.810	-510	—
25.155	—	205	7	25.367	-17.263	-17.303	40	—
27	—	153	915	20.454	-13.800	-13.834	34	—
4.954	—	1.395	2.592	21.418	-20.915	-20.275	-640	—
69.137	—	87	—	69.224	-69.119	-73.637	4.518	—
14.558	—	1.732	—	16.626	-16.487	-18.117	1.630	—
295	—	2.978	481	11.289	-11.253	-11.715	462	1.500
1	—	—	64	624	-443	-469	26	—

**Epl. 06****Übersicht über die Einnahmen, Aus**

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen					Gesamteinnahmen	Personalausgaben	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	4 Tsd. EUR			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
0678	Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz	—	—	500	—	500	317	12	
0679	Klosterkammer Hannover	—	—	5.124	—	5.124	4.859	4	
0680	Erwachsenenbildung	—	156	—	—	156	—	—	
	Summe 2005	—	35.431	139.534	105.984	280.949	79.034	13.633	
	Summe 2004	—	40.670	134.290	118.565	293.525	74.595	13.868	
	2005 mehr(+)/weniger(-)	—	-5.239	+5.244	-12.581	-12.576	+4.439	-235	

**gaben und Verpflichtungsermächtigungen**

**Epl. 06**

Ausgaben					2005 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 - Sp. 14)	2004 Überschuss Zuschuss (-)	2005 Verbesserung Verschlechterung (-) (Sp. 15 - Sp. 16)	Verpflichtungs- ermächtigungen
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsför- dermaßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben				
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
—	—	—	—	329	171	—	171	—
—	—	—	261	5.124	—	—	—	—
45.374	—	—	—	45.374	-45.218	-46.394	1.176	—
1.969.560	—	157.122	-5.227	2.214.122	-1.933.173	-1.934.273	1.100	151.960
1.979.773	—	170.158	-10.596	2.227.798				120.739
-10.213	—	-13.036	+5.369	-13.676				+31.221



## Allgemeine Vorbemerkungen zum Einzelplan 06

1. Zu den persönlichen Verwaltungsausgaben (Hauptgruppe 4):

Die allgemeine Einsparauflage für die persönlichen Verwaltungsausgaben bei Kapitel 06 01 Titel 462 01 ist unter Berücksichtigung der Erfüllung der Einsparauflagen gemäß § 9 Abs. 2 HG 1995/1996 und § 9 Abs. 2 HG 1997/1998 (entsprechende Mittelkürzung und Stellenabgänge in den jeweiligen Kapiteln des Einzelplanes) angepasst worden; der Kürzungsbetrag ist durch Bewirtschaftungsmaßnahmen zu realisieren.

2. Zu den sächlichen Verwaltungsausgaben (OGr. 51-54):

Unter Bezugnahme auf den bei Kapitel 06 01 Titel 511 01 ausgebrachten Haushaltsvermerk sind die innerhalb des Epl. 06 in den Kapiteln 06 01, 06 49, 06 50, 06 61, 06 76 und 06 77 veranschlagten Ausgaben der OGr. 51 bis 54 gegenseitig deckungsfähig.

Von dieser Deckungsfähigkeit ausgenommen sind:

- a) Titel innerhalb von Titelgruppen,
- b) die Titel 529 ..., 532 11 bis 532 20, 546 02 und 546 06,
- c) Titel, die mit Ausgaben außerhalb des Deckungskreises deckungsfähig sind,
- d) mit Einnahmen korrespondierende Titel sowie
- e) übertragbare Ausgaben.

3. Zu den Einsparauflagen des Epl. 06:

Im Epl. 06 sind folgende Einsparauflagen titelscharf umgesetzt:

0,176	Mio. Euro	Sächliche Verwaltungsausgaben
40,651	Mio. Euro	Politische Priorität Bildung und Innere Sicherheit (Hochschulanteil)
2,431	Mio. Euro	Politische Priorität Bildung und Innere Sicherheit (ohne Hochschulen)
4,199	Mio. Euro	Urlaubsgeld/Soz.zuwendungen für Landesbetriebe
29,0	Mio. Euro	Konsolidierungsbeitrag
8,0	Mio. Euro	Konsolidierungsbeitrag (Kulturbereich und Sonstige)

Darüber hinaus wurde eine Globale Minderausgabe in Höhe von 12,529 Mio. Euro ausgebracht.

4. Fusion Stiftung Universität Lüneburg und Fachhochschule Nordostniedersachsen  
- Haushaltsrechtliche Ermächtigung -

Das Ministerium für Wissenschaft und Kultur wird ermächtigt, für die erweiterte Stiftung Universität Lüneburg im Haushaltsjahr 2005 im Einzelplan 06 das Kapitel 06 28 einzurichten und dorthin die Mittel und Planstellen der Kapitel 06 30 und 06 36 im Einvernehmen mit dem Finanzministerium umzusetzen.

5. Umsetzung des Hochschuloptimierungskonzepts  
- Haushaltsrechtliche Ermächtigung -

Das Ministerium für Wissenschaft und Kultur wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium die in den Kapiteln 06 13 bis 06 19, 06 22, 06 23 und 06 34 bis 06 39 veranschlagten Planstellen und Mittel einschließlich der Sach- und Investivmittel in das Kapitel einer anderen staatlichen Hochschule umzusetzen.

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0601 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
111 01-0	011	Gebühren und tarifliche Entgelte		15	15	—	6
119 01-0	011	Vermischte Einnahmen		38	15	+23	15
119 02-9	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen <i>Vgl. K-Vermerk zu 531 01.</i> <i>*** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.</i>		1	1	—	0
119 10-0	011	Verkauf von Fahrausweisen <i>Vgl. K-Vermerk zu 546 04.</i>		—	—	—	—
119 30-4	960	Abwicklung offener Posten aus dem Vorjahr		—	—	—	—
124 01-4	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung <i>*** Die für den Betrieb einer Cafeteria erforderlichen Räume dürfen ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden.</i>		—	—	—	—
124 10-3	011	Vermietung von Behördenparkplätzen <i>Vgl. K-Vermerk zu 546 04.</i>		—	—	—	—
132 01-7	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		—	—	—	3
132 11-4	011	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge <i>Vgl. K-Vermerk zu 811 11.</i>		—	—	—	—
216 01-6	910	Allgemeine Zuweisungen von der Bundesagentur für Arbeit		—	—	—	—
281 17-9	018	Erstattungen der Landesbetriebe für Beihilfeleistungen des Landes		9.776	10.202	-426	—
<b>AUSGABEN</b>							
412 04-4	011	Entschädigung an Vorsitzende der Einigungsstellen gem. § 71 Abs. 7 Nds. PersVG.	—	2	2	—	2
421 01-9	011	Bezüge der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten, der Ministerin oder des Ministers	—	166	153	+13	232
422 01-5	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	10.302	9.078	+1.224	4.788
422 09-0	011	Leistungsprämien	—	—	—	—	—
422 19-8	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	171
422 31-7	011	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	177	-177	215
425 01-4	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	3.788
425 03-0	011	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 04-9	011	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	17	17	—	12
425 06-5	011	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1	1	—	—
425 41-3	011	Vergütung der auszubildenden Kräfte	—	—	—	—	—
426 01-0	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	377
426 06-1	011	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 31-2	011	Leistungen auf Grund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 111 01**

Gebühren insbesondere für die Bestätigung ausländischer akademischer Grade sowie für Nachgraduierungen.

**Zu 119 01**

Erhöhung aufgrund der bisher bei den Bezirksregierungen veranschlagten Einnahmen.

**Zu 119 02**

Einnahmen aus dem Verkauf von Katalogen und anderen Drucksachen.

**Zu 132 11**

Vgl. Erläuterungen zu 811 11.

**Zu 281 17**

Die Beihilfeerstattungen der Landesbetriebe verteilen sich wie folgt:

Kap.	Landesbetrieb	Betrag - in EUR -
06 13	Universität Oldenburg	971.400
06 14	Universität Osnabrück	846.500
06 15	Technische Universität Braunschweig	1.578.200
06 16	Technische Universität Clausthal	501.000
06 17	Universität Hannover	2.224.800
16 18	Hochschule Vechta	229.500
06 19	Medizinische Hochschule Hannover	600.000
06 22	Hochschule für Bildende Künste Braunschweig	141.800
06 23	Hochschule für Musik und Theater Hannover	226.800
06 34	Fachhochschule Hildesheim/Holzminen/Göttingen	451.200
06 36	Fachhochschule Nordostniedersachsen	335.700
06 37	Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel	447.000
06 38	Fachhochschule Hannover	342.800
06 39	Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven	849.900
06 51	Technische Informationsbibliothek	25.000
06 60	Staatstheater Braunschweig	4.000
	Summe: (gerundet)	9.776.000

**Zu 412 04**

Der/Die Vorsitzende einer Einigungsstelle erhält gem. § 71 Abs. 7 Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz für jeden bearbeiteten Einzelfall eine Vergütung von 102,26 EUR.

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteneinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
196,38	170,49	165,35

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
10.302	9.078	9.124

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	-
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	-
- Sonstige Veränderungen	
- Auflösung Bezirksregierungen	26,71
- Auflösung Querschnittsbereiche	8,29

**Noch zu 422 01**

Summe Zugänge 35,00

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	0,50
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	-
- Sonstige Veränderungen „Fünftelungsregelung“	
- durch Auflösung Bezirksregierungen	1,10
- durch Auflösung Querschnittsbereiche	0,60
- Umsetzung in die Stiftung - Kap. 0678 -	6,91

Summe Abgänge 9,11

Bleibt Zugang 25,89

Im Rahmen der Auflösung der Bezirksregierungen wurden von MWK 29 Stellen mit einem BV in Höhe von 26,71 VZE (entspricht einer Umsetzung von 92,1%) und einem Budget in Höhe von 1.180.000 EUR (entspricht einer Umsetzung von 96,5%) übernommen. Durch die Auflösung der Querschnittsbereiche kamen weitere 9 Stellen mit einem BV von 8,29 VZE und einem Budget von 217.000 Euro hinzu. 7,5 Stellen erhielt die Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz (BV = 6,91 VZE; Budget = 317.000 EUR). Darüber hinaus wurde für 17 Stellen die sog. „Fünftelungsregelung“ umgesetzt und das BV um 1,7 VZE und das Budget um 64.000 EUR gekürzt. Grundsätzlich sind zunächst alle Stellen von den Bezirksregierungen im Kapitel 06 01 veranschlagt, da entweder die Voraussetzungen für die weitere Verwendung der Stellen kurzfristig nicht geschaffen werden konnten bzw. über die Realisierung von kw-Vermerken erst im Laufe des weiteren Verfahrens entschieden werden kann.

**Zu 425 04**

2 (2) Auszubildende im Verwaltungsdienst.

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0601 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004		
			2004				
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
427 01-7	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	15	15	—	—
427 39-4	011	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
441 01-0	940	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	—	926	877	+49	593
441 02-8	940	Beihilfen für Angestellte	—	55	263	-208	52
441 03-6	940	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	2	23	-21	1
441 04-4	940	Beihilfen für Sonstige	—	1	6	-5	—
441 06-0	227	Pflegebeihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	—	3	12	-9	2
441 07-9	940	Beihilfen für Beamtinnen und Beamte der Landesbetriebe	—	9.776	10.202	-426	—
441 08-7	940	Beihilfen für Angestellte der Landesbetriebe	—	—	—	—	—
441 09-5	940	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter der Landesbetriebe	—	—	—	—	—
443 01-2	940	Fürsorgeleistungen	—	30	30	—	15
443 02-0	940	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	—	—	—	—
453 01-8	011	Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	5	1	+4	32
453 11-5	011	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für die Teilnahme an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	1	1	—	—
462 01-7	981	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	-197	-2.113	+1.916	—
511 01-8	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 511 01, 514 01, 517 01, 518 01, 518 02, 519 01, 525 01, 526 01, 526 02, 527 01, 527 03, 531 03, 546 03 und 547 10.</i> <i>*** Ziffer 2 der Allgemeinen Vorbemerkungen zum Einzelplan 06 ist verbindlich.</i>	—	265	218	+47	107
514 01-7	011	Haltung von Dienstfahrzeugen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	28	28	—	33
517 01-6	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	219	219	—	357
518 01-2	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	—	—	—	0
518 02-0	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	77	77	—	71
519 01-9	011	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstuecken, Gebäuden und Räumen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	67	67	—	39
525 01-9	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	58	58	—	11
526 01-5	011	Sachverständige <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	7	7	—	20
526 02-3	011	Gerichts- und ähnliche Kosten <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	10	10	—	11

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 441 07**

Vgl. Erläuterungen zu 281 17

**Zu 441 08**

Vgl. Erläuterungen zu 281 17

**Zu 441 09**

Vgl. Erläuterungen zu 281 17

**Zu 453 11**

Für die Ableistung der Unterweisungszeit aufgrund laufbahnrechtlicher Vorschriften (Laufbahnwechsel).

**Zu 462 01**

Allgemeine Einsparauflage gem. § 9 Abs. 2 Haushaltsgesetze 1995/1996 und 1997/1998. Angepasst an den realisierten Stellenabbau in den Kapiteln des Einzelplans im Haushaltsjahr 2005.

**Zu 511 01**

Veränderung aufgrund Auflösung der Globalen Minderausgabe für sächliche Verwaltungsausgaben (./ 3.000 EUR), Umsetzung von 1.600 EUR / Stelle aufgrund Auflösung der Bezirksregierungen (+ 62.000 EUR) sowie Verlagerung in das Kapitel 06 78 (./ 12.000 EUR).

**Zu 514 01**

**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1.1.2003	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Pkw	4	4	4

**Zu 525 01**

Seit 2004 besteht eine Kostenpflicht für Fortbildungsveranstaltungen des Studieninstituts des Landes Niedersachsen.

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0601 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004		
			2004				
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
527 01-1	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	65	65	—	73
527 03-8	011	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenanlagen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	13	13	—	9
529 10-3	011	Zur Verfügung der Ministerin oder des Ministers	—	5	5	—	5
531 01-9	011	Ausgaben fuer Veröffentlichungen und der Dokumentation <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 02.</i>	—	78	78	—	27
531 03-5	011	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	—	—	—	—
546 02-4	011	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	—	—	—	—
546 03-2	011	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	—	—	—	—
546 04-0	011	Ausgaben für den Kauf des Firmentickets von Verkehrsunternehmen <i>Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 10 und 124 10.</i>	—	—	—	—	—
546 30-0	960	Abwicklung offener Posten aus dem Vorjahr	—	—	—	—	—
547 10-1	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	—	—	—	0
549 01-5	989	Globale Minderausgabe für sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	-176	+176	—
681 01-0	011	Renten, Unterstuetzungen und sonstige Geldleistungen an natuerliche Personen	—	—	—	—	—
682 09-2	011	Zuführungen an Landesbetriebe für Ausgaben zum Ausgleich bei Inanspruchnahme in Schadensfällen	—	—	—	—	—
811 01-1	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
811 11-9	011	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.</i>	—	—	—	—	—
812 15-8	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
972 11-2	989	Globale Minderausgabe (Aufteilung 110,0 Mio. EUR) <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.</i>	—	-12.529	-2.331	-10.198	—
972 12-0	989	Globale Minderausgabe Hochschulen (UrlG./SoZuw.)	—	—	-15.426	+15.426	—
981 06-5	990	Abführung an 1321 - 381 06	—	672	672	—	672
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 96</b>	<b>Reformdividende</b>		(—)	(—)	(—)	(—)	(108)
429 96-6	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	17
547 96-9	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	90
711 96-3	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 531 01**

Für hochschul-, kunst- und kulturpolitische Dokumentationen sowie sonstige Druckwerke zur Unterrichtung der Öffentlichkeit.

**Zu 549 01**

Die Globale Minderausgabe wurde durch titelscharfe Umsetzung der Kürzungsbeträge aufgelöst.

**Zu 811 11**

Für den Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen für Minister/-in und Staatssekretär/-in.

Personenbezogene Dienstkraftfahrzeuge dürfen schon dann durch neue Fahrzeuge ersetzt werden, wenn in Höhe der jeweils zu erwartenden Verwertungserlöse der bisherigen Fahrzeuge mindestens gleichwertige Ersatzbeschaffungen vorgenommen werden können.

**Zu 972 11**

Zum Ausgleich des Haushalts. Der Beitrag zum Haushaltsausgleich kann auch durch Mehreinnahmen erbracht werden, soweit diesen keine entsprechenden Mehrausgaben gegenüber stehen.

**Zu 981 06**

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0601 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004	2004	2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
812 96-4	960	Sonstige Ausgaben für Investitionen	—	—	—	—	—
<b>TGr.</b>		<b>Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik</b>	(—)	(328)	(328)	(—)	(311)
427 99-8	011	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
511 98-0	011	Kosten für die Beschaffung und Unterhaltung der Hard- und Softwarekomponenten	—	—	—	—	—
514 98-0	011	Betriebskosten und Verbrauchsmittel	—	26	26	—	41
518 98-5	011	Anmietung von Software	—	—	—	—	—
518 99-3	011	Anmietung von Hardware	—	—	—	—	—
525 98-1	011	Kosten für die Aus- und Fortbildung (IZN)	—	—	—	—	—
525 99-0	011	Kosten für die Aus- und Fortbildung (Anderere)	—	—	—	—	—
538 98-6	011	Kosten für die Dienstleistungen des IZN	—	277	277	—	270
538 99-4	011	Kosten für die Dienstleistungen Anderer	—	—	—	—	—
547 99-3	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
812 99-9	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	25	25	—	—
		<b>Abschluss Kapitel 0601</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		54	31	+23	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		9.776	10.202	-426	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		9.830	10.233	-403	
		4 Personalausgaben	—	21.105	18.745	+2.360	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	1.195	972	+223	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	25	25	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	-11.857	-17.085	+5.228	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	10.468	2.657	+7.811	
		<b>Zuschuss</b>		638		+8.214	
		<b>Überschuss</b>			7.576		

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Titelgruppe 98/99**

Hier sind die Ausgaben für die Beschaffung und Unterhaltung von Datenverarbeitungsverfahren und Datenverarbeitungsanlagen sowie für die damit verbundenen Einrichtungen zusammengefasst.

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0602 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
			2005				
			2004				
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
<b>EINNAHMEN</b>							
119 41-3	139	Rückzahlung von Überzahlungen		8	8	—	49
119 42-1	187	Rückflüsse aus nicht in Anspruch genommenen oder nicht zweckentsprechend verwendeten Zuweisungen des Bundes <i>Vgl. K-Vermerk zu 546 10.</i>		—	—	—	—
119 81-2	162	Erstattungen durch andere Länder <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 81.</i>		—	—	—	5
119 83-9	162	Einnahmen von niedersächsischen Einrichtungen <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 83.</i>		—	—	—	69
119 84-7	162	Erstattungen durch andere Projektpartner <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 84.</i>		—	—	—	—
119 86-3	012	Erstattungen der Dienststellen für die Beschäftigung von Ersatzkräften für freigestellte Mitglieder des Hauptpersonalrates <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 86.</i>		165	165	—	—
<b>AUSGABEN</b>							
531 05-5	139	Betreiberabgabe gem. § 54 Abs. 2 S. 2 UrhG	—	183	183	—	182
546 10-9	187	Rückzahlungen an den Bund aus nicht in Anspruch genommenen oder nicht zweckentsprechend verwendeten Bundeszuweisungen <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 42.</i>	—	—	—	—	—
547 10-5	139	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	46	51	-5	37
632 01-3	139	Erstattung von Verwaltungsausgaben an die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen <i>Übertragbar.</i>	—	712	880	-168	745
632 02-1	186	Erstattung an die Freie und Hansestadt Hamburg für die lfd. Unterhaltung der Norddeutschen Blindenhörbücherei	—	193	193	—	187
636 01-9	131	Unfallversicherung für Studierende	—	2.333	2.270	+63	—
682 10-0	139	Zuführungen an Landesbetriebe für die Kosten der Landeshochschulkonferenz <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.</i>	—	93	—	+93	—
682 11-8	139	Zuführungen an Landesbetriebe für die Kosten der Geschäftsstelle der Landeskonferenz der niedersächsischen Hochschulfrauenbeauftragten (LNHF) <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.</i>	—	17	—	+17	—
685 02-8	024	Zuschuss an den internationalen Arbeitskreis Sonnenberg -Laufende Zuschüsse-	—	—	—	—	318
685 22-2	162	Zuschuss für Bibliothekstantieme	—	1.144	1.144	—	1.126
685 24-9	139	Zuschuss des Landes Niedersachsen zu der Finanzierung der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates	—	219	224	-5	205
685 25-7	139	Zuschuss des Landes Niedersachsen zur Hochschulrektorenkonferenz <i>Übertragbar.</i>	—	162	200	-38	158
685 26-5	013	Zuschuss zu den Kosten einer Informationsschrift für Abiturienten und Absolventen von Fachoberschulen	—	16	16	—	15

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 119 81**

Vereinnahmt wird hier der Anteil des Landes Sachsen-Anhalt an den Herstellungskosten des Mitteilungsblattes der Arbeitsgemeinschaft der Bibliotheken in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt sowohl für wissenschaftliche als auch für öffentliche Bibliotheken.

**Zu 119 83**

Betriebseinnahmen von den nicht vom Land Niedersachsen finanzierten Einrichtungen.

**Zu 119 84**

Beiträge Dritter im Rahmen von Projekten der Europäischen Bibliothekszusammenarbeit.

**Zu 119 86**

Anteilige Erstattungen der Dienststellen des Ressorts für die Finanzierung von Ersatzkraftstellen für freigestellte Mitglieder des Hauptpersonalrates beim MWK.

**Zu 531 05**

Pauschale Abgeltung für die in den Hochschulen, wissenschaftlichen und kommunalen öffentlichen Bibliotheken von den Bibliotheksträgern aufgestellten Kopiergeräte.

**Zu 547 10**

Pauschale Vergütung für die Nutzung von Urheberrechten an Musikwerken in Lehrveranstaltungen in Hochschulen.

**Zu 632 01**

Die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) ist am 1. 5. 1973 als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Dortmund und zugleich als Einrichtung des Landes Nordrhein-Westfalen staatsvertraglich errichtet worden. Die ZVS vergibt Studienplätze für Studienanfänger in bestimmten Studiengängen und Fächerkombinationen.

Gemäß Artikel 17 Abs. 2 des Staatsvertrages vom 12. März 1992 (Nds. GVBl. S. 87) erstatten die Länder dem Sitzland anteilig den rechnermäßigen Finanzbedarf für die Studienplatzvergabe durch die ZVS. Darüber hinaus erstatten die Länder gemäß Artikel 17 Abs. 3 Staatsvertrag anteilig die in die Haushaltsrechnung der Zentralstelle nicht eingehenden besonderen Kosten des Sitzlandes.

**Zu 632 02**

Die durch den Verein „Norddeutsche Blindenhörbücherei“ gegründete Blindenhörbücherei in Hamburg steht auch für Blinde der Länder Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein zur Verfügung, wenn diese Länder zu einer Kostenbeteiligung bereit sind. Als Sitzland übernimmt die Freie und Hansestadt Hamburg vorweg 30 v. H. der Gesamtaufwendungen. Die hiernach verbleibenden Kosten werden auf die vier beteiligten Länder nach dem Königsteiner Schlüssel aufgeteilt, die der Freien und Hansestadt Hamburg als federführende Kulturbehörde zu erstatten sind.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Norddeutschen Blindenhörbücherei, Hamburg

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
<b>Ausgaben</b>	655	664	873
<b>Einnahmen</b>	190	187	459
<b>Fehlbetrag</b>	465	477	414

**Noch zu 632 02**

	2005 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	–
b) das Land mit	193
c) den Bund mit	–
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand	272
e) Private	–
Zusammen	465

**Zu 636 01**

Veranschlagt sind die vom Land Niedersachsen an die Landesunfallkasse (LUK) zu zahlenden Beiträge für die gesetzliche Unfallversicherung der Studierenden. Mehr infolge eines gestiegenen Leistungsaufwandes für diese Personengruppe durch die LUK.

**Zu 682 10**

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Beschäftigung einer Mitarbeiterin/eines Mitarbeiters nach Verg.Gr. II a BAT und einer ständig nicht vollbeschäftigten Kraft nach Verg.Gr. VII BAT, deren durchschnittliche Arbeitszeit die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt, sowie Verfügungsmittel für den Vorsitzenden der Landeshochschulkonferenz, die Ausgaben für Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Post- und Fernspreckgebühren und Reisekosten.

**Zu 682 11**

Für die Geschäftsstelle der Landeskonferenz Niedersächsischer Hochschulfrauenbeauftragter (LNHF) sind Mittel in Höhe von 17.000 EUR für eine ständig nicht vollbeschäftigte Kraft veranschlagt, deren durchschnittliche Arbeitszeit die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Die Ausgaben dürfen nur für die Vergütung einer Beschäftigten/eines Beschäftigten in einem befristeten Arbeitsverhältnis geleistet werden.

**Zu 685 02**

Weniger infolge Umsetzung der Einsparauflage.

**Zu 685 22**

Das Gesetz zur Änderung des Urheberrechts vom 10. 11. 1972 (BGBl. I S. 2081) sieht mit Wirkung vom 1. 1. 1973 einen Vergütungsanspruch der Urheber (sog. Bibliothekstantieme) gegen die einzelnen Bibliotheken vor. Der Vergütungsanspruch kann nur durch eine Verwertungsgesellschaft geltend gemacht werden.

Die Bibliothekstantieme soll aus kulturpolitischen Gründen nicht auf den Benutzer abgewälzt werden und auch zu keiner Kürzung des Buchanschaffungssetats der Bibliotheken führen. Sie soll deshalb durch zusätzliche Mittel der Träger der öffentlichen Bibliotheken aufgebracht werden.

Bund, Länder und Gemeinden haben sich in Verhandlungen mit den bestehenden Verwertungsgesellschaften auf eine pauschale Abgeltung des Vergütungsanspruchs pro Jahr geeinigt. Der auf die Gemeinden und die freien Träger entfallende Anteil wird von Bund und Ländern übernommen. Unter Einbeziehung dieses Anteils tragen die Länder 90 v. H. und der Bund 10 v. H.

Veranschlagt ist der zu erwartende niedersächsische Landesanteil für das Haushaltsjahr 2004.

**Zu 685 24**

Anteil, der aufgrund Artikel 9 des Verwaltungsabkommens vom 5. 9. 1957 i. d. F. vom 28. 2. 1991 zwischen Bund und Ländern über die Errichtung eines Wissenschaftsrats im Haushaltsjahr 1994 voraussichtlich auf das Land Niedersachsen entfällt.



**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu 685 24**

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben  
des Wissenschaftsrates

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
<b>Ausgaben</b>	4.843	4.344	4.409
<b>Einnahmen</b>	6	6	307
<b>Fehlbetrag</b>	4.837	4.338	4.102

	2005 Tsd.EUR
--	-----------------

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	–
b) das Land mit	219
c) den Bund mit	2.418
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand	2.200
e) Private	–
Zusammen	4.837

**Zu 685 25**

**Haushalt der Stiftung zur Förderung der Hochschulrektorenkonferenz**

Der Zuschussbedarf der Stiftung zur Förderung der Hochschulrektorenkonferenz wird gem. Art. 1 und 2 der Verwaltungsvereinbarung vom 4. 12. 1992 von Bund und Ländern im Verhältnis 50 : 50 aufgebracht, soweit nicht der Bund oder die Länder einzelne Aufgabenbereiche allein finanzieren. Der auf die Länder entfallende Anteil am Zuwendungsbetrag wird zu zwei Dritteln nach dem Verhältnis der Steuereinnahmen und zu einem Drittel nach dem der Bevölkerungszahlen der Länder aufgebracht.

Übersicht über den (vorläufigen) Haushaltsplan  
(Einzelpläne I und III) der Stiftung  
zur Förderung der Hochschulrektorenkonferenz

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
<b>Ausgaben</b>	2.204	2.081	2.086
<b>Einnahmen</b>	52	65	54
<b>Fehlbetrag</b>	2.152	2.016	2.032

	2005 Tsd.EUR
--	-----------------

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	–
b) das Land mit	162
c) den Bund mit	304
d) übrige Bundesländer	1.686
e) Private	–
Zusammen	2.152

**Zu 685 26**

Die Informationsschrift für Abiturienten und Absolventen der Fachoberschulen wird von der BLK und der Bundesanstalt für Arbeit herausgegeben. Die Kosten werden je zu einem Drittel von Bund, Ländern und der BAfA getragen. Veranschlagt ist der voraussichtliche Anteil Niedersachsens für das Haushaltsjahr 2005.



**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 685 27**

Der Büchereiverband Lüneburg-Stade e. V. (Büchereizentrale Lüneburg) unterhält ein das Land Niedersachsen umfassendes Beratungs- und Dienstleistungssystem für die öffentlichen Bibliotheken.

Die Vereinbarung zwischen dem Land Niedersachsen und dem Büchereiverband Lüneburg-Stade e. V. vom 30. 11. 1992/14. 12. 1992, geändert durch Vereinbarung vom 10./17.08.1998, sieht eine Festbetragsfinanzierung als jährlichen Zuschuss vor, der zur teilweisen Finanzierung der jährlich anstehenden Personal- und Sachkosten bestimmt ist.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Büchereiverbandes Lüneburg-Stade e. V.

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
<b>Ausgaben</b>	1.429	1.451	1.548
<b>Einnahmen</b>	445	482	526
<b>Fehlbetrag</b>	984	969	1.022
			2005 Tsd. EUR

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
b) das Land mit	824
c) den Bund mit	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand	160
e) Private	—
Zusammen	984

**Zu 685 28**

Dem Deutsche Bibliotheksinstsitut (DBI) waren bis 1999 unerläßliche Aufgaben zur Bündelung von Entwicklungskapazitäten der überregionalen Literatur- und Informationsversorgung übertragen. Als Nachfolgeeinrichtung war die Errichtung eines vom Bund und den Ländern finanzierten „Innovationszentrums für Bibliotheken (IZB)“ unter dem Dach der Stiftung Preussischer Kulturbesitz ab dem Jahr 2002 angestrebt worden, Hierfür waren in den Haushaltsjahren 2002/2003 Mittel bei Kap. 0675 Titel 685 21 veranschlagt. Dieses Konzept wurde nicht weiterverfolgt. Die KMK hat eine Arbeitsgruppe beauftragt, ein neues Konzept für ein „Kompetenznetzwerk für Bibliotheken (KNB)“ zu entwickeln, das sich zunächst nur mit kurzfristigen Aufgaben (deutsche Bibliothekstatistik, internationale Kooperationen, Normenausschuss, Bibliotheks- und Dokumentationswesen, Koordinierung des KNB) beschäftigen soll. Die Finanzierung dieser Aufgaben erfolgt anteilig durch die Länder. Der niedersächsische Anteil ist hier veranschlagt.

**Zu Titelgruppe 63**

Die Niedersächsische Landesregierung hat mit Beschluss vom 25. 3. 1997 der Errichtung einer Wissenschaftlichen Kommission des Landes Niedersachsen zugestimmt. Die Wissenschaftliche Kommission wird auf Dauer eingesetzt und soll die Landesregierung und die wissenschaftlichen Institutionen kontinuierlich im Wege gutachterlicher Stellungnahmen bei der Wahrnehmung folgender Aufgaben beraten:

- Fortentwicklung der Struktur des niedersächsischen Hochschul- und Forschungssystems
- Entwicklung und Prüfung von Forschungsschwerpunkten
- Entwicklung und Organisation von Evaluationsverfahren für die Forschung
- Schwerpunktsetzung bei der Verteilung von Personalstellen und/oder Mittel aus dem Forschungspool des Landes sowie aus Mitteln des Nieders. Vorabs der Volkswagen-Stiftung
- Umsetzung von Empfehlungen des Wissenschaftsrates in Niedersachsen.

Zur Bewältigung dieser Aufgaben bedient sich die Wissenschaftliche Kommission einer Geschäftsstelle und darüber hinaus auch des Sachverständigen von Arbeitsgruppen und ad hoc-Kommissionen.

**Zu 429 63**

1. In der Geschäftsstelle der Wissenschaftlichen Kommission werden 7 hauptamtliche Angestellte unbefristet beschäftigt und zwar davon:
  - 1 Generalsekretär -/in mit einer außertariflichen Vergütung entsprechend Bes.Gr. B 3 BBesO,
  - 1 Verg.Gr. I a BAT (Verwaltungsdienst),
  - 2 Verg.Gr. I b BAT (Verwaltungsdienst),
  - 1 Verg.Gr. II a BAT (Verwaltungsdienst),
  - 1 Verg.Gr. III BAT (Verwaltungsdienst),
  - 1 Verg.Gr. V c BAT (Verwaltungsdienst).
2. Der ehrenamtlich tätige Vorsitzende der Wissenschaftlichen Kommission erhält für die Abgeltung des über die Reisekosten hinausgehenden weiteren Aufwandes für eine eintägige Sitzung eine Aufwandsentschädigung von pauschal 307 EUR und für eine zweitägige Sitzung eine Aufwandsentschädigung von pauschal 614 EUR.
3. Die ehrenamtlich tätigen Mitglieder der Wissenschaftlichen Kommission erhalten für die Abgeltung des über die Reisekosten hinausgehenden weiteren Aufwandes für eine eintägige Sitzung eine Aufwandsentschädigung von pauschal 256 EUR und für eine zweitägige Sitzung eine Aufwandsentschädigung von pauschal 512 EUR.

**Zu Titelgruppe 80**

Die Ausgaben gliedern sich auf in

- zentrale Mittel für Restaurierungsaufträge
- verstärkte Förderung von Restaurierung/Konservierung in den wissenschaftlichen Bibliotheken.

**Zu Titelgruppe 81**

Die Ausgaben dienen zur Bestreitung von Reisekosten und der Kosten der Herstellung des Manuskriptes, der Korrektur und des Druckes eines Mitteilungsblattes der Arbeitsgemeinschaft der Bibliotheken in den Ländern Niedersachsen und Sachsen-Anhalt sowie der in diesem Zusammenhang anfallenden Schreibarbeiten.

**Zu Titelgruppe 82**

Der Bibliotheksbeirat hat die Aufgabe, das Land in allen bibliothekarischen Fragen zu beraten und zu unterstützen sowie im Auftrage des MWK Vorschläge für die Fortschreibung des Bibliotheksplans zu erarbeiten.

**Zu 526 82**

Veranschlagt sind die Ausgaben für Aufwandsentschädigungen und Reisekostenvergütungen für die Mitglieder des Beirates, die nicht Landesbedienstete sind (Rd.Erl. MWK v. 13. 3. 1979 Nds. MBl. S. 441).

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0602 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>TGr. 83</b>		<b>Betriebsausgaben der niedersächsischen Bibliotheksautomation</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 83.</i>	(-)	(899)	(1.046)	(-147)	(704)
425 83-2	162	Vergütungen der Angestellten	-	-	-	-	-
427 83-5	162	Beschäftigungsentgelte; Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	-	-	-	-	-
429 83-8	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben	-	-	-	-	-
547 83-0	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	588	735	-147	119
682 83-5	162	Zuführungen an Landesbetriebe	-	311	311	-	540
685 83-4	162	Zuschüsse für laufende Zwecke der Stiftungen	-	-	-	-	-
812 83-6	162	Erwerb von Geräten und sonstigen bewegliche Sachen	-	-	-	-	46
<b>TGr. 84</b>		<b>Europäische Bibliothekszusammenarbeit</b> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 84.</i>	(-)	(11)	(41)	(-30)	(29)
429 84-6	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben	-	-	-	-	-
547 84-9	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	11	41	-30	-
682 84-3	162	Zuführungen an Landesbetriebe	-	-	-	-	10
685 84-2	162	Sonstige Zuschüsse	-	-	-	-	20
<b>TGr. 85</b>		<b>Niedersachsenkonsortium zur Sicherung der Informationsversorgung</b>	(-)	(840)	(840)	(-)	(-)
547 85-7	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	-	-	-	-
682 85-1	162	Zuführungen an die Landesbetriebe	-	840	840	-	-
685 85-0	162	Zuschüsse für laufende Zwecke der Stiftungen	-	-	-	-	-
<b>TGr. 86</b>		<b>Beschäftigung von Ersatzkräften für freigestellte Mitglieder des Hauptpersonalrates</b> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 86.</i>	(-)	(165)	(165)	(-)	(-)
427 86-0	012	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	-	-	-	-	-
682 86-0	012	Zuführungen an die Landesbetriebe für die Beschäftigung von Ersatzkräften für freigestellte Mitglieder des Hauptpersonalrates	-	165	165	-	-
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	-		110	-110	

---

ERLÄUTERUNGEN

---

**Zu 547 83**

Aus dem Ansatz sind alle sächlichen Verwaltungsausgaben zu bestreiten, die für die niedersächsische Bibliotheksautomation anfallen.

**Zu 682 83**

Aus dem Ansatz sind die Aufwendungen für die niedersächsische Bibliotheksautomation zu bestreiten, die in dem Landesbetrieb „Verbundzentrale des Gemeinsamen Bibliotheksverbundes (GBV)“ entstehen.

**Zu 812 83**

Für Investitionen an niedersächsischen Bibliotheksstandorten.

**Zu Titelgruppe 84**

Die EG-Kommission fördert mit einem Aktionsprogramm die europäische Bibliothekszusammenarbeit. Dieses Programm sieht Zuschüsse der EG bei einer Eigenbeteiligung der Bibliotheken vor. Dabei geht es im wesentlichen um die Vorbereitung einer EDV-Ver-netzung europäischer Bibliotheksverbände und eine Zusammenarbeit bei der Bibliotheksautomation. Der Ansatz ist erforderlich, um den Projektanträgen der nds. Bibliotheken Erfolgchancen zu geben.

**Zu Titelgruppe 85**

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Errichtung und Unterhaltung eines nieders. Konsortiums für die Zeitschriftenversorgung der wissenschaftlichen Bibliotheken .

**Zu Titelgruppe 86**

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Beschäftigung von Ersatzkräften für gemäß § 39 Abs.3 NPersVG i.V. mit § 48 NPersVG freigestellte Mitglieder des Hauptpersonalrates beim MWK und der Hauptschwerbehindertenvertretung für den Geschäftsbereich des MWK gemäß §97 Abs. 7 i.V. m. §96 Abs. 4 SGB IX.

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0602 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 0602</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		173	173	—	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		173	173	—	
		4 Personalausgaben	—	960	894	+66	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	923	1.107	-184	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	7.082	7.257	-175	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	—	—	—	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	8.965	9.258	-293	
		<b>Zuschuss</b>		8.792	9.085	-293	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0603 Baumaßnahmen für als Landesbetriebe geführte Fachhochschulen und künstl.-wissenschaftl. Hochschulen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
		*** Die allgemeinen Erläuterungen zu Kap. 0603 sind verbindlich.					
		<b>E I N N A H M E N</b>					
121 02-0	136	Ablieferungen der Landesbetriebe für Baumaßnahmen		1.053	5.630	-4.577	—
		<b>A U S G A B E N</b>					
891 02-0	136	Zuführungen für Baumaßnahmen der Landesbetriebe	—	—	—	—	—
891 03-9	136	Zuführungen aus dem Sonderprogramm BU zur Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	—	—	—	—
891 08-0 (GA)	136	Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel; Standort Salzgitter, Ankauf eines Gebäudes für Verkehrs- und Transportwesen - RplNr.5314 005	—	—	—	—	—
891 09-8 (GA)	136	Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel, Standort Wolfsburg; Zuführung für den Erwerb eines Mensagebäudes - RplNr. 5313 007	—	—	—	—	—
916 01-5 (GA)	950	Fachhochschule Hildesheim/Holzminde/Gött.; Zuführung an den Grundstock für den Erwerb eines Grundstücks in Göttingen <i>Übertragbar.</i>	—	247	214	+33	—
		<b>Titelgruppe(n)</b>					
<b>TGr. 61</b>		<b>Fachhochschule Hannover; Ankauf des Kurt-Schwitters-Forums, Geb.1 Rpl.Nr. 5331 004</b>	(—)	(—)	(1.759)	(-1.759)	(592)
891 61-6 (GA)	136	Zuführungen für Baukosten und den Erwerb von Grundstücken	—	—	358	-358	—
893 61-9 (GA)	136	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	1.401	-1.401	592
<b>TGr. 62</b>		<b>Fachhochschule Hannover; Ankauf des Kurt-Schwitters-Forums, Geb.2 Rpl.Nr. 5331 005</b>	(—)	(—)	(1.339)	(-1.339)	(155)
891 62-4 (GA)	136	Zuführungen für Baukosten und den Erwerb von Grundstücken	—	—	1.279	-1.279	55
893 62-7 (GA)	136	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	60	-60	100
<b>TGr. 63</b>		<b>Fachhochschule Hannover; Ankauf des Kurt-Schwitters-Forums, Geb.3 Rpl.Nr. 5331 006</b>	(—)	(—)	(86)	(-86)	(91)
891 63-2 (GA)	136	Zuführungen für Baukosten und den Erwerb von Grundstücken	—	—	—	—	—
893 63-5 (GA)	136	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	86	-86	91
<b>TGr. 64</b>		<b>Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven - Standort Emden; Umbau im Altgebäudebestand - Rpl.Nr. 5302 002</b>	(—)	(934)	(650)	(+284)	(339)
891 64-0 (GA)	136	Zuführungen für Baukosten	—	—	—	—	38

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 0603 allgemein**

1. Die Ansätze der Kapitel 0603, 0604 und 0643 sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Zur Durchführung von Baumaßnahmen, die in den Kapiteln 0603, 0604 und 0643 veranschlagt sind, dürfen Verpflichtungen zu Lasten kommender Haushaltsjahre auch bei nicht mit Verpflichtungsermächtigungen ausgestatteten Titeln unter Inanspruchnahme der in den o.a. Kapiteln veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen eingegangen werden. Dabei darf der Gesamtbetrag von 80,984 Mio EUR nicht überschritten werden.
3. Der Aufbau und Ausbau von Hochschulen (einschließlich der Hochschulkliniken) ist eine Gemeinschaftsaufgabe des Bundes und der Länder (Art. 91 a Abs. 1 Nr. 1 GG). Die Ausführung richtet sich nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Ausbau und Neubau von Hochschulen“ (Hochschulbauförderungsgesetz – HBFG –) vom 1. 9. 1969 (BGBl. I Seite 1556) in der jeweils gültigen Fassung. Für die Erfüllung dieser Gemeinschaftsaufgabe wird entsprechend dem Zeitraum der Finanzplanung ein gemeinsamer Rahmenplan aufgestellt, der jährlich der Entwicklung angepasst und fortgeschrieben wird (§ 5 HBFG).
4. Die Ausgaben für die Hochschulen (kleine und große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten – ohne Bauunterhaltung-; Großgerätebeschaffungen) werden in den Kapiteln 0603/0604/0643 sowie im Einzelplan 20 nachgewiesen. Für den Hochschulbau sind im Haushaltsjahr 2005 insgesamt 118.014.000 EUR veranschlagt. Der Anteil des Epl. 20 (22,784 Mio EUR) ist mit den Ansätzen für allgemeine Hochbaumaßnahmen gegenseitig deckungsfähig. Die Bewirtschaftung der für den Hochschulbau veranschlagten Mittel erfolgt nach Einzelplanzuständigkeit. Die Ausgaben für Bau- und Beschaffungsmaßnahmen erhöhen sich zukünftig ggf. um von Dritten finanzierte Vorhaben sowie im laufenden Betrieb der Hochschulen eingesparte Mittel.
5. Grundstückskosten für große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Landes, die aus dem Allgemeinen Grundstock vorfinanziert werden, sind diesem nach entsprechender Veranschlagung zu erstatten.
6. Die Ausgabeansätze erhöhen oder vermindern sich um die für einzelne Maßnahmen bestimmten Mehr- oder Mindereinnahmen bei 0603 – 121 02, 0604 – 121 05, 121 06, 331 01, 0643 – 129 02, 129 03, 129 04.

**Zu 121 02**

Veranschlagt sind Ablieferungen  
 der MHH von 0,53 Mio EUR,  
 der TU Clausthal von 0,523 Mio EUR.

**Zu 891 02**

Zur Durchführung von eigenfinanzierten Baumaßnahmen.

**Zu 891 08**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.  
 Die vorläufigen noch zu veranschlagenden Gesamtkosten belaufen sich auf 10,226 Mio. EUR.

**Zu 891 09**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.  
 Die vorläufigen noch zu veranschlagenden Gesamtkosten belaufen sich auf 3,634 Mio. EUR.

**Zu 916 01**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 0,461 Mio EUR.

**Finanzierung:**

Bis einschl. Haushalt 2004 214.000 EUR  
 Haushalt 2005 247.000 EUR

**Zu Titelgruppe 61**

Leertitel zur Abwicklung des Vorhabens.

**Zu Titelgruppe 62**

Leertitel zur Abwicklung des Vorhabens.

**Zu Titelgruppe 63**

Leertitel zur Abwicklung des Vorhabens.

**Zu Titelgruppe 64**

<b>Gesamtkosten</b>	<b>3.115.000 EUR</b>
Baukosten	1.760.000 EUR
Ersteinrichtung	1.355.000 EUR
<b>Finanzierung:</b>	
bis einschließlich Haushalt 2004	2.181.000 EUR
Haushalt 2005	934.000 EUR

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0603 Baumaßnahmen für als Landesbetriebe geführte Fachhochschulen und künstl.-wissenschaftl. Hochschulen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
893 64-3 (GA)	136	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	934	650	+284	301
<b>TGr. 65</b>		<b>Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven - Standort Wilhelmshaven; Neubau eines Hallen- u. Laborber. -Rpl.Nr.5303 005</b>	(—)	(1.164)	(3.600)	(-2.436)	(4.250)
891 65-9 (GA)	136	Zuführungen für Baukosten	—	1.164	3.600	-2.436	4.250
893 65-1 (GA)	136	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 69</b>		<b>Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel; Umbau der Northhampton Barracks - Rpl.Nr. 5311 188</b>	(—)	(82)	(1.000)	(-918)	(1.816)
891 69-1 (GA)	136	Zuführungen für Baukosten	—	82	500	-418	1.639
893 69-4 (GA)	136	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	500	-500	177
916 69-4 (GA)	950	Zuführungen an den Grundstock	—	—	—	—	—
<b>TGr. 71</b>		<b>FHS Braunschweig/Wolfenbüttel; Zuführung für den Erwerb eines Gebäudes für Gesundheitswesen und Wirtschaftswissenschaften in Wolfsburg - Rpl.Nr. 5313 006</b>	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
891 71-3 (GA)	136	Zuführungen für den Erwerb	—	—	—	—	—
<b>TGr. 72</b>		<b>Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel; Neubau (2. Halle) für den FB Prod.- und Verfahrenstechn. in Wolfsburg - Rpl.Nr. 5313 008</b>	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
891 72-1 (GA)	136	Zuführungen für Baukosten	—	—	—	—	—
893 72-4 (GA)	136	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 73</b>		<b>Fachhochschule Hildesheim/Holzminde/Gött.Standort Göttingen; Neubau für Präzisionsfertigungstechnik - Rpl.Nr. 5382 007</b>	(—)	(1.000)	(1.382)	(-382)	(—)
891 73-0 (GA)	136	Zuführungen für Baukosten	—	37	1.382	-1.345	—
893 73-2 (GA)	136	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	963	—	+963	—
<b>TGr. 74</b>		<b>Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel; Zuführung für den Erwerb des Ordnungsamtes für Bibliothekszwecke in Wolfsburg - Rpl.Nr. 5313 009</b>	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
891 74-8 (GA)	136	Zuführungen für den Erwerb	—	—	—	—	—
<b>TGr. 77</b>		<b>FHS Braunschweig/Wolfenbüttel; Zuführung für den Erwerb eines Gebäudes für Produktions- und Verfahrenstechnik in Wolfsburg - Rpl.Nr. 5313 010</b>	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
891 77-2 (GA)	136	Zuführungen für den Erwerb	—	—	—	—	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Titelgruppe 65**

<b>Gesamtkosten</b>	<b>12 773.000 EUR</b>
Baukosten	12.121.000 EUR
Ersteinrichtung	652.000 EUR
<b>Finanzierung:</b>	
bis einschließlich Haushalt 2004	11.609.000 EUR
Haushalt 2005	1.164.000 EUR

**Zu Titelgruppe 69**

<b>Gesamtkosten</b>	<b>8.367 000 EUR</b>
Baukosten	6.700 000 EUR
Ersteinrichtung	1 483 000 EUR
Gründerwerbskosten	184 000 EUR
<b>Finanzierung:</b>	
bis einschließlich Haushalt 2004	8.285.000 EUR
Haushalt 2005	82.000 EUR

**Zu Titelgruppe 71**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die vorläufigen noch zu veranschlagenden Gesamtkosten belaufen sich auf 12,482 Mio EUR.

**Zu Titelgruppe 72**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die vorläufigen noch zu veranschlagenden Gesamtkosten belaufen sich auf 2,045 Mio EUR.

**Zu Titelgruppe 73**

<b>Gesamtkosten</b>	<b>6 942.000 EUR</b>
Baukosten	4 020.000 EUR
Ersteinrichtung	2 922 000 EUR
<b>Finanzierung:</b>	
bis einschließlich Haushalt 2004	5.080.000 EUR
Haushalt 2005	1 000 000 EUR
Noch zu veranschlagen	862 000 EUR

**Zu Titelgruppe 74**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die vorläufigen noch zu veranschlagenden Gesamtkosten belaufen sich auf 3,579 Mio EUR.

**Zu Titelgruppe 77**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die vorläufigen noch zu veranschlagenden Gesamtkosten belaufen sich auf 7,056 Mio EUR.

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0603 Baumaßnahmen für als Landesbetriebe geführte Fachhochschulen und künstl.-wissenschaftl. Hochschulen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>TGr. 78</b>		<b>Fachhochschule Braun- schweig/Wolfenbüttel; Neubau einer Mehr- zweckhalle in Salzgitter - Rpl.Nr. 5314 004</b>	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)
891 78-0 (GA)	136	Zuführungen für Baukosten	-	-	-	-	-
893 78-3 (GA)	136	Zuführungen für Ersteinrichtungen	-	-	-	-	-
<b>TGr. 81</b>		<b>Hochschule für Bildende Künste Braun- schweig; Erweiterung der Bibliothek - Rpl.Nr. 2830 001</b>	(-)	(113)	(161)	(-48)	(-)
891 81-0 (GA)	136	Zuführungen für den Erwerb von Gebäuden und für Baukosten	-	-	128	-128	-
893 81-3 (GA)	136	Zuführungen für Ersteinrichtungen	-	113	33	+80	-
<b>TGr. 82</b>		<b>Fachhochschule Olden- burg/Ostfriesland/Wilhelmshaven; Standort Oldenburg, Erwerb und Umbau BBS - Rpl.Nr.5301 001</b>	(3.686) (-)	(500)	(-)	(+500)	(102)
891 82-9 (GA)	136	Zuführungen für Baukosten	3.686 -	500	-	+500	102
893 82-1 (GA)	136	Zuführungen für Ersteinrichtungen	-	-	-	-	-
916 82-1 (GA)	950	Abführung an Grundstock	-	-	-	-	-
<b>TGr. 86</b>		<b>Fachhochschule Olden- burg/Ostfriesland/Wilhelmshaven; Standort Emden - Errichtung eines Zentrums für Ge- sundheitswiss. im FB Sozialwesen - RplNr. 5302 007</b>	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)
891 86-1 (GA)	136	Zuführungen für Baukosten	-	-	-	-	-
893 86-4 (GA)	136	Zuführungen für Ersteinrichtungen	-	-	-	-	-
<b>TGr. 87</b>		<b>FH Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven; Standort Wilhelmsh. - Herrichtung von frei- geword. Flächen zu pers. Arbeiträumen und Laboren - RplNr. 5303 006</b>	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)
891 87-0 (GA)	136	Zuführungen für Baukosten	-	-	-	-	-
893 87-2 (GA)	136	Zuführungen für Ersteinrichtungen	-	-	-	-	-
		<b>Abschluss Kapitel 0603</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		1.053	5.630	-4.577	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		1.053	5.630	-4.577	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	-	-	-	-	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	3.686	3.793	9.977	-6.184	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	-	247	214	+33	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	3.686	4.040	10.191	-6.151	
		<b>Zuschuss</b>	-	2.987	4.561	-1.574	

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Titelgruppe 78**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die vorläufigen noch zu veranschlagenden Gesamtkosten belaufen sich auf 6 Mio EUR.

**Zu Titelgruppe 81**

<b>Gesamtkosten</b>	<b>4.776.000 EUR</b>
Baukosten	4.541.000 EUR
Ersteinrichtung	235.000 EUR
<b>Finanzierung:</b>	
Bis einschl. Haushalt 2004	4.663.000 EUR
Haushalt 2005	113.000 EUR

**Zu Titelgruppe 82**

<b>Gesamtkosten</b>	<b>5.613.000 EUR</b>
Baukosten	3.738.000 EUR
Ersteinrichtung	550.000 EUR
Gründerwerbskosten	1.325.000 EUR
<b>Finanzierung</b>	
bis einschl. Haushalt 2004	1.427.000 EUR
Haushalt 2005	500.000 EUR
noch zu veranschlagen	3.686.000 EUR

**Zu 891 82**

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	–	–	–
2006	–	–	1.500	1.500
2007	–	–	1.500	1.500
2008	–	–	686	686
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	–	3.686	3.686

**Zu Titelgruppe 86**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die vorläufigen noch zu veranschlagenden Gesamtkosten belaufen sich auf 3,734 Mio EUR.

**Zu Titelgruppe 87**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die vorläufigen noch zu veranschlagenden Gesamtkosten belaufen sich auf 3,567 Mio EUR.

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0604 Baumaßn./Beschaffungen nach dem HBFG für als Landesbetriebe geführte Univers./wissensch. Hochsch.**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
		*** Die allgemeinen Erläuterungen zu Kap. 0604 sind verbindlich.					
		<b>E I N N A H M E N</b>					
121 05-9	131	Ablieferungen der Landesbetriebe für den Landesanteil bei der Beschaffung von Großgeräten		278	417	-139	—
121 06-7	131	Ablieferungen der Landesbetriebe im Rahmen der Schlussabrechnung für Großgeräte		—	—	—	—
331 11-8 (GA)	131	Zuweisungen des Bundes gem. § 12 HBFG		67.779	80.556	-12.777	64.038
333 11-0	132	Zuweisungen für Investitionen von Gemeinden		—	—	—	—
342 11-0	131	Sonstige Zuschüsse für Investitionen aus dem Inland		—	—	—	359
		<b>A U S G A B E N</b>					
547 10-2 (GA)	131	Vergütung Außenstehender für Grundsatzplanungen als Voraussetzung für die Veranschlagung von Hochschulbaumaßnahmen	—	—	—	—	—
883 03-0 (GA)	131	Zuweisungen für Investitionen der Stadt Hannover - Rpl.Nr. 1739 018	—	—	—	—	—
891 01-6 (GA)	131	Vorarbeitskosten für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten der Hochschulen	—	1.000	1.000	—	—
891 02-4	131	Zuführungen für Baumaßnahmen der Landesbetriebe	—	—	—	—	617
891 09-1 (GA)	131	TU Braunschweig; Zuführung für den Rückkauf des Magnetbahngeländes	—	—	—	—	—
891 11-3 (GA)	131	Universität Osnabrück; Zuführungen für den Erwerb eines Hörsaal- und Verfügungsgebäudes - Rpl.Nr. 0530 006	—	2.352	2.352	—	2.352
891 12-1 (GA)	131	Universität Hannover; Zuführungen für die Herrichtung des Rechnerraumes (Hochleistungsrechner) - Rpl. Nr. 1450 025	—	—	1.370	-1.370	1.187
891 13-0 (GA)	131	Universität Hannover; Zuführungen für die Herrichtung einer Halle als Rechnerraum -RplNr. 1450032	1.500 —	300	—	+300	—
891 36-9 (GA)	131	Zuführungen an die Landesbetriebe für Großgerätebeschaffungen nach dem HBFG	22.684 12.526	18.787	21.015	-2.228	15.397
891 38-5 (GA)	131	Bauliche Netzmaßnahmen für Landesbetriebe	—	3.000	3.000	—	—
		<b>Titelgruppe(n)</b>					
<b>TGr. 61</b>		<b>Medizinische Hochschule Hannover, Fortschreibung der EDV-Gesamtkonzeption - Rpl.Nr. 1739 045 -</b>	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
891 61-0 (GA)	132	Zuführung für Baukosten	—	—	—	—	—
893 61-2 (GA)	132	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 62</b>		<b>Universität Hannover; Herrichtung von Gebäuden im Bereich Schlosswender Str. für Berufspädagogik - RplNr. 1450 029</b>	(5.116) (—)	(600)	(—)	(+600)	(—)
891 62-8 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	5.116 —	600	—	+600	—

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Kapitel 0604 allgemein**

1. Die Ansätze der Kapitel 06 03 , 06 04 und 06 43 sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Die sonstigen Erläuterungen zu Kap. 06 03 allgemein gelten für das Kap. 06 04 entsprechend.

**Zu 121 05**

Ablieferung für ein Großgerät der MHH.

**Zu 331 11**

Erstattungen des Bundes gem. § 12 HBFG für die für den Hochschulbau veranschlagten Baumaßnahmen der Kap. 06 03, 06 04, 06 43 sowie des Epl. 20 und der bei Kap. 0604 Titel 891 36 veranschlagten Großgeräte.

**Zu 891 01**

Für die Aufstellung der Unterlagen nach § 24 LHO.

**Zu 891 02**

Zur Durchführung von eigenfinanzierten Baumaßnahmen.

**Zu 891 11**

Vorhaben mit privater Vorfinanzierung.  
Letzte Kaufrate 2006.

<b>Gesamtkosten</b>	<b>11 838 000 EUR</b>
davon Qualitätssicherung	78.000 EUR
<b>Finanzierung:</b>	
Bis einschl. Haushalt 2004	7.134.000 EUR
Haushalt 2005	2.352.000 EUR
Noch zu veranschlagen	2.352.000 EUR

**Zu 891 12**

Leertitel zur Abwicklung des Vorhabens

**Zu 891 13**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.  
Die vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 1,8 Mio EUR.

**Finanzierung:**

Haushalt 2005	300.000 EUR
Noch zu veranschlagen	1.500.000 EUR
Belastung (2005)	

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	-	-	-	-
2006	-	-	1.500	1.500
2007	-	-	-	-
2008	-	-	-	-
2009 ff.	-	-	-	-
Summe	-	-	1.500	1.500

**Zu Titel 891 36 und 0643 Titel 894 06**

Nicht verbindliche Erläuterungen:

Ansätze und VE 2005:

- |  |                |
|--|----------------|
| 1. Barmittel   | 4.323.000 EUR  |
| 2. Ablösung einer Verpflichtungsermächtigung aus dem Haushaltsjahr 2004 zu Lasten des Haushaltsjahres 2005 | 12.526.000 EUR |
| 3. Aus Drittmitteln finanzierte Großgeräte   | 2.495.000 EUR  |
| 4. Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsjahr 2005 zu Lasten des Haushaltsjahres 2006                     | 12.526.000 EUR |
| 5. Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsjahr 2005 zu Lasten des Haushalts-                               |                |

**Noch zu Titel 891 36 und 0643 Titel 894 06**

jahres 2007	3.386.100 EUR
6. Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsjahr 2005 zu Lasten des Haushaltsjahres 2008	3.386.100 EUR
7. Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsjahr 2005 zu Lasten des Haushaltsjahres 2009	<u>3.386.100 EUR</u>
Zusammen	42.028.300 EUR

davon

1. Großgeräte	21.371.900 EUR
2. Wiss. EDV-Großgeräte	<u>20.656.400 EUR</u>
Zusammen	42.028.300 EUR

Zusammenstellung der Großgeräte nach Hochschulen und Großgeräten über 1 Mio EUR:

Universität Göttingen (ohne Medizin)	3.610.000 EUR
10-04-01 LBS 4 – Systemumgebung; Nds. Staats- und Universitätsbibliothek	1.426.000 EUR
Universität Göttingen – Bereich Humanmedizin	4.788.100 EUR
12-05-01 2-Ebenen-Angiographie-Anlage, Abt. Neuroradiologie	1.600.000 EUR
12-05-02 Magnetresonanztomograf zur Untersuchung von Kleintieren, Forschungsgruppe MR	1.938.000 EUR
Universität Oldenburg	1.115.000 EUR
Universität Osnabrück	872.600 EUR
Technische Universität Braunschweig	3.353.000 EUR
15-05-02 NMR-Spektrometer Avance 600 MHz Anorg. u. Analyt. Chemie	1.153.000 EUR
Technische Universität Clausthal	1.200.900 EUR
Universität Hannover	17.386.200 EUR
17-06-G032-ZR-01 Nachfolge-Landeshochleistungsrechner (Gesamtkosten)	13.544.400 EUR
Aufteilung: 2005 = 500.000 EUR, 2006 = 2.886.100 EUR; 2007 – 2009 je 3.386.100 EUR)	
Medizinische Hochschule Hannover	5.665.000 EUR
19-02-03 Digitales Bildkommunikations- und Archivierungssystem (PACS); Diagnostische Radiologie I	3.486.000 EUR
Tierärztliche Hochschule Hannover	242.000 EUR
Hochschule für Bildende Künste Braunschweig	135.000 EUR
Universität Hildesheim	135.000 EUR
Universität Lüneburg	399.000 EUR
Fachhochschule Osnabrück	287.000 EUR
FHS Hildesheim/Holzwinden/Göttingen	442.800 EUR
Fachhochschule Nordostniedersachsen	536.300 EUR
Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel	567.000 EUR
Fachhochschule Hannover	425.000 EUR
FHS Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven	567.000 EUR
Preissteigerungen und Unvorhersehbares	<u>301.400 EUR</u>
Zusammen	42.028.300 EUR



ERLÄUTERUNGEN

**Noch zu Titel 891 36 und 0643 Titel 894 06**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	12.526	–	12.526
2006	–	–	12.526	12.526
2007	–	–	3.386	3.386
2008	–	–	3.386	3.386
2009 ff.	–	–	3.386	3.386
Summe	–	12.526	22.684	35.210

**Zu 891 62**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	–	–	–
2006	–	–	1.300	1.300
2007	–	–	1.300	1.300
2008	–	–	1.300	1.300
2009 ff.	–	–	1.216	1.216
Summe	–	–	5.116	5.116

**Zu 891 38**

Für die bauliche Umsetzung der wissenschaftlichen Netzprogramme.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	2.627	–	2.627
2006	–	2.627	–	2.627
2007	–	2.628	–	2.628
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	7.882	–	7.882

**Zu Titelgruppe 61**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die vorläufigen Gesamtkosten noch zu veranschlagenden belaufen sich auf 7,5 Mio EUR.

**Zu Titelgruppe 62**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 5,716 Mio EUR.

**Finanzierung:**

Haushalt 2005 600.000 EUR  
 Noch zu veranschlagen 5.116.000 EUR

**Einzelplan 06** Ministerium für Wissenschaft und Kultur  
**Kapitel 0604** Baumaßn./Beschaffungen nach dem HBFG für als Landesbetriebe geführte Univers./wissensch. Hochsch.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung 2005 2004	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
893 62-0 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	-	-	-	-	-
<b>TGr. 63</b>		<b>Universität Hannover; Nachnutzung Gebäude 3403 für Bauingenieurwesen (PZH)</b>	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)
891 63-6 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	-	-	-	-	-
893 63-9 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	-	-	-	-	-
<b>TGr. 64</b>		<b>Universität Hannover; Nachnutzung von Flächen der Chemie für Mineralogie</b>	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)
891 64-4 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	-	-	-	-	-
893 64-7 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	-	-	-	-	-
<b>TGr. 65</b>		<b>Technische Universität Clausthal; Netz- und Gebäudeleittechnik - Rpl.Nr. 1440 008</b>	(3.000) (-)	(400)	(-)	(+400)	(-)
891 65-2 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	3.000 -	400	-	+400	-
893 65-5 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	-	-	-	-	-
<b>TGr. 66</b>		<b>Universität Oldenburg; Neubau eines Hörsaalzentrums - Rpl.Nr. 0520 002 -</b>	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)
891 66-0 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	-	-	-	-	-
893 66-3 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	-	-	-	-	-
<b>TGr. 67</b>		<b>Universität Oldenburg; Neubau für Wirtschaftswissenschaften, Informatik und Zentrale Einrichtungen - Rpl.Nr. 0520 005 -</b>	(-)	(-)	(-)	(-)	(116)
891 67-9 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten und den Erwerb von Grundstücken	-	-	-	-	116
893 67-1 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	-	-	-	-	-
<b>TGr. 68</b>		<b>Technische Universität Clausthal; Nachnutzung IfE durch Anorganische Chemie - Rpl.Nr. 1440 006</b>	(4.543) (-)	(500)	(-)	(+500)	(-)
891 68-7 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	4.543 -	500	-	+500	-
893 68-0 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	-	-	-	-	-
<b>TGr. 69</b>		<b>Universität Oldenburg; Neubau eines Verwaltungsgebäudes - Rpl.Nr. 0520 008</b>	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)
891 69-5 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	-	-	-	-	-
893 69-8 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	-	-	-	-	-
<b>TGr. 70</b>		<b>Universität Osnabrück; Erwerb und Umbau der Liegenschaft "Sandkühler", Rpl.Nr. 0530 016</b>	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)
891 70-9 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	-	-	-	-	-
893 70-1 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	-	-	-	-	-

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Titelgruppe 63**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die vorläufigen noch zu veranschlagenden Gesamtkosten belaufen sich auf 12,8 Mio EUR.

**Zu Titelgruppe 64**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die vorläufigen noch zu veranschlagenden Gesamtkosten belaufen sich auf 3,4 Mio EUR.

**Zu Titelgruppe 65**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die vorläufigen noch zu veranschlagenden Gesamtkosten belaufen sich auf 3,4 Mio EUR.

**Finanzierung:**

Haushalt 2005 3.000.000 EUR  
 Noch zu veranschlagen 3.000.000 EUR

**Zu 891 65**

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	–	–	–
2006	–	–	1.000	1.000
2007	–	–	1.000	1.000
2008	–	–	1.000	1.000
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	–	3.000	3.000

**Zu Titelgruppe 66**

Leertitel zur Abwicklung des Bauvorhabens.

**Zu Titelgruppe 67**

Leertitel zur Abwicklung des Bauvorhabens.

**Zu Titelgruppe 68**

**Gesamtkosten 5.260.000 EUR**  
 Baukosten 4.710.000 EUR  
 Ersteinrichtung 550.000 EUR

**Finanzierung:**

bis einschließlich Haushalt 2004 217.000 EUR  
 Haushalt 2005 500.000 EUR  
 Noch zu veranschlagen 4.543.000EUR

**Zu 891 68**

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	–	–	–
2006	–	–	2.000	2.000
2007	–	–	1.500	1.500
2008	–	–	716	716
2009 ff.	–	–	327	327
Summe	–	–	4.543	4.543

**Zu Titelgruppe 69**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die vorläufigen noch zu veranschlagenden Gesamtkosten belaufen sich auf 12,9 Mio EUR.

**Zu Titelgruppe 70**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die vorläufigen noch zu veranschlagenden Gesamtkosten belaufen sich auf 4,95 Mio EUR.

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0604 Baumaßn./Beschaffungen nach dem HBFVG für als Landesbetriebe geführte Univers./wissensch. Hochsch.**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>TGr. 71</b>		<b>Technische Universität Braunschweig; Um- bau eines Gebäudes für Naturwissenschaften - Rpl.Nr.1430 030 -</b>	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)
891 71-7 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	-	-	-	-	-
893 71-0 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	-	-	-	-	-
<b>TGr. 72</b>		<b>Technische Universität Braunschweig; Ener- getische Sanierung eines Gebäudes - Rpl.Nr. 1430 031 -</b>	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)
891 72-5 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	-	-	-	-	-
893 72-8 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	-	-	-	-	-
<b>TGr. 73</b>		<b>Medizinische Hochschule Hannover, Umbau der Kinderklinik für KMT-Station - Rpl.Nr. 1739 042 -</b>	(-)	(1.061)	(1.539)	(-478)	(-)
891 73-3 (GA)	132	Zuführungen für Baukosten	-	1.061	1.539	-478	-
893 73-6 (GA)	132	Zuführungen für Ersteinrichtungen	-	-	-	-	-
<b>TGr. 74</b>		<b>Technische Universität Braunschweig; Neu- bau eines Informatikzentrums - Rpl.Nr. 1430 001/019 -</b>	(-)	(1.315)	(331)	(+984)	(-)
891 74-1 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	-	1.315	-	+1.315	-
893 74-4 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	-	-	331	-331	-
<b>TGr. 75</b>		<b>Technische Universität Braunschweig; Neu- bau von Hörsälen mit Umbau eines Gebäu- des für Seminarzwecke - Rpl.Nr. 1430 033 -</b>	(3.550) (-)	(1.253)	(-)	(+1.253)	(-)
891 75-0 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	3.550 -	1.253	-	+1.253	-
893 75-2 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	-	-	-	-	-
<b>TGr. 76</b>		<b>Technische Universität Clausthal; Neubau und Sanierung von Mensen - Rpl.Nr. 1440 226 -</b>	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)
891 76-8 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten und den Erwerb von Grundstücken	-	-	-	-	-
893 76-0 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	-	-	-	-	-
<b>TGr. 77</b>		<b>Universität Hannover; Erweiterungsbauten am Standort Herrenhausen für den FB Gar- tenbau, 1.BA - Rpl.Nr. 1450 017 -</b>	(-)	(-)	(437)	(-437)	(3.376)
891 77-6 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	-	-	437	-437	3.376
893 77-9 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	-	-	-	-	-
<b>TGr. 79</b>		<b>Universität Hannover; Ausbau der Informa- tikinstitute - Rpl.Nr. 1450 674 -</b>	(-)	(-)	(-)	(-)	(630)
891 79-2 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	-	-	-	-	-
893 79-5 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	-	-	-	-	630

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Titelgruppe 71**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die noch zu veranschlagenden vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 4,719 Mio EUR.

**Zu Titelgruppe 72**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die noch zu veranschlagenden vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 5,113 Mio EUR.

**Zu Titelgruppe 73**

<b>Gesamtkosten</b>	<b>2.600.000 EUR</b>
Baukosten	2.100.000 EUR
Ersteinrichtung	500.000 EUR
<b>Finanzierung:</b>	
Bis einschl. Haushalt 2004	1.539.000 EUR
Haushalt 2005	1.061.000 EUR
(Der Landesanteil wird durch die Hochschule erbracht.)	

**Zu 891 73**

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	1.000	–	1.000
2006	–	–	–	–
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	1.000	–	1.000

**Zu Titelgruppe 74**

<b>Gesamtkosten</b>	<b>19 117 000 EUR</b>
Baukosten	16 305 000 EUR
Ersteinrichtung	2 812 000 EUR
<b>Finanzierung:</b>	
bis einschließlich Haushalt 2004	17.802.000 EUR
Haushalt 2005	1.315.000 EUR

**Zu Titelgruppe 75**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die noch zu veranschlagenden vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 4.803.000 Mio EUR.

<b>Finanzierung:</b>	
Haushalt 2005	1.253.000 EUR
Noch zu veranschlagen	3.550.000 EUR

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	–	–	–
2006	–	–	2.080	2.080
2007	–	–	1.470	1.470
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	–	3.550	3.550

**Zu 891 75**

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	–	–	–
2006	–	–	2.080	2.080
2007	–	–	1.470	1.470
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	–	3.550	3.550

**Zu Titelgruppe 76**

Leertitel zur Abwicklung des Vorhabens.

**Zu Titelgruppe 77**

Leertitel zur Abwicklung des Vorhabens.

**Zu Titelgruppe 79**

Leertitel zur Abwicklung des Vorhabens.

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0604 Baumaßn./Beschaffungen nach dem HBFG für als Landesbetriebe geführte Univers./wissensch. Hochsch.**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004	2004	2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
<b>TGr. 80</b>		<b>Universität Hannover; Umbau Gebäude Nienburger Str. 1-4 - Rpl.Nr. 1450 021 -</b>	(-)	(784)	(329)	(+455)	(430)
891 80-6 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	-	784	329	+455	224
893 80-9 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	-	-	-	-	206
<b>TGr. 82</b>		<b>Medizinische Hochschule Hannover; Theoretische Institute - Herrichtung von Laborflächen - Rpl.Nr. 1739 043</b>	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)
891 82-2 (GA)	132	Zuführungen für Baukosten	-	-	-	-	-
893 82-5 (GA)	132	Zuführungen für Ersteinrichtungen	-	-	-	-	-
<b>TGr. 83</b>		<b>Med. Hochschule Hannover; Neubau eines Transplantationsforschungszentrums (TPFZ) sowie einer Frauenkl. - Rpl.Nr. 1739 003/033</b>	(-)	(14.196)	(15.000)	(-804)	(3.916)
891 83-0 (GA)	131	Zuführungen für den Erwerb von Grundstücken	-	10.178	5.217	+4.961	-
893 83-3 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	-	4.018	9.783	-5.765	3.916
<b>TGr. 84</b>		<b>Technische Universität Braunschweig; Neubau Bibliothek - Rpl.Nr. 1430 029 -</b>	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)
891 84-9 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	-	-	-	-	-
893 84-1 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	-	-	-	-	-
<b>TGr. 85</b>		<b>Technische Universität Clausthal, Errichtung einer Werkhalle - Rpl.Nr. 1440 011</b>	(-)	(1.046)	(1.500)	(-454)	(-)
891 85-7 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	-	646	1.500	-854	-
893 85-0 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	-	400	-	+400	-
<b>TGr. 86</b>		<b>TU Clausthal; Grundinstandsetzung der Physikalischen Institute - Rpl.Nr. 1440 009 -</b>	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)
891 86-5 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	-	-	-	-	-
894 86-4 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	-	-	-	-	-
<b>TGr. 88</b>		<b>Medizinische Hochschule Hannover; Ausstattung mit Client-Server-Strukturen einschl. Vernetzung - Rpl.Nr. 1739 026 -</b>	(-)	(458)	(1.296)	(-838)	(707)
891 88-1 (GA)	132	Zuführungen für Baukosten	-	458	1.296	-838	87
893 88-4 (GA)	132	Zuführungen für Ersteinrichtungen	-	-	-	-	619
<b>TGr. 89</b>		<b>Universität Hannover; Sanierung Altbau Chemie, Gebäude 2501</b>	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)
891 89-0 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	-	-	-	-	-
893 89-2 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	-	-	-	-	-

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Titelgruppe 80**

<b>Gesamtkosten</b>	<b>4.358.000 EUR</b>
Baukosten	3.560.000 EUR
Ersteinrichtung	798.000 EUR
<b>Finanzierung:</b>	
bis einschließlich Haushalt 2004	3.574.000 EUR
Haushalt 2005	784.000 EUR

**Zu Titelgruppe 89**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.  
Die vorläufigen noch zu veranschlagenden Gesamtkosten belaufen sich auf 12,3 Mio EUR.

**Zu Titelgruppe 82**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.  
Die vorläufigen noch zu veranschlagenden Gesamtkosten belaufen sich auf 2,5 Mio EUR.

**Zu Titelgruppe 83**

Vorhaben mit privater Vorfinanzierung.  
Letzte Leasingrate: 2023.

<b>Gesamtkosten</b>	<b>133.546.765 EUR</b>
Planungskosten (Epl. 20)	3.988.747 EUR
Baukosten	66.493.412 EUR
Finanzierungskosten	40.977.467 EUR
Ersteinrichtung	20.452.139 EUR
Qualitätssicherung	1.635.000 EUR
<b>Finanzierung:</b>	
bis einschließlich Haushalt 2004	26.568.747 EUR
Haushalt 2005	14.500.000 EUR
Noch zu veranschlagen	92.478.018 EUR

**Zu Titelgruppe 84**

Die noch zu veranschlagenden Gesamtkosten belaufen sich auf 14,660 Mio EUR.

**Zu Titelgruppe 85**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.  
Die vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 2.546 Mio EUR.

<b>Finanzierung:</b>	
Bis einschl. Haushalt 2004	1.500.000 EUR
Haushalt 2005	1.046.000 EUR
(Der Landesanteil wird durch die Hochschule erbracht.)	
Belastung (2005)	

der Haus-halts-jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	1.046	–	1.046
2006	–	–	–	–
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	1.046	–	1.046

**Zu Titelgruppe 86**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.  
Die vorläufigen noch zu veranschlagenden Gesamtkosten belaufen sich auf 2,6 Mio EUR.

**Zu Titelgruppe 88**

<b>Gesamtkosten</b>	<b>12 783.000 EUR</b>
Baukosten	2 915.000 EUR
Ersteinrichtung	9 868.000 EUR
<b>Finanzierung:</b>	
bis einschließlich Haushalt 2004	12.325.000 EUR
Haushalt 2005	458 000 EUR

**Einzelplan 06** Ministerium für Wissenschaft und Kultur  
**Kapitel 0604** Baumaßn./Beschaffungen nach dem HBFVG für als Landesbetriebe geführte Univers./wissensch. Hochsch.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004	2004	2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
<b>TGr. 90</b>		<b>Universität Osnabrück; Herrichtung der Außenanlagen im Rahmen eines Gesamtkonzeptes Standort Westerberg - RplNr. 0530 013</b>	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)
891 90-3 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	-	-	-	-	-
893 90-6 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	-	-	-	-	-
<b>TGr. 91</b>		<b>Universität Osnabrück; Teilerwerb und Herrichtung einer Liegenschaft, 2.BA - RplNr. 0530 015</b>	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)
891 91-1 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	-	-	-	-	-
893 91-4 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	-	-	-	-	-
<b>TGr. 92</b>		<b>Technische Universität Braunschweig; Herrichtung des Forumsgebäudes einschl. Brandschutzmaßnahmen - RplNr. 1430 038</b>	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)
891 92-0 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	-	-	-	-	-
893 92-2	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	-	-	-	-	-
<b>TGr. 94</b>		<b>Universität Hannover; Neubau eines produktionstechnischen Zentrums - Rpl.Nr. 1450 026 -</b>	(-)	(5.312)	(15.781)	(-10.469)	(13.670)
891 94-6 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	-	5.312	12.781	-7.469	13.670
893 94-9 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	-	-	3.000	-3.000	-
<b>TGr. 95</b>		<b>Universität Osnabrück; Erwerb und Herrichtung des AOK-Gebäudes für Zentrale Einrichtungen u.a. - Rpl.Nr. 0530 008 -</b>	(1.084) (-)	(700)	(9)	(+691)	(-)
891 95-4 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	1.084 -	700	9	+691	-
893 95-7 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	-	-	-	-	-
916 95-7 (GA)	950	Abführungen an den Grundstock	-	-	-	-	-
<b>TGr. 96</b>		<b>Universität Osnabrück; Erweiterung der Bibliothek - Rpl.Nr. 0530 009 -</b>	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)
891 96-2 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	-	-	-	-	-
893 96-5 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	-	-	-	-	-
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	41.654		-	-	

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Titelgruppe 90**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die vorläufigen noch zu veranschlagenden Gesamtkosten belaufen sich auf 6,6 Mio EUR.

**Zu Titelgruppe 91**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die vorläufigen noch zu veranschlagenden Gesamtkosten belaufen sich auf 10,8 Mio EUR.

**Zu Titelgruppe 92**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die vorläufigen noch zu veranschlagenden Gesamtkosten belaufen sich auf 2,5 Mio EUR.

**Zu Titelgruppe 94**

<b>Gesamtkosten</b>	33.385.000 EUR
Baukosten	29.362.000 EUR
Ersteinrichtung	4.023.000 EUR
<b>Finanzierung:</b>	
bis einschl. Haushalt 2004	28073. 000 EUR
Haushalt 2005	5.312 000 EUR

**Zu Titelgruppe 95**

<b>Gesamtkosten</b>	3.884.000 EUR
Baukosten	1.612.000 EUR
Ersteinrichtungen	180.000 EUR
Gründerwerbskosten	2.092.000 EUR
<b>Finanzierung:</b>	
Bis einschl. Haushalt 2004	2.100.000 EUR
Haushalt 2005	700.000 EUR
Noch zu veranschlagen	1.084.000 EUR

**Zu 891 95**

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	—	—	—	—
2006	—	—	1.084	1.084
2007	—	—	—	—
2008	—	—	—	—
2009 ff.	—	—	—	—
Summe	—	—	1.084	1.084

**Zu Titelgruppe 96**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die vorläufigen noch zu veranschlagenden Gesamtkosten belaufen sich auf 11,503 Mio EUR.

**Einzelplan 06** Ministerium für Wissenschaft und Kultur  
**Kapitel 0604** Baumaßn./Beschaffungen nach dem HBFVG für als Landesbetriebe geführte Univers./wissensch. Hochsch.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 0604</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		278	417	-139	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		67.779	80.556	-12.777	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		68.057	80.973	-12.916	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	41.477	53.064	64.959	-11.895	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	54.180	—	—	—	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	41.477	53.064	64.959	-11.895	
		<b>Überschuss</b>	54.180	14.993	16.014	-1.021	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 06**    **Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0605**   **Ausbildungsförderung, sonstige Förderung von Studierenden**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung 2005 2004	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-5	142	Vermischte Einnahmen		1	1	—	12
119 30-9	960	Abwicklung offener Posten aus dem Vorjahr		—	—	—	—
119 41-4	142	Rückzahlung von Überzahlungen		107	2.707	-2.600	153
119 67-8	142	Rückzahlung von aus Landesmitteln gewährten Ausbildungsbeihilfen		5	5	—	—
129 01-0	141	Ablieferungen der Landesbetriebe für die Beteiligung an Mieteinnahmen der Studentenwerke		50	120	-70	—
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr.</b>		<b>Ausbildungsförderung (BAföG)</b>		(85.511)	(81.783)	(+3.728)	(84.487)
<b>61/62</b>							
119 62-7	142	Erstattungen der Kreditanstalt für Wiederaufbau aus übergegangenen Darlehensansprüchen		7	2	+5	8
231 61-3	141	Zuweisungen des Bundes für Schüler (Zuschüsse)		34.299	33.927	+372	35.513
231 62-1	142	Zuweisungen des Bundes für Studierende (Zuschüsse)		50.442	47.175	+3.267	48.223
232 62-8	142	Erstattung von Förderungsbeträgen für Auszubildende im Ausland durch Länder		340	256	+84	313
281 61-0	142	Erstattungen für Leistungen im Rahmen der Ausbildungsförderung durch Unterhaltspflichtige		423	423	—	430
<b>AUSGABEN</b>							
546 30-4	960	Abwicklung offener Posten aus dem Vorjahr	—	—	—	—	—
663 01-7	146	Schuldendiensthilfe für Studentenwohnraumbau	—	548	553	-5	971
682 01-1	142	Zuschüsse an Landesbetriebe für Essen der Studierenden <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 682 01, 684 01, 684 02 und 685 01.</i>	—	—	591	-591	694
684 01-4	142	Essenzuschüsse für Studierende an Hochschulen außerhalb des Einzugsbereichs von Mensen der Studentenwerke <i>Vgl. D-Vermerk zu 682 01.</i>	—	—	41	-41	43
684 02-2	142	Finanzhilfe für die Studentenwerke gemäß § 70 NHG <i>Vgl. D-Vermerk zu 682 01.</i>	—	14.000	13.856	+144	15.303
684 22-7	142	Zuschuss zur Studienstiftung des deutschen Volkes	—	290	290	—	279
685 01-0	142	Zuschüsse an Stiftungen für Essen der Studierenden <i>Vgl. D-Vermerk zu 682 01.</i>	—	—	189	-189	—
812 19-5	142	Betriebliche Einbauten in die Mensen der Studentenwerke	—	—	400	-400	744
893 21-7	146	Zuschüsse des Landes für Studentenwohnraumförderung	—	—	—	—	15

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Titelgruppe 61/62**

Vgl. Erläuterungen zu der Ausgabeteilgruppe 61/62.

**Zu 231 61**

Veranschlagt sind die zu erwartenden Zuweisungen des Bundes für Schülerinnen und Schüler in Höhe von 65 % des Ansatzes des Titels 681 61.

**Zu 231 62**

Veranschlagt sind die zu erwartenden Zuweisungen des Bundes für Studierende in Höhe von 65 % des Ansatzes des Titels 681 62.

**Zu 232 62**

Erstattung des Länderanteils an der Förderung für Auszubildende, die ihren ständigen Wohnsitz in anderen Bundesländern haben und eine Ausbildungsstätte in BENELUX-Staaten bzw. Asien – ohne Türkei und ehemalige GUS-Staaten – besuchen (§ 56 Absatz 4 BAföG).

**Zu 281 61**

Erstattungen für Vorausleistungen an Schülerinnen, Schüler und Studierende.

**Zu 663 01**

Für die Umnutzung ehem. Kasernen und anderer geeigneter Liegenschaften für Zwecke stud. Wohnens ist ein Schuldendiensthilfeprogramm im Umfang von rd. 10,3 Mio. EUR eingerichtet, in dessen Rahmen ca. 800 zusätzliche Wohnplätze an den Hochschulstandorten Buxtehude, Lüneburg, Oldenburg und Wolfenbüttel geschaffen wurden.

Belastungen, die aus bei Kapitel 06 05 Titel 663 01 in Vorjahren in Anspruch genommenen / ausgebrachten Verpflichtungen entstehen:

**Belastung (2005)**

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	548	-	-	548
2006	467	-	-	467
2007	185	-	-	185
Summe	1 200	-	-	1 200

**Zu 684 02**

Die Studentenwerke erhalten ab 1994 eine Finanzhilfe gemäß § 70 NHG.

Auf die einzelnen Studentenwerke entfallen folgende Beträge:

	2005 EUR
Braunschweig	3 434 787
Clausthal	1 034 377
Göttingen	3 044 447
Hannover	2 319 026
Oldenburg	2 043 645
Osnabrück	2 123 717
Zusammen	14 000 000

**Zu 684 22**

Die Studienstiftung des Deutschen Volkes gewährt Stipendien an Studierende im Grund- und Promotionsstudium und betreibt Auslandsförderungen sowie studienbegleitende Maßnahmen.

Der Zuschuss an die Studienstiftung des deutschen Volkes wird mit einem Satz von 0,035 Euro pro Kopf der Bevölkerung des Landes ermittelt.

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0605 Ausbildungsförderung, sonstige Förderung von Studierenden**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
		<b>Titelgruppe(n)</b>					
<b>TGr. 61/62</b>		<b>Ausbildungsförderung (BAföG)</b>	(–)	(137.588)	(130.154)	(+7.434)	(131.548)
632 62-6	142	Erstattung von Ausbildungsförderung an Länder <i>Übertragbar.</i>	–	1.500	1.265	+235	1.355
661 62-6	142	Aufwändungsersatz, Zinszahlungen und Tilgungsausfälle für Darlehen nach BAföG *** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.	–	5.417	3.515	+1.902	1.264
681 61-9	141	Zuschüsse für Schüler <i>Übertragbar.</i> *** Gemäß § 15 Abs. 1 Satz 2 LHO dürfen zurückzahlende anteilige Förderungsbeträge für laufende Zuschüsse einschließlich der anfallenden Zinsen auch nach Schluss des Haushaltsjahres durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.	–	52.767	52.196	+571	54.636
681 62-7	142	Zuschüsse für Studierende <i>Übertragbar.</i> *** Vgl. Vermerk zu 681 61.	–	77.604	72.578	+5.026	74.010
685 62-2	142	Anspruch der Kreditanstalt für Wiederaufbau auf Erstattung von Verwaltungskosten sowie Darlehens- und Zinsbeträgen <i>Übertragbar.</i>	–	300	600	-300	284
<b>TGr. 64</b>		<b>Besondere Kosten der Ausbildungsförderung</b>	(–)	(8.362)	(8.505)	(-143)	(8.301)
538 64-6	142	Ausgaben der Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	–	46	–	+46	13
633 64-9	142	Erstattung für Sonderzuständigkeiten gemäß § 45 Abs. 4 BAföG	–	275	250	+25	205
684 64-2	142	Erstattung an die Studentenwerke *** Etwaige Überzahlungen sind auf die Abschlagszahlungen des folgenden Haushaltsjahres anzurechnen.	–	8.041	8.255	-214	8.083
812 64-0	142	Erwerb von Informations- und Kommunikationstechnik	–	–	–	–	–
<b>TGr. 67/68</b>		<b>Studienförderung für ausländische Studierende</b> <i>Übertragbar.</i> *** Gemäß § 17 Abs.1 Satz 2 LHO sind die Erläuterungen zur Titelgruppe verbindlich.	(–)	(129)	(129)	(–)	(136)
681 67-8	023	Zuschüsse für Studenten aus Entwicklungsländern	–	–	129	-129	48
681 68-6	142	Zuschüsse an Landesbetriebe	–	–	–	–	74
685 68-1	142	Zuschüsse an Stiftungen und Sonstige im Inland	–	129	–	+129	14
<b>TGr. 72</b>		<b>Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses an Hochschulen</b> <i>Übertragbar.</i>	(–)	(1.329)	(1.329)	(–)	(775)
682 72-0	143	Zuschüsse an Landesbetriebe	–	1.329	1.329	–	775
685 72-0	143	Zuschüsse an Stiftungen	–	–	–	–	–

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Titelgruppe 61/62**

Die Mittel für die aufgrund des Bundesgesetzes über individuelle Förderung der Ausbildung (Bundesausbildungsförderungsgesetz – BAföG) in der jeweils geltenden Fassung zu gewährenden Zuschüsse für die Förderung der Studierenden (Epl. 06) und die Förderung der Schülerinnen und Schüler (Epl. 07) sind hier veranschlagt. Der Bund trägt 65 v. H., die Länder tragen 35 v. H. der Förderungsleistungen.

**Zu 632 62**

Erstattung von Ausbildungsförderung (Landesanteil) an die Länder für Förderung von Auszubildenden, die ihren ständigen Wohnsitz in Niedersachsen haben und eine Ausbildungsstätte außerhalb der Bundesrepublik und außerhalb der BENELUX-Staaten und Asien – ohne Türkei und ehemalige GUS-Staaten – besuchen (§ 56 Abs. 4 BAföG).

**Zu 661 62**

Veranschlagt sind die Leistungen des Landes für Aufwenderersatz, Zinszahlung und Tilgungsausfälle (nur Landesanteil) an die den Landesanteil der BAföG-Darlehen finanzierende Stelle (vgl. Kapitel 5061 Titel 342 62).

**Zu 633 64**

Veranschlagt ist der erwartete Bedarf für das Amt für Auslandsförderung bei der Region Hannover.

**Zu 684 64**

Für die verwaltungsmäßige Abwicklung der Förderungsfälle der Studierenden als Erstattungen an Studentenwerke und die DV-mäßige Abwicklung der Förderungsfälle der Studierenden als Erstattung an das Informatikzentrum Niedersachsen.

**Zu Titelgruppe 67/68**

Für die Förderung ausländischer Studierender, die nicht förderungsberechtigt nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) sind.

Diese Leistungen werden als Leistungen eigener Art unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes gewährt. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.

**Zu Titelgruppe 72**

Die Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses an den Hochschulen durch Promotionsstipendien sowie durch Sonderzuwendungen für Sach- und Reisekosten richtet sich nach dem Niedersächsischen Gesetz zur Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses (Graduiertenförderungsgesetz GradFöG).

**Einzelplan 06**    **Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0605**   **Ausbildungsförderung, sonstige Förderung von Studierenden**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 0605</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		170	2.835	-2.665	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		85.504	81.781	+3.723	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		85.674	84.616	+1.058	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	–	46	–	+46	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	–	162.200	155.637	+6.563	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	–	–	400	-400	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	–	162.246	156.037	+6.209	
		<b>Zuschuss</b>		76.572	71.421	+5.151	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0606 Verbundzentrale des Gemeinsamen Bibliotheksverbundes (VZG)**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
121 02-1	162	Ablieferungen des Landesbetriebs		–	–	–	–
381 01-5	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		–	–	–	–
<b>AUSGABEN</b>							
682 01-5	162	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebs <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 891 01.</i>	–	1.785	1.618	+167	1.765
891 01-3	162	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulaasten 682 01.</i>	–	217	217	–	147
<b>Abschluss Kapitel 0606</b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				–	–	–	
3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				–	–	–	
<b>Summe der Einnahmen</b>				–	–	–	
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			–	1.785	1.618	+167	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen			–	217	217	–	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>			–	2.002	1.835	+167	
<b>Zuschuss</b>				2.002	1.835	+167	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Kapitel 0606**

**Zu Kapitel 06 06 allgemein**

Die Verbundzentrale des Gemeinsamen Bibliotheksverbundes (GBV) in Göttingen wird seit 1. 1. 2001 als Landesbetrieb gemäß § 26 Abs. 1 LHO geführt. Der Landesbetrieb ist aus der bisherigen Titelgruppe 97/98 im Kapitel 06 10 hervorgegangen.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage beigefügt.



**Wirtschaftsplan für die  
Verbundzentrale des gemeinsamen Bibliotheksverbunds (GBV)  
für das Geschäftsjahr 2005**

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der gem. § 26 LHO vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Betriebsanweisung für den Landesbetrieb Verbundzentrale des Gemeinsamen Bibliotheksverbundes vom 1. 11. 2003.

**Wirtschaftsplan für die Verbundzentrale des gemeinsamen Bibliotheksverbunds (GBV)****A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2005**

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Finanzbedarf</b>			
1. Investitionen gemäß VV-HNds (ZR-GPL):			
7158 Maschinen und Anlagen	351 000	351 000	384 000
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>351 000</b>	<b>351 000</b>	<b>384 000</b>
2. Sonstige Investitionen <sup>3)</sup> :			
715 Maschinen und Anlagen	200 000	200 000	90 000
870 Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>200 000</b>	<b>200 000</b>	<b>90 000</b>
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
– Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	900 000	900 000	780 000
– Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)	—	—	—
– Ablieferung an den Landeshaushalt	—	—	—
– Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)	—	—	—
<b>Summe 3.:</b>	<b>900 000</b>	<b>900 000</b>	<b>780 000</b>
4. Positiver Überleitungsbetrag (Anlage 4)	—	—	—
<b>Summe I.:</b>	<b>1 451 000</b>	<b>1 451 000</b>	<b>1 254 000</b>
<b>II. Deckungsmittel</b>			
1. Deckungsmittel:			
– Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	—	—	—
– Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z. B. eingehende Zahlungen für Forderungen)	—	—	—
– Noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren	—	—	—
509 Erträge aus Zuweisungen Dritter für Investitionen	334 000	334 000	237 000
509 Erträge aus Zuweisungen Dritter für HBFG-Investitionen	—	—	—
504 Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen	217 000	217 000	147 000
507 Erträge aus Zuweisungen Nds. für Investitionen aus Sondermitteln/HBFG	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>551 000</b>	<b>551 000</b>	<b>384 000</b>
2. Negativer Überleitungsbetrag (Anlage 4)	900 000	900 000	—
<b>Summe II.:</b>	<b>1 451 000</b>	<b>1 451 000</b>	<b>1 254 000</b>

<sup>3)</sup> Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26, die keine Investitionen i. S. der VV-HNds (ZR-GPI) sind.

## Wirtschaftsplan für die Verbundzentrale des gemeinsamen Bibliotheksverbands (GBV)

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Erträge</b>			
1. Erträge aus Zuführungen und Erstattungen für laufende Zwecke:			
501 Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen der VZ	1 785 000	1 618 000	1 765 000
501 Erträge aus Erstattung des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen zur Nds. Bibliotheksautomation	344 000	337 000	331 000
503 Erträge aus Zuweisungen Dritter für laufende Aufwendungen	3 727 000	3 597 000	3 732 000
<b>Summe 1.:</b>	<b>5 856 000</b>	<b>5 552 000</b>	<b>5 828 000</b>
2. Umsatzerlöse:			
510 Erträge aus Entgelten und Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse und andere eigene Leistungen	160 000	120 000	61 000
<b>Summe 2.:</b>	<b>160 000</b>	<b>120 000</b>	<b>61 000</b>
5. Sonstige betriebliche Erträge:			
- Erträge aus Wertberichtigungen und Rückstellungen	—	—	—
549 Periodenfremde Erträge	—	345 000	—
<b>Summe 5.:</b>	<b>—</b>	<b>345 000</b>	<b>—</b>
<b>Summe I.:</b>	<b>6 016 000</b>	<b>6 017 000</b>	<b>5 889 000</b>
<b>II. Aufwendungen</b>			
1. Materialaufwand:			
600 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	10 000	10 000	—
606 Aufwendungen für Reparaturmaterial	22 000	22 000	22 800
6075 Aufwendungen für bibl. Fremddaten	245 800	241 000	236 200
6076 Aufwendungen für EDV-Material	100 000	100 000	100 000
610 Aufwendungen für bezogene Leistungen	140 000	140 000	—
616 Aufwendungen für Fremdwartung und Instandhaltung	149 600	149 600	257 600
<b>Summe 1.:</b>	<b>667 400</b>	<b>662 600</b>	<b>616 600</b>
2. Personalaufwand:			
2.1. Löhne und Gehälter			
630 Vergütungen der Angestellten	2 489 000	2 368 000	1 870 800
630 Vergütung der befristet beschäftigten Angestellten	143 300	171 500	428 100
<b>Summe 2.1.:</b>	<b>2 632 300</b>	<b>2 539 500</b>	<b>2 298 900</b>
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen			
64 Arbeitgeberanteile Angestellte VZ	610 000	592 000	467 700
64 Arbeitgeberanteile befristete Angestellte	33 000	50 000	107 000
642 Beiträge zur Berufsgenossenschaft	3 000	3 000	3 000
<b>Summe 2.2.:</b>	<b>646 000</b>	<b>645 000</b>	<b>577 700</b>
<b>Summe 2.:</b>	<b>3 278 300</b>	<b>3 184 500</b>	<b>2 876 600</b>
3. Abschreibungen:			
652 Abschreibungen auf unbewegliches Anlagevermögen	—	—	—
654 Abschreibungen auf bewegliches Anlagevermögen	900 000	900 000	870 000
654 Abschreibungen auf GWG	20 000	20 000	10 000
<b>Summe 3.:</b>	<b>920 000</b>	<b>920 000</b>	<b>880 000</b>
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung			
670 Mieten	150 000	150 000	209 000
605 Aufwendungen für Energie	55 000	55 000	22 800
672 Lizenzen zentr. Bibliothekssystem/Kooperation Pica	720 000	702 000	665 000
672 Lizenzen lok. Bibliothekssysteme	600 000	631 200	562 600
674 Bewirtschaftungskosten	157 300	243 700	372 100
<b>Summe 4.1.:</b>	<b>1 682 300</b>	<b>1 781 900</b>	<b>1 831 500</b>
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
68 Geschäftsbedarf, Büromaterial	120 000	120 000	137 850
682 Post- und Telefongebühren, Kommunikation	100 000	100 000	201 050
687 Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit	30 000	30 000	25 000
<b>Summe 4.2.:</b>	<b>250 000</b>	<b>250 000</b>	<b>363 900</b>
4.3. Sonstige personalbezogene Aufwendungen			
685 Aufwendungen für Dienstreisen	78 000	78 000	65 400
664 Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	40 000	40 000	35 000
<b>Summe 4.3.:</b>	<b>118 000</b>	<b>118 000</b>	<b>100 400</b>
<b>Summe 4.:</b>	<b>2 050 300</b>	<b>2 149 900</b>	<b>2 295 800</b>
<b>Summe II.:</b>	<b>6 916 000</b>	<b>6 917 000</b>	<b>6 669 000</b>
<b>III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>-900 000</b>	<b>-900 000</b>	<b>-780 000</b>

**Anlage zum Wirtschaftsplan  
(Übersicht über die Stellen der Angestellten)**

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2005	2004		
<b>Angestellte im nds. Dienstverhältnis</b>				
II a	1	1	Verwaltungsdienst	38 Planstellen werden gemäß Verwaltungsabkommen der 7 Bundesländer anteilig finanziert. Die Kosten für die 3 Stellen im Hamburger Dienstverhältnis werden der VZG gemäß Verwaltungsabkommen in Rechnung gestellt.
III	1	1		
V b	1	1		
V c	3	3		
VI b	—	—		10 Stellen werden zu 100% aus den Beiträgen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz finanziert.
I a	1	1	Wissenschaftlicher Dienst	
I b	1	1		
II a	6	6		
I b	1	1	Bibliotheksdienst	
II a	2	2		
IV a	2	2		
I	1	1	Datenverarbeitungsdienst	
I b	2	2		
III	4	4		
IV a	11	11		
IV b	4	4		
V b	2	2		
VI b	2	2		
	<u>45</u>	<u>45</u>		Zwischensumme Niedersachsen
<b>Beamte und Angestellte im Hamburger Dienstverhältnis</b>				
IV a	1	1	Bibliotheksdienst	
A 11	1	1		
A 10	1	1		
	<u>3</u>	<u>3</u>	Zwischensumme Hamburg	
	<u>48</u>	<u>48</u>	Gesamt	



**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0607 Förderung von Einrichtungen der wissenschaftlichen Forschung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 41-1	131	Rückzahlung von Überzahlungen		1.950	1.950	—	348
231 01-7	164	Zuweisungen des Bundes für die Einrichtungen der Blauen Liste - Betrieb -		8.703	8.419	+284	7.734
232 01-3	178	Sonstige Zuweisungen von Ländern		797	969	-172	1.056
232 02-1	164	Sonstige Zuweisungen von Ländern aufgrund der Rahmenvereinbarung Forschungsförderung *** 1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist Absatz 1 der Erläuterungen verbindlich. 2. Rückzahlungen können abweichend von § 15 LHO durch Absetzungen von der Einnahme erfolgen.		6.219	5.630	+589	4.385
281 61-8	164	sonstige Erstattungen aus dem Inland		—	—	—	—
331 01-1	164	Zuweisungen des Bundes für die Einrichtungen der Blauen Liste - Investitionen -		2.719	3.511	-792	3.050
<b>AUSGABEN</b>							
671 01-7	178	Erstattungen an das Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung (IES) für Versorgungsleistungen	—	41	41	—	38
685 27-1	165	Zuschüsse an wissenschaftliche Vereinigungen	—	314	314	—	301
685 28-0	164	Zuschuss des Landes Niedersachsen zur Finanzierung der Hochschul-Informationssystem GmbH (HIS) <i>Übertragbar.</i> <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 685 28, 685 29, 685 32, 685 35, 685 36, 685 51, 685 52, 685 53, 685 55, 685 57, 685 64, 894 64, 685 69, 894 69, 685 71 und 894 71.</i>	—	627	598	+29	585
685 29-8	165	Zuschuss an das Soziologische Forschungsinstitut e.V. in Göttingen (SOFI) <i>Vgl. D-Vermerk zu 685 28.</i>	—	721	721	—	717
685 32-8	165	Zuschuss für das Laser-Laboratorium Göttingen e. V. (LLG) <i>Vgl. D-Vermerk zu 685 28.</i>	—	869	1.669	-800	788
685 35-2	165	Kuratorium OFFIS e.V. (Oldenburger Forschungs- und Entwicklungsinstitut für Informatik-Werkzeuge und -Systeme) <i>Vgl. D-Vermerk zu 685 28.</i>	—	2.250	3.050	-800	2.181
685 36-0	165	Zuschuss für das Forschungszentrum TER-RAMARE in Wilhelmshaven <i>Vgl. D-Vermerk zu 685 28.</i>	—	946	1.146	-200	873
685 51-4	165	Zuschuss für die Braunschweigische Wissenschaftliche Gesellschaft in Braunschweig (BWG) <i>Vgl. D-Vermerk zu 685 28.</i> *** Für Verwaltungsleistungen, die Landesbehörden für die BWG erbringen, werden Leistungsgebühren / Entgelte nicht erhoben.	—	92	92	—	91
685 52-2	165	Zuschuss an die Akademie der Wissenschaften in Göttingen (AdW) <i>Vgl. D-Vermerk zu 685 28.</i> *** Für Verwaltungsleistungen, die Landesbehörden für die Akademie der Wissenschaften in Göttingen erbringen, werden Leistungsgebühren/Entgelte nicht erhoben.	—	697	697	—	631
685 53-0	165	Zuschuss an das Kriminologische Forschungsinstitut in Hannover (KFN) <i>Vgl. D-Vermerk zu 685 28.</i>	—	1.059	1.059	—	1.059

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Titel 231 01 und 331 01**

Seit dem Haushaltsjahr 1998 werden die Bundesmittel zur Förderung der Einrichtungen der Blauen Liste nicht mehr den Einrichtungen bewilligt, sondern den Sitzländern zur Bewilligung zugewiesen. Dementsprechend sind bei den Ausgabetiteln die Bundes- und Länderanteile veranschlagt.

**Zu 232 01**

Erstattungsanteil der Länder, die nach § 8 des Gesetzes über die Gründung des „Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung“ die Mitverantwortung für die Arbeit des Instituts übernehmen.

Vgl. Erläuterungen zu 685 27.

**Zu 232 02**

Gem. § 15 Abs. 1 Satz 3 LHO wird die von den Ländern beschlossene Verrechnung der Länderleistungen zugelassen.

Die gemeinsame Förderung der in Betracht kommenden Einrichtungen ist in der Ausführungsvereinbarung Forschungseinrichtungen geregelt:

Ab 1997 werden die selbstständigen Forschungseinrichtungen und die Einrichtungen mit Servicefunktion für die Forschung vom Bund und von den Ländern gemeinsam finanziert.

Der auf die Länder entfallende Teil des Zuwendungsbetrages abzüglich des Länderanteils für Bauinvestitionen, der vom jeweiligen Sitzland allein zu tragen ist, wird

- bei Forschungseinrichtungen in Höhe von 75 %,

- bei Serviceeinrichtungen in Höhe von 25 %

vom Sitzland aufgebracht (Interessenquote).

Der Rest des Länderanteils wird von den Ländern gemeinsam nach dem Königsteiner Schlüssel getragen.

Der Finanzierungsbeitrag der Länder für die einzelnen Einrichtungen wird vereinbarungsgemäß durch die Sitzländer bereitgestellt. Der Saldo zwischen der Mittelbereitstellung durch das Sitzland und seinem schlüsselmäßigen Anteil am Finanzierungsbeitrag der Länder zur Förderung aller Einrichtungen bildet die Ausgleichszuweisung an andere Länder bzw. von anderen Ländern.

Nach dem von Bund und Ländern beschlossenen Berechnungs- und Zahlungsverfahren sind folgende Einnahmen zu veranschlagen:

Gesamtzuschuss für die niedersächsischen Blaue-Liste-Einrichtungen:

	2005 Tsd. EUR
Deutsches Primatenzentrum	11.494
IWF Wissen und Medien	5.172
Deutsche Sammlung von Mikroorganismen und Zellkulturen	4.938
Akademie für Raumforschung und Landesplanung	2.067
Technische Informationsbibliothek	16.861
Kapitel 06 51	
Institut für Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben (Kap. 08 02 TGr. 73)	4.824
<b>Zusammen</b>	<b>45.356</b>

Landesanteil Bauinvestitionen	2.127
Landesanteil Interessenquote	7.445
Vorweganteil Land	9.572
Landesanteil gemäß Königsteiner Schlüssel	10.689
Landesanteil gesamt	20.261
Zuschuss an eigene Einrichtungen	26.480

Erstattung von anderen Ländern 6.219

**Zu 685 27**

Freiwillige Leistung in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Veranschlagt sind Ausgaben für folgende wissenschaftliche Vereine

**Noch zu 685 27**

in Niedersachsen:

	2005 Tsd. EUR
Archäologische Kommission in Hannover	18
Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Gesellschaft e. V. in Hannover	52
Historische Kommission für Niedersachsen in Hannover	98
Lessing-Akademie in Wolfenbüttel	61
Volkskundliche Kommission für Niedersachsen	5
Wissenschaftliche Gesellschaft zum Studium Niedersachsens e. V., Hannover	24
Akademie für Ethik in der Medizin e. V., Göttingen	56
<b>Zusammen</b>	<b>314</b>

**Zu 685 28**

Vertragliche Leistung in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung gem. Beschluss der Gemeinsamen Konferenz der Finanz- und Kultusminister der Länder vom 31. 1. 1974.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Hochschul-Informations-System-GmbH in Hannover (HIS)

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
<b>Ausgaben</b>	13.924	13.842	14.496
<b>Einnahmen</b>	5.462	5.321	6.231
<b>Fehlbetrag</b>	<b>8.462</b>	<b>8.521</b>	<b>8.265</b>

	2005 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	–
b) das Land mit	627
c) den Bund mit	2.821
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	5.014
e) Private	–
<b>Zusammen</b>	<b>8.462</b>

Bund und Länder beteiligen sich an der Finanzierung im Verhältnis 1:2. Neben seinem Anteil entsprechend Königsteiner Schlüssel (einschl. des übernommenen Anteils des Saarlandes) hat das Land Niedersachsen eine Sonderfinanzierung als Sitzland in Höhe von rd. 2.500 EUR zu tragen.

**Zu 685 29**

Freiwillige Leistung in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Soziologischen Forschungsinstituts e. V. Göttingen (SOFI)

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
<b>Ausgaben</b>	2.638	2.573	2.602
<b>Einnahmen</b>	1.917	1.852	1.885
<b>Fehlbetrag</b>	<b>721</b>	<b>721</b>	<b>717</b>

	2005 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	–
b) das Land mit	721
c) den Bund mit	–
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	–
e) Private	–
<b>Zusammen</b>	<b>721</b>

Das Soziologische Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) e. V. betreibt

ERLÄUTERUNGEN

**Noch zu 685 29**

angewandte Grundlagenforschung in den Bereichen Strukturwandel der Industrie und des Dienstleistungssektors, Entwicklung der Informationsgesellschaft, Wandel im System der beruflichen Bildung und Wandel der Sozialstruktur. Der Zuschuss dient zur Grundfinanzierung der Arbeit des Instituts.

**Zu 685 32**

Freiwillige Leistung in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Laser-Laboratoriums e. V. Göttingen (LLG)

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
<b>Ausgaben</b>	2.969	3.719	2.962
<b>Einnahmen</b>	2.100	2.050	2.174
<b>Fehlbetrag</b>	869	1.669	788

	2005 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
b) das Land mit	869
c) den Bund mit	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—
e) Private	—
Zusammen	869

Zuschuss zur Grundfinanzierung des Laser-Laboratoriums Göttingen e. V. (LLG), das sich mit der anwendungsorientierten Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Excimer- und Farbstofflaser befasst.

**Zu 685 35**

Freiwillige Leistung in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Kuratoriums OFFIS e. V.

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
<b>Ausgaben</b>	10.142	11.486	9.715
<b>Einnahmen</b>	7.892	8.436	7.534
<b>Fehlbetrag</b>	2.250	3.050	2.181

	2005 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
b) das Land mit	2.250
c) den Bund mit	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—
e) Private	—
Zusammen	2.250

Zuschuss zur Grundfinanzierung des „Kuratoriums OFFIS“ e. V., das sich im Wesentlichen mit der anwendungsorientierten Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Informationswerkzeuge und -Systeme befasst.

**Zu 685 36**

Freiwillige Leistung in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Zentrums für Flachmeer-, Küsten- und

**Noch zu 685 36**

Meeresumweltforschung (TERRAMARE) e. V.

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
<b>Ausgaben</b>	1.304	1.627	1.781
<b>Einnahmen</b>	358	481	908
<b>Fehlbetrag</b>	946	1.146	873

	2005 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
b) das Land mit	946
c) den Bund mit	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—
e) Private	—
Zusammen	946

Zuschuss für Personal- und Sachkosten des Zentrums für Flachmeer-, Küsten- und Meeresumweltforschung (TERRAMARE), Wilhelmshaven, das als gemeinsame wissenschaftlich-technische Infrastruktureinrichtung für die in Niedersachsen angesiedelten meereskundlich orientierten Forschungseinrichtungen und Arbeitsgruppen tätig ist.

**Zu 685 51**

Freiwillige Leistung in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

**Zu 685 52**

Freiwillige Leistung in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Akademie der Wissenschaften in Göttingen (AdW)

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
<b>Ausgaben*)</b>	7.867	7.638	7.192
<b>Einnahmen*)</b>	7.170	6.941	6.561
<b>Fehlbetrag</b>	697	697	631

\*) einschl. Anteile an Akademienprogrammen

	2005 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
b) das Land mit	697
c) den Bund mit	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—
e) Private	—
Zusammen	697

Das Akademienprogramm wird ab 2001 von der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften in Mainz durchgeführt (vgl. auch Erläuterungen zu 685 89).

Für Verwaltungsleistungen, die Landesbehörden für die Akademie für Wissenschaften in Göttingen erbringen, werden Leistungsgebühren/Entgelte nicht erhoben.

**Zu 685 53**

Freiwillige Leistung in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen e. V. (KFN) in Hannover

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
<b>Ausgaben</b>	1.540	1.509	1.288
<b>Einnahmen</b>	481	450	229
<b>Fehlbetrag</b>	1.059	1.059	1.059

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Noch zu 685 53**

	2005
	Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	–
b) das Land mit	1.059
c) den Bund mit	–
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	–
e) Private	–
Zusammen	<hr/> 1.059

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0607 Förderung von Einrichtungen der wissenschaftlichen Forschung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
685 55-7	165	Finanzierung Niedersachsens an das HanseWissenschaftskolleg (HWK) <i>Vgl. D-Vermerk zu 685 28.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	—	1.151	1.150	+1	1.150
685 57-3	165	Zuschuss des Landes Niedersachsen für das Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung (GEI) <i>Vgl. D-Vermerk zu 685 28.</i> <i>*** Für Verwaltungsleistungen, die Landesbehörden für das Institut erbringen, werden Leistungsgebühren/ Entgelte nicht erhoben.</i>	—	1.515	1.690	-175	1.678
894 36-9	165	Zuschuss für das Forschungszentrum TER-RAMARE in Wilhelmshaven -Investitionen-	—	—	—	—	1.230
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61</b>		<b>Abwicklung des Instituts für Erdöl- und Erdgasforschung</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 281 61.</i>	(—)	(370)	(—)	(+370)	(—)
425 61-0	164	Vergütungen der Angestellten	—	350	—	+350	—
547 61-8	164	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaufgaben	—	20	—	+20	—
682 61-2	164	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 64</b>		<b>Förderung der Hochschulübergreifenden Innovationsgesellschaft N-transfer GmbH</b>	(—)	(538)	(338)	(+200)	(333)
685 64-6	165	Zuschuss für laufende Zwecke <i>Vgl. D-Vermerk zu 685 28.</i>	—	538	338	+200	333
894 64-4	165	Zuschuss für Investitionen <i>Vgl. D-Vermerk zu 685 28.</i>	—	—	—	—	—
<b>TGr. 69</b>		<b>Förderung des Instituts für Solarenergieforschung (ISFH)</b>	(—)	(2.481)	(2.481)	(—)	(2.481)
685 69-7	165	Zuschuss für laufende Zwecke <i>Vgl. D-Vermerk zu 685 28.</i>	—	2.481	2.481	—	2.481
894 69-5	165	Zuschuss für Investitionen <i>Vgl. D-Vermerk zu 685 28.</i>	—	—	—	—	—
<b>TGr. 71</b>		<b>Clausthaler Umwelttechnik-Institut GmbH (CUTEC)</b>	(—)	(3.051)	(4.251)	(-1.200)	(3.051)
685 71-9	165	Zuschuss für laufende Zwecke <i>Vgl. D-Vermerk zu 685 28.</i>	—	3.051	3.651	-600	3.051
894 71-7	165	Zuschuss für Investitionen <i>Vgl. D-Vermerk zu 685 28.</i>	—	—	600	-600	—

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 685 55**

Gemäß Stiftungsurkunde und Stiftungssatzung vom 5. 10. 1995 werden für die von den Stiftern (Land Bremen, Land Niedersachsen und Stadt Delmenhorst) errichtete Stiftung „Hanse-Wissenschaftskolleg“ die Bauinvestitionen und die Betriebskosten anteilig vom Land Niedersachsen gedeckt. Die dafür notwendigen Mittel wurden in den Haushaltsjahren 1996 und 1997 aus dem Nieders. Vorab der VW-Stiftung (Kapitel 06 09) aufgebracht. Ab dem Haushaltsjahr 1998 ist der niedersächsische Anteil an der Finanzierung der Stiftung hier veranschlagt.

**Zu 685 57**

Gesetzliche Leistung gem. § 8 des „Gesetzes über die Gründung des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung“ (Nds. GVBl. 1975 S. 212) in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben  
des Georg-Eckert-Instituts  
für internationale Schulbuchforschung (GEI)

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
<b>Ausgaben</b>	1.755	1.907	2.501
<b>Einnahmen</b>	260	217	823
<b>Fehlbetrag</b>	1.515	1.690	1.678

	2005 Tsd. EUR
--	------------------

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch

- a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers —
- b) das Land mit 1.515
- c) den Bund mit —
- d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit —
- e) Private —

Zusammen 1.515

Die Leistungen der mitfinanzierenden Länder sind bei 232 01 veranschlagt.

**Zu 894 36**

Für den Anbau des ICBM in Oldenburg.

**Zu Titelgruppe 61**

Das Institut für Erdöl- und Erdgasforschung (IfE), - Anstalt des öffentlichen Rechts - wurde durch Gesetz mit Ablauf des 31.12.2001 aufgelöst. Das Bundesarbeitsgericht hat am 24.06.2004 letztinstanzlich über Kündigungsschutzklagen durch Urteil entschieden, dass für die nach Bundesangestelltentarifvertrag unkündbaren sieben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Arbeitsverhältnisse mit dem Land Niedersachsen im Wege der Gesamtrechtsnachfolge unbefristet fortbestehen.

**Zu 685 64**

Freiwillige Leistung in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben  
der Institute für technisch-wissenschaftliche Innovation  
an Fachhochschulen

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
<b>Ausgaben</b>	2.450	1.828	1.953
<b>Einnahmen</b>	1.912	1.490	1.615
<b>Fehlbetrag</b>	538	338	338

**Noch zu 685 64**

	2005 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
b) das Land mit	538
c) den Bund mit	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—
e) Private	—
Zusammen	538

Aufgabe und Ziel der Institute ist es, auf einzelnen Forschungsbereichen in Zusammenarbeit mit Fachhochschulen dem Stand der Technik vorgelagerte Forschungs- und Entwicklungsvorhaben für die Wirtschaft, insbesondere für mittelständische Unternehmen, durchzuführen. Die Institute werden als unselbstständige Betriebsstätten der Hochschulübergreifenden Innovationsgesellschaft N-Transfer GmbH (N-Transfer GmbH) geführt. Es bestehen Institute an den Fachhochschulen Osnabrück (Automatisierungstechnik, Oberflächenanalytik, Oberflächentechnik), Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven - Standort Wilhelmshaven (Automatisierungstechnik, Umwelttechnik), Braunschweig/Wolfenbüttel (Verfahrensoptimierung, Entsorgungstechnik). Ab 2005 zusätzlich: Fachhochschule Hildesheim/Holzminde/Göttingen (angewandte Photonic, physikalische Systemtechnik) und Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven - Standort Emden (Marktanalysen, -umfragen und Marketingkonzeptionen, Photogrammetrie und optische 3D-Messtechnik, E-Business, E-Learning und Internet-Anwendungen, elektromagnetische Verträglichkeitsprüfung, Nachrichtentechnik/Kommunikationsnetze).

Veranschlagt ist eine Grundfinanzierung für Personal- und Sachausgaben der fünf Institute.

Darüber hinaus erhält die N-Transfer GmbH weitere Haushaltsmittel aus Kapitel 0608 TGr 66 für den Geschäftsbetrieb und den Ausbau der Patentberatung und -verwertung im Hochschulbereich sowie eine Anschubfinanzierung zur Förderung einer Innovationsgesellschaft / ITI an der Fachhochschule Hannover.

**Zu 685 69**

Unterhaltung der Einrichtung als alleiniger Gesellschafter in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben  
des Instituts für Solarenergieforschung GmbH /ISFH)

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
<b>Ausgaben</b>	3.225	3.191	4.111
<b>Einnahmen</b>	744	710	1.693
<b>Fehlbetrag</b>	2.481	2.481	2.481

	2005 Tsd. EUR
--	------------------

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch

- a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers —
- b) das Land mit 2.481
- c) den Bund mit —
- d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit —
- e) Private —

Zusammen 2.481

Aufgabe des ISFH ist die Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Solarenergie sowie zugehörige Beratungs- und Fortbildungstätigkeit. Der Schwerpunkt liegt im Bereich Photovoltaik mit dem Ziel, den Wirkungsgrad von Solarzellen zu erhöhen und die Prozesstechnologie zu verbessern, um die Kosten für photovoltaisch erzeugten Strom zu senken. Eine weiterer Augenmerk liegt in der Systemtechnik von Solarenergieanlagen.

**Zu Titel 685 71 und 894 71 gemeinsam**

Unterhaltung der Einrichtung als alleiniger Gesellschafter in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.



**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Titel 685 71 und 894 71 gemeinsam**

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben  
der CUTEC

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
<b>Ausgaben</b>	6.393	7.260	5.851
<b>Einnahmen</b>	3.342	3.009	2.800
<b>Fehlbetrag</b>	3.051	4.251	3.051
			2005 Tsd. EUR

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	–
b) das Land mit lfd. Zuschuss (685 71)	3.051
c) das Land mit Investitionen (894 71)	
d) den Bund mit	–
e) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	–
f) Private	–

Zusammen 3.051

Mit dem Clausthaler Umwelttechnik-Institut GmbH (CUTEC) soll die wirtschaftsnahe Forschung im Bereich der Umwelttechnologien in Niedersachsen nachhaltig ausgebaut werden. Schwerpunkt soll sein die in die Bereiche Kreislauf- und Abfallwirtschaft, Energie-wirtschaft und Mobilitätswirtschaft gegliederte Erforschung von Technologien zur Minderung von Emissionen in Wasser/Luft, wie Recyclingtechnik, Prozessanalytik und Prozesssteuerung sowie die Veränderung und Neugestaltung von Produktionsprozessen mit dem Ziel der prozessintegrierten Emissionsminderung.

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0607 Förderung von Einrichtungen der wissenschaftlichen Forschung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>TGr. 77/78 79/80 86/87 89/92 95/96 97/98</b>		<b>Gemeinsame Finanzierung wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen mit überregionalem Wirkungsbereich</b> *** Soweit Landesbehörden Verwaltungsleistungen für die gemeinsam finanzierten wissenschaftlichen Einrichtungen erbringen, werden hierfür Leistungsgebühren/Entgelte nicht erhoben.	(-) (4.722)	(137.095)	(132.752)	(+4.343)	(125.830)
682 98-1	164	Zuführung an den Landesbetrieb TU Clausthal für die Abwicklung des Instituts für Erdölforschung (IFE) <i>Übertragbar.</i>	-	-	-	-	-
685 77-8	164	Zuschuss an das Deutsche Primatenzentrum GmbH, Göttingen (DPZ)	-	7.988	7.656	+332	7.410
685 78-6	164	Zuschuss an die IWF Wissen und Medien gGmbH, Göttingen <i>Übertragbar.</i>	-	3.678	3.638	+40	3.352
685 79-4	164	Zuschuss an die Deutsche Sammlung Mikroorganismen und Zellkulturen GmbH (DSMZ)	-	4.500	4.326	+174	3.439
685 80-8	164	Zuschuss an die Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover (ARL) *** Übertragbar bis zur Höhe von 110.000 EUR.	-	2.067	2.030	+37	1.945
685 86-7	164	Zuschuss an die Max-Planck-Gesellschaft (MPG)	-	47.448	44.966	+2.482	43.898
685 87-5	137	Zuschuss an die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) für die allgemeine Forschungsförderung <i>Übertragbar.</i>	-	50.827	49.407	+1.420	46.343
685 89-1	164	Akademienprogramm <i>Übertragbar.</i>	-	2.434	2.122	+312	2.104
685 92-1	164	Zuschuss an die Gesellschaft für Biotechnologische Forschung mbH, Stöckheim (GBF)	-	2.992	2.525	+467	2.645
685 95-6	164	Fraunhofer-Gesellschaft e. V. (FhG) - Zuschuss für laufende Zwecke -	-	1.992	1.792	+200	1.761
685 96-4	164	GKSS - Forschungszentrum Geesthacht mbH - Zuschuss für laufende Zwecke -	-	647	504	+143	518
685 97-2	164	Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR) - Zuschuss für laufende Zwecke -	-	5.024	4.969	+55	4.769
894 77-6	164	Für Investitionen (Deutsches Primatenzentrum)	- 4.722	3.506	5.146	-1.640	4.376
894 78-4	164	Für Investitionen (IWF Wissen und Medien gGmbH)	-	1.494	1.389	+105	1.386
894 79-2	164	Für Investitionen (Deutsche Sammlung Mikroorganismen und Zellkulturen GmbH)	-	438	488	-50	438
894 92-0	164	Für Investitionen (Gesellschaft für Biotechnologische Forschung mbH)	-	991	880	+111	581
894 96-2	164	GKSS - Forschungszentrum Geesthacht mbH - Zuschuss für Investitionen -	-	158	114	+44	96
894 97-0	164	Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR) - Zuschuss für Investitionen -	-	911	800	+111	769

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Titelgruppe 77/78, 79/80, 86/87, 89/92, 95/96, 97/98**

Die Förderung der wissenschaftlichen Forschung durch den Bund und die Länder ist durch die Rahmenvereinbarung über die gemeinsame Förderung der Forschung nach Art. 91 b GG vom 28. 11. 1975 (RV-Fo), zuletzt geändert am 20. 3. 2001, geregelt worden.

Die Rahmenvereinbarung ist mit Wirkung vom 1. 1. 1976 in Kraft getreten. Nach dieser Rahmenvereinbarung und den geschlossenen Ausführungsvereinbarungen wirken die Vertragsschließenden bei der Förderung von Einrichtungen und Vorhaben der wissenschaftlichen Forschung von überregionaler Bedeutung nach den näheren Bestimmungen dieser Vereinbarungen zusammen.

**Zu Titel 685 77 und 894 77 gemeinsam**

Vertragliche Leistung gem. Rahmenvereinbarung Forschungsförderung (RV-Fo) i. d. F. vom 20. 3. 2001 in Verbindung mit der Ausführungsvereinbarung Forschungseinrichtungen (AV-FE) i. d. F. vom 24. 10./3. 11. 1997 in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Deutsches Primatenzentrum GmbH in Göttingen (DPZ)

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
<b>Ausgaben</b>	14.217	15.535	15.219
<b>Einnahmen</b>	2.723	2.733	3.433
<b>Fehlbetrag</b>	11.494	12.802	11.786

	2005 Tsd. EUR
--	------------------

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
b) das Land mit lfd. Zuschuss (685 77)*	7.988
c) das Land mit Investitionen (894 77)**	3.506
d) den Bund mit	—
e) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—
f) Private	—
<b>Zusammen</b>	11.494

\*) davon 3.994.000 EUR Bundesanteil (50 %) und 2.723.910 EUR Anteil anderer Länder (rd. 68,2 % des Länderanteils).

\*\*) davon 1.753.000 EUR Bundesanteil (50 %) und 242.792 EUR Anteil anderer Länder (rd. 68,2 % des Länderanteils ohne Bauinvestitionen).

Die Deutsche Primatenzentrum GmbH in Göttingen betreibt naturwissenschaftliche und medizinische Forschung über und mit Primaten. Darüber hinaus hält und züchtet sie Primaten für die Versorgung anderer Forschungsinstitute.

Die ausgebrachte VE ist vorgesehen für die Sanierung des Tierhauses. Die Gesamtkosten der Maßnahme betragen gemäß 1. Nachtrag zur HU-Bau rd. 20,6 Mio. EUR.

**Zu Titel 685 78 und 894 78 gemeinsam**

Vertragliche Leistung gem. Rahmenvereinbarung Forschungsförderung (RV-Fo) i. d. F. vom 20. 3. 2001 in Verbindung mit der Ausführungsvereinbarung Forschungseinrichtungen (AV-FE) i. d. F. vom 24. 10./3. 11. 1997 in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der IWF Wissen und Medien gGmbH (IWF) in Göttingen

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
<b>Ausgaben</b>	5.772	5.627	4.778
<b>Einnahmen</b>	600	600	371
<b>Fehlbetrag</b>	5.172	5.027	4.407

**Noch zu Titel 685 78 und 894 78 gemeinsam**

	2005 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
b) das Land mit lfd. Zuschuss (685 78)*	3.678
c) das Land mit Investitionen (894 78)**	1.494
d) den Bund mit	—
e) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—
f) Private	—
<b>Zusammen</b>	5.172

\*) davon 1.839.000 EUR Bundesanteil (50 %) und 1.254.200 EUR Anteil anderer Länder (rd. 68,2 % des Länderanteils).

\*\*) davon 747.000 EUR Bundesanteil (50 %) und 265.298 EUR Anteil anderer Länder (rd. 68,2 % des Länderanteils ohne Bauinvestitionen).

Die IWF verfolgt den Zweck, Wissenschaft und Forschung sowie Bildung und Erziehung dadurch zu fördern, dass sie Entwicklungs- und Transferleistungen im Bereich der Medien erbringt. Die Mittel bei 894 78 sind veranschlagt für die Grundsanierung der Hauptgebäude und die Baumaßnahmen Kommunikationszentrum (Cinema I) und Konferenz-/Schulungsraum.

**Zu Titel 685 79 und 894 79 gemeinsam**

Vertragliche Leistung gem. Rahmenvereinbarung Forschungsförderung (RV-Fo) i. d. F. vom 20. 3. 2001 in Verbindung mit der Ausführungsvereinbarung Forschungseinrichtungen (AV-FE) i. d. F. vom 24. 10./3. 11. 1997 in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Deutschen Sammlung von Mikroorganismen und Zellkulturen GmbH (DSMZ) in Braunschweig

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
<b>Ausgaben</b>	6.448	6.374	6.098
<b>Einnahmen</b>	1.510	1.560	2.438
<b>Fehlbetrag</b>	4.938	4.814	3.660

	2005 Tsd. EUR
--	------------------

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
b) das Land mit lfd. Zuschuss (685 79)*	4.500
c) das Land mit Investitionen (894 79)**	438
d) den Bund mit	—
e) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—
f) Private	—
<b>Zusammen</b>	4.938

\*) davon 2.250.000 EUR Bundesanteil (50 %) und 1.534.500 EUR Anteil anderer Länder (rd. 68,2 % des Länderanteils)

\*\*) davon jeweils 219.000 EUR Bundesanteil (50 %) und 149.360 EUR Anteil anderer Länder (rd. 68,2 % des Länderanteils ohne Bauinvestitionen)

Die Deutsche Sammlung von Mikroorganismen und Zellkulturen GmbH in Braunschweig (DSMZ) besteht seit dem 1. 1. 1988. Alleiniger Gesellschafter ist nach dem Gesellschaftervertrag vom 16. 12. 1987 das Land Niedersachsen.

Hauptaufgaben der DSMZ liegen in der Sammlung, Konservierung und Bereitstellung von Mikroorganismen für Forschung und Industrie sowie in ihrer Funktion als international anerkannte Hinterlegungsstelle für patentrechtlich geschützte Stämme von Mikroorganismen.

**Zu 685 80**

Vertragliche Leistung gem. Rahmenvereinbarung Forschungsförderung (RV-Fo) i. d. F. vom 20. 3. 2001 in Verbindung mit der Ausführungsvereinbarung Forschungseinrichtungen (AV-FE) i. d. F. vom 24. 10./3. 11. 1997 in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu 685 80

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Akademie für Raumforschung und Landesplanung in Hannover (ARL)

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
<b>Ausgaben</b>	2.179	2.142	2.059
<b>Einnahmen</b>	112	112	114
<b>Fehlbetrag</b>	2.067	2.030	1.945

	2005 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	-
b) das Land mit *)	2.067
c) den Bund mit	-
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	-
e) Private	-
Zusammen	2.067

\*) davon 620.100 EUR Bundesanteil (30 %) und 986.800 EUR Anteil anderer Länder (rd. 68,2 % des Länderanteils)  
Die Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) ist eine bundesweite Forschungseinrichtung; ihre Aufgabe ist es, selbstständig und im Zusammenwirken mit ähnlichen Einrichtungen des In- und Auslandes wissenschaftliche Grundlagen der Entwicklung von Raum und Umwelt zu erarbeiten.

Zu 685 86

Vertragliche Leistung gem. Rahmenvereinbarung Forschungsförderung (RV-Fo) i. d. F. vom 20. 3. 2001 in Verbindung mit der Ausführungsvereinbarung Forschungseinrichtungen (AV-FE) i. d. F. vom 24. 10./3. 11. 1997 in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Max-Planck-Gesellschaft (MPG)

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
<b>Ausgaben</b>	1.043.247	1.034.570	1.022.331
<b>Einnahmen</b>	41.504	38.560	82.206
<b>Fehlbetrag</b>	1.001.743	996.010	940.125

	2005 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	697
b) das Land mit	47.448
c) den Bund mit	496.545
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	457.053
e) Private	-
Zusammen	1.001.743

Die 1948 gegründete Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., die unmittelbar an die Tradition der 1911 gegründeten Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft anknüpft, ist Träger von 79 Instituten (davon 6 in Niedersachsen), in denen Grundlagenforschung vor allem im naturwissenschaftlichen Bereich, aber auch auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften betrieben wird. Ihre Aufgabe ist es auch, neue Forschungsbereiche aufzugreifen, die innerhalb der universitären Forschung nicht oder nicht ausreichend erfasst werden können, und somit Lücken im deutschen Wissenschaftsgefüge zu schließen.

Der allgemeine Zuwendungsbedarf der Max-Planck-Gesellschaft wird aufgrund der Rahmenvereinbarung Forschungsförderung nach Art. 91 b GG vom Bund und von den Ländern je zur Hälfte gedeckt. Er wird nach der „Ausführungsvereinbarung MPG“ von dem Ausschuss „Forschungsförderung“ der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, dem Vertreter des Bundes und der Länder angehören, geprüft und von den Regierungschefs bzw. - bei Einstimmigkeit - von der Bund-Länder-Kommission festgestellt. Neben dem gemeinsam aufzubringenden allgemeinen

Noch zu 685 86

Zuschussbedarf können Bund und Länder im gegenseitigen Einvernehmen Sonderleistungen erbringen.

Zu 685 87

Vertragliche Leistung gem. Rahmenvereinbarung Forschungsförderung (RV-Fo) i. d. F. vom 20. 3. 2001 in Verbindung mit der Ausführungsvereinbarung Forschungseinrichtungen (AV-FE) i. d. F. vom 24. 10./3. 11. 1997 in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG)

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
<b>Ausgaben</b>	1.351.722	1.313.325	1.299.096
<b>Einnahmen</b>	1.052	1.002	1.487
<b>Fehlbetrag</b>	1.350.670	1.312.323	1.297.609

	2005 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	-
b) das Land mit lfd. Zuschuss	50.827
c) andere Länder mit	511.034
d) den Bund mit	784.596
e) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	605
f) Private	3.608
Zusammen	1.350.670

Die DFG fördert einzelne Forschungsvorhaben auf allen Gebieten der Wissenschaft (Normalverfahren). Sie regt auf ausgewählten, besonders wichtigen Gebieten intensive Forschungen in überregionaler Zusammenarbeit an (Schwerpunktverfahren). Außerdem verbessert die DFG die Ausstattung der wissenschaftlichen Hochschulen mit Großgeräten und nimmt wichtige internationale Beziehungen für die Wissenschaft wahr.

Nach der Rahmenvereinbarung Forschungsförderung (RV-Fo) i. d. F. vom 20. 3. 2001 in Verbindung mit der Ausführungsvereinbarung DFG (AV-DFG) i. d. F. vom 20. 3. 2001 tragen der Bund und die Länder den Bedarf der DFG in allen Programmen im Verhältnis 58:42.

Der Anteil Niedersachsens errechnet sich nach dem sog. „Königsteiner Schlüssel“.

Zu 685 89

Vertragliche Leistung gem. Rahmenvereinbarung Forschungsförderung (RV-Fo) i. d. F. vom 20. 3. 2001 in Verbindung mit der Ausführungsvereinbarung Akademienprogramm (AV-AK) i. d. F. vom 16. 12. 1999/27. 1. 2000 in Form einer Zuwendung zur Projektförderung an die Union der Deutschen Akademien der Wissenschaften in Mainz.

Nach der Ausführungsvereinbarung Akademienprogramm (AV-AK) finanzieren Bund und Länder gemeinsam ein von der Union der deutschen Akademien der Wissenschaftler e. V. in der Bundesrepublik Deutschland koordiniertes Programm.

Die zuwendungsfähigen Ausgaben des koordinierten Programms werden vom Bund und von den an der Finanzierung beteiligten Ländern im Verhältnis 50:50 aufgebracht.

Ab 2001 wird das Akademienprogramm über die Union direkt abgewickelt. Veranschlagt ist daher nur noch der auf Niedersachsen entfallende Anteil am Akademienprogramm sowie ein Betrag von rd. 60 000 EUR als Anteil an den Verwaltungskosten der Geschäftsstelle der Union.

Zu Titel 685 92 und 894 92 gemeinsam

Vertragliche Leistung gem. Rahmenvereinbarung Forschungsförderung (RV-Fo) i. d. F. vom 20. 3. 2001 in Verbindung mit dem Konsortialvertrag vom 3. 8. 1976 in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

ERLÄUTERUNGEN

**Noch zu Titel 685 92 und 894 92 gemeinsam**

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Gesellschaft für Biotechnologische Forschung mbH, Braunschweig-Stöckheim (GBF)

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
<b>Ausgaben</b>	49.965	43.452	47.690
<b>Einnahmen</b>	10.135	9.402	15.322
<b>Fehlbetrag</b>	39.830	34.050	32.368

	2005 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	–
b) das Land (10 %) mit lfd. Zuschuss (685 92)	2.992
c) das Land (10 %) mit Investitionen (894 92)	991
d) den Bund (90 %) mit	35.847
e) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	–
f) Private	–
<b>Zusammen</b>	<b>39.830</b>

Nach dem am 3. 8. 1976 zwischen dem Bund und dem Land Niedersachsen geschlossenen Konsortialvertrag wird der Zuwendungsbedarf der GBF im Verhältnis 90:10 finanziert.

**Zu 685 95**

Vertragliche Leistung gem. Rahmenvereinbarung Forschungsförderung (RV-Fo) i. d. F. vom 20. 3. 2001 in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Fraunhofer-Gesellschaft (FhG)

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
<b>Ausgaben</b>	1.056.999	1.053.150	1.024.791
<b>Einnahmen</b>	568.900	601.256	618.684
<b>Fehlbetrag</b>	488.099	451.894	406.107

	2005 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	
b) das Land mit	1.992
c) den Bund mit	388.310
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	97.797
e) Private	–
<b>Zusammen</b>	<b>488.099</b>

Die Fraunhofer-Gesellschaft e. V. (FhG) betreibt in ihren Einrichtungen Forschung und Entwicklung auf wirtschaftlich relevanten Gebieten der angewandten Naturwissenschaften und der Technik. Die institutionelle Förderung durch Bund und vierzehn Länder ermöglicht der FhG die Bearbeitung selbst gewählter Forschungsthemen zur Sicherung ihres wissenschaftlichen Potentials und die Entwicklung neuer Technologien.

Die Mittel der institutionellen Förderung werden ab 1. Januar 1977 im Verhältnis 90:10 vom Bund und von vierzehn Ländern aufgebracht.

**Zu Titel 685 96 und 894 96 gemeinsam**

Vertragliche Leistung gem. Rahmenvereinbarung Forschungsförderung (RV-Fo) i. d. F. vom 20. 3. 2001 in Verbindung mit dem Konsortialvertrag i. d. F. von 1998 in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

**Noch zu Titel 685 96 und 894 96 gemeinsam**

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der GKSS-Forschungszentrum Geesthacht GmbH

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
<b>Ausgaben</b>	75.904	67.184	74.612
<b>Einnahmen</b>	9.000	8.999	18.114
<b>Fehlbetrag</b>	66.904	58.185	56.498

	2005 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	–
b) das Land mit lfd. Zuschuss (685 96)	647
c) das Land mit Investitionen (894 96)	158
d) den Bund mit	60.214
e) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	5.885
f) Private	–
<b>Zusammen</b>	<b>66.904</b>

Das GKSS-Forschungszentrum Geesthacht GmbH ist eine der in der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren zusammengeschlossenen nationalen Forschungseinrichtungen, die von Bund und den Ländern Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Brandenburg finanziell getragen wird. Die institutionelle Förderung wird mit 90 % vom Bund und mit 10 % von den genannten Ländern getragen.

Der Finanzierungsanteil Niedersachsens beträgt 1,0 v. H.

**Zu Titel 685 97 und 894 97 gemeinsam**

Vertragliche Leistung gem. Rahmenvereinbarung Forschungsförderung (RV-Fo) i. d. F. vom 20. 3. 2001 in Verbindung mit dem Konsortialvertrag in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgabendes Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR)

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
<b>Ausgaben</b>	468.216	460.443	479.897
<b>Einnahmen</b>	215.000	205.000	231.417
<b>Fehlbetrag</b>	253.216	255.443	248.480

	2005 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	–
b) das Land mit lfd. Zuschuss (685 97)	5.024
c) das Land mit Investitionen (894 97)	911
d) den Bund mit	228.788
e) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	18.493
f) Private	–
<b>Zusammen</b>	<b>253.216</b>

Zuschuss an die DLR aufgrund der zwischen dem Bund und den Ländern Bayern, Baden-Württemberg, Berlin, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen mit Wirkung vom 1. Januar 1977 geschlossenen Ausführungsvereinbarung DLR (AV-DLR).



**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 894 77**

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	572	–	572
2006	–	3.050	–	3.050
2007	–	1.100	–	1.100
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	4.722	–	4.722

**Einzelplan 06** Ministerium für Wissenschaft und Kultur  
**Kapitel 0607** Förderung von Einrichtungen der wissenschaftlichen Forschung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 0607</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		1.950	1.950	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		15.719	15.018	+701	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		2.719	3.511	-792	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		20.388	20.479	-91	
		4 Personalausgaben	—	350	—	+350	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	20	—	+20	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	145.949	142.632	+3.317	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	7.498	9.417	-1.919	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	4.722	—	—	—	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	153.817	152.049	+1.768	
			4.722				
		<b>Zuschuss</b>		133.429	131.570	+1.859	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0608 Förderung der Wissenschaft allgemein**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-6	131	Vermischte Einnahmen		1	1	—	—
119 41-5	131	Rückzahlung von Überzahlungen		128	128	—	1.485
119 65-2	131	Technologietransfer - Einnahmen aus Veröffentlichungen, Zuwendungen und Aufträgen Dritter - <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.</i> <i>*** Abweichend von § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.</i>		5	5	—	—
119 73-3	131	Rückzahlungen für Titelgruppe 73 <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 73.</i>		—	—	—	210
119 95-4	131	Rückzahlungen für TGr. 95 <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 95.</i>		—	—	—	273
129 01-1	131	Ablieferungen der Stiftungen für Beihilfen		—	—	—	1.426
231 05-3	139	Zuweisungen des Bundes <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 95.</i>		4.909	4.909	—	5.118
231 06-1	131	Zuweisungen des Bundes		—	446	-446	446
231 07-0	131	Zuwendungen des Bundes <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.</i>		—	—	—	1.998
233 01-3	136	Sonstige Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden		—	—	—	68
282 01-4	131	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.</i>		—	—	—	150
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 67</b>		<b>Ablieferungen der Fachhochschulen aus formelgebundener Mittelbemessung</b>		(—)	(—)	(—)	(—)
121 67-3	131	Ablieferungen der Landesbetriebe <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 67.</i>		—	—	—	—
129 67-4	131	Ablieferungen der Stiftungen <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 67.</i>		—	—	—	—
<b>TGr. 74</b>		<b>Forschungs- und Berufungspool, innovative Hochschulprojekte</b>		(—)	(—)	(—)	(692)
119 74-1	178	Rückzahlungen für TGr. 74 <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 74.</i>		—	—	—	203
331 74-0 (GA)	178	Zuweisungen des Bundes gem. § 12 HBFG für aus TGr. 74 finanzierte Aufwendungen <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 74.</i>		—	—	—	489
<b>TGr. 75</b>		<b>Zentrale Evaluations- und Akkreditierungsagentur Hannover (ZEvA)</b>		(378)	(378)	(—)	(543)
121 75-4	131	Ablieferungen der ZEvA <i>Vgl. K-Vermerk zu 682 75.</i>		253	253	—	418
381 75-6	990	Zuführung von 0608 - 981 73		125	125	—	125
		Summe für inzwischen weggefallene Titel			208	-208	
<b>AUSGABEN</b>							
422 01-0	139	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zula-</i> <i>sten Ausgabetitelgruppe 74.</i> <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zula-</i> <i>sten Ausgabetitelgruppe 76.</i> <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu</i> <i>Gunsten 682 02 und 685 02.</i>	—	446	383	+63	95

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 231 05**

Bund und Länder haben am 16. 12. 1999 eine Vereinbarung nach Artikel 91 b GG über die Fortsetzung ihrer gemeinsamen Anstrengung zur Weiterentwicklung von Hochschule und Wissenschaft sowie zur Realisierung der Chancengleichheit in Forschung und Lehre mit einer Laufzeit vom 1. 1. 2001 bis 31. 12. 2006 beschlossen. Die Vereinbarung beinhaltet u. a. die Durchführung von Fachprogrammen zur Förderung

- der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre,
- der Entwicklung von Fachhochschulen,
- struktureller Innovationen im Hochschulbereich,

die gemeinsam von Bund und Ländern finanziert werden.

2005 beteiligt sich der Bund an den Maßnahmen des Landes in Höhe des veranschlagten Betrages.

Vgl. Erläuterungen zu TGr. 95.

**Zu 331 74**

Die Mehreinnahmen aus Bundesmitteln gem. § 12 HBFVG werden für zusätzliche Beschaffungen benötigt.

**Zu 121 75**

Entgelte für die Akkreditierung von Bachelor-/Bakkalaureus- und Master-/Magisterstudiengängen niedersächsischer Hochschulen sowie von Hochschulen vorwiegend norddeutscher Länder. Mehrerträge sowie die Erträge aus der Evaluation insbesondere durch Beteiligung von Hochschulen anderer Länder an Evaluationsverfahren stehen der ZEVA im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung zur Deckung der hierdurch entstehenden zusätzlichen Aufwendungen zur Verfügung.

**Zu 381 75**

Für eine Übergangszeit werden die Grundkosten für die Akkreditierung von Studiengängen aus den Ansätzen der Ausgabeteilgruppe 73 (Hochschulübergreifende Innovationen) bestritten, soweit sie nicht über Entgelte gedeckt werden können. Mittelfristig sollen die Kosten in voller Höhe über Entgelte erwirtschaftet werden.

**Zu 422 01**

1. Es sind Ausgaben für 23 Planstellen veranschlagt für den zu erwartenden dringenden Bedarf zum Abbau des Numerus clausus, um Engpässe zu beseitigen oder zu lindern und um eine kapazitätsrechtlich gebotene Erhöhung des Lehrangebots an den Hochschulen zu gewährleisten, soweit die vorhandene Aufnahmekapazität überschritten wird, weil auf Zulassungsbeschränkungen verzichtet oder ein besonderes Verteilungsverfahren mit Studienplatzgarantie angeordnet worden ist, sowie für Maßnahmen zur Verbesserung der Hochschulstruktur und zur Steigerung der Qualität des Studiums.
2. Für Nachfolgeaktivitäten des HSP III mit den Teilprogrammen
  - a) Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre
  - b) Förderung der Entwicklung von Fachhochschulen und
  - c) Förderung struktureller Innovationen im Hochschulbereich
 stehen 51 Planstellen (Bes.-Gr. W 2 = 32 und Bes.-Gr. C 1 = 19) zur Verfügung.  
 Die Mittel sind in dem Ansatz bei 0608 Titelgruppe 95 veranschlagt.
3. 5 Planstellen (Bes.-Gr. A 15 = 1, Bes.-Gr. A 14 = 1, A 13 = 1, Bes.-Gr. W 2 = 1 und Bes.-Gr. C 1 = 1) stehen im Rahmen der Innovationsoffensive zur Verfügung.
4. 1 Planstelle (Bes.-Gr. W 2) gehört zum Fiebiger-Plan.

**Einzelplan 06**    **Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0608**   **Förderung der Wissenschaft allgemein**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung 2005 2004	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
noch 422 01-0		*** 1. Zeitweilig nicht in Anspruch genommene Ausgaben für Planstellen der Professoren dürfen für Vertretungsaufträge und für Aufträge zur Wahrnehmung von Professorenstellen verwendet werden. 2. Zeitweilig nicht in Anspruch genommene Ausgaben für Planstellen der Professoren und Akademischen Räte dürfen ferner zur Verstärkung der Ausgaben bei Titelgruppe 76 verwendet werden. Dies gilt nicht für Planstellen zur Förderung des hochqualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchses (Fiebiger-Plan). 3. Die Verstärkung der Ausgaben bei den deckungsberechtigten Titeln darf den Gesamtbetrag der Einsparungen nach Nr.1 und 2 nicht überschreiten.					
422 19-3	139	Altersteilzeitzuschläge	—	15	15	—	9
425 01-0	139	Vergütungen der Angestellten Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zula- sten Ausgabeteilgruppe 74. Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zula- sten Ausgabeteilgruppe 76. Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 682 02 und 685 02.	—	3.575	3.230	+345	—
426 01-6	139	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zula- sten Ausgabeteilgruppe 74. Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zula- sten Ausgabeteilgruppe 76.	—	—	—	—	—
441 05-8	131	Beihilfen für Beamte der Stiftungen	—	—	—	—	1.187
441 06-6	131	Beihilfen für Angestellte der Stiftungen	—	—	—	—	27
441 07-4	131	Beihilfen für Arbeiter der Stiftungen	—	—	—	—	2
538 01-9	131	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	—	540	-540	672
682 02-0	131	Zuschüsse an Landesbetriebe Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zula- sten 422 01 und 425 01.	—	—	—	—	2.501
682 03-9	139	Zuschuss an Landesbetriebe zur Finanzie- rung der EU-Büros Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 685 03.	—	776	904	-128	845
682 04-7	131	Zuschuss an Landesbetriebe zur besonderen Frauenförderung Übertragbar. Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungs- fähig: 682 04 und 685 04.	—	—	100	-100	115
684 01-5	136	Finanzhilfe für Fachhochschulen in kirchli- cher Trägerschaft gemäß § 67 NHG *** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläute- rung verbindlich.	—	5.032	5.038	-6	5.167
684 02-3	136	Zuschuss an die Freie Kunststudienstätte Ottersberg e.V.	—	285	255	+30	255
684 03-1	131	Zuschuss zur Finanzierung der Deutsch- Französischen Hochschule	—	99	99	—	81
684 05-8	136	Zuschuss an die private Fachhochschule Buxtehude	—	350	—	+350	—
685 02-0	131	Zuschüsse an Stiftungen Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zula- sten 422 01 und 425 01.	—	—	—	—	554

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 425 01**

1. Es sind Ausgaben für 56 Stellen (Wissenschaftlicher Dienst: Verg.-Gr. I b = 7, Verg.-Gr. II a = 18; Verg.-Gr. II a (Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses) = 31) im Rahmen eines zentral bewirtschafteten Forschungspools veranschlagt. Damit soll vorwiegend ermöglicht werden, Hochschuleinrichtungen, in denen in besonders hohem Maße Forschungsaufgaben wahrgenommen werden, kurzfristig zusätzliche Stellen für Personal mit Aufgaben in der Forschung zuzuweisen.  
Darüber hinaus sind folgende Stellen in der Stellenübersicht für Angestellte veranschlagt, für die Ausgaben in den Titelgruppen 74, 75 und 95 sowie im Titel 682 03 enthalten sind.
  - 1a. 14 Stellen (s. Erläuterungen zur Stellenübersicht) stehen im Rahmen der Innovationsoffensive in der Titelgruppe 74 zur Verfügung.
  - 1b. 9 Stellen (Verg.-Gr. I = 1, I b = 2, II a = 3, IV a = 1; VI b = 2) sind für die Zentrale Evaluations- und Akkreditierungsagentur Hannover (ZEvA) bestimmt.  
Die Mittel sind bei Kapitel 06 08 Titel 682 75 enthalten.
  - 1c. 7 Stellen (Verg.-Gr. II a = 5, Verg.-Gr. IV a = 2) stehen für die Nachfolgeaktivitäten des HSP III zur Verfügung.
  - 1d. 10 Stellen (s. Erläuterungen zur Stellenübersicht) sind für die drei EU-Hochschulbüros bestimmt.  
Die Mittel sind bei Titel 682 03 veranschlagt.
2. Ausgaben für die Vergütung von 67,5 Angestellten sowie zusätzliche Personal- und Sachausgaben sind bei Titelgruppe 76 veranschlagt.
3. Eine Stelle steht für übergreifende EU-Angelegenheiten zur Verfügung.

**Zu 682 03**

Vgl. Erläuterungen zu 425 01 Nr. 1d.

**Zu 684 01**

Zur Förderung der staatlich anerkannten Evangelischen Fachhochschule in Hannover (FB Sozialwesen) und der staatlich anerkannten Katholischen Fachhochschule für Sozialwesen Norddeutschland in Osnabrück und Vechta sowie des Winnicott-Instituts.

Für die Finanzhilfe für die Kirchlichen Fachhochschulen sind veranschlagt:

Evangelische Fachhochschule Hannover: davon 440 000 EUR für das Winnicott-Institut	3.184.000 EUR
Katholische Fachhochschule Norddeutschland:	1.848.000 EUR
Zusammen	5.032.000 EUR

**Zu 684 02**

Zuwendungen nach § 66 NHG.

**Zu 684 03**

Die Deutsch-Französische Hochschule wird als Verbund deutscher und französischer Hochschulen gestaltet, durch den die Möglichkeiten integrierter Studiengänge vermehrt und die gemeinsamen Forschungsvorhaben entwickelt werden. Die Finanzierung erfolgt durch den Bund und die Länder. Die Aufteilung des Länderanteils wird nach dem Königsteiner Schlüssel vorgenommen.

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0608 Förderung der Wissenschaft allgemein**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
685 03-8	131	Zuschüsse an Stiftungen zur Finanzierung der EU-Büros <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zula- sten 682 03.</i>	—	—	—	—	—
685 04-6	131	Zuschüsse an Stiftungen zur besonderen Frauenförderung <i>Vgl. D-Vermerk zu 682 04.</i>	— 200	—	100	-100	—
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61</b>		<b>Wissenschaftliche Zusammenarbeit mit dem Ausland</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Abweichend von § 20 Abs. 1 LHO sind nur ge- genseitig deckungsfähig 429 61, 511 61, 527 61, 547 61, 681 61, 682 61 und 685 61.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendung- zwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(—)	(257)	(257)	(—)	(184)
429 61-9	131	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
511 61-7	131	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	—
527 61-0	131	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	—	—	2
529 61-3	131	Repräsentative Ausgaben	—	1	1	—	1
547 61-1	131	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	3
681 61-0	131	Stipendien <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläute- rung verbindlich.</i>	—	77	77	—	6
682 61-6	132	Zuschüsse an Landesbetriebe	—	179	179	—	103
685 61-5	131	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	69
<b>TGr. 63</b>		<b>Internationalisierung der Hochschulen</b> <i>Übertragbar.</i>	(—)	(102)	(102)	(—)	(112)
429 63-5	131	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	112
547 63-8	131	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
682 63-2	131	Zuschüsse an Landesbetriebe	—	102	102	—	—
685 63-1	131	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 64</b>		<b>Förderung der Lehre mit neuen Medien</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungs- fähig: Ausgabeteilgruppe 64, Ausgabeteilgrup- pe 65, Ausgabeteilgruppe 66, 425 71, 429 71, 459 71, 547 71, 681 71, 682 71, 685 71, 812 71, 891 71, Ausgabeteilgruppe 73, Ausgabeteil- gruppe 74 und Ausgabeteilgruppe 76.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungs- zwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(—) (900)	(5.113)	(2.556)	(+2.557)	(2.860)
682 64-0	139	Zuschüsse an Landesbetriebe	—	2.557	—	+2.557	2.860
685 64-0	131	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	— 900	1.300	—	+1.300	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 685 03**

Vgl. Erläuterung zu 682 03.

**Zu 685 04**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	100	–	100
2006	–	100	–	100
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	200	–	200

**Zu 685 64**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	900	–	900
2006	–	–	–	–
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	900	–	900

**Zu Titelgruppe 61**

Stärkung des Wissenschaftsstandortes Niedersachsen u.a. durch

- Partnerschaftsprojekte aufgrund von Vereinbarungen des Landes Niedersachsen im Bereich Wissenschaft und Kultur.
- Präsentation nieders. Projekte im Rahmen deutscher Kulturtag/-jahre.
- Unterstützung der internationalen Profilbildung der nieders. Hochschulen (HS-Kooperationen insbes. mit MOE, Entwicklungsländern und China).
- Förderung gemeinschaftlicher internationaler Aktivitäten der nieders. Hochschulen.
- Maßnahmen von besonderer landes-/hochschulpolitischer Bedeutung.
- Grenzüberschreitende und interregionale Hochschul-Zusammenarbeit.
- Internationales Bildungsmarketing (u.a. Bildungsmessen).

**Zu 681 61**

Stipendien können als Leistungen eigener Art im Einzelfall bis zur Höhe von monatlich 690,24 EUR zzgl. 92,03 EUR für Krankenversicherungsbeiträge gezahlt werden. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.

Der Gesamtbedarf pro Haushaltsjahr beträgt bis zu 77 000 EUR.

**Zu Titelgruppe 63**

Zur Förderung von besonderen Internationalisierungsmaßnahmen der Hochschulen.

Kernbereiche sind:

1. Ausgleichsfinanzierung für Fachhochschulen bei Teilnahme an EU-Forschungsprogrammen (z. B.: personelle Hilfen bei der Vorbereitung von EU-Forschungsanträgen und der Durchführung genehmigter Forschungsprojekte),
2. Zuschüsse für innovative Anreizmaßnahmen der Hochschulen zur Anwerbung von ausländischen Studierenden zur Aufnahme des Studiums an niedersächsischen Hochschulen,
3. Zuschüsse für kurzzeitige „Orientierungs“-Tutorien für ausländische Studierende zu Beginn ihres Aufenthaltes an einer niedersächsischen Hochschule,
4. Zuschüsse zur Förderung innovativer Maßnahmen der europäischen Zusammenarbeit im Einzelfall.

**Zu Titelgruppe 64**

Folgende Maßnahmen sollen gefördert werden: Entwicklung, Erprobung und Einführung multimedialer und netzgestützter Studienangebote (intranet-, internetgestützte Lehrmodule, Offline-Module mit neuen Technologien, z. B. CD-ROM, DVD), insbesondere hochschulübergreifende Angebote und Anschub eines elektronischen Zeitschriftenkonsortiums.

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0608 Förderung der Wissenschaft allgemein**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
891 64-9	139	Zuschüsse an Landesbetriebe für Investition- en	—	1.256	2.556	-1.300	—
894 64-8	131	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 65</b>		<b>Maßnahmen zur Förderung des Technolo- gietransfers zwischen Wirtschaft und Wis- senschaft</b> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Minderein- nahmen bei 119 65. Vgl. D-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 64. *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendung- zwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(1.000) (1.000)	(891)	(1.091)	(-200)	(926)
682 65-9	131	Zuschüsse an Landesbetriebe <i>Übertragbar.</i>	1.000 —	441	491	-50	926
685 65-8	132	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentli- che Einrichtungen	— 1.000	450	600	-150	—
686 65-4	165	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	—	—	—	—
891 65-7	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für Investitio- nen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 66</b>		<b>Förderung der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft</b> <i>Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschrit- ten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 07 und 282 01. Vgl. D-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 64. *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendung- zwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(5.000) (—)	(3.393)	(3.993)	(-600)	(5.539)
547 66-2	139	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben	—	—	—	—	77
682 66-7	139	Zuschüsse an Landesbetriebe	5.000 —	2.570	3.170	-600	5.462
685 66-6	139	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentli- che Einrichtungen	—	—	—	—	—
686 66-2	139	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	—	—	—	—
891 66-5	139	Zuschüsse an Landesbetriebe für Investitio- nen	—	823	823	—	—
893 66-8	139	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	—	—	—	—	—
<b>TGr. 67</b>		<b>Zuführungen an die Fachhochschulen aus formelgebundener Mittelbemessung</b> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 121 67 und 129 67.</i>	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
682 67-5	131	Zuführungen an die Landesbetriebe	—	—	—	—	—
685 67-4	131	Zuführungen an die Stiftungen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 71</b>		<b>Erhaltung und Förderung der Lehre und Forschung</b> <i>Übertragbar. Abweichend von § 20 Abs. 1 LHO sind nur</i>	(50) (—)	(517)	(1.045)	(-528)	(646)

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Titelgruppe 65**

Um das erhebliche Forschungspotential der Hochschulen für die Innovationsbedürfnisse der Wirtschaft zu erschließen, sind an den Hochschulen des Landes Niedersachsen Technologiekontaktstellen eingerichtet und Technologietransferbeauftragte bestellt worden. Veranschlagt sind

- die Kosten für zusätzliche Maßnahmen zur Förderung des Technologietransfers zwischen Wissenschaft und Wirtschaft (z. B. Förderung von Existenzgründungen, Präsentation von Forschungsergebnissen der Hochschulen auf herausgehobenen Messen und Ausstellungen, Förderung der Hochschulverbände im Programm „Die gründerfreundliche Hochschule“) sowie
- der Geschäftsbedarf der Technologiekontaktstellen

**Zu 682 65**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	–	–	–
2006	–	–	300	300
2007	–	–	300	300
2008	–	–	300	300
2009 ff.	–	–	100	100
Summe	–	–	1.000	1.000

**Zu 685 65**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	300	–	300
2006	–	300	–	300
2007	–	300	–	300
2008	–	100	–	100
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	1.000	–	1.000

**Zu Titelgruppe 66**

Zur zeitlich befristeten Anschubfinanzierung von Kompetenzzentren im Rahmen des Innovationsprogramms der Landesregierung für folgende fachliche Schwerpunkte:

- Multimedia/Virtual Reality,
- Produktionstechnik/Präzisionsfertigungstechnik/Optische Technologien,
- Biomedizinische Technik/Messtechnik in der Medizin
- Biotechnologie/Bioinformatik.
- Geoinformatik.

Förderung ab 2003:

- Kompetenzzentrum Medizintechnik, Biotechnologie und Messtechnik (Stiftung U Göttingen),
- Kompetenzzentrum „Mobile Informationssysteme (TU Braunschweig, U Hannover, U Oldenburg),
- Kompetenzzentrum HörTech (U Oldenburg, FH Ostfriesland/Oldenburg/Wilhelmshaven),
- Innovationsgesellschaften/ITi an nieders. Hochschulen (FH Hannover),
- Kompetenzzentrum Nachhaltige Holznutzung (FH Hildesheim/Holzminden, Stiftung U Göttingen, FhG WKI),
- Bio-Profil-Projekt (HS und FH in Braunschweig, Göttingen und Hannover),
- Hochschulübergreifende Innovationsgesellschaft N-Transfer und Ausbau der Patentberatung und –verwertung im Hochschulbereich,
- Learning Lab Lower Saxony (U Hannover, TU Braunschweig,

**Noch zu Titelgruppe 66**

- HBK Braunschweig),
- Kompetenzzentrum Optische Technologien (PhotonicNet) (U Hannover),
- Kompetenzzentrum Ernährungswirtschaft (U Hannover, U Oldenburg, Hochschule Vechta),
- Kompetenzzentrum Geographische Information Nds. (GIN) ( U Hannover, FH Ostfriesland/Oldenburg/Wilhelmshaven, Hochschule Vechta),
- Kompetenzzentrum Windenergie ( U Oldenburg, U Hannover),
- Kompetenzzentrum Versicherungswissenschaft (U Hannover).

**Zu 682 66**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	1.000	–	1.000
2006	–	1.500	500	2.000
2007	–	1.500	1.500	3.000
2008	–	2.000	1.500	3.500
2009 ff.	–	–	1.500	1.500
Summe	–	6.000	5.000	11.000

**Zu Titelgruppe 71**

Die veranschlagten Mittel teilen sich wie folgt auf:

1. Mittel für strukturelle Förderung des Bibliothekswesens 202.800 EUR
  2. Sonstige Ausgaben zur zusätzlichen Förderung der Lehre und Forschung 314.200 EUR
- Zusammen  517.000 EUR

Zu 1.:

Ausbau von Lehrbuchsammlungen bzw. Ergänzung von Studienliteratur an den Hochschulen sowie ergänzende Schwerpunktförderung.

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0608 Förderung der Wissenschaft allgemein**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch <b>TGr. 71</b>		<i>gegenseitig deckungsfähig 425 71, 429 71, 459 71, 547 71, 681 71, 682 71, 685 71, 812 71 und 891 71. *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>					
425 71-0	131	Vergütungen der Angestellten <i>Vgl. D-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.</i>	—	—	—	—	116
429 71-6	131	Nicht aufteilbare Personalausgaben <i>Vgl. D-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64. *** Ausgaben dürfen nur für die Vergütung von Beschäftigten in einem befristeten Arbeitsverhältnis geleistet werden.</i>	—	53	53	—	85
459 71-2	131	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben <i>Vgl. D-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.</i>	—	—	—	—	—
529 71-0	131	Zur Verfügung verschiedener Ausschüsse <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.</i>	—	1	1	—	0
547 71-9	131	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben <i>Vgl. D-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.</i>	—	185	185	—	144
681 71-7	131	Zuschüsse an natürliche Personen in besonderen Fällen <i>Vgl. D-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64. *** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.</i>	—	13	13	—	13
682 71-3	132	Zuschüsse an Landesbetriebe <i>Vgl. D-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.</i>	50	113	413	-300	137
685 71-2	139	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentlichen Einrichtungen <i>Vgl. D-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.</i>	—	152	380	-228	151
812 71-4	131	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen <i>Vgl. D-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.</i>	—	—	—	—	—
891 71-1	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für Investitionen <i>Vgl. D-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.</i>	—	—	—	—	—
<b>TGr. 72</b>		<b>Reform der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Hochschulen</b> <i>Übertragbar.</i>	(—)	(—)	(317)	(-317)	(297)
538 72-8	131	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	—	117	-117	297
547 72-7	131	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
682 72-1	131	Zuschüsse an Landesbetriebe	—	—	—	—	—
685 72-0	131	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
812 72-2	131	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
891 72-0	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für Investitionen	—	—	200	-200	—
<b>TGr. 73</b>		<b>Hochschulübergreifende Innovationen</b> <i>Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei</i>	(—)	(5.801)	(7.189)	(-1.388)	(4.634)

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 429 71**

Veranschlagt sind Ausgaben zur zusätzlichen Förderung der Lehre und Forschung.

**Zu 529 71**

Aus diesem Ansatz können Ausgaben bis zur Höhe von je 500 EUR für Repräsentationsausgaben anlässlich der Vergabesitzung des Ausschusses zur Vergabe von Mitteln zur verstärkten Förderung der wissenschaftlichen Forschung sowie Sitzungen zur externen Evaluation von Bibliotheken geleistet werden.

**Zu 681 71**

Veranschlagt ist die Vergabe eines Stipendiums des Landes am Zentralinstitut für Kunstgeschichte in München in Höhe von bis zu 1 083 EUR monatlich für 12 Monate im Einzelfall als Leistung eigener Art. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden. Der Gesamtbedarf pro Haushaltsjahr beträgt bis zu 13 000 EUR.

**Zu 682 71**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	–	–	–
2006	–	–	50	50
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	–	50	50

**Zu Titelgruppe 73, 74 und 95 allgemein**

Durch kostensenkende Strukturmaßnahmen sollen im Hochschulbereich in den nächsten Jahren Gestaltungsspielräume in einer Größenordnung von 13,8 Mio. EUR geschaffen werden. Die an den Hochschulen erzielten Effizienzgewinne werden im Rahmen einer sog. Innovationsoffensive durch Landeszuschüsse auf 27,6 Mio. EUR verdoppelt. In diesem Zusammenhang ist schrittweise (3 x 3,07 Mio. EUR), beginnend ab 1999, ein zentraler Pool in Höhe von 9,2 Mio. EUR, aus dem hochschulübergreifende Innovationen finanziert werden, geschaffen worden (Pool II).

Aus dem Gesamtbetrag von 27,6 Mio. EUR wird des Weiteren der Forschungs- und Berufungspool in TGr. 74 aufgestockt. Für Promotionsprogramme und die Projektförderung der Fachhochschulen sind außerdem Landesmittel im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Förderung der Weiterentwicklung von Hochschule und Wissenschaft“ veranschlagt (vgl. auch TGr. 95).

Die finanzielle Ausstattung der sog. Innovationsoffensive in Höhe von insgesamt 27,6 Mio. EUR (54 Mio. DM) wurde mit dem Haushalt

**Noch zu Titelgruppe 73, 74 und 95 allgemein**

2001 erreicht und umfasst folgende Maßnahmen:

1. Hochschulinterne Innovationen  
– Umschichtungen innerhalb der einzelnen Hochschulkapitel in Höhe von 18 Mio. DM – 9,2 Mio. EUR
  2. Hochschulübergreifende Innovationen  
– Titelgruppen 73, 74 und 95 (s. folgende Übersichten) in Höhe von 18 Mio. DM – 9,2 Mio. EUR
  3. Verstärkung des Forschungs- und Berufungspools  
– Titelgruppen 74 und 95 (s. folgende Übersichten) in Höhe von 18 Mio. DM – 9,2 Mio. EUR
- 18,4 Mio. EUR**
- Insgesamt 27,6 Mio. EUR

Veranschlagt sind:

in der Titelgruppe 73	5.801.000 EUR
in der Titelgruppe 74	6.669.500 EUR
in der Titelgruppe 95	2.217.600 EUR

Insgesamt 14.688.100 EUR

Nachrichtlich:

Verlagerung von Ausgabemitteln in den Hj. 1999 bis 2005 aus den TGr. 73 und 74 in Hochschulkapitel sowie Einsparungen	3.719.500 EUR
---	---------------

Zusammen 18.407.600 EUR

Es sind veranschlagt:

Förderung/Verwendungsbereiche	insgesamt EUR	davon in		
		TGr. 73 EUR	TGr. 74 EUR	TGr. 95 EUR
1. Wissenschaftlicher Nachwuchs	4 602 500	1 728 900	1 534 600	1 339 000
2. Innovative Fachhochschulprojekte	2 664 600	306 800	1 479 200	878 600
3. Innovative Projekte der anderen Hochschulen	3 765 300	3 765 300	–	–
4. Forschungs- und Berufungspool	3 655 700	–	3 655 700	–
5. Hochschulübergreifende Verlagerung von Stellen im Bereich Lehramt	–	–	–	–
<b>Zusammen</b>	<b>14 688 100</b>	<b>5 801 000</b>	<b>6 669 500</b>	<b>2 217 600</b>

**Zu Titelgruppe 73**

Mehr infolge Verlagerung von Kapitel 0610	61 000 EUR
Weniger infolge Verl. nach 0602/0637/0639	196 000 EUR
Weniger infolge Einsparauflagen	1.253 000 EUR
<b>Weniger</b>	<b>1.388 000 EUR</b>



**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 682 73**

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	—	840	—	840
2006	—	720	—	720
2007	—	—	—	—
2008	—	—	—	—
2009 ff.	—	—	—	—
Summe	—	1.560	—	1.560

**Einzelplan 06**    **Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0608**   **Förderung der Wissenschaft allgemein**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung 2005 2004	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch <b>TGr. 73</b>		119 73. Vgl. D-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64. *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.					
682 73-0	131	Zuschüsse an Landesbetriebe	—	5.676	7.064	-1.388	4.509
685 73-9	131	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
891 73-8	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für Investitionen	—	—	—	—	—
894 73-7	131	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
981 73-7	990	Abführung an 0608 - 381 75	—	125	125	—	125
<b>TGr. 74</b>		<b>Forschungs- und Berufungspool, innovative Hochschulprojekte</b> Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 74 und 331 74. Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 422 01, 425 01 und 426 01. Vgl. D-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64. *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	(7.000) (6.500)	(11.375)	(11.697)	(-322)	(10.313)
429 74-0	131	Nicht aufteilbare Personalausgaben *** Die Ausgaben dürfen nur für Vergütung von Beschäftigten in einem befristeten Arbeitsverhältnis geleistet werden.	320 —	364	364	—	452
459 74-7	131	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
547 74-3	131	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	293	293	—	129
681 74-1	165	Zuschüsse an natürliche Personen in besonderen Fällen	—	—	—	—	—
682 74-8	132	Zuschüsse an Landesbetriebe Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulaasten 682 95.	3.700 3.000	5.293	5.415	-122	5.444
685 74-7	165	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	2.980 3.500	4.300	4.500	-200	3.351
812 74-9	131	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	1.125	1.125	—	—
891 74-6	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für Investitionen Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulaasten 682 95.	—	—	—	—	836
893 74-9	165	Zuschüsse für Investitionen	—	—	—	—	100
894 74-5	131	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Titelgruppe 74**

Die Mittel des Forschungs- und Berufungspools sind insbesondere bestimmt für

- die Förderung von Forschungsvorhaben auf der Grundlage des RdErl. des MWK vom 16. 6. 1997 (Nds. MBl. S. 1085)
- die Bildung von Forschungsschwerpunkten
- Berufungs- und Bleibeverhandlungen
- Strukturverbesserungen im Bereich der Forschung
- innovative Hochschulprojekte (s. a. TGr. 73).

Im Rahmen der sog. Innovationsoffensive sind hier für hochschulübergreifende Innovationen (vgl. zu TGr. 73, 74 und 95 allgemein) insgesamt 6 669 500 EUR veranschlagt.

Ablösung der Verpflichtungsermächtigung:

**Zu 429 74**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	–	–	–
2006	–	–	250	250
2007	–	–	50	50
2008	–	–	20	20
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	–	320	320

**Zu 682 74**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	1.000	–	1.000
2006	–	1.000	1.900	2.900
2007	–	1.000	1.000	2.000
2008	–	–	500	500
2009 ff.	–	–	300	300
Summe	–	3.000	3.700	6.700

**Zu 685 74**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	2.000	–	2.000
2006	–	1.500	1.200	2.700
2007	–	–	900	900
2008	–	–	500	500
2009 ff.	–	–	380	380
Summe	–	3.500	2.980	6.480

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0608 Förderung der Wissenschaft allgemein**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>TGr. 75</b>		<b>Zentrale Evaluations- und Akkreditierungs- agentur Hannover (ZEvA)</b> <i>Übertragbar.</i>	(-)	(903)	(903)	(-)	(941)
682 75-6	131	Zuschuss an den Landesbetrieb U Hannover für laufende Zwecke der ZEvA <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 121 75. *** Die Mittel für die Vergütung von 2 Angestellten der VergGr. II a BAT stehen nur für eine befristete Beschäftigung zur Verfügung.</i>	-	903	903	-	941
891 75-4	131	Zuschuss an den Landesbetrieb U Hannover für Investitionen der ZEvA	-	-	-	-	-
<b>TGr. 76</b>		<b>Besondere Maßnahmen zum Abbau des Numerus Clausus, zur Förderung der Hochschulstruktur und der Qualität des Studiums</b> <i>Übertragbar. Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 422 01, 425 01 und 426 01. Vgl. D-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 64. *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 2 zu 422 01. Vgl. Buchst. B, Nr. 1 der Allgemeinen Haushaltsvermerke zu den Stellenplänen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweisen. Im übrigen dürfen nur Ausgaben für Vergütungen von Beschäftigten in einem befristeten Arbeitsverhältnis geleistet werden.</i>	(-) (3.587)	(4.554)	(6.027)	(-1.473)	(3.515)
425 76-1	139	Vergütungen der Angestellten	- 3.587	-	-	-	-
547 76-0	131	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	-	-	-	10
682 76-4	131	Zuschüsse an Landesbetriebe	-	4.554	6.027	-1.473	3.505
685 76-3	131	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	-	-	-	-	-
891 76-2	131	Zuschüsse an Landesbetriebe zum Erwerb von Geräten	-	-	-	-	-
894 76-1	131	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	-	-	-	-	-
<b>TGr. 95</b>		<b>Programm zur Förderung der Weiterentwicklung von Hochschulen und Wissenschaft</b> <i>Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Steinnahmen bei 119 95. Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 231 05. *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(-) (6.336)	(9.818)	(9.818)	(-)	(9.968)
547 95-6	131	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	-	-	-	129
682 95-0	131	Zuschüsse an Landesbetriebe <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 682 74. Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 891 74.</i>	-	4.818	4.818	-	7.497

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Titelgruppe 75**

Die Zentrale Evaluations- und Akkreditierungsagentur Hannover (ZEvA) wurde 1995 von den niedersächsischen Hochschulen errichtet und ist der Universität Hannover verwaltungsmäßig zugeordnet. Die ZEvA ist gegliedert in die Abteilungen Evaluation und Akkreditierung.

1. Abteilung Evaluation:

Externe Evaluation der Lehrangebote und Beratung der Hochschulen bei ihrer internen Evaluation (§ 5 Abs. 1 NHG) mit dem Ziel der Verbesserung der Qualität der Lehre.

2. Abteilung Akkreditierung:

Akkreditierung aller Studiengänge (§ 6 Abs. 2 NHG), insbesondere Bachelor- und Masterstudiengänge als konsekutive Studiengänge auf Grund von Beschlüssen der KMK und HRK.

Die Teilnahme an den Evaluations- bzw. Akkreditierungsverfahren steht Hochschulen aller Bundesländer gegen Zahlung kostendeckender Entgelte offen.

Es sind veranschlagt:

Für die Abteilung Evaluation	525 000 EUR
Für die Abteilung Akkreditierung	<u>378 000 EUR</u>
Zusammen	903 000 EUR

**Zu 682 75**

Ausgaben für die Vergütung folgender in der Stellenübersicht für Angestellte enthaltene Stellen:

Für die Geschäftsführung 1 Verg.-Gr. I BAT (Verwaltungsdienst); für die Abteilung Evaluation 1 Verg.-Gr. I b, 1 Verg.-Gr. II a BAT (Wissenschaftlicher Dienst), 1 Verg.-Gr. IV a und 1 Verg.-Gr. VI b BAT (Verwaltungsdienst); für die Abteilung Akkreditierung 1 Verg.-Gr. I b BAT, 2 Verg.-Gr. II a BAT (Wissenschaftlicher Dienst) und 1 Verg.-Gr. VI b BAT (Verwaltungsdienst) sowie 2 Verg.-Gr. II a (Wissenschaftlicher Dienst) – befristet –, die nicht in der Stellenübersicht enthalten sind.

Außerdem sind veranschlagt: Ausgaben für die wissenschaftliche Leitung der ZEvA im Nebenamt, für wissenschaftliche Hilfskräfte und Aushilfskräfte, Entschädigungen für die Mitglieder der „Peer-Groups“ (Gutachter) im Rahmen der Evaluation und für die Mitglieder der Akkreditierungskommission, sonstige Gutachterkosten sowie für Geschäftsbedarf, Miet-, Betriebs- und Energiekosten.

Die Haushaltsmittel werden dem Landesbetrieb Universität Hannover zugeführt.

**Zu Titelgruppe 76**

Zum Abbau von Engpässen in stark nachgefragten Studiengängen an Universitäten und Fachhochschulen, insbesondere in den Lehramtsstudiengängen sowie zur Umsetzung des Programms „Profilbildung, Kapazitätserweiterung und beschleunigter Ausbau innovativer Schwerpunkte in der Informatik“ ferner zur Verbesserung der Hochschulstruktur und der Qualität des Studiums.

Mit Maßnahmen zur Verbesserung der Hochschulstruktur sollen notwendige Umstrukturierungen zügig umgesetzt und Anreize für die Hochschulen zur Stärkung der Effektivität und der Effizientierung des Mitteleinsatzes geschaffen werden. Mit Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität des Studiums sollen insbesondere Vorhaben zur Verkürzung überlanger Studienzeiten, zur Erhöhung der Studienerfolgsquoten und zur Verbesserung der Auslastung der Ausbildungskapazitäten ermöglicht werden.

Es entfallen auf Maßnahmen

- zum Abbau des Numerus clausus	2 000 000 EUR
- zur Verbesserung der Hochschulstruktur	401 000 EUR
- zur Verbesserung der Qualität des Studiums	1 073 000 EUR
im Informatik-Programm	<u>1 080 000 EUR</u>
Zusammen	4 554 000 EUR

Vgl. Erläuterung zu 422 01.

**Zu 425 76**

Zahl und Einstufung der Angestellten und Arbeiter für 2005:

I. Angestellte	Verg.-Gr.	Zahl	
Wissenschaftlicher Dienst	II a	64,5	(65,25)
Technischer Dienst/ Verwaltungsdienst	IV a	2	(2)
	V b	-	(3)
	V c	1	(1)
	VI b	-	(0,5)
	VII	-	(0,25)
Arbeiter/Arbeiterinnen	Lohn-Gr. 4	1	1
	Zusammen	68,5	(73)

**Zu 682 76**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	1.309	–	1.309
2006	–	890	–	890
2007	–	836	–	836
2008	–	552	–	552
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	3.587	–	3.587

**Zu Titelgruppe 95**

Durchführung der Bund-Länder-Vereinbarung zur Förderung der Weiterentwicklung von Hochschulen und Wissenschaft sowie zur Realisierung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre.

Vgl. Erläuterungen zu 231 05.

Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre	2 678 000 EUR
Förderung der Entwicklung von Fachhochschulen	4 462 000 EUR
Förderung struktureller Innovationen im Hochschulbereich	2 678 000 EUR
Zusammen	<u>9 818 000 EUR</u>

Im Rahmen der sog. Innovationsoffensive sind hier für hochschulübergreifende Innovationen (vgl. zu TGr. 73, 74 und 95 allgemein) insgesamt 2 217 600 EUR veranschlagt.

**Zu 682 95**

1. Im Rahmen des Fachprogramms zur Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre können für die Qualifizierung des weiblichen künstlerischen Nachwuchses für eine Professur im Einzelfall Stipendien bis zur Höhe von jährlich 22 395 EUR gewährt werden.

2. Im Rahmen des Fachprogramms zur Förderung struktureller Innovationen im Hochschulbereich können zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in innovativen Promotionsstudiengängen (Ausschreibung des MWK über die Förderung von Promotionsprogrammen vom 30. 9. 1999) im Einzelfall Stipendien an hoch qualifizierte Bewerber nach Maßgabe des RdErl. des MWK vom 30. 9. 1999 – 21.2 – 78904 – 63 gewährt werden.

Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.

3. Im Stellenplan des Kapitels 06 08 sind 51 Planstellen veranschlagt. Die Personalausgaben für diese Planstellen werden aus 682 95 finanziert.

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0608 Förderung der Wissenschaft allgemein**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch 682 95-0		*** 2. Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 74 und 891 74. 1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die Erläuterungen zu Nr. 1 und 2 verbindlich.					
683 95-7	136	Zuschüsse an staatlich anerkannte Fachhochschulen	—	—	—	—	25
684 95-3	136	Zuschüsse an kirchliche Fachhochschulen	—	—	—	—	—
685 95-0	136	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	— 6.336	5.000	5.000	—	2.317
891 95-9	131	Zuschüsse an Landesbetriebe zum Erwerb von Geräten	—	—	—	—	—
894 95-8	131	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	7.560		8	-8	
		<b>Abschluss Kapitel 0608</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		387	487	-100	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		4.909	5.363	-454	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		125	225	-100	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		5.421	6.075	-654	
		4 Personalausgaben	320 11.147	4.453	4.045	+408	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	480	1.137	-657	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	12.730 14.936	45.040	45.656	-616	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	3.204	4.704	-1.500	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	125	125	—	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	13.050 26.083	53.302	55.667	-2.365	
		<b>Zuschuss</b>		47.881	49.592	-1.711	

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 685 95**

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	4.757	–	4.757
2006	–	1.579	–	1.579
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	6.336	–	6.336

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0609 Zusätzliche Förderung von Wissenschaft und Technik in Forschung und Lehre**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-0	178	Vermischte Einnahmen <i>Vgl. K-Vermerk zu 682 01.</i>		—	—	—	—
121 02-2	139	Ablieferungen der Landesbetriebe <i>Vgl. K-Vermerk zu 682 01.</i>		—	—	—	—
129 02-3	139	Ablieferungen der Stiftungen <i>Vgl. K-Vermerk zu 682 01.</i>		—	—	—	—
331 01-9 (GA)	131	Zuweisungen des Bundes gem. § 12 HBFG <i>Vgl. K-Vermerk zu 682 01.</i>		5.200	5.200	—	5.500
342 01-0	139	Zuschüsse der "VolkswagenStiftung" zur zusätzlichen Förderung von Wissenschaft und Technik in Forschung und Lehre <i>Vgl. K-Vermerk zu 682 01.</i> <i>*** Rückzahlungen der bei den Ausgabtiteln verausgabten Beträge - auch aus Vorjahren - sind hier zu vereinnahmen.</i>		29.800	28.800	+1.000	37.649
<b>AUSGABEN</b>							
682 01-6	139	Zuschüsse für laufende Zwecke an Landes- betriebe <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 01, 121 02 und 129 02.</i> <i>Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 331 01 und 342 01.</i> <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten</i> <i>682 02,685 01,712 01,821 01,891 01,893 01 und Ausgabtitelgruppe 76.</i> <i>*** Sind in Vorjahren Verpflichtungen auf Grund von Verpflichtungsermächtigungen ein- gegangen worden, dürfen Ausgaben im Vorgriff auf die nächstjährige Bewilligung auch geleistet werden, wenn die Isteinnahmen die Höhe der Istaussgaben nicht erreichen.</i> <i>Vor Eingang der Zuschüsse dürfen Zahlungsver- pflichtungen begründet werden, soweit die VW- Stiftung entsprechende Mittel verbindlich zuge- sagt hat.</i> <i>Persönliche Verwaltungsausgaben dürfen nur für Vergütungen von Beschäftigten in einem befristeten Arbeitsverhältnis geleistet werden.</i> <i>Gem. § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben des Kapitels 0609 im Rahmen des Verwendung- zwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	20.000 20.000	35.000	34.000	+1.000	9.081
682 02-4	139	Zuschüsse für Stipendien an Landesbetriebe <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zula- sten 682 01.</i>	—	—	—	—	194
685 01-5	178	Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zula- sten 682 01.</i>	—	—	—	—	4.612
712 01-2	139	Hochbaumaßnahmen <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zula- sten 682 01.</i>	—	—	—	—	8.407
821 01-6	139	Erwerb von Grundstücken <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zula- sten 682 01.</i>	—	—	—	—	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 331 01**

Buchungsstelle für Erstattungen des Bundes für aus Mitteln des Nieders. Vorab der VolkswagenStiftung getragene Erschließungs- und Baukosten sowie Kosten für Ersteinrichtungen, Baugrundstücke und Großgeräte.

**Zu 342 01**

Die Einnahmen dienen der Finanzierung der auf Vorschlag der Landesregierung vom Kuratorium der VolkswagenStiftung beschlossenen Fördermaßnahmen des Niedersächsischen Vorabs.

**Zu 682 01**

Aus den hier zentral veranschlagten Mitteln sollen u. a. finanziert werden:

- Auf- und Ausbau der Forschungsinfrastruktur,
- Baumaßnahmen im Hochschulbereich und für außeruniversitäre Forschungseinrichtungen,
- nieders.-israelische Gemeinschaftsvorhaben,
- Forschungsschwerpunkte,
- Zusagen aus Berufungs- und Bleibvereinbarungen

Es ist vorgesehen, die Verpflichtungsermächtigungen bei den einzelnen Titeln des Kapitels 06 09 in Anspruch zu nehmen.

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	5.113	5.000	—	10.113
2006	5.113	5.000	5.000	15.113
2007	5.113	5.000	5.000	15.113
2008	—	5.000	5.000	10.000
2009 ff.	—	—	5.000	5.000
Summe	15.339	20.000	20.000	55.339

**Zu 682 02**

Stipendien können im Einzelfall bis zur Höhe von jährlich 28 000 EUR gezahlt werden. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.

Stipendien für israelische Postdoktoranden sowie für Doktoranden und Postdoktoranden aus bestimmten Ländern Amerikas, Asiens und Afrikas.

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0609 Zusätzliche Förderung von Wissenschaft und Technik in Forschung und Lehre**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
891 01-4	139	Zuschüsse für Investitionen an Landesbetriebe <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zula- sten 682 01.</i>	—	—	—	—	10.532
893 01-7	178	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zula- sten 682 01.</i>	—	—	—	—	7.766
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 76</b>		<b>Zusätzliche Förderung sonstiger staatlicher Einrichtungen</b> <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zula- sten 682 01.</i>	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
429 76-0	178	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
459 76-7	178	Nicht aufteilbare Fuersorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
547 76-3	178	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben	—	—	—	—	—
681 76-1	178	Zuschüsse an natürliche Personen in beson- deren Fällen <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläute- rung verbindlich.</i>	—	—	—	—	—
812 76-9	178	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
<b>Abschluss Kapitel 0609</b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				—	—	—	
2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zu- schüssen mit Ausnahme für Investitionen				—	—	—	
3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Inve- stitionen, besondere Finanzierungsein- nahmen				35.000	34.000	+1.000	
<b>Summe der Einnahmen</b>				35.000	34.000	+1.000	
4 Personalausgaben			—	—	—	—	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Aus- gaben für den Schuldendienst			—	—	—	—	
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			20.000 20.000	35.000	34.000	+1.000	
7 Baumaßnahmen			—	—	—	—	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen			—	—	—	—	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	—	—	—	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>			20.000 20.000	35.000	34.000	+1.000	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 681 76**

Hier können Stipendien gezahlt werden nach Maßgabe der Erläuterungen zu Titel 682 02.



## Ausgaben des Landes Niedersachsen für Studierende aus Entwicklungs- bzw. Übergangsländern

### A. Ausgaben für Studierende aus Entwicklungsländern 2002

Bildungsinländer			Sonstige Ausländer			darunter: mit entwicklungs- politischem Bezug <sup>1)</sup>			Insgesamt		
männlich Tsd. EUR	weiblich Tsd. EUR	Zusammen Tsd. EUR	männlich Tsd. EUR	weiblich Tsd. EUR	Zusammen Tsd. EUR	männlich Tsd. EUR	weiblich Tsd. EUR	Zusammen Tsd. EUR	männlich Tsd. EUR	weiblich Tsd. EUR	Zusammen Tsd. EUR
10 629	6 840	17 469	42 830	24 680	67 510	39 121	19 713	58 835	53 458	31 521	84 979

### B. Ausgaben für Studierende aus Übergangsländern und -gebieten 2002

Bildungsinländer			Sonstige Ausländer			darunter: mit entwicklungs- politischem Bezug <sup>1)</sup>			Insgesamt		
männlich Tsd. EUR	weiblich Tsd. EUR	Zusammen Tsd. EUR	männlich Tsd. EUR	weiblich Tsd. EUR	Zusammen Tsd. EUR	männlich Tsd. EUR	weiblich Tsd. EUR	Zusammen Tsd. EUR	männlich Tsd. EUR	weiblich Tsd. EUR	Zusammen Tsd. EUR
2 192	2 698	4 890	12 206	23 865	36 071	9 977	14 311	24 288	14 398	26 563	40 961

<sup>1)</sup> ohne Sprach- und Kulturwissenschaften, Sport, Kunst, Kunstwissenschaft.

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0610 Stiftung Georg-August-Universität Göttingen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
121 07-3	811	Ablieferungen der Versuchswirtschaften der Universität Göttingen		-	-	-	1.246
129 01-5	131	Ablieferungen der Stiftung		-	-	-	-
129 02-3	131	Ablieferungen der Stiftung für Studiengebühren Langzeitstudierender		97	1.603	-1.506	-
129 07-4	131	Ablieferungen der Versuchswirtschaften der Universität Göttingen		-	77	-77	-
381 01-6	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		-	-	-	-
<b>AUSGABEN</b>							
685 01-5	131	Zuschüsse für laufende Zwecke der Stiftung Übertragbar. <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 894 01.</i> <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die Erläuterungen zum Gesamtvolumen für aus Landesmitteln finanziertes Personal und zur Kreditlinie der Stiftung verbindlich.</i>	1.871 1.871	190.399	193.415	-3.016	-
685 41-4	131	Zuschüsse an die Versuchswirtschaften	-	-	51	-51	-
894 01-3	131	Zuschüsse für Investitionen der Stiftung <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulausten 685 01.</i>	-	1.693	1.707	-14	-
<b>Abschluss Kapitel 0610</b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				97	1.680	-1.583	
3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				-	-	-	
<b>Summe der Einnahmen</b>					97	1.680	-1.583
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				1.871 1.871	190.399	193.466	-3.067
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen				-	1.693	1.707	-14
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>				1.871 1.871	192.092	195.173	-3.081
<b>Zuschuss</b>					191.995	193.493	-1.498

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Kapitel 0610**

**Erläuterungsteil I (Allgemeiner Erläuterungsteil)**

**Rechts- und Organisationsgrundlagen**

Das Niedersächsische Hochschulgesetz sowie das Hochschulrahmengesetz. Die Grundordnung der Georg-August-Universität Göttingen.

Die Universität Göttingen ist eine Stiftung gemäß § 55 NHG.

**Organisationsstruktur und Budgetplan**

Die Georg-August-Universität (ohne Bereich Humanmedizin) hat 12 Fakultäten mit insgesamt 121 Studiengängen, dies sind im einzelnen (nach Fakultäten):

- Agrarwissenschaften
- Biologie (inkl. Psychologie)
- Chemie
- Forstwissenschaften und Waldökologie
- Geowissenschaften
- Jura
- Mathematik
- Philosophische Fakultät
- Physik
- Sozialwissenschaften
- Theologie
- Wirtschaftswissenschaften

Die Universität Göttingen besitzt zur Zeit außerdem 20 Forschungszentren, 6 Sonderforschungsbereiche sowie 12 Graduiertenkollegs.

**Zielsetzung**

Allgemeine Ziele : gemäß Hochschulplanung und Ziel- und Leistungsvereinbarung laut § 1 Abs. 3 NHG

Bestands- und Entwicklungsziele: gemäß Hochschulplanung und Ziel- und Leistungsvereinbarung laut § 1 Abs. 3 NHG

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0610**

**Erläuterungsteil II (Erläuterungsteil zum Produkthaushalt)**

**Budgetierungsmodell**

Für Stiftungshochschulen: Nach § 56 NHG werden die zur Erfüllung des Stiftungszweckes notwendigen Mittel bestritten aus:

1. einer jährlichen Finanzhilfe des Landes
2. den Erträgen des Vermögens
3. Spenden und sonstigen Zuwendungen Dritter
4. Mitteln des Hochschulbauförderungsgesetzes
5. Mitteln aus zentralen Förderprogrammen sowie
6. Zuschüssen für bauliche Investitionen.

Die jährliche Finanzhilfe nach Satz 1 Nr. 1 umfasst Aufwendungen insbesondere für folgende Aufgaben und Bereiche:

1. Lehrangebot,
2. Grundausrüstung Forschung,
3. fachliche Schwerpunkte und Sonderausgaben,
4. wissenschaftlicher Nachwuchs,
5. Erfüllung des Gleichstellungsauftrags,
6. Bauunterhaltung.

Die Finanzhilfe wird nach den in der Zielvereinbarung (§ 1 Abs. 3 NHG) festgelegten Entwicklungs- und Leistungszielen bemessen, deren Erreichung nachzuweisen ist. Die Höhe der Finanzhilfe soll bei der Fortschreibung der Zielvereinbarung die Erreichung der Entwicklungs- und Finanzziele berücksichtigen.

**Finanzierungsbedarf zum Produkthaushalt**

Produkte	Kapazität vor Schwund (Soll) WS 04/05 + SS 2005	Studierende in der RZ (Soll) WS 04/05 SS 2005	Absolventen (Soll 2005) WS 04/05 + SS 2005	Gesamtkosten je Fächergruppe aus KLR (Soll 2005)	Kapazität vor Schwund (Ist 2003) WS 02/03+ SS 2003	Studierende in der RZ (Ist 2003) WS 02/03 SS 2003	Absolventen (Ist 2003) WS 02/03 + SS 2003	Gesamtkosten je Fächergruppe aus KLR (Ist 2003)
Lehre (nach Fächergruppen)								
Sprach-, Kulturwissenschaften	1264	2827	512	15.673.790	1373	2799		15.502.864
Sport	95	401	65	1.236.018	84	401		1.233.578
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	1241	5890	1007	19.564.965	1431	5890		19.496.810
Mathematik, Naturwissenschaften	888	2880	390	33.370.664	900	2717		32.772.768
Agrar-, Forst-, und Ernährungswissenschaften	387	873	185	14.956.627	403	824		14.687.832
Weiterbildung gem. § 12 NHG (alt)								
Weiterbildungs-Studiengänge	595	2200	72	6.360.155	553	2000		6.277.039
Sonstige Weiterbildung								
<b>Gesamtsumme</b>	<b>4470</b>	<b>15071</b>	<b>2231</b>	<b>91.162.219</b>	<b>4744</b>	<b>14631</b>		<b>89.970.891</b>

Produkte	Grundausrüstung 2005	Sondermittel 2005	Drittmittel 2005	Gesamtkosten gem. KLR 2005	Grundausrüstung 2003	Sondermittel 2003	Drittmittel 2003	Gesamtkosten gem. KLR 2003
Forschung								
Antragsinduzierte Forschung	4.005.000	3.500.000	41.000.000	48.505.000	3.929.670	3.506.000	40.157.000	47.592.670
Auftragsinduzierte Forschung	270.000		3.000.000	3.270.000	228.870		2.543.000	2.771.870
ohne Auftrag (100% eigenfinanziert)	112.327.839			112.327.839	110.920.507			110.920.507
<b>Gesamtsumme</b>	<b>116.602.839</b>	<b>3.500.000</b>	<b>44.000.000</b>	<b>164.102.839</b>	<b>115.079.047</b>	<b>3.506.000</b>	<b>42.700.000</b>	<b>161.285.047</b>

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0610  
Leistungsplan**

	<b>Gesamtkosten (aus KLR)</b>	<b>Gesamtkosten (aus KLR)</b>	<b>Finanzierungs- beitrag des Produkthaushalts</b>	<b>Finanzierungs- beitrag des Produkthaushalts</b>
	<b>(Soll) 2005</b>	<b>(Ist) 2003</b>	<b>(Soll) 2005</b>	<b>(Ist) 2003</b>
Lehre	85.941.065	84.832.852	84.802.065	83.693.852
Forschung	164.102.839	161.285.047	116.602.839	115.079.047
Weiterbildung	7.499.155	7.416.039	6.360.155	6.277.039
Externe Dienstleistungen	4.240.103	4.184.693	4.240.103	4.184.693
<b>Produktsumme</b>	<b>261.783.162</b>	<b>257.718.631</b>	<b>212.005.162</b>	<b>209.234.630</b>
<b>Investitionen</b>				
Bis zu 25000 Euro im Einzelfall		7.295.663		1.268.386
400 Euro < x <= 25.000 Euro		5.649.861		2.238.330
<b>Investitionssumme</b>	<b>13.000.000</b>	<b>12.945.524</b>	<b>3.500.000</b>	<b>3.506.716</b>
Zuschüsse an die Versuchswirt- schaften (Haushaltsausgleichs- summe)				
<b>Gesamtsumme</b>	<b>274.783.162</b>	<b>270.664.155</b>	<b>215.505.162</b>	<b>212.741.346</b>

**Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen  
Erläuterungen**

--

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0610

Produktbezogene Kennzahlen

Lehre und Studium gem. amtl. Statistik	<b>Zeitraum: WS 2002/03 + SS 2003</b>				
Studienanfänger, 1. HS-Semester	3848				
Studienanfänger, 1. Fachsemester	5704				
Ordentliche Studierende	20049				
Frauenanteil	48,83%				
Anteil ausländischer Studierender	12,37%				
Bildungsinländer	15,48%				
Absolvent(inn)en pro Jahr					
Grundständiges Studium					
Frauenanteil					
weiterführendes Studium					
Frauenanteil					
Forschung und Nachwuchsförderung	<b>Stichtag: 01.01.2004</b>				
Sonderforschungsbereiche	6				
davon mit Sprecherfunktion	4				
Forschungszentren/-schwerpunkte	20				
EU -Projekte mit Koordinatorenfunktion					
Graduiertenkollegs	12				
davon mit Sprecherfunktion					
Promotionen					
davon Frauenanteil					
Personal	<b>Stichtag: 31.12.2003</b>				
insgesamt	4617				
Nichtwissenschaftl. Personal	2484				
darunter Teilzeitbeschäftigte	977				
Wissenschaftl. Personal	2133				
darunter Teilzeitbeschäftigte	1064				
Professoren	313				
davon Frauenanteil	12,78%				
Stellen für Professoren	365				
Neuberufungen	28				
davon Frauenanteil	10,71%				
Flächen	<b>Stichtag 31.12.2003:</b>				
Hauptnutzfläche (brutto)	375.702				
Kapazitätsrelevante HNF	322.239				

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0610**

**Zu 685 01**

Gemäß § 57 Abs. 4 NHG ist die Stiftung ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben Kredite vom Kreditmarkt bis zur Höhe von 19 039 900 EUR aufzunehmen. Bei Kreditaufnahmen über mehrere Haushaltsjahre darf diese Summe nicht überschritten werden. Eine Erhöhung der Finanzhilfe auf Grund der Kreditaufnahme ist ausgeschlossen.

Das im Rahmen der Bemessung der Finanzhilfe nach § 56 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 NHG ermittelte Gesamtvolumen für aus Landesmitteln finanziertes Personal beläuft sich auf 144 250 000 EUR (davon entfallen auf den Tarifbereich 91 775 000 EUR und auf den Besoldungsbereich 52 475 000 EUR).

**Unverbindliche Erläuterungen (einschließlich 894 01):**

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Georg-August Universität Göttingen Stiftung öffentlichen Rechts ohne den Bereich Humanmedizin

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Ist-Ergebnis 2003 Tsd. EUR
<b>Ausgaben</b>	316.340	319.421	284.567,9
<b>Einnahmen</b>	30.000	30.000	29.190,4
<b>Fehlbetrag</b>	<b>286.340</b>	<b>289.421</b>	<b>255.377,5</b>

	2005 Tsd. EUR

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	0
b) das Land mit (Sondermittel MWK)	50.048
c) das Land mit (Finanzhilfe)	192.092
d) den Bund mit	10.520
e) sonstige öffentliche Einrichtungen mit	2.829
f) Private	30.851
<b>Zusammen</b>	<b>286.340</b>

**Belastung (2005)**

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	1.871	–	1.871
2006	–	–	1.871	1.871
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
<b>Summe</b>	–	<b>1.871</b>	<b>1.871</b>	<b>3.742</b>

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0612 Georg-August-Universität Göttingen - Bereich Humanmedizin -Stiftung des öffentlichen Rechts**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
<b>EINNAHMEN</b>							
121 01-1	859	Ablieferungen aus behördeneigenen Küchen- und Kantinenbetrieben		—	—	—	—
121 02-0	132	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	—	332
121 03-8	132	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		—	—	—	186
121 04-6	135	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender		—	—	—	—
129 01-2	132	Ablieferungen der Stiftung		—	910	-910	—
129 02-0	132	Ablieferungen der Stiftung für Studiengebühren Langzeitstudierender		284	284	—	—
<b>AUSGABEN</b>							
682 01-3	132	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebs	—	—	—	—	—
682 03-0	132	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	—	—	—	—
682 39-0	132	Zuführungen an Landesbetriebe für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
685 01-2	132	Zuführungen für lfd. Zwecke der Stiftung <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 894 01.</i> <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die Erläuterungen zum Gesamtvolumen für aus Landesmitteln finanziertes Personal und zur Kreditlinie der Stiftung verbindlich.</i>	—	114.601	114.998	-397	—
891 01-1	132	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebes	—	—	—	—	—
894 01-0	132	Zuschüsse für Investitionen der Stiftung <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulaasten 685 01.</i>	—	9.050	9.050	—	—
<b>Abschluss Kapitel 0612</b>							
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		284	1.194	-910	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		284	1.194	-910	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	114.601	114.998	-397	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	9.050	9.050	—	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	123.651	124.048	-397	
		<b>Zuschuss</b>		123.367	122.854	+513	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Kapitel 0612**

**Erläuterungsteil I (Allgemeiner Erläuterungsteil)**

**Rechts- und Organisationsgrundlagen**

Das Niedersächsische Hochschulgesetz (NHG) sowie das Hochschulrahmengesetz. Die Grundordnung der Georg-August-Universität Göttingen.  
Die Universität Göttingen ist eine Stiftung gem. § 55 NHG.

**Organisationsstruktur und Budgetplan**

Der Bereich Humanmedizin der Georg-August-Universität Göttingen umfasst als rechtlich unselbständiger Teilbereich die Einrichtungen des Fachbereichs Medizin mit 6 Studiengängen, 4 Sonderforschungsbereichen mit Sprecherfunktion, 6 Graduiertenkollegs, 1 DFG-Forschungszentrum, 6 Forschungszentren/-schwerpunkten und 7 EU-Projekten mit Koordinatorenfunktion.  
Studiengänge: Humanmedizin, Zahnmedizin sowie Molekulare Medizin,  
Internationale Studiengänge: Neurosciences, Molecular Biology, Angewandte Informatik,.

**Zielsetzung**

Allgemeine Ziele sowie Bestands- und Entwicklungsziele: gem Hochschulplanung und Ziel- und Leistungsvereinbarung nach § 1 Abs. 3 NHG.

Forschung:

- Weiterentwicklung des Forschungsprofils unter dem Leitmotiv Regenerative Medizin
- Vernetzung leistungsstarker Forschungseinrichtungen in den Schwerpunkten mit starken wissenschaftlichen Partnern (z.B. Max-Planck-Institute, Deutsches Primatenzentrum) am Standort
- Ausweitung der leistungsorientierten Mittelvergabe bei der Ressourcensteuerung

Lehre:

- Reformierung des Studiengangs Humanmedizin nach der neuen Ärztlichen Approbationsordnung
- Etablierung des neuen grundständigen Studiengangs Molekulare Medizin

Krankenversorgung:

- Bildung von klinischen Leistungszentren auch in Entsprechung zu den Forschungsschwerpunkten
- Anpassung an die Veränderungen der Vergütung in der Krankenversorgung

Im Detail siehe Zielvereinbarung.

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0612

Erläuterungsteil II (Erläuterungsteil zum Produkthaushalt)

Budgetierungsmodell

Nach § 56 NHG werden die zur Erfüllung des Stiftungszweckes notwendigen Mittel bestritten aus:

1. einer jährlichen Finanzhilfe des Landes
2. den Erträgen des Vermögens
3. Spenden und sonstigen Zuwendungen Dritter
4. Mitteln des Hochschulbauförderungsgesetzes
5. Mitteln aus zentralen Förderprogrammen sowie
6. Zuschüssen für bauliche Investitionen.

Die jährliche Finanzhilfe nach Satz 1 Nr. 1 umfasst Aufwendungen insbesondere für folgende Aufgaben und Bereiche:

1. Lehrangebot,
2. Grundausrüstung Forschung,
3. fachliche Schwerpunkte und Sonderausgaben,
4. wissenschaftlicher Nachwuchs,
5. Erfüllung des Gleichstellungsauftrags,
6. Bauunterhaltung.

Die Finanzhilfe wird nach den in der Zielvereinbarung (§ 1 Abs. 3 NHG) festgelegten Entwicklungs- und Leistungszielen bemessen, deren Erreichung nachzuweisen ist. Die Höhe der Finanzhilfe soll bei der Fortschreibung der Zielvereinbarung die Erreichung der Entwicklungs- und Finanzziele berücksichtigen.

Für die im Bereich Krankenversorgung erbrachten Leistungen erzielt der Bereich Humanmedizin weitere Einnahmen.

Finanzierungsbedarf zum Produkthaushalt

Produkte	Kapazität vor Schwund (Soll) WS 04/05 + SS 2004	Studierende in der RZ (Soll) WS 04/05 SS 2004	Absolventen (Soll 2004) WS 04/05 + SS 2004	Gesamtkosten je Fächergruppe aus KLR (Soll 2005)	Kapazität vor Schwund (Ist 2003) WS 02/03 + SS 2003	Studierende in der RZ (Ist 2003) WS 02/03 SS 2003	Absolventen (Ist 2003) WS 02/03 + SS 2003	Gesamtkosten je Fächergruppe aus KLR (Ist 2003)
Lehre (nach Fächergruppen)								
Humanmedizin	Die Studierendenzahlen werden von der ZVS entsprechend –der Kap.VO zugewiesen und unterliegen nicht der Steuerungsmöglichkeit der Hochschule im Sinne einer Soll-Größe			23.077.000				21.562.278
Vollstudienplätze					368	4.993		
Teilstudienplätze					241	753		
Zahnmedizin					80	833	68	
Sonstige Leistungsbereiche (u.a. Altersteilzeit, Bauunterhaltung, Feuerwehr, Kindertagesstätte)				15.55.500				14.067.369
<b>Gesamtsumme</b>				<b>38.132.500</b>	<b>689</b>	<b>6.579</b>		<b>35.629.647</b>

Produkte	Grundausrüstung 2005	Sondermittel 2005	Drittmittel 2005	Gesamtkosten gem. KLR 2005	Grundausrüstung 2003	Sondermittel 2003	Drittmittel 2003	Gesamtkosten gem. KLR 2003
<b>Forschung</b>								
Antragsinduzierte Forschung	2.220.000	1.280.000	21.560.000	25.060.000	2.213.000	1.972.120	26.280.465	30.465.585
Auftragsinduzierte Forschung	302.500		3.000.000	3.302.500	452.915		2.880.647	3.333.562
ohne Auftrag (100% eigenfinanziert)	82.750.700			82.750.700	77.010.738			77.010.738
<b>Gesamtsumme</b>	<b>85.273.200</b>	<b>1.280.000</b>	<b>24.560.000</b>	<b>111.113.200</b>	<b>79.676.653</b>	<b>1.972.120</b>	<b>29.161.112</b>	<b>110.809.885</b>

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0612**

**Leistungsplan**

	<b>Gesamtkosten (aus KLR)</b>	<b>Gesamtkosten (aus KLR)</b>	<b>Finanzierungs- beitrag des Produkthaushalts</b>	<b>Finanzierungs- beitrag des Produkthaushalts</b>
	<b>(Soll) 2005</b>	<b>(Ist) 2003</b>	<b>(Soll) 2005</b>	<b>(Ist) 2003</b>
Lehre	23.077.000	21.562.278	23.077.000	21.019.978
Forschung	111.113.200	110.800.885	85.273.200	77.672.753
Sonstige Leistungsbereiche	15.055.500	14.067.369	15.055.500	13.713.569
<b>Produktsumme</b>	<b>149.245.700</b>	<b>146.439.532</b>	<b>123.405.700</b>	<b>112.406.300</b>
<b>Investitionen</b>				
Bis zu 125.000 Euro im Einzelfall	9.650.000	12.446.116	9.650.000	9.050.000
<b>Investitionssumme</b>	<b>9.650.000</b>	<b>12.446.116</b>	<b>9.650.000</b>	<b>9.050.000</b>
<b>Gesamtsumme</b>	<b>158.895.700</b>	<b>158.885.648</b>	<b>133.055.700</b>	<b>121.456.300</b>

**Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen**

**Erläuterungen**

--

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0612**

<b>Produktbezogene Kennzahlen</b>	
<b>Lehre und Studium gem. amtl. Statistik</b>	<b>Zeitraum: WS 2002/03 + SS 2003</b>
Studienanfänger, 1. HS-Semester	
Studienanfänger, 1. Fachsemester	727
Ordentliche Studierende	7.789
Frauenanteil	55,42%
Anteil ausländischer Studierender	9,19%
Bildungsinländer	4,06%
Absolvent(inn)en pro Jahr	
Grundständiges Studium	
Frauenanteil	
weiterführendes Studium	
Frauenanteil	
<b>Forschung und Nachwuchsförderung</b>	<b>Stichtag: 01.01.2004</b>
Sonderforschungsbereiche	7
davon mit Sprecherfunktion	4
Forschungszentren/ -schwerpunkte	6
EU-Projekte mit Koordinatorenfunktion	7
Graduiertenkollegs	6
Promotionen	269
davon Frauenanteil	49,44%
<b>Personal</b>	<b>Stichtag: 31.12.2003</b>
insgesamt	7.304
Nichtwissenschaftl. Personal	5.974
darunter Teilzeitbeschäftigt	2.540
Wissenschaftl. Personal	1.330
darunter Teilzeitbeschäftigt	258
Professoren	93
davon Frauenanteil	9
Stellen für Professoren	145
Neuberufungen	9
davon Frauenanteil	1
<b>Flächen</b>	<b>Stichtag 31.12.2003:</b>
Hauptnutzfläche (brutto)	144.667
Kapazitätsrelevante HNF	144.667

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 685 01**

Das im Rahmen der Bemessung der Finanzhilfe nach § 56 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 NHG ermittelte Gesamtvolumen für aus Landesmitteln finanziertes Personal beläuft sich auf 98.417.300 EUR (davon entfallen auf den Tarifbereich 92.717.200 EUR und auf den Besoldungsbereich 5.700.100 EUR).

Gemäß § 57 Abs.4 NHG ist die Stiftung ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben Kredite vom Kreditmarkt bis zur Höhe von 11.460.100 EUR aufzunehmen. Bei Kreditaufnahmen über mehrere Haushaltsjahre darf diese Summe nicht überschritten werden. Eine Erhöhung der Finanzhilfe auf Grund der Kreditaufnahme ist ausgeschlossen.

Nicht verbindliche Erläuterungen:

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Universität Göttingen – Bereich Humanmedizin:

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
<b>Ausgaben</b>	412.116	410.406	424.563
<b>Einnahmen</b>	247.026	286.358	304.971
<b>Fehlbetrag</b>	165.090	124.048	119.592

	2005 Tsd. EUR
--	------------------

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch

a) eigene Mittel	21.746
b) das Land mit (Sondermittel MWK)	3.184
c) das Land mit (Finanzhilfe)	114.601
d) den Bund mit	5.662
e) sonstige öffentliche Einrichtungen	13.244
f) Private	6.653
Zusammen	165.090

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0613 Universität Oldenburg**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
<b>EINNAHMEN</b>							
121 02-3	131	Ablieferungen des Landesbetriebs		-	-	-	-
121 03-1	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		1.877	1.174	+703	1.041
121 04-0	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender		178	1.099	-921	718
381 01-7	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		-	-	-	-
<b>AUSGABEN</b>							
682 01-7	131	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebs <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 682 03 und 891 01.</i> <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.</i> <i>Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.</i>	307 307	87.656	90.127	-2.471	81.000
682 03-3	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulaasten 682 01.</i> <i>*** 1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.</i> <i>2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.</i>	-	994	994	-	994
682 39-4	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	-	70	70	-	50
891 01-5	131	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulaasten 682 01.</i> <i>*** 1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.</i> <i>2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.</i>	-	653	631	+22	543
<b>Abschluss Kapitel 0613</b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				2.055	2.273	-218	
3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				-	-	-	
<b>Summe der Einnahmen</b>				2.055	2.273	-218	
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			307 307	88.720	91.191	-2.471	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen			-	653	631	+22	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>			307 307	89.373	91.822	-2.449	
<b>Zuschuss</b>				87.318	89.549	-2.231	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Kapitel 0613**

**Erläuterungsteil I (Allgemeiner Erläuterungsteil)**

**Rechts- und Organisationsgrundlagen**

Das Niedersächsische Hochschulgesetz sowie das Hochschulrahmengesetz.

Die (vorläufige) Grundordnung der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg vom 07.03.2003.

Die Universität Oldenburg ist ein Landesbetrieb gem. § 26 LHO.

**Organisationsstruktur und Budgetplan**

Der Wissenschaftsbereich der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg ist in folgende fünf Fakultäten gegliedert:

Fakultät I	Erziehungs- und Bildungswissenschaften	zwei Institute
Fakultät II	Informatik, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften	fünf Institute
Fakultät III	Sprach- und Kulturwissenschaften	vier Institute und eine Betriebseinheit
Fakultät IV	Human- und Gesellschaftswissenschaften	sieben Institute
Fakultät V	Mathematik und Naturwissenschaften	fünf Institute und zwei Betriebseinheiten

Außerdem hat die Universität zwei Sonderforschungsbereiche, ein Forschungszentrum und ein Graduiertenkolleg.

Zum Infrastrukturbereich zählen sechs Zentrale Einrichtungen, sieben Stabsstellen und fünf Dezernate.

Im Wissenschaftsbereich wird seit 1998 ein internes Modell der indikatoren gesteuerten Mittelverteilung eingesetzt.

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Noch zu Kapitel 0613**

**Zielsetzung**

Allgemeine Ziele sowie Bestands- und Entwicklungsziele gemäß Hochschulplanung und Ziel- und Leistungsvereinbarung laut § 1 Abs. 3 NHG.

Die Universität wird ihre Stärken in Forschung und Lehre im Rahmen der Profilbildung insbesondere in folgenden Bereichen intensiv fördern:

- Interdisziplinärität in Forschungsschwerpunkten und Studiengängen
- Innovationen in Forschung und Lehre
- Internationalisierung vor allem in Studium und Lehre
- Umfassende (quantitative und qualitative) Frauenförderung in allen universitären Bereichen
- Leistungsorientierung und Qualitätssicherung

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0613

Erläuterungsteil II (Erläuterungsteil zum Produkthaushalt)

Budgetierungsmodell

Die Budgetierung richtet sich nach dem Hochschuloptimierungskonzept und nach den Festlegungen der Zielvereinbarung.

Finanzierungsbedarf zum Produkthaushalt

Produkte	Kapazität vor Schwund (Soll) WS 04/05 + SS 2005	Studierende in der RZ (Soll) WS 04/05 SS 2005	Absolventen (Soll 2005) WS 04/05 + SS 2005	Gesamtkosten je Fächergruppe aus KLR (Soll 2005)	Kapazität vor Schwund (Ist 2003) WS 02/03 + SS 2003	Studierende in der RZ (Ist 2003) WS 02/03 SS 2003	Absolventen (Ist 2003) WS 02/03 + SS 2003	Gesamtkosten je Fächergruppe aus KLR (Ist 2003)
<b>Lehre (nach Fächergruppen)</b>								
Sprach- und Kulturwissenschaften	1934	6500	420	9.930.000	1811	6736	386	9.691.760
Sport	77	600	30	1.030.000	103	645	33	1.028.533
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	605	3000	240	5.290.000	616	3383	281	5.288.578
Mathematik, Naturwissenschaften	1031	3800	280	26.750.000	884	3769	266	25.472.932
Agrar-, Forst und Ernährungswissenschaften	0	0	0	0	19	1	1	188.012
Kunst, Kunstwissenschaften	191	1025	40	2.390.000	186	1215	49	2.380.263
<b>Weiterbildung gem. § 12 NHG (alt)</b>								
Weiterbildungs-Studiengänge	25	75	5	290.000	0	0	0	0
Sonstige Weiterbildung	0	0	0	2.050.000	0	0	0	1.989.893
<b>Gesamtsumme</b>	<b>3862</b>	<b>15000</b>	<b>1015</b>	<b>47.730.000</b>	<b>3618</b>	<b>15749</b>	<b>1016</b>	<b>46.039.971</b>

Produkte	Grundaussstattung 2005	Sondermittel 2005	Drittmittel 2005	Gesamtkosten gem. KLR 2005	Grundaussstattung 2003	Sondermittel 2003	Drittmittel 2003	Gesamtkosten gem. KLR 2003
<b>Forschung</b>								
Antragsinduzierte Forschung	0	6.094.000	18.230.000	24.324.000	0	5.800.547	17.185.600	22.986.147
Auftragsinduzierte Forschung	0	0	444.000	444.000	0	0	418.227	418.227
ohne Auftrag (100% eigenfinanziert)	42.580.000	0	0	42.580.000	41.335.739	0	0	41.335.739
<b>Gesamtsumme</b>	<b>42.580.000</b>	<b>6.094.000</b>	<b>18.674.000</b>	<b>67.348.000</b>	<b>41.335.739</b>	<b>5.800.547</b>	<b>17.603.827</b>	<b>64.740.113</b>

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0613**

**Leistungsplan**

	Gesamtkosten (aus KLR)	Gesamtkosten (aus KLR)	Finanzierungs- beitrag des Produkthaushalts	Finanzierungs- beitrag des Produkthaushalts
	(Soll) 2005	(Ist) 2003	(Soll) 2005	(Ist) 2003
Lehre	45.650.000	44.050.078		
Forschung	66.904.000	64.321.886		
Weiterbildung	2.050.000	1.989.893		
Externe Dienstleistungen	444.000	418.227		
<b>Produktsumme</b>	<b>115.048.000</b>	<b>110.780.084</b>		
<b>Investitionen</b>	<b>975.800</b>	<b>4.021.164</b>		
Bis zu 25000 Euro im Einzelfall				
<b>Investitionssumme</b>	<b>975.800</b>	<b>4.021.164</b>		
<b>Gesamtsumme</b>	<b>116.023.800</b>	<b>114.801.248</b>		

**Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen**

**Erläuterungen**

Die abgebildeten Daten zu den Produkten und Kennzahlen sind vorläufiger Natur, weil die KLR sich noch im Aufbau befindet.

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0613**

**Produktbezogene Kennzahlen  
Lehre und Studium gem. amtl.  
Statistik**

**Zeitraum:  
WS 2002/03 +  
SS 2003**

Studienanfänger, 1. HS-Semester	2175
Studienanfänger, 1. Fachsemester	2994
Ordentliche Studierende	12250
Frauenanteil	53,9%
Anteil ausländischer Studierender	7,11%
Bildungsinländer	
Absolvent(inn)en pro Jahr	1013
Grundständiges Studium	1000
Frauenanteil	61,2%
weiterführendes Studium	13
Frauenanteil	76,9%

**Forschung und Nachwuchsförderung**

**Stichtag:  
01.01.2004**

Sonderforschungsbereiche	2
davon mit Sprecherfunktion	2
Forschungszentren/ -schwerpunkte	1 / 7
EU -Projekte mit Koordinationsfunktion	2
Graduiertenkollegs	1
Promotionen	116
davon Frauenanteil	33%

**Personal**

**Stichtag:  
31.12.2003**

insgesamt	1756
Nichtwissenschaftl. Personal	866
darunter Teilzeitbeschäftigt	388
Wissenschaftl. Personal	890
darunter Teilzeitbeschäftigt	367
Professoren	164
davon Frauenanteil	17,1%
Stellen für Professoren	205
Neuberufungen	5
davon Frauenanteil	0%

**Flächen**

**Stichtag  
31.12.2003:**

Hauptnutzfläche (brutto)	102.080 qm
Kapazitätsrelevante HNF	87.501 qm



**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0613**

**Zu Kapitel 06 13 allgemein:**

Die Universität Oldenburg wird seit dem 1. 1. 1995 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei Titel 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage 1 beigelegt.

**Zu 682 01**

Im Rahmen des Pilotvorhabens „Maßnahmen zur Reduzierung des Energie- und Medienverbrauchs in Hochschulen des Landes durch Drittfinanzierung“ wird die Universität Oldenburg ermächtigt, bis zu einem Investitionsvolumen i. H. von 580 000 EUR Verpflichtungen für Änderungen an den RLT-Anlagen einzugehen und Verträge mit sog. Contractoren abzuschließen, in denen die Verpflichtung des Landes enthalten ist, aus eingesparten Energiekosten die Investitionskosten zuzüglich Zinsen zurückzuzahlen. Die Maßnahmen bedürfen der Einwilligung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des LT.

Dem Studentenwerk Oldenburg werden folgende landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen:

Einrichtung	qm	nachrichtlich Mietpreis/jährlich
Mensa	5 756	
Verwaltung	486	232 488 EUR

Dem Wolfgang-Schulenberg-Institut für Bildungsforschung und Erwachsenenbildung werden folgende landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen:

Einrichtung	qm	nachrichtlich Mietpreis/jährlich
Verwaltung	240	7 417 EUR

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Auf Nutzungsentgelte entfallen 7.272.000 EUR.

**Belastung (2005)**

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	—	307	—	307
2006	—	—	307	307
2007	—	—	—	—
2008	—	—	—	—
2009 ff.	—	—	—	—
Summe	—	307	307	614

**Zu 682 03**

Auf die im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke wird verwiesen.

**Zu 891 01**

Auf die im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke wird verwiesen.

**Noch zu 891 01**

	Tsd.EUR
Investitionen bis zu 25 000 EUR im Einzelfall	563,0
Ionenchromatograph	50,0
2 Laborgasanlagen	40,0
Zusammen	653,0



**Wirtschaftsplan für die  
Universität Oldenburg**  
für das Geschäftsjahr 2005

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der gemäß § 26 LHO vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Betriebsanweisung für die Hochschulen in staatlicher Trägerschaft des Landes Niedersachsen vom 23. Juli 2003.

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Universität Oldenburg

### A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Finanzbedarf</b>			
1. Investitionen gemäß VV-HNds (ZR-GPL):			
– Bebaute Grundstücke	—	—	—
– Unbebaute Grundstücke	—	—	—
– Gebäude	—	—	—
– Maschinen und Anlagen	1 954 300	1 954 300	4 469 412
– Fahrzeuge	—	—	—
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	653 000	631 000	2 186 190
<b>Summe 1.:</b>	<b>2 607 300</b>	<b>2 585 300</b>	<b>6 655 602</b>
2. Sonstige Investitionen <sup>3)</sup> :			
– Immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	—
– Gebäude	—	—	—
– Maschinen und Anlagen	—	—	—
– Fahrzeuge	—	—	—
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
– Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	—	—	407 745
– Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)	—	—	—
– Ablieferungen an den Landeshaushalt	—	—	—
– Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)	—	—	—
<b>Summe 3.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>407 745</b>
<b>Summe I.:</b>	<b>2 607 300</b>	<b>2 585 300</b>	<b>7 063 347</b>
<b>II. Deckungsmittel</b>			
1. Deckungsmittel:			
– Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	—	—	—
– Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z.B. eingehende Zahlungen für Forderungen)	—	—	—
– noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren	—	—	—
– Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	766 900	766 900	—
– Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
– aus Fachkapitel	653 000	631 000	2 395 517
– aus Sondermitteln	1 187 400	1 187 400	4 260 085
<b>Summe 1.:</b>	<b>2 607 300</b>	<b>2 585 300</b>	<b>6 655 602</b>
<b>Summe II.:</b>	<b>2 607 300</b>	<b>2 585 300</b>	<b>6 655 602</b>

<sup>3)</sup> Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26 LHO

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Universität Oldenburg

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Erträge</b>			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:			
– aus Fachkapitel	88 720 000	91 191 000	83 750 376
– aus Sondermitteln	5 112 900	5 112 900	8 479 577
<b>Summe 1.:</b>	<b>93 832 900</b>	<b>96 303 900</b>	<b>92 229 953</b>
2. Umsatzerlöse, Zuweisungen, Zuschüsse:			
– Zuweisungen und Zuschüsse von anderen Zuschussgebern	9 731 300	9 731 300	13 910 118
– Erträge aus Entgelten für Forschungs- und ähnliche Aufträge	562 400	562 400	602 697
– Erträge aus Gutachten und sonstigen Entgelten	—	—	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>10 293 700</b>	<b>10 293 700</b>	<b>14 512 815</b>
3. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	—	—	—
<b>Summe 3.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
4. Andere aktivierte Eigenleistungen:	—	—	410 827
<b>Summe 4.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>410 827</b>
5. Sonstige betriebliche Erträge:			
– Erstattung von Personalaufwendungen	—	—	432 470
– Maßnahmen im Zusammenhang mit Forschung, Lehre, Weiterbildung	889 200	889 200	925 373
– Erlöse aus Nebenbetrieben	—	—	902 240
– Betreuung von Studierenden	—	—	127 977
– Gebühren und gebührenähnliche Erträge	667 000	667 000	485 654
– Nebenerlöse aus Vermietung und Verpachtung	100 000	100 000	126 024
– Spenden	240 000	240 000	381 261
– Erträge aus Schadensersatzleistungen	—	—	8 968
– Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	—	—	11 070
– Auflösung von Rückstellungen	—	—	299 934
– Periodenfremde Erträge	—	—	14 786
– Übrige Erträge	—	—	143 262
<b>Summe 5.:</b>	<b>1 896 200</b>	<b>1 896 200</b>	<b>3 859 019</b>
6. Zinserträge und ähnliche Erträge:	—	—	5 959
<b>Summe 6.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>5 959</b>
<b>Summe I.:</b>	<b>106 022 800</b>	<b>108 493 800</b>	<b>111 018 573</b>
<b>II. Aufwendungen</b>			
1. Materialaufwand:			
– Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1 128 000	1 128 000	1 244 559
– Sachaufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmaterial	1 762 000	1 762 000	1 819 859
– Aufwendungen für bezogene Leistungen			
– Unteraufträge in Drittmittelvorhaben	—	—	2 584 925
– Werkverträge	700 000	700 000	456 770
– Wissenschaftliche Dienstleistungen	280 000	280 000	2 268 779
<b>Summe 1.:</b>	<b>3 870 000</b>	<b>3 870 000</b>	<b>8 374 892</b>
2. Personalaufwand:			
2.1. Löhne, Gehälter und Besoldung			
– Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	21 613 100	23 022 600	18 964 415
– Vergütungen der Angestellten	34 831 400	34 585 600	40 119 748
– Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	2 558 400	2 530 300	2 727 838
– Sonstige Vergütungen	5 894 800	5 894 800	3 725 422
<b>Summe 2.1.:</b>	<b>64 897 700</b>	<b>66 033 300</b>	<b>65 537 423</b>

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Universität Oldenburg

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>noch II. Aufwendungen</b>			
<b>2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung</b>			
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Angestellte	8 014 400	9 133 100	8 524 208
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter	514 200	578 300	575 677
– Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	3 512 700	3 545 000	1 800 000
– Zuführung zum Sondervermögen Nds. Versorgungsrücklage	170 700	170 700	111 745
– Emeritenbezüge	2 700 000	3 100 000	2 002 405
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	—	—	349 468
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	—	—	—
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	42 800	42 800	—
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	—	—	—
– Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	921 400	771 400	787 961
– Beihilfen für Angestellte	50 000	200 000	39 936
– Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	1 331
– Trennungsgeld	51 100	51 100	55 768
– Beiträge zur Berufsgenossenschaft (LUK)	164 100	136 400	25 641
<b>Summe 2.2.:</b>	<b>16 141 400</b>	<b>17 728 800</b>	<b>14 274 140</b>
<b>Summe 2.:</b>	<b>81 039 100</b>	<b>83 762 100</b>	<b>79 811 563</b>
<b>3. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen:</b>			
– Immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	—
– Grundstücke und Bauten	—	—	—
– Technische Anlagen und Maschinen	—	—	—
– Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—	—
<b>Summe 3.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:</b>			
<b>4.1. Bewirtschaftung und Instandhaltung</b>			
– Aufwendungen für Instandhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude und Anlagen			
– Bauunterhaltung	994 000	994 000	2 319 792
– Aufwendungen für Wartung	1 115 000	1 115 000	—
– Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Entsorgung			
– Energie	1 450 000	1 450 000	1 501 203
– Heizung	1 100 000	1 100 000	1 312 304
– Wasser und Abwasser	270 000	270 000	301 403
– Entsorgung	—	—	—
– Aufwendungen für Reparatur- und Instandhaltungsmaterial			
– Bauunterhaltung	774 600	774 600	371 355
– Sonstige	—	—	—
– Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten			
– Mieten, Pachten, Erbbauzins	7 948 000	8 642 000	8 832 951
– Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	270 400	270 400	312 513
– Gebühren für die Bezügeberechnung (NLBV)	4 000	20 000	19 204
– Fremdreinigung	790 000	790 000	865 379
– Betriebs-, Amtsarzt und Arbeitssicherheit	71 600	71 600	8 240
– Sonstige Fremdleistungen	—	—	—
<b>Summe 4.1.:</b>	<b>14 787 600</b>	<b>15 497 600</b>	<b>15 844 344</b>
<b>4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf</b>			
– Aufwendungen für EDV, Büromaterial und Drucksachen	988 000	988 000	1 152 552
– Aufwendungen für Kommunikation			
– Telefon, Telefax und andere Postdienstnetze	418 000	418 000	461 595
– Reisekosten	1 340 000	1 340 000	1 529 316
– Porto	219 000	219 000	239 811
– Öffentlichkeitsarbeit	173 500	173 500	255 692
– Gästebewirtung und Repräsentation	5 500	5 500	6 597
<b>Summe 4.2.:</b>	<b>3 144 000</b>	<b>3 144 000</b>	<b>3 645 563</b>
<b>4.3. Sonstige Personalaufwendungen</b>			
– Vergütungen für Lehraufträge	350 000	350 000	336 225
– Vergütungen für Gastvorträge und Gastprofessuren	—	—	92 374
– Fort- und Weiterbildung	150 000	150 000	182 248
– übrige Personalkosten	872 900	872 900	1 830 381
<b>Summe 4.3.:</b>	<b>1 372 900</b>	<b>1 372 900</b>	<b>2 441 228</b>

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Universität Oldenburg

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>noch II. Aufwendungen</b>			
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
– Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	—	—	81 561
– Schadensersatzleistungen	2 000	2 000	4 313
– Abschreibungen auf Forderungen	—	—	1 052
– Periodenfremde Aufwendungen	962 000	—	75 631
– Sicherung der Gebäude	240 000	240 000	269 675
– Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	588 200	588 200	829 969
– Aufwendungen für Mitgliedschaften	15 000	15 000	40 023
<b>Summe 4.4.:</b>	<b>1 807 200</b>	<b>845 200</b>	<b>1 302 224</b>
<b>Summe 4.:</b>	<b>21 111 700</b>	<b>20 859 700</b>	<b>23 233 359</b>
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	—	—	—
<b>Summe 5.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>Summe II.:</b>	<b>106 020 800</b>	<b>108 491 800</b>	<b>111 419 814</b>
<b>III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b> (Summe I. ./ Summe II.)	<b>2 000</b>	<b>2 000</b>	<b>-401 241</b>
<b>IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen</b>			
1. Außerordentliche Erträge:	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
2. Außerordentliche Aufwendungen:	—	—	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>V. Außerordentliches Ergebnis</b> (Außerordentliche Erträge ./ Außerordentliche Aufwendungen)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>VI. Steuern</b>			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
– Körperschaftsteuer	—	—	—
– Gewerbeertragsteuer	—	—	—
– Kapitalertragsteuer	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
2. Sonstige Steuern:			
– Kraftfahrzeugsteuer	—	—	1 864
– Grundsteuer	2 000	2 000	4 640
<b>Summe 2.:</b>	<b>2 000</b>	<b>2 000</b>	<b>6 504</b>
<b>VII. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b> (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./ Steuern)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>-407 745</b>

**Bewirtschaftungsvermerke:**

1. Die finanzielle Obergrenze nach § 49 Abs. 1 Nr. 3 NHG beträgt für das Geschäftsjahr 2005 40 979 770 EUR.
2. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen 3 676 800 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Erfolgsplanansätze: Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten sowie Beiträge zur Berufsgenossenschaft-Landesunfallkasse).
3. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen 7 272 000 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Nutzungsentgelt an den Landesliegenschaftsfonds).
4. Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
5. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Gegenwert folgender Stellen:
 

1 Lohn-Gr. 8	Handwerklicher Dienst	zum Zeitpunkt des Freiwerdens der nächsten Stelle dieser Wertigkeit
1 Verg.-Gr. II a	Wissenschaftlicher Dienst	zum Zeitpunkt des Freiwerdens der nächsten Stelle dieser Wertigkeit (0542)
2 Verg.-Gr. V c	Technischer Dienst	zum Zeitpunkt des Freiwerdens der nächsten Stelle dieser Wertigkeit (0542)
1 Verg.-Gr. VI b	Technischer Dienst	zum Zeitpunkt des Freiwerdens der nächsten Stelle dieser Wertigkeit (0542)
1 Verg.-Gr. IX b/VII	Schreibdienst	zum Zeitpunkt des Freiwerdens der nächsten Stelle dieser Wertigkeit (0542)

sowie um die Mittel

0,5 Verg.-Gr. V c	Technischer Dienst	bei ihrem Freiwerden (0542)
-------------------	--------------------	-----------------------------
6. Angestellte im Bibliotheksdienst, deren Tätigkeit zu mindestens 50 v. H. ihrer Gesamtarbeitszeit gründliche und vielseitige Fachkenntnisse sowie selbstständige Leistungen erfordert, sind für die Dauer ihrer Tätigkeit bis zum Abschluss einer tarifvertraglichen Neuregelung übertariflich in Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert.
7. 6 Hausmeister/-innen sind für die Dauer ihrer Hausmeister/(-innen)tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.
8. Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als einmalige oder laufende Leistungen eigener Art gewährt werden.
9. Soweit ausreichende Drittmittel zur Verfügung stehen, dürfen mit bis zu 12 aus diesen Mitteln zu vergütenden Angestellten und Arbeiter(n)/-innen unbefristete Arbeitsverträge unter der Voraussetzung abgeschlossen werden, dass der Abschluss befristeter Verträge nach den arbeitsrechtlichen Vorschriften und Grundsätzen über befristete Arbeitsverhältnisse nicht rechtswirksam wäre.
10. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes.  
Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
11. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Gegenwert einer Stelle der Verg.-Gr. I b Wissenschaftlicher Dienst zum 31. 12. 2008 (vormals HV Nr. 10 zum Stellenplan).
12. Nachstehende ku-Vermerke sind zu beachten:
 

1 Verg.-Gr. II a	Hochschulassistent (Soziologie).
1 Verg.-Gr. V b	Technischer Dienst nach Verg.-Gr. V c
1 Verg.-Gr. IV b	Datenverarbeitung nach Verg.-Gr. V c bei Ausscheiden des Stelleninhabers.
13. 1 Verg.-Gr. V b darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.



**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0614 Universität Osnabrück**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
121 02-7	131	Ablieferungen des Landesbetriebs		-	-	-	-
121 03-5	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		1.786	1.131	+655	999
121 04-3	135	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender		37	807	-770	434
121 06-0	131	Ablieferungen im Rahmen der Schlussabrechnungen für Großgeräte		-	-	-	-
381 10-0	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		-	-	-	-
<b>AUSGABEN</b>							
682 01-0	131	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 682 03 und 891 01.</i> <i>*** 1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.</i> <i>Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.</i>	292 292	74.879	75.237	-358	72.073
682 03-7	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulaasten 682 01.</i> <i>*** Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 sind die im Wirtschaftlichplan ausgebrachten Bewirtschaftsvermerke verbindlich.</i>	-	877	877	-	2.030
682 39-8	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	-	127	127	-	127
891 01-9	131	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulaasten 682 01.</i> <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.</i>	-	674	648	+26	595
<b>Abschluss Kapitel 0614</b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				1.823	1.938	-115	
3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				-	-	-	
<b>Summe der Einnahmen</b>				1.823	1.938	-115	
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				292	75.883	-358	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen				-	674	+26	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>				292 292	76.557	-332	
<b>Zuschuss</b>					74.734	-217	

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 0614**

**Erläuterungsteil I (Allgemeiner Erläuterungsteil)**

**Rechts- und Organisationsgrundlagen**

Hochschulrahmengesetz, Niedersächsisches Hochschulgesetz, Vorläufige Grundordnung der Universität Osnabrück, Vorläufige Rahmenordnung der Universität Osnabrück.  
Die Universität Osnabrück ist ein Landesbetrieb gemäß § 26 LHO.

**Organisationsstruktur und Budgetplan**

Die Universität Osnabrück hat 10 Fachbereiche mit insgesamt 122 Studiengängen im Sommersemester 2004, dies sind im einzelnen (nach Fachbereichen):

Sozialwissenschaften  
Kultur- und Geowissenschaften  
Erziehungs- und Kulturwissenschaften  
Physik  
Biologie/Chemie  
Mathematik/Informatik  
Sprach- und Literaturwissenschaft  
Humanwissenschaften  
Wirtschaftswissenschaften  
Rechtswissenschaften

Die Universität Osnabrück besitzt außerdem einen Sonderforschungsbereich sowie fünf Graduiertenkollegs.

**Zielsetzung**

**Hochschulentwicklungsplanung der Universität Osnabrück**

**Allgemeine strategische Ziele**

1. Stärkung der Europa-Kompetenz
2. Konsolidierung und Ausbau der Kognitionswissenschaften
3. Ausbau der Informatik zur Profilierung benachbarter Lehr- und Forschungsgebiete
4. Neuausrichtung der Physik und Konsolidierung der Biologie
5. Konsolidierung der Gesundheitswissenschaften
6. Stiftungsprofessuren für
  - 6.1. Stoffstrommanagement
  - 6.2. Soziologie / Methodologie interkultureller und interdisziplinärer Migrationsforschung
  - 6.3. Erich-Maria-Remarque-Stiftungsprofessur
  - 6.4. Stiftungsprofessur für International Accounting
  - 6.5. European Legal Studies Institute
  - 6.6. Biochemie

**Zentrale Reformbereiche**

1. Flächendeckende Einführung gestufter Studiengänge für das Lehramt an Gymnasien
2. Ablösung der Magister-Studiengänge durch Bachelor- und Master-Studiengänge
3. Entwicklung und Implementierung eines Leistungspunktsystems (ECTS)
4. Reform der Juristenausbildung
5. Multimedia in der Lehre
6. Flächendeckende Einführung der studentischen Lehrevaluation
7. Einrichtung eines Science Center (Schülerlabor)

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0614

Erläuterungsteil II (Erläuterungsteil zum Produkthaushalt)

Budgetierungsmodell

Die Budgetierung richtet sich nach dem Hochschuloptimierungskonzept und nach den Festlegungen der Zielvereinbarung.

Finanzierungsbedarf zum Produkthaushalt

Produkte	Kapazität vor Schwund (Soll) WS 04/05 + SS 2005	Studierende in der RZ (Soll) WS 04/05 SS 2005	Absolventen (Soll 2005) WS 04/05 + SS 2005	Gesamtkosten je Fächergruppe aus KLR (Soll 2005)	Kapazität vor Schwund (Ist 2003) WS 02/03 + SS 2003	Studierende in der RZ (Ist 2003) WS 02/03 SS 2003	Absolventen (Ist 2003) WS 02/03 + SS 2003	Gesamtkosten je Fächergruppe aus klar (Ist 2003)
<b>Lehre (nach Fächergruppen)</b>								
Sprach-, Kulturwissenschaften	1545	2100	320	21.000.000	1511	2109	330	20.354.617
Sport	68	100	20	1.600.000	67	107	16	1.548.208
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	969	3350	340	15.800.000	869	3541	342	15.221.376
Mathematik, Naturwissenschaften	866	1800	150	31.000.000	861	1786	141	29.511.149
Kunst- und Kunstwissenschaft	120	340	50	2.700.000	123	363	50	2.623.419
<b>Weiterbildung gem. § 12 NHG (alt)</b>								
Promotionen		*)	115	*)		*)	114	*)
Weiterbildungsstudiengänge		70	Noch keine Absolventen möglich	37.000		79	Noch keine Absolventen möglich	35.576
Sonstige Weiterbildung	40	40	0					
<b>Gesamtsumme</b>	<b>3608</b>	<b>7800</b>	<b>2995</b>	<b>72.137.000</b>	<b>3431</b>	<b>7985</b>	<b>993</b>	<b>69.294.244</b>

Produkte	Grundaussstattung 2005	Sondermittel 2005	Drittmittel 2005	Gesamtkosten gem. KLR 2005	Grundaussstattung 2003	Sondermittel 2003	Drittmittel 2003	Gesamtkosten gem. klar 2003
<b>Forschung</b>								
Antragsinduzierte Forschung	5.532.000	4.360.000	11.150.000	21.042.000	5.531.883	4.360.281	11.131.977	21.024.141
Auftragsinduzierte Forschung ohne Auftrag (100% eigenfinanziert)	430.000	0	1.200.000	1.630.000	427.246	0	1.196.520	1.623.766
			0	0		0	0	
<b>Gesamtsumme</b>	<b>5.962.000</b>	<b>4.360.000</b>	<b>12.350.000</b>	<b>22.672.000</b>	<b>5.959.129</b>	<b>4.360.281</b>	<b>12.328.497</b>	<b>22.647.907</b>

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0614**

**Leistungsplan**

	<b>Gesamtkosten (aus KLR)</b>	<b>Gesamtkosten (aus KLR)</b>	<b>Finanzierungsbeitrag des Produkthaushalts</b>	<b>Finanzierungsbeitrag des Produkthaushalts</b>
	<b>(Soll)</b>	<b>(Ist)</b>	<b>(Soll)</b>	<b>(Ist)</b>
	<b>2005</b>	<b>2003</b>	<b>2005</b>	<b>2003</b>
Lehre	72.100.000	69.258.768		
Forschung	21.740.000	22.647.907		
Weiterbildung	37.000	35.476		
Externe Dienstleistungen	0	0		
<b>Produktsumme</b>	<b>93.877.000</b>	<b>91.942.151</b>		
<b>Investitionen</b>				
Bis zu 25000 Euro im Einzelfall	1.900.000	1.903.184		
ab 25.000 Euro im Einzelfall	650.000	647.740		
.				
<b>Investitionssumme</b>	<b>2.550.000</b>	<b>2.550.924</b>		
Zuschüsse an die Versuchswirtschaften (Haushaltsausgleichssumme)				
<b>Gesamtsumme</b>	<b>96.427.000</b>	<b>94.492.151</b>		

**Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen**

**Erläuterungen**

Die abgebildeten Daten zu den Produkten und Kennzahlen sind vorläufiger Natur, weil die KLR sich noch im Aufbau befindet.  
 \*) keine Angabe möglich

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0614**

**Produktbezogene Kennzahlen**

**Lehre und Studium gem. aml. Statistik**

**Zeitraum:**  
**WS 2002/03 +**  
**SS 2003**

Studienanfänger, 1. HS-Semester	1977
Studienanfänger, 1. Fachsemester	2801
Ordentliche Studierende	11024
Frauenanteil	6072
Anteil ausländischer Studierender	824
Bildungsinländer	209
Absolvent(inn)en pro Jahr	1001
Grundständiges Studium	786
Frauenanteil	462
weiterführendes Studium	215
Frauenanteil	69

**Forschung und Nachwuchsförderung**

**Stichtag:**  
**01.01.2004**

Sonderforschungsbereiche	1
davon mit Sprecherfunktion	1
Forschungszentren/-schwerpunkte	6/17
EU -Projekte mit Koordinatenfunktion	1
Graduiertenkollegs	5
Promotionen	513
davon Frauenanteil	204

**Personal**

**Stichtag:**  
**31.12.2003**

insgesamt 1)	1398
Nichtwissenschaftl. Personal	706
darunter Teilzeitbeschäftigt	294
Wissenschaftl. Personal	692
darunter Teilzeitbeschäftigt	267
Professoren 2)	178
davon Frauenanteil	26
Stellen für Professoren 3)	183
Neuberufungen 4)	10
davon Frauenanteil	0

**Flächen**

**Stichtag:**  
**31.12.2003:**

Hauptnutzfläche (brutto)	81.710 m <sup>2</sup>
Kapazitätsrelevante HNF 5)	45.941 m <sup>2</sup>

1) Die Angabe der Beschäftigtenzahl ist ohne studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte, Lehrbeauftragte und Stipendiaten. Enthalten sind Beurlaubte (22 im wiss. Dienst, 66 im nichtwiss. Dienst). Enthalten sind alle Beschäftigten, die aus Mitteln Dritter, bzw. Forschungs- und Nachwuchsförderprogrammen des Zentralkapitels des MWK (kap. 0608) und VW-Vorab (Kap. 0609) vergütet werden. Nicht enthalten sind Personen, die in Beschäftigungsverhältnissen mit außeruniversitären Arbeitgebern stehen und ganz oder teilweise für die Hochschule tätig werden (z.B. Lektor der Republik Italien, stundenweise abgeordnete Lehrer u.ä.).

2) C4-, C3-, C2-Professoren  
 3) Planstellen nach dem Haushalt  
 4) im Jahr 2004

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0614**

4) studienplatzwirksame Hauptnutzfläche; gesunken wegen gestiegener Anzahl Drittmittelprojekte.

**Zu 682 01**

Dem Studentenwerk Osnabrück werden die zur Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben nach § 134 NHG erforderlichen landeseigenen Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen. Es handelt sich dabei insbesondere um folgende Einrichtungen:

Einrichtung	qm	nachrichtlich Mietpreis/jährlich
1. Mensa/Cafeteria, AVZ	1 900	
2. Mensa/Cafeteria Innenstadt einschl. Studentenwerks- verwaltung und Tiefgarage	7 255	393 000 EUR
3. Studentenlokal im Schloss	239	
4. Ehem. Kreishausgaststätte	300	
5. Cafeteria im Bio-Gebäude	139	
	9 833	

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Auf Nutzungsentgelte entfallen 6 649 000 EUR.

Auf die im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke wird verwiesen.

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	292	–	292
2006	–	–	292	292
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	292	292	584

**Zu 682 03**

Auf die im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke wird verwiesen.



**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 891 01**

Auf die im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke wird verwiesen.

	2005 Tsd. EUR
1. Investitionen bis zu 25 000 EUR im Einzelfall	175,5
2. Investitionen über 25 000 EUR im Einzelfall	
Digitalmikroskop	36,5
Telefontechnik und Mobilar für das Callcenter	35,0
Anpassung und Erw. Brannmeldeanlage Biologie	50,0
Funknetzwerk-ausrüstung	35,2
Einrichtung Voice over IO: 1. Rate	50,0
Zusammentragmaschine mit Zusatz f. Broschürenf.	65,0
Digitale Mediensteuerungen für 7 Hörsäle	66,2
2 Merprozessor Serversysteme	60,0
Laser (Fachbereich 4)	34,0
Garderobenanl./Videoüberw. Heger Tor Wall	66,6
Zusammen	674,0



**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb  
Universität Osnabrück  
für das Geschäftsjahr 2005**

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der gemäß § 26 LHO vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Betriebsanweisung für die Hochschulen in staatlicher Trägerschaft des Landes Niedersachsen vom 23. Juli 2003.

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Universität Osnabrück

## A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Finanzbedarf</b>			
1. Investitionen gemäß VV-HNds (ZR-GPL) <sup>2)</sup> :	1 674 000	1 648 000	2 562 422
– Bebaute Grundstücke	—	—	—
– Unbebaute Grundstücke	—	—	—
– Gebäude	—	—	—
– Maschinen und Anlagen	—	—	—
– Fahrzeuge	—	—	—
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>1 674 000</b>	<b>1 648 000</b>	<b>2 562 422</b>
2. Sonstige Investitionen <sup>3)</sup> :	—	—	—
– Gebäude	—	—	—
– Maschinen und Anlagen	—	—	—
– Fahrzeuge	—	—	—
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
3. Sonstiger Finanzbedarf:	—	—	—
– Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	—	—	—
– Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)	—	—	1 839 816
– Ablieferungen an den Landeshaushalt	—	—	—
– Bildung von Rückstellungen	—	—	—
– Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)	—	—	394 272
<b>Summe 3.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>2 234 088</b>
4. Positiver Überleitungsbetrag (Anlage 4):	—	—	—
<b>Summe I.:</b>	<b>1 674 000</b>	<b>1 648 000</b>	<b>4 796 510</b>
<b>II. Deckungsmittel</b>			
1. Deckungsmittel:	—	—	3 555 525
– Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	—	—	3 555 525
– Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z. B. eingehende Zahlungen für Forderungen)	—	—	—
– noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren	—	—	—
– Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	550 000	550 000	155 931
– Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen	—	—	—
– aus Fachkapitel	674 000	648 000	595 000
– aus Sondermitteln	450 000	450 000	490 054
<b>Summe 1.:</b>	<b>1 674 000</b>	<b>1 648 000</b>	<b>4 796 510</b>
2. Negativer Überleitungsbetrag (Anlage 4):	—	—	—
<b>Summe II.:</b>	<b>1 674 000</b>	<b>1 648 000</b>	<b>4 796 510</b>

<sup>2)</sup> Investitionen gesamt (1. und 2) ohne GWG<sup>3)</sup> Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Universität Osnabrück

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Erträge</b>			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:			
– aus Fachkapitel	75 883 000	76 241 000	74 229 900
– aus Sondermitteln	5 500 000	5 500 000	6 719 683
<b>Summe 1.:</b>	<b>81 383 000</b>	<b>81 741 000</b>	<b>80 949 583</b>
2. Umsatzerlöse, Zuweisungen, Zuschüsse:			
– Zuweisungen und Zuschüsse von anderen Zuschussgebern	9 800 000	9 800 000	10 387 496
– Erträge aus Entgelten für Forschungs- und ähnliche Aufträge	—	—	182 606
– Erträge aus Gutachten und sonstigen Entgelten	—	—	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>9 800 000</b>	<b>9 800 000</b>	<b>10 570 102</b>
3. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	—	—	—
<b>Summe 3.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
4. Andere aktivierte Eigenleistungen:	—	—	—
<b>Summe 4.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
5. Sonstige betriebliche Erträge:			
– Erstattung von Personalaufwendungen	90 000	90 000	119 919
– Maßnahmen im Zusammenhang mit Forschung, Lehre, Weiterbildung	—	—	—
– Erlöse aus Nebenbetrieben	850 000	850 000	934 677
– Betreuung von Studierenden	130 000	130 000	165 790
– Gebühren und gebührenähnliche Erträge	190 000	190 000	391 446
– Nebenerlöse aus Vermietung und Verpachtung	85 000	85 000	250 572
– Spenden	290 000	290 000	211 826
– Erträge aus Schadensersatzleistungen	—	—	79 582
– Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	10 000	10 000	49 315
– Auflösung von Rückstellungen	—	—	—
– Periodenfremde Erträge	—	—	—
– Übrige Erträge	200 000	200 000	348 121
<b>Summe 5.:</b>	<b>1 845 000</b>	<b>1 845 000</b>	<b>2 551 248</b>
6. Zinserträge und ähnliche Erträge:	2 000	2 000	5 724
<b>Summe 6.:</b>	<b>2 000</b>	<b>2 000</b>	<b>5 724</b>
<b>Summe I.:</b>	<b>93 030 000</b>	<b>93 388 000</b>	<b>94 076 657</b>

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Universität Osnabrück

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>II. Aufwendungen</b>			
1. Materialaufwand:			
– Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	620 000	620 000	824 676
– Sachaufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmaterial	4 650 000	4 650 000	4 289 583
– Aufwendungen für bezogene Leistungen	3 600 000	3 600 000	3 058 748
– Unteraufträge in Drittmittelvorhaben	—	—	—
– Werkverträge	—	—	—
– Wissenschaftliche Dienstleistungen	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>8 870 000</b>	<b>8 870 000</b>	<b>8 173 007</b>
2. Personalaufwand:			
2.1. Löhne und Gehälter und Besoldung	48 997 000	49 415 000	—
– Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	—	—	19 093 007
– Vergütungen der Angestellten	—	—	28 154 088
– Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	1 422 408
– Sonstige Vergütungen	3 350 000	3 350 000	2 319 785
<b>Summe 2.1.:</b>	<b>52 347 000</b>	<b>52 765 000</b>	<b>50 989 288</b>
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Angestellte	5 800 100	5 800 000	6 175 267
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter	2 600 000	2 600 000	2 711 358
– Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	4 164 000	4 226 700	4 597 253
– Zuführung zum Sondervermögen Nds. Versorgungsrücklage	164 700	164 700	—
– Emeritenbezüge	2 151 500	2 119 500	1 562 396
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	—	—	—
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	—	—	—
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	—	—	—
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	—	—	—
– Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	846 500	838 000	1 035 324
– Beihilfen für Angestellte	—	—	—
– Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—
– Trennungsgeld	105 000	105 000	61 312
– Beiträge zur Berufsgenossenschaft (LUK)	137 200	105 100	51 695
<b>Summe 2.2.:</b>	<b>15 969 000</b>	<b>15 959 000</b>	<b>16 194 605</b>
<b>Summe 2.:</b>	<b>68 316 000</b>	<b>68 724 000</b>	<b>67 183 893</b>
3. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen:			
– Immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	—
– Grundstücke und Bauten	—	—	—
– Technische Anlagen und Maschinen	—	—	—
– Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—	—
<b>Summe 3.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung und Instandhaltung			
– Aufwendungen für Instandhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude und Anlagen	—	—	—
– Bauunterhaltung	115 000	115 000	144 312
– Aufwendungen für Wartung	155 000	155 000	328 457
– Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Entsorgung			
– Energie	340 000	340 000	268 675
– Heizung	1 050 000	1 050 000	914 247
– Wasser und Abwasser	330 000	330 000	269 835
– Aufwendungen für Reparatur- und Instandhaltungsmaterial			
– Bauunterhaltung	150 000	150 000	280 329
– Sonstige	75 000	75 000	96 401
– Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten			
– Mieten, Pachten, Erbbauzins	7 550 000	7 550 000	7 150 525
– Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	465 000	465 000	143 735
– Gebühren für die Bezügeberechnung (NLBV)	—	—	—
– Fremdreinigung	1 200 000	1 200 000	1 154 402
– Betriebs-, Amtsarzt und Arbeitssicherheit	—	—	—
<b>Summe 4.1.:</b>	<b>11 430 000</b>	<b>11 430 000</b>	<b>10 750 918</b>

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Universität Osnabrück

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>noch II. Aufwendungen</b>			
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf	115 000	65 000	295 086
– Aufwendungen für EDV, Büromaterial und Drucksachen	365 000	365 000	—
– Aufwendungen für Kommunikation	—	—	—
– Telefon, Telefax und andere Postdienstnetze	330 000	330 000	343 601
– Reisekosten	810 000	810 000	891 392
– Porto	200 000	200 000	215 666
– Öffentlichkeitsarbeit	90 000	90 000	68 781
– Gästebewirtung und Repräsentation	50 000	50 000	44 599
<b>Summe 4.2.:</b>	<b>1 895 000</b>	<b>1 845 800</b>	<b>1 859 125</b>
4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
– Vergütungen für Lehraufträge	550 000	550 000	459 520
– Vergütungen für Gastvorträge und Gastprofessuren	—	—	—
– Fort- und Weiterbildung	110 000	110 000	92 687
– übrige Personalkosten	420 000	420 000	311 732
<b>Summe 4.3.:</b>	<b>1 080 000</b>	<b>1 080 000</b>	<b>863 939</b>
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
– Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	—	—	—
– Schadensersatzleistungen	5 000	5 000	2 889
– Abschreibungen auf Forderungen	—	—	—
– Periodenfremde Aufwendungen	10 000	10 000	40 585
– Sicherung der Gebäude	—	—	—
– Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	1 370 000	1 370 000	1 590 575
– Aufwendungen für Mitgliedschaften	30 000	30 000	32 607
<b>Summe 4.4.:</b>	<b>1 415 000</b>	<b>1 415 000</b>	<b>1 666 656</b>
<b>Summe 4.:</b>	<b>15 820 000</b>	<b>15 770 000</b>	<b>15 140 638</b>
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	500	500	3 233
<b>Summe 5.:</b>	<b>500</b>	<b>500</b>	<b>3 233</b>
<b>Summe II.:</b>	<b>93 006 500</b>	<b>93 364 500</b>	<b>90 500 771</b>
<b>III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b> (Summe I. ./ Summe II.)	<b>23 500</b>	<b>23 500</b>	<b>3 575 886</b>
<b>IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen</b>			
1. Außerordentliche Erträge:	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
2. Außerordentliche Aufwendungen:	—	—	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>V. Außerordentliches Ergebnis</b> (Außerordentliche Erträge ./ Außerordentliche Aufwendungen)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>VI. Steuern</b>			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
– Körperschaftsteuer	—	—	—
– Gewerbesteuer	—	—	—
– Kapitalertragsteuer	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
2. Sonstige Steuern:			
– Kraftfahrzeugsteuer	3 500	3 500	3 058
– Grundsteuer	20 000	20 000	17 305
<b>Summe 2.:</b>	<b>23 500</b>	<b>23 500</b>	<b>20 363</b>
<b>VII. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b> (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./ Steuern)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>3 555 523</b>

**Bewirtschaftungsvermerke:**

---

1. Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
2. Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als laufende oder einmalige Leistungen eigener Art gewährt werden.
3. Soweit ausreichend Drittmittel zur Verfügung stehen, dürfen mit bis zu 12 aus diesen Mitteln zu vergütenden Angestellten und Arbeitnehmer(n)/-innen unbefristete Arbeitsverträge unter der Voraussetzung abgeschlossen werden, dass der Abschluss befristeter Verträge nach den arbeitsrechtlichen Vorschriften und Grundsätzen über befristete Arbeitsverhältnisse nicht rechtswirksam wäre.
4. Vor dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen 6 649 000 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Nutzungsentgelt an den Landesliegenschaftsfonds).
5. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Betrag einer Stelle der Verg.-Gr. II a BAT – Verwaltungsdienst – bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in.
6. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Betrag von zwei Stellen der Lohn-Gr. 4 – Labordienst – bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in.
7. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Betrag von 3 Stellen der Verg.-Gr. V b BAT und von 2 Stellen der Verg.-Gr. VI b BAT sowie 0,75 und 0,5 Stellen der Verg.-Gr. VI b BAT – Ärztlicher Dienst – bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in.
8. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
9. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen 4 301 125 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Erfolgsplanansätze: Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten sowie Beiträge zur Berufsgenossenschaft – Landesunfallkasse).
10. Die finanzielle Obergrenze nach § 49 Abs. 1 Nr. 3 NHG beträgt für das Geschäftsjahr 2005 34 706 580 EUR.
11. 1 Stelle Verg.-Gr. I a BAT Verwaltungsdienst und 1 Stelle Verg.-Gr. V c Technischer Dienst dürfen nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
12. Bis zum Abschluss einer tarifvertraglichen Neuregelung sind die Angestellten (3 Verg.-Gr. V c BAT Bibliotheksdienst) für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V c eingruppiert.
13. Eine Stelle Verg.-Gr. VI b BAT darf nur zu drei Vierteln, eine weitere Stelle Verg.-Gr. VI b BAT – jeweils Ärztlicher Dienst – darf nur zur Hälfte besetzt werden.



**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0615 Technische Universität Braunschweig**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
121 02-0	131	Ablieferungen des Landesbetriebs		-	-	-	100
121 03-9	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		2.259	1.445	+814	1.394
121 04-7	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender		470	1.126	-656	-
381 01-4	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		-	-	-	-
<b>AUSGABEN</b>							
682 01-4	131	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebs <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 682 03 und 891 01.</i> <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.</i> <i>Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.</i>	3.988 3.988	151.501	152.588	-1.087	147.706
682 03-0	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulaasten 682 01.</i> <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.</i>	-	2.746	2.746	-	2.388
682 39-1	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	-	26	26	-	26
891 01-2	131	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulaasten 682 01.</i> <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.</i>	-	1.110	1.850	-740	1.843
<b>Abschluss Kapitel 0615</b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				2.729	2.571	+158	
3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				-	-	-	
<b>Summe der Einnahmen</b>				2.729	2.571	+158	
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				3.988	154.273	-1.087	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen				-	1.110	-740	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>				3.988 3.988	155.383	-1.827	
<b>Zuschuss</b>					152.654	-1.985	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Kapitel 0615**

**Erläuterungsteil I (Allgemeiner Erläuterungsteil)**

**Rechts- und Organisationsgrundlagen**

Die Technische Universität Braunschweig ist eine Hochschule in staatlicher Trägerschaft. Für sie gilt das Niedersächsische Hochschulgesetz, das Hochschulrahmengesetz und die Vorläufige Grundordnung (2002) der Technischen Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig.

**Organisationsstruktur und Budgetplan**

Die Technische Universität Braunschweig hat 10 Fachbereiche mit insgesamt 73 Studiengängen. Die Fachbereiche sind :

Mathematik und Informatik  
Physik und Geowissenschaften  
Chemie und Pharmazie  
Biowissenschaften und Psychologie  
Architektur  
Bauingenieurwesen  
Maschinenbau  
Elektrotechnik und Informationstechnik  
Geistes- und Erziehungswissenschaften  
Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Die Technische Universität Braunschweig besitzt :

- 6 Forschungszentren
- 4 Sonderforschungsbereiche
- 4 Graduiertenkollegs, davon 2 internationale und ein gemeinsames mit der MH Hannover
- 1 Max-Planck-Research-School.

**Zielsetzung**

Die Technische Universität Braunschweig ist eine stark forschungsorientierte Universität mit Schwerpunktbildung in den Ingenieur- und Naturwissenschaften. Die an ihr vertretenen Geistes- und Gesellschaftswissenschaften sind eine unabdingbare Ergänzung in einer modernen Wissenskultur und besitzen ein besonderes Gewicht in den lehrerbildenden Fächern.

Das Lehr- und Forschungsprofil wird unter Berücksichtigung der Empfehlungen zur Evaluation der Lehrgebiete durch die ZEvA und der Forschungsevaluation durch die Wissenschaftliche Kommission des Landes weiter entwickelt.

In der Lehre stehen Gestaltung und Einführung weiterer modularer Studiengänge mit international gebräuchlichen Abschlüssen im Vordergrund. Im Fachbereich Geistes- und Sozialwissenschaften werden im Rahmen eines Pilotprojektes alle Lehramtsstudiengänge und zugleich die Magisterstudiengänge auf modularisierte, konsekutive Studiengänge zum WS 2003/2004 umgestellt.

In der Forschung wird insbesondere die Zusammenarbeit mit den Forschungseinrichtungen am Standort auf den Gebieten Adaptro- nik, Verkehr (DLR) und Biowissenschaften/Bioinformatik (GBF) intensiviert. Die Arbeitsfelder des Zentrums für Mechatronik mit dem Projekt "Hybridfahrzeug" werden gemeinsam mit Industriepartnern ausgebaut werden.

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0615

Erläuterungsteil II (Erläuterungsteil zum Produkthaushalt)

Budgetierungsmodell

Die Budgetierung richtet sich nach dem Hochschuloptimierungskonzept und nach den Festlegungen der Zielvereinbarung.

Finanzierungsbedarf zum Produkthaushalt

Produkte	Kapazität vor Schwund (Soll) WS 04/05 + SS 2005	Studierende in der RZ (Soll) WS 04/05 SS 2005	Absolventen (Soll 2005) WS 04/05 + SS 2005	Gesamtkosten je Fächergruppe aus KLR (Soll 2005)	Kapazität vor Schwund (Ist 2003) WS 02/03+ SS 2003	Studierende in der RZ (Ist 2003) WS 02/03 SS 2003	Absolventen (Ist 2003) WS 02/03 + SS 2003	Gesamtkosten je Fächergruppe aus KLR (Ist 2003)**
<b>Lehre (nach Fächergruppen)</b>								
Ingenieurwissenschaften	830	3.100	440	24.390.000	923	2.693	469	23.911.884
Kunst	13	45	10	687.000	35	51	2	673.169
Mathematik und Naturwissenschaften	1048	4.000	570	24.367.000	1039	3.611	364	23.889.425
Rechts-, Wirtschafts- Sozialwissenschaften	283	1.450	180	7.101.000	200	1.422	132	6.961.517
Sport	23	90	25	372.000	46	104	0	364.406
Sprach- und Kulturwissenschaften	636	2.300	275	6.130.000	686	2.365	297	6.009.927
<b>Weiterbildung gem. § 12 NHG (alt)</b>								
Weiterbildungs-Studiengänge	122	190	60	219.000	169	279	85	214.221
Sonstige Weiterbildung	0	9.850	9.850	1.007.000	0	9.650	9.650	988.071
<b>Gesamtsumme</b>	<b>2.955</b>	<b>21.025</b>	<b>11.410</b>	<b>64.273.000</b>	<b>3.098</b>	<b>20.175</b>	<b>10.999</b>	<b>63.012.620</b>

Produkte	Grundaussstattung 2005	Sondermittel 2005	Drittmittel 2005	Gesamtkosten gem. KLR 2005	Grundaussstattung 2003	Sondermittel 2003	Drittmittel 2003	Gesamtkosten gem. KLR 2003
<b>Forschung inkl. SFB</b>								
Antragsinduzierte Forschung		11.086.905	34.714.787	35.330.000		10.869.515	34.034.105	34.637.162
Auftragsinduzierte Forschung		0	12.159.522	10.013.000		0	11.921.100	9.816.647
ohne Auftrag (100% eigenfinanziert)		0	0	89.056.000		0	0	87.309.602
<b>Gesamtsumme</b>		<b>11.086.905</b>	<b>46.874.309</b>	<b>134.399.000</b>		<b>10.869.515</b>	<b>45.955.205</b>	<b>131.763.410</b>

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0615  
Leistungsplan

	Gesamtkosten (aus KLR)	Gesamtkosten (aus KLR)	Finanzierungs- beitrag des Produkthaushalts (Soll) 2005	Finanzierungs- beitrag des Produkthaushalts (Ist) 2003
	(Soll) 2005	(Ist) 2004		
Lehre	63.047.000	61.810.328	60.512.510	62.749.214
Forschung	135.899.000	133.234.626	126.533.062	139.170.968
Weiterbildung	1.226.000	1.202.292	551.428	686.220
Externe Dienstleistungen	4.598.000	4.507.616	4.598.000	4.507.616
Produktsumme	<b>204.770.000</b>	<b>200.754.861</b>	<b>192.195.000</b>	<b>207.114.018</b>
<b>Investitionen (im Kfm. Sinne)</b>				
Bis zu 25000 Euro im Einzelfall				
VW-Transporter				22.883,00
Lüftungsanlage				57.646,91
Stud.Arbeitsplä				101.959,37
NC-Fräse				55.999,65
Microarrayscanner				81.988,80
Logikanalysator				29.999,92
für Berufungen				1.151.337,00
Hitzdrahtsonde			27.900	
Bildverarbeitungsrechner			35.000	
Mitarbeiterrechner			28.000	
GC/MS ENCI			112.000	
Vielstellenmeßanlage			28.000	
Ionenätzanlage			80.000	
Arbeitsplatzrechner			41.000	
Klimaprüfstand			64.000	
Meßfahrzeug			30.000	
Computergestüt. Testungen			31.000	
Tracer Gos System			28.500	
Zyklengesteuerte Drehbank			55.000	
Fräsmaschine			76.700	
Hörsaalgestühl			48.000	
digitale Telefonendgeräte			50.000	
zentrales Stagesystem			40.000	
Pica-Datenbankserver SUN			50.000	
Standard PC			60.000	
Stud. Arbeitsplätze			100.000	
HSA-Sprachlehranlage			49.000	
20 Multimedia-Arbeitsplätze			35.000	
Landeszuschuß (<25.000)			780.900	145.247,16
Drittmittel			1.841.000	3.269.675
Sondermittel GG				2.350.833
Sondermittel SI				5.434.391
Externe Dienstleistungen				
<b>Investitionssumme</b>			<b>3.691.000</b>	<b>12.701.961</b>
<b>Gesamtsumme</b>			<b>195.886.000</b>	<b>219.815.979</b>

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Noch zu Kapitel 0615**

**Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen**

**Erläuterungen**

Erläuterungen zu Produkten und Kennzahlen

Produkte Lehre:

Studierende und Absolventen sind Kopfzahlen bezogen auf das erste Studienfach. Studierende sind immer Werte bezogen auf das WS.

Ein Vergleich von Kopfzahlen und Kosten ist problematisch, da die Kosten auf Studienfälle bezogen werden.

Studierende und Absolventen in sonstiger Weiterbildung sind im wesentlichen Teilnehmer an Veranstaltungen der Zentralstelle für Weiterbildung und des Sprachenzentrums.

Produktbezogene Kennzahlen:

Unter weiterführendem Studium sind die Weiterbildungsstudiengänge subsummiert.

Alle Zahlen sind Absolutwerte. Studierendenzahlen sind immer Werte bezogen auf das WS.

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0615**

**Produktbezogene Kennzahlen**

<b>Lehre und Studium gem. aml. Statistik</b>	<b>Zeitraum: WS 2002/03 + SS 2003</b>				
Studienanfänger, 1. HS-Semester	2.198				
Studienanfänger, 1. Fachsemester	2.817				
Ordentliche Studierende	14.268				
Frauenanteil	6.078				
Anteil ausländischer Studierender	1.658				
Bildungsinländer	226				
Absolvent(inn)en pro Jahr	1.264				
Grundständiges Studium	1.230				
Frauenanteil	572				
weiterführendes Studium					
Frauenanteil					
<b>Forschung und Nachwuchsförderung</b>	<b>Stichtag: 01.01.2004</b>				
Sonderforschungsbereiche	5				
davon mit Sprecherfunktion	4				
Forschungszentren/-schwerpunkte	6				
EU -Projekte mit Koordinatorenfunktion	6				
Graduiertenkollegs	4				
Promotionen	245				
davon Frauen	50				
<b>Personal</b>	<b>Stichtag: 1.12.2003</b>				
insgesamt	2.221				
Nichtwissenschaftl. Personal	1.230				
darunter Teilzeitbeschäftigte	410				
Wissenschaftl. Personal	758				
darunter Teilzeitbeschäftigte	201				
Professoren	233				
davon Frauen	29				
Stellen für Professoren	241				
Neuberufungen	19				
davon Frauen	5				
<b>Flächen</b>	<b>Stichtag 1.10.2003:</b>				
Hauptnutzfläche (brutto)	258.747				
Kapazitätsrelevante HNF	196.713				



ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0615

Zu 682 01

Dem Studentenwerk Braunschweig dürfen für seine Aufgabenerfüllung landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden:

Einrichtung	qm	nachrichtlich Mietpreis/jährlich
Mensa I	5 981	
Geschäftsräume	1 224	773 000 EUR
Cafeteria	233	
Mensa II	3 272	

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Auf Nutzungsentgelte entfallen 18 673 000 EUR.

Gemäß § 17 Absatz 1 Satz 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.  
Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE	durch die 2004 ausgebrachte VE	durch die 2005 ausgebrachte VE	Gesamtbelastung
	in 1000 EUR	in 1000 EUR	in 1000 EUR	in 1000 EUR
2005	–	3.988	–	3.988
2006	–	–	3.988	3.988
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	3.988	3.988	7.976

Zu 891 01

Gemäß § 17 Absatz 1 Satz 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.

Noch zu 891 01

	2005 Tsd.EUR
1. Investitionen bis zu 25.000 Euro im Einzelfall (wissenschaftlicher Bereich)	185.600
2. Hitzdrahtsonde –Erstbeschaffung–	27.900
3. Bildverarbeitungsrechner –Erstbeschaffung–	35.000
4. Mitarbeiterrechner Mathematik –Ersatz–	28.000
5. GC/MS ENCI –Ersatz–	112.000
6. Vielstellenmessanlage: MGC puls mit 48 Messstellen –Ersatz und Ergänzung–	28.000
7. Ionenätzanlage (für Probenpräparation Elektronenmikroskopie) –Ersatz–	80.000
8. Arbeitsplatzrechner und Software für Praktikum –Ergänzung–	41.000
9. Klima-Prüfschrank –Ersatz–	64.000
10. VW-Bus – Messfahrzeug –Ersatz–	30.000
11. 8 Arbeitsplätze für computerunterstützte psychodiagnostische Testungen inkl. eines Video-Beamers –Erstbeschaffung–	31.000
12. Frankiermaschine –Ersatz– und weitere Investitionen bis zu 25.000 Euro im Einzelfall (Verwaltungsbereich)	259.500
13. Hörsaalgestühl erneuern PK 11.2 –Ersatz–	48.000
14. Beschaffung digitaler Telefonendgeräte –Ersatz und Ergänzung–	50.000
15. Beschaffung eines zentralen Stagesystems	40.000
16. 1 Pica-Datenbankserver SUN –Ersatz–	50.000
Zusammen	1.110.000



**Wirtschaftsplan für die  
Technische Universität Braunschweig  
für das Geschäftsjahr 2005**

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der gemäß § 26 LHO vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Betriebsanweisung für die Hochschulen in staatlicher Trägerschaft des Landes Niedersachsen vom 23. Juli 2003.

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb TU Braunschweig

## A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Finanzbedarf</b>			
1. Investitionen gemäß VV-HNds (ZR-GPI):			
– Lizenzen	—	—	597 063
– Bebaute Grundstücke	—	—	—
– Unbebaute Grundstücke	—	—	—
– Gebäude	—	—	419 219
– Maschinen und Anlagen	1 400 000	1 766 000	6 256 993
– Fahrzeuge	—	—	77 520
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	1 551 000	1 925 000	523 127
<b>Summe 1.:</b>	<b>2 951 000</b>	<b>3 691 000</b>	<b>7 873 922</b>
2. Sonstige Investitionen <sup>3)</sup> :			
– Gebäude	—	—	—
– Maschinen und Anlagen	—	—	—
– Fahrzeuge	—	—	—
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
– Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	—	—	—
– Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)	—	—	—
– Ablieferung an den Landeshaushalt	—	—	—
– Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)	—	—	—
<b>Summe 3.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
4. Positiver Überleitungsbetrag (Anlage 4):	—	—	—
<b>Summe I.:</b>	<b>2 951 000</b>	<b>3 691 000</b>	<b>7 873 922</b>
<b>II. Deckungsmittel</b>			
1. Deckungsmittel:			
– Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	—	—	—
– Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z. B. eingehende Zahlungen für Forderungen)	—	—	—
– Noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren	—	—	—
– Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	1 841 000	1 243 000	6 030 000
– Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
– aus Fachkapitel	1 110 000	1 850 000	1 843 000
– aus Sondermitteln	n.n.	n.n.	—
– andere öffentliche Zuschussgeber	—	598 000	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>2 951 000</b>	<b>3 691 000</b>	<b>7 873 000</b>
2. Negativer Überleitungsbetrag (Anlage 4):	—	—	—
<b>Summe II.:</b>	<b>2 951 000</b>	<b>3 691 000</b>	<b>7 873 000</b>

<sup>3)</sup> Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26, die keine Investitionen i. S. der VV-HNds (ZR-GPI) sind.

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb TU Braunschweig

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Erträge</b>			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:			
– aus Fachkapitel	154 273 000	155 360 000	149 994 115
– aus Sondermitteln	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>154 273 000</b>	<b>155 360 000</b>	<b>149 994 115</b>
2. Umsatzerlöse, Zuweisungen, Zuschüsse:			
– Zuweisungen und Zuschüsse von anderen Zuschussgebern	27 979 752	27 979 752	26 959 790
– Erträge aus Entgelten für Forschungs- und ähnliche Aufträge	8 198 566	8 198 566	10 702 068
– Erträge aus Gutachten und sonstigen Entgelten	—	—	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>36 178 318</b>	<b>36 178 318</b>	<b>37 661 858</b>
3. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	—	—	—
<b>Summe 3.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
4. Andere aktivierte Eigenleistungen:	—	—	—
<b>Summe 4.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
5. Sonstige betriebliche Erträge:			
– Erstattung von Personalaufwendungen	143 674	143 674	402 102
– Maßnahmen im Zusammenhang mit Forschung, Lehre, Weiterbildung	18 918	18 918	102 031
– Erlöse aus Nebenbetrieben	—	—	684 980
– Betreuung von Studierenden	10 686	10 686	41 176
– Gebühren und gebührenähnliche Erträge	122 761	122 761	87 345
– Nebenerlöse aus Vermietung und Verpachtung	100 417	100 417	882 816
– Spenden	250 000	250 000	345 299
– Erträge aus Schadensersatzleistungen	—	—	—
– Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	—	—	7 791
– Auflösung von Rückstellungen	—	—	—
– Periodenfremde Erträge	—	—	32 797
– Übrige Erträge	10 226	10 226	1 251 679
<b>Summe 5.:</b>	<b>656 682</b>	<b>656 682</b>	<b>3 838 016</b>
6. Zinserträge und ähnliche Erträge:	—	—	13 900
<b>Summe 6.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>13 900</b>
<b>Summe I.:</b>	<b>191 108 000</b>	<b>192 195 000</b>	<b>191 507 888</b>

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb TU Braunschweig

## B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>II. Aufwendungen</b>			
1. Materialaufwand:			
- Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	14 364 000	13 597 000	5 144 646
- Sachaufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmaterial	—	—	2 342 221
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	584 000	3 330 000	—
- Unteraufträge in Drittmittelvorhaben	—	—	777 796
- Werkverträge	—	—	—
- Wissenschaftliche Dienstleistungen	—	—	2 125 796
- sonstige bezogene Leistungen	—	—	1 300 917
<b>Summe 1.:</b>	<b>14 948 000</b>	<b>16 927 000</b>	<b>11 691 376</b>
2. Personalaufwand:			
2.1. Löhne und Gehälter		123 723 847	—
- Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	34 221 266	—	28 614 032
- Vergütungen der Angestellten	61 336 729	—	64 659 741
- Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	7 918 971	—	6 399 149
- Sonstige Vergütungen	6 260 074	—	6 335 797
<b>Summe 2.1.:</b>	<b>109 737 040</b>	<b>123 723 847</b>	<b>106 008 719</b>
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		14 996 772	—
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Angestellte	13 155 625	—	14 468 782
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter	1 879 375	—	1 475 184
- Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	4 241 797	—	4 037 921
- Zuführung zum Sondervermögen Nds. Versorgungsrücklage	385 677	—	109 896
- Emeritenbezüge	6 000 156	—	5 539 346
- Sonstige soziale Leistungen an Angestellte und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	1 132 472	—	6 018 677
- Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	—	—	—
- Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	—	—	—
- Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	—	—	—
Beihilfen	1 782 218	—	—
- Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	—	—	404 407
- Beihilfen für Angestellte	—	—	—
- Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—
- Trennungsgeld	31 189	—	—
- Beiträge zur Berufsgenossenschaft (LUK)	279 069	—	186 052
<b>Summe 2.2.:</b>	<b>28 887 578</b>	<b>14 996 772</b>	<b>32 240 265</b>
<b>Summe 2.:</b>	<b>138 624 618</b>	<b>138 720 619</b>	<b>138 248 984</b>
3. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen:	—	—	—
- Immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	—
- Grundstücke und Bauten	—	—	—
- Technische Anlagen und Maschinen	—	—	—
- Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—	—
- GWG	—	—	616 688
<b>Summe 3.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>616 688</b>
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:	—	24 039 381	—
4.1. Bewirtschaftung und Instandhaltung			
- Aufwendungen für Instandhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude und Anlagen	366 315	—	3 731 077
- Bauunterhaltung	2 746 000	2 746 000	—
- Aufwendungen für Wartung	292 561	—	—
- Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Entsorgung			
- Energie und Heizung	1 907 579	—	5 561 818
- Wasser und Abwasser	765 660	—	707 295
- Aufwendungen für Reparatur- und Instandhaltungsmaterial			
- Bauunterhaltung	—	—	—
- Sonstige	—	—	—
- Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten			
- Mieten, Pachten, Erbbauzins	19 897 860	—	20 162 255
- Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	11 095	—	345 630
- Gebühren für die Bezügeberechnung (NLBV)	864 000	—	—
- Fremdreinigung	2 226 511	—	2 048 100
- Betriebs-, Amtsarzt und Arbeitssicherheit	—	—	—
- Gebühren und Beiträge	150 000	—	581 341
<b>Summe 4.1.:</b>	<b>29 227 581</b>	<b>26 785 381</b>	<b>33 137 516</b>

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb TU Braunschweig

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>noch II. Aufwendungen</b>			
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
– Aufwendungen für EDV, Büromaterial und Drucksachen	2 819 832	—	2 273 190
– Aufwendungen für Kommunikation	—	5 978 000	—
– Telefon, Telefax und andere Postdienstnetze	615 319	—	496 036
– Reisekosten	2 051 139	—	1 653 513
– Porto	278 935	—	224 862
– Öffentlichkeitsarbeit	61 892	—	49 893
– Gästebewirtung und Repräsentation	150 883	—	121 634
<b>Summe 4.2.:</b>	<b>5 978 000</b>	<b>5 978 000</b>	<b>4 819 128</b>
4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
– Vergütungen für Lehraufträge	297 828	2 697 000	—
– Vergütungen für Gastvorträge und Gastprofessuren	104 201	—	408 338
– Fort- und Weiterbildung	42 232	—	276 540
– Übrige Personalkosten	798 540	—	375 440
<b>Summe 4.3.:</b>	<b>1 242 801</b>	<b>2 697 000</b>	<b>1 537 850</b>
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
– Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	—	1 087 000	—
– Schadensersatzleistungen	—	—	—
– Abschreibungen auf Forderungen	—	—	—
– Periodenfremde Aufwendungen	3 005	—	3 937
– Sicherung der Gebäude	71 642	—	93 860
– Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	926 920	—	1 214 381
– Aufwendungen für Mitgliedschaften	68 077	—	89 189
– Sonstige Aufwendungen	17 356	—	22 739
<b>Summe 4.4.:</b>	<b>1 087 000</b>	<b>1 087 000</b>	<b>1 424 106</b>
<b>Summe 4.:</b>	<b>37 535 382</b>	<b>36 547 381</b>	<b>40 918 600</b>
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	—	—	16 959
<b>Summe 5.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>16 959</b>
<b>Summe II.:</b>	<b>191 108 000</b>	<b>192 195 000</b>	<b>191 492 607</b>
<b>III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b> (Summe I. ./ Summe II.)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>15 281</b>
<b>IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen</b>			
1. Außerordentliche Erträge:	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
2. Außerordentliche Aufwendungen:	—	—	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>V. Außerordentliches Ergebnis</b> (Außerordentliche Erträge ./ Außerordentliche Aufwendungen)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>VI. Steuern</b>			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
– Körperschaftsteuer	—	—	—
– Gewerbesteuer	—	—	—
– Kapitalertragsteuer	—	—	—
– Umsatzsteuer	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
2. Sonstige Steuern:			
– Kraftfahrzeugsteuer	—	—	3 552
– Grundsteuer	—	—	17 418
<b>Summe 2.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>20 970</b>
<b>VII. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b> (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./ Steuern)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>–5 689</b>

**Bewirtschaftungsvermerke:**

1. Vgl. Haushaltsmerke Nr. 1 zum Stellenplan.
2. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Gegenwert folgender Stellen:
  - a) Verg.-Gr. V c – Med.-techn. Dienst –  
2 kw bei Ausscheiden der Stelleninhaberin.
  - b) Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst –  
1 kw bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in (Botanisches Institut und Botanischer Garten).
  - c) Verg.-Gr. IV a – Verwaltungsdienst –  
1 kw zum 31. 12. 2005 infolge ZV bis 2003.
3. Bis zum Inkrafttreten einer tarifvertraglichen Neuregelung ist ein/-e Angestellte(r) im Bibliotheksdienst für die Dauer seiner/ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppiert:  
1 Verg.-Gr. V c BAT
4. 1 Hausmeister/-in ist übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.
5. Soweit ausreichende Drittmittel zur Verfügung stehen, dürfen mit bis zu 136 aus diesen Mitteln zu vergütenden Angestellten und Arbeiter(n)/-innen unbefristete Arbeitsverträge unter der Voraussetzung abgeschlossen werden, dass der Abschluss befristeter Arbeitsverträge nach den arbeitsrechtlichen Vorschriften und Grundsätzen über befristete Arbeitsverhältnisse nicht rechtswirksam wäre.
6. Beihilfen für ausländische Studierende werden als Leistungen eigener Art gewährt.
7. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
8. Eine Stelle der Verg.-Gr. II a BAT – Wissenschaftlicher Dienst – und eine Stelle der Verg.-Gr. V c BAT – Verwaltungsdienst –, beide besetzbar ab 1. 6. 2003 für die Dauer von 7 Jahren (kw 31. 5. 2010), dürfen nur im Rahmen der Bereitstellung der Mittel durch die Stifterin in Anspruch genommen werden.
9. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 darf in 2005 ein Betrag i. H. v. 4 189 666 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Erfolgsplanansätze der KuGr. 644: Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten 3 910 861 EUR sowie KuGr. 642: Beiträge zur Berufsgenossenschaft – Landesunfallkasse 278 805 EUR).
10. Die Stellen für Angestellte verringern sich zum 31. 12. 2005 um eine Stelle der Verg.-Gr. III BAT infolge Zielvereinbarung bis 2003.
11. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um 50 v.H. des Gegenwerts folgender Stellen:
  - 2 Verg.-Gr. V c – Verwaltungsdienst – zum 31. 12. 2005
  - 2 Verg.-Gr. IV a – Datenverarbeitungsdienst – zum 31. 12. 2005 infolge Zielvereinbarung bis 2003.
12. Die finanzielle Obergrenze gemäß § 49 Abs. 1 NHG beträgt 68 927 100 EUR.
13. 1 Stelle der Bes.-Gr. A 13 Lektorin, Lektor darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Romanisches Seminar).  
3 Stellen der Bes.-Gr. A 13 Lektorin, Lektor ku nach Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst – nach Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers  
davon  
2 für das Sprachenzentrum  
1 für das Englische Seminar.
14. 1 Stelle der Verg.-Gr. V c – Verwaltungsdienst – darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Institut für Oberflächen-technik und Plasmatechnische Entwicklung).
15. 1 Stelle der Verg.-Gr. VII – Verwaltungsdienst – darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Allgemeine Verwaltung).
16. 1 Stelle der Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst – darf i.H. von 50 v.H. nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Allgemeine Verwaltung).
17. 1 Stelle der Verg.-Gr. V b – Datenverarbeitungsdienst – ku nach Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst – bei Ausscheiden des Stelleninhabers (Rechenzentrum).
18. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen in 2005 18 673 000 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Nutzungsentgelt an den Landesliegenschaftsfonds).



**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0616 Technische Universität Clausthal**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
121 02-4	131	Ablieferungen des Landesbetriebs		-	-	-	261
121 03-2	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		455	274	+181	224
121 04-0	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender		179	113	+66	273
<b>AUSGABEN</b>							
682 01-8	131	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebs <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 682 03 und 891 01.</i> <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.</i> <i>Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.</i>	1.411 1.411	55.732	56.652	-920	56.348
682 03-4	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulaasten 682 01.</i> <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.</i>	-	839	839	-	839
682 39-5	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	-	33	33	-	34
891 01-6	131	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulaasten 682 01.</i> <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.</i>	-	231	229	+2	225
<b>Abschluss Kapitel 0616</b>							
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		634	387	+247	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		634	387	+247	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.411 1.411	56.604	57.524	-920	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	-	231	229	+2	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	1.411 1.411	56.835	57.753	-918	
		<b>Zuschuss</b>		56.201	57.366	-1.165	

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 0616**

**Erläuterungsteil I (Allgemeiner Erläuterungsteil)**

**Rechts- und Organisationsgrundlagen**

Das Niedersächsische Hochschulgesetz sowie das Hochschulrahmengesetz. Die Grundordnung der Technischen Universität Clausthal vom 7. Februar 1996 i.d.F. des Senatsbeschlusses vom 28. Februar 2003.  
Die Technische Universität Clausthal ist ein Landesbetrieb gem. § 26 LHO.

**Organisationsstruktur und Budgetplan**

Organisationsstruktur  
Die Technische Universität Clausthal hat 4 Fachbereiche mit insgesamt 30 Studiengängen, dies sind im einzelnen (nach Fachbereichen):

Fachbereich Mathematik/Informatik:

1. Grundständige Studiengänge:

Mathematik  
Technomathematik  
Wirtschaftsmathematik  
Informatik  
Wirtschaftsinformatik  
Informationstechnik (auch Fachbereich Maschinenbau pp.)

Fachbereich Geowissenschaften, Bergbau und Wirtschaftswissenschaften:

1. Grundständige Studiengänge:

Geologie  
Geophysik  
Geotechnik, Bergbau, Erdöl-/Erdgastechnik  
Umweltschutztechnik (auch Fachbereich Maschinenbau pp.)  
Wirtschaftsingenieurwesen

2. Weiterbildungsstudiengänge:

Wirtschaftswissenschaften (Diplom Erg.)  
Umweltschutztechnik (Diplom Erg.) (auch Fachbereich Maschinenbau pp.)

Fachbereich Physik, Metallurgie und Werkstoffwissenschaften:

1. Grundständige Studiengänge:

Physik/Physikalische Technologien  
Glas-Keramik-Bindemittel  
Kunststofftechnik  
Werkstoffwissenschaften  
Metallurgie

2. Weiterbildungsstudiengänge:

Physik/Physikalische Technologien (Diplom Erg.)  
Glas-Keramik-Bindemittel (Diplom Erg.)

Fachbereich Maschinenbau, Verfahrenstechnik und Chemie:

1. Grundständige Studiengänge:

Chemie – Diplom/Bachelor/Master  
Chemieingenieurwesen  
Maschinenbau  
Energiesystemtechnik  
Verfahrenstechnik  
Informationstechnik (auch Fachbereich Mathematik/Informatik)  
Umweltschutztechnik (auch Fachbereich Geowissenschaften pp.)

2. Weiterbildungsstudiengänge:

Chemieingenieurwesen/Verfahrenstechnik (Diplom Erg.)  
Maschinenbau (Diplom Erg.)  
Energiesystemtechnik (Diplom Erg.)  
Umweltschutztechnik (Diplom Erg.) (auch Fachbereich Geowissenschaften pp.)

Die Technische Universität Clausthal besitzt außerdem 1 Sonderforschungsbereich, 2 Forschergruppen sowie 1 Graduiertenkolleg.

**Budgetplan**

Die Technische Universität Clausthal bildet auf Institutebene Budgets für Lehr- und Betriebsmittel. Ebenso werden die Drittmittel dezentral auf Institutebene bewirtschaftet. Demgegenüber werden das Personalbudget und die zentralen Bewirtschaftungsmittel zentral verwaltet. Grundlage der Budgetplanung sind entsprechende Beschlüsse des Senats/des Präsidiums.

**Zielsetzung**

Folgende Studiengänge sind seit dem Wintersemester 2004/2005 neu eingeführt:

**Studiengang/ Abschluss/ Lehreinheit**

- Energie und Rohstoffe/ Bachelor of Science/ Bergbau
- Petroleum Engineering/ Master of Science/ Bergbau
- Energie- und Rohstoffversorgungstechnik/ Master of Science/ Bergbau
- Betriebswirtschaftslehre/ Bachelor of Science/ Wirtschaftswissenschaft
- Betriebswirtschaftslehre/ Master of Science/ Wirtschaftswissenschaft
- Weiterbildungsstudiengang Rohstoffversorgungstechnik / Master of Science/ Bergbau

Folgende Studiengänge sind mit letztmaliger Aufnahme von Anfängern zum Wintersemester 2003/2004 eingestellt worden:

**Studiengang/ Abschluss/ Lehreinheit**

- Geotechnik, Bergbau, Erdöl-/Erdgastechnik/ Diplom/ Bergbau
- Geophysik/ Diplom/ Geophysik
- Geologie/ Diplom/ Geologie

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0616

Erläuterungsteil II (Erläuterungsteil zum Produkthaushalt)

Budgetierungsmodell

Die Budgetierung richtet sich nach dem Hochschuloptimierungskonzept und nach den Festlegungen der Zielvereinbarung.

Finanzierungsbedarf zum Produkthaushalt

Produkte	Kapazität vor Schwund (Soll) WS 04/05 + SS 2005	Studierende in der RZ <sup>7)</sup> (Soll) WS 04/05 SS 2005	Absolventen <sup>1)</sup> (Soll 2005) WS 04/05 + SS 2005	Gesamtkosten je Fächergruppe aus KLR (Soll 2005)	Kapazität vor Schwund (Ist 2003) WS 02/03+ SS 2003	Studierende in der RZ <sup>7)</sup> (Ist 2003) WS 02/03 SS 2003	Absolventen <sup>1)</sup> (Ist 2003) WS 02/03 + SS 2003	Gesamtkosten je Fächergruppe aus KLR (Ist 2003)
<b>Lehre (nach Fächergruppen)</b>								
Wirtschaftswissenschaften	48	206/ 191	10	764.600	42	187/ 174	7	733.400
Naturwissenschaften	261	996/ 956	87	10.704.900	271	905/ 896	79	11.369.700
Ingenieurwissenschaften	438	943/ 909	111	14.018.300	447	857/ 826	101	14.966.600
Zwischensumme				25.487.800				27.069.700
<b>Weiterbildung gem. § 12 NHG (alt)</b>								
Weiterbildungs-Studiengänge <sup>2)</sup>				3.812.400				4.023.000
Sonstige Weiterbildung				105.500				111.300
<b>Gesamtsumme</b>				<b>29.405.700</b>				<b>31.204.000</b>

Produkte	Grundaussstattung 2005	Sondermittel 2005	Drittmittel 2005	Gesamtkosten gem. KLR 2005	Grundaussstattung 2003	Sondermittel 2003	Drittmittel 2003	Gesamtkosten gem. KLR 2003
<b>Forschung</b>								
Antragsinduzierte Forschung	19.877.200	433.000	11.016.500	31.326.700	6.574.400	192.200	10.004.000	16.770.600
Auftragsinduzierte Forschung	4.417.200	96.200	2.448.100	6.961.500	2.439.700	71.300	2.294.400	4.805.400
ohne Auftrag (100% eigenfinanziert)	3.312.900	72.200	1.836.100	5.221.200	20.803.100	608.100	1.631.900	23.043.100
<b>Gesamtsumme</b>	<b>27.607.300</b>	<b>601.400</b>	<b>15.300.700</b>	<b>43.509.400</b>	<b>29.817.200</b>	<b>871.600</b>	<b>13.930.300</b>	<b>44.619.100</b>

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0616

Leistungsplan

	Gesamtkosten (aus KLR) <sup>3)</sup>	Gesamtkosten (aus KLR)	Finanzierungsbeitrag des Produkthaushalts <sup>4)</sup>	Finanzierungsbeitrag des Produkthaushalts <sup>4)</sup>
	(Soll) 2005	(Ist) 2003	(Soll) 2005	(Ist) 2003
Lehre	25.487.800	27.069.700	23.941.300	24.032.900
Forschung	43.509.400	44.619.100	27.361.400	27.466.200
Weiterbildung	3.917.900	4.134.300	3.800.200	3.814.800
Externe Dienstleistungen	1.958.900	2.067.100	1.900.100	1.907.400
<b>Produktsumme</b>	<b>74.874.000</b>	<b>77.890.200</b>	<b>57.003.000</b>	<b>57.221.300</b>
<b>Investitionen</b>				
Bis zu 25000 Euro im Einzelfall:				
Ab 25.000 im Einzelfall:				
Drahterodiermaschine (Schweißtechnik und Trennende Fertigungsverfahren)			72.000	
Photoplotter (Elektrische Informationstechnik)			110.000	
Kleingeräte (diverse Institute)			49.000	
<b>Investitionssumme</b>			<b>231.000</b>	<b>225.000</b>
Zuschüsse an die Versuchswirtschaften (Haushaltsausgleichssumme)				
<b>Gesamtsumme</b>	<b>74.874.000</b>	<b>77.890.200</b>	<b>58.637.000</b>	<b>57.446.300</b>

Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen

Erläuterungen

1. zu den Absolventenzahlen  
Seit WS 97/98 sind insgesamt 8 Studiengänge (davon 4 seit WS 99/00) neu eingeführt. In den zum WS 97/98 eingeführten Studiengängen beenden jetzt die ersten StudentInnen ihr Studium; in den zum WS 99/00 eingeführten Studiengängen kann es noch keine Absolventen geben. Beides wirkt sich entsprechend auf die absoluten Absolventenzahlen aus.
2. zu den Kapazitäten der Weiterbildungsstudiengänge  
Die im Produkthaushalt vorgesehenen Angaben zur Kapazität, zu Studierenden in der Regelstudienzeit und zu Absolventen sind in den grundständigen Studiengängen und damit in den Daten zur Lehre enthalten.
3. zu den Gesamtkosten aus KLR Soll 2005:  
Dargestellt ist die Anmeldung der Hochschule zum Wirtschaftsplan 2005
4. Finanzierungsbeitrag des Produkthaushalts
  - Soll 2005: Die Gesamtsumme des Finanzierungsbeitrages zum Produkthaushalt entspricht der Anmeldung der Hochschule zum Haushalt (reiner Landeszuschuss).
  - Ist 2003: Abgebildet ist der ausgezahlte Haushalt des Jahres 2003.
5. zu den Investitionen:  
Aus Platzgründen sind nur die Anmeldungen zum Finanzplan 2005 aufgeschlüsselt worden.
6. zu den Studienanfängern  
Im Vorjahr sind nur die Anfängerzahlen des Wintersemesters ausgewiesen worden.
7. zu den Studierenden in der Regelstudienzeit:  
Ausgewiesen sind die Fachfälle

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0616**

**Produktbezogene Kennzahlen**

<b>Lehre und Studium gem. amtl. Statistik</b>	<b>Zeitraum: WS 2002/03 + SS 2003</b>				
Studienanfänger, 1. HS-Semester	608				
Studienanfänger, 1. Fachsemester	812				
Ordentliche Studierende	2736				
Frauenanteil	21,9 %				
Anteil ausländischer Studierender	24,7 %				
Bildungsinländer	1,4 %				
Absolvent(inn)en pro Jahr	187				
Grundständiges Studium	170				
Frauenanteil	24,71 %				
weiterführendes Studium	17				
Frauenanteil	17,65%				
<b>Forschung und Nachwuchsförderung</b>	<b>Stichtag: 01.01.2004</b>				
Sonderforschungsbereiche	1				
davon mit Sprecherfunktion	1				
Forschungszentren/ -schwerpunkte	14				
EU –Projekte mit Koordinatorenfunktion	1				
Graduiertenkollegs	1				
Promotionen	69				
davon Frauenanteil	15,9 %				
<b>Personal</b>	<b>Stichtag: 31.12.2003</b>				
insgesamt	1074				
Nichtwissenschaftl. Personal	623				
darunter Teilzeitbeschäftigte	131				
Wissenschaftl. Personal	451				
darunter Teilzeitbeschäftigte	122				
darunter Professoren	81				
davon Frauenanteil	6,17 %				
Stellen f. Professoren	95				
Neuberufungen	6				
davon Frauenanteil	16,66 %				
<b>Flächen</b>	<b>Stichtag 31.12.2003:</b>				
Hauptnutzfläche (brutto)	87.255				
Kapazitätsrelevante HNF	60.203				

**Zu Kapitel 06 16 allgemein**

Die Technische Universität Clausthal wird seit dem 1. 1. 1995 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei Titel 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage beigelegt.

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 682 01**

Dem Studentenwerk Clausthal in Clausthal-Zellerfeld dürfen die für ihre Aufgabenerfüllung erforderlichen Räume, ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden. Der Clausthaler Umweltinstitut GmbH – CUTEC – dürfen die für ihre Aufgabenerfüllung erforderlichen Räume, Einrichtungen und Geräte ohne Erstattung der Kosten überlassen werden, soweit Gleichwertigkeit besteht. Der Stadtwerke Clausthal-Zellerfeld GmbH darf das landeseigene Gebäude des Heizwerks nach Maßgabe des Vertrages vom 27. 9. 1988 ohne Erhebung eines Nutzungsentgeltes überlassen werden.

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Auf Nutzungsentgelte entfallen 7 196 000 EUR.

Gemäß § 17 Absatz 1 Satz 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.

**Belastung (2005)**

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	1.411	–	1.411
2006	–	–	1.411	1.411
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	1.411	1.411	2.822

**Zu 891 01**

Gemäß § 17 Absatz 1 Satz 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.

	2005 Tsd. EUR
1. Drahterodiermaschine	72
2. Photoplotter	110
3. Kleingeräte	49
Zusammen:	231



**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb  
Technische Universität Clausthal**  
für das Geschäftsjahr 2005

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der gemäß § 26 LHO vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Betriebsanweisung für die Hochschulen in staatlicher Trägerschaft des Landes Niedersachsen vom 23. Juli 2003.

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Technische Universität Clausthal

### A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Finanzbedarf</b>			
1. Investitionen gemäß VV-HNds (ZR-GPI):			
– Bebaute Grundstücke	—	—	—
– Unbebaute Grundstücke	—	—	—
– Gebäude	—	—	—
– Maschinen und Anlagen	5 332 300	229 000	—
– Fahrzeuge	—	—	—
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>5 332 300</b>	<b>229 000</b>	<b>—</b>
2. Sonstige Investitionen <sup>3)</sup> :			
– Gebäude	—	—	—
– Maschinen und Anlagen	—	—	—
– Fahrzeuge	—	—	—
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
– Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	—	—	—
– Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)	—	—	—
– Ablieferung an den Landeshaushalt	—	—	—
– Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)	—	—	—
<b>Summe 3.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
4. Positiver Überleitungsbetrag (Anlage 4):	—	—	—
<b>Summe I.:</b>	<b>5 332 300</b>	<b>229 000</b>	<b>—</b>
<b>II. Deckungsmittel</b>			
1. Deckungsmittel:			
– Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	—	—	—
– Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z. B. eingehende Zahlungen für Forderungen)	—	—	—
– noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren	—	—	—
– Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	—	—	—
– Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
– aus Fachkapitel	231 000	229 000	225 000
– aus Sondermitteln	5 101 300	—	4 875 787
<b>Summe 1.:</b>	<b>5 332 300</b>	<b>229 000</b>	<b>5 100 787</b>
2. Negativer Überleitungsbetrag (Anlage 4):	—	—	—
<b>Summe II.:</b>	<b>5 332 300</b>	<b>229 000</b>	<b>5 100 787</b>

<sup>3)</sup> Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26, die keine Investitionen i. S. der VV-HNds (ZR-GPI) sind

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Technische Universität Clausthal

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Erträge</b>			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:			
– aus Fachkapitel	56 604 000	57 524 000	56 520 191
– aus Sondermitteln	1 253 000	1 253 000	1 747 335
<b>Summe 1.:</b>	<b>57 857 000</b>	<b>58 777 000</b>	<b>58 267 526</b>
2. Umsatzerlöse, Zuweisungen, Zuschüsse:			
– Erträge aus Zuweisungen anderer öffentlicher Zuschussgeber für öffentliche Aufwendungen	12 961 000	12 961 000	13 388 329
– Erträge aus Entgelten für Forschungs- und ähnliche Aufträge	3 145 000	3 145 000	6 037 220
<b>Summe 2.:</b>	<b>16 106 000</b>	<b>16 106 000</b>	<b>19 425 549</b>
3. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	—	—	—
<b>Summe 3.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
4. Andere aktivierte Eigenleistungen:	—	—	—
<b>Summe 4.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
5. Sonstige betriebliche Erträge:			
– Erstattung von Personalaufwendungen	220 000	220 000	190 095
– Maßnahmen im Zusammenhang mit Forschung, Lehre, Weiterbildung	100 000	100 000	228 501
– Erlöse aus Nebenbetrieben	90 000	90 000	105 252
– Betreuung von Studierenden	15 000	15 000	23 713
– Gebühren und gebührenähnliche Erträge	12 000	12 000	382 922
– Nebenerlöse aus Vermietung und Verpachtung	75 000	75 000	138 490
– Spenden	—	—	59 716
– Erträge aus Schadensersatzleistungen	—	—	67 906
– Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	—	—	38 869
– Auflösung von Rückstellungen	—	—	—
– Periodenfremde Erträge	—	—	192 347
– Übrige Erträge	—	—	146 983
<b>Summe 5.:</b>	<b>512 000</b>	<b>512 000</b>	<b>1 574 794</b>
6. Zinserträge und ähnliche Erträge:	—	—	—
<b>Summe 6.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>Summe I.:</b>	<b>74 475 000</b>	<b>75 395 000</b>	<b>79 267 869</b>

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Technische Universität Clausthal

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>II. Aufwendungen</b>			
1. Materialaufwand:			
– Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	929 000	929 000	1 687 766
– Sachaufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmaterial	2 020 000	2 020 000	1 121 592
– Aufwendungen für bezogene Leistungen			
– Unteraufträge in Drittmittelvorhaben	1 176 000	1 176 000	705 940
– Wissenschaftliche Dienstleistungen	626 000	626 000	975 137
– Sonstige bezogene Leistungen	81 000	81 000	50 536
<b>Summe 1.:</b>	<b>4 832 000</b>	<b>4 832 000</b>	<b>4 540 970</b>
2. Personalaufwand:			
2.1. Löhne, Gehälter und Besoldung			
– Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	11 985 000	13 566 000	10 566 093
– Vergütungen der Angestellten	22 816 000	22 214 000	23 078 568
– Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	3 521 000	2 923 000	3 923 163
– Sonstige Vergütungen	3 044 000	2 526 000	1 548 452
<b>Summe 2.1.:</b>	<b>41 366 000</b>	<b>41 229 000</b>	<b>39 116 277</b>
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Angestellte	4 698 000	4 605 000	5 224 925
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter	875 000	876 000	715 409
– Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	2 004 000	2 260 000	1 125 872
– Zuführung zum Sondervermögen Nds. Versorgungsrücklage, Emeriten- bezüge, Nachversicherung	1 712 000	1 803 000	2 013 229
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	2 187 000	2 942 000	2 457 921
– Beihilfen	563 000	584 000	492 777
– Beiträge zur Berufsgenossenschaft (LUK)	113 000	95 000	62 754
<b>Summe 2.2.:</b>	<b>12 152 000</b>	<b>13 165 000</b>	<b>12 092 886</b>
<b>Summe 2.:</b>	<b>53 518 000</b>	<b>54 394 000</b>	<b>51 209 163</b>
3. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen:			
	—	—	6 591 160
<b>Summe 3.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>6 591 160</b>
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung und Instandhaltung			
– Aufwendungen für Instandhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude und Anlagen			
– Bauunterhaltung	584 000	1 215 000	706 013
– Aufwendungen für Wartung	1 215 000	584 000	665 734
– Aufwendungen für Energie, Wasser und Abwasser			
– Energie und Heizung	2 403 000	2 403 000	2 218 479
– Wasser und Abwasser	—	—	185 042
– Aufwendungen für Reparatur- und Instandhaltungsmaterial			
– Bauunterhaltung	168 000	168 000	213 232
– Sonstige	380 000	495 000	266 589
– Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten			
– Mieten, Pachten, Erbbauzins	7 544 000	7 473 000	6 916 584
– Gebühren	65 000	65 000	85 694
– Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	106 000	106 000	162 936
– Gebühren für die Bezügeberechnung (NLBV)	—	—	—
– Fremdreinigung und Entsorgung	805 000	805 000	591 055
– Betriebs-, Amtsarzt und Arbeitssicherheit	81 000	81 000	117 863
– Bauleitpauschale	87 000	87 000	64 961
<b>Summe 4.1.:</b>	<b>13 438 000</b>	<b>13 482 000</b>	<b>12 194 183</b>

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Technische Universität Clausthal

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>noch II. Aufwendungen</b>			
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
– Aufwendungen für EDV, Büromaterial und Drucksachen	311 000	311 000	188 004
– Aufwendungen für Kommunikation			
– Telefon, Telefax und andere Postdienstnetze	339 000	339 000	260 484
– Reisekosten	770 000	770 000	917 517
– Porto	100 000	100 000	92 096
– Öffentlichkeitsarbeit	83 000	83 000	70 933
– Gästebewirtung und Repräsentation	30 000	30 000	29 964
<b>Summe 4.2.:</b>	<b>1 633 000</b>	<b>1 633 000</b>	<b>1 558 998</b>
4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
– Vergütungen für Lehraufträge, Gastvorträge und Gastprofessuren	158 000	158 000	128 305
– Fort- und Weiterbildung	81 000	81 000	71 901
– Übrige Personalkosten	141 000	141 000	74 564
<b>Summe 4.3.:</b>	<b>380 000</b>	<b>380 000</b>	<b>274 770</b>
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
– Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	—	—	20 726
– Schadensersatzleistungen	1 000	1 000	18 581
– Abschreibungen auf Forderungen	—	—	802
– Periodenfremde Aufwendungen	—	—	306
– Sicherung der Gebäude	—	—	—
– Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	653 000	653 000	776 713
– Aufwendungen für Mitgliedschaften	—	—	36 752
– Einstellungen in den Sonderposten für Investitionszuschüsse	—	—	—
<b>Summe 4.4.:</b>	<b>654 000</b>	<b>654 000</b>	<b>853 880</b>
<b>Summe 4.:</b>	<b>16 105 000</b>	<b>16 149 000</b>	<b>14 881 831</b>
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	9 000	9 000	7 897
<b>Summe 5.:</b>	<b>9 000</b>	<b>9 000</b>	<b>7 897</b>
<b>Summe II.:</b>	<b>74 464 000</b>	<b>75 384 000</b>	<b>77 231 021</b>
<b>III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b> (Summe I. ./ Summe II.)	<b>11 000</b>	<b>11 000</b>	<b>2 036 848</b>
<b>IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen</b>			
1. Außerordentliche Erträge:	—	—	479 336
<b>Summe 1.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>479 336</b>
2. Außerordentliche Aufwendungen:	—	—	479 336
<b>Summe 2.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>479 336</b>
<b>V. Außerordentliches Ergebnis</b> (Außerordentliche Erträge ./ Außerordentliche Aufwendungen)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>VI. Steuern</b>			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
– Körperschaftsteuer	—	—	—
– Gewerbesteuer	—	—	—
– Kapitalertragsteuer	—	—	—
– Umsatzsteuer	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
2. Sonstige Steuern:			
– Kraftfahrzeugsteuer	4 000	4 000	7 594
– Grundsteuer	7 000	7 000	10 179
<b>Summe 2.:</b>	<b>11 000</b>	<b>11 000</b>	<b>17 773</b>
<b>VII. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b> (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./ Steuern)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>2 019 075</b>

**Bewirtschaftungsvermerke:**

---

1. Die finanzielle Obergrenze gemäß § 49 Abs. 1 NHG beträgt 26 205 500 EUR.
2. Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
3. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Betrag einer Stelle der Verg.-Gr. V b BAT bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/- in (Institut für Erdöl- und Erdgastechnik).
4. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen in 2005 7 196 000 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Nutzungsentgelt an den Landesliegenschaftsfonds).
5. Soweit Drittmittel zur Verfügung stehen, dürfen mit bis zu 35 aus diesen Mitteln zu vergütenden Angestellten und Arbeiter(n)/-innen unbefristete Arbeitsverträge unter der Voraussetzung abgeschlossen werden, dass der Abschluss befristeter Verträge nach den arbeitsrechtlichen Vorschriften und Grundsätzen über befristete Arbeitsverhältnisse nicht rechtswirksam wäre.
6. Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als einmalige oder laufende Leistungen eigener Art gewährt werden.
7. – Frei –.
8. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes.  
Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
9. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 darf in 2005 1 369 641 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Erfolgsplanansätze der KuGr. 644 „Versorgungszuschlag der BeamtInnen“ 1 256 700 EUR sowie KuGr. 642 „Beiträge zur Berufsgenossenschaft – Landesunfallkasse“ 112 941 EUR).
10. Der Zuschuss verringert sich um den Betrag einer Stelle der Verg.-Gr. V c BAT bei Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen.
11. 1 Stelle der Verg.- Gr. V c – Technischer Dienst – darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.



**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0617 Universität Hannover**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
<b>EINNAHMEN</b>							
121 02-8	131	Ablieferungen des Landesbetriebs		-	-	-	965
121 03-6	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		4.040	2.638	+1.402	3.689
121 04-4	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender		166	2.543	-2.377	-
381 01-1	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		-	-	-	-
<b>AUSGABEN</b>							
682 01-1	131	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebs <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 682 03 und 891 01.</i> <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.</i> <i>Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.</i>	5.036 5.036	205.605	208.544	-2.939	202.882
682 03-8	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulaasten 682 01.</i> <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.</i>	-	3.610	3.610	-	3.139
682 39-9	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	-	86	86	-	61
891 01-0	131	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulaasten 682 01.</i> <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.</i>	-	2.437	2.413	+24	2.531
<b>Abschluss Kapitel 0617</b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				4.206	5.181	-975	
3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				-	-	-	
<b>Summe der Einnahmen</b>				4.206	5.181	-975	
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			5.036 5.036	209.301	212.240	-2.939	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen			-	2.437	2.413	+24	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>			5.036 5.036	211.738	214.653	-2.915	
<b>Zuschuss</b>				207.532	209.472	-1.940	

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 0617**

**Erläuterungsteil I (Allgemeiner Erläuterungsteil)**

**Rechts- und Organisationsgrundlagen**

Das Niedersächsische Hochschulgesetz sowie das Hochschulrahmengesetz. Die Grundordnung der Universität Hannover. Die Universität Hannover ist ein Landesbetrieb gem. §26 LHO.

**Organisationsstruktur und Budgetplan**

Die Universität Hannover hat 17 Fachbereiche mit insgesamt 155 Haupt- und Teilstudiengängen (inkl. Weiterbildungs-, Ergänzungs- und Aufbaustudiengänge).

Mathematik  
 Physik  
 Chemie  
 Geowissenschaften und Geographie  
 Biologie  
 Architektur  
 Bauingenieur- und Vermessungswesen  
 Maschinenbau  
 Elektrotechnik und Informationstechnik  
 Gartenbau  
 Landschaftsarchitektur und Umweltentwicklung  
 Literatur- und Sprachwissenschaften  
 Geschichte, Philosophie und Sozialwissenschaften  
 Erziehungswissenschaften  
 Rechtswissenschaften  
 Wirtschaftswissenschaften  
 Informatik

Der Studiengang Medienwissenschaft Magister wird an der Hochschule für Musik und Theater studiert.

**FACHBEREICHE UND ZUGEORDNETE STUDIENGÄNGE:**

**Architektur**

Architektur, Dipl.  
 Bautechnik, LBS  
 Farbtechnik und Raumgestaltung LBS  
 Gestaltungstechnik, LBS  
 Holztechnik LBS

**Bauingenieur- und Vermessungswesen**

Bauingenieurwesen Bsc  
 Bauingenieurwesen – Geotechnik und Infrastruktur, Erg.  
 Bauingenieurwesen MSc  
 Bauingenieurwesen – Konstruktiver Ingenieurbau, WB  
 Bauingenieurwesen, Dipl.  
 Computergestützte IngWiss. BSc  
 Computergestützte IngWiss. MSc  
 Wasser und Umwelt MSc  
 Wasser und Umwelt WB

**Biologie**

Biologie, Dipl.  
 Biologie, LBS Beif  
 Biologie, LG

**Chemie**

Biochemie, Dipl.  
 Chemie BSc  
 Chemie LBS Beif  
 Chemie MSc  
 Chemie, Dipl.  
 Chemie, LG  
 Lebensmittelwissenschaft LBS  
 Life Science BSc  
 Life Science MSc

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0617**

**Elektrotechnik und Informationstechnik**

Elektrotechnik u- Informationstechnik BSc  
Elektrotechnik u- Informationstechnik MSc  
Elektrotechnik, Dipl.  
Elektrotechnik, LBS  
Technische Informatik (E-Technik), Dipl.

**Erziehungswissenschaften**

Berufspädagogik, Mag.  
Erwachsenenbildung, Dipl.  
Erwachsenenbildung, Erg.prüf.  
Germanistik LBS Beif  
Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen, Schwerpunkt Grundschule (besteht aus 11 Teilstudiengängen bzw. Unterrichtsfächern)  
Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen, Schwerpunkt Haupt- und Realschule (besteht aus 16 Teilstudiengängen bzw. Unterrichtsfächern)  
Lehramt für Sonderpädagogik (3 Sonderpädagogische Fachrichtungen und 18 Unterrichtsfächer)  
Musik, LG  
Pädagogik, Mag.  
Religion ev. LG  
Religion ev. LBS Beif  
Religion kath. LBS Beif  
Religion kath. LG  
Religion/Theologie ev. Mag.  
Religion/Theologie kath. Mag.  
Schulpädagogik, Erg.prüf.  
Sonderpädagogik LBS Beif  
Sonderpädagogik, Dipl.  
Sonderpädagogik, Erg.prüf.  
Sport, LBS Beif  
Sport, LG  
Textil- und Bekleidungstechnik, LBS  
Werte und Normen LBS Erg  
Werte und Normen LG

**Gartenbau**

Gartenbauwissenschaft BSc  
Horticulture MSc  
Pflanzenbiotechnologie BSc

**Geowissenschaften und Geographie**

Geographie, Dipl.  
Geographie, LG  
Geowissenschaften BSc  
Geowissenschaften D

**Geschichte, Philosophie und Sozialwissenschaften**

Europäische Studien M.A.  
Geschichte, LG  
Geschichte, Mag.  
Philosophie, LG  
Philosophie, Mag.  
Politik LBS Beif  
Politik LG  
Politische Wissenschaft, Mag.  
Religionswissenschaft, Mag.  
Sozialpsychologie, Mag.  
Sozialwissenschaft, Dipl.  
Soziologie, Mag.

**Informatik**

Angewandte Informatik, BSc  
Angewandte Informatik, MSc

**Landschaftsarchitektur und Umweltentwicklung**

Landschafts- und Freiraumplanung, Dipl.

**Literatur- und Sprachwissenschaften**

Anglistik LBS Beif  
Anglistik, LG  
Anglistik, Mag.  
Darstellendes Spiel LG  
Französisch, LBS Beif  
Französisch, LG  
Französisch, Mag.  
Germanistik, LBS Beif.  
Germanistik, LG  
Germanistik, Mag.  
Italianistik, Mag.  
Italienisch, LG

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Noch zu Kapitel 0617**

**Maschinenbau**

Kautschuktechn. WB  
Maschinenbau BSc  
Maschinenbau MSc  
Maschinenbau, Dipl.  
Metalltechnik, LBS

**Mathematik**

Mathematik / Informatik, Dipl.  
Mathematik BSc  
Mathematik LBS Beif.  
Mathematik, Dipl.  
Mathematik, LG  
Mathematik/Rechnergestützte Wissenschaften Dipl.

**Physik**

Meteorologie, Dipl.  
Physik LBS Beif.  
Physik, LG  
Physik/ allg. Physik , Dipl.  
Physik/Technische Physik Dipl.

**Rechtswissenschaften**

Europäische Rechtspraxis, Mag.  
Rechtsinformatik LL.M E  
Rechtswissenschaft, St.ex.

**Wirtschaftswissenschaften**

Wirtschaftsingenieur Dipl.  
Wirtschaftswissenschaft, Dipl.

Die Fachbereiche Literatur- und Sprachwissenschaften und Geschichte, Philosophie und Sozialwissenschaften bilden die Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften.

Die Universität Hannover besitzt außerdem 5 Forschungszentren, ist an 8 Sonderforschungsbereichen (davon 1 Transregio) beteiligt (davon sind 2 mit Sprecherfunktion) sowie an 3 Graduiertenkollegs.

**Zielsetzung**

Allgemeine Ziele : gemäß Hochschulplanung und Ziel- und Leistungsvereinbarung laut § 1 Abs. 3 NHG

Bestands- und Entwicklungsziele: gemäß Hochschulplanung und Ziel- und Leistungsvereinbarung laut § 1 Abs. 3 NHG

**ERLÄUTERUNGEN**

Noch zu Kapitel 0617

**Erläuterungsteil II (Erläuterungsteil zum Produkthaushalt)**

**Budgetierungsmodell**

Die Budgetierung richtet sich nach dem Hochschuloptimierungskonzept und nach den Festlegungen der Zielvereinbarung.

**Finanzierungsbedarf zum Produkthaushalt**

Produkte	Kapazität vor Schwund (Soll) WS 04/05 + SS 2005	Studierende in der RZ (Soll) WS 04/05 SS 2005	Absolventen (Soll 2005) WS 04/05 + SS 2005	Gesamtkosten je Fächergruppe aus KLR (Soll 2005)	Kapazität vor Schwund (Ist 2003) WS 02/03+ SS 2003	Studierende in der RZ* (Ist 2003)		Absolventen (Ist 2003) WS 02/03 + SS 2003	Gesamtkosten je Fächergruppe aus KLR (Ist 2003)
						WS 02/03	SS 2003		
<b>Lehre (nach Fächergruppen)</b>									
Sprach-, Kulturwissenschaften	951	3400 + 3000	450	9.711.000	1638	3399	2999	460	<b>9.710.980,76</b>
Sport	69	450 + 400	100	1.300.000	113	460	412	96	<b>1.323.534,73</b>
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	1100	5300 + 4500	580	10.000.000	1280	5295	4498	574	<b>9.935.693,13</b>
Mathematik, Naturwissenschaften	984	3700 + 2950	360	25.600.000	1083	3692	2972	361	<b>25.542.310,54</b>
Agrar-, Forst-, und Ernährungswissenschaften	302	1050 + 750	150	8.700.000	356	1079	769	150	<b>8.693.422,02</b>
Ingenieurwissenschaften	1235	3400 + 3000	500	43.400.000	1227	3390	3041	519	<b>43.426.063,97</b>
Kunst	61	140 + 130	30	400.000	91	138	130	28	<b>361.239,98</b>
<b>Weiterbildung gem. § 12 NHG (alt)</b>									
Weiterbildungs-Studiengänge	46	100 + 50	nicht erfasst	1.000.000	43	96	59	nicht erfasst	<b>1.046.655,25</b>
Sonstige Weiterbildung									
<b>Gesamtsumme</b>	<b>4748</b>	<b>32320</b>	<b>2170</b>	<b>100.111.000</b>	<b>5831</b>	<b>17.549</b>	<b>14.880</b>	<b>2188</b>	<b>99.678.660,40</b>

Produkte	Grundaussstattung 2005	Sondermittel 2005	Drittmittel 2005	Gesamtkosten gem. KLR 2005	Grundaussstattung 2003	Sondermittel 2003	Drittmittel 2003	Gesamtkosten gem. KLR 2003
Forschung								
Antragsinduzierte Forschung		10.600.000	46.700.000	57.300.000		10.558.825	46.723.418,32	<b>57.282.243,15</b>
Auftragsinduzierte Forschung			6.900.000	6.900.000			6.902.414,41	<b>6.902.414,41</b>
ohne Auftrag (100% eigenfinanziert)	85.300.000			85.300.000	85.333.333			<b>85.333.333,04</b>
<b>Gesamtsumme</b>	<b>85.300.000</b>	<b>10.600.000</b>	<b>53.600.000</b>	<b>149.500.000</b>	<b>85.333.333</b>	<b>10.558.825</b>	<b>53.625.833</b>	<b>149.517.991</b>

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0617  
Leistungsplan**

	Gesamtkosten (aus KLR)	Gesamtkosten (aus KLR)	Finanzierungsbeitrag des Produkthaushalts	Finanzierungsbeitrag des Produkthaushalts
	(Soll) 2005	(Ist) 2003	(Soll) 2005	(Ist) 2003
Lehre	99.700.000	99.678.660,40	die Kostenrechnung – hier vor allem die Kostenträgerrechnung befindet sich noch im Aufbau. Finanzierungsbeiträge zum Produkthaushalt können nicht ermittelt werden.	
Forschung	149.500.000	149.517.990,60		
Weiterbildung	lt. Modell der Uni H z.Z. nicht separat ermittelbar	lt. Modell der Uni H z.Z. nicht separat ermittelbar		
Externe Dienstleistungen	lt. Modell der Uni H z.Z. nicht separat ermittelbar	lt. Modell der Uni H z.Z. nicht separat ermittelbar		
<b>Produktsumme</b>			204.000.000	203.959.317,89
<b>Investitionen</b>				
Bis zu 25000 Euro im Einzelfall		5.230.735		
Ab 25.000 Euro		12.655.063		
Externe Dienstleistungen				
<b>Investitionssumme</b>		17.885.798		
Zuschüsse an die Versuchswirtschaften (Haushaltsausgleichssumme)		0	0	
<b>Gesamtsumme</b>		<b>17.885.798</b>		

**Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen**

**Erläuterungen**

Die abgebildeten Daten zu den Produkten und Kennzahlen sind vorläufiger Natur, weil die KLR sich noch im Aufbau befindet.  
 Ordentliche Studierende: inkl. Beurlaubte  
 Neuberufungen: Für das Jahr 2003. Auswertung anhand des Datums der Ernennung.  
 Flächen: ausgewiesen werden zwei Zahlen: 1) alle Flächen, inkl. der zentralen und sonstigen Einrichtungen und der Fremdnutzer  
 2) Studienplatzbezogen: enthält nur die Flächen der Lehreinheiten. Nicht enthalten sind: Zentrale und Sonstige Einrichtungen sowie Fremdnutzer

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0617**

**Produktbezogene Kennzahlen**

Lehre und Studium gem. amtl. Statistik	WS 02/03	SS 03				
Studienanfänger, 1. HS-Semester	3516	546				
Studienanfänger, 1. Fachsemester	4896	931				
Ordentliche Studierende	27083	22908				
Frauenanteil	12931	11089				
Anteil ausländischer Studierender	3964	3797				
Bildungsinländer	720	651				
Absolvent(inn)en pro Jahr	2228					
Grundständiges Studium	2228					
Frauenanteil	1117					
weiterführendes Studium	nicht erfasst					
Frauenanteil	nicht erfasst					
<b>Forschung und Nachwuchsförderung</b>	<b>Stichtag: 01.01.2004</b>					
Sonderforschungsbereiche, davon Transregio	8 1					
davon mit Sprecherfunktion	2					
Forschungszentren/ -schwerpunkte	5					
EU -Projekte mit Koordinatorenfunktion	15					
Graduiertenkollegs	3					
Promotionen	358					
davon Frauenanteil	95 (27 %)					
<b>Personal</b>	<b>Stichtag: 31.12.2003</b>					
insgesamt	3654		Anzahl Beschäftigungsverhältnisse (inkl. Drittmittelpersonal)			
Nichtwissenschaftl. Personal	1509		Anzahl Beschäftigungsverhältnisse (inkl. Drittmittelpersonal)			
darunter Teilzeitbeschäftigte	562		Anzahl Beschäftigungsverhältnisse (inkl. Drittmittelpersonal) (Vollzeitäquivalent/Person < 1)			
Wissenschaftl. Personal	2145		Anzahl Beschäftigungsverhältnisse (inkl. Drittmittelpersonal)			
darunter Teilzeitbeschäftigte	611		Anzahl Beschäftigungsverhältnisse (inkl. Drittmittelpersonal) (Vollzeitäquivalent/Person < 1)			
Professoren	318		Anzahl Prof. + Juniorprof. (ohne Beurlaubte), davon 1 Stiftungsprofessur			
davon Frauenanteil	46 (14,5 %)		Anzahl Prof. + Juniorprof. (ohne Beurlaubte)			
Stellen für Professoren	416		Stand 12/2003			
Neuberufungen	20		Für das Jahr 2003. Auswertung anhand des Datums der Ernennung. Professoren + Juniorprofessoren			
davon Frauenanteil	4 (20 %)		Für das Jahr 2003. Auswertung anhand des Datums der Ernennung. Professoren + Juniorprofessoren			
<b>Flächen</b>	<b>Stichtag:</b>					
<b>Hauptnutzfläche (brutto)</b>	319.410 m <sup>2</sup>					
Kapazitätsrelevante HNF	245.441 m <sup>2</sup>		alle Flächen, inkl. der zentralen und sonstigen Einrichtungen und der Fremd- nutzer			
	154.651 m <sup>2</sup>		Studienplatzbezogen: enthält nur die Flächen der Lehrinheiten. Nicht enthalten sind: Zentrale und Sonstige Einrichtungen sowie Fremdnutzer			

**Zu Kapitel 06 17 allgemein**

Die Universität Hannover wird seit dem 1. 1. 2001 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei Titel 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage 1 beigefügt.

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 682 01**

Dem Studentenwerk Hannover dürfen für seine Aufgabenerfüllung landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden:

Einrichtung	qm	nachrichtlich Mietwert/jährlich
Mensen	11 108	
Studentenwohnheim	687	962 471 Euro
Cafeterien	1 068	
Förderungsverwaltung	1 016	

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Auf Nutzungsentgelte entfallen 26 917 000 EUR.

Gemäß § 17 Absatz 1 Satz 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.  
Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	5.036	–	5.036
2006	–	–	5.036	5.036
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	5.036	5.036	10.072

**Zu 891 01**

Gemäß § 17 Absatz 1 Satz 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.

**Noch zu 891 01**

	2005 Tsd. EUR
1. Investition bis zu 25.000 EUR im Einzelfall	1.062.700
2. Parameter-Messplatz	60.000
3. IBM-PC Computer	50.000
4. Laborsputteranlage	124.900
5. Photodiodenarrayphotometer	66.500
6. Biegeprüfmaschine	120.200
7. Weißlichtmikroskop	125.000
8. Anpassung verschiedener Mittelspannungsschaltanlagen an die VDE 0101 - Station Schneiderberg	80.000
9. Anpassung verschiedener Mittelspannungsschaltanlagen an die VDE 0101 - Station Bibliothek	80.000
10. Anpassung verschiedener Niederspannungshauptverteilung an die VDE 0100 im gesamten Universitätsbereich	150.000
11. Ersatz und Ergänzung der automatischen Gebührenerfassung und des Gebührenabrechnungsprogrammes für das TK-Anlagesystem	80.000
12. Ersatz von Sonnenschutzeinrichtungen	50.000
13. Ersatz von Tafelanlagen in Hörsälen	25.000
14. Erwerb und Ersatz von Projektionsflächen	20.000
15. Hörsaalsanierung	65.000
16. Objektschutz/ Techn. Sicherungsmaßnahmen	10.000
17. Rückbau des sep. Richtfunk-TK-Knotens im Gebäude 1502 und Integration in den dortigen TK-Knoten Gebäude 1501	28.000
18. Einbau von Beamern für zentral verwaltete Hörsäle	35.000
19. Anpassung/Erneuerung der Zentralen Mittelspannungsleitwerte	95.000
20. Anpassung verschiedener Niederspannungshauptverteilungen an die gültige VDE 0100 im gesamten Universitätsbereich	109.700
Zusammen:	2.437.000



**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb  
Universität Hannover  
für das Geschäftsjahr 2005**

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der gemäß § 26 LHO vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Betriebsanweisung für die Hochschulen in staatlicher Trägerschaft des Landes Niedersachsen vom 23. Juli 2003.

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Universität Hannover

### A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Finanzbedarf</b>			
1. Investitionen gemäß VV-HNds (ZR-GPI):			
– Bebaute Grundstücke	—	—	—
– Unbebaute Grundstücke	—	—	—
– Gebäude	—	—	2 431 307
– Maschinen und Anlagen	9 657 000	9 633 000	13 902 708
– Fahrzeuge	—	—	65 242
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—	1 486 541
<b>Summe 1.:</b>	<b>9 657 000</b>	<b>9 633 000</b>	<b>17 885 798</b>
2. Sonstige Investitionen <sup>3)</sup> :			
– Gebäude	—	—	—
– Maschinen und Anlagen	—	—	—
– Fahrzeuge	—	—	—
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
– Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	—	—	—
– Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)	—	—	—
– Ablieferung an den Landeshaushalt	—	—	—
– Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)	—	—	—
<b>Summe 3.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
4. Positiver Überleitungsbetrag (Anlage 4):	—	—	—
<b>Summe I.:</b>	<b>9 657 000</b>	<b>9 633 000</b>	<b>17 885 798</b>
<b>II. Deckungsmittel</b>			
1. Deckungsmittel:			
– Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	—	—	3 570 155
– Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z. B. eingehende Zahlungen für Forderungen)	—	—	—
– noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren	—	—	—
– Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	1 395 000	1 395 000	649 112
– Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
– aus Fachkapitel	2 437 000	2 413 000	2 531 000
– aus Sondermitteln	5 825 000	5 825 000	17 143 705
<b>Summe 1.:</b>	<b>9 657 000</b>	<b>9 633 000</b>	<b>23 893 972</b>
2. Negativer Überleitungsbetrag (Anlage 4):	—	—	—
<b>Summe II.:</b>	<b>9 657 000</b>	<b>9 633 000</b>	<b>23 893 972</b>

<sup>3)</sup> Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26, die keine Investitionen i. S. der VV-HNds (ZR-GPI) sind

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Universität Hannover

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Erträge</b>			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:			
– aus Fachkapitel	209 301 000	212 240 000	205 940 000
– aus Sondermitteln	27 605 000	24 643 000	27 605 424
<b>Summe 1.:</b>	<b>236 906 000</b>	<b>236 883 000</b>	<b>233 545 424</b>
2. Umsatzerlöse, Zuweisungen, Zuschüsse:			
– Zuweisungen und Zuschüsse von anderen Zuschussgebern	40 883 000	41 246 000	40 882 574
– Erträge aus Entgelten für Forschungs- und ähnliche Aufträge	11 635 000	12 362 000	11 635 178
– Erträge aus Gutachten und sonstigen Entgelten	2 891 000	3 230 000	2 890 795
<b>Summe 2.:</b>	<b>55 409 000</b>	<b>56 838 000</b>	<b>55 408 547</b>
3. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	—	—	—
<b>Summe 3.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
4. Andere aktivierte Eigenleistungen:	—	—	—
<b>Summe 4.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
5. Sonstige betriebliche Erträge:			
– Erstattung von Personalaufwendungen	639 000	499 000	639 352
– Maßnahmen im Zusammenhang mit Forschung, Lehre, Weiterbildung	1 854 000	1 819 000	1 854 276
– Erlöse aus Nebenbetrieben	418 000	266 000	417 510
– Betreuung von Studierenden	251 000	300 000	251 074
– Gebühren und gebührenähnliche Erträge	—	—	—
– Nebenerlöse aus Vermietung und Verpachtung	1 313 000	1 215 000	1 312 890
– Spenden	153 000	215 000	152 800
– Erträge aus Schadensersatzleistungen	43 000	38 000	46 499
– Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	39 000	9 000	39 437
– Auflösung von Rückstellungen	—	—	—
– Periodenfremde Erträge	—	—	67 405
– Übrige Erträge	2 630 000	1 911 000	2 630 253
<b>Summe 5.:</b>	<b>7 340 000</b>	<b>6 272 000</b>	<b>7 411 496</b>
6. Zinserträge und ähnliche Erträge:	29 000	10 000	29 328
<b>Summe 6.:</b>	<b>29 000</b>	<b>10 000</b>	<b>29 328</b>
<b>Summe I.:</b>	<b>299 684 000</b>	<b>300 003 000</b>	<b>296 394 795</b>

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Universität Hannover

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>II. Aufwendungen</b>			
1. Materialaufwand:			
– Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	6 032 000	5 714 000	6 031 727
– Sachaufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmaterial	3 318 000	2 020 000	3 317 565
– Aufwendungen für bezogene Leistungen	5 454 000	7 657 000	5 454 260
– Unteraufträge in Drittmittelvorhaben	—	—	—
– Werkverträge	—	—	—
– Wissenschaftliche Dienstleistungen	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>14 804 000</b>	<b>15 391 000</b>	<b>14 803 552</b>
2. Personalaufwand:			
2.1. Löhne, Gehälter und Besoldung			
– Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	51 224 500	53 898 000	45 833 852
– Vergütungen der Angestellten	91 679 700	89 396 000	80 960 436
– Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	8 024 900	8 288 000	7 628 080
– Sonstige Vergütungen	10 910 200	13 664 000	10 623 350
<b>Summe 2.1.:</b>	<b>161 839 300</b>	<b>165 246 000</b>	<b>145 045 718</b>
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Angestellte	18 831 300	16 585 000	18 729 637
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter	1 612 500	1 600 000	1 732 370
– Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	9 469 200	10 151 000	9 684 454
– Zuführung zum Sondervermögen Nds. Versorgungsrücklage	424 400	35 000	272 812
– Emeritenbezüge	6 696 200	6 414 000	6 520 171
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund tarifvertraglicher Leistungen	7 723 100	6 918 000	7 520 062
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	—	—	—
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	—	—	—
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	—	—	—
– Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	2 224 800	2 447 000	1 137 557
– Beihilfen für Angestellte	—	—	—
– Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—
– Trennungsgeld	17 000	16 000	17 027
– Beiträge zur Berufsgenossenschaft (LUK)	421 300	326 000	354 141
<b>Summe 2.2.:</b>	<b>47 419 799</b>	<b>44 522 000</b>	<b>45 968 231</b>
<b>Summe 2.:</b>	<b>209 259 100</b>	<b>209 768 000</b>	<b>191 013 949</b>
3. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen:			
– Immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	424 698
– Grundstücke und Bauten	—	—	47 465
– Technische Anlagen und Maschinen	—	—	11 768 013
– Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—	3 537 224
– Sonderposten für Investitionszuschüsse	—	—	–15 777 400
<b>Summe 3.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung und Instandhaltung			
– Aufwendungen für Instandhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude und Anlagen	—	—	—
– Bauunterhaltung	6 198 400	2 975 000	12 368 295
– Aufwendungen für Wartung	3 354 000	2 916 000	3 353 936
– Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Entsorgung			
– Energie	4 497 000	3 322 000	4 496 788
– Heizung	2 773 000	2 745 000	2 773 250
– Wasser und Abwasser	758 000	758 000	726 793
– Aufwendungen für Reparatur- und Instandhaltungsmaterial			
– Bauunterhaltung	4 438 400	187 000	10 720 953
– Sonstige	1 872 000	1 468 000	1 872 219
– Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten			
– Mieten LFN	26 917 000	—	26 671 779
– Mieten, Pachten, Erbbauzins	2 064 000	29 311 000	2 064 436
– Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	191 000	189 000	191 378
– Gebühren für die Bezügeberechnung (NLBV)	1 337 100	1 242 000	1 297 773
– Fremdreinigung	5 107 000	14 725 950	5 107 320
– Betriebs-, Amtsarzt und Arbeitssicherheit	393 000	393 000	–3 114
<b>Summe 4.1.:</b>	<b>59 899 900</b>	<b>60 232 000</b>	<b>71 641 806</b>

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Universität Hannover

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>noch II. Aufwendungen</b>			
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
– Aufwendungen für EDV, Büromaterial und Drucksachen	1 912 000	2 000 000	1 939 670
– Aufwendungen für Kommunikation			
– Telefon, Telefax und andere Postdienstnetze	773 000	994 000	773 033
– Reisekosten	2 665 000	2 947 000	2 764 543
– Porto	420 000	394 000	419 801
– Öffentlichkeitsarbeit	360 000	81 000	360 163
– Gästebewirtung und Repräsentation	50 000	50 000	284 828
<b>Summe 4.2.:</b>	<b>6 180 000</b>	<b>6 466 000</b>	<b>6 542 038</b>
4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
– Vergütungen für Lehraufträge	1 662 000	1 069 000	1 762 473
– Vergütungen für Gastvorträge und Gastprofessuren	626 000	970 000	625 976
– Fort- und Weiterbildung	632 000	750 000	632 105
– übrige Personalkosten	447 000	771 000	447 360
<b>Summe 4.3.:</b>	<b>3 367 000</b>	<b>3 560 000</b>	<b>3 467 914</b>
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
– Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	71 000	31 000	71 204
– Schadensersatzleistungen	29 000	48 000	28 886
– Abschreibungen auf Forderungen	—	—	—
– Periodenfremde Aufwendungen	—	—	220 218
– Sicherung der Gebäude	846 000	923 000	845 587
– Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	2 559 000	2 490 000	2 559 380
– Aufwendungen für Mitgliedschaften	98 000	90 000	97 555
<b>Summe 4.4.:</b>	<b>3 603 000</b>	<b>3 582 000</b>	<b>3 822 830</b>
<b>Summe 4.:</b>	<b>73 049 900</b>	<b>73 840 000</b>	<b>85 474 588</b>
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	521 000	322 000	521 226
<b>Summe 5.:</b>	<b>521 000</b>	<b>322 000</b>	<b>521 226</b>
<b>Summe II.:</b>	<b>297 634 000</b>	<b>299 321 000</b>	<b>291 813 315</b>
<b>III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b> (Summe I. ./ Summe II.)	<b>2 050 000</b>	<b>682 000</b>	<b>4 581 480</b>
<b>IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen</b>			
1. Außerordentliche Erträge:	—	—	157 834
<b>Summe 1.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>157 834</b>
2. Außerordentliche Aufwendungen:	—	—	14 951
<b>Summe 2.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>14 951</b>
<b>V. Außerordentliches Ergebnis</b> (Außerordentliche Erträge ./ Außerordentliche Aufwendungen)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>142 883</b>
<b>VI. Steuern</b>			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
– Körperschaftsteuer	—	—	—
– Gewerbesteuer	—	—	—
– Kapitalertragsteuer	—	—	—
– Umsatzsteuer	2 000 000	634 000	1 104 222
<b>Summe 1.:</b>	<b>2 000 000</b>	<b>634 000</b>	<b>1 104 222</b>
2. Sonstige Steuern:			
– Kraftfahrzeugsteuer	14 000	15 000	13 890
– Grundsteuer	36 000	33 000	36 097
<b>Summe 2.:</b>	<b>50 000</b>	<b>48 000</b>	<b>49 987</b>
<b>VII. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b> (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./ Steuern)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>3 570 154</b>

**Bewirtschaftungsvermerke:**

1. Vgl. Haushaltsmerk Nr. 1 zum Stellenplan.
2. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Gegenwert folgender Stellen:
  - a) Verg.-Gr. III – Verwaltungsdienst – Nr. 14050  
1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2005 infolge ZV bis 2003.
  - b) Verg.-Gr. V b – Verwaltungsdienst – Nr. 14051  
1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2005 infolge ZV bis 2003.
  - c) Verg.-Gr. V c – Verwaltungsdienst – Nrn. 14045, 14047, 14048, 14052  
4 kw mit Ablauf des 31. 12. 2005 infolge ZV bis 2003.
  - d) Verg.-Gr. VI b – Verwaltungsdienst – Nr. 13981  
Davon 1 kw bei Fortfall der Voraussetzungen für die Gestaltung einer Vorlesekraft (Fachbereich Rechtswissenschaften).
  - e) Verg.-Gr. I a – Wissenschaftlicher Dienst – Nr. 118  
1 von Kap. 06 08 übernommene Stelle wird sofort nach ihrem Freiwerden in das Kap. 06 08 zurückverlagert (Historisches Seminar).
  - f) Verg.-Gr. V c – Technischer Dienst – Nr. 12747  
1 kw bei Freiwerden einer Stelle für eine(n) Angestellte(n), der/die nach Fallgruppe 1 des Teils II Abschnitt L der Anlage 1a zum BAT eingruppiert ist.
  - g) Verg.-Gr. IV a – Datenverarbeitung – Nrn. 14055, 14049  
2 kw mit Ablauf des 31. 12. 2005 infolge ZV bis 2003.
3. Verg.-Gr. V c – Bibl.- u. Archivdienst  
Bis zum Inkrafttreten einer tarifvertraglichen Neuregelung sind die Angestellten für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert.
4. 2 Stellen der Verg.-Gr. VI b – Verwaltungsdienst – Nrn. 92, 12037 ku nach Bes.-Gr. A 10 Oberinspektorin, Oberinspektor.
5. Soweit ausreichende Drittmittel zur Verfügung stehen, dürfen mit bis zu 160 aus diesen Mitteln zu vergütenden Angestellten und Arbeiter(n)/-innen unbefristete Arbeitsverträge unter der Voraussetzung abgeschlossen werden, dass der Abschluss befristeter Arbeitsverträge nach den arbeitsrechtlichen Vorschriften und Grundsätzen über befristete Arbeitsverhältnisse nicht rechtswirksam wäre.
6. Beihilfen für ausländische Studierende werden als Leistungen eigener Art gewährt.
7. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
8. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Gegenwert folgender Stellen:  
Lohn-Gr. 6 – Handwerklicher Dienst – Nr. 13204  
1 kw zum 31. 10. 2025.
9. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen in 2005 = 7 018 782 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Erfolgsplanansätze der KuGr. 644: Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten 6 597 500 EUR sowie KuGr. 642: Beiträge zur Berufsgenossenschaft – Landesunfallkasse 421 282 EUR).
10. Die finanzielle Obergrenze gemäß § 49 Abs. 1 NHG beträgt 82 479 500 EUR.
11. 1 Stelle der Verg.-Gr. II a h.D. – Verwaltungsdienst – Nr. 12027 ku nach Bes.-Gr. A 12 Amtsrätin, Amtsrat.
12. 1 Stelle der Verg.-Gr. I b – Verwaltungsdienst – ku nach Bes.-Gr. A 13 – Regierungsrat/-rätin – bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in Nr. 12023.
13. 1 Stelle der Verg.-Gr. II a – Verwaltungsdienst – darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden Nr. 13802.
14. 1 Stelle der Verg.-Gr. V c – Verwaltungsdienst – darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden Nr. 55.
15. 1 Stelle der Verg.-Gr. VII – Verwaltungsdienst – darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden Nr. 63.
16. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen in 2005 26 917 000 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Nutzungsentgelt an den Landesliegenschaftsfonds).
17. 5 Stellen der Verg.-Gr. I b – Wissenschaftlicher Dienst – ku nach Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst (Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses) – bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen, davon 3 für das Weiterbildende Studium Arbeitswissenschaft Nrn. 6225, 6226, 6227, 1 für das Institut für Mineralogie Nr. 6229 und 1 für das Institut für Technik im Gartenbau Nr. 6239 (volle Beschäftigung gem. Buchst. A, Nr. 9 der Allgemeinen HV, Fassung 2003). 1 ku nach Verg.-Gr. III – Datenverarbeitungsdienst – (Rechenzentrum Nr. 7481).
18. 1 Stelle der Verg.-Gr. V c – Technischer Dienst – darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden Nr. 35.
19. 1 Stelle der Verg.-Gr. VIII – Technischer Dienst – darf zur Hälfte im Schreibdienst in Anspruch genommen werden (Institut für Grünplanung und Gartenarchitektur Nr. 38).
20. 1 Stelle Lohn-Gr. 8 darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden Nr. 13054.
21. 80 Stellen dürfen nur mit Kräften besetzt werden, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens 30 Stunden, höchstens jedoch 34 Stunden beträgt.



**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0618 Hochschule Vechta**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
121 02-1	131	Ablieferungen des Landesbetriebs		-	-	-	329
121 03-0	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		372	198	+174	292
121 04-8	135	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender		18	111	-93	72
121 06-4	131	Ablieferungen im Rahmen der Schlussabrechnungen für Großgeräte		-	-	-	-
381 10-4	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		-	-	-	-
<b>AUSGABEN</b>							
682 01-5	131	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 682 03 und 891 01.</i> <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.</i> <i>Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.</i>	-	15.124	16.083	-959	15.653
682 03-1	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulaasten 682 01.</i> <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.</i>	-	137	137	-	119
682 39-2	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	-	8	8	-	8
891 01-3	131	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulaasten 682 01.</i> <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.</i>	-	197	199	-2	204
<b>Abschluss Kapitel 0618</b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				390	309	+81	
3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				-	-	-	
<b>Summe der Einnahmen</b>				390	309	+81	
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				-	15.269	-959	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen				-	199	-2	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>				-	15.466	-961	
<b>Zuschuss</b>				-	15.076	-1.042	

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 0618**

**Erläuterungsteil I (Allgemeiner Erläuterungsteil)**

**Rechts- und Organisationsgrundlagen**

Das Niedersächsische Hochschulgesetz (NHG) sowie das Hochschulrahmengesetz (HRG). Der Vertrag zwischen dem Heiligen Stuhle und dem Lande Niedersachsen zur Änderung des Konkordats vom 26. Februar 1965, geschlossen am 29. Oktober 1993. Die Durchführungvereinbarung zu Art. 5 Abs. 2 und Art. 6 des am 26. Februar 1965 unterzeichneten Konkordats zwischen dem Heiligen Stuhle und dem Lande Niedersachsen vom 29. Oktober 1993. Das Gesetz zu dem Vertrag zur Änderung des Konkordats mit dem Heiligen Stuhle vom 12. Juli 1994. Die Grundordnung der Hochschule Vechta. Die Hochschule Vechta ist ein Landesbetrieb gem. § 26 LHO.

**Organisationsstruktur und Budgetplan**

Die Hochschule Vechta hat 9 Studiengänge.

Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen mit den Teilstudiengängen

Biologie, Deutsch, Englisch, Erdkunde, Geschichte, Gestaltendes Werken, Katholische Religion, Kunst, Mathematik, Musik, Sachunterricht, Sport

Magisterstudiengänge

- Neuere Geschichte
- Sozialwissenschaft

Diplomstudiengänge

- Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Sozialpädagogik/Sozialarbeit
- Gerontologie, Aufbau- u. Ergänzungs-Studiengang Gerontologie
- Umweltwissenschaften, Aufbau- u. Zusatz-Studiengang Umweltmonitoring

Zusatzstudiengang

- Ökologie, Fachrichtung Naturschutz

An der Hochschule Vechta sind 11 Institute eingerichtet: das Institut für Didaktik der Naturwissenschaften, der Mathematik und des Sachunterrichts (IfD), Institut für Erziehungswissenschaft (IfE), Institut für Geschichte und Historische Landesforschung (IGL), Institut für Interdisziplinäre Gerontologie (IIG), Institut für intermediäre Gestaltung (ImeG), Institut für Katholische Theologie (KT), Institut für Kunst, Musik und Literatur (KML), Institut für Naturschutz und Umweltbildung (INU), Institut für Sozialwissenschaften (IFS), Institut für Strukturforschung und Planung in agrarischen Intensivgebieten (ISPA), Institut für Umweltwissenschaften (IUW). Nicht institutsgebunden sind die Fächer Anglistik, Geographie, Sport sowie die Professuren für Allgemeine Sprachwissenschaft/Germanistische Linguistik und Soziologie. Am ISPA ist das Niedersächsische Kompetenzzentrum Ernährungswirtschaft (NieKE) angesiedelt, am IUW das Kompetenzzentrum für Geoinformatik in Niedersachsen (GiN) und das Forschungszentrum für Geoinformatik und Fernerkundung (FZG).

**Zielsetzung**

Allgemeine Ziele sowie Bestands- und Entwicklungsziele: gemäß Hochschulplanung und Ziel- und Leistungsvereinbarung lt. § 1 Abs. 3 NHG.

Das für die Hochschulen zuständige Ministerium (Fachministerium) trifft mit jeder Hochschule aufgrund der Landeshochschulplanung und der Entwicklungsplanung der jeweiligen Hochschule Zielvereinbarungen für mehrere Jahre über strategische Entwicklungs- und Leistungsziele für die Hochschule und deren staatliche Finanzierung. Die Entwicklungsplanung soll die Entwicklungs- und Leistungsziele in ihren Grundzügen bestimmen. Zielvereinbarungen mit einer Hochschule in Trägerschaft einer Stiftung werden zugleich mit der Stiftung getroffen. Gegenstände der Zielvereinbarungen sind insbesondere

1. die Zahl der Studienplätze sowie die Einrichtung oder Schließung von Studiengängen,
2. die Verkürzung der Studienzeit und die Verringerung der Zahl der Studienabbrecherinnen und Studienabbrecher,
3. die Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses,
4. die Sicherung der Qualität von Lehre und Forschung,
5. die Festlegung der Forschungsschwerpunkte,
6. die weitere Internationalisierung und
7. die Erfüllung des Gleichstellungsauftrags nach § 3 Abs. 3 NHG.

In Zielvereinbarungen enthaltene Regelungen über die staatliche Finanzierung stehen unter dem Vorbehalt, dass die haushaltsrechtliche Ermächtigung erteilt wird. Das Fachministerium berichtet dem Landtag regelmäßig über die Umsetzung der Zielvereinbarungen. Wenn und soweit eine Zielvereinbarung nicht zustande kommt, kann das Fachministerium nach Anhörung der Hochschule und, im Fall des Absatzes 3 Satz 3 auch der Stiftung, eine Zielvorgabe erlassen, wenn dies zur Gewährleistung und Umsetzung der Landeshochschulplanung geboten ist.

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0618

Erläuterungsteil II (Erläuterungsteil zum Produkthaushalt)

Budgetierungsmodell

Die Budgetierung richtet sich nach dem Hochschuloptimierungskonzept und nach den Festlegungen der Zielvereinbarung.

Finanzierungsbedarf zum Produkthaushalt

Produkte	Kapazität vor Schwund (Soll) WS 03/04 + SS 2004	Studierende in der RZ (Soll) WS 03/04 SS 2004	Absolventen (Soll 2004) WS 03/04 + SS 2004	Gesamtkosten je Fächergruppe aus KLR (Soll 2004)	Kapazität vor Schwund (Ist 2002) WS 01/02 + SS 2002	Studierende in der RZ (Ist 2002) WS 01/02 SS 2002	Absolventen (Ist 2002) WS 01/02 + SS 2002	Gesamtkosten je Fächergruppe aus KLR (Ist 2002)
<b>Lehre (nach Fächergruppen)</b>								
Geistes- und Kulturwissenschaften	549,4993			4.645.441	483,4455	968	264	4.645.441
Sport	75,6985			204.094	66,6661	67	27	204.094
Naturwissenschaften	224,1068			1.892.969	211,9717	270	63	1.892.969
Kunst	162,1042			1.169.415	109,5678	70	15	1.169.415
<b>Weiterbildung gem. § 12 NHG (alt)</b>								
Weiterbildungs-Studiengänge								
Sonstige Weiterbildung								
<b>Gesamtsumme</b>	1011,4008			7.911.919	871,6511	1375	369	7.911.919

Produkte	Grundaussstattung 2004	Sondermittel 2004	Drittmittel 2004	Gesamtkosten gem. KLR 2004	Grundaussstattung 2002	Sondermittel 2002	Drittmittel 2002	Gesamtkosten gem. KLR2002
<b>Forschung</b>								
Antragsinduzierte Forschung		595.817	873.090	1.468.907		595.817	873.090	1.468.907
Auftragsinduzierte Forschung								
ohne Auftrag (100% eigenfinanziert)				7.911.919				7.911.919
<b>Gesamtsumme</b>		595.817	873.090	9.380.826		595.817	873.090	9.380.826

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0618**

**Leistungsplan**

	<b>Gesamtkosten (aus KLR)</b>	<b>Gesamtkosten (aus KLR)</b>	<b>Finanzierungsbeitrag des Produkthaushalts</b>	<b>Finanzierungsbeitrag des Produkthaushalts</b>
	<b>(Soll) 2004</b>	<b>(Ist) 2002</b>	<b>(Soll) 2004</b>	<b>(Ist) 2002</b>
Lehre	7.911.919	7.911.919		
Forschung	9.380.826	9.380.826		
Weiterbildung	5.567	5.567		
Externe Dienstleistungen				
<b>Produktsumme</b>	<b>17.298.312</b>	<b>17.298.312</b>		
<b>Investitionen</b>				
Bis zu 25000 Euro im Einzelfall				
<b>Investitionssumme</b>	<b>199.000</b>	<b>202.000</b>		
Zuschüsse an die Versuchswirtschaften (Haushaltsausgleichssumme)				
<b>Gesamtsumme</b>	<b>17.497.312</b>	<b>17.500.312</b>		

**Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen**

**Erläuterungen**

Die abgebildeten Daten zu den Produkten und Kennzahlen sind vorläufiger Natur, weil die KLR sich noch im Aufbau befindet.

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0618**

**Produktbezogene Kennzahlen**

**Lehre und Studium gem. amtl. Statistik**

**Zeitraum:  
WS 2001/02 +  
SS 2002**

Studienanfänger, 1. HS-Semester	
Studienanfänger, 1. Fachsemester	590
Ordentliche Studierende	3686
Frauenanteil	2313
Anteil ausländischer Studierender	102
Bildungsinländer	10
Absolvent(inn)en pro Jahr	369
Grundständiges Studium	347
Frauenanteil	243
weiterführendes Studium	22
Frauenanteil	10

**Forschung und Nachwuchsförderung**

**Stichtag:  
01.01.2003**

Sonderforschungsbereiche	
davon mit Sprecherfunktion	
Forschungszentren/ -schwerpunkte	3
EU-Projekte mit Koordinationsfunktion	
Graduiertenkollegs	
Promotionen	75
davon Frauenanteil	26

**Personal**

**Stichtag:  
31.12.2002**

insgesamt	237
Nichtwissenschaftl. Personal	115
darunter Teilzeitbeschäftigt	45
Wissenschaftl. Personal	71
darunter Teilzeitbeschäftigt	17
Professoren	51
davon Frauenanteil	10
Stellen für Professoren	55
Neuberufungen	4
davon Frauenanteil	4

**Flächen**

**Stichtag  
31.12.2002:**

Hauptnutzfläche (brutto)	14.528 m <sup>2</sup>
Kapazitätsrelevante HNF	13.094 m <sup>2</sup>

\*1) Die Zahlen zu den Positionen Kapazität vor Schwund, Studierende in der RZ und Absolventen Soll 2004 (WS 03 / 04 + SS 2004) sind nicht exakt lieferbar, da eine Kapazitätsberechnung für den angegebenen Zeitraum, auch hinsichtlich der Umstellung auf die Bachelor- und Masterstudiengangstruktur (für den Lehramtsbereich), nicht vorliegt und die Zahl der Studierenden in der RZ und Absolventen nur als Schätzwerte eingetragen werden konnten.

Aus diesem Grunde sind die Werte Kapazität vor Schwund aus der Kapazitätsberechnung für das Studienjahr 2003 als Schätzwert aufgeführt.

Allerdings ist dabei zu beachten, dass für die Fächer Germanistik und Sachunterricht Numeri clausi für das kommende WS 03 / 04 eingeführt worden sind (Germanistik 163 Plätze, Sachunterricht 122 Plätze).

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0618**

\*2) Der Wert Kapazität vor Schwund in den einzelnen Fächergruppen setzt sich zusammen aus der reinen Addition der zusammengefassten Fächer.

In der Fächergruppe Geistes- und Kulturwissenschaften sind die Werte der Lehramtspflichtfächer Pädagogik und Psychologie nicht berücksichtigt (169,7479).

Die Lehramtswahlpflichtfächer Philosophie, Soziologie und Wissenschaft von der Politik sind nicht berücksichtigt.

Die Werte des Aufbau- und Ergänzungsstudiengangs Gerontologie und Schulentwicklung sowie des Aufbau- und Zusatzstudiengangs Umweltmonitoring und Ökologie, Fachrichtung Naturschutz sind in den jeweiligen Fächergruppen integriert und werden nicht separat aufgeführt.

**Zu Kapitel 06 18 allgemein:**

Die Hochschule Vechta wird seit dem 1. 1. 1999 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei Titel 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage 1 beigefügt.

**Zu 682 01**

Dem Studentenwerk Osnabrück werden die zur Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben nach § 134 NHG erforderlichen landeseigenen Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen.

Es handelt sich dabei um folgende Einrichtung:

Einrichtung	qm	nachrichtlich Mietpreis/jährlich
Mensa/Cafeteria	1 567	68 800 EUR

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Auf Nutzungsentgelte entfallen: 1 007 000 EUR.

Auf die im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke wird verwiesen.

**Zu 682 03**

Auf die im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke wird verwiesen.

**Zu 891 01**

Auf die im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke wird verwiesen.

2005

1. Investitionen bis zu 25 000 EUR	
im Einzelfall	49.500 EUR
2. Investitionen über 25 000 EUR	
im Einzelfall	
Life Fitness-Laufband	48.500 EUR
CFA-Bodenanalysator zur Best. v. Nmin	49.000 EUR
CNC-gesteuerte Fräse	50.000 EUR

Zusammen 197.000 EUR



**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb  
Hochschule Vechta  
für das Geschäftsjahr 2005**

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der gemäß § 26 LHO vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Betriebsanweisung für die Hochschulen in staatlicher Trägerschaft des Landes Niedersachsen vom 23. Juli 2003.

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Hochschule Vechta

### A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Finanzbedarf</b>			
1. Investitionen gemäß VV-HNds (ZR-GPL):			
– Bebaute Grundstücke	—	—	—
– Unbebaute Grundstücke	—	—	—
– Gebäude	—	—	—
– Maschinen und Anlagen	—	—	—
– Fahrzeuge	—	—	—
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	197 000	199 000	204 000
<b>Summe 1.:</b>	<b>197 000</b>	<b>199 000</b>	<b>204 000</b>
2. Sonstige Investitionen <sup>3)</sup> :			
– Gebäude	—	—	—
– Maschinen und Anlagen	—	—	—
– Fahrzeuge	—	—	—
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
– Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	—	—	—
– Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)	—	—	—
– Ablieferungen an den Landeshaushalt	—	—	—
– Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)	—	—	—
<b>Summe 3.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
4. Positiver Überleitungsbetrag (Anlage 4):	—	—	—
<b>Summe I.:</b>	<b>197 000</b>	<b>199 000</b>	<b>204 000</b>
<b>II. Deckungsmittel</b>			
1. Deckungsmittel:			
– Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	—	—	—
– Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z. B. eingehende Zahlungen für Forderungen)	—	—	—
– noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren	—	—	—
– Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	—	—	—
– Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
– aus Fachkapitel	197 000	199 000	204 000
– aus Sondermitteln	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>197 000</b>	<b>199 000</b>	<b>204 000</b>
2. Negativer Überleitungsbetrag (Anlage 4):	—	—	—
<b>Summe II.:</b>	<b>197 000</b>	<b>199 000</b>	<b>204 000</b>

<sup>3)</sup> Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26.

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Hochschule Vechta

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Erträge</b>			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:			
– aus Fachkapitel	15 269 000	16 228 000	15 780 225
– aus Sondermitteln	200 000	139 000	335 000
<b>Summe 1.:</b>	<b>15 469 000</b>	<b>16 367 000</b>	<b>16 115 225</b>
2. Umsatzerlöse, Zuweisungen, Zuschüsse:			
– Zuweisungen und Zuschüsse von anderen Zuschussgebern	800 000	850 000	800 000
– Erträge aus Entgelten für Forschungs- und ähnliche Aufträge	—	—	—
– Erträge aus Gutachten und sonstigen Entgelten	—	—	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>800 000</b>	<b>850 000</b>	<b>800 000</b>
3. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	—	—	—
<b>Summe 3.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
4. Andere aktivierte Eigenleistungen:	—	—	—
<b>Summe 4.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
5. Sonstige betriebliche Erträge:	300 000	170 000	—
– Erstattung von Personalaufwendungen	—	—	6 555
– Maßnahmen im Zusammenhang mit Forschung, Lehre, Weiterbildung	—	—	174 811
– Erlöse aus Nebenbetrieben	—	—	191 977
– Betreuung von Studierenden	—	—	63 342
– Gebühren und gebührenähnliche Erträge	—	—	1 008
– Nebenerlöse aus Vermietung und Verpachtung	—	—	1 811
– Spenden	—	—	6 684
– Erträge aus Schadensersatzleistungen	—	—	291
– Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	—	—	2 384
– Auflösung von Rückstellungen	—	—	—
– Periodenfremde Erträge	—	—	—
– Übrige Erträge	—	—	—
<b>Summe 5.:</b>	<b>300 000</b>	<b>170 000</b>	<b>448 863</b>
6. Zinserträge und ähnliche Erträge:	—	—	54
<b>Summe 6.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>54</b>
<b>Summe I.:</b>	<b>16 569 000</b>	<b>17 387 000</b>	<b>17 364 142</b>

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Hochschule Vechta

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>II. Aufwendungen</b>			
1. Materialaufwand:			
– Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	316 234	157 000	86 562
– Sachaufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmaterial	341 503	500 000	336 889
– Aufwendungen für bezogene Leistungen	10 000	200 000	7 479
– Unteraufträge in Drittmittelvorhaben	40 000	50 000	38 230
– Werkverträge	—	—	—
– Wissenschaftliche Dienstleistungen	10 000	—	5 532
<b>Summe 1.:</b>	<b>717 737</b>	<b>907 000</b>	<b>474 692</b>
2. Personalaufwand:			
2.1. Löhne, Gehälter und Besoldung			
– Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	4 541 698	5 456 000	4 257 283
– Vergütungen der Angestellten	4 115 056	4 084 800	4 712 019
– Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	271 000	266 900	267 730
– Sonstige Vergütungen	545 500	545 500	550 591
<b>Summe 2.1.:</b>	<b>9 473 254</b>	<b>10 353 200</b>	<b>9 787 623</b>
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Angestellte	851 709	864 000	1 050 983
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter und Sonstige 54 000 EUR	57 000	110 400	57 458
– Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	510 443	799 700	580 900
– Zuführung zum Sondervermögen Nds. Versorgungsrücklage	40 100	40 100	27 332
– Emeritenbezüge	917 460	888 300	813 238
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund tarifvertraglicher Leistungen	374 255	273 600	423 553
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	25 000	18 300	24 698
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	—	—	—
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	—	—	—
– Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	229 500	238 800	190 000
– Beihilfen für Angestellte	—	—	600
– Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	150
– Trennungsgeld	11 000	11 000	6 744
– Beiträge zur Berufsgenossenschaft (LUK)	27 068	22 100	13 000
<b>Summe 2.2.:</b>	<b>3 043 535</b>	<b>3 266 300</b>	<b>3 188 656</b>
<b>Summe 2.:</b>	<b>12 516 789</b>	<b>13 619 500</b>	<b>12 976 279</b>
3. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen:			
– Immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	17 453
– Grundstücke und Bauten	—	—	—
– Technische Anlagen und Maschinen	—	—	—
– Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—	—
<b>Summe 3.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>17 453</b>
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung und Instandhaltung			
– Aufwendungen für Instandhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude und Anlagen	30 000	30 000	—
– Bauunterhaltung	238 000	238 000	315 295
– Aufwendungen für Wartung	50 000	50 000	46 246
– Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Entsorgung	—	—	—
– Energie	130 000	130 000	130 284
– Heizung	115 000	115 000	112 042
– Wasser und Abwasser	22 000	22 000	26 506
– Aufwendungen für Reparatur- und Instandhaltungsmaterial	—	—	—
– Bauunterhaltung	15 000	10 000	15 512
– Sonstige	40 000	5 000	39 590
– Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	—	—	—
– Mieten, Pachten, Erbbauzins	1 226 000	1 232 000	1 251 845
– Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	72 000	194 000	40 000
– Gebühren für die Bezügeberechnung (NLBV)	69 442	53 600	66 000
– Fremdreinigung	200 000	188 000	194 401
– Betriebs-, Amtsarzt und Arbeitssicherheit	1 232	900	1 101
<b>Summe 4.1.:</b>	<b>2 208 674</b>	<b>2 268 500</b>	<b>2 238 822</b>

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Hochschule Vechta

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>noch II. Aufwendungen</b>			
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
– Aufwendungen für EDV, Büromaterial und Drucksachen	405 000	90 000	368 971
– Aufwendungen für Kommunikation			
– Telefon, Telefax und andere Postdienstnetze	40 000	50 000	34 433
– Reisekosten	140 000	110 000	137 953
– Porto	65 000	70 000	61 685
– Öffentlichkeitsarbeit	6 000	3 000	5 946
– Gästebewirtung und Repräsentation	3 000	3 000	2 331
<b>Summe 4.2.:</b>	<b>659 000</b>	<b>326 000</b>	<b>611 319</b>
4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
– Vergütungen für Lehraufträge	140 000	62 000	136 198
– Vergütungen für Gastvorträge und Gastprofessuren	41 000	3 000	41 404
– Fort- und Weiterbildung	40 000	40 000	35 901
– übrige Personalkosten	125 000	40 000	97 336
<b>Summe 4.3.:</b>	<b>346 000</b>	<b>145 000</b>	<b>310 839</b>
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
– Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	—	—	146 115
– Schadensersatzleistungen	5 000	5 000	—
– Abschreibungen auf Forderungen	—	—	—
– Periodenfremde Aufwendungen	—	—	69
– Sicherung der Gebäude	20 000	22 000	200
– Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	90 000	90 000	97 469
– Aufwendungen für Mitgliedschaften	1 500	1 000	1 339
<b>Summe 4.4.:</b>	<b>116 500</b>	<b>118 000</b>	<b>245 192</b>
<b>Summe 4.:</b>	<b>3 330 174</b>	<b>2 857 500</b>	<b>3 406 172</b>
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	500	500	843
<b>Summe 5.:</b>	<b>500</b>	<b>500</b>	<b>843</b>
<b>Summe II.:</b>	<b>16 565 200</b>	<b>17 384 500</b>	<b>16 875 439</b>
<b>III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b> (Summe I. ./ Summe II.)	<b>3 800</b>	<b>2 500</b>	<b>488 703</b>
<b>IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen</b>			
1. Außerordentliche Erträge:	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
2. Außerordentliche Aufwendungen:	—	—	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>V. Außerordentliches Ergebnis</b> (Außerordentliche Erträge ./ Außerordentliche Aufwendungen)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>VI. Steuern</b>			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
– Körperschaftsteuer	—	—	—
– Gewerbesteuer	—	—	—
– Kapitalertragsteuer	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
2. Sonstige Steuern:			
– Kraftfahrzeugsteuer	300	600	287
– Grundsteuer	3 500	1 900	3 393
<b>Summe 2.:</b>	<b>3 800</b>	<b>2 500</b>	<b>3 680</b>
<b>VII. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b> (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./ Steuern)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>485 023</b>

**Bewirtschaftungsvermerke:**

---

1. Die finanzielle Obergrenze nach § 49 Abs. 1 Nr. 3 NHG beträgt für das Geschäftsjahr 2005 5 020 927 EUR.
2. Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
3. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Betrag einer Planstelle der Bes.-Gr. A 15 bei Ausscheiden des Stelleninhabers.
4. Soweit Drittmittel zur Verfügung stehen, darf mit einem aus diesen Mitteln zu vergütenden Angestellten oder Arbeiterin/Arbeiter ein unbefristeter Arbeitsvertrag unter der Voraussetzung abgeschlossen werden, daß der Abschluss des befristeten Vertrages nach den arbeitsrechtlichen Vorschriften und Grundsätzen über befristete Arbeitsverhältnisse nicht rechtswirksam wäre.
5. Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als einmalige oder laufende Leistungen eigener Art gewährt werden.
6. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
7. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen 537 511 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Erfolgsplanansätze Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten sowie Beiträge zur Berufsgenossenschaft-Landesunfallkasse).
8. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen 1 007 000 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Nutzungsentgelt an den Landesliegenschaftsfonds).



**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0619 Medizinische Hochschule Hannover**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
121 02-5	132	Ablieferungen des Landesbetriebs <i>Vgl. K-Vermerk zu 891 01.</i>		-	-	-	1.989
121 03-3	132	Ablieferungen des Landesbetriebs für Ver- waltungskostenbeiträge Studierender		537	302	+235	288
121 04-1	135	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studi- engebühren Langzeitstudierender		-	214	-214	105
<b>AUSGABEN</b>							
682 01-9	132	Zuführungen für laufende Zwecke des Lan- desbetriebs <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu</i> <i>Gunsten 682 03 und 891 01.</i> <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im</i> <i>Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaf-</i> <i>tungsvermerke verbindlich.</i>	-	145.430	144.123	+1.307	135.706
682 02-7	132	Personalverstärkungsmittel	-	-	-	-	-
682 03-5	132	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke und bauli- chen Anlagen <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zula-</i> <i>sten 682 01.</i>	-	3.835	3.835	-	3.835
682 05-1 (GA)	132	Zuführungen für die Stilllegung und Entsor- gung des TRIGA-MARK I Reaktors der Me- dizinischen Hochschule Hannover <i>Übertragbar.</i>	-	695	269	+426	862
682 39-6	132	Zuführungen an Landesbetriebe für die Be- schäftigung von Ersatzkräften für Landes- bedienstete im Mutterschutz	-	409	409	-	416
891 01-7	132	Zuführungen für Investitionen des Landes- betriebs <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur</i> <i>Höhe der Isteinnahmen bei 121 02.</i> <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zula-</i> <i>sten 682 01.</i> <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im</i> <i>Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaf-</i> <i>tungsvermerke verbindlich.</i>	-	5.623	5.623	-	5.623
<b>Abschluss Kapitel 0619</b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				537	516	+21	
<b>Summe der Einnahmen</b>					537	516	+21
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				-	150.369	148.636	+1.733
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen				-	5.623	5.623	-
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>				-	155.992	154.259	+1.733
<b>Zuschuss</b>					155.455	153.743	+1.712

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 0619**

**Nicht verbindliche Erläuterungen:**

**Erläuterungsteil I (Allgemeiner Erläuterungsteil)**

**Rechts- und Organisationsgrundlagen**

Das Niedersächsische Hochschulgesetz (NHG) sowie das Hochschulrahmengesetz. Die Grundordnung der Medizinischen Hochschule Hannover.

Die Medizinische Hochschule Hannover ist ein Landesbetrieb gem. § 26 LHO.

**Organisationsstruktur und Budgetplan**

Die Medizinische Hochschule Hannover hat 1 Fakultät mit insgesamt 4 Studiengängen, 6 Sonderforschungsbereichen sowie 3 Graduiertenkollegs, 3 Klinische Forschergruppen, 4 BMBF-Kompetenzzentren (z.T. gemeinsam mit der Universität Hannover und der Tierärztlichen Hochschule Hannover).

Studiengänge: : Humanmedizin, Zahnmedizin, Bevölkerungsmedizin und Gesundheitswesen (Public Health), MD/PhD

**Zielsetzung**

Auf der Grundlage des § 1 Abs. 3 NHG und unter Berücksichtigung der Ziel- und Leistungsvereinbarung strebt die MHH für 2005 folgende strategischen Ziele an:

- Ausweitung eines Netzwerkes von nichtuniversitären Krankenhäusern und Lehrpraxen zur Durchführung praktisch-klinischer Ausbildung, insbesondere in Medizin.
- Regelmäßige Evaluation der Lehrveranstaltungen.
- Verringerung des Anteils an Langzeitstudierenden.
- Ausbau der Hannover Biomedical Research School mit dem Ziel der Vernetzung der vom Land Niedersachsen geförderten Graduiertenprogramme Infektionsbiologie und Systemische Neurowissenschaften (letzterer angesiedelt bei der Tierärztlichen Hochschule).
- Umsetzung der in der 1. Hälfte 2004 zu erwartenden Ergebnisse der Evaluation durch die Wissenschaftliche Kommission des Landes Niedersachsen.
- Weitere gezielte Unterstützung der wissenschaftlichen Einrichtungen der MHH zur Erreichung eines vergleichbar hohen, bundesweit herausragenden Drittmittelaufkommens wie 2003.
- Verfeinerung der Diagnosis-Related-Groups (DRG´s) Entgeltsystem im Bereich der stationären Krankenversorgung).
- Fortführung des sukzessiven Ausbaus der innerbetrieblichen Leistungsverrechnung.

**ERLÄUTERUNGEN**

Noch zu Kapitel 0619

**Erläuterungsteil II (Erläuterungsteil zum Produkthaushalt)**

**Budgetierungsmodell**

Die Budgetierung richtet sich nach dem Hochschuloptimierungskonzept und nach den Festlegungen der Zielvereinbarung.

Für die im Bereich Krankenversorgung erbrachten Leistungen erzielt die MHH eigene Einnahmen.

**Finanzierungsbedarf zum Produkthaushalt**

Produkte	Kapazität vor Schwund (Soll) WS 04/05 + SS 2005	Studierende in der RZ (Soll) WS 04/05 SS 2005	Absolventen (Soll 2004) WS 04/05 + SS 2005	Gesamtkosten je Fächergruppe aus KLR (Soll 2005)	Kapazität vor Schwund (Ist 2003) WS 02/03 + SS 2003	Studierende in der RZ (Ist 2003) WS 02/03 SS 2003	Absolventen (Ist 2003) WS 02/03 + SS 2003	Gesamtkosten je Fächergruppe aus KLR (Ist 2003)
<b>Lehre (nach Fächergruppen)</b>								
Humanmedizin einschl. Zahnmedizin	Die Studierendenzahlen werden von der ZVS entsprechend der KapVO zugewiesen und unterliegen nicht der Steuerungsmöglichkeit der Hochschule im Sinne einer Soll-Größe			30.299.500				27.599.823
Sonstige Leistungsbereiche (u.a. TRIGA-Reaktor, Bauunterhaltung,, Wohnheime, Kindertagesstätte)				17.955.200				16.355.451
<b>Gesamtsumme</b>				<b>48.254.700</b>				<b>43.955.274</b>

Produkte	Grundausrüstung 2005	Sondermittel 2005	Drittmittel 2005	Gesamtkosten gem. KLR 2005	Grundausrüstung 2003	Sondermittel 2003	Drittmittel 2003	Gesamtkosten gem. KLR 2003
<b>Forschung</b>								
Antragsinduzierte Forschung	4.000.000	1.400.000	25.483.000	30.883.000	1.585.985	1.374.748	37.256.000	40.116.733
Auftragsinduzierte Forschung	134.600		4.717.000	4.851.600	773.178		6.601.900	7.375.078
ohne Auftrag (100% eigenfinanziert)	107.925.300			107.925.300	105.716.436			105.716.436
<b>Gesamtsumme</b>	<b>112.059.900</b>	<b>1.400.000</b>	<b>30.200.000</b>	<b>143.659.900</b>	<b>108.075.599</b>	<b>1.374.748</b>	<b>43.757.900</b>	<b>153.208.247</b>

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0619  
Leistungsplan**

	<b>Gesamtkosten (aus KLR)</b>	<b>Gesamtkosten (aus KLR)</b>	<b>Finanzierungs- beitrag des Produkthaushalts</b>	<b>Finanzierungs- beitrag des Produkthaushalts</b>
	<b>(Soll) 2005</b>	<b>(Ist) 2003</b>	<b>(Soll) 2005</b>	<b>(Ist) 2003</b>
Lehre	30.299.500	27.599.823	30.299.500	26.614.686
Forschung	143.659.500	153.208.247	112.059.900	98.432.092
Sonstige Leistungsbereiche	17.955.200	16.355.451	17.955.200	15.771.666
<b>Produktsumme</b>	<b>191.914.600</b>	<b>197.163.521</b>	<b>160.314.600</b>	<b>140.818.444</b>
<b>Investitionen</b>				
Bis zu 25000 Euro im Einzelfall	10.576.000	4.561.785	10.576.000	5.623.000
<b>Investitionssumme</b>	<b>10.576.000</b>	<b>4.561.785</b>	<b>10.576.000</b>	<b>5.623.000</b>
<b>Gesamtsumme</b>	<b>202.490.600</b>	<b>201.725.306</b>	<b>170.890.600</b>	<b>146.441.444</b>

**Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen  
Erläuterungen**

--

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0619**

**Produktbezogene Kennzahlen**

<b>Lehre und Studium gem. aml. Statistik</b>	<b>Zeitraum: WS 2002/03 + SS 2003</b>
Studienanfänger, 1. HS-Semester	354
Studienanfänger, 1. Fachsemester	92
Ordentliche Studierende	3231
Frauenanteil	57,3%
Anteil ausländischer Studierender	10,3%
Bildungsinländer	159
Absolvent(inn)en pro Jahr	
Grundständiges Studium	412
Frauenanteil	51,2%
weiterführendes Studium	
Frauenanteil	

**Forschung und Nachwuchsförderung**

**Stichtag:  
01.01.2004**

Sonderforschungsbereiche	6
davon mit Sprecherfunktion	5
Forschungszentren/ -schwerpunkte	0
EU -Projekte mit Koordinatorenfunktion	4
Graduiertenkollegs	3
Promotionen	282
davon Frauenanteil	44,3 %

**Personal**

**Stichtag:  
31.12.2003**

insgesamt	6.386
Nichtwissenschaftl. Personal	5.181
darunter Teilzeitbeschäftigte	1.712
Wissenschaftl. Personal	1.205
darunter Teilzeitbeschäftigte	164
Professoren	125
davon Frauenanteil	11,2%
Stellen für Professoren	180
Neuberufungen	9
davon Frauenanteil	0

**Flächen**

**Stichtag  
31.12.2003:**

Hauptnutzfläche (brutto)	209.995
Kapazitätsrelevante HNF	174.646

Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei 682 01, 682 03, 682 05, 891 01 bzw. Kap. 06 04 – 891 36, evtl. Ablieferungen des Landesbetriebs bei 121 02 nachzuweisen.

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist zu überprüfen und jährlich von der Zentralen Hochschulverwaltung festzuhalten.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage beigelegt.

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 682 01**

Auf die im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke wird verwiesen.

Nicht verbindliche Erläuterungen:

Veranschlagt ist das im Erfolgsplan ermittelte Abschlussergebnis des Landesbetriebs.

Auf Nutzungsentgelte für Liegenschaften entfallen 21.073.000 EUR

**Zu 891 01**

Im Rahmen der Deckungsfähigkeit dürfen nicht in Anspruch genommene Zuführungen für laufende Zwecke (vgl. D-Vermerk zu 682 01) und Ablieferungen des Landesbetriebes aus Vorjahren (vgl. K-Vermerke) für Investitionen verwendet werden.

Auf die im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke wird verwiesen.

Unverbindliche Erläuterung:

Veranschlagt ist der auf diese Buchungsstelle entfallende Zuschussbedarf gem. Finanzplan.



**Wirtschaftsplan für die  
Medizinische Hochschule Hannover  
für das Geschäftsjahr 2005**

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetrieb gemäß § 26 Abs. 1 LHO geführten Medizinischen Hochschule Hannover vom 27. 11. 2003 – 23.4 – 04101/1 –.

**Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005**

Aufwendungen	Soll 2005 EUR	Soll 2004 EUR	Ist 2003 EUR	Erträge	Soll 2005 EUR	Soll 2004 EUR	Ist 2003 EUR
1. Personalaufwendungen				1. Betriebliche Erträge			
60 Löhne und Gehälter	270 811 200	273 479 700	289 369 009	40 Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	226 138 800	228 193 900	253 417 138
61 Gesetzliche Sozialabgaben				41 Erlöse aus Wahlleistungen	2 567 500	2 567 500	2 045 276
62 Aufwendungen für Altersversorgung				42 Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	12 042 400	8 021 000	13 601 454
63 Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützungen				605 000	605 000	628 899	43 Nutzungsentgelte und sonstige Abgaben der Ärzte
64 Sonstige Personalaufwendungen	132 200	132 200	3 294 949	44 Erstattungen des Personals für Mietwohnungen usw.	1 601 800	1 601 800	1 533 253
Zw.-Summe	271 548 400	274 216 900	293 292 857	45 Erträge aus Küche, Forschungs- werkstätten u. a.	1 232 900	1 232 700	3 095 859
2. Sachaufwendungen				472 Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand für lfd. Zwecke (ohne Konto 47 200)	20 809 500	20 383 500	54 907 854
65 Lebensmittel	2 495 400	2 492 000	3 007 021	473 Zuwendungen Dritter	9 520 000	9 520 000	14 764 594
66 Medizinischer Bedarf	74 729 500	73 963 000	101 127 267	Zw.-Summe	289 601 300	287 208 800	358 559 815
67 Wasser, Energie, Brennstoffe	9 322 900	9 317 000	8 242 709	2. Andere Erträge			
68 Wirtschaftsbedarf	12 180 800	11 765 600	11 170 023	51 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	26 000	26 000	149 491
69 Verwaltungsbedarf	5 610 500	5 397 300	7 914 474	52 Erträge aus der Abgabe von Gegenständen des Anlagevermögens	—	—	27 410
70 Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	570 300	570 100	425 029	54 Erträge aus Auflösung von Rückstellungen	513 000	513 000	1 264 786
72 Instandhaltung, Material für aktivierte Eigenleistungen	18 204 800	17 359 600	39 151 800	55 Bestandsänderungen, aktivierte Eigenleistungen	104 300	104 300	60 179
73 Steuern, Abgaben, Versicherungen	2 799 700	2 094 500	2 198 681	57 Sonstige ordentliche Erträge	2 045 800	12 320 300	14 027 589
74 Zinsen für ähnliche Aufwendungen	—	—	3 494	58 Erträge aus Ausgleichsbeträgen nach § 4 Abs. 1 bis 3 BPflV für frühere Geschäftsjahre	—	—	—
76 Wiederbeschaffung von Gebrauchsgütern (mit einem Wert von mehr als 100 bis zu 800 EUR ohne MwSt.)	1 039 800	1 038 600	679 781	59 Übrige Erträge, soweit nicht KUGr. 599	2 526 000	2 526 000	10 552 203
78 Sonstige ordentliche Aufwendungen	41 770 200	51 632 900	65 413 383	599 Entgelte Dritter	4 717 000	4 717 000	4 478 696
Zw.-Summe	168 723 900	175 630 600	239 333 662	Zw.-Summe	9 932 100	20 206 600	30 560 354
3. Übrige Aufwendungen				47 200 Erfolgsplan/Zuschuss	142 430 000	144 123 000	136 771 529
79 Übrige Aufwendungen	1 691 100	1 690 900	18 740 301	Gesamtsumme:	441 963 400	451 538 400	525 891 698

Zuschussbedarf (Titel 682 01):	142 430 000 EUR
(Titel 682 03):	3 835 000 EUR <sup>1)</sup>
(Titel 682 05):	695 000 EUR
Zusammen	146 960 000 EUR

<sup>1)</sup> Ansätze der Konten 68 104, 70 011, 72 054, 72 056 und 72 059.

**Bewirtschaftungsvermerke:**

- (1)  
Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Gegenwert folgender Stellen:  
6 Verg.-Gr. AT – C 3  
davon  
1 zum 31. 10. 2005 (Experimentelle Hämatologie)  
1 zum 31. 7. 2006 (Kardiovaskuläres Tissue Engineering)  
1 zum 31. 8. 2006 (Transplantationsmedizin)  
3 fünf Jahre nach Besetzung (Hepatozytentransplantation, Perinatale Infektiologie, Rehabilitationswissenschaften)
- (2)  
Die Zuführung für lfd. Zwecke erhöht oder verringert sich um den Unterschiedsbetrag zwischen den Stellen bei Ausscheiden der/des Stelleninhabers(in):  
a) 1 IV b nach VI b  
b) 1 V b nach V c für das Zentrum Pathologie und Rechtsmedizin – Abt. Neuropathologie –  
c) 5 VII nach Lohn-Gr. 6 für das Zentrale Tierlabor  
d) 1 Kr. VII nach KR. V  
e) 1 Lohn-Gr. 8 nach Lohn-Gr. 6  
f) 1 Lohn-Gr. 8 nach VIII für das Zentrum Laboratoriumsmedizin – Abt. Klin. Chemie I –  
g) 2 Lohn-Gr. 3 nach Lohn-Gr. 2 a
- (3)  
Bis zu 100 Stellen der Verg.-Gr. I, I a, I b BAT dürfen für den Abschluss von leistungsbezogenen Angestelltenverträgen mit Oberärzten in Anspruch genommen werden.
- (4)  
Ein Stelleninhaber ist für die Dauer seiner Tätigkeit als leitende(r) Kardiotechniker(in) außertariflich in Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert.
- (5)  
Krankenpflegekräfte der Poliklinik „Strahlentherapie“ und der Poliklinik der Abteilung für Nuklearmedizin und spezielle Biophysik erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit in diesen Polikliniken übertariflich die gleiche Zulage, die den unter die Protokollerklärung Nr. 1 Buchst. d) der Anlage 1 b zum BAT fallenden Pflegepersonen gewährt wird. Die übertarifliche Regelung gilt ebenfalls nur für die in der Protokollerklärung Nr. 1 genannten Vergütungsgruppen.
- (6)  
Die Hauswirtschaftsleiterin des Bereichs Eigenreinigung bei der Haus- und Ligenschaftsabteilung der Verwaltung der Kliniken ist für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VII BAT und nach dreijähriger Bewährung in ihrer Tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.
- (7)  
Soweit ausreichende Drittmittel zur Verfügung stehen, dürfen mit bis zu 75 aus diesen Mitteln zu vergütende Angestellten und Arbeiter/-innen unbefristete Arbeitsverträge unter der Voraussetzung abgeschlossen werden, dass der Abschluss befristeter Verträge nach den arbeitsrechtlichen Vorschriften und Grundsätzen über befristete Arbeitsverhältnisse nicht rechtswirksam wäre.
- (8)  
Dem Studentenwerk Hannover in Hannover dürfen die für seine Aufgabenerfüllung erforderlichen Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden.
- (9)  
Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als laufende oder einmalige Leistungen eigener Art gewährt werden.
- (10)  
MWK wird ermächtigt, gem. § 40 Abs. 2 LHO mit Zustimmung MF in den Dienstverträgen mit Vorstandsmitgliedern außertarifliche Vergütungen zu vereinbaren.
- (11)  
Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
- (12)  
10 Stellen (je 1 Verg.-Gr. III, IV a, IV b, V c, VIII, Kr. VI, Kr. V, Lohn-Gr. 2 a, 2 Verg.-Gr. VI b) dürfen nur für Personalratstätigkeiten verwendet werden.
- (13)  
Der Titel 682 01 kann überschritten werden bis zur Höhe der Forderungen gegenüber dem Land aus linearer Besoldungs- und Vergütungserhöhung, soweit dies zur Leistung fälliger Zahlungen unabweisbar erforderlich ist.
- (14)  
Von den Stellen der Verg.-Gr. I a sind 43, bei der Verg.-Gr. I b 353 und bei der Verg.-Gr. II a 103 Stellen dem wissenschaftlichen Dienst zuzuordnen.
- (15)  
Die finanzielle Obergrenze nach § 49 Abs. 1 Nr. 3 NHG für das Geschäftsjahr 2005 beträgt 85 297 830 EUR.

**Finanzplan für das Geschäftsjahr 2005**  
(ohne Baumaßnahmen)

Investitionsausgaben für:	Soll 2005 EUR	Soll 2004 EUR	Ist 2003 EUR	Deckungsmittel	Soll 2005 EUR	Soll 2004 EUR	Ist 2003 EUR
06 Technische Anlagen	230 000	230 000					
07 Einrichtungen und Ausstattungen einschl. des Aufwandes für Festwertgüter	14 941 000	14 941 000		1. Erlöse aus Veräußerung von Anlagegegenständen bis zur Höhe des Buchwertes	5 000	5 000	
08 Anzahlungen auf Anlagen	—	—		2. Zuweisungen der öffentlichen Hand zu Investitionsvorhaben			
09 Immaterielle Vermögens- gegenstände	442 000	442 000		2.1 Kap. 06 19 Tit. 891 01 für Investitionen	5 623 000	5 623 000	
				2.2 Kap. 06 04 Tit. 891 36 (zum Rahmenplan nach dem HBFG angemeldete Vorhaben)	5 822 000	5 822 000	
				3. Zuschüsse aus Drittmitteln	4 163 000	4 163 000	
				4. etwaige Überschüsse	—	—	
Summe:	15 613 000	15 613 000			15 613 000	15 613 000	

Zuschussbedarf gem. Ziff. 2.1 – Deckungsmittel – (Titel 891 01): 5 623 000 EUR.

**Erläuterungen zum Erfolgsplan**

**A.  
Aufwendungen**

- Zu KGr. 60 – Löhne und Gehälter**  
**61 – Gesetzliche Sozialabgaben**  
**62 – Aufwendungen für Altersversorgung**

In dem Ansatz sind neben dem Stellenaufkommen (einschl. Einzelzahlungen) für die Planstellen und für die Stellen der beamteten Hilfskräfte und der ständig vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter enthalten:

	Soll 2005 EUR	Soll 2004 EUR	Ist 2003 EUR
1. Mehrarbeit und Überstunden	2 026 000	2 026 000	—
Bereitschaftsdienste	6 100 000	6 960 000	—
Rufbereitschaften	2 200 000	1 789 000	—
Zusammen	10 390 000	10 775 000	—
2. a) Zuschüsse nach Nr. 1 der Vorbemerkungen zur BBesO C	101 000	101 000	—
b) Zuschüsse nach Nr. 2 der Vorbemerkungen zur BBesO C	129 000	129 000	—
3. Kolleggeldpauschalen	1 000	1 000	—
4. Ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte	1 321 000	1 318 000	—
5. Zulagen an Angestellte in Kernforschungseinrichtungen sowie für Angestellte, die in der Strahlentherapie im ambulanten Pflegedienst tätig sind	45 000	50 000	—
6. Auszubildende für Angestelltenberufe	3 190 000	2 782 000	—
7. Ständige, nur stundenweise beschäftigte Angestellte	60 000	57 000	—
8. Ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen	1 863 000	1 859 000	—
9. Auszubildende für Arbeiterberufe	240 000	141 000	—
10. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	2 420 000	2 420 000	—
11. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Arbeiter/-innen)	126 000	126 000	—
12. Aushilfskräfte/Bundesanstalt für Arbeit	450 000	476 000	—
13. Wissenschaftliche Hilfskräfte	700 000	475 000	—
14. Praktikanten/-innen	330 000	657 000	—
15. Vergütung von Personen, die zivilen Ersatzdienst leisten	780 000	780 000	—
16. Emeritierte Professoren	2 100 000	1 910 000	—
17. Anwartschaft für die Altersversorgung der Beamten	2 180 000	2 180 000	—
18. Erstattung der Leistungen des Landes für die gesetzliche Unfallversicherung der Angestellten und Arbeiter	453 000	453 000	—
19. Beschäftigung von vollbeschäftigten Angestellten für Laboruntersuchungen externer Auftraggeber	1 000 000	1 044 000	—
<b>Drittmittel*):</b>	<b>20 214 000</b>	<b>20 214 000</b>	<b>25 677 654</b>

Erläuterungen zum Erfolgsplan

**Zu lfd. Nr. 4**

Für 67 (67) ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte der Arbeitszeit einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

**Zu lfd. Nr. 6**

Für die Vergütung von  
271 (290) Auszubildenden für Angestelltenberufe, davon  
228 (228) Lernschwestern/-pfleger  
4 ( 2) für den Beruf eines/einer Biologie-/  
Chemielaboranten/-in  
20 ( 20) für den Beruf eines/ einer Arzthelfers/ -in  
10 ( 16) für den Beruf eines/ einer zahnärztlichen Helfers/ -in  
1 ( 24) für Berufe der Informations-, Telekommunikations-  
technik, einschl. Bürokommunikation  
6 ( -) für den Beruf eines/einer Kaufmanns/-frau  
im Gesundheitswesen  
2 ( -) für den Beruf eines/einer Bibliotheksangestellten.

**Zu lfd. Nr. 8**

Für 95 (95) ständige nicht vollbeschäftigte Arbeitskräfte, davon 42 Klinisches Hauspersonal und 53 im Wirtschafts-, Versorgungs- und technischen Dienst, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

**Zu lfd. Nr. 9**

Für die Vergütung von  
19 (18) Auszubildenden für Arbeiterberufe, davon  
11 (11) für den Beruf eines/einer Tierpflegers/-in  
7 ( 7) für den Beruf eines/einer Industriemechanikers/-in  
1 ( -) für den Beruf eines/einer Glasgerätebläasers/-in.

**Zu lfd. Nr. 14**

Für Beschäftigungsentgelte von  
15 (27) Praktikanten/-innen, davon  
5 ( -) für den Beruf eines/einer Psychologen/-in  
1 ( -) für den Beruf eines/einer Physiotherapeuten/-in  
1 ( -) für den Beruf eines/einer Pharmazeutisch-technischen  
Assistenten/-in  
3 ( -) für den Beruf eines/einer Apothekers/-in  
2 ( 6) für den Beruf eines/einer Masseurs/-in  
und med. Bademeisters/- in  
3 ( 4) für den Beruf eines/einer Sozialarbeiters/-in.

**Zu lfd. Nr. 19**

Bezüge für 28 (28) emeritierte Universitätsprofessoren/- innen.

**Zu KGr. 63 – Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützungen**

1. Beihilfen	604 000 EUR
2. Fürsorgemaßnahmen (insbesondere bei Dienstunfällen)	1 000 EUR
Zusammen	605 000 EUR

**Zu KGr. 64 – Sonstige Personalaufwendungen**

1. Trennungsgeld abgeordneter oder versetzter Bediensteter und Umzugskostenvergütungen	81 200 EUR
2. Hepatitis-Schutzimpfungen für gefährdetes Personal	41 600 EUR
3. Prüfungskosten für Auszubildende	9 400 EUR
Zusammen	132 200 EUR

**Zu KGr. 66 – Medizinischer Bedarf**

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2005 EUR	Soll 2004 EUR	Ist 2003 EUR
66 00	Arznei-, Heil- und Hilfsmittel	18 996 800	18 994 100	16 924 408
66 02	Blut, Blutkonserven und Blutersatzmittel	10 113 100	9 942 300	29 533 270
66 03	Verbandsmittel	918 100	917 600	934 066
66 04	Ärztliches und pflegerisches Verbrauchsmaterial, Instrumente	12 897 700	12 891 800	11 371 291
66 06	Narkose- und sonstiger OP-Bedarf, Medizinische Gase	1 682 600	1 682 100	1 988 335
66 07	Röntgenbedarf	2 901 700	2 901 700	2 377 910
66 08	Laborbedarf	9 311 200	8 666 900	13 010 834
66 09	Entgelte für Untersuchungen in fremden Instituten	1 048 400	951 900	2 447 809
66 10	EKG, EEG und Sonographie	127 400	127 400	116 731
66 11	Bedarf der physikalischen Therapie	55 000	55 000	2 827
66 12	Apothekenbedarf, Desinfektionsmaterial	154 200	154 200	220 578
66 13	Implantate	9 584 400	9 783 100	12 150 440
66 14	Transplantate	1 107 300	1 107 400	1 575 520
66 15	Dialysebedarf	930 700	930 700	845 419
66 16	Kosten für Krankentransporte	153 900	153 800	79 652
66 17	Sonstiger medizinischer Bedarf	1 574 200	1 530 000	1 740 834
<b>Drittmittel*):</b>		3 173 000	3 173 000	5 807 343
		74 729 500	73 963 000	101 127 267

**Zu KUUGr. 66 00**

Davon 76 700 EUR für die Durchführung von Hepatitis-B-Schutzimpfungen für Studenten.

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu KGr. 67 – Wasser, Energie, Brennstoffe

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2005 EUR	Soll 2004 EUR	Ist 2003 EUR
67 000	Wasser/Abwasser	1 366 600	1 365 900	1 733 871
67 100	Strom	4 360 400	4 357 300	3 054 633
67 110	Fernwärme	3 008 500	3 006 800	2 644 360
67 200	Heizgas/Sonstige Brennstoffe	587 400	587 000	807 880
<b>Drittmittel</b>		—	—	1 965
		9 322 900	9 317 000	8 242 709

Zu KGr. 68 – Wirtschaftsbedarf

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2005 EUR	Soll 2004 EUR	Ist 2003 EUR
68 00	Verbrauchsmittel	762 200	761 800	889 678
68 01	Wäsche u. a.	421 300	413 200	698 353
68 100/				
68 101	Fremdreinigung	9 089 500	9 078 300	7 461 897
68 102–				
68 110	Andere Leistungen durch Dritte	1 855 600	1 461 300	1 648 277
<b>Drittmittel*):</b>		51 800	51 000	471 818
		12 180 800	11 765 600	11 170 023

Zu KGr. 69 – Verwaltungsbedarf

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2005 EUR	Soll 2004 EUR	Ist 2003 EUR
69 00	Materialaufwendungen	1 756 400	1 715 300	2 434 713
69 10/				
69 11	Bezogene Leistungen	2 648 100	2 476 000	3 968 789
<b>Drittmittel*):</b>		1 206 000	1 206 000	1 510 972
		5 610 500	5 397 300	7 914 474

Zu Konto 69 000

Davon 16 200 EUR für das Frauenbüro.

Zu Konto 69 110

1. Prüfungs- und Beratungskosten der Wibera	59 000 EUR
2. Steuerberatungskosten	12 000 EUR
3. Gerichts- und Anwaltskosten	23 000 EUR
4. Unterstützungsauftrag für SAP	498 300 EUR
Zusammen	592 300 EUR

Zu KUUGr. 69 11

Ausgewiesen werden neben Rechts- und Beratungskosten (Konto 69 110) auch Beiträge an Vereine, Verbände und Organisationen (u.a. Deutsche Krankenhausgesellschaft, Niedersächsische Krankenhausgesellschaft, Zentrum für Hochschulsport, Medizinischer Fakultätentag, Europäische Rektorenkonferenz).

Zu KGr. 70 – Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
70 01	NLBV, Staatliches Baumanagement Niedersachsen	534 300	534 100	418 680
70 02	Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen/ Sachkosten aus Ermächtigungsverträgen	36 000	36 000	—
<b>Drittmittel*):</b>		—	—	6 349
		570 300	570 100	425 029

Zu KUUGr. 70 01

Veranschlagt sind u. a. die Entschädigung für die Baubetreuung durch das zuständige Staatliche Baumanagement Niedersachsen im Rahmen der Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen des Landesbetriebs (15 v.H. der Ansätze bei den Konten 72 054 und 72 056).

Zu KUUGr. 70 02

Ersatz der Aufwendungen des KVN gem. der zwischen ihr und der Hochschule geschlossenen Vereinbarung über die Abrechnung von Sachkosten aus Ermächtigungsverträgen.

## Erläuterungen zum Erfolgsplan

## Zu KGr. 72 – Instandhaltung, Material für aktivierte Eigenleistungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2005 EUR	Soll 2004 EUR	Ist 2003 EUR
72 00	Instandhaltung i. S. von § 17 Abs. 4 Satz 2 KHG	1 691 500	1 691 500	31 697
72 01	Instandhaltung Medizintechnik	5 922 900	5 487 100	7 817 574
72 02	Instandhaltung Technische Anlagen	2 556 000	2 367 200	2 426 574
72 03	Instandhaltung Einrichtung und Ausstattung	1 714 500	1 586 000	3 436 975
72 04	Gesetzliche Überwachung	251 900	233 100	168 180
72 05	Instandhaltung Gebäude/Außenanlagen	5 342 500	5 269 200	3 981 791
72 07	Instandhaltung Fahrzeuge und sonstige Instandhaltung	29 500	29 500	134 256
72 08	Instandhaltung Staatliches Baumanagement Niedersachsen	—	—	20 881 325
<b>Drittmittel*):</b>		696 000	696 000	273 428
		18 204 800	17 359 600	39 151 800

## Zu KGr. 73 – Steuern, Abgaben, Versicherungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
730	Grundsteuer/ Kraftfahrzeugsteuer	49 700	49 600	53 984
731	Sonstige Abgaben	1 716 600	1 146 400	663 233
732	Versicherungen	1 033 400	898 500	1 363 074
<b>Drittmittel*):</b>		—	—	—
		2 799 700	2 094 500	2 198 681

## Zu KUGr. 731

Enthalten sind 695 000 EUR für die Entsorgung des TRIGA-Mark I-Reaktors.

## Zu KGr. 78 – Sonstige ordentliche Aufwendungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
78 00	Ausgleichbeträge nach § 4 Abs. 1 und 2 BPfIV	—	—	—
78 10	Sachaufwand der Ausbildungsstätten	543 000	541 900	231 822
78 20	Mieten und Pachten	26 262 300	25 234 600	24 299 101
78 22	Nicht aufteilbare Frachten	44 700	44 000	53 501
78 24	Akademische Lehrkrankenhäuser	1 327 000	1 327 000	1 121 582
78 25	Bücher (bis 100 EUR ohne MwSt.)	539 700	530 000	411 542
78 26	Fort- und Weiterbildung, Lehraufträge usw.	725 600	632 500	428 649
78 27	Erstattungen von Personal- und Sachkosten	5 460 500	12 735 000	22 226 623
78 28	Arbeitstherapie/Beschäftigungs- und Sozialtherapie	24 200	24 200	37 293
78 29	Sonstiger Aufwand für Studierende	566 200	287 600	1 052 879
783	Sonstige Kostenerstattungen	1 534 000	5 533 100	5 120 057
<b>Drittmittel*):</b>		4 743 000	4 743 000	9 848 900
		41 770 200	51 632 900	65 413 383

## Zu KUUGr. 78 20

Veranschlagt sind Nutzungsentgelte für Liegenschaften in Höhe von 21 073 000 EUR.

## Erläuterungen zum Erfolgsplan

**Zu KUUGr. 78 24**

Für 187 Ausbildungsplätze an den Akademischen Lehrkrankenhäusern wird pro Jahr und Ausbildungsplatz eine Gesamtpauschale in Höhe von 7 100 EUR gezahlt. Die Pauschale beinhaltet Personal- und Sachkosten sowie ein Essensgeld.

**Zu KUUGr. 78 26**

Enthalten sind Vergütungen für Lehraufträge, Gastvorträge und Gastprofessuren. (Davon 62 200 EUR für Lehraufträge.)

**Zu KUUGr. 78 27**

Enthalten sind die aufgrund der Vereinbarung vom Mai 2004 von der MHH an die Region Hannover für das Krankenhaus Oststadt zu leistende Zahlungen im Rahmen des Interessenausgleichs von insgesamt 14 Mio. EUR sowie die Zahlungen aufgrund der Vereinbarung vom 5. 5. 1978 über die Nutzung der Hautklinik Linden in der Fassung des Änderungsvertrages vom 8. 12. 1982 und der Vereinbarung vom 17. 9./9. 10. 1992 über die Nutzung des Annastifts.

Für das Oststadtkrankenhaus sind Ausgleichszahlungen von 12 473 000 EUR veranschlagt.

**Zu KGr. 79 – Übrige Aufwendungen**

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2005 EUR	Soll 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>79 00</b>	Außerordentliche Aufwendungen			
	aus Ausgleichsbeträgen nach § 4 Abs. 1 bis 3 BPflV	—	—	12 356
<b>79 10</b>	Aufwand aus Abgabe von Gegenständen des Anlagevermögens	—	—	438 342
<b>79 20</b>	Schadenersatzleistungen	78 900	79 100	299 925
<b>79 21-</b>				
<b>79 24</b>	Sonstige Aufwendungen	13 800	13 800	137 104
<b>79 30</b>	Periodenfremde Aufwendungen	1 598 400	1 598 000	17 911 447
<b>Drittmittel*):</b>		—	—	-58 873
		<b>1 691 100</b>	<b>1 690 900</b>	<b>18 740 301</b>

Erläuterungen zum Erfolgsplan

**B. Erträge**

Zu KGr. 40 und 41 gemeinsam

An planmäßigen Betten sind vorhanden:

Bezeichnung der Klinik	Zahl der betriebenen Betten			Nachrichtlich: Zahl der zuschlagspflichtigen Betten	
	Normalpflege	Intensivpflege	Zusammen	in Einbettzimmern	in Zweibettzimmern*)
Aufnahmestation	10	—	10	—	—
Med. Klinik	208	58	266	11	12
Interdisziplin. Station f. Knochenmarktransplantationen	16	—	16	—	—
Chirurgische Klinik	296	54	350	10	10
Urologie	49	—	49	2	4
Institut für Klinische Radiologie	26	—	26	1	3
Institut für Nuklearmedizin	18	—	18	—	—
Kinderklinik	122	19	141	18	29
HNO-Klinik	80	—	80	4	5
Augenklinik	41	—	41	3	5
Neurochirurgische Klinik	55	7	62	4	5
Neurologische Klinik	75	—	75	4	4
Psychiatrische Klinik	116	—	116	4	4
Psychosomatische Klinik	14	—	14	—	—
Anästhesie	—	14	14	—	—
Zahn-, Mund- und Kieferklinik	34	4	38	2	1
Zusammen:	1 160	156	1 316	63	82

**dazu**

Tagesklinik d. Psych. Klinik	20 Plätze
Akutdialyse	4 Plätze
Auffangdialyse	6 Plätze
Onkologische Tagesklinik	10 Plätze
Pädiatrische Tagesklinik	4 Plätze
Gastroenterologische Tagesklinik	10 Plätze

**Belegungsdaten:**

Planbetten mit Intensiv	1 330
Planbetten ohne Intensiv	1 160
Nutzungsgrad der Planbetten	83,40 %
Berechnungstage im Budgetbereich	378 291
Verweildauer	9,06
Belegungstage im Fallpauschalen -Bereich	42 993
Vollstationäre Fälle im Budgetbereich	39 594
Fälle mit Fallpauschale	3 083
Berechnungstage für Basispflegesatz (vollstationär)	358 726

**Zu KGr. 40 – Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen**

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2005 EUR	Soll 2004 EUR	Ist 2003 EUR
40 01/ 40 02/ 40 03/ 40 04/	Basispflegesatz	34 380 000	30 868 400	33 510 533
40 05/ 40 10/ 40 11/ 40 40	Abteilungspflegesätze Fallpauschalen Sonderentgelte Ausgleichsbeträge	122 101 000 49 688 700 19 969 100 —	124 597 300 53 103 700 19 624 500 —	120 279 247 54 582 406 45 044 953 —
		226 138 800	228 193 900	253 417 139

**Zu KGr. 41 – Erlöse aus Wahlleistungen**

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2005 EUR	Soll 2004 EUR	Ist 2003 EUR
41 100 41 110 41 300 41 310	1-Bett-Zimmer 2-Bett-Zimmer Begleitperson Telefon	1 166 100 1 371 500 4 100 25 800	1 166 100 1 371 500 4 100 25 800	804 866 1 229 784 10 625 —
		2 567 500	2 567 500	2 045 275

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu KGr. 42 – Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2005 EUR	Soll 2004 EUR	Ist 2003 EUR
42 00	Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen	2 146 000	2 146 000	4 589 483
42 01	Kassenzahnärztliche Vereinigung Niedersachsen	1 745 000	1 745 000	1 836 214
42 02	Sozialleistungsträger, z.B. Sozialämter, Jugendämter	442 000	442 000	413 874
42 03	Sonstige Erlöse aus amb. Leistungen	661 000	661 000	487 920
42 04–				
42 05	Selbstzahler	1 424 000	1 424 000	2 624 841
42 06	Laboruntersuchungen für externe Auftraggeber	5 399 400	1 378 000	1 911 560
42 07	Nierenlithotripsie	38 000	38 000	2 886
42 08	Sachkosten/Privatpatienten – ZMK –	38 000	38 000	1 496 842
42 09	Mukoviszidose-Ambulanz	149 000	149 000	237 826
		12 042 400	8 021 000	13 601 446

Zu KGr. 43 – Nutzungsentgelte und sonstige Abgaben der Ärzte

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2005 EUR	Soll 2004 EUR	Ist 2003 EUR
43 00	Stationärer Bereich – Vorteilsausgleich	2 385 400	2 385 400	4 813 256
43 10	Ambulanter Bereich – Vorteilsausgleich	2 537 000	2 537 000	2 049 299
43 11	Sachkosten aus Ermächtigungsverträgen/Privatpatienten	9 749 000	9 749 000	6 645 579
43 40	Vorteilsausgleich aus sonstigen Nebentätigkeiten	520 000	520 000	694 442
43 41	Vorteilsausgleich und Sachkosten aus sonstigen Nebentätigkeiten	497 000	497 000	561 677
43 45	Erlöse aus Ermächtigungserträgen	—	—	52 101
43 60	Privatl. Chefarzte stationär	—	—	233 794
43 70	Privatl. Chefarzte ambulant	—	—	144 235
		15 688 400	15 688 400	15 194 383

Zu KUGr. 472 – Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand für lfd. Zwecke (ohne Konto 47 200)

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2005 EUR	Soll 2004 EUR	Ist 2003 EUR
47 20	MWK*)	4 530 000	4 103 500	26 139 286
47 21	Bund/Ersatzdienstpflichtige/Bundesanstalt für Arbeit/Emeriten	316 500	317 000	2 373 593
47 22	Öffentliche Hand/Sonstige Zuschüsse	14 809 000	14 809 000	24 796 950
47 23	Bund/Betreuung ausländischer Studenten/Graduiertenförderung*)	—	—	41 007
47 24	Sonstiges	1 154 000	1 154 000	1 557 306
		20 809 500	20 383 500	54 908 142

\*) Zuweisungen überwiegend aus Haushaltsmitteln des Landes, die nach Art und Höhe bei Aufstellung des Wirtschaftsplans nicht ausreichend exakt vorausgeschätzt werden können und die wegen ihrer Zweckgebundenheit ohne Auswirkungen auf den Zuschussbedarf bei Kapitel 06 19 sind.

Zu KGr. 57 – Sonstige ordentliche Erträge

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2005 EUR	Soll 2004 EUR	Ist 2003 EUR
57 0	Mieteinnahmen	782 100	782 100	1 540 126
57 1	Erstattungen, Rückvergütungen u. ä.	199 900	199 900	1 578 914
57 2	Kindergarten	218 000	218 000	262 695
57 3	Erstattung Oststadt Krankenhaus u. sonstige Personalkostenerstattungen	—	10 274 500	7 039 992
57 5–				
57 7	Erträge aus Verkäufen und Arbeitsleistungen	71 800	71 800	48 883
57 9	Gebühren und sonstige Erträge und Erstattungen	669 000	669 000	3 556 979
57 33	Erstattung Studiengebühren Langzeitstudierender	105 000	105 000	—
		2 045 800	12 320 300	14 027 589

Zu KUGr. 570

Dem Studentenwerk Hannover werden folgende landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen:

Einrichtung	qm	Mietpreis/jährlich
Verkaufsraum mit Nebenraum	15	} 3 900 EUR
Kellerraum (Vorratslager)	80	



**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0621 Stiftung Tierärztliche Hochschule Hannover**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004	2004	2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
<b>EINNAHMEN</b>							
121 03-7	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		-	-	-	-
121 04-5	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender		-	-	-	-
129 01-1	131	Ablieferungen der Stiftungen		-	-	-	-
129 02-0	131	Ablieferungen der Stiftung für Studiengebühren Langzeitstudierender		18	24	-6	31
381 01-2	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		-	-	-	-
<b>AUSGABEN</b>							
682 01-2	131	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes	-	-	-	-	-
682 03-9	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen	-	-	-	-	-
682 39-0	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	-	-	-	-	-
685 01-1	131	Zuschüsse für laufende Zwecke der Stiftung Übertragbar. <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 894 01. *** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die Erläuterungen zum Gesamtvolumen für aus Landesmitteln finanziertes Personal und zur Kreditlinie der Stiftung verbindlich.</i>	435 435	49.365	50.100	-735	-
685 41-0	139	Zuführungen an das Lehr- und Forschungsgut Ruthe	-	-	-	-	-
891 01-0	131	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs	-	-	-	-	-
894 01-0	131	Zuschüsse für Investitionen der Stiftung <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulaisten 685 01.</i>	-	449	478	-29	-
<b>Abschluss Kapitel 0621</b>							
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		18	24	-6	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		-	-	-	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		18	24	-6	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	435	49.365	50.100	-735	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	-	449	478	-29	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	435 435	49.814	50.578	-764	
		<b>Zuschuss</b>		49.796	50.554	-758	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Kapitel 0621**

**Erläuterungsteil I (Allgemeiner Erläuterungsteil)**

**Rechts- und Organisationsgrundlagen**

Das Niedersächsische Hochschulgesetz sowie das Hochschulrahmengesetz.  
Die Tierärztliche Hochschule Hannover ist eine Stiftung gemäß § 55 NHG.

**Organisationsstruktur und Budgetplan**

Die Tierärztliche Hochschule hat 5 Kliniken, 18 Institute sowie 4 Fachgebiete/Arbeitsgruppen. Außerdem gehören eine Außenstelle für Epidemiologie in Bakum und ein Lehr- und Forschungsgut in Ruthe zur Tierärztlichen Hochschule. Daneben ist die Tierärztliche Hochschule an 3 Sonderforschungsbereichen und 1 Graduiertenkolleg beteiligt.

**Zielsetzung**

allgemeine Ziele : gemäß Hochschulplanung und Ziel- und Leistungsvereinbarung laut § 1 Abs. 3 NHG  
Bestands- und Entwicklungsziele: gemäß Hochschulplanung und Ziel- und Leistungsvereinbarung laut § 1 Abs. 3 NHG  
Siehe Zielvereinbarung

**ERLÄUTERUNGEN**

Noch zu Kapitel 0621

**Erläuterungsteil II (Erläuterungsteil zum Produkthaushalt)**

**Budgetierungsmodell**

Nach § 56 NHG werden die zur Erfüllung des Stiftungszweckes notwendigen Mittel bestritten aus:

1. einer jährlichen Finanzhilfe des Landes
2. den Erträgen des Vermögens
3. Spenden und sonstigen Zuwendungen Dritter
4. Mitteln des Hochschulbauförderungsgesetzes
5. Mitteln aus zentralen Förderprogrammen sowie
6. Zuschüssen für bauliche Investitionen.

Die jährliche Finanzhilfe nach Satz 1 Nr. 1 umfasst Aufwendungen insbesondere für folgende Aufgaben und Bereiche:

1. Lehrangebot,
2. Grundausrüstung Forschung,
3. fachliche Schwerpunkte und Sonderausgaben,
4. wissenschaftlicher Nachwuchs,
5. Erfüllung des Gleichstellungsauftrags,
6. Bauunterhaltung.

Die Finanzhilfe wird nach den in der Zielvereinbarung (§ 1 Abs. 3 NHG) festgelegten Entwicklungs- und Leistungszielen bemessen, deren Erreichung nachzuweisen ist. Die Höhe der Finanzhilfe soll bei der Fortschreibung der Zielvereinbarung die Erreichung der Entwicklungs- und Finanzziele berücksichtigen.

**Finanzierungsbedarf zum Produkthaushalt**

Produkte	Kapazität vor Schwund (Soll) WS 04/05 + SS 2005	Studierende in der RZ (Soll) WS 04/05 + SS 2005	Absolventen (Soll 2005) WS 04/05 + SS 2005	Gesamtkosten je Fächergruppe aus KLR (Soll 2005)	Kapazität vor Schwund (Ist 2003) WS 02/03 + SS 2003	Studierende in der RZ (Ist 2003) WS 02/03 + SS 2003	Absolventen (Ist 2003) WS 02/03 + SS 2003	Gesamtkosten je Fächergruppe aus KLR (Ist 2003)
<b>Lehre (nach Fächergruppen)</b>								
Tiermedizin	224	1.397	132	20.787.800	224	1.397	132	20.496.400
Biologie				2.904.700				2.864.000
<b>Weiterbildung gem. § 12 NHG (alt)</b>				1.035.600				1.021.100
Weiterbildungs Studiengänge				67.200				66.300
Sonstige Weiterbildung				968.400				954.800
<b>Gesamtsumme</b>				<b>24.728.100</b>				<b>24.381.500</b>

Produkte	Grundausrüstung 2005	Sondermittel 2005	Drittmittel 2005	Gesamtkosten gem. KLR 2005	Grundausrüstung 2003	Sondermittel 2003	Drittmittel 2003	Gesamtkosten gem. KLR 2003
<b>Forschung</b>								
Antragsinduzierte Forschung		453.600	5.287.500	5.741.100		757.100	4.903.600	5.660.700
Auftragsinduzierte Forschung			371.500	371.500			366.300	366.300
ohne Auftrag (100% eigenfinanziert)	19.121.200			19.121.200	18.853.200			18.853.200
<b>Gesamtsumme</b>	<b>19.121.200</b>	<b>453.600</b>	<b>5.659.000</b>	<b>25.233.800</b>	<b>18.853.200</b>	<b>757.100</b>	<b>5.269.900</b>	<b>24.880.200</b>

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0621  
Leistungsplan**

	<b>Gesamtkosten (aus KLR)</b>	<b>Gesamtkosten (aus KLR)</b>	<b>Finanzierungs- beitrag des Produkthaushalts</b>	<b>Finanzierungs- beitrag des Produkthaushalts</b>
	<b>(Soll) 2005</b>	<b>(Ist) 2003</b>	<b>(Soll) 2005</b>	<b>(Ist) 2003</b>
Lehre	23.692.500	23.360.400	23.459.100	23.130.600
Forschung	25.233.800	24.880.200	18.933.300	18.668.200
Weiterbildung	1.035.600	1.021.100	1.023.000	1.008.700
Externe Dienstleistungen	10.247.700	10.104.000	10.144.100	10.002.100
<b>Produktsumme</b>	<b>60.209.600</b>	<b>59.365.700</b>	<b>54.403.400</b>	<b>52.809.600</b>
<b>Investitionen</b>				
Bis zu 5000 Euro im Einzelfall	676.700	676.700		
Zwischen 5000 und 25000 Euro	693.200	693.200		
Über 25000 Euro	1.996.900	1.996.900		
<b>Investitionssumme</b>	<b>3.366.800</b>	<b>3.366.800</b>		
Zuschüsse an die Versuchswirtschaften (Haushaltsausgleichssumme)	465.000	579.900	465.000	579.900

**Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen  
Erläuterungen**

Die abgebildeten Daten zu den Produkten und Kennzahlen sind vorläufiger Natur, weil die KLR sich noch im Aufbau befindet.

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0621**

**Produktbezogene Kennzahlen**

<b>Lehre und Studium gem. amtl. Statistik</b>	<b>Zeitraum: WS 2003/04 +</b>	<b>Zeitraum SS 2004</b>
Studienanfänger, 1. HS-Semester	205	
Studienanfänger, 1. Fachsemester	235	
Ordentliche Studierende	1.977	
Frauenanteil	1.636	
Anteil ausländischer Studierender	131	
Bildungsinländer	26	
Absolvent(inn)en pro Jahr	132	
Grundständiges Studium	1.397	
Frauenanteil	1.195	
weiterführendes Studium Ph.-D.	53	64
Frauenanteil	37	43

**Forschung und Nachwuchsförderung**

	<b>Stichtag: 01.01.2004</b>
Sonderforschungsbereiche	3
davon mit Sprecherfunktion	0
Forschungszentren/ -schwerpunkte	4
EU -Projekte mit Koordinatorenfunktion	1
Graduiertenkollegs	1
Promotionen	81
davon Frauenanteil	60

**Personal**

	<b>Stichtag: 31.12.2003</b>
insgesamt	1.200
Nichtwissenschaftl. Personal	693
darunter Teilzeitbeschäftigt	229
Wissenschaftl. Personal	507
darunter Teilzeitbeschäftigt	276
Professoren	57(2)
davon Frauenanteil	7(1)
Stellen für Professoren	65(2)
Neuberufungen	5(2)
davon Frauenanteil	1(1)
<b>Flächen</b>	<b>Stichtag 31.12.2003:</b>
Hauptnutzfläche (brutto)	84.953
Kapazitätsrelevante HNF	61.129 m <sup>2</sup>

**Zu 685 01**

Das im Rahmen der Bemessung der Finanzhilfe nach § 56 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 NHG ermittelte Gesamtvolumen für aus

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu 685 01**

Landesmitteln finanziertes Personal beläuft sich auf 33.981.400 EUR (davon entfallen auf den Tarifbereich 23.203.100 EUR und auf den Besoldungsbereich 10.778.300 EUR).

Gemäß § 57 Abs. 4 NHG ist die Stiftung ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben Kredite vom Kreditmarkt bis zur Höhe von 4.936.500 EUR aufzunehmen. Bei Kreditaufnahmen über mehrere Haushaltsjahre darf diese Summe nicht überschritten werden. Eine Erhöhung der Finanzhilfe auf Grund der Kreditaufnahme ist ausgeschlossen.

Nicht verbindliche Erläuterung (einschl. 894 01):

**Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Stiftung Tierärztlichen Hochschule Hannover**

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
<b>Ausgaben</b>	62.753,5	62.408,3	62.852,8
<b>Einnahmen</b>	12.939,5	11.830,3	11.830,3
<b>Fehlbetrag</b>	49.814,0	50.578,0	51.022,5
			2005 Tsd. EUR

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	–
b) das Land mit (Finanzhilfe)	49.814
c) das Land mit (Sondermittel MWK)	–
d) den Bund mit	–
e) sonstige öffentliche Einrichtungen mit	–
f) Private	–
Zusammen	49.814

**Belastung (2005)**

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	435	–	435
2006	–	–	435	435
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	435	435	870

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0622 Hochschule für Bildende Künste Braunschweig**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
121 02-2	135	Ablieferungen des Landesbetriebs		-	-	-	0
121 03-0	135	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		204	128	+76	75
121 04-9	135	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender		-	90	-90	20
381 01-6	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		-	-	-	-
<b>AUSGABEN</b>							
682 01-6	135	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 682 03 und 891 01.</i> <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.</i> <i>Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.</i>	10 10	12.705	12.737	-32	12.404
682 03-2	135	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulaasten 682 01.</i> <i>*** 1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.</i> <i>2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.</i>	-	221	221	-	192
682 39-3	135	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	-	15	15	-	-
891 01-4	135	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebes <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulaasten 682 01.</i> <i>*** 1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.</i> <i>2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.</i>	-	74	75	-1	92
<b>Abschluss Kapitel 0622</b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				204	218	-14	
3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				-	-	-	
<b>Summe der Einnahmen</b>					204	218	-14
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				10 10	12.941	12.973	-32
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen				-	74	75	-1
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>				10 10	13.015	13.048	-33
<b>Zuschuss</b>					12.811	12.830	-19

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Kapitel 0622**

**Erläuterungsteil I (Allgemeiner Erläuterungsteil)**

**Rechts- und Organisationsgrundlagen**

Das Niedersächsische Hochschulgesetz sowie das Hochschulrahmengesetz. Die Grundordnung der Hochschule für Bildende Künste Braunschweig.  
Die HBK Braunschweig ist ein Landesbetrieb gem. §26 LHO.

**Organisationsstruktur und Budgetplan**

Die Hochschule für Bildende Künste Braunschweig ist nicht in Fachbereiche/Fakultäten gegliedert. Es sind (Stichtag 01.04.2004) folgende Studiengänge eingerichtet:  
Freie Kunst,  
Kommunikationsdesign,  
Industrial Design,  
LG Kunst,  
LG Darst. Spiel (in Kooperation mit den Univ. Braunschweig, Hannover und Hildesheim sowie mit der HMT Hannover),  
LG Darst. Spiel Erweiterungsfach (in Kooperation mit den Univ. Braunschweig, Hannover und Hildesheim sowie mit der HMT Hannover),  
LGHR Kunst Langfach,  
    Kunst Kurzfach,  
    Gest. Werken Langfach,  
    Gest. Werken Kurzfach,  
Kunstwissenschaft Hauptfach,  
Kunstwissenschaft Nebenfach,  
Medienwissenschaft Hauptfach (in Kooperation mit der Univ. Braunschweig),  
Medienwissenschaft Nebenfach (in Kooperation mit der Univ. Braunschweig),  
Aufb. Bildende Kunst,  
Die HBK Braunschweig hat folgende Institute eingerichtet:  
Institut für Kunstwissenschaft (IKW) und Institut für Medienforschung (IMF)

**Zielsetzung**

Allgemeine Ziele: gemäß Hochschulplanung und Ziel- und Leistungsvereinbarung lt. § 1 Abs. 3 NHG  
Bestands- und Entwicklungsziele: gemäß Hochschulplanung und Ziel- und Leistungsvereinbarung laut § 1 Abs. 3 NHG

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

Noch zu Kapitel 0622

**Erläuterungsteil II (Erläuterungsteil zum Produkthaushalt)**

**Budgetierungsmodell**

Die Budgetierung richtet sich nach dem Hochschuloptimierungskonzept und nach den Festlegungen der Zielvereinbarungen.

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0622**

**Finanzierungsbedarf zum Produkthaushalt**

Produkte	Kapazität vor Schwund (Soll) WS 04/05 + SS 2005	Studierende in der RZ (Soll) WS 04/05 SS 2005	Absolventen (Soll 2005) WS 04/05 + SS 2005	Gesamtkosten je Fächergruppe aus KLR (Soll 2004)	Kapazität vor Schwund (Ist 2003) WS 02/03 + SS 2003	Studierende in der RZ (Ist 2003) WS 02/03 SS 2003	Absolventen (Ist 2003) WS 02/03 + SS 2003	Gesamtkosten je Fächergruppe aus KLR (Ist 2002)
<b>Lehre (Studiengänge)</b>								
Freie Kunst	41	233	45	2.600.685	30	212	49	2.262.000
Kommunikationsdesign	25	110	20	911.789	25	108	28	1.003.000
Industrial Design	25	100	15	937.840	25	105	11	1.000.000
LG Kunst	auslaufend -entfällt-	103	10	580.716	25	92	5	775.000
LG Darstellendes Spiel (neu ab 2002/03)	25	55	entfällt	263.355	25	20	entfällt	366.000
LG Darstellendes Spiel (Didaktik)	auslaufend -entfällt-	39	in LG DS enthalten	29.621	entfällt	entfällt	entfällt	in LG DS enthalten
LGHR Kunst Langfach	auslaufend -entfällt-	22	2	95.495	10	22	2	183.000
LGHR Kunst Kurzfach	auslaufend -entfällt-	29	2	49.026	10	18	2	77.000
LGHR Gestaltendes Werken Langfach	auslaufend -entfällt-	28	2	76.640	10	18	1	93.000
Gestaltendes Werken Kurzfach	auslaufend -entfällt-	22	2	31.178	10	20	2	47.000
Medienwissenschaften MA Hauptfach (neu ab 98/99)	30	177	5	361.134	20	161	entfällt	275.000
Medienwissenschaften MA Nebenfach (neu ab 98/99)	40	231	entfällt	218.067	40	210	entfällt	266.000
Kunstwissenschaften MA Hauptfach (neu ab 98/99)	auslaufend -entfällt-	126	10	in KuWiss. BA enthalten	25	105	3	159.000
Kunstwissenschaften MA Nebenfach (neu ab 98/99)	30	82	entfällt	80.219	30	52	entfällt	108.000
Kunstwissenschaft BA (neu ab 2004/05)	30	30	entfällt	214.777	entfällt	entfällt	entfällt	entfällt
Bildende Kunst Meisterschüler	20	20	20	324.608	20	18	18	401.000
LG Darstellendes Spiel Erweiterungs-fach (neu ab 2001/02)	10	25	entfällt	88.564	10	16	entfällt	137.000
LG Darstellendes Spiel Erweiterungs-fach (Didaktik)	auslaufend -entfällt-	22	in LG DS Erweiterungs-fach enthalten	35.575	entfällt	entfällt	entfällt	in LG DS Erweiterungs-fach enthalten
<b>Lehre Kooperationsprojekte mit der TU Braunschweig – kein Abschluss an der HBK</b>								
Sachunterricht/Technik	geschlossen	0	0		14	14	entfällt	
<b>Gesamtsumme Lehre</b>	<b>276</b>	<b>1.454</b>	<b>133</b>	<b>7.114.000</b>	<b>329</b>	<b>1.191</b>	<b>121</b>	<b>7.152.000</b>

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0622**

<b>Weiterbildung gem. § 12 NHG (alt)</b>								
Weiterbildungs-Studiengänge								
Sonstige Weiterbildung				33.000				33.000
<b>Gesamtsumme Weiterbildung</b>				<b>33.000</b>				<b>33.000</b>

<b>Produkte</b>	<b>Grundausrüstung 2005</b>	<b>Sondermittel 2005</b>	<b>Drittmittel 2005</b>	<b>Gesamtkosten gem. KLR 2005</b>	<b>Grundausrüstung 2003</b>	<b>Sondermittel 2003</b>	<b>Drittmittel 2003</b>	<b>Gesamtkosten gem. KLR 2003</b>
<b>Forschung</b>								-
Antragsinduzierte Forschung	200.000	--	100.000	300.000	158.300	15.300	26.400	200.000
Auftragsinduzierte Forschung	120.000	--	130.000	250.000	13.000	--	17.000	30.000
ohne Auftrag (100% eigenfinanziert)	6.130.000	--		6.130.000	6.800.000	--	--	6.800.000
<b>Gesamtsumme Forschung</b>	<b>6.450.000</b>	<b>--</b>	<b>230.000</b>	<b>6.680.000</b>	<b>6.870.300</b>	<b>15.300</b>	<b>43.400</b>	<b>6.929.000</b>

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0622  
Leistungsplan**

	<b>Gesamtkosten (aus KLR)</b>	<b>Gesamtkosten (aus KLR)</b>	<b>Finanzierungs- beitrag des Produkthaushalts</b>	<b>Finanzierungs- beitrag des Produkthaushalts</b>
	<b>(Soll) 2005</b>	<b>(Ist) 2003</b>	<b>(Soll) 2005</b>	<b>(Ist) 2003</b>
Lehre	7.147.000	7.185.000	6.814.000	7.174.000
Forschung	6.680.000	6.995.000	6.361.000	6.929.000
Weiterbildung	33.000	33.000		
Externe Dienstleistungen	5.000	39.000		
<b>Produktsumme</b>	<b>13.865.000</b>	<b>14.252.000</b>	<b>13.175.000</b>	<b>14.103.000</b>
<b>Investitionen</b>				
Bis zu 25000 Euro im Einzelfall	129.000	85.000	129.000	85.000
Großgeräte gemäß HBFG	135.000	146.000	135.000	146.000
<b>Investitionssumme</b>	<b>264.000</b>	<b>231.000</b>	<b>264.000</b>	<b>231.000</b>
<b>Gesamtsumme</b>	<b>14.129.000</b>	<b>13.818.000</b>	<b>13.439.000</b>	<b>13.669.000</b>

**Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen  
Erläuterungen**

Die abgebildeten Daten zu den Produkten und Kennzahlen sind vorläufiger Natur, weil die KLR sich noch im Aufbau befindet.

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0622**

**Produktbezogene Kennzahlen**

<b>Lehre und Studium gem. aml. Statistik</b>	<b>Zeitraum: WS 2002/03 + SS 2003</b>				
Studienanfänger, 1. HS-Semester	167				
Studienanfänger, 1. Fachsemester	267				
Ordentliche Studierende	1.281				
Frauenanteil	63 %				
Anteil ausländischer Studierender	8,2 %				
Bildungsinländer	18,7 %				
Absolvent(inn)en pro Jahr	125				
Grundständiges Studium	107				
Frauenanteil	68,2%				
weiterführendes Studium	18				
Frauenanteil	72,2 %				
<b>Forschung und Nachwuchsförderung</b>	<b>Stichtag: 01.01.2004</b>				
Sonderforschungsbereiche	0				
davon mit Sprecherfunktion	0				
Forschungszentren/ -schwerpunkte	0				
EU -Projekte mit Koordinatorenfunktion	0				
Graduiertenkollegs	0				
Promotionen	4				
davon Frauenanteil	50 %				
<b>Personal</b>	<b>Stichtag: 31.12.2003</b>				
insgesamt	161				
Nichtwissenschaftl. Personal	91				
darunter Teilzeitbeschäftigte	34				
Wissenschaftl. Personal	70				
darunter Teilzeitbeschäftigte	9				
Professoren	48				
davon Frauenanteil	25 %				
Stellen für Professoren	52				
Neuberufungen	1				
davon Frauenanteil	100 %				
<b>Flächen</b>	<b>Stichtag 31.12.2003:</b>				
Hauptnutzfläche (brutto)	21.175 m <sup>2</sup>				
Kapazitätsrelevante HNF	13.625 m <sup>2</sup>	30. Rahmenplan			

Die Hochschule für Bildende Künste Braunschweig wird ab 1. 1. 2001 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei Titel 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage 1 beigelegt.

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 682 01**

Dem Studentenwerk Braunschweig werden folgende landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen:

Einrichtung	qm	nachrichtlich Mietpreis/jährlich in 1000 EUR
Mensa	733	8,8 EUR

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Auf Nutzungsentgelte entfallen 1.112.000 EUR.

unverbindliche Erläuterung:

Belastungen, die aus bei Titel 06 22 – 682 01 in Vorjahren in Anspruch genommenen / ausgebrachten Verpflichtungen entstehen:

**Belastung (2005)**

der Haushalts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt- belastung  in 1000 EUR
2005	65,5	-	-	65,5
2006	65,5	-	-	65,5
2007	65,5	-	-	65,5
Summe	196,5	-	-	196,5

**Belastung (2005)**

der Haushalts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt- belastung  in 1000 EUR
2005	76,7	-	-	76,7
2006	76,7	-	-	76,7
2007	76,7	-	-	76,7
2008 ff.	153,4	-	-	153,4
Summe	383,5	-	-	383,5

**Belastung (2005)**

der Haushalts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt- belastung  in 1000 EUR
2005	10,3	-	-	10,3
2006	10,3	-	-	10,3
2007	10,3	-	-	10,3
2008 ff.	20,6	-	-	20,6
Summe	51,5	-	-	51,5

**Noch zu 682 01**

**Belastung (2005)**

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	-	-	-	-
2006	-	-	10	10
2007	-	-	-	-
2008	-	-	-	-
2009 ff.	-	-	-	-
Summe	-	-	10	10

**Zu 682 03**

Auf die im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke wird verwiesen.

**Zu 891 01**

Auf die im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke wird verwiesen.

unverbindliche Erläuterung :

	2005 in 1000 EUR
1. Techn. Ausstattung für Lehrevaluation (Server und Software)	16
2. Ergänzung zentrale Routertechnik des HBK-Netzes	44
3. Bestuhlung für Studio- und Seminarraum (Ersatzbeschaffung 120 Stück)	8
4. 3 CCD – Camcorder Einheit	6
Zusammen	74



**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb  
Hochschule für Bildende Künste Braunschweig**  
für das Geschäftsjahr 2005

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der gemäß § 26 LHO vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Betriebsanweisung für die Hochschulen in staatlicher Trägerschaft des Landes Niedersachsen vom 23. Juli 2003.

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Hochschule für Bildende Künste Braunschweig

### A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Finanzbedarf</b>			
1. Investitionen gemäß VV-HNds (ZR-GPL):			
- Bebaute Grundstücke	—	—	—
- Unbebaute Grundstücke	—	—	—
- Gebäude	—	—	—
- Maschinen und Anlagen	264 000	480 000	225 230
- Fahrzeuge	—	—	35 000
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>264 000</b>	<b>480 000</b>	<b>260 230</b>
2. Sonstige Investitionen <sup>3)</sup> :			
- Immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	—
- Gebäude	—	—	—
- Maschinen und Anlagen	—	—	—
- Fahrzeuge	—	—	—
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
- Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	—	—	—
- Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)	—	—	—
- Ablieferungen an den Landeshaushalt	—	—	—
- Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)	—	—	—
<b>Summe 3.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
4. Positiver Überleitungsbetrag (Anlage 4):	—	—	—
<b>Summe I.:</b>	<b>264 000</b>	<b>480 000</b>	<b>260 230</b>
<b>II. Deckungsmittel</b>			
1. Deckungsmittel:			
- Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	—	—	—
- Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z. B. eingehende Zahlungen für Forderungen)	—	—	—
- noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren	—	—	—
- Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	—	—	—
- Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
- aus Fachkapitel	74 000	75 000	92 000
- aus Sondermitteln	190 000	405 000	199 500
- Baumittel (Rahmenplan)	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>264 000</b>	<b>480 000</b>	<b>316 500</b>
2. Negativer Überleitungsbetrag (Anlage 4):	—	—	—
<b>Summe II.:</b>	<b>264 000</b>	<b>480 000</b>	<b>316 500</b>

<sup>3)</sup> Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26, die keine Investitionen i. S. der VV-HNds (ZR-GPI) sind.

Erläuterungen/Geldquelle	2005	2004	2003
Zuführungen aus 06 22 – 891 01	74 000	75 000	92 000
Zuführungen für Großgeräte	135 000	305 000	145 500
Zuführungen aus Sondermitteln	55 000	100 000	54 000
Drittmittel	—	—	25 000
<b>Summe:</b>	<b>264 000</b>	<b>480 000</b>	<b>316 500</b>

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Hochschule für Bildende Künste Braunschweig

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Erträge</b>			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:			
– aus Fachkapitel	12 941 000	12 973 000	12 596 000
– aus Sondermitteln	200 000	180 000	197 421
<b>Summe 1.:</b>	<b>13 141 000</b>	<b>13 153 000</b>	<b>12 793 421</b>
2. Umsatzerlöse, Zuweisungen, Zuschüsse:			
– Zuweisungen und Zuschüsse von anderen Zuschussgebern	130 000	50 000	132 800
– Erträge aus Entgelten für Forschungs- und ähnliche Aufträge	100 000	150 000	95 900
– Erträge aus Gutachten und sonstigen Entgelten	—	—	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>230 000</b>	<b>200 000</b>	<b>228 700</b>
3. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	—	—	—
<b>Summe 3.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
4. Andere aktivierte Eigenleistungen:	—	—	—
<b>Summe 4.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
5. Sonstige betriebliche Erträge:			
– Erstattung von Personalaufwendungen	—	—	1 450
– Maßnahmen im Zusammenhang mit Forschung, Lehre, Weiterbildung	50 000	130 000	28 200
– Erlöse aus Nebenbetrieben	1 000	—	220
– Betreuung von Studierenden	30 000	2 000	30 000
– Gebühren und gebührenähnliche Erträge	75 000	10 000	69 500
– Nebenerlöse aus Vermietung und Verpachtung	1 000	1 000	1 025
– Spenden	5 000	10 000	4 860
– Erträge aus Schadensersatzleistungen	—	—	—
– Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	2 000	1 000	1 070
– Auflösung von Rückstellungen	—	—	—
– Periodenfremde Erträge	2 000	—	1 300
– Übrige Erträge	30 000	1 000	26 635
<b>Summe 5.:</b>	<b>196 000</b>	<b>155 000</b>	<b>164 260</b>
6. Zinserträge und ähnliche Erträge:	—	—	—
<b>Summe 6.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>Summe I.:</b>	<b>13 567 000</b>	<b>13 508 000</b>	<b>13 186 381</b>

Erläuterungen zu I.) 1. Zuführungen

	2005	2004	2003
Titel 682 01	12 705 000	12 737 000	12 404 000
Titel 682 03	221 000	221 000	192 000
Titel 682 39	15 000	15 000	—
<b>Summe:</b>	<b>12 941 000</b>	<b>12 973 000</b>	<b>12 596 000</b>

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Hochschule für Bildende Künste Braunschweig

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>II. Aufwendungen</b>			
<b>1. Materialaufwand:</b>			
– Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	50 000	135 000	42 783
– Sachaufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmaterial	170 000	170 000	155 892
– Aufwendungen für bezogene Leistungen	—	75 000	—
– Unteraufträge in Drittmittelvorhaben	87 000	5 000	86 076
– Werkverträge	30 000	30 000	22 505
– Wissenschaftliche Dienstleistungen	87 000	5 000	86 290
<b>Summe 1.:</b>	<b>424 000</b>	<b>420 000</b>	<b>393 546</b>
<b>2. Personalaufwand:</b>			
<b>2.1. Löhne und Gehälter</b>			
– Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	3 764 700	4 121 300	3 432 000
– Vergütungen der Angestellten	3 013 300	2 832 300	3 077 600
– Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	341 000	320 000	267 550
– Sonstige Vergütungen	300 000	280 000	418 350
<b>Summe 2.1.:</b>	<b>7 419 000</b>	<b>7 553 600</b>	<b>7 195 500</b>
<b>2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung</b>			
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Angestellte	676 400	635 000	711 200
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter	75 000	73 000	59 600
– Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	1 182 400	1 039 700	1 191 200
– Zuführung zum Sondervermögen Nds. Versorgungsrücklage	20 000	20 000	19 100
– Emeritenbezüge	60 000	—	—
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarung VBL	210 000	225 000	186 600
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	20 000	19 800	18 800
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund betrieblicher Vereinbarungen VBL – Sanierungsgeld	65 000	183 300	63 600
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	—	—	—
– Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	140 000	144 500	138 860
– Beihilfen für Angestellte	1 000	—	905
– Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	800	—	90
– Trennungsgeld	7 600	7 600	1 063
– Beiträge zur Berufsgenossenschaft (LUK)	20 000	17 500	9 400
<b>Summe 2.2.:</b>	<b>2 478 200</b>	<b>2 365 400</b>	<b>2 400 418</b>
<b>Summe 2.:</b>	<b>9 897 200</b>	<b>9 919 000</b>	<b>9 595 918</b>
<b>3. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen:</b>			
– Immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	—
– Grundstücke und Bauten	—	—	—
– Technische Anlagen und Maschinen	—	—	—
– Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—	—
<b>Summe 3.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:</b>			
<b>4.1. Bewirtschaftung und Instandhaltung</b>			
– Aufwendungen für Instandhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude und Anlagen	75 000	—	75 770
– Bauunterhaltung	221 000	221 000	196 000
– Aufwendungen für Wartung	60 000	78 000	55 800
– Außenanlage	—	3 000	—
– Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Entsorgung			
– Energie	105 000	135 000	102 200
– Heizung	170 000	175 000	165 600
– Wasser und Abwasser	30 000	58 000	24 000
– Entsorgung	25 000	47 000	20 760
– Aufwendungen für Reparatur- und Instandhaltungsmaterial	—	—	—
– Bauunterhaltung	30 000	20 000	21 860
– Sonstige	15 000	30 000	10 530
– Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten			
– Mieten, Pachten, Erbbauzins	1 450 000	1 384 000	1 446 700
– Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	75 000	75 000	73 730
– Gebühren für die Bezügeberechnung	65 000	60 000	63 160
– Fremdreinigung	183 000	183 000	180 330
– Betriebs-, Amtsarzt und Arbeitssicherheit	5 000	5 000	2 500
– Sonstige Fremdleistungen	—	—	—
<b>Summe 4.1.:</b>	<b>2 509 000</b>	<b>2 474 000</b>	<b>2 438 940</b>

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Hochschule für Bildende Künste Braunschweig

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>noch II. Aufwendungen</b>			
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
– Aufwendungen für EDV, Büromaterial und Drucksachen	124 300	75 000	124 981
– Aufwendungen für Kommunikation	—	1 000	—
– Telefon, Telefax und andere Postdienstnetze	120 000	125 000	118 800
– Reisekosten	40 000	33 000	40 800
– Porto	42 000	40 000	41 400
– Öffentlichkeitsarbeit	50 000	50 000	38 200
– Gästebewirtung und Repräsentation	5 000	2 000	12 995
<b>Summe 4.2.:</b>	<b>381 300</b>	<b>326 000</b>	<b>377 176</b>
4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
– Vergütungen für Lehraufträge	95 000	95 000	117 500
– Vergütungen für Gastvorträge und Gastprofessuren	42 000	42 000	132 980
– Fort- und Weiterbildung	20 000	16 500	27 970
– übrige Personalkosten	20 000	31 500	18 990
<b>Summe 4.3.:</b>	<b>177 000</b>	<b>185 000</b>	<b>297 440</b>
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
– Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	—	—	—
– Schadensersatzleistungen	—	—	—
– Abschreibungen auf Forderungen	—	—	1 575
– Periodenfremde Aufwendungen	—	—	23 385
– Sicherung der Gebäude	25 000	35 000	20 610
– Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	140 000	140 000	135 370
– Aufwendungen für Mitgliedschaften	7 000	7 000	6 512
<b>Summe 4.4.:</b>	<b>172 000</b>	<b>182 000</b>	<b>187 452</b>
<b>Summe 4.:</b>	<b>3 239 300</b>	<b>3 167 000</b>	<b>3 301 008</b>
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	—	—	—
<b>Summe 5.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>310</b>
<b>Summe II.:</b>	<b>13 560 500</b>	<b>13 506 000</b>	<b>13 290 772</b>
<b>III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b> (Summe I. ./ Summe II.)	<b>6 500</b>	<b>2 000</b>	<b>–104 391</b>
<b>IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen</b>			
1. Außerordentliche Erträge:	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
2. Außerordentliche Aufwendungen:	—	—	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>V. Außerordentliches Ergebnis</b> (Außerordentliche Erträge ./ Außerordentliche Aufwendungen)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>VI. Steuern</b>			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
– Körperschaftsteuer	—	—	—
– Gewerbesteuer	—	—	—
– Kapitalertragsteuer	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
2. Sonstige Steuern:			
– Kraftfahrzeugsteuer	600	100	45
– Grundsteuer	—	—	—
– sonstige Steuern	5 900	1 900	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>6 500</b>	<b>2 000</b>	<b>45</b>
<b>VII. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b> (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./ Steuern)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>–104 436</b>

**Bewirtschaftungsvermerke:**

---

Personalaufwendungen

1. Die finanzielle Obergrenze nach § 49 Abs. 1 Nr. 3 NHG beträgt für das Geschäftsjahr 2005 4 143 000 EUR.
2. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen 1 076 100 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Erfolgsplanansätze 1 056 100 EUR – Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten – 20 000 EUR – Beiträge zur Berufsgenossenschaft-Landesunfallkasse –).
3. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen 1 112 000 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Nutzungsentgelte an den Landesliegenschaftsfonds).
4. Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
5. Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als einmalige oder laufende Leistung eigener Art gewährt werden.
6. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes.  
Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
7. Die Zuführung für laufenden Zwecke verringert sich um den Gegenwert folgender Stellen:

1 Verg.-Gr. III BAT – Verwaltungsdienst –	zum 31. 12. 2005
1 Verg.-Gr. IV a BAT – Verwaltungsdienst –	zum 31. 12. 2005
1 Verg.-Gr. V c BAT – Verwaltungsdienst –	zum 31. 12. 2005

infolge Zielvereinbarung (Projekt Uni 2001).



**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0623 Hochschule für Musik und Theater Hannover**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
121 02-6	135	Ablieferungen des Landesbetriebs		-	-	-	-
121 03-4	135	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		189	116	+73	82
121 04-2	135	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender		10	27	-17	51
121 06-9	135	Ablieferungen im Rahmen der Schlussabrechnungen für Großgeräte		-	-	-	-
381 01-0	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		-	-	-	-
<b>AUSGABEN</b>							
682 01-0	135	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 682 03 und 891 01.</i> <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.</i> <i>Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.</i>	-	16.907	17.338	-431	15.935
682 03-6	135	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulaasten 682 01.</i> <i>*** 1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.</i> <i>2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.</i>	-	336	336	-	192
682 39-7	135	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	-	-	-	-	-
891 01-8	135	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulaasten 682 01.</i> <i>*** 1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.</i> <i>2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.</i>	-	209	212	-3	218
<b>Abschluss Kapitel 0623</b>							
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		199	143	+56	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		-	-	-	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		199	143	+56	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	-	17.243	17.674	-431	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	-	209	212	-3	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	-	17.452	17.886	-434	
		<b>Zuschuss</b>		17.253	17.743	-490	

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 0623**

**Erläuterungsteil I (Allgemeiner Erläuterungsteil)**

**Rechts- und Organisationsgrundlagen**

Das Niedersächsische Hochschulgesetz sowie das Hochschulrahmengesetz. Die Grundordnung der Hochschule für Musik und Theater Hannover in der dem MWK vorliegenden aktuellsten Fassung

Die Hochschule für Musik und Theater Hannover ist ein Landesbetrieb gem. §26 LHO.

**Organisationsstruktur und Budgetplan**

Die Hochschule für Musik und Theater Hannover (HMTH) ist eine künstlerisch-wissenschaftliche Hochschule mit Promotions- und Habilitationsrecht. An ihr werden derzeit rd.1.100 Studierende in 20 Studiengängen zu Musikern, Schauspielern, Musiklehrern sowie Musik- und Medienwissenschaftlern ausgebildet. Die Gebäude der HMTH verteilen sich auf die Standorte Emmichplatz (Hauptgebäude), Hohenzollernstrasse 47, Schiffgraben 48 und Bismarckstrasse 2.

Die HMTH bietet alle klassischen Studiengänge einer Musikhochschule an, der Schwerpunkt liegt auf der Ausbildung in den Bereichen Musikerziehung, Künstlerische Ausbildung, Soloausbildung, Schulmusik und Theater. Die Fächer Gesang, Musiktheorie/Komposition, Dirigieren sowie Jazz/Rock/Pop können auch als Hauptfach für das Lehramt Musik an Gymnasien studiert werden. Die Studienangebote sind in den Bereichen Klavier, Orchesterpraxis und Förderung der Kammermusik besonders ausgeprägt, vor allem in der Künstlerischen Ausbildung und der Musikerziehung. Im Jahr 2000 wurde das Institut zur Frühförderung musikalisch Hochbegabter (IFF) gegründet, an dem seit Wintersemester 2001/2002 hochbegabte Früh-Studierende ausgebildet werden.

Musikwissenschaft, Musikpädagogik und Philosophie werden nicht nur als Ergänzung der klassischen Studiengänge einer Musikhochschule (s.o.), sondern auch als eigenständige Magister- bzw. Promotionsaufbaustudiengänge angeboten. Außerdem besteht seit 1991 der Studiengang Medienmanagement und seit 2001 der Studiengang "Multimediale Kommunikation".

Der Berufseinstieg wird auch durch vielfältige Kooperationen der HMTH wie z.B. mit den Städten Hannover, Hildesheim, Goslar und Nordhorn erleichtert. Mit dem Schauspielhaus, der Staatsoper Hannover und der Radio Philharmonie des NDR besteht eine enge Zusammenarbeit. Sowohl das Sinfonieorchester als auch die Bigband der Hochschule sind weit über die Grenzen Hannovers für Qualität und Programmvielfalt bekannt. Mehrere Opernproduktionen je Studienjahr - darunter auch Ur- und Erstaufführungen - bieten die Möglichkeit, die Praxisbedingungen und -anforderungen schon im Studium hautnah kennen zu lernen. Bei nationalen und internationalen Wettbewerben ist die Zahl der Preisträger aus der HMTH jedes Jahr groß. Mit Unterstützung der Wirtschaft und Stiftungen werden Wettbewerbe durchgeführt.

Ein internationaler Erfahrungsaustausch und weitere künstlerische und wissenschaftliche Beziehungen mit verschiedenen deutschen und ausländischen Musikhochschulen bringen zusätzliche Erfahrungen für die Studierenden. Die Hochschule für Musik und Theater Hannover unterhält künstlerische und wissenschaftliche Beziehungen sowie einen internationalen Erfahrungsaustausch mit mehreren in- und ausländischen Musikhochschulen und Universitäten, u.a. in den Niederlanden und in Osteuropa. Ein Studentenaustausch sowie mehrere Kooperationsprojekte vertiefen diese Beziehungen stetig.

Aufgrund der für eine künstlerische Hochschule seltenen Einbindung starker wissenschaftlicher Aktivitäten wird neben der Ausbildung für die künstlerische Praxis auch intensive Forschung betrieben. Dies spiegeln auch die Aktivitäten der Institute der Hochschule wider, die Forschung und Praxis verbinden.

Am 26.11.2001 beschloss der Senat die Gründung des Studienzentrums Weltmusik. Ziel des Zentrums ist die interdisziplinäre Erforschung und die didaktische Aufbereitung des Musiklebens weltweit. Das jüngste Institut an der HMTH ist das Institut für Neue Musik, das sich der Vermittlung neuer und neuester Musik widmen wird. Auf möglichst breiter Basis soll im Rahmen des Instituts praktisch und theoretisch die vielseitige Welt der Neuen Musik erarbeitet und präsentiert werden. Geplant sind regelmäßige Konzerte des Ensembles für Neue Musik, Gastkurse, Seminare, Workshops und vor allem auch ein intensiver Austausch mit anderen Institutionen. Ein jährliches, thematisch gebundenes Festival soll die Arbeit des Instituts krönen.

Die Ursprünge der HMTH bilden die Landesmusikschule und die Hannoversche Schauspielschule, die zum Teil bereits im letzten Jahrhundert existierten. 1950 wurde aus ihnen die Akademie für Musik und Theater, 1973 wurde das Land Niedersachsen Träger der HMT. 1978 erhielt die HMTH den Status einer künstlerisch-wissenschaftlichen Hochschule. Das Hauptgebäude der Hochschule wurde 1972 gebaut und galt damals als eines der modernsten Gebäude, das eigens für den Zweck einer künstlerischen Hochschule gebaut wurde.

Die HMTH gliedert sich gemäß Ihrer Grundordnung auf der fachlichen Ebene in vier Studienbereiche

- Studienbereich 1 Musik & Theater
- Studienbereich 2 Musikerziehung & Kirchenmusik
- Studienbereich 3 Lehramtsstudiengänge / Wissenschaften
- Studienbereich 4 Kommunikationswissenschaften

- Die HMTH führt ferner sieben Institute
- Institut für Musikphysiologie und Musiker-Medizin,
  - Institut für Journalistik und Kommunikationsforschung,
  - Institut für Musikpädagogische Forschung,
  - Institut zur Früh-Förderung musikalisch Hochbegabter,
  - Institut für Neue Musik
  - Europäisches Zentrum für Jüdische Musik
  - Studienzentrum Weltmusik

Die Hochschule budgetiert derzeit zum überwiegenden Teil auf zentraler Ebene. Seit 2002 werden ausgewählte Bereiche in Lehre, Forschung und mit Beginn des Jahres 2005 Verwaltung und Hochschulbibliothek dezentral budgetiert. Hierzu wurden innerhalb eines Budgetplans im Bereich Lehre zunächst zwischen 22, im Bereich Forschung zwischen fünf und im Bereich Verwaltung/Hochschulbibliothek zwischen neun Budgetträgern (einschließlich Frauen- und Gleichstellungsbüro) unterschieden.

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Noch zu Kapitel 0623**

**Zielsetzung**

Allgemeine Ziele :

Allgemeine Ziele: gemäß Hochschulentwicklungsplanung sowie Ziel- und Leistungsvereinbarung laut § 1 Abs. 3 NHG

Bestands- und Entwicklungsziele: gemäß Hochschulentwicklungsplanung sowie Ziel- und Leistungsvereinbarung laut § 1 Abs. 3 NHG

**ERLÄUTERUNGEN**

Noch zu Kapitel 0623

**Erläuterungsteil II (Erläuterungsteil zum Produkthaushalt)**

**Budgetierungsmodell**

Die Budgetierung richtet sich nach dem Hochschuloptimierungskonzept (HOK) und nach den Festlegungen der Zielvereinbarung.

**Finanzierungsbedarf zum Produkthaushalt**

Produkte	Kapazität vor Schwund (Soll) WS 04/05 + SS 2005	Studierende in der RZ (Soll) WS04/05 SS 2005	Absolventen (Soll 2005) WS 04/05 + SS 2005	Gesamtkosten je Fächergruppe aus KLAR (Soll 2005)	Kapazität vor Schwund (Ist 2003) WS 02/03 + SS 2003	Studierende in der RZ (Ist 2003) WS 02/03 + SS 2003	Absolventen (Ist 2003) WS 02/03 + SS 2003	Gesamtkosten je Fächergruppe aus KLAR (Ist 2003)
<b>Lehre (nach Fächergruppen)</b>								
Kunst/Gestaltung/Musik	220	990	180	14.200.000	220	992	173	13.210.996
<b>Weiterbildung gem. § 12 NHG (alt)</b>								
Weiterbildungs-Studiengänge	78	130	40	1.510.000	62	136	36	1.402.917
Sonstige Weiterbildung				130.000				106.041
<b>Gesamtsumme</b>	<b>298</b>	<b>1.120</b>	<b>220</b>	<b>15.840.000</b>	<b>282</b>	<b>1.128</b>	<b>209</b>	<b>14.719.924</b>

Produkte	Grundaussstattung 2005	Sondermittel 2005	Drittmittel 2005	Gesamtkosten gem. KLR 2005	Grundaussstattung 2003	Sondermittel 2003	Drittmittel 2003	Gesamtkosten gem. KLR 2003
<b>Forschung</b>								
Antragsinduzierte Forschung	250.000	10.000	350.000	610.000	280.509	11.060	588.816	880.385
Auftragsinduzierte Forschung	35.000		20.000	55.000	36.867	0	18.233	55.100
ohne Auftrag (100% eigenfinanziert)	1.310.000			1.310.000	1.235.536	60.573	0	1.296.109
<b>Gesamtsumme</b>	<b>1.595.000</b>	<b>10.000</b>	<b>370.000</b>	<b>1.975.000</b>	<b>1.552.912</b>	<b>71.633</b>	<b>607.049</b>	<b>2.231.594</b>

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0623

Leistungsplan

	Gesamtkosten (aus KLR)	Gesamtkosten (aus KLR)	Finanzierungs- beitrag des Produkthaushalts	Finanzierungs- beitrag des Produkthaushalts
	(Soll) 2005	(Ist) 2003	(Soll) 2005	(Ist) 2003
Lehre	15.710.000	14.613.883	15.190.000	13.943.004
Forschung	1.975.000	2.231.594	1.595.000	1.552.912
Weiterbildung <sup>2)</sup> )	130.000	106.041	60.000	6.233
Externe Dienstleistungen 1)	780.000	760.049	640.000	624.851
<b>Produktsumme</b>	<b>18.595.000</b>	<b>17.711.568</b>	<b>17.485.000</b>	<b>16.127.000</b>
<b>Investitionen</b>				
Zwischen 410 und 5000 Euro im Einzelfall	79.000	66.892	69.000	44.508
Zwischen 5.001 Euro und 24.999 Euro im Einzelfall	70.000	57.124	50.000	42.618
Ab 25.000 Euro m Einzelfall:				
Flügel für den Lehrbereich Jazz/Rock/Pop		25.108		25.108
2 Flügel Steinway Sons O-180		96.206		96.206
2 Flügel Steinway Sons B-211		118.281		118.281
2 Flügel Steinway Sons	112.000		112.000	
1 Flügel „Kawai RX 7“	29.000		29.000	
1 Flügel Bösendorf Mod.225	52.000		52.000	
1 Marimba Phone Yamaha YM 6000 A	16.000		16.000	
Externe Dienstleistungen				
<b>Investitionssumme</b>	<b>358.000</b>	<b>363.610</b>	<b>328.000</b>	<b>326.721</b>
Zuschüsse an die Versuchswirt- schaften (Haushaltsausgleichs- summe)				
<b>Gesamtsumme</b>	<b>358.000</b>	<b>363.610</b>	<b>328.000</b>	<b>326.721</b>

1) einschließlich Veranstaltungswesen

2) einschließlich des durch EU- und Bundesmittel zusätzlich finanzierte Angebot innerhalb des Pop-Instituts der HMTH

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Noch zu Kapitel 0623**

**Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen**

**Erläuterungen**

Die abgebildeten Daten zu den Produkten und Kennzahlen sind vorläufiger Natur, da sich die KLR an der HMTH noch im Aufbau befindet.

Finanzierungsbeitrag des Produkthaushaltes ohne Sondermittel des MWK

Die Aufwendungen in der Weiterbildung resultieren im wesentlichen aus der laufenden Arbeit in Zusammenhang mit dem Pop-Institut sowie der Gründung einer Europäischen Quartett-Akademie.

Trotz des Umstandes, dass die HMTH eine künstlerische Hochschule ist, gelingt es der HMTH in wachsendem Maße Forschungsaktivitäten an der Hochschule zu etablieren. Neben der DFG konnten in jüngerer Vergangenheit das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen sowie die Europäische Kommission als Drittmittelgeber für Forschungsvorhaben auf dem Feld der Medienwissenschaften gewonnen werden. In dem EU-Projekt "Measurement, Effects, Conditions" kommt dem an der HMTH angesiedelten Institut für Journalistik und Kommunikationsforschung Koordinatorenfunktion zu. In 2003 konnte ein weiteres Drittmittelprojekt erheblichen Umfangs für die HMTH im Bereich Musikwissenschaft / Musikethnologie unter Finanzierung der VW-Stiftung eingeworben werden.

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0623**

**Produktbezogene Kennzahlen**

<b>Lehre und Studium gem. aml. Statistik</b>	<b>Zeitraum: WS 2002/03 + SS 2003</b>				
Studienanfänger, 1. HS-Semester	210				
Studienanfänger, 1. Fachsemester	271				
Ordentliche Studierende	1.280 (WS 2003/03)				
Frauenanteil	742 (58,0 %)				
Anteil ausländischer Studierender	322 (25,1%)				
Bildungsinländer	958				
Absolvent(inn)en pro Jahr	221				
Grundständiges Studium	183				
Frauenanteil	101 (45,7%)				
weiterführendes Studium	38				
Frauenanteil	15 (39,5%)				
<b>Forschung und Nachwuchsförderung</b>	<b>Stichtag: 01.01.2004</b>				
Sonderforschungsbereiche	0				
davon mit Sprecherfunktion	0				
Forschungszentren/ -schwerpunkte	0				
EU-Projekte mit Koordinatorenfunktion	1				
Graduiertenkollegs	0				
Promotionen 2003	3				
davon Frauenanteil	2 (66,6 %)				
<b>Personal</b>	<b>Stichtag: 31.12.2003</b>				
insgesamt	231				
Nichtwissenschaftl. Personal	73				
darunter Teilzeitbeschäftigte	28 (38,4 %)				
Wissenschaftl. Personal	64				
darunter Teilzeitbeschäftigte	38 (59,7 %)				
Professoren 1)	94				
davon Frauenanteil	20 (21,3%)				
Stellen für Professoren	99				
Neuberufungen	5				

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0623**

davon Frauenanteil	-				
<b>Flächen</b>	<b>Stichtag 31.12.2003:</b>				
Hauptnutzfläche (brutto)	13.669				
Kapazitätsrelevante HNF	11.677				

1.) einschließlich einer Leerstelle und einer Hochschuldozentur

Die Hochschule für Musik und Theater wird seit dem 01.01.2001 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei Titel 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage beigelegt.



**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0623**

**Zu 682 01**

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Auf Nutzungsentgelte entfallen 1.499.000 EUR.

unverbindliche Erläuterung:

Aufgrund der 1997 üpl. bewilligten Verpflichtungsermächtigung für die Anmietung von Räumen:

Belastung 2005

der Haus- halts-jahre	durch die bis 2003 üpl. in Anspruch genommene VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausge- brachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausge- brachte VE in 1000 EUR	Gesamtbe- lastung
2005	99			99
2006	99			99
2007	99			99
2008 ff	297			297
Summe	693			693

**Zu 682 03**

Auf die im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke wird verwiesen.

**Zu 891 01**

Auf die im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke wird verwiesen.

unverbindliche Erläuterung:

	2005 in 1000 EUR
1. Ersatzbeschaffungen:	
2 Flügel Steinway & Sons	112
1 Flügel Kawai RX 7	29
1 Flügel Bösendorf Mod. 225	52
1 Marimba Phone Yamaha YM 6000A	16
<b>Zusammen :</b>	<b>209</b>



**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb  
Hochschule für Musik und Theater Hannover**  
für das Geschäftsjahr 2005

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der gemäß § 26 LHO vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Betriebsanweisung für die Hochschulen in staatlicher Trägerschaft des Landes Niedersachsen vom 23. Juli 2003.

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Hochschule für Musik und Theater Hannover

### A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Finanzbedarf</b>			
1. Investitionen gemäß VV-HNds (ZR-GPL):			
– Bebaute Grundstücke	—	—	—
– Unbebaute Grundstücke	—	—	—
– Gebäude	—	—	—
– Maschinen und Anlagen	209 000	212 000	281 860
– Fahrzeuge	—	—	—
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>209 000</b>	<b>212 000</b>	<b>281 860</b>
2. Sonstige Investitionen <sup>3)</sup> :			
– Immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	—
– Gebäude	—	—	—
– Maschinen und Anlagen	—	—	—
– Fahrzeuge	—	—	—
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
– Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	—	—	—
– Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)	—	—	—
– Ablieferung an den Landeshaushalt	—	—	—
– Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)	—	—	—
<b>Summe 3.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
4. Positiver Überleitungsbetrag (Anlage 4):	—	—	327 096
<b>Summe I.:</b>	<b>209 000</b>	<b>212 000</b>	<b>281 860</b>
<b>II. Deckungsmittel</b>			
1. Deckungsmittel:			
– Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	—	—	—
– Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z. B. eingehende Zahlungen für Forderungen)	—	—	—
– noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren	—	—	25 011
– Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	—	—	38 849
– Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
– aus Fachkapitel	209 000	212 000	218 000
– aus Sondermitteln	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>209 000</b>	<b>212 000</b>	<b>281 860</b>
2. Negativer Überleitungsbetrag (Anlage 4):	—	—	—
<b>Summe II.:</b>	<b>209 000</b>	<b>212 000</b>	<b>281 860</b>

<sup>3)</sup> Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26, die keine Investitionen i. S. der VV-HNds (ZR-GPI) sind.

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Hochschule für Musik und Theater Hannover

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Erträge</b>			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke			
– aus Fachkapitel	17 243 000	17 674 000	16 127 000
– aus Sondermitteln	—	—	650 617
<b>Summe 1.:</b>	<b>17 243 000</b>	<b>17 674 000</b>	<b>16 777 617</b>
2. Umsatzerlöse, Zuweisungen, Zuschüsse:			
– Zuweisungen und Zuschüsse von anderen Zuschussgebern	—	—	113 871
– Erträge aus Entgelten für Forschungs- und ähnliche Aufträge	—	—	26 000
– Erträge aus Gutachten und sonstigen Entgelten	—	—	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>139 871</b>
3. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	—	—	—
<b>Summe 3.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
4. Andere aktivierte Eigenleistungen:	—	—	—
<b>Summe 4.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
5. Sonstige betriebliche Erträge:			
– Erstattung von Personalaufwendungen	—	—	67 673
– Maßnahmen im Zusammenhang mit Forschung, Lehre, Weiterbildung	—	—	200 658
– Erlöse aus Nebenbetrieben	—	—	1 259
– Betreuung von Studierenden	—	—	399
– Gebühren und gebührenähnliche Erträge	—	—	2 099
– Nebenerlöse aus Vermietung und Verpachtung	—	—	3 594
– Spenden	—	—	44 469
– Erträge aus Schadensersatzleistungen	—	—	8 289
– Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	—	—	957
– Auflösung von Rückstellungen	—	—	–59 876
– Periodenfremde Erträge	—	—	50
– Übrige Erträge	—	—	18 377
<b>Summe 5.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>287 988</b>
6. Zinserträge und ähnliche Erträge:	—	—	221
<b>Summe 6.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>221</b>
<b>Summe I.:</b>	<b>17 243 000</b>	<b>17 674 000</b>	<b>17 205 697</b>

Erläuterungen zu I.) Zuführungen

	2005	2004	2003
Titel 682 01	16 907 000	17 338 000	16 075 000
Titel 682 03	336 000	336 000	192 000
Titel 682 39	—	—	—
<b>Summe:</b>	<b>17 243 000</b>	<b>17 674 000</b>	<b>16 267 000</b>

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Hochschule für Musik und Theater Hannover

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>II. Aufwendungen</b>			
1. Materialaufwand:		771 000	
– Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	180 000	—	181 259
– Sachaufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmaterial	200 000	—	210 967
– Aufwendungen für bezogene Leistungen	—	—	—
– Unteraufträge in Drittmittelvorhaben	—	—	—
– Werkverträge	50 000	—	109 264
– Wissenschaftliche Dienstleistungen	—	—	2 943
<b>Summe 1.:</b>	<b>430 000</b>	<b>771 000</b>	<b>505 350</b>
2. Personalaufwand:		12 500 000	
2.1. Löhne und Gehälter			
– Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	6 461 200	—	5 753 926
– Vergütungen der Angestellten	3 500 000	—	3 830 262
– Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	200 000	—	194 118
– Sonstige Vergütungen	319 200	—	179 523
<b>Summe 2.1.:</b>	<b>10 480 400</b>	<b>12 500 000</b>	<b>9 957 829</b>
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Angestellte	706 300	268 000	796 305
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter	50 000	—	42 901
– Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	1 649 400	2 237 200	1 728 484
– Zuführung zum Sondervermögen Nds. Versorgungsrücklage	35 000	31 000	31 046
– Emeritenbezüge	—	—	—
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund tarifvertraglicher Leistungen	113 000	—	198 082
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	90 000	—	124 397
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	50 000	—	44 988
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	—	—	—
– Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	226 800	240 000	158 099
– Beihilfen für Angestellte	—	—	—
– Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—
– Trennungsgeld	—	—	—
– Beiträge zur Berufsgenossenschaft (LUK)	29 900	23 800	13 285
<b>Summe 2.2.:</b>	<b>2 950 400</b>	<b>2 800 000</b>	<b>3 140 939</b>
<b>Summe 2.:</b>	<b>13 430 800</b>	<b>15 300 000</b>	<b>13 098 768</b>
3. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen:			
– Immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	28 616
– Grundstücke und Bauten	—	—	—
– Technische Anlagen und Maschinen	—	—	286 489
– Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—	250 798
<b>Summe 3.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>565 903</b>
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:		1 548 000	
4.1. Bewirtschaftung und Instandhaltung			
– Aufwendungen für Instandhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude und Anlagen			
– Bauunterhaltung	336 000	—	152 043
– Aufwendungen für Wartung	—	—	174 210
– Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Entsorgung	160 000	—	—
– Energie	—	—	68 266
– Heizung	—	—	71 431
– Wasser und Abwasser	—	—	23 518
– Entsorgung	—	—	—
– Aufwendungen für Reparatur- und Instandhaltungsmaterial	70 000	—	—
– Bauunterhaltung	—	—	18 767
– Sonstige	—	—	49 418
– Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	—	—	1 115 848
– Mieten, Pachten, Erbbauzins	1 499 000	—	797
– Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	55 000	—	55 527
– Gebühren für die Fremdreinigung	150 000	—	136 138
– Betriebs-, Amtsarzt und Arbeitssicherheit	—	—	3 093
– sonstige Fremdleistungen	—	—	—
<b>Summe 4.1.:</b>	<b>2 270 000</b>	<b>1 548 000</b>	<b>1 869 056</b>

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Hochschule für Musik und Theater Hannover

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>noch II. Aufwendungen</b>			
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
– Aufwendungen für EDV, Büromaterial und Drucksachen	50 000	15 000	107 426
– Aufwendungen für Kommunikation	—	—	—
– Telefon, Telefax und andere Postdienstnetze	50 000	—	50 567
– Reisekosten	70 000	—	66 162
– Porto	50 000	—	47 408
– Öffentlichkeitsarbeit	22 200	—	23 869
– Gästebewirtung und Repräsentation	10 000	—	24 876
<b>Summe 4.2.:</b>	<b>252 200</b>	<b>15 000</b>	<b>320 308</b>
4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
– Vergütungen für Lehraufträge	700 000	—	1 119 083
– Vergütungen für Gastvorträge und Gastprofessuren	100 000	—	92 792
– Fort- und Weiterbildung	10 000	—	17 577
– übrige Personalkosten	50 000	10 000	88 083
<b>Summe 4.3.:</b>	<b>860 000</b>	<b>10 000</b>	<b>1 317 534</b>
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen		30 000	
– Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	—	—	—
– Schadensersatzleistungen	—	—	—
– Abschreibungen auf Forderungen	—	—	—
– Periodenfremde Aufwendungen	—	—	—
– Sicherung der Gebäude	—	—	—
– Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	—	—	—
– Aufwendungen für Mitgliedschaften	—	—	—
<b>Summe 4.4.:</b>	<b>—</b>	<b>30 000</b>	<b>—</b>
<b>Summe 4.:</b>	<b>3 382 200</b>	<b>1 603 000</b>	<b>3 506 898</b>
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	—	—	—
<b>Summe 5.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>Summe II.:</b>	<b>17 243 000</b>	<b>17 674 000</b>	<b>17 676 919</b>
<b>III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b> (Summe I. ./ Summe II.)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>-471 222</b>
<b>IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen</b>			
1. Außerordentliche Erträge:	—	—	181 526
<b>Summe 1.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>181 526</b>
2. Außerordentliche Aufwendungen:	—	—	300
<b>Summe 2.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>300</b>
<b>V. Außerordentliches Ergebnis</b> (Außerordentliche Erträge ./ Außerordentliche Aufwendungen)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>181 226</b>
<b>VI. Steuern</b>			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
– Körperschaftsteuer	—	—	—
– Gewerbesteuer	—	—	—
– Kapitalertragsteuer	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
2. Sonstige Steuern:			
– Kraftfahrzeugsteuer	—	—	401
– Grundsteuer	—	—	329
<b>Summe 2.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>730</b>
<b>VII. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b> (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./ Steuern)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>-290 726</b>

**Bewirtschaftungsvermerke:**

---

Personalaufwendungen

1. Die finanzielle Obergrenze nach § 49 Abs. 1 Nr. 3 NHG beträgt für das Geschäftsjahr 2005 6 074 000 EUR.
2. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen in 2005 1 679 300 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden. (Erfolgsplanansätze: 1 649 400 EUR Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten, 29 900 EUR Beiträge zur Berufsgenossenschaft-Landesunfallkasse).
3. Von dem Ansatz dürfen 1 499 000 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Nutzungsentgelte an den Landesliegendenschaftsfonds).
4. Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als einmalige oder laufende Leistung eigener Art gewährt werden.
5. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes.  
Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
6. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Gegenwert folgender Stellen:  
1 Verg.-Gr. III BAT – Verwaltungsdienst – zum 31. 12. 2005  
1 Verg.-Gr. IV a BAT – Verwaltungsdienst – zum 31. 12. 2005  
1 Verg.-Gr. V c BAT – Verwaltungsdienst – zum 31. 12. 2005  
infolge Zielvereinbarung (Projekt Pro Uni 2001).



**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0629 Stiftung Universität Hildesheim**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
121 02-8	131	Ablieferungen des Landesbetriebs		-	-	-	-
121 03-6	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		-	-	-	361
121 04-4	135	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender		-	-	-	-
129 01-0	131	Ablieferungen der Stiftung		-	-	-	-
129 02-9	131	Ablieferungen der Stiftung für Studiengebühren Langzeitstudierender		26	216	-190	132
381 10-0	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		-	-	-	-
<b>AUSGABEN</b>							
682 01-1	131	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes	-	-	-	-	-
682 03-8	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen	-	-	-	-	-
682 39-9	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	-	-	-	-	-
685 01-0	131	Zuschüsse für laufende Zwecke der Stiftung Übertragbar. <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 894 01.</i> <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die Erläuterungen zum Gesamtvolumen für aus Landesmitteln finanziertes Personal und zur Kreditlinie der Stiftung verbindlich.</i>	87 87	22.392	21.149	+1.243	-
891 01-0	131	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs	-	-	-	-	-
894 01-9	131	Zuschüsse für Investitionen der Stiftung <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulaasten 685 01.</i>	-	188	181	+7	-
<b>Abschluss Kapitel 0629</b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				26	216	-190	
3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				-	-	-	
<b>Summe der Einnahmen</b>				26	216	-190	
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				87	22.392	+1.243	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen				87	188	+7	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>				87 87	22.580	+1.250	
<b>Zuschuss</b>					22.554	+1.440	

---

ERLÄUTERUNGEN

---

**Zu Kapitel 0629**

**Erläuterungsteil I (Allgemeiner Erläuterungsteil)**

**Rechts- und Organisationsgrundlagen**

Die Universität Hildesheim befindet sich in der Trägerschaft einer rechtsfähigen Stiftung des öffentlichen Rechts (§55 NHG).

**Organisationsstruktur und Budgetplan**

Die Universität Hildesheim hat drei Fachbereiche mit insgesamt zehn grundständigen Studiengängen, sowie fünf weiterbildenden Studiengängen.

**Fachbereiche:**

Erziehungs- und Sozialwissenschaften  
Kulturwissenschaften und Ästhetische Kommunikation  
Informations- und Kommunikationswissenschaften

**Zielsetzung**

Leitbild und Entwicklungsplanung der Universität Hildesheim basieren auf zwei Konzepten: **Profiluniversität** und **Stiftungsuniversität**. Sie bestimmen die strategischen Zielsetzungen.

Als **Profiluniversität** pflegt die Hochschule drei wissenschaftliche Kernbereiche: Bildungswissenschaften, Kulturwissenschaften sowie Informations- und Kommunikationswissenschaften.

Als **Stiftungsuniversität** setzt sich die Hochschule intensiv für eine engere Verbindung mit der Bürgergesellschaft, für eine stärkere lokale und regionale Vernetzung und für ertragreiche Kooperationen mit der Wirtschaft ein.

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0629

Erläuterungsteil II (Erläuterungsteil zum Produkthaushalt)

Budgetierungsmodell

Nach § 56 NHG werden die zur Erfüllung des Stiftungszweckes notwendigen Mittel bestritten aus:

1. einer jährlichen Finanzhilfe des Landes
2. den Erträgen des Vermögens
3. Spenden und sonstigen Zuwendungen Dritter
4. Mitteln des Hochschulbauförderungsgesetzes
5. Mitteln aus zentralen Förderprogrammen sowie
6. Zuschüssen für bauliche Investitionen.

Die jährliche Finanzhilfe nach Satz 1 Nr. 1 umfasst Aufwendungen insbesondere für folgende Aufgaben und Bereiche:

1. Lehrangebot,
2. Grundausrüstung Forschung,
3. fachliche Schwerpunkte und Sonderausgaben,
4. wissenschaftlicher Nachwuchs,
5. Erfüllung des Gleichstellungsauftrags,
6. Bauunterhaltung.

Die Finanzhilfe wird nach den in der Zielvereinbarung (§ 1 Abs. 3 NHG) festgelegten Entwicklungs- und Leistungszielen bemessen, deren Erreichung nachzuweisen ist. Die Höhe der Finanzhilfe soll bei der Fortschreibung der Zielvereinbarung die Erreichung der Entwicklungs- und Finanzziele berücksichtigen.

Finanzierungsbedarf zum Produkthaushalt

Produkte	Kapazität vor Schwund (Soll) WS 04/05 + SS 2005	Studierende in der RZ (Soll) WS 04/05 SS 2005	Absolventen (Soll 2005) WS 04/05 + SS 2005	Gesamtkosten je Fächergruppe aus KLR (Soll 2005)	Kapazität vor Schwund (Ist 2003) WS 02/03 + SS 2003	Studierende in der RZ (Ist 2003) WS 02/03 SS 2003	Absolventen (Ist 2003) WS 02/03 + SS 2003	Gesamtkosten je Fächergruppe aus KLR (Ist 2003)
<b>Lehre (nach Fächergruppen)</b>								
Sprach-, Kulturwissenschaften	598,94	6.240	460	13.965.550	590,22	5.642	444	13.724.629
Mathematik, Naturwissenschaften	45	360	20	1.050.000	30	321	5	722.348
<b>Weiterbildung gem. § 12 NHG (alt)</b>								
Weiterbildungsstudiengänge	54,00	218	60	1.400.000	66,36	254	77	1.343.000
Sonstige Weiterbildung								
<b>Gesamtsumme</b>	<b>697,94</b>	<b>6.818</b>	<b>540</b>	<b>16.415.550</b>	<b>686,58</b>	<b>6.217</b>	<b>526</b>	<b>15.789.977</b>

Produkte	Grundausrüstung 2005	Sondermittel 2005	Drittmittel 2005	Gesamtkosten gem. KLR 2005	Grundausrüstung 2003	Sondermittel 2003	Drittmittel 2003	Gesamtkosten gem. KLR 2003
<b>Forschung</b>								
Antragsinduzierte Forschung	85.000	900.000	1.100.000	2.085.000	84.792,80	1.009.903	983.164	2.077.864,80
Auftragsinduzierte Forschung	0	0	300.000	300.000	0	0	250.064	250.064,00
ohne Auftrag (100% eigenfinanziert)	7.899.450	0	0	7.899.450	7.567.099,20	0	0	7.567.094,20
<b>Gesamtsumme</b>	<b>7.984.450</b>	<b>900.000</b>	<b>1.400.000</b>	<b>10.284.450</b>	<b>7.651.892</b>	<b>1.009.903</b>	<b>1.233.228</b>	<b>9.895.023</b>

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0629  
Leistungsplan**

	<b>Gesamtkosten (aus KLR)</b>	<b>Gesamtkosten (aus KLR)</b>	<b>Finanzierungs- beitrag des Produkthaushalts</b>	<b>Finanzierungs- beitrag des Produkthaushalts</b>
	<b>(Soll) 2005</b>	<b>(Ist) 2003</b>	<b>(Soll) 2005</b>	<b>(Ist) 2003</b>
Lehre	15.015.550	14.446.977		
Forschung	10.284.450	9.895.023		
Weiterbildung	1.400.000	1.343.000		
Externe Dienstleistungen	150.000	110.000		
<b>Produktsumme</b>	<b>26.850.000</b>	<b>25.795.000</b>		
<b>Investitionen</b>				
Bis zu 25000 Euro im Einzelfall	375.000	352.700		
Ab 25.000 bis 150.000 Euro	100.000	0		
Ab 150.000 Euro (HBFG)	0	0		
Externe Dienstleistungen				
<b>Investitionssumme</b>	<b>375.000</b>	<b>352.700</b>		
Zuschüsse an die Versuchswirtschaften (Haus- haltsausgleichssumme)				
<b>Gesamtsumme</b>				

**Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen  
Erläuterungen**

Die abgebildeten Daten zu den Produkten und Kennzahlen sind vorläufiger Natur, weil die KLR sich noch im Aufbau befindet.

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0629**

**Produktbezogene Kennzahlen**

**Lehre und Studium gem. aml. Statistik**

**Zeitraum:**  
**WS 2002/03 +**  
**SS 2003**

Studienanfänger, 1. HS-Semester	WS 582 SS 30
Studienanfänger, 1. Fachsemester	WS 762 SS 21
Ordentliche Studierende	WS 3.794 SS 3.625
Frauenanteil	WS 2.640 SS 2.778
Anteil ausländischer Studierender	WS 265 SS 247
Bildungsinländer	WS 30 SS 28
Absolvent(inn)en pro Jahr	526
Grundständiges Studium	449
Frauenanteil	372
weiterführendes Studium	77
Frauenanteil	53

**Forschung und Nachwuchsförderung**

**Stichtag:**  
**01.01.2004**

Sonderforschungsbereiche	0
davon mit Sprecherfunktion	0
Forschungszentren/ - schwerpunkte	CeBU/ZIF
EU -Projekte mit Koordinatorenfunktion	0
Graduiertenkollegs	0
Promotionen	12
davon Frauenanteil	6

**Personal**

**Stichtag:**  
**31.12.2003**

insgesamt	417
Nichtwissenschaftl. Personal	204
darunter Teilzeitbeschäftigt	108
Wissenschaftl. Personal	213
darunter Teilzeitbeschäftigt	52
Professoren	45
davon Frauenanteil	10
Stellen für Professoren	52
Neuberufungen	2
davon Frauenanteil	1

**Flächen**

**Stichtag:**  
**31.12.2003:**

Hauptnutzfläche (brutto)	24.624 m <sup>2</sup>
Kapazitätsrelevante HNF	21.717 m <sup>2</sup>

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 685 01**

Das im Rahmen der Bemessung der Finanzhilfe nach § 56 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 NHG ermittelte Gesamtvolumen für aus Landesmitteln finanziertes Personal beläuft sich auf 16.983.400 EUR (davon entfallen auf den Tarifbereich 10.330.200 EUR und auf den Besoldungsbereich 6.653.200 EUR).

Gemäß § 57 Abs. 4 NHG ist die Stiftung ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben Kredite vom Kreditmarkt bis zur Höhe von 2.239.200 EUR aufzunehmen. Bei Kreditaufnahmen über mehrere Haushaltsjahre darf diese Summe nicht überschritten werden. Eine Erhöhung der Finanzhilfe auf Grund der Kreditaufnahme ist ausgeschlossen.

Nicht verbindliche Erläuterungen (einschl. 894 01):

**Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Stiftung Universität Hildesheim**

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
<b>Ausgaben</b>	25.655	22.792	21.628,4
<b>Einnahmen</b>	3.075	1.462	487,0
<b>Fehlbetrag</b>	22.580	21.330	21.141,4

	2004 Tsd. EUR

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch

- a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers
  - b) das Land mit (Finanzhilfe) 22.580
  - c) das Land mit (Sondermittel MWK)
  - d) den Bund mit
  - e) sonstige öffentliche Einrichtungen mit
  - f) Private
- Zusammen 22.580

**Belastung (2005)**

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	87	–	87
2006	–	–	87	87
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	87	87	174

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0630 Stiftung Universität Lüneburg**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
121 02-8	131	Ablieferungen des Landesbetriebs		-	-	-	0
121 03-6	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		-	-	-	-
121 04-4	135	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender		-	-	-	-
129 01-0	131	Ablieferungen der Stiftung		-	-	-	-
129 02-9	131	Ablieferungen der Stiftung für Studiengebühren Langzeitstudierender		14	510	-496	266
381 10-0	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		-	-	-	-
<b>AUSGABEN</b>							
682 01-1	131	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes	-	-	-	-	3
682 03-8	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen	-	-	-	-	-
682 39-9	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	-	-	-	-	-
685 01-0	131	Zuschüsse für laufende Zwecke der Stiftung <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 894 01.</i> <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die Erläuterungen zum Gesamtvolumen für aus Landesmitteln finanziertes Personal und zur Kreditlinie der Stiftung verbindlich.</i>	62 62	25.283	24.914	+369	-
685 02-9	131	Personalverstärkungsmittel	-	-	-	-	-
891 01-0	131	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs	-	-	-	-	-
894 01-9	131	Zuschüsse für Investitionen der Stiftung <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulaufen 685 01.</i>	-	338	316	+22	-
<b>Abschluss Kapitel 0630</b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				14	510	-496	
3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				-	-	-	
<b>Summe der Einnahmen</b>				14	510	-496	
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			62 62	25.283	24.914	+369	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen			-	338	316	+22	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>			62 62	25.621	25.230	+391	
<b>Zuschuss</b>				25.607	24.720	+887	

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 0630**

**Erläuterungsteil I (Allgemeiner Erläuterungsteil)**

**Rechts- und Organisationsgrundlagen**

Das Niedersächsische Hochschulgesetz sowie das Hochschulrahmengesetz. Die Stiftungsverordnung sowie die Grundordnung der Universität Lüneburg.  
Die Universität Lüneburg ist eine Stiftung gemäß § 55 NHG.

**Organisationsstruktur und Budgetplan**

Die Universität Lüneburg hat 4 Fachbereiche mit insgesamt 9 Studiengängen, dies sind im einzelnen:

Erziehungswissenschaften  
Wirtschafts- und Sozialwissenschaften  
Kulturwissenschaften  
Umweltwissenschaften

**Zielsetzung**

Allgemeine Ziele: gemäß Hochschulplanung und Ziel- und Leistungsvereinbarung laut § 1 Abs. 3 NHG.  
Bestands- und Entwicklungsziele: gemäß Hochschulplanung und Ziel- und Leistungsvereinbarung laut § 1 Abs. 3 NHG.  
(s.auch <http://www.uni-lueneburg.de/verwalt/presse/leitbild/inhalt.html>).

Allgemeine strategische Ziele und wichtige Handlungsfelder der Stiftung Universität Lüneburg:

**Qualitätssicherung**

- kontinuierliche Auswertung der Evaluationsergebnisse und Umsetzung der Empfehlungen in Lehre und Forschung sowie Nutzung für die strategische Planung
- Orientierung an internationalen Standards der Qualitätssicherung

**Lehre und Studium, Weiterbildung**

- Laufende Analyse der Studienbedingungen und Anpassung der Curricula an die Bedürfnisse von Teilzeitstudierenden
- Arrondierung und Flexibilisierung des vorhandenen profilbildenden Studienangebots
- Gewährleistung der hohen Nachfrage und der vollen Auslastung der Studiengänge
- Verbesserung der internationalen Kompatibilität der Studiengänge
- Fortsetzung der zeitlich befristeten Ausweitung der Kapazitäten für die Lehrerbildung
- Strukturierung und qualitative Verbesserung der Graduiertenausbildung
- Auswahl und Zulassung Studierender
- Ausbau des Weiterbildungsstudiums innerhalb der vernetzten Studiengangssysteme / Schaffung von Synergien

**Forschung**

- Verbesserung des Forschungsklimas
- Schärfung des Forschungsprofils
- Etablierung von Forschergruppen
- Steigerung des Drittmittelaufkommens

---

ERLÄUTERUNGEN

---

**Noch zu Kapitel 0630  
noch zu Zielsetzung**

**Internationalisierung**

- Umsetzung der Ziele der Bologna-Erklärung zur Schaffung eines Europäischen Hochschulraumes
- Weitere Beteiligung am SOKRATES-Programm
- Ausbau und Konsolidierung der bestehenden internationalen Kooperationen in Forschung und Lehre u.a. mit Schwerpunktsetzung in Mitteleuropa
- Einführung internationaler Studiengänge

**Personalpolitik / Personalentwicklung**

- Weiterentwicklung von Standards für das „Recruiting“ v.a. im akademischen Bereich
- Ausgestaltung der mit dem Professorenbesoldungsreformgesetz gewährten Spielräume
- Personalentwicklung im akademischen und nichtakademischen Bereich
- Verbesserung der Qualifikationsbedingungen des wissenschaftlichen Nachwuchses

**Querschnittsbereiche und Etablierung der Stiftung**

- Integration des Gender Mainstreaming-Ansatzes und Erhöhung des Frauenanteils im wissenschaftlichen Bereich
- Organisationsentwicklung
- Aufbau des Hochschulcontrollings
- Weiterentwicklung des Umweltmanagements
- Etablierung multimedial gestützter Lehr- und Lernformen sowie Verankerung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien in Forschung, Lehre und Verwaltung
- weitere Intensivierung der Kooperation mit der Wirtschaft zur Verbesserung des Austausches in Forschung und Lehre, zur Plazierung der Absolventinnen und Absolventen sowie zur Verbesserung der Ressourcenbasis
- Ausgestaltung der Handlungsspielräume der Stiftung (u.a. Finanzmanagement)
- Steigerung der Einnahmeerzielung u.a. durch Zustiftungen
- Erhöhung der Absolventenbindung

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0630**

**Erläuterungsteil II (Erläuterungsteil zum Produkthaushalt)**

**Budgetierungsmodell**

Nach § 56 NHG werden die zur Erfüllung des Stiftungszweckes notwendigen Mittel bestritten aus:

1. einer jährlichen Finanzhilfe des Landes
2. den Erträgen des Vermögens
3. Spenden und sonstigen Zuwendungen Dritter
4. Mitteln des Hochschulbauförderungsgesetzes
5. Mitteln aus zentralen Förderprogrammen sowie
6. Zuschüssen für bauliche Investitionen.

Die jährliche Finanzhilfe nach Satz 1 Nr. 1 umfasst Aufwendungen insbesondere für folgende Aufgaben und Bereiche:

1. Lehrangebot,
2. Grundausstattung Forschung,
3. fachliche Schwerpunkte und Sonderausgaben,
4. wissenschaftlicher Nachwuchs,
5. Erfüllung des Gleichstellungsauftrags,
6. Bauunterhaltung.

Die Finanzhilfe wird nach den in der Zielvereinbarung (§ 1 Abs. 3 NHG) festgelegten Entwicklungs- und Leistungszielen bemessen, deren Erreichung nachzuweisen ist. Die Höhe der Finanzhilfe soll bei der Fortschreibung der Zielvereinbarung die Erreichung der Entwicklungs- und Finanzziele berücksichtigen.

**Finanzierungsbedarf zum Produkthaushalt**

Produkte	Kapazität vor Schwund (Soll) WS 04/05 + SS 2005	Studierende in der RZ (Soll 2005) WS 04/05 SS 2005	Absolventen (Soll 2005) WS 04/05 + SS 2005	Gesamtkosten je Fächergruppe aus KLR (Soll 2005)	Kapazität vor Schwund (Ist 2003) WS 02/03 + SS 2003	Studierende in der RZ (Ist 2003) WS 02/03 SS 2003	Absolventen (Ist 2003) WS 02/03 + SS 2003	Gesamtkosten je Fächergruppe aus KLR (Ist 2003)
<b>Lehre (nach Fächergruppen)</b>								
Sprach-, Kulturwissenschaften (LA GHR; Erz.wiss., Ku-Wi, Promotion, Austausch)	528,7591	WS: 2.440 SS: 2.190	350	6.920.000	495,9002	WS: 2.430 SS: 2.184	345	6.923.647
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (LA BBS, BWL, WiSo, Soz.Päd., Promotion, Austausch)	: 381,7529	WS: 2.140 SS: 1.850	400	5.361.000	428,1036	WS: 2.211 SS: 1.909	405	5.361.414
Naturwissenschaften (Umweltwiss., Promotion, Austausch)	90,4414	WS: 480 SS: 430	60	2.093.000	101,293	WS: 483 SS: 432	57	2.092.904
<b>Weiterbildung gem. § 12 NHG (alt)</b>								
Weiterbildungs-Studiengänge	132,7271	WS: 200 SS: 150	60	1.300.000		WS: 152 SS: 108	54	1.007.223
Sonstige Weiterbildung								
Zw.summe Weiterbildung				1.700.000				1.138.397
<b>Gesamtsumme</b>	<b>1.133,6805</b>	<b>WS: 5.260 SS: 4.620</b>	<b>870</b>	<b>15.674.000</b>	<b>1.025,2968</b>	<b>WS: 5.276 SS: 4.633</b>	<b>861</b>	<b>15.385.188</b>

**ERLÄUTERUNGEN**

Noch zu Kapitel 0630

Produkte	Grundausrüstung 2005	Sondermittel 2005	Drittmittel 2005	Gesamtkosten gem. KLR 2005	Grundausrüstung 2003	Sondermittel 2003	Drittmittel 2003	Gesamtkosten gem. KLR 2003
<b>Forschung</b>								
Antragsinduzierte Forschung	1.250.000	500.000	2.000.000	3.750.000	1.229.941	500.103	1.959.780	3.689.824
Auftragsinduzierte Forschung	125.000		250.000	375.000	122.356		244.712	367.068
ohne Auftrag (100% eigenfinanziert)	6.875.000			6.875.000	7.038.619			7.038.619
<b>Gesamtsumme</b>	<b>8.250.000</b>	<b>500.000</b>	<b>2.250.000</b>	<b>11.000.000</b>	<b>8.390.916</b>	<b>500.103</b>	<b>2.204.492</b>	<b>11.095.511</b>

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0630  
Leistungsplan**

	<b>Gesamtkosten (aus KLR)</b>	<b>Gesamtkosten (aus KLR)</b>	<b>Finanzierungs- beitrag des Produkthaushalts</b>	<b>Finanzierungs- beitrag des Produkthaushalts</b>
	<b>(Soll) 2005</b>	<b>(Ist) 2003</b>	<b>(Soll) 2005</b>	<b>(Ist) 2003</b>
Lehre	14.374.000	14.377.965		12.539.446
Forschung	11.000.000	11.095.511		9.710.966
Weiterbildung	1.300.000	1.007.223		567.920
Externe Dienstleistungen	2.500.000	2.480.905		2.137.788
<b>Produktsumme</b>	<b>29.174.000</b>	<b>28.961.604</b>		<b>24.956.120</b>
<b>Investitionen</b>				
Bis zu 25000 Euro im Einzelfall		769.189,92	338.000	322.000
Analysegerät Chemie (Trace GC/MS, 250ml/sec)		81.175,88		
.				
<b>Investitionssumme</b>		<b>850.365,80</b>		<b>322.000</b>
Zuschüsse an die Versuchswirtschaften (Haus- haltsausgleichssumme)				
<b>Gesamtsumme</b>				

**Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen  
Erläuterungen**

Die Kosten für Lehre wurden incl. für Lehre eingeworbene Dritt- und Sondermittel in Höhe von 1207.349 Euro berechnet. Die Gesamtkosten aus der KLAR werden vorbehaltlich des Jahresabschlusses angegeben und sind somit vorläufig.

In der Kosten- und Leistungsrechnung fehlen:

- Abschreibungen für Wirtschaftsgüter ab 51 Euro (Größenordnung ca. 1,5 Mio. Euro)
- Abschreibungen auf Gebäude (nachrichtlich Nutzungsentgelt 2002: 3,08 Mio. Euro)
- Emeritenbezüge (Größenordnung 2002: 730 TEuro)
- Kosten für unentgeltlich zur Verfügung gestelltes Personal.

Der Finanzierungsbeitrag des Produkthaushaltes für Lehre, Forschung, Weiterbildung und Externe Dienstleistungen wird incl. Investitionen bis 5.000 Euro angegeben.

Die Anschaffungskosten für Investitionen wurden ab 410 Euro angegeben (kaufmännische Sichtweise), der Finanzierungsbeitrag des Produkthaushaltes für Investitionen berücksichtigt nur Investitionen ab 5.000 Euro (kamerale Sichtweise).

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0630**

**Produktbezogene Kennzahlen**

**Lehre und Studium gem. aml. Statistik**

**Zeitraum:**  
WS 2002/03 +  
SS 2003

Studienanfänger, 1. HS-Semester	990
Studienanfänger, 1. Fachsemester	1.289
Ordentliche Studierende	WS: 7266 SS: 7053
Frauenanteil	WS: 4819 SS: 4658
Anteil ausländischer Studierender	WS: 265 SS: 260
Bildungsinländer	55
Absolvent(inn)en pro Jahr	858
Grundständiges Studium	804
Frauenanteil	545
weiterführendes Studium	54
Frauenanteil	28

**Forschung und Nachwuchsförderung**

**Stichtag:**  
01.01.2004

Sonderforschungsbereiche

davon mit Sprecherfunktion

Forschungszentren/ - schwerpunkte	6
EU -Projekte mit Koordinatorenfunktion	
Graduiertenkollegs	
Promotionen	23
davon Frauenanteil	10

**Personal**

**Stichtag:**  
31.12.2003

insgesamt	455 hauptberuflich 575 nebenberuflich
Nichtwissenschaftl. Personal	194 hauptberuflich 20 nebenberuflich
darunter Teilzeitbeschäftigt	105 hauptberuflich
Wissenschaftl. Personal	261 hauptberuflich 555 nebenberuflich
darunter Teilzeitbeschäftigt	112 hauptberuflich
Professoren	64
davon Frauenanteil	21,9 %
Stellen für Professoren	81
Neuberufungen	3
davon Frauenanteil	2

**Flächen**

**Stichtag:**  
31.12.2003:

Hauptnutzfläche (brutto)	36.856 m <sup>2</sup>
Kapazitätsrelevante HNF	19.130 m <sup>2</sup>

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 685 01**

Das im Rahmen der Bemessung der Finanzhilfe nach § 56 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 NHG ermittelte Gesamtvolumen für aus Landesmitteln finanziertes Personal beläuft sich auf 17.406.700 EUR (davon entfallen auf den Tarifbereich 10.045.100 EUR und auf den Besoldungsbereich 7.361.600 EUR).

Gemäß § 57 Abs. 4 NHG ist die Stiftung ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben Kredite vom Kreditmarkt bis zur Höhe von 2.528.300 EUR aufzunehmen. Bei Kreditaufnahmen über mehrere Haushaltsjahre darf diese Summe nicht überschritten werden. Eine Erhöhung der Finanzhilfe auf Grund der Kreditaufnahme ist ausgeschlossen.

Nicht verbindliche Erläuterung (einschl. 894 01):

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Stiftung Universität Lüneburg

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
<b>Ausgaben</b>	30.518,4	30.127,4	30.524,5
<b>Einnahmen</b>	4.897,4	4.897,4	2.442,5
<b>Fehlbetrag</b>	25.621,0	25.230,0	28.082,0
			2005 Tsd. EUR

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	–
b) das Land mit	25.621
c) das Land mit (Sondermittel MWK)	–
d) den Bund mit	–
e) sonstige öffentliche Einrichtungen mit	–
f) Private	–
Zusammen	25.621

**Belastung (2005)**

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	62	–	62
2006	–	–	62	62
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	62	62	124



## Vorbemerkung zu den Kapiteln 06 33 – 06 39

### Erläuterung des Mittelbemessungssystems für die Fachhochschulen

Nach der Umwandlung der Fachhochschulen Braunschweig/Wolfenbüttel, Hannover, Hildesheim/Holzminde/Göttingen, Nordostniedersachsen und Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven zum 1.1.1999 in Landesbetriebe gem. § 26 LHO mit kaufmännischem Rechnungswesen wurde ab dem Haushaltsjahr 2000 mit der stufenweisen Einführung eines formelgebundenen, aufgaben- und leistungsbezogenen Mittelbemessungsverfahrens begonnen.

Das Verfahren dient der Verteilung der für die Fachhochschulen insgesamt zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel und unterscheidet dabei:

- Nicht in die Formelbemessung einbezogene Bereiche,
- Studiengangbezogene Budgetbemessung und
- Berücksichtigung des Frauenanteils.

Nicht in die Formelbemessung einbezogen werden flächenbezogene Kosten, Versorgungslasten und Kosten für Sonderaufgaben. Sie werden weiterhin herkömmlich ermittelt und als Vorabzuweisungen behandelt. Daneben werden Sockelbeträge und Standortstrukturzuschläge als Festbeträge außerhalb der Formel berücksichtigt.

Bei der studiengangbezogenen Budgetbemessung werden folgende Parameter berücksichtigt:

- Aufnahmekapazität vor Schwund im Planungsjahr ( $t$ )
- Studierende in der Regelstudienzeit (Ist-Zahlen von  $t - 2$ )
- Absolventen-Durchschnitt von drei Jahren (Ist-Zahlen der Jahre  $(t - 3) + (t - 4) + (t - 5)/3$ )

Diese Parameter werden für alle Studiengänge erfasst und wie folgt gewichtet:

- 60 % für die Aufnahmekapazität
- 20 % für die Studierenden
- 20 % für die Absolventen

Die Größen der Parameter werden mit den in den Budgetdaten für jeden Studiengang einer Fachhochschule dargestellten und nach Preisclustern (Hoch 1, Hoch 2, Mittel, Tief) differenzierten Preisen multipliziert. Die Preisclusterebildung basiert auf einem HIS-Ausstattungsvergleich und trägt der unterschiedlichen Kostenstruktur der Fächer Rechnung. Nachdem die Ergebnisse der Formelberechnung bei der Bemessung der Zuweisung an die Fachhochschulen im Haushaltsjahr 2000 zu 5 Prozent und im Haushaltsjahr 2001 mit 15 Prozent berücksichtigt wurden, sind die Formelergebnisse seit dem Haushaltsjahr 2002 zu 35 Prozent in die Haushaltsansätze eingerechnet.

Ein Bemessungsverfahren zum Zwecke der Frauenförderung wird anhand von ebenfalls drei Parametern, und zwar dem Frauenanteil

- unter den Studierenden,
- an den Absolventen und
- an den Neuberufungen auf Professuren

seit dem Jahr 2000 durchgeführt und bei der jährlichen Budgetbemessung berücksichtigt. Erfolg bzw. Misserfolg liegt dann vor, wenn der Frauenanteil der einzelnen Hochschule bei den jeweiligen Parametern über bzw. unter dem Landesdurchschnitt liegt. Die Abweichungen bei den einzelnen Parametern werden im Hinblick auf den Grad der Zielerreichung (= Abbau von Unterrepräsentanz) gewichtet. Die jeweils gewichtete Abweichung vom Landesdurchschnitt wird dann ebenfalls mit einem Preis, der wie folgt angesetzt ist, multipliziert:

- 128 EUR pro Studentin
- 256 EUR pro Absolventin und
- 12 800 EUR pro neuberufener Professorin.

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0633 Stiftung Fachhochschule Osnabrück**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
121 02-9	136	Ablieferungen des Landesbetriebs		-	-	-	-
121 03-7	136	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		-	-	-	-
121 04-5	136	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender		-	-	-	-
129 01-1	136	Ablieferungen der Stiftung		-	-	-	-
129 02-0	136	Ablieferungen der Stiftung für Studiengebühren Langzeitstudierender		66	150	-84	34
381 01-2	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		-	-	-	-
<b>AUSGABEN</b>							
682 01-2	136	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes	-	-	-	-	-
682 03-9	136	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen	-	-	-	-	-
682 39-0	136	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	-	-	-	-	-
685 01-1	136	Zuschüsse für laufende Zwecke der Stiftung <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 894 01.</i> <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die Erläuterungen zum Gesamtvolumen für aus Landesmitteln finanziertes Personal und zur Kreditlinie der Stiftung verbindlich.</i>	123 123	35.579	37.057	-1.478	-
891 01-0	136	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs	-	-	-	-	-
894 01-0	136	Zuschüsse für Investitionen der Stiftung <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulaasten 685 01.</i>	-	392	381	+11	-
<b>Abschluss Kapitel 0633</b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				66	150	-84	
3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				-	-	-	
<b>Summe der Einnahmen</b>				66	150	-84	
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				123 123	35.579	37.057	-1.478
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen				-	392	381	+11
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>				123 123	35.971	37.438	-1.467
<b>Zuschuss</b>					35.905	37.288	-1.383

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 0633**

**Erläuterungsteil I (Allgemeiner Erläuterungsteil)**

**Rechts- und Organisationsgrundlagen**

Das Niedersächsische Hochschulgesetz sowie das Hochschulrahmengesetz.

Die Grundordnung der Fachhochschule Osnabrück.

Die Fachhochschule Osnabrück ist eine Stiftung gemäß § 55 NHG.

**Organisationsstruktur und Budgetplan**

Die Fachhochschule Osnabrück gliedert sich in 4 Fakultäten und ein Institut mit insgesamt 48 Studiengängen, dies sind im einzelnen (nach Fakultäten):

**Agrarwissenschaften und Landschaftsarchitektur**

**Gesellschaft und Technik (Standort Lingen)**

**Ingenieurwissenschaften und Informatik**

**Wirtschafts- und Sozialwissenschaften**

**Institut für Musikpädagogik-Konservatorium**

**Zielsetzung**

Die eingeleitete Entwicklungsplanung und Profilbildung der FH Osnabrück hat sich in ihren Grundzügen bewährt und soll deshalb in den Folgejahren beibehalten und konsequent umgesetzt werden. Das gilt insbesondere für die inhaltlichen Schwerpunkte der Studienangebote, die Interdisziplinarität, den ausgeprägten Praxis- und Berufsfeldbezug, die Internationalität - mit starker, aber nicht ausschließlicher Ausrichtung auf west- und osteuropäische Nachbarländer und die Berücksichtigung regionaler Interessen des Arbeitsmarktes. Die Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils der Studentinnen - insbesondere in den ingenieurwissenschaftlichen Fächern - sollen hinsichtlich ihrer Wirkung überprüft und im Rahmen des Möglichen intensiviert werden.

Im Forschungsbereich wird die FH Osnabrück den eingeleiteten Prozess der Vernetzung und Schwerpunktbildung konsequent weiter verfolgen, ohne dabei ihre Flexibilität hinsichtlich auch kurzfristig aufzugreifender, aktueller Fragestellungen in Einzelprojekten aufzugeben. Die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft im Rahmen gemeinsamer Forschungs- und Entwicklungsprojekte, beruflicher Weiterbildung und gemeinsamer Projektarbeiten soll weiter intensiviert und durch eine hochschuleigene Transfer GmbH gebündelt und effizienter gestaltet werden. Die Hochschule erwartet hierdurch sowohl weitere positive Impulse für die Ausgestaltung der im Studium integrierten berufspraktischen Phasen, als auch die Erschließung neuer Finanzquellen.

Ein Schwerpunkt der Entwicklung der FH Osnabrück wird in den kommenden Jahren der weitere Auf- und Ausbau des Standortes Lingen auf mindestens 1000 Studienplätze bilden; Grundlage hierfür ist das dem Wissenschaftsrat vorliegende Konzept „Konzeption des Ausbaus des Hochschulstandortes Lingen der Fachhochschule Osnabrück“, Dezember 2003. Die Realisierung der Vorhaben erfolgt im Rahmen der Umsetzung des Hochschuloptimierungskonzepts (HOK).

- Ansonsten liegen die wichtigsten Handlungsfelder der Hochschule im Jahr 2005 und den Folgejahren auf
- der schrittweisen Umstellung des einstufigen Diplom-Studienangebots auf die international üblichen Abschlussgrade Bachelor und Master bei gleichzeitiger Abrundung der Fächerprofile;
  - der Verbesserung der infrastrukturellen und organisatorischen Voraussetzung für eine Verstärkung der Forschungsaktivitäten;
  - der Fortsetzung des begonnenen Sanierungsprogramms des Liegenschaftsbestandes und Arrondierung des Gebäudebestandes durch kleine und große Baumaßnahmen;
  - dem weiteren Auf- und Ausbau der Alumni-Betreuung;
  - dem systematischen Aufbau einer Fundraising-Organisation;
  - der Konsolidierung der neu gegründeten Transfer GmbH zur Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft.

Es ist das strategische Ziel der FH Osnabrück, ihren nationalen und internationalen Spitzenplatz als Hochschule der modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft unter den Bedingungen ihrer Trägerschaft als öffentlich-rechtliche Stiftung zu festigen und auszubauen. Mittel- und langfristig soll hierbei durch Mobilisierung privater Finanzmittel bei Aufrechterhaltung der Garantie staatlicher Grundfinanzierung, die einseitige finanzielle Abhängigkeit von staatlichen Mitteln verringert werden.

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0633

Erläuterungsteil II (Erläuterungsteil zum Produkthaushalt)

Budgetierungsmodell

Die Budgetierung richtet sich nach dem in der Vorbemerkung zu den Kapiteln 06 33 – 06 39 erläuterten Mittelbemessungsverfahren, nach dem Hochschuloptimierungskonzept und nach den Festlegungen der Zielvereinbarung.

Finanzierungsbedarf zum Produkthaushalt

Produkte	Kapazität vor Schwund (Soll) WS 04/05 + SS 2005	Studierende in der RZ (Soll) WS 04/05 SS 2005	Absolventen (Soll 2005) WS 04/05 + SS 2005	Gesamtkosten je Fächergruppe aus KLR (Soll 2005)	Kapazität vor Schwund (Ist 2003) WS 02/03 + SS 2003	Studierende in der RZ (Ist 2003) WS 02/03 SS 2003	Absolventen (Ist 2003) WS 02/03 + SS 2003	Gesamtkosten je Fächergruppe aus KLR (Ist 2003)
<b>Lehre (nach Fächergruppen)</b>								
Sprach- und Kulturwissenschaften	61	252	50	1.229.970	47	138	21	1.551.345
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	547	2192	492	10.352.072	571	1780	326	9.621.568
Mathematik, Naturwissenschaften	516	2185	437	17.490.402	561	2293	306	15.095.933
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	337	1411	282	11.510.056	327	1355	263	12.100.529
<b>Weiterbildung gem. § 12 NHG (alt)</b>								
Weiterbildungs-Studiengänge	110	221	79	500.000	11	200	50	260.975
Sonstige Weiterbildung	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Gesamtsumme</b>	<b>1571</b>	<b>6262</b>	<b>1341</b>	<b>41.082.500</b>	<b>1517</b>	<b>5766</b>	<b>966</b>	<b>38.630.350</b>

Produkte	Grundaussstattung 2005	Sondermittel 2005	Drittmittel 2005	Gesamtkosten gem. KLR 2005	Grundaussstattung 2003	Sondermittel 2003	Drittmittel 2003	Gesamtkosten gem. KLR 2003
<b>Forschung</b>								
Antragsinduzierte Forschung	0	1.432.500	0	1.432.500	0	1.245.382	2.119.977	3.365.359
Auftragsinduzierte Forschung	0	0	1.250.000	1.250.000	0	0	0	0
ohne Auftrag (100% eigenfinanziert)	1.826.300	0	0	1.826.300	196.707	0	0	196.707
<b>Gesamtsumme</b>	<b>1.826.300</b>	<b>1.432.500</b>	<b>1.250.000</b>	<b>4.508.800</b>	<b>196.707</b>	<b>1.245.382</b>	<b>2.119.977</b>	<b>3.562.066</b>

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0633  
Leistungsplan**

	<b>Gesamtkosten (aus KLR)</b>	<b>Gesamtkosten (aus KLR)</b>	<b>Finanzierungs- beitrag des Produkthaushalts</b>	<b>Finanzierungs- beitrag des Produkthaushalts</b>
	<b>(Soll) 2005</b>	<b>(Ist) 2003</b>	<b>(Soll) 2005</b>	<b>(Ist) 2003</b>
Lehre	35.973.700	38.369.375	35.973.700	38.369.375
Forschung	4.508.900	3.562.066	3.258.800	196.707
Weiterbildung	500.000	260.975	0	0
Externe Dienstleistungen	100.000	240.747	0	0
<b>Produktsumme</b>	<b>41.082.500</b>	<b>42.433.163</b>	<b>39.232.500</b>	<b>38.566.082</b>
<b>Investitionen</b>				
Bis zu 25000 Euro im Einzelfall	392.000	1.548.482	392.000	1.299.815
über 25000 Euro im Einzelfall	5.907.600	800.906	5.907.600	721.185
<b>Investitionssumme</b>	<b>6.299.600</b>	<b>2.349.388</b>	<b>6.299.600</b>	<b>2.021.000</b>
<b>Gesamtsumme</b>	<b>47.382.100</b>	<b>44.782.551</b>	<b>45.532.100</b>	<b>40.587.082</b>

**Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen  
Erläuterungen**

Die abgebildeten Daten zu den Produkten und Kennzahlen sind vorläufiger Natur, weil die KLR sich noch im Aufbau befindet.

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0633**

**Produktbezogene Kennzahlen**

**Lehre und Studium gem. aml. Statistik**

**Zeitraum:**  
**WS 2002/03 +**  
**SS 2003**

Studienanfänger, 1. HS-Semester	1758
Studienanfänger, 1. Fachsemester	1910
Ordentliche Studierende	7107
Frauenanteil	35,3%
Anteil ausländischer Studierender	10,1%
Bildungsinländer	202
Absolvent(inn)en pro Jahr	1132
Grundständiges Studium	988
Frauenanteil	36,7%
weiterführendes Studium	144
Frauenanteil	31,3%

**Forschung und Nachwuchsförderung**

**Stichtag:**  
**01.01.2004**

Sonderforschungsbereiche

davon mit Sprecherfunktion

Forschungszentren/  
- schwerpunkte

EU -Projekte mit Koordinatorenfunktion

Graduiertenkollegs

Promotionen

davon Frauenanteil

**Personal**

**Stichtag:**  
**31.12.2003**

insgesamt	580
Nichtwissenschaftl. Personal	353
darunter Teilzeitbeschäftigt	142
Wissenschaftl. Personal	28
darunter Teilzeitbeschäftigt	9
Professoren	199
davon Frauenanteil	16%
Stellen für Professoren	217
Neuberufungen	7
davon Frauenanteil	29%

**Flächen**

**Stichtag:**  
**31.12.2003:**

Hauptnutzfläche (brutto)	46.955 qm
Kapazitätsrelevante HNF	37.888 qm

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 685 01**

1. Das im Rahmen der Bemessung der Finanzhilfe nach § 56 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 NHG ermittelte Gesamtvolumen für aus Landesmitteln finanziertes Personal beläuft sich auf 25.906.600 EUR (davon entfallen auf den Tarifbereich 12.100.390 EUR und auf den Besoldungsbereich 13.806.210 EUR).

2. Gemäß § 57 Abs. 4 NHG ist die Stiftung ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben Kredite vom Kreditmarkt bis zur Höhe von 3.557.900 EUR aufzunehmen. Bei Kreditaufnahmen über mehrere Haushaltsjahre darf diese Summe nicht überschritten werden. Eine Erhöhung der Finanzhilfe auf Grund der Kreditaufnahme ist ausgeschlossen.

Nicht verbindliche Erläuterungen(einschließlich 894 01):

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Stiftung Fachhochschule Osnabrück

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
<b>Ausgaben</b>	48.494	44.306	44.782
<b>Einnahmen</b>	4.146	3.587	45.684
<b>Fehlbetrag</b>	44.348	40.719	902
			2005 Tsd. EUR

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	288
b) das Land mit (Sondermittel MWK)	6.269
c) das Land mit (Finanzhilfe)	35.971
d) den Bund mit	448
e) sonstige öffentliche Einrichtungen mit	1.372
f) Private	-
Zusammen	44.348

Das Ergebnis der Formelberechnung für 2004 ergibt einen Betrag von +216.000 EUR.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	—	123	—	123
2006	—	—	123	123
2007	—	—	—	—
2008	—	—	—	—
2009 ff.	—	—	—	—
Summe	—	123	123	246

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0634 Fachhochschule Hildesheim/Holzminde/Göttingen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
121 02-2	136	Ablieferungen des Landesbetriebs		–	–	–	364
121 03-0	136	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		961	568	+393	546
121 04-9	136	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender		105	215	-110	210
381 01-6	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		–	–	–	–
<b>AUSGABEN</b>							
682 01-6	136	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 682 03 und 891 01.</i> <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.</i> <i>Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.</i>	16 16	32.957	32.012	+945	31.703
682 03-2	136	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulaasten 682 01.</i> <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.</i>	–	444	389	+55	338
682 39-3	136	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	–	3	3	–	3
891 01-4	136	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulaasten 682 01.</i> <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.</i>	–	319	290	+29	293
<b>Abschluss Kapitel 0634</b>							
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		1.066	783	+283	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		–	–	–	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		1.066	783	+283	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	16 16	33.404	32.404	+1.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	–	319	290	+29	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	16 16	33.723	32.694	+1.029	
		<b>Zuschuss</b>		32.657	31.911	+746	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Kapitel 0634**

**Erläuterungsteil I (Allgemeiner Erläuterungsteil)**

**Rechts- und Organisationsgrundlagen**

Das Niedersächsische Hochschulgesetz sowie das Hochschulrahmengesetz.

Die Grundordnung der Fachhochschule Hildesheim/Holzminden/Göttingen.

Die Fachhochschule Hildesheim/Holzminden/Göttingen ist ein Landesbetrieb gem. § 26 LHO.

**Organisationsstruktur und Budgetplan**

Die Fachhochschule Hildesheim/Holzminden/Göttingen hat 7 Fakultäten mit insgesamt 29 Studiengängen, dies sind im einzelnen (nach Fakultäten):

- Fakultät Bauwesen
- Fakultät Gestaltung
- Fachbereich Konservierung und Restaurierung
- Fakultät Naturwissenschaft und Technik
- Fakultät Ressourcenmanagement
- Fakultät Soziale Arbeit und Gesundheit
- Fakultät Wirtschaft

Die Verwaltungsstruktur gliedert sich in 4 Abteilungen und das Präsidium.

**Zielsetzung**

Allgemeine Ziele: gemäß Hochschulplanung sowie Ziel- und Leistungsvereinbarung laut § 1 Abs. 3 NHG.

Bestands- und Entwicklungsziele: gemäß Hochschulplanung und Ziel- und Leistungsvereinbarung laut § 1 Abs. 3 NHG.

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0634

**Erläuterungsteil II (Erläuterungsteil zum Produkthaushalt)**

**Budgetierungsmodell**

Die Budgetierung richtet sich nach dem in der Vorbemerkung zu den Kapiteln 06 33 – 06 39 erläuterten Mittelbemessungsverfahren, nach dem Hochschuloptimierungskonzept und nach den Festlegungen der Zielvereinbarung.

**Finanzierungsbedarf zum Produkthaushalt**

Produkte	Kapazität vor Schwund (Soll) WS 04/05 + SS 2005	Studierende in der RZ (Soll) WS 04/05 SS 2005	Absolventen (Soll 2005) WS 04/05 + SS 2005	Gesamtkosten je Fächergruppe aus KLR (Soll 2005)	Kapazität vor Schwund (Ist 2003) WS 02/03 + SS 2003	Studierende in der RZ (Ist 2003) WS 02/03 SS 2003	Absolventen (Ist 2003) WS 02/03 + SS 2003	Gesamtkosten je Fächergruppe aus KLR (Ist 2003)
<b>Lehre (nach Fächergruppen)</b>								
Ingenieurwissenschaften	528	3398	348	14.125.880	517	3409	337	14.458.410
Kunst, Kunstwissenschaften	176	1310	120	7.211.350	165	1270	112	6.954.370
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	342	2980	513	6.971.305	416	3083	492	8.895.644
Mathematik, Naturwissenschaften	18	120	8	645.233	26	115	0	1.033.966
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	185	1420	130	5.318.002	172	1362	118	5.108.530
<b>Weiterbildung gem. § 12 NHG (alt)</b>								
Weiterbildungs-Studiengänge	65	171	39	449.066	41	147	39	570.790
Sonstige Weiterbildung	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Gesamtsumme</b>	<b>1314</b>	<b>9399</b>	<b>1158</b>	<b>34.720.836</b>	<b>1337</b>	<b>9386</b>	<b>1098</b>	<b>37.021.711</b>

Produkte	Grundaussstattung 2005	Sondermittel 2005	Drittmittel 2005	Gesamtkosten gem. KLR 2005	Grundaussstattung 2003	Sondermittel 2003	Drittmittel 2003	Gesamtkosten gem. KLR 2003
<b>Forschung</b>								
Antragsinduzierte Forschung	1.754	164.697	85.895	252.346	1.833	164.562	890.502	1.056.899
Auftragsinduzierte Forschung	0	0	12.812	12.812	0	0	132.831	132.831
ohne Auftrag (100% eigenfinanziert)	1.010.501	0	0	1.010.501	1.056.367	0	0	1.056.367
<b>Gesamtsumme</b>	<b>1.012.255</b>	<b>164.697</b>	<b>98.707</b>	<b>1.275.659</b>	<b>1.058.200</b>	<b>164.562</b>	<b>1.023.333</b>	<b>2.246.097</b>

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0634  
Leistungsplan

	Gesamtkosten (aus KLR)	Gesamtkosten (aus KLR)	Finanzierungs- beitrag des Produkthaushalts	Finanzierungs- beitrag des Produkthaushalts
	(Soll) 2005	(Ist) 2003	(Soll) 2005	(Ist) 2003
Lehre	34.299.390	36.450.921	30.256.125	32.242.313
Forschung	1.212.426	2.246.099	911.848	1.015.595
Weiterbildung	449.066	570.790	390.578	430.748
Externe Dienstleistungen	8.915	77.432	1.449	751
<b>Produktsumme</b>	<b>35.969.797</b>	<b>39.345.243</b>	<b>31.560.000</b>	<b>33.689.406</b>
<b>Investitionen</b>				
Bis zu 25000 Euro im Einzelfall	1.000.000	1.357.038	1.000.000	1.048.036
Spektralanalysesystem		55.074		55.074
Videogroßgb.		39.130		39.130
PC Pool A Hi		26.392		26.392
Antennenanlage und Installation		38.344		38.344
Austausch Schließenanlage		27.267		27.267
CNC-Universalfräsmaschine		83.511		
EUV Spektrograph G 13		34.452		
Princeton PI-SX(1K)TE 1024		35.622		
Spektrograph		34.452		
Mobile Hackschnittzelsiebmaschine		26.532		
Impulsspannungsquelle		31.900		
Zentrales Netware Cluster		183.224		
SPK 100 CNC Poliermaschine		170.823		
Optotech Werkstattinterferometer		228.817		
LOH Centromatic Zentriermaschine		240.978		
Zentriermaschine		304.903		
<b>Investitionssumme</b>	<b>1.000.000</b>	<b>2.918.459</b>	<b>1.000.000</b>	<b>1.234.243</b>
<b>Gesamtsumme</b>	<b>36.969.797</b>	<b>42.263.702</b>	<b>32.560.000</b>	<b>34.923.649</b>

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0634**

**Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen**

**Erläuterungen**

Die abgebildeten Daten zu den Produkten und Kennzahlen sind vorläufiger Natur, weil die KLR sich noch im Aufbau befindet.

Studierende in der Regelstudienzeit: Angegeben ist der Durchschnitt von WS und SS

**Produktbezogene Kennzahlen**

**Lehre und Studium gem. amtl. Statistik**

**Zeitraum:**  
**WS 2002/03 +**  
**SS 2003**

Studienanfänger, 1. HS-Semester	1049
Studienanfänger, 1. Fachsemester	1277
Ordentliche Studierende	5613
Frauenanteil	45,0%
Anteil ausländischer Studierender	5,7%
Bildungsinländer	284
Absolvent(inn)en pro Jahr	1098
Grundständiges Studium	815
Frauenanteil	
Weiterführendes Studium	283
Frauenanteil	32,5%

**Forschung und Nachwuchsförderung**

**Stichtag:**  
**01.01.2004**

Sonderforschungsbereiche	
davon mit Sprecherfunktion	
Forschungszentren/ -schwerpunkte	1
EU –Projekte mit Koordinatorenfunktion	
Graduiertenkollegs	
Promotionen	
davon Frauenanteil	

**Personal**

**Stichtag:**  
**31.12.2003**

insgesamt	483
Nichtwissenschaftl. Personal	229
darunter Teilzeitbeschäftigt	87
Wissenschaftl. Personal	241
darunter Teilzeitbeschäftigt	49
Professoren	184
davon Frauenanteil	20,1%
Stellen für Professoren	185
Neuberufungen	11
davon Frauenanteil	54,5%

**Flächen**

**Stichtag:**  
**31.12.2003:**

Hauptnutzfläche (brutto)	37.729 qm
Kapazitätsrelevante HNF	33.166 qm

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0634**

**Zu Kapitel 06 34 allgemein:**

Die Fachhochschule Hildesheim/Holzminen/Göttingen wird seit dem 1. 1. 1999 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei Titel 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt. Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage 1 beigelegt.

Das Ergebnis der Formelberechnung für 2004 ergibt einen Betrag von +401.000 EUR.

**Zu 682 01**

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Dem Studentenwerk Braunschweig dürfen für seine Aufgabenerfüllung landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgeltes überlassen werden.

Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Auf Nutzungsentgelte entfallen 2.708.000 EUR.

**Belastung (2005)**

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	16	–	16
2006	–	–	16	16
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	16	16	32

**Zu 682 03**

Auf die im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke wird verwiesen.

**Zu 891 01**

Auf die im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke wird verwiesen.

	Tsd. EUR
Investitionen bis zu 25 000 EUR im Einzelfall	112,8
10 Multimediasysteme für Fakultät Bauwesen	71,0
10 Multimediasysteme für Fakultät Naturwissenschaften	71,0
Data-Aquisitions-System für Fakultät Naturwissenschaften	64,2
Zusammen	319,0



**Wirtschaftsplan für die  
Fachhochschule Hildesheim/Holzminde/n/Göttingen  
für das Geschäftsjahr 2005**

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der gemäß § 26 LHO vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Betriebsanweisung für die Hochschulen in staatlicher Trägerschaft des Landes Niedersachsen vom 23. Juli 2003.

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Fachhochschule Hildesheim/Holzminde/Göttingen

### A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Finanzbedarf</b>			
1. Investitionen gemäß VV-HNds (ZR-GPL):			
– Bebaute Grundstücke	—	—	—
– Unbebaute Grundstücke	—	—	—
– Gebäude	—	—	—
– Maschinen und Anlagen	156 200	4 946 092	80 000
– Fahrzeuge	—	63 897	—
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	162 800	6 095 072	213 000
<b>Summe 1.:</b>	<b>319 000</b>	<b>11 105 061</b>	<b>293 000</b>
2. Sonstige Investitionen <sup>3)</sup> :			
– Immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	—
– Gebäude	—	—	—
– Maschinen und Anlagen	—	380 100	380 100
– Fahrzeuge	—	—	—
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>—</b>	<b>380 100</b>	<b>380 100</b>
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
– Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	—	—	2 207 884
– Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)	—	—	—
– Ablieferungen an den Landeshaushalt	—	—	—
– Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)	—	—	—
<b>Summe 3.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>2 207 884</b>
<b>Summe I.:</b>	<b>319 000</b>	<b>11 485 161</b>	<b>2 880 984</b>
<b>II. Deckungsmittel</b>			
1. Deckungsmittel:			
– Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	—	—	—
– Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z. B. eingehende Zahlungen für Forderungen)	—	—	—
– Noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren	—	—	—
– Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	—	—	—
– Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
– aus Fachkapitel	319 000	290 000	293 000
– aus Sondermitteln	—	666 800	380 100
<b>Summe 1.:</b>	<b>319 000</b>	<b>956 800</b>	<b>673 100</b>
<b>Summe II.:</b>	<b>319 000</b>	<b>956 800</b>	<b>673 100</b>

<sup>3)</sup> Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Fachhochschule Hildesheim/Holzminden/Göttingen****B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005**

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Erträge</b>			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:			
– aus Fachkapitel	33 404 000	32 404 000	31 948 940
– aus Sondermitteln	720 700	720 700	2 363 137
Summe 1.:	34 124 700	33 124 700	34 312 077
2. Umsatzerlöse, Zuweisungen, Zuschüsse:			
– Zuweisungen und Zuschüsse von anderen Zuschussgebern	52 900	52 900	301 490
– Erträge aus Entgelten für Forschungs- und ähnliche Aufträge	71 600	71 600	149 874
– Erträge aus Gutachten und sonstigen Entgelten	—	—	14 440
Summe 2.:	124 500	124 500	465 804
3. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	—	—	—
Summe 3.:	—	—	—
4. Andere aktivierte Eigenleistungen:	—	—	—
Summe 4.:	—	—	—
5. Sonstige betriebliche Erträge:			
– Erstattung von Personalaufwendungen	60 000	—	67 140
– Maßnahmen im Zusammenhang mit Forschung, Lehre, Weiterbildung	5 000	—	4 571
– Erlöse aus Nebenbetrieben	50 000	—	54 958
– Betreuung von Studierenden	2 000	—	6 257
– Gebühren und gebührenähnliche Erträge	30 000	—	987 320
– Nebenerlöse aus Vermietung und Verpachtung	50 000	—	67 585
– Spenden	—	—	450
– Erträge aus Schadensersatzleistungen	—	—	24 841
– Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	—	—	—
– Auflösung von Rückstellungen	—	—	—
– Periodenfremde Erträge	—	—	1 188
– Übrige Erträge	35 000	123 800	36 871
Summe 5.:	232 000	123 800	1 251 181
6. Zinserträge und ähnliche Erträge:	—	—	40
Summe 6.:	—	—	40
<b>Summe I.:</b>	<b>34 481 200</b>	<b>33 373 000</b>	<b>36 029 102</b>
<b>II. Aufwendungen</b>			
1. Materialaufwand:			
– Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	60 000	468 100	59 018
– Sachaufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmaterial	678 100	—	573 843
– Aufwendungen für bezogene Leistungen	346 500	454 200	283 758
– Unteraufträge in Drittmittelvorhaben	22 400	—	16 065
– Werkverträge	—	—	—
– Wissenschaftliche Dienstleistungen	5 000	—	4 000
Summe 1.:	1 112 000	922 300	936 684
2. Personalaufwand:			
2.1. Löhne, Gehälter und Besoldung			
– Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	10 168 300	11 194 400	10 004 400
– Vergütungen der Angestellten	10 385 200	9 999 500	10 507 723
– Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	389 300	448 200	337 100
– Sonstige Vergütungen	17 000	—	17 786
Summe 2.1.:	20 959 800	21 642 100	20 867 009

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Fachhochschule Hildesheim/Holzminde/Göttingen

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>noch II. Aufwendungen</b>			
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Angestellte	704 100	—	1 901 400
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter	70 000	—	69 800
– Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	3 143 800	3 335 300	3 124 007
– Zuführung zum Sondervermögen Nds. Versorgungsrücklage	79 100	79 100	—
– Emeritenbezüge	—	—	—
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	—	449 100	—
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	—	—	—
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	—	—	—
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	—	—	—
– Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	482 400	429 700	430 500
– Beihilfen für Angestellte	—	—	—
– Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—
– Trennungsgeld	15 300	15 300	—
– Beiträge zur Berufsgenossenschaft (LUK)	50 300	43 400	22 700
<b>Summe 2.2.:</b>	<b>4 545 000</b>	<b>4 351 900</b>	<b>5 548 407</b>
<b>Summe 2.:</b>	<b>25 504 800</b>	<b>25 994 000</b>	<b>26 415 416</b>
3. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen:			
– Immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	37 588
– Grundstücke und Bauten	—	—	—
– Technische Anlagen und Maschinen	—	—	2 716 300
– Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—	135 819
<b>Summe 3.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>2 889 707</b>
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung und Instandhaltung			
– Aufwendungen für Instandhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude und Anlagen			
– Bauunterhaltung	444 000	—	307 335
– Aufwendungen für Wartung	230 000	187 200	173 925
– Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Entsorgung			
– Energie	263 000	252 800	237 048
– Heizung	327 400	—	264 588
– Wasser und Abwasser	33 000	234 800	26 515
– Entsorgung	—	—	—
– Aufwendungen für Reparatur- und Instandhaltungsmaterial			
– Bauunterhaltung	—	—	—
– Sonstige	287 400	—	257 634
– Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten			
– Mieten, Pachten, Erbbauzins	3 421 300	3 159 300	3 301 904
– Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	64 100	64 100	32 326
– Gebühren für die Bezügeberechnung (NLBV)	161 000	94 300	—
– Fremdreinigung	527 900	1 216 300	496 585
– Betriebs-, Amtsarzt und Arbeitssicherheit	14 000	14 000	11 735
– Sonstige Fremdleistungen	—	—	—
<b>Summe 4.1.:</b>	<b>5 773 100</b>	<b>5 222 800</b>	<b>5 109 595</b>
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
– Aufwendungen für EDV, Büromaterial und Drucksachen	415 000	360 900	415 859
– Aufwendungen für Kommunikation			
– Telefon, Telefax und andere Postdienstnetze	290 300	217 200	284 090
– Reisekosten	215 000	206 900	213 339
– Porto	70 500	90 000	68 474
– Öffentlichkeitsarbeit	50 000	27 400	58 564
– Gästebewirtung und Repräsentation	—	14 000	—
<b>Summe 4.2.:</b>	<b>1 040 800</b>	<b>916 400</b>	<b>1 040 326</b>
4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
– Vergütungen für Lehraufträge	500 000	—	1 274 800
– Vergütungen für Gastvorträge und Gastprofessuren	186 000	166 000	137 289
– Fort- und Weiterbildung	35 000	600	38 751
– übrige Personalkosten	170 000	24 800	167 442
<b>Summe 4.3.:</b>	<b>891 000</b>	<b>191 400</b>	<b>1 618 282</b>

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Fachhochschule Hildesheim/Holzminde/Göttingen****B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005**

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>noch II. Aufwendungen</b>			
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
– Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögen	—	—	—
– Schadensersatzleistungen	—	—	1 822
– Abschreibungen auf Forderungen	—	—	—
– Periodenfremde Aufwendungen	—	—	5 034
– Sicherung der Gebäude	—	—	43 058
– Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	152 400	125 600	159 167
– Aufwendungen für Mitgliedschaften	—	—	8 207
<b>Summe 4.4.:</b>	<b>152 400</b>	<b>125 600</b>	<b>217 288</b>
<b>Summe 4.:</b>	<b>7 857 300</b>	<b>6 456 200</b>	<b>7 985 491</b>
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	500	500	2 299
<b>Summe 5.:</b>	<b>500</b>	<b>500</b>	<b>2 299</b>
<b>Summe II.:</b>	<b>34 474 100</b>	<b>33 373 000</b>	<b>38 229 597</b>
<b>III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b> (Summe I. / Summe II.)	<b>7 100</b>	<b>—</b>	<b>-2 200 496</b>
<b>IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen</b>			
1. Außerordentliche Erträge:	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
2. Außerordentliche Aufwendungen:	—	—	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>V. Außerordentliches Ergebnis</b> (Außerordentliche Erträge ./ Außerordentliche Aufwendungen)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>VI. Steuern</b>			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
– Körperschaftsteuer	—	—	—
– Gewerbeertragsteuer	—	—	—
– Kapitalertragsteuer	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
2. Sonstige Steuern:			
– Kraftfahrzeugsteuern	1 000	—	1 030
– Grundsteuer	6 100	—	6 358
<b>Summe 2.:</b>	<b>7 100</b>	<b>—</b>	<b>7 388</b>
<b>VII. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b> (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./ Steuern)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>-2 207 884</b>

**Bewirtschaftungsvermerke:**

---

1. Die finanzielle Obergrenze nach § 49 Abs. 1 Nr. 3 NHG beträgt für das Geschäftsjahr 2005 11 455 080 EUR.
2. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen 2 950 800 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Erfolgsplanansätze Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten sowie Beiträge zur Berufsgenossenschaft-Landesunfallkasse).
3. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen 2 708 000 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Nutzungsentgelt an den Landesliegenschaftsfonds).
4. Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
5. Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als einmalige oder laufende Leistungen eigener Art gewährt werden.
6. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
7. 1 Verg.-Gr. III Verwaltungsdienst ku nach Verg.-Gr. IV a BAT.
8. Soweit ausreichende Drittmittel zur Verfügung stehen, dürfen mit bis zu 2 aus diesen Mitteln zu vergütenden Angestellten und Arbeiter(n)/-innen unbefristete Arbeitsverträge unter der Voraussetzung abgeschlossen werden, dass der Abschluss befristeter Verträge nach den arbeitsrechtlichen Vorschriften und Grundsätzen über befristete Arbeitsverhältnisse nicht rechtswirksam wäre.



**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0636 Fachhochschule Nordostniedersachsen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
<b>EINNAHMEN</b>							
121 02-0	136	Ablieferungen des Landesbetriebs		-	-	-	129
121 03-8	136	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		716	418	+298	533
121 04-6	136	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender		23	198	-175	120
381 05-6	990	Zuführungen von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		-	-	-	-
<b>AUSGABEN</b>							
682 01-3	136	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 682 03.</i> <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 891 01.</i> <i>*** 2. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.</i> <i>Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.</i>	13 13	21.251	24.505	-3.254	23.294
682 03-0	136	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zula- sten 682 01.</i> <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaft- ungsvermerke verbindlich.</i>	-	296	351	-55	305
682 39-0	136	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	-	35	5	+30	36
891 01-1	136	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zula- sten 682 01.</i> <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaft- ungsvermerke verbindlich.</i>	-	123	170	-47	182
<b>Abschluss Kapitel 0636</b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				739	616	+123	
3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				-	-	-	
<b>Summe der Einnahmen</b>					739	616	+123
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				13 13	21.582	24.861	-3.279
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen				-	123	170	-47
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>				13 13	21.705	25.031	-3.326
<b>Zuschuss</b>					20.966	24.415	-3.449

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Kapitel 0636**

**Erläuterungsteil I (Allgemeiner Erläuterungsteil)**

**Rechts- und Organisationsgrundlagen**

Das Niedersächsische Hochschulgesetz sowie das Hochschulrahmengesetz.

Die Grundordnung der Fachhochschule Nordostniedersachsen.

Die Fachhochschule Nordostniedersachsen ist ein Landesbetrieb gem. § 26 LHO.

**Organisationsstruktur und Budgetplan**

Die Fachhochschule Nordostniedersachsen hat 7 Fachbereiche mit z.Zt. insgesamt 19 Studiengängen (inklusive ergänzende und weiterbildende Studiengänge) und das Zentrum für angewandte Gesundheitswissenschaften mit einem Studiengang, dies sind im einzelnen:

**Architektur, Bauingenieurwesen und Immobilienwirtschaft**

- Studiengang Architektur (eingestellt ab WS 2004/05)
- Studiengang Bauingenieurwesen (eingestellt ab WS 2004/05)
- Studiengang Qualität im Bauwesen (eingestellt ab WS 2004/05)
- Studiengang Bau- und Immobilienwirtschaft (eingestellt ab WS 2004/05)

**Automatisierungstechnik**

- Studiengang Angewandte Automatisierungstechnik
- Studiengang Ingenieur-Informatik

**Bauingenieurwesen (Wasserwirtschaft und Umwelttechnik)**

- Studiengang Tropenwasserwirtschaft
- Studiengang Bauingenieurwesen
- Studiengang Angewandte Informatik
- Studiengang Wasserwirtschaft und Bodenmanagement
- Studiengang Applied Computing in Civil Engineering (eingestellt ab SS 2003)

**Sozialwesen**

- Studiengang Sozialwesen
- Studiengang Sozialmanagement

**Wirtschaft**

- Studiengang Betriebswirtschaft
- Studiengang Wirtschaftsinformatik
- Studiengang Software Technology (vormals Applied Computing)
- Studiengang Multimedia-Informatik

**Wirtschaftspsychologie**

- Studiengang Wirtschaftspsychologie

**Wirtschaftsrecht**

- Studiengang Wirtschaftsrecht

**Zentrum für Angewandte Gesundheitswissenschaften**

- Studiengang Angewandte Gesundheitswissenschaften

Die Verwaltungsstruktur gliedert sich in vier Dezernate sowie die Stabsstellen Hochschulplanung/Statistik, International Office, Öffentlichkeitsarbeit, Büro für Frauenförderung und Gleichstellung und Forschung und Entwicklung.

**Zielsetzung**

Allgemeine Ziele : gemäß Hochschulplanung und Ziel- und Leistungsvereinbarung laut § 1 Abs. 3 NHG

- Anpassung der Ausbildungsinhalte an die Änderungen in der Gesellschaft in einem vereinigten Europa,
- Allgemeine Profilbildung in den ingenieur-, sozial-, rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Bereichen, inkl. Organisationsreform (Fakultätsbildung),
- Besondere Profilbildung in den Bereichen Angewandte Informatik und Informationstechnologie, nachhaltige Ressourcennutzung und Ressourcenschutz sowie Gesundheitsförderung,
- Sicherstellung und Erhöhung der Qualität der Lehre durch verstärkte Orientierung an der Praxis, Lehrevaluation und Weiterbildung des wissenschaftlichen Personals,
- Erhöhung der Möglichkeiten für Transfer und Akkumulation erbrachter Studien- und Prüfungsleistungen (Modularisierung, ECTS),
- Erhöhung der Möglichkeiten für zeit- und raumunabhängiges Studieren (tele-learning, Ausnutzung vorhandener Synergiemöglichkeiten).

Bestands- und Entwicklungsziele: gemäß Hochschulplanung und Ziel- und Leistungsvereinbarung laut § 1 Abs. 3 NHG.

Ein herausragendes Entwicklungsziel ist die zur Zeit vorbereitete Fusion der Fachhochschule mit der Universität Lüneburg, die beide ab 01.01.2005 in einer neuen Universität Lüneburg zusammengeführt werden sollen.

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0636

Erläuterungsteil II (Erläuterungsteil zum Produkthaushalt)

Budgetierungsmodell

Die Budgetierung richtet sich nach dem in der Vorbemerkung zu den Kapiteln 06 33 – 06 39 erläuterten Mittelbemessungsverfahren, nach dem Hochschuloptimierungskonzept und nach den Festlegungen der Zielvereinbarung.

Finanzierungsbedarf zum Produkthaushalt

Produkte	Kapazität vor Schwund (Soll) WS 04/05 + SS 2005	Studierende in der RZ (Soll) WS 04/05 SS 2005	Absolventen (Soll 2005) WS 04/05 + SS 2005	Gesamtkosten je Fächergruppe aus KLR (Soll 2005)	Kapazität vor Schwund (Ist 2003) WS 02/03 + SS 2003	Studierende in der RZ (Ist 2003) WS 02/03 SS 2003	Absolventen (Ist 2003) WS 02/03 + SS 2003	Gesamtkosten je Fächergruppe aus KLR (Ist 2003)
<b>Lehre (nach Fächergruppen)</b>								
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	532	4036	313	13.013.242	515	4036	313	13.013.242
Ingenieurwissenschaften	220	1837	174	14.772.379	375	1837	174	14.772.379
<b>Weiterbildung gem. § 12 NHG (alt)</b>								
Weiterbildungsgänge	102	324	74	1.582.971	154	324	74	1.582.971
Sonstige Weiterbildung	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Gesamtsumme</b>	<b>854</b>	<b>6197</b>	<b>561</b>	<b>29.368.592</b>	<b>1044</b>	<b>6197</b>	<b>561</b>	<b>29.368.592</b>

Produkte	Grundaussstattung 2005	Sondermittel 2005	Drittmittel 2005	Gesamtkosten gem. KLR 2005	Grundaussstattung 2003	Sondermittel 2003	Drittmittel 2003	Gesamtkosten gem. KLR 2003
<b>Forschung</b>								
Antragsinduzierte Forschung	0	0	1.729.285	1.847.378	0	0	1.729.285	1.847.378
Auftragsinduzierte Forschung	0	0	0	14.669	0	0	0	14.669
ohne Auftrag (100% eigenfinanziert)	0	0	100.000	56.338	0	0	30.530	56.338
<b>Gesamtsumme</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>1.829.285</b>	<b>1.918.385</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>1.759.815</b>	<b>1.918.385</b>

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0636  
Leistungsplan**

	<b>Gesamtkosten (aus KLR)</b>	<b>Gesamtkosten (aus KLR)</b>	<b>Finanzierungs- beitrag des Produkthaushalts</b>	<b>Finanzierungs- beitrag des Produkthaushalts</b>
	<b>(Soll) 2005</b>	<b>(Ist) 2003</b>	<b>(Soll) 2005</b>	<b>(Ist) 2003</b>
Lehre	27.785.621	27.785.621	24.108.828	24.108.828
Forschung	1.918.385	1.918.385	1.869.956	1.869.956
Weiterbildung	1.582.971	1.582.971	1.408.536	1.408.536
Externe Dienstleistungen	23.568	23.568	18.454	18.454
<b>Produktsumme</b>	<b>31.310.545</b>	<b>31.310.545</b>	<b>27.405.774</b>	<b>27.405.774</b>
<b>Investitionen</b>				
Bis zu 25000 Euro im Einzelfall	63.823			
10 Rechner mit TFT-Bildschirm und Laser- drucker	27.024			
Notebooks.	59.667			
Systemlaborausstattung Beton	28.000			
<b>Investitionssumme</b>	<b>178.514</b>			
<b>Gesamtsumme</b>	<b>31.489.059</b>	<b>31.310.545</b>	<b>27.405.774</b>	<b>27.405.774</b>

**Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen  
Erläuterungen**

Die abgebildeten Daten zu den Produkten und Kennzahlen sind vorläufiger Natur, weil die KLR sich noch im Aufbau befindet.

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0636**

**Produktbezogene Kennzahlen**

**Lehre und Studium gem. aml. Statistik**

**Zeitraum:**  
**WS 2002/03 +**  
**SS 2003**

Studienanfänger, 1. HS-Semester	802
Studienanfänger, 1. Fachsemester	1084
Ordentliche Studierende	4259
Frauenanteil	41,5%
Anteil ausländischer Studierender	6,6%
Bildungsinländer	1,1%
Absolvent(inn)en pro Jahr	553
Grundständiges Studium	490
Frauenanteil	40,2%
weiterführendes Studium	63
Frauenanteil	44,4%

**Forschung und Nachwuchsförderung**

**Stichtag:**  
**01.01.2004**

Sonderforschungsbereiche

davon mit Sprecherfunktion

Forschungszentren/  
- schwerpunkte

EU -Projekte mit Koordinatorenfunktion

Graduiertenkollegs

Promotionen

davon Frauenanteil

**Personal**

**Stichtag:**  
**31.12.2003**

insgesamt	375
Nichtwissenschaftl. Personal	205
darunter Teilzeitbeschäftigt	91
Wissenschaftl. Personal	170
darunter Teilzeitbeschäftigt	33
Professoren	132
davon Frauenanteil	17,4%
Stellen für Professoren	131
Neuberufungen	6
davon Frauenanteil	16,6%

**Flächen**

**Stichtag:**  
**31.12.2003:**

Hauptnutzfläche (brutto)	31.961
Kapazitätsrelevante HNF	29.762

**Zu Kapitel 06 36 allgemein:**

Die Fachhochschule Nordostniedersachsen wird seit dem 1. 1. 1999 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei Titel 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage 1 beigelegt.

Das Ergebnis der Formelberechnung für 2004 ergibt einen Betrag von +395.000 EUR.

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 682 01**

Dem Studentenwerk Braunschweig werden folgende landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen:

Einrichtung	qm	nachrichtlich Mietpreis/jährlich
Mensa Suderburg	680	3 714 EUR
Mensa Volgershall	795	5 505 EUR
Mensa Rotes Feld	721	5 897 EUR

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Auf Nutzungsentgelte entfallen 1.958.000 EUR.

**Belastung (2005)**

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	—	13	—	13
2006	—	—	13	13
2007	—	—	—	—
2008	—	—	—	—
2009 ff.	—	—	—	—
Summe	—	13	13	26

**Zu 682 03**

Auf die im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke wird verwiesen.

**Zu 891 01**

Auf die im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke wird verwiesen.

	Tsd. EUR
Investitionen bis zu 25 000 EUR im Einzelfall	8,3
Notebook FB Wirtschaft	59,7
Systemlaborausstattung FB Bauing.	28,0
10 PC-Arbeitsplätze FB Sozialwesen	27,0
Zusammen	123,0



**Wirtschaftsplan für die  
Fachhochschule Nordostniedersachsen  
für das Geschäftsjahr 2005**

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der gemäß § 26 LHO vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Betriebsanweisung für die Hochschulen in staatlicher Trägerschaft des Landes Niedersachsen vom 23. Juli 2003.

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Fachhochschule Nordostniedersachsen

### A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Finanzbedarf</b>			
1. Investitionen gemäß VV-HNds (ZR-GPL):			
– Lizenzen an Rechten und Werten	80 000	80 000	181 133
– Bebaute Grundstücke	—	—	18 841
– Unbebaute Grundstücke	—	—	—
– Gebäude	—	—	—
– Maschinen und Anlagen	397 000	420 000	1 164 716
– Fahrzeuge	—	—	—
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	266 000	290 000	312 551
– Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>743 000</b>	<b>790 000</b>	<b>1 677 242</b>
2. Sonstige Investitionen <sup>3)</sup> :			
– Immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	—
– Gebäude	—	—	—
– Maschinen und Anlagen	20 000	20 000	5 833
– Fahrzeuge	—	—	—
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	200 000	200 000	24 280
<b>Summe 2.:</b>	<b>220 000</b>	<b>220 000</b>	<b>30 113</b>
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
– Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	—	—	—
– Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)	—	—	—
– Ablieferungen an den Landeshaushalt	—	—	—
– Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)	—	—	—
<b>Summe 3.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>Summe I.:</b>	<b>963 000</b>	<b>1 010 000</b>	<b>1 707 354</b>
<b>II. Deckungsmittel</b>			
1. Deckungsmittel:			
– Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	—	—	740 712
– Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z.B. eingehende Zahlungen für Forderungen)	—	—	—
– Noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren	—	—	—
– Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	—	—	456 503
– Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
– – aus Fachkapitel	123 000	170 000	182 000
– – aus Sondermitteln	840 000	840 000	328 139
<b>Summe 1.:</b>	<b>963 000</b>	<b>1 010 000</b>	<b>1 707 354</b>
<b>Summe II.:</b>	<b>963 000</b>	<b>1 010 000</b>	<b>1 707 354</b>

<sup>3)</sup> Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Fachhochschule Nordostniedersachsen

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Erträge</b>			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:			
– aus Fachkapitel	21 582 000	24 861 000	24 235 947
– aus Sondermitteln	2 134 800	2 165 000	1 607 293
<b>Summe 1.:</b>	<b>23 716 800</b>	<b>27 026 000</b>	<b>25 843 240</b>
2. Umsatzerlöse, Zuweisungen, Zuschüsse:			
– Zuweisungen und Zuschüsse von anderen Zuschussgebern	1 156 000	1 156 000	1 804 411
– Erträge aus Entgelten für Forschungs- und ähnliche Aufträge	20 000	20 000	57 459
– Erträge aus Gutachten und sonstigen Entgelten	—	—	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>1 176 000</b>	<b>1 176 000</b>	<b>1 861 870</b>
3. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	—	—	—
<b>Summe 3.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
4. Andere aktivierte Eigenleistungen:	—	—	—
<b>Summe 4.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
5. Sonstige betriebliche Erträge:			
– Erstattung von Personalaufwendungen	80 000	80 000	224 607
– Maßnahmen im Zusammenhang mit Forschung, Lehre, Weiterbildung	300 000	300 000	337 989
– Erlöse aus Nebenbetrieben	—	—	—
– Betreuung von Studierenden	—	—	—
– Gebühren und gebührenähnliche Erträge	177 000	177 000	90 085
– Nebenerlöse aus Vermietung und Verpachtung	130 000	130 000	109 973
– Spenden	18 000	18 000	26 176
– Erträge aus Schadensersatzleistungen	—	—	—
– Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	—	—	2 700
– Auflösung von Rückstellungen	—	—	197 617
– Periodenfremde Erträge	20 000	20 000	647
– Übrige Erträge	16 000	16 000	16 944
<b>Summe 5.:</b>	<b>741 000</b>	<b>741 000</b>	<b>1 006 738</b>
6. Zinserträge und ähnliche Erträge:	—	—	—
<b>Summe 6.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>Summe I.:</b>	<b>25 633 800</b>	<b>28 943 000</b>	<b>28 711 848</b>
<b>II. Aufwendungen</b>			
1. Materialaufwand:			
– Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	557 600	557 600	533 708
– Sachaufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmaterial	—	—	—
– Aufwendungen für bezogene Leistungen	988 600	1 335 600	926 684
– Unteraufträge in Drittmittelvorhaben	—	—	—
– Werkverträge	—	—	—
– Wissenschaftliche Dienstleistungen	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>1 546 200</b>	<b>1 893 200</b>	<b>1 460 392</b>
2. Personalaufwand:			
2.1. Löhne, Gehälter und Besoldung			
– Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	6 900 400	7 994 300	7 646 366
– Vergütungen der Angestellten	7 604 700	7 976 900	7 112 243
– Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	482 300	482 300	507 333
– Sonstige Vergütungen	—	—	—
<b>Summe 2.1.:</b>	<b>14 987 400</b>	<b>16 453 500</b>	<b>15 265 942</b>

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Fachhochschule Nordostniedersachsen

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>noch II. Aufwendungen</b>			
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Angestellte	1 062 600	1 154 900	1 510 042
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter	55 700	55 700	56 332
– Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	2 149 200	2 706 800	2 307 572
– Zuführung zum Sondervermögen Nds. Versorgungsrücklage	59 000	59 000	41 765
– Emeritenbezüge	—	—	—
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	372 200	573 400	628 387
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	—	—	22 384
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	—	147 100	—
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	—	—	—
– Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	304 500	319 700	318 823
– Beihilfen für Angestellte	—	—	—
– Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—
– Trennungsgeld	15 300	15 300	—
– Beiträge zur Berufsgenossenschaft (LUK)	42 000	32 100	18 984
– Sonstige soziale Leistungen	89 100	—	76 279
<b>Summe 2.2.:</b>	<b>4 149 600</b>	<b>5 064 000</b>	<b>4 980 568</b>
<b>Summe 2.:</b>	<b>19 137 000</b>	<b>21 517 500</b>	<b>20 246 510</b>
3. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen:			
– Immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	—
– Grundstücke und Bauten	—	—	—
– Technische Anlagen und Maschinen	—	—	—
– Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—	—
<b>Summe 3.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung und Instandhaltung			
– Aufwendungen für Instandhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude und Anlagen			
– Bauunterhaltung	296 000	351 000	658 266
– Aufwendungen für Wartung	181 800	—	237 643
– Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Entsorgung			
– Energie	179 400	199 400	230 637
– Heizung	225 400	260 400	309 665
– Wasser und Abwasser	29 500	33 500	26 766
– Entsorgung	—	—	—
– Aufwendungen für Reparatur- und Instandhaltungsmaterial			
– Bauunterhaltung	—	—	—
– Sonstige	207 300	207 300	93 367
– Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten			
– Mieten, Pachten, Erbbauzins	2 020 900	2 745 900	2 537 722
– Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	139 700	139 700	65 854
– Gebühren für die Bezügeberechnung (NLBV)	75 000	110 500	82 050
– Fremdreinigung	—	—	442 008
– Betriebs-, Amtsarzt und Arbeitssicherheit	8 000	—	7 661
<b>Summe 4.1.:</b>	<b>3 363 000</b>	<b>4 047 700</b>	<b>4 691 639</b>
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
– Aufwendungen für EDV, Büromaterial und Drucksachen	167 900	67 900	62 138
– Aufwendungen für Kommunikation			
– Telefon, Telefax und andere Postdienstnetze	251 500	298 500	313 858
– Reisekosten	247 200	247 200	238 534
– Porto	—	—	—
– Öffentlichkeitsarbeit	23 700	23 700	21 959
– Gästebewirtung und Repräsentation	11 500	11 500	13 576
<b>Summe 4.2.:</b>	<b>701 800</b>	<b>648 800</b>	<b>650 065</b>
4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
– Vergütungen für Lehraufträge	343 700	114 600	310 929
– Vergütungen für Gastvorträge und Gastprofessuren	114 600	343 700	123 115
– Fort- und Weiterbildung	50 000	—	47 904
– übrige Personalkosten	3 900	3 900	44 720
<b>Summe 4.3.:</b>	<b>512 200</b>	<b>462 200</b>	<b>526 668</b>

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Fachhochschule Nordostniedersachsen

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>noch II. Aufwendungen</b>			
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
– Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögen	—	—	—
– Schadensersatzleistungen	—	—	4 951
– Abschreibungen auf Forderungen	—	—	8 870
– Periodenfremde Aufwendungen	104 300	104 300	95 154
– Sicherung der Gebäude	—	—	—
– Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	261 900	261 900	279 498
– Aufwendungen für Mitgliedschaften	6 600	6 600	6 135
<b>Summe 4.4.:</b>	<b>372 800</b>	<b>372 800</b>	<b>394 608</b>
<b>Summe 4.:</b>	<b>4 949 800</b>	<b>5 531 500</b>	<b>6 262 980</b>
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	—	—	509
<b>Summe 5.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>509</b>
<b>Summe II.</b>	<b>25 633 000</b>	<b>28 942 200</b>	<b>27 970 391</b>
<b>III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b> (Summe I. ./ Summe II.)	<b>800</b>	<b>800</b>	<b>741 457</b>
<b>IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen</b>			
1. Außerordentliche Erträge:	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
2. Außerordentliche Aufwendungen:	—	—	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>V. Außerordentliches Ergebnis</b> (Außerordentliche Erträge ./ Außerordentliche Aufwendungen)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>VI. Steuern</b>			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
– Körperschaftsteuer	—	—	—
– Gewerbebeertragsteuer	—	—	—
– Kapitalertragsteuer	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
2. Sonstige Steuern:			
– Kraftfahrzeugsteuer	200	200	433
– Grundsteuer	600	600	312
<b>Summe 2.:</b>	<b>800</b>	<b>800</b>	<b>745</b>
<b>VII. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b> (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./ Steuern)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>740 712</b>

**Bewirtschaftungsvermerke:**

---

1. Die finanzielle Obergrenze nach § 49 Abs. 1 Nr. 3 NHG beträgt für das Geschäftsjahr 2005 5 896 630 EUR.
2. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen 2 434 500 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Erfolgsplanansätze: Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten sowie Beiträge zur Berufsgenossenschaft-Landesunfallkasse).
3. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen 1 958 000 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Nutzungsentgelt an den Landesliegenschaftsfonds).
4. Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
5. Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als einmalige oder laufende Leistungen eigener Art gewährt werden.
6. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
7. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich zum 1. 1. 2008 um 102 300 EUR infolge Verlagerung nach Kapitel 06 08 TGr. 74.



**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0637 Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
121 02-3	136	Ablieferungen des Landesbetriebs		-	-	-	305
121 03-1	136	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		1.169	642	+527	654
121 04-0	136	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender		282	249	+33	405
381 01-7	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		-	-	-	-
<b>AUSGABEN</b>							
682 01-7	136	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 682 03 und 891 01.</i> <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.</i> <i>Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.</i>	41 41	30.887	31.641	-754	30.800
682 03-3	136	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulaasten 682 01.</i> <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.</i>	-	395	395	-	343
682 39-4	136	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	-	10	19	-9	-
891 01-5	136	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulaasten 682 01.</i> <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.</i>	-	312	301	+11	212
<b>Abschluss Kapitel 0637</b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				1.451	891	+560	
3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				-	-	-	
<b>Summe der Einnahmen</b>				1.451	891	+560	
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				41 41	31.292	32.055	-763
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen				-	312	301	+11
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>				41 41	31.604	32.356	-752
<b>Zuschuss</b>					30.153	31.465	-1.312

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 0637**

**Erläuterungsteil I (Allgemeiner Erläuterungsteil)**

**Rechts- und Organisationsgrundlagen**

Das Niedersächsische Hochschulgesetz sowie das Hochschulrahmengesetz.

Die Grundordnung der Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel.

Die Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel ist ein Landesbetrieb gem. § 26 LHO.

**Organisationsstruktur und Budgetplan**

Die Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel hat 11 Fachbereiche mit insgesamt 50 Studiengängen, dies sind im einzelnen (WS 2003/04 und SS 2004):

<p>Elektrotechnik</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Automatisierungstechnik</li> <li>- Informationstechnik</li> <li>- Telekommunikation</li> <li>- Elektrotechnik im Praxisverbund</li> </ul> <p>Maschinenbau</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- European Engineering and Technology</li> <li>- Konstruktion und Entwicklung</li> <li>- Maschinenbau im Praxisverbund</li> <li>- Produktion und Logistik</li> <li>- Mechatronik</li> </ul> <p>Sozialwesen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Sozialwesen</li> <li>- Geragogik</li> <li>- Sozialmanagement</li> <li>- Psychomotorik</li> </ul> <p>Versorgungstechnik</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Versorgungstechnik</li> <li>- Versorgungstechnik im Praxisverbund</li> <li>- Umwelttechnik</li> <li>- Technische Unternehmensführung</li> </ul> <p>Wirtschaft</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Wirtschaftsinformatik</li> <li>- BWL</li> <li>- BWL / Banken und Finanzmanagement</li> <li>- BWL / Automobilwirtschaft</li> <li>- Weiterbildender Fernstudiengang Wirtschaftsingenieurwesen</li> <li>- Wirtschaftliches Ergänzungsstudium</li> <li>- Weiterbildender Fernstudiengang für Absolventen der Betriebsakademie</li> <li>- Wirtschaftsingenieurwesen / Automobiltechnik</li> </ul>	<p>Transport- und Verkehrswesen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Wirtschaftsingenieurwesen mit der Studienrichtung Vertriebsmanagement</li> <li>- Logistik- und Informationsmanagement</li> <li>- Transport- und Logistikmanagement</li> </ul> <p>Informatik</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Medieninformatik</li> <li>- Praktische Informatik</li> <li>- Technische Informatik</li> <li>- Medieninformatik (Online)</li> </ul> <p>Gesundheitswesen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Augenoptik im Praxisverbund</li> <li>- Krankenversicherungsmanagement</li> <li>- Management im Gesundheitswesen</li> </ul> <p>Fahrzeug-, Produktions- und Verfahrenstechnik</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Fahrzeugtechnik</li> <li>- Industrie – Informatik</li> <li>- Industrie – Informatik im Praxisverbund</li> <li>- Recycling</li> <li>- Verfahrenstechnik mit Studiengangsrichtung Kunststofftechnik</li> <li>- Fahrzeuginformatik</li> <li>- Fahrzeuginformatik im Praxisverbund</li> <li>- Kreislaufwirtschaft (auslaufend)</li> <li>- Berufsbegleitender Weiterbildungsstudiengang „Fahrzeugsystemtechnologie“</li> <li>- Fernstudiengang Industrieinformatik</li> <li>- Weiterbildungsstudiengang „Computer Science“</li> </ul> <p>Medien, Sport- und Tourismusmanagement (i. Gr.)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Mediendesign</li> <li>- Sportmanagement</li> <li>- Tourismusmanagement</li> <li>- Weiterbildender Masterstudiengang Umwelt- und Qualitätsmanagement</li> <li>- Weiterbildender Masterstudiengang Multimedia</li> <li>- Weiterbildender Masterstudiengang „Vertriebsmanagement“</li> </ul> <p>Recht</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Wirtschaftsrecht</li> <li>- IT - Recht</li> </ul>
---	---

**Zielsetzung**

Die Hochschule verfolgt auf der Grundlage von § 1 Abs. 3 NHG gemäß des Entwurfs der Zielvereinbarung 2005-2008 für 2005 u.a. folgende wesentliche Ziele:

- Stabilität bei den Studierendenzahlen
- 100%-Auslastung der vorhandenen StudienanfängerInnenplätze
- Vorantreiben des Bologna-Prozesses: Umstellung von mindestens 2 Fachbereichen auf Bachelor- und Masterstudiengänge
- Weitere Steigerung der Umsätze aus Weiterbildungsmaßnahmen
- Halten der Drittmittelumsätze auf dem derzeitigen Niveau
- Erreichen einer Entscheidung zum weiteren Ausbau des Standorts Salzgitter
- Beginn der Baumaßnahmen am Standort Wolfsburg zur Behebung der dringendsten Raumprobleme

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0637

Erläuterungsteil II (Erläuterungsteil zum Produkthaushalt)

Budgetierungsmodell

Die Budgetierung richtet sich nach dem in der Vorbemerkung zu den Kapiteln 06 33 – 06 39 erläuterten Mittelbemessungsverfahren, nach dem Hochschuloptimierungskonzept und nach den Festlegungen der Zielvereinbarung.

Finanzierungsbedarf zum Produkthaushalt

Produkte	Kapazität vor Schwund (Soll) WS 04/05 + SS 2005	Studierende in der RZ (Soll) WS 04/05 SS 2005	Absolventen (Soll 2005) WS 04/05 + SS 2005	Gesamtkosten je Fächergruppe aus KLR (Soll 2005)	Kapazität vor Schwund (Ist 2003) WS 02/03 + SS 2003	Studierende in der RZ (Ist 2003) WS 02/03 SS 2003	Absolventen (Ist 2003) WS 02/03 + SS 2003	Gesamtkosten je Fächergruppe aus KLR (Ist 2003)
<b>Lehre (nach Fächergruppen)</b>								
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	475	2015	462	14.114.615	563	2701	374	12.176.904
Mathematik, Naturwissenschaften	548	2622	609	17.123.314	633	2387	269	19.976.914
<b>Weiterbildung gem. § 12 NHG (alt)</b>								
Weiterbildungs-Studiengänge	103	319	203	1.508.473	96	264	75	1.471.620
Sonstige Weiterbildung	0	0	0	81.000	0	0	0	81.081
<b>Gesamtsumme</b>	<b>1229</b>	<b>5274</b>	<b>1476</b>	<b>32.827.402</b>	<b>1388</b>	<b>5616</b>	<b>793</b>	<b>33.706.519</b>

Produkte	Grundaussstattung 2005	Sondermittel 2005	Drittmittel 2005	Gesamtkosten gem. KLR 2005	Grundaussstattung 2003	Sondermittel 2003	Drittmittel 2003	Gesamtkosten gem. KLR 2003
<b>Forschung</b>								
Antragsinduzierte Forschung	0	2.048.935	1.343.435	3.392.370	0	1.874.831	1.441.465	3.316.297
Auftragsinduzierte Forschung	0	0	1.671.431	1.671.431	0	0	1.953.346	1.953.346
ohne Auftrag (100% eigenfinanziert)	1.580.674	0	0	1.580.674	1.569.647	0	0	1.569.647
<b>Gesamtsumme</b>	<b>1.580.674</b>	<b>2.048.935</b>	<b>3.014.866</b>	<b>6.644.475</b>	<b>1.569.647</b>	<b>1.874.831</b>	<b>3.394.811</b>	<b>6.839.289</b>

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0637  
Leistungsplan**

	<b>Gesamtkosten (aus KLR)</b>	<b>Gesamtkosten (aus KLR)</b>	<b>Finanzierungs- beitrag des Produkthaushalts</b>	<b>Finanzierungs- beitrag des Produkthaushalts</b>
	<b>(Soll) 2005</b>	<b>(Ist) 2003</b>	<b>(Soll) 2005</b>	<b>(Ist) 2003</b>
Lehre	31.237.929	32.153.818	28.973.787	29.823.291
Forschung	6.644.475	6.839.289	1.524.936	1.569.647
Weiterbildung	1.508.473	1.552.701	101.341	104.313
Externe Dienstleistungen	370.954	381.830	108.936	112.130
<b>Produktsumme</b>	<b>39.761.831</b>	<b>40.927.638</b>	<b>30.709.000</b>	<b>31.609.381</b>
<b>Investitionen</b>				
Bis zu 25000 Euro im Einzelfall			188.500	132.584
Gebäudeautomationsstation mit dezentraler und neutraler Leit- technik				1.096
Anlage zur Herstellung von flüssi- gem Stickstoff				1.143
Wirbelstromleistungsbremse				566
Entwicklungssystem für struktu- rierte Analysen				21.196
Geräteausstattung der PC- Poolräume am Standort Wolfsburg				33.300
Geräteausstattung der PC- Poolräume am Standort Salzgitter				15.826
Hörsaaltechnik			45.000	
Arbeitsplatzrechner für Hoch- schul- und Fachbereichsverwal- tungen			67.500	
<b>Investitionssumme</b>			<b>301.000</b>	<b>205.711</b>
<b>Gesamtsumme</b>	<b>39.761.831</b>	<b>40.927.638</b>	<b>31.010.000</b>	<b>31.815.091</b>

**Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen  
Erläuterungen**

Die abgebildeten Daten zu den Produkten und Kennzahlen sind vorläufiger Natur, weil die KLR sich noch im Aufbau befindet.

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0637**

**Produktbezogene Kennzahlen**

<b>Lehre und Studium gem. amtl. Statistik</b>	<b>Zeitraum:</b> <b>WS 2002/03 + SS 2003</b>
Studienanfänger, 1. HS-Semester	1335
Studienanfänger, 1. Fachsemester	1903
Ordentliche Studierende	6298
Frauenanteil	35,0%
Anteil ausländischer Studierender	6,3%
Bildungsinländer	40,0%
Absolvent(inn)en pro Jahr	704
Grundständiges Studium	648
Frauenanteil	39,0%
weiterführendes Studium	56
Frauenanteil	8,9%

**Forschung und Nachwuchsförderung**

**Stichtag:**  
**01.01.2004**

Sonderforschungsbereiche

    davon mit Sprecherfunktion

Forschungszentren/ - schwerpunkte EU -Projekte mit Koordinatorenfunktion Graduiertenkollegs	2
--	---

    Promotionen

        davon Frauenanteil

**Personal**

**Stichtag:**  
**31.12.2003**

insgesamt	509
Nichtwissenschaftl. Personal	291
darunter Teilzeitbeschäftigt	72
Wissenschaftl. Personal	218
darunter Teilzeitbeschäftigt	20
Professoren	154
davon Frauenanteil	15,6%
Stellen für Professoren	167
Neuberufungen	10
davon Frauenanteil	20%

**Flächen**

**Stichtag:**  
**31.12.2003:**

Hauptnutzfläche (brutto)	41.411 qm
Kapazitätsrelevante HNF	38.210 qm

**Zu Kapitel 06 37 allgemein:**

Die Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel wird seit dem 1. 1. 1999 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei Titel 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage 1 beigefügt.

Das Ergebnis der Formelberechnung für 2004 ergibt einen Betrag von –31.000 EUR.

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 682 01**

Dem Studentenwerk Braunschweig werden folgende landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen:

Einrichtung	qm (HNF)	nachrichtlich Mietpreis/jährlich
Mensa HNF	344	
Cafeteria NNF	362	32 211 EUR

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Auf Nutzungsentgelte entfallen 1.980.000 EUR.

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	41	–	41
2006	–	–	41	41
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	41	41	82

**Zu 682 03**

Auf die im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke wird verwiesen.

**Zu 891 01**

Auf die im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke wird verwiesen.

	Tsd. EUR
Investitionen bis zu 25 000 EUR im Einzelfall	199,5
Hörsaaltechnik FB Sozialwesen	45,0
Arbeitsplatzrechner für Hochschul- und Fachbereichsverwaltungen	67,5
Zusammen	312,0



**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb  
Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel**  
für das Geschäftsjahr 2005

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der gemäß § 26 LHO vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Betriebsanweisung für die Hochschulen in staatlicher Trägerschaft des Landes Niedersachsen vom 23. Juli 2003.

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

### A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Finanzbedarf</b>			
1. Investitionen gemäß VV-HNds (ZR-GPL):			
– Bebaute Grundstücke	—	—	—
– Unbebaute Grundstücke	—	—	—
– Gebäude	—	—	—
– Maschinen und Anlagen	—	1 133 300	—
– Fahrzeuge	—	—	—
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—	—
– Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	—	1 133 300	—
2. Sonstige Investitionen <sup>3)</sup> :			
– Immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	129 169
– Gebäude	—	—	—
– Maschinen und Anlagen	312 000	—	1 258 929
– Fahrzeuge	—	—	—
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—	255 661
– Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—	237 877
<b>Summe 2.:</b>	312 000	—	1 881 635
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
– Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	—	—	1 573 791
– Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)	—	—	—
– Ablieferungen an den Landeshaushalt	—	—	—
– Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)	—	—	—
<b>Summe 3.:</b>	—	—	1 573 791
<b>Summe I.:</b>	312 000	1 133 300	3 455 426
<b>II. Deckungsmittel</b>			
1. Deckungsmittel:			
– Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	—	—	—
– Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z. B. eingehende Zahlungen für Forderungen)	—	—	—
– noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren	—	—	1 776 972
– Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	—	—	—
– Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
– aus Fachkapitel	312 000	301 000	205 711
– aus Sondermitteln	—	832 300	907 372
<b>Summe 1.:</b>	312 000	1 133 300	2 890 055
<b>Summe II.:</b>	312 000	1 133 300	2 890 055

<sup>3)</sup> Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26:

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Erträge</b>			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:			
– aus Fachkapitel	31 292 000	32 055 000	31 237 638
– aus Sondermitteln	1 400 000	4 000 000	3 926 373
<b>Summe 1.:</b>	<b>32 692 000</b>	<b>36 055 000</b>	<b>35 164 011</b>
2. Umsatzerlöse, Zuweisungen, Zuschüsse:			
– Zuweisungen und Zuschüsse von anderen Zuschussgebern	1 750 000	500 000	1 885 725
– Erträge aus Entgelten für Forschungs- und ähnliche Aufträge	1 700 000	1 600 000	2 407 600
– Erträge aus Gutachten und sonstigen Entgelten	—	—	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>3 450 000</b>	<b>2 100 000</b>	<b>4 293 325</b>
3. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	—	—	–561 660
<b>Summe 3.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>–561 660</b>
4. Andere aktivierte Eigenleistungen:	—	—	40 720
<b>Summe 4.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>40 720</b>
5. Sonstige betriebliche Erträge:			
– Erstattung von Personalaufwendungen	500 000	500 000	664 757
– Maßnahmen im Zusammenhang mit Forschung, Lehre, Weiterbildung	750 000	500 000	765 788
– Erlöse aus Nebenbetrieben	70 000	70 000	88 514
– Betreuung von Studierenden	30 000	30 000	50 821
– Gebühren und gebührenähnliche Erträge	200 000	200 000	93 961
– Nebenerlöse aus Vermietung und Verpachtung	50 000	50 000	44 003
– Spenden	10 000	10 000	96 347
– Erträge aus Schadensersatzleistungen	—	—	2 700
– Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	—	—	4 510
– Auflösung von Rückstellungen	—	—	249
– Periodenfremde Erträge	35 000	35 000	42 026
– Übrige Erträge	5 000	5 000	12 385
<b>Summe 5.:</b>	<b>1 650 000</b>	<b>1 400 000</b>	<b>1 866 062</b>
6. Zinserträge und ähnliche Erträge:	—	—	54
<b>Summe 6.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>54</b>
<b>Summe I.:</b>	<b>37 792 000</b>	<b>39 555 000</b>	<b>40 802 513</b>

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>II. Aufwendungen</b>			
1. Materialaufwand:			
– Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	600 000	—	479 482
– Sachaufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmaterial	—	856 000	—
– Aufwendungen für bezogene Leistungen	—	675 000	—
– Unteraufträge in Drittmittelvorhaben	600 000	—	541 937
– Werkverträge	120 000	—	118 569
– Wissenschaftliche Dienstleistungen	211 000	—	177 795
<b>Summe 1.:</b>	<b>1 531 000</b>	<b>1 531 000</b>	<b>1 317 783</b>
2. Personalaufwand:			
2.1. Löhne, Gehälter und Besoldung			
– Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	10 357 400	10 624 000	10 209 988
– Vergütungen der Angestellten	11 065 900	10 886 700	10 736 754
– Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	500 000	500 000	519 082
– Sonstige Vergütungen	200 000	200 000	161 842
<b>Summe 2.1.:</b>	<b>22 123 300</b>	<b>22 210 700</b>	<b>21 627 667</b>
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Angestellte	2 347 400	2 347 400	2 240 362
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter	100 000	100 000	111 886
– Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	3 176 400	3 364 800	2 989 756
– Zuführung zum Sondervermögen Nds. Versorgungsrücklage	77 400	77 400	55 691
– Emeritenbezüge	—	—	—
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	563 800	797 400	941 379
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	40 000	40 000	46 445
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	—	—	—
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	—	—	—
– Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	447 000	447 000	409 130
– Beihilfen für Angestellte	—	—	2 685
– Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—
– Trennungsgeld	5 100	5 100	8 264
– Beiträge zur Berufsgenossenschaft (LUK)	57 400	44 300	26 172
<b>Summe 2.2.:</b>	<b>6 814 500</b>	<b>7 223 400</b>	<b>6 831 771</b>
<b>Summe 2.:</b>	<b>28 937 800</b>	<b>29 434 100</b>	<b>28 459 438</b>
3. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen:			
– Immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	163 373
– Grundstücke und Bauten	—	—	259 189
– Technische Anlagen und Maschinen	—	—	2 382 679
– Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—	470 605
<b>Summe 3.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>3 275 845</b>
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung und Instandhaltung			
– Aufwendungen für Instandhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude und Anlagen			
– Bauunterhaltung	395 000	1 765 000	1 935 459
– Aufwendungen für Wartung	125 000	125 000	166 608
– Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Entsorgung			
– Energie	280 000	250 000	289 728
– Heizung	290 000	300 000	285 076
– Wasser und Abwasser	65 000	85 000	60 087
– Entsorgung	—	—	—
– Aufwendungen für Reparatur- und Instandhaltungsmaterial			
– Bauunterhaltung	—	—	26 757
– Sonstige	80 000	—	131 956
– Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten			
– Mieten, Pachten, Erbbauzins	3 340 000	3 340 000	3 364 376
– Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	40 000	40 000	57 641
– Gebühren für die Bezügeberechnung (NLBV)	99 000	172 700	109 116
– Fremdreinigung	580 300	580 300	493 557
– Betriebs-, Amtsarzt und Arbeitssicherheit	10 200	10 200	9 425
– Sonstige Fremdleistungen	92 000	—	188 989
<b>Summe 4.1.:</b>	<b>5 396 500</b>	<b>6 668 200</b>	<b>7 118 776</b>

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>noch II. Aufwendungen</b>			
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
– Aufwendungen für EDV, Büromaterial und Drucksachen	166 200	166 200	163 696
– Aufwendungen für Kommunikation			
– Telefon, Telefax und andere Postdienstnetze	400 000	400 000	437 935
– Reisekosten	200 000	200 000	215 026
– Porto	100 000	100 000	90 033
– Öffentlichkeitsarbeit	55 000	55 000	122 275
– Gästebewirtung und Repräsentation	20 000	20 000	34 185
<b>Summe 4.2.:</b>	<b>941 200</b>	<b>941 200</b>	<b>1 063 150</b>
4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
– Vergütungen für Lehraufträge	500 000	500 000	595 726
– Vergütungen für Gastvorträge und Gastprofessuren	35 000	35 000	33 841
– Fort- und Weiterbildung	10 000	10 000	16 858
– Übrige Personalkosten	55 000	50 000	59 532
<b>Summe 4.3.:</b>	<b>600 000</b>	<b>595 000</b>	<b>705 957</b>
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
– Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	—	—	12 331
– Schadensersatzleistungen	—	—	1 250
– Abschreibungen auf Forderungen	—	—	7 353
– Periodenfremde Aufwendungen	20 000	20 000	48 691
– Sicherung der Gebäude	1 000	1 000	2 722
– Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	200 000	200 000	179 064
– Aufwendungen für Mitgliedschaften	19 000	23 000	24 981
– Andere sonstige Aufwendungen	144 000	140 000	157 299
<b>Summe 4.4.:</b>	<b>384 000</b>	<b>384 000</b>	<b>433 690</b>
<b>Summe 4.:</b>	<b>7 321 700</b>	<b>8 588 400</b>	<b>9 321 572</b>
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	—	—	74
<b>Summe 5.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>74</b>
<b>Summe II.:</b>	<b>38 235 500</b>	<b>39 553 500</b>	<b>42 374 712</b>
<b>III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b> (Summe I. ./ Summe II.)	<b>1 500</b>	<b>1 500</b>	<b>–1 572 200</b>
<b>IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen</b>			
1. Außerordentliche Erträge:	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
2. Außerordentliche Aufwendungen:	—	—	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>V. Außerordentliches Ergebnis</b> (Außerordentliche Erträge ./ Außerordentliche Aufwendungen)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>VI. Steuern</b>			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
– Körperschaftsteuer	—	—	—
– Gewerbebeertragsteuer	—	—	—
– Kapitalertragsteuer	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
2. Sonstige Steuern:			
– Kraftfahrzeugsteuer	1 000	1 000	1 103
– Grundsteuer	500	500	488
<b>Summe 2.:</b>	<b>1 500</b>	<b>1 500</b>	<b>1 592</b>
<b>VII. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b> (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./ Steuern)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>–1 573 791</b>

**Bewirtschaftungsvermerke:**

---

1. Die finanzielle Obergrenze nach § 49 Abs. 1 Nr. 3 NHG beträgt für das Geschäftsjahr 2005 9 034 980 EUR.
2. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen 3 233 800 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Erfolgsplanansätze Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten sowie Beiträge zur Berufsgenossenschaft-Landesunfallkasse).
3. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen 1 980 000 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Nutzungsentgelt an den Landesliegenschaftsfonds).
4. Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
5. Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als einmalige oder laufende Leistungen eigener Art gewährt werden.
6. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
7. Soweit ausreichende Drittmittel zur Verfügung stehen, dürfen mit bis zu 5 aus diesen Mitteln zu vergütenden Angestellten und Arbeiter(n)/-innen unbefristete Arbeitsverträge unter der Voraussetzung abgeschlossen werden, dass der Abschluss befristeter Verträge nach den arbeitsrechtlichen Vorschriften und Grundsätzen über befristete Arbeitsverhältnisse nicht rechtswirksam wäre.



**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0638 Fachhochschule Hannover**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
121 02-7	136	Ablieferungen des Landesbetriebs		-	-	-	605
121 03-5	136	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		1.000	584	+416	541
121 04-3	136	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender		248	343	-95	417
381 01-0	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		-	-	-	-
<b>AUSGABEN</b>							
682 01-0	136	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 682 03 und 891 01.</i> <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.</i> <i>Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.</i>	11 11	38.079	38.508	-429	37.494
682 03-7	136	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulaasten 682 01.</i> <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.</i>	-	437	437	-	380
682 39-8	136	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	-	20	39	-19	15
891 01-9	136	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulaasten 682 01.</i> <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.</i>	-	326	320	+6	342
<b>Abschluss Kapitel 0638</b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				1.248	927	+321	
3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				-	-	-	
<b>Summe der Einnahmen</b>				1.248	927	+321	
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				11 11	38.536	38.984	-448
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen				-	326	320	+6
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>				11 11	38.862	39.304	-442
<b>Zuschuss</b>					37.614	38.377	-763

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Kapitel 0638**

**Erläuterungsteil I (Allgemeiner Erläuterungsteil)**

**Rechts- und Organisationsgrundlagen**

Das Niedersächsische Hochschulgesetz sowie das Hochschulrahmengesetz.

Die Grundordnung der Fachhochschule Hannover.

Die Fachhochschule Hannover ist ein Landesbetrieb gem. § 26 LHO.

**Organisationsstruktur und Budgetplan**

Die Fachhochschule Hannover hat 9 Fachbereiche mit z.Z. insgesamt 29 Studiengängen (inklusive weiterbildende Studiengänge), dies sind im einzelnen :

**Architektur/Bauingenieurwesen**

Studiengang Architektur

Studiengang Bauingenieurwesen

**Bildende Kunst**

Bildende Kunst

Meisterschüler

**Bioverfahrenstechnik**

Milchwirtschaftliche Lebensmitteltechnologie

Technl. Nachw. Rohstoffe

**Design und Medien**

Innenarchitektur

Produkt Design

Kommunikations Design

Mode Design und Kostüm Design

**Elektro- und Informationstechnik**

Energietechnik

Informationstechnik

Ingenieurinformatik

Nachrichtentechnik

**Informatik**

Angewandte Informatik

**Informations- und Kommunikationswesen**

Biowissenschaftliche Dokumentationen

Informationsmanagement

Journalistik

Public Relations/Öffentlichkeitsarbeit

Techn. Redaktion

**Maschinenbau**

Maschinenbau

Konstruktionstechnik

Produktionstechnik

Techn. Informatik im Maschinenbau

Verfahrens-, Energie- und Umwelttechnik

Wirtschaftsingenieurwesen

**Wirtschaft**

Betriebswirtschaftslehre

Wirtschaftsinformatik

Banken und Versicherungen WB

Die Verwaltungsstruktur gliedert sich in vier Dezernate sowie in die Zentralen Einrichtungen Weiterbildung und die Zentrale für Fremdsprachen

**Zielsetzung**

Die Fachhochschule Hannover (FHH) hat ihre strategischen Kernziele im Leitbild festgeschrieben. Im Einzelnen sind dies:

1. Praxisnahe Angebote
2. Qualität
3. Interdisziplinarität
4. Standortvorteil
5. Internationalität

Die Hochschule wird Ihre Entwicklungsplanung im Rahmen des Hochschuloptimierungskonzepts (HOK) und der Landeshochschulplanung (gemäß § 1 Abs. 1) ausrichten.

Die FHH wird im Jahr 2005 in Zusammenarbeit mit anderen Hochschulen Niedersachsens und dem MWK Vernetzungsstrategien auch unter Einbeziehung hochschulübergreifender Umschichtungen ab 2006 entwickeln. Ferner verfolgt die Hochschule mittelfristig folgende wesentliche Veränderungen des Studienangebots:

Im Zusammenhang mit der hochschulweiten Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen zum WS 2005/2006 ist eine Re-Akkreditierung nach fünf Jahren geplant, im Rahmen derer eine Aktualisierung der Module entsprechend der strategischen Kernziele geplant ist.

Zur Sicherung der hohen Qualität und im Hinblick auf die Leitziele 1., 3. und 4. ist die Einrichtung von Kompetenzzentren geplant und daraus resultierend die Einführung neuer Masterstudiengänge, vorwiegend in Form von gebührenpflichtigen Weiterbildungs-Masterstudiengängen.

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0638

Erläuterungsteil II (Erläuterungsteil zum Produkthaushalt)

Budgetierungsmodell

Die Budgetierung richtet sich nach dem in der Vorbemerkung zu den Kapiteln 06 33 – 06 39 erläuterten Mittelbemessungsverfahren, nach dem Hochschuloptimierungskonzept und nach den Festlegungen der Zielvereinbarung.

Finanzierungsbedarf zum Produkthaushalt

Produkte	Kapazität vor Schwund (Soll) WS 04/05 + SS 2005	Studierende in der RZ (Soll) WS 04/05 SS 2005	Absolventen (Soll 2005) WS 04/05 + SS 2005	Gesamtkosten je Fächergruppe aus KLR (Soll 2005)	Kapazität vor Schwund (Ist 2003) WS 02/03 + SS 2003	Studierende in der RZ (Ist 2003) WS 02/03 SS 2003	Absolventen (Ist 2003) WS 02/03 + SS 2003	Gesamtkosten je Fächergruppe aus KLR (Ist 2003)
<b>Lehre (nach Fächergruppen)</b>								
Sprach- und Kulturwissenschaften	156	723	123	3.300.000	173	671	93	3.357.003
Ingenieurwissenschaften	413	2233	418	15.500.000	543	2116	398	15.958.958
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	101	430	63	2.300.000	99	335	63	2.312.481
Mathematik, Naturwissenschaften	148	658	89	2.750.000	161	629	89	2.835.013
Kunst, Kunstwissenschaften	100	716	97	5.000.000	143	653	97	5.162.576
Agrar-, Forst-, und Ernährungswissenschaften	48	183	47	1.300.000	48	180	42	1.388.009
<b>Weiterbildung gem. § 12 NHG (alt)</b>								
Weiterbildungsstudiengänge	60	55	12	110.000	12	15	12	100.536
Sonstige Weiterbildung	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Gesamtsumme</b>	<b>1026</b>	<b>4998</b>	<b>849</b>	<b>30.260.000</b>	<b>1179</b>	<b>4596</b>	<b>794</b>	<b>31.014.040</b>

Produkte	Grundaussstattung 2005	Sondermittel 2005	Drittmittel 2005	Gesamtkosten gem. KLR 2005	Grundaussstattung 2003	Sondermittel 2003	Drittmittel 2003	Gesamtkosten gem. KLR 2003
<b>Forschung</b>								
Antragsinduzierte Forschung	0	0	787.500	832.000	0	0	787.500	715.571
Auftragsinduzierte Forschung	0	0	462.500	468.000	0	0	462.500	402.509
ohne Auftrag (100% eigenfinanziert)	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Gesamtsumme</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>1.250.000</b>	<b>1.300.000</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>1.250.000</b>	<b>1.118.080</b>

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0638  
Leistungsplan**

	<b>Gesamtkosten (aus KLR)</b>	<b>Gesamtkosten (aus KLR)</b>	<b>Finanzierungs- beitrag des Produkthaushalts</b>	<b>Finanzierungs- beitrag des Produkthaushalts</b>
	<b>(Soll) 2005</b>	<b>(Ist) 2003</b>	<b>(Soll) 2005</b>	<b>(Ist) 2003</b>
Lehre	31.500.000	31.014.040	21.800.000	21.312.454
Forschung	1.300.000	1.118.080	150.000	108.779
Weiterbildung	200.000	181.836	120.000	100.344
Externe Dienstleistungen	250.000	237.596	15.000	8.865
<b>Produktsumme</b>	<b>33.250.000</b>	<b>32.551.552</b>	<b>22.085.000</b>	<b>21.530.442</b>
<b>Investitionen</b>				
Bis zu 25000 Euro im Einzelfall	454.200	377.592	454.200	377.592
<b>Investitionssumme</b>	<b>454.200</b>	<b>377.592</b>	<b>454.200</b>	<b>377.592</b>
<b>Gesamtsumme</b>	<b>33.704.200</b>	<b>32.929.144</b>	<b>22.539.200</b>	<b>21.908.034</b>

**Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen  
Erläuterungen**

Die abgebildeten Daten zu den Produkten und Kennzahlen sind vorläufiger Natur, weil sich die KLR noch im Aufbau befindet.

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0638**

**Produktbezogene Kennzahlen**

**Lehre und Studium gem. aml. Statistik**

**Zeitraum:**  
**WS 2002/03 +**  
**SS 2003**

Studienanfänger, 1. HS-Semester	1170
Studienanfänger, 1. Fachsemester	1415
Ordentliche Studierende	5692
Frauenanteil	32,8%

Anteil ausländischer Studierender  
Bildungsinländer

Absolvent(inn)en pro Jahr 794

Grundständiges Studium

Frauenanteil

weiterführendes Studium

Frauenanteil

**Forschung und Nachwuchsförderung**

**Stichtag:**  
**01.01.2004**

Sonderforschungsbereiche

davon mit Sprecherfunktion

Forschungszentren/ -schwerpunkte 1

EU -Projekte mit Koordinatenfunktion

Graduiertenkollegs

Promotionen

davon Frauenanteil

**Personal**

**Stichtag:**  
**31.12.2003**

insgesamt	524
Nichtwissenschaftl. Personal	289
darunter Teilzeitbeschäftigt	91
Wissenschaftl. Personal	235
darunter Teilzeitbeschäftigt	30
Professoren	210
davon Frauenanteil	18,6%
Stellen für Professoren	217
Neuberufungen	5
davon Frauenanteil	

**Flächen**

**Stichtag**  
**31.12.2003:**

Hauptnutzfläche (brutto)	51.694 qm
Kapazitätsrelevante HNF	38.936 qm

**Zu Kapitel 06 38 allgemein:**

Die Fachhochschule Hannover wird seit dem 1. 1. 1999 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei Titel 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage 1 beigelegt.

Das Ergebnis der Formelberechnung für 2004 ergibt einen Betrag von -321.000 EUR.

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 682 01**

Dem Studentenwerk Hannover werden folgende landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen:

Einrichtung	qm (HNF)	nachrichtlich Mietpreis/jährlich
Mensa Ricklingen	451	44 274 EUR

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Auf Nutzungsentgelte entfallen 5.235.000 EUR.

**Belastung (2005)**

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	11	–	11
2006	–	–	11	11
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	11	11	22

**Zu 682 03**

Auf die im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke wird verwiesen.

**Zu 891 01**

Auf die im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke wird verwiesen.

	Tsd. EUR
Investitionen bis zu 25 000 EUR im Einzelfall	150,0
Drehmaschine mit Zyklensteuerung für FB Maschinenbau	70,0
Gaserfassungssystem FB Informatik	66,0
Software-Lizenzen für die Verwaltung	40,0
Zusammen	326,0



**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb  
Fachhochschule Hannover**  
für das Geschäftsjahr 2005

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der gemäß § 26 LHO vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Betriebsanweisung für die Hochschulen in staatlicher Trägerschaft des Landes Niedersachsen vom 23. Juli 2003.

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Fachhochschule Hannover

### A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Finanzbedarf</b>			
1. Investitionen gemäß VV-HNds (ZR-GPL):			
– Lizenzen an Rechten und Werten	—	—	—
– Bebaute Grundstücke	—	—	—
– Unbebaute Grundstücke	—	—	—
– Gebäude	—	—	—
– Maschinen und Anlagen	670 000	720 000	1 658 900
– Fahrzeuge	—	—	—
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	156 000	100 000	134 936
<b>Summe 1.:</b>	<b>826 000</b>	<b>820 000</b>	<b>1 793 836</b>
2. Sonstige Investitionen <sup>3)</sup> :			
– Immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	—
– Gebäude	—	—	—
– Maschinen und Anlagen	—	—	—
– Fahrzeuge	—	—	—
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
– Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	—	—	—
– Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)	—	—	—
– Ablieferungen an den Landeshaushalt	—	—	—
– Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)	—	—	—
<b>Summe 3.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>Summe I.:</b>	<b>826 000</b>	<b>820 000</b>	<b>1 793 836</b>
<b>II. Deckungsmittel</b>			
1. Deckungsmittel:			
– Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	—	—	670 993
– Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z. B. eingehende Zahlungen für Forderungen)	—	—	—
– noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren	—	—	—
– Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	—	—	—
– Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
– aus Fachkapitel	326 000	320 000	342 000
– aus Sondermitteln	500 000	500 000	444 704
<b>Summe 1.:</b>	<b>826 000</b>	<b>820 000</b>	<b>1 457 697</b>
<b>Summe II.:</b>	<b>826 000</b>	<b>820 000</b>	<b>1 457 697</b>

<sup>3)</sup> Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Fachhochschule Hannover

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Erträge</b>			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:			
– aus Fachkapitel	38 536 000	38 984 000	38 447 947
– aus Sondermitteln	1 300 000	2 450 000	1 184 991
<b>Summe 1.:</b>	<b>39 836 000</b>	<b>41 434 000</b>	<b>39 632 938</b>
2. Umsatzerlöse, Zuweisungen, Zuschüsse:			
– Zuweisungen und Zuschüsse von anderen Zuschussgebern	350 000	500 000	351 537
– Erträge aus Entgelten für Forschungs- und ähnliche Aufträge	450 000	600 000	400 796
– Erträge aus Gutachten und sonstigen Entgelten	—	80 000	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>800 000</b>	<b>1 180 000</b>	<b>752 333</b>
3. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	—	—	—
<b>Summe 3.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
4. Andere aktivierte Eigenleistungen:	—	—	—
<b>Summe 4.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
5. Sonstige betriebliche Erträge:			
– Erstattung von Personalaufwendungen	20 000	30 000	18 130
– Maßnahmen im Zusammenhang mit Forschung, Lehre, Weiterbildung	250 000	350 000	236 639
– Erlöse aus Nebenbetrieben	30 000	—	26 501
– Betreuung von Studierenden	50 000	30 000	49 362
– Gebühren und gebührenähnliche Erträge	258 000	—	92 770
– Nebenerlöse aus Vermietung und Verpachtung	150 000	250 000	146 465
– Spenden	20 000	30 000	15 978
– Erträge aus Schadensersatzleistungen	25 000	—	21 245
– Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	1 000	—	1 333
– Auflösung von Rückstellungen	—	—	—
– Periodenfremde Erträge	90 000	—	88 333
– Übrige Erträge	30 000	—	27 661
<b>Summe 5.:</b>	<b>924 000</b>	<b>690 000</b>	<b>724 417</b>
6. Zinserträge und ähnliche Erträge:	—	—	—
<b>Summe 6.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>Summe I.:</b>	<b>41 560 000</b>	<b>43 304 000</b>	<b>41 109 688</b>

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Fachhochschule Hannover

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>II. Aufwendungen</b>			
1. Materialaufwand:			
– Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	160 000	220 000	167 940
– Sachaufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmaterial	645 000	650 000	661 832
– Aufwendungen für bezogene Leistungen	250 000	370 000	252 651
– Unteraufträge in Drittmittelvorhaben	40 000	—	46 569
– Werkverträge	45 000	—	49 076
– Wissenschaftliche Dienstleistungen	5 000	—	2 363
<b>Summe 1.:</b>	<b>1 145 000</b>	<b>1 240 000</b>	<b>1 180 431</b>
2. Personalaufwand:			
2.1. Löhne, Gehälter und Besoldung			
– Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	12 385 900	14 030 700	11 857 403
– Vergütungen der Angestellten	9 693 000	10 169 600	9 620 205
– Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	360 000	300 000	368 530
– Sonstige Vergütungen	900 000	900 000	936 084
<b>Summe 2.1.:</b>	<b>23 338 900</b>	<b>25 400 300</b>	<b>22 782 222</b>
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Angestellte	1 601 000	1 953 000	1 982 118
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter	75 000	55 000	76 769
– Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	3 888 600	4 228 500	4 199 000
– Zuführung zum Sondervermögen Nds. Versorgungsrücklage	99 900	99 900	64 297
– Emeritenbezüge	—	—	—
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	1 316 000	1 287 900	836 371
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	—	22 500	—
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	—	—	—
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	—	—	—
– Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	342 800	539 800	434 473
– Beihilfen für Angestellte	—	—	—
– Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—
– Trennungsgeld	12 000	12 000	10 698
– Beiträge zur Berufsgenossenschaft (LUK)	67 100	51 400	28 717
<b>Summe 2.2.:</b>	<b>7 402 400</b>	<b>8 250 000</b>	<b>7 632 443</b>
<b>Summe 2.:</b>	<b>30 741 300</b>	<b>33 650 300</b>	<b>30 414 665</b>
3. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen:			
– Immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	—
– Grundstücke und Bauten	—	—	—
– Technische Anlagen und Maschinen	—	—	—
– Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—	—
<b>Summe 3.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung und Instandhaltung			
– Aufwendungen für Instandhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude und Anlagen			
– Bauunterhaltung	437 000	437 000	552 441
– Aufwendungen für Wartung	155 000	150 000	154 388
– Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Entsorgung			
– Energie	355 000	315 000	354 651
– Heizung	290 000	265 000	285 680
– Wasser und Abwasser	105 000	40 000	104 689
– Entsorgung	—	—	—
– Aufwendungen für Reparatur- und Instandhaltungsmaterial			
– Bauunterhaltung	—	—	—
– Sonstige	125 000	150 000	124 016
– Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten			
– Mieten, Pachten, Erbbauzins	5 338 700	4 286 000	4 185 672
– Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	90 000	20 000	91 436
– Gebühren für die Bezügeberechnung (NLBV)	113 000	128 200	125 396
– Fremdreinigung	680 000	652 000	686 146
– Betriebs-, Amtsarzt und Arbeitssicherheit	7 000	7 000	7 050
– Sonstige Fremdleistungen	—	—	—
<b>Summe 4.1.:</b>	<b>7 695 700</b>	<b>6 450 200</b>	<b>6 671 565</b>

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Fachhochschule Hannover

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>noch II. Aufwendungen</b>			
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
– Aufwendungen für EDV, Büromaterial und Drucksachen	280 000	350 000	285 244
– Aufwendungen für Kommunikation			
– Telefon, Telefax und andere Postdienstnetze	135 000	200 000	135 527
– Reisekosten	110 000	120 000	113 840
– Porto	80 000	85 000	77 478
– Öffentlichkeitsarbeit	30 000	30 000	33 859
– Gästebewirtung und Repräsentation	79 200	45 000	98 807
Summe 4.2.:	714 200	830 000	744 755
4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
– Vergütungen für Lehraufträge	750 000	580 000	751 104
– Vergütungen für Gastvorträge und Gastprofessuren	30 000	25 000	32 344
– Fort- und Weiterbildung	35 000	35 000	39 307
– Übrige Personalkosten	40 000	40 000	47 584
Summe 4.3.:	855 000	680 000	870 339
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
– Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	—	—	56 069
– Schadensersatzleistungen	5 000	5 000	9 327
– Abschreibungen auf Forderungen	—	—	—
– Periodenfremde Aufwendungen	25 000	25 000	36 721
– Sicherung der Gebäude	165 000	190 000	165 337
– Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	200 000	220 000	201 701
– Aufwendungen für Mitgliedschaften	10 000	8 000	10 152
– Andere sonstige Aufwendungen	—	—	73 960
Summe 4.4.:	405 000	448 000	553 267
Summe 4.:	9 669 900	8 408 200	8 839 926
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	—	—	—
Summe 5.:	—	—	—
<b>Summe II.:</b>	<b>41 556 200</b>	<b>43 298 500</b>	<b>40 435 022</b>
<b>III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b> (Summe I. ./ Summe II.)	<b>3 800</b>	<b>5 500</b>	<b>674 666</b>
<b>IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
1. Außerordentliche Erträge:			
Summe 1.:	—	—	—
2. Außerordentliche Aufwendungen:			
Summe 2.:	—	—	—
<b>V. Außerordentliches Ergebnis</b> (Außerordentliche Erträge ./ Außerordentliche Aufwendungen)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>VI. Steuern</b>			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
– Körperschaftsteuer	—	—	—
– Gewerbeertragsteuer	—	—	—
– Kapitalertragsteuer	—	—	—
Summe 1.:	—	—	—
2. Sonstige Steuern:			
– Kraftfahrzeugsteuer	300	300	161
– Grundsteuer	3 500	5 200	3 512
Summe 2.:	3 800	5 500	3 673
<b>VII. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b> (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./ Steuern)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>670 993</b>

**Bewirtschaftungsvermerke:**

---

1. Die finanzielle Obergrenze nach § 49 Abs. 1 Nr. 3 NHG beträgt für das Geschäftsjahr 2005 12 905 910 EUR.
2. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen 3 955 700 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Erfolgsplanansätze Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten sowie Beiträge zur Berufsgenossenschaft-Landesunfallkasse).
3. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen 5 235 000 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Nutzungsentgelt an den Landesliegenschaftsfonds).
4. Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
5. Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als einmalige oder laufende Leistungen eigener Art gewährt werden.
6. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
7. 1 Verg.-Gr. III Technischer Dienst ku nach Verg.-Gr. IV a (FB Maschinenbau).
8. Soweit ausreichende Drittmittel zur Verfügung stehen, dürfen mit bis zu 5 aus diesen Mitteln zu vergütenden Angestellten und Arbeiter(n)/-innen unbefristete Arbeitsverträge unter der Voraussetzung abgeschlossen werden, dass der Abschluss befristeter Verträge nach den arbeitsrechtlichen Vorschriften und Grundsätzen über befristete Arbeitsverhältnisse nicht rechtswirksam wäre.



**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0639 Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
121 02-0	136	Ablieferungen des Landesbetriebs		-	-	-	1.359
121 03-9	136	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		1.516	868	+648	896
121 04-7	136	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender		79	259	-180	208
381 01-4	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		-	-	-	-
<b>AUSGABEN</b>							
682 01-4	136	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 682 03 und 891 01.</i> <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.</i> <i>Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.</i>	39 39	52.846	55.174	-2.328	57.000
682 03-0	136	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulaasten 682 01.</i> <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.</i>	-	588	588	-	511
682 39-1	136	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	-	101	101	-	21
891 01-2	136	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulaasten 682 01.</i> <i>*** 1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.</i> <i>2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.</i>	-	494	474	+20	482
<b>Abschluss Kapitel 0639</b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				1.595	1.127	+468	
3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				-	-	-	
<b>Summe der Einnahmen</b>				1.595	1.127	+468	
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				39 39	53.535	-2.328	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen				-	494	+20	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>				39 39	54.029	-2.308	
<b>Zuschuss</b>					52.434	-2.776	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Kapitel 0639**

**Erläuterungsteil I (Allgemeiner Erläuterungsteil)**

**Rechts- und Organisationsgrundlagen**

Das Niedersächsische Hochschulgesetz sowie das Hochschulrahmengesetz.

Die Grundordnung der Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven nach der NHG-Version vor dem 01.09.2002.

Die Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven ist ein Landesbetrieb gem. § 26 LHO.

**Organisationsstruktur und Budgetplan**

Die Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven hat 9 Fachbereiche mit insgesamt 70 Studiengängen (ohne auslaufende Studienangebote), dies sind im einzelnen:

**Architektur**

Architektur

**Bauwesen und Geoinformation**

Bauingenieurwesen

Baumanagement

Wirtschaftsingenieurwesen-Bauwirtschaft

Europäisches Baumanagement ECEM

Facility Management (Master)

Vermessungswesen

Geoinformatik

Hörtechnik und Audiologie

**Seefahrt**

Seeverkehr (Nautik)

Seeverkehrs- und Hafenwirtschaft

Internationales Transportmanagement

**Technik**

Elektrotechnik

Informatik

Medieninformatik, Online-Studium, Bachelor

Medieninformatik, Online-Studium Master (ab WS 2004/05)

Medientechnik

Maschinenbau im Praxisverbund

Verfahrens-und Produktionstechnik

Produktentwicklung und Design

Technical Management, Master

Biotechnologie

Binationaler Stg. Biotechnologie

Bioinformatik

Chemietechnik

Umwelttechnik/Chemietechnik

---

ERLÄUTERUNGEN

---

Noch zu Kapitel 0639

Noch zu Organisationsstruktur und Budgetplan

Prozeßautomatisierung (auslaufend)  
Industrial and Business Systems  
Engineering Physics, m.Uni OL, Bsc, MS  
Environmental Technology, Master  
Photonik

**Sozialwesen**

Sozialwesen  
Sozialmanagement  
Prax. Inter. Gesundh.wiss, Public Health, Master  
Physiotherapie, Bachelor  
Logopädie, Bachelor

**Wirtschaft (Emden)**

Betriebswirtschaft  
Business Consulting  
Internationale Wirtschaftsbeziehungen  
Erg.Stg Wirtschaftsingenieurwesen  
Seeverkehr (Leer)  
Reedereilogistik (Leer)

**Ingenieurwissenschaften**

Informationstechnik  
Informationstechnik im Praxisverbund  
Elektrotechnik  
Elektrotechnik im Praxisverbund  
Applied Microelectronics  
Energiewirtschaft (auslaufend)  
Feinwerktechnik  
Biomedical Engineering  
Mechatronik  
Medizintechnik  
Medizininformatik  
Maschinenbau  
Maschinenbau-Teilzeitstudium (auslaufend)  
Maschinenbau im Praxisverb.  
Maschinenbau-Informatik  
Maschinenbau-Informatik im Praxisverbund

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0639**

**Noch zu Organisationsstruktur und Budgetplan**

Umweltverfahrenstechnik  
 Umweltverfahrenstechnik im Praxisverbund  
 Environmental Engineering (auslaufend)  
 Systems Engineering-Techn. Management (auslaufend)

**Wirtschaft (Wilhelmshaven)**

Wirtschaft  
 Tourismuswirtschaft  
 Erg.Stg Wirtschaft

**Wirtschaftsingenieurwesen**

Mathematik (Aufnahme 2004/05 ausgesetzt)  
 Medienwirtschaft u. Journalismus  
 Wirtschaftsingenieurwesen  
 Wirtschaftsingenieurwesen, Online, Bachelor  
 Wirtschaftsing.-Telekommunikation  
 Wirtschaftsinformatik  
 Wirtschaftsinformatik/Bachelor  
 Facility Management (Aufnahme 2004/05 ausgesetzt)  
 Erg.Stg. Wirtschaftsinformatik

**Zielsetzung**

Allgemeine Ziele :

- Intensiver Praxisbezug in anwendungsorientierter Lehre und Forschung, Weiterbildung und Internationalität
- Vorbereitung auf berufliche Tätigkeiten, die die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden erfordern
- Die Hochschule legt Wert auf die Einführung zukunftsorientierter Lehr- und Lernformen
- Implementierung eines anerkannten Qualitätssicherungssystems
- Verpflichtung zum Prinzip des Gender-Mainstreaming
- Weiterentwicklung der regionalen Einbindung (fünf Standorte und deren jeweilige Beziehungen zu den sie umgebenden Gebietskörperschaften, Verbänden und Wirtschaftsunternehmen)
- Ausrichtung der Entwicklungsplanung im Rahmen des Hochschuloptimierungskonzepts (HOK) und der Landeshochschulplanung (gemäß § 1 Abs. 1 NHG)
- Umstellung bis zum 31.12.2010 aller Studiengänge mit Hochschulabschluss auf die Bachelor-Master-Struktur im Sinne des Bologna-Prozesses. Die Hochschule strebt eine flächendeckende Umstellung auf diese gestuften Studienabschlüsse bereits zum Wintersemester 2005/2006 an. Die Realisierung profilbildender Maßnahmen wird damit schneller erreicht und die innere Fusion der ehemals eigenständigen Hochschulen gestärkt.
- Bereits bestehende Kooperationen mit der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg stärken und weiterentwickeln und neue gemeinsame Studiengänge zur gemeinsamen Akkreditierung vorbereiten ( z.B. kooperativer Masterstudiengang Management Consulting). Die Optimierung der Verwaltungsaufgaben der beiden Hochschulen ist Aufgabe des zuständigen Präsidiumsmitglieds. Die Hochschule plant die Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen für das Lehramt an berufsbildenden Schulen in den Fachrichtungen Elektrotechnik und Metalltechnik. Für dieses Angebot wird eine Kooperation mit der Universität Oldenburg angestrebt.

Bestands- und Entwicklungsziele:

- Die Hochschule hat eine Projektgruppe, bestehend aus drei Professoren, eingerichtet, die die Aufgabe hat, ein Qualitätssicherungsverfahren für die Fachbereiche und die Verwaltung zu entwickeln und einzurichten. Derzeit werden dazu entsprechende Verhandlungen mit dem MWK geführt.
- Im Bereich der Bibliotheken unternimmt die Hochschule zur Sicherung und Verbesserung der Qualität folgende Aktivitäten (Teilnahme am BIX-WB, Zertifizierung der Standortbibliotheken, Outsourcing Elektronische Zeitschrifteneingangsverwaltung, etc.)
- Die Hochschule wird ihren Selbstbehalt aus Studiengebühren nach § 13 Abs. 1 NHG für Maßnahmen zur Verkürzung der Studienzeiten einsetzen
- Die Hochschule unterhält und arbeitet an Forschungsprojekten in den Fachgebieten (technik und Ingenieurwissenschaften, Bauwesen, Geoinformation, Hörtechnik und Audiologie, Wirtschaftsingenieurwesen, Seefahrt und Sozialwesen)
- Erstellung Konzepte (Einwerbung von ausländischen Studierenden an Partnerhochschulen und bei der Durchführung von Summerschools im Ausland, Vermittlung von Schlüsselqualifikationen, vor allem Fremdsprachen und interkulturelle Kompetenzen, Erhöhung des Anteils deutscher Studierender , die ins Ausland gehen und ausländischer Dozenten, Verbesserung des Service für ausländische Studierende und Dozenten, etc)
- Die Hochschule wird den Innovationsfonds in Höhe von 40.000 EUR zur Förderung und Unterstützung von Projekten im Sinne der innovativen Verbesserung von Lehre und Forschung beibehalten
- Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses (Dissertationsvorhaben von FH-Absolventen werden in individueller Kooperation der Hochschule mit anderen Universitäten im In- und Ausland unterstützt, Assistentenprogramm, Dorothea-Erxleben-Programm und Maria-Goeppert-Mayer-Programm)
- Die Hochschule strebt an, die derzeitige Ausstattung der Gleichstellungsstellen mit Personal- und Sachmitteln aufrechtzuerhalten. Gleichstellungsstellen werden soweit dezentral betrieben, dass der Gleichstellungsauftrag standortnah erfüllt werden kann
- Die Hochschule strebt an, die Anzahl der Ausbildungsplätze zu erhalten und die vorhandenen Ausbildungskapazitäten auch weiterhin in vollem Umfang auszuschöpfen
- Die Hochschule wird sich weiterhin bemühen, die gesetzlichen Bestimmungen nach SGB IX zu erfüllen



**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0639  
Leistungsplan**

	<b>Gesamtkosten (aus KLR)</b>	<b>Gesamtkosten (aus KLR)</b>	<b>Finanzierungs- beitrag des Produkthaushalts</b>	<b>Finanzierungs- beitrag des Produkthaushalts</b>
	<b>(Soll) 2005</b>	<b>(Ist) 2003</b>	<b>(Soll) 2005</b>	<b>(Ist) 2003</b>
Lehre	53.186.152	55.674.749	55.910.019	58.313.612
Forschung	5.666.500	5.750.247	2.942.633	3.069.137
Weiterbildung	430.000	424.470	430.000	424.470
Externe Dienstleistungen	260.000	308.280	260.000	308.280
<b>Produktsumme</b>	<b>59.542.652</b>	<b>62.157.746</b>	<b>59.542.652</b>	<b>62.115.499</b>
<b>Investitionen</b>				
Bis zu 25000 Euro im Einzelfall				
<b>Investitionssumme</b>	<b>1.989.000</b>	<b>2.333.089</b>	<b>1.574.000</b>	<b>1.145.167</b>
<b>Gesamtsumme</b>	<b>61.531.652</b>	<b>64.490.835</b>	<b>61.116.652</b>	<b>63.260.666</b>

**Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen  
Erläuterungen**

Die abgebildeten Daten zu den Produkten und Kennzahlen sind vorläufiger Natur, weil die KLR sich noch im Aufbau befindet.

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0639**

**Produktbezogene Kennzahlen**

**Lehre und Studium gem. aml. Statistik**

**Zeitraum:  
WS 2002/03 +  
SS 2003**

Studienanfänger, 1. HS-Semester	1750
Studienanfänger, 1. Fachsemester	2071
Ordentliche Studierende	8188
Frauenanteil	35%
Anteil ausländischer Studierender	6,5%
Bildungsinländer	
Absolvent(inn)en pro Jahr	1079
Grundständiges Studium	1144
Frauenanteil	
weiterführendes Studium	35
Frauenanteil	

**Forschung und Nachwuchsförderung**

**Stichtag:  
01.01.2004**

Sonderforschungsbereiche

davon mit Sprecherfunktion

Forschungszentren/ - schwerpunkte EU -Projekte mit Koordinatorenfunktion Graduiertenkollegs	5
--	---

Promotionen

davon Frauenanteil

**Personal**

**Stichtag:  
31.12.2003**

insgesamt	851
Nichtwissenschaftl. Personal	296
darunter Teilzeitbeschäftigt	116
Wissenschaftl. Personal	249
darunter Teilzeitbeschäftigt	64
Professoren	306
davon Frauenanteil	12%
Stellen für Professoren	324
Neuberufungen	14
davon Frauenanteil	36%

**Flächen**

**Stichtag:  
31.12.2003:**

Hauptnutzfläche (brutto)	64.506 qm
Kapazitätsrelevante HNF	50.824 qm

**Zu Kapitel 06 39 allgemein:**

Die Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven wird seit 1.1.1999 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei Titel 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage 1 beigelegt.

Das Ergebnis der Formelberechnung für 2004 ergibt einen Betrag von –660.000 EUR.

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 682 01**

Dem Studentenwerk Oldenburg werden folgende landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen:

Einrichtung	qm	nachrichtlich Mietpreis/jährlich
Mensa	1 659	
Studentenbüro	66	100 111 EUR
Cafeteria	180	

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Auf Nutzungsentgelte entfallen 4.613.000 EUR.

**Belastung (2005)**

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	—	39	—	39
2006	—	—	39	39
2007	—	—	—	—
2008	—	—	—	—
2009 ff.	—	—	—	—
Summe	—	39	39	78

**Zu 682 03**

Auf die im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke wird verwiesen.

**Zu 891 01**

Auf die im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke wird verwiesen.

	Tsd. EUR
Investitionen bis zu 25 000 EUR im Einzelfall	144,1
Standortübergreifendes DNS-/DHCP und LDAP System	55,0
Schwingungstestsystem	49,0
3D-Drucker FB Ingenieurwissenschaften	48,2
Labor für vert. Infosysteme	41,0
Professionelle DV Studiokameras	36,0
Invest. zum Betrieb des Subnetzes	31,0
6-Achsen-Kleinroboter	30,7
Medienlabore	30,0
Erweiterung Computational Science	29,0
Zusammen	494,0



**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb**  
**Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven**  
für das Geschäftsjahr 2005

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der gemäß § 26 LHO vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Betriebsanweisung für die Hochschulen in staatlicher Trägerschaft des Landes Niedersachsen vom 23. Juli 2003.

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven****A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2005**

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Finanzbedarf</b>			
1. Investitionen gemäß VV-HNds (ZR-GPL):			
– Immaterielle Vermögensgegenstände	110 000	190 000	117 255
– Bebaute Grundstücke	—	—	—
– Unbebaute Grundstücke	—	—	—
– Gebäude	—	—	—
– Maschinen und Anlagen	720 000	1 110 000	701 657
– Fahrzeuge	—	—	41 746
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	120 000	64 000	126 910
<b>Summe 1.:</b>	<b>950 000</b>	<b>1 364 000</b>	<b>987 568</b>
2. Sonstige Investitionen <sup>3)</sup> :			
– Immaterielle Vermögensgegenstände	124 000	90 000	132 368
– Gebäude	—	—	—
– Maschinen und Anlagen	400 000	—	1 084 907
– Fahrzeuge	—	—	9 403
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	120 000	120 000	123 671
<b>Summe 2.:</b>	<b>644 000</b>	<b>210 000</b>	<b>1 350 349</b>
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
– Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	—	—	145 336
– Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)	—	—	—
– Ablieferungen an den Landeshaushalt	—	—	—
– Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)	—	—	—
<b>Summe 3.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>145 336</b>
<b>Summe I.:</b>	<b>1 594 000</b>	<b>1 574 000</b>	<b>2 483 253</b>
<b>II. Deckungsmittel</b>			
1. Deckungsmittel:			
– Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	—	—	—
– Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z. B. eingehende Zahlungen für Forderungen)	—	—	—
– noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren	—	—	1 274 096
– Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	—	—	—
– Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
– aus Fachkapitel	494 000	474 000	161 483
– aus Sondermitteln	1 100 000	1 100 000	663 167
<b>Summe 1.:</b>	<b>1 594 000</b>	<b>1 574 000</b>	<b>2 098 746</b>
<b>Summe II.:</b>	<b>1 594 000</b>	<b>1 574 000</b>	<b>2 098 746</b>

<sup>3)</sup> Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven****B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005**

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Erträge</b>			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:			
– aus Fachkapitel	53 535 000	55 863 000	55 948 509
– aus Sondermitteln	1 715 000	1 500 000	2 053 311
<b>Summe 1.:</b>	<b>55 250 000</b>	<b>57 363 000</b>	<b>58 001 820</b>
2. Umsatzerlöse, Zuweisungen, Zuschüsse:			
– Zuweisungen und Zuschüsse von anderen Zuschussgebern	2 100 000	1 900 000	2 330 111
– Erträge aus Entgelten für Forschungs- und ähnliche Aufträge	100 000	100 000	124 499
– Erträge aus Gutachten und sonstigen Entgelten	—	—	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>2 200 000</b>	<b>2 000 000</b>	<b>2 454 610</b>
3. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	—	—	—
<b>Summe 3.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
4. Andere aktivierte Eigenleistungen:	—	—	—
<b>Summe 4.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
5. Sonstige betriebliche Erträge:			
– Erstattung von Personalaufwendungen	300 000	300 000	292 102
– Maßnahmen im Zusammenhang mit Forschung, Lehre, Weiterbildung	430 000	510 000	424 270
– Erlöse aus Nebenbetrieben	90 000	90 000	93 002
– Betreuung von Studierenden	50 000	50 000	41 622
– Gebühren und gebührenähnliche Erträge	60 000	60 000	51 042
– Nebenerlöse aus Vermietung und Verpachtung	70 000	75 000	80 454
– Spenden	180 000	150 000	183 657
– Erträge aus Schadensersatzleistungen	—	—	32 672
– Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	—	—	28 584
– Auflösung von Rückstellungen	—	—	80 154
– Periodenfremde Erträge	—	—	922
– Übrige Erträge	70 000	80 000	70 622
<b>Summe 5.:</b>	<b>1 250 000</b>	<b>1 315 000</b>	<b>1 379 103</b>
6. Zinserträge und ähnliche Erträge:	—	—	760
<b>Summe 6.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>760</b>
<b>Summe I.:</b>	<b>58 700 000</b>	<b>60 678 000</b>	<b>61 836 293</b>

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven****B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005**

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>II. Aufwendungen</b>			
1. Materialaufwand:			
– Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	470 000	470 000	515 373
– Sachaufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmaterial	500 000	500 000	581 554
– Aufwendungen für bezogene Leistungen	419 000	400 000	449 121
– Unteraufträge in Drittmittelvorhaben	—	—	—
– Werkverträge	—	—	—
– Wissenschaftliche Dienstleistungen	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>1 389 000</b>	<b>1 370 000</b>	<b>1 546 048</b>
2. Personalaufwand:			
2.1. Löhne, Gehälter und Besoldung			
– Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	17 742 800	18 750 000	18 534 175
– Vergütungen der Angestellten	14 507 000	14 440 000	15 112 873
– Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	682 100	680 000	670 414
– Sonstige Vergütungen	900 000	900 000	1 410 261
<b>Summe 2.1.:</b>	<b>33 831 900</b>	<b>34 770 000</b>	<b>35 727 722</b>
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Angestellte	3 054 200	3 054 200	3 451 215
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter	148 000	148 000	150 628
– Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	6 043 000	6 406 300	5 491 659
– Zuführung zum Sondervermögen Nds. Versorgungsrücklage	146 900	146 900	98 200
– Emeritenbezüge	—	—	—
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	1 720 000	2 310 000	1 607 814
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	61 900	61 900	61 640
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	—	—	—
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	—	—	—
– Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	849 900	849 900	724 784
– Beihilfen für Angestellte	—	—	7 900
– Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	218
– Trennungsgeld	69 700	69 700	81 606
– Beiträge zur Berufsgenossenschaft (LUK)	97 200	78 900	47 316
<b>Summe 2.2.:</b>	<b>12 190 800</b>	<b>13 125 800</b>	<b>11 722 981</b>
<b>Summe 2.:</b>	<b>46 022 700</b>	<b>47 895 800</b>	<b>47 450 703</b>
3. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen:			
– Immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	—
– Grundstücke und Bauten	—	—	—
– Technische Anlagen und Maschinen	—	—	—
– Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—	118 934
<b>Summe 3.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>118 934</b>
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung und Instandhaltung			
– Aufwendungen für Instandhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude und Anlagen	180 000	180 000	216 665
– Bauunterhaltung	588 000	588 000	1 234 282
– Aufwendungen für Wartung	—	—	—
– Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Entsorgung			
– Energie	470 000	470 000	469 737
– Heizung	400 000	400 000	376 790
– Wasser und Abwasser	80 000	80 000	75 712
– Entsorgung	—	—	—
– Aufwendungen für Reparatur- und Instandhaltungsmaterial			
– Bauunterhaltung	—	—	—
– Sonstige	105 000	105 000	124 054
– Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten			
– Mieten, Pachten, Erbbauzins	4 693 500	5 383 500	5 377 907
– Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	150 000	250 000	179 953
– Gebühren für die Bezügeberechnung (NLBV)	250 000	325 900	267 348
– Fremdreinigung	670 000	670 000	681 329
– Betriebs-, Amtsarzt und Arbeitssicherheit	29 000	29 000	22 859
– Sonstige Fremdleistungen	—	—	—
<b>Summe 4.1.:</b>	<b>7 615 500</b>	<b>8 481 400</b>	<b>9 026 635</b>

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>noch II. Aufwendungen</b>			
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
– Aufwendungen für EDV, Büromaterial und Drucksachen	610 000	610 000	704 604
– Aufwendungen für Kommunikation			
– Telefon, Telefax und andere Postdienstnetze	360 000	360 000	360 924
– Reisekosten	250 000	250 000	388 953
– Porto	140 000	140 000	112 164
– Öffentlichkeitsarbeit	250 000	250 000	299 515
– Gästebewirtung und Repräsentation	30 000	30 000	49 085
Summe 4.2.:	1 640 000	1 640 000	1 915 245
4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
– Vergütungen für Lehraufträge	510 000	510 000	870 542
– Vergütungen für Gastvorträge und Gastprofessuren	60 000	60 000	123 419
– Fort- und Weiterbildung	50 000	50 000	104 147
– Übrige Personalkosten	180 000	180 000	163 432
Summe 4.3.:	800 000	800 000	1 261 541
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
– Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	—	—	92 651
– Schadensersatzleistungen	—	—	1 659
– Abschreibungen auf Forderungen	—	—	21 806
– Periodenfremde Aufwendungen	742 000	—	36 211
– Sicherung der Gebäude	80 000	80 000	82 577
– Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	400 000	400 000	415 833
– Aufwendungen für Mitgliedschaften	7 500	7 500	7 526
– Andere sonstige Aufwendungen	—	—	—
Summe 4.4.:	1 229 500	487 500	658 262
Summe 4.:	11 285 000	11 408 900	12 861 683
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	—	—	1 068
Summe 5.:	—	—	1 068
<b>Summe II.:</b>	<b>58 696 700</b>	<b>60 674 700</b>	<b>61 978 438</b>
<b>III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b> (Summe I. ./ Summe II.)	<b>3 300</b>	<b>3 300</b>	<b>-142 145</b>
<b>IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen</b>			
1. Außerordentliche Erträge	—	—	—
Summe 1.:	—	—	—
2. Außerordentliche Aufwendungen:	—	—	—
Summe 2.:	—	—	—
<b>V. Außerordentliches Ergebnis</b> (Außerordentliche Erträge ./ Außerordentliche Aufwendungen)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>VI. Steuern</b>			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
– Körperschaftsteuer	—	—	—
– Gewerbeertragsteuer	—	—	—
– Kapitalertragsteuer	—	—	—
Summe 1.:	—	—	—
2. Sonstige Steuern:			
– Kraftfahrzeugsteuer	1 900	1 900	1 853
– Grundsteuer	1 400	1 400	1 339
Summe 2.:	3 300	3 300	3 191
<b>VII. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b> (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./ Steuern)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>-145 336</b>

**Bewirtschaftungsvermerke:**

---

1. Die finanzielle Obergrenze nach § 49 Abs. 1 Nr. 3 NHG beträgt für das Geschäftsjahr 2005 20 898 980 EUR.
2. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen 6 140 200 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Erfolgsplanansätze Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten sowie Beiträge zur Berufsgenossenschaft-Landesunfallkasse).
3. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen 4 613 000 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Nutzungsentgelt an den Landesliegenschaftsfonds).
4. Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
5. Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als einmalige oder laufende Leistungen eigener Art gewährt werden.
6. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
7. 1 Verg.-Gr. I b Verwaltungsdienst ku nach Verg.-Gr. II a BAT bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber/-in (vormals HV Nr. 1 bei 06 35).
8. 1 Verg.-Gr. IV b Bibliotheksdienst kw bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber/-in (vormals HV Nr. 2 bei 06 32).
9. Soweit ausreichende Drittmittel zur Verfügung stehen, dürfen mit bis zu 2 aus diesen Mitteln zu vergütenden Angestellten und Arbeiter(n)/-innen unbefristete Arbeitsverträge unter der Voraussetzung abgeschlossen werden, dass der Abschluss befristeter Verträge nach den arbeitsrechtlichen Vorschriften und Grundsätzen über befristete Arbeitsverhältnisse nicht rechtswirksam wäre.



**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0643 Baumaßnahmen und Beschaffungen nach dem HBFG für als Stiftungen geführte Hochschulen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004 1000 EUR	Ansatz 2005 1000 EUR	Ansatz 2004 1000 EUR	+ = mehr - = weniger 1000 EUR	Ist 2003 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		*** Die allgemeinen Erläuterungen zu Kap. 0643 sind verbindlich.					
		<b>EINNAHMEN</b>					
129 02-2	131	Ablieferungen der Stiftungen für Baumaßnahmen		5.980	2.400	+3.580	—
129 03-0	131	Ablieferungen der Stiftungen im Rahmen der Schlußabrechnung für Großgeräte		—	—	—	—
129 04-9	131	Ablieferungen der Stiftungen für den Landesanteil bei der Beschaffung von Großgeräten		969	—	+969	—
		<b>AUSGABEN</b>					
894 01-2 (GA)	131	Vorarbeitskosten für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten der Stiftungen	—	3.147	1.400	+1.747	—
894 02-0 (GA)	131	Zuwendungen für Investitionen der Stadt Göttingen - Rpl.Nr. 1031 905	—	263	332	-69	—
894 03-9 (GA)	136	Stiftung Fachhochschule Osnabrück; Erweiterung der Cafeteria in der Caprivi-Kaserne - RplNr. 5500 013	—	—	—	—	—
894 04-7 (GA)	136	Stiftung Fachhochschule Osnabrück; Erwerb und Umbau Gebäude 3 der ehem. v.-Stein-Kaserne für Ingenieurwiss. -RplNr. 5500 014	1.500	300	—	+300	—
894 05-5 (GA)	136	Stiftung Fachhochschule Osnabrück; Ausbau des Standortes Lingen, 1.BA-Neubau eines Institutsgebäudes - RplNr. 5503 012	—	—	—	—	—
894 06-3 (GA)	131	Zuwendungen an die Stiftungen für die Beschaffung von Großgeräten nach dem HBFG	—	—	—	—	—
894 07-1 (GA)	131	Stiftung Universität Göttingen; Zuwendung für den Umbau der Tiefgarage, 1. BA - Rpl.Nr. 1031 005 -	—	815	650	+165	—
894 08-0 (GA)	131	Bauliche Netzmaßnahmen für Stiftungen	—	—	—	—	—
894 09-8 (GA)	131	Stiftung Universität Göttingen; Zuwendungen für die Gesamtstrukturplanung im Nordgebiet - Rpl.Nr. 1031 063 -	—	500	150	+350	—
894 10-1 (GA)	131	Zuwendungen für Baumaßnahmen der Stiftungen	—	—	—	—	—
894 11-0 (GA)	131	Stiftung Universität Göttingen; Zuwendungen für den Neubau für das Institut für Informatik - Rpl.Nr. 1031 070	—	2.900	1.500	+1.400	—
894 12-8 (GA)	131	Stiftung Universität Göttingen; Grundsanie rung Gebäude Mikrobiologie und Genetik, 2.BA - RplNr. 1031 074	—	—	—	—	—
894 13-6 (GA)	131	Stiftung Universität Göttingen; Zuwendungen für die Grundinstandsetzung der Zentralmensa - Rpl.Nr. 1031 071	—	—	—	—	—
894 14-4 (GA)	131	Stiftung Universität Göttingen; Zuwendungen für den Neubau für den Geisteswissenschaftlichen Fachbereich - Rpl.Nr. 1031 072	—	—	—	—	—
894 15-2 (GA)	131	Stiftung Universität Göttingen; Zuwendungen für den Umbau im Auditorengebäude für die Kunst-sammlung des Kunstgeschichtl. Seminars - Rpl.Nr. 1031 015	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Kapitel 0643 allgemein**

- Die Ansätze der Kapitel 0603, 0604 und 0643 sind gegenseitig deckungsfähig.
- Die sonstigen Erläuterungen zu Kap. 0603 allgemein gelten für das Kapitel 0643 entsprechend.

**Zu 129 02**

Veranschlagt sind Ablieferungen  
 der Universität Göttingen von 1,95 Mio EUR,  
 der Uni. Göttingen – Bereich Hum.med. von 2,38 Mio EUR  
 der Tierärztl. Hochschule Hannover von 0,70 Mio EUR.

**Zu 894 01**

Für die Aufstellung der Unterlagen nach § 24 LHO.

**Zu 894 02**

Für den Ausbau des Radwege- und Straßennetzes zur Erschließung des Klinikums und der Universitätseinrichtungen für Radfahrer und den Busverkehr.

**Gesamtkosten 2.352.000 EUR**

**Finanzierung:**

Bis einschl. Haushalt 2004 2.089.000 EUR  
 Haushalt 2005 263.000 EUR

**Zu 894 03**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die vorläufigen noch zu veranschlagenden Gesamtkosten belaufen sich auf 2,9 Mio EUR.

**Zu 894 04**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 1,8 Mio EUR.

**Finanzierung:**

Haushalt 2005 300.000 EUR  
 Noch zu veranschlagen 1.500.000 EUR  
 Belastung (2005)

der Haus-halts-jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE	durch die 2004 ausgebrachte VE	durch die 2005 ausgebrachte VE	Gesamt belastung
	in 1000 EUR	in 1000 EUR	in 1000 EUR	in 1000 EUR
2005	–	–	–	–
2006	–	–	800	800
2007	–	–	700	700
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	–	1.500	1.500

**Zu 894 05**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die vorläufigen noch zu veranschlagenden Gesamtkosten belaufen sich auf 30 Mio EUR.

**Zu 894 06**

Vgl. Erläuterung zu Kap. 0604 Titel 891 36.

**Zu 894 07**

**Gesamtkosten 4.040.000 EUR**

Baukosten 4.040.000 EUR

**Finanzierung:**

Bis einschl. Haushalt 2004 3.225.000 EUR  
 Haushalt 2005 815.000 EUR

**Zu 894 08**

Für die bauliche Umsetzung der wissenschaftlichen Netzprogramme.

**Zu 894 09**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 1,5 Mio EUR.

**Finanzierung:**

Bis einschl. Haushalt 2004 150.000 EUR  
 Haushalt 2005 500.000 EUR  
 Noch zu veranschlagen 850.000 EUR  
 Belastung (2005)

der Haus-halts-jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE	durch die 2004 ausgebrachte VE	durch die 2005 ausgebrachte VE	Gesamt belastung
	in 1000 EUR	in 1000 EUR	in 1000 EUR	in 1000 EUR
2005	–	500	–	500
2006	–	500	–	500
2007	–	179	–	179
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	1.179	–	1.179

**Zu 894 10**

Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der für diesen Zweck aufkommenden Ablieferungen der Stiftungen bei Titel 129 02.

**Zu 894 11**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Die vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 6,272 Mio. EUR.

**Finanzierung:**

Bis einschl. Haushalt 2004 1.500.000 EUR  
 Haushalt 2005 2.900.000 EUR  
 Noch zu veranschlagen 1.872.000 EUR

(Der Landesanteil wird durch die Hochschule erbracht.)

**Belastung (2005)**

der Haus-halts-jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE	durch die 2004 ausgebrachte VE	durch die 2005 ausgebrachte VE	Gesamt belastung
	in 1000 EUR	in 1000 EUR	in 1000 EUR	in 1000 EUR
2005	–	1.900	–	1.900
2006	–	1.900	–	1.900
2007	–	972	–	972
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	4.772	–	4.772

**Zu 894 12**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die vorläufigen noch zu veranschlagenden Gesamtkosten belaufen sich auf 2,134 Mio EUR.

**Zu 894 13**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 17,119 Mio EUR.



---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Noch zu 894 13**

Finanzierung:	
Bis einschl. Haushalt 2004	226.000 EUR
Haushalt 2005	0 EUR
Noch zu veranschlagen	16.893.000 EUR

**Zu 894 14**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die noch zu veranschlagenden vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 28,503 Mio EUR.

**Zu 894 15**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die noch zu veranschlagenden vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 2,863 Mio EUR.

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0643 Baumaßnahmen und Beschaffungen nach dem HBFG für als Stiftungen geführte Hochschulen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004	2004	2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
894 16-0 (GA)	131	Stiftung Universität Göttingen; Zuwendungen für den Umbau des Isotopenlabors für das Tierärztliche Institut , 1. und 2. BA - Rpl.Nr. 1031 065 /069 -	-	5.200	3.000	+2.200	-
894 17-9 (GA)	131	Stiftung Universität Göttingen; Zuwendungen für die zentrale Leittechnik Nordgebiet - Rpl.Nr. 1031 007	-	-	-	-	-
894 18-7 (GA)	131	Stiftung Universität Göttingen; Zuwendungen für den Neubau einer naturwiss. Teilbibliothek- Rpl.Nr. 1031 011	-	-	-	-	-
894 19-5 (GA)	131	Stiftung Universität Göttingen; Zuwendungen für das Institut für Völkerkunde, Umbau- und Anbau Ethnologie - Rpl.Nr. 1031 064/068	-	-	-	-	-
894 20-9 (GA)	131	Stiftung Universität Göttingen; Zuwendungen für den Neubau für den Fachbereich Physik, 2. BA - Rpl.Nr. 1031 010	-	3.200	6.532	-3.332	-
894 21-7 (GA)	131	Stiftung Universität Göttingen; Zuwendungen für den Neubau Nds. Staats- und Universitätsbibliothek/SUB - Rpl.Nr. 1031 319	-	-	5	-5	-
894 22-5 (GA)	131	Stiftung Universität Göttingen; Zuwendungen für den Umbau der ehem. Pathologie für Sprachlabor - Rpl.Nr. 1031 014	-	-	249	-249	-
894 23-3 (GA)	131	Stiftung Universität Göttingen; Zuwendungen für die Sanierung der alten SUB, 2. BA - Rpl.Nr. 1031 062	-	3.000	2.444	+556	-
894 24-1 (GA)	131	Stiftung Universität Göttingen; Zuwendungen für die GWZ Außenanlagen zur Schaffung von Parkplätzen, 2. BA - Rpl.Nr. 1031 905	-	500	700	-200	-
894 25-0 (GA)	131	Stiftung Universität Göttingen; Zuwendungen für ein Sammelager für radioaktive Stoffe - Rpl.Nr. 1031 060	-	-	6	-6	-
894 26-8 (GA)	131	Stiftung Universität Göttingen; Zuwendungen für den Neubau für den Fachbereich Physik (1. BA und Ersteinrichtung) Rpl.Nr. 1031 003/004	-	7.038	7.668	-630	-
894 27-6 (GA)	131	Stiftung Universität Göttingen; Zuwendungen für den Neubau eines interdisziplin. Experim.labor zur Förd. des wiss. Nachwuchses - Rpl.Nr. 1031 061 -	-	2.646	1.063	+1.583	-
894 28-4 (GA)	131	Stiftung Universität Göttingen - Bereich Humanmedizin; Zuwendungen für Brandschutzmaßnahmen im UBFT 3. BA - Rpl.Nr. 1039 006	-	1.000	500	+500	-
894 29-2 (GA)	132	Stiftung Uni Göttingen - Bereich Humanmedizin; Zuwendungen zur Errichtung einer Krisenstation für die Kinder- und Jugendpsychiatrie - Rpl.Nr. 1039 031	-	-	-	-	-
894 30-6 (GA)	132	Stiftung Universität Göttingen - Bereich Humanmedizin; Zuwendungen für den Neubau für ein MRT-Gerät und ein Tier-MRT - Rpl.Nr. 1039 051	-	-	-	-	-
894 31-4 (GA)	132	Stiftung Uni Göttingen - Bereich Humanmedizin, Zuwendungen für den Umbau Gebäude am Waldweg für MS-Forschung und Immunologie - Rpl.Nr. 1039 055	-	-	-	-	-

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 894 16**

<b>Gesamtkosten</b>	<b>11.228.000 EUR</b>
Baukosten	9.867.000 EUR
Ersteinrichtung	1.361.000 EUR
<b>Finanzierung:</b>	
Bis einschl. Haushalt 2004	3.426.000 EUR
Haushalt 2005	5.200.000 EUR
Noch zu veranschlagen	2.602.000 EUR

**Zu 894 17**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.  
Die vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 3,17 Mio EUR.

<b>Finanzierung:</b>	
Bis einschl. Haushalt 2004	111.570 EUR
Haushalt 2005	0 EUR
Noch zu veranschlagen	3.058.430 EUR

**Zu 894 18**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.  
Die vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 16,206 Mio EUR.

<b>Finanzierung:</b>	
Bis einschl. Haushalt 2004	568.000 EUR
Haushalt 2005	0 EUR
Noch zu veranschlagen	15.638.000 EUR

**Zu 894 19**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.  
Die vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 5,402 Mio EUR.

<b>Finanzierung:</b>	
Bis einschl. Haushalt 2004	184.952 EUR
Haushalt 2005	0 EUR
Noch zu veranschlagen	5.217.048 EUR

**Zu 894 20**

<b>Gesamtkosten</b>	<b>41.683.000 EUR</b>
Baukosten	30.677.000 EUR
Ersteinrichtung	11.006.000 EUR

<b>Finanzierung:</b>	
Bis einschl. Haushalt 2004	26.803.938 EUR
Haushalt 2005	3.200.000 EUR
Noch zu veranschlagen	11.679.062 EUR

**Zu 894 21**

Leertitel zur Abwicklung des Vorhabens.

**Zu 894 22**

Leertitel zur Abwicklung des Vorhabens.

**Zu 894 23**

<b>Gesamtkosten</b>	<b>11.468.000 EUR</b>
Baukosten	10.624.000 EUR
Ersteinrichtung	844.000 EUR

<b>Finanzierung:</b>	
Bis einschl. Haushalt 2004	6.496.000 EUR
Haushalt 2005	3.000.000 EUR
Noch zu veranschlagen	1.972.000 EUR

**Zu 894 24**

<b>Gesamtkosten</b>	<b>7.395.000 EUR</b>
Baukosten	7.395.000 EUR

<b>Finanzierung:</b>	
Bis einschl. Haushalt 2004	5.001.559 EUR
Haushalt 2005	500.000 EUR
Noch zu veranschlagen	1.839.441 EUR

**Zu 894 25**

Leertitel zur Abwicklung des Vorhabens.

**Zu 894 26**

Vorhaben mit privater Vorfinanzierung.  
Letzte Leasingrate 2022.

<b>Gesamtkosten</b>	<b>105.237.000 EUR</b>
Baukosten	50.054.000 EUR
Finanzierungskosten	39.790.000 EUR
Ersteinrichtung	14.112.000 EUR
Qualitätssicherung	1.281.000 EUR

<b>Finanzierung:</b>	
Bis einschl. Haushalt 2004	15.111.107 EUR
Haushalt 2005	7.038.000 EUR
Noch zu veranschlagen	83.087.893 EUR

**Zu 894 27**

<b>Gesamtkosten</b>	<b>5.764.000 EUR</b>
Baukosten	5.179.000 EUR
Ersteinrichtung	585.000 EUR

<b>Finanzierung:</b>	
Bis einschl. Haushalt 2004	3.118.000 EUR
Haushalt 2005	2.646.000 EUR

**Zu 894 28**

<b>Gesamtkosten</b>	<b>2.836.000 EUR</b>
Baukosten	2.836.000 EUR

<b>Finanzierung:</b>	
Bis einschl. Haushalt 2004	629.000 EUR
Haushalt 2005	1.000.000 EUR
Noch zu veranschlagen	1.207.000 EUR

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE	durch die 2004 ausgebrachte VE	durch die 2005 ausgebrachte VE	Gesamt belastung
	in 1000 EUR	in 1000 EUR	in 1000 EUR	
2005	–	1.000	–	1.000
2006	–	1.000	–	1.000
2007	–	227	–	227
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	2.227	–	2.227

**Zu 894 29**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die noch zu veranschlagenden vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 2,647 Mio EUR.

**Zu 894 30**

Leertitel zur Abwicklung des Vorhabens.

**Zu 894 31**

Leertitel zur Abwicklung des Vorhabens.

**Einzelplan 06**    **Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0643**   **Baumaßnahmen und Beschaffungen nach dem HBFG für als Stiftungen geführte Hochschulen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
			2005				
			2004				
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
894 32-2 (GA)	132	Stiftung Universität Göttingen - Bereich Humanmedizin, Zuwendungen für Mittelfristige Informa-tionstechnologie (IT- Ausbau) - Rpl.Nr. 1039 042	—	4.400	1.600	+2.800	—
894 33-0 (GA)	132	Stiftung Uni Göttingen - Bereich Humanme-dizin; Zuwendungen für die Ausstattung mit Client-Server-Strukturen einschl. Vernet-zung - Rpl.Nr. 1039 027	—	—	—	—	—
894 34-9 (GA)	132	Stiftung Universität Göttingen - Bereich Humanmedizin; Zuwendungen für den Um-bau VER-Gebäude Ost - Rpl.Nr. 1039 022	—	234	371	-137	—
894 35-7 (GA)	132	Stiftung Universität Göttingen - Bereich Humanmedizin; Zuwendungen für den Neu-bau einer zentralen OP-Abteilung - Rpl.Nr. 1039 - 013	—	—	—	—	—
894 36-5 (GA)	132	Stiftung Universität Göttingen - Bereich Humanmedizin; Zuwendungen für die Grundinstandsetzung der Zufahrten - Rpl.Nr. 1039 023	—	2.200	300	+1.900	—
894 37-3 (GA)	132	Stiftung Uni Göttingen - Bereich Human-med.; Zuwend. für Brandschutz und Asbest-sanierung in den Pflegegeb., SanAbsch. 2.-4. - Rpl.Nr. 1039 039/045/030	—	2.600	550	+2.050	—
894 38-1 (GA)	132	Stiftung Universität Göttingen - Bereich Humanmedizin; Zuwendungen für Energie-sparmaß-nahmen - Rpl.Nr. 1039 324	—	—	877	-877	—
894 39-0 (GA)	132	Stiftung Universität Göttingen - Bereich Humanmedizin; Zuwendungen für Brand-schutz und Asbestsanierung (SanAbschn. 1) - Rpl.Nr. 1039 028	—	—	356	-356	—
894 40-3 (GA)	132	Stiftung Universität Göttingen - Bereich Humanmedizin; Zuwendungen zur Verbesse-rung des baul. Brandschutz UBFT, 4. BA - Rpl.Nr. 1039 024	—	—	1.500	-1.500	—
894 41-1 (GA)	132	Stiftung Universität Göttingen - Bereich Humanmedizin; Zuwendungen für den Um-bau Psychiatrie 2. BA - Rpl.Nr. 1039 384/978	—	—	113	-113	—
894 42-0 (GA)	132	Stiftung Universität Göttingen - Bereich Humanmedizin; Zuwendungen für die In-stallation von Rauchmeldern und Flucht-treppen, 1. BA - Rpl.Nr. 1039 018	—	526	300	+226	—
894 43-8 (GA)	132	Stiftung Universität Göttingen - Bereich Humanmedizin; Zuwendungen für den Brandschutz im UBFT, 2. BA - Rpl.Nr. 1039 010	—	234	1.435	-1.201	—
894 44-6 (GA)	131	Stiftung Universität Göttingen; Zuwendun-gen für den Neubau einer Sporthalle am Institut für Sportwissenschaften - Rpl.Nr. 1031 075 -	—	1.900	—	+1.900	—
894 46-2 (GA)	131	Stiftung Tierärztliche Hochschule Hannover; Zuwendungen für den Erwerb des ehemali-gen Pelikan-Geländes - Rpl.Nr. 1740 012	1.995	1.995	—	+1.995	—
894 47-0 (GA)	131	Stiftung Tierärztliche Hochschule Hannover; Zuwendungen für den Neubau des Klini-kums I einschl. Tierhaus - Rpl.Nr. 1740 010	40.590	1.997	—	+1.997	—
894 48-9 (GA)	131	Stiftung Tierärztl. Hochschule Han.; Zuwen-dungen für den Anbau eines Tierstalls für das Kompetenzzentrum Kardiovaskuläre Implantate - Rpl.Nr. 1740 013	—	1.400	1.400	—	—

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 894 32**

<b>Gesamtkosten</b>	<b>15.700.000 EUR</b>
Baukosten	3.500.000 EUR
Ersteinrichtung	12.200.000 EUR
<b>Finanzierung:</b>	
Bis einschl. Haushalt 2004	1.600.000 EUR
Haushalt 2005	4.400.000 EUR
Noch zu veranschlagen	12.200.000 EUR
(Der Landesanteil wird z. T. von der Hochschule erbracht.)	
Belastung (2005)	

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	4.400	–	4.400
2006	–	3.500	–	3.500
2007	–	3.000	–	3.000
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	10.900	–	10.900

**Zu 894 33**

Leertitel zur Abwicklung des Vorhabens.

**Zu 894 34**

<b>Gesamtkosten</b>	<b>5.653.000 EUR</b>
Baukosten	5.640.000 EUR
Ersteinrichtung	13.000 EUR
<b>Finanzierung:</b>	
Bis einschl. Haushalt 2004	5.419.000 EUR
Haushalt 2005	234.000 EUR

**Zu 894 35**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die noch zu veranschlagenden vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 46,3 Mio EUR.

(Der Landesanteil wird z.T. von der Hochschule erbracht.)

**Zu 894 36**

<b>Gesamtkosten</b>	<b>3.840.000 EUR</b>
Baukosten	3.840.000 EUR
<b>Finanzierung:</b>	
Bis einschl. Haushalt 2004	356.000 EUR
Haushalt 2005	2.200.000 EUR
Noch zu veranschlagen	1.284.000 EUR
(Der Landesanteil wird von der Hochschule erbracht.)	
Belastung (2005)	

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	600	–	600
2006	–	600	–	600
2007	–	600	–	600
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	1.800	–	1.800

**Zu 894 37**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 16,389 Mio EUR.

**Finanzierung:**

Bis einschl. Haushalt 2004	2.096.000 EUR
----------------------------	---------------

**Noch zu 894 37**

Haushalt 2005	2.600.000 EUR
Noch zu veranschlagen	11.693.000 EUR

**Zu 894 38**

Leertitel zur Abwicklung des Vorhabens.

**Zu 894 39**

Leertitel zur Abwicklung des Vorhabens.

**Zu 894 40**

Leertitel zur Abwicklung des Vorhabens.

**Zu 894 41**

Leertitel zur Abwicklung des Vorhabens.

**Zu 894 42**

<b>Gesamtkosten</b>	<b>4.108.000 EUR</b>
Baukosten	4.108.000 EUR
<b>Finanzierung:</b>	
Bis einschl. Haushalt 2004	3.582.000 EUR
Haushalt 2005	526.000 EUR

**Zu 894 43**

<b>Gesamtkosten</b>	<b>5.476.000 EUR</b>
Baukosten	5.476.000 EUR
<b>Finanzierung:</b>	
Bis einschl. Haushalt 2004	5.242.000 EUR
Haushalt 2005	234.000 EUR

**Zu 894 44**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die noch zu veranschlagenden vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 2,5 Mio EUR.

Der Landesanteil wird durch die Stiftung aufgebracht.

**Zu 894 46**

<b>Gesamtkosten</b>	<b>3.990.000 EUR</b>
Gründerwerbskosten	3.390.000 EUR
<b>Finanzierung:</b>	
Haushalt 2005	1.995.000 EUR
Noch zu veranschlagen	1.995.000 EUR
Belastung (2005)	

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	–	–	–
2006	–	–	1.995	1.995
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	–	1.995	1.995

**Zu 894 47**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 44,9 Mio EUR.

**Finanzierung:**

Haushalt 2005	1.997.000 EUR
Noch zu veranschlagen	42.903.000 EUR



**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu 894 47**

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	–	–	–
2006	–	–	11.124	11.124
2007	–	–	11.000	11.000
2008	–	–	10.000	10.000
2009 ff.	–	–	8.466	8.466
Summe	–	–	40.590	40.590

**Zu 894 48**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 2,8 Mio EUR.

**Finanzierung:**

Bis einschl. Haushalt 2004 1.400.000 EUR

Haushalt 2005 1.400.000 EUR

(Der Landesanteil wird von der Hochschule erbracht.)

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	1.400	–	1.400
2006	–	–	–	–
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	1.400	–	1.400

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0643 Baumaßnahmen und Beschaffungen nach dem HBFG für als Stiftungen geführte Hochschulen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
894 49-7 (GA)	131	Stiftung Universität Hildesheim; Zuwendungen für den Umbau der Domäne Marienburg - Rpl.Nr. 0980 003	5.460 —	500	—	+500	—
894 50-0 (GA)	131	Stiftung Universität Hildesheim; Zuwendungen für den Erwerb Samelsonplatz - Rpl.Nr. 0980 001/004	—	2.514	—	+2.514	—
894 51-9 (GA)	136	Stiftung Fachhochschule Osnabrück; Zuwendungen für den Neubau einer Mensa am Standort Westerberg einschl. Grunderwerb - Rpl.Nr. 5500 005	—	—	—	—	—
894 52-7 (GA)	136	Stiftung Fachhochschule Osnabrück; Zuwendungen für den Umbau Gebäude 4 - 6 für den FB Kunststoff und Schweiß-technik - Rpl.Nr. 5500 011	3.437 —	900	—	+900	—
894 53-5 (GA)	136	Stiftung Fachhochschule Osnabrück; Zuwendungen für den Neubau Hörsaal und Seminargebäude - Rpl.Nr. 5500 010	—	3.302	5.500	-2.198	—
894 54-3 (GA)	136	Stiftung Fachhochschule Osnabrück - Standort Haste; Zuwendungen für den Neubau eines Hörsaal- und Bibliotheksgebäudes - Rpl.Nr. 5500 006	5.523 —	1.000	—	+1.000	—
894 55-1 (GA)	136	Stiftung Fachhochschule Osnabrück; Zuwendungen für den Erwerb und Umbau der ehem. Caprivi-Kaserne - Rpl.Nr. 5500 003	—	—	732	-732	—
894 56-0 (GA)	136	Stiftung Fachhochschule Osnabrück; Zuwendungen für den Erwerb und Umbau der von-Stein-Kaserne - Rpl.Nr. 5500 001	—	101	1.300	-1.199	—
894 57-8 (GA)	136	Stiftung Fachhochschule Osnabrück; Zuwendungen für den Neubau für den Fachbereich Technische Informatik - Rpl.Nr. 5500 008	—	—	—	—	—
894 58-6 (GA)	136	Stiftung Fachhochschule Osnabrück; Zuwendungen für den Umbau von Gebäuden für den Fachbereich Technische Informatik - Rpl.Nr. 5500 009	—	—	—	—	—
894 59-4 (GA)	136	Stiftung Fachhochschule Osnabrück; Zuwendungen für den Umbau der ehemaligen Frauenklinik - Rpl.Nr. 5500 884	—	297	707	-410	—
<b>Abschluss Kapitel 0643</b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				6.949	2.400	+4.549	
<b>Summe der Einnahmen</b>				6.949	2.400	+4.549	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen			58.505 —	56.609	43.240	+13.369	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>			58.505 —	56.609	43.240	+13.369	
<b>Zuschuss</b>				49.660	40.840	+8.820	

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 894 49**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die noch vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 5,96 Mio EUR.

**Finanzierung:**

Haushalt 2005 500.000 EUR  
 Noch zu veranschlagen 3.460.000 EUR  
 Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	–	–	–
2006	–	–	1.500	1.500
2007	–	–	1.814	1.814
2008	–	–	1.000	1.000
2009 ff.	–	–	1.146	1.146
Summe	–	–	5.460	5.460

**Zu 894 50**

**Gesamtkosten 2.514.000 EUR**  
 Grunderwerbskosten 2.514.000 EUR

**Finanzierung:**

Haushalt 2005 2.514.000 EUR

**Zu 894 51**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Die vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 18,407 Mio. EUR.

**Zu 894 52**

**Gesamtkosten 4.806.000 EUR**  
 Erschließungs- und Baukosten 4.456.000 EUR  
 Ersteinrichtung 350.000 EUR

**Finanzierung:**

Bis einschl. Haushalt 2004 496.642 EUR  
 Haushalt 2005 900.000 EUR  
 Noch zu veranschlagen 3.436.358 EUR  
 Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	1.909	–	1.909
2006	–	790	3.437	4.227
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	2.699	3.437	6.136

**Zu 894 53**

**Gesamtkosten 17.839.000 EUR**  
 Erschließungs- und Baukosten 16.259.000 EUR  
 Ersteinrichtung 1.580.000 EUR

**Finanzierung:**

Bis einschl. Haushalt 2004 14.537.000 EUR  
 Haushalt 2005 3.302.000 EUR

**Noch zu 894 54**

**Gesamtkosten 7.160.000 EUR**  
 Erschließungs- und Baukosten 6.889.000 EUR  
 Ersteinrichtung 271.000 EUR

**Finanzierung:**

Bis einschl. Haushalt 2004 636.919 EUR

Haushalt 2005 1.000.000 EUR  
 Noch zu veranschlagen 5.523.081 EUR  
 Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	2.000	–	2.000
2006	–	2.500	2.000	4.500
2007	–	2.249	3.523	5.772
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	6.749	5.523	12.272

**Zu 894 55**

Leertitel zur Abwicklung des Vorhabens.

**Zu 894 56**

**Gesamtkosten 8.437.000 EUR**  
 Grunderwerbskosten 869.196 EUR  
 Erschließungs- und Baukosten 6.544.538 EUR  
 Ersteinrichtung 1.022.584 EUR

**Finanzierung:**

Bis einschl. Haushalt 2004 8.336.000 EUR  
 Haushalt 2005 101.000 EUR

**Zu 894 57**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die noch zu veranschlagenden vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 7,627 Mio EUR.

**Zu 894 58**

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die noch zu veranschlagenden vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 3.391 Mio EUR.

**Zu 894 59**

**Gesamtkosten 9.214.000 EUR**  
 Erschließungs- und Baukosten 5.762.000 EUR  
 Ersteinrichtung 665.000 EUR  
 Grunderwerb 2.787.000 EUR

**Finanzierung:**

Bis einschl. Haushalt 2004 8.916.729 EUR  
 Haushalt 2005 297.000 EUR



## **Allgemeine Vorbemerkungen zum Kapitel 0645**

### **Für das budgetierte Kapitel 0645 gelten folgende haushaltsrechtliche Vermerke:**

1. 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 429 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 523 10, 525 10, 526 10, 527 10, 538 10, 547 10 und 686 10 sind gegenseitig deckungsfähig.
2. 519 10 und 812 10 sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 429 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 523 10, 525 10, 526 10, 527 10, 538 10, 547 10 und 686 10.
3. 812 10 ist einseitig deckungsfähig zu Lasten 519 10.
4. 981 10 ist einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 429 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 523 10, 525 10, 526 10, 527 10, 538 10, 547 10 und 686 10.
5. Mehreinnahmen bei 111 10, 119 10, 124 10 und 129 11 erhöhen die Ausgabe bei 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 429 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 523 10, 525 10, 526 10, 527 10, 538 10, 547 10, 686 10, 812 10 und 981 10.
6. Mindereinnahmen bei 111 10, 119 10, 124 10 und 129 11 vermindern die Ausgabe bei 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 429 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 523 10, 525 10, 526 10, 527 10, 538 10, 547 10, 686 10 und 981 10.
7. Soweit die zusätzlichen Ausgabeermächtigungen zur Leistung von Personalausgaben in Anspruch genommen werden, darf in entsprechendem Umfang von der Stellenübersicht und dem Bedarfsnachweis sowie vom Beschäftigungsvolumen abgewichen werden. Verpflichtungen, die zu Ausgaben in künftigen Jahren führen können, dürfen nur eingegangen werden, soweit auch in diesen Jahren Mehreinnahmen zu deren Finanzierung erwartet werden. Soweit eine Einsparung bei den Personalausgaben umgesetzt wird, dürfen Planstellen und andere Stellen sowie das Beschäftigungsvolumen in entsprechender Höhe nicht in Anspruch genommen werden, das Finanzministerium darf im Fall eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses auf Antrag Ausnahmen zulassen.
8. Unter der Voraussetzung, dass das Ministerium für Wissenschaft und Kultur - hinsichtlich Art, Menge sowie Kosten/Erlöse im Einvernehmen mit dem Finanzministerium - die Erfüllung des Leistungsplans festgestellt hat, dürfen Ausgabereste in Höhe von zwei Dritteln der nicht in Anspruch genommenen Ausgabeermächtigungen nach Abzug gegebenenfalls noch offener Budgetüberschreitungen aus Vorjahren gebildet werden, die für das Budget über das Haushaltsjahr hinaus bis zum Ende des auf die Schlussbewilligung folgenden zweitnächsten Haushaltsjahres verfügbar bleiben und in Anspruch genommen werden dürfen. Eine Ausnahme bilden die Drittmittel und die zweckgebundenen Einnahmen, die weiterhin zu 100 % übertragen werden.

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0645 Niedersächsische Landesbibliothek Hannover**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
111 10-4	162	Gebühren, sonstige Entgelte		5	5	—	—
119 10-5	162	Sonstige Verwaltungseinnahmen		18	21	-3	—
124 10-9	162	Einnahmen aus Mieten und Pachten		5	5	—	—
129 11-9	162	Einnahmen außerhalb der laufenden Ge- schäfte		752	752	—	—
<b>AUSGABEN</b>							
422 10-0	162	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtin- nen, Beamten, Richterinnen und Richter	—	3.703	3.580	+123	1.200
425 10-9	162	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	—
426 10-5	162	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 10-1	162	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	173	298	-125	—
429 10-4	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben für nicht dem BV zuzuordnendes Personal	—	920	949	-29	—
459 10-0	162	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	28	28	—	—
511 10-2	162	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsge- genstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	67	78	-11	—
514 10-1	162	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dergleichen	—	3	3	—	—
517 10-0	162	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	273	273	—	—
518 10-7	162	Mieten und Pachten	—	149	149	—	—
519 10-3	162	Unterhaltung der Grundstücke und bauli- chen Anlagen	—	5	5	—	—
523 10-0	162	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	—	739	617	+122	—
525 10-3	162	Aus- und Fortbildung	—	18	18	—	—
526 10-0	162	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	6	6	—	—
527 10-6	162	Dienstreisen	—	10	10	—	—
538 10-8	162	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	—	—	—	—
547 10-7	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben	—	143	151	-8	—
686 10-7	162	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	97	104	-7	5
812 10-2	162	Erwerb von Geräten und sonstigen bewegli- chen Sachen	—	28	25	+3	—
981 10-9	990	Abführung an 13 21 - 381 06	—	641	650	-9	—

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Kapitel 0645**

**Erläuterungsteil I (Allgemeiner Erläuterungsteil)**

**Rechts- und Organisationsgrundlagen**

Niedersächsische Verfassung, Art. 72  
Benutzungsordnung für die Landesbibliotheken  
Gebührenordnung für die Bibliotheken des Landes Niedersachsen  
Runderlasse zum Leihverkehr der Bibliotheken  
Geschäfts- und Organisationsplan der Niedersächsischen Landesbibliothek

**Verwaltungsaufbau und Budgetplan**

Organisationsstruktur der Nds. Landesbibliothek Hannover:  
Direktion mit Justizariat und Geschäftsstelle; darunter:  
Abteilung - 1 Medienbearbeitung  
Abteilung - 2 Information und Beratung  
Abteilung - 3 Medienbereitstellung  
Abteilung - 4 Handschriften und Sonderbestände  
Abteilung - 5 NIS-Ressourcen  
Abteilung - 6 Kulturarbeit  
Abteilung - 7 Zentrum für Aus- und Fortbildung  
Abteilung - 8 Verwaltung  
Abteilung - 9 Leibniz-Edition

**Zielsetzung**

Die Nds. Landesbibliothek nimmt folgende Aufgaben wahr:  
Literatur- und Informationszentrum Niedersachsen  
(Regional- und Pflichtexemplarbibliothek für Niedersachsen, Niedersachsen-Bibliographie, Beratungsstelle für die Erschließung historischer Bestände, Niedersachsen-Informationssystem),  
Geistes- und sozialwissenschaftliche Forschungsbibliothek  
(Wissenschaftliche Allgemeinbibliothek, ergänzende Literaturversorgung der Hochschulen - insbesondere der Universität Hannover - Handschriften und Sondersammlungen, Pflege und Präsentation historischer und moderner Bestände),  
Leibniz-Forschungszentrum  
(Leibniz-Edition, Leibniz-Bibliographie, Leibniz-Forschungsbibliothek, Sondersammlung „Philosophie der frühen Neuzeit“),  
Kulturzentrum  
(Kulturprogramm, Nds. Archiv für Kultur, Kontaktstelle für nds. Verlage und Buchhandel),  
Zentrum für (bibliothekarische) Aus- und Fortbildung  
(Ausbildung höherer Bibliotheksdienst, überbetriebliche Fort- und Weiterbildung, zuständige Stelle für die Ausbildung von Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste, Akademie für Leseförderung).

**ERLÄUTERUNGEN**

Noch zu Kapitel 0645

**Erläuterungsteil II (Erläuterungsteil zum Produkthaushalt)**

**Budgetierungsmodell**

Da die Kosten- und Leistungsrechnung für die Niedersächsische Landesbibliothek noch im Aufbau begriffen ist, sind z.Zt. keine realistischen Angaben zum Budgetierungsmodell möglich.  
Die nachfolgend unter "Zielkosten" ausgewiesenen Zahlen beruhen auf Schätzwerten und beziehen sich - soweit eine Ermittlung möglich war - überwiegend auf Produktgruppen.

**Finanzierungsbedarf zum Produkthaushalt**

Produkte (Produktgruppen)	Leistungs- menge Stück/Tage (Soll) 2005	Zielkosten EUR (Soll) 2005	Gesamtzielko- sten EUR (Soll) 2005	Leistungs- menge Stück/Tage (Soll) 2004	Zielkosten EUR (Soll) 2004	Leistungs- menge Stück/Tage (Ist) 2003	Ist-Kosten EUR (Ist) 2003
Bestandsausbau und -erhaltung	19.263	123	2.369.349				
Benutzung	626.861	4	2.507.444				
Wissenschaft			491.715				
Kultur und Bildung	520	1.183	615.160				
Besondere Aufgaben			1.405.967				
<b>Gesamtsumme</b>			<b>7.389.635</b>				

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0645  
Leistungsplan**

	<b>Gesamtzielkosten EUR</b>	<b>Eigenerlöse EUR</b>	<b>Finanzierungs- beitrag des Produkthaushalts (Soll) 2005</b>
	<b>(Soll) 2005</b>	<b>(Soll) 2005</b>	
Bestandsausbau und -erhaltung	2.369.349	2538	2.366.811
Benutzung	2.507.444	10.806	2.496.638
Wissenschaft	491.715	5.000	486.715
Kultur und Bildung	615.160	9.228	605.932
Besondere Aufgaben	1.405.967	752.428	653.539
davon Amtshilfe			
davon landesweite Projektarbeit			
davon Bewirtschaftung von Transfermitteln			
Sonstige Eigenerlöse			
<b>Produktsumme</b>	<b>7.389.635</b>	<b>780.000</b>	<b>6.609.635</b>
Haushaltsausgleich			0
<b>Gesamtsumme</b>	<b>7.389.635</b>	<b>780.000</b>	<b>6.609.635</b>

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0645  
Haushaltsüberleitungsrechnung

Bereichshaushalt (Produkte)	Tsd. EUR	Einnahmen (0-3)					Ausgaben (4-9)				HH Abgl		
		0	1	2	3	4	5	6	7	8		9	
Verwaltungserträge	28		28										
Erträge aus Erstattungen	752		752										
Bestandsveränderungen													
sonstige betriebliche Erträge													
<b>Summe der Erträge</b>	<b>780</b>												
Aufwendungen für Dienstbezüge von Beamten, Angestellten und Arbeitern	4.824					4824							
Versorgung, Beihilfen, ATZ-Kosten	479												479
sonstige Personalaufwendungen													
<b>Summe der Personalaufwendungen</b>	<b>5.303</b>												
Büro- und Verwaltungsaufwendungen, Aus- und Weiterbildung	861							861					
Aufwendungen Kommunikation und Reisen	65							65					
Aufwendungen für Mieten, Material und Verbrauchsmittel sowie für Betriebs- und Instandhaltung	1.014							373				641	
Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter	45							45					
Erstattungen und sonstige Aufwendungen	102							5	97				
Abschreibungen													
<b>Summe der Sachaufwendungen</b>	<b>2.087</b>												
<b>Aufwendungen</b>	<b>7.390</b>												
<b>Ergebnis nach eigenen Erträgen</b>	<b>-6.610</b>												
Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt	6.610												
<b>Ergebnis nach Landeszuschuss</b>	<b>0</b>												
Erträge aus Beteiligungen, Zinsen und ähnliche Erträge													
Aufwendungen aus Zinsen und ähnliche Aufwendungen													
<b>Finanzergebnis</b>													
außerordentliche Erträge													
außerordentliche Aufwendungen													
HH-Ausgleich													
<b>Summe des außerordentlichen Ergebnisses</b>													
<b>neutrales Ergebnis</b>													
<b>Gesamtergebnis</b>													
Investitionen der HGr. 5								64					
Investitionen der HGr. 8											28		
<b>Einnahmen und Ausgaben des Budgets</b>			780				4.824	1.413	97		28	641	
Einnahmen und Ausgaben außerhalb des Budgets													
<b>Kapitelsumme</b>			780				4.824	1.413	97		28	641	

**ERLÄUTERUNGEN**

Noch zu Kapitel 0645

**Erläuterungsteil III (Bewirtschaftungsregeln)**

Zu HGr. 4

**Beschäftigungsvolumen (in VZE):**

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
89,98	89,98	87,82

**Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen**

Mit Einführung der leistungsorientierten Haushaltswirtschaft wurden gemeinsam mit der Herzog-August-Bibliothek Wolfenbüttel und der Landesbibliothek Oldenburg die Produktgruppen „Bestandsausbau und Bestandserhaltung“, „Benutzung“, „Wissenschaft“, „Kultur und Bildung“ sowie „Besondere Aufgaben“ eingerichtet. Diese Produktgruppen bilden zum einen das vielfältige Aufgabenspektrum der Landesbibliotheken ab und lassen zum anderen die Bildung eines Produktkatalogs unterhalb der genannten Gruppen zu, der dann den teilweise erheblichen Unterschieden in der Aufgabenstellung der drei Bibliotheken Rechnung trägt.

Bei der Niedersächsischen Landesbibliothek beinhalten die Produktgruppen folgende Aufgaben (Produkte):

**„Bestandsausbau und Bestandserhaltung“:**

Erwerb neuer (auch antiquarischer) Medien, Erwerb von Sonderbeständen, Verwaltung der Pflichtexemplare sowie Restaurierungs- und Konservierungsmaßnahmen

**„Benutzung“:**

Medienausleihe einschl. Fernleihe, Dokumentenlieferung, Auskunft und Information, Benutzerschulung sowie Nutzung von Handschriften und Sonderbeständen

**„Wissenschaft“:**

Erstellung von Bibliographien und Datenbanken, insbesondere im Bereich Niedersachsen-Dokumentation sowie Veröffentlichung von Publikationen

**„Kultur und Bildung“:**

Ausstellungen, sonst. kulturelle Veranstaltungen sowie Führungen

**„Besondere Aufgaben“:**

Leibniz-Edition, bibliothekarische Aus- und Fortbildung für Niedersachsen und damit verbunden Aufgaben der 'Zuständigen Stelle' i.S. des BBiG, Akademie für Leseförderung, Regionales Internetportal sowie Bücherautodienst.

Die Bildung von Kennzahlen setzt detaillierte Kenntnisse über die Verteilung der - mit Hilfe der Kosten- und Leistungsrechnung ermittelten - Kosten auf einzelne Produkte voraus. Der Stand der im Aufbau befindlichen Kosten- und Leistungsrechnung der Niedersächsischen Landesbibliothek kann diese Werte noch nicht liefern; verwertbare Kennzahlen können somit noch nicht ermittelt werden.

Deshalb sind vorläufig folgende "Kenngrößen" geplant:

Produktgruppe Erwerbung:	Zugang Medien
Produktgruppe Benutzung:	Ausleihen
	Zahl der Reproduktionen
	Zahl der Öffnungstage/Woche
Produktgruppe Wissenschaft/Kultur und Bildung:	Zahl der Veranstaltungstage
	Öffnungstage Ausstellungen

**Zu 06 45 allgemein**

Im Zuge der Reorganisation am Bibliotheksstandort Hannover sind die Fachbereichsbibliotheken der Nds. Landesbibliothek Hannover

- FB Erziehungswissenschaft
- FB Literatur- und Sprachwissenschaften
- FB Rechtswissenschaften
- FB Sozialwissenschaften mit Bereichsbibliothek Geschichte
- FB Wirtschaftswissenschaften

mit Wirkung vom 01. Januar 2003 auf die Universität Hannover verlagert worden.

Hierfür wurden gem. § 50 Abs. 1 LHO Personalmittel in Höhe von rd. 2,2 Mio EUR (einschl. 60 Stellen) sowie Sachmittel von rd. 2,1 Mio EUR in das Kapitel 0617 verlagert.

Die bisher im Beamtenverhältnis auf Widerruf durchgeführte Ausbildung des mittleren Bibliotheksdienstes wurde aufgegeben. Neue Anwärter sind letztmalig zum 01.08.2002 eingestellt worden. Stattdessen wurde ab 01.08.2003 die Ausbildung zu Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) auch in den wissenschaftlichen Bibliotheken des Landes eingeführt. Von den bisher zentral im Kapitel 0645 veranschlagten Stellen der Bes.-Gr. A 5 für Beamte im Vorbereitungsdienst sind daher bereits 2003 insgesamt 24 Stellen für die neue Ausbildung genutzt worden. Die restlichen 16 Stellen werden mit dem Haushalt 2005 in Abgang gestellt. Die insoweit veranschlagten Mittel wurden bereits ab 2004 entsprechend den von den Landes- und Hochschulbibliotheken gemeldeten Ausbildungsmöglichkeiten auf die einzelnen Einrichtungen verlagert.

In der Nds. Landesbibliothek verbleiben 3 Ausbildungsplätze. Die Vergütung hierfür ist bei Titel 429 10 mit veranschlagt.

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 124 10**

	2005 Tsd.EUR
1. Amts- und Dienstwohnungen	3,6
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	–
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	–
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	–
5. Sonstige Mieten und Pachten	1,4
Zusammen	5

**Zu 129 11**

Insbesondere Zuweisungen der Akademie der Wissenschaften in Göttingen für Zwecke der Leibniz-Edition entsprechend der Veranschlagung bei Kapitel 06 07 sowie Zuwendungen Dritter für Forschungsvorhaben.

**Zu Titel 422 10**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteneinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
89,98	89,98	87,82

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
3.703	3.580	3.672

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig) -
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt) -
- Sonstige Veränderungen -

Summe Zugänge -

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig) -
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt) -
- Sonstige Veränderungen -

Summe Abgänge -

Bleibt Abgang -

Besondere Zulagen für die planmäßigen Beamtinnen und Beamten: Lehrzulagen\*)

2 hauptamtliche Lehrkräfte der Nds. Bibliotheksschule – je 48 EUR monatlich – 1.152 EUR

Die Lehrzulagen für hauptamtliche Lehrkräfte gelten gem. Abschn. I Nr. 4 der LehrzRL v. 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i.S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Die Lehrzulage gilt bis zu dieser Höhe, höchstens jedoch bis zu jährlich 614 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigung i.S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EstG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

\*) Gem. RdErl. des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils geltenden Fassung.

**Zu 427 10**

Veranschlagt sind hier u.a. die Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung sowie für Aufwendungen im Zusammenhang mit der Aufgabe „Zuständige Stelle“ i.S. von § 84 BBiG.  
Weniger infolge Verlagerung nach 523 10.

**Zu 429 10**

Im Ansatz enthalten sind die Bezüge und Nebenleistungen der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst, die Vergütungen der Auszubildenden sowie der sonstigen Beschäftigten, die nicht dem BV unterliegen.

Zahl und Eingruppierung der Angestellten (ohne Berücksichtigung eines Bewährungsaufstieges) für Zwecke der Leibniz-Edition:

Veranschlagt sind:

– Vollbeschäftigte –	Verg.-Gr.	Zahl
	I a	1
	I b	2
	II a	6
	V b	3
	Zusammen	12

**Zu 459 10**

Aus diesem Titel werden insbesondere Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen für die Bibliotheksreferendarinnen und Bibliotheksreferendare gezahlt sowie Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften an die Angestellten, die für Zwecke der Leibniz-Edition beschäftigt werden.

**Zu 514 10**

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2004	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Kombifahrzeug	1	1	1

**Zu 523 10**

Zur Ergänzung und Erhaltung der Bibliotheksbestände einschl. Buchbinderarbeiten.

Mehr infolge Verlagerung von	
Kapitel 0617	150.000 EUR
Titel 427 10	125.000 EUR
Titel 686 10	7.000 EUR
Weniger zur Einsparung	160.000 EUR
Zusammen	122.000 EUR

**Zu 686 10**

Nach den Bestimmungen der APVO höherer Bibliotheksdienst an wiss. Bibliotheken des Landes Niedersachsen war die theoretische Ausbildung und Prüfung an der Fachhochschule für Bibliotheks- und Dokumentationswesen in Köln durchzuführen. Die entsprechende Verwaltungsvereinbarung wurde vom Land Nordrhein-Westfalen jedoch gekündigt, da die Ausbildung in dieser Form dort eingestellt wurde.

Auf Empfehlung des Nds. Beirats für Bibliotheksangelegenheiten ist nunmehr entschieden worden, zunächst im Rahmen eines Modellversuchs jeweils die Hälfte der niedersächsischen Referendare an der Humboldt-Universität in Berlin bzw. an der Bayerischen Bibliotheksschule in München ausbilden zu lassen. Veranschlagt sind die hierfür an Berlin und Bayern zu zahlenden Kostenerstattungen.  
Weniger infolge Verlagerung nach 523 10.

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 812 10**

	2005 Tsd.EUR
Selbstverbuchungsanlage	28

**Zu 981 10**

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0645 Niedersächsische Landesbibliothek Hannover**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 0645</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		780	783	-3	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		780	783	-3	
		4 Personalausgaben	—	4.824	4.855	-31	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	1.413	1.310	+103	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	97	104	-7	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	28	25	+3	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	641	650	-9	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	7.003	6.944	+59	
		<b>Zuschuss</b>		6.223	6.161	+62	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---



## **Allgemeine Vorbemerkungen zum Kapitel 0646**

### **Für das budgetierte Kapitel 0646 gelten folgende haushaltsrechtliche Vermerke:**

1. 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 429 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 523 10, 525 10, 526 10, 527 10, 538 10, 547 10 und 686 10 sind gegenseitig deckungsfähig.
2. 519 10 und 812 10 sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 429 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 523 10, 525 10, 526 10, 527 10, 538 10, 547 10 und 686 10.
3. 812 10 ist einseitig deckungsfähig zu Lasten 519 10.
4. 981 10 ist einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 429 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 523 10, 525 10, 526 10, 527 10, 538 10, 547 10 und 686 10.
5. Mehreinnahmen bei 111 10, 119 10, 124 10 und 129 11 erhöhen die Ausgabe bei 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 429 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 523 10, 525 10, 526 10, 527 10, 538 10, 547 10, 686 10, 812 10 und 981 10.
6. Mindereinnahmen bei 111 10, 119 10, 124 10 und 129 11 vermindern die Ausgabe bei 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 429 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 523 10, 525 10, 526 10, 527 10, 538 10, 547 10, 686 10 und 981 10.
7. Soweit die zusätzlichen Ausgabeermächtigungen zur Leistung von Personalausgaben in Anspruch genommen werden, darf in entsprechendem Umfang von der Stellenübersicht und dem Bedarfsnachweis sowie vom Beschäftigungsvolumen abgewichen werden. Verpflichtungen, die zu Ausgaben in künftigen Jahren führen können, dürfen nur eingegangen werden, soweit auch in diesen Jahren Mehreinnahmen zu deren Finanzierung erwartet werden. Soweit eine Einsparung bei den Personalausgaben umgesetzt wird, dürfen Planstellen und andere Stellen sowie das Beschäftigungsvolumen in entsprechender Höhe nicht in Anspruch genommen werden, das Finanzministerium darf im Fall eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses auf Antrag Ausnahmen zulassen.
8. Unter der Voraussetzung, dass das Ministerium für Wissenschaft und Kultur - hinsichtlich Art, Menge sowie Kosten/Erlöse im Einvernehmen mit dem Finanzministerium - die Erfüllung des Leistungsplans festgestellt hat, dürfen Ausgabereste in Höhe von zwei Dritteln der nicht in Anspruch genommenen Ausgabeermächtigungen nach Abzug gegebenenfalls noch offener Budgetüberschreitungen aus Vorjahren gebildet werden, die für das Budget über das Haushaltsjahr hinaus bis zum Ende des auf die Schlussbewilligung folgenden zweitnächsten Haushaltsjahres verfügbar bleiben und in Anspruch genommen werden dürfen. Eine Ausnahme bilden die Drittmittel und die zweckgebundenen Einnahmen, die weiterhin zu 100 % übertragen werden.

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0646 Landesbibliothek Oldenburg**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
111 10-8	162	Gebühren, sonstige Entgelte		13	13	—	—
119 10-9	162	Sonstige Verwaltungseinnahmen		11	11	—	—
124 10-2	162	Einnahmen aus Mieten und Pachten		3	3	—	—
129 11-2	162	Einnahmen außerhalb der laufenden Ge- schäfte		1	1	—	—
<b>AUSGABEN</b>							
422 10-3	162	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtin- nen, Beamten, Richterinnen und Richter	—	1.575	1.553	+22	546
425 10-2	162	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	—
426 10-9	162	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 10-5	162	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	—	—	—	—
429 10-8	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben für nicht dem BV zuzuordnendes Personal	—	30	17	+13	—
459 10-4	162	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	—	—	—	—
511 10-6	162	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsge- genstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	55	62	-7	—
514 10-5	162	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzege und dergleichen	—	2	2	—	—
517 10-4	162	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	78	78	—	—
518 10-0	162	Mieten und Pachten	—	1	1	—	—
519 10-7	162	Unterhaltung der Grundstücke und bauli- chen Anlagen	—	6	1	+5	—
523 10-4	162	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	—	332	390	-58	—
525 10-7	162	Aus- und Fortbildung	—	1	1	—	—
526 10-3	162	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	1	1	—	—
527 10-0	162	Dienstreisen	—	3	3	—	—
538 10-1	162	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	—	—	—	—
547 10-0	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben	—	47	50	-3	—
686 10-0	162	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	2	2	—	2
812 10-6	162	Erwerb von Geräten und sonstigen bewegli- chen Sachen	—	18	18	—	—
981 10-2	990	Abführung an 13 21 - 381 06	—	252	252	—	252

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Kapitel 0646**

**Erläuterungsteil I (Allgemeiner Erläuterungsteil)**

**Rechts- und Organisationsgrundlagen**

Niedersächsische Verfassung, Art. 72  
Benutzungsordnung für die Landesbibliotheken  
Gebührenordnung für die Bibliotheken des Landes Niedersachsen  
Runderlasse zum Leihverkehr der Bibliotheken  
Geschäfts- und Organisationsplan der Landesbibliothek Oldenburg

**Verwaltungsaufbau und Budgetplan**

Neben den Stabsstellen "Verwaltung" und "IT" sowie den ständigen Beauftragten für besondere Angelegenheiten ist die Landesbibliothek Oldenburg in 4 Abteilungen gegliedert:  
Abt. 1 - Erwerbung und Erhaltung  
Abt. 2 - Kataloge und Titelaufnahmen  
Abt. 3 - Benutzung  
Abt. 4 - Historischer Bestand und Sondersammlungen

**Zielsetzung**

Die Landesbibliothek Oldenburg ist wissenschaftliche Universalbibliothek und regionale Archivbibliothek für Nordwestniedersachsen. Ihre Bestände und Dienstleistungen gewährleisten die aktuelle und bedarfsgerechte Informationsversorgung der Bevölkerung insbesondere für Zwecke der Bildung und der Forschung. Ein Schwerpunkt des Angebotes liegt bei den Kulturwissenschaften.

Die Landesbibliothek Oldenburg sammelt, archiviert und dokumentiert möglichst vollständig die Publikationen über die Region. Sie erhält und erschließt ihre umfangreichen historischen Bestände und stellt sie für wissenschaftliche Studien zur Verfügung. Die Landesbibliothek Oldenburg bewahrt so einen Teil des historischen Erbes und der kulturellen Identität der Region. Durch regelmäßige Ausstellungen und kulturelle Veranstaltungen transportiert sie dies in eine breite Öffentlichkeit.

Die Landesbibliothek Oldenburg entwickelt ihr Angebot flexibel nach den Wünschen ihrer Nutzerinnen und Nutzer und entsprechend den aktuellen Standards des Bibliotheks- und Informationswesens. Ihre historischen und regionalen Aufgaben behält sie dabei im Blick. Mit speziellen Angeboten für Schüler fördert sie die Medien- und Informationskompetenz. Sie nutzt moderne Technologien und arbeitet vernetzt mit anderen Bibliotheken im Oldenburger Regionalen Bibliotheks- und Informationssystem (ORBIS) und im Gemeinsamen Bibliotheksverbund (GBV) der norddeutschen Bibliotheken.

Die Landesbibliothek Oldenburg erfüllt ihren Auftrag qualitäts- und kostenbewusst, in regelmäßigem Feedback mit ihren Nutzerinnen und Nutzern, in Kooperation mit anderen wissenschaftlichen und kulturellen Institutionen und in ständiger Anpassung an die Entwicklungen und Erfordernisse der modernen Informationsversorgung.

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0646**

**Erläuterungsteil II (Erläuterungsteil zum Produkthaushalt)**

**Budgetierungsmodell**

Da die Kosten- und Leistungsrechnung für die Landesbibliothek Oldenburg noch im Aufbau begriffen ist, sind z.Zt. keine realistischen Angaben zum Budgetierungsmodell möglich.  
Die nachfolgend unter "Zielkosten" ausgewiesenen Zahlen beruhen auf Schätzwerten und beziehen sich - soweit eine Ermittlung möglich war - überwiegend auf Produktgruppen.

**Finanzierungsbedarf zum Produkthaushalt**

<b>Produkte</b> (Produktgruppen)	<b>Leistungs- menge</b> Stück/Tage (Soll) 2005	<b>Zielkosten</b> EUR (Soll) 2005	<b>Gesamtzielko- sten</b> EUR (Soll) 2005	<b>Leistungs- menge</b> Stück/Tage (Soll) 2004	<b>Zielkosten</b> EUR (Soll) 2004	<b>Leistungs- menge</b> Stück/Tage (Ist) 2003	<b>Ist-Kosten</b> EUR (Ist) 2003
Bestandsausbau und -erhaltung	15.200	84,19	1.279.680				
Benutzung	140.000	7,30	1.022.000				
Wissenschaft	4	17.210,25	68.841				
Kultur und Bildung	880	210	184.800				
Besondere Aufgaben	1	34.421	34.421				
<b>Gesamtsumme</b>			<b>2.589.742</b>				

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0646  
Leistungsplan**

	<b>Gesamtzielkosten EUR</b>	<b>Eigenerlöse EUR</b>	<b>Finanzierungs- beitrag des Produkthaushalts (Soll) 2005</b>
	<b>(Soll) 2005</b>	<b>(Soll) 2005</b>	
Bestandsausbau und -erhaltung	1.279.680	1.000	1.278.680
Benutzung	1.022.000	23.000	999.000
Wissenschaft	68.841	1.000	67.841
Kultur und Bildung	184.800		184.800
Besondere Aufgaben	34.421	3.000	31.421
davon Amtshilfe			
davon landesweite Projektarbeit			
davon Bewirtschaftung von Transfermitteln			
Sonstige Eigenerlöse			
<b>Produktsumme</b>	<b>2.589.742</b>	<b>28.000</b>	<b>2.561.742</b>
Haushaltsausgleich			0
<b>Gesamtsumme</b>	<b>2.589.742</b>	<b>28.000</b>	<b>2.561.742</b>

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0646  
Haushaltsüberleitungsrechnung

Bereichshaushalt (Produkte)	Tsd. EUR	Einnahmen (0-3)					Ausgaben (4-9)					HH Abgl	
		0	1	2	3	4	5	6	7	8	9		
Verwaltungserträge	28		28										
Erträge aus Erstattungen													
Bestandsveränderungen													
sonstige betriebliche Erträge													
<b>Summe der Erträge</b>	<b>28</b>												
Aufwendungen für Dienstbezüge von Beamten, Angestellten und Arbeitern	1.575					1.575							
Versorgung, Beihilfen, ATZ-Kosten	220												220
sonstige Personalaufwendungen	30												
<b>Summe der Personalaufwendungen</b>	<b>1.825</b>												
Büro- und Verwaltungsaufwendungen, Aus- und Weiterbildung	409							409					
Aufwendungen Kommunikation und Reisen	19							19					
Aufwendungen für Mieten, Material und Ver- brauchsmittel sowie für Betriebs- und In- standhaltung	332							80				252	
Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter	3								3				
Erstattungen und sonstige Aufwendungen	2									2			
Abschreibungen													
<b>Summe der Sachaufwendungen</b>	<b>765</b>												
<b>Aufwendungen</b>	<b>2.590</b>												
<b>Ergebnis nach eigenen Erträgen</b>	<b>-2.562</b>												
Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt	2.562												
<b>Ergebnis nach Landeszuschuss</b>	<b>0</b>												
Erträge aus Beteiligungen, Zinsen und ähnli- che Erträge													
Aufwendungen aus Zinsen und ähnliche Auf- wendungen													
<b>Finanzergebnis</b>													
außerordentliche Erträge													
außerordentliche Aufwendungen													
HH-Ausgleich													
<b>Summe des außerordentlichen Ergebnisses</b>													
<b>neutrales Ergebnis</b>													
<b>Gesamtergebnis</b>													
Investitionen der HGr. 5								15					
Investitionen der HGr. 8											18		
<b>Einnahmen und Ausgaben des Budgets</b>			28				1.605	526	2		18	252	
Einnahmen und Ausgaben außerhalb des Budgets													
<b>Kapitelsumme</b>			28				1.605	526	2		18	252	

**ERLÄUTERUNGEN**

Noch zu Kapitel 0646

**Erläuterungsteil III (Bewirtschaftungsregeln)**

Zu HGr. 4

**Beschäftigungsvolumen (in VZE):**

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
39,30	39,30	39,41

**Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen**

Mit Einführung der leistungsorientierten Haushaltswirtschaft wurden gemeinsam mit der Herzog-August-Bibliothek Wolfenbüttel und der Nds. Landesbibliothek Hannover die Produktgruppen „Bestandsausbau und Bestandserhaltung“, „Benutzung“, „Wissenschaft“, „Kultur und Bildung“ sowie „Besondere Aufgaben“ eingerichtet. Diese Produktgruppen bilden zum einen das vielfältige Aufgabenspektrum der Landesbibliotheken ab und lassen zum anderen die Bildung eines Produktkatalogs unterhalb der genannten Gruppen zu, der dann den teilweise erheblichen Unterschieden in der Aufgabenstellung der drei Bibliotheken Rechnung trägt.

Die Landesbibliothek Oldenburg hat erst im Haushaltsjahr 2004 mit der Kosten-Leistungsrechnung begonnen. Aussagekräftige Ergebnisse liegen noch nicht vor. Die Haushaltsplanaufstellung 2005 nach Produktgruppen beruht daher auf Schätzungen. Die Verteilung der Arbeitszeit der MitarbeiterInnen auf die verschiedenen Produktgruppen wurde geschätzt. Eine Schätzung für einzelne Produkte war nicht möglich. Entsprechend der prozentualen Verteilung der VZE wurden das Personalbudget und das Sachkostenbudget auf die einzelnen Produktgruppen aufgeteilt (= Gesamtzielkosten). Den angegebenen Leistungsmengen liegen überwiegend statistische Zahlen aus dem Haushaltsjahr 2003 zugrunde, die aber nur einen Teil der tatsächlichen Leistungsmenge einer Produktgruppe wiedergeben.

Folgende Kennzahlen wurden verwendet:

**Produktgruppe Bestandsausbau/-erhaltung**

Anzahl des Medienzugangs: 15.421 Einheiten (2003)

**Produktgruppe Benutzung**

Anzahl der Leihvorgänge (Ausleihen und Fernleihen incl. Verlängerungen ohne Vormerkungen):

138.794 Vorgänge

Unberücksichtigt blieb die Anzahl der Stunden für Benutzerschulungen und Informationsservice.

**Produktgruppe Wissenschaft**

Anzahl der laufenden Bibliographien und wissenschaftlichen Publikationen: 3 (2003)

Unberücksichtigt blieb die Anzahl der wissenschaftlichen Veranstaltungen.

**Produktgruppe Kultur und Bildung**

Tage, an denen Ausstellungen, Veranstaltungen und Schülerseminare stattfanden: 883 (2003)

Unberücksichtigt blieb die Anzahl der Teilnehmer an Veranstaltungen und Führungen.

**Produktgruppe Besondere Aufgaben**

Anzahl der Internetportale: 1 Portal (2003)

Weitere Kennzahlen:

Schülerseminar: 27 Tage

Öffnungsstunden: 43 Stunden pro Woche (6 Tage).

Zu allen Öffnungsstunden wird der gesamte Bibliotheksservice angeboten.

**Zu 06 46 allgemein**

Die Landesbibliothek Oldenburg ist Regionalbibliothek für Nordwestniedersachsen.

**Zu 124 10**

	2005 Tsd.EUR
1. Amts- und Dienstwohnungen	3
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	–
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	–
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	–
5. Sonstige Mieten und Pachten	–
Zusammen	3

**Zu 129 11**

Zuwendungen Dritter u. a. für Buchbeschaffungen.



**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Titel 422 10:**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeitereinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
39,30	39,30	39,41

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
1.575	1.553	1.567

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig) -
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt) -
- Sonstige Veränderungen -

Summe Zugänge -

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig) -
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt) -
- Sonstige Veränderungen -

Summe Abgänge -

Bleibt Zugang / Abgang -

**Zu 514 10**

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2004	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
PKW	1	1	1

**Zu 523 10**

Zur Ergänzung und Erhaltung der Bibliotheksbestände einschl. Buchbinderarbeiten.

**Zu 812 10**

Für die Beschaffung eines Readerprinters.

**Zu 981 10**

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Epl. 13.

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0646 Landesbibliothek Oldenburg**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 0646</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		28	28	—	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		28	28	—	
		4 Personalausgaben	—	1.605	1.570	+35	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	526	589	-63	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	2	2	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	18	18	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	252	252	—	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	2.403	2.431	-28	
		<b>Zuschuss</b>		2.375	2.403	-28	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---



## **Allgemeine Vorbemerkungen zum Kapitel 0647**

### **Für das budgetierte Kapitel 0647 gelten folgende haushaltsrechtliche Vermerke:**

1. 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 429 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 523 10, 525 10, 526 10, 527 10, 538 10, 547 10 und 686 10 sind gegenseitig deckungsfähig.
2. 519 10 und 812 10 sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 429 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 523 10, 525 10, 526 10, 527 10, 538 10, 547 10 und 686 10.
3. 812 10 ist einseitig deckungsfähig zu Lasten 519 10.
4. 981 10 ist einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 429 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 523 10, 525 10, 526 10, 527 10, 538 10, 547 10 und 686 10.
5. Mehreinnahmen bei 111 10, 119 10, 124 10 und 129 11 erhöhen die Ausgabe bei 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 429 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 523 10, 525 10, 526 10, 527 10, 538 10, 547 10, 686 10, 812 10 und 981 10.
6. Mindereinnahmen bei 111 10, 119 10, 124 10 und 129 11 vermindern die Ausgabe bei 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 429 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 523 10, 525 10, 526 10, 527 10, 538 10, 547 10, 686 10 und 981 10.
7. Soweit die zusätzlichen Ausgabeermächtigungen zur Leistung von Personalausgaben in Anspruch genommen werden, darf in entsprechendem Umfang von der Stellenübersicht und dem Bedarfsnachweis sowie vom Beschäftigungsvolumen abgewichen werden. Verpflichtungen, die zu Ausgaben in künftigen Jahren führen können, dürfen nur eingegangen werden, soweit auch in diesen Jahren Mehreinnahmen zu deren Finanzierung erwartet werden. Soweit eine Einsparung bei den Personalausgaben umgesetzt wird, dürfen Planstellen und andere Stellen sowie das Beschäftigungsvolumen in entsprechender Höhe nicht in Anspruch genommen werden, das Finanzministerium darf im Fall eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses auf Antrag Ausnahmen zulassen.
8. Unter der Voraussetzung, dass das Ministerium für Wissenschaft und Kultur - hinsichtlich Art, Menge sowie Kosten/Erlöse im Einvernehmen mit dem Finanzministerium - die Erfüllung des Leistungsplans festgestellt hat, dürfen Ausgabereste in Höhe von zwei Dritteln der nicht in Anspruch genommenen Ausgabeermächtigungen nach Abzug gegebenenfalls noch offener Budgetüberschreitungen aus Vorjahren gebildet werden, die für das Budget über das Haushaltsjahr hinaus bis zum Ende des auf die Schlussbewilligung folgenden zweitnächsten Haushaltsjahres verfügbar bleiben und in Anspruch genommen werden dürfen. Eine Ausnahme bilden die Drittmittel und die zweckgebundenen Einnahmen, die weiterhin zu 100 % übertragen werden.

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0647 Herzog-August-Bibliothek Wolfenbüttel**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
111 10-1	162	Gebühren, sonstige Entgelte		60	60	—	—
119 10-2	162	Sonstige Verwaltungseinnahmen		287	287	—	—
124 10-6	162	Einnahmen aus Mieten und Pachten		49	49	—	—
129 11-6	162	Einnahmen außerhalb der laufenden Ge- schäfte		1.028	1.028	—	—
<b>AUSGABEN</b>							
422 10-7	162	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtin- nen, Beamten, Richterinnen und Richter	—	3.703	3.605	+98	733
425 10-6	162	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	—
426 10-2	162	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 10-9	162	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	304	304	—	—
429 10-1	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben für nicht dem BV zuzuordnendes Personal	—	736	732	+4	—
459 10-8	162	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	1	1	—	—
511 10-0	162	Geschäftsbedarf und Kommuikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsge- genstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	215	224	-9	—
514 10-9	162	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dergleichen	—	4	4	—	—
517 10-8	162	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	416	316	+100	—
518 10-4	162	Mieten und Pachten	—	74	44	+30	—
519 10-0	162	Unterhaltung der Grundstücke und bauli- chen Anlagen	—	12	12	—	—
523 10-8	162	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	—	564	666	-102	—
525 10-0	162	Aus- und Fortbildung	—	5	5	—	—
526 10-7	162	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	24	24	—	—
527 10-3	162	Dienstreisen	—	4	4	—	—
538 10-5	162	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	—	—	—	—
547 10-4	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben	—	790	877	-87	—
686 10-4	162	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	159	159	—	3
812 10-0	162	Erwerb von Geräten und sonstigen bewegli- chen Sachen	—	20	243	-223	—
981 10-6	990	Abführung an 13 21 - 381 06	—	758	758	—	758

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Kapitel 0647****Erläuterungsteil I (Allgemeiner Erläuterungsteil)****Rechts- und Organisationsgrundlagen**

Ordnung der Herzog-August-Bibliothek Wolfenbüttel, Bek. d. MWK vom 21.01.1998, Nieders. Ministerialblatt Nr. 13/1998.  
Geschäftsordnung für die Herzog-August-Bibliothek, genehmigt durch Erlass des MWK vom 01.07.2002.

**Verwaltungsaufbau und Budgetplan**

Die Herzog-August-Bibliothek wird von einer Direktorin/einem Direktor geleitet. Sie gliedert sich in einzelne Abteilungen. Die Abteilungen 1 - 3 nehmen weitestgehend zentrale bibliothekarische Funktionen wahr, die auch dem Spezialbestand Rechnung tragen. Die Abteilungen 4 - 6 sind zuständig für das Forschungs- und wissenschaftliche Veranstaltungsprogramm sowie für die wissenschaftlichen Veröffentlichungen und das Kulturprogramm einschließlich der musealen Aufgaben. Die Verwaltungsaufgaben sind in Abteilung 7 gebündelt. Die IuK-Technik ist als Stabsstelle der Direktion unmittelbar unterstellt. Das Nähere regelt ein Organisationsplan.  
Ein vom MWK berufener Fachbeirat und das Kuratorium für die Herzog-August-Bibliothek beraten bei der Erfüllung der Aufgaben und geben zu grundsätzlichen Angelegenheiten Empfehlungen ab. Näheres regelt die Ordnung der Herzog-August-Bibliothek.

**Zielsetzung**

Als Forschungs- und Studienstätte für Europäische Kulturgeschichte verbindet die Herzog-August-Bibliothek Bewahrung und Erschließung eines in Größe und Qualität außergewöhnlichen Bestandes mit kulturwissenschaftlicher Arbeit. Als international anerkannte weitläufig vernetzte wissenschaftliche Institution vergibt sie als Forschungseinrichtung Stipendien, organisiert wissenschaftliche Veranstaltungen und betreibt eigene Forschungsprojekte. Sie ist insbesondere der kulturwissenschaftlichen Forschung und der Nachwuchsförderung verpflichtet. Als Landesbibliothek für das Gebiet des früheren Landes Braunschweig ist sie eine heimatgebundene Einrichtung i. S. des Artikels 72 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung. Sie übt für den norddeutschen Raum die Funktion eines Handschriftenzentrums aus; im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft "Sammlung Deutscher Drucke" ist sie die Nationalbibliothek für das 17. Jahrhundert. Die Herzog-August-Bibliothek veröffentlicht Forschungsergebnisse in eigenen Reihen und Zeitschriften. Neben den wissenschaftlichen und bibliothekarischen Aufgaben trägt die Herzog-August-Bibliothek zur wissenschaftlichen, kulturellen und pädagogischen Vermittlung des Wissens über die kultur- und wissenschaftliche Identität Europas in breitere Kreise der Bevölkerung und leistet eigenständige Beiträge zum kulturellen Leben mit überregionaler Wirkung.

**ERLÄUTERUNGEN**

Noch zu Kapitel 0647

**Erläuterungsteil II (Erläuterungsteil zum Produkthaushalt)**

**Budgetierungsmodell**

Da die Kosten- und Leistungsrechnung für die Herzog-August-Bibliothek noch im Aufbau begriffen ist, sind z.Zt. keine realistischen Angaben zum Budgetierungsmodell möglich.  
Die nachfolgend unter "Zielkosten" ausgewiesenen Zahlen beruhen auf Schätzwerten und beziehen sich - soweit eine Ermittlung möglich war - überwiegend auf Produktgruppen.

**Finanzierungsbedarf zum Produkthaushalt**

Produkte (Produktgruppen)	Leistungs- menge Stück/Tage (Soll) 2005	Zielkosten EUR (Soll) 2005	Gesamtzielko- sten EUR (Soll) 2005	Leistungs- menge Stück/Tage (Soll) 2004	Zielkosten EUR (Soll) 2004	Leistungs- menge Stück/Tage (Ist) 2003	Ist-Kosten EUR (Ist) 2003
Bestandsausbau und -erhaltung	9.400	330	3.102.000				
Benutzung	80.000	13,60	1.088.000				
Wissenschaft	1.100	2.168,18	2.385.000				
Kultur und Bildung	20.200	54,90	1.109.000				
Besondere Aufgaben	1.000	154	154.000				
<b>Gesamtsumme</b>			<b>7.838.000</b>				

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0647  
Leistungsplan**

	<b>Gesamtzielkosten EUR</b>	<b>Eigenerlöse EUR</b>	<b>Finanzierungs- beitrag des Produkthaushalts (Soll) 2005</b>
	<b>(Soll) 2005</b>	<b>(Soll) 2005</b>	
Bestandsausbau und -erhaltung	3.102.000	367.000	2.735.000
Benutzung	1.088.000	1.000	1.087.000
Wissenschaft	2.385.000	932.000	1.453.000
Kultur und Bildung	1.109.000	75.000	1.034.000
Besondere Aufgaben	154.000	49.000	105.000
davon Amtshilfe			
davon landesweite Projektarbeit			
davon Bewirtschaftung von Transfermitteln			
Sonstige Eigenerlöse			
<b>Produktsumme</b>	<b>7.838.000</b>	<b>1.424.000</b>	<b>6.414.000</b>
Haushaltsausgleich			0
<b>Gesamtsumme</b>	<b>7.838.000</b>	<b>1.424.000</b>	<b>6.414.000</b>

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0647  
Haushaltsüberleitungsrechnung

Bereichshaushalt (Produkte)	Tsd. EUR	Einnahmen (0-3)					Ausgaben (4-9)					HH Abgl	
		0	1	2	3	4	5	6	7	8	9		
Verwaltungserträge	402		402										
Erträge aus Erstattungen	1.022		1.022										
Bestandsveränderungen													
sonstige betriebliche Erträge													
<b>Summe der Erträge</b>	<b>1.424</b>												
Aufwendungen für Dienstbezüge von Beamten, Angestellten und Arbeitern	3.703					3.703							
Versorgung, Beihilfen, ATZ-Kosten	234												234
sonstige Personalaufwendungen	1.041					1.041							
<b>Summe der Personalaufwendungen</b>	<b>4.978</b>												
Büro- und Verwaltungsaufwendungen, Aus- und Weiterbildung	124							124					
Aufwendungen Kommunikation und Reisen	148							148					
Aufwendungen für Mieten, Material und Verbrauchsmittel sowie für Betriebs- und Instandhaltung	2.020							1.262			758		
Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter													
Erstattungen und sonstige Aufwendungen	568							409	159				
Abschreibungen													
<b>Summe der Sachaufwendungen</b>	<b>2.860</b>												
<b>Aufwendungen</b>	<b>7.838</b>												
<b>Ergebnis nach eigenen Erträgen</b>	<b>-6.414</b>												
Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt	6.414												
<b>Ergebnis nach Landeszuschuss</b>	<b>0</b>												
Erträge aus Beteiligungen, Zinsen und ähnliche Erträge													
Aufwendungen aus Zinsen und ähnliche Aufwendungen													
<b>Finanzergebnis</b>													
außerordentliche Erträge													
außerordentliche Aufwendungen													
HH-Ausgleich													
<b>Summe des außerordentlichen Ergebnisses</b>													
<b>neutrales Ergebnis</b>													
<b>Gesamtergebnis</b>													
Investitionen der HGr. 5								165					
Investitionen der HGr. 8										20			
<b>Einnahmen und Ausgaben des Budgets</b>			1.424				4.744	2.108	159		20	758	
Einnahmen und Ausgaben außerhalb des Budgets													
<b>Kapitelsumme</b>			1.424				4.744	2.108	159		20	758	

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0647

**Erläuterungsteil III (Bewirtschaftungsregeln)**

Zu HGr. 4

Beschäftigungsvolumen (in VZE):

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
80,43	80,43	81,65

**Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen**

Mit Einführung der leistungsorientierten Haushaltswirtschaft wurden gemeinsam mit der Nds. Landesbibliothek Hannover und der Landesbibliothek Oldenburg die Produktgruppen „Bestandsausbau und Bestandserhaltung“, „Benutzung“, „Wissenschaft“, „Kultur und Bildung“ sowie „Besondere Aufgaben“ eingerichtet. Diese Produktgruppen bilden zum einen das vielfältige Aufgabenspektrum der Landesbibliotheken ab und lassen zum anderen die Bildung eines Produktkatalogs unterhalb der genannten Gruppen zu, der dann den teilweise erheblichen Unterschieden in der Aufgabenstellung der drei Bibliotheken Rechnung trägt.

Hier sollen künftig die im Rahmen der Kosten- und Leistungsrechnung ermittelten Aufwendungen dargestellt werden. Für das Haushaltsjahr 2005 konnten die Beträge nur grob geschätzt werden, da valide Daten aus der Kosten- und Leistungsrechnung unter anderem wegen fehlender technischer Möglichkeiten der im Rahmen des LoHN-Projektes vorgesehenen webbasierten Zeitaufschreibung zur Ermittlung der produktbezogenen Personalaufwendungen nicht vorliegen. Diese stellen jedoch einen wesentlichen Teil des Aufwandes dar, weil die Personalkosten ca. 60 v.H. des Gesamthaushaltes ausmachen. Die Darstellung des Finanzierungsbedarfs zum Produkthaushalt, die dafür definierten Leistungen und deren Mengen erfolgen deshalb ausdrücklich unter dem Vorbehalt der Anpassung. Bei den unten dargestellten Leistungsmengen wurde jeweils nur eine Zählgröße eines Produktes definiert. Eine Addition unterschiedlicher Leistungsmengen verschiedener Produkte wurde vermieden.

Die Bildung der Produktgruppen und deren weitere Untergliederung in Produkte orientiert sich an dem Aufgabenprogramm einer Spezialbibliothek für den Zeitraum vom Mittelalter bis zum Ende des 18. Jahrhunderts. Wegen dieser Bestände und der internationalen Verflechtungen der Herzog-August-Bibliothek hat sie auch einen Forschungsauftrag, der sich nicht nur in der bibliothekarischen Erschließung und Erhaltung der Bestände erschöpft, sondern auch in eine bestandsbezogene Forschung mündet. Auf dieses Profil hin sind die Erwerbungen, die Stipendienprogramme, die Forschungen, die wissenschaftlichen Veranstaltungen sowie die Publikationen, die Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit ausgerichtet.

Folgende Kennzahlen wurden verwendet:

**Produktgruppe Bestandsausbau, Bestandserhaltung**

Medienzugang pro Jahr: 9.400

**Produktgruppe Benutzung**

Ausleihen pro Jahr: 80.000

**Produktgruppe Wissenschaft**

Wissenschaftliche Veranstaltungen pro Jahr: 45  
 Wissenschaftliche Publikationen pro Jahr: 8  
 Drittmittelgeförderte Forschungsprojekte pro Jahr: 12

**Produktgruppe Kultur und Bildung**

Kulturelle Veranstaltungen, Ausstellungen pro Jahr: 55

**Produktgruppe Besondere Aufgaben**

Mittlere tägliche Besucherzahl Homepage: 530

**Zu 06 47 allgemein**

Die Herzog-August-Bibliothek ist eine internationale Forschungs- und Studienstätte für europäische Kulturgeschichte. Sie erfüllt außerdem museale Aufgaben und führt kulturelle Veranstaltungen durch. Im Übrigen nimmt sie die Aufgaben einer Regionalbibliothek wahr.

**Zu 111 10**

Für die Besichtigung der musealen Räume der Herzog-August-Bibliothek und des Lessinghauses.



ERLÄUTERUNGEN

**Zu 124 10**

	2005 Tsd.EUR
1. Amts- und Dienstwohnungen	15
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	-
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	-
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	-
5. Sonstige Mieten und Pachten	34
Zusammen	49

**Zu 129 11**

Zuschüsse der Deutschen Forschungsgemeinschaft und Dritter für Forschungsvorhaben.

**Zu 422 10**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteneinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
80,43	80,43	81,65

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
3.703	3.605	3.763

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	-
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	-
- Sonstige Veränderungen	-
	-

Summe Zugänge

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	-
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	-
- Sonstige Veränderungen	-
	-

Summe Abgänge

Bleibt Abgang

**Zu 429 10**

Im Ansatz enthalten sind u.a. die Ausgaben für 3 Fortzubildende zu Buch- und Papierrestauratoren, für die Auszubildenden sowie für sonstige Beschäftigte, die nicht dem BV unterliegen.

Für das Vorhaben „Sammlung Deutscher Drucke des 17. Jahrhunderts“ sind die Vergütungen für folgende Angestellte veranschlagt:

Vollbeschäftigte:	Verg.-Gr.	Zahl	
	II a		1
	IV b		1
Nichtvollbeschäftigte	IV b		1
	Zusammen		3

**Noch zu 429 10**

Zahl und Einstufung der Angestellten im Rahmen von Zuwendungen der DFG nach dem Stand vom 1. 1. 2004:

Vollbeschäftigte:	Verg.-Gr.	Zahl	
	I b		2
	II a		2
	IV b		1
	V b		2
Nichtvollbeschäftigte	II a		2
	IVb		2
	VII		2
	Zusammen		13

**Zu 514 10**

**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1.1.2004	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Personenkraftwagen	1	1	1
Kombi-Fahrzeug	1	1	1

**Zu 517 10**

	2005 Tsd.EUR
1. Wassergeld	7
2. Grundbesitzabgaben	36
3. Bewachungskosten	128
4. Vertragliche Wartungskosten betriebs- technischer Anlagen	18
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	22
6. Reinigungskosten	98
7. Heizung, Beleuchtung, elektr. Kraft	107
Zusammen	416

**Zu 523 10**

Zur Ergänzung und Erhaltung der Bibliotheksbestände einschl. Buchbinderarbeiten; u.a. infolge Überlassung (Dauerleihgabe) der Stolbergschen Leichenpredigten-Sammlung, Buchpflege, Magazinierung und für die Fortführung des Vorhabens „Sammlung Deutscher Drucke des 17. Jahrhunderts“.

**Zu 686 10**

Für Stipendien für Forschungsaufenthalte in der Herzog-August-Bibliothek. Die Stipendien werden im Einzelfall bis zur Höhe von 19.200 EUR jährlich gewährt. Insgesamt stehen für Stipendien Mittel in Höhe von 155.000 EUR zur Verfügung. Die Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.

**Zu 812 10**

	2005 Tsd.EUR
Ersatzbeschaffung Kassensystem	20

Aus dem Ansatz dürfen auch Ausgaben für die Beschaffung von Kraftfahrzeugen geleistet werden, sofern hierfür Mittel besonders bereitgestellt worden sind.

**Zu 981 10**

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0647 Herzog-August-Bibliothek Wolfenbüttel**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 0647</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		1.424	1.424	—	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		1.424	1.424	—	
		4 Personalausgaben	—	4.744	4.642	+102	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	2.108	2.176	-68	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	159	159	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	20	243	-223	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	758	758	—	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	7.789	7.978	-189	
		<b>Zuschuss</b>		6.365	6.554	-189	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0649 Institut f. Vogelforschung - Vogelwarte Helgoland- in Wilhelmshaven-Rüstersiel**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-0	165	Vermischte Einnahmen		1	1	—	—
119 02-9	165	Einnahmen aus Veröffentlichungen <i>*** Abweichend von § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.</i>		1	1	—	—
124 01-4	165	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		11	11	—	12
231 10-4	165	Erstattungen des Bundes für Vergütungen an Ersatzdienstleistende <i>Vgl. K-Vermerk zu 427 09.</i>		6	6	—	6
235 01-0	165	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbe- schaffung		—	—	—	12
282 62-0	165	Zuschüsse Dritter <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.</i>		102	102	—	871
<b>AUSGABEN</b>							
422 01-5	165	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtin- nen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbud- gets	—	1.103	1.097	+6	189
422 19-8	165	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-4	165	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	771
426 01-0	165	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	170
426 03-7	165	Löhne der ständigen, nur stundenweise be- schäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	2
427 01-7	165	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	2
427 02-5	165	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerin- nen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maß- nahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	25
427 09-2	165	Vergütungen für Personen, die zivilen Er- satzdienst leisten <i>Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 231 10.</i>	—	15	15	—	15
427 39-4	165	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
511 01-8	165	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsge- genstände, sonstige Gebrauchsgegenstände <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungs- fähig: 511 01, 514 01, 517 01, 517 19, 517 59, 518 01, 519 01, 526 01, 527 01, 531 01 und 546 01.</i>	—	17	17	—	10
514 01-7	165	Haltung von Dienstfahrzeugen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	4	4	—	3
517 01-6	165	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	34	34	—	38
517 19-9	165	Reinigungskosten <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	—	—	—	—
517 59-8	165	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	—	—	—	—
518 01-2	165	Mieten und Pachten fuer Grundstuecke, Gebäude und Räume <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	—	—	—	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 124 01**

	2005 Tsd. EUR
1. Amts- und Dienstwohnungen	7,5
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	2,5
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	–
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	1,0
5. Sonstige Mieten und Pachten	–
Zusammen	11,0

Zu 1.: Mieterträge aus der Dienstwohnung auf Helgoland sowie aus der Hausmeisterwohnung in Wilhelmshaven.

Zu 2.: Kostenbeiträge für Beleuchtung, Heizung und Wasser bei Übernachtungen im Gästezimmer.

Zu 4.: Pachterträge.

**Zu 231 10**

Vgl. Erläuterungen zu 427 09.

**Zu 282 62**

Die Einnahmen aus Spenden sind entsprechend ihrer Zweckbindung, zweckfreie Spenden für den Ausbau der wissenschaftlichen Sammlungen sowie für die Anschaffung, Wartung und Nutzung von Geräten für Fachaufgaben (siehe Titelgruppe 62) zu verwenden.

Bewilligung von Mitteln insbesondere durch die DFG, das Umweltbundesamt und den BML.

**Zu Titel 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeitereinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
24,0	24,0	23,0

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
1.103	1.097	1.130

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	-
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	-
- Sonstige Veränderungen	-
	_____

Summe Zugänge -

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	-
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	-
- Sonstige Veränderungen	-
	_____

Summe Abgänge -

Im Personalkostenbudget sind Bezüge für eine(n) ständig nicht vollbeschäftigte(n) Angestellte(n) –technischer Dienst- enthalten, deren/dessen durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

**Zu 427 09**

Nach dem Zivildienstgesetz i. d. F. vom 29. 9. 1983 (BGBl. I S. 1221) werden anerkannte Kriegsdienstverweigerer zu einem Zivildienst in

**Noch zu 427 09**

anerkannten Beschäftigungsstellen oder in einer Zivildienstgruppe herangezogen und erfüllen dort Aufgaben, die dem Allgemeinwohl dienen.

Die Erstattungen durch den Bund werden bei 231 10 vereinnahmt.

**Zu 514 01**

**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1.1.2003	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Pkw	2	2	2

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0649 Institut f. Vogelforschung - Vogelwarte Helgoland- in Wilhelmshaven-Rüstersiel**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
519 01-9	165	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	8	8	—	3
526 01-5	165	Sachverständige <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	1	1	—	1
527 01-1	165	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	5	5	—	4
531 01-9	165	Ausgaben fuer Veröffentlichungen und der Dokumentation <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	7	7	—	9
546 01-6	165	Vermischte Ausgaben <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	1	1	—	1
811 01-1	165	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	20	-20	—
981 06-5	990	Abführung an 13 21 - 381 06	—	151	150	+1	150
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61</b>		<b>Wissenschaftliche Unternehmungen, Ankauf und Bearbeitung der Sammlungen, wissenschaftliches Schrifttum</b> <i>Übertragbar.</i>	(—)	(79)	(79)	(—)	(71)
429 61-3	165	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	3
527 61-5	165	Reisekostenvergütungen fuer Dienstreisen	—	6	6	—	5
546 61-0	165	Umsatzsteuer	—	1	1	—	1
547 61-6	165	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	72	72	—	54
812 61-1	165	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	8
<b>TGr. 62</b>		<b>Verwendung der Zuschüsse Dritter</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 62.</i>	(—)	(102)	(102)	(—)	(534)
429 62-1	165	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	51	51	—	231
547 62-4	165	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	51	51	—	135
812 62-0	165	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	168
<b>Abschluss Kapitel 0649</b>							
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		13	13	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		108	108	—	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		121	121	—	
		4 Personalausgaben	—	1.169	1.163	+6	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	207	207	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	—	20	-20	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	151	150	+1	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	1.527	1.540	-13	
		<b>Zuschuss</b>		1.406	1.419	-13	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 526 01**

Veranschlagt sind die Reisekosten für 8 Kuratoriumsmitglieder.

**Zu 546 01**

Im Rahmen der Deckungsfähigkeit der HGr. 5 können hier Ausgaben für Mitgliedsbeiträge bis zur Höhe von 300 EUR und bis zur Höhe von 500 EUR für Bücher, Zeitschriften und Loseblattsammlungen geleistet werden.

**Zu 981 06**

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes Niedersachsen an den Einzelplan 13.

**Zu Titelgruppe 61**

Zur Intensivierung der Forschungstätigkeit.

**Zu 527 61**

Bestand an anerkannten privateigenen Kraftfahrzeugen nach § 6 Abs. 2 BRKG:

	Ist 1.1.2003	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Pkw	1	1	1

**Zu 547 61**

Veranschlagt sind u. a. Ausgaben für Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Ersatz und Ergänzung der Geräte sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände, Verbrauchsmittel, Bibliotheken und wissenschaftliche Sammlungen, Lehrmittel, Nutz- und Zuchtierhaltung, Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der Geräte für Fachaufgaben, Beförderungskosten sowie Dienstleistungen Außenstehender.

Mitveranschlagt sind Mittel für Hilfskräfte (z. B. Schüler, Studenten, wissenschaftliche Mitarbeiter), denen für die Arbeiten auf der Inselstation Helgoland eine Entschädigung gewährt wird (Erlass des MWK vom 22. 7. 1975 – 2013 – B VIII 3 – 5/73 – Nds. MBl. S. 1342 –).

**Zu Titelgruppe 62**

Vgl. Erläuterungen zu 282 62.

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0650 Institut für historische Küstenforschung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004		
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-0	165	Vermischte Einnahmen		1	1	—	—
119 65-7	165	Einnahmen für Aufträge Dritter <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.</i>		1	1	—	—
124 01-4	165	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		4	4	—	4
235 01-0	165	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	7
282 62-0	165	Verwendung der Sachbeihilfen der DFG <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.</i>		20	114	-94	4
282 63-9	165	Zuschüsse Dritter <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.</i>		84	20	+64	39
<b>AUSGABEN</b>							
422 01-5	165	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	875	825	+50	230
422 19-8	165	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-7	165	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-4	165	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	549
426 01-0	165	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	67
427 01-7	165	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	18
427 02-5	165	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	—
427 39-4	165	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
511 01-8	165	Geschäftsbedarf <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 511 01, 514 01, 514 06, 517 01, 517 19, 517 59, 518 01, 519 01, 526 01, 527 01, 531 01, 532 01 und 546 01.</i>	—	13	13	—	19
514 01-7	165	Haltung von Dienstfahrzeugen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	—	—	—	—
514 06-8	165	Haltung von Nutz- und Sonderfahrzeugen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	—	—	—	—
517 01-6	165	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	15	15	—	21
517 19-9	165	Reinigungskosten <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	—	—	—	—
517 59-8	165	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	—	—	—	—
518 01-2	165	Mieten und Pachten fuer Grundstuecke, Gebäude und Räume <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	10	10	—	10
519 01-9	165	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	—	—	—	—
526 01-5	165	Sachverständige <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	2	2	—	2

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 124 01**

	2005 Tsd EUR
1. Amts- und Dienstwohnungen	2,5
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	0,5
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	0,5
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	-
5. Sonstige Mieten und Pachten	0,5
Zusammen :	4

**Zu 282 62**

Veranschlagung von Zuschüssen der DFG zur Förderung von Forschungsvorhaben.

**Zu 282 63**

Veranschlagung von Zuschüssen Dritter, die zweckgebunden für Forschungsvorhaben, insbesondere für Ausgrabungen, Bohrungen und wissenschaftliche Auswertungen gewährt werden.

**Zu Titel 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteneinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
18,0	18,0	18,0

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
875	825	846

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich	-
- (ggf. anteilig)	-
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	-
- Sonstige Veränderungen	-
	-
Summe Zugänge	-

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich	-
- (ggf. anteilig)	-
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	-
- Sonstige Veränderungen	-
	-
Summe Abgänge	-

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0650 Institut für historische Küstenforschung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
527 01-1	165	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	1	1	—	1
531 01-9	165	Ausgaben fuer Veröffentlichungen und der Dokumentation <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	13	13	—	—
532 01-5	165	Unterkunftsgeräte und Spinnstoffe <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	—	—	—	—
546 01-6	165	Vermischte Ausgaben <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	1	1	—	2
811 01-1	165	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
811 06-2	165	Erwerb von Nutz- und Sonderfahrzeugen	—	—	—	—	—
981 06-5	990	Abführung an 13 21 - 381 06	—	136	136	—	136
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61</b>		<b>Wissensch. Unternehmungen, Ankauf und Bearbeitung d. Samml., wissenschaft. Schrift- tum</b> <i>Übertragbar.</i>	(—)	(46)	(46)	(—)	(35)
427 61-0	165	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
429 61-3	165	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	6	6	—	—
527 61-5	165	Reisekostenvergütungen	—	8	8	—	6
547 61-6	165	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben	—	32	32	—	30
812 61-1	165	Erwerb von Geräten und sonstigen bewegli- chen Sachen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 62</b>		<b>Verwendung der Sachbeihilfen der DFG</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 62.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendung- zwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i> <i>In unabweisbaren Fällen können Zahlungsver- pflichtungen vor Eingang der Sachbeihilfen begründet werden, wenn die Sachbeihilfen be- reits durch schriftlichen Zuwendungsbescheid der DFG bewilligt sind.</i> <i>Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist die Erläuterung zu Titelgruppe 62 verbindlich.</i>	(—)	(20)	(113)	(-93)	(1)
425 62-6	165	Vergütungen der Angestellten	—	10	36	-26	—
426 62-2	165	Löhne der Arbeiter	—	5	56	-51	—
427 62-9	165	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	—	—	—	—
527 62-3	165	Reisekostenvergütungen	—	1	6	-5	—
547 62-4	165	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben	—	4	15	-11	1
812 62-0	165	Erwerb von Geräten und sonstigen bewegli- chen Sachenständen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 63</b>		<b>Verwendung der Zuschüsse Dritter</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 63.</i>	(—)	(84)	(20)	(+64)	(39)

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 527 01**

**Bestand an anerkannten privateigenen Kraftfahrzeugen**

	Ist 1.1.2003	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Pkw	3	3	3

**Zu 531 01**

Für Druckkosten von wissenschaftlichen Publikationen, die das Institut herausgibt.

**Zu 546 01**

Buchungsstelle u. a. für Ausgaben für Pflege und Unterhaltung der Grünanlagen, Aus- und Fortbildung der Bediensteten sowie Labor-, Röntgen- und Fotobedarf.

Im Übrigen dürfen im Rahmen der Deckungsfähigkeit der HGr. 5 bis zur Höhe von 700 Euro Ausgaben für Mitgliedsbeiträge geleistet werden.

**Zu 981 06**

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes Niedersachsen an den Einzelplan 13.

**Zu Titelgruppen 61, 62, 63 und 65 gemeinsam**

Die Landesbediensteten, die mit Ausgrabungsarbeiten und ähnlichen Verrichtungen beschäftigt werden, erhalten (auf Antrag) eine Feldaufwandsvergütung nach Maßgabe des RdErl. d. MWK vom 9. 9. 1991 (Nds. MBl. S. 1183 – GültL 26/369 –) in Höhe von 1,5 EUR für jeden Tag der Arbeiten im Freien.

Die Feldaufwandsvergütung entfällt, wenn Schutz- oder Berufskleidung gestellt wird oder für deren Beschaffung Zuschüsse gewährt werden.

**Zu 547 61**

Im Ansatz sind u. a. enthalten: Mittel für den Ankauf und die Bearbeitung der Sammlungen, die Erhaltung und Ergänzung des wissenschaftlichen Schrifttums, die Beschaffung von Foto- und Diapositivmaterial, für Betriebsstoffe und die Unterhaltung und Instandsetzung eines Kombifahrzeugs sowie eines Transporters für Grabungsgeräte.

**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1.1.2003	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Kombifahrzeug	1	1	1
Transporter	1	1	1

**Zu Titelgruppen 62 , 63 und 65**

Vgl. Erläuterungen zu 282 62 und 262 63.

**Zu Titelgruppe 62**

Sofern es für Aufgaben von unbegrenzter Dauer aus arbeitsrechtlichen Gründen zwingend erforderlich ist, darf mit Zustimmung des MWK mit einem aus diesen Mitteln zu vergütenden Angestellten oder Arbeiter ein unbefristetes Arbeitsverhältnis begründet werden.

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0650 Institut für historische Küstenforschung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
429 63-0	165	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	74	—	+74	24
547 63-2	165	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	10	20	-10	15
812 63-8	165	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 65</b>		<b>Ausgaben für Aufträge Dritter</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 65.</i>	(—)	(1)	(1)	(—)	(—)
429 65-6	165	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
527 65-8	165	Reisekostenvergütungen	—	—	—	—	—
547 65-9	165	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1	1	—	—
812 65-4	165	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
<b>Abschluss Kapitel 0650</b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				6	6	—	
2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				104	134	-30	
<b>Summe der Einnahmen</b>				110	140	-30	
4 Personalausgaben			—	970	923	+47	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst			—	111	137	-26	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen			—	—	—	—	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	136	136	—	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>			—	1.217	1.196	+21	
<b>Zuschuss</b>				1.107	1.056	+51	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 06** Ministerium für Wissenschaft und Kultur  
**Kapitel 0651** Technische Informationsbibliothek an der Universität Hannover

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
121 02-7	164	Ablieferung des Landesbetriebes		–	–	–	–
231 01-9	164	Zuweisungen des Bundes		4.697	4.568	+129	4.233
331 01-3	164	Zuweisungen für Investitionen vom Bund		361	273	+88	58
381 01-0	990	Zuführung von 2062 - 981 01		–	–	–	–
<b>AUSGABEN</b>							
682 01-0	164	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 682 03 und 891 01.</i> <i>*** Gem. § 17 Abs.1 Satz 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.</i>	–	16.174	15.741	+433	15.813
682 03-7	164	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulaasten 682 01.</i> <i>*** Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.</i>	–	–	–	–	–
682 39-8	164	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	–	–	–	–	–
891 01-9	164	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulaasten 682 01.</i> <i>*** Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.</i>	–	1.204	910	+294	–
<b>Abschluss Kapitel 0651</b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				–	–	–	
2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				4.697	4.568	+129	
3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				361	273	+88	
<b>Summe der Einnahmen</b>				5.058	4.841	+217	
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			–	16.174	15.741	+433	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen			–	1.204	910	+294	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>			–	17.378	16.651	+727	
<b>Zuschuss</b>				12.320	11.810	+510	

---

**ERLÄUTERUNGEN**


---

**Zu Kapitel 0651****Erläuterungsteil I (Allgemeiner Erläuterungsteil)****Rechts- und Organisationsgrundlagen**

Die im Jahr 1959 als unselbständige Anstalt des Landes Niedersachsen gegründete Technische Informationsbibliothek an der Universität Hannover (TIB) wird seit dem 1.1.2003 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt und nach der Rahmenvereinbarung Forschungsförderung vom 28.11.1975 von Bund und Ländern gemeinsam finanziert.

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der Betriebsanweisung für die Technische Informationsbibliothek.

Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei Titel 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Hinsichtlich der Finanzierungsbeteiligung der anderen Länder vgl. Erläuterungen zu Kapitel 06 07 Titel 232 02.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage 1 beigelegt.

**Verwaltungsaufbau und Budgetplan**

Die TIB bildet organisatorisch und räumlich eine Einheit mit der Universitätsbibliothek Hannover.

Organisationsstruktur der TIB:

Leitung TIB

Stabsstelle Marketing/Öffentlichkeitsarbeit

T1 Abteilung Allgemeine Verwaltung

T2 Abteilung Unternehmenssteuerung und Finanzen

T3 Abteilung EDV und Technische Infrastruktur

T4 Abteilung Bestandsentwicklung

T5 Abteilung Wissenschaftliche Dienste

T6 Abteilung TIB Dienste

**Zielsetzung**

Aufgabe: Die TIB ist die Deutsche Zentrale Fachbibliothek für Technik und deren Grundlagenwissenschaften Chemie, Informatik, Mathematik und Physik und eine der größten technisch-naturwissenschaftlichen Spezialbibliotheken der Welt.

Die TIB will die folgenden Strategien weiter ausbauen und vertiefen:

- Die TIB ist der nationale Partner eines weltweiten Verbundes von Bibliotheken und Informationseinrichtungen.
- Die TIB beteiligt sich an nationalen Verbundsystemen für die Literatur- und Informationsversorgung.
- Die TIB ist Kooperationspartner von Fachgesellschaften, Informationseinrichtungen, Verlagen, Verbänden und Bibliotheken für die freie oder kostenpflichtige Bereitstellung und Erschließung elektronischer und klassischer Volltexte.
- Die TIB nutzt zur formalen und sachlichen Erschließung der von ihr direkt oder indirekt angebotenen elektronisch gespeicherten oder konventionell vorgehaltenen Volltexte auch Fremddaten, z.B. nationale oder internationale Datenbanken.
- Die TIB ist Partner von Fachgesellschaften, Informationseinrichtungen, Verlagen, Verbänden und Bibliotheken für die Weiterentwicklung moderner Informationsdienstleistungen.

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0651

Erläuterungsteil II (Erläuterungsteil zum Produkthaushalt)

Budgetierungsmodell

Erläuterungen zum Produkthaushalt nach §17a LHO

Budgetierungsmodell

Das derzeitige Budgetierungsmodell der TIB sieht interne Budgets für Literaturerwerb - heruntergebrochen auf die Fachreferatskostenstellen - für Personal, EDV, Gebäudemanagement, Personal- und Organisationsentwicklung, Marketing und Öffentlichkeitsarbeit, Vergabe von Aufträgen, Reisekosten und weitere Sachkosten vor. Eine Budgetierung von Programmbereichen, d.h. Produktgruppen wird es erstmals für 2006 geben.

Im Folgenden sind einige produktübergreifende Kennzahlen dargestellt.

Produktübergreifende Indikatoren für die TIB gesamt:

Indikator/Kennzahl:

	2005	2004	2003	2002
	(Soll)	(Soll)	Ist	Ist
Kundenzufriedenheit mit Bibliothek gesamt (Schulnoten: 1 sehr zufrieden - 5 gar nicht zufrieden)				
		2+	2+	2+
				---
Anzahl Vorträge gesamt p.a.		55	55	50
				38
Ø-Fortbildungstage pro Mitarbeiter/in p.a.		5	5	2,2*
				2,6*

\* in 2002 und 2003 fehlen die hausintern durchgeführten Schulungen, z. B. WinIBW- und PICA-Schulungen

**ERLÄUTERUNGEN**

Noch zu Kapitel 0651

Finanzierungsbedarf zum Produkthaushalt (in Euro)

Produkte	Leistungs- menge (Soll) 2005	Zielkosten pro Stück (Soll) 2005	Gesamtziel- kosten (Soll) 2005	Leistungs- menge (Soll) 2004	Zielkosten pro Stück (Soll) 2004	Leistungs- menge (Ist) 2003	Ist-Kosten pro Stück (Ist) 2003
Bestandsentwicklung	105.000	130	13.647.551	105.000	123	99.772	120
Dokumentlieferung	468.229	14	6.642.942	459.048	14	450.047	13
Projekte (Drittmittel)	6	83.585	501.507	6	89.148	6	157.785
<b>Gesamtsumme</b>			<b>20.792.000</b>				

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0651  
Leistungsplan (in Euro)**

	<b>Gesamtzielkosten</b>	<b>Eigenerlöse</b>	<b>Finanzierungs- beitrag des Produkthaushalts</b>	<b>Gesamtplankosten</b>	<b>Ergebnis</b>
	<b>(Soll) 2005</b>	<b>(Soll) 2005</b>	<b>(Soll) 2005</b>	<b>2005</b>	<b>2005</b>
Bestandsentwicklung	13.647.551	---	13.647.551		
Dokumentlieferung	6.642.942	3.050.000	3.508.942		
Projekte (Drittmittel)	501.507	280.000	221.507		
davon Amtshilfe					
davon Landesweite Projektarbeit					
davon Bewirtschaftung von Transfermitteln					
Sonstige Eigenerlöse		84.000			
<b>Produktsumme</b>	<b>20.792.000</b>	<b>3.414.000</b>	<b>17.378.000</b>		
Haushaltsausgleich					
<b>Gesamtsumme</b>	<b>20.792.000</b>	<b>3.414.000</b>	<b>17.378.000</b>		

**Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen**

**Erläuterungen**

Der Produktbereich "Bestandsentwicklung" setzt sich zusammen aus den Produkten "Printdokumente", "elektronische Dokumente" und "sonstige Medien".

Der Produktbereich "Dokumentlieferung" fasst alle Produkte der TIB-Dienste zusammen, u.a. "TIBORDER", "FullService", "Subito" und "aktiver Leihverkehr".

Im Produktbereich "Projekte" sind alle extern finanzierten Projekte (mit Ausnahme der umfangreichen BMBF- und Länder-Projekte, die aus formalen Gründen bei der Universitätsbibliothek gebucht werden) zusammengefasst.

**Produktbezogene Kennzahlen**

**Produktbereich "Bestandsentwicklung":**

<b>Indikator/Kennzahl:</b>	<b>2005 (Soll)</b>	<b>2004 (Soll)</b>	<b>2003 Ist</b>	<b>2002 Ist</b>
Neuanschaffungen (alle Medien) p.a.	105.000	105.000	99.772	100.674
Ø-Neuanschaffungen p.a. / Mitarbeiter (MA) Bestandsentwicklung	2.247	2.267	2.154	2.173

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0651

**Produktbereich "Dokumentlieferung":**

Indikator/Kennzahl:	2005 (Soll)	2004 (Soll)	2003 Ist	2002 Ist
Bestellungen p.a. gesamt	468.000	459.000	450.047	416.496
davon Direktlieferung	353.000	345.000	337.493	327.408
davon Fernleihe	115.000	114.000	112.554	89.088
Bestellungen p.a. gesamt / TIB-MA Dokumentlieferung	9.267	9.089	9.784	9.005
Einnahmen Dok.-Lieferung (Euro) p.a. / TIB-MA Dokumentlieferung	51.485	51.485	56.283	45.470
Bearbeitungsquote (abschließend be- arbeitet) gesamt (in %)	98	98	98	98
Ø-Erledigungszeit Direktlieferung (in Stunden)	27	27	27	30
	10	14	14	14
Ø-Erledigungszeit Fernleihe (in Tagen)				
Ø-Erreichbarkeit HelpDesk (in Stun- den pro Woche)	37,5	37,5	37,5	37,5

**Produktbereich "Projekte":**

Indikator/Kennzahl:	2005 (Soll)	2004 (Soll)	2003 Ist	2002 Ist
Anzahl Projekte gesamt	6	6	6	6
davon DFG	5	5	5	4
davon EU	1	1	1	1
davon weitere	0	0	0	1
Ø-Drittmittel in EUR/ Projekte gesamt	46.667	47.667	84.667	80.500
Ø-Drittmittel in EUR/ DFG-Projekte	44.000	37.200	75.600	76.000
Ø-Drittmittel in EUR/ EU-Projekte	60.000	100.000	130.000	160.000
Ø-Drittmittel in EUR/ weitere Projekte	---	---	---	19.000

**Zu Titel 231 01 und 331 01**

Zuweisungen des Bundes. Aufgrund der Ausführungsvereinbarun-  
gen zur Rahmenvereinbarung Forschungsförderung trägt der Bund  
30 % des Zuschussbedarfs.

**Zu 682 01**

Anmietung eines Außenmagazins.  
Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	300	—	—	300
2006	300	—	—	300
2007	300	—	—	300
2008	300	—	—	300
2009 ff.	3.303	—	—	3.303
Summe	4.503	—	—	4.503



**Wirtschaftsplan für die  
Technische Informationsbibliothek**  
für das Geschäftsjahr 2005

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der Betriebsanweisung für den Landesbetrieb Technische Informationsbibliothek vom 9. 11. 2004.

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Technische Informationsbibliothek

### A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Finanzbedarf</b>			
1. Investitionen gemäß VV-HNds (ZR-GPL):			
– Bebaute Grundstücke	—	—	—
– Unbebaute Grundstücke	—	—	—
– Gebäude	—	—	—
– Maschinen und Anlagen	1 007 000	557 000	277 490
– Fahrzeuge	—	15 000	—
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	197 000	338 000	93 509
<b>Summe 1.:</b>	<b>1 204 000</b>	<b>910 000</b>	<b>370 999</b>
2. Sonstige Investitionen <sup>3)</sup> :			
– Gebäude	—	—	—
– Maschinen und Anlagen	—	—	—
– Fahrzeuge	—	—	—
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
– Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	—	—	—
– Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)	—	—	—
– Ablieferung an den Landeshaushalt	—	—	—
– Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)	—	—	353 038
<b>Summe 3.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>353 038</b>
4. Positiver Überleitungsbetrag (Anlage 4):	—	—	—
<b>Summe I.:</b>	<b>1 204 000</b>	<b>910 000</b>	<b>724 037</b>
<b>II. Deckungsmittel</b>			
1. Deckungsmittel:			
– Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	—	—	335 184
– Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z. B. eingehende Zahlungen für Forderungen)	—	—	—
– noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren	—	—	—
– Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	—	—	28 853
– Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
– aus Fachkapitel Anteil der Länder	843 000	637 000	252 000
– aus Fachkapitel Anteil des Bundes	361 000	273 000	108 000
– aus Sondermitteln	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>1 204 000</b>	<b>910 000</b>	<b>724 037</b>
2. Negativer Überleitungsbetrag (Anlage 4):	—	—	—
<b>Summe II.:</b>	<b>1 204 000</b>	<b>910 000</b>	<b>724 037</b>

<sup>3)</sup> Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26, die keine Investitionen i. S. der VV-HNds (ZR-GPI) sind.

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Technische Informationsbibliothek

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Erträge</b>			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:			
– aus Fachkapitel Anteil Länder	10 960 000	10 659 000	10 313 333
– aus Fachkapitel Anteil Bund	4 697 000	4 568 000	4 419 999
– aus Sondermitteln (Abführung Nutzungsentgelte)	517 000	514 000	514 000
– bes. Zuführung Land (PE)	—	—	14 000
<b>Summe 1.:</b>	<b>16 174 000</b>	<b>15 741 000</b>	<b>15 261 332</b>
2. Umsatzerlöse, Zuweisungen, Zuschüsse:			
– Zuweisungen und Zuschüsse von anderen Zuschussgebern	280 000	286 000	510 375
– Erträge aus Entgelten für Forschungs- und ähnliche Aufträge	—	—	—
– Erträge aus Gutachten und sonstigen Entgelten (ehemals Titel 111 01)	1 113 000	1 113 000	1 113 000
– Erträge aus Gutachten und sonstigen Entgelten	1 487 000	885 000	1 425 227
<b>Summe 2.:</b>	<b>2 880 000</b>	<b>2 284 000</b>	<b>3 048 602</b>
3. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	—	—	—
<b>Summe 3.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
4. Andere aktivierte Eigenleistungen:	—	—	—
<b>Summe 4.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
5. Sonstige betriebliche Erträge:			
– Erstattung von Personalaufwendungen	—	—	—
– Maßnahmen im Zusammenhang mit Forschung, Lehre, Weiterbildung	—	—	—
– Erlöse aus Nebenbetrieben	—	—	—
– Betreuung von Studierenden	—	—	—
– Gebühren und gebührenähnliche Erträge	37 000	31 000	23 076
– Nebenerlöse aus Vermietung und Verpachtung	8 000	8 000	8 092
– Nebenerlöse aus Kopien-Lieferdienst	10 000	—	5 904
– Nebenerlöse HOBSY	29 000	—	29 134
– Spenden	—	—	—
– Erträge aus Schadensersatzleistungen	—	—	—
– Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	—	—	—
– Auflösung von Rückstellungen	250 000	993 000	—
– Periodenfremde Erträge	200 000	—	1 030 987
– Übrige Erträge	—	—	—
<b>Summe 5.:</b>	<b>534 000</b>	<b>1 032 000</b>	<b>1 097 193</b>
6. Zinserträge und ähnliche Erträge:	—	—	25 282
<b>Summe 6.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>25 282</b>
<b>Summe I.:</b>	<b>19 588 000</b>	<b>19 057 000</b>	<b>19 432 409</b>

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Technische Informationsbibliothek****B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005**

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>II. Aufwendungen</b>			
1. Materialaufwand:			
- Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	40 000	40 000	6 152
- Sachaufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmaterial	8 878 000	7 544 000	7 362 742
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	—	900 000	185 487
- Unteraufträge in Drittmittelvorhaben	59 000	—	117 312
- Werkverträge	—	—	100
- Wissenschaftliche Dienstleistungen	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>8 977 000</b>	<b>8 484 000</b>	<b>7 671 793</b>
2. Personalaufwand:			
2.1. Löhne und Gehälter			
- Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	1 255 000	1 286 000	1 228 460
- Vergütungen der Angestellten	2 857 000	3 299 000	2 871 603
- Vergütungen der Angestellten (befristet)	141 000	—	163 542
- Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	132 000	205 000	200 525
- Sonstige Vergütungen	423 000	458 000	338 113
- Vergütungen der Angestellten (Projekte)	113 000	306 000	188 546
- Sonstige Vergütungen (Aushilfskräfte, Azubis)	90 000	53 000	122 798
<b>Summe 2.1.:</b>	<b>5 011 000</b>	<b>5 607 000</b>	<b>5 113 587</b>
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Angestellte	819 000	734 000	822 996
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter	31 000	57 600	46 550
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Aushilfskräfte	18 000	—	25 373
- Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	340 000	385 800	334 500
- Zuführung zum Sondervermögen Nds. Versorgungsrücklage	7 000	5 100	6 667
- Zuweisung VBL und VBL-Sanierung für Angestellte und Arbeiterinnen und Arbeiter	334 000	—	334 876
- Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	325 000	—	292 033
- Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	11 000	—	17 173
- Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	—	—	—
- Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	—	—	—
- Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	22 000	22 000	—
- Beihilfen für Angestellte	3 000	3 000	—
- Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—
- Trennungsgeld	—	—	—
- Beiträge zur Berufsgenossenschaft (LUK)	2 000	9 800	—
<b>Summe 2.2.:</b>	<b>1 912 000</b>	<b>1 217 300</b>	<b>1 880 168</b>
<b>Summe 2.:</b>	<b>6 923 000</b>	<b>6 824 300</b>	<b>6 993 755</b>
3. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen:			
- Immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	—
- Grundstücke und Bauten	—	—	—
- Technische Anlagen und Maschinen	—	—	329 076
- Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—	17 404
- Sonderposten für Investitionszuschüsse	—	—	-346 480
<b>Summe 3.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung und Instandhaltung			
- Aufwendungen für Instandhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude und Anlagen	160 000	42 700	35 197
- Bauunterhaltung	—	—	—
- Aufwendungen für Wartung	30 000	—	59 895
- Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Entsorgung	137 000	135 000	90 000
- Energie	75 000	75 000	50 000
- Heizung	13 000	13 000	5 000
- Wasser und Abwasser	—	—	940
- Entsorgung	—	—	—
- Aufwendungen für Reparatur- und Instandhaltungsmaterial	—	—	—
- Bauunterhaltung	5 000	—	756
- Sonstige	—	—	836
- Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	—	—	—
- Mieten, Pachten, Erbbauzins	360 000	335 000	295 917
- Mieten/Abführung Nutzungsentgelt	517 000	514 000	513 464
- Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	25 000	20 000	—
- Gebühren für die Bezügeberechnung (NLBV)	32 000	32 000	—
- Fremdreinigung	138 000	138 000	116 394
- Vergabe von Aufträgen	306 000	—	412 254
- Netzdienste	71 000	—	34 103
- VGWort-Abgabe	750 000	700 000	—
<b>Summe 4.1.:</b>	<b>2 619 000</b>	<b>2 004 700</b>	<b>1 614 756</b>

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Technische Informationsbibliothek

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>noch II. Aufwendungen</b>			
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
– Aufwendungen für EDV, Büromaterial und Drucksachen	110 000	160 000	91 403
– Aufwendungen für Kommunikation	—	—	—
– Telefon, Telefax und andere Postdienstnetze	40 000	60 000	11 783
– Reisekosten	32 000	21 000	34 934
– Porto	150 000	300 000	94 891
– Öffentlichkeitsarbeit	55 000	50 000	102 146
– Gästebewirtung und Repräsentation	1 000	5 000	820
<b>Summe 4.2.:</b>	<b>388 000</b>	<b>596 000</b>	<b>335 977</b>
4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
– Vergütungen für Lehraufträge	—	—	—
– Vergütungen für Gastvorträge und Gastprofessuren	—	—	—
– Fort- und Weiterbildung	83 000	70 000	62 627
– übrige Personalkosten	—	—	—
<b>Summe 4.3.:</b>	<b>83 000</b>	<b>70 000</b>	<b>62 627</b>
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
– Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	—	—	1 489
– Schadensersatzleistungen	—	—	172
– Abschreibungen auf Forderungen	—	—	—
– Periodenfremde Aufwendungen	250 000	993 000	320 630
– Sicherung der Gebäude	18 000	5 000	12 897
– Rückstellung für VGWort-Abgabe	250 000	—	992 540
– Aufwendungen für Mitgliedschaften	80 000	80 000	24 678
<b>Summe 4.4.:</b>	<b>598 000</b>	<b>1 078 000</b>	<b>1 352 406</b>
<b>Summe 4.:</b>	<b>3 688 000</b>	<b>3 748 700</b>	<b>3 365 766</b>
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	—	—	9 486
<b>Summe 5.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>9 486</b>
<b>Summe II.:</b>	<b>19 588 000</b>	<b>19 057 000</b>	<b>18 040 800</b>
<b>III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b> (Summe I. ./ Summe II.)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>1 391 609</b>
<b>IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen</b>			
1. Außerordentliche Erträge	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
2. Außerordentliche Aufwendungen:	—	—	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>V. Außerordentliches Ergebnis</b> (Außerordentliche Erträge ./ Außerordentliche Aufwendungen)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>VI. Steuern</b>			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
– Körperschaftssteuer	—	—	—
– Gewerbesteuer	—	—	—
– Kapitalertragsteuer	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
2. Sonstige Steuern:			
– Kraftfahrzeugsteuer	—	—	377
– Grundsteuer	—	—	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>377</b>
<b>VII. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b> (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./ Steuern)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>1 391 232</b>

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Technische Informationsbibliothek

### C. Überleitungsrechnung für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 Tsd. EUR	Plan 2004 Tsd. EUR	Ist 2003 Tsd. EUR
<b>I. Erhöhung der Zuführung/Minderung der Ablieferung</b>			
Gewinnerhöhung ohne Geldfluss, z. B.			
– Erhöhung des Bestandes an unfertigen und fertigen Erzeugnissen	—	—	—
– Erhöhung des Forderungsbestandes	—	—	—
– Minderung von Rückstellungen	—	—	—
– Minderung von Wertberichtigungen	—	—	—
<b>Summe I.:</b>	—	—	—
<b>II. Minderung der Zuführung/Erhöhung der Ablieferung</b>			
Gewinnminderung ohne Geldfluss, z. B.			
– Abschreibungen für Abnutzung (ohne Abschreibungen für geringwertige Wirtschaftsgüter nach § 6 Abs. 2 EStG)	—	—	333 695
– Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	—	—	1 489
– Abschreibungen auf Forderungen	—	—	—
– Erhöhung von Rückstellungen	—	—	—
– Erhöhung von Wertberichtigungen	—	—	—
<b>Summe II.:</b>	—	—	335 184
<b>III. Überleitungsbetrag</b> (Summe I. ./ Summe II.)	—	—	-335 184

Ein positiver Korrekturbetrag bedeutet eine Erhöhung des Finanzbedarfs; die erforderliche Zuführung ist dadurch höher oder die Ablieferung geringer.

Ein negativer Korrekturbetrag bedeutet eine Erhöhung der Deckungsmittel; die erforderliche Zuführung ist dadurch geringer oder die Ablieferung höher.

**Bewirtschaftungsvermerke:**

---

1. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen 350 974 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden. Hiervon entfallen auf den Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten 340 000 EUR und auf Beträge zur Landesunfallkasse 10 974 EUR.
2. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen 517 000 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Nutzungsentgelte an den Landesliegenschaftsfonds).
3. Inhabern von Stellen, die aufgrund tarifvertraglicher Regelungen nach Ablauf von Bewährungszeiten in die nächsthöhere Vergütungsgruppe aufrücken, kann aus den veranschlagten Stellen Vergütung der höheren Vergütungsgruppe gezahlt werden. Dies gilt auch für neu eingestellte Angestellte, die im Zeitpunkt der Einstellung bereits die Voraussetzung für die Eingruppierung in die nächsthöhere Vergütungsgruppe erfüllen.
4. Aus Drittmitteln zu finanzierendes Personal unterliegt den gleichen tariflichen Bestimmungen wie das im Rahmen der Grundfinanzierung beschäftigte Personal. Drittmittelpersonal wird befristet beschäftigt, soweit nicht dem Abschluss eines unbefristeten Arbeitsvertrages zugestimmt wurde.

**Anlage zum Wirtschaftsplan  
(Übersicht über die Stellen für Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter)**

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2005	2004		
<b>Angestellte</b>				
I a	—	—	Wissenschaftlicher Dienst	2) Eine Stelle darf nur mit 2 Halbtagskräften nach den Verg.-Gr. V c und VII BAT besetzt werden. 3) Eine Stelle darf nur mit einer/einem Angestellten besetzt werden, dessen regelmäßige Arbeitszeit 75% einer vollbeschäftigten Kraft nicht übersteigt.
I b	2	2		
II a	2	2		
IV b <sup>7)</sup>	7	6	Bibliotheksdienst	4) Die Stellen können auch mit Angestellten des Bibliotheksdienstes besetzt werden.
V b	2	2		
V c <sup>2)</sup>	10	10		5) Die/Der Inhaber/-in einer Stelle ist bei der Personalverwaltung der Universität Hannover tätig.
VI b <sup>3)</sup>	14	14		
VII	20	15		6) Zwei Stellen dürfen nur mit Angestellten besetzt werden, deren regelmäßige Arbeitszeit 75% einer vollbeschäftigten Kraft nicht übersteigt.
VIII	13	15		
I a	1	1	Verwaltungsdienst	7) Eine Stelle darf nur mit einer/einem Angestellten besetzt werden, dessen regelmäßige Arbeitszeit 50% einer vollbeschäftigten Kraft nicht übersteigt.
II a	3	3		
IV a	1	1		
IV b	—	—		
V b	1	—		
V c <sup>3)</sup>	2	2		
VI b	6	5		
VII	3	4		
VIII <sup>6)</sup>	3	4		
V c	—	—	Technischer Dienst	
VI b	1	1		
VII	—	—		
VIII	—	—		
II a	2	1	Datenverarbeitungsdienst	
IV a	3	2		
VIII <sup>4)</sup>	2	2	Schreib- und Fernschreibdienst	
IX b-VII	1	1		
VII	1	1	Sonstige Dienste	
VIII <sup>7)</sup>	2	2		
	102	96	Zusammen	

Erläuterungen

– Angestellte –		Abgang: Verg.-Gr. V c	Stellen
Zugang:	Stellen		1 Höherstufung nach Verg.-Gr. V b – Verwaltungsdienst – ab 1. 1. 2005
Verg.-Gr. II a	1 – Datenverarbeitungsdienst – ab 1. 1. 2005	Verg.-Gr. VII	1 Höherstufung nach Verg.-Gr. V c – Verwaltungsdienst – ab 1. 1. 2005
Verg.-Gr. IV a	1 – Datenverarbeitungsdienst – ab 1. 1. 2005	Verg.-Gr. VIII	5 Höherstufung nach Verg.-Gr. VII – Bibliotheksdienst – ab 1. 1. 2005
Verg.-Gr. IV b	1 – Bibliotheksdienst – ab 1. 1. 2005	Verg.-Gr. VIII	1 Höherstufung nach Verg.-Gr. VI b – Verwaltungsdienst – ab 1. 1. 2005
Verg.-Gr. V b	1 Höherstufung von Verg.-Gr. V c – Verwaltungsdienst – ab 1. 1. 2005	Zusammen	8
Verg.-Gr. V c	1 Höherstufung von Verg.-Gr. VII – Verwaltungsdienst – ab 1. 1. 2005		
Verg.-Gr. VI b	1 Höherstufung von Verg.-Gr. VIII – Verwaltungsdienst – ab 1. 1. 2005		
Verg.-Gr. VII	5 Höherstufung von Verg.-Gr. VIII – Bibliotheksdienst – ab 1. 1. 2005		
Verg.-Gr. VIII	3 Umwandlung von Lohn-Gr. 3 – Bibliotheksdienst – ab 1. 1. 2005		
Zusammen	14		

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2005	2004		
<b>Arbeiter/-innen</b>				
3	1	4	Bibliotheksdienst	
4	1	1	Kraftfahrdienst	
5	3	3	Sonstige Dienste	
	5	8	Zusammen	

Erläuterungen

**- Arbeiterinnen/Arbeiter -**

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 3	3	Umwandlung in Verg.-Gr. VIII - Bibliotheksdienst - ab 1. 1. 2005
Zusammen	3	

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0660 Staatstheater Braunschweig**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
121 02-6	181	Ablieferungen des Landesbetriebes		-	-	-	-
233 10-0	181	Zuweisung der Stadt Braunschweig zu den laufenden Kosten des Landesbetriebes		8.104	8.124	-20	7.780
<b>AUSGABEN</b>							
682 01-0	181	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 682 03 und 891 01.</i> <i>*** Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.</i>	-	24.820	24.883	-63	23.926
682 03-6	181	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulaasten 682 01.</i> <i>*** Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.</i>	-	313	313	-	272
682 39-7	181	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	-	22	19	+3	21
891 01-8	181	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulaasten 682 01.</i> <i>*** Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.</i>	-	205	205	-	205
981 01-7	990	Abführung an 1350 - 38106	-	7	7	-	-
<b>Abschluss Kapitel 0660</b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				-	-	-	
2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				8.104	8.124	-20	
<b>Summe der Einnahmen</b>				8.104	8.124	-20	
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			-	25.155	25.215	-60	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen			-	205	205	-	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			-	7	7	-	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>			-	25.367	25.427	-60	
<b>Zuschuss</b>				17.263	17.303	-40	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Kapitel 0660 allgemein**

Das Staatstheater Braunschweig wird seit dem 1. 1. 1999 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei Titel 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage 1 beigefügt.

**Zu 233 10**

Die Stadt Braunschweig ist mit einem Drittel an den nicht gedeckten laufenden Kosten beteiligt mit Ausnahme der veranschlagten Nutzungsentgelte im Rahmen des neuen Liegenschaftsmanagements des Landes.

**Zu 891 01**

	2005 Tsd.EUR
Investitionen bis zu 25 000 EUR im Einzelfall	205

**Zu 981 01**

Abführung der in der Zuweisung der Stadt Braunschweig enthaltenen anteiligen Versorgungslasten.



**Wirtschaftsplan für das  
Staatstheater Braunschweig**  
für das Geschäftsjahr 2005

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vorläufigen Betriebsanweisung für das Staatstheater Braunschweig vom 11. 8. 1999 sowie der Dienstanweisung für das Staatstheater Braunschweig (Landesbetrieb) aufgrund der §§ 74 und 87 LHO.

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Staatstheater Braunschweig

### A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Finanzbedarf</b>			
1. Investitionen gemäß VV-HNds (ZR-GPL):			
– Bebaute Grundstücke	—	—	—
– Unbebaute Grundstücke	—	—	—
– Gebäude	—	—	—
– Maschinen und Anlagen	—	—	—
– Fahrzeuge	—	—	—
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	—	—	—
2. Sonstige Investitionen <sup>3)</sup> :			
– Gebäude	—	—	—
– Maschinen und Anlagen	45 000	66 500	143 386
– Fahrzeuge	—	—	335
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	160 000	138 500	898 574
<b>Summe 2.:</b>	205 000	205 000	1 042 295
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
– Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	—	—	—
– Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)	—	—	242 870
– Ablieferung an den Landeshaushalt	—	—	—
– Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)	—	—	—
<b>Summe 3.:</b>	—	—	242 870
4. Positiver Überleitungsbetrag (Anlage 4):	—	—	—
<b>Summe I.:</b>	205 000	205 000	1 285 165
<b>II. Deckungsmittel</b>			
1. Deckungsmittel:			
– Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	—	—	383
– Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z. B. eingehende Zahlungen für Forderungen)	—	—	834 731
– noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren	—	—	—
– Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	—	—	225 282
– Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
– aus Fachkapitel	205 000	205 000	205 000
– aus Sondermitteln	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	205 000	205 000	1 265 396
2. Negativer Überleitungsbetrag:	—	—	581 719
<b>Summe II.:</b>	205 000	205 000	683 677

<sup>3)</sup> Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26, die keine Investitionen i. S. der VV-HNds (ZR-GPI) sind.

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Staatstheater Braunschweig

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Erträge</b>			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:			
– aus Fachkapitel	25 155 000	25 215 000	25 077 771
– aus Sondermitteln	—	—	754 000
<b>Summe 1.:</b>	<b>25 155 000</b>	<b>25 215 000</b>	<b>25 831 771</b>
2. Umsatzerlöse, Zuweisungen, Zuschüsse:			
– Zuweisungen und Zuschüsse von anderen Zuschussgebern	4 192 343	2 977 400	4 061 576
– Erträge aus Entgelten für Forschungs- und ähnliche Aufträge	100 000	—	317 899
– Erträge aus Gutachten und sonstigen Entgelten	—	—	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>4 292 343</b>	<b>2 977 400</b>	<b>4 379 475</b>
3. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	—	—	—
<b>Summe 3.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
4. Andere aktivierte Eigenleistungen:	750 000	450 000	706 025
<b>Summe 4.:</b>	<b>750 000</b>	<b>450 000</b>	<b>706 025</b>
5. Sonstige betriebliche Erträge:			
– Erstattung von Personalaufwendungen	15 300	15 300	58 672
– Maßnahmen im Zusammenhang mit Forschung, Lehre, Weiterbildung	—	—	—
– Erlöse aus Nebenbetrieben	—	—	—
– Betreuung von Studierenden	—	—	—
– Gebühren und gebührenähnliche Erträge	—	—	—
– Nebenerlöse aus Vermietung und Verpachtung	65 000	183 300	61 665
– Spenden	—	—	—
– Erträge aus Schadensersatzleistungen	—	—	—
– Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	7 500	1 000	14 221
– Auflösung von Rückstellungen	1 000	500	9 074
– Periodenfremde Erträge	—	—	—
– Übrige Erträge	140 000	110 800	99 600
<b>Summe 5.:</b>	<b>228 800</b>	<b>310 900</b>	<b>243 232</b>
6. Zinserträge und ähnliche Erträge:	1 000	—	2 769
<b>Summe 6.:</b>	<b>1 000</b>	<b>—</b>	<b>2 769</b>
<b>Summe I.:</b>	<b>30 427 143</b>	<b>28 953 300</b>	<b>31 163 272</b>

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Staatstheater Braunschweig

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>II. Aufwendungen</b>			
1. Materialaufwand:			
– Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1 541 600	1 581 000	1 541 597
– Sachaufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmaterial	—	—	—
– Aufwendungen für bezogene Leistungen	1 485 504	995 700	1 600 246
– Unteraufträge in Drittmittelvorhaben	—	—	—
– Werkverträge	—	—	—
– Wissenschaftliche Dienstleistungen	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>3 027 104</b>	<b>2 576 700</b>	<b>3 141 843</b>
2. Personalaufwand:			
2.1. Löhne und Gehälter			
– Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	41 500	64 400	40 456
– Vergütungen der Angestellten	11 235 100	11 304 300	10 937 171
– Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	5 212 300	5 108 000	5 153 599
– Sonstige Vergütungen	2 019 000	1 831 600	1 938 649
<b>Summe 2.1.:</b>	<b>18 507 900</b>	<b>18 308 300</b>	<b>18 069 875</b>
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Angestellte	2 768 000	2 692 200	2 500 529
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter	1 107 613	981 000	1 097 716
– Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	12 200	12 200	12 120
– Zuführung zum Sondervermögen Nds. Versorgungsrücklage	300	300	217
– Emeritenbezüge	—	—	—
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	565 000	559 500	564 583
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	400 000	421 000	385 277
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	—	—	—
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	—	—	—
– Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—
– Beihilfen für Angestellte	15 200	30 700	14 632
– Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—
– Trennungsgeld	—	—	—
– Beiträge zur Berufsgenossenschaft (LUK)	44 926	38 800	20 800
<b>Summe 2.2.:</b>	<b>4 913 239</b>	<b>4 735 700</b>	<b>4 595 872</b>
<b>Summe 2.:</b>	<b>23 421 139</b>	<b>23 044 000</b>	<b>22 665 747</b>
3. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen:			
– Immaterielle Vermögensgegenstände	32 000	24 500	30 983
– Grundstücke und Bauten	—	—	—
– Technische Anlagen und Maschinen	93 400	76 900	92 317
– Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	624 600	348 600	911 013
<b>Summe 3.:</b>	<b>750 000</b>	<b>450 000</b>	<b>1 034 313</b>
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung und Instandhaltung			
– Aufwendungen für Instandhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude und Anlagen	—	—	—
– Bauunterhaltung	313 000	313 000	807 109
– Aufwendungen für Wartung	—	—	—
– Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Entsorgung			
– Energie	165 900	162 000	216 050
– Heizung	163 000	163 000	182 827
– Wasser und Abwasser	29 000	22 700	28 847
– Aufwendungen für Reparatur- und Instandhaltungsmaterial			
– Bauunterhaltung	—	—	—
– Sonstige	80 000	80 000	88 805
– Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten			
– Mieten, Pachten, Erbbauzins	1 450 000	1 450 800	1 484 108
– Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	29 000	28 300	41 111
– Gebühren für die Bezugsberechnung	66 500	66 500	—
– Fremdreinigung	132 000	145 000	156 103
– Betriebs-, Amtsarzt und Arbeitssicherheit	156 000	25 600	176 103
<b>Summe 4.1.:</b>	<b>2 584 400</b>	<b>2 456 900</b>	<b>3 181 063</b>

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Staatstheater Braunschweig

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>noch II. Aufwendungen</b>			
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
– Aufwendungen für EDV, Büromaterial und Drucksachen	130 800	127 800	197 800
– Aufwendungen für Kommunikation			
– Telefon, Telefax und andere	45 000	40 000	49 063
– Reisekosten	39 000	40 900	38 917
– Porto	55 000	52 000	56 781
– Öffentlichkeitsarbeit	—	—	—
– Gästebewirtung und Repräsentation	1 000	1 000	844
<b>Summe 4.2.:</b>	<b>270 800</b>	<b>261 700</b>	<b>343 405</b>
4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
– Vergütungen für Lehraufträge	—	—	—
– Vergütungen für Gastvorträge und Gastprofessuren	—	—	—
– Fort- und Weiterbildung	15 500	15 300	17 304
– übrige Personalkosten	16 000	10 200	37 786
<b>Summe 4.3.:</b>	<b>31 500</b>	<b>25 500</b>	<b>55 090</b>
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
– Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	—	—	—
– Schadensersatzleistungen	—	—	1 194
– Abschreibungen auf Forderungen	—	—	3 911
– Periodenfremde Aufwendungen	—	—	—
– Sicherung der Gebäude	—	—	—
– übrige Aufwendungen	300 000	98 700	484 566
– Aufwendungen für Mitgliedschaften	39 000	36 800	39 554
<b>Summe 4.4.:</b>	<b>339 000</b>	<b>135 500</b>	<b>529 225</b>
<b>Summe 4.:</b>	<b>3 225 700</b>	<b>2 879 600</b>	<b>4 108 783</b>
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	—	—	—
<b>Summe 5.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>Summe II.:</b>	<b>30 423 943</b>	<b>28 950 300</b>	<b>30 950 686</b>
<b>III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b> (Summe I. ./ Summe II.)	<b>3 200</b>	<b>3 000</b>	<b>212 586</b>
<b>IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen</b>			
1. Außerordentliche Erträge	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
2. Außerordentliche Aufwendungen:			
– Einstellung in den Sonderposten für die Verwendung von Fördermitteln Dritter	—	—	249 782
<b>Summe 2.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>249 782</b>
<b>V. Außerordentliches Ergebnis</b> (Außerordentliche Erträge ./ Außerordentliche Aufwendungen)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>-249 782</b>
<b>VI. Steuern</b>			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
– Körperschaftssteuer	—	—	—
– Gewerbesteuer	—	—	—
– Kapitalertragsteuer	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
2. Sonstige Steuern:			
– Kraftfahrzeugsteuer	3 200	3 000	3 193
– Grundsteuer	—	—	—
– Umsatzsteuer	—	—	-40 773
<b>Summe 2.:</b>	<b>3 200</b>	<b>3 000</b>	<b>-37 580</b>
<b>VII. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b> (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./ Steuern)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>383</b>

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Staatstheater Braunschweig****C. Überleitungsrechnung für das Geschäftsjahr 2005**

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Erhöhung der Zuführung/Minderung der Ablieferung</b>			
Gewinnerhöhung ohne Geldfluss, z.B.:			
– Erhöhung des Bestandes an unfertigen und fertigen Erzeugnissen	—	—	—
– Erhöhung des Forderungsbestandes	30 000	—	1 042 392
– Minderung von Rückstellungen	—	500	—
– aktivierte Eigenleistungen	750 000	450 000	706 026
– Minderung von Wertberichtigungen	—	—	—
<b>Summe I.:</b>	<b>780 000</b>	<b>450 500</b>	<b>1 748 418</b>
<b>II. Minderung der Zuführung/Erhöhung der Ablieferung</b>			
Gewinnminderung ohne Geldfluss, z.B.:			
– Abschreibungen für Abnutzung (ohne Abschreibungen für geringwertige Wirtschaftsgüter nach § 6 Abs. 2 EStG)	750 000	450 000	1 009 344
– Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	—	—	—
– Abschreibungen auf Forderungen	—	500	3 911
– Erhöhung von Rückstellungen	30 000	—	153 444
– Erhöhung von Wertberichtigungen	—	—	—
<b>Summe II.:</b>	<b>780 000</b>	<b>450 500</b>	<b>1 166 699</b>
<b>III. Überleitungsbetrag</b> (Summe I. ./ Summe II.)	—	—	–581 719

Ein positiver Korrekturbetrag bedeutet eine Erhöhung des Finanzbedarfs; die erforderliche Zuführung ist dadurch höher oder die Ablieferung geringer.

Ein negativer Korrekturbetrag bedeutet eine Erhöhung der Deckungsmittel; die erforderliche Zuführung ist dadurch geringer oder die Ablieferung höher.

**D. Leistungsplan für das Geschäftsjahr 2005**

Kennzahlen	Plan 2005 EUR	Ist 2003 EUR	Ist 2002 EUR
<b>Gesamtaufwendungen</b>	*29 883 543,00	30 929 091,70	28 902 155,00
Personalausgaben	*23 659 443,00	23 409 511,00	22 671 823,00
Sachausgaben	6 224 100,00	7 519 580,70	6 230 332,00
davon Abschreibungen	750 000,00	1 034 313,06	898 814,00
*Die Personal- und Gesamtausgaben 2005 sind bereinigt um Forderungen gegen das Land!			
<b>Eigene Einnahmen Gesamt</b>	5 272 143,00	5 051 181,55	3 753 191,63
Umsatzerlöse	4 292 343,00	4 061 575,94	2 771 345,82
akt. Eigenleistungen	750 000,00	706 025,41	792 159,27
sonstige Betr. Erträge	228 800,00	243 231,43	183 802,99
Zinserträge	1 000,00	2 769,20	1 444,00
Sonstige Steuern	—	37 579,57	4 439,55
<b>Eigenfinanzierungsanteil in Prozent</b>	17,64%	16,33%	12,99%
<b>Investitionsausgaben</b>	955 000,00	1 042 294,75	1 138 153,97
<b>Mitarbeiterstellen</b>	520	520	520
<b>Vorstellungen/eigene Spielorte</b>	724	711	639
<b>Angebote Plätze/eigene Spielorte</b>	335 610	311 932	2 543 302
<b>Besucher/eigene Spielorte</b>	259 500	250 339	191 702
<b>Auslastungsgrad in Prozent/eigene Spielorte</b>	*77,32%	80,25%	75,38%
*Die Auslastung ist geringer angesetzt in Abhängigkeit von Open Air			
<b>Auswärtige Gastspiele</b>	20	21	20

**Erläuterungen**

Die Wirtschaftsplanung 2005 erfolgt nach Vorgabe des Landes, ausgerichtet an der mittelfristigen Finanzplanung. Abweichungen innerhalb der Erträge und Aufwendungen gegenüber den Planansätzen 2004 haben sich im Wesentlichen aufgrund der aus den Vorjahren gewonnenen Erkenntnisse ergeben. Die den einzelnen Positionen zuzuordnenden Erträge und Aufwendungen wurden entsprechend angepasst.

**Erträge**

In den Zuführungen aus Fachkapiteln sind die Ablösungsbeträge für die tariflichen Erhöhungen aus 2003 enthalten.

Die Umsatzerlöse und Zuschüsse wurden an die zu erwartenden Beträge angepasst. Hierin sind die Erträge zusammengefasst, die im handelsrechtlichen Abschluss in den Umsatzerlösen ausgewiesen sind.

Hier ist zu beachten, dass das Haus insbesondere im Jahr 2003 die eigenen Erträge in erheblichem Umfang steigern konnte. Dieser Steigerung stehen im Gegenzug natürlich auch Aufwendungen gegenüber. Dieses führt insgesamt zu einem größeren Gesamtvolumen. Die Gegenüberstellung von Istwerten 2003 gegenüber Planwerten konnte zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung 2004 bei der Wirtschaftsplanung 2004 noch nicht berücksichtigt werden. Insofern erklären sich die erheblichen Differenzen, sowohl bei den Erträgen als auch bei den Aufwendungen zwischen den Wirtschaftsjahren 2004 und 2005.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind größere Abweichungen bei den Erstattungen von Personalaufwendungen und gegenüber 2004 bei den Erlösen aus Vermietung und Verpachtung.

Die Erstattungen von Personalaufwendungen werden im Wesentlichen für ABM-Kräfte erlöst, deren Bewilligung im Laufe des Jahres erfolgt; durch die Bewilligung steigen ebenso die Personalaufwendungen gegenüber dem Planansatz.

Gegenüber 2004 sind zum Teil Erlöse aus Vermietung und Verpachtung in den Umsatzerlösen enthalten. Hier sind die Planansätze an die Gegebenheiten angepasst.

**Sachkosten**

Bei den Materialaufwendungen gehen wir von gegenüber 2003 nahezu unveränderten Aufwendungen aus.

Im Bereich Bewirtschaftung und Instandhaltung ist der Planansatz für die Bauunterhaltung entsprechend den bewilligten Mitteln ausgebracht. Im Jahr 2003 sind hier, abweichend vom Planansatz 2003, die Maßnahmen Umbau Friesenstraße 49 und Restaurierung Figurengruppe Großes Haus enthalten. Die Mittel wurden dafür gesondert zur Verfügung gestellt.

In den Aufwendungen für EDV, Büromaterial und Drucksachen ist auch die Öffentlichkeitsarbeit erfasst, die in 2003 verschiedene Projekte intensiv vermarktet hat; deshalb fällt der Planansatz für 2005 geringer aus.

Der Posten „übrige Aufwendungen“ ist stark abhängig von Sonderprojekten. Sofern hohe Aufwendungen anfallen, stehen denen bei den Umsatzerlösen oder Zuwendungen von Dritten entsprechenden Mehrerlösen gegenüber.

**Personalkosten**

Die Personalkosten sind entsprechend der tariflichen Auswirkungen für 2003 und für 2004 fortgeschrieben. Der Ablösebetrag für 2003 wurde auf die Posten Löhne und Gehälter sowie soziale Abgaben aufgeschlüsselt. Des Weiteren wurden Anpassungen, soweit dieses im Gesamtfinanzierungsrahmen möglich war, in einzelnen Positionen vorgenommen. Der Ansatz der Beihilfen wurde für 2005 abgekenkt, wobei es in dieser Position nach Kenntnis aus den vergangenen Jahren zu erheblichen Abweichungen kommt.

**Bewirtschaftungsvermerke:**

---

1. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Gegenwert einer Stelle der Verg.-Gr. IV a – Verwaltungsdienst – bei Ausscheiden des Stelleninhabers (Personalabteilung).
2. MWK wird gemäß § 40 Abs. 1 LHO ermächtigt, im Einvernehmen mit MF mit dem kaufmännischen Direktor eine außertarifliche Vergütung zu vereinbaren.
3. Die Vorzimmerkraft der Intendanz beim Staatstheater Braunschweig ist für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.
4. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen je Haushaltsjahr 57 126 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden. Hiervon entfallen auf den Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten 12 200 EUR und auf Beträge zur Landesunfallkasse 44 926 EUR.
5. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen 1 046 000 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Nutzungsentgelte an den Landesliegenschaftsfonds).

**Anlage zum Wirtschaftsplan**  
**(Übersicht über die Stellen für Angestellte und Arbeiterinnen und Arbeiter mit einer Vergütung nach BAT bzw. MTL II)**

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2005	2004		
<b>Angestellte</b>				
Außer-tariflich <sup>1)</sup>	1	1	Verwaltungsdienst	<sup>1)</sup> Vgl. Bewirtschaftungsvermerk Nr. 2. <sup>2)</sup> Eine Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
III	2	2		
IV a	2	2		
IV b	1	1		
V b	1	1		
V c <sup>2)</sup>	6	6		
VI b	7	7		
VII	6	6		
VIII	1	1		
IX b	1	1		
	28	28	Zusammen	
<b>Arbeiter/-innen</b>				
4	1	1	Kraftfahrdienst	
1	4	4	Reinigungsdienst	
3	7	7	Boten-, Pförtner- und Hausmeisterdienst	
	12	12	Zusammen	

Außerdem sind Aufwendungen für künstlerisches, technisches und künstlerisch-technisches Personal in folgendem Umfang enthalten (Personalbestand am 1. 1. 2004):

a) Orchester	84
künstlerische Vorstände	19
Musiktheater	36
Schauspiel (Kinder- und Jugendtheater)	45
Chor	40
Ballett	24
b) künstlerisch-technische Angestellte	27
technische Angestellte	24
Bühnen-/Werkstattpersonal	130
Zusammen	429

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0661 Oldenburgisches Staatstheater**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		*** Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist die Erläuterung in Abs. 1 zu "0661 allgemein" verbindlich.					
		<b>E I N N A H M E N</b>					
111 42-3	181	Theatereinnahmen <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61/63.</i>		2.200	2.200	—	2.386
119 01-7	181	Vermischte Einnahmen		2	2	—	7
119 61-0	181	Einnahmen aus Veröffentlichungen <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61/63.</i> <i>*** Abweichend von § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.</i>		30	82	-52	24
124 01-0	181	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		31	31	—	38
132 01-3	181	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61/63.</i>		2	2	—	—
132 02-1	181	Erlöse aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen		—	—	—	—
233 10-3	181	Zuweisung der Stadt Oldenburg zu den laufenden Kosten		4.384	4.398	-14	4.194
235 01-7	181	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
282 62-7	181	Zuschüsse Dritter zur Förderung des Oldenburgischen Staatstheaters <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.</i>		5	5	—	193
342 62-0	181	Zuschüsse Dritter für Investitionen des Oldenburgischen Staatstheaters <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.</i>		—	—	—	—
		<b>A U S G A B E N</b>					
422 01-1	181	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	1.331	1.316	+15	125
422 19-4	181	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	12
422 31-3	181	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-0	181	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	604
425 06-1	181	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	2	2	—	0
426 01-7	181	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	640
426 03-3	181	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 04-1	181	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	12	12	—	11
426 06-8	181	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	18	18	—	—
427 01-3	181	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	31	31	—	24
427 39-0	181	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-4	181	Trennungsschädigung und Umzugskostenvergütung	—	—	—	—	3

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 0661 allgemein:**

Die Landesregierung wird ermächtigt, das Oldenburgische Staatstheater in einen Landesbetrieb nach § 26 LHO umzuwandeln und Zuführungen für laufende Zwecke und Investitionen bei Kapitel 0661 Titel 682 01 bzw. 891 01 vorzunehmen. Dabei sind die Zuführungen so zu begrenzen, dass sie die für das Jahr 2005 veranschlagten Ausgaben insgesamt nicht überschreiten. Ausgaben aus Zuschüssen Dritter und zuerkannte Mehrausgaben auf Grund von Mindereinnahmen bleiben hierbei unberücksichtigt.

**Zu 111 42**

**I. Eintrittspreise**

Eintrittspreise ab Spielzeit 2002/2003:

a) Großes Haus

Platzgruppe	Platzanzahl	Konzerte EUR (ger.)	Oper und Operette EUR (ger.)	Sprechstücke EUR (ger.)
I	182 (204)	32	28	23
II	150 (193)	28	24	20
III	117 (180)	24	19	16
IV	59 (114)	20	14	11
V	99 ( 16)	15	11	9
VI	47 ( 76)	11	8	7
	<u>654 (783)</u>			

( ) = Konzerte

b) Kleines Haus

Platzgruppe	Platzanzahl	Musicals EUR (ger.)	Kammerstücke EUR (ger.)	Sprechstücke EUR (ger.)
I	121	28	16	23
II	123	24	13	20
III	60	19	11	16
IV	46	14	8	11
	<u>350</u>			

Abonnementsermäßigung ca. 20 %.

**II. Einnahmen**

**1. Theatereinnahmen:**

	2005 Tsd. EUR
a) Großes Haus 260 Aufführungen	1 200
b) Kleines Haus 235 Aufführungen	600
<b>Zusammen</b>	<u>1 800</u>

**2. Gastspieleinnahmen:**

Wilhelmshaven:	
8 Abonnementsvorstellungen (musikalische Werke)	70
Sonstige	60
<b>Zusammen</b>	<u>130</u>

**3. Konzerteinnahmen:**

a) Großes Haus	
12 Symphoniekonzerte im Abonnement	126
2 Jugendkonzerte	10
1 Kinderkonzert	2
b) Weser-Ems-Halle	
8 Symphoniekonzerte im Abonnement	132
<b>Zusammen</b>	<u>270</u>
<b>Insgesamt</b>	<u>2 200</u>

**Zu 233 10**

Die Stadt Oldenburg ist gemäß Vereinbarung vom 12. 2. 1963 mit 25 % an den nicht gedeckten laufenden Kosten beteiligt.

**Noch zu 233 10**

Der Zuschuss berechnet sich wie folgt:

	2005 Tsd. EUR
Summe der bei 06 61 veranschlagten laufenden Ausgaben ohne 981 01 und 981 06	19.539
dazu	
Versorgungsbezüge für Verwaltungsbeamte, Kammermusiker und sonstige Beamte sowie deren Hinterbliebene rd.	64
dazu	
Bauunterhaltungskosten (8 % des Friedensneubauwertes von 2.566.000 EUR) rd.	205
<b>Zusammen</b>	<u>19.808</u>
ab Einnahmen ohne 233 10	2.270
<b>bleibt ungedeckter Zuschuss</b>	<u>17.538</u>
davon ¼	4.384

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
33,74	33,74	32,18

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
1.331	1.316	1.381

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	-
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	-
- Sonstige Veränderungen	-
<b>Summe Zugänge</b>	<u>-</u>

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	-
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	-
- Sonstige Veränderungen	-
<b>Summe Abgänge</b>	<u>-</u>

Bleibt Zugang / Abgang

**Zu 426 04**

Für 1 (1) Auszubildende, Auszubildenden.

**Zu 427 01**

Für Aushilfskräfte in Krankheitsfällen.

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0661 Oldenburgisches Staatstheater**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004	2004	2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
511 01-4	181	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 511 01, 517 01, 518 01, 518 02, 519 01, 519 03, 525 01, 526 01, 526 02, 527 01, 538 01, 546 03 und 546 12.</i>	—	185	185	—	173
517 01-2	181	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	275	275	—	367
518 01-9	181	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	30	30	—	8
518 02-7	181	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	—	—	—	—
519 01-5	181	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	14	14	—	14
519 03-1	181	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	1	1	—	0
525 01-5	181	Aus- und Fortbildung der Bediensteten <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	2	2	—	4
526 01-1	181	Sachverständige <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	10	10	—	20
526 02-0	181	Gerichts- und ähnliche Kosten <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	—	—	—	—
527 01-8	181	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	4	4	—	3
529 10-0	181	Zur Verfügung des Generalintendanten	—	—	—	—	1
538 01-0	181	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte) <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	76	76	—	5
546 03-9	181	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	—	—	—	—
546 12-8	181	Umsatzsteuer <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	3	3	—	1
681 01-7	181	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	0
682 01-3	181	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebs <i>Die Ausgabe darf nur mit Einwilligung des MF geleistet werden.</i>	—	—	—	—	—
686 10-8	181	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	27	27	—	27
811 06-9	181	Erwerb von Nutz- und Sonderfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 15-4	181	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	153	153	—	194
891 01-1	181	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs <i>Die Ausgabe darf nur mit Einwilligung des MF geleistet werden.</i>	—	—	—	—	—
981 01-0	990	Abführung an 13 50 - 381 06	—	19	19	—	13
981 06-1	990	Abführung an 1321 - 381 06	—	896	895	+1	894

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 529 10**

Die Mittel sind ab 2002 bei Kapitel 13 02 Titel 529 14 veranschlagt.

**Zu 682 01**

Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0661 allgemein.

**Zu 686 10**

Mitgliedsbeitrag für den Deutschen Bühnenverein.  
Die Höhe des Beitrages ist von den Personalkosten abhängig.

**Zu 812 15**

	2005 Tsd. EUR
Elektroantriebe (2) für Beleuchtungszüge im Großen Haus	75
Mobiles Steuerpult für die Obermaschinerie im kleinen Haus	35
Investitionen bis zu 25.000 EUR im Einzelfall	43
Zusammen	153

**Zu 891 01**

Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0661 allgemein.

**Zu 981 01**

Abführung der in der Zuweisung der Stadt Oldenburg enthaltenen anteiligen Versorgungslasten.  
Vgl. Erläuterungen zu 233 10.

**Zu 981 06**

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0661 Oldenburgisches Staatstheater**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61/63</b>		<b>Theaterbetriebskosten einschl. Personalausgaben für das künstlerische und technische Bühnenpersonal</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 111 42, 119 61 und 132 01.</i>	(–)	(17.360)	(17.476)	(-116)	(17.073)
425 61-4	181	Verg. der BTT-Angestellten u. der Musiker	–	5.004	4.979	+25	5.042
425 63-0	181	Verg. der BAT-Angestellten	–	841	836	+5	923
426 61-0	181	Vergütung des Bühnenpersonals	–	4.538	4.515	+23	4.091
426 63-7	181	Vergütung des Abendpersonals	–	473	470	+3	413
427 61-7	181	Beschäftigungsentgelte für das künstlerische Personal (einschl. Vertretungs- und Hilfskräfte)	–	5.367	5.539	-172	5.327
429 61-0	181	Nicht aufteilbare Personalausgaben	–	12	12	–	–
441 61-0	181	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	–	12	12	–	4
459 61-6	181	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	–	–	–	–	1
511 61-8	181	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	–	46	46	–	104
514 61-7	181	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	–	724	724	–	388
518 61-2	181	Mieten und Pachten	–	2	2	–	84
527 61-1	181	Reisekostenvergütungen	–	36	36	–	20
531 61-9	181	Veröffentlichungen	–	65	65	–	18
532 61-5	181	Reinigung der Wäsche	–	–	–	–	–
538 61-3	181	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	–	–	–	–	–
547 61-2	181	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	–	240	240	–	657
812 61-8	181	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	–	–	–	–	–
<b>TGr. 62</b>		<b>Verwendung der Zuschüsse Dritter zur Förderung des Oldenburgischen Staatstheaters</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 62 und 342 62.</i>	(–)	(5)	(5)	(–)	(150)
547 62-0	181	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	–	5	5	–	150
712 62-1	181	Erschliessungs- und Baukosten	–	–	–	–	–
812 62-6	181	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	–	–	–	–	–

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Titelgruppe 61/63**

I. Die Titelgruppe umfasst alle Ansätze der Mittel für künstlerisch-technisches Personal, Orchester, Gäste- und Aushilfskräfte (einschl. Schauspielmusik), Konzertsolisten, Frack-, Instrumenten-, Saiten-, Rohr- und Blattgeld, künstlerische Vorstände, Einzeldarsteller, Chor, Ballett, Statisten und Probespiele sowie für das Abendpersonal.

II. Personalbestand am 1. 9. 2004:

a) Stellen für künstlerisches Personal:	
Orchester	68
Künstlerische Vorstände	21
Oper und Operette	17
Schauspiel	24
Chor	30
Ballett	16
Sonstiges NV-Solo Personal	28
b) Stellen für technisches und künstlerisch-technisches Personal:	
Künstlerisch-techn. Angestellte	21
Technische Angestellte	17
Bühnenpersonal	87
Abendpersonal (Türschließer/Garderobe)	21
Zusammen	350

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0661 Oldenburgisches Staatstheater**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 0661</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		2.265	2.317	-52	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		4.389	4.403	-14	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		6.654	6.720	-66	
		4 Personalausgaben	—	17.641	17.742	-101	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	1.718	1.718	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	27	27	—	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	153	153	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	915	914	+1	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	20.454	20.554	-100	
		<b>Zuschuss</b>		13.800	13.834	-34	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 06**    **Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0665**    **Museen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-1	183	Vermischte Einnahmen		45	45	—	1
119 71-2	183	Vermischte Einnahmen im Bereich der Spielbankmittel <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 71.</i>		—	—	—	1
124 01-5	183	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung <b>*** Abweichend von § 63 Abs. 3 LHO dürfen Sammlungsgegenstände unentgeltlich abgegeben werden.</b>		23	23	—	5
125 99-2	183	Einnahmen der Informations- und Kommunikationstechnik <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 98/99.</i>		—	—	—	—
233 10-8	183	Sonstige Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden		128	128	—	119
282 63-0	183	Zuschüsse Dritter <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.</i>		307	307	—	1.216
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 81</b>		<b>Einnahmen des Niedersächsischen Landesmuseums Hannover</b> <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 81.</i>		(—)	(—)	(—)	(352)
111 81-9	183	Eintrittsgelder		—	—	—	206
119 81-0	183	Einnahmen aus Veröffentlichungen		—	—	—	19
124 81-3	183	Mieten und Pachten des Museumsshops und des Bistro des Landesmuseums Hannover		—	—	—	29
129 81-5	183	Einnahmen aus Nutzungs- und Überlassungsverträgen (o. Dienst- und Landeswohnungen), museumspädagogischer Arbeit und Werbung		—	—	—	93
233 81-7	183	Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden nach § 19 BSHG		—	—	—	—
235 81-0	183	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit für Aushilfskräfte		—	—	—	6
<b>TGr. 82</b>		<b>Einnahmen des Herzog Anton Ulrich Museums in Braunschweig</b> <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 82.</i>		(—)	(—)	(—)	(222)
111 82-7	183	Eintrittsgelder		—	—	—	55
119 82-8	183	Einnahmen aus Veröffentlichungen		—	—	—	61
125 82-8	183	Erlöse aus der Cafeteria des Herzog Anton Ulrich-Museums		—	—	—	9
129 82-3	183	Einnahmen aus Nutzungs- und Überlassungsverträgen (o. Dienst- und Landeswohnungen), museumspädagogischer Arbeit und Werbung		—	—	—	35
233 82-5	183	Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden nach § 19 BSHG		—	—	—	—
235 82-8	183	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit für Aushilfskräfte		—	—	—	61
<b>TGr. 83</b>		<b>Einnahmen des Braunschweigischen Landesmuseums</b> <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 83.</i>		(—)	(—)	(—)	(304)
111 83-5	183	Eintrittsgelder		—	—	—	17
119 83-6	183	Einnahmen aus Veröffentlichungen		—	—	—	14

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 0665**

Veranschlagt sind die Einnahmen und Ausgaben für die staatlichen und nichtstaatlichen Museen des Landes Niedersachsen.

Für die staatlichen Museen wurden eigene Titelgruppen eingerichtet:

- TGr. 81 Niedersächsisches Landesmuseum Hannover
- TGr. 82 Herzog Anton Ulrich Museum in Braunschweig
- TGr. 83 Braunschweigisches Landesmuseum
- TGr. 84 Staatl. Naturhistorisches Museum Braunschweig
- TGr. 85 Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte in Oldenburg
- TGr. 86 Landesmuseum für Natur und Mensch in Oldenburg

Die Einnahmen und Ausgaben der nichtstaatlichen Museen (bis 2001 Kapitel 06 74) sind veranschlagt in der TGr. 72 bis 78 „Förderung der nichtstaatlichen Museen“.

Bei den staatl. Museen werden Volontäre beschäftigt:

TGr. 81 Nds. Landesmuseum Hannover:	4
TGr. 82 Herzog Anton Ulrich-Museum in Braunschweig:	2
TGr. 83 Braunschweigisches Landesmuseum:	2
TGr. 84 Staatl. Naturhistorisches Museum in Braunschweig:	1
TGr. 85 Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte in Oldenburg:	1
TGr. 86 Landesmuseum für Natur und Mensch in Oldenburg:	2
Zusammen	12

Die Volontäre erhalten Vergütungen gem. RdErl. des MWK vom 2. 4. 1980 – Nds. MBl. S. 491 in der jeweils geltenden Fassung.

Die Vergütungen sind in der jeweiligen Titelgruppe des Museums bei Titel 427.. veranschlagt.

**Zu 124 01**

	2005 Tsd.EUR
1. Amts- und Dienstwohnungen	–
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	3
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	1
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	–
5. Sonstige Mieten und Pachten	19
Zusammen	23

**Zu 233 10**

Nach der zwischen dem Land Niedersachsen und der Stadt Oldenburg am 27. 1. 1976 abgeschlossenen Vereinbarung erstattet die Stadt Oldenburg dem Land die Personalkosten für einen Hausmeister und drei Aufseher im Augusteum in Oldenburg. Das Augusteum ist 1976 vom Land erworben worden. Es wird nach dem Umbau als Außenstelle des Landesmuseums für Kunst und Kulturgeschichte in Oldenburg geführt. Die Personalkosten umfassen den tariflichen Lohn, die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und Zusatzversorgung, Zuwendungen und Zulagen aufgrund besonderer Tarifverträge, Beihilfen, Vermögenswirksame Leistungen.

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0665 Museen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004	2004	2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
129 83-1	183	Einnahmen aus Nutzungs- und Überlas- sungsverträgen (o. Dienst- und Landeswoh- nungen), museumspädagogischer Arbeit und Werbung		–	–	–	7
233 83-3	183	Erstattungen von Gemeinden und Gemein- deverbänden nach § 19 BSHG		–	–	–	6
235 83-6	183	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit für Aushilfskräfte		–	–	–	261
<b>TGr. 84</b>		<b>Einnahmen des Staatlichen Naturhistori- schen Museums Braunschweig</b> <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 84.</i>		(–)	(–)	(–)	(64)
111 84-3	183	Eintrittsgelder		–	–	–	20
119 84-4	183	Einnahmen aus Veröffentlichungen		–	–	–	1
129 84-0	183	Einnahmen aus Nutzungs- und Überlas- sungsverträgen (o. Dienst- und Landeswoh- nungen), museumspädagogischer Arbeit und Werbung		–	–	–	3
233 84-1	183	Erstattungen von Gemeinden und Gemein- deverbänden nach § 19 BSHG		–	–	–	–
235 84-4	183	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit für Aushilfskräfte		–	–	–	40
<b>TGr. 85</b>		<b>Einnahmen des Landesmuseums für Kunst und Kulturgeschichte in Oldenburg</b> <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 85.</i>		(–)	(–)	(–)	(171)
111 85-1	183	Eintrittsgelder		–	–	–	46
119 85-2	183	Einnahmen aus Veröffentlichungen		–	–	–	38
129 85-8	183	Einnahmen aus Nutzungs- und Überlas- sungsverträgen (o. Dienst- und Landeswoh- nungen), museumspädagogischer Arbeit und Werbung		–	–	–	12
233 85-0	183	Erstattungen von Gemeinden und Gemein- deverbänden nach § 19 BSHG		–	–	–	21
235 85-2	183	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit für Aushilfskräfte		–	–	–	54
281 85-4	183	Sonstige Erstattungen aus dem Inland		–	–	–	–
<b>TGr. 86</b>		<b>Einnahmen des Landesmuseums für Natur und Mensch in Oldenburg</b> <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 86.</i>		(–)	(–)	(–)	(134)
111 86-0	183	Eintrittsgelder		–	–	–	31
119 86-0	183	Einnahmen aus Veröffentlichungen		–	–	–	31
125 86-0	183	Einnahmen des Museumshops beim Lan- desmuseum für Natur und Mensch in Ol- denburg		–	–	–	6
129 86-6	183	Einnahmen aus Nutzungs- und Überlas- sungsverträgen (o. Dienst- und Landeswoh- nungen), museumspädagogischer Arbeit und Werbung		–	–	–	–
233 86-8	183	Erstattungen von Gemeinden und Gemein- deverbänden nach § 19 BSHG		–	–	–	37
235 86-0	183	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit für Aushilfskräfte		–	–	–	29

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0665 Museen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>A U S G A B E N</b>							
422 01-6	183	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	8.340	8.004	+336	1.314
422 19-9	183	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	8
422 31-8	183	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	24	-24	58
425 01-5	183	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	4.265
425 03-1	183	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 06-6	183	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1	1	—	—
426 01-1	183	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	2.414
426 03-8	183	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	135
426 06-2	183	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	19	19	—	10
426 31-3	183	Leistungen aufgrund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern	—	—	—	—	—
427 39-5	183	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-9	183	Trennungsschädigung und Umzugskostenvergütung	—	7	7	—	—
519 01-0	183	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	19	19	—	17
546 03-3	183	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	56	61	-5	58
546 59-9	183	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
686 11-0	183	Zuschuss an die Museum und Park Kalkriese GmbH - 2000 Jahre Varusschlacht -	—	10	—	+10	—
812 59-0	183	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
981 06-6	990	Abfuhrung an 13 21 - 381 06	—	2.592	2.738	-146	2.668
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 63</b>		<b>Verwendung der Zuwendungen Dritter Übertragbar.</b> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 63.</i>	(—)	(307)	(307)	(—)	(1.288)
429 63-0	183	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	30	30	—	448
459 63-7	183	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
527 63-2	183	Reisekostenvergütungen	—	2	2	—	9
547 63-3	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	135	135	—	832
685 63-7	183	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	—
812 63-9	183	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	140	140	—	—
<b>TGr. 71</b>		<b>Zur zusätzlichen Förderung der Museen aus Spielbankmitteln Übertragbar.</b> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen</i>	(—)	(726)	(1.326)	(-600)	(1.198)

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeitereinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
193,57	192,65	185,84

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
8.340	8.004	8.092

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	0,92
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	-
- Sonstige Veränderungen	-
	-----
Summe Zugänge	0,92

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	-
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	-
- Sonstige Veränderungen	-
	-----
Summe Abgänge	-

Bleibt Zugang 0,92

Übernahme einer Stelle (LohnGr. 2a) aus Kapitel 0305 im Zuge der Auflösung der Bezirksregierungen.

**Zu 981 06**

Abführung der für dieses Kapitel festgesetzten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

**Zu 812 63**

Aus diesem Ansatz dürfen auch Ausgaben für die Beschaffung von Kraftfahrzeugen geleistet werden.

**Zu Titelgruppe 71**

Vgl. allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 06 75.

**Zu 429 71**

Für die Beschäftigung von Personal für Ausstellungen, Fotoarbeiten, Katalogisierungen usw.

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0665 Museen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
noch <b>TGr. 71</b>		<i>überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 71. Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: Ausgabeteilgruppe 71, 0674 Ausgabeteilgruppe 64/65, 0674 Ausgabeteilgruppe 83, 0674 Ausgabeteilgruppe 86, 0675 Ausgabeteilgruppe 61, 0675 Ausgabeteilgruppe 71, 0675 Ausgabeteilgruppe 77, 0675 Ausgabeteilgruppe 84, 0675 Ausgabeteilgruppe 87, 0675 Ausgabeteilgruppe 91, 0675 Ausgabeteilgruppe 93 und 0675 Ausgabeteilgruppe 96. *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 0674 Ausgabeteilgruppe 64/65</i>					
429 71-1	183	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	26	26	—	53
459 71-8	183	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
523 71-8	183	Beschaffung von Kunstwerken, Sammlungsgegenständen und Bibliotheken	—	26	26	—	24
531 71-0	183	Öffentlichkeitsarbeit	—	51	51	—	75
538 71-5	183	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	—	—	—	28
547 71-4	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	88	527	-439	854
633 71-8	183	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	42	42	—	47
685 71-8	183	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	107	107	—	—
686 71-4	183	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	106
811 71-3	183	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 71-0	183	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	112	112	—	—
883 71-4	183	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	202	363	-161	—
893 71-0	183	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
894 71-6	183	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	72	72	—	12
<b>TGr. 72 bis 78</b>		<b>Förderung der nichtstaatlichen Museen</b> <i>Übertragbar. Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: Ausgabeteilgruppe 72/73/74/75/76/77/78, 0674 Ausgabeteilgruppe 61/62, 0674 Ausgabeteilgruppe 81, 0674 Ausgabeteilgruppe 85, 0675 Ausgabeteilgruppe 66/75, 0675 Ausgabeteilgruppe 68, 0675 Ausgabeteilgruppe 69/70 und 0675 Ausgabeteilgruppe 95. *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(—)	(5.556)	(4.905)	(+651)	(5.655)
633 72-6	183	Erstattung von Verwaltungsausgaben an die Stadt Hannover für das Sprengelmuseum	—	2.021	1.978	+43	2.195
685 72-6	183	Zuschuss an den Museumsverband Niedersachsen und Bremen *** Dem Museumsverband Niedersachsen und	—	171	171	—	171

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 547 71**

Neuordnung und Katalogisierung von Sammlungen, Ausstellungen, Restaurierung von Kunstwerken, Komplettierung von Fachbibliotheken, Publikationen und audiovisuelle Programme.

**Zu 812 71**

Zum Beispiel Neugestaltung von Ausstellungsräumen.

**Zu Titelgruppe 72 bis 78**

Zur Förderung der Einrichtungen im Bereich der nichtstaatlichen Museen.

**Zu 633 72**

Gemäß § 7 Abs. 1 der zwischen dem Land Niedersachsen und der Landeshauptstadt Hannover geschlossenen Vereinbarung über die Beteiligung des Landes und der Stadt bei der Errichtung einer Galerie für Werke der Malerei, der Plastik und der Grafik vom 1./29. 7. 1974 werden alle einmaligen und laufenden Ausgaben für die neue Galerie von Land und Stadt je zur Hälfte getragen.

**Zu 685 72**

Freiwillige Leistung in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

**Einzelplan 06**    **Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0665**    **Museen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
			2005				
			2004				
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch 685 72-6		<i>Bremen dürfen landeseigene Gebäude ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden.</i>					
685 73-4	183	Zuschuss an das "Ostpreußische Landesmuseum" in Lüneburg	—	194	194	—	194
685 74-2	183	Zuschuss an die Stiftung "Weltkulturerbe Rammelsberg/Goslar und Kulturlandschaft Harz"	—	773	773	—	773
685 75-0	183	Zuschuss an die Stiftung "Museumsdorf Cloppenburg"	—	988	978	+10	933
685 76-9	183	Zuschuss an die Stiftung "Henri Nannen"	—	577	627	-50	627
685 77-7	183	Zuschuss an den Museumsverbund " Die Oberharzer Bergbau- und Heimatmuseen e.V."	—	50	128	-78	128
685 78-5	183	Zuschuss an den Museumsverbund Südniedersachsen	—	15	56	-41	56
686 72-2	183	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
883 72-2	183	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
893 72-8	183	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	767	—	+767	—
894 72-4	183	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	578
<b>TGr. 81</b>		<b>Ausgaben des Niedersächsischen Landesmuseums Hannover</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 81.</i>	(—)	(1.322)	(1.314)	(+8)	(1.720)
425 81-3	183	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	11	11	—	3
426 81-0	183	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	22	22	—	10
427 81-6	183	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte sowie Praktikanten	—	72	72	—	52
429 81-9	183	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	35	35	—	9
511 81-7	183	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	61	61	—	75
514 81-6	183	Verbrauchsmittel	—	65	65	—	64
517 81-5	183	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	661	533	+128	1.128
518 81-1	183	Mieten und Pachten	—	—	—	—	—
523 81-5	183	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	—	47	47	—	24
527 81-0	183	Reisekostenvergütungen	—	7	7	—	14
531 81-8	183	Veröffentlichungen und Dokumentation	—	161	161	—	187
547 81-1	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	147	147	—	122
681 81-0	183	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	0
686 81-1	183	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	1	1	—	1
811 81-0	183	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 685 73**

Vertragliche Leistung gem. Vertrag mit dem Bund vom 20./28. 8. 1998. Die im Rahmen einer Festbetragsfinanzierung gewährte Förderung beträgt 194 000 EUR jährlich.

**Zu 685 74**

Freiwillige Leistung in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Stiftung „Weltkulturerbe Rammelsberg/Goslar und Naturlandschaft Harz“.

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
Ausgaben	3.157	3.550	3.608
Einnahmen	1.984	2.215	1.959
Fehlbetrag	1.173	1.335	1.649

	2005 Tsd. EUR
--	------------------

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	–
b) das Land mit	773
c) den Bund mit	
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	400
e) Private	–
Zusammen	1.173

**Zu 685 75**

Unterhaltung der Einrichtung als Stifter in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung (volle Personalkosten nach Maßgabe des durch das Land genehmigten Stellenplans).

– Beschluss des Nieders. Landesministeriums über die Errichtung einer Stiftung „Museumsdorf Cloppenburg“ – Nieders. Freilichtmuseum vom 21. 3. 1961 (Nds. MBl. S. 409), zuletzt geändert durch Beschluss vom 11. 3. 1980 (Nds. MBl. S. 490) –

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Stiftung „Museumsdorf Cloppenburg“

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
Ausgaben	1.905	2.010	2.053
Einnahmen	810	887	738
Fehlbetrag	1.095	1.123	1.315

	2005 Tsd. EUR
--	------------------

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	–
b) das Land mit	988
c) den Bund mit	5
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	102
e) Private	–
Zusammen	1.095

**Zu 685 76**

Freiwillige Leistung in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung zur Mitfinanzierung der Stiftung „Henri Nannen“ (Kunsthalle Emden und der angeschlossenen Kunstschulen).

**Noch zu 685 76**

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Kunsthalle Emden

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
Ausgaben	2.156	2.219	2.267
Einnahmen	1.298	1.311	1.367
Fehlbetrag	858	908	900

	2005 Tsd. EUR
--	------------------

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	–
b) das Land mit	577
c) den Bund mit	–
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	281
e) Private	–
Zusammen	858

**Zu 893 72**

Für die Sicherung des „Schwitters Erbes“ (Kunstwerke und Archivalien mit einem geschätzten, aktuellen Marktwert von rd. 40 Mio. EUR) war im Haushaltsjahr 2001 eine VE in Höhe von rd. 767 000 EUR außerplanmäßig bereitgestellt worden (bei 06 74 – 893 72).

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0665 Museen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
812 81-7	183	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	32	152	-120	32
<b>TGr. 82</b>		<b>Ausgaben des Herzog Anton Ulrich Museums Braunschweig</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 82.</i>	(—)	(446)	(450)	(-4)	(639)
425 82-1	183	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	—	—	—	—
426 82-8	183	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 82-4	183	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte sowie Praktikanten	—	79	79	—	40
429 82-7	183	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	51	51	—	29
511 82-5	183	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	48	48	—	72
514 82-4	183	Verbrauchsmittel	—	17	17	—	8
517 82-3	183	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	141	63	+78	229
518 82-0	183	Mieten und Pachten	—	—	—	—	—
523 82-3	183	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	—	60	60	—	103
527 82-9	183	Reisekostenvergütungen	—	6	6	—	2
531 82-6	183	Veröffentlichungen und Dokumentation	—	4	4	—	106
546 82-3	183	Ausgaben der Cafeteria des Herzog Anton Ulrich Museums	—	—	—	—	5
547 82-0	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	19	19	—	45
681 82-8	183	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	—
686 82-0	183	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	1	1	—	1
811 82-9	183	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 82-5	183	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	20	102	-82	—
<b>TGr. 83</b>		<b>Ausgaben des Braunschweigischen Landesmuseums</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 83.</i>	(—)	(1.060)	(887)	(+173)	(1.620)
425 83-0	183	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	—	—	—	—
426 83-6	183	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 83-2	183	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte sowie Praktikanten	—	61	61	—	232
429 83-5	183	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
511 83-3	183	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	57	57	—	137
514 83-2	183	Verbrauchsmittel	—	20	20	—	2

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0665 Museen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
517 83-1	183	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	631	458	+173	836
518 83-8	183	Mieten und Pachten	—	129	129	—	165
523 83-1	183	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	—	74	74	—	55
527 83-7	183	Reisekostenvergütungen	—	4	4	—	9
531 83-4	183	Veröffentlichungen und Dokumentation	—	50	50	—	72
547 83-8	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	13	13	—	112
681 83-6	183	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	—
686 83-8	183	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	1	1	—	0
811 83-7	183	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 83-3	183	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	20	20	—	1
<b>TGr. 84</b>		<b>Ausgaben des Staatlichen Naturhistorischen Museums Braunschweig</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 84.</i>	(—)	(232)	(181)	(+51)	(301)
425 84-8	183	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	11	11	—	—
426 84-4	183	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 84-0	183	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte sowie Praktikanten	—	19	19	—	44
429 84-3	183	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	7
511 84-1	183	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	18	18	—	34
514 84-0	183	Verbrauchsmittel	—	9	9	—	17
517 84-0	183	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	87	36	+51	144
518 84-6	183	Mieten und Pachten	—	—	—	—	—
523 84-0	183	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	—	60	60	—	12
527 84-5	183	Reisekostenvergütungen	—	2	2	—	2
531 84-2	183	Veröffentlichungen und Dokumentation	—	11	11	—	39
547 84-6	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	4	4	—	1
681 84-4	183	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	—
686 84-6	183	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	1	1	—	0
811 84-5	183	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 84-1	183	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	10	10	—	—
<b>TGr. 85</b>		<b>Ausgaben des Landesmuseums für Kunst und Kulturgeschichte in Oldenburg</b> <i>Übertragbar.</i>	(—)	(404)	(326)	(+78)	(483)

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0665 Museen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
noch <b>TGr. 85</b>		<i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 85.</i>					
425 85-6	183	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	–	–	–	–	–
426 85-2	183	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	–	11	11	–	–
427 85-9	183	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte sowie Praktikanten	–	31	31	–	101
429 85-1	183	Nicht aufteilbare Personalausgaben	–	39	39	–	–
511 85-0	183	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	–	37	37	–	96
514 85-9	183	Verbrauchsmittel	–	7	7	–	5
517 85-8	183	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	–	113	35	+78	167
518 85-4	183	Mieten und Pachten	–	40	40	–	21
523 85-8	183	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	–	47	47	–	1
527 85-3	183	Reisekostenvergütungen	–	3	3	–	4
531 85-0	183	Veröffentlichungen und Dokumentation	–	11	11	–	40
547 85-4	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	–	54	54	–	47
681 85-2	183	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	–	–	–	–	–
686 85-4	183	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	–	1	1	–	0
811 85-3	183	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	–	–	–	–	–
812 85-0	183	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	–	10	10	–	–
<b>TGr. 86</b>		<b>Ausgaben des Landesmuseums für Natur und Mensch in Oldenburg</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 86.</i>	(–)	(171)	(129)	(+42)	(321)
425 86-4	183	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	–	–	–	–	–
426 86-0	183	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	–	–	–	–	–
427 86-7	183	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte sowie Praktikanten	–	35	35	–	85
429 86-0	183	Nicht aufteilbare Personalausgaben	–	–	–	–	–
511 86-8	183	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	–	22	22	–	1
514 86-7	183	Verbrauchsmittel	–	9	9	–	22
517 86-6	183	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	–	49	7	+42	56
518 86-2	183	Mieten und Pachten	–	–	–	–	–
523 86-6	183	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	–	37	37	–	5
527 86-1	183	Reisekostenvergütungen	–	2	2	–	3

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0665 Museen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2004	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
531 86-9	183	Veröffentlichungen und Dokumentation	—	—	—	—	20
546 86-6	183	Ausgaben des Museumshops beim Landesmuseum für Natur und Mensch in Oldenburg	—	—	—	—	25
547 86-2	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	6	6	—	98
681 86-0	183	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	—
686 86-2	183	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	1	1	—	0
811 86-1	183	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 86-8	183	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	10	10	—	4
<b>TGr. 98/99</b>		<b>Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgabe der Titelgruppe darf überschritten werden bis zu 50 v.H. der Isteinnahmen bei 125 99.</i>	(—)	(150)	(80)	(+70)	(81)
518 98-6	183	Anmietung von Software	—	—	—	—	—
518 99-4	183	Anmietung von Hardware	—	—	—	—	—
525 98-2	183	Kosten für vom IZN durchgeführte Aus- und Fortbildung	—	—	—	—	—
525 99-0	183	Kosten für von anderen Dienstleistern durchgeführte Aus- und Fortbildung	—	—	—	—	—
538 98-7	183	Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (IZN)	—	140	—	+140	1
538 99-5	183	Dienstleistungen "Anderer"	—	—	8	-8	9
547 99-4	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	10	72	-62	70
812 99-0	183	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	0
<b>Abschluss Kapitel 0665</b>							
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		68	68	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		435	435	—	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		503	503	—	
		4 Personalausgaben	—	8.900	8.588	+312	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	3.577	3.401	+176	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	4.954	5.060	-106	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	1.395	991	+404	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	2.592	2.738	-146	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	21.418	20.778	+640	
		<b>Zuschuss</b>		20.915	20.275	+640	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Titelgruppe 98/99**

Veranschlagt sind die Kosten für den Betrieb und die Unterhaltung der EDV-Geräte sowie die Kosten für das IZN.

**Zu 538 98**

Mit dem IZN ist ab Mitte 2004 für alle 6 Landesmuseen eine zentrale Terminalserverlösung vereinbart worden.  
Die Kosten dieser Maßnahme sind hier veranschlagt.

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0674 Förderung der nichtstaatl. Theater sowie der Soziokultur und der kulturellen Jugendbildung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-0	188	Vermischte Einnahmen		28	28	—	—
119 41-0	188	Rückzahlung von Überzahlungen		77	77	—	4
119 64-9	188	Sonstige Verwaltungseinnahmen <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 64/65, Ausgabeteilgruppe 83 und Ausgabeteilgruppe 86. *** Die Einnahmen dürfen nur für Ausgaben der im K-Vermerk genannten Titelgruppen insge- samt verwendet werden.</i>		—	—	—	—
<b>AUSGABEN</b>							
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61/62</b>		<b>Förderung des Theaters</b> <i>Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 0665 - Ausgabeteilgruppe 72/73/74/75/76/77/78. *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendung- zwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(—) (512)	(67.690)	(71.103)	(-3.413)	(67.225)
637 61-5	181	Zuweisungen an die Landesbühnen	—	5.659	5.548	+111	5.430
682 61-0	181	Zuwendung an die Niedersächsische Staatstheater Hannover GmbH <i>*** Der Niedersächsischen Staatstheater Han- nover GmbH dürfen landeseigene Gebäude ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden.</i>	—	47.453	47.453	—	47.756
682 62-9	181	Zuweisungen an die kommunalen Theater	—	13.940	13.664	+276	13.343
685 61-0	181	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	— 512	638	538	+100	696
686 61-6	181	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
893 61-1	181	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
894 61-8	181	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	3.900	-3.900	—
<b>TGr. 63</b>		<b>Sanierung der Bühnentechnik des Opera- hauses der Niedersächsischen Staatstheater Hannover GmbH</b>	(—)	(—)	(—)	(—)	(5.113)
571 63-0	920	Zinsausgaben an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	5.113
591 63-1	920	Tilgungsausgaben an öffentliche Unterneh- men	—	—	—	—	—
<b>TGr. 64/65</b>		<b>Zur zusätzlichen Förderung der nichtstaatli- chen Theater aus Spielbankmitteln</b> <i>Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschrit- ten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 64. Vgl. D-Vermerk zu 0665 - Ausgabeteilgruppe 71. *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungs- zwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(—)	(273)	(649)	(-376)	(614)
633 64-4	181	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeinde- verbände	—	—	—	—	—
637 65-8	181	Zuweisungen an die Landesbühnen	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Kapitel 0674 allgemein**

Es dürfen auch Zuwendungen für Fördermaßnahmen, bei denen die Zuwendungen im Einzelfall 2 600 EUR, bei Zuwendungen an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts 25 600 EUR unterschreiten, gewährt werden.

**Zu 637 61**

Vertragliche Leistungen in Form von Zuwendungen zur institutionellen Förderung der Landesbühne Niedersachsen Nord GmbH (Vertrag vom 1. 1. 1986 i. d. F. vom 18. 5. 1993) und der Landesbühne Hannover (Vertrag vom 20./28.12.2001).

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Landesbühne Niedersachsen Nord GmbH

	Betrag für 2004/2005 Tsd. EUR	Betrag für 2003/2004 Tsd. EUR	Istergebnis für 2002/2003 Tsd. EUR
Ausgaben	5.591	5.591	5.617
Einnahmen	1.744	1.744	1.859
Fehlbetrag	3.847	3.847	3.758
	2005 Tsd. EUR		

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	–
b) das Land mit	2.907
c) den Bund mit	–
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	940
e) Private	–
Zusammen	3.847

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Landesbühne Hannover

	Betrag für 2004/2005 Tsd. EUR	Betrag für 2003/2004 Tsd. EUR	Istergebnis für 2002/2003 Tsd. EUR
Ausgaben	5.770	5.640	5.920
Einnahmen	2.399	2.220	2.850
Fehlbetrag	3.371	3.420	3.070
	2005 Tsd. EUR		

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	–
b) das Land mit	2.721
c) den Bund mit	–
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	650
e) Private	–
Zusammen	3.371

**Zu 682 61**

Unterhaltung des Staatstheaters als alleiniger Gesellschafter in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Nds. Staatstheater Hannover GmbH

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis für 2002/2003 Tsd. EUR
Ausgaben	53.386	53.374	58.519
Einnahmen	5.933	5.921	7.304
Fehlbetrag	47.453	47.453	51.215

	2005 Tsd. EUR
--	---------------

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	–
b) das Land mit	47.453
c) den Bund mit	–
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	–
e) Private	–
Zusammen	47.453

Die Nds. Staatstheater Hannover GmbH hat ihren Wirtschaftsplan ab 01.01.2004 vom Theaterjahr auf das Haushaltsjahr umgestellt.

Eintrittspreise ab Spielzeit 2004/2005:

I. Opernhaus

Platzgruppe	Platzanzahl	Kategorie A EUR	Kategorie B EUR	Kategorie P EUR	Konzerte EUR
I	212	37,00	41,00	51,00	28,00
II	269	34,00	38,00	46,00	26,00
III	198	31,00	35,00	41,00	24,00
IV	257	29,00	32,00	37,00	22,00
V	102	26,00	28,00	32,00	20,00
VI	147	23,00	25,00	28,00	18,00
VII	22	14,00	14,00	15,00	13,00
	1 207				

II. Schauspielhaus

Platzgruppe	Platzanzahl	Kategorie A EUR	Kategorie B EUR	Kategorie P EUR
I	190	28,50	29,50	34,00
II	176	25,00	27,00	30,50
III	122	20,00	21,00	26,00
IV	86	15,50	17,00	21,00
V	50	10,50	11,50	15,50
	624			

III. Ballhof/Cumberland

Spielstätte	Platzanzahl	Eintrittspreis EUR
Ballhof 1	406	16,00
Ballhof 2	131	12,50
Cumberland	88	6,00

**Zu 682 62**

Vertragliche Leistungen in Form von Zuwendungen zur institutionellen Förderung der Theater Lüneburg GmbH, der Stadttheater Hildesheim GmbH, des Celler Schlosstheaters e. V., des Deutschen Theaters Göttingen und den Städtischen Bühnen Osnabrück (Verträge vom 1. 1. 1986 i. d. F. vom 1. 1. 1999).

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu 682 62

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben  
des Celler Schloßtheaters e. V.

	Betrag für 2004/2005 Tsd. EUR	Betrag für 2003/2004 Tsd. EUR	Istergebnis für 2002/2003 Tsd. EUR
Ausgaben	4.170	4.165	4.090
Einnahmen	1.149	1.148	1.153
Fehlbetrag	3.021	3.017	2.937
	2005 Tsd. EUR		

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	-
b) das Land mit	1.093
c) den Bund mit	-
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	1.928
e) Private	-
Zusammen	3.021

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben  
des Deutschen Theaters Göttingen

	Betrag für 2004/2005 Tsd. EUR	Betrag für 2003/2004 Tsd. EUR	Istergebnis für 2002/2003 Tsd. EUR
Ausgaben	7.504	7.348	7.397
Einnahmen	1.136	1.118	1.322
Fehlbetrag	6.368	6.230	6.075
	2005 Tsd. EUR		

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	-
b) das Land mit	2.144
c) den Bund mit	-
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	4.224
e) Private	-
Zusammen	6.368

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben  
der Stadttheater Hildesheim GmbH

	Betrag für 2004/2005 Tsd. EUR	Betrag für 2003/2004 Tsd. EUR	Istergebnis für 2002/2003 Tsd. EUR
Ausgaben	11.228	10.868	11.005
Einnahmen	1.594	1.401	1.580
Fehlbetrag	9.634	9.467	9.425
	2005 Tsd. EUR		

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	-
b) das Land mit	3.389
c) den Bund mit	-
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	6.245
e) Private	-
Zusammen	9.634

Noch zu 682 62

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben  
der Theater Lüneburg GmbH

	Betrag für 2004/2005 Tsd. EUR	Betrag für 2003/2004 Tsd. EUR	Istergebnis für 2002/2003 Tsd. EUR
Ausgaben	6.680	6.585	6.472
Einnahmen	1.211	1.368	1.223
Fehlbetrag	5.469	5.217	5.249
	2005 Tsd. EUR		

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	-
b) das Land mit	2.730
c) den Bund mit	-
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	2.739
e) Private	-
Zusammen	5.469

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben  
der Städtischen Bühnen Osnabrück

	Betrag für 2004/2005 Tsd. EUR	Betrag für 2003/2004 Tsd. EUR	Istergebnis für 2002/2003 Tsd. EUR
Ausgaben	15.806	15.588	15.800
Einnahmen	2.147	2.068	2.013
Fehlbetrag	13.659	13.520	13.787
	2005 Tsd. EUR		

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	-
b) das Land mit	4.584
c) den Bund mit	-
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	9.075
e) Private	-
Zusammen	13.659

Zu 685 61

Freiwillige Leistungen in Form von Zuwendungen zur Projektförderung für Freie Theater, Privattheater, Figurentheater, Amateurtheater und Kinder- und Jugendtheater, die u. a. ihren Sitz in Niedersachsen haben.

Für eine 3-jährige Modellphase in den Jahren 2001 bis 2003 war einigen freien Theatern im Rahmen einer jahresübergreifenden Konzeptionsförderung eine zuverlässige Planungssicherheit für eine kontinuierliche Theaterarbeit gegeben worden. Diese Konzeptionsförderung, die sich als sehr positiv erwiesen hat, soll zunächst für weitere 3 Jahre fortgesetzt werden. Hierfür sind jährlich rd. 256.000 EUR vorgesehen.

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu 685 61**

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	256	–	256
2006	–	256	–	256
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	512	–	512

**Zu Titelgruppe 64/65**

Vgl. allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 06 75.

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0674 Förderung der nichtstaatl. Theater sowie der Soziokultur und der kulturellen Jugendbildung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
682 64-5	181	Zuweisungen an die kommunalen Theater	—	—	—	—	—
682 65-3	181	Zuschüsse an die Niedersächsische Staats- theater Hannover GmbH	—	—	—	—	—
685 64-4	181	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	247	623	-376	614
686 64-0	181	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
883 64-0	181	Zuweisungen für Investitionen an Gemein- den und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
893 64-6	181	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
894 64-2	181	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	26	26	—	—
<b>TGr. 81</b>		<b>Förderung der Soziokultur</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 0665 - Ausgabeteilgruppe</i> <i>72/73/74/75/76/77/78.</i>	(—)	(948)	(1.248)	(-300)	(1.498)
671 81-3	187	Erstattung von Personal- und Sachkosten an die LAGS e. V.	—	200	383	-183	383
685 81-4	187	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	748	865	-117	1.115
686 81-0	187	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
<b>TGr. 83</b>		<b>Zur zusätzlichen Förderung der Soziokultur aus Spielbankmitteln</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschrit-</i> <i>ten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei</i> <i>119 64.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 0665 - Ausgabeteilgruppe</i> <i>71.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben</i> <i>der Titelgruppe im Rahmen des Verwendung-</i> <i>szwecks auch geleistet werden, wenn an anderer</i> <i>Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben</i> <i>Zweck veranschlagt sind.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu Ausgabe-TGr. 64/65.</i>	(—)	(200)	(572)	(-372)	(1.123)
685 83-0	187	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	139	511	-372	1.123
686 83-7	187	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
883 83-7	187	Zuweisungen für Investitionen an Gemein- den und Gemeindeverbände	—	61	61	—	—
893 83-2	187	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
894 83-9	187	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 85</b>		<b>Förderung der kulturellen Jugendbildung</b> <i>Vgl. D-Vermerk zu 0665 - Ausgabeteilgruppe</i> <i>72/73/74/75/76/77/78.</i>	(—)	(113)	(144)	(-31)	(159)
685 85-7	187	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	113	144	-31	159
686 85-3	187	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
893 85-9	187	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
894 85-5	187	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 86</b>		<b>Zur zusätzlichen Förderung der kulturellen Jugendbildung aus Spielbankmitteln</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschrit-</i> <i>ten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei</i> <i>119 64.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 0665 - Ausgabeteilgruppe</i> <i>71.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben</i>	(—)	(—)	(26)	(-26)	(26)

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Titelgruppe 81**

Neben den traditionellen Kultureinrichtungen sind in vielen Städten Niedersachsens Kultur- und Kommunikationsstätten geschaffen worden, die unter dem Stichwort „Soziokultur“ zusammengefasst werden. Die Arbeit in diesem Bereich soll projektbezogen gefördert werden.

Der Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur in Niedersachsen e. V. (LAGS) ist gem. § 44 Abs. 3 LHO mit öffentlich-rechtlichem Vertrag die Befugnis verliehen worden, über Anträge von Personen und Einrichtungen, die Aufgaben im Bereich der Soziokultur wahrnehmen, auf Gewährung von Zuwendungen nach §§ 23, 44 LHO und den dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften für Projekte, Sonderprojekte und investive Maßnahmen im eigenen Namen und in den Handlungsformen des öffentlichen Rechts zu entscheiden. Gleichzeitig ist die LAGS gem. § 44 Abs. 2 LHO beauftragt worden, die im Landeshaushalt hierfür veranschlagten Haushaltsmittel im Innenverhältnis zwischen dem Land und der LAGS treuhänderisch für Rechnung des Landes zu verwalten.

Veranschlagt sind auch die Personal- und Sachkosten der Geschäftsstelle der LAGS.

**Zu 671 81**

Der öffentlich-rechtliche Vertrag mit der LAGS, der zum 31.12.2004 ausläuft, soll zunächst bis zum 31. 12. 2005 verlängert worden.

**Zu 685 81 und 686 81 gemeinsam**

Freiwillige Leistungen in Form von Zuwendungen zur Projektförderung nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Soziokultur (RdErl. d. MWK vom 30. 12. 1996 – Nds. MBl. 1997 S. 194 –, zuletzt geändert durch RdErl. d. MWK vom 15. 12. 2000 – Nds. MBl. 2001 S. 74 –).

**Zu Titelgruppe 83**

Vgl. allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 06 75.

Zur verstärkten Förderung von Veranstaltungen der Soziokultur sowie zur Gewährung von Zuwendungen zum Aufbau des Gerätebestandes sozio-kultureller Einrichtungen.

**Zu Titelgruppe 85**

Freiwillige Leistung in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung der Landesvereinigung kulturelle Jugendbildung Niedersachsen e. V.

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0674 Förderung der nichtstaatl. Theater sowie der Soziokultur und der kulturellen Jugendbildung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004 1000 EUR	Ansatz 2005 1000 EUR	Ansatz 2004 1000 EUR	+ = mehr - = weniger 1000 EUR	Ist 2003 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch <b>TGr. 86</b>		<i>der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. Vgl. D-Vermerk zu Ausgabe-TGr. 64/65.</i>					
685 86-5	187	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	—	26	-26	26
686 86-1	187	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
893 86-7	187	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
894 86-3	187	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
<b>Abschluss Kapitel 0674</b>							
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		105	105	—	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		105	105	—	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	—	—	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	69.137	69.755	-618	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	512	87	3.987	-3.900	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	69.224	73.742	-4.518	
		<b>Zuschuss</b>	512	69.119	73.637	-4.518	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0675 Förderung der Kunst, Kultur- und Heimatpflege allgemein**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-4	188	Vermischte Einnahmen		36	36	—	0
119 41-3	188	Rückzahlung von Überzahlungen		102	102	—	58
119 61-8	188	Sonstige Verwaltungseinnahmen im Bereich der Spielbankmittel <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61, Ausgabetitelgruppe 71, Ausgabetitelgruppe 77, Ausgabetitelgruppe 84, Ausgabetitelgruppe 87, Ausgabetitelgruppe 91, Ausgabetitelgruppe 93 und Ausgabetitelgruppe 96.</i> <i>*** Die Einnahmen dürfen nur für Ausgaben der im K-Vermerk genannten Titelgruppen insgesamt verwendet werden.</i>		—	—	—	2
119 63-4	187	Sonstige Verwaltungseinnahmen im Bereich der Konzessionsabgabemittel <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63/64.</i>		—	—	—	—
124 01-8	188	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		1	1	—	1
125 63-4	188	Einnahmen aus der Troja-Ausstellung <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63/64.</i>		—	—	—	0
125 67-7	188	Einnahmen aus dem Verkauf von Kunstwerken <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 67.</i>		—	—	—	14
<b>AUSGABEN</b>							
541 02-6	191	Kunst- und Förderpreise	—	70	70	—	68
632 01-3	183	Erstattung von Verwaltungsausgaben an die Freie Hansestadt Bremen für das Institut für Niederdeutsche Sprache e. V.	—	124	122	+2	119
632 02-1	183	Erstattung von Verwaltungsausgaben für die Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste	—	12	12	—	11
633 10-9	187	Zuweisung an die Stadt Braunschweig - Bewerbung Europäische Kulturhauptstadt -	—	10	—	+10	—
685 20-6	187	Zuschuss an die Kulturstiftung der Länder	—	827	810	+17	775
685 21-4	162	Zuschuss an die Stiftung Preußischer Kulturbesitz	—	2.316	2.351	-35	2.301
685 22-2	187	Zuschuss an die Bundesakademie für kulturelle Bildung	—	926	924	+2	942
686 10-5	187	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	69	67	+2	66
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61</b>		<b>Zur zusätzlichen Förderung der sonstigen Maßnahmen der Kunst, Kultur- und Heimatpflege aus Spielbankmitteln</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 0665 - Ausgabetitelgruppe 71.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 06 74 Ausgabetitelgruppe 64/65.</i> <i>Von dem Ansatz der Titelgruppe darf ein Betrag in Höhe von 750 EUR nicht verausgabt werden.</i>	(—)	(195)	(201)	(-6)	(207)

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Kapitel 0675 allgemein:**

Aus dem Landesanteil am Aufkommen der Spielbankabgabe gem. § 3 Abs. 1 des Gesetzes über die Zulassung öffentlicher Spielbanken steht für das Haushaltsjahr 2005 ein Betrag von 9 586 500 EUR zur Verfügung.

Die Mittel sind entsprechend der Landtagsentschließung vom 5. 7. 1973 (Landtags-Drucksache Nr. 7/2077) für folgende Zwecke bestimmt:

1. Durchführung von außergewöhnlichen Maßnahmen im sozialen Bereich,
  2. Pflege der Kunst, insbesondere Ankauf von Kunstwerken und Erhaltung von Baudenkmälern.
  3. Förderung von Theatern und Orchestern,
  4. Ausstattung und Ausbau von öffentlichen Bibliotheken und Museen,
  5. Landschaftspflege, Pflege der Bodendenkmäler, Heimatpflege.
- Hiervon entfallen auf den Bereich des MWK die Maßnahmen gem. lfd. Nrn. 2–5 (Nr. 5 ohne die Landschaftspflege) mit einem Anteil von 5 655 750 EUR.

Es dürfen auch Zuwendungen für Fördermaßnahmen, bei denen die Zuwendungen im Einzelfall 2 600 EUR, bei Zuwendungen an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts 25 600 EUR unterschreiten, gewährt werden.

**Zu 541 02**

Aus diesen Mitteln werden in den Sparten Bildende Kunst, Literatur und Musik jeweils der Kunstpreis und der Förderpreis vergeben. Der Kunstpreis ist mit 15.000 EUR dotiert. Er dient der Anerkennung einer herausragenden künstlerischen Leistung. Der Förderpreis ist mit 7.500 EUR dotiert und wird vornehmlich an jüngere Künstlerinnen und Künstler vergeben, die nach Abschluss ihrer Ausbildung auszeichnungswürdige, künstlerische Leistungen erbracht haben. Die Preise können an Künstlerinnen und Künstler vergeben werden, die durch ihre Tätigkeit einen Bezug zu Niedersachsen aufweisen.

**Zu 632 01**

Vertragliche Leistung gegenüber dem Sitzland Bremen für eine Zuwendung zur institutionellen Förderung (Abkommen vom 1. 1. 1979).

Gem. Art. 3 des Abkommens über die gemeinsame Finanzierung des Instituts für niederdeutsche Sprache e. V. trägt Bremen als Sitzland 25 % des jährl. Zuwendungsbetrages. Der Rest wird von den Ländern Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein gemeinsam aufgebracht.

**Zu 685 21**

Nach dem am 1. 1. 1997 in Kraft getretenen Abkommen des Bundes und der Länder wird die Stiftung „Preußischer Kulturbesitz“ vom Bund und allen alten Ländern gemeinsam finanziert. Die Kosten für Neubauten und ihre Ersteinrichtung einschließlich des Grunderwerbs werden allein vom Bund und dem Land Berlin je zur Hälfte getragen. Der übrige Gesamtzuschussbedarf wird vom Bund und von den Ländern gedeckt. Hiervon entfallen auf die Länder rd. 30,7 Mio. EUR; Berlin trägt davon rd. 10,2 Mio. EUR und Niedersachsen ist mit rd. 2,3 Mio. EUR beteiligt.

**Zu 685 22**

Freiwillige Leistung gem. Gründungsbeschluss der Landesregierung vom 3. 7. 1979 in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

**Noch zu 685 22**

	2005 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	–
b) das Land mit	926
c) den Bund mit	179
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	–
e) Private	–
Zusammen	1.105

Die Bundesakademie für kulturelle Bildung Wolfenbüttel e. V. ist 1986 errichtet worden. Die Finanzierung erfolgt aus Zuwendungen des Landes, des Bundes und Teilnehmerbeiträgen.

Die Bundesakademie dient der Weiterbildung von haupt-, neben- und ehrenamtlichen Kräften, die kulturelle Bildung in der Bundesrepublik Deutschland vermitteln.

Veranschlagt sind die voraussichtlichen Personal- und Sachausgaben der Einrichtung.

**Zu 686 10**

Mitgliedsbeiträge für die Numismatische Kommission der Länder, die Hannoversch-Britische Gesellschaft e. V., die Stiftung Lesen, die Ostakademie e.V. und die Versammlung der Regionen Europas (VRE).

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Bundesakademie für kulturelle Bildung e. V.

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
Ausgaben	1.593	1.580	1.642
Einnahmen	488	477	521
Fehlbetrag	1.105	1.103	1.121

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0675 Förderung der Kunst, Kultur- und Heimatpflege allgemein**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004		
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
547 61-0	187	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	5	5	—	4
633 61-3	187	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	25
685 61-3	187	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	170	176	-6	92
686 61-0	187	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	86
883 61-0	187	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	20	20	—	—
893 61-5	187	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
894 61-1	187	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 63/64</b>		<b>Verstärkte Förderung der Bereiche Kunst und Kultur aus Konzessionsabgaben aufgrund § 7 NLottG</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Steinnahmen bei 119 63 und 125 63.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i> <i>Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an der Konzessionsabgabe geleistet werden.</i> <i>Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.</i>	(—)	(3.196)	(4.259)	(-1.063)	(3.927)
429 63-3	187	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	160
547 63-6	187	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	377
682 63-0	187	Zuschüsse an Landesbetriebe für laufende Zwecke	—	—	—	—	32
685 63-0	187	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	549	1.242	-693	702
685 64-8	185	Finanzhilfen <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.</i>	—	1.113	1.483	-370	1.483
686 63-6	187	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	322
711 63-0	187	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
712 63-7	187	Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 63-1	187	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
891 63-9	187	Zuschüsse an Landesbetriebe für Investitionen	—	—	—	—	380
893 63-1	187	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	210	210	—	—
894 63-8	187	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	1.324	1.324	—	471
<b>TGr. 66/75</b>		<b>Förderung der Musik</b> <i>Vgl. D-Vermerk zu 0665 - Ausgabeteilgruppe 72/73/74/75/76/77/78.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i> <i>Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist die Erläuterung zu den Titelgruppen 66 bis 68 allgemein verbindlich.</i>	(—)	(2.398)	(2.429)	(-31)	(2.448)

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Titelgruppe 63/64**

Der gesetzliche Anteil an der Konzessionsabgabe beträgt für das Haushaltsjahr 2005

- gem. § 7 Abs. 2 Nr. 4 NLottG 996.000 EUR  
für Träger Nds. Musikschulen,
- gem. § 7 Abs.2 Nr. 5 NLottG 116.250 EUR  
für Träger nds. Ensembles der Laienmusik  
und
- gem. § 7 Abs. 3 Nr.2 NLottG 2.082.525 EUR  
für Förderungen im Bereich der Kunst und Kultur.

Aus den Mitteln der Konzessionsabgaben dürfen Ausgaben für die Bereiche der Kapitel 06 60, 06 61, 06 65, 06 74, 06 75 und 06 76 geleistet werden.

**Zu 685 64**

Finanzhilfen gem. § 9 b Nds. LottG für die Förderung der Musikschulen und der Ensembles der instrumentalen und vokalen Laienmusik.

**Zu 893 63**

Für die bauliche Sanierung des Barkenhoff in Worpswede. Die Gesamtkosten der Baumaßnahme betragen 1,3 Mio EUR, der Landesanteil 600 Tsd.EUR verteilt auf drei Jahre.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	210	—	—	210
2006	—	—	—	—
2007	—	—	—	—
2008	—	—	—	—
2009 ff.	—	—	—	—
Summe	210	—	—	210

**Zu Titelgruppen 66 bis 68 allgemein**

Aus diesen Titelgruppen werden auch Stipendien als Leistungen eigener Art für die in Aus- und Weiterbildung befindlichen Künstler – im Einzelfall bis zur Höhe von 17 900 EUR – gewährt. Die Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.

Insgesamt dürfen die Zahlungen den Betrag von 511 000 EUR nicht überschreiten.

Im Einzelnen handelt es sich um folgende Stipendien:

- a) Stipendien für Studienaufenthalte in niedersächsischen Künstlerstätten  
Die Stipendienhöhe ist derzeit grundsätzlich durch RdErl. vom 5.9.2001 – 33 – 57 001 – 1 – 2 - geregelt.
- b) Stipendien für Studienaufenthalte in ausländischen Künstlerstätten  
Die Stipendien werden in Anlehnung an die bundesweiten Empfehlungen des Kulturausschusses der Kultusministerkonferenz gewährt.
- c) Jahresstipendien  
In den Bereichen der Bildenden Kunst, Musik und Literatur können jährlich insgesamt bis zu 6 Jahresstipendien bewilligt werden. Diese Jahresstipendien können maximal 12 000 EUR betragen.
- d) Arbeitsstipendien  
In den Bereichen der Bildenden Kunst, Musik und Literatur können jährlich insgesamt bis zu 10 Arbeitsstipendien bewilligt werden. Sie dienen der Realisierung künstlerischer Arbeitsvorhaben und können bis zu 3 000 EUR betragen.

Die unter c) und d) aufgeführten Stipendien werden öffentlich ausgeschrieben.

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0675 Förderung der Kunst, Kultur- und Heimatpflege allgemein**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
547 66-0	191	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	3	3	—	3
633 66-4	191	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
685 66-4	191	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	1.184	1.239	-55	1.144
685 75-3	182	Zuschuss an das Göttinger Symphonie-Orchester <i>Übertragbar.</i>	—	1.211	1.187	+24	1.158
686 66-0	191	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	142
883 66-0	191	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
893 66-6	191	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
894 66-2	191	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 67</b>		<b>Förderung der bildenden Kunst</b> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 125 67.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i> <i>Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist die Erläuterung zu den Titelgruppen 66 bis 68 allgemein verbindlich.</i>	(—)	(1.018)	(1.261)	(-243)	(1.381)
523 67-2	192	Erwerb von Kunstwerken	—	—	—	—	—
547 67-9	192	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	28	28	—	52
633 67-2	192	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
685 67-2	183	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	927	977	-50	—
686 67-9	183	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	1.292
812 67-4	192	Erwerb von Kunstwerken	—	63	256	-193	36
893 67-4	192	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
894 67-0	192	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 68</b>		<b>Förderung der Literatur</b> <i>Vgl. D-Vermerk zu 0665 - Ausgabeteilgruppe 72/73/74/75/76/77/78.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i> <i>Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist die Erläuterung zu den Titelgruppen 66 bis 68 allgemein verbindlich.</i>	(—)	(360)	(351)	(+9)	(308)
429 68-4	187	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	1	1	—	—
547 68-7	187	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1	1	—	8
685 68-0	187	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	333	349	-16	257
686 68-7	193	Zuschüsse an Sonstige	—	25	—	+25	44
893 68-2	193	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
894 68-9	193	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 685 66**

Freiwillige Leistungen in Form von Zuwendungen zur institutionellen Förderung von Einrichtungen im Musikbereich sowie Zuwendungen zur Projektförderung von Vorhaben, die von der Nds. Musikkommission als besonders förderungswürdig eingestuft werden.

Übersicht der Einnahmen und Ausgaben des Landesmusikrats Niedersachsen

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
Ausgaben	927	927	849
Einnahmen	153	153	136
Fehlbetrag	774	774	713

	2005 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	–
b) das Land mit	700
c) den Bund mit	–
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	74
e) Private	–
Zusammen	774

	2005 Tsd. EUR
a) Zuwendung für den Landesmusikrat Niedersachsen e. V.	700
b) Förderung sonstiger Einrichtungen und Maßnahmen	484
Zusammen	1.184

**Zu 685 75**

Vertragliche Leistung gem. Vertrag (Neufassung) vom 5. 3. 2001 in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Vereins zur Förderung des Göttinger Symphonie-Orchesters e. V.

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
Ausgaben	3.801	3.777	3.841
Einnahmen	929	929	929
Fehlbetrag	2.872	2.848	2.912

	2005 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	–
b) das Land mit	1.211
c) den Bund mit	–
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	1.661
e) Private	–
Zusammen	2.872

**Zu 686 66**

Vgl. Erläuterungen zu Titelgruppen 66 bis 68 allgemein.

**Zu 547 67**

Hieraus sind die Reisekosten sowie der Geschäftsbedarf für die Mitglieder der Kunstkommission zu bestreiten, außerdem die laufenden Nebenkosten aus dem Belegungsrecht bei der Künstleratelierstätte Cité Internationale des Arts in Paris sowie Sachaufwand, z. B. für Bilderrahmen.

**Zu 685 67**

Vertragliche Leistungen in Form von Zuwendungen zur institutionellen Förderung der Kestner Gesellschaft Hannover e. V. (Vertrag vom 7. 7. 1999) und der Barkenhoff Stiftung, Worpswede (Stiftungsurkunde vom 25. 8. 1981, Nds. MBl. 1982 S. 242) Freiwillige Leistungen in Form von Zuwendungen zur institutionellen Förderung der nds. Künstlerhäuser sowie Zuwendungen zur Projektförderung von Vorhaben, vorrangig im Rahmen des Förderschwerpunktes „aktuelle zeitgenössische Kunst“ unter Beteiligung der Kunstkommission (vgl. auch Erläuterungen zu Titelgruppe 87).

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Kestner-Gesellschaft e. V.

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
Ausgaben	1.591	1.780	1.763
Einnahmen	891	1.013	1.073
Fehlbetrag	700	767	690

	2005 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	–
b) das Land mit	700
c) den Bund mit	–
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	–
e) Private	–
Zusammen	700

**Zu 686 67**

Vgl. Erläuterungen zu Titelgruppen 66 bis 68 allgemein.

**Zu Titelgruppe 68**

In den Ansätzen dieser Titelgruppe sind auch die Kosten für die Literaturkommission, die den MWK in Literaturangelegenheiten berät, veranschlagt.

**Zu 685 68**

Freiwillige Leistungen in Form von Zuwendungen zur institutionellen Förderung der Literaturverbände und -organisationen (Friedrich-Bödecker-Kreis, Literaturbüro Hannover und Lüneburg).

**Zu 686 68**

Vgl. Erläuterungen zu Titelgruppen 66 bis 68 allgemein.

**Einzelplan 06**    **Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0675**    **Förderung der Kunst, Kultur- und Heimatpflege allgemein**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung 2005 2004	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>TGr. 69/70</b>		<b>Förderung der Heimatpflege</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 0665 - Ausgabetitelgruppe 72/73/74/75/76/77/78.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(-)	(1.721)	(1.777)	(-56)	(1.688)
685 69-9	187	Zuschüsse für die Ostfriesische Landschaft und das Theaterpädagogische Zentrum Lingen	-	1.321	1.299	+22	1.274
685 70-2	187	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	-	400	478	-78	414
686 70-9	193	Zuschüsse an Sonstige	-	-	-	-	-
883 70-9	193	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	-	-	-	-	-
893 70-4	193	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	-	-	-	-	-
894 70-0	193	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	-	-	-	-	-
<b>TGr. 71</b>		<b>Zur zusätzlichen Förderung der Musik aus Spielbankmitteln</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 0665 - Ausgabetitelgruppe 71.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 06 74 Ausgabetitelgruppe 64/65.</i>	(-)	(377)	(1.017)	(-640)	(1.016)
547 71-7	191	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	-	-	-	1
633 71-0	191	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	-	173	358	-185	-
685 71-0	191	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	-	204	659	-455	1.007
686 71-7	191	Zuschüsse an Sonstige	-	-	-	-	7
883 71-7	191	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	-	-	-	-	-
893 71-2	191	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	-	-	-	-	-
894 71-9	191	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	-	-	-	-	-
<b>TGr. 77</b>		<b>Zur zusätzlichen Förderung der öffentlichen Bibliotheken aus Spielbankmitteln</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 0665 - Ausgabetitelgruppe 71.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 06 74 Ausgabetitelgruppe 64/65.</i>	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)
429 77-3	186	Nicht aufteilbare Personalausgaben	-	-	-	-	-

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 685 69**

Vertragliche Leistungen in Form von Zuwendungen zur institutionellen Förderung der Ostfriesischen Landschaft gem. Vertrag (Neufassung) vom 20. 6. 2001 und des Theaterpädagogischen Zentrums Lingen gem. Vertrag vom 2./6. 3. 1998.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben  
der Ostfriesischen Landschaft in Aurich,  
Körperschaft des öffentlichen Rechts

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
Ausgaben	3.051	2.922	3.055
Einnahmen	1.830	1.720	1.817
Fehlbetrag	1.221	1.202	1.238

	2005 Tsd. EUR
--	------------------

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	–
b) das Land durch inst. Förderung Epl 06	1.181
c) das Land durch Projektförderung Epl 07	40
d) den Bund mit	–
e) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	–
f) Private	–
Zusammen	1.221

1. Ostfriesische Landschaft

Ab 1. 1. 2001 ist mit der Ostfriesischen Landschaft ein neuer Vertrag abgeschlossen worden, in dem unter Einbeziehung der bisher schon bestehenden Verträge zur Förderung der Landschaftsbibliothek Aurich und des Kulturbildungszentrums die gesamte der Ostfriesischen Landschaft bisher gewährte institutionelle Förderung abgesichert werden soll.

2. Theaterpädagogisches Zentrum

Die bis 1998 in der institutionellen Förderung der Emsländischen Landschaft enthaltene Förderung des Theaterpädagogischen Zentrums in Lingen erfolgt seit 1999 auf vertraglicher Basis.

**Zu 685 70**

Freiwillige Leistungen zur Förderung verschiedener Einrichtungen der Heimatpflege sowie zur Regionalisierung der Kulturförderung über die Landschaften, Landschaftsverbände und Region Hannover durch Zuwendungen mit Zielvereinbarung (vgl. auch Erläuterungen zu 685 93).

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0675 Förderung der Kunst, Kultur- und Heimatpflege allgemein**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
547 77-6	186	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
633 77-0	186	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
685 77-0	186	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
883 77-6	186	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
893 77-1	186	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
894 77-8	186	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 80</b>		<b>Kulturelle Veranstaltungen in den Vertretungen des Landes Niedersachsen beim Bund und bei der Europäischen Union</b> <i>*** Gem. § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(—)	(150)	(—)	(+150)	(—)
429 80-3	187	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	50	—	+50	—
547 80-6	187	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	100	—	+100	—
<b>TGr. 82</b>		<b>Kulturelle Zusammenarbeit mit dem Ausland</b> <i>Abweichend von § 20 Abs. 1 LHO sind nur gegenseitig deckungsfähig 429 82, 547 82, 633 82, 685 82 und 686 82.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(—)	(237)	(237)	(—)	(132)
429 82-0	024	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
529 82-4	024	Repräsentative Ausgaben	—	1	1	—	—
547 82-2	024	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	26	26	—	26
633 82-6	024	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
685 82-6	024	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	210	210	—	106
686 82-2	024	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
<b>TGr. 84</b>		<b>Zur zusätzlichen Förderung der Kulturellen Zusammenarbeit mit dem Ausland aus Spielbankmitteln</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 0665 - Ausgabeteilgruppe 71.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 06 74 Ausgabeteilgruppe 64/65.</i>	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
547 84-9	024	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
633 84-2	024	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 547 82**

Für Dienstleistungen des Chinesischen Zentrums.

**Zu 685 82**

Freiwillige Leistungen in Form von Zuwendungen zur Projektförderung für Kulturinstitute befreundeter Nationen in Niedersachsen sowie für Maßnahmen kultureller Regionalpartnerschaften und auslandsbezogener Kulturveranstaltungen nds. Kulturträger.

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0675 Förderung der Kunst, Kultur- und Heimatpflege allgemein**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
685 84-2	024	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
686 84-9	024	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
<b>TGr. 87</b>		<b>Zur zusätzlichen Förderung der bildenden Kunst aus Spielbankmitteln</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 0665 - Ausgabeteilgruppe 71.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 06 74 Ausgabeteilgruppe 64/65.</i>	(—)	(655)	(1.113)	(-458)	(1.101)
523 87-7	192	Erwerb von Kunstwerken	—	51	51	—	1
547 87-3	192	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	75
633 87-7	192	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
685 87-7	192	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	515	973	-458	16
686 87-3	192	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	1.009
812 87-9	192	Erwerb von Kunstwerken	—	51	51	—	—
883 87-3	192	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	38	38	—	—
893 87-9	192	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
894 87-5	192	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 91</b>		<b>Zur zusätzlichen Förderung der Literatur aus Spielbankmitteln</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 0665 - Ausgabeteilgruppe 71.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 06 74 Ausgabeteilgruppe 64/65.</i>	(—)	(179)	(409)	(-230)	(458)
429 91-9	193	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 91-1	193	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	1
633 91-5	193	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	5
685 91-5	193	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	179	409	-230	452
686 91-1	193	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
<b>TGr. 93</b>		<b>Zur zusätzlichen Förderung der Heimatpflege aus Spielbankmitteln</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 0665 - Ausgabeteil-</i>	(—)	(1.420)	(420)	(+1.000)	(442)

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Titelgruppe 87**

Freiwillige Leistungen in Form von Zuwendungen zur Projektförderung, vorrangig zur Mitfinanzierung von Ausstellungsvorhaben nds. Kunstvereine auf Empfehlung der Arbeitsgruppe „Kunstvereine“ sowie Zuwendungen zur institutionellen Förderung nds. Künstlerhäuser, soweit nicht in Titelgruppe 67 veranschlagt (vgl. Erläuterungen zu 685 67).

**Zu Titelgruppe 91**

Das Land Niedersachsen vergibt zz. in einem Zweijahresrhythmus jeweils im Wechsel einen Verlags- und einen Buchhandelspreis.

Der Verlagspreis, der mit 10.000 EUR dotiert ist, wird an niedersächsische belletristische Verlage, der Buchhandelspreis, dotiert mit 5 000 EUR, an niedersächsische belletristische Buchhandlungen vergeben.

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0675 Förderung der Kunst, Kultur- und Heimatpflege allgemein**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004	2004	2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
noch <b>TGr. 93</b>		<i>gruppe 71. *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 06 74 Ausgabetitelgruppe 64/65.</i>					
633 93-1	193	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
685 93-1	193	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	1.394	394	+1.000	442
686 93-8	193	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
883 93-8	193	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	26	26	—	—
893 93-3	193	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
894 93-0	193	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 95</b>		<b>Förderung der Kunstschulen</b> <i>Vgl. D-Vermerk zu 0665 - Ausgabetitelgruppe 72/73/74/75/76/77/78.</i>	(—)	(217)	(227)	(-10)	(237)
547 95-4	187	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
685 95-8	187	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	217	227	-10	237
686 95-4	187	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
893 95-0	187	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
894 95-6	187	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 96</b>		<b>Zur zusätzlichen Förderung der Kunstschulen aus Spielbankmitteln</b> <i>Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61. Vgl. D-Vermerk zu 0665 - Ausgabetitelgruppe 71. *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 06 74 Ausgabetitelgruppe 64/65.</i>	(—)	(149)	(199)	(-50)	(199)
547 96-2	193	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
685 96-6	193	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	149	199	-50	199
686 96-2	193	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
893 96-8	193	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
894 96-4	193	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 685 93**

Freiwillige Leistungen zur regionalen Kulturförderung über die Landschaften, Landschaftsverbände und Region Hannover durch Zuwendungen mit Zielvereinbarung (vgl. auch Erläuterungen zu 685 70).

Mehr infolge Verlagerung von		
Kapitel 0665	Titel 883 71	161.000 EUR
Kapitel 0674	Titel 685 64	208.000 EUR
Kapitel 0674	Titel 685 83	138.000 EUR
Kapitel 0674	Titel 685 86	20.000 EUR
Kapitel 0675	Titel 633 71	185.000 EUR
Kapitel 0675	Titel 685 87	223.000 EUR
Kapitel 0675	Titel 685 91	27.000 EUR
Kapitel 0675	Titel 685 96	<u>38.000 EUR</u>
Zusammen:		1.000.000 EUR

**Zu Titelgruppe 95 und 96**

Freiwillige Leistungen in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung des Landesverbandes der Kunstschulen Niedersachsen e. V. einschl. Zuwendungen zur Projektförderung der 44 nds. Kunstschulen.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben  
des Landesverbandes der Kunstschulen Niedersachsen e. V.

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
Ausgaben	373	432	476
Einnahmen	7	6	31
Fehlbetrag	<u>366</u>	<u>426</u>	<u>445</u>

	2005 Tsd. EUR
--	------------------

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	–
b) das Land mit	366
c) den Bund mit	–
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	–
e) Private	–
Zusammen	<u>366</u>

**Einzelplan 06**    **Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0675**   **Förderung der Kunst, Kultur- und Heimatpflege allgemein**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 0675</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		139	139	–	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		139	139	–	
		4 Personalausgaben	–	51	1	+50	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	–	285	185	+100	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	–	14.558	16.145	-1.587	
		7 Baumaßnahmen	–	–	–	–	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	–	1.732	1.925	-193	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	–	16.626	18.256	-1.630	
		<b>Zuschuss</b>		16.487	18.117	-1.630	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0676 Denkmalpflege**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
111 01-7	188	Gebühren und tarifliche Entgelte		1	1	—	0
119 01-8	188	Vermischte Einnahmen *** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Bücher ohne Erstattung des vollen Wertes auch für Tauschzwecke abgegeben wer- den.		15	15	—	14
119 02-6	188	Einnahmen aus Veröffentlichungen Vgl. K-Vermerk zu 531 01 und 531 03. *** Abweichend von § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich sowie auch für Tauschzwecke abgegeben werden.		—	2	-2	4
119 20-4	188	Einnahmen aus der Fort- und Weiterbildung im Bereich der Denkmalpflege Vgl. K-Vermerk zu 525 02.		—	—	—	7
119 41-7	188	Rückzahlung von Überzahlungen		20	20	—	16
119 61-1	195	Vermischte Einnahmen im Bereich der Spielbankmittel Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 61.		—	—	—	4
119 71-9	195	Rückzahlungen von Überzahlungen bei der Förderung der Bau- und Kunstdenkmalpfle- ge Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 71.		—	—	—	17
125 98-0	188	Einnahmen im Rahmen des Projekts ADAB- web Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 98/99.		—	—	—	—
125 99-9	188	Einnahmen der Informations- und Kommu- nikationstechnik Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 98/99.		—	—	—	—
129 02-1	188	Einnahmen aus der Werbung für Wirt- schaftsunternehmen Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 65.		—	—	—	—
233 10-4	188	Sonstige Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden Vgl. K-Vermerk zu 427 01.		—	—	—	9
235 01-8	188	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbe- schaffung		—	—	—	179
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 66</b>		<b>Einnahmen aus Maßnahmen der Denkmal- pflege</b> Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 66.		(—)	(—)	(—)	(—)
119 66-2	188	Einnahmen aus Veröffentlichungen und Maßnahmen der Fort- und Weiterbildung *** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.		—	—	—	—
129 66-8	188	Einnahmen aus Nutzungs- und Überlas- sungsverträgen (o. Dienst- und Landeswoh- nungen) und Werbung		—	—	—	—
<b>TGr. 72</b>		<b>Zuwendungen Dritter</b>		(—)	(—)	(—)	(743)
233 72-4	195	Zuweisungen von Gemeinden und Gemein- deverbände Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 72.		—	—	—	18
272 72-0	195	Zuschuss der Europäischen Kommission Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 72.		—	—	—	—
282 72-5	195	Zuschüsse Dritter Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 72.		—	—	—	724

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Kapitel 0676 allgemein:**

Bedingt durch die Auflösung des Niedersächsischen Landesverwaltungsamts wurde zum 1. 1. 1998 das Niedersächsische Landesamt für Denkmalpflege errichtet.

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0676 Denkmalpflege**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004		
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
287 72-7	195	Zuschuss der Europäischen Kommission		—	—	—	—
<b>A U S G A B E N</b>							
412 02-5	188	Entschädigung für die Beauftragten für die Denkmalpflege	—	43	43	—	32
422 01-2	188	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	6.073	6.237	-164	1.654
422 19-5	188	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	13
422 31-4	188	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-1	188	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	4.483
425 03-8	188	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 04-6	188	Vergütungen der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	—	44	-44	—
425 06-2	188	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	7	7	—	1
426 01-8	188	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	224
426 06-9	188	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1	1	—	—
427 01-4	188	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 233 10.</i>	—	—	—	—	237
427 08-1	188	Beschäftigungsentgelte für Praktikanten	—	—	52	-52	46
427 31-6	188	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	—	2	-2	—
427 39-1	188	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	5	-5	—
453 01-5	188	Trennungsentchädigung und Umzugskostenvergütung	—	—	—	—	5
511 01-5	188	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 511 01, 517 01, 518 01, 518 02, 519 01, 519 03, 523 01, 525 01, 526 01, 526 02 und 527 01.</i>	—	118	79	+39	47
517 01-3	188	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	124	124	—	145
518 01-0	188	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	76	3	+73	—
518 02-8	188	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	—	—	—	0
519 01-6	188	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	3	3	—	4
519 03-2	188	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	1	1	—	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 287 72**

Einnahmen u. a. für das „Raphael-Projekt“.

**Zu 412 02**

Pauschalierte Aufwandsentschädigung für die Beauftragten für die Denkmalpflege (§ 22 Abs. 3 Nds. Denkmalschutzgesetz).

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteneinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
116,10	121,75	121,13

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
6.073	6.237	6.373

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig) -
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt) -
- Sonstige Veränderungen -

Summe Zugänge -

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig) 1,59
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)
- Sonstige Veränderungen
- „Drittelungsregelung“ 0,66
- „Fünftelungsregelung“ 3,00

Summe Abgänge 5,25

Bleibt Abgang 5,25

Im Zuge der Auflösung der Bezirksregierungen wurden 30 Stellen mit kw-Vermerken versehen, für die im Rahmen der sog. „Fünftelungsregelung“ das BV um 3,00 VZE sowie das Budget um 177.000 EUR gekürzt wurden.

Darüber hinaus wurden im Rahmen der „Drittelungsregelung“ für die jetzt noch vorhandenen 2 kw-Vermerke (ZV I) beim BV und beim Budget das 2. Drittel (0,66) sowie für den in 2004 wirksam gewordenen kw-Vermerk die noch verbliebenen 2 Drittel (0,67) abgesetzt.

**Zu 425 06**

Für unabweisbar notwendig werdende Mehrarbeit.

**Zu 517 01**

Für Bewirtschaftungskosten des Edo-Wiemke-Denkmals in Jever und andere im Eigentum des Landes stehende Denkmale sind 1 300 EUR vorgesehen.

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0676 Denkmalpflege**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
523 01-3	188	Bibliotheken, Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	11	22	-11	10
525 01-6	188	Aus- und Fortbildung der Bediensteten <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	7	7	—	0
525 02-4	188	Fort- und Weiterbildung im Bereich der Denkmalpflege <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 20.</i>	—	—	1	-1	8
526 01-2	188	Sachverständige <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	—	—	—	7
526 02-0	188	Gerichts- und ähnliche Kosten <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	—	—	—	—
527 01-9	188	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	4	11	-7	8
529 10-0	188	Zur Verfügung der Präsidentin/ des Präsidenten des Nieders. Landesamtes für Denkmalpflege	—	—	—	—	1
531 01-6	188	Veröffentlichungen <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 02.</i>	—	—	82	-82	83
531 03-2	188	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 02.</i>	—	—	1	-1	0
681 01-8	188	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	0
686 10-9	188	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	8	8	—	7
981 06-2	990	Abführung an 13 21 - 381 06	—	481	481	—	480
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61</b>		<b>Zur zusätzlichen Förderung der Denkmalpflege aus Spielbankmitteln</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(—)	(1.399)	(1.499)	(-100)	(1.575)
429 61-0	195	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	202	302	-100	387
459 61-7	195	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
547 61-3	195	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	153	153	—	290
633 61-7	195	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	118	118	—	—
685 61-7	195	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	169	169	—	56
686 61-3	195	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
811 61-2	195	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 61-9	195	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	31	31	—	7
883 61-3	195	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	440	440	—	184

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 529 10**

Die Mittel sind seit 2002 bei Kapitel 13 02 Titel 529 14 veranschlagt.

**Zu 981 06**

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

**Zu Titelgruppe 61**

Vgl. allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 06 75.

Für die Durchführung von Ausgrabungen und die Gewährung von Investitionszuschüssen zur Erhaltung von Baudenkmalen.

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0676 Denkmalpflege**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
893 61-9	195	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	286	286	—	652
894 61-5	195	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 65</b>		<b>Maßnahmen der archäologischen Denkmalpflege</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 129 02.</i>	(—)	(—)	(348)	(-348)	(385)
429 65-3	195	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	218	-218	178
459 65-0	195	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
514 65-0	195	Verbrauchsmittel	—	—	52	-52	1
527 65-5	195	Reisekostenvergütungen	—	—	42	-42	58
547 65-6	195	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	35	-35	135
681 65-4	195	Entschädigungen gem. § 29 Nds. Denkmalschutzgesetz	—	—	1	-1	—
685 65-0	195	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
686 65-6	195	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
812 65-1	195	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	14
981 65-8	990	Abführung an Kapitel 0303 Titel 381 01	—	—	—	—	—
<b>TGr. 66</b>		<b>Maßnahmen der Denkmalpflege</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 66.</i>	(—)	(659)	(—)	(+659)	(—)
425 66-6	188	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	44	—	+44	—
427 66-9	188	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte, Praktikanten und Volontäre	—	47	—	+47	—
429 66-1	188	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	168	—	+168	—
511 66-0	195	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	—
514 66-9	195	Verbrauchsmittel	—	66	—	+66	—
523 66-8	195	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	—	11	—	+11	—
525 66-0	195	Fort- und Weiterbildung	—	1	—	+1	—
527 66-3	195	Reisekostenvergütungen	—	117	—	+117	—
531 66-0	195	Veröffentlichungen und Dokumentation	—	63	—	+63	—
547 66-4	195	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	124	—	+124	—
811 66-3	195	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 66-0	195	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	18	—	+18	—

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Titelgruppe 65**

Vgl. Erläuterungen zu Titelgruppe 66.

**Zu Titelgruppe 66**

Im Rahmen der Verwaltungsreform (Auflösung der Bezirksregierungen und dem damit verbundenen Fortfall der oberen Denkmal-schutzbehörden) wird das Nds. Landesamt für Denkmalpflege zum Kompetenzzentrum für die Denkmalpflege auf Landesebene mit zentralen Verzeichnissen, Archiven, Werkstätten pp. ausgebaut.

In diesem Zusammenhang sind die bisher zwischen dem NLD und den Bezirksregierungen aufgeteilten Mittel für Archäologie, die Sachkosten der Bau- und Kunstdenkmalpflege sowie die Ausgaben für die Aufstellung des Verzeichnisses der Kulturdenkmale in einer Titelgruppe „Maßnahmen der Denkmalpflege“ zusammengefasst worden.

Die Titelgruppe umfasst alle bisherigen Ansätze der Titelgruppen 65 und 74 sowie der Titel 514 71, 527 71 und 547 71. Zusätzlich sind die Ansätze der Titel 425 04, 427 08, 427 31, 525 02, 531 01 und 531 03 sowie Teilbeträge der Ansätze der Titel 523 01 und 527 01 in diese Titelgruppe verlagert worden.

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0676 Denkmalpflege**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>TGr. 71</b>		<b>Förderung der Denkmalpflege</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 71.</i>	(1.500) (1.500)	(2.078)	(2.312)	(-234)	(2.810)
514 71-5	195	Verbrauchsmittel	— 1.500	—	14	-14	—
527 71-0	195	Reisekostenvergütungen	—	—	27	-27	16
547 71-0	195	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	12	-12	15
685 71-4	195	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	1
686 71-0	195	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
812 71-6	195	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	9
883 71-0	195	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	570	751	-181	81
893 71-6	195	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	1.500 —	1.508	1.508	—	2.688
894 71-2	195	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 72</b>		<b>Verwendung der Zuwendungen Dritter</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 233 72, 272 72 und 282 72.</i>	(—)	(—)	(—)	(—)	(999)
429 72-6	195	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	798
547 72-9	195	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	201
812 72-4	195	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 74</b>		<b>Verzeichnis der Kulturdenkmale</b>	(—)	(—)	(129)	(-129)	(120)
527 74-4	188	Reisekostenvergütungen	—	—	41	-41	15
547 74-5	188	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	70	-70	105
811 74-4	188	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	18	-18	—
812 74-0	188	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 98/99</b>		<b>Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 125 98.</i> <i>Die Ausgabe der Titelgruppe darf überschritten werden bis zu 50 v.H. der Isteinnahmen bei 125 99.</i>	(—)	(196)	(251)	(-55)	(81)
429 99-8	188	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
518 98-2	188	Anmietung von Software	—	—	—	—	—
518 99-0	188	Anmietung von Hardware	—	—	—	—	—
525 98-9	188	Kosten für vom IZN durchgeführte Aus- und Fortbildung	—	—	—	—	3
525 99-7	188	Kosten für von anderen Dienstleistern durchgeführte Aus- und Fortbildung	—	—	—	—	—
538 98-3	188	Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (IZN)	—	—	—	—	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Titelgruppe 71**

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Erhaltung, Erforschung und Dokumentation von Bau- und Kunstdenkmalen.

**Zu 685 71**

Freiwillige Leistungen in Form von Zuwendungen zur Projektförderung nach den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Erhaltung und Pflege von Kulturdenkmalen (RdErl. d. MWK vom 2.6.2003, Nds. MBl. S. 419).

**Zu 893 71**

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	1.500	–	1.500
2006	–	–	1.500	1.500
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	1.500	1.500	3.000

**Zu Titelgruppe 74**

Vgl. Erläuterungen zu Titelgruppe 66.

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0676 Denkmalpflege**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004 1000 EUR	Ansatz 2005 1000 EUR	Ansatz 2004 1000 EUR	+ = mehr - = weniger 1000 EUR	Ist 2003 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
538 99-1	188	Dienstleistungen "Anderer"	—	—	—	—	0
547 99-0	188	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	71	91	-20	78
812 99-6	188	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	125	160	-35	—
<b>Abschluss Kapitel 0676</b>							
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		36	38	-2	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		36	38	-2	
		4 Personalausgaben	—	6.585	6.911	-326	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	950	871	+79	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.500	295	296	-1	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	1.500	2.978	3.194	-216	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	481	481	—	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	1.500	11.289	11.753	-464	
		<b>Zuschuss</b>	1.500	11.253	11.715	-462	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 812 99**

Für den Aufbau eines einheitlichen Fachinformationssystems der  
Nds. Denkmalpflege – ADABweb –

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0677 Öffentliche Gärten**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004	2004	2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-1	188	Vermischte Einnahmen		2	2	—	2
124 01-5	188	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		14	14	—	14
129 62-9	188	Einnahmen aus Nutzungs- und Überlassungsverträgen (o. Dienst- und Landeswohnungen) <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.</i>		—	—	—	—
233 10-8	188	Zuweisungen zur Unterhaltung der Gärten		165	165	—	162
233 11-6	188	Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden nach § 19 BSHG <i>Vgl. K-Vermerk zu 427 01.</i>		—	—	—	—
<b>AUSGABEN</b>							
422 01-6	188	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	490	516	-26	—
425 01-5	188	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	105
425 06-6	188	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1	1	—	—
426 01-1	188	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	387
426 03-8	188	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 06-2	188	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	10	10	—	—
427 01-8	188	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 233 11.</i>	—	—	—	—	—
511 01-9	188	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 511 01, 517 01, 519 01, 526 01 und 546 59.</i>	—	1	1	—	2
517 01-7	188	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	8	8	—	7
519 01-0	188	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	3	3	—	4
526 01-6	188	Sachverständige <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	1	1	—	—
546 59-9	188	Vermischte Verwaltungsausgaben <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	—	—	—	—
686 10-2	188	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	1	1	—	0
981 06-6	990	Abführung an 13 21 - 381 06	—	64	64	—	63

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Kapitel 0677**

**Zu 06 77 allgemein**

Veranschlagt sind die Einnahmen und Ausgaben  
 – des Schlossgartens in Oldenburg (einschl. Everstenholz) und  
 – des Schlossgartens in Jever.

**Zu 233 10**

1.: Die Stadt Oldenburg zahlt aufgrund einer vertraglichen Abmachung vom 8. 9. 1952 einen Zuschuss von 33 1/3 % zu bestimmten Ausgaben für den Schlossgarten Oldenburg.

	2005
	Tsd. EUR
Der Zuschuss berechnet sich wie folgt:	
Bezüge für 1 Schlossgartenverwalter, 1 Angestellten und Löhne für die 9 im Schlossgarten voll beschäftigten sowie 1 stundenweise beschäftigten Arbeiter/-innen	396
Anteilige sächliche Verwaltungsausgaben Titelgruppe 62:	13
Unterhaltung der Gartenanlagen	45
Bauunterhaltung (20 11 – 519 01)	58
Zusammen	512
abzüglich 119 01 und 124 01 – Betriebseinnahmen aus dem Schlossgarten –	16
bleiben	496
davon 33 1/3 %	165

2.: Die Stadt Jever zahlt einen jährlich gleichbleibenden Zuschuss von rd. 360 EUR.

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteneinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
13,33	13,33	12,83

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
490	516	492

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	-
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	-
- Sonstige Veränderungen	-
	-

Summe Zugänge -

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	-
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	-
- Sonstige Veränderungen	-
	-

Summe Abgänge -

Bleibt Zugang / Abgang -

**Zu 686 10**

Mitgliedsbeiträge für  
 1. Verein Dt. Rosenfreunde  
 2. Dt. Rhododendron-Gesellschaft

**Zu 981 06**

Zur Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0677 Öffentliche Gärten**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004 1000 EUR	Ansatz 2005 1000 EUR	Ansatz 2004 1000 EUR	+ = mehr - = weniger 1000 EUR	Ist 2003 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 62</b>		<b>Unterhaltung der Gartenanlagen</b> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 129 62.</i>	(-)	(45)	(45)	(-)	(52)
511 62-0	188	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	-	9	9	-	7
514 62-0	188	Verbrauchsmittel	-	14	14	-	15
517 62-9	188	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	-	15	15	-	14
518 62-5	188	Mieten und Pachten	-	6	6	-	2
547 62-5	188	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	1	1	-	2
811 62-4	188	Erwerb von Nutz- und Sonderfahrzeugen	-	-	-	-	10
812 62-0	188	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	-	-	-	-	-
<b>Abschluss Kapitel 0677</b>							
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		16	16	-	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		165	165	-	
<b>Summe der Einnahmen</b>				181	181	-	
		4 Personalausgaben	-	501	527	-26	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	-	58	58	-	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	-	1	1	-	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	-	-	-	-	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	-	64	64	-	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>			-	624	650	-26	
<b>Zuschuss</b>				443	469	-26	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0678 Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004	1000 EUR	1000 EUR
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
		<b>EINNAHMEN</b>					
281 10-6	187	Erstattung von Verwaltungsausgaben		500	–	+500	–
		<b>AUSGABEN</b>					
422 01-0	187	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	–	164	–	+164	–
425 01-9	187	Vergütungen der Angestellten	–	153	–	+153	–
547 10-6	187	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	–	12	–	+12	–
685 01-0	187	Finanzhilfe für laufende Zwecke der Stiftung	–	–	–	–	–
		<b>Abschluss Kapitel 0678</b>					
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		500	–	+500	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		500	–	+500	
		4 Personalausgaben	–	317	–	+317	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	–	12	–	+12	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	–	–	–	–	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	–	329	–	+329	
		<b>Überschuss</b>		171		+171	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Kapitel 0678**

Mit dem Gesetz über die „Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz“ ist mit Wirkung vom 01.01.2005 diese Stiftung öffentlichen Rechts errichtet worden.

Nach § 4 Abs. 2 und 3 des Gesetzes stellt das Land der Stiftung Personal und Sachmittel nach Maßgabe des Landeshaushalts zur Verfügung, wobei die Stiftung dem Land für die Verwaltung des Teilvermögens Braunschweiger Vereinigter Kloster- und Studienfonds die Personal- und Sachkosten erstattet.

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0679 Klosterkammer Hannover**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
281 10-0	187	Erstattungen von Verwaltungsausgaben *** Vgl. k-Vermerk zu Hauptgruppe 4.		5.124	3.989	+1.135	3.342
<b>AUSGABEN</b>							
422 01-3	187	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets *** Die Ausgaben der Hauptgruppe 4 erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Titel 281 10. Ausgaben der Hauptgruppe 4 dürfen ausnahmsweise geleistet werden, wenn die Erstattung bei Titel 281 10 sichergestellt und vor Schluß des Haushaltsjahres nicht mehr möglich ist. Abweichend von § 20 Abs.1 Nr.2 Buchst.a LHO bilden die Titel der Hauptgruppe 4 des Kapitels einen eigenen Deckungskreis.	-	1.825	955	+870	786
422 04-8	187	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	-	-	-	-	-
422 19-6	187	Altersteilzeitzuschläge	-	-	-	-	2
422 31-5	187	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	-	-	-	-	-
425 01-2	187	Vergütungen der Angestellten	-	2.785	2.785	-	2.587
425 03-9	187	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	-	-	-	-	-
425 06-3	187	Überstundenvergütungen für Angestellte	-	-	-	-	3
426 01-9	187	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	-	77	77	-	78
426 03-5	187	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	-	20	20	-	7
427 01-5	187	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	-	100	100	-	130
427 07-4	187	Beschäftigungsentgelte für Praktikanten	-	15	15	-	-
441 01-8	187	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	-	29	29	-	-
441 02-6	187	Beihilfen für Angestellte	-	5	5	-	-
441 03-4	187	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	-	-	-	-	-
441 04-2	187	Beihilfen für Sonstige	-	-	-	-	-
453 01-6	187	Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung	-	3	3	-	4
453 11-3	187	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	-	-	-	-	-
511 13-0	187	Dienst- und Schutzkleidungszuschüsse, Kleidergeld und Einkleidungsbeihilfen	-	4	-	+4	-
981 10-1	990	Abführung an 13 50 - 381 06	-	261	-	+261	-

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Kapitel 0679**

**Zu 06 79 allgemein**

In diesem Kapitel sind die Personalausgaben der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Klosterkammer Hannover veranschlagt. Ab Haushaltsjahr 2005 auch einschl. der im Klosterkammerforstbetrieb tätigen Forstbeamten, deren Personalkosten bisher im Kapitel 10 11 des Landeshaushalts veranschlagt waren.

**Zu 281 10**

Der Allgemeine Hannoversche Klosterfonds erstattet dem Land die Aufwendungen für die Dienstbezüge, Vergütungen und Löhne der bei der Klosterkammer beschäftigten Beamten, Angestellten und Arbeiter sowie der sonstigen veranschlagten Ausgaben.

**Zu 426 03**

Löhne für 5 stundenweise beschäftigte Kräfte im Hausarbeitsdienst.

**Zu 427 01**

Globalmittel zur Deckung eines unabweisbaren Bedarfs (Vertretungsfälle, Sonderaufgaben).

**Zu 427 07**

Beschäftigungsentgelte für 2 Praktikanten (Volontäre) in der Restaurierungswerkstatt der Klosterkammer Hannover.

**Zu 511 13**

Beamte und Angestellte, die zum Tragen der Dienstkleidung verpflichtet sind, erhalten einen Dienstkleidungszuschuss (Aufwandsentschädigung) von 17,38 EUR monatlich.

**Einzelplan 06**    **Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0679**   **Klosterkammer Hannover**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 0679</b>					
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		5.124	3.989	+1.135	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		5.124	3.989	+1.135	
		4 Personalausgaben	–	4.859	3.989	+870	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	–	4	–	+4	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	–	261	–	+261	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	–	5.124	3.989	+1.135	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 0680 Erwachsenenbildung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-9	153	Vermischte Einnahmen		3	3	—	2
119 41-8	153	Rückzahlung von Überzahlungen		153	153	—	79
<b>AUSGABEN</b>							
526 01-3	153	Sachverständige	—	—	—	—	—
633 10-3	152	Finanzhilfe an Einrichtungen auf kommunaler Ebene	—	21.777	21.777	—	22.582
671 10-2	153	Erstattungen an Sonstige im Inland	—	889	885	+4	876
684 01-8	156	Zuschuss zur Förderung der evangelischen Akademie Loccum	—	36	78	-42	66
684 06-9	153	Zuschüsse zu Sondereinrichtungen	—	—	—	—	46
684 10-7	156	Finanzhilfe für Landeseinrichtungen	—	15.454	15.454	—	16.025
684 11-5	152	Finanzhilfe für Heimvolkshochschulen	—	7.218	7.218	—	7.310
684 12-3	156	Finanzhilfe für Landesverbände	—	—	1.138	-1.138	1.181
<b>Abschluss Kapitel 0680</b>							
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		156	156	—	
<b>Summe der Einnahmen</b>					156	156	—
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	—	—	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	45.374	46.550	-1.176	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>				—	45.374	46.550	-1.176
<b>Zuschuss</b>					45.218	46.394	-1.176

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Kapitel 0680**

Die Leistungen des Landes für Einrichtungen der Erwachsenenbildung sind im Nds. Erwachsenenbildungsgesetz (NEBG) geregelt.

Die Titel 633 10, 684 10 und 684 11 enthalten die Finanzhilfen gem. § 4 Abs.1 NEBG für Volkshochschulen, Landeseinrichtungen und Heimvolkshochschulen.

In einer Verordnung nach § 9 Abs. 1 NEBG können von diesen Ansätzen bis zu 1.110.000 EUR für Dachverbandsaufgaben vorbehalten werden und zwar:

Volkshochschulen	544.000 EUR
Heimvolkshochschulen	180.000 EUR
Landeseinrichtungen	386.000 EUR.

**Zu 671 10**

Erstattet werden die Kosten für die Verwaltungsstelle des Niedersächsischen Bundes für Freie Erwachsenenbildung e. V. und die Kosten für die Geschäftsführung der Verwaltungsstelle.

**Zu 684 01**

Freiwilliger Beitrag des Landes zu den Kosten der Tagungen der Evangelischen Akademie Loccum.

**Einzelplan 06    Ministerium für Wissenschaft und Kultur**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Gesamtabschluss Einzelplan 06</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		35.431	40.670	-5.239	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		139.534	134.290	+5.244	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		105.984	118.565	-12.581	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		280.949	293.525	-12.576	
		4 Personalausgaben	320 11.147	79.034	74.595	+4.439	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	— 1.500	13.633	13.868	-235	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	46.472 49.190	1.969.560	1.979.773	-10.213	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	105.168 58.902	157.122	170.158	-13.036	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	-5.227	-10.596	+5.369	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	151.960 120.739	2.214.122	2.227.798	-13.676	
		<b>Zuschuss</b>		1.933.173	1.934.273	-1.100	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur**  
**Kapitel 5061 Darlehen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004 1000 EUR	Ansatz 2005 1000 EUR	Ansatz 2004 1000 EUR	+ = mehr - = weniger 1000 EUR	Ist 2003 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-0		Vermischte Einnahmen		-	-	-	-
119 30-4		Vermischte Einnahmen		-	-	-	-
361 01-6		Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre		-	-	-	0
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61/62</b>		<b>Ausbildungsförderung (BAföG)</b>		(63.629)	(67.126)	(-3.497)	(61.870)
331 61-3		Zuweisungen des Bundes für Schüler (Darlehen)		88	87	+1	84
331 62-1		Zuweisungen des Bundes für Studierende (Darlehen)		41.271	43.545	-2.274	40.231
342 62-3		Zuschüsse Dritter (Darlehen für Studierende und Schüler)		22.270	23.494	-1.224	21.556
<b>AUSGABEN</b>							
546 30-0		Abwicklung offener Posten aus dem Vorjahr	-	-	-	-	-
982 01-0		Übertrag des Bestandes in das Folgejahr	-	-	-	-	-152
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61/62</b>		<b>Ausbildungsförderung (BAföG)</b>	(-)	(63.629)	(67.126)	(-3.497)	(62.022)
863 61-5		Darlehen für Schüler <i>*** Gemäß § 15 Abs. 1 Satz 2 LHO dürfen zurückzuzahlende anteilige Förderungsbeträge für Darlehen einschließlich der anfallenden Zinsen auch nach Schluss des Haushaltsjahres durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.</i>	-	135	134	+1	129
863 62-3		Darlehen für Studierende <i>*** Vgl. Vermerk zu 863 61.</i>	-	63.494	66.992	-3.498	61.893
<b>Abschluss Kapitel 5061</b>							
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		-	-	-	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		63.629	67.126	-3.497	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		63.629	67.126	-3.497	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	-	-	-	-	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	-	63.629	67.126	-3.497	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-	-	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	-	63.629	67.126	-3.497	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Kapitel 5061**

Ab Haushaltsjahr 2002 sind die Einnahmen und Ausgaben der BAföG-Darlehen für Schüler/-innen und Studierende aus dem Kapitel 06 05 ausgegliedert und in die Sonderrechnung im Kapitel 50 61 überführt worden.

Das MWK ist ermächtigt worden, im Einvernehmen mit MF den Landesanteil an den Darlehen nach § 17 Abs. 2 BAföG von der Landestreuhandstelle oder einem Kreditinstitut bereitstellen zu lassen und im Gegenzug den Anteil des Landes an den Darlehensrückflüssen nach § 56 Abs. 2 BAföG abzutreten.

Die Zinszahlungen und evtl. Tilgungsausfälle für die Darlehen sowie der Aufwendersersatz werden im Kapitel 06 05 Titel 661 62 veranschlagt.

**Zu 342 62**

Einnahmen für die Finanzierung des Landesanteils an den BAföG-Darlehen durch die Landestreuhandstelle (LTS).



# **Einzelplan 06**

**Ministerium für Wissenschaft und Kultur**

---

## **Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise**

für das

**Haushaltsjahr 2005**

## Allgemeine Haushaltsvermerke:

### A. Zu den Kapiteln 06 08, 06 13 bis 06 19, 06 22 und 06 23

1. Die Stellen für Akademische Räte/Rätinnen/Akademische Oberräte/-rätinnen/Akademische Direktor(en)/-innen können im Bedarfsfalle mit Zustimmung des MWK auch mit Studienrät(en)/-rätinnen/Oberstudienrät(en)/-rätinnen/Studiendirektor(en)/-innen besetzt werden. Das gleiche gilt im umgekehrten Falle.
2. Die am 1. 1. 2004 mit Angestellten im wissenschaftlichen Dienst – Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses – besetzten Stellen für wissenschaftliche Assistent(en)/-innen – Bes.-Gr. C 1 – dürfen für die Stelleninhaber/-innen bis zu ihrem Ausscheiden in Anspruch genommen werden.  
Bis zu 30 v. H. der Stellen dürfen verwendet werden für wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen, die zugleich zum Zwecke ihrer wissenschaftlichen oder ihrer fachärztlichen Weiterbildung beschäftigt sind (§ 31 Abs. 3 NHG).
3. In den Kap. 06 13 – 06 19 dürfen die Stellen für wissenschaftliche und künstlerische Assistent(en)/-innen – Bes.-Gr. C 1 – in Stellen der Bes.-Gr. C 2 umgewandelt und nach Maßgabe des § 59 NHG (alter Fassung) mit Oberassistent(en)/-innen/Oberingenieur(en)/-innen besetzt werden.
4. Die Sekretärin des/der Präsident(en)/-in (ohne 06 19) ist für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Das gleiche gilt für die Sekretärin der hauptamtlichen Vizepräsidentin/des hauptamtlichen Vizepräsidenten in Kapitel 06 15 und die Vizepräsidentin/den Vizepräsidenten für Verwaltung und Finanzen in Kapitel 06 17.  
Die für die Dauer ihrer Tätigkeit eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.
5. Stellen der Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst – dürfen in folgender Zahl nur mit Lehrer(n)/-innen besetzt werden, die nach Maßgabe der Runderlasse des MWK vom 12. 8. 1998 – 21.3 – 71057 (5) (Nds. MBl. S. 1193) im Rahmen einer Beurlaubung aus dem Schuldienst als wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen in der Lehrerausbildung beschäftigt werden:  
06 13 = 4 Stellen  
06 14 = 2 Stellen  
06 15 = 1 Stelle  
06 17 = 2 Stellen.  
Sofern diese Stellen nicht mit Lehrer(n)/-innen besetzt werden können, findet für sie der Haushaltsvermerk Nr. 6 Anwendung.
6. Freiwerdende Planstellen für Akademische Räte/Rätinnen im Beamtenverhältnis auf Zeit dürfen mit wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern der Verg.-Gr. II a BAT – FwN – besetzt werden. Der Mehrbedarf ist im Einzelfall durch personalwirtschaftliche Maßnahmen auszugleichen.
7. In den Kapiteln 06 13 – 06 19 und 06 22 können freie und freiwerdende Planstellen der Bes.-Gr. C 1 und C 2 (ohne Professorenstellen), sobald die gesetzlichen Voraussetzungen dafür vorliegen, in Planstellen der Bes.-Gr. W 1 für Juniorprofessorinnen und -professoren oder in Stellen der Verg.-Gr. II a oder I b BAT für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach Maßgabe der Funktion der jeweiligen Stelle umgewandelt werden.
8. Freie oder freiwerdende Planstellen von hauptamtlichen Mitgliedern von Hochschulpräsidien sind nach Bes.-Gr. W 3 umzuwandeln.

### B. Zu den Kapiteln 06 08, 06 13 bis 06 19, 06 22, 06 23 und 06 34 – 06 39

1. Zum Abbau des Numerus clausus, zur Förderung der Hochschulstruktur und der Qualität des Studiums dürfen in Kapitel 06 08 bei Titelgruppe 76 für 50 Beschäftigungsmöglichkeiten unbefristete Arbeitsverträge abgeschlossen werden.
2. Bis zu 15 Professoren, die zugleich das Amt eines Richters der Bes.-Gr. R 1 oder R 2 ausüben, erhalten, solange sie beide Ämter bekleiden, die Dienstbezüge aus ihrem Amt als Professor und eine nichtruhegehaltfähige Zulage gemäß Nr. 2 der Vorbemerkungen zur Besoldungsgruppe W.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			1) Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. B 9 LBesO.
			2) Die Stelleninhaber erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
			5) kw.
			6) kw von 0,25 Stellenanteil infolge ZV II.
			7) 1 Stelle kw infolge ZV II.
			8) 5,75 Stellen kw infolge ZV II.
			9) 1 Stelle kw infolge ZV II.
			10) 1 Stelle kw infolge ZV II – realisiert –.
			11) 1 Stelle kw infolge ZV II – realisiert –.
			14) 1 Stelle kw zum Zeitpunkt des Übergangs in die Braunschweiger Stiftung gem. ZV II.
			15) 2 Stellen kw infolge ZV II (§ 109 NBG).
			16) 1 Stelle kw infolge ZV II (§ 109 NBG).
			17) 1 Stelle kw infolge ZV II.
			18) 1 Stelle kw infolge ZV II.
<b>Planmäßige Beamtinnen, Beamte</b>			
Feste Gehälter:			
B 9 <sup>1)</sup>	1	1	Staatssekretärin, Staatssekretär
B 6	3	3	Ministerialdirigentin, Ministerialdirigent
B 3	3	3	Leitende Ministerialrätin, Leitender Ministerialrat
B 3	1	1	Ministerialrätin, Ministerialrat
B 2	10	10	Ministerialrätin, Ministerialrat
Aufsteigende Gehälter:			
A 16	15	15	Ministerialrätin, Ministerialrat
A 15 <sup>6)</sup>	20	18	Direktorin, Direktor
A 14	3	3	Oberrätin, Oberrat
A 13	1	1	Rätin, Rat
A 13	26	26	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 12 <sup>15)</sup>	32	28	Amtsärztin, Amtsarzt
A 11 <sup>7)16)</sup>	13	9	Amtmännin, Amtfrau, Amtmann
A 10 <sup>8)14)</sup>	9	—	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9 <sup>9)</sup>	1	—	Inspektorin, Inspektor
A 9 <sup>2)17)</sup>	2	1	Amtsinspektorin, Amtsinspektor
A 9 b. H. <sup>10)</sup>	—	—	
A 8	2	2	Hauptsekretärin, Hauptsekretär
A 7 <sup>11)</sup>	—	—	Obersekretärin, Obersekretär
A 6 <sup>18)</sup>	2	1	Oberamtsmeisterin, Oberamtsmeister
	144	122	Zusammen
Stellen zu Titel 422 31:			
A 16	—	1	Ministerialrätin, Ministerialrat
A 13	—	2	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
	—	3	Zusammen
Leerstellen <sup>5)</sup> :			
A 16	1	2	Ministerialrätin, Ministerialrat
A 15	3	2	Direktorin, Direktor
A 13	2	1	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 12	1	1	Amtsärztin, Amtsarzt
A 11	—	1	Amtmännin, Amtfrau, Amtmann
A 10	3	—	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9 g. D.	2	—	Inspektorin, Inspektor
	12	7	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Zugang:	Stellen	Abgang:	Stellen
Bes.-Gr. A 15	1	Bes.-Gr. A 15	1
Bes.-Gr. A 15	1	Bes.-Gr. A 15	1
Bes.-Gr. A 15	1	Bes.-Gr. A 10	3
Bes.-Gr. A 15	1	Bes.-Gr. A 10	1
Bes.-Gr. A 15	1	Bes.-Gr. A 9 b. H.	1
Bes.-Gr. A 12	1	Bes.-Gr. A 7	1
Bes.-Gr. A 12	1	Zusammen	8
Bes.-Gr. A 12	2	Bleibt Zugang	22
Bes.-Gr. A 11	1	Abgang bei 42231: Stellen	
Bes.-Gr. A 11	1	Bes.-Gr. A 16	1
Bes.-Gr. A 11	1	Bes.-Gr. A 13	2
Bes.-Gr. A 11	1	Zusammen	3
Bes.-Gr. A 11	1	Leerstellen:	
Bes.-Gr. A 10	3	Zugang:	Stellen
Bes.-Gr. A 10	2	Bes.-Gr. A 15	1
Bes.-Gr. A 10	2	Bes.-Gr. A 13	1
Bes.-Gr. A 10	3,5	Bes.-Gr. A 10	3
Bes.-Gr. A 10	0,5	Bes.-Gr. A 9 g. D.	2
Bes.-Gr. A 10	2	Zusammen	7
Bes.-Gr. A 10	2	Abgang:	Stellen
Bes.-Gr. A 9 g. D.	1	Bes.-Gr. A 16	1
Bes.-Gr. A 9 m. D. Z.	1	Bes.-Gr. A 11	1
Bes.-Gr. A 9 b. H.	1	Zusammen	2
Bes.-Gr. A 7	1	Bleibt Zugang	5
Bes.-Gr. A 6	1		
Zusammen	30		

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			<b>Angestellte<sup>1)</sup></b>
Außer- tariflich <sup>2)</sup> (B 2)	1	1	Verwaltungsdienst
Außer- tariflich <sup>3)</sup> (A 16)	2	2	
I	3	3	
II a	1	—	
IV a	4	3	
IV b <sup>11)</sup>	—	—	
V b <sup>12)</sup> <sup>13)</sup>	2	2	
V c	13	13	
VI b	6	6	
VII <sup>9)</sup>	2	1	
VIII <sup>10)</sup>	1	—	
V b	1	1	Bibliotheks- bzw. Archivdienst
IV a	—	1	Technischer Dienst
IV a	2	2	Datenverarbeitungsdienst
V b <sup>6)</sup>	3	3	Schreib- und Fernschreibdienst
VI b	6	6	
IX b–VII <sup>7)</sup> <sup>14)</sup> <sup>15)</sup>	14	9	
	<b>61</b>	<b>53</b>	<b>Zusammen</b>
			<b>Leerstellen:<sup>8)</sup></b>
Außer- tariflich (A 16)	1	1	Verwaltungsdienst
I	1	—	
I a	2	1	
	<b>4</b>	<b>2</b>	<b>Zusammen</b>

1) Die erste Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers und die erste Vorzimmerkraft der Staatssekretärin/des Staatssekretärs sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert. Sie erhalten eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Vergütungen der Verg.-Gr. V b und IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung werden sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt gleichzeitig.

Die zweite Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers, der Staatssekretärin/des Staatssekretärs und die jeweiligen Sekretärinnen der Abteilungsleiter/-innen sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhalten sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe.

Die vorstehend genannten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der tariflichen Zulage gewährt.

Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

2) ku nach Bes.-Gr. A 16 bei Ausscheiden der Stelleneinhaber.

3) 1 ku nach Bes.-Gr. A 15 oder Verg.-Gr. I a bei Ausscheiden des Stelleneinhabers.

6) Eine Angestellte erhält für ihre Person weiterhin eine übertarifliche Vergütung entsprechend der Regelung für Vorzimmerkräfte.

7) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

8) kw.

9) 1 Stelle kw infolge ZV II.

10) 1 Stelle kw infolge ZV II.

11) 2 Stellen kw infolge ZV II – realisiert –.

12) 1 Stelle kw infolge ZV I (Übernahme v. Bez.Reg. Braunschweig).

13) 1 Stelle kw infolge ZV II – realisiert –.

14) 5 Stellen kw infolge ZV II – realisiert 0,5 –.

15) 1 Stelle darf nur zu 50% in Anspruch genommen werden.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

– Angestellte –

Zugang:	Stellen	Abgang:	Stellen
Verwaltungsdienst Verg.-Gr. II a	1	Verwaltungsdienst Verg.-Gr. IV b	2
	infolge Auflösung der Bez.Reg. Hannover; Aufgabenverlagerung		infolge Umsetzung in das Kapitel 06 78 „Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz“ und Realisierung des HV Nr. 11
Verg.-Gr. IV a	1	Verg.-Gr. V b	1
	infolge Umwandlung einer Stelle Technischer Dienst		infolge Wirksamwerdens des kw-Vermerks Nr. 4 – Realisierung ZV I
Verg.-Gr. IV b	2	Verg.-Gr. V b	1
	infolge Auflösung der Bez.Reg. Braunschweig; Einrichtung einer Stiftung		infolge Umsetzung in das Kapitel 06 78
Verg.-Gr. V b	1		„Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz“ und Realisierung des HV Nr. 13
	infolge Auflösung der Bez.Reg. Braunschweig; ZV I (Umsetzung von A 10)	Verg.-Gr. IX b–VII	(0,5)
Verg.-Gr. V b	1		infolge Umsetzung in das Kapitel 06 78 „Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz“ und Realisierung des HV Nr. 14 zu 0,5 (s. auch HV Nr. 15)
	infolge Auflösung der Bez.Reg. Hannover (ZV II)		
Verg.-Gr. VII	1		
	infolge Auflösung der Bez.Reg. Braunschweig (ZV II)	Technischer Dienst Verg.-Gr. IV a	1
Verg.-Gr. VIII	1		infolge Umwandlung in eine Stelle Verwaltungsdienst
	infolge Auflösung der Querschnittsbereiche der Bez.Reg. Hannover (2), Lüneburg (2), Weser-Ems (1); ZV II		
Verg.-Gr. IX b–VII	5	Zusammen	5
		Bleibt Zugang	8
Zusammen	13		
		Leerstellen:	
		Zugang:	Stellen
		Verg.-Gr. I	1
		Verg.-Gr. I a	1
		Verg.-Gr. VI b	1
		Zusammen	3

**BEDARFSNACHWEISE**

Haushaltsvermerke

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			<b>Arbeiterinnen, Arbeiter</b>
4	4	4	Kraftfahrdienst
4	1	1	Hausmeisterdienst
4	1	1	Druckerin, Drucker
3	3	3	Botendienst
	9	9	Zusammen

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamtinnen, Beamte</b>			1) kw zum 31. 12. 2006.
			2) Davon 6 kw zum 31. 12. 2006.
			3) Davon 2 kw zum 31. 12. 2006.
			4) Davon 6 kw zum 31. 12. 2008.
			5) Bis zum Ausscheiden der Amtsinhaberinnen/Amtsinhaber können Professorinnen/Professoren aus diesen Planstellen nach der BesO C besoldet werden.
			<b>Feste Gehälter:</b>
W 3 <sup>3)</sup>	2	—	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
W 2 <sup>2)5)</sup>	11	—	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
W 2 <sup>3)</sup>	15	—	Universitätsprofessorin auf Zeit, Universitätsprofessor auf Zeit
W 2 <sup>3)4)5)</sup>	28	6	Professorin, Professor
			<b>Aufsteigende Gehälter:</b>
A 15	2	1	Direktorin, Direktor
A 14	1	1	Oberrätin, Oberrat
A 13	2	2	Rätin, Rat
C 4	—	2	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 3	—	8	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 3	—	15	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor auf Zeit
C 3	—	4	Professorin, Professor
C 2	—	3	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2	—	18	Professorin, Professor
C 1 <sup>1)</sup>	20	20	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
	81	80	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

1. 23 Planstellen (Bes.-Gr. W 3 = 2 Universitätsprofessor(en)/-innen; Bes.-Gr. W 2 = 5 [davon 2 Professor(en)/-innen und 3 Universitätsprofessor/-in]; Bes.-Gr. W 2 = 15 Universitätsprofessor(en)/-innen auf Zeit; Bes.-Gr. A 13 = 1 Akademischer Rat/Rätin), sollen für dringliche Maßnahmen zum Abbau des Numerus clausus verwendet werden, um Engpässe zu beseitigen oder zu lindern und um eine kapazitätsrechtlich gebotene Erhöhung des Lehrangebots an den Hochschulen zu gewährleisten, soweit die vorhandene Aufnahmekapazität überschritten wird, weil auf Zulassungsbeschränkungen verzichtet oder ein besonderes Verteilungsverfahren mit Studienplatzgarantie angeordnet worden ist, sowie für Maßnahmen zur Verbesserung der Hochschulstruktur und zur Steigerung der Qualität des Studiums. Die Stellen werden bei nachgewiesenem Bedarf den Hochschulen für die notwendige Dauer der Maßnahme zugewiesen.	Zugang: Bes.-Gr. A 15	Stellen 1	Direktorin, Direktor infolge Rückverlagerung von Kapitel 06 14
2. 51 Planstellen (Bes.-Gr. W 2 = 32 (davon 26 Professor(en)/-innen und 6 Universitätsprofessor(en)/-innen; Bes.-Gr. C 1 = 19 Wiss. Assistentinnen/Wiss. Assistenten) stehen für die Nachfolgeaktivitäten des HSP III mit den Teilprogrammen a) Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre, b) Förderung der Entwicklung von Fachhochschulen und c) Förderung struktureller Innovationen im Hochschulbereich zur Verfügung.	Bes.-Gr. W 3 Bes.-Gr. W 2 Bes.-Gr. W 2 Bes.-Gr. W 2 Zusammen	Stellen 2 11 15 22 51	Zugang gemäß Artikel 2 des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung hochschulrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 11. 12. 2002 (Nds. GVBl. S. 768) Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor gegen Fortfall von Planstellen der Bes.-Gr. C 4 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor gegen Fortfall von Planstellen der Bes.-Gr. C 3 (8) und Bes.-Gr. C 2 (3) Universitätsprofessorin auf Zeit, Universitätsprofessor auf Zeit gegen Fortfall von Planstellen der Bes.-Gr. C 3 Professorin, Professor gegen Fortfall von Planstellen der Bes.-Gr. C 3 (4) und Bes.-Gr. C 2 (18)
3. 5 Planstellen (Bes.-Gr. A 15 = 1 Akademische Direktorin/Akademischer Direktor; Bes.-Gr. A 14 = 1 Oberrätin/Oberrat; Bes.-Gr. A 13 = 1 Akademische Rätin/Akademischer Rat; Bes.-Gr. W 2 = 1 Universitätsprofessor/-in; Bes.-Gr. C 1 = 1 Wissenschaftliche Assistentin/Wissenschaftlicher Assistent) stehen im Rahmen der Innovationsoffensive in der Titelgruppe 74 zur Verfügung.	Bes.-Gr. C 4 Bes.-Gr. C 3 Bes.-Gr. C 3 Bes.-Gr. C 3 Bes.-Gr. C 2 Bes.-Gr. C 2 Zusammen Bleibt Zugang	Stellen 2 8 15 4 3 18 50 1	Abgang gemäß Artikel 2 des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung hochschulrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 11. 12. 2002 (Nds. GVBl. S. 768) Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor gegen Schaffung von Planstellen der Bes.-Gr. W 3 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor gegen Schaffung von Planstellen der Bes.-Gr. W 2 Universitätsprofessorin auf Zeit, Universitätsprofessor auf Zeit gegen Schaffung von Planstellen der Bes.-Gr. W 2 Professorin, Professor gegen Schaffung von Planstellen der Bes.-Gr. W 2 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor gegen Schaffung von Planstellen der Bes.-Gr. W 2 Professorin, Professor gegen Schaffung von Planstellen der Bes.-Gr. W 2

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte<sup>1)</sup></b>			<sup>1)</sup> Die Stellen des Forschungspools dürfen nur in Anspruch genommen werden für Personal, das im Bereich der Forschung tätig ist. <sup>2)</sup> 1 Stelle steht nur für eine befristete Beschäftigung bei der ZEvA (Abt. Akkreditierung) zur Verfügung.
I	1	1	
I a	4	4	
I b <sup>2)</sup>	3	4	
II a	2	2	
IV a	1	1	
V c	1	1	
VI b	4	4	
VII	1	1	
I b	9	9	Wissenschaftlicher Dienst
II a <sup>2)</sup>	26	26	
II a	40	41	(Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses)
II a	1	—	Lektor
IV a	2	2	Technischer Dienst
IV b	1	1	
V b	1	1	
	97	98	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**- Angestellte -**

- 56 Stellen (Wissenschaftlicher Dienst: Verg.-Gr. I b = 7, Verg.-Gr. II a = 18, Verg.-Gr. II a [Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses] = 31) sollen im Rahmen eines Forschungspools zentral bewirtschaftet werden. Damit soll ermöglicht werden, Hochschuleinrichtungen, in denen im besonderen Maße Forschungsaufgaben wahrgenommen werden, kurzfristig zusätzliche Stellen zuzuweisen.
- 9 Stellen sind für die Zentrale Evaluations- und Akkreditierungsagentur der niedersächsischen Hochschulen (ZEvA) veranschlagt, davon 5 Stellen (Verwaltungsdienst: Verg.-Gr. I = 1, Verg.-Gr. IV a = 1, Verg.-Gr. VI b = 1, Wissenschaftlicher Dienst: Verg.-Gr. I b = 1, Verg.-Gr. II a = 1) für die Abteilung Evaluation und 4 Stellen (Verwaltungsdienst: Verg.-Gr. VI b = 1; Wissenschaftlicher Dienst: Verg.-Gr. I b = 1; Verg.-Gr. II a = 2) für die Abteilung Akkreditierung.  
Die Mittel sind in dem Ansatz bei Kapitel 06 08 Titel 682 75 enthalten.

Zugang:	Stellen
Lektor	
Verg.-Gr. II a	1 infolge Rückverlagerung von Kapitel 06 10
Abgang:	Stellen
Verwaltungsdienst	
Verg.-Gr. I b	1 für die EU-Hochschulbüros infolge Verlagerung nach Kapitel 06 10
(Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses)	
Verg.-Gr. II a	1 für die Wissenschaftliche Kommission des Landes Niedersachsen infolge Verlagerung nach Kapitel 06 02
Zusammen	2
Bleibt Abgang	1

- In den o. a. Stellen sind für die 3 EU-Hochschulbüros enthalten:

West	Mitte	Ost
I a = 1	I a = 1	I a = 1
I b = 1	I b = 1	I b = 1
II a = 1	II a = 1	
VI b = 1	VI b = 1	VI b = 0,5

Die Mittel sind in Kap. 06 08 Titel 682 03 veranschlagt.

- 7 Stellen (Wissenschaftlicher Dienst: Verg.-Gr. II a = 5 und Technischer Dienst: Verg.-Gr. IV a = 2) stehen für die Nachfolgeaktivitäten des HSP III (vgl. Erläuterungen zum Stellenplan) zur Verfügung.
- Insgesamt 14 Stellen (Verwaltungsdienst: Verg.-Gr. V c = 1, Verg.-Gr. VII = 1; Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses: Verg.-Gr. II a = 9 – davon eine mit 30 Stunden/Woche –, Lektor: Verg.-Gr. II a = 1, Technischer Dienst: Verg.-Gr. IV b = 1, Verg.-Gr. V b = 1) stehen im Rahmen der Innovationsoffensive in der Titelgruppe 74 zur Verfügung.
- 1 Stelle steht für übergreifende EU-Angelegenheiten zur Verfügung.

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Arbeiterinnen, Arbeiter</b>			
8	1	1	Handwerklicher Dienst
	1	1	Zusammen

Einzelplan 06    Ministerium für Wissenschaft und Kultur  
Kapitel    06 10    Georg-August-Universität Göttingen, Stiftung öffentlichen Rechts

---

Erläuterungen

---

Die Georg-August-Universität Göttingen Stiftung öffentlichen Rechts ist seit 1. 1. 2003 Stiftung, deshalb werden Stellenplan und Stellenübersichten im Landeshaushalt nicht mehr ausgebracht.

Einzelplan 06    Ministerium für Wissenschaft und Kultur  
Kapitel    06 12    Stiftung Universität Göttingen – Bereich Humanmedizin

---

Erläuterungen

---

Die Universität Göttingen ist seit dem 1. 1. 2003 Stiftung; deshalb werden Stellenplan und Stellenübersicht im Landeshaushalt nicht mehr ausgebracht.

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2005	2004		
			<b>Planmäßige Beamtinnen, Beamte<sup>1)</sup></b>	
			Feste Gehälter:	
B 5	1	1	Präsidentin, Präsident	Erste(r) Vizepräsident/-in 63,91 EUR mtl.
B 2	1	1	Vizepräsidentin, Vizepräsident	Zweite(r) Vizepräsident/-in 63,91 EUR mtl. 11 Dekan(e)/-innen je 63,91 EUR mtl.
W 3 <sup>2)</sup> 3 <sup>6)</sup> 10)	107	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor	2) 1 kw zum 31. 12. 2008.
W 2 <sup>8)</sup> 10)	90	—	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor	3) 1 kw bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/ -in für den Fachbereich 6. 1 kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers (Fachbereich Soziologie).
W 1	12	6	Professorin, Professor, als Juniorprofessorin, Juniorprofessor	4) davon 5 ku nach Bes.-Gr. C 1 bei Ausscheiden der Stelleninhaber (2 Fachbereich Sozialwissenschaften, 1 Fachbereich Mathematik, 1 Fachbereich Physik, 1 Fachbereich Literatur- und Sprachwissenschaften).
			<b>Aufsteigende Gehälter:</b>	5) ku nach Maßgabe des noch festzulegenden Bedarfs gem. HV Nr. 9 der Allgemeinen Haushaltsvermerke zu den Kap. 0610 – 0630 (Fassung 2002/2003).
A 16	1	1	Leitende Direktorin, Leitender Direktor	6) 1 kw zum 31. 3. 2006.
A 15	13	13	Direktorin, Direktor	7) Universitätsprofessor/-in im Rahmen der Kooperation mit dem Forschungszentrum Geesthacht GmbH (GKSS).
A 14	19	19	Oberrätin, Oberrat	8) 1 kw bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/ -in für den Fachbereich 6 (Stellen-Nr. 698).
A 13	42	43	Rätin, Rat	9) – Frei –.
A 13	3	3	Oberamtsrätin, Oberamtsrat	10) Bis zum Ausscheiden der Amtsinhaberinnen/ Amtsinhaber können Professorinnen/Professoren aus diesen Planstellen nach der BesO C besoldet werden. Dies gilt auch für im Rahmen des HOK versetzte Professorinnen/Professoren, soweit sie in der BesO C verbleiben.
A 12	4	3	Amtsärztin, Amtsarzt	11) – Frei –.
A 11	8	8	Amtmännin/-frau, Amtmann	12) – Frei –.
A 10 <sup>16)</sup>	12	13	Oberinspektorin, Oberinspektor	13) Leiter des Zentrums für Marine Biodiversitätsforschung im Rahmen eines gemeinsamen Berufungsverfahren mit der Universität Oldenburg.
A 9	13	13	Inspektorin, Inspektor	14) kw.
A 8	1	1	Hauptsekretärin, Hauptsekretär	15) – Frei –.
A 7	4	4	Obersekretärin, Obersekretär	16) Davon darf eine Stelle nur für die Personalrattätigkeit verwendet werden (Bibliotheksdienst).
A 6	6	6	Sekretärin, Sekretär	
C 4	—	109	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor	
C 3	—	88	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor	
C 2	—	3	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor	
C 2 <sup>4)</sup>	9	7	Oberassistentin, Oberassistent	
C 2 <sup>5)</sup>	22	23	Hochschuldozentin, Hochschuldozent	
C 1	29	36	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent	
	397	402	Zusammen	
			Stellen nach § 15 der Sonderurlaubsverordnung:	
C 4	—	2	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor	
			<b>Leerstellen:</b>	
W 2 <sup>7)</sup>	1	—	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor	
A 15	1	1	Direktorin, Direktor	
A 9	2	2	Inspektorin, Inspektor	
C 4 <sup>13)</sup>	1	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor	
C 3 <sup>14)</sup>	1	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor	
	6	5	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Zugang:	Stellen	noch Zugang: Übertrag	Stellen 200
Bes.-Gr. W 3	1	Bes.-Gr. C 2	1
Bes.-Gr. W 3	105	Bes.-Gr. C 2	1
Bes.-Gr. W 2	87	Bes.-Gr. C 1	5
Bes.-Gr. W 2	3	Bes.-Gr. C 1	2
Bes.-Gr. W 1	6	Bes.-Gr. A 13	1
Bes.-Gr. C 2	2	Bes.-Gr. A 10	1
Bes.-Gr. C 2	1	Zusammen	211
Bes.-Gr. A 12	1	Bleibt Abgang	5
Zusammen	206	Stellen nach § 15 Sonderurlaubsverordnung	
Abgang:	Stellen	Abgang:	Stellen
Bes.-Gr. C 4	2	Bes.-Gr. C 4	2
Bes.-Gr. C 4	2	Zusammen	2
Bes.-Gr. C 4	105	Leerstellen:	
Bes.-Gr. C 3	1	Zugang:	Stellen
Bes.-Gr. C 3	87	Bes.-Gr. W 2	1
Bes.-Gr. C 2	3	Zusammen	1
		Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus den folgenden Besoldungsgruppen zuzuordnen:	
		Bes.-Gr. A 15	Direktorin, Direktor davon 10 Akademische Direktorin, Akademischer Direktor
		Bes.-Gr. A 14	Oberrätin, Oberrat davon 14 Akademische Oberrätin, Akade- mischer Oberrat und 1 Medizinaloberrätin, Medizinaloberrat
		Bes.-Gr. A 13	Rätin, Rat davon 37 Akademische Rätin, Akademischer Rat
		<b>Erläuterungen zu den Haushaltsvermerken:</b>	
		Der Haushaltsvermerk Nr. 9 (2 kw gemäß § 9 Abs. 2 HG 1995/1996 i. d. F. des Hochschulstrukturkonzeptes davon 1 zum 31. 12. 2004 Fachbereich 9 Chemie (Stellen-Nr. 449) 1 zum 31. 12. 2004 Fachbereich 3 Raumplanung (Stellen-Nr. 295)) ist vollzogen worden.	
		Der Haushaltsvermerk Nr. 11 (kw zum 31. 12. 2004 davon 1 Bes.-Gr. C 4 Universitätsprofessor/-in für den FB 3 Soziologie 1 Bes.-Gr. C 4 Universitätsprofessor/-in für den FB 3 Raumplanung) ist vollzogen worden.	
		Der Haushaltsvermerk Nr. 12 (kw gemäß § 9 Abs. 2 HG 1995/1996 i. d. F. des Hochschulstruktur-Konzeptes 1 zum 31. 12. 2004 Fachbereich 3 Raumplanung (Stellen-Nr. 221)) ist vollzogen worden.	

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			<b>Planmäßige Beamtinnen, Beamte<sup>1)</sup></b>
			Feste Gehälter:
B 5	1	1	Präsidentin, Präsident
W 3	3	1	Vizepräsidentin, Vizepräsident
W 3 <sup>2)3)5)</sup>	112	4	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
W 2 <sup>2)</sup>	79	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
W 1	19	19	Juniorprofessorin, Juniorprofessor
			Aufsteigende Gehälter:
A 16	1	1	Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 15	11	12	Direktorin, Direktor
A 14	27	26	Oberrätin, Oberrat
A 13 <sup>10)</sup>	28	28	Rätin, Rat
A 13	3	3	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 12	5	5	Amtsärztin, Amtsarzt
A 11	5	5	Amtmännin/-frau, Amtmann
A 10	15	15	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	11	11	Inspektorin, Inspektor
A 8	2	2	Hauptsekretärin, Hauptsekretär
A 7	5	5	Obersekretärin, Obersekretär
A 6	4	4	Sekretärin, Sekretär
C 4 <sup>4)</sup>	—	106	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 3	—	75	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2	—	2	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2 <sup>6)</sup>	17	17	Hochschuldozentin, Hochschuldozent
C 2 <sup>7)</sup>	1	1	Hochschuldozentin (auf Zeit), Hochschuldozent (auf Zeit)
C 2 <sup>7)</sup>	10	10	Oberassistentin, Oberassistent
C 1	28	27	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
	387	381	Zusammen
			Stellen nach § 15 der Sonderurlaubsverordnung:
A 13	—	1	Rätin, Rat
	—	1	Zusammen
			Leerstellen <sup>11)</sup> :
C 4	1	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 3	1	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
A 13	1	1	Rätin, Rat
A 10	1	1	Oberinspektorin, Oberinspektor
	4	4	Zusammen

Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.

- <sup>1)</sup> Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten, soweit sie Ämter der BesO A, B oder C innehaben, für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:  
 Erste(r) Vizepräsident/-in 63,91 EUR mtl.  
 Zweite(r) Vizepräsident/-in 63,91 EUR mtl.  
 10 Dekan(e)/-innen je 63,91 EUR mtl.
- <sup>2)</sup> Bis zum Ausscheiden der Amtsinhaberinnen/Amtsinhaber können Professorinnen/Professoren aus diesen Planstellen nach der BesO C besoldet werden. Dies gilt auch für im Rahmen des HOK versetzte Professorinnen/Professoren, soweit sie in der BesO C verbleiben.
- <sup>3)</sup> davon 2 kw spätestens 31. 12. 2008 (ohne monetäre Auswirkung).
- <sup>4)</sup> 1 kw für den Fachbereich Mathematik/Informatik bei Ausscheiden des Stelleninhabers/der Stelleninhaberin (Prof. Bruns).  
 1 kw (IMIS) zum 31. 1. 2008.
- <sup>5)</sup> 1 kw zum 28. 09. 2008 für den FB 8 (Auslaufen der Finanzierung).  
 2 kw für den FB 10 (Öffentl. Recht/Bürgerl. Recht) nach Auslaufen der Finanzierung durch Dritte.  
 1 kw (Stiftungsprofessur) für den FB 9 nach Fortfall der Stiftungsmittel.
- <sup>6)</sup> 11 ku nach Maßgabe des noch festzulegenden Bedarfs gem. HV Nr. 12 Abs. 2 der Allgemeinen Haushaltsvermerke.  
 1 kw spätestens zum 1. 4. 2009 – EZW –.
- <sup>7)</sup> ku nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche Assistent(en)/-innen – bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen, 1 Fachbereich Kultur- und Geowissenschaften, 1 Fachbereich Physik, 1 FB Mathematik/Informatik, 1 FB Psychologie, 1 FB Erziehungs- und Kulturwissenschaften).
- <sup>10)</sup> 1 kw bei Ausscheiden des/der Stelleninhabers/-in. Medizinalrätin, Medizinalrat.
- <sup>11)</sup> kw.

Erläuterungen zum Stellenplan

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

			Abgang:	Stellen	
			Bes.-Gr. A 15	1	Direktorin, Direktor für den FB Erziehungs- und Kulturwissenschaften infolge Verlagerung nach Kapitel 06 08 (Vollzug HV Nr. 20)
Zugang:	Stellen				
Bes.-Gr. W 3	2	neu			
Bes.-Gr. W 3	1	Vizepräsidentin, Vizepräsident			
Bes.-Gr. W 3	1	neue Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor			
Bes.-Gr. W 3	1	Stiftungsprofessur „Biochemie“ für den FB Biologie/Chemie	Abgang gemäß Artikel 2 des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung hochschulrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 11. 12. 2002 (Nds. GVBl. S 768)		
Bes.-Gr. W 3	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für den FB Kultur- und Geowissenschaften infolge Verlagerung von Kapitel 06 18	Bes.-Gr. C 4	106	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor nach Bes.-Gr. W 3 – Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor nach Bes.-Gr. W 2
Bes.-Gr. W 2	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für den FB Kultur- und Geowissenschaften infolge Verlagerung von Kapitel 06 18	Bes.-Gr. C 3	75	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor nach Bes.-Gr. W 2 – Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor nach Bes.-Gr. W 2
Bes.-Gr. A 14	1	Oberrätin, Oberrat für die Verwaltung infolge Verlagerung von Kapitel 06 18	Bes.-Gr. C 2	2	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor nach Bes.-Gr. W 2 – Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor –
Bes.-Gr. C 1	1	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent für den FB Kultur- und Geowissenschaften infolge Verlagerung von Kapitel 06 18	Zusammen	184	
			Bleibt Zugang	6	
			Stellen nach § 15 der Sonderurlaubsverordnung		
			Abgang:	Stellen	
			Bes.-Gr. A 13	1	Rätin, Rat für den FB Biologie/Chemie (Vollzug HV Nr. 8)
Zugang gemäß Artikel 2 des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung hochschulrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 11. 12. 2002 (Nds. GVBl. S 768)			Zusammen	1	
Bes.-Gr. W 3	106	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor von Bes.-Gr. C 4 – Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor –			
Bes.-Gr. W 2	75	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor von Bes.-Gr. C 3 – Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor –	Sonstige Veränderungen:		
Bes.-Gr. W 2	2	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor von Bes.-Gr. C 2 – Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor –	Der HV Nr. 8 (kw für den FB Biologie/Chemie (31. 12. 2004) im Rahmen des Hochschulstrukturkonzepts.) ist vollzogen.		
Zusammen	190		Der HV Nr. 20 (1 kw zum 31. 12. 2004 (bei Inkrafttreten: Verlagerung nach 06 08 TGr. 74 im Rahmen der Innovationsoffensive.) ist vollzogen.		
			<b>Zusätzliche Erläuterungen:</b>		
			Von den Planstellen entfallen auf die Funktionsgruppe „gehobener technischer Verwaltungsdienst“ nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 23. 12. 1997, BGBl. S. 2162, in der jeweils geltenden Fassung:		
			Bes.-Gr. A 12		Amtsärztin, Amtsrat
					davon
			Bes.-Gr. A 10		1 Bauamtsärztin, Bauamtsrat
					Oberinspektorin, Oberinspektor
					davon
					1 Technische Oberinspektorin, Technischer Oberinspektor
			Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus den folgenden Besoldungsgruppen zuzuordnen:		
			Bes.-Gr. A 15		Direktorin, Direktor
					davon
					8 Akademische Direktorinnen, Akademische Direktoren
			Bes.-Gr. A 14		Oberrätin, Oberrat
					davon
					24 Akademische Oberrätinnen, Akademische Oberräte
			Bes.-Gr. A 13		Rätin, Rat
					davon
					24 Akademische Rätinnen, Akademische Räte
					1 Medizinalärztin, Medizinalrat

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamtinnen, Beamte<sup>1)</sup></b>			
B 6	—	1	Feste Gehälter:
B 3	—	1	Präsidentin, Präsident
			Hauptamtliche Vizepräsidentin, Hauptamtlicher Vizepräsident
W 3	1	—	Präsidentin, Präsident
W 3	1	—	Hauptamtliche Vizepräsidentin, Hauptamtlicher Vizepräsident
W 3 <sup>3)</sup> <sup>8)</sup>	140	—	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
W 2 <sup>3)</sup>	94	4	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
W 1	6	1	Juniorprofessur
			<b>Aufsteigende Gehälter:</b>
A 16	2	2	Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 15 <sup>18)</sup>	29	29	Direktorin, Direktor
A 14 <sup>2)</sup>	65	67	Oberrätin, Oberrat
A 13 <sup>4)</sup> <sup>5)</sup>	72	72	Rätin, Rat
A 13	4	4	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 12	4	4	Amtsärztin, Amtsarzt
A 11 <sup>7)</sup>	10	10	Amtmännin, -frau, Amtmann
A 10	12	12	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	9	9	Inspektorin, Inspektor
A 8	1	1	Hauptsekretärin, Hauptsekretär
A 7	2	2	Obersekretärin, Obersekretär
A 6	1	1	Sekretärin, Sekretär
C 4	—	140	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 3	—	88	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2	—	4	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2 <sup>12)</sup>	6	8	Hochschuldozentin, Hochschuldozent
C 2 <sup>14)</sup>	9	9	Oberingenieurin, Oberingenieur
C 1	111	114	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
	<b>579</b>	<b>583</b>	<b>Zusammen</b>
			<b>Leerstellen:<sup>15)</sup></b>
A 13	1	1	Rätin, Rat
A 10	—	1	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	2	1	Inspektorin, Inspektor
C 4	—	13	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 3	—	2	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
W 3 <sup>3)</sup>	13	—	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
W 2 <sup>3)</sup>	3	—	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
W 1	3	3	Juniorprofessur
	<b>22</b>	<b>21</b>	<b>Zusammen</b>
			1) Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten, soweit sie Ämter der BesO A oder C innehaben, für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen: Zweite(r) und Dritte(r) Vizepräsident(-in je 127,82 EUR mtl. 10 Dekan(e)-innen je 63,91 EUR mtl. 2 Leiter/-innen gemeinsamer Kommissionen je 63,91 EUR mtl.
			2) 1 ku nach Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst (Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses) – bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen (Institut für Analysis – EDV-Nr. 1723). 1 kw spätestens zum 1. 10. 2005 –EZW – (Historisches Seminar 2330)
			3) Bis zum Ausscheiden der Amtsinhaberinnen/Amtsinhaber können Professorinnen/Professoren aus diesen Planstellen nach der BesO C besoldet werden. Dies gilt auch für im Rahmen des HOK versetzte Professorinnen/Professoren, soweit sie in der BesO C verbleiben.
			4) 3 ku nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche Assistent(en)/-innen – bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen (Institut für Geographie und Geoökologie/Institut für Genetik/Institut für Biochemie und Biotechnologie). 1 ku nach Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst (Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses) – bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in (Institut für Geographie und Geoökologie).
			5) 1 ku nach Bes.-Gr. W 2 bei Ausscheiden der/des Stelleninhaber/-s für das Institut für Datentechnik und Kommunikationsnetze. (Zuzüglich Fortfall 1/4 BAT II a.)
			6) – Frei –.
			7) – Frei –.
			8) 1 kw (Stiftungsprofessur) zum 31. 05. 2010 für Bauwerkserhaltung und Tragwerk im Fachbereich Bauingenieurwesen.
			9) – Frei –.
			10) – Frei –.
			11) – Frei –.
			12) 4 ku nach Bes.-Gr. C 1 nach Maßgabe des noch festzulegenden Bedarfs gem. Nr. 12 Abs. 2 der Allgemeinen Haushaltsvermerke (Fassung 2001) (Institut für Analysis Nr. 353, Institut für Theoretische Informatik Nr. 355, 2 für das Institut für Sozialarbeitswissenschaften Nrn. 362, 363).
			13) – Frei –.
			14) 8 ku nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche Assistenten/-innen – bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen (Institut für Anorganische und Analytische Chemie Nr. 310/Zoologisches Institut Nr. 351/Institut für elektrische Maschinen, Antriebe und Bahnen Nr. 136/Seminar für Deutsche Sprache und Literatur Nr. 352, Institut für Analysis Nr. 348, Institut für organische Chemie Nr. 307, Institut für Pflanzenbiologie Nr. 350, Institut für Biochemie und Biotechnologie Nr. 78).

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			15) 1 Stelle W 3, 1 Stelle A 13 und 2 Stellen A 9 kw. 12 Leerstellen der Bes.-Gr. W 3 – Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor – dürfen nur zur Durchführung eines gemeinsamen Berufungsverfahrens in Anspruch genommen werden, davon 5 durch die Technische Universität Braunschweig und die Gesellschaft für Biotechnologische Forschung 1 durch die TU Braunschweig und das Georg-Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung (GEI) 2 durch die Technische Universität Braunschweig und die Fraunhofer-Gesellschaft 1 durch die Technische Universität Braunschweig und die Deutsche Sammlung von Mikroorganismen und Zellkulturen GmbH 3 durch die Technische Universität Braunschweig und das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR). 1 Leerstelle der Bes.-Gr. W 2 – Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor – darf nur zur Durchführung eines gemeinsamen Berufungsverfahrens durch die Technische Universität Braunschweig und die Physikalisch Technische Bundesanstalt (PTB) in Anspruch genommen werden 2 Leerstellen der Bes.-Gr. W 2 – Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor – dürfen nur zur Durchführung eines gemeinsamen Berufungsverfahrens in Anspruch genommen werden. davon 1 durch die Technische Universität Braunschweig und das Geo Forschungszentrum (GFZ) Potsdam und 1 durch die Technische Universität Braunschweig und das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR). 3 Leerstellen der Bes.-Gr. W 1 – Juniorprofessur – dürfen durch die TU Braunschweig nur zur Durchführung eines gemeinsamen Berufungsverfahrens mit der Gesellschaft für Biologische Forschung (GBF) in Anspruch genommen werden.
			16) – Frei –.
			17) – Frei –.
			18) – Frei –.

Erläuterungen zum Stellenplan

– Planmäßige Beamte/-innen –

Zugang infolge Wirksamwerden der ku-Vermerke:

Bes.-Gr.	Stellen	Stellenbezeichnung	Bes.-Gr.	Stellen	Stellenbezeichnung
Bes.-Gr. C 1	1	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent von Bes.-Gr. C 2 Hochschuldozentin, Hochschuldozent	Bes.-Gr. W 3	1	Präsidentin, Präsident von Bes.-Gr. B 6
			Bes.-Gr. W 3	1	Hauptamtliche Vizepräsidentin, Hauptamtlicher Vizepräsident von Bes.-Gr. B 3
Zusammen	1		Bes.-Gr. W 3	140	Hauptamtliche Vizepräsidentin, Hauptamtlicher Vizepräsident Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor von Bes.-Gr. C 4
			Bes.-Gr. W 2	87	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor von Bes.-Gr. C 3
			Bes.-Gr. W 2	3	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor von Bes.-Gr. C 2
			Bes.-Gr. W 1	5	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
					Juniorprofessur davon 1 von Bes.-Gr. C 2 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor 4 von Bes.-Gr. C 1 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
			Zusammen	237	

Erläuterungen zum Stellenplan

**- Noch Planmäßige Beamte/-innen -**

Abgang infolge Wirksamwerden der kw-Vermerke:		Leerstellen:	Abgang gemäß § 88 NBG i. V. m. § 1 ErzUrlVO:
	Stellen		Stellen
Bes.-Gr. C 3	1	Bes.-Gr. A 10	1
Bes.-Gr. C 2	1	Zusammen	1
Bes.-Gr. A 14	2		
Zusammen	4		
Abgang infolge Wirksamwerden der ku-Vermerke:		Abgang infolge Umwandlung von Planstellen gemäß Artikel 2 Gesetz zur Ergänzung und Änderung hochschul- und besoldungs- rechtlicher Vorschriften vom 11. 12. 2002:	
	Stellen		Stellen
Bes.-Gr. C 2	1	Bes.-Gr. C 4	13
Zusammen	1	Bes.-Gr. C 3	2
		Zusammen	15
Abgang infolge Umwandlung von Planstellen gemäß Artikel 2 Gesetz zur Ergänzung und Änderung hochschul- und besoldungs- rechtlicher Vorschriften vom 11. 12. 2002:		Bleibt Zugang	1
	Stellen	Von den Planstellen entfällt auf die Funktionsgruppe „höherer technischer Verwaltungsdienst“ nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 23. 12. 1971, EGBL. S. 2162, in der jeweils geltenden Fassung:	
Bes.-Gr. B 6	1	Bes.-Gr. A 15	1
Bes.-Gr. - B 3	1		
Bes.-Gr. C 4	140		
Bes.-Gr. C 3	87		
Bes.-Gr. C 2	4		
Bes.-Gr. C 1	4		
Zusammen	237		
Bleibt Abgang	4		
Leerstellen:		Nicht der Allgemeinen Obergrenzen sind aus den folgenden Besol- dungsgruppen zuzuordnen:	
Zugang infolge gem. Berufungsverfahren mit der PTB:			Stellen
Bes.-Gr. W 2	1	Bes.-Gr. A 15	29
Zusammen	1		
Zugang gemäß § 88 NBG i. V. m. § 1 ErzUrlVO:			
	Stellen	Bes.-Gr. A 14	67
Bes.-Gr. A 9	1		
Zusammen	1	Bes.-Gr. A 13	73
Zugang infolge Umwandlung von Planstellen gemäß Artikel 2 Gesetz zur Ergänzung und Änderung hochschul- und besoldungs- rechtlicher Vorschriften vom 11. 12. 2002:			
	Stellen		
Bes.-Gr. W 3	13		
Bes.-Gr. W 2	2		
Zusammen	15		

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.
			<sup>1)</sup> Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten, soweit sie Ämter der BesO A, B oder C innehaben, für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:
			2 Vizepräsidenten/-innen je 63,91 EUR monatlich
			4 Dekane/-innen je 63,91 EUR monatlich
			2 Leiter/-innen gemeinsamer Kommissionen je 63,91 EUR monatlich
			<sup>2)</sup> 1 kw bei Ausscheiden des Stelleninhabers/der Stelleninhaberin zum 31. 3. 2005.
			<sup>3)</sup> 1 kw bei Ausscheiden des Stelleninhabers/der Stelleninhaberin zum 31. 12. 2009.
			<sup>4)</sup> Bis zum Ausscheiden der Amtsinhaberinnen/Amtsinhaber können Professorinnen/Professoren aus diesen Planstellen nach der BesO C besoldet werden. Dies gilt auch für im Rahmen des HOK versetzte Professorinnen/Professoren, soweit sie in der BesO C verbleiben.
			<sup>5)</sup> Für ein gemeinsames Berufungsverfahren (Direktor des Forschungsinstituts für angewandte Geowissenschaften/Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben – GGA).
			<sup>6)</sup> – Frei –.
			<sup>7)</sup> kw.
			<sup>8)</sup> – Frei –.
			<sup>9)</sup> Davon 1 (A 14/A13) ku nach Verg.-Gr. II a BAT FWN bei Ausscheiden des Stelleninhabers/der Stelleninhaberin (Institut für Schweißtechnik und Trennende Fertigungsverfahren).
			<sup>10)</sup> ku nach Maßgabe des noch festzulegenden Bedarfs gem. HV Nr. 9 Abs. 2 der Allgemeinen Haushaltsvermerke (Fassung 2003).
			<sup>11)</sup> Abteilungsleiter Chemische Prozesse für ein Gemeinsames Berufungsverfahren mit der CUTEK-GmbH.
<b>Planmäßige Beamtinnen, Beamte<sup>1)</sup></b>			
Feste Gehälter:			
W 3	1	1	Präsidentin, Präsident
W 3 <sup>4)</sup>	52	—	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
W 2 <sup>4)</sup>	35	—	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
W 1	7	7	Juniorprofessur
Aufsteigende Gehälter:			
A 16	1	1	Vizepräsident(in)
A 16	1	1	Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 15	11	11	Direktorin, Direktor
A 14 <sup>9)</sup>	29	29	Oberrätin, Oberrat
A 13 <sup>2)</sup> 3)9)	7	9	Rätin, Rat
A 13	2	2	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 12	3	3	Amtsärztin, Amtsarzt
A 11	4	4	Amtmännin/-frau, Amtmann
A 10	6	6	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	2	2	Inspektorin, Inspektor
A 8	1	1	Hauptsekretärin, Hauptsekretär
C 4	—	52	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 3	—	35	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2 <sup>10)</sup>	1	2	Hochschuldozentin, Hochschuldozent
C 2	—	2	Oberassistentin, Oberingenieurin/ Oberassistent, Oberingenieur
C 1	13	24	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
	176	192	Zusammen
Leerstellen: <sup>7)</sup>			
A 10	1	1	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	1	1	Inspektorin, Inspektor
C 4	—	1	Universitätsprofessorin (auf Zeit), Universitätsprofessor (auf Zeit)
C 3	—	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
W 3 <sup>4)</sup> 5)	1	—	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
W 2 <sup>4)</sup> 11)	1	—	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
	4	4	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

– Planmäßige Beamte/-innen –

Zugang infolge Umwandlung von Planstellen gemäß Artikel 2 Gesetz zur Ergänzung und Änderung hochschul- und besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 11. 12. 2002:

	Stellen	
Bes.-Gr. W 3	52	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor von Bes.-Gr. C 4
Bes.-Gr. W 2	35	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor von Bes.-Gr. C 3 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
Zusammen	87	

Abgang infolge Wirksamwerdens der ku-Vermerke:

	Stellen	
Bes.-Gr. C 2	1	Hochschuldozentin, Hochschuldozent nach Verg.-Gr. II a BAT FwN
Bes.-Gr. C 2	1	Oberassistentin, Oberassistent Oberingenieurin, Oberingenieur nach Verg.-Gr. I b BAT
Bes.-Gr. C 2	1	Wissenschaftlicher Dienst Oberassistentin, Oberassistent Oberingenieurin, Oberingenieur nach Verg.-Gr. II a BAT FwN
Bes.-Gr. C 1	11	Wissenschaftliche Assistentinnen, Wissenschaftlicher Assistenten nach Verg.-Gr. II a BAT FwN
Bes.-Gr. A 13	2	Rätinnen, Räte nach Verg.-Gr. II a BAT Wissenschaftlicher Dienst
Zusammen	16	

Abgang infolge Umwandlung von Planstellen gemäß Artikel 2 Gesetz zur Ergänzung und Änderung hochschul- und besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 11. 12. 2002:

	Stellen	
Bes.-Gr. C 4	52	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor nach Bes.-Gr. W 3
Bes.-Gr. C 3	35	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor nach Bes.-Gr. W 2 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
Zusammen	87	
Bleibt Abgang	16	

Leerstellen:

Zugang infolge Umwandlung von Planstellen gemäß Artikel 2 Gesetz zur Ergänzung und Änderung hochschul- und besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 11. 12. 2002:

	Stellen	
Bes.-Gr. W 3	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor nach Bes.-Gr. C 4
Bes.-Gr. W 2	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor nach Bes.-Gr. C 3 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
Zusammen	2	

Abgang infolge Umwandlung von Planstellen gemäß Artikel 2 Gesetz zur Ergänzung und Änderung hochschul- und besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 11. 12. 2002:

	Stellen	
Bes.-Gr. C 4	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor von Bes.-Gr. W 3
Bes.-Gr. C 3	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor von Bes.-Gr. W 2 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
Zusammen	2	

Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus den folgenden Besoldungsgruppen zuzuordnen:

Bes.-Gr. A 15	10	Direktorin, Direktor davon 10 Akademische Direktorin, Akademischer Direktor
Bes.-Gr. A 14	26	Oberrätin, Oberrat davon 26 Akademische Oberrätin, Akademischer Oberrat
Bes.-Gr. A 13	6	Rätin, Rat davon 6 Akademische Rätin, Akademischer Rat

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.
			1) Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten, soweit sie Ämter der BesO A, B oder C innehaben, für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen: Zweite(r) und Dritte(r) Vizepräsident/-in je 127,82 EUR mtl. 17 Dekan(e)/-innen je 63,91 EUR mtl. 2 Leiter/-innen gemeinsamer Kommissionen je 63,91 EUR mtl.
			2) 1 kw spätestens zum 1. 4. 2008 (Institut für Erziehungswissenschaft/Hochschulinternes Fernsehen Nr. 291). 1 ku nach Verg.-Gr. IIa – Wissenschaftlicher Dienst (FwN) Nr. 2903 – für das Institut für Unternehmensplanung bei Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers.
			3) 3 ku nach Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst (FwN) – für das Institut für Volkswirtschaftslehre Nrn. 6094, 6147, 6148 bei Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers. 1 ku nach Verg.-Gr. II a –Wissenschaftlicher Dienst (Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses) – für das Institut für Mechanik bei Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers Nr. 6127. 1 kw zum 31. 12. 2005 für das Institut für Erwachsenenbildung Nr. 475.
			4) 1 ku nach Bes.-Gr. A 8 Nr. 14044 nach Ausscheiden des Stelleninhabers gemäß Nr. 8 Abs. 2 der Allg. Bestimmungen 2001.
			5) 1 kw nach Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in (Oberstudienrat/-rätin) Nr. 12373.
			6) 2 ku nach Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst (FwN) – bei Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers davon 1 für das Institut für Unternehmensrechnung Nr. 6021 1 für das Institut für Volkswirtschaftslehre Nr. 6093.
			7) 1 ku nach Verg.-Gr. V c bei Ausscheiden des Stelleninhabers Nr. 14039.
			8) Bis zum Ausscheiden der Amtsinhaberinnen/Amtsinhaber können Professorinnen/Professoren aus diesen Planstellen nach der BesO C besoldet werden. Dies gilt auch für im Rahmen des HOK versetzte Professorinnen/Professoren, soweit sie in der BesO C verbleiben.
			9) – Frei –.
			10) – Frei –.
			11) 1 kw (Stiftungsprofessur) zum 28. 09. 2008 für Software-Engineering Nr. 14152.
			12) 1 kw bei Ausscheiden des Stelleninhabers (Institut für Erziehungswissenschaft Nr. 474).
			13) 1 ku nach Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst (FwN) – bei Ausscheiden des Stelleninhabers für das Institut für Erziehungswissenschaft Nr. 2815.
			14) – Frei –.
<b>Planmäßige Beamtinnen, Beamte<sup>1)</sup></b>			
			Feste Gehälter:
B 7	—	1	Präsidentin, Präsident
B 4	—	1	Vizepräsidentin, Vizepräsident für Verwaltung und Finanzen
W 3	1	—	Präsidentin, Präsident
W 3	1	—	Vizepräsidentin, Vizepräsident für Verwaltung und Finanzen
W 3 <sup>8)</sup> 11)	195	—	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
W 2 <sup>8)</sup> 12)13)	175	—	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
W 1	20	12	Juniorprofessur
			Aufsteigende Gehälter:
A 16	2	2	Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 15 <sup>2)</sup>	51	54	Direktorin, Direktor
A 14 <sup>3)</sup> 5)	110	115	Oberrätin, Oberrat
A 13 <sup>6)</sup>	37	43	Rätin, Rat
A 13	3	3	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 12	7	7	Amtsärztin, Amtsarzt
A 11 <sup>7)</sup>	16	16	Amtmännin, -frau, Amtmann
A 10	29	29	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	22	22	Inspektorin, Inspektor
A 9 <sup>4)</sup>	4	4	Amtsinspektorin, Amtsinspektor
A 8	9	9	Hauptsekretärin, Hauptsekretär
A 7	8	9	Obersekretärin, Obersekretär
A 6	10	10	Sekretärin, Sekretär
C 4	—	201	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 3	—	149	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2	—	39	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2	4	5	Oberingenieurin, Oberingenieur, Oberassistentin, Oberassistent
C 2 <sup>15)</sup> 16)	36	37	Hochschuldozentin, Hochschuldozent
C 1 <sup>17)</sup>	137	151	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
	877	919	Zusammen
			Stellen nach § 15 der Sonderurlaubsverordnung <sup>18)</sup> :
C 2	1	1	Hochschuldozentin, Hochschuldozent
	1	1	Zusammen
			Leerstellen <sup>21)</sup> :
C 4 <sup>19)</sup>	—	4	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 3	—	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
W 3 <sup>8)</sup> 19)22)	4	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
A 15	1	1	Direktorin, Direktor
A 14	1	1	Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat
A 13	1	1	Akademische(r) Rätin/Rat
A 11	3	3	Amtmännin, -frau, Amtmann
A 10	5	7	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	2	1	Inspektorin, Inspektor
A 7	—	1	Obersekretärin, Obersekretär
	17	21	Zusammen

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			<p><sup>15)</sup> Davon 1 ku nach Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst (FwN) – bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in für das Historische Seminar Nr. 2558.</p> <p>1 ku nach Maßgabe des noch festzulegenden Bedarfs gem. HV Nr. 9 Abs. 2 der Allgemeinen Haushaltsvermerke (Fassung 2003) (Hochschuldozent/-in) Nr. 126 Abt. Gemüsebau.</p> <p>33 ku nach Maßgabe des noch festzulegenden Bedarfs gemäß Nr. 9 Abs. 2 der Allgemeinen HV zu den Kap. 06 08, 06 10 – 06 30 (Fassung 2003) (Institut für Lebensmittelwissenschaft Nr. 215/Institut für Botanik Nr. 2497/Institut für Mineralogie Nr. 2500/Institut für Volkswirtschaftslehre Nr. 6060/Institut für Grundbau, Bodenmechanik und Energiewasserbau Nr. 6064/Institut für Berufspädagogik Nr. 2663/Philosophisches Seminar Nr. 292/Fachgebiet Sozialpsychologie Nr. 2893/Lehrgebiet Erwachsenenbildung Nr. 2791/Wasserwirtschaft Nr. 6193/Deutsche Sprache und Literatur Nr. 2801/Institut für Siedlungswasserwirtschaft Nr. 2913/Politische Wissenschaft Nr. 2630/Deutsche Literatur und Sprache Nr. 2570).</p> <p>2 für den FB Rechtswissenschaften Nrn. 6140, 6085.</p> <p>3 für den Zentralen Stellenpool Nrn. 12861, 5992, 6138.</p> <p>2 für Ästhetische Erziehung Nrn. 2773, 6449.</p> <p>4 für Sonderpädagogik Nrn. 2758, 2793, 2874, 2873, 3 für Erziehungswissenschaft Nr. 2779, 2786, 2748/Didaktik der Naturwissenschaft und Soziologie Nr. 2778, 1 für Elektrische Maschinen und Antriebe Nr. 2594, 3 für das Historische Seminar Nrn. 2557, 2560, 2804.</p> <p>1 ku nach Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst (FwN) – für das Institut für Volkswirtschaftslehre Nr. 6146 bei Ausscheiden der Stelleninhaber(in)/des Stelleninhabers.</p> <p><sup>16)</sup> – Frei –.</p> <p><sup>17)</sup> – Frei –.</p> <p><sup>18)</sup> kw Institut für Angewandte Mathematik Nr. 2296.</p> <p><sup>19)</sup> 3 Leerstellen dürfen nur zur Durchführung von gemeinsamen Berufungsverfahren in Anspruch genommen werden, davon</p> <p>1 durch die Universität Hannover und das Institut für Solarenergieforschung Nr. 478,</p> <p>1 durch die Universität Hannover und das GKSS-Forschungszentrum Geesthacht GmbH Nr. 479,</p> <p>1 durch die Universität Hannover und das Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung Nr. 480,</p> <p><sup>20)</sup> Frei.</p> <p><sup>21)</sup> kw.</p> <p><sup>22)</sup> 1 Leerstelle der Bes.-Gr. W 3 darf durch die Universität Hannover nur zur Durchführung eines gemeinsamen Berufungsverfahrens mit der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) in Anspruch genommen werden.</p>

Erläuterungen zum Stellenplan

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Zugang gemäß Artikel 2 des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung hochschulrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 11. 12. 2002 (Nds. GVBl. S. 768)

	Stellen	
Bes.-Gr. W 3	1	Präsidentin, Präsident von Bes.-Gr. B 7
Bes.-Gr. W 3	1	Präsidentin, Präsident Vizepräsidentin, -präsident für Verwaltung und Finanzen von Bes.-Gr. B 4
Bes.-Gr. W 3	195	Vizepräsidentin, -präsident für Verwaltung und Finanzen Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor von Bes.-Gr. C 4
Bes.-Gr. W 2	175	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor davon 141 von Bes.-Gr. C 3 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor 34 von Bes.-Gr. C 2
Bes.-Gr. W 1	8	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor Juniorprofessur von Bes.-Gr. C 1 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
Zusammen	<u>380</u>	

Abgang infolge Verlagerungen nach Kapitel 06 29:

	Stellen	
Bes.-Gr. C 3	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
Bes.-Gr. C 2	3	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
Bes.-Gr. C 1	3	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
Bes.-Gr. A 13	6	Akademische Rätin, Akademischer Rat
Zusammen	<u>13</u>	

Abgang infolge Hochschuloptimierungskonzept:

	Stellen	
Bes.-Gr. C 4	3	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
Bes.-Gr. C 3	7	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
Bes.-Gr. C 2	1	Hochschuldozentin, Hochschuldozent
Bes.-Gr. C 2	1	Oberassistentin, Oberassistent
Bes.-Gr. C 1	3	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
Bes.-Gr. A 14	2	Oberrätin, Oberrat
Bes.-Gr. A 7	1	Obersekretärin, Obersekretär
Zusammen	<u>18</u>	

Abgang infolge Wirksamwerdens der kw-Vermerke:

	Stellen	
Bes.-Gr. C 4	3	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
Bes.-Gr. C 2	2	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
Bes.-Gr. A 15	3	Direktorin, Direktor
Bes.-Gr. A 14	3	Oberrätin, Oberrat
Zusammen	<u>10</u>	

Abgang gemäß Artikel 2 des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung hochschulrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 11. 12. 2002 (Nds. GVBl. S. 768)

	Stellen	
Bes.-Gr. B 7	1	Präsidentin, Präsident nach Bes.-Gr. W 3
Bes.-Gr. B 4	1	Präsidentin, Präsident Vizepräsidentin, -präsident für Verwaltung und Finanzen nach Bes.-Gr. W 3
Bes.-Gr. C 4	195	Vizepräsidentin, -präsident für Verwaltung und Finanzen Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor nach Bes.-Gr. W 3
Bes.-Gr. C 3	141	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor nach Bes.-Gr. W 2
Bes.-Gr. C 2	34	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor nach Bes.-Gr. W 2
Bes.-Gr. C 1	8	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent nach Bes.-Gr. W 1
		Juniorprofessur
Zusammen	<u>380</u>	
Bleibt Abgang	42	

Leerstellen:

Zugang infolge Elternzeit:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9	1	Amtsinspektorin, Amtsinspektor
Zusammen	<u>1</u>	

Zugang infolge Umwandlung von Planstellen gemäß Artikel 2 Gesetz zur Ergänzung und Änderung hochschulrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 11. 12. 2002 (Nds. GVBl. S. 768)

	Stellen	
Bes.-Gr. W 3	3	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor von Bes.-Gr. C 4
		Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
Zusammen	<u>3</u>	

Abgang infolge Wirksamwerdens der kw-Vermerke:

	Stellen	
Bes.-Gr. C 4	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
Bes.-Gr. C 3	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
Zusammen	<u>2</u>	

Abgang infolge Elternzeit:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 10	2	Oberinspektorin, Oberinspektor
Bes.-Gr. A 7	1	Obersekretärin, Obersekretär
Zusammen	<u>3</u>	

Abgang infolge Umwandlung von Planstellen gemäß Artikel 2 Gesetz zur Ergänzung und Änderung hochschulrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 11. 12. 2002 (Nds. GVBl. S. 768)

	Stellen	
Bes.-Gr. C 4	3	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor nach Bes.-Gr. W 3
		Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
Zusammen	<u>3</u>	
Bleibt Abgang	4	

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamtinnen, Beamte<sup>1)</sup></b>			Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu den Kapiteln 06 10 bis 06 30 und 06 10 bis 06 39 zu beachten.
W 3	1	1	
W 3	1	—	Vizepräsidentin, Vizepräsident
W 3 <sup>3)</sup>	14	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
W 2 <sup>3)</sup>	34	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
<b>Aufsteigende Gehälter:</b>			1) Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten, soweit sie Ämter der BesO A, B oder C innehaben, für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen: Rektorin/Rektor 115,04 EUR mtl. Zwei Prorektorinnen/ Prorektoren je 63,91 EUR mtl.
A 15	2	3	Direktorin, Direktor
A 14	7	7	Oberrätin, Oberrat
A 13	6	6	Rätin, Rat
A 13	1	1	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 11	2	2	Amtmännin, -frau, Amtmann
A 10	2	2	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 6	2	2	Sekretärin, Sekretär
C 4	—	14	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 3	—	32	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2	—	3	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2 <sup>2)</sup>	5	5	Hochschuldozentin, Hochschuldozent
C 1	3	4	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
	80	84	Zusammen

2) ku nach Maßgabe des noch festzulegenden Bedarfs gem. HV Nr. 12 Abs. 2 der Allgemeinen Haushaltsvermerke zu den Kapiteln 06 10 bis 06 30.

3) Bis zum Ausscheiden der Amtsinhaberinnen/Amtsinhaber können Professorinnen/Professoren aus diesen Planstellen nach der BesO C besoldet werden. Dies gilt auch für im Rahmen des HOK versetzte Professorinnen/Professoren, soweit sie in der BesO C verbleiben.

Erläuterungen zum Stellenplan

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Zugang:	Stellen	noch Abgang: Übertrag	Stellen 4
Bes.-Gr. A 14	1	Oberrätin, Oberrat infolge Umwandlung einer Stelle der Verg.-Gr. II a BAT	Bes.-Gr. C 1 1 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent infolge Verlagerung nach Kapitel 06 14
Zugang gemäß Artikel 2 des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung hochschulrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 11. 12. 2002 (Nds. GVBl. S 768)			
Bes.-Gr. W 3	13	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor von Bes.-Gr. C 4 – Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor –	Bes.-Gr. C 4 13 Stellen Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor nach Bes.-Gr. W 3
Bes.-Gr. W 3	1	Vizepräsidentin, Vizepräsident von Bes.-Gr. C 3 – Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor –	Bes.-Gr. C 3 1 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor nach Bes.-Gr. W 3 – Vizepräsidentin, Vizepräsident –
Bes.-Gr. W 2	33	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor von Bes.-Gr. C 3/C 2 – Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor –	Bes.-Gr. C 3 30 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor nach Bes.-Gr. W 2 Bes.-Gr. C 2 3 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor nach Bes.-Gr. W 2
Zusammen	48		Zusammen 52 Bleibt Abgang 4
Abgang:			
Bes.-Gr. A 15	1	Direktorin, Direktor für das Institut für Erziehungswissenschaft (Vollzug HV Nr. 3)	Sonstige Veränderungen: Der HV Nr. 3 (1 kw nach Ausscheiden des Stelleninhabers) ist vollzogen.
Bes.-Gr. A 14	1	Oberrätin, Oberrat für die Verwaltung infolge Verlagerung nach Kapitel 06 14	<b>Zusätzliche Erläuterungen:</b> Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus den folgenden Besoldungsgruppen zuzuordnen:
Bes.-Gr. C 4	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor infolge Verlagerung nach Kapitel 06 14 unter gleichzeitiger Umwandlung nach Bes.-Gr. W 3 – Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor –	Bes.-Gr. A 15 Direktorin, Direktor davon 2 Akademische Direktorinnen, Akademische Direktoren
Bes.-Gr. C 3	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor infolge Verlagerung nach Kapitel 06 14 unter gleichzeitiger Umwandlung nach Bes.-Gr. W 2 – Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor –	Bes.-Gr. A 14 Oberrätin, Oberrat davon 6 Akademische Oberrätinnen, Akademische Oberräte Bes.-Gr. A 13 Rätin, Rat davon 6 Akademische Rätinnen, Akademische Räte
zu übertragen	4		

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamte/-innen<sup>1)</sup></b>			Neben den nachstehend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.
B 3	—	1	Feste Gehälter: Kanzlerin/Kanzler
A 16	2	2	Aufsteigende Gehälter: Leitende Direktorin/Leitender Direktor
A 15 <sup>12)</sup>	12	12	Direktorin/Direktor
A 14 <sup>12)</sup>	34	34	Oberrätin/Oberrat
A 13	12	15	Rätin/Rat
A 13 <sup>8)</sup>	5	5	Oberamtsrätin/Oberamtsrat
A 12	5	5	Amtsärztin/Amtsarzt
A 11	5	5	Amtmännin/-frau/Amtmann
A 10	13	13	Oberinspektorin/Oberinspektor
A 9	2	2	Inspektorin/Inspektor
W 3 <sup>9)</sup> 11)13)	58	—	Universitätsprofessorin/Universitätsprofessor
W 2 <sup>7)</sup> 9)13)	49	—	Universitätsprofessorin/Universitätsprofessor
W 2 <sup>6)</sup> 9)12)	40	—	Universitätsprofessorin (auf Zeit)/ Universitätsprofessor (auf Zeit)
W 1	15	—	Juniorprofessorin/Juniorprofessor
C 4	—	63	Universitätsprofessorin/Universitätsprofessor
C 3	—	41	Universitätsprofessorin/Universitätsprofessor
C 3	—	11	Universitätsprofessorin (auf Zeit)/ Universitätsprofessor (auf Zeit)
C 2	—	21	Universitätsprofessorin/Universitätsprofessor
C 2	—	29	Universitätsprofessorin (auf Zeit)/ Universitätsprofessor (auf Zeit)
C 2 <sup>11)</sup>	7	7	Hochschuldozentin/Hochschuldozent
C 2 <sup>12)</sup>	5	5	Hochschuldozentin (auf Zeit)/ Hochschuldozent (auf Zeit)
C 1 <sup>2)</sup> 3)	29	75	Wissenschaftliche Assistentin/ Wissenschaftlicher Assistent
	<b>293</b>	<b>346</b>	<b>Zusammen</b>
A 13	—	2	Stellen der gem. § 15 SUVO freigestellten Beamten und Beamtinnen: Rätin/Rat
	—	2	Zusammen
A 10	3	3	Leerstellen <sup>4)</sup> : Oberinspektorin/Oberinspektor
A 9	2	2	Inspektorin/Inspektor
C 4 <sup>5)</sup>	5	5	Universitätsprofessorin/Universitätsprofessor
	<b>10</b>	<b>10</b>	<b>Zusammen</b>

<sup>1)</sup> Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:  
 1 1. Prorektor/-in 153,39 EUR mtl.  
 1 2. Prorektor/-in 127,82 EUR mtl.

<sup>2)</sup> Bis zu 50 v.H. der Stellen dürfen verwendet werden für wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen, die zugleich zum Zwecke ihrer wissenschaftlichen oder ihrer fachärztlichen Weiterbildung beschäftigt sind (§ 65 Abs. 3 Satz 4 NHG).

<sup>3)</sup> Bis zu 35 v.H. der Stellen können für Ärzte/-innen (Fachärzte/-innen, Fachzahnärzte/-innen) in Anspruch genommen werden, die bei Vorliegen der tarifvertraglichen Voraussetzungen in die Verg.-Gr. I b BAT einzustufen sind.

<sup>4)</sup> kw.

<sup>5)</sup> Davon 3 für Toxikologie- und Aerosolforschung und 1 für das Institut für experimentelle und klinische Peptidforschung und 1 für die Abt. Biophysikalische Chemie.

<sup>6)</sup> Davon  
 1 kw zum 31. 12. 2005 (Forschergruppe Humane Stammzellen).

<sup>7)</sup> 1 kw zum 31. 3. 2007 (Abt. Nephrologie).

<sup>8)</sup> 1 Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. der Fußnote 11 zur Bes.-Gr. A 13, Anlage 1 zum BBesG.

<sup>9)</sup> Bis zum Ausscheiden der Amtsinhaberinnen/Amtsinhaber können Professorinnen/Professoren aus diesen Planstellen nach der BesO C besoldet werden. Dies gilt auch für im Rahmen des HOK versetzte Professorinnen/Professoren, soweit sie in der BesO C verbleiben.

<sup>10)</sup> frei

<sup>11)</sup> je 1 kw 6 Jahre nach Besetzung der Planstellen für Versicherungsmedizin.

<sup>12)</sup> Bis zu 30 Planstellen insgesamt für Universitätsprofessoren a. Z., Hochschuldozenten, Hochschuldozenten a. Z., Oberassistenten, Akademische Oberräte und Akademische Direktoren jeweils mit oberärztlichen Aufgaben können im Rahmen außertariflicher Angestelltenverträge besetzt werden.

<sup>13)</sup> Bis zu 50 der Planstellen für Universitätsprofessoren mit ärztlichen Aufgaben können auch im Rahmen außertariflicher Chefarztverträge besetzt werden.

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

Planmäßige Beamte/-innen		noch Abgang: Übertrag	Stellen 53
Zugang gemäß Artikel 2 des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung hochschulrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 11. 12. 2002 (Nds. GVBl. S. 768):		Abgang gemäß Artikel 2 des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung hochschulrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 11. 12. 2002 (Nds. GVBl. S. 768):	
Bes.-Gr. W 3	57 Stellen Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor von Bes.-Gr. C 4 – Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor	Bes.-Gr. C 4	57 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor nach Bes.-Gr. W 3 – Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
Bes.-Gr. W 2	49 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor davon 28 von Bes.-Gr. C 3 – Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor 21 von Bes.-Gr. C 2 – Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor	Bes.-Gr. C 3	28 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor nach Bes.-Gr. W 2 – Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
Bes.-Gr. W 2	40 Universitätsprofessorin (auf Zeit), Universitätsprofessor (auf Zeit) davon 11 von Bes.-Gr. C 3 – Universitätsprofessorin (auf Zeit), Universitätsprofessor (auf Zeit) 29 von Bes.-Gr. C 2 – Universitätsprofessorin (auf Zeit), Universitätsprofessor (auf Zeit)	Bes.-Gr. C 3  Bes.-Gr. C 2  Bes.-Gr. C 2	11 Universitätsprofessorin (auf Zeit), Universitätsprofessor (auf Zeit) nach Bes.-Gr. W 2 – Universitätsprofessorin (auf Zeit), Universitätsprofessor (auf Zeit) 21 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor nach Bes.-Gr. W 2 – Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor 29 Universitätsprofessorin (auf Zeit), Universitätsprofessor (auf Zeit) nach Bes.-Gr. W 2 – Universitätsprofessorin (auf Zeit), Universitätsprofessor (auf Zeit)
Umwandlung gem. Allgemeine Haushaltsvermerke A Ziffer 8 des Haushaltsplans 2004:		Umwandlung gem. Allgemeine Haushaltsvermerke A Ziffer 8 des Haushaltsplans 2004:	
Bes.-Gr. W 1	15 Juniorprofessorin, Juniorprofessor von Bes.-Gr. C 1	Bes.-Gr. C 1	15 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
Zusammen	161	Zusammen	214
Abgang	Stellen	Bleibt Abgang	53
Bes.-Gr. A 13	3 Rätin, Rat davon 2 infolge Umwandlung in Stellen der Verg.-Gr. II a 1 infolge Verlagerung in das Kapitel 06 08	Stellen nach § 15 der Sonderurlaubsverordnung Abgang: Stellen Bes.-Gr. A 13 2 Rätin, Rat	
Bes.-Gr. B 3	1 Kanzlerin, Kanzler gegen Schaffung einer Angestelltenstelle „AT“	Zusammen 2	
Bes.-Gr. C 4	5 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor infolge Umwandlung in Angestelltenstellen AT (W 3)	Von den Planstellen entfällt auf die Funktionsgruppe „gehobener technischer Verwaltungsdienst“ nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 23. 12. 1971, BGBl. S. 2162, in der jeweils geltenden Fassung: Bes.-Gr. A 13 Oberamtsrätin, Oberamtsrat davon 1 Bauoberamtsrätin, Bauoberamtsrat	
Bes.-Gr. C 3	13 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor infolge Umwandlung in Angestelltenstellen AT (W 2)	Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus den folgenden Besoldungsgruppen zuzuordnen: Bes.-Gr. A 16 Leitende Direktorin, Leitender Direktor davon 1 Leitende(r) Akademische(r) Direktorin, Direktor	
Bes.-Gr. C 1	31 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent infolge Umwandlung in Stellen der Verg.-Gr. II a	Bes.-Gr. A 15 Direktorin, Direktor davon 10 Akademische(r) Direktorin, Direktor 1 Pharmaziedirektorin, Pharmaziedirektor	
zu übertragen	53	Bes.-Gr. A 14 Oberrätin, Oberrat davon 30 Akademische(r) Oberrätin, Oberrat 1 Pharmazieoberrätin, Pharmazieoberrat	
		Bes.-Gr. A 13 Rätin, Rat davon 14 Akademische(r) Rätin, Rat	
		Sonstige Veränderungen: Die bisherigen HV'e Nr. 9 und 10 sind vollzogen worden.	

Einzelplan 06    Ministerium für Wissenschaft und Kultur  
Kapitel    06 21    Stiftung Tierärztliche Hochschule Hannover

---

ERLÄUTERUNGEN

---

Die Tierärztliche Hochschule Hannover ist seit dem 1. 1. 2003 Stiftung, deshalb werden Stellenplan und Stellenübersichten im Landeshaushalt nicht mehr ausgebracht.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.
			1) Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten, soweit sie Ämter der BesO A, B oder C innehaben, für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:
B 2	—	1	1. Vizepräsident/-in 63,91 EUR monatlich
W 3	1	—	2. Vizepräsident/-in 63,91 EUR monatlich
W 3	1	1	3. Vizepräsident/-in 63,91 EUR monatlich
W 3 <sup>2)</sup>	21	1	3) (neu) Bis zum Ausscheiden der Amtsinhaberinnen/Amtsinhaber können Professorinnen/Professoren aus diesen Planstellen nach der BesO C besoldet werden. Dies gilt auch für im Rahmen des HOK versetzte Professorinnen/Professoren, soweit sie in der BesO C verbleiben.
W 2 <sup>3)</sup>	28	1	
W 2 <sup>2)</sup>	2	—	
W 1	1	1	*) Vollzug HV Nr. 2 (alt)
A 15	1	1	
A 14	2	1	
A 13	1	1	
A 12	1	2	
A 11	1	—	
C 4	—	21	
C 3	—	18	
C 3	—	1	
C 2	—	9	
C 2	—	1	
C 1	4	4	
	64	64	
A 10*)	—	—	

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang:	Stellen	Abgang:	Stellen
Bes.-Gr. W 3 Präsidentin/ Präsident	1	Bes.-Gr. B 2 Präsidentin/ Präsident	1
Bes.-Gr. W 3 Universitäts- professorin/ Universitätsprofessor	20	Bes.-Gr. C 4 Universitäts- professorin/ Universitätsprofessor	21
Bes.-Gr. W 2 Universitäts- professorin/ Universitätsprofessor	27	Bes.-Gr. C 3 Universitäts- professorin/ Universitätsprofessor	18
Bes.-Gr. W 2 Universitäts- professorin/ Universitätsprofessor (auf Zeit)	2	Bes.-Gr. C 3 Universitäts- professorin/ Universitätsprofessor (auf Zeit)	1
Bes.-Gr. A 14 Oberrätin/Oberrat	1	Bes.-Gr. C 2 Universitäts- professorin/ Universitätsprofessor	9
Bes.-Gr. A 11 Amtfrau/Amtmann	1	Bes.-Gr. C 2 Universitäts- professorin/ Universitätsprofessor (auf Zeit)	1
Zusammen	52	Bes.-Gr. A 12 Amtsrätin/Amtsrat	1
		Zusammen	52
		Bleibt Zu-/Abgang	—

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.
			<sup>1)</sup> Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten, soweit sie Ämter der BesO A, B oder C innehaben, für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:
B 2	—	1	1. Vizepräsident/-in 63,91 EUR monatlich
W 3	2	—	2. Vizepräsident/-in 63,91 EUR monatlich
			<sup>2)</sup> kw.
W 3 <sup>5)</sup>	33	—	<sup>3)</sup> Rückverlagerung einer Stelle der Bes.-Gr. C 3 (W 2) in das Kapitel 06 08 zum 1. 10.2007.
W 2 <sup>3)4)5)</sup>	63	—	<sup>4)</sup> 1 kw zum 31. 12. 2006.
			<sup>5)</sup> Bis zum Ausscheiden der Amtsinhaberinnen/Amtsinhaber können Professorinnen/Professoren aus diesen Planstellen nach der BesO C besoldet werden. Dies gilt auch für im Rahmen des HOK versetzte Professorinnen/Professoren, soweit sie in der BesO C verbleiben.
A 15	—	1	Feste Gehälter:
A 14	1	2	Präsidentin, Präsident
A 12	1	1	Präsidentin/Präsident, Vizepräsidentin/Vizepräsident
A 11	1	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
A 10	1	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 4	—	34	Aufsteigende Gehälter:
C 3 <sup>3)4)</sup>	—	36	Vizepräsidentin, Vizepräsident
C 2	—	28	Oberrätin, Oberrat
C 2	1	1	Amtsärztin, Amtsrat
			Amtmännin/-frau, Amtmann
			Oberinspektorin, Oberinspektor
			Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
			Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
			Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
			Hochschuldozentin, Hochschuldozent (auf Zeit)
	103	106	Zusammen
			Leerstellen: <sup>2)</sup>
C 4	1	1	Aufsteigende Gehälter:
			Universitätsprofessor/-in
	1	1	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen	Abgang:	Stellen
Zugang: Bes.-Gr. W 3 Präsidentin/ Präsident, Vizepräsidentin/ Vizepräsident	Bes.-Gr. B 2 Präsidentin/ Präsident	1 Umwandlung nach Bes.-Gr. W 3 Präsidentin/Präsident
Bes.-Gr. W 3 Universitäts- professorin/ Universitätsprofessor	Bes.-Gr. C 4 Universitäts- professorin/ Universitätsprofessor	33 davon 32 Umwandlungen nach Bes.-Gr. W 3 Universitätsprofessorin/ Universitätsprofessor 1 Einsparung zur Erfüllung HOK Universitätsprofessorin/ Universitätsprofessor
Bes.-Gr. W 2 Universitäts- professorin/ Universitätsprofessor	Bes.-Gr. C 3 Universitäts- professorin/ Universitätsprofessor	36 Umwandlungen nach Bes.-Gr. W 2 Universitätsprofessorin/ Universitätsprofessor
Zusammen	Bes.-Gr. C 2 Universitäts- professorin/ Universitätsprofessor	27 davon 26 Umwandlungen nach Bes.-Gr. W 2 Universitätsprofessorin/ Universitätsprofessor 1 Einsparung zur Erfüllung HOK Universitätsprofessorin/ Universitätsprofessor
	Bes.-Gr. A 15 Vizepräsidentin/ Vizepräsident	1 Umwandlung nach Bes.-Gr. W 3 Vizepräsidentin/Vizepräsident
	Bes.-Gr. A 14	1 Einsparung zur Erfüllung HOK
	Zusammen	101
	Bleibt Abgang	3

ERLÄUTERUNGEN

---

Die Universität Hildesheim ist seit dem 1. 1. 2003 Stiftung, deshalb werden Stellenplan und Stellenübersichten im Landeshaushalt nicht mehr ausgebracht.

Einzelplan 06    Ministerium für Wissenschaft und Kultur  
Kapitel 0630    Stiftung Universität Lüneburg

---

ERLÄUTERUNGEN

---

Die Universität Lüneburg ist seit dem 1. 1. 2003 Stiftung, deshalb werden Stellenplan und Stellenübersichten im Landeshaushalt nicht mehr ausgebracht.

Erläuterungen

---

Die Fachhochschule Osnabrück ist seit dem 1. 1. 2003 Stiftung, deshalb werden Stellenplan und Stellenübersichten im Landeshaushalt nicht mehr ausgebracht.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			<b>Planmäßige Beamtinnen, Beamte<sup>1)</sup></b>
W 3 <sup>2)</sup>	2	2	Feste Gehälter: Präsidentin, Präsident/ Vizepräsidentin, Vizepräsident
W 2 <sup>6)</sup>	196	185	Professorin, Professor
A 13	1	1	Aufsteigende Gehälter: Verwaltungsdienst
A 12	1	1	Rätin, Rat
A 10 <sup>7)</sup>	5	5	Amtsärztin, Amtsarzt Oberinspektorin, Oberinspektor
A 13 <sup>5)</sup>	1	1	Lehrkräfte Oberamtsärztin, Oberamtsarzt
	206	195	Zusammen

Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.

- <sup>1)</sup> Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten, soweit sie Ämter der BesO A, B oder C innehaben, für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:  
 1 1. Vizepräsidentin, Vizepräsident 63,91 EUR mtl.  
 1 2. Vizepräsidentin, Vizepräsident 63,91 EUR mtl.  
 10 Dekaninnen, Dekane je 63,91 EUR mtl.
- <sup>2)</sup> Bis zum Ausscheiden der Amtsinhaberin/des Amtsinhabers können diese Planstellen in der bisherigen Wertigkeit der Ämter der BesO A und B in Anspruch genommen werden.
- <sup>3)</sup> – Frei. –
- <sup>4)</sup> – Frei. –
- <sup>5)</sup> 1 Stelle ku nach Verg.-Gr. III BAT bei Ausscheiden der Stelleninhaberin, des Stelleninhabers.
- <sup>6)</sup> Bis zum Ausscheiden der Amtsinhaberin/des Amtsinhabers können Professorinnen/Professoren aus diesen Planstellen nach der BesO C besoldet werden. Dies gilt auch für im Rahmen des HOK versetzte Professorinnen/Professoren, soweit sie in der BesO C verbleiben.
- <sup>7)</sup> Davon 1 kw bei Ausscheiden der Stelleninhaberin, des Stelleninhabers.

Erläuterungen zum Stellenplan

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. W 2	13	Professorin, Professor infolge Verlagerung von Kapitel 06 36 (Umsetzung des Hochschul- optimierungskonzepts)
Zusammen	13	
Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. W 2	1	Professorin, Professor infolge Verlagerung nach Kapitel 06 37
Bes.-Gr. W 2	1	Vollzug des HV Nr. 3 Professorin, Professor infolge Wirksamwerdens des HV Nr. 4
Zusammen	2	
Bleibt Zugang	11	

Erläuterungen zu den Haushaltsvermerken:

Der Haushaltsvermerk Nr. 3 (Davon zu verlagern nach Kap. 06 08 im Rahmen der Innovationsoffensive: 1 Planstelle der Bes.-Gr. W 2 zum 31. 12. 2004 (zugunsten der FH Braunschweig/Wolfenbüttel.) ist vollzogen worden.

Der Haushaltsvermerk Nr. 4 (Davon 1 kw zum 31. 12. 2004 für vorgezogene Berufungen im Rahmen der Innovationsoffensive.) ist vollzogen worden.

Der Haushaltsvermerk Nr. 6 wurde umformuliert.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke	
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2005	2004		
<b>Planmäßige Beamtinnen, Beamte<sup>1)</sup></b>			Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten. <sup>1)</sup> Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten, soweit sie Ämter der BesO A, B oder C innehaben, für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen: 1 1. Vizepräsidentin, Vizepräsident je 63,91 EUR mtl. 1 2. Vizepräsidentin, Vizepräsident je 63,91 EUR mtl. 7 Dekaninnen, Dekane je 63,91 EUR mtl. <sup>2)</sup> 4 ku nach Verg.-Gr. III BAT bei Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers <sup>3)</sup> kw. <sup>4)</sup> Bis zum Ausscheiden der Amtsinhaberin/des Amtsinhabers können diese Planstellen in der bisherigen Wertigkeit der Ämter der BesO A und B in Anspruch genommen werden. <sup>5)</sup> Bis zum Ausscheiden der Amtsinhaberinnen/Amtsinhaber können Professorinnen/Professoren aus diesen Planstellen nach der BesO C besoldet werden. Dies gilt auch für im Rahmen des HOK versetzte Professorinnen/Professoren, soweit sie in der BesO C verbleiben.	
W 3 <sup>4)</sup>	2	2		Feste Gehälter: Präsidentin, Präsident/ Vizepräsidentin, Vizepräsident
W 2 <sup>5)</sup>	119	132		Professorin, Professor
A 13	1	1		Aufsteigende Gehälter: Verwaltungsdienst
A 11	2	2		Rätin, Rat
A 10	2	2		Amtmännin/-frau, Amtmann
A 13 <sup>2)</sup>	4	4		Lehrkräfte Oberamtsrätin, Oberamtsrat
	130	143		Zusammen
W 2	1	1		Leerstellen: <sup>3)</sup> Professorin, Professor
	1	1		Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

**- Planmäßige Beamtinnen, Beamte -**

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. W 2	13	Professorin, Professor infolge Verlagerung nach Kapitel 06 34 (Umsetzung des Hochschul- optimierungskonzepts)
Zusammen	13	

**Erläuterungen zu den Haushaltsvermerken:**

Der Haushaltsvermerk Nr. 5 wurde umformuliert.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.
			<sup>1)</sup> Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten, soweit sie Ämter der BesO A, B oder C innehaben, für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen: 1 Vizepräsidentin, Vizepräsident je 63,91 EUR mtl. 10 Dekaninnen, Dekane je 63,91 EUR mtl.
<b>Planmäßige Beamtinnen, Beamte<sup>1)</sup></b>			
			<sup>2)</sup> Davon 2 Stiftungsprofessuren für das Institut für Fahrzeugbau.
W 3 <sup>6)</sup>	2	2	<sup>3)</sup> – Frei –.
W 2 <sup>2)4)7)</sup>	170	168	<sup>4)</sup> – Frei –.
			<sup>5)</sup> ku nach Verg.-Gr. III BAT bei Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers.
A 13	1	1	<sup>6)</sup> Bis zum Ausscheiden der Amtsinhaberin/des Amtsinhabers können diese Planstellen in der bisherigen Wertigkeit der Ämter der BesO A und B in Anspruch genommen werden.
A 12	4	4	
A 11	2	2	
A 10	2	2	<sup>7)</sup> Bis zum Ausscheiden der Amtsinhaberinnen/Amtsinhaber können Professorinnen/Professoren aus diesen Planstellen nach der BesO C besoldet werden. Dies gilt auch für im Rahmen des HOK versetzte Professorinnen/Professoren, soweit sie in der BesO C verbleiben.
A 13 <sup>5)</sup>	2	2	
	183	181	

Erläuterungen zum Stellenplan

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. W 2	2	Professorin, Professor
		davon
		1 infolge Verlagerung von Kapitel 06 33
		1 infolge Verlagerung von Kapitel 06 34

**Erläuterungen zu den Haushaltsvermerken:**

Der Haushaltsvermerk Nr. 4 ist entfallen.

Der Haushaltsvermerk Nr. 7 wurde umformuliert.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			<b>Planmäßige Beamtinnen, Beamte<sup>1)</sup></b>
			Feste Gehälter:
W 3 <sup>2)</sup>	2	2	Präsidentin, Präsident/ Vizepräsidentin, Vizepräsident
W 2 <sup>3)4)6)</sup>	213	213	Professorin, Professor
			Aufsteigende Gehälter: Verwaltungsdienst
A 13	1	1	Rätin, Rat
A 13	1	1	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 12	1	1	Amtsärztin, Amtsarzt
A 11	3	3	Amtmännin, Amtsfrau, Amtmann
A 10	4	4	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	3	3	Inspektorin, Inspektor
			Lehrkräfte
A 12 <sup>5)</sup>	5	5	Fachlehrerin, Fachlehrer
A 12	5	5	Amtsärztin, Amtsarzt
	238	238	Zusammen

Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.

- <sup>1)</sup> Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten, soweit sie Ämter der BesO A, B oder C innehaben, für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellszulagen:  
 2 Vizepräsidentinnen,  
 Vizepräsidenten je 63,91 EUR mtl.  
 8 Dekaninnen, Dekane je 63,91 EUR mtl.
- <sup>2)</sup> Bis zum Ausscheiden der Amtsinhaberin/des Amtsinhabers können diese Planstellen in der bisherigen Wertigkeit der Ämter der BesO A und B in Anspruch genommen werden.
- <sup>3)</sup> Bis zum Ausscheiden der Amtsinhaberinnen/Amtsinhaber können Professorinnen/Professoren aus diesen Planstellen nach der BesO C besoldet werden. Dies gilt auch für im Rahmen des HOK versetzte Professorinnen/Professoren, soweit sie in der BesO C verbleiben.
- <sup>4)</sup> Davon 1 kw bei Wegfall der Gebühren.
- <sup>5)</sup> 5 ku nach IV a BAT mit Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers.
- <sup>6)</sup> Davon 1 kw für den FB Wirtschaft zum 1. 4. 2009.

Erläuterungen zum Stellenplan

- Planmäßige Beamtinnen, Beamte -

Zugang: Stellen  
 Bes.-Gr. W 2 1 Professorin, Professor für den FB Wirtschaft

Abgang: Stellen  
 Bes.-Gr. W 2 1 Professorin, Professor infolge Verlagerung nach Kapitel 0622 (Umsetzung des Hochschuloptimierungskonzepts)

Erläuterungen zu den Haushaltsvermerken:

Der Haushaltsvermerk Nr. 3 wurde umformuliert.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.
			<b>Planmäßige Beamtinnen, Beamte<sup>1)</sup></b>
W 3 <sup>4)</sup>	2	2	Feste Gehälter: Präsidentin, Präsident/ Vizepräsidentin, Vizepräsident
W 2 <sup>5)</sup> 6)	324	325	Professorin, Professor
			Aufsteigende Gehälter: Verwaltungsdienst
A 13 <sup>2)</sup>	2	2	Rätin, Rat
A 13	1	1	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 12	4	4	Amtsärztin, Amtsarzt
A 11	3	3	Amtmännin/-frau, Amtmann
A 10	3	3	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	2	2	Inspektorin, Inspektor
A 7	1	1	Obersekretärin, Obersekretär
			Lehrkräfte
A 15	1	1	Studiendirektorin, Studiendirektor
A 14	2	2	Oberstudienrätin, Oberstudienrat
A 13	1	1	Studienrätin, Studienrat
A 13 <sup>9)</sup>	2	2	Seefahrtsoberlehrerin, Seefahrtsoberlehrer
A 13 <sup>8)</sup>	1	1	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 11 <sup>7)</sup>	1	1	Funklehrerin, Funklehrer
	350	351	Zusammen
A 15	—	1	Stellen nach § 15 der Sonderurlaubsverordnung Kanzlerin, Kanzler
	—	1	Zusammen
			<sup>1)</sup> Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten, soweit sie Ämter der BesO A, B oder C innehaben, für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen (FH O): 2 Vizepräsidentinnen, Vizepräsidenten je 63,91 EUR mtl. 6 Dekaninnen, Dekane je 63,91 EUR mtl.
			<sup>1)</sup> Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten, soweit sie Ämter der BesO A, B oder C innehaben, für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen (FH OI): 4 Dekaninnen, Dekane je 63,91 EUR mtl.
			<sup>1)</sup> Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten, soweit sie Ämter der BesO A, B oder C innehaben, für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen (FH WHV): 5 Dekaninnen, Dekane je 63,91 EUR mtl.
			<sup>2)</sup> Davon 1 ku nach Bes-Gr. A 11 (Leiter der Bibliothek). (vormals HV Nr. 2 bei 06 35)
			<sup>3)</sup> – Frei –.
			<sup>4)</sup> Bis zum Ausscheiden der Amtsinhaberin/des Amtsinhabers können diese Planstellen in der bisherigen Wertigkeit der Ämter der BesO A und B in Anspruch genommen werden.
			<sup>5)</sup> Bis zum Ausscheiden der Amtsinhaberinnen/Amtsinhaber können Professorinnen/Professoren aus diesen Planstellen nach der BesO C besoldet werden. Dies gilt auch für im Rahmen des HOK versetzte Professorinnen/Professoren, soweit sie in der BesO C verbleiben.
			<sup>6)</sup> Davon 1 kw für den FB Seefahrt/Elsfleth zum 31. 12. 2005.
			<sup>7)</sup> Die Stelleninhaberin, der Stelleninhaber erhält nach zehnjähriger Dienstzeit als Funklehrerin, Funklehrer, gerechnet vom Tage der Anstellung an, eine Amtszulage nach Anlage II LBes.O. (vormals HV Nr. 3 bei 06 32)
			<sup>8)</sup> 1 ku nach Verg.-Gr. III BAT bei Ausscheiden der Stelleninhaberin, des Stelleninhabers.
			<sup>9)</sup> Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 13 NBesO. (vormals HV Nr. 2 bei 07 21)

Erläuterungen zum Stellenplan

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Abgang:	Stellen
Bes.-Gr. W 2	1 Professorin, Professor infolge Wirksamwerdens des HV Nr. 6
Zusammen	1
Stellen nach § 15 der Sonderurlaubsverordnung:	
Abgang:	Stellen
Bes.-Gr. A 15	1 Kanzlerin, Kanzler infolge Wirksamwerdens des HV Nr. 3
Zusammen	1

Erläuterungen zu den Haushaltsvermerken:

Der Haushaltsvermerk Nr. 3 (kw zum 31. 12. 2004. (vormals HV Nr. 3 bei 06 35)) ist vollzogen worden.  
 Der Haushaltsvermerk Nr. 5 wurde umformuliert.  
 Der Haushaltsvermerk Nr. 6 (Davon 1 kw für den FB Seefahrt/Leer zum 31. 12. 2004) ist teilweise vollzogen worden.  
 Der Haushaltsvermerk Nr. 14 (Davon 1 ku zum 31. 12. 2004 nach Bes.-Gr. C 3 für den Standort Oldenburg.) ist vollzogen worden.  
 Der Haushaltsvermerk Nr. 15 (1 ku nach Verg.-Gr. III BAT bei Ausscheiden der Stelleninhaberin, des Stelleninhabers.) wurde Haushaltsvermerk Nr. 8.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
1) kw.			
<b>Planmäßige Beamtinnen, Beamte</b>			
			Aufsteigende Gehälter:
A 16	1	1	Leitende(r) Direktorin, Direktor
A 15	3	3	Direktorin, Direktor
A 14	4	4	Oberätin, Oberrat
A 12	4	4	Amtsätin, Amtsrat
A 11	2	2	Amtfrau, Amtmännin, Amtmann
A 10	8	8	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	7	7	Inspektorin, Inspektor
A 8	1	1	Hauptsekretärin, Hauptsekretär
A 7	4	4	Obersekretärin, Obersekretär
A 6	4	4	Sekretärin, Sekretär
	38	38	Zusammen
			Leerstellen: <sup>1)</sup>
A 14	1	1	Oberrätin, Oberrat
	1	1	Zusammen

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke	
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2005	2004		
1) Bis zum Inkrafttreten tarifvertraglicher Neuregelungen ist eine Angestellte im Bibliotheksdienst für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert.				
2) kw.				
<b>Angestellte</b>				
V c	3	3	Verwaltungsdienst	
VI b	3	3		
VII	2	2		
VIII	7	7		
II a	1	1	Wissenschaftlicher Dienst	
IV b	3	3	Bibliotheks- bzw. Archivdienst	
V b	6	6		
V c <sup>1)</sup>	1	1		
VI b	4	4		
VII	3	3		
VIII	8	8		
V b	1	1		Technischer Dienst
V c	3	3		
	45	45	Zusammen	
			Leerstellen: <sup>2)</sup>	
V c	1	1	Verwaltungsdienst	
VI b	1	1		
V b	1	1	Bibliotheks- bzw. Archivdienst	
	3	3	Zusammen	

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Beamtinnen, Beamte im Vorbereitungsdienst</b>			
A 13	15	15	Bibliotheksreferendarin, Bibliotheksreferendar
A 5	—	16	Bibliothekssekretäranwärterinnen, Bibliothekssekretäranwärter
	15	31	Zusammen
<b>Arbeiter/-innen</b>			
4	1	1	Kraftfahrdienst
4	2	2	Sonstige Dienste
3	1	1	
2 a	3	3	
	(1)	(1)	(hiervon: Boten, Pförtner, Hausmeister usw.)
	7	7	Zusammen
Lohn-Gr. 4	1	1	Leerstellen: Sonstige Dienste
	1	1	Zusammen

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 5		
Bibliothekssekretäranwärterinnen, Bibliothekssekretäranwärter	16	infolge Umstellung der Ausbildung im mittleren Bibliotheksdienst
Zusammen	16	
Bleibt Abgang	16	

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamtinnen, Beamte</b>			
			Aufsteigende Gehälter:
A 16	1	1	Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 14	2	2	Oberrätin, Oberrat
A 13	1	1	Rätin, Rat
A 12	1	1	Amtsärztin, Amtsarzt
A 11	2	2	Amtsfrau, Amtmännin, Amtmann
A 10	3	3	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	1	1	Inspektorin, Inspektor
A 8	1	1	Hauptsekretärin, Hauptsekretär
A 7	2	2	Obersekretärin, Obersekretär
A 6	2	2	Sekretärin, Sekretär
	16	16	Zusammen

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte</b>			
V c	1	1	Verwaltungsdienst
V b	6	6	Bibliotheks- bzw. Archivdienst
VI b	2	2	
VIII	3	3	
IX b	1	1	
VII	1	1	Technischer Dienst
IX b-VII <sup>2)</sup>	1	1	Schreib- und Fernschreibdienst
	15	15	Zusammen

<sup>2)</sup> Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Arbeiter/-innen</b>			
4	1	1	Sonstige Dienste
3	1	1	
	(1)	(1)	(hiervon: Boten, Pförtner, Hausmeister usw.)
	2	2	Zusammen

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamtinnen, Beamte</b>			
			Aufsteigende Gehälter:
A 16	1	1	Leitende Direktorin, Direktor
A 15	2	2	Direktorin, Direktor
A 14	3	3	Oberrätin, Oberrat
A 12	2	2	Amtsärztin, Amtsarzt
A 11 <sup>1)</sup> 2)	4	4	Amtfrau/-männin, Amtmann
A 10 <sup>1)</sup>	6	6	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	5	5	Inspektorin, Inspektor
A 7	2	2	Obersekretärin, Obersekretär
A 6	2	2	Sekretärin, Sekretär
	<u>27</u>	<u>27</u>	Zusammen
			Leerstellen:
A 9	1	1	Inspektorin, Inspektor
	<u>1</u>	<u>1</u>	Zusammen

1) Davon 1 kw bei Beendigung der Altkatalogisierung.  
 2) Davon 1 ku nach Bes.-Gr. A 10 nach Ausscheiden des Stelleninhabers.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte</b>			
Außer-tariflich	1	1	Wissenschaftlicher Dienst
I	1	1	
I b	3	3	
II a	6	6	
IV a <sup>1)</sup>	1	1	Bibliotheks- bzw. Archivdienst <sup>4)</sup>
IV b <sup>2)</sup>	1	1	
V b	2	2	
VI b	2	2	
VII	2	2	
VIII	3	3	
IX b	1	1	
V c	1	1	Verwaltungsdienst
VI b	2	2	
VIII	1	1	
III	1	1	Technischer Dienst
IV a	1	1	
IV b	2	2	
V b	1	1	
V c	2	2	
VIII <sup>6)</sup>	3	3	
IX b–VII <sup>3)</sup>	4	4	Schreib- und Fernschreibdienst
VIII	2	2	Sonstiger Dienst
	<u>43</u>	<u>43</u>	Zusammen
			Leerstellen:
IV b	1	1	Bibliotheks- bzw. Archivdienst
	<u>1</u>	<u>1</u>	Zusammen

1) kw bei Ausscheiden der Stelleninhaberin.  
 2) kw.  
 3) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.  
 4) Davon 1 kw.  
 6) Davon darf eine Stelle nur mit einer Halbtagskraft besetzt werden.

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Arbeiter/-innen</b>			
4	1	1	Kraftfahrdienst
2 a	3	3	Sonstige Dienste
1 <sup>1)</sup>	3	3	Reinigungsdienst
	<u>7</u>	<u>7</u>	Zusammen

1) Davon darf eine Stelle nur mit einer Halbtagskraft besetzt werden.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamtinnen, Beamte</b>			
A 16	1	1	Aufsteigende Gehälter: Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 15	1	1	Direktorin, Direktor
A 14	1	1	Oberrätin, Oberrat
	3	3	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus den folgenden Besoldungsgruppen zuzuordnen:

Bes.-Gr. A 16	Leitende Direktorin, Leitender Direktor davon 1 Leitende Wissenschaftliche Direktorin, Leitender Wissenschaftlicher Direktor
Bes.-Gr. A 15	Direktorin, Direktor davon 1 Wissenschaftliche Direktorin, Wissenschaftlicher Direktor
Bes.-Gr. A 14	Oberrätin, Oberrat davon 1 Wissenschaftliche Oberrätin, Wissenschaftlicher Oberrat

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte</b>			
V c	1	1	Verwaltungsdienst
VII	2	2	
VIII	1	1	
I b <sup>1)</sup>	2	2	Wissenschaftlicher Dienst
II a	1	1	
IV a <sup>2)</sup>	1	1	Bibliotheksdienst
IV b	1	1	Technischer Dienst
V b	1	1	
VI b	2	2	
VII	1	1	
VIII	1	1	
V b	1	1	Datenverarbeitungsdienst
IX b–VII <sup>3)</sup>	1	1	Schreib- und Fernschreibdienst
	16	16	Zusammen

- 1) 1 DW auf der Inselstation Helgoland.  
 2) Der Stelleninhaber kann bis zu 50 % seiner Tätigkeit beim Nieders. Institut für historische Küstenforschung (Kap. 06 50) beschäftigt werden. Auf eine anteilige Erstattung der Vergütung wird in diesem Falle verzichtet.  
 3) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Arbeiter/-innen</b>			
1	1	1	Reinigungsdienst
1	1	1	Boten-, Pförtner- und Hausmeisterdienst
5 <sup>1)</sup>	1	1	
4	1	1	Sonstige Dienste
3	1	1	
	5	5	Zusammen

1) 1 DW im Institut in Wilhelmshaven.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamtinnen, Beamte</b>			
			Aufsteigende Gehälter:
A 16	1	1	Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 15	1	1	Direktorin, Direktor
A 14	1	1	Oberrätin, Oberrat
A 13	1	1	Rätin, Rat
	4	4	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus den folgenden Besoldungsgruppen zuzuordnen:

Bes.-Gr. A 16	Leitende Direktorin, Leitender Direktor davon 1 Leitende Wissenschaftliche Direktorin, Leitender Wissenschaftlicher Direktor
Bes.-Gr. A 15	Direktorin, Direktor davon 1 Wissenschaftliche Direktorin, Wissenschaftlicher Direktor
Bes.-Gr. A 14	Oberrätin, Oberrat davon 1 Wissenschaftliche Oberrätin, Wissenschaftlicher Oberrat
Bes.-Gr. A 13	Rätin, Rat davon 1 Wissenschaftliche Rätin, Wissenschaftlicher Rat

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte</b>			
V c	1	1	Verwaltungsdienst
II a	2	2	Wissenschaftlicher Dienst
V b	5	5	Technischer Dienst
V c	2	2	
VI b	1	1	
IX b-VII <sup>1)</sup>	1	1	Schreib- und Fernschreibdienst
	12	12	Zusammen

<sup>1)</sup> Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 1969 829) nachgewiesen.

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Arbeiter/-innen</b>			
4 <sup>1)</sup>	1	1	Hausmeisterdienst
	1	1	Zusammen

<sup>1)</sup> 1 DW im Institut in Wilhelmshaven.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamtinnen, Beamte</b>			
B 2	1	1	Feste Gehälter: Direktorin, Direktor der Technischen Informationsbibliothek und der Universitätsbibliothek Hannover
A 15	1	1	Aufsteigende Gehälter: Direktorin, Direktor
A 14	3	3	Oberrätin, Oberrat
A 13	1	1	Rätin, Rat
A 13	2	2	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 12	2	2	Amtsärztin, Amtsarzt
A 11	5	5	Amtfrau, Amtmännin, Amtmann
A 10	14	14	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 8	3	3	Hauptsekretärin, Hauptsekretär
A 7	3	2	Obersekretärin, Obersekretär
A 6	2	3	Sekretärin, Sekretär
	<u>37</u>	<u>37</u>	Zusammen
A 10 <sup>1)</sup>	1	1	Leerstellen: Oberinspektorin, Oberinspektor
	<u>1</u>	<u>1</u>	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

**- Planmäßige Beamtinnen, Beamte -**

Zugang:	Stellen
Bes.-Gr. A 7 (Obersekretär/-in)	1 Hebung von Bes.-Gr. A 6 (Sekretär/-in) ab 1. 1. 2005
Zusammen	<u>1</u>
Abgang:	Stellen
Bes.-Gr. A 6 (Sekretär/-in)	1 Hebung nach Bes.-Gr. A 7 (Obersekretär/-in) ab 1. 1. 2005
Zusammen	<u>1</u>

Einzelplan 06    Ministerium für Wissenschaft und Kultur  
 Kapitel 06 60    Staatstheater Braunschweig

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	

**Planmäßige Beamtinnen, Beamte**

A 10	1	1	Aufsteigende Gehälter: Oberinspektorin, Oberinspektor
	1	1	Zusammen

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamtinnen, Beamte</b>			
A 16	1	1	Aufsteigende Gehälter:
A 12	1	1	Leitende Direktorin, Leitender Direktor
			Amtsärztin, Amtsarzt
	2	2	Zusammen

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte</b>			
V b	2	2	Verwaltungsdienst
V c	2	2	
VI b	2	2	
VII	7	7	
IV b	1	1	Datenverarbeitungsdienst
IX b-VII	1	1	Schreib- und Fernschreibdienst
	15	15	Zusammen

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Arbeiterinnen, Arbeiter</b>			
4	1	1	Boten-, Pförtner- und Hausmeisterdienst
3	4	4	
2	1	1	Reinigungsdienst
1	13	13	
	19	19	Zusammen

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamtinnen, Beamte</b>			
B 2	1	1	Feste Gehälter: Direktorin, Direktor des Nds. Landesmuseums Hannover
A 16	3	3	Aufsteigende Gehälter: Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 15	5	5	Direktorin, Direktor
A 14	15	15	Oberkustodin, Oberkustos
A 13 <sup>1)</sup>	8	8	Kustodin, Kustos
A 12	1	1	Amtsärztin, Amtsarzt
A 10	1	1	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9 <sup>2)</sup>	2	2	Amtsinspektorin, Amtsinspektor
	36	36	Zusammen
A 15 <sup>4)</sup>	—	1	Stellen bei 422 31: Direktorin, Direktor
A 14 <sup>4)</sup>	—	1	Oberkustodin, Oberkustos
	—	2	Zusammen
A 13 <sup>3)</sup>	1	1	Leerstellen: Kustodin, Kustos

- <sup>1)</sup> Eine Stelle beim Nds. Landesmuseum Hannover – Abteilung Urgeschichte – darf mit zwei teilzeitbeschäftigten Angestellten der Verg.-Gr. IIa BAT besetzt werden. Die Gesamtarbeitszeit darf die regelmäßige Arbeitszeit einer vollbeschäftigten Kraft nicht übersteigen.
- <sup>2)</sup> Ein Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
- <sup>3)</sup> kw für das Nieders. Landesmuseum Hannover.
- <sup>4)</sup> kw.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte</b>			
IV b	2	2	Verwaltungsdienst
V b <sup>6)</sup>	3	3	
V c	3	2	
VI b	1	1	Wissenschaftlicher Dienst
VII <sup>5)</sup>	7	8	
VIII <sup>2)3)</sup>	2	2	
I b	1	1	Bibliotheksdienst
II a	3	3	
V b	3	3	Technischer Dienst
V c	1	1	
II a	2	2	Schreib- und Fernschreibdienst
III	3	3	
IV a	3	3	
IV b	6	6	
V b	17	17	
V c	2	1	
VI b	9	10	
VII	2	2	
VIII	4	4	
IX b–VII <sup>1)2)3)</sup>	13	13	
VIII	2	2	Sonstige Dienste
IX b	1	1	
	90	90	Zusammen
Leerstellen:			
V c	1	1	Verwaltungsdienst
VII	1	1	
IX a	1	1	
II a	1	1	Wissenschaftlicher Dienst
V b	2	2	Technischer Dienst
VIII	1	1	
IX b–VII	1	1	Schreib- und Fernschreibdienst
	8	8	Zusammen

- <sup>1)</sup> Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.
- <sup>2)</sup> davon jeweils 1 kw
- <sup>3)</sup> Bis zum Vollzug des kw-Vermerks zu <sup>2)</sup> darf jeweils eine Stelle nur mit einer Halbtagskraft besetzt werden.
- <sup>5)</sup> Davon 1 Stelle ku nach Verg.-Gr. IX b–VII BAT – Schreib- und Fernschreibdienst – nach Ausscheiden der Stelleninhaberin beim Landesmuseum für Natur und Mensch in Oldenburg.
- <sup>6)</sup> Davon 1 Stelle ku nach Verg.-Gr. VII – Verwaltungsdienst – nach Ausscheiden der Stelleninhaberin beim Nds. Landesmuseum Hannover.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

– Angestellte –

Stellenumsetzungen gem. Nr. 8 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen 2002/2003:		Anderweitige Einstufung gem Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 2004:	
Zugang:	Stellen	Höherstufung:	Stellen
Verg.-Gr. V b		Verg.-Gr. V c	
– Verwaltungsdienst –	1	– Technischer Dienst –	1
	infolge Umsetzung aus Kapitel 03 05 beim Nds. Landesmuseum Hannover		von Verg.-Gr. VI b beim Landesmuseum für Natur und Mensch Oldenburg
Zusammen	1	Zusammen	1
Abgang:		Herabsetzung:	
Verg.-Gr. VII	Stellen	Verg.-Gr. V c	Stellen
– Verwaltungsdienst –	1	– Verwaltungsdienst –	1
	als Ausgleich des Zugangs aus Kapitel 03 05 beim Nds. Landesmuseum Hannover		von Verg.-Gr. V b als Ausgleich der Höherstufung beim Landesmuseum für Natur und Mensch Oldenburg
Zusammen	1	Zusammen	1

**BEDARFSNACHWEISE**

Haushaltsvermerke

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2005	2004		
<b>Arbeiter/-innen</b>				
6	3	3	Technischer Dienst	1) kw zum 31. 12. 2006 zur Erfüllung der Einsparauflage nach §§ 9 Abs. 2 HG 1995/1996 und 1997/1998.
5	3	3		
2 a	1	1	Reinigungsdienst	2) Die Stellen im Aufsichtsdienst (Lohn-Gr. 2 a und 3) dürfen für je 2 Kräfte des Aufsichtsdienstes derselben oder einer niedrigeren Lohngruppe in Anspruch genommen werden.
1 <sup>1)</sup>	1	1		
5	4	4	Boten-, Pfortner- und Hausmeisterdienst	
4	6	6		
2 a	2	2		
3 <sup>2)</sup>	16	16	Aufsichtsdienst	
2 a <sup>2)</sup>	20	19		
5	1	1	Sonstige Dienste	
3	1	1		
	<u>58</u>	<u>57</u>	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Zugang:	Stellen
Lohn-Gr. 2 a	
– Aufsichtsdienst –	1
	beim Nds. Landesmuseum Hannover infolge Übernahme aus dem Kapitel 03 05
Zusammen	<u>1</u>

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamtinnen, Beamte<sup>2)</sup></b>			
B 2	1	1	Feste Gehälter: Präsidentin oder Präsident des Landesamtes für Denkmalpflege
A 16	1	1	Aufsteigende Gehälter: Landeskonservatorin, Landeskonservator
A 15	1	1	Hauptkonservatorin, Hauptkonservator
A 15	2	2	Direktorin, Direktor
A 14	6	6	Oberrätin, Oberrat
A 14	11	11	Oberkonservatorin, Oberkonservator
A 13	4	4	Rätin, Rat
A 13	4	6	Konservatorin, Konservator
A 12	1	1	Amtsärztin, Amtsarzt
A 10	1	1	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	1	1	Inspektorin, Inspektor
A 9	1	1	Amtsinspektorin, Amtsinspektor
A 8	2	2	Hauptsekretärin, Hauptsekretär
	<u>36</u>	<u>38</u>	Zusammen
A 15	1	1	Leerstellen: Direktorin, Direktor
A 13	1	1	Rätin, Rat
	<u>2</u>	<u>2</u>	Zusammen

<sup>2)</sup> Im Kapitel 06 76 sind im Zuge der Verwaltungsmodernisierung (Auflösung der Bezirksregierungen) insgesamt 30 kw-Vermerke auszubringen. Die genaue Festlegung erfolgt nach Vorlage des Abschlußberichtes der Projektgruppe „Binnenstruktur NLD“.

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang:	Stellen	Sonstige Veränderungen:
Bes.-Gr. A 14 – Oberkonservatorin, Oberkonservator –	1	Der Haushaltsvermerk Nr. 3 zur Bes.-Gr. A 13 (1 kw (Einsparung Neuorganisation; Anrechnung auf ZV).) ist bei der Bezirksregierung Weser-Ems vollzogen worden.
	infolge Übernahme von Kapitel 03 05 im Zuge der Auflösung der Bezirksregierungen	
Zusammen	<u>1</u>	
Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14 – Oberkonservatorin, Oberkonservator –	1	infolge Verlagerung in das Kapitel 03 03 Regierungsvertretung
Bes.-Gr. A 13 – Konservatorin, Konservator –	2	davon
	1	infolge Wirksamwerdens des kw-Vermerks bei der Bezirksregierung Weser-Ems
	1	infolge Verlagerung in das Kapitel 03 20 im Zuge der Auflösung der Bezirksregierungen
Zusammen	<u>3</u>	
Bleibt Abgang	2	

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			1) Davon 2 kw (Einsparung Neuorganisation; Anrechnung auf ZV).
			2) Siehe HV Nr. 2 zum Stellenplan.
<b>Angestellte<sup>2)</sup></b>			
II a	1	1	Verwaltungsdienst
IV a	1	1	
V c	2	2	
VII	5	5	
VIII <sup>1)</sup>	6	6	
V b	1	1	Bibliotheks- bzw. Archivdienst
II a	1	1	Wissenschaftlicher Dienst
I b	1	1	Technischer Dienst
II a	16	16	
III	5	5	
IV a	6	6	
IV b	4	4	
V b	19	19	
V c	5	5	
VI b	2	2	
VII	6	6	
IX b-VII	3	3	Schreib- und Fernschreibdienst
	<u>84</u>	<u>84</u>	Zusammen
			Leerstellen:
IV a	1	1	Technischer Dienst
V b	2	2	
	<u>3</u>	<u>3</u>	Zusammen

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			2) Siehe HV Nr. 2 zum Stellenplan.
<b>Arbeiter/-innen<sup>2)</sup></b>			
2 a	1	1	Boten-, Pförtner- und Hausmeisterdienst
4	1	1	
5	1	1	
4	2	2	Kraftfahrdienst
3	2	2	Technischer Dienst
	<u>7</u>	<u>7</u>	Zusammen

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur  
 Kapitel 06 77 Öffentliche Gärten

<b>STELLENÜBERSICHTEN</b>			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	

<b>Angestellte</b>			
IV a	1	1	Technischer Dienst
VI b	1	1	
	<u>2</u>	<u>2</u>	Zusammen

<b>BEDARFSNACHWEISE</b>			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	

<b>Arbeiter/-innen</b>			
5	8	8	Handwerklicher Dienst
4	2	2	
3	3	3	Technischer Dienst
	<u>13</u>	<u>13</u>	Zusammen

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamtinnen, Beamte</b>			
A 15	1	—	Aufsteigende Gehälter:
A 10	3	—	Direktorin, Direktor
			Oberinspektorin, Oberinspektor
	4	—	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang:	Stellen
Bes.-Gr. A 15 Direktorin, Direktor	1 infolge Übernahme aus dem Kapitel 06 01
Bes.-Gr. A 10 Oberinspektorin, Oberinspektor	3 infolge Übernahme aus dem Kapitel 06 01
Zusammen	4

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte</b>			
IV b	2	—	Verwaltungsdienst
V b	1	—	
IX b–VII <sup>1)</sup>	1	—	Schreib- und Fernschreibdienst
	4	—	Zusammen

<sup>1)</sup> Die Stelle darf nur zu 50 v. H. in Anspruch genommen werden.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Zugang:	Stellen
Verg.-Gr. IV b – Verwaltungsdienst –	2 infolge Übernahme aus dem Kapitel 06 01
Verg.-Gr. V b – Verwaltungsdienst –	1 infolge Übernahme aus dem Kapitel 06 01
Verg.-Gr. IX b–VII – Schreib- und Fernschreibdienst –	1 infolge Übernahme aus dem Kapitel 06 01
Zusammen	4

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamtinnen, Beamte</b>			
B 4	1	1	Feste Gehälter: Präsidentin, Präsident der Klosterkammer Hannover
A 16	1	1	Aufsteigende Gehälter: Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 15	4	2	Direktorin, Direktor
A 14	5	5	Oberrätin, Oberrat
A 13	4	2	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 12	8	5	Amtsärztin, Amtsarzt
A 11	15	3	Amtfrau, Amtmännin, Amtmann
A 10	3	3	Oberinspektorin, Oberinspektor
	41	22	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	2	} infolge Übernahme aus dem Einzelplan 10
Direktorin, Direktor		
Bes.-Gr. A 13	2	
Oberamtsrätin, Oberamtsrat		
Bes.-Gr. A 12	3	
Amtsärztin, Amtsarzt		
Bes.-Gr. A 11	12	
Amtfrau, Amt- männin, Amtmann		
Zusammen	19	

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte</b>			
III	1	1	Verwaltungsdienst
IV a	1	1	
IV b	1	1	
V b	7	7	
V c	10	10	
VI b <sup>6)</sup>	6	6	
VII	14	14	
IV a	1	1	Datenverarbeitungsdienst
IV b	1	1	
VI b <sup>5)</sup>	1	1	Schreib- und Fernschreibdienst <sup>2)</sup>
IX b–VII <sup>2)</sup>	9	9	
II a	2	2	Technischer Dienst
III	7	7	
IV a	4	4	
IV b <sup>3)</sup>	1	1	
V b	1	1	
VI b	1	1	
VII <sup>4)</sup>	1	1	
	69	69	Zusammen
V c	1	1	Leerstellen: Verwaltungsdienst
II a	1	1	Technischer Dienst
	2	2	Zusammen

- <sup>2)</sup> Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1–3) und VII (Fallgruppen 1–3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.
- <sup>3)</sup> Eine Stelle der Verg.-Gr. IV b wird aus Mitteln der Lüneburger Klöster bestritten.
- <sup>4)</sup> Die Vergütung wird zu etwa 50 v. H. aus Erstattungen der Klostergutspächter bei 1–271 01 bestritten.
- <sup>5)</sup> Die Sekretärin des Präsidenten ist für die Dauer in dieser Tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Sie erhält für die Dauer ihrer Tätigkeit eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT, die die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage beträgt. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.
- <sup>6)</sup> Davon 1 Stelle mit 35 Wochenstunden.

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Beamtinnen, Beamte im Vorbereitungsdienst</b>			
A 9 <sup>1)</sup>	3	3	Regierungsinspektorin-Anwärterin, Regierungsinspektor-Anwärter
	3	3	Zusammen
<b>Arbeiter/-innen</b>			
4	1	1	Sonstige Dienste
2 a	1	1	
	(1)	(1)	(hiervon: Boten, Pfortner, Hausmeister usw.)
	2	2	Zusammen

- <sup>1)</sup> Anstelle von Beamten im Vorbereitungsdienst können im Rahmen der Bedarfszahl Verwaltungspraktikanten beschäftigt werden.



**Haushaltsplan**  
für das  
**Haushaltsjahr 2005**  
**Einzelplan 07**  
**Kultusministerium**

---

# Vorwort zum Einzelplan 07

## A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Zum Geschäftsbereich des Kultusministeriums gehören folgende wesentliche Aufgabenbereiche:

- Schulwesen (allgemein bildende und berufsbildende Schulen),
- Aus-, Fort- und Weiterbildung im Schulwesen,
- Außerschulische Berufsbildung,
- Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften,
- Gedenkstättenarbeit,
- Tageseinrichtungen für Kinder.

Das Kultusministerium bedient sich zur Durchführung seiner Aufgaben u.a. folgender Dienststellen und Einrichtungen:

- 1 Landesschulbehörde mit Abteilungen in Lüneburg, Braunschweig, Hannover und Osnabrück,
- 1 Niedersächsisches Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung (NiLS) in Hildesheim,
- 1 Schulinspektion in Bad Iburg

3.390 Schulen,

darunter 7 vom Land getragene Schulen

Schulen	Öffentliche Schulen	Schulen in freier Trägerschaft	Schulen insgesamt
allgemein bildende	3.003	129	3.132
berufsbildende	138	120	258
Zusammen	3.141	249	3.390

25 Studienseminare für die Lehrämter an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie für Sonderpädagogik,

18 Studienseminare für das Lehramt an Gymnasien,

7 Studienseminare für das Lehramt an berufsbildenden Schulen und

2 Regionale Computer-Centren für Lehrerfortbildung.

Der Einzelplan 07 enthält folgende Kapitel:

Kultusministerium (Kap. 07 01)

Allgemeine Bewilligungen (Kap. 07 02)

Landesschulbehörde (Kap. 07 05)

Schulinspektion (Kap. 07 06)

Schulen allgemein (Kap. 07 07)

Grundschulen (Kap. 07 10)

Förderschulen (Kap. 07 11)

Hauptschulen (Kap. 07 12)

Realschulen (Kap. 07 13)

Gymnasien, Internatsgymnasien und Kollegs (Kap. 07 14)

Gesamtschulen (Kap. 07 18)

Berufsbildende Schulen (Kap. 07 20)

Berufsbildende Schulen als regionale Kompetenzzentren – ProReKo (Kap. 07 22)

Vorbereitungsdienst für die Lehrämter (Kap. 07 51)

Nds. Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung – NiLS (Kap. 07 58)

Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften (Kap. 07 65)

Tageseinrichtungen für Kinder (Kap. 07 74)

Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten (07 84)

## B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr

Durch die Schulstrukturreform sind zum Schuljahresbeginn 2004/2005 die Orientierungsstufen aufgelöst worden; die weiterführenden Schulformen beginnen mit Klasse 5. Das bisherige Kapitel 0710 für Grundschulen, Hauptschulen, Grund- und Hauptschulen, Haupt- und Realschulen sowie Orientierungsstufen ist ab Haushaltsjahr 2005 auf zwei Kapitel (0710 - Grundschulen und 0712 - Hauptschulen) aufgeteilt worden. Die bisherige Bezeichnung des Kapitels 0711 (Sonderschulen und Sonderschulklassen) ist entsprechend der Anwendung des Nds. Schulgesetzes (Art. 1 des Gesetzes vom 29.04.2004) in „Förderschulen“ umbenannt worden.

Das Nds. Landesprüfungsamt für Lehrämter (NLPA) und das Nds. Landesinstitut für Schulentwicklung und Bildung (NLI) sind am 31.01.2004 aufgelöst und zusammengelegt als „Nds. Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung“ (NiLS) zum 01.02.2004 neu errichtet worden. Die Landeszentrale für politische Bildung wird unter Herauslösung der Gedenkstättenarbeit (Überführung in eine öffentlich-rechtliche Stiftung) zum 01.01.2005 aufgelöst.

Zum 01.01.2005 wird eine Landesschulbehörde in Lüneburg errichtet, bei der übergangsweise die bisherigen Schulabteilungen der Bezirksregierungen eigenverantwortlich arbeitende Abteilungen in Lüneburg, Braunschweig, Hannover und Osnabrück werden. Das Bad Iburger Schloss wird als Standort für eine neu aufzubauende „Schulinspektion“ zur externen Überprüfung der Schulqualität (Landesbehörde zur Evaluation) in Aussicht genommen..

### C. Sonstige Veränderungen

Mit Schuljahresbeginn 2004/2005 ist an die Stelle der bisherigen Lernmittelfreiheit ein System der entgeltlichen Ausleihe von Lernmitteln getreten (RdErl. d. MK v. 13.05.2004, SVBl. S. 257).

Die für das Haushaltsjahr 2005 beschlossenen Einsparungen werden im Einzelplan 07 insbesondere in folgenden Bereichen erwirtschaftet:

- Personalkostenbudget der Lehrkräfte,
- Finanzhilfe für Schulen in freier Trägerschaft,
- Überbetriebliche Ausbildung,
- Lernmittel,
- Volle Halbtagsschulen,
- Staatsleistungen an die Religionsgemeinschaften,
- Sprachförderung im Elementarbereich und
- Organisationsänderungen beim NiLS sowie Schließung der Nds. Landeszentrale für politische Bildung.

### D. Hochbaumaßnahmen

Hochbaumaßnahmen für den Geschäftsbereich des Niedersächsischen Kultusministeriums werden im Einzelplan 20 ausgewiesen (Große Hochbaumaßnahmen – über 1,0 Mio. EUR –, Kleine Hochbaumaßnahmen und Bauunterhaltung). Für Umbaumaßnahmen bei der Schulinspektion im Schloss Bad Iburg sind jeweils 800.000 EUR für die Haushaltsjahre 2005 und 2006 vorgesehen. Für Baumaßnahmen an den staatlichen Nds. Internatsgymnasien sind 10 Mio. EUR im Rahmen des Investitionsprogramms des Bundes für Ganztagschulen veranschlagt.

### E. Struktur des Einzelplans 07

#### 1. Ausgaben nach Hauptgruppen

	2004		2005	
	in Mio. EUR	%	in Mio. EUR	%
Persönliche Verwaltungsausgaben (HGr. 4)	3 570,9	86,8	3 616,9	86,7
Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst (HGr. 5)	24,4	0,6	32,6	0,8
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke mit Ausnahme für Investitionen (HGr. 6)	424,9	10,3	434,9	10,4
Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen (HGr. 8)	101,4	2,5	94,6	2,3
Besondere Finanzierungsausgaben (HGr. 9)	-6,0	-0,2	-9,5	-0,2
<b>Gesamt</b>	<b>4 115,6</b>	<b>100</b>	<b>4 169,5</b>	<b>100,0</b>
Gegenüber Vorjahr	+185,8		+53,9	

#### 2. Ausgaben nach Geschäftsbereichen des MK

	2004		2005	
	in Mio. EUR	%	in Mio. EUR	%
a) Schulen (07 07 – 07 22)	3 507,4	85,2	3 572,0	85,7
b) Landesschulbehörde (07 05)	16,7	0,4	39,1	0,9
c) Schulinspektion (07 06)	-	-	1,7	0,1
d) Lehreraus- und -fortbildung (07 51 – 07 58)	98,2	2,4	77,1	1,8
e) Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften ( 07 65)	38,8	0,9	40,9	1,0
f) Tageseinrichtungen für Kinder (07 74)	169,0	4,1	167,1	4,0
g) Ministerium (07 01) ohne Beihilfen und Fürsorgemaßnahmen (gesamter Epl. 07) u. Globale Minderausgaben (gesamter Epl. 07)	13,6 164,6 -9,5	0,3 4,0 -0,2	13,9 161,8 -9,2	0,3 3,9 -0,2
h) Sonstiges (Allgemeine Bewilligungen – 07 02 – und Stiftung Nieders. Gedenkstätten – 07 84 –)	116,8	2,9	105,1	2,5
<b>Gesamt</b>	<b>4 115,6</b>	<b>100</b>	<b>4 169,5</b>	<b>100,0</b>

#### 3. Stellen nach Geschäftsbereichen des MK (ohne Leerstellen und Vorruhestand)

	2004		2005	
	Anzahl	%	Anzahl	%
a) Schulen (07 07 – 07 22)	69 840	92,5	70 162	92,5
b) Landesschulbehörde (07 05)	300	0,4	932	1,2
c) Schulinspektion (0706)	-	-	34	0,1
d) Lehreraus- und -fortbildung (07 51 – 07 58)	5 059	6,7	4 497	5,9
e) Ministerium (07 01)	218	0,3	220	0,2
f) Stiftung Nieders. Gedenkstätten (07 84)	43	0,1	5	0,1
<b>Gesamt</b>	<b>75 460</b>	<b>100</b>	<b>75 850</b>	<b>100,0</b>

#### **F. Deckungskreis der sächlichen Verwaltungsausgaben**

Innerhalb des Einzelplans 07 sind gegenseitig deckungsfähig die außerhalb von Titelgruppen veranschlagten Ausgaben der Obergruppen 51 bis 54 – mit Ausnahme der Titel 529 .., 532 11 bis 532 20, 546 02 und 546 06 –, soweit sie

1. nicht übertragbar sind,
2. nicht mit Ausgaben außerhalb des Deckungskreises deckungsfähig sind oder
3. nicht mit Einnahmen korrespondieren oder
4. nicht budgetiert sind.

Vgl. HV zu Kapitel 07 01 Titel 511 01.



## Epl. 07

## Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen					Gesamteinnahmen	Personalausgaben	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst
		0	1	2	3				
		Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
0701	Kultusministerium	—	28	—	—	28	172.475	2.771	
0702	Allgemeine Bewilligungen	—	250	—	89.700	89.950	54	401	
0705	Landesschulbehörde	—	305	134	—	439	37.281	2.700	
0706	Schulinspektion	—	—	—	—	—	1.699	—	
0707	Schulen allgemein	—	78	1.276	—	1.354	36.649	12.588	
0710	Grundschulen	—	808	—	—	808	3.196.354	725	
0711	Förderschulen	—	86	200	—	286	846	169	
0712	Hauptschulen	—	—	—	—	—	2.354	235	
0713	Realschulen	—	55	—	—	55	586	98	
0714	Gymnasien, Internatsgymnasien und Kollegs	—	1.439	875	25	2.339	3.537	1.467	
0718	Gesamtschulen	—	79	—	—	79	646	91	
0720	Berufsbildende Schulen	—	6.123	—	—	6.123	11.921	2.215	
0722	Berufsbildende Schulen als regionale Kompetenzzentren	—	1.026	—	—	1.026	83.772	481	
0751	Vorbereitungsdienst für die Lehrämter	—	28	—	—	28	63.289	4.433	
0756	Niedersächsisches Landesprüfungsamt für Lehrämter	—	—	—	—	—	—	—	
0758	Niedersächsisches Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung (NiLS)	—	7	40	—	47	5.161	4.162	
0765	Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften	—	—	—	—	—	—	39	
0774	Tageseinrichtungen für Kinder	—	—	—	—	—	—	22	
0784	Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten	—	—	—	1.492	1.492	253	—	
	Summe 2005	—	10.312	2.525	91.217	104.054	3.616.877	32.597	
	Summe 2004	—	10.646	2.991	98.867	112.504	3.570.871	24.464	
	2005 mehr(+)/weniger(-)	—	-334	-466	-7.650	-8.450	+46.006	+8.133	

**gaben und Verpflichtungsermächtigungen**

**Epl. 07**

Ausgaben					2005 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 - Sp. 14)	2004 Überschuss Zuschuss (-)	2005 Verbesserung Verschlechterung (-) (Sp. 15 - Sp. 16)	Verpflichtungs- ermächtigungen
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsför- dermaßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben				
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
1	—	75	-8.807	166.515	-166.487	-168.769	2.282	—
9.947	—	91.400	66	101.868	-11.918	-14.164	2.246	168.952
—	—	—	-855	39.126	-38.687	-16.724	-21.963	—
—	—	—	—	1.699	-1.699	—	-1.699	—
208.480	—	—	—	257.717	-256.363	-236.657	-19.706	2.031
—	—	—	—	3.197.079	-3.196.271	-3.162.025	-34.246	—
15	—	—	—	1.030	-744	-785	41	—
5.493	—	—	—	8.082	-8.082	—	-8.082	—
—	—	—	—	684	-629	-549	-80	—
—	—	156	1.616	6.776	-4.437	-4.451	14	—
—	—	—	—	737	-658	-596	-62	—
1.150	—	92	92	15.470	-9.347	-7.843	-1.504	—
171	—	—	—	84.424	-83.398	-81.326	-2.072	—
28	—	87	647	68.484	-68.456	-89.541	21.085	—
—	—	—	—	—	—	-1.293	1.293	—
100	—	35	-867	8.591	-8.544	-7.109	-1.435	—
40.908	—	—	—	40.947	-40.947	-38.753	-2.194	—
167.037	—	—	—	167.059	-167.059	-169.036	1.977	3.500
1.581	—	2.700	-1.350	3.184	-1.692	-3.498	1.806	9.200
434.911	—	94.545	-9.458	4.169.472	-4.065.418	-4.003.119	-62.299	183.683
424.916	—	101.407	-6.035	4.115.623				24.708
+9.995	—	-6.862	-3.423	+53.849				+158.975

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0701 Kultusministerium**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
111 01-1	011	Gebühren und tarifliche Entgelte		1	1	—	1
119 01-2	011	Vermischte Einnahmen		25	25	—	5
119 02-0	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen *** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.		1	1	—	0
119 03-9	011	Einnahmen aus Nebentätigkeiten		—	—	—	—
119 04-7	011	Einnahmen aus dem Verkauf des Firmentik- kets von Verkehrsunternehmen an Landes- bedienstete Vgl. K-Vermerk zu 546 04.		—	—	—	78
132 01-9	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		1	1	—	0
132 10-8	011	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen Vgl. K-Vermerk zu 811 01.		—	—	—	39
132 11-6	011	Erlöse aus der Veräußerung personenbezo- gener Dienstkraftfahrzeuge Vgl. K-Vermerk zu 811 11.		—	—	—	—
132 99-0	011	Erlöse aus dem Verkauf von DV-Geräten Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 98/99.		—	—	—	—
235 01-2	011	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbe- schaffung		—	—	—	—
<b>AUSGABEN</b>							
412 01-1	011	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige in den Beiräten nach dem NSchG	—	5	5	—	3
412 04-6	011	Entschädigungen an Vorsitzende der Eini- gungsstellen gem. § 71 b Abs. 7 Nds. PersVG	—	3	3	—	1
421 01-0	011	Bezüge der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten, der Ministerin oder des Ministers	—	164	153	+11	232
422 01-7	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtin- nen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbud- gets	—	10.411	10.122	+289	7.138
422 09-2	011	Leistungsprämien	—	—	—	—	—
422 19-0	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	55
422 31-9	011	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Frei- stellung bei Personalüberhang	—	—	67	-67	197
425 01-6	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	2.704
425 04-0	011	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	17	16	+1	—
425 06-7	011	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1	1	—	—
426 01-2	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	479
427 01-9	011	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	—	3	3	—	2
441 01-1	940	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richt- erinnen und Richter	—	159.291	162.236	-2.945	151.361
441 02-0	940	Beihilfen für Angestellte	—	269	350	-81	256
441 03-8	940	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	71	40	+31	67
441 04-6	940	Beihilfen für Sonstige	—	—	—	—	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 412 01**

Aufwendungen für die im Landesschulbeirat sowie im Beirat für landw. Fachschulen ehrenamtlich tätigen Mitglieder (§§ 174 Abs. 2, 196 Abs. 2 NSchG).

**Zu 412 04**

Die/der Vorsitzende einer Einigungsstelle erhält gem. § 71 Abs. 7 Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz eine Vergütung für jeden bearbeiteten Einzelfall.

**Zu 421 01**

1. Amtsgehalt	158 000 EUR
2. Dienstaufwandsentschädigungen	6 000 EUR
Zusammen	<u>164 000 EUR</u>

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteneinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
193,35	191,35	192,42

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
10 411	10 122	10 377

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	-
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	2,00
- Sonstige Veränderungen	-
	-----
Summe Zugänge	2,00

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	-
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	-
- Sonstige Veränderungen	-
	-----
Summe Abgänge	-

Bleibt Zugang 2,00

**Zu 425 04**

Gemäß Kabinettsbeschluss vom 01.07.2003 wurden zwei Auszubildende zum Verwaltungsfachangestellten zum 01.08.2003 eingestellt.

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0701 Kultusministerium**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
			2005				
			2004				
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
441 06-2	227	Pflegebeihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	—	179	156	+23	170
443 01-4	011	Fürsorgeleistungen	—	2.038	1.830	+208	2.038
453 01-0	011	Trennungsschädigung und Umzugskostenvergütung	—	23	3	+20	23
511 01-0	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände *** Abschnitt F des Vorwortes zum Epl. 07 (Deckungskreis der sächlichen Verwaltungsausgaben) ist verbindlich.	—	367	350	+17	333
514 01-9	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	40	40	—	42
517 01-8	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	254	210	+44	234
518 01-4	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	285	290	-5	277
518 02-2	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	30	30	—	35
519 01-0	011	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	1	1	—	2
525 01-0	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	27	27	—	5
525 10-0	011	Klausurtagungen	—	5	5	—	0
526 01-7	011	Sachverständige	—	3	8	-5	3
526 02-5	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	3	10	-7	3
527 01-3	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	80	67	+13	75
527 02-1	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenanlagenangelegenheiten	—	55	59	-4	55
529 10-5	011	Zur Verfügung der Ministerin oder des Ministers	—	5	5	—	5
531 10-0	011	Veröffentlichungen und sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	—	198	192	+6	81
538 01-5	011	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	7
546 01-8	011	Vermischte Ausgaben	—	1	1	—	9
546 02-6	011	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	—	—	—	—
546 03-4	011	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	3	3	—	11
546 04-2	011	Ausgaben für den Kauf des Firmentickets von Verkehrsunternehmen <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 04.</i>	—	—	—	—	78
549 01-7	989	Globale Minderausgabe für sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	-419	+419	—
686 10-3	011	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	1	1	—	0
811 01-3	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 10.</i>	—	18	18	—	56
811 11-0	011	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.</i>	—	—	—	—	22

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 441 06**

Anpassung an die letzte Ist-Entwicklung.

**Zu 443 01**

Anpassung an die letzte Ist-Entwicklung.

**Zu 511 01**

Hinweis auf Abschnitt F des Vorwortes zum Epl. 07.

**Zu 514 01**

**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1. 1. 2003	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Pkw/Kombi	6	6	6

**Zu 531 10**

Aus diesem Ansatz werden vor allem Broschüren und Falblätter sowie die Internetpräsentation des MK bezahlt. Bildungspolitische Dokumentationen sowie Veröffentlichungen zum Zwecke der Öffentlichkeitsarbeit dürfen unentgeltlich abgegeben werden (vgl. Haushaltsvermerk zu 119 02).

**Zu 546 01**

Hier sind auch Mittel für Erfrischungen anlässlich von Dienstbesprechungen mit Vertretern anderer Behörden veranschlagt.

**Zu 811 01**

1 Pkw Ersatzbeschaffung.

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0701 Kultusministerium**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
812 15-0	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	57	80	-23	26
972 11-4	989	Globale Minderausgabe *** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.	—	-9.184	-9.039	-145	—
981 07-5	990	Abführung an 1321 - 38107	—	377	377	—	377
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 62</b>	<b>Bildungspolitische Veranstaltungen</b>		(—)	(14)	(16)	(-2)	(5)
527 62-5	011	Reisekostenvergütungen	—	5	5	—	1
547 62-6	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	9	11	-2	5
<b>TGr. 63</b>	<b>Frauenpolitische Maßnahmen</b>		(—)	(9)	(10)	(-1)	(7)
427 63-9	011	Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	—	—	—	—
527 63-3	011	Reisekostenvergütungen	—	5	5	—	5
547 63-4	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	4	5	-1	2
<b>TGr. 96</b>	<b>Reformdividende (PKB)</b>		(—)	(—)	(—)	(—)	(298)
429 96-8	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	17
547 96-0	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	160
711 96-5	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	108
812 96-6	960	Sonstige Ausgaben für Investitionen	—	—	—	—	14
<b>TGr. 98/99</b>	<b>Kosten der Informations- u. Kommunikationstechnik</b> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 99.</i>		(—)	(1.391)	(1.469)	(-78)	(1.460)
511 99-0	011	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der Geräte sowie der sonstigen Gegenstände	—	73	73	—	81
518 98-7	011	Anmietung von Software	—	—	—	—	—
518 99-5	011	Anmietung von Hardware	—	—	—	—	—
525 98-3	011	Aus- und Fortbildung durch das Informatikzentrum Niedersachsen (IZN) <i>Übertragbar.</i>	—	7	13	-6	8
525 99-1	011	Aus- und Fortbildung durch andere Dienstleister	—	3	13	-10	5
538 98-8	011	Dienstleistungen des IZN <i>Übertragbar.</i>	—	1.300	1.350	-50	1.363
538 99-6	011	Dienstleistungen "Anderer" <i>Übertragbar.</i>	—	—	—	—	1
547 99-5	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	8	20	-12	2
812 99-0	011	Erwerb von Geräten und sonstigen Gegenständen	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		1	-1	

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 812 15**

	2005 Tsd. EUR
1. Ausstattung von Dienst- u. Sitzungsräumen	27
2. Einbau Kompaktregistraturanlage	30
Zusammen	57

**Zu 972 11**

Zum Ausgleich des Haushalts. Der Beitrag zum Haushaltsausgleich kann auch durch Mehreinnahmen erbracht werden, soweit diesen keine entsprechenden Mehrausgaben gegenüber stehen.

**Zu 981 07**

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

**Zu Titelgruppe 62**

Im Rahmen der bildungspolitischen Veranstaltungen sollen Tagungen zu bildungspolitischen Schwerpunkten durchgeführt werden (u. a. Werkstattgespräche, Foren, Symposien).

**Zu Titelgruppe 63**

Zur Durchführung von frauenpolitischen Veranstaltungen im MK und im nachgeordneten Bereich, z. B. Seminare zu aktuellen Themen, Arbeitstagungen und Dienstbesprechungen der Frauenbeauftragten der Landesschulbehörde und der Frauenbeauftragten an Schulen sowie Netzwerkarbeit der Frauenbeauftragten im Schulbereich.

**Zu 538 98**

Hier sind Mittel für die System- und Programmpflege (Verfahrensentwicklung, Produktionssteuerung, Systembetreuung) – insbesondere in den Bereichen der Unterrichtsversorgung und Lehrereinstellung sowie des Vorbereitungsdienstes für die Lehrämter – veranschlagt.

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0701 Kultusministerium**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 0701</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		28	28	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		28	28	—	
		4 Personalausgaben	—	172.475	174.986	-2.511	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	2.771	2.374	+397	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	1	1	—	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	75	98	-23	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	-8.807	-8.662	-145	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	166.515	168.797	-2.282	
		<b>Zuschuss</b>		166.487	168.769	-2.282	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0702 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-6	011	Vermischte Einnahmen		150	125	+25	148
119 30-0	129	Abwicklung offener Posten aus dem Vorjahr		—	—	—	—
119 67-9	153	Rückflüsse aus nicht in Anspruch genommenen oder nicht zweckentsprechend verwendeten Zuwendungen (außerschul. Berufsbildung) <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 67/97.</i>		100	125	-25	93
119 69-5	129	Sonstige Verwaltungseinnahmen (N-21) <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 69.</i>		—	—	—	29
231 01-0	151	Zuweisungen des BMBW im Rahmen der Begabtenförderung zur beruflichen Bildung <i>Vgl. K-Vermerk zu 685 06.</i>		—	—	—	3
231 70-3	129	Zuweisungen des BMBF zur Durchführung des Programms "Zukunftsinvestitionen für berufliche Schulen" <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 70.</i>		—	—	—	—
231 71-1	151	Zuweisungen des Bundes für Modellversuche auf dem Gebiet der Berufsbildung <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 71.</i>		—	—	—	—
272 62-0	129	Zuweisungen u.a. der EU zur Durchführung von EU-Programmen sowie zur Pflege kultureller Beziehungen zum Ausland <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 62.</i>		—	—	—	373
331 72-4	129	Zuweisungen des Bundes für das Investitionsprogramm für Ganztagschulen "Zukunft, Bildung und Betreuung" <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 72.</i>		89.700	98.700	-9.000	2.905
<b>AUSGABEN</b>							
546 30-5	129	Abwicklung offener Posten aus dem Vorjahr	—	—	—	—	—
632 23-6	111	Zuschuss des Landes Niedersachsen zu den Kosten der Geschäftsstelle des Deutschen Bildungsrates	—	11	11	—	10
636 01-0	223	Unfallversicherung für Schüler und Kinder in Kindergärten	—	4.253	4.253	—	6.158
685 06-2	151	Zuschüsse aus Mitteln des BMBW an die Sozialversicherungsträger im Rahmen der Begabtenförderung <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 01.</i>	—	—	—	—	3
685 52-6	178	Zuschuss des Landes Niedersachsen zur Finanzierung des Instituts für Film und Bild in München	—	90	90	—	88
685 53-4	153	Zuschüsse an politische Stiftungen	—	184	368	-184	368
686 51-4	151	Zuschüsse i.R.d. Ausbildungsinitiative <i>Übertragbar.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	—	700	1.190	-490	647
<b>Titelgruppe(n)</b>							

---

**ERLÄUTERUNGEN**


---

**Zu 231 01**

Mittel des BMBF zur Begabtenförderung berufliche Bildung für junge Absolventinnen und Absolventen im Ausbildungsberuf der oder des Sozialversicherungsfachangestellten nach den Richtlinien des BMBW vom 31. 1. 1992.

**Zu 632 23**

Das Abkommen der Länder der Bundesrepublik Deutschland untereinander und mit der Bundesregierung vom 12. 2. 1970 über die Verlängerung des Abkommens über die Errichtung eines Deutschen Bildungsrates vom 15. 7. 1965 ist über den 15. 7. 1975 hinaus nicht verlängert worden. Damit entfällt ab Haushaltsjahr 1977 ein laufender Zuschuss an die Geschäftsstelle. Die veranschlagten Mittel sind Abwicklungskosten (Versorgungsleistungen und Beihilfen des seinerzeitigen Generalsekretärs).

**Zu 636 01**

Durch das Gesetz über Unfallversicherung für Schüler und Studenten sowie Kinder in Kindergärten vom 18. 3. 1971 – BGBl. I S. 237 – sind in die gesetzliche Unfallversicherung insbesondere einbezogen worden:

- a) Kinder während des Besuchs von Kindergärten,
- b) Schüler während des Besuchs allgemeinbildender Schulen sowie
- c) Studierende während der Aus- und Fortbildung an Hochschulen.

Das Land Niedersachsen, das nach diesem Gesetz Träger der gesetzlichen Unfallversicherung für bestimmte Personengruppen ist:

(vgl. §§ 539 Abs. 1 Nr. 14, 655 Abs. 2 SGB IV)

- Studierende an den vom Land getragenen Hochschulen und Fachhochschulen sowie den privaten Fachhochschulen,
- Schüler an den vom Land getragenen allgemeinbildenden Schulen und Kollegs und an allgemeinbildenden Schulen in freier Trägerschaft,
- Kinder in Kindergärten der Träger der freien Jugendhilfe und in anderen privaten gemeinnützigen Kindergärten.

zahlt die Beiträge an die Landesunfallkasse Niedersachsen. Der Anteil an den Ausgaben, der auf den Personenkreis der Studierenden entfällt, wird ab dem Haushaltsjahr 2004 aus dem Epl. 06 finanziert.

Die Kosten der gesetzlichen Unfallversicherung für Schüler und Kinder in Kindergärten kommunaler Träger werden hingegen von der jeweiligen Gebietskörperschaft übernommen.

**Zu 685 06**

Gewährung von Zuwendungen aus Mitteln des BMBF im Rahmen der Begabtenförderung berufliche Bildung an junge Absolventinnen und Absolventen im Ausbildungsberuf der oder des Sozialversicherungsfachangestellten.

**Zu 685 52**

Das Institut für Film und Bild in München ist eine gemeinnützige GmbH, in der das Land als Gesellschafter fungiert.

Das FWU hat die Aufgabe, audiovisuelle Medien herzustellen und deren Verwendung als Lehr- und Lernmittel in Bildung, Erziehung und Wissenschaft zu fördern. Dazu gehört auch die Beratung bei der Entwicklung und Beschaffung geeigneter Geräte.

Veranschlagt ist der gem. § 7 Abs. 2 des Gesellschaftervertrages vom 6. 3. 1950 auf Niedersachsen entsprechend der Schülerzahl entfallende voraussichtliche Anteil an den Kosten des Instituts.

**Zu 685 53**

Zuwendungen zur finanziellen Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Konrad – Adenauer – Stiftung, Rudolf – von – Bennigsen – Stiftung und der Stiftung Leben und Umwelt in Form von Projektförderungen.

**Zu 686 51**

Mit den veranschlagten Haushaltsmitteln sollen zusätzliche Ausbildungsplätze gewonnen werden. Ein Schwerpunkt der "Ausbildungsoffensive" ist die Förderung von Ausbildungsverbänden zum Zwecke der Schaffung zusätzlicher Ausbildungsverhältnisse in einem anerkannten Ausbildungsberuf. (Förderrichtlinie des MK,

**Noch zu 686 51**

zuletzt geändert am 26. 6. 2000 (Nds. MBl. 431)).

**Zu Titelgruppe 62**

Die Mittel sind veranschlagt für:

1. Kooperationsprojekte (Austausch, sprachl. Vorbereitung, kulturelles Beiprogramm) u. a. mit den Ländern Frankreich (Haute Normandie), Großbritannien, Spanien, Russland, Polen, Ungarn im Bereich der Bildung,
2. Reisekosten anlässl. der Entsendung nieders. Vertreter in das Ausland nach/analog BRKG und Betreuungskosten ausländischer Delegationen bei Veranstaltungen im Bereich der Bildung.
3. Kosten der Austausch- und Hospitationsaufenthalte von Lehrkräften. Aus den Mitteln erhalten ausländische Lehrkräfte Zuschüsse zu den Kosten eines Hospitationsaufenthaltes in Niedersachsen und niedersächsische Lehrkräfte, die an ausländischen Schulen im Rahmen eines Lehreraustausches unterrichten oder hospitieren, Zuschüsse zu ihren Auslagen gem. § 23 Abs. 2 BRKG.

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0702 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>TGr. 62</b>		<b>Pflege kultureller Beziehungen zum Ausland</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 272 62.</i>	(-)	(62)	(64)	(-2)	(207)
427 62-4	129	Zuschüsse für ausländische Lehrkräfte	-	1	1	-	-
429 62-7	129	nicht aufteilbare Personalausgaben	-	-	-	-	-
525 62-6	129	Erstattung von Auslagen an niedersächsische Lehrkräfte	-	4	4	-	-
527 62-9	129	Reisekosten	-	-	-	-	-
547 62-0	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	57	59	-2	207
685 62-3	129	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	-	-	-	-	-
687 62-6	129	Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland	-	-	-	-	-
<b>TGr. 64/65</b>		<b>Zuweisungen für Einrichtungen der KMK und über sie geförderte Einrichtungen</b>	(-)	(2.379)	(2.098)	(+281)	(2.192)
547 65-4	151	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben <i>Übertragbar.</i>	-	-	-	-	8
632 64-3	011	Zuweisung für die Kosten des Sekretariats der KMK sowie die gemeinsam finanzierten Einrichtungen	-	1.804	1.781	+23	1.755
632 65-1	151	Zuweisung für besondere Projekte der KMK <i>Übertragbar.</i>	-	575	317	+258	429
<b>TGr. 66</b>		<b>Kosten des Landesausschusses für Berufsbildung</b>	(-)	(3)	(5)	(-2)	(1)
412 66-0	151	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	-	2	4	-2	1
547 66-2	151	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	1	1	-	0
<b>TGr. 67/97</b>		<b>Förderg. d. außerschulischen Berufsbildung</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 67.</i>	(1.152) (4.800)	(3.971)	(5.883)	(-1.912)	(5.675)
527 67-0	153	Reisekostenvergütungen	-	-	-	-	-
547 67-0	153	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	-	-	-	-
685 67-4	153	Zuschüsse für Lehrgänge, Kurse und Forschungsarbeiten für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	-	2.205	3.772	-1.567	3.862
685 97-6	153	Zuschüsse für laufende Zwecke an die Landesgewerbeförderungsstelle des nieders. Handwerks in Hannover <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	-	-	66	-66	63
686 67-0	153	Zuschüsse für Lehrgänge, Kurse und Forschungsarbeiten für laufende Zwecke im Inland	-	-	-	-	49
686 97-2	153	Zuschüsse an Sonstige	-	-	-	-	-
893 67-6	153	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland zur Errichtung und Ausstattung von Ausbildungszentren	1.152 4.800	1.700	2.045	-345	1.701

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Titelgruppe 64/65**

Die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK) behandelt nach ihrer Geschäftsordnung Angelegenheiten der Kulturpolitik von überregionaler Bedeutung mit dem Ziel einer gemeinsamen Meinungs- und Willensbildung und der Vertretung gemeinsamer Anliegen. Zur Erledigung der laufenden Geschäfte der Ständigen Konferenz der Kultusminister und der in ihrem Rahmen verwalteten Einrichtungen stellt das Land Berlin eine Dienststelle als Sekretariat zur Verfügung. Das Nähere, insbesondere über ihre Finanzierung, ist durch das Abkommen der Länder vom 20. 6. 1959 i. d. F. vom 25. 10. 1991 (Beitritt der neuen Länder) geregelt.

**Zu 632 64**

Zuweisung des Landes Niedersachsen an das Sekretariat der KMK für den laufenden Geschäftsbetrieb des Sekretariats und für die über die KMK geförderten Einrichtungen.

Die Zuschüsse der KMK an Vereine, Organisationen usw. für laufende Zwecke, u. a. für

1. Heinrich-Heine-Haus in der Cité Internationale in Paris (Wohnheimfreiplätze und Tutorenstellen)
2. Leo Baeck Institute of Jews from Germany (Förderungsgesellschaft des Instituts in Frankfurt/Main)
3. Deutscher Akademischer Austauschdienst, Bonn-Bad Godesberg
4. Deutsche Künstlerhilfe, Bonn
5. Kuratorium „Junger Deutscher Film“, München
6. Hochschule für jüdische Schulen, Heidelberg
7. Deutsches Polen-Institut, Darmstadt
8. Gesellschaft für Deutsche Sprache e. V., Wiesbaden
9. Forschungsstelle für unabhängige Literatur und gesellschaftliche Bewegungen Osteuropas, Bremen
10. Deutsches Komitee für den Europäischen Schultag, Bonn

**Zu 632 65**

Anteil des Landes Niedersachsen an den Kosten der Länder an der nationalen Erweiterung des OECD-Projektes "PISA 2003", an dem OECD-Projekt „PISA 2006“ einschließlich der nationalen Erweiterung, an der Standardnormierung und- überprüfung für Mathematik (Primarbereich), an den Schülerleistungsuntersuchungen zur Lesefähigkeit in Grundschulen (PIRLS/IGLU 2006), sowie in Deutsch und Englisch in der 9. Klasse (DESI), der Bildungsberichterstattung und dem Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen

**Zu Titelgruppe 66**

Fahrkostenersatz, Entschädigungen für Zeitversäumnis (Sitzungsgelder) für die 18 Mitglieder des gemäß § 54 des Berufsbildungsgesetzes v. 14. 8. 1969 (BGBl. I S. 1112) und gemäß Beschluss des Landesministeriums v. 28. 5. 1974 (Nds. MBl. S. 1192) bei der Landesregierung errichteten Landesausschusses für Berufsbildung sowie für die Mitglieder der Unterausschüsse des Landesausschusses.

**Zu 685 67**

Gem. der Richtlinie des MK über die Gewährung von Zuwendungen zur beruflichen Qualifizierung Auszubildender durch Lehrgänge der überbetrieblichen Berufsausbildung (Nds. MBl. 2003, S. 129) werden Lehrgänge in der überbetrieblichen Ausbildung im Handel, Handwerk, Hotel- und Gaststättengewerbe sowie im mittelständischen Wirtschaftsbereich gefördert. Die Richtlinie ist befristet bis zum 31.12.2006.

Die im Haushaltsjahr 2003 ausgebrachte VE für die Haushaltsjahre 2004 und 2005 dient der notwendigen Verbesserung der Weiterbildungsmöglichkeiten zur strukturellen Entwicklung im Bereich der Informationstechnologien und der neuen Medien (IT- und Medienberufe) und des damit verbundenen Fachkräftebedarfs. In den 4 Regierungsbezirken sollte aus diesem Grund an jeweils einem Standort eines Projektes des Modellversuchs "Lernortverbünde für IT- und Medienberufe (LOVE-IT)" ein Modellprojekt "LOVE-IT-plus" eingerichtet werden. Als Maßnahme des niedersächsischen Bündnisses für Arbeit und Ausbildung fördert "LOVE-IT-plus" die Qualifizierung der Beschäftigten im IT-Bereich.

**Zu 893 67**

Gem. der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Entwicklung von über- und außerbetrieblichen Bildungseinrichtungen zu Fachkompetenzzentren, Technologietransfer-Zentren und Bildungstechnologiezentren (Nds. MBl. 2003, S. 90) werden Zuwendungen zur Anpassung der beruflichen Aus- und Weiterbildung an eine innovative technische Entwicklung und zum Erreichen eines Technologietransfers in die KMU gefördert. Die Richtlinie ist befristet bis zum 31.12.2006.

Außerdem werden gemäß der analogen Anwendung der Fördergrundsätze des Bundes über die Förderung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten (ÜBS) vom 15.06.2001 Zuwendungen zu investiven Förderung von überbetrieblichen Ausbildungsstätten und Einrichtungen der beruflichen Fort- und Weiterbildung gewährt.

**Belastung (2005)**

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	—	1.600	—	1.600
2006	—	1.600	445	2.045
2007	—	1.600	40	1.640
2008	—	—	667	667
2009 ff.	—	—	—	—
<b>Summe</b>	—	<b>4.800</b>	<b>1.152</b>	<b>5.952</b>

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0702 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
894 67-2	153	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen zur Errichtung und Ausstattung von Ausbildungszentren	—	—	—	—	—
919 67-5	950	Abführung an 5081-38168	—	66	—	+66	—
<b>TGr. 69</b>		<b>N-21: Schulen in Niedersachsen online</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 69.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i> <i>Sofern aus haushaltssystematischen Gründen die Einrichtung zusätzlicher Titel erforderlich sein sollte, gilt für diese abweichend von § 20 I 1 LHO die Deckungsfähigkeit der Titelgruppe.</i>	(—)	(125)	(300)	(-175)	(10.029)
427 69-1	129	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	—	—	—	244
429 69-4	129	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	333
511 69-2	129	Geschäftsbedarf und Kommunikation, sowie Geräte, Ausrüstungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	10
527 69-6	129	Reisekostenvergütungen	—	—	—	—	209
531 69-3	129	Veröffentlichungen	—	—	—	—	1
538 69-8	129	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	1.049
547 69-7	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	741
633 69-0	129	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	5.036
686 69-7	129	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	125	300	-175	549
812 69-2	129	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
883 69-7	129	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	1.857
<b>TGr. 70</b>		<b>Zukunftsinvestitionsprogramm für berufliche Schulen (ZIBS)</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 70.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i> <i>Sofern aus haushaltssystematischen Gründen die Einrichtung zusätzlicher Titel erforderlich sein sollte, gilt für diese abweichend von § 20 I 1 LHO die Deckungsfähigkeit der Titelgruppe.</i>	(—)	(—)	(—)	(—)	(134)
511 70-6	129	Geschäftsbedarf und Kommunikation, sowie Geräte, Ausrüstungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	—
633 70-4	129	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	102
812 70-6	129	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 919 67**

Abführung an MW auf der Grundlage einer noch abzuschließenden Vereinbarung über die Zahlung der Gesellschafterleistung an die NBank.

**Zu Titelgruppe 69**

Zur Erreichung des Ziels, Niedersachsens Schulen fit für den Weg in die Wissensgesellschaft zu machen und die Voraussetzungen für die Integration der neuen Medien in das schulische Lernen zu schaffen, hat die Landesregierung ein Aktionsprogramm “N-21: Schulen in Niedersachsen online” beschlossen, das aufeinander abgestimmte Aktionen zur Ausstattung von Schulen, zur Aus- und Fortbildung von Lehrkräften, zur Entwicklung didaktischer Konzepte und multimedialer Lernumgebungen, zur Intensivierung der Ausbildung im IT- und Medienbereich sowie zur Öffnung des Zuganges zum Internet und zur Multimedia für breite Bevölkerungsgruppen beinhaltet. Zur Unterstützung dieses Programms ist im Juni 2000 ein Verein gleichen Namens von zunächst 20 Mitgliedern, davon 18 aus der Wirtschaft, gegründet worden.

Das Land trägt die notwendigen Sach- und Personalausgaben des Vereins.

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0702 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004	2004	2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
883 70-0	129	Zuweisungen für Investitionen an Gemein- den und Gemeindeverbände	—	—	—	—	32
893 70-6	129	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	—	—	—	—	—
<b>TGr. 71</b>		<b>Verausgabung der Bundesmittel für Modell- versuche auf dem Berufsbildungsgebiet</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet</i> <i>werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei</i> <i>231 71.</i>	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
546 71-2	151	Rückzahlung nicht zweckentspr. verwendete Zuwendungen	—	—	—	—	—
686 71-9	151	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	—	—	—	—
<b>TGr. 72</b>		<b>Investitionsprogramm des Bundes für</b> <b>Ganztagsschulen "Zukunft, Bildung und</b> <b>Betreuung"</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet</i> <i>werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei</i> <i>331 72.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im</i> <i>Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet</i> <i>werden, wenn an anderer Stelle des Landes-</i> <i>haushalts Mittel für denselben Zweck veran-</i> <i>schlagt sind.</i>	(167.800) (—)	(89.700)	(98.700)	(-9.000)	(1.432)
511 72-2	129	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsge- genstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	—
633 72-0	129	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	1.432
686 72-7	129	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	—	—	—	—
812 72-2	129	Erwerb von Geräten und sonstigen bewegli- chen Sachen	—	—	—	—	—
883 72-7	129	Zuweisungen für Investitionen an Gemein- den und Gemeindeverbände	167.800 —	89.700	98.700	-9.000	—
893 72-2	129	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	—	—	—	—	—
<b>TGr. 81</b>		<b>Zuschüsse aus Konzessionsabgaben für</b> <b>Zwecke des Schulsports</b> <i>Übertragbar.</i> <i>*** Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzli-</i> <i>chen Anteils an der Konzessionsabgabe geleistet</i> <i>werden.</i> <i>Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung</i> <i>verbindlich.</i>	(—)	(390)	(520)	(-130)	(563)
427 81-0	129	Entschädigungen für nebenamtlich und ne- benberuflich Tätige	—	51	51	—	19
525 81-2	151	Sachaufwand für Aus- und Fortbildung	—	210	210	—	101
547 81-6	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben	—	129	259	-130	391
685 81-0	129	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentli- che Einrichtungen	—	—	—	—	51

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Titelgruppe 72**

Der Bund gewährt den Ländern in den Jahren 2003- 2007 im Rahmen des Investitionsprogramms "Zukunft Bildung und Betreuung" auf der Grundlage der Verwaltungsvereinbarung vom 12.05.2003 Finanzhilfen in Höhe von insgesamt 4 Mrd EUR (voraussichtlicher Anteil des Landes Niedersachsen beträgt 400 Mio EUR).

Mit dem Investitionsprogramm soll die Schaffung einer modernen Infrastruktur im Ganztagsschulbereich unterstützt werden.

Die finanziellen Hilfen werden nach Maßgabe der Förderrichtlinie des MK vom 03.11.2003 (Nds. MBl. S. 730) gewährt.

**Zu 883 72**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	–	–	–
2006	–	–	98.700	98.700
2007	–	–	69.100	69.100
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	–	167.800	167.800

**Zu Titelgruppe 81**

Nach § 6 Abs. 1 des Niedersächsischen Gesetzes über das Lotteriede- und Wettwesen (NLottG) v. 21. 6. 1997 (GVBl. S. 289), zuletzt geändert durch Art. 10 des Haushaltsbegleitgesetzes 2005 vom 17.12.2004 (Nds. GVBl. S. 664) haben Wettunternehmen eine Konzessionsabgabe an das Land abzuführen. Ein Teil dieser Konzessionsabgabe ist aufgrund des § 7 Abs. 1 zweckgebunden zu verwenden. Gemäß § 7 Abs. 3 Nr. 1 NlottG sind 3.363.750 EUR für die Zwecke der Jugendarbeit und des Schulsports zu verwenden. Der auf den Schulsport entfallende Anteil an der Konzessionsabgabe beträgt im Haushaltsjahr 2005 390.000 EUR.

Veranschlagt sind die Ausgaben für

- Schulsportveranstaltungen außerhalb des Unterrichts, z. B. Bundesjugendspiele, Wettbewerb "Jugend trainiert für Olympia", Feriensportkurse
- Aktionsprogramm für die Zusammenarbeit von Schule und Sportverein in Niedersachsen
- Fort- und Weiterbildungslehrgänge für Lehrkräfte im Fach Sport
- Beschaffung besonderer Lehr- und Lernmittel, sofern sie nicht zu den vom Schulträger nach dem NSchG zu tragenden sächlichen Kosten der Ausstattung der Schule gehören
- einmalige und besondere Aufgaben einschl. Innovationen und Modellversuche.

Die Konzessionsabgabe für die Zwecke der Jugendarbeit ist im Einzelplan 05 veranschlagt.

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0702 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 0702</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		250	250	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		89.700	98.700	-9.000	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		89.950	98.950	-9.000	
		4 Personalausgaben	—	54	56	-2	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	401	533	-132	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	9.947	11.780	-1.833	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	168.952 4.800	91.400	100.745	-9.345	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	66	—	+66	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	168.952 4.800	101.868	113.114	-11.246	
		<b>Zuschuss</b>		11.918	14.164	-2.246	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0705 Landesschulbehörde**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
			2005	2005	2004		
			2004				
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
<b>EINNAHMEN</b>							
111 01-6	111	Gebühren und tarifliche Entgelte		120	—	+120	—
119 01-7	111	Vermischte Einnahmen		185	3	+182	0
119 62-9	111	Einnahmen aus Teilnehmerbeträgen <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.</i>		—	—	—	—
124 01-0	111	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		—	—	—	—
281 01-9	111	Erstattungen und Zuweisungen <i>*** Abweichend von § 35 LHO sind die Einnahmen von der Bundesagentur für Arbeit oder eines anderen Trägers durch Absetzung zu ver-</i> <i>ausgaben.</i>		134	—	+134	—
<b>AUSGABEN</b>							
422 01-1	111	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	37.192	16.571	+20.621	15.374
422 19-4	111	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	374
422 31-3	111	Dienstbezüge auf Grund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	156	-156	388
425 01-0	111	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	510
425 02-9	111	Vergütungen der ständigen, nur teilzeitbeschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 05-3	111	Vergütungen der befristet beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	153
426 01-7	111	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	—
426 03-3	111	Löhne der ständigen nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 10-2	111	Beschäftigungsentgelte für Praktikantinnen/Praktikanten	—	9	—	+9	—
427 39-0	111	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-4	111	Trennungschädigung und Umzugskostenvergütung	—	56	—	+56	18
511 01-4	111	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	1.809	—	+1.809	—
514 01-3	111	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	—	—	—	—
517 01-2	111	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	81	—	+81	—
518 01-9	111	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	803	—	+803	—
518 02-7	111	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	—	—	—	—
519 01-5	111	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	—	—
519 02-3	111	Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	—	—
525 01-5	111	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	—
526 01-1	111	Sachverständige	—	2	—	+2	—
526 02-0	111	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 01-8	111	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	—	—	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 0705 allgemein:**

Mit Kabinettsbeschluss vom 13.07.04 wurde die Errichtung und vorläufige Organisation einer Landesschulbehörde beschlossen.

Als Übergangslösung bis zur Umsetzung der Schulverwaltungsreform wird mit Wirkung vom 01.01.05 eine Landesschulbehörde als dem Kultusministerium nachgeordnete Schulbehörde errichtet.

Die Landesschulbehörde hat ihren Standort in Lüneburg (Zentrale). In Braunschweig, Hannover und Osnabrück wird je eine Außenstelle gebildet. Die Zentrale und die Außenstellen werden jeweils als Abteilung der Landesschulbehörde geführt. Die räumliche Zuständigkeit jeder Abteilung erstreckt sich auf das Gebiet des jeweils am Ort der Abteilung bis zum 31.12.04 betreuten Regierungsbezirks (Landesschulbehördenbezirk). Die Außenstellen der Schulabteilungen der aufgelösten Bezirksregierungen werden Außenstellen der jeweiligen Abteilung der Landesschulbehörde.

Der Bereich „Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder“ des Niedersächsischen Landesjugendamtes wird zum 01.01.2005 im Geschäftsbereich des Kultusministeriums der Landesschulbehörde zugeordnet. Auf Grund bundesgesetzlicher Regelungen bleibt der Kindertagesstättenbereich auch Teil des Niedersächsischen Landesjugendamtes.

**Zu 422 01**

Für das Kapitel 07 05 wurde ab 1. 1. 1998 die Personalkostenbudgetierung (PKB) eingeführt.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteneinheiten (VZE):

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
812,96	270,66	262,40

Personalkostenbudget (in 1.000 Euro)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
37.192	16.571	16.411

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2005
Zugänge:	
- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	608,75
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	–
- Sonstige Veränderungen	–
<b>Summe Zugänge</b>	<b>608,75</b>
Abgänge:	
- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	33,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)(Drittelregelung - ZV I)	6,00
- Sonstige Veränderungen (Fünftelregelung - ZV II)	27,45
<b>Summe Abgänge</b>	<b>66,45</b>
<b>Bleibt Zugang</b>	<b>542,30</b>

In den Löhnen sind Mittel für 2 stundenweise beschäftigte Arbeitskräfte im Reinigungsdienst – Lohngruppe 1 MTArb. – veranschlagt – Titel 426 03.

**Zu 514 01**

**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1. 1. 2003	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Pkw/Kombi	-	-	14

**Zu 518 01**

Für die Anmietung einer Liegenschaft für die Abteilung Osnabrück der Landesschulbehörde sind bei dem Titel 518 01 durch im Vorjahr in Anspruch genommene/ausgebrachte überplanmäßige Verpflichtungen entstanden.

Andere geeignete Landesliegenschaften standen nicht zur Verfügung. Vertragliche Verpflichtungen sind bis zum 31.12.2008 eingegangen worden.

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0705 Landesschulbehörde**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
527 02-6	111	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenan- gelegenheiten	—	—	—	—	—
531 01-5	111	Veröffentlichungen *** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.	—	5	—	+5	—
546 01-2	111	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	—
546 03-9	111	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	—	—	—	—
547 01-9	111	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben	—	—	—	—	—
812 10-3	111	Erwerb von Geräten und sonstigen bewegli- chen Sachen	—	—	—	—	—
972 01-1	989	Globale Minderausgabe (NLpB-Auflösung)	—	-855	—	-855	—
981 07-0	990	Abführung an 1321 - 381 07	—	—	—	—	—
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 62</b>		<b>Aus- und Fortbildung von Fachkräften der Jugendhilfe</b> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschrit- ten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 62.</i>	(—)	(24)	(—)	(+24)	(—)
427 62-5	111	Entschädigung an nebenamtlich und neben- beruflich Tätige	—	24	—	+24	—
527 62-0	111	Reisekostenvergütungen	—	—	—	—	—
547 62-0	111	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsko- sten	—	—	—	—	—
<b>Abschluss Kapitel 0705</b>							
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		305	3	+302	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zu- schüssen mit Ausnahme für Investitionen		134	—	+134	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		439	3	+436	
		4 Personalausgaben	—	37.281	16.727	+20.554	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Aus- gaben für den Schuldendienst	—	2.700	—	+2.700	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	—	—	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	-855	—	-855	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	39.126	16.727	+22.399	
		<b>Zuschuss</b>		38.687	16.724	+21.963	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0706 Schulinspektion**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004 1000 EUR	Ansatz 2005 1000 EUR	Ansatz 2004 1000 EUR	+ = mehr - = weniger 1000 EUR	Ist 2003 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>EINNAHMEN</b>					
119 01-0	111	Vermischte Einnahmen		–	–	–	–
		<b>AUSGABEN</b>					
422 01-5	111	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	–	1.699	–	+1.699	–
422 19-8	111	Altersteilzeitzuschläge	–	–	–	–	–
425 01-4	111	Vergütungen der Angestellten	–	–	–	–	–
425 02-2	111	Vergütung der ständigen, nur teilzeitbeschäftigten Angestellten	–	–	–	–	–
425 05-7	111	Vergütung der befristet beschäftigten Angestellten	–	–	–	–	–
427 39-4	111	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	–	–	–	–	–
453 01-8	111	Trennungsschädigung und Umzugskostenvergütung	–	–	–	–	–
		<b>Abschluss Kapitel 0706</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		–	–	–	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		–	–	–	
		4 Personalausgaben	–	1.699	–	+1.699	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	–	1.699	–	+1.699	
		<b>Zuschuss</b>		1.699		+1.699	

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 0706 allgemein:**

Mit Kabinettsbeschluss vom 23.03.2004 wurde das Iburger Schloss als Standort für eine „Schulinspektion“ zur externen Überprüfung der Schulqualität (Landesbehörde zur Evaluation von Schulen) in Aussicht genommen.

Die Schulinspektion soll ihre Arbeit möglichst frühzeitig im Jahre 2005 aufnehmen. Dazu bedarf es einer entsprechenden personellen Ausstattung. Die Räume des Schlosses, die zum größten Teil bisher als Unterkünfte dienten, müssen für Verwaltungszwecke erst her- und eingerichtet werden.

Im Kapitel 0706 sind derzeit nur die persönlichen Verwaltungsausgaben (Dienstbezüge) für das bei der Schulinspektion tätige Fach- und Verwaltungspersonal sowie die damit im Zusammenhang stehenden Einnahmen veranschlagt. Alle sonstigen Haushaltseinnahmen und –ausgaben für diesen Personenkreis sind bei Kapitel 0705 ausgebracht.

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteneinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
32,00	0	0

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
1.699	0	0

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	34,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	_____
 Summe Zugänge	 34,00

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0707 Schulen allgemein**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
111 61-7	111	Gebühren für die Abnahme von Prüfungen		–	–	–	–
119 01-4	111	Vermischte Einnahmen		78	143	-65	78
119 75-8	129	Ersatzleistungen im Rahmen von Schul- fahrten <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 75/76/77.</i>		–	–	–	–
119 86-3	151	Sonstige Verwaltungseinnahmen <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 86.</i>		–	–	–	0
231 11-6	129	Zuweisungen des Bundes für Modellversuche		50	130	-80	132
231 78-7	129	Zuweisungen des Bundes zur Durchführung von Modellversuchen <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 78.</i>		210	700	-490	998
233 12-7	129	Erstattung anteiliger Gastschulbeiträge von Gemeinden (GV)		1.016	1.016	–	791
281 11-3	129	Erstattung von Versorgungszuschlägen durch Dritte <i>Vgl. K-Vermerk zu 981 01.</i>		–	–	–	19
282 80-2	141	Zuschüsse des deutsch-französischen Ju- gendwerkes zur Förderung des Austausches und der Begegnung von Schülergruppen <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 80.</i>		–	–	–	160
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 88</b>		<b>Einnahmen im Rahmen der Lernmittelaus- leihe</b> <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 88.</i>		(–)	(–)	(–)	(236)
111 88-9	129	Elternentgelte		–	–	–	–
119 88-0	129	Sonstige Einnahmen *** <i>Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Lernmittel unentgeltlich abgegeben werden.</i>		–	–	–	236
<b>AUSGABEN</b>							
422 01-9	129	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtin- nen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbud- gets	–	31.700	31.280	+420	268
422 19-1	129	Altersteilzeitzuschläge	–	–	–	–	–
425 01-8	129	Vergütungen der Angestellten	–	–	–	–	28.666
425 05-0	129	Vergütungen der befristet beschäftigten An- gestellten	–	–	–	–	1.160
427 10-0	129	Beschäftigungsentgelte für Praktikantinnen/ Praktikanten *** <i>Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläute- rung verbindlich.</i>	–	916	911	+5	877
427 23-1	117	Entschädigungen für ausländische Fremd- sprachenassistentinnen und Fremdsprachen- assistenten *** <i>Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläute- rung verbindlich.</i>	–	665	665	–	482
427 34-7	129	Entgelte für befristete Beschäftigungsver- hältnisse ( Dienstleistungsverträge ) für den Ganztagsbetrieb <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungs- fähig: 427 34 und 546 34.</i>	–	2.450	1.725	+725	153
427 39-8	129	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	–	110	120	-10	109

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 119 86**

Vgl. Erläuterungen zu TGr. 86.

**Zu 231 11**

Zu erwartende Einnahmen aus Bundeszuwendungen von 50 v. H. zu den Kosten für befristet eingestellte Ersatzlehrkräfte anlässlich der Durchführung von Modellversuchen, die zu 100 v. H. aus den bei den Kapiteln 07 10 bis 07 20 ausgebrachten persönlichen Verwaltungsausgaben vergütet werden.

**Zu 233 12**

Erstattungen auf Grund der Heranziehung kommunaler Schulträger zu Ausgleichszahlungen gem. § 113 Abs. 5 NSchG oder nach einzelnen Gastschulverträgen.

**Zu 281 11**

Leertitel zur Erstattung von Versorgungszuschlägen i. H. v. 30 % der Dienstbezüge ab 1. 8. 2000 für unter Wegfall der Dienstbezüge zur Dienstleistung an eine staatlich anerkannte Ersatzschule eines anderen Bundeslandes (Ökumenisches Gymnasium zu Bremen) beurlaubte niedersächsische Beamtinnen und Beamte.

**Zu 282 80**

Vgl. Erläuterungen zu TGr. 80.

**Zu 111 88**

Vgl. Erläuterungen zu TGr. 88

**Zu 422 01 bis 453 01 allgemein**

Veranschlagt sind die Mittel für Schulasistentinnen und Schulasistenten an öffentlichen Schulen, für pädagogische Mitarbeiterinnen und pädagogische Mitarbeiter an öffentlichen Ganztagschulen sowie für Angestellte im Verwaltungsdienst als Vorlesekräfte, beim Landeselternrat ( TGr. 62 ) und beim Landeschülerrat ( TGr. 63 ).

**Zu Titel 422 01**

Beschäftigungsvolumen ( BV ) in Vollzeitinheiten (VZE):

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
772,72	771,55	718,70

Personalkostenbudget (in 1000 EUR):

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
31.700	31.280	29.968

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2005
--	------

Zugänge:

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)
- Sonstige Veränderungen

1,17

Summe Zugänge

1,17

Abgänge:

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)
- Sonstige Veränderungen

Summe Abgänge

\_\_\_\_\_

Bleibt Zugang

1,17

**Noch zu 422 01 bis 453 01 allgemein**

Anteilige Erhöhung von BV und Budget aufgrund des Zugangs von zwei Vorlesekräften

**Zu 425 01**

Vergütungen und Zulagen, jährliche Zuwendungen, Sozialversicherung (Arbeitgeberanteile) usw.

In den veranschlagten Vergütungen sind enthalten die Vergütung im Umfang von bis zu insgesamt 4 Stellen für Vorlesekräfte für blinde oder sehbehinderte Lehrkräfte.

**Zu 425 05**

Zur Buchung der Vergütungen von befristet zu Vertretungen eingesetzten pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Angestellten im Verwaltungsdienst und Schulasistentinnen und Schulasistenten.

**Zu 427 10**

Für insgesamt bis zu höchstens 75 Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, die im Anschluss an ihre Fachhochschulausbildung ein Anerkennungsjahr ableisten.

Bei Bedarf können die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen auch an anderen Schulformen eingesetzt werden.

**Zu 427 23**

Für insgesamt bis zu 107 ausländische Fremdsprachenassistentinnen und Fremdsprachenassistenten (während eines Zeitraumes von bis zu 10 Monaten).

Bei Bedarf können die ausländischen Fremdsprachenassistentinnen und Fremdsprachenassistenten auch an anderen Schulformen eingesetzt werden.

Daneben befinden sich noch direkt vom Bund – pädagogischer Austauschdienst – bezahlte Fremdsprachenassistentinnen und Fremdsprachenassistenten (bis zu 15) im Einsatz.

**Zu 427 39**

Für befristet beschäftigte pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Angestellte im Verwaltungsdienst und Schulasistentinnen und Schulasistenten.

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0707 Schulen allgemein**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004		2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
453 01-1	129	Trennungschädigung und Umzugskostenvergütung	—	—	—	—	—
511 01-1	111	Geschäftsbedarf u. Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	47	48	-1	49
526 01-9	111	Sachverständige	—	1	1	—	0
526 02-7	111	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 01-5	129	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	1	1	—	1
527 02-3	129	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	1	1	—	0
531 12-8	024	Abgabe des Schulverwaltungsblattes an Auslandsschulen für die dort tätigen niedersächsischen Lehrkräfte <i>*** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO darf das Schulverwaltungsblatt kostenlos abgegeben werden.</i>	—	4	4	—	2
531 15-2	111	Abgeltung urheberrechtlicher Ausgleichsansprüche <i>Übertragbar.</i>	—	440	440	—	421
546 01-0	111	Vermischte Ausgaben	—	1	1	—	1
546 02-8	129	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	1	1	—	—
546 34-6	129	Entgelte für Kooperationsverträge für den Ganztagsbetrieb <i>Vgl. D-Vermerk zu 427 34.</i>	—	2.430	865	+1.565	86
632 11-0	111	Erstattung von Verwaltungsausgaben der Zentralstelle für Fernunterricht	—	75	55	+20	81
632 12-9	129	Erstattung der Finanzhilfe für niedersächsische Schüler/-innen, die Privatschulen in Bremen und Hamburg besuchen <i>Übertragbar.</i> <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 632 12, 632 13, 633 11 und 633 12.</i>	—	2.004	2.190	-186	2.138
632 13-7	129	Ausgleichszahlungen für den Besuch von öffentlichen Schulen in Bremen und Hamburg durch niedersächsische Schüler/-innen <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 632 12.</i>	—	5.725	5.768	-43	5.607
632 14-5	129	Erstattung der Kosten für die Beschulung nieders. Schüler/-innen in der Hochgebirgsklinik Davos-Wolfgang <i>Übertragbar.</i>	—	37	23	+14	31
633 11-7	129	Erstattung von Gastschulbeiträgen für allgemein bildende Schulen <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 632 12.</i> <i>*** Aufwendungen für Gastschüler/-innen aus anderen Bundesländern dürfen in besonderen Fällen erstattet werden.</i>	—	1.074	1.093	-19	873
633 12-5	127	Erstattung von Gastschulbeiträgen für berufsbildende Schulen <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 632 12.</i>	—	1.765	1.765	—	1.574
633 13-3	127	Erstattung v. Sachkosten f. d. Beschulung nichtnds. Schüler/-innen an Fachklassen länderübergreifender Einzugsbereiche <i>Übertragbar.</i>	—	397	431	-34	360

---

**ERLÄUTERUNGEN**


---

**Zu 511 01**

Veranschlagt sind Mittel zur Gewährung von Kranzspenden sowie für Nachrufe für verstorbene Lehrkräfte, die im Landesdienst gestanden haben, und übrige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an öffentlichen, nicht vom Lande getragenen Schulen gem. dem Gem.RdErl. v. 8. 1. 1993 (Nds. MBl. S. 130), geändert durch Gem.RdErl. v. 6. 7. 1994 (Nds. MBl. S. 1072).

**Zu 531 15**

Zur Zahlung der Vergütung für Ablichtungen und sonstige Vervielfältigungen von urheberrechtlich geschützten Werken in Schulen gem. § 54 ff. des Urheberrechtsgesetzes an die in der „Zentralstelle Fotokopieren an Schulen, ZFS“ zusammengeschlossenen Verwertungsgesellschaften WORT und Musikedition.

**Zu 546 01**

Zur Erstattung von Sachkosten im Rahmen der Tätigkeit der Vertrauensfrau und des Vertrauensmannes der Schwerbehinderten, soweit die Kosten nicht aus Kap. 07 05 abgerechnet werden können.

**Zu 632 11**

Veranschlagt ist der gemäß Art. 14 (2) des Staatsvertrages vom 16. 2. 1978 (Anlage zum Gesetz vom 31. 5. 1978 – Nds. GVBl. S. 524), geändert durch Staatsvertrag v. 22. 12. 1992 (Nds. GVBl. S. 379) auf Niedersachsen entfallende voraussichtliche Anteil an den Kosten der Zentralstelle für Fernunterricht.

**Zu 632 12**

Nach Maßgabe der Vereinbarung vom 1. 3. 1996 mit der Freien Hansestadt Bremen und dem Abkommen vom 13. 6. 1996 mit der Freien und Hansestadt Hamburg leistet das Land Niedersachsen für den Besuch privater Schulen in Bremen und Hamburg durch niedersächsische Schülerinnen und Schüler finanzielle Beiträge an diese Länder. Die Zahlungen werden von dort an die Privatschulen weitergeleitet.

**Zu 632 13**

Veranschlagt sind die an Bremen gem. Vereinbarung vom 1. 3. 1996 und an Hamburg gem. Abkommen vom 13. 6. 1996 durch das Land Niedersachsen zu zahlenden Ausgleichsbeträge für den Besuch öffentlicher Schulen in Bremen und Hamburg durch Schülerinnen und Schüler aus Niedersachsen.

**Zu 632 14**

Schülerinnen und Schüler, die sich wegen schwerer organischer Erkrankungen in der Hochgebirgsklinik Davos-Wolfgang, Schweiz (Träger: Stiftung Deutsche Heilstätten), einer stationären Behandlung unterziehen, werden nach den Empfehlungen für den Unterricht kranker Schülerinnen und Schüler unterrichtet. Veranschlagt ist der auf Niedersachsen entsprechend der Schülerzahl entfallende voraussichtliche Anteil an den Lehrpersonalkosten gem. Vereinbarung v. 1. 1. 1992.

**Zu 633 11**

Gastschulbeiträge für niedersächsische Schülerinnen und Schüler, die öffentliche Schulen in anderen Ländern besuchen und für die nicht auf die Erhebung von Gastschulbeiträgen verzichtet wurde oder keine pauschale Abgeltung aufgrund der Vereinbarung vom 1. 3. 1996 zwischen Bremen und Niedersachsen erfolgt (vgl. Erläuterungen zu Kapitel 07 07 Titel 632 13).

Veranschlagt ist der Anteil des Landes ( $\frac{2}{6}$ ) an den Gastschulbeiträgen (d. h. die Personalkosten für Lehrkräfte).

**Zu 633 13**

Gemäß § 105 Abs. 8 NSchG erstattet das Land niedersächsischen Schulträgern die für die Beschulung der nichtniedersächsischen Schülerinnen und Schüler in Klassen an berufsbildenden Schulen mit länderübergreifendem Einzugsbereich entstehenden Sachkosten nach Maßgabe des RdErl. d. MK v. 15. 1. 1985 (Nds. MBl. S. 203) in der Fassung vom 15. 4. 1992 (Nds. MBl. S. 765). Veranschlagt sind Erstattungen für Auszubildende in den Berufen Brun-

**Noch zu 633 13**

nenbauerin / Brunnenbauer, Rohrleitungsbauerin / Rohrleitungsbauer, Müllerin / Müller, Steinbildhauerin / Steinbildhauer, Steinmetzin / Steinmetz u. a.

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0707 Schulen allgemein**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
633 14-1	124	Erstattung von Sachkosten für die Beschulung langwierig erkrankter Kinder an der Seeparkschule Wesermünde	—	135	110	+25	154
684 13-7	114	Finanzhilfe gemäß NSchG für allgemein bildende Schulen in freier Trägerschaft ohne Förderschulen, Gymnasien u. Freie Waldorfsch. <i>Übertragbar.</i> <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 684 13, 684 14, 684 17, 684 18, 684 20 und 684 21.</i>	—	3.908	7.617	-3.709	1.994
684 14-5	127	Finanzhilfe gemäß NSchG für berufsbildende Schulen in freier Trägerschaft <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 684 13.</i>	—	36.232	37.219	-987	36.503
684 15-3	129	Sonstige Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft	—	1.676	260	+1.416	199
684 16-1	115	Zuschüsse auf Grund des NSchG zu den laufenden sächlichen Kosten f. Ersatzschulen (Konkordatsschulen) <i>Übertragbar.</i>	—	1.309	1.420	-111	1.419
684 17-0	115	Zuschüsse zu den persönlichen Kosten für Lehrkräfte an Ersatzschulen (Konkordatschulen) <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 684 13.</i>	—	16.018	15.206	+812	16.345
684 18-8	124	Finanzhilfe gemäß NSchG für Förderschulen in freier Trägerschaft <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 684 13.</i>	—	36.746	31.314	+5.432	34.037
684 19-6	127	Sonstige Zuschüsse an Schulen für andere als ärztliche Heilberufe <i>Übertragbar.</i>	—	—	—	—	—
684 20-0	117	Finanzhilfe gemäß NSchG für Gymnasien in freier Trägerschaft <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 684 13.</i>	—	75.528	70.386	+5.142	69.020
684 21-8	123	Finanzhilfe gemäß NSchG für Freie Waldorfschulen <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 684 13.</i>	—	25.758	22.586	+3.172	26.299
686 11-3	141	Zuschüsse zur Förderung von in Internaten untergebrachten Schiffer-, Schausteller- u. Zirkuskindern	—	15	15	—	9
686 12-1	119	Zuschüsse zum Schulgeld für Schüler/-innen der Nordseeinseln	—	15	15	—	13
981 01-8	990	Abführung an 13 50 - 381 07 <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 281 11.</i>	—	—	—	—	19
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61</b>		<b>Prüfungsvergütungen und Verwaltungsausgaben</b>	(—)	(280)	(290)	(-10)	(249)
412 61-7	111	Entschädigungen für ehrenamtlich Tätige	—	21	18	+3	20
427 61-4	111	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	246	257	-11	222
527 61-9	111	Reisekostenvergütungen	—	13	14	-1	8
547 61-0	111	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	1	-1	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 633 14**

Zur Erstattung der Sachkosten an den Landkreis Cuxhaven als Träger der Seeparkschule Wesermünde, Körperbehindertenschule in Langen-Debstedt, gemäß Vereinbarung vom 20. 11. 1997.

**Zu Titel 684 13 und 684 14, 684 17, 684 18, 684 20, 684 21**

Veranschlagt sind Finanzhilfeeleistungen aufgrund der §§ 150 und 155 NSchG i. d. F. des Art. 11 HBegleitG 2005.

Titel	Ansatz 2004 in Tds. EUR	Ansatz 2005 in Tds. EUR
684 13	7.617	3.908
684 14	37.219	36.232
684 17	15.206	16.018
684 18	31.314	36.746
684 20	70.386	75.528
684 21	22.586	25.758
DK insges.:	184.328	194.190

Die persönlichen Verwaltungsausgaben der gem. §§ 152 Abs. 3 und 155 Abs. 2 NSchG an Schulen in freier Trägerschaft mit Bezügen beurlaubten Lehrkräfte sind in den Kap. 07 11 und 07 12 veranschlagt, diejenigen der in kirchlicher Trägerschaft stehenden Gymnasien Andreanum in Hildesheim (s. Nds. GVBl. 1978 S. 327) und Josephinum in Hildesheim (s. Nds. GVBl. 1989 S. 267) sowie des kirchlichen Gymnasiums in Wolfsburg (§154 Abs. 1 Satz 2 i. V. m. § 155 Abs. 2 NSchG) im Kap. 07 14 (s. Erläuterungen in den Stellenplänen und -übersichten dort).

In den Ansätzen sind auch Mittel für die Erstattung von Zulagen gem. § 152 Abs. 3 und 155 Abs. 2 NSchG enthalten.

**Zu 684 15**

Veranschlagt sind Zuschüsse gem. § 151 Abs. 1 NSchG an zwei Förderschulen für Erziehungshilfe in Nienburg und Vechta und eine Förderschule für Erziehungshilfe und Geistigbehinderte in Walsrode, die wohnortnah für bislang an anderen Standorten unterrichtete Schülerinnen und Schüler neu eingerichtet wurden (Durststreckenfinanzierung). Mehr für Zuwendungen gem. § 192 Abs. 6 Satz 2 NSchG i. d. F. des Art. 11 Nr. 2 HBegleitG 2005.

**Zu 684 16**

Veranschlagt ist ein Schülerbetrag von 107,37 EUR gem. Gesetz vom 29.04.2004 (Nds. GVBl. S. 142) – Anlage zu Artikel 4 – Gesetz zur Übereinkunft zur Änderung der Durchführungsvereinbarung zum Konkordat.

**Zu 686 11**

Aus den veranschlagten Mitteln werden Zuschüsse zur Ermäßigung der Kosten für die Internatsunterbringung von Schiffer-, Schausteller- und Zirkuskindern (RdErl. MK v. 25. 4. 90 – Nds. MBl. S. 589, geändert durch RdErl. d. MK vom 18. 12. 1991 – Nds. MBl. 1992 S. 150) gezahlt.

**Zu 686 12**

Für die Kinder auf den Nordseeinseln, insbesondere auf Spiekerroog, die aus Mangel an öffentlichen weiterführenden Schulen eine Schule in freier Trägerschaft auf der Insel besuchen, wird ein Zuschuss zur Ermäßigung des Schulgeldes gewährt.

**Zu 981 01**

Abführung der erstatteten anteiligen Kosten zu den Versorgungsaufwendungen (vgl. Erl. zu Titel 281 11).

**Zu Titelgruppe 61**

Veranschlagt sind die Kosten für die

1. Reifeprüfung von Nichtschülerinnen und Nichtschülern, Sonderreifeprüfung und Ergänzungsprüfung in Latein, Hebräisch und Griechisch sowie für andere Schulprüfungen 10 000 EUR
2. Prüfung von Nichtschülerinnen und Nichtschülern zur Erlangung des Abschlusszeugnisses an Hauptschulen und Realschulen 51 000 EUR
3. Schulwissenschaftliche Vorprüfungen -
4. Prüfungen an berufsbildenden Schulen 2 000 EUR
5. Prüfungen von Gymnastiklehrkräften, Schwimmmeisterinnen und Schwimmmeistern sowie Schwimmmeistergehilfinnen und Schwimmmeistergehilfen 1 000 EUR
6. Prüfungen im Hufbeschlagn 2 000 EUR
7. Prüfungen von Krankenpflegepersonal sowie von Auszubildenden in anderen als ärztlichen Heilberufen 155 000 EUR
8. Prüfungen von pharmazeutisch-technischen Assistentinnen und Assistenten 2 000 EUR
9. Anerkennungsprüfungen für deutsche Staatsangehörige mit ausländischer Hochschulzulassungsberechtigung -
10. Prüfungen für Lehrerinnen und Lehrer der Kurzschrift und des Maschineschreibens sowie der Bürotechnik -
11. Feststellung der Sprachbeherrschung und des Kenntnisstandes der Sprache des Herkunftslandes zur Anerkennung als erste Pflichtfremdsprache bei der Eingliederung von deutschen Aussiedlerinnen und Aussiedlern sowie Ausländerinnen und Ausländern in die Schule 52 000 EUR
12. Anerkennungsprüfungen der Muttersprache als Pflichtfremdsprache für ausländische Schülerinnen und Schüler zur Aufnahme in die gymnasiale Oberstufe 5 000 EUR

Zusammen: 280 000 EUR

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0707 Schulen allgemein**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>TGr. 62/90</b>		<b>Kosten des Landeselternrates</b>	(–)	(109)	(110)	(–1)	(96)
412 62-5	129	Entschädigungen für die Mitglieder	–	42	39	+3	41
511 62-3	129	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Gebrauchsgegenstände	–	18	22	–4	12
517 62-1	129	Reinigungskosten, Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	–	5	4	+1	3
518 62-8	129	Mieten und Pachten für Gebäude und Räume	–	16	17	–1	13
518 90-3	129	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	–	4	4	–	3
527 62-7	129	Reisekostenvergütungen	–	15	15	–	20
531 62-4	129	Veröffentlichungen	–	5	5	–	–
547 62-8	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	–	3	3	–	2
686 62-8	129	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	–	1	1	–	1
687 62-4	129	Mitgliedsbeiträge an die E.P.A. in Brüssel	–	–	–	–	–
<b>TGr. 63/91</b>		<b>Kosten des Landeschülerrates</b>	(–)	(64)	(58)	(+6)	(35)
412 63-3	129	Entschädigungen für die Mitglieder	–	10	10	–	3
427 63-0	129	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	–	–	–	–	–
511 63-1	129	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Gebrauchsgegenstände	–	9	10	–1	5
517 63-0	129	Reinigungskosten, Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	–	3	3	–	3
518 63-6	129	Mieten und Pachten für Gebäude und Räume	–	15	15	–	14
518 91-1	129	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	–	2	2	–	2
527 63-5	129	Reisekostenvergütungen	–	17	10	+7	8
531 63-2	129	Veröffentlichungen	–	5	5	–	–
547 63-6	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	–	3	3	–	0
<b>TGr. 65</b>		<b>Kosten der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Versuchen im Schulbereich sowie deren wissenschaftliche Begleitung Übertragbar.</b> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(–)	(100)	(277)	(–177)	(188)
425 65-4	129	Vergütungen der Angestellten	–	12	92	–80	50
429 65-0	129	Nicht aufteilbare Personalausgaben	–	10	35	–25	26
527 65-1	129	Reisekostenvergütungen	–	30	50	–20	10
547 65-2	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	–	48	100	–52	51
632 65-0	129	Zuweisungen an andere Länder	–	–	–	–	–
633 65-6	129	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	–	–	–	–	52
684 65-0	129	Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft	–	–	–	–	–

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Titelgruppe 62/90**

Veranschlagt sind die Ausgaben für die durch die Tätigkeit des Landeselternrates entstehenden notwendigen Kosten (§ 174 Abs. 2 NSchG) einschließlich Gewährung von Sitzungsgeldern und Reisekostenvergütungen sowie Erstattung von Auslagen an die Mitglieder des Landeselternrates (VO vom 12. 5. 1981 – Nieders. GVBl. S. 120).

Die Vergütungen der in der Geschäftsstelle des Landeselternrats beschäftigten Angestellten sind im Ansatz bei Titel 425 01 enthalten.

**Zu 686 62**

Beitrag für die Geschäftsstelle des Bundeselternrates.

**Zu Titelgruppe 63/91**

Veranschlagt sind die Ausgaben für die durch die Tätigkeit des Landesschülerrats entstehenden notwendigen Kosten (§ 174 Abs. 2 NSchG) einschließlich Gewährung von Sitzungsgeldern und Reisekostenvergütungen sowie Erstattung von Auslagen an die Mitglieder des Landesschülerrats (VO vom 12. 5. 1981 – Nieders. GVBl. S. 120) und die sächliche Ausstattung für die Tätigkeit des Landesschülerrats (§ 168 Abs. 3 NSchG).

Die Vergütung der in der Geschäftsstelle des Landesschülerrats beschäftigten Angestellten (Verg.-Gr. VI b BAT) ist im Ansatz bei Tit. 425 01 enthalten.

**Zu Titelgruppe 65**

Veranschlagt sind Komplementärmittel für Modellversuche im Bildungswesen der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung im allgemein- und berufsbildenden Schulbereich (BLK-Modellversuche).

Darüber hinaus sind Mittel vorgesehen für die Durchführung von Schulversuchen gem. § 22 NSchG aufgrund bestehender pädagogischer, wissenschaftlicher und technischer Erkenntnisse und Erfordernisse sowie bestimmter bildungspolitischer Ziele.

Insgesamt sind veranschlagt:

1. Komplementärmittel für Modellversuche und wiss. Begleitungen im Bildungswesen der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung	45 000 EUR
2. für niedersächsische Modell-/Schulversuche	55 000 EUR
Zusammen	100 000 EUR

**Zu 425 65**

Veranschlagt ist der Landesanteil von 50 v. H. an den Vergütungen des unmittelbar für den Modellversuch eingestellten hauptberuflichen Personals.

**Zu 429 65**

Veranschlagt ist der Landesanteil von 50 v. H. an den Vergütungen der bei Modellversuchen befristet beschäftigten Hilfs- und Aus- hilfskräfte.

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0707 Schulen allgemein**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
686 65-2	129	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
883 65-2	129	Zuweisungen für Investitionen an Gemein- den (GV)	—	—	—	—	—
<b>TGr. 71</b>		<b>Austauschvorhaben mit dem Ausland</b>	(—)	(11)	(20)	(-9)	(4)
547 71-7	127	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben	—	—	2	-2	—
681 71-5	127	Zuschüsse für Teilnehmer/-innen	—	11	18	-7	4
<b>TGr. 72</b>		<b>Förderung des Erziehungswesens in Son- derfällen</b>	(31) (—)	(99)	(144)	(-45)	(85)
429 72-2	129	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
527 72-4	129	Reisekostenvergütungen	—	32	34	-2	22
531 72-1	129	Veröffentlichungen *** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.	—	—	—	—	—
539 72-2	129	Vergabe von Preisen und Urkunden	—	3	5	-2	1
541 72-7	129	Kosten der Tagungsstätten bei Wettbe- werbsveranstaltungen	—	8	10	-2	1
547 72-5	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben	—	5	6	-1	16
681 72-3	129	Sonstige Geldleistungen	—	27	23	+4	20
686 72-5	129	Zuschüsse an Sonstige	31 —	24	66	-42	25
<b>TGr. 75 bis 77</b>		<b>Reisekostenvergütungen aus Anlass von Schulfahrten</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschrit- ten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 75.</i>	(1.100) (1.100)	(2.667)	(2.847)	(-180)	(3.320)
527 75-9	129	Schulfahrten im Inland <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungs- fähig: 527 75, 527 76, 527 77, 539 75, 546 75, 547 75, 427 86, 525 86, 547 86, 427 87, 525 87 und 547 87.</i>	1.100 1.100	2.030	2.309	-279	2.257
527 76-7	141	Schüleraustauschfahrten <i>Vgl. D-Vermerk zu 527 75.</i>	—	287	287	—	255
527 77-5	129	Studienfahrten ins Ausland <i>Vgl. D-Vermerk zu 527 75.</i>	—	350	251	+99	804
539 75-7	129	Sachaufwand <i>Vgl. D-Vermerk zu 527 75.</i> *** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläute- rung verbindlich.	—	—	—	—	—
546 75-3	129	Schadensersatzleistungen <i>Vgl. D-Vermerk zu 527 75.</i>	—	—	—	—	0
547 75-0	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben <i>Vgl. D-Vermerk zu 527 75.</i>	—	—	—	—	4
<b>TGr. 78</b>		<b>Verausgabung der Zuweisungen des Bundes zur Durchführung von Modellversuchen</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 78.</i>	(—)	(210)	(700)	(-490)	(928)
425 78-6	129	Vergütungen der Angestellten	—	100	280	-180	138
429 78-1	129	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	15	50	-35	9

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Titelgruppe 71**

Veranschlagt sind Reise- und Unterbringungskosten aus Anlass von Ausbildungsprogrammen nach dem Vertrag zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland v. 27. 10. 86.

**Zu Titelgruppe 72**

Veranschlagt sind Haushaltsmittel für:

1. Förderung der Arbeit in Schulbibliotheken
2. Kosten für überregionale Bildungsveranstaltungen
3. Schülerfriedenspreis
4. Kosten der Seminare zur Förderung der SV-Arbeit
5. Kosten der Einführungstagungen für Fremdsprachenassistentinnen und Fremdsprachenassistenten
6. Leseförderung
7. Zuschüsse für
  - den Europäischen Wettbewerb auf Landesebene
  - den Europäischen Wettbewerb auf Bundesebene
  - die Schulschachmannschaftsmeisterschaften
  - Nieders. Schülertheatertreffen
  - Jugend zeichnet und gestaltet
  - Schulen musizieren (Land)
  - Fremdsprachenwettbewerb
  - Braunschweiger Schultheaterwoche
  - Schultheater der Länder
  - Mathematikolympiade
  - Uelzener Filmtage
  - Wettbewerb "Junior"
  - Chemie (SEK I)
  - sonstige Schülerwettbewerbe (Erl. v. 10. 6. 97 – SVBl. S. 274)

**Zu 686 72**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	–	–	–
2006	–	–	31	31
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	–	31	31

**Zu Titelgruppe 75 bis 77**

Veranschlagt sind Reisekostenvergütungen für Lehrkräfte und Begleitpersonen zur Durchführung von

- Schulfahrten im Inland und Studienfahrten ins Ausland gem. RdErl. d. MK v. 30. 6. 1997 (SVBl. S. 266) sowie
- Schüleraustauschfahrten ins Ausland gem. RdErl. d. MK v. 23. 2. 1998 (SVBl. S. 93).

Die Mittel werden den öffentlichen Schulen in budgetierter Form zur Verfügung gestellt. Das Budget an öffentlichen allgemein bildenden Schulen besteht aus Haushaltsmitteln für die Durchführung von Dienstreisen aus Anlass von Schulfahrten und von schulinterner Lehrerfortbildung – SchiLF – (Kapitel 0707 TGr. 87).

Die öffentlichen berufsbildenden Schulen bewirtschaften die Haushaltsmittel ebenfalls eigenverantwortlich in budgetierter Form (siehe Erl. zu Kap. 0707 TGr. 86).

Die Mittel der am Modellversuch „Personalkostenbudgetierung“ teilnehmenden Schulen, der „Eigenverantwortlichen Schulen“, der berufsbildenden Schulen der Region Hannover und der „Pro-ReKo-Schulen“ sind in Kap. 0710 TGr. 63, Kap. 0720 TGr. 63 bzw. Kap. 0722 veranschlagt.

**Zu 527 75**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	1.100	–	1.100
2006	–	–	1.100	1.100
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	1.100	1.100	2.200

**Zu 539 75**

Die Schulen dürfen mit Wirkung für das Land Verpflichtungen im Zusammenhang mit Schulfahrten eingehen, soweit die Kostenübernahme durch Dritte (Eltern, Schülerinnen und Schüler, Sozialhilfeträger) gesichert ist – siehe §§ 71 Abs. 1 Satz 2 und 113 Abs. 4 Satz 2 NSchG.

**Zu Titelgruppe 78**

Zur Verausgabung der bei Tit. 231 78 zu erwartenden zweckgebundenen Zuweisungen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zur koordinierten Vorbereitung und Durchführung von Modellversuchen im Schulbereich sowie dessen wissenschaftliche Begleitung.

**Zu 425 78**

Veranschlagt sind die anteiligen Bundesmittel zu den persönlichen Verwaltungsausgaben der am Modellversuch beteiligten Lehrkräfte und für das unmittelbar für den Versuch einzusetzende Personal. Die Komplementärmittel des Landes in Höhe von 50 v. H. werden bei dem entsprechenden Titel 425 27 der Kapitel 07 10 bis 07 20 bereitgestellt bzw. sind bei Titel 425 65 veranschlagt.

**Zu 429 78**

Für Vergütungen von befristet eingestellten Hilfs- und Aushilfskräften zur Durchführung von Modellversuchen.

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0707 Schulen allgemein**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
527 78-3	129	Reisekostenvergütungen	—	20	100	-80	129
547 78-4	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	75	270	-195	381
631 78-5	129	Rückzahlung nicht verbrauchter Bundesmittel	—	—	—	—	4
632 78-1	129	Sonstige Zuweisungen an Länder	—	—	—	—	40
633 78-8	129	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	227
686 78-4	129	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
883 78-4	129	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
<b>TGr. 80</b>		<b>Verwendung der Zuschüsse des DFJW zur Förderung der Begegnung von Schülergruppen</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 80.</i>	(—)	(—)	(—)	(—)	(159)
633 80-0	141	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	88
684 80-3	141	Zuschüsse an andere Träger	—	—	—	—	71
<b>TGr. 81</b>		<b>Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit für Lehrkräfte an Schulen</b> <i>Übertragbar.</i> <i>*** Sofern aus haushaltssystematischen Gründen die Einrichtung zusätzlicher Titel erforderlich sein sollte, gilt dafür abweichend von § 20 LHO die Deckungsfähigkeit der Titelgruppe</i>	(900) (—)	(496)	(500)	(-4)	(209)
443 81-4	254	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	900 —	300	300	—	128
511 81-0	254	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	20	50	-30	11
525 81-0	254	Aus- und Fortbildung	—	120	50	+70	5
527 81-3	254	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	51	100	-49	19
547 81-4	254	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	5	—	+5	46
<b>TGr. 82</b>		<b>Maßnahmen zur Öffnung von Schule, Schulprogrammentwicklung, Evaluation</b> <i>Übertragbar.</i>	(—)	(295)	(300)	(-5)	(248)
429 82-0	129	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	50	50	—	10
511 82-8	129	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	95	100	-5	100
525 82-9	129	Aus- und Fortbildung	—	50	50	—	39
526 82-5	129	Ausgaben für Sachverständige, Gutachter und Beiräte	—	50	50	—	38
527 82-1	129	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	50	50	—	37
531 82-9	129	Ausgaben für Veröffentlichungen und Dokumentationen	—	—	—	—	5
547 82-2	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	19
<b>TGr. 86</b>		<b>Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen im Schulwesen an berufsbildenden Schulen</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen</i>	(—)	(62)	(441)	(-379)	(606)

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 632 78**

Zur Verausgabung von Zuweisungen des BMBF an andere Bundesländer für die Abwicklung von Modellversuchs-Programmen, für die Niedersachsen die Federführung übernommen hat.

**Zu Titelgruppe 80**

Zur Verausgabung der bei Tit. 282 80 eingehenden Zuschüsse des Deutsch-Französischen Jugendwerkes, die nach Maßgabe besonderer Förderungsrichtlinien (vgl. RdErl. d. MK v. 20. 1. 1971 – Nds. MBl. S. 397) zur Förderung des Austausches und der Begegnung ausschließlich von Schülerinnen und Schülern beider Länder gewährt werden.

Alle übrigen Zuschüsse des Deutsch-Französischen Jugendwerkes sind bei Kap. 05 73 TGr. 91 veranschlagt.

**Zu Titelgruppe 81**

Veranschlagt sind Ausgaben zur Umsetzung des Arbeitsschutzgesetzes und des Arbeitssicherheitsgesetzes für Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in dem nach EU-Richtlinien vorgeschriebenen Umfang insbesondere durch

- Qualifizierung von Lehrkräften zu Fachkräften für Arbeitssicherheit, Sicherheitsbetreuern und Sicherheitsbeauftragten,
- Beschaffung von Schutzausrüstungen und Durchführung von Schutzimpfungen,
- Arbeitsmedizinische Betreuung durch Dritte.

**Zu 443 81**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	–	–	–
2006	–	–	300	300
2007	–	–	300	300
2008	–	–	300	300
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	–	900	900

**Zu Titelgruppe 82**

Veranschlagt sind die Ausgaben u. a. für die Entwicklung von Kriterien und den Auf- und Ausbau von Schulnetzwerken, für die Durchführung von landesweiten Maßnahmen und Projekten zur Qualitätsverbesserung von Schule und Unterricht sowie für Schulprogrammentwicklung und Evaluation.

**Zu Titelgruppe 86**

Aufbauend auf einen haushaltswirtschaftlichen Modellversuch werden den öffentl. berufsbildenden Schulen (BBS) gem. Rd.Erlasse d. MK v. 26.06.2002 (SVBl. S. 288, 289) bis zum 31. 1. 2005 Haushaltsmittel für die Durchführung der Lehrerfort- und -weiterbildung im Kernbereich der beruflichen Bildung, für Verwaltungsausgaben der Schulen aus Entgelten nach § 54 Abs. 5 NSchG (Kap. 07 20 Titel 546 22) und für Reisekostenvergütungen aus Anlass von Schulfahrten (Kap. 07 07 TGr. 75 – 77) in Form eines Budgets zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung im Rahmen der geltenden Vorschriften zur Verfügung gestellt.

Durch die Deckungsvermerke zu Kap. 0707 TGr. 75-77, TGr. 86 und Kap. 0720 Titel 54622 ist gewährleistet, dass die öffentlichen berufsbildenden Schulen die Mittel auch nach Ablauf des Modellversuchs in budgetierter Form bewirtschaften können.

Die Mittel der am Modellversuch „Personalkostenbudgetierung“ teilnehmenden BBS, der „Eigenverantwortlichen Schulen“, der berufsbildenden Schulen der Region Hannover und des Projektes „Berufsbildende Schulen als regionale Kompetenzzentren“ (Pro-ReKo-Schulen) sind in Kap. 0720 TGr. 63 bzw. Kap. 0722 veranschlagt.

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0707 Schulen allgemein**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung 2005 2004	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
4	5	6	7	8			
		<i>überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 86.</i>					
<b>noch TGr. 86</b>							
427 86-0	151	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulaasten 0720-546 22. Vgl. D-Vermerk zu 527 75.</i>	—	—	—	—	62
525 86-1	151	Lehr- und Lernmittel, Reisekostenvergütungen, Unterkunft und Verpflegung <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulaasten 0720-546 22. Vgl. D-Vermerk zu 527 75.</i>	—	62	441	-379	460
547 86-5	151	Nichtaufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulaasten 0720-546 22. Vgl. D-Vermerk zu 527 75.</i>	—	—	—	—	85
<b>TGr. 87</b>		<b>Schulinterne Lehrerfortbildung (SchILF) an allgemein bildenden Schulen</b> <i>Übertragbar.</i>	(—)	(812)	(789)	(+23)	(277)
427 87-8	151	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige <i>Vgl. D-Vermerk zu 527 75.</i>	—	—	—	—	180
525 87-0	151	Lehr- und Lernmittel, Reisekostenvergütungen, Unterkunft und Verpflegung <i>Vgl. D-Vermerk zu 527 75.</i>	—	812	789	+23	39
547 87-3	151	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben <i>Vgl. D-Vermerk zu 527 75.</i>	—	—	—	—	57
<b>TGr. 88</b>		<b>Kosten der Lernmittel in besonderen Fällen</b> <i>Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 88. *** Sofern aus haushaltssystematischen Gründen die Einrichtung zusätzlicher Titel erforderlich sein sollte, gilt abweichend von § 20 LHO die Deckungsfähigkeit der Titelgruppe.</i>	(—)	(5.000)	(—)	(+5.000)	(18.908)
525 88-8	129	Beschaffung von Lernmitteln durch Schulen	—	5.000	—	+5.000	18.908
539 88-9	129	Sachaufwand <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.</i>	—	—	—	—	—
547 88-1	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
<b>TGr. 89</b>		<b>Maßnahmen zur Agenda 21 im Bereich Umweltbildung und Gesundheitsförderung</b>	(—)	(45)	(60)	(-15)	(32)
427 89-4	129	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	1	1	—	—
527 89-9	129	Reisekostenvergütungen	—	21	35	-14	11
531 89-6	129	Veröffentlichungen <i>*** Abweichend von §§ 61 Abs. 1 und 63 Abs.3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.</i>	—	5	5	—	3
547 89-0	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	18	18	—	17
681 89-8	129	Sonstige Geldleistungen	—	—	1	-1	—
686 89-0	129	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Titelgruppe 87**

Veranschlagt sind die Ausgaben für die schulinterne Lehrerfortbildung an allgemein bildenden Schulen (SchiLF). Die Mittel werden den öffentlichen Schulen in budgetierter Form zur Verfügung gestellt (vgl. Erl. zu Kap. 0707 TGr. 75-77).

Die Mittel der am Modellversuch „Personalkostenbudgetierung“ teilnehmenden Schulen und der „Eigenverantwortlichen Schulen“ sind bei der TGr. 63 des jeweiligen Schulkapitels veranschlagt.

**Zu Titelgruppe 88**

Nach Abschaffung der Lernmittelfreiheit bieten die öffentlichen Schulen den Erziehungsberechtigten sowie den volljährigen Schülerinnen und Schülern ab dem Schuljahr 2004/2005 an, Lernmittel gegen Entgelt auszuleihen. Die erzielten Einnahmen sind für die Ergänzung des Lernmittelbestandes bzw. für sonstige mit dem Ausleihverfahren zusammenhängende notwendige Ausgaben zu verwenden.

Veranschlagt sind Ausgaben, um Ansprüche von Leistungsberechtigten nach dem SGB XII – Sozialhilfe -, dem Asylbewerberleistungsgesetz, dem SGB II – Grundsicherung für Arbeitsuchende - und dem SGB VIII – Kinder- und Jugendhilfe - auf unentgeltliche Ausstattung mit Lernmitteln zu erfüllen.

**Zu 539 88**

Die Schulen dürfen für die Beschaffung und Verwaltung von Lernmitteln Verträge im Namen des Landes Niedersachsen abschließen, wenn nach dem RdErl. d. MK v. 13.05.2004 (SVBl. S. 257) i. d. F. v. 09.06.2004 (SVBl. S. 330) die Kostenübernahme durch Dritte gesichert ist. Die Durchführung erfolgt über eigene Girokonten der Schulen.

**Zu Titelgruppe 89**

Veranschlagt sind Mittel zur Unterstützung des Bildungsauftrags der Schule in den Bereichen ökologisches Lernen, umweltbewusstes Verhalten, Umwelterziehung, zukunftsorientierte Umwelttechnologie sowie Gesundheitsförderung und Prävention zur Unterstützung schulischer Maßnahmen.

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0707 Schulen allgemein**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004	2004	2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
<b>TGr.</b>		<b>Kosten der Informations- u. Kommunikati-</b>	(-)	(283)	(150)	(+133)	(-)
<b>98/99</b>		<b>onstechnik</b>					
		<i>Übertragbar.</i>					
427 99-1	111	Beschäftigungsentgelte für nebenamtliche und nebenberuflich Tätige	—	1	1	—	—
511 99-2	111	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der Geräte sowie der sonstigen Gegenstände	—	—	—	—	—
525 98-5	111	Aus- und Fortbildung durch das Informatikzentrum Niedersachsen ( IZN )	—	6	—	+6	—
525 99-3	111	Aus- und Fortbildung durch andere Dienstleister	—	—	—	—	—
527 99-6	111	Reisekostenvergütung für Dienstreisen	—	1	1	—	—
538 98-0	111	Dienstleistungen des IZN	—	275	148	+127	—
538 99-8	111	Dienstleistungen "Anderer"	—	—	—	—	—
812 99-2	111	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
		<b>Abschluss Kapitel 0707</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		78	143	-65	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		1.276	1.846	-570	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		1.354	1.989	-635	
		4 Personalausgaben	900	36.649	34.258	+2.391	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	1.100	6.806	+5.782	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.100	12.588	197.582	+10.898	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	31	208.480	—	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	2.031	257.717	238.646	+19.071	
		<b>Zuschuss</b>	1.100	256.363	236.657	+19.706	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Titelgruppe 98/99**

In der Titelgruppe befinden sich u. a. Mittel für Erstattungen an das IZN für die Pflege der Schulverwaltungssoftware.

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0710 Grundschulen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
112 01-7	112	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		8	1	+7	8
119 01-1	112	Vermischte Einnahmen		800	957	-157	645
119 11-9	112	Erstattungen Dritter für freigestellte Lehrkräfte		–	–	–	443
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 63</b>		<b>Budgetierungen an allgemein bildenden Schulen in Niedersachsen</b> <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63, 0711-Ausgabetitelgruppe 63, 0713-Ausgabetitelgruppe 63, 0714-Ausgabetitelgruppe 63 und 0718-Ausgabetitelgruppe 63.</i>		(–)	(–)	(–)	(32)
119 63-1	112	Vermischte Einnahmen, Ersatzleistungen im Rahmen von Schulfahrten und der Lernmittel		–	–	–	32
236 63-8	112	Sonstige Einnahmen von der Bundesagentur für Arbeit		–	–	–	–
<b>AUSGABEN</b>							
422 06-7	112	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	–	–	4	-4	–
422 11-3	112	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Lehrerinnen und Lehrer <i>*** Vgl. ***-HV zu Kap. 07 51 Tit. 422 04.</i>	–	3.073.754	3.019.542	+54.212	1.269.714
422 19-9	112	Altersteilzeitzuschläge	–	–	–	–	20.264
422 31-8	112	Dienstbezüge auf Grund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	–	–	218	-218	243
425 01-5	112	Vergütungen der Angestellten	–	–	–	–	1.002
425 05-8	112	Vergütungen der befristet beschäftigten Angestellten	–	–	–	–	160
425 06-6	112	Überstundenvergütungen für Angestellte	–	–	–	–	–
425 11-2	112	Vergütungen der nichtbeamteten, vollbeschäftigten Lehrkräfte	–	–	–	–	108.480
425 13-9	112	Vergütungen der ständigen, teilzeitbeschäftigten nichtbeamteten Lehrkräfte	–	55.960	68.587	-12.627	43.054
425 26-0	112	Vergütungen der pädagogischen Mitarbeiter/-innen in Grundschulen <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 538 02.</i>	–	41.700	42.786	-1.086	4.953
425 27-9	112	Vergütungen der nur vorübergehend zu Vertretungen tätigen teilzeitbeschäftigten, nichtbeamteten Lehrkräfte	–	21.299	13.835	+7.464	5.960
427 21-2	112	Entschädigungen für nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte	–	40	84	-44	50
427 29-8	112	Gestellungsgeld für katechetische Lehrkräfte	–	2.500	5.330	-2.830	5.357
427 32-8	112	Entgelte für kurzfristige Vertretungen und die Betreuungen in Grundschulen	–	–	–	–	31.759
427 39-5	112	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	–	2	5	-3	–
453 01-9	112	Trennungsschädigung und Umzugskostenvergütung	–	102	132	-30	102
526 01-6	112	Sachverständige	–	66	123	-57	126
526 02-4	112	Gerichts- und ähnliche Kosten	–	1	3	-2	3

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Kapitel 0710**

**Zu 07 10 allgemein**

Persönliche Kosten im Sinne des § 112 NSchG für die an öffentlichen Grundschulen oder an mit Grundschulen gem. § 106 Abs. 4 NSchG zusammengefassten Schulen eingesetzten Lehrkräfte.

Die bei diesem Kapitel bislang erfassten persönlichen Kosten für Lehrkräfte

- an Orientierungsstufen wurden nach Auflösung dieser Schulform in die Kapitel 0712 (Hauptschulen), 0713 (Realschulen), 0714 (Gymnasien) und 0718 (Gesamtschulen)
- an Hauptschulen sowie Haupt- und Realschulen wurden in das Kapitel 0712 (Hauptschulen)

verlagert.

**Zu 119 01**

Ersatzleistungen von Bediensteten im Erstattungsverfahren oder sonstige Rückgriffe, insbesondere von haftenden Versicherungsunternehmen sowie Rückzahlung von Überzahlungen u. a. vermischte Einnahmen.

**Zu 422 11**

Das Beschäftigungsvolumen und das Personalkostenbudget für die Schulkapitel 07 10 – 07 20 (ohne das Kapitel 07 22 – Modellversuch ProReKo) sind bei Kapitel 07 10 zusammengefasst dargestellt.

Einsparung zur Haushaltskonsolidierung in Höhe von 40 Mio. EUR, davon 38,984 Mio. EUR bei Kap. 0710-0720 und 1,016 Mio. EUR bei Kap. 0722.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteneinheiten (VZE):

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
65.655,86	65.650,87	64.528,35

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR):

	Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
Titel 422 11	3.073.754	3.019.542	
Titel 425 13	55.960	68.587	
Titel 425 26	41.700	42.786	
Titel 425 27	21.299	13.835	
gesamt	3.192.713	3.144.750	3.131.148

Nachrichtlich Stellen (Kapitel 0710 – 0720)

	Ansatz 2005	Ansatz 2004
Beamte	63.510	63.239
Angestellte	4.073	4.052
Arbeiter	15	16
	67.598	67.307

In den Veränderungen ist die Umsetzung von 362 Stellen für Studiendirektoren/-innen – als Fachleiter/-innen an Studienseminaren – vom Kapitel 0751 in die Kapitel 0714 (271) und 0720 (91) enthalten.

**Zu Titel 425 01 und zu Titel 425 05 und 427 39**

Für die Schulsozialarbeit an allgemein bildenden Schulen.

**Zu 425 05**

Zur Buchung der Vergütungen von befristet zu Vertretungen eingesetzten pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Angestelltenverhältnis.

**Zu 425 13**

Veränderung des Haushaltsansatzes durch Umschichtung nach 425 27

Aus diesem Titel werden auch die Vergütungen der Lehrkräfte gezahlt, die nach den Einstellungserlassen zur Verringerung unerwarteter Unterrichtsausfälle an allgemein bildenden Schulen

**Noch zu 425 13**

eingestellt worden sind (Springer), davon 6,7 Mio. € für Springer an Grundschulen (siehe Kapitel 0710 Titel 425 26).

**Zu 425 26**

Hier sind die Mittel für die Beschäftigung von pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (ehem. Vertretungslehr- und Betreuungskräfte an verlässlichen Grundschulen) sowie Kooperationsverträge – Kapitel 0710 Titel 538 02 – gem. RdErl. MK vom 18.5.2004 – SVBl. S. 321 – veranschlagt.

Für die Gewährleistung eines mindestens 5-stündigen Schulangebots durch die Grundschulen sind zusätzliche Mittel für längerfristige Vertretungen veranschlagt bei

Kapitel 0710 Titel 425 13 – Springer (6,7 Mio. €),

Kapitel 0710 Titel 425 27 – Feuerwehrlehrkräfte (6,5 Mio. €).

**Zu 425 27**

Bei diesem Titel sind die Mittel für die sogenannten “Feuerwehrlehrkräfte” (FWL) veranschlagt, davon ca. 6,5 Mio. € für FWL an Grundschulen (siehe Kapitel 0710 Titel 425 26).

**Zu 427 29**

Veränderung des Haushaltsansatzes durch Umschichtung nach Kap. 07 12 und Kap. 07 14.

Die evangelischen Landeskirchen in Niedersachsen, die katholische Kirche und einzelne katholische Orden stellen aufgrund von Gestellungsverträgen für den Religionsunterricht an den öffentlichen Schulen katechetische Lehrkräfte gegen Zahlung von Gestellungsgeldern zur Verfügung. Die Lehrkräfte stehen in keinem Dienst- oder Arbeitsverhältnis zum Land.

**Zu 427 32**

Die Vergütungen für die pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Grundschulen (bisher Vertretungslehr- und Betreuungskräfte) werden ab 2005 aus Kapitel 0710 Titel 425 26 gezahlt.

**Zu 427 39**

Zur Buchung der Vergütungen von befristet zu Vertretungen eingesetzten pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Angestelltenverhältnis.

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0710 Grundschulen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
526 59-8	112	Sachverständige u.ä. Kosten im Zusammen- hang mit der Feststellung der Dienstfähig- keit	—	9	2	+7	2
527 01-2	112	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	537	739	-202	498
527 02-0	112	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Perso- nalvertretungs- und Schwerbehindertenan- gelegenheiten	—	30	25	+5	43
538 02-2	112	Dienstleistungen Außenstehender zur Ver- lässlichkeit von Grundschulen <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zula- sten 425 26.</i>	—	—	—	—	2.243
546 02-5	112	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte <i>*** Hieraus können Billigkeitsleistungen gem. § 53 LHO erbracht werden</i>	—	10	14	-4	13
671 11-3	112	Erstattungen von Personalkosten für Lehr- kräfte an Schulen in freier Trägerschaft	—	—	171	-171	162
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 63</b>		<b>Budgetierungen an allgemein bildenden Schulen in Niedersachsen</b> <i>Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschrit- ten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 63, 0711 Einnahmetitel- gruppe 63, 0713 Einnahmetitelgruppe 63, 0714 Einnahmetitelgruppe 63 und 0718- Einnahmeti- telgruppe 63. Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungs- fähig: Ausgabeteilgruppe 63, 0711 Ausgabeteil- gruppe 63, 0713 Ausgabeteilgruppe 63, 0714 Ausgabeteilgruppe 63 und 0718 Ausgabeteil- gruppe 63.</i>	(—)	(1.069)	(5.472)	(-4.403)	(175)
427 63-8	114	Entgelte für befristete Beschäftigungsver- hältnisse	—	997	5.276	-4.279	128
525 63-0	114	Kosten der Fort- u. Weiterbildung der Be- diensteten und der Lernmittel	—	17	56	-39	31
527 63-2	114	Schulfahrten im Inland, Schüleraustausch- fahrten und Studienfahrten ins Ausland	—	55	140	-85	11
546 63-7	114	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	5
633 63-7	114	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
Summe für inzwischen weggefallene Titel			15.000		5.911	-5.911	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 527 01**

Aus diesem Ansatz werden insbesondere die Entschädigungen der Lehrkräfte für das Zurücklegen von Wegstrecken aus Anlass ihrer Beschäftigung an öffentlichen Schulen gem. RdErl. d. MK vom 7. 5. 1975 (Nds. MBl. S. 663) gezahlt.

**Zu 538 02**

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 0710 Titel 425 26.

**Zu 546 02**

Für Schadenserersatzleistungen aufgrund von Amtspflichtverletzungen durch Lehrpersonen sowie für Ersatzleistungen für Vermögens- und Sachschäden, die Lehrkräften in Ausübung des Dienstes entstehen.

Aus Gründen der Billigkeit ist es zulässig, eine lfd. Zahlung ab 1. 7. 1976 in Höhe von mtl. 102,26 EUR, ab 1. 2. 1977 zuzüglich der alljährlichen Erhöhungen der Vergütungen im öffentlichen Dienst zu leisten.

**Zu Titelgruppe 63**

Bisher ist die Mittelbewirtschaftung und die Entscheidung über Personalmaßnahmen geprägt vom Auseinanderfallen von Handlungs- und Finanzverantwortung zwischen Schule und Schulbehörde einerseits und dem Schulträger andererseits. Durch Systeme der Budgetierung und der damit verbundenen Übertragung personalwirtschaftlicher Befugnisse soll die Eigenverantwortung der Schulen gestärkt werden.

Veranschlagt sind die Mittel für die allgemein bildenden Schulen, die am Modellversuch "Personalkostenbudgetierung an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen in Niedersachsen" teilnehmen und für die "Eigenverantwortlichen Schulen".

Der Modellversuch "Personalkostenbudgetierung an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen in Niedersachsen" läuft seit dem 1. 2. 2001. An ihm nehmen z.Z. insgesamt 48 Schulen (14 allgemein bildende und 34 berufsbildende Schulen) teil. Änderungen bei der Anzahl der teilnehmenden berufsbildenden Schulen haben sich durch die Aufnahme neuer Schulen und den Abgänge nach ProReKo ergeben.

Mit der geplanten "Eigenverantwortlichen Schule" soll die Selbstständigkeit und Gestaltungsfreiheit der Schulen innerhalb staatlicher Rahmensetzung und Qualitätsvorgaben (an Stelle bürokratischer Feinsteuerung) erreicht werden. Wesentlicher Bestandteil der "Eigenverantwortlichen Schule" ist die Budgetierung. Bei der Verwendung des Budgets sind die "Eigenverantwortlichen Schulen" im Rahmen der insgesamt von ihr zu erfüllenden Aufgaben im wesentlichen frei.

Zur kassenmäßigen Abwicklung wird der Anschluss der Schulen an das Haushaltsvollzugssystem HVS angestrebt.

Die Mittel der Kapitel 07 10, 07 11, 07 13, 07 14 und 07 18 sind zusammen im Kapitel 07 10 Titelgruppe 63 veranschlagt.

Die Haushaltsansätze der Titelgruppe sind aus den entsprechenden Titeln der Kap. 07 07, 07 10 und 07 20 verlagert.

**Zu 633 63**

Vorsorglich für den Fall der Bewirtschaftung eines gemeinsamen Budgets gem. § 113 a NSchG über den Haushalt des kommunalen Schulträgers.

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0710 Grundschulen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 0710</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		808	958	-150	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		–	–	–	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		808	958	-150	
		4 Personalausgaben	–	3.196.354	3.156.710	+39.644	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	–	725	1.102	-377	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	–	–	5.171	-5.171	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	15.000	–	–	–	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	– 15.000	3.197.079	3.162.983	+34.096	
		<b>Zuschuss</b>		3.196.271	3.162.025	+34.246	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0711 Förderschulen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung 2005 2004	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
<b>EINNAHMEN</b>							
111 01-4	124	Gebühren und tarifliche Entgelte		–	–	–	–
119 01-5	124	Vermischte Einnahmen		86	91	-5	87
231 10-9	124	Erstattungen des Bundes für Zivildienstlei- stende		200	200	–	158
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 63</b>		<b>Budgetierungen an allgemein bildenden Schulen in Niedersachsen</b> <i>Vgl. K-Vermerk zu 0710- Ausgabetitelgruppe 63, Ausgabetitelgruppe 63, 0713- Ausgabetitelgrup- pe 63, 0714- Ausgabetitelgruppe 63 und 0718- Ausgabetitelgruppe 63.</i>		(–)	(–)	(–)	(26)
119 63-5	114	Vermischte Einnahmen, Ersatzleistungen im Rahmen von Schulfahrten und der Lernmit- tel		–	–	–	26
236 63-1	114	Sonstige Einnahmen von der Bundesagentur für Arbeit		–	–	–	–
<b>AUSGABEN</b>							
422 06-0	124	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	–	–	–	–	–
422 11-7	124	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Lehrerinnen und Lehrer	–	–	–	–	200.962
422 19-2	124	Altersteilzeitzuschläge	–	–	–	–	1.770
425 01-9	124	Vergütungen der Angestellten <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 671 11.</i>	–	–	–	–	25.666
425 05-1	124	Vergütungen der befristet beschäftigten An- gestellten	–	–	–	–	6.332
425 06-0	124	Überstundenvergütungen für Angestellte	–	–	–	–	–
425 11-6	124	Vergütungen der nichtbeamteten, vollbe- schäftigten Lehrkräfte	–	–	–	–	18.016
425 13-2	124	Vergütungen der ständigen, teilzeitbeschäf- tigten nichtbeamteten Lehrkräfte	–	–	–	–	1.325
425 27-2	124	Vergütungen der nur vorübergehend zu Ver- tretungen tätigen teilzeitbeschäftigten, nichtbeamteten Lehrkräfte	–	–	–	–	1.275
427 12-7	124	Entgelte für Zivildienstleistende	–	550	588	-38	483
427 21-6	124	Entschädigungen für nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte	–	2	2	–	43
427 29-1	124	Gestellungsgeld für katechetische Lehrkräfte	–	131	131	–	84
427 39-9	124	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	–	153	155	-2	153
453 01-2	124	Trennungentschädigung und Umzugsko- stenvergütung	–	10	10	–	15
526 01-0	124	Sachverständige	–	14	15	-1	11
526 02-8	124	Gerichts- und ähnliche Kosten	–	1	1	–	1
526 59-1	124	Sachverständige u.ä. Kosten im Zusammen- hang mit der Feststellung der Dienstfähig- keit	–	2	1	+1	–
527 01-6	124	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	–	141	150	-9	168

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Kapitel 0711**

**Zu 07 11 allgemein**

Persönliche Kosten im Sinne des § 112 NSchG für die in öffentlichen Förderschulen und Förderschulklassen eingesetzten Lehrkräfte, pädagogische Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sowie Betreuungskräfte.

Hier sind auch die persönlichen Verwaltungsausgaben der gem. § 152 Abs. 3 NSchG an Förderschulen in freier Trägerschaft unter Fortzahlung der Bezüge beurlaubten Landesbediensteten veranschlagt.

**Zu 231 10**

Für die vom Bund zu zahlenden anteiligen Erstattungen für bis zu 80 Zivildienstleistende.

**Zu 425 01**

**und zu Titel 425 05 und 427 39**

Persönliche Kosten für die in öffentlichen Förderschulen und Förderschulklassen eingesetzten pädagogischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sowie Betreuungskräfte.

**Zu Titel 425 01**

Im Umfang von bis zu höchstens 3 Stellen dürfen pädagogische Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen – Medizinische Hilfsberufe – an Gesamtschulen eingesetzt werden.

**Zu 425 05**

Zur Buchung der Vergütungen von befristet zu Vertretungen eingesetzten pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder Betreuungskräften im Angestelltenverhältnis.

**Zu 425 13**

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 0710 Titel 425 13.

**Zu 425 27**

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 425 27.

**Zu 427 12**

Aus den veranschlagten Mitteln sollen die Personal- und Sachaufwendungen für bis zu 80 Zivildienstleistende in niedersächsischen Sonderschulen für körperlich und geistig behinderte Schülerinnen und Schüler in der Tätigkeit von Betreuungskräften gezahlt werden (anteilige Erstattung des Bundes s. Titel 231 10).

**Zu 427 29**

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 427 29.

**Zu 427 39**

Zur Buchung der Vergütungen von befristet zu Vertretungen eingesetzten pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder Betreuungskräften im Angestelltenverhältnis.

**Zu 527 01**

Aus diesem Ansatz werden insbesondere die Entschädigungen der Lehrkräfte für das Zurücklegen von Wegstrecken aus Anlass ihrer Beschäftigung an öffentlichen Schulen gemäß RdErl. d. MK vom 7. 5. 1975 (Nds. MBl. S. 663) gezahlt.

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0711 Förderschulen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
527 02-4	124	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenanlagen	—	9	3	+6	9
546 02-9	124	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	2	5	-3	1
671 11-7	124	Erstattungen von persönlichen Verwaltungsausgaben an Dritte <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zula-</i> <i>sten 425 01.</i> <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläute-</i> <i>rung verbindlich.</i>	—	—	—	—	479
671 12-5	124	Erstattung von Personalausgaben an Ersatzschulen für die Wahrnehmung von Ausgaben eines Förderzentrums	—	15	15	—	14
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 63</b>		<b>Budgetierungen an allgemein bildenden Schulen in Niedersachsen</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 0710 Einnahmetitelgruppe 63, Einnahmetitelgruppe 63, 0713 Einnahmetitelgruppe 63, 0714 Einnahmetitelgruppe 63 und 0718- Einnahmetitelgruppe 63.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 0710 - Ausgabeteilgruppe 63.</i>	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
427 63-1	124	Entgelte für befristete Beschäftigungsverhältnisse	—	—	—	—	—
525 63-3	124	Kosten der Fort- u. Weiterbildung der Bediensteten und der Lernmittel	—	—	—	—	—
527 63-6	124	Schulfahrten im Inland, Schüleraustauschfahrten und Studienfahrten ins Ausland	—	—	—	—	—
546 63-0	124	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
633 63-0	124	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
<b>Abschluss Kapitel 0711</b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				86	91	-5	
2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				200	200	—	
<b>Summe der Einnahmen</b>				286	291	-5	
4 Personalausgaben			—	846	886	-40	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst			—	169	175	-6	
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			—	15	15	—	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>			—	1.030	1.076	-46	
<b>Zuschuss</b>				744	785	-41	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 546 02**

Für Schadenersatzleistungen aufgrund von Amtspflichtverletzungen durch Lehrpersonen sowie Ersatzleistungen für Sachschäden, die Lehrkräften in Ausübung ihres Dienstes entstehen.

**Zu 671 11**

Erstattungen an das Diakonische Werk der Evangelisch-lutherischen Kirche in Oldenburg e. V. aufgrund der Vereinbarung mit dem Land Niedersachsen vom 5. 11. 1984 für die im Körperbehindertenzentrum im Borchersweg in Oldenburg tätigen pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Betreuungskräfte des Diakonischen Werkes. Im Umfang von bis zu insgesamt 8 Stellen dürfen Erstattungen geleistet werden, wenn bei Titel 425 01 ein gleich hoher Betrag dadurch eingespart wird, dass in den Stellenübersichten zu Kapitel 07 11 bis zu höchstens 8 Stellen für pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Betreuungskräfte gesperrt werden.

Erstattungen an den DRK-Kreisverband Wesermünde für die in der Seeparkschule Wesermünde in Langen-Debstedt tätigen pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Betreuungskräfte des DRK. Im Umfang von bis zu insgesamt 3 Stellen dürfen Erstattungen geleistet werden, wenn bei Titel 425 01 ein gleich hoher Betrag dadurch eingespart wird, dass in den Stellenübersichten zu Kapitel 07 11 bis zu höchstens 3 Stellen für pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Betreuungskräfte gesperrt werden.

**Zu 671 12**

Erstattung von Personalkosten an die Arbeiterwohlfahrt – Bezirksverband Braunschweig e. V. – als freier Träger der Lotte-Lemke-Schule, Ersatzschule für Erziehungshilfe, Braunschweig, für die Beratung von öffentlichen Schulen mit Schülerinnen und Schülern mit förderpädagogischem Bedarf zur Vermeidung eines Förderschulbesuchs.

**Zu Titelgruppe 63**

Siehe Erläuterungen zu Kap. 07 10 TGr. 63.

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0712 Hauptschulen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
112 01-4	113	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		–	–	–	–
119 01-9	113	Vermischte Einnahmen		–	–	–	–
<b>AUSGABEN</b>							
422 06-4	113	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	–	–	–	–	–
422 11-0	113	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Lehrerinnen und Lehrer	–	–	–	–	–
422 19-6	113	Altersteilzeitzuschläge	–	–	–	–	–
425 01-2	113	Vergütungen der Angestellten	–	–	–	–	–
425 05-5	113	Vergütungen der befristet beschäftigten Angestellten	–	–	–	–	–
425 11-0	113	Vergütungen der nichtbeamteten, vollbeschäftigten Lehrkräfte	–	–	–	–	–
425 13-6	113	Vergütungen der ständigen, teilzeitbeschäftigten nichtbeamteten Lehrkräfte	–	–	–	–	–
425 27-6	113	Vergütungen der nur vorübergehend zu Vertretungen tätigen teilzeitbeschäftigten, nichtbeamteten Lehrkräfte	–	–	–	–	–
427 21-0	113	Entschädigungen für nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte	–	24	–	+24	–
427 29-5	113	Gestellungsgeld für katechetische Lehrkräfte	–	2.330	–	+2.330	–
427 39-2	113	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	–	–	–	–	–
453 01-6	113	Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung	–	–	–	–	–
526 01-3	113	Sachverständige	–	25	–	+25	–
526 02-1	113	Gerichts- und ähnliche Kosten	–	–	–	–	–
526 59-5	113	Sachverständige u.ä. Kosten im Zusammenhang mit der Feststellung der Dienstfähigkeit	–	5	–	+5	–
527 01-0	113	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	–	189	–	+189	–
527 02-8	113	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenanangelegenheiten	–	12	–	+12	–
546 02-2	113	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	–	4	–	+4	–
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61</b>		<b>Hauptschulprofilierungsprogramm Übertragbar.</b>	(–) (15.000)	(5.493)	(5.000)	(+493)	(–)
633 61-8	113	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	– 14.250	5.441	4.750	+691	–
684 61-1	113	Zuschüsse an Sonstige	– 750	52	250	-198	–

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Kapitel 0712**

**Zu 07 12 allgemein**

Persönliche Kosten im Sinne des § 112 NSchG für die an öffentlichen Hauptschulen oder mit Hauptschulen gem. § 106 Abs. 4 NSchG zusammengefasste Schulen (ohne Grundschulen) eingesetzten Lehrkräfte.

Hier sind auch die persönlichen Verwaltungsausgaben für die unter Fortzahlung der Bezüge beurlaubten Lehrkräfte veranschlagt, die an den gem. § 155 f. NSchG aus öffentlichen Schulen hervorgegangenen Ersatzschulen (sog. Konkordatsschulen) tätig sind.

**Zu 119 01**

Ersatzleistungen von Bediensteten im Erstattungsverfahren oder sonstige Rückgriffe, insbesondere von haftenden Versicherungsunternehmen sowie Rückzahlung von Überzahlungen u. a. vermischte Einnahmen.

**Zu 425 01**

**und zu Titel 425 05 und 427 39**

Für die Schulsozialarbeit.

**Zu 425 05**

Zur Buchung der Vergütungen von befristet zu Vertretungen eingesetzten pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Angestelltenverhältnis.

**Zu 425 13**

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 0710 Titel 425 13.

**Zu 425 27**

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 425 27.

**Zu 427 29**

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 427 29.

**Zu 427 39**

Zur Buchung der Vergütungen von befristet zu Vertretungen eingesetzten pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder Betreuungskräften im Angestelltenverhältnis.

**Zu 527 01**

Aus diesem Ansatz werden insbesondere die Entschädigungen der Lehrkräfte für das Zurücklegen von Wegstrecken aus Anlass ihrer Beschäftigung an öffentlichen Schulen gemäß RdErl. d. MK vom 7.5.1975 (Nds. MBl. S. 663) gezahlt.

**Zu 546 02**

Für Schadenserersatzleistungen aufgrund von Amtspflichtverletzungen durch Lehrpersonen sowie für Ersatzleistungen für Vermögens- und Sachschäden, die Lehrkräften in Ausübung des Dienstes entstehen.

**Zu Titelgruppe 61**

Im Rahmen des Hauptschulprofilierungsprogramm erfolgt inhaltlich die Unterstützung der Hauptschulen durch spezifische sozialpädagogische Maßnahmen und die organisatorische Ausrichtung der Hauptschulen auf die Arbeitswelt wird weiterentwickelt. Zu diesem Zweck erhalten die am Programm teilnehmenden Schulträger von Hauptschulen Zuwendungsmittel vom Land (Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen im Rahmen des Programms zur Profilierung der Hauptschule vom 28. 11. 2003 – Nds. MBl. 2004 S. 10).

**Zu 633 61**

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE	durch die 2004 ausgebrachte VE	durch die 2005 ausgebrachte VE	Gesamt belastung
	in 1000 EUR	in 1000 EUR	in 1000 EUR	
2005	–	4.750	–	4.750
2006	–	4.750	–	4.750
2007	–	4.750	–	4.750
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	14.250	–	14.250

**Zu 684 61**

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE	durch die 2004 ausgebrachte VE	durch die 2005 ausgebrachte VE	Gesamt belastung
	in 1000 EUR	in 1000 EUR	in 1000 EUR	
2005	–	250	–	250
2006	–	250	–	250
2007	–	250	–	250
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	750	–	750

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0712 Hauptschulen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 0712</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		–	–	–	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		–	–	–	
		4 Personalausgaben	–	2.354	–	+2.354	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	–	235	–	+235	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	–	5.493	–	+5.493	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	–	8.082	–	+8.082	
		<b>Zuschuss</b>		8.082		+8.082	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0713 Realschulen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-2	116	Vermischte Einnahmen		55	136	-81	55
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 63</b>		<b>Budgetierungen an allgemein bildenden Schulen in Niedersachsen</b> <i>Vgl. K-Vermerk zu 0710- Ausgabeteilgruppe 63, 0711- Ausgabeteilgruppe 63, Ausgabeteilgruppe 63, 0714- Ausgabeteilgruppe 63 und 0718- Ausgabeteilgruppe 63.</i>		(-)	(-)	(-)	(2)
119 63-2	114	Vermischte Einnahmen, Ersatzleistungen im Rahmen von Schulfahrten und der Lernmittel		-	-	-	2
236 63-9	116	Sonstige Einnahmen von der Bundesagentur für Arbeit		-	-	-	-
<b>AUSGABEN</b>							
422 06-8	116	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	-	-	-	-	-
422 11-4	116	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Lehrerinnen und Lehrer	-	-	-	-	190.031
422 19-0	116	Altersteilzeitzuschläge	-	-	-	-	4.832
425 06-7	116	Überstundenvergütungen für Angestellte	-	-	-	-	-
425 11-3	116	Vergütungen der nichtbeamteten, vollbeschäftigten Lehrkräfte	-	-	-	-	16.992
425 13-0	116	Vergütungen der ständigen, teilzeitbeschäftigten nichtbeamteten Lehrkräfte	-	-	-	-	2.094
425 27-0	116	Vergütungen der nur vorübergehend zu Vertretungen tätigen teilzeitbeschäftigten, nichtbeamteten Lehrkräfte	-	-	-	-	824
427 21-3	116	Entschädigungen für nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte	-	11	11	-	3
427 29-9	116	Gestellungsgeld für katechetische Lehrkräfte	-	567	567	-	626
453 01-0	116	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	-	8	8	-	8
526 01-7	116	Sachverständige	-	16	20	-4	15
526 02-5	116	Gerichts- und ähnliche Kosten	-	3	1	+2	1
526 59-9	116	Sachverständige u.ä. Kosten im Zusammenhang mit der Feststellung der Dienstfähigkeit	-	1	1	-	-
527 01-3	116	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	-	72	73	-1	65
527 02-1	116	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenanlagen	-	4	3	+1	3
546 02-6	116	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	-	2	1	+1	1
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 63</b>		<b>Budgetierungen an allgemein bildenden Schulen in Niedersachsen</b> <i>Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 0710 Einnahmetitelgruppe 63, 0711 Einnahmetitelgruppe 63, Einnahmetitelgruppe 63, 0714</i>	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Kapitel 0713**

**Zu 07 13 allgemein**

Persönliche Kosten im Sinne des § 112 NSchG für die an (selbstständigen) öffentlichen Realschulen eingesetzten Lehrkräfte. Die Kosten für Lehrkräfte an mit Hauptschulen verbundenen Realschulen sind bei Kapitel 07 12 veranschlagt.

**Zu 425 13**

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 0710 Titel 425 13.

**Zu 425 27**

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 425 27.

**Zu 427 29**

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 425 29.

**Zu 527 01**

Aus diesem Ansatz werden insbesondere die Entschädigungen der Lehrkräfte für das Zurücklegen von Wegstrecken aus Anlass ihrer Beschäftigung an öffentlichen Schulen gem. RdErl. d. Nds. MK vom 7. 5. 1975 (Nds. MBl. S. 663) gezahlt.

**Zu 546 02**

Für Schadensersatzleistungen aufgrund von Amtspflichtverletzungen durch Lehrpersonen sowie für Ersatzleistungen für Sachschäden, die Lehrkräften in Ausübung des Dienstes entstehen.

**Zu Titelgruppe 63**

Siehe Erläuterungen zu Kap. 07 10 TGr. 63.

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0713 Realschulen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004	2004	2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch <b>TGr. 63</b>		<i>Einnahmetitelgruppe 63 und 0718- Einnahmetitelgruppe 63. Vgl. D-Vermerk zu 0710 - Ausgabeteilgruppe 63.</i>					
427 63-9	116	Entgelte für befristete Beschäftigungsverhältnisse	—	—	—	—	—
525 63-0	116	Kosten der Fort- u. Weiterbildung der Bediensteten und der Lernmittel	—	—	—	—	—
527 63-3	116	Schulfahrten im Inland, Schüleraustauschfahrten und Studienfahrten ins Ausland	—	—	—	—	—
546 63-8	116	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
633 63-8	116	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
		<b>Abschluss Kapitel 0713</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		55	136	-81	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		55	136	-81	
		4 Personalausgaben	—	586	586	—	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	98	99	-1	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	684	685	-1	
		<b>Zuschuss</b>		629	549	+80	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0714 Gymnasien, Internatsgymnasien und Kollegs**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-6	117	Vermischte Einnahmen		241	336	-95	240
119 11-3	117	Erstattungen Dritter für freigestellte Lehrkräfte		—	—	—	123
119 16-4	117	Einnahmen aus privater Mitbenutzung von Einrichtungen der Nds. Internatsgymnasien *** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.		12	12	—	13
119 21-0	117	Einnahmen aus der Verpflegung an den Nds. Internatsgymnasien		3	4	-1	2
119 24-5	117	Einnahmen für Unterkunft und Verpflegung der Internatsschülerinnen und Internatschüler		1.104	1.104	—	903
124 01-0	117	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		79	98	-19	79
233 11-0	117	Erstattungen der Gebietskörperschaften zu den Verwaltungsausgaben der vom Land getragenen Internatsgymnasien		767	767	—	562
233 12-9	117	Sachkostenerstattungen kommunaler Schulträger		108	108	—	107
282 13-8	117	Zuschüsse Dritter Vgl. K-Vermerk zu 546 16.		—	—	—	—
381 01-2	990	Zuführungen von 0302 - 981 90 *** Vergleich K-Vermerk zu 427 21		25	25	—	—
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 63</b>		<b>Budgetierungen an allgemein bildenden Schulen in Niedersachsen</b> Vgl. K-Vermerk zu 0710- Ausgabetitelgruppe 63, 0711- Ausgabetitelgruppe 63, 0713- Ausgabetitelgruppe 63, Ausgabetitelgruppe 63 und 0718- Ausgabetitelgruppe 63.		(—)	(—)	(—)	(4)
119 63-6	117	Vermischte Einnahmen, Ersatzleistungen im Rahmen von Schulfahrten und der Lernmittel		—	—	—	4
236 63-2	117	Sonstige Einnahmen von der Bundesagentur für Arbeit		—	—	—	—
<b>AUSGABEN</b>							
422 06-1	117	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	0
422 11-8	117	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Lehrerinnen und Lehrer *** Vgl. ***-HV zu Kap. 07 51 Tit. 422 04.	—	—	—	—	468.758
422 19-3	117	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	7.909
425 01-0	117	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	967
425 05-2	117	Vergütungen der befristet beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	134
425 06-0	117	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	24	—	+24	—
425 11-7	117	Vergütungen der nichtbeamteten, vollbeschäftigten Lehrkräfte	—	—	—	—	22.750
425 13-3	117	Vergütungen der ständigen, teilzeitbeschäftigten nichtbeamteten Lehrkräfte	—	—	—	—	4.744

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Kapitel 0714**

**Zu 07 14 allgemein**

Veranschlagt sind insbesondere die persönlichen Kosten im Sinne des § 112 NSchG für die an öffentlichen Gymnasien, Abendgymnasien, Internatsgymnasien und Kollegs eingesetzten Lehrkräfte.

Hier sind auch die persönlichen Verwaltungsausgaben für die

- an dem vom Bistum Hildesheim getragenen, als staatlich anerkannte Ersatzschule geführten Gymnasium Josephinum in Hildesheim gem. Vertrag vom 8. 5. 1989 (Anlage zum Gesetz vom 20. 6. 1989 – Nds. GVBl. S. 267 –)
- an dem von der Ev.-luth. Landeskirche Hannover getragenen, als anerkannte Ersatzschule geführten Gymnasium Andreanum in Hildesheim gem. Vereinbarung vom 30. 11. 1977 (Anlage zum Gesetz vom 20. 4. 1978 – Nds. GVBl. S. 328 –)

beschäftigten, unter Fortzahlung der Bezüge beurlaubten Lehrkräfte veranschlagt.

Internatsgymnasien: Das Land Niedersachsen trägt sämtliche Ausgaben für die Internatsgymnasien in Bad Harzburg, Bad Bederkesa und Esens. Die Gebietskörperschaften, in deren Gebiet die Internatsgymnasien örtlich liegen, erstatten dem Land einen Teil der Verwaltungsausgaben.

Kollegs in Trägerschaft des Landes bestehen in Braunschweig, Oldenburg und Wolfsburg.

Das Braunschweig-Kolleg und das Oldenburg-Kolleg sind mit den dortigen Abendgymnasien verbunden. Die Städte erstatten dem Land einen Teil der Sachkosten nach § 113 NSchG.

Die Stadt Wolfsburg stellt aufgrund einer besonderen Vereinbarung mit dem Land Niedersachsen für das Wolfsburg-Kolleg die erforderlichen Unterrichtsräume kostenlos zur Verfügung und trägt alle Sachkosten nach § 113 NSchG.

Das Hannover-Kolleg wird von der Region Hannover getragen.

**Zu 119 16**

In Abweichung von § 61 Abs. 1 LHO kann auf die Erhebung von Nutzungsentschädigungen für die Inanspruchnahme der Schwimmhalle des Internatsgymnasiums Esens durch Dritte verzichtet werden, soweit in gleichem Umfange Sportanlagen der Gemeinde Esens für den Sportunterricht des Internatsgymnasiums genutzt werden.

**Zu 119 21**

Veranschlagt sind die Einnahmen aus der Mittagsverpflegung für 3 Landesbedienstete durchschnittlich für 200 Tage; der Satz für das Mittagessen beträgt 4,60 EUR.

**Zu 119 24**

Durch Erlass des MK v. 20.2.2003 – SVBl. S. 81 – ist die Gebühr für die Bereitstellung eines Internatsplatzes ab 1.8.2003 auf 420 EUR pro Monat, für Kinder von den Inseln auf 330 EUR, festgelegt worden.

Für 201 Schüler monatl. 420 EUR und für 23 Schüler monatl. 330 EUR.

**Zu 124 01**

Einnahmen der Internatsgymnasien und Kollegs aus der Vermietung von:

1. Amts- und Dienstwohnungen
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräumen
3. Dienst- und Werkräumen, Hörsälen,
4. Sonstigen Mieten und Pachten

**Zu 233 11**

Zu erwartende Einnahmen aufgrund der Vereinbarungen mit den Landkreisen Cuxhaven, Goslar und Wittmund über eine Beteiligung der Landkreise an den Sachkosten des jeweiligen Internatsgymnasiums.

**Zu 233 12**

Anteilige Sachkostenerstattung der Städte Braunschweig und Oldenburg für die Unterbringung der Abendgymnasien in den Räumen des jeweiligen Kollegs.

**Zu 381 01**

Erstattung anteiliger Dienstbezüge von Lehrkräften, die zur Durchführung von Sonderlehrgängen für jugendliche Spätaussiedler freigestellt sind (siehe Kapitel 03 02 Titel 981 90).

**Zu 425 05**

Für befristet beschäftigte pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Betreuungskräfte.

**Zu 425 06**

Für Vergütungen für Mehrarbeit im Rahmen des Internatsdienstes.

**Zu 425 13**

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 0710 Titel 425 13.

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0714 Gymnasien, Internatsgymnasien und Kollegs**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
425 27-3	117	Vergütungen der nur vorübergehend zu Vertretungen tätigen teilzeitbeschäftigten, nichtbeamteten Lehrkräfte	—	—	—	—	2.861
426 01-6	117	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	669
426 06-7	117	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 21-7	117	Entschädigungen für nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte <i>*** Die Ausgaben des Deckungskreises gem. § 20 Abs. 1 LHO dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 0714-381 01.</i>	—	179	159	+20	56
427 29-2	117	Gestellungsgeld für katechetische Lehrkräfte	—	3.074	2.574	+500	2.815
427 39-0	117	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-3	117	Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	48	48	—	113
526 01-0	117	Sachverständige	—	40	38	+2	49
526 02-9	117	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	4	3	+1	3
526 59-2	117	Sachverständige u.ä. Kosten im Zusammenhang mit der Feststellung der Dienstfähigkeit	—	1	—	+1	—
527 01-7	117	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	151	160	-9	149
527 02-5	117	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenanlagen	—	11	10	+1	8
546 02-0	117	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	13	14	-1	8
546 16-0	117	Verwendung der Zuschüsse Dritter <i>Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 13.</i>	—	—	—	—	—
981 01-0	990	Abführung an 13 21 - 381 22	—	45	—	+45	—
981 07-9	990	Abführung an 13 21 - 381 07	—	1.571	1.567	+4	1.567
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61</b>		<b>Sachkosten der vom Land getragenen Niedersächsischen Internatsgymnasien</b>	(—)	(951)	(780)	(+171)	(743)
511 61-7	117	Geschäftsbedarf u. Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 511 61, 514 61, 517 61, 518 61, 519 61, 525 61, 547 61, 812 61, 511 64, 514 64, 517 64, 518 64, 519 64, 525 64, 547 64 und 812 64.</i>	—	115	121	-6	86
514 61-6	117	Verbrauchsmaterialien, Unterkunftsgüter, Haltung v. Fahrzeugen sowie Arznei u. Heilmittel <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 61.</i>	—	30	30	—	15
517 61-5	117	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 61.</i>	—	515	331	+184	409
518 61-1	117	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 61.</i>	—	9	6	+3	1

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 425 27**

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 425 27.

**Zu 426 01**

Für die Internatsgymnasien sind in den Löhnen auch Mittel für 21 ständige, nicht vollbeschäftigte Arbeiter im Reinigungsdienst veranschlagt, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte der einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Für die Abendgymnasien sind in den Mitteln auch Entgelte für sog. 400 €-Kräfte enthalten, die in den Abendstunden Hausmeisteraufgaben wahrnehmen.

**Zu 426 06**

Für Vergütungen für Mehrarbeit der Hausmeister.

**Zu 427 29**

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 427 29.

**Zu 527 01**

Hier sind auch die Reisekostenmittel für die Lehrkräfte der Nds. Internatsgymnasien und der Kollegs sowie auch Ausgaben für Elternversammlungen sowie Mitglieder des Schulelternrates, der Konferenzen und Ausschüsse gem. § 81 Abs. 3 NSchG an den Nds. Internatsgymnasien veranschlagt.

**Zu 546 02**

Für Schadensersatzleistungen aufgrund von Amtspflichtverletzungen durch Lehrpersonen sowie für Ersatzleistungen für Sachschäden, die Lehrkräften in Ausübung des Dienstes entstehen.

**Zu 981 01**

Erstattung der entstandenen Grunderwerbsnebenkosten an den Landesliegenschaftsfonds anlässlich des Erwerbs eines Schulgebäudes für die neu einzurichtenden Klassen 5 und 6 des NIG Esens.

**Zu 981 07**

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Nieders. Internatsgymnasien	1 027 000 EUR
Kollegs	544 000 EUR
Zusammen	1 571 000 EUR

**Zu Titelgruppe 61**

Veranschlagt sind die sächlichen Verwaltungsausgaben der Nieders. Internatsgymnasien Bad Bederkesa, Bad Harzburg und Esens.

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0714 Gymnasien, Internatsgymnasien und Kollegs**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
519 61-8	117	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden u. Räumen sowie Pflege u. Unterhaltung der Ziergärten u. Grünanlagen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 61.</i>	–	17	6	+11	13
525 61-8	117	Lehr- und Lernmittel <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 61.</i>	–	108	75	+33	41
547 61-1	117	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 61.</i>	–	1	1	–	1
812 61-7	117	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 61.</i>	–	156	210	-54	176
<b>TGr. 62</b>		<b>Verpflegungskosten der Nds. Internatsgymnasien</b> <i>*** Zur Selbstbewirtschaftung gemäß § 15 Abs. 2 LHO.</i>	(–)	(470)	(470)	(–)	(426)
426 62-8	117	Löhne der Arbeiter/Arbeiterinnen	–	212	198	+14	208
514 62-4	117	Lebensmittel, Zutaten	–	226	246	-20	192
547 62-0	117	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	–	32	26	+6	27
<b>TGr. 63</b>		<b>Budgetierungen an allgemein bildenden Schulen in Niedersachsen</b> <i>Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 0710 Einnahmetitelgruppe 63, 0711 Einnahmetitelgruppe 63, 0713 Einnahmetitelgruppe 63, Einnahmetitelgruppe 63 und 0718- Einnahmetitelgruppe 63. Vgl. D-Vermerk zu 0710 - Ausgabeteilgruppe 63.</i>	(–)	(–)	(–)	(–)	(784)
427 63-2	117	Entgelte für befristete Beschäftigungsverhältnisse	–	–	–	–	551
525 63-4	117	Kosten der Fort- u. Weiterbildung der Bediensteten und der Lernmittel	–	–	–	–	179
527 63-7	117	Schulfahrten im Inland, Schüleraustauschfahrten und Studienfahrten ins Ausland	–	–	–	–	27
546 63-1	117	Vermischte Verwaltungsausgaben	–	–	–	–	27
633 63-1	117	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	–	–	–	–	–
<b>TGr. 64</b>		<b>Sachkosten der vom Land getragenen Kollegs</b>	(–)	(194)	(417)	(-223)	(312)
511 64-1	117	Geschäftsbedarf u. Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 61.</i>	–	80	70	+10	69
514 64-0	117	Verbrauchsmaterialien und Unterkunftsgereäte <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 61.</i>	–	6	22	-16	5
517 64-0	117	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 61.</i>	–	62	149	-87	179
518 64-6	117	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 61.</i>	–	2	2	–	2

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 519 61**

Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	10 000 EUR
Pflege und Unterhaltung der Ziergärten und Grünanlagen	7 000 EUR

**Zu 812 61**

Internatsgymnasium Bad Bederkesa: Neuausstattung Chemiesaal	45 000 EUR
Internatsgymnasium Bad Harzburg: Ersatz v. Matratzen, Gardinen, Bestuhlung sowie Möblierung zweier Klassenräume	13 000 EUR
Internatsgymnasium Esens:	
- Erneuerung des Mobiliars und Ausstattung in den Internats- und Diensträumen (Freizeitbereich, Zimmervorhänge, Spiel- u. Sportgeräte),	33 000 EUR
- Maschinen und Geräte (Aufsitzmäher, Anhänger u. Vertikutierer für Traktor, Waschmaschine,	24 000 EUR
- Ersatz und Ergänzung vorhandener Lehr- und Lernmittel u.a. für Film- u. Foto-AG, Kunst, Musik, Bibliothek etc.	41 000 EUR
Zusammen	<u>156 000 EUR</u>

**Zu Titelgruppe 62**

1. Für durchschnittlich 225 Schüler für 225 Tage je 9,20 EUR rd.	467 000 EUR
2. Für die Verpflegung von Lehrkräften, Personal und Gästen (siehe auch Titel 119 21)	3 000 EUR
Zusammen	<u>470 000 EUR</u>

Aus den Mitteln werden u. a. bei 426 62 die persönlichen Kosten für das Küchenpersonal (bis zu 7 Lohnempfänger) bestritten. Das Verpflegungsgeld ist monatlich nach der tatsächlichen Kopfzahl zu berechnen.

**Zu Titelgruppe 63**

Siehe Erläuterung zu Kap. 07 10 TGr. 63.

**Zu Titelgruppe 64**

Veranschlagt sind die sächlichen Verwaltungsausgaben des Braunschweig-Kollegs und des Oldenburg-Kollegs.

**Zu 517 64**

Die Liegenschaft Wolfenbütteler Str. 57 des Braunschweig-Kollegs wurde 2004 in ein Behördenhaus umgewandelt und die Bewirtschaftungskosten gem. § 50 Abs. 1 LHO in das Kapitel 1321 umgesetzt.

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0714 Gymnasien, Internatsgymnasien und Kollegs**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
519 64-2	117	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden u. Räumen sowie Pflege u. Unterhaltung der Ziergärten u. Grünanlagen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 61.</i>	—	9	4	+5	19
525 64-2	117	Lehr- und Lernmittel <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 61.</i>	—	34	47	-13	25
547 64-6	117	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 61.</i>	—	1	1	—	0
812 64-1	117	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 61.</i>	—	—	122	-122	14
Summe für inzwischen weggefallene Titel			—		665	-665	
<b>Abschluss Kapitel 0714</b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				1.439	1.554	-115	
2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				875	875	—	
3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				25	25	—	
<b>Summe der Einnahmen</b>				2.339	2.454	-115	
4 Personalausgaben			—	3.537	3.644	-107	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst			—	1.467	1.362	+105	
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			—	—	—	—	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen			—	156	332	-176	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	1.616	1.567	+49	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>			—	6.776	6.905	-129	
<b>Zuschuss</b>				4.437	4.451	-14	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 519 64**

Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	5 000 EUR
Pflege und Unterhaltung der Ziergärten und Grünanlagen	4 000 EUR

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0718 Gesamtschulen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-0	119	Vermischte Einnahmen		79	143	-64	79
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 63</b>		<b>Budgetierungen an allgemein bildenden Schulen in Niedersachsen</b> <i>Vgl. K-Vermerk zu 0710- Ausgabetitelgruppe 63, 0711- Ausgabetitelgruppe 63, 0713- Ausgabetitelgruppe 63, 0714- Ausgabetitelgruppe 63 und Ausgabetitelgruppe 63.</i>		(-)	(-)	(-)	(4)
119 63-0	119	Vermischte Einnahmen, Ersatzleistungen im Rahmen von Schulfahrten und der Lernmittel		—	—	—	4
236 63-7	119	Sonstige Einnahmen von der Bundesagentur für Arbeit		—	—	—	—
<b>AUSGABEN</b>							
422 06-6	119	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
422 11-2	119	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Lehrerinnen und Lehrer	—	—	—	—	186.224
422 19-8	119	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	2.998
425 01-4	119	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	—
425 05-7	119	Vergütungen der befristet beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 06-5	119	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
425 11-1	119	Vergütungen der nichtbeamteten, vollbeschäftigten Lehrkräfte	—	—	—	—	12.365
425 13-8	119	Vergütungen der ständigen, teilzeitbeschäftigten nichtbeamteten Lehrkräfte	—	—	—	—	1.537
425 27-8	119	Vergütungen der nur vorübergehend zu Vertretungen tätigen teilzeitbeschäftigten, nichtbeamteten Lehrkräfte	—	—	—	—	1.384
427 21-1	119	Entschädigungen für nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte	—	19	19	—	13
427 29-7	119	Gestellungsgeld für katechetische Lehrkräfte	—	613	613	—	501
427 39-4	119	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-8	119	Trennungsschädigung und Umzugskostenvergütung	—	14	14	—	25
526 01-5	119	Sachverständige	—	25	16	+9	25
526 02-3	119	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	1	1	—	0
526 59-7	119	Sachverständige u.ä. Kosten im Zusammenhang mit der Feststellung der Dienstfähigkeit	—	1	1	—	—
527 01-1	119	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	49	55	-6	51
527 02-0	119	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenanlagen	—	13	18	-5	9
546 02-4	119	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	2	2	—	0

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Kapitel 0718**

**Zu 07 18 allgemein**

Persönliche Kosten im Sinne des § 112 NSchG für die an öffentlichen Gesamtschulen (Integrierten und Kooperativen Gesamtschulen) eingesetzten Lehrkräfte.

**Zu 425 13**

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 0710 Titel 425 13.

**Zu 425 27**

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 425 27.

**Zu 427 29**

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 427 29.

**Zu 546 02**

Für Schadensersatzleistungen aufgrund von Amtspflichtverletzungen durch Lehrpersonen sowie für Ersatzleistungen für Sachschäden, die Lehrkräften in Ausübung des Dienstes entstehen.

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0718 Gesamtschulen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004 1000 EUR	Ansatz 2005 1000 EUR	Ansatz 2004 1000 EUR	+ = mehr - = weniger 1000 EUR	Ist 2003 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
<b>TGr. 63</b>		<b>Titelgruppe(n)</b>  <b>Budgetierungen an allgemein bildenden Schulen in Niedersachsen</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 0710 Einnahmetitelgruppe 63, 0711 Einnahmetitelgruppe 63, 0713 Einnahmetitelgruppe 63, 0714 Einnahmetitelgruppe 63 und Einnahmetitelgruppe 63.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 0710 - Ausgabeteilgruppe 63.</i>	(–)	(–)	(–)	(–)	(585)
427 63-7	119	Entgelte für befristete Beschäftigungsverhältnisse	–	–	–	–	396
525 63-9	119	Kosten der Fort- u. Weiterbildung der Bediensteten und der Lernmittel	–	–	–	–	159
527 63-1	119	Schulfahrten im Inland, Schüleraustauschfahrten und Studienfahrten ins Ausland	–	–	–	–	17
546 63-6	119	Vermischte Verwaltungsausgaben	–	–	–	–	13
633 63-6	119	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	–	–	–	–	–
		<b>Abschluss Kapitel 0718</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		79	143	-64	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		–	–	–	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		79	143	-64	
		4 Personalausgaben	–	646	646	–	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	–	91	93	-2	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	–	–	–	–	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	–	737	739	-2	
		<b>Zuschuss</b>		658	596	+62	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Titelgruppe 63**

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 TGr. 63.

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0720 Berufsbildende Schulen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
111 22-6	127	Schülerentgelte gem. § 54 Abs.3 und 4 NSchG <i>Vgl. K-Vermerk zu 546 22.</i> <i>Vgl. K-Vermerk zu 633 22.</i>		3.934	3.934	—	7.747
112 01-0	127	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		1	1	—	1
119 01-4	127	Vermischte Einnahmen		145	145	—	141
119 11-1	127	Erstattungen Dritter für freigestellte Lehrkräfte		—	—	—	—
124 01-8	127	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		3	3	—	3
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 63</b>		<b>Budgetierungen an berufsbildenden Schulen in Niedersachsen</b>		(2.040)	(2.040)	(—)	(1.820)
111 63-3	127	Schülerentgelte gem. § 54 Abs. 3 u. 4 NSchG <i>Vgl. K-Vermerk zu 546 63.</i> <i>Vgl. K-Vermerk zu 632 63.</i>		2.040	2.040	—	1.532
119 63-4	127	Vermischte Einnahmen <i>Vgl. K-Vermerk zu 427 63, 525 63, 527 63, 547 63 und 633 63.</i>		—	—	—	98
236 63-0	127	Sonstige Einnahmen von der Bundesagentur für Arbeit <i>Vgl. K-Vermerk zu 427 63, 525 63, 527 63, 547 63 und 633 63.</i>		—	—	—	190
<b>AUSGABEN</b>							
422 06-0	127	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	1	1	—	1
422 11-6	127	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Lehrerinnen und Lehrer <i>*** Vgl. Vermerk zu 671 11.</i>	—	—	—	—	427.647
422 19-1	127	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	6.068
422 31-0	127	Dienstbezüge auf Grund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	104	-104	103
425 01-8	127	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	2.907
425 05-0	127	Vergütungen der befristet beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	57
425 06-9	127	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
425 11-5	127	Vergütungen der nichtbeamteten, vollbeschäftigten Lehrkräfte	—	—	—	—	32.135
425 13-1	127	Vergütungen der ständigen, teilzeitbeschäftigten nichtbeamteten Lehrkräfte	—	—	—	—	5.138
425 27-1	127	Vergütungen der nur vorübergehend zu Vertretungen tätigen teilzeitbeschäftigten, nichtbeamteten Lehrkräfte	—	—	—	—	1.565
426 01-4	127	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	35
426 03-0	127	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	9
427 21-5	127	Entschädigungen für nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte	—	1.986	1.986	—	1.464
427 29-0	127	Gestellungsgeld für katechetische Lehrkräfte	—	4.063	4.063	—	4.418
427 39-8	127	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—

---

ERLÄUTERUNGEN

---

**Zu Kapitel 0720**

Persönliche Kosten im Sinne des § 112 NSchG für die an öffentlichen berufsbildenden Schulen eingesetzten Lehrkräfte und die Einnahmen und Ausgaben der staatlichen Fachschule – Seefahrt – in Cuxhaven.

Die Mittel für die am Modellversuch „Berufsbildende Schulen als regionale Kompetenzzentren (ProReKo)“ teilnehmenden Schulen sind bei Kapitel 0722 veranschlagt (seit dem 2. Nachtrag 2003).

**Zu 111 22**

Gemäß MK-Erlass vom 26. 1. 1999 – Nds. MBl. S. 73; SVBl. S. 26 –, zuletzt geändert durch Erl. v. 23.6.2004 – Nds. MBl. S. 457; –, werden Entgelte für berufliche Umschulungsmaßnahmen und für ergänzende Qualifizierungsangebote an öffentlichen berufsbildenden Schulen nach § 54 Abs. 3 und 4 NSchG sowie für die Beteiligung der Berufsschulen an beruflichen Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen Dritter nach § 15 Abs. 1 Satz 2 NSchG erhoben.

**Zu 124 01**

Einnahmen aus der Hausmeisterwohnung der staatl. Fachschule – Seefahrt – in Cuxhaven.

**Zu 425 01**

**und Titel 42505 und 42739**

Für die in der Schulsozialarbeit eingesetzten Angestellten.

**Zu 425 05**

Zur Buchung der Vergütungen von befristet zu Vertretungen eingesetzten pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Angestelltenverhältnis.

**Zu 425 13**

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 0710 Titel 425 13.

**Zu 425 27**

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 425 27.

**Zu 427 29**

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 427 29.

**Zu 427 39**

Zur Buchung der Vergütungen von befristet zu Vertretungen eingesetzten pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Angestelltenverhältnis.

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0720 Berufsbildende Schulen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
453 01-1	127	Trennungschädigung und Umzugskostenvergütung	—	41	41	—	60
526 01-9	127	Sachverständige	—	37	37	—	43
526 02-7	127	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	2	3	-1	2
526 59-0	127	Sachverständige u.ä. Kosten im Zusammenhang mit der Feststellung der Dienstfähigkeit	—	1	1	—	—
527 01-5	127	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	266	272	-6	275
527 02-3	127	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	13	12	+1	14
546 02-8	127	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	4	6	-2	1
546 22-2	127	Verwaltungsausgaben der Schulen aus Entgelten nach § 54 Abs. 5 Satz 2 NSchG <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 16,67 v.H. der Isteinnahmen bei 111 22.</i> <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0707-427 86,0707-525 86 und 0707-547 86.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	—	656	656	—	310
633 22-2	127	Erstattungen von Schülerentgelten an kommunale Schulträger <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 16,67 v.H. der Isteinnahmen bei 111 22.</i>	—	656	656	—	1.127
671 11-6	127	Erstattungen von persönlichen Verwaltungsausgaben an die Landwirtschaftskammern <i>*** Ersparnisse bei 422 11 infolge zeitweilig nicht besetzter bis zu drei Planstellen der Bes.-Gr. A 13 (Studienräte) dürfen hier verwendet werden.</i>	—	—	—	—	20
671 12-4	127	Erstattungen von persönlichen Verwaltungsausgaben an die Nds. Landesforsten (AÖR)	—	138	104	+34	102
981 07-7	990	Abführungen an 1321 - 381 07	—	92	92	—	92
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61</b>		<b>Sachkosten für die Staatliche Fachschule - Seefahrt - in Cuxhaven</b>	(—)	(188)	(188)	(—)	(171)
511 61-5	127	Geschäftsbedarf u. Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	27	27	—	17
517 61-3	127	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude, Räume sowie Reinigungskosten, Heizung und Beleuchtung	—	25	24	+1	33
519 61-6	127	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	2	—	+2	—
525 61-6	127	Lehr- und Lernmittel	—	18	18	—	11
547 61-0	127	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	8	9	-1	7
681 61-8	127	Zuschüsse für Studienfahrten	—	3	5	-2	0
686 61-0	127	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	13	13	—	12

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 546 02**

Für Schadensersatzleistungen aufgrund von Amtspflichtverletzungen durch Lehrpersonen sowie für Ersatzleistungen für Sachschäden, die Lehrkräften in Ausübung des Dienstes entstehen.

**Zu 546 22**

Ein Sechstel der Einnahmen bei Tit. 111 22 nach § 54 Abs. 5 Satz 2 NSchG wird den betroffenen Schulen für Verwaltungsausgaben bzw. im Rahmen von Modellversuchen (vgl. Erl. zu TGr. 63 und Kap. 0707 TGr. 86) zur Verfügung gestellt.

**Zu 633 22**

Ein Sechstel der Einnahmen bei Titel 111 22 ist nach § 54 Abs. 5 NSchG an kommunale Schulträger zu erstatten.

**Zu 671 11**

Für Erstattungen an die Landwirtschaftskammern als finanzieller Ausgleich in den Fällen, in denen Bedienstete der Landwirtschaftskammern an landwirtschaftlichen Berufs- und Berufsfachschulen unterrichten.

**Zu 671 12**

Für die Beschulung im Splitterberuf Forstwirt in der Landesfachklasse in Blockform des Landkreises Northeim durch Bedienstete aus dem Bereich der Nds. Landesforsten.

**Zu 981 07**

Für die Abführung der für die Staatliche Fachschule – Seefahrt – in Cuxhaven festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Epl. 13.

**Zu Titelgruppe 61**

Hier sind die Sachkosten der Staatlichen Fachschule – Seefahrt – in Cuxhaven veranschlagt.

**Zu 681 61**

Für Zuschüsse an die Schülerinnen und Schüler aus Anlass von Fahrten, die im Rahmen der Ausbildung entstehen.

**Zu 686 61**

Beitrag des Landes Niedersachsen zu der Berufsbildungsstelle Seeschiffahrt e. V. in Bremen als der zuständigen Stelle nach dem Berufsbildungsgesetz sowie Beiträge für die Mitgliedschaft für eine Lehrkraft aus dem Kollegium der Schule bei der Schiffbautechnischen Gesellschaft in Hamburg.

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0720 Berufsbildende Schulen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
812 61-5	127	Erwerb von Lehrmitteln	–	92	92	–	91
<b>TGr. 63</b>		<b>Budgetierungen an berufsbildenden Schulen in Niedersachsen</b> <i>Übertragbar.</i>	(–)	(7.326)	(5.744)	(+1.582)	(5.598)
427 63-0	127	Entgelte für befristete Beschäftigungsverhältnisse <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 63 und 236 63.</i>	–	5.830	4.816	+1.014	4.202
525 63-2	127	Kosten der Fort- u. Weiterbildung der Bediensteten, der schulinternen Lehrerfortbildung (SchiLF) und der Lernmittel <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 63 und 236 63.</i>	–	412	52	+360	619
527 63-5	127	Schulfahrten im Inland, Schüleraustauschfahrten und Studienfahrten ins Ausland <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 63 und 236 63.</i>	–	404	196	+208	89
546 63-0	127	Verwaltungsausgaben der Schulen aus Entgelten nach § 54 Abs. 5 Satz 2 NSchG <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 16,67 v.H. der Isteinnahmen bei 111 63.</i>	–	340	340	–	492
547 63-6	127	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 63 und 236 63.</i>	–	–	–	–	–
632 63-3	127	Erstattungen von Schülerentgelten an kommunale Schulträger <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 16,67 v.H. der Isteinnahmen bei 111 63.</i>	–	340	340	–	195
633 63-0	127	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 63 und 236 63.</i>	–	–	–	–	–
<b>Abschluss Kapitel 0720</b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				6.123	6.123	–	
2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				–	–	–	
<b>Summe der Einnahmen</b>				6.123	6.123	–	
4 Personalausgaben			–	11.921	11.011	+910	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst			–	2.215	1.653	+562	
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			–	1.150	1.014	+136	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen			–	92	92	–	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			–	92	196	-104	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>			–	15.470	13.966	+1.504	
<b>Zuschuss</b>				9.347	7.843	+1.504	

---

**ERLÄUTERUNGEN**


---

**Zu 812 61**

Fortsetzung der Beschaffungsmaßnahmen zum Auf- und Ausbau des „Integrierten Navigationssystems INS“ und des globalen See- und Sicherheitsfunksystems GMDSS.

**Zu Titelgruppe 63**

Bisher ist die Mittelbewirtschaftung und die Entscheidung über Personalmaßnahmen geprägt vom Auseinanderfallen von Handlungs- und Finanzverantwortung zwischen Schule und Schulbehörde einerseits und dem Schulträger andererseits. Durch Systeme der Budgetierung und der damit verbundenen Übertragung personalwirtschaftlicher Befugnisse soll die Eigenverantwortung der Schulen gestärkt werden. Daneben soll für die berufsbildenden Schulen der Region Hannover ein gemeinsames Budget für die Mittel des Landes und des Schulträgers erprobt werden.

Veranschlagt sind die Mittel für die berufsbildenden Schulen, die am Modellversuch „Personalkostenbudgetierung an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen in Niedersachsen“ teilnehmen, sowie die Mittel für die „Eigenverantwortliche Schulen“ und die berufsbildenden Schulen, deren Mittel in ein gemeinsames Budget bei der Region Hannover eingebracht werden sollen.

Der Modellversuch „Personalkostenbudgetierung an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen in Niedersachsen“ läuft seit dem 1. 2. 2001. An ihm nehmen z.Z. insgesamt 48 Schulen (14 allgemein bildende und 34 berufsbildende Schulen) teil. Änderungen bei der Anzahl der teilnehmenden berufsbildenden Schulen haben sich durch die Aufnahme neuer Schulen und den Abgänge nach ProReKo ergeben. Zum 01.02.2005 werden noch einmal 63 berufsbildende Schulen in den Modellversuch aufgenommen.

Mit der geplanten „Eigenverantwortliche Schule“ soll die Selbstständigkeit und Gestaltungsfreiheit der Schulen innerhalb staatlicher Rahmensetzung und Qualitätsvorgaben (an Stelle bürokratischer Feinsteuerung) erreicht werden. Wesentlicher Bestandteil der „Eigenverantwortliche Schule“ ist die Budgetierung. Bei der Verwendung des Budgets sind die „Eigenverantwortliche Schulen“ im Rahmen der insgesamt von ihr zu erfüllenden Aufgaben im wesentlichen frei.

Zur kassenmäßigen Abwicklung wird der Anschluss der Schulen an das Haushaltsvollzugssystem HVS angestrebt. Die berufsbildenden Schulen der Region Hannover bewirtschaften die Landesmittel auf der Grundlage einer Zielvereinbarung probeweise in einem gemeinsamen Budget mit dem Schulträger und wickeln es zum Teil über das Kassensystem der Region Hannover ab.

Die Haushaltsansätze der Titelgruppe sind aus den entsprechenden Titeln der Kap. 07 07, 07 10 und 07 20 verlagert.

**Zu 546 63**

Ein Sechstel der Einnahmen bei Tit. 111 63 nach § 54 Abs. 5 Satz 2 NSchG wird den betroffenen Schulen für Verwaltungsausgaben bzw. im Rahmen von Modellversuchen (vgl. Erl. zu TGr. 63 und Kap. 0707 TGr. 86) zur Verfügung gestellt.

**Zu 632 63**

Ein Sechstel der Einnahmen bei Titel 111 63 ist nach § 54 Abs. 5 NSchG an kommunale Schulträger zu erstatten.

**Zu 633 63**

Für die Bewirtschaftung eines gemeinsamen Budgets gem. § 113 a NSchG über den Haushalt des kommunalen Schulträgers.

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0722 Berufsbildende Schulen als regionale Kompetenzzentren**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
111 22-3	127	Schülerentgelte gem. § 54 Abs.3 und 4 NSchG <i>Vgl. K-Vermerk zu 546 22. Vgl. K-Vermerk zu 633 22.</i>		1.026	1.026	—	522
112 01-7	127	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten <i>Vgl. K-Vermerk zu 422 06, 422 11, 422 19, 425 01, 425 05, 425 06, 425 11, 425 13, 425 27, 427 21, 427 29, 427 39, 453 01, 525 10, 525 11, 526 01, 526 02, 526 59, 527 01, 527 02, 527 13, 546 01, 546 02 und 633 10.</i>		—	—	—	—
119 01-1	127	Vermischte Einnahmen <i>Vgl. K-Vermerk zu 422 06, 422 11, 422 19, 425 01, 425 05, 425 06, 425 11, 425 13, 425 27, 427 21, 427 29, 427 39, 453 01, 525 10, 525 11, 526 01, 526 02, 526 59, 527 01, 527 02, 527 13, 546 01, 546 02 und 633 10.</i>		—	—	—	106
119 11-9	127	Erstattungen Dritter für freigestellte Lehrkräfte <i>Vgl. K-Vermerk zu 422 06, 422 11, 422 19, 425 01, 425 05, 425 06, 425 11, 425 13, 425 27, 427 21, 427 29, 427 39, 453 01, 525 10, 525 11, 526 01, 526 02, 526 59, 527 01, 527 02, 527 13, 546 01, 546 02 und 633 10.</i>		—	—	—	1
236 01-8	127	Sonstige Einnahmen von der Bundesagentur für Arbeit <i>Vgl. K-Vermerk zu 422 06, 422 11, 422 19, 425 01, 425 05, 425 06, 425 11, 425 13, 425 27, 427 21, 427 29, 427 39, 453 01, 525 10, 525 11, 526 01, 526 02, 526 59, 527 01, 527 02, 527 13, 546 01, 546 02 und 633 10.</i>		—	—	—	—
<b>AUSGABEN</b>							
422 06-7	127	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte <i>Übertragbar. Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 112 01, 119 01, 119 11 und 236 01. Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 422 06, 422 11, 422 19, 425 01, 425 05, 425 06, 425 11, 425 13, 425 27, 427 21, 427 29, 427 39, 453 01, 525 10, 525 11, 526 01, 526 02, 526 59, 527 01, 527 02, 527 13, 546 01, 546 02, 546 22 und 633 10.</i>	—	—	—	—	15
422 11-3	127	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Lehrerinnen und Lehrer <i>Übertragbar. Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 112 01, 119 01, 119 11 und 236 01. Vgl. D-Vermerk zu 422 06.</i>	—	80.870	78.730	+2.140	29.557
422 19-9	127	Altersteilzeitzuschläge <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 112 01, 119 01, 119 11 und 236 01. Vgl. D-Vermerk zu 422 06.</i>	—	—	—	—	518
425 01-5	127	Vergütungen der Angestellten <i>Übertragbar. Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 112 01, 119 01, 119 11 und 236 01. Vgl. D-Vermerk zu 422 06.</i>	—	—	—	—	726

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 0722**

Persönliche Kosten im Sinne des § 112 NSchG für die an öffentlichen berufsbildenden Schulen eingesetzten Lehrkräfte, die am Projekt "Berufsbildende Schulen als regionale Kompetenzzentren" (ProReKo – Projekt Regionale Kompetenzzentren) teilnehmen.

Die Idee und das Ziel des lebensbegleitenden Lernens basiert auf der Erkenntnis, dass berufliche Bildung gleichermaßen die berufliche Ausbildung ("Erstausbildung") und die berufliche Weiterbildung umfasst. Für die Umsetzung des Schulversuches sind vom Landtag richtunggebend Kriterien für Zielvorgaben erstellt worden (Drs. 14/2701):

- vollständige personalrechtliche Befugnisse der Schule (einschließlich neuer Modelle zur Finanzierung des Lehrpersonals – "Geld statt Stellen" -)
- Einsatz von Verwaltungspersonal in der Schule durch Nutzung eigener Ressourcen ("Verwaltungsleiter")
- geänderter Status der Schule (Beirat als Beratungs- und Lenkungsorgan der Schulleiterin oder des Schulleiters in finanz- und personalwirtschaftlichen Angelegenheiten) und
- Fort- und Weiterbildung in ggf. auch privatrechtlicher Form.

Darüber hinaus ist angedacht in den Schulversuchen die Möglichkeit einzuräumen,

- eine leistungsbezogene Bezahlung von Lehrkräften (Prämien und Zulagen statt Anrechnungsstunden)
- neue Arbeitszeitmodelle (Jahresarbeitszeitkonto) und
- eine wirtschaftliche Betätigung der Schulen (begrenzt und in der Region mit der Wirtschaft abgestimmt)

zu erproben.

Gleichzeitig ist sicherzustellen, dass

- die curricularen und qualitativen Mindeststandards sichergestellt sind
- das Angebot von Weiterbildung nicht zu Lasten der Regelangebote geht
- in der regionalen Bildungslandschaft ein fairer Wettbewerb mit anderen Anbietern beruflicher Fort- und Weiterbildung entsteht und
- das Modellvorhaben evaluiert wird.

Die konkreten Schulversuchsziele werden im Detail mit den beteiligten Schulträgern und Schulen im Rahmen von Zielvereinbarungen festgelegt. Der Leitgedanke dieser Vereinbarungen ist ein Kontraktmanagement, das die Steuerung über eine stärkere Ziel- und Ergebnisorientierung erlaubt und das von der verbindlichen Zielabsprache über einen festgelegten Zeitraum bis zum kontraktbezogenen Controlling und der entsprechenden Berichterstattung reicht.

Am Projekt ProReKo nehmen folgende Schulen teil.

Bereich Braunschweig: BBS Duderstadt  
 BBS Einbeck  
 BBS II Göttingen  
 BBS III Göttingen  
 BBS II Goslar – Baßgeige  
 BBS Hann. Münden  
 BBS II Osterode  
 BBS II Salzgitter Fredenberg

Bereich Hannover: BBS Hameln – E. -Selbert- Schule  
 Multimedia – BBS der Region Hannover  
 BBS 3 der Region Hannover  
 BBS 6 der Region Hannover  
 Hermann – Nohl – BBS Hildesheim

Bereich Lüneburg: BBS Cuxhaven  
 BBS Osterholz - Scharmbeck

Bereich Weser-Ems: BBS des LK OS in Bersenbrück  
 BBS des LK Wesermarsch in Brake  
 BBS I Emden  
 BBS II Lohne - A. -Kolping- Schule

**Zu 111 22**

Siehe Erläuterung zu Kapitel 0720 Titel 111 22.

**Zu 422 11**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
1.697,33	1.759,22	660,22 *)

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

	Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
422 11	80.870	78.730	30.284 *)
425 13	1.902	2.002	82 *)
425 27	302	302	140 *)
gesamt:	83.074	81.034	30.506 *)

\*) Teiljahresbeträge (01.08. – 31.12.2003)

Stellen nachrichtlich: 1.759

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0722 Berufsbildende Schulen als regionale Kompetenzzentren**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004	2004	2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
425 05-8	127	Vergütungen der befristet beschäftigten Angestellten <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 112 01, 119 01, 119 11 und 236 01.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 422 06.</i>	—	—	—	—	90
425 06-6	127	Überstundenvergütungen für Angestellte <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 112 01, 119 01, 119 11 und 236 01.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 422 06.</i>	—	—	—	—	—
425 11-2	127	Vergütungen der nichtbeamteten, vollbeschäftigten Lehrkräfte <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 112 01, 119 01, 119 11 und 236 01.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 422 06.</i>	—	—	—	—	4.098
425 13-9	127	Vergütungen der ständigen, teilzeitbeschäftigten nichtbeamteten Lehrkräfte <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 112 01, 119 01, 119 11 und 236 01.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 422 06.</i>	—	1.902	2.002	-100	82
425 27-9	127	Vergütungen der nur vorübergehend zu Vertretungen tätigen teilzeitbeschäftigten, nichtbeamteten Lehrkräfte <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 112 01, 119 01, 119 11 und 236 01.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 422 06.</i>	—	302	302	—	139
427 21-2	127	Entschädigungen für nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 112 01, 119 01, 119 11 und 236 01.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 422 06.</i>	—	—	—	—	40
427 29-8	127	Gestellungsgeld für katechetische Lehrkräfte <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 112 01, 119 01, 119 11 und 236 01.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 422 06.</i>	—	698	698	—	351
427 39-5	127	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 112 01, 119 01, 119 11 und 236 01.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 422 06.</i>	—	—	—	—	—
453 01-9	127	Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 112 01, 119 01, 119 11 und 236 01.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 422 06.</i>	—	—	—	—	—
525 10-9	127	Beschaffung von Lernmitteln <i>Übertragbar.</i>	—	—	—	—	201

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 427 29**

Siehe Erläuterung zu Kap. 07 10 Tit. 427 29.

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0722 Berufsbildende Schulen als regionale Kompetenzzentren**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
noch 525 10-9		<i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 112 01, 119 01, 119 11 und 236 01. Vgl. D-Vermerk zu 422 06.</i>					
525 11-7	127	Fort- und Weiterbildung Übertragbar. <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 112 01, 119 01, 119 11 und 236 01. Vgl. D-Vermerk zu 422 06.</i>	—	76	64	+12	75
526 01-6	127	Sachverständige Übertragbar. <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 112 01, 119 01, 119 11 und 236 01. Vgl. D-Vermerk zu 422 06.</i>	—	6	6	—	—
526 02-4	127	Gerichts- und ähnliche Kosten Übertragbar. <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 112 01, 119 01, 119 11 und 236 01. Vgl. D-Vermerk zu 422 06.</i>	—	1	1	—	—
526 59-8	127	Sachverständige u.ä. Kosten im Zusammen- hang mit der Feststellung der Dienstfähig- keit Übertragbar. <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 112 01, 119 01, 119 11 und 236 01. Vgl. D-Vermerk zu 422 06.</i>	—	—	—	—	—
527 01-2	127	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen Übertragbar. <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 112 01, 119 01, 119 11 und 236 01. Vgl. D-Vermerk zu 422 06.</i>	—	47	47	—	13
527 02-0	127	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Perso- nalvertretungs- und Schwerbehindertenan- gelegenheiten Übertragbar. <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 112 01, 119 01, 119 11 und 236 01. Vgl. D-Vermerk zu 422 06.</i>	—	2	2	—	0
527 13-6	127	Reisekosten aus Anlass von Schulfahrten Übertragbar. <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 112 01, 119 01, 119 11 und 236 01. Vgl. D-Vermerk zu 422 06.</i>	—	57	57	—	16
546 01-7	127	Vermischte Ausgaben Übertragbar. <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 112 01, 119 01, 119 11 und 236 01. Vgl. D-Vermerk zu 422 06.</i>	—	120	100	+20	148
546 02-5	127	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte Übertragbar. <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 112 01, 119 01, 119 11 und 236 01. Vgl. D-Vermerk zu 422 06.</i>	—	1	1	—	—

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0722 Berufsbildende Schulen als regionale Kompetenzzentren**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004 1000 EUR	Ansatz 2005 1000 EUR	Ansatz 2004 1000 EUR	+ = mehr - = weniger 1000 EUR	Ist 2003 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
546 22-0	127	Verwaltungsausgaben der Schulen aus Entgelten nach § 54 Abs. 5 Satz 2 NSchG <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 16,67 v.H. der Isteinnahmen bei 111 22.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 422 06.</i>	—	171	171	—	43
633 10-6	127	Sonstige Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 112 01, 119 01, 119 11 und 236 01.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 422 06.</i>	—	—	—	—	—
633 22-0	127	Erstattungen von Schülerentgelten an kommunale Schulträger <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 16,67 v.H. der Isteinnahmen bei 111 22.</i>	—	171	171	—	71
<b>Abschluss Kapitel 0722</b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				1.026	1.026	—	
2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				—	—	—	
<b>Summe der Einnahmen</b>				1.026	1.026	—	
4 Personalausgaben			—	83.772	81.732	+2.040	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst			—	481	449	+32	
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			—	171	171	—	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>			—	84.424	82.352	+2.072	
<b>Zuschuss</b>				83.398	81.326	+2.072	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 546 22**

Siehe Erläuterung zu Kapitel 0720 Titel 546 22.

**Zu 633 10**

Für die Erprobung von gemeinsamen kommunalen und staatlichen Budgets gem. § 113 a NSchG.

**Zu 633 22**

Siehe Erläuterung zu Kapitel 0720 Titel 633 22.

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0751 Vorbereitungsdienst für die Lehrämter**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-6	154	Vermischte Einnahmen		27	10	+17	26
119 41-5	154	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	—	—
124 01-0	154	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		1	1	—	0
132 99-3	154	Erlöse aus dem Verkauf von DV-Geräten <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 98/99.</i>		—	—	—	—
<b>AUSGABEN</b>							
422 01-0	154	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	8.561	29.471	-20.910	25.483
422 04-5	154	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 425 04 und 427 10. *** Im Bedarfsfall dürfen bis zu 200 Studienreferendare/-innen für das Lehramt an Gymnasien zusätzlich eingestellt werden, wenn in entsprechendem Umfang bis zu 60 Lehrstellen der Bes.-Gr. A13 bei Kap. 0714 sowie Beschäftigungsvolumen und Budget bei Kap. 0710 gesperrt werden.</i>	—	54.700	54.864	-164	57.053
422 19-3	154	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	659
425 01-0	154	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	2.772
425 03-6	154	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	15
425 04-4	154	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulaufen 422 04. *** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.</i>	—	—	—	—	168
425 05-2	154	Vergütungen der befristet beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	82
426 01-6	154	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	—
426 03-2	154	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	18
427 01-2	154	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	10	20	-10	—
427 10-1	154	Vergütungen für Lehrkräfte aus den EU-Mitgliedstaaten <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulaufen 422 04. *** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.</i>	—	—	—	—	—
427 32-2	154	Entschädigungen für stundenweise beschäftigte Fachkräfte zur Ausbildung	—	8	10	-2	5
427 39-0	154	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	4
453 01-3	154	Trennungsentchädigung und Umzugskostenvergütung	—	10	9	+1	10
511 01-3	154	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	276	364	-88	263

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Kapitel 0751**

**Zu 07 51 allgemein**

Die Ausbildung für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie für Sonderpädagogik erfolgt an 25 Studienseminaren – davon 21 für Grund-, Haupt- und Realschulen und 4 für Sonderpädagogik.

Die Ausbildung für das Lehramt an Gymnasien erfolgt an 18 Studienseminaren an den Standorten Braunschweig, Celle, Göttingen, Hameln, Hannover (2), Hildesheim, Leer, Lüneburg, Meppen, Oldenburg, Osnabrück, Salzgitter, Stade, Stadthagen, Verden, Wilhelmshaven und Wolfsburg.

Die Ausbildung für das Lehramt an berufsbildenden Schulen erfolgt an 7 Studienseminaren mit den Standorten Braunschweig, Göttingen, Hannover, Hildesheim, Oldenburg, Osnabrück und Stade.

Lehrkräfte für Fachpraxis werden bedarfsgerecht an berufsbildenden Schulen eingestellt. Die Einstellung erfolgt im Beamtenverhältnis auf Probe. Für die Qualifizierung sind die Studienseminare für das Lehramt an berufsbildenden Schulen in Braunschweig, Hannover, Oldenburg und Stade – in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Schulen – zuständig.

**Zu 124 01**

Miete für die Dienstwohnung des Hausmeisters in Stade.

**Zu 422 01**

Für das Kapitel 07 51 wurde ab dem 1. 1. 1998 die Personalkostenbudgetierung (PKB) eingeführt.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
165,34	514,08	491,45

Personalkostenbudget (in 1.000 Euro)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
8.561	29.471	29.000

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge:

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig) —
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt) —
- Sonstige Veränderungen --

Summe Zugänge --

Abgänge:

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig) 348,74
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)
- Sonstige Veränderungen —

Summe Abgänge 348,74

Bleibt Abgang 348,74

In den Abgängen sind die Umsetzungen von insgesamt 371 Stellen der Bes.-Gr. A 15 (Fachleiter) enthalten, in das Kapitel 0714 (271 Stellen), in das Kapitel 0720 (91 Stellen) sowie in das Kapitel 0722 (9 Stellen).

In den Vergütungen für Angestellte sind Mittel für 21 ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte im Verwaltungsdienst (Verg.-Gr. VII BAT), deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte der einer vollbeschäftigten Kraft beträgt – Titel 425 01 – sowie für eine stundenweise beschäftigte Angestellte im Verwaltungsdienst (Verg.-Gr. VII BAT) – Tit. 425 03 enthalten.

In den Löhnen sind Mittel für 7 stundenweise beschäftigte Arbeitskräfte im Reinigungsdienst (5) – Lohngruppe 1 MTArb – bzw. in der Tätigkeit als Hausarbeiter/-in (2) – Lohngruppe 2 MTArb veranschlagt – Tit. 426 03.

**Zu 422 04**

Bezüge für Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst entsprechend 4 240 Stellen (HH 2004: 4 420 Stellen).

**Zu 425 04**

Unterhaltsbeihilfen für in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis zum Land Niedersachsen stehende Angestellte mit der 1. Staatsprüfung für ein Lehramt oder mit einer gleichwertigen Prüfung, die nicht die Einstellungs Voraussetzungen für den Vorbereitungsdienst erfüllen (z. B. Ausländer/-innen).

Für jede auszubildende Lehrkraft im Angestelltenverhältnis ist eine der in den Bedarfsnachweisen zu Kap. 07 51 ausgebrachten Stellen für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst der Bes.-Gr. A 12 bzw. A 13 zu sperren.

**Zu 425 05**

Zur Buchung der Vergütungen von befristet zu Vertretungen eingestellten Angestellten im Verwaltungsdienst. Die hier zu buchenden Ausgaben sind gedeckt aus den nicht benötigten Mitteln der Angestelltenstellen, deren Stelleninhaberinnen oder Stelleninhaber keine Vergütung erhalten (z. B. in Folge Beurlaubung).

**Zu 427 01**

Für die Beschäftigung von Vertretungs- und Aushilfskräften der Verwaltungsangestellten.

**Zu 427 10**

Vergütungen für Lehrkräfte aus den EU-Mitgliedsstaaten, die – entsprechend der Richtlinie des Rates der EG vom 21. 12. 1988 über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome, die eine mind. dreijährige Berufsausbildung abschließen, für den Beruf des Lehrers/der Lehrerin an Schulen (EG-RL-LehrG) – an einem Anpassungslehrgang teilnehmen und während der Teilnahme in einem befristeten öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis besonderer Art stehen.

Für jeden Teilnehmer/jede Teilnehmerin an dem Anpassungslehrgang ist eine der in den Bedarfsnachweisen zu Kap. 07 51 ausgebrachten Stellen für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst der Bes.-Gr. A 12 bzw. A 13 zu sperren.

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0751 Vorbereitungsdienst für die Lehrämter**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004	2004	2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
517 01-1	154	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	303	295	+8	296
518 01-8	154	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	784	772	+12	725
518 02-6	154	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	40	61	-21	—
519 01-4	154	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	19	6	+13	8
525 01-4	154	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	153	177	-24	107
526 02-9	154	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	1	4	-3	1
527 01-7	154	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	2.571	2.449	+122	2.636
527 02-5	154	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	1	2	-1	1
546 01-1	154	Vermischte Ausgaben	—	25	12	+13	25
546 02-0	154	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	5	1	+4	5
546 03-8	154	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	—	—	—	21
633 10-0	154	Erstattungen von Ausgaben an Gemeinden (GV)	—	28	28	—	28
812 10-2	154	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	42	40	+2	84
981 01-0	990	Abführung an 1321-381 22 zur Refinanzierung des Grundstocks	—	25	25	—	25
981 07-9	990	Abführung an 13 21 - 381 07	—	622	642	-20	642
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 98/99</b>		<b>Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik</b> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 99.</i>	(—)	(300)	(300)	(—)	(263)
518 98-0	154	Anmietung von Software	—	—	—	—	—
518 99-9	154	Anmietung von Hardware	—	—	—	—	—
525 98-7	154	Aus- und Fortbildung durch das Informatikzentrum Niedersachsen (IZN)	—	—	—	—	—
525 99-5	154	Aus- und Fortbildung durch andere Dienstleister	—	—	—	—	—
538 98-1	154	Dienstleistungen des IZN	—	108	9	+99	62
538 99-0	154	Dienstleistungen "Anderer"	—	25	21	+4	7
547 99-9	154	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	122	202	-80	149
812 99-4	154	Erwerb von Geräten und sonstigen Gegenständen	—	45	68	-23	45

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 517 01**

Die Studienseminare für das Lehramt an Gymnasien und das Lehramt an berufsbildenden Schulen, das Studienseminar für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen und die Außenstelle der Abteilung Lüneburg der Landesschulbehörde sind gemeinsam in einem landeseigenen Gebäude in Stade untergebracht. Die Bewirtschaftungs- und Reinigungskosten sowie die Kosten für Heizstoffe dieser Dienststellen sind bei Kapitel 13 21 veranschlagt.

Das Studienseminar Celle für das Lehramt an Gymnasien und das Studienseminar Celle für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen sind in dem Behördenhaus Celle II (ehemalige Cambridge-Dragonerkaserne) untergebracht. Die Hausverwaltung obliegt dem Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Celle (vgl. Nr. 1.1.3 zu § 64 LHO). Die Bewirtschaftungs- und Reinigungskosten für die Seminare sind dementsprechend im Kap. 13 21 veranschlagt.

Das Studienseminar Braunschweig für das Lehramt an berufsbildenden Schulen ist in dem Behördenhaus „In Holzmoor 106“ in Braunschweig untergebracht. Hausverwaltende Dienststelle ist die Polizeidirektion. Die Bewirtschaftungs- und Reinigungskosten für das Seminar sind im Kap. 13 21 veranschlagt.

**Zu 518 02**

Titel wurde aufgrund des Funktionenplans neu ausgebracht (kostenneutrale Mittelumschichtung).

**Zu 527 01**

Für das ausbildende Personal einschl. Fachseminarleiterinnen und Fachseminarleiter sowie für die auszubildenden Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst (im Rahmen der Ausbildung und für Seminarkonferenzen).

**Zu 633 10**

Für die pauschale Erstattung der Kosten für die Unterbringung des Studienseminars Leer für das Lehramt an Gymnasien aufgrund eines mit dem Landkreis Leer abgeschlossenen Nutzungsvertrages.

Abgegolten werden die Kosten für die Reinigung sowie die Telefon-, Miet- und Nebenkosten.

**Zu 981 01**

Das Studienseminar – gym. – Celle und das Studienseminar – GHRS – Celle sind im landeseigenen Behördenhaus Celle II (ehemalige Cambridge-Dragonerkaserne) untergebracht.

Die eingesparten Mietkosten (Titel 518 01) werden zur Refinanzierung des Grundstocks an das Kapitel 13 21 abgeführt.

**Zu 981 07**

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Epl. 13.

**Zu Titelgruppe 98/99**

Für die Beschaffung und Unterhaltung von Hard- und Softwarekomponenten einschließlich aller hierfür anfallenden Betriebskosten (u. a. Kommunikationskosten) sowie für Dienstleistungen (u. a. Systembetreuung), Programmierung und Schulung in der IuK-Technik.

**Zu 812 99**

Ausstattung von Seminaren mit PC.

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0751 Vorbereitungsdienst für die Lehrämter**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004 1000 EUR	Ansatz 2005 1000 EUR	Ansatz 2004 1000 EUR	+ = mehr - = weniger 1000 EUR	Ist 2003 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 0751</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		28	11	+17	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		28	11	+17	
		4 Personalausgaben	–	63.289	84.374	-21.085	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	–	4.433	4.375	+58	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	–	28	28	–	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	–	87	108	-21	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	–	647	667	-20	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	–	68.484	89.552	-21.068	
		<b>Zuschuss</b>		68.456	89.541	-21.085	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0756 Niedersächsisches Landesprüfungsamt für Lehrämter**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-4	111	Vermischte Einnahmen		–	3	–3	1
		Summe für inzwischen weggefallene Titel			1	–1	
<b>AUSGABEN</b>							
422 01-9	111	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	–	–	800	–800	1.005
422 19-1	111	Altersteilzeitzuschläge	–	–	–	–	11
425 01-8	111	Vergütungen der Angestellten	–	–	–	–	484
426 01-4	111	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	–	–	–	–	3
427 01-0	111	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	–	–	1	–1	–
453 01-1	111	Trennungschädigung und Umzugskostenvergütung	–	–	–	–	–
511 01-1	111	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	–	–	34	–34	25
517 01-0	111	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	–	–	50	–50	47
518 01-6	111	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	–	–	110	–110	109
519 01-2	111	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	–	–	–	–	–
525 01-2	111	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	–	–	1	–1	0
527 01-5	111	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	–	–	143	–143	1
527 02-3	111	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	–	–	1	–1	0
546 03-6	111	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	–	–	–	–	–
547 01-6	111	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	–	–	5	–5	–
981 07-7	990	Abführung an 13 21 - 381 07	–	–	–	–	–
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 62</b>		<b>Prüfungsvergütungen</b>	(–)	(–)	(–)	(–)	(207)
427 62-2	111	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	–	–	–	–	13
511 62-3	111	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	–	–	–	–	14
526 62-0	111	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	–	–	–	–	0
527 62-7	111	Reisekostenvergütungen	–	–	–	–	177
547 62-8	111	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	–	–	–	–	2
<b>TGr. 98/99</b>		<b>Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik</b>	(–)	(–)	(31)	(–31)	(26)
518 98-9	111	Anmietung für Software	–	–	–	–	–
518 99-7	111	Anmietung von Hardware	–	–	–	–	–

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Kapitel 0756**

**Zu 07 56 allgemein**

Das Nieders. Landesprüfungsamt für Lehrämter (NLPA) und das Nieders. Landesinstitut für Schulentwicklung und Bildung (NLI) sind mit Kabinettsbeschluss vom 20.01.2004 zum 31.01.2004 aufgelöst worden. Mit Wirkung vom 01.02.2004 wurde ein „Nieders. Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung (NiLS)“ errichtet. Mit dem Haushaltsplan 2005 sind die beiden Kapitel 07 56 und 07 58 zum Kapitel 07 58 zusammengefasst worden.

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0756 Niedersächsisches Landesprüfungsamt für Lehrämter**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
525 98-5	111	Aus- und Fortbildung durch das Informatikzentrum Niedersachsen	—	—	—	—	1
525 99-3	111	Aus- und Fortbildung durch andere Dienstleister	—	—	—	—	—
538 98-0	111	Dienstleistungen des IZN	—	—	—	—	—
538 99-8	111	Dienstleistungen "Anderer"	—	—	16	-16	4
547 99-7	111	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	15	-15	21
812 99-2	111	Erwerb von Geräten und sonstigen Gegenständen	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—	—	121	-121	—
		<b>Abschluss Kapitel 0756</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	—	—	4	-4	—
		<b>Summe der Einnahmen</b>	—	—	4	-4	—
		4 Personalausgaben	—	—	897	-897	—
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	—	400	-400	—
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	—
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	—	—	—	—
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	—
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	—	1.297	-1.297	—
		<b>Zuschuss</b>	—	—	1.293	—	—

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0758 Niedersächsisches Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung (NiLS)**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
111 01-0	111	Gebühren und tarifliche Entgelte		1	1	—	1
111 12-6	129	Gebühren und Auslagen für die Prüfung von Schulbüchern *** Vgl. Vermerk zu 526 10. Beträge, die in früheren Haushaltsjahren zuviel vereinnahmt worden sind, dürfen durch Absetzung von der Einnahme zurückgezahlt werden.		—	78	-78	62
111 65-7	127	Einnahmen aus Gebühren für Zertifizierungsprüfungen Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 65.		—	—	—	—
119 01-1	155	Vermischte Einnahmen		5	9	-4	4
119 02-0	155	Einnahmen aus Veröffentlichungen *** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.		1	1	—	0
119 12-7	151	Einnahmen für Materialien des technischen Dienstes Vgl. K-Vermerk zu 514 11.		—	1	-1	1
119 34-8	151	Einnahmen aus dem Verkauf von Medienkatalogen und Kontextmaterialien Vgl. K-Vermerk zu 531 34.		—	47	-47	30
119 41-0	151	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	—	—
119 46-1	151	Ersatzleistungen		—	—	—	—
119 62-3	155	Sonstige Verwaltungseinnahmen Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 62.		—	—	—	2
119 73-9	129	Sonstige Verwaltungseinnahmen Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 73.		—	—	—	—
132 99-9	155	Erlöse aus dem Verkauf von DV-Geräten Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 98/99.		—	—	—	0
231 68-7	151	Zuweisungen des Bundes zur Durchführung von Lehrgängen für ausländische Lehrkräfte Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 68.		—	—	—	0
235 01-1	155	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		40	69	-29	—
282 63-0	151	Zuschüsse Dritter Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 63.		—	—	—	—
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 67</b>		<b>Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen im Schulwesen</b>		(—)	(—)	(—)	(184)
119 67-4	151	Sonstige Verwaltungseinnahmen Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 67.		—	—	—	174
231 67-9	151	Sonstige Zuweisungen vom Bund Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 67.		—	—	—	—
232 67-5	151	Erstattungen von anderen Ländern Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 67.		—	—	—	9
<b>TGr. 74</b>		<b>Projekte im Bereich der Schulentwicklung und Bildung</b> Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 74.		(—)	(—)	(—)	(—)
119 74-7	151	Sonstige Verwaltungseinnahmen		—	—	—	—
231 74-1	151	Sonstige Zuweisungen vom Bund		—	—	—	—
272 74-0	151	Sonstige Zuschüsse von der EU		—	—	—	—

---

ERLÄUTERUNGEN

---

**Zu Kapitel 0758**

**Zu 07 58 allgemein**

Mit Ablauf des 31.01.2004 sind das Niedersächsische Landesinstitut für Schulentwicklung und Bildung (NLI) und das Niedersächsische Landesprüfungsamt für Lehrämter (NLPA) aufgelöst und das Niedersächsische Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung (NiLS) errichtet worden. Das NiLS hat seinen Sitz in Hildesheim und kann unselbständige Außenstellen an Hochschulstandorten unterhalten.

Die Aufgaben des NiLS ergeben sich im Einzelnen aus dem Beschluss der Landesregierung vom 20.01.2004.

Mit dem Haushaltsplan 2005 sind die beiden Kapitel 07 56 und 07 58 zum Kapitel 07 58 zusammengefasst worden. Soweit Ansatzveränderungen nicht gesondert erläutert worden sind, ergeben sie sich aus der Zusammenfassung der beiden Kapitel.

**Zu 111 12**

Zur Bewirtschaftungserleichterung wurde kein Ansatz ausgebracht.

**Zu 119 12**

Zur Bewirtschaftungserleichterung wurde kein Ansatz ausgebracht.

**Zu 119 34**

Zur Bewirtschaftungserleichterung wurde kein Ansatz ausgebracht.

**Zu 119 46**

Ersatzleistungen von Versicherungen und Privatpersonen, z. B. bei Filmschäden.

**Zu 119 62**

Leertitel für Einnahmen durch Werbeanzeigen Dritter in Programmheften, Spenden für die Fortbildungsarbeit u. ä., Einnahmen von geringer Bedeutung.

**Zu 231 68**

Zuweisungen des Bundes für die Durchführung von Lehrgängen für ausländische Lehrkräfte (Deutschlehrerinnen und Deutschlehrer), die durch den Pädagogischen Austauschdienst (PAD) der KMK vermittelt werden.

Vgl. auch Erläuterungen zu TGr. 68.

**Zu 119 67**

Leertitel für Eigenbeiträge der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Studienfahrten zu Lehrerfortbildungszwecken.

**Zu 231 67**

Leertitel für Zuweisungen des Bundes als Anteilfinanzierung zur Durchführung besonderer Einzelveranstaltungen der Lehrerfortbildung.

**Zu 232 67**

Nach der Ländervereinbarung beteiligen sich die Länder Berlin, Schleswig-Holstein, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern entsprechend ihrer Teilnehmerquote an den Aufwendungen für den Bereich Verkehrserziehung.

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0758 Niedersächsisches Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung (NiLS)**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
381 74-3	990	Zuführungen von Fremdkapiteln		—	—	—	—
<b>A U S G A B E N</b>							
412 02-9	155	Entschädigungen für sonstige ehrenamtlich Tätige	—	1	1	—	—
422 01-6	155	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 427 03 und 525 11.</i>	—	4.240	2.548	+1.692	1.220
422 19-9	155	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	41
422 31-8	155	Dienstbezüge auf Grund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	45	-45	109
425 01-5	155	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	1.943
426 01-1	155	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	88
427 01-8	155	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	1	—	+1	0
427 02-6	151	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	40	69	-29	—
427 03-4	155	Entgelte für befristete Beschäftigungsverhältnisse <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulaasten 422 01.</i>	—	—	—	—	8
427 11-5	151	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	3	3	—	—
427 39-5	155	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-9	155	Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	8	8	—	6
511 01-9	155	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	348	199	+149	241
511 10-8	151	Unterhaltung der Geräte für Fachaufgaben	—	1	1	—	0
511 11-6	151	Ersatz und Ergänzung der Geräte für Fachaufgaben	—	11	11	—	10
514 01-8	155	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	14	10	+4	6
514 10-7	151	Labor- und Fotobedarf	—	—	—	—	0
514 11-5	151	Materialien für den technischen Dienst <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 12.</i> <i>*** Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.</i>	—	—	1	-1	0
517 01-7	155	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	98	77	+21	68
518 01-3	155	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	106	82	+24	70
518 02-1	155	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	—	—	—	—
519 01-0	155	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	5	5	—	5
525 01-0	155	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	68	68	—	50

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 412 02**

Zur Beratung des NiLS wird für jeweils 3 Jahre ein Beirat aus 16 Mitgliedern aus den Bereichen der Lehrerschaft, Schulverwaltung, Hochschulen, Kirchen, Arbeitgebern und Arbeitnehmern gebildet. Die Mitglieder des Beirates erhalten ein Sitzungsgeld sowie Reisekosten nach BRKG.

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeitinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
85,02	66,94	64,61

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
4.240	2.548	3.292

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	-
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	-
- Sonstige Veränderungen (Verlagerung von Kap. 0756)	23,02
	-----
Summe Zugänge	23,02

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	-
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	3,94
- Sonstige Veränderungen	1,00
	-----
Summe Abgänge	4,94
Bleibt Zugang	18,08

In den Vergütungen sind Mittel für zwei ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte im Schreib- und Fernschreibdienst (Verg.-Gr. IX b–VII BAT) enthalten, deren durchschnittliche Arbeitszeit  $\frac{3}{4}$  der einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

In den Vergütungen der Angestellten sind Mittel für 1 ständige, nicht vollbeschäftigte Angestellte im Verwaltungsdienst bei einer Außenstelle des NiLS veranschlagt, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

In den Löhnen sind Mittel für 1 stundenweise beschäftigte Kraft im Reinigungsdienst bei einer Außenstelle veranschlagt.

**Zu 422 01, 427 03 und 525 11**

Um auf sich verändernde Aufgabenschwerpunkte flexibel reagieren zu können, können bis zu 14 VZE gesperrt und die sich daraus ergebenden Einsparungen z. B. für befristet beschäftigtes Personal oder für Werkverträge verwendet werden (vgl. HV zum Stellenplan und zu den Stellenübersichten zu Kapitel 07 58).

**Zu 427 01**

Für Vertretungs- und Aushilfskräfte, insbesondere während der Prüfungszeiten.

**Zu 427 11**

Entschädigungen für Referentinnen und Referenten bei der Durchführung von Arbeitstagen zur Vorbereitung von Kursen.

**Zu 511 11**

Insbesondere für Geräte in der Fotowerkstatt und im technischen Bereich.

**Zu 514 01**

**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1.1.2003	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Pkw	2	2	2

**Zu 514 11**

Materialien für den Aufnahmedienst sowie Ersatzteile und Zubehör für audiovisuelle Bildungsmittel.

Zur Bewirtschaftungserleichterung wurde kein Ansatz ausgebracht.

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0758 Niedersächsisches Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung (NiLS)**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
525 10-9	151	Kosten für Unterkunft und Verpflegung	—	—	—	—	0
525 11-7	155	Dienstleistungen Außenstehender <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zula- sten 422 01.</i>	—	—	—	—	29
526 01-6	155	Sachverständige	—	5	5	—	—
526 02-4	111	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	1	2	-1	—
526 10-5	129	Entschädigungen für die Prüfung von Schul- büchern <i>Übertragbar.</i> <i>*** Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Ist-Einnahme für Auslagen bei 111 12. Die nicht durch Einnahmen für Auslagen im lfd. Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind als Vorgriff gem. § 37 Abs.6 LHO nachzuweisen.</i>	—	—	51	-51	45
527 01-2	155	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	214	23	+191	25
527 02-0	155	Reisekostenvergütungen für Reisen in Perso- nalvertretungs- und Schwerbehindertenan- gelegenheiten	—	1	1	—	1
531 10-9	155	Veröffentlichungen	—	15	15	—	16
531 34-6	151	Herstellung von Medienkatalogen und Kon- textmaterialien <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 34.</i> <i>*** Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind als Vorgriff gemäß § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen</i>	—	—	47	-47	1
546 01-7	151	Vermischte Ausgaben	—	4	4	—	1
546 02-5	155	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	—	—	—	0
546 03-3	155	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	1	1	—	1
811 01-2	155	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 10-8	155	Erwerb von Geräten und sonstigen bewegli- chen Sachen	—	25	6	+19	15
972 01-6	989	Globale Minderausgabe	—	-1.000	—	-1.000	—
981 07-4	990	Abführung an 13 21 - 381 07	—	133	133	—	132
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 62</b>		<b>Verwaltungsausgaben der Fortbildungsre- gionen</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschrit- ten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 62.</i>	(—)	(456)	(459)	(-3)	(422)
425 62-7	129	Vergütungen der ständigen, nur teilzeitbe- schäftigten Angestellten	—	249	249	—	271
546 62-9	129	Vermischte Ausgaben	—	107	110	-3	62
632 62-2	129	Erstattung an die Universität Oldenburg	—	55	55	—	50
685 62-9	129	Erstattungen an die Ostfriesische Landschaft	—	45	45	—	40
<b>TGr. 63</b>		<b>Lehrplanarbeiten</b> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschrit- ten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 63.</i>	(—)	(434)	(250)	(+184)	(130)
412 63-0	151	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	—	10	10	—	1

---

**ERLÄUTERUNGEN**


---

**Zu 526 10**

Zur Bewirtschaftungserleichterung wurde kein Ansatz ausgebracht.

**Zu 531 10**

U. a. für die Herausgabe von 2 NiLS-Berichten und die Erstellung des Schulbuchverzeichnisses.

**Zu 531 34**

Zur Bewirtschaftungserleichterung wurde kein Ansatz ausgebracht.

**Zu 972 01**

Anteil des Kapitels 0758 an den vom NiLS (Kap. 0758) und von der NLpB (Kap. 0784) zur Haushaltskonsolidierung zu erbringenden Einsparungen i.H.v. 2,6 Mio. €, soweit entsprechende Einsparungen nicht an anderer Stelle des Kapitels erbracht werden.

**Zu 981 07**

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Epl. 13.

**Zu Titelgruppe 62**

Mittel für persönliche und sächliche Verwaltungsausgaben für die 16 Fortbildungsregionen bei den ehemaligen Schulaufsichtsamtern und der Universität Oldenburg sowie der Ostfriesischen Landschaft (Erl. des MK vom 21. 8. 1998 und Gem. RdErl. d. MK u. d. MWK v. 16. 12. 1999 – Regionale Fortbildung –). Die Mittel für die Durchführung der Kurse der Regionalen Fortbildung sind in TGr. 67 veranschlagt.

**Zu 425 62**

Mittel für 14 Verwaltungsangestellte der Fortbildungsregionen nach Verg.-Gr. VI b BAT, deren durchschnittliche Arbeitszeit bis zur Hälfte (13) bzw. bis zu  $\frac{3}{4}$  (1) der einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

**Zu 632 62**

Erstattung der sächlichen und persönlichen Verwaltungsausgaben für das Oldenburger Fortbildungszentrum (OFZ), das der Universität Oldenburg zugeordnet ist (Anlage 1 des v. g. Gem. RdErl. v. 16. 12. 1999).

**Zu 685 62**

Erstattung der sächlichen und persönlichen Ausgaben für das Regionale Pädagogische Zentrum (RPZ) Aurich, dessen Träger die Ostfriesische Landschaft ist (Anlage 2 des v. g. Gem. RdErl. v. 16. 12. 1999).

**Zu Titelgruppe 63**

Veranschlagt sind Mittel für die Durchführung von Arbeitstagen sowie für Entschädigungen und Reisekostenvergütungen für die Mitglieder der Kommissionen zur Entwicklung von Kerncurricula, Richtlinien, unterrichtsbezogenen Empfehlungen und Materialien (u.a. STAG für CUM) einheitlichen Abiturprüfungsanforderungen, zur Entwicklung von landesweit einheitlichen Aufgaben für Abschluss- oder Vergleichsarbeiten sowie von Leitlinien für die Lehrplanarbeiten, für die Veröffentlichung von Kerncurricula, Einheitlichen Prüfungsanforderungen und Materialien. Darüber hinaus sind Mittel für die Durchführung der Arbeiten mit landesweit einheitlichen Aufgabenstellungen und die Erarbeitung von Rahmenlehrplänen auf KMK-Ebene veranschlagt.

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0758 Niedersächsisches Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung (NiLS)**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
527 63-2	151	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	330	168	+162	95
531 63-0	151	Veröffentlichungen *** Abweichend von § 61 Abs.1 und § 63 Abs.3 LHO dürfen Lehrpläne unentgeltlich abgegeben werden.	—	69	47	+22	30
547 63-3	151	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	25	25	—	4
<b>TGr. 65</b>		<b>Ausgaben im Rahmen von Zertifizierungsprüfungen</b> Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 111 65.	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
427 65-4	127	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	—	—	—	—
527 65-9	127	Reisekostenvergütungen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 66</b>		<b>Weiterbildung von Lehrkräften in Hochschuleinrichtungen</b>	(—)	(176)	(179)	(-3)	(179)
427 66-2	151	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	7	7	—	6
525 66-4	151	Reisekostenvergütungen	—	58	58	—	61
547 66-8	151	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	111	114	-3	112
<b>TGr. 67</b>		<b>Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen im Schulwesen</b> Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 67, 231 67 und 232 67. *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	(—)	(2.633)	(2.678)	(-45)	(1.709)
425 67-8	151	Vergütungen der Angestellten	—	15	15	—	19
427 67-0	151	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	400	400	—	357
525 67-2	151	Lehr- und Lernmittel, Reisekostenvergütungen, Unterkunft und Verpflegung	—	2.133	2.178	-45	1.196
531 67-2	151	Veröffentlichungen	—	40	40	—	19
547 67-6	151	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	45	45	—	118
<b>TGr. 68</b>		<b>Durchführung von Lehrgängen f. ausländische Lehrkräfte</b> Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 68. *** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs.3 LHO dürfen Materialien (z.B. Rahmenrichtlinien, Broschüren, didaktisches Material) unentgeltlich abgegeben werden.	(—)	(42)	(43)	(-1)	(39)
427 68-9	151	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	6	6	—	1
525 68-0	151	Reisekostenvergütungen, Dienstleistungen Außenstehender	—	33	34	-1	37
547 68-4	151	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	3	3	—	1

---

**ERLÄUTERUNGEN**


---

**Zu Titelgruppe 65**

Ausgaben im Zusammenhang mit der Zertifizierung von Fremdsprachenkenntnissen in der beruflichen Bildung nach § 35 a Bbs-VO.

**Zu Titelgruppe 66**

Zur Weiterbildung von ca. 100 Lehrkräften aller Schulformen zu Beratungslehrerinnen und Beratungslehrern sowie Fernstudium für die Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern für die Fächer Evangelische und Katholische Religion an der Hochschule Hildesheim.

**Zu Titelgruppe 67**

Mittel für die Durchführung

- der Kurse der Regionalen Fortbildung,
- von zentralen Lehrerfortbildungsveranstaltungen,
- von vorbereitenden Maßnahmen für die Durchführung von Kursen sowie
- für die Fortbildung der schulfachlichen und schulpsychologischen Dezernentinnen und Dezernenten der Schulbehörden.

Vor dem Hintergrund der PISA-Befunde ist eine Neuorientierung und Verstärkung der Fortbildung für Lehrkräfte dringend erforderlich. Hierfür sind thematische Schwerpunktbildungen und langfristig strukturelle Änderungen der Fortbildungsorganisation vorgesehen (u.a. Umstellung der Schulleiterqualifizierung, Fortbildung von Grundschullehrkräften für Lernstandsanalysen und zu der im Jahrgang 4 erforderlichen Empfehlung für die weiterführenden Schulen, Fortbildung von Lehrkräften in der Eingangsstufe der weiterbildenden Schulen zu Förderkonzepten, Fortbildungsveranstaltungen im Bereich der Naturwissenschaften).

Die Haushaltsmittel für die Regionale Fortbildung – sächliche und persönliche Verwaltungsausgaben der 16 Fortbildungsregionen – sind in TGr. 62 veranschlagt.

**Zu 425 67**

Für die Vergütung der im Rahmen des Verwaltungsabkommens über die Zusammenarbeit in der Fortbildung für Verkehrserziehung zwischen den Ländern Berlin, Schleswig-Holstein, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen stundenweise tätigen Verwaltungsangestellten.

**Zu 427 67**

Für nebenamtlich tätige Kursleiterinnen und Kursleiter, Referentinnen und Referenten und Moderatorinnen und Moderatoren.

**Zu 525 67**

Es handelt sich u. a. um

- Reisekostenvergütungen für Leiterinnen und Leiter, Vortragende und Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Kursen einschließlich der Besichtigungsfahrten und Praktikumsurse in Betrieben sowie für Kursleiterinnen und Kursleiter aus Anlass von Vorbesprechungen über abzuhaltende Kurse,
- Ausgaben für Unterkunft und Verpflegung für Lehrerfort- und -weiterbildungsmaßnahmen,
- Lehr- und Lernmittel.

Die Mittel für schulinterne Lehrerfortbildung an allgemein bildenden Schulen (SchiLF) sind bei Kapitel 07 07 TGr 87 und die Mittel für die zentrale und regionale Lehrerfortbildung im Kernbereich der beruflichen Bildung bei Kapitel 07 07 TGr 86 veranschlagt.

Die Fortbildungsmittel für die Projekte "Berufsbildende Schulen als regionale Kompetenzzentren (ProReKo-Schulen)", und "Eigenverantwortliche Schulen" sowie für die Modellversuche "Personal-kostenbudgetierung an großen Schulen" und "Berufsbildende Schulen der Region Hannover" sind bei Kapitel 07 22-525 11 bzw. 07 10/07 20 -525 63 veranschlagt.

**Zu Titelgruppe 68**

Ausgaben zur Vorbereitung und Durchführung von Lehrgängen für ausländische Lehrkräfte (Deutschlehrerinnen und Deutschlehrer),

1. im Rahmen des Europäischen Kooperationsprogramms nach LINGUA Aktion I b,
2. im Rahmen der Zusammenarbeit mit mittel- und osteuropäischen Ländern (z. B. Polen, Ungarn, Slowakei, Litauen),

**Noch zu Titelgruppe 68**

3. sonstige Lehrgänge für ausländische Lehrkräfte (Deutschlehrerinnen und Deutschlehrer).

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0758 Niedersächsisches Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung (NiLS)**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>TGr. 73</b>		<b>Niedersächsischer Bildungsserver (NiBiS)</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 73.</i>	(-)	(260)	(263)	(-3)	(-)
427 73-5	129	Beschäftigungsentgelte; Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	-	-	-	-	-
429 73-8	129	Nicht aufteilbare Personalausgaben	-	85	85	-	-
547 73-0	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	165	168	-3	-
812 73-6	129	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	-	10	10	-	-
<b>TGr. 74</b>		<b>Projekte im Bereich der Schulentwicklung und Bildung</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 74.</i>	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)
427 74-3	151	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	-	-	-	-	-
429 74-6	151	Nicht aufteilbare Personalausgaben	-	-	-	-	-
547 74-9	151	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	-	-	-	-
812 74-4	151	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Gegenständen	-	-	-	-	-
<b>TGr. 75</b>		<b>Prüfung für den Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung ohne Hochschulreife/Fach- hochschulreife</b>	(-)	(119)	(119)	(-)	(116)
427 75-1	129	Entschädigungen für nebenamtliche u. nebenberufliche Prüferinnen u. Prüfer sowie Hilfskräfte	-	96	96	-	93
511 75-2	129	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	-	19	19	-	13
526 75-0	129	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	-	-	-	-	-
527 75-6	129	Reisekostenvergütungen	-	4	4	-	7
682 75-1	129	Zuführungen an Landesbetriebe	-	-	-	-	3
<b>TGr. 98/99</b>		<b>Kosten der Informations- u. Kommunikationstechnik</b> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 99.</i>	(-)	(128)	(28)	(+100)	(35)
518 98-6	151	Anmietung von Software	-	-	-	-	-
518 99-4	151	Anmietung von Hardware	-	-	-	-	-
525 98-2	151	Aus- und Fortbildung durch das Informatikzentrum Niedersachsen (IZN)	-	4	4	-	1
525 99-0	151	Aus- und Fortbildung durch andere Dienstleister	-	-	-	-	-
538 98-7	151	Dienstleistungen des IZN	-	-	-	-	-
538 99-5	151	Dienstleistungen "Anderer"	-	16	-	+16	-
547 99-4	151	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	108	24	+84	34
812 99-0	151	Erwerb von Geräten und sonstigen Gegenständen	-	-	-	-	-

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Titelgruppe 73**

Der dem NiLS zugeordnete NIBIS wurde 1995 in Betrieb genommen. Die laufende Finanzierung erfolgte bisher aus Mitteln der Multimediainitiative und bis 2003 aus n-21 (Kap. 0702 TGr. 69). Inzwischen ist der NIBIS das Bildungsportal des Landes Niedersachsen geworden. Er bietet für Schule und Bildung u.a. E-learning-Plattformen, Medien- und Informationsrecherchen online, öffentliche und geschlossene Arbeitsbereiche und Speicherplatz mit NIBIS-Domain und die Möglichkeit, alle niedersächsischen Schulen per email zu erreichen.

**Zu Titelgruppe 74**

Abrechnung und Nachweisführung von Projekten, die mit Mitteln Dritter oder aus Fremdkapiteln finanziert werden

**Zu Titelgruppe 75**

Die Prüfungen für den Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung ohne Hochschulreife/Fachhochschulreife werden vor Prüfungsausschüssen abgelegt, die von den für den Bereich der wissenschaftlichen und künstlerisch-wissenschaftlichen Hochschulen sowie für den Bereich der Fachhochschulen bestellten örtlichen Beauftragten des Prüfungsamtes nach Bedarf gebildet werden.

Die Titelgruppe 75 wurde von Kapitel 0756 (dort Titelgruppe 63) in das Kapitel 0758 umgesetzt.

**Zu Titelgruppe 98/99**

U. a. für die Pflege und Ergänzung des im NiLS aufgebauten Netzwerkes sowie IZN Entgelte.

Einzelplan 07 Kultusministerium

Kapitel 0758 Niedersächsisches Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung (NiLS)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 0758</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		7	136	-129	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		40	69	-29	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		47	205	-158	
		4 Personalausgaben	—	5.161	3.446	+1.715	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	4.162	3.619	+543	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	100	100	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	35	16	+19	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	-867	133	-1.000	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	8.591	7.314	+1.277	
		<b>Zuschuss</b>		8.544	7.109	+1.435	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0765 Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>A U S G A B E N</b>							
519 10-0	199	Bauunterhaltung der Schloßpfarrkirche Liebenburg <i>Übertragbar.</i>	—	35	36	-1	36
519 11-9	199	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten <i>Übertragbar.</i>	—	4	4	—	4
684 30-6	199	Zuschuss des Landes für den 30. Evangelischen Kirchentag 2005 in Hannover	—	3.100	—	+3.100	—
684 31-4	199	Staatsleistung an die evangelischen Landeskirchen	—	29.235	30.040	-805	29.980
684 33-0	199	Staatsleistung an die Diözesen	—	7.335	7.537	-202	7.522
684 34-9	199	Zuschuss an den Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen	—	1.020	908	+112	744
684 37-3	199	Staatsleistungen an die Freien Humanisten Niedersachsen	—	202	207	-5	206
684 39-0	199	Leistung an die Evangelisch-methodistische Kirche in Norddeutschland	—	16	16	—	15
684 51-9	193	Zuschüsse an Vereine für christlichjüdische Zusammenarbeit	—	—	5	-5	5
<b>Abschluss Kapitel 0765</b>							
5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst			—	39	40	-1	
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			—	40.908	38.713	+2.195	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>			—	40.947	38.753	+2.194	
<b>Zuschuss</b>				40.947	38.753	+2.194	

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Kapitel 0765**

Weniger bei den Titeln 684 31, 684 33 und 684 37 durch die Anpassung der Staatsleistungen an die Besoldung der Landesbeamten infolge Wegfall der Sonderzuwendung.

**Zu 519 10**

Für die Bauunterhaltung der Schlosspfarrkirche in Liebenburg aufgrund § 5 Abs. 2 des Kaufvertrages vom 9. 5. 1974.

Nach Art. 16 des Konkordats vom 26. 2. 1965 und § 10 der Anlage zum Konkordat verzichtet die Diözese Hildesheim auf Ansprüche gegen das Land Niedersachsen, die sich auf die Diözesangebäude und -grundstücke beziehen. Zum Ausgleich überträgt das Land das Eigentum an diesen Gebäuden und Grundstücken auf die Diözese. Eine Eigentumsübertragung entfällt, wenn nur Teile staatlicher Gebäude kirchlich genutzt werden; die gegenseitigen Ansprüche sollen dann durch Einzelvereinbarungen geregelt werden.

Das früher im Eigentum des Landes Niedersachsen stehende, inzwischen verkaufte Schloss Liebenburg wird zu <sup>2</sup>/<sub>5</sub> von der Diözese Hildesheim für kirchliche Zwecke genutzt (röm.-kath. Schlosspfarrkirche Liebenburg). Nach § 5 Abs. 2 des Kaufvertrages obliegt die bauliche Unterhaltung dieses Teiles des Schlosses Liebenburg bis zu ihrer Ablösung weiterhin dem Lande Niedersachsen.

**Zu 684 31**

Dotation für kirchenregimentliche Zwecke und Zuschüsse für Zwecke der Pfarrbesoldung und -versorgung gemäß Artikel 16 Abs. 1 des Vertrages des Landes Niedersachsen mit den Evangelischen Landeskirchen vom 19. 3. 1955 (Nds. GVBl. 1955 S. 159).

Die jährliche Staatsleistung ist in ihrer Höhe gemäß Artikel 16 Abs. 1 Satz 2 des Vertrages vom 19. 3. 1955 laufend den Veränderungen der Besoldung der Landesbeamten anzupassen.

Nach einem zwischen den Landeskirchen vereinbarten Schlüssel entfallen auf die

	2004 Tsd. EUR
Ev.-luth. Landeskirche Hannovers	19 578
Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig	3 620
Ev.-luth. Kirche in Oldenburg	2 960
Ev.-ref. Kirche in Nordwestdeutschland	2 679
Ev.-luth. Landeskirche Schaumburg-Lippe	398
Zusammen	29 235

**Zu 684 33**

Dotation und Zuschuss für Zwecke der Pfarrbesoldung und -versorgung gemäß Artikel 15 Absatz 1 des Konkordats zwischen dem Heiligen Stuhle und dem Lande Niedersachsen vom 26. 2. 1965 (Nds. GVBl. 1965 S. 192).

Die jährliche Staatsleistung ist in ihrer Höhe gemäß Artikel 15 Abs. 1 Satz 2 des Konkordats vom 26. 2. 1965 laufend den Veränderungen der Besoldung der Landesbeamten anzupassen.

Nach einem zwischen den Diözesen vereinbarten Schlüssel entfallen auf

	2004 Tsd. EUR
die Diözese Hildesheim	3 263
die Diözese Osnabrück	2 708
das Bischöflich-Münstersche Offizialat in Vechta	1 364
Zusammen	7 335

**Zu 684 34**

Dotation zu den Ausgaben des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen und den jüdischen Gemeinden in Niedersachsen für religiöse und kulturelle Bedürfnisse sowie für die Verwaltung gem. Vertrag von 15. 7. 1999 (GVBl. 1999, S. 364).

Die Landesleistungen werden gem. Änderungsvertrag vom 16.05.2002 (GVBl. 2002, S. 394) auf 1.020.000 Euro für das Haushaltsjahr 2005 heraufgesetzt; danach ist der Betrag laufend entsprechend den Veränderungen bei der Besoldung der Landesbeamten anzupassen.

**Zu 684 37**

Zuschuss zu den Personalkosten gemäß § 7 Abs. 1 des Vertrages zwischen dem Lande Niedersachsen und der Freireligiösen Landesgemeinschaft Niedersachsen (jetzt Freie Humanisten Niedersachsen) vom 8. 6. 1970.

Die jährliche Staatsleistung ist in ihrer Höhe gemäß § 7 Abs. 1 Satz 2 des Vertrages vom 8. 6. 1970 laufend den Veränderungen der Besoldung der Landesbeamten anzupassen.

**Zu 684 39**

Zuschuss zu den Personalkosten gemäß § 1 des Vertrages zwischen dem Lande Niedersachsen und der Evangelisch-Methodistischen Kirche in Norddeutschland vom 26. 1. 1978, geändert durch Vertrag vom 9. 8. 1993 (Nds. MBl. 1994 S. 453).

Die Staatsleistung wird letztmals im Jahre 2022 gezahlt (gleitender Ausstieg).

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0774 Tageseinrichtungen für Kinder**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>A U S G A B E N</b>							
684 01-1	264	Zuschuss an die Landesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen (IagE)	-	87	86	+1	-
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 68</b>		<b>Kindergarten - Bildungsplan</b> <i>Übertragbar.</i>	(-)	(250)	(250)	(-)	(15)
547 68-5	264	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	-	-	-	-
633 68-9	264	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	-	125	125	-	-
684 68-2	264	Zuschüsse an Sonstige	-	125	125	-	15
<b>TGr. 70</b>		<b>Finanzhilfen nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder</b> <i>Übertragbar.</i>	(-)	(161.900)	(161.500)	(+400)	(153.332)
633 70-0	264	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	-	54.000	64.600	-10.600	50.786
684 70-4	264	Zuschüsse an Sonstige	-	107.900	96.900	+11.000	102.546
<b>TGr. 73</b>		<b>Sprachförderung im Elementarbereich</b> <i>Übertragbar.</i>	(3.500) (3.500)	(4.800)	(7.200)	(-2.400)	(2.693)
633 73-5	264	Zuweisungen an Gemeinden	1.400 3.500	1.900	2.880	-980	1.018
684 73-9	264	Zuschüsse an Sonstige	2.100 -	2.900	4.320	-1.420	1.675
<b>TGr. 90</b>		<b>Verwendung des Landesanteils an dem Aufkommen der Spielbankabgabe</b> <i>Übertragbar.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(-)	(22)	(-)	(+22)	(-)
547 90-1	264	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben <i>*** Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an der Spielbankabgabe (hier 21.750 EUR) geleistet werden.</i>	-	22	-	+22	-
633 90-5	264	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	-	-	-	-	-
684 90-9	264	Zuschüsse an Sonstige	-	-	-	-	-
<b>Abschluss Kapitel 0774</b>							
5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst			-	22	-	+22	
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			3.500 3.500	167.037	169.036	-1.999	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>			3.500 3.500	167.059	169.036	-1.977	
<b>Zuschuss</b>				167.059	169.036	-1.977	

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 684 01**

Die Landesarbeitsgemeinschaft Elterninitiative (IagE) ist die Interessenvertretung der Elterninitiativen auf Landesebene in Niedersachsen und Bremen.

Es wird eine Zuwendung als nicht zurückzahlbarer Zuschuss zu den Personalausgaben in Form einer Festbetragsfinanzierung gewährt. Sie ist zweckgebunden und dient der teilweisen Deckung der Personalausgaben, die der Landesarbeitsgemeinschaft durch die Unterstützung der Beratungstätigkeit der Kontakt- und Beratungsstellen entstehen.

**Zu Titelgruppe 68**

Veranschlagt sind Mittel über die Eckpunkte eines Niedersächsischen Bildungsplans für Kindergärten.

Die Umsetzung eines erweiterten und präzisierten Bildungsauftrages insbesondere im Kindergarten soll unterstützt werden. Zentrale Ansatzpunkte dabei sind u. a. praxisunterstützende Maßnahmen zur Qualitätssicherung und ein Programm zur Stärkung der Elternarbeit bei der Sprachförderung sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Kooperation von Kindergarten und Grundschule.

**Zu 684 68**

Zur Gewährung einer Zuwendung für das vom Deutschen Jugendinstitut e. V. (DJI) in München durchgeführte Projekt „Bildungs- und Lerngeschichten als Instrument zur Konkretisierung und Umsetzung des Bildungsauftrags im Elementarbereich“ ist die bei Titel 684 68 durch im Vorjahr in Anspruch genommene/ausgebrachte überplanmäßige Verpflichtung entstanden.

**Belastung (2005)**

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	35	–	35
2006	–	35	–	35
2007	–	3	–	3
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	73	–	73

**Zu Titelgruppe 70**

Veranschlagt sind Finanzhilfen des Landes für Personalausgaben auf der Grundlage der §§ 16 und 18 (1) des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder i. d. F. v. 07.02.2002 (Nds. GVBl. S. 57).

Das Verfahren zur Ermittlung und Abrechnung der Finanzhilfen richtet sich nach der 2. DVO-KiTaG v. 16.07.2002 (Nds. GVBl. S. 353).

Bis 31.07.2002 waren die Finanzhilfen in die Zuweisungsmasse des kommunalen Finanzausgleiches einbezogen.

Eine Änderung der Finanzierung erfolgt aufgrund des Urteils des Nds. Staatsgerichtshofes vom 23.10.2001 – StGH 2/00 –.

**Zu Titelgruppe 73**

Veranschlagt sind Mittel zur Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen zum Erwerb der deutschen Sprache im Elementarbereich bei Kindern ausländischer Herkunft einschließlich der Kinder von Spätaussiedlern, aber auch von Kindern aus besonders benachteiligten Bevölkerungsgruppen gem. Richtlinie vom 03.02.2003 (Nds. MBl. S. 178).

Einsparung zur Haushaltskonsolidierung.

**Zu 633 73**

**Belastung (2005)**

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	3.500	–	3.500
2006	–	–	1.400	1.400
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	3.500	1.400	4.900

**Zu 684 73**

**Belastung (2005)**

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	–	–	–
2006	–	–	2.100	2.100
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	–	2.100	2.100

**Zu Titelgruppe 90**

Zur Verwendung des zweckgebundenen Anteils an dem Aufkommen der Spielbankabgabe gem. § 3 Abs. 1 des Niedersächsischen Spielbankgesetzes (NSpielbG) vom 10.11.1989 (Nds. GVBl. S. 375) i.d.F. vom 14.12.2001 (Nds. GVBl. S. 756) zugunsten der Kinder- und Jugendhilfe. Die Mittel in Höhe von 21.750 EUR wurden vom Kapitel 0573 TGr. 90 in das Kapitel 0774 TGr. 90 umgesetzt und sind vorgesehen für pädagogische Sondermaßnahmen in Kindertagesstätten.

Weiterhin sind Mittel im Kapitel 0573 TGr. 90 veranschlagt.

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0784 Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-5	153	Vermischte Einnahmen		–	1	-1	22
119 46-5	153	Ersatzleistungen		–	–	–	–
125 10-4	153	Einnahmen für Unterkunft und Verpflegung in Aus- und Fortbildungsstätten u. ä.		–	8	-8	3
132 01-1	153	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen <i>*** Abweichend von § 61 Abs. 1 bzw. § 63 Abs. 4 LHO dürfen Lehr- und Lernmittel sowie Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.</i>		–	1	-1	0
235 01-5	153	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		–	–	–	4
236 01-1	153	Erstattungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit		–	–	–	–
281 10-6	153	Erstattungen für Kooperationsveranstaltungen <i>Vgl. K-Vermerk zu 541 10.</i>		–	–	–	56
331 10-3	153	Zuweisungen für Investitionen vom Bund		1.350	–	+1.350	–
381 10-0	990	Zuführung von Kap. 0302 - 981 01 <i>Vgl. K-Vermerk zu 632 10.</i>		142	142	–	–
382 10-7	990	Zuweisungen des Bundes für die Gedenkstättenarbeit <i>Vgl. K-Vermerk zu 685 10.</i>		–	–	–	–
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 62</b>		<b>Landesmittel für die Gedenkstätten Bergen-Belsen und Wolfenbüttel; Zentralnachweis</b>		(–)	(31)	(-31)	(27)
112 62-2	153	Einnahmen aus Geldstrafen und Geldbußen <i>Vgl. K-Vermerk zu 685 62.</i>		–	–	–	1
119 62-7	153	Einnahmen aus Veröffentlichungen		–	26	-26	19
124 62-0	153	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung des Gebäudes der Gedenkstätte Bergen-Belsen		–	4	-4	1
282 62-5	153	Spenden für die Gedenkstätten in Bergen-Belsen und in der JVA Wolfenbüttel <i>Vgl. K-Vermerk zu 685 62.</i>		–	1	-1	7
<b>TGr. 63</b>		<b>Erhaltung der Gedenkstätte Auschwitz</b>		(–)	(–)	(–)	(562)
119 63-5	153	Rückzahlung von Überzahlungen <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 63.</i>		–	–	–	–
232 63-6	153	Zuwendungen für den Erhalt der Gedenkstätte Auschwitz in Polen <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 63.</i>		–	–	–	562
<b>TGr. 64</b>		<b>Bundesmittel für die Gedenkstätten Bergen-Belsen und Wolfenbüttel; Zentralnachweis</b>		(–)	(–)	(–)	(1.137)
231 64-8	153	Bundeszweisungen zur Förderung der Gedenkstättenarbeit <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 64.</i>		–	–	–	1.126
235 64-3	153	Sonstige Zuweisungen von der Bundesagentur für Arbeit <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 64.</i>		–	–	–	11
236 64-0	153	Erstattungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 64.</i>		–	–	–	–

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Kapitel 0784 allgemein:**

Die Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung ist durch Beschluss der Landesregierung vom 13.07.2004 unter Herauslösung der Gedenkstättenarbeit mit Wirkung vom 01.01.2005 aufgelöst worden.

Der Gedenkstättenbereich ist in eine Stiftung "Niedersächsische Gedenkstätten" überführt worden. Veranschlagt sind im Kapitel 0784 nur noch Zuschüsse für die Stiftung sowie übergangsweise die Planstellen der Beamten des Gedenkstättenreferats der ehemaligen NLpB, die der Stiftung wegen fehlender Dienstherreneigenschaft nach § 123 a BRRG zugewiesen werden. Für das Tarifpersonal tritt die Stiftung an die Stelle des Landes in die Rechte und Pflichten der Arbeitsverträge ein.

Die Stellen des Restpersonals der ehemaligen NLpB, das mit Ablauf des 31.12.2004 noch nicht ausgeschieden ist oder noch nicht anderweitig untergebracht werden konnte, sind in das Kapitel 0705 verlagert worden.

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0784 Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
<b>AUSGABEN</b>							
412 01-4	153	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	—	—	6	-6	2
422 01-0	153	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	253	799	-546	799
422 19-2	153	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	1
422 31-1	153	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-9	153	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	1.006
425 06-0	153	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	3	-3	2
426 01-5	153	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	78
427 01-1	153	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	2
427 39-9	153	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-2	153	Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	—	—	—	7
511 01-2	153	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	53	-53	83
514 01-1	153	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	—	5	-5	4
517 01-0	153	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	34	-34	31
518 01-7	153	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	216	-216	31
519 01-3	153	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	1	-1	—
525 01-3	153	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	44	-44	41
527 01-6	153	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	19	-19	15
531 01-3	153	Veröffentlichungen und Dokumentationen *** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.	—	—	96	-96	80
541 01-9	153	Tagungen und Kurse, Ausstellungen und Aufführungen staatspolitischen Inhalts, Wettbewerbe	—	—	556	-556	424
541 10-8	153	Kooperationsveranstaltungen sowie Veranstaltungen im Ausland Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 281 10.	—	—	—	—	56
546 03-7	153	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	—	15	-15	—
547 01-7	153	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	14	-14	7
632 10-3	249	Erstattung der Kosten aus Bundesmitteln aufgrund des Gräbergesetzes Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 381 10.	—	142	142	—	—
684 10-3	153	Zuschuss "Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten" *** Gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist Abs. 1 der Erläuterungen verbindlich.	—	1.439	—	+1.439	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 422 01**

Fünf Planstellen mit Beschäftigungsvolumen und Budget der Beamten des ehemaligen Gedenkstättenreferats der NLpB, die der Stiftung zugewiesen werden. Mit dem Vollzug der zu diesen Stellen ausgebrachten Haushaltsvermerke (kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen) wachsen die Zuschüsse an die Stiftung bei Titel 684 10 entsprechend auf.

**Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)**

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
5,00	35,84 *)	36,14 *)

**Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)**

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
253	799 *)	1 885 *)

\*) ehemalige NLpB gesamt

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

**Zugänge:**

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—
- Sonstige Veränderungen	—
Summe Zugänge	—

**Abgänge:**

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	30,84
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—
- Sonstige Veränderungen	—
Summe Abgänge	30,84

Bleibt Abgang 30,84

**Zu 684 10**

Schadensfälle, für die keine Versicherungen bestehen, werden aus Haushaltsmitteln des Landes gedeckt. Die Stiftung hat dabei aus ihren Mitteln einen Selbstbehalt in Höhe von 1.000 Euro im Einzelfall, höchstens jedoch 5.000 Euro im Haushaltsjahr selbst zu finanzieren.

Veranschlagt sind die erforderlichen Ausgaben, die zur Erfüllung des Stiftungszwecks mit Landesmitteln gedeckt werden.

Es handelt sich im Wesentlichen um Sach- und Personalausgaben für die nachstehenden Aufgaben, die vom Gedenkstättenreferat der ehemaligen NLpB bereits in der Vergangenheit wahrgenommen wurden:

- Erhalt und Gestaltung der Gedenkstätten Bergen-Belsen und Wolfenbüttel.
- Unterstützung der Forschung über das historische Geschehen – insbesondere über die Geschichte von Widerstand und Verfolgung 1933–1945 – auf dem Gebiet des Landes Niedersachsen.
- Förderung der Gedenkstättenarbeit.
- Fortführung des „Internationalen Jugendworkcamps“.

Darüber hinaus sind einmalig 200.000 Euro für die Gedenkfeier aus Anlass des 60. Befreiungstages des Lagers Bergen-Belsen am 17.04.2005 veranschlagt.

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0784 Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
685 10-0	153	Zuschüsse des Bundes für die Gedenkstättenarbeit <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 382 10.</i>	—	—	—	—	—
686 10-6	153	Zuschüsse für die Förderung von staatspolitisch bedeutsamen Veranstaltungen	—	—	179	-179	169
686 11-4	153	Zuschüsse an Sonstige im Rahmen des Aktionsbündnisses gegen Rechts <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.</i>	— 180	—	362	-362	450
811 01-6	153	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 13-6	153	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	—
894 10-8	153	Zuschüsse für Investitionen in der Gedenkstätte Bergen-Belsen	9.200	2.700	—	+2.700	—
972 10-9	989	Globale Minderausgabe	—	-1.350	—	-1.350	—
981 07-8	990	Abführung an 1321 - 381 07	—	—	64	-64	178
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 62</b>		<b>Landesmittel für die Gedenkstätten Bergen-Belsen und Wolfenbüttel; Zentralnachweis</b>	(—)	(—)	(416)	(-416)	(380)
427 62-3	153	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	104	-104	86
511 62-4	153	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	2	-2	42
517 62-2	153	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	105	-105	115
527 62-8	153	Reisekostenvergütungen	—	—	—	—	14
531 62-5	153	Veröffentlichungen	—	—	26	-26	41
541 62-0	153	Tagungen, Kurse, Ausstellungen und Auf-führungen	—	—	49	-49	61
547 62-9	153	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	104	-104	7
681 62-7	153	Zuschüsse an Dritte	—	—	26	-26	10
685 62-2	153	Verwendung von Spenden für die Gedenkstätten in Bergen-Belsen und in der JVA Wolfenbüttel <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 112 62 und 282 62.</i>	—	—	—	—	5
894 62-0	153	Zuschüsse für Investitionen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 63</b>		<b>Erhaltung der Gedenkstätte Auschwitz Übertragbar.</b> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 63 und 232 63.</i>	(—)	(—)	(—)	(—)	(724)
546 63-0	153	Rückzahlungen an die Länder aus nicht in Anspruch genommenen oder zweckentsprechend verwendeten Zuwendungen	—	—	—	—	—
547 63-7	153	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	5
687 63-3	153	Zuschüsse an Dritte im Ausland	—	—	—	—	—
896 63-1	153	Zuwendung für den Erhalt der Gedenkstätte Auschwitz in Polen	—	—	—	—	719

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 894 10**

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	–	–	–
2006	–	–	4.800	4.800
2007	–	–	3.400	3.400
2008	–	–	1.000	1.000
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	–	9.200	9.200

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0784 Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004	2004	2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
<b>TGr. 64</b>		<b>Bundemittel für die Gedenkstätten Bergen-Belsen und Wolfenbüttel; Zentralnachweis</b> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 64, 235 64 und 236 64.</i>	(-)	(-)	(-)	(-)	(990)
427 64-0	249	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	-	-	-	-	479
511 64-0	249	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	-	-	-	-	11
547 64-5	249	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaufgaben	-	-	-	-	500
685 64-9	249	Zuschüsse an Dritte	-	-	-	-	-
711 64-0	249	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	-	-	-	-	-
<b>TGr. 78</b>		<b>Förderung der Gedenkstättenarbeit in Niedersachsen</b>	(-) (128)	(-)	(231)	(-231)	(212)
541 78-7	153	Seminare für Gedenkstätteninitiativen	-	-	2	-2	-
547 78-5	153	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	-	1	-1	-
685 78-9	153	Zuschüsse zur Förderung der Gedenkstättenarbeit	- 128	-	228	-228	212
<b>TGr. 98/99</b>		<b>Kosten der Informations- u. Kommunikationstechnik</b>	(-)	(-)	(58)	(-58)	(27)
518 98-0	153	Anmietung von Software	-	-	-	-	-
518 99-8	153	Anmietung von Hardware	-	-	-	-	-
525 98-6	153	Aus- und Fortbildung durch Informatikzentrum Niedersachsen (IZN)	-	-	-	-	-
525 99-4	153	Aus- und Fortbildung durch andere Dienstleister	-	-	2	-2	-
538 98-0	153	Dienstleistungen des IZN	-	-	-	-	-
538 99-9	153	Dienstleistungen "Anderer"	-	-	14	-14	-
547 99-8	153	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	-	26	-26	27
812 99-3	153	Erwerb von Geräten und sonstigen Gegenständen	-	-	16	-16	-
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	-		368	-368	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 07 Kultusministerium**  
**Kapitel 0784 Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 0784</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		–	40	-40	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		–	1	-1	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		1.492	142	+1.350	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		1.492	183	+1.309	
		4 Personalausgaben	–	253	912	-659	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	–	–	1.384	-1.384	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	308	1.581	1.305	+276	
		7 Baumaßnahmen	–	–	–	–	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	9.200	2.700	16	+2.684	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	–	-1.350	64	-1.414	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	9.200 308	3.184	3.681	-497	
		<b>Zuschuss</b>		1.692	3.498	-1.806	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

Einzelplan 07 Kultusministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Gesamtabschluss Einzelplan 07</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		10.312	10.646	-334	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		2.525	2.991	-466	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		91.217	98.867	-7.650	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		104.054	112.504	-8.450	
		4 Personalausgaben	900	3.616.877	3.570.871	+46.006	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.100	32.597	24.464	+8.133	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.100	434.911	424.916	+9.995	
		7 Baumaßnahmen	18.808	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	94.545	101.407	-6.862	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	178.152	-9.458	-6.035	-3.423	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	183.683	4.169.472	4.115.623	+53.849	
		<b>Zuschuss</b>	24.708	4.065.418	4.003.119	+62.299	

# **Einzelplan 07**

**Kultusministerium**

---

## **Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise**

für das

**Haushaltsjahr 2005**

## Allgemeine Haushaltsvermerke zu den Kapiteln 07 07 bis 07 22:

1. Eine Kraft (Voll- oder Teilzeitkraft) darf anteilig auf mehreren Stellen geführt werden. Jede Planstelle und jede andere Stelle darf mit einer beliebigen Anzahl von Teilzeitkräften sowie Besetzungsanteilen von Vollzeitkräften besetzt werden, soweit die sich aus den Besetzungsanteilen ergebende regelmäßige durchschnittliche Gesamtarbeitszeit die regelmäßige durchschnittliche Arbeitszeit einer vollbeschäftigten Kraft nicht übersteigt. Sofern die Besetzung laufbahngruppenübergreifend erfolgt, darf sie nur in der niedrigsten Laufbahngruppe erfolgen, aus der ein Stellenanteil herangezogen wird.
2. Abweichend von § 50 Abs. 3 LHO dürfen Lehrkräfte im Bedarfsfall vorübergehend an Schulen einer jeweils anderen Schulform abgeordnet werden; dies gilt auch für pädagogische Mitarbeiter/-innen sowie Betreuungskräfte.
3. Das Kultusministerium kann im Rahmen der Automation in der Stellenbewirtschaftung abweichend von § 49 Abs. 5 LHO die Planstellen und die Stellen für Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis sowie Stellen für pädagogische Mitarbeiter/-innen und Betreuungskräfte zu sog. Stellenpools – getrennt nach den in den Stellenplänen und den Stellenübersichten ausgewiesenen Stellenbezeichnungen und Besoldungs- und Vergütungsgruppen – zusammenfassen.
4. Von den Inhabern und Inhabern der bei den Kapiteln 07 10 bis 07 18 ausgebrachten Planstellen der Bes.-Gr. A 12 (Lehrer/-in), A 13 (Realschullehrer/-in) und A 13 (Förderschullehrer/-in) und entsprechender Stellen für Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis erhalten gem. Verordnung vom 19. 6. 1978 – Nds. GVBl. S. 559 –, zuletzt geändert durch Art. 18 des Haushaltsbegleitgesetzes 1999 vom 21. 1. 1999 – Nds. GVBl. S. 10 – für die Dauer dieser Tätigkeit bis zu
  - 144, die ein pädagogisches Seminar leiten, eine widerrufliche Stellenzulage in Höhe von mtl. 76,79 EUR
  - 833, die ein fachdidaktisches Seminar leiten, eine widerrufliche Stellenzulage in Höhe von mtl. 63,91 EUR.
5. Die Leerstellen sind für Lehrkräfte bestimmt, die unter Wegfall der Dienstbezüge für eine Tätigkeit im Dienst an Schulen in freier Trägerschaft, in der Erwachsenenbildung oder im Auslandsschuldienst bzw. für andere Tätigkeiten gemäß §§ 7 und 11 der Niedersächsischen Sonderurlaubsverordnung oder auf Grund der §§ 80 a Abs. 1 Nr. 3 und 4, 87 a Abs. 1 Nr. 2 NBG oder § 50 BAT beurlaubt oder mit Rückkehrgarantie in den niedersächsischen Landesdienst an Auslandsschulen der Bundeswehr versetzt sind.  
Die ausgebrachten Leerstellen sind nicht personengebunden.
6. Lehrkräften, die nach den Eingruppierungserlassen des MK in der jeweils geltenden Fassung bei Bewährung oder nach entsprechender Unterrichtstätigkeit in eine höhere Vergütungsgruppe aufrücken oder aufgerückt sind, kann aus den veranschlagten Stellen Vergütung der höheren Vergütungsgruppe gezahlt werden; das gilt auch für Lehrkräfte, die im Zeitpunkt der Einstellung bereits die Voraussetzungen für die Eingruppierung in die höhere Vergütungsgruppe erfüllen.
7. Im Bedarfsfall dürfen bis zu 52 Lehrkräfte aus ihren Planstellen/Stellen vorübergehend zur Erfüllung von schulfachlichen Aufgaben abgeordnet werden:
  - a) an die oberste Schulbehörde (bis zu 12),
  - b) an nachgeordnete Schulbehörden (bis zu 17),
  - c) an das NiLS (bis zu 6),
  - d) an Träger der regionalen Lehrerfortbildung – nachgeordnete Schulbehörden oder andere Stellen der öffentlichen Verwaltung – für Aufgaben einer oder eines Fortbildungsbeauftragten (bis zu 17, höchstens aber bis zu 13 Vollzeitlehreereinheiten).
8. Bis zu 30 Lehrkräfte dürfen im Bedarfsfall aus ihrer Planstelle/Stelle vorübergehend zur Dienstleistung an Schulen u. a. in die Staaten Mittel- und Osteuropas unter Fortzahlung der Bezüge beurlaubt werden.
9. Von den im Stellenplan und in den Stellenübersichten ausgewiesenen Stellen für Lehrkräfte dürfen für jedes Haushaltsjahr bei Bedarf bis zu 100 Stellen abweichend von der ausgewiesenen Beschäftigungsart auch für pädagogische Mitarbeiter/-innen sowie Betreuungskräfte, die in Ganztagschulen (Kapitel 07 07), im Rahmen der Schulsozialarbeit (Kapitel 07 10, 07 20 und 07 22) und die in Förderzentren, Integrationsklassen sowie Regelklassen der Förderschulen (Kapitel 07 11) eingesetzt werden sollen, verwendet werden. Die Abweichungen sind, sofern sie nicht nur vorübergehend erfolgen, in den Stellenübersichten des nächsten Haushaltsplans darzustellen.
10. Bei den Kapiteln 07 10 bis 07 20 können bis zu 1 Mio. EUR für Mehrarbeitsvergütungen und Überstundenvergütungen gewährt werden, wenn in gleichem finanziellen Umfang Planstellen der Bes.-Gr. A 12 (Lehrer/-in) und A 13 (Realschullehrer/-in, Studienrat/-rätin) gesperrt werden.
11. Für den pädagogischen Besucherdienst in den Gedenkstätten, Dokumentations- und Informationszentren Bergen-Belsen, Wolfenbüttel, Moringen, Sandbostel, Emslandlager und Drütte darf Lehrkräften Nebentätigkeit auf Verlangen des Dienstvorgesetzten unter Entlastung im Hauptamt gem. § 72 NBG im Umfang von bis zu 125 Unterrichtsstunden übertragen werden.
13. Im Bedarfsfall dürfen bis längstens 31. 7. 2007 bis zu 3 Lehrkräfte aus ihren Planstellen vorübergehend an das Projekt „Akademie für Leseförderung“ an die Landesbibliothek abgeordnet werden.

### Erläuterungen zu den Allgemeinen Haushaltsvermerken

HV Nr. 7: 52 statt bisher 55 Lehrkräfte, aufgrund Anpassung an die neue Behördenstruktur (vgl. auch HV Nr. 13).

HV Nr. 9: 100 statt bisher 50 Stellen, aufgrund Anpassung an den weiteren Bedarf.

HV Nr. 12: (Von den im Stellenplan des Kapitels 07 10 ausgewiesenen Funktionsstellen für Orientierungsstufen können bis zu 80 Planstellen, sobald diese im Zusammenhang mit der Abschaffung der Orientierungsstufe im Kapitel 07 10 dauerhaft nicht mehr benötigt werden, für die Ausstattung von aufwachsenden Schulen mit den erforderlichen Funktionsstellen in den Kapiteln 07 14 und 07 18 genutzt werden. Die Funktionsstellen dürfen nur entsprechend ihrer bisherigen Besoldungsgruppe verwendet werden. Die Abweichungen sind im Stellenplan des nächsten Haushaltsjahres darzustellen.) Entbehrlich, da die Orientierungsstufen zum 31. 7. 2004 aufgelöst wurden.

HV Nr. 13: Das Vorhaben „Mobiler Beratungsdienst Leseförderung Niedersachsen (Lesebus)“ wurde am 31. 7. 2004 beendet. Die 3 Abordnungsermächtigungen für dieses Vorhaben an das NiLS und der HV Nr. 9 in den Stellenübersichten bei Kap. 07 58 (Rückverlagerung 1 Stelle Verg.-Gr. VII nach Kap. 07 14 anstatt nach 07 07) endeten mit diesem Termin. Ab dem 1. 8. 2004 wird für 3 Jahre das Projekt „Akademie für Leseförderung“ bei der Landesbibliothek durchgeführt.

Einzelplan 07 Kultusministerium  
 Kapitel 07 01 Kultusministerium

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamte/-innen</b>			
			Feste Gehälter:
B 9 <sup>1)</sup>	1	1	Staatssekretär/-in
B 6	4	4	Ministerialdirigent/-in
B 3 <sup>2)</sup>	5	5	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin
B 2	16	16	Ministerialrat/-rätin
Aufsteigende Gehälter:			
A 16 <sup>3)</sup>	21	20	Ministerialrat/-rätin
A 15 <sup>11)</sup>	23	23	Direktor/-in
A 14	7	7	Oberrat/-rätin
A 13	1	1	Rat/Rätin
A 13 <sup>12)</sup>	32	32	Oberamtsrat/-rätin
A 12	22	22	Amtsrat/-rätin
A 11	10	10	Amtmann/-männin/-frau
A 10	2	1	Oberinspektor/-in
A 9 <sup>4)</sup>	1	1	Amtsinspektor/-in
A 5	2	2	Oberamtsmeister/-in
	<u>147</u>	<u>145</u>	Zusammen
Stellen zu Titel 422 31:			
Aufsteigende Gehälter:			
A 16	—	1	Ministerialrat/-rätin
A 13	—	1	Oberamtsrat/-rätin
A 12	—	2	Amtsrat/-rätin
	<u>—</u>	<u>4</u>	Zusammen
Leerstellen <sup>5)</sup> :			
Aufsteigende Gehälter:			
A 13	1	—	Oberamtsrat/-rätin
A 12	1	—	Amtsrat/-rätin
A 11	1	1	Amtmann/-männin/-frau
	<u>3</u>	<u>1</u>	Zusammen

- 1) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gemäß Fußnote 1 zur Bes.-Gr. B 9 NBesO.  
 2) 1 ku nach Bes.-Gr. B 2 BBesO nach Ausscheiden des/der Stelleninhabers/-in.  
 3) 1 kw ab 30. 6. 2009.  
 4) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.  
 5) kw.  
 11) Eine Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (kw nach Ablauf der Inanspruchnahme).  
 12) Rückverlagerung von 2 Stellen in das Kapitel 07 10 nach Abschluss des Projekts „Personalmanagementverfahren“ (31. 12. 2006).

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

Zugang:	Stellen
Bes.-Gr. A 16 Ministerialrat/ -rätin	1
Bes.-Gr. A 10	1
Zusammen	<u>2</u>

infolge Rückverlagerung von Kap. 07 84 (HV Nr. 2 07 84)  
 in Folge Verlagerung von Kap. 03 05 im Rahmen der Aufteilung des Querschnittpersonals (Auflösung Bez. Reg.)

Stellen zu Titel 422 31:

Abgang:	Stellen
Bes.-Gr. A 16	1
Bes.-Gr. A 13	1
Bes.-Gr. A 12	2
Zusammen	<u>4</u>

Versetzung in den Ruhestand nach § 55 NBG

Leerstellen:

Zugang:	Stellen
Bes.-Gr. A 13	1
Bes.-Gr. A 12	1
Zusammen	<u>2</u>

infolge Bedarfs

Sonstige Veränderungen:  
 Haushaltsvermerk Nr. 3: Neu wegen Wegfalls der Stelle nach Auslaufen der Altersteilzeit des Stelleninhabers.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte</b>			
Außer-tariflich (A 16)	1	1	
I a	1	1	
IV a	3	3	
V b <sup>8)</sup>	3	4	
V c <sup>7)</sup>	14	11	
VI b <sup>8)</sup>	18	19	
VII	1	1	
VIII	3	2	
IX b-VII <sup>9)</sup>	17	20	
X	1	—	
	62	62	Zusammen
			Leerstellen <sup>10)</sup> :
IX b-VII	2	1	
	2	1	Zusammen

<sup>7)</sup> Eine Angestellte im Bibliotheksdienst ist bis zum Inkrafttreten einer tarifvertraglichen Neuregelung für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert.

<sup>8)</sup> Die erste Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers und die erste Vorzimmerkraft der Staatssekretärin/des Staatssekretärs sind für die Dauer ihrer Vorzimmer-tätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert. Sie erhalten eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Vergütungen der Verg.-Gr. V b und IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung werden sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt gleichzeitig.

Die zweite Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers, der Staatssekretärin/des Staatssekretärs und die jeweiligen Sekretärinnen der Abteilungsleiter/-innen sind für die Dauer ihrer Vorzimmer-tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhalten sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe.

Die vorstehend genannten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der tariflichen Zulage gewährt.

Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

<sup>9)</sup> Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10.7. 1969 (Nds. MBl. 1969, S. 829) nachgewiesen.

<sup>10)</sup> kw.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Stellenumwandlungen (aufgrund tarifgerechter Eingruppierung):

	Stellen	
Verg.-Gr. V c	3	davon
		1 von Verg.-Gr. V b
		1 von Verg.-Gr. VI b
		1 von Verg.-Gr. IX b-VII
Verg.-Gr. VIII	1	von Verg.-Gr. IX b-VII
Verg.-Gr. X	1	von Verg.-Gr. IX b-VII
Leerstellen:		
Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. IX b-VII	1	infolge Bedarfs
Zusammen	1	

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Arbeiter/-innen</b>			
4/4 a	8	8	
3/3 a	3	3	
	11	11	Zusammen

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke	
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2005	2004		
<b>Planmäßige Beamte/-innen*)</b>			<p>*) Insgesamt 394 Stellen bei Stellenplan, Stellenübersicht und Bedarfsnachweise ab 1. 1. 2005 infolge ZV II.</p> <p>4) kw.</p> <p>5) 11 kw infolge ZV I (alt: 20 kw).</p> <p>6) Eine Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden; Rückverlagerung nach Wegfall der Freistellungsvoraussetzungen nach Kapitel 07 51 mit Umwandlung nach Bes.-Gr. A 15.</p> <p>7) 1 ku in Bes.-Gr. A 14.</p> <p>9) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.</p> <p>11) 2 Planstellen dürfen nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.</p> <p>12) 1 Planstelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.</p> <p>14) 1 kw mit Ablauf des 31. 3. 2005 infolge ZV II (§ 109 Abs. 2 NBG).</p> <p>15) 1 kw mit Ablauf des 31. 3. 2005 infolge ZV II (§ 109 Abs. 2 NBG).</p> <p>16) 1 kw mit Ablauf des 30. 4. 2005 infolge ZV II (§ 109 Abs. 2 NBG).</p> <p>17) 2 kw mit Ablauf des 31. 3. 2005 infolge ZV II (§ 109 Abs. 2 NBG).</p> <p>18) 1 kw mit Ablauf des 31. 3. 2005 infolge ZV II (§ 109 Abs. 2 NBG).</p> <p>19) 1 kw infolge ZV I.</p>	
B 2 <sup>14)</sup>	1	—		Aufsteigende Gehälter: Direktor/-in der Landeszentrale für politische Bildung
B 2	4	—		Abteilungsdirektor/-in
A 16	64	67		Leitende(r) Regierungsschuldirektor/-in
A 16 <sup>15)</sup> <sup>16)</sup>	7	—		Leitende(r) Direktor/-in
A 15	130	144		Regierungsschuldirektor/-in, Psychologiedirektor/-in
A 15	3	4		Sportdirektor/-in
A 15 <sup>7)</sup> <sup>17)</sup> <sup>19)</sup>	10	—		Direktor/-in
A 14	3	3		Sportoberrat/-rätin
A 14 <sup>9)</sup>	49	49		Psychologieoberrat/-rätin
A 14 <sup>18)</sup>	18	—		Oberrat/-rätin
A 13 <sup>5)</sup>	24	33		Psychologierat/-rätin
A 13	6	—		Rat/Rätin
A 13 <sup>11)</sup>	15	—		Oberamtsrat/-rätin
A 12 <sup>12)</sup>	19	—		Amtsrat/-rätin
A 11	52	—		Amtmann/Amtfrau
A 10	43	—		Oberinspektor/-in
A 9	6	—		Inspektor/-in
A 9 <sup>9)</sup>	23	—		Amtsinspektor/-in
A 9	51	—		Amtsinspektor/-in
A 8	15	—		Hauptsekretär/-in
A 7	29	—		Obersekretär/-in
A 6	11	—		Sekretär/-in
A 5	1	—		Oberamtsmeister/-in
	<b>584</b>	<b>300</b>		<b>Zusammen</b>
				Stellen zu Titel 422 31:
A 16	—	1		Aufsteigende Gehälter: Leitende(r) Regierungsschuldirektor/-in
A 15	—	4		Regierungsschuldirektor/-in
A 15	—	1		Sportdirektor/-in
	<b>—</b>	<b>6</b>		<b>Zusammen</b>
				Leerstellen: <sup>4)</sup>
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	2	2		Ltd. Regierungsschuldirektor/-in
A 15	1	—		Direktor/-in
A 14	1	1		Psychologieoberrat/-rätin
A 13	2	—		Rat/Rätin
A 11	3	—		Amtmann/Amtfrau
A 10	10	—		Oberinspektor/-in
A 9	1	—		Inspektor/-in
A 9	1	—		Amtsinspektor/-in
A 8	2	—		Hauptsekretär/-in
A 7	1	—	Obersekretär/-in	
A 6	2	—	Sekretär/-in	
	<b>26</b>	<b>3</b>	<b>Zusammen</b>	

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 2 (Abteilungs- direktor/-in)	5	davon 4 infolge Verlagerung von 03 05 1 infolge Verlagerung von 07 84
Bes.-Gr. A 16 (Leitende(r) Direktor/-in)	7	davon 5 infolge Verlagerung von 03 05 2 infolge Verlagerung von 07 84
Bes.-Gr. A 15 (Direktor/-in)	11	davon 5 infolge Verlagerung von 03 05 2 infolge Verlagerung von 05 40 1 infolge Verlagerung von 05 71 3 infolge Verlagerung von 07 84
Bes.-Gr. A 14 (Oberrat/-rätin)	18	davon 12 infolge Verlagerung von 03 05 1 infolge Verlagerung von 05 40 1 infolge Verlagerung von 05 71 4 infolge Verlagerung von 07 84
Bes.-Gr. A 13 (Rat/Rätin)	6	infolge Verlagerung von 03 05
Bes.-Gr. A 13 (Oberamtsrat/-rätin)	15	davon 14 infolge Verlagerung von 03 05 1 infolge Verlagerung von 07 84
Bes.-Gr. A 12 (Amtsrat/-rätin)	21	davon 18 infolge Verlagerung von 03 05 3 infolge Verlagerung von 05 71
Bes.-Gr. A 11 (Amtmann/Amtfrau)	52	davon 41 infolge Verlagerung von 03 05 11 infolge Verlagerung von 05 71
Bes.-Gr. A 10 (Oberinspektor/-in)	48	davon 46 infolge Verlagerung von 03 05 2 infolge Verlagerung von 05 71
Bes.-Gr. A 9 (Inspektor/-in)	11	infolge Verlagerung von 03 05
Bes.-Gr. A 9 (Amtsinspektor/-in)	74	infolge Verlagerung von 03 05
Bes.-Gr. A 8 (Hauptsekretär/-in)	17	} infolge Verlagerung von 03 05
Bes.-Gr. A 7 (Obersekretär/-in)	29	
Bes.-Gr. A 6 (Sekretär/-in)	11	
Bes.-Gr. A 5 (Oberamtsmeister/-in)	1	infolge Verlagerung von 03 05
Zusammen	326	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16 (Ltd. Regierungsschul- direktor/-in)	3	} infolge Verlagerung nach 07 06
Bes.-Gr. A 15 (Regierungsschul- direktor/-in)	14	
Bes.-Gr. A 15 (Direktor/-in)	1	
Bes.-Gr. A 15 (Sportdirektor/-in)	1	infolge Verlagerung von 03 01
Bes.-Gr. A 13 (Psychologie- oberrat/-rätin)	9	infolge ZV I (teilweise Vollzug HV Nr. 5)
Bes.-Gr. A 12 (Amtsrat/-rätin)	2	} infolge Verlagerung nach 07 06
Bes.-Gr. A 10 (Oberinspektor/-in)	5	
Bes.-Gr. A 9 (Inspektor/-in)	5	
Bes.-Gr. A 8 (Hauptsekretär/-in)	2	
Zusammen	42	
Bleibt Zugang	284	

Leerstellen:	Stellen
Zugang:	
Bes.-Gr. A 15 (Direktor/-in)	1
Bes.-Gr. A 13 (Rat/Rätin)	2
Bes.-Gr. A 11 (Amtmann/Amtfrau)	3
Bes.-Gr. A 10 (Oberinspektor/-in)	10
Bes.-Gr. A 9 (Inspektor/-in)	1
Bes.-Gr. A 9 (Amtsinspektor/-in)	1
Bes.-Gr. A 8 (Hauptsekretär/-in)	2
Bes.-Gr. A 7 (Obersekretär/-in)	1
Bes.-Gr. A 6 (Sekretär/-in)	2
Zusammen	23

Stellen zu Titel 422 31:

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16 (Ltd. Regierungs- schuldirektor/-in)	1	} infolge Eintritt in den Ruhestand
Bes.-Gr. A 15 (Regierungs- schuldirektor/-in)	4	
Bes.-Gr. A 14 (Sportdirektor/-in)	1	
Zusammen	6	

Sonstige Veränderungen:

Bei der Bes.-Gr. A 16 Leitende(r) Regierungsschuldirektor/-in: Wegfall des Zusatzes „als Dezernent/-in in der Schulaufsicht auf Bezirksebene“.

Bei der Bes.-Gr. A 15 Regierungsschuldirektor/-in, Psychologiedirektor/-in: Wegfall des Zusatzes „als Dezernent/-in in der Schulaufsicht auf Bezirksebene“.

Haushaltsvermerke Nr. 7, 9, 11 und 12: wegen Verlagerung der Stellen aus dem Kapitel 03 05.

Haushaltsvermerke Nr. 14 bis 19: wegen Verlagerung der Stellen aus dem Kapitel 07 84.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			*) Insgesamt 394 Stellen bei Stellenplan, Stellenübersicht und Bedarfsnachweise ab 1. 1. 2005 infolge ZV II.
			<sup>8)</sup> 1 kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV I.
			<sup>10)</sup> kw.
			<sup>13)</sup> 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
			<sup>20)</sup> Eine Stelle darf nur bis zu 50 % besetzt werden.
			<sup>22)</sup> Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.
<b>Beamtete Hilfskräfte*)</b>			
A 13	1	—	Assessor/-in
A 9	7	—	Inspektor/-in z. A.
	8	—	Zusammen
<b>Angestellte*)</b>			
I b	2	—	
II a	1	—	
IV a <sup>8)</sup> <sup>13)</sup>	12	—	
IV b	4	—	
V b	15	—	
V c <sup>20)</sup>	77	—	
VI b	9	—	
VII	117	—	
VIII	11	—	
IX b–VII <sup>22)</sup>	67	—	
	315	—	Zusammen
Leerstellen <sup>10)</sup> :			
V b	1	—	
V c	3	—	
VI b	2	—	
VII	12	—	
IX b–VII	5	—	
	23	—	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Beamtete Hilfskräfte**

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15 (Assessor/-in)	1	infolge Verlagerung von 03 05
Bes.-Gr. A 9 (Inspektor/-in z. A.)	7	infolge Verlagerung von 03 05
Zusammen	8	

**Angestellte**

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. I b	2	infolge Verlagerung von 03 05
Verg.-Gr. II a	1	infolge Verlagerung von 03 05
Verg.-Gr. IV a	12	davon
	5	infolge Verlagerung von 03 05
	6	infolge Verlagerung von 05 71
	1	infolge Verlagerung von 07 84
Verg.-Gr. IV b	4	infolge Verlagerung von 03 05
Verg.-Gr. V b	15	davon
	14	infolge Verlagerung von 03 05
	1	infolge Verlagerung von 07 84
Verg.-Gr. V c	77	davon
	73	infolge Verlagerung von 03 05
	4	infolge Verlagerung von 07 84
Verg.-Gr. VI b	10	infolge Verlagerung von 03 05
Verg.-Gr. VII	118	davon
	114	infolge Verlagerung von 03 05
	4	infolge Verlagerung von 07 84
Verg.-Gr. VIII	11	davon
	1	infolge Verlagerung von 07 84
	10	infolge Verlagerung von 03 05
Verg.-Gr. IX b–VII	67	infolge Verlagerung von 03 05
Zusammen	317	

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. VI b	1	} infolge Verlagerung nach 07 06
Verg.-Gr. VII	1	
Zusammen	2	

Bleibt Zugang	315
---------------	-----

Leerstellen:	Stellen
Zugang:	
Verg.-Gr. V b	1
Verg.-Gr. V c	3
Verg.-Gr. VI b	2
Verg.-Gr. VII	12
Verg.-Gr. IX b–VII	5
Zusammen	23

Sonstige Veränderungen:

Haushaltsvermerk Nr. 8: wegen Verlagerung der Stellen aus Kapitel 05 71.  
Haushaltsvermerke Nr. 10, 12 und 13: wegen Verlagerung der Stellen aus Kapitel 03 05.  
Haushaltsvermerk Nr. 20: wegen Verlagerung der Stelle aus Kapitel 07 84.  
Haushaltsvermerk Nr. 22: wegen Verlagerung der Stellen aus Kapitel 03 05.

Einzelplan 07 Kultusministerium  
 Kapitel 07 05 Landesschulbehörde

**BEDARFSNACHWEISE**

Haushaltsvermerke

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2005	2004		
			<b>Arbeiter/-innen*)</b>	*) Insgesamt 394 Stellen bei Stellenplan, Stellenübersicht und Bedarfsnachweise ab 1. 1. 2005 infolge ZV II. 2 <sup>1)</sup> ) 1 kw infolge ZV I.
4	12	—		
3	2	—		
2/2 a <sup>21)</sup>	9	—		
1	2	—		
	<u>25</u>	—	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Zugang:	Stellen	
Lohn-Gr. 4	12	davon
		1 infolge Verlagerung von 07 84
		11 infolge Verlagerung von 03 05
Lohn-Gr. 3	2	infolge Verlagerung von 03 05
Lohn-Gr. 2/2 a	9	davon
		1 infolge Verlagerung von 07 84
		8 infolge Verlagerung von 03 05
Lohn-Gr. 1	2	infolge Verlagerung von 03 05
Zusammen	<u>25</u>	

Sonstige Veränderungen:  
 Haushaltsvermerk Nr. 21: wegen Verlagerung der Stelle aus Kapitel 07 84.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamte/-innen</b>			
			Aufsteigende Gehälter:
A 16	3	—	Leitende(r) Regierungsschuldirektor/-in
A 15	14	—	Regierungsschuldirektor/-in
A 15	1	—	Direktor/-in
A 12	2	—	Amtsrat/-rätin
A 10	5	—	Oberinspektor/-in
A 9	5	—	Inspektor/-in
A 8	2	—	Hauptsekretär/-in
	32	—	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16 (Leitende(r) Regierungsschul- direktor/-in)	3	} infolge Verlagerung von 07 05
Bes.-Gr. A 15 (Regierungsschul- direktor/-in)	14	
Bes.-Gr. A 15 (Direktor/-in)	1	
Bes.-Gr. A 12 (Amtsrat/-rätin)	2	
Bes.-Gr. A 10 (Oberinspektor/-in)	5	
Bes.-Gr. A 9 (Inspektor/-in)	5	
Bes.-Gr. A 8 (Hauptsekretär/-in)	2	
Zusammen	32	

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte</b>			
VI b	1	—	
VII	1	—	
	2	—	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Angestellte**

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. VI b	1	} infolge Verlagerung von 07 05
Verg.-Gr. VII	1	
Zusammen	2	

Einzelplan 07 Kultusministerium  
 Kapitel 07 07 Schulen allgemein

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			1) ku in Stellen für Angestellte Verg.-Gr. V b – Sozial- und Erziehungsdienst –.
			2) ku in Stellen für Angestellte Verg.-Gr. VI b – Sonstige Dienste –.
			7) Abweichend von § 49 (3) LHO kann eine Stelle mit einem Beamten des einfachen Dienstes besetzt werden.
<b>Beamte</b>			
Aufsteigende Gehälter:			
A 10 <sup>1)</sup>	1	1	Jugendleiterin, Jugendleiter
A 9 <sup>1)</sup>	5	5	Jugendleiterin, Jugendleiter
A 7 <sup>2)7)</sup>	2	2	Obersekretärin, Obersekretär
	8	8	Zusammen

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			3) ku in Verg.-Gr. V b.
			4) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.
			6) kw.
<b>Angestellte</b>			
Pädagogische Mitarbeiter/-innen			
IV b <sup>3)</sup>	2	2	Sozial- und Erziehungsdienst
V b	161	161	
V c	2	2	
VI b	19	19	
V b	1	1	Verwaltungsdienst
VI b	1	1	
VII	1	1	
VI b	609	609	Sonstige Dienste
IX b–VII <sup>4)</sup>	1	1	Schreib- und Fernschreibdienst
	797	797	Zusammen
Leerstellen <sup>6)</sup> :			
Pädagogische Mitarbeiter/-innen			
V b	8	8	Sozial- und Erziehungsdienst
VI b	1	1	
	9	9	Zusammen

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamte/-innen</b>			
			Aufsteigende Gehälter: Schuldienst
A 15	—	25	Realschulrektorin, Realschulrektor – einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig und einer Schülerzahl von mehr als 360 am Realschulzweig –
A 15	—	81	Realschulrektorin, Realschulrektor – einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –
A 15	—	81	Rektor/-in – einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 360 Schülern –
A 15	—	3	Studiendirektorin, Studiendirektor – einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit einer Schülerzahl von mehr als 360 –
A 14 <sup>2)</sup>	1	—	Förderschulrektorin, Förderschulrektor – einer zusammengefassten Schule mit Förderschulzweig mit einer Schülerzahl von 91 bis 180 und einer Gesamtschülerzahl von 181 bis 360 –
A 14 <sup>2)</sup>	—	1	Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit einer Schülerzahl von mehr als 360 –
A 14 <sup>2)</sup>	—	6	Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als Leiterin oder Leiter einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 –
A 14 <sup>2)12)</sup>	—	7	Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von mehr als 360 am Realschulzweig –
A 14 <sup>2)12)</sup>	—	43	Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –
A 14 <sup>2)12)</sup>	—	25	Realschulrektorin, Realschulrektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl bis 540 –
A 14 <sup>2)12)</sup>	—	44	Realschulrektorin, Realschulrektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 360 –
A 14 <sup>12)</sup>	1	—	Förderschulkonrektorin, Förderschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Förderschulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Gesamtschülerzahl von 181 bis 360 –
A 14 <sup>3)</sup>	—	209	Rektor/-in – einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –
A 14 <sup>3)</sup>	—	86	Konrektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 360 Schülern –
A 14	—	1	Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als Leiterin oder Leiter einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit einer Schülerzahl bis 180 –
A 14	—	3	Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 –

- 2) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amts-  
lage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 14 NBesO.  
3) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amts-  
lage gemäß Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 14 BBesO.  
4) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amts-  
lage gemäß Fußnote 2 zur Bes.-Gr. A 13 NBesO.  
5) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amts-  
lage gemäß Fußnote 7 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.  
7) ku in Stellen für Studienräte/-innen.  
8) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amts-  
lage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 12 NBesO.  
9) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amts-  
lage gem. Fußnote 7 zur Bes.-Gr. A 12 BBesO.  
10) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amts-  
lage gem. Fußnote 8 zur Bes.-Gr. A 12 BBesO.  
12) Soweit an zusammengefassten Schulen für diese  
Funktion sowohl ein Beförderungsamt für Lehr-  
kräfte mit der Befähigung für das Lehramt an  
Grund-, Haupt- und Realschulen als auch ein  
Beförderungsamt für Lehrkräfte mit der Befähigung  
für das Lehramt an Realschulen oder Förder-  
schulen vorgesehen ist, darf jeweils nur eines von  
beiden Ämtern in Anspruch genommen werden.  
16) Davon  
17 kw 1. 2. 2005 und  
50 kw 1. 8. 2005.  
17) Davon 43 Stellen gesperrt zugunsten der Lehrer-  
ausbildung.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
	2	615	Übertrag
A 14	—	7	Oberstudienrat/-rätin
A 14	—	194	Konrektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –
A 14 <sup>12)</sup>	—	10	Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl bis 540 –
A 14 <sup>12)</sup>	—	28	Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 360 –
A 14 <sup>12)</sup>	—	29	Realschulrektorin, Realschulrektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Gesamtschülerzahl bis 360 –
A 14	—	27	Rektor/-in – einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit bis zu 180 Schülern –
A 14 <sup>12)</sup>	—	52	Rektorin, Rektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 360 –
A 14	—	76	Rektor/-in – einer Hauptschule mit Realschul- oder Aufbauzug oder mit einer schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 180 Schülern –
A 14	275	318	Rektor/-in – einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 360 Schülern –
A 14	1	—	Rektorin, Rektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Förderschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 360 –
A 14 <sup>12)</sup>	—	70	Zweite Realschulkonrektorin, Zweiter Realschulkonrektor – an einer zusammengefassten Schule mit einer Schülerzahl von mehr als 180 am Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –
A 14	—	1	Zweite(r) Konrektor/-in – einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 540 Schülern –
A 13 <sup>4)</sup> <sup>12)</sup>	—	63	Konrektorin, Konrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 360 –
A 13 <sup>4)</sup> <sup>12)</sup>	—	2	Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von 181 bis 360 –
A 13 <sup>4)</sup> <sup>12)</sup>	—	1	Rektorin, Rektor – einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von 181 bis 360 –
A 13 <sup>5)</sup>	811	845	Rektor/-in – einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –
A 13 <sup>4)</sup> <sup>12)</sup>	5	5	Rektorin, Rektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Förderschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von 81 bis 360 –
	1094	2343	zu übertragen

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
	1 094	2 343	Übertrag
A 13 <sup>5)</sup>	—	78	Konrektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer Hauptschule mit Realschul- oder Aufbauzug oder mit einer schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 180 Schülern –
A 13 <sup>12)</sup>	—	6	Konrektorin, Konrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von 181 bis 360 –
A 13	357	372	Konrektorin, Konrektor – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 360 Schülern –
A 13 <sup>12)</sup>	5	5	Konrektor/-in – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Förderungszweig und einer Gesamtschülerzahl von 181 bis 360 –
A 13	706	721	Rektorin, Rektor – als Leiter/-in einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 80 bis zu 180 Schülern –
A 13 <sup>12)</sup>	—	17	Zweite Konrektorin, Zweiter Konrektor – an einer zusammengefassten Schule mit Real- schulzweig mit einer Schülerzahl von mehr als 180 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –
A 13	—	965	Studienrat/-rätin
A 13	63	63	Förderschullehrer/-in
A 13	—	3 951	Realschullehrer/-in
A 13 <sup>7)</sup>	—	9	Lehrer/-in – mit fachwissenschaftlicher Ausbildung in zwei Fächern, wenn sich die Lehrbefähigung auf Gymnasien erstreckt, bei einer dieser Befähigung entsprechenden Verwendung –
A 12 <sup>8)</sup>	—	2	Zweite Konrektorin, Zweiter Konrektor – an einer zusammengefassten Schule mit Real- schulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –
A 12 <sup>9)</sup>	776	791	Konrektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –
A 12 <sup>9)</sup>	7	32	Zweite(r) Konrektor/-in – einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 540 Schülern –
A 12 <sup>10)</sup>	197	197	Rektorin, Rektor – als Leiter/-in einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit bis zu 80 Schülern –
A 12 <sup>16)</sup> 17)	18 829	20 879	Lehrer/-in
A 10	46	46	Fachlehrer/-in – mit Lehrbefähigung für mindestens zwei musisch-technische Fächer –
A 10	109	109	Jugendleiter/-in
A 9	—	4	Jugendleiter/-in
	22 189	30 590	Zusammen
A 15	—	8	Stellen zu Titel 422 31: Aufsteigende Gehälter: Regierungsschuldirektor/-in
	—	8	Zusammen
A 15	—	1	Leerstellen: Rektor/-in, Studiendirektor/-in
A 14	10	20	Oberstudienrat/-rätin, Rektor/-in
A 13	108	238	Konrektor/-in, 2. Konrektor/-in
A 12	765	1 265	Förderschullehrer/-in, Realschullehrer/-in, Studienrat/-rätin, Rektor/-in, Konrektor/-in, 2. Konrektor/-in
	883	1 524	Lehrer/-in Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang:	Stellen	noch Abgang:	Stellen
Bes.-Gr. A 14 Z Förderschulrektorin, Förderschulrektor – einer zusammen- gefassten Schule mit Förderschulzweig mit einer Schülerzahl von 91 bis 180 und einer Gesamtschülerzahl von 181 bis 360 –	1	Übertrag  Bes.-Gr. A 15 Rektor/-in – einer selbstständigen schulformunabhängi- gen Orientierungsstufe mit mehr als 360 Schülern –	106  81
Bes.-Gr. A 14 Förderschulrektorin, Förderschulrektor – als die ständige Ver- treterin oder der ständi- ge Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammenge- fassten Schule mit Förderschulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Gesamt- schülerzahl von 181 bis 360 –	1		davon Verlagerung nach Kap. 07 12 17 Bes.-Gr. A 15 Realschulrektorin, Realschul- rektor – einer zusammengefassten Schu- le mit Realschulzweig und einer Schülerzahl von mehr als 360 am Realschulzweig – 16 Bes.-Gr. A 15 Realschulrektorin, Realschul- rektor – einer zusammengefassten Schu- le mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 – 8 Verlagerung nach Kap. 07 11 Bes.-Gr. A 15 Förderschulrektorin, Förderschulrektor – einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von mehr als 180 oder einer sonstigen Förder- schule mit einer Schülerzahl von mehr als 120 – 21 Verlagerung nach Kap. 07 13 Bes.-Gr. A 15 Realschulrektor/-in – einer Realschule mit mehr als 360 Schülern – 12 Verlagerung nach Kap. 07 14 Bes.-Gr. A 15 Studiendirektor/-in – zur Koordinierung schulfach- licher Aufgaben – Verlagerung nach Kap. 07 18 1 Bes.-Gr. A 15 Gesamtschuldirektorin, Gesamtschuldirektor – als Leiterin oder Leiter einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl bis 540 – 3 Bes.-Gr. A 15 Studiendirektorin, Studiendirektor – als Leiterin oder Leiter des Sekundarbereichs II an einer Integrierten Gesamtschule – 3 Bes.-Gr. A 15 Studiendirektor/-in – zur Koordinierung schulfach- licher Aufgaben –
Bes.-Gr. A 14 Rektorin, Rektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammen- gefassten Schule mit Förderschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 360 –	1		8 81
Zusammen	3		
Abgang:	Stellen		
Bes.-Gr. A 15 Realschulrektorin, Realschulrektor – einer zusammenge- fassten Schule mit Realschulzweig und einer Schülerzahl von mehr als 360 am Realschulzweig –	25	Bes.-Gr. A 15 Studiendirektorin, Studiendirektor – einer selbstständigen schulformunabhängi- gen Orientierungsstufe mit einer Schülerzahl von mehr als 360 –	3
Bes.-Gr. A 15 Realschulrektorin, Realschulrektor – einer zusammenge- fassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –	81		3 190
zu übertragen	106	zu übertragen	190

Erläuterungen zum Stellenplan

noch Abgang: Übertrag	Stellen 190	noch Abgang: Übertrag	Stellen 247
Bes.-Gr. A 14 Z Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als die ständige Ver- treterin oder der ständi- ge Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit einer Schülerzahl von mehr als 360 –	1	Verlagerung nach Kap. 07 14 und Stellenhebung Bes.-Gr. A 16 Oberstudiendirektor/-in – als Leiter/-in eines voll ausgebau- ten Gymnasiums mit mehr als 360 Schülern –	25
Bes.-Gr. A 14 Z Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als Leiterin oder Leiter einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 –	6	Verlagerung nach Kap. 07 14 und Stellenhebung/-senkung davon 2 Bes.-Gr. A 16 Oberstudiendirektor/-in – als Leiter/-in eines voll ausge- bauten Gymnasiums mit mehr als 360 Schülern – 4 Bes.-Gr. A 13 Studienrat/-rätin	44
Bes.-Gr. A 14 Z Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschul- zweig mit einer Schüler- zahl von mehr als 360 am Realschulzweig –	7	Verlagerung nach Kap. 07 12 Bes.-Gr. A 14 Z Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammenge- fassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von mehr als 360 am Realschulzweig –	zu übertragen <hr/> 316
Bes.-Gr. A 14 Z Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschul- zweig mit einer Schüler- zahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschüler- zahl von mehr als 540 –	43	Verlagerung nach Kap. 07 12 Bes.-Gr. A 14 Z Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammenge- fassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –	43 davon 43 Verlagerung nach Kap. 07 12 Bes.-Gr. A 14 Z Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schü- lerzahl bis 180 und einer Gesamt- schülerzahl von mehr als 360 – 1 Umwandlung nach Bes.-Gr. A 14 Z Förderschulrektorin, Förderschulrektor – einer zusammengefassten Schu- le mit Förderschulzweig mit einer Schülerzahl von 91 bis 180 und einer Gesamtschülerzahl von 181 bis 360 –
zu übertragen	<hr/> 247		

Erläuterungen zum Stellenplan

noch Abgang: Übertrag	Stellen 316	noch Abgang: Übertrag	Stellen 525
Bes.-Gr. A 14 Z Rektor/-in – einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –	209		davon
			Verlagerung nach Kap. 07 12 und teilweise Stellenhebung
			9 Bes.-Gr. A 15 Realschulrektorin, Realschulrektor – einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig und einer Schülerzahl von mehr als 360 am Realschulzweig –
			16 Bes.-Gr. A 15 Realschulrektorin, Realschulrektor – einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –
			16 Bes.-Gr. A 14 Z Realschulrektorin, Realschulrektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schü- lerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl bis 540 –
			9 Bes.-Gr. A 14 Z Realschulrektorin, Realschulrektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schü- lerzahl bis 180 und einer Gesamt- schülerzahl von mehr als 360 –
			Verlagerung nach Kap. 07 13 und Stellenhebung/-senkung
			30 Bes.-Gr. A 15 Realschulrektor/-in – einer Realschule mit mehr als 360 Schülern –
			41 Bes.-Gr. A 13 Realschullehrer/-in
			Verlagerung nach Kap. 07 14 und Stellenhebung/-senkung davon
			12 Bes.-Gr. A 16 Oberstudiendirektor/-in – als Leiter/-in eines voll ausge- bauten Gymnasiums mit mehr als 360 Schülern –
			8 Bes.-Gr. A 15 Studiendirektor/-in – zur Koordinierung schulfach- licher Aufgaben –
			15 Bes.-Gr. A 13 Studienrat/-rätin
zu übertragen	525		
		Bes.-Gr. A 14 Z Konrektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 360 Schülern –	86
			davon
			14 Verlagerung nach Kap. 07 12 Bes.-Gr. A 14 Z Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammen- gefassten Schule mit Realschul- zweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamt- schülerzahl von mehr als 540 –
			12 Verlagerung nach Kap. 07 11 Bes.-Gr. A 14 Z Förderschulkonrektorin, Förderschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von mehr als 180 oder einer sonstigen Förderschule mit einer Schülerzahl von mehr als 120 –
			32 Verlagerung nach Kap. 07 13 Bes.-Gr. A 14 Z Realschulkonrektor/-in – als der/die ständige Ver- treter/-in des/der Leiters/-terin einer Realschule mit mehr als 360 Schülern –
			16 Verlagerung nach Kap. 07 14 und Stellenhebung/-senkung Bes.-Gr. A 15 Z Studiendirektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin eines vollausgebau- ten Gymnasium mit mehr als 360 Schülern –
			12 Verlagerung nach Kap. 07 14 und Stellensenkung Bes.-Gr. A 13 Studienrat/-rätin
			Verlagerung nach Kap. 07 18 und Stellenhebung/-senkung davon
			3 Bes.-Gr. A 15 Studiendirektor/-in – zur Koordinierung schulfach- licher Aufgaben –
			4 Bes.-Gr. A 15 Studiendirektorin, Studiendirektor – als Leiterin oder Leiter des Sekundarbereichs II an einer Integrierten Gesamtschule –
			20 Bes.-Gr. A 14 Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als Fachbereichsleiterin oder Fachbereichsleiter an einer Gesamtschule –
			18 Bes.-Gr. A 14 Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als Jahrgangsheiterin oder Jahr- gangsleiter im Sekundarbereich I einer Integrierten Gesamtschule –
			8 Bes.-Gr. A 14 Realschulrektorin, Realschulrektor – als Leiterin oder Leiter des Realschulzweigs mit einer Schü- lerzahl von 181 bis 360 an einer Kooperativen Gesamtschule –
			Verlagerung nach Kap. 07 12 und Stellenhebung/-senkung
			14 Bes.-Gr. A 15 Studiendirektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin eines vollausgebau- ten Gymnasium mit mehr als 360 Schülern –
			12 Verlagerung nach Kap. 07 14 und Stellensenkung Bes.-Gr. A 13 Studienrat/-rätin
			611
		zu übertragen	

Erläuterungen zum Stellenplan

noch Abgang: Übertrag	Stellen 611		noch Abgang: Übertrag	Stellen 622
Bes.-Gr. A 14 Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als Leiterin oder Leiter einer selbst- ständigen schulform- unabhängigen Orientierungsstufe mit einer Schülerzahl bis 180 –	1	Verlagerung nach Kap. 07 14 und Stellensenkung Bes.-Gr. A 13 Studienrat/-rätin	Bes.-Gr. A 14 Konrektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer selbstständigen schul- formunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –	194 davon Verlagerung nach Kap. 07 12 9 Bes.-Gr. A 14 Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leite- rin oder des Leiters einer zusam- mengefassten Schule mit Real- schulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Gesamtschüler- zahl bis 360 – 19 Bes.-Gr. A 14 Realschulrektorin, Realschulrektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schü- lerzahl bis 180 und einer Gesamt- schülerzahl bis 360 – 12 Bes.-Gr. A 14 Rektorin, Rektor – als Leiterin oder Leiter einer zusamme- gefassten Schule mit Realschul- zweig und einer Gesamtschüler- zahl von mehr als 360 – 30 Bes.-Gr. A 14 Zweite Realschulkonrektorin, Zweiter Realschulkonrektor – an einer zusammengefassten Schule mit einer Schülerzahl von mehr als 180 am Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –
Bes.-Gr. A 14 Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer selbst- ständigen schulform- unabhängigen Orientierungsstufe mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 –	3	Verlagerung nach Kap. 07 14 und Stellenhebung/-senkung davon 1 Bes.-Gr. A 15 Z Studiendirektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Lei- ters/-terin eines voll ausgebauten Gymnasiums mit mehr als 360 Schülern – 2 Bes.-Gr. A 13 Studienrat/-rätin		
Bes.-Gr. A 14 Oberstudienrat/-rätin	7	Verlagerung nach Kap. 07 14 Bes.-Gr. A 14 Oberstudienrat/-rätin		
zu übertragen	622			Verlagerung nach Kap. 07 13 8 Bes.-Gr. A 14 Realschulrektor/-in – einer Realschule mit bis zu 180 Schülern – 71 Bes.-Gr. A 14 Realschulkonrektor/-in – als der/die ständige Vertreter/ -in des/der Leiters/-terin einer Realschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern – 13 Bes.-Gr. A 14 Zweite(r) Realschulkonrektor/-in – einer Realschule mit mehr als 540 Schülern –  Verlagerung nach Kap. 07 18 5 Bes.-Gr. A 14 Gesamtschulrektorin, Gesamtschulrektor – als die Didaktische Leiterin oder der Didaktische Leiter einer Gesamt- schule mit einer Schülerzahl im Sekundarbereich I bis 540 – 14 Bes.-Gr. A 14 Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als als Fachbereichsleiterin oder Fachbereichsleiter an einer Gesamtschule – 13 Bes.-Gr. A 14 Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als Jahrgangsheiterin oder Jahr- gangsleiter im Sekundarbereich I einer Integrierten Gesamtschule –
			zu übertragen	816

Erläuterungen zum Stellenplan

noch Abgang: Übertrag	Stellen 816	noch Abgang: Übertrag	Stellen 883
Bes.-Gr. A 14 Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschul- zweig mit einer Schüler- zahl von 181 bis 360 und einer Gesamt- schülerzahl bis 540 –	10	Verlagerung nach Kap. 07 12 Bes.-Gr. A 14 Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammenge- fassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl bis 540 –	27
Bes.-Gr. A 14 Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschul- zweig mit einer Schüler- zahl bis 180 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 360 –	28	davon 1 Umwandlung nach Bes.-Gr. A 14 Förderschulkonrektorin, Förderschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leite- rin oder des Leiters einer zusam- mengefassten Schule mit Förder- schulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Gesamtschüler- zahl von 181 bis 360 – 27 Verlagerung nach Kap. 07 12 Bes.-Gr. A 14 Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leite- rin oder des Leiters einer zusam- mengefassten Schule mit Real- schulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Gesamtschüler- zahl von mehr als 360 –	52
Bes.-Gr. A 14 Realschulrektorin, Realschulrektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammen- gefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Gesamtschülerzahl bis 360 –	29	Verlagerung nach Kap. 07 12 Bes.-Gr. A 14 Realschulrektorin, Realschulrektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Gesamtschülerzahl bis 360 –	43
zu übertragen	883	zu übertragen	1081
		Bes.-Gr. A 14 Rektor/-in – einer selbstständigen schulformunabhäangi- gen Orientierungsstufe mit bis zu 180 Schülern –	27
		Bes.-Gr. A 14 Rektorin, Rektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammen- gefassten Schule mit Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 360 –	52
		Bes.-Gr. A 14 Rektor/-in – einer Hauptschule mit Realschul- oder Aufbauzug oder mit einer schulformunabh- hängigen Orientierungs- stufe mit mehr als 180 Schülern –	76
		Bes.-Gr. A 14 Rektor/-in – einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Haupt- schule mit mehr als 360 Schülern –	43
		Verlagerung nach Kap. 07 12 davon 10 Bes.-Gr. A 14 Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leite- rin oder des Leiters einer zusam- mengefassten Schule mit Real- schulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl bis 540 – 17 Bes.-Gr. A 14 Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leite- rin oder des Leiters einer zusam- mengefassten Schule mit Real- schulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Gesamtschüler- zahl von mehr als 360 –	107
		Verlagerung nach Kap. 07 12 Bes.-Gr. A 14 Rektorin, Rektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Real- schulzweig und einer Gesamt- schülerzahl von mehr als 360 –	76
		davon 1 Umwandlung nach Bes.-Gr. A 14 Rektorin, Rektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Förderschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 360 – 42 Verlagerung nach Kap. 07 12 Bes.-Gr. A 14 Rektor/-in – – einer Grundschule, Hauptschu- le oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 180 Schülern –	1081

Erläuterungen zum Stellenplan

noch Abgang: Übertrag	Stellen 1 081		noch Abgang: Übertrag	Stellen 1 218
Bes.-Gr. A 14 Zweite Realschul- rektorin, Zweiter Realschulrektor – an einer zusammen- gefassten Schule mit einer Schülerzahl von mehr als 180 am Real- schulzweig und einer Gesamt Schülerzahl von mehr als 540 –	70	Verlagerung nach Kap. 07 12 Bes.-Gr. A 14 Zweite Realschulkonrektorin, Zweiter Realschulkonrektor – an einer zusammengefassten Schule mit einer Schülerzahl von mehr als 180 am Realschulzweig und einer Gesamt Schülerzahl von mehr als 540 –	Bes.-Gr. A 13 Z Rektor/-in – einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Haupt- schule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –	34 Verlagerung nach Kap. 07 12 davon 30 Bes.-Gr. A 13 Z Rektor/-in – einer Grundschule, Haupt- schule oder Grund- und Haupt- schule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern – 4 Bes.-Gr. A 13 Z Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leite- rin oder des Leiters einer zusam- mengefassten Schule mit Real- schulzweig und einer Gesamt- schülerzahl von 181 bis 360 –
Bes.-Gr. A 14 Zweite(r) Konrektor/-in – einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 540 Schülern –	1	Verlagerung nach Kap. 07 12 Bes.-Gr. A 14 Zweite Realschulkonrektorin, Zweiter Realschulkonrektor – an einer zusammengefassten Schule mit einer Schülerzahl von mehr als 180 am Realschulzweig und einer Gesamt Schülerzahl von mehr als 540 –	Bes.-Gr. A 13 Z Konrektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer Hauptschule mit Real- schul- oder Aufbauzug oder mit einer schul- formunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 180 Schülern –	78 Verlagerung nach Kap. 07 12 Bes.-Gr. A 13 Z Rektor/-in – einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –
Bes.-Gr. A 13 Z Konrektorin, Konrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschul- zweig und einer Gesamt Schülerzahl von mehr als 360 –	63	Verlagerung nach Kap. 07 12 Bes.-Gr. A 13 Z Konrektorin, Konrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammenge- fassten Schule mit Realschulzweig und einer Gesamt Schülerzahl von mehr als 360 –	Bes.-Gr. A 13 Konrektorin, Konrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschul- zweig und einer Gesamt Schülerzahl von 181 bis 360	6 Verlagerung nach Kap. 07 12 Bes.-Gr. A 13 Konrektorin, Konrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammenge- fassten Schule mit Realschulzweig und einer Gesamt Schülerzahl von 181 bis 360 –
Bes.-Gr. A 13 Z Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschul- zweig und einer Gesamt- schülerzahl von 181 bis 360 –	2	Verlagerung nach Kap. 07 12 Bes.-Gr. A 13 Z Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammenge- fassten Schule mit Realschulzweig und einer Gesamt Schülerzahl von 181 bis 360 –	Bes.-Gr. A 13 Konrektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer Grundschule, Haupt- schule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 360 Schülern –	15 Verlagerung nach Kap. 07 12 Bes.-Gr. A 13 Konrektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer Grund- schule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 360 Schülern –
Bes.-Gr. A 13 Z Rektorin, Rektor – einer zusammenge- fassten Schule mit Realschulzweig und einer Gesamt Schüler- zahl von 181 bis 360 –	1	Verlagerung nach Kap. 07 12 Bes.-Gr. A 13 Z Rektorin, Rektor – einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig und einer Gesamt Schülerzahl von 181 bis 360 –	Bes.-Gr. A 13 Rektorin, Rektor – als Leiter/-in einer Grundschule, Haupt- schule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 80 bis zu 180 Schülern –	15 Verlagerung nach Kap. 07 12 Bes.-Gr. A 13 Rektorin, Rektor – als Leiter/-in einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 80 bis zu 180 Schülern –
zu übertragen	1 218		zu übertragen	1 366

Erläuterungen zum Stellenplan

noch Abgang: Übertrag	Stellen 1 366		noch Abgang: Übertrag	Stellen 6 310
Bes.-Gr. A 13 Zweite Konrektorin, Zweiter Konrektor – an einer zusammen- gefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von mehr als 180 und einer Gesamt-schülerzahl von mehr als 540 –	17	Verlagerung nach Kap. 07 12 Bes.-Gr. A 13 Zweite Konrektorin, Zweiter Konrektor – an einer zusam- mengefassten Schule mit Real- schulzweig mit einer Schülerzahl von mehr als 180 und einer Gesamt- schülerzahl von mehr als 540 –	Bes.-Gr. A 12 Z Konrektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer Grundschule, Haupt- schule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –	15
Bes.-Gr. A 13 Studienrat/-rätin	965	Verlagerung nach Kap. 07 14 Bes.-Gr. A 13 Studienrat/-rätin	Bes.-Gr. A 12 Z Zweiter(r) Konrektor/-in – einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Haupt- schule mit mehr als 540 Schülern –	25
Bes.-Gr. A 13 Realschullehrer/-in – mit der Befähigung für das Lehramt an Realschulen bei einer dieser Befähigung ent- sprechenden Verwendung –	3 951	davon 2 000 Verlagerung nach Kap. 07 12 Bes.-Gr. A 13 Realschullehrer/-in – mit der Befähigung für das Lehramt an Realschulen bei einer dieser Befähigung ent- sprechenden Verwendung –  1 951 Verlagerung nach Kap. 07 13 Bes.-Gr. A 13 Realschullehrer/-in – mit der Befähigung für das Lehramt an Realschulen bei einer dieser Befähigung ent- sprechenden Verwendung –	Bes.-Gr. A 12 Lehrer/-in	2 050
Bes.-Gr. A 13 Lehrer/-in – mit fachwissenschaft- licher Ausbildung in zwei Fächern, wenn sich die Lehrbefähigung auf Gymnasien erstreckt, bei einer dieser Befähigung entsprechenden Verwendung –	9	Verlagerung nach Kap. 07 14 Bes.-Gr. A 13 Lehrer/-in – mit fachwissenschaftlicher Aus- bildung in zwei Fächern, wenn sich die Lehrbefähigung auf Gymnasien erstreckt, bei einer dieser Befähig- ung entsprechenden Verwendung –	Bes.-Gr. A 9 Jugendleiter/-in	4
Bes.-Gr. A 12 Z Zweite Konrektorin, Zweiter Konrektor – einer zusammenge- fassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Gesamt- schülerzahl von mehr als 540 –	2	Verlagerung nach Kap. 07 12 Bes.-Gr. A 12 Z Zweite Konrektorin, Zweiter Konrektor – an einer zusammengefassten Schu- le mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Ge- samtschülerzahl von mehr als 540 –	Zusammen	8 404
zu übertragen	6 310		Bleibt Abgang	8 401
			Sonstige Veränderungen:	
			HV Nr. 16: Neu; – ab 1. 2. 2005 entfallen 17 Planstellen im Zusam- menhang mit der Aufstockung des Hauptschulprofilierungspro- grammes (Kapitel 07 12 TGr. 61) – ab 1. 8. 2005 entfallen 50 Plan- stellen entsprechend den Vorgaben der Mipla 2004–2008.	
			HV Nr. 17: Neu; Darstellung der bestehenden Stellensperrungen zugunsten zusätzlicher Referendare/-innen und Lehramtsanwär- ter/-innen.	
			Stellen zu Titel 422 31:	
			Abgang: Stellen	
			Bes.-Gr. A 15 Regierungsschul- direktor/-in	8
				infolge Versetzung oder Eintritt in den Ruhestand
			Zusammen	8

Erläuterungen zum Stellenplan

Leerstellen:	Stellen
Abgang:	
Bes.-Gr. A 15	
Rektor/-in,	1
Studiendirektor/-in	
Bes.-Gr. A 14	
Oberstudienrat/-rätin,	
Rektor/-in,	
Konrektor/-in,	10
2. Konrektor/-in	
Bes.-Gr. A 13	
Realschullehrer/-in,	
Studienrat/-rätin,	
Rektor/-in,	
Konrektor/-in,	
2. Konrektor/-in	130
Bes.-Gr. A 12	
Lehrer/-in	500
Zusammen	641

Verlagerung nach Kapitel 07 12

Für folgende, gemäß § 155 (2) NSchG unter Fortzählung der Bezüge zum Dienst an anerkannten Ersatzschulen in kirchlicher Trägerschaft beurlaubte Beamtinnen und Beamte sind hier Planstellen mit veranschlagt:

- 1 Realschulrektorin, Realschulrektor  
– einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig und einer Schülerzahl von mehr als 360 am Realschulzweig –
- 5 Realschulrektorin, Realschulrektor  
– einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –
- 5 Realschulrektorin, Realschulrektor  
– als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl bis 540 –
- 1 Realschulrektorin, Realschulrektor  
– als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 360 –
- 3 Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor  
– als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –
- 1 Rektor/-in  
– einer Hauptschule mit Realschul- oder Aufbauzug oder mit einer schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 180 Schülern –
- 5 Konrektorin, Konrektor  
– als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 360 –
- 2 Zweite Konrektorin, Zweiter Konrektor  
– an einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von mehr als 180 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –
- 2 Studienrat/-rätin
- 135 Realschullehrer/-in
- 192 Lehrer/-in
- 352 Zusammen

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte</b>			
			14) ku nach Verg.-Gr. V b nach Ausscheiden der Stelleninhaberinnen/Stelleninhaber, die als Sozialpädagogin/Sozialpädagogen eine Vorklasse für nicht schulpflichtige Kinder leiten.
			15) ku nach Verg.-Gr. V b nach Ausscheiden der Stelleninhaberinnen/Stelleninhaber.
II a	34	64	Lehrkräfte
III	129	259	
IV a	70	150	
IV b <sup>14)</sup>	131	281	
V b	94	194	
V c	208	508	
VI b	144	294	
VII	9	12	
IV b <sup>15)</sup>	2	2	Pädagogische Mitarbeiter/-innen – Sozial- und Erziehungsdienst –
V b	23	23	
	844	1787	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Abgang:	Stellen
Lehrkräfte	
Verg.-Gr. II a	30
Verg.-Gr. III	130
Verg.-Gr. IV a	80
Verg.-Gr. IV b	150
Verg.-Gr. V b	100
Verg.-Gr. V c	300
Verg.-Gr. VI b	150
Verg.-Gr. VII	3
Zusammen	943

Verlagerung nach Kapitel 07 12

Für folgende, gemäß § 155 (2) NSchG unter Fortzählung der Bezüge zum Dienst an anerkannten Ersatzschulen in kirchlicher Trägerschaft beurlaubte Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis sind hier Stellen mit veranschlagt:

- | Stellen         |          |
|-----------------|----------|
| 2               | V b BAT  |
| 3               | V c BAT  |
| 3               | VI b BAT |
| <b>Zusammen</b> | <b>8</b> |

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamte/-innen</b>			
Aufsteigende Gehälter: Schuldienst			
A 15	98	90	Förderschulrektorin, Förderschulrektor – einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von mehr als 180 oder einer sonstigen Förderschule mit einer Schülerzahl von mehr als 120 –
A 14 <sup>1)</sup>	124	124	Förderschulrektorin, Förderschulrektor – einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von 91 bis 180 oder einer sonstigen Förderschule mit einer Schülerzahl von 61 bis 120 –
A 14 <sup>1)</sup>	1	1	Förderschulrektorin, Förderschulrektor – einer zusammengefassten Schule mit Förderschulzweig mit einer Schülerzahl von 91 bis 180 und einer Gesamtschülerzahl von 181 bis 360 –
A 14 <sup>1)</sup>	104	92	Förderschulkonrektorin, Förderschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von mehr als 180 oder einer sonstigen Förderschule mit einer Schülerzahl von mehr als 120 –
A 14	65	65	Förderschulrektorin, Förderschulrektor – einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von 41 bis 90 oder einer sonstigen Förderschule mit einer Schülerzahl von 31 bis 60 –
A 14	119	119	Förderschulkonrektorin, Förderschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von 91 bis 180 oder einer sonstigen Förderschule mit einer Schülerzahl von 61 bis 120 –
A 14	1	1	Förderschulkonrektorin, Förderschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Förderschulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Gesamtschülerzahl von 181 bis 360 –
A 14	17	17	Zweite Förderschulkonrektorin, Zweiter Förderschulkonrektor – an einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von mehr als 270 oder einer sonstigen Förderschule mit einer Schülerzahl von mehr als 180 –
A 13 <sup>2)</sup>	13	13	Förderschulrektorin, Förderschulrektor – als Leiterin oder Leiter einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl bis 40 oder einer sonstigen Förderschule mit einer Schülerzahl bis 30 –
A 13	3 699	3 699	Förderschullehrerin, Förderschullehrer
A 12	111	103	Lehrer/-in
A 11	30	30	Jugendleiterin, Jugendleiter – als Klassenleiterin oder Klassenleiter an einer Förderschule –
A 10	6	10	Fachlehrer/-in – mit Lehrbefähigung für mindestens zwei musisch-technische Fächer –
	<b>4 388</b>	<b>4 364</b>	<b>Zusammen</b>
Leerstellen:			
A 15	3	3	Förderschulrektorin, Förderschulrektor
A 14	3	3	Förderschulrektorin, Förderschulrektor Förderschulkonrektorin, Förderschulkonrektor
A 13	151	151	Förderschullehrerin, Förderschullehrer
A 12	1	1	Lehrer/-in
	<b>158</b>	<b>158</b>	<b>Zusammen</b>

1) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 14 NBesO.  
2) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 7 zur Bes.-Gr. A 13 NBesO.

Erläuterungen zum Stellenplan

Die Amtsbezeichnungen wurden an die Änderungen des Nds. Besoldungsgesetzes vom 29. 4. 2004 (Nds. GVBl. S. 140) angepasst.

Zugang:	Stellen	Abgang:	Stellen
Bes.-Gr. A 15 Förderschulrektorin, Förderschulrektor – einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von mehr als 180 oder einer sonstigen Förder- schule mit einer Schülerzahl von mehr als 120 –	8	Bes.-Gr. A 10 Fachlehrer/-in – mit Lehrbefähigung für mindestens zwei musisch- technische Fächer –	4 davon 3 aufgrund Stellenhebung nach Bes.-Gr. A 12 1 als Stelleneinsparung für die Stellenhebung nach Bes.-Gr. A 12 – Lehrer/-in –
Bes.-Gr. A 14 Z Förderschulkonrektorin, Förderschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von mehr als 180 oder einer sonstigen Förderschule mit einer Schülerzahl von mehr als 120 –	12	Zusammen Bleibt Zugang	4 24
Bes.-Gr. A 12 Lehrer/-in	8	Für folgende gem. § 152 Abs. 3 NSchG unter Fortzahlung der Bezüge zum Dienst an Förderschulen in freier Trägerschaft beurlaubte Beamtinnen und Beamte sind hier Planstellen mit veranschlagt: 2 Förderschulrektorin, Förderschulrektor – einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von mehr als 180 oder einer sonstigen Förderschule mit einer Schülerzahl von mehr als 120 – 2 Förderschulrektorin, Förderschulrektor – einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von 91 bis 180 oder einer sonstigen Förderschule mit einer Schülerzahl von 61 bis 120 – 1 Förderschulrektorin, Förderschulrektor – einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von 41 bis 90 oder einer sonstigen Förderschule mit einer Schülerzahl von 31 bis 60 – 1 Förderschulrektorin, Förderschulrektor – als Leiterin oder Leiter einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl bis 40 oder einer sonstigen Förderschule mit einer Schülerzahl bis 30 – 1 Förderschulkonrektorin, Förderschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von mehr als 180 oder einer sonstigen Förderschule mit einer Schülerzahl von mehr als 120 – 1 Förderschulkonrektorin, Förderschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von 91 bis 180 oder einer sonstigen Förderschule mit einer Schülerzahl von 61 bis 120 – 40 Förderschullehrer/-in 3 Lehrer/-in 1 Jugendleiterin, Jugendleiter – als Klassenleiterin oder Klassenleiter an einer Förderschule –	52 Zusammen
Zusammen	28		

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte</b>			
II a	22	22	Lehrkräfte
III	48	48	
IV a	13	13	
IV b	70	70	
V b	72	72	
V c	20	40	
VI b	54	54	
VII	3	3	
IV b	23	23	Pädagogische Mitarbeiter/-innen
V b <sup>4)</sup>	97	99	- Sozial- und Erziehungsdienst -
V c	410	384	
VI b	2	2	
V c	147	145	- Medizinische Hilfsberufe -
VI b	2	4	
VI b	17	19	Betreuungskräfte
VII	46	48	- Sozial- und Erziehungsdienst -
VI b	2	2	- Medizinische Hilfsberufe -
VII	39	39	
	<u>1 087</u>	<u>1 087</u>	Zusammen
Leerstellen:			
V b	8	8	Pädagogische Mitarbeiter/-innen
V c	35	35	
VI b	19	19	
VII	7	7	
	<u>69</u>	<u>69</u>	Zusammen

<sup>4)</sup> Davon 70 ku nach Verg.-Gr. V c BAT bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Umwandlungen: Pädagogische Mitarbeiter/-innen - Sozial- und Erziehungsdienst - Verg.-Gr. V c	Stellen 26	davon 20 aufgrund Vollzug des Allgemeinen Haushaltsvermerks Nr. 9 von Verg.-Gr. V c Lehrkräfte 2 Verlagerung von Verg.-Gr. V b und Stellensenkung Pädagogische Mitarbeiter/-innen - Sozial- und Erziehungsdienst - 2 Verlagerung von Verg.-Gr. VI b und Stellenhebung Betreuungskräfte - Sozial- und Erziehungsdienst - 2 Verlagerung von Verg.-Gr. VII und Stellenhebung Betreuungskräfte - Sozial- und Erziehungsdienst -	Für folgende, gemäß § 152 (3) NSchG unter Fortzahlung der Vergütungen zum Dienst an Förderschulen in freier Trägerschaft beurlaubte Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis sind hier Stellen mit veranschlagt:  Stellen <u>1</u> IV b BAT Zusammen <u>1</u>
Pädagogische Mitarbeiter/-innen - Medizinische Hilfsberufe - Verg.-Gr. V c	2	Verlagerung und Stellenhebung von Verg.-Gr. VI b Pädagogische Mitarbeiter/-innen - Medizinische Hilfsberufe -	
Zusammen	<u>28</u>		

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamte/-innen</b>			
A 15	51	—	Schuldienst Realschulrektorin, Realschuldirektor – einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig und einer Schülerzahl von mehr als 360 am Realschulzweig –
A 15	113	—	Realschulrektorin, Realschulrektor – einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –
A 14 <sup>2)</sup> 12)	7	—	Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von mehr als 360 am Realschulzweig –
A 14 <sup>2)</sup> 12)	57	—	Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –
A 14 <sup>2)</sup> 12)	41	—	Realschulrektorin, Realschulrektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl bis 540 –
A 14 <sup>2)</sup> 12)	52	—	Realschulrektorin, Realschulrektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 360 –
A 14 <sup>12)</sup>	20	—	Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl bis 540 –
A 14 <sup>12)</sup>	53	—	Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 360 –
A 14 <sup>12)</sup>	48	—	Realschulrektorin, Realschulrektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Gesamtschülerzahl bis 360 –
A 14 <sup>12)</sup>	64	—	Rektorin, Rektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 360 –
A 14	76	—	Rektor/-in – einer Hauptschule mit Realschul- oder Aufbauzug oder mit einer schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 180 Schülern –
A 14	42	—	Rektor/-in – einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 360 Schülern –
A 14 <sup>12)</sup>	101	—	Zweite Realschulkonrektorin, Zweiter Realschulkonrektor – an einer zusammengefassten Schule mit einer Schülerzahl von mehr als 180 am Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –
A 13 <sup>4)</sup> 12)	63	—	Konrektorin, Konrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 360 –
A 13 <sup>4)</sup> 12)	6	—	Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von 181 bis 360 –
A 13 <sup>4)</sup> 12)	1	—	Rektorin, Rektor – einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von 181 bis 360 –

- 2) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 14 NBesO.  
4) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 2 zur Bes.-Gr. A 13 NBesO.  
5) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 7 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.  
8) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 2 zur Bes.-Gr. A 13 NBesO.  
9) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 7 zur Bes.-Gr. A 12 BBesO.  
10) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 8 zur Bes.-Gr. A 12 BBesO.  
12) Soweit an zusammengefassten Schulen für diese Funktion sowohl ein Beförderungsamtsamt für Lehrkräfte mit der Befähigung für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen als auch ein Beförderungsamtsamt für Lehrkräfte mit der Befähigung für das Lehramt an Realschulen vorgesehen ist, darf jeweils nur eines von beiden Ämtern in Anspruch genommen werden.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamte/-innen</b>			
A 13 <sup>5)</sup>	108	—	Schuldienst Rektor/-in – einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –
A 13 <sup>12)</sup>	6	—	Konrektorin, Konrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von 181 bis 360 –
A 13	15	—	Konrektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 360 Schülern –
A 13	15	—	Rektorin, Rektor – als Leiter/-in einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 80 bis zu 180 Schülern –
A 13 <sup>12)</sup>	17	—	Zweite Konrektorin, Zweiter Konrektor – an einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von mehr als 180 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –
A 13	2 000	—	Realschullehrer/-in
A 12 <sup>9)</sup>	15	—	Konrektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –
A 12 <sup>8)</sup>	2	—	Zweite Konrektorin, Zweiter Konrektor – an einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –
A 12 <sup>9)</sup>	25	—	Zweite(r) Konrektor/-in – einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 540 Schülern –
A 12	2 000	—	Lehrer/-in
	4 998	—	Zusammen
Leerstellen:			
A 15	1	—	Rektor/-in, Studiendirektor/-in
A 14	10	—	Oberstudienrat/-rätin, Rektor/-in, Konrektor/-in, Zweite(r) Konrektor/-in
A 13	130	—	Realschullehrer/-in, Studienrat/-rätin, Rektor/-in, Konrektor/in, Zweite(r) Konrektor/-in
A 12	500	—	Lehrer/-in
	641	—	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang: Bes.-A 15	Stellen	noch Zugang: Übertrag	Stellen 171
<p>Realschullektorin, Realschullektor – einer zusammen- gefassten Schule mit Realschulzweig und einer Schüler- zahl von mehr als 360 am Realschul- zweig –</p>	<p>51 Verlagerung von Kapitel 07 10 davon 25 Bes.-Gr. A 15 Realschullektorin, Realschullektor – einer zusammengefassten Schu- le mit Realschulzweig und einer Schülerzahl von mehr als 360 am Realschulzweig – 17 Bes.-Gr. A 15 Rektor/-in – einer selbstständigen schul- formunabhängigen Orientie- rungsstufe mit mehr als 360 Schülern – 9 Verlagerung von Kapitel 07 10 und Stellenhebung von Bes.-Gr. A 14 Z Rektor/-in – einer selbstständigen schul- formunabhängigen Orientie- rungsstufe mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –</p>	<p>Bes.-Gr. A 14 Z Realschullektorin, Realschullektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zu- sammengefassten Schule mit Real- schulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –</p>	<p>57 Verlagerung von Kapitel 07 10 davon 43 Bes.-Gr. A 14 Z Realschullektorin, Realschullektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schü- lerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 – 14 Bes.-Gr. A 14 Z Konrektorin, Konrektor – als der/die ständige Vertreter/ -in des/der Leiters/-terin einer selbstständigen schulfornunab- hängigen Orientierungsstufe mit mehr als 360 Schülern –</p>
<p>Bes.-A 15 Realschullektorin, Realschullektor – einer zusammen- gefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schüler- zahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –</p>	<p>113 Verlagerung von Kapitel 07 10 davon 81 Bes.-Gr. A 15 Realschullektorin, Realschullektor – einer zusammengefassten Schu- le mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 – 16 Bes.-Gr. A 15 Rektor/-in – einer selbstständigen schul- formunabhängigen Orientie- rungsstufe mit mehr als 360 Schülern – 16 Bes.-Gr. A 14 Z Rektor/-in – einer selbstständigen schul- formunabhängigen Orientie- rungsstufe mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –</p>	<p>Bes.-Gr. A 14 Z Realschullektorin, Realschullektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammen- gefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl bis 540 –</p>	<p>41 Verlagerung von Kapitel 07 10 davon 25 Bes.-Gr. A 14 Z Realschullektorin, Realschullektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schü- lerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl bis 540 – 16 Bes.-Gr. A 14 Z Rektor/-in – einer selbstständigen schul- formunabhängigen Orientie- rungsstufe mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –</p>
<p>Bes.-Gr. A 14 Z Realschullektorin, Realschullektor – als die ständige Ver- treterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammen- gefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von mehr als 360 am Real- schulzweig –</p>	<p>7 Verlagerung von Kapitel 07 10 Bes.-Gr. A 14 Z Realschullektorin, Realschullektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammenge- fassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von mehr als 360 am Realschulzweig –</p>	<p>Bes.-Gr. A 14 Z Realschullektorin, Realschullektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammen- gefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Gesamt- schülerzahl von mehr als 360 –</p>	<p>52 Verlagerung von Kapitel 07 10 davon 43 Bes.-Gr. A 14 Z Realschullektorin, Realschullektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 360 – 9 Bes.-Gr. A 14 Z Rektor/-in – einer selbstständigen schul- formunabhängigen Orientie- rungsstufe mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –</p>
<p>zu übertragen</p>	<p>171</p>	<p>zu übertragen</p>	<p>321</p>

Erläuterungen zum Stellenplan

noch Zugang: Übertrag	Stellen 321	noch Zugang: Übertrag	Stellen 394
– Bes.-Gr. A 14 Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als die ständige Ver- treterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammen- gefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl bis 540 –	20	Bes.-Gr. A 14 Realschulrektorin, Realschulrektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammen- gefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Gesamt- schülerzahl bis 360 –	48
	Verlagerung von Kapitel 07 10 davon		Verlagerung von Kapitel 07 10 davon
	10 Bes.-Gr. A 14 Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leite- rin oder des Leiters einer zusam- mengefassten Schule mit Real- schulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl bis 540 –		29 Bes.-Gr. A 14 Realschulrektorin, Realschulrektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schül- erzahl bis 180 und einer Gesamt- schülerzahl bis 360 –
	10 Bes.-Gr. A 14 Rektor/-in – einer selbstständigen schul- formunabhängigen Orientie- rungsstufe mit bis zu 180 Schülern –		19 Bes.-Gr. A 14 Konrektor/-in – als der/die ständige Vertreter/ -in des/der Leiters/-terin einer selbstständigen schulformunab- hängigen Orientierungsstufe mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –
Bes.-Gr. A 14 Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als die ständige Ver- treterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammen- gefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 360 –	53	Bes.-Gr. A 14 Rektorin, Rektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammen- gefassten Schule mit Realschulzweig und einer Gesamtschüler- zahl von mehr als 360 –	64
	Verlagerung von Kapitel 07 10 davon		Verlagerung von Kapitel 07 10 davon
	27 Bes.-Gr. A 14 Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leite- rin oder des Leiters einer zusam- mengefassten Schule mit Real- schulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Gesamtschüler- zahl von mehr als 360 –		52 Bes.-Gr. A 14 Rektorin, Rektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 360 –
	9 Bes.-Gr. A 14 Konrektor/-in – als der/die ständige Vertreter/ -in des/der Leiters/-terin einer selbstständigen schulformunab- hängigen Orientierungsstufe mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –		12 Bes.-Gr. A 14 Konrektor/-in – als der/die ständige Vertreter/ -in des/der Leiters/-terin einer selbstständigen schulformunab- hängigen Orientierungsstufe mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –
	17 Bes.-Gr. A 14 Rektor/-in – einer selbstständigen schul- formunabhängigen Orientie- rungsstufe mit bis zu 180 Schülern –	Bes.-Gr. A14 Rektor/-in – einer Hauptschule mit Realschul- oder Aufbauzug oder mit einer schulformunab- hängigen Orientie- rungsstufe mit mehr als 180 Schülern –	76
			Verlagerung von Kapitel 07 10 Bes.-Gr. A 14 Rektor/-in – einer Hauptschule mit Realschul- oder Aufbauzug oder mit einer schulformunabhängigen Orientie- rungsstufe mit mehr als 180 Schülern –
zu übertragen	394	Bes.-Gr. A14 Rektor/-in – einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Haupt- schule mit mehr als 360 Schülern –	42
			Verlagerung von Kapitel 07 10 Bes.-Gr. A 14 Rektor/-in – einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 360 Schülern –
		zu übertragen	624

Erläuterungen zum Stellenplan

noch Zugang: Übertrag	Stellen 624		noch Zugang Übertrag	Stellen 794	
Bes.-Gr. A 14 Zweite Realschul- konrektorin, Zweiter Realschul- konrektor – an einer zusammen- gefassten Schule mit einer Schülerzahl von mehr als 180 am Real- schulzweig und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –	101	Verlagerung von Kapitel 07 10 davon 70 Bes.-Gr. A 14 Zweite Realschulkonrektorin, Zweiter Realschulkonrektor – an einer zusammengefassten Schule mit einer Schülerzahl von mehr als 180 am Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 – 30 Bes.-Gr. A 14 Konrektor/-in – als der/die ständige Vertreter/ -in des/der Leiters/-terin einer selbstständigen schulformunab- hängigen Orientierungsstufe mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern – 1 Bes.-Gr. A 14 Zweite(r) Konrektor/-in – einer selbstständigen schul- formunabhängigen Orientie- rungsstufe mit mehr als 540 Schülern –	– Bes.-Gr. A 13 Z Rektorin, Rektor – einer zusammenge- fassten Schule mit Realschulzweig und einer Gesamtschüler- zahl von 181 bis 360 –	1	Verlagerung von Kapitel 07 10 Bes.-Gr. A 13 Z Rektorin, Rektor – einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von 181 bis 360 –
Bes.-Gr. A 13 Z Konrektorin, Konrektor – als die ständige Ver- treterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammen- gefassten Schule mit Realschulzweig und einer Gesamtschüler- zahl von mehr als 360 –	63	Verlagerung von Kapitel 07 10 Bes.-Gr. A 13 Z Konrektorin, Konrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammen- gefassten Schule mit Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 360 –	Bes.-Gr. A 13 Konrektorin, Konrektor – als die ständige Ver- treterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammen- gefassten Schule mit Realschulzweig und einer Gesamtschüler- zahl von 181 bis 360 –	6	Verlagerung von Kapitel 07 10 Bes.-Gr. A 13 Konrektorin, Konrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammen- gefassten Schule mit Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von 181 bis 360 –
Bes.-Gr. A 13 Z Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als die ständige Ver- treterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammen- gefassten Schule mit Realschulzweig und einer Gesamtschüler- zahl von 181 bis 360 –	6	Verlagerung von Kapitel 07 10 davon 2 Bes.-Gr. A 13 Z Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leite- rin oder des Leiters einer zusam- mengefassten Schule mit Real- schulzweig und einer Gesamt- schülerzahl von 181 bis 360 – 4 Bes.-Gr. A 13 Z Rektor/-in – einer Grundschule, Hauptschu- le oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –	Bes.-Gr. A 13 Konrektor/-in, – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer Grundschule, Haupt- schule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 360 Schülern –	15	Verlagerung von Kapitel 07 10 Bes.-Gr. A 13 Konrektor/-in – als der/die ständige Vertreter/ -in des/der Leiters/-terin einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 360 Schülern –
zu übertragen	794		zu übertragen	924	

Erläuterungen zum Stellenplan

noch Zugang: Übertrag	Stellen 924		noch Zugang Übertrag	Stellen 2 973
Bes.-Gr. A 13 Rektorin, Rektor – als Leiter/-in einer Grundschule, Haupt- schule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 80 bis zu 180 Schülern –	15	Verlagerung von Kapitel 07 10 Bes.-Gr. A 13 Rektorin, Rektor – als Leiter/-in einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 80 bis zu 180 Schülern –	Bes.-Gr. A 12 Z Zweite(r) Konrektor/-in – einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Haupt- schule mit mehr als 540 Schülern –	25
Bes.-Gr. A 13 Zweite Konrektorin, Zweiter Konrektor – an einer zusammen- gefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von mehr als 180 und einer Gesamt- schülerzahl von mehr als 540 –	17	Verlagerung von Kapitel 07 10 Bes.-Gr. A 13 Zweite Konrektorin, Zweiter Konrektor – an einer zusammengefassten Schu- le mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von mehr als 180 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –	Bes.-Gr. A 12 Lehrer/-in	2 000
Bes.-Gr. A 13 Realschullehrer/-in – mit der Befähigung für das Lehramt an Realschulen bei einer dieser Befähigung entsprechenden Verwendung –	2 000	Verlagerung von Kapitel 07 10 Bes.-Gr. A 13 Realschullehrer/-in – mit der Befähigung für das Lehr- amt an Realschulen bei einer dieser Befähigung entsprechenden Verwen- dung –	Zusammen	4 998
Bes.-Gr. A 12 Z Konrektor/-in, – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer Grundschule, Haupt- schule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –	15	Verlagerung von Kapitel 07 10 Bes.-Gr. A 12 Z Konrektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer Grund- schule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –	Leerstellen Zugang: Bes.-Gr. A 15 Rektor/-in, Studien- direktor/-in Bes.-Gr. A 14 Oberstudienrat/ -rätin, Rektor/-in, Konrektor/-in, Zweite(r) Kon- rektor/-in Bes.-Gr. A 13 Realschullehrer/-in, Studienrat/-rätin, Rektor/-in, Konrektor/-in, Zweite(r) Kon- rektor/-in Bes.-Gr. A 12 Lehrer/-in	1 10 130 500
Bes.-Gr. A 12 Z Zweite Konrektorin, Zweiter Konrektor – an einer zusammen- gefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von bis 180 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –	2	Verlagerung von Kapitel 07 10 Bes.-Gr. A 12 Z Zweite Konrektorin, Zweiter Konrektor – an einer zusammengefassten Schu- le mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Ge- samtschülerzahl von mehr als 540 –	Zusammen	641
zu übertragen	2 973			

Verlagerung von Kapitel 07 10

Einzelplan 07 Kultusministerium  
 Kapitel 07 12 Hauptschulen

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte</b>			
II a	30	—	Lehrkräfte
III	130	—	
IV a	80	—	
IV b	150	—	
V b	100	—	
V c	300	—	
VI b	150	—	
VII	3	—	
	943	—	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Zugang:	Stellen	
Lehrkräfte		
Verg.-Gr. II a	30	} Verlagerung von Kapitel 07 10
Verg.-Gr. III	130	
Verg.-Gr. IV a	80	
Verg.-Gr. IV b	150	
Verg.-Gr. V b	100	
Verg.-Gr. V c	300	
Verg.-Gr. VI b	150	
Verg.-Gr. VII	3	
Zusammen	943	

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamte/-innen</b>			
A 15 <sup>2)</sup>	164	113	Schuldienst Realschulrektor/-in
A 14 <sup>1)</sup>	124	124	– einer Realschule mit mehr als 360 Schülern – Realschulrektor/-in
A 14 <sup>1)</sup>	162	130	– einer Realschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern – Realschulkonrektor/-in
A 14	16	8	– als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer Realschule mit mehr als 360 Schülern – Realschulrektor/-in
A 14	199	128	– einer Realschule mit bis zu 180 Schülern – Realschulkonrektor/-in
A 14	33	20	– als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer Realschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern – Zweite(r) Realschulkonrektor/-in
A 13	6 146	4 154	– einer Realschule mit mehr als 540 Schülern – Realschullehrer/-in
A 12	63	63	– mit der Befähigung für das Lehramt an Realschulen bei einer dieser Befähigung entsprechenden Verwendung – Lehrer/-in
A 10	10	11	Fachlehrer/-in – mit Lehrbefähigung für mindestens zwei musisch-technische Fächer –
	6 917	4 751	Zusammen
Leerstellen:			
A 15	8	8	Realschulrektor/-in
A 14	15	15	Realschulrektor/-in, Realschulkonrektor/-in
A 13	201	201	Realschullehrer/-in
A 12	8	8	Lehrer/-in
	232	232	Zusammen

1) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 14 BBesO.  
2) 1 kw nach Fortfall der Freistellungs-, Abordnungs- bzw. Beurlaubungsvoraussetzungen (Tätigkeit einer Lehrkraft als nationale Sachverständige bei Einrichtungen der EU). Für die Dauer der Tätigkeit der Realschullehrer/-in bei der EU ist eine Planstelle der Bes.-Gr. A 13 – Realschullehrer/-in – gesperrt.

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang:	Stellen	noch Zugang:	Stellen
Bes.-A 15 Realschulrektor/-in – einer Realschule mit mehr als 360 Schülern –	51	Übertrag  Bes.-Gr. A 14 Realschulrektor/-in – einer Realschule mit bis zu 180 Schülern –	83  8
	21		8
	Verlagerung von Kapitel 07 10 Bes.-Gr. A 15 Rektor/-in – einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 360 Schülern –		
	30		
	Verlagerung von Kapitel 07 10 und Stellenhebung von Bes.-Gr. A 14 Z Rektor/-in – einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –		
Bes.-Gr. A 14 Z Realschul- konrektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer Realschule mit mehr als 360 Schülern –	32	Bes.-Gr. A 14 Realschul- konrektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer Realschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –	71
	Verlagerung von Kapitel 07 10 Bes.-Gr. A 14 Konrektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer selbst- ständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –		
		Bes.-Gr. A 14 Zweite(r) Realschul- konrektor/-in – einer Realschule mit mehr als 540 Schülern –	13
zu übertragen	83		13
			175
		zu übertragen	

Erläuterungen zum Stellenplan

noch Zugang: Übertrag	Stellen 175		Abgang: Bes.-A 10 Fachlehrer/-in – mit Lehrbefähigung für mindestens zwei musisch-technische Fächer –	Stellen 1	Verlagerung nach Kapitel 07 11 und Stellenhebung nach Bes.-Gr. 12 Lehrer/-in
Bes.-Gr. A 13 Realschullehrer/-in – mit der Befähigung für das Lehramt an Realschulen bei einer dieser Befähigung entsprechenden Verwendung –	1992	davon			
		41	Verlagerung von Kapitel 07 10 und Stellensenkung von Bes.-Gr. A 14 Z Rektor/-in – einer selbstständigen schul- formunabhängigen Orientie- rungsstufe mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –	Abgang Bleibt Zugang	1 2166
		1951	Verlagerung von Kapitel 07 10 Bes.-Gr. A 13 Realschullehrer/-in – mit der Befähigung für das Lehramt an Realschulen bei einer dieser Befähigung ent- sprechenden Verwendung –		
Zugang	<u>2167</u>				

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	

Angestellte			
II a	13	13	Lehrkräfte
III	17	17	
IV a	8	8	
IV b	26	26	
V b	34	34	
V c	85	85	
VI b	54	54	
VII	5	5	
	<u>242</u>	<u>242</u>	Zusammen

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			1) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 7 zur Bes.-Gr. A 15 BBesO.
			2) Davon 1 gesperrt bis zum Wegfall des Haushaltsvermerks Nr. 10).
			3) 3 DW.
			4) ku in Stellen für Studienräte/-innen.
A 16	209	194	6) Abweichend von § 50 Abs. 3 LHO darf 1 Stelleninhaber für eine Tätigkeit am Theaterpädagogischen Zentrum in Lingen freigestellt werden.
A 16	9	9	8) Von den Stelleninhabern/-innen erhalten insgesamt 6 eine Stellenzulage gem. § 1 Nr. 2 der VO vom 19. 6. 1978 – Nds. GVBl. S. 559 –, geändert durch BesÄVO vom 30. 10. 2001.
A 16	1	1	11) Davon 22 Stellen gesperrt zugunsten der Lehrerausbildung.
A 15 <sup>1)</sup>	11	11	12) Abweichend von § 50 Abs. 3 LHO darf 1 Stelleninhaber für Archiv- und Dokumentationsarbeiten an die Universität Hildesheim abgeordnet werden.
A 15 <sup>1)3)</sup>	7	7	13) Vgl. HV Nr. 7 Satz 3 zu Kapitel 07 51.
A 15 <sup>1)</sup>	210	193	
A 15 <sup>1)</sup>	10	10	
A 15 <sup>1)</sup>	1	1	
A 15	11	11	
A 15	8	5	
A 15 <sup>2)</sup>	138	138	
A 15	271	—	
A 15 <sup>3)</sup>	817	798	
A 14 <sup>3)6)8)12)</sup>	3 598	3 591	
A 13 <sup>8)11)13)</sup>	5 500	4 501	
A 13	236	236	
A 13 <sup>4)</sup>	85	76	
A 12	54	54	
A 10	—	1	
	11 176	9 837	Zusammen
			Leerstellen:
A 16	14	14	
A 15	79	78	
A 14	251	251	
A 13	549	549	
A 12	9	9	
	902	901	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Gem. Haushaltsvermerk Nr. 1 zu Kap. 07 58 ist eine Planstelle der Bes.-Gr. A 15 (Direktor/-in beim NLI) in das Kap. 07 14 zurückzuverlagern.		noch Zugang: Übertrag	Stellen 35
Zugang: Bes.-Gr. A 16 Oberstudien- direktor/-in – als Leiter/-in eines voll ausgebauten Gymnasiums mit mehr als 360 Schülern –	Stellen	Bes.-Gr. A 15 Studiendirektor/-in – als Fachleiter/-in an Studienseminaren –	271
	15	Bes.-Gr. A 15 Studiendirektor/-in – zur Koordinierung schulfachlicher Auf- gaben –	20
		Bes.-Gr. A 14 Oberstudienrat/ -rätin	7
		Bes.-Gr. A 13 Studienrat/-rätin	999
Bes.-Gr. A 15 Z Studiendirektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin eines voll ausgebauten Gymnasiums mit mehr als 360 Schülern –	17		
Bes.-Gr. A 15 Studiendirektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin eines voll ausgebauten Gymnasiums mit bis zu 360 Schülern –	3		
zu übertragen	35	zu übertragen	1 332

Erläuterungen zum Stellenplan

noch Zugang: Übertrag	Stellen 35		Sonstige Veränderungen: HV Nr. 9: Der HV zu Bes.-Gr. A 15 – Studiendirektor/-in zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben – (1 kw zum 1. 8. 2004) entfällt infolge Vollzugs. HV Nr. 11: Neu; Darstellung der bestehenden Stellensperrungen zugunsten zusätzlicher Referendare/-innen. HV Nr. 12: Neu; Darstellung einer über ein Haushaltsjahr laufenden Abordnung. HV Nr. 13: Neu; Darstellung von Stellensperrungen zu Gunsten zusätzlicher Referendare/-innen. Für die am von der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers geführten Gymnasium Andreanum in Hildesheim und für die am vom Bistum Hildesheim getragenen, als staatlich anerkannte Ersatzschule geführten Gymnasium Josephinum in Hildesheim tätigen, unter Fortzahlung der Bezüge aus dem Landesdienst beurlaubten Lehrkräfte sind hier folgende Planstellen mit veranschlagt: 2 Oberstudiendirektoren/-innen – als Leiter/-in eines voll ausgebauten Gymnasiums mit mehr als 360 Schülern – 2 Studiendirektoren/-innen – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin eines voll ausgebauten Gymnasiums mit mehr als 360 Schülern – 1 Studiendirektor/-in – als Fachberater/-in in der Schulaufsicht – 8 Studiendirektoren/-innen – zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben – 29 Oberstudienräte/-innen 46 Studienräte/-innen 1 Lehrer/-innen – mit fachwissenschaftlicher Ausbildung – 2 Realschullehrer/-innen
Bes.-Gr. A 13 Lehrer/-in – mit fachwissenschaftlicher Ausbildung in zwei Fächern, wenn sich die Lehrbefähigung auf Gymnasien erstreckt, bei einer dieser Befähigung entsprechenden Verwendung –	9	Verlagerung von Kapitel 07 10 Bes.-Gr. A 13 Lehrer/-in – mit fachwissenschaftlicher Ausbildung in zwei Fächern, wenn sich die Lehrbefähigung auf Gymnasien erstreckt, bei einer dieser Befähigung entsprechenden Verwendung –	2 Oberstudiendirektoren/-innen – als Leiter/-in eines voll ausgebauten Gymnasiums mit mehr als 360 Schülern – 2 Studiendirektoren/-innen – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin eines voll ausgebauten Gymnasiums mit mehr als 360 Schülern – 1 Studiendirektor/-in – als Fachberater/-in in der Schulaufsicht – 8 Studiendirektoren/-innen – zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben – 29 Oberstudienräte/-innen 46 Studienräte/-innen 1 Lehrer/-innen – mit fachwissenschaftlicher Ausbildung – 2 Realschullehrer/-innen
Zusammen	1 341		91 Zusammen
Abgang: Bes.-Gr. A 10 Lehrer/-in für Fachpraxis	Stellen 1	Verlagerung nach Kapitel 07 20 Bes.-Gr. A 10 Lehrer/-in für Fachpraxis	
Zusammen Bleibt Zugang	1 1 340		
Leerstellen: Zugang: Bes.-Gr. A 15	Stellen 1	Verlagerung von Kapitel 07 51 Bes.-Gr. A 15 Studiendirektor/-in – als Fachleiter/-in an Studienseminaren –	Ferner werden Beamtinnen und Beamte gem. § 155 Abs. 2 i. V. m. § 154 Abs. 1 Satz 2 NSchG unter Fortzahlung der Bezüge zum Dienst an Gymnasien in freier Trägerschaft (z. Zt. Gymnasium in Wolfsburg) beurlaubt.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte</b>			
I b	1	1	Lehrkräfte
II a <sup>10)</sup>	122	122	
II b	50	50	
III	21	21	
IV a	25	25	
IV b	39	39	
V b	106	106	
VI b	6	6	
VII	1	1	
V b	5	5	Pädagogische Mitarbeiter/-innen
VI b	1	1	- Sozial- und Erziehungsdienst -
VII	2	2	
V b	3	3	Verwaltungsdienst
V c	2	2	
VII	5	4	
V c	1	1	Sonstige Dienste
VI b	3	3	
VII	6	6	Wirtschaftsdienst
	<u>399</u>	<u>398</u>	Zusammen
V b	1	1	Leerstellen: Pädagogische Mitarbeiter/innen - Sozial- und Erziehungsdienst -

<sup>10)</sup> Davon 1 in der Funktion als Fachberater/-in; diese(r) erhält eine Zulage gem. Nr. 6.1 des Eingruppierungserlasses für die Lehrkräfte an öffentlichen Schulen i. d. F. vom 11. 4. 1986.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Angestellte**

Zugang:  
Verg.-Gr. VII

Stellen

1 Verlagerung von Kapitel 07 58 -  
Vollzug HV Nr. 9 bei 07 58  
(Einsatz im Kapitel 07 14  
anstatt 07 07)

Zusammen

1

Für die am von der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannover geführten Gymnasium Andreanum in Hildesheim und für die an dem vom Bistum Hildesheim getragenen, als staatlich anerkannte Ersatzschule geführten Gymnasium Josephinum in Hildesheim tätigen, unter Fortzahlung der Bezüge/Vergütungen aus dem Landesdienst beurlaubten Lehrkräfte sind hier folgende Stellen mit veranschlagt:

1 V b BAT

1 Zusammen

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Arbeiter/-innen</b>			
1	5	5	Reinigungsdienst
5	1	1	Boten-, Pförtner- und Hausmeisterdienst
5 a	3	3	
2 a	1	1	Haus- und Gartendienst
4	1	2	
1 a	1	1	Wirtschaftsdienst
2 a	2	2	
5	1	1	
	<u>15</u>	<u>16</u>	Zusammen

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

**Lohnempfänger/innen**

Abgang:  
Haus- und  
Gartendienst  
Lohn-Gr. 4

Stellen

1 Verlagerung zum Landesliegen-  
schaftsfonds (Kapitel 13 21)  
- Behördenhaus Braunschweig-  
Kolleg/Abendgymnasium

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamte/-innen</b>			
			Aufsteigende Gehälter: Schuldiens
A 16	31	31	Gesamtschuldirektorin, Gesamtschuldirektor – als Leiterin oder Leiter einer Gesamtschule mit Oberstufe –
A 16	5	5	Gesamtschuldirektorin, Gesamtschuldirektor – als Leiterin oder Leiter einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl von mehr als 1 000 –
A 15 <sup>1)</sup>	29	29	Direktorstellvertreterin, Direktorstellvertreter – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Gesamtschule mit Oberstufe –
A 15 <sup>1)</sup>	5	5	Direktorstellvertreterin, Direktorstellvertreter – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl von mehr als 1 000 –
A 15 <sup>1)</sup>	23	23	Gesamtschuldirektorin, Gesamtschuldirektor – als Leiterin oder Leiter einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl von 541 bis 1 000 –
A 15 <sup>1)</sup>	16	16	Studiendirektorin, Studiendirektor – als Leiterin oder Leiter des Gymnasialzweigs mit einer Schülerzahl von mehr als 360 an einer Kooperativen Gesamtschule mit Oberstufe –
A 15	21	21	Direktorstellvertreterin, Direktorstellvertreter – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl von 541 bis zu 1 000 –
A 15	12	12	Fachmoderatorin, Fachmoderator – für Gesamtschulen –
A 15	8	7	Gesamtschuldirektorin, Gesamtschuldirektor – als Leiterin oder Leiter einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl bis 540 –
A 15	36	36	Gesamtschulrektorin, Gesamtschulrektor – als die Didaktische Leiterin oder der Didaktische Leiter einer Gesamtschule mit einer Schülerzahl im Sekundarbereich I von mehr als 540 –
A 15	11	11	Gesamtschulrektorin, Gesamtschulrektor – als Leiterin oder Leiter des Sekundarbereichs I mit einer Schülerzahl von mehr als 810 an einer Integrierten Gesamtschule mit Oberstufe –
A 15	19	19	Studiendirektorin, Studiendirektor – als die Didaktische Leiterin oder der Didaktische Leiter einer Gesamtschule mit einer Schülerzahl im Sekundarbereich I von mehr als 540 –
A 15	27	20	Studiendirektorin, Studiendirektor – als Leiterin oder Leiter des Sekundarbereichs II an einer Integrierten Gesamtschule –
A 15	12	9	Studiendirektorin, Studiendirektor – als Leiterin oder Leiter des Sekundarbereichs I mit einer Schülerzahl von mehr als 810 an einer Integrierten Gesamtschule mit Oberstufe –
	255	244	zu übertragen

<sup>1)</sup> Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 15 NBesO.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
	255	244	Übertrag
A 15	3	3	Studiendirektorin, Studiendirektor – als Leiterin oder Leiter des Gymnasialzweigs mit einer Schülerzahl von 131 bis 360 an einer Kooperativen Gesamtschule mit Oberstufe –
A 15	8	5	Studiendirektorin, Studiendirektor – als Leiterin oder Leiter des Gymnasialzweigs mit einer Schülerzahl von mehr als 130 an einer Kooperativen Gesamtschule ohne Oberstufe –
A 15	2	2	Studiendirektor/-in – als Fachberater/-in in der Schulaufsicht –
A 15	35	29	Studiendirektor/-in – zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben –
A 14 <sup>2)</sup>	—	1	Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als Leiterin oder Leiter einer schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit einer Schülerzahl von mehr als 360 an einer Kooperativen Gesamtschule –
A 14 <sup>2)</sup>	10	9	Realschulrektorin, Realschulrektor – als Leiterin oder Leiter des Realschulzweigs mit einer Schülerzahl von mehr als 360 an einer Kooperativen Gesamtschule –
A 14 <sup>2)</sup>	—	12	Rektorin, Rektor – als Leiterin oder Leiter einer schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit einer Schülerzahl von mehr als 360 an einer Kooperativen Gesamtschule –
A 14	9	9	Direktorstellvertreterin, Direktorstellvertreter – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl bis 540 –
A 14	11	6	Gesamtschulrektorin, Gesamtschulrektor – als die Didaktische Leiterin oder der Didaktische Leiter einer Gesamtschule mit einer Schülerzahl im Sekundarbereich I bis 540 –
A 14	12	12	Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als die Didaktische Leiterin oder der Didaktische Leiter einer Gesamtschule mit einer Schülerzahl im Sekundarbereich I bis 540 –
A 14	200	184	Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als Fachbereichsleiterin oder Fachbereichsleiter an einer Gesamtschule –
A 14	64	53	Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als Jahrgangsheiterin oder Jahrgangsheiter im Sekundarbereich I einer Integrierten Gesamtschule –
A 14	32	32	Oberstudienrat/-rätin
A 14	140	106	Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als Fachbereichsheiterin oder Fachbereichsheiter an einer Gesamtschule –
A 14	61	30	Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als Jahrgangsheiterin oder Jahrgangsheiter im Sekundarbereich I einer Integrierten Gesamtschule –
A 14	24	16	Realschulrektorin, Realschulrektor – als Leiterin oder Leiter des Realschulzweigs mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 an einer Kooperativen Gesamtschule –
	866	753	zu übertragen

<sup>2)</sup> Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 14 NBesO.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
	866	753	Übertrag
A 14	—	21	Rektorin, Rektor – als Leiterin oder Leiter einer schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 an einer Kooperativen Gesamtschule –
A 13 <sup>3)</sup>	7	3	Realschulrektorin, Realschulrektor – als Leiterin oder Leiter des Realschulzweigs mit einer Schülerzahl von 131 bis 180 an einer Kooperativen Gesamtschule –
A 13 <sup>3)</sup>	—	4	Rektorin, Rektor – als Leiterin oder Leiter einer schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit einer Schülerzahl bis 180 an einer Kooperativen Gesamtschule –
A 13 <sup>3)</sup>	1	1	Rektorin, Rektor – als Leiterin oder Leiter eines bei einer Gesamtschule geführten Primarbereichs mit einer Schülerzahl von mehr als 360 –
A 13	13	13	Rektorin, Rektor – als Leiterin oder Leiter des Hauptschulzweigs mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 an einer Kooperativen Gesamtschule –
A 13	1	1	Rektorin, Rektor – als Leiterin oder Leiter eines an einer Gesamtschule geführten Primarbereichs mit einer Schülerzahl von 181 bis 360
A 13 <sup>6)</sup>	84	84	Konrektorin, Konrektor – als Fachbereichsleiterin oder Fachbereichsleiter an einer Gesamtschule –
A 13	57	57	Konrektorin, Konrektor – als Jahrgangsheiterin oder Jahrgangsheiter im Sekundarbereich I einer Integrierten Gesamtschule –
A 13	1 246	1 246	Studienrat/-rätin
A 13	13	13	Förderschullehrerin, Förderschullehrer
A 13	902	902	Realschullehrer/-in
A 13 <sup>4)</sup>	12	12	Lehrer/-in – mit fachwissenschaftlicher Ausbildung in zwei Fächern, wenn sich die Lehrbefähigung auf Gymnasien erstreckt, bei einer dieser Befähigung entsprechenden Verwendung –
A 12 <sup>5)</sup>	1	1	Konrektorin, Konrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters eines an einer Gesamtschule geführten Primarbereichs mit einer Schülerzahl von mehr als 360 –
A 12 <sup>5)</sup>	9	9	Rektorin, Rektor – an einer Kooperativen Gesamtschule als Leiterin oder Leiter des Hauptschulzweigs mit einer Schülerzahl von 131 bis 180 –
A 12	1 060	1 060	Lehrer/-in
A 10	5	5	Fachlehrer/-in – mit Lehrbefähigung für mindestens zwei musisch-technische Fächer –
	4 277	4 185	Zusammen
			Leerstellen für Lehrkräfte:
A 14	13	13	
A 13	91	91	
A 12	64	64	
	168	168	Zusammen

<sup>3)</sup> Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 2 zur Bes.-Gr. A 13 NBesO.  
<sup>4)</sup> ku in Stellen für Studienräte/-innen.  
<sup>5)</sup> Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 2 zur Bes.-Gr. A 12 NBesO.  
<sup>6)</sup> Ein Stelleninhaber erhält für seine Person als ehemaliger Rektor und Konrektor einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe Dienstbezüge nach Besoldungsgruppe A 14 BBesO mit Amtszulage.

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen		noch Zugang: Übertrag	Stellen 20
Zugang: Bes.-Gr. A 15 Gesamtschuldirek- torin, Gesamtschul- direktor – als Leiterin oder Leiter einer Gesamt- schule ohne Ober- stufe mit einer Schülerzahl bis 540–	1	Bes.-Gr. A 14 Z Realschulrektorin, Realschulrektor – als Leiterin oder Leiter des Realschul- zweigs mit einer Schülerzahl von mehr als 360 an einer Kooperativen Gesamt- schule –	1
Bes.-Gr. A 15 Studiendirektorin, Studiendirektor – als Leiterin oder Leiter des Sekundar- bereichs II an einer Integrierten Gesamt- schule –	7	Bes.-Gr. A 14 Gesamtschulrektorin, Gesamtschulrektor – als die Didaktische Leiterin oder der Didaktische Leiter einer Gesamtschule mit einer Schülerzahl im Sekundar- bereichs I bis 540 –	5
Bes.-Gr. A 15 Studiendirektorin, Studiendirektor – als Leiterin oder Leiter des Gymnasial- zweigs mit einer Schülerzahl von mehr als 130 an einer Kooperativen Gesamt- schule ohne Ober- stufe –	3	Bes.-Gr. A 14 Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als Fachbereichs- leiterin oder Fach- bereichsleiter an einer Gesamt- schule –	16
Bes.-Gr. A 15 Studiendirektorin, Studiendirektor – als Leiterin oder Leiter des Sekundar- bereichs I mit einer Schülerzahl von mehr als 810 an einer Integrierten Gesamtschule mit Oberstufe –	3		6
Bes.-Gr. A 15 Studiendirektor/-in – zur Koordinierung schulfachlicher Auf- gaben –	6	Bes.-Gr. A 14 Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als Jahrgangs- leiterin oder Jahrgangsleiter im Sekundar- bereich I einer Integrierten Gesamtschule –	11
		zu übertragen	53
zu übertragen	20		

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

noch Zugang: Stellen  
Übertrag 53

Bes.-Gr. A 14  
Realschulkon-  
rektorin, Real-  
schulkonrektor  
– als Fachbereichs-  
leiterin oder Fach-  
bereichsleiter an  
einer Gesamt-  
schule –

- 34 davon  
Verlagerung von Kapitel 07 10  
und Stellensenkung  
20 Bes.-Gr. A 14 Z  
Rektor/-in  
– einer selbstständigen schul-  
formunabhängigen Orientie-  
rungsstufe mit mehr als 180 bis  
zu 360 Schülern –  
Verlagerung von Kap. 07 10  
14 Bes.-Gr. A 14  
Konrektor/-in  
– als der/die ständige Vertreter/  
-in des/der Leiters/-terin einer  
selbstständigen schulformunab-  
hängigen Orientierungsstufe mit  
mehr als 180 bis zu 360 Schü-  
lern –

Bes.-Gr. A 14  
Realschulkon-  
rektorin, Real-  
schulkonrektor  
– als Jahrgangs-  
leiterin oder  
Jahrgangsleiter  
im Sekundar-  
bereich I einer  
Integrierten  
Gesamtschule –

- 31 Verlagerung von Kapitel 07 10  
davon  
18 Bes.-Gr. A 14 Z  
Rektor/-in  
– einer selbstständigen schul-  
formunabhängigen Orientie-  
rungsstufe mit mehr als 180 bis  
zu 360 Schülern –  
13 Bes.-Gr. A 14  
Konrektor/-in  
– als der/die ständige Vertreter/  
-in des/der Leiters/-terin einer  
selbstständigen schulformunab-  
hängigen Orientierungsstufe mit  
mehr als 180 bis zu 360 Schü-  
lern –

Bes.-Gr. A 14  
Realschulrektorin,  
Realschulrektor  
– als Leiterin oder  
Leiter des Realschul-  
zweigs mit einer  
Schülerzahl von 181  
als 360 an einer  
Kooperativen Gesamt-  
schule –

- 8 Verlagerung von Kapitel 07 10  
und Stellensenkung von  
Bes.-Gr. A 14 Z  
Rektor/-in  
– einer selbstständigen schulformun-  
abhängigen Orientierungsstufe mit  
mehr als 180 bis zu 360 Schülern –

Bes.-Gr. A 13 Z  
Realschulrektorin,  
Realschulrektor  
– als Leiterin oder  
Leiter des Realschul-  
zweigs mit einer  
Schülerzahl von 131  
als 180 an einer  
Kooperativen Gesamt-  
schule –

- 4 Umwandlung von  
Bes.-Gr. A 13 Z  
Rektorin, Rektor  
– als Leiterin oder Leiter einer  
schulformunabhängigen Orientie-  
rungsstufe mit einer Schülerzahl bis  
180 an einer Kooperativen Gesamt-  
schule –

Zusammen 130

Abgang: Stellen

Bes.-Gr. A 14 Z  
Oberstudienrätin,  
Oberstudienrat  
– als Leiterin oder  
Leiter einer schul-  
formunabhängigen  
Orientierungsstufe  
mit einer Schüler-  
zahl von mehr als  
360 an einer  
Kooperativen  
Gesamtschule –

- 1 Umwandlung nach Bes.-Gr. A 14 Z  
Realschulrektorin, Realschulrektor  
– als Leiterin oder Leiter des Real-  
schulzweigs mit einer Schülerzahl  
von mehr als 360 an einer Kooperati-  
ven Gesamtschule –

Bes.-Gr. A 14 Z  
Rektorin, Rektor  
– als Leiterin oder  
Leiter einer schul-  
formunabhängigen  
Orientierungsstufe  
mit einer Schüler-  
zahl von mehr als  
360 an einer Koope-  
rativen Gesamt-  
schule –

- 12 davon  
3 Hebung nach Bes.-Gr. A 15  
Studiendirektorin,  
Studiendirektor  
– als Leiterin oder Leiter des  
Gymnasialzweigs mit einer Schü-  
lerzahl von mehr als 130 an einer  
Kooperativen Gesamtschule ohne  
Oberstufe –  
3 Hebung nach Bes.-Gr. A 15  
Studiendirektorin,  
Studiendirektor  
– als Leiterin oder Leiter des  
Sekundarbereichs I mit einer  
Schülerzahl von mehr als 810 an  
einer Integrierten Gesamtschule  
mit Oberstufe –  
6 Stellensenkung nach Bes.-Gr. A 14  
Oberstudienrätin, Oberstudienrat  
– als Fachbereichsleiterin oder  
Fachbereichsleiter an einer  
Gesamtschule –

Bes.-Gr. A 14  
Rektorin, Rektor  
– als Leiterin oder  
Leiter einer schul-  
formunabhängigen  
Orientierungsstufe  
mit einer Schüler-  
zahl von 181 bis  
360 an einer Koope-  
rativen Gesamt-  
schule –

- 21 davon  
10 Umwandlung nach Bes.-Gr. A 14  
Oberstudienrätin, Oberstudienrat  
– als Fachbereichsleiterin oder  
Fachbereichsleiter an einer  
Gesamtschule –  
11 Umwandlung nach Bes.-Gr. A 14  
Oberstudienrätin, Oberstudienrat  
– als Jahrgangsleiterin oder Jahr-  
gangsleiter im Sekundarbereich I  
einer Integrierten Gesamtschule –

Bes.-Gr. A 13 Z  
Rektorin, Rektor  
– als Leiterin oder  
Leiter einer schul-  
formunabhängigen  
Orientierungsstufe  
mit einer Schülerzahl  
bis 180 an einer  
Kooperativen Gesamt-  
schule –

- 4 Umwandlung nach Bes.-Gr. A 13 Z  
Realschulrektorin, Realschulrektor  
– als Leiterin oder Leiter des Real-  
schulzweigs mit einer Schülerzahl  
von 131 bis 180 an einer Kooperati-  
ven Gesamtschule –

Zusammen 38  
Bleibt Zugang 92

Sonstige Veränderungen:  
HV Nr. 6: Neu aufgrund des Bedarfs.

Einzelplan 07 Kultusministerium  
 Kapitel 07 18 Gesamtschulen

<b>STELLENÜBERSICHTEN</b>			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			<b>Angestellte</b>
II a	16	16	Lehrkräfte
II b	9	9	
III	24	24	
IV a	11	11	
IV b	8	8	
V b	13	13	
V c	40	40	
VI b	19	19	
VII	7	7	
	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black;"/>	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black;"/>	Zusammen
	147	147	

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			<b>Planmäßige Beamte/-innen</b>
			Aufsteigende Gehälter: Schuldienst
A 16	117	117	Oberstudiendirektor/-in – als Leiter/-in einer beruflichen Schule mit mehr als 360 Schülern –
A 15 <sup>1)</sup>	10	10	Studiendirektor/-in – als Leiter/-in einer beruflichen Schule mit mehr als 80 bis zu 360 Schülern –
A 15 <sup>1)</sup>	119	119	Studiendirektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Lei- ters/-terin einer beruflichen Schule mit mehr als 360 Schülern –
A 15	3	3	Studiendirektor/-in – als Leiter/-in einer beruflichen Schule mit bis zu 80 Schülern –
A 15	6	6	Studiendirektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Lei- ters/-terin einer beruflichen Schule mit mehr als 80 bis zu 360 Schülern –
A 15	64	65	Studiendirektor/-in – als Fachberater/-in in der Schulaufsicht –
A 15	91	—	Studiendirektor/-in – als Fachleiter/-in an Studienseminaren –
A 15	516	523	Studiendirektor/-in – zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben –
A 14 <sup>3)</sup>	2 146	2 191	Oberstudienrat/-rätin
A 13 <sup>4)</sup> 5)	21	21	Oberlehrerin, Oberlehrer – bei einer Berufsaufbau-, Berufsfach- oder Fachschule –
A 13 <sup>13)</sup>	1	1	Polizeioberlehrer
A 13	4 362	4 304	Studienrat/-rätin
A 13 <sup>18)</sup>	6	6	Seefahrtoberlehrerin, Seefahrtoberlehrer
A 12	97	97	Fachlehrer/-in
A 11	58	58	Fachlehrer/-in
A 11 <sup>7)</sup>	3	8	Jugendleiterin, Jugendleiter – an einer berufsbildenden Schule –
A 11 <sup>19)</sup>	1	1	Funklehrerin, Funklehrer
A 10 <sup>7)</sup> 8)	—	1	Jugendleiterin, Jugendleiter – soweit an einer berufsbildenden Schule –
A 10 <sup>9)</sup>	910	908	Lehrerin für Fachpraxis, Lehrer für Fachpraxis
A 10 <sup>9)</sup> 10)	165	187	Technische Lehrerin, Technischer Lehrer – bei einer berufsbildenden Schule –
A 9	868	869	Lehrerin für Fachpraxis, Lehrer für Fachpraxis
A 9 <sup>12)</sup>	1	17	Technische Lehrerin, Technischer Lehrer – bei einer berufsbildenden Schule –
	<b>9 565</b>	<b>9 512</b>	<b>Zusammen</b>
A 16	—	3	Stellen zu Titel 422 31: Leitende(r) Regierungsschuldirektor/-in – als Dezernent/-in in der Schulaufsicht auf Bezirksebene –
			Leerstellen:
A 16	4	4	Oberstudiendirektor/-in
A 15	5	5	Studiendirektor/-in
A 14	43	43	Oberstudienrat/-rätin
A 13	130	130	Studienrat/-rätin
A 12	5	5	Fachlehrer/-in
A 10	16	16	Lehrkräfte
A 9	22	22	Lehrkräfte
	<b>225</b>	<b>225</b>	<b>Zusammen</b>

- 1) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 7 zur Bes.-Gr. A 15 BBesO.
- 3) Für die Dauer der Wahrnehmung der Aufgaben eines(r) Oberstudienrates/-rätin erhält ein(e) Stelleninhaber/-in als Angestellter eine Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen der Endgrundvergütung der Verg.-Gr. BAT II a (zuzüglich des Ortszuschlages und etwaiger Amts- oder Stellenzulagen) und dem Endgrundgehalt (zuzüglich des Ortszuschlages und etwaiger Amts- oder Stellenzulagen) eines Beamten der Bes.-Gr. A 14 BBesO.
- 4) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 13 Anh. NBesO.
- 5) ku in Bes.-Gr. A 13 (Studienrat/-rätin).
- 7) ku in Bes.-Gr. A 11 (Fachlehrer/-in), falls der/die Stelleninhaber/-in die laufbahnrechtlichen Voraussetzungen erfüllt.
- 8) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 10 NBesO.
- 9) Für die Dauer der Wahrnehmung der Aufgaben einer Lehrerin für Fachpraxis, Lehrers für Fachpraxis/Technischen Lehrerin, Technischen Lehrers – bei einer berufsbildenden Schule – erhalten die Stelleninhaber/-innen als Angestellte eine Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen der Endgrundvergütung der Verg.-Gr. BAT V b (zuzüglich des Ortszuschlages und etwaiger Amts- oder Stellenzulagen) und dem Endgrundgehalt (zuzüglich des Ortszuschlages und etwaiger Amts- oder Stellenzulagen) eines Beamten der Bes.-Gr. A 10 NBesO.
- 10) ku in Bes.-Gr. A 10 NBesO (Lehrerin für Fachpraxis, Lehrer für Fachpraxis).
- 12) ku in Bes.-Gr. A 9 NBesO (Lehrerin für Fachpraxis, Lehrer für Fachpraxis).
- 13) ku nach Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/ -in nach Bes.-Gr. A 13 Studienrat/-rätin.
- 18) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 13 NBesO.
- 19) Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gemäß Fußnote 2 zur Bes.-Gr. A 11 NBesO.

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen		Abgang:	Stellen
Zugang:	Stellen	Bes.-Gr. A 15	
Bes.-Gr. A 15		Studiendirektor/-in	
Studiendirektor/-in		– als Fachberater/-in	1
– als Fachleiter/-in		in der Schulaufsicht –	Verlagerung nach Kap. 07 22
an Studienseminaren –	91	Bes.-Gr. A 15	
		Studiendirektor/-in	
		– zur Koordinierung	7
		schulfachlicher Auf-	Verlagerung nach Kapitel 07 22
		gaben –	
Bes.-Gr. A 13		Bes.-Gr. A 14	
Studienrat/-rätin	58	Oberstudienrätin,	45
		Oberstudienrat	Verlagerung nach Kapitel 07 22
		Bes.-Gr. A 11	
		Jugendleiterin,	
		Jugendleiter	
		– an einer	5
		berufsbildenden	davon
		Schule –	3 Stellenhebungen nach
Bes.-Gr. A 10			Bes.-Gr. A 13
Lehrer/-in für			Studienrat/-rätin
Fachpraxis	23		2 Stellenabgänge zur kostenneutra-
			len Finanzierung von Stellenhe-
			bungen
		Bes.-Gr. A 10 Z	
		Jugendleiterin,	
		Jugendleiter	
		– soweit an	1
		berufsbildenden	Stellenhebung nach
		Schulen –	Bes.-Gr. A 13
Bes.-Gr. A 9			Studienrat/-rätin
Lehrer/-in für			
Fachpraxis	16		
		Bes.-Gr. A 10	
		Lehrerin für	
		Fachpraxis,	
		Lehrer für	21
		Fachpraxis	Verlagerung nach Kapitel 07 22
		Bes.-Gr. A 10	
		Technische	
		Lehrerin,	
		Technischer Lehrer	22
			Umwandlung nach
			Bes.-Gr. A 10
			Lehrerin für Fachpraxis,
			Lehrer für Fachpraxis
			– Vollzug des HV Nr. 10 –
		Bes.-Gr. A 9	
		Lehrerin für	
		Fachpraxis,	
		Lehrer für	17
		Fachpraxis	davon
			15 Verlagerung nach Kapitel 07 22
			2 Stellenabgänge aufgrund Vollzug
			des HV Nr. 11
		Bes.-Gr. A 9	
		Technische Lehrerin,	
		Technischer Lehrer	
		– bei einer berufs-	16
		bildenden Schule –	Bes.-Gr. A 9
			Lehrerin für Fachpraxis,
			Lehrer für Fachpraxis
			– Vollzug des HV Nr. 12 –
Zusammen	188	Zusammen	135
		Bleibt Zugang	53

Sonstige Veränderungen:

HV Nr. 2: Der HV zu Bes.-Gr. A 15 – Studiendirektor/-in zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben – (Abweichend von § 50 Abs. 3 LHO darf 1 Stelleninhaber zur Wahrnehmung von Aufgaben bis zum 31. 7. 2005 an die Universität Göttingen – Seminar für Wirtschaftspädagogik abgeordnet werden.) entfällt infolge vorzeitigen Vollzugs.

HV Nr. 11: Der HV zu Bes.-Gr. A 9 – Lehrkraft für Fachpraxis – (2 kw nach Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen.) entfällt infolge Vollzugs.

HV Nr. 14: Der HV zu Bes.-Gr. A 9 – Lehrkraft für Fachpraxis – (22 Planstellen gesperrt bis 31. 7. 2005 für die Ausbildung von zusätzlichen Lehrerinnen für Fachpraxis, Lehrer für Fachpraxis mit den beruflichen Fachrichtungen Bautechnik und Holztechnik (Kap. 07 51).) entfällt infolge der Änderung bei der Ausbildung der Lehrer/-innen für Fachpraxis.

Stellen zu Titel 422 31:

Abgang:	Stellen
Bes.-Gr. A 16	3
	infolge Versetzung oder Eintritt in den Ruhestand

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte</b>			
II a	115	114	Lehrkräfte
II b	6	6	
III <sup>21)</sup>	40	40	
IV a	8	8	
IV b	43	43	
V b	—	9	
V c	122	109	
VI b	5	6	
IV b <sup>17)</sup>	1	1	Pädagogische Mitarbeiter/-innen
V b	68	53	– Sozial- und Erziehungsdienst –
V b	1	1	Verwaltungskräfte
VI b	1	—	
VIII	1	1	Sonstige Dienste
	411	391	Zusammen

<sup>17)</sup> ku in Verg.-Gr. V b nach Ausscheiden des/der Stelleninhabers/-in.

<sup>21)</sup> Für die Dauer der Wahrnehmung der Aufgaben eines(r) stellvertretenden Schulleiter(s)/-in kann der/die Stelleninhaber/-in eine Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen der Endgrundvergütung der Verg.-Gr. BAT III (zuzüglich des Ortszuschlages und etwaiger Amts- oder Stellenzulagen) eines Beamten der Bes.-Gr. A 15 BBesG erhalten.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Zugang:	Stellen	Abgang:	Stellen
Lehrkräfte		Lehrkräfte	
Verg.-Gr. II a	1	Verg.-Gr. V b	9
Verg.-Gr. V c	13		
Verwaltungskräfte			
Verg.-Gr. VI b	1	Verg.-Gr. VI b	1
Pädagogische Mitarbeiter/-innen		Pädagogische Mitarbeiter/-innen	
– Sozial- und Erziehungsdienst –		– Sozial- und Erziehungsdienst –	
Verg.-Gr. V b	16	Verg.-Gr. V b	1
	davon	Zusammen	11
	9 Umsetzung von	Bleibt Zugang	20
	Verg.-Gr. V b		
	Lehrkräfte		
	(Vollzug des Allgemeinen HV		
	Nr. 9)		
	7 durch Umsetzung von 30 Stellen		
	für Lehramtsanwärter/-innen		
	(Lehrer für Fachpraxis) von Kapitel		
	07 51		
Zusammen	31		

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamte/-innen</b>			
A 16	19	19	Aufsteigende Gehälter: Schuldienst Oberstudienrat/-in – als Leiter/-in einer beruflichen Schule mit mehr als 360 Schülern –
A 15 <sup>1)</sup>	19	19	Studiendirektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Lei- ters/-terin einer beruflichen Schule mit mehr als 360 Schülern –
A 15	10	9	Studiendirektor/-in – als Fachberater/-in in der Schulaufsicht –
A 15	90	83	Studiendirektor/-in – zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben –
A 15	9	—	Studiendirektor/-in – als Fachleiter/-in an Studienseminaren –
A 14 <sup>3)</sup>	332	287	Oberstudienrat/-rätin
A 13 <sup>4)5)</sup>	1	2	Oberlehrerin, Oberlehrer – bei einer Berufsaufbau-, Berufsfach- oder Fachschule –
A 13	670	722	Studienrat/-rätin
A 12	25	25	Fachlehrer/-in
A 11	37	37	Fachlehrer/-in
A 11 <sup>7)</sup>	2	3	Jugendleiterin, Jugendleiter – an einer berufsbildenden Schule –
A 10 <sup>9)</sup>	191	170	Lehrerin für Fachpraxis, Lehrer für Fachpraxis
A 10 <sup>9)10)</sup>	15	15	Technische Lehrerin, Technischer Lehrer – bei einer berufsbildenden Schule –
A 9	174	164	Lehrerin für Fachpraxis, Lehrer für Fachpraxis
A 9 <sup>12)</sup>	4	5	Technische Lehrerin, Technischer Lehrer – bei einer berufsbildenden Schule –
	1 598	1 560	Zusammen

- 1) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 7 zur Bes.-Gr. A 15 BBesO.
- 3) Für die Dauer der Wahrnehmung der Aufgaben eines(r) Oberstudienrates/-rätin erhält ein(e) Stelleninhaber/-in als Angestellte(r) eine Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen der Endgrundvergütung der Verg.-Gr. BAT II a (zuzüglich des Ortszuschlages und etwaiger Amts- oder Stellenzulagen) und dem Endgrundgehalt (zuzüglich des Ortszuschlages und etwaiger Amts- oder Stellenzulagen) eines Beamten der Bes.-Gr. A 14 BBesO.
- 4) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 13 Anh. NBesO.
- 5) ku in Bes.-Gr. A 13 (Studienrat/-rätin).
- 7) ku in Bes.-Gr. A 11 (Fachlehrer/-in), falls der/die Stelleninhaber/-in die laufbahnrechtlichen Voraussetzungen erfüllt.
- 9) Für die Dauer der Wahrnehmung der Aufgaben einer Lehrerin für Fachpraxis, Lehrers für Fachpraxis/Technischen Lehrerin, Technischen Lehrers – bei einer berufsbildenden Schule – erhalten die Stelleninhaber/-innen als Angestellte eine Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen der Endgrundvergütung der Verg.-Gr. BAT V b (zuzüglich des Ortszuschlages und etwaiger Amts- oder Stellenzulagen) und dem Endgrundgehalt (zuzüglich des Ortszuschlages und etwaiger Amts- oder Stellenzulagen) eines Beamten der Bes.-Gr. A 10 NBesO.
- 10) ku in Bes.-Gr. A 10 NBesO (Lehrerin für Fachpraxis, Lehrer für Fachpraxis).
- 12) ku in Bes.-Gr. A 9 NBesO (Lehrerin für Fachpraxis, Lehrer für Fachpraxis).

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang:	Stellen	Abgang:	Stellen
Bes.-Gr. A 15 Studiendirektor/-in – als Fachberater/-in in der Schulaufsicht –	1	Bes.-Gr. A 13 Studienrat/-rätin Oberlehrer/-in	54 1
Studiendirektor/-in – zur Koordinierung schulf. Aufgaben –	7	Bes.-Gr. A 11 Jugendleiter/-in	1
Studiendirektor/-in – als Fachleiter/-in an Studienseminaren –	9	Bes.-Gr. A 9 Technischer Lehrer/-in	1
Bes.-Gr. A 14 Oberstudienrat/ -rätin	45	Bes.-Gr. A 9 Lehrer/-in für Fachpraxis	6
Bes.-Gr. A 13 Studienrat/-rätin	2		davon 3 Umwandlung nach Verg.-Gr. V b Lehrkräfte
	1		3 Umwandlung nach Verg.-Gr. V b Päd. Mitarbeiter/-in
	1		
Bes.-Gr. A 10 Lehrer/-in für Fachpraxis	21	Zusammen	63
Bes.-Gr. A 9 Lehrer/-in für Fachpraxis	16	Bleibt Zugang	38
	15	Sonstige Veränderungen:	
	1	HV Nr. 3: Neu aufgrund des Bedarfs.	
	1		
Zusammen	101		

Einzelplan 07 Kultusministerium  
 Kapitel 07 22 Berufsbildende Schulen als regionale Kompetenzzentren

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte</b>			
II a	43	44	Lehrkräfte
II b	1	1	
III	7	7	
IV a	10	10	
IV b	16	16	
V b	19	16	
V c	23	30	
VI b	1	7	
V b	17	13	Pädagogische Mitarbeiter/-innen - Sozial- und Erziehungsdienst -
VI b	24	24	Sonstige Dienste
	<u>161</u>	<u>168</u>	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Zugang:	Stellen
Verg.-Gr. V b	
Lehrkräfte	3 Umwandlung von Bes.-Gr. A 9 Lehrer/-in für Fachpraxis
Pädagogische Mitarbeiter/-innen	4 davon 1 Verlagerung von Kapitel 07 20 3 Umwandlung von Bes.-Gr. A 9 Lehrer/-in für Fachpraxis
Verg.-Gr. V c	
Lehrkräfte	6 Hebung von Verg.-Gr. VI b
Zusammen	<u>13</u>

Abgang:	Stellen
Verg.-Gr. II a	
Lehrkräfte	1 } Verlagerung nach Kap. 07 20
Verg.-Gr. V c	13 }
Lehrkräfte	
Verg.-Gr. VI b	
Lehrkräfte	6 Hebung nach Verg.-Gr. V c
Zusammen	<u>20</u>
Bleibt Abgang	7

Sonstige Veränderungen:  
 HV Nr. 17 (ku in Verg.-Gr. V b nach Ausscheiden der Stelleninhaber(in) entfällt infolge Vollzugs.  
 HV Nr. 21 (Für die Dauer der Wahrnehmung der Aufgaben eines(r) stellvertretenden Schulleiter(s)/-in kann der/die Stelleninhaber/-in eine Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen der Endgrundvergütung der Verg.-Gr. BAT III (zuzüglich des Ortzuschlages und etwaiger Amts- oder Stellenzulagen) eines Beamten der Bes.-Gr. A 15 BBesG erhalten.) entfällt, da entbehrlich.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamte/-innen</b>			
A 16	25	25	Aufsteigende Gehälter:*) Oberstudiendirektorin, Oberstudiendirektor – als Leiterin oder Leiter eines Studienseminars für ein Lehramt des höheren Dienstes –
A 15 <sup>1)</sup>	25	25	Studiendirektorin, Studiendirektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters eines Studienseminars für ein Lehramt des höheren Dienstes –
A 15	—	371	Studiendirektor/-in – als Fachleiter/-in an Studienseminaren –
A 14 <sup>3)</sup>	4	4	Seminarrektorin, Seminarrektor – als Leiterin oder Leiter eines Studienseminars für das Lehramt für Sonderpädagogik –
A 14 <sup>3)</sup>	21	21	Seminarrektorin, Seminarrektor – als Leiterin oder Leiter eines Studienseminars für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen –
A 14	4	4	Seminarkonrektorin, Seminarkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters eines Studienseminars für das Lehramt für Sonderpädagogik –
A 14	21	21	Seminarkonrektorin, Seminarkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters eines Studienseminars für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen –
	100	471	Zusammen
A 15	—	1	Leerstellen: Studiendirektor/-in – als Fachleiter/-in an Studienseminaren –

\*) Die Stellen für Studiendirektoren/-innen – als Fachleiter/-innen an Studienseminaren – dürfen im Bedarfsfall in dem Umfang mit mehreren Beamten/-innen, deren Arbeitszeit gem. § 80 a Abs. 1 Nr. 1 oder § 87 a Abs. 1 Nr. 1 NBG ermäßigt worden ist, besetzt werden, als sie durch die Teilbeschäftigung der Beamtinnen und Beamten nicht in voller Höhe der regelmäßigen Arbeitszeit in Anspruch genommen werden.

<sup>1)</sup> Die Stelleninhaberinnen und Stelleninhaber erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 15 NBesO.

<sup>3)</sup> Die Stelleninhaberinnen und Stelleninhaber erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 14 NBesO.

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

Abgang:	Stellen
Bes.-Gr. A 15	
Studiendirektor/-in	371 davon
	271 Verlagerung nach Kap. 07 14
	91 Verlagerung nach Kap. 07 20
	9 Verlagerung nach Kap. 07 22
Zusammen	371

Leerstellen:	Stellen
Abgang:	
Bes.-Gr. A 15	
Studiendirektor/-in	1 Verlagerung nach Kap. 07 14

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte</b>			
VII	65	65	
	65	65	Zusammen
VII	1	1	Leerstellen <sup>5)</sup> :

<sup>5)</sup> kw.

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst</b>			
A 13 <sup>6)7)8)</sup>	2 505	2 505	Studienreferendar/-in Sonderpädagogik-, Realschullehrer-Anwärter/-in
A 12 <sup>6)8)</sup>	1 735	1 735	
A 9	—	180	Lehrer-Anwärter/-in (Grund-, Haupt- und Realschulen)
			Lehramtsanwärter/-in (Lehrer/-in für Fachpraxis)
	4 240	4 420	Zusammen
A 13	91	91	Leerstellen: <sup>9)</sup> Studienreferendar/-in, Sonderpädagogik-, Realschullehrer- Anwärter/-in
A 12	69	69	Lehrer-Anwärter/-in (Grund-, Haupt- und Realschulen)
	160	160	Zusammen

6) Die Stellen sind in dem Umfang gesperrt, in dem sie gemäß den Erläuterungen zu 07 51 – 425 04 bzw. 427 10 für auszubildende Lehrkräfte in einem befristeten öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis bzw. im Angestelltenverhältnis verwendet werden.

7) Die Stellen sind folgendermaßen zu verwenden:  
 571 Stellen für Studienreferendare/-innen (Lehramt an berufsbildenden Schulen)  
 1114 Stellen für Studienreferendare/-innen (Lehramt an Gymnasien)  
 456 Stellen für Sonderpädagogik-Anwärter/-innen  
 364 Stellen für Realschullehrer-Anwärter/-innen.  
 Von dieser Aufteilung kann mit Zustimmung des MF abgewichen werden.  
 Im Bedarfsfall dürfen bis zu 200 Referendarstellen für das Lehramt an Gymnasien zusätzlich verwendet werden, wenn in entsprechendem Umfang bis zu 60 Lehrerstellen der Bes.-Gr. A 13 gesperrt werden.

8) Von den zu einem Einstellungstermin je Lehramt freien Stellen können bis zu 10 v.H. verwendet werden für  
 a) nach § 3 Abs. 1 PVO-Lehr II Einzustellende mit Fächern des dringenden Bedarfs, die sonst nicht zugelassen werden würden (ihre Rangfolge bestimmt sich nach der Gesamtnote der Prüfung nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 PVO-Lehr II und danach nach dem Lebensalter), und  
 b) nachrangig nach § 3 Abs.2 PVO-Lehr II Einzustellende (ihre Rangfolge bestimmt sich nach der Eignung).

9) kw.

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

**Beamte im Vorbereitungsdienst**

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9	180	infolge Wegfalls des Vorbereitungsdienstes für „Lehrer/-in für Fachpraxis“, dabei Vollzug HV Nr. 10, Verlagerungen in das Kapitel 07 20 sowie Beendigung von Stellensperrungen bei Kapitel 07 20
Zusammen	180	

Sonstige Veränderungen:

HV Nr. 7: Der HV ist um Satz 3 aufgrund des zusätzlichen Bedarfs ergänzt worden.

HV Nr. 10: Der zu Bes.-Gr. A 9 ausgebrachte HV Nr. 10 „60 kw zum 31. 7. 2005“ entfällt durch Vollzug.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamte/-innen</b>			
B 2	—	1	Feste Gehälter: Direktorin oder Direktor des Landesprüfungsamtes für Lehrämter
A 16	—	1	Aufsteigende Gehälter: Leitende Direktorin/Leitender Direktor beim Landesprüfungsamt für Lehrämter – als Leiterin oder Leiter des Dezernats für Prüfungen für das Lehramt an Gymnasien –
A 16	—	1	Leitende Direktorin/Leitender Direktor beim Landesprüfungsamt für Lehrämter – als Leiterin oder Leiter des Dezernats für Prüfungen für das Lehramt an berufsbildenden Schulen –
A 15	—	9	Direktorin/Direktor beim Landesprüfungsamt für Lehrämter
A 15	—	1	Direktorin/Direktor beim Landesprüfungsamt für Lehrämter – als Leiterin oder Leiter des Dezernats für Prüfungen für Lehrämter des gehobenen Dienstes –
A 15	—	1	Direktorin/Direktor
A 11	—	1	Amtfrau/Amtmann
A 10	—	1	Oberinspektorin/Oberinspektor
A 9	—	1	Amtsinspektorin/Amtsinspektor
	—	17	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Abgang:	Stellen	noch Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 2		Übertrag	8	
Direktorin/Direktor des Landesprüfungsamtes für Lehrämter	1	Bes.-Gr. A 15		
Bes.-A 16	infolge ZV II	Direktorin/Direktor beim Landesprüfungsamt für Lehrämter	4	
Leitende Direktorin/Leitender Direktor beim Landesprüfungsamt für Lehrämter – als Leiterin oder Leiter des Dezernats für Prüfungen für das Lehramt an Gymnasien –	1	Bes.-Gr. A 15	infolge ZV II	
Bes.-A 16	infolge ZV II	Direktorin/Direktor beim Landesprüfungsamt für Lehrämter des gehobenen Dienstes –	1	
Leitende Direktorin/Leitender Direktor beim Landesprüfungsamt für Lehrämter – als Leiterin oder Leiter des Dezernats für Prüfungen für das Lehramt an berufsbildenden Schulen –	1	Bes.-Gr. A 15	} Verlagerung nach Kapitel 07 58 (NiLS) infolge Zusammenlegung des NLPA (Kap. 07 56) und des NLI (Kap. 07 58)	
Bes.-Gr. A 15	} Verlagerung nach Kapitel 07 58 (NiLS) infolge Zusammenlegung des NLPA (Kap. 07 56) und des NLI (Kap. 07 58)	Direktorin/Direktor		1
Direktorin/Direktor beim Landesprüfungsamt für Lehrämter		Bes.-Gr. A 11		1
Bes.-Gr. A 15		Amtmann/Amtfrau		1
Direktorin/Direktor beim Landesprüfungsamt für Lehrämter		Bes.-Gr. A 10		1
Bes.-Gr. A 15		Oberinspektorin/Oberinspektor	1	
Direktorin/Direktor beim Landesprüfungsamt für Lehrämter	4	Bes.-Gr. A 9	Amtsinspektorin/Amtsinspektor	1
Bes.-Gr. A 15		Zusammen	17	
Direktorin/Direktor beim Landesprüfungsamt für Lehrämter	1			
Bes.-Gr. A 15	infolge ZV I (Vollzug HV Nr. 5)			
zu übertragen	8			

Sonstige Veränderungen:  
 HV \*\*): Der zum Stellenplan und zu den Stellenübersichten ausgebrachte HV (Zur Erwirtschaftung der Einsparauflage aus der Zusammenlegung des NLPA, NLI und NLpB sind in den Kap. 07 56, 07 58 und 07 84 insgesamt 48,5 Stellen bzw. 48,50 VZE durch MF gesperrt.) entfällt durch Vollzug bzw. Ausbringung einer Globalen Minderausgabe bei Kap. 07 58 Titel 972 01.

HV Nr. 1 u. 2 wurden in Kap. 07 58 (HV Nr. 17 u. 18) verlagert.  
 HV Nr. 5: Der zu Bes.-Gr. A 15 – Direktorin/Direktor beim Landesprüfungsamt für Lehrämter – ausgebrachte HV (1 kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV) entfällt durch Vollzug.

Einzelplan 07 Kultusministerium  
 Kapitel 07 56 Niedersächsisches Landesprüfungsamt für Lehrämter

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte</b>			
VI b	—	11	
VII	—	3	
	—	14	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Abgang:	Stellen	} Verlagerung nach Kapitel 07 58 (NiLS) infolge Zusammenlegung des NLPA (Kap. 07 56) und des NLI (Kap. 07 58)
Verg.-Gr. VI b	11	
Verg.-Gr. VII	3	
Zusammen	14	

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamte/-innen*)</b>			
B 2	1	1	Feste Gehälter: Präsident des Landesamtes für Lehrerbildung und Schulentwicklung
A 16	3	3	Aufsteigende Gehälter: Leitende Direktorin oder Leitender Direktor beim Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung
A 15 <sup>1)</sup> 17) <sup>18)</sup>	12	6	Direktorin oder Direktor Direktorin oder Direktor, beim Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung
A 14 <sup>19)</sup>	14	15	Oberrat/-rätin, Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als Dezernentin oder Dezernent beim Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung –, Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als Dezernentin oder Dezernent beim Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung –
A 13	2	2	Konrektorin, Konrektor – als Dezernentin oder Dezernent beim Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung –
A 12	2	2	Amtsrat/-rätin
A 11 <sup>20)</sup>	2	1	Amtmann/-männin/-frau
A 10 <sup>21)</sup>	3	2	Oberinspektor/-in
A 9 <sup>22)</sup>	2	1	Amtsinspektor/-in
A 8 <sup>23)</sup>	1	1	Hauptsekretär/-in
	42	34	Zusammen
A 15	—	1	Stellen zu Titel 422 31: Direktorin oder Direktor beim Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung
A 13	—	1	Oberamtsrat/-rätin
	—	2	Zusammen
A 13	1	1	Leerstellen: <sup>6)</sup> Konrektorin, Konrektor – als Dezernentin oder Dezernent beim Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung –

\*) Im Kapitel 07 58 können Entgelte für befristete Beschäftigungsverhältnisse (Titel 427 03) und Dienstleistungen Außenstehender (Titel 525 11) bis zum Umfang von 14 Stellen aller im Stellenplan und in den Stellenübersichten zu Kapitel 07 58 ausgebrachten Besoldungs- und Vergütungsgruppen bis einschl. Bes.-Gr. A 15 geleistet werden, wenn im gleichen finanz. Umfang Planstellen und Stellen gesperrt werden.

1) Davon 1 Verlagerung nach 07 14 nach Ausscheiden des Stelleninhabers.

5) 1 Stelleninhaber/Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

6) kw.

17) 1 Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 15 NBesO.

18) 1 derzeitiger Stelleninhaber erhält des weiteren eine Überleitungszulage nach § 3 des Gesetzes zur Zusammenfassung und Änderung besoldungs- und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 27. 3. 1990 Nds. GVBl. S. 115.

19) 4 kw infolge ZV II.

20) 1 kw infolge ZV II.

21) 2 kw infolge ZV II.

22) 1 kw infolge ZV II.

23) 1 kw infolge ZV II.

Erläuterungen zum Stellenplan

Die Amtsbezeichnungen wurden an die Änderungen des Nds. Besoldungsgesetzes vom 00. 00. 0000 angepasst.

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16		
Leitende Direktorin oder Leitender Direktor beim Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung	1	} Verlagerung von Kap. 07 56 infolge Zusammenlegung des NLPA (Kap. 07 56) und NLI (Kap. 07 58)
Bes.-Gr. A 15		
Direktorin oder Direktor beim Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung	6	
Bes.-Gr. A 11		
Amtmann/-männin/-frau	1	
Bes.-Gr. A 10		
Oberinspektor/-in	1	
Bes.-Gr. A 9		
Amtsinspektor/-in	1	
Zusammen	10	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16	1	} infolge ZV II
Bes.-Gr. A 14	1	
Zusammen	2	
Bleibt Zugang	8	

Stellen zu Titel 422 31:	Stellen	
Abgang:		
Bes.-Gr. A 15	1	} infolge Versetzung oder Eintritt in den Ruhestand
Bes.-Gr. A 13	1	

Sonstige Veränderungen:  
HV \*\*): Der zum Stellenplan, den Stellenübersichten und den Bedarfsnachweisen ausgebrachte HV (Zur Erwirtschaftung der Einsparauflage aus der Zusammenlegung des NLPA, NLI und NLpB sind in den Kapiteln 07 56, 07 58 und 07 84 insgesamt 48,5 Stellen bzw. 48,50 VZE durch MF gesperrt.) entfällt durch Vollzug bzw. Ausbringung einer Globalen Minderausgabe bei Kap. 07 58 Titel 972 01.  
HV Nr. 17 u. 18 wurden von Kap. 07 56 (HV Nr. 1 u. 2) verlagert.  
HV Nr. 19 bis 23 wurden aufgrund ZV II neu ausgebracht.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke	
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2005	2004		
<b>Angestellte*)</b>				
I b <sup>24)</sup>	1	1	<p>*) Im Kapitel 07 58 können Entgelte für befristete Beschäftigungsverhältnisse (Titel 427 03) und Dienstleistungen Außenstehender (Titel 525 11) bis zum Umfang von 14 Stellen aller im Stellenplan und in den Stellenübersichten zu Kapitel 07 58 ausgebrachten Besoldungs- und Vergütungsgruppen bis einschl. Bes.-Gr. A 15 geleistet werden, wenn im gleichen finanz. Umfang Planstellen und Stellen gesperrt werden.</p> <p>7) Die Sekretärin des/der Präsidenten ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in Verg.-Gr. VI b eingruppiert.</p> <p>Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage gewährt. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.</p> <p>10) Der Stelleninhaber/die Stelleninhaberin erhält nach dreijähriger Bewährung in der Tätigkeit als Filmkopienpfleger/-in Vergütung nach Verg.-Gr. VIII BAT.</p> <p>11) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.</p> <p>15) 1 kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV I.</p> <p>16) 1 kw.</p> <p>24) 1 kw infolge ZV II.</p> <p>25) 2 kw infolge ZV II.</p> <p>26) 3 kw infolge ZV II.</p> <p>27) 1 kw infolge ZV II.</p> <p>28) 1 kw infolge ZV II.</p> <p>29) 2 kw infolge ZV II.</p> <p>30) 1 kw infolge ZV II.</p> <p>31) 1 kw infolge ZV II.</p> <p>32) 7 kw infolge ZV II.</p>	
IV b <sup>25)</sup>	2	2		
V b <sup>26)</sup>	3	3		
V c <sup>27)</sup>	9	9		
VI b <sup>7)</sup> 28)	15	5		
VII <sup>16)</sup> 29)	8	6		
VIII <sup>30)</sup>	1	1		
IX b <sup>10)</sup> 31)	1	1		
IX b-VII <sup>11)</sup> 15)32)	8	8		
	48	36		Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Zugang: Verg.-Gr. VI b Verg.-Gr. VII	Stellen 11 3	} Verlagerung von Kap. 07 56 infolge Zusammenlegung des NLPA (Kap. 07 56 und des NLI (Kap. 07 58)	Sonstige Veränderungen:
Zusammen	14		Haushaltsvermerk Nr. 9: Der zu Verg.-Gr. VII ausgebrachte HV (Nach Beendigung des Projekts „Mobiler Beratungsdienst Leseförderung in Nds.“ ist eine Stelle nach Kapitel 07 07 zurückzuverlagern.) ist infolge Beendigung des Projekts gestrichen worden. Die Stelle ist anstatt nach Kapitel 07 07 nach Kapitel 07 14 verlagert worden.
Abgang: Verg.-Gr. VI b Verg.-Gr. VII	Stellen 1 1	} infolge ZV bis 2003 (Vollzug HV Nr. 13) infolge Verlagerung nach Kap. 07 14	Haushaltsvermerk Nr. 13: Der zu Verg.-Gr. VI b ausgebrachte HV (1 kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV.) entfällt durch Vollzug. HV Nr. 24 bis 32 wurden aufgrund ZV II neu ausgebracht.
Zusammen Bleibt Zugang	2 12		

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Arbeiter/-innen</b>			
8	1	1	
4	1	1	
	2	2	Zusammen

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamte/-innen</b>			
B 2	—	1	Feste Gehälter: Direktor/-in der Landeszentrale für politische Bildung
A 16 <sup>4)</sup>	1	4	Aufsteigende Gehälter: Leitende(r) Direktor/-in
A 15	—	3	Direktor/-in
A 14 <sup>4)</sup>	2	8	Oberrat/-rätin
A 13 <sup>4)</sup>	1	1	Rat/Rätin
A 13	—	1	Oberamtsrat/-rätin
A 8 <sup>4)</sup>	1	1	Hauptsekretär/-in
	5	19	Zusammen

\*) Die Stellen der Beamtinnen und Beamten, die der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten gem. § 123 a BRRG zugewiesen werden, sind weiterhin in Kapitel 07 84 veranschlagt. Bei Ausscheiden fallen die Stellen weg, der Zuschuss bei 684 10 wächst entsprechend auf.  
4) kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen.

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

Abgang:			
Bes.-Gr. B 2	1		Verlagerung nach Kapitel 07 05
Bes.-Gr. A 16	3		davon
		1	Verlagerung nach Kapitel 07 01 (Vollzug HV Nr. 2)
		2	Verlagerungen nach Kapitel 07 05
Bes.-Gr. A 15	3		Verlagerungen nach Kapitel 07 05
Bes.-Gr. A 14	6		davon
		1	Wegfall durch Vollzug HV Nr. 1 (kw infolge ZV I)
		4	Verlagerungen nach Kapitel 07 05
		1	Umwandlung in Mittel für die Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten bei Titel 684 10
Bes.-Gr. A 13 g.D.	1		Verlagerung nach Kapitel 07 05
Zusammen		14	

Sonstige Veränderungen:

Haushaltsvermerk \*): Neu infolge der Auflösung NLpB und Gründung der Stiftung „Nds. Gedenkstätten“.  
Haushaltsvermerk \*\*): Der zum Stellenplan ausgebrachte HV (Zur Erwirtschaftung der Einsparauflage aus der Zusammenlegung des NLPA, NLI und NLpB sind in den Kapiteln 07 56, 07 58 und 07 84 insgesamt 48,5 Stellen bzw. 48,50 VZE durch MF gesperrt.) entfällt.  
Haushaltsvermerk Nr. 1: Der zu Bes.-Gr. A 14 ausgebrachte HV (1 kw infolge ZV.) entfällt durch Vollzug.  
Haushaltsvermerk Nr. 2: Der zu Bes.-Gr. A 16 ausgebrachte HV (Rückverlagerung einer Stelle in das Kapitel 07 01 nach dem Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens mit Ablauf des 30. 6. 2009.) entfällt durch Vollzug.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte</b>			
II a	—	2	
IV a	—	1	
V b	—	1	
V c	—	6	
VI b	—	4	
VII	—	3	
VIII	—	1	
IX b–VII	—	4	
	—	22	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Abgang: Verg.-Gr. II a	Stellen 2	Umwandlung in Mittel für die Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten bei Titel 684 10	Sonstige Veränderungen: Haushaltsvermerk **): Der zum Stellenplan ausgebrachte HV (Zur Erwirtschaftung der Einsparauflage aus der Zusammenlegung des NLPA, NLI und NLpB sind in den Kapiteln 07 56, 07 58 und 07 84 insgesamt 48,5 Stellen bzw. 48,50 VZE durch MF gesperrt.) entfällt. Haushaltsvermerke Nr. 6 und 8: Entfallen infolge der Auflösung der NLpB. Haushaltsvermerk Nr. 9: Der HV (Eine Stelle darf nur bis zu 50 % besetzt werden.) wird nach Kap. 07 05 verlagert. Haushaltsvermerk Nr. 10: Der zu Verg.-Gr. IX b–VII ausgebrachte HV (2 kw infolge ZV.) entfällt durch Vollzug.
Verg.-Gr. IV a Verg.-Gr. V b	1 } 1 }	Verlagerung nach Kapitel 07 05	
Verg.-Gr. V c	6	davon 4 Verlagerungen nach Kapitel 07 05	
	1	Umwandlung in Mittel für die Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten bei Titel 684 10	
	1	Wegfall durch Auflösung der NLpB (infolge ZV II)	
Verg.-Gr. VI b	4	davon 1 Umwandlung in Verg.-Gr. VII wegen Wegfall der Aufgaben einer Sekretärin gem. HV Nr. 6 durch Auflösung der NLpB und Verlagerung nach Kapitel 07 05	
	3	Verlagerungen nach Kapitel 07 05	
Verg.-Gr. VII Verg.-Gr. VIII Verg.-Gr. IX b–VII	3 } 1 } 4	Verlagerungen nach Kapitel 07 05 davon 2 durch Vollzug HV Nr. 10 2 Umwandlung in Mittel für die Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten bei Titel 684 10	
Zusammen	22		

**BEDARFSNACHWEISE**

Haushaltsvermerke

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			<b>Arbeiter/-innen</b>
4	—	1	
2 a	—	1	
	—	2	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Abgang: Lohn-Gr. 4 Lohn-Gr. 2 a	Stellen 1 } 1 }	Verlagerung nach Kapitel 07 05	Sonstige Veränderungen: Haushaltsvermerk **): Der zum Stellenplan ausgebrachte HV (Zur Erwirtschaftung der Einsparauflage aus der Zusammenlegung des NLPA, NLI und NLpB sind in den Kapiteln 07 56, 07 58 und 07 84 insgesamt 48,5 Stellen bzw. 48,50 VZE durch MF gesperrt.) entfällt. HV Nr. 11: Der HV zu Lohn-Gr. 2 a (1 kw infolge ZV.) wird nach Kapitel 07 05 verlagert.
Zusammen	2		

**Haushaltsplan**

für das

**Haushaltsjahr 2005**

**Einzelplan 08**

**Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**



# Vorwort zum Einzelplan 08

## A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Einzelplan 08 enthält die Einnahmen und Ausgaben des Geschäftsbereiches des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (MW):

- des Ministeriums (Kap. 08 01) und der Fachaufgaben der Regierungsvertretungen (Kap. 08 91)
- der Allgemeinen Bewilligungen im Bereich Wirtschaft (Kap. 08 02)
- der Allgemeinen Bewilligungen im Bereich Verkehr (Kap. 08 03)
- der Allgemeinen Bewilligungen im Bereich Arbeit und Qualifizierung (Kap. 08 04)
- der Bergverwaltung  
mit dem Landesbergamt Clausthal-Zellerfeld und den Außenstellen in Celle und Meppen (Kap. 08 10)
- des Mess- und Eichwesens  
mit dem Landesbetrieb „Mess- und Eichwesen Niedersachsen (MEN)“ und seinen 10 Betriebsstellen (Kap. 08 11)
- der Materialprüfung  
mit den drei Landesbetrieben „Materialprüfanstalten“ (Kap. 08 13)
- der Bodenforschung  
mit dem Landesamt für Bodenforschung Hannover und den Außenstellen in Bremen und Grubenhagen (Kap. 08 18)
- der Straßenbauverwaltung  
mit der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr und den 13 Außenstellen sowie 78 unselbständigen Organisationseinheiten (Kap. 08 20)
- der Häfen- und Schifffahrtsverwaltung (Kap. 08 30)

## B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr

### I. Ressortinterne Organisationsveränderungen

Die Landesregierung hat am 20.09.2004 die Gründung der Niedersachsen Ports GmbH & Co. KG (NPorts) zum 01.01.2005 beschlossen. Die bisher im Kapitel 08 31 „Häfen- und Schifffahrtsverwaltung – Budgetierung –, ausgebrachten Haushaltsmittel sind als Zuschussbedarf für die Gesellschaft bei Kapitel 08 30 Titelgruppe 62 ausgewiesen.

### II. Ressortübergreifende Organisationsveränderungen

Nach dem von der Landesregierung am 15.6.2004 beschlossenen Gesetzentwurf wurden mit Ablauf des 31.12.2004 die Bezirksregierungen aufgelöst. Durch die „Modernisierungsgesetze“ bzw. mit Beschluss der Landesregierung zu den „Feinkonzepten“ der Ressorts wurden mit Wirkung vom 01.1.2005 folgende Aufgabenfelder in den Geschäftsbereich des MW verlagert:

Europäischer Sozialfonds und Wirtschaftsförderung – MW/NBank;  
Wirtschaftsordnung – MW/Regierungsvertretung;  
Handwerk – MW/Handwerkskammern;  
Verkehr – MW/Landesnahverkehrsgesellschaft;  
Straßenbau/Planfeststellung, Verkehr – Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr;  
Häfen- und Schifffahrtsverwaltung – MW/ Niedersachsen Ports GmbH & Co. KG.

Neben den auf das MW und auf die Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr übertragenen Aufgaben wurden Aufgaben durch Kommunalisierung, Privatisierung (NBank, Niedersachsen Ports GmbH & Co. KG u. Landesnahverkehrsgesellschaft) und Übertragung an Dritte (Handwerkskammern) verlagert.

Entsprechende Stellen- und Mittelumsetzungen sind von Kapitel 03 05 nach Kapitel 08 01, 08 02 und 08 20 vorgenommen worden.

Durch Beschluss der Landesregierung vom 07.09.2004 wurden mit Wirkung vom 01.01.2005 vier Regierungsvertretungen als Referate des MI eingerichtet, in denen Aufgaben des MI und anderer Ministerien wahrgenommen werden.

In folgenden Aufgabenfeldern sind Aufgaben aus dem Geschäftsbereich des MW den Regierungsvertretungen zugeordnet worden:

Unterstützung der regionalen Entwicklung, Verwaltungsaufgaben mit regionalem Bezug und Service- und Unterstützungsaufgaben.

Entsprechende Stellen- und Mittelumsetzungen (Personalkosten) sind von Kapitel 03 05 und 05 40 in das neue Kapitel 08 91 „Fachaufgaben der Regierungsvertretungen“ vorgenommen worden.

Gemäß Beschluss der Landesregierung vom 13.07.2004 wurde infolge der Auflösung des Landesamts für Ökologie (NLÖ) mit Wirkung vom 1.1.2005 die Aufgabe „Überwachung von Altlasten“ vom MU zum Landesamt für Bodenforschung verlagert.

Entsprechende Stellen- und Mittelumsetzungen sind von Kapitel 15 03 nach Kapitel 08 18 vorgenommen worden.

#### **C. Sonstige Veränderungen**

Kapitel 08 18 „Landesamt für Bodenforschung“: Die Veranschlagung erfolgt erstmalig nach den Regelungen zur Leistungsorientierten Haushaltswirtschaft „LoHN“.

#### **D. Hochbaumaßnahmen**

Die Hochbaumaßnahmen für den Geschäftsbereich des MW sind im Kapitel 20 11 des Einzelplans 20 – Hochbauten - ausgewiesen.

## Epl. 08

## Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen					Gesamteinnahmen	Personalausgaben	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst
		0	1	2	3				
		Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
0801	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	—	393	282	—	675	16.110	3.610	
0802	Allgemeine Bewilligungen im Bereich Wirtschaft	—	4.454	103.246	24.870	132.570	—	1.934	
0803	Allgemeine Bewilligungen im Bereich Verkehr	—	850	531.050	143.963	675.863	—	273.357	
0804	Allgemeine Bewilligungen im Bereich Arbeit und Qualifizierung	—	400	89.806	—	90.206	—	332	
0810	Bergverwaltung	—	385.986	777	—	386.763	4.012	544	
0811	Mess- und Eichwesen	—	—	—	—	—	—	—	
0813	Materialprüfanstalten	—	216	—	—	216	—	—	
0818	Landesamt für Bodenforschung	—	424	1.531	253	2.208	10.772	1.926	
0820	Straßenbauverwaltung	—	5.490	69.707	66.231	141.428	156.387	52.689	
0830	Häfen- und Schifffahrtsverwaltung	—	1.000	—	2.050	3.050	8	800	
0891	Fachaufgaben der Regierungsvertretungen	—	—	—	—	—	1.143	—	
Weggefallene Kapitel									
	Summe 2005	—	399.213	796.399	237.367	1.432.979	188.432	335.192	
	Summe 2004	—	442.228	721.040	310.355	1.473.623	209.860	367.544	
	2005 mehr(+)/weniger(-)	—	-43.015	+75.359	-72.988	-40.644	-21.428	-32.352	

**gaben und Verpflichtungsermächtigungen**

**Epl. 08**

Ausgaben					2005 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 - Sp. 14)	2004 Überschuss Zuschuss (-)	2005 Verbesserung Verschlech- terung (-) (Sp. 15 - Sp. 16)	Verpflichtungs- ermächtigungen
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsför- dermaßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben				
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
822	—	245	-15.037	5.750	-5.075	3.033	-8.108	500
39.695	—	175.147	—	216.776	-84.206	-109.244	25.038	64.064
263.296	—	150.693	170	687.516	-11.653	-51.391	39.738	526.100
100.280	—	—	—	100.612	-10.406	-13.845	3.439	37.292
2	—	18	488	5.064	381.699	381.242	457	—
653	—	413	—	1.066	-1.066	-1.081	15	—
485	—	439	—	924	-708	-2.282	1.574	—
595	—	393	186	13.872	-11.664	-11.365	-299	—
2.324	31.247	91.709	6.909	341.265	-199.837	-211.131	11.294	22.390
17.855	5.500	24.611	—	48.774	-45.724	-20.404	-25.320	—
—	—	—	—	1.143	-1.143	—	-1.143	—
						-43.555	43.555	
426.007	36.747	443.668	-7.284	1.422.762	10.217	-80.023	90.240	650.346
358.320	62.392	554.395	1.135	1.553.646				1.066.116
+67.687	-25.645	-110.727	-8.419	-130.884				-415.770

**Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**  
**Kapitel 0801 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
		*** Gem. § 17 Abs. 1 S.2 LHO ist die "Allgemeine Erläuterung zum Kapitel" verbindlich.					
		<b>E I N N A H M E N</b>					
111 01-3	011	Gebühren und tarifliche Entgelte		80	80	—	91
111 12-9	751	Luftsicherheitsgebühren		170	145	+25	166
111 45-5	011	Prüfungsgebühren <i>Vgl. K-Vermerk zu 427 41.</i>		40	40	—	34
111 46-3	749	Prüfungsgebühren für die Eisenbahnbetriebsleiterprüfung. <i>Vgl. K-Vermerk zu 631 11.</i>		—	—	—	—
112 01-0	011	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		10	10	—	—
119 01-4	011	Vermischte Einnahmen		40	40	—	11
119 02-2	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen <i>*** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.</i>		2	2	—	20
119 03-0	011	Einnahmen aus Nebentätigkeiten		50	50	—	58
119 04-9	011	Einnahmen aus dem Verkauf des Firmentickets von Verkehrsunternehmen an Landesbedienstete <i>Vgl. K-Vermerk zu 546 04.</i>		—	—	—	82
119 30-8	960	Abwicklung offener Posten aus dem Vorjahr		—	—	—	—
132 01-0	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		1	1	—	—
235 01-4	011	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	15
261 10-4	011	Erstattung von Verwaltungskosten für die Versicherungsaufsicht		83	75	+8	75
281 17-2	680	Erstattungen von Beihilfepauschalen durch Landesbetriebe		199	160	+39	—
331 65-0	751	Zuweisungen für Investitionen vom Bund <i>Vgl. K-Vermerk zu 812 65.</i>		—	—	—	—
		<b>A U S G A B E N</b>					
412 04-8	011	Entschädigung an Vorsitzende der Einigungsstellen gem. § 71 Abs.7 Nds. PersVG.	—	1	1	—	—
421 01-2	011	Bezüge der Ministerin oder des Ministers	—	143	150	-7	229
421 02-0	011	Bezüge der Ministerin oder des Ministers - Übergangsgeld -	—	17	67	-50	—
422 01-9	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	15.842	15.280	+562	8.028
422 10-8	011	Leistungsprämien	—	—	—	—	—
422 17-5	011	Bezüge für zugewiesene Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
422 19-1	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	172
422 31-0	011	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	64	-64	288
425 01-8	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	6.020

**ERLÄUTERUNGEN**

**Allgemeine Erläuterung zu Kapitel 08 01**

511 01, 514 01, 517 01, 518 01, 518 02, 525 01, 525 10, 526 01, 526 02, 527 01, 527 02, 538 10, 546 01, 546 02 und 546 03 sind gegenseitig deckungsfähig.

**Zu 111 01**

Einnahmen aufgrund der Verordnung über die Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen und Leistungen (Allgemeine Gebührenordnung – AllGO –) vom 5.6.1997 (Nds. GVBl. S. 171), in der jeweils geltenden Fassung.

**Zu 111 12**

Aufgrund der LuftKostVO wird von jedem in Braunschweig abfliegenden kontrollierten Passagier eine Gebühr von 8,10 EUR erhoben. Veranschlagt ist das Aufkommen bei geschätzten 21 000 Passagieren.

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 65 und zu 631 65.

**Zu 111 45**

Voraussichtlich aufkommende Gebühren für die Abnahme der Prüfungen von Bewerbern um die Anerkennung als amtl. anerkannte Sachverständige und amtl. anerkannte Prüfer für den Kraftfahrzeugverkehr sowie von Bewerbern für die Durchführung von Hauptuntersuchungen für Überwachungsorganisationen (Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr vom 26. 6. 1970 – BGBI. I S. 865) in der jeweils geltenden Fassung.

**Zu 111 46**

Gebühren für die Prüfung zum Eisenbahnbetriebsleiter nach § 12 der Eisenbahnbetriebsleiter-Prüfungsverordnung (EBPV).

Vgl. Erläuterungen zu 631 11.

**Zu 119 03**

1. Abführung aufgrund des § 5 Abs. 3 des Ministergesetzes i.d.F. vom 3.4.1979 (Nds. GVBl. S. 105) und der jeweils geltenden Änderung	45 Tsd. EUR
2. Ablieferungen aufgrund des § 75 a NBG	5 Tsd. EUR
Zusammen	50 Tsd. EUR

**Zu 261 10**

Voraussichtlich aufkommende Erstattungen für die Wahrnehmung der Versicherungsaufsicht gem. § 3 Abs. 1 und 2 des Nieders. Versicherungsaufsichtsgesetzes i. V. m. den Rahmengrundsätzen des MF für die Erhebung und Bemessung von Kosten nach dem Verwaltungskostenrecht.

**Zu 281 17**

Veranschlagt sind die Pauschalen, die die Landesbetriebe für die Zahlung der Beihilfeausgaben an den Landeshaushalt zu erstatten haben.

Die Erstattungen der Landesbetriebe verteilen sich wie folgt:

Kap.	Landesbetrieb	in 1000 EUR
08 11	Mess- und Eichwesen Niedersachsen (MEN)	165
08 13	Materialprüfanstalt für das Bauwesen, Hannover (MPA H1)	14
08 13	Materialprüfanstalt für Werkstoffe und Produktionstechnik, Hannover (MPA H2)	5
08 13	Materialprüfanstalt für das Bauwesen, Braunschweig (MPA BS)	15
	Summe:	199

**Zu 412 04**

Die/Der Vorsitzende einer Einigungsstelle erhält gem. § 71 Abs. 7 Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz für jeden bearbeiteten Einzelfall eine Vergütung von 102,26 EUR.

**Zu 422 01, 422 19, 425 01, 425 03 und 426 01**

Für das Kapitel 08 01 ist mit Wirkung vom 1.1.2000 die Personalkostenbudgetierung eingeführt worden.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteneinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
288,81	284,51	261,53

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
15.842	15.280	14.649

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich	84,73
-92 Stellen von Kapitel 03 05	1,50
- 2 Stellen von Kapitel 09 05	1,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	1,00
- Sonstige Veränderungen	87,23
Summe Zugänge	87,23

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich	47,89
- 52 Stellen wegen Zuweisung an NBank (vorher Kapitel 03 05)	6,50
- 7 Stellen wegen Zuweisung an NBank/IPA	22,99
- 25 Stellenumsetzungen an Regierungsvertretungen (vorher Kapitel 03 05)	5,55
- 6 Stellenumsetzungen nach Kapitel 08 20 (vorher Kapitel 03 05)	82,93
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	82,93
- Sonstige Veränderungen	82,93
Summe Abgänge	82,93

Bleibt Zugang 4,30

**Zu 422 31**

Da mit Ablauf des 31.12.2004 alle Bediensteten im sog. Vorruhestand ausgeschieden sein werden, sind Mittel nicht mehr zu veranschlagen.

**Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**  
**Kapitel 0801 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004		
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
425 03-4	011	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 04-2	011	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	12	12	—	—
425 06-9	011	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1	1	—	—
425 17-4	011	Vergütungen für zugewiesene Angestellte	—	—	—	—	—
426 01-4	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	428
426 06-5	011	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1	1	—	0
426 17-0	011	Löhne für zugewiesene Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 01-0	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	17	17	—	—
427 02-9	011	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	—
427 31-2	011	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	4	4	—	4
427 39-8	011	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	17	—	+17	16
427 41-0	011	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte zur Prüfung außerhalb der Verwaltung stehender Personen <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 75 v.H. der Isteinnahmen bei 111 45.</i>	—	30	30	—	25
441 01-3	940	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	—	1.846	1.669	+177	1.533
441 02-1	940	Beihilfen für Angestellte	—	22	40	-18	20
441 03-0	940	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	8	6	+2	7
441 04-8	940	Beihilfen für Sonstige	—	2	1	+1	2
441 06-4	940	Pflegebeihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	—	4	3	+1	4
443 01-6	940	Fürsorgeleistungen	—	33	40	-7	33
443 02-4	940	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	—	—	—	—
453 01-1	011	Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	9	9	—	10
459 10-9	011	Grubenentschädigungen	—	1	1	—	0
462 11-8	981	Globale Minderausgaben für Personalausgaben <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.</i>	—	-1.950	-2.000	+50	—
511 01-1	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	343	349	-6	194
514 01-0	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	39	39	—	32
517 01-0	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	270	270	—	286
518 01-6	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	355	355	—	346
518 02-4	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	70	70	—	59

---

ERLÄUTERUNGEN

---

**Zu 425 04**

Veranschlagt sind die erforderlichen Mittel für einen Ausbildungsplatz zur Fachinformatikerin/zum Fachinformatiker (Fachrichtung Systemintegration).

**Zu 427 31**

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte, Richter und Angestellte des Landes richtet sich nach den aufgrund des RdErl. d. MF v. 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664), in der jeweils geltenden Fassung, erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

**Zu 427 41**

Veranschlagt sind die Vergütungen für die Tätigkeit der Mitglieder des Prüfungsausschusses nach dem Kraftfahrtsachverständigengesetz. Die Prüfer erhalten 75 v. H. der bei 111 45 aufkommenden Gebühren.

**Zu 459 10**

Bedienstete des Ministeriums erhalten diese Entschädigung nach den Bestimmungen des RdErl. d. MW vom 27. 12. 1978 – GültL 3/144 – (Nds. MBl. 1979 S. 54); geändert durch RdErl. vom 13.12.2001 (Nds.MBl. 2002 S.48).

Diese Entschädigung gilt als Aufwandsentschädigung im Sinne des EStG.

**Zu 462 11**

Zum Ausgleich des Haushalts. Der Beitrag zum Haushaltsausgleich kann auch in anderen Kapiteln des Einzelplans 08 erwirtschaftet werden.

**Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**  
**Kapitel 0801 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
			2005				
			2004				
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
519 01-2	011	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen <i>Übertragbar.</i>	—	8	8	—	4
525 01-2	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	112	112	—	88
525 10-1	011	Projektmanagement	—	30	40	-10	14
525 11-0	011	Personalentwicklungsmaßnahmen <i>Übertragbar.</i>	—	133	103	+30	47
526 01-9	011	Sachverständige	—	13	13	—	17
526 02-7	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	10	10	—	2
526 10-8	011	Gutachten im Wirtschaftsbereich <i>Übertragbar.</i>	—	37	47	-10	37
526 11-6	011	Gutachten im Verkehrsbereich <i>Übertragbar.</i>	—	163	193	-30	134
526 12-4	011	Kosten im Zusammenhang mit der Wahrnehmung der Eisenbahnaufsicht <i>Übertragbar.</i>	—	715	692	+23	670
527 01-5	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	137	137	—	93
527 02-3	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	23	23	—	15
529 10-7	011	Zur Verfügung der Ministerin oder des Ministers	—	5	5	—	2
529 11-5	011	Kongresse, Symposien, Wirtschaftskontakte <i>*** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.</i>	—	45	50	-5	15
531 10-1	011	Öffentlichkeitsarbeit <i>Übertragbar.</i>	—	90	130	-40	55
			50				
531 11-0	011	Landeswerbung <i>Übertragbar.</i> <i>*** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.</i>	500	200	810	-610	21
			500				
538 10-6	011	Dienstleistungen Außenstehender	—	25	35	-10	21
538 11-4	011	Verkehrsmanagement <i>Übertragbar.</i>	—	50	50	—	—
546 01-0	011	Vermischte Ausgaben	—	5	5	—	17
546 02-8	011	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	1	1	—	0
546 03-6	011	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	1	1	—	25
546 04-4	011	Ausgaben für den Kauf des Firmentickets von Verkehrsunternehmen <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 04.</i>	—	—	—	—	85
546 10-9	011	Modellprojekt "Bekämpfung der Schwarzarbeit" <i>Übertragbar.</i>	—	25	100	-75	—
			50				
546 30-3	960	Abwicklung offener Posten aus dem Vorjahr	—	—	—	—	—
549 01-9	989	Globale Minderausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	-1.135	+1.135	—
631 10-6	751	Erstattung anteiliger Personalkosten für den Flughafenkontrolldienst an den Bund	—	291	291	—	192

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 525 10**

Veranschlagt sind Ausgaben für Maßnahmen zur Lösung aktueller Fragestellungen bzw. Vorhaben (Projektgruppen, Arbeitsgruppen) und zur strategischen Steuerung des Ministeriums (Workshops und Klausuren). Die Mitarbeiter sollen in die Lage versetzt werden, Projektmanagement und Ressortplanung als wichtige Potentiale der strategischen Steuerung des MW zu nutzen.

Die Ansatzreduzierung steht im Zusammenhang mit der Auflösung der bislang bei Titel 549 01 in Höhe von 1.135.000 EUR veranschlagten Globalen Minderausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben.

**Zu 525 11**

Fortbildungsmaßnahmen für Nachwuchsführungskräfte an überwiegend international renommierten Ausbildungsstätten sowie für Volontariate bei international tätigen Unternehmen im Ausland.

**Zu 526 10**

Veranschlagt sind Ausgaben für Gutachten, die als Entscheidungshilfen im wirtschafts- und strukturpolitischen Raum dienen sollen und für deren Erstellung eigenes Personal nicht zur Verfügung steht.

Die Ansatzreduzierung steht im Zusammenhang mit der Auflösung der bislang bei Titel 549 01 in Höhe von 1.135.000 EUR veranschlagten Globalen Minderausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben.

**Zu 526 11**

Veranschlagt sind Ausgaben für Gutachten, die als Entscheidungshilfen im verkehrspolitischen Raum dienen sollen und für deren Erstellung eigenes Personal nicht zur Verfügung steht.

Die Ansatzreduzierung steht im Zusammenhang mit der Auflösung der bislang bei Titel 549 01 in Höhe von 1.135.000 EUR veranschlagten Globalen Minderausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben.

**Zu 526 12**

Die Aufsicht über die nichtbundeseigenen Eisenbahnen in Niedersachsen wird vom MW ausgeübt, das sich zur Beurteilung von Fachfragen externer Sachverständiger bedient. Veranschlagt ist der hierdurch voraussichtlich entstehende Honorarbedarf.

**Zu 529 11**

Die Ansatzreduzierung steht im Zusammenhang mit der Auflösung der bislang bei Titel 549 01 in Höhe von 1.135.000 EUR veranschlagten Globalen Minderausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben.

**Zu 531 10**

Zur Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums (u. a. Druck von Informationsschriften).

Mitveranschlagt sind Reisekosten für Pressevertreter, die den Minister auf Auslandsreisen begleiten.

Die Ansatzreduzierung steht im Zusammenhang mit der Auflösung der bislang bei Titel 549 01 in Höhe von 1.135.000 EUR veranschlagten Globalen Minderausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	50	–	50
2006	–	–	–	–
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	50	–	50

**Zu 531 11**

Veranschlagt sind Ausgaben zum Aufbau einer Markenphilosophie für das Land im Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei und den anderen Ministerien.

Die Ansatzreduzierung steht im Zusammenhang mit der Auflösung der bislang bei Titel 549 01 in Höhe von 1.135.000 EUR veranschlagten Globalen Minderausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben sowie der Umsetzung der Einsparverpflichtung zur Konsolidierung des Landeshaushalts.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	200	–	200
2006	–	–	500	500
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	200	500	700

**Zu 538 10**

Die Ansatzreduzierung steht im Zusammenhang mit der Auflösung der bislang bei Titel 549 01 in Höhe von 1.135.000 EUR veranschlagten Globalen Minderausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben.

**Zu 538 11**

Veranschlagt sind Ausgaben insbesondere für verkehrsträgerübergreifendes Mobilitätsmanagement und Verkehrsinformationsdienste.

**Zu 546 10**

Veranschlagt sind Ausgaben für den Aufbau eines Informations- und Kommunikationssystems im Rahmen des Modellprojektes „Bekämpfung der Schwarzarbeit“.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	25	–	25
2006	–	25	–	25
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	50	–	50

**Zu 631 10**

Mit Wirkung vom 1. 4. 1994 ist das im Kontrolldienst auf dem Flughafen Hannover-Langenhagen tätige Personal vom Bund übernommen worden. Hierfür sind anteilig Personalkosten an den Bund zu erstatten.

**Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**  
**Kapitel 0801 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
631 11-4	749	Erstattung der Aufwendungen für die Durchführung der Eisenbahnbetriebsleiterprüfung an das Eisenbahn-Bundesamt. <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 111 46.</i>	—	—	—	—	—
632 10-2	011	Erst. der ant. Kosten der gemeinsamen Zulass.-Stelle und d. gemeins. Prüf.-Auss. für Wirtsch.-Prüfer und vereid. Buchprüfer	—	10	10	—	—
632 11-0	011	Erstattung von Verwaltungsausgaben an das Land Berlin	—	16	16	—	12
676 10-0	011	Erstattung von Verwaltungsausgaben an die Europäische Hafenorganisation, Brüssel	—	6	6	—	5
682 09-6	680	Zuführungen an Landesbetriebe für Ausgaben zum Ausgleich bei Inanspruchnahme in Schadensfällen	—	—	—	—	—
686 10-5	011	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	9	9	—	9
811 01-5	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	18	16	+2	—
812 15-1	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
972 11-6	989	Globale Minderausgaben *** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.	—	-15.692	-22.696	+7.004	—
972 14-0	989	Globale Minderausgabe Konsolidierung	—	—	—	—	—
981 10-7	990	Abführung an 13 21 - 381 08	—	655	655	—	654
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 62</b>		<b>Kosten der Luftaufsicht</b>	(—)	(546)	(546)	(—)	(513)
427 62-2	751	Entschädigungen für Luftaufsichtspersonal, das in der Luftaufsicht nebenamtlich tätig ist	—	46	46	—	45
547 62-8	751	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben *** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.	—	24	24	—	20
671 62-0	751	Erstattung von Kosten an Flugplatzhalter	—	476	476	—	447
<b>TGr. 65</b>		<b>Kosten der Sicherheitsmaßnahmen auf dem Flughafen Braunschweig</b> <i>Übertragbar.</i>	(—)	(257)	(114)	(+143)	(114)
538 65-3	751	Dienstleistungen Außenstehender	—	240	98	+142	107
547 65-2	751	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	3	3	—	0
631 65-3	751	Zuweisungen an den Bund *** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.	—	6	5	+1	6
671 65-5	751	Erstattung von Kosten an die Flughafengesellschaft Braunschweig	—	8	8	—	1
812 65-8	751	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 331 65.</i>	—	—	—	—	—
<b>TGr. 66</b>		<b>Kosten der Kommissionen nach dem Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm</b>	(—)	(5)	(5)	(—)	(5)
412 66-8	011	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	—	4	4	—	4

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 631 11**

Die bei 111 46 aufkommenden Gebühren sind als Aufwendungen für die Durchführung der Prüfung zum Eisenbahnbetriebsleiter nach § 12 Eisenbahnbetriebsleiter-Prüfungsverordnung (EBPV) an das Eisenbahn-Bundesamt zu erstatten.

**Zu 632 11**

Die vom Land Berlin getragenen Personalkosten für die Geschäftsstelle der Wirtschafts- und Verkehrsministerkonferenz werden nach dem vorläufigen Königsteiner Schlüssel auf die einzelnen Länder verteilt. Veranschlagt ist der voraussichtlich auf das Land Niedersachsen entfallende Anteil.

**Zu 676 10**

Niedersachsen ist zusammen mit den anderen Küstenländern Mitglied der Europäischen Seehafen Organisation (ESPO). Die ESPO vertritt die Interessen und Ziele der Häfen gegenüber der EU-Kommission und nimmt frühzeitig Einfluss auf EU-Entscheidungen. Die jährlichen Verwaltungsausgaben werden von den Mitgliedern getragen. Den auf Deutschland entfallenden Betrag teilen sich die fünf Küstenländer zu gleichen Teilen. Veranschlagt ist der voraussichtlich auf das Land Niedersachsen entfallende Anteil an den Verwaltungsausgaben der ESPO.

**Zu 686 10**

Mitgliedsbeiträge an die nachfolgend aufgelisteten Vereine, Verbände und Gesellschaften:

	Tsd.EUR
Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen e.V., Stuttgart	1,60
Deutscher Ausschuss für das Grubenrettungswesen, Herne	0,30
Forschungsgesellschaft für das Straßen- und Verkehrswesen e.V., Köln	1,70
Gemeinschaft zur Förderung der fachlichen Fortbildung der Straßenbau- und Verkehrsingenieure e.V., Hannover	0,50
Hafenbautechnische Gesellschaft (HTG), Hamburg	0,20
Gesellschaft der Förderer des Franzius-Instituts e.V., Hannover	0,20
Forum Vergabe e.V., Berlin	1,00
Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung e.V., München	0,40
Deutscher Verkehrssicherheitsrat e.V. (DVR), Bonn	3,10
Zusammen	9,00

**Zu 811 01**

	Listenpreis einschl. MwSt. Tsd.EUR	Sonderaus- stattung u. a. Tsd.EUR
Ersatzbeschaffung: 1 Pkw bis 2 000 ccm	18	

**Zu 972 11**

Zum Ausgleich des Haushalts. Der Beitrag zum Haushaltsausgleich kann auch durch Mehreinnahmen erbracht werden, soweit diesen keine entsprechenden Mehrausgaben gegenüber stehen.

**Zu 981 10**

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

**Zu Titelgruppe 62**

Zur Durchführung der dem Lande gemäß §§ 29, 31 Abs. 2 des Luftverkehrsgesetzes vom 27. 3. 1999 (BGBl. I S. 550) – LuftVG – in der jeweils geltenden Fassung obliegenden Luftaufsicht bedient sich das Land Angestellter der Flugplatzhalter, Mitglieder der

**Noch zu Titelgruppe 62**

Luftsportvereine und anderer Personen, die vom MW mit der Wahrnehmung der Luftaufsicht auf einzelnen Flugplätzen oder in bestimmten Bezirken beauftragt werden.

**Zu 427 62**

Aufwendungen für das Luftaufsichtspersonal auf Flugplätzen und in den Aufsichtsbezirken.

**Zu 547 62**

Mieten (§ 29 a LuftVG), Geschäftsbedarf, Post- und Fernmeldegebühren, Reisekosten und andere sächliche Verwaltungsausgaben, die im Zusammenhang mit den bei 427 62 veranschlagten persönlichen Verwaltungsausgaben stehen.

**Zu 671 62**

Veranschlagt sind Kosten der Luftaufsicht, die den Flugplatzhaltern zu erstatten sind.

**Zu Titelgruppe 65**

Aufgrund einer Weisung des Bundesministeriums des Innern werden seit Ende 1995 auf dem Flughafen Braunschweig Luftsicherheitsmaßnahmen nach den §§ 29 c, 29 d LuftVG (Personen- und Gepäckkontrollen, Bestreifungen u. ä.) durchgeführt.

**Zu 538 65**

Veranschlagt sind die Kosten für einen privaten Kontrolldienst. Mehrbedarf zur Umsetzung der EU-Verordnungen 2320/2002 und 1138/2004 im Bereich der Luftsicherheitsmaßnahmen gemäß gemeinsamen Erlass des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) und des Bundesministeriums des Innern (BMI) vom 04.10.2004.

**Zu 631 65**

Von den bei 111 12 aufkommenden Luftsicherheitsgebühren ist ein Betrag von 0,26 EUR je abfliegenden kontrollierten Passagier an den Bund abzuführen.

**Zu Titelgruppe 66**

Sitzungskosten für zwei Fluglärmkommissionen, die nach § 32 b des Luftverkehrsgesetzes vom 27. 3. 1999 (BGBl. I S. 550) – LuftVG –, in der jeweils geltenden Fassung, zu bilden sind. Die Kosten trägt das Land, in dessen Gebiet der Flugplatz liegt, für den die Kommissionen tätig werden.

**Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**  
**Kapitel 0801 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
547 66-0	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1	1	—	1
<b>TGr. 96</b>		<b>Reformdividende</b>	(—)	(—)	(—)	(—)	(172)
429 96-0	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	2
547 96-2	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	122
711 96-7	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	1
812 96-8	960	Sonstige Ausgaben für Investitionen	—	—	—	—	46
<b>TGr. 98/99</b>		<b>Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik</b>	(—)	(664)	(689)	(-25)	(624)
511 99-2	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	77	102	-25	75
518 98-9	011	Anmietung von Software	—	—	—	—	—
518 99-7	011	Anmietung von Hardware	—	—	—	—	—
525 98-5	011	Aus- und Fortbildung durch das Informatikzentrum Niedersachsen (IZN)	—	6	6	—	8
525 99-3	011	Aus- und Fortbildung durch andere Dienstleister	—	10	10	—	9
538 98-0	011	Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (IZN)	—	40	40	—	34
538 99-8	011	Dienstleistungen "Anderer"	—	200	200	—	145
547 99-7	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	104	104	—	97
812 98-4	011	Beschaffung von SW/Lizenzen	—	27	27	—	36
812 99-2	011	Erwerb von Geräten	—	200	200	—	220
		<b>Abschluss Kapitel 0801</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		393	368	+25	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		282	235	+47	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		675	603	+72	
		4 Personalausgaben	—	16.110	15.446	+664	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	500	3.610	3.101	+509	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	600	822	821	+1	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	245	243	+2	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	-15.037	-22.041	+7.004	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	500	5.750	-2.430	+8.180	
			600				
		<b>Zuschuss</b>		5.075		+8.108	
		<b>Überschuss</b>			3.033		

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Titelgruppe 98/99**

Neben der Weiterentwicklung der vorhandenen IuK-Technik sind die Einführung der elektronischen Akte sowie der Ausbau des „Online-Informationssystems“ zu realisieren. Veranschlagt sind weiterhin Kosten für die Ersatzbeschaffung von Servern, die laufenden Wartungs- und Betriebskosten sowie Kosten für Schulungen.

**Zu 511 99**

Die Ansatzreduzierung steht im Zusammenhang mit der Auflösung der bislang bei Titel 549 01 in Höhe von 1.135.000 EUR veranschlagten Globalen Minderausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben.

**Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**  
**Kapitel 0802 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Wirtschaft**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-8	011	Vermischte Einnahmen		2.839	400	+2.439	464
119 41-7	011	Rückzahlung von Überzahlungen		215	215	—	577
119 43-3 (GA)	692	Rückzahlung von Überzahlungen aus der GA "Verbesserung der regionalen Wirtschafts- struktur" *** Die Bundesanteile dürfen durch Absetzung von der Einnahme an den Bund verausgabt werden.		1.400	1.400	—	780
119 44-1	699	Rückzahlung von Überzahlungen aus EU- Programmen *** Die EU-Anteile dürfen durch Absetzung von der Einnahme an die EU verausgabt werden.		—	—	—	1.434
231 61-6	252	Zuweisungen des Bundes gemäß Aufstiegs- fortbildungsförderungsgesetz (AFBG)		9.100	9.100	—	11.264
231 65-9	699	Sonstige Zuweisungen des Bundes für son- stige Programme *** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.		—	—	—	802
231 76-4	699	Zuweisungen des Bundes von EU-Mitteln für Förderungen von Existenzgründungen		—	—	—	—
231 78-0	699	Zuweisungen des Bundes von EU-Mitteln für innovative Maßnahmen *** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 78.		—	1.500	-1.500	1.120
331 67-0 (GA)	692	Zuweisungen des Bundes als Anteil zur Ge- meinschaftsaufgabe "Verbesserung der re- gionalen Wirtschaftsstruktur" Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 67.		24.622	39.956	-15.334	37.430
334 10-5	699	Zuweisungen des Bundes für Investitionen im Rahmen der Hochwasserhilfe Vgl. K-Vermerk zu 892 10.		—	—	—	192
356 77-0	950	Entnahme aus dem Grundstock zur Förde- rung von Innovationen (Innovationsfonds) Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 77.		—	—	—	—
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 66</b>		<b>Ziel-2-Programm 2000 - 2006</b> Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.		(91.982)	(91.982)	(—)	(83.427)
119 66-2	699	Zinseinnahmen aus Zuwendungen von EU- Mitteln		—	—	—	0
231 66-7	699	Zuweisungen des Bundes für das Ziel 2 Pro- gramm 2000 - 2006		91.982	91.982	—	83.427
<b>TGr. 73</b>		<b>Zuweisungen des Bundes zur Finanzierung des Institutes für Geowissenschaftliche Ge- meinschaftsaufgaben</b>		(2.412)	(2.173)	(+239)	(2.173)
231 73-0 (GA)	177	Zuweisung des Bundes gem. Art. 91 b GG für laufende Zwecke		2.164	1.925	+239	1.925
331 73-4 (GA)	177	Zuweisung des Bundes gem. Art. 91 b GG für Investitionen		248	248	—	248
<b>AUSGABEN</b>							
546 01-3	692	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
547 10-9	699	Begleitung und Evaluation verschiedener EU-Programme Übertragbar.	267 360	179	179	—	229
634 10-9	699	Sonstige Zuführungen an den Wirtschafts- förderfonds Kapitel 50 81	—	2.374	—	+2.374	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 119 01**

In dem ursprünglichen Ansatz in Höhe von 400.000 EUR sind überwiegend Zinseinnahmen aus Rückforderungen von Zuwendungen (§ 44 LHO) enthalten.

Mehr aufgrund der im Zusammenhang mit der Auflösung der Bezirksregierungen aus 03 05 verlagerten Einnahmen (MW-Anteil = 2.439.000 EUR).

**Zu 119 41**

Rückzahlungen aus Zuwendungen nach den Richtlinien zu §§ 23 und 44 LHO.

**Zu 231 61**

Die Ausgaben für Maßnahmen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) werden zu 78 v. H. vom Bund erstattet.

Vgl. Ausgaben TGr. 61 (Titel 681 61).

**Zu 231 65**

EU-Mittel zur Mitfinanzierung ausgewählter Maßnahmen im Rahmen verschiedener Programme bis 1999.

Vgl. Ausgaben TGr. 65.

**Zu 331 67**

Die Ausgaben im Rahmen des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" vom 6. 10. 1969 (BGBl. I S. 1861) werden gem. § 10 zur Hälfte vom Bund erstattet.

Vgl. Ausgaben TGr. 67.

**Zu Titelgruppe 66**

Vgl. Ausgaben TGr. 66.

**Zu Titelgruppe 73**

Vgl. Ausgaben TGr. 73.

**Zu 547 10**

Veranschlagt sind Mittel zur Begleitung und Bewertung von EU-Programmen.

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	—	90	—	90
2006	—	90	89	179
2007	—	90	89	179
2008	—	90	89	179
2009 ff.	—	—	—	—
Summe	—	360	267	627

**Zu 634 10**

Veranschlagt sind die von 03 05 verlagerten anteiligen Personal- und Sachkosten für Bedienstete, die der NBank zugewiesen sind.

1. Personalkosten	2.300.000 EUR
2. Sachkosten	74.000 EUR
<b>S u m m e :</b>	<b>2.374.000 EUR</b>

**Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**  
**Kapitel 0802 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Wirtschaft**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
684 52-1	649	Zuschüsse zur Förderung der Verbraucherberatung	—	1.340	1.523	-183	1.573
884 10-5	692	Zuführung an den Wirtschaftsförderfonds zur Finanzierung von Investitionen Kapitel 50 81	—	34.723	50.828	-16.105	64.065
884 11-3	692	Zuführung an den Wirtschaftsförderfonds zur Finanzierung von Investitionen Kapitel 50 84	—	4.800	—	+4.800	—
892 10-8	699	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen im Rahmen der Hochwasserhilfe <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 334 10.</i>	—	—	—	—	192
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61</b>		<b>Maßnahmen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)</b> <i>Übertragbar.</i>	(—)	(12.747)	(12.747)	(—)	(14.938)
547 61-3	252	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	24	24	—	39
671 61-6	252	Erstattungen an die Deutsche Ausgleichsbank	—	1.023	1.023	—	719
681 61-1	252	Zuschüsse an die Anspruchsberechtigten	—	11.700	11.700	—	14.180
<b>TGr. 64</b>		<b>Förderung des Nieders. Instituts für Wirtschaftsforschung e.V.</b>	(—)	(—)	(218)	(-218)	(228)
686 64-8	165	Zuschuß für laufende Zwecke	—	—	218	-218	228
893 64-3	165	Zuschuß für Investitionen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 65</b>		<b>Durchführung von Sonderprogrammen des europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in ausgewählten Landesteilen</b> <i>Übertragbar.</i> <i>*** Ausgaben der TGr. erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen entsprechend den genehmigten EU-Programmen. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen der genehmigten EU-Programme als Vorgriff gemäß § 37 &lt;6&gt; LHO nachzuweisen.</i>	(—)	(—)	(—)	(—)	(-10)
538 65-7	699	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	—
892 65-5	699	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	-10
<b>TGr. 66</b>		<b>Ziel-2-Programm 2000 - 2006</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 66.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i> <i>Ausgaben der TGr. erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen entsprechend dem genehmigten Ziel 2 Programm. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EU-Programmes als Vorgriff gem. § 37 &lt;6&gt; LHO nachzuweisen.</i>	(—)	(91.982)	(91.982)	(—)	(78.745)
547 66-4	699	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	223

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 684 52**

Zuwendungen an die Verbraucherzentrale Niedersachsen e. V. (VZN) zum Zwecke der Unterrichtung der Verbraucher über marktwirtschaftlich richtiges Verhalten (Verbraucherunterrichtung und –schulung, Vorträge, Vorführungen, Lehrgänge, Ausstellungen und Veröffentlichungen).

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Verbraucherzentrale Niedersachsen e. V. (VZN)

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
<b>Ausgaben</b>	3.058	3.283	3.376
<b>Einnahmen</b>	875	880	884
<b>Fehlbetrag</b>	2.183	2.403	2.492

	2005 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	

a) das Land – MW – mit	1.340
b) das Land – ML – mit	283
c) den Bund mit	270
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	260
e) Private	30
<b>Zusammen</b>	<b>2.183</b>

**Zu 884 10**

Zuführung an den „Wirtschaftsförderfonds Niedersachsen“ Kapitel 50 81 entsprechend dem Gesetz über ein Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung.

8,577 Mio. EUR weniger infolge Umsetzung der Einsparverpflichtung zur Konsolidierung des Landeshaushalts (vgl. dazu Kapitel 50 81 Titel 359 10).

Vgl. Anlage 1 zum Epl. 08.

**Zu 884 11**

Zuführung an den „Wirtschaftsförderfonds Niedersachsen“ Kapitel 50 84 entsprechend dem Gesetz über ein Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung. Erstmals im Hj. 2005 wird die anteilige Zuführung an Kapitel 50 84 (MU) unter einer eigenen Haushaltsstelle veranschlagt.

3,200 Mio. EUR weniger infolge Umsetzung der Einsparverpflichtung zur Konsolidierung des Landeshaushalts.

Vgl. Anlage 1 zum Epl. 08.

**Zu Titelgruppe 61**

Ziel der Förderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) ist es, Teilnehmerinnen und Teilnehmern an Maßnahmen der beruflichen Aufstiegsfortbildung durch Beiträge zu den Kosten der Maßnahme und zum Lebensunterhalt finanziell zu unterstützen.

Die Ausgaben nach diesem Gesetz werden vom Bund zu 78 v. H. und von den Ländern zu 22 v. H. getragen.

**Zu 547 61**

Verwaltungskosten für die Durchführung des Gesetzes.

**Zu 671 61**

Das AFBG sieht Förderungen auf Zuschuss- und Darlehensbasis vor. Die Darlehen werden von der KfW-Bankengruppe gewährt. Der für den Schuldendienst vom Land zu tragende Kostenanteil in Höhe von 22. v. H. muss der KfW-Bankengruppe erstattet werden.

**Zu 681 61**

Die Zuschüsse werden den Anspruchsberechtigten vom Land ausbezahlt. Von den Zuschussbeträgen werden vom Bund 78 v. H. erstattet, die bei dem Titel 231 61 vereinnahmt werden.

**Zu Titelgruppe 64**

Weniger infolge Umsetzung der Einsparverpflichtung zur Konsolidierung des Landeshaushalts.

Die Förderung bleibt auch im Haushaltsjahr 2005 bestehen, da das NIW künftig aus Mitteln des Wirtschaftsförderfonds unterstützt wird (vgl. Kapitel 50 81 Titel 686 68).

**Zu Titelgruppe 65**

Die Programme sind abgeschlossen. Leertitel zur Buchung von Rückzahlungen.

Mittel für das „Ziel-2-Programm 2000-2006“ sind bei Kapitel 08 02 Titelgruppe 66 veranschlagt.

**Zu Titelgruppe 66**

Dieses EU-Programm beinhaltet ab 1. 1. 2000 u. a. die Mitfinanzierung von kommunalen Infrastrukturmaßnahmen, gewerblichen produktiven Investitionsmaßnahmen, F. u. E-Vorhaben, Tourismusprojekten und ökologischen Umstrukturierungsmaßnahmen. Als zentrale Behörde verwaltet MW die Mittel des Fonds auch für MU, MK, MWK, MS.

Die Kofinanzierung dieser Maßnahmen erfolgt aus laufenden Förderprogrammen des Landes im Rahmen verfügbarer Ansätze, aus kommunalen Förderprogrammen sowie aus privaten Mitteln. Die Vereinnahmung der EU-Mittel erfolgt bei Kap. 08 02 Titel 231 66.

Mittel für die ausgelaufenen EU-Programme waren bei Kapitel 08 02 Titelgruppe 65 veranschlagt.

**Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**  
**Kapitel 0802 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Wirtschaft**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
633 66-8	699	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	5.618	5.618	—	1.104
682 66-9	699	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentl. Unternehmen	—	1.820	1.820	—	—
683 66-5	699	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	7.890	7.890	—	2.934
883 66-4	699	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	28.000	28.000	—	46.361
891 66-7	699	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	4.020	4.020	—	—
892 66-3	699	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	44.634	44.634	—	28.122
893 66-0	699	Zuschüsse an Wasser- und Bodenverbände	—	—	—	—	—
<b>TGr. 67</b>		<b>Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 200 v.H. der Istannahmen bei 331 67.</i> <i>*** Die Ansätze der Titelgruppe dürfen nur nach Maßgabe des § 37 LHO überschritten werden.</i>	(60.074) (79.912)	(49.244)	(79.912)	(-30.668)	(79.581)
547 67-2	692	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben (GA)	— 79.912	—	—	—	50
632 67-0	692	Erst. an Länder für Forschungsvorhaben (GA)	—	—	—	—	—
685 67-6	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen (GA)	—	—	—	—	—
686 67-2	692	Zuschüsse für laufende Zwecke (GA)	—	—	—	—	552
883 67-2	692	Zuweisungen für Infrastrukturmaßnahmen an Gemeinden und Gemeindeverbände (GA)	—	27.694	27.694	—	29.505
887 67-8	692	Zuwendungen für Infrastrukturmaßnahmen an Zweckverbände (GA)	—	—	—	—	—
891 67-5	691	Zuschüsse für Investitionen an Betriebe mit mehr als 50 v.H. öffentl. Beteiligung (GA)	—	—	—	—	—
892 67-1	691	Zuschüsse für Investitionen an private Betriebe der gewerblichen Wirtschaft (GA)	60.074 —	21.550	52.218	-30.668	49.473
893 67-8	691	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige (GA)	—	—	—	—	—
<b>TGr. 70</b>		<b>Maßnahmen zur Verbesserung der ökologischen Situation an der Ems</b> <i>Übertragbar.</i> <i>*** Eingeworbene Mittel der Region werden auf den Haushaltsansatz angerechnet.</i>	(—)	(—)	(—)	(—)	(27)
547 70-2	699	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
686 70-2	699	Finanzhilfe an die Niedersächsische Umweltstiftung	—	—	—	—	—
761 70-4	699	Sonstige Tiefbaumaßnahmen	—	—	—	—	25
821 70-7	699	Grunderwerb	—	—	—	—	2
<b>TGr. 73</b>		<b>Institut für Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben</b> <i>Übertragbar.</i>	(155) (—)	(4.824)	(4.346)	(+478)	(4.346)
685 73-0	177	Zuschüsse für laufende Zwecke (GA)	—	4.328	3.850	+478	3.850

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Titelgruppe 67**

Finanzierungshilfen im Rahmen des Ges. über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung d. regionalen Wirtschaftsstruktur“ v. 6. 10. 69 (BGBl. I S. 1861) i. d. F. vom 24. 6. 1991 (BGBl. I 1991 S. 1322), die der Bund mit 50 % erstattet. Nach den Festlegungen im Rahmenplan stehen für die niedersächsischen regionalen Aktionsprogramme Mittel in Höhe von 49,244 Mio. EUR sowie 60,074 Mio. EUR als Verpflichtungsermächtigung zur Verfügung. Der Bundesanteilsbetrag ist bei 331 67 ausgewiesen.

**Zu 883 67**

Förderung des Ausbaues der Infrastruktur, soweit es unmittelbar für die Entwicklung der gewerblichen Wirtschaft erforderlich ist, durch

- a) Erschließung von Industriegelände,
  - b) Wiederherrichtung von brachliegendem Industriegelände,
  - c) Ausbau von Verkehrsverbindungen, Energie- und Wasserversorgungsleitungen und -verteilungsanlagen, Anlagen für die Beseitigung bzw. Reinigung von Abwasser und Abfall,
  - d) öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen,
  - e) Errichtung oder Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten, soweit ein unmittelbarer Zusammenhang mit dem Bedarf der regionalen gewerblichen Wirtschaft an geschulten Arbeitskräften besteht,
  - f) Errichtung oder Ausbau von Gewerbezentren für KMU
- entsprechend den Bestimmungen des Rahmenplanes der Gemeinschaftsaufgabe.

**Zu 892 67**

Förderung der gewerblichen Wirtschaft bei Errichtung, Erweiterung, Umstellung oder grundlegender Rationalisierung von gewerblichen Betrieben sowie den Erwerb einer stillgelegten oder von der Stilllegung bedrohten Betriebsstätte entsprechend den Festlegungen im Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe.

Der Bund hat im Hj. 2005 die GA für Niedersachsen auf 26,5 Mio. EUR gekürzt. Anstelle der veranschlagten 49,2 Mio. EUR hätten somit mit dem Landesanteil insgesamt maximal 53,0 Mio. EUR veranschlagt werden können. Der Konsolidierungsbeitrag des Landes beträgt somit rund 2,0 Mio. EUR bzw. 4,0 Mio. EUR Bundes- und Landesmittel. Das bedeutet, dass wegen fehlender Gegenfinanzierung 2,0 Mio. EUR Bundesmittel im Hj. 2005 von Niedersachsen nicht abgerufen werden können. Anders als bei den Ziel 2-Mitteln kann die GA aber nur in sehr eingeschränktem Maße im wirtschaftspolitischen Schwerpunkt der Innovationsförderung eingesetzt werden.

Der verringerte Ansatz gegenüber dem Hj. 2004 reicht allerdings aus, um die eingegangenen Verpflichtungen gegenüber der gewerblichen Wirtschaft aus den Vorjahren abzulösen und die begonnenen Infrastrukturvorhaben abzufinanzieren. Darüber hinaus wird in noch größerem Maße als in den zurückliegenden Haushaltsjahren der Schwerpunkt bei neuen Projekten auf wirtschaftsstrukturpolitisch besonders wichtige Projekte vor allem im Bereich der Infrastruktur gelegt werden müssen, um der haushaltspolitisch notwendigen Einsparung Rechnung zu tragen.

**Belastung (2005)**

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	28.684	12.276	—	40.960
2006	24.880	22.056	18.022	64.958
2007	—	19.996	22.056	42.052
2008	—	—	19.996	19.996
2009 ff.	—	—	—	—
Summe	53.564	54.328	60.074	167.966

**Zu Titelgruppe 70**

Das Programm ist abgeschlossen. Leertitel zur Buchung von Ausgaberesten.

**Zu Titelgruppe 73**

Nach Evaluation der „Blauen-Liste-Institute“ ist das „Institut für Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben (GGA)“ als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts gegründet worden (Nds. GVBl. Nr. 25/99 S. 428).

Das Institut betreibt überregionale, angewandte geowissenschaftliche Forschung unter besonderer Berücksichtigung der Geophysik. Die Finanzierung wird nach der Rahmenvereinbarung zwischen Bund und Ländern über die gemeinsame Förderung der Forschung nach Art. 91 b GG (Rahmenvereinbarung Forschungsförderung) vorgenommen. Danach tragen Bund und Länder je die Hälfte der Ausgaben.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Instituts für Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben .

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
<b>Ausgaben</b>	4.953	4.475	4.413
<b>Einnahmen</b>	129	129	101
<b>Fehlbetrag</b>	4.824	4.346	4.312

	2005 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	

- a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers —
  - b) das Land mit 2.412
  - c) den Bund mit 2.412
  - d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit —
  - e) Private —
- Zusammen 4.824

Von dem Fehlbetrag zu b) sind in 2005 578.880 EUR als Anteil der anderen Länder bei Kapitel 06 07 Titel 232 02 mitveranschlagt. Der Finanzierungsanteil Niedersachsens beträgt danach in 2005 1.833.120 EUR.

**Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**  
**Kapitel 0802 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Wirtschaft**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
894 73-9 (GA)	177	Zuschüsse für Investitionen	155 —	496	496	—	496
<b>TGr. 74</b>		<b>Deutsche Management-Akademie (DMAN)</b> <i>Übertragbar.</i>	(—)	(1.055)	(1.312)	(-257)	(1.365)
686 74-5	692	Zuschüsse für laufende Zwecke	—	1.004	1.261	-257	1.314
893 74-0	692	Zuschüsse für Investitionen	—	51	51	—	51
<b>TGr. 75</b>		<b>Investment Promotion Agency (IPA)</b>	(—)	(1.591)	(1.642)	(-51)	(1.604)
547 75-3	171	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.591	1.642	-51	1.604
686 75-3	171	Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	—
<b>TGr. 76</b>		<b>Förderung von Existenzgründungen</b> <i>Übertragbar.</i> <i>*** Eingeworbene EU Mittel werden auf den Haushaltsansatz angerechnet.</i>	(—)	(—)	(—)	(—)	(3.500)
686 76-1	699	Zuschuß für laufende Zwecke	—	—	—	—	1.500
892 76-0	699	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	2.000
<b>TGr. 77</b>		<b>Förderung von Innovationen (Innovationsfonds)</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 356 77.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(—)	(—)	(—)	(—)	(2.119)
547 77-0	699	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
686 77-0	699	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	2.119
893 77-5	699	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
<b>TGr. 78</b>		<b>Innovative Maßnahmen des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE)</b> <i>Übertragbar.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i> <i>Ausgaben der TGr. erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen entsprechend dem genehmigten Programm. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EU-Programmes als Vorgriff gem. § 37 &lt;6&gt; LHO nachzuweisen.</i>	(—)	(—)	(1.500)	(-1.500)	(51)
547 78-8	699	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	150	-150	—
633 78-1	699	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	300	-300	—
682 78-2	699	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentl. Unternehmen	—	—	—	—	51
683 78-9	699	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	500	-500	—
883 78-8	699	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	250	-250	—

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 894 73**

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	–	–	–
2006	–	–	155	155
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	–	155	155

**Zu Titelgruppe 74**

Die Deutsche Management Akademie Niedersachsen (DMAN) wurde 1989 auf Initiative der Niedersächsischen Landesregierung gegründet. Ihr Auftrag ist es, Führungs- und Nachwuchsführungskräfte aus Betrieben und Verbänden durch qualifiziertes Managementtraining mit praxisgerecht aufbereitetem betriebswirtschaftlichen Know-how zu fördern. Zielgebiete für ihre Arbeit sind die Länder Mittel- und Osteuropas, der GUS und die Volksrepublik China. Die DMAN realisiert ihre Programme in enger Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft, insbesondere mit niedersächsischen Unternehmen. Sie eröffnet damit den Führungskräften und Unternehmensvertretern beider Seiten die Möglichkeit zu einem intensiven Erfahrungsaustausch. Darüber hinaus führt die DMAN Programme und Projekte im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland und der EU mit den genannten Zielländern durch.

Diese intensive Kooperation mit der Wirtschaft ist oft der erste Schritt zu bilateralen Beziehungen zwischen Unternehmen aus Niedersachsen und Unternehmen aus den mittel- und osteuropäischen Staaten, der GUS und China. Die Akademie ist insofern auch ein Instrument des Landes im Sinne weitsichtiger Marktpflege sowie zur Kooperationsanbahnung und dient damit der Förderung der niedersächsischen Außenwirtschaft.

**Zu 686 74**

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben  
der Deutschen Management-Akademie Niedersachsen gGmbH.

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
<b>Ausgaben</b>	7.250	7.254	4.588
<b>Einnahmen</b>	6.246	5.993	3.223
<b>Fehlbetrag</b>	1.004	1.261	1.365

	2005 Tsd. EUR
--	------------------

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	–
b) das Land mit	1.004
c) den Bund mit	–
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	–
e) Private	–
Zusammen	1.004

Weniger infolge Umsetzung der Einsparverpflichtung zur Konsolidierung des Landeshaushalts.

**Zu Titelgruppe 75**

Die Akquisition von Unternehmen und Arbeitsplätzen für den Wirtschaftsstandort Niedersachsen ist und bleibt eine vorrangige Landesaufgabe. Sie kann effektiv nur von einer kleinen, flexiblen Einheit, die wie die IPA selbständig und als Unternehmen mit den Unternehmen agiert, wahrgenommen werden.

Die IPA wird sich im Jahr 2005 konzeptionell neu ausrichten. Danach wird sie sich künftig noch stärker auf das Ansiedlungsmarketing konzentrieren. Neben der Akquisition bei definierten Zielgruppen wird sie Unternehmen mit konkreten

**Noch zu Titelgruppe 75**

Investitionsabsichten ein auf deren spezifische Bedürfnisse ausgerichtetes ganzheitliches Projektmanagement bieten.

Weniger infolge Umsetzung der Einsparverpflichtung zur Konsolidierung des Landeshaushalts.

**Zu Titelgruppe 76**

Leertitel zur Buchung von Ausgaberesten.

**Zu Titelgruppe 77**

Leertitel zur Buchung von Ausgaberesten.

**Zu Titelgruppe 78**

Leertitel zur Buchung von Ausgaberesten.

**Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**  
**Kapitel 0802 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Wirtschaft**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
891 78-0	699	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
892 78-7	699	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	300	-300	—
<b>TGr. 79</b>		<b>Zuschuss an die GISMA-Stiftung Übertragbar.</b>	(—)	(2.124)	(2.138)	(-14)	(2.240)
686 79-6	156	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	2.124	2.138	-14	2.240
893 79-1	156	Zuschüsse für Investitionen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 81</b>		<b>Förderung wirtschaftlicher Beziehungen zu den Entwicklungsländern und Ländern Osteuropas</b>	(—)	(230)	(231)	(-1)	(208)
547 81-8	023	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	140	140	—	113
681 81-6	023	Zusch. an Angehörige von Entwicklungsl. und Ländern Osteuropas	—	—	—	—	—
686 81-8	023	Zuschüsse an Institutionen und sonstige im Inland	—	90	91	-1	95
<b>TGr. 88</b>		<b>Wettbewerbshilfen an die nieders. Seeschiffswerften Übertragbar.</b>	(2.000) (—)	(7.223)	(5.071)	(+2.152)	(24.815)
682 88-0	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentl. Unternehmen	—	—	—	—	—
683 88-6	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	—
891 88-8	692	Zuschüsse für Investitionen an öffentl. Unternehmen	—	—	—	—	—
892 88-4	692	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	2.000 —	7.223	5.071	+2.152	24.815
<b>TGr. 95/96</b>		<b>Zuschüsse zur regionalen Wirtschaftsförderung im Rahmen von EU-Programmen Übertragbar.</b> *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	(1.568) (3.508)	(2.340)	(2.341)	(-1)	(2.579)
547 95-8	699	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
633 95-1	699	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden ( GV )	— 3.508	192	192	—	2.012
683 95-9	699	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	192	192	—	—
883 95-8	699	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
883 96-6	692	Zuweisungen für Infrastrukturmaßnahmen und Fremdenverkehrsmaßnahmen an Gemeinden und Gemeindeverbände	1.568 —	959	959	—	567
891 95-0	699	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	479	480	-1	—
892 95-7	699	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	518	518	—	—

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Titelgruppe 79**

Gefördert wird die 1999 auf Initiative der Wirtschaft und des Landes Niedersachsen zum Zwecke des Aufbaus und Betriebes einer privaten internationalen Graduate School of Management and Administration sowie zur Förderung wissenschaftlicher Studien errichtete Stiftung „German International Graduate School of Management and Administration (GISMA)“.

Die GISMA ist eine deutsch-amerikanische Business School für postgraduierte Management-Ausbildung. Kooperationspartner von GISMA ist die Krannert Graduate School of Management der Purdue University in West Lafayette, Indiana/USA. Die GISMA ist eine sich an den Anforderungen international ausgerichteter Unternehmen orientierende Bildungseinrichtung und bildet hochqualifizierte Arbeitskräfte – insbesondere auch für niedersächsische Unternehmen – aus. Sie bereitet auf diese Weise Nachwuchsführungskräfte der Wirtschaftsunternehmen auf die zukünftigen internationalen Herausforderungen vor.

Die Förderung der Stiftung GISMA in den Jahren 2001 bis 2005 erfolgt über einen Matching Fund. Das Land wendet der Stiftung GISMA im Jahr 2005 einen Betrag von bis zu 2,124 Mio. EUR unter der Voraussetzung zu, dass der GISMA seitens der Wirtschaft Sponsorengelder mindestens in derselben Höhe zugesagt werden.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der GISMA-Stiftung.

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
<b>Ausgaben</b>	5.748	5.881	5.852
<b>Einnahmen</b>	1.500	1.605	1.567
<b>Fehlbetrag</b>	4.248	4.276	4.285
			2005 Tsd. EUR

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	–
b) das Land mit	2.124
c) den Bund mit	–
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	–
e) Private	2.124
<b>Zusammen</b>	<b>4.248</b>

**Zu 547 81**

Die Landesregierung hat im November 2002 die Einrichtung einer Repräsentanz in Polen zur Unterstützung der niedersächsischen mittelständischen Wirtschaft in Fragen des bilateralen Wirtschaftsverkehrs als Projekt für die Dauer von drei Jahren beschlossen.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	140	–	140
2006	–	–	–	–
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
<b>Summe</b>	<b>–</b>	<b>140</b>	<b>–</b>	<b>140</b>

**Zu 686 81**

Zuwendungen an die InWentg GmbH, Köln (hervorgegangen aus DSE und CDG), zugunsten ihrer Außenorganisation in Niedersachsen für die Betreuung von Fach- und Führungskräften aus Entwicklungsländern nach Maßgabe von Teil A Abschnitt I Nr. 8, II Nr. 11 und III Nr. 6 der Richtlinien über die Durchführung von Aus- und Fortbildungsvorhaben für Angehörige der

**Noch zu 686 81**

Entwicklungsländer vom 19. 5. 1970 (Nds. MBl. S. 639) in Verbindung mit den Grundsätzen des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 21. 4. 1967 für die Betreuung von Angehörigen der Entwicklungsländer in der Bundesrepublik Deutschland.

**Zu 892 88**

Nachdem international keine Einigung über einen Abbau von Subventionen im Schiffbau zu erzielen war, hat die EU die Wettbewerbshilfe für Neubauverträge, die zwischen dem 01.10.2002 und dem 31.03.2005 abgeschlossen werden, wieder zugelassen.

9. Fortsetzung des Wettbewerbshilfeprogramms:

Verträge bis 31.12.2003:

Gesamtvolumen =	31,912 Mio. EUR
davon Bund =	10,864 Mio. EUR (ein Drittel)
davon Land =	21,728 Mio. EUR (zwei Drittel).

Von den Landesmitteln sind 12,005 Mio. EUR in den Hj. 2003 und 2004 abgeflossen. 3,0 Mio. EUR werden durch Umschichtung für eingegangene Rechtsverpflichtungen aus der VE 2004 erst im Hj. 2006 verausgabt. Veranschlagt ist der Restbetrag in Höhe von 6,723 Mio. EUR (vgl. VE-Belastungstabelle 2005 und 2006).

Neubauverträge 01.01. bis 31.12.2004:

Gesamtvolumen =	18,000 Mio. EUR
davon Bund =	9,000 Mio. EUR (50 v. H.)
davon Land =	9,000 Mio. EUR (50 v. H.)

Die Mittel wurden im Hj. 2004 bundes- und landesweit jeweils durch eine überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) bereit gestellt (vgl. VE-Belastungstabelle 2005, 2006 und 2007).

Neubauverträge 01.01. bis 31.03.2005:

Gesamtvolumen =	4,000 Mio. EUR
davon Bund =	2,000 Mio. EUR (50 v. H.)
davon Land =	2,000 Mio. EUR (50 v. H.)

Die Mittel werden im Hj. 2005 bundes- und landesweit jeweils durch die Veranschlagung einer Verpflichtungsermächtigung (VE) bereit gestellt (vgl. VE-Belastungstabelle 2006 und 2007).

Bund und Länder sind sich einig, dass das Beihilfeprogramm zum 31.03.2005 auslaufen soll.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	6.523	700	–	7.223
2006	200	5.100	1.000	6.300
2007	–	3.200	1.000	4.200
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
<b>Summe</b>	<b>6.723</b>	<b>9.000</b>	<b>2.000</b>	<b>17.723</b>

**Zu Titelgruppe 95/96**

Die Landesregierung hat am 27. 6. 2000 beschlossen, für die erforderliche Kofinanzierung der EU-Mittel durch das Land Niedersachsen Haushaltsmittel in Höhe von 15,339 Mio. EUR für den Zeitraum von 2001 bis 2006 bereitzustellen. An EU-Mitteln entfallen auf den niedersächsischen Teil an der EUREGIO Gronau 3,119 Mio. EUR und an der EUREGIO Ems-Dollart-Region 14,981 Mio. EUR. Die Landesmittel sind für grenzüberschreitende Projekte vorgesehen, die im Landesinteresse stehen. Mit diesen Mitteln sind vorrangig Arbeitsplätze zu schaffen. Veranschlagt sind Landesanteile zur Kofinanzierung der im Rahmen des EU-Programms INTERREG III bereitgestellten EU-Mittel.



**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 883 96**

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	1.097	1.170	–	2.267
2006	266	1.169	903	2.338
2007	504	1.169	665	2.338
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	1.867	3.508	1.568	6.943

**Einzelplan 08** Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr  
**Kapitel 0802** Allgemeine Bewilligungen im Bereich Wirtschaft

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 0802</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		4.454	2.015	+2.439	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		103.246	104.507	-1.261	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		24.870	40.204	-15.334	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		132.570	146.726	-14.156	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	267 80.272	1.934	2.135	-201	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	— 3.508	39.695	38.316	+1.379	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	63.797 —	175.147	215.519	-40.372	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	64.064 83.780	216.776	255.970	-39.194	
		<b>Zuschuss</b>		84.206	109.244	-25.038	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**  
**Kapitel 0803 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Verkehr**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-1	011	Vermischte Einnahmen		150	100	+50	241
119 41-0	011	Rückzahlung von Überzahlungen		700	600	+100	905
231 86-5	741	Zuweisungen des Bundes gem. Regionalisierungsgesetz <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 86.</i>		87.199	40.400	+46.799	—
231 95-4	699	Zuweisungen des Bundes für sonstige Projekte im Bereich Verkehr <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 95.</i>		125	125	—	595
382 10-3	990	Bundesmittle f. d. Unterhaltung und den Betrieb höhengleicher Kreuzungen von Bundesstrassen mit nichtbundeseig. Eisenbahnen <i>Vgl. K-Vermerk zu 982 10.</i>		170	170	—	176
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 64</b>		<b>SPNV-Betriebsleistungen</b> <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64/65.</i>		(401.654)	(399.480)	(+2.174)	(390.606)
231 64-4	741	Zuweisungen des Bundes gemäß Regionalisierungsgesetz zur Bestellung von SPNV-Betriebsleistungen		401.654	399.480	+2.174	390.479
281 64-1	741	Sonstige Erstattung zur Bestellung von SPNV- Betriebsleistungen		—	—	—	127
<b>TGr. 84</b>		<b>Förderung von Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs nach dem GVFG (Baumaßnahmen Bundesplafond)</b> <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 84.</i>		(12.260)	(16.700)	(-4.440)	(—)
119 84-4	741	Zinseinnahmen aus Zuwendungen nach dem GVFG - Bundesplafond		—	—	—	—
331 84-3	741	Zuweisungen des Bundes gemäß GVFG für Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs (Baumaßnahmen Bundesplafond)		12.260	16.700	-4.440	—
<b>TGr. 85</b>		<b>Förderung von Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs nach dem GVFG (Baumaßnahmen Landesplafond)</b> <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 85.</i>		(38.019)	(56.915)	(-18.896)	(26.725)
119 85-2	741	Zinseinnahmen aus Zuwendungen nach dem GVFG - Landesplafond		—	—	—	1
331 85-1	741	Zuweisungen d. Bundes gem. GVFG f. Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs (Baumaßnahmen Landesplafond)		38.019	56.915	-18.896	26.724
<b>TGr. 87</b>		<b>Förderung sonstiger ÖPNV-Maßnahmen nach dem Regionalisierungsgesetz zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs</b> <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 87.</i>		(42.072)	(27.373)	(+14.699)	(23.982)
119 87-9	741	Zinseinnahmen aus Zuwendungen nach dem Regionalisierungsgesetz		—	—	—	—
231 87-3	741	Zuweisungen des Bundes gem. Regionalisierungsgesetz zur Förderung sonstiger Maßnahmen, insbes. im Schienenpersonennahverkehr		42.072	27.373	+14.699	23.982
<b>TGr. 88</b>		<b>Förderung sonstiger ÖPNV-Maßnahmen nach dem Regionalisierungsgesetz - ÖPNV-Attraktivitätssteigerung</b> <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 88.</i>		(—)	(4.500)	(-4.500)	(4.500)
119 88-7	741	Zinseinnahmen aus Zuwendungen nach dem Regionalisierungsgesetz		—	—	—	—

---

**ERLÄUTERUNGEN**


---

**Zu 119 01**

Mehr aufgrund der Anpassung an die Entwicklung der Ist-Einnahmen.

**Zu 119 41**

Rückzahlungen aus Zuwendungen nach den Richtlinien zu §§ 23 und 44 LHO.

Mehr aufgrund der Anpassung an die Entwicklung der Ist-Einnahmen.

**Zu 231 86, 231 87, 231 88, 331 90 und 331 91**

Ab 1996 erhält das Land Niedersachsen gemäß Regionalisierungsgesetz (RegG) Zuweisungen des Bundes für Angebotsverbesserungen des ÖPNV, insbesondere des Schienenpersonennahverkehrs – SPNV – (so genannter „X-Betrag“). Für 2005 stehen nach dem Regionalisierungsgesetz vom 26.06.2002 (BGBl. I, S.2264) 215,8 Mio. EUR zur Verfügung, die bei den Titelgruppen (TGr.) 64/65, 86, 87, 88, 90 und 91 wieder verausgabt werden (vgl. TGr. 64/65, 86, 87, 88, 90 und 91).

**Zu 231 95**

Veranschlagt sind EU-Mittel für das Projekt VIKING. Bei diesem euro-regionalen Vorhaben führt Niedersachsen gemeinsam mit den norddeutschen Bundesländern und den nordischen Staaten Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden Projekte zur Entwicklung der grenzüberschreitenden Koordination von nationalen Verkehrsinformations- und –managementsystemen durch.

Die Mittel werden bei der Titelgruppe 95 wieder verausgabt.

**Zu 382 10**

Der Bund gewährt aus seinen Haushaltsmitteln für Bundesfernstraßen Beiträge an nichtbundeseigene Eisenbahnen für die Unterhaltung und den Betrieb höhengleicher Kreuzungen von Bundesstraßen mit Eisenbahnstrecken. Die Zuwendungen werden über den Landeshaushalt geleitet und bei 982 10 wieder verausgabt.

**Zu 231 64**

Ab 1996 erhält das Land Niedersachsen gemäß Regionalisierungsgesetz Zuweisungen für Verkehrsleistungen im SPNV. Die Mittel werden bei TGr. 64/65 verausgabt (vgl. TGr. 64/65).

**Zu Titel 331 84, 331 85 und 331 89**

Der Bund gewährt dem Land aus dem Mehraufkommen an Mineralölsteuer zweckgebundene Finanzhilfen nach Maßgabe des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG). Das Land hat die Mittel für Investitionen zur Förderung von Vorhaben zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden zu verwenden (Bau/Ausbau von Stadtbahn- und DB-Nahverkehrslinien, zentralen Omnibusbahnhöfen, Park and Ride-Anlagen, zentralen Werkstätten und Betriebshöfen, Beschleunigungsmaßnahmen, Haltestelleneinrichtungen sowie Erwerb von Schienenfahrzeugen). Die Zuwendungen werden über den Landeshaushalt geleitet und bei den Titelgruppen 84, 85 und 89 wieder verausgabt.

Bei Titel 331 84 sind zweckgebundene GVFG-Mittel aus dem sog. Bundesplafond (ÖPNV-Baumaßnahmen mit Gesamtkosten über 51,1 Mio. EUR) in Höhe von 12,26 Mio. EUR in 2005 veranschlagt.

Im sog. Landesplafond stehen für Niedersachsen in 2005 122,6 Mio. EUR zur Verfügung. Zur Förderung des ÖPNV sollen hiervon 56,4 Mio. EUR eingesetzt werden (TGr. 85 und 89). Die restlichen Mittel sind für Straßenbauvorhaben kommunaler Baulastträger vorgesehen (vgl. auch Kap. 08 20 Titel 331 62 und 883 62).

**Zu Titel 119 84, 119 85, 119 87, 119 88, 119 89, 119 90 und 119 91**

Die Zinseinnahmen werden bei den entsprechenden Ausgabtitelgruppen wieder verausgabt.

**Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**  
**Kapitel 0803 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Verkehr**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
231 88-1	741	Zuweisungen d. Bundes gem. Regionalisierungsgesetz z. Förd. sonst. ÖPNV-Maßnahmen - ÖPNV-Wettbewerb / ÖPNV-Attraktivitätssteigerung -		—	4.500	-4.500	4.500
232 88-8	741	Sonstige Zuweisungen von Ländern		—	—	—	—
<b>TGr. 89</b>		<b>Förderung von Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs nach dem GVFG (Fahrzeugbeschaffungen)</b> <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 89.</i>		(18.400)	(—)	(+18.400)	(18.400)
119 89-5	741	Zinseinnahmen aus Zuwendungen nach dem GVFG - Landesplafond		—	—	—	—
331 89-4	741	Zuweisungen des Bundes gem. GVFG für Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs (Fahrzeugbeschaffungen)		18.400	—	+18.400	18.400
<b>TGr. 90</b>		<b>Förderung von Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs nach dem Regionalisierungsgesetz (Baumaßnahmen)</b> <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 90.</i>		(39.119)	(67.653)	(-28.534)	(100.109)
119 90-9	741	Zinseinnahmen aus Zuwendungen nach dem Regionalisierungsgesetz		—	—	—	—
173 90-3	741	Darlehensrückflüsse von Gemeinden und Gemeindeverbänden		—	—	—	—
181 90-6	741	Darlehensrückflüsse von öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen		—	15.053	-15.053	2.200
331 90-8	741	Zuweisungen des Bundes gemäß Regionalisierungsgesetz für Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs (Baumaßnahmen)		39.119	52.600	-13.481	97.909
<b>TGr. 91</b>		<b>Förderung sonstige ÖPNV-Maßnahmen nach dem Regionalisierungsgesetz (Fahrzeugbeschaffungen)</b> <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 91.</i>		(35.995)	(72.730)	(-36.735)	(71.388)
119 91-7	741	Zinseinnahmen aus Zuwendungen nach dem Regionalisierungsgesetz		—	—	—	—
331 91-6	741	Zuweisungen des Bundes gemäß Regionalisierungsgesetz für Investitionen des öffentl. Personennahverkehrs (Fahrzeugbeschaffungen)		35.995	72.730	-36.735	71.388
<b>A U S G A B E N</b>							
891 10-5	741	Zuschüsse an private Unternehmen mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	—	3.400	—	+3.400	—
982 10-0	990	Bundesmittel zur Unterhaltung u. zum Betrieb höhengleicher Kreuzungen von Bundesstrassen mit nichtbundeseigenen Eisenbahnen <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 382 10.</i>	—	170	170	—	176
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61</b>		<b>Zuschüsse an nichtbundeseigene Eisenbahnen</b>	(500) (1.500)	(3.527)	(3.960)	(-433)	(4.674)
682 61-1	749	Zusch. zu den Betriebskosten von Eisenbahnuntern. des privaten Rechts mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	— 1.500	627	631	-4	738
883 61-7	749	Zuweisungen an Gemeinden (GV) zu den Investitionen eigener Eisenbahnen	—	—	—	—	—

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 891 10**

Zahlungen im Rahmen der Finanzierungsverträge des Stadtbahnbaus Hannover. Bis zur Liquidation der Niedersächsischen Gesellschaft für öffentliche Finanzierung – NFG – zum 31.12.2003 wurden Investitionszuschüsse von der NFG direkt an die Vorhabenträger geleistet.

**Zu 982 10**

Vgl. Erläuterungen zu 382 10.

**Zu Titelgruppe 61**

Betriebskosten- und Investitionszuschüsse zur finanziellen Unterstützung von nichtbundeseigenen Eisenbahnen in Niedersachsen, die verkehrlich notwendig, aber infolge ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse nicht in der Lage sind, ihren Betrieb ohne finanzielle Hilfe des Landes zu rationalisieren oder fortzuführen.

Weniger infolge Umsetzung der Einsparverpflichtungen zur Konsolidierung des Landeshaushalts.

**Zu 682 61**

Das Land Niedersachsen ist an der Osthannoverschen Eisenbahnen AG (OHE) mit 40,2 % und an der Eisenbahnen- und Verkehrsbetriebe Elbe-Weser GmbH (EBV) mit 58,0 % beteiligt. Entsprechend der Kapitalanlagen muß das Land bei diesen nichtbundeseigenen Eisenbahnen zum Ausgleich der jeweiligen Jahresverluste beitragen.

Die OHE AG hat die Rinteln-Stadthagener Verkehrs GmbH (RStV) zu 74 % übernommen. Das Land hat sich verpflichtet, evtl. auftretende Verluste der neuen Gesellschaft entsprechend des auf die OHE AG entfallenden Anteils zu übernehmen.

Die Verpflichtungsermächtigung ist ausgebracht, um mehrjährige Investitionsvorhaben im Bereich der Eisenbahninfrastruktur bewilligen zu können.

Die VE aus 2003 wurde durch das Zweite Nachtragshaushaltsgesetz 2003 bei 891 61 bereit gestellt.

**Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**  
**Kapitel 0803 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Verkehr**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
891 61-0	749	Zusch. zu den Investitionen von Eisenbahn- unternehmen des privaten Rechts mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	500 —	2.400	2.829	-429	3.823
892 61-6	749	Zuschüsse zu den Investitionen sonstiger privater Eisenbahnunternehmen	—	500	500	—	113
<b>TGr. 62</b>		<b>Maßnahmen zur Verhütung von Unfällen im Straßenverkehr</b>	(—)	(400)	(421)	(-21)	(422)
547 62-5	729	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben	—	—	—	—	11
686 62-5	729	Zuschüsse an die Landesverkehrswacht Nds. e. V. und an andere Organisationen für Maß- nahmen zur Unfallverhütung	—	400	421	-21	411
<b>TGr. 63</b>		<b>Gesetzliche Ausgleichszahlungen an nicht- bundeseigene Eisenbahnen</b> <i>Übertragbar.</i>	(—)	(4.916)	(4.948)	(-32)	(4.170)
633 63-7	749	Zuweisungen an Gemeinden	—	100	100	—	—
682 63-8	749	Zuschüsse zu den Betriebskosten von Eisen- bahnunternehmen mit mehr als 50 v.H. öf- fentlicher Beteiligung	—	3.001	3.033	-32	3.160
683 63-4	749	Zuschüsse zu den Betriebskosten sonstiger privater Eisenbahnunternehmen	—	1.815	1.815	—	1.011
<b>TGr. 64/65</b>		<b>SPNV-Betriebsleistungen</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Ein- nahmetitelgruppe 64.</i> <i>*** Weitere Verpflichtungen dürfen eingegangen werden bis zur Höhe der dem Land nach Artikel 106a GG i.V.m. dem Regionalisierungsgesetz zustehenden Mitteln.</i>	(250.000) (270.000)	(401.654)	(399.480)	(+2.174)	(391.548)
547 64-1	741	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben <i>*** Verpflichtungen dürfen nur zu Lasten dieses Titels eingegangen werden.</i>	250.000 270.000	273.232	278.385	-5.153	269.053
633 64-5	741	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	73.050	71.971	+1.079	71.738
633 65-3	741	Zahlungen zum Ausgleich von Mindereinn- ahmen aus gemeinwirtschaftlichen Ver- pflichtungen an Gemeinden(GV)	—	—	—	—	—
637 64-0	741	Zuweisungen an Zweckverbände	—	55.372	49.124	+6.248	50.757
682 64-6	741	Zuschüsse zu den Betriebskosten von Unter- nehmen des privaten Rechts mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	—	—	—	—	—
682 65-4	741	Zahlungen zum Ausgl. v. Mindereinn. aus gemeinwirtsch. Verpfl. an Untern. d. priv. Rechts mit mehr als 50 v.H. öff. Beteil.	—	—	—	—	—
683 64-2	741	Zuschüsse zu den Betriebskosten sonstiger privater Unternehmen	—	—	—	—	—
683 65-0	741	Zahlungen zum Ausgleich von Mindereinn- ahmen aus gemeinwirtschaftlichen Ver- pflichtungen an sonstige private Unterneh- men	—	—	—	—	—
<b>TGr. 66</b>		<b>Zuschuss an die Flughafengesellschaft Braunschweig mbH</b>	(—)	(260)	(212)	(+48)	(200)
682 66-2	835	Zuschuß zu den Betriebskosten	—	260	212	+48	200
891 66-0	835	Zuschuß für Investitionen	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 891 61**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	228	1.250	–	1.478
2006	–	250	500	750
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	228	1.500	500	2.228

**Zu Titelgruppe 66**

An der Gesellschaft ist das Land mit 17,784 % des Gesellschaftskapitals beteiligt.

Mehrbedarf für Rückstellungen für die Altersteilzeit sowie zwingend erforderliche Sanierungsmaßnahmen.

**Zu 686 62**

Zuwendungen zu Projekten der Verkehrsaufklärung und Verkehrserziehung, zur Förderung des Schülerlotsendienstes und für andere unfallverhütende Maßnahmen, ferner zur Gewinnung wissenschaftlicher Erkenntnisse, um Unfällen vorzubeugen und um die Unfallzahlen zu senken.

Weniger infolge Umsetzung der Einsparverpflichtung zur Konsolidierung des Landeshaushalts.

**Zu Titelgruppe 63**

Ausgleichszahlungen an nichtbundeseigene Eisenbahnunternehmen aufgrund des § 6 a (Mindereinnahmen im Ausbildungsverkehr) und des § 16 Abs. 1 Nr. 2 und 3 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) für auferlegte Ruhegehälter und Renten und für Aufwendungen der Bahnunternehmen zur Erhaltung und zum Betrieb höhengleicher Kreuzungen (außer Kreuzungen mit Bundesstraßen), die über 50 v. H. der nachgewiesenen Aufwendungen hinausgehen. Aus diesen Titelansätzen dürfen Ausgleichszahlungen nach § 6 a AEG nur geleistet werden, soweit bereits vor der Regionalisierung des ÖPNV Ausbildungsverkehr auf Schienenpersonennahverkehrsstrecken durchgeführt wurde (Eisenbahnen- und Verkehrsbetriebe Elbe-Weser GmbH auf der Strecke Bremerhaven-Bremervörde-Buxtehude-Hamburg/Neugraben, Inselbahnen Borkum und Langeoog).

**Zu Titelgruppe 64/65**

Es handelt sich hier um Zahlungen für Betriebsleistungen im Schienenpersonennahverkehr gemäß § 7 Nds. Nahverkehrsgesetz vom 28. 6. 1995 (Nds. GVBl. S. 180) sowie im Rahmen der Regionalisierung des ÖPNV ggf. erforderliche gesetzliche Ausgleichszahlungen nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz.

Vgl. Erläuterungen zu 231 64.

**Zu 547 64**

Die Verpflichtungsermächtigung ist ausgebracht, um für die Folgejahre SPNV-Leistungen für den Zuständigkeitsbereich des Landes bestellen zu können.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	243.504	25.270	–	268.774
2006	221.552	25.270	25.000	271.822
2007	225.308	25.270	25.000	275.578
2008	203.199	25.270	25.000	253.469
2009 ff.	789.285	168.920	175.000	1.133.205
Summe	1.682.848	270.000	250.000	2.202.848

**Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**  
**Kapitel 0803 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Verkehr**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004 1000 EUR	Ansatz 2005 1000 EUR	Ansatz 2004 1000 EUR	+ = mehr - = weniger 1000 EUR	Ist 2003 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
<b>TGr. 84</b>		<b>Förderung von Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs nach dem GVFG (Baumaßnahmen Bundesplafond)</b> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 84.</i>	(145.000) (28.500)	(12.260)	(16.700)	(-4.440)	(-)
883 84-6	741	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	— 28.500	—	—	—	—
887 84-1	741	Zuweisungen an Zweckverbände	—	—	—	—	—
891 84-9	741	Zuschüsse an private Unternehmen mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	145.000 —	12.260	16.700	-4.440	—
892 84-5	741	Zuschüsse an sonstige private Unternehmen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 85</b>		<b>Förderung von Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs nach dem GVFG (Baumaßnahmen Landesplafond)</b> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 85.</i>	(40.000) (40.000)	(38.019)	(56.915)	(-18.896)	(14.388)
883 85-4	741	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	40.000 40.000	26.669	43.112	-16.443	3.525
887 85-0	741	Zuweisungen an Zweckverbände	—	—	—	—	—
891 85-7	741	Zuschüsse an private Unternehmen mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	—	9.200	11.760	-2.560	10.863
892 85-3	741	Zuschüsse an sonstige private Unternehmen	—	2.150	2.043	+107	—
<b>TGr. 86</b>		<b>Zahlungen zum Ausgleich von Mindereinnahmen aus gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen im nichtschienengebundenen ÖPNV</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 86.</i>	(-)	(87.199)	(82.950)	(+4.249)	(90.832)
631 86-3	741	Sonstige Erstattungen an den Bund	—	—	—	—	—
633 86-6	741	Zahlungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	25	450	-425	26
682 86-7	741	Zahlungen an private Unternehmen mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	—	69.099	62.000	+7.099	71.978
683 86-3	741	Zahlungen an sonstige private Unternehmen	—	18.075	20.500	-2.425	18.828
<b>TGr. 87</b>		<b>Förderung sonstiger Maßnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 87.</i>	(600) (30.000)	(42.072)	(27.373)	(+14.699)	(25.833)
547 87-0	741	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	— 30.000	—	—	—	447
633 87-4	741	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	27.829	4.800	+23.029	11.731
637 87-0	741	Zuweisungen an Zweckverbände	—	9.790	12.420	-2.630	9.639
671 87-3	741	Kostenerstattung an die nds. Landesnahverkehrsgesellschaft	—	3.853	3.853	—	3.777
682 87-5	741	Zuschüsse an Unternehmen mit mehr als 50 v.H. öffentl. Beteiligung	—	—	—	—	7
683 87-1	741	Zuschüsse an sonstige private Unternehmen	—	—	—	—	233

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Titelgruppe 84**

GVFG-Mittel aus dem sog. Bundesplafond für ÖPNV-Baumaßnahmen mit Gesamtkosten von mehr als 51,1 Mio. EUR. Vgl. Erläuterungen zu 331 84.

In 2005 sind Mittel für folgende Projekte veranschlagt:

- 1. Hannover: Stadtbahnverlängerung von Lahe nach Altwarmbüchen und Misburg (2. Teilbetrag) 4,9 Mio. EUR
  - 2. Hannover: S-Bahn/Stadtbahn-Umsteigeanlage Linden ( 2. Teilbetrag) 6,3 Mio. EUR
  - 3. Braunschweig: Regionalstadtbahn (1. Teilbetrag) 1,0 Mio. EUR
- Zusammen 12,2 Mio. EUR

**Zu 891 84**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	5.000	–	5.000
2006	–	5.000	19.110	24.110
2007	–	5.000	16.730	21.730
2008	–	5.000	11.000	16.000
2009 ff.	–	8.500	98.160	106.660
Summe	–	28.500	145.000	173.500

**Zu Titelgruppe 85**

Vgl. Erläuterungen zu 119 85 und 331 85.

Veranschlagt ist der Zuschussbedarf für straßengebundene ÖPNV/SPNV-Projekte in Höhe von 38,0 Mio. EUR.

**Zu 883 85**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	25.000	–	25.000
2006	–	10.000	20.000	30.000
2007	–	5.000	15.000	20.000
2008	–	–	5.000	5.000
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	40.000	40.000	80.000

**Zu Titelgruppe 86**

Veranschlagt sind Mittel, die gem. § 45 a Personenbeförderungsgesetz (PBefG) an Verkehrsunternehmen im öffentlichen Personennahverkehr zum Ausgleich von Mindereinnahmen im Linienverkehr gezahlt werden müssen, die ihnen dadurch entstehen, dass sie verpflichtet werden, Zeitkarten an Auszubildende (Schüler, Studenten und Lehrlinge) zu nichtkostendeckenden Preisen zu verkaufen. Infolge Änderung des PBefG sind mit Wirkung ab 1. 1. 91 die Länder auch für sog. „Bundesunternehmen“ ausgleichspflichtig.

**Zu Titelgruppe 87**

Die für die Förderung sonstiger Maßnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs erforderlichen Ausgaben werden aus den ab 1. 1. 1996 zur Verfügung stehenden Regionalisierungsmitteln („X-Betrag“) finanziert (vgl. Erl. zu 231 86, 231 87, 231 88, 331 90 und 331 91).

**Zu 547 87**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	9.000	–	9.000
2006	–	9.000	–	9.000
2007	–	6.000	–	6.000
2008	–	3.000	–	3.000
2009 ff.	–	3.000	–	3.000
Summe	–	30.000	–	30.000

**Zu Titel 633 87 und 637 87**

Gemäß § 7 Abs. 6 des Nieders. Gesetzes zur Neuordnung des öffentlichen Personennahverkehrs (NNVG) vom 28. 6. 1995 erhalten die kommunalen Aufgabenträger des ÖPNV ab 1996 pauschale Finanzhilfen zur Abdeckung ihrer Verwaltungskosten.

Veranschlagt sind auch Mittel für Verbundförderung.

Weiter sind ab dem Jahr 2000 Mittel für die Aufgabenträger des SPNV gemäß § 7 Abs. 7 des Nieders. Gesetzes zur Neuordnung des öffentlichen Personennahverkehrs (NNVG) veranschlagt.

Aufgrund der beabsichtigten Novellierung des NNVG erhalten ab 2005 auch die Aufgabenträger des straßengebundenen ÖPNV zweckgebundene pauschale Finanzzuweisungen.

**Zu 671 87**

Der nds. Landesnahverkehrsgesellschaft wurde als Zentrale Stelle für den öffentlichen Personennahverkehr nach § 8 NNVG 1996 die Wahrnehmung von Aufgaben im Rahmen des NNVG übertragen. Die notwendigen Ausgaben sind vom Land zu erstatten. Die Landesnahverkehrsgesellschaft hat im Rahmen der Verwaltungsreform Aufgaben von den Bezirksregierungen übernommen (u.a. Förderung des straßengebundenen ÖPNV und PBefG).

**Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**  
**Kapitel 0803 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Verkehr**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
883 87-0	741	Zuweisungen an Gemeinden (GV) für Invest. zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse	600 —	600	—	+600	—
887 87-6	741	Zuweisungen an Zweckverbände	—	—	6.300	-6.300	—
891 87-3	741	Leistungen an die Landesnahverkehrsgesellschaft Nds. mbH für die Beschaffung von Fahrzeugen u. Geräten im Bereich des SPNV	—	—	—	—	—
892 87-0	741	Zusch. an sonstige private Unternehmen für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse	—	—	—	—	—
971 87-7	988	Globale Mehrausgaben	—	—	—	—	—
<b>TGr. 88</b>		<b>Förderung sonstiger ÖPNV-Maßnahmen - ÖPNV-Wettbewerb / ÖPNV-Attraktivitätssteigerung</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 88.</i>	(—)	(—)	(4.500)	(-4.500)	(983)
547 88-9	741	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	1.000	-1.000	43
637 88-8	741	Zuweisungen an Zweckverbände	—	—	1.800	-1.800	68
682 88-3	741	Zuschüsse an Unternehmen mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	—	—	1.000	-1.000	35
683 88-0	741	Zuschüsse an sonstige private Unternehmen	—	—	700	-700	837
<b>TGr. 89</b>		<b>Förderung von Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs nach dem GVFG (Fahrzeugbeschaffungen)</b> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 89.</i>	(—)	(18.400)	(—)	(+18.400)	(20.197)
883 89-7	741	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
887 89-2	741	Zuweisungen an Zweckverbände	—	—	—	—	—
891 89-0	741	Zuschüsse an private Unternehmen mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	—	13.000	—	+13.000	13.503
892 89-6	741	Zuschüsse an sonstige private Unternehmen	—	5.400	—	+5.400	6.693
<b>TGr. 90</b>		<b>Förderung von Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs nach dem Regionalisierungsgesetz (Baumaßnahmen)</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 90.</i> <i>*** Weitere Verpflichtungen dürfen eingegangen werden bis zur Höhe der dem Land nach Artikel 106a GG i.V.m. dem Regionalisierungsgesetz zustehenden Mitteln.</i>	(40.000) (80.000)	(39.119)	(67.653)	(-28.534)	(66.721)
633 90-4	741	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
637 90-0	741	Zuweisungen an Zweckverbände	—	—	—	—	—
661 90-8	741	Schuldendiensthilfen an öffentliche Unternehmen	— 80.000	—	—	—	570
683 90-1	741	Zuweisungen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
853 90-4	741	Darlehen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
861 90-7	741	Darlehen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	476

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 883 87**

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	–	–	–
2006	–	–	600	600
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	–	600	600

**Zu Titelgruppe 88**

Der öffentliche Personennahverkehr wird durch die Einführung des europäischen Wettbewerbs eine Neuordnung erfahren. Die niedersächsischen Verkehrsunternehmen sollen durch verschiedene Förderprodukte (Unternehmensberatung, Qualifizierung, Marktuntersuchung) auf diesen Wettbewerb vorbereitet werden. Das Förderprogramm endet am 31.12.2004. Leertitel zur Abwicklung von Haushaltsresten.

**Zu Titelgruppe 89**

Vgl. Erläuterungen zu 331 84, 331 85 und 331 89.

Mittel für Zuschüsse an Verkehrsunternehmen für die ÖPNV-Omnibusbeschaffung.

**Zu Titelgruppe 90**

Vgl. Erläuterungen zu 231 86, 231 87, 231 88, 331 90 und 331 91.

Veranschlagt ist der Zuschussbedarf für folgende Baumaßnahmen (vgl. auch Erl. zu TGr. 85):

- |                           |               |
|---------------------------|---------------|
| 1. ÖPNV-Flächenprogramm   | 13,9 Mio. EUR |
| 2. SPNV-Flächenprogramm   | 11,5 Mio. EUR |
| 3. SPNV-Stationsmaßnahmen | 13,7 Mio. EUR |

Zusammen	39,1 Mio. EUR
----------	---------------

**Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**  
**Kapitel 0803 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Verkehr**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
883 90-0	741	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	2.496	6.647	-4.151	9.823
887 90-6	741	Zuweisungen an Zweckverbände	—	—	—	—	150
891 90-3	741	Zuschüsse an private Unternehmen mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	40.000	35.600	59.983	-24.383	55.300
892 90-0	741	Zuschüsse an sonstige private Unternehmen	—	1.023	1.023	—	402
<b>TGr. 91</b>		<b>Förderung von Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs nach dem Regionalisierungsgesetz (Fahrzeugbeschaffungen)</b> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 91.</i> <i>*** Weitere Verpflichtungen dürfen eingegangen werden bis zur Höhe der dem Land nach Artikel 106a GG i.V.m. dem Regionalisierungsgesetz zustehenden Mitteln.</i>	(50.000) (100.000)	(35.995)	(72.730)	(-36.735)	(68.020)
883 91-9	741	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	— 100.000	—	—	—	113
887 91-4	741	Zuweisungen an Zweckverbände	—	—	—	—	—
891 91-1	741	Zuschüsse an private Unternehmen mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	50.000	35.995	72.730	-36.735	67.907
892 91-8	741	Zuschüsse an sonstige private Unternehmen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 95</b>		<b>Durchführung und Begleitung sonstiger Projekte im Verkehrsbereich</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 95.</i>	(—)	(125)	(125)	(—)	(222)
547 95-1	699	Kosten der Begleitung und Durchführung	—	125	125	—	222
633 95-5	699	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
683 95-2	699	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	—
883 95-1	699	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
891 95-4	699	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
892 95-0	699	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 891 90**

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE	durch die 2004 ausgebrachte VE	durch die 2005 ausgebrachte VE	Gesamt belastung
	in 1000 EUR	in 1000 EUR	in 1000 EUR	
2005	15.513	20.000	–	35.513
2006	19.000	4.200	–	23.200
2007	20.000	3.400	7.000	30.400
2008	–	34.200	20.000	54.200
2009 ff.	–	18.200	13.000	31.200
Summe	54.513	80.000	40.000	174.513

**Zu Titelgruppe 91**

Vgl. Erläuterungen zu 231 86, 231 87, 231 88, 331 90 und 331 91.

Veranschlagt sind Mittel für SPNV-Fahrzeugbeschaffungen im Rahmen der Umsetzung des Programms „Niedersachsen ist am Zug“ .

**Zu 891 91**

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE	durch die 2004 ausgebrachte VE	durch die 2005 ausgebrachte VE	Gesamt belastung
	in 1000 EUR	in 1000 EUR	in 1000 EUR	
2005	17.194	14.989	–	32.183
2006	5.937	21.883	18.000	45.820
2007	1.872	43.128	5.000	50.000
2008	–	10.000	10.000	20.000
2009 ff.	–	10.000	17.000	27.000
Summe	25.003	100.000	50.000	175.003

**Zu Titelgruppe 95**

Vgl. Erläuterungen zu 231 95.

**Einzelplan 08**    **Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**  
**Kapitel 0803**   **Allgemeine Bewilligungen im Bereich Verkehr**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 0803</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		850	15.753	-14.903	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		531.050	471.878	+59.172	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		143.963	199.115	-55.152	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		675.863	686.746	-10.883	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	250.000	273.357	279.510	-6.153	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	300.000	263.296	234.830	+28.466	
			—				
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	81.500	150.693	223.627	-72.934	
			276.100				
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	168.500	170	170	—	
			—				
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	526.100	687.516	738.137	-50.621	
			550.000				
		<b>Zuschuss</b>		11.653	51.391	-39.738	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**  
**Kapitel 0804 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Arbeit und Qualifizierung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-5	253	Vermischte Einnahmen		50	50	—	16
119 41-4	253	Rückzahlung von Überzahlungen		350	350	—	251
119 45-7	253	Zinseinnahmen aus Zuwendungen von EU-Mitteln *** Vgl. ***)HV zu Titel 637 10		—	—	—	—
272 10-7	253	Einnahmen aus dem ESF *** Vgl. ***) HV zu Titel 637 10		89.806	65.506	+24.300	35.805
<b>AUSGABEN</b>							
637 10-5	253	Zuweisungen aus dem ESF Übertragbar. *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. Der Ansatz erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 119 45 und 272 10, entsprechend den genehmigten Förderkonzepten. Die nicht durch Einnahmen im lfd. Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen der genehmigten Förderkonzepte als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen. Die Verpflichtungsermächtigungen darf im Rahmen der genehmigten Förderkonzepte überschritten werden, soweit es sich um Maßnahmen handelt, die nicht mit Landesmitteln kofinanziert werden.	31.000 25.063	89.806	65.506	+24.300	54.567
684 10-3	253	Zuschüsse an die Landesgesellschaft zur Beratung und Information von Beschäftigungsinitiativen mbH - LABIB Übertragbar. *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	—	517	517	—	517
684 11-1	253	Zuschüsse an Träger von Arbeitslosen- und Sozialhilfeinitiativen Übertragbar. Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 684 11, 684 12, 685 10, 685 11, 685 83 und 893 83. Folgende Verpflichtungsermächtigungen sind gegenseitig deckungsfähig: 684 11, 684 12, 685 10, 685 11 und 893 83. *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	— 614	—	889	-889	850
684 12-0	253	Zuschüsse für Modellvorhaben Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 684 11. Vgl. VE D-Vermerk zu 684 11. *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	161 511	548	548	—	383
685 10-0	253	Sonstige Zuschüsse für die Qualifizierung von Beschäftigten Übertragbar.	968 869	1.400	1.513	-113	1.443

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Kapitel 0804**

**Allgemeine Erläuterungen:**

Mit dem Programm „Arbeit und Qualifizierung für Niedersachsen“ werden Maßnahmen in enger Verzahnung mit der Wirtschafts- und Strukturförderung zur Entlastung des Arbeitsmarktes durchgeführt. Das Arbeitsmarktprogramm gibt mit wesentlicher Unterstützung des Europäischen Sozialfonds (ESF) vielfältige Impulse zur Arbeitsförderung in Niedersachsen. Dabei steht die Integration in den ersten Arbeitsmarkt im Zentrum der Bestrebungen. Das Land gewährt Zuwendungen, insbesondere an Gemeinden (GV), Wohlfahrtsverbände, Einrichtungen der Erwachsenen- und beruflichen Weiterbildung und an Arbeitgeber der Privatwirtschaft zur Förderung arbeitsmarktpolitischer Zielgruppen.

Die Ansätze werden neben den Mitteln der Bundesagentur für Arbeit, der Kommunen und der sonstigen öffentlichen Träger teilweise als komplementärer nationaler Anteil zur Bindung von Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) eingesetzt.

**Zu 637 10**

Die hier veranschlagten Ausgaben korrespondieren mit den Einnahmen bei Titel 272 10.

Mittel des Europäischen Sozialfonds werden im Rahmen der Förderziele der EU zur Verstärkung von Landesprogrammen zur Förderung der beruflichen Qualifizierung eingesetzt bzw. an Dritte zur Durchführung entsprechender Maßnahmen weitergeleitet.

Im Rahmen des Ziel 3 - Programms des Europäischen Sozialfonds erhält Niedersachsen insgesamt 92 Mio. EUR für die Jahre 2004 – 2006 aus dem Programm des Bundes zusätzlich. Die Ansatzserhöhung entspricht dem Anteil für 2005.

Für die Umsetzung der Programme werden neben den nachstehenden Richtlinien im Zuständigkeitsbereich des MW weitere Richtlinien anderer Ressorts angewendet.

Richtlinie über Zuwendungen für Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung von Arbeitslosen in Gebieten mit wirtschaftlicher und sozialer Umstellung mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds im Rahmen des Zieles 2 (RdErl. d. MFAS v. 23. 7. 2001 – Nds. MBl. S. 675).

Richtlinie über Zuwendungen für Maßnahmen zur Anpassung der Beschäftigungen in Gebieten mit wirtschaftlicher und sozialer Umstellung mit Mitteln des Landes und des Europäischen Sozialfonds im Rahmen des Zieles 2 (RdErl. d. MFAS v. 23. 7. 2001 – Nds. MBl. S. 678).

Richtlinie über Zuwendungen für Maßnahmen zur Förderung von regionalen Bündnissen und territorialen Beschäftigungspakten in Gebieten mit wirtschaftlicher und sozialer Umstellung mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds im Rahmen des Zieles 2 (RdErl. d. MFAS v. 22.2.2002– Nds. MBl. S. 264).

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Programms “ Arbeit durch Qualifizierung” (RdErl. d. MW v. 24.08.2004 – Nds. MBl. S. 567).

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Programms “Weiterbildungsoffensive für den Mittelstand” (RdErl. d. MW v. 01.09.2004 – Nds. MBl. S. 589).

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur “Förderung von zusätzlichen betrieblichen Ausbildungsplätzen im Bereich der Informationstechnologien sowie im Tourismus- und Kulturbereich” (RdErl. d. MW v. 24.08.2004 – Nds. MBl. S. 566).

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der einzelbetrieblichen Unternehmensberatung kleiner und mittlerer Unternehmen und der Existenzgründungsberatung in Niedersachsen (RdErl. d. MW vom 23.12.2003 Nds. MBl. 2004, S. 54).

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der begleitenden Gründungsberatung von Existenzgründungen in Niedersachsen (Gründungscoaching) (RdErl. MW v. 01.10.2004 – Nds. MBl. S. 633).

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für das Programm “Stufe 2 – Förderung der Eingliederung ausgebildeter junger Menschen in Arbeit” (RdErl. MW v. 20.09.2004 – Nds. MBl. S. 621).

Richtlinie zur Förderung von Arbeitslosen- und Sozialhilfeinitiativen (RdErl. d. MFAS v. 5. 10. 2001 – Nds. MBl. S. 843).

Die Richtlinien sind bzw. werden bis zum 31. 12. 2006 (Ablauf der ESF-Förderperiode) befristet.

**Noch zu 637 10**

Zur Zeit erfolgt die Halbzeitbewertung der ESF Ziel 2 und 3 Programme, dadurch wird es voraussichtlich zu Umsteuerungen innerhalb der Programme kommen und damit auch zu inhaltlichen Änderungen der Richtlinien.

Die ESF-Förderung des Landes ist in Abstimmung mit der Europäischen Kommission in mehrjährigen Plänen (2000 bis 2006) festgelegt. Bedarfsgerechte Anpassungen sind nach den EU-Vorschriften im Rahmen des Planes und mit Zustimmung der Europäischen Kommission zulässig.

Schwerpunkt/ Maßnahme	Bezeichnung	ESF- Mittel 2005 Mio.EUR
<b>Fördermaßnahmen Ziel 2</b>		
<b>Schwerpunkt 1 – KMU</b>		
Maßnahme 1.7	Qualifizierung von Arbeitslosen für Tätigkeiten in KMU mit besonderem Schwerpunkt in den Informationstechnologien	2,840
Maßnahme 1.8	Förderung der Weiterbildung von Beschäftigten aus KMU insbesondere in den Informationstechnologien	1,900
Maßnahme 1.9	Hochschulmaßnahmen z. Existenzgründung oder Betriebsübernahme durch Absolventen	0,216
Maßnahme 1.11	Förderung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen im Bereich der Informationstechnologien	0,812
<b>Schwerpunkt 2 – Tourismus</b>		
Maßnahme 2.6	Qualifizierung von Arbeitslosen für Tätigkeiten im Tourismus- und Kultursektor	0,440
Maßnahme 2.7	Weiterbildung von Beschäftigten im Tourismusbereich insbes. In ländlich geprägten gebieten	0,293
Maßnahme 2.9	Förderung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen im Tourismus- und Kulturbereich	0,202
<b>Schwerpunkt 3 – Lokale Aktivierung und Förderung des endogenen Potentials</b>		
Maßnahme 3.4	Förderung v. regionalen Bündnissen, territorialen Beschäftigungspakten	0,330
<b>Schwerpunkt 4 – Infrastruktur</b>		
Maßnahme 4.2	Qualifizierung von Arbeitslosen aus städtischen Problemgebieten und in Konversionsgebieten	0,100
<b>Schwerpunkt 6 – Technische Hilfe</b>		
	Analyse und Evaluierung	0,131
<b>Gesamt</b>		<b>7,264</b>

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu 637 10

Schwerpunkt/ Maßnahme	Bezeichnung	ESF- Mittel 2005 Mio.EUR
<b>Fördermaßnahmen Ziel 3</b>		
<b>Schwerpunkt 1-A</b>	<b>Aktive Arbeitsmarktpolitik zur Förderung der Beschäftigung</b>	
Maßnahme 1.1	Jugendprogramme	23,986
	davon MS - Jugendwerkstätten	13,788
	davon MS - RAN	3,198
	davon MS - Pro-Aktiv-Centren	5,000
	davon MW - Jugendliche 2. Schwelle	2,000
Maßnahme 1.2	Einzelprojekt Qualifizierungs- Maßnahmen	1,342
	davon MW	1,216
	davon MWK, Kulturbereich	0,126
<b>Gesamt</b>		<b>25,328</b>
<b>Schwerpunkt 2-B Förderung der sozialen Eingliederung und Chancengleichheit</b>		
Maßnahme 2.1	MJ - Straffällige	1,430
Maßnahme 2.2	MS - Nichtsesshafte	3,068
Maßnahme 2.3	MS - Behind., Ausglied. Gruppen	2,045
Maßnahme 2.4	MW - Arbeit durch Qualifizierung	13,103
Maßnahme 2.5	MW - Arbeitslosen u. SozH- Initiativen	0,524
<b>Gesamt</b>		<b>20,170</b>
<b>Schwerpunkt 3-C Förderung und Verbesserung der beruflichen und allgemeinen Bildung</b>		
Maßnahme 3.2	MS - Prävention an Schulen	0,511
Maßnahme 3.3	MK - überbetriebl. Ausbildung	1,200
	MK - Ausbildungsverbünde	0,975
	MK - Kompetenzzentren	0,810
	MK - Agentur	0,160
	MK - Sonstige	1,000
	MW - Ausbildungsplatzanbahner	2,000
<b>Gesamt</b>		<b>6,656</b>
<b>Schwerpunkt 4-D Förderung der Anüassungsfähigkeit und Unternehmergeist</b>		
Maßnahme 4.1	MWK-Wissenschaftl. Maßnahmen	2,734
Maßnahme 4.2	Prävent. Arbeitsmarktpolitik, ges.	12,727
	davon MW	11,715
	davon MK	0,505
	davon MWK, Erw. Bildung	0,508
	davon MWK, Kulturbereich	0,000
Maßnahme 4.2	MW - TIN/DIA	5,300
Maßnahme 4.3	MW - Coaching	1,782
<b>Gesamt</b>		<b>22,544</b>
<b>Schwerpunkt 5-E Spezifische Aktionen für Frauen</b>		
Maßnahme 5.1	MS - FIFA, Frauen, gesamt	7,113
	davon FIFA, allgemein	6,108
	davon KO-Stellen	1,005
<b>Gesamt</b>		<b>7,113</b>
<b>Schwerpunkt 6-F Soziales Risikokapital</b>		
Maßnahme 6.1	MS - Soziales Risikokapital- Kleinstprojekte	0,268
TH	MW-Technische Hilfe, ges.	0,463
	davon Evaluierung	0,130
	davon LaBIB	0,306
	davon Sonstiges	0,027
<b>Gesamt</b>		<b>82,542</b>
	Ziel 2 - Gesamt	7,264
	Ziel 3 - Gesamt	82,542
	Insgesamt	89,806

Noch zu 637 10

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	18.599	20.166	—	38.765
2006	14.808	4.897	20.000	39.705
2007	157	—	11.000	11.157
2008	—	—	—	—
2009 ff.	—	—	—	—
<b>Summe</b>	<b>33.564</b>	<b>25.063</b>	<b>31.000</b>	<b>89.627</b>

Zu 684 10

Die Gesellschaft, durch das Land 1991 gegründet, wird dauerhaft mit Zuschüssen zu den Personal- und Sachkosten gefördert.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben  
der Landesberatungsgesellschaft für Integration und Beschäftigung mbH - LaBIB -

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
<b>Ausgaben</b>	842	845	792
<b>Einnahmen</b>	102	114	86
<b>Fehlbetrag</b>	740	731	706

	2005 Tsd. EUR

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
b) das Land mit	517
c) den Bund mit	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	223
e) Private	—
<b>Zusammen</b>	<b>740</b>

Zu 684 11

Gem. Richtlinie des MFAS vom 5. 10. 2001 (Nds. MBl. S. 843) werden Personal- und Sachkosten von Arbeitslosen- und Sozialhilfeninitiativen bezuschusst.

Die Förderung mit Landesmitteln wurde zum 31.12.2004 eingestellt.

Zu 684 12

Das Land fördert Modellvorhaben mit der Zielsetzung, Arbeitslosigkeit abzubauen und die Entstehung von Arbeitslosigkeit zu verhindern.

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	—	511	—	511
2006	—	—	161	161
2007	—	—	—	—
2008	—	—	—	—
2009 ff.	—	—	—	—
<b>Summe</b>	<b>—</b>	<b>511</b>	<b>161</b>	<b>672</b>

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 685 10**

Es werden Qualifizierungen für Arbeitnehmer gefördert, deren Arbeitsplätze gefährdet sind. Daneben werden Beratungen und Studien zu diesem Themenbereich durchgeführt. Die Mittel dienen der Kofinanzierung von ESF-geförderten Projekten in diesem Bereich.

Weniger infolge Umsetzung der Einsparverpflichtung zur Konsolidierung des Landeshaushalts.

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	323	511	—	834
2006	—	358	600	958
2007	—	—	368	368
2008	—	—	—	—
2009 ff.	—	—	—	—
Summe	323	869	968	2.160

**Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**  
**Kapitel 0804 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Arbeit und Qualifizierung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch 685 10-0		<i>Vgl. D-Vermerk zu 684 11. Vgl. VE D-Vermerk zu 684 11. *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>					
685 11-8	253	Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit <i>Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 684 11. Vgl. VE D-Vermerk zu 684 11.</i>	1.500 1.900	2.913	2.863	+50	5.516
<b>TGr. 83</b>		<b>Förderung von Beschäftigung für Arbeitslose bei Existenzgründungen</b> <i>Übertragbar. *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(3.276) (2.808)	(5.096)	(7.537)	(-2.441)	(4.846)
685 83-5	253	Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige <i>Vgl. D-Vermerk zu 684 11.</i>	3.276 2.808	5.096	7.537	-2.441	4.846
893 83-7	253	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige <i>Vgl. D-Vermerk zu 684 11. Vgl. VE D-Vermerk zu 684 11.</i>	—	—	—	—	—
<b>TGr. 84</b>		<b>Kosten für Konferenzen, Tagungen und Gutachten im Zusammenhang mit dem Programm zur Entlastung des Arbeitsmarktes</b> <i>Übertragbar.</i>	(387) (51)	(332)	(358)	(-26)	(389)
531 84-6	253	Veröffentlichungen	—	—	—	—	—
538 84-0	253	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	—
547 84-0	253	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	387 51	332	358	-26	389
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		20	-20	
		<b>Abschluss Kapitel 0804</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		400	400	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		89.806	65.506	+24.300	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		90.206	65.906	+24.300	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	387 51	332	358	-26	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	36.905 31.765	100.280	79.393	+20.887	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	—	—	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	37.292 31.816	100.612	79.751	+20.861	
		<b>Zuschuss</b>		10.406	13.845	-3.439	

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 685 11**

Mit dem Programm "Stufe 2 - Förderung der Eingliederung ausgebildeter junger Menschen in Arbeit" unterstützt das Land den Berufseinstieg junger Menschen, die nach Abschluss der Berufsausbildung arbeitslos sind. Kleine und mittlere Unternehmen in Niedersachsen können für sechs Monate einen pauschalen Zuschuss von 500 EUR monatlich bekommen, wenn sie ausgebildete junge Arbeitslose einstellen. Bewilligungsbehörden sind die Agenturen für Arbeit. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für das Programm "Stufe 2 - Förderung der Eingliederung ausgebildeter junger Menschen in Arbeit" (Rd. Erl. d. MW v. 20.09.2004, Nds. MBl. S. 621).

Bis Ende 2006 fördert das Land ein flächendeckendes Netz zusätzlicher Ausbildungsplatzakquisiteure bei den Kammern. Diese Kräfte sprechen gezielt Unternehmen an und werben für die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	1.900	–	1.900
2006	–	–	1.500	1.500
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	1.900	1.500	3.400

**Zu Titelgruppe 83**

Das Förderprogramm Soziale Betriebe ist ausgelaufen. Die Bedienung der Rechtsverpflichtungen ist gewährleistet. Die Haushaltsmittel werden für das neue Existenzförderprogramm "Unternehmen Jugend Plus" eingesetzt. Auf der Schnittstelle von Wirtschafts- und Arbeitsförderung sollen Existenzgründer und junge Betriebe für die Einrichtung zusätzlicher Arbeitsplätze für Jugendliche gefördert werden. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von "Unternehmen Jugend Plus" (Rd. Erl. MW v. 09.08.2004, Nds. MBl. S. 548).

Weniger infolge Umsetzung der Einsparverpflichtung zur Konsolidierung des Landeshaushalts.

**Zu 685 83**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	1.750	1.600	–	3.350
2006	442	1.208	1.716	3.366
2007	550	–	1.170	1.720
2008	–	–	390	390
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	2.742	2.808	3.276	8.826

**Zu Titelgruppe 84**

Sachverständige Begleitung des Programms zur Entlastung des Arbeitsmarktes soll einen optimalen Mitteleinsatz gewährleisten. Die Mittel dienen außerdem zur Kofinanzierung der Evaluation der ESF-Maßnahmen sowie der Technischen Hilfe.

**Zu 547 84**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	153	51	–	204
2006	–	–	217	217
2007	–	–	170	170
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	153	51	387	591

**Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**  
**Kapitel 0810 Bergverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004		
			2004				
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		*** Gem. § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die "Allgemeine Erläuterung zum Kapitel" verbindlich.					
		<b>EINNAHMEN</b>					
111 10-1	610	Gebühren, sonstige Entgelte		900	900	—	743
112 10-8	610	Geldstrafen und Geldbußen		1	1	—	—
119 10-2	610	Sonstige Verwaltungseinnahmen		2	2	—	0
122 10-3	632	Einnahmen aus Förderabgaben, Feldesabgaben und Förderzins aufgrund von Gewinnungsverträgen		385.080	385.080	—	307.942
124 10-6	610	Einnahmen aus Mieten und Pachten		3	3	—	2
231 10-7	610	Erstattungen des Bundes für die Durchführung des Gesetzes zur Regelung des Meeresbodenbergbaugesetzes		3	3	—	1
232 10-3	610	Erstattung von Verwaltungsausgaben für auftragsweise Wahrnehmung bergbehördlicher Aufgaben		744	375	+369	392
232 11-1	610	Erstattung von Reisekosten für auftragsweise Wahrnehmung bergbehördlicher Aufgaben		30	30	—	26
235 10-2	610	Erstattungen von der Bundesagentur für Arbeit		—	32	-32	85
		<b>AUSGABEN</b>					
422 04-2	610	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—	70	70	—	53
422 10-7	610	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	3.840	3.837	+3	2.308
425 04-1	610	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	12	12	—	—
425 10-6	610	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	1.214
426 10-2	610	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	112
427 10-9	610	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	54	55	-1	114
459 10-8	610	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	36	35	+1	2
511 10-0	610	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	145	145	—	115
514 10-9	610	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	10	10	—	11
517 10-8	610	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	100	100	—	96
519 10-0	610	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen <i>Übertragbar.</i>	—	6	6	—	—
525 10-0	610	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	26	26	—	24
526 10-7	610	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	36	136	-100	4
527 10-3	610	Dienstreisen	—	140	140	—	16
527 11-1	610	Reisekostenvergütungen für auftragsweise Wahrnehmung bergbehördlicher Aufgaben	—	30	30	—	2

ERLÄUTERUNGEN

**Allgemeine Erläuterung zu Kapitel 08 10**

511 10, 514 10, 517 10, 525 10, 526 10, 527 10, 527 11, 538 10 und 547 10 sind gegenseitig deckungsfähig.

**Zu 111 10**

Verwaltungsgebühren nach der Verordnung über die Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen und Leistungen (Allg. Gebührenordnung – AllGO –) v. 22. 9. 1966 (Nds. GVBl. S. 191) in der jeweils geltenden Fassung.

**Zu 112 10**

Verwarnungs- und Bußgelder nach den entsprechenden Vorschriften.

**Zu 122 10**

Feldes- und Förderabgabe gem. §§ 30,31 Bundesberggesetz vom 13. 8. 1980 (BGBl. I S. 1310) in der jeweils geltenden Fassung, sowie Förderzins aufgrund eines privatrechtlichen Gestattungsvertrages

**Zu 124 10**

Einnahmen aus der Vermietung der Dienstwohnung des Hausmeisters des Landesbergamtes.

**Zu 232 10**

Verwaltungskostenbeiträge der Länder

1. Schleswig-Holstein	608.000 EUR
2. Hamburg	62.000 EUR
3. Bremen	<u>74.000 EUR</u>
Zusammen	744.000 EUR

Einnahmeerhöhung aufgrund der geänderten Vereinbarungen über die Verwaltungskostenbeiträge.

**Zu 422 10, 425 10, 426 10**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteneinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
81,34	83,44	77,37

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
3.840	3.921	3.682

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)
- Sonstige Veränderungen

Summe Zugänge

\_\_\_\_\_

-

**Noch zu 422 10, 425 10, 426 10**

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig) 2,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)
- Sonstige Veränderungen
- Reduzierung wg. 5-telregelung gem. ZV II 0,10

Summe Abgänge 2,10

Bleibt Abgang 2,10

**Zu 427 10**

Vergütungen für Vertretungen der Kanzleikräfte in Urlaubs- und Krankheitsfällen, für AB-Maßnahmen sowie Lehrvergütungen.

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte, Richter und Angestellte des Landes richtet sich nach den aufgrund des RdErl. d. MF v. 25.3.1998 (Nds. MBl. S. 664), in der jeweils geltenden Fassung, erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 38,35 Euro, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 Euro sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. d. § 3 Nr. 12 Satz 1 EstG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 13 Nr. 26 EstG fällt.

**Zu 459 10**

Bedienstete der Bergverwaltung erhalten für das dienstliche Befahren von Betriebsanlagen eine Entschädigung nach den Bestimmungen des RdErl. d. MW vom 27. 12. 1978 – GültL 3/144 – (Nds. MBl. 1979 S. 54); geändert durch RdErl. vom 13.12.2001 (Nds. MBl. 2002 S. 48).

Diese Entschädigung gilt als Aufwandsentschädigung im Sinne des EstG.

Zudem sind bei diesem Titel Haushaltsmittel für Trennungsent-schädigung und Umzugskostenvergütung veranschlagt.

**Zu 525 10**

Zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der grubensicherheitslichen Aufgaben der Bergbehörde ist die ständige Weiterbildung der technischen Beamten und Angestellten durch vermehrte Teilnahme an Lehrgängen erforderlich.

**Zu 526 10**

Die Ansatzreduzierung steht im Zusammenhang mit der Auflösung der bislang bei Kapitel 08 01 Titel 549 01 in Höhe von 1.135.000 EUR veranschlagten Globalen Minderausgaben für sächliche Ver-waltungsausgaben.

**Zu 527 11**

Reisekosten für die auftragsweise Wahrnehmung bergbehördlicher Aufgaben für die übrigen Küstenländer. Die Kosten werden er-stattet und bei 232 11 vereinnahmt.

**Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**  
**Kapitel 0810 Bergverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004		
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
529 10-6	610	Zur Verfügung der Präsidentin/des Präsidenten des Landesbergamtes	—	—	—	—	0
538 10-5	610	Ausgaben für Datenverarbeitung	—	49	49	—	29
547 10-4	610	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	2	2	—	—
681 10-2	610	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	1	1	—	-1
686 10-4	610	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	1	1	—	0
812 10-0	610	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	18	38	-20	—
981 10-6	990	Abführung an 13 21 - 381 08	—	488	491	-3	515
<b>Abschluss Kapitel 0810</b>							
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		385.986	385.986	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		777	440	+337	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		<b>386.763</b>	<b>386.426</b>	<b>+337</b>	
		4 Personalausgaben	—	4.012	4.009	+3	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	544	644	-100	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	2	2	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	18	38	-20	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	488	491	-3	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	<b>5.064</b>	<b>5.184</b>	<b>-120</b>	
		<b>Überschuss</b>		<b>381.699</b>	<b>381.242</b>	<b>+457</b>	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 529 10**

Die Mittel sind bei Kap. 13 02 Titel 529 14 veranschlagt.

**Zu 686 10**

Beiträge für nachstehende Institutionen:

1. Deutsche Gesellschaft für Mineralölwissenschaften und Kohlechemie, Hamburg
2. Deutsche Geologische Gesellschaft, Hannover
3. Gesellschaft deutscher Metallhütten und Bergleute, Clausthal-Zellerfeld

**Zu 812 10**

Ersatzbeschaffungen für Dienstzimmereinrichtungen sowie Ausbau der Bürokommunikation.

**Zu 981 10**

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

**Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**  
**Kapitel 0811 Mess- und Eichwesen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004 1000 EUR	Ansatz 2005 1000 EUR	Ansatz 2004 1000 EUR	+ = mehr - = weniger 1000 EUR	Ist 2003 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>EINNAHMEN</b>					
121 02-0	680	Ablieferungen des Landesbetriebs Mess- und Eichwesen		–	–	–	468
		<b>AUSGABEN</b>					
682 01-3	680	Zuführungen an den Landesbetrieb Mess- und Eichwesen für laufende Zwecke <i>*** Ausgaben dürfen nur mit Einwilligung des MF geleistet werden.</i>	–	653	623	+30	953
891 01-1	680	Zuführungen an den Landesbetrieb Mess- und Eichwesen für Investitionen	–	413	458	-45	470
		<b>Abschluss Kapitel 0811</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		–	–	–	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		–	–	–	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	–	653	623	+30	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	–	413	458	-45	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	–	1.066	1.081	-15	
		<b>Zuschuss</b>		1.066	1.081	-15	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Kapitel 0811**

**Zu Kapitel 08 11 allgemein**

Entsprechend dem Beschluss der Landesregierung vom 9. 12. 1997 ist zum 1. 1. 1998 der Landesbetrieb „Mess- und Eichwesen Niedersachsen“ (MEN) gemäß § 26 LHO errichtet worden.

Ab dem Haushaltsjahr 1999 erfolgt die Bewirtschaftung des Landesbetriebs nach Wirtschaftsplan mit kaufmännischem Rechnungswesen nach Kosten- und Leistungsrechnung.

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Mess- und Eichwesen Niedersachsen (MEN)

### A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Finanzbedarf:</b>			
1. Investitionen gemäß VV-HNds:			
- Grundstücke und Gebäude	—	—	131 000
- Maschinen und Anlagen	228 000	164 000	63 000
- Fahrzeuge	104 000	138 000	122 000
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	85 000	160 000	259 000
<b>Summe 1.:</b>	<b>417 000</b>	<b>462 000</b>	<b>575 000</b>
2. Sonstige Investitionen:			
- Grundstücke und Gebäude	—	—	—
- Maschinen und Anlagen	—	—	—
- Fahrzeuge	—	—	—
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
- Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	46 000	101 000	—
- Geldabfluss ohne Gewinnminderung	—	—	—
- Ablieferung an den Landeshaushalt	—	—	—
- Bildung von Rücklagen	—	—	41 000
<b>Summe 3.:</b>	<b>46 000</b>	<b>101 000</b>	<b>41 000</b>
4. Positiver Überleitungsbetrag	—	—	981 000
<b>Summe I.:</b>	<b>463 000</b>	<b>563 000</b>	<b>1 597 000</b>
<b>II. Deckungsmittel</b>			
1. Deckungsmittel:			
- Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	—	—	981 000
- Geldzufluss ohne Gewinnerhebung	—	—	—
- Vermögensverkaufserlös aus Erfolgsplan	4 000	4 000	18 000
- Zuschuss aus Drittmitteln	—	—	—
- Zuführung für Investitionen des Landes	413 000	458 000	470 000
<b>Summe 1.:</b>	<b>417 000</b>	<b>462 000</b>	<b>1 469 000</b>
2. Negativer Überleitungsbetrag	46 000	101 000	—
<b>Summe II.:</b>	<b>463 000</b>	<b>563 000</b>	<b>1 469 000</b>

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Mess- und Eichwesen Niedersachsen (MEN)****B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005**

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Erträge:</b>			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke			
– für Geschäftsbedarf	484 000	353 000	1 564 000
– für Bauunterhaltung	169 000	169 000	83 000
<b>Summe 1.:</b>	<b>653 000</b>	<b>522 000</b>	<b>1 647 000</b>
2. Umsatzerlöse			
– Gebühren und Erstattungen	7 566 000	7 787 000	7 645 000
– Ordnungswidrigkeiten	120 000	120 000	113 000
– gewerbliche Erträge	490 000	470 000	505 000
<b>Summe 2.:</b>	<b>8 176 000</b>	<b>8 377 000</b>	<b>8 263 000</b>
3. Bestandsveränderungen			
– Bestandsveränderungen	—	—	—
<b>Summe 3.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
4. Aktivierte Eigenleistungen			
– aktivierte Eigenleistungen	—	—	—
<b>Summe 4.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
5. Sonstige betriebliche Erträge			
– Mieterträge	12 000	12 000	15 000
– Verkauf von Vermögensgegenständen	4 000	4 000	18 000
– sonstige Erträge	5 000	5 000	25 000
– Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens AV	440 000	440 000	441 000
– Erträge aus Herabsetzung von Wertbericht und Rückstellungen	29 000	49 000	115 000
<b>Summe 5.:</b>	<b>490 000</b>	<b>510 000</b>	<b>614 000</b>
6. Zinserträge und ähnliche Erträge			
– Zinserträge	—	—	—
<b>Summe 6.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>Summe I.:</b>	<b>9 319 000</b>	<b>9 409 000</b>	<b>10 524 000</b>
<b>II. Aufwendungen</b>			
1. Materialaufwand			
– Aufwendungen für Material	51 000	56 000	48 000
– Aufwendungen für Eichgerätschaften	45 000	45 000	43 000
<b>Summe 1.:</b>	<b>96 000</b>	<b>101 000</b>	<b>91 000</b>
2. Personalaufwand			
2.1. Löhne, Gehälter und Besoldung			
– Löhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	1 017 000	1 077 000	1 041 000
– Gehälter für Angestellte	943 000	980 000	965 000
– Nebenbezüge	4 000	4 000	2 000
– Jubiläumswendungen	2 000	2 000	2 000
– Dienstbezüge Beamte	3 218 000	3 197 000	3 194 000
– Vergütungen für Praktikanten	4 000	4 000	—
– Verstärkungsmittel	—	—	—
<b>Summe 2.1.:</b>	<b>5 188 000</b>	<b>5 264 000</b>	<b>5 204 000</b>
2.2. Sozialabgaben, Altersversorgung, Unterstützung			
– Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung, Beihilfen	790 000	759 000	720 000
– Versorgungsaufwendungen für Beamte	966 000	960 000	974 000
– Versorgungsrücklage gem. § 6 NVersRücklG	17 000	23 000	17 000
<b>Summe 2.2.:</b>	<b>1 773 000</b>	<b>1 742 000</b>	<b>1 711 000</b>
<b>Summe 2.:</b>	<b>6 961 000</b>	<b>7 006 000</b>	<b>6 915 000</b>
3. Abschreibungen			
– Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	14 000
– Abschreibung Mietereinbauten in Landesgebäuden	—	—	5 000
– Abschreibungen auf Sachanlagen	440 000	440 000	441 000
– Abschreibungen auf geringwertige Wirtschaftsgüter	50 000	50 000	49 000
<b>Summe 3.:</b>	<b>490 000</b>	<b>490 000</b>	<b>509 000</b>

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Mess- und Eichwesen Niedersachsen (MEN)

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>noch II. Aufwendungen</b>			
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen			
4.1. Miete und Raumkosten			
– Miete und Ausgleichsstockzahlungen für Landesgebäude	586 000	653 000	649 000
– Energie, Wasser, Abwasser	93 000	86 000	97 000
– sonstige Raumkosten	56 000	56 000	74 000
– Bauunterhaltung	195 000	195 000	113 000
<b>Summe 4.1:</b>	<b>930 000</b>	<b>990 000</b>	<b>933 000</b>
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
– Miete, Pacht, Leasing	43 000	40 000	18 000
– Instandhaltung und Wartung	24 000	24 000	30 000
– Gebühren	7 000	7 000	7 000
– Prüfung, Beratung, Rechtsberatung	15 000	15 000	17 000
– Büromaterial und Geschäftsbedarf	24 000	24 000	20 000
– Post und Fernmeldekosten	49 000	44 000	53 000
– Aufwendung EDV	16 000	16 000	14 000
– Aufwendungen Fuhrpark	118 000	118 000	131 000
– Reisekosten	127 000	132 000	119 000
– sonstige Aufwendungen	24 000	26 000	38 000
<b>Summe 4.2:</b>	<b>447 000</b>	<b>446 000</b>	<b>447 000</b>
4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
– Trennungsgeld, Fahrkosten, Umzugskosten	20 000	20 000	28 000
– Aufwendungen für Betriebs-, Amtsarzt und Arbeitssicherheit	17 000	17 000	16 000
– Aufwendungen für Aus- und Weiterbildung	59 000	36 000	44 000
– Urlaubsrückstellungen	15 000	15 000	—
– Rückstellung für Altersteilzeit	45 000	120 000	107 000
– übrige sonstige Personalaufwendungen	44 000	14 000	11 000
<b>Summe 4.3:</b>	<b>200 000</b>	<b>222 000</b>	<b>206 000</b>
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
– Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	—	—	6 000
– Schadensersatz	—	10 000	10 000
– Eigene Schäden	5 000	—	12 000
– Abschreibungen auf Forderungen, Wertberichtigungen	31 000	31 000	37 000
– gebührenbefreite Kostenbescheide	320 000	330 000	302 000
– sonstige periodenfremde Aufwendungen	1 000	1 000	24 000
– vom MF angeordnete Einsparungen	-149 000	-150 000	—
– Einstellung von Vermögensverkaufserträgen in den Finanzplan	4 000	4 000	18 000
<b>Summe 4.4.:</b>	<b>212 000</b>	<b>226 000</b>	<b>409 000</b>
<b>Summe 4.:</b>	<b>1 789 000</b>	<b>1 884 000</b>	<b>1 995 000</b>
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen			
– Zinsaufwendungen	—	—	—
<b>Summe 5.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>Summe II.</b>	<b>9 336 000</b>	<b>9 481 000</b>	<b>9 510 000</b>
<b>III. Ergebnis des gewöhnlichen Geschäftsbetriebes</b>	<b>-17 000</b>	<b>-72 000</b>	<b>1 014 000</b>
<b>IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen</b>			
– außerordentliche Erträge	—	—	—
– außerordentliche Aufwendungen	—	—	—
<b>V. Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>VI. Steuern</b>			
1. Steuern von Einkommen und vom Ertrag			
– Körperschaftsteuer	—	—	—
– Gewerbeertragssteuer	—	—	—
– Gewerkekaptalsteuer	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
2. Sonstige Steuern			
– Kraftfahrzeugsteuer	27 000	27 000	31 000
– Grundsteuer	2 000	2 000	2 000
<b>Summe 2.:</b>	<b>29 000</b>	<b>29 000</b>	<b>33 000</b>
<b>VII. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b>	<b>-46 000</b>	<b>-101 000</b>	<b>981 000</b>

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Mess- und Eichwesen Niedersachsen (MEN)

### C. Überleitungsrechnung für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Soll 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Erhöhung der Zuführung/Minderung der Ablieferung</b>			
– Erhöhung Förderungsbestand	—	—	—
– Auflösung von Rückstellungen (ATZ, ...)	29 000	49 000	102 000
– Minderung von Wertberichtigungen	—	—	—
– Minderung von Rückstellungen (u. a. Urlaub)	—	—	—
– Minderung Lieferantenverbindlichkeiten (im Finanzplan)	—	—	69 814
– Minderung sonstige Verbindlichkeiten	—	—	—
– Minderung der Verbindlichkeiten an Landesorganisationen	—	—	1 044 583
– sonstige Bilanzveränderungen	—	—	—
– Auflösung Sonderposten AV	440 000	440 000	441 000
– Auflösung Rücklagen	—	—	—
<b>Summe I.</b>	<b>469 000</b>	<b>489 000</b>	<b>1 657 397</b>
<b>II. Minderung der Zuführung/Erhöhung der Ablieferung</b>			
– Verminderung Forderungsbestand	—	—	47 588
– Erhöhung von Rückstellungen (ATZ, ...)	45 000	120 000	107 000
– Erhöhung von Wertberichtigungen	—	—	4 000
– Erhöhung von Rückstellungen (u. a. Urlaub)	15 000	15 000	30 460
– Erhöhung Lieferantenverbindlichkeiten	—	—	—
– Erhöhung sonstige Verbindlichkeiten	—	—	3 211
– Erhöhung Verbindlichkeiten an Landesorganisationen	—	—	—
– sonstige Bilanzveränderungen	—	—	—
– AfA ohne GWG	440 000	440 000	460 000
– Verlust aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	5 989
– Abschreibung auf Forderungen	15 000	15 000	19 000
<b>Summe II.</b>	<b>515 000</b>	<b>590 000</b>	<b>677 248</b>
<b>III. Überleitungsbetrag</b>	<b>-46 000</b>	<b>-101 000</b>	<b>980 149</b>

#### Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Landesbetriebs Mess- und Eichwesen Niedersachsen (MEN)

	Betrag für 2005 EUR	Betrag für 2004 EUR	Istergebnis 2003 EUR
Ausgaben	10 247 000	10 457 000	11 671 000
Einnahmen	9 181 000	9 477 000	9 554 000
Fehlbetrag	1 066 000	980 000	2 117 000

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— EUR
b) das Land mit	1 066 000 EUR
c) den Bund mit	— EUR
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	— EUR
e) Private	— EUR
<b>Zusammen</b>	<b>1 066 000 EUR</b>

## Zielkosten der Produkte des Landesbetriebes Mess- und Eichwesen

Produkte		Leistungs-	Zielkosten	Gesamt-	Leistungs-	Zielkosten	Leistungs-	Istkosten
		menge Soll 2005 Stück	Soll 2005 EUR	zielkosten Soll 2005 EUR	menge Soll 2004 Stück	Soll 2004 EUR	menge Soll 2003 Stück	Ist 2003 EUR
Eichung	Stück	125 000	64	7 999 000	—	—	126 000	8 288 000
Anerkennung, Genehmigung, Aufsicht, Kontrolle	Stück	2 900	148	430 000	—	—	3 000	466 000
Überwachung und Ordnungswidrigkeiten	Stunden	8 000	59	475 000	—	—	8 050	488 000
Messtechn. Kontrollen, Kalibrierungen	Stück	20 000	19	381 000	—	—	20 500	383 000
Gewichtsverleih	t/Tag	5 500	10	53 000	—	—	6 250	71 000
Sonstige Aufwendungen und Erträge		—	—	—	—	—	—	—
<b>Gesamtsumme</b>		—	—	9 338 000	—	—	—	9 696 000

## Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag

Produkte		Gesamtzielkosten	Eigenerlöse	Finanzierungsbeitrag des Produkthaushalts
		Soll 2005 EUR	Soll 2005 EUR	Soll 2005 EUR
Eichung	Stück	7 999 000	7 181 000	818 000
Anerkennung, Genehmigung, Aufsicht, Kontrolle	Stück	430 000	385 000	45 000
Überwachung und Ordnungswidrigkeiten	Stunden	475 000	120 000	355 000
Messtechn. Kontrollen, Kalibrierungen	Stück	381 000	380 000	1 000
Gewichtsverleih	t/Tag	53 000	110 000	-57 000
Sonstige Aufwendungen und Erträge		—	50 000	-50 000
<b>Produktsumme</b>		9 338 000	8 226 000	1 112 000
<b>Haushaltsausgleich (Überleitungsrechnung)</b>		—	—	-46 000
<b>Gesamtsumme</b>		—	—	1 066 000

Übersicht über die Stellen für vollbeschäftigte Angestellte und Arbeiter/-innen

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2005	2004		
			<b>Angestellte</b>	<sup>2)</sup> 2 kw bei Ausscheiden der Stelleninhaber
II a	1	1		
IV a	1	1		
V b	2	2		
V c	3	2		
VI b	16	14		
VII <sup>1)</sup>	2	2		
VIII	—	6		
IX b	—	1		
IX b-VII	2	2		
	27	31	Zusammen	
			<b>Arbeiter/-innen</b>	
MTL 4	—	1		
MTL 2	39	33		
	39	34	Zusammen	

**Einzelplan 08**    **Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**  
**Kapitel 0813**   **Materialprüfanstalten**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
		<b>EINNAHMEN</b>					
121 02-7	680	Ablieferungen der Materialprüfanstalten		216	–	+216	–
		<b>AUSGABEN</b>					
461 10-3	981	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	–	–	325	-325	–
682 01-0	680	Zuführungen an die Materialprüfanstalten für laufende Zwecke	–	–	707	-707	813
682 10-0	680	Zuschuss für Gremienarbeit der Materialprüfanstalten	–	155	150	+5	–
682 11-8	680	Zuschuss für Personalausgaben der Materialprüfanstalten	–	330	–	+330	–
891 01-9	680	Zuführungen an die Materialprüfanstalten für Investitionen	–	439	1.100	-661	785
		<b>Abschluss Kapitel 0813</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		216	–	+216	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		216	–	+216	
		4 Personalausgaben	–	–	325	-325	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	–	485	857	-372	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	–	439	1.100	-661	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	–	924	2.282	-1.358	
		<b>Zuschuss</b>		708	2.282	-1.574	

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 0813**

Aufgrund des Beschlusses der Landesregierung vom 21.01.2003 werden die Aufgaben der staatlichen Materialprüfung in Niedersachsen ab dem 01.01.2004 von drei Materialprüfanstalten (Landesbetriebe gem § 26 LHO) wahrgenommen:

1. Materialprüfanstalt für das Bauwesen, Hannover (MPA H1)
2. Materialprüfanstalt für Werkstoffe und Produktionstechnik, Hannover (MPA H2)
3. Materialprüfanstalt für das Bauwesen, Braunschweig (MPA BS)

Gleichzeitig ist die Materialprüfanstalt für Nichtmetallische Werkstoffe in Clausthal-Zellerfeld (bisherige 5. MPA) aufgelöst worden. Die Materialprüfanstalt für Werkstoffe des Maschinenwesens und Kunststoffe (bisherige 2. MPA) und die Materialprüfanstalt für Werkzeuge und Produktionstechnik (bisherige 3. MPA) sind zur Materialprüfanstalt für Werkstoffe und Produktionstechnik, Hannover (MPA H2) zusammengelegt worden.

Mit der Neuorganisation der Materialprüfanstalten wird das finanzwirtschaftliche Ziel verfolgt, dass die staatliche Materialprüfung in Niedersachsen ab dem Haushaltsjahr 2006 grundsätzlich ohne Landeszuschüsse betrieben wird.

Die Materialprüfanstalten wirtschaften seit dem Haushaltsjahr 1999 nach Wirtschaftsplan mit kaufmännischem Rechnungswesen und Kosten- und Leistungsrechnung.

**Zu 121 02**

Titel für die Vereinnahmung der erwirtschafteten Überschüsse des Vorjahres.

Der Ansatz entspricht dem von den Materialprüfanstalten aufgrund der Fünftelungsregelung zu erbringenden Betrag.

**Zu 461 10**

Haushaltsmittel verlagert nach 682 11.

**Zu 682 01**

Haushaltsmittel für laufende Zwecke sind für das Haushaltsjahr 2005 nicht veranschlagt worden.

**Zu 682 10**

Haushaltsmittel für die Mitwirkung der Materialprüfanstalten in verschiedenen Gremien (z.B. Normenausschüsse, Sachverständigenausschüsse) in übergeordnetem Landesinteresse. Ohne Beteiligung des Landes an den entsprechenden Aufwendungen wären die Materialprüfanstalten gezwungen, sich aus diesen Gremien zurückzuziehen, damit das betriebswirtschaftliche Ziel der Vollkostendeckung erreicht werden kann.

Die veranschlagten Haushaltsmittel teilen sich wie folgt auf:

MPA H1	41.300 EUR
MPA H2	41.300 EUR
MPA BS	72.400 EUR

**Zu 682 11**

Personalaufwendungen für die Bediensteten, die im Zuge der Neustrukturierung der staatlichen Materialprüfanstalten der Job-Börse gemeldet werden.

Die veranschlagten Haushaltsmittel teilen sich wie folgt auf:

MPA H2	196.000 EUR
MPA BS	134.000 EUR

**Zu 891 01**

Die veranschlagten Haushaltsmittel teilen sich wie folgt auf:

MPA H1	100.000 EUR
MPA H2	100.000 EUR
MPA BS	239.000 EUR

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Materialprüfanstalt für das Bauwesen, Hannover (MPA H1)

### A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Finanzbedarf</b>			
1. Investitionen gemäß VV-HNds (ZR-GPI):			
- Bebaute Grundstücke	—	—	—
- Unbebaute Grundstücke	—	—	—
- Gebäude	—	—	—
- Maschinen und Anlagen	160 000	160 000	417 000
- Fahrzeuge	—	—	—
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	60 000	60 000	33 000
<b>Summe 1.:</b>	<b>220 000</b>	<b>220 000</b>	<b>450 000</b>
2. Sonstige Investitionen:			
- Gebäude	—	—	—
- Maschinen und Anlagen	—	—	—
- Fahrzeuge	—	—	—
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
- Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	165 000	179 000	176 203
- Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben, z. B. Zahlungen von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)	—	—	—
- Ablieferung an den Landeshaushalt	—	—	—
- Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)	—	—	—
<b>Summe 3.:</b>	<b>165 000</b>	<b>179 000</b>	<b>176 203</b>
4. Positiver Überleitungsbetrag (Anlage 4):	—	—	—
<b>Summe I.:</b>	<b>385 000</b>	<b>399 000</b>	<b>626 203</b>
<b>II. Deckungsmittel</b>			
1. Deckungsmittel:			
- Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	—	—	—
- Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z. B. eingehende Zahlungen aus Forderungen)	—	—	—
- noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahren			
- Entnahme aus Rücklagen für Investitionen	120 000	100 000	4 000
- Entnahme aus Rücklagen für Personalkosten	47 000	29 000	43 575
- Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	—	—	—
- Zuführung aus dem Landeshaushalt für Investitionen	100 000	120 000	446 000
<b>Summe 1.:</b>	<b>267 000</b>	<b>249 000</b>	<b>493 575</b>
2. Negativer Überleitungsbetrag (Anlage 4):	118 000	150 000	132 628
<b>Summe II.:</b>	<b>385 000</b>	<b>399 000</b>	<b>626 203</b>

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Materialprüfanstalt für das Bauwesen, Hannover (MPA H1)

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Erträge:</b>			
1.1 Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke	—	148 000	121 000
1.2 Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Gremienarbeit	41 300	45 000	—
1.3 Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Personalbearb. durch das NLBV	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>41 300</b>	<b>193 000</b>	<b>121 000</b>
2. Umsatzerlöse:	2 260 000	2 120 000	1 608 739
<b>Summe 2.:</b>	<b>2 260 000</b>	<b>2 120 000</b>	<b>1 608 739</b>
3. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	—	—	-7 820
<b>Summe 3.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>-7 820</b>
4. Andere aktivierte Eigenleistungen:	—	—	8 060
<b>Summe 4.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>8 060</b>
5. Sonstige betriebliche Erträge:			
– Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	—	—	46 329
– Erträge aus der Herabsetzung von Wertberichtigungen und Rückstellungen	—	—	—
– Periodenfremde Erträge	—	—	—
– Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens	145 000	140 000	135 000
– Erstattung von Leistungen nach § 4 ATZ-Gesetz	21 000	—	—
<b>Summe 5.:</b>	<b>166 000</b>	<b>140 000</b>	<b>181 329</b>
6. Zinsen und ähnliche Erträge:	—	—	20
<b>Summe 6.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>20</b>
<b>Summe I.:</b>	<b>2 467 300</b>	<b>2 453 000</b>	<b>1 911 328</b>
<b>II. Aufwendungen</b>			
1. Materialaufwand:			
– Aufwendungen für Roh- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	55 000	55 000	38 755
– Verbrauchswerkzeuge und Kleingeräte	4 000	6 000	1 565
– Aufwendungen für bezogene Leistungen	20 000	40 000	9 409
<b>Summe 1.:</b>	<b>79 000</b>	<b>101 000</b>	<b>49 729</b>
2. Personalaufwand:			
2.1. Löhne und Gehälter			
– Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamte	177 000	175 000	167 899
– Vergütungen der Angestellten	1 032 000	983 000	804 473
– Rückstellungen Altersteilzeit	-7 000	—	16 500
– Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	176 000	163 000	137 644
– Ausbildungsvergütungen	—	9 000	—
– Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter (Nebenverg.)	21 000	24 000	15 534
– Sonderzahlungen Löhne/Jub./Abgr.	—	—	—
<b>Summe 2.1.:</b>	<b>1 399 000</b>	<b>1 354 000</b>	<b>1 142 050</b>
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung:			
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Angestellte	217 000	207 000	166 614
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter	37 000	35 000	29 725
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Auszubildende	—	2 000	—
– Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	53 000	53 000	50 318
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	94 000	90 000	71 837
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	16 000	15 000	12 594
– Sonstige soziale Leistungen an Auszubildende aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	—	1 000	—
– Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	14 000	14 000	12 844
– Beihilfen für Angestellte	—	—	—
– Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—
– Arbeitsschutz/Betriebsarzt	3 000	3 000	310
– Unterstützungen	—	—	—
– Erstattung Landesunfallkasse	4 000	3 000	1 570
– Versorgungsrücklage § 6 NVersRücklG	2 000	2 000	912
– Aufwendungen Personaleinstellungen	3 000	3 000	63
– Leiharbeitskräfte	—	—	900
<b>Summe 2.2.:</b>	<b>443 000</b>	<b>428 000</b>	<b>347 687</b>
Korrektur Aufrundungen	—	—	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>1 842 000</b>	<b>1 782 000</b>	<b>1 489 737</b>
3. Abschreibungen:			
– Abschreibungen auf unbewegliches Anlagevermögen	—	—	—
– Abschreibungen auf bewegliches Anlagevermögen	270 000	290 000	250 000
– geringwertige Wirtschaftsgüter	14 000	19 000	6 055
<b>Summe 3.:</b>	<b>284 000</b>	<b>309 000</b>	<b>256 055</b>

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Materialprüfanstalt für das Bauwesen, Hannover (MPA H1)

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>noch II. Aufwendungen</b>			
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung			
– Mieten (Nutzungsentgelt für Gebäude)	87 000	92 000	73 118
– Unterhaltung von Gebäuden	30 000	25 000	25 468
– Unterhaltung von Anlagen	40 000	38 000	34 027
– Unterhaltung BGA, Software	12 000	15 000	8 655
– Energie, Wasser, Gebäudereinigung	30 000	34 000	18 696
– Abfallbeseitigung	12 000	15 000	8 600
– Unterhaltung von Kfz	4 000	5 000	2 014
– Leasing von Kfz	3 000	—	1 260
<b>Summe 4.1.:</b>	<b>218 000</b>	<b>224 000</b>	<b>171 838</b>
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
– Geschäftsbedarf, Büromaterial	18 000	20 000	12 800
– Porto, Telefon, Versand	14 000	15 000	8 792
– Versicherungen	—	—	—
– Öffentlichkeitsarbeit	7 000	7 000	6 539
– Beiträge, Akkreditierung	14 000	16 000	9 887
– Anwalts- und Gerichtskosten, Prüfungskosten (inkl. Personalverwaltung durch Uni)	35 000	42 000	30 050
– Personalbearbeitung durch das NLVB	9 000	—	—
– Zeitungen und Zeitschriften, Normen	8 000	8 000	4 955
<b>Summe 4.2.:</b>	<b>105 000</b>	<b>108 000</b>	<b>73 063</b>
4.3 Sonstige personalbezogene Aufwendungen			
– Reisekosten	50 000	50 000	38 193
– Aus- und Fortbildung	12 000	12 000	6 618
<b>Summe 4.3.:</b>	<b>62 000</b>	<b>62 000</b>	<b>44 811</b>
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
– Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	—	—	—
– Schadensersatzleistungen	—	—	804
– Abschreibungen auf Forderungen	—	—	1 128
– Gremienarbeit	41 300	45 000	—
<b>Summe 4.4.:</b>	<b>41 300</b>	<b>45 000</b>	<b>1 932</b>
<b>Summe 4.:</b>	<b>426 300</b>	<b>439 000</b>	<b>291 644</b>
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	—	—	—
<b>Summe 5.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
Korrektur Aufrundungen Sachaufwendungen	—	—	—
<b>Summe II.</b>	<b>2 631 300</b>	<b>2 631 000</b>	<b>2 087 165</b>
<b>III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b> (Summe I. ./Summe II.)	<b>-164 000</b>	<b>-178 000</b>	<b>-175 837</b>
<b>IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen</b>			
1. Außerordentliche Erträge:	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
2. Außerordentliche Aufwendungen:	—	—	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>V. Außerordentliches Ergebnis</b> (Außerordentliche Erträge ./ Außerordentliche Aufwendungen)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>VI. Steuern</b>			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
– Körperschaftsteuer	—	—	—
– Gewerbeertragsteuer	—	—	—
– Kapitalertragsteuer	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
2. Sonstige Steuern:			
– Kraftfahrzeugsteuer	1 000	1 000	366
– Grundsteuer	—	—	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>1 000</b>	<b>1 000</b>	<b>366</b>
<b>Summe Steuern:</b>	<b>1 000</b>	<b>1 000</b>	<b>366</b>
<b>VII. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b> (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./ Steuern)	<b>-165 000</b>	<b>-179 000</b>	<b>-176 203</b>

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Materialprüfanstalt für das Bauwesen, Hannover (MPA H1)

### C. Überleitungsrechnung für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Erhöhung der Zuführung/Minderung der Ablieferung</b>			
Gewinnerhöhung ohne Geldfluss, z. B.:			
– Erhöhung des Bestandes an unfertigen und fertigen Erzeugnissen	—	—	—
– Erhöhung des Forderungsbestandes	—	—	—
– Minderung von Rückstellungen	7 000	—	—
– Minderung von Wertberichtigungen	—	—	—
– Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens	145 000	140 000	135 000
<b>Summe I.</b>	<b>152 000</b>	<b>140 000</b>	<b>135 000</b>
<b>II. Minderung der Zuführung/Erhöhung der Ablieferung</b>			
Gewinnminderung ohne Geldfluss, z. B.:			
– Abschreibungen für Abnutzung (ohne Abschreibungen für geringwertige Wirtschaftsgüter nach § 6 Abs. 2 EStG)	270 000	290 000	250 000
– Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	—	—	—
– Abschreibungen auf Forderungen	—	—	1 128
– Erhöhung von Rückstellungen	—	—	16 500
– Erhöhung von Wertberichtigungen	—	—	—
<b>Summe II.</b>	<b>270 000</b>	<b>290 000</b>	<b>267 628</b>
<b>III. Überleitungsbetrag</b> (Summe I. ./ Summe II.)	<b>-118 000</b>	<b>-150 000</b>	<b>-132 628</b>

### Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Materialprüfanstalt für das Bauwesen Hannover (MPA H1)

	Betrag für 2005 EUR	Betrag für 2004 EUR	Istergebnis 2003 EUR
Ausgaben	2 514 300	2 492 000	1 952 531
Einnahmen	2 281 000	2 120 000	1 655 328
Fehlbetrag	233 300	372 000	297 203

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	192 000 EUR
b) das Land mit	41 300 EUR
c) den Bund mit	— EUR
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	— EUR
e) Private	— EUR
<b>Zusammen</b>	<b>233 300 EUR</b>

**Zielkosten der Produkte der Materialprüfanstalt für das Bauwesen Hannover**

Produkte	Leistungs- menge Soll 2005 Stück	Zielkosten Soll 2005 EUR	Gesamt- zielkosten Soll 2005 EUR	Leistungs- menge Soll 2004 Stück	Zielkosten Soll 2004 EUR	Gesamt- zielkosten Soll 2004 EUR	Leistungs- menge Ist 2003 Stück	Istkosten Ist 2003 EUR
	Mechanisch-technologische Untersuchungen	1 300	730	949 000	1 250	760	950 000	1 116
Chemische Untersuchungen	70	1 850	129 500	65	1 940	126 100	62	2 049
Prüfung von Bauprodukten des Straßenbaus	500	900	450 000	480	930	446 400	—	—
Prüfung von Produkten des Wärme- und Feuchtschutzes	350	1 040	364 000	350	1 080	378 000	343	1 184
Brandschutzprüfungen von Baustoffen	720	970	698 400	700	980	686 000	689	989
Sonstige Ausgaben (Gremienarbeit)	1	41 300	41 300	1	45 000	45 000	—	—
Sonstige Erträge	—	—	—	—	—	—	—	—
<b>Gesamtsumme (gerundet)</b>	—	—	2 632 300	—	—	—	—	—

**Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag der Materialprüfanstalt für das Bauwesen Hannover**

Produkte	Gesamtzielkosten Soll 2005 EUR	Eigenerlös Soll 2005 EUR	Finanzierungsbeitrag des Produkthaushalts Soll 2005 EUR
	Mechanisch-technologische Untersuchungen	949 000	800 000
Chemische Untersuchungen	129 500	100 000	29 500
Prüfung von Bauprodukten des Straßenbaus	450 000	400 000	50 000
Prüfung von Produkten des Wärme- und Feuchtschutzes	364 000	340 000	24 000
Brandschutzprüfungen von Baustoffen	698 400	620 000	78 400
Sonstige Aufgaben (Gremienarbeit)	41 300	—	41 300
Sonstige Erträge	—	21 000	-21 000
<b>Produktsumme (gerundet)</b>	2 632 200	2 281 000	351 300
<b>Überleitungsrechnung</b>	—	—	-118 000
<b>Gesamtsumme</b>	—	—	233 300
<b>Zuschuss des Landes für Gremienarbeit</b>	—	—	41 300
<b>eigene Mittel des MPA H1</b>	—	—	192 000

Übersicht über die Stellen für vollbeschäftigte Angestellte und Arbeiter/-innen (MPA H1)

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2005	2004		
<b>Angestellte</b>				
I b	3	2		
II a	2	3		
III	5	3		
IV a	2	4		
IV b	3	2		
V b	2	2		
V c	1	1		
VI b	5	5		
VII	3	4		
VIII	1	1		
	27	27	Zusammen	
<b>Arbeiter/-innen</b>				
8 a	1	1		
8	3	3		
7	1	1		
5	1	1		
	6	6	Zusammen	

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Materialprüfanstalt für Werkstoffe und Produktionstechnik, Hannover (MPA H2)

### A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Finanzbedarf</b>			
1. Investitionen gemäß VV-HNds (ZR-GPI):			
– immaterielle Vermögensgegenstände (Software)	—	—	20 000
– Bebaute Grundstücke	—	—	—
– Unbebaute Grundstücke	—	—	—
– Gebäude	—	—	—
– Maschinen und Anlagen	20 000	50 000	78 408
– Fahrzeuge	25 000	—	—
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	25 000	—	33 997
<b>Summe 1.:</b>	<b>70 000</b>	<b>50 000</b>	<b>132 405</b>
2. Sonstige Investitionen:			
– immaterielle Vermögenswerte (Software)	—	—	399
– Gebäude	—	—	—
– Maschinen und Anlagen	—	50 000	18 689
– Fahrzeuge	—	—	—
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	30 000	50 000	36 003
<b>Summe 2.:</b>	<b>30 000</b>	<b>100 000</b>	<b>55 091</b>
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
– Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	5 000	31 000	507 112
– Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben, z. B. Zahlungen von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)	—	—	144 394
– Ablieferung an den Landeshaushalt	—	—	—
– Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)	—	—	—
– Übertrag von Investitionszuschlägen	—	—	98 681
<b>Summe 3.:</b>	<b>5 000</b>	<b>31 000</b>	<b>750 187</b>
4. Positiver Überleitungsbetrag (Anlage C)	22 000	—	—
<b>Summe I.:</b>	<b>127 000</b>	<b>181 000</b>	<b>937 682</b>
<b>II. Deckungsmittel</b>			
1. Deckungsmittel:			
– Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	—	—	—
– Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z. B. eingehende Zahlungen aus Forderungen, Überziehung des Verfügungsbeitrags)	27 000	—	444 226
– noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren	—	30 000	145 285
– Zuschüsse aus Drittmitteln	—	—	—
– (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	—	—	—
– Zuführung aus dem Landeshaushalt für Investitionen	100 000	120 000	128 000
<b>Summe 1.:</b>	<b>127 000</b>	<b>150 000</b>	<b>756 710</b>
2. Negativer Überleitungsbetrag (Anlage C)	—	31 000	180 972
<b>Summe II.:</b>	<b>127 000</b>	<b>181 000</b>	<b>937 682</b>

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Materialprüfanstalt für Werkstoffe und Produktionstechnik, Hannover (MPA H2)

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Erträge</b>			
1.1 Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:			
– Personal Job-Börse	196 000	190 000	—
– lfd. Zwecke	—	59 000	533 000
– Umzug	—	500 000	—
– Gremienarbeit	41 300	45 000	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>237 300</b>	<b>794 000</b>	<b>533 000</b>
2. Umsatzerlöse:	2 343 000	2 253 000	2 280 421
<b>Summe 2.:</b>	<b>2 343 000</b>	<b>2 253 000</b>	<b>2 280 421</b>
3. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	—	—	—
<b>Summe 3.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
4. Andere aktivierte Eigenleistungen:	—	—	—
<b>Summe 4.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
5. Sonstige betriebliche Erträge:			44 152
– Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	—	—	—
– Erträge aus der Herabsetzung von Wertberichtigungen und Rückstellungen	—	—	—
– Periodenfremde Erträge	—	—	—
– Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens Investitionszuschüsse	160 000	140 000	172 334
<b>Summe 5.:</b>	<b>160 000</b>	<b>140 000</b>	<b>216 486</b>
6. Zinsen und ähnliche Erträge:	—	—	34
<b>Summe 6.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>34</b>
<b>Summe I.:</b>	<b>2 740 300</b>	<b>3 187 000</b>	<b>3 029 941</b>
<b>II. Aufwendungen</b>			
1. Materialaufwand:			
– Aufwendungen für Roh- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	80 000	80 000	74 859
– Verbrauchswerkzeuge und Kleingeräte	—	—	739
– Aufwendungen für bezogene Leistungen	105 000	100 000	63 588
<b>Summe 1.:</b>	<b>185 000</b>	<b>180 000</b>	<b>139 186</b>
2. Personalaufwand:			
2.1. Löhne und Gehälter			
– Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamte	276 000	298 000	321 046
– Vergütungen der Angestellten	1 117 000	1 263 000	1 528 504
– Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	34 000	31 000	68 954
– Ausbildungsvergütungen	—	—	14 569
– Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter (Nebenvergütungen)	20 000	35 000	30 073
– Abfindungen	—	115 000	—
<b>Summe 2.1.:</b>	<b>1 447 000</b>	<b>1 742 000</b>	<b>1 963 146</b>
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung			
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Angestellte	223 000	265 000	325 477
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter	7 000	7 000	15 154
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Auszubildende	—	—	2 898
– Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	77 000	84 000	102 988
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen (VBL)	95 000	115 000	125 320
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen (VBL)	6 000	3 000	6 555
– Sonstige soziale Leistungen an Auszubildende aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	—	—	1 303
– Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	4 000	3 000	3 634
– Beihilfen für Angestellte	1 000	1 000	—
– Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter (siehe Angestellte)	—	—	—
– Unterstützungen, Arbeitsschutz	—	—	—
– Fürsorgeleistungen (Landesunfallkasse)	4 000	3 000	2 730
– Versorgungsrücklage § 6 NVersRücklG	2 000	3 000	1 577
<b>Summe 2.2.:</b>	<b>419 000</b>	<b>484 000</b>	<b>587 636</b>
<b>Aufrundung</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>Summe 2.:</b>	<b>1 866 000</b>	<b>2 226 000</b>	<b>2 550 782</b>
3. Abschreibungen:			
– Abschreibungen auf unbewegliches Anlagevermögen	—	—	—
– Abschreibungen auf bewegliches Anlagevermögen	190 000	180 000	240 095
<b>Summe 3.:</b>	<b>190 000</b>	<b>180 000</b>	<b>240 095</b>

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Materialprüfanstalt für Werkstoffe und Produktionstechnik, Hannover (MPA H2)

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2004

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>noch II. Aufwendungen</b>			
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung			
– Mieten (Nutzungsentgelt für Gebäude)	136 000	90 000	237 917
– Unterhaltung von Gebäuden	—	—	8 307
– Unterhaltung von Anlagen	20 000	20 000	48 591
– Unterhaltung BGA, Software	9 000	9 000	6 311
– Energie	40 000	40 000	42 240
– Wasser	—	—	386
– Bewirtschaftungskosten	9 000	9 000	8 231
– Unterhaltung von Kfz	15 000	15 000	15 823
<b>Summe 4.1.:</b>	<b>229 000</b>	<b>183 000</b>	<b>367 806</b>
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
– Geschäftsbedarf, Büromaterial	12 000	12 000	11 154
– Post- und Fernmeldegebühren	18 000	18 000	17 068
– Versicherungen	—	—	—
– Öffentlichkeitsarbeit	9 000	9 000	5 111
– Beiträge, Akkreditierung	9 000	9 000	29 338
– Anwalts- und Gerichtskosten, Prüfungskosten (inkl. Personalverwaltung durch Uni)	35 000	35 000	25 794
– Personalverwaltung NLBV	9 000	—	—
– Zeitungen und Zeitschriften	7 000	7 000	7 377
<b>Summe 4.2.:</b>	<b>99 000</b>	<b>90 000</b>	<b>95 842</b>
4.3. Sonstige personalbezogene Aufwendungen			
– Reisekosten	25 000	25 000	27 113
– Fahrgelder	90 000	90 000	84 420
– Aus- und Fortbildung	6 000	6 000	19 134
<b>Summe 4.3.:</b>	<b>121 000</b>	<b>121 000</b>	<b>130 667</b>
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
– Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	—	—	—
– Anlagenabgänge, Restbuchwert	—	—	—
– Schadensersatzleistungen	2 000	2 000	2 570
– Abschreibungen auf Forderungen	10 000	10 000	10 000
– Umzugskosten	—	260 000	—
– Gremienarbeit	41 300	45 000	—
<b>Summe 4.4.:</b>	<b>53 300</b>	<b>317 000</b>	<b>12 570</b>
<b>Summe 4.:</b>	<b>502 300</b>	<b>711 000</b>	<b>606 885</b>
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	—	—	—
<b>Summe 5.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
Aufrundung Sachaufwendungen	—	—	—
<b>Summe II.</b>	<b>2 743 300</b>	<b>3 297 000</b>	<b>3 536 948</b>
<b>III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b> (Summe I. ./ Summe II.)	<b>-3 000</b>	<b>-110 000</b>	<b>-507 007</b>
<b>IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen</b>			
1. Außerordentliche Erträge:	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
2. Außerordentliche Aufwendungen:	—	—	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>V. Außerordentliches Ergebnis</b> (Außerordentliche Erträge ./ Außerordentliche Aufwendungen):	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>VI. Steuern</b>			
1. Steuern von Einkommen und vom Ertrag:			
– Körperschaftsteuer	—	—	—
– Gewerbeertragsteuer	—	—	—
– Kapitalertragsteuer	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
2. Sonstige Steuern:			
– Kraftfahrzeugsteuer	2 000	2 000	875
– Grundsteuer	—	—	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>2 000</b>	<b>2 000</b>	<b>875</b>
<b>Summe Steuern:</b>	<b>2 000</b>	<b>2 000</b>	<b>875</b>
<b>VII. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b> (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./ Steuern)	<b>-5 000</b>	<b>-112 000</b>	<b>-507 882</b>

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Materialprüfanstalt für Werkstoffe und Produktionstechnik, Hannover (MPA H2)

### C. Überleitungsrechnung für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Erhöhung der Zuführung/Minderung der Ablieferung</b>			
Gewinnerhöhung ohne Geldfluss, z. B.:			
- Erhöhung des Bestandes an unfertigen und fertigen Erzeugnissen	—	—	200
- Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	160 000	140 000	172 335
- Erhöhung des Forderungsbestandes	—	—	1 737
- Minderung von Rückstellungen	57 000	14 000	—
- Minderung von Wertberichtigungen	—	—	—
<b>Summe I.:</b>	<b>217 000</b>	<b>154 000</b>	<b>174 272</b>
<b>II. Minderung der Zuführung/Erhöhung der Ablieferung</b>			
Gewinnminderung ohne Geldfluss, z.B.:			
- Abschreibungen für Abnutzung (ohne Abschreibungen für geringwertige Wirtschaftsgüter nach § 6 Abs. 2 EStG)	190 000	180 000	239 481
- Erhöhung des Bestandes an unfertigen und fertigen Erzeugnissen	—	—	5 000
- Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	—	—	1 333
- Abschreibungen auf Forderungen	5 000	5 000	10 000
- Erhöhung von Rückstellungen	—	—	99 430
- Erhöhung von Wertberichtigungen	—	—	—
<b>Summe II.</b>	<b>195 000</b>	<b>185 000</b>	<b>355 244</b>
<b>III. Überleitungsbetrag</b> (Summe I. ./ Summe II.)	<b>22 000</b>	<b>-31 000</b>	<b>-180 972</b>

### Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Materialprüfanstalt für Werkstoffe und Produktionstechnik (MPA H2)

	Betrag für 2005 EUR	Betrag für 2004 EUR	Istergebnis 2003 EUR
Ausgaben	2 585 300	3 159 000	3 365 489
Einnahmen	2 343 000	2 253 000	2 324 607
Fehlbetrag	242 300	906 000	1 040 882

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

- |   |             |
|---|-------------|
| a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers                     | 5 000 EUR   |
| b) das Land mit   | 237 300 EUR |
| c) den Bund mit   | — EUR       |
| d) sonstige Gebietskörperschaften und<br>öffentliche Hand mit | — EUR       |
| e) Private  | — EUR       |

Zusammen 242 300 EUR

**Zielkosten der Produkte der Materialprüfanstalt für Werkstoffe und Produktionstechnik**

Produkte	Leistungs-	Zielkosten	Gesamt-	Leistungs-	Zielkosten	Leistungs-	Istkosten
	menge Soll 2005 Stück	Soll 2005 EUR	zielkosten Soll 2005 EUR	menge Soll 2004 Stück	Soll 2004 EUR	menge Ist 2003 Stück	Ist 2003 EUR
Kalibrierungen	710	1 100	781 000	700	1 250	850	1 320
Produktuntersuchungen	550	2 140	1 177 000	540	2 240	600	2 375
Technische Abnahmen	710	1 050	745 500	770	1 180	800	1 239
Rundung	—	—	2 703 500 500	—	—	—	—
<b>Zwischensumme</b>	—	—	2 704 000	—	—	—	—
<b>sonstige Aufgaben (Gremienarbeit)</b>	—	—	41 300	—	—	—	—
<b>Gesamtsumme</b>	—	—	2 745 300	—	—	—	—

**Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag der MPA H2**

Produkte	Gesamtzielkosten	Eigenerlös	Finanzierungsbeitrag des Produkthaushalts
	Soll 2005 EUR	Soll 2005 EUR	Soll 2005 EUR
Kalibrierungen	781 000	781 000	—
Produktuntersuchungen	1 177 000	981 000	196 000
Technische Abnahmen	746 000	741 000	—
Sonstige Aufgaben	—	—	—
davon Amtshilfe (Gremienarbeit)	41 300	—	41 300
<b>Produktsumme</b>	2 745 300	2 503 000	237 300
<b>Haushaltsausgleich (Defizit, gedeckt aus eigenen Mitteln)</b>	—	—	5 000
<b>Gesamtsumme</b>	2 745 300	—	242 300

Übersicht über die Stellen für vollbeschäftigte Angestellte und Arbeiter/-innen (MPA H2)

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2005	2004		
<b>Angestellte</b>				
I a	3	3		
I b	3	3		
II a	3	3		
IV a	4	2		
IV b	2	5		
V b	7	9		
V c	4	4		
VI b	—	1		
VII	1	—		
	27	30	Zusammen	
<b>Arbeiter/-innen</b>				
9	1	1		
	1	1	Zusammen	

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Materialprüfanstalt für das Bauwesen, Braunschweig (MPA BS)

### A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Finanzbedarf</b>			
1. Investitionen gemäß VV-HNDs (ZR-GPI):			
– immaterielle Vermögensgegenstände (Software)	15 000	—	14 695
– Bebaute Grundstücke	—	—	—
– Unbebaute Grundstücke	—	—	—
– Gebäude	—	860 000	295 456
– Maschinen und Anlagen	490 000	182 000	338 477
– Fahrzeuge	—	—	—
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	250 000	540 000	34 786
<b>Summe 1.:</b>	<b>755 000</b>	<b>1 582 000</b>	<b>683 414</b>
2. Sonstige Investitionen:			
– immaterielle Vermögensgegenstände (Software)	15 000	60 000	5 226
– Gebäude	—	—	—
– Maschinen und Anlagen	40 000	138 000	35 730
– Fahrzeuge	—	—	—
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	60 000	146 000	55 858
<b>Summe 2.:</b>	<b>115 000</b>	<b>344 000</b>	<b>96 814</b>
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
– Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	—	—	174 988
– Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben, z. B. Zahlungen von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)	—	—	249 823
– Ablieferung an den Landeshaushalt	—	—	—
– Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)	—	—	—
<b>Summe 3.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>424 811</b>
4. Positiver Überleitungsbetrag (Anlage C):	—	—	—
<b>Summe I.:</b>	<b>870 000</b>	<b>1 926 000</b>	<b>1 205 039</b>
<b>II. Deckungsmittel</b>			
1. Deckungsmittel:			
– Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	131 530	—	—
– Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z. B. eingehende Zahlungen aus Forderungen)	—	—	347 452
– noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren	—	—	—
– Abbau von Rücklagen	200 900	526 000	—
– Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	—	—	—
– Zuführung aus dem Landeshaushalt für Investitionen	239 000	860 000	468 000
<b>Summe 1.:</b>	<b>571 430</b>	<b>1 386 000</b>	<b>815 452</b>
2. Negativer Überleitungsbetrag (Anlage C):	298 970	540 000	389 587
<b>Summe II.:</b>	<b>870 400</b>	<b>1 926 000</b>	<b>1 205 039</b>

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Materialprüfanstalt für das Bauwesen, Braunschweig (MPA BS)

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Erträge</b>			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:	—	—	23 000
– Zuschuss für Gremienarbeit	72 400	60 000	—
– Personalzuwendungen Jobbörse	134 000	135 000	—
Summe 1.:	206 400	195 000	23 000
2. Umsatzerlöse:	7 581 000	7 262 000	7 117 234
Summe 2.:	7 581 000	7 262 000	7 117 234
3. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	—	—	—
Summe 3.:	—	—	—
4. Andere aktivierte Eigenleistungen:	—	—	—
Summe 4.:	—	—	—
5. Sonstige betriebliche Erträge:			
– Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	—	—	93 147
– Erträge aus der Herabsetzung von Wertberichtigungen und Rückstellungen	126 030	—	—
– Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens Investitionszuschüsse	300 000	290 000	326 952
Summe 5.:	426 030	290 000	420 099
6. Zinsen und ähnliche Erträge:	—	—	156
Summe 6.:	—	—	156
<b>Summe I.:</b>	<b>8 213 430</b>	<b>7 747 000</b>	<b>7 560 488</b>
<b>II. Aufwendungen</b>			
1. Materialaufwand:			
– Aufwendungen für Roh- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	320 000	300 000	344 628
– Werkzeuge und Kleingeräte	—	—	—
– Aufwendungen für bezogene Leistungen	150 000	193 000	145 429
Summe 1.:	470 000	493 000	490 057
2. Personalaufwand:			
2.1. Löhne und Gehälter			
– Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamte	400 000	450 000	384 448
– Vergütungen der Angestellten	3 000 000	2 930 000	2 858 035
– Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	830 000	780 000	818 691
– Ausbildungsvergütungen	26 000	35 000	25 016
– Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter (Nebenvergütungen, student. Hilfskräfte)	120 000	104 000	145 783
– Einstellung in die Rückstellungen für Altersteilzeit	—	—	59 519
Summe 2.1.:	4 376 000	4 299 000	4 291 493
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung			
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Angestellte	620 000	605 000	600 668
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter	185 000	164 000	179 128
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Auszubildende	6 000	7 000	5 284
– Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für stud. Hilfskräfte	12 000	8 000	13 905
– Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	134 000	135 000	115 365
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	270 000	245 000	255 696
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	80 000	72 000	76 377
– Sonstige soziale Leistungen an Auszubildende aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	2 500	3 000	2 403
– Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	—	—	—
– Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	—	—	—
– Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	10 000	19 000	9 829
– Beihilfen für Angestellte	5 000	1 000	7 554
– Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—
– Unterstützungen, Umzugskosten, Trennungsgeld	18 000	—	8 627
– Fürsorgeleistungen, Versorgungsrücklage nach § 6 NVersRücklG	2 000	3 000	1 975
– Erstattung für gesetzliche Unfallversicherung	11 000	11 000	4 900
Summe 2.2.:	1 355 500	1 273 000	1 281 712
Aufrundung	—	—	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>5 731 500</b>	<b>5 572 000</b>	<b>5 573 204</b>

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Materialprüfanstalt für das Bauwesen, Braunschweig (MPA BS)

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>noch II. Aufwendungen</b>			
3. Abschreibungen:			
– Abschreibungen auf unbewegliches Anlagevermögen	—	—	—
– Abschreibungen auf bewegliches Anlagevermögen	600 000	800 000	630 692
– Abschreibungen auf geringwertige Wirtschaftsgüter	30 000	60 000	20 496
<b>Summe 3.:</b>	<b>630 000</b>	<b>860 000</b>	<b>651 188</b>
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung			
– Mieten	—	—	—
– Unterhaltung von Gebäuden	95 000	96 000	88 117
– Unterhaltung von Anlagen	150 000	100 000	147 689
– Unterhaltung von Betriebs- und Geschäftsausstattung	31 000	30 000	30 479
– Energie	145 000	110 000	119 165
– Wasser	—	—	—
– Bewirtschaftungskosten (Reinigung, Abfallbeseitigung)	100 000	95 000	92 498
– Unterhaltung von Kfz	60 000	50 000	56 394
<b>Summe 4.1.:</b>	<b>581 000</b>	<b>481 000</b>	<b>534 343</b>
4.2. Aufwendungen für den Geschäftsbedarf			
– Geschäftsbedarf, Büromaterial	75 000	65 000	71 443
– Post- und Fernmeldegebühren	47 000	41 000	45 687
– Versicherungen	—	—	—
– Öffentlichkeitsarbeit	90 000	30 000	19 190
– Zeitungen, Zeitschriften	35 000	30 000	33 042
– Anwalts- und Gerichtskosten, Beratungs- und Prüfungskosten	130 000	70 000	123 418
– Beiträge, Gebühren	6 000	6 000	6 037
– periodenfremde Aufwendungen	—	—	—
<b>Summe 4.2.:</b>	<b>383 000</b>	<b>242 000</b>	<b>298 817</b>
4.3. Sonstige personalbezogene Aufwendungen			
– Reisekosten	30 000	25 000	29 976
– Fahrgelder	95 000	60 000	92 188
– Aus- und Fortbildung, Personaleinstellungen	30 000	15 000	29 494
– Arbeitsschutz	4 500	5 000	4 177
<b>Summe 4.3.:</b>	<b>159 500</b>	<b>105 000</b>	<b>155 834</b>
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
– Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	—	—	4 535
– Schadensersatzleistungen	500	1 000	100
– Abschreibungen auf Forderungen	25 000	25 000	26 328
– Aufwendungen Bezügeverwaltung NLBV	28 000	—	—
– Aufwendungen Gremienarbeit	72 400	60 000	—
<b>Summe 4.4.:</b>	<b>125 900</b>	<b>86 000</b>	<b>30 963</b>
<b>Aufrundung</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>Summe 4.:</b>	<b>1 249 400</b>	<b>914 000</b>	<b>1 019 956</b>
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	—	—	—
<b>Summe 5.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>Summe II.</b>	<b>8 080 900</b>	<b>7 839 000</b>	<b>7 734 406</b>
<b>III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b> (Summe I. ./ Summe II.)	<b>132 530</b>	<b>-92 000</b>	<b>-173 918</b>
<b>IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen</b>			
1. Außerordentliche Erträge:	—	—	—
<b>Summe 1.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
2. Außerordentliche Aufwendungen:	—	—	—
<b>Summe 2.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>V. Außerordentliches Ergebnis</b> (Außerordentliche Erträge ./ Außerordentliche Aufwendungen)	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Materialprüfanstalt für das Bauwesen,  
Braunschweig (MPA BS)**

**B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005**

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>VI. Steuern</b>			
1. Steuern von Einkommen und vom Ertrag:			
– Körperschaftsteuer	—	—	—
– Gewerbeertragsteuer	—	—	—
– Kapitalertragsteuer	—	—	—
Summe 1.:	—	—	—
2. Sonstige Steuern:			
– Kraftfahrzeugsteuer	1 000	2 000	1 070
– Grundsteuer	—	—	—
Summe 2.:	1 000	2 000	1 070
<b>VII. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b> (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./Steuern)	131 530	-94 000	-174 988

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Materialprüfanstalt für das Bauwesen, Braunschweig (MPA BS)

### C. Überleitungsrechnung für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Erhöhung der Zuführung/Minderung der Ablieferung</b>			
Gewinnerhöhung ohne Geldfluss, z. B.			
– Erhöhung des Bestandes an unfertigen und fertigen Erzeugnissen	—	—	—
– Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	300 000	290 000	326 952
– Erhöhung des Forderungsbestandes	—	—	—
– Minderung von Rückstellungen	126 030	5 000	—
– Minderung von Wertberichtigungen	—	—	—
<b>Summe I.:</b>	<b>426 030</b>	<b>295 000</b>	<b>326 952</b>
<b>II. Minderung der Zuführung/Erhöhung der Ablieferung</b>			
Gewinnminderung ohne Geldfluss, z. B.			
– Abschreibungen für Abnutzung (ohne Abschreibungen für geringwertige Wirtschaftsgüter nach § 6 Abs. 2 EStG)	700 000	800 000	630 692
– Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	—	—	—
– Abschreibungen auf Forderungen	25 000	25 000	26 328
– Erhöhung von Rückstellungen	—	—	59 519
– Erhöhung von Wertberichtigungen	—	—	—
<b>Summe II.:</b>	<b>725 000</b>	<b>825 000</b>	<b>716 539</b>
<b>III. Überleitungsbetrag</b> (Summe I. ./ Summe II.)	<b>-298 970</b>	<b>-530 000</b>	<b>-389 587</b>

#### Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Materialprüfanstalt für das Bauwesen Braunschweig (MPA BS)

	Betrag für 2005 EUR	Betrag für 2004 EUR	Istergebnis 2003 EUR
Ausgaben	7 449 470	7 551 000	7 385 526
Einnahmen	7 581 000	7 262 000	7 210 537
Fehlbetrag	-131 530	289 000	174 989

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— EUR
b) das Land mit	— EUR
c) den Bund mit	— EUR
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	— EUR
e) Private	— EUR
Zusammen	— EUR

**Zielkosten und Produkte der Materialprüfanstalt für das Bauwesen Braunschweig**

Produkte	Leistungs- menge Soll 2005 Stück	Zielkosten Soll 2005 EUR	Gesamt- zielkosten Soll 2005 EUR	Leistungs- menge Soll 2004 Stück	Zielkosten Soll 2004 EUR	Gesamt- zielkosten 2004 EUR	Leistungs- menge Ist 2003 Stück	Kosten je Auftrag 2003 EUR
Baustoffe	291	2 100	610 000	291	1 960	572 000	291	1 800
Haustechnik	254	2 030	515 000	254	1 870	474 000	254	1 520
Lüftung, Rauch	138	2 660	367 000	138	2 390	329 000	138	1 840
<b>BS1 Brandschutz Baustoffe Summen</b>	<b>683</b>	<b>2 180</b>	<b>1 492 000</b>	<b>683</b>	<b>2 010</b>	<b>1 375 000</b>	<b>683</b>	<b>1 700</b>
Bauteile/Bauschäden	1 076	1 360	1 464 000	1 076	1 350	1 451 000	1 076	1 230
Bauwerke	72	5 000	360 000	72	4 600	331 000	72	3 730
Tore/Türen	659	2 300	1 514 000	659	2 260	1 493 000	659	2 020
Schränke	104	1 700	176 000	104	1 930	201 000	104	1 810
<b>BS2 Bauteile Summen</b>	<b>1 911</b>	<b>1 840</b>	<b>3 514 000</b>	<b>1 911</b>	<b>1 820</b>	<b>3 475 000</b>	<b>1 911</b>	<b>1 630</b>
Mineralische Bauprodukte	627	1 370	861 000	627	1 390	869 000	627	1 230
Bewehrungstechnik	158	2 480	392 000	158	2 290	362 000	158	1 970
Leichte Bauweisen	45	7 620	343 000	45	6 700	302 000	45	5 740
<b>MT Mechanische Technologie Summen</b>	<b>830</b>	<b>1 920</b>	<b>1 595 000</b>	<b>830</b>	<b>1 850</b>	<b>1 533 000</b>	<b>830</b>	<b>1 610</b>
Schalltechnische Prüfungen	78	4 390	343 000	78	4 140	323 000	78	4 130
Wärmedämmstoffe	31	2 370	73 000	31	2 260	70 000	31	2 040
<b>SWF Schall, Wärme, Feuchte Summen</b>	<b>109</b>	<b>3 820</b>	<b>416 000</b>	<b>109</b>	<b>3 600</b>	<b>393 000</b>	<b>109</b>	<b>3 540</b>
Anorganische Stoffe, Physik	80	3 160	253 000	80	2 900	232 000	80	2 750
Organische Stoffe, Umwelt, Holzschutz	94	970	91 000	94	1 500	141 000	94	1 710
<b>CPU Chemie, Physik, Umwelt Summen</b>	<b>174</b>	<b>1 970</b>	<b>343 000</b>	<b>174</b>	<b>2 150</b>	<b>373 000</b>	<b>174</b>	<b>2 190</b>
Instandsetzungsstoffe	136	1 930	263 000	136	1 790	243 000	136	1 470
Abdichtungsprodukte	44	7 540	332 000	44	7 030	309 000	44	5 440
<b>BEA Bauwerkserhaltung, -abdichtung Summen</b>	<b>180</b>	<b>3 300</b>	<b>595 000</b>	<b>180</b>	<b>3 070</b>	<b>553 000</b>	<b>180</b>	<b>2 440</b>
<b>QMD/ZERT</b>	<b>185</b>	<b>780</b>	<b>144 000</b>	<b>185</b>	<b>740</b>	<b>138 000</b>	<b>185</b>	<b>660</b>
<b>MPA BS Produkte Summe</b>	<b>4 072</b>	<b>1 990</b>	<b>8 100 000</b>	<b>4 072</b>	<b>1 930</b>	<b>7 839 000</b>	<b>4 072</b>	<b>1 750</b>
<b>Sonstige Aufgaben</b>								
davon Amtshilfe (Gremienarbeit)	—	—	72 000	—	—	—	—	—
<b>MPA BS Gesamtsumme</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>8 172 000</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>

**Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag der Materialprüfanstalt für das Bauwesen Braunschweig**

Produkte	Gesamtzielkosten		Eigenerlös		Finanzierungsbeitrag des Produkthaushalts	
	Soll 2005 EUR	Soll 2005 EUR				
Baustoffe	610 000	580 000	30 000			
Haustechnik	515 000	584 000	-69 000			
Lüftung, Rauch	367 000	400 000	-33 000			
<b>BS1 Brandschutz Baustoffe Summen</b>	<b>1 492 000</b>	<b>1 564 000</b>	<b>-72 000</b>			
Bauteile/Bauschäden	1 464 000	1 517 000	-53 000			
Bauwerke	360 000	358 000	2 000			
Tore/Türen	1 514 000	1 473 000	41 000			
Schränke	176 000	202 000	-26 000			
<b>BS2 Brandschutz Bauteile Summen</b>	<b>3 514 000</b>	<b>3 550 000</b>	<b>-36 000</b>			
Mineralische Bauprodukte	861 000	773 000	88 000			
Bewehrungstechnik	392 000	250 000	142 000			
Leichte Bauweisen	343 000	180 000	163 000			
<b>MT Mechanische Technologie Summen</b>	<b>1 595 000</b>	<b>1 203 000</b>	<b>392 000</b>			
Schalltechnische Prüfungen	343 000	298 000	45 000			
Wärmedämmstoffe	73 000	86 000	-13 000			
<b>SWF Schall, Wärme, Feuchte Summen</b>	<b>416 000</b>	<b>384 000</b>	<b>32 000</b>			
Anorganische Stoffe, Physik	253 000	120 000	133 000			
Organische Stoffe, Umwelt, Holzschutz	91 000	90 000	1 000			
<b>CPU Chemie, Physik, Umwelt Summen</b>	<b>343 000</b>	<b>210 000</b>	<b>133 000</b>			
Instandsetzungsstoffe	263 000	245 000	18 000			
Abdichtungsprodukte	332 000	299 000	33 000			
<b>BEA Bauwerkserhaltung, -abdichtung Summen</b>	<b>595 000</b>	<b>544 000</b>	<b>51 000</b>			
<b>QMD/ZERT</b>	<b>144 000</b>	<b>126 000</b>	<b>18 000</b>			
<b>MPA BS Produktsumme</b>	<b>8 100 000</b>	<b>7 581 000</b>	<b>519 000</b>			
<b>Sonstige Aufgaben (Gremienarbeit)</b>	<b>72 000</b>		<b>72 000</b>			
<b>Haushaltsausgleich (Überleitungsrechnung)</b>						<b>-299 000</b>
<b>Gesamtsumme</b>	<b>8 172 000</b>	<b>7 581 000</b>	<b>292 000</b>			

Übersicht über die Stellen für vollbeschäftigte Angestellte und Arbeiter/-innen MPA BS

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2005	2004		
<b>Angestellte</b>				
I b	3	3		
II a	17	17		
III	11	9		
IV a	6	7		
IV b	13	12		
V b	7	9		
V c	6	5		
VI b	5	6		
VII	6	6		
VIII	3	3		
	77	77	Zusammen	
<b>Arbeiter/-innen</b>				
8a	17	19		
8	4	5		
6	5	2		
	26	26	Zusammen	

## **Allgemeine Vorbemerkungen zum Kapitel 0818**

**Für das budgetierte Kapitel 0818 gelten folgende haushaltsrechtliche Vermerke:**

1. 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 525 10, 527 10, 531 10, 537 10, 537 11, 537 12, 538 10, 547 10, 631 10 und 686 10 sind gegenseitig deckungsfähig.
2. 812 10 und 812 35 sind gegenseitig deckungsfähig.
3. 812 10 und 812 35 sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 525 10, 527 10, 531 10, 537 10, 537 11, 537 12, 538 10, 547 10, 631 10 und 686 10.
4. 981 10 ist einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 525 10, 527 10, 531 10, 537 10, 537 11, 537 12, 538 10, 547 10, 631 10 und 686 10.
5. Mehreinnahmen bei 111 10, 119 10, 129 11, 232 10 und 381 10 (Einnahmen aus laufenden Geschäften i. S. des § 38 Abs. 4 LHO, die als Produktabgeltung dazu dienen, das Budget zu finanzieren) erhöhen die Ausgaben bei 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 525 10, 527 10, 531 10, 537 10, 537 11, 537 12, 538 10, 547 10, 631 10, 686 10, 812 10, 812 35 und 981 10.
6. Sämtliche in die Budgetierung einbezogenen Titel sind übertragbar.

**Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**  
**Kapitel 0818 Landesamt für Bodenforschung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
111 10-0	177	Gebühren, sonstige Entgelte		350	500	-150	358
119 10-1	177	Sonstige Verwaltungseinnahmen *** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.		68	26	+42	51
129 11-5	177	Einnahmen ausserhalb der laufenden Geschäfte		6	6	—	39
232 10-2	177	Erstattung von Verwaltungsausgaben für die Wahrnehmung des geologischen Dienstes		289	78	+211	237
381 10-8	990	Verrechnung mit 1556 - 981 13		153	205	-52	147
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 64</b>		<b>Forschungsvorhaben und Untersuchungen für Dritte und nieders. Landesbehörden</b>		(1.342)	(1.442)	(-100)	(887)
231 64-5	177	Sonstige Zuweisungen vom Bund Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 64.		327	327	—	—
232 64-1	177	Sonstige Zuweisungen von Ländern Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 64.		—	—	—	185
271 64-7	177	Erstattungen von der EU Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 64.		—	—	—	22
281 64-2	177	Sonstige Erstattungen aus dem Inland Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 64. *** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO ist die an das Finanzamt abzuführende vereinnahmte Umsatzsteuer durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.		915	915	—	406
286 64-4	177	Sonstige Erstattungen aus dem Ausland Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 64.		—	—	—	—
381 64-7	990	Verrechnung mit 15 01 - 981 65 Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 64.		100	200	-100	274
Summe für inzwischen weggefallene Titel					18	-18	
<b>AUSGABEN</b>							
422 10-6	177	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter *** Erstattungen vom Bund im Rahmen des Verwaltungsabkommens vom 17./26.11.1958 dürfen durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.	—	9.590	9.207	+383	3.796
425 10-5	177	Vergütungen der Angestellten *** Vgl. Vermerk zu 422 10.	—	—	—	—	4.786
426 10-1	177	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	282
427 10-8	177	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	336	—	+336	—
459 10-7	177	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	6	1	+5	—
511 10-9	177	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	294	148	+146	212
514 10-8	177	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und dergleichen	—	168	131	+37	118
517 10-7	177	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	57	57	—	89
518 10-3	177	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	287	359	-72	245

---

**ERLÄUTERUNGEN**


---

**Zu Kapitel 0818****Erläuterungen (Allgemeiner Erläuterungsteil)****Rechts- und Organisationsgrundlagen**

Beschluss der niedersächsischen Landesregierung über die Errichtung des Niedersächsischen Landesamtes für Bodenforschung vom 13.01.1959 (Nds. MBl. S. 80). Auf Basis eines Verwaltungsabkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Niedersachsen vom 17./26.11.1958 ist ein unentgeltlicher Leistungsaustausch zwischen dem NLFb und der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) geregelt.

**Verwaltungsaufbau und Budgetplan**

Nachgeordnete Fachbehörde des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr. Über seine Aufgaben als Geologischer Dienst über Niedersachsen hinaus nimmt das NLFb mit seiner Außenstelle Bremen – auf der Grundlage eines Verwaltungsabkommens zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen – außerdem die Aufgaben des Geologischen Dienstes der Freien Hansestadt Bremen wahr.

Das NLFb hat seinen Hauptsitz am Dienort Hannover und ist im Dienstgebäude der BGR untergebracht. Neben der genannten Außenstelle in Bremen („Geologischer Dienst für Bremen“ sowie das Bodentechnologische Institut - BTI) verfügt das NLFb über eine weitere Außenstelle in Grubenhagen bei Einbeck.

Das NLFb besteht aus zwei Fachabteilungen (Abteilung 1 „Geologie, Rohstoffe, Baugrund“ und Abteilung 2 „Boden, Wasser“) sowie einer Abteilung „Zentrale Angelegenheiten“, die – zusammen mit der BGR – die gemeinsame Verwaltung für beide Häuser sowie für das ebenfalls im Geozentrum Hannover beherbergte Institut für Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben (Mitglied der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz) wahrnimmt.

Das NLFb hat 16 Fachreferate, von denen drei Referate das Bodentechnologische Institut (BTI) in Bremen bilden.

**Zielsetzung**

Zielsetzung des NLFb ist die Beratung der Landesregierung, der Träger hoheitlicher Belange, der Politik, der Wirtschaft und Wissenschaft sowie der Gesellschaft in allen geowissenschaftlichen Fragestellungen.

Grundlage hierfür sind geologische und bodenkundliche Untersuchungen von der Flächenkartierung über die Untergrundmodellierung bis hin zur Laboranalyse von Grundwasser, Boden und Gesteinen. Die Ergebnisse werden bedarfsgerecht aufbereitet und dann analog oder digital, teils kostenlos, teils gegen Erstattung des Aufwandes entsprechend den Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) in Verbindung mit dem Vergütungsverzeichnis des NLFb, zur Verfügung gestellt.

Die zwei Fachbereiche „Geologie, Rohstoffe und Baugrund“ sowie „Boden, Wasser“ arbeiten eng und fachlich übergreifend zusammen. Daten aus der Landesaufnahme und aus Experimenten werden digital aufbereitet und können über Informationssysteme objekt- und problemspezifisch interpretiert und ausgegeben werden.

**Erläuterungen zum Produkthaushalt nach §17a LHO****Budgetierungsmodell**

Die geowissenschaftlichen Projekte bilden die Endkostenträger der Kostenrechnung des NLFb. Sie sind in ihrer jeweiligen Dimension, ihrer Laufzeit, des für ihre Durchführung erforderlichen Ressourceneinsatzes sowie in ihrer Zielausrichtung einmalig und untereinander nicht vergleichbar.

Bezüglich der Planung und hinsichtlich der Ist-Realisierung wird mengenbezogen (Personalressourceneinsatz in Stunden) ausschließlich der direkt zuordenbare Personaleinsatz berücksichtigt. Im Rahmen einer Vollkostenrechnung werden die indirekten Kosten der Fachbereichskostenstellen sowie des Overhead-Bereichs (Amtsleitung, Abteilung Zentrale Angelegenheiten, Infrastruktur, Personalvertretung usw.) mittels eines differenzierten und mehrstufigen Umlagesystems auf die Endkostenträger umgelegt.

Die Ergebnisse der Einzelprojekte weichen vom dargestellten Mittelwert (Zielkosten) erheblich ab, da diese Projekte jeweils einzelprojektbezogenen fachlichen Zieldefinitionen unterliegen.

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0818

Zielkosten der Produkte und des Verwaltungsbereichs

Produkte	Leistungsmenge	Zielkosten	Gesamtzielkosten	Leistungsmenge	Gesamtzielkosten	Leistungsmenge	Gesamt-Ist-Kosten
	-Stück-(Soll) 2005	-EUR-(Soll) 2005	-EUR-(Soll) 2005	-Stück-(Soll) 2004	-EUR-(Soll) 2004	-Stück-(Ist) 2003	-EUR-(Ist) 2003
Geowissenschaftliche Landesaufnahme	32	230.094	7.362.995	32	7.474.821	32	6.955.557
Unterstützung der Ressorts u. a. in allen geowissenschaftlichen Belangen	19	111.363	2.115.906	19	2.112.744	19	6.334.322
Erfüllung aller Anforderungen aufgrund von gesetzl. und untergesetzl. Regelungen	13	498.896	6.485.652	12	6.045.273	13	2.255.794
Interdisziplinäre Zusammenarbeit im GeoZentrum Hannover im Rahmen des Verwaltungsabkommens	4	57.612	230.448	4	229.890	2	123.275
<b>Gesamtsumme</b>			16.195.000				

Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag

	Gesamtzielkosten	Eigenerlöse	Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalts
	-EUR-(Soll) 2005	-EUR-(Soll) 2005	-EUR-(Soll) 2005
Geowissenschaftliche Landesaufnahme	7.362.995	300.000	7.062.995
Unterstützung der Ressorts u. a. in allen geowissenschaftlichen Belangen	2.115.906	565.000	1.550.906
Erfüllung aller Anforderungen aufgrund von gesetzl. und untergesetzl. Regelungen	6.485.652	1.000	6.484.652
Interdisziplinäre Zusammenarbeit im GeoZentrum Hannover im Rahmen des Verwaltungsabkommens	230.448	0	230.448
davon Amtshilfe	0	0	0
davon landesweite Projektarbeit	0	0	0
davon Bewirtschaftung von Transfermitteln	0	0	0
Sonstige Eigenerlöse			
<b>Produktsumme</b>	16.195.000	866.000	15.329.000
Haushaltsausgleich	0	0	0
<b>Gesamtsumme</b>	16.195.000	866.000	15.329.000

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0818

Überleitungsrechnung		Einnahmen (0-3)					Ausgaben (4-9)					HH- Abgl.
Bereichshaushalt (Produkte)	Tsd. EUR	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	
+ Verwaltungserträge	-424		-424									
+ Erträge aus Erstattungen	-289			-289								
+/- Bestandsveränderungen	0											
+ sonstige betriebliche Erträge	-153				-153							
<b>= Erträge</b>	<b>-866</b>											
- Aufwendungen für Dienstbezüge von Beamten, Angestellten und Arbeitern	9.926					9.926						
- Versorgung, Beihilfe, ATZ-Kosten	1.197											1.197
- sonstige Personalaufwendungen	6					6						
<b>= Personalaufwendungen</b>	<b>11.129</b>											
- Büro- und Verwaltungsaufwendungen, Aus- und Weiterbildung	338						338					
- Aufwendungen Kommunikation und Reisen	130						130					
- Aufwendungen für Mieten, Material sowie für Betriebs- und Instandhaltung	546						546					
- Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter	388						388					
- Erstattungen u. sonstige Aufwendungen	803						22	595			186	
- Abschreibungen	2.861											2.861
<b>= Sachaufwendungen</b>	<b>5.066</b>											
<b>= Aufwendungen</b>	<b>16.195</b>											
<b>= Ergebnis nach eigenen Erträgen</b>	<b>15.329</b>											
+ Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt	-15.329											-15.329
<b>= Ergebnis nach Landeszuschuss</b>	<b>0</b>											
+ Erträge aus Beteiligungen, Zinsen und ähnlichen Erträgen	0											
+ Aufwendungen aus Zinsen und ähnlichen Aufwendungen	0											
<b>= Finanzergebnis</b>	<b>0</b>											
+ außerordentliche Erträge	0											
- außerordentliche Aufwendungen	0											
+/- Haushaltsausgleich	0											
<b>= außerordentliches Ergebnis</b>	<b>0</b>											
<b>= neutrales Ergebnis</b>	<b>0</b>											
<b>= Gesamtergebnis</b>	<b>0</b>											
- Investitionen der Hauptgruppe 5												
- Investitionen der Hauptgruppe 8										393		-393
<b>= Einnahmen und Ausgaben des Budgets</b>		0	-424	-289	-153	9.932	1.424	595	0	393	186	
+/- Einnahmen und Ausgaben außerhalb des Budgets				-1.242	-100	840	502					
<b>= Kapitelsumme</b>		0	-424	-1.531	-253	10.772	1.926	595	0	393	186	



**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0818**

**Erläuterungen zu Titeln, Produkten und Bewirtschaftungsregeln**

Zu HGr. 4

**Beschäftigungsvolumen (in VZE):**

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
185,45	178,8	170,20

Zugänge

-8 Zugänge von Kapitel 15 03	7,75
-Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	0,00
-Sonstige Veränderungen	<u>0,00</u>

Summe Zugänge 7,75

Abgänge

-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	0,00
-Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	0,00
-Sonstige Veränderungen	0,00
-Reduzierung wg. 5-telregelung gem. ZV II	<u>1,10</u>

Summe Abgänge 1,10

Bleibt Zugang: 6,65

Verlagerung von 8 Stellen zum NLFB im Zuge der Auflösung des Landesamtes für Ökologie. Die entsprechenden Sachmittel sind von Kapitel 15 03 nach Kapitel 08 18 Titel 514 10 verlagert worden.

**Zu 111 10**

Vergütungen und Auslagen für die Erstattung von Gutachten, gutachterlichen Stellungnahmen, Beratungen und für Auskünfte nach den Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) vom 21.10.2003 (Erl. d. MW v. 21.10.2003 - 35-05301/2), dem Vergütungsverzeichnis für das Niedersächsische Landesamt für Bodenforschung vom 1. 4. 1990 (Erl. d. MW vom 26. 1. 1995 - Nds. MBl. S. 24 -) und der Preisliste für Leistungen des Nds. Landesamtes für Bodenforschung im Bereich Bodenmechanik, Erd- und Grundbau vom 1. 1. 1991 (Erl. MW v. 26. 1. 1995 - Nds. MBl. S. 24 -) in der jeweils geltenden Fassung.

Die Vergütungssätze wurden mit Wirkung vom 1. 1. 2003 erhöht.

**Zu 232 10**

Verwaltungskostenbeitrag der Freien Hansestadt Bremen für die Wahrnehmung des geologischen Landesdienstes gemäß Vertrag vom 23./30. 8. 1999.

Mit dem Beitrag ist die laufende allgemeine Beratung der Bremer Landesdienststellen abgegolten.

**Zu 381 10**

Erstattungen von Selbstkosten für Aufträge von Dienststellen der niedersächsischen Landesverwaltung, hier: Zuführung aus der Wasserentnahmegebühr (15 56 - 981 13)

**Zu 231 64, 271 64, 281 64 und 286 64**

Das Landesamt beantragt im Rahmen seiner geowissenschaftlichen Tätigkeit Zuwendungen für Forschungsvorhaben beim Bund (BMBF, BMU, BMI u. a.) sowie bei sonstigen Dritten (EU, DFG, Wirtschaftsverbände usw.). Die nach den Richtlinien der Zuwendungsgeber geförderten Aufwendungen werden hier vereinnahmt und bei der Ausgabeteilgruppe 64 verausgabt.

**Zu 381 64**

Erstattungen der Selbstkosten für Aufträge von Dienststellen der niedersächsischen Landesverwaltung.

**Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**  
**Kapitel 0818 Landesamt für Bodenforschung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004		
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
519 10-0	177	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	34	34	—	28
525 10-0	177	Aus- und Fortbildung	—	64	4	+60	0
527 10-2	177	Dienstreisen	—	110	109	+1	75
529 10-5	177	Zur Verfügung der Präsidentin / des Präsidenten des Landesamtes für Bodenforschung	—	—	—	—	1
531 10-0	177	Veröffentlichungen *** Zuschüsse von Autoren und sonstigen Dritten fließen den Ausgaben zu.	—	136	136	—	92
537 10-8	177	Bohrungen sowie geowissenschaftliche und bodenkundliche Untersuchungen	—	78	78	—	85
537 11-6	177	Rohstoffsicherungsprogramm	—	103	103	—	96
537 12-4	177	Sicherung seismischer Daten aus dem tiefen Untergrund	—	—	50	-50	—
538 10-4	610	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	71	66	+5	38
547 10-3	177	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungskosten	—	22	16	+6	30
631 10-4	177	Erstattung von Verwaltungsausgaben an den Bund	—	591	591	—	505
686 10-3	177	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	4	4	—	4
812 10-9	177	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	219	—	+219	—
812 35-4	177	Erwerb von Geräten für Fachaufgaben	—	174	160	+14	219
981 10-5	990	Verrechnung mit 13 21 - 381 08	—	186	186	—	186
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 64</b>		<b>Forschungsvorhaben und Untersuchungen für Dritte und nieders. Landesbehörden Übertragbar.</b> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 64, 232 64, 271 64, 281 64, 286 64 und 381 64.</i>	(—)	(1.342)	(1.442)	(-100)	(1.143)
427 64-7	177	Beschäftigungsentgelte f. Aushilfskräfte bei kurzfristigen Geländeeinsätzen	—	—	—	—	—
429 64-0	177	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	835	935	-100	870
459 64-6	177	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	5	5	—	0
537 64-7	177	Dienstleistungen Außenstehender	—	82	82	—	48
547 64-2	177	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	420	420	—	225
811 64-1	177	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 64-8	177	Erwerb von Spezialgeräten für Untersuchungsaufgaben	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		758	-758	

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 529 10**

Die Mittel sind seit 2002 bei Kap. 13 02 Titel 529 14 veranschlagt.

**Zu 537 10**

Veranschlagt sind die Kosten der Untersuchungsarbeiten und Untersuchungsbohrungen insbesondere für Geländeuntersuchungen und für wirtschaftsorientierte geowissenschaftliche Grundlagenforschung.

**Zu 537 11**

Das Niedersächsische Landesamt für Bodenforschung wurde von der Landesregierung beauftragt, an einem Rohstoffsicherungsprogramm mitzuarbeiten. Dieses Programm hat zum Ziel, die im Landesraumordnungsprogramm gemachten Aussagen zur Rohstoffsicherung zu ergänzen, für wichtige Planungs- und Genehmigungsentscheidungen präzise Kenntnisse über Rohstoffe und Lagerstätten vorzubereiten und einen umweltschonenden Abbau und Verbrauch zu konzipieren. Außerdem sollen der Rohstoffbedarf und Möglichkeiten untersucht werden, diesen durch Substitution, Recycling und Spartentechnologien zu verringern.

**Zu 538 10**

Veranschlagt sind die Kosten für den Ankauf von ADV-Programmen sowie für die Datenbank zum Bodenschutzprogramm Niedersachsen, für die Methodendatenbank zum Bodeninformati- onssystem sowie für hydrogeologische und lagerstättenkundliche Fachinformationssysteme.

**Zu 631 10**

Nach dem Vertrag vom 7./8. 3. 1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Niedersachsen über die Errichtung und Nutzung eines gemeinsamen Dienstgebäudes für die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe und das Niedersäch- sische Landesamt für Bodenforschung sind die Personalkosten für den inneren Dienst und die Sachkosten für die gemeinsame Be- wirtschaffung der Grundstücke und Gebäude vom Land Nieder- sachsen anteilig an den Bund zu erstatten.

Veranschlagt sind:

1. Personalkosten gemäß § 7 des Hausvertrages	187.000 EUR
2. Sachkosten gem. §§ 4 und 8 des Hausvertrages	<u>404.000 EUR</u>
Zusammen:	591.000 EUR

**Zu 686 10**

Mitgliedsbeiträge an die nachfolgend aufgelisteten Vereine, Ver- bände und Gesellschaften.

1. Deutscher Verein des Gas- und Wasserfa- ches e. V., Eschborn
2. Deutsche Wissenschaftliche Gesellschaft für Erdöl, Erdgas und Kohle, Hamburg
3. Geologische Vereinigung, Mendig
4. Paläontologische Gesellschaft, Frank- furt/M.
5. Deutsche und Internationale Bodenkundliche Gesellschaft, Oldenburg
6. Oberrheinischer Geologischer Verein e. V., Karlsruhe
7. Verband der Deutschen Höhlen- und Karstforscher e. V., München
8. Deutsche Geologische Gesellschaft, Hannover
9. Verband Deutscher landwirtschaftlicher Untersuchungs- und Forschungsanstalten, Darmstadt
10. Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft e. V., Frankfurt/M.
11. Deutsche Gesellschaft für Moor- und Torfkunde e. V., Hannover
12. Verein zur Förderung des Deutschen Forschungsnetzes e. V. (DFN-Verein), Berlin
13. Bundesverband Boden, St. Augustin

**Zu 981 10**

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

**Zu Titelgruppe 64**

Veranschlagt sind die Ausgaben für Maßnahmen des Landesamtes, die es im Rahmen seiner geowissenschaftlichen Forschungstätig- keiten aus besonderen Forschungsmitteln des Bundes, der Länder und sonstiger Dritter durchführt.

**Zu 429 64**

Entsprechend der Zahl und Art der Aufträge werden an Hilfs- kräften voraussichtlich benötigt:

Verg.-Gr.	Titel 429 64
I a	1
I b	12
II a	14
III	1
IV a	3
IV b	2
V b	3
V c	3
VI b	10
VII	4
VIII	2
IX	1
X	1
<hr/>	
Zusammen	57
MTArb	3
<hr/>	
Zusammen	60

Für die Daueraufgaben „Erdölgeologischer Austausch“ und Zu- sammenarbeit auf dem Gebiet der Geologie der Kohlenwasser- stoffe werden benötigt: 2x Verg.-Gr. I b BAT.

**Zu 547 64**

Veranschlagt sind die sächlichen Verwaltungsausgaben (Reiseko- sten, Betriebskosten, Verbrauchsmittel, Kleingeräte, Wartung usw.).

**Einzelplan 08** Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr  
**Kapitel 0818** Landesamt für Bodenforschung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 0818</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		424	550	-126	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		1.531	1.320	+211	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		253	405	-152	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		2.208	2.275	-67	
		4 Personalausgaben	—	10.772	10.516	+256	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	1.926	1.950	-24	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	595	595	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	393	393	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	186	186	—	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	13.872	13.640	+232	
		<b>Zuschuss</b>		11.664	11.365	+299	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---



## Allgemeine Vorbemerkungen zum Kapitel 0820

### Für das budgetierte Kapitel 0820 gelten folgende haushaltsrechtliche Vermerke:

1. 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 453 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 521 10, 537 10, 538 10 und 547 10 sind gegenseitig deckungsfähig.
2. 731 61, 812 10 und 883 10 sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 453 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10 und 547 10.
3. 981 10 ist einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 453 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10 und 547 10.
4. Die Ausgaben bei 731 61, 812 10 und 883 10 erhöhen sich um die Mehreinnahmen bei 119 10 und 129 12.
5. Die Ausgaben bei 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 453 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 521 10, 547 10 und 981 10 erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 119 10 und 129 12.
6. Soweit die zusätzlichen Ausgabeermächtigungen zur Leistung von Personalausgaben in Anspruch genommen werden, darf in entsprechendem Umfang von der Stellenübersicht und dem Bedarfsnachweis sowie vom Beschäftigungsvolumen abgewichen werden. Verpflichtungen, die zu Ausgaben in künftigen Jahren führen können, dürfen nur eingegangen werden, soweit auch in diesen Jahren Mehreinnahmen zu deren Finanzierung erwartet werden. Soweit eine Einsparung bei den Personalausgaben umgesetzt wird, dürfen Planstellen und andere Stellen sowie das Beschäftigungsvolumen in entsprechender Höhe nicht in Anspruch genommen werden, das Finanzministerium darf im Fall eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses auf Antrag Ausnahmen zulassen.
7. Unter der Voraussetzung, dass das Wirtschaftsministerium - hinsichtlich Art, Menge sowie Kosten/Erlöse im Einvernehmen mit dem Finanzministerium - die Erfüllung des Leistungsplans festgestellt hat, dürfen Ausgabereste in Höhe von zwei Dritteln der nicht in Anspruch genommenen Ausgabeermächtigungen nach Abzug gegebenenfalls noch offener Budgetüberschreitungen aus Vorjahren gebildet werden, die für das Budget über das Haushaltsjahr hinaus bis zum Ende des auf die Schlussbewilligung folgenden zweitnächsten Haushaltsjahres verfügbar bleiben und in Anspruch genommen werden dürfen.

**Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**  
**Kapitel 0820 Straßenbauverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 10-5	711	Sonstige Verwaltungseinnahmen		1.700	1.746	-46	86
119 11-3	711	Ersatzleistungen für die Beschädigung von Straßenanlagen <i>Vgl. K-Vermerk zu 521 11.</i>		3.340	2.900	+440	3.344
129 12-7	711	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung sowie Veräußerungserlöse		450	—	+450	—
231 10-0	711	Erstattungen und Zuweisungen des Bundes im Rahmen der Auftragsverwaltung		11.900	12.174	-274	1.162
231 11-8	711	Erstattung von Personalkosten für den Betrieb und die Unterhaltung des Autobahnfernmeldenetzes durch den Bund <i>Vgl. K-Vermerk zu 425 12.</i>		817	840	-23	—
231 12-6	711	Erstattungen von Personalkosten für Betriebspersonal auf Bundesfernstraßen durch den Bund <i>Vgl. K-Vermerk zu 426 11.</i>		47.464	46.840	+624	47.464
233 10-2	711	Erstattungen und Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich		4.700	4.482	+218	4.532
281 63-8	711	Erstattungen für Investitionen		4.826	12.782	-7.956	—
331 62-7	711	Zuweisungen des Bundes und Zinseinnahmen für GVFG <i>Vgl. K-Vermerk zu 883 62.</i>		66.231	66.813	-582	78.604
		Summe für inzwischen weggefallene Titel			460	-460	
<b>AUSGABEN</b>							
422 10-0	711	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	—	106.695	53.297	+53.398	13.050
422 17-7	711	Bezüge für zugewiesene Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
425 10-9	711	Vergütungen der Angestellten	—	—	14.655	-14.655	36.554
425 12-5	711	Vergütungen der BAB-Fermeldeangestellten <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 11.</i>	—	817	840	-23	817
425 17-6	711	Vergütungen für zugewiesene Angestellte	—	—	—	—	—
426 10-5	711	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	32.044	-32.044	2.055
426 11-3	711	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter auf Bundesfernstraßen <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 12.</i>	—	47.464	46.840	+624	47.312
426 17-2	711	Löhne für zugewiesene Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 10-1	711	Sonstige Personalausgaben	—	445	445	—	5
453 10-2	711	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütung	—	109	—	+109	—
459 10-0	711	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	857	945	-88	457
511 10-2	711	Allgemeiner Geschäftsbedarf	—	7.048	7.155	-107	36
514 10-1	711	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dergleichen	—	7.040	7.540	-500	155
517 10-0	711	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	6.288	6.200	+88	899
518 10-7	711	Mieten und Pachten	—	2.552	2.637	-85	1.584

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 0820**

**Erläuterungen (Allgemeiner Erläuterungsteil)**

**Rechts- und Organisationsgrundlagen**

GG, NV, FStrG, NStrG, StVO, StVZO, GVFG, BHO, LHO u.a.

Der nieders. Straßenbauverwaltung (SBV) obliegen nach Maßgabe der Straßengesetze des Bundes und des Landes (FStrG und NStrG) Verwaltung, Betrieb, Erhaltung sowie Aus- und Neubau des auf niedersächsischem Gebiet liegenden Straßennetzes der Bundesfern-, Landes- und z.T. Kreisstraßen mit einer Gesamtlänge von rd. 17.800 km (Einzelheiten s. unten).

Die Bundesfernstraßen (Bundesautobahnen und Bundesstraßen) werden gem. Art. 90 GG im Auftrage des Bundes verwaltet. Die Einrichtung der entsprechenden Behörden ist Sache des Landes, das auch die entstehenden Verwaltungsausgaben trägt.

Die Technische Verwaltung der Kreisstraßen in 13 Landkreisen (Ammerland, Cloppenburg, Diepholz, Friesland, Goslar, Hameln-Pyrmont, Hildesheim, Nienburg/Weser, Northeim, Oldenburg, Schaumburg, Wesermarsch und Wittmund) durch die gebietlich zuständigen Außenstellen erfolgt im Rahmen von Vereinbarungen auf der Basis des VIII. Gesetzes zur Gebiets- und Verwaltungsreform.

Die Zuständigkeiten nach den Straßengesetzen waren zuletzt im RdErl. des MW vom 30.10.2002 (Nds. MBl. S. 942) festgelegt.

**Verwaltungsaufbau und Budgetplan**

Im Zuge der Verwaltungsmodernisierung hat die Landesregierung u.a. beschlossen, den niedersächsischen Verwaltungsaufbau grundsätzlich zweistufig zu organisieren. Zur Wahrnehmung der Aufgaben Straßenbau und Verkehr hat das Kabinett am 07.09.2004 die notwendigen Organisations- und Standortentscheidungen wie folgt getroffen:

Mit Wirkung vom 01.01.2005 werden die Straßenbauämter Aurich, Lingen, Oldenburg, Osnabrück, Lüneburg, Stade, Verden, Hameln, Hannover, Nienburg, Wolfenbüttel, Bad Gandersheim und Goslar aufgelöst und ihre Organisationseinheiten in das Niedersächsische Landesamt für Straßenbau (NLStB) integriert. Gleichzeitig erhält das NLStB die neue Bezeichnung „Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV)“.

Der Hauptsitz der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr ist in Hannover. Die Behörde erhält Außenstellen an den Standorten der bisherigen Straßenbauämter in Aurich, Gandersheim, Goslar, Hameln, Lingen, Nienburg, Osnabrück, Stade, Verden; in Oldenburg, Hannover, Braunschweig/Wolfenbüttel und Lüneburg werden Schwerpunktäußenstellen errichtet.

Mit Beschluß der Landesregierung vom 13.07.2004 sind ab dem 1.1.2005 die Aufgaben des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG), des Straßenbaus, insbesondere der Planfeststellung, soweit diese nicht kommunalisiert sind, der Planfeststellung und Aufsicht über die Eisenbahnen und Bergbahnen, des Luftverkehrs sowie des Straßenverkehrs aus den Dezernaten 209 der Bezirksregierungen zur „Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr“ verlagert worden:

Aus den Entscheidungen der Landesregierung ergibt sich folgender Verwaltungsaufbau:

- Oberste Straßenbaubehörde: Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
- Obere Straßenbaubehörden: Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV) mit
  - 4 Schwerpunktäußenstellen,
  - 9 Außenstellen
  - sowie unselbständigen Organisationseinheiten in Form von
  - 58 Straßenmeistereien
  - 17 Autobahnmeistereien
  - 1 Mischmeisterei
  - 2 Fernmeldemeistereien
  - 1 Betriebszentrale.

Der Budgetplan umfasst das gesamte Kapitel 0820. Die Aufteilung des Budgets zwischen der Straßenbauverwaltung und anderen Dienststellen obliegt dem Ministerium.

**Zielsetzung**

Für das ihr anvertraute Netz der überörtlichen Straßen erfüllt die SBV die dem Land Niedersachsen obliegende Verkehrssicherungspflicht und übernimmt für die Baulastträger die Gewährleistung dafür, dass ihre Bauten allen Anforderungen der Sicherheit und Ordnung genügen. Dazu sind regelmäßige und organisierte Kontrollen der Straßen und Bauwerke unerlässlich.

Betrieb, Erhaltung sowie Aus- und Neubau eines verkehrssicheren und leistungsfähigen Straßennetzes erfordern erhebliche Mittel. Hierfür sind zumindest mittelfristige und zuverlässige Finanzierungspläne notwendig. Das Erhaltungsmanagement geht für Landesstraßen davon aus, dass im Rahmen der erforderlichen Mittel zumindest deren Zustand gehalten werden kann. Planung, Entwurf sowie zeitgerechte Bauvorbereitung und Bauabwicklung für Aus- und Neubaumaßnahmen aller Baulastträger werden nach Maßgabe der mittelfristigen Finanzplanung und der jährlichen Bauprogramme im Rahmen eines Projektcontrolling und mit Zielvereinbarungen gesteuert.

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Noch zu Kapitel 0820**

Das Straßennetz der nieders. SBV gliedert sich wie folgt (Stand 31.12.2002):

Bundesautobahnen: Gesamtlänge 1.356 km, auf diesen Strecken befinden sich insgesamt 1.777 Brücken sowie 1 Straßen- und 3 Lärmschutztunnel.

Bundesstraßen: Gesamtlänge rund 4.830 km, davon 4.752 km in der Baulast des Bundes. Auf diesen Strecken befinden sich insgesamt 2.246 Brücken sowie 2 Straßentunnel. Desweiteren sind rund 3.130 km Radwege und 1.419 Lichtsignalanlagen zu betreuen.

Landesstraßen: Gesamtlänge rund 8.350 km, davon 8.057 km in der Baulast des Landes. Auf diesen Strecken befinden sich insgesamt 1.882 Brücken. Desweiteren sind rund 4.180 km Radwege und 1.014 Lichtsignalanlagen zu betreuen. Das Land Niedersachsen verzichtet seit über zehn Jahren auf den Bau neuer Landesstraßen; hier stehen Erhaltungsmaßnahmen im Vordergrund. Im Radwegbau liegt Niedersachsen an der Spitze der Bundesländer.

Kreisstraßen (für o.g. 13 Landkreise): Gesamtlänge rund 3.700 km, davon 3.630 km in der Baulast der genannten Kreise. Auf diesen Strecken befinden sich insgesamt 746 Brücken. Desweiteren sind 1.324 km Radwege und 138 Lichtsignalanlagen zu betreuen.

Im gesamten Straßennetz befinden sich darüber hinaus noch 354 Brücken in fremder Baulast.

**Erläuterungen zum Produkthaushalt nach §17a LHO****Budgetierungsmodell**

Das Land nimmt im Rahmen der Auftragsverwaltung die Aufgaben der Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht an Bundesfernstraßen für den Bund wahr. Maßgebend sind der Bundesverkehrswegeplan sowie die jährlichen Straßenbaupläne des Bundes.

Die dabei entstehenden Verwaltungsausgaben (Personal- und Sachausgaben) trägt das Land. Der Bund gilt Zweckausgaben, die bei Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht entstehen, mit einer Pauschale nach § 6 Abs.3 BStrVermG ab. Sie ist für 2004 mit 8,1 Mio Euro veranschlagt.

Die Durchführung dieser Aufgaben führt zu weiteren investiven Ausgaben, die für den Bundeshaushalt 2004 mit 423,6 Mio Euro veranschlagt sind.

Die Kosten für den Betrieb der Bundesfernstraßen (Bundesautobahnen und Bundesstraßen) betragen ca. 96,5 Mio Euro. Sie werden mit Ausnahme der darin enthaltenen Lohnkosten direkt aus dem Bundeshaushalt geleistet. Die in den Produktkosten enthaltenen Sachkosten in Höhe von 34,8 Mio. Euro sind nicht gesondert dargestellt. Die Lohnkosten werden dem Land erstattet.

Die Kosten für den Betrieb der Landesstraßen werden vom Land getragen. Die Durchführung der Aufgaben der Unterhaltung, Instandsetzung und Erhaltung von Landesstraßen führt zu investiven Ausgaben, die im Investitionsbudget „Landesstraßenbauplafonds“ (TG 61) veranschlagt sind.

Die Kosten für den Betrieb der Kreisstraßen der o.g. Landkreise werden dem Land auf der Basis einer km-Pauschale erstattet, wobei die Löhne und ausgewählte Materialien direkt von den Landkreisen gezahlt werden. Die bei Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht für diese Kreisstraßen entstehenden Kosten werden von den Landkreisen auf der Basis der HOAI erstattet.

Die der SBV obliegenden Aufgaben insgesamt können mit dem verfügbaren Personal der SBV nicht erledigt werden. Im Betriebsdienst werden deshalb zunehmend Unternehmer beauftragt. Der Einsatz Außenstehender bei Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht für Straßenbaumaßnahmen ist erheblich und weiter steigend. Der entsprechende Mittelbedarf wird im Rahmen des Projektcontrolling ermittelt.

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0820  
Zielkosten der Produkte und des Verwaltungsbereichs**

Produkte	Leistungsmenge	Zielkosten	Gesamtzielkosten	Leistungs- menge	Zielkosten	Gesamtzielkosten	
	-Stück- (Soll) 2005	-EUR- (Soll) 2005	-EUR- (Soll) 2005	-Stück- (Soll) 2004	-EUR- (Soll) 2004	-EUR- (Soll) 2004	
Straßenbehördliche Leistungen	17.809 Stück	539	9.598.194	17.809 Stück	517	9.207.253	
Betrieb Bundesautobahnen	1.354 km	31.744	42.981.291	1.354 km	31.455	42.590.070	
Betrieb Bundesstraßen	4.762 km	11.263	53.632.318	4.762 km	11.164	53.162.968	
Betrieb Landesstraßen	8.065 km	8.634	69.633.807	8.065 km	8.612	69.455.780	
Betrieb Kreisstraßen	3.627 km	658	2.385.788	3.627 km	650	2.357.550	Anmerkung: *
Planung und Bau Bundesfernstraßen	1		53.845.477	1		53.401.948	
Planung und Bau Kreisstraßen	1		2.642.558	1		2.855.227	
Unterhaltung, Instandsetzung und Erhaltung Landesstraßen	1		18.812.501	1		18.707.150	
Straßen- und Magnetbahnen	1		279.705	1		268.645	
Bewirtschaftung der GVFG-Mittel	1		767.361	1		767.361	
<b>Gesamtsumme</b>			<b>254.579.000</b>			<b>252.773.952</b>	

Anmerkung:

Die Löhne und investiven Mittel des Betriebes der Kreisstraßen werden von der Landkreisen direkt gezahlt. Den Zielkosten des Produktes Betrieb Kreisstraßen sind für Lohnaufwendungen 3.500 Euro pro km zuzurechnen.

**Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag**

	Gesamtzielkosten	Eigenerlöse	Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalts
	-EUR- (Soll) 2005	-EUR- (Soll) 2005	-EUR- (Soll) 2005
Straßenbehördliche Leistungen	9.598.194	850.000	8.748.194
Betrieb Bundesautobahnen	42.981.291	36.175.800	6.805.491
Betrieb Bundesstraßen	53.632.318	46.905.200	6.727.118
Betrieb Landesstraßen	69.633.807	3.344.000	66.289.807
Betrieb Kreisstraßen	2.385.788	2.200.000	185.788
Planung und Bau Bundesfernstraßen	53.845.477	12.160.000	41.685.477
Planung und Bau Kreisstraßen	2.642.558	2.486.000	156.558
Unterhaltung, Instandsetzung und Erhaltung Landesstraßen	18.812.501	123.000	18.689.501
Straßen- und Magnetbahnen	279.705	56.000	223.705
Bewirtschaftung der GVFG-Mittel	767.361	0	767.361
davon Amtshilfe	0		
davon landesweite Projektarbeit	0		
davon Bewirtschaftung von Transfermitteln	767.361		767.361
Sonstige Eigenerlöse		885.000	
<b>Produktsumme</b>	<b>254.579.000</b>	<b>105.185.000</b>	<b>149.394.000</b>
Haushaltsausgleich			-1.456.000
<b>Gesamtsumme</b>			<b>147.938.000</b>

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0820

Überleitungsrechnung Bereichshaushalt (Produkte)		Tsd. EUR	Einnahmen (0-3)					Ausgaben (4-9)					HH- Abgl.
			0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	
+	Verwaltungserträge	-5.490	-5.490										0
+	Erträge aus Erstattungen	-64.881		-64.881									0
+/-	Bestandsveränderungen	0											0
+	sonstige betriebliche Erträge	0											0
=	<b>Erträge</b>	-70.371											0
-	Aufwendungen für Dienstbezüge von Beamten, Angestellten und Arbeitern	154.976					154.976						0
-	Versorgung, Beihilfe, ATZ-Kosten	6.909											6.909
-	sonstige Personalaufwendungen	1.411					1.411						0
=	<b>Personalaufwendungen</b>	163.296											
-	Büro- und Verwaltungsaufwendungen, Aus- und Weiterbildung	7.048						7.048					0
-	Aufwendungen Kommunikation und Reisen												
-	Aufwendungen für Mieten, Material sowie für Betriebs- und Instandhaltung	26.643						26.643					0
-	Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter	18.998						18.998					0
-	Erstattungen u. sonstige Aufwendungen	2.324							2.324				0
-	Abschreibungen	0											
=	<b>Sachaufwendungen</b>	55.013											
=	<b>Aufwendungen</b>	218.309											
=	<b>Ergebnis nach eigenen Erträgen</b>	147.938											
+	Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt	-147.938											
=	<b>Ergebnis nach Landeszuschuss</b>												
+	Erträge aus Beteiligungen, Zinsen und ähnlichen Erträgen												
+	Aufwendungen aus Zinsen und ähnlichen Aufwendungen												
=	<b>Finanzergebnis</b>												
+	außerordentliche Erträge												
-	außerordentliche Aufwendungen												
+/-	Haushaltsausgleich												
=	<b>außerordentliches Ergebnis</b>												
=	<b>neutrales Ergebnis</b>												
=	<b>Gesamtergebnis</b>												
-	Investitionen der Hauptgruppe 5												
-	Investitionen der Hauptgruppe 8	3.813								3.813			
=	<b>Einnahmen und Ausgaben des Budgets</b>		-5.490	-64.881			156.387	52.689	2.324		3.813	6.909	
+/-	Einnahmen und Ausgaben außerhalb des Budgets	48.086		-4.826	-66.231					31.247	87.896		
=	<b>Kapitalsumme</b>		-5.490	-69.707	-66.231		156.387	52.689	2.324	31.247	91.709	6.909	

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0820**

**Erläuterungen zu Titeln, Produkten und Bewirtschaftungsregeln**

Zu HGr. 4

**Beschäftigungsvolumen (in VZE):**

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
2.367,95	2.253,88	1.031,58

Zugänge:

-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
--138 Stellenzugänge von Kapitel 03 05	127,10
--1 Stellenzugang von Kapitel 03 05	0,92
--5 Stellenzugänge von Kapitel 08 01*) (vorher Kapitel 03 05)	4,61
--Stellenzugänge von Kapitel 08 31*)	66,00
-Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	0,00
-Sonstige Veränderungen	0,00
Summe Zugänge	198,63

Abgänge:

-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
--Stellenabgänge	35,00
--10 Stellenabgänge nach Kapitel 03 05	9,21
-Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	0,00
-Sonstige Veränderungen	0,00
-Reduzierung wg. 5-telregelung gem ZV II	40,35
Summe Abgänge	84,56

Bleibt Zugang: 114,07

\*) Die Planstelleninhaber werden an die Niedersachsen Ports GmbH & Co. KG (NPorts) zugewiesen. Die Planstellen dieser Beamten erhöhen das Beschäftigungsvolumen, aber nicht das Personalkostenbudget, da die Personalkosten von der NPorts erstattet werden.

**Zu 119 11**

Ersatzleistungen Dritter für die Beschädigung von Straßenanlagen und Abgeltung von Unterhaltungskosten (Ablösungsbeträge, Unterhaltung von Straßen fremder Baulasträger und militärische Brückenbeschilderung).

Mehr wegen Anpassung an das Ist-Ergebnis..

**Zu 281 63**

Die Regionen Ostfriesland, Emsland und Grafschaft Bentheim beteiligen sich mit einem Beitrag in Höhe von 53,7 Mio. EUR, aufgeteilt auf die Jahre 2002 bis 2005, am Bau der A 31 (siehe auch Erläuterung zu AusgabeTgr. 63).

Haushaltsjahr	Beitrag der Region
2002	15 339 000 EUR
2003	17 639 000 EUR
2004	15 882 000 EUR
2005	4 826 000 EUR
<u>Zusammen 53 686 000 EUR</u>	

Zur Beschleunigung des Baus der A 31 hat die Region Emsland in den Jahren 2003 und 2004 erhöhte Zahlungen geleistet.

**Zu 331 62**

Der Bund gewährt dem Land aus dem Mehraufkommen an Mineralölsteuer zweckgebundene Finanzhilfen für den kommunalen Straßenbau u. d. ÖPNV nach Maßgabe des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVfG), die das Land für Investitionen zur Förderung von kommunalen Straßenbauvorhaben u. d. ÖPNV-Vorhaben zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden verwenden muss. Die Zuwendungen werden über den Landeshaushalt geleistet und bei Titel 883 62 wieder verausgabt.



**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 427 10**

Die Höhe der bei diesem Titel unter anderem veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte, Richter und Angestellte des Landes richtet sich nach den aufgrund des RdErl. d. MF v. 25.3.1998 (Nds. MBl. S. 664), in der jeweils geltenden Fassung, erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 S. 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die Vergütungen von Prüfungstätigkeiten im Bereich der niedersächsischen Landesverwaltung richten sich nach den aufgrund des RdErl. d. MF v. 25.3.1998 (Nds. MBl. S. 666), in der jeweiligen Fassung, erlassenen Vorschriften. Von den nach dieser Regelung erlassenen Prüfungs- und Sitzungsvergütungen ist ein Teilbetrag von 25 v. H., höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, steuerfreie Aufwandsentschädigung i. S. d. § 3 Nr. 12 S. 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

**Zu 453 10**

	EUR
1. Trennungsgeld für Landesbedienstete	50.000
2. Umzugskostenvergütungen für Landesbedienstete	<u>38.000</u>
Zusammen	88.000

**Zu 514 10**

Die Ansatzreduzierung steht im Zusammenhang mit der Auflösung der bislang bei Kapitel 08 01 Titel 549 01 in Höhe von 1.135.000 EUR veranschlagten Globalen Minderausgabe für sächliche Verwaltungsausgaben.

**Zu 518 10**

Belastung (2005)

der Haus-halts-jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	45	–	45
2006	–	107	–	107
2007	–	107	–	107
2008	–	107	–	107
2009 ff.	–	384	–	384
Summe	–	750	–	750

**Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**  
**Kapitel 0820 Straßenbauverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
521 10-8	711	Betrieb, Wartung und Unterhaltung von Landesstraßen	—	7.117	10.457	-3.340	16.855
521 11-6	711	Beseitigung von Unfallschäden an Landesstraßen <i>Übertragbar. Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 11.</i>	—	3.340	—	+3.340	—
529 10-9	711	Zur Verfügung der Präsidentin / des Präsidenten der Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr	—	—	—	—	—
537 10-1	711	Dienstleistungen Dritter	10.500 10.500	18.946	20.381	-1.435	3.807
538 10-8	711	Dienstleistungen Dritter für Datenverarbeitung	—	52	52	—	86
547 10-7	711	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	306	306	—	8
671 10-0	711	Ausgaben für Zuweisungen, Zuschüsse und Erstattungen	140 140	2.174	2.151	+23	1.012
681 10-5	711	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	150	182	-32	141
812 10-2	711	Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	3.302	6.213	-2.911	81
883 10-7	711	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden für Maßnahmen nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz	250 —	511	—	+511	—
981 10-9	990	Abführung an 13 21 - 381 08	—	6.909	7.188	-279	—
982 01-6	990	Zahlungen an private Unternehmen der Tiefbauwirtschaft <i>*** Der MW ist berechtigt, Verpflichtungen bis zum Betrag von 40 Mio. EU einzugehen und entsprechende Zahlungen zu leisten. Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe bis spätestens zum Buchungsschluß des jeweiligen Haushaltsjahres zu vereinnahmen.</i>	—	—	—	—	—
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61</b>		<b>Investitionsbudget Landesstraßenbauplaffonds</b> <i>*** Abweichend von § 35 LHO fließen Beiträge Dritter sowie Rückeinnahmen aus Leistungen für Dritte, soweit sie auf investive Mittel entfallen, den Ausgaben der Titelgruppe zu. ***Bei diesen Maßnahmen entfällt die Vorlage der Unterlagen gemäß § 24 LHO.</i>	(11.500) (22.550)	(32.747)	(48.262)	(-15.515)	(3.998)
731 61-7	711	Baukosten	10.000 22.550	31.247	46.223	-14.976	3.967
821 61-6	711	Grunderwerb	—	—	2.039	-2.039	31
883 61-1	711	Zuweisungen an kommunale Baulastträger zum Bau von Straßen zur Entlastung von Ortsdurchfahrten	1.500 —	1.500	—	+1.500	—
<b>TGr. 62</b>		<b>Transferbudget GVFG</b>	(—)	(66.231)	(66.813)	(-582)	(78.649)
883 62-0	711	Zuweisungen für Investitionen an kommunale Baulastträger <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 331 62.</i>	—	66.231	66.813	-582	78.649
887 62-5	711	Zuweisungen an Zweckverbände	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 521 10**

Hieraus werden u. a. die Aufwendungen für Streckenwartung, Winterdienst, Reinigung und Pflege der Anlagen bestritten. Außerdem werden Schlaglöcher beseitigt, örtlich begrenzte Oberflächenbehandlungen durchgeführt, kleinere Brückenausbesserungsarbeiten, Reparaturen einzelner Verkehrszeichen und kleinere Ersatzpflanzungen u. ä. vorgenommen.

Veranschlagt sind außerdem die Aufwendungen des vom MW initiierten Pilotversuchs zur Übertragung von Aufgaben der Straßenmeistereien auf Dritte.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	—	3.093	—	3.093
2006	—	3.093	—	3.093
2007	—	2.141	—	2.141
2008	—	—	—	—
2009 ff.	—	—	—	—
Summe	—	8.327	—	8.327

**Zu 521 11**

Hieraus werden die Aufwendungen der Beseitigung von Unfallschäden, verursacht durch Dritte, bestritten. Die Ersatzleistungen der Schädiger werden bei dem korrespondierenden Einnahmetitel 119 11 vereinnahmt.

**Zu 529 10**

Die Mittel sind bei Kap. 13 02 Titel 529 14 veranschlagt.

**Zu 537 10**

Ausgaben für Ingenieur- und Vermessungsbüros für Vorhaben an Landes- und Bundesstraßen, Bundesautobahnen sowie Radwegen in der Baulast des Landes.

Weniger infolge Umsetzung der Einsparverpflichtung zur Konsolidierung des Landeshaushalts.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	—	10.500	—	10.500
2006	—	—	10.500	10.500
2007	—	—	—	—
2008	—	—	—	—
2009 ff.	—	—	—	—
Summe	—	10.500	10.500	21.000

**Zu 671 10**

Erstattung von Lohnkosten an den Bund für zur Bauaufsicht an Bundesstraßen eingesetzte Bundesstraßenwärter und an die Landkreise für zur Bauaufsicht an Bundesstraßen eingesetzte Kreisstraßenwärter.

Verwaltungskosten an Gemeinden für Um- und Ausbaumaßnahmen an Bundesstraßen in Ortsdurchfahrten aufgrund von UA-Vereinbarungen.

Verwaltungskosten an die Deutsche Bahn AG und nichtbundeseigene Eisenbahnen für Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen im Zusammenhang mit Bundesstraßen und an die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes.

Erstattung von Kostenanteilen des Landes an den Bund bei

**Noch zu 671 10**

Projekten zur Erfassung und Auswertung von Daten im Straßenwesen.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	—	140	—	140
2006	—	—	140	140
2007	—	—	—	—
2008	—	—	—	—
2009 ff.	—	—	—	—
Summe	—	140	140	280

**Zu 681 10**

Ersatzleistungen für Folgeschäden aus Anlass der Straßenunterhaltung und Bauvorbereitung.

Abgeltung von Ansprüchen aus Straßenunfällen, für die das Land aufgrund seiner Verkehrssicherungspflicht haften muss.

Schadenersatzleistungen ab einem Betrag von 5.000,-- EUR im Einzelfall aus Anlass von Verkehrsunfällen, an denen Kraftfahrzeuge des Straßenbauverwaltung beteiligt waren.

**Zu 812 10**

Vorgesehen ist die Ersatzbeschaffung von Dienst-, Nutz- und Sonderfahrzeugen für den Einsatz beim Nds. Landesamt für Straßenbau sowie bei den Meistereien. Ebenfalls veranschlagt sind die Kosten der Ersatzbeschaffung der bei den Meistereien für die Unterhaltung des zu betreuenden Straßennetzes eingesetzten Straßenbaugeräte.

Veranschlagt sind außerdem die Kosten der Ersatzbeschaffung von Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Büro- und Fachgeräten mit einem Wert von über 5.000,-- EUR im Einzelfall. Weniger infolge Umsetzung der Einsparverpflichtung zur Konsolidierung des Landeshaushalts.

**Zu 883 10**

Kosten des Landes für Maßnahmen an Bahnübergängen nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz und für Zuweisungen an Gemeinden für Investitionen nach § 17 Eisenbahnkreuzungsgesetz

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	—	—	—	—
2006	—	—	250	250
2007	—	—	—	—
2008	—	—	—	—
2009 ff.	—	—	—	—
Summe	—	—	250	250

**Zu 982 01**

Die Ermächtigung, in begrenztem Umfang Zahlungen an private Unternehmen der Tiefbauwirtschaft zu gewähren, dient der Sicherung eines kontinuierlichen Baufortschritts beim Bundesfernstraßenbau. Ein Leertitel ist ausreichend, weil die Zahlungen vor dem Rechnungsabschluss zurückgezahlt bzw. erstattet werden.

**Zu Titelgruppe 61**

Die Titelgruppe 61 enthält Aufwendungen für Baumaßnahmen an Landesstraßen, die über eine reine Instandhaltung (Maßnahmen kleineren Umfangs, z. B.: Verfüllen von Schlaglöchern, Fugenverguss, Flickarbeiten etc.) hinausgehen.

Die veranschlagten Mittel werden ausschliesslich durch öffentliche Aufträge an die Wirtschaft vergeben und in folgenden Investitionsbereichen eingesetzt:



**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Titelgruppe 61**

1. Erhaltung (Instandsetzung und Erneuerung) der Straßen auf freier Strecke und der Bauwerke (Brücken, Durchlässe, Stütz- und Lärmschutzwände).
2. Neuanlage und Erhaltung der Straßenausstattung (Lichtsignalanlagen, Schutzplanken, Markierung, Beschilderung etc.).
3. Um- und Ausbau (Kapazitätserweiterung und/oder Umgestaltung des Straßenraumes; Um- und Ausbau von Ortsdurchfahrten, Knotenpunkten, Entschärfung von Kurven. Diese Maßnahmen erfolgen auf eigene Veranlassung und/oder Veranlassung Dritter (Kommunen, Landkreise, andere Verkehrsträger etc.). Erhaltung (Instandsetzung und Erneuerung) der Straßen innerhalb der Ortsdurchfahrten; Beseitigung von Unfallhäufungs- oder Gefahrenstellen.
4. Bau von Radwegen
5. Grunderwerb (für den Bau von Radwegen und Um-/Ausbau)
6. Zuschüsse des Landes für den Bau „Kommunaler Entlastungsstraßen“
7. Neubau von Landesstraßen (findet aufgrund der angespannten Haushaltsmittelsituation de facto derzeit nicht statt).

Weniger infolge Umsetzung der Einsparverpflichtung zur Konsolidierung des Landeshaushalts.

**Zu 731 61**

Investitionsmittel für die im Rahmen der Titelgruppe finanzierten Maßnahmen.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	22.550	–	22.550
2006	–	–	10.000	10.000
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	22.550	10.000	32.550

**Zu 883 61**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	–	–	–
2006	–	–	1.500	1.500
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	–	1.500	1.500

**Zu Titelgruppe 62**

Vgl. Erläuterungen zu Titel 331 62.

**Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**  
**Kapitel 0820 Straßenbauverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004	2004	2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
<b>TGr. 63</b>		<b>Bau der Emsland-Autobahn A 31 (Lückenschluss)</b> <i>*** Ausgaben, die über 15,339 Mio. EUR hinausgehen, dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 281 63.</i>	(–)	(20.165)	(25.565)	(–5.400)	(27.865)
881 63-5	711	Zuweisungen an den Bund	–	20.165	25.565	–5.400	27.865
883 63-8	711	Zuweisungen an Gemeinden	–	–	–	–	–
		<b>Abschluss Kapitel 0820</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		5.490	5.106	+384	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		69.707	77.118	–7.411	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		66.231	66.813	–582	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		141.428	149.037	–7.609	
		4 Personalausgaben	–	156.387	149.066	+7.321	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	10.500	52.689	54.728	–2.039	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	140	2.324	2.333	–9	
		7 Baumaßnahmen	10.000	31.247	46.223	–14.976	
			22.550				
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	1.750	91.709	100.630	–8.921	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	–	6.909	7.188	–279	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	22.390	341.265	360.168	–18.903	
			33.190				
		<b>Zuschuss</b>		199.837	211.131	–11.294	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Titelgruppe 63**

Der Bau der A 31 (Lückenschluss von Wietmarschen bis zur Landesgrenze Niedersachsen/Nordrhein-Westfalen) wird nach Maßgabe eines zwischen Bund und Land abgeschlossenen Vertrages vom 12. und 19. 12. 2000 gemeinsam finanziert. Der Mitfinanzierungsanteil des Landes an den Gesamtkosten in Höhe von 214,743 Mio. EUR beträgt 115,042 Mio. EUR. Von diesem Interessenbeitrag lässt sich das Land 53,686 Mio. EUR von der Region Emsland nach Maßgabe des Vertrages vom 19. 3. 2001 zwischen Land und Region erstatten. Aufgrund des zügigen Baufortschritts konnte die A 31 bereits bis zum Ende des Haushaltsjahres 2004 fertiggestellt und dem Verkehr übergeben werden.

Vgl. Erläuterungen zu Titel 281 63.

**Zu 881 63**

Zum Abschluss des Mitfinanzierungsvertrages war eine Verpflichtungsermächtigung erforderlich. Sie deckt die Ermächtigung des Landes zur Mitfinanzierung der anteiligen Bau- und Grunderwerbskosten ab.

**Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**  
**Kapitel 0830 Häfen- und Schifffahrtsverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-9	712	Vermischte Einnahmen		–	–	–	88
121 62-5	712	Ablieferung der Niedersachsen Ports GmbH & Co. KG		1.000	–	+1.000	–
124 01-2	731	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		–	–	–	4
359 72-9	950	Zuführung der Bauleitungsmittel für landeseigene Hafenausbaumaßnahmen <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 72.</i>		–	1.790	-1.790	551
359 82-6	950	Zuführung für die Durchführung von Vorplanungsarbeiten zum Ausbau der Häfen <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 82.</i>		–	–	–	328
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61</b>		<b>Bau eines Tiefwasserhafens in Wilhelmshaven</b>		(2.050)	(2.000)	(+50)	(–)
331 61-1	731	Zuweisungen vom Bund		2.050	–	+2.050	–
332 61-8	731	Zuweisungen von Ländern		–	–	–	–
342 61-3	731	Sonstige Zuschüsse		–	2.000	-2.000	–
		Summe für inzwischen weggefallene Titel			28	-28	
<b>AUSGABEN</b>							
427 10-4	712	Vergütungen für Praktikanten während des Praxissemesters an Fachhochschulen	–	8	8	–	–
517 01-4	712	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	–	–	–	–	0
682 10-4	731	Verlustausgleich im allgemeinen Hafenumschlag der Seefischmarkt und Hafenumschlag Cuxhaven GmbH	–	–	–	–	–
686 10-0	712	Beiträge und Zuschüsse an Vereine, Verbände und Gesellschaften	–	465	–	+465	–
741 10-0	731	Maßnahmen gegen die Verschlickung im Fedderwarder Priel/Siel	–	–	–	–	–
881 10-7	731	Zuweisungen an den Bund zum Ausbau des Mittellandkanals	–	8.283	8.283	–	8.282
883 10-0	731	Zuweisungen an kommunale Baulastträger zur Instandsetzung und zum Ausbau nichtlandeseigener Hafenanlagen <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 883 10 und 892 10.</i>	–	–	1.023	-1.023	–
892 10-9	731	Zuweisungen an private Baulastträger zur Instandsetzung und zum Ausbau nichtlandeseigener Hafenanlagen <i>Vgl. D-Vermerk zu 883 10.</i>	–	–	–	–	2.201
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61</b>		<b>Bau eines Tiefwasserhafens in Wilhelmshaven</b> <i>Übertragbar.</i> <i>*** Ist-Einnahmen der Titel 331 61, 332 61 und 342 61 werden auf den Haushaltsansatz angerechnet.</i>	(–) (354.730)	(19.690)	(13.090)	(+6.600)	(4.592)
429 61-1	731	Nicht aufteilbare Personalausgaben	–	–	–	–	–
			354.730				
526 61-7	731	Gutachten	–	–	–	–	46

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 121 62**

Veranschlagt sind Ablieferungen der Niedersachsen Ports GmbH & Co. KG (NPorts). Die Zuschüsse an die NPorts sind in der Ausgabeteilgruppe 62 veranschlagt.

**Zu Titelgruppe 61**

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabeteilgruppe 61.

**Zu 427 10**

Wegen der Einführung von Praxissemestern für Studentinnen und Studenten der Fachhochschulen sind Vergütungen in Höhe von 8.000 EUR bereitzustellen.

**Zu 686 10**

Die Beiträge und Zuschüsse werden verteilt an die Gesellschaft „Seaports of Niedersachsen (SoN)“ sowie an das Short Sea Shipping Promotion Center.

Dieser Titel war bis 2004 im Kapitel 08 31 veranschlagt.

**Zu 881 10**

Im Rahmen des Programms der Bundesregierung für den Ausbau der Binnenwasserstraßen für die Wasserstraßenklasse IV wird auch der Mittellandkanal zwischen Bergeshövede und der Landesgrenze zu Sachsen-Anhalt (Rühen) ausgebaut. In Anbetracht der Bedeutung dieser Wasserstraße für die Wirtschaft im nordwestdeutschen Raum ist durch Regierungsabkommen vereinbart worden, dass Niedersachsen zusammen mit Hamburg, Bremen und Nordrhein-Westfalen das sog. Länderdrittel zu den Gesamtkosten des Ausbaues von 2 796 Mio. EUR aufbringt. Die Bauausführung obliegt der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes. Nach den Regierungsabkommen sind die Vertragspartner verpflichtet, ihnen gehörige für den Bau unmittelbar beanspruchte Grundstücke unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Der Landeszuschuss beträgt nach dem

Preisstand 1997	389.022.052 EUR
1. Rate 1966 bis 39. Rate 2004	293.372.546 EUR
Vorbehalten	95.649.506 EUR

**Zu 883 10**

Zuweisungen an kommunale Baulastträger zum notwendigen Ausbau ihrer Hafenanlagen, soweit die eigenen finanziellen Mittel hierfür nicht ausreichen.

**Zu 892 10**

Zuweisungen an private Baulastträger zum notwendigen Ausbau der Hafenanlagen, soweit es sich um überwiegend öffentlichen Umschlag handelt und die eigenen finanziellen Mittel hierfür nicht ausreichen.

**Zu Titelgruppe 61**

Die Bundesländer Niedersachsen und Bremen haben im Rahmen einer gemeinsamen Kabinettsitzung am 04.06.2002 bekräftigt, dass sie den Tiefwasserhafen Wilhelmshaven als wichtiges Infrastrukturprojekt nachhaltig fördern und bis 2009/2010 realisieren.

Die zur Finanzierung notwendigen Haushaltsmittel sind bei TGr. 61 in den Haushalt 2004 sowie in die Mittelfristige Finanzplanung bis 2008 aufgenommen worden.

**Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**  
**Kapitel 0830 Häfen- und Schifffahrtsverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
547 61-4	731	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	800	1.500	-700	4.045
741 61-5	731	Baukosten	—	5.500	9.740	-4.240	—
821 61-9	731	Grunderwerb	—	—	—	—	—
831 61-4	731	Kapitalzuführung an die JadeWeserPort Realisierungsgesellschaft	—	13.390	1.850	+11.540	501
<b>TGr. 62</b>		<b>Niedersachsen Ports GmbH &amp; Co. KG</b>	(—)	(20.328)	(—)	(+20.328)	(—)
686 62-2	712	Betriebskostenzuschüsse	—	17.390	—	+17.390	—
891 62-5	731	Zuschüsse für Investitionen	—	2.938	—	+2.938	—
<b>TGr. 72</b>		<b>Bauleitungskosten für die Durchführung von Hafenausbaumaßnahmen</b> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 359 72.</i>	(—)	(—)	(1.790)	(-1.790)	(550)
427 72-4	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	1.688	-1.688	471
547 72-0	960	Nicht aufteilbarer Sachaufwand	—	—	102	-102	79
<b>TGr. 82</b>		<b>Durchführung von Vorplanungsarbeiten zum Ausbau der Häfen</b> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 359 82.</i>	(—)	(—)	(—)	(—)	(328)
427 82-1	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	72
547 82-7	960	Nicht aufteilbarer Sachaufwand	—	—	—	—	256
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—	—	28	-28	—
		<b>Abschluss Kapitel 0830</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		1.000	—	+1.000	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		2.050	3.818	-1.768	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		3.050	3.818	-768	
		4 Personalausgaben	—	8	1.721	-1.713	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	354.730	800	1.605	-805	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	17.855	—	+17.855	
		7 Baumaßnahmen	—	5.500	9.740	-4.240	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	24.611	11.156	+13.455	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	48.774	24.222	+24.552	
		<b>Zuschuss</b>	354.730	45.724	20.404	+25.320	

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 547 61**

Personal- und Sachkosten für die JadeWeserPort Realisierungs GmbH  
Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	—	800	—	800
2006	—	800	—	800
2007	—	800	—	800
2008	—	800	—	800
2009 ff.	—	—	—	—
Summe	—	3.200	—	3.200

**Zu 741 61**

Veranschlagt sind Haushaltsmittel für die Planfeststellung, die Konzessionsvergabe und den Bau des Tiefwasserhafens Wilhelmshaven.  
Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	—	5.500	—	5.500
2006	—	124.000	—	124.000
2007	—	59.500	—	59.500
2008	—	77.800	—	77.800
2009 ff.	—	—	—	—
Summe	—	266.800	—	266.800

**Zu 831 61**

Zuführung in die Kapitalrücklage der JadeWeserPort Realisierungs GmbH.  
Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	—	13.390	—	13.390
2006	—	28.050	—	28.050
2007	—	690	—	690
2008	—	—	—	—
2009 ff.	—	—	—	—
Summe	—	42.130	—	42.130

**Zu Titelgruppe 62**

Die Niedersächsische Landesregierung hat am 20.09.2004 die Gründung der Niedersachsen Ports GmbH & Co. KG (NPorts) zum 01.01.2005 beschlossen.

Das Land ist alleiniger Kommanditist der KG. Die Seefischmarkt- und Hafenumschlag Cuxhaven GmbH (SHC), deren Anteile vollständig vom Land gehalten werden, ist Komplementärin der Kommanditgesellschaft.

Durch die Gründung der NPorts soll erreicht werden, dass Dienstleistungen für die Hafenwirtschaft und andere maritime Wirtschaftsbereiche künftig effektiver und effizienter wahrgenommen werden können.

Die Zentrale der neuen Hafengesellschaft bekommt ihren Sitz in Oldenburg. An den Standorten Emden, Norden, Wilhelmshaven, Brake und Cuxhaven werden Niederlassungen gegründet. Die SHC GmbH behält ihren Sitz in Cuxhaven.

Die Angestellten, Arbeiter und Auszubildenden wurden zum 01.01.2005 in die NPorts übergeleitet; die NPorts tritt in die

**Noch zu Titelgruppe 62**

Arbeits- und Ausbildungsverträge ein. Deshalb entfällt der Nachweis der Stellen für Angestellte, Arbeiter und Auszubildende im Haushaltsplan. Von diesen Stellen-/Personalabgängen werden 4 auf die ZV II angerechnet.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Niedersachsen Ports GmbH & Co. KG.

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
<b>Ausgaben</b>	54.691	---	---
<b>Einnahmen</b>	33.636	---	---
<b>Fehlbetrag</b>	21.055	---	---

	2005 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	

- a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers —
  - b) das Land - MW.- mit 20.328
  - c) das Land - ML - mit 727
  - d) den Bund mit —
  - e) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit —
  - f) Private —
- Zusammen 21.055

**Zu 686 62**

Der Zuschuss zu den Betriebskosten wird im Wesentlichen zur Leistung der nachfolgend genannten Aufgaben benötigt:

- Regelmäßige Aufgaben im Hafenbetrieb und Hafenaufgaben (Kernaufgaben)

Die Hafengesellschaft erbringt Dienstleistungen für die Hafenwirtschaft und andere maritime Wirtschaftsbereiche. Zu den wesentlichen Kernaufgaben gehören Planung, Ausbau, Unterhaltung und Betrieb der Häfen.

- Besondere Geschäftsfelder (Daseinsvorsorge)

Die besonderen Geschäftsfelder beinhalten Aufgaben, die nicht unmittelbar zum Hafenkerngeschäft gehören und deren Erfüllung in der Regel unwirtschaftlich ist. Sie werden jedoch wahrgenommen, da dieses aus übergeordneten Gesichtspunkten für notwendig erachtet wird.

- Hoheitsaufgaben

Die Aufgaben im hoheitlichen Bereich werden im Wege der Beileihung von der Gesellschaft wahrgenommen.

**Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**  
**Kapitel 0891 Fachaufgaben der Regierungsvertretungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004 1000 EUR	Ansatz 2005 1000 EUR	Ansatz 2004 1000 EUR	+ = mehr - = weniger 1000 EUR	Ist 2003 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
<b>A U S G A B E N</b>							
422 01-3	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	1.143	—	+1.143	—
422 19-6	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-2	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	—
427 01-5	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
<b><u>Abschluss Kapitel 0891</u></b>							
		4 Personalausgaben	—	1.143	—	+1.143	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	1.143	—	+1.143	
		<b>Zuschuss</b>		1.143		+1.143	

**ERLÄUTERUNGEN**

**Allgemeine Erläuterung zu Kapitel 08 91**

Durch Beschluss der Landesregierung vom 07.09.2004 werden mit Wirkung vom 01.01.2005 vier Regierungsvertretungen als Referate des MI eingerichtet, in denen Aufgaben des MI und anderer Ministerien wahrgenommen werden.

In folgenden Aufgabenfeldern werden Aufgaben aus dem Geschäftsbereich des MW den Regierungsvertretungen zugeordnet: Unterstützung der regionalen Entwicklung (Tourismus incl. Anerkennung Kurorte, Strukturpolitische Themen incl. regionale Arbeitskreise, Moderation und Begleitung Infrastrukturprojekte); Verwaltungsaufgaben mit regionalem Bezug (Schwarzarbeit, Versicherungsaufsicht, AußenwirtschaftsVO, Außenwirtschaft (Bußgeld), Öffentl. Auftragswesen, Preis u. Kostenprüfung und Vergabekammern); Service- und Unterstützungsaufgaben (ESF-Prüfdienst).

Die im Zuge der Auflösung der Bezirksregierungen auf die Ministerien zu verlagernden Aufgaben werden in den Regierungsvertretungen regional dezentral oder zentral wahrgenommen.

Entsprechende Stellen- und Mittelumsetzungen (Personalkosten) sind von Kapitel 03 05 und 05 40 nach Kapitel 08 91 vorgenommen worden.

Aus verfahrensökonomischen Gründen und um eine einfache und zweckmäßige Mittelbewirtschaftung zu ermöglichen, sind die stellenbezogenen Sachmittel für die Stellen der jeweils fachlich zuständigen Ministerien im Kapitel 03 03 „Ministerium für Inneres und Sport (Regierungsvertretungen)“ mit veranschlagt.

**Zu 422 01, 422 19 und 425 01**

Für das Kapitel 08 91 ist mit Wirkung vom 1.1.2005 die Personalkostenbudgetierung eingeführt worden.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
24,16	-	-

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
1.143	-	-

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich	
-25 Stellenumsetzungen von Kapitel 08 01 (vorher Kapitel 03 05)	22,99
- 1 Stellenumsetzung von Kapitel 08 20 (vorher Kapitel 03 05)	0,92
- 2 Stellenumsetzungen von Kapitel 05 40	2,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	<u>25,91</u>

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen (Reduzierung wegen 5-telregelung gem. ZV II)	1,75
Summe Abgänge	<u>1,75</u>

Bleibt Zugang 24,16

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
		<b>Gesamtabschluss Einzelplan 08</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		399.213	442.228	-43.015	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		796.399	721.040	+75.359	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		237.367	310.355	-72.988	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		1.432.979	1.473.623	-40.644	
		4 Personalausgaben	—	188.432	209.860	-21.428	
			354.730				
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	261.654	335.192	367.544	-32.352	
			391.423				
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	37.045	426.007	358.320	+67.687	
			116.913				
		7 Baumaßnahmen	10.000	36.747	62.392	-25.645	
			34.550				
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	341.647	443.668	554.395	-110.727	
			168.500				
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	-7.284	1.135	-8.419	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	650.346	1.422.762	1.553.646	-130.884	
			1.066.116				
		<b>Zuschuss</b>			80.023		
		<b>Überschuss</b>		10.217		+90.240	
		Summe für inzwischen weggefallene Kapitel					
		Einnahmen			32.086	-32.086	
		Ausgaben	12.000		75.641	-75.641	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---



## Nachweisung

über die der alleinigen Verfügung des Landes unterliegenden Sondervermögen, die zu solchen Zwecken bestimmt sind, für die auch allgemeine Landesmittel verwendet werden (§ 26 LHO).

## Wirtschaftsförderfonds

### Niedersachsen

Das Sondervermögen ist auf Grund des § 1 des Gesetzes „Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen“ vom 8.11.1977 (Nds. GVBl. 1977, S. 589) gebildet worden.

Verpflichtungen zu Lasten des Fonds dürfen im Rahmen des Gesetzes und der parlamentarischen Ermächtigungen zum jährlichen Wirtschaftsplan des Fonds eingegangen werden.

Ausgaben dürfen in Höhe der dem Fonds aus eigenen Einnahmen oder Zuführungen aus dem Landeshaushalt zur Verfügung stehenden Mitteln geleistet werden.

Soweit die in den Vorjahren ausgebrachten Kreditermächtigungen nicht in Anspruch genommen wurden, bleiben sie in der Höhe weiter bestehen, wie sie zur Erfüllung von in den Wirtschaftsplänen der Vorjahre veranschlagten, aber nicht getätigten Ausgaben, die als Ausgabereste nach § 45 LHO in das nächste Hj. zu übertragen sind, benötigt werden.

Die Kreditermächtigungen dürfen nur mit Zustimmung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Landtags in Anspruch genommen werden.

**Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**  
**Kapitel 5081 Wirtschaftsförderfonds**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-6		Vermischte Einnahmen		–	–	–	0
359 10-6		Zuführung aus dem Landeshaushalt zur Finanzierung von Investitionen		34.723	43.170	-8.447	46.263
359 11-4		Sonstige Zuführungen aus dem Landeshaushalt		2.374	–	+2.374	–
361 01-1		Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre		–	–	–	-86.713
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 65</b>		<b>Einnahmen aus dem Bereich der Innovationsförderung</b> <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.</i>		(1.028)	(1.260)	(-232)	(1.299)
119 65-2		Vermischte Einnahmen		350	150	+200	279
124 65-6		Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung		36	26	+10	32
162 65-5		Zinseinnahmen von privaten Unternehmen und Sonstigen		133	351	-218	141
182 65-6		Darlehensrückflüsse von privaten Unternehmen und Sonstigen		509	733	-224	317
331 65-1		Zuweisungen des Bundes		–	–	–	105
359 65-3		Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB		–	–	–	425
<b>TGr. 68</b>		<b>Einnahmen aus dem Bereich der Verbesserung der Wirtschaftskraft und -struktur; Investitions- und Förderbank Niedersachsen GmbH (NBank)</b> <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68.</i>		(2.003)	(100)	(+1.903)	(52.109)
119 68-7		Vermischte Einnahmen		10	50	-40	10
133 68-0		Erlös aus der Veräußerung von Fördervermögen an die NORD/LB		–	–	–	52.085
153 68-0		Zinseinnahmen von Gemeinden (GV)		120	–	+120	–
161 68-3		Zinseinnahmen von öffentlichen Unternehmen		70	–	+70	–
162 68-0		Zinseinnahmen von privaten Unternehmen und Sonstigen		10	50	-40	4
173 68-1		Darlehensrückflüsse von Gemeinden (GV)		1.165	–	+1.165	–
181 68-4		Darlehensrückflüsse von öffentlichen Unternehmen		555	–	+555	–
182 68-0		Darlehensrückflüsse von privaten Unternehmen und Sonstigen		–	–	–	–
359 68-8		Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB		–	–	–	9
381 68-3		Verrechnung mit 0202-919 82, 0302-919 01, 0702-919 67 und 5084-981 85		73	–	+73	–
<b>TGr. 70</b>		<b>Einnahmen aus dem Bereich der Wirtschaftswerbung</b> <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 70.</i>		(–)	(–)	(–)	(–)
119 70-9		Vermischte Einnahmen <i>*** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.</i>		–	–	–	–
<b>TGr. 72</b>		<b>Einnahmen aus dem Bereich der Mittelstandsförderung</b> <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 72.</i>		(182)	(200)	(-18)	(5.247)
119 72-5		Vermischte Einnahmen		50	50	–	320

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 5081**

Entsprechend dem "Gesetz über ein Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen" vom 08.11.1977, in der Fassung vom 16.10.1997, ist ein Wirtschaftsförderfonds Niedersachsen gegründet worden, dem ab 01.01.1978 jährlich mindestens 50 Mio. EUR aus Landeshaushaltsmitteln zuzuführen sind (§ 4 Abs. 1 FondsG).

Die Mittel sollen zur Verbesserung der Wirtschaftskraft und -struktur des Landes eingesetzt werden; so sollen u. a. Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsvorhaben, die Entwicklung und Anwendung neuer Technologien sowie Maßnahmen nach dem Gesetz zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen (Mittelstandsförderungsgesetz) gefördert werden.

Nach der zum 01. Januar 2004 erfolgten Geschäftsaufnahme der Investitions- und Förderbank Niedersachsen GmbH (NBank) als zentrales Förderinstitut des MW ist eine Entnahme aus dem auf die NORD/LB übertragenen Vermögen des Wirtschaftsförderfonds nicht mehr möglich. Die entsprechenden Einnahmetitel mit der Zweckbestimmung „Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB“ (359 ..) sind daher ab 2004 auf „Null“ gesetzt worden.

Gleichzeitig sind auch die Ausgabetitel mit der Zweckbestimmung „Darlehen an ...“ auf „Null“ gesetzt worden (85. ..., 86. ..). Darlehen für Fördermaßnahmen werden nicht mehr im Landeshaushalt veranschlagt. Die NBank refinanziert entsprechende Darlehen auf dem Kapitalmarkt und vergibt diese im eigenen Namen. MW stellt nach Maßgabe der jeweiligen Förderrichtlinien – soweit eine Zinssubventionierung erforderlich ist – Zinszuschüsse zur Verfügung.

Der vom MW bewirtschaftete Teil des Wirtschaftsförderfonds bestand seit 1990 aus den Kapiteln 50 81 (gewerblicher Bereich) und 50 83 (ökologischer Bereich). Ab Haushaltsjahr 2002 wurde der ökologische Bereich geteilt und das von MU bewirtschaftete Kapitel 50 84 (ökologischer Bereich – Energie -) neu eingerichtet.

Nachdem in den letzten Jahren die Zahl der Förderanträge und demzufolge auch der Förderungen aus Kapitel 50 83 erheblich zurückgegangen ist, wurde ab dem Haushaltsjahr 2004 eine Zusammenlegung der Kapitel 50 81 und 50 83 zu einem neuen Kapitel 50 81 vorgenommen. Die Zahl der Titelgruppen wurde in diesem Zusammenhang zunächst von 16 auf 10 reduziert. Nicht zuletzt wegen der stark reduzierten Ansätze wird die Zahl der Titelgruppen nunmehr auf 6 zurückgeführt.

Im Einzelnen ergeben sich gegenüber dem Hj. 2004 folgende Änderungen:

Die bisherigen TGn. 62 und 68 werden zur neuen TGn. 68 (Verbesserung der Wirtschaftskraft und -struktur; Investitions- und Förderbank Niedersachsen GmbH (NBank) zusammengefasst.

Die bisherigen TGn. 65 und 67 werden zur neuen TGn. 65 (Innovationsförderung) zusammengefasst.

Die bisherigen TGn. 71, 72 und 74 werden zur neuen TGn. 72 (Mittelstandsförderung) zusammengefasst.

**Zu 359 10**

Der Betrag steht im Landeshaushalt im Kapitel 08 02 Titel 884 10 bereit.

8,577 Mio. EUR weniger infolge Umsetzung der Einsparverpflichtung zur Konsolidierung des Landeshaushalts.

Bei allen Kürzungserfordernissen wurde der Bereich der Innovationsförderung (TGn. 65) nicht angetastet. Hier sind im Hj. 2005 insgesamt 23,8 Mio. EUR (= 59 % des Gesamtvolumens) für die einzelbetriebliche Förderung von FuE-Vorhaben, IuKW-Vorhaben, zur Förderung wirtschaftsnaher Forschungsinstitute usw. veranschlagt. Damit bleibt trotz der im Interesse einer Sanierung des Landeshaushalts unumgänglichen Kürzung gewährleistet, dass Zukunftstechnologien und die für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts entscheidende Forschung und Entwicklung weiterhin maßgeblich gefördert werden können. Auch die Unterstützung des von der NBank zur Förderung gewerblicher Investitionen (von KMU) bereit gestellten Niedersachsenkredits (Kreditvolumen 2004 voraussichtlich 200 Mio. EUR) ist gewährleistet.

**Noch zu 359 10**

Gekürzt wurde im Bereich der Wirtschaftswerbung, der Tourismusförderung und des Ausbaues der wirtschaftsnahen Infrastruktur. Die Kürzungen erscheinen in diesen Bereichen vertretbar, da hier in den letzten Jahren durch den verstärkten Einsatz von Ziel 2- und GA-Mitteln sowie zinsgünstigen Landesdarlehen erhebliche Fördermittel zur Verfügung gestellt wurden.

**Zu 359 11**

Veranschlagt sind die von 03 05 nach 08 02 - 634 10 verlagerten anteiligen Personal- und Sachkosten für Bedienstete, die der NBank zugewiesen sind. Diese Mittel sind dem Fonds zuzuführen, weil die Gesellschafterleistungen an die NBank aus 50 81 - 686 68 gezahlt werden.

**Zu 381 68**

Neuer Titel zur Vereinnahmung der anteiligen Gesellschafterleistungen der anderen Ressorts an die NBank.

1. MI	7.000 EUR
2. MK	66.000 EUR
3. StK (Leertitel)	0 EUR
4. MU (Leertitel)	0 EUR
<b>S u m m e :</b>	<b>73.000 EUR</b>

**Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**  
**Kapitel 5081 Wirtschaftsförderfonds**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
162 72-8		Zinseinnahmen von privaten Unternehmen und Sonstigen		24	150	-126	3
182 72-9		Darlehensrückflüsse von privaten Unternehmen und Sonstigen		108	—	+108	—
359 72-6		Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB		—	—	—	4.925
<b>TGr. 73</b>		<b>Einnahmen aus dem Bereich der Tourismusförderung</b> <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 73.</i>		(10)	(10)	(—)	(987)
119 73-3		Vermischte Einnahmen		10	10	—	19
359 73-4		Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB		—	—	—	969
		Summe für inzwischen weggefallene Titel			1.568	-1.568	
		<b>AUSGABEN</b>					
		<i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>					
919 10-1		Abführungen an den Landeshaushalt	—	—	—	—	15.946
972 10-0		Globale Minderausgabe	—	—	—	—	—
982 01-6		Übertrag des Bestandes in das Folgejahr	—	—	—	—	—
		<b>Titelgruppe(n)</b>					
<b>TGr. 65</b>		<b>Innovationsförderung</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 65.</i> <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: Ausgabetitelgruppe 65, Ausgabetitelgruppe 68, Ausgabetitelgruppe 72, Ausgabetitelgruppe 73 und Ausgabetitelgruppe 75.</i>	(19.000) (17.000)	(23.800)	(21.500)	(+2.300)	(26.634)
538 65-5		Dienstleistungen Außenstehender; Gutachten	— 17.000	800	1.800	-1.000	1.841
547 65-4		Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	0
631 65-5		Erstattungen von Verwaltungsausgaben an den Bund	—	—	—	—	—
683 65-5		Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	19.000 —	12.600	11.100	+1.500	8.392
686 65-4		Sonstige Zuschüsse	—	6.850	7.350	-500	5.799
831 65-4		Kapitalzuführung an die Innovationszentrum GmbH	—	—	—	—	—
861 65-0		Darlehen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	4.559
862 65-7		Darlehen an private Unternehmen	—	—	—	—	1.751
883 65-4		Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
891 65-7		Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	2.050
892 65-3		Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	3.550	1.250	+2.300	2.168
919 65-9		Abführung an andere Kapitel des Landeshaushalts	—	—	—	—	75

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Titelgruppe 65**

Rechtsgrundlage :

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen im Rahmen des „Niedersächsischen Innovationsförderprogramms „ (Gem. RdErl. des MW und des MU vom 28.04.2004, - 36 - 60.30 -, Nds. MBl. S. 415). Das Programm läuft bis zum 31.12.2008.

Zur Beschleunigung innovativer Entwicklungen und Prozesse sollen für Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft Anreize für Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten für neue Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen gegeben werden. Dabei soll die Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen auch im Verbund mit anderen Unternehmen intensiviert werden. Die Realisierung innovativer Vorhaben soll dazu beitragen, die Voraussetzungen für die Verbesserung der Marktchancen kleiner und mittlerer Unternehmen, insbesondere von Handwerksbetrieben, zu schaffen.

Ein Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik ist die Unterstützung innovativer Entwicklungen und Anwendungen von Informations- und Kommunikationstechnologien. Bei der Förderung von Inhalten, Software, Internet- und Netztechnologien stehen neben der Innovation vor allem die Marktfähigkeit und Schaffung von Arbeitsplätzen im Vordergrund.

Neben den o. a. Förderungen nach dem Innovationsförderprogramm stellt auch die Förderung wirtschaftsnaher Forschungsinstitute einen wesentlichen Bestandteil der niedersächsischen Technologieförderung dar.

Darüber hinaus sollen Projekte und Maßnahmen gefördert werden, die die zügige Umsetzung von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen in die wirtschaftliche Praxis forcieren. Zum Aufbau und zur Aufrechterhaltung eines hohen technologischen Standards und damit der Wettbewerbsfähigkeit der niedersächsischen Wirtschaft sind der Technologietransfer, die Technologieberatung und die Qualifizierung von Mitarbeitern in Unternehmen von besonderer Bedeutung.

Hierzu zählen Programme und Maßnahmen wie:

Personaltransfer

Rechtsgrundlage:

Richtlinie über die Förderung des Einsatzes von Absolventinnen und Absolventen der Hochschulen als Nachwuchskräfte für Führungs- und Innovationsaufgaben in kleinen und mittleren Unternehmen (Personaltransferrichtlinie), (RdErl. des MW vom 12.08.1999, - 36-60.25 -, Nds. MBl. S. 545, zuletzt geändert durch RdErl. vom 18.12.2003, Nds. MBl. 2004 S. 54).

Das Programm läuft bis zum 31.12.2006.

Patentverwertungsprogramm neu ab 01. Januar 2005 (in Vorbereitung)

NATI GmbH

Rechtsgrundlage: §§ 23, 44 LHO.

Bezeichnung: Agentur für Technologietransfer und Innovationsförderung.

Laufzeit: Die NATI GmbH soll bis zum Ende des 1. Quartals 2005 aufgelöst werden.

Nachfolge: Innovationszentrum Niedersachsen GmbH, die ihre Tätigkeit im Januar 2003 aufgenommen hat.

**Zu 538 65**

Es sind vorrangig Mittel für die Vergabe von Gutachten ausgebracht, die im Rahmen der Durchführung des Technologieprogrammes von externen Stellen erstellt werden.

Darüber hinaus beinhaltet dieser Titel Mittel für Dienstleistungen, die zur Begleitung von technologiepolitischen Landesinitiativen in Auftrag gegeben werden.

Insbesondere wird aus diesem Titel die Vergütung an die Innovationszentrum Niedersachsen GmbH gezahlt, die damit beauftragt ist, die Landesregierung bei der Strategiefindung und -definition zu unterstützen, technologie- und innovationspolitische Initiativen des Landes anzuregen und die Ressorts übergreifend zu beraten und zu unterstützen. Das Innovationszentrum ist zunächst bis zum 31.12.2005 mit der Aufgabenerledigung betraut worden.

**Zu 683 65**

Dieser Titel dient der Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben für innovative Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen von kleinen und mittleren Unternehmen in Niedersachsen. Förderschwerpunkte sind die Technologiefelder der

- Telematik,
- Brennstoffzellentechnologie,
- neuen Materialien,
- Mikrosystemtechnik,
- Biophotonik,
- IuK-Technik und
- Biotechnologie / Gentechnik.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	6.643	3.467	—	10.110
2006	2.650	11.989	7.361	22.000
2007	170	3.544	10.286	14.000
2008	—	—	1.353	1.353
2009 ff.	—	—	—	—
<b>Summe</b>	<b>9.463</b>	<b>19.000</b>	<b>19.000</b>	<b>47.463</b>

**Zu 686 65**

Aus diesem Titel werden Mittel für die Grundfinanzierung des Laserzentrums Hannover, des Deutschen Instituts für Kautschuktechnologie in Hannover sowie des Instituts für Integrierte Produktion Hannover gezahlt.

Einen weiteren Förderschwerpunkt soll auch künftig die Förderung des niedersächsischen Handwerks nach dem Innovationsförderprogramm bilden. Hierdurch soll die Innovationsfähigkeit des Handwerks und damit seine Wettbewerbsfähigkeit insgesamt verbessert werden.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Laserzentrums Hannover e. V..

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
<b>Ausgaben</b>	11.896	12.077	11.871
<b>Einnahmen</b>	10.388	10.032	10.491
<b>Fehlbetrag</b>	1.518	2.045	1.380

	2005 Tsd. EUR
--	------------------

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch

- |  |              |
|--|--------------|
| a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers                  | —            |
| b) das Land mit  | 1.518        |
| c) den Bund mit  | —            |
| d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit | —            |
| e) Private   | —            |
| <b>Zusammen</b>  | <b>1.518</b> |

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Deutschen Instituts für Kautschuktechnologie e. V., Hannover.

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
<b>Ausgaben</b>	4.696	4.560	4.064
<b>Einnahmen</b>	4.275	4.139	3.681
<b>Fehlbetrag</b>	421	421	383



**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu 686 65**

	2005 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
f) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	–
g) das Land mit	421
h) den Bund mit	–
i) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	–
j) Private	–
Zusammen	421

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben  
des Instituts für Integrierte Produktion gGmbH (ehemals CIM-  
Fabrik).

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
<b>Ausgaben</b>	3.008	2.921	2.262
<b>Einnahmen</b>	2.557	2.470	1.879
<b>Fehlbetrag</b>	451	451	410

	2005 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
k) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	–
l) das Land mit	451
m) den Bund mit	–
n) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	–
o) Private	–
Zusammen	451

**Zu 892 65**

Es sind Mittel vorrangig zur Vergabe von Zuschüssen für Projekte im Rahmen des Technologieprogramms ausgewiesen, die überwiegend investiven Charakter haben.

**Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**  
**Kapitel 5081 Wirtschaftsförderfonds**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004		
			2004	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
<b>TGr. 68</b>		<b>Verbesserung der Wirtschaftskraft und -struktur; Investitions- und Förderbank Niedersachsen GmbH (NBank)</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 68.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 65.</i>	(8.000) (3.500)	(10.347)	(6.128)	(+4.219)	(54.095)
538 68-0		Dienstleistungen Außenstehender; Gutachten	— 3.500	150	3.233	-3.083	—
547 68-9		Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	690	-690	1.168
633 68-2		Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	723
682 68-3		Zuschüsse zur Abdeckung von Verlusten der Investitions- und Förderbank Niedersachsen GmbH (NBank)	—	2.240	2.167	+73	—
683 68-0		Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	254
686 68-9		Gesellschafterleistungen an die Investitions- und Förderbank Niedersachsen GmbH (NBank) und sonstige Zuschüsse	8.000 —	7.957	38	+7.919	64
697 68-0		Vermögensübertragungen an Unternehmen	—	—	—	—	—
761 68-0		Sonstige Tiefbaumaßnahmen	—	—	—	—	784
831 68-9		Kapitalzuführung an die Investitions- und Förderbank Niedersachsen GmbH (N-Bank)	—	—	—	—	50.000
853 68-2		Darlehen für Infrastrukturmaßnahmen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
861 68-5		Darlehen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
862 68-1		Darlehen an private Betriebe der gewerblichen Wirtschaft	—	—	—	—	—
883 68-9		Zuweisungen für Infrastrukturmaßnahmen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	778
891 68-1		Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	49
892 68-8		Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	275
919 68-3		Abführung an andere Kapitel des Landeshaushalts	—	—	—	—	—
<b>TGr. 70</b>		<b>Wirtschaftswerbung</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 70.</i>	(500) (500)	(691)	(1.279)	(-588)	(1.058)
531 70-7		Veröffentlichungen	— 500	—	—	—	143
538 70-1		Dienstleistungen Außenstehender	500 —	450	823	-373	835
547 70-0		Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	241	456	-215	79

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Titelgruppe 68**

Nach der Geschäftsaufnahme zum 01. Januar 2004 hat MW der NBank umfangreiche Aufgaben der Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung durch Vereinbarung übertragen, die zuvor von anderen Bewilligungsbehörden (z. B. den Bezirksregierungen) wahrgenommen wurden.

**Zu 682 68**

Durch § 3 des Gesetzes zur Übertragung von Förderaufgaben auf die Investitions- und Förderbank Niedersachsen GmbH vom 23.01.2003 (Nds. GVBl. S. 21) wird das Land ermächtigt, zur Erhaltung des Stammkapitals die jeweiligen Verluste der NBank auszugleichen. Der Wirtschaftsplan 2004 der NBank weist einen Verlust von 2,240 Mio. EUR aus, der im Jahr 2005 ausgeglichen werden soll.

**Zu 686 68**

Die hier veranschlagten Mittel sind vorgesehen zur Finanzierung des/der

1. Niedersächsischen Instituts für Wirtschaftsforschung e. V. (NIW)	268.000 EUR
2. Gesellschafterleistungen an die NBank	7.689.000 EUR
<b>S u m m e :</b>	<b>7.957.000 EUR</b>

Das Land hat sich als Gesellschafter verpflichtet, an die NBank laufende Zahlungen zu leisten, um diese in die Lage zu versetzen, ihren satzungsmäßigen Aufgaben der Wirtschafts-, Investitions- und Beschäftigungsförderung durch Vergabe von Zuschüssen und Darlehen an begünstigte Empfänger und durch Unterstützung, Beratung, Information u. ä. zur Umsetzung spezifischer Förderprojekte im Interesse der Allgemeinheit nachkommen zu können. Die Zahlungen dienen der Vermeidung der in diesem Geschäftsfeld sonst auftretenden Verluste. Der MW-Anteil beträgt in 2005 voraussichtlich rund 7,7 Mio. EUR. Darüber hinaus ist auch eine Mitfinanzierung aus dem EFRE (Technische Hilfe) vorgesehen.

Daneben soll aus diesem Titel erstmalig die institutionelle Förderung des Niedersächsischen Instituts für Wirtschaftsforschung e. V. (NIW) erfolgen. Bis einschließlich zum Haushaltsjahr 2004 erfolgte die Veranschlagung in Kapitel 08 02 TGr. 64. Das NIW leistet wichtige Beiträge zur Wirtschafts- und Politikberatung in Niedersachsen und stärkt damit nachhaltig die Dienstleistungsinfrastruktur des Landes. So erbringt das NIW u. a. auch Forschungs- und Dienstleistungen für das MW (z. B. Herausgabe des Regionalberichts).

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Nieders. Instituts für Wirtschaftsforschung e. V. (NIW).

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
<b>Ausgaben</b>	1.150	1.070	1.080
<b>Einnahmen</b>	862	852	852
<b>Fehlbetrag</b>	288	218	228
			2005 Tsd. EUR

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch

f) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	–
g) das Land mit	268
h) den Bund mit	–
i) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	–
j) Private (Stiftung Nds. Wirtschaftsforschung)	20
<b>Zusammen</b>	<b>288</b>

**Noch zu 686 68**

**Belastung (2005)**

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	835	3.990	–	4.825
2006	205	1.793	6.100	8.098
2007	–	217	1.650	1.867
2008	–	–	250	250
2009 ff.	–	–	–	–
<b>Summe</b>	<b>1.040</b>	<b>6.000</b>	<b>8.000</b>	<b>15.040</b>

**Zu 538 70**

Aufwand für wirtschaftswerbende Maßnahmen.

**Belastung (2005)**

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	200	300	–	500
2006	–	200	300	500
2007	–	–	200	200
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
<b>Summe</b>	<b>200</b>	<b>500</b>	<b>500</b>	<b>1.200</b>

**Zu 547 70**

Sonstiger Sachaufwand aus Anlaß wirtschaftswerbender Maßnahmen, der dem Ministerium unmittelbar entsteht.

**Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**  
**Kapitel 5081 Wirtschaftsförderfonds**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>TGr. 72</b>		<b>Mittelstandsförderung</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 72.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 65.</i>	(7.000) (3.000)	(3.665)	(4.250)	(-585)	(7.101)
538 72-8		Dienstleistungen Außenstehender	— 3.000	100	1.023	-923	377
547 72-7		Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
683 72-8		Zuschüsse an private Unternehmen	1.000 —	1.870	—	+1.870	223
684 72-4		Beratungshilfen für Arbeitnehmerinitiativen	—	102	102	—	5
686 72-7		Zuschüsse an Organisationen der Wirtschaft und sonstige Zuschüsse	6.000 —	1.593	1.925	-332	2.364
862 72-0		Darlehen an private Unternehmen	—	—	—	—	4.132
892 72-6		Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	1.200	-1.200	—
919 72-1		Abführung an andere Kapitel des Landeshaushalts	—	—	—	—	—
<b>TGr. 73</b>		<b>Tourismusförderung</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 73.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 65.</i>	(2.500) (3.000)	(1.817)	(3.474)	(-1.657)	(3.081)
538 73-6		Dienstleistungen Außenstehender; Gutachten	2.500 3.000	1.617	770	+847	1.929
547 73-5		Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	51	-51	1
633 73-9		Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	256	-256	—
683 73-6		Zuschüsse an private Unternehmen	—	—	—	—	—
686 73-5		Zuschüsse an Fremdenverkehrsverbände und andere Organisationen und Sonstige	—	—	670	-670	309
853 73-9		Darlehen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
862 73-8		Darlehen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
883 73-5		Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	200	1.522	-1.322	815
891 73-8		Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	205	-205	28
893 73-0		Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
919 73-0		Abführung an andere Kapitel des Landeshaushalts	—	—	—	—	—
<b>TGr. 75</b>		<b>Kofinanzierung von EU-Programmen</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 65.</i>	(—)	(—)	(—)	(—)	(453)
538 75-2		Dienstleistungen Außenstehender; Gutachten	—	—	—	—	—
683 75-2		Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	—
686 75-1		Sonstige Zuschüsse	—	—	—	—	453
883 75-1		Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Titelgruppe 72**

Rechtsgrundlagen:

Gesetz zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen vom 30.04.1978 in der Fassung vom 28.05.1993 (Nds. GVBl. S. 132).

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der einzelbetrieblichen Unternehmensberatung kleiner und mittlerer Unternehmen und der Existenzgründungsberatung in Niedersachsen - Beratungsrichtlinie 2004 - (RdErl. des MW vom 23.12.2003 - 36- 60.28 -, Nds. MBl. 2004 S. 54).  
Das Programm läuft bis zum 31.12.2008.

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Messepräsentationen kleiner und mittlerer Unternehmen sowie Angehöriger Freier Berufe (RdErl. des MW vom 13.12.2001 - 36-60.24-, Nds. MBl. Nr. 2002 S. 32, geändert durch RdErl. d. MW vom 18.12.2003 - 36 -60.24 -, Nds. MBl. 2004 S. 14).  
Das Programm läuft bis zum 31.12.2006.

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen im Rahmen des Programms „Wirtschaft und Umwelt“ aus Mitteln des Wirtschaftsförderfonds (RdErl. des MW vom 11.12.2002, Nds. MBl. 2003 S. 146, geändert durch RdErl. des MW vom 18.12.2003 - 36-60.23-, Nds. MBl. 2004 S. 14).  
Das Programm läuft bis zum 31.12.2007.

Die Förderung hat im Interesse der Sicherung einer ausgewogenen Wirtschaftsstruktur des Landes den Zweck, die Leistungsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft zu erhalten und zu stärken, ins besondere Wettbewerbsnachteile auszugleichen und die rechtzeitige Anpassung an den wirtschaftlichen und technischen Wandel zu fördern.

Die Mittel sind insbesondere für folgende Maßnahmen im Sinne des o. a. Gesetzes sowie der o. a. Richtlinien veranschlagt:

1. Förderung der Unternehmensberatung und der Existenzgründungsberatung,
2. Beteiligungsinitiative niedersächsischer Unternehmen und Start-Ups (BONUS),
3. Förderung der Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen an Messen und Ausstellungen im Inland.
4. Außenhandelsförderung der mittelständischen niedersächsischen Wirtschaft u. a. bei Auslandsmessen und Exportberatung.

Gefördert werden Maßnahmen des Handwerks, des Handels, der Industrie, des Hotel- und Gaststättengewerbes und der freien Berufe, insbesondere solche der Selbstverwaltungsorganisationen.

Weiterhin sollen im Rahmen des Programms „Wirtschaft und Umwelt“ Zuwendungen für Investitionen kleiner und mittlerer Unternehmen zur Umstrukturierung durch Einführung produktionsintegrierter und produktbezogener Maßnahmen, die eine Stärkung der niedersächsischen Wirtschaft zur Folge haben und dem Umweltschutz dienen, gewährt werden.

Diese Maßnahmen waren im Haushaltsjahr 2004 in der Titelgruppe 74 veranschlagt.

**Zu 683 72**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	—	—	—	—
2006	—	—	1.000	1.000
2007	—	—	—	—
2008	—	—	—	—
2009 ff.	—	—	—	—
Summe	—	—	1.000	1.000

**Zu 684 72**

Mit den Beratungshilfen für Arbeitnehmerinitiativen steht ein Instrument zur Verfügung, mit dem - durch externe Beratung - zur Klärung der Situation von wirtschaftlich gefährdeten Klein- und Mittelbetrieben beigetragen werden kann, sofern eine auch teilweise Fortführung in Arbeitnehmerhand zu denkbaren Fortführungsalternativen zählt.

**Zu 686 72**

Zuweisungen insbesondere an die Organisationen des Handwerks u. a. zur Durchführung von Betriebsberatungen und sonstiger Maßnahmen zur fachlichen Qualifizierung.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	—	1.000	—	1.000
2006	—	500	3.200	3.700
2007	—	—	2.150	2.150
2008	—	—	650	650
2009 ff.	—	—	—	—
Summe	—	1.500	6.000	7.500

**Zu Titelgruppe 73**

Rechtsgrundlage:

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der touristischen Entwicklung (RdErl. des MW vom 17.10.2000, Nds. MBl. S. 686, geändert durch RdErl. des MW vom 18.12.2003 - 36 - 60.10 -, Nds. MBl. 2004 S. 14).

Das Programm läuft bis zum 31.12.2006.

Durch die Förderung sollen in der Freizeit, Gesundheits- und Kulturwirtschaft die Entwicklung der öffentlichen Infrastruktur vorangetrieben und gewerbliche und gewerbenahe Projekte unterstützt werden. Primär geht es um zielgruppengerechte Innovationen, etwa bei Wellness- und Gesundheitsreisen, Kultur- und Tagestourismus, Sportangeboten und Gastronomie. Weiterhin sollen Projekte, die in besonderer Weise einer nachhaltigen Entwicklung dienen, innovativ sind oder Pilotcharakter haben, kofinanziert werden.

**Zu 538 73**

Die veranschlagten Mittel sind zur Unterstützung der Tourismus Marketing Niedersachsen GmbH (TMN) vorgesehen. Die TMN führt das übergeordnete Marketing für den Freizeit- und Tourismusstandort Niedersachsen durch und entwickelt regional übergreifende Produkte für Freizeit und Tourismus in Niedersachsen.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	1.551	—	—	1.551
2006	1.551	—	573	2.124
2007	1.534	—	1.366	2.900
2008	1.534	—	561	2.095
2009 ff.	—	—	—	—
Summe	6.170	—	2.500	8.670

**Zu Titelgruppe 75**

Die Einrichtung dieser Titelgruppe erfolgt aus haushaltssystematischen Gründen zur Kofinanzierung von EU-Projekten, für die keine spezielle Förderrichtlinie existiert.

**Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**  
**Kapitel 5081 Wirtschaftsförderfonds**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004		
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
891 75-4		Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
892 75-0		Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
919 75-6		Abführung an andere Kapitel des Landeshaushalts	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	7.300		9.677	-9.677	
		<b>Abschluss Kapitel 5081</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		3.150	3.138	+12	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		37.170	43.170	-6.000	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		40.320	46.308	-5.988	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	3.000	3.358	9.297	-5.939	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	34.300	33.212	27.784	+5.428	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	3.750	9.227	-5.477	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	37.000	40.320	46.308	-5.988	
			34.300				

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

FINANZIERUNGSTABELLE						
über die Finanzierung der Ausgabemittel der Belastungstabelle unmittelbar aus dem Wirtschaftsförderfonds oder durch Aufnahme von Kreditmarktmitteln						
Titel/Titel- gruppe	Zweckbestimmung	2005 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR	2007 Tsd. EUR	2008 ff. Tsd. EUR	Titel/Titel- gruppe Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	7
119 01	Vermischte Einnahmen	–	–	–	–	–
359 10	Zuführung aus dem Landeshaushalt zur Finanzierung von Investitionen	34.723	42.000	42.000	42.000	160.723
359 11	Sonstige Zuführungen aus dem Landeshaushalt	2.374	74	74	74	2.596
361 01	Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre	–	–	–	–	–
TGr. 65	Einnahmen aus dem Bereich der Innovationsförderung	1.028	963	898	823	3.712
TGr. 68	Einnahmen aus dem Bereich der Verbesserung der Wirtschaftskraft und -struktur; Investitions- und Förderbank Niedersachsen GmbH (NBank)	2.003	1.803	1.649	1.484	6.939
TGr. 70	Einnahmen aus dem Bereich der Wirtschaftswerbung	–	–	–	–	–
TGr. 72	Einnahmen aus dem Bereich der Mittelstandsförderung	182	177	166	156	681
TGr. 73	Einnahmen aus dem Bereich der Tourismusförderung	10	10	10	10	40
	Summe der Finanzierungsmittel	40.320	45.027	44.797	44.547	174.691
	Summe der Ausgaben lt. Belastungstabelle	40.320	37.422	21.117	4.348	103.207
	Überschuss / Fehlbedarf (-)	–	7.605	23.680	40.199	71.484

BELASTUNGSTABELLE						
über die Verwendung der für 2005 vorgesehenen Ausgabemittel sowie die Belastungen der folgenden Jahre auf Grund der bestehenden Verpflichtungen und der Ermächtigungen für das laufende Haushaltsjahr						
Titel/Titel- gruppe	Zweckbestimmung	2005 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR	2007 Tsd. EUR	2008 ff. Tsd. EUR	Titel/Titel- gruppe Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	7
919 10	Abführungen an den Landeshaushalt	–	–	–	–	–
972 10	Globale Minderausgabe	–	–	–	–	–
982 01	Übertrag des Bestandes in das Folgejahr	–	–	–	–	–
TGr. 65	Innovationsförderung	23.800	22.000	14.000	1.353	61.153
TGr. 68	Verbesserung der Wirtschaftskraft und - struktur; Investitions- und Förderbank Niedersachsen GmbH (NBank)	10.347	8.098	1.867	250	20.562
TGr. 70	Wirtschaftswerbung	691	500	200	–	1.391
TGr. 72	Mittelstandsförderung	3.665	4.700	2.150	650	11.165
TGr. 73	Tourismusförderung	1.817	2.124	2.900	2.095	8.936
TGr. 75	Kofinanzierung von EU-Programmen	–	–	–	–	–
	Summe	40.320	37.422	21.117	4.348	103.207

**Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**  
**Kapitel 5082 Wirtschaftsförderfonds -Landwirtschaftlicher Bereich-**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
359 10-0		Entnahme aus dem Vermögen der Nord/LB für den Bereich des Epl. 09. <i>*** Die Bewirtschaftung der Mittel des Kapitels obliegt dem ML.</i>		-	-	-	-
359 11-8		Zuführung von 0902 - 919 10		205	205	-	205
361 01-5		Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre		-	-	-	72
<b>AUSGABEN</b>							
919 10-5		Abführung an den Landeshaushalt	-	-	-	-	-
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61</b>		<b>Besondere Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftskraft und Wirtschaftsstruktur - land- und forstwirtschaftlicher Bereich - *** Übertragbar.</b> <i>Gem. § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(-)	(205)	(205)	(-)	(75)
531 61-1		Veröffentlichungen und Dokumentation	-	-	-	-	-
547 61-5		Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	50	50	-	66
682 61-0		Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	-	-	-	-	3
683 61-6		Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	-	-	-	-	-
686 61-5		Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	-	155	155	-	-
893 61-0		Zuschüsse für Investitionen an sonstige	-	-	-	-	6
<b>Abschluss Kapitel 5082</b>							
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		205	205	-	
<b>Summe der Einnahmen</b>							
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	-	50	50	-	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	-	155	155	-	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	-	-	-	-	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-	-	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>							
			-	205	205	-	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Kapitel 5082**

Die Gewährung von Darlehen an private landwirtschaftliche Betriebe ist seit 1987 beendet. Tilgungsrückflüsse und Zinsen werden zunächst beim Zweckvermögen der Nord/LB vereinnahmt und halbjährlich dem Landeshaushalt zugeführt.

**Zu Titelgruppe 61**

Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftskraft und -struktur des Landes Niedersachsen durch Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit im Rahmen von wirtschaftl. Maßnahmen, Herstellung von Kontakten, Messebeschickung und Vermittlung von "know how" bei der Durchführung von Projekten und Seminaren insbesondere im Hinblick auf die anstehenden EU-Beitrittsverhandlungen mit MOE-Staaten.

FINANZIERUNGSTABELLE						
über die Finanzierung der Ausgabemittel der Belastungstabelle unmittelbar aus dem Wirtschaftsförderfonds oder durch Aufnahme von Kreditmarktmitteln						
Titel/Titel- gruppe	Zweckbestimmung	2005 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR	2007 Tsd. EUR	2008 ff. Tsd. EUR	Titel/Titel- gruppe Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	7
359 10	Entnahme aus dem Vermögen der Nord/LB für den Bereich des Epl. 09.	–	–	–	–	–
359 11	Zuführung von 0902 - 919 10	205	205	205	205	820
361 01	Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre	–	–	–	–	–
	Summe der Finanzierungsmittel	205	205	205	205	820
	Summe der Ausgaben lt. Belastungstabelle	205	–	–	–	205
	Überschuss / Fehlbedarf (-)	–	205	205	205	615

BELASTUNGSTABELLE

über die Verwendung der für 2005 vorgesehenen Ausgabemittel sowie die Belastungen der folgenden Jahre auf Grund der bestehenden Verpflichtungen und der Ermächtigungen für das laufende Haushaltsjahr

Titel/Titel- gruppe	Zweckbestimmung	2005	2006	2007	2008 ff.	Titel/Titel- gruppe Tsd. EUR
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	
1	2	3	4	5	6	7
919 10	Abführung an den Landeshaushalt	–	–	–	–	–
TGr. 61	Besondere Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftskraft und Wirtschaftsstruktur - land- und forstwirtschaftlicher Bereich -	205	–	–	–	205
	Summe	205	–	–	–	205

**Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**  
**Kapitel 5084 Wirtschaftsförderfonds Niedersachsen - Ökologischer Bereich (Energie) -**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
<b>E I N N A H M E N</b>							
359 10-7		Zuführung aus dem Landeshaushalt (Kapitel 08 02 Titel 884 11)		4.800	7.658	-2.858	8.125
361 01-2		Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre		—	—	—	—
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 85</b>		<b>Einnahmen aus dem Bereich: Neue und erneuerbare Energien, rationelle und sparsame Energieverwendung</b> <i>*** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabe-TGr. 85.</i>		(3.830)	(3.701)	(+129)	(3.723)
119 85-8		Vermischte Einnahmen		—	—	—	53
162 85-0		Zinseinnahmen von privaten Unternehmen und Sonstigen		—	51	-51	8
182 85-1		Darlehensrückflüsse von privaten Unternehmen und Sonstigen		—	—	—	—
359 85-9		Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB		3.830	3.650	+180	3.661
<b>A U S G A B E N</b>							
982 01-7		Übertrag des Bestandes in das Folgejahr	—	—	—	—	—
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 85</b>		<b>Neue und erneuerbare Energien, rationelle und sparsame Energieverwendung</b> <i>*** Übertragbar.</i> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei TGr. 85; Mindereinnahmen sind einzusparen.</i>	(—) (3.500)	(8.630)	(11.359)	(-2.729)	(5.662)
526 85-2		Sachverständige	— 3.500	300	180	+120	3
547 85-0		Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	320	320	—	272
683 85-0		Zuschüsse an private Unternehmen	—	1.350	350	+1.000	527
686 85-0		Zuschüsse an Sonstige im Inland	—	700	700	—	62
853 85-3		Darlehen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	150	-150	—
862 85-2		Darlehen an private Unternehmen	—	—	6.036	-6.036	4.302
883 85-0		Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	50	-50	—
891 85-2		Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen und Einrichtungen	—	—	55	-55	—
892 85-9		Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	5.960	3.518	+2.442	497
981 85-1		Abführung an 50 81-381 68 zur Finanzierung der Gesellschafterleistung der NBank	—	—	—	—	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Titelgruppe 85**

Im Interesse des Klimaschutzes sowie der nachhaltigen und preisgünstigen Energieversorgung sollen insbesondere kleine und mittlere Unternehmen sowie wirtschaftsnahe Forschungsinstitute bei der anwendungsnahen Forschung und Entwicklung neuer Technologien in den Bereichen erneuerbare Energien, innovative Energietechniken, Energieeinsparung und Energieeffizienz gefördert werden.

Förderfähig sind insbesondere Vorhaben im Bereich der Speicherung und Verbesserung des Wirkungsgrades der erneuerbaren Energien, der Weiterentwicklung der Brennstoffzellentechnik, der Entwicklung und Nutzung von biogenen Treibstoffen, innovativer Konzepte zur Steigerung der Effizienz bei der Energieerzeugung und -nutzung sowie der Energieeinsparung bei Gebäuden, im Verkehr und beim Kleinverbrauch.

Die Förderung erfolgt grundsätzlich nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen im Rahmen des „Niedersächsischen Innovationsförderprogramms“ (Gem. RdErl. d. MW u. d. MU v. 28.4.2004, Nds. MBl. Nr. 19/2004, S. 415 ff).

**Zu 547 85**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE	durch die 2004 ausgebrachte VE	durch die 2005 ausgebrachte VE	Gesamtbelastung
	in 1000 EUR	in 1000 EUR	in 1000 EUR	
2005	–	135	–	135
2006	–	163	–	163
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	298	–	298

**Zu 683 85**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE	durch die 2004 ausgebrachte VE	durch die 2005 ausgebrachte VE	Gesamtbelastung
	in 1000 EUR	in 1000 EUR	in 1000 EUR	
2005	–	865	–	865
2006	–	–	–	–
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	865	–	865

**Zu 892 85**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE	durch die 2004 ausgebrachte VE	durch die 2005 ausgebrachte VE	Gesamtbelastung
	in 1000 EUR	in 1000 EUR	in 1000 EUR	
2005	–	1.337	–	1.337
2006	–	1.000	–	1.000
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	2.337	–	2.337

**Einzelplan 08** Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr  
**Kapitel 5084** Wirtschaftsförderfonds Niedersachsen - **Ökologischer Bereich (Energie) -**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 5084</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		-	51	-51	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		8.630	11.308	-2.678	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		8.630	11.359	-2.729	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	-	620	500	+120	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	3.500	-	2.050	1.050	+1.000
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	-	5.960	9.809	-3.849	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-	-	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	-	8.630	11.359	-2.729	
			3.500				

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

FINANZIERUNGSTABELLE

über die Finanzierung der Ausgabemittel der Belastungstabelle unmittelbar aus dem Wirtschaftsförderfonds  
 oder durch Aufnahme von Kreditmarktmitteln

Titel/Titel- gruppe	Zweckbestimmung	2005 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR	2007 Tsd. EUR	2008 ff. Tsd. EUR	Titel/Titel- gruppe Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	7
359 10	Zuführung aus dem Landeshaushalt (Kapitel 08 02 Titel 884 11)	4.800	5.000	5.000	5.000	19.800
361 01	Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre	—	—	—	—	—
TGr. 85	Einnahmen aus dem Bereich: Neue und erneuerbare Energien, rationelle und sparsame Energieverwendung	3.830	4.081	4.011	3.901	15.823
	Summe der Finanzierungsmittel	8.630	9.081	9.011	8.901	35.623
	Summe der Ausgaben lt. Belastungstabelle	8.630	1.163	—	—	9.793
	Überschuss / Fehlbedarf (-)	—	7.918	9.011	8.901	25.830

BELASTUNGSTABELLE

über die Verwendung der für 2005 vorgesehenen Ausgabemittel sowie die Belastungen der folgenden Jahre auf Grund der bestehenden Verpflichtungen und der Ermächtigungen für das laufende Haushaltsjahr

Titel/Titel- gruppe	Zweckbestimmung	2005	2006	2007	2008 ff.	Titel/Titel- gruppe Tsd. EUR
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	
1	2	3	4	5	6	7
982 01	Übertrag des Bestandes in das Folgejahr	–	–	–	–	–
TGr. 85	Neue und erneuerbare Energien, rationelle und sparsame Energieverwendung	8.630	1.163	–	–	9.793
	Summe	8.630	1.163	–	–	9.793



# **Einzelplan 08**

**Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**

---

## **Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise**

für das

**Haushaltsjahr 2005**

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr  
 Kapitel 08 01 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			<sup>3)</sup> 1 Stelle darf abweichend von § 49 Abs. 3 LHO mit einer Beamtin/einem Beamten des gehobenen Dienstes für die Dauer des Einsatzes als Pressereferentin/-referent besetzt werden.
			<sup>4)</sup> Der/Die Stelleninhaber/-innen erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.
			<sup>5)</sup> Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
			<sup>6)</sup> kw.
			<sup>9)</sup> 1 kw nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen.
			<sup>10)</sup> 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
			<sup>11)</sup> kw nach Fortfall der Zuweisungsvoraussetzung.
<b>Planmäßige Beamte/-innen</b>			
Feste Gehälter:			
B 9	1	1	Staatssekretär/-in
B 6	4	4	Ministerialdirigent/-in
B 3	5	5	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin
B 2	18	19	Ministerialrat/-rätin
Aufsteigende Gehälter:			
A 16	17	17	Ministerialrat/-rätin
A 15	24	24	Direktor/-in
A 14 <sup>3)</sup>	9	9	Oberrat/-rätin
A 13 <sup>4)</sup>	1	2	Oberamtsrat/-rätin
A 13 <sup>9)</sup>	35	36	Oberamtsrat/-rätin
A 12 <sup>10)</sup>	37	36	Amtsrat/-rätin
A 11	21	18	Amtmann/-männin/-frau
A 10	7	4	Oberinspektor/-in
A 9 <sup>5)</sup>	4	4	Amtsinspektor/-in
A 9	1	1	Amtsinspektor/-in
A 8	2	2	Hauptsekretär/-in
A 5	2	2	Oberamtsmeister/-in
	188	184	Zusammen
<b>Stellen zu Titel 422 17<sup>11)</sup></b>			
Feste Gehälter:			
B 6	1	—	Ministerialdirigent/-in
B 2	1	—	Ministerialrat/-rätin
Aufsteigende Gehälter:			
A 16	2	—	Ministerialrat/-rätin
A 14	1	—	Oberrat/-rätin
A 13	2	—	Oberamtsrat/-rätin
A 12	3	—	Amtsrat/-rätin
A 11	4	—	Amtmann/-männin/-frau
A 10	15	—	Oberinspektor/-in
A 9	7	—	Inspektor/-in
A 9	3	—	Inspektor/-in z.A.
A 9 <sup>5)</sup>	1	—	Amtsinspektor/-in
A 9	1	—	Amtsinspektor/-in
A 8	4	—	Hauptsekretär/-in
A 7	1	—	Obersekretär/-in
	46	—	Zusammen
<b>Stellen zu Titel 422 31:</b>			
B 2	—	2	Ministerialrat/-rätin
A 16	—	1	Ministerialrat/-rätin
A 13	—	2	Oberamtsrat/-rätin
	—	5	Zusammen
Leerstellen:			
B 3 <sup>6)</sup>	1	1	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin
A 16 <sup>6)</sup>	3	2	Ministerialrat/-rätin
A 15 <sup>6)</sup>	1	1	Direktor/-in
A 14 <sup>6)</sup>	1	—	Oberrat/-rätin
A 12 <sup>6)</sup>	7	7	Amtsrat/-rätin

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

Stellen zu 422 01:		Abgänge:	Stellen
Zugänge:	Stellen	Bes.-Gr. B 6 - Ministerial- dirigent/-in -	1 Abgang wegen Zuweisung gem. 123 a BRRG
Bes.-Gr. B 6 - Ministerial- dirigent/-in -	1	Bes.-Gr. B 2 - Ministerialrat/ -rätin -	1
Bes.-Gr. A 16 - Ministerialrat/ -rätin -	4	Bes.-Gr. A 16 - Ministerialrat/ -rätin -	2
Bes.-Gr. A 15 - Direktor/-in -	2	Bes.-Gr. A 14 - Oberrat/-rätin -	1
Bes.-Gr. A 14 - Oberrat/-rätin -	1	Bes.-Gr. A 13 - Oberamtsrat/ -rätin -	2
Bes.-Gr. A 13 - Oberamtsrat/ -rätin -	2	Bes.-Gr. A 12 - Amtsrat/-rätin -	3
Bes.-Gr. A 12 - Amtsrat/-rätin -	5	Bes.-Gr. A 11 - Amtmann/-männin/ -frau -	4
Bes.-Gr. A 11 - Amtmann/-männin/ -frau -	13	Bes.-Gr. A 10 - Oberinspektor/-in -	15
Bes.-Gr. A 10 - Oberinspektor/-in -	19	Bes.-Gr. A 9 - Inspektor/-in -	7
Bes.-Gr. A 9 - Inspektor/-in -	10	Bes.-Gr. A 9 m. Zul. - Amtsinspektor/-in -	1
Bes.-Gr. A 9 m. Zul. - Amtsinspektor/-in -	1	Bes.-Gr. A 9 - Amtsinspektor/-in -	1
Bes.-Gr. A 9 - Amtsinspektor/-in -	1	Bes.-Gr. A 8 - Hauptsekretär/-in -	4
Bes.-Gr. A 8 - Hauptsekretär/-in -	4	Bes.-Gr. A 7 - Obersekretär/-in -	1
Bes.-Gr. A 7 - Obersekretär/-in -	1	Bes.-Gr. A 16 - Ministerialrat/ -rätin -	2
Bes.-Gr. A 12 - Amtsrat/-rätin -	1	Bes.-Gr. A 15 - Direktor/-in -	1
Bes.-Gr. A 12 - Amtsrat/-rätin -	1	Bes.-Gr. A 13 - Oberamtsrat/ -rätin -	2
Zusammen	65	Bes.-Gr. A 12 - Amtsrat/-rätin -	1
		Bes.-Gr. A 11 - Amtmann/-männin/ -frau -	5
		Bes.-Gr. A 9 - Inspektor/-in -	1
		Bes.-Gr. A 15 - Direktor/-in -	1
		Bes.-Gr. A 12 - Amtsrat/-rätin -	1
		Bes.-Gr. A 11 - Amtmann/-männin/ -frau -	1
		Bes.-Gr. A 10 - Oberinspektor/-in -	1
		Bes.-Gr. A 9 - Inspektor/-in -	1
		Bes.-Gr. A 9 - Inspektor/-in -	1
		Zusammen	61
		Zugänge insgesamt	4
		Stellensenkung:	
		Bes.-Gr. A 13 - Oberamtsrat/ -rätin -	1 von Bes.-Gr. A 13+Z - Oberamtsrat/-rätin -

Erläuterungen zum Stellenplan

**Stellen zu 422 17:**

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. B 6	1	für gem. § 123 a Abs. 1 Beamtenrechtsrahmengesetz zugewiesene Beamte an die NBank. Die Stellen waren im Haushaltsplanentwurf zunächst bei Titel 422 01 vorgesehen, sind aber dort wieder in Abgang gestellt und das BV sowie das Budget entsprechend gekürzt worden. Für die an die NBank zugewiesenen Beschäftigten werden die Stellenabgänge auf die ZV II zum Stellenabbau angerechnet. Die zu zahlenden Bezüge für die Beamten werden im vollen Umfang von der NBank erstattet. Deshalb werden für diese Stellen bei Titel 422 17 keine Personalkosten und kein Beschäftigungsvolumen veranschlagt. Die Ausbringung dieser zugewiesenen Stellen erfolgt auf Grundlage der Nr. 1 Abs. 1 Ziff. 2 der Allgemeinen Bestimmungen 2004 und dient der Haushaltsklarheit für das Haushaltsjahr 2005.
- Ministerialdirigent/-in -	1	
Bes.-Gr. B 2	1	
- Ministerialrat/-rätin -	1	
Bes.-Gr. A 16	2	
- Ministerialrat/-rätin -	2	
Bes.-Gr. A 14	1	
- Oberrat/-rätin -	1	
Bes.-Gr. A 13	2	
- Oberamtsrat/-rätin -	2	
Bes.-Gr. A 12	3	
- Amtsrat/-rätin -	3	
Bes.-Gr. A 11	4	
- Amtmann/-männin/-frau -	4	
Bes.-Gr. A 10	15	
- Oberinspektor/-in -	15	
Bes.-Gr. A 9	7	
- Inspektor/-in -	7	
Bes.-Gr. A 9	3	
- Inspektor/-in z. A. -	3	
Bes.-Gr. A 9 m. Zul.	1	
- Amtsinspektor/-in -	1	
Bes.-Gr. A 9	1	
- Amtsinspektor/-in -	1	
Bes.-Gr. A 8	4	
- Hauptsekretär/-in -	4	
Bes.-Gr. A 7	1	
- Obersekretär/-in -	1	
<b>Zusammen</b>	<b>46</b>	

**Stellen zu 422 31:**

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. B 2	2	Abgang aufgrund Eintritt in den Ruhestand der beurlaubten Beamten (58er Regelung)
- Ministerialrat/-rätin -	2	
Bes.-Gr. A 16	1	
- Ministerialrat/-rätin -	1	
Bes.-Gr. A 13	2	
- Oberamtsrat/-rätin -	2	
<b>Zusammen</b>	<b>5</b>	
<b>Leerstellen:</b>	<b>Stellen</b>	
Zugang:		
Bes.-Gr. A 14	1	Verlagerung von Kap. 03 05 wegen Aufgabenverlagerung (gleichzeitig ist der HV Nr. 6 auszubringen)
- Oberrat/-rätin -	1	
<b>Zusammen</b>	<b>1</b>	

**STELLENÜBERSICHTEN**

Haushaltsvermerke

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Beamtete Hilfskräfte</b>			
A 13	1	—	Assessor/-in
A 9	1	—	Inspektor/-in z. A.
	<b>2</b>	<b>—</b>	<b>Zusammen</b>
<b>Angestellte*)</b>			
Außertariflich (B 2)	3	3	
Außertariflich (A 16)	2	2	
I	5	5	
I a	5	7	
I b	3	3	
II a	2	2	
III	14	13	
IV a <sup>4)</sup>	4	4	
V b	2	3	
V c	21	20	
VI b	22	22	
VII	2	2	
IX b-VII	17	17	
	<b>102</b>	<b>103</b>	<b>Zusammen</b>
<b>Stellen zu Titel 425 17:<sup>5)</sup></b>			
I a	1	—	
I b	2	—	
III	1	—	
IV a	2	—	
IV b	1	—	
V b	1	—	
V c	3	—	
VII	2	—	
	<b>13</b>	<b>—</b>	<b>Zusammen</b>
<b>Leerstellen:</b>			
I <sup>3)</sup>	1	1	
I a <sup>3)</sup>	1	1	
III <sup>3)</sup>	1	1	
IV a <sup>3)</sup>	1	1	
VI b <sup>3)</sup>	3	3	
IX b-VII <sup>3)</sup>	3	3	

\*) Die erste Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers und die erste Vorzimmerkraft der Staatssekretärin/des Staatssekretärs sind für die Dauer ihrer Vorzimmer Tätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert. Sie erhalten eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Vergütungen der Verg.-Gr. V b und IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung werden sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt gleichzeitig.

Die zweite Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers, der Staatssekretärin/des Staatssekretärs und die jeweiligen Sekretärinnen der Abteilungsleiter/-innen sind für die Dauer ihrer Vorzimmer Tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhalten sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe.

Die vorstehend genannten Vorzimmerkräfte, die Textverarbeitungsautomaten bedienen, erhalten eine übertarifliche Zulage. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der tariflichen Zulage gewährt.

Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

<sup>3)</sup> kw.

<sup>4)</sup> Davon 1 kw.

<sup>5)</sup> kw bei Fortfall der Zuweisungsvoraussetzungen.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Beamtete Hilfskräfte**

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13		
- Assessor/-in -	1	} Umsetzung von Kap. 03 05 wegen Aufgabenverlagerung
Bes.-Gr. A 9		
- Inspektor/-in z.A. -	5	
Zusammen	6	
Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9		
- Inspektor/-in z. A. -	3	Abgang wegen Zuweisungen gem. § 123 a BRRG - NBank -; Einsparung gem. ZV II
Bes.-Gr. A 9		
- Inspektor/-in z. A. -	1	Abgang wegen Umsetzung nach Kap. 08 91 - Regierungsvertretung
Zusammen	4	
Zugänge insgesamt	2	

**Angestellte**

<b>Stellen zu Titel 425 01:</b>	
Zugänge:	Stellen
Verg.-Gr. I b	4
Verg.-Gr. II a	3
Verg.-Gr. III	5
Verg.-Gr. IV a	4
Verg.-Gr. V b	1
Verg.-Gr. V c	3
Verg.-Gr. VII	2
Verg.-Gr. IX b-VII	1
Verg.-Gr. IV a	1
Verg.-Gr. IV b	1
Zusammen	25
Abgänge:	Stellen
Verg.-Gr. I a	1
Verg.-Gr. I b	2
Verg.-Gr. III	1
Verg.-Gr. IV a	2
Verg.-Gr. IV b	1
Verg.-Gr. V b	1
Verg.-Gr. V c	3
Verg.-Gr. VII	2
Verg.-Gr. I b	2
Verg.-Gr. II a	3
Verg.-Gr. III	3
Verg.-Gr. IV a	3
Verg.-Gr. IX b-VII	1
Verg.-Gr. I a	1
Zusammen	26
Abgang insgesamt	1
Herabgruppierung:	
Verg.-Gr. V c	1

Umsetzung von Kap. 03 05  
wegen Aufgabenverlagerung  
(gleichzeitig sind die HV  
Nr. 5, 6, 7 und 18 auszubringen)

Umsetzung von Kap. 09 05  
wegen Aufgabenverlagerung  
(gleichzeitig ist der HV Nr. 6  
auszubringen)

Abgang wegen Zuweisungen  
gem. § 12 BAT - NBank -;  
Einsparung gem. ZV II

Abgang wegen Umsetzung nach  
Kap. 08 91 - Regierungsvertretung

Umwandlung nach Bes.-Gr. A 12

von Verg.-Gr. V b m.D.

**Stellen zu Titel 425 17:**

Zugänge:	Stellen
Verg.-Gr. I a	1
Verg.-Gr. I b	2
Verg.-Gr. II a	1
Verg.-Gr. III	2
Verg.-Gr. IV a	1
Verg.-Gr. V b	1
Verg.-Gr. V c	3
Verg.-Gr. VII	2
Zusammen	13

für gem. § 12 BAT zugewiesenen  
Angestellten an die NBank. Die  
Stellen waren im Haushaltsplanent-  
wurf zunächst bei Titel 425 01 vor-  
gesehen, sind aber dort wieder  
Abgang gestellt und das BV sowie  
das Budget entsprechend gekürzt  
worden. Für die an die NBank  
zugewiesenen Beschäftigten werden  
die Stellenabgänge auf die ZV II  
zum Stellenabbau angerechnet. Die  
zu zahlenden Bezüge für die Ange-  
stellten werden im vollen Umfang  
von der NBank erstattet. Deshalb  
werden für diese Stellen bei Titel  
425 17 keine Personalkosten und  
kein Beschäftigungsvolumen veran-  
schlagt. Die Ausbringung dieser  
zugewiesenen Stellen erfolgt auf  
Grundlage der Nr. 1 Abs. 1 Ziff. 2  
der Allgemeinen Bestimmungen  
2004 und dient der Haushaltsklar-  
heit für das Haushaltsjahr 2005.

**BEDARFSNACHWEISE**

Haushaltsvermerke

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	

**Arbeiter/-innen**

4	6	6	
3/4	6	6	
	12	12	Zusammen

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamte/-innen</b>			
B 3	1	1	Feste Gehälter: Präsidentin oder Präsident des Landesbergamtes
A 16	3	3	Aufsteigende Gehälter: Leitende(r) Direktor/-in
A 15	9	9	Direktor/-in
A 14	11	11	Oberrat/-rätin
A 13	7	7	Rat/Rätin
A 13	3	3	Oberamtsrat/-rätin
A 12	9	9	Amtsrat/-rätin
A 11	7	7	Amtsmann/-männin/-frau
A 10	5	5	Oberinspektor/-in
	55	55	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 BBesG:

**Höherer Dienst:**

	Stellen
Bes.-Gr. B 2/A 16	2
Bes.-Gr. A 15	8
Bes.-Gr. A 14	9
Bes.-Gr. A 13	7
Zusammen	26

**Gehobener Dienst:**

	Stellen
Bes.-Gr. A 13	2
Bes.-Gr. A 12	7
Bes.-Gr. A 11	6
Bes.-Gr. A 10	3
Zusammen	18

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte<sup>8)</sup></b>			
I b	1	1	
V b	2	2	
V c <sup>6)</sup>	3	4	
VI b	5	5	
VII	5	6	
VIII	2	2	
IX b	1	1	
IX b-VII	8	8	
	27	29	Zusammen

<sup>6)</sup> 1 kw zum 1. 1. 2006.  
<sup>8)</sup> 1 kw infolge ZV II.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Angestellte**

	Stellen
Abgänge: Verg.-Gr. V c BAT	1 Einsparung gem. ZV I (gleichzeitig Wegfall des HV Nr. 5)
Verg.-Gr. VII BAT	1 Einsparung gem. ZV I (gleichzeitig Wegfall des HV Nr. 7)
Zusammen	2

Einzelplan 08    Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr  
 Kapitel 0810    Bergverwaltung

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			1) Dienstwohnung.
<b>Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst</b>			
A 13	11	11	Referendar/-in
<b>Arbeiter/-innen</b>			
4	1	1	
1-8 <sup>1)</sup>	2	2	
	3	3	Zusammen

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamte/-innen</b>			
B 2	1	1	Feste Gehälter: Direktor/-in des Landesbetriebes für Mess- und Eichwesen
A 15	1	1	Aufsteigende Gehälter: Direktor/-in
A 14	2	2	Oberrat/-rätin
A 13	9	9	Oberamtsrat/-rätin
A 12	17	17	Amtsrat/-rätin
A 11	19	19	Amtmann/-männin/-frau
A 10	11	11	Oberinspektor/-in
A 9	1	1	Inspektor/-in
A 9	4	4	Amtsinspektor/-in
A 8	10	10	Hauptsekretär/-in
A 7	15	15	Obersekretär/-in
	<u>90</u>	<u>90</u>	Zusammen
A 14	—	1	Stellen zu Titel 422 31: Oberrat/-rätin
	<u>—</u>	<u>1</u>	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 BBesG:

**Höherer Dienst:**

	Stellen
Bes.-Gr. B 2/A 16	1
Bes.-Gr. A 15	1
Bes.-Gr. A 14	2
Zusammen	<u>4</u>

Stellen zu 422 31:

Abgang:  
Bes.-Gr. A 14  
– Oberrat/-rätin –

Stellen

1 Abgang aufgrund Eintritt  
in den Ruhestand  
des beurlaubten Beamten  
(58er Regelung)

Zusammen 1

**Gehobener Dienst:**

	Stellen
Bes.-Gr. A 13	8
Bes.-Gr. A 12	17
Bes.-Gr. A 11	18
Bes.-Gr. A 10	11
Zusammen	<u>54</u>

**Mittlerer Dienst:**

	Stellen
Bes.-Gr. A 9	4
Bes.-Gr. A 8	10
Bes.-Gr. A 7	15
Zusammen	<u>29</u>

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte*)</b>			

\*) Die Stellen für Angestellte sind in den Erläuterungen im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes Mess- und Eichwesen Niedersachsen dargestellt. (Anlage zu Kap. 08 11).

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst</b>			
A 9	2	2	Inspektor/-in-Anwärter/-in
A 5	3	3	Assistent/-in-Anwärter/-in
	<u>5</u>	<u>5</u>	Zusammen
<b>Arbeiter/-innen*)</b>			

\*) Die Stellen für Arbeiter/-innen sind in den Erläuterungen im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes Mess- und Eichwesen Niedersachsen dargestellt. (Anlage zu Kap. 08 11).

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr  
 Kapitel 0813 Materialprüfanstalten

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamte/-innen</b>			
A 15	5	5	Aufsteigende Gehälter:
A 14	9	9	Direktor/-in
A 13	4	4	Oberrat/-rätin
			Rat/Rätin
	18	18	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Die ausgebrachten Planstellen verteilen sich auf:

	MPA H1	MPA H2	MPA BS	Summe
Bes.-Gr. A 15	1	2	2	5
Bes.-Gr. A 14	2	3	4	9
Bes.-Gr. A 13	1	1	2	4
Summe	4	6	8	18

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte*)</b>			

\*) Die Stellen für Angestellte sind in den Erläuterungen der Wirtschaftspläne der Landesbetriebe Materialprüfanstalten dargestellt. (Anlage zu Kap. 0813).

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamte/-innen<sup>3)</sup></b>			
B 3	1	1	Feste Gehälter: Vizepräsidentin und Professorin oder Vizepräsident und Professor beim Landesamt für Bodenforschung
A 16	3	3	Aufsteigende Gehälter: Leitende(r) Direktor/-in beim Landesamt für Bodenforschung und Professor/-in
A 15	20	20	Direktor/-in beim Landesamt für Bodenforschung und Professor/-in
A 15	1	1	Direktor/-in
A 14	25	25	Oberrat/-rätin
A 13 <sup>2)</sup>	14	12	Rat/Rätin
A 13 <sup>1)</sup>	4	4	Oberamtsrat/-rätin
A 12	7	6	Amtsrat/-rätin
A 11	10	10	Amtmann/-männin/-frau
A 10	8	8	Oberinspektor/-in
A 8	1	1	Hauptsekretär/-in
	<u>94</u>	<u>91</u>	Zusammen
Stellen zu Titel 422 31:			
A 15	—	1	Direktor/-in beim Landesamt für Bodenforschung und Professor/-in
A 14	—	1	Oberrat/-rätin
	<u>—</u>	<u>2</u>	Zusammen

Soweit Beamte/-innen des Landesamtes für Bodenforschung aufgrund des Verwaltungsabkommens vom 17./26. 11. 1958 zur Dienstleistung bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe herangezogen und die Dienstbezüge erstattet werden bzw. Beamte/-innen zwecks Dienstleistung bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe ohne Dienstbezüge beurlaubt werden, darf mit Einwilligung des MW die Planstelle längstens für die Zeit der Dienstleistung bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe mit einem Angestellten besetzt werden.

- 1) Eine Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
- 2) 2 kw ab 1. 1. 2010 infolge ZV II.
- 3) Insgesamt 5 weitere kw infolge ZV II (bei Beamten, Angestellten und Arbeitern).

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 BBesG:

**Höherer Dienst:**

	Stellen
Bes.-Gr. B 2/A 16	3
Bes.-Gr. A 15	20
Bes.-Gr. A 14	21
Bes.-Gr. A 13	15
Zusammen	<u>59</u>

**Gehobener Dienst:**

	Stellen
Bes.-Gr. A 13	2
Bes.-Gr. A 12	6
Bes.-Gr. A 11	7
Bes.-Gr. A 10	4
Zusammen	<u>19</u>

**Zugänge:**

	Stellen	
Bes.-Gr. A 13	2	} Umsetzung von Kap. 15 06 bzw. 15 03 (gleichzeitig ist der HV Nr. 2 auszubringen)
- Rat/Rätin -	2	
Bes.-Gr. A 12	1	
- Amtsrat/-rätin -	1	
Zusammen	<u>3</u>	

**Stellen zu 422 31:**

	Stellen	
Abgänge:		
Bes.-Gr. A 15		} Abgang aufgrund Eintritt in den Ruhestand der beurlaubten Beamten (58er-Regelung)
- Direktor/-in beim Landesamt für Bodenforschung und Professor/-in -	1	
Bes.-Gr. A 14	1	
- Oberrat/-rätin -	1	
Zusammen	<u>2</u>	

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte<sup>7)</sup></b>			Soweit Angestellte des Landesamtes für Bodenforschung aufgrund des Verwaltungsabkommens vom 17./26. 11. 1958 zur Dienstleistung bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe herangezogen und die Vergütungen erstattet werden bzw. Angestellte zwecks Dienstleistung bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe ohne Vergütungen beurlaubt werden, darf mit Einwilligung des MW die Stelle längstens für die Zeit der Dienstleistung bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe mit einem weiteren Angestellten besetzt werden. <sup>3)</sup> kw. <sup>4)</sup> 2 kw ab 1. 1. 2010 infolge ZV II. <sup>5)</sup> 1 kw ab 1. 1. 2010 infolge ZV II. <sup>6)</sup> 1 kw ab 1. 1. 2010 infolge ZV II. <sup>7)</sup> Insgesamt 5 weitere kw infolge ZV II (bei Beamten, Angestellten und Arbeitern).
I a	1	1	
I b	7	7	
II a <sup>4)</sup>	8	6	
III	5	5	
IV a	7	6	
IV b	11	11	
V b <sup>5)</sup>	14	13	
V c <sup>6)</sup>	8	7	
VI b	23	23	
VIII	1	1	
IX b-VII	8	8	
	93	88	Zusammen
V c <sup>3)</sup>	1	1	Leerstellen:

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Angestellte**

Zugänge:	Stellen	
Verg.-Gr. II a BAT	2	} Verlagerung von Kap. 15 03 wegen Aufgabenverlagerung (gleichzeitig sind die HV Nr. 4, 5 und 6 auszubringen)
Verg.-Gr. IV a BAT	1	
Verg.-Gr. V b BAT	1	
Verg.-Gr. V c BAT	1	
Zusammen	5	

Sonstige Veränderungen:

Wegfall des HV Nr. 1 (Eine Stelle darf nur zu 50 v. H. besetzt und nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.).

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Arbeiter/-innen<sup>1)</sup></b>			1) Insgesamt 5 weitere kw infolge ZV II (bei Beamten, Angestellten und Arbeitern).
4	1	1	
3-4	6	6	
	7	7	

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			1) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Vorbemerkung Nr. 21 zu den BBesO A und B.
			2) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.
			3) 39 Dienstwohnungen.
			4) 53 Dienstwohnungen.
			5) kw.
			11) 1 kw zum 1. 1. 2006 infolge ZV I.
			14) 1 Betriebsinspektor/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO; Streichung des Haushaltsvermerks bei Ausscheiden des Stelleninhabers.
			15) Insgesamt 427 kw infolge ZV II (bei Beamten, Beamteten Hilfskräften, Angestellten und Arbeitern).
			16) Von den 70 aus Kapitel 08 31 und 5 aus Kapitel 08 01 wg. Zuweisung zur Niedersachsen Ports GmbH & Co. KG umgesetzten Planstellen insgesamt 72 kw nach Fortfall der Zuweisungsvoraussetzungen. Davon sind 14 Planstellen Einsparungen gem. ZV II.
B 4	1	1	
B 2	1	1	
			<b>Planmäßige Beamte/-innen<sup>15)16)</sup></b>
			<b>Feste Gehälter:</b>
			Präsident oder Präsidentin der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr
			Abteilungsleiter/-in
			<b>Aufsteigende Gehälter:</b>
A 16 <sup>1)</sup>	1	1	Leitende(r) Direktor/-in
A 16	16	12	Leitende(r) Direktor/-in
A 15	37	25	Direktor/-in
A 14	46	36	Oberrat/-rätin
A 13 <sup>11)</sup>	22	21	Rat/Rätin
A 13 <sup>2)</sup>	6	4	Oberamtsrat/-rätin
A 13	48	40	Oberamtsrat/-rätin
A 12	108	90	Amtsrat/-rätin
A 11 <sup>3)</sup>	150	111	Amtsmann/-männin/-frau
A 10	49	28	Oberinspektor/-in
A 9	16	—	Inspektor/-in
A 9	4	—	Amtsinspektor/-in
A 9 <sup>14)</sup>	2	—	Betriebsinspektor/-in
A 8	3	—	Hafenmeister/-in
A 8	11	—	Hauptsekretär/-in
A 7	1	—	Hafenmeister/-in/Hauptsekretär/-in
A 7	1	—	Obersekretär/-in
A 6	1	—	Sekretär/-in
	<b>524</b>	<b>370</b>	<b>Zusammen</b>
			<b>Stellen zu Titel 422 31:</b>
A 15	—	2	Direktor/-in
A 14	—	1	Oberrat/-rätin
A 13 <sup>2)</sup>	—	1	Oberamtsrat/-rätin
A 12	—	2	Amtsrat/-rätin
A 10	—	1	Oberinspektor/-in
	<b>—</b>	<b>7</b>	<b>Zusammen</b>
			<b>Leerstellen:</b>
A 15 <sup>5)</sup>	1	1	Direktor/-in
A 14 <sup>5)</sup>	1	1	Oberrat/-rätin
A 13 <sup>5)</sup>	1	1	Rat/Rätin
A 11 <sup>5)</sup>	1	1	Amtmann/-männin/-frau
A 10 <sup>5)</sup>	7	—	Oberinspektor/-in
A 9 <sup>5)</sup>	2	—	Inspektor/-in
A 8 <sup>5)</sup>	1	—	Hauptsekretär/-in

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

Zugänge:	Stellen	noch Zugänge: Übertrag:	Stellen 156
Bes.-Gr. A 15 – Direktor/-in –	5	Bes.-Gr. A 11 – Amtmann/-männin/ -frau –	1
Bes.-Gr. A 14 – Oberrat/-rätin –	8		
Bes.-Gr. A 13 – Rat/Rätin –	1	Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in –	1
Bes.-Gr. A 13 – Oberamtsrat/-rätin –	1		
Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/-rätin –	7	Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in –	1
Bes.-Gr. A 11 – Amtmann/-männin/ -frau –	24		
Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in –	19	Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in –	1
Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in –	13	Bes.-Gr. A 8 – Hauptsekretär/-in –	1
Bes.-Gr. A 9 – Amts- inspektor/-in –	2	Zusammen	161
Bes.-Gr. A 8 – Hauptsekretär/-in –	4	Abgänge: Stellen	
Bes.-Gr. A 7 – Obersekretär/-in –	2	Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in –	4
Bes.-Gr. A 6 – Sekretär/-in –	1		
Bes.-Gr. A 16 – Leitende(r)	4	Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in –	1
Direktor/-in –	5	Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in –	1
Bes.-Gr. A 15 – Direktor/-in –	2	Bes.-Gr. A 7 – Obersekretär/-in –	1
Bes.-Gr. A 14 – Oberrat/-rätin –	2		
Bes.-Gr. A 13 (mit Amtszulage)	2	Zusammen	7
Bes.-Gr. A 13 – Oberamtsrat/ -rätin –	7	Bleiben Zugänge	154
Bes.-Gr. A 13 – Oberamtsrat/ -rätin –	10	Stellen zu 422 31: Abgänge: Stellen	
Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/-rätin –	14	Bes.-Gr. A 15 – Direktor/-in –	2
Bes.-Gr. A 11 – Amtmann/-männin/ -frau –	7	Bes.-Gr. A 14 – Oberrat/-rätin –	1
Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in –	7	Bes.-Gr. A 13 – Oberamtsrat/-rätin –	1
Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in –	1	Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/-rätin –	2
Bes.-Gr. A 9 – Amts- inspektor/-in –	2	Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in –	1
Bes.-Gr. A 9 – Betriebs- inspektor/-in –	2	Zusammen	7
Bes.-Gr. A 8 – Hafenmeister/-in –	3	Leerstellen: Zugänge: Stellen	
Bes.-Gr. A 8 – Hauptsekretär/-in –	6	Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in –	7
Bes.-Gr. A 7 – Hafenmeister/-in/ Hauptsekretär/-in –	1	Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in –	2
Bes.-Gr. A 15 – Direktor/-in –	1	Bes.-Gr. A 8 – Hauptsekretär/-in –	1
Bes.-Gr. A 15 – Direktor/-in –	1	Zusammen	10
Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/-rätin –	1	Die ausgebrachten Planstellen verteilen sich auf:	
zu übertragen	156		

Bes.-Gr.	Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr	Niedersachsen Ports (NPorts)*	Zusammen
B 4	1	—	1
B 2	1	—	1
A 16	13	4	17
A 15	31	6	37
A 14	44	2	46
A 13 (h. D.)	22	—	22
A 13 (g. D.)	45	9	54
A 12	97	11	108
A 11	135	15	150
A 10	41	8	49
A 9	16	6	22
A 8	5	9	14
A 7	1	1	2
A 6	1	—	1
Insgesamt	453	71	524

\*)Die Planstellen für die NPorts erhöhen bei Kapitel 0820 das Beschäftigungsvolumen, aber nicht das Personalkostenbudget, da die Personalkosten von der NPorts erstattet werden.

Erläuterungen zum Stellenplan

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 BBesG:

**Höherer Dienst:**

	Stellen
Bes.-Gr. B 2/A 16	16
Bes.-Gr. A 15	28
Bes.-Gr. A 14	30
Bes.-Gr. A 13	19
Zusammen	93

**Gehobener Dienst:**

	Stellen
Bes.-Gr. A 13	42
Bes.-Gr. A 12	86
Bes.-Gr. A 11	110
Bes.-Gr. A 10	18
Zusammen	256

**Mittlerer Dienst:**

	Stellen
Bes.-Gr. A 9	4
Bes.-Gr. A 8	9
Bes.-Gr. A 7	1
Zusammen	14

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			<sup>2)</sup> Die Sekretärin des Präsidenten ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Die vorstehend genannte Vorzimmerkraft, die Textverarbeitungsautomaten bedient, erhält eine übertarifliche Zulage. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung bzw. der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.
<b>Beamtete Hilfskräfte<sup>8)</sup></b>			
A 9	2	—	<sup>3)</sup> kw. <sup>4)</sup> 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Braunschweig). <sup>5)</sup> 1 kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV I bis 2003. <sup>6)</sup> 1 kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV I bis 2003. <sup>7)</sup> 1 kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV I bis 2003. <sup>8)</sup> Insgesamt 427 kw infolge ZV II (bei Beamten, Beamteten Hilfskräften, Angestellten und Arbeitern).
	2	—	
<b>Angestellte<sup>8)</sup></b>			<sup>27)</sup> 1 kw zum 1. 1. 2006 infolge ZV I. <sup>36)</sup> 2 kw zum 1. 1. 2006 infolge ZV I. <sup>38)</sup> 13 kw zum 1. 1. 2006 infolge ZV I. <sup>41)</sup> 9 kw zum 1. 1. 2006 infolge ZV I. <sup>42)</sup> 12 kw zum 1. 1. 2006 infolge ZV I. <sup>43)</sup> 7 kw zum 1. 1. 2006 infolge ZV I.
I a	6	6	
I b <sup>27)</sup>	29	29	
II a <sup>36)</sup>	101	99	
III	154	157	
IV a <sup>4)</sup> <sup>38)</sup>	137	138	
IV b <sup>5)</sup>	42	36	
V b	207	207	
V c <sup>41)</sup>	199	203	
VI b <sup>2)</sup> <sup>6)</sup> <sup>42)</sup>	129	127	
VII <sup>7)</sup>	41	39	
VIII	16	16	
IX b–VII <sup>43)</sup>	76	68	
	1 137	1 125	Zusammen
Leerstellen:			
III <sup>3)</sup>	1	—	
V b <sup>3)</sup>	3	—	
V c <sup>3)</sup>	1	—	
IXb–VII <sup>3)</sup>	1	—	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Beamtete Hilfskräfte**

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9		
- Inspektor/-in z.A. -	2	Umsetzung von Kap. 03 05 wegen Aufgabenverlagerung
Zusammen	<u>2</u>	

**Angestellte**

Zugänge:	Stellen	
Verg.-Gr. II a	1	
Verg.-Gr. III	2	Umsetzung von Kap. 03 05
Verg.-Gr. IV a	11	
Verg.-Gr. IV b	6	wegen Aufgabenverlagerung (gleichzeitig sind die HV Nr. 4 - ehemals HV Nr. 7 bei Kap. 03 05 - und 5, 6 und 7 - ehemals HV Nr. 35 bei Kap. 03 05 - auszubringen)
Verg.-Gr. V b	5	
Verg.-Gr. V c	8	
Verg.-Gr. VI b	1	
Verg.-Gr. VII	2	
Verg.-Gr. II a	1	Umsetzung von Kap. 03 05
Verg.-Gr. IV a	1	
Verg.-Gr. VI	1	
Verg.-Gr. IX b-VII	8	
Zusammen	<u>47</u>	
Zugänge insgesamt	49	
Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. III	5	Einsparung gem. ZV I (gleichzeitig Wegfall der HV Nr. 30, 37, 39 und 40)
Verg.-Gr. IV a	13	
Verg.-Gr. V b	3	
Verg.-Gr. V c	10	
Verg.-Gr. V b	2	Umsetzung nach Kap. 03 05
Verg.-Gr. V c	2	Umsetzung nach Kap. 03 05
Zusammen	<u>35</u>	
Bleiben Zugänge	14	
Leerstellen:	Stellen	
Zugänge:		
Verg.-Gr. III <sup>3)</sup>	1	Umsetzung von Kap. 03 05 wegen Aufgabenverlagerung (gleichzeitig ist der HV Nr. 3 auszubringen - ehemals HV Nr. 10 bei Kap. 03 05)
Verg.-Gr. V b <sup>3)</sup>	3	
Verg.-Gr. V c <sup>3)</sup>	1	
Verg.-Gr. IX b-VII <sup>3)</sup>	1	
Zusammen	<u>6</u>	

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst</b>			
A 13	22	20	Baureferendar/-in
A 9	32	30	Inspektor/-in-Anwärter/-in
	<u>54</u>	<u>50</u>	Zusammen
<b>Arbeiter/-innen<sup>1)</sup></b>			
4	42	42	
1-8	881	881	
	<u>923</u>	<u>923</u>	Zusammen

<sup>1)</sup> Insgesamt 427 kw infolge ZV II (bei Beamten, Beamteten Hilfskräften, Angestellten und Arbeitern).

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

**Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst**

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13		
- Baureferendar/-in -	2	Umsetzung von Kap. 08 31 wegen Privatisierung der Häfen- und Schifffahrtsverwaltung und Zuweisung der Beamten von der Nieders. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr an die Niedersachsen Ports GmbH & Co. KG
Bes.-Gr. A 9		
- Inspektor/-in- Anwärter/-in -	2	
Zugänge	<u>4</u>	

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr  
 Kapitel 08 91 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr – Regierungsvertretungen

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			1) Insgesamt 17,5 kw infolge ZV II bei Beamten, Beamteten Hilfskräften und Angestellten.
<b>Planmäßige Beamte/-innen<sup>1)</sup></b>			
			Aufsteigende Gehälter:
A 16	2	—	Ministerialrat/-rätin
A 15	1	—	Direktor/-in
A 13	3	—	Oberamtsrat/-rätin
A 12	1	—	Amtsrat/-rätin
A 11	5	—	Amtmann/-männin/-frau
A 10	1	—	Oberinspektor/-in
A 9	1	—	Inspektor/-in
	14	—	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16		
– Ministerialrat/-rätin –	2	} Umsetzung von Kap. 08 01
Bes.-Gr. A 15		
– Direktor/-in –	1	
Bes.-Gr. A 13		
– Oberamtsrat/-rätin –	2	
Bes.-Gr. A 12	1	
– Amtsrat/-rätin –	1	
Bes.-Gr. A 11		
– Amtmann/-männin/-frau –	5	
Bes.-Gr. A 9		
– Inspektor/-in –	1	
Bes.-Gr. A 13		
– Oberamtsrat/-rätin –	1	Umsetzung von Kap. 05 40
Bes.-Gr. A 10		
– Oberinspektor/-in –	1	Umsetzung von Kap. 08 20
Zusammen	14	

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr  
 Kapitel 08 91 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr – Regierungsvertretungen

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	

<sup>1)</sup> Insgesamt 17,5 kw infolge ZV II bei Beamten, Beamteten Hilfskräften und Angestellten.

<b>Beamtete Hilfskräfte<sup>1)</sup></b>			
A 9	1	—	Inspektor/-in z.A.
	<u>1</u>	—	Zusammen

<b>Angestellte<sup>1)</sup></b>			
I b	2	—	
II a	3	—	
III	4	—	
IV a	3	—	
IX b–VII	1	—	
	<u>13</u>	—	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Beamtete Hilfskräfte**

Zugänge:	Stellen	
Bes.-A 9		
– Inspektor/-in z.A –	<u>1</u>	Zugang von Kap. 08 01
Zusammen	1	

**Angestellte**

Zugänge:	Stellen	
Verg.-Gr. I b	2	} Zugang von Kap. 08 01
Verg.-Gr. II a	3	
Verg.-Gr. III	3	
Verg.-Gr. IV a	3	
Verg.-Gr. IX b–VII	1	} Zugang von Kap. 05 40
Verg.-Gr. III	1	
Zusammen	<u>13</u>	



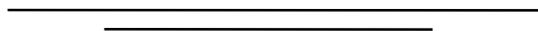
**Haushaltsplan**

für das

**Haushaltsjahr 2005**

**Einzelplan 09**

**Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung,  
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**



# Vorwort zum Einzelplan 09

## A. Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Einzelplan 09 enthält die Einnahmen und Ausgaben des Geschäftsbereichs des Ministeriums für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (ML), und zwar

des Ministeriums (Kap. 09 01),  
der Allgemeinen Bewilligungen –EU-Förderungsmaßnahmen und Tierseuchenbekämpfung- (Kap. 09 02),  
der Allgemeinen Bewilligungen –Erzeugung, Vermarktung, Ernährung, Forst und Jagd- (Kap. 09 03),  
der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (Kap. 09 04),  
der Regierungsvertretungen, Raumordnung und Landesentwicklung (Kap. 09 06),  
der Behörden für Geoinformation, Liegenschaften und Landentwicklung - Landentwicklung (Kap. 09 10),  
der Behörden für Geoinformation, Liegenschaften und Landentwicklung - Domänenverwaltung (Kap. 09 30),  
der Behörden für Geoinformation, Liegenschaften und Landentwicklung - Moorverwaltung (Kap. 09 31),  
des Landesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (Kap. 09 41),  
der Gestütverwaltung (Kap. 09 50),  
der Fischereiverwaltung (Kap. 09 61)  
der Anstalt Niedersächsische Landesforsten (Kap. 09 80)  
der Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt (Kap. 09 81)  
des Forstlichen Personals in der Umschulungsphase (Kap. 09 82)

## B. Wesentliche organisatorische Veränderungen gegenüber dem Vorjahr

Auswirkungen der Verwaltungsmodernisierung:

Gem. Kabinettsbeschluss vom 13. 07. 2004 zu Organisations- und Standortentscheidungen im Bereich des ML wurden die Aufgaben der Bezirksregierungen auf die Landwirtschaftskammern, das Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, auf die Landkreise und kreisfreien Städte und auf die Tierärztekammer übertragen. Einige Aufgaben mussten in das ML verlagert werden. Daher wurden die Kapitel 09 05 (Ernährung und Vermarktung) und 09 40 (Verwaltung des Veterinärwesens und der Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung) aufgelöst und Mittel und Stellen entsprechend der neuen Zuständigkeiten umgesetzt. Gleiches gilt für die bisher im Kapitel 03 05 (Bezirksregierungen) veranschlagten Mittel und Stellen.

Im Kapitel 09 06 werden gem. Kabinettsbeschluss vom 07.09.2004 zusätzlich die Stellen der Regierungsvertretungen aus dem Geschäftsbereich des ML veranschlagt.

Die Ämter für Agrarstruktur, die Domänenämter, die Staatliche Moorverwaltung Weser-Ems und die Katasterämter wurden gem. Kabinettsbeschluss vom 13.07.2004 aufgelöst und in den Behörden für Geoinformation, Liegenschaften und Landentwicklung (GLL) zusammengefasst. Mittel und Stellen sind in den Kapitel 09 10, 09 30, 09 31 und 03 18 veranschlagt.

Der Einzelplan 10 wurde aufgelöst und die Landesforstverwaltung in eine „Anstalt Niedersächsische Landesforsten“ überführt. Der im Landeshaushalt verbleibende Anteil des Einzelplans 10 ist in den Kapiteln 09 80 bis 09 82 dargestellt.

## C. Sonstige Veränderungen

- keine -

## D. Hochbaumaßnahmen

Die Hochbaumaßnahmen sind im Einzelplan 20 - Hochbauten – im Kapitel 20 11 ausgewiesen.

**E. Maßnahmen nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe  
„Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes**

Die Mittel für die Maßnahmen nach dem Gesetz über die "Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAKG) vom 3. September 1969 – BGBl. I S. 1573 -, zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Mai 2002 – BGBl. I S. 1527 - sind entsprechend der Aufgabenverteilung in den Einzelplänen 09 und 15 veranschlagt.

Die Zuweisungen des Bundes gem. § 10 GAKG werden im Einzelplan 09 insgesamt bei den Titeln 231 11 und 331 11 vereinnahmt. Die Ausgaben sind entsprechend der Maßnahmen in Titeln bzw. Titelgruppen veranschlagt.

Für den 33. Rahmenplan (2005) sind für die Maßnahmen der Gemeinschaftsaufgabe ausgebracht:

		EPl. 09	EPl. 15
a) aus Mitteln des Bundes	93.708.000 EUR	54.180.000 EUR	39.528.000 EUR
b) aus Mitteln des Landes	52.133.000 EUR	33.403.000 EUR	18.730.000 EUR
insgesamt:	145.841.000 EUR	87.583.000 EUR	58.258.000 EUR
sowie aus Verpflichtungs-			
ermächtigungen			
a) zu Lasten des Bundes	95.980.000 EUR	63.810.000 EUR	32.170.000 EUR
b) zu Lasten des Landes	57.704.000 EUR	42.540.000 EUR	15.164.000 EUR
insgesamt:	153.684.000 EUR	106.350.000 EUR	47.334.000 EUR

Im Einzelnen wird auf das Kapitel 09 04 und die Anlage 1 verwiesen.

**F. Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes**

Niedersachsen hat auf der Grundlage der VO (EG) 1257/1999 des Rates vom 17.05.1999 zur „Förderung der Entwicklung Einzelnen wird auf das Kapitel 09 02 Ausgabeteilgruppen 90 und 91 verwiesen.

## Epl. 09

## Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen					Gesamteinnahmen	Personalausgaben	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst
		0	1	2	3				
		Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
0901	Ministerium	—	299	5	—	304	15.197	1.260	
0902	Allgemeine Bewilligungen - EU-Förderungsmaßnahmen und Tierseuchenbekämpfung -	—	150	91.482	4.600	96.232	—	203	
0903	Allgemeine Bewilligungen - Erzeugung, Vermarktung, Ernährung, Forst und Jagd -	4.688	206	—	—	4.894	17	275	
0904	Gemeinschaftsaufgabe - Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes - (GemAgrG)	—	500	25.130	28.550	54.180	—	—	
0906	Raumordnung und Landesentwicklung, Fachaufgaben der Regierungsvertretungen	—	—	—	600	600	1.413	842	
0910	Behörden für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften - Landentwicklung	—	149	2.400	—	2.549	34.674	9.959	
0930	Behörden für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften - Domänenverwaltung	—	5.285	101	2.936	8.322	1.229	532	
0931	Behörden für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften - Moorverwaltung	—	1.355	—	33	1.388	1.641	573	
0941	Niedersächsisches Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit	—	9.683	2.110	—	11.793	30.249	10.202	
0950	Gestütverwaltung	—	5.889	42	—	5.931	3.254	1.355	
0961	Fischereiverwaltung	—	157	142	—	299	694	288	
0980	Anstalt Niedersächsische Landesforsten	—	—	—	—	—	—	—	
0981	Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt	—	46	147	—	193	3.855	806	
0982	Forstliches Personal in der Umschulungsphase	—	—	—	—	—	893	80	
Weggefallene Kapitel									
	Summe 2005	4.688	23.719	121.559	36.719	186.685	93.116	26.375	
	Summe 2004	2.950	24.377	108.351	39.814	175.492	94.947	28.964	
	2005 mehr(+)/weniger(-)	+1.738	-658	+13.208	-3.095	+11.193	-1.831	-2.589	

**gaben und Verpflichtungsermächtigungen**

**Epl. 09**

Ausgaben					2005 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 - Sp. 14)	2004 Überschuss Zuschuss (-)	2005 Verbesserung Verschlech- terung (-) (Sp. 15 - Sp. 16)	Verpflichtungs- ermächtigungen
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsför- dermaßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben				
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
—	—	247	-2.321	14.383	-14.079	-12.110	-1.969	—
18.909	—	4.610	82.215	105.937	-9.705	-589	-9.116	165
81.885	—	2.500	150	84.827	-79.933	-63.957	-15.976	3.100
40.000	—	47.583	—	87.583	-33.403	-33.568	165	106.350
241	—	1.700	—	4.196	-3.596	-2.714	-882	1.300
—	—	491	1.686	46.810	-44.261	-55.836	11.575	—
1.292	3.113	—	9.527	15.693	-7.371	-9.231	1.860	1.011
—	143	214	464	3.035	-1.647	-1.641	-6	—
949	—	4.035	2.544	47.979	-36.186	-31.606	-4.580	—
456	—	757	537	6.359	-428	-445	17	—
57	—	953	—	1.992	-1.693	-2.033	340	—
41.480	—	—	—	41.480	-41.480	—	-41.480	—
—	—	231	335	5.227	-5.034	—	-5.034	—
—	—	—	—	973	-973	—	-973	—
						-16.962	16.962	
185.269	3.256	63.321	95.137	466.474	-279.789	-230.692	-49.097	111.926
119.329	3.529	64.115	95.300	406.184				95.036
+65.940	-273	-794	-163	+60.290				+16.890

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0901 Ministerium**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		*** Gem. § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die "Allgemeine Erläuterung zum Kapitel" verbindlich.					
		<b>EINNAHMEN</b>					
111 01-5	011	Gebühren und tarifliche Entgelte		28	28	—	30
111 66-0	549	Verwaltungsgebühren der Akkreditierungsstelle <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 66.</i>		160	160	—	296
119 01-6	011	Vermischte Einnahmen		6	6	—	78
119 03-2	011	Einnahmen aus Nebentätigkeiten		4	4	—	—
119 11-3	011	Rückzahlung von Überzahlungen		3	3	—	—
124 01-0	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		11	11	—	—
132 10-1	011	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen <i>Vgl. K-Vermerk zu 811 10.</i>		36	36	—	35
132 11-0	011	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge <i>Vgl. K-Vermerk zu 811 11.</i>		51	51	—	53
132 12-8	011	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		—	—	—	5
231 10-0	011	Erstattung von Reisekosten vom Bund und der EU <i>Vgl. K-Vermerk zu 527 11.</i>		5	5	—	11
235 01-6	011	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
271 10-1	011	Erstattung von Personalkosten der EU für das Twinning-Projekt "Slowakei" im Rahmen des EU-Beitritts		—	55	-55	—
		<b>AUSGABEN</b>					
412 10-4	011	Entschädigung an Vorsitzende der Einigungsstellen gem. § 73 b Abs. 4 Nds. PersVG. und § 48 Abs. 3 Nds. Richtergesetz	—	1	1	—	—
412 11-2	511	Entschädigung ehrenamtlicher Beisitzer bei der Spruchstelle für Flurbereinigung	—	6	6	—	4
421 01-4	011	Bezüge der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten, der Ministerin oder des Ministers	—	143	150	-7	232
421 02-2	011	Bezüge der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten, der Ministerin oder des Ministers -Übergangsgeld-	—	—	—	—	—
422 01-0	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	12.966	11.989	+977	7.430
422 10-0	011	Zahlungen im Sinne der Leistungsprämien- und -Zulagenverordnung vom 05.10.1999 in der jeweils gültigen Fassung	—	—	—	—	—
422 19-3	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	163
425 01-0	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	4.062
425 04-4	011	Vergütungen der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	—	—	—	—
425 06-0	011	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	3	3	—	—
426 01-6	011	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	390

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 0901**

**Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 09 01**

Die Ausgaben der Obergruppen 51 – 54 sind im Rahmen des Modellversuchs "Wirtschaftliche und bedarfsorientierte Eigenverantwortung im Hinblick auf den Einsatz der Sachmittel im Einzelplan 09" in den jeweiligen Kapiteln bei Titel 547 11 zusammengefasst ausgebracht. Sie sind übertragbar. Es dürfen Ausgaberechte gebildet werden, die grundsätzlich zu 80 v. H. in das Folgejahr übertragen werden. Die Ausgaben sind nach der Haushaltssystematik zu buchen. Im Rahmen dieses Modellversuchs gilt im Einzelplan 09 die Deckungsfähigkeit auch, soweit die Ausgaben übertragen sind.

**Zu 111 01**

Gebühren und Auslagen auf dem Gebiet der Veterinärverwaltung.

**Zu 111 66**

Einnahmen der Akkreditierungsstelle für Lebensmittel untersuchende Laboratorien im ML. Sofern das Niedersächsische Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit beteiligt wird, sind die entsprechenden Einnahmen im Kapitel 09 41 zu verbuchen.

**Zu 119 03**

1. Abführung aufgrund des § 5 Abs. 3 des Ministergesetzes in der jeweils gültigen Fassung	4 Tsd. EUR
2. Abführungen aufgrund des § 75 a Abs. 2 NBG	-
Zusammen	4 Tsd. EUR

**Zu 124 01**

Mietzahlungen des IZN für Büro- und Technikräume im Dienstgebäude des ML, Calenberger Str. 2 in Hannover.

**Zu 132 10**

Vgl. Erläuterung zu Titel 811 10.

**Zu 132 11**

Vgl. Erläuterung zu Titel 811 11.

**Zu 132 12**

Die Aussonderung von Dienst-Kfz ist nicht vorgesehen.

**Zu 271 10**

Im Rahmen der Begleitung des EU-Beitritts der Slowakei werden die Personalkosten von der EU erstattet.

**Zu 412 10**

Der Vorsitzende einer Einigungsstelle – § 73 b Abs. 4 Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz und § 48 Abs. 3 Niedersächsisches Richterrechtsgesetz – erhält für jeden bearbeiteten Einzelfall eine Vergütung von 103 EUR, in jedem Jahr der Wahlperiode der Personalräte jedoch nicht mehr als 515 EUR.

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteneinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
240,82	230,46	246,96

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
12.966	11.989	12.294

**Noch zu 422 01**

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	37,50
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	37,50
- Sonstige Veränderungen	_____
Summe Zugänge	37,50

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	26,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	1,14
- Sonstige Veränderungen	_____
Summe Abgänge	27,14

Bleibt Zugang 10,36

26 Stellen für Beamtinnen, Beamte und Angestellte werden nach Beschlussfassung des "Gesetzes zur Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung in den Bereichen Wald und Jagd" und der Einrichtung der Anstalt des öffentlichen Rechts "Niedersächsische Landesforsten" in das Kapitel 09 80 umgesetzt.

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0901 Ministerium**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004	2004	2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
426 06-7	011	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	3	3	—	1
427 01-2	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	23	23	—	15
427 02-0	011	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	—
427 11-0	011	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	10	10	—	5
441 01-5	940	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	—	1.684	1.858	-174	1.527
441 02-3	940	Beihilfen für Angestellte	—	45	33	+12	42
441 03-1	940	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	3	3	—	2
441 04-0	940	Beihilfen für Sonstige	—	—	—	—	—
441 10-4	227	Pflegebeihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	—	84	84	—	6
443 01-8	940	Fürsorgeleistungen	—	33	33	—	30
443 02-6	940	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	1	1	—	—
443 10-7	940	Ausgaben zur Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen des Arbeitssicherheitsgesetzes	—	150	150	—	71
453 01-3	940	Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	42	42	—	18
511 01-3	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	218
514 01-2	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	—	—	—	60
514 02-0	011	Dienst- und Schutzkleidung	—	—	—	—	1
517 01-1	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	306
518 01-8	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	9
518 02-6	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	—	—	—	66
519 01-4	011	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	—	3
519 02-2	011	Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	—	—
525 01-4	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	13
526 01-0	011	Sachverständige	—	—	—	—	1
526 02-9	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	25
526 10-0	011	Gutachten zur EDV-Sicherheit der EU-Zahlstelle und des Rechenzentrums	—	—	100	-100	—
527 01-7	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	—	—	149
527 02-5	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten und Schwerbehinderteneangelegenheiten	—	—	—	—	4
527 11-4	011	Reisekostenvergütungen für Vertreter des Landes in Gremien des Bundes und der EU <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 10.</i>	—	5	5	—	13
529 10-9	011	Zur Verfügung der Ministerin oder des Ministers	—	5	5	—	5

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 427 01**

Für vorübergehende, unvermeidliche Vertretungen in Krankheits- und Urlaubsfällen mit aushilfsweise Tätigen.

**Zu 427 11**

Prüfungsvergütungen an die Mitglieder der Prüfungsausschüsse.

25 v. H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

**Zu 443 10**

Kosten für die Bestellung von Betriebsärzten sowie Fachkräften für Arbeitssicherheit im Rahmen der Umsetzung des Arbeitssicherheitsgesetzes in den Dienststellen des Einzelplans 09.

**Zu 526 10**

Überprüfung der von der EU vorgeschriebenen EDV-Sicherheitsanforderungen in der EU-Zahlstelle durch eine geeignete unabhängige Institution.

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0901 Ministerium**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
531 11-1	011	Ausgaben für Veröffentlichungen und der Dokumentation <i>*** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.</i>	—	—	—	—	0
531 12-0	011	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	—	—	—	—	5
546 01-1	011	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	2
546 02-0	011	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	—	—	—	—
546 03-8	011	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	—	—	—	6
546 05-4	011	Sächliche Verwaltungsausgaben zur Regulierung von Schäden des Landes, die nicht versichert sind	—	—	—	—	—
546 30-5	011	Folgetitel für gelöschte Ausgabetitel im Kapitel 09 01	—	—	—	—	—
547 10-7	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	1
547 11-5	011	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsausgaben des Kapitels	—	1.010	900	+110	—
547 12-3	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
811 01-7	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	35
811 10-6	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 10.</i>	—	36	36	—	35
811 11-4	011	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.</i>	—	51	51	—	53
812 11-0	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	50	50	—	28
972 11-8	989	Globale Minderausgabe	—	-2.832	-3.764	+932	—
972 14-2	989	Globale Minderausgabe für die zuerbringende Summe aus den K-Bögen	—	—	—	—	—
981 09-5	990	Abführung an 1321 - 381 09	—	511	511	—	511
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 66</b>		<b>Akkreditierungsstelle für lebensmitteluntersuchende Laboratorien</b> <i>Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zu 90 v.H. der Mehreinnahmen bei 111 66.</i>	(—)	(65)	(65)	(—)	(89)
511 66-8	549	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	39	39	—	7
526 66-5	549	Sachverständige, Gutachten und Forschungsaufträge	—	—	—	—	—
527 66-1	549	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	26	26	—	83
547 66-2	549	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
812 66-8	549	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 547 11**

Mehr durch Umschichtungen wegen Aufgabenverlagerungen im Rahmen der Verwaltungsreform.

**Zu 811 01**

Es sind keine Beschaffungen von Dienst-Kfz vorgesehen.

**Zu 811 10**

Aufgrund der Kfz-Richtlinien dürfen Dienstkraftfahrzeuge schon dann durch neue Fahrzeuge ersetzt werden, wenn in Höhe der jeweils zu erwartenden Verwertungserlöse mindestens gleichwertige Ersatzbeschaffungen vorgenommen werden können.

2 Pkw

Listenpreis (einschl. Umsatzsteuer sowie Sonderausstattung, Nebenkosten für Überführung und Zulassung)	36 Tsd. EUR
--	-------------

**Zu 811 11**

Aufgrund der Kfz-Richtlinie dürfen Dienstkraftfahrzeuge für Ministerinnen, Minister, Staatssekretärinnen und Staatssekretäre schon dann durch neue Fahrzeuge ersetzt werden, wenn in Höhe der jeweils zu erwartenden Verwertungserlöse mindestens gleichwertige Ersatzbeschaffungen vorgenommen werden können.

1 Pkw für den Minister

Listenpreis (einschließlich Umsatzsteuer) sowie Sonderausstattung Nebenkosten für Überführung und Zulassung	27 Tsd. EUR
---	-------------

1 Pkw für den Staatssekretär

Listenpreis (einschließlich Umsatzsteuer) sowie Sonderausstattung Nebenkosten für Überführung und Zulassung	24 Tsd. EUR
---	-------------

Zusammen	51 Tsd. EUR
----------	-------------

**Zu 812 11**

Ersatzbeschaffungen:

- |  |             |
|--|-------------|
| 1. Büroausstattung<br>(PC-Arbeitsplätze)                       | 35 Tsd. EUR |
| 2. Combinorm S-Herd mit Glaskeramik<br>für den Kantinenbetrieb | 9 Tsd. EUR  |
| 3. Verschiebbare Aktenschränke<br>für die Registratur          | 6 Tsd. EUR  |

Zusammen	50 Tsd. EUR
----------	-------------

**Zu 981 09**

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

**Zu Titelgruppe 66**

Vgl. Erläuterungen zu 111 66.

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0901 Ministerium**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>TGr. 98/99</b>		<b>Kosten der Informations- und Kommunika- tionstechnik</b>	(-)	(285)	(220)	(+65)	(209)
511 98-6	011	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände und sonstiges Verbrauchsmaterial	-	90	90	-	113
518 98-0	011	Kosten für die Anmietung von Software	-	-	-	-	-
518 99-9	011	Kosten für die Anmietung von Hardware	-	-	-	-	-
525 98-7	011	Kosten für Aus- und Fortbildung beim IZN	-	6	6	-	2
525 99-5	011	Kosten für Aus- und Fortbildung bei ande- ren Dienstleistern	-	6	6	-	3
547 98-0	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben	-	73	8	+65	0
712 98-1	011	Aus- und Umbaumaßnahmen zur Anpassung des Datennetzes	-	-	-	-	-
812 98-6	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	-	110	110	-	91
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	-		-194	+194	
		<b>Abschluss Kapitel 0901</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		299	139	+160	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zu- schüssen mit Ausnahme für Investitionen		5	60	-55	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		304	199	+105	
		4 Personalausgaben	-	15.197	14.565	+632	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Aus- gaben für den Schuldendienst	-	1.260	750	+510	
		7 Baumaßnahmen	-	-	-	-	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	-	247	247	-	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	-	-2.321	-3.253	+932	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	-	14.383	12.309	+2.074	
		<b>Zuschuss</b>		14.079	12.110	+1.969	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Titelgruppe 98/99**

Mehr durch Umschichtungen im Rahmen der Verwaltungsreform.

**Zu 812 98**

---

1. Ersatzbeschaffungen für vorhandene Endgeräte auf PC-Arbeitsplätzen nach flächendeckender Einführung der Bürokommunikation	35 Tsd. EUR
2. Aufrüstung der zentralen Server des ML (Hard- und Systemsoftware, Massenspeicher, RAM, Tools, Peripherie)	60 Tsd. EUR
3. Überlassung von Standardsoftware (Lizenzen)	15 Tsd. EUR
Zusammen	<hr/> 110 Tsd. EUR

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0902 Allgemeine Bewilligungen - EU-Förderungsmaßnahmen und Tierseuchenbekämpfung -**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-0	011	Vermischte Einnahmen		50	50	—	53
119 11-7	529	Rückzahlungen von Überzahlungen aus Landesmitteln		100	100	—	34
119 14-1	529	Rückzahlungen aus Zuwendungen im Rahmen des soziostrukturellen Einkommensausgleichs (Beteiligungsverhältnis 65:35) *** Rückzahlungen an den Bund sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben		—	—	—	0
119 90-7	531	Rückzahlungen von Überzahlungen aus EU-Mitteln *** Rückzahlungen an die EU sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben		—	—	—	—
271 10-5	529	Wiedereinziehungspauschale bei Rückforderungen von EU-Beihilfen		230	290	-60	224
271 11-3	528	Erstattungen des Bundes aus EU-Mitteln *** Erstattungen an die Tierseuchenkasse sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.		4.600	1.000	+3.600	2.421
271 73-3	528	Erstattungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern aus EU-Stukturfondsmitteln für Maßnahmen im ehemaligen Amt Neuhaus		—	—	—	—
272 13-6	528	EU-Mittel zur Förderung von Maßnahmen aufgrund des Gesetzes zur Modulation von Direktzahlungen (fakultativ) im Rahmen der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik Vgl. K-Vermerk zu 683 13.		5.650	—	+5.650	—
272 14-4	528	EU-Mittel zur Förderung v. Maßnahmen aufgrund des Gesetzes zur Modulation v Direktzahlungen (obligatorisch) im Rahmen der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik Vgl. K-Vermerk zu 683 14.		1	—	+1	—
272 90-0	531	EU-Mittel z. Förd. v. Maßnahmen a.d. Europ. Garantiefonds d. Landwirtschaft(EAGFL) Entwicklungsplan zur Förderung ländlicher Räume 2000 bis 2006 Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 90.		81.000	79.400	+1.600	95.111
281 20-8	549	Erstattungen für die zentrale Datenbank des Herkunfts- und Informationssystems für Tiere Vgl. K-Vermerk zu 671 20.		1	—	+1	—
341 11-1	531	Beiträge und Zuschüsse Dritter zur Mitfinanzierung von Maßnahmen aus dem Europäischen Garantiefonds der Landwirtschaft (EAGFL) Vgl. K-Vermerk zu 893 11.		—	—	—	2.413
341 12-0	521	Beiträge und Zuschüsse öffentlich rechtlicher Körperschaften, Anstalten und Stiftungen zur Mitfinanzierung von Maßnahmen		—	—	—	—
346 68-7	542	Zuschüsse für Investitionen von der EU Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 68.		4.600	4.600	—	1.509
382 10-1	990	Durchlaufende Gelder für Tollwutimpfungen von Füchsen Vgl. K-Vermerk zu 982 10.		—	—	—	—

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 119 90**

Rückzahlungen (Rückforderungen) von EU-Mitteln aufgrund einer Förderung nach der VO (EG) 1257/99 sind nach der VO (EG) 1258/99 an die EU zurückzuzahlen.

**Zu 271 10**

Dem Land steht aufgrund Art. 7 Abs. 1 der VO (EG) 595/91 vom 4. 3. 91 bei Unregelmäßigkeiten und der Wiedereinziehung zu Unrecht gezahlter Beträge der Finanzierung der Agrarpolitik eine Wiedereinziehungspauschale zu.

Anpassung an das voraussichtliche Erhebungsvolumen.

**Zu 271 11**

Vereinnahmt werden Erstattungen des Bundes aus EU-Mitteln im Rahmen der

- Effizienzverordnung VO (EWG) 2328/91 für die einzelbetriebliche Förderung
- Entscheidung des Rates 90/224/EWG in der jeweils gültigen Fassung über bestimmte Ausgaben im Veterinärbereich
- Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig aufgrund der VO (EG) 797/2004

Mehr infolge erhöhter Erstattungsbeträge im Jahr 2005.

**Zu 271 73**

Abwicklung der Erstattungen aus Mecklenburg-Vorpommern. Die Ausgabebetitelgruppe 73 besteht nicht mehr, da die Maßnahmen finanziert sind.

**Zu 272 13**

Vgl. Erläuterung zu 683 13.

**Zu 272 14**

Vgl. Erläuterung zu 683 14.

**Zu 272 90**

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabebetitelgruppe 90.

**Zu 281 20**

Umsetzung aus Kapitel 09 40 Titel Titel 281 10.

Vgl. Erläuterung zu 671 20.

**Zu 341 11**

Vgl. Erläuterung zu 893 11.

**Zu 382 10**

Umsetzung aus Kapitel 09 40 Titel 382 10.

Vgl. Erläuterung zu 982 10.

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0902 Allgemeine Bewilligungen - EU-Förderungsmaßnahmen und Tierseuchenbekämpfung -**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
<b>TGr. 75</b>		<b>EU-Mittel zur Förderung der Entwicklung im ländlichen Raum (LEADER+ 2000 bis 2006)</b>		(-)	(-)	(-)	(82)
272 75-6	528	Sonstige Zuschüsse aus dem EAGFL <i>Vgl. K-Vermerk zu 982 75.</i>		-	-	-	82
382 75-6	990	Durchlaufende Gelder aus dem EAGFL <i>Vgl. K-Vermerk zu 982 75.</i>		-	-	-	-
<b>A U S G A B E N</b>							
546 30-9	531	Folgetitel für gelöschte Ausgabeteile im Kapitel 09 02	-	-	-	-	-
636 11-1	529	Erstattung von Verwaltungsausgaben an die landwirtschaftlichen Alterskassen <i>Übertragbar.</i>	-	250	400	-150	259
662 11-2	529	Abwicklung von Schuldendiensthilfen <i>Übertragbar.</i>	-	3	3	-	1
671 10-3	521	Erstattungen an die Norddeutsche Landesbank für die Verwaltung von Landesdarlehen zur Förderung der Flurbereinigung	-	5	5	-	4
671 12-0	529	Erstattungen an die NLG für das Programm "Hilfen für existenzgefährdete landwirtschaftliche Betriebe durch Landankäufe"	-	391	-	+391	485
671 13-8	529	Erstattungen an die Norddeutsche Landesbank für die Verwaltung von Landesdarlehen zur Förderung der Siedlung	-	4	4	-	3
671 20-0	549	Erstattungen i. R. d. Durchführung der VO (EG) 1760/2000 und andere <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 281 20.</i>	-	680	600	+80	496
676 11-3	528	Erstattungen an die EU-Kommission aufgrund von Anlastungen aus dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds der Landwirtschaft (EAGFL) <i>Übertragbar.</i>	-	-	-	-	-
683 11-0	529	Abwicklung der Förderung "20jährige Stilllegung von Ackerflächen für ökologische Ruhezonen" <i>Übertragbar.</i>	-	20	20	-	12
683 13-6	528	Förderung von Maßnahmen aufgrund des Gesetzes zur Modulation von Direktzahlungen (fakultativ) im Rahmen der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 272 13.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	-	5.650	-	+5.650	-
683 14-4	528	Förderung von Maßnahmen aufgrund des Gesetzes zur Modulation von Direktzahlungen (obligatorisch) im Rahmen der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 272 14.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im</i>	-	-	-	-	-

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 272 75**

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabebetitelgruppe 75.

**Zu 636 11**

Erstattungen von Verwaltungsausgaben an die landw. Alterskasse für die vom Bund finanzierte „Betriebsaufgaberente“ (§§ 17, 19 des Gesetzes zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit.).

Weniger infolge Rückgang der Zahlfälle.

**Zu 662 11**

Im Stufeninvestitionsplan werden langfristige Kapitalmarktdarlehen, die der Konsolidierung kurzfristiger, hochverzinslicher Verbindlichkeiten dienen, zinsverbilligt.

Veranschlagt sind die noch zu erwartenden Abrufe aus Bewilligungen von Zinsverbilligungen für Kapitalmarktdarlehen in den Jahren 1973 bis 1984. Die Maßnahme wird voraussichtlich 2005 abgeschlossen.

**Zu 671 10**

Laut Treuhandvereinbarung beträgt die jährliche Verwaltungsgebühr 0,25 % der Darlehnsbeträge.

**Zu 671 12**

Die NLG kaufte 1986/87 im Auftrage des Landes Flächen von existenzgefährdeten Betrieben an, um hierdurch eine Eigenkonsolidierung zu ermöglichen. Die NLG ist ermächtigt, hierfür Kapitalmarktdarlehen bis 51,13 Mio. EUR aufzunehmen. Das Land erstattet den Kapitaldienst, die Kosten der NLG und Verwertungsverluste; etwaige Überschüsse werden an das Land abgeführt.

**Zu 671 13**

Für rd. 1 000 Darlehnsfälle je rd. 4,- EUR.

**Zu 671 20**

Ausgaben für ein System zur Kennzeichnung und Registrierung von Rindern gemäß VO (EG) 1760/2000 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juli 2000, für den Betrieb einer elektronischen Schweinedatenbank gemäß Artikel 18 der Richtlinie 64/432/EWG sowie den Kosten der sich aus Artikel 8 der VO (EG) 21/2004 des Rates vom 17. Dezember 2003 zur Einführung eines Systems zur Kennzeichnung und Registrierung von Schafen und Ziegen ergebenden Verpflichtung zur Errichtung einer Datenbank für die zentrale Registrierung aller Schafe und Ziegen haltenden Betriebe.

**Zu 676 11**

Vorsorglich Leertitel.

**Zu 683 11**

Abwicklung der Fördermaßnahme "20-jährige Stilllegung von Ackerland".

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	20	—	—	20
2006	20	—	—	20
2007	20	—	—	20
2008	20	—	—	20
2009 ff.	200	—	—	200
Summe	280	—	—	280

**Zu 683 13**

Es werden die EU-Mittel aus den reduzierten Direktzahlungen nachgewiesen. Die nationale Kofinanzierung erfolgt aus Kapitel 09 04 Titel 683 13. Die geförderten Einzelmaßnahmen

**Noch zu 683 13**

einschließlich der Mittelbindungen durch Verpflichtungsermächtigungen sind den dortigen Erläuterungen zu entnehmen.

**Zu 683 14**

Es werden die EU-Mittel aus den reduzierten Direktzahlungen ab 2005 aufgrund Artikel 10 der VO (EG) 1782/2003 vom 29.09.2003 in der jeweils gültigen Fassung nachgewiesen.

Die nationale Kofinanzierung erfolgt aus Kapitel 09 04 Titel 683 14. Die geförderten Einzelmaßnahmen einschließlich der Mittelbindungen durch Verpflichtungsermächtigungen sind den dortigen Erläuterungen zu entnehmen.

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0902 Allgemeine Bewilligungen - EU-Förderungsmaßnahmen und Tierseuchenbekämpfung -**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
noch 683 14-4		<i>Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>					
892 11-8	529	Zuschüsse im Rahmen von Umsiedlungen landwirtschaftlicher Betriebe im öffentlichen Interesse	—	—	—	—	4
893 11-4	531	Zuschüsse Dritter zur Mitfinanzierung von Maßnahmen aus dem Europäischen Garantiefonds der Landwirtschaft (EAGFL) -2000 bis 2006- <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 341 11.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	—	—	—	—	2.413
919 10-5	950	Abführung an 5082 - 359 11	—	205	205	—	205
982 10-9	990	Durchlaufende Gelder für Tollwutimpfungen von Füchsen <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 382 10.</i>	—	—	—	—	—
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61</b>		<b>Beteiligung an der "Grünen Woche"</b> <i>Übertragbar.</i>	(35) (35)	(70)	(70)	(—)	(66)
671 61-8	549	Erstattung der Hallenkosten	35 35	35	35	—	35
686 61-5	549	Zuschüsse	—	35	35	—	31
<b>TGr. 63</b>		<b>Durchführung des Bundesbodenschutzgesetzes</b> <i>Übertragbar.</i>	(130) (—)	(562)	(562)	(—)	(544)
547 63-1	549	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	127	127	—	-10
686 63-1	549	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	130 —	435	435	—	554
<b>TGr. 68</b>		<b>EU-Mittel zur Förderung der Fischwirtschaft (FIAF -Förderperiode 2000 bis 2006)</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 346 68.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe richten sich nach dem genehmigten EU-Programm.</i> <i>Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EU-Programms als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.</i>	(—)	(4.600)	(4.600)	(—)	(1.956)
662 68-6	542	Schuldendiensthilfen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
683 68-3	542	Zuschüsse für laufende Zwecke private Unternehmen	—	—	—	—	35
892 68-1	542	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	4.600	4.600	—	1.922

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 893 11**

Kofinanzierungsmittel Dritter zur Bindung von EU-Mitteln im Rahmen des nieders. Programms „PROLAND“.

**Zu 982 10**

Umsetzung aus Kapitel 09 40 Titel 982 10.

Die EU beteiligt sich zu 50 v. H. an den Impfstoff- und Auslegekosten der Landkreise und kreisfreien Städte für Tollwutimpfungen von Füchsen.

**Zu 671 61**

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	35	–	35
2006	–	–	35	35
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	35	35	70

**Zu 686 61**

Zuschüsse an den Träger des nds. Beitrages zur Bund-Länder-Gemeinschaftsschau.

**Zu Titelgruppe 63**

Im Rahmen der Durchführung des Bundesbodenschutzgesetzes wurden flächendeckend Dauerbeobachtungsflächen eingerichtet. Die Flächen dienen der Erfassung der langfristig standort-, belastungs- und nutzungsspezifischen Einflüsse und ermöglichen dadurch rechtzeitige Maßnahmen zum Bodenschutz bei drohender Bodenzerstörung und Überbelastung durch Schadstoffe.

Die Personalkosten für das Landesamt für Bodenforschung sind bei Kapitel 08 18 und die der Niedersächsischen Forstlichen Versuchsanstalt sind bei Kapitel 09 81 nachgewiesen.

**Zu 686 63**

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	–	–	–
2006	–	–	60	60
2007	–	–	60	60
2008	–	–	10	10
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	–	130	130

**Zu Titelgruppe 68**

Für Strukturmaßnahmen der Gemeinschaft im Sektor der Fischerei und Aquakultur sowie Verarbeitung und Vermarktung der entsprechenden Erzeugnisse, die aus dem Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (FIAF) nach den Verordnungen (EG) Nr. 1263/99 und Nr. 2792/99 gefördert werden sollen, können im Rahmen von Förderrichtlinien Zuschüsse bis zur Höhe von 35 v. H. der zuschussfähigen Ausgaben gewährt werden.

**Einzelpfan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0902 Allgemeine Bewilligungen - EU-Förderungsmaßnahmen und Tierseuchenbekämpfung -**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004 1000 EUR	Ansatz 2005 1000 EUR	Ansatz 2004 1000 EUR	+ = mehr - = weniger 1000 EUR	Ist 2003 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
<b>TGr. 75</b>		<b>EU-Mittel zur Förderung der Entwicklung im ländlichen Raum (LEADER + 2000 bis 2006)</b> <i>Übertragbar.</i>	(-)	(50)	(50)	(-)	(2.100)
547 75-5	528	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben *** Die Ausgaben des Titels erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen entsprechende dem genehmigten EG-Programm bei 272 75. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EG-Programms als Vorgriff gemäß § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.	-	50	50	-	100
982 75-3	990	Durchlaufende Gelder für die kommunalen Gebietskörperschaften Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 272 75 und 382 75.	-	-	-	-	2.000
<b>TGr. 81</b>		<b>Tierseuchenbekämpfung aus Landesmitteln</b>	(-)	(11.392)	(9.692)	(+1.700)	(7.771)
459 81-3	549	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	-	-	-	-	-
631 81-0	549	Erstattungen für Maßnahmen auf Bund-Länderebene	-	-	-	-	-
671 81-2	549	Erstattungen an die Tierseuchenkasse <i>Übertragbar.</i>	-	11.382	9.682	+1.700	7.771
812 81-5	549	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	-	10	10	-	-
<b>TGr. 83</b>		<b>Forschung und Förderung</b>	(-)	(45)	(45)	(-)	(36)
526 83-9	174	Sachverständige, Gutachten und Forschungsaufträge <i>Übertragbar.</i>	-	26	26	-	16
547 83-6	174	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	-	-	-	20
686 83-6	174	Sonstige Zuschüsse	-	19	19	-	-
<b>TGr. 90</b>		<b>EU-Mittel z. Förderung von Maßnahmen aus dem Europ. Garantiefonds der Landwirtschaft(EAFGL) Entwicklungsplan zur Förderung ländlicher Räume 2000-06</b> <i>Übertragbar.</i> Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 272 90. *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. Die Ausgaben der Titelgruppe richten sich nach dem genehmigten EU-Programm. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EU-Programms als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.	(-)	(81.000)	(79.400)	(+1.600)	(97.515)
425 90-0	531	Vergütung der Angestellten	-	-	-	-	-
531 90-5	531	Veröffentlichungen und Dokumentation	-	-	-	-	-
547 90-9	531	Nichtaufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	-	-	-	78
633 90-2	531	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	-	-	-	-	-
663 90-9	531	Schuldendiensthilfen an Sonstige	-	-	-	-	7.495

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Titelgruppe 75**

Im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative „LEADER +“ für die Jahre 2000 bis 2006 können in Niedersachsen in ländlichen Gebieten, die bestimmte Kriterien der Leitlinien der EU-Kommission entsprechen, insbesondere gebietsbezogene, integrierte Entwicklungsstrategien mit Pilotcharakter und die Zusammenarbeit zwischen ländlichen Gebieten gefördert werden.

Das niedersächsische Konzept sieht, basierend auf den Erfahrungen der Vorläuferprogramme, folgende Strategien vor:

**Förderung Regionaler Entwicklungskonzepte**

Unter Einbeziehung von Kommunen, staatlichen Stellen, Wirtschaft, Verbänden und Privaten einer Region, die sich als lokale Aktionsgruppen konstituieren, soll die effizientere Nutzung von vorhandenem Know-how und die Mobilisierung der Kreativität der Beteiligten unterstützt werden. Die zu erarbeitenden regionalen Entwicklungskonzepte haben sich insbesondere an folgenden Themen zu orientieren:

- Verbesserung der Lebensqualität der Region und der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen insbesondere im Hinblick auf die Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen und Jugendliche
- Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Erzeugnisse und Dienstleistungen durch Einsatz von neuem Know-how und neuer Technologien
- Aufwertung der lokalen Erzeugnisse durch erleichterten Marktzugang im Rahmen kollektiver Maßnahmen
- Valorisierung des natürlichen und kulturellen Potentials einschl. der Steigerung des Wertes von Flächen im gemeinschaftlichen Interesse, die unter NATURA 2000 ausgewählt werden.

**Förderung der Zusammenarbeit zwischen ländlichen Gebieten**

Im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen ländlichen Regionen und durch die Kombination von Projekten sollen Synergieeffekte ausgenutzt und zusätzliche positive Auswirkungen für die Region erzielt werden.

**Zu 547 75**

Begleitung und Bewertung des von der EU-Kommission genehmigten Programms „LEADER +“.

**Zu 982 75**

Kommunale Gebietskörperschaften sind federführend für die finanzielle Abwicklung verantwortlich und stellen grundsätzlich die notwendige Mitfinanzierung der EU-Mittel sicher.

**Zu Titelgruppe 81**

Umsetzung aus Kapitel 09 40 Titelgruppe 61.

Aufwendungen im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung.

**Zu 671 81**

Erstattungen an die seit dem 01.01.1966 bestehende Tierseuchenkasse aufgrund des § 15 Abs. 1 – 3 des Ausführungsgesetzes zum Tierseuchengesetz – AGTierSG – i.d.F. vom 24.06.2004 (Nds. GVBl. S. 230), für Entschädigungen für Tierverluste (Schweinepest, Leukose der Rinder, Tuberkulose der Rinder, Brucellose, Salmonellose der Rinder, Tollwut, Maul- und Klauenseuche u.a.) und Kosten vorbeugender Seuchenbekämpfungsmaßnahmen (Leukose- und Brucellose-Untersuchungen der Rinder, Aujeszkyschutzimpfungen und -untersuchungen der Schweine u.a.)

**Noch zu 671 81**

<b>A) Vorbeugende Maßnahmen</b>	<b>Tsd.EUR</b>
Leukose-Blut- Milchuntersuchungen -Labor-	200.000
Brucellose-Blut- Milchuntersuchungen -Labor-	125.000
Leukose und Brucellose/Probeentnahmen	125.000
Schweinepestschutzimpfungen	0
Untersuchungen auf Schweinepest	500.000
AK-Impfungen und Untersuchungen	635.000
BHV-1 Bekämpfung	4.522.000
Salmonellenuntersuchungen	10.000
Sonstige Maßnahmen	<u>110.000</u>
	<b>6.227.000</b>
<b>B) Entschädigungen</b>	
Schweinepest	10.000
Rinderleukose	10.000
Rindertuberkulose	50.000
Brucellose (Rinder und Schweine)	10.000
Salmonellose (Rinder und Schweine)	20.000
MKS	-
Tollwut	-
AK (Rind und Schwein)	1.000
Bienenseuchen	2.000
BSE/TSE	50.000
sonstige Tierseuchen	<u>2.000</u>
	<b>155.000</b>
<b>C) MKS-Vakzinebank, mobiles Bekämpfungszentrum und Bund-Länder-Task-Force</b>	<b>750.000</b>
<b>D) Tierkörperbeseitigung</b>	<b>4.250.000</b>
<b>A)+B)+C)+D)</b>	<b>11.382.000</b>

**Zu Titelgruppe 83**

Umsetzung aus Kapitel 09 40 Titelgruppe 63.

**Zu 526 83**

Auftragsforschung, z. B. durch die Tierärztliche Hochschule Hannover.

**Zu 686 83**

Förderung von Forschungsvorhaben im Rahmen der Tier- und Fischseuchenbekämpfung, der Lebensmittelüberwachung und des Tier-schutzes.



ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 90

Niedersachsen hat auf der Grundlage der VO (EG) 1257/1999 des Rates vom 17. 5. 1999 zur "Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes" ein Programm mit dem niedersächsischen Titel "PROLAND" für die Jahre 2000 bis 2006 erstellt. Es berücksichtigt die unterschiedlichen Anforderungen in den ländlichen Räumen, die sektoralen Probleme im Bereich Landwirtschaft und im Verarbeitungs- und Vermarktungsbereich land- und forstwirtschaftlicher Produkte sowie die Belange der Umwelt. Die nachfolgend aufgeführten Förderschwerpunkte umfassen sowohl sektorspezifische als auch sektorübergreifende Maßnahmen und tragen zu einer nachhaltigen Entwicklung ländlicher Räume bei.

**Programm zur ländlichen Entwicklung Niedersachsen – PROLAND –  
Geänderter Indikativer Gesamtfinanzierungsplan lt. Genehmigung der EU vom 18.08.2004 für den Geschäftsbereich des ML**

Maßnahme- ziffer PROLAND	EU-Maßnahmenbezeichnung	Gesamtbetrag 2000 bis 2006 (EU+LAND und/oder Dritter) EUR	EU-Anteil 2000 bis 2006 (09 02 TGr. 90) EUR	Haushaltsstelle für den Landesanteil und Mitfinanzierung Dritter
<b>Förderschwerpunkt I: Verbesserung der Produktionsstruktur</b>				
<b>a</b>	<b>Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben</b>			
a 1	Agrarinvestitionsförderungsprogramm	230 596 063	57 649 016	09 04 – 663 63 u. 892 63
<b>c</b>	<b>Berufsbildung</b>			09 03 – 685 10, 685 12
c 1	Qualifizierung	6 926 642	3 463 321	und 09 02 – TGr. 91
<b>g</b>	<b>Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen</b>			
g 1 a	Vieh und Fleisch	10 317 227	8 597 689	09 04 – TGr. 65 bis 69
g 1 b	Kartoffeln	27 021 896	22 518 246	09 04 – TGr. 65 bis 69
g 1 c	Obst, Gemüse, Gartenbauerzeugnisse, Baumschulen	24 708 368	20 590 307	09 04 – TGr. 65 bis 69
g 1 d	Gemeinschaftsanl. z. lokalen Vermarktung landw.Produkte	690 244	575 203	09 02 – TGr. 91
<b>h</b>	<b>Forstwirtschaft</b>			
h 1	Aufforstung landwirtschaftlicher Flächen	10 250 288	5 125 144	09 04 – TGr. 74 bis 77
h / i	Aufforstung landwirtschaftl.Flächen nach VO (EG) 2080/92	5 104 636	2 552 318	u. 09 02 – TGr. 91
<b>i</b>	<b>Sonstige forstwirtschaftliche Maßnahmen</b>			09 04 – TGr. 74 bis 77
i 1	Sonstige forstwirtschaftliche Maßnahmen	64 799 125	32 399 563	und 09 03 686 94
i 2	Maßnahmen zur Aufrechterhaltung und Verbesserung der ökologischen Stabilität von Wäldern	293 402	146 701	09 03 – 686 95 u. 683 92
<b>Förderschwerpunkt II: Strukturübergreifende Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung</b>				
<b>k</b>	<b>Förderung der Anpassung und Entwicklung von ländlichen Gebieten</b>			09 04 – TGr. 61, Kommunen und Teil- nehnergemeinschaften
k 1	Flurbereinigung	183 336 160	91 668 080	
<b>n</b>	<b>Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung für die ländliche Wirtschaft und Bevölkerung</b>			09 02 – TGr. 91 und Kommunen
n 1	Schaffung von Dienstleistungseinrichtungen (ETL)	2 380 755	1 190 378	
<b>o</b>	<b>Dorferneuerung und -entwicklung sowie Schutz und Erhaltung des ländlichen Kulturerbes</b>			09 02 – TGr. 91, 09 04 – TGr 62 und Kommunen
o 1 a bis d	Dorfentwicklung und ländliches Kulturerbe	229 580 676	114 790 338	
<b>r</b>	<b>Entwicklung u. Verbesserung der mit der Entwicklung der Landwirtschaft verbundenen Infrastruktur</b>			09 04 – TGr. 72 und Kommunen
r 1	Landwirtschaftliche Infrastrukturmaßnahmen (ETL)	233 728 227	116 864 114	
<b>s</b>	<b>Förderung von Fremdenverkehrs- u. Handwerksaktivitäten</b>			
s 1 a bis b	Förderung des ländlichen Tourismus und des ländlichen Handwerkswesens (ETL)	13 950 905	6 975 452	09 02 – TGr. 91
s 1 c	Erweiterung eines bestehenden Gartenkulturzentrums um ein Informationsforum sowie ein Arboretum für Ziergehölze	4 506 776	2 253 388	09 02 – TGr. 91
<b>Förderschwerpunkt III: Maßnahmen zum Schutz der Umwelt in Zusammenhang mit der Land und Forstwirtschaft und der Verbesserung des Tierschutzes</b>				
<b>f</b>	<b>Agrarumweltmaßnahmen</b>			
f 0	Agrarumweltmaßnahmen nach der VO (EG) 2078/92	24 195 327	12 097 663	09 04 – TGr. 90 bis 93
f 1	Erhaltung der genetischen Vielfalt in der Tierzucht und vom Aussterben bedrohter Rassen	994 712	497 356	09 03 – 686 11
f 2 a bis d	Niedersächsisches Agrarumweltprogramm (NAU) mit allen Einzelmaßnahmen	55 999 411	27 999 706	09 04 – TGr. 90 bis 93 u. 09 02 – TGr. 91
<b>t</b>	<b>Schutz der Umwelt im Zusammenhang mit der Land- und Forstwirtschaft, Landschaftspflege und der Verbesserung des Tierschutzes</b>			
t 1 a	Polaris – ProduktionsOrientiertes Landwirtschaftliches RaumInformationsSystem	2 657 313	1 328 656	09 03 – 686 71 u. Land- wirtschaftskammern
t 1 b	Untersuchungsprogramm zur Bewertung von Bioaerosolen	1 340 759	670 379	09 02 – TGr. 91
t 1 c	Informationen für Tierproduzenten	973 288	486 644	09 02 – TGr. 91
t 1 d	Bau eines Speicherbeckens	2 033 576	1 016 788	09 02 – TGr. 91
<b>v</b>	<b>Sonstige Maßnahmen</b>			
v 1	Bewertungsmaßnahmen (Technische Hilfe)	890 484	445 242	09 02 – TGr. 91
v 2	frühere flankierende Maßnahmen vor 1992	98 791	49 396	09 04 – TGr. 90 bis 93
<b>Gesamtbetrag</b>		<b>1 137 375 051</b>	<b>531 951 088</b>	

Weitere Umwelt- und Ausgleichsmaßnahmen sowie der Landschaftspflege sind im Kapitel 15 02 TGr. 90 dargestellt.

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0902 Allgemeine Bewilligungen - EU-Förderungsmaßnahmen und Tierseuchenbekämpfung -**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
682 90-3	531	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
683 90-0	531	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	6.049
684 90-6	531	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	—	—	—	—	325
685 90-2	531	Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige	—	—	—	—	1.322
686 90-9	531	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	129
883 90-9	531	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	43.381
887 90-4	531	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	—	—	—	—	20.498
892 90-8	531	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	13.216
893 90-4	531	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	4.941
894 90-0	531	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	80
971 90-5	988	Globale Mehrausgabe (EU-Mittel zur Bewilligung der Maßnahmen und Deckung der Ausgaben in der Titelgruppe 90)	—	81.000	79.400	+1.600	—
<b>TGr. 91</b>		<b>Landesmittel zur Kofinanzierung von Maßnahmen aus dem Europ. Garantiefonds der Landwirtschaft (EAGFL) -Förderung ländlicher Räume 2000 - 2006-Übertragbar.</b> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe richten sich nach dem genehmigten EU-Programm.</i> <i>Die Mehrausgaben im laufenden Haushaltsjahr sind als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.</i>	(—)	(1.010)	(710)	(+300)	(3.376)
425 91-9	529	Vergütung der Angestellten	—	—	—	—	—
531 91-3	529	Veröffentlichungen	—	—	—	—	—
547 91-7	529	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	74
633 91-0	529	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
663 91-7	529	Schuldendiensthilfen an Sonstige	—	—	—	—	—
682 91-1	529	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
683 91-8	529	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	491
684 91-4	529	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	—	—	—	—	218
685 91-0	529	Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige	—	—	—	—	16
686 91-7	529	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	97
883 91-7	529	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	6
887 91-2	529	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	—	—	—	—	697
892 91-6	529	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	196

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 971 90**

Veranschlagt sind die zur Bewilligung und Auszahlung vorgesehenen EU-Mittel. Der haushaltsmäßige Nachweis wird bei dem nach der Haushaltssystematik jeweiligen Sachtitel geführt.

**Zu Titelgruppe 91**

Veranschlagt sind die zur Bewilligung und Auszahlung vorgesehenen Landesmittel zur Kofinanzierung des nieders. Programms "PROLAND" (vgl. Erläuterung zu 09 02 TGr. 90). Der haushaltsmäßige Nachweis wird bei dem nach der Haushaltssystematik jeweiligen Sachtitel geführt.

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0902 Allgemeine Bewilligungen - EU-Förderungsmaßnahmen und Tierseuchenbekämpfung -**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
893 91-2	529	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	1.501
894 91-9	529	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	80
971 91-3	988	Globale Mehrausgabe (Landesmittel zur Bewilligung der Maßnahmen und Deckung der Ausgaben in der Titelgruppe 91)	—	1.010	710	+300	—
<b>Abschluss Kapitel 0902</b>							
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		150	150	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		91.482	80.690	+10.792	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		4.600	—	+4.600	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		96.232	80.840	+15.392	
		4 Personalausgaben	—	—	—	—	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	203	177	+26	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	165	18.909	937	+17.972	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	35	—	—	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	4.610	—	+4.610	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	165	82.215	80.315	+1.900	
		<b>Zuschuss</b>	35	105.937	81.429	+24.508	
				9.705	589	+9.116	

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 971 91**

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	460	550	–	1.010
2006	–	–	–	–
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	460	550	–	1.010

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0903 Allgemeine Bewilligungen - Erzeugung, Vermarktung, Ernährung, Forst und Jagd -**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
099 91-8	549	Jagdabgabe <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 91.</i>		1.738	1.738	—	1.301
119 01-3	529	Vermischte Einnahmen <i>*** Rückzahlungen an den Bund sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.</i>		36	10	+26	5
119 11-0	529	Rückzahlung von Überzahlungen aus Landesmitteln <i>*** Rückzahlungen an den Bund sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.</i>		120	100	+20	29
119 21-8	529	Einnahmen aus Sponsoring <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.</i>		—	—	—	—
231 10-7	529	Zuschuss des Bundes für Modellvorhaben: Einkommensalternativen im ländl. Raum und Ernährungsmaßnahmen sozialschwacher Gruppen <i>Vgl. K-Vermerk zu 684 10.</i>		—	—	—	70
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 81</b>		<b>Umlage gem. § 22 MFG</b>		(3.000)	(3.000)	(—)	(3.716)
099 81-0	532	Abgabe der Molkereien <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 81.</i>		2.950	2.950	—	3.689
162 81-4	532	Zinseinnahmen <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 81.</i>		50	50	—	27
<b>AUSGABEN</b>							
546 30-2	529	Folgetitel für gelöschte Ausgabetitel im Kapitel 09 03	—	—	—	—	—
683 11-3	549	Zuschüsse an private Unternehmen für Zwecke der Tierzucht <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 683 11, 686 10 und 686 11.</i>	—	140	190	-50	167
684 10-1	529	Zuschuss des Bundes für Modellvorhaben: Einkommensalternativen im ländl. Raum und Ernährungsmaßnahmen sozialschwacher Gruppen <i>Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 10.</i>	—	—	—	—	78
685 10-8	549	Berufsbildungsmaßnahmen nach Artikel 9 der VO (EG) 1257/99 <i>Übertragbar. Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 685 10, 685 12 und 685 13.</i>	100 100	50	180	-130	144
685 11-6	549	Zuschuß (Budget) an die Landwirtschaftskammern für die Erledigung der Pflichtaufgaben und Auftragsangelegenheiten <i>Übertragbar.</i>	—	67.573	54.793	+12.780	56.274
685 12-4	549	Zuschüsse an Deula-Lehranstalten und an Sonstige für berufsbezogene Weiterbildungsmaßnahmen <i>Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 685 10.</i>	50 50	50	128	-78	93
685 13-2	127	Zuschüsse an Deula-Lehranstalten für schulische Maßnahmen, die den berufsbildenden Unterricht ergänzen <i>Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 685 10.</i>	—	1.023	1.023	—	933

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 099 91**

Umsetzung aus Kapitel 10 02 Titel 099 91.

Einnahmen des Landes aus der Jagdabgabe gem. § 22 Abs. 2 des Niedersächsischen Jagdgesetz (NJagdG) vom 16. März 2001 (Nieders. GVBl. S. 100).

Die Einnahmen sollen bestimmungsgemäß für die Förderung jagdlicher Zwecke verwendet werden (vgl. Titelgruppe 91).

Die Einnahmen unterliegen starken jährlichen Schwankungen, da seit 2002 die Möglichkeit des Drei – Jahres – Jagdscheins besteht.

**Zu 231 10**

Vgl. Erläuterungen zu 684 10.

**Zu Titelgruppe 81**

Umsetzung aus Kapitel 09 05 Titelgruppe 71.

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 81.

**Zu 683 11**

Zuschüsse für spezielle Tierzuchtmaßnahmen, für die Dotierung von Pferderennen und zur Verbesserung von Qualität und Absatz tierischer Erzeugnisse.

Weniger infolge Reduzierung als Konsolidierungsbeitrag.

**Zu 684 10**

Im Rahmen von Modellvorhaben sollen Wege zur Erschließung von Einkommensalternativen für landwirtschaftliche Familien und insbesondere Frauen im ländlichen Raum aufgezeigt werden.

Sozial schwachen Gruppen soll in Modellprojekten aufgezeigt werden, wie mit vergleichsweise geringen finanziellen Mitteln eine gesunde Ernährung möglich ist, um damit mangelhafte und unausgewogene Ernährungsgewohnheiten, die zu gesundheitlichen Schädigungen führen, zu ändern.

**Zu 685 10**

Es sollen insbesondere ökologische und tier- und umweltschützende Weiterbildungsmaßnahmen, Lehrgänge und Praktika aufgrund der VO (EG) 1257/99 gefördert werden. Die EU-Beteiligung beträgt bis zu 50 v. H.

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	50	–	50
2006	–	–	100	100
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	50	100	150

**Zu 685 11**

Aufgrund § 31 des Gesetzes über die Landwirtschaftskammern i.d.F. vom 10.2.2003 (Nds. GVBl. 2003, S. 61) werden den Landwirtschaftskammern 90 v. H. des entstehenden Aufwandes für die Auftragsangelegenheiten nach Abzug ihrer Einnahmen erstattet. Im Rahmen der Verwaltungsreform werden umfangreiche Aufgaben der staatlichen Agrarverwaltung auf die Landwirtschaftskammern übergehen, die zunächst zu 100 % erstattet werden sollen. Vom verbleibenden Rest des Budgets werden den Landwirtschaftskammern die Aufwendungen für die Pflichtaufgaben entsprechend dem Kostenverhältnis erstattet.

Die Finanzierung erfolgt unter der Voraussetzung, dass die Landwirtschaftskammern die in den Zielvereinbarungen vereinbarten Ziele eingehalten haben. Um extreme Abweichungen aufgrund einmaliger oder besonderer Belastungen abzumildern, erfolgt die Finanzzuweisung unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung der drei vorangegangenen Jahre.

**Zu 685 12**

Weniger infolge Reduzierung als Konsolidierungsbeitrag.

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	50	–	50
2006	–	–	50	50
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	50	50	100

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0903 Allgemeine Bewilligungen - Erzeugung, Vermarktung, Ernährung, Forst und Jagd -**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
685 14-0	549	Zuschuss für die Bundesgartenschau 2015 in Niedersachsen	—	10	—	+10	—
686 10-4	549	Zuschüsse zur Förderung der Tierzucht <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 683 11.</i>	—	310	360	-50	441
686 11-2	549	Besondere Tierzuchtmaßnahmen nach der VO (EG) 1257/99 <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 683 11.</i>	100 12	138	138	—	78
686 13-9	549	Zuschüsse an Rennvereine <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 96 v.H. der Isteinnahmen bei 1301-055 11.</i>	—	960	960	—	776
686 21-0	549	Zuschuss an das Deutsche Institut für Lebensmitteltechnik e. V. (DIL) <i>Übertragbar.</i>	—	400	450	-50	491
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61</b>		<b>Förderung der landwirtschaftlichen Beratung und Maßnahmen des ökologischen Landbaus</b> <i>Übertragbar.</i>	(1.200) (1.500)	(2.000)	(3.200)	(-1.200)	(4.130)
526 61-1	549	Aufwandsentschädigung für die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Beirates für den ökologischen Landbau	—	—	—	—	2
531 61-5	549	Ausgaben für Veröffentlichungen und Dokumentation	—	—	—	—	—
537 61-3	549	Zweckforschungen, Erhebungen und Untersuchungen	—	—	—	—	—
547 61-9	549	Nicht aufteilbare Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	1
683 61-0	549	Zuschüsse für Beratungsleistungen	—	750	1.600	-850	2.000
686 61-9	549	Zuschüsse für Maßnahmen des ökologischen Landbaus	1.200 1.500	1.250	1.600	-350	2.127
893 61-4	549	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
<b>TGr. 70</b>		<b>Förderung von Landesgartenschauen in Niedersachsen</b> <i>Übertragbar.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(—) (3.000)	(2.500)	(1.000)	(+1.500)	(—)
686 70-8	529	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	— 500	—	—	—	—
893 70-3	529	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	— 2.500	2.500	1.000	+1.500	—
<b>TGr. 71</b>		<b>Für Forschung und sonstige Förderung der Landwirtschaft</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: Ausgabeteilgruppe 71 und 683 83.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(600) (600)	(851)	(1.090)	(-239)	(643)
541 71-8	549	Ehrenzeichen und sonstige Auszeichnungen	—	8	8	—	12

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 686 10**

Es werden Allgemeine Tierzuchtmaßnahmen, EDV-Arbeiten und besondere Landesmaßnahmen gefördert.  
Weniger infolge Reduzierung als Konsolidierungsbeitrag.

**Zu 686 11**

Aufgrund der VO (EG) 1257/99 können Maßnahmen zur Erhaltung der genetischen Vielfalt in der Tierzucht und die Zucht einer vom Aussterben bedrohten Rasse bei Pferden, Schafen und Rindern gefördert werden. Die EU-Beteiligung beträgt bis zu 50 v. H.

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	96	6	—	102
2006	51	6	25	82
2007	—	—	25	25
2008	—	—	25	25
2009 ff.	—	—	25	25
Summe	147	12	100	259

**Zu 686 13**

Die Rennvereine erhalten auf der Grundlage des Rennwett- und Lotteriegesetzes vom 8. 4. 1922 eine Rückvergütung von 96 v. H. aus der Totalisatorsteuer an dem Wettaufkommen (16<sup>2</sup>/<sub>3</sub> v. H.) der Pferderennen.

**Zu 686 21**

Das Deutsche Institut für Lebensmitteltechnik e. V. (DIL) in Quakenbrück beschäftigt sich seit seiner vom Land Niedersachsen betriebenen Gründung im Jahr 1985 mit der verfahrenstechnisch orientierten Forschung und Entwicklung im Lebensmittelbereich. Durch die in den Bereichen Verfahrenstechnik und Lebensmittelphysik, chemische und mikrobiologische Analytik, Maschinenbau und Elektrotechnik sowie Qualitätssicherung gesammelten Erfahrungen kann das DIL die in der Nahrungsmittelproduktion relevanten Probleme unter Nutzung synergistischer Effekte bearbeiten. Die Aufgaben im Einzelnen reichen von der Auftragsanalytik über die Rezeptur- und Verfahrensentwicklung bis zum Bau komplexer Anlagen und Apparate.

Ein wesentlicher Teil der Arbeit des DIL liegt in der vorwettbewerblichen Forschung, die im Rahmen von national und europäisch geförderten Forschungs- und Entwicklungsprojekten erfolgt. Die Ergebnisse dieser Projekte werden insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen der Lebensmittelindustrie genutzt. Ein Schwerpunkt der sowohl auf bilateraler als auch gemeinnütziger Ebene umgesetzten Projekte ist es, unter Anwendung des modernen analytischen, technischen und stoffspezifischen Potentials qualitativ hochwertige und sichere Produkte zu entwickeln.

**Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben**  
Deutsches Institut für Lebensmitteltechnik e. V.

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
Ausgaben	3.980	3.980	3.594
Einnahmen	3.580	3.530	3.103
Fehlbetrag	400	450	491

**Noch zu 686 21**

	2005 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:	

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
b) das Land mit	400
c) den Bund mit	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand	—
e) Private	—
Zusammen	400

Weniger infolge Reduzierung als Konsolidierungsbeitrag.

**Zu Titelgruppe 61**

Maßnahmen zur Entwicklung einer nachhaltig wirtschaftenden Landwirtschaft.

**Zu 683 61**

Förderung der Beratung zur Entwicklung einer unternehmerisch geführten Landwirtschaft, verbunden mit nachhaltigen, umwelt- und tiergerechten Produktionsverfahren, die zur Erzeugung qualitativ hochwertiger Produkte führen soll. Die wirtschaftlichen Verhältnisse und Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Betriebe soll erhalten und verbessert werden.  
Weniger infolge Reduzierung als Konsolidierungsbeitrag.

**Zu 686 61**

Die Maßnahmen dienen zur Stärkung des Marktes für in Niedersachsen erzeugte ökologische Produkte.  
Hierzu gehören insbesondere

- Maßnahmen zur Vermarktung von Bioprodukten, Verbraucheraufklärung, Nds. Aktionstage Ökolandbau
- Beirat "Absatzförderung für den ökologischen Landbau"
- "Kompetenzzentrum Ökolandbau" incl. Umstellungsberatung
- Forschungsvorhaben
- Regionale Bildungsprojekte

Weniger infolge Reduzierung als Konsolidierungsbeitrag.

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	—	300	—	300
2006	—	600	500	1.100
2007	—	600	400	1.000
2008	—	—	300	300
2009 ff.	—	—	—	—
Summe	—	1.500	1.200	2.700

**Zu Titelgruppe 70**

In Winsen (Luhe) wird im Jahre 2006 eine Landesgartenschau durchgeführt.

Für die Stadt ist die Ausrichtung der Landesgartenschau ein wichtiges Instrument für eine zukunftsorientierte Grünflächenplanung und Stadtentwicklung und lässt einen zukunftsorientierten städtebaulichen Entwicklungsschub erwarten. Das Ausstellungsgelände wird in den Stadtkörper integriert, die vorhandenen Strukturen hervorragend genutzt und nachhaltig weiterentwickelt. Auf diese Weise werden neben der Entwicklung von Wohn- und Gewerbeflächen langfristig die Einrichtung von innenstadtnahen Frei- und Erholungsflächen geschaffen. Durch Verbesserung der Möglichkeiten zu Freizeitgestaltung und Naherholung im Wohnumfeld, sowie ökologischer Aspekte (Stadtklima u. a.) werden sowohl die Lebensqualität der Bewohner als auch die Attraktivität der Stadt für Touristen gesteigert.



**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Titelgruppe 70**

Die vorgesehene Förderung des Landes beträgt bis zu 4 Mio. EUR. Davon werden bis zu 3,5 Mio. EUR notwendige Investitionen mit bis zu 50 v. H. gefördert; im Rahmen der Durchführung stehen bis zu 0,5 Mio. EUR zur Verfügung.

**Zu 686 70**

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	–	–	–
2006	–	500	–	500
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	500	–	500

**Zu 893 70**

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	2.500	–	2.500
2006	–	–	–	–
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	2.500	–	2.500

**Zu 541 71**

Auszeichnungen für besondere tierzüchterische Leistungen.

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0903 Allgemeine Bewilligungen - Erzeugung, Vermarktung, Ernährung, Forst und Jagd -**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
547 71-6	549	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	140	140	—	45
633 71-0	549	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	25	-25	—
686 71-6	549	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	600 600	703	917	-214	585
<b>TGr. 72</b>		<b>Für Forschung und sonstige Förderung auf dem Gebiet nachwachsender Rohstoffe</b> <i>Übertragbar.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(800) (900)	(800)	(800)	(—)	(1.087)
526 72-7	169	Aufwandsentschädigung für die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Beirates für nachwachsende Rohstoffe	—	—	—	—	—
547 72-4	169	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	113
683 72-5	169	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	800 900	800	800	—	973
686 72-4	169	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	—
892 72-3	169	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
893 72-0	169	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
<b>TGr. 73</b>		<b>Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugungs- und Vermarktungsbedingungen für Bienenzuchterzeugnisse aufgrund der VO (EG) 797/2004</b> <i>Übertragbar.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(—)	(205)	(205)	(—)	(245)
429 73-0	549	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	17	17	—	15
547 73-2	549	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	7	7	—	5
686 73-2	549	Zuschüsse an Imker	—	181	181	—	225
<b>TGr. 80</b>		<b>Durchführung des Ernährungssicherstellungs- und Ernährungsvorsorgegesetzes und der dazu erlassenen Verordnungen</b> <i>Übertragbar.</i>	(—)	(17)	(75)	(-58)	(40)
429 80-2	045	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	36
547 80-5	045	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	17	75	-58	4
<b>TGr. 81</b>		<b>Förderung der Milchwirtschaft</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 099 81 und 162 81.</i>	(—)	(3.000)	(3.000)	(—)	(3.716)
683 81-4	532	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	200	200	—	128
686 81-3	532	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	2.800	2.800	—	3.588
<b>TGr. 82</b>		<b>Ernährungsberatung</b>	(50) (50)	(426)	(426)	(—)	(419)
547 82-1	549	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 547 71**

- Auftragsforschung, Untersuchungen und Versuche, insbesondere
- im Hinblick auf eine umwelt- und ressourcenschonende Produktion,
  - zu aktuellen agrarpolitischen Themen,
  - auf dem Gebiet der Tierproduktion,
  - zur Lösung umweltrelevanter Fragen des Pflanzenschutzes.

Sachaufwendungen in Vorbereitung und Ausführung des Landeswettbewerbs „Unser Dorf soll schöner werden“.

**Zu 686 71**

Insbesondere werden folgende Forschungen und Förderungen finanziert:

- Unterstützung innovativer Projekte in der Agrartechnik
- Zuschuss an das Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft e. V. für die Versuchsanstalt Dethlingen (Verwaltungsvereinbarung zum Kartoffelanbau bis 31.12.2005)
- Landwirtschaftliche Forschung und Förderung von Einzelprojekten mit grundsätzlichem Charakter
- Untersuchung psycho-sozialer Probleme in ldw. Betrieben, Betrieb eines Sorgentelefon und Familienberatung vor Ort, Fortbildung zu Dorfhelferinnen

Weniger infolge Reduzierung als Konsolidierungsbeitrag.  
Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	—	400	—	400
2006	—	200	300	500
2007	—	—	144	144
2008	—	—	52	52
2009 ff.	—	—	104	104
Summe	—	600	600	1.200

**Zu Titelgruppe 72**

Das Land fördert Vorhaben in den Bereichen Industrie- und Energiepflanzenbau sowie solche zur technischen Verwertung, Verarbeitung und energetischen Nutzung entsprechend den Zielen und Schwerpunkten des niedersächsischen Förderkonzeptes für nachwachsende Rohstoffe. Auch Maßnahmen der Markteinführung sowie Fachtagungen, Ausstellungen und Symposien werden unterstützt.

Folgende Maßnahmen werden u. a. gefördert:

- Mitwirkung bei der Umsetzung neuer Biokraftstoffstrategien z. B. "Sun Fuel"
- Energiegewinnung aus Biomasse zur Erzeugung von Wärme oder Kraftstoffen
- Herstellung von Farben, Lacken und Bindemitteln auf Basis von pflanzlichen Ölen und Stärke
- Herstellung von Faserverbund- und Konstruktionswerkstoffen aus Pflanzenfasern in biologisch abbaubaren Bindemitteln

Der niedersächsische Beirat für nachwachsende Rohstoffe informiert die Landesregierung über neue Entwicklungen und regt F. u. E.-Vorhaben und innovative Maßnahmen an. Weiterhin trifft er Tendenzsagen über neue Stoffe, Produktlinien und Verfahren sowie über deren Umweltverträglichkeit.

Das 2003 gegründete niedersächsische Biogasforum ist eine Plattform für den wissenschaftlichen, methodischen und empirischen Wissenstransfer, soll Problemfelder transparent machen und einen technologisch-biologischen Fortschritt bewirken.

**Zu 683 72**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	—	300	—	300
2006	—	300	400	700
2007	—	300	200	500
2008	—	—	200	200
2009 ff.	—	—	—	—
Summe	—	900	800	1.700

**Zu Titelgruppe 73**

Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugungs- und Vermarktungsbedingungen für Bienenzuchterzeugnisse aufgrund der VO (EG) 797/2004. Die EU-Beteiligung beträgt bis zu 50 v. H.

**Zu 429 73**

Forschungsvorhaben zur Optimierung der Varroatosebehandlung beim LAVES -Institut für Bienkunde-.

**Zu 686 73**

Zuschüsse an Imkerinnen und Imker zur Bekämpfung der Varroatose und verwandter Krankheiten, für Schulungsmaßnahmen (Aus- und Fortbildung) sowie Honiganalysen.

**Zu Titelgruppe 80**

Umsetzung aus Kapitel 09 05 Titelgruppe 70.

Zur Vorbereitung von Notstandsmaßnahmen auf dem Gebiet der Ernährungssicherung und zur Einweisung in Sicherstellungsfunktionen.

**Zu Titelgruppe 81**

Umsetzung aus Kapitel 09 05 Titelgruppe 71.

Die nach § 22 Abs. 1 Milch- und Fettgesetz (MFG) vom 28. 2. 1951 (BGBl. I S. 135) in Verbindung mit der VO über die Erhebung einer Umlage auf dem Gebiet der Milchwirtschaft vom 22. 5. 1973 (Nds. GVBl. S. 179) in der jeweils gültigen Fassung aufkommenden Umlagemittel werden für die im MFG aufgeführten Zwecke insbesondere verwendet für die

- Förderung der Milchgüte
- Verbesserung der Hygiene bei der Milchgewinnung und beim Milchabsatz
- Beratung der Betriebe in milchwirtschaftlichen Fragen und laufende Fortbildung des Berufsnachwuchses
- Werbung zur Erhöhung des Verbrauchs von Milch und Milcherzeugnissen
- Durchführung von Aufgaben, die nach den Vorschriften des MFG bestimmten Stellen übertragen worden sind, u. a. Notierungskommission.

Die Verwendung des Umlageaufkommens ist wie folgt vorgesehen:

1. Landesvereinigung der Milchwirtschaft	2.300 Tsd. EUR
2. Sonstige Zuwendungsempfänger	700 Tsd. EUR
Zusammen	3.000 Tsd. EUR

**Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Landesvereinigung der Milchwirtschaft Niedersachsen e. V.**

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
<b>Ausgaben</b>	3.000	3.240	2.937
<b>Einnahmen</b>	700	710	637
<b>Fehlbetrag</b>	2.300	2.530	2.300



**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Titelgruppe 81**

	2005 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	–
b) das Land aus der Umlage gem. § 22 MFG	2.300
c) den Bund mit	–
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	–
e) Private	–
Zusammen	<u>2.300</u>

**Zu Titelgruppe 82**

Umsetzung aus Kapitel 09 05 Titelgruppe 72.

Förderung von Aufklärungs-, Informations- und Beratungsmaßnahmen (Ausstellungen, Seminare, Vorträge und Erstellung von Informationsmaterial). Förderfähig sind Personal- und Sachausgaben.

Die Maßnahmen werden schwerpunktmäßig im Bereich der vollwertigen Ernährung u. a. in Schulen, Universitäten, Kantinen und in sozialen Brennpunkten durchgeführt. Die Durchführung obliegt insbesondere der Verbraucherzentrale Niedersachsen e. V. und der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e. V.

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0903 Allgemeine Bewilligungen - Erzeugung, Vermarktung, Ernährung, Forst und Jagd -**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
684 82-9	549	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen <i>Übertragbar.</i>	50 50	426	426	—	419
686 82-1	549	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	—
<b>TGr. 83</b>		<b>Zuschüsse zur Absatzförderung ernährungs-wirtschaftlicher Erzeugnisse</b> <i>Übertragbar.</i>	(200) (300)	(1.630)	(1.790)	(-160)	(1.382)
683 83-0	539	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen <i>Vgl. D-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 71.</i>	200 300	275	410	-135	91
684 83-7	539	Zuschüsse an die Marketinggesellschaft für nds. Agrarprodukte e. V.	—	1.355	1.380	-25	1.291
686 83-0	539	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	—
892 83-9	539	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 91</b>		<b>Förderung des Jagdwesens</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 099 91.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(—)	(1.738)	(1.738)	(—)	(1.839)
547 91-0	549	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	103	103	—	49
685 91-4	549	Sonstige Zuschüsse	—	1.485	1.380	+105	1.680
919 91-5	950	Zuführung an die Anstalt Niedersächsische Landesforsten	—	150	255	-105	110
<b>TGr. 92 bis 95</b>		<b>Zuschüsse zur Förderung der Forst- und Holzwirtschaft sowie der privaten Waldbesitzer</b>	(—)	(1.006)	(906)	(+100)	(1.502)
683 92-0	549	Zuschüsse für Waldschutzmaßnahmen im Nichtstaatswald <i>Übertragbar.</i>	—	125	50	+75	62
685 92-2	549	Zuschüsse an Vereine, Verbände, Gesellschaften u. a. <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	—	156	156	—	118
686 93-7	549	Regulierung von Waldbrandschäden gem. § 22 NWaldLG	—	25	—	+25	611
686 94-5	549	Förderung der forstfachlichen Betreuung im Privatwald <i>Übertragbar.</i>	—	700	700	—	700
686 95-3	549	Förderung von Maßnahmen zur Aufrechterhaltung und Verbesserung der ökologischen Stabilität von Wäldern <i>Übertragbar.</i>	—	—	—	—	10

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 684 82**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	—	50	—	50
2006	—	—	50	50
2007	—	—	—	—
2008	—	—	—	—
2009 ff.	—	—	—	—
Summe	—	50	50	100

**Zu Titelgruppe 83**

Umsetzung aus Kapitel 09 05 Titelgruppe 73.

- Unterstützung der Bemühungen um die weitere Verbesserung der Erzeugungs- und Vermarktungsstruktur unter dem Gesichtspunkt der Sicherung und Verbesserung des Absatzes sowie zur Förderung der marktorientierten Qualitätsproduktion im Hinblick auf die Wettbewerbsverschärfung durch die Schaffung des Europäischen Binnenmarktes und der Änderung der gemeinsamen Agrarpolitik. Insbesondere wird die Marketinggesellschaft für nieders. Agrarprodukte e. V. in folgenden Bereichen tätig:
  - Unterstützung der Vermarktungsbemühungen der niedersächsischen Landwirtschaft durch Beteiligung an Messen und Ausstellungen, Durchführung von Verkaufsförderungsaktionen und Absatzförderungsmaßnahmen.
  - Beratung von Vermarktungsorganisationen durch Erarbeiten von Konzepten.
  - marktkonforme Angebotserstellung durch Entwicklung von Qualitätssicherungssystemen
  - Beratung von Erzeugern und Erzeugerverbänden
  - Begleitung von Pilotvorhaben
  - Fortbildungsmaßnahmen
- Zuschüsse für überbetriebliche Vorhaben im Hinblick auf Organisation der Vermarktung und Qualitätssicherung.

**Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben**  
der Marketinggesellschaft für nieders. Agrarprodukte e. V.

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis 2003 Tsd. EUR
<b>Ausgaben</b>	2.978	2.978	3.028
<b>Einnahmen</b>	1.623	1.598	1.687
<b>Fehlbetrag</b>	1.355	1.380	1.340

2004  
Tsd. EUR

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

f) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
g) das Land mit	1.355
h) den Bund mit	—
i) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand	—
j) Private	—
<b>Zusammen</b>	<b>1.355</b>

Weniger infolge Reduzierung als Konsolidierungsbeitrag.

**Zu 683 83**

Zuschüsse zur Förderung der Marktausrichtung der Landwirtschaft und der ihr nachgelagerten Sektoren sowie zur Förderung der Entwicklung neuer Absatzwege (z. B. Zentral-regionales

**Noch zu 683 83**

Marketing).

Weniger infolge Reduzierung als Konsolidierungsbeitrag.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	—	200	—	200
2006	—	100	100	200
2007	—	—	100	100
2008	—	—	—	—
2009 ff.	—	—	—	—
Summe	—	300	200	500

**Zu Titelgruppe 91**

Umsetzung aus Kapitel 10 02 Titelgruppe 91.

**Zu 685 91**

- Gestaltung von Lebensräumen (Biotopgestaltung) sowie für die Wiedereinbürgerung von Wild 200 Tsd.Euro
- Förderung der Jagdgebrauchshundehaltung 30 Tsd.Euro
- Jagdliche Ausstellungen 50 Tsd.Euro
- Jagdliche Forschungsaufträge 450 Tsd.Euro
- Förderung des jagdlichen Schießwesens 100 Tsd.Euro
- Jagdschutzmaßnahmen 70 Tsd.Euro
- Seehundaufzuchtstation Norden 15 Tsd.Euro
- Jägerlehrhof Jagdschloss Springe 200 Tsd.Euro
- Bekämpfung von Wildkrankheiten 50 Tsd.Euro
- Anlage von Hegebüschchen, Vogelschutzhecken, Wildremisen, Äsungsflächen u. a. 200 Tsd.Euro
- Jagdliche Öffentlichkeitsarbeit und Umweltbildung 120 Tsd.Euro
| **Zusammen** | **1.485 Tsd.Euro** | | |

**Zu 683 92**

Umsetzung aus Kapitel 10 02 Titel 683 62.

**Zu 685 92**

Umsetzung aus Kapitel 10 02 Titel 685 62.

- Kuratorium für Waldarbeit und Forsttechnik 66 Tsd.Euro
- Schutzgemeinschaft Deutscher Wald 75 Tsd.Euro
- Deutscher Forstwirtschaftsrat 7 Tsd.Euro
- Sonstige 8 Tsd.Euro
| **Zusammen** | **156 Tsd.Euro** | | |

**Zu 686 93**

Umsetzung aus Kapitel 10 02 Titel 686 10.

Nach dem Niedersächsischen Gesetz für den Wald und die Landschaftsordnung (NWaldLG) vom 21.03.2002 (Nds.GuVBl. S. 112) gewährt das Land Niedersachsen Waldbesitzern Beihilfen in Höhe von 50 v. H. eines angemessenen Versicherungsschutzes oder einen entsprechenden Schadensausgleich.

**Zu 686 94**

Umsetzung aus Kapitel 10 02 Titel 686 11.

Zur Sicherstellung der forstfachlichen Betreuung des Privatwaldes sollen Zuschüsse an die forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse gewährt werden.

**Zu 686 95**

Umsetzung aus Kapitel 10 02 Titel 686 13.

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0903 Allgemeine Bewilligungen - Erzeugung, Vermarktung, Ernährung, Forst und Jagd -**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 0903</b>					
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel		4.688	—	+4.688	
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		206	110	+96	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		4.894	110	+4.784	
		4 Personalausgaben	—	17	17	—	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	275	155	+120	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	3.100 3.662	81.885	62.895	+18.990	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	— 2.500	2.500	1.000	+1.500	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	150	—	+150	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	3.100 6.162	84.827	64.067	+20.760	
		<b>Zuschuss</b>		79.933	63.957	+15.976	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0904 Gemeinschaftsaufgabe - Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes - (GemAgrG)**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 12-2 (GA)	521	Rückzahlungen aus Zuwendungen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe (Beteiligungsverhältnis 60 : 40) *** Rückzahlungen an den Bund sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.		500	500	—	755
119 13-0 (GA)	521	Rückzahlungen aus Zuwendungen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe (Beteiligungsverhältnis 70 : 30) *** Rückzahlungen an den Bund sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.		—	—	—	15
119 14-9 (GA)	521	Rückzahlungen aus Zuwendungen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe (Beteiligungsverhältnis 80 : 20) *** Rückzahlungen an den Bund sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.		—	—	—	—
231 11-9 (GA)	521	Zuweisungen des Bundes für laufende Zwecke Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" *** Gem. § 17 Abs. 1 LHO ist die Erläuterung zu den Titeln 231 11, 331 11 und 632 11 verbindlich.		25.130	23.254	+1.876	19.886
331 11-3 (GA)	521	Zuweisungen des Bundes für Investitionen Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" *** Gem. § 17 Abs. 1 LHO ist die Erläuterung zu den Titeln 231 11, 331 11 und 632 11 verbindlich.		28.550	30.348	-1.798	27.359
<b>AUSGABEN</b>							
546 30-6	521	Folgetitel für gelöschte Ausgabetitel im Kapitel 09 04.	—	—	—	—	—
632 11-3 (GA)	521	Anteil Niedersachsen für die Evaluierung von Fördermaßnahmen im Rahmen der GAK *** Gem. § 17 Abs. 1 LHO ist die Erläuterung zu den Titeln 231 11, 331 11 und 632 11 verbindlich.	—	—	—	—	9
662 11-0 (GA)	521	Abwicklung der EFP-Zinszuschüsse	—	350	500	-150	500
683 13-3 (GA)	521	Förderung von Maßnahmen aufgrund des Gesetzes zur Modulation von Direktzahlungen (fakultativ) im Rahmen der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik	—	5.650	5.000	+650	—
683 14-1 (GA)	528	Förderung von Maßnahmen aufgrund des Gesetzes zur Modulation von Direktzahlungen (obligatorisch) im Rahmen der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik	30.000	—	—	—	—
683 30-3 (GA)	521	Zuschüsse für Anpassungshilfen an landwirtschaftliche Arbeitnehmer	—	10	10	—	6
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61</b>		<b>Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung</b>	(20.000) (19.000)	(25.000)	(17.690)	(+7.310)	(21.059)
531 61-9 (GA)	521	Ausgaben für Veröffentlichungen und der Dokumentation	—	—	—	—	—
537 61-7 (GA)	521	Zweckforschungen, Erhebungen, Untersuchungen und Entwicklungsplanungen	—	—	—	—	—
883 61-2 (GA)	521	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	205
887 61-8 (GA)	521	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	—	—	—	—	20.228

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 0904**

**Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 09 04**

Durch Artikel 91 a GG wurde die Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes zur Gemeinschaftsaufgabe erklärt. In Ausführung dessen wurde am 3. 9. 1969 das Gesetz über eine Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAKG, BGBl. I S. 1573) erlassen.

Bei der Erfüllung dieser Aufgabe, deren Durchführung den Ländern obliegt, wirkt der Bund mit, da sie für die Gesamtheit bedeutsam ist und zur Verbesserung der Lebensverhältnisse beiträgt. Bund und Länder tragen bei der Gemeinschaftsaufgabe gleichermaßen Verantwortung. Diese Verantwortung dokumentiert sich in einer gemeinsamen Planung und Finanzierung der Maßnahmen.

Für die Erfüllung der Gemeinschaftsaufgabe wird von Bund und Ländern ein gemeinsamer Rahmenplan aufgestellt. Er enthält die Maßnahmen, die durchgeführt werden und gibt die Förderungsarten (Zuschüsse und Zinszuschüsse) sowie die Zielvorstellungen der einzelnen Maßnahmen an. Außer den Mitteln und Maßnahmen enthält der Rahmenplan auch allgemeine Grundsätze für die Vergabe der ausgewiesenen Mittel, um eine einheitliche Förderung zu gewährleisten.

Die Landesrichtlinien werden entsprechend der jährlichen Beschlussfassung zum Rahmenplan angepasst.

Die Ausgaben im Kapitel 09 04 werden grundsätzlich mit einem Anteil von 60 v. H. Bundesmittel mitfinanziert. Bei Titel 683 13 (fakultative Modulationsmaßnahmen) erfolgt eine Mitfinanzierung in Höhe von 80 v. H.

Die Einnahmen der Bundesmittel sind entsprechend veranschlagt.

**Zu 231 11**

Die Zuweisungen des Bundes gem. § 10 des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAKG) werden insgesamt bei den Titel 231 11 und 331 11 vereinnahmt.

**Zu 331 11**

Vgl. Erläuterungen zu Titel 231 11.

**Zu 632 11**

Gesamtausgaben im Kapitel dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe von 5/3 der Isteinnahmen bei den Titeln 231 11 und 331 11 und dem Kapitel 09 02 Titel 341 12 und sind übertragbar. Das Gesamtausgabevolumen erhöht sich um 5/4 der Isteinnahmen in Bezug auf die Ausgabe bei Titel 683 13. Alle Ansätze und Verpflichtungsermächtigungen der Titel und Titelgruppen sind gegenseitig deckungsfähig. Gem. § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben des Kapitels im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröfentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.

**Zu 662 11**

1. Richtlinie über die Förderung von einzelbetrieblichen Investitionen in der Land- und Forstwirtschaft (RL-EF) vom 30. 10. 1981 – n.v. – (vgl. Bek. vom 30. 10. 1981, Nds. MBl. S. 1255) in der jeweils geltenden Fassung
2. Förderung von einzelbetrieblichen Investitionen in der Land- und Forstwirtschaft (RL-EF)
3. Abwicklung der Rechtsverpflichtungen bis 2010
4. entfällt.

**Zu 683 13**

1. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Nds. Agrarumweltprogramme (NAU), Erl. d. ML v. 21.07.2004
2. Zuwendungen für Nds. Agrarumweltprogramme (NAU)
3. laufend
4. entfällt

Die Umsetzung der fakultativen Modulationsmaßnahmen der Jahre 2003 und 2004 basiert auf dem Gesetz zur Modulation von Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik vom

**Noch zu 683 13**

2. Mai 2002 (BGBl. I S. 1527). Dieses Gesetz sieht Kürzungen der EU-Direktzahlungen von 2 v. H. in 2003 und 2004 vor; bei einer Freibetragsgrenze von 10.000 EUR je Betrieb.

Diese EU-Mittel werden im Kapitel 09 02 Titel 272 13 vereinnahmt und bei Titel 683 13 verausgabt. Die hier veranschlagten Mittel stellen die nationale Kofinanzierung in derselben Höhe dar.

Folgende bewilligte Maßnahmen aus den Jahren 2003 und 2004 mit fünfjähriger Laufzeit werden finanziert:

**Förderung der Anwendung von Mulch- oder Direktsaat oder Mulchpflanzverfahren im Ackerbau**

Gefördert wird das Mulchsaat- oder -pflanzverfahren. Es dient der Vermeidung von Erosionsschäden.

**Förderung umweltfreundlicher Ausbringungsverfahren von flüssigem Wirtschaftsdünger**

Gefördert wird die Ausbringung von auf dem Betrieb erzeugter Gülle durch einen Maschinenring oder Lohnunternehmer mit Geräten, die die Gülle direkt auf oder in den Boden applizieren.

**Förderung der Anlage von Blühflächen auf Stilllegungsflächen**

Auf Ackerflächen, die im Sinne des Artikels 6 der VO (EG) 1251/1999 stillgelegt sind, wird die Anlage von Blühflächen gefördert zur Schaffung von Schutz-, Brut- oder Rückzugsflächen für Wildtiere in der Agrarlandschaft.

**Förderung der Anlage von Blüh- und Schonstreifen außerhalb von Stilllegungsflächen**

Die Anlage von Blüh- und Schonstreifen dient der Schaffung von Schutz-, Brut- oder Rückzugsflächen für Wildtiere in der Agrarlandschaft.

**Förderung des Zwischenfruchtanbaus**

Der Zwischenfruchtanbau dient dem Schutz vor Erosion und der Vermeidung des Nährstoffaustrags. Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	3.250	2.400	—	5.650
2006	3.250	2.400	—	5.650
2007	3.250	2.400	—	5.650
2008	3.250	2.400	—	5.650
2009 ff.	—	2.400	—	2.400
Summe	13.000	12.000	—	25.000

**Zu 683 14**

Ab dem Jahr 2005 gelten gemäß Artikel 10 der VO (EG) Nr. 1782/2003 vom 29. September 2003 in der jeweils gültigen Fassung die neuen Regeln für die obligatorische Modulation, wonach die Direktzahlungen schrittweise gekürzt werden, beginnend mit 3% im Jahr 2005, 4% im Jahr 2006 und ab dem Jahr 2007 mit 5%. Die Kürzung erfolgt ab einem Freibetrag von 5000 EURO pro Betrieb und Jahr.

Die EU-Mittel werden bei Kapitel 09 02 Titel 272 14 vereinnahmt und bei Kapitel 09 02 Titel 683 14 verausgabt.

Die nationale Kofinanzierung in Höhe von 50 v.H. wird aus diesem Kapitel 09 04 zur Verfügung gestellt.

Die Mittel aus der obligatorischen Modulation können grundsätzlich auch zur Finanzierung der Maßnahmen gemäß der zukünftigen Verordnung zur Entwicklung des ländlichen Raumes -VO (EG) 1257/99- verwendet werden.



**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu 683 14**

Welche konkreten Maßnahmen mit Hilfe dieser Mittel finanziert werden sollen, stand bei Drucklegung noch nicht fest und soll im Enddruck dargestellt werden.

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	–	–	–
2006	–	–	6.000	6.000
2007	–	–	6.000	6.000
2008	–	–	6.000	6.000
2009 ff.	–	–	12.000	12.000
Summe	–	–	30.000	30.000

**Zu 683 30**

1. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Anpassungshilfen älterer ldw. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – RdErl. d. ML v. 10. 7. 2000 (Nds. MBl. 2000, S. 439), zuletzt geändert durch RdErl. d. ML v. 12.12.2001 (Nds. MBl. 2002, S. 33)
2. Zuwendungen für Anpassungshilfen älterer ldw. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
3. 31. 12. 2003
4. entfällt.

Abwicklung der bis 31.12.2003 bewilligten Förderungen.

**Zu Titelgruppe 61**

1. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur integrierten ländlichen Entwicklung (ZILE)
2. Förderung der Flurbereinigung
3. 31.12.2009
4. entfällt.

Zweck der Förderung ist es, zur Verbesserung der Agrarstruktur, im Rahmen integrierter ländlicher Entwicklungsansätze die ländlichen Räume im Sinne von Artikel 33 der EAGFL-VO als Lebens-, Arbeits-, Erholungs- und Naturräume zu sichern und weiter zu entwickeln.

Die Zuwendungen in Form von Zuweisungen und Zuschüssen können gewährt werden für

- integrierte ländliche Entwicklungskonzepte und Regionalmanagement
- Flurbereinigung, freiwilligen Landtausch und Nutzungstausch
- Dorferneuerung und –entwicklung einschließlich der Sicherung und Weiterentwicklung dorfgemäßer Gemeinschaftseinrichtungen
- Kooperation von Land- und Forstwirten mit anderen Partnern im ländlichen Raum zur Einkommensdiversifizierung oder Schaffung zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten und Maßnahmen land- und forstwirtschaftlicher Betriebe zur Umnutzung ihrer Bausubstanz
- Infrastrukturmaßnahmen zur Erschließung der landwirtschaftlichen oder touristischen Entwicklungspotentiale
- Schutzpflanzungen und vergleichbare landschaftsverträgliche Anlagen

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0904 Gemeinschaftsaufgabe - Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes - (GemAgrG)**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung 2005 2004	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
892 61-1 (GA)	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	79
893 61-8 (GA)	521	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	20.000 19.000	25.000	17.690	+7.310	548
894 61-4 (GA)	521	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 63</b>		<b>Förderung einzelbetrieblicher Maßnahmen</b>	(31.000) (25.500)	(31.000)	(26.000)	(+5.000)	(28.229)
662 63-2 (GA)	521	AFP-Zinszuschüsse an private Unternehmen	15.000 22.500	18.000	21.000	-3.000	22.818
686 63-9 (GA)	521	Zuschüsse zur Förderung einzelbetrieblicher Managementsysteme und Beratungen	10.000 —	5.000	—	+5.000	—
892 63-8 (GA)	521	AFP-Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	6.000 3.000	8.000	5.000	+3.000	5.411
<b>TGr. 65 bis 69</b>		<b>Förderung der Verbesserung von Produktions- und Vermarktungsstrukturen</b>	(2.850) (2.850)	(4.083)	(5.500)	(-1.417)	(1.502)
892 65-4 (GA)	521	Zuschüsse für Vermarktungs- und Verarbeitungseinrichtungen für Obst und Gemüse	2.650 2.650	3.083	4.000	-917	289
892 66-2 (GA)	521	Zuschüsse für Vermarktungseinrichtungen für Blumen und Zierpflanzen	—	—	—	—	—
892 67-0 (GA)	521	Zuschüsse für Be- und Verarbeitungseinrichtungen für Kartoffeln	—	—	—	—	797
892 68-9 (GA)	521	Zuschüsse für Maßnahmen aufgrund von sonstigen EU-Verordnungen	—	—	—	—	340
892 69-7 (GA)	521	Zuschüsse zur Verarbeitung und Vermarktung fischwirtschaftlicher Produkte	200 200	1.000	1.500	-500	76
<b>TGr. 70</b>		<b>Förderung aufgrund des Marktstrukturgesetzes</b>	(500) (500)	(700)	(700)	(—)	(749)
683 70-2 (GA)	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	—
892 70-0 (GA)	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	500 500	700	700	—	749
<b>TGr. 71</b>		<b>Förderung der Verarbeitung und Vermarktung ökologisch oder regional erzeugter landwirtschaftlicher Produkte</b>	(250) (400)	(300)	(300)	(—)	(488)
683 71-0 (GA)	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	—
892 71-9 (GA)	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	250 400	300	300	—	488
<b>TGr. 74 bis 77</b>		<b>Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen</b>	(11.000) (15.000)	(11.800)	(12.640)	(-840)	(6.592)
683 74-5 (GA)	521	Erstaufforstungsprämie	3.000 5.000	2.300	2.000	+300	1.857
683 76-1 (GA)	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse	—	—	—	—	344
892 74-3 (GA)	521	Zuschüsse für Investitionen bei waldbaulichen Maßnahmen	8.000 10.000	9.500	10.640	-1.140	2.709
892 75-1 (GA)	521	Zuschüsse für Investitionen aufgrund neuartiger Waldschäden	—	—	—	—	773
892 76-0 (GA)	521	Zuschüsse für Investitionen an forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse	—	—	—	—	14
892 77-8 (GA)	521	Zuschüsse für Investitionen im forstwirtschaftlichen Wegebau	—	—	—	—	895

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 893 61**

Die Haushaltsmittel und VE sind bei 893 61 global für die Titelgruppe veranschlagt und werden entsprechend dem Bedarf in Anspruch genommen.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	16.892	4.500	—	21.392
2006	11.412	4.500	6.000	21.912
2007	6.000	4.000	5.000	15.000
2008	2.500	3.000	4.000	9.500
2009 ff.	—	3.000	5.000	8.000
Summe	36.804	19.000	20.000	75.804

**Zu Titelgruppe 63**

**Zu Titel 662 63 und 892 63**

1. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für investive Maßnahmen an landwirtschaftliche Unternehmen in Niedersachsen (Agrarinvestitionsförderungsprogramm) – RdErl. ML v. 07.05.2003; Nds. MBl. 2003, S. 429, geä. durch RdErl. v. 31.03.2004; Nds. MBl. 2004 S. 261)
2. Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP)
3. 31.12.2006
4. entfällt.

Zur Unterstützung einer beständigen Entwicklung der Landwirtschaft können investive Maßnahmen in ldw. Unternehmen gefördert werden, die der Verbesserung der Lebens-, Arbeits- und Produktionsbedingungen dienen. Durch die Förderung sollen in erster Linie

- die Leistungsfähigkeit der Betriebe mit besonderer Ausrichtung auf zukünftige Erfordernisse gesteigert,
- ihre strukturelle Weiterentwicklung gewährleistet
- und dadurch das ldw. Einkommen stabilisiert und verbessert werden.

Dabei sollen auch die Entwicklung des ländlichen Raumes, die dauerhafte Erhaltung der natürlichen Ressourcen der Landwirtschaft sowie die Ziele und Erfordernisse des Tierschutzes berücksichtigt werden.

**Zu 662 63**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	10.152	7.500	—	17.652
2006	5.157	7.500	5.000	17.657
2007	—	7.500	5.000	12.500
2008	—	—	5.000	5.000
2009 ff.	—	—	—	—
Summe	15.309	22.500	15.000	52.809

**Zu 686 63**

1. Richtlinie zur Förderung der Beratung zur Einführung einzelbetrieblicher Managementsysteme (Richtlinie Managementsysteme)- Entwurf ML v. 19.08.2004
2. Managementsysteme
3. 31.12.2008
4. entfällt

Mit der Förderung soll die Verbesserung der Produktionsbedingungen in der Landwirtschaft unterstützt werden, indem die Einführung einer systematischen Dokumentation und Auswertung sowie die kontinuierliche Optimierung aller Produktionsprozesse in landwirtschaftlichen Unternehmen beschleunigt und erleichtert

**Noch zu 686 63**

werden. Managementsysteme sollen den Landwirten bei der „Einhaltung anderweitiger Verpflichtungen“ gem. VO (EG) 1782/2003 Titel II Kapitel 1 in der jeweils gültigen Fassung Unterstützung geben. Die Anwendung anerkannter Managementsysteme soll Landwirte darin unterstützen, Leistungen, die über die gute fachlich Praxis hinausgehen, transparent zu dokumentieren.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	—	—	—	—
2006	—	—	2.000	2.000
2007	—	—	2.000	2.000
2008	—	—	2.000	2.000
2009 ff.	—	—	4.000	4.000
Summe	—	—	10.000	10.000

**Zu 892 63**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	6.222	1.000	—	7.222
2006	3.161	1.000	2.000	6.161
2007	—	1.000	2.000	3.000
2008	—	—	2.000	2.000
2009 ff.	—	—	—	—
Summe	9.383	3.000	6.000	18.383

**Zu 892 65**

1. Richtlinie über die Förderung von Projekten zur Marktstrukturverbesserung vom 28. 10. 2003 (Nds. MBl., S. 721)
2. Förderung von Projekten zur Marktstrukturverbesserung
3. 31. 12. 2005
4. entfällt.

Zur Anpassung der Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse in Bezug auf Menge, Qualität und Art des Angebots an die Markterfordernisse können vorhandene oder neu zu schaffende Absatzeinrichtungen und Unternehmen des Handels der Be- und Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch Investitionsbeihilfen gefördert werden:

- Einrichtungen zur Verarbeitung und Vermarktung für Obst und Gemüse,
- Vermarktungseinrichtungen für Blumen und Zierpflanzen
- Unternehmen zur Be- und Verarbeitung von Kartoffeln
- Betriebe zur Verarbeitung und Vermarktung von Vieh u. Fleisch

**Zu 892 65**

Die Haushaltsmittel und VE für die Titel 892 65 bis 892 68 sind bei 892 65 global veranschlagt und werden entsprechend dem Bedarf

ERLÄUTERUNGEN

**Noch zu 892 65**

in Anspruch genommen.

Belastung (2005)

der Haus-halts-jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamt belastung in 1000 EUR
2005	–	1.450	–	1.450
2006	–	1.200	1.450	2.650
2007	–	–	1.200	1.200
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	2.650	2.650	5.300

**Zu 892 69**

1. Verarbeitung und Vermarktung Fischwirtschaft vom 21.9.2001 (Nds. MBl. 2001, S. 797)
2. Finanzinstrument zur Ausrichtung der Fischerei, Operationelles Programm außerhalb Ziel 1
3. 31. 12. 2008
4. entfällt.

Zur Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsbedingungen für fischwirtschaftliche Erzeugnisse können vorhandene oder neu zu schaffende Verarbeitungs- und Vermarktungseinrichtungen gefördert werden:

- Neu- und Ausbau von Kapazitäten einschließlich der technischen Einrichtungen durch Investitionsbeihilfen,
- innerbetriebliche Rationalisierung durch Umbau und/oder Modernisierung technischer Einrichtungen durch Investitionsbeihilfen.

Belastung (2005)

der Haus-halts-jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamt belastung in 1000 EUR
2005	–	200	–	200
2006	–	–	200	200
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	200	200	400

**Zu Titelgruppe 70**

1. Richtlinie über die Förderung von Projekten aufgrund des Marktstrukturgesetzes (RdErl. d. ML v. 27. 10 2003 (Nds. MBl. 2003, S. 718)
2. Förderung von Projekten aufgrund des Marktstrukturgesetzes
3. 31. 12. 2005
4. entfällt.

Durch das Marktstrukturgesetz wird der Zusammenschluss landwirtschaftlicher Betriebe zu Erzeugergemeinschaften oder zu Vereinigungen von Erzeugergemeinschaften gefördert. Anerkannten Erzeugergemeinschaften und deren Vereinigungen können Startbeihilfen und Investitionsbeihilfen gewährt werden. Investitionsbeihilfen können auch Unternehmen des Handels und der Be- und Verarbeitung land- und fischwirtschaftlicher Produkte erhalten, wenn sie unter bestimmten Voraussetzungen mit Erzeugergemeinschaften oder deren Vereinigungen langfristige Lieferverträge eingehen.

**Zu 892 70**

Belastung (2005)

der Haus-halts-jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamt belastung in 1000 EUR
2005	–	500	–	500
2006	–	–	300	300
2007	–	–	200	200
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	500	500	1.000

**Zu Titelgruppe 71**

1. Richtlinie über die Förderung der Verarbeitung und Vermarktung ökologisch erzeugter Produkte oder regional erzeugter Qualitätsprodukte (RdErl. d. ML v. 29. 10. 2003 (Nds. MBl. 2003, S. 736)
2. Förderung der Verarbeitung und Vermarktung ökologisch erzeugter Produkte oder regional erzeugter Qualitätsprodukte
3. 31. 12. 2005
4. entfällt.

Durch die Förderung soll die Verarbeitung und Vermarktung zusammengefasster Partien von ökologisch oder regional erzeugten landwirtschaftlichen Produkten an die Erfordernisse des Marktes angepasst werden, um damit insbesondere Voraussetzungen für eine Nachfragebefriedigung nach diesen Produkten und Erlösvorteile für die Erzeuger zu schaffen.

**Zu 892 71**

Belastung (2005)

der Haus-halts-jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamt belastung in 1000 EUR
2005	–	250	–	250
2006	–	150	150	300
2007	–	–	100	100
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	400	250	650

**Zu Titelgruppe 74 bis 77**

1. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung Forstwirtschaftlicher Maßnahmen (RdErl. d. ML v. 1.4.2003 (Nds. MBl. 2003, S. 339)
2. Förderung der Forstwirtschaft
3. 31. 12. 2006
4. entfällt.

Zur Unterstützung einer beständigen Entwicklung der Forstwirtschaft werden Maßnahmen gefördert, die der Sicherung der Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes sowie der Verbesserung der Produktions-, Arbeits- und Absatzbedingungen in der Forstwirtschaft dienen.

**Zu 683 74**

Zum Ausgleich von Einkommensverlusten nach Aufforstung bisher landwirtschaftlich genutzter Flächen kann bis zu 20 Jahre lang

ERLÄUTERUNGEN

**Noch zu 683 74**

eine Aufforstungsprämie gewährt werden.

**Belastung (2005)**

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	2.058	105	–	2.163
2006	2.058	105	150	2.313
2007	2.058	105	150	2.313
2008	2.058	105	150	2.313
2009 ff.	16.610	1.510	2.550	20.670
Summe	24.842	1.930	3.000	29.772

**Zu 683 76**

Die Kosten für Verwaltung und Beratung anerkannter forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse können in den ersten 20 Jahren nach der Anerkennung bezuschusst werden, wobei die Höhe der Zuwendung von anfangs 40 % schrittweise auf 20 % der Ausgaben zurückgeführt wird.

Bei Zusammenschlüssen, die überdurchschnittlich mit Jungbeständen ausgestattet sind, kann die Förderung zeitlich ausgedehnt werden.

**Zu 892 74**

Für Erstaufforstung, Waldbauliche Maßnahmen in Jungbeständen sowie Nachbesserungen von geförderten Pflanzungen können land- und forstwirtschaftliche Unternehmer, anerkannte forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse und sonstige Betriebsinhaber Zuwendungen erhalten.

Zur Umstellung auf eine naturnahe Waldwirtschaft können für den Umbau von Reinbeständen und von nicht standortgerechten Beständen, die Weiterentwicklung und Wiederherstellung von naturnahen Waldgesellschaften, die Gestaltung und Pflege naturnaher Waldränder Zuschüsse gewährt werden.

Die Haushaltsmittel und VE für die Titel 683 76, 892 74, 892 75, 892 76 und 892 77 sind bei 892 74 global veranschlagt und werden entsprechend dem Bedarf in Anspruch genommen.

**Belastung (2005)**

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	8.000	–	8.000
2006	–	–	8.000	8.000
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	8.000	8.000	16.000

**Zu 892 75**

Gefördert werden Vor- und Unterbau, Bodenschutz- und Meliorationsdüngung sowie – nach immissionsbedingter vorzeitiger Endnutzung – die Wiederaufforstung.

**Zu 892 76**

Für die erstmalige Beschaffung von Forstmaschinen und -geräten sowie für die Anlage von Holzaufbereitungsplätzen und den Bau von Betriebsgebäuden kann anerkannten forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen ein Zuschuss bis zu 40 % der förderungsfähigen Kosten gewährt werden.

**Zu 892 77**

Der Neubau bzw. die Befestigung bisher nicht oder nicht ausreichend befestigter forstwirtschaftlicher Wege kann im Privat- und Körperschaftswald gefördert werden.

**Einzelplan 09** Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
**Kapitel 0904** Gemeinschaftsaufgabe - Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes - (GemAgrG)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>TGr. 78/79</b>		<b>Förderung von Leistungsprüfungen in der tierischen Erzeugung</b>	(-)	(-)	(-)	(-)	(2.400)
683 78-8 (GA)	521	Zuschüsse für Milchleistungsprüfungen	-	-	-	-	1.300
683 79-6 (GA)	521	Zuschüsse an Kontrollringe für Leistungsprüfungen in der Tierzucht	-	-	-	-	1.100
<b>TGr. 90 bis 93</b>		<b>Förderung ökologischer Maßnahmen auf landwirtschaftlich genutzten Flächen</b>	(10.750) (11.750)	(8.690)	(7.680)	(+1.010)	(4.971)
683 90-7 (GA)	521	Zuschüsse zur Förderung extensiver Produktionsverfahren bei Dauerkulturen	10.750 11.750	8.690	7.680	+1.010	3
683 91-5 (GA)	521	Zuschüsse zur Förderung extensiver Grünlandnutzung	-	-	-	-	1.619
683 92-3 (GA)	521	Zuschüsse zur Förderung ökologischer Anbauverfahren	-	-	-	-	3.330
683 93-1 (GA)	521	Zuschüsse zur Förderung der zehnjährigen Stilllegung landwirtschaftl. Nutzflächen	-	-	-	-	19
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	7.250		11.650	-11.650	
		<b>Abschluss Kapitel 0904</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		500	500	-	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		25.130	23.254	+1.876	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		28.550	30.348	-1.798	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		54.180	54.102	+78	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	-	-	400	-400	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	68.750	40.000	36.690	+3.310	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	39.500 37.600 42.750	47.583	50.580	-2.997	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	106.350 82.250	87.583	87.670	-87	
		<b>Zuschuss</b>		33.403	33.568	-165	

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Titelgruppe 90 bis 93**

1. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Nds. Agrarumweltprogramme (NAU), Erl. d. ML v. 21. 07. 2004
2. Zuwendungen für Nds. Agrarumweltprogramme (NAU)
3. laufend
4. entfällt.

Mit dieser Förderung soll eine umweltfreundliche Landbewirtschaftung unterstützt werden, die deutlich über den Anforderungen an eine ordnungsgemäße Wirtschaftsweise hinausgeht. Diese Maßnahmen werden außerhalb des Gesetzes zur Modulation von Direktzahlungen im Rahmen der gemeinsamen EU-Agrarpolitik finanziert (vgl. Erläuterungen zu den Titeln 683 13 und 683 14).

Die Haushaltsmittel und VE sind bei 683 90 global für die Titelgruppe veranschlagt und werden entsprechend dem Bedarf in Anspruch genommen.

Folgende Maßnahmen werden in Niedersachsen angeboten:

**Förderung extensiver Produktionsverfahren bei Obstkulturen**

Gefördert werden die Einführung oder Beibehaltung extensiver, ressourcenschonender und besonders umweltverträglicher Produktionsverfahren im Obstbau insbesondere durch Verzicht auf die Anwendung von Herbiziden im gesamten Obstbaubetriebszweig.

**Förderung extensiver Grünlandnutzung**

Gefördert werden die Einführung oder Beibehaltung extensiver, ressourcenschonender und besonders umweltverträglicher Grünlandbewirtschaftungsverfahren unter Einhaltung einer extensiven Bewirtschaftung des Dauergrünlandes des Betriebes mit höchstens 1,4 RGV je Hektar Hauptfutterfläche.

**Ökologischer Landbau**

Der ökologische Landbau entspricht in besonderer Weise den Prinzipien einer nachhaltigen und umweltschonenden Landbewirtschaftung auf der gesamten Nutzfläche des Betriebes.

**Förderung einer zehnjährigen Stilllegung**

Zweck ist die Verbesserung der agrarökologischen Selbstregulierung an den ldw. Produktionsstandorten zur Erhöhung der biologischen Vielfalt, zur Verbesserung des Lebensraumes für Wildtiere in der Feldflur und zur Verminderung des Wildschadensdruckes auf den Wald.

**Zu 683 90**

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	6.353	2.300	—	8.653
2006	4.366	2.300	2.100	8.766
2007	3.455	2.300	2.100	7.855
2008	796	2.300	2.100	5.196
2009 ff.	—	2.550	4.450	7.000
Summe	14.970	11.750	10.750	37.470

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0906 Raumordnung und Landesentwicklung, Fachaufgaben der Regierungsvertretungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 42-1	422	Rückflüsse des Förderfonds Bremen/Nds.		-	-	-	-
231 10-8	176	Sonstige Zuweisungen vom Bund <i>Vgl. K-Vermerk zu 633 10.</i>		-	-	-	-
332 66-4	422	Zuweisung der Freien und Hansestadt Hamburg		600	716	-116	813
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 62</b>	<b>Für länderübergreifende Maßnahmen der Raumordnung und Landesentwicklung</b>			(-)	(-)	(-)	(20)
119 62-6	422	Einnahmen aus Veröffentlichungen <i>*** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.</i>		-	-	-	-
281 62-8	422	Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch Dritte <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 62.</i>		-	-	-	20
<b>TGr. 63</b>	<b>Für Arbeiten und für Veröffentlichungen der staatlichen Landesplanung</b>			(-)	(-)	(-)	(-)
119 63-4	422	Einnahmen aus Veröffentlichungen <i>*** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.</i>		-	-	-	-
281 63-6	422	Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch Dritte <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 63.</i>		-	-	-	-
<b>TGr. 68</b>	<b>Förderung einer regionalisierten Landesentwicklung</b>			(-)	(-)	(-)	(12)
119 68-5	422	Einnahmen aus Veröffentlichungen <i>*** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.</i>		-	-	-	-
281 68-7	422	Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch Dritte <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 68.</i>		-	-	-	12
<b>AUSGABEN</b>							
422 01-9	422	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	-	1.413	-	+1.413	-
546 30-3	422	Folgetitel für gelöschte Ausgabeteil im Kapitel 09 06	-	-	-	-	-
633 10-9	176	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV) <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 10.</i>	-	-	-	-	-
883 02-4	422	Zuweisungen an den Förderfonds Bremen/Nds.	-	500	616	-116	333
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 62</b>	<b>Für länderübergreifende Maßnahmen der Raumordnung und Landesentwicklung</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 281 62.</i>		(-) (75)	(190)	(189)	(+1)	(174)

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 231 10**

Zuweisungen vom Bund aus Forschungsmitteln des BM Bau; Forschungsvorhaben „EXWOST“, Forschungsfeld „Städtenetze“.

**Zu 332 66**

Anteil Hamburgs am Förderfonds.

Weniger infolge Absenkung des Anteils von Niedersachsen (vgl. Erläuterung zu Kapitel 09 06 Ausgabeteilgruppe 66).

**Zu 119 63**

Abgabe kann bei Bedarf an öffentliche Dienststellen und Institutionen, an Abgeordnete, zu wissenschaftlichen und zu Austauschzwecken sowie für Zwecke der Öffentlichkeitsarbeit an Private erfolgen.

**Zu 281 63**

Erstattung von Gutachterkosten, die im Rahmen von Raumordnungsverfahren anfallen und die von Dritten übernommen werden.

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeitinheiten (VZE):

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
30,25	0	0

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

		2005
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)		30,25
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)		–
– Sonstige Veränderungen		–
Summe Zugänge		30,25
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)		–
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)		–
– Sonstige Veränderungen		–
Summe Abgänge		–
Bleibt Zugang		30,25

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	28,75		–	31
Angestellte	1,50		–	2
Lohnempfänger/-innen			–	
Insgesamt	30,25		–	33

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	1.413 Tsd.EUR
--	---------------

**Zu 883 02**

Bremen und Niedersachsen betreiben seit 1963 eine gemeinsame Landesplanung. Aus dem 1965 gebildeten Förderfonds, an dem sich beide Länder je zur Hälfte beteiligen, werden Zuwendungen bewilligt. Mit diesen Zuwendungen soll die Struktur des gemeinsamen Planungsraumes verbessert werden.

Ab 2002 verwaltet der Landkreis Diepholz die Landesmittel gemäß § 44 Abs. 2 LHO.

**Noch zu 883 02**

Weniger infolge Absenkung des Anteils Niedersachsen als Konsolidierungsbeitrag.

**Zu Titelgruppe 62**

Veranschlagt sind die Kosten für länderübergreifende Maßnahmen der Raumordnung und Landesentwicklung.

**Zu 531 62**

In der trilateralen Kabinettsausschusssitzung Hamburg/Niedersachsen/Schleswig-Holstein am 9. Dezember 1996 haben die drei Landesregierungen beschlossen, zur Finanzierung des Arbeitsstabes der Trilateralen Gemeinsamen Landesplanung Hamburg/Niedersachsen/Schleswig-Holstein einen Betrag von jährlich bis zu 153 000 Euro ab 1997 bereit zu stellen, von dem jedes der drei beteiligten Länder 51 000 Euro zu tragen hat.

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0906 Raumordnung und Landesentwicklung, Fachaufgaben der Regierungsvertretungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
noch <b>TGr. 62</b>		<i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>					
531 62-4	422	Veröffentlichungen	–	51	51	–	51
537 62-2	422	Landes- und Ortsplanung sowie sonstige Planungen (auch Gutachten)	–	–	–	–	–
547 62-8	422	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	–	–	–	–	20
632 62-5	422	Erstattungen an die Länder	–	51	51	–	25
633 62-1	422	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden	–	–	–	–	–
671 62-0	422	Erstattung des Landesanteils an der Geschäftsstelle der Regionalen AG im Rahmen der Gemeinsamen Landesplanung Bremen/Nds.	–	37	36	+1	35
676 62-2	422	Erstattungen an Ausland	–	–	–	–	7
686 62-8	422	Sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke im Inland	– 75	51	51	–	36
<b>TGr. 63</b>		<b>Für Arbeiten und Veröffentlichungen der Landesplanung</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 281 63.</i>	(–)	(193)	(193)	(–)	(142)
531 63-2	422	Veröffentlichungen	–	43	43	–	16
537 63-0	422	Landes- und Ortsplanung sowie sonstige Planungen einschl. Gutachten	–	48	48	–	95
547 63-6	422	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	–	–	–	–	11
633 63-0	422	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden	–	–	–	–	–
686 63-6	422	Sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke im Inland	–	102	102	–	20
<b>TGr. 66</b>		<b>Förderfonds Hamburg/Niedersachsen</b> <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: Ausgabeteilgruppe 66 und Ausgabeteilgruppe 68.</i>	(800) (800)	(1.200)	(1.432)	(-232)	(1.626)
853 66-4	422	Darlehen an Gemeinden und Gemeindeverbände	–	–	–	–	–
883 66-0	422	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	800 800	1.200	1.432	-232	1.626
<b>TGr. 68</b>		<b>Förderung einer regionalisierten Landesentwicklung</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 281 68.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 66.</i>	(500) (900)	(700)	(1.000)	(-300)	(1.152)
531 68-3	422	Veröffentlichungen	–	–	–	–	–
537 68-1	422	Landes- und Ortsplanung sowie sonstige Planungen einschl. Gutachten	500 900	700	1.000	-300	1.152
547 68-7	422	Vermischte Verwaltungsausgaben	–	–	–	–	–
633 68-0	422	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	–	–	–	–	–
671 68-0	422	Erstattungen an Inland	–	–	–	–	–

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 632 62**

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften hat 1999 im Rahmen der Reform der EU-Strukturfonds für die Jahre 2002–2006 die Gemeinschaftsinitiative INTERREG III beschlossen, die unter ihrer Ausrichtung B eine transnationale Zusammenarbeit von europäischen Kooperationsräumen fördert. Europaweit sind elf Kooperationsräume vorgesehen, davon sechs mit deutscher Beteiligung. Niedersachsen arbeitet in den Kooperationsräumen Ostsee und Nordsee mit. Der gesamte Finanzrahmen wurde entsprechend der Kabinettsvorlage vom 15. 2. 1998 von der Nds. Landesregierung am 2. 3. 1998 beschlossen.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	51	–	–	51
2006	51	–	–	51
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	102	–	–	102

**Zu 671 62**

In der Gemeinsamen Sitzung der Landesregierungen von Niedersachsen und Bremen am 11. Mai 1999 haben die beiden Landesregierungen beschlossen, die Gemeinsame Landesplanung auf dauerhafter Grundlage fortzuführen. Die Mittel sind zur Finanzierung der Geschäftsstelle der Gemeinsamen Landesplanung Bremen/Niedersachsen aufgrund des Verwaltungsabkommens vom 1. 1. 2002 bestimmt.

**Zu 686 62**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	25	–	25
2006	–	25	–	25
2007	–	25	–	25
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	75	–	75

**Zu Titelgruppe 63**

Die Mittel sind für die Durchführung der sich aus dem Nieders. Gesetz über Raumordnung und Landesplanung (NROG) vom 18.05.2001 (Nds. GVBl. S. 301) in der jeweils geltenden Fassung ergebenden Aufgaben und zur Fortentwicklung der Ziele und Instrumente der Landesentwicklung vorgesehen. Ebenso sind die Mittel bestimmt zur Weiterentwicklung der regionalisierten Landesentwicklungspolitik.

**Zu 531 63**

Die Mittel sind für raumordnerische Gutachten, teilräumliche Konzepte, Dienstleistungen Außenstehender, Druck von Raumordnungsprogrammen, Basiskarten und thematischen Karten sowie für sonstige Veröffentlichungen aus dem Bereich der Raumordnung. Vgl. Einnahmetitel 119 63.

**Zu 633 63**

Für die Kofinanzierung (Landesanteil) der EU-Mittel für die Absicherung und Weiterentwicklung des Regionalisierungsprozesses. Die Mittel sind für die Förderung der regionalen Entwicklung durch regionale Kooperation/Netzwerke als Teil einer regionalisierten und europaorientierten Landesentwicklungspolitik.

**Zu Titelgruppe 66**

Hamburg und Niedersachsen betreiben seit 1958 eine gemeinsame Landesplanung. Aus dem 1962 gebildeten Förderfonds, an dem sich beide Länder je zur Hälfte beteiligen, werden Zuwendungen bewilligt. Mit diesen Zuwendungen soll die Struktur des gemeinsamen Planungsraumes verbessert werden.

Der Hamburger Anteil wird im nds. Haushalt veranschlagt.

Weniger infolge Absenkung des Anteils Niedersachsen als Konsolidierungsbeitrag (vgl. Erläuterung zu Kapitel 09 06 Titel 332 66).

**Zu 883 66**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	500	–	500
2006	–	300	500	800
2007	–	–	300	300
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	800	800	1.600

**Zu Titelgruppe 68**

Veranschlagt sind die Kosten für die Förderung einer regionalisierten Landesentwicklung.

Vorrangige Zielsetzung ist die Mobilisierung der Potentiale in der Fläche, insbes. über eine Weiterentwicklung und Intensivierung regionaler Kooperationen und des regionalen Managements, grundlegender Innovationskonzepte und Entwicklung von Schlüsselprojekten.

Weniger infolge Absenkung des Anteils Niedersachsen als Konsolidierungsbeitrag.

**Zu 531 68**

Die Mittel sind für gutachtliche und wissenschaftliche Begleitung des Regionalisierungsprozesses, teilräumliche Konzepte, Dienstleistungen Außenstehender sowie für sonstige Veröffentlichungen aus dem Bereich der Landesentwicklung vorgesehen.

**Zu 537 68**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	366	334	–	700
2006	118	300	300	718
2007	–	200	200	400
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	484	834	500	1.818

**Zu 633 68**

Die Mittel sollen eingesetzt werden für

- Initiierung und Begleitung von regionalen Netzwerken und Kooperationen,
- Profilierung der Regionen,
- Erarbeitung von regionalen Handlungskonzepten und innovativen Projekten,
- Erprobung neuer Ansätze für das regionale Management von Leitprojekten.

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0906 Raumordnung und Landesentwicklung, Fachaufgaben der Regierungsvertretungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
686 68-7	422	Sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke im In- land	—	—	—	—	—
883 68-7	422	Zuweisungen für Investitionen an Gemein- den und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
<b>Abschluss Kapitel 0906</b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				—	—	—	
2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zu- schüssen mit Ausnahme für Investitionen				—	—	—	
3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Inve- stitionen, besondere Finanzierungsein- nahmen				600	716	-116	
<b>Summe der Einnahmen</b>				600	716	-116	
4 Personalausgaben			—	1.413	—	+1.413	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Aus- gaben für den Schuldendienst			500 900	842	1.142	-300	
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			— 75	241	240	+1	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen			800 800	1.700	2.048	-348	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>			1.300 1.775	4.196	3.430	+766	
<b>Zuschuss</b>				3.596	2.714	+882	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---



## **Allgemeine Vorbemerkungen zu Kapitel 0910 Behörden für Geoinformation, Landentwicklung und Lie- genschaften – Landentwicklung –**

**Für das budgetierte Kapitel 0910 gelten folgende haushaltsrechtliche Vermerke:**

1. 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 427 11, 429 10, 459 10, 511 10, 514 12, 517 10, 518 10, 525 10, 526 10, 527 10, 537 10, 538 10, 546 02 und 547 10 sind gegenseitig deckungsfähig..
2. 519 10 und 812 10 sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 427 11, 429 10, 459 10, 511 10, 514 12, 517 10, 518 10, 525 10, 526 10, 527 10, 537 10, 538 10, 546 02 und 547 10.
3. 812 10 ist einseitig deckungsfähig zu Lasten 519 10.
4. Isteinnahmen bei 281 14 erhöhen die Ausgabe bei 511 10, 514 12, 517 10, 518 10, 519 10, 525 10, 526 10, 527 10, 537 10, 538 10, 546 02 und 547 10.
5. Mehreinnahmen bei 111 10, 119 10, 124 10, 129 11 und 281 13 erhöhen die Ausgabe bei 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 427 11, 429 10, 459 10, 511 10, 514 12, 517 10, 518 10, 525 10, 526 10, 527 10, 537 10, 538 10, 546 02, 547 10 und 812 10.
6. Mindereinnahmen bei 111 10, 119 10, 124 10, 129 11 und 281 13 vermindern die Ausgabe bei 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 427 11, 429 10, 459 10, 511 10, 514 12, 517 10, 518 10, 525 10, 526 10, 527 10, 537 10, 538 10, 546 02, 547 10 und 812 10.
7. Soweit die zusätzlichen Ausgabeermächtigungen zur Leistung von Personalausgaben in Anspruch genommen werden, darf in entsprechendem Umfang von der Stellenübersicht und dem Bedarfsnachweis sowie vom Beschäftigungsvolumen abgewichen werden. Verpflichtungen, die zu Ausgaben in künftigen Jahren führen können, dürfen nur eingegangen werden, soweit auch in diesen Jahren Mehreinnahmen zu deren Finanzierung sichergestellt sind. Soweit eine Einsparung bei den Personalausgaben umgesetzt wird, dürfen Planstellen und andere Stellen sowie das Beschäftigungsvolumen in entsprechender Höhe nicht in Anspruch genommen werden, das Finanzministerium darf im Fall eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses auf Antrag Ausnahmen zulassen.
8. Unter der Voraussetzung, dass das Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - hinsichtlich Art, Menge sowie Kosten/Erlöse im Einvernehmen mit dem Finanzministerium - die Erfüllung des Leistungsplans festgestellt hat, dürfen Ausgabereste in Höhe von zwei Dritteln der nicht in Anspruch genommenen Ausgabeermächtigungen nach Abzug gegebenenfalls noch offener Budgetüberschreitungen aus Vorjahren gebildet werden, die für das Budget über das Haushaltsjahr hinaus bis zum Ende des auf die Schlussbewilligung folgenden zweitnächsten Haushaltsjahres verfügbar bleiben und in Anspruch genommen werden dürfen.

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0910 Behörden für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften - Landentwicklung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
111 10-3	511	Gebühren, sonstige Entgelte		35	200	-165	—
119 10-4	511	Sonstige Verwaltungseinnahmen		88	88	—	—
124 10-8	511	Einnahmen aus Mieten und Pachten		25	25	—	—
129 11-8	511	Einnahmen außerhalb der laufenden Ge- schäfte		1	—	+1	—
281 13-0	511	Sonstige Erstattungen aus dem Inland		2.400	1.950	+450	21
281 14-9	511	Erstattungen der Landwirtschaftskammern		—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel			247	-247	
<b>AUSGABEN</b>							
422 10-9	511	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtin- nen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbud- gets	—	33.762	42.843	-9.081	13.991
425 10-8	511	Vergütung der Angestellten	—	—	—	—	124
426 10-4	511	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	1.529
427 10-0	511	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	10	10	—	0
427 11-9	511	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	530	-530	409
429 10-3	511	Nicht aufteilbare Personalkosten	—	878	679	+199	27.595
459 10-0	511	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	24	30	-6	—
511 10-1	511	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsge- genstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	1.055
514 12-7	511	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dergleichen	—	—	—	—	1
517 10-0	511	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	485
518 10-6	511	Mieten und Pachten	—	—	—	—	411
519 10-2	511	Unterhaltung der Grundstücke und bauli- chen Anlagen	—	24	29	-5	18
525 10-2	511	Aus- und Fortbildung	—	—	—	—	68
526 10-9	511	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	7
527 10-5	511	Dienstreisen	—	—	—	—	256
537 10-0	529	Ausführung von Arbeiten durch Dritte und Gebühren und Reisekosten für Sachverstän- dige in Flurbereinigungsverfahren	—	2.750	3.000	-250	3.855
538 10-7	521	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	2.500	3.339	-839	—
546 02-9	511	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	14	—	+14	—
547 10-6	511	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben	—	4.671	5.795	-1.124	—
			3.453				
812 10-1	511	Erwerb von Geräten und sonstigen bewegli- chen Sachen	—	491	360	+131	96
981 10-8	990	Abführung an 1321 - 381 09	—	1.686	1.663	+23	1.660
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		68	-68	

---

**ERLÄUTERUNGEN**


---

**Zu Kapitel 0910****Erläuterungen (Allgemeiner Erläuterungsteil)****Rechts- und Organisationsgrundlagen**

Vorläufige Geschäftsordnung für die Behörden für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften, Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK), Rahmenplan GAK, Flurbereinigungsgesetz, EU- und Bundesverordnungen, Förderrichtlinien

**Verwaltungsaufbau und Budgetplan**

In 11 von den 14 Behörden für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften ist ein Amt für Landentwicklung eingerichtet. Sitz der Ämter für Landentwicklung ist in Aurich, Braunschweig, Bremerhaven, Göttingen, Hannover, Lüneburg, Meppen, Oldenburg, Osnabrück, Sulingen und Verden.

(Zahlstelle und interner Revisionsdienst im Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Kap. 09 01))

**Zielsetzung**

Allgemeine Zielsetzung: Der ländliche Raum Niedersachsens ist in der heutigen Zeit einem Strukturwandel in noch nicht bekanntem Ausmaß unterworfen. Eine erfolgreiche Verwaltungsarbeit für den in Niedersachsen sehr unterschiedlich strukturierten und verschiedene Ansprüche stellenden Raum setzt voraus, dass eine Verwaltung, die diesen Raum prägend mitgestalten soll, flexibel auf sich ändernde Anforderungen an Behördenarbeit reagieren kann. Die Verwaltung für Landentwicklung mit ihrem gesetzlichen Instrumentarium ist diesem Anspruch in der Vergangenheit gerecht geworden. Sie hat sich zu einem verlässlichen Partner für die ländliche Bevölkerung, die Landwirtschaft und die im ländlichen Raum tätigen Planungsträger entwickelt. Für sie gilt es, diesen Stand nicht nur zu erhalten sondern weiter zu entwickeln.

Bestands- und Entwicklungsziele: Für Niedersachsen als Flächenland haben die ländlichen Räume mit ihren unterschiedlichen Strukturen und Erscheinungsbildern eine große Bedeutung. An die ländlichen Räume werden vielfältige miteinander konkurrierende Nutzungsansprüche gestellt, wie Wohnen, Arbeiten, Freizeit, Umwelt- und Naturschutz, Großbauvorhaben. Das erfordert eine langfristige integrierte Landentwicklung, die ländliche Räume als Ganzheit begreift und gleichzeitig die Beziehungen zu den Städten und Ballungsräumen berücksichtigt. In diesem Sinne lösen wir Konflikte im Interesse des Gemeinwohls durch Bodenordnung und Bodenmanagement, Förderung der Dorferneuerung und anderer Infrastrukturmaßnahmen. Unser Handeln ist dabei orientiert an den Bürgern im ländlichen Raum und hierbei insbesondere an den Landwirten, die durch ihre Arbeit die Kulturlandschaft prägen. Gleichzeitig unterstützen und ermöglichen wir Vorhaben der Kommunen und anderer Planungsträger. Die Verwaltung für Landentwicklung gewährleistet eine leistungsstarke, objektive, sachgerechte und wirtschaftliche Verwirklichung der Ziele der staatlichen Agrar- und Strukturpolitik

**Erläuterungen zum Produkthaushalt nach §17a LHO**

Die Erläuterungen zum Produkthaushalt beziehen sich noch auf die Produkte und Leistungen der im Rahmen der Verwaltungsreform aufgelösten Agrarstrukturverwaltung. Die Übersichten enthalten Hinweise auf die nicht mehr bei den Nachfolgebehörden der Ämter für Agrarstruktur, den Behörden für Landentwicklung, erbrachten Leistungen. Die Abbildung der aktuellen Produkte der Behörden für Landentwicklung im Produkthaushalt erfordert eine neue Plankostenrechnung. Diese wird für den Haushaltsplan des Jahres 2006 erstellt.

**Budgetierungsmodell**

Für das Bereichsbudget wird jedes einzelne Flurbereinigungsprojekt separat kalkuliert. Für den Finanzierungsbeitrag zu den landwirtschaftlichen flächen- und tierbezogenen Fördermaßnahmen wird ein Durchschnittspreis je Antrag zu Grunde gelegt. In der Dorferneuerung zählen alle in sich an einem Objekt vorgenommenen Maßnahmen als ein Fall (auch bei mehreren Anträgen des Betroffenen für ein Bauobjekt). Das Produkt "Flurbereinigung" unterteilt sich in verschiedene Verfahrensschritte, die jeweils mit einem bestimmten Ergebnis (Meilenstein) abgeschlossen werden. Die Leistungsmenge ist die Anzahl der Flurbereinigungsverfahren, die den jeweiligen Meilenstein erreichen sollen.

Das Produkt "sonstige Aufgaben" umfasst die Durchführung des Freiwilligen Landtausches, die Beaufsichtigung der Teilnehmergeinschaften und der Verbände der Teilnehmergeinschaften, sonstige Infrastrukturmaßnahmen, Gebäudemanagement, zentrale Altablage und landesweite Grundlagenarbeit, EU-Strukturfonds EAGFL, Agrarstrukturelle Entwicklungsplanung/Integrierte ländliche Entwicklungskonzepte, Wettbewerb "Unser Dorf soll schöner werden", Zuwendungen an die Deula, Berufsbildungsmaßnahmen, landwirtschaftliche Hoheitsangelegenheiten

Die Eigenerlöse bei dem Produkt Flurbereinigung variieren jährlich in Abhängigkeit vom Fertigstellungsgrad der durchgeführten Unternehmenflurbereinigungsverfahren.

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0910  
Zielkosten der Produkte und des Verwaltungsbereichs

Produkte	Leistungsmenge	Zielkosten	Gesamtzielkosten	Leistungsmenge	Zielkosten	Gesamtzielkosten
	-Stück-(Soll) 2005	-EUR-(Soll) 2005	-EUR-(Soll) 2005	-Stück-(Soll) 2004	-EUR-(Soll) 2004	-EUR-(Soll) 2004
Vorverfahren und Einleitungsbeschluss	34	53.176	1.808.000	47	42.914	2.017.000
Planfeststellung	41	93.610	3.838.000	48	86.125	4.134.000
Feststellung der Wertermittlungsergebnisse	40	40.875	1.635.000	31	52.354	1.623.000
Besitzeinweisung	43	285.000	12.255.000	38	278.078	10.567.000
Flurbereinigungsplan und Ausführungsanordnung	65	143.938	9.356.000	64	137.843	8.822.000
Berichtigung der öffentlichen Bücher und Schlussfeststellung	112	53.839	6.030.000	101	39.336	3.973.000
<b>Flurbereinigung</b>	<b>335</b>	<b>104.245</b>	<b>34.922.000</b>	<b>329</b>	<b>94.638</b>	<b>31.136.000</b>
Landwirtschaftliche flächen- und tierbezogene Fördermaßnahmen *	129.626	156	20.277.000	127.469	149	19.021.000
Dorferneuerung	507	7.077	3.588.000	614	5.218	3.204.000
sonstige Aufgaben **	1	4.173.000	4.173.000	1	4.068.000	4.068.000
<b>Gesamtsumme</b>			<b>62.960.000</b>			

Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag

	Gesamtzielkosten	Eigenerlöse	Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalts
	-EUR-(Soll) 2005	-EUR-(Soll) 2005	-EUR-(Soll) 2005
Flurbereinigung	34.922.000	2.566.000	32.356.000
Landwirtschaftliche flächen- und tierbezogene Fördermaßnahmen *	20.277.000	110.000	20.167.000
Dorferneuerung	3.588.000	7.000	3.581.000
sonstige Aufgaben **	4.173.000	105.000	4.068.000
<b>Produktsumme</b>	<b>62.960.000</b>	<b>2.788.000</b>	<b>60.172.000</b>
Haushaltsausgleich			
<b>Gesamtsumme</b>	<b>62.960.000</b>	<b>2.788.000</b>	<b>60.172.000</b>

\* Die Aufgaben wurden im Rahmen der Verwaltungsreform auf die Landwirtschaftskammern übertragen.

\*\* Im Rahmen der Verwaltungsreform wurden folgende Aufgaben verlagert: Berufsbildungsmaßnahmen, Wettbewerb "Unser Dorf soll schöner werden", Zuwendungen an die Deula, landwirtschaftliche Hoheitsangelegenheiten.

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0910

Überleitungsrechnung *		Einnahmen (0-3)						Ausgaben (4-9)					HH- Abgl.
Bereichshaushalt (Produkte)	Tsd. EUR	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9		
+	Verwaltungserträge	-148	148										
+	Erträge aus Erstattungen	-2.400		2.400									
+/-	Bestandsveränderungen	0											
+	sonstige betriebliche Erträge	0											
=	<b>Erträge</b>	-2.548											
-	Aufwendungen für Dienstbezüge von Beamten, Angestellten und Arbeitern	34.640				34.640							
-	Versorgung, Beihilfe, ATZ-Kosten	4.915											4.915
-	sonstige Personalaufwendungen	34				34							
=	<b>Personalaufwendungen</b>	39.471											
-	Büro- und Verwaltungsaufwendungen, Aus- und Weiterbildung	607					607						
-	Aufwendungen Kommunikation und Reisen	991					991						
-	Aufwendungen für Mieten, Material sowie für Betriebs- und Instandhaltung	3.922					2.236				1.686		
-	Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter	4.416					4.416						
-	Erstattungen u. sonstige Aufwendungen	148					148						
-	Abschreibungen	1.005											1.005
=	<b>Sachaufwendungen</b>	11.089											
=	<b>Aufwendungen</b>	50.600											
=	<b>Ergebnis nach eigenen Erträgen</b>	48.012											
+	Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt	-48.012											48.012
=	<b>Ergebnis nach Landeszuschuss</b>	0											
+	Erträge aus Beteiligungen, Zinsen und ähnlichen Erträgen	0											
+	Aufwendungen aus Zinsen und ähnlichen Aufwendungen	0											
=	<b>Finanzergebnis</b>	0											
+	außerordentliche Erträge	-1	1										
-	außerordentliche Aufwendungen	14					14						
+/-	Haushaltsausgleich	0											
=	<b>außerordentliches Ergebnis</b>	13											
=	<b>neutrales Ergebnis</b>	13											
=	<b>Gesamtergebnis</b>	13											
-	Investitionen der Hauptgruppe 5	1.531					1.531						
-	Investitionen der Hauptgruppe 8	491								491			
=	<b>Einnahmen und Ausgaben des Budgets</b>	44.127											
+/-	Einnahmen und Ausgaben außerhalb des Budgets	0											
=	<b>Kapitelsumme</b>	44.127	149	2.400		34.556	9.943			491	1.686		

\* Die Einnahmen und Ausgaben beziehen sich auf die Produkte der Verwaltung für Landentwicklung; die kalkulatorischen Beträge bilden noch die Produkte der ehemaligen Agrarstrukturverwaltung ab..

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0910

Erläuterungen zu Titeln, Produkten und Bewirtschaftungsregeln

Zu HGr. 4

Beschäftigungsvolumen (in VZE):

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
727,45	983,54	961,63

Zu 281 13

Veranschlagt sind Leistungsentgelte der Teilnehmergeinschaften sowie Bauleitungsgebühren in Siedlungsverfahren.

Erstattung von Kosten durch die Teilnehmergeinschaften für die Gestellung von ständigen Messgehilfen in Flurbereinigungsverfahren.

Beträge, die die Siedler im Falle der Veräußerung von Siedlerstellen und Siedlungsgrundstücken nach näherer Festsetzung durch die Siedlungsbehörde erstatten müssen. Der Anteil der NLG beträgt 4 v. H. der von ihr erhobenen Einnahmen = rd. 2 040 EUR.

Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit

Erstattung von Verfahrens- und sonstigen Kosten in Flurbereinigungsverfahren.

Zu 429 10

	2003	2004
Auszubildende	60	60

Zu 537 10

Um die Leistungsfähigkeit der Ämter für Landentwicklung elastischer an wechselnde räumliche und sachliche Schwerpunkte der ländlichen Neuordnung anpassen zu können, ist der Stellenbestand der Verwaltung für Landentwicklung weitgehend auf die zur behördlichen Leitung der Flurbereinigungsverfahren erforderlichen Arbeiten zugeschnitten, während die übrigen Arbeiten an sachkundige Gesellschaften, Ingenieurbüros u. a. vergeben werden. Es handelt sich im Wesentlichen um folgende Arbeiten:

- Herbeiführung von Abfindungsvereinbarungen und Ausarbeitung von Zusammenlegungsplänen (§ 99 FlurbG);
- Erfassung und Bewertung von Natur und Landschaft;
- beratende Ingenieur Tätigkeit im Rahmen der Aufstellung des Wege- und Gewässerplans (Plan nach § 41 FlurbG);
- topographische und bestimmende Befliegung (für Planungsunterlagen);
- Absteckung, Abmarkung und Vermessung des Wege- und Gewässernetzes und der neuen Grundstücke.

Besondere Bedeutung hat die Vergabe von Arbeiten an Dritte im Rahmen von Unternehmensverfahren.

Zu 547 10

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	—	1.151	—	1.151
2006	—	1.151	—	1.151
2007	—	1.151	—	1.151
2008	—	—	—	—
2009 ff.	—	—	—	—
Summe	—	3.453	—	3.453

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 812 10**

---

Ersatzbeschaffungen:

a) 5 PKW Kombi (einschl. Umsatzsteuer und Sonderausstattung)	77 500 EUR
b) ISDN - Telefonanlage	72 000 EUR
c) 1 5800 Rover	17 500 EUR
d) 2 Web- und Applikationsserver	40 000 EUR

Neubeschaffung:

e) 1 RTK-System (Basis und Rover)	44 000 EUR
-----------------------------------	------------

Ergänzungsbeschaffung:

f) PC-Ausstattung (CPU; Hauptspeichererweiterung, Festplatten)	200 000 EUR
g) Erweiterung der Citix-Farm	40 000 EUR

Zusammen	491 000 EUR
----------	-------------

Als Sonderausstattungen sind vorgesehen für jedes Fahrzeug:  
Kopfstützen für Rücksitz, Halogen-Nebelscheinwerfer, Komfortsitz

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0910 Behörden für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften - Landentwicklung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 0910</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		149	560	-411	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		2.400	1.950	+450	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		2.549	2.510	+39	
		4 Personalausgaben	—	34.674	44.160	-9.486	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	9.959	12.163	-2.204	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	3.453	—	—	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	491	360	+131	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	1.686	1.663	+23	
		<b>Zuschuss</b>	3.453	46.810	58.346	-11.536	
				44.261	55.836	-11.575	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0930 Behörden für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften - Domänenverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
		<p>*** Gem. § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die "Allgemeine Erläuterung zum Kapitel" verbindlich.</p> <p style="text-align: center;"><b>EINNAHMEN</b></p>					
111 01-0	811	Gebühren und tarifliche Entgelte		50	15	+35	50
119 01-0	811	Vermischte Einnahmen		18	18	—	10
119 11-8	811	Rückzahlungen von Überzahlungen aus Landesmitteln		—	—	—	—
121 11-2	811	Ablieferung der Domäne Hollanderhof		—	—	—	—
121 13-9	811	Ablieferung der Domäne Derneburg		92	92	—	48
121 14-7	811	Ablieferung der Domäne St. Ludgeri		205	205	—	210
124 12-0	811	Einkünfte von verpachteten Domänen		1.900	2.320	-420	2.365
124 13-8	811	Einkünfte von Garten-, Acker-, Wiesen-, Weide- und sonstigen Streugrundstücken		2.000	1.994	+6	2.165
124 14-6	811	Einkünfte von Mühlen, einzelnen vermieteten Gebäuden und sonstigen Nutzungen		240	180	+60	142
124 15-4	811	Einkünfte von Fischerei- und Nebennutzungen der domänenfiskalischen Gewässer		145	145	—	150
124 16-2	811	Einkünfte von Fischerei- und Nebennutzungen aus dem Steinhuder Meer *** Die vertraglich an die fürstliche Hofkammer Schaumburg Lippe abzuführenden Beträge von den Einnahmen für das Befahren des Steinhuder Meeres dürfen auch nach Ablauf des Haushaltsjahres durch Absetzen von der Einnahme verausgabt werden.		485	485	—	386
124 17-0	811	Einkünfte von Fischerei- und Nebennutzungen aus dem Dümmer		150	150	—	137
132 01-7	811	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		—	—	—	—
235 01-0	811	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
261 10-0	811	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch die Lastenausgleichsbank		1	1	—	1
261 12-7	511	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch den Braunschweigischen Vereinigten Kloster- und Studienfonds		95	95	—	88
281 10-1	811	Erstattung von Steuern vom Grundvermögen, öffentlichen Lasten und sonstigen Beiträgen durch Dritte		5	5	—	5
341 11-2	811	Pächterbeiträge zu den Kosten kleiner Neu-, Um- und Erweiterungsbauten		690	690	—	791
341 12-0	811	Pächterbeiträge zu den laufenden Unterhaltungskosten		25	41	-16	—
341 63-5	811	Umlagen für Unterhaltungsarbeiten an Gräben und Wegen des domänenfiskalischen Streubesitzes		—	—	—	6
356 10-1	950	Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds *** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.		2.221	3.386	-1.165	3.906
		Summe für inzwischen weggefallene Titel			80	-80	

---

**ERLÄUTERUNGEN**


---

**Zu Kapitel 0930****Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 09 30**

Die Ausgaben der Obergruppen 51 – 54 sind im Rahmen des Modellversuchs “Wirtschaftliche und bedarfsorientierte Eigenverantwortung im Hinblick auf den Einsatz der Sachmittel im Einzelplan 09” in den jeweiligen Kapiteln bei Titel 547 11 zusammengefasst ausgebracht. Sie sind übertragbar. Es dürfen Ausgabereste gebildet werden, die grundsätzlich zu 80 v. H. in das Folgejahr übertragen werden. Die Ausgaben sind nach der Haushaltssystematik zu buchen. Im Rahmen dieses Modellversuchs gilt im Einzelplan 09 die Deckungsfähigkeit auch, soweit die Ausgaben übertragbar sind.

**Zu Kapitel 09 30**

Die Flächenverwaltung wird von den Behörden für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften (GLL) Braunschweig, Hannover, Lüneburg und Oldenburg – Domänenämter wahrgenommen. Der Gesamtflächenbestand der Domänenverwaltung beträgt rd. 49 070 ha. Zusätzlich werden rd. 13 060 ha im Auftrag der Naturschutzverwaltung (Kap. 15 20) verwaltet.

**Zu Titel 121 11 bis 121 14**

Ablieferungen der selbst bewirtschafteten Domänen (Unternehmen im Sinne des § 26 LHO) mit landwirtschaftlicher Buchführung. Die Wirtschaftspläne (Erfolgs- und Finanzpläne) der selbst bewirtschafteten Domänen befinden sich in den Anlagen zum Einzelplan 09.

Die Wirtschaftspläne berücksichtigen die seitens der EU vorgegebene Flächenstilllegung.

**Zu 124 12**

Es sind vorhanden:

98 Domänen über je 50 ha mit 12 419 ha LF  
(12 991 ha Gesamtfläche),  
11 Pachthöfe bis zu je 50 ha mit 467 ha LF  
(509 ha Gesamtfläche).

Der Ansatz berücksichtigt Pachtpreisreduzierungen für Maßnahmen zur Stärkung des Naturhaushalts innerhalb und außerhalb von Schutzgebieten in Höhe von rd. 136 000 EUR.

Weniger wegen Flächenabgang.

**Zu 124 13**

Es sind vorhanden: 10 960 ha LF (34 700 ha Gesamtfläche).

Der Ansatz für Pachteinahmen berücksichtigt Pachtpreisreduzierungen für Maßnahmen zur Stärkung des Naturhaushalts innerhalb und außerhalb von Schutzgebieten in Höhe von rd. 517 000 EUR.

**Zu 124 14**

Mehr wegen Zusammenführung mit Titel 124 11.

**Zu 124 15**

Einnahmen aus der Verpachtung von domänenfiskalischen Fischerei- und Nebennutzungen der Gewässer.

Der Ansatz berücksichtigt Pachtpreismindereinnahmen für Maßnahmen zur Stärkung des Naturhaushalts innerhalb und außerhalb von Schutzgebieten in Höhe von rd. 7 000 EUR.

**Zu 261 10**

Erstattung von Verwaltungskosten durch die Lastenausgleichsbank für die Verwaltung ehem. Mecklenburgischer Flächen.

**Zu 261 12**

Erstattung der jeweiligen Personal- und Sachkosten, die durch die Verwaltung des Grundbesitzes der Stiftung Braunschweigisches Kulturgut, Teilvermögen des Braunschweigischen Vereinigten Kloster- und Studienfonds, entstehen.

**Zu 341 11**

Pächterbeiträge zu den Kosten der nach dem Domänenbauplan bei 711 01 veranschlagten Baumaßnahmen (ohne Kosten für die Pflege

**Noch zu 341 11**

der Baudenkmäler).

Mehr wegen Abführung Baunebenkosten an das Staatliche Baumanagement Niedersachsen.

**Zu 341 12**

Pächterbeiträge zu den Kosten der nach dem Domänenbauplan bei 519 01 veranschlagten Maßnahmen der Bauunterhaltung.

**Zu 341 63**

Leertitel, da sich nicht übersehen lässt, in welcher Höhe von den Pächtern Umlagen gezahlt werden.

**Zu 356 10**

Durch die Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds werden die Aufwendungen für Zuschüsse und Kapitalausstattungen an die selbst bewirtschafteten Domänen, für die Folgeeinrichtungsarbeiten auf Anlandungsflächen, für Tiefbauten, für den Wirtschaftswegebau auf domänenfiskalischem Besitz (vgl. Titelgruppen 62 und 63), sowie die Anteile der Domänenverwaltung zu den Kosten der bei 711 01 veranschlagten Baumaßnahmen – mit Ausnahme der Nutzungsentgelte für das Liegenschaftsmanagement – gedeckt. Weniger wegen Flächenabgang.

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0930 Behörden für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften - Domänenverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>A U S G A B E N</b>							
422 01-5	811	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	1.220	924	+296	162
422 19-8	811	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	7
422 31-7	811	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	9	-9	37
425 01-4	811	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	694
427 01-7	811	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
427 11-4	811	Entschädigungen für nebenberuflich tätige Aufseher, Schleusen-, Dünen- und Buschwärter	—	5	5	—	3
453 01-8	811	Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	4	4	—	—
511 01-8	811	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	26
514 10-6	811	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl.	—	—	—	—	—
517 10-5	811	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	278
518 01-2	811	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	—
519 01-9	811	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 711 01.</i>	—	50	50	—	30
525 01-9	811	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	1
526 01-5	811	Sachverständige	—	—	—	—	0
526 02-3	811	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 01-1	811	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	—	—	6
546 01-6	511	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	0
546 03-2	811	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	—	—	—	—
547 11-0	511	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsausgaben des Kapitels	—	322	340	-18	—
681 10-0	811	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	—
682 09-2	811	Zuschüsse an selbstbewirtschaftete Domänen für Nutzungsentgelte	—	544	387	+157	602
682 11-4	811	Zuschuss an die Domäne Hollanderhof	—	20	20	—	100
682 13-0	811	Zuschuss an die Domäne Derneburg	—	—	—	—	—
682 14-9	811	Zuschuss an die Domäne St. Ludgeri	—	—	—	—	—
711 01-7	811	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zula-</i> <i>sten 519 01.</i> <i>*** Gemäß § 15 Abs. 1 Satz 3 LHO wird zuge-</i> <i>lassen, dass Brandentschädigungen von der</i> <i>Ausgabe abgesetzt werden.</i>	500 500	1.450	1.623	-173	1.744
812 10-7	811	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
981 09-0	990	Abführung an 1321 - 381 09	—	9.527	13.093	-3.566	15.943

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeitereinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
28,75	19,72	18,21

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
1.220	924	864

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig) 11,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt) 0
- Sonstige Veränderungen 0

Summe Zugänge 11

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig) 1
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt) 0
- Sonstige Veränderungen 0,97

Summe Abgänge 1,97

Bleibt Zugang 9,03

Mehr durch Verlagerung aus Kap. 03 05 aufgrund Verwaltungsreform.

**Zu 427 11**

Die Bezahlung der nebenberuflich tätigen Aufseher pp. erfolgt nach dem Umfang der Tätigkeit unter Berücksichtigung der Größe des Aufsichtsbezirks und der zu leistenden besonderen Arbeiten (z. B. Schleusenbedienung usw.).

**Zu 519 01**

Veranschlagt sind rd. 3% des Friedensneubauwertes von rd. 15 802 000 EUR.

**Zu 682 09**

Zuschüsse an die Landesbetriebe für Abführungen der festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

**Zu 682 11**

Verlust resultiert aus Umstellungsinvestitionen und der Einrichtung der Domäne als Beispielsbetrieb für den ökologischen Landbau. Der Betrieb erhält im Gegensatz zu Privatbetrieben keine Direktzahlungen aus öffentlichen Mitteln für ökologischen Landbau.

**Zu 711 01**

Der Anteil der Pächter an den nachgewiesenen Baukosten wird bei 341 11 vereinnahmt.

Der Anteil der Domänenverwaltung wird durch Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds (vgl. 356 10) gedeckt.

**Noch zu 711 01**

Weniger wegen Flächenabgang.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	—	500	—	500
2006	—	—	500	500
2007	—	—	—	—
2008	—	—	—	—
2009 ff.	—	—	—	—
Summe	—	500	500	1.000

**Zu 981 09**

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0930 Behörden für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften - Domänenverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61</b>		<b>Betriebsausgaben für selbstbewirtschaftete Streugrundstücke</b> <i>Übertragbar.</i>	(-)	(131)	(145)	(-14)	(191)
429 61-3	811	Nicht aufteilbare Personalausgaben	-	-	-	-	-
514 61-0	811	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	-	3	3	-	3
537 61-0	811	Vergabe von Arbeiten für landeskulturelle Maßnahmen	-	-	-	-	-
547 61-6	811	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	39	42	-3	44
671 61-9	811	Erstattung an öffentliche Unternehmen	-	89	100	-11	144
811 61-5	811	Erwerb von Nutz- und Sonderfahrzeugen	-	-	-	-	-
<b>TGr. 62</b>		<b>Sicherungs- und Überwachungsarbeiten auf Anlandungsflächen</b> <i>Übertragbar.</i>	(-)	(580)	(580)	(-)	(580)
429 62-1	811	Nicht aufteilbare Personalausgaben	-	-	-	-	-
514 62-9	811	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	-	4	4	-	4
538 62-5	811	Dienstleistungen Außenstehender	-	-	-	-	-
547 62-4	811	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	77	77	-	77
671 62-7	811	Erstattung an öffentliche Unternehmen	-	499	499	-	499
<b>TGr. 63</b>		<b>Tiefbauten und landschaftspflegerische Maßnahmen sowie Ausbau und Unterhaltung von Wirtschaftswegen und Brücken</b> <i>Übertragbar.</i>	(-)	(881)	(881)	(-)	(834)
429 63-0	811	Nicht aufteilbare Personalausgaben	-	-	-	-	-
538 63-3	811	Dienstleistungen Außenstehender	-	-	-	-	-
547 63-2	811	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	-	-	-	114
671 63-5	811	Erstattung an öffentliche Unternehmen	-	140	140	-	134
761 63-4	811	Tiefbaumaßnahmen	-	741	741	-	586
<b>TGr. 66</b>		<b>Steinhuder Meer</b> <i>Übertragbar.</i>	(511) (511)	(469)	(532)	(-63)	(755)
429 66-4	811	Nicht aufteilbare Personalausgaben	-	-	-	-	-
511 66-2	811	Sturmwarnanlage	-	2	17	-15	1
517 66-0	811	Bewirtschaftungskosten	-	6	4	+2	4
547 66-7	811	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	-	-	-	-
761 66-9	811	Tiefbaumaßnahmen	511 511	461	511	-50	751
<b>TGr. 67</b>		<b>Landschaftspflegerische Maßnahmen einschl. Öffentlichkeitsarbeit auf domänenfiskalischen Flächen</b> <i>Übertragbar.</i>	(-)	(51)	(51)	(-)	(22)
538 67-6	811	Dienstleistungen Außenstehender	-	-	-	-	4
547 67-5	811	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	-	-	-	1
761 67-7	811	Tiefbau- und Pflegemaßnahmen	-	51	51	-	18

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Titelgruppe 61**

Der Ansatz enthält die Erstattung von Kosten zur Betreuung von Pensionsvieh an den Nds. Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (Kapitel 15 55).

**Zu Titelgruppe 62**

Kosten für Sicherungs- und Überwachungsmaßnahmen auf den Anlandungsflächen an der ostfriesischen Küste einschließlich Kostenerstattung an den Nds. Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (Kap. 15 55).

Die Aufwendungen werden durch Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds gedeckt (vgl. 356 10).

**Zu Titelgruppe 63**

Kosten für die Unterhaltung und Neuanlage von Kanälen, Ufern und Deichen, für die Unterhaltung der Ent- und Bewässerungsanlagen sowie für landschaftspflegerische Maßnahmen auf dom.-fisk. Grundbesitz, Baukosten und Unterhaltung für Wirtschaftswege und Brücken einschl. Kostenerstattungen an den Nds. Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (Kap. 15 55).

Die Aufwendungen werden durch Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds gedeckt (vgl. 356 10), soweit sie nicht aus zweckgebundenen Einnahmen finanziert werden. Die Pächter verzinsen die nachgewiesenen Kosten für Dränagen, Wirtschaftswege oder Brücken bzw. beteiligen sich daran einmalig.

**Zu Titelgruppe 66**

Aufwendungen für die Unterhaltung, ökologische Sicherung sowie Entschlammung des Steinhuder Meeres einschließlich Kostenerstattung an den Nds. Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (Kap. 15 55).

**Zu 761 66**

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	461	–	461
2006	–	–	511	511
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	461	511	972

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0930 Behörden für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften - Domänenverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>TGr. 68</b>		<b>Dümmer</b>	(-)	(410)	(460)	(-50)	(799)
		<i>Übertragbar.</i>					
429 68-0	811	Nicht aufteilbare Personalausgaben	-	-	-	-	-
517 68-7	811	Bewirtschaftungskosten	-	-	-	-	-
547 68-3	811	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	-	-	-	-
761 68-5	811	Tiefbaumaßnahmen	-	410	460	-50	799
<b>TGr. 99</b>		<b>Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik</b>	(-)	(29)	(29)	(-)	(33)
		<i>Übertragbar.</i>					
514 99-8	811	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der Geräte	-	5	5	-	-
547 99-3	811	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	24	24	-	33
812 99-9	811	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	-	-	-	-	-
		<b>Abschluss Kapitel 0930</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		5.285	5.684	-399	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		101	101	-	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		2.936	4.117	-1.181	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		8.322	9.902	-1.580	
		4 Personalausgaben	-	1.229	942	+287	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	-	532	566	-34	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	-	1.292	1.146	+146	
		7 Baumaßnahmen	1.011	3.113	3.386	-273	
			1.011				
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	-	-	-	-	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	-	9.527	13.093	-3.566	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	1.011	15.693	19.133	-3.440	
			1.011				
		<b>Zuschuss</b>		7.371	9.231	-1.860	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Titelgruppe 68**

Aufwendungen für die Unterhaltung und Entschlammung des Dümmers einschließlich Kostenerstattung an den Nds. Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (Kap. 15 55).

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0931 Behörden für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften - Moorverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
		*** Gem. § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die "Allgemeine Erläuterung zum Kapitel" verbindlich.					
		<b>EINNAHMEN</b>					
111 01-3	811	Gebühren und tarifliche Entgelte		3	3	—	1
119 01-4	811	Vermischte Einnahmen		1	1	—	2
124 01-8	811	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		3	3	—	3
124 10-7	811	Einkünfte aus verpachteten kultivierten Moorgrundstücken		344	344	—	367
124 11-5	811	Einkünfte aus verpachteten unkultivierten Moorgrundstücken		990	990	—	1.582
125 10-3	811	Sonstige Einkünfte aus Moorgrundstücken		4	4	—	1
132 01-0	811	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		10	10	—	3
235 01-4	811	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
281 10-5	811	Erstattung von Steuern und Abgaben aus veräußerten Siedlungsflächen		—	—	—	—
356 10-5	950	Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds		33	33	—	18
		<b>Titelgruppe(n)</b>					
<b>TGr. 61</b>		<b>Gestaltungs- und Regenerationsarbeiten in landeseigenen Mooren</b>		(—)	(—)	(—)	(—)
231 61-2	811	Erstattungen des Bundes für den Zivilen Ersatzdienst <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.</i>		—	—	—	—
281 61-0	811	Erstattungen Dritter für Regenerationsmaßnahmen in landeseigenen Mooren <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.</i>		—	—	—	—
282 61-6	811	Zuschüsse Dritter zur Unterhaltung von wasserwirtschaftlichen Anlagen und Wegen <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.</i>		—	—	—	—
		<b>AUSGABEN</b>					
422 01-9	811	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	600	587	+13	42
422 19-1	811	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-0	811	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-8	811	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	554
426 01-4	811	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	10
426 04-9	811	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 01-0	811	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	1	1	—	1
453 01-1	811	Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	1	1	—	1

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 0931**

**Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 09 31**

Die Ausgaben der Obergruppen 51 – 54 sind im Rahmen des Modellversuchs "Wirtschaftliche und bedarfsorientierte Eigenverantwortung im Hinblick auf den Einsatz der Sachmittel im Einzelplan 09" in den jeweiligen Kapiteln bei Titel 547 11 zusammengefasst ausgebracht. Sie sind übertragbar. Es dürfen Ausgabereste gebildet werden, die grundsätzlich zu 80 v. H. in das Folgejahr übertragen werden. Die Ausgaben sind nach der Haushaltssystematik zu buchen. Im Rahmen dieses Modellversuchs gilt im Einzelplan 09 die Deckungsfähigkeit auch, soweit die Ausgaben übertragbar sind.

**Zu Kapitel 09 31**

Die Flächenverwaltung wird von den Behörden für Geoinformation, Liegenschaften und Landentwicklung (GLL) – Moorverwaltung in Meppen wahrgenommen.

Die moorfiskalische Gesamtfläche beläuft sich auf 13 100 ha, daneben werden 3 807 ha Flächen der Naturschutzverwaltung betreut.

**Noch zu 422 01**

Summe Zugänge 0

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig) 0
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt) 0
- Sonstige Veränderungen 0

Summe Abgänge 0

Zugang / Abgang 0

**Zu 124 01**

1. Amts- und Dienstwohnungen	–
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	3 Tsd. EUR
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	–
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	–
5. Sonstige Mieten und Pachten	–
Zusammen	3 Tsd. EUR

**Zu 124 10**

Die verpachteten moorfiskalischen Flächen betragen 2 151 ha, dabei sind im Ansatz des Titels Pachtpreisreduzierungen zur Stärkung des Naturhaushalts in Höhe von rd. 89 000 EUR berücksichtigt.

**Zu 124 11**

1. Torfheuer	880 Tsd. EUR
2. Einnahmen aus der Verpachtung unkultivierter Flächen (einschl. Jagd- und Fischereipacht)	110 Tsd. EUR
3. Sonstige Betriebseinnahmen	-
Zusammen	990 Tsd. EUR

Fläche des Vorjahres: rd. 3 850 ha (Vorjahr: 4 150 ha).

**Zu 356 10**

Die Aufwendungen bei 711 01 werden durch Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds gedeckt.

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteneinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
12,23	12,23	12,29

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
600	587	606

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig) 0
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt) 0
- Sonstige Veränderungen 0

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0931 Behörden für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften - Moorverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
511 01-1	811	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	18
514 02-9	811	Dienst- und Schutzkleidung	—	—	—	—	0
517 01-0	811	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	185
519 01-2	811	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 711 01.</i>	—	10	10	—	9
525 01-2	811	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	3
527 01-5	811	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	—	—	9
527 02-3	811	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenan- gelegenheiten	—	—	—	—	1
546 01-0	811	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	—
547 11-3	811	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsaus- gaben des Kapitels	—	220	210	+10	—
681 10-3	811	Schadensersatzleistungen und Unfallent- schädigungen	—	—	—	—	1
711 01-0	811	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zula- sten 519 01.</i>	—	33	33	—	18
811 01-5	811	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 10-0	811	Erwerb von Geräten und sonstigen bewegli- chen Sachen	—	—	—	—	—
981 09-3	990	Abführung an 1321 - 381 09	—	464	481	-17	2.485
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61</b>		<b>Gestaltungs- und Regenerationsarbeiten in den landeseigenen Mooren</b> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschrit- ten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 61, 281 61 und 282 61.</i>	(—)	(1.690)	(1.690)	(—)	(1.664)
426 61-8	811	Löhne der Arbeiter <i>Übertragbar.</i>	—	1.038	1.038	—	1.031
427 61-4	811	Vergütungen für Personen, die Zivilen Er- satzdienst leisten <i>Übertragbar.</i>	—	—	—	—	—
459 61-3	811	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben <i>Übertragbar.</i>	—	1	1	—	1
511 61-5	811	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsge- genstände, sonstige Gebrauchsgegenstände <i>Übertragbar.</i>	—	25	25	—	41
514 61-4	811	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl. <i>Übertragbar.</i>	—	232	100	+132	265
527 61-9	811	Reisekosten für Moorarbeiter gem.Nr.5 der SR 2i MTL II	—	10	10	—	8
547 61-0	811	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben <i>Übertragbar.</i>	—	60	192	-132	64
761 61-1	811	Landschaftsbauarbeiten	—	110	110	—	48

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 711 01**

Die Ausgaben werden durch Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds gedeckt (vgl. 356 10).

**Zu Titelgruppe 61**

Übersicht über die durchschnittlich beschäftigten Arbeiter für die Verwirklichung des Moorschutzprogramms in den landeseigenen Mooren einschl. angrenzender Feuchtgrünlandflächen (Renaturierungs- und Pflegearbeiten), Aufforstungsmaßnahmen und die Herrichtung von Flächen als Ersatzland für flächenbeanspruchende öffentliche Planungsvorhaben:

Lohn-Gruppe:

3/3 a	4
4/4 a	4
5/5 a	16
6/6 a	1
7/7 a	1
8/8 a	1
Zusammen	27

Es befinden sich 7 096 ha moorfiskalischer Flächen und rd. 1 385 ha Flächen der Naturschutzverwaltung in der Regeneration.

Hier sind auch Unterhaltung und Ersatzbeschaffung der für die Gestaltungs- und Regenerationsarbeiten in den landeseigenen Mooren benötigten landeseigenen Maschinen und Geräte sowie Nutzfahrzeuge veranschlagt.

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0931 Behörden für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften - Moorverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
811 61-9	811	Erwerb von Nutzfahrzeugen	—	159	159	—	195
812 61-5	811	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	55	55	—	11
<b>TGr. 99</b>		<b>Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik</b> <i>Übertragbar.</i>	(—)	(16)	(16)	(—)	(6)
511 99-2	811	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	3	3	—	5
547 99-7	811	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	13	13	—	0
812 99-2	811	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
		<b>Abschluss Kapitel 0931</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		1.355	1.355	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		33	33	—	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		1.388	1.388	—	
		4 Personalausgaben	—	1.641	1.628	+13	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	573	563	+10	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		7 Baumaßnahmen	—	143	143	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	214	214	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	464	481	-17	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	3.035	3.029	+6	
		<b>Zuschuss</b>		1.647	1.641	+6	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 811 61**

Bestand an Dienstfahrzeugen und Nutzfahrzeugen

	Ist 1.1.2003	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Kombi	4	4	4
Unimog	2	2	2
Radschlepper	6	6	6
Planiertrauben	3	3	3
Raupenbagger	2	2	2
ATV	1	3	3
Pistenbulli	1	1	1
Zusammen	19	21	21

---

Ersatzbeschaffungen:

2 Schlepper	112 Tsd. EUR
1 Doppelkabiner	47 Tsd. EUR

Zusammen	<hr/> 159 Tsd. EUR
----------	--------------------

**Zu 812 61**

Für Ersatz- und Neubeschaffungen von Geräten sind im Jahr 2005 Mittel in Höhe von 55 000 EUR vorgesehen.

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0941 Niedersächsisches Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
		*** Gem. § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die "Allgemeine Erläuterung zum Kapitel" verbindlich.					
		<b>EINNAHMEN</b>					
111 01-6	511	Gebühren und tarifliche Entgelte <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61/62.</i>		3.073	2.700	+373	2.769
111 12-1	549	Gebühren für amtstierärztliche Dienstgeschäfte		110	100	+10	129
111 63-6	511	Gebühren für Untersuchungen im Auftrage Dritter <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.</i>		3.172	3.500	-328	3.220
112 01-2	511	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		15	—	+15	39
119 01-7	511	Vermischte Einnahmen		11	6	+5	31
119 03-3	511	Einnahmen aus Nebentätigkeiten		1	1	—	0
119 11-4	511	sonstige Einnahmen der Fachdienste <i>Vgl. K-Vermerk zu 525 11.</i>		—	—	—	—
119 46-7	511	Ersatzleistungen		—	—	—	—
119 68-8	511	Einnahmen aus Forschungs- und ähnlichen Aufträgen Dritter <i>*** Vgl. K-Vermerk zu 0941 - Ausgabetitelgruppe 68</i>		70	70	—	—
124 01-0	511	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		18	18	—	11
132 01-3	511	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		2	2	—	0
231 10-0	511	Erstattungen von Verwaltungsausgaben für Untersuchungen nach dem Strahlenschutzvorsorgegesetz <i>Vgl. K-Vermerk zu 671 10.</i>		174	174	—	173
231 64-0	511	Zuweisungen Dritter für Forschungsvorhaben <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.</i>		—	—	—	55
235 01-7	511	Zuweisungen von der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
261 10-7	511	Erstattung von Reisekosten <i>Vgl. K-Vermerk zu 527 10.</i>		8	8	—	7
271 67-6	549	Erstattungen für die Durchführung des Forschungsvorhabens zur Verbesserung der Honigqualität i. R. d. VO (EG) 797/2004 <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 67.</i>		25	24	+1	20
281 10-8	511	Erstattung von Verwaltungsausgaben <i>Vgl. K-Vermerk zu 525 10.</i>		3	3	—	38
282 10-4	511	Zuschüsse Dritter <i>Vgl. K-Vermerk zu 686 11.</i>		—	—	—	75
282 69-4	511	Erstattungen Dritter im Rahmen von Beweissicherungsverfahren <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 69.</i>		—	—	—	42
		<b>Titelgruppe(n)</b>					
<b>TGr. 61</b>		<b>Untersuchungsbetrieb</b>		(4.900)	(4.900)	(—)	(2.883)
111 61-0	511	Gebühren für Maßnahmen im Rahmen der TSE-Überwachung		3.000	3.000	—	1.391
281 61-2	511	Erstattungen des Bundes für Maßnahmen im Rahmen der TSE-Überwachungen		—	—	—	—

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Kapitel 0941**

Die Ausgaben der Obergruppen 51 – 54 sind im Rahmen des Modellversuchs “Wirtschaftliche und bedarfsorientierte Eigenverantwortung im Hinblick auf den Einsatz der Sachmittel im Einzelplan 09” in den jeweiligen Kapiteln bei Titel 547 11 zusammengefasst ausgebracht. Sie sind übertragbar. Es dürfen Ausgabereste gebildet werden, die grundsätzlich zu 80 v. H. in das Folgejahr übertragen werden. Die Ausgaben sind nach der Haushaltssystematik zu buchen. Im Rahmen dieses Modellversuchs gilt im Einzelplan 09 die Deckungsfähigkeit auch, soweit die Ausgaben übertragbar sind.

**Zu 111 01**

Gemäß Verordnung über die Erhebung von Gebühren auf dem Gebiete der Veterinärverwaltung in der jeweils geltenden Fassung für Amtshandlungen und Dienstleistungen der Staatl. Veterinäruntersuchungsämter bzw. Gebühren sowie Auslagererstattungen in Beanstandungsfällen nach rechtskräftiger Verurteilung nach der Gebührenordnung für die amtliche Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeuntersuchung vom 18. 8. 1993 (Nieders. GVBl. S. 302) – in der jeweils gültigen Fassung.

**Zu 111 12**

Für amtstierärztliche Dienstgeschäfte gemäß Verordnung über die Erhebung von Gebühren auf dem Gebiete der Veterinärverwaltung in der jeweils geltenden Fassung.

**Zu 111 63**

Untersuchungen im Auftrage Dritter, insbesondere Flächenuntersuchungen auf Rinderleukose auf Rechnung der Nieders. Tierseuchenkasse und Untersuchungen im Auftrage privater Dritter bei Tieren und Waren, die für den Export vorgesehen sind sowie fachliche Stellungnahmen.

**Zu 231 10**

Für Untersuchungen von Lebensmitteln auf Radioaktivität.

**Zu 231 64**

Leertitel, weil die Höhe der Zuweisungen sehr stark schwankt.

**Zu 261 10**

Die bei gebührenpflichtigen Dienstgeschäften dem Land entstehenden Reisekosten werden Gebührenpflichtigen in Rechnung gestellt und hier vereinnahmt.

**Zu 271 67**

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 67.

**Zu 281 10**

Erstattung von Sachaufwand für die Aus- und Fortbildung Außenstehender (Fisch-Seminare).

**Zu 282 10**

Vorsorglich Leertitel.

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0941 Niedersächsisches Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
286 61-4	511	Erstattungen des Bundes aus EU-Mitteln für Maßnahmen im Rahmen der TSE-Überwachungen		1.900	1.900	—	1.492
<b>TGr. 66</b>		<b>Einnahmen aus Wirtschafts-, Lehr- und Beratungstätigkeit</b> <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.</i>		(211)	(211)	(—)	(94)
119 66-1	165	Erlöse aus Untersuchungs- und Lehrtätigkeiten		110	110	—	0
125 66-1	165	Erlöse aus der Imkerei		100	100	—	94
132 66-8	165	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen		1	1	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel			80	-80	
<b>A U S G A B E N</b>							
422 01-1	511	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	28.248	22.902	+5.346	4.487
422 04-6	511	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—	305	305	—	221
422 19-4	511	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	70
422 31-3	511	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-0	511	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	15.934
425 04-5	511	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	446	446	—	352
425 06-1	511	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	16	8	+8	—
426 01-7	511	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	2.337
426 03-3	511	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	55
426 06-8	511	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	2	2	—	—
427 01-3	511	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	20	21	-1	—
427 10-2	511	Beschäftigungsentgelte für Praktikanten	—	100	100	—	68
427 11-0	511	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	50	50	—	40
427 39-0	511	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	2	35	-33	1
453 01-4	511	Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	45	34	+11	27
453 11-1	511	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	5	5	—	—
459 10-1	511	Pauschalentschädigungen für Aufwendungen im Dienst	—	1	1	—	0
459 11-0	549	Gebührenanteile der beamteten Tierärzte	—	5	5	—	1
511 01-4	511	Geschäftsbedarf	—	—	—	—	486
514 01-3	511	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	—	—	—	57
514 02-1	511	Dienst- und Schutzkleidung	—	—	—	—	10
514 10-2	165	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	—	—	—	—	13

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Titelgruppe 66**

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabebetitelgruppe 66.

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
628,49	508,23	500,40

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
28 248	22 902	22 882

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	112,56
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	16,00
- Sonstige Veränderungen	2,91
	-----

Summe Zugänge 131,47

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	0
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	0
- Sonstige Veränderungen	11,21
	-----

Summe Abgänge 11,21

Bleibt Zugang 120,26

**Zu 422 04**

Nach der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn des höheren Veterinärdienstes des Landes Niedersachsen vom 13.05.1976 (Nds. GVBl. S. 91) in der jeweils geltenden Fassung ist für Einstellung als Veterinärassessor die Ableistung eines Vorbereitungsdienstes erforderlich.

**Zu 427 10**

Vergütung für 18 Berufspraktikanten der Pharmazie und Lebensmittelchemie des Lebensmittelinstitutes Braunschweig. Für andere Praktikanten sind die Mindestbeiträge der Sozialversicherung zu entrichten.

**Zu 427 11**

Prüfungsvergütungen an die Mitglieder der Prüfungsausschüsse. 25 v. H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

**Zu 453 01**

Hier werden auch die Fahrkosten der Auszubildenden zum Besuch einer auswärtigen Berufsschule sowie Familienheimfahrten der Auszubildenden nachgewiesen.

**Zu 459 10**

Die Leiter des Tierseuchenbekämpfungsdienstes und des Fischseuchenbekämpfungsdienstes des Niedersächsischen Landesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit erhalten eine Amt-sunkostenentschädigung (Aufwandsentschädigung) gem.

**Noch zu 459 10**

Verordnung über die Entschädigung von besonderem Aufwand der beamteten Tierärzte und Assistenztierärzte bei den Landkreisen und kreisfreien Städten vom 4. 1. 1978 (Nds. GVBl. S. 11) in der jeweils geltenden Fassung.

**Zu 459 11**

Die beamteten Tierärzte beim Niedersächsischen Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit erhalten, soweit sie ausnahmsweise gebührenpflichtige amtstierärztliche Dienstgeschäfte wahrnehmen, für den ihnen im Rahmen dieser Tätigkeit entstehenden besonderen Aufwand von einem Gebührenaufkommen bis zu 500 EUR monatlich 25 v. H., von dem darüber hinausgehenden Gebührenaufkommen bis zu insges. 1 000 EUR monatlich 10 v. H. Für ein 1 000 EUR monatlich übersteigendes Gebührenaufkommen werden Gebührenanteile nicht gewährt (Verordnung über die Entschädigung von besonderem Aufwand der beamteten Tierärzte und Assistenztierärzte bei den Landkreisen und kreisfreien Städten vom 4. 1. 1978 (Nds. GVBl. S. 11) in der jeweils geltenden Fassung).

Davon sind 33 1/3 v. H., höchstens jedoch 614,00 EUR im Kalenderjahr, Aufwandsentschädigungen.

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0941 Niedersächsisches Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
517 01-2	511	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	1.192
517 19-5	511	Reinigungskosten	—	—	—	—	—
517 59-4	511	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	—	—
518 01-9	511	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	138
518 02-7	511	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	—	—	—	50
519 01-5	511	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	13	-13	174
519 03-1	511	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	—	—	—	0
525 01-5	511	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	67
525 02-3	511	Lehr- und Lernmittel	—	—	—	—	0
525 10-4	511	Sachaufwand der Aus- und Fortbildung Außenstehender <i>Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 281 10.</i>	—	3	3	—	1
525 11-2	549	Fachtagungen <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 11. *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	—	—	15	-15	9
526 01-1	511	Sachverständige	—	—	—	—	6
526 02-0	511	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	3
526 03-8	549	Aufwandsentschädigung für den Vorsitzenden des Tierschutzbeirats	—	—	2	-2	2
527 01-8	511	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	—	—	184
527 02-6	511	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenanlagen	—	—	—	—	10
527 10-7	511	Reisekosten aus gebührenpflichtigen Dienstgeschäften <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 261 10.</i>	—	8	8	—	3
529 01-0	511	Zur Verfügung der Präsidentin oder des Präsidenten	—	—	—	—	0
546 01-2	511	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	228
546 03-9	511	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	—	—	—	2
546 59-4	511	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
547 11-6	511	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsausgaben des Kapitels <i>*** Die Ausgaben der OGr. 51 - 54 des Deckungskreises sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Ausgaben der OGr. 81 des Kapitels außerhalb der Titelgruppen, einseitig deckungsfähig zu Lasten der TGr. 63 und gegenseitig deckungsfähig mit den Titelgruppen 61/62 und 98/99.</i>	—	2.878	2.584	+294	0
671 01-1	910	Erstattung an die Tierärztliche Hochschule für die Durchführung der Veterinärreferendarausbildung	—	18	18	—	15

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 525 10**

Vgl. K-Vermerk zu 281 10.

**Zu 527 10**

Vgl. Erläuterung zu 261 10.

**Zu 671 01**

Kosten der im Rahmen der Veterinärreferendarausbildung durchgeführten Fachseminare an der Tierärztlichen Hochschule Hannover – Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn des höheren Veterinärdienstes des Landes Niedersachsen vom 13. 5. 1976 (Nds. GVBl. S. 91) in der jeweils geltenden Fassung.

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0941 Niedersächsisches Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
671 10-0	529	Erstattungen an die Landwirtschaftskammern für Untersuchungen nach dem Strahlenschutzvorsorgegesetz <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 18 v.H. der Isteinnahmen bei 231 10.</i>	—	31	—	+31	31
681 10-6	511	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	0
686 11-6	511	Verwendung der Zuschüsse Dritter <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 10.</i>	—	—	—	—	67
711 01-3	511	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
811 01-8	511	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	24	-24	—
812 10-3	511	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	65	34	+31	—
812 13-8	511	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	—
981 09-6	990	Abführung an 1321 - 381 09	—	2.544	2.485	+59	2.438
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61/62</b>		<b>Untersuchungsbetrieb</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zu 70 v.H. der Mehreinnahmen bei 111 01.</i> <i>*** Nicht verausgabte Mehreinnahmen sind zu diesem Prozentsatz gem. § 45 LHO zu übertragen.</i> <i>Vgl. D-Vermerke zu 54711 und TGr. 98/99</i>	(—)	(10.339)	(11.518)	(-1.179)	(9.646)
429 61-0	511	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	158	1.279	-1.121	1.065
511 61-8	511	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	798	730	+68	677
514 61-7	511	Laborbedarf, Röntgenbedarf, Fotobedarf und Versuchstierhaltung	—	4.070	5.406	-1.336	3.934
514 62-5	511	Dienst- und Schutzkleidung	—	75	158	-83	69
538 61-3	511	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	—
547 61-2	511	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.060	136	+924	1.714
633 61-6	511	Erstattungen an Gemeinden (GV) für Maßnahmen im Rahmen der TSE-Überwachungen	—	900	900	—	32
711 61-7	511	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 61-8	511	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	3.278	2.909	+369	2.156
<b>TGr. 63</b>		<b>Untersuchungen im Auftrage Dritter</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 70 v.H. der Isteinnahmen bei 111 63.</i> <i>*** Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 54711 und Titelgruppe 98/99</i>	(—)	(2.221)	(2.371)	(-150)	(2.337)
429 63-6	511	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	811	671	+140	867
511 63-4	511	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	250	160	+90	141
514 63-3	511	Verbrauchsmittel	—	400	550	-150	410

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 686 11**

Vorsorglich Leertitel, da sich nicht übersehen lässt, in welcher Höhe Beiträge aufkommen.

**Zu 981 09**

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

**Zu 429 61**

Weniger aufgrund der Umsetzung von Titelgruppenpersonal.

**Zu 511 61**

Hier werden seit dem Haushaltsjahr 2002 u. a. auch die Mittel für die Beauftragung eines privaten Kurierdienstes mit dem landesweiten Transport der Proben zu den amtlichen Untersuchungs- und Messstellen und für die laufende Anpassung der Software des Labordatensystems nachgewiesen.

**Zu 812 61**

Notwendige Ersatz-, Ergänzungs- und Neubeschaffungen von Labor- und Untersuchungsgeräten für den Untersuchungsbetrieb. Eine Einzelaufführung der Geräte ist nicht erfolgt, um flexibel auf die Angebotssituation bei den Geräten und die Entwicklung der Untersuchungsverfahren reagieren zu können. Im Vordergrund stehen Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen. Für Großgeräte erfolgt eine enge Abstimmung mit dem ML.

**Zu Titelgruppe 63**

Vgl. 111 63.

Das Veterinärinstitut Oldenburg darf von der Ausgabeermächtigung des Haushaltsvermerks einen Betrag in Höhe von 265 000 EUR nicht in Anspruch nehmen.

Im Veterinärinstitut Oldenburg werden aus der Titelgruppe ständig beschäftigt:

3 Kräfte nach Verg.-Gr. V c BAT

2 Kräfte nach Verg.-Gr. VIII BAT

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0941 Niedersächsisches Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
547 63-9	511	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	–	250	670	-420	101
812 63-4	511	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	–	510	320	+190	818
<b>TGr. 64</b>		<b>Forschungsvorhaben aus Zuweisungen Dritter</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 64.</i>	(–)	(–)	(–)	(–)	(73)
429 64-4	511	Nicht aufteilbare Personalausgaben	–	–	–	–	31
547 64-7	511	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	–	–	–	–	41
812 64-2	511	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	–	–	–	–	–
<b>TGr. 65</b>		<b>Lebensmittelrechtliche Prüfungen</b>	(–)	(6)	(6)	(–)	(3)
427 65-0	549	Prüfungsvergütungen	–	5	5	–	3
547 65-5	511	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	–	1	1	–	0
<b>TGr. 66</b>		<b>Wirtschafts-, Lehr- und Beratungstätigkeit</b> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 66.</i>	(–)	(94)	(94)	(–)	(60)
429 66-0	165	Nicht aufteilbare Personalausgaben	–	12	12	–	–
514 66-8	165	Verbrauchsmittel für Labor und Bienenhaltung	–	45	45	–	51
525 66-0	165	Lehr- und Lernmittel	–	28	28	–	9
547 66-3	165	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	–	9	9	–	–
812 66-9	165	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	–	–	–	–	–
<b>TGr. 67</b>		<b>Forschungsvorhaben zur Verbesserung der Honigqualität i. R. d. VO (EG) 797/2004</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 271 67.</i> <i>*** Die Ausgaben der Titelgruppe richten sich nach dem genehmigten EU-Programm.</i> <i>Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EU-Programms als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.</i>	(–)	(25)	(24)	(+1)	(20)
429 67-9	549	Nicht aufteilbare Personalausgaben	–	18	17	+1	16
547 67-1	549	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	–	7	7	–	4
812 67-7	549	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	–	–	–	–	–
<b>TGr. 68</b>		<b>Forschungs- und ähnliche Aufträge</b> <i>Übertragbar.</i> <i>*** Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 68</i>	(–)	(35)	(35)	(–)	(106)
429 68-7	165	Nicht aufteilbare Personalausgaben	–	–	–	–	68
547 68-0	165	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	–	35	35	–	38

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Titelgruppe 64**

Leertitel (vgl. Erläuterung zu 231 64).

**Zu Titelgruppe 65**

Prüfungsvergütungen einschl. Reisekosten und Sachkosten aus Anlass der Prüfungen von Lebensmittelchemikern und Lebensmittelkontrolleuren.

**Zu Titelgruppe 66**

Untersuchungs-, Lehr- und Beratungstätigkeit, Bewirtschaftung der ca. 350 Bienenvölker im Rahmen des Ausbildungsbetriebes sowie der Bereitstellung von Bienenvölkern für Zucht- und Forschungszwecke.

**Zu Titelgruppe 67**

Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig aufgrund der VO (EG) 1221/97. Die EU-Beteiligung beträgt bis zu 50 v. H.

**Zu Titel 429 67, 547 67 und 812 67**

Forschungsvorhaben zur Optimierung der Varroose-Behandlung (vgl. Kapitel 09 03 TGr. 73).

**Zu Titelgruppe 68**

Ausgaben für Untersuchungen, Gutachten und andere Aufträge Dritter und des Landes.

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0941 Niedersächsisches Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
812 68-5	165	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 69</b>		<b>Beweissicherungsverfahren in der Binnenfischerei</b> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 69.</i>	(—)	(—)	(—)	(—)	(23)
429 69-5	511	Nicht aufteilbare Personalausgaben <i>Übertragbar.</i>	—	—	—	—	—
547 69-8	511	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	23
812 69-3	511	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 98/99</b>		<b>Elektronische Datenverarbeitung</b> <i>*** Vgl. D-Vermerk zu 54711 und TGr. 61/62 und 63</i>	(—)	(467)	(522)	(-55)	(447)
511 99-5	511	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	50	—	+50	117
518 99-0	511	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	—	35	59	-24	33
538 98-2	511	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an das IZN)	—	50	—	+50	69
538 99-0	511	Dienstleistungen Aussenstehender	—	40	—	+40	115
547 99-0	511	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	110	345	-235	102
812 99-5	511	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	182	118	+64	11
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		35	-35	
		<b>Abschluss Kapitel 0941</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		9.683	9.588	+95	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		2.110	2.101	+9	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		11.793	11.689	+104	
		4 Personalausgaben	—	30.249	25.532	+4.717	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	10.202	10.973	-771	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	949	900	+49	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	4.035	3.405	+630	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	2.544	2.485	+59	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	47.979	43.295	+4.684	
		<b>Zuschuss</b>		36.186	31.606	+4.580	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Titelgruppe 69**

Vorsorglich Leertitel, da sich nicht übersehen lässt, in welcher Höhe Beiträge aufkommen. Die Mittel werden von anderer Seite zweckgebunden zur Verfügung gestellt.

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0950 Gestütverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
		<p>*** Gem. § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die "Allgemeine Erläuterung zum Kapitel" verbindlich.</p> <p style="text-align: center;"><b>E I N N A H M E N</b></p>					
111 01-5	549	Gebühren und tarifliche Entgelte		270	250	+20	283
119 01-6	549	Vermischte Einnahmen		5	5	—	3
119 10-5	549	Einnahmen aus privater Mitbenutzung staatlicher Einrichtungen		—	—	—	1
121 12-6	811	Ablieferung des Hengstaufzuchtgestüts Hunnesrück		152	152	—	106
121 13-4	549	Ablieferung aus der Hengstparade		214	214	—	99
124 01-0	549	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		61	61	—	70
125 10-5	549	Deckgelder außerhalb der zentralen Pferdebesamungsstation Celle <i>Vgl. K-Vermerk zu 683 10.</i>		3.600	3.600	—	3.119
125 11-3	549	Pensionskosten für fremde Pferde <i>Vgl. K-Vermerk zu 514 11.</i>		332	332	—	281
125 61-0	549	Einnahmen der Pferdebesamungsstation <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 61.</i> *** Gem. § 15 Abs. 1 Satz 3 LHO wird zugelassen, daß Nebenkosten bis zur Höhe von 0,3 v.H. der Isteinnahmen abgesetzt werden. <i>Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.</i>		650	650	—	679
132 01-2	549	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		5	5	—	4
132 10-1	549	Erlöse aus dem Verkauf von ausgesonderten Gestütpferden <i>Vgl. K-Vermerk zu 812 10.</i> *** Gem. § 15 Abs. 1 Satz 3 LHO wird zugelassen, dass die Nebenkosten abgesetzt werden. <i>Die darin enthaltenen Bewirtungskosten dürfen 0,25 v. H. der Isteinnahmen nicht überschreiten.</i> <i>Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.</i>		600	500	+100	849
261 10-6	549	Erstattung von Verwaltungsausgaben		42	42	—	42
		<b>A U S G A B E N</b>					
422 01-0	549	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	2.891	2.844	+47	1.833
422 06-1	549	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	52	52	—	55
422 19-3	549	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	8
422 31-2	549	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-0	549	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	464
425 06-0	549	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
426 01-6	549	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	586
426 04-0	549	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	145	110	+35	134
426 06-7	549	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	9	9	—	5

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 0950**

**Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 09 50**

Die Ausgaben der Obergruppen 51 – 54 sind im Rahmen des Modellversuchs "Wirtschaftliche und bedarfsorientierte Eigenverantwortung im Hinblick auf den Einsatz der Sachmittel im Einzelplan 09" in den jeweiligen Kapiteln bei Titel 547 11 zusammengefasst ausgebracht. Sie sind übertragbar. Es dürfen Ausgabereste gebildet werden, die grundsätzlich zu 80 v. H. in das Folgejahr übertragen werden. Die Ausgaben sind nach der Haushaltssystematik zu buchen. Im Rahmen dieses Modellversuchs gilt im Einzelplan 09 die Deckungsfähigkeit auch, soweit die Ausgaben übertragbar sind.

**Zu Kapitel 09 50**

Es sind vorhanden:

Landgestüt Celle mit Hengstaufzuchtgestüt in Hunnesrück.

**Zu 111 01**

1. Dienstleistungen für den Verband Hannoverischer Warmblutzüchter	260 Tsd. EUR
2. Sonstige	10 Tsd. EUR
Zusammen	270 Tsd. EUR

**Zu 121 12**

Der Wirtschaftsplan (Erfolgs- und Finanzplan) des Hengstaufzuchtgestüts Hunnesrück befindet sich in der Anlage 5 zum Einzelplan 09.

Veranschlagung nach dem voraussichtlichen Wirtschaftsergebnis.

**Zu 121 13**

Ablieferung des voraussichtlichen Überschusses der Hengstparade (vgl. Anlage 6 zu Kap. 09 50). Die aus Anlass der Hengstparade bei Kap. 09 50 entstandenen Personalkosten für Verwaltungsaufwand werden von der Hengstparadekasse erstattet und bei Kap. 09 50 Titel 261 10 vereinnahmt.

**Zu 125 10**

1. Deckgeld für rd. 6 000 Stuten mit durchschnittlich 595 EUR	3 570 Tsd. EUR
2. Zuschlag von rd. 300 EUR für rd. 100 Stuten, die nicht bei einem Zuchtverband in Niedersachsen registriert sind	30 Tsd. EUR
Zusammen	3 600 Tsd. EUR

**Zu 125 11**

Pensionskosten für Hengste privater Eigentümer im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Leistungsprüfung und Pensionskosten für Stuten privater Eigentümer für die vorübergehende Unterstellung auf den Deck- und Besamungsstellen.

**Zu 125 61**

Werbungskosten des Landstallmeisters im Zusammenhang mit dem Verkauf von Sperma und von Hengsten können bis zu insgesamt 2 000 EUR bei Titel 125 61 und 132 10 von der Einnahme abgesetzt werden; eine Überschreitung dieses Betrages bedarf der Einwilligung des MF.

**Zu 132 10**

Werbungskosten des Landstallmeisters im Zusammenhang mit dem Verkauf von Sperma und von Hengsten können bis zu insgesamt 2 000 EUR bei Titel 125 61 und 132 10 von der Einnahme abgesetzt werden; eine Überschreitung dieses Betrages bedarf der Einwilligung des MF.

**Zu 261 10**

Erstattungsbeträge:

a) Inkassogebühren	16 Tsd. EUR
b) von der Hengstparadekasse	26 Tsd. EUR
Zusammen	42 Tsd. EUR

**Zu Titel 422 01, 425 01 und 426 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteneinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
91,99	91,99	90,84

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
2 891	2 844	2 892

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	0
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	0
- Sonstige Veränderungen	0
	0
Summe Zugänge	0

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	0
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	0
- Sonstige Veränderungen	0
	0
Summe Abgänge	0

Bleibt Zugang /// Abgang 0

**Zu 426 04**

Veranschlagt sind:

Kosten für zu Pferdewirt-/Stellmacher/innen Auszubildende (Bruttovergütung, Anteile für Kost und Wohnung sowie Sozialversicherungsbeiträge).

Auszubildende: 12 Pferdewirte/innen  
1 Stellmacher/in

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0950 Gestütverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004		
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
427 01-2	549	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	8	8	—	—
427 10-1	549	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige *** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich, Mehrausgaben sind in diesem Umfang zugelassen.	—	51	51	—	72
427 39-0	549	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-3	549	Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	85	85	—	76
453 11-0	549	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	—	—	—
511 01-3	549	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	129
514 01-2	549	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	—	—	—	26
514 02-0	549	Dienst- und Schutzkleidung	—	—	—	—	26
514 11-0	549	Nutz- und Zuchtterhaltung Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 125 11.	—	432	432	—	430
517 01-1	549	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	143
517 19-4	549	Reinigungskosten	—	—	—	—	—
517 59-3	549	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	—	—
518 01-8	549	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	308
518 02-6	549	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	—	—	—	—
519 01-4	549	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	—	12
525 01-4	549	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	7
526 01-0	549	Sachverständige	—	—	—	—	1
526 02-9	549	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 01-7	549	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	—	—	68
527 02-5	549	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenanlagen	—	—	—	—	0
527 10-6	549	Bewegungsgelder für besondere Aufwendungen im Deckstellenbereich	—	—	—	—	—
529 10-9	549	Verfügungsmittel	—	—	—	—	—
537 03-9	549	Kosten für Pferde- und Gepäcktransporte zu und von den Deckstellen	—	—	—	—	—
538 01-9	549	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	—
546 01-1	549	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	2
547 11-5	549	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsausgaben des Kapitels	—	780	780	—	—
681 10-5	549	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	—
682 09-8	549	Zuschuss an das Hengstauzuchtgestüt Hunnesrück für Nutzungsentgelte	—	413	413	—	390

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 427 10**

Für zusätzliche Arbeitskräfte auf den in Ostfriesland eingerichteten Vertragsdeckstationen. Sie erhalten pro gedeckte Stute ein Drittel des durchschnittlichen Deckgeldes (zurzeit 560 EUR), das für eine eingetragene Stute erhoben wird.

**Zu 514 11**

Bestand an Hengsten (2005)

	Ist 1.1.2003	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Spezialhengste (Vollblut, Trakehner, Araber)	15	15	15
Hannoveraner	140	140	140
Zusammen	155	155	155

Neben diesen eigenen Deckhengsten werden rd. 40 eigene Junghengste im Training und zur Prüfung gehalten. Daneben werden zeitweise 50–60 fremde Prüfungshengste sowie rd. 30 Hengste bzw. Wallache, die zum Verkauf stehen, gehalten.

**Zu 682 09**

Zuschüsse an den Landesbetrieb für Abführungen der festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0950 Gestütverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
683 10-8	549	Zuschüsse an private Unternehmer als Hengstzüchterprämien <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 125 10.</i>	—	43	43	—	—
811 01-7	549	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	39
812 10-2	549	Ankauf von Zuchthengsten einschließlich Transport- und Nebenkosten <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 132 10.</i>	—	731	731	—	1.078
812 15-3	549	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	26	26	—	25
821 01-2	549	Erwerb von Grundstücken	—	—	—	—	—
981 09-5	990	Abführung an 1321 - 381 09	—	537	516	+21	672
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61</b>		<b>Betrieb der Pferdebesamungsstation</b> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zu 60 v.H. der Mehreinnahmen bei 125 61.</i>	(—)	(156)	(156)	(—)	(155)
429 61-9	549	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	13	13	—	—
514 61-6	549	Spermaankauf	—	21	21	—	—
538 61-2	549	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	—
547 61-1	549	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	122	122	—	155
812 61-7	549	Erwerb von beweglichen Sachen für Fachaufgaben	—	—	—	—	—
<b>Abschluss Kapitel 0950</b>							
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		5.889	5.769	+120	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		42	42	—	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		5.931	5.811	+120	
		4 Personalausgaben	—	3.254	3.172	+82	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	1.355	1.355	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	456	456	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	757	757	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	537	516	+21	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	6.359	6.256	+103	
		<b>Zuschuss</b>		428	445	-17	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 683 10**

Für in Niedersachsen gezüchtete und vom Landgestüt angekaufte Hengste (Landbeschäler), denen überdurchschnittlich viele Stuten in der Decksaison zugeführt werden, erhält der jeweilige Züchter eine Hengstzüchterprämie in Abhängigkeit der von diesem Landbeschäler gedeckten Stuten.

Berücksichtigt werden nur nieders. Züchter.

**Zu 812 15**

---

Ersatzbeschaffung:

Laborgeräte in den Besamungsstationen                      26 Tsd. EUR

**Zu 981 09**

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0961 Fischereiverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
		<p>*** Gem. § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die "Allgemeine Erläuterung zum Kapitel" verbindlich.</p> <p style="text-align: center;"><b>E I N N A H M E N</b></p>					
111 01-1	511	Gebühren und tarifliche Entgelte		102	102	—	32
112 01-8	511	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		8	8	—	17
119 01-2	511	Vermischte Einnahmen		6	6	—	1
124 01-6	511	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		38	38	—	44
132 01-9	511	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		—	—	—	3
182 62-8	542	Rückflüsse aus Landesdarlehen zur Förderung der Seefischerei <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 62.</i>		3	3	—	5
232 01-3	511	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch das Land Bremen		135	135	—	135
271 10-8	542	Erstattungen der EU für Maßnahmen nach der Entscheidung des Rates 2001/431/EG		7	7	—	—
		<b>A U S G A B E N</b>					
422 01-7	511	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	689	1.065	-376	449
422 04-1	511	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—	—	—	—	—
422 19-0	511	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	11
425 01-6	511	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	285
426 01-2	511	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	268
426 06-3	511	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	4	4	—	4
453 01-0	511	Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	1	1	—	—
511 01-0	511	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	25
514 02-7	511	Dienst- und Schutzkleidung	—	—	—	—	1
514 10-8	511	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	—	—	—	—	1
517 01-8	511	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	7
518 01-4	511	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	11
519 01-0	511	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	—	0
525 01-0	511	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	—
527 01-3	511	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	—	—	3
527 10-2	511	Reisekostenvergütungen für Bootsleute	—	—	—	—	3
527 11-0	511	Reisekostenpauschbeträge; Bewegungsgelder	—	—	—	—	3
546 01-8	511	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	2

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Kapitel 0961**

**Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 09 61**

Die Ausgaben der Obergruppen 51 – 54 sind im Rahmen des Modellversuchs "Wirtschaftliche und bedarfsorientierte Eigenverantwortung im Hinblick auf den Einsatz der Sachmittel im Einzelplan 09" in den jeweiligen Kapiteln bei Titel 547 11 zusammengefasst ausgebracht. Sie sind übertragbar. Es dürfen Ausgabereste gebildet werden, die grundsätzlich zu 80 v. H. in das Folgejahr übertragen werden. Die Ausgaben sind nach der Haushaltssystematik zu buchen. Im Rahmen dieses Modellversuchs gilt im Einzelplan 09 die Deckungsfähigkeit auch, soweit die Ausgaben übertragbar sind.

**Zu Kapitel 09 61**

Es sind vorhanden:

- 1 Staatl. Fischereiamt Bremerhaven in Bremerhaven mit 2 Außenstellen in Cuxhaven und Norddeich
- 1 Abteilung „Binnenfischerei – Fischereikundlicher Dienst“ im „Institut für Fischkunde Cuxhaven“ im Niedersächsischen Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit in Hildesheim.

**Zu 09 61 allgemein**

Für die bei dem Nds. Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit wahrzunehmenden Aufgaben der Binnenfischerei und des fischereikundlichen Dienstes sind hier nur die Aufgaben für Förderungen veranschlagt.

Alle übrigen Haushaltseinnahmen und -ausgaben sind bei Kap. 0941 ausgebracht (vgl. allgemeine Erläuterung zu Kap. 09 41).

**Zu 112 01**

Einnahmen aus Bußgeldbescheiden nach dem Seefischereigesetz.

**Zu 124 01**

Einnahmen aus der Erteilung von Fischereierlaubnissen.

**Zu 182 62**

Tilgungsraten für bei 862 62 gezahlte Landesdarlehen.

**Zu 232 01**

Erstattung der anteiligen Kosten für das Staatl. Fischereiamt in Bremerhaven durch das Land Bremen.

**Zu 271 10**

Erstattungen der EU für Investitionen in der Fischereiaufsicht gem. Entscheidung des Rates 2001/431/EG, insbesondere zu Ausgaben der Titelgruppe 66/67.

**Zu Titel 422 01, 425 01 und 426 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteneinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
16,00	22,47	21,92

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
689	1 065	1 013

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	0
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	0
- Sonstige Veränderungen	1
	—
Summe Zugänge	1

**Noch zu Titel 422 01, 425 01 und 426 01**

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	7,47
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	0
- Sonstige Veränderungen	0
	—
Summe Abgänge	7,47
Bleibt Abgang	6,47

In dem Personalkostenbudget sind enthalten: Beamte des mittleren Dienstes als Schiffsführer der Fischereiaufsichtsfahrzeuge sowie Angestellte und Lohnempfänger, die auf einem Fischereiaufsichtsfahrzeug tätig sind, erhalten eine Bordzulage (Aufwandsentschädigung) nach den Richtlinien für die Gewährung einer Bordzulage im Fischereiaufsichtsdienst von 1,79 EUR für jeden Tag, an dem sie sich mit ihrem Fahrzeug länger als 12 Stunden seewärts der in § 1 der Flaggenrechtsverordnung vom 04.07.1990 (BGBl. I S. 1389) – in der jeweils geltenden Fassung – festgelegten Grenze befinden. Die Aufwandsentschädigung ist im Sinne des § 3 Nr. 12 EStG steuerfrei.

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0961 Fischereiverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
547 11-1	511	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsausgaben des Kapitels	—	59	64	-5	—
671 10-6	511	Erstattung von Auslagen an ehrenamtliche Fischereiaufseher an den Küstengewässern	—	—	—	—	—
812 01-0	511	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
981 09-1	990	Abführung an 1321 - 381 09	—	—	—	—	—
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 62</b>		<b>Förderung der Kleinen und Großen Hochsee-, Küsten- und Binnenfischerei</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 182 62.</i>	(—)	(156)	(156)	(—)	(204)
547 62-6	542	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	39	39	—	54
662 62-0	542	Schuldendiensthilfen	—	31	31	—	0
683 62-7	542	Zuschüsse an Erzeugerorganisationen gemäß VO (EG) Nr. 104/2000	—	11	11	—	—
686 62-6	542	Zuschüsse an Sonstige	—	15	15	—	5
892 62-5	542	Zuschüsse für investive Zwecke	—	60	60	—	145
<b>TGr. 63/64</b>		<b>Sicherung des Seefischverarbeitungsstandortes Cuxhaven</b> <i>Übertragbar.</i>	(—)	(838)	(788)	(+50)	(206)
661 63-1	699	Schuldendiensthilfen an die NFG	—	—	—	—	—
661 64-0	542	Schuldendiensthilfen an die Seefischmarkt Cuxhaven GmbH	—	—	—	—	—
761 63-6	699	Erschliessung von Industriegelände im Fischereihafen von Cuxhaven	—	—	—	—	—
891 63-7	699	Zuweisungen für Maßnahmen aus dem Überlassungsvertrag der Seefischmarkt und Hafenumschlag Cuxhaven GmbH <i>*** Einseitig deckungsfähig zu Lasten Titelgruppe 62.</i>	—	727	727	—	—
892 63-3	699	Zuschüsse für Investitionen im Bereich der Fischverarbeitung	—	111	61	+50	206
<b>TGr. 66/67</b>		<b>Betrieb der Fischereiaufsichtsfahrzeuge</b> <i>Übertragbar.</i>	(—)	(245)	(246)	(-1)	(224)
514 66-3	511	Haltung von Wasserfahrzeugen	—	185	195	-10	201
514 67-1	511	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	5	5	—	2
811 66-8	511	Erwerb von Wasserfahrzeugen	—	—	—	—	—
811 67-6	511	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 66-4	511	Erwerb von Geräten	—	55	46	+9	20
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		8	-8	

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 981 09**

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

**Zu 547 62**

Für den Bereich der Binnenfischerei sind zusätzliche Erkenntnisse über den Zustand der Fischfauna in den niedersächsischen Gewässern erforderlich, die über Untersuchungen durch Dritte gesammelt werden.

Daneben können im Bereich der Kleinen Hochsee- und Küstenfischerei Ausgaben für Überprüfungen anfallen.

**Zu Titel 662 62 und 892 62**

1. Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der niedersächsischen Betriebe der Hochsee- und Küstenfischerei vom 19.09.2002 (Nds. MBl. Nr. 37/2002, S 898)
2. Zuschüsse an Erzeuger der Seefischerei für Strukturveränderungen in der Kutterflotte
3. laufend
4. entfällt.

**Zu Titel 686 62 und 892 62**

1. Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der niedersächsischen Binnenfischerei vom 31. 10. 2001 und 1. 11. 2001 (Nds. MBl. Nr. 42/2001 S. 906 u. S. 907)
2. Zuschüsse an Erzeuger der Binnenfischerei für Strukturveränderungen in der Binnenfischerei sowie an Fischereiverbände für die Hege
3. laufend
4. entfällt.

**Zu 892 62**

Die niedersächsische Flotte der Kleinen Hochsee- und Küstenfischerei ist teilweise überaltert, sodass ihre Wettbewerbsfähigkeit für die Zukunft gefährdet ist. Um den Betrieben Neubauten, Grunderneuerungen sowie Rationalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen zu ermöglichen, sind im Rahmen eines von der EU genehmigten 7-Jahres-Programms ab 2000 nationale Finanzierungshilfen im vorgesehenen Umfang notwendig, mit denen EU-Mittel gebunden werden.

**Zu 891 63**

Mittel zur Deckung des Erneuerungsbedarfs zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit der landeseigenen Seefischmarkt und Hafenumschlag Cuxhaven GmbH als Grundlage des Fischwirtschaftsstandortes Cuxhaven.

In den landeseigenen Liegenschaften ist zur Aufrechterhaltung der Vermietbarkeit die Umsetzung der Richtlinie 91/493/EWG zur Festlegung von Hygienevorschriften vorzunehmen.

**Zu 892 63**

1. Richtlinie über die Förderung der Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsstruktur in der Fischwirtschaft sowie Förderung der Verbesserung der Ausrüstung von Fischereihäfen vom 21. 9. 2001 (Nds. MBl. Nr. 36/2001 S. 797)
2. Zuschüsse an Verarbeitungs- und Vermarktungsunternehmen fischwirtschaftlicher Produkte für Strukturveränderungen in der Verarbeitungsindustrie sowie an Fischereihafenträger für die Verbesserung der Hafeninfrastruktur
3. laufend
4. entfällt.

Förderung von Fischverarbeitungsbetrieben, insbesondere um EU-Mittel zu binden.

**Zu Titelgruppe 66/67**

Mittel für die Unterhaltung und Instandsetzung der Fischereiaufsichtsfahrzeuge auf See und zu Lande.

Bestand an Dienstfahrzeugen

	Ist 1.1.2003	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Wasserfahrzeuge	3	3	3
Personenwagen	2	2	2

**Zu 812 66**

Ersatzbeschaffung: Generalüberholung Maschine	35 Tsd. EUR
Neubeschaffung: Umrüstung elektronisches Logbuch	20 Tsd. EUR
Zusammen	55 Tsd. EUR

An diesen Investitionen beteiligt sich die EU mit bis zu 50 v. H. der Nettokosten (vgl. Titel 271 10).

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0961 Fischereiverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 0961</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		157	157	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		142	142	—	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		299	299	—	
		4 Personalausgaben	—	694	1.070	-376	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	288	303	-15	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	57	65	-8	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	953	894	+59	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	1.992	2.332	-340	
		<b>Zuschuss</b>		1.693	2.033	-340	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

## **Allgemeine Vorbemerkungen zu den Kapiteln 09 80 bis 09 82**

### **Neuorganisation der Landesforstverwaltung**

Mit Gesetz vom 16.12.2004 hat der Niedersächsische Landtag beschlossen, die bislang als Regiebetrieb geführte Landesforstverwaltung mit Wirkung vom 01.01.2005 in eine Anstalt öffentlichen Rechts "Anstalt Niedersächsische Landesforsten" mit Sitz in Braunschweig zu überführen.

Mit dieser Rechtsform sind weiterhin Steuerungsmöglichkeiten durch den öffentlichen Auftraggeber gewährleistet, gleichzeitig aber Rationalisierungspotenziale durch die Übertragung weitgehender Handlungsfreiheit und -verantwortung zu erschließen. Außerdem können vermehrt privatwirtschaftliche Mechanismen genutzt werden.

Mit der Änderung der Rechtsform einher geht eine Straffung der Organisation von bisher 45 auf 26 Forstämter und 340 auf 274 Revierförstereien.

Das Forstplanungsamt und das Forstliche Bildungszentrum werden als Serviceeinrichtung mit reduziertem Personalbestand in die neue Anstalt eingegliedert.

Die Anstalt hat Dienstherrenfähigkeit, ihre Beamtinnen und Beamten sind mittelbare Landesbeamte. Auf die vom Land übernommenen Angestellten, Arbeiterinnen und Arbeiter der Anstalt sind die für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Landes jeweils geltenden Tarifverträge anzuwenden.

Der Verwaltungsrat als Organ der Anstalt beschließt über die im Gesetz aufgeführten Angelegenheiten und erlässt eine Satzung für die Anstalt.

Die Anstalt untersteht bei der Durchführung staatlicher Aufgaben der Fachaufsicht, im Übrigen der Rechtsaufsicht des Landwirtschaftsministeriums.

Die Forstliche Versuchsanstalt wird mit den Einrichtungen in Hessen und Sachsen-Anhalt zusammen zu einer eigenen Dienststelle mit Sitz in Göttingen und Hann.-Münden zusammengeführt.

Die Aufgabengebiete Wald, Forst- und Holzwirtschaft, Jagdpolitik, Jagdhoheit, Ausbildung und Forstwirtschaft im öffentlichen Bereich (einschl. Aufsicht über die Anstalt) verbleiben im ML.

### **Aufgaben**

Mit dem Errichtungsgesetz ist der Anstalt die Bewirtschaftung des Landeswaldes zum Wohl der Allgemeinheit, insbesondere unter Beachtung des Nachhaltigkeitsgrundsatzes übertragen worden. Sie nimmt diese Aufgabe im Rahmen des § 15 des Gesetzes über den Wald und die Landschaftsordnung (NWaldLG) und dem Niedersächsischen Jagdgesetz wahr.

Darin sind die Förderung der Schutz- und Erholungsfunktion des Landeswaldes (§ 15 Abs. 4 Nr. 2 NWaldLG), die Durchführung der Waldentwicklungsmaßnahmen im Nationalpark Harz nach dem Gesetz über den Nationalpark "Harz" und die Unterrichtung der Öffentlichkeit über die vielfältigen Wirkungen des Waldes durch Bildungs- und Erziehungsarbeit (§ 15 Abs. 4 Nr. 3 NWaldLG) enthalten.

Darüber hinaus sind der Anstalt durch Verordnung vom ..... weitere bislang von der Landesforstverwaltung wahrgenommene Aufgaben übertragen worden:

- Betreuung des Kommunal- und Genossenschaftswaldes (§ 16 NWaldLG)
- Bewirtschaftung der Forsten des Braunschweigischen Vereinigten Kloster- und Studienfonds nach dem Finanznebenvertrag vom 12.10.1832 (Br. GVS. 1832, Seite 617) und den dazu getroffenen Bewirtschaftungsvereinbarungen
- Aus- und Fortbildung der Laufbahnen des gehobenen und höheren Forstdienstes sowie der Waldarbeiterberufe nach den jeweils geltenden Bestimmungen
- Feld- und Forstschutz (§ 36 in Verbindung mit § 43 NWaldLG)
- jagdgesetzliche Aufgaben

## **Haushalt**

Die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen der Anstalt richten sich nach den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen Buchführung und Bilanzierung in sinngemäßer Anwendung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches.

Die Anstalt erstellt für jedes Geschäftsjahr (Kalenderjahr) einen Wirtschaftsplan und legt zum Ende des Geschäftsjahres einen geprüften Jahresabschluss vor.

Der Wirtschaftsplan ist zugleich Maß für die Höhe der erforderlichen Finanzhilfen des Landes an die Anstalt. Sie werden getrennt nach Produktbereichen im Einzelplan 09 ausgewiesen und für 2005 und die mittelfristige Planung 2006 bis 2008 wie folgt veranschlagt:

Für den Produktbereich 1 (Produktion von Holz und anderen Erzeugnissen) benötigt die Anstalt bis einschl. 2007 noch stufenweise abnehmende Finanzhilfen. Sie werden als Nettobudget im Einzelplan 09 bei Kapitel 09 80 ausgewiesen und betragen für 2005 10,5 Mio. EUR. Ab 2008 deckt die Anstalt ihre Ausgaben in diesem Produktbereich selbst.

Für die übrigen Produktbereiche 2 (Schutz und Sanierung), 3 (Sicherung der Erholungsfunktion), 4 (Leistungen für Dritte) und 5 (Hoheits- und sonstige behördliche Aufgaben) wird beginnend mit dem Haushaltsjahr 2005 eine Finanzhilfe von insgesamt 31 Mio. EUR / Jahr zugewiesen. Darin sind 7,4 Mio. EUR für abzuführende Pensionskosten und 6,4 Mio. EUR für den Nationalpark Harz enthalten.

In Katastrophenfällen entscheidet das Fachministerium mit Zustimmung des Finanzministeriums über zusätzliche zweckgebundene Finanzhilfen.

Die Finanzierung von Sicherungs- und Sanierungsmassnahmen für die Beseitigung von militärischen und zivilen Belastungen, die vor der Anstaltsgründung entstanden sind, bleibt Aufgabe des Landes.

Alle finanziellen Ziele setzen voraus, dass der Personalabbau wie geplant realisiert werden kann oder die Kosten für das überzählige Personal gesondert finanziert werden. Dafür sind Ruhestandsregelungen unerlässlich.

## **Grund- und Betriebsvermögen**

Der Anstalt ist das gesamte Staatswaldvermögen einschl. der dazu gehörenden bebauten Grundstücke sowie das gesamte Betriebsvermögen übertragen worden. Sie hat das Recht, in den Grenzen der Landeshaushaltsordnung Grundstücke zu kaufen und zu veräußern. Ein Substanzverzehr zur Deckung laufender Ausgaben ist allerdings ausgeschlossen.

Zusätzlich zur laufenden Ergebnisverbesserung soll die Anstalt von 2004 bis 2014 durch den Verkauf von entbehrlichen bebauten und unbebauten Liegenschaften sowie maximal 15.000 ha Waldflächen einen Betrag von 130 Mio. EUR, davon bis einschließlich 2007 mind. 65 Mio. EUR vereinnahmen und zur Konsolidierung des Landeshaushalts abführen.

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0980 Anstalt Niedersächsische Landesforsten**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 30-8	512	Folgetitel für weggefallene Einnahmetitel des Einzelplan 10		–	–	–	–
121 10-8	512	Ablieferung der AöR		–	–	–	–
<b>AUSGABEN</b>							
546 30-3	512	Folgetitel für weggefallene Ausgabeteil des Einzelplan 10	–	–	–	–	–
682 11-8	512	Finanzhilfe an AöR für Produktbereich 1 *** Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Titeln 682 12, 682 13, 682 14 u. 682 15	–	10.500	–	+10.500	–
682 12-6	512	Finanzhilfe an AöR für Produktbereich 2 *** Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Titeln 682 11, 682 13, 682 14 u. 682 15	–	8.103	–	+8.103	–
682 13-4	512	Finanzhilfe an AöR für Produktbereich 3 *** Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Titeln 682 11, 682 12, 682 14 u. 682 15	–	8.165	–	+8.165	–
682 14-2	512	Finanzhilfe an AöR für Produktbereich 4 *** Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Titeln 682 11, 682 12, 682 13 u. 682 15	–	10.068	–	+10.068	–
682 15-0	512	Finanzhilfe an AöR für Produktbereich 5 *** Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Titeln 682 11, 682 12, 682 13 u. 682 14	–	4.644	–	+4.644	–
<b>Abschluss Kapitel 0980</b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.			–	–	–	–	–
<b>Summe der Einnahmen</b>				–	–	–	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst			–	–	–	–	
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			–	41.480	–	+41.480	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>			–	41.480	–	+41.480	
<b>Zuschuss</b>				41.480		+41.480	

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 0980**

**Finanzhilfen für die Anstalt Niedersächsischen Landesforsten**

Titel	Zweckbestimmung	2005	2006	2007	2008
682 11	Finanzhilfe PB 1, Produktion von Holz und anderen Erzeugnissen	10.500	7.500	3.500	0
682 12	Finanzhilfe PB 2, Schutz und Sanierung	8.103	8.103	8.103	8.103
683 13	Finanzhilfe PB 3, Sicherung der Erholungsfunktion	8.165	8.165	8.165	8.165
684 14	Finanzhilfe PB 4, Leistungen für Dritte	10.068	10.068	10.068	10.068
685 15	Finanzhilfe PB 5, Hoheits- und sonstige behördliche Aufgaben	4.644	4.644	4.644	4.644
Summe		41.480	38.480	34.480	30.980

Die Kalkulation basiert auf den Ergebnissen der Landesforstverwaltung 2003 und wurde um die geplanten Veränderungen ergänzt: Mit Gründung der Anstalt werden die Forstämter und Reviere in weniger Dienststellen organisiert  
 Durch Vorruhestand, Altersteilzeit, Versetzung und Ruhestand reduzieren sich die Kosten für Personal  
 Mit Gründung der Anstalt werden die Forstämter und Reviere in weniger Dienststellen organisiert

Durch höheren Grad des Outsourcing (gegenläufig aber auf niedrigerem Niveau zum Abbau eigenen Personals) höhere Sachkosten.  
 Berücksichtigung der Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 2005

**Nachrichtlich:**

<b>Abführungen der Anstalt Niedersächsische Landesforsten an den Landeshaushalt</b>					
Pensionsanteile		7.366	7.741	7.518	7.294
Sonstige Dienstleistungen		1.979	1.863	1.876	1.890
Summe		9.345	9.604	9.394	9.184
Nettofinanzhilfen an die Anstalt		32.135	28.876	25.086	21.796

<b>Rückführungen der Anstalt Niedersächsische Landesforsten an Kapitel 13 02</b>						
Titel	Fkt.	Zweckbestimmung	2005	2006	2007	2008
134 11		Kapitalrückführung aus Veräußerungen von übertragenen Vermögensgegenständen	16.667	16.667	16.667	10.833

Die jährliche Höhe der Abführungen richtet sich nach den Möglichkeiten des Immobilienmarkts. Auf die näheren Regelungen zu dieser Verpflichtung wird verwiesen. Auf die Gesamtverpflichtung von 130 Mio. Euro sind die Einnahmen des Jahres 2004 anzurechnen. Die Abführung wird um die Aufwendungen zur Beseitigung von Alt-Lasten reduziert, die Ablieferungsverpflichtung ebenso.



**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 0980**

**Aufteilung der Finanzhilfen innerhalb der Produktbereiche**

**Produktbereich 1**

**Produktion von Holz und andere Erzeugnissen**

Forstbetrieb	9.000.000
Forstliche Nebenerzeugnisse	30.000
Liegenschaftsverwaltung	900.000
Jagd-, Fischereibetrieb	570.000
	<b>10.500.000</b>

**Produktbereich 2**

**Schutz und Sanierung**

Ausgewiesene Schutzgebiete ohne NLP Harz	790.000
Nationalpark Harz	4.930.000
Arten- u. Biotopschutz außerhalb von Schutzgebieten	1.980.000
Sicherung besonderer Waldfunktionen	340.000
Sanierung bestimmter Waldgebiete	38.000
Bodenschutz gegen atmosphärische Einträge	25.000
	<b>8.103.000</b>

**Produktbereich 3**

**Sicherung der Erholungsfunktionen**

Sicherung der Erholungsfunktion	655.000
Öffentlichkeitsarbeit	4.380.000
Waldpädagogik	3.130.000
	<b>8.165.000</b>

**Produktbereich 4**

**Leistungen für Dritte**

Forstliche Betreuung	4.160.000
Arbeitskräfte u. Maschinen	45.000
Gutachten, fachliche Leistungen für Dritte	509.000
Ausbildung, Fort- und Weiterbildung Dritter	5.354.000
	<b>10.068.000</b>

**Produktbereich 5**

**Hoheits- und sonstige behördliche Funktionen**

Forstaufsicht, behördliche Aufgaben	1.330.000
Stellungnahmen, Fachplanungen, Inventuren	1.345.000
Amtshilfe	326.000
Berufsbezogene Mitarbeit in Behörden, Verbänden, u. ä.	963.000
Beratung, Bearbeitung und Vergabe von Fördermitteln	680.000
	<b>4.644.000</b>
<b>Summe Produktbereich 2 – 5</b>	<b>30.980.000</b>
<b>Summe der Finanzhilfen insgesamt:</b>	<b>41.480.000</b>

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0981 Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004 1000 EUR	Ansatz 2005 1000 EUR	Ansatz 2004 1000 EUR	+ = mehr - = weniger 1000 EUR	Ist 2003 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-8	174	Vermischte Einnahmen		15	15	—	12
124 01-1	174	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		20	20	—	21
129 10-2	174	Einnahmen aus der Vergabe von Lizenzen <i>Vgl. K-Vermerk zu 459 10.</i>		6	6	—	1
132 01-4	174	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		5	5	—	6
235 01-8	174	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	26
281 10-9	174	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch andere Länder		147	147	—	133
282 01-6	174	Zuschüsse anderer Länder im Rahmen der Kooperation im forstlichen Versuchswesen <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die "Allgemeine Erläuterung zum Kapitel" verbindlich.</i>		—	—	—	—
282 99-7	812	Sonstige Zuschüsse (Beiträge) Dritter zu den Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 98/99.</i>		—	—	—	—
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61</b>		<b>Zuweisungen und Zuschüsse für forstwissenschaftliche Untersuchungen</b>		(—)	(—)	(—)	(570)
119 61-1	174	Einnahmen aus Gebühren für Zulassungsprüfungen von Forstschutzmitteln <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 61.</i>		—	—	—	—
235 61-1	174	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 61.</i>		—	—	—	—
282 61-0	174	Sonstige Zuschüsse <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 61.</i>		—	—	—	570
<b>TGr. 64</b>		<b>Forschungs- und ähnliche Aufträge Dritter</b> <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 64.</i>		(—)	(—)	(—)	(—)
231 64-0	174	Sonstige Zuweisungen vom Bund		—	—	—	—
232 64-7	174	Sonstige Zuweisungen von Ländern		—	—	—	—
235 64-6	174	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
271 64-2	174	Erstattungen von der EU		—	—	—	—
281 64-8	174	Erstattungen Dritter		—	—	—	—
<b>AUSGABEN</b>							
422 01-2	174	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	3.643	3.507	+136	1.031
422 19-5	174	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	19
422 31-4	174	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	12
425 01-1	174	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	2.322
425 03-8	174	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 0981**

**Allgemeine Erläuterung zum Kapitel 09 81**

Im Kapitel 09 81 sind gegenseitig deckungsfähig: Alle Titel der Hauptgruppen 5-8 und die Titelgruppen. Die Titel der Hauptgruppen 7 und 8 außerhalb von Titelgruppen dürfen nicht zur Verstärkung der Hauptgruppen 5 und 6 herangezogen werden.

In der Haushaltsrechnung ist darzustellen, in welchem Umfang und aus welchem Grund von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht wurde.

Die Ausgaben der Obergruppe 51-54 des Deckungskreises sind im Rahmen des Modellversuchs: "Wirtschaftliche und bedarfsorientierte Eigenverantwortung im Hinblick auf den Einsatz der Sachmittel bei Titel 547 11 zusammengefasst ausgebracht.

Die Ausgaben sind nach der Haushaltssystematik zu buchen.

Im Rahmen der Kooperation im forstlichen Versuchswesen der Länder Hessen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt ist im Kapitel 09 81 nur rund die Hälfte der erforderlichen Sachkosten und Investitionen veranschlagt.

Die anteilige Mitfinanzierung durch die Kooperationsländer wird bei Titel 281 01 vereinnahmt und steht im Rahmen der o. a. Deckungsfähigkeit zusätzlich in den Hauptgruppen 5 – 8 und den Titelgruppen zur Verfügung.

Die Hauptgruppe 4 bleibt davon unberührt, da jedes Land sein in die Kooperation eingebrachtes Personal selbst finanziert.

**Noch zu 422 01**

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	18,15	18,15	–	18
Angestellte	43,72	43,72	–	42
Lohnempfänger/-innen	9,72	9,72	–	10
Insgesamt	71,59	72,89	–	70

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	3.643 Tsd.EUR
--	---------------

**Zu 124 01**

1. Amts- und Dienstwohnungen	15 Tsd.EUR
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	5 Tsd.EUR
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	–
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	–
5. Sonstige Mieten und Pachten	–
Zusammen	20 Tsd.EUR

**Zu 129 10**

Vgl. Erläuterung zu 459 10.

**Zu 281 10**

Erstattungen von Personalausgaben durch Schleswig-Holstein und andere Länder für die Betreuung von Versuchsflächen.

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteneinheiten (VZE):

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
71,59	81,89	79,64

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2004
--	------

Zugänge:

– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	–
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	–
– Sonstige Veränderungen	–
Summe Zugänge	–

Abgänge:

– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	2,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	7,00
– Sonstige Veränderungen	1,30
Summe Abgänge	10,30

Bleibt Abgang 10.30

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0981 Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
			2005	2005	2004		
			2004				
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
425 41-0	174	Vergütung der auszubildenden Kräfte	—	—	—	—	—
426 01-8	174	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	346
426 04-2	174	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	6	12	-6	4
427 01-4	174	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	1	1	—	—
427 02-2	174	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	29
427 10-3	174	Beschäftigungsentgelte an Praktikantinnen und Praktikanten	—	3	3	—	—
427 39-1	174	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	30	63	-33	39
453 01-5	174	Trennungsschädigung und Umzugskostenvergütung	—	1	4	-3	—
459 10-2	174	Vergütungen für Arbeitnehmererfindungen <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 40 v.H. der Isteinnahmen bei 129 10.</i>	—	2	3	-1	0
511 01-5	174	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	22
511 10-4	174	Bücher und Zeitschriften	—	—	—	—	2
511 11-2	174	Post- und Fernmeldegebühren	—	—	—	—	25
511 12-0	174	Dienst- und Schutzkleidung	—	—	—	—	0
514 01-4	174	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	—	—	—	56
517 01-3	174	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	17
517 19-6	174	Reinigungskosten	—	—	—	—	4
517 59-5	174	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	—	74
518 01-0	174	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	9
518 02-8	174	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	—	—	—	—
519 01-6	174	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	—	13
519 02-4	174	Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	—	12
519 10-5	174	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	—	—	—	1
519 11-3	174	Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	—	—	—	3
525 01-6	174	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	3
526 01-2	174	Sachverständige	—	—	—	—	—
526 02-0	174	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 01-9	174	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	—	—	2
546 01-3	174	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	13
546 02-1	174	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	—	—	—	1
547 11-7	174	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsausgaben des Kapitels <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die "Allgemeine Erläuterung zum Kapitel" verbindlich.</i>	—	200	262	-62	—

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 459 10**

An dem Aufkommen aus der Vergabe von Lizenzen für den Nachbau der Borkenkäferfalle, der Mäuseköderstation, der Schlagfalle und einer Einlassvorrichtung für eine Mehrfachfangeinrichtung für Kleinsäuger sind drei Arbeitnehmer beteiligt.

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0981 Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
711 01-4	174	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	69	-69	4
811 01-9	174	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	76	73	+3	26
812 13-9	174	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	—
812 15-5	174	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	10	10	—	—
812 35-0	174	Erwerb von Geräten für Fachaufgaben	—	33	62	-29	12
981 10-0	990	Abführung an 1321 - 381 09	—	335	123	+212	123
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61</b>		<b>Forstwissenschaftliche Untersuchungen</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 235 61 und 282 61.</i> <i>Die Ausgabe der Titelgruppe darf überschritten werden bis zu 80 v.H. der Isteinnahmen bei 119 61.</i>	(—)	(416)	(557)	(-141)	(1.433)
425 61-5	174	Vergütungen der Angestellten	—	35	46	-11	543
429 61-0	174	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	120	170	-50	84
511 61-9	174	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	130	166	-36	160
527 61-2	174	Reisekostenvergütungen	—	66	88	-22	79
531 61-0	174	Veröffentlichungen	—	3	4	-1	2
547 61-3	174	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	62	83	-21	565
<b>TGr. 62</b>		<b>Dauerbeobachtungsflächen im Bodenschutzkonzept</b> <i>Übertragbar.</i>	(—)	(151)	(151)	(—)	(206)
429 62-9	174	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	13	13	—	—
443 62-1	174	Fürsorgeleistungen	—	1	1	—	7
511 62-7	174	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	34	34	—	41
514 62-6	174	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	13	13	—	11
527 62-0	174	Reisekostenvergütungen	—	3	3	—	3
547 62-1	174	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	67	67	—	67
811 62-0	174	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	31
812 62-7	174	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	20	20	—	46
<b>TGr. 63</b>		<b>Programm zur Erhaltung forstlicher Genresourcen</b> <i>Übertragbar.</i>	(—)	(192)	(150)	(+42)	(155)
511 63-5	174	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	40	40	—	3
514 63-4	174	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	8	8	—	6
527 63-9	174	Reisekostenvergütungen	—	5	5	—	1
547 63-0	174	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	97	97	—	144
711 63-4	174	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 811 01**

**und 812 ..**

Notwendige Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen von Pkw, Maschinen, Geräten und Ausrüstungsgegenständen.

Eine Einzelaufistung ist nicht erfolgt, um sich flexibel auf die Angebotsituation und auf Neuentwicklungen einstellen zu können.

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0981 Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
811 63-9	174	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	24	—	+24	—
812 63-5	174	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	18	—	+18	—
<b>TGr. 64</b>		<b>Forschungs- und ähnliche Aufträge Dritter Übertragbar.</b> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 64.</i>	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
425 64-0	174	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	—
429 64-5	174	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
511 64-3	174	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	—
527 64-7	174	Reisekostenvergütungen	—	—	—	—	—
531 64-4	174	Veröffentlichungen	—	—	—	—	—
547 64-8	174	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
<b>TGr. 98/99</b>		<b>Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik</b> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 99.</i>	(—)	(128)	(98)	(+30)	(89)
511 98-8	174	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	1	1	—	—
511 99-6	174	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	65	70	-5	80
518 98-2	174	Anmietung von Software	—	—	—	—	—
525 98-9	174	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	—
525 99-7	174	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	1	1	—	—
538 98-3	174	Dienstleistungen des IZN	—	—	—	—	—
538 99-1	174	Dienstleistungen Außenstehender	—	10	10	—	10
547 98-2	174	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
547 99-0	174	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1	1	—	—
812 99-6	174	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	50	15	+35	—

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Titelgruppe 98/99**

Veranschlagt sind die Kosten für die automatisierte Datenverarbeitung im Rahmen der von der Niedersächsischen Forstlichen Versuchsanstalt zu erledigenden landesweiten Aufgaben (Waldschadenerhebung, Luftbildauswertung, Auswertung ertragskundlicher Versuche, Forstpflanzenzüchtung etc.).

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0981 Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 0981</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		46	—	+46	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		147	—	+147	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		193	—	+193	
		4 Personalausgaben	—	3.855	—	+3.855	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	806	—	+806	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	231	—	+231	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	335	—	+335	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	5.227	—	+5.227	
		<b>Zuschuss</b>		5.034		+5.034	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
**Kapitel 0982 Forstliches Personal in der Umschulungsphase**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004 1000 EUR	Ansatz 2005 1000 EUR	Ansatz 2004 1000 EUR	+ = mehr - = weniger 1000 EUR	Ist 2003 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
<b>A U S G A B E N</b>							
422 01-6	512	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	893	—	+893	—
525 01-0	512	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	54	—	+54	—
527 03-9	512	Reisekostenvergütungen	—	26	—	+26	—
<b><u>Abschluss Kapitel 0982</u></b>							
4 Personalausgaben			—	893	—	+893	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst			—	80	—	+80	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>			—	973	—	+973	
<b>Zuschuss</b>				973		+973	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Kapitel 0982**

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 09 82

Im Zusammenhang mit dem Personalabbau im Rahmen der Verwaltungsreform sollen 24 Beamtinnen und Beamte sowie 2 Angestellte der Landesforstverwaltung durch eine zweijährige Qualifizierungsmaßnahme die Laufbahnbefähigung für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen erhalten, um dann in diesen Schulformen eingesetzt zu werden. Die Bediensteten werden bei erfolgreichem Abschluss der Maßnahme im HJ 2006 auf Stellen des MK übernommen.

Während der Qualifizierungsmaßnahme verbleiben die Personalkosten im Geschäftsbereich des ML. Die erforderlichen Sachkosten für die Einrichtung und Durchführung der Studienmaßnahmen sowie die anfallenden Mehrkosten für das Personal im Zusammenhang mit der Qualifizierungsmaßnahme ist im Kapitel 09 82 veranschlagt.

**Zu 422 01**

zu 422 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeitinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
23,40	0	0

Budget: 893.000 EUR

26 Stellen Förster in Ausbildung zum Lehrer mit  
Ablauf des 31.12.2006

**Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Gesamtabschluss Einzelplan 09</b>					
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmitteln		4.688	2.950	+1.738	
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		23.719	24.377	-658	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		121.559	108.351	+13.208	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		36.719	39.814	-3.095	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		186.685	175.492	+11.193	
		4 Personalausgaben	—	93.116	94.947	-1.831	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	500 4.353	26.375	28.964	-2.589	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	72.015 43.622	185.269	119.329	+65.940	
		7 Baumaßnahmen	1.011 1.011	3.256	3.529	-273	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	38.400 46.050	63.321	64.115	-794	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	95.137	95.300	-163	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	111.926 95.036	466.474	406.184	+60.290	
		<b>Zuschuss</b>		279.789	230.692	+49.097	
		Summe für inzwischen weggefallene Kapitel					
		Einnahmen			7.926	-7.926	
		Ausgaben	350		24.888	-24.888	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

Lfd. Nr.	Kapitel	Titel	Maßnahme/Zweckbestimmung	Verpflichtungsermächtigung (VE) Tsd. EUR	Ansatz Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
			<u>Einzelpläne 09 und 15 (Beteiligungsverhältnis 60 : 40)</u>		
01			Einzelbetriebliches Förderungsprogramm (Abwicklung)		
	09 04	662 11	Abwicklung der EFP-Zinszuschüsse	—	350
			Summe 01	—	350
02			Agrarinvestitionsförderungsprogramm		
	09 04	662 63	AFP-Zinszuschüsse an private Unternehmen	15.000	18.000
	09 04	892 63	AFP-Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	6.000	8.000
			Summe 02	21.000	26.000
03			Einzelbetriebliches Managementsystem		
	09 04	686 63	Zuschüsse zur Förderung einzelbetrieblicher Managementsysteme und Beratungen	10.000	5.000
			Summe 03	10.000	5.000
04			Forstwirtschaftlicher Wegebau		
	09 04	892 77	Zuschüsse für Investitionen im forstwirtschaftlichen Wegebau	—	—
			Summe 04	—	—
05			Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse		
	09 04	683 76	Zuschüsse für laufende Zwecke an forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse	—	—
	09 04	892 76	Zuschüsse für Investitionen an forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse	—	—
			Summe 05	—	—
06			Waldbauliche und andere forstliche Maßnahmen		
	09 04	683 74	Erstaufforstungsprämie	3.000	2.300
	09 04	892 74	Zuschüsse für Investitionen bei waldbaulichen Maßnahmen	8.000	9.500
			Summe 06	11.000	11.800
07			Beseitigung neuartiger Waldschäden		
	09 04	892 75	Zuschüsse für Investitionen aufgrund neuartiger Waldschäden	—	—
			Summe 07	—	—
08			Anpassungshilfe für landwirtschaftliche Arbeitnehmer		
	09 04	683 30	Zuschüsse für Anpassungshilfen an landwirtschaftliche Arbeitnehmer	—	10
			Summe 08	—	10
09			Absatzeinrichtungen für Obst und Gemüse		
	09 04	892 65	Zuschüsse für Vermarktungs- und Verarbeitungseinrichtungen für Obst und Gemüse	2.650	3.083
			Summe 09	2.650	3.083
10			Vermarktungseinrichtungen für Blumen und Zierpflanzen		
	09 04	892 66	Zuschüsse für Vermarktungseinrichtungen für Blumen und Zierpflanzen	—	—
			Summe 10	—	—

Lfd. Nr.	Kapitel	Titel	Maßnahme/Zweckbestimmung	Verpflichtungsermächtigung (VE) Tsd. EUR	Ansatz Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
11			Be- und Verarbeitungseinrichtungen für Kartoffeln		
	09 04	892 67	Zuschüsse für Be- und Verarbeitungseinrichtungen für Kartoffeln	—	—
			Summe 11	—	—
12			Maßnahmen aufgrund sonstiger EU-Verordnungen		
	09 04	892 68	Zuschüsse für Maßnahmen aufgrund von sonstigen EU-Verordnungen	—	—
			Summe 12	—	—
13			Vermarktung und Verarbeitung fischwirtschaftlicher Produkte		
	09 04	892 69	Zuschüsse zur Verarbeitung und Vermarktung fischwirtschaftlicher Produkte	200	1.000
			Summe 13	200	1.000
14			Marktstrukturgesetz		
	09 04	683 70	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—
	09 04	892 70	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	500	700
			Summe 14	500	700
15			Verarb. und Vermarktung ökol./reg. erzeugter ldw. Produkte		
	09 04	683 71	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—
	09 04	892 71	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	250	300
			Summe 15	250	300
16			Integrierte ländliche Entwicklung		
	09 04	531 61	Ausgaben für Veröffentlichungen und der Dokumentation	—	—
	09 04	537 61	Zweckforschungen, Erhebungen, Untersuchungen und Entwicklungsplanungen	—	—
	09 04	883 61	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—
	09 04	887 61	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	—	—
	09 04	892 61	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—
	09 04	893 61	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	20.000	25.000
	09 04	894 61	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—
			Summe 16	20.000	25.000
17			Ökologische Maßnahmen auf ldw. genutzten Flächen		
	09 04	683 90	Zuschüsse zur Förderung extensiver Produktionsverfahren bei Dauerkulturen	10.750	8.690
	09 04	683 91	Zuschüsse zur Förderung extensiver Grünlandnutzung	—	—
	09 04	683 92	Zuschüsse zur Förderung ökologischer Anbauverfahren	—	—
	09 04	683 93	Zuschüsse zur Förderung der zehnjährigen Stilllegung landwirtschaftl. Nutzflächen	—	—
			Summe 17	10.750	8.690

Lfd. Nr.	Kapitel	Titel	Maßnahme/Zweckbestimmung	Verpflichtungsermächtigung (VE) Tsd. EUR	Ansatz Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
18			Modulation (fakultativ) von EU-Direktzahlungen		
	09 04	683 13	Förderung von Maßnahmen aufgrund des Gesetzes zur Modulation von Direktzahlungen (fakultativ) im Rahmen der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik	—	5.650
			Summe 18	—	5.650
19			Modulation (obligatorisch) von EU-Direktzahlungen		
	09 04	683 14	Förderung von Maßnahmen aufgrund des Gesetzes zur Modulation von Direktzahlungen (obligatorisch) im Rahmen der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik	30.000	—
			Summe 19	30.000	—
20			Evaluierung der Fördermaßnahmen		
	09 04	632 11	Anteil Niedersachsen für die Evaluierung von Fördermaßnahmen im Rahmen der GAK	—	—
			Summe 20	—	—
21			Hochwasserschutz im Binnenland		
	15 54	761 61	Tiefbaumaßnahmen	3.662	3.800
	15 54	821 61	Erwerb von Grundstücken	—	—
	15 54	883 61	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—
	15 54	893 61	Zuschüsse an Wasser- und Bodenverbände und Sonstige	4.694	7.022
			Summe 21	8.356	10.822
22			Naturnahe Gewässergestaltung / Gewässerrandstreifen		
	15 54	761 86	Landeseigene Tiefbauten	250	505
	15 54	821 86	Erwerb von Grundstücken	—	—
	15 54	883 86	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	428	432
	15 54	893 86	Zuschüsse an Wasser- und Bodenverbände und Sonstige	600	762
			Summe 22	1.278	1.699
			Summe (Beteiligungsverhältnis 60 : 40) Einzelplan 09	106.350	87.583
			Summe (Beteiligungsverhältnis 60 : 40) Einzelplan 15	9.634	12.521
			Gesamtsumme (Beteiligungsverhältnis 60 : 40)	115.984	100.104
			<u>Einzelpläne 09 und 15 (Beteiligungsverhältnis 70 : 30)</u>		
23			Küstenschutz		
	15 54	761 81	Landeseigene Tiefbaumaßnahmen	18.000	17.130
	15 54	893 81	Zuschüsse an Wasser- und Bodenverbände und Sonstige	19.700	28.607
			Summe 23	37.700	45.737
			Summe (Beteiligungsverhältnis 70 : 30) Einzelplan 09	—	—
			Summe (Beteiligungsverhältnis 70 : 30) Einzelplan 15	37.700	45.737
			Gesamtsumme (Beteiligungsverhältnis 70 : 30)	37.700	45.737
			Summe Einzelplan 09	106.350	87.583
			Summe Einzelplan 15	47.334	58.258
			Gesamtsumme	153.684	145.841

Lfd. Nr.	Kapitel	Titel	Maßnahme/Zweckbestimmung	Verpflichtungsermächtigung (VE) Tsd. EUR	Ansatz Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
	<u>Zusammenstellung</u>				
	09 04			106.350	87.583
	15 54			9.634	12.521
			Summe Einzelpläne 09 und 15 (Beteiligungsverhältnis 60 : 40)	115.984	100.104
	15 54			37.700	45.737
			Summe Einzelpläne 09 und 15 (Beteiligungsverhältnis 70 : 30)	37.700	45.737
			Summe Einzelplan 09	106.350	87.583
			Summe Einzelplan 15	47.334	58.258
			Gesamtsumme	153.684	145.841

		Ansatz Tsd. EUR
I. Einnahmen	Summe Einzelplan 09	54.180
	Summe Einzelplan 15	<u>39.528</u>
	Gesamtsumme	93.708
II. Ausgaben	Summe Einzelplan 09	87.583
	Summe Einzelplan 15	<u>58.258</u>
	Gesamtsumme	145.841
III. Eingesetzte Landesmittel (Summe II. - Summe I.)		52.133



**Wirtschaftsplan der selbstbewirtschafteten Domäne St. Ludgeri,  
Landkreis Helmstedt  
für das Wirtschaftsjahr 2004/2005  
(LF 447 ha)**

**I. Erfolgsplan**

	Ansatz Wj. 2004/2005 EUR	Ansatz Wj. 2003/2004 EUR	Ist Wj. 2002/2003 EUR		Ansatz Wj. 2004/2005 EUR	Ansatz Wj. 2003/2004 EUR	Ist Wj. 2002/2003 EUR
Umsatzerlöse				Materialaufwand			
Pflanzenproduktion	693 798	627 500	624 441	Pflanzenproduktion	188 251	182 400	170 461
Tierproduktion	—	—	—	Tierproduktion	—	—	—
Forstwirtschaft, Jagd	2 700	2 700	2 735	Forstwirtschaft, Jagd	—	—	—
Nebenbetriebe, Dienstleistungen	148 949	194 800	200 548	Nebenbetriebe, Dienstleistungen	77 810	108 000	98 830
Summe Umsatzerlöse	845 447	825 000	827 724	sonstiger Materialaufwand	79 200	78 600	88 022
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	—	—	-7 273	Summe Materialaufwand	345 261	369 000	357 313
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an Tieren	—	—	—	Personalaufwand	241 100	238 700	232 246
andere aktivierte Eigenleistungen	—	—	—	Abschreibungen	126 500	127 500	129 048
sonstige betriebliche Erträge	138 863	138 200	146 016	sonstige betriebliche Aufwendungen			
Betriebliche Erträge	984 310	963 200	966 467	Unterhaltung	38 400	34 400	44 766
				Betriebsversicherungen	16 830	16 600	16 876
				sonstiger Betriebsaufwand	23 400	24 200	22 788
				zeitraumfremde Aufwendungen	15 000	11 000	15 588
				Summe sonst. betriebl. Aufwendungen	93 630	86 200	100 018
				Betriebliche Aufwendungen	806 491	821 400	818 624
				Betriebsergebnis	177 819	141 800	147 843
				sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	14 000	15 000	33 651
				Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
				Finanzergebnis	14 000	15 000	33 651
				Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	191 819	156 800	181 493
				sonstige Steuern	-12 800	-12 800	-12 675
				Gewinn/Verlust	179 019	144 000	168 819

Anzahl der Angestellten: 2 davon  
1 Teilzeitbeschäftigte (65 %)

Anzahl der Arbeiter: 4 davon  
1 Aushilfe

**II. Finanzplan**

Maßnahmen	Ansatz Wj. 2004/2005 EUR	Ansatz Wj. 2003/2004 EUR	Ist Wj. 2002/2003 EUR	Finanzierung	Ansatz Wj. 2004/2005 EUR	Ansatz Wj. 2003/2004 EUR	Ist Wj. 2002/2003 EUR
1. Neubauten und zu aktivierende Baumaßnahmen	—	—	—	1. Abschreibungen	124 519	66 500	87 587
2. Totes Inventar einschl. zu aktivierende Reparaturen	124 519	66 500	97 424	2. Betriebserträge	—	—	—
3. Tieranlagevermögen	—	—	—	3. Buchwertabgänge Anlagevermögen	—	—	9 837
4. Finanzanlagen/Beteiligungen	—	—	—	4. Zuschuss aus Haushaltsmitteln (Titel 682 ..)	—	—	—
5. Tilgung von Darlehen	—	—	—	5. Rückzahlbare Kapitalausstattung (Titel 861 ..)	—	—	—
6. Aufstockung des Finanzumlaufvermögens	—	—	—	6. Sonstiges	—	—	—
7. Sonstiges	—	—	—				
<b>Finanzbedarf</b>	<b>124 519</b>	<b>66 500</b>	<b>97 424</b>	<b>Finanzdeckung</b>	<b>124 519</b>	<b>66 500</b>	<b>97 424</b>

**Bemerkungen:**

Vorgesehen sind:

Zu 2.:

Schlepper	67 000 EUR
VW-Bus	25 000 EUR
Getreideförderer	7 500 EUR
3-Seitenkipper	18 000 EUR
Kleingeräte	7 019 EUR

Zusammen 124 519 EUR

**III. Haushaltmäßiges Ergebnis**

	Ansatz Wj. 2004/2005 EUR	Ansatz Wj. 2003/2004 EUR	Ist Wj. 2002/2003 EUR
+/- Gewinn/Verlust	179 019	144 000	168 819
+ Abschreibungen	126 500	127 500	129 048
+ Buchwertabgabe des Anlagevermögens	24 000	—	9 837
+ sonstige Eigenmittel	—	—	—
– Finanzbedarf	124 519	66 500	97 424
<b>Endergebnis:</b>			
Zuschuss Titel 682 ..	—	—	—
Ablieferung Titel 121 14	205 000	205 000	210 280

**Wirtschaftsplan der selbstbewirtschafteten Domäne Derneburg,  
Landkreis Hildesheim  
für das Wirtschaftsjahr 2004/2005  
(LF 208 ha)**

**I. Erfolgsplan**

	Ansatz Wj. 2004/2005 EUR	Ansatz Wj. 2003/2004 EUR	Ist Wj. 2002/2003 EUR		Ansatz Wj. 2004/2005 EUR	Ansatz Wj. 2003/2004 EUR	Ist Wj. 2002/2003 EUR
Umsatzerlöse				Materialaufwand			
Pflanzenproduktion	288 510	297 050	255 608	Pflanzenproduktion	79 200	70 013	78 347
Tierproduktion	12 000	15 000	12 231	Tierproduktion	—	—	1 020
Forstwirtschaft, Jagd	—	—	—	Forstwirtschaft, Jagd	—	—	126
Nebenbetriebe, Dienstleistungen	16 000	12 350	10 562	Nebenbetriebe, Dienstleistungen	—	—	—
Summe Umsatzerlöse	316 510	324 400	278 401	sonstiger Materialaufwand	50 500	29 000	40 232
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	—	2 000	-1 002	Summe Materialaufwand	129 700	99 013	119 725
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an Tieren	—	—	8 732	Personalaufwand	105 000	125 000	119 106
andere aktivierte Eigenleistungen	—	—	—	Abschreibungen	52 300	43 500	47 338
sonstige betriebliche Erträge	137 000	135 380	142 014	sonstige betriebliche Aufwendungen			
Betriebliche Erträge	453 510	461 780	428 145	Unterhaltung	58 350	46 000	64 538
				Betriebsversicherungen	8 000	7 600	10 049
				sonstiger Betriebsaufwand	10 000	10 000	15 971
				zeitraumfremde Aufwendungen	10 000	5 350	6 623
				Summe sonst. betriebl. Aufwendungen	86 350	68 950	97 181
				Betriebliche Aufwendungen	373 350	336 463	383 350
				Betriebsergebnis	80 160	125 317	44 795
				sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8 500	14 300	11 432
				Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-350	-100	—
				Finanzergebnis	8 150	14 200	11 432
				Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	88 310	139 517	56 227
				sonstige Steuern	-11 000	-11 000	-8 144
				Gewinn/Verlust	77 310	128 517	48 083

Anzahl der Angestellten: 2 davon  
1 Teilzeitbeschäftigte (40%)

Anzahl der Arbeiter: 1

**II. Finanzplan**

Maßnahmen	Ansatz Wj. 2004/2005 EUR	Ansatz Wj. 2003/2004 EUR	Ist Wj. 2002/2003 EUR	Finanzierung	Ansatz Wj. 2004/2005 EUR	Ansatz Wj. 2003/2004 EUR	Ist Wj. 2002/2003 EUR
1. Neubauten und zu aktivierende Baumaßnahmen	—	—	41 393	1. Abschreibungen	37 537	43 500	47 338
2. Totes Inventar und zu aktivierende Reparaturen	97 500	80 000	—	2. Betriebserträge	—	36 500	—
3. Tieranlagevermögen	—	—	—	3. Buchwertabgänge Anlagevermögen	59 963	—	2
4. Finanzanlagen/Beteiligungen	—	—	6 220	4. Zuschuss aus Haushaltsmitteln (Titel 682 ..)	—	—	273
5. Tilgung von Darlehen	—	—	—	5. Rückzahlbare Kapitalausstattung (Titel 861 ..)	—	—	—
6. Aufstockung des Finanzumlaufvermögens	—	—	—	6. Sonstiges	—	—	—
7. Sonstiges	—	—	—				
<b>Finanzbedarf</b>	<b>97 500</b>	<b>80 000</b>	<b>47 613</b>	<b>Finanzdeckung</b>	<b>97 500</b>	<b>80 000</b>	<b>47 613</b>

**Bemerkungen:**

Vorgesehen sind:

Zu 2.:

Schlepper mit Frontlader  
Grubber

70 000 EUR  
27 500 EUR

Zusammen 97 500 EUR

**III. Haushaltmäßiges Ergebnis**

	Ansatz Wj. 2004/2005 EUR	Ansatz Wj. 2003/2004 EUR	Ist Wj. 2002/2003 EUR
+/- Gewinn/Verlust	77 310	128 517	48 083
+ Abschreibungen	52 300	43 500	47 338
+ Buchwertabgänge des Anlagevermögens	59 963	—	2
+ sonstige Eigenmittel	—	—	—
– Finanzbedarf	97 500	80 000	47 613
<b>Endergebnis:</b>	<b>92 073</b>	<b>92 017</b>	<b>47 809</b>
Zuschuss Titel 682 ..			
Ablieferung Titel 121 13	92 000	92 000	47 809

**Wirtschaftsplan der selbstbewirtschafteten Domäne Hollanderhof,  
Landkreis Cuxhaven  
für das Wirtschaftsjahr 2004/2005  
(LF 150 ha)**

**I. Erfolgsplan**

	Ansatz Wj. 2004/2005 EUR	Ansatz Wj. 2003/2004 EUR	Ist Wj. 2002/2003 EUR		Ansatz Wj. 2004/2005 EUR	Ansatz Wj. 2003/2004 EUR	Ist Wj. 2002/2003 EUR
Umsatzerlöse				Materialaufwand			
Pflanzenproduktion	130 700	109 400	41 496	Pflanzenproduktion	16 000	13 800	15 317
Tierproduktion	49 500	70 400	65 070	Tierproduktion	2 200	40 500	35 331
Forstwirtschaft, Jagd	200	—	—	Forstwirtschaft, Jagd	—	—	—
Nebenbetriebe, Dienstleistungen	—	1 500	6 802	Nebenbetriebe, Dienstleistungen	—	—	—
Summe Umsatzerlöse	180 400	181 300	113 368	sonstiger Materialaufwand	27 800	25 600	26 285
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	3 600	—	7 075	Summe Materialaufwand	46 000	79 900	79 933
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an Tieren	-47 300	—	-11 600	Personalaufwand	88 100	96 900	92 936
andere aktivierte Eigenleistungen	—	—	—	Abschreibungen	24 200	25 000	20 899
sonstige betriebliche Erträge	68 700	77 000	72 346	sonstige betriebliche Aufwendungen			
Betriebliche Erträge	205 400	258 300	181 189	Unterhaltung	17 200	22 300	30 790
				Betriebsversicherungen	5 800	5 600	5 155
				sonstiger Betriebsaufwand	18 100	17 600	17 588
				zeitraumfremde Aufwendungen	—	3 000	2 247
				Summe sonst. betriebl. Aufwendungen	41 100	48 500	55 780
				Betriebliche Aufwendungen	199 400	258 300	246 548
				Betriebsergebnis	6 000	8 000	-65 359
				sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	38
				Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
				Finanzergebnis	—	—	38
				Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	6 000	8 000	-65 321
				Außerordentliche Erträge	—	—	-6
				sonstige Steuern	-3 000	-3 000	-2 885
				Gewinn/Verlust	3 000	5 000	-68 212

Anzahl der Angestellten: 2 davon  
1 Teilzeitbeschäftigte (30%)

Anzahl der Arbeiter: —

**II. Finanzplan**

Maßnahmen	Ansatz Wj. 2004/2005 EUR	Ansatz Wj. 2003/2004 EUR	Ist Wj. 2002/2003 EUR	Finanzierung	Ansatz Wj. 2004/2005 EUR	Ansatz Wj. 2003/2004 EUR	Ist Wj. 2002/2003 EUR
1. Neubauten und zu aktivierende Baumaßnahmen	—	—	14 064	1. Abschreibungen	24 200	25 000	20 899
2. Totes Inventar einschl. zu aktivierende Reparaturen	70 000	50 000	787	2. Betriebserträge	3 000	5 000	68 212
3. Tieranlagevermögen	—	—	—	3. Buchwertabgänge Anlagevermögen	23 300	—	1
4. Finanzanlagen/Beteiligungen	500	—	244	4. Zuschuss aus Haushalts- mitteln (Titel 682 ..)	20 000	20 000	100 000
5. Tilgung von Darlehen	—	—	—	5. Rückzahlbare Kapital- ausstattung (Titel 861 ..)	—	—	—
6. Aufstockung des Finanzumlaufvermögens	—	—	37 593	6. Sonstiges	—	—	—
7. Sonstiges	—	—	—				
<b>Finanzbedarf</b>	<b>70 500</b>	<b>50 000</b>	<b>52 688</b>	<b>Finanzdeckung</b>	<b>70 500</b>	<b>50 000</b>	<b>52 688</b>

**Bemerkungen:**

Vorgesehen sind:

Zu 2.:

Schlepper	35 000 EUR
Pflug	18 000 EUR
Frontpacker	6 000 EUR
Ersatzbeschaffung	6 000 EUR
geringwertige Güter	5 000 EUR
<b>Zusammen</b>	<b>70 000 EUR</b>

**III. Haushaltsmäßiges Ergebnis**

	Ansatz Wj. 2004/2005 EUR	Ansatz Wj. 2003/2004 EUR	Ist Wj. 2002/2003 EUR
+/- Gewinn/Verlust	3 000	5 000	-68 212
+ Abschreibungen	24 200	25 000	20 899
+ Buchwertabgänge des Anlagevermögens	23 300	—	1
+ sonstige Eigenmittel	—	—	—
- Finanzbedarf	70 500	50 000	52 688
<b>Endergebnis:</b>	<b>-20 000</b>	<b>-20 000</b>	<b>-100 000</b>
Zuschuss Titel 682 11	20 000	20 000	100 000
Ablieferung Titel 121 12	—	—	—

**Wirtschaftsplan des Nieders. Hengstauzuchtgestüts Hunnesrück,  
Landkreis Northeim  
für das Wirtschaftsjahr 2004/2005  
(LF 455 ha)**

**I. Erfolgsplan**

	Ansatz Wj. 2004/2005 EUR	Ansatz Wj. 2003/2004 EUR	Ist Wj. 2002/2003 EUR		Ansatz Wj. 2004/2005 EUR	Ansatz Wj. 2003/2004 EUR	Ist Wj. 2002/2003 EUR
Umsatzerlöse				Materialaufwand			
Pflanzenproduktion	521 470	508 300	406 057	Pflanzenproduktion	144 100	152 100	134 874
Tierproduktion	428 000	425 000	426 022	Tierproduktion	261 500	252 800	256 658
Forstwirtschaft, Jagd	2 500	2 500	2 579	Forstwirtschaft, Jagd	—	—	—
Nebenbetriebe, Dienstleistungen	80 000	90 000	74 620	Nebenbetriebe, Dienstleistungen	—	—	—
Summe Umsatzerlöse	1 031 970	1 025 800	909 278	sonstiger Materialaufwand	114 670	112 500	122 377
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	—	—	11 526	Summe Materialaufwand	520 270	517 400	513 909
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an Tieren	—	—	-16 782	Personalaufwand	300 400	300 400	282 944
andere aktivierte Eigenleistungen	—	—	—	Abschreibungen	95 500	94 700	95 510
sonstige betriebliche Erträge	199 100	182 600	223 460	sonstige betriebliche Aufwendungen			
Betriebliche Erträge	1 231 070	1 208 400	1 127 482	Unterhaltung	93 000	75 000	65 090
				Betriebsversicherungen	19 000	19 000	18 707
				sonstiger Betriebsaufwand	21 400	20 400	28 065
				zeitraumfremde Aufwendungen	18 000	18 000	15 492
				Summe sonst. betriebl. Aufwendungen	151 400	132 400	127 354
				Betriebliche Aufwendungen	1 067 570	1 044 900	1 019 717
				Betriebsergebnis	163 500	163 500	107 765
				sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	1 170
				Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-500	-500	—
				Finanzergebnis	-500	-500	1 170
				Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	163 000	163 000	108 935
				sonstige Steuern	-11 000	-11 000	-10 521
				Gewinn/Verlust	152 000	152 000	98 414

Anzahl der Angestellten: 2 davon  
1 Teilzeitbeschäftigte/r (75%)

Anzahl der Arbeiter: 7

**II. Finanzplan**

Maßnahmen	Ansatz Wj. 2004/2005 EUR	Ansatz Wj. 2003/2004 EUR	Ist Wj. 2002/2003 EUR	Finanzierung	Ansatz Wj. 2004/2005 EUR	Ansatz Wj. 2003/2004 EUR	Ist Wj. 2002/2003 EUR
1. Neubauten und zu aktivierende Baumaßnahmen	22 500	65 200	889	1. Abschreibungen	95 500	94 700	95 510
2. Totes Inventar einschl. zu aktivierende Reparaturen	73 000	29 500	90 021	2. Betriebserträge	—	—	—
3. Tieranlagevermögen	—	—	—	3. Buchwertabgänge Anlagevermögen	—	—	5 107
4. Finanzanlagen/Beteiligungen	—	—	4 693	4. Zuschuss aus Haushaltsmitteln (Titel 682 ..)	—	—	—
5. Tilgung von Darlehen	—	—	—	5. Rückzahlbare Kapitalausstattung (Titel 861 ..)	—	—	—
6. Aufstockung des Finanzumlaufvermögens	—	—	—	6. Sonstiges	—	—	—
7. Sonstiges	—	—	—				
<b>Finanzbedarf</b>	<b>95 500</b>	<b>94 700</b>	<b>95 603</b>	<b>Finanzdeckung</b>	<b>95 500</b>	<b>94 700</b>	<b>100 617</b>

**Bemerkungen:**

Vorgesehen sind:

Zu 1.:

Beton-Bodenplatte für Maschinenhalle 22 500 EUR

Zu 2.:

Frontladerschlepper 50 000 EUR

Aufsitzmäher zur Hof- und Grünflächenpflege 5 000 EUR

Einzelkornsähergerät für Rüben und Mulchsaatausstattung 18 000 EUR

Zusammen 95 500 EUR

**III. Haushaltmäßiges Ergebnis**

	Ansatz Wj. 2004/2005 EUR	Ansatz Wj. 2003/2004 EUR	Ist Wj. 2002/2003 EUR
+/- Gewinn/Verlust	152 000	152 000	98 414
+ Abschreibungen	95 500	94 700	95 510
+ Buchwertabgänge des Anlagevermögens	—	—	5 107
+ sonstige Eigenmittel	—	—	—
- Finanzbedarf	95 500	94 700	95 603
<b>Endergebnis:</b>	<b>152 000</b>	<b>152 000</b>	<b>103 428</b>
Zuschuss Titel 682 ..	—	—	—
Ablieferung Titel 121 12	152 000	152 000	103 428

## Wirtschaftsplan der Hengstparade für das Hj. 2005

### I. Erfolgsplan

	Aufwendungen				Erträge		
	Ansatz 2005 EUR	Ansatz 2004 EUR	Ist 2003 EUR		Ansatz 2005 EUR	Ansatz 2004 EUR	Ist 2003 EUR
1. Personalkosten	103 000	103 000	117 160	1. Eintrittskarten- und Programmverkauf	691 000	691 000	560 922
2. Personalkosten Turniersportteilnahme	5 000	5 000	12 266	2. Standgelder	6 000	6 000	5 937
3. Dienstleistungen Außenstehender	56 000	56 000	28 192	3. Vermischte Einnahmen	40 000	40 000	73 480
4. Geschäftsbedarf einschl. Werbung	96 000	96 000	108 183				
5. Post- und Fernmeldegebühren	26 000	26 000	24 093				
6. Mieten	153 000	153 000	135 304				
7. Unterhaltung des Paradeplatzes	9 000	9 000	9 621				
8. Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	20 000	20 000	3 929				
9. Nicht aufteilbarer sonstiger Aufwand	20 000	20 000	18 753				
10. Steuern	2 000	2 000	52 612				
11. Erstattung von Verwaltungsausgaben an das Landgestüt (09 50 – 261 10)	33 000	33 000	27 335				
Summe der Aufwendungen	523 000	523 000	537 448	Summe der Einnahmen	737 000	737 000	640 339

### III. Haushaltmäßiges Ergebnis

	Ansatz 2005 EUR	Ansatz 2004 EUR	Ist 2003 EUR
Erträge	737 000	737 000	640 339
Aufwendungen	523 000	523 000	537 448
+/- Endergebnis: <b>Ablieferung</b> 09 50 – 121 13	214 000	214 000	102 891
<b>Zuschuss</b> 09 50 – 682 ..	—	—	—

# **Einzelplan 09**

**Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

---

## **Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise**

für das

**Haushaltsjahr 2005**

STELLENPLAN <sup>12)</sup>			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			1) Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gemäß Fußnote 1 zur Bes.-Gr. B 9 LBesO.
			2) kw.
			3) Ein/Eine Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
			4) 1 Stelle darf bis zum 31. 7. 2005 nur zu 80% besetzt werden.
			5) Ein/Eine Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.
			6) 2 Stellen kw zum 31. 12. 2006 infolge ZV 2003.
			7) ku nach Bes.-Gr. B 6 BBesO.
			8) 1 Stelle kw zum 31. 12. 2006 infolge ZV 2003.
			9) Je 1 Stelle kw zum 31. 12. 2006.
			10) 1 Stelle kw zum 31. 12. 2006.
			12) 26 Stellen für Beamte/-innen und Angestellte werden nach Beschlussfassung des „Gesetzes zur Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung in den Bereichen Wald und Jagd“ und der Einrichtung der Anstalt des öffentlichen Rechts – Landesforsten – in das Kapitel 09 80 umgesetzt.
B 9 <sup>1)</sup>	1	1	Feste Gehälter:
B 7 <sup>1)</sup>	1	1	Staatssekretär/-in
B 6	3	3	Ministerialdirigent/-in
B 3	5	5	Ministerialdirigent/-in
B 2	13	13	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin
			Ministerialrat/-rätin
			Aufsteigende Gehälter:
A 16	18	17	Ministerialrat/-rätin
A 15 <sup>4)</sup>	24	20	Direktor/-in
A 14	16	14	Oberrat/-rätin
A 13 <sup>10)</sup>	5	4	Rat/Rätin
A 13 <sup>9)</sup>	29	27	Oberamtsrat/-rätin
A 12	34	30	Amtsrat/-rätin
A 11 <sup>9)</sup>	21	19	Amtmann/-männin/-frau
A 10 <sup>6)</sup>	11	12	Oberinspektor/-in
A 9 <sup>8)9)</sup>	3	2	Inspektor/-in
A 9 <sup>3)</sup>	4	4	Amtsinspektor/-in
A 8	1	1	Hauptsekretär/-in
	189	173	Zusammen
			Stellen zu Titel 422 31:
B 2	—	1	Ministerialrat/-rätin
A 13	—	2	Oberamtsrat/-rätin
A 9	—	1	Amtsinspektor/-in
	—	4	Zusammen
			Leerstellen:
B 2 <sup>2)</sup>	1	1	Ministerialrat/-rätin
A 14 <sup>2)</sup>	1	1	Oberrat/-rätin
A 13 <sup>2)</sup>	1	1	Oberamtsrat/-rätin
A 12 <sup>2)</sup>	3	2	Amtsrat/-rätin
	6	5	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

Zugänge:	Stellen
Bes.-Gr. A 16 – Ministerialrat/-rätin –	1 infolge Umsetzung von Kap. 09 10
Bes.-Gr. A 15 – Direktor/-in –	4 davon 2 infolge Umsetzung von Kap. 09 05 1 infolge Umsetzung von Kap. 09 10 1 infolge Umsetzung von Kap. 09 40
Bes.-Gr. A 14 – Oberrat/-rätin –	2 infolge Umsetzung von Kap. 09 40
Bes.-Gr. A 13 – Rat/Rätin –	1 infolge Umsetzung von Kap. 09 10
Bes.-Gr. A 13 – Oberamtsrat/-rätin –	2 infolge Umsetzung von Kap. 09 10
Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/-rätin –	4 davon 3 infolge Umsetzung von Kap. 09 10 1 infolge Aufgabenverlagerung gem. § 50 Abs. 2 LHO aus dem Kapitel 10 04 des Jahres 2004
Bes.-Gr. A 11 – Amtmann/-männin/-frau –	2 davon 1 infolge Umsetzung von Kap. 03 05 1 infolge Umsetzung von Kap. 09 10
Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in –	1 infolge Umsetzung von Kap. 09 10
Zusammen	17
Abgänge:	Stellen
Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in –	1 infolge Aufgabenverlagerung gem. § 50 Abs. 2 LHO in das Kapitel 10 04 des Jahres 2004
Zusammen	1
Bleibt Zugang	16

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Beamtete Hilfskräfte</b>			
A 14	2	2	Oberrat/-rätin
	2	2	Zusammen
<b>Angestellte</b>			
I (übertariflich)	1	1	
I	1	1	
I a	1	1	
I b	1	—	
III	4	4	
IV a <sup>5)6)</sup>	10	8	
IV b <sup>1)</sup>	3	3	
V b	6	5	
V c	16	15	
VI b <sup>1)4)</sup>	18	18	
VII	1	1	
VIII	2	2	
IX b–VII <sup>2)</sup>	12	12	
	76	71	Zusammen
			Leerstellen:
IX b–VII <sup>3)</sup>	2	2	
	2	2	Zusammen

1) Die erste Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers und die erste Vorzimmerkraft der Staatssekretärin/des Staatssekretärs sind für die Dauer ihrer Vorzimmer Tätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert. Sie erhalten eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Vergütungen der Verg.-Gr. V b und IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung werden sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt gleichzeitig.

Die zweite Vorzimmerkraft der Ministerin/ des Ministers, der Staatssekretärin/des Staatssekretärs und die jeweiligen Sekretärinnen der Abteilungsleiter/-innen sind für die Dauer ihrer Vorzimmer Tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhalten sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe.

Die vorstehend genannten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT in Höhe der Hälfte der betreffenden Zulage.

Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

2) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.

3) kw.

4) 1 Stelle ku in Verg.-Gr. IX b–VII.

5) 1 Stelle darf nur zur Hälfte besetzt werden.

6) 1 Stelle kw zm 31. 12. 2006.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte		Abgänge:	Stellen
Zugänge:	Stellen	Verg.-Gr. IV a	1 infolge Umsetzung nach Kap. 03 20
Verg.-Gr. I b	1	Zusammen	1
Verg.-Gr. IV a	3	Bleibt Zugang	5
Verg.-Gr. V b	1		
Verg.-Gr. V c	1		
Zusammen	6		

Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
 Kapitel 09 01 Ministerium

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst</b>			
A 13	40	—	Referendar/-in
A 9	45	—	Inspektor/-in-Anwärter/-in
	85	—	Zusammen
<b>Arbeiter/-innen</b>			
4	7	6	
2 a	3	3	
	10	9	Zusammen

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

**Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst**

Zugänge:	Stellen		
Bes.-Gr. A 13	40	} infolge Umsetzung aus Kap. 10 04	
Bes.-Gr. A 9	45		
Zusammen	85		

**Arbeiter/-innen**

Zugänge:	Stellen		
Lohn-Gr. 4	1	infolge Umsetzung von Kap. 09 10	

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamte/-innen</b>			
A 16	—	1	Aufsteigende Gehälter: Leitende(r) Direktor/-in
A 15	—	3	Direktor/-in
A 14	—	2	Oberrat/-rätin
A 13	—	1	Rat/Rätin
A 11	—	1	Amtmann/-männin/-frau
	—	8	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16 – Leitende(r) Direktor/-in –	1	infolge Umsetzung nach Kap. 09 10
Bes.-Gr. A 15 – Direktor/-in –	3	davon 2 infolge Umsetzung nach Kap. 09 01 1 infolge Umsetzung nach Kap. 09 10
Bes.-Gr. A 14 – Oberrat/-rätin –	2	davon 1 infolge Umsetzung an die LwK 1 infolge Umsetzung nach Kap. 09 41
Bes.-Gr. A 13 – Rat/Rätin –	1	infolge Umsetzung an die LwK
Bes.-Gr. A 11 – Amtmann/-männin/ -frau –	1	infolge Umsetzung an die LwK
Zusammen	8	

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte</b>			
IV a	—	8	
IV b	—	29	
	—	37	Zusammen
Leerstellen:			
IV a	—	1	
	—	1	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Angestellte**

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	8	davon 2 infolge Umsetzung nach Kap. 09 01 1 infolge Umsetzung nach Kap. 09 10 2 infolge Umsetzung nach Kap. 09 41 2 infolge Umsetzung an die LwK 1 infolge Umsetzung an die N-Bank
Verg.-Gr. IV b	29	davon 1,0 infolge teilweisen Vollzugs des kw-Vermerks Nr. 23 bei Kap. 09 10 3,0 infolge Umsetzung nach Kap. 09 10 (davon 2 mit kw-Vermerk 31. 12. 2005) 18,0 infolge Umsetzung nach Kap. 09 41 6,5 infolge Umsetzung an die LwK 0,5 infolge Umsetzung an die N-Bank
Zusammen	37	

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke	
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2005	2004		
<b>Planmäßige Beamte/-innen</b>			Allgemeiner Haushaltsvermerk zum Stellenplan und zu den Stellenübersichten: 3 Stellen kw infolge ZV II ab 1. 1. 2005. 1) 1 Stelle kw nach Ausscheiden des Stelleninhabers/der Stelleninhaberin.	
A 16	4	—		Aufsteigende Gehälter:
A 15	3	—		Ministerialrat/-rätin
A 14	2	—		Direktor/-in
A 12	5	—		Oberrat/-rätin
A 11	6	—		Amtsrat/-rätin
A 10	2	—		Amtmann/-männin/-frau
A 9 <sup>1)</sup>	6	—		Oberinspektor/-in
A 8	3	—		Amtsinspektor/-in
	31	—		Hauptsekretär/-in
			Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16		
– Ministerialrat/-rätin –	4	infolge Umsetzung von Kap. 03 05
Bes.-Gr. A 15		
– Direktor/-in –	3	infolge Umsetzung von Kap. 03 05
Bes.-Gr. A 14		
– Oberrat/-rätin –	2	infolge Umsetzung von Kap. 03 05
Bes.-Gr. A 12		
– Amtsrat/-rätin –	5	infolge Umsetzung von Kap. 03 05
Bes.-Gr. A 11		
– Amtmann/-männin/-frau –	6	infolge Umsetzung von Kap. 03 05
Bes.-Gr. A 10		
– Oberinspektor/-in –	2	infolge Umsetzung von Kap. 03 05
Bes.-Gr. A 9		
– Amtsinspektor/-in –	6	infolge Umsetzung von Kap. 03 05
Bes.-Gr. A 8		
– Hauptsekretär/-in –	3	infolge Umsetzung von Kap. 03 05
Zusammen	31	

Sonstige Veränderungen:

Der Allgemeine Haushaltsvermerk ist neu ausgebracht.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte</b>			
IV b	1	—	
VI b	1	—	
	2	—	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Angestellte**

Zugänge:	Stellen	
Verg.-Gr. IV b	1	infolge Umsetzung von Kap. 03 05
Verg.-Gr. VI b	1	infolge Umsetzung von Kap. 03 05
Zusammen	2	

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			<b>Planmäßige Beamte/-innen<sup>9)</sup></b>
			Aufsteigende Gehälter:
A 16 <sup>2)</sup>	12	12	Leitende(r) Direktor/-in
A 15	16	18	Direktor/-in
A 14 <sup>3)</sup>	28	38	Oberrat/-rätin
A 13 <sup>12)</sup> 13)	8	13	Rat/Rätin
A 13 <sup>8)</sup>	21	21	Oberamtsrat/-rätin
A 12	51	55	Amtsrat/-rätin
A 11	81	88	Amtmann/-männin/-frau
A 10 <sup>1)</sup> 4)	44	79	Oberinspektor/-in
A 9	14	25	Inspektor/-in
A 9 <sup>5)</sup> 10)	9	11	Amtsinspektor/-in
A 8 <sup>7)</sup>	22	25	Hauptsekretär/-in
A 7	22	24	Obersekretär/-in
A 6	5	5	Sekretär/-in
	<b>333</b>	<b>414</b>	<b>Zusammen</b>
			Stellen zu Titel 422 31:
A 15	—	2	Direktor/-in
A 13	—	1	Oberamtsrat/-rätin
A 12	—	1	Amtsrat/-rätin
	<b>—</b>	<b>4</b>	<b>Zusammen</b>
			Leerstellen:
A 11 <sup>6)</sup>	2	1	Amtmann/-männin/-frau
A 10 <sup>6)</sup>	4	5	Oberinspektor/-in
A 9 <sup>6)</sup>	5	5	Inspektor/-in
A 7 <sup>6)</sup>	1	1	Obersekretär/-in
	<b>12</b>	<b>12</b>	<b>Zusammen</b>
			Allgemeiner HV zum Stellenplan, zu den Stellenübersichten und Bedarfsnachweisen:
			28 Stellen kw infolge ZV I mit Ablauf des 31. 12. 2006, davon
			9 Stellen aus nicht erfülltem Vollzug 2005;
			118,5 Stellen kw infolge ZV II ab 1. 1. 2005;
			40 Stellen der Fachbereiche 4 der Ämter für Agrarstruktur in den Bezirken Hannover, Lüneburg und Weser-Ems werden noch nach der Beschlussfassung des Kammergesetzes entsprechend der notwendigen Wertigkeiten verlagert.
			<b>1)</b> 6 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2006.
			<b>2)</b> Ein/Eine Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Vorbemerkung Nr. 21 zur BBesOA.
			<b>3)</b> 1 Stelle kw mit Ablauf des 30. 11. 2006.
			<b>4)</b> 3 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2006 infolge ZV I.
			<b>5)</b> Ein/Eine Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
			<b>6)</b> kw.
			<b>7)</b> 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 12. 2006 infolge ZV I.
			<b>8)</b> Ein/Eine Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.
			<b>9)</b> Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 09 10, 09 30 und 09 31 gegenseitig in Anspruch genommen werden.
			<b>10)</b> 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 12. 2006 infolge ZV I.
			<b>12)</b> 1 Stelle kw mit Ablauf des 30. 4. 2005 infolge ATZ.
			<b>13)</b> 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 12. 2005 infolge ZV II.

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen		Abgänge:	Stellen
Zugänge:	Stellen	Bes.-Gr. A 16	
Bes.-Gr. A 16		– Ltd. Direktor/-in –	1 infolge Umsetzung nach Kapitel 09 01
– Ltd. Direktor/-in –	1 infolge Umsetzung aus Kapitel 09 05	Bes.-Gr. A 15	
Bes.-Gr. A 15		– Direktor/-in –	3 davon
– Direktor/-in –	1 infolge Umsetzung aus Kapitel 09 05		1 infolge Umsetzung nach Kapitel 09 01
Bes.-Gr. A 13			2 infolge Umsetzung an die LwK
– Oberamtsrat/-rätin –	2 davon	Bes.-Gr. A 14	
	1 infolge Umwandlung von Bes.-Gr. A 14	– Oberrat/-rätin –	10 davon
	1 infolge Aufgabenverlagerung gem. § 50 Abs. 2 LHO aus dem Kapitel 10 04 des Jahres 2004		1 infolge Umwandlung nach Bes.-Gr. A 13
			– Oberamtsrat/-rätin –
Bes.-Gr. A 11			1 infolge Umsetzung nach Kapitel 09 41
– Amtmann/-frau –	4 infolge Umsetzung aus Kapitel 03 05	Bes.-Gr. A 13	8 infolge Umsetzung an die LwK
Bes.-Gr. A 10		– Rat/Rätin –	5 davon
– Oberinspektor/-in –	1 infolge Umsetzung aus Kapitel 03 05		1 infolge Vollzugs des HV Nr. 11
Bes.-Gr. A 9			1 infolge Umsetzung nach Kapitel 09 01
– Inspektor/-in –	2 infolge Umsetzung aus Kapitel 03 05		2 infolge Umsetzung an die LwK
Bes.-Gr. A 9			1 infolge Aufgabenverlagerung gem. § 50 Abs. 2 LHO in das Kapitel 10 04 des Jahres 2004
– Amtsinspektor/-in –	1 infolge Umsetzung aus Kapitel 03 05		
Bes.-Gr. A 7		Bes.-Gr. A 13	
– Obersekretär/-in –	1 infolge Umsetzung aus Kapitel 03 05	– Oberamtsrat/-rätin –	2 infolge Umsetzung nach Kapitel 09 01
Zusammen	13	Bes.-Gr. A 12	
		– Amtsrat/-rätin –	4 davon
			1 infolge Umsetzung nach Kapitel 06 13
			3 infolge Umsetzung nach Kapitel 09 01
		Bes.-Gr. A 11	
		– Amtmann/-frau –	11 davon
			1 infolge Umsetzung nach Kapitel 09 01
			4 infolge Umsetzung nach Kapitel 09 80
			6 infolge Umsetzung an die LwK
		Bes.-Gr. A 10	
		– Oberinspektor/-in –	36 davon
			1 infolge Umsetzung nach Kapitel 13 21
			(gleichzeitig Vollzug des HV Nr. 11 bei Bes.-Gr. A 9)
			34 infolge Umsetzung an die LwK
			1 infolge Aufgabenverlagerung gem. § 50 Abs. 2 LHO in das Kapitel 10 04 des Jahres 2004
		Bes.-Gr. A 9	
		– Inspektor/-in –	13 davon
			1 infolge Umsetzung nach Kapitel 09 01
			12 infolge Umsetzung an die LwK
		Bes.-Gr. A 9	
		– Amtsinspektor/-in –	3 infolge Umsetzung an die LwK
		Bes.-Gr. A 8	
		– Hauptsekretär/-in –	3 infolge Umsetzung an die LwK
		Bes.-Gr. A 7	
		– Obersekretär/-in –	3 infolge Umsetzung an die LwK
		Zusammen	94
		Bleibt Abgang	81
		Stellen zu Titel 422 31:	
		Abgänge:	Stellen
		Bes.-Gr. A 15	2 Direktor/-in
		Bes.-Gr. A 13	1 Oberamtsrat/-rätin
		Bes.-Gr. A 12	1 Amtsrat/-rätin
		Zusammen	4

Sonstige Veränderungen:

Der allgemeine Haushaltsvermerk ist neu gefasst worden.  
 Der Haushaltsvermerk Nr. 11 ist gestrichen worden.  
 Die Haushaltsvermerke Nr. 12 und 13 sind neu ausgebracht worden.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			1) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.
			2) 4 Stellen kw; davon 2 Stellen kw zum 1. 1. 2006 1 Stelle kw zum 1. 2. 2006 1 Stelle kw 3 Jahre nach Besetzung.
			3) kw.
			4) 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 12. 2006 infolge ZV I.
			5) 1 Stelle kw nach Ausscheiden des Stelleninhabers.
			6) 4 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2006 infolge ZV I.
			7) 5 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2006 infolge ZV I.
			8) 1 Stelle kw gem. Nr. 6 Abs. 2 Allgem. Best. 2001.
			10) Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 0910, 0930 und 0931 gegenseitig in Anspruch genommen werden.
			11) 2 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2006 infolge ZV I.
			13) 5 Stellen kw zum 31. 12. 2006.
			14) 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 12. 2006 infolge ZV I.
			15) 1 Stelle darf nur zu 0,750 besetzt werden; 1 Stelle darf nur zu 0,500 besetzt werden; 1 Stelle darf nur zu 0,250 besetzt werden.
			16) 3 Stellen dürfen nur zu 0,500 besetzt werden.
			18) 1 Stelle darf nur zu 0,250 besetzt werden; 2 Stellen dürfen nur zu 0,500 besetzt werden; 2 Stellen dürfen nur zu 0,875 besetzt werden.
			19) 1 Stelle wird zur Hälfte bei Kapitel 0901 genutzt.
			20) 3 Stellen dürfen nur zur Hälfte besetzt werden; 1 Stelle darf nur zu 0,125 besetzt werden; 1 Stelle darf nur zu 0,250 besetzt werden; 1 Stelle darf nur zu 0,625 besetzt werden.
			21) 5 Stellen kw; davon 3 Stellen kw zum 31. 12. 2005 2 Stellen kw zum 31. 12. 2006.
			22) 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 12. 2005 infolge ZV I.
			24) 7 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2005 infolge ZV I; davon 4 Stellen Verg.-Gr. IV b 1 Stelle Verg.-Gr. VIII 2 Stellen Verg.-Gr. IX b–VII.
			25) 1 Stelle darf nur zu 0,500 besetzt werden.
			26) 2 Stellen dürfen nur zu 0,500 besetzt werden.
			27) kw mit Ablauf des 31. 12. 2006 infolge ZV bis 2003.
<b>Beamtete Hilfskräfte<sup>10)</sup></b>			
A 10	4	5	Oberinspektor/-in z. A.
A 9	5	4	Inspektor/-in z. A.
A 6	3	3	Sekretär/-in z. A.
	12	12	Zusammen
<b>Angestellte<sup>10)</sup></b>			
I a	2	2	
II a <sup>27)</sup>	1	—	
III	18	18	
IV a	111	140	
IV b <sup>2)</sup> <sup>4)</sup> <sup>24)</sup>	31	43	
V b <sup>6)</sup> <sup>16)</sup>	13	20	
V c <sup>7)</sup> <sup>8)</sup> <sup>20)</sup>	105	115	
VI b <sup>13)</sup> <sup>14)</sup> <sup>22)</sup> <sup>26)</sup>	65	85	
VII <sup>5)</sup> <sup>11)</sup> <sup>18)</sup> <sup>19)</sup> <sup>21)</sup>	53	80	
VIII <sup>24)</sup> <sup>25)</sup>	21	27	
IX b–VII <sup>1)</sup> <sup>15)</sup> <sup>24)</sup>	28	34	
	448	564	Zusammen
<b>Leerstellen</b>			
IV b <sup>3)</sup>	1	1	
V b <sup>3)</sup>	3	3	
V c <sup>3)</sup>	3	3	
VI b <sup>3)</sup>	11	11	
VII <sup>3)</sup>	10	10	
VIII <sup>3)</sup>	6	6	
IX b–VII <sup>3)</sup>	4	4	
	38	38	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Beamtete Hilfskräfte**

		Abgänge:	Stellen	
Zugänge:	Stellen	Verg.-Gr. III	1	Umsetzung an die LwK
Bes.-Gr. A 9		Verg.-Gr. IV a	31	davon
- Inspektor/-in z. A. -	1			30 Umsetzung an die LwK
				1 Umsetzung nach
				Kapitel 09 01
Zusammen	1	Verg.-Gr. IV b	17	infolge Umsetzung an die LwK
		Verg.-Gr. V b	11	davon
				1 infolge Vollzugs
				des kw-Vermerks Nr. 23
Abgänge:	Stellen			10 Umsetzung an die LwK
Bes.-Gr. A 10		Verg.-Gr. V c	15	davon
- Oberinspektor/-in -	1			1 infolge teilweisen Vollzugs
				des kw-Vermerks Nr. 5
Zusammen	1			13 Umsetzung an die LwK
				1 Umsetzung nach
				Kapitel 09 41
<b>Angestellte</b>		Verg.-Gr. VI b	17	davon
Zugänge:	Stellen			2 infolge Vollzugs
Verg.-Gr. II a	1			des kw-Vermerks Nr. 23
		Verg.-Gr. VII	33	15 Umsetzung an die LwK
Verg.-Gr. III	1			davon
				1 infolge Vollzugs
Verg.-Gr. IV a	4			des kw-Vermerks Nr. 23
				2 infolge teilweisen Vollzugs
				des kw-Vermerks Nr. 21
		Verg.-Gr. VIII	5	30 Umsetzung an die LwK
		Verg.-Gr. IX b-VII	7	infolge Umsetzung an die LwK
Verg.-Gr. IV b	4			davon
				1 infolge Vollzugs
				des kw-Vermerks Nr. 23
				6 Umsetzung an die LwK
		Zusammen	137	
Verg.-Gr. V b	1	Bleibt Abgang	116	
Verg.-Gr. V c	3			Anderweitige Einstufung von Stellen gemäß Nr. 2 Abs. 7 der Allge-
				meinen Bestimmungen 2004:
				Stellen
		Verg.-Gr. IV a	-2	nach Verg.-Gr. IV b 1 Stelle
				nach Verg.-Gr. V b 1 Stelle
Verg.-Gr. VI b	3	Verg.-Gr. IV b	1	von Verg.-Gr. IV a 1 Stelle
		Verg.-Gr. V b	3	von Verg.-Gr. V c 2 Stellen
				von Verg.-Gr. IV a 1 Stelle
		Verg.-Gr. V c	2	von Verg.-Gr. VI b 5 Stellen
				nach Verg.-Gr. V b 2 Stellen
				nach Verg.-Gr. VI b 1 Stelle
Verg.-Gr. VII	3			von Verg.-Gr. VII 1 Stelle
				nach Verg.-Gr. VII 1 Stelle
		Verg.-Gr. VI b	-6	nach Verg.-Gr. V c 5 Stellen
				nach Verg.-Gr. VIII 1 Stelle
				von Verg.-Gr. V c 1 Stelle
Verg.-Gr. IX b-VII	1	Verg.-Gr. VII	3	nach Verg.-Gr. VII 1 Stelle
				von Verg.-Gr. V c 1 Stelle
				von Verg.-Gr. VIII 2 Stellen
Zusammen	21			nach Verg.-Gr. V c 1 Stelle
				von Verg.-Gr. VI b 1 Stelle
		Verg.-Gr. VIII	-1	von Verg.-Gr. VI b 1 Stelle
				nach Verg.-Gr. VII 2 Stellen

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 17 und 23 sind gestrichen worden.  
 Die Haushaltsvermerke Nr. 5, 15, 16, 18 – 21 sind geändert worden.  
 Die Haushaltsvermerke Nr. 24 – 27 sind neu ausgebracht worden.

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst</b>			
A 13	—	20	Referendar/-in
A 9	16	16	Inspektor/-in-Anwärter/-in
	16	36	Zusammen
<b>Arbeiter/-innen</b>			
6	1	1	
5a	1	1	
5	1	1	
4	27	31	
3	1	—	
2 a <sup>1)</sup>	4	4	
	35	38	Zusammen

<sup>1)</sup> 1 Stelle kw nach Ausscheiden des Stelleninhabers der Lohnkostenzuschussmaßnahme.

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

**Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst**

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13	20	infolge Umsetzung an die LwK
Zusammen	20	

**Arbeiter/-innen**

Zugänge:	Stellen	
Lohn-Gr. 4	1	infolge Umsetzung aus Kapitel 03 05
Lohn-Gr. 3	1	infolge Umsetzung aus Kapitel 03 05
Zusammen	2	
Abgänge:	Stellen	
Lohn-Gr. 4	5	davon
		2 infolge Vollzugs des kw-Vermerks Nr. 2
		1 infolge Umsetzung nach Kapitel 09 01
		2 infolge Umsetzung an die LwK
Zusammen	5	
Bleibt Abgang	3	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 2 ist gestrichen worden.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			Allgemeiner Haushaltsvermerk zum Stellenplan und zu den Stellenübersichten: 1 Stelle kw infolge ZV II ab 1. 1. 2005.
<b>Planmäßige Beamte/-innen<sup>1)</sup></b>			1) Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 09 10, 09 30 und 09 31 gegenseitig in Anspruch genommen werden.
A 14	2	1	Aufsteigende Gehälter:
A 12	5	1	Oberrat/-rätin
A 11	5	4	Amtsrat/-rätin
A 10	2	—	Amtmann/-männin/-frau
A 7	1	—	Oberinspektor/-in
			Obersekretär/-in
	15	6	Zusammen
			Stellen zu 422 31:
A 8	—	1	Aufsteigende Gehälter:
			Hauptsekretär/-in
		1	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14		
– Oberrat/-rätin –	1	infolge Umsetzung von Kap. 03 05
Bes.-Gr. A 12		
– Amtsrat/-rätin –	4	infolge Umsetzung von Kap. 03 05
Bes.-Gr. A 11		
– Amtmann/-männin/-frau –	1	infolge Umsetzung von Kap. 03 05
Bes.-Gr. A 10		
– Oberinspektor/-in –	2	infolge Umsetzung von Kap. 03 05
Bes.-Gr. A 7		
– Obersekretär/-in –	1	infolge Umsetzung von Kap. 03 05
Zusammen	9	

Stellen zu 422 31:

Abgang:	Stellen
Bes.-Gr. A 8	1
Zusammen	1

Sonstige Veränderungen:

Der Allgemeine Haushaltsvermerk ist neu ausgebracht worden.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			1) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.
<b>Angestellte<sup>3)</sup></b>			2) 1 Stelle darf auf Dauer nur zur Hälfte besetzt werden (Domänenamt Norden).
IV a	1	1	
IV b	1	—	
V b	5	5	
V c	3	3	
VI b	1	1	
VII	3	3	
IX b–VII <sup>1)</sup> 2)	2	2	
	16	15	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Angestellte**

Zugänge:	Stellen	
Verg.-Gr. IV b	1	infolge Umsetzung von Kap. 03 05
Verg.-Gr. V b	1	infolge Umsetzung von Kap. 03 05
Zusammen	2	
Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. V b	1	infolge Umsetzung nach Kap. 09 41
Zusammen	1	
Bleibt Zugang	1	

Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
 Kapitel 0931 Behörden für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften (GLL) – Moorverwaltung –

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			1) Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 0910, 0930 und 0931 gegenseitig in Anspruch genommen werden.
<b>Planmäßige Beamte/-innen<sup>1)</sup></b>			
A 11	1	1	Aufsteigende Gehälter: Amtmann/-männin/-frau
	1	1	Zusammen

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			1) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.
<b>Angestellte<sup>2)</sup></b>			
I b	1	1	
IV a	1	1	
IV b	2	2	
V b	2	2	
V c	2	2	
VI b	1	1	
VII	1	1	
IX b–VII <sup>1)</sup>	1	1	
	11	11	Zusammen
			2) Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 0910, 0930 und 0931 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
 Kapitel 09 40 Verwaltung des Veterinärwesens und der Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamte/-innen<sup>1)</sup></b>			
A 16	—	4	Aufsteigende Gehälter:
A 15	—	5	Leitende(r) Direktor/-in
A 14	—	10	Direktor/-in
A 13	—	6	Oberrat/-rätin
	—	6	Rat/Rätin
	—	25	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16		
- Leitende(r)		
Direktor/-in -	4	Umsetzung nach Kapitel 09 41
Bes.-Gr. A 15		
- Direktor/-in -	5	davon
		1 Umsetzung nach Kapitel 09 01
		4 Umsetzung nach Kapitel 09 41
Bes.-Gr. A 14		
- Oberrat/-rätin -	10	davon
		2 Umsetzung nach Kapitel 09 01
		8 Umsetzung nach Kapitel 09 41
Bes.-Gr. A 13		
- Rat/Rätin -	6	Umsetzung nach Kapitel 09 41
Zusammen	25	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 (Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 09 40 und Kapitel 09 41 gegenseitig in Anspruch genommen werden.) entfällt.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte<sup>1)</sup></b>			
II a	—	1	
I b	—	1	
	—	2	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Angestellte**

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. I b	1	Umsetzung nach Kapitel 09 01
Verg.-Gr. II a	1	Umsetzung nach Kapitel 09 10
Zusammen	2	

Sonstige Veränderungen:

Zugang einer Stelle der Verg.-Gr. II a aus Kapitel 05 42 zum 1. 1. 2004 unter gleichzeitiger Ausbringung des Haushaltsvermerks Nr. 2 (Stelle kw mit Ablauf des 31. 12. 2006 infolge ZV bis 2003). Wegfall des Haushaltsvermerks Nr. 1 (Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 09 40 und Kapitel 09 41 gegenseitig in Anspruch genommen werden.). Umsetzung des Haushaltsvermerks Nr. 2 nach Kapitel 09 10.

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst<sup>1)</sup></b>			
A 13	—	22	Referendar/-in
	—	22	Zusammen

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

**Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst**

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13		
- Referendar/-in -	22	Umsetzung nach Kapitel 09 41
Zusammen	22	

Sonstige Veränderungen:

Wegfall des Haushaltsvermerks Nr. 1 (Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 09 40 und Kapitel 09 41 gegenseitig in Anspruch genommen werden.).

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			*) Allgemeiner Haushaltsvermerk zum Stellenplan, zu den Stellenübersichten und Bedarfsnachweisen: 13 Stellen kw infolge ZV II.
			2) Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 4 zu Bes.-Gr. A 9 BBesO.
			3) kw
			5) 1 Stelle kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV.
			6) Die Stelle darf vorläufig nur nach Bes.-Gr. A 15 ausgeschöpft werden. Ausschöpfung nach Bes.-Gr. A 16 nur mit vorheriger Zustimmung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen.
			7) 1 Stelle kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003 (bisher Haushaltsvermerk Nr. 27 bei Kapitel 03 05).
<b>Planmäßige Beamte/-innen</b>			
Aufsteigende Gehälter:			
B 4	1	1	Präsident/-in
B 2	1	1	Vizepräsident/-in
A 16 <sup>6)</sup>	8	4	Leitende(r) Direktor/-in
A 15	22	17	Direktor/-in
A 14	61	46	Oberrat/-rätin
A 13	53	44	Rat/Rätin
A 13	2	1	Oberamtsrat/-rätin
A 12	5	4	Amtsrat/-rätin
A 11	13	8	Amtmann/-männin/-frau
A 10	9	3	Oberinspektor/-in
A 9 <sup>2)5)7)</sup>	3	2	Amtsinspektor/-in
A 8	8	—	Hauptsekretär/-in
A 7	5	—	Obersekretär/-in
	191	131	Zusammen
Leerstellen:			
A 14 <sup>3)</sup>	1	1	Oberrat/-rätin
A 13 <sup>3)</sup>	4	4	Rat/Rätin
A 12 <sup>3)</sup>	1	1	Amtsrat/-rätin
	6	6	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Von den planmäßigen Beamten/-innen entfallen auf die Sonderlaufbahn „Technischer Dienst“

Bes.-Gr. A 12	2	gehobener Dienst
Zugänge: Stellen		
Bes.-Gr. A 16		
- Ltd. Direktor/-in -	4	Umsetzung aus Kapitel 09 40
Bes.-Gr. A 15		
- Direktor/-in -	5	davon
		4 Umsetzung aus Kapitel 09 40
		1 Umsetzung aus Kapitel 09 61
Bes.-Gr. A 14		
- Oberrat/-rätin -	15	davon
		8 Umsetzung aus Kapitel 09 40
		3 Umsetzung aus Kapitel 09 61
		2 Umsetzung aus Kapitel 03 05
		1 Umsetzung aus Kapitel 09 10
		1 Umsetzung aus Kapitel 09 05
Bes.-Gr. A 13		
- Rat/Rätin -	9	davon
		6 Umsetzung aus Kapitel 09 40
		2 Umsetzung aus Kapitel 09 61
		1 Umsetzung aus Kapitel 03 05
Bes.-Gr. A 13		
- Oberamtsrat/-rätin -	1	Umsetzung aus Kapitel 03 05
Bes.-Gr. A 12		
- Amtsrat/-rätin -	1	infolge Aufgabenverlagerung gem. § 50 Abs. 2 LHO aus dem Kapitel 10 04 des Jahres 2004
Bes.-Gr. A 11		
- Amtmann/-männin/-frau -	5	Umsetzung aus Kapitel 03 05
Bes.-Gr. A 10		
- Oberinspektor/-in -	6	Umsetzung aus Kapitel 03 05
Bes.-Gr. A 9		
- Amtsinspektor/-in -	1	Umsetzung aus Kapitel 03 05
Bes.-Gr. A 8		
- Hauptsekretär/-in -	8	Umsetzung aus Kapitel 03 05
Bes.-Gr. A 7		
- Obersekretär/-in -	5	Umsetzung aus Kapitel 03 05
Zusammen	60	

Sonstige Veränderungen:

Ein allgemeiner Haushaltsvermerk (ZV II) wurde neu ausgebracht.  
 Der Haushaltsvermerk Nr. 7 wurde neu ausgebracht.  
 Der Haushaltsvermerk Nr. 4 wurde gestrichen.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			<sup>2)</sup> kw
			<sup>3)</sup> Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBL. 1969 S. 829) nachgewiesen.
			<sup>4)</sup> Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. VIII (Fallgruppe 4) und VII (Fallgruppe 4) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBL. 1969 S. 829) nachgewiesen.
			<sup>5)</sup> 1 Stelle darf mit Halbtagskräften im Schreibdienst besetzt werden, die unter die Fallgruppe 4 der Verg.-Gr. VIII fallen.
			<sup>12)</sup> 1 Stelle darf nur zur Hälfte genutzt werden.
			<sup>13)</sup> Folgende Stellen dürfen nur anteilig besetzt werden: halbtags: 1 Stelle IX b–VII im IfB Lüneburg 1 Stelle VI b im IfB Lüneburg 1 Stelle VI b im LI Braunschweig 2 Stellen VIII im LI Braunschweig 1 Stelle VII im LI Braunschweig 1 Stelle V c im LI Braunschweig 3 Stellen V c im VI Oldenburg 1 Stelle VI b im VI Oldenburg 1 Stelle IX b–VII im VI Oldenburg. zu einem Viertel: 1 Stelle V c im VI Oldenburg.
			<sup>14)</sup> 1 Stelle darf im VI Hannover zur Hälfte nur bis Verg.-Gr. VII besetzt werden.
			<sup>18)</sup> 1 Stelle kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV.
			<sup>19)</sup> 1 Stelle kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV.
			<sup>20)</sup> 2 Stellen kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV.
			<sup>21)</sup> 5 Stellen kw ab 1. 1. 2004, davon 1 nur halbtags besetzbar, infolge ZV.
			<sup>22)</sup> 2 Stellen kw ab 1. 1. 2004, davon 1 nur halbtags besetzbar, infolge ZV.
			<sup>23)</sup> 3 Stellen kw ab 1. 1. 2004, davon 2 nur halbtags besetzbar, infolge ZV.
			<sup>24)</sup> 1 DW.
			<sup>25)</sup> 1 Stelle darf nur anteilig zu $\frac{4}{5}$ in Anspruch genommen werden. Stelle wird zur Hälfte bei Kapitel 09 10 genutzt.
			<sup>26)</sup> 1 Stelle darf nur anteilig zu 50% in Anspruch genommen werden. Stelle wird zur Hälfte bei Kapitel 09 10 genutzt.
			<sup>27)</sup> 1 Stelle kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003 (bisher Haushaltsvermerk Nr. 35 bei Kapitel 03 05).
			<sup>28)</sup> 1 Stelle kw infolge ZV II.
<b>Beamtete Hilfskräfte</b>			
A 10	1	—	Oberinspektor/-in z. A.
A 9	1	—	Inspektor/-in z. A.
A 6	1	—	Sekretär/-in z. A.
	<b>3</b>	<b>—</b>	<b>Zusammen</b>
<b>Angestellte<sup>7)</sup></b>			
I a	1	—	
I b <sup>12)</sup>	6	6	
II a <sup>18)</sup>	15	12	
IV a	6	3	
IV b	44	27	
V b <sup>14)</sup> <sup>19)</sup>	64	58	
V c <sup>13)</sup> <sup>20)</sup> <sup>26)</sup> <sup>27)</sup>	134	122	
VI b <sup>13)</sup> <sup>21)</sup>	65	64	
VII <sup>13)</sup> <sup>24)</sup> <sup>28)</sup>	41	39	
VIII <sup>13)</sup> <sup>22)</sup>	11	11	
VIII/VII <sup>4)</sup>	1	1	
IX b–VII <sup>3)</sup> <sup>4)</sup> <sup>5)</sup> <sup>13)</sup> <sup>23)</sup> <sup>25)</sup>	24	18	
	<b>412</b>	<b>361</b>	<b>Zusammen</b>
<b>Leerstellen:</b>			
IV b <sup>2)</sup>	1	1	
V b <sup>2)</sup>	1	1	
V c <sup>2)</sup>	9	9	
VI b <sup>2)</sup>	6	6	
VII <sup>2)</sup>	4	4	
IX b–VII <sup>2)</sup>	2	2	
	<b>23</b>	<b>23</b>	<b>Zusammen</b>

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Beamtete Hilfskräfte**

Zugänge:	Stellen		Abgänge:	Stellen
Bes.-Gr. A 10	1	Umsetzung aus Kapitel 09 10	Verg.-Gr. I b	1 Höherstufung nach Verg.-Gr. I a
Bes.-Gr. A 9	1	Umsetzung aus Kapitel 03 05	Verg.-Gr. IV b	2 davon
Bes.-Gr. A 6	1	Umsetzung aus Kapitel 03 05	Verg.-Gr. V c	1 Herabstufung nach Verg.-Gr. V b
Zusammen	3			1 Umsetzung nach Kapitel 09 10
				teilweiser Vollzug Haushaltsvermerk Nr. 20 (ZV I)
			Zusammen	4
			Verbleibt Zugang	51

**Angestellte**

Zugänge:	Stellen		Sonstige Veränderungen:
Verg.-Gr. I a	1	Höherstufung von Verg.-Gr. I b	Wegfall des Haushaltsvermerks Nr. 1 (Eine Stelle darf nur zur Hälfte für eine Angestellte/einen Angestellten in Anspruch genommen werden.)
Verg.-Gr. I b	1	Umsetzung von Titelgruppenpersonal	Änderung des Haushaltsvermerks Nr. 12 (1 Stelle ku in eine Halbtagsstelle mit Ablauf des 31. 12. 2004 infolge ZV).
Verg.-Gr. II a	3	davon	Wegfall des 1. Halbsatzes (1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 12. 2004) im Haushaltsvermerk Nr. 20.
		2 Umsetzung aus	Der Haushaltsvermerk Nr. 7 wurde gestrichen.
		Titelgruppenpersonal	Die Haushaltsvermerke Nr. 26 bis 28 wurden neu ausgebracht.
Verg.-Gr. IV a	3	1 Umsetzung aus Kapitel 03 05	
		davon	
		2 Umsetzung aus Kapitel 09 05	
Verg.-Gr. IV b	19	1 Umsetzung aus Kapitel 03 05	
		davon	
		18 Umsetzung aus Kapitel 09 05	
Verg.-Gr. V b	6	1 Umsetzung aus Kapitel 03 05	
		davon	
		1 Umsetzung aus Kapitel 09 30	
		1 Umsetzung aus Kapitel 03 05	
		3 Umsetzung von Titelgruppenpersonal	
Verg.-Gr. V c	13	1 Herabstufung von Verg.-Gr. IV b	
		davon	
		6 Umsetzung von Titelgruppenpersonal	
		1 Umsetzung aus Kapitel 09 10	
		(besetzbar zu 50 v.H. s. HV Nr. 26)	
		1 Umsetzung aus Kapitel 09 61	
Verg.-Gr. VI b	1	5 Umsetzung aus Kapitel 03 05	
Verg.-Gr. VII	2	Umsetzung aus Kapitel 09 61	
		davon	
		1 Umsetzung aus Kapitel 15 03	
		1 infolge Aufgabenverlagerung	
		gem. § 50 Abs. 2 LHO aus dem	
		Kapitel 10 04 des Jahres 2004	
Verg.-Gr. IX-VII	6	Umsetzung aus Kapitel 03 05	
Zusammen	55		

**BEDARFSNACHWEISE**

Haushaltsvermerke

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst</b>			
A 13	22	—	Referendar/-in
	22	—	Zusammen
<b>Arbeiter/-innen</b>			
6	2	2	
5 a	2	2	
5	3	3	
4 <sup>1)</sup>	15	15	
3 <sup>1)3)</sup>	12	12	
2 a <sup>4)5)</sup>	32	33	
2	4	4	
1	1	1	
	71	72	Zusammen

- 1) Jeweils 1 Stelle ku nach Ausscheiden der Stelleninhaber nach Lohn-Gr. 1 im IfB Lüneburg.  
 3) 1 Stelle kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV.  
 4) 2 Stellen kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV.  
 5) 1 Stelle darf nur zur Hälfte genutzt werden.

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Die Stelleninhaber/-innen, die am Tage der Übernahme in den Landesdienst am 1.8.1977 im Dienste eines kommunalen chemischen Untersuchungsamtes standen, erhalten einen Lohn nach den tariflichen Regelungen der Vka.

**Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst**

Zugänge:	Stellen
Bes.-Gr. A 13	
- Referendar/-in -	22 Zugang aus Kapitel 09 40
Zusammen	22

**Arbeiter/-innen**

Abgänge:	Stellen
Lohn-Gr. 2 a	1 teilweiser Vollzug
	Haushaltsvermerk (ZV I)
Zusammen	1

Sonstige Veränderungen:

Änderung des Haushaltsvermerks Nr. 4 von 3 in 2 Stellen aufgrund teilweisen Vollzugs.  
 Änderung des Haushaltsvermerks Nr. 5 (1 Stelle ku in eine Halbtagsstelle mit Ablauf des 31. 12. 2004 infolge ZV).  
 Der Haushaltsvermerk Nr. 2 wurde gestrichen.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			1) je 1 DW.
			2) 6 DW.
			3) Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 9 LBesO.
<b>Planmäßige Beamte/-innen</b>			
			Aufsteigende Gehälter:
A 16	1	1	Landstallmeister/-in
A 14 <sup>1)</sup>	1	1	Oberrat/-rätin
A 13	1	1	Oberamtsrat/-rätin
A 10	1	1	Oberinspektor/-in
A 9 <sup>1)3)</sup>	1	1	Erste(r) Hauptsattelmeister/-in
A 8	1	1	Hauptsattelmeister/-in
A 7 <sup>1)</sup>	5	5	Obersattelmeister/-in
A 6	5	5	Sattelmeister/-in
A 6 <sup>2)</sup>	12	12	Gestüthauptwärter/-in
A 5 <sup>2)</sup>	42	42	Gestütoberwärter/-in
A 4 <sup>1)</sup>	6	6	Gestütwärter/-in
	<u>76</u>	<u>76</u>	Planstellen insgesamt

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			1) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.
			2) 1 DW.
<b>Angestellte</b>			
I b	1	1	
V c <sup>2)</sup>	3	3	
VI b	2	2	
VII	2	2	
IX b-VII <sup>1)</sup>	1	1	
	<u>9</u>	<u>9</u>	Zusammen

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Arbeiter/-innen</b>			
4	8	8	
	<u>8</u>	<u>8</u>	Zusammen

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamte/-innen</b>			
A 15	1	2	Aufsteigende Gehälter:
A 14	—	3	Fischereidirektor
A 13	—	2	Fischereioberrat/-rätin
A 11	1	1	Fischereirat/-rätin
A 9	3	3	Regierungsamtmann/-männin/-frau
A 8	2	2	Fischereiamtsinspektor/-in
			Fischereihauptsekretär/-in
	7	13	Planstellen insgesamt

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15		
Fischereidirektor	1	Umsetzung nach Kapitel 09 41
Bes.-Gr. A 14		
Fischereioberrat/-rätin	3	Umsetzung nach Kapitel 09 41
Bes.-Gr. A 13		
Fischereirat/-rätin	2	Umsetzung nach Kapitel 09 41
Zusammen	6	

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Beamtete Hilfskräfte</b>			
A 6	1	1	Fischereisekretär/-in z. A.
	1	1	Zusammen
<b>Angestellte</b>			
V c	1	2	
VI b	—	1	
VII	1	1	
	2	4	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Angestellte**

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. V c	1	Umsetzung nach Kapitel 09 41
Verg.-Gr. VI b	1	Umsetzung nach Kapitel 09 41
Zusammen	2	

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Arbeiter/-innen</b>			
8	6	6	Bootsleute
	6	6	Zusammen



STELLENPLAN			Haushaltsvermerke	
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2005	2004		
<b>Planmäßige Beamte/-innen<sup>1)</sup></b>			1) 13 Stellen kw infolge ZV II im Kapitel 09 81 ab 1. 1. 2005. 2) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Vorbemerkung Nr. 21 zur BBesO. 3) kw. 4) Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 09 81 und Kapitel 09 82 gegenseitig in Anspruch genommen werden.	
A 16 <sup>2)</sup>	1	1		Aufsteigende Gehälter:
A 15	2	3		Leitende(r) Direktor/-in
A 14	7	4		Direktor/-in
A 13	4	3		Oberrat/-rätin
A 13	1	—		Rat/Rätin
A 12	1	2		Oberamtsrat/-rätin
A 11	2	1		Amtsrat/-rätin
A 10	9	4		Amtmann/-männin/-frau
	27	18		Oberinspektor/-in
Zusammen				
A 14 <sup>3)</sup>	1	1	Leerstellen: Oberrat/-rätin	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen		Abgänge:	Stellen
Zugänge:	Stellen	Bes.-Gr. A 15	
Bes.-Gr. A 14		Direktor/-in	1 infolge Organisationsänderung
Oberrat/-rätin	3 infolge Organisationsänderung	Bes.-Gr. A 12	Verlagerung nach 09 80
Bes.-Gr. A 13		Amtsrat/-rätin	1 infolge Organisationsänderung
Rat/Rätin	1 infolge Organisationsänderung	Zusammen	2
Bes.-Gr. A 13		Bleiben Zugänge	9
Oberamtsrat/-rätin	1 infolge Organisationsänderung		
Bes.-Gr. A 11			
Amtmann/-männin/-frau	1 infolge Organisationsänderung		
Bes.-Gr. A 10			
Oberinspektor/-in	5 infolge Organisationsänderung		
Zusammen	11		

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Beamtete Hilfskräfte</b>			
A 13	—	2	Assessor/-in
	—	2	Zusammen
<b>Angestellte<sup>2)</sup></b>			
I a	1	1	
I b	1	1	
II a	7	7	
IV a	2	2	
IV b	3	3	
V b	2	2	
V c	9	11	
VI b	7	7	
VII	4	3	
VIII	2	2	
	38	39	Zusammen
Leerstellen:			
V c <sup>1)</sup>	1	1	
VI b <sup>1)</sup>	1	1	
	2	2	Zusammen

<sup>1)</sup> kw.  
<sup>2)</sup> Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 09 81 und Kapitel 09 82 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Beamtete Hilfskräfte**

Abgänge: Stellen  
 Bes.-Gr. A 13 2 infolge Organisationsänderung  
 Verlagerung nach 09 80

**Angestellte**

Zugänge: Stellen  
 Verg.-Gr. VII 1 infolge Organisationsänderung  
 Verlagerung von 10 04

Zusammen 1

Abgänge: Stellen  
 Verg.-Gr. V c 2 infolge Organisationsänderung  
 Verlagerung nach 09 80

Zusammen 2  
 Bleibt Abgang 1

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Arbeiter/-innen<sup>1)</sup></b>			
3	1	1	
MTW	9	9	
	10	10	Zusammen

<sup>1)</sup> Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 09 81 und Kapitel 09 82 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamte/-innen<sup>1)</sup></b>			1) Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 09 81 und Kapitel 09 82 gegenseitig in Anspruch genommen werden. 2) kw mit Ablauf des 31. 12. 2007 infolge ZV II. 3) kw mit Ablauf des 31. 12. 2006 infolge ZV II.
			Aufsteigende Gehälter:
A 14 <sup>2)</sup>	1	—	Oberrat/-rätin
A 12 <sup>3)</sup>	2	—	Amtsrat/-rätin
A 11 <sup>3)</sup>	3	—	Amtmann/-männin/-frau
A 10 <sup>3)</sup>	19	—	Oberinspektor/-in
	25	—	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14 Oberrat/-rätin	1	infolge Organisationsänderung Verlagerung von 10 04
Bes.-Gr. A 12 Amtsrat/-rätin	2	infolge Organisationsänderung Verlagerung von 10 04
Bes.-Gr. A 11 Amtmann/-männin/ -frau	3	infolge Organisationsänderung Verlagerung von 10 04
Bes.-Gr. A 10 Oberinspektor/-in	19	infolge Organisationsänderung Verlagerung von 10 04
Zusammen	25	

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte<sup>1)2)</sup></b>			1) kw mit Ablauf des 31. 12. 2006 infolge ZV II. 2) Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 09 81 und Kapitel 09 82 gegenseitig in Anspruch genommen werden.
V b	1	—	
V c	1	—	
	2	—	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Angestellte**

Zugänge:	Stellen	
Verg.-Gr. V b	1	infolge Organisationsänderung Verlagerung von 10 04
Verg.-Gr. V c	1	infolge Organisationsänderung Verlagerung von 10 04
Zusammen	2	



**Haushaltsplan**  
für das  
**Haushaltsjahr 2005**  
  
**Einzelplan 11**  
**Justizministerium**

---



# Vorwort zum Einzelplan 11

## A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Einzelplan 11 enthält die Einnahmen und Ausgaben des Geschäftsbereichs des Justizministeriums, und zwar:

- I. des Ministeriums (Kapitel 11 01)
- II. der Allgemeinen Bewilligungen (Kapitel 11 02)
- III. der Justizvollzugseinrichtungen (Kapitel 11 05)
- IV. des Finanzgerichts (Kapitel 11 08)
- V. des Landesarbeitsgerichts und der Arbeitsgerichte (Kapitel 11 09)
- VI. des Oberverwaltungsgerichts und der Verwaltungsgerichte (Kapitel 11 10)
- VII. des Landessozialgerichts Niedersachsen – Bremen (Kapitel 11 12)
- VIII. der Sozialgerichte (Kapitel 11 13)
- IX. der Ordentlichen Gerichte – Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig (Kapitel 11 16)
- X. der Ordentlichen Gerichte – Oberlandesgerichtsbezirk Celle (Kapitel 11 17)
- XI. der Ordentlichen Gerichte – Oberlandesgerichtsbezirk Oldenburg (Kapitel 11 18)
- XII. der Staatsanwaltschaften – Generalstaatsanwaltschaft Braunschweig (Kapitel 11 19)
- XIII. der Staatsanwaltschaften – Generalstaatsanwaltschaft Celle (Kapitel 11 20)
- XIV. der Staatsanwaltschaften – Generalstaatsanwaltschaft Oldenburg (Kapitel 11 21)

## B. Hochbaumaßnahmen

Die strukturelle Darstellung des Einzelplans 20 – Hochbauten –, in dem die Hochbaumaßnahmen für den Geschäftsbereich des Justizministeriums bisher in den Kapiteln 20 81 und 20 82 ausgewiesen waren, ist verändert worden. Ab 2005 sind die Ansätze für die allgemeinen Hochbauangelegenheiten (Unterhaltung der Grundstücke und Gebäude, kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten) sowie große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten aller Geschäftsbereiche im Kapitel 20 11 (TGr. 64/65) des Einzelplans 20 – Hochbauten – ausgebracht. Dabei bleibt das Prinzip der Einzelveranschlagung für Maßnahmen über 1 Mio. EUR erhalten, weil die in der Erläuterung zu TGr. 64/65 ausgebrachte Aufzählung der Baumaßnahmen hinsichtlich der Maßnahmebezeichnung für verbindlich erklärt worden ist.

## C. Sonstiges

- a) Das Kapitel 11 04 (Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften) ist in je ein Kapitel für die drei Oberlandesgerichtsbezirke (Kapitel 11 16 bis 11 18) und die drei Generalstaatsanwaltschaften (Kapitel 11 19 bis 11 21) aufgeteilt worden.
- b) Bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften sowie im Justizministerium wird die Flexibilisierung der Haushaltsführung mit dezentraler Ressourcenverantwortung mit folgenden Maßgaben fortgeführt:
  - 1. Erfasst sind
    - bei den Einnahmen Titel 132 01 und
    - bei den Ausgaben die Hauptgruppen 5 – ohne Titel 529 10, 529 11, 532 11 bis 532 20 – und 8.
  - 2. Die Ansätze sind jeweils innerhalb der
    - Hauptgruppe 5 – ohne Titel 529 10, 529 11 und 532 11 bis 532 20 – sowie
    - Hauptgruppe 8gegenseitig deckungsfähig.  
Darüber hinaus sind die Ansätze der Hauptgruppe 5 – ohne Titel 529 10, 529 11 und 532 11 bis 532 20 – deckungsfähig zugunsten der Hauptgruppe 8.
  - 3. Die Ausgabeansätze in Hauptgruppen 5 und 8 dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei dem o.a. Einnahmetitel.
  - 4. Bei den in die Flexibilisierung einbezogenen Titeln dürfen Ausgabereste bis zur Höhe von 80 v. H. gebildet, übertragen und mit Einwilligung des MF ohne Anrechnung auf die Ausgabeansätze des Folgejahres in Anspruch genommen werden.

## Epl. 11

## Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen					Gesamteinnahmen	Personalausgaben	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst
		0	1	2	3	4			
		Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	Personal-			
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
1101	Ministerium	—	170	1	—	171	53.507	1.120	
1102	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—	—	1.150	13.919	
1104	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften	—	—	—	—	—	—	—	
1105	Justizvollzugseinrichtungen	—	2.082	6.069	—	8.151	129.900	36.321	
1108	Finanzgericht	—	1.689	—	—	1.689	6.276	873	
1109	Landesarbeitsgericht und Arbeitsgerichte	—	2.365	—	—	2.365	11.893	7.997	
1110	Oberverwaltungsgericht und Verwaltungsgerichte	—	2.929	320	—	3.249	19.810	2.924	
1112	Landessozialgericht Niedersachsen - Bremen	—	591	299	—	890	4.360	1.434	
1113	Sozialgerichte	—	2.361	—	—	2.361	9.545	8.802	
1116	Ordentliche Gerichte - Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig	—	40.486	1	—	40.487	56.594	35.984	
1117	Ordentliche Gerichte - Oberlandesgerichtsbezirk Celle	—	173.838	1	—	173.839	166.317	120.600	
1118	Ordentliche Gerichte - Oberlandesgerichtsbezirk Oldenburg	—	94.326	1	—	94.327	95.097	63.031	
1119	Staatsanwaltschaften - Generalstaatsanwaltschaft Braunschweig	—	11.813	2	—	11.815	15.009	1.955	
1120	Staatsanwaltschaften - Generalstaatsanwaltschaft Celle	—	28.817	3	—	28.820	39.573	5.908	
1121	Staatsanwaltschaften - Generalstaatsanwaltschaft Oldenburg	—	16.409	2	—	16.411	20.099	3.672	
	Summe 2005	—	377.876	6.699	—	384.575	629.130	304.540	
	Summe 2004	—	363.216	6.056	—	369.272	609.227	269.070	
	2005 mehr(+)/weniger(-)	—	+14.660	+643	—	+15.303	+19.903	+35.470	

**gaben und Verpflichtungsermächtigungen**

**Epl. 11**

Ausgaben					2005 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 - Sp. 14)	2004 Überschuss Zuschuss (-)	2005 Verbesserung Verschlechterung (-) (Sp. 15 - Sp. 16)	Verpflichtungs- ermächtigungen
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsför- dermaßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben				
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
1	—	30	-4.462	50.196	-50.025	-24.657	-25.368	—
1.873	—	10.413	—	27.355	-27.355	-24.461	-2.894	591
—	—	—	—	—	—	-294.075	294.075	—
11.642	—	1.488	16.777	196.128	-187.977	-173.458	-14.519	1.009
180	—	—	—	7.329	-5.640	-5.893	253	—
2	—	47	554	20.493	-18.128	-17.287	-841	—
—	—	—	1.214	23.948	-20.699	-20.780	81	—
—	—	—	235	6.029	-5.139	-4.912	-227	—
—	—	—	460	18.807	-16.446	-15.283	-1.163	—
603	—	50	5.820	99.051	-58.564	—	-58.564	—
1.920	—	506	12.765	302.108	-128.269	—	-128.269	705
880	—	155	4.950	164.113	-69.786	—	-69.786	6
50	—	—	840	17.854	-6.039	—	-6.039	—
148	—	103	1.447	47.179	-18.359	—	-18.359	—
80	—	19	862	24.732	-8.321	—	-8.321	—
17.379	—	12.811	41.462	1.005.322	-620.747	-580.806	-39.941	2.311
19.868	—	12.109	39.804	950.078				4.305
-2.489	—	+702	+1.658	+55.244				-1.994

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1101 Ministerium**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
		<p>*** Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO für dieses Kapitel verbindlich.</p> <p style="text-align: center;"><b>EINNAHMEN</b></p>					
111 01-1	011	Gebühren und tarifliche Entgelte		1	1	—	0
119 01-2	011	Vermischte Einnahmen		22	12	+10	23
119 02-0	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen		140	420	-280	581
124 01-6	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		6	4	+2	6
132 01-9	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		1	1	—	1
132 11-6	011	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge <i>Vgl. K-Vermerk zu 811 11.</i>		—	—	—	68
235 01-2	011	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	2
281 10-3	011	Erstattung von Prozesskosten		1	1	—	1
		<b>AUSGABEN</b>					
412 10-0	011	Entschädigung an Vorsitzende der Einigungsstellen gem. § 71 Abs. 7 Nds. PersVG und § 48 Abs. 3 Nds. Richtergesetz	—	1	1	—	—
421 01-0	011	Bezüge der Ministerin oder des Ministers	—	143	150	-7	161
421 02-9	011	Bezüge der Ministerin oder des Ministers - Übergangsgeld -	—	18	75	-57	72
422 01-7	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	8.036	7.455	+581	5.610
422 04-1	052	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—	22.965	23.270	-305	25.363
422 09-2	011	Leistungsprämien	—	—	—	—	—
422 19-0	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	91
422 31-9	011	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	10	-10	55
425 01-6	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	1.641
425 04-0	011	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	—	—	—	—
425 06-7	011	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1	1	—	—
426 01-2	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	380
426 06-3	011	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1	2	-1	0
427 01-9	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	1	4	-3	—
427 02-7	011	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	—
427 39-6	011	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 1101**

**Allgemeine Erläuterungen**

Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind für dieses Kapitel verbindlich.

**Zu 119 02**

Einnahmen aus Veröffentlichungen im Niedersächsischen Staatsanzeiger.

Weniger infolge der Zulassung von Veröffentlichungen in Insolvenzverfahren im Internet.

**Zu 412 10**

Die/Der Vorsitzende einer Einigungsstelle – § 71 Abs. 7 Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz und § 48 Abs. 3 Niedersächsisches Richterergesetz – erhält für jeden bearbeiteten Einzelfall eine Vergütung von 102,26 EUR.

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeitereinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
175,42	156,87	157,58

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
8.036	7.455	7.698

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	5,80
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	0,75
- Sonstige Veränderungen	12,00
	-----
Summe Zugänge	18,55

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	---
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	---
- Sonstige Veränderungen (Einsparungen)	---
	-----
Summe Abgänge	---

Bleibt Zugang 18,55

**Zu 422 04**

Veranschlagt sind u. a. auch Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis.

**Zu 427 01**

Für Vertretungen in Urlaubs- und Krankheitsfällen.

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1101 Ministerium**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
			2005				
			2004				
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
441 01-1	940	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	—	21.584	21.181	+403	20.263
441 02-0	940	Beihilfen für Angestellte	—	55	58	-3	51
441 03-8	940	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1	4	-3	1
441 04-6	940	Beihilfen für Sonstige	—	1	1	—	—
441 06-2	227	Pflegebeihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	—	25	23	+2	23
443 01-4	940	Fürsorgeleistungen	—	508	402	+106	507
443 02-2	940	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	1	1	—	—
443 10-3	011	Aufwendungen für Leistungen nach dem Arbeitssicherheitsgesetz	— 435	145	100	+45	99
443 11-1	940	Kostenerstattungen an Landesbedienstete für Rechtsschutz in Strafsachen	—	—	—	—	—
453 01-0	011	Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	21	20	+1	38
459 11-5	011	Außerordentliche Zuwendungen an Bedienstete der Justizverwaltung	—	—	1	-1	—
462 10-8	981	Globale Minderausgabe für Personalausgaben	—	—	—	—	—
511 01-0	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	327	337	-10	253
514 01-9	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	24	24	—	29
517 01-8	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	190	190	—	170
518 01-4	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	200	200	—	191
518 02-2	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	57	57	—	86
519 01-0	011	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	5	5	—	5
519 10-0	011	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	2	2	—	0
526 01-7	011	Sachverständige	—	5	5	—	6
526 02-5	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	11	11	—	6
527 01-3	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	80	80	—	76
527 02-1	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	26	26	—	27
529 10-5	011	Zur Verfügung der Ministerin oder des Ministers	—	5	5	—	5
529 11-3	011	Zur Verfügung des Justizministeriums für justizielle Zusammenarbeit mit anderen Landesjustizverwaltungen	—	1	—	+1	—
531 10-0	011	Veröffentlichungen *** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.	—	39	39	—	72
531 11-8	011	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	—	2	2	—	0
546 01-8	011	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	—
546 03-4	011	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	2	2	—	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 443 01**

Mehr entsprechend dem Istergebnis 2003.

**Zu 443 10**

Verpflichtungsermächtigungen zur Eingehung vertraglicher Bindungen für Leistungen nach dem Arbeitssicherheitsgesetz.

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	145	–	145
2006	–	145	–	145
2007	–	145	–	145
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	435	–	435

**Zu 514 01**

**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1.1.2004	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Pkw	4	4	4

**Zu 518 01**

Verpflichtungsermächtigung für den Abschluss eines langfristigen Mietvertrages für das Landesjustizprüfungsamt.

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	151	–	–	151
2006	151	–	–	151
2007	153	–	–	153
2008	153	–	–	153
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	608	–	–	608

**Zu 527 02**

Die Mitglieder des beratenden Ausschusses nach § 11 SGG und – für den Fall ihrer Verhinderung – ihre Vertreter/-innen erhalten, soweit sie nicht dem öffentlichen Dienst angehören, eine Entschädigung für den ihnen aus der Teilnahme an Sitzungen erwachsenden Verdienstausfall und Aufwand sowie Ersatz der Fahrkosten nach den Vorschriften des Gesetzes über die Entschädigung der ehrenamtlichen Richter.

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1101 Ministerium**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004	2004	2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
547 10-3	011	Dienstleistungen Außenstehender	—	1	1	—	4
549 01-7	989	Globale Minderausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	-1.203	+1.203	—
681 10-1	011	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen <i>*** Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig.</i>	—	—	—	—	1
686 10-3	011	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	1	1	—	0
811 01-3	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
811 11-0	011	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.</i>	—	—	—	—	68
812 10-9	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	43
812 11-7	011	Erwerb von landeseigenen Telekommunikationsanlagen	—	—	—	—	—
812 59-1	011	Globalansatz für den Erwerb beweglicher Sachen	—	—	—	—	—
972 05-0	989	Globale Minderausgabe - Straffung der Förderpolitik u.a. -	—	—	—	—	—
972 11-4	989	Globale Minderausgabe <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.</i>	—	-4.926	-4.927	+1	—
981 11-3	990	Abführung an 13 21 - 381 11	—	464	486	-22	463
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 96</b>		<b>Reformdividende</b>	(—)	(—)	(—)	(—)	(701)
429 96-8	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	0
547 96-0	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	372
711 96-5	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	106
812 96-6	960	Sonstige Ausgaben für Investitionen	—	—	—	—	223
<b>TGr. 98/99</b>		<b>Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik</b>	(—)	(173)	(264)	(-91)	(156)
511 99-0	052	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte	—	125	128	-3	37
525 98-3	052	Aus- und Fortbildung durch IZN	—	—	—	—	—
525 99-1	052	Sonstige Aus- und Fortbildung	—	6	6	—	1
538 98-8	052	Dienstleistungen des IZN	—	—	—	—	—
538 99-6	052	Sonstige Dienstleistungen	—	12	130	-118	6
812 99-0	052	Erwerb von Geräten	—	30	—	+30	112

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 547 10**

Für Hilfe bei rechtstatsächlichen Untersuchungen u. ä.

**Zu 686 10**

Beiträge für den Deutschen Juristentag e. V. in Bonn und die Juristische Studiengesellschaft Hannover.

**Zu 972 11**

Zum Ausgleich des Haushalts. Der Beitrag zum Haushaltsausgleich kann auch durch Mehreinnahmen erbracht werden, soweit diesen keine entsprechenden Mehrausgaben gegenüber stehen.

**Zu 981 11**

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

**Zu Titelgruppe 98/99**

Mittel für die Ersatzbeschaffung und Instandhaltung von Geräten für die Aufrechterhaltung und den Ausbau der Bürokommunikation einschl. Verbrauchsbedarf und Schulungen.

**Zu 812 99**

Umstellung der Netzwerk-Architektur auf Server-based Computing (Terminal Services).

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1101 Ministerium**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 1101</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		170	438	-268	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		1	1	-	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		171	439	-268	
		4 Personalausgaben	-	53.507	29.489	+24.018	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	435	1.120	47	+1.073	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	-	1	1	-	
		7 Baumaßnahmen	-	-	-	-	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	-	30	-	+30	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	-	-4.462	-4.441	-21	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	-	50.196	25.096	+25.100	
		<b>Zuschuss</b>	435	50.025	24.657	+25.368	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1102 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
		<p>*** Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO für dieses Kapitel verbindlich.</p> <p style="text-align: center;"><b>E I N N A H M E N</b></p>					
119 01-6	011	Vermischte Einnahmen		—	—	—	—
272 74-4	052	Zuschüsse von der EU Vgl. K-Vermerk zu 547 74.		—	—	—	—
		<b>A U S G A B E N</b>					
427 10-1	011	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung *** Beträge, die für Teilnehmer/-innen anderer Verwaltungen an Ausbildungsveranstaltungen der Nds. Justizverwaltung erstattet werden, sind abweichend von § 35 Abs.1 LHO durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.	—	1.150	1.200	-50	834
511 01-3	052	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	2.200	2.100	+100	1.930
518 02-6	052	Kosten der zentralen Anmietung von Maschinen und Gerät	—	—	—	—	—
525 01-4	052	Aus- und Fortbildung der Bediensteten *** Beträge, die für Teilnehmer/-innen anderer Verwaltungen an Aus- oder Fortbildungsveranstaltungen der Nieders. Justizverwaltung erstattet werden, sind abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.	—	2.063	1.963	+100	1.829
529 10-9	052	Zur Verfügung des Justizministeriums für internationale justizielle Zusammenarbeit	—	1	1	—	—
632 10-4	052	Anteil an den Kosten der Deutschen Richtera-kademie in Trier und Wustrau	—	150	160	-10	141
632 11-2	052	Anteil an den Kosten eines gemeinsamen Prüfungsamts in Berlin	—	1	2	-1	0
632 12-0	052	Anteil an den Kosten des Landgerichts Berlin zur Bewältigung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität	—	34	50	-16	—
632 13-9	052	Anteil an den Verwaltungskosten der Zentr. Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Verbrechen	—	110	110	—	64
632 14-7	052	Anteil an den Kosten der Neuordnung der bundeseinheitlichen Systeme zur Personalbedarfsberechnung	—	47	47	—	—
686 10-7	178	Anteil an den Kosten der Kriminologischen Zentralstelle e. V.	—	35	35	—	32
686 11-5	052	Zuwendungen für die Durchführung des Täter-Opfer-Ausgleichs in Strafverfahren gegen erwachsene Täter	286 365	286	365	-79	357
686 12-3	052	Zuwendungen für berufsqualifizierende Maßnahmen für Straffällige	305 413	305	413	-108	317
686 14-0	052	Zuwendung an die "Stiftung Opferhilfe Niedersachsen"	—	—	175	-175	—
		<b>Titelgruppe(n)</b>					
<b>TGr. 74/75</b>		<b>Kosten des Landespräventionsrates</b>	(—)	(472)	(512)	(-40)	(496)

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Kapitel 1102**

**Allgemeine Erläuterungen**

Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind für dieses Kapitel verbindlich.

**Zu 427 10**

Zentrale Veranschlagung für den Epl. 11

1. Lehrvergütungen für nebenamtliche	
Lehrkräfte	750.000 EUR
2. Prüfungsvergütungen	400.000 EUR
Zusammen	1 150 000 EUR

Zu 1.:

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen richtet sich nach den aufgrund des Runderlasses des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664), geändert durch Runderlass des MF vom 9. 8. 2000 (Nds. MBl. S. 568), zu beachtenden Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Zu 2.:

Die Höhe der veranschlagten Prüfervergütungen richtet sich nach den aufgrund des Runderlasses des MF vom 7. 5. 1991 (Nds. MBl. S. 751), geändert durch Runderlass des MF vom 9. 8. 2000 (Nds. MBl. S. 569) und des Runderlasses des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 666), geändert durch Runderlass des MF vom 9. 8. 2000 (Nds. MBl. S. 569) zu beachtenden Vorschriften.

25 v. H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Der/Die Präsident/-in und die Vizepräsidenten/-innen des Landesjustizprüfungsamtes erhalten für ihre nebenamtliche Tätigkeit, die nicht Prüfungstätigkeit ist, eine Vergütung. Der/Die Präsident/-in erhält 153,39 EUR, die beiden Vizepräsidenten/-innen erhalten je 102,26 EUR monatlich.

**Zu 511 01**

Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 11

1. Kosten der zentralen Beschaffung von Vordrucken u.ä.
2. Kosten der Nutzung von beck-online

**Zu 525 01**

Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 11.

**Zu 632 10**

Die Deutsche Richterakademie in Trier und Wustrau ist eine gemeinsame Einrichtung des Bundes und der Länder. Träger sind die Länder Brandenburg und Rheinland-Pfalz. Die laufenden Kosten tragen Bund und Länder je zur Hälfte. Der auf die Länder entfallende Anteil wird von ihnen gemeinsam aufgebracht.

**Zu 632 11**

Anteil an den Kosten eines gemeinsamen Prüfungsamtes in Berlin zur Abnahme der Eignungsprüfung für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft für Bewerber aus dem Gebiet der EU.

**Zu 632 12**

Durch die strafgerichtliche Bewältigung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität entstehen beim Landgericht Berlin zusätzliche Personal- und Sachkosten.

Die Mehrausgaben sollen von Bund und Ländern je zur Hälfte getragen werden. Der danach auf die Länder entfallende Anteil wird

**Noch zu 632 12**

nach dem Königsteiner Schlüssel umgelegt.

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	34	–	–	34
2006	–	–	–	–
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	34	–	–	34

**Zu 632 13**

Nach einer Vereinbarung der Landesjustizverwaltungen ist im Lande Baden-Württemberg eine Zentrale Stelle zur Vorbereitung und Koordinierung der Verfolgung nationalsozialistischer Verbrechen errichtet worden. Die Kosten dieser Stelle werden zunächst von Baden-Württemberg verauslagt und werden von den Ländern anteilig erstattet.

**Zu 632 14**

Beteiligung an den in Baden-Württemberg zu leistenden Ausgaben für die mit externer Hilfe zu entwickelnden bundeseinheitlichen Systeme für Personalbedarfsberechnung im richterlichen und nicht-richterlichen Dienst.

Ausbringung von Verpflichtungsermächtigungen für die Ausweitung des Projekts auf die Fachgerichtsbarkeiten.

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	47	–	–	47
2006	–	–	–	–
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	47	–	–	47

**Zu 686 10**

Die Kriminologische Zentralstelle wurde als gemeinsame Einrichtung des Bundes und der Länder in Wiesbaden errichtet. Träger ist das Land Hessen. Die laufenden Kosten tragen Bund und Länder je zur Hälfte. Der auf die Länder entfallende Anteil wird von ihnen gemeinsam aufgebracht.

**Zu 686 11**

Zuwendungen gemäß der TOA-Richtlinie v. 10. 3. 2000 (Nds. Rpfl. S. 95) an freie Träger zur Durchführung des Täter-Opfer-Ausgleichs in Strafverfahren gegen erwachsene Straftäter.

Weniger infolge Umsetzung der Einsparverpflichtungen aus dem für den Einzelplan 11 ermittelten Konsolidierungspotential.

Ausbringung von Verpflichtungsermächtigungen zur weiteren



**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu 686 11**

Gewährung von Zuwendungen.

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	365	–	365
2006	–	–	286	286
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	365	286	651

**Zu 686 12**

Zuwendungen gemäß Fördergrundsätzen vom 8.4.1992 4443 I – 302 91 – an Vereine zum Aufbau von Beschäftigungs- und Wohnraumprojekten.

Weniger infolge Umsetzung der Einsparverpflichtungen aus dem für den Einzelplan 11 ermittelten Konsolidierungspotential.

Ausbringung von Verpflichtungsermächtigungen zur weiteren Gewährung von Zuwendungen.

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	413	–	413
2006	–	–	305	305
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	413	305	718

**Zu 686 14**

Zuwendungen gemäß der Richtlinie v. 02.11.2001 (Nds. Rpfl. S. 450) an die „Stiftung Opferhilfe Niedersachsen“ für die Hilfeleistung zugunsten von Opfern von Straftaten und für die Unterstützung von Maßnahmen, Projekten, Einrichtungen und wissenschaftlichen Untersuchungen, die der Opferhilfe und dem Opferschutz dienen.

Ohne Ansatz infolge Umsetzung der Einsparverpflichtungen aus dem für den Einzelplan 11 ermittelten Konsolidierungspotential.

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1102 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
527 75-0	052	Reisekostenvergütungen	—	9	9	—	14
547 74-3	052	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben für EU-Programme <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 272 74.</i> <i>*** Darüber hinaus dürfen gem. § 35 Abs. 2 LHO Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks an anderer Stelle des Landeshaushalts zusätzlich geleistet werden, wenn Mittel für diesen Zweck veranschlagt sind.</i>	—	—	—	—	—
547 75-1	052	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben <i>*** Erstattungen Dritter zu den Veranstaltungen des Landespräventionsrates werden abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt.</i>	—	178	178	—	212
684 75-9	052	Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen und Projekten der Präventionsarbeit	—	285	325	-40	270
686 75-1	052	Anteil an den Kosten des Deutschen Forums für Kriminalprävention	—	—	—	—	—
<b>TGr. 98/99</b>		<b>Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik</b>	(—)	(20.501)	(17.328)	(+3.173)	(14.270)
511 99-4	052	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte	—	3.496	3.510	-14	3.272
518 98-0	052	Anmietung von Software	—	—	—	—	—
518 99-9	052	Anmietung von Hardware	—	—	—	—	5
519 99-5	052	Unterhaltung baulicher Anlagen	—	30	21	+9	6
525 98-7	052	Aus- und Fortbildung durch IZN	—	24	24	—	18
525 99-5	052	Sonstige Aus- und Fortbildung	—	1.600	990	+610	795
538 98-1	052	Dienstleistungen des IZN	—	1.488	1.159	+329	1.004
538 99-0	052	Sonstige Dienstleistungen	—	2.830	1.560	+1.270	1.302
632 99-6	052	Erstattungen an Länder	—	315	310	+5	270
671 99-1	052	Erstattungen an Inland	—	305	305	—	169
812 99-4	052	Erwerb von Geräten	—	10.413	9.449	+964	7.429
		<b>Abschluss Kapitel 1102</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		—	—	—	
		4 Personalausgaben	—	1.150	1.200	-50	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	13.919	11.515	+2.404	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	591 778	1.873	2.297	-424	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	10.413	9.449	+964	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	591 778	27.355	24.461	+2.894	
		<b>Zuschuss</b>		27.355	24.461	+2.894	

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 547 74**

Mittel für diesen Zweck sind auch bei 11 02 – 547 75 veranschlagt.

**Zu 684 75**

Zuwendungen zur Förderung kriminalpräventiver Projekte und wissenschaftlicher Untersuchungen zur Kriminalprävention gemäß der Richtlinie v. 23.2.2004 (Nds. Rpfl. S. 63) sowie für Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus im Land Niedersachsen.

Weniger infolge Umsetzung der Einsparverpflichtungen aus dem für den Einzelplan 11 ermittelten Konsolidierungspotential.

**Zu Titelgruppe 98/99**

Zentrale Veranschlagung der Haushaltsmittel für den nachgeordneten Geschäftsbereich.

**Zu 511 99**

Umsetzung der Einsparverpflichtungen sowie Berücksichtigung des Bedarfs für die Einführung der elektronischen Registerführung zur Erfüllung von EU – Vorgaben (SLIM-IV-Richtlinie) zum 1.1.2007 (Projekt RegisSTAR).

**Zu 525 99**

Mehr aufgrund der flächendeckenden Umstellung aller 15.000 Bildschirmarbeitsplätze auf neue MS – Softwareprodukte im Rahmen des Projekts „Migration der IT in der Justiz“ sowie der Realisierung der elektronischen Registerführung (Projekt RegisSTAR).

**Zu 538 98**

Mehr infolge der Realisierung der elektronischen Registerführung (Projekt RegisSTAR) sowie Ausweitung des maschinellen Mahnverfahrens (Projekt AGMV).

**Zu 538 99**

Aufwendungen für Programmierarbeiten, Installationsunterstützungen und Beratungsleistungen insbesondere in den Projekten EUREKA, EUREKA-Fach, web.sta und SolumSTAR.

Mehr aufgrund notwendiger externer Unterstützungsleistungen im Rahmen des Projekts „Migration der IT in der Justiz“ sowie der Realisierung der elektronischen Registerführung (Projekt RegisSTAR) und für die Fremderfassung von Belegen infolge der Zunahme des Mahnaufkommens im maschinellen Mahnverfahren (Projekt AGMV).

**Zu 632 99**

Erstattung der anteiligen Programmpflege- und -weiterentwicklungskosten für das Buchführungs- und Abrechnungssystem im Strafvollzug (BASIS-web) an das Land Nordrhein-Westfalen und das maschinelle Mahnverfahren (AGMV) an das Land Baden-Württemberg.

**Zu 671 99**

Erstattung an die juris-GmbH für die online-Nutzung des juristischen Informationsdienstes juris auf allen Arbeitsplätzen im Geschäftsbereich der niedersächsischen Justiz.

**Zu 812 99**

	in 1000 EUR
Neubeschaffungen:	
Beschaffungen für das Projekt RegisSTAR	413
Beschaffungen für das Projekt SolumSTAR	650
Beschaffungen für das Projekt AGMV	116
Ergänzungsbeschaffungen:	
Beschaffungen für das Projekt EUREKA	153
Beschaffungen für das Projekt BASIS-web	60
Beschaffungen für das Projekt EUREKA-Fach	40
Beschaffungen für das Projekt web.sta	50
Beschaffungen für das Projekt Bewährungshilfe	150
Ersatzbeschaffungen:	
Beschaffungen für das Projekt EUREKA	2.632
Beschaffungen für das Projekt BASIS-web	620
Beschaffungen für das Projekt EUREKA-Fach	360
Beschaffungen für das Projekt web-sta	1.375
Beschaffungen für die Justizfirewall	730
Beschaffungen von LTO - Streamern	468
Beschaffungen von MS - Lizenzen	1.896
Beschaffungen für das Projekt „Migration der IT in der Justiz“	700
Zusammen	10.413

Mehr für notwendige Beschaffungen für die Realisierung der elektronischen Registerführung (Projekt RegisSTAR) sowie unverzichtbare Ersatzbeschaffungen für die Justizfirewall, für die Datensicherung (LTO – Streamer) und die Umsetzung der mit der Firma Microsoft geschlossenen Verträge zur Realisierung des Projekts „Migration der IT in der Justiz“ (Aufbau eines zentralen Verzeichnisdienstes, Serverkonsolidierung und Lizenzen für den Umstieg auf neue MS-Softwareprodukte).

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1104 Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
112 01-9	052	Gerichtskosten, Geldstrafen, Geldbußen, Sicherheitsleistungen <i>*** Die Rückzahlung der vereinnahmten Si- cherheitsleistung erfolgt abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzen von der Einnahme.</i>		—	345.000	-345.000	328.276
119 01-3	052	Vermischte Einnahmen		—	700	-700	1.289
119 02-1	052	Einnahmen aus Veröffentlichungen		—	—	—	0
119 04-8	052	Einnahmen aus dem Verkauf des Firmentik- kets von Verkehrsunternehmen an Landes- bedienstete <i>Vgl. K-Vermerk zu 546 04.</i>		—	—	—	231
119 10-2	052	Ersatzleistungen		—	200	-200	346
119 11-0	052	Einnahmen aus Intensivierung von Verfall und Einziehung		—	6.000	-6.000	3.529
124 01-7	052	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		—	230	-230	221
132 01-0	052	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		—	24	-24	35
132 11-7	052	Erlöse aus der Veräußerung personenbezo- gener Dienstkraftfahrzeuge <i>Vgl. K-Vermerk zu 811 11.</i>		—	—	—	141
235 01-3	052	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbe- schaffung		—	—	—	132
235 10-2	052	Zuweisungen von Sozialhilfeträgern <i>Vgl. K-Vermerk zu 427 01.</i>		—	—	—	93
281 10-4	052	Erstattung von Prozesskosten		—	10	-10	7
		Summe für inzwischen weggefallene Titel			63	-63	
<b>AUSGABEN</b>							
412 10-1	052	Entschädigung der ehrenamtlichen Richt- erinnen, Richter, Beisitzerinnen und Beisitzer	—	—	1.845	-1.845	1.664
412 11-0	052	Entschädigung für ehrenamtliche Bewäh- rungshelferinnen und Bewährungshelfer (einschl. Reisekosten)	—	—	38	-38	21
422 01-8	052	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtin- nen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbud- gets	—	—	354.291	-354.291	246.445
422 06-9	052	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	40	-40	15
422 19-0	052	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	2.959
422 31-0	052	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Frei- stellung bei Personalüberhang	—	—	37	-37	115
425 01-7	052	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	104.499
425 04-1	052	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	—	5.143	-5.143	4.282
425 06-8	052	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	12	-12	4
426 01-3	052	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	5.161
426 06-4	052	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	40	-40	47
427 01-0	052	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte <i>Übertragbar.</i>	—	—	294	-294	303

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Kapitel 1104**

**Allgemeine Erläuterungen**

Das Kapitel 11 04 (Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften) ist in je ein Kapitel für die drei Oberlandesgerichtsbezirke (Kapitel 11 16 bis 11 18) und die drei Generalstaatsanwaltschaften (Kapitel 11 19 bis 11 21) aufgeteilt worden.

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1104 Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004	2004	2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
noch 427 01-0		<i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 235 10.</i>					
427 02-8	052	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	156
427 10-9	052	Entschädigung der Lehrkräfte in den Gruppenarbeitsgemeinschaften für die praktische Studienzzeit	—	—	28	-28	23
427 11-7	052	Beschäftigungsentgelte für Rechts- und andere Praktikantinnen/Praktikanten	—	—	330	-330	245
427 39-7	052	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	813	-813	806
453 01-0	052	Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	—	1.066	-1.066	622
453 11-8	052	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	195	-195	181
459 10-8	052	Entschädigungen der Vollstreckungsbeamtinnen und Vollstreckungsbeamten (einschl. Reisekosten und sonstiger barer Auslagen)	—	—	23.500	-23.500	24.607
511 01-0	052	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	25.810	-25.810	23.831
514 01-0	052	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	—	122	-122	102
514 10-9	052	Betreuungskosten im Rahmen der Bewährungshilfe, der Führungsaufsicht und der Gerichtshilfe	—	—	15	-15	14
517 01-9	052	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	8.925	-8.925	8.546
518 01-5	052	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	4.061	-4.061	3.645
518 02-3	052	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	—	998	-998	1.001
519 01-1	052	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	304	-304	293
519 10-0	052	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	—	57	-57	42
519 11-9	052	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	—	20	-20	22
526 01-8	052	Sachverständige	—	—	52	-52	26
526 02-6	052	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	35	-35	40
526 10-7	052	Zinsen hinterlegter Gelder und Auslagen in Hinterlegungssachen	—	—	270	-270	-42
527 01-4	052	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	1.080	-1.080	1.088
527 02-2	052	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenanlagen	—	—	21	-21	20
529 10-6	052	Zur Verfügung der Präsidentinnen/Präsidenten der Oberlandesgerichte und der Generalstaatsanwältinnen/Generalstaatsanwälte	—	—	—	—	6
532 10-7	052	Auslobungen und Belohnungen	—	—	3	-3	—
532 11-5	052	Entschädigungen beigeordneter Anwältinnen und Anwälte	—	—	46.000	-46.000	48.914

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1104 Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
			2005	2005	2004		
			2004				
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
532 12-3	052	Zeugenentschädigungen	—	—	7.000	-7.000	6.031
532 13-1	052	Sachverständigenentschädigungen	—	—	44.000	-44.000	46.135
532 14-0	052	Untersuchungs- und Unterbringungskosten	—	—	5.000	-5.000	4.630
532 15-8	052	Bekanntmachungskosten	—	—	7.700	-7.700	9.517
532 16-6	052	Sonstige Verfahrensauslagen	—	—	1.170	-1.170	1.205
532 17-4	052	Reisekosten des Gerichts	—	—	210	-210	222
532 18-2	052	Kosten der Beratungshilfe	—	—	5.100	-5.100	5.124
532 19-0	052	Entschädigungen aufgrund des Betreuungsgesetzes	—	—	45.000	-45.000	49.610
532 20-4	052	Vergütungen und Auslagen nach der Insolvenzrechtlichen Vergütungsverordnung	—	—	1.005	-1.005	1.530
536 10-2	052	Kosten der Gefangenenbeförderung und Vorführungskosten (einschl. Reisekosten)	—	—	69	-69	79
546 01-9	052	Vermischte Ausgaben	—	—	3	-3	8
546 03-5	052	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	—	69	-69	17
546 04-3	052	Ausgaben für den Kauf des Firmentickets von Verkehrsunternehmen <i>Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 04.</i>	—	—	—	—	217
681 10-2	052	Schadensersatzleistungen und Unfallschädigungen <i>*** Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig.</i>	—	—	205	-205	69
681 11-0	052	Entschädigungen (auch aus Billigkeitsgründen) an Beschuldigte in Strafsachen	—	—	2.800	-2.800	2.551
681 12-9	052	Betreuung von Sexualdelinquenten und Gewalttätern im Rahmen der Bewährungshilfe <i>*** Beträge, die erstattet werden, sind abweichend von § 35 Abs.1 LHO durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.</i>	—	—	18	-18	14
686 10-4	059	Zuwendungen für die Fortbildung von Schiedspersonen	—	—	3	-3	3
811 01-4	052	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	62	-62	35
811 11-1	052	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.</i>	—	—	—	—	141
812 10-0	052	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	318	-318	623
812 11-8	052	Erwerb von landeseigenen Telekommunikationsanlagen	—	—	394	-394	177
812 12-6	052	Erwerb von besonderen Betriebseinrichtungen	—	—	—	—	—
812 59-2	052	Globalansatz für den Erwerb beweglicher Sachen	—	—	—	—	—
981 10-6	990	Abführung an 1321 - 381 22 zur Refinanzierung des Sondervermögens Landesliegenschaftsfonds Niedersachsen	—	—	400	-400	—
981 11-4	990	Abführung an 13 21 - 381 11	—	—	27.061	-27.061	26.196
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—	—	23.270	-23.270	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1104 Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004 1000 EUR	Ansatz 2005 1000 EUR	Ansatz 2004 1000 EUR	+ = mehr - = weniger 1000 EUR	Ist 2003 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 1104</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		–	352.154	-352.154	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		–	73	-73	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		–	352.227	-352.227	
		4 Personalausgaben	–	–	410.942	-410.942	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	–	–	204.099	-204.099	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	–	–	3.026	-3.026	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	–	–	774	-774	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	–	–	27.461	-27.461	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	–	–	646.302	-646.302	
		<b>Zuschuss</b>			294.075		

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1105 Justizvollzugseinrichtungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<p>*** Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 ist Nr. 2 der "Allgemeinen Erläuterungen" zum Kapitel 11 05 verbindlich.</p> <p style="text-align: center;"><b>EINNAHMEN</b></p>					
111 10-5	056	Haftkostenbeiträge der Gefangenen		310	310	—	343
111 11-3	056	Erstattung der Pflegekosten des Mutter-Kind-Heimes		229	229	—	374
112 01-2	056	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		3	3	—	1
119 01-7	056	Vermischte Einnahmen		110	110	—	196
119 10-6	056	Ersatzleistungen		180	180	—	231
121 10-0	859	Ablieferungen aus Arbeitsbetrieben i.S.d. § 26 LHO - Justizvollzugsarbeitsverwaltung -		800	1.100	-300	248
124 01-0	056	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		300	300	—	327
125 10-6	056	Einnahmen aus den durch die Bundesagentur für Arbeit geförderten Berufsvorbereitungs- und Umschulungslehrgängen <i>Vgl. K-Vermerk zu 525 10.</i>		50	50	—	123
125 11-4	056	Einnahmen aus der Teilnahme an der Verpflegung der Gefangenen		72	72	—	85
125 12-2	056	Einnahmen für Unterkunft und Verpflegung in der Fachhochschule		1	1	—	1
125 68-8	056	Einnahmen für Unterkunft und Verpflegung in der Justizvollzugsschule		15	10	+5	22
129 10-1	056	Sonstige Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit		—	—	—	45
132 01-3	056	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		12	12	—	10
231 10-0	056	Erstattungen von Verwaltungskosten durch den Bund		150	150	—	163
232 10-7	056	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Ländern		220	180	+40	1.271
235 01-7	056	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	17
235 64-5	056	Sonstige Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit für sozialpädagogische Fachkräfte für Umschulungslehrgänge <i>Vgl. K-Vermerk zu 425 64.</i>		118	118	—	100
236 10-2	056	Erstattung von Aufwendungen für Berufsvorbereitungs- und Umschulungslehrgänge durch die Bundesagentur für Arbeit <i>Vgl. K-Vermerk zu 525 10.</i>		100	100	—	527
261 10-7	056	Erst. anteiliger Pers.- u. Sachkosten der Arbeitsbetriebe im Sinne des § 26 LHO		5.185	4.600	+585	4.837
281 10-8	056	Erstattung von Prozesskosten		3	3	—	—
282 10-4	056	Anteile der Gefangenen an den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung		285	285	—	209
282 69-4	056	Zuschüsse Dritter zur Gefangenenbetreuung <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 69.</i>		8	8	—	48

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Kapitel 1105**

**Allgemeine Erläuterungen**

Nr. 2 der nachstehenden allgemeinen Erläuterungen ist für dieses Kapitel verbindlich.

1. Es sind vorhanden: 18 Justizvollzugsanstalten und 35 angeschlossene Abteilungen, 4 Jugendarrestanstalten und 1 Bildungsinstitut des niedersächsischen Justizvollzuges.
2. Im Kapitel 11 05 sind im Rahmen des Modellversuchs „Wirtschaftliche Eigenverantwortung“ gegenseitig deckungsfähig: Die Ausgaben der Hauptgruppen 5, 6, 7 und 8 – ohne die Titel 525 10, 632 10, 671 10, 681 13, 636 10 – sowie der Titelgruppen 61, 62/63, 64 und 65/67 – ohne den Titel 425 64 –.

Die Ausgaben der Hauptgruppen 5, 6, 7 und 8 sowie der Titelgruppen 61, 62/63, 64 und 65/67 – ohne den Titel 425 64 – des Kapitels dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei 129 10.

Die Ausgaben der Hauptgruppen 5, 6, 7 und 8 sowie der Titelgruppen 61, 62/63, 64 und 65/67 – ohne den Titel 425 64 – des Kapitels dürfen überschritten werden bis 65 v. H. der Ist-Einnahmen bei 125 11.

Die Ausgaben der Hauptgruppen 5, 6, 7 und 8 sowie der Titelgruppen 61, 62/63, 64 und 65/67 – ohne den Titel 425 64 – des Kapitels erhöhen oder vermindern sich um 50 v. H. der Mehr- oder Mindereinnahmen bei 111 10, 111 11, 112 01, 119 01, 119 10, 124 01 oder 132 01.

Ausgabereste dürfen gebildet, übertragen und mit Einwilligung des MF bis zur Höhe von 80 v. H. in Anspruch genommen werden. Bei der Obergruppe 81 wird zugelassen, dass von den Erläuterungen abgewichen wird. Minderausgaben der Hauptgr. 8 dürfen abweichend von § 20 Abs. 2 LHO nicht für Mehrausgaben bei den übrigen Titeln verwendet werden.

**Zu 111 10**

Gefangene, denen gestattet wird, einer Arbeit, Berufsausbildung oder Umschulung auf der Grundlage eines freien Beschäftigungsverhältnisses außerhalb der Justizvollzugsanstalt ohne Aufsicht nachzugehen (Freigang), sind berechtigt, Arbeitsverträge unmittelbar mit dem Arbeitgeber abzuschließen. Von ihren Einkünften wird für Unterkunft und Verpflegung ein Haftkostenbeitrag gem. § 50 StVollzG erhoben.

**Zu 111 11**

Erstattung der Pflegekosten durch die Träger der Jugendhilfe für die Unterbringung von Kindern im Mutter-Kind-Heim der JVA für Frauen in Vechta.

**Zu 119 01**

Unter anderem auch Entschädigungen aus Anlass des Einsatzes von Dienstkraftfahrzeugen für Fahrten der Arbeitsbetriebe i. S. des § 26 LHO oder in Fällen des § 35 StVollzG sowie Rückzahlungen von Überzahlungen. Ferner auch Erstattung von Übergangsgeldern und Beileistungen sowie Einnahmen aus Umsatzprovisionen bei Warenautomaten und dgl.

**Zu 119 10**

Einnahmen aus Ersatzleistungen von Haftpflichtversicherungen für von Bediensteten erlittene Dienstunfälle, im Erstattungsverfahren und aus Kassen- und Rechnungsfehlbeträgen.

**Zu 121 10**

1. Nach den als Anlagen zum Einzelplan 11 abgedruckten Wirtschaftsplänen hat der Landesbetrieb i. S. des § 26 LHO anteilige Personal- und Sachkosten (Tit. 261 10) und Ablieferungen (Tit. 121 10) an den Haushalt abzuführen. Darauf werden Abschlagszahlungen geleistet. Unabhängig von den Wirtschaftsplänen sind hier die Schlusszahlungen des vorhergegangenen und die Abschlagszahlungen des laufenden Geschäftsjahres veranschlagt.

2. Aus den Mitteln der Arbeitsbetriebe werden in besonderen Fällen auch Arbeitsaufseher/-innen oder andere Angestellte bzw. Lohnempfänger/-innen bezahlt, die vorübergehend oder ständig (vgl. Nr. 18 Abs. 4 der Geschäftsanweisung für die Arbeitsverwaltung (GAV) zur Durchführung bestimmter Arbeitsvorhaben außerhalb der Anstalt oder als Fachkräfte in Eigenbetrieben der

**Noch zu 121 10**

Vollzugsanstalten beschäftigt werden.

**3. Übersicht**

über die aus Mitteln der Arbeitsbetriebe i. S. des § 26 LHO ständig bezahlten Angestellten und Lohnempfänger (Stellenplan)

Beschäftigungsanstalt	Beschäftigungsart	Anzahl 2005	Veranschlagt 2004
Justizvollzugsarbeitsverwaltung	Leiter der JVA	1	1
	Betriebswirt	1	1
Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel	Buchdruckermeister/in	1	1
	Setzer/-in	1	1
	Drucker/-in	1	1

**4. Übersicht**

über den Bedarf und den Bestand an Dienstkraftfahrzeugen bei den Arbeitsbetrieben i. S. des § 26 LHO

Justizvollzugsanstalt	Art des Fahrzeugs	Ist 1. 1. 2004	Soll 2004	Erforderlich für 2005
Celle	Lastkraftwagen	2	2	2
Bad Gandersheim	Lieferwagen	1	1	1
Braunschweig	VW-Bus	1	1	1
Hannover	Lastkraftwagen	1	1	1
Lingen	Lastkraftwagen	1	1	1
Lingen-Damaschke	Lastkraftwvgen	1	1	1
	PKW-Kombi	1	1	1
Oldenburg	Lastkraftwagen	1	1	1
	Lieferwagen	0	1	1
Sehnde	Lieferwagen	0	1	1
	Lastkraftwagen	0	1	2
Uelzen	VW-Bus	1	1	1
Wolfenbüttel	Lastkraftwagen	1	1	0
	VW-Bus	1	1	1
	PKW	1	1	1
Zentrale Arbeitsverwaltung	PKW-Kombi	0	0	1

Weniger infolge der Konjunkturschwäche und vermehrten Investitionen in Werkhallen und Maschinen.

**Zu 125 10**

Erlöse aus Reparaturen und aus dem Verkauf von Gegenständen, die in den von der Bundesagentur für Arbeit (BA) geförderten Umschulungslehrgängen pp. erzielt werden.

Ausgaben werden bei Titel 525 10 nachgewiesen.

**Zu 125 11**

Einnahmen aus der Teilnahme von Bediensteten und Besuchern/Besucherinnen an der Gefangenenverpflegung.



**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 125 68**

1.	17 120 Tage für Lehrgangsteilnehmerinnen und -teilnehmer		– EUR
2.	620 Tage für das aus 425 68, 426 01 und 426 68 entlohnte Schulpersonal je 6,50 EUR (zur Verpfl.)		4 030 EUR
3.	210 Tage für das übrige Schulpersonal		1 365 EUR
4.	1 470 Tage für externe Teilnehmer		9 555 EUR
	<hr/> 19 420 Tage	Zusammen	<hr/> 14 950 EUR
		rd.	15 000 EUR

Mehr durch die vermehrte Teilnahme an der Gefangenenverpflegung.

**Zu 129 10**

Beteiligung der Justizvollzugsanstalten aus den Überschüssen der Arbeitsbetriebe.

**Zu 231 10**

Erstattungen des Bundes in Staatsschutz-Strafsachen gem. AV vom 29. 3. 1995 – Nds. Rpfl. S. 81 –.

**Zu 232 10**

Erstattungen der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein für die Unterbringung von weiblichen Jugendstrafgefangenen in der JVA für Frauen in Vechta sowie des Landes Bremen aufgrund des Verwaltungsabkommens vom 23. 12. 1988.

Mehr durch eine vermehrte Aufnahme von Gefangenen.

**Zu 235 64**

Vgl. Erläuterungen zu 425 64.

**Zu 236 10**

Erstattung der Aufwendungen für Grundausbildungs- und Umschulungslehrgänge in Justizvollzugsanstalten durch die BA.

Die Ausgaben werden bei Titel 525 10 nachgewiesen.

**Zu 261 10**

Vgl. Erläuterungen zu 121 10 und Anlagen zu Einzelplan 11.

Mehr durch die Erhöhung des Lohnaufkommens.

**Zu 282 69**

Geldspenden Außenstehender zugunsten der Betreuung der Gefangenen (AV v. 20. 9. 1995 – Nds. Rpfl. S. 299).

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1105 Justizvollzugseinrichtungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
			2005				
			2004				
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
<b>A U S G A B E N</b>							
422 01-1	056	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	126.315	113.256	+13.059	102.347
422 04-6	056	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—	1.864	1.864	—	5.417
422 06-2	056	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	8	8	—	2
422 19-4	056	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	603
425 01-0	056	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	18.388
425 03-7	056	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	43
425 06-1	056	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	5	5	—	—
426 01-7	056	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	1.868
426 03-3	056	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	159
426 04-1	056	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	180	180	—	194
426 06-8	056	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	10	20	-10	6
427 01-3	056	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	10	20	-10	7
427 02-1	056	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	16
427 10-2	056	Beschäftigungsentgelte für Praktikanten/ Praktikantinnen im Sozial- und Erziehungsdienst	—	51	51	—	27
427 39-0	056	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	135	135	—	83
441 03-2	056	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1	1	—	1
443 02-7	056	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	—	—	—	—
453 01-4	056	Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	570	570	—	815
511 01-4	056	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	1.971	1.879	+92	3.285
514 01-3	056	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	539	539	—	457
514 10-2	056	Beschaffung von Munition	—	47	47	—	83
517 01-2	056	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	14.329	13.096	+1.233	10.391
518 01-9	056	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	465	458	+7	374
518 02-7	056	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	90	90	—	124
519 01-5	056	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	755	755	—	1.240
519 10-4	056	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	721	721	—	651
519 11-2	056	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	19	19	—	42

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteneinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
3.673,61	3.673,61	3.454,48

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
126.315	113.256	123.408

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig) ---
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt) ---
- Sonstige Veränderungen ---

Summe Zugänge ---

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig) ---
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt) ---
- Sonstige Veränderungen ---

Summe Abgänge ---

Bleibt Zugang

Bleibt Abgang

Veranschlagt sind auch:

Lehrzulagen für den/die hauptamtliche(n) Leiter/-in und die hauptamtlichen Lehrkräfte des Bildungsinstitutes des nds. Justizvollzuges. Sie erhalten eine Lehrzulage von monatlich 63,91 EUR bzw. 47,93 EUR gem. RdErl. des MF vom 28. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils geltenden Fassung.

Die Lehrzulagen für hauptamtliche Lehrkräfte sind gem. Abschn. I Nr. 4 der LehrRL v. 28. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) steuerfreie Aufwandsentschädigungen.

Ferner sind veranschlagt:

Vergütungen für nur zu einem geringen Teil ihrer Arbeitskraft beschäftigte Kräfte für den Vollzug von Kurz- und Freizeitarrest und für im Bedarfsfall tätig werdende Hilfskräfte im Aufsichtsdienst (AV vom 12. 7. 88, Nds. Rpfl. S. 180 i. d. F. d. AV v. 21. 9. 92, Nds. Rpfl. S. 209) sowie für 4 Schreibkräfte.

Löhne für 4 ständige nicht vollbeschäftigte Kräfte im Reinigungsdienst sowie für 1 ständig nicht vollbeschäftigte Kraft im Wirtschaftsdienst (Bildungsinstitut), deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte der Arbeitszeit einer vollbeschäftigten Kraft beträgt sowie Löhne für fünf stundenweise beschäftigte Kräfte im Reinigungsdienst bei dem Bildungsinstitut des nds. Justizvollzuges, der JVA Celle und der JVA Hannover.

**Zu 426 04**

Löhne für bis zu 16 externe Auszubildende in den Kammerberufen im Rahmen der Beschäftigungsinitiative.

**Zu 426 06**

Vergütung für Mehrarbeit insbesondere für Heizer/-innen und Kraftfahrer/-innen.

Weniger durch die Anpassung an das Ist 2003.

**Zu 427 01**

Vergütungen für die Vertretung der med.-technischen Assistenten/-innen beim Anstaltskrankenhaus in Lingen und bei der JVA Hannover, der Heimleiterin/des Heimleiters bzw. der Verwaltungsangestellten und des Hausmeisters in dem Bildungsinstitut des nds. Justizvollzuges, der Reinigungskräfte bei den JVA'en Celle, Bad Gandersheim und dem Bildungsinstitut des niedersächsischen Justizvollzuges sowie für 1 Kochfrau bei einer Jugendarrestanstalt.

Weniger durch die Anpassung an das Ist 2003.

**Zu 511 01**

Veranschlagt sind u. a. auch Dienstkleidungszuschüsse für beamtete und nichtbeamtete Angehörige des allgemeinen (mittleren) Justizvollzugs- und des Werkdienstes. Bedienstete, die zum Tragen von Dienstkleidung verpflichtet sind, erhalten Dienstkleidungszuschüsse (Aufwandsentschädigung) nach einem Kopfsatz von jährlich 184,07 EUR.

Ferner ist auch veranschlagt die Entschädigung für die Betreuung, Pflege und Fütterung eines Diensthundes oder eines privateigenen Hundes, der zur Verwendung im Dienst zugelassen ist, in entsprechender Anlehnung an die für die Polizei geltenden Regelungen.

Mehr infolge Inbetriebnahme der neuen JVA Sehnde und allgemein gestiegener Bewirtschaftungskosten.

**Zu 514 01**

**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1.1.2004	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Pkw (einschl. Kombi)	30	27	30
Gefangenen-transportwagen	58	63	63
Lastkraftwagen	3	4	4
Zugmaschinen	8	6	8
Krankentransportwagen	1	1	1

Mehr infolge zusätzlich für die neuen JVA'en Sehnde und Rosdorf in Dienst gestellter Kfz.

**Zu 517 01**

Mehr infolge Inbetriebnahme der neuen JVA Rosdorf und allgemein gestiegener Bewirtschaftungskosten.

**Zu 518 01**

Für den Abschluss eines langfristigen Mietvertrages aus Anlass der Anmietung einer Liegenschaft in Langenhagen für die Abschiebungshaft ist eine Verpflichtungsermächtigung ausgebracht.

**Belastung (2005)**

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	389	—	—	389
2006	389	—	—	389
2007	389	—	—	389
2008	389	—	—	389
2009 ff.	3.961	—	—	3.961
Summe	5.517	—	—	5.517

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1105 Justizvollzugseinrichtungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
			2005	2005	2004		
			2004				
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
525 10-4	056	Durchführung von Berufsvorbereitungs- und Umschulungslehrgängen für Gefangene <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 125 10 und 236 10.</i>	—	150	150	—	583
526 01-1	056	Sachverständige	—	588	588	—	164
526 02-0	056	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	13	13	—	52
527 01-8	056	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	111	111	—	206
527 02-6	056	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenan- gelegenheiten	—	13	13	—	8
536 10-6	056	Kosten der Gefangenenbeförderung und Vorführungskosten (einschl. Reisekosten)	—	205	205	—	162
546 01-2	056	Vermischte Ausgaben	—	3	3	—	96
546 03-9	056	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	—	—	—	—
632 10-5	056	Erstattung von Ausgaben an die Freie Han- sestadt Bremen	—	154	154	—	153
636 10-0	056	Beiträge für Gefangene zur Arbeitslosenver- sicherung	—	5.900	6.000	-100	4.849
671 10-0	056	Erstattung von Aufwendungen an die Ar- beitsbetriebe im Sinne des § 26 LHO	—	180	180	—	138
681 12-2	056	Schadensersatzleistungen und Unfallent- schädigungen <i>*** Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig.</i>	—	26	26	—	40
681 13-0	056	Durchführung der Unfallversicherung für Gefangene nach SGB VII	—	340	340	—	331
681 14-9	056	Gefangenen- und Entlassenenfürsorge <i>*** Beträge, die von Gefangenen rückerstattet werden, sind abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.</i>	1.009 1.407	1.009	1.607	-598	1.302
681 15-7	056	Taschengeld für Gefangene und Unterge- brachte in Justizvollzugsanstalten	—	215	225	-10	184
681 16-5	056	Leistungen an Abschiebungsgefangene nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	—	45	50	-5	16
686 10-8	056	Zuschuss an die Gesellschaft für Fortbildung der Strafvollzugsbediensteten e. V.	—	1	1	—	1
686 11-6	056	Zuschuss an das Kriminologische For- schungsinstitut in Hannover (KFN)	—	—	—	—	10
711 01-3	056	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	—	—	—	—	70
811 01-8	056	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	— 450	685	730	-45	195
812 10-3	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	138	28	+110	113
812 11-1	056	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	— 65	65	—	+65	—
812 12-0	056	Erwerb von besonderen Betriebseinrichtun- gen	—	158	194	-36	360

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 525 10**

Aufwendungen für Grundausbildungs- und Umschulungslehrgänge in Justizvollzugsanstalten.

Die Aufwendungen werden durch Einnahmen gedeckt (vgl. 125 10 und 236 10).

**Zu 526 01**

	Tsd. EUR
1. Sachverständigenentschädigung, Gutachten und Übersetzungskosten für Verwaltungszwecke	567
2. Entschädigung der Anstaltsbeiräte	21
Zusammen	588

Zu 2: Die Mitglieder der Anstaltsbeiräte erhalten eine Sitzungspauschale von 10,23 EUR, höchstens jedoch bis zu 122,76 EUR pro Jahr (Aufwandsentschädigung). Übersteigt der tatsächliche Verdienstaufschlag die Sitzungspauschale, so ist diese – unter Anrechnung der Sitzungspauschale – bis zur Höhe der in § 2 Abs. 2 bis 4 des Gesetzes über die Entschädigung ehrenamtlicher Richter festgelegten Höchstsätze zu erstatten. Daneben werden Reisekosten in sinnvoller Anwendung des Bundesreisekostengesetzes gezahlt.

**Zu 536 10**

Insbesondere Ausgaben für Krankentransporte von Gefangenen oder sonstigen, aus vollzuglichen Gründen notwendigen Einzeltransporte, sofern dafür keine landeseigenen Kraftfahrzeuge zur Verfügung stehen, und Reisekosten für das Transportbegleitpersonal.

**Zu 632 10**

Erstattung von Ausgaben für erforderliche Investitionen im Rahmen der Unterbringung nieders. Jugendstrafgefangener im breimischen Jugendvollzug.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	154	–	–	154
2006	154	–	–	154
2007	154	–	–	154
2008	154	–	–	154
2009 ff.	2.002	–	–	2.002
Summe	2.618	–	–	2.618

**Zu 636 10**

Weniger infolge Anpassung an das Ist 2003.

**Zu 671 10**

Kosten der angemessenen und arbeitstherapeutischen Beschäftigung von Gefangenen (§ 37 Abs. 4 u. 5 StVollzG).

**Zu 681 14**

	Tsd. EUR.
Für Anlaufstellen für Straffällige	1 009

Gewährung von Zuwendungen in Ergänzung der Vorgaben der §§ 74 u. 154 StVollzG.

Weniger infolge Umsetzung der Einsparverpflichtungen aus dem für den Einzelplan 11 ermittelten Konsolidierungspotential.

Zur weiteren Gewährung von Zuschüssen an Träger der

**Noch zu 681 14**

Anlaufstellen ist eine Verpflichtungsermächtigung ausgebracht. Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	1.407	–	1.407
2006	–	–	1.009	1.009
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	1.407	1.009	2.416

**Zu 681 15**

Weniger infolge Anpassung an das Ist 2003.

**Zu 681 16**

Das Asylbewerberleistungsgesetz vom i. d. F. v. 26. 5. 1997, BGBl. I S. 1130, verpflichtet die Justizvollzugsbehörden, Abschiebungsgewandenen einen monatlichen Geldbetrag zur Deckung persönlicher Bedürfnisse des täglichen Lebens zu gewähren.

Weniger infolge Anpassung an das Ist 2003.

**Zu 686 10**

Zuschuss des Landes Niedersachsen zu den Herstellungskosten der „Zeitschrift für Strafvollzug“, die von der Gesellschaft für Fortbildung der Strafvollzugsbediensteten e. V. herausgegeben wird.

Freiwillige Verpflichtung aller Landesjustizverwaltungen.

**Zu 686 11**

Zuschuss des Landes Niedersachsen zur Durchführung einer Untersuchung über die Ursachen der Überbelegung der nds. Justizvollzugseinrichtungen. Die Untersuchung wurde im Jahr 2003 beendet.

**Zu 711 01**

Für kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten im Rahmen des Modellversuchs „Wirtschaftliche Eigenverantwortung – WEV“.

**Zu 811 01**

	Tsd. EUR
Ersatzbeschaffungen:	
1 Krankentransporter Pkw bis zu 1 700 ccm Hubraum Listenpreis (einschl. Umsatzsteuer)	73
7 leGTW bis zu 1 900 ccm Hubraum Listenpreis (einschl. Umsatzsteuer und Sonderausstattung)	189
1 sGTW (einschl. Umsatzsteuer und Sonderausstattung)	423
Zusammen	685

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	450	–	450
2006	–	–	–	–
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	450	–	450



**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu 811 01**

**Zu 812 10**

		Tsd. EUR
Ersatzbeschaffung:		
Dienstraumausstattungen		120
Ergänzungsbeschaffung:		
Gewächshaus		18
	Zusammen	138

**Zu 812 11**

		Tsd. EUR
Ersatzbeschaffung:		
Fernmeldeanlage		65

**Belastung (2005)**

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	65	–	65
2006	–	–	–	–
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	65	–	65

**Zu 812 12**

		Tsd. EUR
Ergänzungsbeschaffungen:		
1 Personen-Notsignal-Anlage		95
1 Metall-Detektor-Rahmen		13
1 Durchleuchtungsgerät		40
1 Personensicherungsanlage		10
	Zusammen	158

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1105 Justizvollzugseinrichtungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
812 59-6	056	Globalansatz für den Erwerb beweglicher Sachen	—	—	—	—	—
981 11-8	990	Abführung an 13 21 - 381 11	—	16.777	14.306	+2.471	14.317
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61</b>		<b>Ärztliche Versorgung der Gefangenen</b>	(—)	(5.610)	(5.754)	(-144)	(4.906)
427 61-7	056	Nebenamtlich und nebenberuflich tätige Ärzte <i>*** Ersparnisse infolge zeitweilig nicht besetzter oder unbesetzter Stellen für Ärzte bei 422 01 dürfen hier verwendet werden.</i>	—	491	491	—	488
514 61-7	056	Kleingeräte und Verbrauchsmittel	—	1.836	1.836	—	1.877
547 61-2	056	Ärztliche Behandlung und Unterbringung in Krankenanstalten	—	3.283	3.427	-144	2.541
<b>TGr. 62/63</b>		<b>Andere Dienstleistungen für die Versorgung der Gefangenen</b>	(—) (1.170)	(2.105)	(4.065)	(-1.960)	(2.482)
427 62-5	056	Nebenamtlich tätige Kräfte	—	77	77	—	36
459 62-4	056	Personalbezogene Sachausgaben	—	4	4	—	2
531 62-7	056	Entschädigung für Nutzungsrechte	—	9	9	—	8
547 62-0	056	Dienstleistungen Außenstehender	—	350	350	—	278
632 62-8	056	Erstattungen für die Unterbringung in Anstalten anderer Länder	— 1.170	—	1.960	-1.960	707
671 62-3	056	Erstattungen für Unterbringung und Verpflegung an die Arbeitsbetriebe	—	58	58	—	63
671 63-1	056	Erstattungen an Kirchenverwaltungen	—	1.607	1.607	—	1.388
<b>TGr. 64</b>		<b>Aus- und Fortbildung der Gefangenen</b>	(—)	(3.022)	(3.153)	(-131)	(2.556)
425 64-9	056	Vergütung der Angestellten <i>Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 235 64.</i>	—	118	118	—	76
511 64-2	056	Maschinen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	—	125	125	—	51
514 64-1	056	Kleingeräte, Verbrauchsmaterial und Betriebsstoffe	—	291	291	—	82
525 64-3	056	Lehr- und Lernmittel	—	66	66	—	46
547 64-7	056	Dienstleistungen Außenstehender	—	198	198	—	322
671 64-0	056	Erstattung von Aufwendungen für Lehrwerkstätten an die Arbeitsbetriebe im Sinne von § 26 LHO	—	357	357	—	307
681 64-5	056	Ausbildungsbeihilfen für Gefangene <i>*** Ausbildungsbeihilfen an Gefangene, die gem. § 22 Abs. 3 SGB III von der Bundesagentur für Arbeit erstattet werden, sind abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.</i>	—	1.750	1.750	—	1.599
812 64-2	056	Erwerb von Maschinen, Geräten und Werkzeugen	—	117	248	-131	73
<b>TGr. 65 bis 67</b>		<b>Anderer Sachaufwand für Unterbringung und Versorgung der Gefangenen</b>	(—)	(10.394)	(9.479)	(+915)	(8.447)
511 65-0	056	Gefangenenbücherei	—	27	27	—	16
511 66-9	056	Unterkunftsgeräte und sonstige Geräte zur Versorgung der Gefangenen	—	1.448	1.058	+390	1.065
511 67-7	056	Bettzeug, Wäsche und Bekleidung	—	1.448	1.058	+390	587

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 981 11**

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

**Zu 427 62**

Vergütungen und Auslagenersatz für nebenamtliche Geistliche, Organisten/-innen, Psychologen/-innen und Sozialarbeiter/-innen, Schuldenberater/-innen sowie Dolmetscher/-innen.

**Zu 459 62**

Müheentgelt für die Verpflegung der Arrestanten/-innen auf Rechnung der Justizwachtmeister bei Amtsgerichten (10 Arrestanten/-innen).

**Zu 531 62**

Entschädigung für die Wiedergabe von Tonbildträgern in Aufenthaltsräumen der Justizvollzugsanstalten.

**Zu 547 62**

Auslagenersatz für Maßnahmeträger für sozialpädagogische und sozialtherapeutische Betreuungsarbeit, Dolmetscher- und Übersetzungskosten sowie Kosten der Vertragsfriseurin u. a.

**Zu 632 62**

Streichung des Ansatzes infolge der Kündigung des Verwaltungsabkommens vom 23.3.1998 mit Bremen über die Unterbringung von niedersächsischen Gefangenen im bremischen Strafvollzug.

**Zu 671 62**

Erstattung der Kosten für Unterbringung und Verpflegung der Gefangenen, soweit Unternehmer diese Leistungen erbringen und sie der Arbeitsverwaltung in Rechnung stellen.

**Zu 671 63**

Erstattung der Dienstbezüge für 28 Anstaltsseelsorger/-innen.

**Zu 425 64**

Die Bundesagentur für Arbeit fördert nach dem SGB III die Beschäftigung von 2 sozialpädagogischen Fachkräften sowie eines Ausbildungsmeisters zur Betreuung von Gefangenen, die an beruflichen Umschulungsmaßnahmen teilnehmen. Die Ausgaben werden durch Einnahmen bei Titel 235 64 gedeckt. Dabei können allerdings durch die Abrechnungsmodalitäten mit der BA zeitliche Verschiebungen eintreten.

Vergütung für drei Angestellte.

**Zu 547 64**

Kursgebühren an Maßnahmeträger im Bereich der schulischen Bildung, Honorare für Lehrkräfte im Bereich der beruflichen Aus- und Fortbildung sowie des sozialen Trainings.

**Zu 812 64**

	Tsd. EUR
Ersatzbeschaffungen:	
Gerät und Anlagen für die Ausbildungsbetriebe	
– Metall	78
– Holz	39
Zusammen	117

**Zu 511 66**

Beschaffung und Unterhaltung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Zellen, Gemeinschafts- und Mehrzweckräumen für Gefangene, für Kranken-, Küchen- und Speiseräume, für die Wäscherei sowie von Sportgeräten.

Mehr durch die Rücknahme der bisher in Bremen untergebrachten Gefangenen in die Jugendanstalt Hameln.

**Zu 511 67**

Beschaffung und Unterhaltung von Bettzeug (einschl. Matratzen), Wäsche und Kleidung einschl. Sportbekleidung.

Mehr durch die Rücknahme der bisher in Bremen untergebrachten Gefangenen in die Jugendanstalt Hameln.

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1105 Justizvollzugseinrichtungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004		
			2004				
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
514 65-0	056	Lebensmittel für die Verpflegung der Gefangenen.	—	6.538	6.148	+390	5.643
514 66-8	056	Verbrauchsmittel und Kleingeräte	—	577	577	—	551
519 65-1	056	Kleine bauliche Veränderungen in den Unterkunfts- und Freizeitbereichen der Gefangenen	—	27	27	—	20
547 65-5	056	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben *** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Gefangenenzeitungen unentgeltlich abgegeben werden.	—	4	4	—	22
812 65-0	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	325	580	-255	544
<b>TGr. 68</b>		<b>Kosten für die Verpflegung der Lehrgangsteilnehmerinnen und -teilnehmer an dem Bildungsinstitut des nieders. Justizvollzuges</b> *** Zur Selbstbewirtschaftung gemäß § 15 Abs. 2 LHO.	(—)	(128)	(182)	(-54)	(101)
425 68-1	056	Vergütungen der Angestellten *** Zur Selbstbewirtschaftung gemäß § 15 Abs. 2 LHO. Hier sind auch die persönlichen Verwaltungsausgaben für das Küchenpersonal mit Ausnahme der Wirtschaftsleiter zu verausgaben.	—	5	5	—	—
426 68-8	056	Löhne der Arbeiter/Arbeiterinnen *** Vgl. Vermerk zu 425 68.	—	56	56	—	34
514 68-4	056	Lebensmittel, Zutaten *** Das Verpflegungsgeld ist nach der tatsächlichen Verpflegungsstärke und dem festgesetzten Tagesverpflegungssatz zu berechnen.	—	60	114	-54	48
547 68-0	056	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben *** Das Verpflegungsgeld ist nach der tatsächlichen Verpflegungsstärke und dem festgesetzten Tagesverpflegungssatz zu berechnen.	—	7	7	—	19
<b>TGr. 69</b>		<b>Verwendung der Zuschüsse Dritter zur Gefangenenbetreuung</b> Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 69.	(—)	(8)	(8)	(—)	(20)
514 69-2	056	Kleingeräte und Verbrauchsmaterial	—	4	4	—	9
547 69-8	056	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	4	4	—	11
681 69-6	056	Zuschüsse, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an Gefangene	—	—	—	—	0
812 69-3	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 514 65**

Mehr durch die Rücknahme der bisher in Bremen untergebrachten Gefangenen in die Jugendanstalt Hameln.

**Zu 514 66**

Geschirr, Bestecke, Kleingeräte und Verbrauchsmittel für die Reinigung und Instandhaltung von Bettzeug, Wäsche und Kleidung sowie für die Körperreinigung; Kleingeräte und Verbrauchsmittel für die kulturellen Veranstaltungen, die Freizeitgestaltung und den Gefangenen-sport.

**Zu 519 65**

Für kleine bauliche Veränderungen, die die Justizvollzugsanstalten in Eigenregie durchführen.

**Zu 547 65**

Aufwendungen für Anstalts- und Gefangenenzeitungen.

**Zu 812 65**

	Tsd. EUR
Ersatzbeschaffungen:	
Geräte und Anlagen für	
- die medizinische Betreuung	25
- Vollzugsbereiche	114
- die Anstaltsküchen	79
- die Anstaltswäschereien	54
Zusammen	272
Ergänzungsbeschaffungen:	
Geräte und Anlagen für	
- die medizinische Betreuung	28
- die Anstaltsküchen	25
Zusammen	53

**Zu Titelgruppe 68**

17 900 Verpflegungstage für Lehrgangsteilnehmerinnen und -teilnehmer einschl. Schulpersonal  
je 10,- EUR 179 000 EUR

**Zu 426 68**

Für 2 Arbeiterinnen und Arbeiter im Wirtschaftsdienst (Lohngruppe 2 MTArb).

**Zu 514 68**

Weniger infolge Anpassung an das Ist 2003.

**Zu Titelgruppe 69**

Für die Verwendung von Spenden Dritter.

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1105 Justizvollzugseinrichtungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 1105</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		2.082	2.377	-295	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		6.069	5.444	+625	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		8.151	7.821	+330	
		4 Personalausgaben	—	129.900	116.861	+13.039	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	36.321	34.017	+2.304	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.009 2.577	11.642	14.315	-2.673	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	— 515	1.488	1.780	-292	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	16.777	14.306	+2.471	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	1.009 3.092	196.128	181.279	+14.849	
		<b>Zuschuss</b>		187.977	173.458	+14.519	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1108 Finanzgericht**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<p>*** Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO für dieses Kapitel verbindlich.</p> <p style="text-align: center;"><b>EINNAHMEN</b></p>					
112 01-3	055	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		1.686	1.055	+631	1.231
119 01-8	055	Vermischte Einnahmen		1	10	-9	0
119 10-7	055	Ersatzleistungen		1	1	—	—
132 01-4	055	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		1	1	—	—
235 01-8	055	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
		<b>AUSGABEN</b>					
412 10-6	055	Entschädigung der ehrenamtlichen Richterinnen, Richter, Beisitzerinnen und Beisitzer	—	108	90	+18	84
422 01-2	055	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	6.155	5.787	+368	4.362
422 19-5	055	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	17
425 01-1	055	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	1.541
425 06-2	055	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
426 01-8	055	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	35
426 06-9	055	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1	1	—	—
427 01-4	055	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	1	3	-2	—
427 02-2	055	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	—
427 39-1	055	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-5	055	Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	10	20	-10	5
453 11-2	055	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	1	1	—	—
511 01-5	055	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	187	199	-12	182
517 01-3	055	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	112	112	—	112
518 01-0	055	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	488	488	—	488
518 02-8	055	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	8	8	—	0
519 01-6	055	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	4	4	—	—
519 10-5	055	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	1	1	—	0
526 01-2	055	Sachverständige	—	1	1	—	—

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Kapitel 1108**

**Allgemeine Erläuterungen**

Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind für dieses Kapitel verbindlich.

**Zu 112 01**

Hierzu gehören auch die vom Gericht im Verfahren der Prozesskostenhilfe festgesetzten Beträge.

Mehr in Anpassung an die Istenwicklung unter Berücksichtigung der zu erwartenden Mehreinnahmen aufgrund des Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes (KostRMOG).

**Zu 119 01**

Weniger, weil die Erstattung von Dienstbezügen von einem anderen Dienstherrn bei Abordnung oder Beurlaubung von Bediensteten seit 1.1.2004 von den Personalausgaben abgesetzt wird.

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteneinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
117,59	114,87	116,66

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
6.155	5.787	6.005

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	---
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	---
- Sonstige Veränderungen	2,72
	-----
Summe Zugänge	2,72

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	---
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	---
- Sonstige Veränderungen	---
	-----
Summe Abgänge	---

Bleibt Zugang 2,72

Veranschlagt sind auch:

Lehrzulagen für Richter/-innen, die im Rahmen ihres Hauptamtes Leiter/-innen von Arbeitsgemeinschaften für Referendare/-innen sind. Sie erhalten eine monatliche Lehrzulage von 63,91 bzw. 47,93 bzw. 31,96 EUR gem. RdErl. des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils geltenden Fassung.

Die Lehrzulagen gelten bis zur Höhe von monatlich 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

**Zu 511 01**

Veranschlagt sind u. a. Dienstkleidungszuschüsse für die Beamtinnen und Beamten des Justizwachmeisterdienstes sowie für die nicht beamteten Angehörigen des Justizwachmeisterdienstes (Justizhelferinnen und Justizhelfer).

Diese erhalten, soweit sie zum Tragen von Dienstkleidung verpflichtet sind, Dienstkleidungszuschüsse (Aufwandsentschädigungen) nach einem Kopfsatz von jährlich 184,08 EUR.

**Zu 518 01**

Für die langfristige Anmietung eines Dienstgebäudes ist eine Verpflichtungsermächtigung ausgebracht.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	483	—	—	483
2006	483	—	—	483
2007	483	—	—	483
2008	483	—	—	483
2009 ff.	966	—	—	966
Summe	2.898	—	—	2.898

**Zu 518 02**

Für die Anmietung von Ablichtungsgeräten.

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1108 Finanzgericht**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
			2005	2005	2004		
			2004				
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
526 02-0	055	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 01-9	055	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	3	3	—	3
529 10-0	055	Zur Verfügung der Präsidentin oder des Präsidenten des Nieders. Finanzgerichts	—	—	—	—	1
532 11-0	055	Entschädigungen beigeordneter Anwältinnen und Anwälte	—	13	9	+4	10
532 12-8	055	Zeugenentschädigungen	—	22	15	+7	17
532 13-6	055	Sachverständigenentschädigungen	—	30	20	+10	24
532 16-0	055	Sonstige Verfahrensauslagen	—	1	1	—	0
532 17-9	055	Reisekosten des Gerichts	—	2	2	—	1
546 01-3	055	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	—
546 03-0	055	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	1	1	—	—
632 10-6	055	Erstattung der Kosten des Gemeinsamen Senats für Zoll- und Verbrauchsteuersachen beim Finanzgericht Hamburg	—	180	194	-14	23
812 10-4	055	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
812 11-2	055	Erwerb von landeseigenen Telekommunikationsanlagen	—	—	—	—	—
<b>Abschluss Kapitel 1108</b>							
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		1.689	1.067	+622	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		1.689	1.067	+622	
		4 Personalausgaben	—	6.276	5.902	+374	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	873	864	+9	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	180	194	-14	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	—	—	—	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	7.329	6.960	+369	
		<b>Zuschuss</b>		5.640	5.893	-253	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 632 10**

Aufgrund des Staatsvertrages zwischen den Ländern Freie und Hansestadt Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein vom 8./14./22. 4. 1981 (Nieders. GVBl. S. 408) beteiligt sich Niedersachsen an den Kosten des gemeinsamen Senats beim Finanzgericht Hamburg.

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1109 Landesarbeitsgericht und Arbeitsgerichte**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
		<p>*** Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO für dieses Kapitel verbindlich.</p> <p style="text-align: center;"><b>EINNAHMEN</b></p>					
112 01-7	054	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		2.360	2.000	+360	2.002
119 01-1	054	Vermischte Einnahmen		3	3	—	36
119 41-0	054	Rückzahlung von Überzahlungen		1	1	—	2
124 01-5	054	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		1	1	—	0
132 01-8	054	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		—	—	—	0
235 01-1	054	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	24
		<b>AUSGABEN</b>					
412 10-0	054	Entschädigung für ehrenamtliche Richter/Richterinnen und andere Beisitzer/Beisitzerinnen	—	590	506	+84	456
422 01-6	054	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	11.257	11.109	+148	6.188
422 04-0	054	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—	—	25	-25	22
422 06-7	054	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
422 19-9	054	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	48
425 01-5	054	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	4.832
425 06-6	054	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
426 01-1	054	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	103
426 03-8	054	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	90
426 04-6	054	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 06-2	054	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 01-8	054	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	25	31	-6	5
427 02-6	054	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	24
427 39-5	054	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	5	20	-15	5
453 01-9	054	Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	15	20	-5	9
453 11-6	054	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	1	1	—	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 1109**

**Allgemeine Erläuterungen**

Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind für dieses Kapitel verbindlich.

Es sind vorhanden:

Landesarbeitsgericht Niedersachsen und Arbeitsgerichte Braunschweig, Celle, Emden, Göttingen, Hameln, Hannover, Hildesheim, Lingen, Lüneburg, Nienburg, Oldenburg, Osnabrück, Stade, Verden, Wilhelmshaven.

**Zu 112 01**

Hierzu gehören auch die vom Gericht im Verfahren der Prozesskostenhilfe festgesetzten Beträge.

Mehreinnahmen aufgrund des Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes (KostRMoG).

**Zu 412 10**

Mehrausgaben aufgrund des Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes (KostRMoG).

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeitereinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
245,93	247,43	247,07

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
11.257	11.109	11.290

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	---
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	---
- Sonstige Veränderungen	---
	-----
Summe Zugänge	---

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	---
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	1,50
- Sonstige Veränderungen	---
	-----
Summe Abgänge	1,50

Bleibt Abgang 1,50

Mitveranschlagt sind

Lehrzulagen für 3 Stelleninhaber/-innen je 613,55 EUR.

Die Lehrzulagen gelten gem. Abschnitt I Nr. 4 des RdErl. d. MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils geltenden Fassung als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

Ferner sind veranschlagt:

Mittel für 6 stundenweise beschäftigte Arbeiterinnen und Arbeiter im Botendienst.

**Zu 422 04**

Verlagerung nach 11 01 - 422 04.

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1109 Landesarbeitsgericht und Arbeitsgerichte**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
			2005				
			2004				
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
511 01-9	054	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	875	812	+63	900
514 01-8	054	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	4	4	—	4
517 01-7	054	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	220	198	+22	207
518 01-3	054	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	667	689	-22	656
518 02-1	054	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	8	8	—	6
519 01-0	054	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	7	7	—	3
519 10-9	054	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	3	5	-2	1
526 01-6	054	Sachverständige	—	13	13	—	9
526 02-4	054	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	0
527 01-2	054	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	13	11	+2	13
527 02-0	054	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	2	2	—	2
529 10-4	054	Zur Verfügung der Präsidentin/ des Präsidenten des Landesarbeitsgerichts	—	—	—	—	1
532 11-3	054	Entschädigungen beigeordneter Anwältinnen und Anwälte	—	5.000	4.000	+1.000	4.249
532 12-1	054	Zeugenentschädigungen	—	85	67	+18	65
532 13-0	054	Sachverständigenentschädigungen	—	125	100	+25	87
532 15-6	054	Bekanntmachungskosten	—	2	2	—	0
532 16-4	054	Sonstige Verfahrensauslagen	—	2	2	—	2
532 17-2	054	Reisekosten des Gerichts	—	1	1	—	—
546 01-7	054	Vermischte Ausgaben	—	1	1	—	1
546 03-3	054	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	—	—	—	—
681 10-0	054	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	1	1	—	1
684 10-0	054	Zuschüsse zur lehrgangsmäßigen Fortbildung der ehrenamtlichen Richter	—	—	33	-33	—
684 11-8	054	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	1	1	—	0
811 01-2	054	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 10-8	054	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	31	56	-25	39
981 10-4	990	Abführung an 13 21 - 381 22 zur Refinanzierung des Sondervermögens Landesliegenschaftsfonds Niedersachsen	—	56	56	—	56
981 11-2	990	Abführung an 13 21 - 381 11	—	498	497	+1	498

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 514 01**

**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1. 1. 2004	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Pkw	1	1	1

**Zu 518 01**

Belastung aus den Verpflichtungsermächtigungen zur Anmietung von Dienstgebäuden für das Landesarbeitsgericht und das Arbeitsgericht Hannover.

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	272	—	—	272
2006	272	—	—	272
2007	272	—	—	272
2008	272	—	—	272
2009 ff.	220	—	—	220
Summe	1.308	—	—	1.308

**Zu 532 11**

Mehr in Anpassung an die Istentwicklung unter Berücksichtigung der Mehrausgaben aufgrund des Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes (KostRMoG).

**Zu 532 12**

Reiseentschädigungen an mittellose Personen und Vorschüsse an Zeugen und Sachverständige in Verfahren vor den Gerichten für Arbeitssachen werden auch aus Mitteln der Kapitel 11 16 bis 11 18 Titel 532 12, 532 13 und 532 16 gezahlt.

**Zu 532 13**

Reiseentschädigungen an mittellose Personen und Vorschüsse an Zeugen und Sachverständige in Verfahren vor den Gerichten für Arbeitssachen werden auch aus Mitteln der Kapitel 11 16 bis 11 18 Titel 532 12, 532 13 und 532 16 gezahlt.

**Zu 532 16**

Reiseentschädigungen an mittellose Personen und Vorschüsse an Zeugen und Sachverständige in Verfahren vor den Gerichten für Arbeitssachen werden auch aus Mitteln der Kapitel 11 16 bis 11 18 Titel 532 12, 532 13 und 532 16 gezahlt.

**Zu 684 10**

Zuschüsse zu den Kosten der den Verbänden und Organisationen übertragenen Fortbildung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter.

Es wird die lehrgangsmäßige Fortbildung als Dauermaßnahme in Abständen von 2 Jahren gefördert.

**Zu 684 11**

Mitgliedsbeitrag für den Deutschen Arbeitsgerichtsverband.

**Zu 812 10**

	in 1000 EUR
Ersatzbeschaffungen:	
Ausstattungsgegenstände für Dienstzimmer	11
Ausstattungsgegenstände für Funktionsräume	9
Telefonanlage Arbeitsgericht Lingen	11
Zusammen	31

**Zu 981 10**

Zuführung an den „Grundstock“ wegen des Erwerbs eines Gebäudes für das Arbeitsgericht Braunschweig in Höhe der ersparten Miete auf die Dauer von 10 Jahren (1996 – 2005).

**Zu 981 11**

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1109 Landesarbeitsgericht und Arbeitsgerichte**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung 2005 2004	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
		<b>Titelgruppe(n)</b>					
<b>TGr.</b>		<b>Kosten der Informations- und Kommunika-</b>	(-)	(985)	(985)	(-)	(877)
<b>98/99</b>		<b>tionstechnik</b>					
511 99-0	054	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsge- genstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	-	102	102	-	35
518 98-6	054	Kosten für die Anmietung von Software	-	-	-	-	-
518 99-4	054	Kosten für die Anmietung von Hardware	-	-	-	-	-
519 99-0	054	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der besonderen Betriebseinrichtungen	-	-	-	-	-
525 98-2	054	Aus- und Fortbildung der Bediensteten für vom IZN durchgeführte Maßnahmen	-	27	27	-	2
525 99-0	054	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch andere Dienstleister	-	-	-	-	-
527 99-3	054	Reisekostenvergütungen	-	4	4	-	5
538 98-7	054	Kosten der Dienstleistungen des Informatik- zentrums Niedersachsen (IZN)	-	748	748	-	757
538 99-5	054	Kosten der Dienstleistungen "Anderer"	-	88	88	-	78
812 99-0	054	Erwerb von Geräten und sonstigen bewegli- chen Sachen	-	16	16	-	-
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	-		29	-29	
		<b>Abschluss Kapitel 1109</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		2.365	2.005	+360	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zu- schüssen mit Ausnahme für Investitionen		-	-	-	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		2.365	2.005	+360	
		4 Personalausgaben	-	11.893	11.718	+175	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Aus- gaben für den Schuldendienst	-	7.997	6.914	+1.083	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	-	2	35	-33	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	-	47	72	-25	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	-	554	553	+1	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	-	20.493	19.292	+1.201	
		<b>Zuschuss</b>		18.128	17.287	+841	

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Titelgruppe 98/99**

Veranschlagung der Haushaltsmittel für die niedersächsische Arbeitsgerichtsbarkeit.

**Zu 538 98**

Verpflichtungsermächtigung zur Erfüllung des mit dem izn bestehenden auf 8 Jahre ausgerichteten Vertrages.

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE	durch die 2004 ausgebrachte VE	durch die 2005 ausgebrachte VE	Gesamt belastung  in 1000 EUR
	in 1000 EUR	in 1000 EUR	in 1000 EUR	
2005	748	–	–	748
2006	748	–	–	748
2007	748	–	–	748
2008	748	–	–	748
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	2.992	–	–	2.992

**Zu 812 99**

Einrichtung von DV-Arbeitsplätzen.

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1110 Oberverwaltungsgericht und Verwaltungsgerichte**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
		<p>*** Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO für dieses Kapitel verbindlich.</p> <p style="text-align: center;"><b>E I N N A H M E N</b></p>					
112 01-7	053	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		2.900	2.550	+350	10.950
119 01-1	053	Vermischte Einnahmen		10	60	-50	70
119 10-0	053	Ersatzleistungen		10	10	—	4
124 01-5	053	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		8	8	—	9
132 01-8	053	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		1	1	—	2
132 11-5	053	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge <i>Vgl. K-Vermerk zu 811 11.</i>		—	—	—	20
232 10-1	053	Erstattungen des Landes Schleswig-Holstein zu den Kosten des Oberverwaltungsgerichts und des Disziplinarhofs		320	320	—	288
235 01-1	053	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
235 10-0	053	Zuweisungen von Sozialhilfeträgern <i>Vgl. K-Vermerk zu 427 10.</i>		—	—	—	—
		<b>A U S G A B E N</b>					
412 10-0	053	Entschädigung der ehrenamtlichen Richterinnen, Richter, Beisitzerinnen und Beisitzer	—	150	155	-5	106
422 01-6	053	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	19.533	19.247	+286	13.915
422 19-9	053	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	88
425 01-5	053	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	4.389
425 06-6	053	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1	1	—	0
426 01-1	053	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	371
426 06-2	053	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1	1	—	0
427 01-8	053	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	3	13	-10	—
427 02-6	053	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	—
427 10-7	053	Beschäftigungsentgelte für Hilfskräfte <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 235 10.</i>	—	—	—	—	—
427 39-5	053	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	102	84	+18	102
453 01-9	053	Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	20	40	-20	14
511 01-9	053	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	627	665	-38	586
514 01-8	053	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	20	20	—	14

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 1110**

**Allgemeine Erläuterungen**

Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind für dieses Kapitel verbindlich.

Es sind vorhanden:

Niedersächsisches Oberverwaltungsgericht und Verwaltungsgerichte Braunschweig, Göttingen, Hannover, Lüneburg, Oldenburg, Osna-brück und Stade.

**Zu 112 01**

Hierzu gehören auch die vom Gericht im Verfahren der Prozesskostenhilfe festgesetzten Beträge.

Mehreinnahmen aufgrund des Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes (KostRMoG).

**Zu 119 01**

Weniger, weil die Erstattung von Dienstbezügen von einem anderen Dienstherrn bei Abordnung oder Beurlaubung von Bediensteten seit 1.1.2004 von den Personalausgaben abgesetzt wird.

**Zu 232 10**

Anteil des Landes Schleswig-Holstein an den Versorgungslasten des Oberverwaltungsgerichts nach Auflösung des gemeinsamen Oberverwaltungsgerichts.

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteneinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
382,04	384,54	373,22

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
19.533	19.247	18.916

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	---
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	0,5
- Sonstige Veränderungen	---
	-----

Summe Zugänge 0,5

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	3,0
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	---
- Sonstige Veränderungen	---
	-----

Summe Abgänge 3,0

Bleibt Abgang 2,5

Veranschlagt sind auch:

Lehrzulagen für Richter/-innen, die im Rahmen ihres Hauptamtes Leiter/-innen von Arbeitsgemeinschaften für Referendare/-innen sind. Sie erhalten eine monatliche Lehrzulage von 63,91 bzw. 47,93 bzw. 31,96 EUR gem. RdErl. des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils geltenden Fassung.

**Noch zu 422 01**

Die Lehrzulagen gelten bis zur Höhe von monatlich 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

**Zu 425 06**

Für unabweisbar notwendige Überstunden im Sitzungs- und Hausmeisterdienst u. a.

**Zu 427 01**

Für unvermeidliche Vertretungen in Urlaubs- und Krankheitsfällen im Abtrage- und Reinigungsdienst sowie für Aushilfen im Schreibdienst in Großprozessen.

**Zu 511 01**

Veranschlagt sind u. a. Dienstkleidungszuschüsse für die Beamtinnen und Beamten des Justizwachtmeisterdienstes sowie für die nicht beamteten Angehörigen des Justizwachtmeisterdienstes (Justizhelferinnen und Justizhelfer).

Diese erhalten, soweit sie zum Tragen von Dienstkleidung verpflichtet sind, Dienstkleidungszuschüsse (Aufwandsentschädigungen) nach einem Kopfsatz von jährlich 184,08 EUR.

**Zu 514 01**

**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1.1.2004	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Pkw	6	6	6

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1110 Oberverwaltungsgericht und Verwaltungsgerichte**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
			2005	2005	2004		
			2004	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
517 01-7	053	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	450	462	-12	414
518 01-3	053	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	682	675	+7	677
518 02-1	053	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	61	61	—	51
519 01-0	053	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	4	4	—	15
519 10-9	053	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	1	1	—	3
526 01-6	053	Sachverständige	—	1	1	—	2
526 02-4	053	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	0
527 01-2	053	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	17	12	+5	18
527 02-0	053	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenan- gelegenheiten	—	3	3	—	2
529 10-4	053	Zur Verfügung der Präsidentin oder des Prä- sidenten des Oberverwaltungsgerichts	—	—	—	—	1
532 11-3	053	Entschädigungen beigeordneter Anwältin- nen und Anwälte	—	400	500	-100	324
532 12-1	053	Zeugenentschädigungen	—	25	26	-1	15
532 13-0	053	Sachverständigenentschädigungen	—	600	500	+100	460
532 16-4	053	Sonstige Verfahrensauslagen	—	16	16	—	13
532 17-2	053	Reisekosten des Gerichts	—	15	10	+5	12
546 01-7	053	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	—
546 03-3	053	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	2	2	—	—
681 10-0	053	Schadensersatzleistungen und Unfallent- schädigungen <i>*** Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig.</i>	—	—	—	—	—
811 01-2	053	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	17
811 11-0	053	Erwerb von personenbezogenen Dienst- kraftfahrzeugen <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.</i>	—	—	—	—	20
812 10-8	053	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
812 11-6	053	Erwerb von landeseigenen Telekommunika- tionsanlagen	—	—	—	—	—
981 10-4	990	Abführung an 13 21 - 381 22 zur Refinanzie- rung des Sondervermögens Landesliegen- schaftsfonds Niedersachsen	—	39	39	—	39
981 11-2	990	Abführung an 13 21 - 381 11	—	1.175	1.191	-16	1.166

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 518 01**

Verpflichtungsermächtigung für den Abschluss eines langfristigen Mietvertrags für die Unterbringung des Verwaltungsgerichts Hannover.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	442	–	–	442
2006	442	–	–	442
2007	442	–	–	442
2008	442	–	–	442
2009 ff.	1.916	–	–	1.916
Summe	3.684	–	–	3.684

**Zu 518 02**

Für die Anmietung von Ablichtungsgeräten.

**Zu 532 11**

Weniger in Anpassung an die Istentwicklung unter Berücksichtigung der Mehrausgaben aufgrund des Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes (KostRMoG).

**Zu 532 13**

Mehrausgaben aufgrund des Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes (KostRMoG).

**Zu 981 10**

Abführung an 13 21 – 381 22 (ab 2000 bis 2009) zur Refinanzierung des Grundstocks für den Erwerb von Teilflächen der Schlieffen-Kaserne in Lüneburg.

Belastung der Haushaltsjahre (in 1000 EUR):

2005	39
2006	39
2007	39
2008	39
2009	10
Zusammen	166

**Zu 981 11**

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1110 Oberverwaltungsgericht und Verwaltungsgerichte**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 1110</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		2.929	2.629	+300	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		320	320	–	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		3.249	2.949	+300	
		4 Personalausgaben	–	19.810	19.541	+269	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	–	2.924	2.958	-34	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	–	–	–	–	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	–	–	–	–	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	–	1.214	1.230	-16	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	–	23.948	23.729	+219	
		<b>Zuschuss</b>		20.699	20.780	-81	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1112 Landessozialgericht Niedersachsen - Bremen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<p>*** Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO für dieses Kapitel verbindlich.</p> <p style="text-align: center;"><b>E I N N A H M E N</b></p>					
111 01-8	054	Gebühren und tarifliche Entgelte		1	1	—	0
112 01-4	054	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		580	456	+124	574
119 01-9	054	Vermischte Einnahmen		1	10	-9	—
119 10-8	054	Ersatzleistungen		1	1	—	—
124 01-2	054	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		7	7	—	5
132 01-5	054	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		1	1	—	0
132 11-2	054	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge <i>Vgl. K-Vermerk zu 811 11.</i>		—	—	—	34
232 10-9	054	Erstattungen der Freien Hansestadt Bremen zu den Kosten des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen		299	218	+81	250
235 01-9	054	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
		<b>A U S G A B E N</b>					
412 10-7	054	Entschädigung der ehrenamtlichen Richterinnen, Richter, Beisitzerinnen und Beisitzer	—	50	42	+8	30
422 01-3	054	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	4.263	4.057	+206	2.712
422 19-6	054	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-2	054	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	1.439
425 06-3	054	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
426 01-9	054	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	79
426 06-0	054	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1	1	—	—
427 01-5	054	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
427 02-3	054	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	—
427 39-2	054	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-6	054	Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	46	46	—	19
511 01-6	054	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	181	188	-7	174
514 01-5	054	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	5	5	—	4
517 01-4	054	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	109	109	—	100
518 01-0	054	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	151	151	—	79

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 1112**

**Allgemeine Erläuterungen**

Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind für dieses Kapitel verbindlich.

Veranschlagt sind die Einnahmen und Ausgaben des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen mit Ausnahme der Personalkosten und Personalnebenkosten der bremischen Beschäftigten; diese sind im Einzelplan „Justiz und Verfassung“ der Freien Hansestadt Bremen veranschlagt.

**Zu 112 01**

Hierzu gehören auch die vom Gericht im Verfahren der Prozesskostenhilfe festgesetzten Beträge.

Mehr in Anpassung an die Istentwicklung unter Berücksichtigung der zu erwartenden Mehreinnahmen aufgrund des Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes (KostRMOG).

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
85,23	85,23	85,74

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
4.263	4.057	4.291

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig) ---
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt) ---
- Sonstige Veränderungen ---

Summe Zugänge ---

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig) ---
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt) ---
- Sonstige Veränderungen ---

Summe Abgänge ---

Veranschlagt sind auch:

Lehrzulagen für Richter/-innen, die im Rahmen ihres Hauptamtes Leiter/-innen von Arbeitsgemeinschaften für Referendare/-innen sind. Sie erhalten eine monatliche Lehrzulage von 63,91 bzw. 47,93 bzw. 31,96 EUR gem. RdErl. des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils geltenden Fassung.

Die Lehrzulagen gelten bis zur Höhe von monatlich 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

**Zu 426 06**

Für unabweisbar notwendige Überstunden im Sitzungsdienst u. a.

**Zu 511 01**

Veranschlagt sind u. a. Dienstkleidungszuschüsse für die Beamtinnen und Beamten des Justizwachtmeisterdienstes sowie für die nicht beamteten Angehörigen des Justizwachtmeisterdienstes (Justizhelferinnen und Justizhelfer).

Bedienstete des Landes Niedersachsen, die zum Tragen von Dienstkleidung verpflichtet sind, erhalten Dienstkleidungszuschüsse (Aufwandsentschädigungen) nach einem Kopfsatz von jährlich 184,08 EUR.

**Zu 514 01**

**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1.1.2004	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Pkw	1	1	1

**Zu 518 01**

Für die Anmietung von Räumlichkeiten für die Zweigstelle in Bremen.

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1112 Landessozialgericht Niedersachsen - Bremen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
			2005	2005	2004		
			2004				
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
518 02-9	054	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	13	13	—	11
519 01-7	054	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	3	3	—	1
519 10-6	054	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	1	1	—	2
526 01-3	054	Sachverständige	—	1	1	—	0
526 02-1	054	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 01-0	054	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	8	8	—	7
527 02-8	054	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenan- gelegenheiten	—	2	2	—	2
529 10-1	054	Zur Verfügung der Präsidentin oder des Prä- sidenten des Landessozialgerichts	—	—	—	—	1
532 11-0	054	Entschädigungen beigeordneter Anwältin- nen und Anwälte	—	26	20	+6	21
532 12-9	054	Zeugenentschädigungen	—	62	45	+17	48
532 13-7	054	Sachverständigenentschädigungen	—	860	650	+210	705
532 14-5	054	Untersuchungs- und Unterbringungskosten	—	3	3	—	2
532 16-1	054	Sonstige Verfahrensauslagen	—	2	2	—	2
532 17-0	054	Reisekosten des Gerichts	—	2	2	—	0
546 01-4	054	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	—
546 03-0	054	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	1	6	-5	—
547 10-0	054	Dienstleistungen Außenstehender	—	4	—	+4	—
681 10-8	054	Schadensersatzleistungen und Unfallent- schädigungen <i>*** Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig.</i>	—	—	—	—	—
811 01-0	054	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
811 11-7	054	Erwerb von personenbezogenen Dienst- kraftfahrzeugen <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.</i>	—	—	—	—	34
812 10-5	054	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	16	-16	8
812 11-3	054	Erwerb von landeseigenen Telekommunika- tionsanlagen	—	—	—	—	—
981 11-0	990	Abführung an 13 21 - 381 11	—	235	235	—	234

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 518 02**

Für die Anmietung von Ablichtungsgeräten.

**Zu 532 13**

Mehr in Anpassung an die Istentwicklung unter Berücksichtigung der Mehrausgaben aufgrund des Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes (KostRMoG).

**Zu 981 11**

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1112 Landessozialgericht Niedersachsen - Bremen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 1112</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		591	476	+115	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		299	218	+81	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		890	694	+196	
		4 Personalausgaben	–	4.360	4.146	+214	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	–	1.434	1.209	+225	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	–	–	–	–	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	–	–	16	-16	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	–	235	235	–	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	–	6.029	5.606	+423	
		<b>Zuschuss</b>		5.139	4.912	+227	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1113 Sozialgerichte**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
		<p>*** Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO für dieses Kapitel verbindlich.</p> <p style="text-align: center;"><b>EINNAHMEN</b></p>					
111 01-1	054	Gebühren und tarifliche Entgelte		–	–	–	–
112 01-8	054	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		2.350	2.000	+350	2.317
119 01-2	054	Vermischte Einnahmen		1	60	-59	15
119 10-1	054	Ersatzleistungen		1	1	–	3
124 01-6	054	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		8	8	–	8
132 01-9	054	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		1	1	–	0
235 01-2	054	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		–	–	–	–
		<b>AUSGABEN</b>					
412 10-0	054	Entschädigung der ehrenamtlichen Richterinnen, Richter, Beisitzerinnen und Beisitzer	–	230	197	+33	180
422 01-7	054	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	–	9.270	9.147	+123	5.278
422 19-0	054	Altersteilzeitzuschläge	–	–	–	–	59
425 01-6	054	Vergütungen der Angestellten	–	–	–	–	3.708
425 06-7	054	Überstundenvergütungen für Angestellte	–	1	1	–	–
426 01-2	054	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	–	–	–	–	172
426 06-3	054	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	–	–	–	–	–
427 01-9	054	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	–	8	8	–	–
427 02-7	054	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	–	–	–	–	–
427 39-6	054	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	–	26	45	-19	26
453 01-0	054	Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung	–	10	30	-20	–
511 01-0	054	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	–	387	400	-13	372
514 01-9	054	Haltung von Dienstfahrzeugen	–	3	3	–	1
517 01-8	054	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	–	138	138	–	127
518 01-4	054	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	–	555	555	–	552
518 02-2	054	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	–	17	17	–	17
519 01-0	054	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	–	4	4	–	1
519 10-0	054	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	–	1	1	–	0

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Kapitel 1113**

**Allgemeine Erläuterungen**

Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind für dieses Kapitel verbindlich.

Es sind vorhanden:

Sozialgerichte Aurich, Braunschweig, Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Oldenburg, Osnabrück, Stade.

**Zu 112 01**

Hierzu gehören auch die vom Gericht im Verfahren der Prozesskostenhilfe festgesetzten Beträge.

Mehr in Anpassung an die Istentwicklung unter Berücksichtigung der zu erwartenden Mehreinnahmen aufgrund des Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes (KostRMoG).

**Zu 119 01**

Weniger, weil die Erstattung von Dienstbezügen von einem anderen Dienstherrn bei Abordnung oder Beurlaubung von Bediensteten seit 1.1.2004 von den Personalausgaben abgesetzt wird.

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteneinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
216,92	217,42	215,47

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
9.270	9.147	9.166

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	---
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	---
- Sonstige Veränderungen	---
	-----
Summe Zugänge	---

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	---
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	0,5
- Sonstige Veränderungen	---
	-----
Summe Abgänge	0,5

Bleibt Abgang 0,5

Veranschlagt sind auch:

Lehrzulagen für Richter/-innen, die im Rahmen ihres Hauptamtes Leiter/-innen von Arbeitsgemeinschaften für Referendare/-innen sind. Sie erhalten eine monatliche Lehrzulage von 63,91 bzw. 47,93 bzw. 31,96 EUR gem. RdErl. des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils geltenden Fassung.

Die Lehrzulagen gelten bis zur Höhe von monatlich 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

**Zu 425 06**

Für unabweisbar notwendige Überstunden im Sitzungsdienst u. a.

**Zu 427 01**

Für unvermeidliche Vertretungen in Urlaubs- und Krankheitsfällen im mittleren, im Schreib- und einfachen Dienst.

**Zu 511 01**

Veranschlagt sind u. a. Dienstkleidungszuschüsse für die Beamtinnen und Beamten des Justizwachmeisterdienstes sowie für die nicht beamteten Angehörigen des Justizwachmeisterdienstes (Justizhelferinnen und Justizhelfer).

Diese erhalten, soweit sie zum Tragen von Dienstkleidung verpflichtet sind, Dienstkleidungszuschüsse (Aufwandsentschädigungen) nach einem Kopfsatz von jährlich 184,08 EUR.

**Zu 514 01**

**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1.1.2004	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Pkw	1	1	1

**Zu 518 01**

Verpflichtungsermächtigungen für den Abschluss langfristiger Mietverträge für die Sozialgerichte Osnabrück und Hannover.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	542	—	—	542
2006	542	—	—	542
2007	542	—	—	542
2008	542	—	—	542
2009 ff.	442	—	—	442
Summe	2.610	—	—	2.610

**Zu 518 02**

Für die Anmietung von Ablichtungsgeräten.

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1113 Sozialgerichte**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004		
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
526 01-7	054	Sachverständige	—	—	—	—	0
526 02-5	054	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	2
527 01-3	054	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	2	2	—	3
527 02-1	054	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenan- gelegenheiten	—	3	3	—	2
532 11-4	054	Entschädigungen beigeordneter Anwältin- nen und Anwälte	—	400	316	+84	331
532 12-2	054	Zeugenentschädigungen	—	150	156	-6	107
532 13-0	054	Sachverständigenentschädigungen	—	7.100	5.800	+1.300	5.758
532 14-9	054	Untersuchungs- und Unterbringungskosten	—	40	50	-10	32
532 16-5	054	Sonstige Verfahrensauslagen	—	1	1	—	0
532 17-3	054	Reisekosten des Gerichts	—	1	1	—	0
546 01-8	054	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	—
546 03-4	054	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	—	—	—	—
681 10-1	054	Schadensersatzleistungen und Unfallent- schädigungen <i>*** Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig.</i>	—	—	—	—	—
811 01-3	054	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 10-9	054	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	18	-18	18
812 11-7	054	Erwerb von landeseigenen Telekommunika- tionsanlagen	—	—	—	—	—
981 11-3	990	Abführung an 13 21 - 381 11	—	460	460	—	459
<b>Abschluss Kapitel 1113</b>							
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		2.361	2.070	+291	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zu- schüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		2.361	2.070	+291	
		4 Personalausgaben	—	9.545	9.428	+117	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Aus- gaben für den Schuldendienst	—	8.802	7.447	+1.355	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	—	18	-18	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	460	460	—	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	18.807	17.353	+1.454	
		<b>Zuschuss</b>		16.446	15.283	+1.163	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 532 11**

Mehr in Anpassung an die Istentwicklung unter Berücksichtigung der Mehrausgaben aufgrund des Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes (KostRMoG).

**Zu 532 13**

Mehr in Anpassung an die Istentwicklung unter Berücksichtigung der Mehrausgaben aufgrund des Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes (KostRMoG).

**Zu 981 11**

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1116 Ordentliche Gerichte - Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<p>*** Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO für dieses Kapitel verbindlich.</p> <p style="text-align: center;"><b>E I N N A H M E N</b></p>					
112 01-9	052	<p>Gerichtskosten, Geldstrafen, Geldbußen, Sicherheitsleistungen                      *** Die Rückzahlung der vereinnahmten Sicherheitsleistung erfolgt abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzen von der Einnahme.</p>		40.400	—	+40.400	—
119 01-3	052	Vermischte Einnahmen		18	—	+18	—
119 02-1	052	Einnahmen aus Veröffentlichungen		—	—	—	—
119 10-2	052	Ersatzleistungen		18	—	+18	—
119 11-0	052	Einnahmen aus Intensivierung von Verfall und Einziehung		—	—	—	—
124 01-7	052	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		47	—	+47	—
132 01-0	052	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		3	—	+3	—
132 11-7	052	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge Vgl. K-Vermerk zu 811 11.		—	—	—	—
235 01-3	052	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
235 10-2	052	Zuweisungen von Sozialhilfeträgern Vgl. K-Vermerk zu 427 01.		—	—	—	—
281 10-4	052	Erstattung von Prozesskosten		1	—	+1	—
		<b>A U S G A B E N</b>					
412 10-1	052	Entschädigung der ehrenamtlichen Richterinnen, Richter, Beisitzerinnen und Beisitzer	—	305	—	+305	—
412 11-0	052	Entschädigung für ehrenamtliche Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer (einschl. Reisekosten)	—	7	—	+7	—
422 01-8	052	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	50.632	—	+50.632	—
422 06-9	052	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	10	—	+10	—
422 19-0	052	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-0	052	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-7	052	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	—
425 04-1	052	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten *** Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist Satz 2 der Erläuterungen verbindlich.	—	950	—	+950	—
425 06-8	052	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	4	—	+4	—
426 01-3	052	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	—
426 06-4	052	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	10	—	+10	—

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Kapitel 1116**

**Allgemeine Erläuterungen**

Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind für dieses Kapitel verbindlich.

Es sind vorhanden:

1 Oberlandesgericht, 2 Landgerichte und 16 Amtsgerichte.  
Das Kapitel ist aus der Aufteilung des bisherigen Kapitels 11 04 (Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften) hervorgegangen.

**Zu 112 01**

1. Gerichtskosten

Hierzu gehören auch

- a) die vom Gericht im Verfahren der Prozesskostenhilfe festgesetzten Beträge;
- b) übergegangene Ansprüche nach § 1836e BGB;
- c) gestundete Kosten des Insolvenzverfahrens (§ 4b InsO).

2. Sicherheitsleistungen

Einnahmen aus Sicherheitsleistungen gem. §§ 127a, 132 StPO.

**Zu 119 10**

Einnahmen u. a. aus Ersatzleistungen für von Bediensteten erlittene Dienstunfälle.

**Zu 119 11**

Abschöpfung von Straftatgewinnen durch Einziehungs- und Verfallsentscheidungen in Fällen, in denen keine Rückgewinnungshilfe zu leisten ist.

**Zu 412 11**

Für die Betreuung eines/einer Probanden/Probandin erhalten die ehrenamtlichen Bewährungshelfer/-innen eine monatliche Entschädigung von 51,13 EUR. Daneben werden Reisekosten erstattet.

Es ist die Entschädigung für durchschnittlich 10 eingesetzte ehrenamtliche Bewährungshelfer/-innen veranschlagt.

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteneinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
1.251,44	./.	./.

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
50.632	./.	./.

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	---
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	---
- Sonstige Veränderungen	---
Summe Zugänge	---

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	---
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	---
- Sonstige Veränderungen (Einsparungen)	---
Summe Abgänge	---

**Noch zu 422 01**

Bleibt Zugang	---
Bleibt Abgang	---

Eine Fortschreibung der Erläuterungen kann infolge der Aufteilung des Kapitels 11 04 in die Kapitel 11 16, 11 17, 11 18, 11 19, 11 20 und 11 21 in diesem Jahr nicht stattfinden.

Veranschlagt sind auch Lehrzulagen für Richter/-innen, die im Rahmen ihres Hauptamtes Leiter/-in von Arbeitsgemeinschaften (für Referendare/-innen und Beamte/-innen in der Amtsanwaltsausbildung) sind. Sie erhalten eine monatliche Lehrzulage von 63,91 bzw. 47,93 bzw. 31,96 EUR gem. RdErl. des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664).

Die Lehrzulagen gelten bis zur Höhe von mtl. 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Ferner sind veranschlagt:

Mittel für eine ständig nicht vollbeschäftigte Arbeiterin/einen ständig nicht vollbeschäftigten Arbeiter, deren/dessen durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt sowie Mittel für 2 stundenweise beschäftigte Arbeiterinnen und Arbeiter im Reinigungsdienst

**Zu 422 06**

Mehrarbeitsvergütungen beim Vollzug von Jugendarrest an Wochenenden in Gerichten sowie für den Sitzungsdienst.

**Zu 425 04**

Nach dem Haushaltsvermerk ist Satz 2 der nachstehenden Erläuterung verbindlich.

Mittel für 85 Auszubildende.

Die Mittel dürfen auch für die Ausbildung von Kräften für die Kapitel 11 08, 11 09, 11 10, 11 12, 11 13 und 11 19 verwendet werden.

**Zu 425 06**

Für unabweisbar notwendige Mehrarbeit im Sitzungsdienst, beim Vollzug von Jugendarrest an Wochenenden in Gerichten u. ä.

**Zu 426 06**

Überstundenlöhne beim Vollzug von Jugendarrest an Wochenenden in Gerichten.

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1116 Ordentliche Gerichte - Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004	2004	2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
427 01-0	052	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Istentnahmen bei 235 10.</i>	—	42	—	+42	—
427 02-8	052	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	—
427 10-9	052	Entschädigung der Lehrkräfte in den Gruppenarbeitsgemeinschaften für die praktische Studienzeit	—	10	—	+10	—
427 11-7	052	Beschäftigungsentgelte für Rechts- und andere Praktikantinnen/Praktikanten <i>*** Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist Satz 2 der Erläuterungen verbindlich.</i>	—	63	—	+63	—
427 39-7	052	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	116	—	+116	—
453 01-0	052	Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	111	—	+111	—
453 11-8	052	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	34	—	+34	—
459 10-8	052	Entschädigungen der Vollstreckungsbeamtinnen und Vollstreckungsbeamten (einschl. Reisekosten und sonstiger barer Auslagen)	—	4.300	—	+4.300	—
511 01-0	052	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	3.144	—	+3.144	—
514 01-0	052	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	15	—	+15	—
514 10-9	052	Betreuungskosten im Rahmen der Bewährungshilfe, der Führungsaufsicht und der Gerichtshilfe	—	1	—	+1	—
517 01-9	052	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	1.910	—	+1.910	—
518 01-5	052	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	60	—	+60	—
518 02-3	052	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	120	—	+120	—
519 01-1	052	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	40	—	+40	—
519 10-0	052	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	6	—	+6	—
519 11-9	052	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	4	—	+4	—
526 01-8	052	Sachverständige	—	4	—	+4	—
526 02-6	052	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	3	—	+3	—
526 10-7	052	Zinsen hinterlegter Gelder und Auslagen in Hinterlegungssachen	—	54	—	+54	—
527 01-4	052	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	140	—	+140	—
527 02-2	052	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenanlagen	—	2	—	+2	—
529 10-6	052	Zur Verfügung der Präsidentin/des Präsidenten des Oberlandesgerichts	—	—	—	—	—
532 11-5	052	Entschädigungen beigeordneter Anwältinnen und Anwälte	—	9.000	—	+9.000	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 427 10**

Gemäß § 15 NJAVO sind bei mehreren Land- und Amtsgerichten Gruppenarbeitsgemeinschaften für die praktische Studienzeit eingerichtet.

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen richtet sich nach dem RdErl. des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664), geändert durch RdErl. d. MF vom 9. 8. 2000 (Nds. MBl. S. 568).

Davon gelten je Lehrkraft bis zu monatlich 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

**Zu 427 11**

Nach dem Haushaltsvermerk ist Satz 2 der nachstehenden Erläuterung verbindlich.

Für die Ausbildung von Jahrespraktikanten/-innen in der Bewährungshilfe.

Die Mittel dürfen auch für die Ausbildung von Kräften für das Kapitel 11 19 verwendet werden.

**Zu 459 10**

Es sind veranschlagt

a) die den Gerichtsvollziehern/-innen aufgrund der Verordnung zur Abgeltung der Bürokosten im Gerichtsvollzieherdienst vom 1. 12. 1998 (Nds. GVBl. S. 703) sowie der VO vom 8. 7. 1976 (BGBl. I S. 1783) und

b) die den Vollziehungsbeamten/-innen der Justiz aufgrund der AV vom 27. 11. 1990 (Nds. Rpfl. S. 300)

in der jeweils geltenden Fassung zu gewährenden Entschädigungen.

Die den Gerichtsvollziehern/-innen gewährte Entschädigung zur Abgeltung der Bürokosten wird in Höhe von 30 v. H. als Aufwandsentschädigung gezahlt. Die Zulagen der Vollziehungsbeamten/-innen sind in voller Höhe Aufwandsentschädigungen.

**Zu 511 01**

Veranschlagt sind u. a. Dienstkleidungszuschüsse für die Beamtinnen und Beamten des Justizwachtmeisterdienstes sowie für die nicht beamteten Angehörigen des Justizwachtmeisterdienstes (Justizhelferinnen und Justizhelfer).

Diese erhalten, soweit sie zum Tragen von Dienstkleidung verpflichtet sind, Dienstkleidungszuschüsse (Aufwandsentschädigungen) nach einem Kopfsatz von jährlich 184,08 EUR.

**Zu 514 01**

**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1.1.2004	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
PKW	4	4	4

**Zu 518 02**

Für die Anmietung von Ablichtungsgeräten sowie für Leasing eines Transportfahrzeuges für das Projekt SolumSTAR.

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1116 Ordentliche Gerichte - Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
			2005	2005	2004		
			2004				
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
532 12-3	052	Zeugenentschädigungen	—	1.200	—	+1.200	—
532 13-1	052	Sachverständigenentschädigungen	—	7.800	—	+7.800	—
532 14-0	052	Untersuchungs- und Unterbringungskosten	—	800	—	+800	—
532 15-8	052	Bekanntmachungskosten	—	1.200	—	+1.200	—
532 16-6	052	Sonstige Verfahrensauslagen	—	90	—	+90	—
532 17-4	052	Reisekosten des Gerichts	—	28	—	+28	—
532 18-2	052	Kosten der Beratungshilfe	—	1.130	—	+1.130	—
532 19-0	052	Entschädigungen aufgrund des Betreuungsgesetzes	—	8.500	—	+8.500	—
532 20-4	052	Vergütungen und Auslagen nach der Insolvenzrechtlichen Vergütungsverordnung	—	700	—	+700	—
536 10-2	052	Kosten der Gefangenenbeförderung und Vorführungskosten (einschl. Reisekosten)	—	18	—	+18	—
546 01-9	052	Vermischte Ausgaben	—	1	—	+1	—
546 03-5	052	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	14	—	+14	—
681 10-2	052	Schadensersatzleistungen und Unfallschädigungen <i>*** Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig.</i>	—	20	—	+20	—
681 11-0	052	Entschädigungen (auch aus Billigkeitsgründen) an Beschuldigte in Strafsachen	—	580	—	+580	—
681 12-9	052	Betreuung von Sexualdelinquenten und Gewalttätern im Rahmen der Bewährungshilfe <i>*** Beträge, die erstattet werden, sind abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.</i>	—	3	—	+3	—
811 01-4	052	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
811 11-1	052	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.</i>	—	—	—	—	—
812 10-0	052	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	50	—	+50	—
812 11-8	052	Erwerb von landeseigenen Telekommunikationsanlagen	—	—	—	—	—
812 12-6	052	Erwerb von besonderen Betriebseinrichtungen	—	—	—	—	—
981 11-4	990	Abführung an 13 21 - 381 11	—	5.820	—	+5.820	—

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 532 20**

Zahlungen aufgrund einer Stundung nach § 4a InsO.

**Zu 681 11**

Auslagenersatz im Strafverfahren und in gerichtlichen Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz (§§ 467 ff. StPO).

**Zu 681 12**

Sachmitteleinsatz zur Betreuung von Sexualdelinquenten und Gewalttätern im Rahmen der Bewährungshilfe.

**Zu 812 10**

	in 1000 EUR
Ersatzbeschaffungen:	
Mikrofilmanlage	25
Ergänzungsbeschaffungen:	
Personensicherungsanlagen und Detektions- rahmen	25
Zusammen	50

**Zu 981 11**

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1116 Ordentliche Gerichte - Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 1116</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		40.486	—	+40.486	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		1	—	+1	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		40.487	—	+40.487	
		4 Personalausgaben	—	56.594	—	+56.594	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	35.984	—	+35.984	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	603	—	+603	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	50	—	+50	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	5.820	—	+5.820	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	99.051	—	+99.051	
		<b>Zuschuss</b>		58.564		+58.564	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1117 Ordentliche Gerichte - Oberlandesgerichtsbezirk Celle**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<p>*** Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO für dieses Kapitel verbindlich.</p> <p style="text-align: center;"><b>E I N N A H M E N</b></p>					
112 01-2	052	<p>Gerichtskosten, Geldstrafen, Geldbußen, Sicherheitsleistungen                      *** Die Rückzahlung der vereinnahmten Sicherheitsleistung erfolgt abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzen von der Einnahme.</p>		173.400	—	+173.400	—
119 01-7	052	Vermischte Einnahmen		50	—	+50	—
119 02-5	052	Einnahmen aus Veröffentlichungen		—	—	—	—
119 04-1	052	Einnahmen aus dem Verkauf des Firmentikets von Verkehrsunternehmen an Landesbedienstete Vgl. K-Vermerk zu 546 04.		—	—	—	—
119 10-6	052	Ersatzleistungen		266	—	+266	—
119 11-4	052	Einnahmen aus Intensivierung von Verfall und Einziehung		—	—	—	—
124 01-0	052	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		112	—	+112	—
132 01-3	052	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		10	—	+10	—
132 11-0	052	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge Vgl. K-Vermerk zu 811 11.		—	—	—	—
235 01-7	052	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
235 10-6	052	Zuweisungen von Sozialhilfeträgern Vgl. K-Vermerk zu 427 01.		—	—	—	—
281 10-8	052	Erstattung von Prozesskosten		1	—	+1	—
		<b>A U S G A B E N</b>					
412 10-5	052	Entschädigung der ehrenamtlichen Richterinnen, Richter, Beisitzerinnen und Beisitzer	—	1.080	—	+1.080	—
412 11-3	052	Entschädigung für ehrenamtliche Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer (einschl. Reisekosten)	—	20	—	+20	—
422 01-1	052	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	150.021	—	+150.021	—
422 06-2	052	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	12	—	+12	—
422 19-4	052	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-3	052	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-0	052	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	—
425 04-5	052	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten *** Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist Satz 2 der Erläuterungen verbindlich.	—	1.850	—	+1.850	—
425 06-1	052	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	2	—	+2	—
426 01-7	052	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Kapitel 1117**

**Allgemeine Erläuterungen**

Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind für dieses Kapitel verbindlich.

Es sind vorhanden:

1 Oberlandesgericht, 6 Landgerichte und 41 Amtsgerichte.  
Das Kapitel ist aus der Aufteilung des bisherigen Kapitels 11 04 (Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften) hervorgegangen.

**Zu 112 01**

1. Gerichtskosten  
Hierzu gehören auch
  - a) die vom Gericht im Verfahren der Prozesskostenhilfe festgesetzten Beträge;
  - b) übergegangene Ansprüche nach § 1836e BGB;
  - c) gestundete Kosten des Insolvenzverfahrens (§ 4b InsO).
2. Sicherheitsleistungen  
Einnahmen aus Sicherheitsleistungen gem. §§ 127a, 132 StPO.

**Zu 119 10**

Einnahmen u. a. aus Ersatzleistungen für von Bediensteten erlittene Dienstunfälle.

**Zu 119 11**

Abschöpfung von Straftatgewinnen durch Einziehungs- und Verfallsentscheidungen in Fällen, in denen keine Rückgewinnungshilfe zu leisten ist.

**Zu 412 11**

Für die Betreuung eines/einer Probanden/Probandin erhalten die ehrenamtlichen Bewährungshelfer/-innen eine monatliche Entschädigung von 51,13 EUR. Daneben werden Reisekosten erstattet.

Es ist die Entschädigung für durchschnittlich 30 eingesetzte ehrenamtliche Bewährungshelfer/-innen veranschlagt.

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteneinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
3.740,28	./.	./.

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
150.021	./.	./.

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig) ---
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt) ---
- Sonstige Veränderungen ---

Summe Zugänge ---

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig) ---
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt) ---
- Sonstige Veränderungen (Einsparungen) ---

Summe Abgänge ---

**Noch zu 422 01**

Bleibt Zugang ---  
Bleibt Abgang ---

Eine Fortschreibung der Erläuterungen kann infolge der Aufteilung des Kapitels 11 04 in die Kapitel 11 16, 11 17, 11 18, 11 19, 11 20 und 11 21 in diesem Jahr nicht stattfinden.

Veranschlagt sind auch Lehrzulagen für

a) Richter/-innen, die im Rahmen ihres Hauptamtes Leiter/-in von Arbeitsgemeinschaften (für Referendare/-innen und Beamte/-innen in der Amtsanwaltschaftsausbildung) sind. Sie erhalten eine monatliche Lehrzulage von 63,91 bzw. 47,93 bzw. 31,96 EUR gem. RdErl. des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664).

b) den/die hauptamtliche(n) Leiter/-in des Ausbildungslehrgangs für Gerichtsvollzieheranwärter/-innen. Er/Sie erhält eine monatliche Lehrzulage (Aufwandsentschädigung) von 63,91 EUR gem. RdErl. des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664).

Die Lehrzulagen zu a) gelten bis zur Höhe von mtl. 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die Lehrzulage zu b) gilt gem. Abschn. I Nr. 4 der LehrzRL vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) als steuerfreie Aufwandsentschädigung i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

Ferner sind veranschlagt:

Mittel für 13 ständig nicht vollbeschäftigte Arbeiterinnen und Arbeiter – davon 12 Kräfte im Reinigungsdienst -, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt sowie Mittel für 8 stundenweise beschäftigte Arbeiterinnen und Arbeiter im Reinigungsdienst

**Zu 422 06**

Mehrarbeitsvergütungen beim Vollzug von Jugendarrest an Wochenenden in Gerichten sowie für den Sitzungsdienst.

**Zu 425 04**

Nach dem Haushaltsvermerk ist Satz 2 der nachstehenden Erläuterung verbindlich.

Mittel für 165 Auszubildende.

Die Mittel dürfen auch für die Ausbildung von Kräften für die Kapitel 11 08, 11 09, 11 10, 11 12, 11 13 und 11 20 verwendet werden.

**Zu 425 06**

Für unabweisbar notwendige Mehrarbeit im Sitzungsdienst, beim Vollzug von Jugendarrest an Wochenenden in Gerichten u. ä.

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1117 Ordentliche Gerichte - Oberlandesgerichtsbezirk Celle**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
426 06-8	052	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	6	—	+6	—
427 01-3	052	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte <i>Übertragbar. Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 235 10.</i>	—	125	—	+125	—
427 02-1	052	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	—
427 10-2	052	Entschädigung der Lehrkräfte in den Gruppenarbeitsgemeinschaften für die praktische Studienzeit	—	9	—	+9	—
427 11-0	052	Beschäftigungsentgelte für Rechts- und andere Praktikantinnen/Praktikanten <i>*** Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist Satz 2 der Erläuterungen verbindlich.</i>	—	174	—	+174	—
427 39-0	052	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	342	—	+342	—
453 01-4	052	Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	586	—	+586	—
453 11-1	052	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	90	—	+90	—
459 10-1	052	Entschädigungen der Vollstreckungsbeamtinnen und Vollstreckungsbeamten (einschl. Reisekosten und sonstiger barer Auslagen)	—	12.000	—	+12.000	—
511 01-4	052	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	15.122	—	+15.122	—
514 01-3	052	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	32	—	+32	—
514 10-2	052	Betreuungskosten im Rahmen der Bewährungshilfe, der Führungsaufsicht und der Gerichtshilfe	—	9	—	+9	—
517 01-2	052	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	4.600	—	+4.600	—
518 01-9	052	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	690	2.016	—	+2.016	—
518 02-7	052	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	400	—	+400	—
519 01-5	052	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	160	—	+160	—
519 10-4	052	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	35	—	+35	—
519 11-2	052	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	8	—	+8	—
526 01-1	052	Sachverständige	—	25	—	+25	—
526 02-0	052	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	7	—	+7	—
526 10-0	052	Zinsen hinterlegter Gelder und Auslagen in Hinterlegungssachen	—	144	—	+144	—
527 01-8	052	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	448	—	+448	—
527 02-6	052	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	12	—	+12	—
529 10-0	052	Zur Verfügung der Präsidentin/des Präsidenten des Oberlandesgerichts	—	—	—	—	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 426 06**

Überstundenlöhne beim Vollzug von Jugendarrest an Wochenenden in Gerichten.

**Zu 427 10**

Gemäß § 15 NJAVO sind bei mehreren Land- und Amtsgerichten Gruppenarbeitsgemeinschaften für die praktische Studienzeit eingerichtet.

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen richtet sich nach dem RdErl. des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664), geändert durch RdErl. d. MF vom 9. 8. 2000 (Nds. MBl. S. 568).

Davon gelten je Lehrkraft bis zu monatlich 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

**Zu 427 11**

Nach dem Haushaltsvermerk ist Satz 2 der nachstehenden Erläuterung verbindlich.

Für die Ausbildung von Jahrespraktikanten/-innen in der Bewährungshilfe.

Die Mittel dürfen auch für die Ausbildung von Kräften für das Kapitel 11 20 verwendet werden.

**Zu 459 10**

Es sind veranschlagt

- a) die den Gerichtsvollziehern/-innen aufgrund der Verordnung zur Abgeltung der Bürokosten im Gerichtsvollzieherdienst vom 1. 12. 1998 (Nds. GVBl. S. 703) sowie der VO vom 8. 7. 1976 (BGBl. I S. 1783) und
- b) die den Vollziehungsbeamten/-innen der Justiz aufgrund der AV vom 27. 11. 1990 (Nds. Rpfl. S. 300)

in der jeweils geltenden Fassung zu gewährenden Entschädigungen.

Die den Gerichtsvollziehern/-innen gewährte Entschädigung zur Abgeltung der Bürokosten wird in Höhe von 30 v. H. als Aufwandsentschädigung gezahlt. Die Zulagen der Vollziehungsbeamten/-innen sind in voller Höhe Aufwandsentschädigungen.

**Zu 511 01**

Veranschlagt sind u. a. Dienstkleidungszuschüsse für die Beamtinnen und Beamten des Justizwachtmeisterdienstes sowie für die nicht beamteten Angehörigen des Justizwachtmeisterdienstes (Justizhelferinnen und Justizhelfer).

Diese erhalten, soweit sie zum Tragen von Dienstkleidung verpflichtet sind, Dienstkleidungszuschüsse (Aufwandsentschädigungen) nach einem Kopfsatz von jährlich 184,08 EUR.

**Zu 514 01**

**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1.1.2004	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
PKW	10	10	10

**Zu 518 01**

Verpflichtungsermächtigungen für die Miete von Dienstgebäuden für die Amtsgerichte Hannover, Rinteln, Springe, Sulingen, Syke, und Uelzen (Zentrales Mahngericht), das Landgericht Hannover

**Noch zu 518 01**

sowie die Bewährungshilfe Hannover.  
Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	1.021	100	–	1.121
2006	1.021	100	–	1.121
2007	1.021	100	–	1.121
2008	1.021	100	–	1.121
2009 ff.	5.102	497	–	5.599
<b>Summe</b>	<b>9.186</b>	<b>897</b>	<b>–</b>	<b>10.083</b>

Im Haushaltsjahr 2005 ist eine weitere Verpflichtungsermächtigung für eine notwendige Anmietung infolge der Konzentration der Registergerichte ausgebracht.

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	–	–	–
2006	–	–	72	72
2007	–	–	72	72
2008	–	–	72	72
2009 ff.	–	–	474	474
<b>Summe</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>690</b>	<b>690</b>

**Zu 518 02**

Für die Anmietung von Ablichtungsgeräten sowie für Leasing eines Transportfahrzeuges für die Projekte SolumSTAR und RegisSTAR.

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1117 Ordentliche Gerichte - Oberlandesgerichtsbezirk Celle**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
532 11-9	052	Entschädigungen beigeordneter Anwältinnen und Anwälte	—	27.500	—	+27.500	—
532 12-7	052	Zeugenentschädigungen	—	3.300	—	+3.300	—
532 13-5	052	Sachverständigenentschädigungen	—	27.700	—	+27.700	—
532 14-3	052	Untersuchungs- und Unterbringungskosten	—	2.200	—	+2.200	—
532 15-1	052	Bekanntmachungskosten	—	4.300	—	+4.300	—
532 16-0	052	Sonstige Verfahrensauslagen	—	420	—	+420	—
532 17-8	052	Reisekosten des Gerichts	—	110	—	+110	—
532 18-6	052	Kosten der Beratungshilfe	—	2.870	—	+2.870	—
532 19-4	052	Entschädigungen aufgrund des Betreuungsgesetzes	—	27.600	—	+27.600	—
532 20-8	052	Vergütungen und Auslagen nach der Insolvenzrechtlichen Vergütungsverordnung	—	1.530	—	+1.530	—
536 10-6	052	Kosten der Gefangenenbeförderung und Vorführungskosten (einschl. Reisekosten)	—	29	—	+29	—
546 01-2	052	Vermischte Ausgaben	—	1	—	+1	—
546 03-9	052	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	22	—	+22	—
546 04-7	052	Ausgaben für den Kauf des Firmentickets von Verkehrsunternehmen <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 04.</i>	—	—	—	—	—
681 10-6	052	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen <i>*** Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig.</i>	—	60	—	+60	—
681 11-4	052	Entschädigungen (auch aus Billigkeitsgründen) an Beschuldigte in Strafsachen	—	1.840	—	+1.840	—
681 12-2	052	Betreuung von Sexualdelinquenten und Gewalttätern im Rahmen der Bewährungshilfe <i>*** Beträge, die erstattet werden, sind abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.</i>	—	20	—	+20	—
811 01-8	052	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	17	—	+17	—
811 11-5	052	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.</i>	—	—	—	—	—
812 10-3	052	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	183	—	+183	—
812 11-1	052	Erwerb von landeseigenen Telekommunikationsanlagen	15	306	—	+306	—
812 12-0	052	Erwerb von besonderen Betriebseinrichtungen	—	—	—	—	—
981 10-0	990	Abführung an 1321 - 381 22 zur Refinanzierung des Sondervermögens Landesliegenschaftsfonds Niedersachsen	—	400	—	+400	—
981 11-8	990	Abführung an 13 21 - 381 11	—	12.365	—	+12.365	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 532 20**

Zahlungen aufgrund einer Stundung nach § 4a InsO.

**Zu 681 11**

Auslagenersatz im Strafverfahren und in gerichtlichen Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz (§§ 467 ff. StPO).

**Zu 681 12**

Sachmitteleinsatz zur Betreuung von Sexualdelinquenten und Gewalttätern im Rahmen der Bewährungshilfe.

**Zu 811 01**

	in 1000 EUR
--	-------------

Ersatzbeschaffungen:

1 PKW

Kaufpreis einschl. Sonderausstattung 17

**Zu 812 10**

	in 1000 EUR
--	-------------

Ersatzbeschaffungen:

div. Zeiterfassungsgeräte 23

Beleuchtungsanlagen 8

Ausstattungsgegenstände für Dienstzimmer 25

Ausstattungsgegenstände für Funktionsräume 69

Zusammen 125

Ergänzungsbeschaffungen:

Personensicherungsanlagen und Detektorahmen 50

Wegeleitsystem 8

Zusammen 58

**Zu 812 11**

	in 1000 EUR
--	-------------

Ersatz und Erweiterung von Fernsprechanlagen:

Justizbehörden Lüneburg 306

Es ist eine Verpflichtungsermächtigung für die Erweiterung von Telefonanlagen infolge der Konzentration der Registergerichte ausgebracht.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	–	–	–
2006	–	–	15	15
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	–	15	15

**Zu 981 10**

Abführung an 13 21 – 381 22 (ab 2003 bis 2013) zur Refinanzierung des Sondervermögens Landesliegenschaftsfonds für den Erwerb des Erbbaurechts am Grundstück des Amtsgerichts Walsrode.

**Noch zu 981 10**

Belastung der Haushaltsjahre (in 1000 EUR):

2005	400
2006	400
2007	400
2008	400
2009 bis 2013	1.639
Zusammen	3.239

**Zu 981 11**

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1117 Ordentliche Gerichte - Oberlandesgerichtsbezirk Celle**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 1117</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		173.838	—	+173.838	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		1	—	+1	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		173.839	—	+173.839	
		4 Personalausgaben	—	166.317	—	+166.317	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	690	120.600	—	+120.600	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	1.920	—	+1.920	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	15	506	—	+506	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	12.765	—	+12.765	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	705	302.108	—	+302.108	
		<b>Zuschuss</b>	—	128.269		+128.269	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1118 Ordentliche Gerichte - Oberlandesgerichtsbezirk Oldenburg**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
		<p>*** Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO für dieses Kapitel verbindlich.</p> <p style="text-align: center;"><b>E I N N A H M E N</b></p>					
112 01-6	052	<p>Gerichtskosten, Geldstrafen, Geldbußen, Sicherheitsleistungen                      *** Die Rückzahlung der vereinnahmten Sicherheitsleistung erfolgt abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzen von der Einnahme.</p>		94.200	—	+94.200	—
119 01-0	052	Vermischte Einnahmen		24	—	+24	—
119 02-9	052	Einnahmen aus Veröffentlichungen		—	—	—	—
119 10-0	052	Ersatzleistungen		36	—	+36	—
119 11-8	052	Einnahmen aus Intensivierung von Verfall und Einziehung		—	—	—	—
124 01-4	052	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		61	—	+61	—
132 01-7	052	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		5	—	+5	—
132 11-4	052	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge Vgl. K-Vermerk zu 811 11.		—	—	—	—
235 01-0	052	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
235 10-0	052	Zuweisungen von Sozialhilfeträgern Vgl. K-Vermerk zu 427 01.		—	—	—	—
281 10-1	052	Erstattung von Prozesskosten		1	—	+1	—
		<b>A U S G A B E N</b>					
412 10-9	052	Entschädigung der ehrenamtlichen Richterinnen, Richter, Beisitzerinnen und Beisitzer	—	770	—	+770	—
412 11-7	052	Entschädigung für ehrenamtliche Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer (einschl. Reisekosten)	—	11	—	+11	—
422 01-5	052	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	83.871	—	+83.871	—
422 06-6	052	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	3	—	+3	—
422 19-8	052	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-7	052	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-4	052	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	—
425 04-9	052	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten *** Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist Satz 2 der Erläuterungen verbindlich.	—	1.648	—	+1.648	—
425 06-5	052	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1	—	+1	—
426 01-0	052	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	—
426 06-1	052	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	33	—	+33	—

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Kapitel 1118**

**Allgemeine Erläuterungen**

Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind für dieses Kapitel verbindlich.

Es sind vorhanden:

1 Oberlandesgericht, 3 Landgerichte und 23 Amtsgerichte.  
Das Kapitel ist aus der Aufteilung des bisherigen Kapitels 11 04 (Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften) hervorgegangen.

**Zu 112 01**

1. Gerichtskosten  
Hierzu gehören auch
  - a) die vom Gericht im Verfahren der Prozesskostenhilfe festgesetzten Beträge;
  - b) übergegangene Ansprüche nach § 1836e BGB;
  - c) gestundete Kosten des Insolvenzverfahrens (§ 4b InsO).
2. Sicherheitsleistungen  
Einnahmen aus Sicherheitsleistungen gem. §§ 127a, 132 StPO.

**Zu 119 10**

Einnahmen u. a. aus Ersatzleistungen für von Bediensteten erlittene Dienststunfälle.

**Zu 119 11**

Abschöpfung von Straftatgewinnen durch Einziehungs- und Verfallsentscheidungen in Fällen, in denen keine Rückgewinnungshilfe zu leisten ist.

**Zu 412 11**

Für die Betreuung eines/einer Probanden/Probandin erhalten die ehrenamtlichen Bewährungshelfer/-innen eine monatliche Entschädigung von 51,13 EUR. Daneben werden Reisekosten erstattet.

Es ist die Entschädigung für durchschnittlich 15 eingesetzte ehrenamtliche Bewährungshelfer/-innen veranschlagt.

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteneinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
2.054,55	./.	./.

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
83.871	./.	./.

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig) ---
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt) ---
- Sonstige Veränderungen ---

Summe Zugänge ---

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig) ---
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt) ---
- Sonstige Veränderungen (Einsparungen) ---

Summe Abgänge ---

**Noch zu 422 01**

Bleibt Zugang ---  
Bleibt Abgang ---

Eine Fortschreibung der Erläuterungen kann infolge der Aufteilung des Kapitels 11 04 in die Kapitel 11 16, 11 17, 11 18, 11 19, 11 20 und 11 21 in diesem Jahr nicht stattfinden.

Veranschlagt sind auch Lehrzulagen für Richter/-innen, die im Rahmen ihres Hauptamtes Leiter/-in von Arbeitsgemeinschaften (für Referendare/-innen und Beamte/-innen in der Amtsanwaltsausbildung) sind. Sie erhalten eine monatliche Lehrzulage von 63,91 bzw. 47,93 bzw. 31,96 EUR gem. RdErl. des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664).

Die Lehrzulagen gelten bis zur Höhe von mtl. 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Ferner sind veranschlagt:

Mittel für eine ständig nicht vollbeschäftigte Arbeiterin/einen ständig nicht vollbeschäftigten Arbeiter im Reinigungsdienst -, deren/dessen durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt sowie Mittel für 11 stundenweise beschäftigte Arbeiterinnen und Arbeiter im Reinigungsdienst

**Zu 422 06**

Mehrarbeitsvergütungen beim Vollzug von Jugendarrest an Wochenenden in Gerichten sowie für den Sitzungsdienst.

**Zu 425 04**

Nach dem Haushaltsvermerk ist Satz 2 der nachstehenden Erläuterung verbindlich.

Mittel für 147 Auszubildende.

Die Mittel dürfen auch für die Ausbildung von Kräften für die Kapitel 11 08, 11 09, 11 10, 11 12, 11 13 und 11 21 verwendet werden.

**Zu 425 06**

Für unabweisbar notwendige Mehrarbeit im Sitzungsdienst, beim Vollzug von Jugendarrest an Wochenenden in Gerichten u. ä.

**Zu 426 06**

Überstundenlöhne beim Vollzug von Jugendarrest an Wochenenden in Gerichten.

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1118 Ordentliche Gerichte - Oberlandesgerichtsbezirk Oldenburg**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
427 01-7	052	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 235 10.</i>	—	67	—	+67	—
427 02-5	052	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	—
427 10-6	052	Entschädigung der Lehrkräfte in den Gruppenarbeitsgemeinschaften für die praktische Studienzeit	—	9	—	+9	—
427 11-4	052	Beschäftigungsentgelte für Rechts- und andere Praktikantinnen/Praktikanten <i>*** Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist Satz 2 der Erläuterungen verbindlich.</i>	—	69	—	+69	—
427 39-4	052	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	184	—	+184	—
453 01-8	052	Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	185	—	+185	—
453 11-5	052	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	46	—	+46	—
459 10-5	052	Entschädigungen der Vollstreckungsbeamtinnen und Vollstreckungsbeamten (einschl. Reisekosten und sonstiger barer Auslagen)	—	8.200	—	+8.200	—
511 01-8	052	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	5.586	—	+5.586	—
514 01-7	052	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	40	—	+40	—
514 10-6	052	Betreuungskosten im Rahmen der Bewährungshilfe, der Führungsaufsicht und der Gerichtshilfe	—	5	—	+5	—
517 01-6	052	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	1.700	—	+1.700	—
518 01-2	052	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	1.236	—	+1.236	—
518 02-0	052	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	200	—	+200	—
519 01-9	052	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	67	—	+67	—
519 10-8	052	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	10	—	+10	—
519 11-6	052	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	5	—	+5	—
526 01-5	052	Sachverständige	—	6	—	+6	—
526 02-3	052	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	2	—	+2	—
526 10-4	052	Zinsen hinterlegter Gelder und Auslagen in Hinterlegungssachen	—	72	—	+72	—
527 01-1	052	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	216	—	+216	—
527 02-0	052	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenanlagen	—	3	—	+3	—
529 10-3	052	Zur Verfügung der Präsidentin/des Präsidenten des Oberlandesgerichts	—	—	—	—	—
532 11-2	052	Entschädigungen beigeordneter Anwältinnen und Anwälte	—	16.000	—	+16.000	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 427 10**

Gemäß § 15 NJAVO sind bei mehreren Land- und Amtsgerichten Gruppenarbeitsgemeinschaften für die praktische Studienzeit eingerichtet.

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen richtet sich nach dem RdErl. des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664), geändert durch RdErl. d. MF vom 9. 8. 2000 (Nds. MBl. S. 568).

Davon gelten je Lehrkraft bis zu monatlich 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

**Zu 427 11**

Nach dem Haushaltsvermerk ist Satz 2 der nachstehenden Erläuterung verbindlich.

Für die Ausbildung von Jahrespraktikanten/-innen in der Bewährungshilfe.

Die Mittel dürfen auch für die Ausbildung von Kräften für das Kapitel 11 21 verwendet werden.

**Zu 459 10**

Es sind veranschlagt

a) die den Gerichtsvollziehern/-innen aufgrund der Verordnung zur Abgeltung der Bürokosten im Gerichtsvollzieherdienst vom 1. 12. 1998 (Nds. GVBl. S. 703) sowie der VO vom 8. 7. 1976 (BGBl. I S. 1783) und

b) die den Vollziehungsbeamten/-innen der Justiz aufgrund der AV vom 27. 11. 1990 (Nds. Rpfl. S. 300)

in der jeweils geltenden Fassung zu gewährenden Entschädigungen.

Die den Gerichtsvollziehern/-innen gewährte Entschädigung zur Abgeltung der Bürokosten wird in Höhe von 30 v. H. als Aufwandsentschädigung gezahlt. Die Zulagen der Vollziehungsbeamten/-innen sind in voller Höhe Aufwandsentschädigungen.

**Zu 511 01**

Veranschlagt sind u. a. Dienstkleidungszuschüsse für die Beamtinnen und Beamten des Justizwachtmeisterdienstes sowie für die nicht beamteten Angehörigen des Justizwachtmeisterdienstes (Justizhelferinnen und Justizhelfer).

Diese erhalten, soweit sie zum Tragen von Dienstkleidung verpflichtet sind, Dienstkleidungszuschüsse (Aufwandsentschädigungen) nach einem Kopfsatz von jährlich 184,08 EUR.

**Zu 514 01**

**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1.1.2004	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
PKW	6	6	6

**Zu 518 01**

Verpflichtungsermächtigungen für die Miete von Dienstgebäuden für die Amtsgerichte Delmenhorst und Nordhorn sowie die Justizbehörden Oldenburg.

**Belastung (2005)**

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	476	–	–	476
2006	476	–	–	476
2007	476	–	–	476
2008	476	–	–	476
2009 ff.	2.295	–	–	2.295
Summe	4.199	–	–	4.199

**Zu 518 02**

Für die Anmietung von Ablichtungsgeräten sowie für Leasing eines Transportfahrzeuges für das Projekt SolumSTAR.

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1118 Ordentliche Gerichte - Oberlandesgerichtsbezirk Oldenburg**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004		
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
532 12-0	052	Zeugenentschädigungen	—	2.500	—	+2.500	—
532 13-9	052	Sachverständigenentschädigungen	—	15.000	—	+15.000	—
532 14-7	052	Untersuchungs- und Unterbringungskosten	—	1.300	—	+1.300	—
532 15-5	052	Bekanntmachungskosten	—	2.200	—	+2.200	—
532 16-3	052	Sonstige Verfahrensauslagen	—	120	—	+120	—
532 17-1	052	Reisekosten des Gerichts	—	60	—	+60	—
532 18-0	052	Kosten der Beratungshilfe	—	2.400	—	+2.400	—
532 19-8	052	Entschädigungen aufgrund des Betreuungsgesetzes	—	13.500	—	+13.500	—
532 20-1	052	Vergütungen und Auslagen nach der Insolvenzrechtlichen Vergütungsverordnung	—	770	—	+770	—
536 10-0	052	Kosten der Gefangenenbeförderung und Vorführungskosten (einschl. Reisekosten)	—	19	—	+19	—
546 01-6	052	Vermischte Ausgaben	—	1	—	+1	—
546 03-2	052	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	13	—	+13	—
681 10-0	052	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen <i>*** Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig.</i>	—	25	—	+25	—
681 11-8	052	Entschädigungen (auch aus Billigkeitsgründen) an Beschuldigte in Strafsachen	—	850	—	+850	—
681 12-6	052	Betreuung von Sexualdelinquenten und Gewalttätern im Rahmen der Bewährungshilfe <i>*** Beträge, die erstattet werden, sind abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.</i>	—	5	—	+5	—
811 01-1	052	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
811 11-9	052	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.</i>	—	—	—	—	—
812 10-7	052	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	92	—	+92	—
812 11-5	052	Erwerb von landeseigenen Telekommunikationsanlagen	6	63	—	+63	—
812 12-3	052	Erwerb von besonderen Betriebseinrichtungen	—	—	—	—	—
981 11-1	990	Abführung an 13 21 - 381 11	—	4.950	—	+4.950	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 532 20**

Zahlungen aufgrund einer Stundung nach § 4a InsO.

**Zu 681 11**

Auslagenersatz im Strafverfahren und in gerichtlichen Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz (§§ 467 ff. StPO).

**Zu 681 12**

Sachmitteleinsatz zur Betreuung von Sexualdelinquenten und Gewalttätern im Rahmen der Bewährungshilfe.

**Zu 812 10**

	in 1000 EUR
Ersatzbeschaffungen:	
Frankiermaschine	6
Beleuchtungsanlagen	27
Ausstattungsgegenstände für Funktionsräume	23
Zusammen	56
Ergänzungsbeschaffungen:	
Personensicherungsanlagen und Detektionsrahmen	25
Wegeleitsystem	11
Zusammen	36

**Zu 812 11**

	in 1000 EUR
Ersatz und Erweiterung von Fernsprechanlagen:	
Amtsgericht Wildeshausen	63

Es ist eine Verpflichtungsermächtigung für die Erweiterung einer Telefonanlage infolge der Konzentration der Registergerichte ausgebracht.

**Belastung (2005)**

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	–	–	–
2006	–	–	6	6
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	–	6	6

**Zu 981 11**

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1118 Ordentliche Gerichte - Oberlandesgerichtsbezirk Oldenburg**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 1118</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		94.326	—	+94.326	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		1	—	+1	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		94.327	—	+94.327	
		4 Personalausgaben	—	95.097	—	+95.097	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	63.031	—	+63.031	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	880	—	+880	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	6	155	—	+155	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	4.950	—	+4.950	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	6	164.113	—	+164.113	
		<b>Zuschuss</b>	—	69.786		+69.786	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1119 Staatsanwaltschaften - Generalstaatsanwaltschaft Braunschweig**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<p>*** Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO für dieses Kapitel verbindlich.</p> <p style="text-align: center;"><b>E I N N A H M E N</b></p>					
112 01-0	052	<p>Gerichtskosten, Geldstrafen, Geldbußen, Sicherheitsleistungen</p> <p>*** Die Rückzahlung der vereinnahmten Sicherheitsleistung erfolgt abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzen von der Einnahme.</p>		11.000	—	+11.000	—
119 01-4	052	Vermischte Einnahmen		1	—	+1	—
119 02-2	052	Einnahmen aus Veröffentlichungen		—	—	—	—
119 10-3	052	Ersatzleistungen		11	—	+11	—
119 11-1	052	Einnahmen aus Intensivierung von Verfall und Einziehung		800	—	+800	—
124 01-8	052	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		—	—	—	—
132 01-0	052	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		1	—	+1	—
132 11-8	052	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge <i>Vgl. K-Vermerk zu 811 11.</i>		—	—	—	—
235 01-4	052	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
235 10-3	052	Zuweisungen von Sozialhilfeträgern <i>Vgl. K-Vermerk zu 427 01.</i>		—	—	—	—
281 10-5	052	Erstattung von Prozesskosten		2	—	+2	—
		<b>A U S G A B E N</b>					
422 01-9	052	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	14.930	—	+14.930	—
422 06-0	052	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	1	—	+1	—
422 19-1	052	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-0	052	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-8	052	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	—
425 06-9	052	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
426 01-4	052	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	—
426 06-5	052	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 01-0	052	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 235 10.</i>	—	12	—	+12	—
427 02-9	052	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	—
427 39-8	052	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	33	—	+33	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 1119**

**Allgemeine Erläuterungen**

Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind für dieses Kapitel verbindlich.

Es sind vorhanden:

1 Generalstaatsanwaltschaft und 2 Staatsanwaltschaften.

Das Kapitel ist aus der Aufteilung des bisherigen Kapitels 11 04 (Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften) hervorgegangen.

**Zu 112 01**

Hierzu gehören auch die Einnahmen aus Sicherheitsleistungen gem. §§ 127a, 132 StPO.

**Zu 119 10**

Einnahmen u. a. aus Ersatzleistungen für von Bediensteten erlittene Dienstunfälle.

**Zu 119 11**

Abschöpfung von Straftatgewinnen durch Einziehungs- und Verfallsentscheidungen in Fällen, in denen keine Rückgewinnungshilfe zu leisten ist.

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteneinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
355,13	./.	./.

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
14.930	./.	./.

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	---
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	---
- Sonstige Veränderungen	---
	_____
Summe Zugänge	---

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	---
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	---
- Sonstige Veränderungen (Einsparungen)	---
	_____
Summe Abgänge	---

Bleibt Zugang	---
Bleibt Abgang	---

Eine Fortschreibung der Erläuterungen kann infolge der Aufteilung des Kapitels 11 04 in die Kapitel 11 16, 11 17, 11 18, 11 19, 11 20 und 11 21 in diesem Jahr nicht stattfinden.

Veranschlagt sind auch Lehrzulagen für Staatsanwälte/-innen, die im Rahmen ihres Hauptamtes Leiter/-in von Arbeitsgemeinschaften (für Referendare/-innen und Beamte/-innen in der Amtsanwaltschaftsausbildung) sind. Sie erhalten eine monatliche Lehrzulage von 63,91 bzw. 47,93 bzw. 31,96 EUR gem. RdErl. des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664).

**Noch zu 422 01**

Die Lehrzulagen gelten bis zur Höhe von mtl. 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1119 Staatsanwaltschaften - Generalstaatsanwaltschaft Braunschweig**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
453 01-1	052	Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	30	—	+30	—
453 11-9	052	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	3	—	+3	—
511 01-1	052	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	310	—	+310	—
514 01-0	052	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	7	—	+7	—
517 01-0	052	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	280	—	+280	—
518 01-6	052	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	163	—	+163	—
518 02-4	052	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	57	—	+57	—
519 01-2	052	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	9	—	+9	—
519 10-1	052	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	4	—	+4	—
519 11-0	052	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	1	—	+1	—
526 01-9	052	Sachverständige	—	2	—	+2	—
526 02-7	052	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	6	—	+6	—
527 01-5	052	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	42	—	+42	—
527 02-3	052	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenanlagen	—	—	—	—	—
529 10-7	052	Zur Verfügung der Generalstaatsanwältin/des Generalstaatsanwalts	—	—	—	—	—
532 10-8	052	Auslobungen und Belohnungen	—	1	—	+1	—
532 12-4	052	Zeugenentschädigungen	—	130	—	+130	—
532 13-2	052	Sachverständigenentschädigungen	—	720	—	+720	—
532 14-0	052	Untersuchungs- und Unterbringungskosten	—	160	—	+160	—
532 16-7	052	Sonstige Verfahrensauslagen	—	60	—	+60	—
532 17-5	052	Reisekosten des Gerichts	—	2	—	+2	—
536 10-3	052	Kosten der Gefangenenbeförderung und Vorführungskosten (einschl. Reisekosten)	—	1	—	+1	—
546 01-0	052	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	—
546 03-6	052	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	—	—	—	—
681 10-3	052	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen *** Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig.	—	10	—	+10	—
681 11-1	052	Entschädigungen (auch aus Billigkeitsgründen) an Beschuldigte in Strafsachen	—	40	—	+40	—
811 01-5	052	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
811 11-2	052	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.	—	—	—	—	—
812 10-0	052	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 511 01**

Veranschlagt sind u. a. Dienstkleidungszuschüsse für die Beamtinnen und Beamten des Justizwachmeisterdienstes sowie für die nicht beamteten Angehörigen des Justizwachmeisterdienstes (Justizhelferinnen und Justizhelfer).

Diese erhalten, soweit sie zum Tragen von Dienstkleidung verpflichtet sind, Dienstkleidungszuschüsse (Aufwandsentschädigungen) nach einem Kopfsatz von jährlich 184,08 EUR.

**Zu 514 01**

**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1.1.2004	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
PKW	3	3	3

**Zu 518 02**

Für die Anmietung von Ablichtungsgeräten.

**Zu 681 11**

Entschädigungen für zu Unrecht erlittene Strafverfolgung.

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1119 Staatsanwaltschaften - Generalstaatsanwaltschaft Braunschweig**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004 1000 EUR	Ansatz 2005 1000 EUR	Ansatz 2004 1000 EUR	+ = mehr - = weniger 1000 EUR	Ist 2003 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
812 11-9	052	Erwerb von landeseigenen Telekommunikationsanlagen	—	—	—	—	—
812 12-7	052	Erwerb von besonderen Betriebseinrichtungen	—	—	—	—	—
981 11-5	990	Abführung an 13 21 - 381 11	—	840	—	+840	—
<b>Abschluss Kapitel 1119</b>							
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		11.813	—	+11.813	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		2	—	+2	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		11.815	—	+11.815	
		4 Personalausgaben	—	15.009	—	+15.009	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	1.955	—	+1.955	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	50	—	+50	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	—	—	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	840	—	+840	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	17.854	—	+17.854	
		<b>Zuschuss</b>		6.039		+6.039	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 981 11**

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1120 Staatsanwaltschaften - Generalstaatsanwaltschaft Celle**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<p>*** Die allgemeinen Erläuterungen in Abschn. C des Vorworts sind gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO für dieses Kapitel verbindlich.</p> <p style="text-align: center;"><b>E I N N A H M E N</b></p>					
112 01-0	052	<p>Gerichtskosten, Geldstrafen, Geldbußen, Sicherheitsleistungen                      *** Die Rückzahlung der vereinnahmten Sicherheitsleistung erfolgt abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzen von der Einnahme.</p>		26.000	—	+26.000	—
119 01-4	052	Vermischte Einnahmen		4	—	+4	—
119 02-2	052	Einnahmen aus Veröffentlichungen		—	—	—	—
119 10-3	052	Ersatzleistungen		10	—	+10	—
119 11-1	052	Einnahmen aus Intensivierung von Verfall und Einziehung		2.800	—	+2.800	—
124 01-8	052	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		—	—	—	—
132 01-0	052	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		3	—	+3	—
132 11-8	052	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge Vgl. K-Vermerk zu 811 11.		—	—	—	—
235 01-4	052	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
235 10-3	052	Zuweisungen von Sozialhilfeträgern Vgl. K-Vermerk zu 427 01.		—	—	—	—
281 10-5	052	Erstattung von Prozesskosten		3	—	+3	—
		<b>A U S G A B E N</b>					
422 01-9	052	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	39.356	—	+39.356	—
422 06-0	052	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	8	—	+8	—
422 19-1	052	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-0	052	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-8	052	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	—
425 06-9	052	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
426 01-4	052	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	—
426 06-5	052	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1	—	+1	—
427 01-0	052	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte Übertragbar. Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 235 10.	—	32	—	+32	—
427 02-9	052	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	—
427 39-8	052	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	88	—	+88	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 1120**

**Allgemeine Erläuterungen**

Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind für dieses Kapitel verbindlich.

Es sind vorhanden:

1 Generalstaatsanwaltschaft und 6 Staatsanwaltschaften.

Das Kapitel ist aus der Aufteilung des bisherigen Kapitels 11 04 (Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften) hervorgegangen.

**Zu 112 01**

Hierzu gehören auch die Einnahmen aus Sicherheitsleistungen gem. §§ 127a, 132 StPO.

**Zu 119 10**

Einnahmen u. a. aus Ersatzleistungen für von Bediensteten erlittene Dienstunfälle.

**Zu 119 11**

Abschöpfung von Straftatgewinnen durch Einziehungs- und Verfallsentscheidungen in Fällen, in denen keine Rückgewinnungshilfe zu leisten ist.

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteneinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
934,38	./.	./.

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
39.356	./.	./.

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	---
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	---
- Sonstige Veränderungen	---
	_____
Summe Zugänge	---

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	---
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	---
- Sonstige Veränderungen (Einsparungen)	---
	_____
Summe Abgänge	---

Bleibt Zugang	---
Bleibt Abgang	---

Eine Fortschreibung der Erläuterungen kann infolge der Aufteilung des Kapitels 11 04 in die Kapitel 11 16, 11 17, 11 18, 11 19, 11 20 und 11 21 in diesem Jahr nicht stattfinden.

Veranschlagt sind auch Lehrzulagen für Staatsanwälte/-innen, die im Rahmen ihres Hauptamtes Leiter/-in von Arbeitsgemeinschaften (für Referendare/-innen und Beamte/-innen in der Amtsanwaltschaftsausbildung) sind. Sie erhalten eine monatliche Lehrzulage von 63,91 bzw. 47,93 bzw. 31,96 EUR gem. RdErl. des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664).

**Noch zu 422 01**

Die Lehrzulagen gelten bis zur Höhe von mtl. 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

**Zu 422 06**

Für unabweisbar notwendige Mehrarbeit in der IuK-Stelle der Generalstaatsanwaltschaft.

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1120 Staatsanwaltschaften - Generalstaatsanwaltschaft Celle**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
453 01-1	052	Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	80	—	+80	—
453 11-9	052	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	8	—	+8	—
511 01-1	052	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	650	—	+650	—
514 01-0	052	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	23	—	+23	—
517 01-0	052	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	250	—	+250	—
518 01-6	052	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	785	—	+785	—
518 02-4	052	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	142	—	+142	—
519 01-2	052	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	16	—	+16	—
519 10-1	052	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	1	—	+1	—
519 11-0	052	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	1	—	+1	—
526 01-9	052	Sachverständige	—	13	—	+13	—
526 02-7	052	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	7	—	+7	—
527 01-5	052	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	170	—	+170	—
527 02-3	052	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenanlagen	—	3	—	+3	—
529 10-7	052	Zur Verfügung der Generalstaatsanwältin/des Generalstaatsanwalts	—	—	—	—	—
532 10-8	052	Auslobungen und Belohnungen	—	1	—	+1	—
532 12-4	052	Zeugenentschädigungen	—	600	—	+600	—
532 13-2	052	Sachverständigenentschädigungen	—	2.500	—	+2.500	—
532 14-0	052	Untersuchungs- und Unterbringungskosten	—	420	—	+420	—
532 16-7	052	Sonstige Verfahrensauslagen	—	300	—	+300	—
532 17-5	052	Reisekosten des Gerichts	—	15	—	+15	—
536 10-3	052	Kosten der Gefangenenbeförderung und Vorführungskosten (einschl. Reisekosten)	—	1	—	+1	—
546 01-0	052	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	—
546 03-6	052	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	10	—	+10	—
681 10-3	052	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen *** Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig.	—	20	—	+20	—
681 11-1	052	Entschädigungen (auch aus Billigkeitsgründen) an Beschuldigte in Strafsachen	—	125	—	+125	—
686 10-5	059	Zuwendungen für die Fortbildung von Schiedspersonen	—	3	—	+3	—
811 01-5	052	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
811 11-2	052	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.	—	—	—	—	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 511 01**

Veranschlagt sind u. a. Dienstkleidungszuschüsse für die Beamtinnen und Beamten des Justizwachtmeisterdienstes sowie für die nicht beamteten Angehörigen des Justizwachtmeisterdienstes (Justizhelferinnen und Justizhelfer).

Diese erhalten, soweit sie zum Tragen von Dienstkleidung verpflichtet sind, Dienstkleidungszuschüsse (Aufwandsentschädigungen) nach einem Kopfsatz von jährlich 184,08 EUR.

**Zu 514 01**

**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1.1.2004	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
PKW	8	8	8

**Zu 518 01**

Verpflichtungsermächtigungen für die Miete von Dienstgebäuden für die Staatsanwaltschaft Hannover.

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	610	—	—	610
2006	521	—	—	521
2007	521	—	—	521
2008	521	—	—	521
2009 ff.	6.773	—	—	6.773
Summe	8.946	—	—	8.946

**Zu 518 02**

Für die Anmietung von Ablichtungsgeräten.

**Zu 681 11**

Entschädigungen für zu Unrecht erlittene Strafverfolgung.

**Zu 686 10**

Der Bund Deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen hält regelmäßig Lehrgänge zur Aus- und Fortbildung der Schiedspersonen ab. Die Kosten werden von dem Verein, von den beteiligten Gemeinden und von dem betreffenden Land (Justizverwaltung) getragen.

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1120 Staatsanwaltschaften - Generalstaatsanwaltschaft Celle**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
812 10-0	052	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	97	—	+97	—
812 11-9	052	Erwerb von landeseigenen Telekommunikationsanlagen	—	6	—	+6	—
812 12-7	052	Erwerb von besonderen Betriebseinrichtungen	—	—	—	—	—
981 11-5	990	Abführung an 13 21 - 381 11	—	1.447	—	+1.447	—
<b>Abschluss Kapitel 1120</b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				28.817	—	+28.817	
2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				3	—	+3	
<b>Summe der Einnahmen</b>				28.820	—	+28.820	
4 Personalausgaben			—	39.573	—	+39.573	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst			—	5.908	—	+5.908	
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			—	148	—	+148	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen			—	103	—	+103	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	1.447	—	+1.447	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>			—	47.179	—	+47.179	
<b>Zuschuss</b>				18.359		+18.359	

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 812 10**

	in 1000 EUR
Ersatzbeschaffungen:	
Regalanlagen und Ausstattungsgegenstände für die Zweigstelle Celle der StA Lüneburg	50
Ergänzungsbeschaffungen:	
Regalanlagen	47
Zusammen	97

**Zu 812 11**

	in 1000 EUR
Ersatz und Erweiterung von Fernsprechanlagen:	
Staatsanwaltschaft Lüneburg - Zweigstelle Celle -	6

**Zu 981 11**

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1121 Staatsanwaltschaften - Generalstaatsanwaltschaft Oldenburg**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<p>*** Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO für dieses Kapitel verbindlich.</p> <p style="text-align: center;"><b>E I N N A H M E N</b></p>					
112 01-3	052	<p>Gerichtskosten, Geldstrafen, Geldbußen, Sicherheitsleistungen</p> <p>*** Die Rückzahlung der vereinnahmten Sicherheitsleistung erfolgt abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzen von der Einnahme.</p>		15.000	—	+15.000	—
119 01-8	052	Vermischte Einnahmen		3	—	+3	—
119 02-6	052	Einnahmen aus Veröffentlichungen		—	—	—	—
119 10-7	052	Ersatzleistungen		4	—	+4	—
119 11-5	052	Einnahmen aus Intensivierung von Verfall und Einziehung		1.400	—	+1.400	—
124 01-1	052	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		—	—	—	—
132 01-4	052	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		2	—	+2	—
132 11-1	052	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge <i>Vgl. K-Vermerk zu 811 11.</i>		—	—	—	—
235 01-8	052	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
235 10-7	052	Zuweisungen von Sozialhilfeträgern <i>Vgl. K-Vermerk zu 427 01.</i>		—	—	—	—
281 10-9	052	Erstattung von Prozesskosten		2	—	+2	—
		<b>A U S G A B E N</b>					
422 01-2	052	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	19.997	—	+19.997	—
422 06-3	052	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	1	—	+1	—
422 19-5	052	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-4	052	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-1	052	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	—
425 06-2	052	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
426 01-8	052	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	—
426 06-9	052	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 01-4	052	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Einnahmen bei 235 10.</i>	—	16	—	+16	—
427 02-2	052	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	—
427 39-1	052	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	43	—	+43	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 1121**

**Allgemeine Erläuterungen**

Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind für dieses Kapitel verbindlich.

Es sind vorhanden:

1 Generalstaatsanwaltschaft und 3 Staatsanwaltschaften.

Das Kapitel ist aus der Aufteilung des bisherigen Kapitels 11 04 (Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften) hervorgegangen.

**Zu 112 01**

Hierzu gehören auch die Einnahmen aus Sicherheitsleistungen gem. §§ 127a, 132 StPO.

**Zu 119 10**

Einnahmen u. a. aus Ersatzleistungen für von Bediensteten erlittene Dienstunfälle.

**Zu 119 11**

Abschöpfung von Straftatgewinnen durch Einziehungs- und Verfallsentscheidungen in Fällen, in denen keine Rückgewinnungshilfe zu leisten ist.

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteneinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
470,13	./.	./.

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
19.997	./.	./.

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	---
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	---
- Sonstige Veränderungen	---
	_____
Summe Zugänge	---

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	---
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	---
- Sonstige Veränderungen (Einsparungen)	---
	_____
Summe Abgänge	---

Bleibt Zugang	---
Bleibt Abgang	---

Eine Fortschreibung der Erläuterungen kann infolge der Aufteilung des Kapitels 11 04 in die Kapitel 1116, 11 17, 11 18, 11 19, 11 20 und 11 21 in diesem Jahr nicht stattfinden.

Veranschlagt sind auch Lehrzulagen für Staatsanwälte/-innen, die im Rahmen ihres Hauptamtes Leiter/-in von Arbeitsgemeinschaften (für Referendare/-innen und Beamte/-innen in der Amtsanwaltschaftsbildung) sind. Sie erhalten eine monatliche Lehrzulage von 63,91 bzw. 47,93 bzw. 31,96 EUR gem. RdErl. des MF vom 25.

**Noch zu 422 01**

3. 1998 (Nds. MBl. S. 664).

Die Lehrzulagen gelten bis zur Höhe von mtl. 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1121 Staatsanwaltschaften - Generalstaatsanwaltschaft Oldenburg**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
453 01-5	052	Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	38	—	+38	—
453 11-2	052	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	4	—	+4	—
511 01-5	052	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	640	—	+640	—
514 01-4	052	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	5	—	+5	—
517 01-3	052	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	188	—	+188	—
518 01-0	052	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	140	—	+140	—
518 02-8	052	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	79	—	+79	—
519 01-6	052	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	12	—	+12	—
519 10-5	052	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	1	—	+1	—
519 11-3	052	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	1	—	+1	—
526 01-2	052	Sachverständige	—	2	—	+2	—
526 02-0	052	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	10	—	+10	—
527 01-9	052	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	96	—	+96	—
527 02-7	052	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenanlagen	—	1	—	+1	—
529 10-0	052	Zur Verfügung der Generalstaatsanwältin/des Generalstaatsanwalts	—	—	—	—	—
532 10-1	052	Auslobungen und Belohnungen	—	1	—	+1	—
532 12-8	052	Zeugenentschädigungen	—	270	—	+270	—
532 13-6	052	Sachverständigenentschädigungen	—	1.780	—	+1.780	—
532 14-4	052	Untersuchungs- und Unterbringungskosten	—	120	—	+120	—
532 16-0	052	Sonstige Verfahrensauslagen	—	310	—	+310	—
532 17-9	052	Reisekosten des Gerichts	—	10	—	+10	—
536 10-7	052	Kosten der Gefangenenbeförderung und Vorführungskosten (einschl. Reisekosten)	—	1	—	+1	—
546 01-3	052	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	—
546 03-0	052	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	5	—	+5	—
681 10-7	052	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen *** Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig.	—	15	—	+15	—
681 11-5	052	Entschädigungen (auch aus Billigkeitsgründen) an Beschuldigte in Strafsachen	—	65	—	+65	—
811 01-9	052	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
811 11-6	052	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.	—	—	—	—	—
812 10-4	052	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	19	—	+19	—

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 511 01**

Veranschlagt sind u. a. Dienstkleidungszuschüsse für die Beamtinnen und Beamten des Justizwachtmeisterdienstes sowie für die nicht beamteten Angehörigen des Justizwachtmeisterdienstes (Justizhelferinnen und Justizhelfer).

Diese erhalten, soweit sie zum Tragen von Dienstkleidung verpflichtet sind, Dienstkleidungszuschüsse (Aufwandsentschädigungen) nach einem Kopfsatz von jährlich 184,08 EUR.

**Zu 514 01**

**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1.1.2004	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Pkw	4	4	4

**Zu 518 02**

Für die Anmietung von Ablichtungsgeräten.

**Zu 681 11**

Entschädigungen für zu Unrecht erlittene Strafverfolgung.

**Zu 812 10**

	in 1000 EUR
Ersatzbeschaffungen:	
Frankiermaschine	8
Ergänzungsbeschaffungen:	
Regalanlagen	11
Zusammen	19

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1121 Staatsanwaltschaften - Generalstaatsanwaltschaft Oldenburg**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004 1000 EUR	Ansatz 2005 1000 EUR	Ansatz 2004 1000 EUR	+ = mehr - = weniger 1000 EUR	Ist 2003 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
812 11-2	052	Erwerb von landeseigenen Telekommunikationsanlagen	—	—	—	—	—
812 12-0	052	Erwerb von besonderen Betriebseinrichtungen	—	—	—	—	—
981 11-9	990	Abführung an 13 21 - 381 11	—	862	—	+862	—
<b>Abschluss Kapitel 1121</b>							
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		16.409	—	+16.409	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		2	—	+2	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		16.411	—	+16.411	
		4 Personalausgaben	—	20.099	—	+20.099	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	3.672	—	+3.672	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	80	—	+80	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	19	—	+19	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	862	—	+862	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	24.732	—	+24.732	
		<b>Zuschuss</b>		8.321		+8.321	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 981 11**

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Einzelplan 11 Justizministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004 1000 EUR	Ansatz 2005 1000 EUR	Ansatz 2004 1000 EUR	+ = mehr - = weniger 1000 EUR	Ist 2003 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Gesamtabschluss Einzelplan 11</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		377.876	363.216	+14.660	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		6.699	6.056	+643	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		384.575	369.272	+15.303	
		4 Personalausgaben	— 435	629.130	609.227	+19.903	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	690	304.540	269.070	+35.470	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.600 3.355	17.379	19.868	-2.489	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	21 515	12.811	12.109	+702	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	41.462	39.804	+1.658	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	2.311 4.305	1.005.322	950.078	+55.244	
		<b>Zuschuss</b>		620.747	580.806	+39.941	

# Wirtschaftsplan

des Landesbetriebes „Justizvollzugsarbeitsverwaltung des Landes Niedersachsen“  
für das Geschäftsjahr 2005

11 Justizministerium

Erfolgs-

Aufwand	Erfolgsplan Planjahr 2005 EUR	Erfolgsplan Vorplanjahr 2004 EUR	Ist-Ergebnis- Vorvorjahr 2002 EUR
1. Einsatzstoffe	4 370 000,00	3 900 000,00	3 093 342,32
2. Kalkulierte Arbeitslöhne	12 954 000,00	11 500 000,00	11 085 536,58
3. Gemeinkosten:			
a) kalkulatorische Personalkosten	1 912 500,00	1 700 000,00	1 718 900,42
b) kalkulatorische Abschreibungen	1 374 000,00	950 000,00	777 428,73
c) sonstige kalkulatorische Kosten	280 000,00	250 000,00	187 145,92
d) sonstige Gemeinkosten	1 800 000,00	1 600 000,00	1 718 448,84
4. Sonderkosten:			
a) Löhne usw.	280 000,00	280 000,00	349 953,18
b) Tagegelder usw.	1 000,00	1 000,00	—
c) sonstige Sonderkosten (Ausgangsfrachten pp.)	350 000,00	200 000,00	172 867,65
5. Verwaltungskosten:			
a) zu bezahlende Personalkosten	—	—	—
b) kalkulatorische Personalkosten	845 000,00	750 000,00	727 403,30
c) sächliche Verwaltungskosten	4 500,00	3 000,00	3 726,53
6. Bestandsveränderungen	2 100 000,00	1 700 000,00	1 902 623,61
7. Bilanzmäßige Abschreibungen	1 374 000,00	882 200,00	935 012,76
8. Sonst. (betriebsfremder usw.) Aufwand	150 000,00	120 000,00	407 582,03
9. Aus dem Ertrag zu deckender Aufwand: Aufwand der Zentralen Arbeitsverwaltung	—	—	—
10. Rückstellungen	—	—	—
11. Rücklagen			
a) für Investitionen des Finanzplans	600 000,00	880 600,00	913 700,01
b) zur Verstärkung der flüssigen Mittel	—	—	—
12. An den Haushalt abzuführen			
a) anteilige Personal- und Sachkosten (Tit. 261 10)	5 185 000,00	4 600 000,00	4 836 996,54
b) Reingewinn (Tit. 121 10)	800 00,00	1 100 000,00	747 785,91
c) Kapitalrückzahlung (Grundstock) (13 02 134 10)	715 000,00	—	—
d) Dividende an JVA (Titel 129 10)	200 000,00	100 000,00	—
<b>Gesamtaufwand:</b>	<b>35 295 000,00</b>	<b>30 516 800,00</b>	<b>29 578 454,33</b>

plan

zu 11 05 – 121 10 und 261 10

Aufwand	Erfolgsplan Planjahr 2005 EUR	Erfolgsplan Vorplanjahr 2004 EUR	Ist-Ergebnis- Vorvorjahr 2002 EUR
1. Umsätze abzüglich Erlösschmälerungen	21 263 500,00 —	19 250 000,00 —	17 863 366,73 9 622,18
Netto-Erlöse	21 263 500,00	19 250 000,00	17 853 744,55
2. Innerbetriebliche Leistungen:			
a) auf Vorrat gefertigte Erzeugnisse	2 350 000,00	2 000 000,00	1 877 083,61
b) sonstige innerbetriebliche Leistungen	370 000,00	330 000,00	252 078,83
3. Sonstige Erträge:			
a) allgemeiner Art (betriebsfremd usw.)	720 000,00	636 800,00	1 090 014,30
b) zu den kalkulierten Arbeitslöhnen	6 180 000,00	5 200 000,00	5 186 957,75
c) kalkulatorischer Art	4 411 500,00	3 100 000,00	3 318 575,29
4. Verlust:			
a) in das nächste Geschäftsjahr vorzutragen	—	—	—
b) aus dem Eigenkapital zu decken	—	—	—
c) durch Zuschuss aus dem Haushalt (Titel 682 10) zu decken	—	—	—
<b>Gesamtertrag:</b>	<b>35 295 000,00</b>	<b>30 516 800,00</b>	<b>29 578 454,33</b>

**11 Justizministerium**

**Finanzplan für das Geschäftsjahr 2005**

Positionsbezeichnung	Erfolgsplan Planjahr 2005 in EUR	Erfolgsplan Vorplanjahr 2004 in EUR	Ist-Ergebnis Vorvorjahr 2002 in EUR
<b>I. Finanzbedarf</b>			
1. Investitionen gemäß VV-HNds (ZR-GPI):			
a) Bebaute Grundstücke	—	—	—
b) Unbebaute Grundstücke	—	—	—
c) Gebäude	—	—	—
d) Maschinen und Anlagen	—	3 437 000,00	—
e) Fahrzeuge	—	—	—
f) Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—	—
2. Investitionen aus dem Geschäftsbetrieb:			
a) Gebäude	630 000,00	750 000,00	624 288,31
b) Maschinen und Anlagen/Betriebs- und Geschäftsausstattung	1 134 000,00	957 800,00	1 063 513,28
c) Fahrzeuge	155 000,00	—	67 856,17
d) Unvorhergesehenes	55 000,00	55 000,00	Siehe 2. a) bis c)!
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
a) Ablieferung an den Haushalt	5 985 000,00	5 700 000,00	5 584 782,45
b) Geldabfluss ohne Gewinnminderung	—	—	—
c) Dividenden an Justizvollzugsanstalten	200 000,00	100 000,00	300 000,00
d) Bildung von Rücklagen	—	—	—
4. Überleitungsbetrag:			
a) durch Investitionsvorhaben	881 400,00	809 150,00	935 922,87
b) Sonstiges (siehe Überleitungsrechnung)	-460 324,33	-1 515 769,28	241 672,35
<b>Gesamtbetrag:</b>	<b>8 580 075,67</b>	<b>10 293 180,72</b>	<b>8 818 035,43</b>
<b>II. Deckungsmittel</b>			
1. Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	800 000,00	1 100 000,00	747 785,91
2. Anteilige Personal- und Sachkosten	5 185 000,00	4 600 000,00	4 836 996,54
3. Abschreibungen:			
a) Abschreibungsreserven der Vorjahre	—	—	353 708,94
b) Abschreibungen des Jahres	1 374 000,00	882 200,00	935 012,76
4. Erlöse aus den Verkäufen von Anlagegegenständen	—	—	—
5. Rücklagen:			
a) aus den Vorjahren	—	—	489 158,93
b) aus dem Gewinn des Planjahres	600 000,00	880 600,00	913 700,00
c) aus dem Gewinn des Planjahres für Dividenden	200 000,00	100 000,00	300 000,00
6. Kapitalerhöhungen (siehe Finanzbedarf Punkt 1):			
a) Zuführungen aus dem Landeshaushalt	—	3 437 000,00	—
7. Kapitalreserve	421 075,67	-706 619,28	241 672,35
<b>Gesamtbetrag:</b>	<b>8 580 075,67</b>	<b>10 293 180,72</b>	<b>8 818 035,43</b>

**Überleitungsrechnung für das Geschäftsjahr 2005**

Positionsbezeichnung	Erfolgsplan Planjahr 2005 in EUR	Erfolgsplan Vorplanjahr 2004 in EUR	Ist-Ergebnis Vorvorjahr 2002 in EUR
<b>I. Erhöhung der Zuführung/Minderung der Abführung:</b>			
1. Bestandsveränderungen	77 367,11	21 133,31	94 889,83
2. Lagerbestände	60 666,13	16 571,33	18 069,69
3. Forderungsbestände	310 886,99	84 920,71	50 968,22
4. Genehmigte Investitionsvorhaben (Vorjahr/Saldo)	881 400,00	809 150,00	-910,11
5. Auflösen von Rückstellungen (Vorjahr)	100 000,00	600 000,00	312 274,02
<b>Summe I.:</b>	<b>1 430 320,23</b>	<b>1 531 775,34</b>	<b>475 291,66</b>
<b>II. Minderung der Zuführung/Erhöhung der Abführung:</b>			
1. Bilanzmäßige Abschreibungen	1 374 000,00	882 200,00	935 012,76
2. Außerordentlicher Aufwand	150 000,00	120 000,00	407 548,12
3. Rückstellungen (Dividende)	200 000,00	100 000,00	
4. Rücklagenerhöhungen	72 250,00	-292 107,38	92 167,83
5. Verbindlichkeiten	55 145,90	15 063,44	218 158,17
<b>Summe II.:</b>	<b>1 851 395,90</b>	<b>825 156,06</b>	<b>1 652 886,89</b>
<b>III. Überleitungsbetrag</b>	<b>-421 075,67</b>	<b>706 619,28</b>	<b>-1 177 595,22</b>

Im Falle eines positiven Korrekturbedarfs (negativer Überleitungsbetrag) wird dieser durch die Bildung von Rücklagen (Finanzbedarf 3 d) bereits im Finanzplan kurzfristig ausgeglichen. Ansonsten werden genehmigte Investitionen zurückgestellt, bis wieder ausreichend Liquidität zur Verfügung steht.

Der entgegengesetzte Fall eines positiven Überleitungsbetrages wird in aller Regel durch Investitionen entstehen, die über den Jahreswechsel hinaus erfolgen, so dass wegen der Kurzfristigkeit und gleichzeitigen Zuordnung zu notwendigen Investitionsvorhaben keine Erhöhung der Ablieferung entstehen kann.

Der positive Überleitungsbetrag wird in jüngerer Zeit zunehmend zur Sicherung der Liquidität benötigt, da insbesondere die Zahlungsgewohnheiten der Kunden für längere Wartezeiten bis zum Zahlungseingang sorgen. Der Landesbetrieb ist hingegen an Bezahlung der Lieferanten mit Skontoabzug interessiert.

Der obige Sachverhalt bedarf insbesondere deshalb keiner Zahlungswirksamkeit, da der Landesbetrieb am Kontenclearing des Landes Niedersachsen teilnimmt.

Die Investitionen werden so geplant, dass ein Substanzerhalt bei den Maschinen und Anlagen erreicht wird. Das ausgewiesene Eigenkapital des Landesbetriebes bleibt auch bei zu gering veranlagter Investitionshöhe erhalten.



**Investitionsplan**  
**des Landesbetriebes „Justizvollzugsarbeitsverwaltung des Landes Niedersachsen“**  
**für das Geschäftsjahr 2005**

**A. Investitionsvorhaben (aufgerundet auf volle 100,— EUR)**

Lfd. Nr.	K-St.	Anzahl	Anlagegegenstand	Betrag EUR	Grund der Investition
68	1853	1	Einfahrtstor zur Lackierung	7 700	Ersatz
69	1525	2	Witterungsschutz für Stapler	3 600	Ergänzung
70	1525	50	Montagearbeitsplatzausstattungen	17 500	Ersatz
71	1525	1	Büroausstattung	1 500	Ersatz
72	1532	3	Tisch- und Unterbaukühlschränke	15 000	Ersatz
73	1532	1	Stabmixer mit Zubehör	600	Ersatz
74	1532	1	Gemüseschneidemaschine	8 000	Ersatz
75	1535	1	Schwerlastregal	1 600	Ergänzung
76	1536	1	Vertikales Bearbeitungszentrum	46 000	Ergänzung
77	1537	1	Rad-Auswuchtmaschine	6 800	Ersatz
78	1537	1	Hochdruckreiniger	4 000	Ersatz
79	1537	1	Klimaservicegerät	4 400	Ergänzung
80	1550	1	Drehselbank	8 900	Ersatz
81	1551	1	Betonmischer	1 500	Ersatz
82	1525	1	EDV-Geräte und Zubehör	5 000	Ersatz
83	1630	1	Formatkreissäge	43 000	Ersatz
84	1630	1	Exzentrerschleifer	500	Ergänzung
85	1600	1	Elektro-Gabelstapler	35 000	Ergänzung
86	1600	5	Computer einschl. Monitore	12 500	Ergänzung
87	1600	5	Drucker	2 000	Ergänzung
88	1425	3	Computer	5 000	Ersatz
89	1435	1	Horizontalpresse	17 500	Ergänzung
90	1435	1	Schleiftisch mit Absaugung	6 200	Ergänzung
91	1480	2	Hubwagen	700	Ersatz
92	1435	2	Hubwagen	700	Ersatz
93	1435	1	Schweißmaschine (Impulsanlage)	10 500	Ersatz
94	1435	1	Trockenspritzwand	9 500	Ersatz
95	1435	1	Säulenbohrmaschine	4 000	Ersatz
96	2900	1	Lackieranlage	80 000	Ersatz
R 97	2925	1	Lagerhalle	150 000	Ergänzung
98	2930	1	Breitbandschleifmaschine	30 000	Ergänzung
99	2930	1	Bohraggregat/CNC-Unterflur	5 000	Ergänzung
100	2935	1	Tafelschere	45 000	Ergänzung
101	2935	1	Zubehör Schwenkbiegemaschine	10 000	Ergänzung
102	2935	1	Zubehör Drehbank	10 000	Ergänzung
103	1927	1	Gabelstapler	35 000	Ersatz
104	1935	1	Kompressoranlage	18 000	Ersatz
105	1940				
106	1980				
107	1935	1	MIG/MAG-Schweißautomat	12 000	Ersatz
108	1940	1	Einschweißmaschine	30 000	Ersatz
109	1900	60	Arbeitsstühle	9 000	Ersatz
110	1900	1	EDV-Arbeitsplätze	10 000	Ersatz
111	2100	1	Computerausstattung	104 540	Ersatz
112	2100	1	Einsatzfahrzeug (Pkw-Kombi)	30 000	Ergänzung
113	**25	1	Unvorhergesehenes	55 000	Ersatz
Mithin insgesamt				1 974 000	

# **Einzelplan 11**

**Justizministerium**

---

## **Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise**

**für das**

**Haushaltsjahr 2005**

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			<b>Allgemeine Haushaltsvermerke für den Epl. 11</b>
			1. Soweit Richter/-innen und Beamte/-innen (auch bis zu einem Jahr) an eine Dienststelle des Bundes, den Landtag, die Staatskanzlei, den Staatsgerichtshof, die Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege, ein Nieders. Ministerium oder andere Dienststellen der Landesverwaltung abgeordnet und die Dienstbezüge erstattet oder aus Mitteln bei dem entsprechenden Kapitel gezahlt werden, dürfen
			- abweichend von Nr. 3 der Allgemeinen Bestimmungen zu den persönlichen Verwaltungsausgaben Leerstellen ausgebracht werden. Diese Leerstellen gelten von Beginn der Abordnung an als ausgebracht,
			- die jeweiligen Planstellen längstens für die Zeit der Abordnung für eine(n) Richter/-in oder Beamten/-in in Anspruch genommen werden.
			2. Abweichend von Nr. 3 der Allgemeinen Bestimmungen zu den persönlichen Verwaltungsausgaben dürfen Leerstellen auch ausgebracht werden für planmäßige Richter/-innen und Staatsanwälte/-innen, die zugleich Professor/-in an einer Hochschule sind, mit Dienstbezügen gemäß § 5 BBesG i. V. m. Vorbemerkung Nr. 5 zur BBesO C.
			3. Bis zu 10 % der vorhandenen Plan- und Hilfsstellen für Richter/-innen dürfen im Rahmen der Regelungen in Nr. 2 der Allgemeinen Bestimmungen zu den persönlichen Verwaltungsausgaben vorübergehend mit beamteten Kräften besetzt werden. Als vergleichbar sind dabei die Besoldungsgruppen A 13/A 14 und R 1 sowie A 15/A 16 und R 2 anzusehen.
			4. 216 Stellen unbestimmter Wertigkeit kw mit Umsetzung der Privatisierung des Gerichtsvollzueherwesens infolge ZV II.
			<hr/>
			<sup>1)</sup> Bis zu 27 Stellen dürfen von Richtern/-innen und Staatsanwälten/-innen (Bes.-Gr. R 1 und R 2) verwaltet werden.
			<sup>2)</sup> Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2007 (Projekt „RegisSTAR“) infolge ZV II.
			<sup>3)</sup> Davon 1 kw infolge ZV II.
			<sup>5)</sup> Davon 1 kw mit Abschluss des Projekts „Geschäftsstellenautomation bei niedersächsischen Gerichten (EUREKA)“, spätestens mit Ablauf des 31. 12. 2006, infolge ZV II.
			<sup>8)</sup> Die Stellen dürfen von Richtern/-innen oder Staatsanwälten/-innen (Bes.-Gr. R 1) verwaltet werden.
			<sup>9)</sup> Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zu Bes.-Gr. B 9 LBesO.
			<sup>10)</sup> Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
			<sup>11)</sup> kw.
			<sup>12)</sup> Davon 1 Stelle im Rahmen der PKB ohne BV und Budget.
			<hr/>
			<b>Planmäßige Beamte/-innen</b>
			<b>Feste Gehälter:</b>
B 9 <sup>9)</sup>	1	1	Staatssekretär/-in
B 6	3	3	Ministerialdirigent/-in
B 3	4	4	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin
B 2	11	11	Ministerialrat/-rätin
			<b>Aufsteigende Gehälter:</b>
A 16 <sup>1)</sup>	9	9	Ministerialrat/-rätin
A 15 <sup>1)</sup>	9	8	Direktor/-in
A 14 <sup>1)</sup>	13	13	Oberrat/-rätin
A 13 <sup>8)</sup>	5	4	Rat/Rätin
A 13	12	11	Oberamtsrat/-rätin
A 12	13	13	Amtsrat/-rätin
A 11 <sup>2)5)</sup>	17	17	Amtmann/-männin/-frau
A 10 <sup>3)</sup>	5	4	Oberinspektor/-in
A 9 <sup>12)</sup>	1	1	Inspektor/-in
A 9 <sup>10)</sup>	8	8	Amtsinspektor/-in
A 9	5	5	Amtsinspektor/-in
A 8	8	8	Hauptsekretär/-in
A 7	1	1	Obersekretär/-in
A 6	1	1	Sekretär/-in
A 6	1	1	Oberamtsmeister/-in
A 5	2	2	Oberamtsmeister/-in
	129	125	Zusammen
			Stellen zu Titel 422 31:
A 16 <sup>1)</sup>	—	1	Ministerialrat/-rätin
	—	1	Zusammen
			Leerstellen:
A 14 <sup>11)</sup>	1	1	Oberrat/-rätin
A 11 <sup>11)</sup>	2	1	Amtmann/-männin/-frau
A 9 <sup>10)11)</sup>	1	—	Amtsinspektor/-in
A 9 <sup>11)</sup>	1	1	Amtsinspektor/-in
A 8 <sup>11)</sup>	3	2	Hauptsekretär/-in
	8	5	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	1	} Verlagerungen von Kapitel 11 17
Bes.-Gr. A 14	1	
Bes.-Gr. A 13	1	
- Rat/Rätin -		
Bes.-Gr. A 13		
- Oberamtsrat/ -rätin -	1	
Bes.-Gr. A 11 <sup>2)</sup>	1	neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 10 <sup>3)</sup>	1	Verlagerung von Kapitel 03 05
Zusammen	<u>6</u>	
Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	1	Verlagerung nach Kapitel 11 17
Bes.-Gr. A 11	1	infolge Vollzugs des HV Nr. 4 (befristete Umsetzung von Kapitel 05 20)
Zusammen	<u>2</u>	
Bleibt Zugang	4	
Stellen zu Titel 422 31:		
Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16	1	infolge Eintritt in den Ruhestand
Zusammen	<u>1</u>	
Leerstellen:		
Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. 11 <sup>11)</sup>	1	} neu gemäß Nr. 3 (1) der Allgemeinen Bestimmungen
Bes.-Gr. A 9 <sup>10)</sup> <sup>11)</sup>	1	
Bes.-Gr. A 8 <sup>11)</sup>	1	
Zusammen	<u>3</u>	

Sonstige Veränderungen:

- Die Allgemeinen Haushaltsvermerke Nr. 2 und 3 für den Epl. 11
2. Abweichend von Nr. 3 der Allgemeinen Bestimmungen zu den persönlichen Verwaltungsausgaben dürfen Leerstellen auch ausgebracht werden
- soweit planmäßige Richter/-innen und Staatsanwälte/-innen im Kapitel 11 04 in den für hauptamtliche Prüfer/-innen bestimmten Planstellen der Bes.-Gr. A 13 (Rat/Rätin), A 14 (Oberrat/-rätin) oder A 15 (Direktor/-in) geführt werden,
  - für planmäßige Richter/-innen und Staatsanwälte/-innen, die zugleich Professor/-in an einer Hochschule sind, mit Dienstbezügen gemäß § 5 BBesG i. V. m. Vorbemerkung Nr. 5 zur BBesO C.
3. Bis zu 10 % der vorhandenen Plan- und Hilfsstellen für Richter/-innen dürfen im Rahmen der Regelungen in Nr. 2 der Allgemeinen Bestimmungen zu den persönlichen Verwaltungsausgaben vorübergehend mit beamteten Kräften besetzt werden. Als vergleichbar sind dabei die Besoldungsgruppen A 13 und R 1 sowie A 14/A 15/A 16 und R 2 anzusehen.) sind geändert.
- Der Allgemeine Haushaltsvermerk Nr. 4 ist hinzu gekommen.
- Der Haushaltsvermerk Nr. 1 (Bis zu 25 Stellen dürfen von Richtern/-innen und Staatsanwälten/-innen (Bes.-Gr. R 1 und R 2) verwaltet werden.) ist geändert.
- Der Haushaltsvermerk Nr. 4 („davon 1 befristet bis 31. 12. 2004“) ist vollzogen.
- Die Haushaltsvermerke Nr. 2 und 3 sind hinzu gekommen.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Richterliche und beamtete Hilfskräfte</b>			
R 1 <sup>1)</sup>	2	—	Richter/-in/Staatsanwalt/-wältin
	2	—	Zusammen
<b>Angestellte</b>			
I b <sup>10)</sup>	1	1	
II a <sup>11)</sup>	1	1	
V b <sup>3)</sup>	4	4	
V c <sup>3)</sup>	1	1	
VI b <sup>3)</sup>	18	18	
VII	4	4	
IX b–VII <sup>4)</sup>	1	—	
	30	29	Zusammen
Leerstellen:			
I b <sup>8)</sup>	1	1	
VII <sup>8)</sup>	1	—	
IX b–VII <sup>8)</sup>	1	3	
	3	4	Zusammen

1) Davon im Rahmen der PKB 1 Stelle ohne BV und Budget.

3) Die erste Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers und die erste Vorzimmerkraft der Staatssekretärin/des Staatssekretärs sind für die Dauer ihrer Vorzimmer Tätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert. Sie erhalten eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Vergütungen der Verg.-Gr. V b und IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung werden sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt gleichzeitig.

Die zweite Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers, der Staatssekretärin/des Staatssekretärs, die jeweiligen Sekretärinnen der Abteilungsleiter/-innen und der selbstständigen, der Staatssekretärin oder dem Staatssekretär unmittelbar unterstellten Referatsgruppenleiter/-innen (soweit diese/r in Bes.-Gr. B 3 eingestuft sind) sowie der Präsidentin/des Präsidenten des Landesjustizprüfungsamtes sind für die Dauer ihrer Vorzimmer Tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhalten sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe.

Die vorstehend genannten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der tariflichen Zulage gewährt.

Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

4) kw infolge ZV II.

5) Davon 1 Stelle, die nur zur Hälfte besetzt werden darf.

8) kw.

10) kw nach Wegfall der Zuweisungsvoraussetzungen. Die Stelle darf nur zu 75 % besetzt werden.

11) Die Stelle darf nur zu 70 % besetzt werden.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Richterliche und beamtete Hilfskräfte**

Zugang:	Stellen
Bes.-Gr. R 1 <sup>1)</sup>	2 davon 1 Verlagerung von Kapitel 11 04 (alt) 1 Verlagerung von Kapitel 11 18 – ohne BV und Budget –
Zusammen	2

**Angestellte**

Zugang:	Stellen
Verg.-Gr. IX b–VII <sup>4)</sup>	1 Verlagerung von Kapitel 03 05
Zusammen	1
Leerstellen:	Stellen
Zugang:	1 neu gemäß Nr. 3 (1) der Allgemeinen Bestimmungen
Verg.-Gr. VII <sup>8)</sup>	
Zusammen	1
Abgang:	Stellen
Verg.-Gr. IX b–VII <sup>8)</sup>	2 infolge teilweisen Vollzugs des kw-Vermerks (HV Nr. 8)
Zusammen	2
Bleibt Abgang	1

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 1 und 4 sind hinzugekommen.

Einzelplan 11 Justizministerium  
 Kapitel 11 01 Ministerium

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			1) Davon 1 kw nach Ablauf der Abordnung eines Kraftfahrers in den Geschäftsbereich des MW.
			2) 1 ehemaliger Kraftfahrer erhält übertariflich eine Besitzstandszulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen seinem bis zum 12. 2. 2003 als Chefkraftfahrer gezahlten letzten Lohn und dem ihm tariflich gewährten Lohn.
			3) Die Stellen sind bestimmt für die Ausbildung von Kräften für die Kapitel 11 08, 11 09, 11 10, 11 12, 11 13, 11 16, 11 17, 11 18, 11 19, 11 20 und 11 21.
			4) Davon dürfen zu jedem Einstellungstermin maximal 149 Stellen für Neueinstellungen genutzt werden.
			5) Davon 34 Stellen für die Zeit vom 1. 1. 2005 bis 30. 9. 2007 gesperrt.
			6) Davon 121 Stellen besetzbar ab 1. 8. 2005.
			7) 1 ehemaliger Kraftfahrer erhält übertariflich eine Besitzstandszulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen seinem bis zum 6. 4. 2003 als Chefkraftfahrer gezahlten letzten Lohn und dem ihm tariflich gewährten Lohn.
<b>Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst</b>			
R 1 <sup>4)</sup>	1 425	—	Referendar/-in
A 9 <sup>3)5)</sup>	199	—	Rechtspflegeanwärter/-in
A 6 <sup>3)6)</sup>	306	—	Sekretäranwärter/-in
A 3 <sup>3)</sup>	11	—	Wachtmeisteranwärter/-in
	1 941	—	Zusammen
<b>Arbeiter/-innen</b>			
4 <sup>1)2)7)</sup>	6	6	
3	3	3	
	9	9	Zusammen

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

**Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst**

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. R 1 Referendar/-in	1 425	Verlagerung von Kapitel 11 04 – alt – (nach Abzug von mit Ablauf des 31. 12. 2004 dort noch einzusparender 160 Stellen infolge Vollzugs des HV Nr. 7 zu den Bedarfsnachweisen bei Kapitel 11 04 – alt –)
Bes.-Gr. A 9 Rechtspflegeranwärter/-in	199	davon 197 Verlagerungen von Kapitel 11 04 – alt – 2 Verlagerungen von Kapitel 11 09
Bes.-Gr. A 6 Sekretäranwärter/-in	306	davon 185 Verlagerungen von Kapitel 11 04 – alt – 121 neu entsprechend dem Bedarf gegen Einsparung entsprechender Ausbildungsmittel bei Titel 425 04
Bes.-Gr. A 3 Wachtmeisteranwärter/-in	11	Verlagerung von Kapitel 11 04 – alt –
Zusammen	1 941	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 3 und 4, die im Zusammenhang mit den Verlagerungen der Referendar- und Anwärterstellen von Kapitel 11 04 – alt – zum Kapitel 11 01 übertragen wurden („– Die Stellen dürfen auch für die Ausbildung von Kräften für die Kapitel 11 08, 11 10, 11 12 und 11 13 verwendet werden. – Davon dürfen zu jedem Einstellungstermin maximal 113 Stellen für Neueinstellungen genutzt werden.“) sind geändert.

Die Haushaltsvermerke Nr. 5, 6 und 7 sind neu ausgebracht.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamte/-innen</b>			Allgemeine Haushaltsvermerke: 1. Beamte/-innen und Angestellte, die Hausdienstgeschäfte ausführen, die nicht zu ihren Dienstobliegenheiten gehören, erhalten eine Vergütung nach Lohngruppe 2 a gem. AV v. 19. 11. 1987 (Nds. Rpfl. S. 277). 2. Die allein den Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht..
A 16 <sup>2)</sup>	1	1	
A 16	14	14	Leitende(r) Direktor/-in
A 15 <sup>17)</sup>	36	36	Direktor/-in
A 14 <sup>10)</sup> 17)	60	60	Oberrat/-rätin
A 14	1	1	Pfarrer/-in
A 13 <sup>10)</sup>	44	44	Rat/Rätin
A 13 <sup>8)</sup> 17)	43	43	Oberlehrer/-in
A 13 <sup>1)</sup> 17)	11	11	Oberamtsrat/-rätin
A 12 <sup>17)</sup>	39	39	Amtsrat/-rätin
A 11 <sup>17)</sup>	70	70	Amtmann/-frau
A 10 <sup>17)</sup>	167	140	Oberinspektor/-in
A 9 <sup>4)</sup> 17)	43	70	Inspektor/-in
A 9 <sup>1)</sup> 5)9)17)	177	177	Amtsinspektor/-in
A 9 <sup>1)</sup> 9)	7	7	Betriebsinspektor/-in
A 9 <sup>17)</sup>	414	414	Amtsinspektor/-in
A 9 <sup>1)</sup>	24	24	Betriebsinspektor/-in
A 8 <sup>1)</sup> 17)	908	907	Hauptsekretär/-in
A 8 <sup>1)</sup>	47	47	Hauptwerkmeister/-in
A 7 <sup>1)</sup>	1 372	1 372	Obersekretär/-in
A 7 <sup>1)</sup>	30	30	Oberwerkmeister/-in
	<b>3 508</b>	<b>3 507</b>	<b>Zusammen</b>
			1) Bei den Stellen für Amtsinspektoren/-innen, Betriebsinspektoren/-innen, Hauptsekretäre/-innen, Hauptwerkmeister/-innen, Obersekretäre/-innen und Oberwerkmeister/-innen 30 DW Oberamtsräte/-rätinnen 1 DW
			2) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Vorbemerkung Nr. 21 zur BBesO. A und B.
			4) Die Stellen dürfen im Bedarfsfall auch mit Angestellten der Verg.-Gr. IV b BAT (Sozial- und Erziehungsdienst) besetzt werden.
			5) Davon 1 Stelle, die (in Höhe von 100 v.H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden darf.
			6) kw.
			8) Bis zu 11 Stellen für Oberlehrer/-innen können im Bedarfsfall mit Sportlehrern/-innen der Verg.-Gr. II b BAT besetzt werden.
			9) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
			10) Insgesamt bis zu 3 Stellen können bei Bedarf mit jeweils 2 Ärzten/-innen im Praktikum besetzt werden.
			17) davon kw nach Fortfall der Einrichtung: 2 Stellen Bes.-Gr. A 15 – Direktor/-in – 1 Stelle Bes.-Gr. A 14 – Oberrat/-rätin – 1 Stelle Bes.-Gr. A 13 – Oberlehrer/-in – 1 Stelle Bes.-Gr. A 13 – Oberamtsrat/-rätin – 1 Stelle Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/-rätin – 2 Stellen Bes.-Gr. A 11 – Amtmann/-frau – 3 Stellen Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in – 3 Stellen Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in – 6 Stellen Bes.-Gr. A 9 <sup>9)</sup> – Amtsinspektor/-in – 13 Stellen Bes.-Gr. A 9 – Amtsinspektor/-in – 29 Stellen Bes.-Gr. A 8 – Hauptsekretär/-in –.
A 10 <sup>6)</sup>	4	3	Leerstellen: Oberinspektor/-in
A 9 <sup>6)</sup>	3	2	Inspektor/-in
A 9 <sup>6)</sup>	—	1	Amtsinspektor/-in
A 8 <sup>6)</sup>	6	7	Hauptsekretär/-in
A 7 <sup>6)</sup>	21	18	Obersekretär/-in
	<b>34</b>	<b>31</b>	<b>Zusammen</b>

Erläuterungen zum Stellenplan

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG:

**Gehobener Dienst**

Bes.-Gr.	Stellenzahl	
	Gesamt	davon § 3 Abs. 1 Nr. 2a der VO
A 12	39	1
A 11	70	1
A 10	167	2
Insgesamt	276	4

Zugang:	Stellen
Bes.-Gr. A 8	
Hauptsekretär/-in	1 Umwandlung von Verg.-Gr. V c
Zusammen	1

Hebungen:	Stellen
Bes.-Gr. A 10	
Oberinspektor/-in	27 von Bes.-Gr. A 9
Zusammen	27

**Mittlerer Dienst**

Bes.-Gr.	Stellenzahl		
	Gesamt	davon	
		§ 2 Nr. 6 der VO	§ 3 Abs. 1 Nr. 4 der VO
A 9 <sup>9)</sup>	177	7 (-)*	12
A 9	414	23 (7)*	7
A 8	908	40 (2)*	22
A 7	1372	24	8
Insgesamt	2871	94 (9)*	49

\*) Die in Klammern genannte Stellenzahl ist auf die allgemeinen Obergrenzen nach § 26 Abs. 1 BBesG im Landesbereich anzurechnen

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2005	2004		
<b>Beamtete Hilfskräfte</b>				
A 9	3	3	Inspektor/-in	2) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen. 5) kw. 9) ku nach Bes.-Gr. A 11 (Amtmann/-frau). 10) 2 Stellen ku nach Bes.-Gr. A 10 (Oberinspektor/-in) bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen. 12) davon 3 ku nach Bes.-Gr. A 8 } Hauptsekretär/-in
	3	3	Zusammen	
<b>Angestellte</b>				
I b	1	1		22) 5 Angestellte erhalten eine nicht aufzehrbare, an den künftigen allgemeinen Vergütungserhöhungen teilnehmende übertarifliche Ausgleichszulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen Verg.-Gr. VI b BAT und der sich aus der Verg.-Gr. V c BAT ergebenden Vergütung, 5 ku nach Bes.-Gr. A 7 – Obersekretär/-in 26) ku nach Bes.-Gr. A 13 – Rat/-rätin – nach Ausscheiden der Stelleninhaberinnen. 28) davon kw nach Fortfall der Einrichtung: 2 Stellen Verg.-Gr. IX b-VII – Schreib- und Fernschreibdienst – 49 Stellen Verg.-Gr. VI b – Justizvollzugs- und Aufsichtsdienst – 29) davon 1 Stelle kw nach Fortfall des Küchenbetriebes bei der Nds. Justizvollzugsschule in Wolfenbüttel.
II a <sup>26)</sup>	1	1		
IV a <sup>9)</sup>	10	10		
IV b <sup>10)</sup>	10	10		
V b	7	7		
V c <sup>12)</sup>	27	28		
VI b <sup>22)</sup> 28)29)	87	87		
VII	74	74		
VIII	9	9		
IX b-VII <sup>2)</sup> 28)	61	61		
Kr. VI	2	2		
	289	290	Zusammen	
<b>Leerstellen:</b>				
VI b <sup>5)</sup>	2	3		
VII <sup>5)</sup>	2	2		
VIII	1	—		
IX b-VII <sup>5)</sup>	5	8		
	10	13	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Angestellte**

Abgang:	Stellen
Sozial- und Erziehungsdienst Verg.-Gr. V c	1
Zusammen	1

Sonstige Veränderungen:  
Der Haushaltsvermerk Nr. 12 (davon 4 ku nach Bes.-Gr. A 8 } Hauptsekretär/-in)  
ist geändert worden.

Der Haushaltsvermerk Nr. 22) (5 Angestellte erhalten eine nicht aufzehrbare, an den künftigen allgemeinen Vergütungserhöhungen teilnehmende übertarifliche Ausgleichszulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen Verg.-Gr. VI b BAT und der sich aus der Verg.-Gr. V c BAT ergebenden Vergütung;  
ku nach Bes.-Gr. A 7 – Obersekretär/-in)  
ist geändert worden.

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst</b>			
A 9 <sup>8)</sup>	16	16	Inspektoranwärter/-in
A 7 <sup>8)</sup>	139	139	Obersekretäranwärter/-in
	155	155	Zusammen
<b>Arbeiter/-innen</b>			
6 <sup>10)</sup>	3	3	Kraftfahrdienst
5 <sup>10)</sup>	7	7	
4	10	10	
5	4	4	Technischer Dienst
4 <sup>10)</sup>	3	3	
6	2	2	Sonstige Dienste
5	12	12	
4	7	7	
3 <sup>10)</sup>	3	3	
2 a <sup>11)</sup>	6	6	
1/1 a	3	3	
	(16)	(16)	
	60	60	Zusammen

<sup>8)</sup> Neue Stellen dürfen für Einstellungen nur in dem Umfang in Anspruch genommen werden, in dem geeignete Bewerberinnen oder Bewerber aus dem Reform-Arbeitsmarkt nicht zu gewinnen sind.

<sup>10)</sup> davon kw nach Fortfall der Einrichtung:

- 1 Stelle Lohn-Gr. 6 – Kraftfahrdienst –
- 1 Stelle Lohn-Gr. 5 – Kraftfahrdienst –
- 1 Stelle Lohn-Gr. 4 – Technischer Dienst –
- 1 Stelle Lohn-Gr. 3 – Sonstige Dienste –

<sup>11)</sup> Davon 1 Stelle kw nach Fortfall des Küchenbetriebes bei der Nds. Justizvollzugsschule in Wolfenbüttel.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Richter/-innen und Beamte/-innen</b>			
			1) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. R 3 BBesO.
R 6	1	1	3) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 5 BBesO.
R 3 <sup>1)</sup>	1	1	6) Hiervon dürfen bis zu 5 Stellen von Oberregierungsräten/-rätinnen verwaltet werden (vgl. Kap. 04 06 – Leerstellen –).
R 3 <sup>14)</sup>	14	14	9) Die Stelle darf auch für eine(n) Beamten/-in des mittleren Dienstes verwendet werden.
			10) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
R 2 <sup>6)</sup> 15)	43	43	12) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 6 BBesO.
A 13	2	2	14) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2005.
A 12	1	1	15) Davon 2 kw mit Ablauf des 31. 12. 2005.
A 11 <sup>16)</sup>	4	4	16) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2005.
A 10 <sup>9)</sup>	1	1	17) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2005.
A 9 <sup>10)</sup>	1	1	18) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2005.
A 9 <sup>17)</sup>	4	4	
A 8	1	1	
A 7	1	1	
A 6 <sup>12)</sup>	3	3	
A 5 <sup>3)</sup> 18)	1	1	
	<u>78</u>	<u>78</u>	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG:

**Mittlerer Dienst**

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 4 der VO
A 9 + AZ	1
A 9	4
A 8	1
A 7	1
<b>Insgesamt</b>	<b>7</b>

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Richterliche und beamtete Hilfskräfte</b>			
A 9 <sup>6)</sup>	2	2	1) Die erste Vorzimmerkraft des/der Präsidenten/-in des Finanzgerichts ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.
	<u>2</u>	<u>2</u>	Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.
<b>Angestellte</b>			2) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII und VII BAT nachgewiesen.
V b	1	1	3) Davon 1 kw nach Wegfall der Überlast.
V c	1	1	4) Davon 1 kw nach Wegfall der Überlast.
VI b <sup>1)</sup> 3)5)7)	29	29	5) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2005.
VII	4	4	6) Davon 2 Stellen im Rahmen der PKB ohne BV und Budget.
IX b–VII <sup>2)</sup> 4)	7	7	7) Davon 1 Stelle befristet für die Dauer der Tätigkeit als Vorlesekraft für einen sehbehinderten Richter, die nur zur Hälfte besetzt werden darf.
	<u>42</u>	<u>42</u>	Zusammen

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Arbeiter/-innen</b>			
3/4	1	1	
	<u>1</u>	<u>1</u>	Zusammen

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			1) Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. R 3 BBesO.
			2) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. R 1 BBesO.
			3) kw.
			5) 1 kw – befristet nach dem 31. 12. 2001 – RAR'in –
			7) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. R 2 BBesO.
			9) 2 kw ab 1. 1. 2005.
R 6	1	1	<b>Planmäßige Beamte/-innen und Richter/-innen</b>  Feste Gehälter: Präsident/-in des Landesarbeitsgerichts Vizepräsident/-in des Landesarbeitsgerichts Vorsitzende Richter/-in am Landesarbeitsgericht  Aufsteigende Gehälter: Direktor/-in des Arbeitsgerichts – an einem Gericht mit 8 und mehr Richterplanstellen Direktor/-in des Arbeitsgerichts – an einem Gericht mit 4 bis 7 Richterplanstellen Richter/-in am Arbeitsgericht – als ständige(r) Vertreter/-in des/der Direktors/ – in an einem Gericht mit 8 und mehr Richterplanstellen Direktor/-in des Arbeitsgerichts – an einem Gericht mit bis zu 3 Richterplanstellen Richter/-in am Arbeitsgericht Oberamtsrat/-rätin Amtsrat/-rätin Amtmann/-männin/-frau Oberinspektor/-in Inspektor/-in Amtsinspektor/-in Hauptsekretär/-in Obersekretär/-in Sekretär/-in
R 3 <sup>1)</sup>	1	1	
R 3	14	14	
R 2 <sup>7)</sup>	2	1	
R 2	4	5	
R 2	2	1	
R 1 <sup>2)</sup>	9	9	
R 1 <sup>9)</sup>	38	41	
A 13	1	1	
A 12 <sup>5)</sup>	7	7	
A 11	14	14	
A 10	3	3	
A 9	1	1	
A 9	2	1	
A 8	2	2	
A 7	9	10	
A 6	1	1	
	111	113	Zusammen
			Leerstellen:
R 1 <sup>3)</sup>	3	4	Richter/-in am Arbeitsgericht
A 11 <sup>3)</sup>	1	1	Amtmann/-männin/-frau
	4	5	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang:	Stellen	Abgang:	Stellen
Bes.-Gr. R 2 <sup>7)</sup> – Direktor/-in des Arbeitsgerichts – an einem Gericht mit 8 und mehr Richterplanstellen	1	Bes.-Gr. R 2 – Direktor/-in des Arbeitsgerichts – an einem Gericht mit 4 bis 7 Richterplanstellen Bes.-Gr. R 1 – Richter/-in am Arbeitsgericht –	1 3
Bes.-Gr. R 2 – Richter/-in am Arbeitsgericht – als ständige(r) Vertreter/-in des/der Direktors/-in an einem Gericht mit 8 und mehr Richterplanstellen	1	Bes.-Gr. A 7	1
Bes.-Gr. A 9 – Amtsinspektor/-in –	1	Zusammen	5
Zusammen	3	Bleibt Abgang	2
		Leerstellen: Zugang: Bes.-Gr. R 1 <sup>3)</sup>	Stellen 1
		Zusammen	1
		Abgang: Bes.-Gr. R 1 <sup>3)</sup>	Stellen 2
		Zusammen	2
		Bleibt Abgang	1

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 7 (Ein Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. R 2.) ist infolge gesonderter Darstellung der Planstellen der Bes.-Gr. R 2 für Direktoren der Arbeitsgerichte mit 8 und mehr Richterplanstellen (einheitliche Darstellung der Stellen im Epl. 11) und der Verlagerung einer Stelle von Kapitel 11 17 geändert.  
Der Haushaltsvermerk Nr. 8 („2 (2) kw ab 1. 1. 2004“) ist vollzogen.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Richterliche und beamtete Hilfskräfte</b>			1) 1 Stelle darf nur zu 80% besetzt werden.
R 1 <sup>9)</sup>	2	—	Richter/-in
A 9 <sup>10)</sup>	2	—	Inspektor/-in z. A.
A 6 <sup>11)</sup>	3	—	Sekretär/-in z. A.
	7	—	Zusammen
<b>Angestellte</b>			2) Die Sekretärin des Präsidenten des LAG ist für die Dauer der Tätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. VI b eingruppiert.
IV b	1	1	3) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII und VII nachgewiesen.
V b	2	2	
V c	10	10	4) Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.
VI b <sup>1)2)4)6)</sup>	114	118	
VII	1	1	5) kw.
VIII	4	4	6) 1 Stelle darf nur mit einer Halbtagskraft besetzt werden.
IX b <sup>6)</sup>	2	2	8) 4 kw ab 1. 1. 2005.
IX b-VII <sup>3)</sup>	1	1	9) Davon 2 Stellen im Rahmen der PKB ohne BV und Budget.
	135	139	10) Davon 2 Stellen im Rahmen der PKB ohne BV und Budget.
			11) Davon 3 Stellen im Rahmen der PKB ohne BV und Budget.
VI b <sup>5)</sup>	12	9	
IX b-VII <sup>5)</sup>	1	1	
	13	10	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Richterliche und beamtete Hilfskräfte**

Zugang:	Stellen
Bes.-Gr. R 1 <sup>9)</sup>	2 neu entsprechend dem Bedarf – ohne BV und Budget –
Bes.-Gr. A 9 <sup>10)</sup>	2 Verlagerungen von Kapitel 11 16 – ohne BV und Budget –
Bes.-Gr. A 6 <sup>11)</sup>	3 Verlagerungen von Kapitel 11 17 – ohne BV und Budget –
Zusammen	7

**Angestellte**

Abgang:	Stellen
Verg.-Gr. VI b	4 infolge Vollzugs des HV Nr. 7
Zusammen	4
Leerstellen:	
Zugang:	
Verg.-Gr. VI b <sup>5)</sup>	3 neu gemäß Nr. 3 (1) der Allgemeinen Bestimmungen
Zusammen	3

Sonstige Veränderungen:  
Die Haushaltsvermerke Nr. 9, 10 und 11 sind hinzugekommen.  
Der Haushaltsvermerk Nr. 7 („4 kw ab 1. 1. 2004“) ist vollzogen.

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst</b>			1) 1 (1) kw; die Stelle darf nur mit einer Halbtagskraft besetzt werden.
A 9	—	2	Rechtspfleger/-in-Anwärter/-in
	—	2	Zusammen
<b>Arbeiter/-innen</b>			
4	1	1	
3 <sup>1)</sup>	1	1	
2 a	3	3	
	5	5	Zusammen

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

**Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst**

Abgang:	Stellen
Bes.-A 9	2 Verlagerungen nach Kapitel 11 01
Zusammen	2

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Richter/-innen und Beamte/-innen</b>			Allgemeine Haushaltsvermerke: 3. Stellen des richterlichen Dienstes, deren Inhaber/-innen an kommunale Körperschaften abgeordnet werden, können vorübergehend bis zur Höhe der Ausgaben in Anspruch genommen werden, die die Kommunen dem Land erstatten. 4. Bedienstete, die Hausdienstgeschäfte ausführen, die nicht zu ihren Dienstobliegenheiten gehören, erhalten eine Vergütung nach Lohngruppe 2 a gem. AV vom 19. 11. 1987 – Nds. Rpfl. S. 277 –. 5. „Das Finanzministerium wird ermächtigt, mit Zustimmung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Landtages, die zur Bildung von bis zu vier weiteren Kammern erforderlichen Planstellen und Stellen (einschl. Folgepersonal) zusätzlich zur Verfügung zu stellen, sofern durch die Abschaffung der Widerspruchsverfahren ein unabweisbarer Personalmehrbedarf entsteht.“ 6. 37 Stellen unbestimmter Wertigkeit kw gemäß Abbaukonzept – Davon 28 Stellen (davon 14 Richterstellen) auch infolge ZV, und zwar mit Ablauf des Jahres 2005 vier, 2006 sechs, 2007 sechs, 2008 zwölf. – Davon 9 Stellen (davon 7 Richterstellen) kw mit Ablauf des 31. 12. 2009.
R 8	1	1	
R 4	1	1	
R 4	1	1	
R 3	9	9	
R 3	6	6	
R 2 <sup>5)</sup>	7	7	
R 2	24	24	
R 2	37	37	
R 1 <sup>22)</sup>	115	115	
A 14	1	1	
A 13	2	2	
A 12	5	5	
A 11	10	10	
A 10	11	11	
A 9 <sup>33)</sup>	2	2	
A 9 <sup>9)</sup>	2	2	
A 9 <sup>34)</sup>	8	8	
A 8 <sup>35)</sup>	11	11	
A 7 <sup>36)</sup>	16	16	
A 6	2	2	
A 6 <sup>8)</sup> 1 <sup>2)</sup>	4	4	
A 5 <sup>4)</sup> 8)	12	12	
A 4 <sup>2)</sup> 8)38)	6	6	
	293	293	
Zusammen			
Leerstellen:			
R 2 <sup>7)</sup>	2	3	
R 1 <sup>7)</sup>	6	9	
A 10 <sup>7)</sup>	1	1	
A 8 <sup>7)</sup>	2	3	
A 7 <sup>7)</sup>	1	1	
	12	17	
Zusammen			

- 2) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 4 zur Bes.-Gr. A 4 BBesO.
- 4) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 5 BBesO.
- 5) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. R 2 BBesO.
- 7) kw.
- 8) Insgesamt 1 DW.
- 9) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
- 12) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 6 BBesO.
- 22) Davon 16 Stellen kw nach Wegfall der zusätzlichen Belastung durch Asylverfahren.
- 33) Davon 1 Stelle kw nach Wegfall der zusätzlichen Belastung durch Asylverfahren.
- 34) Davon 1 Stelle kw nach Wegfall der zusätzlichen Belastung durch Asylverfahren.
- 35) Davon 1 Stelle kw nach Wegfall der zusätzlichen Belastung durch Asylverfahren.
- 36) Davon 4 Stellen kw nach Wegfall der zusätzlichen Belastung durch Asylverfahren.
- 38) Davon 2 Stellen kw nach Wegfall der zusätzlichen Belastung durch Asylverfahren.

Erläuterungen zum Stellenplan

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG:

**Gehobener Dienst**

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 1 der VO	§ 3 Nr. 2 a der VO
A 12	1 (1)*	1
A 11	—	2
Insgesamt	1 (1)*	3

**Mittlerer Dienst**

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 4 der VO
A 9 + AZ	2
A 9	2
A 8	2
Insgesamt	6

\*) Die in Klammern genannte Stellenzahl ist auf die allgemeinen Obergrenzen nach § 26 Abs. 1 BBesG im Landesbereich anzurechnen.

Leerstellen:

Abgang:	Stellen
Bes.-Gr. R 2 <sup>7)</sup>	
– Richter/-in am Oberverwaltungsgericht –	1
Bes.-Gr. R 1 <sup>7)</sup>	3
Bes.-Gr. A 8 <sup>7)</sup>	1
Zusammen	5

infolge teilweisen Vollzugs des kw-Vermerks (HV Nr. 7)

Sonstige Veränderungen:

Die Allgemeinen Haushaltsvermerke Nr. 5 (Das Finanzministerium wird ermächtigt, mit Zustimmung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Landtages für die Bearbeitung von Asylsachen im notwendigen Umfang zur Bildung von bis zu vier weiteren Kammern die hierzu erforderlichen Planstellen und Stellen (einschl. Folgepersonal) zusätzlich einzurichten.) und Nr. 6 (37 Stellen unbestimmter Wertigkeit kw gemäß Abbaukonzept – Davon 28 Stellen (davon 14 Richterstellen) auch infolge ZV, und zwar mit Ablauf des Jahres 2005 vier, 2006 sechs, 2007 sechs, 2008 zwölf. – Davon 9 Stellen (davon 7 Richterstellen) kw mit Ablauf des 31. 12. 2009.) sind geändert, der Allgemeine HV Nr. 6 infolge teilweisen Vollzugs des kw-Vermerks.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Richterliche und beamtete Hilfskräfte</b>			
R 1	4	4	Richter/-in am Verwaltungsgericht
	4	4	Zusammen
<b>Angestellte</b>			
V b	3	3	
V c <sup>1)</sup>	10	10	
VI b <sup>9)</sup>	58	59	
VII	17	17	
VIII	2	2	
IX b–VII <sup>2)</sup> <sup>10)</sup>	25	25	
IX b	1	1	
	116	117	Zusammen
Leerstellen:			
V c <sup>3)</sup>	2	1	
VI b <sup>3)</sup>	7	7	
VII <sup>3)</sup>	4	—	
IX b–VII <sup>3)</sup>	9	12	
	22	20	Zusammen

1) Die Sekretärin des/der Präsidenten/-in des Oberverwaltungsgerichts ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert.

Die jeweilige erste Sekretärin des Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts erhält für die Dauer der Wahrnehmung der Vorzimmergeschäfte für den Präsidenten des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs eine jederzeit widerrufliche Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen der Vergütungsgruppe V c BAT und V b BAT.

Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

2) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII und VII BAT nachgewiesen.

3) kw.

9) Die jeweiligen Sekretärinnen der 7 Präsidenten/-innen der Verwaltungsgerichte sind für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkräfte übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.

Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

10) Davon 4 Stellen kw nach Wegfall der zusätzlichen Belastung durch Asylverfahren.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Angestellte**

Abgang: Verg.-Gr. VI b	Stellen 1	gemäß Abbaukonzept; zugleich unter Anrechnung auf die ZV I
Zusammen	1	
Leerstellen:		
Zugang: Verg.-Gr. V c <sup>3)</sup> Verg.-Gr. VII <sup>3)</sup>	Stellen 1 4	neu gemäß Nr. 3 (1) der Allgemeinen Bestimmungen
Zusammen	5	
Abgang: Verg.-Gr. IX b–VII <sup>3)</sup>	Stellen 3	infolge teilweisen Vollzugs des kw-Vermerks (HV Nr. 3)
Zusammen Bleibt Zugang	3 2	

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Arbeiter/-innen</b>			
4	4	4	
3/4	3	5	
1	2	2	
	9	11	Zusammen

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

**Arbeiter/-innen**

Abgang: Lohn-Gr. 3/4	Stellen 2	gemäß Abbaukonzept; zugleich unter Anrechnung auf die ZV I
Zusammen	2	

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			<b>Allgemeine Haushaltsvermerke:</b>
			2. Bedienstete, die Hausdienstgeschäfte ausführen, die nicht zu ihren Dienstobliegenheiten gehören, erhalten eine Vergütung nach Lohngruppe 2 a gem. AV v. 19. 11. 1987 (Nds. Rpfl. S. 277).
			<hr/>
			1) 1 DW.
			2) Davon 1 Stelle im Rahmen der PKB ohne BV und Budget.
			4) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 6 BBesO.
			9) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
			10) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 3 BBesO.
			16) kw.
			17) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 5 BBesO.
			<hr/>
<b>Planmäßige Richter/-innen und Beamte/-innen</b>			
<b>Feste Gehälter:</b>			
R 8	1	1	Präsident/-in des Landessozialgerichts
R 4	1	1	Vizepräsident/-in des Landessozialgerichts
R 3	8	8	Vorsitzende(r) Richter/-in am Landessozialgericht
<b>Aufsteigende Gehälter:</b>			
R 2	23	23	Richter/-in am Landessozialgericht
R 1 <sup>2)</sup>	1	—	Richter/-in am Sozialgericht
A 13	1	1	Oberamtsrat/-rätin
A 12	2	2	Amtsrat/-rätin
A 11	3	3	Amtmann/-männin/-frau
A 10	1	1	Oberinspektor/-in
A 9	1	1	Inspektor/-in
A 9 <sup>9)</sup>	1	1	Amtsinspektor/-in
A 9	1	1	Amtsinspektor/-in
A 8	2	2	Hauptsekretär/-in
A 7	3	2	Obersekretär/-in
A 6	1	—	Sekretär/-in
A 6 <sup>1)4)</sup>	2	2	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in
A 5 <sup>1)17)</sup>	2	2	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in
A 3 <sup>1)10)</sup>	1	1	Oberwachtmeister/-in
	<hr/>	<hr/>	
	55	52	Zusammen
<b>Leerstellen:</b>			
R 2 <sup>16)</sup>	2	2	Richter/-in am Landessozialgericht
A 11 <sup>16)</sup>	1	1	Amtmann/-männin/-frau
A 7 <sup>16)</sup>	2	2	Obersekretär/-in
	<hr/>	<hr/>	
	5	5	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG:

**Gehobener Dienst**

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 1 der VO	§ 3 Nr. 2 a der VO
A 12	1 (1)*	1
A 11	—	1
Insgesamt	1 (1)*	2

**Mittlerer Dienst**

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 4 der VO
A 9 <sup>9)</sup>	1
A 9	1 (1)*
Insgesamt	2 (1)*

\*) Die in Klammern genannte Stellenzahl ist auf die allgemeinen Obergrenzen nach § 26 Abs. 1 BBesG im Landesbereich angerechnet worden.

Zugang:	Stellen
Bes.-Gr. R 1 <sup>2)</sup>	1 neu entsprechend dem Bedarf ohne BV und Budget
Bes.-Gr. A 7	1 } Verlagerungen von Kapitel 11 13
Bes.-Gr. A 6 – Sekretär/-in –	
Zusammen	3

Sonstige Veränderungen:  
Der Haushaltsvermerk Nr. 2 ist hinzu gekommen.

– **Nachrichtliche Darstellung der in Bremen veranschlagten Personal-Stellen des gemeinsamen Landessozialgerichts** –  
Einzelplan: 01, Kapitel: 01 70, Produktplan: 11 (Justiz), Produktbereich: 11.02 (Fachgerichtsbarkeit), Produktgruppe: 11.01.02 (Landessozialgericht)

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	PersGr.	Amts-/Dienstbezeichnung	Anzahl
R 3	08	Vorsitzender Richter LSG	2
R 2	08	Richter am LSG	3
A 11	09	Sozialgerichtsamtmann	1
Beamte gesamt			6
V b	01	VerwAng	1
V c	09	VerwAng	1,50
VI b	01	VerwAng	1,65
IX a	01	VerwAng	0,30
Angestellte gesamt			4,45
Stellen gesamt			10,45

Der Ausgangswert für die Beschäftigungszielzahl im Jahr 2005 ist auf 10,36 Beschäftigte festgelegt. Die voraussichtliche Höhe des Personalkostenbudgets (422er- bis 426er-Mittel) liegt bei 575.010 EUR für 2005.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte</b>			
V b	1	1	
V c <sup>1)</sup>	3	3	
VI b <sup>3)</sup>	24	26	
VII	4	4	
VIII	3	3	
	35	37	Zusammen
			Leerstellen:
VI b <sup>2)</sup>	1	1	
VII <sup>2)</sup>	1	1	
IX b-VII <sup>2)</sup>	3	4	
	5	6	Zusammen

<sup>1)</sup> Die jeweilige erste Sekretärin des/der Präsidenten/-in des Landessozialgerichts ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert.  
 Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulagen sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

<sup>2)</sup> kw.

<sup>3)</sup> Davon 1 Stelle, die nur zur Hälfte besetzt werden darf.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Angestellte**

Abgang: Stellen  
 Verg.-Gr. VI b 2 Verlagerungen nach Kapitel 11 13  
 Zusammen 2

Leerstellen:  
 Abgang: Stellen  
 Verg.-Gr. IX b-VII<sup>2)</sup> 1 infolge teilweisen Vollzugs des kw-Vermerks (HV Nr. 2)  
 Zusammen 1

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Arbeiter/-innen</b>			
4	1	1	Sonstige Dienste
	1	1	Zusammen

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke	
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2005	2004		
<b>Planmäßige Richter/-innen und Beamte/-innen</b>			Allgemeine Haushaltsvermerke: 2. Bedienstete, die Hausdienstgeschäfte ausführen, die nicht zu ihren Dienstobliegenheiten gehören, erhalten eine Vergütung nach Lohngruppe 2 a gem. AV v. 19. 11. 1987 (Nds. Rpfl. S. 277). <hr/> 1) 2 DW. 3) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. R 2 BBesO. 4) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 6 BBesO. 5) Davon 2 kw nach Wegfall der Überlast. 9) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO. 10) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 3 BBesO. 12) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 4 zur Bes.-Gr. A 4 BBesO. 16) kw. 17) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 5 BBesO.	
R 2 <sup>3)</sup>	3	3		Aufsteigende Gehälter: Direktor/-in des Sozialgerichts – an einem Gericht mit 8 und mehr Richterplanstellen –
R 2	5	5		Direktor/-in des Sozialgerichts – an einem Gericht mit 4 bis 7 Richterplanstellen –
R 2	1	1		Richter/-in am Sozialgericht – als weitere(r) aufsichtsführende(r) Richter/-in an einem Gericht mit 15 und mehr Richterplanstellen –
	3	3		– als ständige(r) Vertreter/-in des/der Direktors/-in eines Gerichts mit 8 und mehr Richterplanstellen –
R 1 <sup>5)</sup>	54	54		Richter/-in am Sozialgericht
A 12	6	6		Amtsrat/-rätin
A 11	3	3		Amtmann/-männin/-frau
A 10	8	8		Oberinspektor/-in
A 9	1	1		Inspektor/-in
A 9 <sup>9)</sup>	1	1		Amtsinspektor/-in
A 9	3	3		Amtsinspektor/-in
A 8	5	5		Hauptsekretär/-in
A 7	5	6		Obersekretär/-in
A 6	3	4		Sekretär/-in
A 6 <sup>14)</sup>	6	6		Erste(r) Hauptwachtmeister/-in
A 5 <sup>17)</sup>	9	9		Erste(r) Hauptwachtmeister/-in
A 4 <sup>12)</sup>	1	1		Hauptwachtmeister/-in
A 3 <sup>110)</sup>	3	3		Oberwachtmeister/-in
	120	122		Zusammen
			Leerstellen:	
R 1 <sup>16)</sup>	4	6	Richter/-in am Sozialgericht	
A 8 <sup>16)</sup>	—	1	Hauptsekretär/-in	
A 6 <sup>16)</sup>	1	—	Sekretär/-in	
	5	7	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG:

**Mittlerer Dienst**

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 4 der VO
A 9 <sup>9)</sup>	1
A 9	1
A 8	1 (1)*
<b>Insgesamt</b>	<b>3 (1)*</b>

\*) Die in Klammern genannte Stellenzahl ist auf die allgemeinen Obergrenzen nach § 26 Abs. 1 BBesG im Landesbereich anzurechnen.

Leerstellen:

Zugang:  
Bes.-Gr. A 6<sup>16)</sup>  
Sekretär/-in

Stellen

1 neu gemäß Nr. 3 (1) der Allgemeinen Bestimmungen

Zusammen

1

Abgang:

Bes.-Gr. R 1<sup>16)</sup>  
Bes.-Gr. A 8<sup>16)</sup>

Stellen

2 } infolge teilweisen Vollzugs  
1 } des kw-Vermerks (HV Nr. 16)

Zusammen

3

Bleibt Abgang

2

Abgang:	Stellen
Bes.-Gr. A 7	1
Bes.-Gr. A 6	1
Sekretär/-in	1
<b>Zusammen</b>	<b>2</b>

} Verlagerungen nach Kapitel 11 12

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Richterliche und beamtete Hilfskräfte</b>			
R 1 <sup>6)</sup>	1	—	Richter/-in
A 9 <sup>3)</sup>	3	3	Inspektor/-in z. A.
	4	3	Zusammen
<b>Angestellte</b>			
V b	1	1	
V c	2	2	
VI b <sup>1)4)5)</sup>	93	91	
VIII	2	2	
	98	96	Zusammen
Leerstellen:			
VI b <sup>2)</sup>	5	5	
VII <sup>2)</sup>	7	3	
IX b–VII <sup>2)</sup>	3	9	
	15	17	Zusammen

1) Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

2) kw.

3) Davon 3 Stellen im Rahmen des PKB ohne BV und Budget.

4) Davon 1 Stelle, die nur zur Hälfte besetzt werden darf.

5) Davon 1 Stelle, die nur zu drei Viertel besetzt werden darf.

6) Davon 1 Stelle im Rahmen der PKB ohne BV und Budget.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Richterliche und beamtete Hilfskräfte**

Zugang:	Stellen
Bes.-Gr. R 1 <sup>6)</sup>	1 neu entsprechend dem Bedarf – ohne BV und Budget –
Zusammen	1

**Angestellte**

Zugang:	Stellen
Verg.-Gr. VI b	2 Verlagerungen von Kapitel 11 12
Zusammen	2
Leerstellen:	
Zugang:	Stellen
Verg.-Gr. VII <sup>2)</sup>	4 neu gemäß Nr. 3 (1) der Allgemeinen Bestimmungen
Zusammen	4
Abgang:	
Verg.-Gr. IX b–VII <sup>2)</sup>	6 infolge teilweisen Vollzugs des kw-Vermerks (HV Nr. 2)
Zusammen	6
Bleibt Abgang	2

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 6 ist hinzu gekommen.

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Arbeiter/-innen</b>			
5	1	1	
	1	1	Zusammen



Bes.-Gr. Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenbezeichnung	Stellenzahl							Bemerkungen	
		Kapitel 11 04 (alt)	Kapitel 11 16 (neu)	Kapitel 11 17 (neu)	Kapitel 11 18 (neu)	Kapitel 11 19 (neu)	Kapitel 11 20 (neu)	Kapitel 11 21 (neu)		
R 2	Oberstaatsanwalt/-wältin – als Abteilungsleiter/-in bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht und als ständige(r) Vertreter/-in eines(r) Leitenden Oberstaatsanwalts/-wältin der Bes.-Gr. R 3 oder R 4 – Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. R 2 BBesO.	10					2	5	3	HV 11
R 2	Richter/-in am Oberlandesgericht	117	18	63	36					HV 7 kann entfallen
R 2	Vorsitzende(r) Richter/-in am Landgericht	162	28	87	47					HV 9 kann entfallen
R 2	Direktor/-in des Amtsgerichts – an einem Gericht mit 4 bis 7 Richterplanstellen –	32	5	17	10					HV 19
R 2	Richter/-in am Amtsgericht – als weitere(r) aufsichtsführende(r) Richter/-in an einem Gericht mit 15 und mehr Richterplanstellen – Davon 1 kw mit Ablauf des 30. 6. 2005.	29	4	19	6					Davon 1 ku
R 2	– als ständige(r) Vertreter/-in des/der Direktors/-in an einem Gericht mit 8 und mehr Richterplanstellen –	34	6	davon 1 16	12					HV 81
R 2	Oberstaatsanwalt/-wältin – als Dezernent/-in bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Oberlandesgericht	21					3	12		6
R 2	– als Abteilungsleiter/-in bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht – Davon 1 kw mit Ablauf des 31.12. 2005.	76					16	40		20
R 1	Direktor/-in des Amtsgerichts – an einem Gericht mit bis zu 3 Richterplanstellen – Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 16 zur Bes.-Gr. R 1 BBesO.	11	3	8				davon 1		HV 50 (E+V)
R 1	Richter/-in am Amtsgericht und Richter/-in am Landgericht	891	159	480	251	1				HV 12
R 1	Staatsanwalt/-wältin Davon 5 kw mit Ablauf des 31. 12. 2005.	309				60	164			85
A 15	Direktor/-in	4	1	2	1	davon 1	davon 3		davon 1	HV 51 (E+V)
A 14	Oberrat/-rätin	6		4			2			HV 10 gegenstandslos HV 10 gegenstandslos HV 24 kann entfallen
A 13	Rat/Rätin	1		1						HV 10 gegenstandslos
A 13	Oberamtsrat/-rätin Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 13 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.	13	2	6	3	1				1 HV 14
A 13	Oberamtsanwalt/-wältin Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 12 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.	10					2	5		3 HV 15
A 13	Oberamtsrat/-rätin Davon 2 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2004 infolge ZV. Davon 1 Stelle kw mit Ablauf des 30. 6. 2005.	62	11	25	19		2	3		2 HV 68 (InsO) HV 81
A 13	Oberamtsanwalt/-wältin	51				10	27			14
A 12	Amtsrat/-rätin Davon 6 kw mit Ablauf des 31. 12. 2004 infolge ZV. Davon 1 kw mit Ablauf des 30. 6. 2005.	273	46,25	135,75	67	3	16			5 HV 69 (InsO) HV 81
A 12	Amtsanwalt/-wältin	47				9	24			14
A 11	Amtmann/-männin/-frau Davon 2 kw mit Ablauf des 30. 6. 2005.	529	76,75	239,25	145	14	40			14 HV 81
A 10	Oberinspektor/-in	501	84,50	214	131,50	15	36			20
A 9	Inspektor/-in Davon 2 kw zum 31. 12. 2005. Davon 2 kw zum 31. 12. 2005.	211	24,50	100	55	4	16,5			11 HV 17 HV 52 (E+V) HV 84 (Aussteiger) HV 85
A 9	Davon 2 kw zum 31. 12. 2005 infolge ZV aus Anlass der Einführung der 2. Stufe des automatisierten Mahnverfahrens. Amtsinspektor/-in Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.	129	21	53	28			davon 2		7 HV 26

Bes.-Gr. Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenbezeichnung	Stellenzahl							Bemerkungen
		Kapitel 11 04 (alt)	Kapitel 11 16 (neu)	Kapitel 11 17 (neu)	Kapitel 11 18 (neu)	Kapitel 11 19 (neu)	Kapitel 11 20 (neu)	Kapitel 11 21 (neu)	
A 9	Obergerichtsvollzieher/-in Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.	83	14	45	24				HV 26
A 9	Amtsinspektor/-in Davon 6 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2004. Davon 1 Stelle ku nach Freiwerden nach Verg.-Gr. V c BAT gem. Nr. 8 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen 2004 infolge ZV.	330	47 davon 1	138 davon 2 davon 1	78 davon 3	14,50	36,50	16	HV 67 (InsO) HV 87
A 9	Obergerichtsvollzieher/-in	194	33	102	59				
A 8	Hauptsekretär/-in Davon 6 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2004.	485	72,50 davon 1	223,50 davon 5	111	15	43	20	HV 67 (InsO)
A 8	Gerichtsvollzieher/-in	154	25	83	46				
A 8	Justizvollstreckungshauptsekretär/-in	2	1	1					
A 7	Obersekretär/-in	435	46,50	158	94	26,50	76	34	
A 6	Sekretär/-in Davon 5 kw mit Ablauf des 31. 12. 2005 ZV aus Anlass der Einführung der 2. Stufe des automatisierten Mahnverfahrens.	313	33	139	47 davon 5	18	54	22	HV 86
A 6	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 6 BBesO. Davon 1 Stelle kw zum 30. 6. 2005 infolge ZV.	126	20	53	29	6	12	6	HV 18 HV 33 HV 88
A 5	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 5 BBesO.	405	71	174,50 davon 1	90,50	14	33	22	HV 18 HV 25
A 4	Hauptwachtmeister/-in Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 4 zur Bes.-Gr. A 4 BBesO.	60	9	34	14	2		1	HV 18 HV 20
A 3	Oberwachtmeister/-in Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 3 BBesO.	23	2	3	6	2	9	1	HV 18 HV 21
	Summe planmäßige Beamte	6 264	885	2 676	1 443	249	679	332	
	Anmerkungen: HV 18: Insgesamt 48 Dienstwohnungen	davon:	13	23	12				
	<b>2. Abschnitt Richterliche und beamtete Hilfskräfte</b>								
R 1	Richter/-in/Staatsanwalt/-wältin Davon 2 kw mit Ablauf des 31. 12. 2005. Davon 1 Stelle, die nur zur Hälfte besetzt werden darf. Davon im Rahmen der PKB 13 Stellen ohne BV und Budget.	85	3,50 davon 3	5,50 davon 4	15,5 davon 5	16 davon 0,5	31 davon 1	13,5 davon 0,5 davon 1	HV 49 (E+V) HV 56 HV 2
A 9	Inspektor/-in z. A. Davon im Rahmen der PKB 40 Stellen ohne BV und Budget. Davon 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 7. 2004 infolge ZV aus Anlass der Einführung der 2. Stufe des automatisierten Mahnverfahrens.	46	12 davon 12	12 davon 7 davon 1	15 davon 14	2 davon 2	5 davon 5		HV 3 HV 57
A 6	Sekretär/-in z. A. Von den Stellen sind 30 für Hilfskräfte zum Ersatz von Beamten/-innen bestimmt, die unter Beibehaltung ihrer Planstellen, jedoch unter Aufgabe ihrer bisherigen Tätigkeit eine zusätzliche Ausbildung erhalten. Davon im Rahmen der PKB 10 Stellen ohne BV und Budget. Davon 2 Stellen kw mit Ablauf des 31. 7. 2004 und 4 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2004 infolge ZV aus Anlass der 2. Stufe des automatisierten Mahnverfahrens.	44	7	22 davon 8 davon 2 davon 4	6	5		4 davon 2	HV 5 kann entfallen HV 4 HV 58
	Summe Hilfskräfte	175,00	22,50	39,50	36,50	23,00	36,00	17,50	
	<b>3. Abschnitt Angestellte</b>								
I b IV a IV b		4 8 49	2 5	4 18 davon 1 davon 1	2 10	1 3	2 11	1 2	HV 15 HV 55
V b	Davon 1 kw mit Ablauf des 30. 6. 2005. Davon 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 12. 2005 gem. Nr. 8 Abs. 3 der Allgemeinen Bestimmungen 2001.	6	3	1	1		1		

Bes.-Gr. Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenbezeichnung	Stellenzahl							Bemerkungen
		Kapitel 11 04 (alt)	Kapitel 11 16 (neu)	Kapitel 11 17 (neu)	Kapitel 11 18 (neu)	Kapitel 11 19 (neu)	Kapitel 11 20 (neu)	Kapitel 11 21 (neu)	
V c	Die jeweilige erste Sekretärin des/der Präsidenten/-in der Oberlandesgerichte ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert. Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.	309	42,50	134,50	100	6	18	8	HV 6
VI b	Die jeweilige erste Sekretärin des/der Generalstaatsanwalts/-wältin, die Sekretärinnen der Ltd. Oberstaatsanwälte/-innen der Staatsanwaltschaften und die ersten Sekretärinnen der Präsidenten/-innen der Landgerichte sind für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1a zum BAT erhalten eine übertarifliche Zulage. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten. Davon 19 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2004. 3 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2005. 1 Stelle kw zum 30. 6. 2005 infolge ZV. 1 befristet für die Dauer der Tätigkeit als Vorzimmerkraft für eine sehbehinderte Richterin (OLG). Davon 1 Stelle, die (in Höhe von 100 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden darf.	1513	258	588,50	256	76	213	121,50	HV 8
VII	Davon 2 Stellen kw zum 30. 6. 2005 infolge ZV, davon darf 1 Stelle nur bis zu 75 % besetzt werden. Davon 10 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2005, 7 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2006 und 3 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2007 infolge ZV.	441	45,75	251 davon 2	130,50	13,75			HV 47 (InsO) HV 54 (E+V) HV 60 HV 12 HV 59
VIII	Davon 1 Stelle, die nur zur Hälfte besetzt werden darf.	13	1,50	11 davon 1	0,50				HV 61 HV 63
IX b IX b-VII	Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII und VII BAT nachgewiesen. Davon 1 Stelle, die nur zur Hälfte besetzt werden darf. Davon 7 Stellen kw mit Ablauf des 30. 6. 2005 – infolge ZV – Davon 35 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2004 – infolge ZV – sowie 36 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2005 – davon 21 infolge ZV – (Projekt „SOLUM STAR“).	1 237	1 14,75	1 86,25	119,50		9,50	7	HV 53 HV 11 HV 53 HV 62 HV 17
	Summe Angestellte	2 581,00	373,50	1 094,25	619,50	99,75	254,50	139,50	
	<b>4. Abschnitt Arbeiter/-innen</b>								
4	Kraftfahrdienst	2	1	1					HV 2
1	Reinigungsdienst	10	1	8,50			0,50		HV 4
6/7	Heizer	3		3					
5	Hausmeister/-in	3		2			1		
3/4	Justizhelfer/-in Davon 1 Stelle, die nur zu 1/2 besetzt werden darf.	89	10,75	55,50 davon 1	16	0,75	6		HV 6
	Summe Arbeiter	107	12,75	70	16	0,75	7,50		

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			Allgemeine Haushaltsvermerke:
			1. Bedienstete, die Hausdienstgeschäfte ausführen, die nicht zu ihren Dienstobliegenheiten gehören, erhalten eine Vergütung nach Lohngruppe 2 a gem. AV vom 19. 11. 1987 – Nds. Rpfl. S. 277.
			2. Die allein den Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.
R 8	1	—	1) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. R 2 BBesO.
R 5	1	—	
			2) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. R 2 BBesO.
R 4	1	—	3) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 4 zur Bes.-Gr. R 2 BBesO.
R 4	1	—	
			4) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. R 1 BBesO.
R 3	6	—	5) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 13 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.
R 3	1	—	
			6) Die Stellen des gehobenen Sozialdienstes dürfen im Bedarfsfall auch mit Angestellten der Verg.-Gr. IVb BAT (Sozial- und Erziehungsdienst) besetzt werden.
R 3	1	—	7) Insgesamt 13 DW.
			8) Davon 1 ku nach Bes.-Gr. R 1 mit Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. R 1 BBesO bei Ausscheiden der Stelleninhaber.
R 2 <sup>1)</sup>	1	—	9) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 4 zur Bes.-Gr. A 4 BBesO.
R 2 <sup>3)</sup>	1	—	
			10) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 3 BBesO.
R 2 <sup>2)</sup>	7	—	11) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 5 BBesO.
R 2	18	—	
R 2	28	—	12) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
R 2 <sup>8)</sup>	5	—	
			13) kw.
R 2	4	—	14) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 6 BBesO.
			15) Davon je 1 Stelle der Bes.-Gr. A 9 – Amtsinspektor/-in – und der Bes.-Gr. A 8 – Hauptsekretär/-in – kw mit Ablauf des 31. 12. 2005. Diese Stellen dürfen nur mit Zustimmung des MF wiederbesetzt werden.
R 1 <sup>4)</sup>	3	—	16) Davon 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 12. 2005. Diese Stelle darf nur mit Zustimmung des MF wiederbesetzt werden.
R 1	156	—	17) Davon 1 Stelle zunächst kw mit Ablauf des 30. 6. 2005 für das Projekt SolumSTAR – jetzt kw mit Ablauf des 31. 10. 2006 (Projekt RegisSTAR) infolge ZV II.
A 15	1	—	
A 13 <sup>5)</sup>	2	—	18) Davon je 1 Stelle, die nur zu 1/2 besetzt werden darf.
A 13 <sup>6)</sup>	11	—	
A 12 <sup>20)</sup>	47	—	19) Davon 1 Stelle, die nur zu 1/4 besetzt werden darf.
A 11 <sup>17)</sup>	77	—	
A 10 <sup>19)21)</sup>	86	—	20) Davon 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 10. 2006 (Projekt RegisSTAR) infolge ZV II.
A 9 <sup>6)19)22)</sup>	28	—	
A 9 <sup>12)</sup>	21	—	21) Davon 3 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2005 (Projekt RegisSTAR) infolge ZV II.
A 9 <sup>12)</sup>	14	—	
A 9 <sup>15)</sup>	46	—	22) Davon 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 10. 2006 (Projekt RegisSTAR) infolge ZV II.
A 9	33	—	
A 8 <sup>15)19)23)</sup>	74	—	23) Davon 5 Stellen kw mit Ablauf des 31. 10. 2006 (Projekt RegisSTAR) infolge ZV II.
A 8	25	—	
A 8	1	—	24) Davon 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 10. 2006 (Projekt RegisSTAR) infolge ZV II.
A 7 <sup>19)24)</sup>	52	—	
A 6	33	—	
A 6 <sup>7)14)</sup>	20	—	
A 5 <sup>7)11)</sup>	71	—	
A 4 <sup>7)9)</sup>	9	—	
A 3 <sup>7)10)</sup>	2	—	
	894	—	Zusammen
			Leerstellen:
R 2 <sup>13)</sup>	1	—	Richter/-in am Oberlandesgericht
R 1 <sup>13)</sup>	9	—	Richter/-in am Landgericht, Richter/-in am Amtsgericht oder Staatsanwalt/-wältin
A 10 <sup>13)</sup>	11	—	Oberinspektor/-in
A 9 <sup>13)</sup>	5	—	Inspektor/-in
A 9 <sup>13)</sup>	1	—	Amtsinspektor/-in
A 8 <sup>13)</sup>	3	—	Hauptsekretär/-in
A 8 <sup>13)</sup>	2	—	Gerichtsvollzieher/-in
A 7 <sup>13)</sup>	13	—	Obersekretär/-in
A 6 <sup>13)</sup>	8	—	Sekretär/-in
A 6 <sup>13)</sup>	2	—	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in
A 5 <sup>13)25)</sup>	1	—	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in
	56	—	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Die Planstellen des gehobenen Dienstes teilen sich wie folgt auf:

Bes.-Gr.	Stellen- zahl	davon						
		gehobener Justizdienst					gehobener Sozialdienst	Allgemeiner Vollzugs- und Verwaltungs- dienst
		Zusammen	hiervon entfallen auf die Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG:			Allgemeine Obergrenzen § 26 BBesG		
Insgesamt		§ 2 Nr. 2 der VO	§ 3 Nr. 1 der VO	§ 3 Nr. 2 a der VO				
A 13 <sup>5)</sup>	2	2	1	—	—	1	—	—
A 13	11	10	4	1	—	5	1	—
A 12	47	41	21	4	2	14	6	—
A 11	77	60	35,5	1,5	1	22	17	—
A 10	86	60	34	2	1	23	26	—
A 9	28	25	11	—	—	14	3	—
Summe	251	198	106,5	8,5	4	79	53	—

Die Planstellen des mittleren Dienstes teilen sich wie folgt auf:

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 4 der VO	Allgemeine Obergrenzen	Insgesamt
A 9 <sup>12)</sup>	15	6	21
A 9	28	18	46
A 8	16	58	74
A 7	8	44	52
A 6	—	33	33
Insgesamt	67	159	226

Zugang: Stellen  
 Bes.-Gr. A 11  
 – Amtmann/-männin/  
 – frau – 0,25 neu entsprechend dem Bedarf  
 (Projekt RegisSTAR)  
 Bes.-Gr. A 10  
 – Oberinspektor/-in – 1 neu entsprechend dem Bedarf  
 (Projekt RegisSTAR)  
 Bes.-Gr. A 9  
 – Inspektor/-in – 3 neu entsprechend dem Bedarf  
 (Projekt RegisSTAR)  
 Bes.-Gr. A 8  
 – Hauptsekretär/-in – 1 neu entsprechend dem Bedarf  
 (Projekt RegisSTAR)  
 Bes.-Gr. A 7  
 – Obersekretär/-in – 5 neu entsprechend dem Bedarf  
 (Projekt RegisSTAR)

Zusammen 10,25

Abgang: Stellen  
 Bes.-Gr. R 1  
 – Richter/-in am  
 Amtsgericht und  
 Richter/-in am  
 Landgericht – 3 davon  
 2 Umwandlungen in Stellen für  
 richterliche Hilfskräfte  
 der Bes.-Gr. R 1  
 1 infolge ZV I  
 Bes.-Gr. A 9  
 – Amtsinspektor/-in – 1 infolge ZV I

Zusammen 4

Bleibt Zugang 6,25

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nrn.  
 15 – bisher 67 in 11 04 – (Davon je 6 Stellen der Bes.-Gr. A 9 –  
 Amtsinspektor/-in – und der Bes.-Gr. A 8 – Hauptsekretär/  
 –in – kw mit Ablauf des 31. 12. 2004 infolge ZV),  
 16 – bisher 68 in 11 04 – (Davon 2 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12.  
 2004 infolge ZV),  
 17 – bisher 81 in 11 04 – (Je 1 Stelle der Bes.-Gr. R 2 – Richter/-in  
 am Amtsgericht – als weitere(r) aufsichtsführende(r) Richter/-  
 in, Bes.-Gr. A 13 – Oberamtsrat/-rätin, Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/  
 –rätin sowie 2 Stellen der Bes.-Gr. A 11 – Amtmann/-frau – kw  
 mit Ablauf des 30. 6. 2005.),  
 sind geändert.

Die Haushaltsvermerke Nrn. 18, 19 und 20 sind zur Vermeidung  
 der Darstellung der infolge der Kapiteltrennung entstandenen  
 Stellenbruchteile neu ausgebracht.

Die Haushaltsvermerke Nrn. 21, 22, 23 und 24 sind neu ausge-  
 bracht.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Richterliche und beamtete Hilfskräfte</b>			
R 1 <sup>1)</sup> <sup>11)</sup>	6	—	Richter/-in
A 9 <sup>2)</sup>	10	—	Inspektor/-in z. A.
A 6	7	—	Sekretär/-in z. A.
	23	—	Zusammen
Leerstellen:			
R 1 <sup>7)</sup>	4	—	Richter/-in
A 9 <sup>7)</sup>	1	—	Inspektor/-in z. A.
A 6 <sup>7)</sup>	2	—	Sekretär/-in z. A.
	7	—	Zusammen
<b>Angestellte</b>			
IV a	2	—	
IV b	5	—	
V b	3	—	
V c <sup>3)</sup> <sup>11)</sup>	53	—	
VI b <sup>4)</sup> <sup>8)</sup> <sup>9)</sup>	258	—	
VII <sup>10)</sup> <sup>12)</sup>	36	—	
VIII <sup>1)</sup>	2	—	
IX b	1	—	
IX b – VII <sup>5)</sup> <sup>6)</sup> <sup>12)</sup>	7	—	
	367	—	Zusammen
Leerstellen:			
IV b <sup>7)</sup>	—	—	
VI b <sup>7)</sup>	11	—	
VII <sup>7)</sup>	17	—	
IX b – VII <sup>7)</sup>	11	—	
	39	—	Zusammen

- 1) Davon im Rahmen der PKB 3 Stellen ohne BV und Budget.
- 2) Davon im Rahmen der PKB 10 Stellen ohne BV und Budget.
- 3) Die jeweiligen ersten Sekretärinnen der Präsidenten/-innen der Oberlandesgerichte sind für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert.  
Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.
- 4) Die ersten Sekretärinnen der Präsidenten/-innen der Landgerichte Braunschweig und Göttingen und die erste Sekretärin des/der Präsidenten/-in des Amtsgerichts Braunschweig sind für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.  
Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.
- 5) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII und VII BAT nachgewiesen.
- 6) Davon 5 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2005 infolge ZV I (Projekt SolumSTAR).
- 7) kw.
- 8) Davon 2 kw mit Ablauf des 31. 12. 2005. Diese Stellen dürfen nur mit Zustimmung des MF wiederbesetzt werden.
- 9) Davon 1 Stelle, die (in Höhe von 100 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden darf.
- 10) Davon 2 kw mit Ablauf des 31. 12. 2006 infolge ZV I und 3 kw mit Ablauf des 31. 12. 2007, davon 2 infolge ZV I und 1 infolge ZV II (Projekt RegisSTAR).
- 11) Davon je 1 Stelle, die nur zu 1/2 besetzt werden darf.
- 12) Davon 1 Stelle, die nur zu 3/4 besetzt werden darf.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Richterliche und beamtete Hilfskräfte**

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. R 1	2	Umwandlung aus Planstellen der Bes.-Gr. R 1 – Richter/-in am Amts-/Landgericht –
Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9	2	Verlagerung nach Kapitel 11 09

**Angestellte**

Höhergruppierungen:	Stellen	
Verg.-Gr. V c	10	von Verg.-Gr. VII
Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. IX b – VII	7,5	davon 5,5 infolge tlw. Vollzugs des HV Nr. 17 in 11 04 2 infolge ZV I

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nrn.  
8 – bisher 47 in 11 04 – (Davon 19 kw mit Ablauf des 31. 12. 2004, infolge ZV),  
10 – bisher 63 in 11 04 – (Davon 10 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2005, 7 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2006 und 3 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2007 infolge ZV),  
sind geändert.  
Die Haushaltsvermerke Nrn. 11, 12 und 13 sind zur Vermeidung der Darstellung der infolge der Kapiteltrennung entstandenen Stellenbruchteile neu ausgebracht.

Einzelplan 11 Justizministerium  
 Kapitel 11 16 Ordentliche Gerichte – Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			<b>Arbeiter/-innen</b>
4 <sup>1)</sup>	1	—	Kraftfahrdienst
1	1	—	Reinigungsdienst
3/4 <sup>2)</sup>	11	—	Justizhelfer/-in
	13	—	Zusammen
Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen			

<sup>1)</sup> 1 ehemaliger Kraftfahrer erhält übertariflich eine Besitzstandszulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen seinem bis zum 31.7. 1996 als Chefkraftfahrer gezahlten letzten Lohn und dem ihm tarifvertraglich gewährten Lohn.

<sup>2)</sup> Davon 1 Stelle, die nur zu <sup>3</sup>/<sub>4</sub> besetzt werden darf.

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 2 ist zur Vermeidung der Darstellung der infolge der Kapiteltrennung entstandenen Stellenbruchteile neu ausgebracht.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Richter/-innen und Beamte/-innen</b>			Allgemeine Haushaltsvermerke: 1. Bedienstete, die Hausdienstgeschäfte ausführen, die nicht zu ihren Dienstobliegenheiten gehören, erhalten eine Vergütung nach Lohngruppe 2a gem. AV vom 19. 11. 1987 – Nds. RpfL. S. 277. 2. Die allein den Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.
Feste Gehälter:			
R 8	1	—	1) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. R 2 BBesO. 2) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. R 2 BBesO. 3) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. R 1 BBesO. 4) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 13 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO. 5) Die Stellen des gehobenen Sozialdienstes dürfen im Bedarfsfall auch mit Angestellten der Verg.-Gr. IV b BAT (Sozial- und Erziehungsdienst) besetzt werden. 6) Insgesamt 23 DW. 7) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 4 zur Bes.-Gr. A 4 BBesO. 8) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 3 BBesO. 9) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 5 BBesO. 10) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO. 11) kw. 12) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 6 BBesO. 13) Davon 2 Stellen der Bes.-Gr. A 9 – Amtsinspektor/-in – und 5 Stellen der Bes.-Gr. A 8 – Hauptsekretär/-in – kw mit Ablauf des 31. 12. 2005. Diese Stellen dürfen nur mit Zustimmung des MF wiederbesetzt werden. 14) Davon 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 12. 2005. Diese Stellen dürfen nur mit Zustimmung des MF wiederbesetzt werden. 15) Davon 4 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2005. Diese Stellen dürfen nur mit Zustimmung des MF wiederbesetzt werden. 16) Davon 1 Stelle kw mit Ablauf des 30. 6. 2005 (Projekt SolumSTAR) infolge ZV II. 17) Davon 1 Stelle zunächst kw mit Ablauf des 30. 6. 2005 für das Projekt SolumSTAR – jetzt kw mit Ablauf des 31. 12. 2006 für das Projekt RegisSTAR infolge ZV II. 18) Davon 1 Stelle zunächst kw mit Ablauf des 30. 6. 2005 für das Projekt SolumSTAR – jetzt kw mit Ablauf des 31. 10. 2006 für das Projekt RegisSTAR infolge ZV II. 19) Davon 1/2 Stelle kw mit Ablauf des 31. 7. 2005 (Projekt RegisSTAR). 20) Davon 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 10. 2006 und 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 12. 2006 (Projekt RegisSTAR) infolge ZV II. 21) Davon 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 12. 2006 und 10 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2005 (Projekt RegisSTAR) infolge ZV II. 22) Davon 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 10. 2006 (Projekt RegisSTAR) infolge ZV II. 23) Davon 15 Stellen kw mit Ablauf des 31. 10. 2006 (Projekt RegisSTAR) infolge ZV II. 24) Davon je 1 Stelle, die nur zu 1/2 besetzt werden darf. 25) Davon 1 Stelle, die nur zu 3/4 besetzt werden darf. 26) Davon 1 Stelle, die nur zu 1/4 besetzt werden darf. 27) Davon 1 Stelle kw nach Freiwerden nach Verg.-Gr. V c BAT gem. Nr. 8 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen 2004 infolge ZV I. 28) Davon 1 Stelle kw zum 30. 6. 2005 infolge ZV I.
R 5	4	—	
R 5	1	—	
R 4	1	—	
R 4	1	—	
R 3	21	—	
R 3	1	—	
R 3	4	—	
R 3	1	—	
R 2 <sup>1)</sup>	2	—	
R 2 <sup>2)</sup>	14	—	
R 2	63	—	
R 2	87	—	
R 2	18	—	
R 2 <sup>17)</sup>	19	—	
	15	—	
R 1 <sup>3)</sup>	8	—	
R 1 <sup>19)24)</sup>	471	—	
A 15	1	—	
A 14	4	—	
A 13 <sup>4)</sup>	6	—	
A 13 <sup>14)18)</sup>	24	—	
A 12 <sup>15)16)25)</sup>	137	—	
A 11 <sup>20)26)</sup>	243	—	
A 10	212	—	
A 9 <sup>5)21)</sup>	108	—	
A 9 <sup>10)</sup>	53	—	
A 9 <sup>10)</sup>	45	—	
A 9 <sup>13)27)</sup>	137	—	
A 9	102	—	
A 8 <sup>13)22)24)</sup>	225	—	
A 8	83	—	
A 8	1	—	
A 7 <sup>23)</sup>	174	—	
A 6	139	—	
A 6 <sup>6)12)28)</sup>	53	—	
A 5 <sup>6)9)24)</sup>	175	—	
A 4 <sup>6)7)24)</sup>	34	—	
A 3 <sup>6)8)</sup>	3	—	
	2 691	—	
Zusammen			

Einzelplan 11 Justizministerium  
 Kapitel 1117 Ordentliche Gerichte – Oberlandesgerichtsbezirk Celle

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			Leerstellen:
R 2 <sup>11)</sup>	7	—	Richter/-in am Oberlandesgericht
R 2 <sup>11)</sup>	4	—	Vorsitzende(r) Richter/-in am Landgericht
R 1 <sup>11)</sup>	28	—	Richter/-in am Landgericht, Richter/-in am Amtsgericht oder Staatsanwalt/-wältin
A 12 <sup>11)</sup>	—	—	Amtsanwalt/-wältin
A 11 <sup>11)</sup>	6	—	Amtmann/-männin/-frau
A 10 <sup>11)</sup>	44	—	Oberinspektor/-in
A 9 <sup>11)</sup>	6	—	Inspektor/-in
A 9 <sup>11)</sup>	2	—	Amtsinspektor/-in
A 8 <sup>11)</sup>	14	—	Hauptsekretär/-in
A 8 <sup>11)</sup>	4	—	Gerichtsvollzieher/-in
A 7 <sup>11)</sup>	47	—	Obersekretär/-in
A 6 <sup>11)</sup>	15	—	Sekretär/-in
A 6 <sup>11)</sup>	1	—	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in
A 5 <sup>11)</sup>	2	—	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in
	<u>180</u>	—	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Die Planstellen des gehobenen Dienstes teilen sich wie folgt auf:

Bes.-Gr.	Stellen- zahl	davon						
		gehobener Justizdienst					gehobener Sozialdienst	Allgemeiner Vollzugs- und Verwaltungs- dienst
		Zusammen	hiervon entfallen auf die Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG:	Allgemeine Obergrenzen § 26 BBesG				
Insgesamt	§ 2 Nr. 2 der VO	§ 3 Nr. 1 der VO	§ 3 Nr. 2 a der VO					
A 13 <sup>4)</sup>	6	6	2	—	1	3	—	—
A 13	24	22	5	2	2	13	2	—
A 12	137	124	74,5	9	4	36,5	13	—
A 11	243	207	125	8	10	64	36	—
A 10	212	165	90,5	5	4	65,5	47	—
A 9	108	85	58,5	1	1	34,5	13	—
Summe	730	619	355,5	25	22	216,5	111	—

Die Planstellen des mittleren Dienstes teilen sich wie folgt auf:

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 4 der VO	Allgemeine Obergrenzen	Insgesamt
A 9 <sup>10)</sup>	51	2	53
A 9	66,5	70,5	137
A 8	25,75	189,25	225
A 7	13	161	174
A 6	9,75	129,25	139
Insgesamt	166	562	728

Zugang:	Stellen
Bes.-Gr. R 1 – Richter/-in am Amtsgericht und Richter/-in am Landgericht –	1,5 davon 0,5 neu entsprechend dem Bedarf (Projekt RegisSTAR) 1 Verlagerung von Kapitel 11 09
Bes.-Gr. R 2 – Direktor/-in des Amtsgerichts – an einem Gericht mit 4–7 Richter- planstellen – Bes.-Gr. A 14 – Oberrat/-rätin – Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/-rätin –	1 Verlagerung von Kapitel 11 09 1 Verlagerung von Kapitel 11 01 1 neu entsprechend dem Bedarf (Projekt RegisSTAR)
Bes.-Gr. A 11 – Amtmann/ -männin/-frau –	3 neu entsprechend dem Bedarf (Projekt RegisSTAR)
Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in –	11 neu entsprechend dem Bedarf (Projekt RegisSTAR)
Bes.-Gr. A 8 – Hauptsekretär/-in –	1 neu entsprechend dem Bedarf (Projekt RegisSTAR)
Bes.-Gr. A 7 – Obersekretär/-in –	16 davon 1 Verlagerung von Kapitel 11 09 15 neu entsprechend dem Bedarf (Projekt RegisSTAR)
Zusammen	35,5

Abgang:	Stellen
Bes.-Gr. R 2 – Direktor/-in des Amtsgerichts – an einem Gericht mit 8 und mehr Richterplanstellen – Bes.-Gr. R 2 – Richter/-in am Amtsgericht – als ständige(r) Vertreter/ in des/der Direktor/ -in an einem Gericht mit 8 und mehr Richterplanstellen – Bes.-Gr. R 1 – Richter/-in am Amtsgericht und Richter/-in am Landgericht –	1 Verlagerung nach Kapitel 11 09 1 Verlagerung nach Kapitel 11 09 11 davon 6 Umwandlungen in Stellen für Richterliche Hilfskräfte der Bes.-Gr. R 1 – Richter/-in – 5 infolge ZV I
Bes.-Gr. A 15 – Direktor/-in – Bes.-Gr. A 14 – Oberrat/-rätin – Bes.-Gr. A 13 – Rat/Rätin – Bes.-Gr. A 13 – Oberamtsrat/ -rätin – Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in – Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in – Bes.-Gr. A 9 – Amts- inspektor/-in – Bes.-Gr. A 4 – Hauptwacht- meister/-in –	1 Verlagerung nach Kapitel 11 01 1 Verlagerung nach Kapitel 11 01 2 infolge ZV I 3 infolge ZV I 1 Verlagerung nach Kapitel 11 09 0,5 infolge Einsparungen
Zusammen	23,5
Bleibt Zugang	12

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nrn.  
13 – bisher 67 in Kapitel 11 04 – (Davon je 6 Stellen der Bes.-Gr.  
A 9 – Amtsinspektor/-in – und der Bes.-Gr. A 8 – Hauptsekretär/  
-in – kw mit Ablauf des 31. 12. 2004 infolge ZV),  
14 – bisher 68 in Kapitel 11 04 – (Davon 2 Stellen kw mit Ablauf des  
31. 12. 2004 infolge ZV),  
15 – bisher 69 in Kapitel 11 04 – (Davon 6 Stellen kw mit Ablauf des  
31. 12. 2004 infolge ZV),  
16 – bisher 81 in Kapitel 11 04 – (Je 1 Stelle der Bes.-Gr. R 2 – Rich-  
ter/-in am Amtsgericht – als weitere(r) aufsichtsführende(r)  
Richter/-in, Bes.-Gr. A 13 – Oberamtsrat/-rätin, Bes.-Gr. A 12  
– Amtsrat/-rätin sowie 2 Stellen der Bes.-Gr. A 11 – Amtmann/  
-frau – kw mit Ablauf des 30. 6. 2005.),  
sind geändert.

Die Haushaltsvermerke Nrn. 17, 18, 19, 20, 21, 22 und 23 sind neu  
ausgebracht.

Die Haushaltsvermerke Nrn. 24, 25 und 26 sind zur Vermeidung  
der Darstellung der infolge der Kapiteltrennung entstandenen  
Stellenbruchteile neu ausgebracht.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Richterliche und beamtete Hilfskräfte</b>			
R 1 <sup>1)</sup> <sup>19)</sup>	15	—	Richter/-in
A 9 <sup>2)</sup>	11	—	Inspektor/-in z. A.
A 6 <sup>3)</sup>	13	—	Sekretär/-in z. A.
	<u>39</u>	—	Zusammen
<b>Leerstellen:</b>			
R 1 <sup>9)</sup>	14	—	Richter/-in
A 9 <sup>9)</sup>	1	—	Inspektor/-in z. A.
A 6 <sup>9)</sup>	4	—	Sekretär/-in z. A.
	<u>19</u>	—	Zusammen
<b>Angestellte</b>			
IV a	4	—	
IV b <sup>7)</sup> <sup>11)</sup>	19	—	
V b	1	—	
V c <sup>4)</sup> <sup>16)</sup> <sup>17)</sup> <sup>21)</sup>	148	—	
VI b <sup>5)</sup> <sup>10)</sup> <sup>12)</sup> <sup>18)</sup>	587	—	
VII <sup>13)</sup> <sup>15)</sup> <sup>19)</sup>	237	—	
VIII <sup>19)</sup> <sup>20)</sup>	12	—	
IX b– VII <sup>6)</sup> <sup>8)</sup> <sup>14)</sup> <sup>17)</sup>	59	—	
	<u>1 067</u>	—	Zusammen
<b>Leerstellen:</b>			
IV b <sup>9)</sup>	1	—	
VI b <sup>9)</sup>	19	—	
VII <sup>9)</sup>	45	—	
IX b–VII <sup>9)</sup>	40	—	
	<u>105</u>	—	Zusammen

- 1) Davon im Rahmen der PKB 7 Stellen ohne BV und Budget.
- 2) Davon im Rahmen der PKB 7 Stellen ohne BV und Budget.
- 3) Davon im Rahmen der PKB 5 Stellen ohne BV und Budget.
- 4) Die jeweiligen ersten Sekretärinnen der Präsidenten/-innen der Oberlandesgerichte sind für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert.  
 Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.
- 5) Die ersten Sekretärinnen der Präsidenten/-innen der Landgerichte Bückeburg, Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Stade und Verden und die erste Sekretärin des/der Präsidenten/-in des Amtsgerichts Hannover sind für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.  
 Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.
- 6) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII und VII BAT nachgewiesen.
- 7) Davon 1 kw mit Ablauf des 30. 6. 2005 infolge ZV II.
- 8) Davon 19 1/2 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2005 – davon 10 infolge ZV I – und 9 1/2 infolge ZV II (Projekt „SOLUM STAR“).
- 9) kw.
- 10) Davon 13 kw mit Ablauf des 31. 12. 2005. Diese Stellen dürfen nur mit Zustimmung des MF wiederbesetzt werden.
- 11) Davon 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 12. 2005 gem. Nr. 8 Abs. 3 der Allg. Bestimmungen 2001 infolge ZV II.
- 12) Davon 1 Stelle kw zum 30. 6. 2005 infolge ZV I.
- 13) Davon 2 Stellen kw zum 30. 6. 2005 infolge ZV I, davon darf 1 Stelle nur bis zu 75 % besetzt werden.
- 14) Davon 7 Stellen kw mit Ablauf des 30. 6. 2005 infolge ZV I.
- 15) Davon 3 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2006 infolge ZV I und 7 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2007; davon 6 Stellen infolge ZV I und 1 Stelle infolge ZV II (Projekt RegisSTAR).
- 16) Davon 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 12. 2006 (Projekt RegisSTAR) infolge ZV II.
- 17) Davon je 1 Stelle, die nur zu 1/4 besetzt werden darf.
- 18) Davon 1 Stelle, die nur zu 3/4 besetzt werden darf.
- 19) Davon je 1 Stelle, die nur zu 1/2 besetzt werden darf.
- 20) Davon 1 Stelle kw zum 30. 6. 2005 infolge ZV I.
- 21) Davon 1 Stelle kw infolge ZV II.



STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Richter/-innen und Beamte/-innen</b>			
			Feste Gehälter:
R 8	1	—	Präsident/-in des Oberlandesgerichts
R 5	2	—	Präsident/-in des Landgerichts – an einem Gericht mit 81 bis 150 Richterplanstellen einschl. der Richterplanstellen der Gerichte, über die der/die Präsident/-in die Dienstaufsicht führt –
R 4	1	—	Vizepräsident/-in des Oberlandesgerichts
R 4	1	—	Präsident/-in des Landgerichts – an einem Gericht mit 41 bis 80 Richterplanstellen einschl. der Richterplanstellen der Gerichte, über die der/die Präsident/-in die Dienstaufsicht führt –
R 3	11	—	Vorsitzende(r) Richter/-in am Oberlandesgericht
R 3	2	—	Vizepräsident/-in des Landgerichts – als ständige(r) Vertreter/-in eines(r) Präsidenten/-in an einem Gericht mit 81 und mehr Richterplanstellen einschließlich der Richterplanstellen der Gerichte, über die der/die Präsident/-in die Dienstaufsicht führt –
R 3	1	—	Präsident/-in des Amtsgerichts – an einem Gericht mit bis zu 40 Richterplanstellen –
R 2 <sup>1)</sup>	1	—	Aufsteigende Gehälter: Vizepräsident/-in des Landgerichts – als ständige(r) Vertreter/-in eines(r) Präsidenten/-in der Bes.-Gr. R 3 oder R 4 –
R 2 <sup>3)</sup>	1	—	Vizepräsident/-in des Amtsgerichts – als ständige(r) Vertreter/-in eines(r) Präsidenten/-in der Bes.-Gr. R 3 oder R 4 –
R 2 <sup>2)</sup>	12	—	Direktor/-in des Amtsgerichts – an einem Gericht mit 8 und mehr Richterplanstellen –
R 2	36	—	Richter/-in am Oberlandesgericht
R 2	47	—	Vorsitzende(r) Richter/-in am Landgericht
R 2	10	—	Direktor/-in des Amtsgerichts – an einem Gericht mit 4 bis 7 Richterplanstellen –
R 2	6	—	Richter/-in am Amtsgericht – als weitere(r) aufsichtsführende(r) Richter/-in an einem Gericht mit 15 und mehr Richterplanstellen –
	12	—	– als ständige(r) Vertreter/-in des/der Direktors/-in an einem Gericht mit 8 und mehr Richterplanstellen –
R 1	246	—	Richter/-in am Amtsgericht und Richter/-in am Landgericht
A 15	1	—	Direktor/-in
A 13 <sup>4)</sup>	3	—	Oberamtsrat/-rätin
A 13	19	—	Oberamtsrat/-rätin
A 12 <sup>14)</sup> <sup>18)</sup>	68	—	Amtsrat/-rätin
A 11 <sup>15)</sup> <sup>23)</sup>	146	—	Amtmann/-männin/-frau
A 10 <sup>19)</sup> <sup>23)</sup>	133	—	Oberinspektor/-in
A 9 <sup>5)</sup> <sup>16)</sup> <sup>20)</sup>	58	—	Inspektor/-in
A 9 <sup>10)</sup>	28	—	Amtsinspektor/-in
A 9 <sup>10)</sup>	24	—	Obergerichtsvollzieher/-in
A 9 <sup>13)</sup>	78	—	Amtsinspektor/-in
A 9	59	—	Obergerichtsvollzieher/-in
A 8 <sup>21)</sup>	112	—	Hauptsekretär/-in
A 8	46	—	Gerichtsvollzieher/-in
A 7 <sup>22)</sup>	103	—	Obersekretär/-in
A 6 <sup>17)</sup>	47	—	Sekretär/-in
A 6 <sup>6)</sup> <sup>12)</sup>	29	—	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in
A 5 <sup>6)</sup> <sup>9)</sup> <sup>23)</sup>	91	—	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in
A 4 <sup>6)</sup> <sup>7)</sup>	14	—	Hauptwachtmeister/-in
A 3 <sup>9)</sup> <sup>8)</sup>	6	—	Oberwachtmeister/-in
	1 455	—	Zusammen
<b>Leerstellen:</b>			
R 2 <sup>11)</sup>	3	—	Richter/-in am Oberlandesgericht
R 2 <sup>11)</sup>	1	—	Vorsitzende(r) Richter/-in am Landgericht
R 1 <sup>11)</sup>	10	—	Richter/-in am Landgericht, Richter/-in am Amtsgericht
A 11 <sup>11)</sup>	2	—	Amtmann/-männin/-frau
A 10 <sup>11)</sup>	20	—	Oberinspektor/-in
A 9 <sup>11)</sup>	2	—	Inspektor/-in
A 8 <sup>11)</sup>	9	—	Hauptsekretär/-in
A 8 <sup>11)</sup>	1	—	Gerichtsvollzieher/-in
A 7 <sup>11)</sup>	23	—	Obersekretär/-in
A 6 <sup>11)</sup>	10	—	Sekretär/-in
A 4 <sup>11)</sup>	1	—	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in
	82	—	Zusammen

- Allgemeine Haushaltsvermerke:
- Bedienstete, die Hausdienstgeschäfte ausführen, die nicht zu ihren Dienstobliegenheiten gehören, erhalten eine Vergütung nach Lohngruppe 2a gem. AV vom 19. 11. 1987 – Nds. Rpfl. S. 277.
  - Die allein den Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.
- 
- Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. R 2 BBesO.
  - Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. R 2 BBesO.
  - Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 4 zur Bes.-Gr. R 2 BBesO.
  - Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 13 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.
  - Die Stellen des gehobenen Sozialdienstes dürfen im Bedarfsfall auch mit Angestellten der Verg.-Gr. IV b BAT (Sozial- und Erziehungsdienst) besetzt werden.
  - Insgesamt 12 DW.
  - Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 4 zur Bes.-Gr. A 4 BBesO.
  - Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 3 BBesO.
  - Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 5 BBesO.
  - Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
  - kw.
  - Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 6 BBesO.
  - Davon 3 Stellen der Bes.-Gr. A 9 – Amtsinspektor/-in – kw mit Ablauf des 31. 12. 2005. Diese Stellen dürfen nur mit Zustimmung des MF wiederbesetzt werden.
  - Davon 2 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2005. Diese Stellen dürfen nur mit Zustimmung des MF wiederbesetzt werden.
  - Davon 1 Stelle der Bes.-Gr. A 11 – Amtmann/-frau – kw mit Ablauf des 30. 6. 2005.
  - Davon 2 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2005 infolge ZV I aus Anlass der Einführung der 2. Stufe des automatisierten Mahnverfahrens.
  - Davon 5 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2005 infolge ZV I aus Anlass der Einführung der 2. Stufe des automatisierten Mahnverfahrens.
  - Davon 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 10. 2006 (Projekt RegisSTAR) infolge ZV II.
  - Davon 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 10. 2006 (Projekt RegisSTAR) infolge ZV II.
  - Davon 6 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2005 (Projekt RegisSTAR) infolge ZV II.
  - Davon 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 10. 2006 (Projekt RegisSTAR) infolge ZV II.
  - Davon 9 Stellen kw mit Ablauf des 31. 10. 2006 (Projekt RegisSTAR) infolge ZV II.
  - Davon je 1 Stelle, die nur zu 1/2 besetzt werden darf.

Erläuterungen zum Stellenplan

Die Planstellen des gehobenen Dienstes teilen sich wie folgt auf:

Bes.-Gr.	Stellen- zahl	davon						
		gehobener Justizdienst					gehobener Sozialdienst	Allgemeiner Vollzugs- und Verwaltungs- dienst
		Zusammen	hiervon entfallen auf die Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG:			Allgemeine Obergrenzen § 26 BBesG		
Insgesamt	§ 2 Nr. 2 der VO	§ 3 Nr. 1 der VO	§ 3 Nr. 2 a der VO					
A 13 <sup>4)</sup>	3	3	2	—	—	1	—	—
A 13	19	17	7	2	—	8	2	—
A 12	68	60	29	1	3	27	8	—
A 11	146	123	88	3	1	31	23	—
A 10	133	100	62	1	2	35	33	—
A 9	58	49	27	1	—	21	9	—
Summe	427	352	215	8	6	123	75	—

Die Planstellen des mittleren Dienstes teilen sich wie folgt auf:

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 4 der VO	Allgemeine Obergrenzen	Insgesamt
A 9 <sup>10)</sup>	28	—	28
A 9	60	18	78
A 8	43	69	112
A 7	21	82	103
A 6	9	38	47
Insgesamt	161	207	368

Zugang:	Stellen
Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/-rätin –	1 neu entsprechend dem Bedarf (Projekt RegisSTAR)
Bes.-Gr. A 11 – Amtmann/ -männin/-frau –	0,5 neu entsprechend dem Bedarf (Projekt RegisSTAR)
Bes.-Gr. A 10 – Ober- inspektor/-in –	1 neu entsprechend dem Bedarf (Projekt RegisSTAR)
Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in –	6 neu entsprechend dem Bedarf (Projekt RegisSTAR)
Bes.-Gr. A 8 – Hauptsekretär/-in –	1 neu entsprechend dem Bedarf (Projekt RegisSTAR)
Bes.-Gr. A 7 – Obersekretär/-in –	9 neu entsprechend dem Bedarf (Projekt RegisSTAR)
Zusammen	18,5

Abgang:	Stellen
Bes.-Gr. R 1 – Richter/-in am Amtsgericht und Richter/-in am Landgericht –	5 davon 2 infolge ZV I 3 Umwandlungen in Stellen für Richterliche Hilfskräfte der Bes.-Gr. R 1 – Richter/-in –
Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in –	3 infolge ZV I
Zusammen	8
Bleibt Zugang	10,5

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nrn.  
13 – bisher 67 in Kapitel 11 04 – (Davon je 6 Stellen der Bes.-Gr.  
A 9 – Amtsinspektor/-in – und der Bes.-Gr. A 8 – Hauptsekretär/  
-in – kw mit Ablauf des 31. 12. 2004 infolge ZV),  
14 – bisher 69 in Kapitel 11 04 – (Davon 6 Stellen kw mit Ablauf des  
31. 12. 2004 infolge ZV),  
15 – bisher 81 in Kapitel 11 04 – (Je 1 Stelle der Bes.-Gr. R 2 – Rich-  
ter/-in am Amtsgericht – als weitere(r) aufsichtsführende(r)  
Richter/-in, Bes.-Gr. A 13 – Oberamtsrat/-rätin, Bes.-Gr. A 12  
– Amtsrat/-rätin sowie 2 Stellen der Bes.-Gr. A 11 – Amtmann/-  
frau – kw mit Ablauf des 30. 6. 2005.)  
sind geändert.

Die Haushaltsvermerke Nrn. 18, 19, 20, 21 und 22 sind neu ausge-  
bracht.

Der Haushaltsvermerk Nr. 23 ist zur Vermeidung der Darstellung  
der infolge der Kapiteltrennung entstandenen Stellenbruchteile  
neu ausgebracht.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Richterliche und beamtete Hilfskräfte</b>			
R 1 <sup>1)</sup> <sup>10)</sup>	18	—	Richter/-in
A 9 <sup>2)</sup>	15	—	Inspektor/-in z. A.
A 6	6	—	Sekretär/-in z. A.
	<u>39</u>	—	Zusammen
Leerstellen:			
R 1 <sup>7)</sup>	13	—	Richter/-in
A 9 <sup>7)</sup>	2	—	Inspektor/-in z. A.
A 6 <sup>7)</sup>	1	—	Sekretär/-in z. A.
	<u>16</u>	—	Zusammen
<b>Angestellte</b>			
IV a	2	—	
IV b	10	—	
V b	1	—	
V c <sup>3)</sup>	102	—	
VI b <sup>4)</sup> <sup>8)</sup>	256	—	
VII <sup>9)</sup> <sup>10)</sup>	137	—	
VIII <sup>10)</sup>	1	—	
IX b– VII <sup>5)</sup> <sup>6)</sup> <sup>10)</sup> <sup>11)</sup>	104	—	
	<u>613</u>	—	Zusammen
Leerstellen:			
V c <sup>7)</sup>	1	—	
VI b <sup>7)</sup>	21	—	
VII <sup>7)</sup>	22	—	
IX b–VII <sup>7)</sup>	82	—	
	<u>126</u>	—	Zusammen

1) Davon im Rahmen der PKB 4 Stellen ohne BV und Budget.  
2) Davon im Rahmen der PKB 14 Stellen ohne BV und Budget.  
3) Die jeweilige erste Sekretärin des Präsidenten des Oberlandesgerichts ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert.  
Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.  
4) Die ersten Sekretärinnen der Präsidenten/-innen der Landgerichte Aurich, Oldenburg und Osnabrück und die erste Sekretärin des/der Präsidenten/-in des Amtsgerichts Osnabrück sind für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.  
Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.  
5) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII und VII BAT nachgewiesen.  
6) Davon 11½ Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2005 – davon 6 infolge ZV I und 5½ infolge ZV II – (Projekt „SOLUM STAR“).  
7) kw.  
8) Davon 4 kw mit Ablauf des 31. 12. 2005. Diese Stellen dürfen nur mit Zustimmung des MF wiederbesetzt werden.  
9) Davon 3 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2006 infolge ZV I und 5 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2007; davon 4 infolge ZV I und 1 infolge ZV II (Projekt RegisSTAR).  
10) Davon je 1 Stelle, die nur zu ½ besetzt werden darf.  
11) Davon 2 Stellen kw infolge ZV II.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Richterliche und beamtete Hilfskräfte**

Zugang: Bes.-Gr. R 1 – Richter/-in –	Stellen 3	Umwandlungen aus Planstellen der Bes.-Gr. R 1 – Richter/-in am Amtsgericht und Richter/-in am Landgericht –
Zusammen	<u>3</u>	
Abgang: Bes.-Gr. R 1 – Richter/-in –	Stellen 1	Verlagerung nach Kapitel 11 01
Zusammen Bleibt Zugang	<u>1</u> 2	

**Angestellte**

Zugang: Verg.-Gr. IX b–VII	Stellen 4	Verlagerung von Kapitel 03 05
Zusammen	<u>4</u>	
Abgang: Verg.-Gr. IX b–VII	Stellen 12	davon 1 infolge ZV I 11 infolge teilweisen Vollzugs des HV Nr. 17 in Kapitel 11 04
Zusammen Bleibt Abgang	<u>12</u> 8	
Umwandlung: Verg.-Gr. VII	8	von Verg.-Gr. IX b–VII
Höhergruppierung: Verg.-Gr. V c	2	von Verg.-Gr. VII

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nrn.  
8 – bisher 47 in Kapitel 11 04 – (Davon 19 kw mit Ablauf des 31. 12. 2004, infolge ZV),  
9 – bisher 63 in Kapitel 11 04 – (Davon 10 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2006, 7 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2006 und 3 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2007 infolge ZV),  
sind geändert.

Der Haushaltsvermerk Nr. 10 ist zur Vermeidung der Darstellung der infolge der Kapiteltrennung entstandenen Stellenbruchteile neu ausgebracht.

Einzelplan 11 Justizministerium  
 Kapitel 11 18 Ordentliche Gerichte – Oberlandesgerichtsbezirk Oldenburg

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			1) kw.
			<b>Arbeiter/-innen</b>
3/4	16	—	Justizhelfer/-in
	16	—	Zusammen

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Richter/-innen und Beamte/-innen</b>			Allgemeine Haushaltsvermerke: 1. Bedienstete, die Hausdienstgeschäfte ausführen, die nicht zu ihren Dienstobliegenheiten gehören, erhalten eine Vergütung nach Lohngruppe 2a gem. AV vom 19. 11. 1987 – Nds. Rpfl. S. 277. 2. Die allein den Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.
R 5	1	—	
R 4	1	—	
R 3	1	—	
	1	—	
R 2 <sup>1)</sup>	2	—	
R 2	3	—	
	16	—	
R 1	1	—	
R 1 <sup>11)</sup>	59	—	
A 13 <sup>2)</sup>	1	—	
A 13 <sup>3)</sup>	2	—	
A 13	2	—	
A 13	10	—	
A 12	3	—	
A 12	9	—	
A 11	14	—	
A 10	15	—	
A 9 <sup>4)</sup> 12)	4	—	
A 9 <sup>8)</sup>	5	—	
A 9 <sup>13)</sup>	14	—	
A 8	15	—	
A 7 <sup>13)</sup>	27	—	
A 6	18	—	
A 6 <sup>10)</sup>	6	—	
A 5 <sup>7)</sup>	14	—	
A 4 <sup>5)</sup>	2	—	
A 3 <sup>6)</sup>	2	—	
	248	—	
R 1 <sup>9)</sup>	4	—	
A 9 <sup>9)</sup>	1	—	
A 7 <sup>8)</sup>	4	—	
A 6 <sup>8)</sup>	4	—	
	13	—	

- 
- 1) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. R 2 BBesO.
  - 2) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 13 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.
  - 3) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 12 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.
  - 4) Die Stellen des gehobenen Sozialdienstes dürfen im Bedarfsfall auch mit Angestellten der Verg.-Gr. IV b BAT (Sozial- und Erziehungsdienst) besetzt werden.
  - 5) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 4 zur Bes.-Gr. A 4 BBesO.
  - 6) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 3 BBesO.
  - 7) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 5 BBesO.
  - 8) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
  - 9) kw.
  - 10) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 6 BBesO.
  - 11) Davon 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 12. 2005.
  - 12) Davon 1/2 Stelle kw mit Ablauf des 31. 12. 2005.
  - 13) Davon je 1 Stelle, die nur zu 1/2 besetzt werden darf.

Erläuterungen zum Stellenplan

Die Planstellen des gehobenen Dienstes teilen sich wie folgt auf:

Bes.-Gr.	Stellen- zahl	davon						
		gehobener Justizdienst					gehobener Sozialdienst	Allgemeiner Vollzugs- und Verwaltungs- dienst
		Zusammen	hiervon entfallen auf die Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG:			Allgemeine Obergrenzen § 26 BBesG		
Insgesamt		§ 2 Nr. 2 der VO	§ 3 Nr. 1 der VO	§ 3 Nr. 2 a der VO				
A 13 <sup>2)</sup>	1	1	—	—	—	1	—	—
A 13	2	2	—	—	—	2	—	—
A 12	3	3	—	—	—	3	—	—
A 11	13	14	—	—	—	13	1	—
A 10	11	15	—	—	—	11	4	—
A 9	1	4	—	—	—	1	3	—
Summe	31	39	—	—	—	31	8	—

Die Planstellen des mittleren Dienstes teilen sich wie folgt auf:

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 4 der VO	Allgemeine Obergrenzen	Insgesamt
A 9 <sup>8)</sup>	2	3	5
A 9	7	7	14
A 8	—	15	15
A 7	—	27	27
A 6	—	18	18
Insgesamt	9	70	79

Abgang: Stellen

Bes.-Gr. R 1 – Staatsanwalt/ -wältin –	1	Umwandlung in Stellen für staatsanwaltliche Hilfskräfte der Bes.-Gr. R 1
Bes.-A 9 – Amts- inspektor/-in –	1	infolge ZV I
Zusammen	2	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 13 ist zur Vermeidung der Darstellung der infolge der Kapiteltrennung entstandenen Stellenbruchteile neu ausgebracht.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Staatsanwältliche und beamtete Hilfskräfte</b>			
R 1 <sup>1)6)</sup>	18	—	Staatsanwalt/-wältin
A 9 <sup>2)</sup>	2	—	Inspektor/-in z. A.
A 6	5	—	Sekretär/-in z. A.
	25	—	Zusammen
<b>Angestellte</b>			
I b	1	—	
IV b	3	—	
V c	6	—	
VI b <sup>3)4)7)</sup>	76	—	
VII <sup>8)</sup>	13	—	
	99	—	Zusammen
Leerstellen:			
VI b <sup>5)</sup>	2	—	
VII <sup>5)</sup>	2	—	
	4	—	Zusammen

1) Davon im Rahmen der PKB 1 Stelle ohne BV und Budget.  
 2) Davon im Rahmen der PKB 2 Stellen ohne BV und Budget.  
 3) Die jeweiligen ersten Sekretärinnen der 3 Generalstaatsanwälte/-innen, die Sekretärinnen der Ltd. Oberstaatsanwälte/-innen der Staatsanwaltschaften bei den Landgerichten Hannover, Braunschweig, Aurich, Göttingen, Hildesheim, Lüneburg, Stade, Verden, Oldenburg und Osnabrück sind für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.  
 4) Davon 1 befristet für die Dauer der Tätigkeit als Vorzimmerkraft einer blinden Staatsanwältin.  
 5) kw.  
 6) Davon 1/2 Stelle kw mit Ablauf des 31. 12. 2005.  
 7) Davon 1/2 Stelle kw mit Ablauf des 31. 12. 2005.  
 8) Davon 1 Stelle, die nur zu 3/4 besetzt werden darf.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Staatsanwältliche und beamtete Hilfskräfte**

Zugang: Stellen 2 davon  
 Bes.-Gr. R 1 1 Umwandlung aus Planstellen der Bes.-Gr. R 1  
 – Staatsanwalt/-wältin –  
 1 neu entsprechend dem Bedarf  
 – ohne BV und Budget –

**Angestellte**

Abgang: Stellen 1 infolge ZV I  
 Verg.-Gr. VII  
 Sonstige Veränderungen:  
 Der Haushaltsvermerk Nr. 8 ist zur Vermeidung der Darstellung der infolge der Kapiteltrennung entstandenen Stellenbruchteile neu ausgebracht.

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Arbeiter/-innen</b>			
3/4 <sup>1)</sup>	1	—	Justizhelfer/-in
	1	—	Zusammen

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

**Arbeiter/-innen**

Sonstige Veränderungen:  
 Der Haushaltsvermerk Nr. 1 ist zur Vermeidung der Darstellung der infolge der Kapiteltrennung entstandenen Stellenbruchteile neu ausgebracht.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Richter/-innen und Beamte/-innen</b>			Allgemeine Haushaltsvermerke: 1. Bedienstete, die Hausdienstgeschäfte ausführen, die nicht zu ihren Dienstobliegenheiten gehören, erhalten eine Vergütung nach Lohngruppe 2a gem. AV vom 19. 11. 1987 – Nds. Rpfl. S. 277. 2. Die allein den Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.
R 6	1	—	
R 4	1	—	
R 3	3	—	
	4	—	
R 2 <sup>1)</sup>	1	—	
R 2 <sup>2)</sup>	5	—	
R 2 <sup>8)</sup>	12	—	
	40	—	
R 1 <sup>9)</sup>	161	—	
A 14	2	—	
A 13 <sup>3)</sup>	5	—	
A 13	3	—	
A 13	27	—	
A 12	16	—	
A 12	24	—	
A 11	40	—	
A 10	36	—	
A 9 <sup>4)10)11)12)</sup>	16	—	
A 9 <sup>7)</sup>	15	—	
A 9 <sup>12)</sup>	37	—	
A 8	43	—	
A 7	76	—	
A 6	54	—	
A 6 <sup>14)</sup>	12	—	
A 5 <sup>6)</sup>	33	—	
A 3 <sup>5)</sup>	9	—	
	676	—	
Zusammen			
Leerstellen:			
R 2 <sup>13)</sup>	1	—	
R 1 <sup>13)</sup>	9	—	
A 12 <sup>13)</sup>	2	—	
A 11 <sup>13)</sup>	1	—	
A 10 <sup>13)</sup>	1	—	
A 7 <sup>13)</sup>	14	—	
A 6 <sup>13)</sup>	3	—	
	31	—	
Zusammen			

- 1) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 10 zur Bes.-Gr. R 2 BBesO.
- 2) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. R 2 BBesO.
- 3) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 12 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.
- 4) Die Stellen des gehobenen Sozialdienstes dürfen im Bedarfsfall auch mit Angestellten der Verg.-Gr. IV b BAT (Sozial- und Erziehungsdienst) besetzt werden.
- 5) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 3 BBesO.
- 6) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 5 BBesO.
- 7) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
- 8) Davon 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 12. 2005.
- 9) Davon 3 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2005.
- 10) Davon 1,5 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2005.
- 11) Davon 2 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2005.
- 12) Davon je 1 Stelle, die nur zu 1/2 besetzt werden darf.
- 13) kw.
- 14) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 6 BBesO.

Erläuterungen zum Stellenplan

Die Planstellen des gehobenen Dienstes teilen sich wie folgt auf:

Bes.-Gr.	Stellen- zahl	davon						
		gehobener Justizdienst					gehobener Sozialdienst	Allgemeiner Vollzugs- und Verwaltungs- dienst
		Zusammen	hiervon entfallen auf die Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG:			Allgemeine Obergrenzen § 26 BBesG		
Insgesamt		§ 2 Nr. 2 der VO	§ 3 Nr. 1 der VO	§ 3 Nr. 2 a der VO				
A 13	3	3	—	—	—	3	—	—
A 12	16	15	—	—	3	12	—	1
A 11	40	38	—	—	—	38	2	—
A 10	36	22	—	—	1	21	14	—
A 9	16	8	—	—	—	8	8	—
Summe	111	86	—	—	4	82	24	1

Die Planstellen des mittleren Dienstes teilen sich wie folgt auf:

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 4 der VO	Allgemeine Obergrenzen	Insgesamt
A 9 <sup>7)</sup>	8	7	15
A 9	19	18	37
A 8	1	42	43
A 7	—	76	76
A 6	—	54	54
Insgesamt	28	197	225

Abgang:  
Bes.-Gr. R 1  
– Staatsanwalt/  
– wältin – 3 Umwandlung in Stellen für  
staatsanwaltliche Hilfskräfte  
der Bes.-Gr. R 1

Bes.-A 9  
– Inspektor/-in – 1 infolge ZV I

Zusammen 4

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 12 ist zur Vermeidung der Darstellung der infolge der Kapiteltrennung entstandenen Stellenbruchteile neu eingebracht.

STELLENÜBERSICHTEN

Haushaltsvermerke

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Staatsanwaltliche und beamtete Hilfskräfte</b>			
R 1 <sup>1)6)</sup>	34	—	Staatsanwalt/-wältin
A 9 <sup>2)</sup>	5	—	Inspektor/-in z. A.
	39	—	Zusammen
Leerstellen:			
R 1 <sup>5)</sup>	4	—	Staatsanwalt/-wältin
	4	—	Zusammen
<b>Angestellte</b>			
I b	2	—	
IV b	11	—	
V b	1	—	
V c	18	—	
VI b <sup>3)7)</sup>	213	—	
IX b–VII <sup>4)8)</sup>	10	—	
	255	—	Zusammen
Leerstellen:			
V c <sup>5)</sup>	1	—	
VI b <sup>5)</sup>	13	—	
VII <sup>5)</sup>	7	—	
IX b–VII <sup>5)</sup>	15	—	
	36	—	Zusammen

- 1) Davon im Rahmen der PKB 1 Stelle ohne BV und Budget.
- 2) Davon im Rahmen der PKB 5 Stellen ohne BV und Budget.
- 3) Die jeweiligen ersten Sekretärinnen der 3 Generalstaatsanwälte/-innen, die Sekretärinnen der Ltd. Oberstaatsanwälte/-innen der Staatsanwaltschaften bei den Landgerichten Hannover, Braunschweig, Aurich, Göttingen, Hildesheim, Lüneburg, Stade, Verden, Oldenburg und Osnabrück sind für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.
- 4) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII und VII BAT nachgewiesen.
- 5) kw.
- 6) Davon 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 12. 2005.
- 7) Davon 2 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2005.
- 8) Davon 1 Stelle, die nur zu 1/2 besetzt werden darf.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Staatsanwaltliche und beamtete Hilfskräfte

Zugang: Stellen  
Bes.-Gr. R 1 3 Umwandlung aus Planstellen  
der Bes.-Gr. R 1  
– Staatsanwalt/-wältin –

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 8 ist zur Vermeidung der Darstellung der infolge der Kapiteltrennung entstandenen Stellenbruchteile neu eingebracht.

Einzelplan 11 Justizministerium  
 Kapitel 11 20 Staatsanwaltschaften – Generalstaatsanwaltschaft Celle

<b>BEDARFSNACHWEISE</b>			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			1) Davon 1 Stelle, die nur zu 1/2 besetzt werden darf.
			<b>Arbeiter/-innen</b>
1 <sup>1)</sup>	1	—	Reinigungsdienst
5	1	—	Hausmeister/-in
3/4	6	—	Justizhelfer/-in
	<u>8</u>	—	Zusammen
Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen			

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 ist zur Vermeidung der Darstellung der infolge der Kapiteltrennung entstandenen Stellenbruchteile neu ausgebracht.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Richter/-innen und Beamte/-innen</b>			
R 6	1	—	Feste Gehälter: Generalstaatsanwalt/-wältin – als Leiter/-in einer Staatsanwaltschaft bei einem Oberlandesgericht mit 101 und mehr Planstellen für Staatsanwälte/-innen im Bezirk –
R 4	2	—	Leitende(r) Oberstaatsanwalt/-wältin – als Leiter/-in einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht mit 41 und mehr Planstellen für Staatsanwälte/-innen –
R 3	1	—	Leitende(r) Oberstaatsanwalt/-wältin – als Abteilungsleiter/-in bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Oberlandesgericht –
	1	—	– als Leiter/-in einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht mit 11 bis 40 Planstellen für Staatsanwälte/-innen –
R 2 <sup>1)</sup>	3	—	Aufsteigende Gehälter: Oberstaatsanwalt/-wältin – als Abteilungsleiter/-in bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht und als der/die ständige Vertreter/-in eines(r) Leitenden Oberstaatsanwalts/-wältin der Bes.-Gr. R 3 oder R 4 –
R 2	6	—	Oberstaatsanwalt/-wältin – als Dezernent/-in bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Oberlandesgericht –
	20	—	– als Abteilungsleiter/-in bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht –
R 1 <sup>11)</sup>	83	—	Staatsanwalt/-wältin
A 13 <sup>2)</sup>	1	—	Oberamtsrat/-rätin
A 13 <sup>3)</sup>	3	—	Oberamtsanwalt/-wältin
A 13	2	—	Oberamtsrat/-rätin
A 13	14	—	Oberamtsanwalt/-wältin
A 12	5	—	Amtsrat/-rätin
A 12	14	—	Amtsanwalt/-wältin
A 11	14	—	Amtmann/-männin/-frau
A 10	20	—	Oberinspektor/-in
A 9 <sup>4)</sup>	11	—	Inspektor/-in
A 9 <sup>8)</sup>	7	—	Amtsinspektor/-in
A 9	15	—	Amtsinspektor/-in
A 8	20	—	Hauptsekretär/-in
A 7	34	—	Obersekretär/-in
A 6	22	—	Sekretär/-in
A 6 <sup>9)</sup>	6	—	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in
A 5 <sup>7)</sup>	22	—	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in
A 4 <sup>5)</sup>	1	—	Hauptwachtmeister/-in
A 3 <sup>6)</sup>	1	—	Oberwachtmeister/-in
	329	—	Zusammen
Leerstellen:			
R 1 <sup>10)</sup>	1	—	Staatsanwalt/-wältin
A 11 <sup>10)</sup>	1	—	Amtmann/-männin/-frau
A 10 <sup>10)</sup>	3	—	Oberinspektor/-in
A 9 <sup>10)</sup>	2	—	Amtsinspektor/-in
A 7 <sup>10)</sup>	10	—	Obersekretär/-in
A 6 <sup>10)</sup>	3	—	Sekretär/-in
	20	—	Zusammen

- Allgemeine Haushaltsvermerke:
1. Bedienstete, die Hausdienstgeschäfte ausführen, die nicht zu ihren Dienstobliegenheiten gehören, erhalten eine Vergütung nach Lohngruppe 2 a gem. AV vom 19. 11. 1987 – Nds. Rpfl. S. 277.
  2. Die allein den Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.
- 
- 1) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. R 2 BBesO.
  - 2) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 13 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.
  - 3) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 12 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.
  - 4) Die Stellen des gehobenen Sozialdienstes dürfen im Bedarfsfall auch mit Angestellten der Verg.-Gr. IV b BAT (Sozial- und Erziehungsdienst) besetzt werden.
  - 5) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 4 zur Bes.-Gr. A 4 BBesO.
  - 6) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 3 BBesO.
  - 7) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 5 BBesO.
  - 8) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
  - 9) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 6 BBesO.
  - 10) kw.
  - 11) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2005.

Erläuterungen zum Stellenplan

Die Planstellen des gehobenen Dienstes teilen sich wie folgt auf:

Bes.-Gr.	Stellenzahl	davon						
		gehobener Justizdienst					gehobener Sozialdienst	Allgemeiner Vollzugs- und Verwaltungsdienst
		Zusammen	hiervon entfallen auf die Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG:			Allgemeine Obergrenzen § 26 BBesG		
Insgesamt		§ 2 Nr. 2 der VO	§ 3 Nr. 1 der VO	§ 3 Nr. 2 a der VO				
A 13 <sup>2)</sup>	1	1	—	—	—	1	—	—
A 13	2	2	—	—	—	2	—	—
A 12	5	5	—	—	—	5	—	—
A 11	14	13	—	—	—	13	1	—
A 10	20	12	—	—	—	12	8	—
A 9	11	7	—	—	—	7	4	—
Summe	53	40	—	—	—	40	13	—

Die Planstellen des mittleren Dienstes teilen sich wie folgt auf:

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 4 der VO	Allgemeine Obergrenzen	Insgesamt
A 9 <sup>8)</sup>	4	3	7
A 9	11	4	15
A 8	1	19	20
A 7	—	34	34
A 6	—	22	22
Insgesamt	16	82	98

Abgang:  
Bes.-Gr. R 1  
– Staatsanwalt/-wältin – 2 Umwandlung in Stellen für staatsanwaltliche Hilfskräfte der Bes.-Gr. R 1

Bes.-A 9  
– Amtsinspektor/-in – 1 infolge ZV I

Zusammen 3

STELLENÜBERSICHTEN

Haushaltsvermerke

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Staatsanwaltliche und beamtete Hilfskräfte</b>			
R 1 <sup>1)6)</sup>	16	—	Staatsanwalt/-wältin
A 6 <sup>2)</sup>	4	—	Sekretär/-in z. A.
	20	—	Zusammen
Leerstellen:			
R 1 <sup>5)</sup>	5	—	Staatsanwalt/-wältin
A 9 <sup>5)</sup>	1	—	Inspektor/-in z. A.
A 6 <sup>5)</sup>	3	—	Sekretär/-in z. A.
	9	—	Zusammen
<b>Angestellte</b>			
I b	1	—	
IV b	2	—	
V c	8	—	
VI b <sup>3)7)9)</sup>	122	—	
IX b–VII <sup>4)</sup>	7	—	
	140	—	Zusammen
Leerstellen:			
VI b <sup>5)</sup>	6	—	
VII <sup>5)</sup>	6	—	
IX b–VII <sup>5)</sup>	7	—	
	19	—	Zusammen

- 1) Davon im Rahmen der PKB 1 Stelle ohne BV und Budget.
- 2) Davon im Rahmen der PKB 2 Stellen ohne BV und Budget.
- 3) Die jeweiligen ersten Sekretärinnen der 3 Generalstaatsanwälte/-innen, die Sekretärinnen der Ltd. Oberstaatsanwälte/-innen der Staatsanwaltschaften bei den Landgerichten Hannover, Braunschweig, Aurich, Göttingen, Hildesheim, Lüneburg, Stade, Verden, Oldenburg und Osnabrück sind für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.
- 4) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII und VII BAT nachgewiesen.
- 5) kw.
- 6) Davon 1/2 Stelle kw mit Ablauf des 31. 12. 2005.
- 7) Davon 1/2 Stelle kw mit Ablauf des 31. 12. 2005.
- 9) Davon 1 Stelle, die nur zu 1/2 besetzt werden darf.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Staatsanwaltliche und beamtete Hilfskräfte

Zugang: Stellen 3 davon  
Bes.-Gr. R 1  
1 neu entsprechend dem Bedarf – ohne BV und Budget –  
2 Umwandlungen aus Planstellen der Bes.-Gr. R 1 – Staatsanwalt/-wältin –

Sonstige Veränderungen:  
Der Haushaltsvermerk Nr. 9 ist zur Vermeidung der Darstellung der infolge der Kapiteltrennung entstandenen Stellenbruchteile neu ausgebracht.

**Haushaltsplan**

für das

**Haushaltsjahr 2005**

**Einzelplan 12**

**Staatsgerichtshof**

---



# **Vorwort zum Einzelplan 12**

Der Einzelplan enthält die Einnahmen und Ausgaben des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs.

**Epl. 12****Übersicht über die Einnahmen, Aus**

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen					Gesamteinnahmen	4 Personalausgaben	5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	6 Tsd. EUR			
1	2	3 Tsd. EUR	4 Tsd. EUR	5 Tsd. EUR	6 Tsd. EUR	7 Tsd. EUR	8 Tsd. EUR	9 Tsd. EUR	
1201	Staatsgerichtshof	—	—	—	—	—	161	48	
	Summe 2005	—	—	—	—	—	161	48	
	Summe 2004	—	—	—	—	—	161	35	
	2005 mehr(+)/weniger(-)	—	—	—	—	—	—	+13	

**gaben und Verpflichtungsermächtigungen**

**Epl. 12**

Ausgaben					2005 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 - Sp. 14)	2004 Überschuss Zuschuss (-)	2005 Verbesserung Verschlechterung (-) (Sp. 15 - Sp. 16)	Verpflichtungs- ermächtigungen
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsför- dermaßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben				
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
—	—	—	—	209	-209	-196	-13	—
—	—	—	—	209	-209	-196	-13	—
—	—	—	—	196				—
—	—	—	—	+13				—

**Einzelplan 12 Staatsgerichtshof**  
**Kapitel 1201 Staatsgerichtshof**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung 2005 2004	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-4	051	Vermischte Einnahmen		–	–	–	–
132 11-8	051	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge <i>Vgl. K-Vermerk zu 811 11.</i>		–	–	–	–
<b>AUSGABEN</b>							
412 10-2	051	Entschädigungen für ehrenamtliche Richter/Richterinnen und Beisitzer/Beisitzerinnen	–	71	71	–	68
422 01-9	051	Dienstbezüge der abgeordneten Beamtinnen und Beamten und Richterinnen und Richter <i>*** Abweichend von § 7 Abs. 5 Satz 1 und 2 HG 2005 zählt der Titel 422 01 nicht zum PKB-Deckungskreis.</i>	–	62	62	–	–
422 09-4	051	Leistungsprämien	–	–	–	–	–
422 10-8	051	Dienstbezüge der beamteten und richterlichen Hilfskräfte	–	–	–	–	–
422 19-1	051	Altersteilzeitzuschläge	–	–	–	–	–
425 01-8	051	Vergütungen der Angestellten	–	17	17	–	16
427 12-6	051	Entschädigungen für nebenamtliche Richter/Richterinnen	–	11	11	–	13
511 01-1	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 511 01, 514 01, 526 01, 527 01, 546 01 und 547 10.</i>	–	10	10	–	3
514 01-0	051	Haltung von Dienstfahrzeugen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	–	2	2	–	1
526 01-9	051	Sachverständige <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	–	1	1	–	–
527 01-5	051	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	–	5	5	–	2
529 10-7	051	Zur Verfügung des Präsidenten des Staatsgerichtshofs	–	14	1	+13	–
532 11-6	051	Entschädigungen beigeordneter Anwälte <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 532 11, 532 12, 532 13, 532 16 und 532 17.</i>	–	1	1	–	–
532 12-4	051	Zeugenentschädigungen <i>Vgl. D-Vermerk zu 532 11.</i>	–	1	1	–	–
532 13-2	051	Sachverständigenentschädigungen <i>Vgl. D-Vermerk zu 532 11.</i>	–	1	1	–	–
532 16-7	051	Sonstige Verfahrensauslagen <i>Vgl. D-Vermerk zu 532 11.</i>	–	1	1	–	–
532 17-5	051	Reisekosten des Gerichts <i>Vgl. D-Vermerk zu 532 11.</i>	–	1	1	–	–
546 01-0	051	Vermischte Ausgaben <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	–	1	1	–	–
547 10-5	051	Dienstleistungen Außenstehender <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	–	10	10	–	–
681 10-3	051	Entschädigungen an Beschuldigte in Strafsachen und Erstattung außergerichtlicher Kosten an Verfahrensbeteiligte	–	–	–	–	–
811 01-5	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen <i>Die Ausgabe (Maßnahme) darf nur mit</i>	–	–	–	–	–

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 132 11**

Nach den neuen Kfz-Richtlinien dürfen personenbezogene Dienstkraftfahrzeuge schon dann durch neue Fahrzeuge ersetzt werden, wenn in Höhe der jeweils zu erwartenden Verwertungserlöse mindestens gleichwertige Ersatzbeschaffungen vorgenommen werden können.

**Zu 422 01**

Zur Besoldung eines abgeordneten Richters oder der Beschäftigung einer wissenschaftlichen Hilfskraft.

**Zu 425 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeitereinheiten (VZE):

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
0,5	0,5	0,5

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR):

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
17	17	16

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

Zugänge:

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	—
- Sonstige Veränderungen	—
Summe Zugänge	—

Abgänge:

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	—
- Sonstige Veränderungen	—
Summe Abgänge	—
Bleibt Zugang (oder Abgang)	—

**Zu 514 01**

Für die anteilige Erstattung an Verwaltungen, deren Dienstkraftfahrzeuge mitbenutzt werden.

**Zu 529 10**

Der Ansatz bei Tit. 529 10 ist ausnahmsweise und einmalig um die veranschlagten Kosten der Festveranstaltung aus Anlass des 50jährigen Bestehens des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs am 15. Juli 2005 erhöht.

**Einzelplan 12 Staatsgerichtshof**  
**Kapitel 1201 Staatsgerichtshof**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004	2004	2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch 811 01-5		<i>Einwilligung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des LT geleistet werden.</i>					
811 11-2	051	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.</i>	—	—	—	—	—
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 96</b>		<b>Reformdividende</b>	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
429 96-0	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 96-2	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
711 96-7	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 96-8	960	Sonstige Ausgaben für Investitionen	—	—	—	—	—
<b>Abschluss Kapitel 1201</b>							
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
<b>Summe der Einnahmen</b>				—	—	—	
		4 Personalausgaben	—	161	161	—	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	48	35	+13	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	—	—	—	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>			—	209	196	+13	
<b>Zuschuss</b>				209	196	+13	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 12 Staatsgerichtshof**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Gesamtabschluss Einzelplan 12</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		–	–	–	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		–	–	–	
		4 Personalausgaben	–	161	161	–	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	–	48	35	+13	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	–	–	–	–	
		7 Baumaßnahmen	–	–	–	–	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	–	–	–	–	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	–	209	196	+13	
		<b>Zuschuss</b>		209	196	+13	

# **Einzelplan 12**

**Staatsgerichtshof**

---

## **Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise**

**für das**

### **Haushaltsjahr 2005**

Einzelplan 12 Staatsgerichtshof  
Kapitel 1201 Staatsgerichtshof

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	

<sup>1)</sup> Die Stelle darf nur mit einer/einem Bediensteten mit höchstens 50 v. H. der regelmäßigen durchschnittlichen Wochenarbeitszeit einer/eines Vollbeschäftigten besetzt werden.

**Angestellte**

VII<sup>1)</sup>                      1              1

**Haushaltsplan**

für das

**Haushaltsjahr 2005**

**Einzelplan 13**

**Allgemeine Finanzverwaltung**





# Vorwort zum Einzelplan 13

## **A. Aufgaben und Aufbau des Einzelplans in den wichtigsten Grundzügen.**

Im Einzelplan 13 sind unter der Bezeichnung "Allgemeine Finanzverwaltung" im Wesentlichen Einnahmen und Ausgaben vereinigt, die entweder keinen oder mehrere der übrigen Einzelpläne berühren oder für deren Nachweis an dieser Stelle ein besonderes finanzwirtschaftliches Interesse besteht. Im inneren Gefüge des Haushalts stellt der Einzelplan 13 mit seinem erheblichen Überschuss den Ausgleich des Gesamthaushalts her.

Der Einzelplan 13 ist in folgende Kapitel aufgliedert:

- Kapitel 13 01 Steuern
- Kapitel 13 02 Allgemeine Bewilligungen
- Kapitel 13 03 Neue Techniken im Haushaltsbereich
- Kapitel 13 10 Ausgleichsleistungen zwischen Land, Bund und Ländern
- Kapitel 13 12 Finanzausgleich zwischen Land, Gemeinden und Landkreisen
- Kapitel 13 20 Vermögensverwaltung
- Kapitel 13 21 Landesliegenschaften
- Kapitel 13 25 Schuldenverwaltung
- Kapitel 13 50 Versorgung
- Kapitel 13 99 Sonstige Einnahmen und Ausgaben

Zum Einzelplan 13 gehören außerdem noch folgende Sondervermögen:

- Kapitel 51 31 Allgemeine Rücklage
- Kapitel 51 32 Landesliegenschaftsfonds - ohne Agrarstrukturfonds -
- Kapitel 51 33 Landesliegenschaftsfonds - Unterabteilung Agrarstrukturfonds -
- Kapitel 51 35 Unterabteilung "Zinsen für Diskontkredite" der Allgemeinen Rücklage

## **B. Veränderungen gegenüber dem Vorjahr**

Die Verwaltung des Sondervermögens Landesliegenschaftsfonds (Personal- und Sachkosten) ist in das Kapitel 04 40 verlagert worden.

## Epl. 13

## Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen					Gesamteinnahmen	Personalausgaben	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst
		0	1	2	3				
		Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
1301	Steuern	14.168.000	—	—	—	14.168.000	—	—	
1302	Allgemeine Bewilligungen	—	296.038	200	—	296.238	-216.112	1.134	
1303	Neue Techniken im Haushaltsbereich	—	—	—	—	—	—	2.092	
1310	Ausgleichsleistungen zwischen Land, Bund und Ländern	—	—	433.000	—	433.000	—	—	
1312	Finanzausgleich zwischen Land, Gemeinden und Landkreisen	—	—	25.025	—	25.025	—	—	
1320	Vermögensverwaltung	—	578.627	—	16.246	594.873	—	27	
1321	Landesliegenschaften	—	141.817	—	268.058	409.875	1.845	13.240	
1325	Schuldenverwaltung	—	50.257	128	2.152.860	2.203.245	—	2.509.103	
1350	Versorgung	—	2.005	125.464	7.145	134.614	2.153.688	14	
1399	Sonstige Einnahmen und Ausgaben	71.500	19.068	3.426	1	93.995	—	13.537	
	Summe 2005	14.239.500	1.087.812	587.243	2.444.310	18.358.865	1.939.421	2.539.147	
	Summe 2004	13.956.500	1.248.751	1.274.344	3.031.356	19.510.951	2.156.497	2.532.461	
	2005 mehr(+)/weniger(-)	+283.000	-160.939	-687.101	-587.046	-1.152.086	-217.076	+6.686	

**gaben und Verpflichtungsermächtigungen**

**Epl. 13**

Ausgaben					2005 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 - Sp. 14)	2004 Überschuss Zuschuss (-)	2005 Verbesserung Verschlechte- rung (-) (Sp. 15 - Sp. 16)	Verpflichtungs- ermächtigungen
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsför- dermaßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben				
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
—	—	—	—	—	14.168.000	13.848.000	320.000	—
214	—	—	223.669	8.905	287.333	77.505	209.828	—
—	—	—	—	2.092	-2.092	-2.102	10	600
3	—	—	—	3	432.997	1.103.997	-671.000	—
2.065.892	—	228.003	—	2.293.895	-2.268.870	-2.338.866	69.996	—
47.333	—	1.384	9.474	58.218	536.655	136.594	400.061	189.225
—	—	285	3.985	19.355	390.520	504.279	-113.759	5.850
—	—	40.000	—	2.549.103	-345.858	22.443	-368.301	—
10.178	—	—	—	2.163.880	-2.029.266	-2.011.282	-17.984	—
2.584	—	431	—	16.552	77.443	85.795	-8.352	—
2.126.204	—	270.103	237.128	7.112.003	11.246.862	11.426.363	-179.501	195.675
2.173.330	—	1.082.621	139.679	8.084.588				600
-47.126	—	-812.518	+97.449	-972.585				+195.075

**Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung**  
**Kapitel 1301 Steuern**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
011 11-8	910	Landesanteil an der Lohnsteuer		4.490.000	4.734.500	-244.500	4.741.876
012 11-4	910	Landesanteil an der veranlagten Einkommensteuer		63.000	96.900	-33.900	67.901
013 11-0	910	Landesanteil an den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag		444.500	362.500	+82.000	300.851
014 11-7	910	Landesanteil an der Körperschaftsteuer		916.500	689.000	+227.500	803.544
015 11-3	910	Umsatzsteuer (Landesanteil)		5.921.900	5.512.000	+409.900	5.143.512
017 11-6	910	Gewerbsteuerumlage (Landesanteil innerhalb des LFA)		144.000	253.000	-109.000	250.575
017 12-4	910	Gewerbsteuerumlage (Landesanteil ausserhalb des LFA)		208.000	209.000	-1.000	212.006
018 11-2	910	Landesanteil am Zinsabschlag		266.000	279.000	-13.000	277.767
051 11-0	910	Vermögensteuer		6.000	14.000	-8.000	14.836
052 11-6	910	Erbschaftsteuer		232.000	224.000	+8.000	211.782
053 11-2	910	Grunderwerbsteuer nach dem Gesetz vom 17.12.1982		389.000	400.000	-11.000	400.413
053 12-0	910	Grunderwerbsteuer nach dem Gesetz vom 29.3.1940		—	—	—	-2
054 11-9	910	Kraftfahrzeugsteuer		826.000	810.000	+16.000	747.689
055 11-5	910	Totalisatorsteuer <i>Vgl. K-Vermerk zu 0903-686 13.</i>		1.000	1.000	—	807
056 11-1	910	Sonstige Rennwettsteuer		100	100	—	86
057 11-8	910	Lotteriesteuer		188.000	189.000	-1.000	184.514
059 11-0	910	Feuerschutzsteuer		37.000	35.000	+2.000	34.338
061 11-5	910	Biersteuer		35.000	39.000	-4.000	34.390
<b>Abschluss Kapitel 1301</b>							
0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel				14.168.000	13.848.000	+320.000	
<b>Summe der Einnahmen</b>				14.168.000	13.848.000	+320.000	
<b>Überschuss</b>				14.168.000	13.848.000	+320.000	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Kapitel 1301**

Die Ansätze der Steuern und steuerinduzierten Einnahmen (Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen) sind im wesentlichen von der zentralen Schätzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" vom 11. bis 13. Mai 2004 abgeleitet worden, der ein Wachstum des nominalen Bruttoinlandsprodukts von 2,7 v. H. für 2005 im gesamten Bundesgebiet zugrunde liegt.

Veränderungen sind auf Grund der Steuerschätzung vom 02. bis 04. November 2004 am Gesamttaggregat nicht vorzunehmen.

Die veranschlagten Beträge beruhen auf geltendem Steuerrecht.

**Zu 015 11**

Gemäß Artikel 106 Abs. 3 GG steht das Aufkommen der Umsatzsteuer dem Bund und den Ländern gemeinsam zu (Gemeinschaftsteuer). Wegen der Erhöhung der Umsatzsteuer auf 16 v. H. ab 1. April 1998 erhält der Bund vom Aufkommen der Umsatzsteuer vorab 5,63 v. H. zur Finanzierung der Senkung der Lohnnebenkosten. Vom Restbetrag erhalten die Gemeinden 2,2 v. H. Vom danach verbleibenden Aufkommen stehen dem Bund 49,6 v.H. zuzüglich eines Betrages i.H.v. 2.322.712.000 EUR und den Ländern 50,4 v.H. abzüglich eines Betrages i.H.v. 2.322.712.000 EUR zu.

Die Umsatzsteuerverteilung zwischen Bund und Ländern (einschließlich der Gemeinden) ist in § 1 und die Verteilung unter den Ländern in § 2 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern in der jeweils gültigen Fassung geregelt.

**Zu 017 11**

Gemäß Art. 106 Abs. 6 GG i.V.m. § 6 des Gesetzes zur Neuordnung der Gemeindefinanzen (Gemeindefinanzreformgesetz) – in der jeweils gültigen Fassung – haben die Gemeinden eine Umlage nach Maßgabe des Gewerbesteueraufkommens abzuführen, die entsprechend dem Verhältnis von Bundes- und Landesvervielfältiger auf den Bund und das Land aufzuteilen ist.

**Zu 017 12**

Die Einnahmen aus der Anhebung der Gewerbesteuerumlage zwecks Beteiligung der Kommunen an den einigungsbedingten Lasten des Landes stehen gem. § 6 Abs. 5 Gemeindefinanzreformgesetz in der jeweils gültigen Fassung diesem allein zu und bleiben bei der Ermittlung der Steuereinnahmen im Finanzausgleich unberücksichtigt.

**Zu 053 11**

Als Folge der Novellierung des Grunderwerbsteuergesetzes (mit Wirkung vom 1. Januar 1983) werden bei 053 12 die Einnahmen veranschlagt, die aus Erwerbsvorgängen herrühren, für die noch das frühere Recht anzuwenden ist. In diesen Fällen wird der den berechtigten Landkreisen und kreisfreien Städten zustehende Zuschlag von  $\frac{4}{7}$  diesen weiterhin von den örtlich zuständigen Finanzämtern unmittelbar überwiesen.

Bei 053 11 wird das gesamte aufgrund der neuen gesetzlichen Regelung (GrEstG 1983) anfallende Grunderwerbsteueraufkommen ausgewiesen.

**Zu 059 11**

Das Feuerschutzsteueraufkommen ist zweckgebunden für Brandschutzaufgaben einzusetzen. Vom Aufkommen fließen 75 % an die Landkreise und Gemeinden, der Rest wird für Brandschutzaufgaben des Landes verwendet.

**Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung**  
**Kapitel 1302 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-0	062	Vermischte Einnahmen		—	—	—	0
119 02-8	012	Einnahmen aus Veröffentlichungen *** Abweichend von §§ 61 Abs. 1 bzw. 63 Abs. 4 LHO dürfen Haushaltspläne und andere haus- haltsrechtliche Vorschriften unentgeltlich abge- geben werden.		1	1	—	0
119 12-5	872	Erbschaften des Fiskus nach § 1936 BGB sowie Einn. aus der Verw. und Verwertung von herrenlosem Gut, beschlagn. Vermögen und dgl.		1.534	1.534	—	1.600
122 11-8	856	Konzessionsabgaben aufgrund § 6 NLottG *** Ausgleichszahlungen - auch aus Vorjahren - sind durch Absetzen von der Einnahme zu ver- ausgaben.		173.178	163.801	+9.377	178.720
122 12-6	856	Konzessionsabgaben für Lotterie Bingo		—	6.500	-6.500	8.200
122 13-4	856	Zweckerträge aus der Lotterie Glücksspirale		—	2.143	-2.143	1.872
123 11-4	856	Einnahmen aus der Nordwestdeutschen Klassenlotterie		4.658	4.819	-161	5.230
133 11-0	872	Erlöse aus dem Verkauf von Landesvermö- gen *** Kosten können durch Absetzen von der Einnahme verausgabt werden.		100.000	—	+100.000	—
134 11-6	872	Kapitalrückführung aus Veräußerungserlö- sen von übertragenen Vermögensgegenstän- den		16.667	—	+16.667	—
231 11-1	062	Erstattung von Ausgleichsbezügen gemäß § 87 Abs. 2 des Soldatenversorgungsgesetzes vom Bund		200	200	—	259
351 11-7	950	Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage		—	—	—	104.999
356 11-9	950	Rückführung aus dem Wirtschaftsförder- fonds		—	—	—	22.362
371 11-8	989	Globale Mehreinnahmen		—	—	—	—
372 11-4	988	Globale Mindereinnahmen		—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel			10	-10	
<b>AUSGABEN</b>							
422 12-0	960	Nachversicherungen für aus dem Landes- dienst ausscheidende Bedienstete	—	19.000	20.000	-1.000	20.633
424 11-4	018	Zuführungen an die Landesversorgungs- rücklage - aktives Personal - *** Die Ausgaben sind im Gesamthaushalt dek- kungsfähig mit den in § 20 Abs. 1 Nr. 2 a) aa) LHO genannten Ausgaben.	—	26.226	26.244	-18	25.840
429 11-6	960	Abschlussberechnung des VBL- Sanierungsgeldes *** Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.	—	—	—	—	—
441 11-6	981	Zur Deckung des Mehrbedarfs an Beihilfen (ohne Versorgung)	—	-14.000	—	-14.000	—
461 11-7	981	Zur Deckung des Mehrbedarfs an Personal- ausgaben (ohne Versorgung) *** Die Ausgaben sind im Gesamthaushalt für die Rechnungslegung deckungsfähig mit den in § 20 Abs. 1 Nr.2 a) aa) LHO genannten Ausgaben.	—	-181.720	-3.940	-177.780	—
461 13-3	981	Auswirkungen der Altersteilzeit *** Vgl. Vermerk zu 461 11.	—	-16.000	-15.000	-1.000	—

---

**ERLÄUTERUNGEN**


---

**Zu 119 02**

Einnahmen aus dem Verkauf von Haushaltsplänen, Haushaltsrechnungen und anderen haushaltsrechtlichen Vorschriften. Über unentgeltliche Abgaben wird von Fall zu Fall entschieden.

**Zu 122 11**

Nach dem Niedersächsischen Gesetz über das Lotterie- und Wettwesen (NLottG) i. d. F. vom 21. 6. 1997, zuletzt geändert durch das Haushaltsbegleitgesetz 2005; haben Wettunternehmen Konzessionsabgaben an das Land abzuführen.

Durch das Gesetz zum Staatsvertrag über die Regionalisierung von Teilen der von den Unternehmen des Deutschen Lotto- und Totoblocks erzielten Einnahmen (Nds. GVBl. S. 163) haben sich die Länder verpflichtet, Einnahmen aus gewerblicher Spielvermittlung den Ländern zukommen zu lassen, denen sie wirtschaftlich zuzurechnen sind.

**Zu 122 12**

Die ehemals hier veranschlagte Einnahme aus der Konzessionsabgabe für die Bingo-Lotterie ist nunmehr im Titel 122 11 enthalten und wird nach den Vorgaben des NLottG verwendet.

**Zu 122 13**

Für Ausspielungen seit dem 01.01.2004 entfallen auf das Land keine Zweckerträge mehr.

**Zu 123 11**

Die Nordwestdeutsche Klassenlotterie wird im Namen und für Rechnung mehrerer Länder betrieben. Grundlage ist für Niedersachsen das Gesetz vom 20. 3. 1948 (Nieders. GVBl. Sb. I S. 579). Die Bilanzgewinne werden im Verhältnis der Einwohnerzahlen und der verkauften Lose zwischen den Ländern verteilt. Erfahrungsgemäß entfallen auf Niedersachsen etwa 21 v. H.

**Zu 134 11**

Abführungsverpflichtung der Niedersächsischen Landesforsten (Anstalt öffentlichen Rechts).

**Zu 231 11**

Inhaber eines Eingliederungsscheines erhalten als Beamte nach § 11a des Soldatenversorgungsgesetzes vom 5. 3. 1987 (BGBl. I S. 843) Ausgleichsbezüge zum Unterhaltszuschuss bzw. zu den Dienstbezügen. Nach § 87 Abs. 2 dieses Gesetzes trägt der Bund die Ausgleichsbezüge. Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung werden die vom Bund zu erstattenden Leistungen hier in einer Summe ausgewiesen.

**Zu 351 11**

Zum Ausgleich des Haushalts.

**Zu 356 11**

Vgl. 50 81 – 919 10.

**Zu 422 12**

Zentral im Einzelplan 13 veranschlagt.

**Zu 424 11**

Zur Durchführung des § 14 a des Bundesbesoldungsgesetzes wird für die Versorgung der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter des Landes sowie der Mitglieder der Landesregierung und der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Landes ein Sondervermögen eingerichtet.

Der Wirtschaftsplan und die Bestandsdarstellung sind diesem Kapitel als Anlage beigelegt.

**Zu 429 11**

Die endgültige Höhe der zu entrichtenden Sanierungsgelder für das jeweilige Kalenderjahr wird jährlich bis 30. November des Folgejahres festgesetzt. Hierbei werden neben den zusatzversorgungspflichtigen Entgelten auch die Rentensummen einbezogen,

**Noch zu 429 11**

eine Zuordnung zu Personalzahlfällen ist daher nicht mehr möglich.

Ergeben sich Fehlbeträge im Vergleich zu den vorläufigen Zahlungen sind diese unverzüglich auszugleichen, Überschüsse werden erstattet.

**Zu 441 11**

Zentral im Einzelplan 13 veranschlagte Anpassung des Beihilfeniveaus an die gesetzliche Krankenversicherung.

Vgl. 13 50 – 446 11.

**Zu 461 13**

Zentral im Einzelplan 13 veranschlagte Auswirkungen der Altersteilzeit (Sperrung von Budgetanteilen gem. Nr. 6 Abs. 1 der Allgemeinen Bestimmungen).

**Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung**  
**Kapitel 1302 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004		
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
461 14-1	981	Zur Deckung des Mehrbedarfs an Personalausgaben aufgrund der Leistungsprämien- und -zulagenverordnung - NLPZVO - *** Vgl. Vermerk zu 461 11.	—	—	—	—	—
461 16-8	981	Auswirkungen des Einstellungsstopps *** Vgl. Vermerk zu 461 11.	—	-28.718	-20.000	-8.718	—
461 17-6	981	Auswirkungen verzögerter Wiederbesetzung von Stellen *** Vgl. Vermerk zu 461 11.	—	—	-4.000	+4.000	—
461 18-4	981	Auswirkungen der Inanspruchnahme des § 109 NBG *** Vgl. Vermerk zu 461 11.	—	-16.600	—	-16.600	—
461 19-2	981	Auswirkungen der an Kommunen zu verlagernden Stellen *** Vgl. Vermerk zu 461 11.	—	-4.300	—	-4.300	—
529 12-9	012	Verfügungsmittel für Landesdienststellen bei außergewöhnlichem Aufwand aus dienstlicher Veranlassung und in besonderen Fällen *** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.	—	6	6	—	3
529 14-5	011	Zentral veranschlagte personengebundene Verfügungsmittel *** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.	—	31	51	-20	—
531 11-5	062	Drucklegung des Haushaltsplans, der Haushaltsrechnung u.ä. sowie haushaltsrechtl. und haushaltswirtschaftl. Vorschriften	—	553	553	—	299
549 11-1	989	Globale Minderausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
681 11-7	019	Leistungen zur Beseitigung von außerordentlichen Notständen <i>Übertragbar.</i>	—	—	1.000	-1.000	—
681 19-2	231	Bundeskindergeld und Bundeskindergeldzuschlag für Landesbedienstete und Versorgungsempfänger *** Rückflüsse sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.	—	—	—	—	6
681 59-1	872	Ausgaben im Zusammenhang mit Erbschaften n. § 1936 BGB, der Verw. und Verwert. von herrenlosem Gut, beschlagn. Vermögen und dgl.	—	601	205	+396	950
682 11-3	981	Personalverstärkungsmittel für Landesbetriebe	—	-600	-18.815	+18.215	—
682 12-1	018	Zuführungen an Landesbetriebe für die Landesversorgungsrücklage	—	50	1.313	-1.263	—
685 11-2	290	Zuschüsse an die "Kinder von Tschernobyl"-Stiftung des Landes Niedersachsen aus Konzessionsabgaben nach dem NLottG *** Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an der Konzessionsabgabe geleistet werden.	—	163	325	-162	353
911 11-2	950	Zuführung an die Allgemeine Rücklage	—	—	—	—	—
960 11-3	970	Zum Ausgleich von Fehlbeträgen aus Vorjahren	—	353.780	232.973	+120.807	311.328
972 11-1	989	Globale Minderausgaben	—	-130.111	-121.000	-9.111	—

ERLÄUTERUNGEN

<b>Zu 461 16</b>	<b>Noch zu 972 11</b>	<b>in 1000</b>
Zentral im Einzelplan 13 veranschlagte Auswirkungen des Einstellungsstopps.	wie folgt veranschlagt:	<b>EUR</b>
<b>Zu 461 18</b>		
Zentrale Veranschlagung der durch die Inanspruchnahme des § 109 NBG reduzierten Personalausgaben.	02 01 - 972 11	-174
	03 01 - 972 11	-8.961
<b>Zu 461 19</b>	04 01 - 972 11	-3.162
Zentrale Veranschlagung der durch die Verlagerung von Stellen an die Kommunen reduzierten Personalausgaben.	04 02 - 972 65	-8.000
	05 01 - 972 05	-1.286
<b>Zu 529 14</b>	05 01 - 972 11	-29.147
Zentrale Veranschlagung im Einzelplan 13. Der Ansatz teilt sich wie folgt auf:	06 01 - 972 11	-12.529
Kapitel 03 04 1 000 EUR	07 01 - 972 11	-9.184
“ 03 09 1 000 EUR	07 05 - 972 01	-855
“ 03 20 3 600 EUR	07 58 - 972 01	-1.000
“ 03 80 1 000 EUR	07 84 - 972 10	-1.350
“ 03 90 1 000 EUR	08 01 - 972 11	-15.692
“ 04 06 500 EUR	09 01 - 972 11	-2.832
“ 04 20 500 EUR	11 01 - 972 11	-4.926
“ 05 20 2 000 EUR	14 01 - 972 11	-37
“ 05 42 500 EUR	15 01 - 972 11	-2.567
“ 06 61 1 000 EUR		
“ 06 76 1 000 EUR		
“ 08 10 900 EUR		
“ 08 18 900 EUR		
“ 08 20 400 EUR		
“ 09 41 750 EUR		
“ 09 50 500 EUR		
“ 11 08 1 100 EUR		
“ 11 09 1 300 EUR		
“ 11 10 1 600 EUR		
“ 11 12 1 400 EUR		
“ 11 16 1 680 EUR		
“ 11 17 1 680 EUR		
“ 11 18 1 680 EUR		
“ 11 19 1 120 EUR		
“ 11 20 1 120 EUR		
“ 11 21 1 120 EUR		
Se: 30 350 EUR		

**Zu 531 11**

Veranschlagt sind die Kosten insbesondere für den Druck des Haushaltsplans und Erstellung des Reindrucks, etwaiger Ergänzungen und Nachträge, der Haushaltsrechnung, der Mipla, des Subventionsberichts sowie haushaltsrechtlicher Vorschriften und Vordrucke, ggf. auch auf CD-Rom.

**Zu 681 59**

Der Fiskus ist als Erbe gemäß § 1967 BGB verpflichtet, Nachlassverbindlichkeiten zu erfüllen.

**Zu 682 11**

Zentrale Veranschlagung im Einzelplan 13.

**Zu 682 12**

Vgl. Erläuterungen zu 424 11.

**Zu 685 11**

Die Geschäftsführung der Stiftung liegt beim MS; das Land trägt die hierfür anfallenden Personal- und Sachkosten. Die Ressortzuständigkeit für die Stiftung liegt beim MF.

Veranschlagt sind die gesetzlich festgelegten Anteile an den zweckgebundenen Konzessionsabgaben (§ 7 Abs. 2 Ziff. 9 Niedersächsisches Gesetz über das Lotteriede- und Wettwesen).

**Zu 972 11**

Zum Ausgleich des Haushalts.

Zusätzlich sind in anderen Einzelplänen globale Minderausgaben

**Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung**  
**Kapitel 1302 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 65/66</b>		<b>Verfüungsmittel der Landesregierung Übertragbar.</b> <i>*** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.</i>	(-)	(394)	(588)	(-194)	(357)
529 65-0	011	Zur Verfügung der Landesregierung	-	300	506	-206	342
529 66-8	011	Zur Verfügung der Landesregierung im Zusammenhang mit Veranstaltungen von internationaler Bedeutung	-	94	82	+12	15
<b>TGr. 70</b>		<b>Gutachten u.ä. im Zusammenhang mit dem Gesamthaushalt Übertragbar.</b>	(-)	(150)	(1.000)	(-850)	(146)
429 70-1	019	Nicht aufteilbare Personalausgaben	-	-	-	-	-
537 70-9	019	Dienstleistungen Außenstehender	-	150	1.000	-850	141
547 70-4	019	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	-	-	-	4
<b>TGr. 80</b>		<b>Zuweisungen an den Fonds "Aufbauhilfe"</b>	(-)	(-)	(-)	(-)	(259.000)
634 80-1	699	Sonstige Zuweisungen	-	-	-	-	17.500
884 80-8	699	Zuweisungen für Investitionen	-	-	-	-	241.500
<b>Abschluss Kapitel 1302</b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				296.038	178.808	+117.230	
2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				200	200	-	
3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				-	-	-	
<b>Summe der Einnahmen</b>				296.238	179.008	+117.230	
4 Personalausgaben			-	-216.112	3.304	-219.416	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst			-	1.134	2.198	-1.064	
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			-	214	-15.972	+16.186	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen			-	-	-	-	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			-	223.669	111.973	+111.696	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>			-	8.905	101.503	-92.598	
<b>Überschuss</b>				287.333	77.505	+209.828	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Titelgruppe 65/66**

Die Inanspruchnahme richtet sich nach den vom LM in der Sitzung am 25.06.1986 beschlossenen Richtlinien für die Bewirtschaftung von Verfügungsmitteln und dem Rundschreiben des MF vom 31.07.1986 - 10 - 13 02 (49) -.

**Zu Titelgruppe 70**

Vorsorgliche Veranschlagung von Gutachterkosten im Zusammenhang mit dem Landeshaushalt.

**Zu Titelgruppe 80**

Beitrag des Landes Niedersachsen zur Finanzierung des Fonds "Aufbauhilfe" gemäß § 4 des Aufbauhilfefondsgesetzes zuletzt geändert durch Artikel 1a des Gesetzes vom 17. Juni 2003 (BGBl. I S. 862).

**Wirtschaftsplan für die  
Niedersächsische Landesversorgungsrücklage  
für das Jahr 2005**

### Finanzplan für das Jahr 2005

Finanzbedarf	Soll	Soll	Ist	Deckungsmittel	Soll	Soll	Ist
	2005	2004	2003		2005	2004	2003
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Ablieferung an den Landeshaushalt	–	–	–	1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt			
2. Kursdifferenz	–	–	506	- aktiv Beschäftigte	26 226	26 244	25 840
3. Sonstige Aufwendungen	–	–	–	- Versorgungsempfänger	21 253	19 306	14 173
				2. Zuführungen von Landesbetrieben	1 349	1 451	1 352
				3. Zuführungen von Stiftungen des öffentlichen Rechts	634	522	491
				4. Zuführungen von Anstalten des öffentlichen Rechts	3	–	–
				5. Rückflüsse Geldanlagen			
				-Kapitalmarkt	20 000	–	17 250
				-kurzfristig	1 000	1 000	90
				6. Zinseinnahmen	7 459	4 749	4 056
				6. Sonstige Einnahmen			
				- Kursdifferenz	–	–	1 042
				- Verzugszinsen	–	–	2
				7. Forderungen	–	–	–
Summe des Finanzbedarfs:	–	–	506	Summe der Deckungsmittel	77 924	53 272	64 296
Finanzanlage					77 924	53 272	63 790

#### Erläuterungen zum Finanzplan

Die Ablieferungen an den Landeshaushalt werden ab dem Jahr 2018 erfolgen.

Das Guthaben auf dem Geldmarktkonto ist als kurzfristige Geldanlage jederzeit verfügbar.

In den Zinseinnahmen sind die im Kalenderjahr **zufließenden** Zinsen enthalten. Die Erträge künftiger Geldanlagen werden unter Anwendung eines effektiven Zinssatzes geschätzt. Im Jahresbericht werden die beim Erwerb entstandenen Kursdifferenzen getrennt ausgewiesen.

Das Bundesbesoldungsgesetz (BBesG) als Grundlage zur Berechnung der Zuführungen an die Niedersächsische Landesversor-

gungsrücklage ist mit Wirkung vom 01.01.2003 geändert worden. Gemäß § 14 Abs. 2, 2a und 3 BBesG werden die auf den 31. Dezember 2002 folgenden acht allgemeinen Anpassungen der Besoldung nicht vermindert. Die auf vorangegangenen Anpassungen beruhenden Zuführungen werden fortgesetzt. Zum Ausgleich erhält das Sondervermögen bis zum 31. Dezember 2017 zusätzlich 50 v.H. der Verminderung der Versorgungsausgaben durch das Versorgungsänderungsgesetz 2001. Die Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Versorgungsempfänger werden sich künftig überproportional erhöhen.

Der verbleibende Betrag wird nach Abzug der Sach- und sonstigen Ausgaben an den Geld- und Kapitalmärkten angelegt.

### Erfolgsplan für das Jahr 2005

Erträge	Soll	Soll	Ist	Aufwendungen	Soll	Soll	Ist
	2005	2004	2003		2005	2004	2003
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Zinserträge				1. Zinsaufwendungen	–	–	–
- Kapitalmarkt	8 905	5 635	4 507	2. Kosten bei Geldanlage			
- Geldmarkt	151	27	95	- Kursdifferenz	–	–	506
- sonstige	–	–	–				
2. Sonstige Erträge				3. Sonstige Aufwendungen	–	–	–
- Kursdifferenz	–	–	1 042				
- Verzugszinsen	–	–	2				
Summe der Erträge	9 056	5 662	5 646	Summe der Aufwendung	–	–	506
Jahresüberschuss					9 056	5 662	5 140

#### Erläuterungen zum Erfolgsplan

In den Zinserträgen sind die im Kalenderjahr **entstehenden** Zinserträge enthalten. Der Zinszufluss kann in einem späteren Kalenderjahr erfolgen.

Erträge aus künftigen Geldanlagen werden unter Anwendung eines effektiven Zinssatzes geschätzt. Liegt beim Erwerb der aktuelle Marktzins über dem Nominalzins des Wertpapiers entsteht eine Kursdifferenz, die als vorweggenommener Ertrag für künftige Zinserträge oder im umgekehrten Fall als Aufwand anzusehen ist. Im Jahresbericht werden die beim Erwerb entstandenen Kursdifferenzen getrennt ausgewiesen.

#### Bestandsdarstellung zum 31.12.2003

	EUR
1. Anlagevermögen	
- Wertpapiere	88 400 000,00
- Schuldscheindarlehen	36 500 000,00
- Bankguthaben	790 414,85
- kurzfristige Anlagen	–
2. Zinsabgrenzung	2 478 884,08
3. Forderungen	123,32
4. Verbindlichkeiten	–
<b>Fondsvermögen</b>	<b>128 169 422,25</b>

**Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung**  
**Kapitel 1303 Neue Techniken im Haushaltsbereich**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
<b>A U S G A B E N</b>							
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr.</b>		<b>Kosten der Informations- und Kommunika- tionstechniken</b>	(600)	(2.092)	(2.102)	(-10)	(1.387)
<b>98/99</b>		<i>Übertragbar.</i>	(600)				
511 99-1	012	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsge- genstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	15	15	—	—
525 98-4	012	Aus- und Fortbildung durch das Informatik- zentrum Niedersachsen (IZN)	—	51	51	—	—
525 99-2	012	Aus- und Fortbildung durch andere Dienstleister	—	92	92	—	44
538 98-9	012	Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (IZN)	—	112	422	-310	59
538 99-7	012	Dienstleistungen "Anderer"	600 600	1.817	1.517	+300	1.283
547 99-6	012	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben	—	5	5	—	—
812 98-3	012	Beschaffung von SW/Lizenzen	—	—	—	—	—
812 99-1	012	Erwerb von Geräten	—	—	—	—	—
<b>Abschluss Kapitel 1303</b>							
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Aus- gaben für den Schuldendienst	600 600	2.092	2.102	-10	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	—	—	—	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>			600 600	2.092	2.102	-10	
<b>Zuschuss</b>				2.092	2.102	-10	

---

**ERLÄUTERUNGEN**


---

**Zu Titelgruppe 98/99**

Der „Aufbau eines neuen integrierten Haushaltwirtschaftssystems“ (HWS-Nds) ist für die Verfahren des Haushaltsvollzugs (Kassenverfahren und Haushaltsmittelbewirtschaftung - P 53), der Aufstellung des Haushaltsplans und der Mittelfristigen Planung sowie für Teilbereiche der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) realisiert worden.

Die Module für Maßnahmen der Zentralen Haushaltsführung und die Aufstellung der Haushaltsrechnung werden in 2005 den Echtbetrieb aufnehmen.

Das bisherige zentrale Verfahren der Haushaltswirtschaft (MHR-Verfahren) wird hierdurch vollständig ersetzt.

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Weiterentwicklung der Software und den laufenden Betrieb.

**Zu 538 98**

Ausgaben des laufenden Betriebes für durch das IZN erbrachte Leistungen insbesondere Betrieb von Call-, Competence-, Unix- und Service-Center.

**Zu 538 99**

Für Beratung bei der Verfahrenseinführung, landesspezifische Anpassungen der Standardsoftware und Optimierung der Verfahrensabläufe.

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE	durch die 2004 ausgebrachte VE	durch die 2005 ausgebrachte VE	Gesamt belastung
	in 1000 EUR	in 1000 EUR	in 1000 EUR	
2005	—	600	—	600
2006	—	—	600	600
2007	—	—	—	—
2008	—	—	—	—
2009 ff.	—	—	—	—
Summe	—	600	600	1.200

**Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung**  
**Kapitel 1310 Ausgleichsleistungen zwischen Land, Bund und Ländern**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
		<b>EINNAHMEN</b>					
211 11-6	910	Ergänzungszuweisung des Bundes (Art. 107 Abs. 2 GG) <i>*** Rückzahlungen sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.</i>		150.000	674.000	-524.000	667.953
212 11-2	910	Länderfinanzausgleich (Art. 107 Abs. 2 GG) <i>*** Rückzahlungen sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.</i>		283.000	430.000	-147.000	480.283
		<b>AUSGABEN</b>					
687 11-0	029	Anteil des dem Lande Österreich zustehenden Biersteueraufkommens (Artikel 12 des Vertrages vom 2.12.1890)	—	3	3	—	2
		<b>Abschluss Kapitel 1310</b>					
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		433.000	1.104.000	-671.000	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		433.000	1.104.000	-671.000	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	3	3	—	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	3	3	—	
		<b>Überschuss</b>		432.997	1.103.997	-671.000	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 211 11 und 212 11**

Errechnet aufgrund der Steuerschätzung (vgl. Kapitel 13 01).

**Zu 687 11**

Nach dem deutsch-österreichischen Vertrag vom 2. 12. 1890 über den Anschluss der österreichischen Gemeinde Mittelberg an das Zollsystem des Deutschen Reiches (RGL. 1891 S. 59) ist der Bund Vertragspartner und im Außenverhältnis zu Österreich verpflichtet, den Biersteueranteil abzuführen. Im Innenverhältnis fordert der Bund den von den Ländern vereinnahmten Biersteueranteil zurück. Gem. Beschluss der Finanzministerkonferenz vom 1. 12. 1977 trägt Bayern die Hälfte. Die zweite Hälfte entfällt auf die anderen Länder. Der niedersächsische Anteil hieran beträgt 8,57 v. H.

**Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung**  
**Kapitel 1312 Finanzausgleich zwischen Land, Gemeinden und Landkreisen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-2	062	Vermischte Einnahmen		-	-	-	-
213 81-7	910	Einnahmen aus der Finanzausgleichsumlage <i>Vgl. K-Vermerk zu 613 84.</i>		25.000	30.000	-5.000	31.612
231 11-4	062	Erstattung von Verwaltungsausgaben der Ämter für Verteidigungslasten durch den Bund		25	447	-422	390
<b>AUSGABEN</b>							
613 11-4	910	Zuweisungen für die Wahrnehmung der von den Bezirksregierungen übergebenen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	-	12.557	734	+11.823	724
633 11-5	062	Erstattung von Verwaltungsausgaben der Ämter für Verteidigungslasten bei kommunalen Gebietskörperschaften	-	50	893	-843	945
633 12-3	129	Zusatzleistungen für Systembetreuung in Schulen	-	5.000	5.000	-	4.996
633 13-1	910	Rückzahlung von Gemeinden und Landkreisen aufgrund der Steuerverbundabrechnung des Vorjahres	-	-20.595	-132.672	+112.077	-
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 81 bis 84</b>		<b>Zuweisungen an Gemeinden und Landkreise innerhalb des Steuerverbundes</b> <i>Übertragbar.</i> <i>*** Für die Berechnung und Aufteilung der Ausgleichsmasse gelten die §§ 1 bis 3 NFVG und die §§ 1, 2 und 16 NFAG.</i> <i>Dadurch sowie durch Rundungen im Vorjahr eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden.</i>	(-)	(2.296.883)	(2.495.358)	(-198.475)	(2.250.542)
613 81-5	910	Bedarfszuweisungen wegen einer außergewöhnlichen Lage <i>*** Nicht verbrauchte Ausgaben wachsen den Bedarfszuweisungen für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden.</i> <i>Rückzahlungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.</i>	-	35.350	62.000	-26.650	54.577
613 82-3	910	Zuweisungen für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	-	389.981	383.952	+6.029	380.287
613 83-1	910	Allgemeine Schlüsselzuweisungen	-	1.618.549	1.769.265	-150.716	1.562.552
613 84-0	910	Finanzausgleichsumlage <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 213 81.</i>	-	25.000	30.000	-5.000	31.612
883 81-2	910	Bedarfszuweisungen aus Anlass besonderer Aufgaben <i>*** Vgl. Vermerk zu 613 81.</i>	-	1.000	2.000	-1.000	2.366
883 83-9	910	Finanzhilfen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	-	227.003	248.141	-21.138	219.148

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 213 81**

Die Finanzausgleichsumlage wird gem. § 16 NFAG erhoben und fließt den Schlüsselzuweisungen für Gemeindeaufgaben des laufenden Haushaltsjahres zu (vgl. K-Vermerk zu 613 84).

**Zu 231 11**

Nach den Richtlinien über pauschale Zuschüsse des Bundes zu den laufenden Verwaltungsausgaben der Verteidigungslastenverwaltung vom 6. 12. 1976 und den dazu ergangenen Ergänzungsrundschreiben leistet der Bund zu den persönlichen Aufwendungen und zu den Sachausgaben jährlich für jeden Beschäftigten einen Zuschuss. Die Einnahme dient zur Teildeckung der Ausgaben bei 633 11. Ab 2005 reduziert sich der Ansatz auf eine Restzahlung, da der Bund die Verwaltung der Verteidigungslasten in die eigene Zuständigkeit übernimmt (s.a. Titel 633 11).

**Zu 613 11**

Zuweisungen an die Region Hannover, die Landkreise und die kreisfreien Städte zum Ausgleich von Mehrbelastungen für zusätzlich übernommene Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis, die im Zuge der Modernisierung der Verwaltung in Niedersachsen (Auflösung der Bezirksregierungen zum 01.01.2005) kommunalisiert worden sind.

Mehr, weil bislang lediglich Zuweisungen für die Region Hannover nach Maßgabe des § 14 Abs. 1 des Regionsgesetzes veranschlagt waren. Die bisherige Abrechnungspraxis mit der Region entfällt.

**Zu 633 11**

Den kommunalen Gebietskörperschaften werden die persönlichen und sächlichen Verwaltungskosten der Ämter für Verteidigungslasten ersetzt (§ 14 NFAG). Ab 2005 übernimmt der Bund die Verwaltung der Verteidigungslasten (s.a. Titel 231 11).

**Zu 633 12**

Nach § 5 des Nds. Finanzverteilungsgesetzes vom 12.03.1999, zuletzt geändert durch Art. 2 des Haushaltsbegleitgesetzes 2004 vom 12.12.2003 (Nds. GVBl. S. 446), zahlt das Land den Trägern öffentlicher Schulen für die Systembetreuung in Schulen jährlich 5 Mio. EUR. Der Betrag wird nach der Zahl der Schülerinnen und Schüler an den Schulen auf die Schulträger aufgeteilt.

**Zu Titelgruppe 81 bis 84**

Die Finanzausgleichsumlagen sind nach §§ 1 und 16 NFAG und § 1 NFVG ermittelt worden.

Sie errechnen sich wie folgt:

	in 1.000 EUR
Landesanteil an den Steuern	
Summe Kapitel 13 01	14 168 000
abzüglich	
GewSt-Umlage (Titel 017 11)	144 000
GewSt-Umlage (Titel 017 12)	208 000
GrEst (Titel 053 11)	389 000
Feuerschutzsteuer (Titel 059 11)	37 000
Zwischensumme	13 390 000
Zuzüglich	
Länderfinanzausgleich (Kap. 13 10 Tit. 212 11)	283 000
Bundesergänzungszuweisungen (Kap. 13 10 Tit. 211 11)	150 000
Förderabgabe (Kap. 08 10 Tit. 122 10)	385 080
Spielbankabgabe (Kap. 13 99 Tit. 093 11)	44 000
Summe Verbundeinnahmen	14 252 080
Verbundquote	15,04 %
	2 143 513
33 v. H. der Grunderwerbsteuer (Kap. 13 01 Tit. 053 11)	128 370
Zuweisungsmasse	2 271 883
Finanzausgleichsumlage	25 000
	2 296 883

**Zu 613 81 und 883 81**

Für Bedarfszuweisungen werden jetzt gem. § 2 S. 1 Nr. 1 NFAG 1,6 v.H. der Zuweisungsmasse an Stelle der bisherigen Festbeträge aufgrund der Übergangsvorschrift des § 24 NFAG, zuletzt geändert durch Art. 1 Haushaltsbegleitgesetz 2004, bereitgestellt.

**Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung**  
**Kapitel 1312 Finanzausgleich zwischen Land, Gemeinden und Landkreisen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 1312</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		25.025	30.447	-5.422	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		25.025	30.447	-5.422	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	2.065.892	2.119.172	-53.280	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	228.003	250.141	-22.138	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	2.293.895	2.369.313	-75.418	
		<b>Zuschuss</b>		2.268.870	2.338.866	-69.996	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung**  
**Kapitel 1320 Vermögensverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-8	061	Vermischte Einnahmen		50	50	—	0
121 11-0	853	Gewinne aus der Beteiligung an Unternehmen des öffentlichen Rechts		13.900	14.827	-927	17.135
121 12-8	872	Gewinne aus der Beteiligung an Unternehmen des privaten Rechts		4.215	14.415	-10.200	36.189
133 11-8	859	Erlöse aus dem Verkauf von Aktien, Geschäftsanteilen, Bezugsrechten usw. und aus der Liquidation von Unternehmen <i>*** Kosten können durch Absetzen von der Einnahme verausgabt werden. Gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist Abs. 2 der Erläuterung verbindlich.</i>		530.000	—	+530.000	302.934
161 11-1	872	Einnahmen aus der Verzinsung des Trägerkapitals des Landes bei den Öffentlichen Versicherungen Oldenburg und Braunschweig <i>Vgl. K-Vermerk zu 686 11.</i>		230	230	—	209
161 12-0	872	Einnahmen aus der nachträglichen Verzinsung des LTS-Fördervermögens <i>Vgl. K-Vermerk zu 831 18.</i>		—	800.000	-800.000	—
161 20-0	872	Zinseinnahmen aus Kassenbestandsverstärkungen an Landesbetriebe <i>*** Zinsausgaben für abgelieferte Kassenmittel können bis zur Höhe des unabweisbaren Bedarfs durch Absetzen von der Einnahme geleistet werden.</i>		—	—	—	—
161 21-9	872	Zinseinnahmen aus Kassenbestandsverstärkungen an Landesgesellschaften <i>*** Zinsausgaben für abgelieferte Kassenmittel können bis zur Höhe des unabweisbaren Bedarfs durch Absetzen von der Einnahme geleistet werden.</i>		—	—	—	1.180
161 22-7	872	Zinseinnahmen aus Kassenbestandsverstärkungen für Sondervermögen und mitverwaltetes Fremdvermögen <i>*** Zinsausgaben für abgelieferte Kassenmittel können bis zur Höhe des unabweisbaren Bedarfs durch Absetzen von der Einnahme geleistet werden.</i>		—	—	—	-1.208
162 11-8	411	Zinseinnahmen aus Hauszinssteuerhypotheken		—	1	-1	12
162 53-3	872	Zinsen aus Geldanlagen		—	—	—	8.977
182 11-9	411	Rückflüsse aus Hauszinssteuerhypotheken		12	14	-2	14
359 12-4	950	Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB für den Bereich des Epl. 08		—	125.000	-125.000	—
359 13-2	950	Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB für den Bereich des Epl. 09		6.772	6.022	+750	7.232
382 11-8	990	Bundesanteile an den Darlehen Siedlung und Landarbeiterwohnungen GemAgrG -Zinsen- <i>Vgl. K-Vermerk zu 982 13.</i>		32	33	-1	33
382 12-6	990	Wie 382 11 -Tilgungen- <i>Vgl. K-Vermerk zu 982 13.</i>		461	514	-53	524
382 13-4	990	Bundesanteile an den Darlehen einzelbetriebliche Förderung GemAgrG -Zinsen- <i>Vgl. K-Vermerk zu 982 11.</i>		1.000	1.023	-23	1.050
382 14-2	990	Wie 382 13 -Tilgungen- <i>Vgl. K-Vermerk zu 982 11.</i>		7.900	6.903	+997	8.330

---

ERLÄUTERUNGEN

---

**Zu 121 11 und 121 12:**

Die Beteiligungen des Landes Niedersachsen und die zu erwartenden Gewinne sind in der Anlage II zu diesem Kapitel sachlich geordnet und zusammengestellt.

**Zu 133 11**

Reduzierung des Stammkapitals der Hannoverschen Beteiligungsgesellschaft mbH; Veräußerung der Geschäftsanteile an der Nord/LB.

Zur Erzielung der ausgebrachten Einnahmen hat der Landtag der hierzu notwendigen Veräußerung von Landesvermögen gem. § 63 LHO zugestimmt.

**Zu 161 11**

Die Zinseinnahmen sind zur Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen des Landes aufgrund der Übertragung der Teilträgerschaften bei den Öffentlichen Versicherungen Oldenburg und Braunschweig zu verwenden (s. Titel 686 11).

**Zu 161 12**

Zinseinnahmen aufgrund der Entscheidung der EU-Kommission über die Einbringung von Fördervermögen in die Nord/LB.

**Zu 161 20**

Zinsen für den Kontenausgleich der Landesbetriebe.

**Zu 161 21**

Gemäß Vertrag vom 4. 3. 1999 zwischen dem Land Niedersachsen und der Hannoverschen Beteiligungsgesellschaft mbH wird das Girokonto der HanBG bei der NordLB in ein automatisches Verstärkungs- und Abführungsverfahren mit der Niedersächsischen Landeshauptkasse einbezogen. Zu diesem Zweck übernimmt das Land in unbegrenzter Höhe positive wie negative Salden vom Konto der HanBG auf das Konto der LHK. Der sich entsprechend ergebende Zinsbetrag wird hier vereinnahmt bzw. von der Einnahme abgesetzt.

**Zu 161 22**

Zinsen für den Kontenausgleich des Sondervermögens „Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz“.

**Zu Titel 162 11 und 182 11**

Rückflüsse aus der Abwicklung gewährter Wohnungsbaudarlehen.

**Zu 359 13**

Entnahme der bei den Landestreuhandstellen aufkommenden Zinsen und Tilgungen auf Darlehen, vgl. Gesetz über die Einbringung der Fördervermögen des Landes Niedersachsen in das haftende Eigenkapital der Norddeutschen Landesbank – Girozentrale – vom 17. Dezember 1991 (Nieders. GVBl. S. 358); hier: § 5 Nrn. 1 und 2 des Einbringungsvertrages.

**Zu 382 11 bis 382 16**

Bundesanteile an den Zinsen und Tilgungen für die im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ gewährten Darlehen.

Die Anteile werden bei 982 11 bis 982 13 verausgabt.

**Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung**  
**Kapitel 1320 Vermögensverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
			2005				
			2004				
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
382 15-0	990	Bundesanteile an den Darlehen Flurbereinigung GemAgrG -Zinsen- <i>Vgl. K-Vermerk zu 982 12.</i>		—	—	—	—
382 16-9	990	Wie 382 15 -Tilgungen- <i>Vgl. K-Vermerk zu 982 12.</i>		81	93	-12	215
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 63</b>	<b>Einnahmen im Zusammenhang mit der Finanzierung der Expo</b>			(—)	(—)	(—)	(—)
162 63-0	859	Sonstige Zinseinnahmen aus dem Inland		—	—	—	—
182 63-1	859	Sonstige Darlehensrückflüsse aus dem Inland <i>Vgl. K-Vermerk zu 892 63.</i>		—	—	—	—
331 63-7	960	Zuweisungen für Investitionen vom Bund wegen Eigenkapitalzuführung an die EXPO 2000 Hannover GmbH <i>Vgl. K-Vermerk zu 831 63.</i>		—	—	—	—
<b>TGr. 64</b>	<b>Darlehen aus dem Epl. 03</b>			(—)	(—)	(—)	(0)
162 64-9	872	Zinsen		—	—	—	—
182 64-0	872	Tilgungen		—	—	—	0
<b>TGr. 66</b>	<b>Darlehen aus dem Epl. 05</b>			(228)	(323)	(-95)	(384)
162 66-5	872	Sonstige Zinsen		18	19	-1	88
173 66-7	872	Tilgungen von Gemeinden (GV)		1	1	—	2
182 66-6	872	Sonstige Tilgungen		209	303	-94	293
233 66-0	872	Verwaltungskostenerstattung von Gemeinden (GV)		—	—	—	2
<b>TGr. 68</b>	<b>Darlehen zur Förderung des Schulbaues (einschl. Sportstätten)</b>			(314)	(583)	(-269)	(875)
153 68-2	872	Zinsen von Gemeinden (GV)		9	—	+9	—
157 68-8	872	Zinsen von Zweckverbänden		—	—	—	—
173 68-3	872	Tilgungen von Gemeinden (GV)		305	583	-278	823
177 68-9	872	Tilgungen von Zweckverbänden		—	—	—	52
182 68-2	872	Sonstige Tilgungen		—	—	—	1
<b>TGr. 69</b>	<b>Darlehen zur Studien- und Graduiertenförderung</b>			(20.150)	(21.150)	(-1.000)	(17.066)
162 69-0	872	Zinsen		150	150	—	138
182 69-0	872	Tilgungen		20.000	21.000	-1.000	16.928
<b>TGr. 71</b>	<b>Sonstige Darlehen aus dem Epl. 07</b>			(—)	(—)	(—)	(0)
162 71-1	872	Zinsen		—	—	—	—
182 71-2	872	Tilgungen		—	—	—	0
<b>TGr. 82</b>	<b>Darlehen und rückzahlbare Schuldendiensthilfen für die Wasserwirtschaftsverwaltung</b>			(190)	(5.392)	(-5.202)	(2.274)
153 82-8	872	Zinsen von Gemeinden (GV)		2	—	+2	41
157 82-3	872	Zinsen von Zweckverbänden		4	—	+4	—
162 82-7	872	Sonstige Zinsen		—	—	—	2
173 82-9	872	Tilgungen von Gemeinden (GV)		62	3.051	-2.989	1.139
177 82-4	872	Tilgungen von Zweckverbänden		112	2.337	-2.225	1.084
182 82-8	872	Sonstige Tilgungen		10	4	+6	9

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Titelgruppen 64 bis 98**

Es handelt sich um nicht zweckgebundene Zinsen und Tilgungen auf Landesdarlehen (zu einem geringen Teil auch auf sonstige Forderungen und Wertpapiere), die hier zentral vereinnahmt werden. Den Rückflüssen liegen verbindliche Zins- und Tilgungspläne zugrunde. Abweichungen gegenüber den Vorjahresansätzen ergeben sich aus jährlichen Neuberechnungen bei einer Vielzahl von Dienststellen und lassen sich nicht im Einzelnen erläutern

**Zu Titelgruppe 64**

Bei diesen Ansätzen werden nicht zweckgebundene Zinsen und Tilgungen auf Darlehen, die aus dem Epl. 03 verausgabt wurden, vereinnahmt.

**Zu Titelgruppe 66**

Bei diesen Ansätzen werden nicht zweckgebundene Zinsen und Tilgungen auf Darlehen, die aus dem Epl. 05 verausgabt wurden, vereinnahmt.

**Zu Titel 162 66 und 182 66**

Die Zinsen und Tilgungen von Darlehen für den sozialen Wohnungsbau sind bei 13 25 – Einnahmetitelgruppe 72 bis 75 veranschlagt.

**Zu Titelgruppen 68 bis 71**

Bei diesen Ansätzen werden nicht zweckgebundene Zinsen und Tilgungen auf Darlehen, die aus den Epl. 06 und 07 verausgabt wurden, vereinnahmt.

**Zu Titel 162 69 und 182 69**

Die eingehenden Darlehenstilgungen und Zinsbeträge werden vom Bundesverwaltungsamt nach einem Verteilerschlüssel pauschaliert an die Bundesländer abgeführt.

**Zu Titelgruppen 82 und 87**

Bei diesen Ansätzen werden nicht zweckgebundene Zinsen und Tilgungen auf Darlehen, die aus dem Epl. 09 verausgabt wurden, vereinnahmt.

**Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung**  
**Kapitel 1320 Vermögensverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>TGr. 87</b>		<b>Sonstige Darlehen aus dem Epl. 09</b>		(6.094)	(6.020)	(+74)	(5.964)
162 87-8	872	Sonstige Zinsen		443	461	-18	459
182 87-9	872	Sonstige Tilgungen		5.651	5.559	+92	5.505
<b>TGr. 92</b>		<b>Darlehen aus dem ehemaligen Epl. 12</b>		(3)	(2)	(+1)	(4)
162 92-4	872	Zinsen		—	—	—	0
182 92-5	872	Tilgungen		3	2	+1	4
<b>TGr. 96</b>		<b>Sonstige Darlehen, Forderungen und Wert- papiere</b>		(2.639)	(2.637)	(+2)	(2.649)
153 96-8	872	Zinsen von Gemeinden (GV)		—	—	—	0
161 96-0	872	Zinsen von öffentlichen Unternehmen		2.630	2.630	—	2.631
162 96-7	872	Sonstige Zinsen		—	—	—	0
173 96-9	872	Tilgungen von Gemeinden (GV)		—	—	—	2
181 96-1	872	Tilgungen von öffentlichen Unternehmen		—	—	—	—
182 96-8	872	Sonstige Tilgungen		9	7	+2	16
<b>TGr. 98</b>		<b>Darlehen zur Förderung von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung nach § 96 Abs. 2 AFG</b>		(602)	(1.137)	(-535)	(1.344)
153 98-4	872	Zinsen von Gemeinden (GV)		13	332	-319	65
157 98-0	872	Zinsen von Zweckverbänden		3	47	-44	10
162 98-3	872	Zinsen von Sonstigen		7	97	-90	70
173 98-5	872	Tilgungen von Gemeinden (GV)		312	209	+103	661
177 98-0	872	Tilgungen von Zweckverbänden		82	233	-151	146
182 98-4	872	Tilgungen von Sonstigen		185	219	-34	392
		<b>A U S G A B E N</b>					
537 11-1	859	Dienstleistungen Außenstehender im Zu- sammenhang mit Beteiligungen	—	15	15	—	—
538 11-8	061	Kosten für die Verwaltung von Darlehen durch Kreditinstitute	—	1	1	—	0
546 01-3	061	Vermischte Ausgaben	—	10	—	+10	—
581 11-0	920	Tilgung für sonstige Darlehen des Bundes aus dem Epl. 05	—	1	1	—	1
671 11-0	852	Erstattung an die Hannoversche Beteiligungs GmbH zum Ausgleich des Verlustsaldos von Zinsaufwand zu Dividendenerträgen	170.000 —	—	—	—	—
686 11-7	187	Vertraglich geregelte Zuschüsse an die Stif- tung NORD/LB und ÖVB sowie an die Kul- turstiftung der ÖVO <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die</i> <i>Mehr- oder Mindereinnahmen bei 161 11.</i>	—	230	230	—	206
686 12-5	165	Anspruch der Volkswagen-Stiftung auf den Dividendenegenwert <i>Übertragbar.</i>	—	31.747	39.305	-7.558	39.305
686 13-3	171	Zuschüsse an die Deutsche Windenergie- Institut GmbH	—	350	400	-50	—
686 14-1	859	Zuschüsse an das Staatsbad Norderney	—	1.000	1.000	—	—
831 18-4	853	Kapitalzuführung an die Norddeutsche Lan- desbank <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur</i> <i>Höhe der Isteinnahmen bei 161 12.</i>	—	—	800.000	-800.000	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Titelgruppe 92**

Bei diesen Ansätzen werden nicht zweckgebundene Zinsen und Tilgungen auf Darlehen, sonstige Forderungen und Wertpapiere, die aus dem ehemaligen Epl. 12 verausgabt wurden, vereinnahmt.

**Zu Titelgruppe 96**

Bei diesen Ansätzen werden nicht zweckgebundene Zinsen und Tilgungen auf Darlehen, sonstige Forderungen und Wertpapiere, die aus dem Epl. 13 verausgabt wurden, vereinnahmt.

**Zu 537 11**

Die Mittel sind für Gutachten und ähnliche Arbeiten Dritter, die im Zusammenhang mit Beteiligungen des Landes erforderlich werden, bestimmt.

**Zu 671 11**

Zur Abdeckung des Risikos aus der Refinanzierung des Kaufpreises für Aktien der Salzgitter AG und den Anteilen an der Nord/LB. Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	—	—	—	—
2006	—	—	—	—
2007	—	—	—	—
2008	—	—	—	—
2009 ff.	35.791	—	170.000	205.791
Summe	35.791	—	170.000	205.791

**Zu 686 11**

Gemäß Verträgen vom 17. 3. 1994 zwischen dem Land, dem Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverband und der Landschaftlichen Brandkasse Hannover und vom 29. 3. 1994 zwischen dem Land der NORD/LB hat sich das Land verpflichtet, die auf die Trägerkapitalanteile des Landes bei den Öffentlichen Versicherungen Oldenburg (ÖVO) bzw. Öffentlichen Versicherungen Braunschweig (ÖVB) entfallenden Zinsen der Kulturstiftung der ÖVO bzw. der Stiftung der NORD/LB und der ÖVB für Braunschweig zuzuführen.

**Zu 686 12**

Gem. Vertrag über die Regelung der Rechtsverhältnisse bei der Volkswagenwerk GmbH und über die Errichtung einer Stiftung Volkswagenwerk vom 11./12. November 1959 sowie der Stiftungsurkunde und Stiftungssatzung vom 19. Mai 1961 hat die Volkswagen-Stiftung einen Anspruch auf den Dividendengegenwert von z. Z. 30 234 600 Stück VW-Aktien.

**Zu 686 13**

Gesellschafterzuschüsse zur Deckung des Finanzbedarfs der Deutsches Windenergie-Institut GmbH (DEWI), Wilhelmshaven. Vgl. Anlage II zu diesem Kapitel.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Deutsches Windenergie-Institut GmbH, Wilhelmshaven			
Ausgaben	Soll 2005 in 1000 EUR	Soll 2004 in 1000 EUR	Ist 2003 in 1000 EUR
1. Personalausgaben	2.750	2.748	2.540
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	1.200	1.226	1.160
3. Schuldendienst	0	0	0
4. Ausgaben für Investitionen	950	961	136
<b>Zusammen:</b>	<b>4.900</b>	<b>4.935</b>	<b>3.836</b>
<b>Einnahmen</b>			
5. Eigene Einnahmen	4.550	4.535	3.335
6. Zuschüsse durch das Land	350	400	460
<b>Zusammen:</b>	<b>4.900</b>	<b>4.935</b>	<b>3.795</b>

**Zu 831 18**

Stammkapitalerhöhung zur Sicherung des erforderlichen Eigenkapitals.

**Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung**  
**Kapitel 1320 Vermögensverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
831 21-4	853	Kapitalzuführung an die Kreditanstalt für Wiederaufbau	—	—	—	—	—
831 29-0	859	Für unvorhergesehene oder sonst notwendig werdende Beteiligungen und Beteiligungskosten <i>*** Ausgaben dürfen im Einzelfall vorübergehend zur Vergabe zinsloser Darlehen geleistet werden. Darlehensrückzahlungen können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.</i>	—	150	155	-5	128
982 11-5	990	Ablieferung des Bundesanteils an den Zinsen und Tilgungen für Darlehen einzelbetriebliche Förderung GemAgrG <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 382 13 und 382 14.</i>	—	8.900	7.926	+974	9.380
982 12-3	990	Ablieferung des Bundesanteils an den Zinsen und Tilgungen für Darlehen Flurbereinigung GemAgrG <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 382 15 und 382 16.</i>	—	81	93	-12	215
982 13-1	990	Ablieferung des Bundesanteils an den Zinsen und Tilgungen für Darlehen Siedlung und Landarbeiterwohnungen GemAgrG <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 382 11 und 382 12.</i>	—	493	547	-54	557
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 63/64</b>		<b>Gründung von Gesellschaften im Zusammenhang mit der Expo</b>	(—)	(—)	(—)	(—)	(5.244)
661 63-7	859	Schuldendiensthilfen an die NFG <i>Übertragbar.</i>	—	—	—	—	10.244
682 63-4	859	Zuschüsse zur Abdeckung von Verlusten	—	—	—	—	—
831 63-0	859	Kapitalzuführung an die EXPO 2000 Hannover GmbH <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 331 63 und 1325-325 11.</i>	—	—	—	—	-5.000
831 64-8	859	Finanzierungsbeitrag Deutscher Pavillon	—	—	—	—	—
892 63-9	859	Zuschüsse für Investitionen <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 182 63.</i>	—	—	—	—	—
<b>TGr. 65/66</b>		<b>Zuschüsse an die Staatsbäder</b> <i>Übertragbar.</i> <i>*** Das MF wird ermächtigt, die Sicherungen der Pachtverpflichtungen der Niedersächsischen Bädergesellschaft mbH für den Anbau des Hauses Esplanade in Bad Nenndorf (Speise- und Mehrzweckräume) zu übernehmen.</i>	(8.000) (—)	(13.915)	(20.102)	(-6.187)	(15.550)
682 65-0	859	Zuschüsse zur Abdeckung von Verlusten aus der Betriebsführung oder für andere laufende Zwecke	—	10.735	11.521	-786	12.164
682 66-9	859	Zuschüsse für Nutzungsentgelte an den Landesliegenschaften	—	2.146	2.147	-1	2.147
891 65-9	859	Zuschüsse zu den Investitionen <i>*** Als Vorsteuer erstattete Umsatzsteuer wird durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt. Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist die Erläuterung in Abs. 1 verbindlich.</i>	8.000 —	1.034	6.434	-5.400	1.240

---

**ERLÄUTERUNGEN**


---

**Zu 831 29**

Soweit bei Beteiligungsunternehmen aus wirtschaftlichen und finanziellen Erwägungen Kapitalerhöhungen notwendig werden, kann sich das Land den Beschlüssen nicht entziehen. Mittel sollen nur bei einer Verpflichtung oder einem wichtigen Interesse des Landes in Anspruch genommen werden.

**Zu Titel 982 11 bis 982 13**

Vgl. 382 11 bis 382 16.

**Zu Titelgruppe 65/66**

Die Staatsbäder Nenndorf und Pyrmont sind Betriebe nach § 26 LHO und dienen als Heilbäder der Volksgesundheit.

Die Staatsbäder werden von jeweils einer Betriebsführungsgesellschaft vor Ort geführt. Diese Gesellschaften gehören zum Vermögen der Staatsbäder. LHO-Betriebe und Gesellschaften sind auf die Abdeckung von Verlusten angewiesen, weil die Erträge insgesamt hinter den Aufwendungen zurückbleiben. Entsprechende Mittel sind beim Titel 682 65 veranschlagt. Zuschüsse für Nutzungsentgelte an den Landesliegenschaften sind beim Titel 682 66 gesondert ausgewiesen. Bauten und andere Investitionen der Staatsbäder werden beim Titel 891 65 nachgewiesen.

Die Staatsbäder beabsichtigen, im Jahr 2005 Grundstücke im Wert von 500 000 EUR zu verkaufen. Solche Verkaufserlöse standen den Staatsbädern in der Vergangenheit für zusätzliche Investitionen zur Verfügung. Seit dem Haushaltsjahr 1999 fließen diese Einnahmen aus haushaltstechnischen Gründen direkt dem Sondervermögen Landesliegenschaftsfonds zu und werden dort bei Titel 131 12 gebucht.

Weitere Einzelheiten ergeben sich aus den Wirtschaftsplänen der Staatsbäder, die diesem Kapitel als Anlage I beigefügt sind.

**Zu 891 65**

Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 51 32 Titel 131 12, die auf Veräußerungen der Staatsbäder beruhen, erhöhen oder vermindern die Ausabeermächtigung.

**Belastung (2005)**

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	—	—	—	—
2006	—	—	5.000	5.000
2007	—	—	3.000	3.000
2008	—	—	—	—
2009 ff.	63.861	—	—	63.861
Summe	63.861	—	8.000	71.861

**Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung**  
**Kapitel 1320 Vermögensverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>TGr. 67</b>		<b>Teilkommunalisierung des Staatsbades Bad Nenndorf</b>	(11.225) (-)	(1.325)	(-)	(+1.325)	(-)
633 67-6	859	Zuweisungen an die Stadt Bad Nenndorf für laufende Zwecke	9.425 -	1.125	-	+1.125	-
883 67-2	859	Zuweisungen an die Stadt Bad Nenndorf für Investitionen	1.800 -	200	-	+200	-
<b>Abschluss Kapitel 1320</b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				578.627	866.781	-288.154	
2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zu- schüssen mit Ausnahme für Investitionen				-	-	-	
3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Inve- stitionen, besondere Finanzierungsein- nahmen				16.246	139.588	-123.342	
<b>Summe der Einnahmen</b>				594.873	1.006.369	-411.496	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Aus- gaben für den Schuldendienst			-	27	17	+10	
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			179.425 -	47.333	54.603	-7.270	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen			9.800 -	1.384	806.589	-805.205	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			-	9.474	8.566	+908	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>			189.225 -	58.218	869.775	-811.557	
<b>Überschuss</b>				536.655	136.594	+400.061	

---

**ERLÄUTERUNGEN**


---

**Zu 633 67**

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE	durch die 2004 ausgebrachte VE	durch die 2005 ausgebrachte VE	Gesamt belastung
	in 1000 EUR	in 1000 EUR	in 1000 EUR	
2005	—	—	—	—
2006	—	—	1.125	1.125
2007	—	—	950	950
2008	—	—	950	950
2009 ff.	—	—	6.400	6.400
Summe	—	—	9.425	9.425

**Zu 883 67**

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE	durch die 2004 ausgebrachte VE	durch die 2005 ausgebrachte VE	Gesamt belastung
	in 1000 EUR	in 1000 EUR	in 1000 EUR	
2005	—	—	—	—
2006	—	—	400	400
2007	—	—	600	600
2008	—	—	800	800
2009 ff.	—	—	—	—
Summe	—	—	1.800	1.800

## Zusammenstellung der Wirtschaftspläne der niedersächsischen Staatsbäder für das Jahr 2005

### I. Erfolgspläne (EUR)

	Staatsbad Nenndorf			Staatsbad Pymont		
	Ansatz 2005	Ansatz 2004	vorl. Ist 2003	Ansatz 2005	Ansatz 2004	vorl. Ist 2003
<b>A. Erträge</b>						
1. Kurtaxe - Leistung der Betriebsführerin	300.000	300.000	269.913	1.500.000	1.485.000	1.582.989
2. Erneuerung und Ersatz	—	—	—	—	—	—
3. Übernahme von Steuern	—	—	—	—	—	—
4. Erbbauzinsen	62.000	62.000	61.883	425.000	486.000	422.440
5. Pächterlöse	880.000	920.000	917.000	1.500.000	1.500.000	1.555.761
6. Erlöse aus Anlageabgängen	250.000	250.000	—	250.000	250.000	1.718
7. Erlöse aus Rohmoor	—	—	—	—	—	—
8. Auslösung von Rückstellungen	—	—	—	—	—	—
9. Sonstige Erträge	—	—	—	—	—	—
10. Gewinn aus Anlageabgängen	—	—	—	—	—	—
11. Gewinn aus Beteiligungen	—	—	—	—	—	—
Summe der Erträge:	1.492.000	1.532.000	1.248.796	3.675.000	3.721.000	3.562.908
<b>B. Aufwendungen</b>						
1. Überlassung der Kurtaxe an die Betriebsführerin zur zweckgerechten Verwendung	300.000	300.000	269.913	1500.000	1.485.000	1.582.989
2. Abschreibung auf Sachanlagen	800.000	950.000	995.000	800.000	820.000	790.000
3. Abschreibung auf Finanzanlagen	—	—	—	—	—	—
4. Absetzung für Substanzverzehr	—	—	—	—	—	—
5. Steuern v. Einkommen, Ertrag, Vermögen	56.000	62.000	63.661	92.000	56.000	91.860
6. Gebäudeversicherung	65.000	60.000	60.260	112.000	84.000	111.750
7. Instandhaltungen	350.000	400.000	281.029	500.000	500.000	563.925
8. Pachtaufwendungen	2.182.000	2.182.000	2.181.102	3.350.000	3.350.000	3.336.173
9. Verwaltungskosten	155.000	155.000	161.282	240.000	210.000	236.400
10. Sonstige Aufwendungen	200.000	200.000	210.994	480.000	470.000	484.840
11. Verlust aus Beteiligungen	2.350.000	3.800.000	3.500.000	3.470.000	2.960.000	3.223.808
Summe der Aufwendungen	6.458.000	8.109.000	7.723.241	10.544.000	9.935.000	10.421.745
<b>C. Ergebnis</b>						
Verlust	-4.966.000	-6.577.000	-6.474.445	-6.869.000	-6.214.000	-6.858.837
Verlust (-) oder Gewinn Betriebsgesellschaften	-2.350.000	-3.800.000	-3.500.000	-3.470.000	-2.960.000	-3.223.808
übriger Verlust (-) oder Gewinn des Staatsbades	-2.616.000	-2.777.000	-2.974.445	-3.399.000	-3.254.000	-3.635.029
Hinzurechnung Erlöse Grundstücksverkäufe	-250.000	-250.000	—	-250.000	-250.000	-1.718
ZS: Übriger Verlust (-) oder Gewinn der Staatsbäder	-2.866.000	-3.027.000	-2.974.445	-3.649.000	-3.504.000	-3.636.747
AfA LHO-Betrieb	800.000	950.000	995.000	800.000	820.000	790.000
Verlustausgleich (-) oder Gewinn LHO-Betriebe	-2.066.000	-2.077.000	-1.979.445	-2.849.000	-2.684.000	-2.846.747
Verlustausgleich (-) Betriebsgesellschaften	-2.350.000	-3.800.000	-3.500.000	-3.470.000	-2.960.000	-3.223.808
Mittelbedarf für die Staatsbäder	-4.416.000	-5.877.000	-5.479.445	-6.319.000	-5.644.000	-6.070.555

**Zusammenstellung der Wirtschaftspläne der niedersächsischen Staatsbäder  
für das Jahr 2005**

**I. Erfolgspläne (EUR)**

	Ansatz 2005	insgesamt Ansatz 2004	vorl. Ist 2003
<b>A. Erträge</b>			
1. Kurtaxe - Leistung der Betriebsführerin	1.800.000	1.785.000	1.852.902
2. Erneuerung und Ersatz	—	—	—
3. Übernahme von Steuern	—	—	—
4. Erbbauzinsen	487.000	548.000	484.323
5. Pachterlöse	2.380.000	2.420.000	2.472.761
6. Erlöse aus Anlageabgängen	500.000	500.000	1.718
7. Erlöse aus Rohmoor	—	—	—
8. Auslösung von Rückstellungen	—	—	—
9. Sonstige Erträge	—	—	—
10. Gewinn aus Anlageabgängen	—	—	—
11. Gewinn aus Beteiligungen	—	—	—
Summe der Erträge:	5.167.000	5.253.000	4.811.704
<b>B. Aufwendungen</b>			
1. Überlassung der Kurtaxe an die Betriebsführerin zur zweckgerechten Verwendung	1.800.000	1.785.000	1.852.902
2. Abschreibung auf Sachanlagen	1.600.000	1.770.000	1.785.000
3. Abschreibung auf Finanzanlagen	—	—	—
4. Absetzung für Substanzverzehr	—	—	—
5. Steuern v. Einkommen, Ertrag, Vermögen	148.000	118.000	155.521
6. Gebäudeversicherung	177.000	144.000	172.010
7. Instandhaltungen	850.000	900.000	844.954
8. Pacht aufwendungen	5.532.000	5.532.000	5.517.275
9. Verwaltungskosten	395.000	365.000	397.682
10. Sonstige Aufwendungen	680.000	670.000	695.834
11. Verlust aus Beteiligungen	5.820.000	6.760.000	6.723.808
Summe der Aufwendungen	17.002.000	18.044.000	18.144.986
<b>C. Ergebnis</b>			
Verlust	-11.835.000	-12.791.000	-13.333.282
Verlust (-) oder Gewinn Betriebsgesellschaften	-5.820.000	-6.760.000	-6.723.808
übriger Verlust (-) oder Gewinn des Staatsbades	-6.015.000	-6.031.000	-6.609.474
Hinzurechnung Erlöse Grundstücksverkäufe	-500.000	-500.000	-1.718
ZS: Übriger Verlust (-) oder Gewinn der Staatsbäder	-6.515.000	-6.531.000	-6.611.192
AfA LHO-Betrieb	1.600.000	1.770.000	1.785.000
Verlustausgleich (-) oder Gewinn LHO-Betriebe	-4.915.000	-4.761.000	-4.826.192
Verlustausgleich (-) Betriebsgesellschaften	-5.820.000	-6.760.000	-6.723.808
Mittelbedarf für die Staatsbäder	-10.735.000	-11.521.000	-11.550.00

**Zusammenstellung der Wirtschaftspläne der niedersächsischen Staatsbäder  
für das Jahr 2005**

**II. Finanzpläne (EUR)**

	Nenndorf Ansatz 2005	Pyrmont Ansatz 2005	isgesamt Ansatz 2005	isgesamt Ansatz 2004	insgesamt vorl. Ist 2003
<b>A. Finanzbedarf</b>					
1. Investitionen	517.000	517.000	1.034.000	6.434.000	445.401
2. Abführung an den Grundstock	250.000	250.000	500.000	500.000	1.718
3. Überlassungsentgelte	1.046.000	1.100.000	2.146.000	2.147.000	2.146.907
4. Abdeckung Verluste Betriebs-GmbH's	2.350.000	3.470.000	5.820.000	6.760.000	6.723.808
5. Übriger Verlust der Staatsbäder	2.866.000	3.649.000	6.515.000	6.531.000	6.611.192
6. + Kapitaleinzahlung / - Kapitalminderung	–	–	–	–	–
Summe des Finanzbedarfs	7.029.000	8.986.000	16.015.000	22.372.000	15.929.026
<b>B. Deckungsmittel</b>					
7. Abschreibungen auf Sachanlagen	800.000	800.000	1.600.000	1.770.000	1.785.000
8. Erlöse aus Anlagenabgängen	250.000	250.000	500.000	500.000	1.718
9. Zuschuss aus Kapitel 13 20 Titel 682 66	1.046.000	1.100.000	2.146.000	2.147.000	2.146.907
10. Zuschuss aus Kapitel 13 20 Titel 682 65 insgesamt	4.416.000	6.319.000	10.735.000	11.521.000	11.550.000
[davon Betriebsgesellschaft]	2.350.000	3.470.000	5.820.000	6.760.000	6.723.808
[davon Besitzgesellschaft (§ 26 LHO)]	2.066.000	2.849.000	4.915.000	4.761.000	4.826.192
11. Zuschuss aus Kapitel 13 20 Titel 891 65	517.000	517.000	1.034.000	6.434.000	739.629
Summe der Deckungsmittel	7.029.000	8.986.000	16.015.000	22.372.000	16.223.254

**Erläuterungen zu den Wirtschaftsplänen**

1. Die jeweilige Betriebsgesellschaft setzt die Kurtaxe nach § 18 Verwaltungskostengesetz im Auftrag des Landes fest, zieht sie ein und verwendet sie im jeweiligen Staatsbad zweckentsprechend.
2. Die Gesamtverluste der Staatsbäder sind aus den Ziffern A.4 und A.5 ersichtlich. Hierauf leistet das Land den unter B.10 genannten Zuschuss.
3. Der Zuschuss für Investitionen in das Grundvermögen der Staatsbäder ist unter Ziffer B.11 ausgewiesen.

## Verzeichnis der Beteiligungen des Landes Niedersachsen an Unternehmen

Lfd. Nr.	Bezeichnung des Unternehmens	Höhe der Beteiligung a) EUR b) v.H.	Jahresergebnis des Unternehmens (+Gewinn, -Verlust)	Voraus- sichtl. im Haushalts- jahr 2005 zufließ. Gewinn EUR	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6
<b>I.</b>	<b>Unternehmen des öffentlichen Rechts</b>				
<b>1</b>	<b>Kreditinstitute</b>				
1.1	Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt a.M.	a) 72.750.000 b) 1,94	2003 + 231.700.000		Der Gewinn wird der gesetzlichen Rücklage zugewiesen.
1.2	Norddeutsche Landesbank - Girozentrale -,Hannover	a) 150.000.000 b) 40	2003 + 22.500.000	13.989.382	Neben dem Anteil an Stammkapital hält das Land eine besondere Kapitaleinlage in Höhe von 51.129.188 EUR.
<b>II.</b>	<b>Unternehmen des privaten Rechts</b>				
<b>1</b>	<b>Hannoversche Beteiligungsgesellschaft mbH,</b>	a) 315.978.000 b) 100	2003 + 54.949.763	4.000.000	
	- Deutsche Messe AG, Hannover	a) 38.369.100 b) 49,83	2003 - 4.419.469		*) *) Dividenden fließen nicht in den Landeshaushalt, sondern werden an die HanBG ausgeschüttet.
	- Flughafen Hannover- Langenhagen GmbH, Hannover	a) 10.737.130 b) 35	2003 + 1.534.867		*)
	- Niedersächsische Gesellschaft zur Endablagerung von Sonder- abfall mbH, Hannover	a) 1.296.000 b) 36	2003 + 594.699		*)
	- Salzgitter AG, Salzgitter	a) 40.678.382 b) 25,5	2003 + 31.814.000		*)
	- Volkswagen AG, Wolfsburg	a) 148.156.716 b) 18,06	2003 + 1.118.000.000		*)
<b>2</b>	<b>Weitere Beteiligungen</b>				
2.1	Arzneimitteluntersuchungsinstitut AMI-Nord-GmbH, Bremen	a) 6.400 b) 16,67	—	—	
2.2	Clausthaler Umwelttechnik- Institut GmbH, Clausthal-Zellerfeld	a) 25.600 b) 100	2003 + 34.772	—	
2.3	Deutsche Management-Akademie Niedersachsen GmbH, Celle	a) 132.936 b) 52	—	—	
2.4	Deutsches Primatenzentrum GmbH, Göttingen	a) 12.800 b) 50	—	—	
2.5	Deutsches Windenergie-Institut GmbH, Wilhelmshaven	a) 25.600 b) 100	2003 - 483.928	—	
2.6	DSMZ - Deutsche Sammlung von Mikroorganismen und Zellkulturen GmbH, Braunschweig	a) 25.600 b) 100	—	—	
2.7	Eisenbahnen und Verkehrsbetriebe Elbe-Weser GmbH, Zeven	a) 3.362.664 b) 58	2003 + 832.880	—	
2.8	ekz bibliotheksservice GmbH, Reutlingen	a) 92.160 b) 4,23	2003 - 962.420	—	
2.9	Fachinformationszentrum Karlsruhe GmbH, Karlsruhe	a) 1.040 b) 2,17	—	—	
2.10	Fiscus GmbH, Bonn	a) 2.000 b) 6,25	—	—	

**Verzeichnis der Beteiligungen des Landes Niedersachsen an Unternehmen**

Lfd. Nr.	Bezeichnung des Unternehmens	Höhe der Beteiligung a) EUR b) v.H.	Jahresergebnis des Unternehmens (+Gewinn, -Verlust)	Voraus- sichtl. im Haushalts- jahr 2005 zufließ. Gewinn EUR	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6
2.11	Flughafengesellschaft Braunschweig mbH, Braunschweig	a) 108.200 b) 17,8	2003 + 728	—	
2.12	FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht gGmbH, Grünwald	a) 10.226 b) 6,25	2003 + 10.774	—	
2.13	Gesellschaft für Biotechnologische Forschung mbH, Braunschweig	a) 2.556 b) 10	—	—	
2.14	Gesellschaft für wissenschaftliche Datenverarbeitung mbH Göttingen, Göttingen	a) 26.000 b) 50	—	—	
2.15	Gesellschaft zur Vorbereitung und Durchführung der Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover mbH i.L., Hannover	a) 2.556.500 b) 50	2003 + 2.882.435	—	Die Gesellschaft befindet sich in Liquidation.
2.16	GKSS-Forschungszentrum GmbH Geesthacht, Hamburg	a) 256 b) 0,63	—	—	
2.17	Hochschul-Informations-System GmbH, Hannover	a) 2.050 b) 4,16	—	—	
2.18	Innovationszentrum Niedersachsen GmbH, Hannover	a) 25.000 b) 100	—	—	
2.19	Institut Frau und Gesellschaft GmbH i. L., Hannover	a) 102.258 b) 100	—	—	Die Gesellschaft befindet sich in Liquidation.
2.20	Institut für Solarenergieforschung GmbH, Emmerthal	a) 25.565 b) 100	2003 - 1.000.279	—	
2.21	IWF Wissen und Medien gGmbH, Göttingen	a) 5.113 b) 10	—	—	
2.22	Jade Weser Port Realisierungs- Beteiligungs-GmbH, Wilhelmshaven	a) 25.050 b) 50,1	—	—	
2.23	Jade Weser Port Realisierungs- GmbH & Co KG	a) 501.000 b) 50,1	—	—	
2.24	Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH, Bonn	a) 1.023 b) 2,44	—	—	
2.25	Landesberatungsgesellschaft für Integration und Beschäftigung mbH, Hannover	a) 22.497 b) 88	—	—	
2.26	Landesnahverkehrsgesellschaft mbH, Hannover	a) 127.823 b) 100	—	—	
2.27	NATI Technologieagentur Niedersach- sen GmbH i.L., Hannover	a) 61.335 b) 70,6	—	—	Die Gesellschaft befindet sich in Liquidation.
2.28	Niedersächsische Energie-Agentur GmbH i.L., Hannover	a) 95.867 b) 25	2003 - 491.581	—	Die Gesellschaft befindet sich in Liquidation.
2.29	Niedersächsische Gesellschaft für öffentliche Finanzierungen mbH i.L., Hannover	a) 54.400 b) 70,6	—	—	Die Gesellschaft befindet sich in Liquidation.
2.30	Nieders. Gesellschaft zur Endablage- rung von Sonderabfall mbH, Hannover	a) 540.000 b) 15	2003 + 594.699	—	

**Verzeichnis der Beteiligungen des Landes Niedersachsen an Unternehmen**

Lfd. Nr.	Bezeichnung des Unternehmens	Höhe der Beteiligung a) EUR b) v.H.	Jahresergebnis des Unternehmens (+Gewinn, -Verlust)	Voraussichtl. im Haushaltsjahr 2005 zufließ. Gewinn EUR	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6
2.31	Niedersächsische Landgesellschaft mbH, Hannover	a) 420.920 b) 51,88	2003 - 648.284	—	
2.32	Nieders. Sonderabfalldeponie Hoheneggelsen GmbH, Hoheneggelsen	a) 1.534.000 b) 100	2003 + 442.995	—	
2.33	Niedersächsische Staatstheater Hannover GmbH, Hannover	a) 26.076 b) 100	—	—	
2.34	Niedersächsisches Staatsbad Nenndorf Betriebsgesellschaft mbH, Bad Nenndorf	a) 25.600 b) 100	—	—	
2.35	Niedersächsisches Staatsbad Pyrmont Betriebsgesellschaft mbH, Bad Pyrmont	a) 30.000 b) 100	—	—	
2.36	nordmedia - Die Mediengesellschaft Niedersachsen/Bremen mbH, Hannover	a) 400.000 b) 80	—	—	
2.37	Osthannoversche Eisenbahnen AG, Celle	a) 4.678.167 b) 40,24	2003 - 756.889	—	
2.38	Niedersächsische Hafengesellschaft mbH, Cuxhaven	a) 4.167.029 b) 100	—	—	
2.39	Niedersachsen Ports GmbH & Co. KG, Oldenburg	a) 1.000 b) 100	—	—	
2.40	Volkswagen AG, Wolfsburg	a) 515.686 b) 0,06	2003 + 1.118.000.000	215.000	

**Zusammenstellung**

Lfd. Nr.	Kapitel/Titel	Summe der unmittelbaren Beteiligungen (Spalte 3 Buchstabe a)	Voraussichtlich dem Haushaltsjahr 2005 zufließender Gewinn (Spalte 5)
I. 1.	13 20 - 121 11	222.750.000	13.989.382
		—	—
II. 1.	13 20 - 121 12	315.978.000	4.000.000
2.		19.777.957	215.000
		<b>335.755.957</b>	<b>4.215.000</b>

**Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung**  
**Kapitel 1321 Landesliegenschaften**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
			2005				
			2004				
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
<b>EINNAHMEN</b>							
111 01-0	061	Gebühren und tarifliche Entgelte		—	—	—	—
119 01-1	061	Vermischte Einnahmen		—	—	—	—
119 41-0	061	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	—	—
124 01-5	061	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		6.595	8.351	-1.756	3.893
124 03-1	061	Mieten und Pachten von Landesbetrieben im Einzelplan 03		908	850	+58	1
124 04-0	061	Mieten und Pachten von Landesbetrieben im Einzelplan 04		—	—	—	849
124 05-8	061	Mieten und Pachten von Landesbetrieben im Einzelplan 05		16.307	15.986	+321	16.248
124 06-6	061	Mieten und Pachten von Landesbetrieben im Einzelplan 06		109.455	112.043	-2.588	110.994
124 08-2	061	Mieten und Pachten von Landesbetrieben im Einzelplan 08		650	951	-301	971
124 09-0	061	Mieten und Pachten von Landesbetrieben im Einzelplan 09		957	800	+157	992
124 13-9	061	Mieten und Pachten von Landesbetrieben im Einzelplan 13		2.146	2.147	-1	2.147
124 15-5	061	Mieten und Pachten von Landesbetrieben im Einzelplan 15		4.775	6.654	-1.879	2.124
134 01-0	871	Kapitalrückzahlungen von Landesbetrieben zur Refinanzierung des Landesliegenschaftsfonds <i>Vgl. K-Vermerk zu 916 11.</i>		24	107	-83	48
356 11-0	950	Entnahme aus dem Landesliegenschaftsfonds (ohne Agrarstrukturfonds)		84.000	25.000	+59.000	25.000
356 12-9	950	Entnahme aus dem Landesliegenschaftsfonds - Unterabteilung Agrarstrukturfonds -		17.200	165.046	-147.846	10.593
356 13-7	950	Entnahme aus dem Landesliegenschaftsfonds im Zusammenhang mit Hafenbaumaßnahmen		—	—	—	—
381 02-6	990	Zuführung von Einzelplan 02		2.983	2.893	+90	2.956
381 03-4	990	Zuführung von Einzelplan 03		47.219	46.990	+229	46.838
381 04-2	990	Zuführung von Einzelplan 04		23.834	24.082	-248	22.928
381 05-0	990	Zuführung von Einzelplan 05		7.242	7.248	-6	7.719
381 06-9	990	Zuführung von Einzelplan 06		6.643	6.796	-153	7.227
381 07-7	990	Zuführung von Einzelplan 07		2.795	2.875	-80	2.987
381 08-5	990	Zuführung von Einzelplan 08		8.238	8.520	-282	23.861
381 09-3	990	Zuführung von Einzelplan 09		15.604	18.749	-3.145	23.836
381 10-7	990	Zuführung von Einzelplan 10		—	10.191	-10.191	44.548
381 11-5	990	Zuführung von Einzelplan 11		45.893	44.236	+1.657	42.835
381 13-1	990	Zuführung von Einzelplan 13		—	9.725	-9.725	5.308
381 14-0	990	Zuführung von Einzelplan 14		234	234	—	233
381 15-8	990	Zuführung von Einzelplan 15		2.126	4.784	-2.658	4.703
381 19-0	990	Zuführung von 04 10 - 981 10		422	422	—	422
381 22-0	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts zur Refinanzierung des Landesliegenschaftsfonds <i>Vgl. K-Vermerk zu 916 11.</i>		3.625	3.320	+305	4.601

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 124 01**

Vom Gesamtbetrag von 6.595.000 Euro entfallen auf die Bewirtschaftung der

Behördenhäuser (Titelgruppe 61/62)

	in 1000 EUR
1. Amts- und Dienstwohnungen	26
2. Mietwohnungen und Einzelräume	62
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	-
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	-
5. Andere Mieten und Pachten	52
Zusammen	140

Sonstigen Grundstücke der Finanzverwaltung (Titelgruppe 70/71) inkl. der Stiftungshochschulen

	in 1000 EUR
1. Amts- und Dienstwohnungen	-
2. Mietwohnungen und Einzelräume	236
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	6.110
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	14
5. Andere Mieten und Pachten	95
Zusammen	6.455

Die Einnahmen aus der Vermietung des Schlosses Celle sind dem Sondervermögen Landesliegenschaftsfonds (LFN) solange zur Refinanzierung zur Verfügung zu stellen, bis der kapitalisierte Kostenanteil der Renovierung an den Grundstock zurückgeführt wurde. Die Abführung ist über 981 70 abzuwickeln.

**Zu 124 03 bis 124 15**

Einnahmen aus der entgeltlichen Überlassung landeseigener Grundstücke an Landesbetriebe.

**Zu 124 04**

Die Einnahmen aus der entgeltlichen Überlassung von Liegenschaften an den Landesbetrieb IZN werden infolge der Verlagerung an das MI in 124 03 nachgewiesen.

**Zu 134 01**

Der Ankauf von Grundstücken für den Landesbetrieb NLWK (Kapitel 1555) ist aus dem Sondervermögen Landesliegenschaftsfonds Niedersachsen vorfinanziert worden.

**Zu 356 11 und 356 12**

Entnahme zur Deckung des Haushalts.

**Zu 381 02 bis 381 15**

Einnahmen aus der entgeltlichen Überlassung landeseigener Grundstücke an Landesdienststellen. Vgl. Erläuterungen zu Titel 981 .. in den jeweiligen Fachkapiteln.

**Zu 381 19**

Anteilige Kostenbeteiligung des Bundes an den Unterbringungskosten der Staatshochbauämter, die in Behördenhäusern untergebracht sind. Vgl. Erläuterung zu 04 10 – 981 10.

**Zu 381 22**

Zur Unterbringung von Landesdienststellen sind eine Reihe von Liegenschaftsankäufen über das Sondervermögen Landesliegenschaftsfonds Niedersachsen (LFN) finanziert worden, um Anmietungen des Landes zu beenden. Die dadurch wegfallenden Mieten sind dem Sondervermögen LFN solange zur Refinanzierung zur

**Noch zu 381 22**

Verfügung zu stellen, bis der kapitalisierte Kaufpreis in das Sondervermögen LFN zurückgeflossen ist.

Vgl. 0320-981 02, 0326-981 03, 0406 – 981 02, 0714-981 01, 0751-981 01, 1109-981 10, 1110-981 10, 1117-981 10, 1321-981 61, 1321-981 70

**Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung**  
**Kapitel 1321 Landesliegenschaften**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
noch 381 22-0		*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich. Summe für inzwischen weggefallene Titel				3	-3
<b>A U S G A B E N</b>							
916 11-6	950	Zuführung an den Landesliegenschaftsfonds (ohne Agrarstrukturfonds) <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 134 01 und 381 22.</i>	–	3.649	3.427	+222	4.649
981 11-2	990	Abführung an 13 21 - 381 13	–	–	9.725	-9.725	5.308
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61/62</b>		<b>Bewirtschaftung der Behördenhäuser</b>	(5.850) (–)	(14.940)	(8.199)	(+6.741)	(7.066)
427 61-1	061	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	–	12	20	-8	7
429 61-4	061	Nicht aufteilbare Personalausgaben	–	1.830	1.741	+89	1.527
453 61-2	061	Umzugskostenvergütungen	–	–	2	-2	–
459 61-0	061	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	–	2	–	+2	1
511 61-2	061	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	–	550	252	+298	159
517 61-0	061	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	–	6.483	2.528	+3.955	2.454
517 62-9	061	Reinigungskosten	–	1.524	1.418	+106	1.240
518 61-7	061	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	5.850 –	3.656	1.276	+2.380	1.201
519 61-3	061	Pflege und Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	–	339	603	-264	158
525 61-3	061	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	–	–	2	-2	0
526 61-0	061	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	–	–	–	–	–
546 61-0	061	Rückzahlung vereinnahmter Beträge nach Schluss des Haushaltsjahres	–	–	–	–	–
547 61-7	061	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	–	3	2	+1	0
681 61-5	061	Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	–	–	–	–	–
812 61-2	061	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	–	105	99	+6	63
812 62-0	061	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	–	180	–	+180	–
981 61-9	990	Abführung an 13 21 - 381 22	–	256	256	–	256
<b>TGr. 70/71</b>		<b>Bewirtschaftung der sonstigen Grundstücke der Allgemeinen Finanzverwaltung</b>	(–)	(766)	(795)	(-29)	(471)
429 70-3	061	Nicht aufteilbare Personalausgaben	–	1	32	-31	1
459 70-0	061	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	–	–	–	–	–

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 981 11**

Die Verwaltung des Sondervermögens Landesliegenschaftsfonds verwaltet alle Liegenschaften, die nicht an andere Nutzer des Landes entgeltlich überlassen werden. Eine Abführung von Nutzungsentgelten entfällt für diese Grundstücke.

**Zu Titelgruppe 61/62**

Im Zuge der Verwaltungsreform und aufgrund eines optimierten Unterbringungsmanagements werden im zunehmendem Maße Landesdienststellen in Behördenhäusern und -zentren untergebracht. Die Bewirtschaftungskosten dieser Liegenschaften werden zentral im Kapitel 1321 nachgewiesen.

**Zu 429 70**

	in 1000 EUR
1. Entschädigung für Hausverwalter Pauschalentschädigungen (Vizewirte) Lohngr. 2 MTL II 1	1
2. Löhne für vollbeschäftigte Haus- und Reinigungskräfte	-
3. Kosten für stundenweise Beschäftigte	-
Zusammen	1

**Zu 429 61**

	in 1000 EUR
1. Entschädigung für Hausverwalter	1.372
5,0 Lohngruppe 2a MTL II	
6,0 Lohngruppe 3 MTL II	
7,0 Lohngruppe 4 MTL II	
5,0 Lohngruppe 5 MTL II	
11,0 Lohngruppe 5 a MTL II	
1,0 Lohngruppe 6 MTArb	
1,0 Vergütungsgruppe VII b	
1,0 Vergütungsgruppe IX b	
2. Löhne für vollbeschäftigte Haus- und Reinigungskräfte	259
4,0 Lohngruppe 1a MTL II	
1,0 Lohngruppe 2a MTL II	
2,0 Lohngruppe 3 MTL II	
1,0 Lohngruppe 5a MTL II	
3. Kosten für stundenweise beschäftigte Arbeitskräfte im Reinigungsdienst	93
3,0 Lohngruppe 1 MTL II	
3,0 Lohngruppe 1a MTL II	
1,0 Lohngruppe 4 MTL II	
4. Kosten für Pförtner / Telefonzentrale	106
2,0 Vergütungsgruppe VII BAT	
1,0 Vergütungsgruppe VIII BAT	
Zusammen	1.830

**Zu 518 61**

Belastung (2005)

der Haus-halts-jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	—	—	—	—
2006	—	—	1.950	1.950
2007	—	—	1.950	1.950
2008	—	—	1.950	1.950
2009 ff.	—	—	—	—
Summe	—	—	5.850	5.850

**Zu 812 61**

	in 1000 EUR
Beschaffung einer neuen Telefonanlage für das Behördenhaus in Göttingen, Danziger Str. 40 zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes.	105

**Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung**  
**Kapitel 1321 Landesliegenschaften**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
511 70-1	061	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	7	14	-7	7
517 70-0	061	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	434	428	+6	304
517 71-8	061	Reinigungskosten	—	47	69	-22	21
519 70-2	061	Pflege und Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	176	116	+60	56
526 70-9	061	Sachverständige; Gerichts- oder ähnliche Kosten	—	6	31	-25	—
546 70-0	061	Rückzahlung vereinnahmter Beträge nach Schluss des Haushaltsjahres	—	—	—	—	—
547 70-6	061	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	15	25	-10	2
681 70-4	061	Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	—	—	—	—	—
812 70-1	061	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
981 70-8	990	Abführung an 13 21 - 381 22	—	80	80	—	80
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		2.578	-2.578	
		<b>Abschluss Kapitel 1321</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		141.817	147.892	-6.075	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		268.058	381.111	-113.053	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		409.875	529.003	-119.128	
		4 Personalausgaben	—	1.845	3.750	-1.905	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	5.850	13.240	7.157	+6.083	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	285	329	-44	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	3.985	13.488	-9.503	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	5.850	19.355	24.724	-5.369	
		<b>Überschuss</b>	—	390.520	504.279	-113.759	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung**  
**Kapitel 1325 Schuldenverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
121 11-8	680	Landesanteile an Beteiligungsentgelten und Exiterlösen <i>Vgl. K-Vermerk zu 870 11.</i>		—	—	—	—
281 11-5	920	Erstattung von Schuldendienstleistungen durch Sonstige		128	128	—	137
325 11-2	920	Schuldenaufnahmen zur Finanzierung der Eigenkapitalzuführung der EXPO 2000 Hannover GmbH <i>Vgl. K-Vermerk zu 1320-831 63.</i> <i>*** Die Ermächtigung, zweckgebundene Kredite nach § 3 Abs.1 S.2 HG 2001 aufzunehmen, verringert sich um die Höhe der Ist-Einnahmen bei 13 20 - 331 63.</i>		—	—	—	—
381 11-0	990	Zuführung von 15 42 - 981 95		2.860	2.860	—	—
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61 bis 65</b>		<b>Haushaltsdeckungskredite lt. Haushaltsgesetz</b>		(2.150.000)	(2.500.000)	(-350.000)	(2.844.998)
325 61-9	920	Schuldenaufnahmen auf dem sonstigen inländischen Kreditmarkt <i>*** Die Beschaffung und Bewirtschaftung aller Kredite obliegt dem MF.</i> <i>Einnahmen aus Krediten dürfen in das folgende Haushaltsjahr umgebucht werden; desgleichen dürfen bis Ende Juni des folgenden Haushaltsjahres eingehende Einnahmen aus Krediten noch zugunsten des abzuschließenden Haushaltsjahres gebucht oder umgebucht werden.</i>		8.497.900	7.823.200	+674.700	5.426.328
325 62-7	920	Planmäßige Tilgung von Krediten des inländischen Kreditmarkts <i>*** Rückzahlungen - auch aus Vorjahren - sind mit Ausnahme der Erstattungen bei 281 11 hier zu vereinnahmen.</i> <i>Mehrausgaben dürfen gem. § 18 LHO geleistet werden.</i>		-5.932.500	-5.231.100	-701.400	-4.475.623
325 63-5	920	Einnahmen aus Eigenbeständen der Anleihen des Landes Niedersachsen <i>*** Vgl. Vermerk zu 325 62.</i>		—	—	—	374.102
325 64-3	920	Vorzeitige Tilgung von Krediten des inländischen Kreditmarkts <i>*** Vgl. Vermerk zu 325 62.</i>		—	—	—	950.869
325 65-1	920	Tilgung kurzfristiger Kredite des inländischen Kreditmarkts <i>*** Vgl. Vermerk zu 325 62.</i>		—	—	—	—
326 61-5	920	Schuldenaufnahmen im Ausland <i>*** Vgl. Vermerk zu 325 61.</i> <i>Bei Kreditaufnahmen in fremder Währung ist auf die Kreditermächtigung nach § 18 Abs. 2 LHO die sich nach der Absicherung des Wechselkurses in EURO ergebende Rückzahlungsverpflichtung anzurechnen. Der Abschluss einer Wechselkursabsicherung für die Schuldendienstverpflichtung des Landes in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang mit der Kreditaufnahme dient zugleich der Vermeidung des Kursrisikos.</i>		—	—	—	600.000
326 62-3	920	Planmäßige Tilgung von Auslandsschulden <i>*** Vgl. Vermerk zu 325 62.</i>		-415.400	-92.100	-323.300	-30.678
326 64-0	920	Vorzeitige Tilgung von Auslandsschulden <i>*** Vgl. Vermerk zu 325 62.</i>		—	—	—	—

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 121 11**

Leertitel für die Bildung von Ausfallrücklagen im Zusammenhang mit Beteiligungsgarantien. Die Rücklagen können z.B. aus Anteilen des Landes an Beteiligungsentgelten oder Exiterlösen gespeist werden und so zu einer Reduzierung oder Vermeidung von (Netto-)Ausfällen des Landes aus übernommenen Garantien führen.

**Zu 281 11**

Erstattung von Schuldendienstleistungen für aufgenommene Darlehen für Neu- und Erweiterungsbauten der Berufsförderungswerke Bad Pyrmont und Bookholzberg durch die Stiftung des Landes Niedersachsen für berufliche Rehabilitation Behinderter.

**Zu 325 11**

Zweckgebundene Kreditaufnahmen nach § 3 Abs. 1 Satz 2 HG 2001.

**Zu 381 11**

Mit der Auflösung der Niedersächsischen Gesellschaft für öffentliche Finanzierungen mbH (NFG) zum 31.12.2003 wurden alle bisher in den Fachkapiteln enthaltenen Tilgungen in die Schuldenverwaltung überführt; hier: zweckgebundene Teilverwendung der Wasserentnahmegebühr zur Sicherung der Altlast Münchehagen.

**Zu 325 62**

In den Tilgungen sind auch Beträge enthalten, die aus Kreditaufnahmen der Niedersächsischen Gesellschaft für öffentliche Finanzierungen mbH sowie für die Expo 2000 Hannover GmbH resultieren.

**Zu 325 63**

Aus Gründen der Marktregulierung hält das Land Eigenbestände an seinen durch die Bundesbank kursgepflegten Anleihen. Zum Zeitpunkt der Fälligkeit dieser Anleihen vorhandene Eigenbestände sind als Einnahme zu buchen. Da sich die Höhe der Eigenbestände noch bis zwei Tage vor Fälligkeit verändern kann, wird der Titel als Leertitel dargestellt.

**Zu Titel 325 64, 325 65, 326 64 und 326 65**

Leertitel zum rechnungsmäßigen Nachweis des Vollzugs von § 18 Abs. 2 – 4 LHO.

**Zu 326 61**

Der Haushaltsvermerk legt fest, dass für etwaige Kreditaufnahmen in Fremdwährungen eine Absicherung des Wechselkurses vorzunehmen ist, um daraus für den Haushalt resultierende Risiken auszuschließen. Die sich danach ergebende Rückzahlungsverpflichtung in EUR ist auf die Kreditermächtigung anzurechnen.

**Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung**  
**Kapitel 1325 Schuldenverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
326 65-8	920	Tilgung kurzfristiger Kredite - Auslands- schulden - *** Vgl. Vermerk zu 325 62.		—	—	—	—
<b>TGr. 70/71</b>		<b>Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen</b>		(563)	(563)	(—)	(2.318)
141 70-4	872	Zinsen		307	307	—	189
141 71-2	872	Tilgungen		256	256	—	2.129
<b>TGr. 72 bis 75</b>		<b>Bundesanteile aus Darlehensrückflüssen</b>		(49.694)	(49.634)	(+60)	(87.561)
162 72-8	411	Zinsen aus Wohnungsbaudarlehen, die unter die zwischen Bund und Land abgeschlossene Verwaltungsvereinbarung vom 14.9.1990 fallen Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 72/73.		7.392	7.121	+271	7.361
162 73-6	411	Zinsen aus Aufwendungsdarlehen zur Förde- rung der Bildung von Wohnungseigentum im 2. Förderungsweg Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 72/73.		8.583	7.969	+614	7.342
162 74-4	411	Zinsen aus sonstigen Wohnungsbaudarlehen einschließlich Darlehen zur Förderung von Instandsetzungs- und Modernisierungsar- beiten an Wohngebäuden Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 72/73.		1	—	+1	—
162 75-2	872	Zinsen aus sonstigen Darlehen Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 72/73.		1	1	—	2
182 72-9	411	Tilgung aus Wohnungsbaudarlehen, die unter die zwischen Bund und Land abgeschlos- sene Verwaltungsvereinbarung vom 14.9.1990 fallen Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 72/73.		21.436	19.196	+2.240	29.089
182 73-7	411	Tilgung aus Aufwendungsdarlehen zur För- derung der Bildung von Wohnungseigentum im 2. Förderungsweg Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 72/73.		12.263	15.325	-3.062	43.732
182 74-5	411	Tilgung aus sonstigen Wohnungsbaudarle- hen einschließlich Darlehen zur Förderung von Instandsetzungs- und Modernisierungs- arbeiten an Wohngebäuden Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 72/73.		1	—	+1	4
182 75-3	872	Tilgung aus sonstigen Darlehen Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 72/73.		17	22	-5	31
<b>A U S G A B E N</b>							
546 01-1	920	Vermischte Ausgaben Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungs- fähig: 546 01, 572 11, 575 11, 575 12, 575 13, 575 14, 576 11, 592 11 und 595 11. *** Rückzahlungen - auch aus Vorjahren - sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnah- men.	—	—	—	—	0
572 11-0	920	Zinsen für zweckgebundene Darlehen der Sozialversicherungsträger sowie der Bun- desagentur für Arbeit Vgl. D-Vermerk zu 546 01. *** Vgl. Vermerk zu 546 01.	—	88	110	-22	148
575 11-9	920	Zinsen für Darlehen des sonstigen inländi- schen Kreditmarkts Vgl. D-Vermerk zu 546 01. *** Vgl. Vermerk zu 546 01.	—	2.273.248	2.278.577	-5.329	2.213.155

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Titelgruppe 70/71**

Zinsen und Tilgungen auf Forderungen aus vom Land anerkannten und abgerechneten Bürgschaftsausfällen.

**Zu Titelgruppe 72 bis 75**

Vgl. Gesetz über die Einbringung der Fördervermögen des Landes Niedersachsen in das haftende Eigenkapital der Norddeutschen Landesbank – Girozentrale – vom 17. Dezember 1991 (Nds. GVBl. S. 358); hier § 5 Nr. 2 des Einbringungsvertrages.

**Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung**  
**Kapitel 1325 Schuldenverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004		
			2004	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
575 12-7	920	Zuführung an die Unterabteilung "Zinsen für Diskontkredite" der Allgemeinen Rücklage <i>Vgl. D-Vermerk zu 546 01.</i> <i>*** Entnahmen aus der Unterabteilung "Zinsen für Diskontkredite" der Allgemeinen Rücklage sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.</i> <i>Vgl. Vermerk zu 546 01.</i>	—	18.122	18.122	—	18.122
575 13-5	920	Geldbeschaffungskosten <i>Vgl. D-Vermerk zu 546 01.</i> <i>*** Vgl. Vermerk zu 546 01.</i>	—	60.180	56.390	+3.790	-28.383
575 14-3	920	Zinsen für Kassenverstärkungskredite <i>Vgl. D-Vermerk zu 546 01.</i> <i>*** Vgl. Vermerk zu 546 01.</i> <i>Zinseinnahmen aus Geldanlagen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.</i>	—	9.030	13.880	-4.850	4.931
576 11-5	920	Zinsen für Auslandsschulden <i>Vgl. D-Vermerk zu 546 01.</i> <i>*** Vgl. Vermerk zu 546 01.</i>	—	106.540	86.000	+20.540	61.166
592 11-0	920	Tilgung für zweckgebundene Darlehen der Sozialversicherungsträger sowie der Bundesagentur für Arbeit <i>Vgl. D-Vermerk zu 546 01.</i> <i>*** Vgl. Vermerk zu 546 01.</i>	—	567	719	-152	855
595 11-0	920	Tilgung für Darlehen aus Grundstücksankäufen <i>Vgl. D-Vermerk zu 546 01.</i> <i>*** Vgl. Vermerk zu 546 01.</i>	—	45	44	+1	48
870 11-0	680	Für die Inanspruchnahme und für Aufwendungen zur Vermeidung von Verlusten aus Bürgschafts-, Gewährleistungs- u.ä. Verträgen <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 121 11.</i> <i>*** Erstattungen können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.</i>	—	40.000	25.000	+15.000	26.928
		<b>Titelgruppe(n)</b>					
<b>TGr. 72/73</b>		<b>Schuldendienstleistungen an den Bund</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 162 72, 162 73, 162 74, 162 75, 182 72, 182 73, 182 74 und 182 75.</i> <i>*** Rückzahlungen - auch aus Vorjahren - sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.</i>	(—)	(41.283)	(51.900)	(-10.617)	(77.336)
561 72-0	920	Zinsen für Wohnungsbaudarlehen des Bundes	—	15.140	15.225	-85	15.429
561 73-8	920	Zinsen für sonstige Darlehen des Bundes	—	30	34	-4	38
581 72-0	920	Tilgung für Wohnungsbaudarlehen des Bundes	—	25.830	36.382	-10.552	61.581
581 73-9	920	Tilgung für sonstige Darlehen des Bundes	—	283	259	+24	288

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 575 12**

Bis einschließlich 2006 werden rechnerische Zinsbestandteile für zwei im Jahr 1992 abgeschlossene Diskontkredite zu den fiktiven Zinstermi- nen der Unterabteilung “Zinsen für Diskontkredite” der Allgemeinen Rücklage zugeführt.

Bei Fälligkeit dieser Kredite im Jahr 2007 werden die angesammel- ten Zinsbestandteile der Rücklage entnommen und durch Absetzen von der Ausgabe bei 575 12 vereinnahmt.

**Zu 575 13**

Disagien und ähnliche Nebenkosten für Haushaltsdeckungskredi- te.

Enthalten sind u.a. auch sonstige Kosten der fundierten Kreditbe- schaffung, die im Zusammenhang mit Investorenpräsentationen entstehen.

**Zu 575 14**

Die Feinststeuerung der Liquidität erfolgt über die Aufnahme kurz- fristiger Kassenverstärkungskredite entsprechend der Ermächti- gung des § 34 a LHO bzw. die Anlage nicht benötigter Gelder am Geldmarkt.

Die aus diesen Geldanlagen resultierenden Zinseinnahmen wurden bis zum Haushaltsjahr 2003 im Kapitel 1320 bei Titel 162 53 ver- anschlagt. Da ihnen jedoch keine Vermögenswerte des Landes zugrunde liegen, wird nunmehr eine Absetzung von den Zinsaus- gaben für Kassenverstärkungskredite vorgenommen.

**Zu 595 11**

Den Ausgaben liegen nachstehende Grundstücksankäufe zugrunde:

- |  |                   |
|--|-------------------|
| 1. Flurstücke in Clausthal-Zellerfeld,<br>Andreasberger Straße | Wert: 23 700 EUR  |
| 2. Wohngrundstück in Hannover,<br>Im Moore 9                   | Wert: 76 700 EUR  |
| 3. Grundstück in Osnabrück,<br>Alte Münze 10                   | Wert: 117 600 EUR |

**Zu Titelgruppe 72/73**

Die Schuldendienstleistungen an den Bund werden aufgrund der Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über die Verzinsung und Tilgung der den Ländern gem. Art. 104 a Abs. 4 GG zur Förderung des Wohnungsbaus sowie der Modernisie- rung und Instandsetzung von Wohnungen ausgeliehenen Bundes- mittel vom 14. September 1990 gezahlt.

Die Höhe der Leistungen ist abhängig vom tatsächlichen Rückfluss- aufkommen im Vorjahr.

**Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung**  
**Kapitel 1325 Schuldenverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 1325</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		50.257	50.197	+60	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		128	128	–	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		2.152.860	2.502.860	-350.000	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		2.203.245	2.553.185	-349.940	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	–	2.509.103	2.505.742	+3.361	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	–	40.000	25.000	+15.000	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	–	2.549.103	2.530.742	+18.361	
		<b>Zuschuss</b>		345.858		+368.301	
		<b>Überschuss</b>			22.443		

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung**  
**Kapitel 1350 Versorgung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-6	018	Vermischte Einnahmen		5	5	—	14
119 11-3	018	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	—	—
119 12-1	018	Ersatzleistungen		2.000	2.000	—	2.086
231 11-8	018	Erstattung nach § 18 Abs. 2 und 3 des Reichsnährstands-Abwicklungsgesetzes		700	800	-100	707
281 11-5	018	Erstattung von anteiligen Versorgungsbezü- gen von landeseigenen Krankenhäusern		1.977	2.325	-348	2.197
281 12-3	018	Erstattung von anteiligen Versorgungsbezü- gen von den Hochschulkliniken		—	—	—	1.990
281 13-1	018	Erstattung von Versorgungsbezügen durch die Klosterkammer		419	419	—	548
281 14-0	018	Erstattung von anteiligen Versorgungsbezü- gen aus Hochschulhaushalten mit globaler Steuerung		40.244	44.211	-3.967	47.299
281 15-8	018	Versorgungszuschläge für ohne Dienstbezüge beurlaubte Landesbeamte		800	767	+33	1.014
281 16-6	018	Erstattung von anteiligen Versorgungsbezü- gen von sonstigen Landesbetrieben		7.801	4.680	+3.121	3.970
281 17-4	018	Erstattung von anteiligen Versorgungsbezü- gen durch Stiftungshochschulen		29.791	28.343	+1.448	—
281 18-2	018	Erstattung von anteiligen Versorgungsbezü- gen durch die Anstalt Niedersächsische Lan- desforsten		7.366	—	+7.366	—
381 03-9	990	Zuführung von Einzelplan 03		3.928	4.516	-588	6.289
381 04-7	990	Zuführung von Einzelplan 04		1.892	1.892	—	2.200
381 05-5	990	Zuführung von Einzelplan 05		220	240	-20	224
381 06-3	990	Zuführung von Einzelplan 06		287	26	+261	13
381 07-1	990	Zuführung von Einzelplan 07		—	—	—	53
381 08-0	990	Zuführung von Einzelplan 08		—	—	—	—
381 10-1	990	Zuführung von Einzelplan 10		—	291	-291	275
381 15-2	990	Zuführung von Einzelplan 15		818	831	-13	1.117
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61</b>		<b>Erstattung anteiliger Versorgungsbezüge</b> <i>*** An Erstattungspflichtige zurückzuzahlende Erstattungen - auch aus Vorjahren - sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.</i>		(36.366)	(55.098)	(-18.732)	(38.352)
231 61-4	018	Vom Bund		35.000	53.686	-18.686	36.884
232 61-0	018	Von Ländern		767	767	—	844
233 61-7	018	Von Gemeinden (GV) und Landkreisen		70	77	-7	68
236 61-6	018	Von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit		102	102	—	111
237 61-2	018	Von Zweckverbänden		77	77	—	81
281 61-1	018	Von Stellen außerhalb der Landesverwal- tung		350	389	-39	364

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Kapitel 1350**

**Übersicht über die Zahl der Versorgungsempfänger der Landesregierung**

	Stand 31.12.2003	Im Haushaltsplan für 2005 angesetzt	Voraussichtlich 2006	Voraussichtlich 2007
Ruhegehaltsempfänger	30	30	30	30
Witwen und Waisen	13	13	13	13
Zusammen	43	43	43	43
<b>der Verwaltung</b>				
Ruhegehaltsempfänger (einschl. Beamte im einstweiligen Ruhestand und Empfänger von Unterhaltsbeiträgen für Richter und Beamte)	10 809	11 559	11 923	12 231
Witwen und Waisen (einschl. Empfänger von Unterhaltsbeiträgen für Hinterbliebene)	7 284	7 381	7 438	7 503
Ruhelöhne für ehemalige Straßenwärter und Hinterbliebenenbezüge	32	30	28	25
Reichsnährstand	20	20	10	10
Laufende Unterstützungen	1	1	1	1
Sonstige Versorgungsleistungen (Titel 439 13)	6	6	6	6
Zusammen	18 152	18 997	19 406	19 776
<b>der Polizei einschl. Beamte der Justizverwaltung im Vollzugsdienst</b>				
Ruhegehaltsempfänger (einschl. Empfänger von Unterhaltsbeiträgen für Beamte)	7 195	7 570	7 745	7 968
Witwen und Waisen (einschl. Empfänger von Unterhaltsbeiträgen für Hinterbliebene)	4 302	4 271	4 257	4 255
Zusammen	11 497	11 841	12 002	12 223
<b>der allgemein- und berufsbildenden Schulen</b>				
Ruhegehaltsempfänger (einschl. Empfänger von Unterhaltsbeiträgen für Beamte)	23 905	26 972	28 684	30 361
Witwen und Waisen (einschl. Empfänger von Unterhaltsbeiträgen für Hinterbliebene)	8 135	8 604	8 845	9 105
Zusammen	32 040	35 576	37 529	39 466
Insgesamt	61 689	66 414	68 937	71 465

**Zu 119 12**

Erstattungen von haftenden Versicherungsunternehmen.

**Zu 231 11**

Vgl. zu 439 12.

**Zu 281 11**

Bei den Landeskrankenhäusern handelt es sich um Wirtschaftsbetriebe. Träger der Versorgungslast für die dort beschäftigten Beamten bleibt das Land. Diese Betriebe führen daher Versorgungsanteile in Höhe von 35 v. H. der Dienstbezüge der Beamten an das Land ab.

**Zu 281 12**

Seit 2004 veranschlagt bei 281 14.

**Zu 281 13**

Erstattung von Versorgungsbezügen der Beamten der Klosterkammer Hannover und deren Hinterbliebenen sowie der Beihilfe nach den Beihilfavorschriften durch den Allgemeinen Hannoverschen Klosterfonds.

**Zu 281 14**

Die nachfolgend genannten Einrichtungen werden als Wirtschaftsbetriebe geführt. Sie erstatten Versorgungsanteile in Höhe von 30 v. H. der Dienstbezüge für die dort beschäftigten Beamten.



ERLÄUTERUNGEN

**Noch zu 281 14**

	in 1000 EUR
1. Universität Oldenburg (06 13)	2.986
2. Universität Osnabrück (06 14)	3.547
3. TU Braunschweig (06 15)	3.911
4. TU Clausthal (06 16)	1.257
5. Universität Hannover (06 17)	6.597
6. Hochschule Vechta (06 18)	426
7. Med. Hochschule Hannover (06 19)	1.333
8. HBK Braunschweig (06 22)	1.056
9. HTM Hannover (06 23)	1.649
10. FH Hildesheim / Holzminden / Göttingen (06 34)	2.756
11. Nordostniedersachsen ( 06 36)	2.273
12. FH Braunschweig / Wolfenbüttel (06 37)	3.018
13. FH Hannover (06 38)	3.694
14. FH Oldenburg / Ostfriesland / Wilhelmshaven	5.741
Zusammen	40.244

**Zu 281 15**

Die im Beamtenverhältnis zurückgelegte Zeit einer Beurlaubung ohne Dienstbezüge ist nach § 6 BeamtVG dem Grunde nach nicht ruhegehaltfähig. Die Ruhegehaltfähigkeit kann aber, wenn der Urlaub öffentlichen Belangen oder dienstlichen Interessen dient, durch die Zahlung eines Versorgungszuschlages erreicht werden.

**Zu 281 16**

	in 1000 EUR
1. Informatikzentrum Niedersachsen (03 16)	951
2. Landesvermessungs- und Geobasisinformation Niedersachsen (03 17)	1.009
3. Logistikzentrum Niedersachsen (03 20)	46
4. Technische Informationsbibliothek (06 51)	347
5. Staatstheater Braunschweig (06 60)	12
6. Mess- und Eichwesen Niedersachsen (08 11)	966
7. Materialprüfanstalt (08 13)	264
8. Nds. Landesbetrieb für Wasserwirtschaft und Küstenschutz (15 55)	4.206
Zusammen	7.801

**Zu 281 17**

Die nachfolgend genannten Stiftungen als Träger niedersächsischer Hochschulen erstatten Versorgungsanteile in Höhe von 30 v.H. der Dienstbezüge für die dort beschäftigten Beamten

	in 1000 EUR
1. Stiftung Universität Göttingen (06 10)	15.016
2. Bereich Humanmedizin der Stiftung Universität Göttingen (06 12)	4.612
3. Stiftung Tierärztliche Hochschule Hannover (06 21)	2.503
4. Stiftung Universität Hildesheim (06 29)	1.897
5. Stiftung Universität Lüneburg (06 30)	2.299
6. Stiftung Fachhochschule Osnabrück (06 33)	3.464
Zusammen	29.791

**Zu Titel 381 03 bis 381 15**

Werden Beamte bei gebührenpflichtigen Amtshandlungen tätig, oder für die Wahrnehmung von Aufgaben Dritter im Wege der Organleihe oder auf vertraglicher Grundlage eingesetzt, so ist bei der Berechnung der Gebühr bzw. der Kostenerstattung ein Versorgungszuschlag in Höhe von 30 v. H. der Dienstbezüge einzubeziehen. Dieser ist als haushaltstechnische Verrechnung an das Kapitel 13 50 abzuführen, in dem für jeden in Frage kommenden Einzelplan ein Titel der Gruppe 381 – ergänzt um die Einzelplanbezeichnung (z.B. 381 03 für den Einzelplan 03, 381 04 für den Einzelplan

**Noch zu Titel 381 03 bis 381 15**

04,) – eingerichtet ist. Entsprechendes gilt, wenn Aufgaben des Landes von Dritten oder durch sonstige zweckgebundene Mittel finanziert werden, sofern gesetzliche Regelungen nicht entgegenstehen. Auf den Rechtsgrund der Zweckbindung kommt es dabei nicht an.

**Zu Titelgruppe 61**

Erstattung von anteiligen Versorgungsbezügen nach §§ 42, 71 e Abs. 3 Satz 2, 78 a G 131, nach dem BWGöD, von Ruhelöhnen und Hinterbliebenenbezügen für ehemalige Straßenwärter, sowie nach § 107 b BeamtVG.

**Zu 281 61**

	in 1000 EUR
1. Versorgungsverband Deutscher Wirtschaftsorganisationen für die am 1. 4. 1952 vorhanden gewesenen Versorgungsempfänger der braunschweigischen kaufmännischen Schulen	20
2. Stiftung des Landes Niedersachsen für berufliche Rehabilitation Behinderter	50
3. Institut für Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben	190
4. Sonstige	90
Zusammen	350

**Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung**  
**Kapitel 1350 Versorgung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004		
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
<b>AUSGABEN</b>							
431 11-7	018	Versorgungsbezüge der Ministerpräsidentin, des Ministerpräsidenten, der Ministerinnen, Minister und deren Hinterbliebenen <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 431 11, 432 11, 432 12, 432 20, 432 21, 432 22, 432 23, 432 24, 434 11, 436 11, 436 12, 439 12, 439 13, 439 14, 439 15 und 461 11.</i>	–	2.400	2.400	–	2.228
432 11-3	018	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen, Richter und deren Hinterbliebenen in sonstigen Bereichen <i>Vgl. D-Vermerk zu 431 11.</i>	–	240.382	1.834.215	-1.593.833	1.775.192
432 12-1	018	Ausgleich nach § 48 BeamtVG <i>Vgl. D-Vermerk zu 431 11.</i>	–	1.800	1.800	–	1.677
432 20-2	048	- wie 432 11 - Bereich öffentliche Sicherheit und Ordnung <i>Vgl. D-Vermerk zu 431 11.</i>	–	277.365	–	+277.365	–
432 21-0	058	- wie 432 11 - Bereich Rechtsschutz <i>Vgl. D-Vermerk zu 431 11.</i>	–	110.946	–	+110.946	–
432 22-9	068	- wie 432 11 - Bereich Finanzverwaltung <i>Vgl. D-Vermerk zu 431 11.</i>	–	110.946	–	+110.946	–
432 23-7	118	- wie 432 11 - Bereich Schulen <i>Vgl. D-Vermerk zu 431 11.</i>	–	1.017.003	–	+1.017.003	–
432 24-5	138	- wie 432 11 - Bereich Hochschulen <i>Vgl. D-Vermerk zu 431 11.</i>	–	92.455	–	+92.455	–
434 11-6	018	Zuführungen an die Landesversorgungsrücklage - Versorgung - <i>Vgl. D-Vermerk zu 431 11.</i>	–	21.253	19.306	+1.947	14.173
436 11-9	018	Ruhelöhne für ehemalige Straßenwärter und Hinterbliebenenbezüge <i>Vgl. D-Vermerk zu 431 11.</i>	–	77	77	–	83
436 12-7	018	Ruhelöhne für ehemalige hamburgische Staatsarbeiter und Hinterbliebenenbezüge <i>Vgl. D-Vermerk zu 431 11.</i>	–	4	4	–	4
439 11-8	018	Kosten der Nachversicherung (§ 72 G 131, § 99 AKG und § 9 Abs. 4 AVG)	–	500	716	-216	502
439 12-6	018	Aufwendungen des Landes nach § 18 Abs. 1 Satz 2 des Reichsnährstandsabwicklungsgesetzes <i>Vgl. D-Vermerk zu 431 11.</i> <i>*** Erstattungen nach § 42 Abs. 2 G 131 - auch aus Vorjahren - sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.</i>	–	700	900	-200	745
439 13-4	018	Sonstige Versorgungsaufwendungen <i>Vgl. D-Vermerk zu 431 11.</i> <i>*** Leistungen aus Gründen der Billigkeit dürfen nur mit Einwilligung des MF gewährt werden.</i>	–	180	205	-25	189
439 14-2	018	Übergangsversorgung für Justizvollzugsangestellte (Nr. 6 Abs. 1 SR 2 n zum BAT) <i>Vgl. D-Vermerk zu 431 11.</i>	–	255	205	+50	36
439 15-0	138	Bezüge der emeritierten Professoren der Stiftungshochschulen <i>Vgl. D-Vermerk zu 431 11.</i>	–	13.900	13.900	–	–
441 11-2	018	Pflegebeihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	–	726	730	-4	666

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 431 11**

Rechtsgrundlage: Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Landesregierung i. d. F. vom 3. 4. 1979 (Nds. GVBl. S. 106).

**Zu 432 12**

Nach der voraussichtlichen Zahl der in den Ruhestand tretenden Polizeivollzugsbeamten und Beamten des Justizvollzugsdienstes im Aufsichts- und Werkdienst.

**Zu 434 11**

Vgl. Anlage zu Kapitel 13 02 - Wirtschaftsplan und Bestandsdarstellung des Sondervermögens Landesversorgungsrücklage.

**Zu 436 12**

Rechtsgrundlage: Art. 1 § 1 Ziff 2 und 6 der Dritten Durchführungsverordnung zum Gesetz über Groß-Hamburg und andere Gebietsbereinigungen vom 13. 3. 1937 (RGBl. S. 303).

**Zu 439 12**

Nach § 2 der 30. DVO z. G 131 vom 20. 3. 1964 (BGBl. I S. 221) hat das Land Niedersachsen für die in § 18 Abs. 1 Satz 2 des Reichsnährstands-Abwicklungsgesetzes vom 23. 2. 1961 (BGBl. I S. 119) bezeichneten Personen, die im Landesbereich ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben, die dort aufgeführten Zahlungsverpflichtungen aus dem G 131 zu erfüllen. Soweit dadurch die sich aus § 18 Abs. 2 und 3 Satz 2 des Reichsnährstands-Abwicklungsgesetzes ergebende endgültige Zahlungsverpflichtung überschritten wird, erhält das Land nach § 3 der 30. DVO z. G 131 den Mehrbetrag nach Ablauf eines jeden Hj. erstattet (vgl. 231 11).

**Zu 439 13**

	in 1000 Euro
1. Ruhegeldanteile für ehem. Bedienstete des Staatstheaters Oldenburg	100
2. Zwischenumlage an den Versorgungsverband Deutscher Wirtschaftsorganisationen für Weiterführung der Versorgungsempfänger der braunschweigischen kaufmännischen Schulen	20
3. Zuwendungen aus Gründen der Billigkeit	
4. Sonstige Aufwendungen	—
	60
Zusammen	180

**Zu 439 14**

Nach Nr. 7 der Sonderregelung Nr. 2 n zum BAT treten Angestellte im Justizvollzugsdienst, die im Aufsichts-, Werk- oder Sanitätsdienst tätig sind, mit Vollendung des 60. Lebensjahres ohne Kündigung in den Ruhestand. Sie erhalten dafür bis zum Beginn der Versorgungsrente der VBL, längstens jedoch bis zum Ablauf des Monats, in dem sie das 65. Lebensjahr vollenden, eine Übergangsversorgung aus Landesmitteln.

Der Ansatz ist nach der Zahl der voraussichtlich ausscheidenden Kräfte errechnet.

**Zu 441 11**

Nach Einführung der Pflegeversicherung ist es für bundeseinheitliche Auswertung erforderlich, Pflegebeihilfen für Versorgungsempfängerinnen, Versorgungsempfänger und Hinterbliebene gesondert nachzuweisen.

**Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung**  
**Kapitel 1350 Versorgung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004		
			2004				
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
443 01-8	018	Fürsorgeleistungen	—	800	767	+33	882
443 02-6	018	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	2	2	—	1
443 11-5	018	Einmalige Unfallentschädigung nach § 43 BeamtVG	—	77	77	—	—
446 01-7	018	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften	—	253.617	261.897	-8.280	246.905
446 11-4	018	Zur Deckung des Mehrbedarfs an Beihilfen	—	-6.000	—	-6.000	—
461 11-3	981	Zur Deckung des Mehrbedarfs an Versorgungsausgaben <i>Vgl. D-Vermerk zu 431 11.</i>	—	14.300	12.242	+2.058	—
526 01-0	018	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 526 01 und 546 11.</i>	—	4	4	—	2
546 11-9	018	Rückzahlung vereinnahmter Beträge nach Schluss des Haushaltsjahres <i>Vgl. D-Vermerk zu 526 01.</i>	—	10	10	—	—
633 11-9	018	Erst. von Versorgungsbezügen für Beamte von komm. Gesundheits- u. Veterinärämtern sowie für frühere kommunale Polizeivollzugsbeamte <i>*** Von Erstattungsempfängern zurückzuzahlende Erstattungen - auch aus Vorjahren - sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.</i>	—	716	716	—	740
636 11-8	018	Erst. v. Ersatzzusatzrenten an d. LVA sowie Erst. an die Versorgungsanst. d. Bundes und d. Länder f. d. Zahlung v. Rentenzuschüssen <i>*** Vgl. Vermerk zu 633 11.</i>	—	1	1	—	1
637 11-4	018	Sonstige Erstattungen an Zweckverbände <i>*** Vgl. Vermerk zu 633 11.</i>	—	80	128	-48	66
671 11-8	018	Erstattung von Versorgungslasten der Klosterkammer gemäß Vereinbarung <i>*** Vgl. Vermerk zu 633 11.</i>	—	29	29	—	39
671 12-6	018	Erstattung v. Versorgungslasten an Sonstige <i>*** Vgl. Vermerk zu 633 11.</i>	—	1.200	1.687	-487	1.130
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 65</b>		<b>Erstattung anteiliger Versorgungsbezüge</b>	(—)	(8.152)	(5.708)	(+2.444)	(7.466)
631 65-5	018	An den Bund	—	3.068	3.068	—	2.076
632 65-1	018	An Länder	—	5.000	2.556	+2.444	5.329
633 65-8	018	An Gemeinden (GV)	—	51	51	—	30
636 65-7	018	An Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit	—	8	8	—	8
637 65-3	018	An Zweckverbände	—	25	25	—	23

## ERLÄUTERUNGEN

**Zu 443 11**

Ein Beamter, der einen Dienstunfall der in § 37 BeamtVG bezeichneten Art erleidet, erhält gemäß § 43 BeamtVG neben einer beamtenrechtlichen Versorgung bei Beendigung des Dienstverhältnisses eine einmalige Entschädigung von 76 700 EUR, wenn er infolge des Unfalls in seiner Erwerbsfähigkeit zu diesem Zeitpunkt um wenigstens 80 v. H. beeinträchtigt ist. Im Todesfall steht dem in § 43 Abs. 2 BeamtVG genannten Personenkreis ein Anspruch auf Entschädigung zu.

**Zu 461 11**

Zentrale Veranschlagung der durch die Inanspruchnahme des § 109 NBG entstehenden Mehrausgaben für Versorgung.

**Zu 526 01**

Kosten für Zusatz- und Facharztgutachten, die bei ärztlichen (Nach-)Untersuchungen von (dienstunfallverletzten) Versorgungsempfängern entstehen.

**Zu 633 11**

1. Nach § 55 Abs. 2 des Niedersächsischen Finanzausgleichsgesetzes vom 20. 5. 1954 i. d. F. vom 23. 4. 1957 (Sammelband I des bereinigten niedersächsischen Rechts S. 513) hat das Land die Versorgungsbezüge der Beamten zu tragen, die zum Zeitpunkt der Kommunalisierung der Gesundheits- und Veterinärämter (1. 1. 1978) das 60. Lebensjahr bereits vollendet hatten.
2. Rechtsgrundlage: § 110 Abs. 1 Nds. Gefahrenabwehrgesetz i. d. F. vom 13. 4. 1994 (Nds. GVBl. S. 172).

**Zu 636 11**

1. Rechtsgrundlage: § 8 des Abkommens über die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung für Angestellte oder angestelltenversicherungspflichtige Arbeitnehmer bei der fr. Reichsverwaltung und der fr. Preuß. Staatsverwaltung vom 9. 10./19. 10. 1928 i. d. F. vom 23. 2./21. 3. 1932 (RBB1. S. 45 / Pr.BBl. S. 81).

Für Angestellte, die ohne Zusatzrente (mit Überversicherung) aus dem preuß. Staatsdienst ausgeschieden sind. Die Ersatzzusatzrenten werden durch die Landesversicherungsanstalten gezahlt und vom Land erstattet.

2. Erstattung des Mehraufwandes an die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder gemäß Ziffer 4 der Durchführungsbestimmungen des fr. RFM vom 10. 12. 1943 (RBB1. S. 215) und des fr. Pr.FM vom 10. 12. 1943 (FMBl. S. 221).

Es handelt sich um Rentenempfänger, die im Zeitpunkt der Überführung aus der Überversicherung in die Zusatzversicherung (1. 1. 1944) und beim Eintritt des Versicherungsfalles bei solchen ehemaligen Reichs- und Landesbehörden und -dienststellen beschäftigt waren, die im Zuge der staatlichen Umorganisation niedersächsische Landesbehörden bzw. -dienststellen geworden sind. Die Erstattung erfolgt aufgrund der Zusage vom 13. 5. 1950.

**Zu 637 11**

Durch das Gesetz zur Vereinheitlichung der Landessozialverwaltung in Niedersachsen vom 20. 2. 1974 (Nieders. GVBl. S. 110) sind die Aufgaben des Landessozialhilfverbandes Oldenburg als überörtlicher Träger der Sozialhilfe und der Kriegsopferversorge auf das Land übergegangen. Nach § 6 Abs. 2 des Gesetzes hat das Land die Versorgungsbezüge der bei Inkrafttreten des Gesetzes vorhandenen Versorgungsempfänger des Landessozialhilfverbandes, die bei Eintritt des Versorgungsfalles als Beamte in der Zentralverwaltung des Verbandes, bei dem Landeskrankenhaus Wehnen oder bei der Gehörlosenschule Wildeshausen beschäftigt waren oder Hinterbliebene dieser Personen sind, zu erstatten.

**Zu 671 11**

Nach Abschn. III der Vereinbarung zwischen dem Land Niedersachsen und dem Allgemeinen Hannoverschen Klosterfonds vom 30. 8./18. 9. 1963 übernimmt das Land bestimmte Versorgungslasten. Es trägt außerdem die Versorgungslasten der Präsidenten der Klosterkammer anteilig im Verhältnis der Dienstzeiten, die diese bei der Klosterkammer einerseits und bei anderen nieders. Landesbehörden abgeleistet haben.

**Zu 671 12**

Erstattung von Versorgungslasten an die Landwirtschaftskammern gemäß § 4 des Gesetzes zur Übernahme der von den Landwirtschaftskammern getragenen öffentlichen Schulen vom 11. 12. 1975 (Nds. GVBl. S. 429).

**Zu Titelgruppe 65**

1. Nach der Dritten Novelle zum G 131 traten alle unterwertig wiederverwendeten Beamten, die nicht endgültig zu übernehmen waren, mit Ablauf des 30. 9. 1961 in den Ruhestand. Das Land hat sich ab 1. 10. 1961 an der Versorgungslast zu beteiligen.
2. Erstattung von Versorgungsbezügen nach §§ 107 b, 107 c BeamtVG.

**Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung**  
**Kapitel 1350 Versorgung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 1350</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		2.005	2.005	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		125.464	136.643	-11.179	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		7.145	7.796	-651	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		134.614	146.444	-11.830	
		4 Personalausgaben	—	2.153.688	2.149.443	+4.245	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	14	14	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	10.178	8.269	+1.909	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	2.163.880	2.157.726	+6.154	
		<b>Zuschuss</b>		2.029.266	2.011.282	+17.984	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung**  
**Kapitel 1399 Sonstige Einnahmen und Ausgaben**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
093 11-8	910	Spielbankabgabe *** Vgl. Vermerk zu 633 11. Von dem Landesanteil an der Einnahme sind 5 936 000 Euro dem Titel 093 13 zuzuführen.		44.000	61.915	-17.915	59.488
093 13-4	910	Aufwendungen für die Spielbanküberwa- chung Vgl. K-Vermerk zu 981 11. *** Vgl. Vermerk zu 093 11 und 633 11.		–	–	–	5.079
093 14-2	910	Zusatz- und weitere Abgabe		27.500	46.585	-19.085	17.473
111 01-9	062	Gebühren und tarifliche Entgelte Vgl. K-Vermerk zu 671 11. *** Durch Absetzen von der Einnahme dürfen verausgabt werden a) Anteile des Bundes, b) Kosten für Prüfungen nach den Bürgschafts- richtlinien.		3.068	3.068	–	3.327
119 11-7	910	Zahlungen des Bundesamtes für Finanzen zur Abwicklung der Arbeitsentgelte aus ge- ringfügigen Beschäftigungsverhältnissen *** Durch Absetzen von der Einnahme dürfen verausgabt werden a) der auf den Gemeindeanteil und b) der auf die Kirchensteuer entfallende Anteil.		16.000	–	+16.000	–
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 63</b>		<b>Erstattungen für sonstigen Sachaufwand für Personal</b>		(3.427)	(2.927)	(+500)	(2.215)
231 63-4	062	Erstattung von Unfallversicherungsleistun- gen vom Bund		627	644	-17	644
281 63-1	223	Erstattungen von Ausgaben für die gesetzl. Unfallversicherung des Landes Niedersach- sen durch Landesbetriebe		2.799	2.282	+517	1.571
381 63-6	990	Zuführung von 05 12 - 981 11 für die gesetz- liche Unfallversicherung des Landes Nieder- sachsen		1	1	–	0
<b>AUSGABEN</b>							
542 01-0	960	Ausgleichsabgabe nach § 77 Sozialgesetz- buch - Neuntes Buch - (SGB IX)	–	2.000	3.910	-1.910	1.483
546 01-5	960	Vermischte Ausgaben	–	–	–	–	40
546 11-2	960	Durchführung der Unfallversicherung für Angestellte und Arbeiter des Landes	–	11.362	11.085	+277	11.814
633 11-2	910	Anteil der Spielbankgemeinden an den Bruttospielerträgen der Spielbanken *** Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe von 12,5 v. H. des Aufkommens bei 093 11 und 093 13, höchstens jedoch jährlich bis zu einem zum 01.02. jeden Jahres vom zuständi- gen Fachministerium festzusetzenden Betrages (für 2004: 13,92 Euro) je Einwohner der Spiel- bankgemeinde.	–	–	4.670	-4.670	9.217
671 11-1	062	Erstattung der Kosten des Landeskreditaus- schusses Die Ausgabe darf überschritten werden bis zu 90 v.H. der Mehreinnahmen bei 111 01.	–	2.505	2.505	–	2.454
671 12-0	062	Erstattung des Landesanteils an den Kosten der Geschäftsstelle der Tarifgemeinschaft deutscher Länder	–	71	64	+7	62

## ERLÄUTERUNGEN

**Zu 093 11**

Gemäß § 4 Abs. 1 des Niedersächsischen Spielbankgesetzes – NSpielbG – vom 16.12.2004 (Nds. GVBl. S. 605) unterliegt der Betrieb einer Spielbank der Spielbankabgabe.

Diese beträgt mit Beginn des Haushaltsjahres 2005 einheitlich 50 v. H. des Bruttospielertrages.

Bei der erstmaligen Inbetriebnahme einer Spielbank ermäßigt sich die Spielbankabgabe für diese Spielbank im Jahr der Eröffnung und in den folgenden vier Geschäftsjahren auf 40 v. H.

**Zu 093 13**

Von dem Landesanteil an der Einnahme bei 093 11 werden vom MF 5 652 000 EUR am Jahreschluss nach 093 13 umgebucht.

**Zu 093 14**

Sobald der Bruttospielertrag der einzelnen Spielbank im Kalenderjahr eine Million Euro übersteigt ist neben der Spielbankabgabe eine Zusatzabgabe in Höhe von 20 v. H. des Bruttospielertrages zu erheben (§ 4 Abs. 2 NSpielbG).

Darüber hinaus hat der Inhaber der Spielbankzulassungen eine sich am handelsrechtlichen Gewinn orientierende weitere Abgabe zu entrichten (§ 5 NSpielbG).

**Zu 111 01**

Entgelte für Landesbürgschaften und Landeskredite.

Nach der Neuregelung des Geschäftsbesorgungsverhältnisses erhält die PwC Deutsche Revision zur Deckung ihrer Aufwendungen von diesen Entgelten einschließlich etwaiger Entgeltermäßigungen einen variablen Anteil von max. 90 v. H., dessen Höhe u. a. von der Gesamthöhe der Entgelte abhängt.

Veranschlagt ist ein Anteil von 75 v. H. Der Anteil der PwC Deutsche Revision ist bei 671 11 ausgewiesen.

Für die Bürgschaften im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" beansprucht der Bund aufgrund seiner 50%-igen Garantie 20 % der Verwaltungsentgelte. Die PwC Deutsche Revision führt den Bundesanteil an den Verwaltungsentgelten unmittelbar aus den bei ihr eingehenden Entgelten ab.

**Zu 119 11**

Nach § 40 a Abs. 2 Einkommensteuergesetz (§ 5 Abs.1 Nr. 20 Finanzverwaltungsgesetz i.d.F. des Zweiten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 23.12.2002, BGBl I S. 4621) ist auf Arbeitsentgelte für geringfügige Beschäftigung eine Pauschsteuer zu entrichten, die von der Bundesknappschaft eingezogen und an das Bundesamt für Finanzen (BfF) weitergeleitet wird. Das BfF zahlt den auf die einzelnen Länder entfallenden Betrag an die Länder aus.

Von den Einnahmen entfallen je 5 v.H. auf den Solidaritätszuschlag und die Kirchensteuer. Der Restbetrag ist im Wege des Haushaltsvollzugs in das Kapitel 13 01 (Steuern) umzubuchen.

**Zu Titelgruppe 63**

Vgl. Titel 542 01 und 546 11.

**Zu 231 63**

Erstattungen von Unfallversicherungsleistungen für Bedienstete der nds. Straßenbauverwaltung, die im Interesse des Bundes tätig waren.

**Zu 281 63**

Die als Landesbetriebe geführten Einrichtungen erstatten Kosten für vom Land Niedersachsen zentral erbrachte Aufwendungen zur gesetzlichen Unfallversicherung.

**Zu 381 63**

Erstattung des Landesprüfungsamtes für die Sozialversicherung für vom Land zentral erbrachte Aufwendungen zur gesetzlichen Unfallversicherung als Beteiligung von Drittmittelgebern oder anderen Erstattungspflichtigen.

**Zu 542 01**

Gemäß § 71 Sozialgesetzbuch –Neuntes Buch– (SGB IX) i. d. F. vom 19.06.2001 (BGBl. I S. 1046), haben auch öffentliche Arbeitgeber auf

**Noch zu 542 01**

einem bestimmten Prozentsatz der Arbeitsplätze schwerbehinderte Menschen zu beschäftigen. Für die Verpflichtung, je Monat und unbesetztem Pflichtplatz eine Ausgleichsabgabe zu entrichten, gilt das Land als ein Arbeitgeber (§ 77 Abs. 8 SGB IX).

**Zu 546 11**

Gesetzliche Unfallversicherung i. R. d. Sozialgesetzbuches (SGB).

**Zu 633 11**

Streichung des Ansatzes aufgrund der Neufassung des Spielbankgesetzes vom 16. 12. 2004 (Nds. GVBl. S. 605).

**Zu 671 11**

Auf die PwC Deutsche Revision entfallende Anteile an den Entgelten für Landesbürgschaften und Landeskredite.

Vgl. Erläuterungen zu 111 01.

**Zu 671 12**

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder ist eine Arbeitgebervereinigung, in der alle Bundesländer Mitglied sind. Die Kosten der Geschäftsstelle werden gemäß Satzung zu gleichen Teilen auf die Länder umgelegt.

**Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung**  
**Kapitel 1399 Sonstige Einnahmen und Ausgaben**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
682 11-3	692	Zuschuss zu den Verwaltungskosten der Niedersächsischen Gesellschaft für öffentliche Finanzierungen mbH (NFG)	—	8	16	-8	64
863 14-2	692	Darlehen an Gesellschaften, an denen das Land beteiligt ist *** MF kann verzinsliche oder zinslose Darlehen unter dem Vorbehalt gewähren, dass diese auf Anforderung binnen 1 Woche, spätestens zum Schluss des Haushaltsjahres an das Land zurück zu zahlen sind. Rückzahlungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.	—	—	—	—	—
981 11-0	990	Abführung an 04 06 - 381 11 Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 093 13.	—	—	5.652	-5.652	5.079
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 69/70</b>		<b>Sicherheitsmaßnahmen</b> <i>Übertragbar.</i>	(—)	(606)	(798)	(-192)	(634)
518 69-0	049	Mieten und Pachten <i>Übertragbar.</i>	—	40	77	-37	33
518 70-4	049	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	135	159	-24	112
547 69-0	049	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
811 69-0	049	Beschaffungen	—	—	—	—	—
812 69-6	049	Ergänzung von Anlagen in Dienstgebäuden (soweit nicht Baumaßnahmen) und in besonderen Fällen auch in Wohnungen	—	431	562	-131	488
<b>Abschluss Kapitel 1399</b>							
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel		71.500	108.500	-37.000	
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		19.068	3.068	+16.000	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		3.426	2.926	+500	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		1	1	—	
<b>Summe der Einnahmen</b>				93.995	114.495	-20.500	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	13.537	15.231	-1.694	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	2.584	7.255	-4.671	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	431	562	-131	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	5.652	-5.652	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>			—	16.552	28.700	-12.148	
<b>Überschuss</b>				77.443	85.795	-8.352	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 682 11**

Die NFG befindet sich seit dem 01.01.2004 in Liquidation.  
Die Verwaltungskosten der Gesellschaft werden bis zum endgültigen Abschluss der Auflösung in Ausführung des Rahmenvertrages vom 17./24. 7. 1973 vom Land getragen.  
Vgl. Anlage zu diesem Kapitel.

**Zu 981 11**

Von der Spielbankabgabe werden 5.936.000 EUR zum Ausgleich der Aufwendungen für die Spielbanküberwachung an das Kapitel 04 06 (Finanzämter) abgeführt. Vgl. \*\*\*-Haushaltsvermerk bei 093 11.

**Zu Titelgruppe 69/70**

Die Mittel werden den obersten Landesbehörden auf Anforderung zur Bewirtschaftung zugewiesen.



**Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben  
der Niedersächsischen Gesellschaft für öffentliche Finanzierungen mbH (NFG)**

**Zu 682 11**

	Betrag für 2005 Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Istergebnis für 2003 Tsd. EUR
<b>Ausgaben</b>			
1. Personalausgaben	3,0	6,5	57,0
2. Sachausgaben	5,0	9,5	5,9
Zusammen	8,0	16,0	62,9
<b>Einnahmen</b>			
Eigene Einnahmen	–	–	1,0
Mithin Fehlbetrag	8,0	16,0	61,9

Der Fehlbetrag 2005 soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	– Tsd. EUR
b) das Land mit	8,0 Tsd. EUR
Zusammen	8,0 Tsd. EUR

**Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Gesamtabschluss Einzelplan 13</b>					
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmitteln		14.239.500	13.956.500	+283.000	
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		1.087.812	1.248.751	-160.939	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		587.243	1.274.344	-687.101	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		2.444.310	3.031.356	-587.046	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		18.358.865	19.510.951	-1.152.086	
		4 Personalausgaben	–	1.939.421	2.156.497	-217.076	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	6.450	2.539.147	2.532.461	+6.686	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	179.425	2.126.204	2.173.330	-47.126	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	9.800	270.103	1.082.621	-812.518	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	–	237.128	139.679	+97.449	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	195.675	7.112.003	8.084.588	-972.585	
		<b>Überschuss</b>	600	11.246.862	11.426.363	-179.501	



**Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung**  
**Kapitel 5131 Allgemeine Rücklage**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>EINNAHMEN</b>					
119 01-4		Vermischte Einnahmen <i>*** Die Erläuterungen des gesamten Kapitels sind verbindlich.</i>		–	–	–	–
162 11-4		Sonstige Zinseinnahmen		–	–	–	–
182 11-5		Tilgungen auf nachgewiesenes Kapitalver- mögen (einschl. Restkaufgelder)		–	–	–	–
359 11-2		Zuführungen aus dem Landeshaushalt		–	–	–	–
361 01-0		Übertrag aus dem Vorjahr		–	–	–	104.999
		<b>AUSGABEN</b>					
546 01-0		Vermischte Verwaltungsausgaben	–	–	–	–	–
919 11-8		Abführung an den Landeshaushalt	–	–	–	–	104.999
982 01-4		Übertrag des Bestandes in das Folgejahr	–	–	–	–	–
		<b>Abschluss Kapitel 5131</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		–	–	–	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Inve- stitionen, besondere Finanzierungsein- nahmen		–	–	–	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		–	–	–	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Aus- gaben für den Schuldendienst	–	–	–	–	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	–	–	–	–	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	–	–	–	–	

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 5131**

Seit dem Haushaltsjahr 2004 erfolgt die Bestandsdarstellung des Sondervermögens nicht mehr über Titel 361 01, da zum Zeitpunkt der Aufstellung der als Vorjahresansatz ausgewiesene Betrag aufgrund des zwischenzeitlich vollzogenen Jahresabschlusses nicht den tatsächlichen Bestand widerspiegelt und somit auch die Folgerechnung einen unrichtigen Bestand ausweisen würde.

Die Titel 361 01 und 982 01 sind lediglich für den kassentechnischen Jahresabschluss erforderlich.

Die Bestandsentwicklung auf der Grundlage des Jahresabschlusses 2003 stellt sich wie folgt dar:

	Soll 2005	Soll 2004	Ist 2003
Bestand am 01.01.	----	----	104.998.895,36
+ Einnahmen	----	----	----
- Ausgaben	----	----	104.998.895,36
Bestand am 31.12.	----	----	----

**Zu 359 11**

Vgl. Landeshaushalt 13 02 - 911 11.

**Zu 919 11**

Vgl. Landeshaushalt 13 02 - 351 11.

**Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung**  
**Kapitel 5132 Landesliegenschaftsfonds - ohne**

**Agrarstrukturfonds -**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-8		Vermischte Einnahmen <i>*** Die Erläuterungen des gesamten Kapitels sind verbindlich.</i>		2	-	+2	115
131 11-5		Erlös aus dem Verkauf von Grundstücken (ausschl. Restkaufgelder)		92.553	15.500	+77.053	10.835
131 12-3		Erlös aus dem Verkauf von Grundstücken durch Landesbetriebe		-	-	-	2
162 11-8		Zinsen (einschl. Erbbauzinsen)		818	16.000	-15.182	944
182 11-9		Tilgungen auf nachgewiesenes Kapitalvermögen (einschl. Restkaufgelder)		-	-	-	-
359 11-6		Zuführung aus dem Landeshaushalt		3.649	3.428	+221	17.882
361 01-3		Übertrag aus dem Vorjahr		-	-	-	12.317
<b>AUSGABEN</b>							
511 01-5		Geschäftsbedarf	-	150	150	-	80
527 01-9		Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	-	25	20	+5	-
546 01-3		Vermischte Verwaltungsausgaben	-	1.025	15	+1.010	96
633 11-0		Sonstige Zuweisungen an Gemeinden	-	375	-	+375	-
711 01-4		Kleine Neu-, Um-, Erweiterungsbaumaßnahmen i. Zusammenhang m.d. kurzfristig. Nutzbarmachg. gekaufter Grdst'e u. zur wertsteigernden Entwicklg. v.Grdst.	-	20	-	+20	-
821 11-1		Ankauf von Grundstücken	-	15.500	15.500	-	4.792
883 11-7		Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	-	-	-	-	-
891 11-0		Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	-	1.788	-	+1.788	-
919 11-1		Abführung an den Landeshaushalt	-	84.000	25.000	+59.000	25.000
982 01-8		Übertrag des Bestandes in das Folgejahr	-	-	-	-	-
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	-		500	-500	
<b>Abschluss Kapitel 5132</b>							
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		93.373	31.500	+61.873	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		3.649	3.428	+221	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		97.022	34.928	+62.094	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	-	1.200	185	+1.015	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	-	375	-	+375	
		7 Baumaßnahmen	-	20	-	+20	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	-	17.288	16.000	+1.288	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	-	84.000	25.000	+59.000	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	-	102.883	41.185	+61.698	
		<b>Zuschuss</b>		5.861	6.257	-396	

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Kapitel 5132**

Abweichend von § 64 Abs. 1 S. 4 LHO dürfen die Mittel des Sondervermögens Landesliegenschaftsfonds zur Deckung des Haushalts herangezogen werden. Soweit der Bestand es zulässt, dürfen höhere Ausgaben geleistet werden.

Seit dem Haushaltsjahr 2004 erfolgt die Bestandsdarstellung des Sondervermögens nicht mehr über Titel 361 01, da zu Zeitpunkt der Aufstellung der als Vorjahresansatz ausgewiesene Betrag aufgrund des zwischenzeitlich vollzogenen Jahresabschlusses nicht den tatsächlichen Bestand widerspiegelt und somit auch die Folgerechnung einen unrichtigen Bestand ausweisen würde. Die Titel 361 01 und 982 01 sind lediglich für den kassentechnischen Jahresabschluss erforderlich.

Die Bestandsentwicklung auf der Grundlage des Jahresabschlusses 2003 stellt sich wie folgt dar:

	Soll 2005	Soll 2004	Ist 2003
Bestand am 01.01	5.869.201,55	12.126.201,55	12.316.989,70
+ Einnahmen	97.022.000,--	34.928.000,--	29.777.853,67
- Ausgaben	102.883.000,--	41.185.000,--	29.968.641,82
Bestand am 31.12.	8.201,55	5.869.201,55	12.126.201,55

Der im Kapitelabschluss ausgewiesene Zuschussbedarf ist durch den Bestand des Sondervermögens gedeckt.

Gem. § 63 Abs. 4 LHO wird in Einzelfällen zugelassen, dass landeseigene Grundstücke in Gebieten, die die Voraussetzung für die Durchführung von Sanierungsmaßnahmen i. S. der §§ 136 bis 164 des Baugesetzbuches (BauGB) oder von Entwicklungsmaßnahmen i. S. der §§ 6 und 7 des BauGB-Maßnahmegesetzes i.V.m. den §§ 165 bis 171 des BauGB erfüllen, auch ohne eine entsprechende förmliche Festlegung des Gebietes oder Förderung der Maßnahme zum sanierungs- oder entwicklungsunbeeinflussten Grundstückswert an die Gemeinde veräußert werden, wenn sich diese zur Durchführung der beabsichtigten städtebaulichen Maßnahmen auf dem Grundstück innerhalb von 5 Jahren verpflichtet. Im Übrigen gelten die hierzu vom BMF ergangenen Grundsätze für die verbilligte Veräußerung bundeseigener Grundstücke (VerbGs) vom 31.03.1993 (Bundesanzeiger Nr. 95a vom 25.05.1993) entsprechend. Gem. § 63 Abs. 4 LHO wird zugelassen, dass landeseigene bebaute und unbebaute Grundstücke bei einer Nutzungsbindung von mindestens 20 Jahren für Hochschulzwecke unter dem vollen Wert an Gebietskörperschaften veräußert werden. Der Preisnachlass beträgt bei Liegenschaften, die einer Bauleitplanerischen Vorbereitung bedürfen

- 50 v.H. bis zum Ablauf des dritten Jahres nach tatsächlicher Verfügbarkeit des Kaufobjektes für die geplante Hochschulnutzung und
- 25 v.H. im vierten Jahr nach tatsächlicher Verfügbarkeit.
- Er entfällt ab dem fünften Jahr nach tatsächlicher Verfügbarkeit.

Bei anderen Liegenschaften beträgt der Preisnachlass

- 50 v.H. im ersten Jahr nach tatsächlicher Verfügbarkeit des Kaufobjektes am Markt für die beabsichtigte Hochschulnutzung.
- 40 v.H. im zweiten Jahr nach tatsächlicher Verfügbarkeit und
- 25 v.H. im dritten Jahr nach tatsächlicher Verfügbarkeit.
- Er entfällt ab dem vierten Jahr nach Freigabe.

Im Übrigen gelten die hierzu vom BMF ergangenen Grundsätze und Richtlinien für die verbilligte Veräußerung bundeseigener Grundstücke (VerbGs) vom April 1997 (Bundesanzeiger 1997 S. 153) entsprechend.

**Zu 131 11**

Vgl. Vermerk zu 919 11.

**Zu 131 12**

Vg. Erläuterung zu 13 20 TGr. 65/66.

**Zu 162 11**

Gem. § 64 i.V.m. § 63 Abs. 4 S. 3 und Abs. 6 LHO wird zugelassen, dass der Gemeinde Butjadingen das Flurstück 794/58, Flur 11, Gemarkung Langwarden zur Größe von 1.203 qm bis zum 31.12.2032 zwecks Errichtung eines Nationalparkhauses/Museums im Wege des Erbbaurechts unter Verzicht auf die Erhebung eines Erbbauzinses überlassen wird.

Gem. § 64 i.V.m. § 63 Abs. 4 S. 3 und Abs. 6 LHO wird zugelassen, dass dem Studentenwerk in Hannover das Flurstück 1796/5, Flur 5, Gemarkung Hannover in Größe von 2.051 qm bis zum Ablauf von 7 Jahren nach Inbetriebnahme des auf dem Grundstück zu errichtenden Studentenwohnheims zu einem ermäßigten Erbbauzins von 2 v.H. des Verkehrswertes überlassen wird.

Gem. § 64 i.V.m. § 63 Abs. 4 S. 3 und Abs. 6 LHO wird zugelassen, dass dem Studentenwerk in Göttingen folgende landeseigene Grundstücke bis zum Ablauf von 7 Jahren nach Inbetriebnahme der auf den Grundstücken zu errichtenden Studentenwohnheime zu einem ermäßigten Erbbauzins von 2 v.H. des Verkehrswertes überlassen werden :

- a) Teilfläche des Flurstücks 126/18, Flur 6, Gemarkung Göttingen in Größe von ca. 5.395 qm,
- b) Teilfläche des Flurstücks 99/45, Flur 10, Gemarkung Weende in Größe von ca. 7.000 qm,
- c) Teilfläche des Flurstücks 111/11, Flur 6, Gemarkung Göttingen in Größe von ca. 3.800 qm,
- d) Flurstücke 179/7 und 218/14, Flur 7 und Flurstücke 112/2, 3/3 und 145/1, Flur 9, Gemarkung Weende zur Größe von 15.698 qm.

Gem. § 64 i.V.m. § 63 Abs. 4 S. 3 und Abs. 6 LHO wird zugelassen, dass der Deutschen Primatenzentrum GmbH (DPZ) in Göttingen als Forschungseinrichtung der sog. "Blauen Liste" die für die Errichtung von Labor-, Verwaltungs- und Gehegeeinrichtungen erforderlichen landeseigene Grundstücke ab 1999 für die Dauer ihrer Aufnahme in der "Blauen Liste" im Wege des Erbbaurechts unter Verzicht auf die Erhebung eines Erbbauzinses überlassen werden (vgl. dazu Kapitel 06 07 Titel 252 01).

**Zu 359 11**

Vgl. Landeshaushalt 1321 - 916 11

**Zu Titel 546 01, 633 11 und 891 11**

Im Kommunalisierungsvertrag zwischen der Stadt Norderney, den Wirtschaftsbetrieben Norderney GmbH und dem Land Niedersachsen vom 30.12.2002 ist festgelegt worden, dass bei Verkauf der übertragenen, nicht betriebsnotwendigen Grundstücke die Stadt Norderney und die Wirtschaftsbetriebe Norderney GmbH für entstandenen Planungsaufwand 25 % der Verkaufserlöse der Flurstücke und die Wirtschaftsbetriebe Norderney GmbH zum Ausgleich für den bestehenden Investitionsbedarf an den übernommenen Grundstücken und Baulichkeiten einen Betrag in Höhe von 2,5 Mio. Euro erhalten.

**Zu 919 11**

Vgl. Landeshaushalt 13 21 - 356 11.

Die Ausgaben erhöhen sich um die Mehreinnahmen bei 131 11

**Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung**  
**Kapitel 5133 Landesliegenschaftsfonds - Unterabteilung Agrarstrukturfonds -**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-1		Vermischte Einnahmen <i>*** Die Erläuterungen des gesamten Kapitels sind verbindlich.</i>		51	51	—	79
131 11-9		Erlös aus dem Verkauf von Grundstücken		17.700	10.000	+7.700	9.324
131 12-7		Erlös aus dem Verkauf von Grundstücken von Landesbetrieben		—	—	—	714
131 13-5		Erlös aus dem Verkauf von Domänen-Liegenschaften an Stiftungen		—	152.000	-152.000	—
162 11-1		Zinsen (einschl. Erbbauzinsen)		250	250	—	274
182 11-2		Tilgungen auf nachgewiesenes Kapitalvermögen		2	2	—	2
359 11-0		Zuführungen aus dem Landeshaushalt		—	—	—	—
361 01-7		Übertrag aus dem Vorjahr		—	—	—	28.497
<b>AUSGABEN</b>							
511 01-9		Geschäftsbedarf	—	36	36	—	26
527 01-2		Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	2	2	—	0
546 01-7		Vermischte Verwaltungsausgaben	—	154	154	—	366
711 01-8		Kleine Neu-, Um-, Erweiterungsbaumaßnahmen i. Zusammenhang m.d.kurzfrstg. Nutzbarmachg. gekaufter Grdst'e. u.zur wertsteigernden Entwicklung v. Grdst.	—	—	—	—	—
821 11-5		Ankauf von Grundstücken	—	1.855	1.855	—	144
919 11-5		Abführung an den Landeshaushalt	—	19.454	170.527	-151.073	21.140
982 01-1		Übertrag des Bestandes in das Folgejahr	—	—	—	—	—
<b>Abschluss Kapitel 5133</b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				18.003	162.303	-144.300	
3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				—	—	—	
<b>Summe der Einnahmen</b>				18.003	162.303	-144.300	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst				—	192	—	
7 Baumaßnahmen				—	—	—	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen				—	1.855	—	
9 Besondere Finanzierungsausgaben				—	19.454	-151.073	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>				—	21.501	-151.073	
<b>Zuschuss</b>				—	3.498	-6.773	

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 5133**

Soweit der Bestand es zulässt, dürfen höhere Ausgaben für Zwecke des § 64 LHO geleistet werden.

Seit dem Haushaltsjahr 2004 erfolgt die Bestandsdarstellung des Sondervermögens nicht mehr über Titel 361 01, da zum Zeitpunkt der Aufstellung der als Vorjahresansatz ausgewiesene Betrag aufgrund des zwischenzeitlich vollzogenen Jahresabschlusses nicht den tatsächlichen Bestand widerspiegelt und somit auch die Folgerechnung einen unrichtigen Bestand ausweisen würde.

Die Titel 361 01 und 982 01 sind lediglich für den kassentechnischen Jahresabschluss erforderlich.

Die Bestandsentwicklung auf der Grundlage des Jahresabschlusses 2003 stellt sich wie folgt dar:

	Soll 2005	Soll 2004	Ist 2003
Bestand am 01.01	6.942.742,65	17.213.742,65	28.496.972,23
+ Einnahmen	18.003.000,--	162.303.000,--	10.392.563,14
- Ausgaben	21.501.000,--	172.574.000,--	21.675.792,72
Bestand am 31.12	3.444.742,65	6.942.742,65	17.213.742,65

Der im Kapitelabschluss ausgewiesene Zuschussbedarf ist durch den Bestand des Sondervermögens gedeckt.

**Zu 131 11**

Gem. § 63 Abs. 4 LHO wird in Einzelfällen zugelassen, dass landeseigene Grundstücke in Gebieten, die die Voraussetzung für die Durchführung von Sanierungsmaßnahmen i. S. der §§ 136 bis 164 des Baugesetzbuches (BauGB) oder von Entwicklungsmaßnahmen i. S. der §§ 6 und 7 des BauGB-Maßnahmengesetzes i.V.m. den §§ 165 bis 171 des BauGB erfüllen, auch ohne eine entsprechende förmliche Festlegung des Gebietes oder Förderung der Maßnahme zum sanierungs- oder entwicklungsunbeeinflussten Grundstückswert an die Gemeinde veräußert werden, wenn sich diese zur Durchführung der beabsichtigten städtebaulichen Maßnahmen auf dem Grundstück innerhalb von 5 Jahren verpflichtet. Im Übrigen gelten die hierzu vom BMF ergangenen Grundsätze für die verbilligte Veräußerung bundeseigener Grundstücke (VerbGs) vom 31.03.1993 (Bundesanzeiger Nr. 95a vom 25.05.1993) entsprechend.

Gem. § 63 Abs. 4 LHO wird zugelassen, dass landeseigene bebaute und unbebaute Grundstücke bei einer Nutzungsbindung von mindestens 20 Jahren für Hochschulzwecke unter dem vollen Wert an Gebietskörperschaften veräußert werden. Der Preisnachlass beträgt bei Liegenschaften, die einer Bauleitplanerischen Vorbereitung bedürfen

- 50 v.H. bis zum Ablauf des dritten Jahres nach tatsächlicher Verfügbarkeit des Kaufobjektes für die geplante Hochschulnutzung und
- 25 v.H. im vierten Jahr nach tatsächlicher Verfügbarkeit.
- Er entfällt ab dem fünften Jahr nach tatsächlicher Verfügbarkeit.

Bei anderen Liegenschaften beträgt der Preisnachlass

- 50 v.H. im ersten Jahr nach tatsächlicher Verfügbarkeit des Kaufobjektes am Markt für die beabsichtigte Hochschulnutzung.
- 40 v.H. im zweiten Jahr nach tatsächlicher Verfügbarkeit und
- 25 v.H. im dritten Jahr nach tatsächlicher Verfügbarkeit.
- Er entfällt ab dem vierten Jahr nach Freigabe.

Im Übrigen gelten die hierzu vom BMF ergangenen Grundsätze und Richtlinien für die verbilligte Veräußerung bundeseigener Grundstücke (VerbGs) vom 26.03.1996 entsprechend.

**Zu 919 11**

Vgl. Landeshaushalt 09 30 - 356 10, 09 31 - 356 10 und 13 21 - 356 12.

Die Ausgaben erhöhen sich um die Mehreinnahmen bei 131 11.

**Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung**  
**Kapitel 5135 Unterabteilung "Zinsen für Diskontkredite" der Allgemeinen Rücklage**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>EINNAHMEN</b>					
359 11-7		Zuführungen aus dem Landeshaushalt <i>*** Die Erläuterungen des gesamten Kapitels sind verbindlich.</i>		18.122	18.122	—	18.122
361 01-4		Übertrag aus dem Vorjahr		—	—	—	180.917
		<b>AUSGABEN</b>					
919 11-2		Abführung an den Landeshaushalt	—	—	—	—	—
982 01-9		Übertrag des Bestandes in das Folgejahr	—	—	—	—	—
		<b>Abschluss Kapitel 5135</b>					
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Inve- stitionen, besondere Finanzierungsein- nahmen		18.122	18.122	—	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		18.122	18.122	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	—	—	—	
		<b>Überschuss</b>		18.122	18.122	—	

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 5135**

Entnahmen dürfen nur zur Zahlung von Zinsen für Diskontkredite verwendet werden.

Seit dem Haushaltsjahr 2004 erfolgt die Bestandsdarstellung des Sondervermögens nicht mehr über Titel 361 01, da zum Zeitpunkt der Aufstellung der als Vorjahresansatz ausgewiesene Betrag aufgrund des zwischenzeitlich vollzogenen Jahresabschlusses nicht den tatsächlichen Bestand widerspiegelt und somit auch die Folgerechnung einen unrichtigen Bestand ausweisen würde.

Die Titel 361 01 und 982 01 sind lediglich für den kassentechnischen Jahresabschluss erforderlich.

Die Bestandsentwicklung auf der Grundlage des Jahresabschlusses 2003 stellt sich wie folgt dar:

	Soll 2005	Soll 2004	Ist 2003
Bestand am 01.01	217.160.544,91	199.038.544,91	180.916.655,91
+ Einnahmen	18.122.000,--	18.122.000,--	18.121.889,--
- Ausgaben	--	--	--
Bestand am 31.12	235.282.544,91		199.038.544,91

**Zu 359 11**

Vgl. Landeshaushalt 13 25 - 575 12.

**Einzelplan 13**  
**Allgemeine Finanzverwaltung**

---

**Stellenpläne,  
Stellenübersichten und Bedarfsnachweise**  
für das  
**Haushaltsjahr 2005**

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamte/-innen</b>			
B 2	—	1	Feste Gehälter: Ministerialrat/-rätin
A 16	—	1	Aufsteigende Gehälter: Leitende(r) Direktor/-in
A 15	—	5	Direktor/-in
A 14	—	1	Oberrat/-rätin
A 13	—	1	Rat/Rätin
A 13	—	5	Oberamtsrat/-rätin
A 12	—	6	Amtsrat/-rätin
A 11	—	6	Amtmann/-männin/-frau
A 10	—	5	Oberinspektor/-in
A 9	—	1	Inspektor/-in
A 9	—	1	Amtsinspektor/-in
A 8	—	1	Hauptsekretär/-in
A 7	—	2	Obersekretär/-in
A 6	—	1	Sekretär/-in
	—	37	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 2	1	} infolge Verlagerung nach Kap. 04 40
Bes.-Gr. A 16	1	
Bes.-Gr. A 15	5	
Bes.-Gr. A 14	1	
Bes.-Gr. A 13 (Rat/Rätin)	1	
Bes.-Gr. A 13 (Oberamtsrat/ -rätin)	5	
Bes.-Gr. A 12	6	
Bes.-Gr. A 11	6	
Bes.-Gr. A 10	5	
Bes.-Gr. A 9 (Inspektor/-in)	1	
Bes.-Gr. A 9 (Amtsinspektor/-in)	1	
Bes.-Gr. A 8	1	
Bes.-Gr. A 7	2	
Bes.-Gr. A 6 (Sekretär/-in)	1	
Zusammen	37	
Bleibt Abgang	37	

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte</b>			
III	—	3	
IV a	—	1	
V b	—	2	
V c	—	1	
VI b	—	1	
	—	8	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Angestellte**

Abgang:	Stellen	}	infolge Verlagerung nach Kap. 04 40
Verg.-Gr. III	3		
Verg.-Gr. IV a	1		
Verg.-Gr. V b	2		
Verg.-Gr. V c	1		
Verg.-Gr. VI b	1		
Zusammen	8		
Bleibt Abgang	8		

**Haushaltsplan**

für das

**Haushaltsjahr 2005**

**Einzelplan 14**

**Landesrechnungshof**

---



# Vorwort zum Einzelplan 14

## **Aufgaben und Aufbau der Verwaltung**

Der Landesrechnungshof (LRH) hat die gesamte Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes einschließlich seiner Sondervermögen und Betriebe zu überwachen und zu prüfen (§ 88 LHO). Im Einzelplan 14 sind die Einnahmen und Ausgaben des LRH und seiner Außenstellen veranschlagt.

## **Organisatorische Veränderungen**

Durch das Haushaltsbegleitgesetz 2004 vom 12.12.2003 (Nds. GVBl. S. 446) sind die Niedersächsische Landeshaushaltsordnung und das Gesetz über den Niedersächsischen Landesrechnungshof mit Wirkung vom 01.01.2004 dahingehend geändert worden, dass der LRH Prüfungsaufgaben durch Staatliche Rechnungsprüfungsämter wahrnehmen lassen kann und Staatliche Rechnungsprüfungsämter durch Verordnung gebildet werden können.

Durch dasselbe Gesetz wurde die bestehende Verordnung über Anzahl und Sitz der Staatlichen Rechnungsprüfungsämter vom 08.11.2002 (Nds. GVBl. S. 721) mit Ablauf des 31.12.2003 aufgehoben.

Am 01.01.2004 errichtete der LRH am Sitz der ehemaligen Staatlichen Rechnungsprüfungsämter in Braunschweig, Hannover, Lüneburg und Oldenburg Außenstellen.

## **Sonstiges**

- a) Durch die Auflösung der Staatlichen Rechnungsprüfungsämter ist für die Veranschlagung von Einnahmen und Ausgaben der staatlichen Finanzkontrolle nur noch ein Kapitel erforderlich. Die Ansätze des bisherigen Kapitels 1403 sind daher nach Kapitel 1401 umgesetzt worden.
- b) Das Kapitel 1404 wurde aufgelöst, da der Bund seit dem 01.01.2002 seine Bauausgaben selbst prüft. Die Erstattung der Personalkosten für das Prüfungspersonal des Landes durch den Bund ist jetzt im Kapitel 1401 veranschlagt.

**Epl. 14****Übersicht über die Einnahmen, Aus**

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen					Gesamteinnahmen	4 Personalausgaben	5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	6 Tsd. EUR			
1	2	3 Tsd. EUR	4 Tsd. EUR	5 Tsd. EUR	6 Tsd. EUR	7 Tsd. EUR	8 Tsd. EUR	9 Tsd. EUR	
1401	Landesrechnungshof	—	3	—	483	486	11.163	777	
1403	Staatliche Rechnungsprüfungsämter	—	—	—	—	—	—	—	
	Summe 2005	—	3	—	483	486	11.163	777	
	Summe 2004	—	18	—	572	590	11.808	831	
	2005 mehr(+)/weniger(-)	—	-15	—	-89	-104	-645	-54	

**gaben und Verpflichtungsermächtigungen**

**Epl. 14**

Ausgaben					2005 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 - Sp. 14)	2004 Überschuss Zuschuss (-)	2005 Verbesserung Verschlechterung (-) (Sp. 15 - Sp. 16)	Verpflichtungs- ermächtigungen
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsför- dermaßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben				
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
—	—	97	197	12.234	-11.748	-6.673	-5.075	—
—	—	—	—	—	—	-5.960	5.960	—
—	—	97	197	12.234	-11.748	-12.633	885	—
—	—	350	234	13.223				—
—	—	-253	-37	-989				—

**Einzelplan 14 Landesrechnungshof**  
**Kapitel 1401 Landesrechnungshof**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-8	011	Vermischte Einnahmen		1	1	—	1
119 03-4	011	Einnahmen aus Nebentätigkeiten		1	1	—	—
132 01-4	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		1	3	-2	0
381 10-3	990	Zuführung von 0410 - 981 12		483	—	+483	—
<b>AUSGABEN</b>							
412 10-6	011	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	—	—	—	—	—
422 01-2	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	10.646	5.177	+5.469	4.212
422 10-1	011	Leistungsprämien	—	—	—	—	—
422 19-5	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	117
422 31-4	011	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	21
425 01-1	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	502
426 01-8	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	102
427 39-1	011	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	—
441 01-7	940	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	—	478	609	-131	464
441 02-5	940	Beihilfen für Angestellte	—	—	2	-2	2
441 03-3	940	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
441 06-8	227	Pflegebeihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	—	—	—	—	—
443 01-0	940	Fürsorgeleistungen	—	—	1	-1	—
453 01-5	011	Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	39	28	+11	13
511 01-5	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 511 01, 514 01, 517 01, 518 01, 518 02, 519 01, 525 01, 526 01, 527 01, 527 02, 546 03 und 547 10.</i>	—	145	88	+57	72
514 01-4	011	Haltung von Dienstfahrzeugen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	16	12	+4	11
517 01-3	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	107	60	+47	50
518 01-0	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	170	—	+170	11
518 02-8	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	12	12	—	—
519 01-6	011	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	6	5	+1	7
525 01-6	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	82	33	+49	14

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 1401**

**Allgemeine Erläuterung**

Im Kapitel 1401 sind nunmehr auch die Einnahmen und Ausgaben veranschlagt, die bisher im Kapitel 1403 nachgewiesen wurden.

**Zu 381 10**

Die Gesamterstattung der Personalkosten durch den Bund wird im Kapitel 0410 veranschlagt. Der auf die staatliche Finanzkontrolle entfallende Anteil davon wird ab dem Hj. 2005 an das Kapitel 1401 weitergeleitet.

**Zu 412 10**

Der/Die Vorsitzende einer Einigungsstelle - § 71 Abs. 7 Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz und § 48 Abs. 3 Niedersächsisches Richterrechtsgesetz - erhält für jeden bearbeiteten Einzelfall eine Vergütung im Rahmen einer Höchstbetragsregelung.

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
209,79	92,53	88,37

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
10.646	5.177	4.933

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	117,76
Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	0
Sonstige Veränderungen	0
	-----
Summe Zugänge	117,76

Abgänge

Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	0,50
Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	0
Sonstige Veränderungen	0
	-----
Summe Abgänge	0,50

Bleibt Zugang 117,26

**Zu 514 01**

**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1.1.2004	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Pkw	3	3	4

**Einzelplan 14 Landesrechnungshof**  
**Kapitel 1401 Landesrechnungshof**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung 2005 2004	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
526 01-2	011	Sachverständige <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	30	20	+10	4
527 01-9	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	100	59	+41	45
527 02-7	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenan- gelegenheiten <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	3	2	+1	2
529 10-0	011	Zur Verfügung der Präsidentin/des Präsi- denten	—	2	2	—	1
529 11-9	011	Zur Verfügung der Präsidentin/des Präsi- denten Konferenz der Präsidentinnen und Präsi- denten der Rechnungshöfe (Bund und Län- der)	—	—	4	-4	4
546 02-1	011	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	—	—	—	—
546 03-0	011	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	1	—	+1	—
547 10-9	011	Nicht aufteilbare Verwaltungsausgaben <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	1	—	+1	—
681 01-8	011	Schadensersatzleistungen und Unfallent- schädigungen	—	—	—	—	0
811 01-9	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	18	-18	—
812 10-4	011	Erwerb von Geräten und sonstigen bewegli- chen Sachen	—	31	80	-49	27
972 05-5	989	Globale Minderausgabe für nicht erbrachte Einsparauflagen	—	—	—	—	—
972 11-0	989	Globale Minderausgabe	—	-37	—	-37	—
981 01-1	990	Abführung an 1321 - 381 14	—	234	161	+73	161
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 96</b>		<b>Reformdividende</b>	(—)	(—)	(—)	(—)	(71)
429 96-3	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 96-6	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben	—	—	—	—	26
711 96-0	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 96-1	960	Sonstige Ausgaben für Investitionen	—	—	—	—	45
<b>TGr. 98/99</b>		<b>Kosten der Informations- und Kommunika- tionstechnik</b>	(—)	(168)	(305)	(-137)	(73)
511 99-6	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsge- genstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	60	33	+27	23
518 98-2	011	Anmietung von Soft- und Hardware	—	5	12	-7	—
525 98-9	011	Aus- und Fortbildung durch das Informatik- zentrum Niedersachsen	—	11	7	+4	1
525 99-7	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	9	25	-16	7
538 98-3	011	Dienstleistung des Informatikzentrums Nie- dersachsen	—	12	10	+2	—
538 99-1	011	Dienstleistung Außenstehender	—	5	13	-8	3
812 99-6	011	Erwerb von Geräten und sonstigen bewegli- chen Sachen	—	66	205	-139	41

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 812 10**

Ersatzbeschaffung

Ausstattung der Räume mit ergonomischen Möbeln

**Zu 812 99**

Ersatzbeschaffung

PC, Drucker, Monitore, Server, Beamer

**Einzelplan 14 Landesrechnungshof**  
**Kapitel 1401 Landesrechnungshof**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 1401</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		3	5	-2	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		483	—	+483	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		486	5	+481	
		4 Personalausgaben	—	11.163	5.817	+5.346	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	777	397	+380	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	97	303	-206	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	197	161	+36	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	12.234	6.678	+5.556	
		<b>Zuschuss</b>		11.748	6.673	+5.075	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 14 Landesrechnungshof**  
**Kapitel 1403 Staatliche Rechnungsprüfungsämter**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
111 01-4	011	Gebühren und tarifliche Entgelte		-	13	-13	-
119 01-5	011	Vermischte Einnahmen		-	-	-	10
381 10-0	990	Zuführung von 0410 - 981 10		-	572	-572	-
<b>AUSGABEN</b>							
422 01-0	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	-	-	5.880	-5.880	4.100
422 10-9	011	Leistungsprämien	-	-	-	-	-
422 19-2	011	Altersteilzeitzuschläge	-	-	-	-	105
422 31-1	011	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	-	-	100	-100	154
425 01-9	011	Vergütungen der Angestellten	-	-	-	-	822
453 01-2	011	Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung	-	-	11	-11	8
511 01-2	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	-	-	80	-80	49
514 01-1	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	-	-	4	-4	4
517 01-0	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	-	-	52	-52	52
518 01-7	011	Mieten und Pachten	-	-	153	-153	158
518 02-5	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	-	-	11	-11	-
519 01-3	011	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	-	-	-	-	-
525 01-3	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	-	-	50	-50	11
526 01-0	011	Sachverständige	-	-	2	-2	0
527 01-6	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	-	-	41	-41	36
527 02-4	011	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenanlagen	-	-	1	-1	0
546 03-7	011	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	-	-	-	-	2
547 10-6	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	-	-	-	-
681 01-5	011	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	-	-	-	-	-
811 01-6	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	-	-	-	-	-
812 10-1	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	-	-	-	-	-
981 01-9	990	Abführung an 1321 - 381 14	-	-	73	-73	72
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 98/99</b>		<b>Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik</b>	(-)	(-)	(87)	(-87)	(38)
511 99-3	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	-	-	18	-18	24

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Kapitel 1403**

**Allgemeine Erläuterung**

Die Staatlichen Rechnungsprüfungsämter wurden mit Ablauf des 31.12.2003 aufgelöst.

Für die gesamte staatliche Finanzkontrolle ist ab 01.01.2004 der LRH unmittelbar zuständig. Die Einnahmen und Ausgaben des Kapitels 1403 sind daher ab dem Hj. 2005 im Kapitel 1401 veranschlagt (vgl. Vorwort zum Einzelplan 14).

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeitinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
0	120,76	107,20

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
0	5.880	5.027

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	0
Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	0
Sonstige Veränderungen	0
	_____
Summe Zugänge	0

Abgänge

Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	120,76
Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	0
Sonstige Veränderungen	0
	_____
Summe Abgänge	120,76

Bleibt Abgang 120,76

**Zu 514 01**

**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1.1.2004	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Pkw	1	1	0

**Einzelplan 14 Landesrechnungshof**  
**Kapitel 1403 Staatliche Rechnungsprüfungsämter**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004		
			2004	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			1000 EUR				
1	2	3	4	5	6	7	8
525 98-6	011	Aus- und Fortbildung durch das Informatikzentrum Niedersachsen	—	—	4	-4	1
525 99-4	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	2	-2	2
538 98-0	011	Dienstleistung des Informatikzentrums Niedersachsen	—	—	5	-5	0
538 99-9	011	Dienstleistung Außenstehender	—	—	11	-11	—
812 99-3	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	47	-47	11
<b>Abschluss Kapitel 1403</b>							
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	13	-13	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	572	-572	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		—	585	-585	
		4 Personalausgaben	—	—	5.991	-5.991	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	—	434	-434	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	—	47	-47	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	73	-73	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	—	6.545	-6.545	
		<b>Zuschuss</b>			5.960		

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

Einzelplan 14 Landesrechnungshof

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Gesamtabschluss Einzelplan 14</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		3	18	-15	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		483	572	-89	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		486	590	-104	
		4 Personalausgaben	—	11.163	11.808	-645	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	777	831	-54	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	97	350	-253	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	197	234	-37	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	12.234	13.223	-989	
		<b>Zuschuss</b>		11.748	12.633	-885	

# **Einzelplan 14**

**Landesrechnungshof**

---

## **Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise**

**für das**

### **Haushaltsjahr 2005**

Einzelplan 14 Landesrechnungshof  
 Kapitel 14 01 Landesrechnungshof

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			1) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. B 9 LBesO.
			2) Ein/Eine Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zu Bes.-Gr. A 13 BBesO.
			3) 1 kw (ehemals Kapitel 14 04).
			7) Die Stellen können bei Bedarf vorübergehend auch mit Beamtinnen/Beamten des gehobenen Dienstes besetzt werden.
<b>Planmäßige Beamte/-innen</b>			
Feste Gehälter:			
B 9 <sup>1)</sup>	1	1	Präsident/-in des Landesrechnungshofs
B 7	1	1	Vizepräsident/-in des Landesrechnungshofs
B 6	5	5	Ministerialdirigent/-in und Mitglied des Landesrechnungshofs
B 2	5	5	Ministerialrat/-rätin
Aufsteigende Gehälter:			
A 16	8	8	Ministerialrat/-rätin
A 15	13	9	Direktor/-in
A 14	11	11	Oberrat/-rätin
A 13 <sup>7)</sup>	3	3	Rat/-rätin
A 13 <sup>2)</sup> 3)	48	33	Oberrechnungsrat/-rätin
A 12	55	2	Rechnungsrat/-rätin
A 11	44	3	Amtmann/-männin/-frau
	<u>194</u>	<u>81</u>	Zusammen
Leerstellen:			
A 16	—	1	Ministerialrat/-rätin
	<u>—</u>	<u>1</u>	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

Aufsteigende Gehälter

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	4	Verlagerung von Kapitel 14 03
Bes.-Gr. A 13	15	Verlagerung von Kapitel 14 03
Bes.-Gr. A 12	53	Verlagerung von Kapitel 14 03
Bes.-Gr. A 11	41	Verlagerung von Kapitel 14 03
Zusammen	<u>113</u>	
Bleibt Zugang	113	

Leerstellen:

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16	<u>1</u>	Vollzug des kw-Vermerks (HV Nr. 6)
Zusammen	1	
Bleibt Abgang	1	

Sonstige Veränderungen:

Der allgemeine Haushaltsvermerk wurde gestrichen.  
 Der Haushaltsvermerk Nr. 2 wurde von Kapitel 14 03 verlagert.  
 Der Haushaltsvermerk Nr. 3 wurde neu ausgebracht.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke	
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2005	2004		
<b>Angestellte</b>				
II a <sup>2)</sup> <sup>6)</sup>	3	1	<p>1) Die Vorzimmerkraft der Präsidentin/des Präsidenten des Landesrechnungshofs ist für die Dauer ihrer Vorzimmer Tätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert. Sie erhält eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Vergütungen der Verg.-Gr. V b und IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung wird sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt gleichzeitig.</p> <p>Die Vorzimmerkraft der Vizepräsidentin/des Vizepräsidenten des Landesrechnungshofs ist für die Dauer ihrer Vorzimmer Tätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhält sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe.</p> <p>Die vorstehend genannten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der tariflichen Zulage gewährt.</p> <p>Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.</p> <p>2) 2 kw (ehemals Kapitel 14 04).</p> <p>3) 6 kw (ehemals Kapitel 14 04).</p> <p>4) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.</p> <p>5) Die derzeitige Stelleninhaberin erhält für die Dauer ihrer Tätigkeit als Kanzleivorsteherin eine übertarifliche monatliche Zulage in Höhe von 76,70 EUR.</p> <p>6) 1 ku nach Verg.-Gr. III BAT.</p> <p>7) 2 ku nach Bes.-Gr. A 11 BBesO.</p>	
III <sup>3)</sup>	14	—		
IV a <sup>7)</sup>	2	—		
V b <sup>1)</sup>	2	2		
VI b <sup>1)</sup>	7	3		
VII	6	3		
IX b–VII <sup>4)</sup> <sup>5)</sup>	3	4		
	<u>37</u>	<u>13</u>		Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Angestellte:**

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. II a	2	Verlagerung von Kapitel 14 03
Verg.-Gr. III	14	Verlagerung von Kapitel 14 03
Verg.-Gr. IV a	2	Verlagerung von Kapitel 14 03
Verg.-Gr. VI b	4	Verlagerung von Kapitel 14 03
Verg.-Gr. VII	3	Verlagerung von Kapitel 14 03
Zusammen	<u>25</u>	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 2 und 3 wurden neu ausgebracht.  
Die Haushaltsvermerke Nr. 6 und 7 wurden von Kapitel 14 03 verlagert.

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. IX b–VII	1	Einsparung
Zusammen	<u>1</u>	
Bleibt Zugang	24	

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Arbeiter/-innen</b>			
4	2	2	
	<u>2</u>	<u>2</u>	Zusammen

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	

**Allgemeiner Haushaltsvermerk:**  
Auf das Vorwort zum Einzelplan 14 wird hingewiesen.

**Planmäßige Beamte/-innen**

A 15	—	4	Aufsteigende Gehälter:
A 13	—	15	Direktor/-in
A 12	—	53	Oberamtsrat/-rätin
A 11	—	42	Amtsrat/-rätin
	—	114	Amtmann/-männin/-frau
			Zusammen
A 14	—	1	Stellen zu Titel 422 31:
A 13	—	1	Oberrat/-rätin
A 12	—	1	Oberamtsrat/-rätin,
A 11	—	1	Amtsrat/-rätin
	—	4	Amtmann/-männin/-frau,
			Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

Aufsteigende Gehälter:		
Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	4	Verlagerung nach Kapitel 14 01
Bes.-Gr. A 13	15	Verlagerung nach Kapitel 14 01
Bes.-Gr. A 12	53	Verlagerung nach Kapitel 14 01
Bes.-Gr. A 11	42	davon
		41 Verlagerung nach Kapitel 14 01
		1 Verlagerung nach Kapitel 03 04
		(ab 1. 1. 2004)
Zusammen	114	
Bleibt Abgang	114	

Sonstige Veränderungen:

Der Allgemeine Haushaltsvermerk wurde geändert (der Text: „Die Planstellen und Stellen der Kapitel 14 01 und 14 03 dürfen bei Bedarf vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.“ wurde gestrichen).  
Die Stellen zu Titel 422 31 sind entfallen.  
Der HV Nr. 1 (Ein/Eine Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO) wurde nach Kapitel 14 01 verlagert.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	

**Angestellte**

II a	—	2	
III	—	16	
IV a	—	2	
VI b	—	4	
VII	—	3	
	—	27	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Angestellte**

Abgang:		
Verg.-Gr. II a	2	Verlagerung nach Kapitel 14 01
Verg.-Gr. III	16	davon
		14 Verlagerung nach Kapitel 14 01
		2 Einsparung
		(ehemals Kapitel 14 04)
Verg.-Gr. IV a	2	Verlagerung nach Kapitel 14 01
Verg.-Gr. VI b	4	Verlagerung nach Kapitel 14 01
Verg.-Gr. VII	3	Verlagerung nach Kapitel 14 01
Zusammen	27	
Bleibt Abgang	27	

Sonstige Veränderungen:

Die HV Nr. 1 und Nr. 2 wurden nach Kapitel 14 01 verlagert.

**Haushaltsplan**

für das

**Haushaltsjahr 2005**

**Einzelplan 15**

**Umweltministerium**

---



# Vorwort zum Einzelplan 15

## A) Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Einzelplan 15 enthält die Einnahmen und Ausgaben des Geschäftsbereichs des Umweltministeriums, im Einzelnen

- I. des Umweltministeriums (Kap. 15 01),
- II. der Allgemeinen Bewilligungen (Kap. 15 02),
- III. der Gewerbeaufsichtsverwaltung (Kap. 15 06),
- IV. des Naturschutzes und der Landschaftspflege (Kap. 15 20),
- V. der Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz (Kap. 15 22),
- VI. des Nationalparks Harz (Kap. 15 24),
- VII. des Nationalparks Wattenmeer (Kap. 15 25),
- VIII. des Biosphärenreservats Elbtalaue (Kap. 15 26),
- IX. des Abfalls und der Altlasten (Kap. 15 42),
- X. des Gewässerschutzes und der Gewässerüberwachung sowie der Abwasserbehandlung (Kap. 15 52),
- XI. des Küsten- und Hochwasserschutzes (Kap. 15 54),
- XII. des Niedersächsischen Landesbetriebes für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (Kap. 15 55),
- XIII. der Verwendung der Wasserentnahmegebühr (Kap. 15 56),
- XIV. der Rücklage für die Zwischenlagerung schwachradioaktiver Abfälle (Kapitel 51 51).

Die noch im Haushaltsplan 2004 ausgebrachten Kapitel 15 03 (Niedersächsisches Landesamt für Ökologie) und 15 50 (Wasserwirtschaftsverwaltung bei den Bezirksregierungen) sind auf Grund organisatorischer Veränderungen aufgelöst (s. Abschnitt B.); das Kapitel 15 26 (Biosphärenreservat Elbtalaue) ist neu eingerichtet.

## B) Wesentliche organisatorische Veränderungen gegenüber dem Vorjahr

- I. Durch verschiedene organisatorische Maßnahmen (Artikelgesetz zur Auflösung der Bezirksregierungen, Kabinettsbeschluss vom 13.07.2004 sowie Organisationserlasse) wird die Umweltverwaltung mit der Zielsetzung, einen zweistufigen Verwaltungsaufbau einzuführen und hierzu das Landesamt für Ökologie – NLO – (bislang Kapitel 15 03) und die Bezirksregierungen (bislang Kapitel 03 05) mit Ablauf des 31.12.2004 aufzulösen, zum 01.01.2005 neu strukturiert. Der seit 1998 bestehende Landesbetrieb erweitert sein Aufgabenspektrum und erhält in diesem Zuge die neue Behördenbezeichnung „Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz“ (NLWKN). Die Aufgabenverlagerungen stellen sich im Ergebnis wie folgt dar:

1. Für die bislang dem **NLO** obliegenden Aufgaben sind künftig die folgenden Behörden zuständig, zu denen die entsprechenden Mittel aus dem Kapitel 15 03 verlagert sind:
  - Umweltministerium (Kapitel 15 01): Strategische Konzepte und Planungen in den Bereichen „Bodenschutz“ und „Altlasten“; Grundsatzangelegenheiten medienübergreifender Umweltschutz, ökologische Konzepte und Strategien, Nachhaltigkeit, ökosystemare Umweltbeobachtung; Umweltinformationssysteme (Umweltdatenkatalog, Geografisches Informationssystem); Umweltberichterstattung, Umweltinformationen.
  - Gewerbeaufsichtsämter Hannover und Hildesheim (Kapitel 15 06): Umweltmeteorologie, Luftqualitätsüberwachungssystem, Kreislauf- und Abfallwirtschaft, Abfallstromüberwachung, Arbeitsmedizin, Gefahrstoffe, Stoffbewertung, Strahlenschutz, Geräusche und Erschütterungen, Luftreinhaltung, Verfahrenstechnik, Sicherheitstechnik, Gentechnik.
  - Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz (Kapitel 15 22): Freiwilliges ökologisches Jahr.
  - Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (Kapitel 15 55): Naturschutz, Wasserwirtschaft, Gewässerschutz, Forschungsstelle Küste, Ökotoxikologie, Biologielabor, Radiologische Überwachung, Radioökologie sowie – veranschlagt bei Kapitel 15 52 - Flussgebietsgemeinschaft Weser.
  - Landesamt für Bodenforschung (Kapitel 08 18): Überwachung von Altlasten.
  - Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (Kapitel 09 41): Binnenfischerei.

Die im Zuge der Zuständigkeitsänderungen notwendigen Mittelverlagerungen sind im Einzelnen in den Erläuterungen zu Kapitel 15 03 dargestellt. Der Mittelverteilung liegen als Maßstab die sich aus der Kosten- und Leistungsrechnung für 2003 ergebende Informationen zu Grunde. Basis der Mittelverlagerung hinsichtlich des zu verteilenden Gesamtvolumens sind die Ansätze, die innerhalb der Landesregierung nach Abschluss der ersten Phase des Aufstellungsverfahrens und vor der Einarbeitung der Verwaltungsmodernisierung in den Haushaltsplan-Entwurf (sog. 2. Phase) Planungsgrundlage waren.

2. Für die Aufgaben, die bislang den BezRegen im Geschäftsbereich des Umweltministeriums oblagen, sind künftig die folgenden Behörden zuständig, zu denen die entsprechenden Mittel aus dem Kapitel 03 05 (Bezirksregierungen) und ggf. dem jeweiligen Fachkapitel verlagert sind:
- Umweltministerium (Kapitel 15 01): Dienst- und Fachaufsicht; zentrale Koordinierung der wirtschaftlichen Analyse der EU-WRRRL; zentrale Steuerung zur Erhebung der Wasserentnahmegebühr; zentrale fachliche Steuerung der Ausweisung von Naturschutzgebieten, Entwicklung von Erhaltungszielen und Sicherungskonzepten; fachliche Vorgaben für Fördermaßnahmen nach Proland für die Vereinbarungen/Bewilligungen und den Erdschwernisausgleich; Strompreisaufsicht; verschiedene Aufgaben nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz und nach dem Abfallgesetz.
  - Gewerbeaufsichtsämter Braunschweig, Hannover, Lüneburg und Oldenburg (Kapitel 15 06): Arzneimittelrecht (ausgenommen der Einzelhandel und die Apotheken) und Medizinproduktrecht (Dezernate 108) sowie Immissions- und Arbeitsschutz, Abfallwirtschaft und Abfallrecht (Dezernate 501).
  - Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (Kapitel 15 55): Wasserwirtschaft und Wasserrecht (Dezernate 502); Naturschutz (Dezernate 503).
  - Die Nationalparkverwaltungen Harz (Kapitel 15 24) und Wattenmeer (Kapitel 15 25) sowie das Biosphärenreservat Elbtalau (neu Kapitel 15 26) sind als eigenständige Behörden organisiert.

Die sich aus der Umstrukturierung ergebende Verlagerung von Mitteln (Zugang und Abgang) ist bei dem entsprechenden Kapitel erläutert. Bezogen auf das jeweilige Kapitel sind in einer Tabelle die Mittel dargestellt, die an andere Kapitel abgegeben bzw. von anderen Kapiteln aufgenommen werden. Basis der Mittelverlagerung sind die Ansätze, die innerhalb der Landesregierung nach Abschluss der ersten Phase des Aufstellungsverfahrens und vor der Einarbeitung der Verwaltungsmodernisierung in den Haushaltsplan-Entwurf (sog. 2. Phase) Planungsgrundlage waren.

- II. Im Zuge der Verwaltungsmodernisierung gibt es zum 01.01.2005 neben Auflösung der unter B) I. aufgeführten Behörden (NLÖ und BezRegen) eine Fülle von kleinen organisatorischen Veränderungen: Aufgaben entfallen, werden anderen Landesbehörden zugewiesen (z. B. dem Landesbergamt anstelle der Gewerbeaufsichtsämter) oder Dritten übertragen (Kommunen, Private und Kammern). Um die Aufgabenwahrnehmung insgesamt zu optimieren, werden in geringem Umfang auch Aufgaben der Kommunen auf die Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter übertragen. Die insoweit erforderliche Stellen- und Mittelausstattung des Kapitels 15 06 erfolgt durch Umschichtung aus dem Landeshaushalt (Kapitel 03 05 und 15 03). Die haushaltsmäßigen Auswirkungen dieser Veränderungen im Einzelplan 15 werden im Stellenabbaukonzept (s. Abschnitt C) und im Sachhaushalt berücksichtigt.
- III. Durch Beschluss des Kabinetts vom 16.03.2004 ist der „Kampfmittelbeseitigungsdienst“ (Kapitel 15 42) mit Wirkung vom 01.04.2004 in den Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres und Sport verlagert worden.

**C) Sonstige Veränderungen (Stellen- und Personalabbau)**

Im Rahmen der Zielvorgabe II (ZV II) werden im Geschäftsbereich insgesamt 400 Stellen eingespart. Diese Stellen wurden durch eine umfassende Aufgabenkritik identifiziert. Im Überblick stellt sich der vorgesehene Stellenabbau vor dem Hintergrund der alten Organisationsstruktur wie folgt dar, wobei das den BezRegen bei Kapitel 03 05 für die Fachaufgabe zur Verfügung stehende Stellenkontingent einbezogen ist.

	Gewerbeaufsicht				Wasserwirtschaft				Naturschutz				Querschnitt NLÖ	MU	gesamt
	Bez. Reg.	NLÖ	GAÄ	gesamt	Bez. Reg.	NLÖ	NLWK	gesamt	Bez. Reg.	NLÖ	NNA	gesamt			
<b>Stelleneinsparungen gesamt</b>	<b>14</b>	<b>34</b>	<b>20</b>	<b>68</b>	<b>137</b>	<b>13</b>	<b>99</b>	<b>249</b>	<b>44</b>	<b>3</b>	<b>2</b>	<b>49</b>	<b>19</b>	<b>15</b>	<b>400</b>
Wegfall	5	6	17	28	39	1	1	41	16	0	0	16	14		97
Privatisierung	0	0	0	0		8	17	25	0	0	0	0			25
Kommunalisierung	0	0	0	0	52			52	28	0	1	29			83
Erledigung durch Sonstige	4	19	0	23	27		57	84	0	0	0	0			104
Rationalisierung	5	9	3	17	19	4	24	47	0	3	1	4	5	15	91
<b>Behördenbezogener Stellenabbau</b>															
Bezirksregierungen	14				137				44						195
NLÖ		34				13				3			19		69
NLWK							99								99
Gewerbeaufsichts- ämter			20												20
MU														15	15
NNA											2				2
															<b>400</b>

In der neuen Organisationsstruktur sind die abzubauenen Stellen in den Stellenplänen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweisen mit kw-Vermerken versehen, soweit sie nicht bereits in Abgang gestellt sind (8 Stellen). Danach ergibt sich für die einzelnen Behörden folgendes Bild:

Kapitel - neu -	In Abgang gestellt	Stellenplan	Stellenüber- sichten	Bedarfsnach- weise	Gesamtergebnis
15 01	3	10	4	1	18
15 03	3				
15 06		20	48	1	69
15 22		-	2	-	2
15 55	2	78	161	61	302
NLfB (EPl. 08 18)					(6)
Gesamtergebnis	8	108	215	63	394 + (6)

**D) Hochbaumaßnahmen**

Im Kapitel 20 11 des Einzelplans 20 – Hochbauten – sind keine Hochbaumaßnahmen für den Geschäftsbereich des Umweltministeriums ausgewiesen.

**E) Maßnahmen nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“**

Für die Maßnahmen der Gemeinschaftsaufgabe sind im Einzelplan 15 ausgebracht:

	2005
	(33. Rahmenplan)
a) aus Mitteln des Bundes	39.528.000 EUR
b) aus Mitteln des Landes	18.730.000 EUR
insgesamt:	58.258.000 EUR
sowie aus Verpflichtungsermächtigungen	
a) zu Lasten des Bundes	32.170.000 EUR
b) zu Lasten des Landes	15.164.000 EUR
insgesamt:	47.334.000 EUR

Soweit es sich um Ausgaben nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GemAgrG) vom 3. September 1969 (BGBl. I S. 1573), geändert durch Gesetz vom 10. Mai 2002 (BGBl. I S. 1527) handelt, ist in der Spalte „Titel“ der Klammerzusatz „(GA)“ angefügt. Im Einzelnen wird auf die Anlage 1 zum Einzelplan 09 verwiesen.

## Epl. 15

## Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen					Gesamteinnahmen	4 Personalausgaben	5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	6 Gesamteinnahmen			
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
1501	Umweltministerium	—	21.639	1.858	352	23.849	18.124	21.203	
1502	Allgemeine Bewilligungen	—	13	14.649	—	14.662	68	—	
1503	Landesamt für Ökologie	—	—	—	—	—	—	—	
1506	Gewerbeaufsichtsverwaltung	—	9.399	15	—	9.414	32.692	5.879	
1520	Naturschutz und Landschaftspflege	—	—	—	—	—	193	2.071	
1522	Budgetierung Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz	—	383	—	544	927	1.097	837	
1524	Nationalpark Harz	—	13	9	—	22	582	372	
1525	Nationalpark Wattenmeer	—	9	1	—	10	1.363	339	
1526	Biosphärenreservat Elbtalaue	—	58	3	—	61	765	336	
1542	Abfälle, Altlasten	—	—	—	—	—	—	—	
1550	Wasserwirtschaftsverwaltung bei den Bezirksregierungen	—	—	—	—	—	—	—	
1552	Gewässerschutz und -überwachung; Abwasserbehandlung	26.000	153	727	277	27.157	269	4.112	
1554	Küsten- und Hochwasserschutz	—	16	—	76.843	76.859	—	—	
1555	Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz	—	—	—	2.706	2.706	—	—	
1556	Verwendung der Wasserentnahmegebühr	56.900	—	—	—	56.900	—	5.720	
	Summe 2005	82.900	31.683	17.262	80.722	212.567	55.153	40.869	
	Summe 2004	82.900	34.619	22.517	70.698	210.734	81.465	52.309	
	2005 mehr(+)/weniger(-)	—	-2.936	-5.255	+10.024	+1.833	-26.312	-11.440	

**gaben und Verpflichtungsermächtigungen**

**Epl. 15**

Ausgaben					2005 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 - Sp. 14)	2004 Überschuss Zuschuss (-)	2005 Verbesserung Verschlechterung (-) (Sp. 15 - Sp. 16)	Verpflichtungs- ermächtigungen
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsför- dermaßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben				
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
1.017	338	346	-907	40.121	-16.272	-12.757	-3.515	3.709
1.156	—	200	14.424	15.848	-1.186	-1.541	355	260
—	—	—	—	—	—	-23.930	23.930	—
65	—	1.135	1.040	40.811	-31.397	-22.092	-9.305	200
5.881	25	1.596	—	9.766	-9.766	-17.551	7.785	4.657
—	—	10	—	1.944	-1.017	-992	-25	—
153	9	16	42	1.174	-1.152	-981	-171	—
1.207	—	10	58	2.977	-2.967	-2.503	-464	2.115
337	—	—	182	1.620	-1.559	—	-1.559	—
469	—	—	2.860	3.329	-3.329	-7.302	3.973	—
—	—	—	—	—	—	-8.358	8.358	—
7.529	—	4.973	1.789	18.672	8.485	8.328	157	1.000
—	21.570	58.406	—	79.976	-3.117	-4.610	1.493	47.334
70.878	—	4.066	—	74.944	-72.238	-48.500	-23.738	—
17.861	—	1.993	17.578	43.152	13.748	13.857	-109	12.981
106.553	21.942	72.751	37.066	334.334	-121.767	-128.932	7.165	72.256
75.484	19.634	70.548	40.226	339.666				76.520
+31.069	+2.308	+2.203	-3.160	-5.332				-4.264

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1501 Umweltministerium**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004	2004	2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
<b>EINNAHMEN</b>							
111 01-9	342	Gebühren und tarifliche Entgelte <i>Vgl. K-Vermerk zu 981 10.</i>		1.936	1.850	+86	5.209
111 65-5	342	Auslagen für die Heranziehung von Sachverständigen in Atomgenehmigungs-, Planfeststellungs- und Aufsichtsverfahren <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.</i>		18.355	20.669	-2.314	25.796
119 01-0	011	Vermischte Einnahmen		7	7	—	42
119 02-8	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen *** <i>Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.</i>		1	1	—	0
119 03-6	011	Einnahmen aus Nebentätigkeiten		1	1	—	0
132 11-3	011	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge <i>Vgl. K-Vermerk zu 811 01.</i>		133	66	+67	119
231 10-3	342	Sonstige Zuweisungen vom Bund		10	15	-5	17
232 10-0	332	Erstattung von Personalgemeinkosten für die Koordinierungsstelle UDK / GEIN		45	44	+1	—
261 10-0	332	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von der Nds. Umweltstiftung *** <i>Gem. § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist Absatz 1 der Erläuterungen verbindlich.</i>		61	58	+3	59
271 11-3	332	Erstattungen von Ausgaben für die Zuweisung von Langzeitberaterinnen und -beratern an ein Bewerberland für den Beitritt zur EU		—	—	—	39
272 71-3	332	Zuschüsse von der EU zu den Kosten von F+EVorhaben und Kooperationen im Bereich der Umweltinformationssysteme <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 71.</i>		99	96	+3	—
281 10-0	011	Erstattung sonstiger Personalausgaben		61	—	+61	—
281 17-8	940	Erstattungen von Beihilfepauschalen durch Landesbetriebe		817	210	+607	—
381 10-5	990	Zuführung von 15 56 - 981 12 für Verwaltungskosten im Zusammenhang mit der Wasserentnahmegebühr		230	256	-26	215
381 11-3	990	Zuführung von 15 52 - 981 14 für Verwaltungskosten im Zusammenhang mit der Abwasserabgabe		26	—	+26	—
381 12-1	990	Zuführung von 15 52 - 981 83 für Personalkosten des Leiters u. eines Sachb. d. Fachbereiches 3 des Havariekommandos "Schadstoffunfallbekämpfung Küste"		95	54	+41	39
381 13-0	990	Zuführung von 15 52 - 981 64		—	—	—	—
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61/62</b>		<b>Zwischenlagerung von schwachradioaktiven Abfällen gemäß § 9 a Atomgesetz</b>		(969)	(—)	(+969)	(—)
111 61-2	342	Gebühren für die Übernahme radioaktiver Abfälle <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61/62.</i>		938	—	+938	—
231 61-8	342	Sonstige Erstattungen vom Bund		30	—	+30	—
231 62-6	342	Erstattungen der Personalausgaben vom Bund		—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Kapitel 1501**

Übersicht über die Veränderungen von Einnahmen, Personal- und Sachmittel  
im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung im Kapitel 15 01 (in 1.000 EUR)

Titel	HPE '05 Phase II	HPE '05 Phase I	Diff. - / +	Verlagerung (Zugang) aus Kapitel						Abgang infolge ZV II 15 01
				03 01	03 05	15 03	15 06	15 20	15 50	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
<b>E.</b>										
111 61	938		938			938				
231 61	30		30			30				
231 62	0		0							
359 61	1		1			1				
<b>E. ges.</b>	<b>969</b>	<b>0</b>	<b>969</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>969</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>A.</b>										
422 01	15.527	13.675	1852		502	743	333	143	254	-174
441 01	2032	1.822	210	214						-4
453 01	48	44	4		3	1				
511 01	269	225	44		29	11	10		3	-9
514 01	40	38	2			2				
525 01	59	57	2			2				
527 01	114	101	13			9			4	
546 01	8	7	1			1				
547 61	30		30			30				
547 62	223		223			223				
631 61	483		483			483				
919 61	221		221			221				
538 63	297	268	29			29				
547 63	164	33	131			131				
511 99	167	120	47			47				
<b>A. ges.</b>	<b>19.682</b>	<b>16.390</b>	<b>3.241</b>	<b>214</b>	<b>534</b>	<b>1.933</b>	<b>343</b>	<b>143</b>	<b>261</b>	<b>-187</b>
<b>Saldo/ Zuschuss</b>	<b>18.713</b>	<b>16.390</b>	<b>2.272</b>	<b>214</b>	<b>534</b>	<b>964</b>	<b>343</b>	<b>143</b>	<b>261</b>	<b>-187</b>

Die Veränderungen ergeben sich aus den Aufgabenverlagerungen, die durch die Auflösung des NLÖ und der Bezirksregierungen bedingt sind (s. Vorwort zum Einzelplan, Abschnitt B. I).

Beim Titel 422 01 sind in der Spalte 2 auch Änderungen (+ 51.000 Euro) aufgrund der parlamentarischen Beratung enthalten; Stellenverlagerung (A13 von 15 06 und A 11 nach 15 06) sowie zusätzlich eine Stelle A 11 enthalten.

**Zu 111 01**

Veranschlagt sind allgemeine Verwaltungsgebühren nebst Auslagen sowie Gebühren in Atom-Genehmigungs-, Planfeststellungs- und Aufsichtsverfahren sowie Gebühren nebst Auslagen für die Durchführung von Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach dem Atomgesetz.

**Zu 111 65**

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabe-Titelgruppe 65.

**Zu 132 11**

Vgl. 811 01.

**Zu 231 10**

Erstattung des Landesanteils durch den Bund an den Unterhaltungskosten der Zwischensammelstelle für radioaktive Abfälle in Geesthacht (vgl. 547 11).

**Zu 261 10**

Die Nds. Wattenmeerstiftung ist von der Kostenerstattung gegenüber dem Land für die von Bediensteten des MU wahrgenommenen Geschäftsführung befreit. Der Umfang der Befreiung erstreckt sich



---

ERLÄUTERUNGEN

---

**Noch zu 261 10**

auf die Personalkosten (einschl. der personenbezogenen Ausgaben) für bis zu folgende Stellenanteile: 0,5 der Bes.-Gr. A 13 BBesO geh. D. und 0,35 der Bes.-Gr. A 16 BBesO (s. auch Nr. 1 des HV im Stellenplan zu Kapitel 15 01) sowie auf die für die Geschäftsführung notwendigen Sachkosten.

Die Nds. Umweltstiftung erstattet dem Land die anteiligen sächlichen sowie persönlichen Verwaltungsausgaben (insgesamt für bis zu 1,35 Stellenanteile).

**Zu 272 71**

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabe-Titelgruppe 71.

**Zu 281 10**

Veranschlagt ist die Erstattung der Personalausgaben für einen an die Clausthaler-Umwelttechnik GmbH – CUTEC – Institut zugewiesenen Beamten (s. auch Nr. 10 der HV in der Stellenübersicht zu Kapitel 15 01).

**Zu 281 17**

Erstattung durch den Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz; die Zahlung ist bei 15 55 – 681 10 veranschlagt.

Steigerung infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung. Zugang (Verlagerung) von Planstellen (230) und beihilferelevanten Stellen (187) aus andern Kapiteln.

**Zu 381 10**

Vgl. 15 56 – 981 12.

**Zu 381 11**

Vgl. 15 52 – 981 14.

**Zu 381 12**

Vgl. 15 52 – 981 83.

**Zu Titelgruppe 61/62**

Für die Übernahme radioaktiver Abfälle durch die Landessammelstelle für radioaktive Abfälle Niedersachsen (LSSt Niedersachsen) haben die Ablieferungspflichtigen Gebühren zu entrichten, die bei Titel 111 61 vereinnahmt werden.

Der Bund hat die im Zusammenhang mit der Zwischenlagerung von schwachradioaktiven Abfällen entstehenden Kosten als Zweckausgaben gem. Art. 104 a Abs. 2 Grundgesetz zu erstatten.

Einnahmen waren bis 2004 im Kapitel 15 03 veranschlagt.

Vgl. Ausgabe-Titelgruppe 61/62.

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1501 Umweltministerium**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
359 61-4	950	Zuführung von Kapitel 51 51 Titel 919 10 <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 61/62.</i>		1	—	+1	—
<b>TGr. 67</b>		<b>Einnahmen aus der Verpachtung der Sonderabfalldeponie Hoheneggelsen</b>		(268)	(931)	(-663)	(1.264)
119 67-2	433	Erstattung von Steuern und Abgaben		38	—	+38	—
124 67-6	433	Einnahmen aus Verpachtung <i>Vgl. K-Vermerk zu 546 67.</i>		—	487	-487	744
129 67-8	433	Rekultivierungsbeitrag <i>Vgl. K-Vermerk zu 546 67.</i>		230	444	-214	520
<b>TGr. 72</b>		<b>Koordinierungsstelle Umwelt-Datenkatalog und Umweltinformationsnetz Deutschland</b>		(735)	(735)	(—)	(738)
231 72-3	332	Erstattungen von Verwaltungsausgaben vom Bund <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 72.</i>		450	450	—	450
232 72-0	332	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Ländern <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 72.</i>		285	285	—	288
		Summe für inzwischen weggefallene Titel			1	-1	
<b>A U S G A B E N</b>							
412 10-8	011	Entschädigung an Vorsitzende der Einigungsstellen gem. § 71 Abs. 7 Nds. PersVG und § 48 Abs. 3 Nds. Richtergesetz	—	1	1	—	—
421 01-8	011	Bezüge der Ministerin oder des Ministers	—	143	150	-7	229
421 02-6	011	Bezüge der Ministerin oder des Ministers - Übergangsgeld -	—	18	—	+18	—
422 01-4	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	15.527	13.841	+1.686	8.797
422 19-7	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	219
422 31-6	011	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	63	-63	210
425 01-3	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	4.505
426 01-0	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	482
426 06-0	011	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	0
427 10-5	011	Beschäftigungsentgelte an Praktikanten/ Praktikantinnen	—	1	1	—	—
427 31-8	011	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	1	1	—	1
427 39-3	011	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	2
441 01-9	940	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	—	2.032	1.941	+91	1.809
441 02-7	940	Beihilfen für Angestellte	—	18	27	-9	17
441 03-5	940	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1	2	-1	0
443 01-1	940	Fürsorgeleistungen	—	16	18	-2	15
443 02-0	940	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	—	1	-1	—
443 06-2	940	Kostenerstattungen an Landesbedienstete für Rechtsschutz in Strafsachen	—	—	—	—	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Titelgruppe 67**

Veranschlagt sind die zu erwartenden Einnahmen des Betriebs gewerblicher Art aus der Verpachtung der Sonderabfalldeponie Hoheneggelsen (SDH) und die Rekultivierungsbeiträge (vgl. Ausgabe-Titelgruppe 67/68).

**Zu Titelgruppe 72**

Vgl. Ausgabe-Titelgruppe 72.

**Zu 412 10**

Der/die Vorsitzende einer Einigungsstelle erhält für jeden bearbeiteten Einzelfall eine Vergütung von 102 EUR, in jedem Jahr der Wahlperiode der Personalräte jedoch nicht mehr als 511 EUR.

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteneinheiten (VZE):

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
280,31	251,65	250,99

Personalkostenbudget (in Tsd. EUR):

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
15.527	13.841	14.003

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2005
Zugänge:	
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	37,66
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	–
– Sonstige Veränderungen	–
Summe Zugänge	37,66
Abgänge:	
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	9,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	–
– Sonstige Veränderungen	–
Summe Abgänge	9,00
Bleibt Zugang	28,66

Veränderungen im Zuge der Verwaltungsreform:

Zugang von 03 05 9,13 BV, von 15 03 11,68 BV, von 15 06 6,56 BV, von 15 20 0,88 BV und 15 50 4,41 BV sowie Abgang infolge ZV II 4,00 BV.

**Zu 427 31**

Die Höhe der Prüfungsvergütungen richtet sich nach den aufgrund des Runderlasses des MF v. 7. 5. 1991 (Nds. MBl. S. 751), in der jeweils gültigen Fassung, erlassenen Vorschriften. 25 v. H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1501 Umweltministerium**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004		
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
453 01-7	011	Trennungschädigung und Umzugskostenvergütung	—	48	41	+7	44
511 01-7	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 511 01, 514 01, 517 01, 518 02, 525 01, 525 10, 526 01, 526 02, 527 01, 527 02, 531 10, 546 01, 546 02, 546 05, 547 10, 547 11, 1506-511 01, 1506-514 01, 1506-517 01, 1506-518 01, 1506-518 02, 1506-519 01, 1506-525 01, 1506-526 01, 1506-526 02, 1506-527 01, 1506-527 02, 1506-531 10, 1506-546 01, 1506-546 05, 1524-511 01, 1524-517 01, 1524-519 01, 1524-525 01, 1524-546 01, 1525-511 01, 1525-514 01, 1525-517 01, 1525-518 01, 1525-518 02, 1525-525 01, 1525-527 01, 1525-546 01, 1526-511 01, 1526-514 01, 1526-517 01, 1526-518 01, 1526-518 02, 1526-525 01, 1526-526 02, 1526-527 01 und 1526-546 05.</i>	—	269	225	+44	196
514 01-6	011	Haltung von Dienstfahrzeugen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	40	23	+17	39
517 01-5	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	405	345	+60	397
518 02-0	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	122	122	—	118
525 01-8	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	59	57	+2	46
525 10-7	342	Aus- und Fortbildung von Bediensteten im Bereich atomrechtl. Genehmigungs-, Planfeststellungs- und Aufsichtsverfahren <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	90	90	—	73
526 01-4	011	Sachverständige <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	140	180	-40	23
526 02-2	011	Gerichts- und ähnliche Kosten <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	105	140	-35	2
527 01-0	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	114	101	+13	126
527 02-9	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenanlagen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	20	15	+5	20
529 10-2	011	Zur Verfügung der Ministerin oder des Ministers	—	5	5	—	4
531 10-7	011	Ausgaben für Veröffentlichungen, Dokumentationen und sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	74	120	-46	52
546 01-5	011	Vermischte Ausgaben <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	8	7	+1	3
546 02-3	011	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	1	1	—	1
546 05-8	011	Sächliche Verwaltungsausgaben zur Regulierung von Sachschäden des Landes, die nicht versichert sind <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	—	—	—	—

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 514 01**

**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1.1.2004	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Pkw	4	4	4

**Zu 531 10**

Die Mittel sind für eine Öffentlichkeitsarbeit bestimmt, welche die aktuellen fachlichen Umweltaufgaben darstellt und in der öffentlichen Diskussion die Maßnahmen und Ziele der niedersächsischen Umweltpolitik angemessen zur Geltung bringen soll.

Geplant sind insbesondere Fachveranstaltungen und Veröffentlichungen im Rahmen der Landesinitiative Energieeinsparung, zur Arbeit der 5. Regierungskommission, zur Fusion der Nationalparke im Harz sowie zu Förderprogrammen, die durch die Europäische Union kofinanziert werden.

Die kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit und die öffentlichkeitswirksame Behandlung weiterer Fachthemen soll durch Broschüren, Faltpfächer sowie durch Ausbau und Pflege des Internetauftritts des Umweltministeriums sichergestellt werden.

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1501 Umweltministerium**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
547 10-0	623	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	11	11	—	9
547 11-9	621	Landesanteil an den ungedeckten Betriebskosten der Zwischensammelstelle für radioaktive Abfälle in Geesthacht <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	10	15	-5	8
549 01-4	989	Globale Minderausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	-607	+607	—
681 10-9	011	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	—	—	—	—
811 01-0	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.</i>	—	133	66	+67	119
812 10-6	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	13	13	—	13
972 11-1	989	Globale Minderausgabe <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.</i>	—	-2.567	-3.640	+1.073	—
972 14-6	989	Minderausgabe Konsolidierung	—	—	—	—	—
981 10-2	990	Abführung an 13 50 - 381 15 <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 10 v.H. der Isteinnahmen bei 111 01.</i>	—	180	185	-5	522
981 11-0	990	Abführung an 13 21 - 381 15	—	1.159	1.160	-1	1.158
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61/62</b>		<b>Zwischenlagerung von schwachradioaktiven Abfällen gemäß § 9 a Atomgesetz</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 111 61 und 359 61.</i> <i>*** Die nicht durch Einnahmen gedeckten Mehrausgaben sind als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.</i>	(—)	(957)	(—)	(+957)	(—)
547 61-5	342	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	30	—	+30	—
547 62-3	342	Beauftragung eines Dritten zum Betrieb einer Landessammelstelle	—	223	—	+223	—
631 61-6	342	Sonstige Zuweisungen an den Bund	—	483	—	+483	—
919 61-0	950	Abführung an Kapitel 51 51 Titel 359 10	—	221	—	+221	—
<b>TGr. 63</b>		<b>Niedersächsisches Umweltinformationssystem</b> <i>Übertragbar.</i>	(—)	(530)	(339)	(+191)	(142)
429 63-9	332	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
538 63-2	332	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	297	268	+29	75
547 63-1	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	164	10	+154	53
631 63-2	332	Sonstige Zuweisungen an den Bund	—	21	13	+8	12
632 63-9	332	Sonstige Zuweisungen und Erstattungen an Länder	—	38	38	—	3
812 63-7	332	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen sowie Software	—	10	10	—	—

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 547 10**

Veranschlagt sind die im gesamten Geschäftsbereich anfallenden Ausgaben.

	2005 in Euro
1. Abwassertechnische Vereinigung	358,00
2. Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e. V., Eschborn	102,50
3. Deutscher Arbeitsring für Lärmbekämpfung e. V. (DAL)	150,00
4. Deutsches Institut für Normung, Berlin	700,00
5. Verband Deutscher Naturparke – VDN	1.600,00
6. Föderation der Natur- und Nationalparke Europas (FNNPE)	1.605,00
7. Europark Föderation Deutschland	6.000,00
Zusammen	10.440,50

**Zu 547 11**

Die Länder betreiben nach dem Atomgesetz Landessammelstellen für die Zwischenlagerung der in ihrem Gebiet anfallenden radioaktiven Abfälle.

Die vier norddeutschen Küstenländer hatten eine gemeinsame Sammelstelle in der GKSS Forschungszentrum Geesthacht GmbH auf deren Reaktorgelände in Geesthacht errichtet. Die Kapazität der gemeinsamen Sammelstelle ist erschöpft. Neue Einlagerungen finden nicht mehr statt.

Der Bedarf der Länder betrug 38 % der Einlagerungskapazität. Veranschlagt ist der Anteil des Landes Niedersachsen an den laufenden Folgekosten der Sammelstelle in Höhe von  $\frac{1}{9}$  von 38 % (vgl. 231 10). Der Bund erstattet den Landesanteil.

Die Mittel für die in Betrieb befindliche Landessammelstelle sind in der TGr. 61/62 veranschlagt.

**Zu 811 01**

Ausgaben für personenbezogene Dienstkraftfahrzeuge sowie für Dienstkraftfahrzeuge für Referenten. Nach den Kfz-Richtlinien dürfen personenbezogene Dienstkraftfahrzeuge schon dann durch neue Kraftfahrzeuge ersetzt werden, wenn mit dem jeweils zu erwartenden Verwertungserlös mindestens gleichwertige Ersatzbeschaffungen vorgenommen werden können (vgl. 132 11). Zum Bestand siehe Titel 514 01.

**Zu 972 11**

Zum Ausgleich des Haushalts. Der Beitrag zum Haushaltsausgleich kann auch durch Mehreinnahmen erbracht werden, soweit diesen keine entsprechenden Mehrausgaben gegenüber stehen.

**Zu 981 11**

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Epl. 13.

**Zu Titelgruppe 61/62**

Gemäß § 9 a Abs. 3 des Atomgesetzes haben die Länder Landessammelstellen für die Zwischenlagerung der in ihrem Gebiet angefallenen radioaktiven Abfälle einzurichten. Für Niedersachsen ist die Landessammelstelle für radioaktive Abfälle Niedersachsen (LSSt Niedersachsen) bestimmt worden. Die LSSt Niedersachsen bedient sich bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben mit der GNS Gesellschaft für Nuklear-Service mbH, Essen, eines Dritten.

Ausgaben waren bis 2004 im Kapitel 15 03 veranschlagt. Vgl. Einnahme-Titelgruppe 61/62.

**Zu 547 62**

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Inanspruchnahme der Leistungen der GNS.

**Zu 631 61**

Veranschlagt sind die Ausgaben für die an den Bund abzuführende Endlagerpauschale.

**Zu Titelgruppe 63**

Weiterentwicklung und Pflege eines Nieders. Umweltinformationssystems (NUMIS) sowie der Anteil Niedersachsens an Kooperationen mit dem Bund und den Ländern für den Aufbau, die Unterhaltung und Weiterentwicklung gemeinsamer Umweltinformationssysteme.

Im Einzelnen sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

- Pflege und Weiterentwicklung der WWW-Komponente,
- Weiterentwicklung des Geo-Informationssystems unter besonderer Berücksichtigung der Fachsysteme des Geschäftsbereichs,
- Fortführung der Einführung des Nieders. Umweltdatenkatalogs, Aktualisierung der Daten,
- Vorbereitung zur Umsetzung des Umweltinformationsgesetzes.

Die Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates (2003/4/EG) (EU-UURL) schreibt den Anspruch der Öffentlichkeit auf den freien Zugang zu Umweltinformationen fest. Die RL wird in nationales Recht umgesetzt – Umweltinformationsgesetze des Bundes und der Länder (UIG; NUIG). Für die praktische Umsetzung bedarf es einer Reihe organisatorischer und technischer sowie inhaltlicher Maßnahmen, um den Anforderungen der Richtlinie gerecht zu werden.

Die Information der Öffentlichkeit mit Inhalten aus dem Geschäftsbereich erfolgt zurzeit über die Internetpräsenz des MU und der Dienststellen des Geschäftsbereichs sowie das NUMIS. Um den Anforderungen der UURL zu genügen, muss dieses Angebot sowohl inhaltlich als auch technisch intensiv ausgebaut werden. Dabei wird vorrangig das Ziel verfolgt, die Informationsangebote der einzelnen Dienststellen im Geschäftsbereich im Sinne des NUIG bzw. der UURL zu harmonisieren und zu strukturieren und zu ergänzen, und damit einen nutzerfreundlichen Zugang zu schaffen. Die RL stellt Anforderungen an die Qualität der angebotenen Umweltinformationen (zutreffend, aktuell, verständlich). Um das zu gewährleisten, muss ein Qualitätssicherungs- und Aktualisierungssystem aufgebaut werden. Wegen des bei fast allen Umweltinformationen wichtigen Raumbezugs muss die Komponente GEOSUM auf moderne Datenbanktechnik umgestellt und erweitert werden.

**Zu 538 63**

Die Mittel sind vorgesehen für Planungs- und Entwicklungsleistungen Dritter.

Ferner sollen die Arbeiten für das Geographische Umweltinformationssystem „GEOSUM“ befristet an Dritte vergeben werden.

**Zu 631 63**

Veranschlagt ist der entsprechend dem Königsteiner Schlüssel berechnete nieders. Anteil aufgrund der vom Bund und den Ländern abgeschlossenen Verwaltungsvereinbarung über den Aufbau und Betrieb eines gemeinsamen, zentralen Stoffdatenpools Bund/Länder (GSBL) über umweltrelevante und gefährliche chemische Stoffe.

**Zu 632 63**

Veranschlagt sind die entsprechend dem Königsteiner Schlüssel auf das Land Niedersachsen entfallende Kostenanteile am Aufbau, der Unterhaltung und Weiterentwicklung

- der Koordinierungsstelle UDK/GEIN (siehe auch TGr. 72),
- der Internet-Präsenz der UMK,
- des Systems „ReSyMeSa“ zur gegenseitigen Information der Länder zur Akkreditierung und Notifizierung von Prüflaboratorien und Messstellen im gesetzlich geregelten Umweltbereich.

**Zu 812 63**

	2004 in Tsd. EUR
--	---------------------

Neubeschaffung:

Hardwarekomponenten für das Nieders. Umweltinformationssystem

10

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1501 Umweltministerium**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>TGr. 65</b>		<b>Auslagen in Atomgenehmigungs-, Planfeststellungs- und Aufsichtsverfahren</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 111 65.</i> <i>*** Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.</i>	(–)	(18.355)	(20.669)	(–2.314)	(24.791)
526 65-0	342	Sachverständige	–	18.220	20.439	–2.219	24.651
547 65-8	342	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	–	35	30	+5	34
981 65-0	990	Abführung an 08 18 - 381 64	–	100	200	–100	106
<b>TGr. 67/68</b>		<b>Betrieb gewerblicher Art "Sonderabfalldeponie Hoheneggelsen"</b> <i>Übertragbar.</i>	(3.709) (5.316)	(818)	(808)	(+10)	(528)
546 67-8	433	Steuern und Abgaben <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zu 13,8 v.H. der Isteinnahmen bei 124 67.</i> <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zu 13,8 v.H. der Mehreinnahmen bei 129 67.</i>	–	10	68	–58	131
547 67-4	433	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	–	40	40	–	10
633 67-8	433	Zuweisung an die Gemeinde Söhlde zum Ausgleich von Nachteilen infolge Betriebs der Sonderabfalldeponie Hoheneggelsen	–	256	256	–	256
671 67-7	433	Erstattung der Kosten für die Unterhaltung der Deponie und der Sickerwasserentsorgung	–	174	244	–70	132
761 67-6	433	Komplettierung der Dichtwand im Deponiebereich West <i>*** Bei dieser Maßnahme entfällt die Vorlage der Unterlagen gem. § 24 Abs. 3 LHO, wenn sie im Einzelnachweis dargestellt ist.</i>	– 5.316	–	200	–200	–
761 68-4	433	Oberflächenabdichtung und Rekultivierung der Deponie <i>*** Bei dieser Maßnahme entfällt die Vorlage der Unterlagen gem. § 24 Abs. 3 LHO, wenn sie im Einzelnachweis dargestellt ist.</i>	3.709 –	338	–	+338	–
<b>TGr. 71</b>		<b>Kosten von F+E Vorhaben und Kooperationen im Bereich der Umweltinformationssysteme aus Beiträgen Dritter</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 272 71.</i> <i>*** Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EU-Programms als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.</i>	(–)	(99)	(96)	(+3)	(107)
429 71-0	332	Nicht aufteilbare Personalausgaben	–	33	85	–52	81
538 71-3	332	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	–	–	–	–	6
547 71-2	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	–	66	11	+55	19
<b>TGr. 72</b>		<b>Koordinierungsstelle Umwelt-Datenkatalog und Umweltinformationsnetz Deutschland</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 231 72 und 232 72.</i>	(–)	(735)	(735)	(–)	(654)

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Titelgruppe 65**

Veranschlagt sind die Ausgaben, die das Land für die Heranziehung von Sachverständigen in Genehmigungs-, Planfeststellungs- und Aufsichtsverfahren nach dem Atomgesetz zu verauslagen hat. Schwerpunktmäßig handelt es sich dabei um Begutachtungen und Stellungnahmen zu Änderungsvorhaben sowie für wiederkehrende Prüfungen in den vier niedersächsischen Kernkraftwerken. Diese Ausgaben werden von den jeweiligen Betreibern als Auslagen erstattet.

Weniger infolge der fortgeschriebenen Ist-Entwicklung.

**Zu 526 65**

Die Mittel sind bestimmt für die Heranziehung von Sachverständigen im Rahmen von förmlichen Verfahren nach dem Atomgesetz.

**Zu 981 65**

Veranschlagt ist die Abführung für Sachverständigenleistungen durch das Niedersächsische Landesamt für Bodenforschung im Zusammenhang mit den Planfeststellungsverfahren für die Endlagerprojekte Gorleben und Konrad.

**Zu Titelgruppe 67/68**

Das Land Niedersachsen, vertreten durch das Nieders. Umweltministerium, hat als Betrieb gewerblicher Art „Sonderabfalldeponie Hoheneggelsen“ mit Betriebs- und Überlassungsvertrag vom 21. 9. 1992 mit der Nieders. Sonderabfalldeponie Hoheneggelsen GmbH (SDH) vereinbart, dass die SDH unter Beachtung des Planfeststellungsbeschlusses vom 14. 10. 1985 und der dazu ergangenen Planfeststellungs-Änderungsbeschlüsse und Änderungsgenehmigungen die Sonderabfalldeponie Hoheneggelsen betreibt. Das Land hat der SDH gem. § 2 Abs. 1 des o. a. Vertrages gegen Entgelt die Verwaltung und Nutzung der notwendigen Vermögenswerte überlassen (Grundstücksflächen, Gebäude, Einlagerungseinrichtungen und sonstige technische Anlagen und Maschinen, betriebseigene Kläranlage, Polder im Erweiterungsbereich West).

**Zu 547 67**

Veranschlagt sind u. a. die Kosten der kaufmännischen Buchführung und der Beratung des Betriebs gewerblicher Art in kaufmännischen und steuerlichen Fragen.

**Zu 633 67**

Das Land Niedersachsen gewährt der Gemeinde Söhlde gemäß Vertrag vom 12. 7. 1995 bis zum Ende des Einlagerungsbetriebs am 31. 12. 2005 jährlich eine Zuweisung von rd. 256 000 EUR zum Ausgleich von Nachteilen, die mit dem Betrieb der Sonderabfalldeponie Hoheneggelsen verbunden sind.

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	256	—	—	256
2006	—	—	—	—
2007	—	—	—	—
2008	—	—	—	—
2009 ff.	—	—	—	—
Summe	256	—	—	256

**Zu 761 67**

Mit der 17. Änderung vom 21.04.2004 des Planfeststellungsbeschlusses vom 14.10.1985 ist die Nebenbestimmung 3.1.6 der 10. Änderung vom 21.02.1995 gestrichen worden. Der Bau der nörd-, öst- und westlichen Dichtwände ist somit nicht erforderlich.



**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 761 68**

Einzelnachweis der Baumaßnahmen								
				Noch zu veranschlagen				
Landeseigene Baumaßnahmen bei Titel	Gesamtkosten gemäß § 24 LHO	Bis einschl. 2004 verfügbar	2005	2006	2007	2008	später	Summe
Titel 761 68				in 1000 Euro				
Maßnahme								
Oberflächenabdichtung und Rekultivierung des Deponiebereichs West	4.047	0	338	3.448	261	-	-	3.709

**Belastung (2005)**

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	–	–	–
2006	–	–	3.448	3.448
2007	–	–	261	261
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	–	3.709	3.709

**Zu Titelgruppe 71**

Die Titelgruppe dient der Abwicklung der aus Zuschüssen und Zuweisungen Dritter (Bund, andere Länder, Europäische Union) finanzierten Ausgaben für die gemeinsame Entwicklung und Weiterentwicklung von Umweltinformationssystemen.

Durch die Generaldirektion „Information Society“ der Kommission der Europäischen Union wird voraussichtlich bis zum 28.02.2005 das Projekt Methodologies and Tools for Building Intelligent Collaboration and Transaction Environments in Public Administration Networks (ICTE-PAN / Methoden und Werkzeuge zum Bau intelligenter Zusammenarbeits- und Abwicklungs-umgebungen in Netzwerken der öffentlichen Verwaltung) finanziert. Die Durchführung des Projektes obliegt einem Konsortium von sechs internationalen Partnern aus Industrie, Hochschulen und öffentlicher Verwaltung. Dem MU obliegt hierbei die Definition der Nutzeranforderungen und Evaluierung.

**Zu Titelgruppe 72**

Zur Buchung der Ausgaben für die Durchführung der Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern für die gemeinsame Weiterentwicklung und Pflege des Metainformationssystems „Umwelt-Datenkatalog“ (UDK) und des „Umweltinformationsnetzes Deutschland“ (GEIN).

Die Geschäftsführung der Koordinierungsstelle obliegt dem Nieders. Umweltministerium.

Der auf Niedersachsen entfallende Anteil an den Kosten in Höhe von rd. 28.000 EUR wird aus TGr. 63 (s. Titel 632 63) gedeckt.

**Zu 429 72**

Für die Geschäftsführung der Koordinierungsstelle „Umwelt-Datenkatalog“ und „Umweltinformationsnetz Deutschland“ (GEIN) sind die folgenden fünf Arbeitsplätze bestimmt:

Angestellte Verwaltungsdienst:	Arbeitsplätze
Verg.-Gr. I a	1
Verg.-Gr. I b	1
Verg.-Gr. II a	1
Verg.-Gr. IV a	2
Zusammen:	5

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1501 Umweltministerium**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004		
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
noch <b>TGr. 72</b>		<i>*** Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.</i>					
429 72-8	332	Nicht aufteilbare Personalausgaben <i>*** Die Ausgaben dürfen zur Vergütung von bis zu 5 unbefristet beschäftigten Angestellten verwendet werden.</i>	–	285	280	+5	228
538 72-1	332	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	–	390	396	–6	412
547 72-0	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	–	15	15	–	14
632 72-8	332	Erstattung von Personalgemeinkosten an das Land Niedersachsen	–	45	44	+1	–
812 72-6	332	Erwerb von Geräten und sonstigen bewegliche Sachen sowie Software	–	–	–	–	–
<b>TGr. 98/99</b>		<b>Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik</b> <i>Übertragbar.</i>	(–)	(430)	(383)	(+47)	(343)
511 99-8	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 511 99, 525 98, 525 99, 538 98, 538 99, 547 99, 812 99, 1506-511 99, 1506-518 98, 1506-518 99, 1506-525 98, 1506-525 99, 1506-538 98, 1506-538 99, 1506-547 99, 1506-812 99, 1526-511 99, 1526-525 98, 1526-525 99, 1526-538 98, 1526-538 99, 1526-547 99 und 1526-812 99.</i>	–	167	120	+47	98
525 98-0	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch das IZN <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 99.</i>	–	3	3	–	4
525 99-9	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch andere Dienstleister <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 99.</i>	–	18	18	–	1
538 98-5	011	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an das IZN) <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 99.</i>	–	5	5	–	4
538 99-3	011	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an andere) <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 99.</i>	–	47	47	–	15
547 99-2	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 99.</i>	–	–	–	–	–
812 99-8	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen sowie Software <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 99.</i>	–	190	190	–	219

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Titelgruppe 98/99**

In der Titelgruppe sind sämtliche Ausgaben für die Informations- und Kommunikations-Technik im Umweltministerium zentral veranschlagt.

**Zu 812 99**

	2004 in Tsd. EUR
Ersatzbeschaffungen:	
• Zentraler Server des MU	50
• Datenendgeräte für das MU (insbes. zur Bürokommunikation)	75
• Datennetz des MU (Switching Baugruppen, Router u. a.)	50
Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen:	
• Überlassung von Standardsoftware	15
Zusammen	190

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1501 Umweltministerium**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 1501</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		21.639	23.526	-1.887	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		1.858	1.158	+700	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		352	310	+42	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		23.849	24.994	-1.145	
		4 Personalausgaben	—	18.124	16.452	+1.672	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	21.203	22.320	-1.117	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	1.017	595	+422	
		7 Baumaßnahmen	3.709	338	200	+138	
			5.316				
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	346	279	+67	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	-907	-2.095	+1.188	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	3.709	40.121	37.751	+2.370	
			5.316				
		<b>Zuschuss</b>		16.272	12.757	+3.515	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1502 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-3	332	Vermischte Einnahmen		13	13	—	0
119 90-0	332	Rückzahlungen von Überzahlungen aus EU-Mitteln <i>*** Rückzahlungen an die EU sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben</i>		—	—	—	-4
271 71-0	332	Zuweisungen im Rahmen des Aktionsprogramms LIFE zur Entwicklung und Durchführung der Umweltpolitik <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 71.</i>		200	660	-460	465
271 90-7	332	EU-Mittel zur Förderung von Maßnahmen aus dem Europ. Garantiefonds der Landwirtschaft (EAGFL), Entwicklungsplan 2000 bis 2006 <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 90.</i>		13.880	14.456	-576	17.066
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 63</b>		<b>Förderung des Freiwilligen ökologischen Jahres</b>		(569)	(591)	(-22)	(425)
231 63-8	332	Zuweisungen des Bundes <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 63.</i>		321	321	—	159
281 63-5	332	Erstattungen Dritter <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 63.</i>		248	270	-22	266
<b>AUSGABEN</b>							
633 10-8	332	Zuweisungen an Gemeinden (GV) für lokale Agenda 21-Prozesse <i>Übertragbar.</i>	—	—	—	—	108
684 10-1	332	Leistungen auf Grund des Gesetzes zur finanziellen Förderung der Arbeit von Umwelt- u. Naturschutzverbänden in Nieders.	—	250	450	-200	615
686 10-4	332	Finanzhilfe an die Nds. Umweltstiftung gemäß § 7 Abs. 2 NLottG <i>*** Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an der Konzessionsabgabe geleistet werden.</i>	—	585	780	-195	707
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 63</b>		<b>Förderung des Freiwilligen ökologischen Jahres</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 231 63 und 281 63.</i> <i>*** Das MU wird ermächtigt, Teilnehmern am Freiwilligen Ökologischen Jahr durch den Träger monatlich eine Aufwandsbeihilfe auszahlen zu lassen.</i>	(260) (215)	(933)	(915)	(+18)	(660)
412 63-2	332	Kosten des Beirats für das Freiwillige ökologische Jahr	— 215	—	—	—	1
429 63-2	332	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	68	68	—	53
547 63-5	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	237
633 63-9	332	Sonstige Zuweisungen und Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	7 —	10	10	—	—
684 63-2	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (ohne öffentl. Einrichtungen)	250 —	306	306	—	195

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 271 71**

Vgl. Erläuterung zu Ausgabe-Titelgruppe 71.

**Zu 271 90**

Vgl. Erläuterung zu Ausgabe-Titelgruppe 90.

**Zu Titelgruppe 63**

Vgl. Erläuterung zu Ausgabe-Titelgruppe 63.

**Zu 281 63**

Für die Erstattung von Ausgaben bei der Durchführung des FÖJ, insbesondere für Seminare mit den FÖJ-Teilnehmern, durch Dritte (z. B. Stiftungen).

**Zu 633 10**

Vorsorglich Leertitel zur Abwicklung von in Vorjahren bewilligter, aber bis Ende 2004 noch nicht schlussgerechneter Vorhaben.

**Zu 684 10**

Veranschlagt ist die Finanzhilfe des Landes zur finanziellen Förderung der Arbeit von Umwelt- und Naturschutzverbänden gemäß Gesetz vom 6. 6. 1994 (Nds. GVBl. Nr. 12/1994 S. 236), geändert durch Art. 3 und 16 des Gesetzes vom 17.12.2004 (Haushaltsbegleitgesetz 2005, Nds. GVBl. S. 664 ff.).

Von folgenden Verbände werden voraussichtlich die Fördervoraussetzungen erfüllt:

- BUND LV Niedersachsen,
- NABU LV Niedersachsen,
- Naturschutzverband Niedersachsen.

**Zu 686 10**

Die Nds. Umweltstiftung erhält aus den Konzessionsabgaben gemäß § 7 Abs. 2 NLottG vom 21. 6. 1997 (Nds. GVBl. S. 289), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 17.12.2004 (Haushaltsbegleitgesetz 2005, Nds. GVBl. S. 664 ff.), eine Finanzhilfe für satzungsgemäße Zwecke gemäß § 2 der Stiftungssatzung (Bek. d. MU v. 7. 11. 1989 – Nds. MBl. S. 1221). Danach fördert die Stiftung Maßnahmen in den Bereichen:

- a) Verbesserung des Umweltbewusstseins,
- b) Verbesserung der Umweltvorsorge,
- c) Sicherung des Naturhaushaltes,
- d) Sicherung des Ressourcenhaushaltes und
- e) ökologische Weiterentwicklung der Industriegesellschaft.

Reduzierung des Ansatzes aufgrund der o. a. Gesetzesänderung.

**Zu Titelgruppe 63**

Aus den Mitteln wird das Freiwillige ökologische Jahr (FÖJ) gefördert.

Fördergrundlage: „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Freiwilligen Ökologischen Jahres“ (Nds. MBl. Nr. 14/2002 S. 287).

In Niedersachsen stehen 175 Plätze für das FÖJ zur Verfügung. Hiervon werden jeweils 30 Plätze durch die Nieders. Umweltstiftung und Nieders. Wattenmeerstiftung sowie – seit dem 01.09.2003 – 35 Plätze durch die Nieders. Lottostiftung getragen. Mit Ausnahme eines monatlichen Taschengeldes sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung übernehmen die Einsatzstellen die sonstigen persönlichen und sächlichen Kosten sowie etwaige Kosten für Unterkunft und Verpflegung.

Das Land gewährleistet die pädagogische Betreuung für alle Plätze. Diese Kosten werden zum größten Teil durch Zuwendungen des Bundes finanziert bzw. anteilmäßig von den Stiftungen erstattet.

Die Verpflichtungsermächtigungen dienen der Bewilligung von Förderzusagen für den jeweils im folgenden Haushaltsjahr liegenden Teilzeitraum des FÖJ (01.01. bis 31.08.).

**Zu 633 63**

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE	durch die 2004 ausgebrachte VE	durch die 2005 ausgebrachte VE	Gesamt belastung
	in 1000 EUR	in 1000 EUR	in 1000 EUR	
2005	–	–	–	–
2006	–	–	7	7
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	–	7	7

**Zu 684 63**

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE	durch die 2004 ausgebrachte VE	durch die 2005 ausgebrachte VE	Gesamt belastung
	in 1000 EUR	in 1000 EUR	in 1000 EUR	
2005	–	215	–	215
2006	–	–	250	250
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	215	250	465

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1502 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
686 63-5	332	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	3	5	5	—	6
981 63-7	990	Abführung an 15 22 - 381 10	—	544	526	+18	168
<b>TGr. 71</b>		<b>Verausgabung von Zuschüssen der EU im Rahmen des Aktionsprogramms LIFE zur Entwicklung und Durchführung der Umweltpolitik</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 271 71.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i> <i>Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EU-Programms als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.</i>	(—)	(200)	(660)	(-460)	(522)
547 71-6	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	26
686 71-6	332	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	—	—	—	—
761 71-8	332	Investive Maßnahmen auf landeseigenen Flächen	—	—	—	—	—
812 71-1	332	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
821 71-0	332	Landeseigener Erwerb von Grundstücken	—	200	660	-460	497
<b>TGr. 90</b>		<b>Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen aus dem Europ. Garantiefonds der Landwirtschaft (EAGFL), Entwicklungsplan 2000 bis 2006</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 271 90.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe richten sich nach dem genehmigten EU-Programm.</i> <i>Die nicht durch Einnahmen gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EU-Programms als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.</i>	(—)	(13.880)	(14.456)	(-576)	(16.889)
547 90-2	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	252
633 90-6	332	Sonstige Zuweisungen und Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	304
681 90-0	332	Entschädigungen und Ersatzleistungen an natürliche Personen	—	—	—	—	1.169
682 90-7	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
683 90-3	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	2.926
686 90-2	332	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	—	—	—	54
761 90-4	332	Sonstige Tiefbaumaßnahmen	—	—	—	—	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 686 63**

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE	durch die 2004 ausgebrachte VE	durch die 2005 ausgebrachte VE	Gesamt belastung  in 1000 EUR
	in 1000 EUR	in 1000 EUR	in 1000 EUR	
2005	–	–	–	–
2006	–	–	3	3
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	–	3	3

**Zu 981 63**

Abführung von Personal- und Sachkosten für die pädagogische Betreuung der FÖJ-Teilnehmerinnen und FÖJ-Teilnehmer und die verwaltungsmäßige Abwicklung des FÖJ durch die Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz.

Im Kapitel 15 22 sind für diese Aufgabe folgende Stellen veranschlagt, die vom NLÖ übernommen wurden:

Für das Haus- haltsjahr 2004	Für das Haus- haltsjahr 2005 sind erforderlich
---------------------------------	--

Angestellte

Verg.-Gr. II a	2	2
Verg.-Gr. VII	1	1
Zusammen:	3	3

**Zu Titelgruppe 71**

Zur Verausgabung von Zuschüssen der EU-Kommission, die dem Land im Rahmen des Aktionsprogramms LIFE zur Entwicklung und Durchführung der Umweltpolitik gewährt werden.

Förderschwerpunkte sind Maßnahmen in den Bereichen Gewässerschutz und Naturschutz. Zur Zeit werden folgende Projekte abgewickelt (Stand Juli 2003):

Projekt	Laufzeit	Projektsumme Tsd. EUR
Wiedervernässung Hohes Moor, Landkreis Stade	2001 - 2005	1 288
Wiedervernässung der westlichen Dümmerniederung, Naturschutz- station Dümmer	2002 - 2006	3 103
Naturnahe Flussdynamik an der nieders. Ems, Landkreis Emsland	2004 - 2007	4 317

Notwendige Komplementärmittel des Landes zur Durchführung der LIFE-Projekte sind bei Kapitel 15 56, Titel 821 62 und 883 62 veranschlagt.



ERLÄUTERUNGEN

**Zu Titelgruppe 90**

Niedersachsen hat auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 vom 17.5.1999 (Amtsblatt der EG Nr. L 160, S. 80) in der Fassung der Berichtigung vom 1.12.2000 (Amtsblatt der EG Nr. L 302, S. 72), zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 567/2004 vom 27.3.2004 (Amtsblatt der EG Nr. L 90, S. 1) zur „Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums“ ein Programm mit dem niedersächsischen Titel „PROLAND“ für die Jahre 2000 bis 2006 erstellt. Für das Programm ist federführend ML zuständig (s. Kap. 09 02 TGr. 90). Für Maßnahmen des MU sind in diesem Zeitraum insgesamt Landes- und EU-Mittel i. H. v. ca. 177,7 Mio. EUR eingeplant.

Die erforderlichen Komplementärmittel des Landes werden im Rahmen der Erfüllung der Fachaufgaben bei den jeweiligen Fachkapiteln zur Verfügung gestellt. Bei der Landschaftsentwicklung ist ein Teil der Komplementärmittel von den Kommunen zu finanzieren.

Die Förderbereiche im Einzelnen, den hierfür jeweils geplanten Betrag sowie die Haushaltsstelle, aus der der Landesanteil gedeckt wird, sind der folgenden Übersicht zu entnehmen (Stand März 2004):

Maßnahme- ziffer PROLAND	<b>EU-Maßnahmenbezeichnung</b> Förderrichtlinie der Umweltministeriums	Gesamtbetrag 2000 bis 2006 (EU+LAND) Tsd. EUR	EU-Anteil (15 02 TGr. 90) 2005 Tsd. EUR	Haushaltsstelle für den Landesanteil
<b>e</b>	<b>Benachteiligte Gebiete und Gebiete mit umweltspezifischen Einschränkungen</b>			
e 1	Erschwernisausgleich in geschützten Teilen von Natur und Landschaft	9 009	767	15 20 – 683 12
<b>f</b>	<b>Agrarumweltmaßnahmen</b>			
f 3a	Kooperationsprogramm Biotoppflege	7 156	1.066	15 20 TGr. 67
f 3b	Kooperationsprogramm Feuchtgrünland	7 399	640	15 56 TGr. 62
f 3c	Kooperationsprogramm Dauergrünland in Naturschutzgebieten, Nationalparks und Biosphärenreservaten	8 120	826	15 20 – 683 13
f 3d	Kooperationsprogramm Erhaltung der biologischen Vielfalt – Nordische Gastvögel, extensive Bewirtschaftung	2 634	358	15 20 – 683 14
f 3e	– Artenschutzmaßnahmen auf Ackerflächen (Ackerwildkräuter)	3 393	335	15 20 – 683 14
f 4a bis e	Trinkwasserschutz in Wasservorranggebieten	15 839	1 467	15 56 TGr. 80/81
<b>m</b>	<b>Vermarktung von landwirtschaftlichen Qualitätserzeugnissen</b>			
m 1	Vermarktung landwirtschaftlicher Qualitätserzeugnisse aus Wasservorranggebieten	1 743	169	15 56 TGr. 80/81
<b>t</b>	<b>Schutz der Umwelt im Zusammenhang mit der Land- und Forstwirtschaft, der Landschaftspflege und der Verbesserung des Tier-schutzes</b>			
t 2a I.	Förderung von Erhaltung, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft in bestimmten Gebieten durch das Land Niedersachsen (Verwaltungsvorschrift „Naturschutz“)	12 715	818	15 20 TGr. 61 u. 67, 15 56 TGr. 62
t 2a II.	Förderung von Erhaltung, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft in bestimmten Gebieten durch andere (Förderrichtlinie „Landschaftsentwicklung“)	15 046	767	15 20 TGr. 67, 15 56 TGr. 62
t 2b	Förderung der naturnahen Gewässergestaltung	20 698	1 332	15 54 TGr. 86
t 3	Maßnahmen zum Schutz von Feuchtgrünland	167	26	15 56 TGr. 62
t 4 a bis c	flankierende Maßnahmen zur gewässerschonenden Landbewirtschaftung	8 323	709	15 56 TGr. 80/81
<b>u</b>	<b>Wiederaufbau eines durch Naturkatastrophen geschädigten landwirtschaftlichen Produktionspotentials sowie Einführung geeigneter vorbeugender Instrumente</b>			
u 1	Küstenschutz	19 223	600	15 54 TGr. 81
u 2	Hochwasserschutz im Binnenland	46 246	4 000	15 54 TGr. 61 u. 62
	<b>Gesamtbetrag</b>	<b>177 709</b>	<b>13 880</b>	

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1502 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
812 90-8	332	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
821 90-7	332	Erwerb von Grundstücken	—	—	—	—	1.284
883 90-2	332	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	715
891 90-5	332	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	463
892 90-1	332	Zuweisungen für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
893 90-8	332	Zuweisungen für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	9.721
971 90-9	988	Globale Mehrausgaben (EU-Mittel zur Bewilligung der Maßnahmen und Deckung der Ausgaben der Titelgruppe 90)	—	13.880	14.456	-576	—
<b>Abschluss Kapitel 1502</b>							
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		13	13	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		14.649	15.707	-1.058	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		14.662	15.720	-1.058	
		4 Personalausgaben	—	68	68	—	
			215				
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	—	—	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	260	1.156	1.551	-395	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	200	660	-460	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	14.424	14.982	-558	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	260 215	15.848	17.261	-1.413	
		<b>Zuschuss</b>		1.186	1.541	-355	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1503 Landesamt für Ökologie**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004	2004	2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
<b>EINNAHMEN</b>							
111 10-5	331	Gebühren, sonstige Entgelte		—	3.291	-3.291	—
119 10-6	331	Sonstige Verwaltungseinnahmen		—	438	-438	—
124 10-0	331	Einnahmen aus Mieten und Pachten		—	61	-61	—
129 11-0	331	Einnahmen außerhalb der laufenden Geschäfte		—	3	-3	—
231 10-0	015	Erstattungen von Bund und Ländern		—	668	-668	13
359 10-7	950	Zuführung von Kapitel 5151 Titel 91910		—	—	—	—
381 10-2	990	Zuführung von 15 02 - 981 63, 15 20 - 981 61, 15 20 - 981 65, 15 52 - 981 65, 15 52 - 981 95 und 15 56 - 981 63		—	3.260	-3.260	34
<b>AUSGABEN</b>							
422 10-0	331	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	—	19.599	-19.599	3.736
425 10-0	331	Vergütungen der Angestellten	—	—	386	-386	—
426 10-6	331	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	16	-16	—
427 10-2	331	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	—	184	-184	—
459 10-1	331	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	—	302	-302	—
511 10-3	331	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	1.674	-1.674	—
514 10-2	331	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dergleichen	—	—	652	-652	456
517 10-1	331	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	895	-895	—
518 10-8	331	Mieten und Pachten	—	—	1.047	-1.047	—
519 10-4	331	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	—	61	-61	—
538 10-9	331	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	—	663	-663	—
547 10-8	331	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	3.550	-3.550	242
686 10-8	331	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	—	60	-60	—
811 10-7	331	Erwerb von Fahrzeugen	—	—	125	-125	—
812 10-3	331	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	1.654	-1.654	32
919 10-2	950	Abführung an Kapitel 5151 Titel 359 10	—	—	44	-44	—
981 10-0	990	Abführung an 13 21 - 381 15	—	—	739	-739	38
981 11-8	990	Abführung an 13 50 - 381 15	—	—	—	—	—

## ERLÄUTERUNGEN

## Allgemeine Erläuterungen

Das Niedersächsische Landesamt für Ökologie (NLÖ) wird mit Ablauf des 31.12.2004 aufgelöst. Die im Zuge der Neuordnung der Umweltverwaltung dadurch erforderliche Aufteilung der bislang im Kapitel 15 03 veranschlagten Mittel und Stellen auf die ab dem 01.01.2005 zuständigen Organisationseinheiten gründet sich auf dem folgenden methodischen Vorgehen:

Grundsätzlich beruht die Mittelzuordnung im Haushaltsplan 2005 (HP 2005) auf den Ist-Ergebnissen der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) des NLÖ aus dem Jahr 2003. Die KLR weist die Einnahmen und Ausgaben des Kapitels 15 03 differenziert nach ihrem Entstehungsort (Organisationseinheiten/Kostenstellen) und dem Entstehungszweck (Aufgaben/ Kostenträger) nach. Auf der Grundlage der künftigen organisatorischen Zuordnung der Organisationseinheiten bzw. Aufgaben des NLÖ zu den neuen Aufgabenträgern sind die entsprechenden Anteile an dem Gesamtbudget des NLÖ identifiziert. Die auf diese Weise ermittelten Anteile an den Einnahmen und Ausgaben sind auf die Planungsansätze des HPE 2005 (Phase I) transformiert und dem jeweiligen Kapitel des neuen ("aufnehmenden") Aufgabenträgers zugerechnet (s. die untenstehende Tabelle). Die Aufteilung der Investitionsmittel berücksichtigt zudem künftige Planungen.

Der Verteilung der für die Personalwirtschaft bestimmenden Faktoren (Stellen, Beschäftigungsvolumen und Personalkostenbudget) liegt im Wesentlichen der Stand zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung 2005 (Phase II) zugrunde. Die Anzahl und Wertigkeit der Stellen folgt den zu verlagernden Organisationseinheiten bzw. Aufgaben und ist den aufnehmenden Kapiteln dementsprechend zugeordnet. Gleichzeitig ist mit dem Stellenbestand das jeweils spezifische Beschäftigungsvolumen der Organisationseinheiten bzw. Aufgabenbereiche den neuen Aufgabenträgern angerechnet. Aus den zugeordneten Stellen, deren Ausschöpfungsgrad in Form des Beschäftigungsvolumens und den kapitelspezifischen Durchschnittssätzen je Stelle ergibt sich das den neuen Aufgabenträgern zustehende Personalkostenbudget.

Die Auflösung des NLÖ bewirkt Einspareffekte bei den Personal- und Sachmitteln. Sie ergeben sich in der Hauptgruppe 4 durch den zum jetzigen Zeitpunkt absehbaren personalwirtschaftlichen Vollzug des Stellenabbaus nach der Zielvorgabe II. Durch den Abbau des Querschnittsbereichs werden Einsparpotenziale bei den Sachmitteln der Hauptgruppe 5 genutzt. Darüber hinaus ist der Ansatz bei den Investitionen der Hauptgruppe 8 durch Optimierungen bei der Beschaffung von Fachgeräten reduziert.

## Übersicht über die Verlagerung von Einnahmen, Personal- und Sachmittel aus dem Kapitel 15 03 (in 1.000 EUR)

Kapitel 15 03				Verlagerung nach Kapitel										Beitrag Kon- solidie- rung
Titel	HPE '05 Phase II	HPE '05 Phase I	Diff. - / +	15 01	15 06	15 20	15 22	15 25	15 52	15 55	15 56	08 18	09 41	
a	b	c	d	e	f	g	h	i	j	k	l	m	n	o
<b>E.</b>														
111 10	0	3.800	-3.800	938	161					2.701				
119 10	0	438	-438							438				
124 10	0	61	-61							61				
129 11	0	3	-3		3									
231 10	0	668	-668	30					420	218				
359 10	0	1	-1	1										
381 10	0	3.001	-3.001			982	544		605		870			
<b>E. ges.</b>	<b>0</b>	<b>7.972</b>	<b>-7.972</b>	<b>969</b>	<b>164</b>	<b>982</b>	<b>544</b>	<b>0</b>	<b>1.025</b>	<b>3.418</b>	<b>870</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>A.</b>														
422 10	0	19.713	-19.713	743	7.080		179	10	508	10.682		419	18	74
425 10	0	266	-266			177				89				
426 10	0	16	-16		5					11				
427 10	0	184	-184		12				75	97				
459 10	0	297	-297	1	9				3	283		1		
511 10	0	1.674	-1.674	11	558		1		300	727		13	1	63
514 10	0	652	-652	2	127					459		8	1	55
517 10	0	895	-895		388					485			1	21
518 10	0	1.047	-1.047		694					342			9	2
519 10	0	61	-61		17					44				
538 10	0	586	-586	207	128		1			200		3	2	45
547 10	0	3.533	-3.533	265	338	805	379		139	763	495	12	15	322
686 10	0	554	-554	483	65									6
811 10	0	0	0											
812 10	0	1.729	-1.729		555					670	375			129
919 10	0	221	-221	221										
981 10	0	713	-713							713				
981 11	0	26	-26		4					22				
<b>A. ges.</b>	<b>0</b>	<b>32.167</b>	<b>-32.167</b>	<b>1.933</b>	<b>9.980</b>	<b>982</b>	<b>560</b>	<b>10</b>	<b>1.025</b>	<b>15.587</b>	<b>870</b>	<b>456</b>	<b>47</b>	<b>717</b>
<b>Saldo/ Zu- schuss</b>	<b>0</b>	<b>24.195</b>	<b>-24.195</b>	<b>964</b>	<b>9.816</b>	<b>0</b>	<b>16</b>	<b>10</b>	<b>0</b>	<b>12.169</b>	<b>0</b>	<b>456</b>	<b>47</b>	<b>717</b>

## Zu 381 10

Im Rahmen der Einführung der Budgetierung sind im Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2004 vom NLÖ bewirtschaftete Mittel aus zweckgebundenen Einnahmen in das Kapitel 15 03 integriert worden, die zum Nachweis ihrer zweckentsprechenden Verwendung bereits an anderer Stelle des Landeshaushalts veranschlagt



**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu 381 10**

waren. Abführungen von dort an das Kapitel 15 03 waren bei Titel 381 10 als Zuführungen ausgebracht. Entsprechend höher war die Ausgabeberechtigung für das NLÖ.

Von den mit der Auflösung des Kapitels 15 03 von Titel 381 10 verlagerten zweckgebundenen Einnahmen wird der Betrag in Höhe von 544.000 EUR bei Kapitel 15 22 wieder als Zuführung ausgebracht mit einer entsprechenden Erhöhung der dortigen Ausgabeberechtigung. In allen anderen Fällen entfallen die Zu- und Abführungen; die Ausgabemittel sind allein in den entsprechenden Kapiteln veranschlagt.

**Zu 422 10**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeitinheiten (VZE)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
0	382,42	377,33

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
0	19.599	19.976

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

Zugänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig) -
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt) -
- Sonstige Veränderungen -

Summe Zugänge -

Abgänge

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig) 382,42
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt) -
- Sonstige Veränderungen -

Summe Abgänge 382,42

Bleibt Abgang 382,42

Veränderungen im Zuge der Verwaltungsmodernisierung:

Abgang nach Kapitel	VZE
08 18	7,75
09 41	0,50
15 01	11,68
15 06	134,06
15 22	3,49
15 55	217,19
aufgrund von Stellenabgängen infolge ZV II	1,75
	-----
Zusammen	376,42

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1503 Landesamt für Ökologie**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 1503</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		–	3.793	-3.793	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		–	668	-668	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		–	3.260	-3.260	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		–	7.721	-7.721	
		4 Personalausgaben	–	–	20.487	-20.487	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	–	–	8.542	-8.542	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	–	–	60	-60	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	–	–	1.779	-1.779	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	–	–	783	-783	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	–	–	31.651	-31.651	
		<b>Zuschuss</b>			23.930		

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1506 Gewerbeaufsichtsverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
<b>EINNAHMEN</b>							
111 01-7	254	Gebühren und tarifliche Entgelte <i>Vgl. K-Vermerk zu 981 10.</i>		4.981	2.550	+2.431	2.269
111 10-6	254	Erstattungen von Auslagen nach § 13 Ver- waltungskostengesetz <i>Vgl. K-Vermerk zu 526 10.</i>		50	50	—	—
111 11-4	342	Gebühren und Auslagen bei Atomgenehmi- gungsverfahren (Fasslager Gorleben) <i>Vgl. K-Vermerk zu 526 11.</i>		450	450	—	393
112 01-3	254	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		1.640	1.640	—	1.616
119 01-8	254	Vermischte Einnahmen		57	11	+46	8
132 01-4	254	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		—	—	—	5
231 12-8	254	Sonstige Zuweisungen vom Bund <i>Vgl. K-Vermerk zu 547 12.</i>		15	—	+15	—
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61</b>		<b>Einnahmen im Rahmen der flexibilisierten Haushaltsführung bei den Gewerbeauf- sichtsämtern Hannover und Hildesheim</b>		(2.221)	(1.371)	(+850)	(1.545)
111 61-0	254	Gebühren und tarifliche Entgelte <i>Vgl. K-Vermerk zu 981 61.</i> *** <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 61.</i>		1.694	864	+830	738
112 61-7	254	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten *** <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 61.</i>		507	507	—	801
119 61-1	254	Sonstige Einnahmen		20	—	+20	5
<b>AUSGABEN</b>							
412 10-6	254	Entschädigung für Mitglieder der Ausschüs- se für Jugendarbeitsschutz	—	1	1	—	—
422 01-2	254	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtin- nen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbud- gets	—	32.514	23.012	+9.502	15.823
422 04-7	254	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtin- nen und Beamten auf Widerruf im Vorbe- reitungsdiens	—	65	83	-18	74
422 19-5	254	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	198
422 31-4	254	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Frei- stellung bei Personalüberhang	—	—	65	-65	236
425 01-1	254	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	7.132
425 04-6	254	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	57	52	+5	59
426 01-8	254	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	122
426 06-9	254	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	5	—	+5	—
427 31-6	254	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	5	7	-2	3
427 39-1	254	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	30	18	+12	18
453 01-5	254	Trennungentschädigung und Umzugsko- stenvergütung	—	15	6	+9	22

**ERLÄUTERUNGEN**

**Allgemeine Erläuterung zu Kapitel 15 06**

Aus Anlass der Verwaltungsmodernisierung wurde der bisherige Aufgabenbestand der Gewerbeaufsicht mit Blick auf alle bislang zuständigen Behörden im Rahmen verschiedener Projektgruppen auf Privatisierungs-, Kommunalisierungs- und Rationalisierungsmöglichkeiten hin untersucht. Diese Betrachtung ging weit über die von der Landesregierung vorab entschiedene Auflösung der Bezirksregierungen und des Landesamtes für Ökologie (NLÖ) hinaus und richtete sich auch auf den möglichen Wegfall von Aufgaben oder die Nutzung von Synergien durch Zusammenlegung mit bislang im Geschäftsbereich anderer Ministerien erledigten Aufgaben bei den Gewerbeaufsichtsämtern. Der danach optimierte Aufgabenzuschnitt ordnet die operativen Aufgaben der Staatlichen Gewerbeaufsicht (vgl. Vorwort zum Einzelplan 15 - Abschnitt B. I Nrn. 1 und 2 ) über den Kabinettsbeschluss vom 15.07.2004 zur Neuorganisation der Aufgaben der Umweltverwaltung und neu gefasste Zuständigkeitsverordnungen zu verschiedenen Rechtsgebieten ausschließlich den 10 Gewerbeaufsichtsämtern Braunschweig, Celle, Cuxhaven, Emden, Göttingen, Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Oldenburg und Osnabrück zu. Dem Umweltministerium obliegen die Dienst- und Fachaufsicht, die zentrale Koordinierung sowie besondere Aufgaben nach dem Kreislaufwirtschafts- und dem Abfallgesetz.

Neu hinzu gekommen sind die Aufgaben nach der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (VAWS), die bislang bei den Kommunen angesiedelt waren, sowie nach dem Arzneimittelgesetz (AMG) und dem Medizinproduktegesetz (MPG), die bislang beim Sozialministerium ressortierten. Zugleich werden verschiedene Aufgaben im Zusammenhang mit der Notifizierung und sonstige Maßnahmen nach der EU-Abfallverbringungsverordnung für Klärschlamm, Gülle und tierische Fäkalien sowie die Überwachung von Abgabe und Inverkehrbringen von Stoffen, Zubereitungen und Erzeugnissen durch die Apotheken auf die Kommunen verlagert.

Soweit die bisherigen Aufgaben nicht entfallen, werden die erforderlichen Mittel und Stellen dieser Aufgabenverlagerung entsprechend neu im Kapitel 15 06 veranschlagt bzw. zum Kapitel 15 01 verlagert.

**Übersicht über die Verlagerung von Einnahmen, Personal- und Sachmittel in das Kapitel 15 06 (in 1.000 EUR)**

Kapitel 15 06			Verlagerungen (Zugang / Abgang) aus bzw. an Kapitel				
Titel	HPE '05 Phase II	HPE '05 Phase I	Diff. - / +	03 05	05 40	15 01	15 03
a	b	c	d	e	f	G	H
<b>E.</b>							
111 10	4.981	2.650	2.331	2.331			
119 01	57	11	46	46			
111 61	1.694	864	830	669			161
119 61	20	2	18	15			3
	0		0				
	0		0				
<b>E. ges.</b>	<b>6.752</b>	<b>3.527</b>	<b>3.225</b>	<b>3.061</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>164</b>
<b>A.</b>							
422 01	32.705	23.284	9.421	2.004	670	-333	7.080
426 06	5	0	5				5
427 39	30	18	12				12
453 01	15	6	9				9
511 01	649	505	144	154		-10	
525 01	179	169	10		10		
632 10	65	0	65				65
547 61	3.006	840	2.166	44			2.122
812 61	555	0	555				555
981 61	90	86	4				4
511 99	175	47	128				128
<b>A. ges.</b>	<b>37.474</b>	<b>24.955</b>	<b>12.519</b>	<b>2.202</b>	<b>680</b>	<b>-343</b>	<b>9.980</b>
<b>Saldo/ Zuschuss</b>	<b>30.722</b>	<b>21.428</b>	<b>9.294</b>	<b>-859</b>	<b>680</b>	<b>-343</b>	<b>9.816</b>

**Zu 111 01**

Verwaltungsgebühren und Auslagen.

Hier werden auch die anteiligen Gebührenzuschläge für die Mitwirkung der Gewerbeaufsichtsbehörden bei der Erteilung einer Baugenehmigung oder bei sonstigen Amtshandlungen der kommunalen Bauaufsichtsbehörden gem. der Baugebührenordnung vom 13. 1. 1998 (Nds. GVBl. S. 3), zuletzt geändert durch Verordnung vom 14. November 2003 (Nds. GVBl. S. 383), vereinnahmt.

**Zu 111 10**

Erstattung von Auslagen, die bei 526 10 verausgabt werden.

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 111 11**

Erstattung von Gutachterkosten gem. § 21 Abs. 2 Atomgesetz für die im Rahmen des Aufsichtsverfahrens über das Fasslager Gorleben hinzugezogenen Sachverständigen.

**Zu 112 01**

Geldbußen nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten.

**Zu 231 12**

Veranschlagt sind die Fördermittel des Bundes zur Durchführung eines Projektes „Umweltrisikodialog“. Siehe Titel 547 12.

**Zu Titelgruppe 61**

Mit der flexibilisierten Haushaltsführung bei den Staatlichen Gewerbeaufsichtsämtern Hannover und Hildesheim ist eine weitgehend dezentrale Ressourcensteuerung eingeführt worden, die im Interesse einer effizienteren Verwaltung Kostenbewusstsein und Motivation in den Ämtern fördern soll. Zur besseren Übersicht sind die Einnahmen und Ausgaben der beiden Ämter – bis auf die Personalausgaben – in einer Einnahme- und einer Ausgabe-Titelgruppe zusammengefasst. Dadurch werden auch Investitions- sowie IuK-Ausgaben in die gegenseitige Deckungsfähigkeit einbezogen. Erzielen die Ämter Mehreinnahmen bei den Titeln 111 61 und 112 61, werden ihnen als Reformdividende 30 v. H. dieser Mehreinnahmen, höchstens jedoch 50 000 EUR, zur eigenen Verwendung zugestanden. Mindereinnahmen bei den Titeln 111 61 und 112 61 führen dazu, dass sich die Ausgaben der Titelgruppe um 30 v. H. der Mindereinnahmen, höchstens jedoch um 50 000 EUR, vermindern. Es wird ferner die Möglichkeit eröffnet, losgelöst vom Grundsatz der Jährlichkeit, in Höhe der nicht verbrauchten Ausgaben und anteiligen Mehreinnahmen Ausgabereste zu bilden, die in das nächste Haushaltsjahr übertragen werden und dann für sämtliche Zwecke der Titelgruppe in Anspruch genommen werden dürfen.

**Zu 412 10**

Nach dem JArbSchG in der Fassung vom 12. 4. 1976 (BGBl. I S. 965), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. 12. 2003 (BGBl. I S. 2954), sind bei den Gewerbeaufsichtsämtern Ausschüsse und gegebenenfalls Unterausschüsse zu bilden.

Veranschlagt sind Mittel für die Gewährung von Entschädigungen für bare Auslagen und Entgeltausfall der Ausschussmitglieder nach Maßgabe der jeweils geltenden Entschädigungsregelungen des MS.

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteneinheiten (VZE):

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
712,44	534,13	525,61

Personalkostenbudget (in Tsd. EUR):

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
32.514	23.012	23.275

**Noch zu 422 01**

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2005
Zugänge:	
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	195,74
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	-
– Sonstige Veränderungen	-
Summe Zugänge	195,74
Abgänge:	
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	10,47
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	-
– Sonstige Veränderungen	6,96
Summe Abgänge	17,43
Bleibt Zugang	178,31

Veränderungen im Zuge der Verwaltungsmodernisierung: Zugang von 03 05 48,83 BV, Zugang von 05 40 13,25 BV, Zugang von 15 03 134,06 BV, Abgang an 15 01 6,56 BV. Der Zugang von Kapitel 15 03 umfasst auch die Berechtigung, im Umfang von 0,75 BV nicht vollbeschäftigte Kräfte einzusetzen.

Reduzierung des BV um 4,2 durch die sogenannte Fünftelungsregelung.

Aufgrund der reformbedingten Neuorganisation der Umweltverwaltung und des damit verbundenen Aufgabenzuwachses erhält der Leiter des Amtes Hannover eine Zulage nach Anlage IX des BBesG.

Bei Titel 422 01 ist auch veranschlagt die Lehrzulage für 1 Stelleninhaber/-in mtl. 47,93 EUR 575 EUR Die Lehrzulagen gelten bis zur Höhe von mtl. 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Der Ansatz für das Personalkostenbudget berücksichtigt gegenüber dem in der Übersicht über die Verlagerung von Einnahmen, Personal- und Sachmitteln in das Kapitel 15 06 (s. Allgemeine Erläuterung zu Kapitel 15 06) für die Phase II des HPE 2005 ausgeworfenen Betrag in Höhe von 32.705.000 EUR eine Reduzierung um 183.000 EUR durch die sogenannte Fünftelungsregelung und als Änderung im Rahmen der parlamentarischen Beratung des HPE 2005 eine Reduzierung um 10.000 EUR durch die Verlagerung einer Stelle der Bes.-Gr. A 13 BBesO g.D. nach Kapitel 15 01 im Austausch gegen eine Stelle der Bes.-Gr. A 11 BBesO gem. § 50 Abs. 2 LHO sowie einen Mehrbedarf in Höhe von 2.000 EUR für die Gewährung der Zulage für den Leiter des Amtes Hannover.

**Zu 422 04**

Weniger, da vorübergehend nur jeweils 3 von 5 Anwärterstellen wieder besetzt werden sollen.

**Zu 425 04**

Auszubildende	2005	2004
Kauffrau/Kaufmann für Bürokommunikation	5	5

---

ERLÄUTERUNGEN

---

**Zu 427 31**

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte, Richter und Angestellte des Landes richtet sich nach den aufgrund des Runderlasses des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664), in der jeweils gültigen Fassung, erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die Höhe der veranschlagten Prüfungsvergütungen richtet sich nach den aufgrund des Runderlasses des MF vom 7. 5. 1991 (Nds. MBl. S. 751), in der jeweils gültigen Fassung, erlassenen Vorschriften. 25 v. H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1506 Gewerbeaufsichtsverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004		
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
511 01-5	254	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.</i>	—	649	405	+244	361
514 01-4	254	Haltung von Dienstfahrzeugen <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.</i>	—	6	5	+1	7
517 01-3	254	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.</i>	—	130	120	+10	131
518 01-0	254	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.</i>	—	339	340	-1	336
518 02-8	254	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.</i>	—	7	7	—	6
519 01-6	254	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.</i>	—	6	6	—	2
525 01-6	254	Aus- und Fortbildung der Bediensteten <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.</i>	—	179	170	+9	143
526 01-2	254	Sachverständige <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.</i>	—	15	15	—	1
526 02-0	254	Gerichts- und ähnliche Kosten <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.</i>	—	5	5	—	11
526 10-1	254	Sachverständigen- und Gutachterkosten in Verfahren nach § 13 Verwaltungskostengesetz <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 111 10.</i> <i>*** Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Ausgaben sind als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.</i>	—	50	94	-44	—
526 11-0	342	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten bei Atomgenehmigungsverfahren (Fasslager Gorleben) <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 111 11.</i> <i>*** Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Ausgaben sind als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.</i>	—	450	450	—	393
527 01-9	254	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.</i>	—	410	420	-10	397
527 02-7	254	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenan-gelegenheiten <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.</i>	—	4	4	—	4
531 10-5	254	Ausgaben für Veröffentlichungen und Do-kumentationen <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.</i>	—	4	3	+1	1
546 01-3	254	Vermischte Ausgaben <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.</i>	—	1	1	—	0
546 05-6	254	Sächliche Verwaltungsausgaben zur Regulie-rung von Schäden des Landes, die nicht ver-sichert sind <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.</i>	—	—	—	—	—
547 10-9	254	Kosten von Ersatzvornahmen <i>Übertragbar.</i>	—	52	52	—	—

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 511 01**

Mehr infolge zusätzlichen Bedarfs in Höhe von 100 000 EUR zur Beschaffung von Kartenrohlingen im Zusammenhang mit der Einführung des sog. Digitalen EG-Kontrollgerätes zur Überwachung des sozialen Arbeitsschutzes beim Fahrpersonal im Straßenverkehr. Zur Einführung dieses Geräts sind die Mitgliedsstaaten der EU nach der Verordnung (EG) Nr. 1360/2002 der EU-Kommission zur siebten Anpassung der Verordnung (EWG) Nr. 3821/75 des Rates über das Kontrollgerät an den technischen Fortschritt verpflichtet.

Hier sind u. a. auch die Ausgaben für die Beschaffung von Dienst- und Schutzkleidung sowie für die Gewährung von Dienst- und Schutzkleidungszuschüssen veranschlagt.

Die im Außendienst tätigen Bediensteten erhalten – soweit ihnen das Land nicht unentgeltlich Schutzkleidung zur Verfügung stellt – nach näherer Maßgabe des RdErl. des MU vom 25. 9. 1998 (Nds. MBl. S. 1317) eine pauschale Aufwandsentschädigung zur Abgeltung von Aufwendungen für die Erstbeschaffung sowie die Reinigung, Unterhaltung und Ersatzbeschaffung von Schutzkleidung.

Die von der Niedersächsischen Landesregierung am 24. 3. 1998 beschlossene Aufwandsentschädigung ist steuerfrei im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

**Zu 514 01****Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

Für die Aufgabenerledigung wird ein Kraftfahrzeug (Pkw) als Leasingfahrzeug gehalten.

**Zu 526 01**

Für Messungen/Ermittlungen nach §§ 26 und 29 Abs. 2 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) in der Fassung vom 26.9.2002 (BGBl. I S. 3830), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8.7.2004 (BGBl. I S. 1578), sowie für Überwachungsmaßnahmen nach § 52 Abs. 2 und 3 BImSchG, sofern das Land die Kosten zu tragen hat (§ 30 Satz 2, § 52 Abs. 4 BImSchG).

Für die Einschaltung von Sachverständigen in Gentechnikverfahren.

**Zu 526 10**

Für Sachverständigengutachten zur Beurteilung der Genehmigungsfähigkeit von Anlagen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz und für Untersuchungen von Abfallproben im Rahmen der abfallwirtschaftlichen Überwachung.

Verauslagte Kosten werden bei 111 10 vereinnahmt.

**Zu 526 11**

Gutachterkosten zur Überprüfung von Auflagen. Verauslagte Kosten werden bei 111 11 vereinnahmt.

**Zu 547 10**

Veranschlagt sind Mittel für die Durchführung von Ersatzvornahmen durch die Gewerbeaufsichtsverwaltung.

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1506 Gewerbeaufsichtsverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
547 12-5	254	Kosten für Dienstleistungen Außenstehender zur Durchführung des Projektes "Umweltrisikodialog" <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 12.</i>	—	15	—	+15	—
632 10-6	254	Kostenerstattung an andere Länder und Landwirtschaftskammern	—	65	—	+65	—
681 10-7	254	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	1
811 01-9	254	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 10-4	254	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	100	98	+2	13
981 10-0	990	Abführung an 13 50 - 381 15 <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 10 v.H. der Isteinnahmen bei 111 01.</i>	—	265	255	+10	227
981 11-9	990	Abführung an 13 21 - 381 15	—	685	684	+1	684
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61/62</b>		<b>Flexibilisierte Haushaltsführung bei den Gewerbeaufsichtsämtern Hannover und Hildesheim</b> <i>Abweichend von § 20 Abs. 1 LHO sind nur gegenseitig deckungsfähig 547 61, 547 62, 681 61, 811 61, 812 61 und 812 62.</i> <i>*** Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um 30 v.H. der Mehr- oder Mindereinnahmen bei 111 61 und 112 61, höchstens jeweils um 50.000 EUR.</i> <i>In Höhe der nicht verbrauchten Ausgaben dürfen Ausgabereste gebildet, übertragen und im nächsten Haushaltsjahr in Anspruch genommen werden. Die insoweit erforderlichen Einwilligungen des MF gelten als erteilt.</i>	(200) (—)	(3.671)	(996)	(+2.675)	(1.045)
547 61-3	254	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben <i>Übertragbar.</i>	200	3.006	910	+2.096	941
547 62-1	254	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben für Informations- u. Kommunikationstechnik <i>Übertragbar.</i>	—	—	—	—	—
681 61-1	254	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen <i>Übertragbar.</i>	—	—	—	—	—
811 61-2	254	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	20	—	+20	—
812 61-9	254	Ausgaben für Investitionen	—	555	—	+555	31
812 62-7	254	Investitionen für Informations- u. Kommunikationstechnik	—	—	—	—	—
981 61-5	990	Abführung an 13 50 - 381 15 <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 10 v.H. der Isteinnahmen bei 111 61.</i>	—	90	86	+4	73
<b>TGr. 98/99</b>		<b>Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik</b> <i>Übertragbar.</i>	(—) (260)	(1.011)	(790)	(+221)	(594)
511 99-6	254	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 99.</i>	—	175	45	+130	54

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 547 12**

Veranschlagt sind die Kosten für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen Außenstehender zur Durchführung des Projektes „Umweltrisikodialog“. Siehe Titel 231 12.

**Zu 632 10**

Kostenerstattungen an andere Länder und Landwirtschaftskammern für die Mitarbeit bei GLP sowie für die Erstattung von Kosten für die Geschäftsstelle der Länderarbeitsgruppe ASYS. Die Mittel waren bislang beim Kapitel 15 03 veranschlagt.

**Zu 812 10**

	2005 Tsd. EUR
Neubeschaffungen:	
Mobiler Röntgenfluoreszenzanalysator	40
Zeiterfassungssystem GAA Oldenburg	8
Ersatzbeschaffungen:	
Fernsprechanlage für das GAA Oldenburg	24
Schallpegelmessgerät-Zubehör	9
2 Kopiergeräte (GAÄ Göttingen und Braunschweig)	11
4 Dienstzimmerausstattungen (GAÄ Emden und Osnabrück)	8
Zusammen	100

**Zu 981 11**

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

**Zu Titelgruppe 61/62**

Vgl. Erläuterungen zu Einnahme-TGr. 61.

**Zu 547 61**

**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1.1.2004	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Pkw	1	1	5
Leasing-Pkw	-	-	1
Sonderfahrzeuge	-	-	1
Anhänger	-	-	4
Zusammen	1	1	11

Die zusätzlichen Fahrzeuge werden im Zusammenhang mit der Auflösung des Niedersächsischen Landesamtes für Ökologie (NLÖ) auf die Gewerbeaufsicht übertragen und dort zur Erfüllung zusätzlicher Aufgaben eingesetzt.

Für die Durchführung einer Ursachenanalyse zur Umsetzung der EU-Luftqualitätsrahmenrichtlinie (Ammoniak-Programm), die im Jahr 2006 abgeschlossen sein wird, ist die entsprechende Verpflichtungsermächtigung aus dem Kapitel 15 03 übernommen worden.

**Noch zu 547 61**

**Belastung (2005)**

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	–	–	–
2006	–	–	200	200
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	–	200	200

**Zu Titelgruppe 98/99**

In der Titelgruppe sind sämtliche Ausgaben für die Informations- und Kommunikationstechnik in der Gewerbeaufsichtsverwaltung zentral veranschlagt (einschl. EFÜ).

**Zu 511 99**

Verbrauchsmittel, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen sowie Wartungs- und Reparaturkosten.

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1506 Gewerbeaufsichtsverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004		
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
518 98-2	254	Kosten für die Anmietung von Software <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 99.</i>	—	—	—	—	—
518 99-0	254	Kosten für die Anmietung von Hardware <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 99.</i>	—	40	80	-40	202
525 98-9	254	Aus- und Fortbildung durch das IZN <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 99.</i>	—	10	15	-5	4
525 99-7	254	Aus- und Fortbildung durch Andere <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 99.</i>	—	25	55	-30	11
538 98-3	254	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an das IZN) <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 99.</i>	—	30	52	-22	16
538 99-1	254	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Andere) <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 99.</i>	—	231	90	+141	61
547 99-0	254	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 99.</i>	—	40	13	+27	53
812 99-6	254	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen sowie Software <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 99.</i>	— 260	460	440	+20	194
<b>Abschluss Kapitel 1506</b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				9.399	6.072	+3.327	
2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				15	—	+15	
<b>Summe der Einnahmen</b>				9.414	6.072	+3.342	
4 Personalausgaben			—	32.692	23.244	+9.448	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst			200	5.879	3.357	+2.522	
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			—	65	—	+65	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen			— 260	1.135	538	+597	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	1.040	1.025	+15	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>			200 260	40.811	28.164	+12.647	
<b>Zuschuss</b>				31.397	22.092	+9.305	

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 525 98**

Schulungen der Bediensteten.

**Zu 525 99**

Schulungen der Bediensteten.

**Zu 538 98**

Entwicklung und Weiterentwicklung von Software und Programmen, Verfahrens- und Programmpflege, Systemarbeiten Dritter.

**Zu 538 99**

Entwicklung und Weiterentwicklung von Software und Programmen, Verfahrens- und Programmpflege, Systemarbeiten Dritter.

Mehr infolge Start des elektronischen Genehmigungsverfahrens - E-GenV - (129 000 EUR) und der Pflege weiterer durch Microsoft lizenzierter Software (60 000 EUR). 8 000 EURO für die Pflege bundesweiter Datenbanken wurden ins Kapitel 15 01 umgeplant, wo sie für die Recherche GSBL eingesetzt werden.

**Zu 812 99**

	2005
	Tsd. EUR

Neubeschaffungen:

Lizenzierung des Informationssystems für den Arbeitsschutz (IFAS)	65
Laptops für Betriebskontrollen	20

Ersatzbeschaffungen:

Arbeitsplatz-PC, Server, Drucker	315
Hard- und Software der Firewall-Systeme	60
Zusammen	460

**Belastung (2005)**

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	65	–	65
2006	–	65	–	65
2007	–	65	–	65
2008	–	65	–	65
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	260	–	260

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1520 Naturschutz und Landschaftspflege**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-1	332	Vermischte Einnahmen		–	110	-110	99
119 02-0	332	Einnahmen aus Veröffentlichungen <i>*** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.</i>		–	–	–	–
124 01-5	332	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		–	195	-195	237
271 11-5	332	Erstattungen von Ausgaben für die Zuweisung von Langzeitberaterinnen und -beratern an ein Bewerberland für den Beitritt zur EU		–	–	–	18
282 69-9	332	Zweckgebundene Beiträge Dritter aus dem Inland <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 69.</i>		–	–	–	1
		Summe für inzwischen weggefallene Titel			73	-73	
<b>AUSGABEN</b>							
422 01-6	332	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	–	–	4.794	-4.794	1.302
422 04-0	332	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	–	–	131	-131	92
422 19-9	332	Altersteilzeitzuschläge	–	–	–	–	13
422 31-8	332	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	–	–	–	–	–
425 01-5	332	Vergütungen der Angestellten	–	–	–	–	3.559
425 06-6	332	Überstundenvergütungen für Angestellte	–	–	–	–	–
426 01-1	332	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	–	–	–	–	20
427 10-7	332	Beschäftigungsentgelte an Praktikanten/ Praktikantinnen	–	–	4	-4	–
427 39-5	332	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	–	–	–	–	–
453 01-9	332	Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung	–	–	1	-1	–
511 01-9	332	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	–	–	7	-7	4
525 01-0	332	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	–	–	8	-8	–
546 01-7	332	Vermischte Verwaltungsausgaben	–	–	–	–	–
546 05-0	332	Sächliche Verwaltungsausgaben zur Regulierung von Schäden des Landes, die nicht versichert sind	–	–	–	–	–
681 10-0	332	Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	–	–	–	–	–
683 10-3	332	Entschädigungen nach § 50 NNatG <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 1526-119 62,1526-125 62,1556-099 10,1556-119 10 und 1556-272 10.</i> <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 683 10, 683 11, 683 12, 683 13, 683 14, Ausgabeteilgruppe 65/66, Ausgabeteilgruppe</i>	–	50	51	-1	13

**ERLÄUTERUNGEN**

**Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 15 20**

Nach Auflösung der Bezirksregierungen verbleiben in diesem Kapitel die Mittel für Entschädigungen nach § 50 NNatG, Erschwernisausgleich, Vertragsnaturschutz, soweit nicht bei Kapitel 15 56 TGr. 62 veranschlagt (Titel 683 10, 683 11, 683 12, 683 13 und 683 14), Förderung aus der Spielbankabgabe (TGr. 61), Naturschutzmaßnahmen (TGr. 65) sowie für Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen (TGr. 67/70). Bisher in den Hauptgruppen 4 und 5 sowie der TGr. 98/99 veranschlagte Haushaltsmittel wurden auf die Kapitel 15 26 und 15 55 aufgeteilt. Haushaltsmittel für das Biosphärenreservat Elbtalaue wurden in das neue Kapitel 15 26 umgesetzt, jedoch sind die Mittel für Erschwernisausgleich und Vertragsnaturschutz im Kapitel 1520 zentral veranschlagt.

**Übersicht über die Verlagerung von Einnahmen, Personal- und Sachmitteln aus dem Kapitel 15 20 (in 1.000 EUR)**

Titel	Kapitel 15 20			Verlagerung nach Kapitel				Bemerkung
	HPE '05 Phase II	HPE '05 Phase I	Diff. - / +	15 01	15 25	15 26	15 55	
a	b	c	d	e	f	g	h	
<b>E.</b>								
111 01	0	2	-2			2		Titel umgesetzt nach Kap. 15 26
119 01	0	100	-100			1	99	
124 01	0	227	-227				227	
124 68	0	55	-55			55		Titel umgesetzt nach Kap. 15 26
231 68	0	3	-3			3		Titel umgesetzt nach Kap. 15 26
<b>E. ges.</b>	<b>0</b>	<b>387</b>	<b>-387</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>61</b>	<b>326</b>	
<b>A.</b>								
422 01	0	4.826	-4.826	143	106	472	4.105	
422 04	0	131	-131				131	
427 10	0	2	-2				2	
453 01	0	1	-1				1	
511 01	0	7	-7			1	6	
525 01	0	13	-13			1	12	
981 11	0	2.102	-2.102			182	1.920	
412 68	0	12	-12			12		Titel umgesetzt nach Kap. 15 26
427 68	0	12	-12			12		Titel umgesetzt nach Kap. 15 26
429 68	0	114	-114			114		Titel umgesetzt nach Kap. 15 26
511 68	0	3	-3			3		Titel umgesetzt nach Kap. 15 26
517 68	0	21	-21			21		Titel umgesetzt nach Kap. 15 26
518 68	0	10	-10			10		Titel umgesetzt nach Kap. 15 26
519 68	0	20	-20			20		Titel umgesetzt nach Kap. 15 26
531 68	0	57	-57			57		Titel umgesetzt nach Kap. 15 26
547 68	0	190	-190			190		Titel umgesetzt nach Kap. 15 26
633 68	0	120	-120			120		Titel umgesetzt nach Kap. 15 26
684 68	0	217	-217			217		Titel umgesetzt nach Kap. 15 26
511 99	0	13	-13			10	3	
525 98	0	2	-2			1	1	
547 99	0	2	-2			1	1	
<b>A. ges.</b>	<b>0</b>	<b>7.875</b>	<b>-7.875</b>	<b>143</b>	<b>106</b>	<b>1.444</b>	<b>6.182</b>	
<b>Saldo/ Zuschuss</b>	0	7.488	-7.488	143	106	1.383	5.856	

Die im Kapitel 15 20 verbleibenden Mittel werden dem NLWKN bzw. den unteren Naturschutzbehörden für die mit ihnen abgestimmten, durchzuführenden Maßnahmen zur Verfügung gestellt (s. auch Erläuterungen zu TGr. 67/70). Die ausgewiesenen Mittel sollen zu einem großen Teil zur Kofinanzierung von Maßnahmen verwendet werden, die die EU im Rahmen des Europäischen Garantiefonds der Landwirtschaft (EAGFL) unterstützt (s. auch Erläuterungen zu Kapitel 15 02, Titelgruppe 90).

Um im Haushaltsjahr 2005 neue Verträge im Rahmen des EAGFL-Förderprogramms PROLAND abschließen zu können, sind folgende Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht:

Förderbereich	Titel	VE 2005 EUR
Dauergrünlandprogramm	683 13	675 000
Kooperationsprogramm Biologische Vielfalt	683 14	653 000
Förderrichtlinie Landschaftsentwicklung	883 61 und 883 67	250 000 300 000
Förderrichtlinie Biotoppflege	683 67	756 000

Die Ausgaben für Entschädigungen nach § 50 NNatG, Erschwernisausgleich, Vertragsnaturschutz (Titel 683 10, 683 11, 683 12, 683 13 und 683 14), Naturschutzmaßnahmen (TGr. 65) sowie für Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen (TGr. 67/70) werden aus dem Aufkommen der Wasserentnahmegebühr (WEG) finanziert. Auf die Erläuterungen zu Kapitel 15 56 wird verwiesen.



**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeitinheiten (VZE):

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
0	83,48	81,77

Personalkostenbudget (in Tsd. EUR):

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
0	4.794	4.894

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2005
--	------

Zugänge:

– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	–
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	–
– Sonstige Veränderungen	–

Summe Zugänge

Abgänge:

– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	83,48
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	–
– Sonstige Veränderungen	–

Summe Abgänge

Bleibt Abgang

Veränderungen im Zuge der Verwaltungsmodernisierung:

Abgang nach Kapitel	VZE
15 01	0,88
15 25	2,00
15 26	9,00
15 55	65,60
Summe	77,48

**Zu 683 10**

Nach § 50 NNatG haben Eigentümer oder andere Nutzungsrechte, denen durch Maßnahmen aufgrund dieses Gesetzes Beschränkungen ihrer Nutzungsrechte oder Pflichten in einem Ausmaß auferlegt werden, die über die Sozialbindung des Eigentums hinausgehen, einen Anspruch auf Entschädigung.

Zu den Vermerken (K- und D-Vermerk) wird auf die Erläuterungen zu Kapitel 15 56 verwiesen.

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1520 Naturschutz und Landschaftspflege**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung 2005 2004	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
noch 683 10-3		67/70, 1526 Ausgabeteilgruppe 61, 1526 Ausgabeteilgruppe 62, 1542-682 96, 1542-981 95, 1555-682 12, 1556-631 10, 1556-632 10, 1556-633 10, 1556-637 10, 1556-637 11, 1556-637 12, 1556-685 41, 1556-981 10, 1556-981 11, 1556-981 12, 1556-981 13, 1556-981 14, 1556 Ausgabeteilgruppe 62, 1556 Ausgabeteilgruppe 63/64 und 1556 Ausgabeteilgruppe 80/81.					
683 11-1	332	Härteausgleichsleistungen Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 683 10.	—	—	—	—	—
683 12-0	332	Erschwernisausgleich nach § 52 Abs. 1 NNatG Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 683 10.	—	1.170	1.396	-226	1.059
683 13-8	332	Vertragsnaturschutz nach § 29 Abs. 3 NNatG Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 683 10. Folgende Verpflichtungsermächtigungen sind gegenseitig deckungsfähig: 683 13, 683 14, 683 67 und 1556-683 62.	675 2.192	1.110	1.152	-42	666
683 14-6	332	Vertragsnaturschutz zur Erhaltung der biologischen Vielfalt Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 683 10. Vgl. VE D-Vermerk zu 683 13.	653 1.800	1.152	915	+237	650
981 11-2	990	Abführung an 13 21 - 381 15	—	—	2.062	-2.062	2.069
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61</b>		<b>Förderung des Naturschutzes und der Landschaftspflege aus der Spielbankabgabe</b> Übertragbar. *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. Von dem Haushaltsansatz der Titelgruppe darf ein Betrag in Höhe von 500 EUR nicht verausgabt werden.	(363) (850)	(1.055)	(1.406)	(-351)	(1.715)
429 61-4	332	Nicht aufteilbare Personalausgaben	— 850	—	61	-61	4
547 61-7	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	253	386	-133	554
632 61-4	332	Sonstige Zuweisungen und Erstattungen an Länder	—	—	—	—	—
633 61-0	332	Sonstige Zuweisungen und Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	20	107	-87	255
681 61-5	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an natürliche Personen	—	—	—	—	—
683 61-8	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	100	100	—	16
684 61-4	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (ohne öffentliche Einrichtungen)	113 —	432	372	+60	277
883 61-7	332	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	250 —	250	250	—	192
893 61-2	332	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	—	—	16	-16	417

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 683 12**

Fördermaßnahmen im Rahmen des EAGFL-Förderprogramms PROLAND, Maßnahmeziffer e1) „Erschwernisausgleich in geschützten Teilen von Natur und Landschaft“. Für Einschränkungen bei der Nutzung von Grünland wird ein Geldausgleich gewährt.

Rechtsgrundlagen: Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 vom 17.5.1999 (Amtsblatt der EG Nr. L 160, S. 80) in der Fassung der Berichtigung vom 1.12.2000 (Amtsblatt der EG Nr. L 302, S. 72), zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 567/2004 vom 27.3.2004 (Amtsblatt der EG Nr. L 90, S. 1); § 52 Abs. 1 NNatG i. V. m. §§ 1 bis 3 der Verordnung über den Erschwernisausgleich und den Vertragsnaturschutz in geschützten Teilen von Natur und Landschaft i. d. F. vom 10. 7. 1997 (Nds. GVBl. S. 344).

Fördergrundlage: Bewilligungsbescheide an die Bewirtschafter von Grünlandflächen.

Ende der Förderung: Das EU-Förderprogramm endet mit Ablauf des Jahres 2006, jedoch ist der Anspruch auf Grund der Verordnung über den Erschwernisausgleich unbefristet.

Die Mittel für den Nationalpark Wattenmeer und für Flächen im Biosphärenreservat Nieders. Elbtalau sind im Ansatz mit enthalten.

Entsprechend der Entwicklung des Antragsvolumens und zur Anpassung an die Ist-Ausgaben des Vorjahres wurde der Ansatz reduziert.

**Zu 683 13**

Fördermaßnahmen im Rahmen des EAGFL-Förderprogramms PROLAND, Maßnahmeziffer f3c) „Kooperationsprogramm Dauergrünland in Naturschutzgebieten, Nationalparks und Biosphärenreservaten“. Durch öffentlich-rechtliche Vereinbarungen mit Eigentümern oder sonstigen Nutzungsberechtigten werden diese gegen Zahlung eines Entgelts zu einer Pflege oder zu einer nicht bereits durch Rechtsvorschrift angeordneten Unterlassung verpflichtet, die zur Erreichung oder Verbesserung des Schutzzwecks eines Gebietes gem. §§ 24 oder 25 NNatG beiträgt.

Rechtsgrundlagen: Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 vom 17. 5. 1999 (Amtsblatt der EG Nr. L 160, S. 80) in der Fassung der Berichtigung vom 1. 12. 2000 (Amtsblatt der EG Nr. L 302, S. 72); § 52 Abs. 1 NNatG i. V. m. § 4 der Verordnung über den Erschwernisausgleich und den Vertragsnaturschutz in geschützten Teilen von Natur und Landschaft i. d. F. vom 10. 7. 1997 (Nds. GVBl. S. 344).

Fördergrundlage: Bewirtschaftungsvereinbarungen mit den Bewirtschaftern von Dauergrünlandflächen aufgrund der „Richtlinie über die Gewährung von Zahlungen für freiwillige Vereinbarungen zur Erhaltung und Entwicklung von Dauergrünland in Naturschutzgebieten, Nationalparks und Biosphärenreservaten“ vom 14. 2. 2001 (Nds. MBl. S. 722).

Ende der Förderung: 31. 12. 2006.

Die Mittel für Flächen innerhalb des Nationalparks Wattenmeer und für Flächen im Biosphärenreservat Nieders. Elbtalau sind im Ansatz mit enthalten. Der Ansatz war aufgrund der in den Vorjahren tatsächlich abgeschlossenen Vereinbarungen und der zu erwartenden Zahlungen für neue Vereinbarungen zu reduzieren. Trotzdem ist der Abschluss weiterer Verträge mit landwirtschaftlichen Betrieben möglich, da für neue Vereinbarungen nach dem Dauergrünlandprogramm eine Verpflichtungsermächtigung ausgedrückt ist.

Die Verpflichtungsermächtigungen bei den Titeln 683 13, 683 14, 683 67 und 15 56-683 62 wurden für deckungsfähig erklärt, damit die für Kooperationsprogramme eingeplanten EU-Mittel, die ebenfalls untereinander deckungsfähig sind, soweit wie möglich ausgeschöpft werden können.

Eine EU-Erstattung gemäß der Verordnung (EWG) 1257/1999 setzt den Abschluss von mindestens fünfjährigen Vereinbarungen voraus.

**Noch zu 683 13**

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	730	274	—	1.004
2006	275	274	75	624
2007	378	548	150	1.076
2008	175	548	150	873
2009 ff.	—	548	300	848
Summe	1.558	2.192	675	4.425

**Zu 683 14**

Fördermaßnahmen im Rahmen des EAGFL-Förderprogramms PROLAND, Maßnahmeziffer f3d und e) „Kooperationsprogramm Erhaltung der biologischen Vielfalt“. Gefördert wird die extensive Bewirtschaftung zur Bereitstellung von Nahrungsgrundlagen für nordische Gastvögel an der Mittel- und Unterelbe und im Rheiderland sowie Artenschutzmaßnahmen auf Ackerflächen.

Rechtsgrundlage: Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 vom 17.5.1999 (Amtsblatt der EG Nr. L 160, S. 80) in der Fassung der Berichtigung vom 1.12.2000 (Amtsblatt der EG Nr. L 302, S. 72), zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 567/2004 vom 27.3.2004 (Amtsblatt der EG Nr. L 90, S. 1).

Fördergrundlage: Bewirtschaftungsvereinbarungen aufgrund der „Richtlinie über die Gewährung von Zahlungen für freiwillige Vereinbarungen zur Bereitstellung von Rast- und Nahrungsflächen für nordische Gastvögel sowie für Artenschutzmaßnahmen auf Ackerflächen“ vom 14. 2. 2001 (Nds. MBl. S. 727).

Ende der Förderung: 31. 12. 2006.

Der Ansatz wurde entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf aufgrund bestehender und geplanter Verträge sowie entsprechend der politischen Zielsetzung erhöht.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für fünfjährige Verträge mit Landwirten zur Bereitstellung von Nahrungsgrundlagen für nordische Gastvögel in den Bereichen Mittel- und Unterelbe und Rheiderland bestimmt. Als Ergebnis der PROLAND-Zwischen-evaluierung werden die Projektgebiete ggfs. erweitert. Die Verträge werden im Rahmen von PROLAND von der EU mitfinanziert. Außerdem sollen einjährige Verträge ohne EU-Kofinanzierung für eine bestimmte Vertragsvariante geschlossen werden.

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	634	520	—	1.154
2006	366	290	73	729
2007	314	330	145	789
2008	375	330	145	850
2009 ff.	—	330	290	620
Summe	1.689	1.800	653	4.142

**Zu Titelgruppe 61**

Es sollen vornehmlich

- spezielle Maßnahmen zur Förderung von Pflanzen und Tieren bedrohter Arten,
- die Unterstützung von Betreuungsstationen für verletzte, kranke, beschlagnahmte und eingezogene Tiere,
- Planungen und Maßnahmen mit Vorbildfunktion für die Erhaltung und Wiederherstellung eines Biotopverbundsystems,
- Maßnahmen mit beispielhaftem Charakter und für Lebensräume von Tieren und Pflanzen stark gefährdeter Arten gemäß den Roten Listen gefördert werden.



ERLÄUTERUNGEN

**Noch zu Titelgruppe 61**

Aus Titelgruppe 61 können darüber hinaus auch Ausgaben für Zwecke geleistet werden, für die in den Titelgruppen 65/66, 67/70 und Kapitel 1526 TGr. 61 Mittel veranschlagt sind.

**Zu 429 61**

Der Ansatz wurde gestrichen, da z.Zt. die Beschäftigung von Titelgruppenpersonal nicht geplant ist.

**Zu 547 61**

Aus dem Ansatz sind Werkverträge für spezielle Artenschutzmaßnahmen zu zahlen. Der Ansatz wurde in Phase 1 der Haushaltsaufstellungsverfahrens trotz des hohen Bedarfs im Jahr 2003 um 76.000 EUR reduziert, da der Bedarf durch einmalige Auftragsvergaben entstanden war. In Phase 2 wurde der Ansatz des Titels 981 61 i.H.v. 114.000 EUR wegen der Auflösung des NLÖ hierher verlagert. Aufträge werden zukünftig in Abstimmung mit dem neuen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz vergeben. Außerdem erfolgte eine Kürzung um 171.000 EUR wegen der Verringerung der Zuführung aus der Spielbankabgabe.

**Zu 632 61**

Vorsorglich Leertitel, um bei überregionalen Fragen mit anderen Bundesländern kooperieren zu können.

**Zu 633 61**

Der Ansatz wurde in Phase 1 der Haushaltsaufstellung entsprechend dem Bedarf in den Vorjahren um 53.000 EUR erhöht. Außerdem erfolgte in Phase 2 der Haushaltsaufstellung eine Kürzung um 140.000 EUR wegen der Verringerung der Zuführung aus der Spielbankabgabe.

**Zu 683 61**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	100	–	100
2006	–	100	–	100
2007	–	200	–	200
2008	–	200	–	200
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	600	–	600

**Zu 684 61**

Zuwendungen an Betreuungsstationen für verletzt aufgefundene sowie beschlagnahmte und eingezogene besonders geschützte Tiere.

Rechtsgrundlage: Artikel 16 Abs. 3 der Verordnung der EG Nr. 338/1997 (Amtsblatt der EG Nr. L 61 vom 3. 3. 1997, S. 1) §§ 20 g Abs. 4 und 22 Abs. 5 Bundesnaturschutzgesetz (BGBl. 1998, S. 2995).

Fördergrundlage: Vereinbarungen zwischen dem Land Niedersachsen und den Betreibern der Betreuungsstationen in Leiferde und in Sachsenhagen.

Ende der Förderung: 31. 12. 2008.

Darüber hinaus sind Mittel für den landwirtschaftlichen Naturverein (LNV) Rheiderländer Marsch für ein Projekt zum "landwirtschaftlichen Naturschutz", Mittel für die Förderung von Projekten in niedersächsischen Naturparks sowie für Maßnahmen des "Natur erleben" (s. auch Erläuterungen zu TGr. 67/70) veranschlagt. Der Ansatz wurde in Phase 1 der Haushaltsaufstellung dementsprechend erhöht.

Außerdem erfolgte in Phase 2 der Haushaltsaufstellung eine Kürzung um 40.000 EUR wegen der Verringerung der Zuführung aus der Spielbankabgabe.

**Noch zu 684 61**

Die Verpflichtungsermächtigung ist für einjährige Zuwendungen an verschiedene kleinere Betreuungsstationen vorgesehen.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	235	–	–	235
2006	235	–	113	348
2007	220	–	–	220
2008	220	–	–	220
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	910	–	113	1.023

**Zu 883 61**

Fördermaßnahme im Rahmen des EAGFL-Förderprogramms PRO-LAND, Maßnahmeziffer t2all) „Förderrichtlinie Landschaftsentwicklung“. Gefördert wird der Grunderwerb zur Erhaltung, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft.

Rechtsgrundlage: Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 vom 17.5.1999 (Amtsblatt der EG Nr. L 160, S. 80) in der Fassung der Berichtigung vom 1.12.2000 (Amtsblatt der EG Nr. L 302, S. 72), zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 567/2004 vom 27.3.2004 (Amtsblatt der EG Nr. L 90, S. 1).

Fördergrundlage: Bewilligungsbescheide aufgrund der „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen zur Erhaltung, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft“ vom 14. 2. 2001 (Nds. MBl. S. 725).

Ende der Förderung: 31. 12. 2006.

Die Verpflichtungsermächtigung ist für Maßnahmen im Rahmen des EAGFL-Programms PROLAND – Förderrichtlinie Landschaftsentwicklung – bestimmt.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	250	–	250
2006	–	–	250	250
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	250	250	500

**Zu 893 61**

Der Ansatz wurde gestrichen, da die bisher bewilligten Maßnahmen abgeschlossen und neue Maßnahmen nicht geplant sind.

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1520 Naturschutz und Landschaftspflege**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
981 61-9	990	Abführung an 15 03 - 381 10	—	—	114	-114	—
<b>TGr. 65/66</b>		<b>Bestandserfassungen auf Grund internationaler Verpflichtungen, Naturschutzstationen und ähnliche Maßnahmen des Naturschutzes Übertragbar.</b> Vgl. D-Vermerk zu 683 10. *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	(—)	(1.536)	(1.546)	(-10)	(515)
427 65-4	015	Vergütungen für Personen, die Zivildienst leisten	—	7	9	-2	4
429 65-7	332	Nicht aufteilbare Personalausgaben *** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.	—	186	—	+186	201
511 65-5	332	Geräte für Fachaufgaben	—	1	5	-4	—
514 65-4	332	Bewirtschaftung von Kraftfahrzeugen	—	1	1	—	—
517 65-3	332	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	334	315	+19	297
518 65-0	332	Mieten und Pachten	—	10	5	+5	7
531 65-6	332	Ausgaben für Veröffentlichungen und der Dokumentation	—	7	11	-4	7
547 65-0	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben für Bestandserfassungen	—	914	332	+582	—
547 66-8	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben der Naturschutzstationen	—	76	—	+76	—
812 65-5	332	Erwerb von Geräten für Fachaufgaben	—	—	—	—	—
981 65-1	990	Abführung an 15 03 - 381 10	—	—	868	-868	—
<b>TGr. 67/70</b>		<b>Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen im Bereich Naturschutz und Landschaftspflege Übertragbar.</b> Vgl. D-Vermerk zu 683 10. *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	(2.966) (2.791)	(3.693)	(3.689)	(+4)	(4.968)
511 67-1	332	Geräte für Fachaufgaben	— 2.791	18	—	+18	—
519 67-2	332	Maßnahmen auf landeseigenen Flächen	—	25	25	—	16
547 67-6	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	150 —	432	440	-8	1.825
633 67-0	332	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	205	205	—	213
683 67-7	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen Vgl. VE D-Vermerk zu 683 13.	1.656 —	800	478	+322	647
684 67-3	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (ohne öffentliche Einrichtungen)	—	500	681	-181	246
684 70-3	332	Vertrag mit dem Verein Naturschutzpark e.V. (VNP) für das NSG Lüneburger Heide	—	342	342	—	341
761 67-8	332	Investive Maßnahmen auf landeseigenen Flächen	—	25	25	—	10
821 67-0	332	Erwerb von Grundstücken	—	350	455	-105	581

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 981 61**

Siehe Erläuterung zu Titel 547 61.

**Zu Titelgruppe 65/66**

In der Titelgruppe 65/66 sind im wesentlichen die Haushaltsmittel veranschlagt, die für Bestandserfassungen aufgrund internationaler Verpflichtungen, den Betrieb von Naturschutzstationen und die Bewirtschaftung von Grundstücken erforderlich sind.

In einigen überregional bedeutsamen Naturschutzgebieten nehmen Naturschutzstationen die Aufgabe wahr, die Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen für die auf Dauer zu pflegenden Ökosystemtypen zu koordinieren und zu überwachen sowie die Bevölkerung zu informieren.

Es sind folgende Naturschutzstationen eingerichtet worden:

- Steinhuder Meer
- Dümmer
- Fehntjer Tief
- Unterebbe.

Den Bestandserfassungen aufgrund internationaler Verpflichtungen – vor allem EU-Verpflichtungen gem. der Natura 2000-Regelungen sowie der Förderung aus dem Europäischen Ausgleichs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) – liegt ein Konzept zu Grunde, das auf Dauer angelegt ist. Seit 2001 läuft die Inventurphase, auf deren Grundlage das dauerhafte Monitoring aufbauen soll. Danach folgt der Dauerbetrieb mit wiederkehrenden Kartierungen und Erfassungen von Arten und Biotoptypen.

Aus Titelgruppe 65/66 können Ausgaben für Zwecke geleistet werden, für die auch in Titelgruppe 61 Mittel veranschlagt sind.

**Zu 427 65**

Der Ansatz wurde zur Anpassung an das Ist der Vorjahre reduziert.

**Zu 429 65**

Für die Buchung der auf fünf Jahre befristeten Beschäftigung von drei Angestellten (2 Verg.-Gr. II a, 1 Verg.-Gr. IV a BAT jeweils bis Februar 2007) für die Bestandserfassungen. Die erforderlichen Haushaltsmittel i.H.v. 186.000 EUR wurden mit Auflösung des NLÖ vom Titel 981 65 hierher verlagert.

**Zu 514 65**

Im Rahmen des LIFE-Projekts "Wiedervernässung der westlichen Dümmeriederung" wurden ein Geländewagen und vier Anhänger beschafft, die in der Naturschutzstation Dümmer weiterhin für das Projekt einzusetzen sind.

**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1.1.2004	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Sonderfahrzeuge	1	1	1
Anhänger	4	4	4
Zusammen	5	5	5

**Zu 517 65**

Grundbesitzabgaben für landeseigene Grundstücke der Naturschutzverwaltung. Die Abgaben erhöhen sich, da weitere Grundstücke erworben wurden.

**Zu 518 65**

Für die Zahlung von Miete für die Naturschutzstation Unterebbe. Nach Umzug der Station in Räumlichkeiten mit einer angemessenen Größe erhöhen sich die Mietausgaben. Außerdem werden Zahlungen für gepachtete Naturschutz- oder Ersatzflächen hier gebucht.

**Zu 547 65**

Der Gesamtbedarf für die Bestandserfassungen aufgrund von EU-Verpflichtungen ergibt sich aus den bei den Titeln 429 65 und 547 65 ausgewiesenen Mitteln. Insgesamt ist danach ein Betrag von 1,1 Mio. EUR für diese Aufgabe vorgesehen. Der Betrag wurde um 100.000 EUR verringert, die zur Verstärkung des Vertragsnaturschutzes zum Titel 683 13 verlagert wurden.

**Zu 547 66**

Der Titel wurde zusätzlich aufgenommen, damit die Verwaltungsausgaben der Naturschutzstationen gesondert gebucht werden können und getrennt von den Haushaltsmitteln für Bestandserfassungen (Titel 547 65) veranschlagt und bewirtschaftet werden. Der veranschlagte Bedarf wurde im Vorjahr aus anderen Ansätzen des Deckungskreises gedeckt.

**Zu Titelgruppe 67/70**

In der Titelgruppe 67/70 sind die Mittel für die Pflege- und Entwicklung und insbesondere die Mittel zur Kofinanzierung von Maßnahmen, die mit EU- oder Bundesmitteln durchgeführt werden, veranschlagt.

Durch Artikel 5 des Gesetzes zur Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung im Geschäftsbereich des Umweltministeriums vom 05.11.2004 (Nds. GVBl. S.417) wird § 29 Abs. 4 (bisher Abs. 5) NNatG so gefasst, dass das Land die erforderlichen Kosten der Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen in Naturschutzgebieten und in Natura 2000-Gebieten nach wie vor trägt. Da die Zuständigkeit für die Anordnung und Durchführung der Maßnahmen jedoch grundsätzlich auf die unteren Naturschutzbehörden verlagert wird, sind die im Haushaltsplan veranschlagten Mittel in Abstimmung mit dem NLWKN und den unteren Naturschutzbehörden nach Prioritätsgesichtspunkten zu verteilen und für die durchzuführenden Maßnahmen im Einzelfall zur Verfügung zu stellen. Durch die zentrale Veranschlagung wird gewährleistet, dass die Mittel sachgerecht nach den regionsspezifischen Erfordernissen verteilt werden können.

Die Zweckbestimmung der Titelgruppe erfasst einerseits Maßnahmen in ausgewiesenen Schutzgebieten sowie andererseits Maßnahmen in FFH- und Vogelschutz-Gebieten auch dann, wenn die betreffenden Flächen nicht als Schutzgebiet ausgewiesen sind.

Für die landeseigenen Flächen kann das Land Maßnahmen selbst durchführen oder Dritte (z.B. kommunale Gebietskörperschaften, Verbände) beauftragen. Dies ist situationsabhängig. Aus Praktikabilitätsgründen wird die Möglichkeit geschaffen, nach den jeweiligen Gegebenheiten flexibel und sachgerecht handeln zu können. Letzteres gilt auch für die finanzielle Förderung von Maßnahmen des "Natur erlebens." Gefördert werden Projekte, die dem Naturerlebnis der Bevölkerung dienen.

In Gebieten von gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung sowie an Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben für Naturschutz und Landschaftspflege beteiligt sich das Land finanziell an der Förderung des Bundes. Die notwendigen Mittel sind in dieser Titelgruppe veranschlagt.

Aus Titelgruppe 67/70 können Ausgaben für Zwecke geleistet werden, für die auch in der Titelgruppe 61 Mittel veranschlagt sind.

**Zu 511 67**

Geräte für die Pflege und Entwicklung der zu betreuenden Gebiete.

**Zu 547 67**

Für den Abschluss von Werkverträgen (z. B. fachliche Gutachten, kartographische Darstellungen, Pflegeverträge, Erstellung von Pflege- und Entwicklungsplänen).

Die Verpflichtungsermächtigung ist erforderlich, um die Möglichkeiten einer ergebnisorientierten Honorierung ökologischer Leistungen im Rahmen eines Pilotprojekts zu untersuchen.



ERLÄUTERUNGEN

Noch zu 547 67

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE	durch die 2004 ausgebrachte VE	durch die 2005 ausgebrachte VE	Gesamtbelastung
	in 1000 EUR	in 1000 EUR	in 1000 EUR	
2005	205	–	–	205
2006	192	–	150	342
2007	4	–	–	4
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	401	–	150	551

Zu 633 67

Zuwendungen an Gemeinden (GV) zur Pflege und Entwicklung schutzwürdiger Flächen.

Zu 683 67

Fördermaßnahme im Rahmen des EAGFL-Förderprogramms PRO-LAND,

- Maßnahmeziffer f3a) "Kooperationsprogramm Biotoppflege". Gefördert werden im Rahmen von öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen mit Eigentümern oder sonstigen Nutzungsberechtigten freiwillige Leistungen zur Erhaltung, Pflege und Entwicklung von bestimmten Biotoptypen sowie
- Programmteil des ML, "Richtlinie für die Förderung von Maßnahmen zur Aufrechterhaltung und Verbesserung der ökologischen Stabilität von Wäldern". Gefördert werden im Rahmen von Zuwendungsverträgen mit privaten Waldbesitzern Maßnahmen, die die Schutzfunktion und die ökologische Funktion der Wälder nachhaltig sichern oder verbessern.

Rechtsgrundlage: Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 vom 17.5.1999 (Amtsblatt der EG Nr. L 160, S. 80) in der Fassung der Berichtigung vom 1.12.2000 (Amtsblatt der EG Nr. L 302, S. 72), zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 567/2004 vom 27.3.2004 (Amtsblatt der EG Nr. L 90, S. 1).

Fördergrundlage: Bewilligungsbescheide auf Grund

- der "Richtlinie über die Gewährung von Zahlungen für freiwillige Vereinbarungen zur Erhaltung, Pflege und Entwicklung von bestimmten Biotoptypen" vom 14. 2. 2001 (Nds. MBl. S. 719) sowie
- der Richtlinie des ML "Förderung von Maßnahmen zur Aufrechterhaltung und Verbesserung der ökologischen Stabilität von Wäldern" vom ..... (Nds. MBl. S. ....).

Ende der Förderung: 31. 12. 2006.

Der Ansatz wurde entsprechend dem Bedarf für bestehende und noch geplante Verträge erhöht.

Außerdem sind die Mittel für Zahlungen zur Sicherung der Vogel-lebensräume aufgrund der EU-Vogelschutzrichtlinie bestimmt.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind i.H.v. 756.000 EUR für den Abschluss von fünfjährigen Vereinbarungen nach dem Koope-rationsprogramm Biotoppflege erforderlich. I.H.v. 900.000 EUR sollen Verträge zur Verbesserung der ökologischen Stabilität von Wäldern in Natura 2000-Gebieten abgeschlossen werden.

Noch zu 683 67

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE	durch die 2004 ausgebrachte VE	durch die 2005 ausgebrachte VE	Gesamtbelastung
	in 1000 EUR	in 1000 EUR	in 1000 EUR	
2005	641	150	–	791
2006	283	150	184	617
2007	411	200	368	979
2008	56	200	368	624
2009 ff.	–	200	736	936
Summe	1.391	900	1.656	3.947

Zu 684 67

Kosten der Betreuung und Pflege von Schutzgebieten gem. §§ 29 Abs. 2 und 61 NNatG in Verbindung mit §§ 54 ff. VwVfG durch Naturschutzverbände.

Der Ansatz wurde zur Haushaltskonsolidierung reduziert.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE	durch die 2004 ausgebrachte VE	durch die 2005 ausgebrachte VE	Gesamtbelastung
	in 1000 EUR	in 1000 EUR	in 1000 EUR	
2005	77	296	–	373
2006	65	296	–	361
2007	37	296	–	333
2008	–	296	–	296
2009 ff.	–	296	–	296
Summe	179	1.480	–	1.659

Zu 684 70

Mittel für den Vertrag mit dem Verein Naturschutzpark e. V. zur Pflege von Flächen im Naturschutzgebiet Lüneburger Heide.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE	durch die 2004 ausgebrachte VE	durch die 2005 ausgebrachte VE	Gesamtbelastung
	in 1000 EUR	in 1000 EUR	in 1000 EUR	
2005	342	–	–	342
2006	342	–	–	342
2007	342	–	–	342
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	1.026	–	–	1.026

Zu 821 67

Fördermaßnahme im Rahmen des EAGFL-Förderprogramms PRO-LAND, Maßnahmeziffer t2a) „Verwaltungsvorschrift Naturschutz“. Gefördert wird der Grunderwerb zur Erhaltung, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft durch das Land Niedersachsen.

Rechtsgrundlage: Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 vom 17.5.1999 (Amtsblatt der EG Nr. L 160, S. 80) in der Fassung der Berichtigung vom 1.12.2000 (Amtsblatt der EG Nr. L 302, S. 72), zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 567/2004 vom 27.3.2004 (Amtsblatt der EG Nr. L 90, S. 1).

Fördergrundlage: Zahlungen aufgrund der „Verwaltungsvorschrift Naturschutz“ vom 5. 11. 2001 (nicht veröffentlicht).

Ende der Förderung: 31. 12. 2006.

Der Ansatz wurde entsprechend der politischen Zielsetzung verringert.

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1520 Naturschutz und Landschaftspflege**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
883 67-6	332	Zuweisungen für Grunderwerb und andere Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	300 —	300	300	—	313
883 70-6	332	Zuweisungen an Gemeinden (GV) als Landesanteil an der Bundesförderung für GR-Projekte und E+E-Vorhaben	860 —	540	664	-124	342
893 67-1	332	Zuschüsse zu Ausführungskosten von Flurbereinigungsverfahren und für andere Investitionen an Sonstige im Inland	—	74	74	—	167
893 70-1	332	Zuschüsse an Sonstige im Inland als Landesanteil an der Bundesförderung für GR-Projekte und E+E-Vorhaben	—	82	—	+82	268
<b>TGr. 69</b>		<b>Maßnahmen des Naturschutzes aus zweckgebundenen Beiträgen Dritter</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 69.</i>	(—)	(—)	(—)	(—)	(2.612)
547 69-2	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	2.612
686 69-2	332	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	—	—	—	—
761 69-4	332	Investive Maßnahmen	—	—	—	—	—
812 69-8	332	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
<b>TGr. 98/99</b>		<b>Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik</b>	(—)	(—)	(11)	(-11)	(7)
511 99-0	332	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	10	-10	7
525 98-2	332	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch das IZN	—	—	—	—	—
525 99-0	332	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch Andere	—	—	—	—	—
547 99-4	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	1	-1	0
812 99-0	332	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen sowie Software	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	100		756	-756	

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 883 67**

Fördermaßnahme im Rahmen des EAGFL-Förderprogramms PRO-LAND, Maßnahmeziffer t2all) „Förderrichtlinie Landschaftsentwicklung“. Gefördert wird der Grunderwerb zur Erhaltung, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft.

Rechtsgrundlage: Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 vom 17.5.1999 (Amtsblatt der EG Nr. L 160, S. 80) in der Fassung der Berichtigung vom 1.12.2000 (Amtsblatt der EG Nr. L 302, S. 72), zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 567/2004 vom 27.3.2004 (Amtsblatt der EG Nr. L 90, S. 1).

Fördergrundlage: Bewilligungsbescheide aufgrund der „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen zur Erhaltung, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft“ vom 14. 2. 2001 (Nds. MBl. S. 725).

Ende der Förderung: 31. 12. 2006.

Die Verpflichtungsermächtigung ist für Maßnahmen im Rahmen der Förderrichtlinie Landschaftsentwicklung bestimmt.

**Belastung (2005)**

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	300	–	300
2006	–	–	300	300
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	300	300	600

**Zu Titel 883 70 und 893 70:**

Landesanteil an der Förderung des Bundes für Projekte von gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung (GR-Projekte) sowie an Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben (E + E-Vorhaben).

Folgende GR-Projekte werden gefördert:

Projekt	Lauf zeit	Träger
Hammeniederung	2006	Landkreis Osterholz
Lutter	2006	Landkreise Celle und Gifhorn
Lüneburger Heide (Restabwicklung)	2004	Landkreise Harburg und Soltau-Fallingbostel
Nieders. Drömling	2012	Landkreise Gifhorn und Helmstedt, Stadt Wolfsburg

Da das Projekt "Lüneburger Heide" ausläuft und zur Zeit kein E+E-Vorhaben aus dem Kapitel 15 20 finanziert wird, ist der Ansatz zu verringern.

Die Verpflichtungsermächtigung wird für die Mitfinanzierung eines neuen GR-Projekts sowie für eine zusätzliche Maßnahme im Rahmen des GR-Projekts "Lutter" benötigt.

**Belastung (2005)**

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	195	31	–	226
2006	195	38	124	357
2007	195	42	92	329
2008	195	–	92	287
2009 ff.	685	–	552	1.237
Summe	1.465	111	860	2.436

**Zu Titelgruppe 69**

Zur zweckentsprechenden Verausgabung von Spenden Dritter für Naturschutzzwecke.

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1520 Naturschutz und Landschaftspflege**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004 1000 EUR	Ansatz 2005 1000 EUR	Ansatz 2004 1000 EUR	+ = mehr - = weniger 1000 EUR	Ist 2003 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 1520</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		–	373	-373	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		–	5	-5	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		–	378	-378	
		4 Personalausgaben	– 850	193	5.139	-4.946	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	150 2.791	2.071	1.829	+242	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	3.097 3.992	5.881	6.013	-132	
		7 Baumaßnahmen	–	25	25	–	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	1.410 100	1.596	1.879	-283	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	–	–	3.044	-3.044	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	4.657 7.733	9.766	17.929	-8.163	
		<b>Zuschuss</b>		9.766	17.551	-7.785	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1522 Budgetierung Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
		*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist Nr. 1 der allg. Erläuterungen zu Kapitel 15 22 verbindlich.					
		<b>EINNAHMEN</b>					
119 01-9	332	Vermischte Einnahmen		141	141	—	148
282 10-6	332	Zweckgebundene Einnahmen und Spenden		—	—	—	75
381 10-4	990	Zuführung von Kapitel 15 02 Titel 981 63		544	—	+544	—
		<b>Titelgruppe(n)</b>					
<b>TGr. 65</b>		<b>Forschungs- und ähnliche Aufträge Dritter</b>		(242)	(255)	(-13)	(458)
119 65-5	332	Vermischte Einnahmen <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 65.</i>		242	255	-13	151
282 65-3	332	Erstattungen Dritter <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 65.</i>		—	—	—	307
		<b>AUSGABEN</b>					
422 01-3	332	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets <i>Übertragbar.</i>	—	901	716	+185	171
422 19-6	332	Altersteilzeitzuschläge <i>Übertragbar.</i>	—	—	—	—	—
425 01-2	332	Vergütungen der Angestellten <i>Übertragbar.</i>	—	—	—	—	514
426 01-9	332	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter <i>Übertragbar.</i>	—	—	—	—	27
429 10-7	332	Nicht aufteilbare Personalausgaben <i>Übertragbar.</i>	—	53	104	-51	37
546 01-4	332	Vermischte Ausgaben <i>Übertragbar.</i>	—	738	254	+484	454
812 10-5	332	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	10	59	-49	—
		<b>Titelgruppe(n)</b>					
<b>TGr. 65</b>		<b>Forschungs- und ähnliche Aufträge Dritter</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 65 und 282 65.</i>	(—)	(242)	(255)	(-13)	(435)
429 65-4	332	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	143	143	—	127
547 65-7	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	99	112	-13	309
812 65-2	332	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—

---

**ERLÄUTERUNGEN**


---

**Zu Kapitel 1522****Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 15 22****1. Besondere Regelungen für die Budgetierung der Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz (verbindliche Erläuterung)**

Für die Titel 422 01, 422 19, 425 01, 426 01, 429 10, 546 01 und 812 10 gelten folgende haushaltsrechtlichen Vermerke:

- a) Alle Titel sind gegenseitig deckungsfähig.
- b) Die Ausgaben
  - erhöhen sich um 60% (2004 = 70%) der Mehreinnahmen und vermindert sich um die Mindereinnahmen bei Titel 119 01,
  - dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahme bei Titel 282 10,
  - erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Titel 381 10.
- c) Bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 37 LHO dürfen überplanmäßige Ausgaben geleistet werden. Die insoweit erforderlichen Einwilligungen des MF gelten als erteilt. Diese Mehrausgaben sind auf die nächstjährige Bewilligung als Vorgriff anzurechnen.
- d) Für eingegangene Verpflichtungen und nicht abgeflossene Ausgabereste aus Vorjahren werden Ausgabereste gebildet und übertragen. Nicht belegte Haushaltsmittel werden in Höhe von 80 v. H. übertragen.

**2. Rechtsgrundlage**

Die Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz wurde 1981 durch Kabinettsbeschluss als Norddeutsche Naturschutzakademie gegründet [(Nds. MBl. 10/1981, S. 364) mit den Änderungsbeschlüssen vom 11.2.1988 (Nds. MBl. S. 247), 13.12.1988 (Nds. MBl. 1/1989 S. 16), 4.9.1990 (Nds. MBl. 34/1990 S. 1188) und 17.10.1995 (Nds. MBl. 39/1995 S. 1213)]. Gemäß Errichtungsbeschluss verfolgt sie als nicht rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke.

**3. Aufgaben**

Die Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz nimmt in Zusammenarbeit mit den Universitäten und Hochschulen, den Dienststellen der niedersächsischen Naturschutzverwaltung und anderen entsprechenden Einrichtungen des In- und Auslandes, insbesondere der im Beirat vertretenen Bundesländer, folgende Aufgaben wahr:

- Aus- und Weiterbildung der mit Aufgaben des Naturschutzes und der Landschaftspflege befassten Personen, indem sie Lehr- und Fortbildungsveranstaltungen in Form von Lehrgängen, Seminaren und Tagungen durchführt,
- Mitwirkung bei der Ausbildung der Landespfleger, indem sie Praktikantenplätze bereitstellt und ergänzende Lehrveranstaltungen durchführt,
- Förderung des Austauschs von Erkenntnissen und Erfahrungen auf dem Gebiet des Naturschutzes und der Landschaftspflege, indem sie Fachseminare und wissenschaftliche Tagungen durchführt,
- Öffentlichkeitsarbeit einschließlich Herausgabe fachbezogener Veröffentlichungen,
- Förderung der wissenschaftlichen Forschung, indem sie Forschungsvorhaben bei den dazu geeigneten wissenschaftlichen Einrichtungen anregt und unterstützt,
- Durchführung eigener Forschungsvorhaben auf den ihr zur Verfügung gestellten Grundstücken des Vereins Naturpark Hamburg-Stuttgart e. V. und im Naturschutzgebiet „Lüneburger Heide“,
- ab dem 01.01.2005 Durchführung des Freiwilligen ökologischen Jahres in Niedersachsen (Übernahme der Aufgabe vom NLÖ im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung ).

Darüber hinaus übernimmt sie zentrale Aufgaben in der Betreuung des Naturschutzgebietes Lüneburger Heide, insbesondere Monitoring, Forschungscoordination und Öffentlichkeitsarbeit.

**4. Verwaltungsaufbau**

Die Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz ist unmittelbar dem Nds. Umweltministerium nachgeordnet und hat ihren Sitz auf Hof Möhr im Außenbereich der Stadt Schneverdingen. Der Veranstaltungsbetrieb wird weitestgehend im Camp Reinsehlen (Schneverdingen) durchgeführt.

**5. Ziele der Akademie für das Haushaltsjahr 2005****5.1 Allgemeine Ziele**

Die Akademie wird ihre Aufgaben als Dienstleister für Bildung und Forschung durch bedarfsgerechte, Agenda-21-gemäße und auf Kostendeckung zielende Angebote und Leistungen erfüllen. Einnahmen werden vor allem erzielt aus Teilnehmergebühren, Verkauf von Publikationen, Vermietungen, Aufträge in Forschung, Bildung und Öffentlichkeitsarbeit sowie durch eingeworbene Fördermittel. Zusätzlich eingeworbene Finanzmittel können sowohl im Sach- als auch im Personalhaushalt eingesetzt werden.

**5.2 Ziele im Produktbereich Bildung**

Die Akademie betreibt Aus-, Fort- und Weiterbildung mit dem Ziel, Fachkompetenz im Natur- und Umweltschutz qualitativ hochwertig und aktuell zu vermitteln. Sie konzentriert sich primär auf die Zielgruppen Verwaltung, Entscheidungsträger und Multiplikatoren. Erkenntnis- und Erfahrungsaustausch findet vor allem im Rahmen von Fachtagungen statt. Ständige Evaluation der Veranstaltungen sichert deren Qualität und ermöglicht einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess.

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu Kapitel 1522**

Produktgruppen	Ausgaben EUR	Einnahmen (Gebühren und Dritt- mittel) EUR	Zuschussbe- darf EUR	Teilneh- mertage (TNT)	Kosten pro TNT EUR	Zuschussbe- darf pro TNT EUR
1. Zentrale Naturschutz- themen	84.728	18.540	66.188	1.563,49	54,19	42,33
2. Arten- und Biotopschutz	96.951	27.545	69.406	839,63	115,47	82,66
3. Recht, Gesetz, Vollzug	54.223	8.350	45.873	238,04	227,79	192,71
4. Kommunikation	218.886	29.810	189.076	734,68	297,93	257,36
5. Landnutzung, Regional- entwicklung	212.686	10.400	202.286	876,42	242,68	230,81
6. Boden, Wasser, Luft	97.283	13.100	84.183	459,85	211,55	183,07
7. Sonstige Themen (Son- derveranstaltungen)	27.385	17.600	9.785	573,46	47,75	17,06
Gesamt:	792.142	125.345	666.797			

**5.3 Ziele im Produktbereich Beratung und Information**

Zielgruppen sind das Fachpublikum im amtlichen, ehrenamtlichen und privaten Natur- und Umweltschutz und die breite Öffentlichkeit, insbesondere alle wichtigen Gruppen entsprechend dem Teil III der Agenda 21.

Produktgruppen	Ausgaben EUR	Einnahmen EUR	Zuschussbe- darf EUR	Seiten	Zuschussbe- darf pro Seite EUR
Publikationen	53.977	15.844	38.133	994.954	0,04
Naturschutzgebiet Lüneburger Heide	49.714	0	49.714		
Sonstige Öffentlichkeitsarbeit (Internetauftritt, Medienar- beit)	112.767	0	112.767		
Gesamt:	216.458	15.844	200.614		

**5.4 Ziele im Produktbereich Projekte und Forschungsförderung**

Produktgruppen	Ausgaben EUR	Einnahmen EUR	Zuschuss- bedarf EUR
Eigene Projekte	54.298	0	54.298
Projekte mit Dritten	329.291	242.000	87.291
Freiwilliges ökologisches Jahr	560.000	544.000	16.000
Gesamt:	943.589	786.000	157.589

Die Akademie wird ihre Zusammenarbeit mit allen fachlich einschlägigen niedersächsischen Hochschulen und Fachhochschulen, insbesondere mit der Universität Lüneburg auf der Basis des Kooperationsvertrages vom 17.10.1994, durch einen fachbereichsübergreifenden Ansatz fortführen. Sie wird einen von Dritten dotierten Forschungspreis vergeben.

Die Akademie koordiniert die Forschung im Naturschutzgebiet Lüneburger Heide und übernimmt Monitoring-Aufgaben für dieses Natura 2000-Gebiet. Unter Einwerbung von Drittmitteln und in Kooperation mit niedersächsischen Universitäten und Fachhochschulen werden etwa 15 Projektarbeiten z. B. zu Fragen des Flächenmanagements auf Heiden und ehemaligen militärischen Übungsflächen, zu Waldökologie und Gewässerrenaturierung durchgeführt, betreut und unterstützt. Das mit Förderung der Nds. Lottostiftung aufgebaute Geografische Informationssystem kommt dabei zum Einsatz.

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 1522

6. Übersicht über die Verlagerung von Einnahmen, Personal- und Sachmitteln aus anderen Kapiteln im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung

Kapitel 15 22				Verlagerung (Zugang) aus Kapitel 15 03
Titel	HPE '05 Phase II	HPE '05 Phase I	Diff. - / +	
<b>E.</b>				
381 10	544	0	544	544
<b>E. ges.</b>	<b>544</b>	<b>0</b>	<b>544</b>	<b>544</b>
<b>A.</b>				
422 01	909	738	171	171
429 10	53	45	8	8
546 01	738	357	381	381
<b>A. ges.</b>	<b>1.700</b>	<b>1.140</b>	<b>560</b>	<b>560</b>
<b>Saldo/ Zuschuss</b>	<b>1.156</b>	<b>1.140</b>	<b>16</b>	<b>16</b>

**Zu 119 01**

Einnahmen zur Finanzierung der Produktbereiche Bildung sowie Beratung und Information.

**Zu 381 10**

Zuführung von Personal- und Sachkosten für die pädagogische Betreuung der FÖJ-Teilnehmerinnen und FÖJ-Teilnehmer und die verwaltungsmäßige Abwicklung des FÖJ.

**Zu 422 01**

Budget für die Bezüge der Beamten, die Vergütung der Angestellten und die Löhne der Arbeiter.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteneinheiten (VZE):

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
16,8	14	13,47

Personalkostenbudget (in Tsd. EUR):

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
901	716	712

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2005
Zugänge:	
- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	3
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	-
- Sonstige Veränderungen	-
Summe Zugänge	3
Abgänge:	
- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	-
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	-
- Sonstige Veränderungen	0,2
Summe Abgänge	-
Bleibt Zugang:	2,8

Veränderungen im Zuge der Verwaltungsmodernisierung:  
Zugang von 15 03 3,00 BV.  
Reduzierung des BV um 0,2 durch die sogenannte Fünftelungsregelung infolge der ZV II.

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1522 Budgetierung Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 1522</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		383	396	-13	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		544	—	+544	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		927	396	+531	
		4 Personalausgaben	—	1.097	963	+134	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	837	366	+471	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	10	59	-49	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	1.944	1.388	+556	
		<b>Zuschuss</b>		1.017	992	+25	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1524 Nationalpark Harz**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
111 01-5	332	Gebühren und tarifliche Entgelte		1	1	—	3
112 01-1	332	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		1	1	—	2
119 01-6	332	Vermischte Einnahmen		5	5	—	1
232 01-7	332	Erstattung von Personalausgaben durch das Land Sachsen-Anhalt		—	—	—	—
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61</b>		<b>Durchführung von Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen</b>		(9)	(9)	(—)	(7)
235 61-0	332	Sonstige Zuweisungen von der Bundesagentur für Arbeit für Aushilfskräfte <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.</i>		1	—	+1	—
282 61-8	332	Zweckgebundene Beiträge Dritter aus dem Inland <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.</i>		8	9	-1	7
<b>TGr. 62</b>		<b>Informations- und Öffentlichkeitsmaßnahmen</b>		(6)	(6)	(—)	(34)
119 62-8	332	Einnahmen aus Veröffentlichungen und sonstige Verwaltungseinnahmen <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.</i> <b>*** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.</b>		5	5	—	34
125 62-8	332	Erlöse aus der Übertragung von Nutzungsrechten an Dritte <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.</i>		1	1	—	0
<b>AUSGABEN</b>							
412 10-4	332	Entschädigung für die ehrenamtlich tätigen Beiratsmitglieder	—	2	2	—	0
422 01-0	332	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	580	469	+111	191
422 19-3	332	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-0	332	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	270
427 39-0	332	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
511 01-3	332	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.</i>	—	19	1	+18	0
517 01-1	332	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.</i>	—	11	11	—	0
519 01-4	332	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.</i>	—	—	—	—	2
525 01-4	332	Aus- und Fortbildung der Bediensteten <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.</i>	—	3	3	—	3
546 01-1	332	Vermischte Ausgaben <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.</i>	—	—	—	—	1
632 01-5	332	Erstattung von Personalausgaben an das Land Sachsen-Anhalt	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

**Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 1524**

Der Nationalpark Harz ist mit Wirkung vom 1. 1. 1994 eingerichtet worden. Derzeitige Rechtsgrundlage ist das Gesetz über den Nationalpark Harz vom 15.07.1998 (Nds. GVBl. S. 164), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 27.01.2003 (Nds. GVBl. S. 39).

Ein Nationalpark bedarf einer eigenen Verwaltung. Gemäß § 17 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über den Nationalpark Harz in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 05.11.2004 (Nds. GVBl. S. 417), ist die Nationalparkverwaltung eine Landesbehörde. Mit Auflösung der Bezirksregierungen wurde die Verwaltung des Nationalparks Harz als eigenständige Dienststelle organisiert. Die Nationalparkverwaltung nimmt im Gebiet des Nationalparks neben den in § 17 Abs. 2 des Gesetzes über den Nationalpark Harz genannten Aufgaben auch die Aufgaben der unteren Naturschutzbehörde, die jagdbehördlichen Aufgaben sowie Außendienstaufgaben im Landeswald wahr. Im Kapitel 15 24 sind die zur Durchführung dieser Aufgaben nötigen Einnahmen und Ausgaben veranschlagt.

Die übrigen sächlichen Verwaltungsausgaben für den Nationalpark sind im Kapitel 09 80 "Landesforsten – Anstalt des öffentlichen Rechts" veranschlagt.

Die aus anderen Kapiteln im Zuge der Verwaltungsmodernisierung verlagerten Haushaltsmittel sind in der folgenden Tabelle dargestellt:

**Übersicht über die Herkunft der Einnahmeansätze und der Personal- und Sachmittel des Kapitels 15 24 aus den abgebenden Kapiteln (1.000 EUR):**

Titel	Kapitel 15 24		Diff. - / +	Herkunft von Kapitel 03 05
	HPE '05 Phase II	HPE '05 Phase I		
a	b	c	d	e
<b>A.</b>				
422 01	580	465	115	115
511 01	19	1	18	18
<b>A. ges.</b>	<b>599</b>	<b>466</b>	<b>133</b>	<b>133</b>

**Zu 125 62**

Einnahmen aus der Verwertung von Rechten des Landes, die im Zusammenhang mit dem Nationalpark stehen (z. B. Rechte an einem Signet).

**Zu 412 10**

Mittel für Entschädigungen einschl. Reisekostenvergütungen der ehrenamtlichen Mitglieder des Nationalparkbeirats sowie des gemeinsamen wissenschaftlichen Beirats (§ 18 des Gesetzes über den Nationalpark Harz).

Der Nationalparkbeirat berät gem. § 18 des Gesetzes über den Nationalpark Harz die Nationalparkverwaltung.

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteneinheiten (VZE):

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
11	8,0	7,84

Personalkostenbudget (in Tsd. EUR):

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
580	469	461

**Noch zu 422 01**

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2005
Zugänge:	
- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	3
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	-
- Sonstige Veränderungen	-
<b>Summe Zugänge</b>	<b>3</b>
Abgänge:	
- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	-
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	-
- Sonstige Veränderungen	-
<b>Summe Abgänge</b>	<b>-</b>
<b>Bleibt Zugang (oder Abgang)</b>	<b>3</b>

Veränderungen im Zuge der Verwaltungsmodernisierung: Zugang von Kapitel 03 05 drei VZE.

**Zu 517 01**

Bewirtschaftung des Bildungszentrums im Nationalparkhaus "Erzwäsche" in St. Andreasberg.

**Zu 525 01**

Für Reisekosten zu Fortbildungen der NNA.

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1524 Nationalpark Harz**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
981 11-7	990	Abführung an 13 21 - 381 15	—	42	—	+42	—
		<b>Titelgruppe(n)</b>					
<b>TGr. 61</b>		<b>Durchführung von Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 235 61 und 282 61.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i> <i>Einseitig deckungsfähig zugunsten TGr. 98/99.</i>	(—)	(184)	(184)	(—)	(146)
429 61-9	332	Nicht aufteilbare Personalausgaben <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 429 61, 511 61, 519 61, 547 61, 761 61, 429 62, 531 62, 547 62, 684 62, 812 62, 883 62 und 893 62.</i>	—	—	—	—	—
511 61-7	332	Dienst- und Schutzkleidungszuschüsse <i>Vgl. D-Vermerk zu 429 61.</i>	—	2	2	—	1
519 61-8	332	Maßnahmen auf landeseigenen Flächen <i>Vgl. D-Vermerk zu 429 61.</i>	—	103	103	—	50
547 61-1	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben <i>Vgl. D-Vermerk zu 429 61.</i>	—	70	70	—	96
761 61-3	332	Investive Maßnahmen auf landeseigenen Flächen <i>Vgl. D-Vermerk zu 429 61.</i>	—	9	9	—	—
<b>TGr. 62</b>		<b>Informations- und Öffentlichkeitsmaßnahmen</b> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 119 62 und 125 62.</i> <i>*** Einseitig deckungsfähig zugunsten TGr. 98/99.</i> <i>Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(—)	(177)	(177)	(—)	(204)
429 62-7	332	Nicht aufteilbare Personalkosten <i>Vgl. D-Vermerk zu 429 61.</i>	—	—	—	—	—
531 62-6	332	Ausgaben für Veröffentlichungen und der Dokumentation <i>Vgl. D-Vermerk zu 429 61.</i>	—	11	11	—	33
547 62-0	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben <i>Vgl. D-Vermerk zu 429 61.</i>	—	7	7	—	19
684 62-7	332	Zuschüsse zur Unterhaltung von Informationszentren und zu anderen Zwecken an soziale oder ähnliche Einrichtungen <i>Vgl. D-Vermerk zu 429 61.</i>	—	153	153	—	152
812 62-5	332	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen <i>Vgl. D-Vermerk zu 429 61.</i>	—	6	6	—	—
883 62-0	332	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände <i>Vgl. D-Vermerk zu 429 61.</i>	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 981 11**

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Epl. 13. Der Mehrbedarf ergibt sich aus dem Ankauf eines Gebäudes in St. Andreasberg.

**Zu Titelgruppe 61**

Im Zuge der Durchführung des „Gesetzes über den Nationalpark Harz“ ist im Nationalpark eine Vielzahl von Pflege- und Entwicklungsarbeiten (§ 9 i.V.m. § 17 des Gesetzes über den Nationalpark Harz) zu verrichten. Darüber hinaus führt die Nationalparkverwaltung gem. § 8 Abs. 1 des Gesetzes über den Nationalpark Harz eigene wissenschaftliche Untersuchungen durch. Gemäß dem K-Vermerk sind die in der Titelgruppe veranschlagten Haushaltsmittel in Höhe der veranschlagten Einnahmen erst dann verfügbar, wenn die Einnahme tatsächlich eingegangen ist. Ausgaben für denselben Zweck sind auch in der Titelgruppe 63 veranschlagt.

**Zu 511 61**

Die im Außendienst tätigen Bediensteten erhalten – soweit das Land nicht unentgeltlich Schutzkleidung zur Verfügung stellt – nach näherer Maßgabe des RdErl. d. MU vom 25. 9. 1998 (Nds. MBl. S. 1317) eine pauschale Aufwandsentschädigung zur Abgeltung von Aufwendungen für die Erstbeschaffung sowie die Reinigung, Unterhaltung und Ersatzbeschaffung von Schutzkleidung. Die von der Niedersächsischen Landesregierung am 24. 3. 1998 beschlossene Aufwandsentschädigung ist steuerfrei im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

**Zu 519 61**

Für den Nationalpark Harz, der fast ausschließlich aus landeseigenen Flächen besteht, werden umfangreiche nicht waldbauliche Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen notwendig. Für diese nach § 29 NNatG durchzuführenden Maßnahmen entstehen Planungs- und Durchführungskosten.

**Zu 547 61**

Zum Abschluss von Werkverträgen zur Vorbereitung von Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen sowie von Maßnahmen zur Bestandslenkung und für wissenschaftliche Untersuchungen.

**Zu Titelgruppe 62**

Die Informations- und Bildungsarbeit gem. § 7 des Gesetzes über den Nationalpark Harz ist zentrale Aufgabe der Nationalpark-Verwaltung, um ein wachsendes Verständnis der Einwohner und Gäste des Nationalparks für die Naturschutzmaßnahmen zu erreichen. Für Informations- und Öffentlichkeitsmaßnahmen im Nationalpark Harz sind auch im Kapitel 09 80 Haushaltsmittel veranschlagt. Gemäß dem K-Vermerk sind die in der Titelgruppe veranschlagten Haushaltsmittel in Höhe der veranschlagten Einnahmen erst dann verfügbar, wenn die Einnahme tatsächlich eingegangen ist.

**Zu 531 62**

Für die Anfertigung von Informations- und Aufklärungsmaterial sowie die Vorbereitung und Durchführung von Ausstellungen, Informationsveranstaltungen und andere Maßnahmen der Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit. Für Druckwerke mit Herstellungskosten über 2,50 EUR wird ein entsprechendes Entgelt – zuzüglich einer Versandkostenpauschale – erhoben.

**Zu 547 62**

Mittel für Werkverträge im Zusammenhang mit der Durchführung von Informationsmaßnahmen.

**Zzu 684 62**

Zahlungen aufgrund von Kooperationsverträgen mit dem BUND zum Betrieb der Nationalparkhäuser Altenau-Torfhaus und St. Andreasberg. Rechtsgrundlage: Verpflichtung der Nationalparkverwaltung zur Unterhaltung von Einrichtungen für die Informations- und Bildungsarbeit (§ 7 Abs. 1 des Gesetzes über den Nationalpark Harz) und zur Zusammenarbeit mit Kommunen (§ 7 Abs. 3 des Gesetzes über den Nationalpark Harz). Fördergrundlage: Konzeption zur Förderung von Informationszentren im Nationalpark vom 23. 12. 1988 (nicht veröffentlicht). Ende der Förderung: 31.12.2008 (St. Andreasberg) bzw. 31. 12. 2009 (Altenau-Torfhaus).

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	153	–	–	153
2006	153	–	–	153
2007	153	–	–	153
2008	153	–	–	153
2009 ff.	66	–	–	66
Summe	678	–	–	678

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1524 Nationalpark Harz**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
893 62-5	332	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland <i>Vgl. D-Vermerk zu 429 61.</i>	—	—	—	—	—
<b>TGr. 63</b>		<b>Verstärkte Förderung des Naturschutzes Übertragbar.</b> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(—)	(143)	(143)	(—)	(145)
429 63-5	332	Nicht aufteilbare Personalkosten	—	—	—	—	—
519 63-4	332	Maßnahmen auf landeseigenen Flächen	—	133	133	—	10
547 63-8	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	135
633 63-1	332	Zuweisungen zur Ausstattung und Unterhaltung von Informationszentren an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
761 63-0	332	Investive Maßnahmen auf landeseigenen Flächen	—	—	—	—	—
812 63-3	332	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	10	10	—	—
893 63-3	332	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	—	—	—	—	—
<b>TGr. 98/99</b>		<b>Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik</b> <i>*** Vgl. D-Vermerk zu Ausgabebetitelgruppen 61 und 62.</i>	(—)	(13)	(13)	(—)	(11)
511 99-4	332	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	—	9	9	—	10
525 98-7	332	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch das IZN	—	1	1	—	—
525 99-5	332	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch Andere	—	3	3	—	—
547 99-9	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	1
812 99-4	332	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
		<b>Abschluss Kapitel 1524</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		13	13	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		9	9	—	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		22	22	—	
		4 Personalausgaben	—	582	471	+111	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	372	354	+18	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	153	153	—	
		7 Baumaßnahmen	—	9	9	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	16	16	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	42	—	+42	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	1.174	1.003	+171	
		<b>Zuschuss</b>		1.152	981	+171	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Titelgruppe 63**

Veranschlagt sind Verstärkungsmittel zum Ausgleich des Wegfalls der Förderung von Naturschutzmaßnahmen nach dem Verkauf der Harzwasserwerke.

Ausgaben für denselben Zweck sind auch in den Titelgruppen 61, 62 und 98/99 veranschlagt.

**Zu 519 63**

Mittel zur Durchführung von Maßnahmen der Renaturierung von Gewässern und Mooren sowie der Wiedervernässung künstlich entwässerter Bereiche.

**Zu Titelgruppe 98/99**

Ausgaben für spezielle Informations- und Kommunikationstechnik für die Fachaufgaben.

Kosten für die Beschaffung von Lizenzen für das Geographische Informationssystem einschließlich der erforderlichen Schulungen und Wartung werden zentral in Kapitel 15 01 Titelgruppe 63 eingeplant.

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1525 Nationalpark Wattenmeer**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
111 01-9	332	Gebühren und tarifliche Entgelte		5	5	—	2
112 01-5	332	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		1	1	—	0
119 01-0	332	Vermischte Einnahmen		1	1	—	—
231 61-8	332	Zuweisungen des Bundes für Forschungs- vorhaben		—	—	—	—
282 62-0	332	Zweckgebundene Beiträge Dritter aus dem Inland <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.</i>		—	—	—	—
282 63-8	332	Zweckgebundene Beiträge Dritter aus dem Inland <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.</i>		—	—	—	—
282 65-4	332	Einnahmen aus Forschungs- und ähnlichen Aufträgen <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.</i>		—	—	—	260
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 64</b>		<b>Informations- und Öffentlichkeitsmaßnah- men</b>		(3)	(2)	(+1)	(1)
119 64-8	332	Einnahmen aus Öffentlichkeitsarbeit und sonstige Verwaltungseinnahmen <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.</i> <i>*** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.</i> <i>Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.</i>		1	2	-1	0
125 64-8	332	Erlöse aus der Übertragung von Nutzungs- rechten an Dritte <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.</i>		1	—	+1	0
235 64-8	332	Sonstige Zuweisungen von der Bundes- agentur für Arbeit für Aushilfskräfte <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.</i>		1	—	+1	—
282 64-6	332	Sonstige zweckgebundene Beiträge Dritter aus dem Inland <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.</i>		—	—	—	0
<b>AUSGABEN</b>							
412 10-8	332	Entschädigung für die ehrenamtlich tätigen Beiratsmitglieder	—	1	1	—	0
422 01-4	332	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtin- nen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbud- get	—	1.362	973	+389	370
422 19-7	332	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-3	332	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	637
427 39-3	332	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
511 01-7	332	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsge- genstände, sonstige Gebrauchsgegenstände <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.</i>	—	48	5	+43	2
514 01-6	332	Haltung von Dienstfahrzeugen <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.</i>	—	—	—	—	—
517 01-5	332	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.</i>	—	8	—	+8	—

ERLÄUTERUNGEN

**Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 1525**

Der Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer ist mit Wirkung vom 1. 1. 1986 eingerichtet worden. Derzeitige Rechtsgrundlage ist das Gesetz über den Nationalpark "Niedersächsisches Wattenmeer" vom 11. 7. 2001 (Nds. GVBl. S. 443), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.01.2003 (Nds. GVBl. S. 39). Mit Auflösung der Bezirksregierungen wurde die Verwaltung des Nationalparks als eigenständige Dienststelle organisiert. Gem. § 23 des Gesetzes über den Nationalpark Nieders. Wattenmeer in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 05.11...2004 (Nds. GVBl. S. 417) ist die Nationalparkverwaltung eine Landesbehörde.

Im Kapitel 15 25 sind die zur Durchführung der Fachaufgaben im Nationalpark nötigen Einnahmen und Ausgaben – mit Ausnahme der Ausgaben für Bestandserfassungen aufgrund internationaler Verpflichtungen - veranschlagt. Für Bestandserfassungen sind Haushaltsmittel zentral bei Kapitel 15 20 Titelgruppe 65 eingeplant.

Die aus anderen Kapiteln im Zuge der Verwaltungsmodernisierung verlagerten Haushaltsmittel sind in der folgenden Tabelle dargestellt:

Übersicht über die Herkunft der Einnahmeansätze und der Personal- und Sachmittel des Kapitels 15 25 aus den abgebenden Kapiteln (1.000 EUR)

Titel	Kapitel 15 25			Herkunft von Kapitel		
	HPE '05	HPE '05	Diff. - / +	03 05	1503	1520
	Phase II	Phase I				
a	b	c	d	e	f	g
<b>A.</b>						
422 01	1.286	1.019	267	151	10	106
511 01	48	4	44	44		
517 01	8	0	8	8		
518 01	87	0	87	87		
<b>A. ges.</b>	<b>1.429</b>	<b>1.023</b>	<b>406</b>	<b>290</b>	<b>10</b>	<b>106</b>

**Zu 112 01**

Geldbußen und Verwarnungsgelder aus Verstößen gegen Naturschutzrecht.

**Zu 282 62**

Der Titel wurde für die Buchung der Kostenbeteiligung Dritter bei der Erhebung von Umweltdaten eingerichtet.

**Zu 282 65**

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabebetitelgruppe 65.

**Zu Titelgruppe 64**

**Zu 119 64**

Die für die kommerzielle Nutzung des Nationalparkemblems abzuführende Agenturgebühr wird gem. § 15 Abs. 1 Satz 3 LHO von der Einnahme abgesetzt.

**Zu 412 10**

Mittel für Entschädigungen (einschl. Reisekostenvergütungen) der ehrenamtlichen Mitglieder des Nationalparkbeirats.

Der Nationalparkbeirat berät die Nationalparkverwaltung (§ 27 des Gesetzes über den Nationalpark "Nieders. Wattenmeer").

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteneinheiten (VZE):

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
25,58	17,15	16,58

Personalkostenbudget (in Tsd. EUR):

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
1.362	973	1.007

**Noch zu 422 01**

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2005
Zugänge:	
- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	8,76
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	-
- Sonstige Veränderungen	-
<b>Summe Zugänge</b>	<b>8,76</b>
Abgänge:	
- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	-
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	-
- Sonstige Veränderungen	0,33
<b>Summe Abgänge</b>	<b>0,33</b>
<b>Bleibt Zugang</b>	<b>8,43</b>

Veränderungen im Zuge der Verwaltungsmodernisierung: Zugang von Kapitel 03 05 6,76 und von Kapitel 15 20 zwei VZE.

**Zu 511 01**

Verringerung des Ansatzes um 1.000 EUR durch Verlagerung zum Titel 525 01 sowie Erhöhung des Ansatzes um 48.000 EUR als Sachkostenpauschale auf Grund der Verlagerung von Stellen der Bezirksregierung in das Kapitel 15 25. Neben dem allgemeinen Geschäftsbedarf, den Mitteln für Bücher, Fachzeitschriften und Geräte für Fachaufgaben sind Mittel für Dienst- und Schutzkleidung veranschlagt.

Die im Außendienst tätigen Bediensteten erhalten – soweit ihnen das Land nicht unentgeltlich Schutzkleidung zur Verfügung stellt – nach näherer Maßgabe des RdErl. d. MU vom 25. 9. 1998 (Nds. MBl. S. 1317) eine pauschale Aufwandsentschädigung zur Abgeltung von Aufwendungen für die Erstbeschaffung sowie die Reinigung, Unterhaltung und Ersatzbeschaffung von Schutzkleidung.

Die von der Niedersächsischen Landesregierung am 24. 3. 1998 beschlossene Aufwandsentschädigung ist steuerfrei im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

**Zu 514 01**

**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1.1.2004	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Personenkraftwagen	0	0	1

Das Fahrzeug wurde aus dem Bestand der Bezirksregierung Weser-Ems, Dezernat 04, übernommen.

**Zu 517 01**

Reinigungskosten für das Dienstgebäude der Nationalparkverwaltung in Wilhelmshaven, Virchowstraße 1 (verlagert von Kapitel 03 05).

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1525 Nationalpark Wattenmeer**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
518 01-1	332	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.</i>	—	87	—	+87	—
518 02-0	332	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.</i>	—	—	—	—	—
525 01-8	332	Aus- und Fortbildung der Bediensteten <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.</i>	—	2	1	+1	—
527 01-0	332	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.</i>	—	—	—	—	—
546 01-5	332	Vermischte Ausgaben <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.</i>	—	—	—	—	0
981 11-0	990	Abführung an 13 21 - 381 15	—	58	58	—	58
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 62</b>		<b>Trilaterales Monitoring- Programm</b> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 62.</i>	(—)	(77)	(140)	(-63)	(101)
429 62-0	332	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	4
547 62-3	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben <i>Übertragbar.</i>	—	67	140	-73	97
812 62-9	332	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	10	—	+10	—
<b>TGr. 63</b>		<b>Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 63.</i> <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten Ausgabeteilgruppe 98/99.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(—)	(81)	(77)	(+4)	(162)
427 63-6	332	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 427 63, 519 63, 547 63, 684 63, 812 63, 427 64, 531 64, 547 64, 633 64 und 883 64.</i>	—	—	—	—	—
519 63-8	332	Maßnahmen auf landeseigenen Flächen <i>Vgl. D-Vermerk zu 427 63.</i>	—	8	8	—	22
547 63-1	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben <i>Vgl. D-Vermerk zu 427 63.</i>	—	18	16	+2	89
684 63-9	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (ohne öffentliche Einrichtungen) <i>Vgl. D-Vermerk zu 427 63.</i>	—	55	53	+2	51
812 63-7	332	Erwerb von Geräten für Fachaufgaben <i>Vgl. D-Vermerk zu 427 63.</i>	—	—	—	—	—
<b>TGr. 64</b>		<b>Informations- und Öffentlichkeitsmaßnahmen, sonstige Maßnahmen aus zweckgebundenen Beiträgen Dritter</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen</i>	(2.115) (2.115)	(1.240)	(1.244)	(-4)	(1.216)

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 518 01**

Miete und Nebenkosten für das Dienstgebäude der Nationalparkverwaltung in Wilhelmshaven, Virchowstraße 1 (Verlagerung von Kapitel 03 05).

**Zu 525 01**

Für Reisekosten zu Fortbildungen der NNA.

**Zu 981 11**

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

**Zu Titelgruppe 62**

Dänemark, Deutschland und die Niederlande haben in der am 13. 11. 1991 anlässlich der 6. trilateralen Regierungskonferenz zum Schutz des Wattenmeeres unterzeichneten Ministererklärung unter Ziffer 33 vereinbart, auf dem Gebiet des Monitorings und der wissenschaftlichen Forschung zusammenzuarbeiten und ein gemeinsames Monitoring-Programm zu entwickeln und durchzuführen.

Dabei in Niedersachsen erhobene Daten werden von der Nationalparkverwaltung aufbereitet, digitalisiert und an die vorhandene zentrale Einrichtung weitergeleitet.

Der Haushaltsvermerk ermöglicht es, dass die beim Titel 282 62 eingehenden Einnahmen für die Zwecke der Titelgruppe zusätzlich zur Verfügung stehen.

**Zu 547 62**

Gemäß § 9 Abs. 2 Satz 2 des Nationalparkgesetzes ist die Besatzmuschelfischerei nur im Rahmen eines Bewirtschaftungsplans zulässig. Unter der Federführung des ML wurde 1998 ein Miesmuschelmanagementplan auf der Grundlage der Entschließung des Nieders. Landtags vom 08.10.1997 für einen Zeitraum von fünf Jahren erarbeitet. Dieser Plan ist als Bewirtschaftungsplan jeweils nach fünf Jahren fortzuschreiben. Die veranschlagten Mittel sind für Befliegungen, Gelände- und Laborarbeiten sowie Schiffseinsätze zur Miesmuschelbestandsaufnahme erforderlich.

**Zu 812 62**

	2005
	in Tsd. EUR

Ergänzungsbeschaffungen:

- Server zur Anpassung der vorhandenen Ausstattung für das TMAP an das steigende Datenvolumen (einschl. Dokumentation, Datenträger, Lizenzen und Schulungen) 10

**Zu Titelgruppe 63**

Im Nationalpark ist eine Vielzahl von Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen durchzuführen. Das Land kann die erforderlichen Maßnahmen selbst durchführen oder sie durch Dritte durchführen lassen. Die entstehenden Kosten trägt gem. § 29 Abs. 4 NNatG das Land.

Für Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen im Nationalpark Wattenmeer sind auch im Kapitel 15 55 Mittel veranschlagt.

**Zu 519 63**

Für Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen nach § 29 NNatG sowie für Beschilderungen auf landeseigenen Flächen.

**Zu 547 63**

Zum Abschluss von Werkverträgen u. a. zur Vorbereitung von Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen sowie von Maßnahmen zur Bestandslenkung von Seevögeln.

**Zu 684 63**

Zuwendungen für Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen.

Für die Absicherung der Betreuung zentraler Bereiche des Nationalparks Nieders. Wattenmeer durch Verbände (insbesondere Mellumrat e.V. und Wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft für Natur- und Umweltschutz) wurden aufgrund der VE 2003 Anschlussverträge für die Jahre 2004 bis 2008 zur Fortsetzung der Zusammenarbeit abgeschlossen.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	52	–	–	52
2006	52	–	–	52
2007	52	–	–	52
2008	52	–	–	52
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	208	–	–	208

**Zu Titelgruppe 64**

Die Mittel sind für die Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit gemäß § 20 des Nationalparkgesetzes bestimmt. Zu diesem Zweck beteiligt sich das Land an den Kosten für den Betrieb von Informationszentren im Nationalpark. Daneben werden Ausstellungen, Informationsveranstaltungen und sonstige Öffentlichkeitsmaßnahmen durchgeführt.

Nach dem geänderten Haushaltsvermerk dürfen die über den veranschlagten Betrag hinaus erzielten Einnahmen bzw. beim Titel 282 64 sämtliche Einnahmen für die Zwecke der Titelgruppe verwendet werden.

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1525 Nationalpark Wattenmeer**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
noch <b>TGr. 64</b>		<i>überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 64. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 64, 125 64 und 235 64. Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten Ausgabeteilgruppe 98/99.</i>					
427 64-4	332	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte <i>Vgl. D-Vermerk zu 427 63.</i>	–	–	–	–	–
531 64-6	332	Ausgaben für Veröffentlichungen und der Dokumentation <i>Vgl. D-Vermerk zu 427 63.</i>	–	64	64	–	49
547 64-0	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben <i>Vgl. D-Vermerk zu 427 63.</i>	–	24	24	–	15
633 64-3	332	Zuweisungen zur Unterhaltung von Informationseinrichtungen und zu anderen Zwecken an Gemeinden <i>Vgl. D-Vermerk zu 427 63.</i>	2.115 2.115	1.152	1.152	–	1.151
883 64-0	332	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden <i>Vgl. D-Vermerk zu 427 63.</i>	–	–	4	-4	–
<b>TGr. 65</b>		<b>Forschungs- und ähnliche Aufträge Dritter Übertragbar.</b> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 65. *** Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.</i>	(–)	(–)	(–)	(–)	(258)
427 65-2	332	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	–	–	–	–	65
429 65-5	332	Nicht aufteilbare Personalausgaben	–	–	–	–	67
547 65-8	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	–	–	–	–	126
<b>TGr. 98/99</b>		<b>Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik</b> <i>Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulaasten Ausgabeteilgruppe 63 und Ausgabeteilgruppe 64.</i>	(–)	(13)	(13)	(–)	(26)
511 99-8	332	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	–	4	4	–	0
525 98-0	332	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch das IZN	–	–	–	–	–
525 99-9	332	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch Andere	–	–	–	–	3
538 98-5	332	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an das IZN)	–	–	–	–	–
538 99-3	332	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Andere)	–	9	9	–	10
547 99-2	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	–	–	–	–	0
812 99-8	332	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen sowie Software	–	–	–	–	13

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 531 64**

Zur Vorbereitung und Durchführung von Ausstellungen, Informationsveranstaltungen und anderen Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit.

Herausgabe von Informations- und Aufklärungsmaterial.

Für Druckwerke mit Herstellungskosten über 2,50 EUR wird ein entsprechendes Entgelt – zuzüglich einer Versandkostenpauschale – erhoben.

**Zu 547 64**

Zum Abschluss von Werkverträgen zur Vorbereitung von Informationsmaßnahmen.

**Zu 633 64**

Aufgrund des besonderen Landesinteresses an gut ausgestatteten und funktionsfähigen Informationszentren ist mit den Trägern der Informationseinrichtungen im Nationalpark jeweils eine Verwaltungsvereinbarung abgeschlossen worden, nach der das Land sich an der Unterhaltung jährlich mit einer pauschalen Förderung der Betriebs- und Personalkosten beteiligt.

**Rechtsgrundlage:** Verpflichtung der Nationalparkverwaltung zur Unterhaltung von Einrichtungen für die Informations- und Bildungsarbeit und zur Zusammenarbeit mit Kommunen und Verbänden (§§ 20 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 Satz 1 des Gesetzes über den "Nationalpark Wattenmeer").

**Fördergrundlage:** Konzeption zur Förderung von Informationszentren im Nationalpark vom 23. 12. 1988 (nicht veröffentlicht).

Ende der Förderung:

Nationalparkhaus bzw. -zentrum in	Träger	Ablauf der Verwaltungsvereinbarung
Baltrum	Gemeinde Baltrum	31. 12. 2011
Borkum	Stadt Borkum	31. 12. 2011
Carolinensiel	Stadt Wittmund	31. 12. 2005 *
Cuxhaven	Stadt Cuxhaven	31. 12. 2011
Dangast	Stadt Varel	31. 12. 2011
Dornumersiel	Samtgemeinde Dornum	31. 12. 2011
Dorum-Neufeld	Samtgem. Land-Wursten	31. 12. 2010
Fedderwardersiel	Gemeinde Butjadingen	31. 12. 2005 *
Greetsiel	Gemeinde Krummhörn	31. 12. 2005 *
Juist	Gemeinde Juist	31. 12. 2012
Norden-Norddeich	Stadt Norden	31. 12. 2005 *
Norderney	Stadt Norderney	31. 12. 2005 *
Wangerooge	Gemeinde Wangerooge	31. 12. 2011
Wilhelmshaven	Stadt Wilhelmshaven	31. 12. 2005 *

\*) Die VE 2004 wurde nicht in Anspruch genommen und wurde in gleicher Höhe erneut ausgebracht. Sie ist so bemessen, dass diejenigen Verwaltungsvereinbarungen, die mit Ablauf des Jahres 2005 enden (Carolinensiel, Fedderwardersiel, Greetsiel, Norden-Norddeich, Norderney, Wilhelmshaven), unter Berücksichtigung einer Kürzung der Zuwendung um 25 % um fünf Jahre verlängert werden können. Die Gesamtbelastung des Titels verringert sich deshalb ab 2006 dauerhaft auf 1,01 Mio EUR.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	1.152	–	–	1.152
2006	587	–	423	1.010
2007	587	–	423	1.010
2008	587	–	423	1.010
2009 ff.	1.770	–	846	2.616
Summe	4.683	–	2.115	6.798

**Zu 883 64**

Zuweisungen für die einheitliche Präsentation des Nationalparks (Gestaltung von Lehrpfaden und Informationshütten).

**Zu Titelgruppe 65**

Zur Wahrnehmung von Untersuchungen, Gutachten und anderer Aufträge Dritter auf dem Gebiet des Naturschutzes und der Landschaftspflege.

**Zu Titelgruppe 98/99**

Ausgaben für spezielle Informations- und Kommunikationstechnik für die Fachaufgaben.

Kosten für die Beschaffung von Lizenzen für das Geographische Informationssystem einschließlich der erforderlichen Schulungen und Wartung werden zentral in Kapitel 15 01 Titelgruppe 63 eingeplant.

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1525 Nationalpark Wattenmeer**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 1525</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		9	9	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		1	—	+1	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		10	9	+1	
		4 Personalausgaben	—	1.363	974	+389	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	339	271	+68	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	2.115	1.207	1.205	+2	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	10	4	+6	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	58	58	—	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	2.115	2.977	2.512	+465	
		<b>Zuschuss</b>	2.115	2.967	2.503	+464	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1526 Biosphärenreservat Elbtalau**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
<b>EINNAHMEN</b>							
111 01-2	332	Gebühren und tarifliche Entgelte		2	2	—	0
119 01-3	332	Vermischte Einnahmen		1	—	+1	—
124 01-7	332	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		55	66	-11	60
132 01-0	332	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		—	—	—	—
231 01-8	332	Erstattungen des Bundes für den Zivildienst <i>Vgl. K-Vermerk zu 427 03.</i>		3	5	-2	4
282 63-1	332	Zweckgebundene Beiträge Dritter aus dem Inland <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 63.</i>		—	—	—	—
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 62</b>		<b>Informations- und Öffentlichkeitsmaßnahmen</b>		(—)	(—)	(—)	(0)
119 62-5	332	Einnahmen aus dem Verkauf von Veröffentlichungen <i>Vgl. K-Vermerk zu 1520-683 10.</i> <i>*** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.</i>		—	—	—	0
125 62-5	332	Erlöse aus der Übertragung von Nutzungsrechten an Dritte <i>Vgl. K-Vermerk zu 1520-683 10.</i>		—	—	—	—
<b>AUSGABEN</b>							
412 10-1	332	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	—	12	10	+2	2
422 01-8	332	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	624	—	+624	—
422 19-0	332	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-7	332	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	—
426 01-3	332	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	—
427 03-6	332	Beschäftigungsentgelte für Zivildienstleistende <i>Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 231 01.</i> <i>*** Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.</i>	—	15	11	+4	11
427 39-7	332	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
511 01-0	332	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.</i>	—	31	3	+28	2
514 01-0	332	Haltung von Dienstfahrzeugen <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.</i>	—	7	—	+7	—
517 01-9	332	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.</i>	—	21	17	+4	22
518 01-5	332	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.</i>	—	10	7	+3	9

ERLÄUTERUNGEN

**Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 1526**

Das Biosphärenreservat Nieders. Elbtalaue in der unteren Mittel- elbe-Niederung wurde durch das Gesetz über das Biosphärenre- servat "Nieders. Elbtalaue" (NElbtBRG) vom 14.11.2002 (Nds. GVBl. S. 426), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.02.2004 (Nds. GVBl. S. 75), ausgewiesen. Es ist Teil des länderübergreifenden UNESCO-Biosphärenreservats „Flusslandschaft Elbe“ der Länder Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Niedersachsen, Meck-lenburg- Vorpommern und Schleswig-Holstein.

Mit Auflösung der Bezirksregierungen wurde die Verwaltung des Biosphärenreservats, deren Mittel bislang in einer Titelgruppe veranschlagt waren, als eigenständige Dienststelle organisiert. Gemäß § 34 Abs. 1 des Gesetzes über das Biosphärenreservat Nie- ders. Elbtalaue in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 05.11.2004 (Nds. GVBl. S. 417) ist die Biosphärenreservatsverwal- tung eine Landesbehörde. Die dafür erforderlichen Haushaltsmit- tel werden im neuen Kapitel 1526 mit Ausnahme der Ansätze für Erschwernisausgleich, Vertragsnaturschutz und Bestandserfassun- gen ausgewiesen. Die Mittel für den Erschwernisausgleich nach § 52 Abs. 1 NNatG und den Vertragsnaturschutz nach § 29 Abs. 3 NNatG sind bei Kapitel 1520 Titel 683 12 bzw. 683 13 und 683 14 sowie die Mittel für Bestandserfassungen bei Kapitel 1520 Titel- gruppe 65 zentral veranschlagt.

Die aus anderen Kapiteln im Zuge der Verwaltungsmodernisierung verlagerten Haushaltsmittel sind in der folgenden Tabelle darge- stellt:

**Übersicht über die Herkunft der Einnahmeansätze und der Perso- nal- und Sachmittel des Kapitels 15 26 aus den abgebenden Kapi- teln (1.000 EUR)**

Titel	Kapitel 15 26			Herkunft von Kapitel		
	HPE '05	HPE '05	Diff.	03 05	15 20	K-Vermerk
	Phase II	Phase I	- / +			
a	b	c	d	e	f	g
<b>E.</b>						
111 01	2	0	2		2	
119 01	1	0	1		1	
124 01	55	0	55		55	
231 01	3	0	3		3	
<b>E. ges.</b>	<b>61</b>	<b>0</b>	<b>61</b>	<b>0</b>	<b>61</b>	<b>0</b>
<b>A.</b>						
412 10	12	0	12		12	
422 01	624	0	624	152	472	
427 03	15	0	15		12	3
511 01	31	0	31	21	10	
514 01	7	0	7		7	
517 01	21	0	21		21	
518 01	10	0	10		10	
525 01	1	0	1		1	
981 11	182	0	182		182	
429 61	56	0	56		56	
517 61	30	0	30		30	
519 61	20	0	20		20	
547 61	147	0	147		147	
633 61	120	0	120		120	
429 62	58	0	58		58	
531 62	17	0	17		17	
547 62	40	0	40		40	
684 62	217	0	217		217	
511 99	10	0	10		10	
525 99	1	0	1		1	
547 99	1	0	1		1	
<b>A. ges.</b>	<b>1.620</b>	<b>0</b>	<b>1.620</b>	<b>173</b>	<b>1.444</b>	<b>3</b>
<b>Saldo/ Zuschuss</b>	1.559	0	1.559	173	1.383	3

**Zu 111 01**

Einnahmen der Biosphärenreservatsverwaltung aufgrund der VO über die Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen und Lei- stungen (Allgemeine Gebührenordnung) in der jeweils geltenden Fassung.

**Zu 124 01**

Einnahmen aus der Verpachtung landeseigener Naturschutz- grundstücke im Gebiet des Biosphärenreservats. Die Einnahmen werden sich voraussichtlich verringern, da bestehende Pachtver- träge auslaufen.

**Zu 231 01**

Aufgrund des K-Vermerks dürfen Ausgaben beim Titel 427 03 in Höhe der bei diesem Titel veranschlagten Einnahmen erst dann geleistet werden, wenn die Einnahme eingegangen ist. Mehrein- nahmen erhöhen den Ansatz des Ausgabebetitels.

**Zu 282 63**

Vergleich Erläuterungen zur Ausgabebetitelgruppe 63.

**Zu 412 10**

Veranschlagt sind die Aufwendungen für vier Landschaftswarte sowie für Fahrkostenerstattungen gem. der Geschäftsordnung des Beirates für das Biosphärenreservat.

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
13	0 *	0 *

\* 2003 und 2004 im Ansatz der Kapitel 15 20 und 03 05 enthalten.

Personalkostenbudget (in Tsd. EUR):

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
624	0 *	0 *

\* 2003 und 2004 im Ansatz der Kapitel 15 20 und 03 05 enthalten.

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2005
--	------

Zugänge:

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig) 13

- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt) -

- Sonstige Veränderungen -

Summe Zugänge 13

Abgänge:

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig) -

- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt) -

- Sonstige Veränderungen -

Summe Abgänge -

Bleibt Zugang (oder Abgang) 13

Veränderungen im Zuge der Verwaltungsmodernisierung: Zugang von Kapitel 03 05 vier und von Kapitel 15 20 neun VZE.

**Zu 427 03**

Zum K-Vermerk s. Erläuterungen zu Titel 231 01. Durch den \*\*\*-Haushaltsvermerk können abweichend von dem Grundsatz der Jährlichkeit die notwendigen Ausgaben geleistet werden, sofern sichergestellt ist, dass eine spätere Erstattung die geleistete Ausgabe deckt.

**Zu 514 01**

**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1.1.2004	Soll 2004	Für 2005 erforderlich
Personenkraftwagen	2	2	2
Anhänger	1	1	1
Nutz- und Sonderfahrzeuge	1	1	1
<b>Zusammen</b>	<b>4</b>	<b>4</b>	<b>4</b>

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1526 Biosphärenreservat Elbtalau**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004	2004	2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
518 02-3	332	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.</i>	—	—	—	—	—
525 01-1	332	Aus- und Fortbildung der Bediensteten <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.</i>	—	1	—	+1	—
526 02-6	332	Gerichts- und ähnliche Kosten <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.</i>	—	—	—	—	—
527 01-4	332	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.</i>	—	—	—	—	—
546 05-1	332	Sächliche Verwaltungsausgaben zur Regulierung von Schäden des Landes, die nicht versichert sind <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.</i>	—	—	—	—	—
981 11-4	990	Abführung an 13 21 - 381 15	—	182	—	+182	—
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61</b>		<b>Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 1520-683 10.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(—) (100)	(373)	(396)	(-23)	(440)
429 61-6	332	Nicht aufteilbare Personalausgaben <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.</i>	—	56	—	+56	—
517 61-2	332	Grundbesitzabgaben	—	30	—	+30	—
519 61-5	332	Maßnahmen auf landeseigenen Flächen	—	20	15	+5	0
547 61-9	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	147	141	+6	219
632 61-6	332	Länder übergreifende Zusammenarbeit	—	—	—	—	—
633 61-2	332	Sonstige Zuweisungen und Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	120	120	—	61
761 61-0	332	Investive Maßnahmen auf landeseigenen Flächen	—	—	—	—	30
811 61-8	332	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 61-4	332	Erwerb von Geräten für Fachaufgaben	—	—	—	—	—
821 61-3	332	Erwerb von Grundstücken	—	—	120	-120	130
			100				
883 61-9	332	Zuweisungen für Grunderwerb und andere Investitionen an Gemeinden (GV) sowie als Landesanteil an Bundesförderungen	—	—	—	—	—
893 61-4	332	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	—	—	—	—	—

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 981 11**

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

**Zu Titelgruppe 61**

Zur Erfüllung des Schutzzwecks des Biosphärenreservatsgesetzes (§ 4 NELbtBRG) sind Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen im Rahmen eines Biosphärenreservatsplans durchzuführen. Die entstehenden Kosten trägt gem. § 18 Satz 2 des Biosphärenreservatsgesetzes für Gebietsteil C das Land.

Aus dieser Titelgruppe können auch Ausgaben für Zwecke geleistet werden, für die in Kapitel 1520 Titelgruppen 61 Mittel veranschlagt sind.

**Zu 429 61**

Zur vorübergehenden Beschäftigung einer bzw. eines Angestellten der Vergütungsgruppe IV a BAT bis längstens 2007.

**Zu 517 61**

Grundbesitzabgaben für landeseigene Grundstücke im Gebiet des Biosphärenreservats.

**Zu 519 61**

Für Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen nach § 29 NNatG sowie für Beschilderungen auf landeseigenen Flächen.

**Zu 547 61**

Die Mittel sind vorgesehen für die Erstellung fachplanerischer Grundlagen in Form von Gutachten und Werkverträgen sowie für Effizienzkontrollen. Der Bedarf ist in den ersten Jahren nach Einrichtung des Biosphärenreservats erhöht, um z.B. Aufträge zur Erstellung des Biosphärenreservatsplans (§ 22 NELbBRV), zum Aufbau eines Dokumentationssystems und für die Kennzeichnung von bestimmten Bereichen, Wegen und Plätzen vergeben zu können.

**Zu 633 61**

Für Erstattungen an die Landkreise Lüchow-Dannenberg und Lüneburg im Rahmen der Umsetzung des Biosphärenreservatsgesetzes.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	120	–	–	120
2006	–	–	–	–
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	120	–	–	120

**Zu 821 61**

Der Ansatz wurde als Einsparmaßnahme gestrichen. Die VE 2004 wird nicht in Anspruch genommen.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	100	–	100
2006	–	–	–	–
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	100	–	100

**Zu 883 61 und 893 61**

Für die Buchung von Zuwendungen an Kommunen bzw. kommunale Betriebe oder Private, soweit diese im Interesse des Biosphärenreservats Maßnahmen durchführen, die die Aufgaben und Tätigkeiten der Biosphärenreservatsverwaltung nach dem NELbtBRG ersetzen oder ergänzen.

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1526 Biosphärenreservat Elbtalau**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2005	2004	- = weniger	2003
1	2	3	2005	2005	2004	2004	2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
<b>TGr. 62</b>		<b>Informations- und Öffentlichkeitsmaßnahmen</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 1520-683 10.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(-)	(332)	(312)	(+20)	(195)
429 62-4	332	Nicht aufteilbare Personalausgaben <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.</i>	-	58	118	-60	101
531 62-3	332	Ausgaben für Veröffentlichungen und der Dokumentation	-	17	100	-83	0
547 62-7	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	40	-	+40	-
684 62-4	332	Zuschüsse zur Unterhaltung von Informationseinrichtungen und zu anderen Zwecken an soziale oder ähnliche Einrichtungen	-	217	94	+123	94
<b>TGr. 63</b>		<b>Maßnahmen aus zweckgebundenen Beiträgen Dritter</b> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 63.</i>	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)
429 63-2	332	Nicht aufteilbare Personalausgaben	-	-	-	-	-
547 63-5	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	-	-	-	-
<b>TGr. 98/99</b>		<b>Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik</b>	(-)	(12)	(-)	(+12)	(-)
511 99-1	332	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 99.</i>	-	10	-	+10	-
525 98-4	332	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch das IZN <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 99.</i>	-	-	-	-	-
525 99-2	332	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch Andere <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 99.</i>	-	1	-	+1	-
538 98-9	332	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an das IZN) <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 99.</i>	-	-	-	-	-
538 99-7	332	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Andere) <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 99.</i>	-	-	-	-	-
547 99-6	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 99.</i>	-	1	-	+1	-
812 99-1	332	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen sowie Software <i>Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 99.</i>	-	-	-	-	-

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu Titelgruppe 62**

Die Mittel sind für die Informations- und Bildungsarbeit gem. § 33 NEIbtBRG bestimmt.

Aus dieser Titelgruppe können auch Ausgaben für Zwecke geleistet werden, für die in Kapitel 15 20 Titelgruppe 61 Mittel veranschlagt sind.

**Zu 429 62**

Zur vorübergehenden Beschäftigung einer bzw. eines Angestellten der Vergütungsgruppe III BAT bis längstens 2007.

**Zu 531 62**

Zur Vorbereitung und Durchführung von Ausstellungen, Informationsveranstaltungen und anderen Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit.

Herausgabe von Informations- und Aufklärungsmaterial.

Für Druckwerke mit Herstellungskosten über 2,50 EUR wird ein entsprechendes Entgelt – zuzüglich einer Versandkostenpauschale – erhoben.

**Zu 684 62**

Betriebskostenzuschuss für das Informationszentrum in Bleckede sowie Zuschüsse zur Förderung von Projekten der Lenkung und Information der Besucher des Biosphärenreservats. Mehrbedarf für die Konzeption und Durchführung von Projekten zum Natur erleben.

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	94	–	–	94
2006	94	–	–	94
2007	94	–	–	94
2008	94	–	–	94
2009 ff.	282	–	–	282
Summe	658	–	–	658

**Zu Titelgruppe 63**

Zur zweckentsprechenden Verausgabung von Spenden Dritter für Zwecke des Biosphärenreservats.

**Zu Titelgruppe 98/99**

Ausgaben für Informations- und Kommunikationstechnik für die Aufgaben der Biosphärenreservatsverwaltung.

Kosten für die Beschaffung von Lizenzen für das Geographische Informationssystem einschließlich der erforderlichen Schulungen und Wartung werden zentral in Kapitel 15 01 Titelgruppe 63 eingeplant.

**Zu 511 99**

Für Ersatzbeschaffungen, Wartungs- und Reparaturkosten. Ein Mehrbedarf i.H.v. 6.000 EUR ist für dringend erforderliche Beschaffungen (Drucker, Scanner, Monitore) erforderlich, damit eine einheitliche Ausstattung mit kompatiblen Geräten innerhalb des Biosphärenreservats gewährleistet wird.

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1526 Biosphärenreservat Elbtalau**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 1526</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		58	—	+58	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		3	—	+3	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		61	—	+61	
		4 Personalausgaben	—	765	—	+765	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	336	—	+336	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	337	—	+337	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	—	—	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	182	—	+182	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	1.620	—	+1.620	
		<b>Zuschuss</b>		1.559		+1.559	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1542 Abfälle, Altlasten**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-4	332	Vermischte Einnahmen		–	–	–	881
		Summe für inzwischen weggefallene Titel			4.842	-4.842	
<b>AUSGABEN</b>							
632 01-3	332	Erstattung von Verwaltungsausgaben an das Land Baden-Württemberg	–	19	19	–	10
671 01-9	332	Erstattung von Verwaltungskosten an die Nieders. Landgesellschaft	–	31	31	–	–
686 01-6	332	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	–	10	–	+10	–
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 94</b>		<b>Kostenerstattung nach § 11 des Nieders. Bodenschutzgesetzes</b> <i>Übertragbar.</i>	(–)	(–)	(–)	(–)	(–)
633 94-0	332	Sonstige Zuweisungen und Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	–	–	–	–	–
883 94-6	332	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	–	–	–	–	–
893 94-1	332	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	–	–	–	–	–
<b>TGr. 95/96</b>		<b>SAD Münchehagen</b> <i>Übertragbar.</i>	(–) (1.735)	(3.269)	(3.360)	(-91)	(524)
682 96-7	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an die Nds. Sonderabfalldeponie Hoheneggelsen GmbH (SDH) <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 1520-683 10.</i>	– 1.735	409	500	-91	524
981 95-6	990	Abführung an 13 25 - 381 11 <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 1520-683 10.</i>	–	2.860	2.860	–	–
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	–		8.734	-8.734	
<b>Abschluss Kapitel 1542</b>							
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		–	151	-151	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		–	4.691	-4.691	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		–	4.842	-4.842	
		4 Personalausgaben	–	–	2.369	-2.369	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	–	–	6.179	-6.179	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	– 1.735	469	550	-81	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	–	–	186	-186	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	–	2.860	2.860	–	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	– 1.735	3.329	12.144	-8.815	
		<b>Zuschuss</b>		3.329	7.302	-3.973	

ERLÄUTERUNGEN

**Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 1542**

Im Kapitel 1542 sind die Ausgaben für die Aufgabenbereiche "Abfall und Altlasten" veranschlagt.

Die bis 2004 ebenfalls in diesem Kapitel ausgewiesenen Haushaltsmittel für die Kampfmittelbeseitigung wurden in das Kapitel 03 11 umgesetzt. Auf Abschnitt B) Nr. III des Vorwortes zum Einzelplan 15 wird verwiesen.

**Zu 632 01**

Erstattung von Personal- und Sachkosten an das Land Baden-Württemberg aufgrund eines Staatsvertrags über die Bildung einer gemeinsamen Einrichtung nach § 6 Abs. 1 Satz 7 Abfallverbringungsgesetz.

**Zu 671 01**

Die Niedersächsische Landgesellschaft wurde 1985 mit dem Erwerb und der Verwaltung des Grundvermögens "Piesberg" beauftragt. Die anfallenden Verwaltungskosten sind der NLG zu erstatten.

**Zu 686 01**

Zuschüsse an den DIN Deutsches Institut für Normung e.V. aufgrund eines geplanten Verwaltungsabkommens über die Mitarbeit der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall in der deutschen und europäischen Normung. Die für die Kosten der Methodvalidierung sowie für Reisekosten entstehenden Ausgaben werden gem. dem Königsteiner Schlüssel von den Ländern getragen.

**Zu Titelgruppe 94**

Maßnahmen im Altlastenbereich unterliegen seit dem 1. 3. 1999 dem Gesetz des Bundes zum Schutz des Bodens und dem Nieders. Bodenschutzgesetz (NBodSchG) vom 19. 2. 1999 (Nds. GVBl. S. 46), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 12.12.2002 (Nds. GVBl. S. 802). Das Land ist unter den Voraussetzungen des § 11 Satz 1 NBodSchG verpflichtet, Kostenerstattungen zu leisten.

**Zu Titelgruppe 95/96**

Auf Basis der Beschlüsse des Landtages vom 17. 4. 1991 und vom 16. 10. 1996 wurde für die Sonderabfalldeponie Münchehagen ein Sicherungskonzept entwickelt, das der Landtag in seiner Sitzung vom 22. 1. 1998 zustimmend zur Kenntnis genommen hat. Der finanziellen Konzeption hat der Ausschuss für Haushalt und Finanzen des Landtags am 19. 11. 1997 durch Freigabe der Verpflichtungsermächtigung zugestimmt.

Nach Umsetzung der baulichen Sicherung ist seit dem Jahr 2002 die Nachsorge der Altlast sicherzustellen. Das erstellte Nachsorgeprogramm umfasst Regelungen zur Erhaltung und Funktionskontrolle der bestehenden Bauwerke und Anlagen sowie zur Überwachung der Sanierungsziele und Schutzgüter. Mit der Nachsorge für die Altlast wird aufgrund der im Jahr 2004 ausgewiesenen Verpflichtungsermächtigung weiterhin bis zum 31.12. 2005 die Sonderabfalldeponie Hoheneggelsen mbH – SDH – im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages beauftragt. Ab 01.01.2006 tritt die Niedersächsische Gesellschaft zur Endablagerung von Sonderabfall mbH (NGS) in die Verpflichtungen des Geschäftsbesorgungsvertrages ein.

**Zu 682 96**

Der Ansatz wird für die laufenden Kosten der Nachsorge benötigt. Auf Grund der Verpflichtungsermächtigung 2004 wird für die Fortführung der Nachsorge ein Geschäftsbesorgungsvertrag bis einschließlich 2008 geschlossen.

**Noch zu 682 96**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	–	409	–	409
2006	–	416	–	416
2007	–	425	–	425
2008	–	485	–	485
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	1.735	–	1.735

**Zu 981 95**

Belastungen, die aus bei Titel 15 42 – 661 95 in Vorjahren in Anspruch genommenen / ausgebrachten Verpflichtungen entstehen:

In den Jahren 1998 bis 2003 wurde von der NFG ein Kredit i.H.v. insgesamt rd. 21,7 Mio EUR für die Sicherung der SAD Münchehagen bereitgestellt. Gem. dem mit der NFG abgeschlossenen Vertrag vom 22.12.1997 sind ab 2002 bis zur Ausfinanzierung jährlich rd. 4,04 Mio EUR (7,9 Mio DM) für Zins und Tilgung an die Gesellschaft zurückzuzahlen. Obwohl dieser Vertrag mit Auflösung der NFG hinfällig geworden ist, verbleibt es dabei, dass die Tilgung auch weiterhin aus der Wasserentnahmegebühr finanziert wird (vgl. allgem. Erläuterungen zu Kapitel 15 56). Seit Auflösung der NFG erfolgt die Abführung an den EPL 13.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	2.860	–	–	2.860
2006	2.860	–	–	2.860
2007	2.860	–	–	2.860
2008	2.860	–	–	2.860
2009 ff.	1.080	–	–	1.080
Summe	12.520	–	–	12.520

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1550 Wasserwirtschaftsverwaltung bei den Bezirksregierungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
111 01-9	610	Gebühren und tarifliche Entgelte <i>Vgl. K-Vermerk zu 981 10.</i>		–	84	-84	54
119 01-0	610	Vermischte Einnahmen		–	4	-4	20
124 01-3	610	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		–	16	-16	14
132 01-6	610	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		–	–	–	1
381 90-3	990	Zuführung von 15 52 - 981 95 und 15 56 - 981 15 für die Informations- und Kommuni- kationstechnik <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 90/91.</i>		–	200	-200	251
		Summe für inzwischen weggefallene Titel			2.198	-2.198	
<b>AUSGABEN</b>							
422 01-4	610	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtin- nen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbud- gets	–	–	10.125	-10.125	3.803
422 04-9	610	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtin- nen und Beamten auf Widerruf im Vorbe- reitungsdienst	–	–	98	-98	135
422 06-5	610	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	–	–	–	–	0
422 19-7	610	Altersteilzeitzuschläge	–	–	–	–	113
422 31-6	610	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Frei- stellung bei Personalüberhang	–	–	19	-19	117
425 01-3	610	Vergütungen der Angestellten	–	–	–	–	6.255
425 04-8	610	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	–	–	–	–	–
425 06-4	610	Überstundenvergütungen für Angestellte	–	–	–	–	–
427 10-5	610	Beschäftigungsentgelte an Praktikanten/ Praktikantinnen	–	–	2	-2	–
427 31-8	610	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	–	–	–	–	–
427 39-3	610	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	–	–	–	–	–
453 01-7	610	Trennungentschädigung und Umzugsko- stenvergütung	–	–	21	-21	9
511 01-7	610	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsge- genstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	–	–	75	-75	74
514 01-6	610	Haltung von Dienstfahrzeugen	–	–	10	-10	9
517 01-5	610	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	–	–	20	-20	36
518 01-1	610	Mieten und Pachten für Grundstücke, Ge- bäude und Räume	–	–	47	-47	31
518 02-0	610	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	–	–	11	-11	10
525 01-8	610	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	–	–	12	-12	7
526 01-4	610	Sachverständige	–	–	1	-1	–
526 02-2	610	Gerichts- und ähnliche Kosten	–	–	–	–	0
527 01-0	610	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	–	–	90	-90	74

**ERLÄUTERUNGEN**

**Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 15 50**

Die Einnahmen und Ausgaben des Kapitels sind auf Grund der Verwaltungsreform wie folgt verlagert worden:

**Übersicht über die Verlagerung von Einnahmen, Personal- und Sachmitteln aus Kapitel 15 50 (in 1000 Euro)**

Kapitel 15 50			Diff.	Verlagerung (Zu- gang) zu Kapitel		Bemerkung
Titel	HPE '05 Phase II	HPE '05 Phase I		- / +	15 01	
a	b	c	d	e	f	g
<b>E.</b>						
111 10	0	84	-84		84	durch Reduzierung bei Titel 682 10
119 01	0	4	-4		4	durch Reduzierung bei Titel 682 10
124 10	0	16	-16		16	durch Reduzierung bei Titel 682 10
381 10	0	1.815	-1.815		1.815	Titel umgesetzt nach 15 55
381 11	0	383	-383		383	Titel umgesetzt nach 15 55
381 90	0	200	-100		100	Titelabgang bei 15 52
			-100		100	Titelabgang bei 15 56
<b>E. ges.</b>	<b>0</b>	<b>2.502</b>	<b>-2.502</b>	<b>0</b>	<b>2.502</b>	
<b>A.</b>						
422 01	0	10.264	-10.264	254	10.010	veranschlagt bei 15 55 - 682 10
422 04	0	98	-98		98	veranschlagt bei 15 55 - 682 10
427 10	0	2	-2		2	veranschlagt bei 15 55 - 682 10
453 01	0	21	-21		21	veranschlagt bei 15 55 - 682 10
511 01	0	75	-75	3	72	veranschlagt bei 15 55 - 682 10
514 01	0	10	-10		10	veranschlagt bei 15 55 - 682 10
517 01	0	20	-20		20	veranschlagt bei 15 55 - 682 10
518 01	0	47	-47		47	veranschlagt bei 15 55 - 682 10
518 02	0	11	-11		11	veranschlagt bei 15 55 - 682 10
525 01	0	12	-12		12	veranschlagt bei 15 55 - 682 10
526 01	0	1	-1		1	veranschlagt bei 15 55 - 682 10
527 01	0	90	-90	4	86	veranschlagt bei 15 55 - 682 10
537 10	0	9	-9		9	veranschlagt bei 15 55 - 682 10
546 01	0	1	-1		1	veranschlagt bei 15 55 - 682 10
546 05	0	3	-3		3	veranschlagt bei 15 55 - 682 10
981 10	0	9	-9		9	veranschlagt bei 15 55 - 681 14
981 11	0	22	-22		22	veranschlagt bei 15 55 - 681 14
511 91	0	114	-114		114	veranschlagt bei 15 55 - 682 10
518 90	0	3	-3		3	veranschlagt bei 15 55 - 682 10
525 91	0	18	-18		18	veranschlagt bei 15 55 - 682 10
538 90	0	9	-9		9	veranschlagt bei 15 55 - 682 10
812 91	0	56	-56		56	veranschlagt bei 15 55 - 891 10
<b>A. ges.</b>	<b>0</b>	<b>10.895</b>	<b>-10.895</b>	<b>261</b>	<b>10.634</b>	
<b>Saldo/ Zuschuss</b>	<b>0</b>	<b>8.393</b>	<b>-8.393</b>	<b>261</b>	<b>8.132</b>	



**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 422 01**

Beschäftigungsvolumen in Vollzeitinheiten (VZE):

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
0	188,52	184,05

Personalkostenbudget (in Tsd. EUR):

Ansatz 2005	Ansatz 2004	Ist 2003
0	10.125	10.171

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2005
--	------

Zugänge:

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	–
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	–
- Sonstige Veränderungen	–
Summe Zugänge	–

Abgänge:

- Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	187,77
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	0,66
- Sonstige Veränderungen	0,09
Summe Abgänge	188,52
Bleibt Abgang	188,52

Das Beschäftigungsvolumen wird mit 4,41 VZE (Personalkostenbudget 254 000 Euro) zum Kapitel 15 01 und mit 181,78 VZE (Personalkostenbudget 10 010 000 Euro) zum Kapitel 15 55 verlagert.

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1550 Wasserwirtschaftsverwaltung bei den Bezirksregierungen**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
527 02-9	610	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenan- gelegenheiten	—	—	—	—	3
537 10-5	610	Wasserwirtschaftliche Planungen, Gutachten und Gemeinschaftsvorhaben	—	—	9	-9	—
546 01-5	610	Vermischte Ausgaben	—	—	1	-1	—
546 05-8	610	Sächliche Verwaltungsausgaben zur Regulie- rung von Schäden des Landes	—	—	3	-3	—
811 01-0	610	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
981 10-2	990	Abführung an 13 50 - 381 15 <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 10 v.H. der Isteinnahmen bei 111 01.</i>	—	—	9	-9	5
981 11-0	990	Abführung an 13 21 - 381 15	—	—	107	-107	22
		<b>Titelgruppe(n)</b>					
<b>TGr. 90/91</b>		<b>Kosten der Fachinformations- und Fach- kommunikationstechnik</b> <i>Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 381 90.</i>	(—)	(—)	(200)	(-200)	(304)
511 91-2	623	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsge- genstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	114	-114	140
518 90-9	623	Kosten für die Anmietung von Software	—	—	3	-3	—
518 91-7	623	Kosten für die Anmietung von Hardware	—	—	—	—	—
525 90-5	623	Aus- und Fortbildung durch das IZN	—	—	—	—	—
525 91-3	623	Aus- und Fortbildung durch andere	—	—	18	-18	18
538 90-0	623	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an IZN)	—	—	9	-9	—
538 91-8	623	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	—	—	—	7
547 91-7	623	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben	—	—	—	—	—
812 91-2	623	Erwerb von Geräten und sonstigen bewegli- chen Sachen sowie Software	—	—	56	-56	139
		<b>Abschluss Kapitel 1550</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	104	-104	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Inve- stitionen, besondere Finanzierungsein- nahmen		—	2.398	-2.398	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		—	2.502	-2.502	
		4 Personalausgaben	—	—	10.265	-10.265	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Aus- gaben für den Schuldendienst	—	—	423	-423	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	—	56	-56	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	116	-116	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	—	10.860	-10.860	
		<b>Zuschuss</b>			8.358		

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1552 Gewässerschutz und -überwachung; Abwasserbehandlung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
099 95-4	623	Abwasserabgabe <i>Vgl. K-Vermerk zu 631 10.</i>		26.000	26.000	—	34.441
119 01-7	610	Vermischte Einnahmen		153	153	—	202
232 64-6	623	Erstattungen anderer Länder im Rahmen von Maßnahmen zur Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie <i>Vgl. K-Vermerk zu 631 10.</i>		—	—	—	—
281 84-1	332	Erstattungen für die Bekämpfung von Öl- und chemischen Verunreinigungen im Küstengebiet <i>Vgl. K-Vermerk zu 631 10.</i>		—	—	—	—
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 68</b>	<b>Flußgebietsgemeinschaft Weser</b>			(525)	(—)	(+525)	(—)
119 68-8	623	Sonstige Einnahmen <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 68.</i>		—	—	—	—
232 68-9	623	Einnahmen für die Unterhaltung der FGG Weser <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 68.</i>		420	—	+420	—
381 68-4	990	Zuführung von 15 52 - 981 13 <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 68.</i>		105	—	+105	—
<b>TGr. 82</b>	<b>Havariekommando Fachbereich 3 "Schadstoffunfallbekämpfung Küste"</b>			(479)	(437)	(+42)	(442)
232 82-4	610	Erstattungen für die Unterhaltung der Sonderstelle <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 82/83.</i>		307	279	+28	296
281 82-5	610	Erstattungen für Maßnahmen der Sonderstelle <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 82/83.</i>		—	—	—	—
381 82-0	990	Zuführung von 15 52 - 981 12 <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 82/83.</i>		172	158	+14	146
<b>AUSGABEN</b>							
631 10-9	332	Erstattung der Kosten für die Geschäftsstelle der Gütestelle Nord- und Ostsee <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 099 95, 232 64 und 281 84.</i> <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 631 10, 632 10, 981 10, 981 12, 981 13, 981 14, 981 15, 429 64, 459 64, 547 64, 633 64, 637 64, 812 64, 981 64, 981 65, 547 84, 631 84, 632 84, 882 84, 632 85, 632 88, 761 86, 883 86, 893 86, 981 86, 547 95, 632 95, 633 95, 633 96, 671 95, 685 95, 685 96, 883 95, 887 95, 891 95, 892 95, 1555-682 11, 1555-682 13 und 1555-891 13.</i>	—	20	20	—	—
632 10-5	332	Erstattung der Kosten für die Überwachung der Reinhaltung von Gewässern <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 631 10.</i>	—	207	207	—	196
981 10-0	990	Abführung an 13 50 - 381 15 <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 631 10.</i>	—	92	—	+92	—
981 12-6	990	Abführung an 15 52 - 381 82 <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 631 10.</i>	—	172	—	+172	—

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 099 95**

Nach dem Abwasserabgabengesetz des Bundes i. d. Neufassung vom 3.11.1994 (BGBl. I S. 3370), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 9.9.2001 (BGBl. S. 2331), und dem Niedersächsischen Ausführungsgesetz zum Abwasserabgabengesetz i. d. F. vom 24.3.1989 (Nds. GVBl. S. 69), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.11.2001 (Nds. GVBl. S. 701), voraussichtlich zu erwartendes Aufkommen. Aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe werden Maßnahmen finanziert, die der Erhaltung oder Verbesserung der Gewässergüte dienen (§ 13 Abs. 1 des Abwasserabgabengesetzes).

Wegen der verbesserten Reinigungsleistung der Kläranlagen und des dadurch herbeigeführten Rückganges der Schadstofffrachten ist der Einnahmeansatz in den letzten Jahren auf das zu erwartende Niveau abgesenkt worden. Für das Haushaltsjahr 2005 wurde der Ansatz neu berechnet. Es wird das gleiche Aufkommen wie für das Vorjahr erwartet (26,0 Mio. Euro). Auf der Ausgabenseite sind die Erstattungen nach § 10 Abs. 3 Abwasserabgabengesetz (633 95 und 671 95) dem voraussichtlichen Bedarf angepaßt.

Ab dem Haushaltsjahr 2005 sind neben der Ausgabeteilgruppe 95/96 folgende Zweckbestimmungen in den Deckungskreis der Ausgaben einbezogen worden, die aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe finanziert werden:

	2005 in 1000 EUR
- Abführungen für den Verwaltungsaufwand - Land (1552 – 981 10)	92
(1552 – 981 14)	26
(1552 – 981 15)	586
- Abführung für das Havariekommando (1552 – 981 12)	172
- Abführung für die FGG Weser (1552 – 981 13)	105
- Gütestelle Nord- und Ostsee (15 52 – 631 10)	20
- Erstattung der Kosten für die ARGE/FGG ELBE (15 52 – 632 10)	207
- Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie (15 52 – TGr. 64/65)	3 541
- Ölunfallbekämpfung (15 52 – TGr. 84)	2 773
- Marpol und Bilgenentölung (15 52 – TGr. 85/88)	263
- Naturnahe Gewässergestaltung (1552 - TGr. 86)	680
- Gewässerkundlicher Landesdienst beim NLWKN (15 55 – 682 11 und 891 13)	4 046
- Unterhaltung landeseigener Anlagen (15 55 – 682 13)	4 286
Zusammen	16 797
- Verwendung der Abwasserabgabe (15 52 – TGr. 95/96)	9 203
Summe Deckungskreis Abwasserabgabe	26 000

Der Verwaltungsaufwand für das Land wird nach dem tatsächlichen Aufwand zum Ende des Haushaltsjahres ermittelt und entsprechend abgeführt.

Aus technischen Gründen ist der gesamte Deckungsvermerk bei Titel 631 10 ausgebracht.

**Zu 232 68**

Von den für die Flußgebietsgemeinschaft Weser entstehenden Ausgaben werden auf Grund der Verwaltungsvereinbarung erstattet:

	2005 in 1000 EUR
Bremen	105
Hessen	105
Nordrhein-Westfalen	105
Thüringen	105
	420

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabeteilgruppe 68.

**Zu 381 68**

Zuführung aus der Abwasserabgabe zur Finanzierung des niedersächsischen Anteils an den Ausgaben der Flußgebietsgemeinschaft Weser.

**Zu 232 82**

Die Länder Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern erstatten 64 v. H. der entstandenen Aufwendungen.

Vgl. Erläuterung zu Ausgabe-Titelgruppe 82.

**Zu 631 10**

Der Bund und die Küstenländer haben ein Verwaltungsabkommen über die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft zur Überwachung der Nord- und Ostsee abgeschlossen. Zweck der Arbeitsgemeinschaft ist die Einrichtung eines übergreifenden Bund/Länder-Messprogramms zur Überwachung der Nord- und Ostsee im Bereich des deutschen Festlandssockels und in Bereichen, in denen Deutschland aufgrund internationaler Regelungen zur Überwachung verpflichtet ist. Zur Durchführung dieser Aufgaben ist das Sekretariat Nord- und Ostsee beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrologie in Hamburg eingerichtet worden.

Zur Erfüllung der Aufgaben des Sekretariats werden von den Küstenländern Sachkosten für die Vergabe von Aufträgen an Dritte übernommen (wie Werkverträge für Untersuchungen, Berichte, Drucksachen). Der Anteil Niedersachsens beträgt 20 000 EUR und wird aus der Abwasserabgabe bereitgestellt.

**Zu 632 10**

Die Reinhaltung der Bundeswasserstraßen obliegt den Anliegerländern. Die in diesem Rahmen erforderliche Güteüberwachung muss bei Wasserstraßen, die mehrere Länder durchfließen, nach einheitlichen Gesichtspunkten ausgerichtet sein. Zur Gewährleistung einer einheitlichen Güteüberwachung der Elbe ist in einer Verwaltungsvereinbarung zwischen den Anliegerländern über die Bildung der Länderarbeitsgemeinschaft Elbe (ARGE Elbe), die am 1. 7. 1993 in Kraft trat, u. a. geregelt, dass diese Länder die Aufwendungen der gemeinsamen Überwachungsstelle mit Sitz in Hamburg tragen.

Außerdem bilden die Länder (im deutschen Teil) des Einzugsgebietes der Elbe für eine länderübergreifende Koordinierung und Abstimmung der Gewässerbewirtschaftung entsprechend der EG-Wasserrahmenrichtlinie die Flussgebietsgemeinschaft Elbe (FGG Elbe) und unterhalten dazu eine Geschäftsstelle in Magdeburg. Der Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung erfolgte im März 2004.

Veranschlagt sind die voraussichtlich auf Niedersachsen entfallenden Kostenanteile auf Grund der Verwaltungsvereinbarungen. Die Finanzierung erfolgt aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe.

**Zu 981 10**

Abführung an 13 50 – 381 15 für Versorgungszuschläge des beamteten Personals, für das Beträge aus 15 52 – 981 14, 981 15 an andere Kapitel des Einzelplans 15 abgeführt werden.

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1552 Gewässerschutz und -überwachung; Abwasserbehandlung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
981 13-4	990	Abführung an 15 52 - 381 68 <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 631 10.</i>	—	105	—	+105	—
981 14-2	990	Abführung an 15 01 - 381 11 für Verwal- tungskosten im Zusammenhang mit der Ab- wasserabgabe <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 631 10.</i>	—	26	—	+26	—
981 15-0	990	Abführung an 15 55 - 381 11 für Verwal- tungskosten im Zusammenhang mit der Ab- wasserabgabe <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 631 10.</i>	—	586	—	+586	—
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 64/65</b>		<b>Umsetzung der EG - Wasserrahmenrichtlinie</b> <i>Übertragbar.</i>	(—) (3.000)	(3.541)	(2.800)	(+741)	(1.418)
429 64-4	623	Nicht aufteilbare Personalausgaben <i>Vgl. D-Vermerk zu 631 10.</i>	— 3.000	—	750	-750	589
459 64-0	623	Sonstige personalbezogene Ausgaben <i>Vgl. D-Vermerk zu 631 10.</i>	—	—	—	—	—
547 64-7	623	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben <i>Vgl. D-Vermerk zu 631 10.</i>	—	3.541	1.930	+1.611	829
633 64-0	623	Zuweisungen an Gemeinden (GV) <i>Vgl. D-Vermerk zu 631 10.</i>	—	—	—	—	—
637 64-6	623	Zuweisungen an Wasser- und Bodenverbän- de und Sonstige <i>Vgl. D-Vermerk zu 631 10.</i>	—	—	—	—	—
812 64-2	623	Erwerb von Geräten und sonstigen bewegli- chen Sachen <i>Vgl. D-Vermerk zu 631 10.</i>	—	—	—	—	—
981 64-9	990	Abführung an 15 01 - 381 13 <i>Vgl. D-Vermerk zu 631 10.</i>	—	—	120	-120	—
981 65-7	990	Abführung an 15 03 - 381 10 <i>Vgl. D-Vermerk zu 631 10.</i>	—	—	—	—	—
<b>TGr. 68</b>		<b>Flußgebietsgemeinschaft Weser</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet</i> <i>werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei</i> <i>119 68.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder</i> <i>vermindern sich um die Mehr- oder Minderein-</i> <i>nahmen bei 232 68 und 381 68.</i>	(—)	(525)	(—)	(+525)	(—)
547 68-0	623	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben	—	139	—	+139	—
682 68-4	623	Erstattungen an den NLWKN für Personal- ausgaben	—	386	—	+386	—
<b>TGr. 82/83</b>		<b>Havariekommando Fachbereich 3 "Schad- stoffunfallbekämpfung Küste"</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschrit-</i> <i>ten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei</i> <i>281 82.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder</i> <i>vermindern sich um die Mehr- oder Minderein-</i> <i>nahmen bei 232 82 und 381 82.</i>	(—)	(479)	(437)	(+42)	(405)
425 82-7	610	Vergütungen der Angestellten	—	266	280	-14	278
459 82-9	610	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	3	3	—	—

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 981 13**

Abführung zur Finanzierung des niedersächsischen Anteils an den Ausgaben der Flußgebietsgemeinschaft Weser. Die Ausgaben waren ehemals beim NLO veranschlagt und werden jetzt über die Titelgruppe 68 abgerechnet.

**Zu 981 14**

Bei diesem Titel werden die Mittel für die Verwaltungskosten im Umweltministerium für die Erhebung und Verwendung der Abwasserabgabe abgeführt. Der Verwaltungsaufwand für das Land wird nach dem tatsächlichen Aufwand zum Ende des Haushaltsjahres ermittelt und entsprechend abgeführt.

**Zu 981 15**

Bei diesem Titel werden die Mittel für die Verwaltungskosten (einschließlich der Kosten für die Fachinformations- und Fachkommunikationstechnik) für die Erhebung und Verwendung der Abwasserabgabe abgeführt. Die Aufgaben wurden vom NLWKN übernommen, vormals Bezirksregierung (Kapitel 03 05 und 15 50). Der Verwaltungsaufwand für das Land wird nach dem tatsächlichen Aufwand zum Ende des Haushaltsjahres ermittelt und entsprechend abgeführt.

**Zu Titelgruppe 64/65**

Ausgaben zur Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie. Die Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23.10.2000 (Wasserrahmenrichtlinie – WRRL) wurde 2004 durch Novelle des Niedersächsischen Wassergesetzes und Erlass einer „Niedersächsischen Verordnung zum wasserrechtlichen Ordnungsrahmen“ (Umsetzung der Anhänge II und V WRRL) in Landesrecht umgesetzt. Die WRRL beschreibt Ziele einer nachhaltigen Wasserpolitik. Sie verlangt von den Mitgliedsstaaten umfangreiche kontinuierliche Analysen, Messungen sowie Maßnahmenprogramme, um die beschriebenen Umweltziele (guter ökologischer und chemischer Zustand bzw. gutes ökologisches Potential der Oberflächengewässer, guter mengemäßiger und chemischer Zustand des Grundwassers) und sonstige Anforderungen (kostendeckender Wasserpreis, kosteneffiziente Maßnahmenkombinationen) möglichst innerhalb eines engen Fristenplanes bis 2015 zu erreichen. Die zur Umsetzung der WRRL erforderlichen Steuerungsmaßnahmen obliegen den Behörden der staatlichen Wasserwirtschaftsverwaltung. Insbesondere geht es um die:

- Bestandsaufnahme, weitergehende Beschreibung der Oberflächengewässer und des Grundwassers
- Wirtschaftliche Analyse
- Aufstellung von Monitoringprogrammen
- Vorbereitung und Durchführung der überblicksweisen und operativen Überwachung der Wasserkörper
- Vorbereitung und Aufstellung von Maßnahmenprogrammen
- Erarbeitung und Aufstellung von Maßnahmenprogrammen
- Erarbeitung von Bewirtschaftungsplänen für die Einzugsgebiete
- Einbeziehung der Öffentlichkeit
- Erfolgskontrolle.

**Noch zu Titelgruppe 64/65**

Der Ansatz der Titelgruppe (3,541 Mio. EUR) teilt sich auf folgende Positionen auf:

Aufgabe	in 1000 Euro
Weitergehende Beschreibung der Einzugsgebiete nach Anhang II (Datenverdichtung, wirtschaftliche Analyse der Wassernutzungen, Untersuchungen zu speziellen Qualitätskomponenten wie prioritäre Stoffe, Fischfauna, Makrophyten, küstengewässerspezifische Komponenten)	500
Koordinierung in den Flußgebietseinheiten (Geschäftsstelle Ems, länderübergreifende und internationale Aufgaben bei grenzüberschreitenden Oberflächen- und Grundwasserkörpern sowie in Bereich der Übergangs- und Küstengewässer)	41
Optimierung der bestehenden Messnetze, Erprobung des Monitorings bei bedeutenden Oberflächengewässertypen einschließlich Ermittlung von Referenzbedingungen	1 200
Vorbereitende Arbeiten zur Maßnahmenplanung und Modellvorhaben in Schwerpunktbereichen	1 800
- Diffuse Belastungen (Grundwasserbeschaffenheit, Einflüsse der Landwirtschaft)	
- Morphologische Belastungen (Ausweisung erheblich veränderter Wasserkörper)	
- Erarbeitung von Programmorschlägen durch Wassernutzer und anderer sich bei der Umsetzung beteiligter Träger	

Die Finanzierung erfolgt aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe.

**Zu 547 64**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE	durch die 2004 ausgebrachte VE	durch die 2005 ausgebrachte VE	Gesamtbelastung
	in 1000 EUR	in 1000 EUR	in 1000 EUR	in 1000 EUR
2005	—	1.500	—	1.500
2006	—	1.000	—	1.000
2007	—	500	—	500
2008	—	—	—	—
2009 ff.	—	—	—	—
Summe	—	3.000	—	3.000

**Zu Titelgruppe 68**

Zur Koordinierung der Bewirtschaftung der Weser nach den Anforderungen der EG-Wasserrahmenrichtlinie bzw. der hierzu erlassenen nationalen Bestimmungen bilden die in der Flußgebietsgemeinschaft Weser gelegenen Länder, Freie Hansestadt Bremen, der Freistaat Bayern, die Länder Hessen, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und der Freistaat Thüringen die Flußgebietsgemeinschaft Weser (FGG Weser). Die hierzu abgeschlossene Verwaltungsvereinbarung (Nds. MBl. Nr. 32/2003) ist am 22.07.2003 in Kraft getreten. Zur Abwicklung der erforderlichen Arbeiten ist seinerzeit die Geschäftsstelle Weser beim Niedersächsischen Landesamt für Ökologie eingerichtet worden. Der NLWKN hat diese Aufgabe nach Umsetzung der Verwaltungsreform als Rechtsnachfolger übernommen. Die Finanzierung der Geschäftsstelle wird von der Freien Hansestadt Bremen, den Ländern Hessen, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, und dem Freistaat Thüringen zu je einem Fünftel getragen. Der Freistaat Bayern und das Land Sachsen-Anhalt sind auf Grund ihrer Randlege von einer anteiligen Finanzierung freigestellt. Die Einnahmen der anderen Länder sind bei 232 68 veranschlagt, der Anteil des Landes Niedersachsen bei 381 68.



**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 682 68**

Erstattung der Personalausgaben an den NLWKN.

Im Kapitel 15 55 sind für die Geschäftsstelle der FGG Weser in der Anlage zum Wirtschaftsplan folgende Stellen mit enthalten, die vom NLÖ übernommen wurden:

	Für das Haushaltsjahr 2004 waren durchschnittlich erforderlich	Für das Haushaltsjahr 2005 sind durchschnittlich erforderlich
Angestellte		
Technischer Dienst		
Verg.-Gr. I b	1	1
Verg.-Gr. III	2	2
Verwaltungsdienst		
Verg.-Gr. VI b	1	1
<b>zusammen</b>	<b>4</b>	<b>4</b>

**Zu Titelgruppe 82/83**

Zur Wahrnehmung zentraler Aufgaben, die den Küstenländern aufgrund einer Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und den Küstenländern über die Bekämpfung von Meeresverschmutzungen und der zwischen den Partnern vereinbarten Aufgabenverteilung obliegen, wurde die "Sonderstelle der Küstenländer zur Bekämpfung von Meeresverschmutzungen" (SLM) errichtet. Die Kosten werden anteilig von den Küstenländern getragen (vgl. 232 82). Der nieders. Anteil beträgt z. Z. 36 v. H. der Gesamtkosten (vgl. 381 82) und wird aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe finanziert.

Seit dem 1.1.2003 sind die Sonderstelle der Küstenländer (SLM) und die Sonderstelle des Bundes (SBM) auf Grundlage einer neuen Verwaltungsvereinbarung in das "Havariekommando" überführt worden. Die SLM bildet den Fachbereich 3 des Havariekommandos "Schadstoffunfallbekämpfung Küste". Die Kosten für diesen Fachbereich werden wie bei der SLM anteilig von den Küstenländern mit unverändertem Kostenschlüssel getragen. Die sächlichen Verwaltungsausgaben trägt der Bund, der hierfür eine anteilige Erstattungspauschale von den Ländern erhält. Die Ausgaben sind an den tatsächlichen Bedarf angepasst worden. Die Abrechnung erfolgt durch das Land Niedersachsen.

Es sind veranschlagt:

	Für das Haushaltsjahr 2004 waren durchschnittlich erforderlich	Für das Haushaltsjahr 2005 sind durchschnittlich erforderlich
Angestellte		
Technischer Dienst		
Verg.-Gr. Ib	1	1
Verg.-Gr. III	1	1
Verg.-Gr. IV b	2	1
Schreib- und Fernschreibdienst		
Verg.-Gr. IX b –VII	1	1
<b>Zusammen</b>	<b>5</b>	<b>4</b>

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1552 Gewässerschutz und -überwachung; Abwasserbehandlung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
547 82-5	610	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	82	80	+2	69
981 82-7	990	Abführung an 13 50 - 381 15	—	33	74	-41	58
981 83-5	990	Abführung an 15 01 - 381 12	—	95	—	+95	—
<b>TGr. 84</b>		<b>Bekämpfung von Öl- und chemischen Verunreinigungen</b> <i>Übertragbar.</i>	(1.000) (1.368)	(2.773)	(2.723)	(+50)	(2.232)
547 84-1	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben <i>Vgl. D-Vermerk zu 631 10.</i>	—	—	—	—	3
631 84-2	332	Erstattungen an den Bund <i>Vgl. D-Vermerk zu 631 10.</i>	—	—	—	—	105
632 84-9	332	Erstattungen an Länder <i>Vgl. D-Vermerk zu 631 10.</i>	—	1.300	1.250	+50	1.078
882 84-5	332	Anteil des Landes an den Investitionen (Beschaffungsprogramm der Länder) <i>Vgl. D-Vermerk zu 631 10.</i>	1.000 1.368	1.473	1.473	—	1.046
<b>TGr. 85/88</b>		<b>Schiffsentsorgung von Öl und ölhaltigen Rückständen</b> <i>Übertragbar.</i>	(—)	(263)	(263)	(—)	(179)
632 85-7	332	Erstattungen an Länder <i>Vgl. D-Vermerk zu 631 10.</i>	—	8	8	—	—
632 88-1	332	Erstattung der Kosten für die Bilgenentölung <i>Vgl. D-Vermerk zu 631 10.</i>	—	255	255	—	179
<b>TGr. 86</b>		<b>Förderung der naturnahen Gewässergestaltung/ Gewässerrandstreifen</b> <i>Übertragbar.</i>	(—)	(680)	(680)	(—)	(164)
761 86-0	623	Landeseigene Tiefbauten <i>Vgl. D-Vermerk zu 631 10.</i>	—	—	—	—	118
883 86-8	623	Zuweisungen an Gemeinden (GV) <i>Vgl. D-Vermerk zu 631 10.</i>	—	—	—	—	—
893 86-3	623	Zuschüsse an Wasser- und Bodenverbände und Sonstige <i>Vgl. D-Vermerk zu 631 10.</i>	—	—	—	—	46
981 86-0	990	Abführung an 15 54 - 381 86 <i>Vgl. D-Vermerk zu 631 10.</i>	—	680	680	—	—
<b>TGr. 95/96</b>		<b>Verwendung der Abwasserabgabe</b> <i>Übertragbar.</i>	(—)	(9.203)	(8.665)	(+538)	(14.501)
547 95-7	623	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben <i>Vgl. D-Vermerk zu 631 10.</i>	—	350	350	—	53
632 95-4	623	Zuweisungen an Länder <i>Vgl. D-Vermerk zu 631 10.</i> *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	—	138	138	—	135
633 95-0	623	Erstattungen an Gemeinden(GV) gemäß § 10 Abs. 3 Abwasserabgabengesetz <i>Vgl. D-Vermerk zu 631 10.</i>	—	1.961	1.423	+538	2.023
633 96-9	623	Zuweisungen an Gemeinden (GV) zur Abgeltung des Verwaltungsaufwands <i>Vgl. D-Vermerk zu 631 10.</i>	—	500	500	—	192

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 981 82**

Abführung des Versorgungszuschlages für den beamteten Leiter des Havariekommandos – Fachbereich 3 “Schadstoffunfallbekämpfung Küste” (A 15) und eines Sachbearbeiters (A 11). Die Planstellen sind im Kapitel 15 01 veranschlagt. Für die Planstelle A 15 wurde Altersteilzeit seit 2003 in Anspruch genommen.

Die Abführungen werden auf der Basis der tatsächlich gezahlten Besoldungen ermittelt und abgerechnet.

**Zu 981 83**

Abführung der Personalkosten für den beamteten Leiter des Havariekommandos – Fachbereich 3 “Schadstoffunfallbekämpfung Küste” (A 15) und eines Sachbearbeiters (A 11). Die Planstellen sind im Kapitel 15 01 veranschlagt. Für die Planstelle A 15 wurde Altersteilzeit seit 2003 in Anspruch genommen.

Die Abführungen werden auf der Basis der tatsächlich gezahlten Besoldungen ermittelt und abgerechnet.

**Zu Titelgruppe 84**

Der Bund und die 5 Küstenländer haben sich durch ein Verwaltungsabkommen zu einem gemeinsamen Vorgehen bei der Bekämpfung von Meeresverschmutzungen im Küstengebiet verpflichtet.

Den Betrieb und die Unterhaltung der Geräte (seit 1.1.2003) sowie neue Beschaffungen (nach dem Systemkonzept 1994) finanzieren der Bund und die 5 Küstenländer jeweils für ihren Zuständigkeitsbereich. Der nieders. Anteil beträgt 36 v. H. der Aufwendungen.

Die Finanzierung erfolgt aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe.

**Zu 632 84**

Veranschlagt ist der auf Niedersachsen entfallende Anteil an den laufenden Kosten und den Ausgaben für sonstige Maßnahmen, die keine Investitionen darstellen.

**Zu 882 84**

Anteil Niedersachsens an dem Beschaffungsprogramm 2005.

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	1.104	368	–	1.472
2006	–	1.000	200	1.200
2007	–	–	800	800
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	1.104	1.368	1.000	3.472

**Zu Titelgruppe 85/88**

Die Ausgaben der Titelgruppe werden aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe finanziert.

**Zu 632 85**

Aufgrund eines internationalen Übereinkommens zur Abfallentsorgung der Binnenschifffahrt wird die bundesweite Sammlung der Altöle und ölhaltigen Abwässer (Bilgenöle) durch eine „innerstaatliche Institution“ veranlasst, die vom Land Nordrhein-Westfalen getragen wird.

Veranschlagt ist der auf das Land Niedersachsen entfallende Kostenanteil.

**Zu 632 88**

Soweit die Kosten des Sammeldienstes für das auf den Binnenschiffen anfallende Altöl und die ölhaltigen Abwässer nicht durch den Verkauf des gesammelten Altöls gedeckt werden können, sollen sie zwischen den Anliegerländern umgelegt werden.

Veranschlagt ist der auf Niedersachsen entfallende Kostenanteil.

**Zu Titelgruppe 86**

Die Titelgruppe dient u. a. zur Abwicklung von Ausgaberesten.

Neue Maßnahmen sind im Rahmen der GA zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes in Kapitel 15 54 Titelgruppe 86 veranschlagt; die Komplementärmittel werden durch Zuführung aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe finanziert (15 52 – 981 86).

**Zu 547 95**

Untersuchungen zur Verbesserung der Gewässergüte mit folgenden Themenschwerpunkten:

- Messprogramm gefährliche Stoffe
- Langfristige Sanierung der Gewässergüte belasteter Gewässer
- Verwertung von Klärschlamm und Nutzung seiner Nährstoffe durch Schadstoffminimierung.

**Zu 632 95**

Zur Finanzierung des Länderfinanzierungsprogrammes Wasser und Boden siehe Erläuterung zu 15 56 – 632 10.

**Zu 633 95**

Erstattungen an Gemeinden (GV) infolge Verrechnung von geschuldeter Abwasserabgabe mit Aufwendungen für die Errichtung oder Erweiterung von Abwasserbehandlungsanlagen gem. § 10 Abs. 3 AbwAG.

**Zu 633 96**

Die kommunalen Körperschaften erhalten pauschale Zuweisungen zur Deckung des Verwaltungsaufwandes, der ihnen durch den Vollzug des Abwasserabgabengesetzes und des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes entsteht.

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1552 Gewässerschutz und -überwachung; Abwasserbehandlung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
671 95-0	623	Erstattungen an Sonstige gemäß § 10 Abs. 3 Abwasserabgabengesetz <i>Vgl. D-Vermerk zu 631 10.</i>	—	2.000	2.000	—	2.832
685 95-0	623	Zuschüsse zur Aus- und Fortbildung gem. § 13 AbwAG <i>Vgl. D-Vermerk zu 631 10.</i>	—	500	—	+500	333
685 96-9	623	Zuschüsse an Sonstige <i>Vgl. D-Vermerk zu 631 10.</i>	—	254	254	—	174
883 95-7	623	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV) <i>Vgl. D-Vermerk zu 631 10.</i>	—	2.500	2.500	—	7.750
887 95-2	623	Zuweisungen für Investitionen an Wasser- und Bodenverbände <i>Vgl. D-Vermerk zu 631 10.</i>	—	1.000	1.500	-500	974
891 95-0	623	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen <i>Vgl. D-Vermerk zu 631 10.</i>	—	—	—	—	—
892 95-6	623	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen <i>Vgl. D-Vermerk zu 631 10.</i>	—	—	—	—	35
Summe für inzwischen weggefallene Titel			—		2.467	-2.467	
<b>Abschluss Kapitel 1552</b>							
0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmitteln				26.000	26.000	—	
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				153	153	—	
2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				727	279	+448	
3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				277	158	+119	
<b>Summe der Einnahmen</b>				27.157	26.590	+567	
4 Personalausgaben			—	269	1.033	-764	
			3.000				
5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst			—	4.112	2.360	+1.752	
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			—	7.529	6.055	+1.474	
7 Baumaßnahmen			—	—	—	—	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen			1.000	4.973	5.473	-500	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			1.368	1.789	3.341	-1.552	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>			1.000	18.672	18.262	+410	
			4.368				
<b>Überschuss</b>				8.485	8.328	+157	

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 671 95**

Erstattungen an sonstige Abgabepflichtige infolge Verrechnung von geschuldeter Abwasserabgabe mit Aufwendungen für die Errichtung oder Erweiterung von Abwasserbehandlungsanlagen gem. § 10 Abs. 3 AbwAG.

**Zu 685 95**

Die Ausgaben für die Ausbildung und Fortbildung des Betriebspersonals für Abwasserbehandlungsanlagen und andere Anlagen zur Erhaltung und Verbesserung der Gewässergüte sind hier veranschlagt. Ab dem Haushaltsjahr 2005 wird dieser Aufgabenbereich von NLWKN (bis zum Haushaltsjahr 2004 vom NLÖ) wahrgenommen; die Ausgaben werden dem Landesbetrieb erstattet.

**Zu 685 96**

Zuschüsse an das Deutsche Institut für Bautechnik für die Erteilung von Prüfzeichen und Bauartzulassungen von Abwasserbehandlungsanlagen und Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen .

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	111	–	–	111
2006	111	–	–	111
2007	89	–	–	89
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	311	–	–	311

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1554 Küsten- und Hochwasserschutz**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-4	610	Vermischte Einnahmen		5	5	—	65
119 10-3	623	Rückzahlungen im Rahmen der GA (Beteiligungsverhältnis 60 : 40) *** Rückzahlungen an den Bund sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben		1	1	—	—
119 11-1	625	Rückzahlungen im Rahmen der GA (Beteiligungsverhältnis 70 : 30) *** Rückzahlungen an den Bund sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben		10	10	—	—
232 62-7	623	Erstattungen für gemeinschaftlich finanzierte Maßnahmen für die Beseitigung von Hochwasserschäden (Aufbauhilfefonds) Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.		—	—	—	—
331 61-7 (GA)	623	Zuweisungen des Bundes für den Hochwasserschutz im Binnenland Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.		6.493	6.493	—	8.764
331 62-5	623	Zuweisungen des Bundes für die Beseitigung von Hochwasserschäden (Aufbauhilfefonds) Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.		21.718	10.940	+10.778	10.729
331 81-1 (GA)	625	Zuweisungen des Bundes für den Küstenschutz Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 81.		32.016	32.016	—	35.564
331 86-2 (GA)	623	Zuweisungen des Bundes für die naturnahe Gewässergestaltung Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 86.		1.019	1.019	—	1.414
381 10-0	990	Zuführung von 15 56 - 981 14		14.917	13.424	+1.493	14.646
381 86-0	990	Zuführung von 15 52 - 981 86		680	680	—	680
<b>AUSGABEN</b>							
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 61</b>		<b>Förderung des Hochwasserschutzes im Binnenland</b> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 166,67 v.H. der Isteinnahmen bei 331 61.</i>	(8.356) (8.356)	(10.822)	(10.822)	(—)	(14.607)
761 61-1 (GA)	623	Tiefbaumaßnahmen *** Das MU darf zulassen, dass die zur Durchführung der einzelnen Baumaßnahmen nach dem Baufortschritt erforderlichen Ausgaben bis zur Höhe der in der Titelgruppe 61 veranschlagten Ausgaben geleistet werden. <i>Dies darf in keinem Fall dazu führen, dass von den in den Einzelbauvorhaben gemäß § 24 LHO zugrunde liegenden Plänen und Kostenberechnungen sowie von den festgestellten Gesamtkosten der einzelnen Maßnahmen abgewichen wird.</i> <i>Bei diesen Maßnahmen entfällt die Vorlage der Unterlagen gem. § 24 Abs. 3LHO, wenn sie im Einzelnachweis dargestellt werden.</i> <i>Das MU darf im Bedarfsfall mit Einwilligung des MF im Rahmen der hier insgesamt veranschlagten Ausgaben zusätzlich nicht veranschlagte Tiefbaumaßnahmen finanzieren.</i>	3.662 8.356	3.800	4.000	-200	5.614
821 61-4 (GA)	623	Erwerb von Grundstücken	—	—	—	—	—
883 61-0 (GA)	623	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	963

## ERLÄUTERUNGEN

**Zu Kapitel 1554****Zur Gemeinschaftsaufgabe:**

Soweit die Zweckbestimmungen nachstehend als Gemeinschaftsaufgabe erläutert sind, handelt es sich um Ausgaben des **33. Rahmenplans (2005)** nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GemAgrG) vom 3. September 1969 (BGBl. I S. 1573), geändert durch Gesetz vom 10. Mai 2002 (BGBl. I S. 1527).

Kofinanzierung von EU-Förderprogrammen:

Fördermaßnahmen im Rahmen des EAGFL-Förderprogramms PROLAND, u1 „**Küstenschutz**“ (TGr. 81) und u2 „**Hochwasserschutz im Binnenland**“ (TGr. 61). Gefördert wird im Küstenschutz die Maßnahme zur Erhöhung und Verstärkung des Elisabethgrodenendeiches im III. Oldenburgischen Deichband zur Verbesserung der Sturmflutsicherheit zwischen Harlesiel und Schillig und beim Hochwasserschutz im Binnenland das Vorhaben zur Erhöhung und Verstärkung der Elbedeiche im Amt Neuhaus (Sicherung der Siedlungsbereiche).

Fördermaßnahmen im Rahmen des EAGFL-Förderprogramms PROLAND, Maßnahmeziffern t2b „**Förderung der naturnahen Gewässergestaltung**“ (TGr. 86). Gefördert werden Maßnahmen der naturnahen Gewässergestaltung, durch die eine Verbesserung des Wasserrückhalts in der Landschaft und die naturnahe Gewässerentwicklung oder Durchgängigkeit der Gewässer erreicht wird.

Rechtsgrundlage: Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 vom 17.5.1999 (Amtsblatt der EG Nr. L 160, S. 80) in der Fassung der Berichtigung vom 1.12.2000 (Amtsblatt der EG Nr. L 302, S. 72), zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 567/2004 vom 27.3.2004 (Amtsblatt der EG Nr. L 90, S. 1).

Fördergrundlage: Fördergrundsätze der GA für die Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der Naturnahen Gewässergestaltung vom 18.9.2002 (Nds. MBl. S. 944).

Ende der Förderung: 31.12.2006.

Fördermaßnahmen im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für die Ziel 2-Fördergebiete im Land Niedersachsen mit dem Förderschwerpunkt des Tourismus und der Kultur – **Ziffer 2.05 Küstenschutz auf den Inseln** (TGr. 81) und **Ziffer 5.05 schadenbeseitigender und präventiver Hochwasserschutz** (TGr. 62) an der Elbe. Gefördert wird der Ausbau der Schutzwerke zur Erhaltung der Inseln (Deckwerke, Strandaufspülungen und Dünensicherungen) mit ihren tourismusbezogenen Anlagen auf den Ostfriesischen Inseln Norderney, Baltrum und Langeoog.

Rechtsgrundlage: Verordnung (EG) Nr. 1783/1999 vom 12.7.1999 (Amtsblatt der EG Nr. L 213, S. 1).

Fördergrundlage: Fördergrundsätze der GA für die Verbesserung der Agrarstruktur und Küstenschutzes.

Ende der Förderung: 31.12.2006.

**Zu 331 61**

Gemeinschaftsaufgabe (GA), Zuweisungen des Bundes.

**Zu 331 62**

Erstattungen des Bundes für Maßnahmen zur Beseitigung der Hochwasserschäden an der Elbe auf Grund des Hochwassers im August 2002.

**Zu 331 81**

Gemeinschaftsaufgabe (GA), Zuweisungen des Bundes.

**Zu 331 86**

Gemeinschaftsaufgabe (GA), Zuweisungen des Bundes.

**Zu 381 10**

Die Zuführung aus dem Aufkommen der Wasserentnahmegebühr deckt die Komplementärmittel des Landes zur Gemeinschaftsaufgabe (GA) Küstenschutz zu 100% (13,721 Mio. Euro) und zur GA Hochwasserschutz im Binnenland zu 27,63% (1,196 Mio. Euro) ab.

**Zu 381 86**

Zuführung der Komplementärmittel des Landes zur Gemeinschaftsaufgabe für die Maßnahmen der naturnahen Gewässergestaltung/ Gewässerrandstreifen zu 100 % aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe.

**Zu Titelgruppe 61****Gemeinschaftsaufgabe.**

Es werden Zuwendungen gewährt für Maßnahmen des Hochwasserschutzes.

Die landeseigenen Tiefbaumaßnahmen (s. hierzu auch den Einzelnachweis bei Titel 761 61) wickelt der NLWKN auf der Basis seines Wirtschaftsplans ab (s. Kapitel 15 55).



**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 761 61**

Einzelnachweis der Baumaßnahmen								
				Noch zu veranschlagen				
Landeseigene Baumaßnahmen bei Titel	Jahr der Kosten-ermittlung	Gesamtkosten gemäß § 24 LHO	Bis einschl. 2005 verfügbar	2006	2007	2008	später	Summe
Titel 761 61 und 821 61				in 1000 Euro				
Landeseigene wasserwirtschaftliche Maßnahmen im Binnenland – Tiefbaumaßnahmen								
Erhöhung und Verstärkung der Hochwasserdeiche am Ems-Jade-Kanal auf Teilstrecken	1996	39 881	21 503	510	510	500	16 858	18 378
Erhöhung und Verstärkung des rechtsseitigen Hunteiches oberhalb Oldenburg bei Wardenburg und Tungeln	2000	3 068	97	21	2 882	68	-	2 971
Hochwasserrückhaltebecken Salzderhelden	1997	130 247	129 795	50	50	50	302	452
Hochwasserrückhaltebecken Wendebach	1982	6 136	5 807	-	329	-	-	329
Hochwasserrückhaltebecken Reinshof	1992	27 099	264	-	-	-	26 835	26 835
Hochwasserrückhaltebecken Alfhausen-Rieste	1997	69 536	67 980	1 044	512	-	-	1 556
Sanierung der Talsperre Thülsfelde	2003	15 350	13 073	1 544	-	733	-	2 277
Summe		291 317	238 519	3 169	4 293	1 351	43 995	52 798

Beim Hochwasserrückhaltebecken Salzderhelden sind im Rahmen der Flurerneuerung die Grundstückszuordnungen noch abschließend zu regeln.

Die schadlose Hochwasserzuleitung zum Hochwasserrückhaltebecken Alfhausen-Rieste durch das Stadtgebiet von Bramsche wird ausgebaut.

Die Talsperre Thülsfelde wurde vor 70 Jahren gebaut. Die Sicherheitsprüfung hat schwerwiegende Mängel bezüglich der Freibordhöhen der Dämme und deren Lagerungsdichte ergeben. Das Entnahmebauwerk weist ebenfalls Mängel auf und erfüllt nicht die heute geltenden Vorschriften hinsichtlich Bemessung und Sicherheitsauslegung. Das max. zulässige Stauziel musste bereits um 1,50 m abgesenkt werden. Das Bauwerk ist daher dringend zu sanieren, um wieder einen ausreichenden Hochwasserschutz für die unterhalb der Talsperre liegenden Siedlungsgebiete zu gewährleisten.

**Belastung (2005)**

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	2.782	730	-	3.512
2006	1.388	556	1.400	3.344
2007	-	248	1.262	1.510
2008	-	-	1.000	1.000
2009 ff.	-	-	-	-
Summe	4.170	1.534	3.662	9.366

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1554 Küsten- und Hochwasserschutz**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
893 61-5 (GA)	623	Zuschüsse an Wasser- und Bodenverbände und Sonstige	4.694 –	7.022	6.822	+200	8.030
<b>TGr. 62</b>		<b>Beseitigung von Hochwasserschäden (Aufbauhilfefonds)</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 232 62 und 331 62.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(–)	(21.718)	(10.940)	(+10.778)	(11.187)
547 62-8	623	Sonstige Ausgaben	–	–	–	–	–
761 62-0	623	Landeseigene Tiefbaumaßnahmen <i>*** Das MU darf zulassen, dass die zur Durchführung der einzelnen Baumaßnahmen nach dem Baufortschritt erforderlichen Ausgaben bis zur Höhe der in der Titelgruppe 62 veranschlagten Ausgaben geleistet werden.</i> <i>Dies darf in keinem Fall dazu führen, dass von den Einzelvorhaben gemäß § 24 LHO zugrunde liegenden Plänen und Kostenberechnungen sowie von den festgestellten Gesamtkosten der einzelnen Maßnahmen abgewichen wird.</i> <i>Bei diesen Maßnahmen entfällt die Vorlage der Unterlagen gem. § 24 Abs. 3 LHO, wenn sie im Einzelnachweis dargestellt werden.</i>	–	135	–	+135	344
883 62-8	623	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	–	–	–	–	155
893 62-3	623	Zuschüsse an Wasser- und Bodenverbände	–	21.583	10.940	+10.643	10.688
<b>TGr. 81</b>		<b>Wasserwirtschaftliche Maßnahmen des Küstenschutzes</b> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 142,86 v.H. der Isteinnahmen bei 331 81.</i>	(37.700) (37.700)	(45.737)	(45.737)	(–)	(50.806)
761 81-6 (GA)	625	Landeseigene Tiefbaumaßnahmen <i>*** Das MU darf zulassen, dass die zur Durchführung der einzelnen Baumaßnahmen nach dem Baufortschritt erforderlichen Ausgaben bis zur Höhe der in der Titelgruppe 81 veranschlagten Ausgaben geleistet werden.</i> <i>Dies darf in keinem Fall dazu führen, dass von den in den Einzelbauvorhaben gemäß § 24 LHO zugrunde liegenden Plänen und Kostenberechnungen sowie von den festgestellten Gesamtkosten der einzelnen Maßnahmen abgewichen wird.</i> <i>Bei diesen Maßnahmen entfällt die Vorlage der Unterlagen gem. § 24 Abs. 3 LHO, wenn sie im Einzelnachweis dargestellt werden.</i> <i>Das MU darf im Bedarfsfall mit Einwilligung des MF im Rahmen der hier insgesamt veranschlagten Ausgaben zusätzlich nicht veranschlagte Tiefbaumaßnahmen finanzieren.</i>	18.000 37.700	17.130	15.000	+2.130	10.721
893 81-0 (GA)	625	Zuschüsse an Wasser- und Bodenverbände und Sonstige	19.700 –	28.607	30.737	-2.130	40.085
<b>TGr. 86</b>		<b>Förderung der naturnahen Gewässergestaltung/ Gewässerrandstreifen</b> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 166,67 v.H. der Isteinnahmen bei 331 86.</i>	(1.278) (–)	(1.699)	(1.699)	(–)	(2.357)
761 86-7 (GA)	623	Landeseigene Tiefbauten	250 –	505	400	+105	111

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 893 61**

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	3.017	2.337	—	5.354
2006	300	3.045	1.670	5.015
2007	—	1.440	2.340	3.780
2008	—	—	684	684
2009 ff.	—	—	—	—
Summe	3.317	6.822	4.694	14.833

**Zu Titelgruppe 62**

Ausgaben für die Beseitigung der Hochwasserschäden und Sanierung der Hochwasserschutzanlagen an der Elbe und deren Nebengewässer auf Grund des Hochwassers im August 2002. Die Haushaltsmittel werden aus dem hierfür geschaffenen „Fonds Aufbauhilfe“ vom Bund erstattet (331 62).

Es handelt sich um folgende Maßnahmen:

- Erhöhung und Verstärkung der Elbedeiche und der Deiche an Seege und Jeezel
- Instandsetzung / Ausbau der Deichverteidigungswege an der Elbe und sonstiger Deichbauwerke.

Soweit Haushaltsmittel aus den Förderprogrammen der EU (EAGFL, s. Kapitel 15 02 TGr. 90 und Ziel-2-Programm, s. Kapitel 08 02 TGr. 66) für diese Maßnahmen eingesetzt werden, erfolgt die Kofinanzierung aus dem „Fonds Aufbauhilfe“.

**Zu 893 62**

Voraussichtliches Kontingent für 2005.

**Zu Titelgruppe 81**

**Gemeinschaftsaufgabe.**

Die landeseigenen Tiefbaumaßnahmen (s. hierzu auch den Einzelnachweis bei Titel 761 81) wickelt der NLWKN auf der Basis seines Wirtschaftsplans ab (s. Kapitel 15 55).

Soweit es sich nicht um landeseigene Bauvorhaben handelt, sind hauptsächlich Wasser- und Bodenverbände (Deich- und Sielachten) Träger der Maßnahmen. Die Kostenbeteiligung des Landes richtet sich nach § 8 NDG.

**Zu 761 81**

Einzelnachweis der Baumaßnahmen								
				Noch zu veranschlagen				
Landeseigene Baumaßnahmen bei Titel	Jahr der Kostenermittlung	Gesamtkosten gemäß § 24 LHO	Bis einschl. 2005 verfügbar	2006	2007	2008	später	Summe
Titel 761 81				in 1000 Euro				
Landeseigene wasserwirtschaftliche Maßnahmen des Küstenschutzes - Tiefbaumaßnahmen								
Erhöhung und Verstärkung der Deiche und Schutzwerke auf den Ostfriesischen Inseln	2003	188 300	144 411	9 465	9 080	9 100	16 244	43 889
Küstenschutz an der ostfriesischen Küste (Vorlandarbeiten an der Festlandküste)	1993	21 475	16 520	1 100	1 100	1 100	1 655	4 955
Küstenschutz an der Butjadinger Küste	1981	19 174	15 820	500	500	500	1 854	3 354
Erhöhung und Verstärkung der Deiche am Nord- und Südgeorgsfehnkanal	1996	8 283	5 694	500	500	500	1 089	2 589
Neubau Hadelner Kanalschleuse	2001	15 339	500	200	7 500	7 139	-	14 839
Ausbau der Sperrwerke im Hafen Cuxhaven (km 533,65 bis km 535,20)	2003	9 050	3 650	4 000	1 400	-	-	5 400
Summe		261 621	186 595	15 765	20 080	18 339	20 842	75 026

**ERLÄUTERUNGEN**

**Noch zu 761 81**

Im Rahmen des Nieders. Küstenschutzprogrammes werden neben der Finanzierung von Vorhaben der Verbände auch eine Reihe landeseigener Maßnahmen durchgeführt.

- Die Baukosten zur Erhöhung und Verstärkung der Deiche und Schutzwerke auf den Ostfriesischen Inseln sind fortgeschrieben worden, da inzwischen weitere Schutzwerke auf den Inseln abgängig sind und erneuert werden müssen. Die Inseldeiche sind auf Norderney, Juist und Wangerooge zu erhöhen, um auf diesen Inseln die Schutzdünen zu sichern.
- Die über 100 Jahre alte Otterndorfer Kanalschleuse, die sowohl der Entwässerung des Hadelner Kanals als auch dem Berufs- und Sportschiffsverkehr dient, ist abhängig und muss erneuert werden.
- Die bestehenden 2 Hafensperrwerke in Cuxhaven sind mit der 2. Stufe der Deichsicherheit auszurüsten. Dadurch wird die bestehende verstärkungsbedürftige Hauptdeichlinie um 1,5 km verkürzt. 14 Deichtore im Hafenbereich entfallen.

**Belastung (2005)**

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	9.603	6.050	–	15.653
2006	4.000	5.250	5.000	14.250
2007	–	4.300	8.000	12.300
2008	–	–	5.000	5.000
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	13.603	15.600	18.000	47.203

**Zu 893 81**

**Belastung (2005)**

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	14.000	11.150	–	25.150
2006	1.103	10.150	12.000	23.253
2007	–	800	7.200	8.000
2008	–	–	500	500
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	15.103	22.100	19.700	56.903

**Zu Titelgruppe 86**

**Gemeinschaftsaufgabe.**

In der Vergangenheit sind zahlreiche Gewässer fast ausschließlich unter Nutz- und Sicherheitsgesichtspunkten ausgebaut worden. Eine Folge der landwirtschaftlichen Entwässerung war u. a., dass intensiv genutzte landwirtschaftlichen Flächen bis an die Gewässerränder ausgedehnt wurden. Dadurch verloren die Gewässer ihre natürliche Dynamik und biologische Wirksamkeit. Durch Maßnahmen der naturnahen Gewässergestaltung wie die Bepflanzung mit Gehölzen, Böschungsabflachungen, Bandstreifen, Beseitigung biologischer Sperren (Wehre, Abstürze) soll dieser Entwicklung entgegengewirkt werden.

Besonders bedeutsam für den Gewässerschutz ist die Renaturierung zu einem biologisch und ökologisch funktionsfähigen Gewässernetz nach den Vorgaben des niedersächsischen Fließgewässerschutzprogramms.

Durch den naturnahen Gewässerausbau soll eine Verbesserung des Wasserrückhalts in der Landschaft und die naturnahe Gewässerentwicklung oder Durchgängigkeit der Gewässer erreicht werden.

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 761 86**

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	425	–	425
2006	–	215	180	395
2007	–	–	70	70
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	640	250	890

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1554 Küsten- und Hochwasserschutz**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
821 86-0 (GA)	623	Erwerb von Grundstücken	—	—	—	—	—
883 86-5 (GA)	623	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	428	432	387	+45	279
893 86-0 (GA)	623	Zuschüsse an Wasser- und Bodenverbände und Sonstige	600	762	912	-150	1.968
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	1.278		—	—	
		<b>Abschluss Kapitel 1554</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		16	16	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zu- schüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Inve- stitionen, besondere Finanzierungsein- nahmen		76.843	64.572	+12.271	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		76.859	64.588	+12.271	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Aus- gaben für den Schuldendienst	—	—	—	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		7 Baumaßnahmen	1.278	21.570	19.400	+2.170	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	21.912	58.406	49.798	+8.608	
		46.056	25.422	—			
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	47.334	79.976	69.198	+10.778	
		<b>Zuschuss</b>	47.334	3.117	4.610	-1.493	

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 883 86**

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE	durch die 2004 ausgebrachte VE	durch die 2005 ausgebrachte VE	Gesamt belastung
	in 1000 EUR	in 1000 EUR	in 1000 EUR	
2005	–	200	–	200
2006	–	100	268	368
2007	–	–	160	160
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	300	428	728

**Zu 893 86**

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE	durch die 2004 ausgebrachte VE	durch die 2005 ausgebrachte VE	Gesamt belastung
	in 1000 EUR	in 1000 EUR	in 1000 EUR	
2005	545	135	–	680
2006	–	197	402	599
2007	–	–	198	198
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	545	332	600	1.477

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1555 Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
		*** Gem. § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Nr. 1 der Erläuterungen verbindlich.					
		<b>E I N N A H M E N</b>					
121 10-1	623	Ablieferungen des Landesbetriebs		-	-	-	-
381 11-1	990	Zuführung von 15 52 - 981 15 für Verwaltungskosten im Zusammenhang mit der Abwasserabgabe		586	383	+203	303
381 12-0	990	Zuführung von 15 56 - 981 11 für Verwaltungskosten im Zusammenhang mit der Wasserentnahmegebühr		2.120	1.815	+305	1.607
		<b>A U S G A B E N</b>					
682 10-3	623	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebs <i>Übertragbar.</i>	-	52.711	33.157	+19.554	27.108
682 11-1	623	Zuführungen für den Gewässerkundlichen Landesdienst des Landesbetriebs <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 1552-631 10.</i>	-	3.751	3.594	+157	1.534
682 12-0	623	Zuführungen für den Betrieb und die Unterhaltung von landeseigenen Gewässern und Anlagen des Landesbetriebs aus WEG <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 1520-683 10.</i>	-	1.063	1.063	-	986
682 13-8	623	Zuführungen für den Betrieb und die Unterhaltung von landeseigenen Gewässern und Anlagen des Landesbetriebs aus Abwasserabg. <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 1552-631 10.</i>	-	4.286	4.286	-	4.677
682 14-6	623	Zuführung für laufende Zwecke des Landesbetriebs für Nutzungsentgelte, Landesunfallkasse und Versorgungszuschläge <i>Die Ausgabe darf nur mit Einwilligung des MF geleistet werden.</i>	-	9.050	-	+9.050	-
682 39-1	610	Zuschuss an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	-	17	-	+17	-
891 10-1	623	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs - Fahrzeug- u. Gerätebeschaffungen -	-	2.571	1.845	+726	1.945
891 11-0	623	Zuführungen für Baumaßnahmen des Landesbetriebs - außerhalb der GA -	-	1.200	4.260	-3.060	2.250
891 13-6	623	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs aus der Abwasserabgabe <i>Vgl. D-Vermerk zu 1552-631 10.</i>	-	295	295	-	-

---

**ERLÄUTERUNGEN**


---

**Zu Kapitel 1555****1. Verbindliche Erläuterung**

Die im Wirtschaftsplan des Landesbetriebs ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke sind verbindlich.

**2. Erläuterungsteil I (Aufgaben und Organisation)****2.1 Rechts- und Organisationsgrundlagen**

Der Niedersächsische Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) ist ein Landesbetrieb gem. § 26 LHO. Neben den Zuständigkeiten, die dem Landesbetrieb für Wasserwirtschaft und Küstenschutz (NLWK) oblagen, übernimmt er konzeptionelle und planerische Aufgaben sowie Vollzugsaufgaben der Wasserwirtschaft und des Küstenschutzes, die bislang den Bezirksregierungen und dem Niedersächsischen Landesamt für Ökologie übertragen waren. Einzelheiten zum NLWKN, insbesondere zu Aufgaben, Aufsicht und Wirtschaftsführung ergeben sich aus der Betriebssatzung (Nds. MBl. 39/2004 S. 855 f.).

**2.2 Verwaltungsaufbau**

Der NLWKN hat seinen Sitz in Norden (Direktion). Er unterhält derzeit 11 Betriebsstellen in Norden/Norderney, Aurich, Brake/Oldenburg, Cloppenburg, Meppen, Stade, Lüneburg, Verden, Sulingen, Hannover/Hildesheim und Braunschweig/Göttingen sowie Anlagen und Bauhöfe an weiteren Orten. Diese Organisation wird im Rahmen der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung nach fachlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten optimiert.

**2.3 Aufgaben**

Der NLWKN erledigt die Aufgaben der Wasserwirtschaft, des Küstenschutzes und des Naturschutzes in folgenden sechs fachlich abgegrenzten Geschäftsbereichen (GB):

- GB I: Betrieb und Unterhaltung landeseigener Anlagen und Gewässer, Schadstoffbekämpfung
- GB II: Planung und Bau für Hochwasser- und Küstenschutz und Gewässerrenaturierung
- GB III: Flussgebietsmanagement, Hochwasserschutzkonzeptionen, Gewässerkundlicher Landesdienst, Forschungsstelle Küste, Radiologische Überwachung
- GB IV: Naturschutz, insbesondere Natura 2000, Arten-/Biotopenschutz, Vogelschutzwarte
- GB V: Allgemeine Verwaltung, Finanz- und Rechnungswesen, Personal, IuK-Technik
- GB VI: Wasserwirtschaftliche Zulassungsverfahren.

Die Mittel, die der Landesbetrieb zur Erfüllung dieser Aufgaben benötigt, werden über Zuführungen bereitgestellt und im Rahmen des Wirtschaftsplans abgebildet. Der Wirtschaftsplan entspricht den Bestimmungen des § 26 LHO sowie den dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften und besteht aus dem Finanzplan, dem Erfolgsplan und der Überleitungsrechnung.

Da der NLWKN für den Gewässerschutz bzw. die Gewässerüberwachung sowie für verschiedene Baumaßnahmen zuständig ist, umfaßt der Wirtschaftsplan neben den laufenden Zuführungen aus dem Kapitel 15 55 auch Mittel aus anderen Kapiteln, sofern dort für diesen Zweck Mittel veranschlagt sind (Kapitel 15 20, 15 52, 15 54 und 15 56). Die von dem Landesbetrieb zu erbringenden Leistungen werden jährlich in Zielvereinbarungen zwischen dem Nds. Umweltministerium und dem Landesbetrieb vereinbart. Aus Gründen des Hochwasserschutzes oder wegen Sturmfluten sowie wegen der Abhängigkeit vieler Baumaßnahmen von der Zuweisung von GA-Mitteln des Bundes unterliegen diese Zielvereinbarungen dem Vorbehalt späterer Anpassungen im Haushaltsvollzug.

**2.4 Produktbereiche**

Aussagen zu den Produktbereichen lassen sich nur treffen, soweit sie dem bisherigen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft und Küstenschutz oblagen und dafür dessen Rechnungswesen herangezogen werden kann.

Das Budget des NLWK dient der Finanzierung von insgesamt 6.000 Produkten, die auf die drei Produktbereiche "Betrieb und Unterhaltung von wasserwirtschaftlichen Anlagen und Gewässern", "Planung und Bau" und "Gewässerkundlicher Landesdienst" aufgeteilt sind. Die Produktbereiche lassen sich auf folgende Produktgruppen aufteilen:

**1. Produktbereich Betrieb und Unterhaltung von wasserwirtschaftlichen Anlagen**

- Betrieb und Unterhaltung wasserwirtschaftlicher Anlagen
- Unterhaltung von Gewässern
- sonstige Aufgaben

**2. Produktbereich Planung und Bau**

- Landeseigene Anlagen
- Fremdprojekte

**3. Produktbereich Gewässerkundlicher Landesdienst**

- Messnetze inkl. Laborleistungen und Stellungnahmen
- Laborleistungen für Dritte
- sonstige Aufgaben

**ERLÄUTERUNGEN**

Noch zu Kapitel 1555

**2.5 Leistungsplan**

	Gesamt Zielkosten	eigene Erlöse		Fehlbedarfsdeckung
		eigene Erträge	Erträge aus Aktivierung	
Produktgruppe /Politikbereich	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro
<b>(0) Politikbereich Wasserwirtschaft</b>	<b>89.331</b>	<b>22.155</b>	<b>31.028</b>	<b>35.815</b>
<b>(1) Produktbereich Betrieb und Unterhaltung</b>	<b>34.486</b>	<b>5.654</b>	<b>5.175</b>	<b>23.324</b>
(1.1) Produktgruppe Betrieb und Unterhaltung wasserwirtschaftliche Anlagen	26.796	3.465	4.798	18.199
(1.2) Produktgruppe Unterhaltung Gewässer	5.446	1.863	377	3.207
(1.3) Produktgruppe Sonstige Aufgaben	2.244	326	0	1.918
<b>(2) Produktbereich Planung und Bau</b>	<b>39.788</b>	<b>13.936</b>	<b>25.853</b>	<b>0</b>
(2.1) Produktgruppe landeseigene Anlagen	33.668	7.816	25.853	0
(2.2) Produktgruppe Fremdprojekte	6.120	6.120	0	0
<b>(3) Produktbereich Gewässerkundlicher Landesdienst</b>	<b>15.057</b>	<b>2.565</b>	<b>0</b>	<b>12.491</b>
(3.1) Produktgruppe Messnetze, Laborleistungen, Stellungnahmen	11.757	49	0	11.707
(3.2) Produktgruppe Laborleistungen für Dritte	2.274	2.274	0	0
(3.3) Produktgruppe Sonstige Aufgaben	1.026	242	0	784

**3. Erläuterungsteil II (Verwaltungsmodernisierung)**

Übersicht über die Verlagerung der Einnahmen und Ausgaben der abgebenden Kapitel (1.000 EUR) an das Kapitel 15 55

Titel	15 55			Verlagerung (Zugang) aus Kapitel					15 55	Abgang infolge ZV II
	Ansatz HPE 2005 Phase II	Ansatz HPE 2005 Phase I	Diff. -/+	03 05	15 03	15 20	15 50	15 55		
<b>Einnahmen</b>										
121 10										
381 11	586		586	103			483			
381 12	2.120		2.120	205			1.915			
<b>Einnahmen insgesamt</b>	<b>2.706</b>		<b>2.706</b>	<b>308</b>			<b>2.398</b>			
<b>Ausgaben</b>										
682 10	52.711	23.730	28.981	3.947	10.747	3.936	10.443	1.238		-1.330
682 14	9.050	3.072	5.978		735	1.920	31	3.292		
682 39	17		17		17					
891 10	2.571	1.845	726		670		56			
891 11	1.200	1.200								
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>65.548</b>	<b>29.847</b>	<b>35.701</b>	<b>3.947</b>	<b>12.169</b>	<b>5.856</b>	<b>10.530</b>	<b>4.530</b>		<b>-1.330</b>
<b>Saldo/ Zuschuss</b>	<b>62.842</b>	<b>29.847</b>	<b>32.995</b>	<b>3.639</b>	<b>12.169</b>	<b>5.856</b>	<b>8.132</b>	<b>4.530</b>		<b>-1.330</b>

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 1555

4. Erläuterungsteil III (Erläuterung zu den Titeln)

**Zu 381 11**

Veranschlagung zweckgebundener Einnahmen gemäß den Erläuterungen zu Kapitel 15 52, Titel 981 15. Umgesetzt von Kapitel 15 50, Titel 381 11.

**Zu 381 12**

Veranschlagung zweckgebundener Einnahmen gemäß den Erläuterungen zu Kapitel 15 56, Titel 981 11. Umgesetzt von Kapitel 15 50, Titel 381 10.

**Zu 682 10**

Ausgehend vom Ansatz 2004 (33.157.000 EUR) haben sich folgende Veränderungen ergeben:

Phase 1:

- Reduzierung um 7.595.000 EUR Verlagerung zu Titel 682 14 zur Abwicklung der Verrechnung mit dem Einzelplan 13 (s. Erläuterung dort),
- Minderung des Ansatzes um 1.426.000 EUR für in 2004 für die Vorjahre veranschlagten Beträge,
- Reduzierung der an Kapitel 15 01 zu erstattenden Beihilfepauschale um 5.000 EUR,
- Umsetzung der Zielvereinbarung I zum Stellenabbau, Reduzierung um 293.000 EUR,
- Absetzung für Abgänge aus dem Vorruhestand von 32.000 EUR,
- Fortschreibung der Globalen Minderausgabe von 250.000 EUR
- Reduzierung der Zuführung auf Grund von Mehreinnahmen für den Betrieb des Emssperrwerks (Gebühren) von 194.000 EUR,
- Erhöhung der Ansatzes um 368.000 EUR für die Verrechnung von Leistungen mit anderen Landesdienststellen (NLBV, IZN, LFN).

Phase 2:

- Einsparung in Höhe von 1.330.000 EUR zur Umsetzung der Zielvorgabe II zum Stellenabbau, davon 78.000 EUR infolge Stellenabgänge und 1.252.000 EUR infolge sog. Fünftelungsregelung,
- Verlagerung von 20.000 EUR zu Kapitel 03 02 für den Betrieb des Landesdatennetzes,
- Erhöhung des Ansatzes um 581.000 EUR für die Erstattung von Mietzahlungen an den LFN für die Gebäude der Betriebsstelle Hannover/Hildesheim und Oldenburg/Brake.
- Mehrbedarf auf Grund einer aus organisatorischen Gründen erforderlichen Stellenhebung von 5.000 EUR,
- Erhöhung des Ansatzes um 672.000 EUR für die auf Grund der Erhöhung der Mitarbeiterzahl erforderlichen Neuberechnung von Beihilfe und Versorgungsrücklage,
- Mittelverlagerungen durch die Auflösung des NLÖ und der BezRegen 29.073.000 EUR (Übersicht im Erläuterungsteil II).

Der Ansatz beinhaltet auch die Zahlung von Lehrzulagen an 1 Beamten des höheren Dienstes und 4 Beamte des gehobenen Dienstes, die als Ausbildungsleiter für Referendarinnen und Referendare bzw. für Bauinspektoranwärterinnen und –anwärter tätig sind.

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte, Richter und Angestellte des Landes richtet sich nach den aufgrund des Runderlasses des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664), in der jeweils gültigen Fassung, erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

1 Beamter mtl.	47,93 EUR=	575 EUR
4 Beamte mtl.	je 31,96 EUR=	<u>1534 EUR</u>
	Zusammen	2109 EUR
	rd.	2100 EUR

**Noch zu 682 10**

Im Ansatz enthalten sind auch die Mittel für die Gewährung von Dienst- und Schutzkleidungszuschüssen.

Die im Außendienst tätigen Bediensteten erhalten – soweit ihnen das Land nicht unentgeltlich Schutzkleidung zur Verfügung stellt – nach näherer Maßgabe des RdErl. des MU vom 25. 9. 1998 (Nds. MBl. S. 1317) eine pauschale Aufwandsentschädigung zur Abgeltung von Aufwendungen für die Erstbeschaffung sowie die Reinigung, Unterhaltung und Ersatzbeschaffung von Schutzkleidung.

Die von der Niedersächsischen Landesregierung am 24. 3. 1998 beschlossene Aufwandsentschädigung ist steuerfrei im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

Für Miet- und Pachtverhältnisse für Büroräume, Garagen und Grundstücke bestehen weiterhin Rechtsverpflichtungen aus langfristigen Vertragsverhältnissen.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	262	–	–	262
2006	262	–	–	262
2007	262	–	–	262
2008	13	–	–	13
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	799	–	–	799

**Zu 682 11**

Die Zuführungen für die laufenden Ausgaben des Gewässerkundlichen Landesdienstes werden aus der Abwasserabgabe finanziert (vgl. die Erläuterungen zu Kapitel 15 52 Titel 099 95). Der Ansatz erhöht sich um einen Betrag in Höhe von 157.000 EUR, dafür Kürzung bei 15 56-682 63 (WEG).

**Zu 682 14**

Der Titel wurde neu eingerichtet zur Abwicklung der Verrechnungen mit dem Einzelplan 13. Veranschlagt sind die bisher in dem Ansatz bei Titel 682 10 enthaltenen Beträge in Höhe von insgesamt 7.595.000 EUR. Der Ansatz setzt sich zusammen aus den Beträgen für die Zahlung von Nutzungsentgelten (6.654.000 EUR), die Erstattung des Beitrages für die Landesunfallkasse (57.000 EUR) und die Abrechnung des Versorgungszuschlages (884.000 EUR).

Gegenüber den verlagerten Beträgen haben sich folgende Änderungen ergeben:

Phase 1:

- Reduzierung des Ansatzes um 4.535.000 EUR durch den Wegfall der pauschalen Erstattung von Nutzungsentgelten für wasserwirtschaftliche Anlagen,
- Erhöhung des Beitrages des Landesbetriebs für die Landesunfallkasse um 12.000 EUR.

Phase 2:

- Verlagerung von Haushaltsmittel zur Zahlung von Nutzungsentgelten aus Kapitel 15 03 (713.000 EUR), 15 20 (1.920.000 EUR) und dem Kapitel 15 50 (22.000 EUR),
- Verlagerung der bisher bei 15 03 (22.000 EUR) und 15 50 (9.000 EUR) jeweils bei Titel 981 11 veranschlagten Beträge für den Versorgungszuschlag,
- Neuberechnung des Versorgungszuschlages auf Grund der geänderten Mitarbeiterzahl des neuen NLWKN (Erhöhung um 3.292.000 EUR).

Insgesamt sind für Nutzungsentgelte 4.774.000 EUR, für die Erstattung an die Landesunfallkasse 69.000 EUR und für die Zahlung des Versorgungszuschlages 4.207.000 EUR in dem Ansatz enthalten.



**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 682 39**

Die Mittel wurden verlagert von Kapitel 15 03, Titel 427 39.

**Zu 891 11**

Die Zuführungen statten den NLWKN mit Mitteln für den Neubau sowie zur Grundinstandsetzung und Optimierung von landeseigenen wasserwirtschaftlichen Bauwerken aus.

Der Ansatz wird für dringend erforderliche kleine Grundinstandsetzungsarbeiten und kleine Neubauten (bis zu 1 Mio EUR) benötigt. Die im Einzelnen zu realisierenden Baumaßnahmen werden jeweils vor Beginn des Haushaltsjahres durch die Zielvereinbarung zwischen MU und NLWKN konkretisiert (s. Ziffer 2.3 im Erläuterungsteil I).

Zur Konsolidierung des Landeshaushalts wird der Ansatz in 2005 um 3.960.000 EUR gekürzt.

<b>Einzelnachweis der Baumaßnahmen</b>								
				Noch zu veranschlagen				
Landeseigene Baumaßnahmen bei Titel	Gesamtkosten gemäß § 24 LHO	Bis einschl. 2004 verfügbar	2005	2006	2007	2008	später	Summe
Titel 891 11		in 1000 Euro						
Erneuerung und Umbau baulicher Anlagen sowie Ufersicherungen am Ems-Jade-Kanal	8100	7500	200	200	100	100	0	400

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1555 Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 1555</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		2.706	—	+2.706	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		2.706	—	+2.706	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	70.878	42.100	+28.778	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	4.066	6.400	-2.334	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	—	74.944	48.500	+26.444	
		<b>Zuschuss</b>		72.238	48.500	+23.738	

**Wirtschaftsplan für den  
Niedersächsischen Landesbetrieb  
für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN)  
für das Geschäftsjahr 2005**

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz

### A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Finanzbedarf</b>			
1. Investitionen			
1.1 Immaterielle Wirtschaftsgüter	220 000	—	217 627
1.2 Technische Anlagen, Maschinen	1 140 000	160 000	472 194
1.3 Fahrzeuge, Schiffe	1 350 000	865 000	2 464 366
1.4 Werkzeuge, Betriebs- und Laborausstattung	1 000 000	1 300 000	969 818
1.5 EDV	416 000	—	361 384
1.6 Geringwertige Wirtschaftsgüter	330 000	—	332 534
1.7 Anzulagen auf Gegenstände des Anlagevermögens	—	—	-19 645
<b>Summe 1.:</b>	<b>4 456 000</b>	<b>2 325 000</b>	<b>4 798 278</b>
2. Sonstiger Finanzbedarf			
2.1 Fehlbetrag des Erfolgsplans	432 761	785 785	—
2.2 Zahlung von Verbindlichkeiten	—	—	187 150
2.3 Zahlungen zu Passiven Rechnungsabgrenzungsposten	—	—	98 649
2.4 Inanspruchnahme von Rückstellungen	—	2 662 000	62 058
2.5 Bildung von Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten	—	75 000	—
2.6 Übertrag in den Folgehaushalt (Rücklagen)	—	313 000	3 064 868
<b>Summe 2.:</b>	<b>432 761</b>	<b>3 835 785</b>	<b>3 412 725</b>
3. Positiver Überleitungsbetrag	21 970 000	21 665 000	27 082 234
<b>Summe 3.:</b>	<b>21 970 000</b>	<b>21 665 000</b>	<b>27 082 234</b>
<b>Summe I.:</b>	<b>26 858 761</b>	<b>27 825 785</b>	<b>35 293 237</b>
<b>II. Deckungsmittel</b>			
1. Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	—	—	2 355 745
<b>Summe 1.:</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>2 355 745</b>
2. Mittelzufluss aus laufendem Geschäftsbetrieb			
2.1 Zahlungseingang auf Forderungen	87 000	1 425 785	2 184 504
2.2 Verkauf von Gegenständen des Anlagevermögens	635 761	100 000	1 020 330
2.3 Zahlungen zu Passiven Rechnungsabgrenzungsposten	—	—	-58 426
<b>Summe 2.:</b>	<b>722 761</b>	<b>1 525 785</b>	<b>3 146 408</b>
3. Zuführungen aus dem Landeshaushalt			
3.1 Zuführungen für Investitionen in das bewegliche Anlagevermögen <sup>1)</sup>	2 866 000	2 140 000	2 240 000
3.2 Zuführungen für Investitionen in das unbewegliche Anlagevermögen <sup>2)</sup>	22 770 000	23 660 000	24 289 390
<b>Summe 3.:</b>	<b>25 636 000</b>	<b>25 800 000</b>	<b>26 529 390</b>
4. Verwendung von Rücklagen aus dem Vorjahr	500 000	500 000	6 719 265
<b>Summe 4.:</b>	<b>500 000</b>	<b>500 000</b>	<b>6 719 265</b>
<b>Summe II.:</b>	<b>26 858 761</b>	<b>27 825 785</b>	<b>38 750 808</b>

<sup>1)</sup> Zuführungen/Erstattungen aus:	2005	2004
15 55 891 10	2 571 000	1 845 000
891 13	295 000	295 000
15 56 891 63	—	—
Zusammen	2 866 000	2 140 000

<sup>2)</sup> Zuführungen/Erstattungen aus:	2005	2004
15 54 761 61	3 800 000	4 000 000
761 62 (Aufbaufonds)	135 000	—
761 81	17 130 000	15 000 000
761 82	—	—
761 86	505 000	400 000
15 55 891 11	1 200 000	4 260 000
Zusammen	22 770 000	23 660 000

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz****B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005**

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Erträge</b>			
1. Zuführungen für laufende Zwecke <sup>1)</sup>	70 791 000	40 860 702	36 979 915
Summe 1.:	70 791 000	40 860 702	36 979 915
2. Umsatzerlöse	14 177 000	6 500 000	12 041 221
Summe 2.:	14 177 000	6 500 000	12 041 221
3. Bestandsveränderungen	—	—	412
Summe 3.:	—	—	412
4. Aktivierte Leistungen	31 028 000	24 827 000	34 333 516
Summe 4.:	31 028 000	24 827 000	34 333 516
5. Sonstige betriebliche Erträge			
5.1 Kostenersätze <sup>2)</sup>	11 073 000	4 140 000	11 647 679
5.2 Aufwandsminderung, Skonti	—	—	23 738
5.3 andere betriebliche Erträge	1 100 000	2 400 000	2 816 263
5.4 Einnahmen aus Mieten und Pachten	304 000	—	—
Summe 5.:	12 477 000	6 540 000	14 487 680
6. Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	413
Summe 6.:	—	—	413
<b>Summe I.:</b>	<b>128 473 000</b>	<b>78 727 702</b>	<b>97 843 157</b>
<b>II. Aufwendungen</b>			
1. Aufwand für Material und bezogene Leistungen			
1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	3 100 000	688 385	3 272 455
1.2 Bestandsveränderungen	—	—	—
1.3 Bezogene Leistungen	33 230 000	26 973 000	40 844 004
Summe 1.:	36 330 000	27 661 385	44 116 459
2. Personalaufwand			
2.1 Löhne, Gehälter, Vergütungen			
2.1.1 Vergütungen Beamte	12 954 886	2 816 100	2 949 163
2.1.2 Gehälter Angestellte	32 480 675	14 244 832	14 908 464
2.1.3 Löhne Arbeiter	10 694 112	9 258 376	10 205 271
2.1.4 Bezüge sonstiger Arbeitnehmer	630 726	475 700	479 686
2.1.5 Sonstiger Personalaufwand	2 505 688	1 179 994	60 854
Summe 2.1.:	59 266 086	27 975 002	28 603 438
2.2 Sozialaufwand			
2.2.1 Sozialaufwand Beamte	4 436 434	982 156	1 039 205
2.2.2 Sozialaufwand Angestellte	3 177 224	3 364 854	3 134 308
2.2.3 Sozialaufwand Arbeiter	2 188 989	2 691 000	2 159 421
2.2.4 Sozialaufwand sonstiger Arbeitnehmer	2 236 728	89 300	2 206 516
Summe 2.2.:	12 039 375	7 127 310	8 539 450
Summe 2.:	71 305 461	35 102 312	37 142 888
3. Abschreibungen	2 800 000	2 045 000	2 980 064
Summe 3.:	2 800 000	2 045 000	2 980 064

## Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz

### B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2005

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>noch II. Aufwendungen</b>			
4. Sonstige Aufwendungen			
4.1 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung			
4.1.1 Mieten und Pachten	6 130 000	7 263 900	2 484 347
4.1.2 Energie, Wasser, Abfall	900 000	567 000	902 422
4.1.3 Unterhaltung Liegenschaften	1 199 000	337 500	636 082
4.1.4 Unterhaltung technische Anlagen, Maschinen	600 000	1 099 790	557 954
4.1.5 Betrieb und Unterhaltung Fahrzeuge	1 719 000	1 080 000	1 237 007
4.1.6 sonstige Bewirtschaftungskosten	250 000	192 000	246 392
Summe 4.1.:	10 798 000	10 540 190	6 064 204
4.2 Aufwendungen Geschäftsbedarf			
4.2.1 Geschäftsbedarf, IuK, Büromaterial	2 926 000	317 200	385 871
4.2.2 Post- und Fernmeldegebühren	320 000	270 500	316 507
4.2.3 Öffentlichkeitsarbeit	50 000	56 600	49 000
4.2.4 Rechts-, Beratungs-, Püfungskosten	151 000	78 200	46 177
4.2.5 Andere Leistungen Dritter	289 300	153 400	251 826
Summe 4.2.:	3 736 300	875 900	1 049 381
4.3 Sonstiger personalbezogener Aufwand			
4.3.1 Reisekosten	786 000	680 700	695 902
4.3.2 Aus- und Fortbildung	178 000	114 900	134 988
Summe 4.3.:	964 000	795 600	830 890
4.4 übrige Aufwendungen			
4.4.1 Abgang von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens	—	—	—
4.4.2 Abgang von Vermögensgegenständen des Umlaufvermögens	—	2 236 000	404 000
4.4.3 Schadensersatz, Gewährleistung	203 000	136 500	255 243
4.4.4 periodenfremde und sonstige Aufwendungen	2 669 000	50 600	2 543 000
Summe 4.4.:	2 872 000	2 423 100	3 202 243
Summe 4.:	18 370 300	14 634 790	11 146 718
5. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	29
Summe 5.:	—	—	29
<b>Summe II.:</b>	<b>128 805 761</b>	<b>79 443 487</b>	<b>95 386 158</b>
<b>III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b> (Summe I. ./ Summe II.)	<b>-332 761</b>	<b>-715 785</b>	<b>2 456 999</b>
<b>IV. Steuern</b>	<b>100 000</b>	<b>70 000</b>	<b>101 252</b>
<b>V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b> (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit ./ Steuern)	<b>-432 761</b>	<b>-785 785</b>	<b>2 355 747</b>

<sup>1)</sup> Zuführungen aus:

15 55 682 10	52 711 000
682 11	3 751 000
682 12	1 063 000
682 13	4 286 000
682 14	9 050 000
682 39	17 000

Zusammen 70 878 000

(von diesem Betrag entfallen 87 000 Euro  
auf Zahlungen für Vorjahre)

<sup>2)</sup> darin Kostenersätze aus:

15 56 682 63	1 355 000
--------------	-----------

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz****C. Überleitungsrechnung für das Geschäftsjahr 2005**

Positionsbezeichnung	Soll 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
<b>I. Erhöhung der Zuführung/Minderung der Abführung</b> Gewinnerhöhung ohne Geldfluss, z. B.			
1. Bestandsmehrung des Anlagevermögens			
1.1 Aktivierung wasserwirtschaftlicher Anlagen	27 068 000	24 827 000	34 332 390
1.2 Verwendung von Anzahlungen auf Anlagevermögen	—	—	-32 443
2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	—	—	-63 439
3. Zuschreibungen			
3.1 Bestandsmehrungen RHB	—	—	—
3.2 Bestandsmehrungen fertige und unfertige Erzeugnisse	—	—	144 473
4. Auflösung von Rückstellungen und Rücklagen	—	50 000	8 012 328
5. Bildung von passiven Rechnungsabgrenzungsposten	—	—	-57 580
<b>Summe I.:</b>	<b>27 068 000</b>	<b>24 877 000</b>	<b>42 335 729</b>
<b>II. Minderung der Zuführung/Erhöhung der Ablieferung</b> Gewinnminderung ohne Geldfluss, z. B.			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	—	—	3 576 758
2. Wertberichtigungen			
2.1 Abschreibungen	2 800 000	2 045 000	2 980 064
2.2 Bestandsminderungen RHB	—	—	198 280
3. Sachmittelaufwand für aktivierte Anlagen	2 298 000	1 167 000	2 543 000
4. Bildung von Rückstellungen und Rücklagen	—	—	5 887 111
5. Bildung von passiven Rechnungsabgrenzungsposten	—	—	—
6. Auflösung von aktiven Rechnungsabgrenzungsposten	—	—	68 284
<b>Summe II.:</b>	<b>5 098 000</b>	<b>3 212 000</b>	<b>15 253 497</b>
<b>III. Überleitungsbetrag (Summe I. ./ Summe II.):</b>	<b>21 970 000</b>	<b>21 665 000</b>	<b>27 082 232</b>

**Bewirtschaftungsvermerke:**

---

(1) Deckungsfähigkeit

Die Ansätze innerhalb des Erfolgsplans (laufender Aufwand) und innerhalb des Finanzplans (investiver Aufwand) sind jeweils gegenseitig deckungsfähig. Zweckgebundene Einnahmen dürfen nur im Rahmen der Zweckbindung verwendet werden.

Der Erfolgsplan ist insgesamt zu Gunsten des Finanzplans deckungsfähig.

Die Aufwandsansätze erhöhen oder vermindern sich um Mehr- und Mindererträge.

(2) Inanspruchnahme der Ansätze

Die Ansätze des Erfolgsplans dürfen bei unabweisbaren Erfordernissen, die aktenkundig zu machen sind, um bis zu 250 000 EUR zu Lasten des Finanzplans überschritten werden. Im Folgejahr ist zwingend ein Ausgleich zu Gunsten des Finanzplans wieder herbeizuführen.

Aufwendungen, die zu einer Erhöhung des Mittelbedarfs gegenüber dem Wirtschaftsplan führen, sind nur unter den Voraussetzungen des § 37 LHO zulässig und bedürfen der Einwilligung des MF.

(3) Personalaufwendungen

Die als Anlage zum Wirtschaftsplan beigefügte Übersicht über die Stellen der auf Dauer beschäftigten, zuführungsfinanzierten Angestellten ist einschließlich der ausgebrachten Bemerkungen verbindlich. Der Landesbetrieb ist befugt, von den Übersichten unter Beachtung des Tarifrechts analog Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen abzuweichen.

Für die auf Dauer beschäftigten, zuführungsfinanzierten Arbeiterinnen und Arbeiter ist die dem Wirtschaftsplan beigefügte Übersicht hinsichtlich der Gesamtzahl der Stellen sowie der Bemerkungen verbindlich.

Soweit Bauleitungs- oder andere Mittel für Vorarbeits-, Planungs- und Bauleitungstätigkeiten sowie zum Betrieb und für die Unterhaltung von Gewässern, Deichen, Sperrwerken, Geräten und dgl. im Auftrage Dritter zur Verfügung stehen, ist der Landesbetrieb ermächtigt, mit bis zu 110 aus diesen Mitteln vergüteten Angestellten und Arbeiterinnen bzw. Arbeitern unbefristete Arbeitsverträge unter der Voraussetzung abzuschließen, dass der Abschluss befristeter Verträge aus arbeitsrechtlichen Gründen nicht rechtswirksam wäre.

Im Erfolgsplan sind Aufwendungen für insgesamt 57 Auszubildende, insbesondere für die Berufe Bauzeichner, Chemielaborant, Fachinformatiker, Wasserbauer, Tischler und Schiffsmechaniker, berücksichtigt. Hinzu gekommen sind Beträge für die Beschäftigung von 21 Referendarinnen/Referendaren und 8 Inspektoranwärterinnen/Inspektoranwärtern.

Infolge der Zielvereinbarung I zum Personalabbau sind aus dem Gesamtbestand des Stellenplans und der in der Anlage zum Wirtschaftsplan dargestellten Stellen des zuführungsfinanzierten Personals ab 2005 weitere 39 Stellen abzubauen. Davon 17 aus dem Bestand des bisherigen NLWK und 22 aus den übernommenen Stellen der Kapitel 03 05 (1 Stelle), 15 03 (3 Stellen), 15 20 (11 Stellen) und 15 50 (7 Stellen).

Zur Umsetzung der Zielvorgabe II zum Stellenabbau sind in den nächsten Jahren insgesamt 315 Stellen einzusparen; diese sind im einzelnen in dem Stellenplan und der Anlage zum Wirtschaftsplan dargestellt.

(4) Nicht verbrauchte Zuführungen

Die bis zum Ende des Geschäftsjahres vom Land zugeführten und nicht verbrauchten (nicht gebundenen) Mittel für laufende Zwecke können in Höhe von 80 v. H. einer Rücklage zugeführt werden. Die restlichen 20 % sind als Verbindlichkeit gegenüber dem Land zu behandeln.

Vom Land zugeführte und nicht verbrauchte (nicht gebundene) Mittel für investive Zwecke können in voller Höhe einer Rücklage zugeführt werden.

Die Entnahmen aus diesen Rücklagen sind zur Erfüllung der jeweiligen Aufgaben des NLWK einzusetzen; Dauerverpflichtungen dürfen nicht eingegangen werden.

(5) Anlagevermögen

In der Bilanz werden die Bestandteile des unbeweglichen Anlagevermögens (Grundstücke, Gebäude und wasserwirtschaftliche Anlagen) bisher nicht aktiviert. Investitionen in unbewegliches Anlagevermögen waren wie Investitionen in fremdes Vermögen zu behandeln. Zukünftig steht dem Landesbetrieb die Möglichkeit offen, das unbewegliche Anlagevermögen in seiner Bilanz zu aktivieren (Erlass des MF vom 30. 4. 2004). Sofern die Bilanzierung zu steuerbaren Effekten führt, ist dieser Konsequenz innerhalb des Landesbetriebes zu begegnen.

**Anlage zum Wirtschaftsplan  
(Übersicht über die Stellen für beamtete Hilfskräfte und Angestellte)**

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2005	2004		
<b>Beamtete Hilfskräfte</b>				
A 13	1	—	Assessorin, Assessor	1) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen. 2) Unbesetzt. 3) Eine Stelle darf (in Höhe von bis zu 20 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden. 4) Unbesetzt. 5) Die jeweilige Vorzimmerkraft der Direktorin/des Direktors ist für die Dauer der Wahrnehmung dieser Tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Zugleich erhält sie eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT in Höhe der Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten. 6) Eine Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden. 7) Eine Stelle darf (in Höhe von 10 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden. 8) Eine halbe Stelle ist infolge Einsparung gem. Nr. 1 Abs. 3 der Allgemeinen Bestimmungen 1997/1998 dauerhaft gesperrt. 9) Eine Stelle darf (in Höhe von bis zu 70 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden. 10) Eine Stelle darf (in Höhe von 25 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden. 11) kw. 12) Davon 1 kw infolge ZV I. 13) Davon 1 kw infolge ZV I. 14) Davon 1 kw. 15) Davon 2 kw infolge ZV I. 16) Davon 5 kw infolge ZV I. 17) Davon 2 kw (Umweltverwaltung Braunschweig). 18) Davon 3 kw infolge ZV I. 19) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 5. 2005 infolge ZV I. 20) Eine Stelle darf (in Höhe von 50 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden. 21) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 5. 2007 infolge ZV I. 22) 4 kw infolge ZV II. 23) 2 kw infolge ZV II. 24) 2 kw ab 1. 1. 2006 infolge ZV II. 25) 1 kw ab 1. 1. 2007 infolge ZV II. 26) 9 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II. 27) 2 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II. 28) 12 kw infolge ZV II. 29) 6 kw infolge ZV II. 30) 3 kw ab 1. 1. 2006 infolge ZV II. 31) 2 kw ab 1. 1. 2007 infolge ZV II. 32) 3 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II. 33) 5 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II. 34) 5 kw infolge ZV II. 35) 3 kw infolge ZV II. 36) 6 kw infolge ZV II. 37) 3 kw ab 1. 1. 2007 infolge ZV II. 38) 6 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II. 39) 8 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II. 40) 1 kw infolge ZV II. 41) 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2005 infolge ZV II. 42) 2 kw ab 1. 1. 2006 infolge ZV II. 43) 2 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II. 44) 3 kw infolge ZV II. 45) 1 kw infolge ZV II. 46) 2 kw ab 1. 1. 2007 infolge ZV II.
A 9 <sup>72)</sup>	7	—	Inspektorin z. A., Inspektor z. A.	
	8	—	Zusammen	
<b>Angestellte</b>				
I a	1	—		
I b	3	2		
II a <sup>6)14)15)22)23)24)25)26)27)</sup>	79	27		
III <sup>19)28)29)30)31)32)33)</sup>	105	27		
IV a <sup>16)20)34)35)36)37)38)39)</sup>	89	35		
IV b <sup>9)40)41)42)43)</sup>	15	3		
V a	1	1		
V b <sup>3)10)13)44)45)46)47)48)</sup>	55	26		
V c <sup>7)12)49)50)51)52)53)54)</sup>	72	41		
VI b <sup>5)8)21)55)56)57)58)59)60)</sup>	122	62		
VII <sup>18)61)62)63)64)65)66)</sup>	48	27		
VIII <sup>17)67)68)69)</sup>	22	14		
IX b–VII <sup>1)70)71)</sup>	34	20		
	646	285	Zusammen	
Leerstellen:				
III <sup>11)</sup>	2	—		
IV a <sup>11)</sup>	3	—		
IV b <sup>11)</sup>	1	—		
V b <sup>11)</sup>	2	—		
VI b <sup>11)</sup>	2	—		
VII <sup>11)</sup>	2	—		
IX b–VII <sup>11)</sup>	2	—		
	14	—	Zusammen	

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2005	2004		
				<sup>47)</sup> 1 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.
				<sup>48)</sup> 1 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.
				<sup>49)</sup> 2 kw infolge ZV II.
				<sup>50)</sup> 1 kw infolge ZV II.
				<sup>51)</sup> 2 kw infolge ZV II.
				<sup>52)</sup> 1 kw ab 1. 1. 2006 infolge ZV II.
				<sup>53)</sup> 2 kw ab 1. 1. 2007 infolge ZV II.
				<sup>54)</sup> 1 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.
				<sup>55)</sup> 6 kw infolge ZV II.
				<sup>56)</sup> 6 kw infolge ZV II.
				<sup>57)</sup> 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2005 infolge ZV II.
				<sup>58)</sup> 4 kw ab 1. 1. 2006 infolge ZV II.
				<sup>59)</sup> 1 kw ab 1. 1. 2007 infolge ZV II.
				<sup>60)</sup> 8 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.
				<sup>61)</sup> 6 kw infolge ZV II.
				<sup>62)</sup> 1 kw infolge ZV II.
				<sup>63)</sup> 13 kw ab 1. 1. 2006 infolge ZV II.
				<sup>64)</sup> 2 kw ab 1. 1. 2007 infolge ZV II.
				<sup>65)</sup> 2 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.
				<sup>66)</sup> 1 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.
				<sup>67)</sup> 1 kw infolge ZV II.
				<sup>68)</sup> 1 kw infolge ZV II.
				<sup>69)</sup> 2 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.
				<sup>70)</sup> 11 kw infolge ZV II.
				<sup>71)</sup> 1 kw infolge ZV II.
				<sup>72)</sup> 1 kw infolge ZV II.

Erläuterungen

**Beamtete Hilfskräfte**

Zugänge infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 (h.D.)	1	Verlagerung von Kapitel 15 03
Bes.-Gr. A 9 (g.D.)	7	Verlagerung von Kapitel 03 05
Zusammen	8	

Abgänge infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:	Stellen	
Verg.-Gr. VI b	1	infolge ZV II
Zusammen	1	
Bleiben Zugänge	361	

**Angestellte**

Zugänge infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	1	} Verlagerung von Kapitel 03 05
Verg.-Gr. IV b	3	
Verg.-Gr. V b	5	
Verg.-Gr. V c	6	
Verg.-Gr. VI b	9	
Verg.-Gr. VII	4	
Verg.-Gr. VIII	2	
Verg.-Gr. IX b-VII	9	
Verg.-Gr. I a	1	
Verg.-Gr. I b	1	
Verg.-Gr. II a	17	
Verg.-Gr. III	18	
Verg.-Gr. IV a	22	
Verg.-Gr. IV b	9	
Verg.-Gr. V b	19	
Verg.-Gr. V c	21	
Verg.-Gr. VI b	39	
Verg.-Gr. VII	14	
Verg.-Gr. VIII	5	} Verlagerung von Kapitel 15 50
Verg.-Gr. IX b-VII	5	
Verg.-Gr. II a	8	
Verg.-Gr. III	24	
Verg.-Gr. IV a	15	
Verg.-Gr. VII	1	
Verg.-Gr. II a	27	
Verg.-Gr. III	36	
Verg.-Gr. IV a	16	
Verg.-Gr. V b	5	
Verg.-Gr. V c	4	
Verg.-Gr. VI b	13	
Verg.-Gr. VII	2	
Verg.-Gr. VIII	1	
Zusammen	362	

Leerstellen:	
Zugänge infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:	Stellen
Verg.-Gr. V b	1
Verg.-Gr. IX b-VII	1
	1
Verg.-Gr. IV a	2
Verg.-Gr. IV b	1
Verg.-Gr. V b	1
Verg.-Gr. VI b	2
Verg.-Gr. VII	2
Verg.-Gr. IX b-VII	1
Verg.-Gr. III	2
Verg.-Gr. IV a	1
Zusammen	14

Erläuterungen

Sonstige Veränderungen infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:

Der aus Kapitel 03 05 für eine Stelle übernommene Haushaltsvermerk Nr. 5 und der aus Kapitel 15 03 für fünf Stellen übernommene Haushaltsvermerk Nr. 4 wurde durch die vorhandene Bemerkung Nr. 1 ersetzt.

Die Bemerkung Nr. 10 wurde infolge des aus Kapitel 15 03 übernommenen Haushaltsvermerks Nr. 7 hier neu ausgebracht.

Die Bemerkung Nr. 11 wurde infolge des aus Kapitel 03 05 für zwei Stellen übernommenen Haushaltsvermerks Nr. 10, des aus Kapitel 15 03 für neun Stellen übernommenen Haushaltsvermerks Nr. 8 und des aus Kapitel 15 50 übernommenen Haushaltsvermerks Nr. 3 hier neu ausgebracht.

Die Bemerkung Nr. 12 wurde infolge des aus Kapitel 03 05 für eine Stelle übernommenen Haushaltsvermerks Nr. 35 hier neu ausgebracht.

Die Bemerkung Nr. 13 wurde infolge des aus Kapitel 15 03 für Verg.-Gr. V b übernommenen Haushaltsvermerks Nr. 18 hier neu ausgebracht.

Die Bemerkung Nr. 14 wurde infolge des aus Kapitel 15 20 übernommenen Haushaltsvermerks Nr. 3 hier neu ausgebracht.

Die Bemerkung Nr. 15 wurde infolge des aus Kapitel 15 20 übernommenen Haushaltsvermerks Nr. 6 hier neu ausgebracht.

Die Bemerkung Nr. 16 wurde infolge des aus Kapitel 15 03 für Verg.-Gr. IV a übernommenen Haushaltsvermerks Nr. 18 und des aus Kapitel 15 20 übernommenen Haushaltsvermerks Nr. 7 hier neu ausgebracht.

Die Bemerkung Nr. 17 wurde infolge des aus Kapitel 03 05 übernommenen Haushaltsvermerks Nr. 36 hier neu ausgebracht.

Die Bemerkung Nr. 18 wurde infolge des aus Kapitel 15 03 für eine Stelle übernommenen Haushaltsvermerks Nr. 19 und des aus Kapitel 15 50 übernommenen Haushaltsvermerks Nr. 9 hier neu ausgebracht.

Die Bemerkung Nr. 19 wurde infolge des aus Kapitel 15 50 übernommenen Haushaltsvermerks Nr. 10 hier neu ausgebracht.

Die Bemerkung Nr. 20 wurde infolge des aus Kapitel 15 50 übernommenen Haushaltsvermerks Nr. 11 hier neu ausgebracht.

Die Bemerkung Nr. 21 wurde infolge des aus Kapitel 15 50 übernommenen Haushaltsvermerks Nr. 12 hier neu ausgebracht.

Die Bemerkungen Nr. 22 bis 71 wurden neu ausgebracht.

Die Bemerkung Nr. 72 wurde infolge des aus Kapitel 03 05 übernommenen Haushaltsvermerks hier neu ausgebracht.

Übersicht der infolge ZV II mit kw-Vermerken ausgebrachten Stellen:

	Stellen
Bes.-Gr. A 9 b.H.	1
Verg.-Gr. II a	20
Verg.-Gr. III	31
Verg.-Gr. IV a	31
Verg.-Gr. IV b	6
Verg.-Gr. V b	8
Verg.-Gr. V c	9
Verg.-Gr. VI b	26
Verg.-Gr. VII	25
Verg.-Gr. VIII	4
Verg.-Gr. IX b-VII	12
<b>Zusammen</b>	<b>173</b>

**Anlage zum Wirtschaftsplan  
(Übersicht über die Stellen im Vorbereitungsdienst und für Arbeiterinnen und Arbeiter)**

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2005	2004		
			<b>Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst</b>	
A 13	21	—	Referendarin, Referendar	1) 5 Stellen der Lohn-Gr. 5a (in Höhe von jeweils bis zu 10 v.H.) und eine weitere Stelle der Lohn-Gr. 7a (in Höhe von bis zu 50 v.H.) dürfen nur für Personalratstätigkeit verwendet werden. 2) Unbesetzt. (Davon 25 kw infolge ZV bis 2003.) 3) Davon 8 kw mit Ablauf des 31. 12. 2005 infolge ZV I. 4) Davon 9 kw mit Ablauf des 31. 12. 2006 infolge ZV I. 5) 11 kw infolge ZV II. 6) 56 kw ab 1. 1. 2006 infolge ZV II. 7) Davon 1 DW.
A 10	8	—	Oberinspektoranwärterin, Oberinspektoranwärter	
	29	—	Zusammen	
			<b>Arbeiterinnen und Arbeiter</b>	
1-8 <sup>1)2)3)4)5)6)7)</sup>	293	291		
	293	291	Zusammen	

Erläuterungen

**Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst**

Zugänge infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 13	10	Verlagerung von Kapitel 15 20
Bes.-Gr. A 13	11	Verlagerung von Kapitel 15 50
Bes.-Gr. A 9	8	Verlagerung von Kapitel 15 50
<b>Zusammen</b>	<b>29</b>	

Hebungen:  
Bes.-Gr. A 10

Stellen  
8 von Bes.-Gr. A 9 gemäß Artikel 1 Nr. 2 der Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für Laufbahnen des gehobenen technischen Verwaltungsdienstes vom 18. Mai 2004 (Nds. GVBl. S. 151)

**Arbeiterinnen und Arbeiter**

Zugänge infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:

	Stellen	
Lohn-Gr. 1-8	4	Verlagerung von Kapitel 03 05
Lohn-Gr. 1-8	6	Verlagerung von Kapitel 15 03
<b>Zusammen</b>	<b>10</b>	

Abgänge:  
Lohn-Gr. 1-8 8 infolge des Teilvollzugs der Bemerkung Nr. 2 (ZV I)

Zusammen 8  
Bleiben Zugänge 2

Sonstige Veränderungen:

Die Bemerkung Nr. 2 wurde für 8 Stellen vollzogen und für 17 Stellen durch die neuen Bemerkungen Nr. 3 und 4 ersetzt.

Sonstige Veränderungen infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:

Die Bemerkungen Nr. 5 und 6 wurden neu ausgebracht. Die Bemerkung Nr. 7 wurde infolge des aus Kapitel 15 03 übernommenen Haushaltsvermerks Nr. 1 hier neu ausgebracht.

Übersicht der infolge ZV II mit kw-Vermerken ausgebrachten Stellen:

	Stellen
Lohn-Gr. 1-8	67

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1556 Verwendung der Wasserentnahmegebühr**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
099 10-0	623	Wasserentnahmegebühr <i>Vgl. K-Vermerk zu 1520-683 10.</i>		56.900	56.900	—	58.876
119 01-1	610	Vermischte Einnahmen		—	—	—	59
119 10-0	623	Einnahmen aus Finanzierungen der Wasserentnahmegebühr <i>Vgl. K-Vermerk zu 1520-683 10.</i>		—	—	—	105
272 10-3	623	Zuweisungen des Bundes aus EU-Mitteln <i>Vgl. K-Vermerk zu 1520-683 10.</i>		—	—	—	—
<b>AUSGABEN</b>							
631 10-3	625	Erstattungen an den Bund für Forschung im Küsteningenieurwesen <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 1520-683 10.</i>	—	13	13	—	8
632 10-0	623	Zuweisungen an Länder <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 1520-683 10.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	—	25	25	—	—
633 10-6	623	Erstattung des Verwaltungsaufwandes an untere Wasserbehörden für die Festsetzung und Erhebung der Wasserentnahmegebühr <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 1520-683 10.</i>	—	488	488	—	202
637 10-1	623	Zuweisungen an Unterhaltungsverbände für die Unterhaltung der Gewässer II. Ordnung <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 1520-683 10.</i>	—	2.000	2.000	—	2.309
637 11-0	625	Zuschüsse an Wasser- und Bodenverbände (Deichverbände) und Sonstige zu den Deicherhaltungskosten nach § 8 (3) u. (4) NDG <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 1520-683 10.</i>	—	155	154	+1	195
637 12-8	625	Zuschüsse an Wasser- und Bodenverbände (Deichverbände) gemäß § 8 Abs. 2 NDG <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 1520-683 10.</i>	—	345	345	—	239
685 41-6	625	Zuschüsse an die Landwirtschaftskammern für die Bisambekämpfung <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 1520-683 10.</i>	2.444	459	507	-48	494
981 10-4	990	Abführung an 13 50 - 381 15 <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 1520-683 10.</i>	—	158	158	—	166
981 11-2	990	Abführung an 15 55 - 381 12 für Verwaltungskosten im Zusammenhang mit der Wasserentnahmegebühr <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 1520-683 10.</i>	—	2.120	—	+2.120	—
981 12-0	990	Abführung an 15 01 - 381 10 für Verwaltungskosten im Zusammenhang mit der Wasserentnahmegebühr <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 1520-683 10.</i>	—	230	2.145	-1.915	1.921

ERLÄUTERUNGEN

**Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 1556**

Ab dem Haushaltsjahr 2005 sind folgende Zweckbestimmungen neben den Titeln des Kapitels 15 56 in den Deckungskreis der Ausgaben (insgesamt 56,9 Mio. EUR) einbezogen, die aus dem Aufkommen der Wasserentnahmegebühr finanziert werden:

	2005 in 1000 EUR
- Erschwernisausgleich u.ä. (15 20 – 683 10, 683 11, 683 12)	1 220
- Vertragsnaturschutz, Dauergrünland (15 20 – 683 13)	1 010
- Vertragsnaturschutz Gastvögel und Ackerwildkräuter (15 20 – 683 14)	1 152
- EU-Monitoring, Naturschutzstationen und ähnliche Maßnahmen des Naturschutzes (1520 – TGr. 65)	1 636
- Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen im Bereich Naturschutz und Landschaftspflege (1520 – TGr. 67/70)	3 693
- Biosphärenreservat Elbtalau (15 26 – TGr. 61)	373
(15 26 – TGr. 62)	332
- SAD Münchehagen (15 42 – TGr. 95)	3 269
- Betrieb und Unterhaltung landeseigener Gewässer und Anlagen durch den NLWKN (15 55 – 682 12)	1 063
Zusammen	13 748

Aus technischen Gründen ist der gesamte Deckungsvermerk bei Kapitel 15 20 Titel 683 10 ausgebracht.

Abführungen an Kapitel des Einzelplans 15 sind bei Titel 981 11, 981 12, 981 14 und 981 15, an andere Einzelpläne bei Titel 981 10 und 981 13 veranschlagt.

Kofinanzierung von EU-Förderprogrammen aus der Wasserentnahmegebühr.

Fördermaßnahme im Rahmen des EAGFL-Förderprogramms PRO-LAND, Maßnahmenziffer f 3b) „**Kooperationsprogramm-Feuchtgrünland**“ (TGr. 62). Gefördert wird die Beibehaltung oder Extensivierung der Nutzung von Dauergrünlandflächen in großräumigen Gebieten für die Feuchtgrünlandentwicklung in Niedersachsen.

Rechtsgrundlage: Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 vom 17.5.1999 (Amtsblatt der EG Nr. L 160, S. 80) in der Fassung der Berichtigung vom 1.12.2000 (Amtsblatt der EG Nr. L 302, S. 72), zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 567/2004 vom 27.3.2004 (Amtsblatt der EG Nr. L 90, S. 90).

Fördergrundlage: Bewirtschaftungsvereinbarungen aufgrund der „Richtlinie über die Förderung der Erhaltung, Entwicklung und Wiederherstellung von Feuchtgrünland in großräumigen Gebieten“ vom 14.2.2001 (Nds. MBl. S. 716).

Ende der Förderung: 31.12.2006.

Fördermaßnahme im Rahmen des EAGFL-Förderprogramms PRO-LAND, Maßnahmeziffern t 2a) I. „**Verwaltungsvorschrift Naturschutz**“ (TGr. 62). Gefördert werden landeseigene Maßnahmen zur Erhaltung, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft, insbesondere in Naturschutzgebieten und auf Flächen, die Bestandteil des europäischen ökologischen Netzes „Natura 2000“ sind.

Rechtsgrundlage: Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 vom 17.5.1999 (Amtsblatt der EG Nr. L 160, S. 80) in der Fassung der Berichtigung vom 1.12.2000 (Amtsblatt der EG Nr. L 302, S. 72), zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 567/2004 vom 27.3.2004 (Amtsblatt der EG Nr. L 90, S. 90).

Fördergrundlage: Fördergrundsätze der Verwaltungsvorschrift Naturschutz vom 5.11.2001.

Ende der Förderung: 31.12.2006.

Fördermaßnahme im Rahmen des EAGFL-Förderprogramms PRO-LAND, Maßnahmeziffern t 2a) II. „**Richtlinie Landschaftsentwicklung**“ (TGr. 62). Gefördert werden Maßnahmen zur Erhaltung und Entwicklung von Natur und Landschaft auf im Einzelnen festgelegten besonders schützenswerten Flächen.

Rechtsgrundlage: Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 vom 17.5.1999 (Amtsblatt der EG Nr. L 160, S. 80) in der Fassung der Berichtigung vom 1.12.2000 (Amtsblatt der EG Nr. L 302, S. 72), zuletzt

**Noch zu Kapitel 1556**

geändert durch Verordnung (EG) Nr. 567/2004 vom 27.3.2004 (Amtsblatt der EG Nr. L 90, S. 90).

Fördergrundlage: Gewährung von Zuwendungen aufgrund der Fördergrundsätze der Richtlinie Landschaftsentwicklung vom 14.2.2001 (Nds. MBl. S. 725).

Ende der Förderung: 31.12.2006.

Fördermaßnahme im Rahmen des EAGFL-Förderprogramms PRO-LAND, Maßnahmeziffer t 4c) „**Modell- und Pilotvorhaben für eine Gewässer schonende Land- und Forstwirtschaft**“ (Titel 686 81). Gefördert werden Modell-, Pilot- und Forschungsvorhaben zum Schutz des Grundwassers sowie für eine schonende Grundwasserbewirtschaftung durch landeseigene Einrichtungen sowie durch Dritte.

Rechtsgrundlage: Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 vom 17.5.1999 (Amtsblatt der EG Nr. L 160, S. 80) in der Fassung vom 1.12.2000 (Amtsblatt der EG Nr. L 302, S. 72), zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 567/2004 vom 27.3.2004 (Amtsblatt der EG Nr. L 90, S. 90) und entsprechende Durchführungsvorschriften zur VO Nr. 1750/1999 der Kommission vom 23.7.1999.

Fördergrundlage: Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Vorhaben zum Trinkwasserschutz im Rahmen des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL)/ Proland-Kooperationsprogramm Trinkwasserschutz vom 2.2.2001 (Nds. MBl. S. 712).

Ende der Förderung: 31.12.2006.

Fördermaßnahme im Rahmen des EAGFL-Förderprogramms PRO-LAND, Maßnahmeziffern f 4 a-e) „**Trinkwasserschutz in Wasservorranggebieten**“ (Titel 681 80). Gefördert werden flächenbezogene Maßnahmen auf Antrag der Flächennutzer zur extensiven Bewirtschaftung und Beibehaltung der Nutzung von Grünland, zur Umwandlung von Ackerflächen in extensiv bewirtschaftetes Grünland, zur Grundwasser schonenden Bewirtschaftung von stillgelegten Ackerflächen, zur Bewirtschaftung eines Betriebsteils nach den Grundsätzen des ökologischen Landbaus und Bewirtschaftungsmaßnahmen zur Gewässer schonenden ökologischen Bewirtschaftung, soweit sie dem Trinkwasserschutz in Wasservorranggebieten dienen.

Rechtsgrundlage: Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 vom 17.5.1999 (Amtsblatt der EG Nr. L 160, S. 80) in der Fassung der Berichtigung vom 1.12.2000 (Amtsblatt der EG Nr. L 302, S. 72), zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 567/2004 vom 27.3.2004 (Amtsblatt der EG Nr. L 90, S. 90) und entsprechende Durchführungsvorschriften zur VO Nr. 1750/1999 der Kommission vom 23.7.1999.

Fördergrundlage: Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Vorhaben zum Trinkwasserschutz im Rahmen des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL)/Proland-Kooperationsprogramm Trinkwasserschutz vom 2.2.2001 (Nds. MBl. S. 712).

Ende der Förderung: 31.12.2006.

Fördermaßnahme im Rahmen des EAGFL-Förderprogramm PRO-LAND, Maßnahmeziffern m 1) „**Vermarktung von landwirtschaftlichen Qualitätserzeugnissen aus Wasservorranggebieten**“ (Titel 547 81). Gefördert werden Maßnahmen zur Vermarktung von ökologisch erzeugten landwirtschaftlichen Produkten.

Rechtsgrundlage: Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 vom 17.5.1999 (Amtsblatt der EG Nr. L 160, S. 80) in der Fassung der Berichtigung vom 1.12.2000 (Amtsblatt der EG Nr. L 302, S. 72), zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 567/2004 vom 27.3.2004 (Amtsblatt der EG Nr. L 90, S. 90) und entsprechende Durchführungsvorschriften zur VO Nr. 1750/1999 der Kommission vom 23.7.1999.

Fördergrundlage: Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Vorhaben zum Trinkwasserschutz im Rahmen des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL)/Proland-Kooperationsprogramm Trinkwasserschutz vom 2.2.2001 (Nds. MBl. S. 712).

Ende der Förderung: 31.12.2006.

Fördermaßnahme im Rahmen des EAGFL-Förderprogramms PRO-LAND, Maßnahmeziffern t 4 a-b) „**Flankierende Maßnahmen zur Gewässer schonenden Landbewirtschaftung**“ (Titel 633 80, 685 80, 883 80 u. a.). Gefördert werden Maßnahmen der Wasserversorgungsunternehmen zum Kauf oder zur Pacht von Flächen sowie begleitende Maßnahmen des ökologischen Landbaus innerhalb von Vorranggebieten für die Trinkwassergewinnung.



ERLÄUTERUNGEN

**Noch zu Kapitel 1556**

Rechtsgrundlage: Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 vom 17.5.1999 (Amtsblatt der EG Nr. 170, S. 80) in der Fassung der Berichtigung vom 1.12.2000 (Amtsblatt der EG Nr. L 302, S. 72), zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 567/2004 vom 27.3.2004 Amtsblatt der EG Nr. L 90, S. 90) und entsprechende Durchführungsvorschriften zur VO Nr. 1750/1999 der Kommission vom 23.7.1999. Fördergrundlage: Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Vorhaben zum Trinkwasserschutz im Rahmen des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL)/Proland-Kooperationsprogramm Trinkwasserschutz vom 2.2.2001 (Nds. MBl. S. 712).  
Ende der Förderung: 31.12.2006.

**Zu 099 10**

Zur Förderung einer schonenden Grundwasserbewirtschaftung wird für bestimmte Entnahmen aus oberirdischen Gewässern und aus dem Grundwasser eine Wasserentnahmegebühr erhoben (§ 47 NWG).

Es werden jährlich Einnahmen in Höhe von rd. 56,9 Mio. EUR erwartet, die sich ergeben aus:

- öffentlicher Wasserversorgung 29,60 Mio. EUR
- Kühlung 24,98 Mio. EUR
- Wasserhaltung 0,21 Mio. EUR
- Beregnung 0,30 Mio. EUR
- Fischhaltung 0,01 Mio. EUR
- Gewerbe und Industrie 1,80 Mio. EUR

rd. 56,90 Mio. EUR

Über die Bewirtschaftung der Haushaltsmittel bei den einzelnen Titeln ist sicherzustellen, dass nicht über den Betrag der tatsächlich im Haushaltsjahr eingegangenen Einnahmen hinaus Ausgaben geleistet werden.

In der Regel stehen die Mittel erst in der 2. Hälfte eines Jahres zur Verfügung, sodass sie im laufenden Haushaltsjahr nicht mehr vollständig verausgabt werden können. Die nicht zur Auszahlung gebrachten Haushaltsmittel sind aufgrund der durch § 47 h Abs. 3 NWG vorgegebenen Zweckbindung als Ausgabereste in das nächste Haushaltsjahr zu übertragen. Soweit diese Ausgabereste nicht durch Verpflichtungen belegt sind, erhöhen sie den Verfügungsrahmen des jeweils folgenden Haushaltsjahres.

Das Jahresaufkommen wird entsprechend der Bestimmung des § 47 h Abs. 3 NWG verwendet. 40 v.H. des Jahresaufkommens (22,760 Mio. EUR) sind den in § 47 h Abs. 3 S. 2 NWG aufgeführten Maßnahmen vorbehalten (s. Kapitel 1520 Titel 683 12, 683 13 sowie Kapitel 1556 TGr. 62 und 80/81). Der in der Vorschrift enthaltene Katalog von Zweckbestimmungen (sog. privilegierter Bereich) wird durch das Haushaltsbegleitgesetz konkretisiert bzw. erweitert. Dadurch stehen für die Titelgruppen 62 und 80/81 weniger Mittel im Vergleich zu den Vorjahren zur Verfügung.

**Zu 631 10**

Nach dem Verwaltungsabkommen zwischen dem Bund und den Küstenländern von 1973 arbeiten die Vertragspartner in der Küstenforschung zusammen, um die Naturvorgänge an den Küsten und im Küstenvorfeld zu erkennen und möglichst weitgehend zu beherrschen.

Die Aufgaben werden seit dem 1. 8. 2001 von der Bundesanstalt für Wasserbau im Rahmen des v. g. Verwaltungsabkommens wahrgenommen. Die Ausgaben sind anteilmäßig zu erstatten.

**Zu 632 10**

Anteil des Landes Niedersachsen am Länderfinanzierungsprogramm „Wasser und Boden“. Weitere Haushaltsmittel für diesen Zweck werden aus der Abwasserabgabe (15 52 – 632 95) finanziert.

**Zu 633 10**

Für die Berechnung und Festsetzung sowie für die Erhebung der Wasserentnahmegebühr wird den unteren Wasserbehörden der Verwaltungsaufwand erstattet (§ 47 h Abs. 2 NWG).

**Zu 637 10**

Zuweisungen an Unterhaltungsverbände für die Unterhaltung der Gewässer zweiter Ordnung gem. § 104 NWG i. d. F. vom 25. 3. 1998 (Nds. GVBl. S. 347), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12.12.2003 (Nds. GVBl. S. 446). Die veranschlagten Haushaltsmittel stellen die Obergrenze für die insgesamt zu bewilligenden Zuschüsse für Aufwendungen zur Unterhaltung des Jahres 2004 dar.

**Zu 637 11**

Veranschlagt sind Mittel für Zuwendungen in Härtefällen gemäß § 8 Abs. 3 und 4 des Niedersächsischen Deichgesetzes (NDG) vom 1. 3. 1963 (Nds. GVBl. S. 81), in der geltenden Fassung, zu den Deicherhaltungskosten der Wasser- und Bodenverbände (Deichverbände).

**Zu 637 12**

Veranschlagt sind Mittel in der Höhe, in der voraussichtlich gemäß § 8 Abs. 2 des Niedersächsischen Deichgesetzes (NDG) vom 1. 3. 1963 (Nds. GVBl. S. 81), in der geltenden Fassung, Zuschüsse zur Unterhaltung der Schutzwerke im Deichvorland oder im Watt zu leisten sind.

**Zu 685 41**

Dem Land obliegen die landesweiten Aufgaben der Organisation und Koordinierung der Bisambekämpfung sowie die Schulung der Bisambekämpfer in Verbindung mit der Ausstellung von Fängerlizenzen und der notwendigen Überwachung (RdErl. vom 9. 12. 1999, Nds. MBl. S. 813). Die Landwirtschaftskammer in Oldenburg ist im Rahmen einer entsprechenden vertraglichen Regelung mit der Durchführung dieser Aufgaben zur Bisambekämpfung betraut worden.

Die vertragliche Regelung ist im Haushaltsjahr 2005 für die Folgejahre zu verlängern. Hierfür ist die VE 2005 einzusetzen.

**Belastung (2005)**

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE	durch die 2004 ausgebrachte VE	durch die 2005 ausgebrachte VE	Gesamtbelastung
	in 1000 EUR	in 1000 EUR	in 1000 EUR	
2005	459	—	—	459
2006	—	—	476	476
2007	—	—	484	484
2008	—	—	492	492
2009 ff.	—	—	992	992
Summe	459	—	2.444	2.903

**Zu 981 10**

Abführung an 13 50 – 381 15 für Versorgungszuschläge des beamteten Personals, für das Beträge aus 15 56 – 981 11, 981 12 an andere Kapitel des Einzelplans 15 und aus 15 56 – 981 13 an andere Kapitel des Landeshaushalts abgeführt werden.

**Zu 981 11**

Bei diesem Titel werden die Mittel für die Verwaltungskosten (einschließlich der Kosten für die Fachinformations- und Fachkommunikationstechnik), die im Zusammenhang mit der Erhebung und Verwendung der Wasserentnahmegebühr stehen, abgeführt.

Die Aufgaben hat der NLWKN von den Bezirksregierung übernommen (Kapitel 03 05 und 15 50).

Der Verwaltungsaufwand für das Land wird nach dem tatsächlichen Aufwand zum Ende des Haushaltsjahres ermittelt und entsprechend abgeführt.

**Zu 981 12**

Bei diesem Titel werden die Mittel für die Verwaltungskosten im Umweltministerium, die im Zusammenhang mit der Erhebung und Verwendung der Wasserentnahmegebühr stehen, abgeführt.

Der Verwaltungsaufwand für das Land wird nach dem tatsächlichen Aufwand zum Ende des Haushaltsjahres ermittelt und entsprechend abgeführt.

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1556 Verwendung der Wasserentnahmegebühr**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
981 13-9	990	Abführung an 08 18 - 381 10 für Verwaltungskosten i. S. Wasserentnahmegebühr <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 1520-683 10.</i>	—	153	358	-205	650
981 14-7	990	Abführung an 15 54 - 381 10 <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 1520-683 10.</i>	—	14.917	13.424	+1.493	14.646
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 62</b>		<b>Naturschutzprogramme zum Schutz der Gewässer und des Wasserhaushalts</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 1520-683 10.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(1.637) (1.144)	(3.047)	(4.763)	(-1.716)	(5.010)
429 62-2	623	Nicht aufteilbare Personalausgaben	— 1.144	—	—	—	—
459 62-9	623	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	—	—	—	—
547 62-5	623	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	26	413	-387	239
633 62-9	623	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	83	230	-147	269
681 62-3	623	Entschädigungen nach § 50 NNatG	—	—	13	-13	—
683 62-6	623	Vertragsnaturschutz für freiwillige Nutzungseinschränkungen <i>Vgl. VE D-Vermerk zu 1520-683 13.</i>	837 —	983	1.367	-384	882
686 62-5	623	Zuweisungen an Sonstige	—	13	77	-64	7
761 62-7	623	Investive Maßnahmen auf landeseigenen Flächen	—	—	—	—	75
812 62-0	623	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	33
821 62-0	623	Landeseigener Erwerb von Grundstücken	500 —	1.062	1.579	-517	3.209
883 62-5	623	Zuweisungen für den Grunderwerb und andere Investitionen an Gemeinden (GV)	300 —	880	921	-41	206
893 62-0	623	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	163	-163	91
<b>TGr. 63/64</b>		<b>Verwaltungsausgaben für den Gewässerschutz und die Gewässerüberwachung</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 1520-683 10.</i>	(—)	(1.509)	(666)	(+843)	(3.640)
547 63-3	623	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	25	25	—	674
547 64-1	623	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben für die Ausweisung von Überschwemmungsgebieten	—	614	614	—	470
682 63-8	623	Erstattungen an den NLWKN	—	870	—	+870	2.046
812 63-9	623	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	451
891 63-6	623	Erstattungen für Investitionen an den NLWKN	—	—	—	—	—
981 63-5	990	Abführung an 15 03 - 381 10	—	—	27	-27	—

## ERLÄUTERUNGEN

**Zu 981 13**

Bei diesem Titel werden die Verwaltungskosten beim NLFb für besondere Fachaufgaben im Rahmen des Grundwasserschutzes abgeführt.

Der Verwaltungsaufwand für das Land wird nach dem tatsächlichen Aufwand zum Ende des Haushaltsjahres ermittelt und entsprechend abgeführt.

**Zu 981 14**

Abführungen für die Kofinanzierung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (Vorhaben des Hochwasserschutzes im Binnenland und des Küstenschutzes).

**Zu Titelgruppe 62**

Veranschlagt sind die Mittel für Naturschutzprogramme „Erhaltung von Feuchtwiesen in Lebensräumen des Weißstorches“, „Fließgewässerprogramm“, „Feuchtgrünlandschutzprogramm“, „Fischotterprogramm“, „Moorschutzprogramm“ und „Unterebbe – Asseler Sand“. Weniger infolge der Umschichtung innerhalb des privilegierten Bereiches nach § 47 h Abs. 3 S. 3 NWG (siehe Erläuterungen zu Titel 099 10).

Fördergrundlage sind die fachlichen Fördergrundsätze für die Erhaltung, Renaturierung, Pflege und Entwicklung von besonders schützenswerten Flächen in Gebieten mit Bedeutung für die Tier- und Pflanzenwelt.

Soweit Projekte und Maßnahmen der Naturschutzprogramme auf der Grundlage von PROLAND mit EU-Förderung durchgeführt werden (siehe Kapitel 15 02 TGr. 90 – EAGFL-Programme mit den Maßnahmeziffern PROLAND t 2 a) I und t 2 a) II), wird die Landes-Kofinanzierung aus den hier veranschlagten Mitteln erbracht. Siehe auch allg. Erläuterung zu Kapitel 15 56.

**Zu 547 62**

## Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	26	—	—	26
2006	26	—	—	26
2007	26	—	—	26
2008	—	—	—	—
2009 ff.	—	—	—	—
Summe	78	—	—	78

**Zu 633 62**

Mit dem Landkreis Stade ist eine Verwaltungsvereinbarung abgeschlossen worden, nach der das Land einen Anteil der Personal-, Sach- und Nebenkosten eines im Rahmen des Naturschutzprogramms „Unterebbe – Asseler Sand“ beim Landkreis beschäftigten Naturschutzwartes übernimmt. Die Laufzeit der Verwaltungsvereinbarung über das jeweilige Haushaltsjahr hinaus verlängert sich jeweils stillschweigend um ein Jahr, wenn die Vereinbarung nicht ein Jahr vor Ablauf gekündigt wird.

## Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	82	—	—	82
2006	—	—	—	—
2007	—	—	—	—
2008	—	—	—	—
2009 ff.	—	—	—	—
Summe	82	—	—	82

**Zu 683 62**

## Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	940	43	—	983
2006	462	43	93	598
2007	435	86	186	707
2008	212	86	186	484
2009 ff.	—	86	372	458
Summe	2.049	344	837	3.230

**Zu 686 62**

## Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	13	—	—	13
2006	—	—	—	—
2007	—	—	—	—
2008	—	—	—	—
2009 ff.	—	—	—	—
Summe	13	—	—	13

**Zu 821 62**

Bei diesem Titel sind auch die notwendigen Komplementärmitel des Landes zur Durchführung der LIFE-Projekte veranschlagt (siehe auch Erläuterungen zu 15 02 TGr. 71).

## Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	—	500	—	500
2006	—	—	500	500
2007	—	—	—	—
2008	—	—	—	—
2009 ff.	—	—	—	—
Summe	—	500	500	1.000

**Zu 883 62**

Bei diesem Titel sind auch die notwendigen Komplementärmitel des Landes zur Durchführung der LIFE-Projekte veranschlagt (siehe auch Erläuterungen zu 15 02 TGr. 71).

## Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	152	300	—	452
2006	100	—	300	400
2007	100	—	—	100
2008	100	—	—	100
2009 ff.	—	—	—	—
Summe	452	300	300	1.052



---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Titelgruppe 63/64**

Bis auf die in der Titelgruppe 63/64 veranschlagten Ansätze werden die Verwaltungsausgaben für den Bereich Gewässerschutz und Gewässerüberwachung einschließlich der EDV-Ausgaben für die Messnetze aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe finanziert (15 55-682 11).

**Zu 682 63**

Die bisher für den gewässerkundlichen Landesdienst beim NLÖ veranschlagten Haushaltsmittel wurden nach Übernahme durch den NLWKN hierher verlagert (siehe Titel 981 63).

**Zu 981 63**

Bis zum Haushaltsjahr 2004 war hier die Abführung an das NLÖ für Aufgaben im Rahmen des gewässerkundlichen Landesdienstes veranschlagt. Die Aufgaben wurden vom NLWKN übernommen (siehe Titel 682 63).

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1556 Verwendung der Wasserentnahmegebühr**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>TGr. 80/81</b>		<b>Maßnahmen zum Trinkwasserschutz</b> <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 1520-683 10.</i>	(8.900) (6.300)	(17.533)	(17.997)	(-464)	(20.278)
547 80-3	623	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	— 6.300	41	26	+15	1
547 81-1	623	Dienstleistungen Außenstehender für Maßnahmen nach § 47 h NWG	4.800 —	5.014	5.230	-216	6.936
633 80-7	623	Zuweisungen an Gemeinden (GV) für die Pacht von Flächen in Wasserschutzgebieten und weitere Maßnahmen nach § 47 h NWG	—	153	153	—	—
637 80-2	623	Zuweisungen an Wasser- und Bodenverb. für die Pacht von Flächen in Wasserschutzgebieten und weitere Maßnahmen nach § 47 h NWG	—	51	51	—	—
681 80-1	623	Entschädigungsleistungen für Nutzungseinschränkungen von Grundstücken auf Grund freiwilliger Vereinbarungen	3.200 —	9.500	9.402	+98	11.780
681 81-0	623	Ausgleichsleistungen nach § 51a NWG	—	1.000	—	+1.000	—
682 80-8	623	Zuschüsse an öffentl. Wasserversorgungsunternehmen für die Pacht von Flächen in Wasserschutzgebieten u.a. Maßnahmen n. §47hNWG	—	731	1.242	-511	420
683 80-4	623	Zuschüsse an private Unternehmen für die Pacht von Flächen in Wasserschutzgebieten u. andere Maßnahmen nach § 47h NWG	—	51	51	—	10
685 80-7	623	Zuschüsse an Landwirtschaftskammern für gewässerschutzorientierte Beratungen	500 —	500	500	—	540
685 81-5	623	Zuschüsse an Sonstige für die Pacht von Flächen in Wasserschutzgebieten u. andere Maßnahmen nach § 47h NWG	—	—	51	-51	—
686 80-3	623	Zuschüsse an Kongress und Ausstellung Wasser Berlin e.V.	—	—	15	-15	—
686 81-1	623	Zuschüsse an Sonstige für Modell-, Pilot- und Forschungsvorhaben	400 —	441	518	-77	—
883 80-3	623	Zuweisungen an Gemeinden (GV) für den Kauf von Flächen in Wasserschutzgebieten	—	—	51	-51	—
887 80-9	623	Zuweisungen an Wasser- und Bodenverbände für den Kauf von Flächen in Wasserschutzgebieten	—	—	205	-205	—
891 80-6	623	Zuschüsse an öffentl. Wasserversorgungsunternehmen für den Kauf von Flächen in Wasserschutzgebieten	—	—	400	-400	438
892 80-2	529	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen für eine gewässerschonende Güllagerung	—	—	—	—	153
892 81-0	623	Zuschüsse an private Unternehmen für den Kauf von Flächen in Wasserschutzgebieten	—	51	51	—	—
893 80-9	623	Zuschüsse an Sonstige für den Kauf von Flächen in Wasserschutzgebieten	—	—	51	-51	—

ERLÄUTERUNGEN

**Zu Titelgruppe 80/81**

Die Ausgaben für den Trinkwasserschutz sind in dieser Titelgruppe zusammengefasst. Weniger infolge Umschichtung innerhalb des privilegierten Bereiches nach § 47 h Abs. 3 S. 3 NWG (siehe Erläuterungen zu Titel 099 10).

Fördermaßnahmen für den Bereich des Trinkwasserschutzes erfolgen auf der Grundlage der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Vorhaben zum Schutz der Gewässer und des Wasserhaushalts vom 13.2.2002 (Nds. MBl. S. 215).

Ende der Förderung: 31.12.2006.

Zur EAGFL-Förderung siehe allg. Erläuterungen zu diesem Kapitel und Kapitel 15 02 TGr. 90.

**Zu 547 81**

Erkundung und Bewertung von Grundwasserbelastungen sowie zusätzliche Beratung der Forst- und Landwirtschaft und des Erwerbsgartenbaus im Interesse des Gewässerschutzes einschl. der damit im Zusammenhang stehenden Boden- und Gewässeruntersuchungen.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	2.881	500	–	3.381
2006	2.781	500	1.200	4.481
2007	1.700	1.000	1.200	3.900
2008	1.000	1.000	1.200	3.200
2009 ff.	–	–	1.200	1.200
Summe	8.362	3.000	4.800	16.162

**Zu 633 80**

Zuweisungen an Gemeinden bzw. Wasser- und Bodenverbände für die Pacht von Flächen in Wasserschutzgebieten und für weitere Maßnahmen nach § 47 h Abs. 3 S. 2 NWG.

**Zu 681 80**

Es sind veranschlagt die Ausgaben für Einschränkungen der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung aufgrund freiwilliger Vereinbarungen.

Die Nutzungseinschränkungen werden bei Abschluss von 6-jährigen freiwilligen Vereinbarungen aus dem EAGFL der EU gefördert. Ein Teil der im Haushaltsjahr 2005 ausgebrachten VE ist für die Durchführung der EAGFL-Programme bestimmt.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	5.356	500	–	5.856
2006	4.822	500	800	6.122
2007	2.435	1.000	800	4.235
2008	–	1.000	800	1.800
2009 ff.	–	–	800	800
Summe	12.613	3.000	3.200	18.813

**Zu 681 81**

Es sind veranschlagt die Ausgaben für Ausgleichsleistungen nach § 51 a NWG für Einschränkungen einer ordnungsgemäßen Land- oder Forstwirtschaft.

**Zu 682 80**

Zuschüsse an öffentliche Wasserversorgungsunternehmen für die Durchführung von Maßnahmen zum Trinkwasserschutz.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	704	–	–	704
2006	729	–	–	729
2007	–	–	–	–
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	1.433	–	–	1.433

**Zu 685 80**

Bei der Erarbeitung von Grundlagen für Maßnahmen im Rahmen von § 47 h NWG ist die fachtechnische Beratung von Dienststellen der Landwirtschaftskammern nötig. Gleichzeitig können die Landwirtschaftskammern Vermittlungs- und Schulungsaufgaben im Auftrag der Wasserwirtschaftsverwaltung erfüllen.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	500	–	–	500
2006	–	–	250	250
2007	–	–	250	250
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	500	–	500	1.000

**Zu 686 81**

Forschungsvorhaben, Modell- und Pilotprojekte zum Schutz des Grundwassers sowie für eine schonende Grundwasserbewirtschaftung durch Dritte.

Belastung (2005)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2005	227	100	–	327
2006	20	100	200	320
2007	–	100	150	250
2008	–	–	50	50
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	247	300	400	947

**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 1556 Verwendung der Wasserentnahmegebühr**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Abschluss Kapitel 1556</b>					
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmitteln		56.900	56.900	—	
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		56.900	56.900	—	
		4 Personalausgaben	—	—	—	—	
			1.144				
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	4.800	5.720	6.308	-588	
			6.300				
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7.381	17.861	17.202	+659	
			—				
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	800	1.993	3.421	-1.428	
			—				
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	17.578	16.112	+1.466	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	12.981	43.152	43.043	+109	
			7.444				
		<b>Überschuss</b>		13.748	13.857	-109	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

Einzelplan 15 Umweltministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004 1000 EUR	Ansatz 2005 1000 EUR	Ansatz 2004 1000 EUR	+ = mehr - = weniger 1000 EUR	Ist 2003 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Gesamtabschluss Einzelplan 15</b>					
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmitteln		82.900	82.900	—	
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		31.683	34.619	-2.936	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		17.262	22.517	-5.255	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		80.722	70.698	+10.024	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		212.567	210.734	+1.833	
		4 Personalausgaben	—	55.153	81.465	-26.312	
			5.209				
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	5.150	40.869	52.309	-11.440	
			9.091				
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	12.853	106.553	75.484	+31.069	
			9.120				
		7 Baumaßnahmen	25.621	21.942	19.634	+2.308	
			51.372				
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	28.632	72.751	70.548	+2.203	
			1.728				
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	37.066	40.226	-3.160	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	72.256	334.334	339.666	-5.332	
			76.520				
		<b>Zuschuss</b>		121.767	128.932	-7.165	



**Einzelplan 15 Umweltministerium**  
**Kapitel 5151 Rücklage für die Zwischenlagerung schwachradioaktiver Abfälle**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004  1000 EUR	Ansatz 2005  1000 EUR	Ansatz 2004  1000 EUR	+ = mehr - = weniger  1000 EUR	Ist 2003  1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>EINNAHMEN</b>					
359 10-0		Zuführung von Kapitel 1501 Titel 919 61 <i>Vgl. K-Vermerk zu 919 10.</i>		221	44	+177	–
361 01-5		Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre		–	–	–	–
		<b>AUSGABEN</b>					
919 10-5		Abführung an Kapitel 1501 Titel 359 61 <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur</i> <i>Höhe der Isteinnahmen bei 359 10.</i> <i>*** Die nicht durch Einnahmen im laufenden</i> <i>Haushaltsjahr gedeckten Ausgaben sind als</i> <i>Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.</i>	–	1	–	+1	–
982 01-0		Übertrag des Bestandes in das Folgejahr	–	–	–	–	–
		<b>Abschluss Kapitel 5151</b>					
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Inve- stitionen, besondere Finanzierungsein- nahmen		221	44	+177	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		221	44	+177	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	–	1	–	+1	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	–	1	–	+1	
		<b>Überschuss</b>		220	44	+176	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu Kapitel 5151**

In diesem Kapitel wird der Anteil am Gebührenaufkommen für die Zwischenlagerung schwachradioaktiver Stoffe dargestellt, der im Kapitel 15 01 (Umweltministerium) nicht im Jahr der Einnahme verwendet wird. Die im Jahr der Ablieferung in das Zwischenlager noch nicht benötigten Einnahmen werden jeweils der Rücklage zugeführt. Soweit in künftigen Jahren Kosten der Zwischenlagerung und des Transports der Abfälle in ein späteres Endlager des Bundes anfallen, werden sie aus dieser Rücklage finanziert und jeweils bedarfsgerecht dem Umweltministerium zugeführt werden. Dieses Verfahren bietet den Vorteil, dass bis zur Betriebsaufnahme eines Endlagers kein unüberschaubarer Finanzierungsbedarf aus allgemeinen Deckungsmitteln entsteht.



# **Einzelplan 15**

**Umweltministerium**

---

## **Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise**

**für das**

**Haushaltsjahr 2005**

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamtinnen und Beamte<sup>1)</sup></b>			
			Feste Gehälter:
B 9 <sup>2)</sup>	1	1	Staatssekretärin, Staatssekretär
B 6	4	4	Ministerialdirigentin, Ministerialdirigent
B 4 <sup>21)</sup>	1	—	
B 3	5	5	Leitende Ministerialrätin, Leitender Ministerialrat
B 2 <sup>7)</sup>	16	16	Ministerialrätin, Ministerialrat
			Aufsteigende Gehälter:
A 16	23	23	Ministerialrätin, Ministerialrat
A 15 <sup>9)</sup> 22)	37	35	Direktorin, Direktor
A 14 <sup>10)</sup> 15)	24	19	Oberrätin, Oberrat
A 13 <sup>19)</sup>	5	2	Rätin, Rat
A 13 <sup>3)</sup>	1	1	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 13 <sup>6)</sup>	35	32	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 12 <sup>16)</sup>	35	32	Amtsärztin, Amtsarzt
A 11 <sup>11)</sup>	15	13	Amtfrau, Amtmann
A 9 <sup>4)</sup>	2	2	Amtsinspektorin, Amtsinspektor
A 9	5	5	Amtsinspektorin, Amtsinspektor
A 8 <sup>20)</sup>	1	3	Hauptsekretärin, Hauptsekretär
	<b>210</b>	<b>193</b>	<b>Zusammen</b>
			<b>Stellen zu Titel 422 31<sup>8)</sup></b>
B 2	—	2	Ministerialrätin, Ministerialrat
			Leerstellen:
B 2 <sup>5)</sup>	1	1	Ministerialrätin, Ministerialrat
A 16 <sup>5)</sup>	1	2	Ministerialrätin, Ministerialrat
A 12 <sup>5)</sup>	3	4	Amtsärztin, Amtsarzt
A 11 <sup>5)</sup>	1	1	Amtfrau, Amtmann
A 9 <sup>5)</sup>	1	1	Amtsinspektorin, Amtsinspektor
	<b>7</b>	<b>9</b>	<b>Zusammen</b>
<p>1) Für die Geschäftsführung der Nieders. Umweltstiftung werden bis zu 1,35 Stellen und für die Geschäftsführung der Nieders. Wattenmeerstiftung werden bis zu 0,85 Stellen in Anspruch genommen.</p> <p>2) Die Stelleninhaberinnen oder der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. B 9 LBesO.</p> <p>3) Die Stelleninhaberinnen oder der Stelleninhaber erhält als Beamtin bzw. Beamter des gehobenen technischen Dienstes eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zu Bes.-Gr. A 13 BBesO.</p> <p>4) Die Stelleninhaberinnen bzw. die Stelleninhaber erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.</p> <p>5) kw.</p> <p>6) Unbesetzt. (1 Stelle darf (in Höhe von 50 v.H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.)</p> <p>7) 1 Stelle darf (in Höhe von 25 v.H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.</p> <p>8) Unbesetzt (kw nach Versetzung oder Eintritt der Stelleninhaberinnen oder Stelleninhaber in den Ruhestand).</p> <p>9) 1 Stelle darf (in Höhe von 25 v.H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.</p> <p>10) Davon 2 kw ab 1. 1. 2006 infolge ZV II.</p> <p>11) Davon 5 kw infolge ZV II.</p> <p>12) Unbesetzt.</p> <p>13) Unbesetzt.</p> <p>14) Unbesetzt.</p> <p>15) Unbesetzt (Davon 3 kw mit Ablauf des 31. 12. 2004).</p> <p>16) Unbesetzt (Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2004.)</p> <p>17) Unbesetzt.</p> <p>18) Unbesetzt.</p> <p>19) Davon 1 kw.</p> <p>20) kw infolge ZV II.</p> <p>21) kw infolge ZV II.</p> <p>22) Davon 1 kw infolge ZV II.</p>			

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	2	davon
		1 verlagert von Kap. 15 03 und
		1 verlagert von Kap. 15 20
		(jeweils gem. § 50 Abs. 2 LHO
		bereits 2004 umgesetzt)
Bes.-Gr. A 13	1	verlagert von Kap. 15 06
		(gem. § 50 Abs. 2 LHO bereits
		2004 umgesetzt)
Bes.-Gr. A 11	2	davon
		1 verlagert von Kap. 15 20
		(gem. § 50 Abs. 2 LHO bereits
		2004 umgesetzt) und
		1 neu – Ersatz für eine Angest.-
		Stelle, techn. Dienst
		(Verg.-Gr. IV b BAT) im Havarie-
		kommando, Fachbereich 3
		(15 52 TGr. 82/83); Erstattung der
		Personalausgaben s. 15 01 – 381 12
Zusammen	<u>5</u>	
Zugänge infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	1	} Verlagerung von Kap. 03 05
Bes.-Gr. A 14	1	
Bes.-Gr. A 13 h.D.	1	
Bes.-Gr. A 13 g.D.	1	
Bes.-Gr. A 12	1	
Bes.-Gr. A 11	2	
Bes.-Gr. B 4	1	} Verlagerung von Kap. 15 03
Bes.-Gr. A 15	1	
Bes.-Gr. A 14	2	
Bes.-Gr. A 13 h.D.	2	
Bes.-Gr. A 12	1	
Bes.-Gr. A 14	3	} Verlagerung von Kap. 15 06
Bes.-Gr. A 13 g.D.	1	
Bes.-Gr. A 12	2	
Bes.-Gr. A 11	1	
Bes.-Gr. A 14	1	} Verlagerung von Kap. 15 50
Zusammen	<u>22</u>	
Zugänge insgesamt	27	

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	3	infolge Vollzugs
		des Haushaltsvermerks Nr. 15
Bes.-Gr. A 12	1	infolge Vollzugs
		des Haushaltsvermerks Nr. 16
Bes.-Gr. A 11	1	verlagert in das Kap. 15 06
		(gem. § 50 Abs. 2 LHO bereits
		2004 umgesetzt)
Bes.-Gr. A 8	2	infolge Umwandlung
		in Stellen der Verg.-Gr. V c
Zusammen	<u>7</u>	

Abgänge infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	1	infolge ZV II
Bes.-Gr. A 11	2	infolge ZV II
Zusammen	<u>3</u>	
Abgänge insgesamt	10	
Bleiben Zugänge	17	

Stellen zu Titel 422 31:

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. B 2	2	infolge Vollzugs
		des Haushaltsvermerks Nr. 8

Leerstellen	Stellen	
Abgänge:		
Bes.-Gr. A 16	1	} infolge Teilvervollzugs
Bes.-Gr. A 12	1	
Zusammen	<u>2</u>	des Haushaltsvermerks Nr. 5

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 12 bis 14, 17 und 18 wurden gestrichen. Die Haushaltsvermerke Nr. 8, 15 und 16 wurden vollzogen. Der Haushaltsvermerk Nr. 6 wurde gestrichen wegen Aktualisierung (siehe Haushaltsvermerke Nr. 7 und 9). Die Haushaltsvermerke Nr. 7 und 9 wurden neu besetzt.

Sonstige Veränderungen infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:

Die Haushaltsvermerke Nr. 10 und 11 wurden neu besetzt. Die Haushaltsvermerke Nr. 20 bis 22 wurden neu ausgebracht.

Übersicht der infolge ZV II mit kw-Vermerken ausgebrachten Stellen:

	Stellen
Bes.-Gr. B 4	1
Bes.-Gr. A 15	1
Bes.-Gr. A 14	2
Bes.-Gr. A 11	5
Bes.-Gr. A 8	1
Zusammen	<u>10</u>

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte</b>			
A 16			
Außertariflich	1	1	
I	2	2	
I a <sup>5)</sup>	8	7	
I b <sup>4)</sup>	4	1	
II a <sup>10)</sup>	5	3	
III <sup>6)</sup>	11	8	
IV a	2	—	
V b <sup>1)9)</sup>	6	5	
V c	9	8	
VI b <sup>1)</sup>	19	19	
VII	1	1	
IX b–VII <sup>2)12)</sup>	8	8	
	<b>76</b>	<b>63</b>	<b>Zusammen</b>
<b>Leerstellen:</b>			
I a <sup>3)</sup>	1	—	
I b <sup>3)</sup>	1	1	
II a <sup>3)</sup>	1	1	
V b <sup>3)</sup>	1	1	
VI b <sup>3)</sup>	1	—	
IX b–VII <sup>3)</sup>	3	3	
	<b>8</b>	<b>6</b>	<b>Zusammen</b>

1) Die erste Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers und die erste Vorzimmerkraft der Staatssekretärin/des Staatssekretärs sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert. Sie erhalten eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. V b und IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung werden sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt gleichzeitig.

Die zweite Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers, der Staatssekretärin/des Staatssekretärs und die jeweiligen Sekretärinnen der Abteilungsleiter/-innen und der selbstständigen dem/der Staatssekretär/-in unmittelbar unterstellten Referatsgruppenleiter/-in sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhalten sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach sechsjähriger Bewährung in der vorgenannten Vorzimmertätigkeit werden sie in Verg.-Gr. VI b eingruppiert. Die vorgenannte persönliche Zulage wird bis zum Ausscheiden aus der Vorzimmertätigkeit weitergewährt.

Die vorstehend genannten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der tariflichen Zulage gewährt.

Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

2) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

3) kw.

4) Davon 1 kw.

5) 1 Stelle darf (in Höhe von 50 v.H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

6) Davon 1 kw infolge ZV II.

7) Unbesetzt.

8) Unbesetzt.

9) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 7. 2005 infolge ZV II.

10) Davon 1 kw nach Ende der Zuweisung eines Beamten der Bes.-Gr. A 15 an die Clausthaler Umwelttechnik GmbH – Cutec – Institut.

11) Unbesetzt.

12) Davon 1 kw infolge ZV II.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Angestellte**

Zugänge:	Stellen	
Verg.-Gr. V c	2	infolge Umwandlung von Planstellen der Bes.-Gr. A 8
Zusammen	2	
Zugänge infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:		
	Stellen	
Verg.-Gr. I b	2	} Verlagerung von Kap. 03 05
Verg.-Gr. V b	1	
Verg.-Gr. I a	1	} Verlagerung von Kap. 15 03
Verg.-Gr. I b	1	
Verg.-Gr. II a	1	
Verg.-Gr. IV a	1	
Verg.-Gr. IV a	1	Verlagerung von Kap. 15 20
Verg.-Gr. II a	1	} Verlagerung von Kap. 15 50
Verg.-Gr. III	3	
Zusammen	12	
Zugänge insgesamt	14	
Abgänge infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:		
	Stellen	
Verg.-Gr. V c	1	infolge ZV II
Zusammen	1	
Bleiben Zugänge	13	

Leerstellen:

Zugänge:	Stellen
Verg.-Gr. I a	1
Verg.-Gr. VI b	1
Zusammen	2

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 7 und 8 wurden gestrichen.

Sonstige Veränderungen infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:

Die Haushaltsvermerke Nr. 6 und 9 wurden neu besetzt. Der Haushaltsvermerk Nr. 12 wurde neu ausgebracht.

Eine aus Kapitel 03 05 verlagerte Stelle der Verg.-Gr. I b wird vorübergehend bei der Regierungsvertretung Braunschweig eingesetzt.

Übersicht der infolge ZV II mit kw-Vermerken ausgebrachten Stellen:

	Stellen
Verg.-Gr. III	1
Verg.-Gr. V b	1
Verg.-Gr. IX–VII	1
Zusammen	3

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Arbeiter/-innen</b>			
5/5 a	2	2	
4/4 a <sup>2)</sup>	5	4	
3/3 a <sup>3)</sup>	6	6	
	13	12	Zusammen

- 1) Unbesetzt.
- 2) Davon 1 kw infolge ZV II.
- 3) Davon 1 kw infolge ZV II.

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Zugänge infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:

	Stellen	
Lohn-Gr. 4/4 a	1	Verlagerung von Kap. 15 03
Zusammen	1	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 wurde gestrichen.

Sonstige Veränderungen infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:

Die Haushaltsvermerke Nr. 2 und 3 wurden neu ausgebracht.

Übersicht der infolge ZV II mit kw-Vermerken ausgebrachten Stellen:

	Stellen
Lohn-Gr. 4/4 a	1
Lohn-Gr. 3/3 a	1
Zusammen	2

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamtinnen und Beamte</b>			
B 4	—	1	Feste Gehälter: Präsidentin oder Präsident des Landesamtes für Ökologie
B 2	—	1	Vizepräsidentin oder Vizepräsident des Landesamtes für Ökologie
A 16	—	4	Aufsteigende Gehälter: Leitende Direktorin beim Landesamt für Ökologie und Professorin, Leitender Direktor beim Landesamt für Ökologie und Professor
A 15	—	8	Direktorin beim Landesamt für Ökologie und Professorin, Direktor beim Landesamt für Ökologie und Professor
A 15	—	11	Direktorin, Direktor
A 14	—	22	Oberrätin, Oberrat
A 13 <sup>10)</sup>	—	22	Rätin, Rat
A 13 <sup>2)</sup>	—	5	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 12	—	7	Amtsärztin, Amtsarzt
A 11	—	9	Amtsfrau, Amtmann
A 10	—	4	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9 <sup>3)</sup>	—	5	Amtsinspektorin, Amtsinspektor
A 8	—	1	Hauptsekretärin, Hauptsekretär
	—	100	Zusammen
A 10 <sup>4)</sup>	—	1	Leerstellen: Oberinspektorin, Oberinspektor
	—	1	Zusammen

- 1) Unbesetzt.
- 2) 1 Stelleninhaberin oder Stelleninhaber erhält als Beamtin oder Beamter des gehobenen technischen Dienstes eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zu Bes.-Gr. A 13 BBesO.
- 3) 2 Stelleninhaberinnen oder Stelleninhaber erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zu Bes.-Gr. A 9 BBesO.
- 4) kw.
- 5) Unbesetzt.
- 6) Unbesetzt.
- 7) Unbesetzt.
- 8) Unbesetzt.
- 9) Unbesetzt.
- 10) 1 Stelle darf (in Höhe von 75 v.H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	1	verlagert nach Kapitel 15 01 (gem. § 50 Abs. 2 LHO bereits 2004 umgesetzt)
Zusammen	1	
Abgänge infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:		
Stellen		
Technischer Dienst		
Bes.-Gr. A 12	1	} Verlagerung nach Kapitel 08 18
Nichttechnischer Dienst		
Bes.-Gr. A 13 h.D.	2	
Bes.-Gr. B 4	1	} Verlagerung nach Kapitel 15 01
Technischer Dienst		
Bes.-Gr. A 15	1	
Bes.-Gr. A 14	1	
Bes.-Gr. A 13 h.D.	1	
Bes.-Gr. A 12	1	
Nichttechnischer Dienst		
Bes.-Gr. A 14	1	
Bes.-Gr. A 13 h.D.	1	
Technischer Dienst		
Bes.-Gr. A 16	2	} Verlagerung nach Kapitel 15 06
Bes.-Gr. A 15	1	
Bes.-Gr. A 14	1	
Bes.-Gr. A 13 g.D.	1	
Bes.-Gr. A 11	3	
Bes.-Gr. A 10	1	
Bes.-Gr. A 8	1	
Nichttechnischer Dienst		
Bes.-Gr. A 15	7	
Bes.-Gr. A 14	7	
Bes.-Gr. A 13 h.D.	2	
Bes.-Gr. A 13 g.D.	2	
Bes.-Gr. A 12	1	
Bes.-Gr. A 11	3	
Bes.-Gr. A 10	3	
Bes.-Gr. A 9 m.D.	3	
Bes.-Gr. B 2	1	
Technischer Dienst		
Bes.-Gr. A 16	2	} Verlagerung nach Kapitel 15 55
Bes.-Gr. A 15	4	
Bes.-Gr. A 14	1	
Bes.-Gr. A 13 h.D.	7	
Bes.-Gr. A 13 g.D.	1	
Bes.-Gr. A 12	2	
Bes.-Gr. A 11	2	
Nichttechnischer Dienst		
Bes.-Gr. A 15	6	
Bes.-Gr. A 14	10	
Bes.-Gr. A 13 h.D.	9	
Bes.-Gr. A 13 g.D.	1	
Bes.-Gr. A 12	2	
Bes.-Gr. A 11	1	
Bes.-Gr. A 9 m.D.	2	
Zusammen	99	
Abgänge insgesamt	100	

Leerstellen:  
Abgänge infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:  
Stellen  
Bes.-Gr. A 10 1 Verlagerung nach Kapitel 15 55  
Zusammen 1

Sonstige Veränderungen:  
Die Haushaltsvermerke Nr. 5, 7 und 8 wurden gestrichen.

Sonstige Veränderungen infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:  
Die Haushaltsvermerke Nr. 2 und 4 wurden im Zuge der Stellenverlagerungen nach Kapitel 15 55 umgesetzt.  
Der Haushaltsvermerk Nr. 3 wurde im Zuge der Stellenverlagerungen für eine Stelle nach Kapitel 15 06 und für eine Stelle nach Kapitel 15 55 umgesetzt.  
Der Haushaltsvermerk Nr. 10 wurde im Zuge der Stellenverlagerungen nach Kapitel 15 06 umgesetzt.  
Im Stellenplan zu Kapitel 15 03 erfolgt die Angabe der umgesetzten Haushaltsvermerke Nr. 2, 3, 4 und 10 nur noch zu Informationszwecken.

Eine bisher auf den Nichttechnischen Dienst entfallende Planstelle der Bes.-Gr. A 16 wurde mit der Verlagerung an das Kapitel 15 06 dem Technischen Dienst zugeordnet.



Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Beamtete Hilfskräfte**

Abgang infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:  
Stellen  
Bes.-Gr. A 13 1 Verlagerung nach Kapitel 15 55

**Angestellte**

Abgänge: Stellen  
Verg.-Gr. VII 1 infolge Teilvollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 19 (ZV I)  
Verg.-Gr. VIII 1 infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 20 (ZV I)  
Verg.-Gr. IX b-VII 2 infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 22 (ZV I)  
Zusammen 4

Abgänge infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:

Stellen  
Verg.-Gr. II a 2 }  
Verg.-Gr. IV a 1 } Verlagerung nach Kapitel 08 18  
Verg.-Gr. V b 1 }  
Verg.-Gr. V c 1 }  
Verg.-Gr. VII 1 } Verlagerung nach Kapitel 09 41  
Verg.-Gr. I a 1 }  
Verg.-Gr. I b 1 } Verlagerung nach Kapitel 15 01  
Verg.-Gr. II a 1 }  
Verg.-Gr. IV a 1 }  
Verg.-Gr. I b 4 }  
Verg.-Gr. II a 15 }  
Verg.-Gr. III 7 }  
Verg.-Gr. IV a 12 } Verlagerung nach Kapitel 15 06  
Verg.-Gr. IV b 6 }  
Verg.-Gr. V b 13 }  
Verg.-Gr. V c 10 }  
Verg.-Gr. VI b 8 }  
Verg.-Gr. VII 17 }  
Verg.-Gr. IX b-VII 5 }  
Verg.-Gr. II a 2 } Verlagerung nach Kapitel 15 22  
Verg.-Gr. VII 1 }  
Verg.-Gr. I a 1 }  
Verg.-Gr. I b 1 }  
Verg.-Gr. II a 17 }  
Verg.-Gr. III 18 }  
Verg.-Gr. IV a 22 }  
Verg.-Gr. IV b 9 } Verlagerung nach Kapitel 15 55  
Verg.-Gr. V b 19 }  
Verg.-Gr. V c 21 }  
Verg.-Gr. VI b 39 }  
Verg.-Gr. VII 14 }  
Verg.-Gr. VIII 5 }  
Verg.-Gr. IX b-VII 5 }  
Verg.-Gr. V b 1 } Stellenabbau infolge ZV II  
Verg.-Gr. VIII 1 }

Zusammen 283  
Abgänge insgesamt 287

Leerstellen:  
Zugang: Stellen  
Verg.-Gr. VII 1  
Zusammen 1

Abgang: Stellen  
Verg.-Gr. VI b 1 infolge Teilvollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 8  
Zusammen 1

Abgänge infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:

Stellen  
Verg.-Gr. IV a 1 }  
Verg.-Gr. VII 2 } Verlagerung nach Kapitel 15 06  
Verg.-Gr. IX b-VII 1 }  
Verg.-Gr. II a 1 } Verlagerung nach Kapitel 15 22  
Verg.-Gr. IV a 2 }  
Verg.-Gr. IV b 1 }  
Verg.-Gr. V b 1 } Verlagerung nach Kapitel 15 55  
Verg.-Gr. VI b 2 }  
Verg.-Gr. VII 2 }  
Verg.-Gr. IX b-VII 1 }  
Zusammen 14  
Abgänge insgesamt 15  
Bleiben Abgänge 14

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 7 wurde geändert.  
Der Haushaltsvermerk Nr. 9 (bisher unbesetzt) wurde neu ausgebracht.  
Die Haushaltsvermerke Nr. 14 bis 17 und 21 wurden gestrichen.  
Der Haushaltsvermerk Nr. 19 wurde aufgrund des Teilvollzugs angepasst.  
Die Haushaltsvermerke Nr. 20 und 22 wurden vollzogen.

Sonstige Veränderungen infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:

Die Haushaltsvermerke Nr. 1 und 2 konnten entfallen.  
Der Haushaltsvermerk Nr. 4 wurde im Zuge der Stellenverlagerungen für fünf Stellen nach Kapitel 15 06 und für fünf Stellen nach Kapitel 15 55 umgesetzt.  
Der Haushaltsvermerk Nr. 7 wurde im Zuge der Stellenverlagerungen nach Kapitel 15 55 umgesetzt.  
Der Haushaltsvermerk Nr. 8 wurde im Zuge der Stellenverlagerungen für vier Stellen nach Kapitel 15 06, für eine Stelle nach Kapitel 15 22 und für neun Stellen nach Kapitel 15 55 umgesetzt.  
Der Haushaltsvermerk Nr. 9 wurde im Zuge der Stellenverlagerungen nach Kapitel 15 06 umgesetzt.  
Der Haushaltsvermerk Nr. 18 wurde im Zuge der Stellenverlagerungen für Verg.-Gr. IV a und für Verg.-Gr. V b nach Kapitel 15 55 und für Verg.-Gr. VI b nach Kapitel 15 06 umgesetzt.  
Der Haushaltsvermerk Nr. 19 wurde im Zuge der Stellenverlagerungen für eine Stelle nach Kapitel 15 06 und für eine Stelle nach Kapitel 15 55 umgesetzt.  
In den Stellenübersichten zu Kapitel 15 03 erfolgt die Angabe der umgesetzten Haushaltsvermerke Nr. 4, 7, 8, 9, 18 und 19 nur noch zu Informationszwecken.

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Arbeiter/-innen</b>			1) Davon 1 DW.
7	—	3	2) Unbesetzt.
6	—	2	3) Unbesetzt.
4 <sup>1)</sup> 6 <sup>2)</sup> 8 <sup>3)</sup>	—	8	4) Unbesetzt.
	—	13	5) Unbesetzt.
		Zusammen	6) Unbesetzt. (1 Stelle darf (in Höhe von 25 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.)
			7) Unbesetzt.
			8) Unbesetzt. (Davon 1 kw infolge ZV bis 2003.)
			9) Unbesetzt.

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 4	1	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 8 (ZV I)
Zusammen	1	

Sonstige Veränderungen:  
 Nach Wegfall der Lohn-Gr. 3 ab 2004 gehört der Haushaltsvermerk Nr. 1 jetzt zu Lohn-Gr. 4.  
 Die Haushaltsvermerke Nr. 5, 7 und 9 wurden gestrichen.  
 Der Haushaltsvermerk Nr. 6 wurde gestrichen.  
 Der Haushaltsvermerk Nr. 8 wurde vollzogen.

Abgänge infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:	Stellen	
Lohn-Gr. 4	1	Verlagerung nach Kapitel 15 01
Lohn-Gr. 7	1	
Lohn-Gr. 6	1	
Lohn-Gr. 4	2	Verlagerung nach Kapitel 15 06
Lohn-Gr. 7	2	
Lohn-Gr. 6	1	Verlagerung nach Kapitel 15 55
Lohn-Gr. 4	3	
Lohn-Gr. 4	1	
Zusammen	12	
Abgänge insgesamt	13	

Sonstige Veränderungen infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:  
 Der Haushaltsvermerk Nr. 1 wurde im Zuge der Stellenverlagerungen nach Kapitel 15 55 umgesetzt.  
 In den Bedarfsnachweisen zu Kapitel 15 03 erfolgt die Angabe des umgesetzten Haushaltsvermerks Nr. 1 nur noch zu Informationszwecken.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamtinnen und Beamte<sup>1)</sup></b>			
A 16 <sup>31)</sup>	7	5	Aufsteigende Gehälter: Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 15 <sup>12)29)</sup>	33	19	Direktorin, Direktor
A 14 <sup>9)</sup>	49	37	Oberrätin, Oberrat
A 13 <sup>4)10)13)18)30)</sup>	31	29	Rätin, Rat
A 13 <sup>5)6)25)</sup>	26	25	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 12 <sup>7)8)</sup>	78	77	Amtsärztin, Amtsarzt
A 11 <sup>19)22)23)</sup>	114	97	Amtfrau, Amtmann
A 10 <sup>20)24)26)</sup>	60	46	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9 <sup>27)</sup>	2	—	Inspektorin, Inspektor
A 9 <sup>2)</sup>	8	6	Amtsinspektorin, Amtsinspektor
A 9	31	25	Amtsinspektorin, Amtsinspektor
A 8	42	40	Hauptsekretärin, Hauptsekretär
A 7 <sup>28)</sup>	22	21	Obersekretärin, Obersekretär
	<b>503</b>	<b>427</b>	<b>Zusammen</b>
<b>Stellen zu Titel 422 31<sup>11)</sup></b>			
A 13	—	1	Oberamtsrätin, Oberamtsrat (davon 1 mit Amtszulage)
A 12	—	2	Amtsärztin, Amtsarzt
A 10	—	1	Oberinspektorin, Oberinspektor
	—	4	<b>Zusammen</b>
<b>Leerstellen:</b>			
A 14 <sup>3)</sup>	1	1	Oberrätin, Oberrat
A 13 <sup>3)</sup>	1	1	Rätin, Rat
A 13 <sup>3)</sup>	—	1	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 12 <sup>3)</sup>	—	1	Amtsärztin, Amtsarzt
A 11 <sup>3)</sup>	4	3	Amtfrau, Amtmann
A 10 <sup>3)</sup>	6	2	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 7 <sup>3)</sup>	—	1	Obersekretärin, Obersekretär
	<b>12</b>	<b>10</b>	<b>Zusammen</b>
<p>1) Die allein den Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes vom 21. August 1992 (BGBl. I S. 1597) vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.</p> <p>2) Die Stelleninhaberinnen oder Stelleninhaber erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zu Bes.-Gr. A 9 BBesO.</p> <p>3) kw.</p> <p>4) 1 Stelle darf (in Höhe von 75 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.</p> <p>5) Vier Stelleninhaberinnen oder Stelleninhaber erhalten als Beamtinnen oder Beamte des gehobenen technischen Dienstes eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zu Bes.-Gr. A 13 BBesO.</p> <p>6) Unbesetzt. (1 Stelle darf (in Höhe von 20 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.)</p> <p>7) 1 Stelle darf (in Höhe von 80 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden. (1 Stelle darf (in Höhe von 45 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.)</p> <p>8) 1 Stelle darf (in Höhe von 25 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.</p> <p>9) Davon 3 kw infolge ZV II.</p> <p>10) Davon 10 kw infolge ZV II.</p> <p>11) Unbesetzt. (kw nach Versetzung oder Eintritt der Stelleninhaberinnen oder Stelleninhaber in den Ruhestand.)</p> <p>12) Für die Dauer der Beschäftigung eines Landesbediensteten bei der Nieders. Sonderabfalldeponie Hoheneggelsen GmbH ist die Wiederbesetzung der Stelle ausgeschlossen.</p> <p>13) Davon 1 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.</p> <p>14) Unbesetzt.</p> <p>15) Unbesetzt.</p> <p>16) Unbesetzt.</p> <p>17) Unbesetzt.</p> <p>18) Davon 2 (3) kw infolge ZV I.</p> <p>19) Davon 1 (4) kw infolge ZV I.</p> <p>20) Davon 4 (6) kw infolge ZV I.</p> <p>21) Unbesetzt.</p> <p>22) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 5. 2005 infolge ZV I.</p> <p>23) Davon 1 kw mit Ablauf des 30. 11. 2005 infolge ZV I.</p> <p>24) Davon 1 kw mit Ablauf des 30. 9. 2005 infolge ZV I.</p> <p>25) Davon 1 kw infolge ZV II.</p> <p>26) Davon 1 kw infolge ZV II.</p> <p>27) Davon 2 kw infolge ZV II.</p> <p>28) Davon 3 kw infolge ZV II.</p> <p>29) Davon 1 kw nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen (Lüneburg).</p> <p>30) 1 Stelle darf (in Höhe von 30 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.</p> <p>31) Eine Stelleninhaberinnen oder ein Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Vorbemerkung Nr. 21 zur BBesO. A und B.</p>			

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 11	1	verlagert von Kap. 15 01 (gem. § 50 Abs. 2 LHO bereits 2004 umgesetzt)
Bes.-Gr. A 10	4	verlagert von Kap. 03 05 (gem. § 50 Abs. 1 LHO bereits 2004 umgesetzt)
Zusammen	5	
Zugänge infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:		
Stellen		
Nichttechn. Dienst		
Bes.-Gr. A 15	2	} Verlagerung von Kap. 03 05
Bes.-Gr. A 14	3	
Bes.-Gr. A 13 h.D.	1	
Bes.-Gr. A 12	2	
Bes.-Gr. A 11	7	
Bes.-Gr. A 10	6	
Bes.-Gr. A 9 g.D.	2	
Bes.-Gr. A 9 m.D. mit Zulage	1	
Bes.-Gr. A 9 m.D.	4	
Bes.-Gr. A 8	1	
Bes.-Gr. A 7	1	
Nichttechn. Dienst		
Bes.-Gr. A 15	4	} Verlagerung von Kap. 05 40
Bes.-Gr. A 14	4	
Bes.-Gr. A 11	5	
Technischer Dienst		
Bes.-Gr. A 16	2	} Verlagerung von Kap. 15 03
Bes.-Gr. A 15	1	
Bes.-Gr. A 14	1	
Bes.-Gr. A 13 g.D.	1	
Bes.-Gr. A 11	3	
Bes.-Gr. A 10	1	
Bes.-Gr. A 8	1	
Nichttechn. Dienst		
Bes.-Gr. A 15	7	} Verlagerung von Kap. 15 03
Bes.-Gr. A 14	7	
Bes.-Gr. A 13 h.D.	2	
Bes.-Gr. A 13 g.D.	2	
Bes.-Gr. A 12	1	
Bes.-Gr. A 11	3	
Bes.-Gr. A 10	3	
Bes.-Gr. A 9 m.D. mit Zulage	1	
Bes.-Gr. A 9 m.D.	2	
Zusammen	81	
Zugänge insgesamt	86	
Abgänge:		
Bes.-Gr. A 13 h.D.	1	infolge Teilvollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 18 (ZV I)
Bes.-Gr. A 13 g.D.	1	verlagert nach Kap. 15 01 (gem. § 50 Abs. 2 LHO bereits 2004 umgesetzt)
Bes.-Gr. A 11	1	infolge Teilvollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 19 (ZV I)
Zusammen	3	
Abgänge infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:		
Stellen		
Technischer Dienst		
Bes.-Gr. A 14	3	} Verlagerung nach Kap. 15 01
Bes.-Gr. A 13 g.D.	1	
Bes.-Gr. A 12	2	
Nichttechn. Dienst		
Bes.-Gr. A 11	1	
Zusammen	7	
Abgänge insgesamt	10	
Bleibt Zugang	76	

Von den Planstellen für Beamte des höheren und des gehobenen Dienstes entfallen auf den Technischen Dienst:

Bes.-Gr.	Stellen
A 16	7
A 15	20
A 14	35
A 13 (höh. D.)	28
A 13 (geh. D.)	24
A 12	69
A 11	90
A 10	47
<b>Insgesamt</b>	<b>320</b>

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG in der jeweils geltenden Fassung:

<b>Mittlerer Dienst</b>	
Bes.-Gr.	§ 2 Nr. 5 der VO
A 9 mit Amtszulage	8
A 9	31
A 8	42
A 7	21
A 6	—
<b>Insgesamt</b>	<b>102</b>

Stellen zu Titel 422 31:

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 (geh. D.)	1	} infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 11
Bes.-Gr. A 12	2	
Bes.-Gr. A 10	1	
Zusammen	4	

Leerstellen:

Zugänge:	Stellen
Bes.-Gr. A 11	1
Zusammen	1

Zugänge infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 10	4	Verlagerung von Kap. 03 05
Zusammen	4	
Zugänge insgesamt	5	

Abgänge:

Bes.-Gr. A 13 g.D.	1	} infolge Teilvollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 3
Bes.-Gr. A 12	1	
Bes.-Gr. A 7	1	
Zusammen	3	
Bleibt Zugang	2	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 6 wurde gestrichen.  
Der Haushaltsvermerk Nr. 7 wurde geändert.  
Der Haushaltsvermerk Nr. 11 wurde vollzogen.  
Die Haushaltsvermerke Nr. 14 bis 17 und Nr. 21 wurden gestrichen.  
Der Haushaltsvermerk Nr. 18 wurde aufgrund des Teilvollzugs angepasst.  
Der Haushaltsvermerk Nr. 19 wurde für eine Stelle vollzogen und für zwei weitere Stellen durch die Haushaltsvermerke Nr. 22 und Nr. 23 ersetzt. Er war entsprechend anzupassen.  
Der Haushaltsvermerk Nr. 20 wurde für eine Stelle gestrichen (zum Ausgleich wurde im Kapitel 06 19 eine Stelle der Ver.-Gr. V c eingesparrt) und für eine weitere Stelle durch den Haushaltsvermerk Nr. 24 ersetzt. Er wurde entsprechend angepasst.  
Die Haushaltsvermerke Nr. 22 bis Nr. 24 und Nr. 30 wurden neu ausgebracht.

Soweit Stellenobergrenzen überschritten werden, ist die Umwandlung der die Obergrenzen überschreitenden Planstellen vom Haushaltsjahr 2001 an für einen Zeitraum von längstens 5 Jahren ausgesetzt (§ 26 Abs. 6 BBesG).

Erläuterungen zum Stellenplan

Sonstige Veränderungen infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:

Der aus Kapitel 03 05 für eine Stelle übernommene Haushaltsvermerk Nr. 5 und der aus Kapitel 15 03 für eine Stelle übernommene Haushaltsvermerk Nr. 3 werden durch den hier schon vorhandenen Haushaltsvermerk Nr. 2 ersetzt.

Der aus Kapitel 03 05 für vier Stellen übernommene Haushaltsvermerk Nr. 11 wird durch den hier vorhandenen Haushaltsvermerk Nr. 3 ersetzt.

Der Haushaltsvermerk Nr. 4 wurde infolge des aus Kapitel 15 03 übernommenen Haushaltsvermerks Nr. 10 hier neu besetzt.

Der Haushaltsvermerk Nr. 9 wurde neu besetzt. Er bezieht sich auch auf zwei im Zuge der Stellenverlagerungen von Kapitel 15 03 verlagerte Stellen.

Der Haushaltsvermerk Nr. 10 wurde neu besetzt. Er bezieht sich auch auf je eine im Zuge der Stellenverlagerungen von Kapitel 03 05 und eine von Kapitel 15 03 verlagerte Stelle.

Der Haushaltsvermerk Nr. 13 wurde im Zuge der Stellenverlagerungen von Kapitel 15 03 hier neu besetzt.

Die Haushaltsvermerke Nr. 25, 26 und 27 wurden im Zuge der Stellenverlagerungen von Kapitel 03 05 und 15 03 neu ausgebracht.

Der Haushaltsvermerk Nr. 28 wurde neu ausgebracht. Er bezieht sich auch auf eine im Zuge der Stellenverlagerungen von Kapitel 03 05 verlagerte Stelle.

Der Haushaltsvermerk Nr. 29 wurde infolge des aus Kapitel 03 05 übernommenen Haushaltsvermerks Nr. 3 hier neu ausgebracht.

Übersicht der infolge ZV II mit kw-Vermerken ausgebrachten Stellen:

Bes.-Gr.	Stellen
Bes.-Gr. A 14	3
Bes.-Gr. A 13 h.D.	11
Bes.-Gr. A 13 g.D.	1
Bes.-Gr. A 10	1
Bes.-Gr. A 9 g.D.	2
Bes.-Gr. A 7	3
<b>Zusammen</b>	<b>21</b>

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Beamtete Hilfskräfte</b>			
A 10	6	6	Technischer Dienst Oberinspektorin z.A., Oberinspektor z.A.
A 9	4	—	Nichttechnischer Dienst Inspektorin z.A., Inspektor z.A.
	10	6	Zusammen
<b>Angestellte</b>			
I b	4	—	
II a <sup>33)</sup>	17	2	
III <sup>16)</sup>	8	1	
IV a <sup>6)7)35)</sup>	36	20	
IV b <sup>15)19)20)</sup>	20	13	
V b <sup>11)21)22)23)</sup>	16	4	
V c <sup>4)11)24)25)32)</sup>	28	18	
VI b <sup>10)26)27)</sup>	20	10	
VII <sup>3)8)28)29)</sup>	30	12	
VIII <sup>12)30)</sup>	12	12	
IX b-VII <sup>1)13)31)</sup>	62	52	
	253	144	Zusammen
			Leerstellen:
IV a <sup>2)</sup>	1	—	
VII <sup>2)</sup>	3	—	
IX b-VII <sup>2)</sup>	2	1	
	6	1	Zusammen

- 1) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.
- 2) kw.
- 3) Davon 1 kw.
- 4) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
- 5) Unbesetzt.
- 6) Davon 1 kw unter Anrechnung auf die dem Geschäftsbereich des MU aufzugebene Stelleneinsparauflage infolge ZV I.
- 7) Davon 1 kw infolge ZV I.
- 8) Davon 1 kw infolge ZV I.
- 9) Unbesetzt.
- 10) Davon 2 (1) kw infolge ZV I.
- 11) Unbesetzt. (Davon 1 kw infolge ZV bis 2003.)
- 12) Davon 2 (2) kw infolge ZV I.
- 13) Davon 4 (4) kw infolge ZV I.
- 14) Unbesetzt.
- 15) Davon 2 kw infolge ZV I.
- 16) Davon 1 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.
- 17) Unbesetzt.
- 18) Unbesetzt.
- 19) Davon 1 kw infolge ZV II.
- 20) Davon 3 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.
- 21) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 10. 2005 infolge ZV II.
- 22) Davon 4 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.
- 23) Davon 3 kw infolge ZV II.
- 24) Davon 2 kw infolge ZV II.
- 25) Davon 2 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.
- 26) Davon 1 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.
- 27) Davon 3 kw infolge ZV II.
- 28) Davon 1 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.
- 29) Davon 10 kw infolge ZV II.
- 30) Davon 1 kw infolge ZV II.
- 31) Davon 11 kw infolge ZV II.
- 32) Davon 1 kw nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen (Weser-Ems).
- 33) Davon 4 kw infolge ZV II.
- 34) Unbesetzt.
- 35) 1 Stelle darf (in Höhe von 20 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Beamtete Hilfskräfte**

Zugänge infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:  
Stellen  
Bes.-Gr. A 9 4 Verlagerung von Kapitel 03 05

**Angestellte**

Zugänge infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:  
Stellen

Verg.-Gr. IV a	4	} Verlagerung von Kap. 03 05
Verg.-Gr. IV b	1	
Verg.-Gr. V c	1	
Verg.-Gr. VI b	2	
Verg.-Gr. VII	1	
Verg.-Gr. IX b-VII	5	

Verg.-Gr. I b	4	} Verlagerung von Kap. 15 03
Verg.-Gr. II a	15	
Verg.-Gr. III	7	
Verg.-Gr. IV a	12	
Verg.-Gr. IV b	6	
Verg.-Gr. V b	13	
Verg.-Gr. V c	10	
Verg.-Gr. VI b	8	
Verg.-Gr. VII	17	
Verg.-Gr. IX b-VII	5	

Zusammen 111

Abgänge: Stellen  
Verg.-Gr. V b 1 infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 11 (ZV I)  
Verg.-Gr. V c 1 infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 11 (ZV I)

Zusammen 2  
Bleibt Zugang 109

Leerstellen:  
Zugänge infolge Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:  
Stellen

Verg.-Gr. VII	1	} infolge Verlagerung von Kap. 15 03
Verg.-Gr. IV a	1	
Verg.-Gr. VII	2	
Verg.-Gr. IX b-VII	1	

Zusammen 5

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 9 und 14 wurden gestrichen.  
Der Haushaltsvermerk Nr. 11 wurde vollzogen.  
Der Haushaltsvermerk Nr. 35 wurde neu ausgebracht.

Sonstige Veränderungen infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:

Der aus Kapitel 15 03 für fünf Stellen übernommene Haushaltsvermerk Nr. 4 wird durch den hier vorhandenen Haushaltsvermerk Nr. 1 ersetzt.

Der aus Kapitel 03 05 für eine Stelle übernommene Haushaltsvermerk Nr. 10 und der aus Kapitel 15 03 für vier Stellen übernommene Haushaltsvermerk Nr. 8 werden durch den hier vorhandenen Haushaltsvermerk Nr. 2 ersetzt.

Der Haushaltsvermerk Nr. 4 wurde infolge des aus Kapitel 15 03 übernommenen Haushaltsvermerks Nr. 9 hier neu besetzt.

Der Haushaltsvermerk Nr. 7 wurde für den bei der Verg.-Gr. IV a gestrichenen Haushaltsvermerk Nr. 10 hier neu besetzt.

Der Haushaltsvermerk Nr. 8 wurde infolge des aus Kapitel 15 03 für eine Stelle übernommenen Haushaltsvermerks Nr. 19 hier neu besetzt.

Der Haushaltsvermerk Nr. 10 wurde bei der Verg.-Gr. IV a gestrichen und durch den dafür neu belegten Haushaltsvermerk Nr. 7 ersetzt.

Der Haushaltsvermerk Nr. 10 wurde bei der Verg.-Gr. VI b infolge des aus Kapitel 15 03 für eine Stelle übernommenen Haushaltsvermerks Nr. 18 angepasst.

Die Haushaltsvermerke Nr. 16, 19 bis 22, 25, 26, 28 und 33 wurden im Zuge der Stellenverlagerungen von Kapitel 15 03 neu ausgebracht.

Die Haushaltsvermerke Nr. 27 und 30 wurden neu ausgebracht.

Die Haushaltsvermerke Nr. 23 und 24 wurden neu ausgebracht. Sie beziehen sich auch auf jeweils eine im Zuge der Stellenverlagerungen von Kapitel 15 03 verlagerte Stelle.

Der Haushaltsvermerk Nr. 29 wurde neu ausgebracht. Er bezieht sich auch auf eine im Zuge der Stellenverlagerungen von Kapitel 03 05 und auf fünf von Kapitel 15 03 verlagerte Stellen.

Der Haushaltsvermerk Nr. 31 wurde neu ausgebracht. Er bezieht sich auch auf eine im Zuge der Stellenverlagerungen von Kapitel 03 05 und eine im Zuge der Stellenverlagerungen von Kapitel 15 03 verlagerte Stelle.

Der Haushaltsvermerk Nr. 32 wurde infolge des aus Kapitel 03 05 übernommenen Haushaltsvermerks Nr. 1 hier neu ausgebracht.

Übersicht der infolge ZV II mit kw-Vermerken ausgebrachten Stellen:

	Stellen
Verg.-Gr. II a	4
Verg.-Gr. III	1
Verg.-Gr. IV b	4
Verg.-Gr. V b	8
Verg.-Gr. V c	4
Verg.-Gr. VI b	4
Verg.-Gr. VII	11
Verg.-Gr. VIII	1
Verg.-Gr. IX b-VII	11
Zusammen	48

Einzelplan 15 Umweltministerium  
 Kapitel 15 06 Gewerbeaufsichtsverwaltung

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			1) Davon 1 kw infolge ZV II. 2) kw infolge ZV II.
<b>Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst</b>			
A 10	5	5	Oberinspektoranwärterin, Oberinspektoranwärter
A 7	5	5	Obersekretäranwärterin, Obersekretäranwärter
	<u>10</u>	<u>10</u>	Zusammen
<b>Arbeiter/-innen</b>			
7	1	—	
6	1	—	
4 <sup>1)</sup>	5	3	
2/2 a <sup>2)</sup>	1	—	
	<u>8</u>	<u>3</u>	Zusammen

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

**Arbeiter/-innen**

Zugänge infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:

	Stellen	
Lohn-Gr. 2/2 a	1	} Verlagerung von Kap. 03 05 Verlagerung von Kap. 15 03
Lohn-Gr. 7	1	
Lohn-Gr. 6	1	
Lohn-Gr. 4	2	
Zusammen	<u>5</u>	

Sonstige Veränderungen infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 wurde neu ausgebracht.  
 Der Haushaltsvermerk Nr. 2 wurde im Zuge der Stellenverlagerungen von Kapitel 03 05 neu ausgebracht.

Übersicht der infolge ZV II mit kw-Vermerken ausgebrachten Stellen:

	Stellen
Lohn-Gr. 4	1
Lohn-Gr. 2/2 a	<u>1</u>
Zusammen	2

Einzelplan 15 Umweltministerium  
 Kapitel 15 20 Naturschutz und Landschaftspflege

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			1) Unbesetzt.
			2) 1 kw infolge ZV I.
			3) 3 kw infolge ZV I.
			4) 1 kw infolge ZV I.
<b>Planmäßige Beamtinnen und Beamte</b>			
Aufsteigende Gehälter:			
A 16	—	2	Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 15	—	3	Direktorin, Direktor
A 14 <sup>2)</sup>	—	14	Oberrätin, Oberrat
A 13 <sup>3)</sup>	—	8	Rätin, Rat
A 12	—	1	Amtsärztin, Amtsarzt
A 11 <sup>4)</sup>	—	3	Amtfrau, Amtmann
A 9	—	1	Inspektorin, Inspektor
A 8	—	3	Hauptsekretärin, Hauptsekretär
	—	35	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	1	} verlagert nach Kap. 15 01 (gem. § 50 Abs. 2 LHO bereits 2004 umgesetzt)
Bes.-Gr. A 11	1	
Zusammen	2	

Sonstige Veränderungen infolge Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:

Die Haushaltsvermerke Nr. 2, 3 und 4 wurden im Zuge der Stellenverlagerungen nach Kapitel 15 55 umgesetzt.

Im Stellenplan zu Kapitel 15 20 erfolgt die Angabe der umgesetzten Haushaltsvermerke Nr. 2, 3 und 4 nur noch zu Informationszwecken.

Abgänge infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:

Technischer Dienst	Stellen	
Bes.-Gr. A 13	1	verlagert nach Kap. 15 25

Technischer Dienst		
Bes.-Gr. A 15	1	} verlagert nach Kap. 15 26
Bes.-Gr. A 13	2	
Bes.-Gr. A 12	1	

Technischer Dienst		
Bes.-Gr. A 16	2	} verlagert nach Kap. 15 55
Bes.-Gr. A 14	13	
Bes.-Gr. A 13	4	
Bes.-Gr. A 11	2	
Bes.-Gr. A 9	1	
Bes.-Gr. A 8	3	

Nichttechnischer Dienst		
Bes.-Gr. A 15	2	} verlagert nach Kap. 15 55
Bes.-Gr. A 13	1	

Zusammen	33
Abgänge insgesamt	35

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			1) Unbesetzt.
			2) Unbesetzt.
			3) 1 kw.
			4) Unbesetzt.
			5) Unbesetzt.
			6) 2 kw infolge ZV I.
			7) 4 kw infolge ZV I.
<b>Angestellte</b>			
I b	—	1	
II a <sup>3)</sup> 6)	—	9	
III	—	25	
IV a <sup>7)</sup>	—	17	
IV b	—	1	
VII	—	1	
	—	54	Zusammen
Leerstellen:			
III	—	2	
IV a	—	2	
	—	4	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Angestellte**

Abgänge infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:  
 Stellen

Verg.-Gr. IV a	1	verlagert nach Kap. 15 01
Verg.-Gr. III	1	
Verg.-Gr. I b	1	verlagert nach Kap. 15 26
Verg.-Gr. II a	1	
Verg.-Gr. IV a	1	
Verg.-Gr. IV b	1	
Verg.-Gr. II a	8	verlagert nach Kap. 15 55
Verg.-Gr. III	24	
Verg.-Gr. IV a	15	
Verg.-Gr. VII	1	
Zusammen	54	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 1 und Nr. 5 wurden gestrichen.  
 Sonstige Veränderungen infolge Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:  
 Die Haushaltsvermerke Nr. 3, 6 und 7 wurden im Zuge der Stellenverlagerungen nach Kapitel 15 55 umgesetzt.  
 In den Stellenübersichten zu Kapitel 15 20 erfolgt die Angabe der umgesetzten Haushaltsvermerke Nr. 3, 6 und 7 nur noch zu Informationszwecken.

Leerstellen

Abgänge:	Stellen
Verg.-Gr. III	2
Verg.-Gr. IV a	2
Zusammen	4

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			1) Unbesetzt. (1 kw infolge ZV.)
<b>Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst</b>			
A 13	—	10	Referendarin, Referendar
<b>Arbeiter/-innen</b>			
1-8 <sup>1)</sup>	—	2	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

**Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst**

Abgänge infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:

Bes.-Gr. A 13	10	verlagert nach Kap. 15 55
---------------	----	---------------------------

**Arbeiter/-innen**

Abgänge:	Stellen	
Lohn-Gr. 1-8	1	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 1 (ZV I)

Abgänge infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:

Lohn-Gr. 1-8	1	verlagert nach Kap. 15 26
--------------	---	---------------------------

Abgänge insgesamt 2

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 wurde vollzogen.

Einzelplan 15 Umweltministerium  
 Kapitel 15 22 Budgetierung Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamtinnen und Beamte</b>			
A 16	1	1	Aufsteigende Gehälter: Direktorin der Alfred Toepfer Akademie und Professorin, Direktor der Alfred Toepfer Akademie und Professor
A 14	1	1	Oberrätin, Oberrat
A 13	2	2	Rätin, Rat
A 11	1	1	Amtfrau, Amtmann
	5	5	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Von den Planstellen entfallen auf den Technischen Dienst:

Bes.-Gr.	Stellen
A 14	1
A 13	1

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte</b>			
II a	4	2	1) ku nach Verg.-Gr. IV b. 2) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen. 3) kw infolge ZV II. 4) kw infolge ZV II. 5) kw.
IV a <sup>1)</sup>	1	1	
IV b <sup>3)</sup>	1	1	
VII	4	3	
IX b-VII <sup>2)4)</sup>	1	1	
	11	8	Zusammen
Leerstellen:			
II a <sup>5)</sup>	1	—	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Angestellte**

Zugänge infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:  
 Stellen  
 Verg.-Gr. II a 2 }  
 Verg.-Gr. VII 1 } Verlagerung von Kapitel 15 03  
 Zusammen 3

Leerstellen  
 Zugänge infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:  
 Stellen  
 Verg.-Gr. II a<sup>5)</sup> 1 } Verlagerung von Kapitel 15 03

Sonstige Veränderungen infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:  
 Die Haushaltsvermerke Nr. 3 und Nr. 4 wurden neu ausgebracht.  
 Der Haushaltsvermerk Nr. 5 wurde infolge des aus Kapitel 15 03 für eine Stelle übernommenen Haushaltsvermerks Nr. 8 hier neu ausgebracht.

Übersicht der infolge ZV II mit kw-Vermerken ausgebrachten Stellen:  

Verg.-Gr. IV b	1
Verg.-Gr. IX b-VII	1
Zusammen	2

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	

**Arbeiter/-innen**

4	1	1
---	---	---

Einzelplan 15 Umweltministerium  
 Kapitel 15 24 Nationalpark Harz

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamtinnen und Beamte</b>			
			Aufsteigende Gehälter:
A 16	1	1	Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 14	1	1	Oberrätin, Oberrat
A 13	1	1	Rätin, Rat
A 11	2	1	Amtfrau, Amtmann
A 9	1	1	Inspektorin, Inspektor
	6	5	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen		Von den Planstellen entfallen auf den Technischen Dienst:	
Zugang infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:		Bes.-Gr.	Stellen
Bes.-Gr. A 11	1 Stellen verlagert von Kapitel 03 05	A 16	1
		A 14	1
		A 13	1
		Insgesamt	3

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Angestellte</b>			
I b	1	1	
II a	2	2	
V b	1	—	
VII	1	—	
	5	3	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Angestellte**

Zugänge infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:

Zugänge infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:		Stellen
Verg.-Gr. V b	1	} Verlagerung von Kapitel 03 05
Verg.-Gr. VII	1	
Zusammen	2	

Einzelplan 15 Umweltministerium  
Kapitel 15 25 Nationalpark Wattenmeer

**STELLENPLAN**

Haushaltsvermerke

Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamtinnen und Beamte</b>			
			Aufsteigende Gehälter:
A 16	1	1	Leitende Baudirektorin, Leitender Baudirektor
A 14	4	3	Oberrätin, Oberrat
A 13	5	4	Rätin, Rat
A 11	1	—	Amtfrau, Amtmann
A 10	1	—	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 7	1	—	Obersekretärin, Obersekretär
	<u>13</u>	<u>8</u>	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

Zugänge infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:  
Stellen  
Bes.-Gr. A 14 1  
Bes.-Gr. A 11 1 } verlagert von Kapitel 03 05  
Bes.-Gr. A 10 1  
Bes.-Gr. A 7 1  
Bes.-Gr. A 13 1 } verlagert von Kapitel 15 20  
Zusammen 5

Von den Planstellen entfallen auf den Technischen Dienst:

Bes.-Gr.	Stellen
A 16	1
A 14	1
A 13	4
<b>Insgesamt</b>	<b>6</b>

**STELLENÜBERSICHTEN**

Haushaltsvermerke

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Beamtete Hilfskräfte</b>			
A 6 <sup>2)</sup>	1	—	Sekretärin z. A., Sekretär z. A.
<b>Angestellte</b>			
II a	2	1	
III	6	5	
IV a	1	2	
IV b <sup>1)</sup>	1	1	
V c	1	1	
IX b–VII <sup>2)3)</sup>	1	—	
	<u>12</u>	<u>10</u>	Zusammen

<sup>1)</sup> 1 kw infolge ZV I.

<sup>2)</sup> kw infolge ZV II.

<sup>3)</sup> Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

**Beamtete Hilfskräfte**

Zugänge infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:  
Stellen  
Bes.-Gr. A 6 1 verlagert von Kapitel 03 05  
Sonstige Veränderungen infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:  
Der Haushaltsvermerk Nr. 2 wurde im Zuge der Stellenverlagerungen von Kapitel 03 05 neu ausgebracht.

**Angestellte**

Zugänge infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:  
Stellen  
Verg.-Gr. II a 1 infolge Umwandlung einer Stelle der Verg.-Gr. IV a  
Verg.-Gr. III 1 verlagert von Kapitel 15 20  
Verg.-Gr. IX b–VII 1 verlagert von Kapitel 03 05  
Zusammen 3  
Abgang infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:  
Stellen  
Verg.-Gr. IV a 1 infolge Umwandlung in eine Stelle der Verg.-Gr. II a  
Zusammen 1  
Bleibt Zugang 2

Sonstige Veränderungen infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:

Der Haushaltsvermerk Nr. 2 wurde im Zuge der Stellenverlagerungen von Kapitel 03 05 neu ausgebracht.  
Der Haushaltsvermerk Nr. 3 wurde infolge des aus Kapitel 03 05 übernommenen Haushaltsvermerks Nr. 5 hier neu ausgebracht.

Einzelplan 15 Umweltministerium  
 Kapitel 1525 Nationalpark Wattenmeer

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	

**Arbeiter/-innen**

4	1	—
---	---	---

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

**Arbeiter/-innen**

Zugänge infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:

Stellen  
 Lohn-Gr. 4                      1    verlagert von Kapitel 03 05

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamtinnen und Beamte</b>			
A 15	2	—	Aufsteigende Gehälter:
A 13	2	—	Direktorin, Direktor
A 12	1	—	Rätin, Rat
			Amtsärztin, Amtsarzt
	5	—	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamtinnen und Beamte		Von den Planstellen entfallen auf den Technischen Dienst:	
Zugänge infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:	Stellen	Bes.-Gr.	Stellen
Nichttechn. Dienst		A 15	1
Bes.-Gr. A 15	1	A 13	2
		A 12	1
Techn. Dienst		Insgesamt	4
Bes.-Gr. A 15	1		
Bes.-Gr. A 13	2		
Bes.-Gr. A 12	1		
Zusammen	5		

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Beamtete Hilfskräfte</b>			
A 9	1	—	Inspektorin z. A., Inspektor z. A.
<b>Angestellte</b>			
I	1	—	
II a	1	—	
IV a	1	—	
IV b	1	—	
VII	1	—	
VIII	1	—	
	6	—	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Beamtete Hilfskräfte		Angestellte	
Zugänge infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:	Stellen	Zugänge infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:	Stellen
Bes.-Gr. A 9	1	Verg.-Gr. I b	1
		Verg.-Gr. II a	1
		Verg.-Gr. IV a	1
		Verg.-Gr. IV b	1
		Verg.-Gr. VII	1
		Verg.-Gr. VIII	1
		Zusammen	6

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	

**Arbeiterinnen und Arbeiter**

1-8 1 —

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiterinnen und Arbeiter	
Zugänge infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:	Stellen
Lohn-Gr. 1-8	1

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
<b>Planmäßige Beamtinnen und Beamte</b>			
A 16	—	4	Aufsteigende Gehälter:
A 15	—	11	Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 14 <sup>3)7)</sup>	—	17	Direktorin, Direktor
A 13 <sup>5)</sup>	—	7	Oberrätin, Oberrat
A 13 <sup>4)</sup>	—	5	Rätin, Rat
A 13	—	1	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 12 <sup>6)</sup>	—	18	Realschullehrerin, Realschullehrer
A 11 <sup>9)</sup>	—	31	Amtsärztin, Amtsarzt bzw. Lehrerin, Lehrer
A 10 <sup>3)</sup>	—	9	Amtfrau, Amtmann
	—	9	Oberinspektorin, Oberinspektor
	—	103	Zusammen
A 13	—	3	<b>Stellen zu Titel 422 31<sup>8)</sup></b> Oberamtsärztin, Oberamtsarzt bzw. Realschullehrerin, Realschullehrer
			Leerstellen:
A 15 <sup>2)</sup>	—	—	Direktorin, Direktor
A 14 <sup>2)</sup>	—	1	Oberrätin, Oberrat
A 13 <sup>2)</sup>	—	—	Rätin/Rat
A 12 <sup>2)</sup>	—	—	Amtsärztin, Amtsarzt
A 11 <sup>2)</sup>	—	1	Amtfrau, Amtmann
A 10 <sup>2)</sup>	—	1	Oberinspektorin, Oberinspektor
	—	3	Zusammen

- 1) Unbesetzt.  
2) kw.  
3) Davon je 1 kw infolge ZV I.  
4) 2 (2) Stelleninhaberinnen oder Stelleninhaber erhalten als Beamtinnen oder Beamte des gehobenen technischen Dienstes eine Amtszulage gemäß Fußnote 11 zu Bes.-Gr. A 13 BBesO.  
5) Davon 1 kw infolge ZV I (ohne Auswirkung auf das BV und das Budget).  
6) Eine Stelle darf (in Höhe von 55 v.H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.  
7) Unbesetzt (Davon 1 kw wegen Wegfall des Abfallabgabengesetzes unter Anrechnung auf die dem Geschäftsbereich des MU aufzugebene Stelleneinsparauflage infolge ZV bis 2003.).  
8) Unbesetzt (kw nach Versetzung oder Eintritt der Stelleninhaberinnen oder Stelleninhaber in den Ruhestand.).  
9) Davon 4 kw mit Ablauf des 31. 12. 2006 (ohne Auswirkung auf das BV und das Budget).

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 h.D.	1	infolge Umwandlung von einer Stelle der Verg.-Gr. II a
Zusammen	1	
Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	1	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 7 (ZV I)
Zusammen	1	
Abgänge infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:	Stellen	
Nichttechnischer Dienst	1	Verlagerung nach Kap. 15 01
Technischer Dienst		
Bes.-Gr. A 16	4	} Verlagerung nach Kap. 15 55
Bes.-Gr. A 15	10	
Bes.-Gr. A 14	14	
Bes.-Gr. A 13 h.D.	4	
Bes.-Gr. A 13 g.D.	4	
Bes.-Gr. A 12	16	
Bes.-Gr. A 11	31	
Bes.-Gr. A 10	9	
Nichttechnischer Dienst		
Bes.-Gr. A 15	1	
Bes.-Gr. A 14	1	
Bes.-Gr. A 13 h.D.	4	
Bes.-Gr. A 13 g.D. (REAL)	1	
Bes.-Gr. A 13 g.D.	1	
Bes.-Gr. A 12	2	
Zusammen	103	
Abgänge insgesamt	104	
Bleiben Abgänge	103	

**Stellen zu Titel 422 31:**

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13	3	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 8
Leerstellen:	Stellen	
Abgänge:	1	infolge Teilvollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 2
Bes.-Gr. A 10	1	
Zusammen	1	
Abgänge infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	1	} Verlagerung nach Kap. 15 55
Bes.-Gr. A 11	1	
Zusammen	2	
Abgänge insgesamt	3	

**Sonstige Veränderungen:**

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 wurde gestrichen.  
Die Haushaltsvermerke Nr. 7 und 8 wurden vollzogen.  
Sonstige Veränderungen infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:  
Die Haushaltsvermerke Nr. 2 bis 6 und Nr. 9 wurden im Zuge der Stellenverlagerungen mit in das Kapitel 15 55 umgesetzt.  
Im Stellenplan zu Kapitel 15 50 erfolgt die Angabe der umgesetzten Haushaltsvermerke Nr. 2, 3, 4, 5, 6 und 9 nur noch zu Informationszwecken.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			1) Unbesetzt.
			2) Unbesetzt.
			3) kw.
			4) Unbesetzt.
			5) Unbesetzt.
			6) Unbesetzt.
			7) Unbesetzt.
			8) Unbesetzt. (Davon je 1 kw infolge ZV bis 2003.)
			9) Davon 2 kw infolge ZV I.
			10) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 05. 2005 infolge ZV I.
			11) Eine Stelle darf (in Höhe von 50 v.H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
			12) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 05. 2007 infolge ZV I. (Davon 1 kw wegen Wegfalls des Abfallabgabengesetzes unter Anrechnung auf die dem Geschäftsbereich des MU aufgegebene Stelleneinsparauflage infolge ZV bis 2003.)
			13) Unbesetzt.
			14) Unbesetzt.
II a <sup>8)</sup>	—	30	
III <sup>8)</sup> <sup>10)</sup>	—	39	
IV a <sup>11)</sup>	—	16	
V b	—	5	
V c	—	4	
VI b <sup>12)</sup>	—	13	
VII <sup>9)</sup>	—	2	
VIII	—	1	
	—	110	Zusammen
			Leerstellen:
III <sup>3)</sup>	—	2	
VI b <sup>3)</sup>	—	1	
	—	3	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte		Leerstellen:	
Abgänge:	Stellen	Zugänge:	Stellen
Verg.-Gr. II a	2	Verg.-Gr. IV a	1
davon		Zusammen	1
1 infolge Umwandlung in eine Stelle der Bes.-Gr. A 13		Abgänge:	Stellen
1 infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 8 (ZV I)		Verg.-Gr. VI b	1 infolge Teilvollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 3
Zusammen	2	Zusammen	1
Abgänge infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:			
Verg.-Gr. II a	1	Abgänge infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:	
Verg.-Gr. III	3	Verg.-Gr. III	2
} Verlagerung nach Kap. 15 01		Verg.-Gr. IV a	1
Verg.-Gr. II a	27	} Verlagerung nach Kap. 15 55	
Verg.-Gr. III	36	Zusammen	3
Verg.-Gr. IV a	16	Abgänge insgesamt	4
Verg.-Gr. V b	5	Bleiben Abgänge	3
Verg.-Gr. V c	4	Sonstige Veränderungen:	
Verg.-Gr. VI b	13	Die Haushaltsvermerke Nr. 1, 2, 4, 13 und 14 wurden gestrichen.	
Verg.-Gr. VII	2	Der Haushaltsvermerk Nr. 8 wurde bei Verg.-Gr. II a vollzogen und bei der Verg.-Gr. III durch den Haushaltsvermerk Nr. 10 ersetzt.	
Verg.-Gr. VIII	1	Der Haushaltsvermerk Nr. 10 wurde neu ausgebracht.	
Zusammen	108	Der Haushaltsvermerk Nr. 12 wurde aktualisiert.	
Abgänge insgesamt	110	Sonstige Veränderungen infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:	
Die Haushaltsvermerke Nr. 3 und Nr. 9 bis 12 wurden im Zuge der Stellenverlagerungen mit in das Kapitel 15 55 umgesetzt.			
In den Stellenübersichten zu Kapitel 15 50 erfolgt die Angabe der umgesetzten Haushaltsvermerke Nr. 3, 9, 10, 11 und 12 nur noch zu Informationszwecken.			

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			<b>Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst</b>
A 13	—	11	Referendarin, Referendar
A 9	—	8	Inspektorin, Inspektoren
	—	19	Zusammen

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Abgänge infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:	
Bes.-Gr.	Stellen
Bes.-Gr. A 13	11
Bes.-Gr. A 9	8
Zusammen	19

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2005	2004	
			1) Davon 1 DW.
			2) Unbesetzt.
			3) Unbesetzt. (kw nach Versetzung oder Eintritt der Stelleninhaberinnen oder Stelleninhaber in den Ruhestand.)
			4) Unbesetzt.
B 4 <sup>50)</sup>	1	—	5) 2 (1) Planstellen dürfen nur für Personalrats-tätigkeit verwendet werden.
B 3	—	1	6) Eine Stelle darf (in Höhe von bis zu 20 v.H.) nur für Personalrats-tätigkeit verwendet werden.
B 2 <sup>51)</sup>	1	—	7) 3 Stelleninhaberinnen oder Stelleninhaber erhal-ten als Beamtinnen oder Beamte des gehobenen technischen Dienstes eine Amtszulage gem. Fußno-te 11 zu Bes.-Gr. A 13 BBesO.
B 2	1	—	8) 1 Stelleninhaberin oder Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zu Bes.-Gr. A 9 BBesO.
			9) kw.
			10) 2 kw infolge ZV I.
A 16 <sup>17)</sup>	10	2	11) 3 kw infolge ZV I.
A 15 <sup>18)19)</sup>	33	4	12) 1 kw infolge ZV I.
A 14 <sup>10)20)21)22)23)</sup>	50	7	13) 1 kw infolge ZV I.
A 13 <sup>11)14)24)25)26)27)28)</sup>	39	7	14) 1 kw infolge ZV I (ohne Auswirkung auf das Bud-get).
A 13 <sup>5)7)29)52)</sup>	18	9	15) Eine Stelle darf (in Höhe von 55 v.H.) nur für Per-sonalrats-tätigkeit verwendet werden.
A 12 <sup>6)15)30)31)32)33)</sup>	48	18	16) Davon 4 kw mit Ablauf des 31. 12. 2006 (ohne Aus-wirkung auf das Budget).
A 11 <sup>12)16)34)35)36)37)38)</sup>	59	11	17) 1 kw infolge ZV II.
A 10 <sup>13)40)41)42)43)</sup>	20	4	18) 2 kw infolge ZV II.
A 9 <sup>44)45)</sup>	3	—	19) 1 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.
A 9 <sup>8)46)</sup>	7	1	20) 6 kw infolge ZV II.
A 9	1	—	21) 2 kw infolge ZV II.
A 8 <sup>1)47)48)49)</sup>	9	4	22) 2 kw ab 1. 1. 2006 infolge ZV II.
A 7	1	—	23) 5 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.
	301	68	24) 2 kw infolge ZV II.
			25) 3 kw infolge ZV II.
			26) 1 kw infolge ZV II.
			27) 1 kw mit Ablauf des 30. 9. 2005 infolge ZV II.
A 13	—	1	28) 4 kw ab 1. 1. 2006 infolge ZV II.
A 12	—	1	29) 2 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.
	—	2	30) 2 kw infolge ZV II.
			31) 1 kw infolge ZV II.
			32) 2 kw infolge ZV II.
			33) 1 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.
			34) 3 kw infolge ZV II.
			35) 2 kw infolge ZV II.
			36) 7 kw infolge ZV II.
			37) 3 kw ab 1. 1. 2006 infolge ZV II.
			38) 6 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.
			39) Unbesetzt.
			40) 1 kw infolge ZV II.
			41) 2 kw infolge ZV II.
			42) 1 kw ab 1. 1. 2006 infolge ZV II.
			43) 1 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.
			44) 1 kw infolge ZV II.
			45) 1 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.
			46) 3 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.
			47) 1 kw infolge ZV II.
			48) 2 kw ab 1. 1. 2006 infolge ZV II.
			49) 2 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.
			50) Das Amt der Bes.-Gr. B 4 darf der Stelleninhaberin oder dem Stelleninhaber erst nach entsprechender Änderung des NBesG übertragen werden.
			51) Das Amt der Bes.-Gr. B 2 darf der Stelleninhaberin oder dem Stelleninhaber erst nach entsprechender Änderung des NBesG übertragen werden.
			52) 1 kw infolge ZV II.

Erläuterungen zum Stellenplan

**Planmäßige Beamte/-innen**

Zugänge infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:  
Stellen

Nichttechnischer Dienst		
Bes.-Gr. B 2	1	} Verlagerung von Kapitel 03 05
Bes.-Gr. A 15	6	
Bes.-Gr. A 14	4	
Bes.-Gr. A 13 h.D.	3	
Bes.-Gr. A 13 g.D.	1	
Bes.-Gr. A 12	8	
Bes.-Gr. A 11	12	
Bes.-Gr. A 10	8	
Bes.-Gr. A 9 g.D.	3	
Bes.-Gr. A 9 m.D.	4	
Bes.-Gr. A 8	2	
Bes.-Gr. A 7	1	

Bes.-Gr. B 2	1	} Verlagerung von Kapitel 15 03
Technischer Dienst		
Bes.-Gr. A 16	2	
Bes.-Gr. A 15	4	
Bes.-Gr. A 14	1	
Bes.-Gr. A 13 h.D.	7	
Bes.-Gr. A 13 g.D.	1	
Bes.-Gr. A 12	2	
Bes.-Gr. A 11	2	

Nichttechnischer Dienst		} Verlagerung von Kapitel 15 03
Bes.-Gr. A 15	6	
Bes.-Gr. A 14	10	
Bes.-Gr. A 13 h.D.	9	
Bes.-Gr. A 13 g.D.	1	
Bes.-Gr. A 12	2	
Bes.-Gr. A 11	1	
Bes.-Gr. A 9 m.D.	2	

Technischer Dienst		} Verlagerung von Kapitel 15 20
Bes.-Gr. A 16	2	
Bes.-Gr. A 14	13	
Bes.-Gr. A 13 h.D.	4	
Bes.-Gr. A 11	2	
Bes.-Gr. A 9 g.D.	1	
Bes.-Gr. A 8	3	

Nichttechnischer Dienst		} Verlagerung von Kapitel 15 50
Bes.-Gr. A 15	2	
Bes.-Gr. A 13 h.D.	1	

Technischer Dienst		} Verlagerung von Kapitel 15 50
Bes.-Gr. A 16	4	
Bes.-Gr. A 15	10	
Bes.-Gr. A 14	14	
Bes.-Gr. A 13 h.D.	4	
Bes.-Gr. A 13 g.D.	4	
Bes.-Gr. A 12	16	
Bes.-Gr. A 11	31	
Bes.-Gr. A 10	9	

Nichttechnischer Dienst		} Verlagerung von Kapitel 15 50
Bes.-Gr. A 15	1	
Bes.-Gr. A 14	1	
Bes.-Gr. A 13 h.D.	4	
Bes.-Gr. A 13 g.D.	2	
Bes.-Gr. A 12	2	

Zusammen 234

Abgänge infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:  
Stellen

Bes.-Gr. A 10	1	infolge ZV II
Zusammen	1	
Bleiben Zugänge	233	

Hebung infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:  
Stellen

Bes.-Gr. B 4	1	von Bes.-Gr. B 3
--------------	---	------------------

Senkung infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:  
Stellen

Bes.-Gr. A 9 m.D.	1	von Bes.-Gr. A 9 g.D.
-------------------	---	-----------------------

Von den Planstellen für Beamte entfallen auf den Technischen Dienst:

Bes.-Gr.	Stellen
A 16	9
A 15	18
A 14	35
A 13 (h.D.)	22
A 13 (g.D.)	13
A 12	35
A 11	46
A 10	12
A 9 (g.D.)	1
A 9 (m.D.)	1
A 8	7
<b>Insgesamt</b>	<b>199</b>

Stellen zu dem bisherigen Titel 422 31:

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13	1	} infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 3
Bes.-Gr. A 12	1	
Zusammen	2	

Leerstellen:  
Zugänge infolge der Verwaltungsmodernisierung:  
Stellen

Bes.-Gr. A 10	2	} Verlagerung von Kapitel 03 05
Bes.-Gr. A 9 g.D.	1	
Bes.-Gr. A 8	1	} Verlagerung von Kapitel 15 03
Bes.-Gr. A 10	1	
Bes.-Gr. A 14	1	} Verlagerung von Kapitel 15 50
Bes.-Gr. A 11	1	
Zusammen	7	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 3 wurde vollzogen.

Sonstige Veränderungen infolge der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung:

Der Haushaltsvermerk Nr. 5 wurde wegen der Übernahme des Haushaltsvermerks Nr. 10 aus Kapitel 03 05 angepasst.  
Der Haushaltsvermerk Nr. 7 wurde infolge des aus Kapitel 15 03 übernommenen Haushaltsvermerks Nr. 2 und des aus Kapitel 15 50 übernommenen Haushaltsvermerks Nr. 4 hier neu ausgebracht.  
Der Haushaltsvermerk Nr. 8 wurde infolge des aus Kapitel 15 03 für eine Stelle übernommenen Haushaltsvermerks Nr. 3 hier neu ausgebracht.  
Der Haushaltsvermerk Nr. 9 wurde infolge des aus Kapitel 03 05 für vier Stellen übernommenen Haushaltsvermerks Nr. 11, des aus Kapitel 15 03 übernommenen Haushaltsvermerks Nr. 4 und des aus Kapitel 15 50 übernommenen Haushaltsvermerks Nr. 2 hier neu ausgebracht.  
Der Haushaltsvermerk Nr. 10 wurde infolge des aus Kapitel 15 20 übernommenen Haushaltsvermerks Nr. 2 und des aus Kapitel 15 50 für Bes.-Gr. A 14 übernommenen Haushaltsvermerks Nr. 3 hier neu ausgebracht.  
Der Haushaltsvermerk Nr. 11 wurde infolge des aus Kapitel 15 20 übernommenen Haushaltsvermerks Nr. 3 hier neu ausgebracht.  
Der Haushaltsvermerk Nr. 12 wurde infolge des aus Kapitel 15 20 übernommenen Haushaltsvermerks Nr. 4 hier neu ausgebracht.  
Der Haushaltsvermerk Nr. 13 wurde infolge des aus Kapitel 15 50 für Bes.-Gr. A 10 übernommenen Haushaltsvermerks Nr. 3 hier neu ausgebracht.  
Der Haushaltsvermerk Nr. 14 wurde infolge des aus Kapitel 15 50 übernommenen Haushaltsvermerks Nr. 5 hier neu ausgebracht.  
Der Haushaltsvermerk Nr. 15 wurde infolge des aus Kapitel 15 50 übernommenen Haushaltsvermerks Nr. 6 hier neu ausgebracht.  
Der Haushaltsvermerk Nr. 16 wurde infolge des aus Kapitel 15 50 übernommenen Haushaltsvermerks Nr. 9 hier neu ausgebracht.  
Die Haushaltsvermerke Nr. 17 bis 38 und 40 bis 52 wurden neu ausgebracht.

Übersicht der infolge ZV II mit kw-Vermerken ausgebrachten Stellen:

Bes.-Gr.	Stellen
A 16	1
A 15	3
A 14	15
A 13 (h.D.)	11
A 13 (g.D. + Real)	3
A 12	6
A 11	21
A 10	5
A 9 (g.D.)	2
A 9 (m.D.)	3
A 8	5
<b>Insgesamt</b>	<b>75</b>

**Haushaltsplan**

für das

**Haushaltsjahr 2005**

**Einzelplan 20**

**Hochbauten**

---



# Vorwort zum Einzelplan 20

## A. Aufgaben und Aufbau des Einzelplanes in den wichtigsten Grundzügen

Im Einzelplan 20 sind die vom Staatlichen Baumanagement Niedersachsen (SBN) durchzuführenden Hochbaumaßnahmen des Landes ausgebracht. Es finden sich im Kapitel 20 11 die Ansätze für die allgemeinen Hochbauangelegenheiten (Unterhaltung der Grundstücke und Gebäude, kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten) sowie große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten aller Geschäftsbereiche.

## B. Wesentliche organisatorische Veränderungen gegenüber dem Vorjahr

Keine

## C. Sonstige Veränderungen

Nach Umstellung der Haushaltswirtschaft auf das HWS-System ist das praktische Bedürfnis entstanden, der materiell seit vielen Jahren praktizierten faktischen Budgetierung (gegenseitige Deckungsfähigkeit aller Ausgabeansätze) im Epl. 20 nun auch in technischer Hinsicht Rechnung zu tragen. Durch eine Konzentration der Ansätze in einer einzigen Ausgabetitelgruppe (Titelgruppe 64/65) soll zukünftig die Bewirtschaftung und insbesondere die Mittelverteilung deutlich erleichtert werden. Zudem ermöglicht ein solcher Globalansatz, die VE-Abläufe einfacher und realitätsnäher abzubilden.

Dabei bleibt das Prinzip der Einzelveranschlagung für Maßnahmen über 1 Mio. Euro erhalten, weil die in der Erläuterung zur Titelgruppe 64/65 ausgebrachte Aufzählung der Baumaßnahmen hinsichtlich der Maßnahmebezeichnungen für verbindlich erklärt worden ist. Übergangsweise sind die bisherigen Haushaltsstellen in der Spalte „Bemerkungen“ aufgeführt worden.

## D. Allgemeine Erläuterungen

### 1. Hochschulbau

Der Aufbau und Ausbau von Hochschulen (Einschließlich der Hochschulkliniken) ist eine Gemeinschaftsaufgabe des Bundes und der Länder (Art. 91a Abs. 1 Nr. 1 GG). Die Ausführung richtet sich nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Ausbau und Neubau von Hochschulen“ (Hochschulbauförderungsgesetz – HBF –) vom 1.9.1969 (BGBl. I Seite 1556), zuletzt geändert durch § 80 des Hochschulrahmengesetzes (HRG) vom 26.1.1976 (BGBl. I Seite 185 ff). Für die Erfüllung dieser Gemeinschaftsaufgabe wird entsprechend dem Zeitraum der Finanzplanung ein gemeinsamer Rahmenplan aufgestellt, der jährlich der Entwicklung angepasst und fortgeschrieben wird (§ 5 HBF).

### 2. Gesamtkosten der großen Baumaßnahmen (einschl. Grunderwerb)

Insgesamt ergibt sich folgender Stand:

Gesamtkosten lt. HPI 2005 = rd. 1.072,7 Mio. EUR

### 3. Vorbehaltsbeträge der großen Baumaßnahmen (einschl. Grunderwerb)

Vorbehaltsbeträge sind diejenigen Kosten, die in künftigen Haushaltsjahren noch zu veranschlagen sind, um die Maßnahmen auszufinanzieren.

Insgesamt ergibt sich folgender Stand:

Vorbehaltsbeträge lt. HPI 2005 = rd. 48,2 Mio. EUR

**Epl. 20****Übersicht über die Einnahmen, Aus**

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen					Gesamteinnahmen	4 Personalausgaben	5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	6 Tsd. EUR			
1	2	3 Tsd. EUR	4 Tsd. EUR	5 Tsd. EUR	6 Tsd. EUR	7 Tsd. EUR	8 Tsd. EUR	9 Tsd. EUR	
2011	Hochbauangelegenheiten	—	3.718	150	9.208	13.076	—	18.426	
	Weggefallene Kapitel								
	Summe 2005	—	3.718	150	9.208	13.076	—	18.426	
	Summe 2004	—	1.418	150	—	1.568	—	36.116	
	2005 mehr(+)/weniger(-)	—	+2.300	—	+9.208	+11.508	—	-17.690	

**gaben und Verpflichtungsermächtigungen**

**Epl. 20**

Ausgaben					2005 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 - Sp. 14)	2004 Überschuss Zuschuss (-)	2005 Verbesserung Verschlech- terung (-) (Sp. 15 - Sp. 16)	Verpflichtungs- ermächtigungen
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsför- dermaßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben				
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
78	81.979	9.140	—	109.623	-96.547	-65.150	-31.397	1.860
						-113.459	113.459	
78	81.979	9.140	—	109.623	-96.547	-178.609	82.062	1.860
78	129.642	14.341	—	180.177				120.000
—	-47.663	-5.201	—	-70.554				-118.140

**Einzelplan 20 Hochbauten**  
**Kapitel 2011 Hochbauangelegenheiten**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
<b>EINNAHMEN</b>							
119 01-4	871	Vermischte Einnahmen		200	200	–	–
119 46-4	871	Ersatzleistungen		13	13	–	0
121 01-9	871	Ablieferungen der NLKH zur Durchführung der Maßnahmen bei Titel 711 06 <i>Vgl. K-Vermerk zu 711 06.</i>		1.000	–	+1.000	–
121 11-6	871	Ablieferung der NLKH zur Durchführung der Maßnahme bei Titel 712 10 <i>Vgl. K-Vermerk zu 712 10.</i>		2.500	–	+2.500	–
132 02-9	871	Erlöse aus der Veräußerung beweglicher Sachen		5	5	–	0
231 01-9	871	Erstattungen von Bauunterhaltungskosten vom Bund		150	150	–	320
331 02-1	871	Zuweisung des Bundes zu staatlichen Bau- maßnahmen - Dienstgebäude der OFD		–	–	–	–
331 03-0	871	Zuweisungen des Bundes zu staatlichen Baumaßnahmen i.R. des Investitionspro- gramms für Ganztagschulen "Zukunft Bil- dung und Betreuung"		9.000	–	+9.000	–
381 01-0	990	Zuführung von 03 07 - 981 11 <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 64/65.</i>		208	–	+208	–
<b>AUSGABEN</b>							
711 06-1	871	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten für die Landeskrankenhäuser <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 121 01.</i>	–	1.000	–	+1.000	–
712 10-6	871	Landeskrankenhaus Wunstorf, Neubau Haus 48 <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 121 11.</i>	–	2.500	–	+2.500	–
<b>Titelgruppe(n)</b>							
<b>TGr. 64/65</b>		<b>Durchführung von Hochbaumaßnahmen</b> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 381 01.</i> <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Anlage in der Erläuterung zu TGr. 64/65 hinsichtlich der Maßnahmenbezeichnung verbindlich.</i>	(1.860) (–)	(106.123)	(–)	(+106.123)	(–)
519 64-0	871	Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen <i>Übertragbar.</i>	–	18.426	–	+18.426	–
631 64-5	871	Erstattung von Kosten für Unterhaltungsaufwand des Bundes im gemeinsamen Dienstgebäude der BGR und des NLFB <i>Übertragbar.</i>	–	78	–	+78	–
711 64-9	871	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	–	8.527	–	+8.527	–
711 65-7	871	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten und Maßnahmen zur Altlastenbeseitigung in den Hochschulen und Universitäten	–	1.242	–	+1.242	–
712 64-5	871	Erschließungs- und Baukosten bei großen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	1.860	50.474	–	+50.474	–
712 65-3 (GA)	131	Erschließungs- und Baukosten bei großen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten in Hochschulen und Universitäten	–	18.236	–	+18.236	–

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 132 02**

Verkaufserlöse im Zusammenhang mit der Durchführung von Baumaßnahmen.

**Zu 331 03**

Zuweisungen des Bundes für Baumaßnahmen an den niedersächsischen Internatsgymnasien. Der Bund trägt 90 v.H. der Baukosten. Die Ausgaben sind bei 711 64 (0,7 Mio. EUR Internatsgymnasium Bad Harzburg) und 712 64 (7,3 Mio. EUR Internatsgymnasium Bad Bederkesa und 2,0 Mio. EUR Internatsgymnasium Esens) veranschlagt.

**Zu 381 01**

Zuführung vom Feuerschutzsteueraufkommen.

**Zu 712 10**

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 3,0 Mio. EUR betragen.

## ERLÄUTERUNGEN

## Zu Titelgruppe 64/65

Lfd. Nr.	Ressort	Maßnahmenbezeichnung	Kosten in 1000 EUR				Finanzierung in 1000 EUR			Bemerkungen
			Teil 1	Teil 2	Teil 3	Ges.	Bis 2004	2005	2006 und später	
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K
1	Allgemein	Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden u. Räumen	-	-	-	-	-	10.726	-	2011-51902
2		Instandsetzung aktive Netzwerkkomponenten	-	-	-	-	-	2.000	-	2011-51903
3		Amtsgericht Herzberg, Sanierung	-	-	-	-	-	3.500	-	2011-51905
4		Nds. Landtag, Fassaden-sanierung	-	-	-	-	-	1.200	-	2011-51906
5		Straßenbauamt Wolfenbüttel, Sanierung	-	-	-	-	-	-	-	2011-51907
6		Amtsgericht Hannover, Sanierung	-	-	-	-	-	1.000	-	
7		Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten und Maßnahmen zur Altlastenbeseitigung	-	-	-	-	-	8.527	-	2011-71101, 71103
8		Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten und Maßn. Altlastenbeseitigung in Hochschulen/Uni.	-	-	-	-	-	1.242	-	2011-71104
9		Vorarbeitskosten für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	-	-	-	-	-	632	-	2011-71201
10		Vorarbeitskosten für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten in Hochschulen/Uni.	-	-	-	-	-	1.768	-	2011-71202
11		Maßnahmen zur Altlastenbeseitigung	-	-	-	-	-	100	-	2011-71203
12	Stk	Neubau DG Vertretung des Landes beim Bund in Berlin	6.734	15.000	1.050	22.784	22.784	-	-	2025/61
13		DG Vertretung des Landes Nds. bei der EU in Brüssel	5.985	2.987	750	9.722	9.722	-	-	2025/62
14	MI	Herr. v. Teilen d. ehem. Husarenkaserne Braunschweig als ZAST	-	4.224	123	4.347	4.347	-	-	2031/64
15		Umbau u. Erweiterung der Landesfeuerwehrschule in Celle	456	12.513	1.884	14.853	14.853	-	-	2031/70 Finanzierung durch Feuerschutzsteuer
16		Umbau u. Erweiterung der Landesfeuerwehrschule in Loy	-	-	-	2.277	-	208	2.069	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist. Finanz. durch Feuerschutzsteuer, 1. TM.
17	MI-Polizei	Polizei Lüchow, Verbesserung Unterbringung	-	5.000	-	5.000	5.000	-	-	2032-71301
18		Polizeidirektion Hannover, Hardenbergstr. 1, Erweiterung 1. BA	-	23.988	1.212	25.200	25.200	-	-	2032/61
19		Polizeidirektion Hannover, Am Welfenplatz 1, Erweiterung	-	6.136	113	6.249	6.249	-	-	2032/62
20		Ausbau Polizeiliegenschaft in Hannover, Kastanienallee 1	-	1.868	27	1.895	1.895	-	-	2032/65
21		Polizei Delmenhorst, Grundsanierung, Um- u. Erweiterungsbau	825	13.077	537	14.439	13.749	690	-	2032/66
22		Polizei Göttingen, Um- u. Ausbau DG Robert-Bosch-Str.	-	4.343	215	4.558	4.158	400	-	2032/68

## ERLÄUTERUNGEN

## Noch zu Titelgruppe 64/65

Lfd. Nr.	Ressort	Maßnahmenbezeichnung	Kosten in 1000 EUR				Finanzierung in 1000 EUR			Bemerkungen
			Teil 1	Teil 2	Teil 3	Ges.	Bis 2004	2005	2006 und später	
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K
23		Unterbringung der Polizeidirektion Braunschweig	-	16.307	508	16.815	16.722	93	-	2032/81 Die Gesamtkosten haben sich durch die 4. TM erhöht.
24		Mars-la-Tour-Kaserne in Braunschweig, Umbau und Instandsetzung	-	9.377	123	9.500	9.500	-	-	2032/82
25	MF	Finanzamt Verden, Fassaden- u. PCB-Sanierung	-	-	-	3.000	500	1.500	1.000	2035/71501 Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU -Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
26		Finanzamt Bad Bentheim, Neubau	354	8.187	574	9.115	9.042	73	-	2035/61
27		Finanzamt Bad Gandersheim, Erweiterung	-	4.541	148	4.689	4.200	489	-	2035/65
28		Finanzamt Verden, Herichtung des ehem. Landkreisgebäudes	-	2.312	381	2.693	2.693	-	-	2035/66
29	MS	LKH Wehnen, 2. BA	-	12.144	-	12.144	12.144	-	-	2042-71201
30		LKH Wunstorf, Sanierung u. Umbau Haus 6	-	7.945	562	8.507	5.300	3.207	-	2042/61
31		LKH Lüneburg, Sanierung der Häuser 3, 9, 14 u. 23	-	6.786	143	6.929	6.929	-	-	2042/63
32		LKH Lüneburg, Sanierung u. Umbau der Häuser 20 u. 26	-	4.834	111	4.945	3.003	1.000	942	2042/67
33		LKH Moringen, Anbau eines Kriseninterventionsbereiches	-	2.260	98	2.358	2.358	-	-	2042/68
34		LKH Moringen, Beseitigung Brandschaden	-	1.578	93	1.671	1.671	-	-	2042/69
35	MK	Umbau Schloss Bad Iburg für die Schulinspektion	-	-	-	1.600	-	800	800	Die Kostenglied. erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
36		Nds. Internatshaus Esens, Neubau einer Sporthalle	-	2.183	34	2.217	2.117	100	-	2050/61
37		Nds. Internatshaus Bad Bederkesa, Ausbau Ganztags schulbereich	-	-	-	7.300	-	7.300	-	Die Kostenglied. erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
38		Nds. Internatshaus Esens, Ausbau Ganztags schulbereich	-	-	-	2.000	-	2.000	-	Die Kostenglied. erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
39	MWK-FHS	FHS Nordostniedersachsen, Suderburg, Umbau FB Bauingenieurwesen	160	14.373	2.492	17.025	16.957	-	68	2052/63 Rpl. Nr. 5463 001/002/667
40		FHS HI/HOL/GÖ, Holzminden, Neubau Immobilienwirtschaft u. Labore	-	9.454	1.066	10.520	5.121	3.600	1.799	2052/73 Rpl. Nr. 5385 001
41		FHS HI/HOL, Hildesheim, Neubau Goschentor	541	13.234	1.738	15.513	15.513	-	-	2052/74 Rpl. Nr. 5381 289/003/007
42		FHS HI/HOL, Hildesheim, Neubau Verwaltung u. zentrale Einrichtungen, Hohnsen 4	-	1.693	184	1.877	1.877	-	-	2052/75 Rpl. Nr. 5381 002
43		FHS Oldenburg, Um- und Erweiterungsbau der ehem. Von Hohnhorst-Kaserne	476	4.267	220	4.963	4.963	-	-	2052/77 Rpl. Nr. 5301783
44		FHS Oldenburg, Umbau des Altbaubestandes für FB Bauingenieurwesen	-	1.439	869	2.308	2.308	-	-	2052/78 Rpl. Nr. 5301 775

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Titelgruppe 64/65

Lfd. Nr.	Ressort	Maßnahmenbezeichnung	Kosten in 1000 EUR				Finanzierung in 1000 EUR			Bemerkungen
			Teil 1	Teil 2	Teil 3	Ges.	Bis 2004	2005	2006 und später	
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K
45		FHS Hannover, Ausbau des Standortes Ricklinger Stadtweg, 1. BA	1.275	19.290	2.403	22.968	22.968	-	-	2052/79 Rpl. Nr. 5331 591
46		FHS HI/HOL, Göttingen, Baumaßnahmen für FB PMF	1.820	15.144	2.045	19.009	19.009	-	-	2052/80 Rpl. Nr. 5382 005/006
47		FHS Nordostniedersachsen, Lüneburg, Neubau FB Automatisierungstechnik	-	22.697	3.133	25.830	25.830	-	-	2052/81 Rpl. Nr. 5461 669
48		FHS Ostfriesland, Emden, Neubau Elektrotechn. Informatik, zentrale Veranstaltungsräume	-	19.469	2.295	21.764	21.764	-	-	2052/82 Rpl. Nr. 5302778/005
49		FHS Ostfriesland, Emden, Neubau Mensa	-	6.415	182	6.597	6.597	-	-	2052/84 Rpl. Nr. 5302 003
50	MWK-allgem.	Staatstheater Braunschweig, Großes Haus, Anpassung Bühnentechnik an Sicherheitsnormen	-	5.067	-	5.067	5.067	-	-	2053-71202
51		Nds. Landesmuseum Hannover, Sanierungsmaßnahmen	-	5.089	417	5.506	3.217	1.492	797	2053/63
52		Nds. Landesmuseum, Grundinstandsetzung Hauptgebäude	-	7.844	-	7.844	7.844	-	-	2053/65
53	MWK-Uni Hannover	Erneuerung u. Erweiterung der Fernmeldeanlagen	-	-	5.037	5.037	5.037	-	-	2062-891 13 Rpl. Nr. 1450 577
54		Herrichtung des Gebäudes Herrenhäuser Str. 8 für Architektur	-	9.488	410	9.898	9.330	568	-	2062/65 Rpl. Nr. 1450 027
55		Grundinstandsetzung Geb. Appelstr. 9 A	-	6.448	20	6.468	6.468	-	-	2062/66 Rpl. Nr. 1450 024
56	MWK-TU Braun.	Brandschutz u. Maßnahmen zur Gefahrenabwehr Geb. Schleinitzstr. 22	-	4.775	-	4.775	4.775	-	-	2063-71302 Rpl. Nr. 1430 022
57		Umbau Geb. 1352 im Campus Nord für Institut für Hochfrequenztechnik	-	3.998	-	3.998	3.558	440	-	2063-71303 Rpl. Nr. 1430 036
58		Erweiterung Bibliothek	293	13.123	456	13.872	13.872	-	-	2063/61 Rpl. Nr. 1430 105
59		Sanierung der Hauptmensa Katharinenstr.	-	11.060	519	11.579	11.579	-	-	2063/62 Rpl. Nr. 1430 263
60		Umbau Gebäudekomplex 1328/29, Campus Nord	-	2.455	320	2.775	2.775	-	-	2063/63 Rpl. Nr. 1430 028
61		Neubauteil Gebäudekomplex 1328/29, Campus Nord	-	2.772	110	2.882	2.781	101	-	2063/65 Rpl. Nr. 1430 032

## ERLÄUTERUNGEN

## Noch zu Titelgruppe 64/65

Lfd. Nr.	Ressort	Maßnahmenbezeichnung	Kosten in 1000 EUR				Finanzierung in 1000 EUR			Bemerkungen
			Teil 1	Teil 2	Teil 3	Ges.	Bis 2004	2005	2006 und später	
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K
62	MWK-TU Claust.	Neubau Zentrales Chemikalien- u. Abfalllager	-	5.516	430	5.946	5.931	15	-	2065/61 Rpl. Nr. 1440 224
63		Geb. Organische Chemie, Asbestentsorgung u. Sicherheitsmaßnahmen	-	3.145	-	3.145	2.977	168	-	2065/63 Rpl. Nr. 1440 005
64		Sanierung des Heiznetzes	-	4.777	-	4.777	4.607	170	-	2060-71302, TM Rpl. Nr. 1440 220
65	MWK-MHH	Ersatz u. Verbesserung der RLT-Anlagen	-	8.750	-	8.750	8.750	-	-	2066-71204 Rpl. Nr. 1730 004/503, 1739 534/022
66		Neubau einer Abfallzentrale	-	2.194	2	2.196	2.196	-	-	2066/62 Rpl. Nr. 1730 504
67		Umbau u. Erweiterung des zentralen Tierlabors	-	5.874	562	6.436	5.658	778	-	2066/64 Rpl. Nr. 1739 037
68		Sanierung u. Modernisierung der Sterilisationszentrale	-	3.668	384	4.052	4.052	-	-	2066/65 Rpl. Nr. 1730 013
69		Anbau für die Zentralküche u. Umbau freierwerdender Flächen	-	19.019	1.534	20.553	20.152	401	-	2066/66 Rpl. Nr. 1739 030/031
70		Neubau einer Erwachsenen-Infektionsstation, zentrales Patientenaktenarchiv	-	16.288	2.480	18.768	18.768	-	-	2066/67 Rpl. Nr. 1730 020
71		Umbau u. Erweiterung der Intensivpflege, 2. BA	-	24.880	7.312	32.192	14.599	2.539	15.054	2066/68 Rpl. Nr. 1739 071
72		Umbau des OP-Bereichs im UBF-Bau, 1. BA	-	17.118	8.692	25.810	24.761	1.049	-	2066/69 Rpl. Nr. 1730 014
73		Optimierung der Heizregelung u. RLT-Anlagen im Zentralen Tierlabor, 2. BA	-	2.824	-	2.824	2.712	112	-	2066/70 Rpl. Nr. 1739 017
74		Umbau des Zentralen OP-Bereichs im UBF-Bau, 2. BA	-	9.409	2.710	12.119	10.389	1.730	-	2066/72 Rpl. Nr. 1739 032
75	MWK-Uni Oldenburg	Umbaumaßnahmen im Verfügungszentrum u. Herrichtung ehem. PH-Gebäude	-	8.035	614	8.649	8.649	-	-	2067/61 Rpl. Nr. 0520 751
76	MWK-Uni Osnabrück	Umbau Gebäudekomplex 29 u. 39 für Umweltsystemforschung	-	2.790	145	2.935	2.110	825	-	2068/63 Rpl. Nr. 0530 010
77		Erweiterungsbau für den FB Biologie	-	11.412	1.268	12.680	4.690	6.300	1.690	2068/64 Rpl. Nr. 0530 011
78		Umbau Geb. 26 zu Hörsälen und Seminarräumen	-	3.565	300	3.865	3.582	283	-	2068/65 Rpl. Nr. 0530 012
79		Abwicklung der Maßnahmen der Hochschulgabegesellschaft	-	-	-	87.701	85.394	892	1.415	2069/61 (Restabwicklung Rpl. Nr. 0530 840)
80	MW	Straßenbauamt Bad Gandersheim, Herrichtung des ehem. Finanzamtes	-	-	-	3.700	500	500	2.700	2071/71201 Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
81		Neubau einer Straßenmeisterei Nordenham	56	3.660	100	3.816	3.411	405	-	2071/61

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Titelgruppe 64/65

Lfd. Nr.	Ressort	Maßnahmenbezeichnung	Kosten in 1000 EUR				Finanzierung in 1000 EUR			Bemerkungen
			Teil 1	Teil 2	Teil 3	Ges.	Bis 2004	2005	2006 und später	
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K
82		Erstattung von Kosten für Unterhaltungsaufwand des Bundes im gemeinsamen DG BGR und NLFB	-	-	-	-	-	78	-	2071-63101
83		Zuweisungen an den Bund für Baumaßnahmen im gemeinsamen DG BGR und NLFB	-	-	-	-	-	548	-	2071-88101
84	ML	Lebensmitteluntersuchungsamt Oldenburg, Neubau	496	22.903	2.699	26.098	26.098	-	-	2075/62
85	MJ	Dienstgebäude für die Justizbehörden in Braunschweig, Amtsgericht Eiermarkt	1.910	37.800	1.541	41.251	41.251	-	-	2081/72
86		Umbau u. Erweiterung des Amts- u. Landgericht Göttingen	-	19.719	1.068	20.787	20.787	-	-	2081/73
87		Jugendanstalt Hameln, Sicherungsmaßnahmen	-	2.272	-	2.272	2.272	-	-	2082/62
88		JVA Celle, Sicherungsmaßnahmen	21	28.436	928	29.385	27.166	1.648	571	2082/63
89		Neubau einer JVA in Oldenburg	5.113	47.061	3.201	55.375	55.375	-	-	2082/65
90		JVA Meppen, Schaffung zusätzlicher Haftplätze	-	4.033	258	4.291	4.291	-	-	2082/66
91		JVA Lingen I, Sicherungsmaßnahmen	-	4.557	23	4.580	4.580	-	-	2082/69
92		JVA Rosdorf (Göttingen), Neubau	2.248	54.764	4.599	61.611	22.539	25.500	13.752	2082/70
93		Neubau einer Justizvollzugsanstalt im Großraum Hannover	6.392	92.058	8.692	107.142	94.179	7.426	5.537	2082/72
94		Schaffung von Haftplätzen in den Sozialtherapien der Justizvollzugsanstalten	-	4.316	243	4.559	4.559	-	-	2082/75
95	MU	Umweltministerium Hannover, Grundinstandsetzung	-	9.324	220	9.544	9.544	-	-	2090/63
		Summe						<b>106.123</b>	<b>48.194</b>	

**Zu 519 64**

Unterhaltung der landeseigenen Gebäude, soweit die Veranschlagung nicht an anderer Stelle beim Ressort erfolgt, sowie Unterhaltung der angemieteten und gepachteten Gebäude und Gebäudeteile, soweit dies aufgrund rechtlicher Verpflichtungen vom Land zu leisten ist.

**Zu 711 64**

Hochbaumaßnahmen, deren Bau- und Erschließungskosten im Einzelfall 1 Mio. EUR nicht überschreiten (s. auch Titel 711 65)

**ERLÄUTERUNGEN**

**Zu 712 64**

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	65.240	–	–	65.240
2006	23.629	–	–	23.629
2007	12.282	–	–	12.282
2008	4.000	–	–	4.000
2009 ff.	3.054	–	–	3.054
Summe	108.205	–	–	108.205

Belastung (2005)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommenen VE  in 1000 EUR	durch die 2004 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	durch die 2005 ausgebrachte VE  in 1000 EUR	Gesamt belastung  in 1000 EUR
2005	–	–	–	–
2006	–	–	1.330	1.330
2007	–	–	530	530
2008	–	–	–	–
2009 ff.	–	–	–	–
Summe	–	–	1.860	1.860

**Zu 712 65**

Hochbaumaßnahmen, deren Bau- und Erschließungskosten (Teil 2 der Gesamtkosten) im Einzelfall 1 Mio. EUR überschreiten und damit die Aufstellung einer Haushaltsunterlage – Bau - gem. § 24 bzw. Ausführungsunterlage – Bau - gem. § 54 LHO erforderlich wird (s. auch Titel 712 64).

**Einzelplan 20 Hochbauten**  
**Kapitel 2011 Hochbauangelegenheiten**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
812 64-0	871	Kosten für die erstmalige Einrichtung bei großen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	4.445	—	+4.445	—
821 64-9	871	Kosten des Baugrundstücks bei großen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	537	—	+537	—
821 65-7 (GA)	131	Kosten des Baugrundstücks bei großen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten in Hochschulen und Universitäten	—	—	—	—	—
881 64-1	871	Zuweisungen an den Bund für Baumaßnahmen im gemeinsamen Dienstgebäude BGR und NLFB	—	548	—	+548	—
891 65-5 (GA)	131	Zuschüsse an Landesbetriebe (Hochschulen u. Universitäten) für die erstmalige Einrichtung bei großen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	3.610	—	+3.610	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		65.518	-65.518	
		<b>Abschluss Kapitel 2011</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		3.718	218	+3.500	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		150	150	—	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		9.208	—	+9.208	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		13.076	368	+12.708	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	18.426	36.116	-17.690	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	78	—	+78	
		7 Baumaßnahmen	1.860 120.000	81.979	29.402	+52.577	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	9.140	—	+9.140	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	1.860 120.000	109.623	65.518	+44.105	
		<b>Zuschuss</b>		96.547	65.150	+31.397	

---

**ERLÄUTERUNGEN**

---

**Zu 812 64**

Ersteinrichtungskosten (Teil 3 der Gesamtkosten) bei großen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (s. auch Titel 891 65).

**Zu 821 64**

Baugrundstückskosten (Teil 1 der Gesamtkosten) bei großen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (s. auch Titel 821 65).

Einzelplan 20 Hochbauten

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2005 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2004	+ = mehr - = weniger	Ist 2003
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<b>Gesamtabschluss Einzelplan 20</b>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		3.718	1.418	+2.300	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		150	150	–	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		9.208	–	+9.208	
		<b>Summe der Einnahmen</b>		13.076	1.568	+11.508	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	–	18.426	36.116	-17.690	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	–	78	78	–	
		7 Baumaßnahmen	1.860	81.979	129.642	-47.663	
			120.000				
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	–	9.140	14.341	-5.201	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	–	–	–	–	
		<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>	1.860	109.623	180.177	-70.554	
			120.000				
		<b>Zuschuss</b>		96.547	178.609	-82.062	
		Summe für inzwischen weggefallene Kapitel					
		Einnahmen			1.200	-1.200	
		Ausgaben	–		114.659	-114.659	